



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS

325.24305

AU
v. 3



LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS
325.24305

AU
v. 3

Der Auslanddeutsche

**HALBMONATSSCHRIFT FÜR AUSLAND-
DEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE**



MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS STUTT GART



JAHRGANG III • 1920



STUTT GART

VERLAG DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS • DRUCK VON GREINER & PFEIFFER

Inhaltsübersicht.

Abkürzungen: A = Aufsatz. Az = Anzeige. B = Besprechung. D = Deutschum. Rd = Rundschau. St = Stimmen der Auslandsdeutschen. Kl. N. = Kleine Nachrichten. V = Verschiedenes. Ztg = Aus Zeitungen und Zeitschriften. Ztschr. = Zeitschrift.

Personen erscheinen nicht namentlich im Register, sondern werden nur bei dem betreffenden Land unter Personallen aufgeführt.

Aufsätze und Besprechungen.

- A**dreßbuch, Deutsch-Argentinisches 699 (B)
 Akten- und Urkundensprache, Flensburger, im 14., 15. und 16. Jahrhundert 217 (Az)
 Alba, F., Auswanderung nach Argentinien 189 (B)
 Anstaltsgemeinden, Von den deutschen evangelischen in Stanislau 134 (A)
 Arbeit, Deutsche (Ztschr.) 351 (Ztg), 511 (Ztg)
 Arbeit, Deutsche, in Ungarn (Ztschr.) 61 (Az), 95 (Ztg), 423 (Rd)
 Argentinien (Auskunftshefte f. deutsche Einwanderer nach Argentinien, H. 1) 639 (B)
 Aufklärung für Auswanderer nach Chile 664 (B)
 Aufruf der preußischen Regierung an die aus Preußen ausscheidenden Staatsbürger 98
 Ausführungsgesetze, Die, zum Friedensvertrag vom 31. Aug. 1919 87 (Az)
 Auskunftshefte für deutsche Auswanderer 663 (B), 665 (B)
 Auslandsdeutschen, Die, im Reichsnotopfergesetz vom 31. Dez. 1919 131 (A)
 Auslandsdeutschen, Für die notleidenden (Aufruf) 129, 225, 321
 Ausland-Nachrichten (Ztschr.) 89 (Az)
 Auslandsrecht (Ztschr.) 31 (Az)
 Auslandsware (Ztschr.) 700 (Az)
 Australien in Neuw-Neeland 699 (B)
 Australien, Stimmungsbilder aus 135 (A)
 Auswanderer, Der, T. I., II. Ratschläge: Wohin kann man auswandern? 535 (B)
 Auswanderer, Die (Ztschr.) 158 (Az)
 „ Der amerikanischen, nach verlorenem Krieg 665 (B)
 Auswanderung, Die, nach Brasilien 217 (Az)
 „ Über, nach Paraguay 163 (A)
 Ausweisung, Die, der Deutschen aus China 698 (B)
Behncke, Paul, Unsere Marine im Weltkrieg und ihr Zusammenbruch 126 (B)
 Behr, F. M., Aussichten in Kurland, Bauweise und Holzhandel 698 (B)
 Bencke, A., Das Deutschum Chicagos 705 (A)
 Berater für Einwanderer nach Argentinien 639 (B)
 Bertoldi, Th., Deutsche Kinder in Holland 673 (A)
 Beruti, J. A., Beligerancia científica 667 (Az)
 Beuck, H., Die Bodenkultur in Persien und ihre Ausfuhrzeugnisse 379 (B)
 Bieler, A., Brasilien (Auslandswegweiser, Bd. 4.) 574 (B)
 Binder, H., Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften 510 (B)
 Bins, J., Die deutsche Frage in der Tschechoslowakei 419 (A)
 Blätter, Deutsch-schwedische (Ztschr.) 700 (Az)
 „ Medizinische, für Auslandsdeutsche für Seemannsmission (Ztschr.) 62 (Az)
 Böhmerland — Jahrbuch für Volk u. Heimat 250 (B), 764 (Az)
 Bonn, M. J., Mußte es sein? 252 (B)
 Bonn, G., Über die Ursachen unseres Niedergangs und die Wege zu neuem Aufstieg 447 (B)
 Bonsels, W., s. Dichterspende, Deutsche.
 Borstel, Fr. von, Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer 60 (B)
 Brandt, B., s. Handbuch von Polen, Ergänz.-Bd. VII.
 Brief, Wilhelms II., An das Deutsche Volk 381 (B)
 Brode, H., Die deutschen Kulturinteressen in Palästina 6 (A)
 Buchalla, B., Das Diasporaheim zu Hermannstadt 457 (A)
 Bücher, Musikalien, Lehrmittel, Kunstblätter 765 (B)
 Bücherbote, Deutscher (Ztschr.) 350 (Az)
 Bulletin de l'Institut Intermédiaire International 154 (Az)
 Bundes-Kalender für das Jahr 1920, herausgegeben vom Deutsch-Chilenischen Bund 380 (B), 764 (B)
 Buxton, Charles Roden und Dorothy Frances, The World after the War 409 (Az)
Carinthia I (Ztschr.) 379 (B)
 Church Year Book, The Lutheran, for 1920 764 (B)
 Collin, E., Wirtschaftsprobleme der Gegenwart 87 (Az)
Damme, P., Danzig 152 (Az)
 Danzig. Ein Beitrag zur deutschen Kulturkunde 698 (B)
 Decke, Ernst, Das deutsche Auslandsdeutentum im Friedensvertrage 188 (B)
 Denkschrift des Deutschen Heimatbundes 27 (Az)
 Posener Flüchtlinge E. V. 189 (Az)
 Deutelmoser, E., Zwischen Gestern und Morgen 190 (Az)
 Deutsche, Der, Zeitschrift für Politik und Volkstum 72 (A)
 Deutsch-Evangelisch im Ausland und die Heimatkirche 4 (A)
 Deutsch-Ungarn, Die Zukunft der 737
 Dichterspende, Deutsche (Aufruf) 378 (B)
 Dill, L., Das verlorene Land 667 (Az)
 Doersing, H., La Enseñanza primaria en Alemania 226 (A)
 Droonberg, E., Die Deutschen als Bindestrich-Amerikaner 318 (B)
Eckardstein, D., Außenpolitik 319 (B)
 Eckardstein, H. Frhr. v., Diplomat. Enthüllungen z. Ursprung des Weltkrieges 88 (Az)
 Eckardt, Th., Deutsche Rechtsverhältnisse in China im Friedensvertrag 351 (Az)
 Eiche (Ztschr.) 711 (A)
 Eichler, A., Zur Lage der Deutschen in Kongreßpolen 575 (B)
 Einwanderer, Der, in Brasilien 447 (B)
 Emmel, F., Der Tod des Abendlandes 475 (Az)
 Emmerich, F., Leitfaden für Auswanderer (und Anhang) 377 (B), 379 (B)
 Endriß, W., Streifzüge durch die Türkei 510 (B)
 Engländer, Ein gerechter, über die Schuld am Kriege 9 (A)
 Enke, Erich, Aussichten und Aufgaben des deutschen Kaufmanns in der Welt 218 (Az)
 Erdbüchlein. Kleines Jahrbuch der Erdkunde 322 (A), 358 (A), 392 (A), 423 (A), 457 (A), 487 (A), 520 (A), 557 (A), 617 (A), 680 (A), 713 (A), 740 (A)
Faber, K., Dem Glücke nach durch Südamerika 699 (B)
 Fehlinger, H., Die Bekämpfung der deutschen Sprache in der Tschechoslowakei 739 (A)
 Finckh, L., Brückenbauer 700 (B)
 „ s. Dichterspende, Deutsche.
 Finke, Denkschrift, betr. die organisierte Auslandsiedlung 732 (Az)
 Fischer, Konr., Wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen hausten 250 (B)
 Flugschriften, Deutschösterreichische 697 (B)
 Forstner, Frhr. v., Die Marinemuterei 126 (B)
 Fragen, Die drei, des Oberschlesiens 447 (B)
 Fraser, J. F., Australien: Das Werden eines Volkes 509 (B)
 Frauenarbeit, Völkerversöhnende, während des Weltkrieges 446 (B)
 Frey, G., s. Handbuch v. Polen, Ergänz.-Bd. VII.
 Friedensforderungen, Die, der Entente 255 (B)
 Friederichsen, M., s. Handbuch von Polen, Ergänz.-Bd. IV.
 Führer durch Oberschlesien 447 (B)
 Fugmann, W., Zur Auswanderer- und Siedlungsfrage 548 (A)
Gallin, L., Gerichtswesen und Strafsystem im revolutionären Rußland 508 (B)
 Gangl, J., Das Schwabenhaus im Buchenland 381 (B)
 Gargas, S., Das polnische Auswanderungsproblem 698 (B)
 Gedenkschrift zur Einweihung des deutschen Geschwader-Denkmal im Garten des deutschen Hospitals in Valparaiso 88 (Az)
 Gehring, A., Braune Christen im Hause des Herrn 382 (B)
 Gemeinde, Die, deutsche, in Genf 165 (A)
 Gerhards, H., Berninaker 161 (A)
 Geusau, G., Frhr. v., Mein sechsjähriges Wanderleben durch Afrika und Amerika 664 (B)
 Goldschmidt, A., Moskau 1920 698 (B)
 Graef, Fritz, Nach den Abstimmungen in der Nordmark 293 (A)
 „ „ Das Deutschum in der Nordmark 103 (A)
 Graf, G. E., Die Landkarte Europas gestern und morgen 317 (B)
 Grathwohl, Auslandsdeutentum und Auslandsvertretung 107 (A)
 Grenzboten (Ztschr.) 354 (Az)
 Grenzland (Ztschr.) 158 (Az)
 Grisebach, M., Unsere Auswandererliteratur 535 (A), 573 (A), 638 (A), 663 (A)
 „ s. Schriften z. Auswanderung H. 1.
 „ W., s. Handbuch v. Polen, Ergänz.-Bd. III. 665 (B)
 Grohe, R., Australien 665 (B)
 Groos, W., Breisgauer Auswanderung, insbesondere die Urwaldsiedlung Tovar in Venezuela 198 (A)
 „ „ Vom Deutschum im Donau-Osten 391 (A)
 „ „ Fürsorge für heimkehrende Auslandsdeutsche, insbesondere in Baden 133 (A)
 Großmann, Rudolf, Welche Möglichkeiten bietet Argentinien dem gebildeten deutschen Auswanderer? 39 (A)
 Grube, Karl, Gennania irredenta 476 (Az)
 Grüner, M., Zur Lage der Deutschen in Kongreßpolen 554 (A)
 Grumbach, S., Elsaß-Lothringen vor der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern 152 (Az)
 Gülle, E. G., Südargentinien 639 (B)
 Günther, V. H., Die Gründung eines Zentralausschusses d. Deutschen in Christiania 196 (A)
 Günther, V. H., Was tun? 2 (St)
 Guttman, B., Eine Reise nach England 152 (Az)
Haas, A. de, Vom urdeutschen Land an der Saar 513 (A)
 Häfcke, R., Die Tilgung von Darlehen unter heimgekehrten Zivil- u. Kriegsgefangenen 162 (A)
 Hände weg! Deutsch-ungarland. Kriegsgedichte 381 (B)
 Hammer, E., Zur Abstimmung in Marienwerder 450 (A)
 Hammerstein, H. L., Taschenbuch für Auswanderer und Tropenpflanzer 536 (B)
 Handbuch von Polen (Kongreß-Polen) 544 (B)
 „ „ „ Fachwissenschaftl. Ergänzungsbände Bd. I-VII 544 (B)
 Hardeland, Die evang.-lutherische Auswandermission zu Hamburg (E. V.) 517 (A)
 Hauthal, Siedlungsgebiete in Argentinien 639 (B)
 Hedicke, K., Die Vorbildung der Auslandslehrer 417 (A)
 Heinrichs, Fr., Sollen wir auswandern? 535 (B)
 Heintze, P. F., Argentinien als Ziel des deutschen Auswanderers 639 (B)
 Henning, Julius, Siedlungsmöglichkeiten in Westsibirien 61 (B)
 Hermkes, A., Deutsch-Südwestafrika 516 (A)
 Hilfsbund-Kalender 1920 764 (B)
 Hirsch, L., Paraguay 664 (B)
 Hirschland, Karl, Die Stellung der Auslandsdeutschen in dem Einkommensteuergesetz und in dem Kapitalertragssteuergesetz, beide vom 29. März 1920 262 (A)
 Hochland (Ztschr.) 90 (Az)
 Hömiger, Auslandsreise, Auswanderung, Steuerflucht, Paß-, Geld-Verkehr, Steuervorschriften 536 (B)
 Holland (Auskunftshefte für deutsche Auswanderer, H. 2) 665 (B)
 Humoristen, Deutsche 250 (B)
 Hurwicz, E., Die Seelen der Völker 446 (B)
Industrie und Technik (Ztschr.) 94 (Az)
 Isay, H., Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag 188 (B)

Jagow, G. v., Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges	510 (B)	Lechler, P., Geschäftserfolg und Lebens- erfolg	665 (B)	Ostkurier (Ztschr.)	670 (Az)
Jahrbuch, 3., der südbrasilian. Franziskaner- provinz 1913 und 1914	126 (B)	Liebestätigkeit für die Deutschen in den Niederlanden während des Krieges	230 (A)	Ostmark, Die, ein Heimatbuch	378 (B)
Jahrbuch, Schleswig-Holsteinisches, 1920	764 (B)	Lieder eines Auslandsdeutschen	244	Oyhanarte, H. B., Argentinien's Neutralität	510 (B)
Jahreshefte 1916—18 der Deutschen Evang. Gemeinde zu Konstantinopel. Festschrift zum 75jährigen Jubiläum der Gemeinde	251 (B)	Lienhard, Fr., Westmark	507 (B)		
Jantschke, G., Deutsch-Österreich in Para- guay	668 (Az)	Litteratur zum Versailler Friedensvertrag	610	Paquet, Altons, Der Sendling	126 (B)
Jaramillo Infante, C. A., Das Departement Ancash in Peru	732 (Az)	Litten, W., Persien von der pénétration paci- fique zum Protektorat	509 (B)	Paraguay, Winke für Einwanderer (nebst Nachträgen)	316 (B), 343, 501
Jenny, E., Die Deutschen im Wirtschafts- leben Rußlands	379 (B)	Logos-Lucifer (Ztg.)	700 (Az)	Paraguayana (Ztschr.)	158 (Az)
Jesinghaus, K., Zur Organisation des deut- schen Schulwesens in Buenos Aires	229 (A)	Lohan, M., Der Vertrag von Versailles	446 (B)	Patry, J., Westungam zu Deutschösterreich	697 (B)
Jöhlinger, O., Der brit. Wirtschaftskrieg und seine Methoden	510 (B)	Lorentz, F., Deutsche u. polnische Namen der wichtigsten Ortschaften in Polnisch-Preu- ßen rechts der Weichsel	540 (Az)	Pax, F., Pflanzengeographie von Polen (Kon- greßpolen). (Beiträge z. poln. Landeskunde)	544 (B)
Jung, Präsident, s. Schriften zur Auswande- rung H. 2.		Lüttichau, Graf v., Der Herr ist mein Trotz (Jahreshefte 1916—18 der Deutschen Ev. Gemeinde zu Konstantinopel)	251 (B)	Peschke, R., Auswanderung	536 (B)
Jung, E., Ein allgemeines deutsches Werbe- amt	421 (A)	Lutz, O., s. Schriften zur Auswanderung, H. 3.		Petersens, Ludvig af, Nach dem „Frieden“ Pfad, Der (Ztschr.)	218 (Az)
Jungfer, V., Das Gesicht der Etappe	381 (B)			Pfizenmayer, E., Über die derzeitigen Aus- wanderungsmöglichkeiten nach Transkau- kasien	231 (A)
Kahn, Ph., Eine Südamerikafahrt in Kriegs- zeiten	457 (A), 487 (A), 520 (A)	Mach, E. v., Eine polit. Organisation von Amerikanern deutschen Stammes?	481 (A)	Piff, H., Von den Deutschen des Isonzolandes Pionier des Ostens (Ztschr.)	234 (A)
Kaisenberg, Das Reichstagswahlrecht der Auslandsdeutschen	105 (A)	Mangels, H., Paraguay. 2. Aufl.	317 (B)	Piritsch, Die Auswanderungsbewegung nach Argentinien	639 (B)
Kalender, Der Lutherische, auf das Jahr unseres Heilandes 1920	764 (B)	Mann, W., Der Ausbau d. deutschen Schulen in Chile	253 (B)	Platzler, M., Das Schulsanatorium Frieder- cianum zu Davos	563
Kalender für die Deutschen in Brasilien 1920	763 (B)	„ „ La Educacion Práctica dentro de los colegios de enseñanza general	253 (B)	„ „ Die Schweiz und die deutschen Kinder	552 (A)
Kalender, Evangelischer, auf das Jahr unse- rer Herrn 1920	380 (B)	„ „ Der Kampf um den Kultureinfluß in Chile sowie dem übrigen Latein- amerika	253 (B)	Poetzsch, Fr., Handausgabe der Reichsver- fassung vom 11. Aug. 1919	187 (B)
Kapff, P. v., Ergebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg	289	Mannhart, H., Die Auslandsdeutschen und das deutsche Buch i. Auslande	353 (A)	Post, Deutsche, aus dem Osten (Ztschr.)	61 (Az)
Kaplun-Kogan, M., Russisches Wirtschafts- leben seit der Herrschaft der Bolschewiki	508 (B)	„ „ s. Bücher-u. Ztschrift.-Schau im Sachregister		Praesent, H., s. Handbuch v. Polen. Ergänzungs- Band II.	
Kastner, Hans, Das Recht der deutschen Minderheiten	33 (A)	Marquardsen, H., Angola	668 (Az)	Preuß-Sperber, O., Auswanderer-Katechis- mus	378 (B)
Katscher, L., Vom Deutschtum in London vor dem Kriege	257 (A)	Martens, Amandus M. F., Friedensfragen	188 (B)	Prisoneros, Los, en los paises de la entente	668 (Az)
Kaufmann, Wilhelm	578 (A)	Martin, K., Die Aussichten des deutschen Auswanderers in Argentinien	638 (B)		
Kelsen, H., Die Verfassungsgesetze der Re- publik Deutschösterreich	187 (B)	Martyrium, Das, der baltischen Kirche	88 (Az)	Rageot, G., Der französische Genius	153 (Az)
Kieser, E., Zukunftsfragen für die Molkerei- Maschinen-Industrie u. zugehörigen Ge- werbe in Südbrasilien	575 (B)	Material zum Nachweis des deutschen Cha- racters des Abtreibungs- und Abstimmungs- gebietes des Kreises Namslau	153 (Az)	Raphaelsblatt (Ztschr.)	703 (Az)
Kiesling, H. v., Beim 40jährigen Jubiläum des Deutschen Schulvereins in Wien	385 (A)	Meier, A., s. Handbuch v. Polen. Ergänzungs- Band IV.		Ratgeber für Auswanderer nach Südamerika Ratgeber, Gesundheitlicher, für Auswanderer Regierungsentwurf, Der deutsche, für ein Weltarbeitrecht	573 (B) 254 (B) 510 (B)
Kiesling, H. v., Vorderasien, Rußland und Südamerika	664 (B)	Meinhart, R., Nach der Heimat möchte ich wieder	507 (B)	Rein, G. K., Abessinien	252 (B)
Klein, Ernst, Das Elsaß und das Deutschtum	100 (A)	Melchior, C., Deutschlands finanzielle Ver- pflichtungen aus dem Friedensvertrag	447 (B)	Reinhard, R., Weltwirtschaftl. u. politische Erkunde	507 (B)
Klemm, K., Guerra en plena paz	668 (Az)	Menz, G., Rechtschreibungsumsturz und Auslandinteressen	263 (A)	„ „ Die Welt nach dem Friedens- schluß	447 (B)
Klingspor, Sollen wir auswandern und wohin? Kneffel, E., Zentralverband auslandsdeutscher Studierender, Leipzig	535 (B) 649 (A)	Mercurio Hispano Alemán (Ztschr.)	670 (Az)	Reitterer, F. H., Die nationalen und wirt- schaftlichen Verhältnisse des Böhmerwaldes	27 (Az)
Knoepfel, Das Reichsausgleichsgesetz	324 (A)	Merkblatt, Herv. v. Nationalverein der Freundinnen junger Mädchen in Heidelberg	700 (B)	Revista medica de Hamburgo (Ztschr.)	568 (Az)
Koch, Paul, Der Wirtschaftskrieg und der Wiederaufbau unseres Außenhandels	188 (B)	Meyer, K., Der Ententebund der Wissenschaft Minerva, Jahrbuch der gelehrten Welt, 1920	153 (Az) 284 (Az)	Richtofen, Wilh., Freiherr v., Zurückge- haltenes und Unterdrücktes aus vier Kriegs- jahren	318 (B)
Koch, Waldemar, Handelskrieg und Wirt- schaftsexpansion	765 (B)	Mitteilungen der Abt. Rußland des B. d. A. (Ztschr.)	127 (Az), 495	Riechers, H., Das Deutschtum in Südafrika	166 (A)
Koch-Wawra, F., Mexiko	27 (Az)	Mitteilungen des Geschichtsvereins i. Kärnten (Carinthia I), (Ztschr.)	379 (B)	Roman, Bodo, Nach Amerika	664 (B)
Kölle, Die deutschen Heilstätten in Davos und Agra	264 (A)	Mitteilungen des Deutsch-Südamerikanischen und Iberischen Instituts (Ztschr.)	90 (Az)	Rosen-Carlé, E., Amerikaner	699 (B)
Kolffhaus, A., Brasilien und wir	360 (A)	Mitteilungen des Deutsch-Südrußischen Ver- bandes (Ztschr.)	158 (Az)	Rosendal, G., Sonderjylland	189 (B)
Kolonien, Die Hanseatischen, im Staate Santa Catharina, Brasilien	732 (Az)	Mitteilungen der Deutsch-Italienischen Ver- einigung (Ztschr.)	127 (Az)	Rosthorn, A. v., Das soziale Leben der Chi- nesen	379 (B)
Korrespondenz, Ostasiatische (Ztschr.)	32 (Az)	Monate, Drei, in der kurischen Heimat	35 (A)	„ „ Unser Verhältnis zu China vor und nach dem Kriege	318 (B)
Krieger, H., Der Massenmord an deutschen u. österr.-ung. Soldaten in der rumän. Ge- fangenenhölle Sipote	668 (Az)	Monatshefte, Ostdeutsche, für Kunst und Geistesleben (Ztschr.)	319 (Az)	Rühlmann, Paul, Kulturpropaganda	382 (B)
Kriegsflugblätter, Innsbrucker, 1914—18	697 (B)	Montevideo, Von, nach Deutschland 1915	392 (A), 423 (A)	Rundschau, Ostasiatische (Ztschr.)	158 (Az)
Kriegsweihnachten, Unser letztes in Pala- stina	356 (A)	Morel, E. D., Ein gerechter Engländer über „ „ die Schuld am Kriege	284 (Az)	Ruppersberg, Die geschichtl. Beziehungen Saarbrückens zu Frankreich	515 (A)
Kubitschek, R., Hirschauerstücklein	381 (B)	„ „ Die schwarze Pest in Europa	410 (Az)		
Küchler, W., Romain Rolland, Henri Bar- busse, Fritz v. Unruh	511 (B)	Mühlens, s. Schriften z. Auswanderung, H. 4. Müller, A., Gewaltfrieden und Wiederaufbau	446 (B)	Sängerfahrt, Eine schwäbische, in der Batschka	642 (A)
Kügelgen, C. v., Vom deutschen Buch in Finnland	556 (A)	Müller, J., Die Mennoniten und wir	709 (A)	Salzmann-Essighof, E. v., Graf Pappenheim Sapper, Karl, Natur- und Lebensbedingungen in tropischen und tropennahen Gebieten	674 (A) 536 (B)
Kühnert, O., Das Neustädter Ländchen	668 (Az)	Müller, J., Aufgaben der Auslandsdeutschen in der gegenwärtigen Zeit	641 (A)	Schäfer, D., Wir Deutschen als Volk	319 (B)
Külz, L., Gesundheitsbüchlein für Auswan- derer und Auslandsdeutsche	254 (B)	Müller, K. H., Die wirtschaftl. Bedeutung der Bagdadbahn	509 (B)	Schaefer, E., Deutsche Musiker i. Südamerika im 17. und 18. Jahrhundert	706 (A)
„ „ 40 gesundheitliche Gewissensfra- gen an den Auswanderer und die Beantwortung durch die Auslands- erfahrung	254 (B)	Nathan, Hel., Besprechungsführer	189 (B)	Scheel, O., Eine Reise zur Abstimmung in der ersten Zone Nordschleswigs	540 (Az)
Kundgebung d. Reichsregierung an die deut- sche Bevölkerung der aus dem Reichs- verande ausscheidenden Landesteile	97	Nemény, W., 133 Tage Bolschewistenherr- schaft	509 (B)	Schimmel, K., Mit Schmugglern n. Finnland	698 (B)
Kunstwart (Ztschr.)	62 (Ztg)	Neter, W., Nur darum mag uns keiner draußen!	180 (B)	Schindler, Brasilien	575 (B)
Kunz, K., s. Bücher, Karten- u. Zeitschrit- tensschau im Sachregister	605	Nicolas, R., Die deutsche Kunst in Böhmen	27 (Az)	Schmidkunz, H., Die Bildung des Politikers Schmidt, Rich., Das alte und moderne Indien	319 (B) 509 (B)
		Niemeyer, E., Das Heim im neuen Land und andere Novellen	254 (B)	Schmidt-Wadder, Das Selbstbestimmungs- recht der Völker in seiner Einwirkung auf das geistige Leben in Kirche und Schule	89 (Az)
Lage, Die, der Reichsdeutschen in der Tschechoslowakei	647 (A)	Nohel, O., Nach Südamerika	574 (B)	Schoeffer, Carl, Warum soll der Kaufmann nicht auswandern?	74 (A)
Lage, Zur, des Deutschtums in der Tschecho- slowakei	206 (A)	Noppel, Constantin, Deutsche Auswanderung und Auslandsdeutschtum	189 (B)	Schrader, Fr., Eine Flüchtlingsreise durch die Ukraine	379 (B)
Langenbeck, W., Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung vom 17. Jahrh. bis auf unsere Tage	251 (B)	Nord, A., Die Handelsverträge Chinas	509 (B)	Schriften zur Auswanderung, Heft 1—4	536 (B)
Laßberg, P. M. von, Eine Erkundungsreise für deutsche Siedlung in Nordostargen- tinien und Paraguay	639 (B)	Norwegen (Auskunftshefte für deutsche Aus- wanderer, H. 4)	665 (B)	Schüler, H., Brasilien, ein Land der Zukunft	574 (B)
		Nostiz-Jänckendorf, W. v., Amerika und der Weltkrieg	317 (B)	Schürch, E., Aus der neuen Welt	253 (B)
		Nyanatiloka, Bhikkhu, Die Fragen d. Milindo	382 (B)	Schüßler, W., Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt	510 (B)
				Schuld, Die, am Kriege	319 (B)
		Oberschlesien, Der (Ztschr.)	90 (Az)	Schultz, Arved, Die natürlichen Landschaften von Russisch-Turkestan	509 (B)
		Obra, Una, de colonizacion alemana en Fer- nando Po	668 (Az)	Schultz, E., Zur Völkerverständigung	188 (B)
		Olpp, Der Wert des Tropengenesungsheims für Auslandsdeutsche	164 (A)	Schulz, A., s. Handbuch von Polen, Ergänzungs- Band V.	614 (A)

Schweden, Auskunftshefte f. deutsche Auswanderer, Heft 5	665 (B)	Tschermak-Seysenegg, A., Deutsche Großböhmens holt eure Hochschulen heim!	410 (Az)	Wertheimer, Fritz, Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart	770 (A)
Schwer, W., Die türkisch-persischen Erdöl-vorkommen	251 (B)	Uhles Kalender	764 (B)	Werthmann, Prälat, 50 Jahre Raphaelsverein	699 (B)
Seitz, A., Insekten sammeln im Ausland	254 (B)	Ungern-Sternberg, R. v., Sowjetrußland und wir!	477 (Az)	Westermann, Südbrasilien	574 (B)
Seitz, Gouverneur, Südafrika im Weltkriege Selbstbestimmungsrecht, Das, der Deutschen in Böhmen, s. Deutschösterreich. Flugschriften. Selbstbestimmungsrecht, Das, der Unterdrückten	154 (Az)	Wäth, A., Um die Zukunft der deutschen Missionen	189 (B)	Weyrauch, W., Das Eisen in Rußland	509 (B)
Seler-Sachs, C., Frauenleben im Reiche der Azteken	89 (Az)	Valentin, Veit, Geschichte des Völkerbündengedankens in Deutschland	508 (B)	Wiedemann, H., Die Baltenschule in Misdroy Wiedergeburt, Deutschlands, durch Blut und Eisen	381 (B)
Sellin, Ratschläge für Auswanderer nach Südbrasilien	574 (B)	Venezuela (Auskunftshefte für deutsche Auswanderer, H. 6)	663 (B)	Wiese, D., Aus Saarbrückens Vergangenheit Winke für den deutschen Lehrer, der nach Südamerika auswandern will	574 (B)
Siedler, Der deutsche (Ztschr.)	480 (Az)	Vereinsleben, Das (Ztschr.)	158 (Az)	Winkler, W., Der Anteil der nichtdeutschen Volksstämme a. d. österr.-ung. Wehrmacht	154 (Az)
Sieger, R., Die vorläufige amtliche Karte der Grenzen Österreichs	583 (A)	Verein, Kaufmännischer, von 1858, Jahrbuch für 1920	700 (B)	Wirtschaftszeitung, Deutsch-ital. (Ztschr.)	158 (Az)
Simmer, H., Weltpolitische Fragen mit besonderer Berücksichtigung der geograph. Grundlagen und des Deutschtums	732 (Az)	Vereinsbote, Deutsch-polnischer (Ztschr.)	28 (Az)	Wirtschaftszeitung, Osteuropäische (Ztschr.)	700 (Az)
Sinzig, P., Christliche Kunst in Brasilien	677 (A)	Verkaufsort, Gegen die, für Auslands-lieferungen des deutschen Buchhandels	452, 482, 518, 578 (A)	Witte, J., Die Aufgaben und Aussichten der deutschen Missionsarbeit in Ostasien	609 (A)
Solf, W., Afrika für Europa	733 (A)	Vertreibung, Zur, der Deutschen aus China	677 (A)	Wrzesimski, R., Die Auslandsdeutschen und das Reichsnötpfer	319 (B)
Sport (Ztschr.)	700 (Az)	Vivos voco (Ztschr.)	190 (Az), 351 (Az), 511	Wündisch, Fr., Der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919	188 (Az)
Stand und Arbeit der Goßnerschen Missionsgesellschaft im Jahre 1918/19	90 (Az)	Voigt, Chr., Der nationale Charakter der Stadt Flensburg	89 (Az)	Wunderlich, E., s. Bücher-, Zeitschriften- und Kartenschau und Kartenbesprechungen im Sachregister	
Steffen, H., Westpatagonien	380 (B)	Volk und Heimat (Ztschr.)	61 (Az)	Wutke, M., Deutsche u. Slowenen i. Kärnten	646 (A)
Steiner, Eine erschütternde Statistik	449 (A)	Volkskalender, Deutscher, für die Iglauer Sprachinsel	764 (B)	Wutke, M., Die uraquistische Volksschule in Kärnten	410 (Az)
Stenzenbach, G., Brasilien	574 (B)	Volkskalender des Deutschtums im Ausland 1920	763 (B)	Zeitschrift für Buddhismus	351 (Az)
Stichel, Argentinien	638 (B)	Volkssrat, Deutscher (Ztschr.)	28 (Az)	Zeitschrift des Hilfsvereins für Deutschböhmen und die Sudetenländer	139 (Az)
Stimmen aus dem Baltenregiment	250 (B)	Vorentscheidung, Die, der Auslandsdeutsh.	2 (A)	Zeitschrift des Deutschen Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens	670 (Az)
Stimmen, Jungdeutsche (Ztschr.)	350 (Az)	Vorentscheidung, Die, f. d. Elsaß-Lothringer	130 (A)	Zeitung, Deutsche, von Mexiko	448
Straganz, M., Mittelital. deutsches Gebiet	250 (B)	Vox medica (Ztschr.)	568 (Az)	Zeitung, Freie (Bern)	512 (Ztg)
Strutz, G., Über einige Steuerbeschwerden und -wünsche der Auslandsdeutschen	66 (A)	Washburn-Freund, F. E., Eine deutsche Kunstzentrale in Amerika	738 (A)	Zeller, T., Der Kampf zwischen Rohr- und Rübenzucker	510 (B)
Stutzer, G., Der deutsche Ansiedler in Südbrasilien	378 (B)	Wedemeyer, M., Auslandsdeutsche u. Steuer-gesetzgebung	545 (A)	Zerener, M., Unter dem weißen Adler	477 (Az)
Südenland	89 (Az)	Wegener, G., Die geographischen Ursachen des Weltkrieges	446 (B)	Ziehen, J., Schulpolitische Aufsätze	699 (B)
Südamerika (Ztschr.)	480 (Az)	Weichert, H., Ist Südrußland ein deutsches Auswanderungsziel?	664 (B)	Zieschank, F., Ein Jahrzehnt in Samoa (1906 bis 1916)	699 (B)
Südbrasilien, hersg. vom Reichswanderungsamt (H. 3)	574 (B)	Weitblick, A., Die tschechoslowakische Frage	698 (B)	Zukunft, Die, der deutschen Kirchenschulen in St. Petersburg	422 (A)
Südmark, Die (Ztschr.)	159 (Az)	Weltprotest, Der, gegen den Versailler Frieden	89 (Az)		
Südsee, Von der, nach Kiel 1914	290 (A), 322 (A), 358 (A), 764 (B)				
Terror, El, negro	669 (Az)				
Tornius, V., Die baltischen Provinzen	765 (B)				

Länder- und Sachregister*).

Abessinien		D Kunst	568	Auslandsbeamte	159 (Ztg)
Landeskunde	252 (B)	D Mission	173, 189 (B), 268	Auslandvertretung	107 (A)
D Allgemeines	112 (Rd)	D Presse	462, 493, 531	Begriffsbestimmung	262 (A), 332
Ägypten		D Schule	365 (Kl.N.), 565, 586	Erlebnisse im Weltkrieg	289, 290 (A), 322 (A), 358 (A), 392 (A), 423 (A), 457 (A), 487 (A), 520 (A), 557 (A), 617 (A), 680 (A), 713 (A), 740 (A)
D Besitz und Unternehmen	266 (Rd)	D Sport	216	Kirche und Mission	72 (A)
D Einwanderung	52	D Sprache	215, 263 (A), 373, 375 (V)	Kulturelle Aufgaben	9 (A), 641 (A)
D Gefangene	393 (Rd), 460 (Rd)			Lebensversicherungsverträge	339, 441
D Mission	205			Personalien 79 (Kl.N.), 84, 365 (Kl.N.),	578 (A), 674 (A)
Argentinien		Auslandsdeutsche im Deutschen Reich		Schulwesen	115
Einwanderung	409, 445, 470, 471, 472, 474, 638 (B), 639 (B), 666, 763	Allgemeines	210, 211, 449 (A), 663 (St), 701 (Ztg), 723	Staatsangehörigkeitsfragen	95 (Ztg), 96, 270, 404, 596 (St), 702 (Ztg)
Liebestätigkeit für Deutschland	14 (Rd), 114 (Rd), 118, 490 (Rd), 654 (Rd), 748 (Rd), 755	Bewegl. Besitz im Auslande	25	Stiftungen für die Heimat	14 (Rd), 46 (Rd), 55, 110 (Rd), 113 (Rd), 118, 125 (V), 150 (V), 175, 177, 204 (Rd), 205 (Kl.N.), 238 (Kl.N.), 268 (Kl.N.), 300 (Kl.N.), 363 (Rd), 365 (Kl.N.), 433 (Kl.N.), 434 (Kl.N.), 461 (Kl.N.), 527 (Kl.N.), 530, 626 (Kl.N.), 654 (Kl.N.), 687 (Rd), 720 (Kl.N.), 747 (Rd), 755
Siedlungswesen	182, 185, 474, 762	Bind der Auslandsdeutschen s. Bind der Auslandsdeutschen		Vereinigungen	61, 99, 127 (Ztg), 158 (Ztg), 405 (V), 700 (Ztg)
Wirtschaftl. Beziehungen, deutsch-argentin.	149, 215	Entschädigung 2 (A), 20, 22, 53, 54, 65, 80, 83, 130 (A), 145, 179, 208, 211, 223 (Ztg), 243, 255 (Ztg), 270, 275, 305, 307, 311 (St), 324 (A), 332, 334, 352 (Ztg), 371, 382 (Ztg), 389 (A), 399, 400, 403, 414 (Ztg), 437, 438, 464, 467, 497, 533, 570, 572, 591, 611, 633, 660, 692, 695, 723, 727 (St), 755, 756, 759 (St)		Vorbildung der Auslandslehrer	417 (A), 765 (Ztg)
Wirtschaftliches	445, 472	Gesundheitliches	449 (A)	Wahlrecht	105 (A), 120, 242, 272, 307, 320 (Ztg), 332, 333, 401, 414 (Ztg)
D Allgemeines	699 (B)	Heeresdienst	122	Auslandskunde	
D Außenhandel	59, 125, 215	Personalien 47 (Kl.N.), 84, 300 (Kl.N.), 433 (Kl.N.), 720 (Kl.N.)		Allgemeines	310 (V), 767 (Ztg)
D Einwanderung	39 (A), 58, 151, 181, 182, 189 (B), 214, 215, 282, 315, 409, 442, 471, 474, 639 (B), 664 (B), 666, 697, 729	Petitionen an die Nationalversammlung	55	Kurse für internationalen Wirtschaftsbetrieb	751
D Kirche und Mission	750	Regelung der Auslandschulden	162 (A), 242, 245, 270, 277, 311 (St), 324 (A), 336, 438	Rechtskunde, ausländische	126 (V)
D Kunst	39 (A), 115, 118, 142 (Kl.N.), 143, 303, 369, 371, 588, 589, 706 (A), 747 (Rd), 752	Schulwesen	21, 38 (A), 82, 116, 242	Völkerpsychologie	446 (B)
D Personalien	48, 49, 79 (Kl.), 84, 115, 118, 120, 125 (V), 142 (Kl.N.), 143 (Kl.N.), 144, 173 (Kl.N.), 301 (Kl.N.), 433 (Kl.N.), 586 (Kl.N.)	Steuerfragen 20, 21, 22—23, 53, 66 (A), 121, 131 (A), 146, 179 (St), 223 (Ztg), 262 (A), 319 (B), 372, 389 (A), 399, 467, 545 (A), 590, 723, 756		Vorlesungen über Auslandshygiene	636 (V)
D Presse	17 (Az)	Studierende in Deutschland	116, 241, 271, 464, 496, 532, 631, 649 (A), 722, 723	Australien	
D Schule und Sprache	19, 39 (A), 48, 49, 144, 175, 229 (A), 567, 627, 656, 690	Vereine	53, 115, 116, 127 (Ztg), 158 (Ztg), 210, 241, 271, 399, 401, 405 (V), 464, 465, 496, 532, 658, 688, 693, 722, 723, 726 (V)	Deutschenhetze	135 (A)
D Vereine	19, 50, 118, 144, 178, 370, 371, 471, 630, 631, 658, 747 (Rd), 755	Wahlrecht	105 (A), 242, 272, 307, 332, 333, 414 (Ztg)	Einwanderung	731
D Wissenschaft	656	Wiederausreise	633	Landeskunde	509 (B)
		Wohnungsberechtigung	54, 335, 403, 441	D Allgemeines	145, 687 (Rd)
Asien		Auslandsdeutschtum		D Einwanderung	315, 665 (B), 699 (B)
Wirtschaftliches	251 (B), 509 (B)	Allgemeines	26 (St), 60 (V), 70 (A), 86 (St), 95 (Ztg), 190 (Ztg), 222 (Ztg), 351 (Ztg), 405 (St), 414 (Ztg), 626 (Kl.N.), 663 (St), 690 (B), 727 (St), 766 (Ztg)	D Gefangene	135 (A), 445, 562 (Rd)
D Einwanderung	664 (B)			D Wissenschaft	687 (Rd)
Ausland				Auswanderung	
Anwaltsbüros, Internationale	467			Allgemeines	56, 57, 62 (Ztg), 74 (A), 84, 123, 124, 133 (A), 151, 152, 163 (A), 181,
Buch, Deutsches, im Ausland	353 (A), 447 (Ztg), 452, 469 (V), 482, 511 (Ztg), 556 (A), 636 (V)				
Deutschenhetze	46 (Rd), 77 (Rd), 115, 126 (V), 135 (A), 361 (Rd)				
Krieg geg. deutsche Wissenschaft	46 (Rd), 361 (Rd)				

*) Karten sämtlich unter: Kartenbesprechungen.

182, 183, 184, 185, 189 (B), 212, 247, 248, -279, 280, 313, 315, 377, 377 (B), 378 (B), 406, 407, 442, 443, 473, 535, 548 (A), 602, 695, 702 (Ztg)	D Einwanderung 237 (Rd), 377	D Vereine 47 (Rd), 173 (Rd), 177, 173, 398.
von Akademikern 23, 39 (A), 84, 507, 602	D Gefangene 83	569, 630, 664 (B)
Auswandererfürsorge 24, 56, 124, 150, 180, 181, 238 (Kl.N.), 279, 407, 408, 480, 517 (A), 602, 696, 699 (B), 727	D Kirche und Mission 48, 79, 382 (B)	D Wissenschaft 302
Auswanderung und Staatsangehörigkeit 702 (Ztg)	D Schule 79	
Auswanderung, Breisgauer 198 (A)	Bücher-, Zeitschriften- und Kartenschau	China
Hygienische Beratung 254 (B)	Von K. Mannhart und E. Wunderlich 26, 60, 87, 126, 152, 187, 217, 283, 316, 345, 409, 475, 539, 695, 667, 697, 731, 763	Beziehungen zu Deutschland 237 (Rd)
Gefährdung der Auswanderer 23, 24, 56, 85, 124, 150, 158 (Ztg), 183, 213, 214, 246, 280, 281, 313, 316, 408, 537, 696, 697, 728, 729	Bulgarien	Nationalcharakter 190 (Ztg), 318 (B), 379 (B)
von Käuflern 74 (A)	Friedensvertrag 145	Wirtschaftliches 509 (B), 759 (V)
Presse 84, 85, 150, 180, 213, 313, 316, 703 (Az)	D Besitz und Unternehmungen 429 (Rd)	D Allgemeines 760 (St)
Reichsgesetzgebung 124	Allgemeines 351 (Ztg), 382 (Ztg)	D Ausweisung 577 (A), 698 (B)
Vereinigungen 23, 26, 55, 56, 84, 85, 86, 124, 150, 151, 180, 213, 280, 313, 316, 340, 342, 407, 408, 471, 473, 537, 538, 575, 598, 602, 603-604, 699 (B), 728, 761	Auswanderungsauskunft 50	D Außenhandel 339, 623 (Rd), 694, 757
Wirtschaftszentrale für Auswanderer 442	Bund der Auslandsdeutschen	D Besitz und Unternehmungen 142 (Rd), 441, 533, 623 (Rd)
Baltikum	Allgemeines 351 (Ztg), 382 (Ztg)	D Einreise 148, 309, 435, 441, 474, 498, 623 (Rd)
Allgemeines 138 (Rd), 139 (Rd), 299 (Rd), 328 (Rd), 427 (Rd), 535 (V), 626 (Kl.N.), 716 (Rd), 765 (Rd)	Auswanderungsauskunft 50	D Einwanderung 267 (Rd), 660, 685 (Rd), 760 (St)
Amerikaner und Deutschbalten 310 (V)	Entschädigungsfrage 20, 65, 80, 83, 208, 305, 382 (Ztg), 399, 400, 437, 464, 497, 631, 692, 759 (St)	D Gefangene 278, 746 (Rd)
Baltenregiment 621 (Rd)	Mitteilungen 331, 399, 414 (Ztg), 494, 531	D Kirche und Mission 114, 366, 563, 609 (A)
Gefangenenheimkehr 498	Organisation 305	D Kunst 752
Hochschule 45 (Rd)	Personalien 80, 114	D Personalien 267 (Kl.N.), 301 (Kl.N.), 719 (Kl.N.)
Wahlen zur lett. Landesversammlung 328 (Rd)	Preisausschreiben 50	D Schule 142 (Rd), 563
Wirtschaftliches 620 (Rd), 652 (Rd), 698 (B)	Steuerfrage 20	D Vereine 754
D Allgemeines 45 (Rd), 46 (Rd), 63 (Ztg), 110 (Rd), 328 (Rd), 394 (Rd), 620 (Rd), 684 (Rd)	Vertretertag (8. April in Berlin) 304	D Wissenschaft 436, 589
D Besitz und Unternehmungen 35 (A), 299 (Rd), 684 (Rd)	Vorschläge zum Wahlrecht d. Ausl. 333	Dänemark
D Einwanderung 665	Landesverbände	Auswanderung 537
D Hochschule 115, 302	Bavern 146, 495	Deutschenhetze 621 (Rd)
D Kirche und Mission 48, 684 (Rd)	Bulgarien 145	Landeskunde 189 (B)
D Kunst 627, 751	Danzig 331, 437, 464, 496, 570, 631	Liebestätigkeit für Deutschland 110 (Rd), 362 (Rd), 525 (Rd), 661 (V)
D Personalien 15 (Kl.N.), 16 (Kl.N.), 115, 142 (Kl.N.), 143, 301 (Kl.N.), 586 (Kl.N.), 626 (Kl.N.), 687 (Kl.N.), 748 (Kl.N.)	Frankreich 657	D Allgemeines 110 (Rd), 525 (Rd), 652 (Rd)
D Presse 35 (A), 145, 464, 530, 569, 656, 700 (Az)	Hessen 119, 306	D Einreise 525 (Rd)
D Rückwanderung 12 (Rd), 35 (A), 59 (V), 77 (Rd), 139 (Rd)	Holland 305	D Kirche und Mission 562
D Schule 35 (A), 143, 174, 299 (Rd), 328 (Rd), 396, 565, 566, 584 (Rd), 588, 589, 626, 684 (Rd), 689, 690	Italien 372	D Kunst 369, 397, 568, 656
D Sprache 534 (V)	Nordwestdeutschland 51, 371, 531, 722	D Personalien 173 (Kl.N.)
D Vereine 139 (Rd), 202 (Rd), 491, 584 (Rd), 629, 657, 658, 721, 753	Portugal 305	D Presse 402, 656
D Wissenschaft 239, 589	Preußen 50	D Stellung zum Wirtsvolk 716 (Rd)
Banat s. Rumänien, Südslawien, Ungarn.	Schweiz 331	D Schule 144, 396, 561 (Rd)
Belgien	Württemberg 20, 146, 475	D Vereine 175, 238 (Kl.N.), 269, 525 (Rd)
Allgemeines 401	Ortsgruppen	D Wissenschaft 302, 461
Deutschenhetze 46 (Rd), 361 (Rd), 431 (Rd), 460 (Rd), 561 (Rd)	Berlin 51, 52, 80, 119, 146, 208, 399	Deutsches Auslands-Institut
D Allgemeines 526 (Rd)	Bremerhaven 119	Allgemeines 770 (A)
D Besitz und Unternehmungen 55, 66 (A), 140 (Rd), 275, 330 (Rd), 659	Cottbus 179	Abteilungsleiter 792
D Einwanderung 25, 236 (Rd), 431 (Rd)	Danzig 209, 270, 331	Archiv 768, 776 (A)
D Kunst 491	Dresden 52, 81, 399	Auskunft- und Vermittlungsstelle 64, 96, 128, 160, 192, 214, 320, 384, 480, 608, 640, 672, 704, 736, 768, 782 (A)
D Personalien 15 (Kl.N.), 47 (Kl.N.)	Duisburg 52, 81, 179, 399	Auswandererberatungsstelle 212, 279, 384, 785 (A)
D Schule 18	Elberfeld-Barmen 147, 399, 496	Beiträge und Stiftungen 703
D Vereine 18, 721	Eßlingen 81	Besuch des Reichspräsidenten, der Reichs- regierung und der Nationalversamm- lung 193 (A)
Beßarabien s. Rumänien.	Flensburg 657	Bibliothek 543, 768, 774 (A)
Brasilien	Frankfurt a. M. 52, 81, 147, 496	Führungen 63, 512, 704
Allgemeines 574 (B), 575 (B)	Gießen 631	Generalsekretär 792
Ausstellung christlicher Kunst 677 (A)	Hamburg 81, 119, 147, 209, 331, 399	Karten- und Bild-Abteilung 779 (A)
Deutschenhetze 432 (Rd), 719 (Rd)	Hamm 179	Lesesaal 63, 448
Einwanderung 249, 504, 505, 574, 640, 666, 730	Hannover 52, 53, 81, 209, 372, 399, 438, 532	Lichtbilderabteilung 127, 224, 383
Fremdengesetzgebung 57, 238 (Rd)	Heidelberg 20, 81, 147, 372	Museum und Ausstellungen 781 (A)
Landeskunde 184	Heilbronn 196	Ostasien-Abteilung 78 (A)
Liebestätigkeit für Deutschland 364 (Rd)	Hildesheim 81, 306, 722	Osteuropa-Abteilung 780 (A)
Politische Beziehungen zu Deutschland 142 (Rd)	Kattowitz 147	Presse-Abteilung 788 (A)
Siedlungspolitik 474, 548 (A), 697	Köln 372, 722	Rechtsberatung 786 (A)
Wirtschaftliches 548 (A), 574 (B), 575 (B), 633	Königsberg 53, 306	Satzungen 792
D Allgemeines 14 (Rd), 113 (Rd), 142 (Rd), 172 (Rd), 184, 249, 360 (A), 432 (Rd), 574 (B), 747 (Rd), 761, 763 (B), 764 (B)	Leipzig 210, 692	Schenkungen 577
D Außenhandel 124, 184, 339, 370	Lüneburg 532	Sonderausstellung Schleswig-Holstein 128
D Besitz und Unternehm. 432 (Rd)	Mainz 331	Staatsrechtliche Kommission 96, 160, 192
D Einwanderung 24, 57, 85, 151, 184, 214, 249, 267 (Rd), 281, 342, 343, 360 (A), 378 (B), 435, 443, 505, 506, 537, 538, 548 (A), 664 (B), 730, 761	Mannheim 82, 119, 210, 306, 331, 496	Tagung des Wissenschaftl. Beirats, des Verwaltungsrats und Ausschusses 415
D Kirche und Mission 114, 126 (B), 506, 527, 528, 563, 750	München 147, 464	Unterstützungswesen 787 (A)
D Kunst 239, 269, 461, 529, 588, 677 (A), 706 (A)	Nordhausen 147	Verein Auslandkunde, Berlin, u. D. A.-I. 128
D Personalien 268 (Kl.N.)	Ohligs 82	Veröffentlichungen: „Der Auslandsdeut- sche“ 1920, Zur Einführung 1
D Presse 17 (Ztg), 268 (Kl.N.), 531, 702	Plauen i. V. 722	„Pressekorrespon- denz“ 63, 128, 192, 256
D Sprache 562 (Rd)	Remscheid 147	„Weltwirtschaft“ 64, 608
D Schule 16, 367, 368, 432 (Rd), 461, 567	Schwerin i. M. 271, 631	Verwaltungsrat 480, 791
D Stellung zum Wirtsvolk 360 (A), 504	Siegen 147	Vorstand 791
D Vereine 19, 57, 269, 370, 530, 563, 633	Stuttgart 147, 306, 438, 496	Vorträge 63, 224, 320, 384, 543, 640, 704, 736, 768
D Wissenschaft 269, 461, 491, 529, 656, 719 (Rd)	Wilhelmshaven 53, 110, 271	Werbeabteilung 789 (A)
Britisch Indien	Würzburg 306, 570	Wissenschaftl. Beirat 608, 736, 791
Allgemeines 509 (B)	Veröff-ntlichungen	Deutschland
Buddhismus 382 (B)	Mitteilungen d. Abt. Rußland 127 (Az)	Angloamerikan. Bibliotheken für Zentral- europa 277, 310 (V), Aufklärung des Auslandes über die Lage in Deutschland 186
	Nachrichtenblatt 305	Ausfuhrverordnung für Bücher 353 (A), 376 (St), 383 (Ztg), 402, 414 (Ztg), 447 (Ztg), 452, 469 (V), 482, 518, 556 (A), 594 (V), 636 (V), 661 (V), 678 (A), 723, 726 (V), 756
	Canada	Ausländer in Deutschland 125, 126 (V), 127 (Ztg), 310 (V), 313 (St), 440, 589, 660 (V), 724
	Auswanderung 280	Ausl. Kunst in Deutschland 334, 533, 594
	D Ausweisung 172 (Rd)	Ausl. Presse in Deutschland 308
	D Außenhandel 653 (Rd)	Ausl. Studierende an deutschen Hoch- schulen 17, 60 (V), 173 (Kl.N.), 211, 243, 275, 310 (V), 313 (St.), 402, 466, 498, 511 (Ztg), 533, 571, 756
	D Besitz und Unternehmungen 141 (Rd)	Auslandsbeamte 159 (Ztg)
	Chile	
	Deutschlandhilfe 47 (Rd)	
	Fremdengesetzgebung 215	
	Landeskunde 248, 380 (B)	
	Siedlungswesen 248	
	D Allgemeines 17 (Rd), 172 (Rd), 173 (Rd), 764 (B)	
	D Außenhandel 204 (Rd), 661	
	D Einwanderung 282, 664 (B), 666	
	D Kunst 206	
	D Personalien 47 (Rd), 206, 267 (Kl.N.), 433 (Kl.N.), 460 (Kl.N.), 491 (Rd)	
	D Presse 178	
	D Schule 49, 253 (B)	
	D Stellung zum Wirtsvolk 15 (Rd), 47 (Rd), 204 (Rd)	

Digitized by Google

D Sprache 303 (Rd), 745 (Rd)
D Vereine 493
D Wissenschaft 175, 206, 368, 493, 568, 745 (Rd)

Jugoslawien s. Südslawien

Kartenbesprechungen

Afrika, Gesamt- 31 (Az), 94 (Az), 222 (Az), 288 (B u. Az), 350 (Az), 413 (Az), 480 (Az), 608 (Az), 735 (Az u. B)
Arabien 350 (Az), 413 (Az)
Argentinien 94 (B u. Az), 222 (B u. Az), 288 (B u. Az), 414 (Az), 735 (B)
Asien 31 (Az), 94 (Az), 157 (Az), 222 (Az), 288 (Az), 350 (Az), 413 (Az), 608 (Az), 672 (Az), 735 (Az)
Australien 94 (Az), 350 (Az), 414 (Az), 735 (Az)
Balkan 94 (B), 287-88 (B u. Az), 349 (Az), 479 (B)
Baltikum 608 (Az), 672 (B)
Belgien 92 (B), 735 (B)
Bolivien 288 (B)
Brasilien 222 (B), 288 (B), 350 (Az), 414 (Az), 672 (Az), 735 (B)
Britisch Indien 350 (Az)
Bulgarien 288 (Az), 479 (B), 735 (B)
Chile 222 (B), 288 (B), 413 (Az), 672 (Az)
China 157 (Az), 350 (Az)
Dänemark 92 (B), 156 (Az), 348 (Az)
Danzig 92 (B), 93 (B), 221 (B), 349 (Az), 479 (B), 607-08 (B)
Deutschland 30 (B), 31 (B), 92 (B), 156-157 (B u. Az), 220 (B), 286 (B), 349 (Az u. B), 413 (B), 479 (B u. Az), 607 (B), 671 (Az), 672 (B), 735 (B)
Deutschland, Grenzmarken 31 (B), 92-93 (B u. Az), 156 (B u. Az), 220-221 (B), 287 (B), 349 (B u. Az), 413 (Az), 479 (B u. Az), 542-43 (B), 607 (B u. Az), 672 (B), 735 (B)
Deutschland, ehemalige Kolonien 31 (Az), 94 (Az), 288 (Az), 350 (Az), 414 (Az), 480 (Az)
England 349 (B), 413 (Az)
Erdkarten 220 (B), 286 (Az), 348 (Az), 412 (B), 413 (B), 607 (B), 734 (B u. Az)
Europa, Gesamt- 30 (B), 92 (Az), 220 (B), 286 (B), 413 (B), 478 (B), 542 (B), 671 (B), 734 (B u. Az)
Finnland 735 (Az)
Italien 413 (Az), 735 (Az)
Japan 350 (Az)
Kleinasien 31 (Az)
Liberia 350 (Az)
Litauen 480 (B), 543 (B u. Az)
Luxemburg 92 (B), 735 (B)
Marokko 350 (Az)
Mesopotamien 288 (Az), 413 (Az)
Mexiko 157 (B), 350 (Az)
Mittelamerika 30 (B), 92 (B), 156 (B), 349 (B u. Az), 479 (Az u. B), 607 (B), 735 (B)
Mittelmeergebiet 288 (Az)
Niederlande 92 (B), 735 (B)
Niederländisch Indien 413 (Az)
Nordeuropa 92 (B), 156 (Az), 286 (Az), 348 (Az), 671 (B), 735 (Az)
Norwegen 92 (B), 156 (Az)
Österreich 31 (Az), 93 (B), 221 (B), 287 (B), 349 (B u. Az), 413 (Az), 479 (B), 543 (B), 607 (B), 735 (B)
Osteuropa 31 (Az), 93 (B), 157 (B), 222 (B), 349 (B u. Az), 413 (Az), 479-80 (B), 608 (B u. Az), 672 (B u. Az), 735 (Az)
Palästina 94 (Az), 222 (Az)
Paraguay 157 (Az), 222 (B), 288 (B u. Az), 672 (B)
Pazifischer Ozean 350 (Az), 414 (Az)
Persien 288 (Az), 413 (Az)
Polen 31 (Az), 222 (B), 413 (Az), 480 (B), 608 (B u. Az), 735 (B)
Rumänien 94 (B), 287 (B), 288 (Az), 479 (B u. Az), 735 (B)
Rußland 93 (B), 222 (B), 349 (Az), 413 (Az), 479 (B)
Sibirien 94 (Az), 157 (B)
Südamerika 94 (B u. Az), 157 (Az), 222 (B), 288 (B u. Az), 350 (Az), 413-14 (Az), 672 (Az)
Südeuropa 413 (Az), 607 (Az), 735 (B)
Südosteuropa 157 (Az), 287-288 (B u. Az)
Südslawien 349 (Az), 479 (B), 607 (Az), 735 (B)
Schweden 31 (B), 222 (B)
Schweiz 92 (B), 349 (B u. Az), 735 (B)
Tschechoslowakei 31 (B), 93 (A), 157 (B), 221 (B), 287 (Az), 349 (B), 479 (B), 607 (Az)
Tunis 413 (Az)
Ukraine 350 (Az), 479 (B)
Ungarn 157 (B), 221 (B), 287 (B), 349 (B), 413 (Az), 479 (B), 607 (B), 735 (B)
Uruguay 222 (B), 288 (B u. Az)
Vereinigte Staaten von Amerika 31 (Az), 157 (Az), 350 (Az)
Westeuropa 92 (B), 220 (Az), 349 (B), 413 (Az)

Kaukasus

D Allgemeines 139 (Rd), 231 (A)
D Einwanderung 139 (Rd), 231 (A)
D Kolonien 231 (A)
D Vereine 19, 492

Kolumbien

D Einwanderung 503
D Banken 215
D Wissenschaft 752

Korea

D Kirche und Mission 688

Kuba

D Besitz und Unternehm. 331 (Rd)

Marokko

D Besitz und Unternehm. 490 (Rd)
D Einreise 172 (Rd)

Mexiko

Liebestätigkeit für Deutschl. 113 (Rd), 363 (Rd)
D Verhältnis z. d. Ver. Staaten v. Amerika 185
D Allgemeines 46 (Rd), 267 (Rd), 654 (Rd)
D Außenhandel 267 (Rd)
Deutsche Lesehalle 269
D Einwanderung 184, 185, 281, 576, 604
D Presse 184, 448
D Schule 144, 238, 367, 567
D Vereine 113 (Rd), 177, 240, 530, 569, 630

Mittelamerika

D Allgemeines 113 (Rd), 526 (Rd)
D Außenhandel 113 (Rd)

Niederlande

Fremdengesetzgebung 633
Internat. Institut für Statistik 758 (V)
Liebestätigkeit für Deutschland 230 (A), 330 (Rd), 673 (A), 716 (Rd)
Stiftung des deutschen Kaisers 654 (Kl.N.)
Wirtschaftspropaganda 338
D Allgemeines 53, 236 (Rd)
D Außenhandel 635
D Einwanderung 212, 665 (B)
D Gefangene 239 (A), 470 (V)
D Kirche und Mission 655
D Kunst 302, 368, 369
D Personalien 119, 125 (V), 205 (Kl.N.), 587, 687 (Kl.N.)
D Schule 587
D Vereine 177, 212, 230 (A), 239, 269, 397
D Wissenschaft 368, 397, 751

Niederl. Guayana (Surinam)

D Allgemeines 562 (Rd)

Niederländisch Indien

Kirche und Mission 48
Landeskunde 58
D Allgemeines 173 (Rd)
D Außenhandel 662
D Einwanderung 58, 363 (Rd), 576
D Kunst 397
D Wissenschaft 627

Norwegen

D Allgemeines 2 (St), 25 (V), 196 (A), 214, 490 (Kl.N.)
D Einreise 214, 665 (B)
D Kirche und Mission 48, 366, 435, 688
D Kunst 368, 568, 627
D Personalien 47 (Kl.N.), 143 (Kl.N.), 144, 395 (Kl.N.), 433 (Kl.N.), 720 (Kl.N.)
D Technik 368
D Vereine 18-19, 50, 117, 144, 196 (A), 207, 304, 397, 398, 658
D Wissenschaft 173 (Kl.N.), 202 (Rd), 302, 368, 397, 751

Österreich

Allgemeines 11 (Rd), 42 (Rd), 75 (Rd), 137 (Rd), 171 (Rd), 200 (Rd), 235 (Rd), 250 (B), 298 (Rd), 414 (Ztg), 426 (Rd), 512 (Ztg), 646 (A), 650 (Rd), 697 (B), 743 (Rd), 523 (Rd), 682 (Rd)
Angloamerikan. Bibliotheken für Zentral-europa 277, 310 (V)
Deutsch-Österreich u. die ehemal. öster-reichischen Länder 11 (Rd), 42 (Rd), 75 (Rd), 137 (Rd), 171 (Rd), 200 (Rd), 235 (Rd), 298 (Rd), 697 (B), 717 (Rd)
Entschädigung v. Ausland-Österreichern 405 (V)
Grenzregulierung 583 (A)
Kunst 627
Presse 16 (Az), 18 (Az), 176
Schule 48, 175, 385 (A), 523 (Rd), 528
Vereine 17, 18, 49, 56, 151, 175, 176, 239, 269, 303, 369, 385 (A), 461, 568, 628, 691, 720, 752
Verfassungsgesetz 187 (B)

Palästina

Zionistenbewegung 182
D Allgemeines 6 (A), 141 (Rd), 174, 356 (A), 431 (Rd), 746 (Rd)
D Ausweisung 307
D Besitz u. Unternehm. 431 (Rd), 585 (Rd)
D Einwanderung 182, 393 (Rd), 460 (Rd), 585 (Rd), 685 (Rd), 725
D Gefangene 623 (Rd), 632

D Kirche u. Mission 6 (A), 48, 141 (Rd), 174, 205, 435, 749
D Personalien 433 (Kl.N.)
D Schule 6 (A), 623 (Rd)
D Vereine 6 (A)

Paraguay

Allgemeines 156 (Ztg), 664 (B)
Auslandsvertretung 501
Einwanderung 214, 249, 501, 503, 729
Siedlungswesen 282, 343, 501
Wirtschaftliches 445, 501, 762
D Allgemeines 371
D Einwanderung 151, 163 (A), 183, 282, 313, 316 (B), 317 (B), 343, 436, 442, 474, 666
D Reichsfarben 747 (Rd)
D Personalien 238 (Kl.N.), 490 (Kl.N.)
D Presse 436, 531
D Schule 116, 371, 396, 751
D Vereine 163 (A), 178, 240, 282, 304, 371, 436, 530, 755

Persien

Ennordnung des deutschen Konsuls 395 (Rd), 685 (Rd)
Wirtschaftliches 379 (B), 509 (B)
D Allgemeines 83

Peru

D Einwanderung 728
D Kirche und Mission 688

Polen s. auch Ukraine

Auswanderung 280, 408, 507, 696, 698 (B), 728
D Allgemeines 76 (Rd), 143, 265 (Rd), 299 (Rd), 300 (Rd), 301, 307, 308, 328 (Rd), 394 (Rd), 396, 402, 427 (Rd), 438, 459 (Rd), 498, 499 (Ztg), 524 (Rd), 554 (A), 560 (Rd), 620 (Rd), 711 (A), 717 (Rd), 767 (Ztg)
D Besitz und Unternehm. 571
D Gefangene 402, 440, 560 (Rd)
D Kirche und Mission 76 (Rd), 114, 134 (A), 143, 174, 434, 527, 655, 748
D Kunst 114, 368
D Personalien 114, 142 (Kl.N.), 490 (Kl.N.), 687 (Kl.N.), 720 (Kl.N.)
D Presse 76 (Rd), 208, 278, 436, 494, 554 (A), 711 (A), 722, 755
D Rückwanderung 124
D Schule 76 (Rd), 115, 134 (A), 301, 308, 366, 396, 435, 461, 528, 554 (A), 565, 689, 717 (Rd), 744 (Rd)
D Sprache 469 (V)
D Vereine 117, 239, 303, 397, 461, 462, 488 (Rd), 492, 524 (Rd), 529, 554 (A), 560 (Rd), 568, 711 (A), 753

Portugal

Zahlungsverkehr mit Deutschland 404
D Besitz und Unternehm. 622 (Rd)

Rumänien

Außenhandel 405
Wahlrecht 585 (Rd)
Wirtschaftliches 201 (Rd), 622 (Rd), 694
D Allgemeines 14 (Rd), 111 (Rd), 201 (Rd), 265 (Rd), 330 (Rd), 391 (A), 394 (Rd), 396, 429 (Rd), 459 (Rd), 489 (Rd), 525 (Rd), 622 (Rd), 661 (V), 684 (Rd), 718 (Rd), 767
D Hochschule 48, 435
D Kirche und Mission 429 (Rd), 434, 457 (A), 655, 727 (V)
D Personalien 79 (Kl.N.), 301 (Kl.N.), 586 (Kl.N.)
D Presse 265 (Rd), 375 (V), 394 (Rd), 434, 700 (Az)
D Schule 201 (Rd), 206, 367, 396, 429 (Rd), 459 (Rd), 461, 566, 589, 688, 689, 718 (Rd), 751
D Sprache 236 (Rd), 429 (Rd), 534 (V), 622 (Rd), 718 (Rd), 745 (Rd), 758 (V)
D Vereine 369, 462, 490 (Rd), 493, 622 (Rd), 629, 691, 721, 745 (Rd), 754
D Wissenschaft 589, 656, 726 (V)

Rußland s. auch Ukraine

Einwanderung 247
Gefangenheimkehr 498
Mennoniten 709 (A)
Staat und Gesellschaft 508 (B)
Wirtschaftliches 509 (B), 698 (B)
D Allgemeines 111 (Rd), 379 (B)
D Außenhandel 276, 339
D Besitz und Unternehm. 223 (Ztg)
D Einwanderung 86, 213, 247, 340, 408, 444, 474, 506, 507, 537, 575, 597-601, 664 (B), 665, 696, 728, 761
D Gefangene 76 (Rd), 111 (Rd), 622 (Rd), 709 (A), 723
D Kirche und Mission 749
D Kolonisten-Kompagnie 584 (Rd)
D Kunst 205
D Personalien 562 (Kl.N.), 586 (Kl.N.)
D Schule 422 (A)
D Sprache 422 (A)
D Wirtschaftsbeziehungen 266 (Rd), 694

Saargebiet s. Grenzdeutschum

Schweden

Auswanderung	247
Kulturpropaganda	126 (V)
Liebestätigkeit für Deutschland	362 (Rd), 427 (Rd), 716 (Rd)
D Einwanderung	665 (B)
D Kunst	302, 528
D Wissenschaft	302, 436, 461, 529, 568

Schweiz

Alliance française	244
Auswanderung	316
Einreise	25, 362 (Rd), 404, 533, 696
Kirche und Mission	48
Liebestätigkeit für Deutschland	161 (A), 362 (Rd), 552 (A)
Paßvorschriften	439, 632
Stellungnahme zu Ausländern	60 (V)
Steuergesetzgebung	185
Vereine	125 (V)
Wahlrecht der Auslandschweizer	274
D Allgemeines	165 (A), 395 (Kl.N.), 427 (Rd)
D Außenhandel	370, 467, 469
D Heilstätten für Lungenkranke	264 (A), 395 (Kl.N.), 563
D Kirche und Mission	165 (A), 655
D Personalien	144, 395 (Kl.N.)
D Schule	165 (A), 563
D Sprache	684 (Rd)
D Vereine	53, 144, 207, 303, 370, 427 (Rd), 436, 491, 568, 589, 657
D Wissenschaft	239, 277, 447 (Ztg)

Serbien s. Südslawien**Slam**

Fremdengesetzgebung	113 (Rd), 433 (Rd)
---------------------	--------------------

Sibirien

D Einwanderung	60 (B)
D Gefangene	25, 76 (Rd), 511 (Ztg), 723

Siebenbürgen s. Rumänien**Spanien**

D Allgemeines	203 (Rd)
D Kirche und Mission	562
D Kunst	80, 303
D Schule	115, 203 (Rd), 398
D Vereine	177, 269, 398, 468
D Wissenschaft	95 (Ztg), 112 (Rd), 236 (Rd), 269, 572 (V)

Südafrika (Brit.)

D Allgemeines	166 (A)
D Besitz und Unternehm.	335, 592, 624 (Rd)
D Einreise	280
D Kirche und Mission	143
D Kunst	752
D Schule	566

Südrussland s. Ukraine**Südslawien**

D Allgemeines	176, 385 (A), 462, 489 (Rd), 642 (A), 616 (A), 701 (Ztg), 718 (Rd)
D Außenhandel	138 (Rd)
D Besitz und Unternehm.	110 (Rd), 171 (Rd), 404
D Kirche und Mission	749
D Presse	531, 656
D Schule	588, 688
D Vereine	110 (Rd), 116, 176, 206, 462, 493, 530, 569, 628, 629, 642 (A), 644 (A), 691, 754

Syrien

D Außenhandel	301 (Kl.N.)
D Mission	205
D Personalien	79 (Kl.N.), 719 (Kl.N.)

Tschechoslowakei

Auswanderung	728
Deutschenhetze	239, 619 (Rd)
Kriegsgefangenenheimkehr	470 (V)
D Allgemeines	42 (Rd), 44 (Rd), 76 (Rd), 109 (Rd), 137 (Rd), 235 (Rd), 250 (B), 296 (A), 327 (Rd), 385 (A), 387 (A), 393 (Rd), 419 (A), 428 (Rd), 459 (Rd), 488 (Rd), 523 (Rd), 560 (Rd), 619 (Rd), 651 (Rd), 683 (Rd), 691, 700 (Ztg)
D Außenhandel	662
D Besitz und Unternehm.	276, 296 (A), 647 (A), 692, 755, 757
D Hochschule	238, 296 (A)
D Kirche und Mission	366, 527, 683, 717 (Rd)
D Kunst	114, 235 (Rd), 397, 656
D Personalien	43 (Rd), 720 (Kl.N.)
D Presse	145, 278, 296 (A), 592, 683 (Rd), 692
D Schule	137 (Rd), 143, 159, 295 (A), 302, 528, 565, 656, 689, 739 (A)
D Sprache	43 (Rd), 265 (Rd), 296 (A), 393 (Rd), 428 (Rd), 717 (Rd), 739 (A)
D Vereine	176, 276, 366, 369, 568, 628, 721, 743 (Rd), 753

Türkei, s. auch Palästina, Syrien

Allgemeines	379 (B)
D Allgemeines	251 (B)
D Einwanderung	664 (B)
D Mission	205
D Personalien	78 (Kl.N.), 719 (Kl.N.), 748 (Kl.N.)

Ukraine

Allgemeines	379 (B)
Auswanderung der Mennoniten	300 (Rd)
D Allgemeines	110 (Rd)
D Einwanderung	23, 664 (B)

Ungarn, siehe auch Rumänien, Südslawien,**Tschechoslowakei**

Beziehungen zu Österreich	236 (Rd), 717 (Rd), 743 (Rd)
D Allgemeines	4 (A), 12 (Rd), 44—45 (Rd), 55, 76 (Rd), 95 (Ztg), 109 (Rd), 138 (Rd), 171 (Rd), 201 (Rd), 235 (Rd), 361 (Rd), 428 (Rd), 620 (Rd), 651 (Rd), 683 (Rd), 758 (V)
D Außenhandel	339, 533, 725
D Besitz und Unternehm.	122, 361 (Rd)
D Kunst	80
D Personalien	49, 117, 433 (Kl.N.)
D Presse	17 (A), 428 (Rd)
D Sprache	758 (V)
D Schule	109 (Rd), 361 (Rd), 488 (Rd), 566
D Vereine	18, 49, 117, 239, 303, 370, 492

Unterstützungsvereine

American Dairy Cattle Comp.	365 (Kl.N.)
Armendirektion, Abt. f. Flüchtlingstürsorge, Berlin	308
Baltenwaisenhilfe	59 (V)
Erzgebirgskinderfürsorge	186
Frauenausschuß für Flüchtlinge und Rückwanderer in Danzig	320 (Ztg)
Frauenhilfe fürs Ausland	114
Fürsorge für deutschstämmige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in den Abtretungsgebieten	307
Heimkehrhilfe (Balt. Flüchtl.-Hilfe)	45 (Rd)
helen Keller-Stiftung	215

Internat. Hilfswerk f. d. Kinder Mittel-

europas	351 (Ztg)
Invalditäts- und Altersfürsorgevereini-	
gung der Flüchtlinge, Internierten und Auswanderer	658
Invalditäts- und Altersversorgung für Auslandsdeutsche und Kriegs- und Zivilgefangene	500, 637 (St), 363 (Rd)
Quarter Collection	321, 331, 449 (A)
„Rückwandererhilfe“ E. V.	129, 133 (A), 225, 321, 331, 449 (A)
Schweizer-deutsche Hilfskommission für notleidende Kinder	362 (Rd)
Society of Friends	209

Uruguay

Einwanderung	211
Liebestätigkeit für Deutschland	46 (Rd)
D Allgemeines	204 (Rd)
D Besitz und Unternehm.	687 (Rd)
D Kirche und Mission	117
D Vereine	117, 178

Venezuela

Einwanderung	563 (B), 666
D Allgemeines	198 (A), 596 (V)
D Einwanderung	198 (A), 247
D Kirche und Mission	525 (Rd)
D Schule	195 (A)

Vereinigte Staaten von Amerika

Allgemeines	59, 253 (B)
Auswanderung	377
Außenpolitik	317 (B)
Deutschenhetze	46 (Rd), 115, 217, 661 (V)
Einwanderung	124, 182, 246, 248, 432 (Rd), 697
Fremdengesetzgebung	124
Kulturpropaganda	382 (B), 432 (Rd), 470 (V)
Liebestätigkeit für Deutschland	55, 83, 113 (Rd), 141 (Rd), 173 (Kl.N.), 204 (Rd), 268 (Kl.N.), 301 (Kl.N.), 363 (Rd), 490 (Rd), 593, 625 (Kl.N.), 653 (Rd), 659, 687 (Rd), 693, 744 (Rd), 746 (Rd)
Staat und Gesellschaft	719 (Rd)
Wirtschaftliches	276, 339, 468
D Allgemeines	226 (A), 534 (V), 578 (A), 654 (Rd), 705 (A), 726
D Außenhandel	363 (Rd), 662
D Besitz und Unternehm.	141 (Rd), 243, 244, 460 (Rd), 467, 498, 572, 592, 660
D Einreise	377
D Einwanderung	314, 664 (B), 665 (B)
D Kirche und Mission	380 (B), 448 (Ztg), 528, 750, 764 (B)
D Kunst	14 (Rd), 16, 46 (Rd), 79, 115, 361 (Kl.N.), 369, 529, 588, 738 (A), 751, 752
D Personalien	16 (Kl.N.), 113 (Rd), 205 (Kl.N.), 361 (Kl.N.), 368, 396 (Kl.N.), 578 (A), 655 (Kl.N.), 687 (Kl.N.), 748 (Kl.N.)
D Presse	145, 205 (Kl.N.), 269, 364 (Kl.N.), 374, 470 (V), 578 (A), 702 (Ztg), 722, 765 (Ztg)
D Schule und Sprache	16 (Kl.N.), 144, 561 (Rd), 625 (Rd)
D Vereine	117, 205 (Kl.N.), 269, 371, 448 (Ztg), 481 (A), 530, 754
D Wissenschaft	205 (Kl.N.), 368, 491

Jugoslawien s. Südslawien**Zeitschriften, eingegangene**

190 (Az), 222 (Az), 414 (Az), 480 (Az), 495, 511, 543

Zypern

Fremdengesetzgebung	112 (Rd)
---------------------	----------



DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 1

STUTTGART

Erstes Januar-Heft 1920

1920.

Das Auslandsdeutschtum tritt mit neuen Hoffnungen ins neue Jahr, soll es doch die Verwirklichung so mancher Erwartungen bringen, die man durch lange bange Kriegs- und Nachkriegsjahre gehegt hat. Das Auslandsdeutschtum in den neutralen Ländern und auch in denjenigen Ländern, die mit uns im Krieg standen, darf sich nun wieder freier bewegen und darf bei aller Betonung der staatlichen Loyalität gegenüber der neuen Heimat den Sympathien und dem Gefühl des kulturellen Verbundenseins mit dem alten Vaterlande wieder freien Ausdruck verleihen. Amerikanisch-deutsche Zeitungen berichten uns, daß sich die deutschen Vereine drüben doch lebendig und tatkräftig erhalten haben, daß die Sehnsucht, den alten Stammesbrüdern zu helfen, und die Bereitwilligkeit, dafür auch Opfer auf sich zu nehmen, allgemein verbreitet sind. Vieles von dem, was wir wirtschaftlich und kulturell verloren geglaubt, wird sich wieder regen und wird wieder Verbindung mit uns suchen. In den neutralen Ländern, namentlich in denen Südamerikas, wo das deutsche Handelselement auch geschäftlich nicht eben schlecht abgeschnitten hat, rüstet man sich zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und erwartet von uns, daß wir bereit sein möchten, wieder so gute Fabrikate zu liefern wie ehemals. Fäden beginnen sich wieder zu spinnen, nachdem die häßlichen Fesseln geisttötender Zensur in Wegfall gekommen sind, Vernunft beginnt wieder sich durchzusetzen, nachdem das gesprochene und das gedruckte Wort wieder wenigstens etwas unbehelligter über die Meere dringen darf. Wir wollen hoffen, daß das Jahr 1920 diesen Gesundungsprozeß beschleunigen möge, daß es ein Jahr der Völkerversöhnung wird, ein Jahr der Wiederanerkennung deutscher hervorragender Eigenschaften, deutschen guten und ehrlichen Willens zur Wiederaufrichtung der Völker-Kulturgemeinschaft, deutschen tatkräftigen Könnens.

Schon beginnen sich auch die Grenzen Einzelnen von den ungezählten Tausenden zu öffnen, die aus Feindesland vertrieben wurden und die nun wurzellos in der Heimat weilten, der sie durch jahre- und jahrzehntelangen Aufenthalt in der Ferne doch entfremdet worden waren. Harte Lebensnotwendigkeit und ungebrochener Arbeits- und Betätigungsdrang zieht sie hinaus an die früheren Stätten ihres Wirkens. Zwar holt man vorerst nur diejenigen, die man draußen dringend braucht, aber die Zeit möge lehren, daß man viele von denen wird brauchen können, die einst das Beste ihres Volkstums zugunsten fremder Wirtschafts- und Kulturentwicklung eingesetzt haben.

Jenen vielen Tausenden aber, die nicht wieder hinaus in die Fremde wollen oder können, will nun das Reich getreu den im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen hilfreich beistehen, sich eine Existenz in der Heimat wieder aufzubauen. Die Entschädigungsaktion ist im Gange, die ersten Vorschüsse gelangen in diesen Tagen zur Auszahlung. Zwar wird die erste bewilligte Milliarde nicht ausreichen, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu decken, aber weitere Bewilligungen werden folgen. Das Reich weiß, daß es über den Buchstaben des Gesetzes hinaus seinen Auslandsdeutschen moralisch verpflichtet ist, daß es ihnen Dank schuldet für viele treue Arbeit, und es wird sich dieser Dankesschuld nicht entziehen.

Der „Auslandsdeutsche“ hat auch in seinem neuen Gewande daran mitgeholfen, daß Auslandsdeutschtum und Heimat in einen engeren Zusammenhang kamen, daß das gegenseitige Verständnis geweckt und wachgehalten wurde. Das Deutsche Ausland-Institut hat sich im abgelaufenen Jahre mächtig entwickelt, es hat seine Abteilungen ausgebaut, seine Bücherei und seine Archive, seine Stellenvermittlung und seine Auswandererberatungsstelle, sein Lesesaal und seine Ausstellungen haben Tausenden Anregung und Hilfe, Arbeit und Beschäftigung gebracht. Neue Arbeit harret unser. Es gilt Angefangenes fortzuführen, neue Pläne zu verwirklichen. Überall ins Ausland hin haben wir Beziehungen angeknüpft und Verbindungen gesucht. Überall hat unsere Arbeit freudigen Widerhall gefunden, hat man unserem Institut Hilfe und tätige Mitwirkung zugesagt. So dürfen wir auch heute unsere Mitarbeiter und Freunde bitten,

uns treu zu bleiben und zu gemeinsamer Arbeit mit uns zusammenzustehen. Das neue Jahr wird schicksalsschwer sein, es wird unter dem Zeichen gewaltigster Kraftanstrengung unseres ganzen Volkes stehen müssen, wenn wir uns wieder emporraffen wollen. Das Deutsche Ausland-Institut bedarf dazu nicht nur seiner alten Mitglieder und Freunde, es will immer mehr, immer neue Kräfte heranziehen. Und hier vor allem bitten wir unsere Leser um ihre Unterstützung. Wer im abgelaufenen Jahre in diesen Blättern etwas gefunden hat, was ihn fesselte und was ihm Belehrung bot, der bringe uns neue Leser und werbe für die Zeitschrift und für das deutsche Ausland-Institut. Wir unsererseits wollen dafür sorgen, daß das deutsche Ausland-Institut und seine Zeitschrift immer mehr ihrer Aufgabe gerecht werden: Auslandkunde zu verbreiten und Auslandsdeutschum und Heimat in engsten wirtschaftlichen und geistigen Zusammenhang zu bringen.

Was tun?

Von Pfarrer GÜNTHER, Kristiania.

Von dem unermüdlichen Vertreter deutscher Arbeit und deutscher Kultur im hohen Norden erhielten wir die beachtenswerten Zeilen, denen wir hier gerne Raum geben.

Erstaunlich und doch begreiflich viele Briefe und Drucksachen fliegen einem jetzt auf den Schreibtisch, die Hilferufe und Bitten aus der Heimat an uns Auslandsdeutsche enthalten. Da droht ein altherühmtes Säuglingsheim im großen Zusammenbruch des Vaterlandes mit unterzugehen, dort sind Erholungsheime für die vielen durch die Hungerblockade entkräftigten Glieder unseres Volkes, namentlich junge Männer und Schüler, zum Teil begonnen, können aber aus Geldmangel nun nicht weiter geführt werden. Andere erzählen uns ergreifend von der Not der heimkehrenden Kriegsgefangenen usw. Auch all die Vereinigungen, die an der inneren Kräftigung des Volkes arbeiten, sehen sich mehr und mehr durch das Versagen der Mittel gehemmt. Man könnte Seiten schreiben, wenn man alles aufzählen wollte, was an Liebeswerken und idealen Bestrebungen in Deutschland vom Untergange bedroht ist.

Und nun wenden die Träger solcher Unternehmungen sich an uns Auslandsdeutsche um Hilfe. Begreiflich genug; denn ein Drittel aller Deutschen, 30 Millionen, lebt ja außerhalb des Deutschen Reiches, und wenigstens die Deutschen in neutralen Ländern haben es ja so viel besser als die daheim. — Und dann kommt einem der niedrige Kurs der deutschen Mark in den Sinn, man überschlägt, für wie wenige Kronen man den Notleidenden im Vaterlande schon eine ganz ansehnliche Summe senden kann. Sollte nicht die an sich so traurige Lage des Geldmarktes wenigstens für diese Hilfsbedürftigen daheim insofern ein Glück sein können, als wir Auslandsdeutschen ihnen recht viel senden, gerade weil das jetzt so verlockend ist?

Nun aber erheben sich nicht minder kräftige Bedenken. Müssen wir Auslandsdeutsche nicht gerade jetzt vor allem für unsere eigenen Angelegenheiten selbst und zuallererst sorgen?

Es gibt ja so viele wichtige Unternehmungen der Wohltätigkeit oder sonstiger idealer Arbeit unter uns Auslandsdeutschen, die der Unterstützung bedürfen, denken wir an unsern Hilfsverein, den Frauenverein, den Kindergarten, die Gemeinde, die sonstigen Vereine und anderem. Ist nicht schon genug Anspannung unserer Kräfte nötig, wenn wir uns das Ziel setzen, alle diese und ähnliche Einrichtungen aus uns selbst heraus zu erhalten und auszubauen ohne Hilfe der Heimat, auf die wir wohl früher zählen konnten? Unsere Kristiania-gemeinde z. B. muß nun alle Hoffnung aufgeben, aus dem

Vaterlande irgendwelche Beiträge zum Bau einer eigenen Kirche zu erhalten. Sie muß diesen Plan allein weiterverfolgen, so gut sie kann. Das bedeutet vorläufig Verzicht. Nun will sie wenigstens auch ihrerseits unter Benützung des günstigen Kurses eine Orgel anschaffen. Oder denken wir an die Bestrebungen der deutschen Kolonie, sich endlich einmal, wenn nicht ein eigenes Haus, so doch eigene Räume mit Bücherei, Zeitungen usw. zu schaffen — für unsere kleine Kolonie eine Riesenaufgabe. Wenn wir jetzt schon genügend Geld für diesen Zweck z. B. hätten, wie gut könnten wir den billigen Kurs ausnützen zum Ankauf einer sehr schönen deutschen Büchersammlung.

Doch das sind nur einige wenige Beispiele. In den verschiedensten Formen tritt jetzt immer wieder die Frage an uns heran: was sollen wir tun? Sollen wir zuerst die Heimat unterstützen, oder sollen wir zuerst für unsere hiesigen Unternehmungen geben und sammeln? Ja, was tun? Die Antwort ist gar nicht leicht. Es ist ja ein alter guter Grundsatz: Jeder soll vor allem an seinem Platze seine Pflicht tun, und die Sache betreiben, die seiner Verantwortung besonders anvertraut ist. Das würde also besagen, daß wir die erste Pflicht haben, unsern Posten als Auslandsdeutsche so gut als möglich auszufüllen. Auf der andern Seite wird es Fälle geben, wo wir eben doch sagen müssen: Du wirst schon auch für die eine oder jene große Not der Heimat noch ein Scherflein übrig haben. Solange uns der Kurs das wenigstens so leicht macht, wie jetzt, sollten wir doch suchen zu tun, was wir können.

Darauf wird überhaupt diese Gewissensfrage für uns Auslandsdeutsche hinauslaufen, daß wir uns an ganz andere Maßstäbe des Gebens gewöhnen. Die Frage „was tun?“ werden wir eben nicht anders beantworten können als mit einem ganz einfachen: viel, viel mehr! Viel mehr als bisher müssen wir geben! Geben und immer wieder geben muß unsere Lösung sein, damit auch wir Opfer bringen, wirkliche Opfer — damit wir nicht allzu beschämt zurückstehen müssen vor den unermesslichen Opfern, die unsere Brüder und Schwestern daheim nun seit fünf Jahren gebracht haben und immer neu bringen müssen. Versetzen wir uns nur einmal hinein in das Hungern und Frieren dieses Winters in Deutschland, und dann fragen wir uns, ob wir nicht doch noch etwas geben können — hier oder dort — von unserem Überfluß!

G.

Die Vorentscheidung der Auslandsdeutschen

Die „Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges“ vom 15. November und die „Bekannt-

machung betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland“ vom gleichen Datum haben noch vor Weihnachten die schon lange in Aus-

sicht gestellte und von den beteiligten Kreisen sehnlichst erwartete gesetzliche Regelung der Frage der Vorentscheidung für Auslandsverluste und damit auch der Vorentscheidung der Auslandsdeutschen gebracht.

Die Auszahlung einer Vorentscheidung entspricht den Forderungen der Billigkeit und der politischen Zweckmäßigkeit in gleicher Weise. Die Geschädigten können nicht warten, bis der große Apparat zur Abwicklung der entgeltigen Entschädigung mit den notwendigen genauen und langwierigen Schadensfeststellungen funktioniert, sondern sie bedürfen rascher Hilfe, sie wollen bar Geld in die Hand bekommen, um sich wieder eine Existenz aufbauen zu können. Daran hat aber auch der Staat selbst das größte Interesse, der leistungsfähige Steuerzahler braucht und die deutsche Volkswirtschaft, die zur Wiederaufnahme des Auslandsgeschäfts in erster Linie der reichen Kenntnisse und Erfahrungen der Auslandsdeutschen bedarf. So ist denn auch die deutsche Regierung in der gesetzlichen Regelung vom 15. November — über ihre im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung zur Entschädigung hinaus — den Geschädigten aus freien Stücken in weitem Maße entgegenkommen.

Sie gewährt Vorschüsse auf Liquidationsschäden, die nicht festgestellt, beziehungsweise erwiesen, sondern nur glaubhaft gemacht sind. Nach Abs. 2 des § 1 soll auch für die Entziehung oder Beeinträchtigung von Gegenständen im Gebiet des früheren russischen Reichs soweit sie im Zusammenhang mit dem Kriege stehen und auf das Deutschtum der Betroffenen zurückzuführen sind, in gleicher Weise ein Vorschuss ausbezahlt werden. Mit dieser wichtigen Bestimmung erkennt das Reich also indirekt eine Schadenersatzpflicht auch für die in Rußland erlittenen Schäden an. Keine derartige Verheißung auf eine spätere vollkommene Schadenersatzleistung liegt in der Gewährung von Beihilfen für die in § 6 näher bezeichneten Kriegsschäden im Ausland. Tatsächlich wird aber dadurch von dem Reich für ausländische Kriegsschäden früher positiver Hilfe geleistet, als für inländische, hinsichtlich deren die Gesetzgebung seit dem Gesetz vom 3. Juli 1916 über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet keinen Schritt weitergekommen ist. Eine Hilfe auf einem Gebiet, auf dem bisher Darlehenskassen und private Fürsorge- und Unterstützungsorganisationen tätig gewesen sind, stellen die nach § 10 der Richtlinien zu gewährenden Unterstützungen dar, durch die es ermöglicht ist, wenigstens einen kleinen Ausgleich für die vielen ideellen, schwer zu substantisierenden Verluste zu schaffen, die so manchen Auslandsdeutschen vom wohlhabenden Mann durch Verlust seines bisherigen Arbeitseinkommens im Ausland zum bedürftigen Flüchtling gemacht haben.

Die Verordnungen vom 15. November beziehen sich zwar an sich in gleicher Weise auf Inland- wie Auslandsdeutsche (ungeklärt scheint noch, ob die Elsaß-Lothringer und die Kolonialdeutschen hinsichtlich ihrer in Elsaß-Lothringen beziehungsweise den Kolonien erlittenen Verluste mit einbezogen sind*), die Auslandsdeutschen sind aber doch besonders berücksichtigt worden. § 10 bezieht sich in der Hauptsache auf Auslandsdeutsche und § 16 sieht eine Erhöhung von Vorschüssen und Beihilfen bis zu Dreiviertel des Schadens an Stelle der Hälfte (§ 14) vor, soweit die Zuwendung „nachweislich zur Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit im Ausland verwandt werden soll.“ Im Allgemeinen ist der Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit für die Gewährung von Zu-

wendungen zur Voraussetzung gemacht, aber § 11 läßt doch auch die Auszahlung an „Deutsche, welche die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, oder zur Zeit des Eintritts des Schadens nicht besessen haben“, ausnahmsweise zu mit Zustimmung des Reichsministers für Wiederaufbau und des Reichsministers der Finanzen oder einer von ihr bezeichneten Stelle. Nicht ganz einfach dürfte die Abgrenzung des Begriffs des „Deutschen“ beziehungsweise des „Auslandsdeutschen“ im Sinne von § 11 werden. Es sind darunter wohl jene Personen zu verstehen, die zwar in staatsrechtlicher Hinsicht Staatenlose oder Ausländer sind, nach Abstammung, Sprache, Sitten und Zusammengehörigkeitsgefühl jedoch zum Deutschtum gehören. Die Entscheidung wird im allgemeinen nur von Fall zu Fall möglich sein und davon abhängen, wie weit die betreffenden Deutschen ihr Deutschtum bewahrt haben oder in dem fremden Volkstum aufgegangen sind. Politische, völkische und kulturelle Gesichtspunkte werden dabei mitsprechen und es ist zu hoffen, daß die Behörden, denen bei der Entscheidung eine bestimmende Mitwirkung eingeräumt ist, die Auslegung in einem dem Auslandsdeutschtum günstigen Sinne treffen, dies um so mehr, als eine liberale Praxis nicht nur das Auslandsdeutschtum selbst wirtschaftlich stärkt, sondern dem Deutschtum überhaupt zugute kommt, da sie die Beziehungen der staatsrechtlich nicht reichszugehörigen Auslandsdeutschen zur Heimat festigen und kräftigen wird.

Von durchschlagender Bedeutung ist für die Auslandsdeutschen bei der Regelung der Reichszuwendung die Frage, in welcher Höhe dieselbe erfolgen wird. § 14 sieht die Auszahlung von Vorschüssen und Beihilfen bis zur Hälfte des Schadens, § 16 in dem oben erwähnten Ausnahmefall sogar bis zu 75% vor, die Unterstützungen sollen nach § 17 1500 Mark für die Person nicht übersteigen und nur in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit soll der Reichsminister der Finanzen befugt sein, die Gewährung höherer Unterstützung anzuordnen. Der Normalatz von 1500 Mark wird natürlich in den meisten Fällen nur ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein sein.

Hinsichtlich der Vorschüsse und Beihilfen ist zu beachten, daß der Prozentsatz von 50 beziehungsweise 75 des Schadens nicht die Höhe angibt, zu der ausbezahlt werden muß, sondern die Höchstgrenze, bis zu der ausbezahlt werden kann. Es wird also alles darauf ankommen, welche Praxis, beziehungsweise welche Grundsätze sich bei den Spruchkommissionen für die Zubilligung von Reichsmitteln herausbilden. Daß die Regierung darauf leicht Einfluß nehmen kann, geht daraus hervor, daß trotz der im Verfahren vorgesehenen weitgehendsten Selbstverwaltung der Interessenvertretungen der Präsident der Reichsentschädigungskommissionen jede Entscheidung der Spruchkommissionen anfechten und solche in zweiter Instanz vor das Reichswirtschaftsgericht bringen kann. Große Wichtigkeit gewinnt unter diesem Gesichtspunkt die Frage nach den Geldmitteln, die für die Durchführung der Verordnung vom 15. November zur Verfügung stehen. Vor kurzem hat Herr Lenz, der frühere Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen in einem Artikel in der „Tagl. Rundschau“ deswegen ernstliche Bedenken erhoben. In dem Gesetz über einen Anleihekredit in Höhe von 9 Milliarden sind zunächst nur 2 Milliarden „für Leistungen aus dem Friedensvertrag“ und zwar ausdrücklich nicht nur für die Vorentscheidung der Auslandsdeutschen sondern auch zur Abfindung der Rhedereien zur Verfügung gestellt worden, unter anderem sollen davon jetzt auch noch die Inlandsdeutschen für ihre im Ausland erlittenen Schäden abgefunden werden. Oder ist es richtig, daß

*) Zum mindesten für die Elsaß-Lothringer wünschte das die Regierung so, der elsaß-lothringische Beirat hat sich aber bei seiner letzten Tagung in Cassel auf einen scharf ablehnenden Standpunkt gestellt und hat ein eigenes Entschädigungsgesetz verlangt, das auch nach neuesten Nachrichten gewährt wird.

für die Auslandsdeutschen, wie der Finanzminister privatim geäußert haben soll, die runde Summe von einer Milliarde zur Verfügung steht? Die gesamte Höhe der angemeldeten Schäden dürfte sich schwer schätzen lassen, sie schwankt aber immerhin nach den verschiedenen Angaben zwischen 8 und 15 Milliarden. Kann also mit den bestehenden Mitteln den geldlichen Anforderungen, wie sie durch die Richtlinien an das Reich herantreten, von diesem genügt werden? Man kann dem nicht entgegenhalten, daß die Regierung, wenn sie die Auszahlung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen anordnet, dann auch die nötigen Mittel bereit stellen wird. Es besteht eben die Gefahr, daß der vorgesehene Höchstprozentsatz in den allerseinsten Fällen zugebilligt werden kann, daß man sich bei der Anerkennung der Ansprüche nach der Decke strecken muß und daß daher bei der Zuerkennung von Reichsmitteln unter anderem ein unbillig strenger Maßstab angelegt werden wird. Diese Frage scheint uns noch nicht befriedigend geklärt zu sein.

Ein anderer Umstand hat unter den Auslandsdeutschen große Beunruhigung hervorgerufen, das ist die Wertfestsetzung nach dem Friedensmaßstab und die Umrechnung zum Vorkriegskurs bei Gegenständen, deren Wertfeststellung in ausländischer Währung erfolgt.

Diese Erregung ist wohl begreiflich aus der Befürchtung dieser Kreise heraus die entgültige Entschädigung könnte nach dem gleichen Modus vorgenommen werden. Dies würde allerdings für die meisten den Ruin bedeuten und damit für das Auslandsdeutschtum in seiner Gesamtheit von katastrophaler Wirkung sein. Allein die Festsetzung zum Friedenswert und zum Friedenskurs kann von der Regierung wohl billigerweise nur für die Zwecke der Vorentscheidung erfolgt sein zur Bildung einer einheitlichen niedrigen Basis, die eine Vorverausgabung ausschließt. Wir betrachten daher diese Festsetzung nur als eine vorläufige, die für die entgültige Entschädigung keinesfalls Anwendung finden darf.

Was das Verfahren für die Gewährung der Reichszuwendungen angeht, so ist es charakterisiert durch die weitgehende Mitwirkung der Interessenvertretungen der Geschädigten, die als Selbsthilfeorganisationen tätig werden sollen. Nach der auf Grund von § 3 der Bekanntmachung über das Verfahren ergangenen Bestimmung des Reichsministers für Wiederaufbau ist es der „Bund der Auslandsdeutschen“, an den, beziehungsweise an dessen zuständige Ortsgruppe die Auslandsdeutschen ihre Anträge aus Gewährung von Vorschüssen Beihilfen und Unterstützungen nach näherer Maßgabe des § 2 der Bekanntmachung zu richten haben. Vorschriften über Form und Inhalt des Antrags, das heißt insbesondere die nötigen Antragsformulare und Fragebogen sind von dem Bund noch nicht ausgegeben. Anmeldungen und Gesuche sind also zunächst noch zwecklos. Aber auch erstmalige Schadensersatzanmeldungen, die bisher an den Reichskommissar in Berlin zu richten waren, können vor Ausgabe des vom Bund ausgearbeiteten Fragebogens nicht betätigt werden, da die Schadensanmeldung überhaupt auf den

Bund übergegangen ist und die bisher zuständigen Behörden die Anmeldung ablehnen.

Der Bund der Auslandsdeutschen wird voraussichtlich bei den Landesverbänden und Ortsgruppen eigene Kommissionen zur Prüfung des Sachverhalts über die eingegangenen Anträge aufstellen, die den Spruchkommissionen Vorschläge unterbreiten. Die Spruchkommissionen, die aus drei Mitgliedern, einem Beauftragten des Präsidenten der Reichsentschädigungskommission als Leiter und zwei von dem Bund vorgeschlagenen Beisitzern bestehen, haben die eigentliche Entscheidung zu fällen. Über Sitz und Geschäftsbereich der Spruchkommissionen ist eine Bestimmung von seiten des nach § 6 zuständigen Reichsministers für Wiederaufbau noch nicht erfolgt. Von verschiedenen Landesverbänden, unter anderem Bayern und Württemberg, ist mit Nachdruck eine Dezentralisation der Kommissionen verlangt worden, doch wünscht die Bundesleitung eine Zentralisation in Berlin, wie sie auch eine Vertreterversammlung des Bundes, allerdings unter lebhaftem Protest, beschlossen hat.

Gegen die Entscheidung der Spruchkommission, die in schriftlichem Verfahren erfolgt, ist nach § 11 eine Beschwerde binnen 2 Wochen vorgesehen, auf die hin entweder die Spruchkommission durch einstimmigen Beschluß ihrer Mitglieder ihre Entscheidung abändern kann oder der Präsident der Reichsentschädigungskommission die Prüfung und Entscheidung des Antrags einer anderen Spruchkommission überträgt. Dieser zweite Beschluß ist entgültig und kann nur durch Einspruch des Präsidenten der Reichsentschädigungskommission wegen Verletzung der Reichsinteressen durch das Reichswirtschaftsgericht abgeändert werden. Die Auszahlung der zugesprochenen Zuwendungen aus Reichsmitteln erfolgt nach der Rechtskraft, also bei Nichteinlegung eines Rechtsmittels 14 Tage nach der Entscheidung auf Anweisung des Bundes. Durch die Bestimmung, daß als Stichtag für sämtliche Auszahlungen der 1. Januar 1920 anzunehmen und von diesem Zeitpunkt ab 5% Zinsen in Anrechnung zu bringen sind, soll verhindert werden, daß später erfolgende Auszahlungen unbillige Benachteiligungen für die Beteiligten mit sich bringen.

Die Erledigung der dem Bund der Auslandsdeutschen durch die Verordnung vom 18. November übertragenen Aufgaben und Geschäfte bedeutet für diesen eine außerordentliche Arbeitsbelastung, auf die er sich naturgemäß erst einstellen muß. Er ist berechtigt, für die Kosten der allgemeinen Geschäftsführung, der Vorprüfung und der Auszahlung einen Abzug zu machen nach einem noch zu bestimmenden Hundertsatz. Ferner ist er berechtigt, 1/2% zur Bildung eines besonderen Wohlfahrtsfonds abzuziehen, aus welchem besonders bedürftige Geschädigte bedacht werden sollen. Es ist zu hoffen, daß es dem Bund gelingen wird, den umfangreichen Apparat in möglichst kurzer Zeit aufzuziehen, damit den Auslandsdeutschen für ihre zum Teil seit Jahr und Tag angemeldeten Schäden bald wirkliche Hilfe geleistet werden kann.

Dr. H. K.

Die Zukunft der Deutsch-Ungarn

Aus Kreisen der reichsdeutschen Kolonie in Budapest erhalten wir eine Zuschrift, die wir mit einigen wenigen die Gegensätze mildernden Strichen hier wiedergeben:

Die Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung Ungarns werden seit der Revolution von zwei Parteien vertreten, von denen jede einzelne behauptet, im Namen der ungarländischen Deutschen zu sprechen.

Es ist dies zunächst die aus den Kreisen der Siebenbürger

Sachsen hervorgegangene Partei, die von dem früheren Abgeordneten Brandsch ins Leben gerufen und derzeit von dem Rechtsanwalt Dr. Gündisch, ebenfalls einem Siebenbürger, geleitet wird, weshalb wir sie im nachstehenden kurz „Gündisch-Partei“ nennen wollen.

Die andere Partei ist die von dem Universitätsprofessor Dr. Jakob Bleyer gegründete jetzige „Deutsch-christliche Wirtschaftspartei“.

Die „Gündisch-Partei“ berief kurz nach dem Ausbruch der Revolution unter dem Vorsitz des früheren sächsischen Abgeordneten Brandsch mehrere deutsche Volksversammlungen ein, in denen weitgehende Ziele für das ungarländische Deutschtum gesteckt und eine Autonomie für die Deutschen verlangt wurde. Brandsch hatte die deutsche ungarländische Sozialdemokratie in seinem Gefolge, führte jedoch kurze Zeit darnach die siebenbürgische Bewegung, die im Namen der Siebenbürger Deutschen dem rumänischen König huldigte, und in deren Namen den Anschluß an Rumänien verkündete. Die Partei wurde nach dem Ausscheiden Brandschs von Dr. Gündisch geleitet und es spielte bei den Versammlungen und im Schoße dieser Partei der sozialdemokratische Redakteur Heinrich Kalmár-Kohn eine bedeutende Rolle. Es ist dies derselbe Kalmár, der während des ungarischen Bolschewismus sozialdemokratischer Volksbeauftragter im deutschen Volksamte war und seit dem Zusammenbruch des Bolschewismus verhaftet ist. Die Gündisch-Partei war während der ganzen Dauer der Proletarietdiktatur zusammen mit Kalmár tätig und gründete den sogenannten „Deutschen Kultur-Bund“.

Während sich die Gündisch-Partei mit der vollkommenen Autonomie der Deutschen ein sehr weites Ziel steckte, beschränkt sich die Partei Bleyer darauf, daß die Deutsch-Ungarn zusammen mit ihren ungarischen Brüdern bleiben wollen, jedoch in ihren Gemeinden deutsche Schulen und deutsche Verwaltung verlangen und die Schaffung deutscher Wahlkreise fordern, die in den Reichstag deutsche Abgeordnete entsenden, welche für die deutschen Rechte tatkräftig eintreten sollten.

Die beiden deutschen Parteien haben sich bisher nicht einigen können, führen vielmehr eine ziemlich heftige Fehde gegeneinander und für den Nichtkenner ungarischer Verhältnisse ist es sehr schwer, zu konstatieren, welche Partei die größte Aussicht auf Erfolg hat.

Zum besseren Verständnis der Lage sei vorausgeschickt, daß infolge der über vier Monate herrschenden Proletarietdiktatur mit ihrem blutigen Terror derzeit gerade keine rosige Stimmung gegenüber den Sozialdemokraten herrscht, weil dieselben nach allgemeiner Anschauung die Hauptschuld an dem Ausbruch des Bolschewismus trugen, der dem Lande so entsetzliche Wunden geschlagen hat. Daß der weitaus größte Teil der bolschewistischen Führer, insbesondere Béla Kun, Tibor Szamuely usw., und auch der deutsche Volksbeauftragte Heinrich Kalmár jüdischer Konfession waren, ist bekannt, wie auch bekannt ist, daß die gegenwärtige Regierung Friedrich eine stark christliche Tendenz verfolgt.

Es ist nun klar, daß eine Partei, wie diejenige des Dr. Gündisch, die in engster Waffenbrüderschaft mit den Sozialdemokraten stand und jetzt angeblich sich mit den „jüdischen“ Liberalen des Landes verbrüdet hat, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Kreisen der ausschlaggebenden deutschen Landbevölkerung und auch in einem sehr großen Teil der deutsch-ungarischen Intelligenz keinen Anhang und keine Unterstützung mehr findet. Dies geht auch daraus hervor, daß der Führer der Gegenpartei, Bleyer, zum Minister für nationale Minderheiten in die derzeitige Regierung berufen wurde. Außerdem verübeln die Deutsch-Ungarn der Gündisch-Partei sehr, daß der Gründer der Partei, der Abgeordnete Brandsch, mit fliegenden Fahnen in das rumänische Lager übergegangen ist. Zudem wird die Zahl der Deutschen in dem so sehr von der

Entente verstümmelten Ungarn so gering, daß beinahe von einer „quantité négligeable“ gesprochen werden kann, denen also eine weitgehende Autonomie gar nicht zukommen kann, und die sich mit der Errichtung deutscher Schulen und deutscher Gemeindeverwaltungen in den ausgesprochen deutschen Gegenden begnügen müssen. Dies sind die Gründe, die gegen die Gündisch-Partei sprechen.

Der Partei Bleyer wird nun von den Gegnern vorgeworfen, daß den Deutschen nach seinem Programm viel zu wenig Rechte zukommen würden, ja man wirft ihm vor, daß er die Deutschen „magyarisieren“ will — wogegen ungarische Kreise ihm vorwerfen, daß er in Ungarn „germanisieren“ will. — Man behauptet, daß die Schaffung eines Gesetzes nach seinem Programm nicht genügt, da auch schon früher ein Gesetz bestand, welches den Deutschen die Rechte gab, die Bleyer anstrebt, das aber von der ungarischen Regierung niemals eingehalten wurde, woran auch die Entsendung deutscher Abgeordneter nichts ändern konnte.

Auf Veranlassung einer Anzahl interessierter Kreise der Budapester reichsdeutschen Kolonie wurde Minister Professor Dr. Bleyer eingeladen, vor einem geladenen Publikum der Budapester reichsdeutschen Kolonie sein Programm zu entwickeln, da dasselbe infolge der Proletarietherrschaft und der anschließenden rumänischen Besetzung mit ihrer strengen Zensur nicht veröffentlicht werden konnte. Der Minister kam dieser Einladung am Freitag, den 14. November, nach und wurde in den Räumen des Vereins der Reichsdeutschen durch den Vorsitzenden Herrn Oberingenieur Raabe zusammen mit seinen beiden Staatssekretären empfangen. Bei dem sich anschließenden gemeinsamen Abendessen richtete das Vereinsmitglied Herr Direktor Louis Schulz warme und von Herzen kommende Begrüßungsworte an die Gäste und betonte, daß die Reichsdeutschen in Ungarn als Gäste dieses Landes sich selbstverständlich jeder Politik ferne halten, daß sie aber trotzdem ein begreifliches Interesse für das Schicksal und die Zukunft ihrer Blutsverwandten haben und aus diesem Grunde gerne von so beruher Seite Aufklärungen hierüber haben möchten.

Der Minister entwickelte hierauf in einer längeren Rede sein Programm. Er betonte, daß die Deutsch-Ungarn als ein besonderer Volksstamm zu betrachten seien und nicht mit sogenannten „Bindestrich-Nationalitäten“ zu verwechseln seien. Der deutsch-ungarische Bauer hängt mit großer Liebe an seinem Vaterlande, verträgt sich gut mit seinem ungarischen Bruder und hält trotz der auch vom Minister zugegebenen bisherigen verfehlten ungarischen Nationalitätenpolitik treu zu seinem ungarischen Vaterland, wo er trotz allen Stürmen der Zeit und allen Einflüssen der ihn schwer schädigenden bisherigen Nationalitätenpolitik sich seine deutsche Sprache und seine ererbten deutschen Tugenden, Arbeitsfreudigkeit, Ehrlichkeit, Gottesfurcht und Vaterlandstreue bewahrt hat. Der Minister betonte mit Stolz, daß er und seine Staatssekretäre dem Bauernstande entstammen und auf dem Dorfe aufgewachsen seien, daher die Wünsche und Beschwerden des Deutsch-Ungarn aus eigener Erfahrung selber sehr wohl kennen. Es muß zunächst mit der Errichtung deutscher Schulen auf den Dörfern begonnen werden, und zwar in den rein deutschen Siedlungen mit nur deutscher Unterrichtssprache, in den gemischtsprachigen Gegenden soll natürlich auch die Erlernung der ungarischen Sprache gepflegt werden. In den zu errichtenden Mittelschulen muß natürlich im eigensten Interesse des Studierenden der vollkommenen Beherrschung der ungarischen Landessprache erhöhtes Interesse gewidmet werden, um ihm später die Möglichkeit zu geben,

jedwede Staatsstellung bekleiden zu können. Zu diesem Zwecke wären die rein wissenschaftlichen Fächer in der deutschen Muttersprache vorzutragen, während die übrigen Fächer in ungarischer Sprache gelehrt würden. Der Minister trat bei dieser Gelegenheit der weitverbreiteten Auffassung entgegen, als ob die Deutsch-Ungarn bisher unterdrückt worden wären. Er behauptete, daß im Gegenteil sehr viele Deutsch-Ungarn in hervorragenden hohen und höchsten Stellen standen, weil die ungarische Regierung immer die hervorragende Arbeitskraft des Deutsch-Ungarn zu schätzen wußte; so seien z. B. auch jetzt in der Regierung ungefähr die Hälfte der Staatsmänner deutsch-ungarischer Abstammung. Für den ungarischen Staat sei die Errichtung deutscher Schulen in den deutsch-ungarischen Gemeinden ebenfalls nur ein Vorteil, weil auf diese Weise eine Reihe tüchtig geschulter und intelligenter deutsch-ungarischer Staatsbürger herangebildet wird, während nach dem bisherigen System infolge ungenügender Beherrschung der ungarischen Unterrichtssprache nur eine recht oberflächliche und einseitige Bildung erzielt werden konnte. Bezüglich deutscher Theater meinte der Minister, daß solche in den deutsch-ungarischen Zentren ebenfalls errichtet werden sollen, aber in erster Linie in solchen Städten, wo sich bereits ein gebildeter deutsch-ungarischer Mittelstand befindet, wie z. B. in Ödenburg, Preßburg, Temesvár. In der Hauptstadt Budapest sei dies erst in einem späteren Zeitpunkte geplant, weil momentan dort noch keine genügende Anzahl ausgesprochener Bürger deutsch-ungarischer Nationalität sich befindet. Die zahlreichen sich gerne der deutschen Sprache bedienenden Juden in Budapest kommen natürlich als deutsch-ungarische Bürger nicht in Betracht, und ihnen allein zuliebe wird man heute in Budapest kein deutsches Theater errichten. Was das Verhältnis zum großen Deutschen Reich anbelangt, so treibt der deutsch-ungarische Bauer natürlich keine großdeutsche Politik, sondern will sich nie von seiner ungarischen Heimat trennen, aber die Förderung der deutschen Sprache und Kultur bei den Deutsch-Ungarn kommt auch dem Deutschen Reiche zugute, weil auch bei einer etwa einmal vorkommenden Politik, die mit derjenigen des Deutschen Reiches nicht parallel ist, doch niemals eine deutschfeindliche Politik mit Rücksicht auf die deutsch-ungarischen Bürger möglich sein wird. Über das Schicksal der derzeit besetzten deutsch-ungarischen Gebiete und über die Zukunft Deutsch-Westungarns äußerte sich der Minister aus begreiflichen Gründen nicht, weil die Bedingungen des Friedensvertrages noch nicht vorliegen. Aus seinen Äußerungen zog sich jedoch wie ein roter Faden der aufrichtige Wunsch und Wille aller Deutsch-Ungarn, treue Söhne des Ungarnlandes zu bleiben und nur die Pflge ihrer

deutschen Sprache und Kultur energisch zu verlangen. Der Vorsitzende des Vereins der Reichsdeutschen dankte dem Minister für seine interessanten Ausführungen und sprach den Wunsch aus, daß der Verein den Minister noch öfter als Gast in seinen Räumen begrüßen könne. Von seiten der mitanwesenden deutsch-ungarischen Gäste dankte Herr Stabsarzt Dr. Lorenz Landgraf für die herzliche Aufnahme im Verein der Reichsdeutschen und sprach in einer warmempfundenen Rede den Wunsch aus, daß sich die Reichsdeutschen und Deutsch-Ungarn, wenn schon nicht politisch, so doch wenigstens gesellschaftlich aneinander anschließen sollten, was mit Beifall und Jubel begrüßt wurde.

Um nun nochmals auf das Programm des Herrn Minister Prof. Dr. Bleyer zurückzukommen, erscheint dasselbe tatsächlich etwas enge gezogen zu sein. Die Hauptsache bleibt aber schließlich und endlich, ob die Deutsch-Ungarn damit alle ihre Wünsche erfüllt sehen und mit dem Programm restlos zufrieden sind. Es kommt dann immer noch darauf an, ob dasselbe auch von der ungarischen Regierung uneingeschränkt durchgeführt wird und ob Minister Prof. Dr. Bleyer der starke Mann ist, um das Wenige auch mit energischer Hand zu Nutz und Frommen seiner deutsch-ungarischen Landsleute in die Tat umzusetzen. Dem deutsch-ungarischen Volke wird jedenfalls aufrichtig Glück zu einer verheißungsvolleren Zukunft gewünscht. Bezüglich eines deutschen Theaters in Budapest sind jedoch sehr viele anderer Meinung als Herr Minister Bleyer, denn es ist noch nicht zu lange her, daß das berühmte deutsche Theater in der Wollgasse als Kunststätte ersten Ranges gerne nicht nur von den Deutsch-Ungarn des Landes, sondern auch von den Ungarn mit Vorliebe besucht wurde. Daß dasselbe nach dem Brande nicht wieder errichtet wurde, ist ja nur eine Folge der vom Minister selbst verurteilten bisherigen verfehlten Nationalitätenpolitik. Es klingt selbst für Kenner des Landes unwahrscheinlich, daß in Budapest selbst zu wenig deutsch-ungarische Bevölkerung sei, um ein deutsches Theater zu rechtfertigen. Aber dies selbst zugegeben, muß doch berücksichtigt werden, daß Budapest in seinen gastlichen Mauern eine große Anzahl Staatsbürger aller Länder beherbergt, die der ungarischen Sprache nicht mächtig sind, ferner, daß die in der Provinz lebenden Deutsch-Ungarn oft genug in die Hauptstadt kommen und gewiß nicht böse wären, ihren Abend in einem guten deutschen Theater zu verbringen. Und schließlich und endlich bemüht sich ja Budapest seit Jahr und Tag um die Behebung des Fremdenverkehrs, dem ein deutsches Theater gewiß auch nicht schaden würde. Die derzeitige Begründung des Herrn Ministers erweckt selbst bei dem Kenner der Verhältnisse fast den Verdacht von etwas ungarischen Chauvinismus.

H. H.

Die deutschen Kulturinteressen in Palästina

Von Dr. H. BRODE, Berlin.*

Wenn der von der Entente unterstützte Plan der Zionisten, in Palästina einen selbständigen Judenstaat zu gründen, in der deutschen Presse so gut wie keine Beachtung gefunden hat, so mag dies daran liegen, daß ihre Aufmerksamkeit von den uns näher liegenden Friedensverhandlungen und inneren Wirren voll in Anspruch genommen wird. Dennoch kann die Frage, was nach dem Kriege aus dem Heiligen Lande wird, angesichts der großen Interessen, welche das Deutsche Reich dort seit Jahrzehnten hat, der deutschen Öffentlichkeit keineswegs gleichgültig sein.

In der Januarnummer dieser Zeitschrift brachte Baurat Schumacher, selbst ein württembergischer Templer, einen Aufsatz über die schwäbischen Kolonien in Palästina. Einige Angaben

über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Anlagen sind in der August/Septemberrummer der „Weltwirtschaft“ gemacht worden.

Die folgenden Zeilen sollen eine Darstellung der kulturellen deutschen Einrichtungen im Heiligen Lande geben.

Am bekanntesten ist das am Westeingange Jerusalems gelegene Syrische Waisenhaus, welches nach den Christenmetzeleien im Libanon 1862 von Pastor Schneller gegründet wurde und aus kleinen Anfängen zu einem vielseitigen Institut ausgebaut wurde. Den Kern bilden eine gut besuchte und trefflich geleitete Knaben- und Mädchenschule mit Internat und

* Der Verfasser legt Wert auf die Feststellung, daß der Artikel bereits im Mai abgeschlossen war.

eine Kirche, in der deutsch und arabisch gepredigt wird; daneben finden sich industrielle Anlagen aller Art, beginnend vom einfachen Handwerk wie Schreinerei und Schusterei, bis zum fabrikmäßigen Betrieb einer Ziegelei. In einer eigenen Druckerei werden die Lehrbücher der Anstalt und sonstige Schriften hergestellt, u. a. wurde auch die von der Tempelgesellschaft wöchentlich herausgegebene „Jerusalemmer Warte“ hier gedruckt. Sehr segensreich wirkt ein Blindenheim, in welchem Korb- und Stuhlflechterei gelehrt wird. Der Mannigfaltigkeit der Aufgaben entspricht die Größe des Personals. An der Spitze steht ein Sohn des Gründers als Leiter; zur Seite hat er verschiedene deutsche Geschäftsführer, Lehrer und Handwerker. Alle diese Beamten haben schöne Dienstwohnungen, so daß die Anlage ein eigenes Stadtviertel bildet. Ein heftiger Brand zerstörte im Frühjahr 1910 einen großen Teil des Anwesens; es ist aber dank einer in Deutschland veranstalteten Sammlung bald schöner und größer neu entstanden. Während des Krieges bot das Syrische Waisenhaus mit seinen großen Ausmaßen und technischen Anlagen dem Fuhrpark der deutschen Kraftfahrerkolonnen ein willkommenes Quartier; nach der Besetzung durch die Engländer hat sich das amerikanische Rote Kreuz dort eingerichtet.

Auch eine landwirtschaftliche Anlage hat das Syrische Waisenhaus; sie befindet sich im Küstenbezirk von Jaffa, in Bir Salem, und betreibt auf einem 350 ha großen Areal alle im Lande üblichen Kulturen, Orangen- und Weinbau mit Kelterei, Viehzucht und Ackerbau. Die Erträge dieses Unternehmens trugen viel dazu bei, über die schwierigen Kriegsjahre hinwegzuhelfen. In einem Waisenhaus in Bir Salem wurden 35 arabische Knaben erzogen.

Eine weitere Zweigniederlassung hat das Syrische Waisenhaus unter dem Namen „Galiläisches Waisenhaus“ in Nazareth. Die ersten Gebäude waren kurz vor Kriegsbeginn beendet; als die Engländer im September v. J. unvermutet einrückten, waren sie der Schauplatz heftiger Kämpfe.

Vom Syrischen Waisenhaus in Jerusalem gelangt man, die Jaffastrasse stadteinwärts schreitend, bald zu dem gleichfalls der Jugend- und Mädchenbildung gewidmeten Mädchenwaisenhaus Talitha Kumi der Kaiserswerther Diakonissen. Hier werden arabische und armenische Mädchen in Kindergarten und Schule erzogen und im Haushalt weitergebildet. Wie im Syrischen Waisenhaus sprechen sämtliche Zöglinge fließend deutsch; ehemalige Schülerinnen dieser Anstalt betätigten sich mit Erfolg als Lehrerinnen an einem vom deutschen Konsulat in Jaffa gemeinsam mit einem arabischen Schulverein begründeten Kindergarten, dessen viel versprechende Tätigkeit durch die im April 1917 erfolgte Räumung Jaffas lahm gelegt wurde. Während des Krieges hat Talitha Kumi, das bei der Entwertung des türkischen Papiergeldes die nötigen Lebensmittel nur zu Wucherpreisen bekommen konnte, zeitweise unter Ernährungsschwierigkeiten gelitten, so daß der Betrieb eingeschränkt werden mußte. Nach dem Einzug der Engländer scheinen manche Zöglinge vom Heime, dem sie so viel verdanken, ins feindliche Lager übergegangen zu sein. Der langjährigen Leiterin, deren Lebenswerk in der Anstalt verkörpert war, ist diese Untreue sehr nahe gegangen; sie ist bald nach der feindlichen Besetzung gestorben; es heißt, daß an dem Leichenbegängnis dieser allgemein geliebten und verehrten Dame selbst die englischen Behörden teilgenommen haben.

Vom Kaiserswerther Mutterhaus wird auch das neben dem Generalkonsulat gelegene deutsche Krankenhaus unterhalten, das mit seinen luftigen Räumen und modernen Einrichtungen im ganzen Lande unter Europäern und Eingeborenen in hohem Ansehen steht. Der leitende Arzt, der eine kleine Villa neben dem Hospital bewohnte, genoß einen besonderen Ruf als geschickter Chirurg.

Eine Zweiganstalt sollte in Jaffa begründet werden, wo sich bisher nur ein bescheidenes Hospital der Tempelgemeinde befand. Gemeinsam mit dieser hatte die dortige evangelische Kirchengemeinde eine rege Sammeltätigkeit entfaltet, die bereits ein schönes Anfangskapital ergeben hatte. Dies wurde vorteilhaft in zwei Grundstücken angelegt, dem eines als Bauplatz dienen sollte, während das andere mit Gewinn zu verkaufen war. Die Verhandlungen waren bei Kriegsbeginn schon so weit, daß mit dem Bau hätte begonnen werden können.

In Haifa hatten Kaiserswerther Diakonissen sich der Gemeindepflege angenommen.

Unter der Leitung Kaiserswerther Diakonissen stand ferner die Kaiserin-Augusta-Viktoria-Stiftung auf dem Ölberge, um deren Gründung sich der Johanniterorden verdient gemacht hat. Der Herrenmeister, Prinz Eitel Friedrich, wohnte im Jahre 1910 mit seiner Gemahlin selbst der Einweihung bei. Die Anlage hat mehrere Millionen gekostet. Auf einem viele Hektare großen Grundstück erhebt sich, in romanischem Stile gebaut, ein weithin sichtbares Schloß mit großen Festsälen, in denen sich bei nationalen Feiern die Deutschen Jerusalems versammelten, und zahlreichen Gastzimmern, die den Besuchern aus der Heimat und den Erholungsbedürftigen des Landes mit vorzüglicher Verpflegung für bescheidenen Preis offen standen. Besonders beliebt war die Anstalt bei englischen Missionsangehörigen, die selbst von Ägypten herüber kamen, um in dem stets von kühlen Winden umwehten Heim die heißen Monate angenehm zu verbringen. Selbst nachdem Großbritannien uns schon den Krieg erklärt hatte, wurden die englischen Gäste hier noch mit derselben Liebe wie die deutschen Landsleute behandelt; als Dank dafür warfen englische Flieger im Frühjahr 1917 Bomben auf die Stiftung und die ihr zugehörige Himmelfahrtskirche, in der einige wertvolle Mosaikfenster zertrümmert wurden. In dieser Kirche versammelte sich die deutsch-evangelische Gemeinde Jerusalems jeden Monat einmal zu einem Nachmittagsgottesdienst; im Anschluß daran wurden die Gäste von den Diakonissen mit Kaffee bewirtet und ergingen sich bis der Abend sie zur Stadt zurückführte, in dem unter sorgfältiger Pflege aus steinigem Boden rasch emporgewachsenen Tannenwald, von dessen Ostrand man einen herrlichen Blick auf das Tote Meer und die Jordanmündung hat. Während des Krieges diente die Stiftung teils als Erholungsheim für deutsche Offiziere, teils als Hauptquartier des türkischen Oberkommandierenden, Djemel Pascha. Als die Engländer einrückten, machten sie den Bau sofort ihren militärischen Zwecken dienstbar.

Mit dem Hospiz verbunden war eine Haushaltungsschule, in der die Töchter der Kolonisten Gelegenheit hatten, unter der energischen und sachkundigen Leitung der Oberin in allen Zweigen des Haushalts unterrichtet zu werden.

Einfacheren Charakters als das Ölberghospiz ist das in der Stadt an der via dolorosa gelegene Johanniterhospiz, das von der Ballei Brandenburg des Johanniterordens unterhalten wird. Es enthält mehrere saubere Fremdenzimmer, in denen der deutsche Besucher, dem der Ölberg zu weit abgelegen und der Aufenthalt in den Hotels zu geräuschvoll oder kostspielig ist, für billiges Geld freundliche Aufnahme und gute Verpflegung findet. Mittellose Reisende werden sogar einige Tage umsonst verpflegt.

Endlich ist noch das für seine eigentlichen Zwecke noch gar nicht in Benützung genommene Erlöserhospiz auf dem Muristan zu nennen, dem Grundstück, auf dem im Mittelalter das Ordenshaus und die Hospitäler der Johanniter standen. Als Kronprinz Friedrich Wilhelm nach der Teilnahme an der Eröffnung des Suezkanals 1869 das Heilige Land bereiste, schenkte

ihm der Sultan einen Teil dieses historischen Platzes, auf dem die bei dem Kaiserbesuch im Jahre 1898 eingeweihte Erlöserkirche errichtet wurde. Sie ist das eigentliche Gotteshaus der deutschen evangelischen Gemeinde von Jerusalem; hier finden die allsonntäglichen Gottesdienste statt. Früher begnügte man sich mit einer auf demselben Platz errichteten, einfachen Kapelle, die jetzt für die arabischen Gottesdienste des deutschen Jerusalemvereins benützt wird. Neben dieser Kapelle steht das Küsterhaus, das sich über dem ehrwürdigen Kreuzgang des ehemaligen Johanniterklosters erhebt und auch das genannte Erlöserhospiz birgt. Dies enthält einen Versammlungssaal und mehrere Zimmer für Theologen und sonstige Gelehrte, die zu Studienzwecken ins Heilige Land kommen.

Solchen Studien dient das bis zum Kriegausbruch von dem jetzigen Theologieprofessor in Greifswald, D. Dalman, geleitete deutsche Institut zur Erforschung der Altertümer des Heiligen Landes.

Als weitere evangelische Anlage ist endlich das auf dem Wege nach Bethlehem gelegene Aussätzigenasyl Jesu Hilfe zu erwähnen, begründet und unterhalten von der Herrnhuter Brüdergemeinde. Die aufopfernde Tätigkeit der dort beschäftigten Schwestern hat viel Segen gestiftet und wurde selbst von der türkischen Regierung, die für christliche Liebestätigkeit sonst wenig Verständnis hatte, dankbar anerkannt. Mit dem Asyl ist ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb verbunden.

Der Hauptpfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde in Jerusalem führt den Titel Propst, seine Tätigkeit ist eine vielseitige, da so ziemlich alle deutsch-evangelischen Anstalten, wenn sie ihm auch nicht geradezu unterstellt sind, in ihm ihren Helfer und Berater sehen; unterstützt wird er von einem Hilfsgeistlichen. Als Amtssitz hat der Propst eine sehr schöne Wohnung mit parkähnlichem Garten auf dem Grundstück, wo im Jahre 1898 das Kaiserpaar seine Zelte aufgeschlagen hatte. Hier befindet sich auch die Schule der deutsch-evangelischen Gemeinde, die in den oberen Klassen gemeinsam mit der Tempelgemeinde betrieben wird. Diese höhere Schule, die auch von Juden und Einheimischen besucht wurde, ging hinauf bis zur Sekunda; ihre Abgangszeugnisse gaben die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst. Noch wenige Tage vor dem Fall Jerusalems legten einige Zöglinge, die bereits bei einer deutschen Kolonne als Rekruten eingezogen waren, die Reifeprüfung ab.

Vorgesetzte Behörde der evangelischen Gemeinde ist der preußische Oberkirchenrat; ihre materiellen Bedürfnisse werden von der Jerusalemstiftung bestritten, die gemäß einer Kabinettsorder vom 22. Juni 1889 der „Erhaltung der bestehenden, sowie Schaffung neuer evangelischer kirchlicher Einrichtungen und Anstalten in Jerusalem, insbesondere an Kirchen und Schulen“ dient. Von dieser Jerusalemstiftung ist zu unterscheiden der Jerusalemverein, eine Missionsgesellschaft, die in Jerusalem, Bethlehem und einigen kleineren Orten Gotteshäuser und Schulen für die eingeborene Bevölkerung unterhält. Auch das städtische „Armenische Waisenhaus“ in Bethlehem wird von dieser Missionsgesellschaft unterhalten. Von ihr hängen auch die beiden deutschen evangelischen Gemeinden in Jaffa und Haifa ab; die erstere hat eine sehr schöne Kirche, während Haifa sich bisher mit einer einfachen Kapelle begnügen mußte.

In früheren Zeiten waren die deutsche und die englische evangelische Gemeinde in Jerusalem zu einem gemeinsamen preußisch-anglikanischen Bistum vereinigt, um dessen Schöpfung sich König Friedrich Wilhelm IV. verdient gemacht hatte. Die Vereinigung führte aber zu Unzuträglichkeiten und wurde wieder aufgelöst. Als ihr Rest besteht noch ein gemeinsamer Friedhof

der beiden Gemeinden auf dem Berge Zion. Ein besonderer Teil wurde während des Kriegs als Heldenfriedhof abgegrenzt, auf dem viel tapfere deutsche Krieger die letzte Ruhestätte gefunden haben. Auch die in der türkischen Gefangenschaft gestorbenen englischen Krieger wurden auf Veranlassung der deutschen Behörden pietätvoll auf diesem gemeinsamen Kirchhof bestattet und ihre Gräber würdig hergerichtet. Ob die Engländer nach der Okkupation den deutschen Verstorbenen die gleiche Ehre angetan haben, bleibt abzuwarten.

Unter den katholischen deutschen Anstalten ist in erster Linie die Dormitio Sanctae Mariae auf dem Zion zu nennen. Das durch fromme Tradition geweihte Grundstück wurde vom Sultan dem Kaiser Wilhelm II. anlässlich seiner Palästina-reise zum Geschenk gemacht; dieser überließ es den deutschen Katholiken, welche darauf eine Marienkirche mit Kloster errichteten. Es ist ein imposanter Bau, welcher dem vom Bahnhof kommenden Besucher der Heiligen Stadt sofort günstig ins Auge fällt. Die Einweihung fand gleichzeitig mit der Eröffnung des Ölberg-hospizes in Gegenwart des Prinzen Eitel Friedrich und von Mitgliedern des bayerischen Königshauses statt. Verwaltet wird das Besitztum von den Benediktinern aus Beuron, die hier wissenschaftliche Forschungen treiben und auch eine schöne Sammlung biblischer Ausgrabungen angelegt haben. Wie die Erlöserkirche den Protestanten, dient die Zionskirche den deutschen Katholiken als Gotteshaus. In dem großen Empfangssaal des Klosters hat im Anschluß an den Gottesdienst manche eindrucksvolle deutsche Nationalfeier stattgefunden.

Am Damaskustor liegt das von dem Palästinaverein der Katholiken Deutschlands gegründete Paulushospiz mit einer Kapelle und städtlichen Unterkunftsräumen für deutsche Pilger. Verwaltet wird es von Lazaristen, die auch eine Schule mit Priesterseminar unterhalten. Daß auch die weltliche Wissenschaft nicht vernachlässigt wird, beweist ein naturwissenschaftliches Museum, das ein lange im Orient weilender Pater angelegt hat. Eine Zweigniederlassung ist das Erholungsheim in Emmaus, drei Reitstunden von Jerusalem entfernt am Gebirgsrande dem Mittelmeer zu gelegen, das man über die weite Ebene hin leuchten sieht. Auch hier hat deutscher Fleiß dem steinigen Boden eine blühende Anlage abgerungen. Das von Garten und Wald umgebene massive Wohnhaus bietet mit seinen luftigen Räumen den erholungsbedürftigen Deutschen in den Sommermonaten einen willkommenen Aufenthalt. Deutsche Borromäerinnen sorgen für schmackhafte Küche; eine heilkundige Schwester unterhält eine Poliklinik für Eingeborene. Während des Krieges war das Hospiz von der deutschen Militärverwaltung beschlagnahmt; unsere Feldgrauen konnten sich in dem heilkräftigen, durch Seeluft gemilderten Gebirgsklima gut erholen. In dem Gründer und Leiter des Heims, einem stets heiteren Rheinländer, fanden sie einen trefflichen Herbergsvater, der mit ihnen spielte und sang. Noch ein anderes, kleineres Heim unterhalten die Lazaristen an dem Tiberias, in Tabyha, an der traditionellen Stelle des wunderbaren Fischfanges. Auch hier stehen für erholungsbedürftige Gäste einige Zimmer bereit, doch kommt, da es an dem tiefgelegenen See sehr heiß ist, für den Aufenthalt nur die kühlere Jahreszeit in Betracht.

Die schon erwähnten Borromäerinnen haben in Jerusalem, in der am Bahnhof gelegenen Templerkolonie, ihre Niederlassung. Sei unterhalten eine Schule mit Internat und ein Greisenasyl. Auch in der Stadt selbst haben sie eine Schule für eingeborene Kinder. Ferner haben sie in Haifa eine Niederlassung mit Schule und Hospiz.

Abgesehen von diesen rein deutschen Anlagen finden sich

viele Reichsangehörige in den katholischen Anstalten internationalen Charakters, so namentlich im Franziskanerorden, in dem man viele deutsche Laienbrüder als Handwerker aller Art antrifft. Für körperliche Arbeiten ist der Deutsche auch im Klosterleben gut genug, während die Priester des Franziskanerordens sich fast ausschließlich aus Angehörigen der romanischen Rasse zusammensetzen. Ein deutscher Laienbruder war z. B. als einziger Hüter in dem den Franziskanern gehörigen Kapernaum am See Tiberias zurückgeblieben, er wurde vom deutschen Soldatenwitz als Hauptmann von Kapernaum bezeichnet.

Religiösen Beweggründen verdanken auch die Tempelkolonien ihre Entstehung. Ihre Bedeutung in der Gegenwart liegt zwar — worauf an anderer Stelle hingewiesen wurde — hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet, doch sind sie als Pflegestätten deutschen Wesens selbstverständlich gleichzeitig von hohem kulturellen Wert. In jeder Tempelgemeinde finden sich deutsche Gotteshäuser, Schulen und Vereine, in denen das Deutschtum hochgehalten wird.

Von besonderer Wichtigkeit war die Schultätigkrit, die in religiösen und weltlichen Anstalten schon vor dem Kriege mit Eifer und Erfolg betrieben wurde, aber einen besonderen Impuls erhielt, als die Türkei dem deutschen Reich als Verbündeter zur Seite trat. Damit wuchs unter den Eingeborenen das Bestreben, die deutsche Sprache zu lernen. Die Nachfrage nach Kindergärtnerinnen und einheimischen Lehrern für deutsche Schulen war groß und wurde nach Möglichkeit berücksichtigt. So wurde nach Jaffa ein geeigneter Lehrer entsandt, der den Unterricht an einer arabisch-türkischen Schule organisierte und gut besuchte Sprachkurse für Erwachsene einrichtete. Auch regelmäßige wissenschaftliche Vorträge hielt er, die namentlich bei der gebildeten jüdischen Bevölkerung Anklang fanden. In Jerusalem wurde an den höheren türkischen Schulen, so u. a. an der neubegründeten mohammedanischen Theologieschule, deutscher Unterricht teils obligatorisch, teils fakultativ eingeführt und mit gutem Erfolge betrieben.

Auch in vielen jüdischen Anstalten wurden deutsche Sprache und deutsches Wissen erfolgreich gepflegt. Der Hilfsverein der deutschen Juden hatte in Jerusalem eine großzügige Anlage, deren Mittelpunkt die nach dem österreichischen Gründer benannte Edler von Lämle-Schule war. Ein Lehrerseminar und eine Handelshochschule boten den Absolventen geeignete Fortbildungsmöglichkeit. Eine Zweigschule hat der Hilfsverein in Jaffa. Unterrichtssprachen in diesen Schulen sind deutsch und hebräisch.

Einen hervorragenden Anteil hatte der Hilfsverein der deutschen Juden auch an der Schaffung eines Technikums, das zu Kriegsbeginn in Haifa im Entstehen begriffen war und eine Anlage von grosser technischer und wirtschaftlicher Bedeutung zu werden verspricht. Dies Technikum gab die Veranlassung zu einem wütenden Kulturkampf, der im Winter 1913 zwischen dem Hilfsverein und den Zionisten entbrannte. Die letzteren wollten als alleinige Unterrichtssprache das von ihnen als künftige Landessprache geförderte Hebräisch gelten lassen, während der Hilfsverein auch der deutschen Sprache einen wesentlichen Platz im Lehrplan gesichert wissen wollte; eine Forderung, die schon

aus der praktischen Erwägung, daß es einschlägige Lehrbücher in hebräischer Sprache zunächst gar nicht gab, gerechtfertigt war. Der Streit wurde mit orientalischer Leidenschaft geführt und der Hilfsverein wurde, obwohl gerade seine Schulen erst die Kenntnis der hebräischen Sprache in weitere Kreise getragen hatten, als Verräter an der jüdischen Sache gebrandmarkt. Der Weltkrieg machte diesen Zwistigkeiten, die zu einem offenen Bruch führten, insofern ein Ende, als die Schlußarbeiten am Technikum eingestellt werden mußten; die Aussichten, an ihr auch der deutschen Wissenschaft eine Betätigung zu sichern, dürften nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges natürlich gering sein.

Andere jüdische Schulen, die von deutschen Gesellschaften gegründet sind und deutschen Unterricht erteilen, gibt es in der Kolonie Pethach Tikwah nördlich von Jaffa. Außer Elementarschulen für Knaben und Mädchen findet man hier ein Waisenhaus und eine Haushaltungsschule.

Von hohem kulturellen Wert ist auch das deutsch-jüdische Krankenhaus Schaa'ze Zedek in Jerusalem, eine moderne, großzügige Anlage, die am Westeingange der Stadt gelegen, besonders in den Kriegsjahren unter der Leitung eines aufopfernden Arztes und eines umsichtigen Verwalters bei der Seuchenbekämpfung eine Rolle gespielt, vielen Leidenden geholfen und manche Not gelindert hat. Von bescheidenem Umfange, aber ebenso segensreich wirkend ist das gleichfalls von deutschem Gelde unterhaltene Krankenhaus Bikur Cholim im Stadtinnern.

In diesem Zusammenhange verdient noch das hygienische Institut erwähnt zu werden, welches zwar internationalen und interkonfessionellen Charakter haben sollte, aber deutscher Initiative seinen Ursprung verdankt. Es war kurz vor dem Kriege zur Erforschung und Bekämpfung der in Palästina verbreiteten Krankheiten gegründet worden und bestand aus mehreren Abteilungen (u. a. für Malaria und Tollwut), die teils von deutschen, teils von jüdischen Ärzten geleitet wurden. Während des Krieges wurde das Institut von der Heeresverwaltung übernommen, die es einem deutschen Hygieniker unterstellte.

Als Werk der Liebestätigkeit sei zum Schluß noch eine Volksküche genannt, welche die deutschen Kolonisten im Verein mit den deutschen Heeresangehörigen im Frühjahr 1917 ins Leben riefen, um der unter den Eingeborenen wütenden Hungersnot abzuhelpen. Aus freiwilligen Beiträgen waren erhebliche Mittel angesammelt worden, um Getreide und Gemüse anzukaufen; deutsche Frauen kochten Suppen und verteilten täglich mehrere hundert Portionen an die hungernden Einwohner aller Konfessionen. Selbst nach dem Einzug der Engländer wurde dies Werk, solange die vorhandenen Mittel reichten, von den zurückgebliebenen Deutschen noch fortgesetzt.

Alle diese Anlagen und Einrichtungen beweisen, mit welcher Liebe der Deutsche, sei er Christ oder Jude, am Heiligen Lande hängt. Sie beweisen auch, daß wir ein Anrecht haben, unsere Arbeit hier wieder aufzunehmen. Dürfen wir von unseren Gegnern nach den bisherigen Erfahrungen auch wenig Entgegenkommen erwarten, so weit können sie die Gewalttätigkeit kaum treiben, daß sie uns unsere Kulturanlagen im Heiligen Lande rauben und uns von der Mitarbelt dortselbst ausschließen.

Aussichten und Aufgaben des deutschen Kaufmanns in der Welt

Von Verbandsvorsteher Dr. ERICH ENKE, Hamburg

Zwischen Krieg und Frieden leben wir dahin. Unser Schwert liegt zerbrochen am Boden, doch der Kampf der Geister geht weiter. Der Friedensvertrag ist unterzeichnet, aber er kann keinen Frieden bringen, denn er ist aus Neid und Haß, nicht aus Ge-

rechtigkeit geboren. Die uns auferlegten Bedingungen sind so schwer, daß wir sie selbst beim ehrlichsten Willen, den wir auch haben, nicht werden einhalten können. Unser ganzes Wirtschaftsleben ist vernichtet, unsere in harter Arbeit errungene

Weltgeltung verloren. Unwillkürlich denken wir vergangener Zeiten, da das römisch-deutsche Reich im Räte der Völker nichts galt und seine Bürger, genau wie jetzt, in innerer Fehde widereinander standen. Die besten Deutschen, aus Hanseatenstamm, zogen über Land und Meere, hochgemute Kämpfer und Kaufleute. Und von ihren Werken und Taten liegt noch heute ein Glanz und Schimmer über jener sonst so unerquicklichen Epoche unserer Geschichte.

Kehren alte Zeiten wieder? In weiter Ferne schon liegen die Tage von Deutschlands Glück und Größe, da unser Handel die Welt umspannte, unser Fleiß und unsere Arbeit von keinem zu überbieten war, unsere Macht jedermann Achtung gebot. Wir selbst tragen die Schuld, wenn wir in dem gigantischen Kampfe, den die Welt gegen uns führte, unterlegen sind. Es waren ihrer zu viele, denen der unbedingte, eiserne Siegeswille fehlte. Es wurden ihrer immer mehr, die die Nerven verloren, bis dann eines schönen Tages der Zusammenbruch da war. Und nun stehen wir vor einem weiten Trümmerfeld und sollen wieder aufbauen, was vernichtet und zerstört wurde.

Noch ist der Prozeß der Revolution nicht beendet und in das ruhigere Bett der Evolution übergeleitet. Noch gärt es im Innern, während wir nach außen schutzlos haßerfüllten Feinden gegenüberstehen. Doch schon regt sich wieder der alte, echte deutsche Kaufmannsgeist, der germanische Wandertrieb. Der Kaufmann, den ein kurzsichtiges, undeutsches Geschlecht in seiner Bedeutung verkennt und darum verdrängen will, ist, allem zum Trotz, einfach nicht tot zu kriegen. Schon schickt er seine Blicke übers Meer, will wieder, bahnbrechend und kulturvermittelnd, hinaus in die Welt. Ein neues Hanseatengeschlecht erstet. Wir wollen es mit guten Wünschen auf seinen Wegen begleiten und hoffen, daß auch in der Heimat Handel und Wandel trotz aller Not und Gefährdung von innen und außen sich wieder durchringen.

Die Tätigkeit des Kaufmanns ist in hervorragender Weise geeignet, den Wiederaufbau unserer gesamten Volkswirtschaft zu fördern. Der Kaufmann ist es, der die uns so notwendigen Rohstoffe ins Land bringt und sie der Industrie zur Verarbeitung zuführt. Ihm fällt die Aufgabe zu, die Fabrikate auf den Markt zu werfen, er ist also bei dem wichtigen Vorgange der Verteilung der Güter in erster Linie tätig. Das Feld des Kaufmannes ist nicht nur Deutschland, vielmehr die ganze Welt. Der Kaufmann vermittelt nicht allein den Verkehr von Gütern und Waren, er ist darüber hinaus in hervorragender Weise Kulturträger und berufen, als Vorkämpfer des Deutschtums in fremden Ländern zu wirken. Vor dem Krieg war das wesentlich einfacher. An allen größeren und kleineren Handelsplätzen der Welt gab es Deutsche, einzeln oder zu sogenannten Kolonien vereinigt, die einen Ausgangs- und Stützpunkt boten. In gerechter Kritik muß eingeschaltet werden, daß leider nicht alle Deutschen im Auslande so aufgetreten sind, wie sie es sich und dem Vaterlande schuldig gewesen wären. Aber wir wollen bei dieser traurigen Tatsache nicht verweilen und uns freuen, daß andere Kreise ihren Pflichten um so eifriger nachgekommen sind. Der deutsche Name war überall, wenn nicht beliebt, so doch geachtet, unser Handel hatte allmählich eine solche Ausdehnung angenommen, daß er den Neid der ganzen Welt erregte und zweifellos einer der Hauptgründe des Weltkrieges gewesen ist.

Der deutsche Kaufmann, der sich heute wieder ins Ausland begibt, hat auf allen Seiten den schärfsten Widerstand zu überwinden. In den langen Jahren des Krieges ist es anderen Ländern gelungen, die deutschen Erzeugnisse mehr oder weniger

durch eigene Fabrikate zu ersetzen. Infolge der ungeheuren Erhöhung der Herstellungskosten in Deutschland wird unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sehr beeinträchtigt. Die Produktion selbst ist bei uns eine bedeutend geringere als in Friedenszeiten, was auf mangelnde Rohstoffe und eine zweifellos vorhandene Arbeitsunlust weiter Bevölkerungskreise zurückzuführen ist. Die Abneigung, mit dem Deutschen überhaupt in Beziehungen zu treten, ist zweifellos noch vielerorts vorhanden. Andererseits aber ertönt an manchen Stellen deutlich der Ruf nach deutschen Waren, deutschen Arbeitskräften und deutschen Kulturgütern. Hier muß eingehakt werden. Es ist zwar nur eine schmale Brücke, die sich uns zeigt, aber wir hoffen, über sie hinweg in breitere Gefilde fruchtbringender Tätigkeit zu gelangen. Allmählich muß es doch gelingen, das Vorurteil und den Haß der Welt zu überwinden und einen Zustand der Gleichheit und Gerechtigkeit herbeizuführen.

Hierbei werden die Auslandsdeutschen im allgemeinen, auch wenn sie keinen Handel treiben, unseren Kaufleuten zur Seite stehen können. Das alte Auslandsdeutschtum freilich, das wir kennen, besteht nicht mehr. Unendliche Werte sind durch die Maßnahmen der feindlichen Regierungen zerstört worden oder werden infolge des Friedensvertrages vernichtet. Hunderttausende von Auslandsdeutschen haben alles verloren, was sie besaßen. Diejenigen, welche verschont geblieben sind, und der zu erwartende große Strom der Auswanderer werden zusammen ein neues Deutschtum im Auslande bilden. In Jahren des Ringens und des Kampfes wird es festen Fuß fassen und sich ausbreiten müssen. Die Heimat darf auf keinen Fall versäumen, dabei hilfreiche Hand zu leisten. Hätte das alte Reich gerade die Bedeutung des Auslandsdeutschtums besser erkannt, so wäre zum Beispiel eine ganz andere Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den feindlichen Ländern möglich gewesen. Jeder Auslandsdeutsche wird bezeugen können, daß wir da draußen von den früheren Gewalten stets als *quantité négligeable* angesehen wurden. Weshalb hat man uns nicht mehr Schulen gegeben, weshalb keine besseren diplomatischen und konsularischen Vertreter gesandt? Warum mußten die staatsrechtlichen Verhältnisse der Auslandsdeutschen solange durchaus unzureichend bleiben? Wäre in diesen Dingen nicht so kurzsichtig gehandelt worden, so wäre manches anders gekommen und vor allem würde der Wiederaufbau unserer Wirtschaftsgeltung in der Welt leichter sein.

Mehr als in früheren Zeiten ist der Auslandsdeutsche, ist der deutsche Kaufmann im Auslande zum Pionier des Deutschtums in der Welt berufen. Was Goethe einmal geschrieben hat: „Ich wüßte nicht, wessen Geist ausgebreiteter wäre, ausgebreiteter sein müßte, als der eines echten Handelsmannes“, gewinnt in unseren Tagen eine ganz besondere Bedeutung. Denn die Art, wie die Männer auftreten und zu handeln verstehen, die vor allen anderen berufen sind, unsere zerstörten Beziehungen in fremden Ländern wieder aufzunehmen, wird für Deutschland von schicksalsschwerer Bedeutung sein. Wir haben die starke Zuversicht, daß die deutschen Kaufleute ihrer Aufgabe gerecht werden. Das ganze Volk muß aber hinter ihnen stehen und den festen Willen haben, in jeder erforderlichen Weise mitzuhelfen. Nur so wird es möglich sein, unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen und überall hin auszudehnen. Mit den Handelsbeziehungen werden sich weitere Verbindungen geistiger und kultureller Art anbahnen. Allmählich wird es dann wieder einen deutschen Gedanken in der Welt geben, den wir frei und offen vertreten können, und dessen Auferstehung dazu führen soll, die Tage des Völkerhasses umzuwandeln in eine Zeit der Völkerverständigung.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutsch-Österreich.

Eine bedeutsame Nachricht bringt kurz vor Redaktionsschluss der Draht aus Paris. Ein Beamter des „Obersten Rats“ erschien beim Staatskanzler Renner und übergab ihm eine Note, deren wesentlichster Inhalt ist, dass der Oberste Rat Deutsch-Österreich, so wie es der Friedensvertrag von St. Germain geschaffen hat, erhalten wissen will. Die Note betont nach den vorliegenden Meldungen, dass der Oberste Rat von sich aus, also ohne Zutun des Staatskanzlers, die Frage der Abspaltungsbewegungen geprüft habe und zum Schlusse gekommen sei, dass Österreich, so wie es ist, erhalten werden müsse. Damit ist nicht nur die Bewegung in Vorarlberg, sondern auch die um Tirol und um Westungarn, in einem dem deutsch-österreichischen Staate günstigen Sinne entschieden, oder, richtiger gesagt, vorläufig entschieden. Denn das Streben der ungarischen Regierung, Westungarn sich zu erhalten, wird ebenso bestehen bleiben wie der Wunsch der Schweiz auf Anschluss Vorarlbergs. Eine dauernde Zufriedenheit und ein Wegfallen der Agitation wird kaum eintreten, aber das Machtwort der Entente gibt zunächst einmal der deutsch-österreichischen Republik die Möglichkeit, in diesen umstrittenen Gebieten ihren Einfluss zur Geltung zu bringen und Ordnung zu schaffen. Einzelne Bemerkungen in den nachfolgenden Absätzen sind durch diese Entscheidung überholt, wir bringen die Notizen aber unverändert, weil sie die Entwicklung kennzeichnen.

Deutsch-Österreich
und ehemalige österreichische Gebiete.

Deutsch-Österreich steht im Zeichen der vom Deutschen Reiche großmütig in Aussicht gestellten Lebensmittelhilfe. Der von sämtlichen Parteien der deutschen Nationalversammlung mit Ausnahme der U. S. P. gestellte Antrag, den mit der schwersten Hungersnot ringenden Stammesbrüdern unter Opfern aus den eigenen beschränkten Beständen Unterstützung zu gewähren, hat in der kleinen alpenländischen Republik lebhaftesten Widerhall gefunden und die Überzeugung, daß man nur von dieser Seite Greifbares zu hoffen habe, wird immer allgemeiner. Dies großzügige Unternehmen, der größten Gruppe des Auslandsdeutschtums, als welche derzeit noch Deutsch-Österreich erscheint, die Hilfsbereitschaft des deutschen Reiches zu beweisen, hat das Zusammengehörigkeitsgefühl aller mitteleuropäischen Deutschen mächtig gestärkt und zu spät erkennt die Entente, daß ihr zögerndes und für Hunderttausende in dem notleidenden Deutsch-Österreich verhängnisvolles Verhalten in allen Fragen der Hilfeleistung ein grober politischer Fehler gewesen ist, wie es auch allen reichlich verschwendeten Redensarten von Menschenfreundlichkeit und Volksverbrüderungen zuwiderläuft. Auch nach Holland und Schweden, wo neuerlich in anerkennenswerter Weise die Bereitwilligkeit ausgesprochen und teilweise in die Tat umgesetzt wurde, Tausende hungernder und unterernährter Kinder aus Österreich aufzunehmen, spinnen sich immer neue Fäden, die so etwas wie eine germanische Solidarität erkennen lassen. Die Entente hat demgegenüber wieder, wie sie kürzlich durch den englischen Obersten Clarke erklären ließ, auf den Gedanken einer wirtschaftlichen Verbindung der ehemaligen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie zurückgegriffen. Dieses findet aber bei den slawischen Nationalstaaten wenig Anklang, wenigstens läßt das Vorgehen der Tschechen und Südslawen gegen die deutschen Minderheiten

keinerlei versöhnliche Stimmung erkennen. Die Schulforderungen der Deutschen im Südslawenstaate harren noch immer der Regelung und der Anerkennung. In Deutsch-Österreich macht sich daher eine begreifliche Erregung gegen die südslawischen Studenten geltend, die noch immer in beträchtlicher Zahl an den Hochschulen des Landes immatrikuliert sind. Die Grazer deutsche Studentenschaft hat daher eine Entschliebung gefaßt, daß diese fremden Gäste so lange nicht mehr zuzulassen wären, als die deutschen Schulforderungen im Südslawenstaate nicht befriedigt seien. Die Bewegung wird ohne Zweifel auch auf die anderen Hochschulen, wenngleich hier die Zahl der Südslawen geringer ist, übergreifen. — In der Tschechoslowakei, die mit großen inneren Schwierigkeiten ringt, weil außer den Deutschen auch die Slowaken keine Lust haben, sich tschechisieren zu lassen, wird dennoch gegen die Deutschen noch mit rücksichtsloser Härte vorgegangen. So wurde erst kürzlich ein deutscher Gelehrter in Prag ohne Angabe von Gründen gewaltsam aus seiner Wohnung entfernt, die für tschechische Zwecke requiriert wurde, und buchstäblich auf die Straße gesetzt. Die deutschen Eisenbahnangestellten werden in vielen Orten durch die Drohung sofortiger Entlassung gezwungen, ihre Kinder in neu errichtete oder bestehende tschechische Schulen zu senden; die deutschen Schulen werden einfach aufgelassen, auch dort, wo sich eine mehr als ausreichende Zahl deutscher Schulkinder befindet. Wenn dagegen die Prager Regierung erklärt, daß sie von dem Rechte, in reichsdeutschem Besitze befindliche Industrieunternehmungen zu beschlagnahmen, keinen Gebrauch machen wolle, so hat dies ausschließlich wirtschaftliche Gründe. Viel Kopferbrechen macht den maßgebenden Kreisen die bevorstehende Volksabstimmung in Ostschlesien und den übrigen Karpathengebieten, wo die Deutschen die polnische Herrschaft immer noch der tschechischen vorziehen möchten: Im Einverständnis mit Clemenceau, an den sich der tschechische Minister Benesch unmittelbar wendete, wurde daher bestimmt, daß nur solche Personen zur Abstimmung zugelassen werden, die ihren dauernden Aufenthalt in den strittigen Gebieten unzweifelhaft nachweisen. Damit hofft man alle dort heimatberechtigten, aber erst seit kurzem ansässigen Deutschen auszuschalten. B. I.

Tirol

Tiroler Blätter veröffentlichen dem „Vorarlberger Tageblatt“ zufolge einen offenen Brief des Bozener Bürgermeisters Dr. Perathoner, den die Zensur in den Südtiroler Blättern unterdrückt hat. Der Bürgermeister wendet sich gegen die Unterdrückung zahlreicher deutscher Schulen in Südtirol und gegen den erzwungenen Besuch italienischer Schulen. Der Generalkommissar Credaro, an den der Brief gerichtet ist, wird daran erinnert, daß in der Verwaltung eines Gebietes mit einer Viertelmillion deutscher Bewohner nicht ein einziger Deutscher sitze. So schaffe man keine Versöhnung.

In der Südtiroler Gemeinde Egna ist von der italienischen Behörde der Gemeinderat aufgelöst und der Bürgermeister abgesetzt worden, weil beide sich der Einführung der italienischen Sprache an Stelle der deutschen an den Unterrichtsanstalten widersetzen. Das Pressebüro des italienischen Gouvernements stellt den Vorgang so hin, daß es sich um Unterrichtsanstalten mit fast ausschließlich italienischen Schülern gehandelt habe und Gemeinderat und Bürgermeister schon wiederholt Anlaß zu Beanstandungen wegen ihrer italienfeindlichen Haltung gegeben hätten. Bei der Erregung, die der Vorfall in

den deutschen Kreisen Südtirols ausgelöst hat, ist wohl anzunehmen, daß es bei der Maßnahme der italienischen Behörde ohne eine Vergewaltigung berechtigter deutscher Ansprüche nicht abgegangen ist.

Ungarn.

Die an dieser Stelle ausgesprochene Befürchtung, daß die Wiederkehr geordneter Verhältnisse in Ungarn leider auch die Wiederkehr der alten magyarischen Vorherrschaftsgelüste bedeuten könnte, beginnt sich unerwartet schnell und gründlich zu erfüllen. Man wäre versucht, das alte Wort, das auf die Restauration der Bourbonen in Frankreich geprägt worden ist: „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“ auf das neue Ungarn anzuwenden. Wenn der bisherige Ministerpräsident sich dem Wunsche der Entente fügen und seinem Parteigenossen Karl Huszár weichen mußte, so hat sich damit die Lage nicht wesentlich geändert. Der neue Ministerpräsident hieß ursprünglich Karl Schorr und ist in Nußdorf bei Wien von deutschösterreichischen Eltern geboren. Dies hindert ihn aber keineswegs, ein ausgesprochener Feind des Deutschums zu sein. Erst kürzlich äußerte er einem ausländischen Interviewer gegenüber, die Magyaren hätten stets gegen den Germanismus gekämpft und 1848 wie auch in der Gegenwart die deutsche Hegemonie mit der Revolution beantwortet. Jedenfalls ist diese Äußerung, auf deren sachliche Unrichtigkeit einzugehen, hier nicht der Ort ist, kennzeichnend für die Stellung des derzeitigen Lenkers der amtlichen ungarischen Politik zu den Deutschen in Ungarn. Nicht minder kennzeichnend ist es, daß sich in dem gesamten Ministerium Huszár lediglich zwei Stammesmagyaren befinden und die Mehrzahl der Mitglieder des Kabinetts deutsche und slawische Namen tragen, was sie indessen nicht hindert, durchaus magyarisch-chauvinistische Politik zu machen. Damit wird die alte beklagenswerte Erscheinung, daß die schlimmsten Feinde des Deutschums stets die sind, die von ihm abgefallen sind, aufs neue bestätigt, eine Erscheinung, die ja in der Geschichte des gesamten Auslanddeutschums immer wieder ihre verhängnisvolle Rolle spielt. Hätte die Räteregierung nicht in allgemeinpolitischer, wirtschaftlicher und ethischer Hinsicht so schwere Fehler begangen, sie wäre vom Standpunkte des ungarländischen Deutschums der derzeitigen Regierung weit vorzuziehen gewesen. Die deutsche Bewegung wird allerneuestens wieder mit allen altgewohnten Mitteln der magyarischen Gewaltherrschaft verfolgt und unterbunden. Besonders beliebt ist dabei die Knebelung der Presse, die in dieser Weise und so schamlos bisher nicht einmal in der schlimmsten Zeit vor dem Kriege üblich gewesen ist. So erschien erst kürzlich ein an sämtliche Tagesblätter gerichtetes Rundschreiben der Presse-Staatsanwaltschaft, in dem strengstens untersagt wurde, etwas über die deutsche Bürger- und Bauernpartei, deren Namen nicht einmal erwähnt werden darf, und über den Deutschen Kulturbund zu bringen. Strengstens untersagt wird es ferner, eine Autonomie für die Deutschen zu fordern, wie sie diesen das bekannte ungarische Volksgesetz VI vom Jahre 1919 zur Zeit des Grafen Károlyi verliehen hat. Das Gesetz selbst ist sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden. Dagegen aber dürfen alle magyarisch und deutsch geschriebenen Blätter, die in magyarischem Sinne arbeiten, Schmähartikel der schlimmsten Art gegen die Führer des ungarischen Deutschums, namentlich gegen Dr. Gündisch, den Obmann des Deutschen Kulturbundes, und gegen den Abt Gießwein, den Obmann der Bürger- und Bauernpartei bringen. Erwidierungen gegen solche Angriffe, die meist im unflätigsten Tone gehalten sind, werden von der Zensur unterdrückt. Prof. Bleyer, der

Minister für die nationalen Minoritäten, faßt seine Stellung dahin auf, daß er diese Minderheiten zu bekämpfen habe und unterstützt das Vorgehen der Zensurbehörden. Ein Aufruf zur Gründung eines landwirtschaftlichen Vereins, der sich in erster Linie an die schwäbischen Bauern in Ungarn wandte, wurde von der Zensur sofort verboten. Man sieht die vielversprechenden Ansätze neuen deutschen Kulturlebens in Ungarn werden von den derzeitigen Machthabern gewaltsam unterdrückt und die noch vor kurzem an dieser Stelle ausgesprochenen Hoffnungen scheinen wieder einmal trügerisch gewesen zu sein. Unter den derzeit herrschenden Zuständen ist an unbeflößte Wahlen zur ungarischen konstituierenden Nationalversammlung natürlich nicht zu denken, und wenn die Entente wirklich auf solche Wert legt, wird sie ihren ganzen Einfluß dafür geltend machen müssen. Das einmal erwachte Deutschum aber wird sich gutwillig der neuen magyarischen Vergewaltigung nicht fügen. B. I.

Einer Meldung des Budapester Abendblattes entnehmen wir eine Auskunft, die der Minister für die Minoritäten, Universitätsprofessor Bleyer, einem Ausfrager gegeben hat. Er sprach da über die eben erschienene Wahlordnung. Er habe ursprünglich geplant, bei einer neuen Einteilung der Wahlbezirke die Gemeinden mit deutscher Mehrheit zu eigenen Wahlbezirken zusammenzufassen, was heute, da die Wahl gemeindeweise geht, nicht allzu schwer gewesen wäre. Aber die Kürze der Zeit — die Wahlen fanden schon am 21. Dezember statt — habe das verhindert. So habe er zu einem andern Mittel gegriffen und habe mit den politischen Parteien verhandelt und erreicht, daß in den von Minoritäten bewohnten Bezirken eine entsprechende Aufstellung der Kandidatenlisten erfolge. So seien bei den Wahlen 15 deutsche, 2 ruthenische, 1 kroatischer und 1 slowakischer offizieller Kandidat für die Nationalversammlung aufgestellt worden. Das sei zwar nur ein Nothelf, aber es müsse eben dauern, bis die Nationalitätenfragen selbst gelöst werden könnten. Bei dieser Gelegenheit sprach der Minister auch über die Frage Westungarns. Die Ansicht des österreichischen Staatskanzlers, daß die Frage eine res judicata sei, bezeichnete er als irrig. Ungarn sei von der Entente gar nicht gefragt worden. Eine Volksabstimmung habe in dem Ungarn abgesprochenen Gebiete nicht stattgefunden. Wenn die Friedensverhandlungen mit Ungarn begännen, so werde dieses noch ein Wörtchen mit zu reden haben. Diese Ansicht des Ministers ist inzwischen durch die Note des Obersten Rats an den Staatskanzler Renner, von der wir an der Spitze dieser Rundschau Kenntnis geben, überholt.

Baltikum.

Das Baltikumunternehmen ist liquidiert, einige 20 000 deutsche Soldaten, Kämpfer für ihren Siedlungsgedanken und gegen den Bolschewismus, haben den Weg zur Heimat zurückgefunden. Mit ihnen sind in der letzten Woche etwa 5000 Deutschbalten zurückgekehrt, so daß die Zahl der Balten, die sich jetzt seit Januar nach Deutschland geflüchtet haben, zwischen 25 000 und 30 000 Menschen beträgt. Man versteht zwar diese Massenflucht nicht recht, wenn man auf der anderen Seite hört und liest, daß am 17. November die baltische Landwehr ihr Einjahrsjubiläum feiern konnte, daß sowohl die lettische Regierung wie auch die amerikanische und französische Militärkommission sich an dem Feste beteiligten, daß also anscheinend zwischen Deutsch-Balten und Letten gar kein so schlechtes Verhältnis bestehen muß. Allein die vertriebenen und geflüchteten Deutschen sind in Deutschland, und es muß ihnen rasch geholfen werden. Vorläufig sind sie in ostpreußischen Lagern untergebracht, wo

amtliche deutsche Stellen mit Unterstützung des baltischen Vertrauensrats und durch Vertreter der „Rückwandererhilfe“, der bekannten Sammelorganisation für die Auslandsdeutschen, die erste Hilfe bringen. Der baltische Vertrauensrat übernimmt dann die Verteilung der Flüchtlinge über Deutschland durch diese Zweigstellen.

Ein staatsrechtliches Kuriosum ist festzustellen: Die Reichsregierung hatte in feierlichem Aufruf alle diejenigen der deutschen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt, die in falscher Verblendung und verführt vom Lieblingsgedanken an eine künftige Ansiedlung für selbständiges Kämpfen im Baltikum gegen Letten und Bolschewismus sich entschieden hatten. Jegliche Zufuhr und Löhnung wurde ihnen gesperrt, es war das letzte verzweifelte Mittel eines ohnmächtigen Staates, um durch die Androhung allerschwerster Strafen (natürlich nur unter dem Druck der Ententestaaten!) die eigenen Landeskinder zur Raison zurückzuführen. Das Experiment mißglückte, die Truppen blieben, rund 25 bis 30 000 Mann stark, im Baltikum stehen, „Fürst“ Awaloff-Bermond unternahm seinen bekannten Vorstoß gegen Riga, der so jämmerlich scheiterte, die Entente sprach die Blockade über die Ostsee aus und schädigte dadurch aufs schwerste Handelsentwicklung und deutsche Volksernährung, der frühere Kommandeur im Baltikum, Graf von der Goltz, ward abgerufen und die deutschen und deutschgebliebenen Truppen wurden dem General von Eberhard unterstellt. Eine Entente-Kommission reiste nach dem Baltikum, die Bermondsche Armee verfiel in völlige Auflösung und die enttäuschten und verführten ehemals deutschen Soldaten, die sich einer „russischen“ Armee zum Kampfe gegen den Bolschewismus angeschlossen hatten, standen nun vor dem Nichts. Es gelang nun, sie zur Rückkehr zu überreden, zu der die Entente drängte. Aber nun waren sie durch feierliche Erklärung der Staatsregierung ja ihres Staatsrechtes verlustig gegangen, waren „Auslandsdeutsche“, ja nicht einmal mehr Reichsdeutsche, sondern auslandsdeutsche Staatenlose (denn russische Staatsangehörigkeit hatte ja Herr Bermond noch nicht zu vergeben). „Dieser schwierigen Lage gegenüber tut nun Minister Noske, was das einzig Richtige ist: er erklärt, daß der frühere Entschluß der Reichsregierung rückgängig gemacht werden müsse. Die Entente verlange, daß diese ehemals Bermondschen Truppen als Deutsche betrachtet werden müßten, und es sei auch praktisch unmöglich, 20 oder 25 000 Deutsche nun nach Deutschland hereinzunehmen, ihnen jedoch zu erklären, sie seien keine Deutsche mehr. Auch die Sperrung der Löhnung und der Zufuhr müßten wieder aufgehoben werden. So kehren also die Truppen als deutsche Reichsangehörige wieder zurück, werden auch nicht mehr als fahnenflüchtig betrachtet (was ihnen der Erlaß der Reichsregierung auch angedroht hatte!) und werden abgerüstet. Eine staatsrechtlich wie staatspolitisch höchst lehrreiche Episode, über die einmal eine Doktorarbeit geschrieben werden mag, aber auch eine Beendigung eines für unsere allgemeine Politik auf die Dauer doch höchst gefährlichen Zustandes, die man begrüßen muß. Völlig unorientiert sind wir derweil nur über die Lage des baltischen Deutschtums. Ein großer Flüchtlingsstrom hat sich ins Deutsche Reich mit den rückkehrenden Truppen zurückergossen, ein großes Hilfswerk gilt es, für die Vertriebenen aufzubauen. Die Balten haben unter dem Krieg Entsetzliches gelitten. Hoffentlich bringt ihnen der baldige formelle Friedensschluß nun das „Recht der Minderheiten“, auf das sie vollen Anspruch haben.

Die Baltische Landeswehr hat am 17. November das Fest ihres einjährigen Bestehens in Riga gefeiert. Einem Berichte der „Baltischen Blätter“ darüber entnehmen wir, daß an der

Feier in Vertretung des lettländischen Oberkommandierenden ein Oberst und sein Stabschef, Vertreter der amerikanischen Militärmission und des amerikanischen Roten Kreuzes, Vertreter der französischen und englischen Militärmission, der Präses und der Vizepräses des Nationalausschusses, sowie zahlreiche Volksratsabgeordnete teilnahmen. Der Führer der Staffel, Rittmeister Graf Kayserling, begrüßte in verschiedenen Sprachen die Gäste, dann hielt Baron Fircks eine Ansprache, in der er daran erinnerte, wie die baltische Landeswehr gemeinsam mit den Letten den Bolschewistenstrom aufhielten, wie sie das kurische Land in ihrem Siegesmarsch befreiten. Er schloß mit einem Gelöbnis zur Pflichterfüllung, daran knüpfte Graf Kayserling einen Toast auf die lettländische Armee. Der Intendantursekretär Intelmann brachte ein Hoch auf die Vertreter der fremden Militärmissionen aus, der Oberst der lettischen Armee ließ die Landeswehr leben und der Vertreter der amerikanischen Militärmission schloß sich ihm an. Für die reichsdeutschen Führer und Organisatoren der Landeswehr, für die reichsdeutschen Kameraden, die doch ihr gewaltiges Teil an der Befreiung Kurlands hatten, fiel selbstverständlich kein Wort des Dankes und des Gedenkens. Die Zeiten haben sich geändert.

Am Tage darauf feierte man das lettländische Unabhängigkeitsfest. Das lettländische Volk beging zum ersten Male „den Tag seiner Staatlichkeit“ durch eine Feier auf dem Bruderkirchhof, eine Festsitzung des Volksrates, eine Festversammlung der Stadtverordneten und abends ein Festkonzert. Patriotische Aufzüge und eine Menge von rot-weiß-roten Fahnen belebten das Stadtbild. Eine Abordnung des Börsenkomitees, bestehend aus den deutschen Herren Augsburg, Reimers und Syndikus von Reibnitz, besuchte den Ministerpräsidenten und sprach ihm gegenüber den festen Willen des Börsenkomitees aus, am Aufbau des neuen Staatswesens mitzuarbeiten.

Frankreich.

Das französische Amt für den industriellen Wiederaufbau erläßt eine Bekanntmachung, in der es auf Vorteile hinweist, die den Geschädigten aus einem Einkaufe der Artikel und Erzeugnisse, die die französische Industrie ihnen gegenwärtig zu beschaffen nicht in der Lage sei, in Deutschland oder in den Rheinlanden entstehen könnten. Abgesehen von Anforderungen von Material, die die Geschädigten an das Amt richten können und die von der Inkraftsetzung des Friedensvertrags an bewilligt werden sollten, können die Geschädigten schon jetzt direkt in Deutschland oder in den Rheinlanden kaufen, was sie brauchen. Zur Orientierung der daran interessierten Industriellen hat das Amt in Wiesbaden ein Büro eingerichtet, das ihnen alle wünschenswerten Auskünfte über die Marktlage, die normalen Preise und die Zahlungsbedingungen geben sollen.

„Economist“ stellt fest, daß die französische Regierung bereits vor einiger Zeit Aufträge auf eine Reihe von Spezialartikeln für den Wiederaufbau in Deutschland untergebracht und die Absicht habe, weitere größere Bestellungen folgen zu lassen. Französische Geschäftskreise halten es für sehr vorteilhaft, in Deutschland zu kaufen, eine Absicht, der sich auch „Economist“ anschließt. Es sei ein offenes Geheimnis, daß der Handelsminister Clémentel den französischen Handel mit allen Mitteln von den alliierten Ländern abzulenken und auf den deutschen Markt zu wenden suche.

„Intransigeant“ wirft die Frage auf, ob die Wiederanknüpfung der Handelsbedingungen mit dem Feind erforderlich sei, und bejaht sie für die bestimmten Fälle, in denen dies im französischen Interesse liegen sollte. Frankreich kann, wenn es sich mit Deutschland in geschäftliche Beziehungen einläßt, sein Übelwollen und seinen Haß uneingeschränkt bewahren, den jedes französische Herz

am rechten Fleck gegen einen Deutschen hegen muß. Freilich darf die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland nicht dazu führen, daß Franzosen in Frankreich selbst billigere deutsche Produkte den ähnlichen französischen Produkten vorziehen.

„Journal de Genève“ macht darauf aufmerksam, daß England und Italien bereits große Anstrengungen machen, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen, und daß es nur im Interesse Frankreichs liegen könnte, ihrem Beispiel zu folgen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage der Welt, die Valutasituation und die Marktlage werden in kurzer Zeit eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland fordern. Diese Annäherung erwarte ein großer Teil der deutschen öffentlichen Meinung und erhofft sie, die Interessen Frankreichs erfordern sie, die Ruhe der Welt gebietet sie.

Rumänien.

Der Hermannstädter deutsche Anzeiger weiß zu melden, daß die sächsischen Kreisverbände in Siebenbürgen sich mit einer Denkschrift an die Friedenskonferenz wandten, um zu erreichen, daß die rumänische Regierung aufgefordert werde, den Schutz der nationalen Minderheiten voll zu gewähren und entsprechende Gesetzesvorlagen der rumänischen Kammer sofort einzureichen.

Ostafrika.

Der englische Verwalter für das früher deutsche Gebiet in Ostafrika ist mit einem Stab von Beamten zur Neuorganisation der Landesverwaltung in Daressalam angekommen. Nach der Press-Information wurden die früheren deutschen Ansiedler restlos ausgewiesen.

Südwestafrika.

In Windhuk wurde am 15. Oktober eine politische Vereinigung begründet, die Gründungsversammlung war die erste politische Versammlung seit Kriegsausbruch. 5 Deutsche und 5 Holländer bildeten das Komitee. Aufgabe des Vereins soll es sein, das politische und wirtschaftliche Zusammenarbeiten mit der Südafrikanischen Union herzustellen. Dr. Hartig sprach in der Versammlung von dem Gefühl der Deutschen: Sie hätten ihren tiefen Nationalstolz und könnten sich nur schwer mit dem Geschehenen abfinden. Aber ein passives Verhalten verbiete sich jetzt von selbst, wenn die Deutschen nicht als Drohnen ausgeschlossen sein wollten. Einem Kinde sei die Mutter gestorben, als Pfleger sei dem Kinde die südafrikanische Union zugewiesen worden. Durch Mitarbeit sei dem Schutzgebiet am besten zu dienen.

Amerika.

Die deutsche Musik und die deutschen Sänger wie Musiker waren vor dem Kriege gefeiert in Neuyork. Während des Kriegs schlug die Stimmung ins Gegenteil um. Die berühmte Altistin der ehemaligen Berliner Königlichen Oper, Margarete Arndt-Ober, ist jetzt nach langer Kriegslebenszeit wieder nach Berlin zurückgekehrt. Alfred Holzbock erzählt im „Tag“ von ihren Kriegserlebnissen, die mehr als nur persönliche Erlebnisse sind. Während die auch bei uns gefeierte Frieda Hempel und Frau Preuße-Matzenauer amerikanische Bürgerinnen wurden, blieben die meisten der brotlos gewordenen deutschen Sänger und Sängerinnen ihrem Deutschtum treu, obgleich alle Versuche, zur Kriegszeit zu spielen und zu singen, mißlangen. Frau Arndt-Ober sang gerade an dem Abend im Metropolitan Opera House gemeinsam mit dem Tenoristen Sembach in einer englischen Oper, als Gerard die kriegverkündende Botschaft Wilsons vorlas. Ein frenetischer Jubel brach los. Die nichtdeutschen Beamten, Sänger und Angestellten des Theaters bespion die ihnen wegen ihres bewußten

Deutschtums verhaßte Frau Arndt-Ober, bis sie bewußtlos zusammenbrach. Dann hielten sich die deutschen Sänger und Sängerinnen versteckt. Man zwang sie, in bestimmten Stadtteilen zu wohnen und verbot ihnen, bestimmte Stadtteile zu betreten. Als Frau Ober von der Operngesellschaft ihr Vertragshonorar forderte, stürmte eine wüste Horde ihr Landhaus und sie mußte sich und ihr Kind zu einer Fischerfamilie in den nahen Wald retten. Unterstützung fanden die deutschen Künstler nur bei Geraldine Farrar, die während der Zeit des tollsten Deutschenhasses ein Buch herausgab, das voll Lob und Dankbarkeit für die deutsche Kultur und für das deutsche Volk war.

Argentinien.

Am 1. November lief aus Buenos Aires der der Neuyorker „National Steamship Line“ gehörige Dampfer „Jean“ direkt nach Hamburg aus. Damit wurde die unmittelbare Schifffahrt zwischen Argentinien und Deutschland nach fünfjähriger Unterbrechung wiederhergestellt. Der Dampfer führt eine nach Deutschland bestimmte Ladung argentinischer Produkte an Bord. Unter diesen wird sich die erste direkte Ladung von Lebensmittelpaketen des Argentinischen Volksbundes befinden. Außerdem macht die „Deutsche Frauenhilfe“, Buenos Aires, bekannt, daß es nach langen Schwierigkeiten endlich möglich gewesen ist, die für notleidende Frauen und Kinder in der Heimat bestimmten Liebesgaben an Kleidern und anderen Gebrauchsgegenständen auf ebendiesem Dampfer zu verschiffen. Die der Opferfreudigkeit und Nächstenliebe aller deutschen, österreichischen und deutschfreundlichen Damen ganz Argentinien zu verdankenden, für diesen Zweck gesammelten reichen Gaben haben einen sehr erheblichen Umfang angenommen. Im ganzen sind 131 Kisten zum Versand gekommen, davon 12 für Österreich und 119 für Deutschland. Alle Gaben für Deutschland werden an den Hauptvorstand des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin gesandt, dem zweckmäßigste Verteilung nach eigenem Ermessen anheimgegeben worden ist. Die für Österreich bestimmten gehen an die Adresse des offiziellen Vertreters dieses Landes in Berlin.

Brasilien.

„Brasilien und wir“ überschreibt Karl Schüler einen Aufsatz, den er in der „Düsseldorfer Zeitung“ veröffentlicht und zu dem die Zeitung bemerkt, der Verfasser sei erst jetzt aus Brasilien zurückgekehrt, wo er die letzten vier Jahre verbracht habe. Brasiliens Kriegführung sei durchaus platonisch gewesen, lesen wir da, kein Brasilianer sei auf den Schlachtfeldern erschienen. Es habe auch keine Internierungen, keine Beschlagnahme deutscher Vermögen, keine schwarzen Listen gegeben. Nur zur Küstenverteidigung gegen deutsche U-Boote habe man sich eingerichtet, wobei die Verbandslieferanten ein gutes Geschäft gemacht hätten. Sei ein deutsches oder deutschfreundliches Geschäft auf die schwarze Liste gekommen, so sei es unter neuem brasilianischen Namen in der nächsten Straße wieder aufgetaucht und dann unbehelligt gelassen worden. Die „internierten“ deutschen Matrosen seien in den Auswanderungslagern gut gepflegt worden und hätten dort eine Spielzeugfabrik begründet, die ausgezeichneten Gewinn abgeworfen habe. Konnte einer der Internierten nachweisen, daß er im Land eine Stellung erworben habe, so sei er sofort freigegeben worden. Der im vorigen Jahre zum Präsidenten gewählte Rodrigo Albez, der seinen Vorgänger wegen des Eintritts in den Krieg sehr bekämpft habe, sei gestorben, ohne sein Amt ausüben zu können. Der neue Wahlkampf im April habe unter dem Zeichen: Für

oder gegen Deutschland gestanden. Der wütende Deutschenfresser Barbosa, der sich einst im Haag auf dem Friedenskongreß durch ein Protzenessen das Lachen Europas zugezogen habe, habe auf die Entsendung zum Friedenskongreß in Paris verzichtet, um der Präsidentschaftschancen nicht verlustig zu gehen. An seiner Stelle sei Epitasio Pessoa gesandt worden, der aber sei von den Pariser Machthabern nicht eben freundlich und gut behandelt worden, was die Verbandsfreundlichkeit der Brasilianer nicht gestärkt habe. Um seine Stellung zu kräftigen, habe man nun ihn als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt und er sei auch gewählt worden, so daß der Abwesende gewählt wurde, während der anwesende Kandidat durchfiel. Die Wahl sei in Brasilien als eine Kundgebung für Deutschland stürmisch gefeiert worden. Das Bekenntnis zum demokratischen Regiment habe den deutschen Freunden in Brasilien neue Stärkung gegeben, so sehr die Revolution auch geschadet habe. Man habe großen Hunger nach deutschen Waren im Lande und gebe sich alle Mühe, den Einwanderungsstrom auch nach Brasilien zu lenken.

Chile.

Abreise der letzten Internierten der „Dresden“. Der 1. November wurde in Chile als besonderer Gedenktag festlich begangen. Vor 5 Jahren dröhnten an diesem Tage deutsche Geschütze bei Coronel. Das Auslandsgeschwader des Admirals Graf Spee errang in offener Seeschlacht den 1. Sieg über Englands Schiffe. Und dies Jahr verließen am 1. November die letzten der auf der Insel Quiriquina Internierten der „Dresden“-Besatzung Chiles gastlichen Boden auf der Fahrt nach der Heimat.

Die deutschen Turner in Chile haben den Tapferen von S.M.S. Scharnhorst, Gneisenau, Nürnberg, Leipzig und Dresden ein stimmungsvolles Denkmal errichtet, das in feierlicher Weise bereits am 19. Oktober in Concepcion im Garten des Deutschen Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhauses dem Deutschen Hospitalverein übergeben wurde.

Die „Deutsche Presse“ in Santiago widmet den in die Heimat Zurückkehrenden außerordentlich warmherzige Worte. U. a. schreibt sie:

„Laßt uns Deutsche hier im fernen Lande Hüter Eurer Vermächtnisse sein. Das sei unser Dank. Ihr, die des Krieges wechselnd Glück nach hier verschlug, war't uns lebendige Kunde aus der Heimat. Ihr machtet uns zu Zeugen eines Aktes in Deutschlands Schicksalskampf. Ihr brachtet uns nähere, direkte Anteilnahme an dem großen Ringen. Ihr war't uns Vorbild und anspornendes Beispiel. Und noch in fernen Tagen wird die deutsche Mutter hier den deutschen Kindern berichten: Es war einmal . . . Das Lied von Deutschlands Söhnen. Kein Märchen . . . Geschichte, Wahrheit.“

Ihr habt in jahrelangem Verkehr die Deutschen in der Ferne kennengelernt. Ihr wißt, daß unser aller Herzen gut deutsch schlagen. Wir haben mit Euch gebuhelt ob deutscher Siege, und mit Euch getragen in Tagen schwerer Trauer. Und kommt Ihr heim, dann sagt es Schwestern und Brüdern, daß hier ein Geschlecht lebt, das auch in Deutschlands schwärzesten Tagen nicht an der Heimat verzagte, und das auch nie an der deutschen Zukunft verzweifeln wird. Auch hier draußen erklingt ein deutsches Lied; und der Takt dazu, der hämmert und dröhnt, der singt und klingt: Arbeit, Arbeit. Denn in deutscher Arbeit wollen auch wir mithelfen, Deutschlands Zukunft zu gründen und zu sichern.“

Aus dem in der gleichen Zeitung veröffentlichten Dank der „Dresden“-Besatzung geht hervor, daß nicht nur die Deutschen

Chiles, sondern auch die chilenischen Behörden und viele chilenische Familien unseren Internierten den unfreiwilligen Aufenthalt im Lande so angenehm wie möglich zu gestalten sich bemühten.

Kapitänleutnant Wieblitz, der Kommandant der „Dresden“-Besatzung, schreibt dort in seinen Abschiedsworten folgendes:

„Beim Scheiden des letzten „Dresner“-Transportes von chilenischem Boden ist es mir eine angenehme Pflicht, im Namen des Kommandanten und der gesamten Besatzung dem ganzen Lande, besonders aber unseren Landsleuten hier ein herzliches Lebewohl zuzurufen und unserm innigsten Dank Ausdruck zu geben, für alles Gute, was uns in 4½ Jahren zuteil wurde.“

Vom Tage unserer Ankunft an bis zum letzten Augenblick hat die Liebestätigkeit nicht aufgehört. Wir werden daher stets mit aufrichtiger Dankbarkeit der Deutschen Chiles gedenken.

Aber auch die sprichwörtliche Gastfreundschaft und das große Entgegenkommen möchte ich nicht unerwähnt lassen, die uns aus weiten chilenischen Kreisen bewiesen wurden. Alle Behörden haben getan, was in ihren Kräften stand, um uns, soweit das in unserer Lage als Internierte möglich war, den Aufenthalt angenehm zu machen. Zu vielen chilenischen Familien sind wir in freundschaftliche Beziehungen getreten.

Wir scheiden daher mit dankerfülltem Herzen von dem Lande, das uns mehr denn 4 Jahre gastlich beherbergt hat.

Besonderen Dank aber nochmals allen Einwohnern deutscher Abkunft, die wir mit dem festen Vertrauen verlassen, daß sie die deutsche Art, die wir an ihnen kennengelernt, auch weiterhin hochhalten und verteidigen zum Besten des alten Vaterlandes und der neuen Heimat.“

Japan.

Erst jetzt wird aus dem „Japan Chronicle“ vom 2. Oktober bekannt, daß die Japaner während des Kriegs aus Furcht vor gefährlichen Umtrieben ungefähr 60000 Briefschaften, zum Teil aus dem Jahre 1916, die schon von der amerikanischen und englischen Zensur durchgelesen worden waren, in Japan aufstapelten und an die deutschen Gefangenen nicht ausgaben. Mit Recht spottet das englische Blatt über diese Bürokratie der Japaner, die eine ausgesprochene Grausamkeit den armen Gefangenen gegenüber bedeute.

KLEINE NACHRICHTEN

Richard Böcking †. Der Antwerpener Großkaufmann und ehemalige Vorsitzende der Deutschen Handelskammer, Richard Böcking, Chef der Firma Königs, Günther & Co. Success. ist am 11. Dezember im Alter von 70 Jahren plötzlich in Amsterdam gestorben. Jahrzehnte hindurch hat er im gesellschaftlichen und kulturellen Leben Antwerpens an hervorragender Stelle gestanden. Das Deutschtum in Belgien, die deutsche Kirche, vor allem aber die deutsche Schule danken seiner Tatkraft und Opferwilligkeit Unendliches. Im Jahre 1915 wurde er zum Vorsitzenden des Wohlfahrtsausschusses der deutschen Kolonie in Antwerpen gewählt und widmete von nun an seine ganze Arbeitskraft und sein gütiges Herz der sozialen Fürsorge und Hilfsbereitschaft in der Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben. Die Antwerpener Deutschen werden ihren bewährten Führer und treuen Berater, dessen aufrechte, unantastbare Persönlichkeit ihnen ein leuchtendes Vorbild war, nicht vergessen!

Rudolf von Hörner und Reinhold von Sass †. In den Baltischen Blättern widmet der ehemalige Verwaltungschef von Kurland zwei hervorragenden baltischen Toten warme Worte

des Gedenkens, zwei Toten, denen auch das Deutsche Ausland-Institut Dank über das Grab hinaus schuldet, weil sie ihm bei der Zusammenstellung der Kurlandausstellung tatkräftige Hilfe geleistet haben. Rudolf von Hörner war einer der besten Geschichtskenner Kurlands, ein Mann, der namentlich in der Verfassung und großen Geschichte eines so bedeutsamen Selbstverwaltungskörpers, wie ihn die Ritterschaft darstellte, vollkommen beschlagen war. Er war für Kunst und Literatur begeistert, war ein anfeuernder Redner, ein liebenswürdiger und stets hilfsbereiter Mann, der auch in den schwersten Tagen seines Vaterlandes den Mut und das Vertrauen auf die Urkraft der deutschen Heimat nicht sinken ließ. Er war ein Edelmann im besten Sinne des Wortes. Der junge Baron von Sass ist im Kampfe gegen Lettland und die Bolschewisten gefallen. Er war über zwei Jahre lang ein stets liebenswürdiger, freundlicher, hilfsbereiter Adjutant des Verwaltungschefs, ein frischer, gemütsfroher Mensch mit offenem Sinn für das Schöne und Gute. Auch wir werden den beiden Toten ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

Dr. F. W.

Baron Eugen Kaulbars †. Der „Revaler Bote“ meldet den Tod des hervorragenden Baltenvertreters, den in Petersburg die Bolschewisten erschossen haben. Er hat sich dort lange um die Rückführung der versprengten Balten, um ihre Unterstützung und Bekleidung, um die Zusammenstellung der Flüchtlingszüge und um die Geldbeschaffung für die Balten ungeheure Verdienste erworben. Auch er hat Kriegsdienste geleistet und ist den Kriegstod gestorben. Sein Andenken werden die Balten in hohen Ehren halten.

Professor Calvin Thomas †. Deutsche Blätter melden aus den Vereinigten Staaten, daß Professor Thomas gestorben ist, der seit 1896 an der New Yorker Columbia-Universität deutsche Sprache und Literatur lehrte. Unermüdlich war er für die Verbreitung deutscher Kultur in den Staaten tätig durch Veröffentlichung zahlreicher Kommentare und Biographien deutscher Klassiker. Er verfaßte auch eine Geschichte der deutschen Literatur und war auf seinem Gebiete ein sehr fleißiger Mitarbeiter amerikanischer Wochen- und Monatsschriften. Sein bekanntestes Werk ist aber die „German Grammar“, die eine Verbreitung nach Hunderttausenden fand und für zwei Generationen von Amerikanern die Grundlage für das Studium der deutschen Sprache war.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Helsingfors, Deutsche Schule. Die deutsche Schule wird jetzt von Fräulein Schwarzenberg (für deutsch) und von Fräulein Björklund (für Gesang und Schwedisch) geleitet. Die drei untersten Klassen sind jetzt mit 38 Schülern in Betrieb, von denen 15 Deutsch, 10 Finnisch oder Estnisch, 9 Schwedisch und 2 Russisch als Muttersprache haben. Außerdem unterrichtet noch, wie wir der Weihnachtsnummer von „Deutsch-Evangelisch in Finnland“ entnehmen, Fräulein Dr. phil. Lotte Pingoud einen Kreis von 8 Zwölfjährigen, der später mit der Schule verbunden werden soll. Im nächsten Jahre soll die vierte Klasse als erste Klasse einer höheren Schule eingerichtet werden, so daß die Kinder der Schule nicht zu wechseln brauchen. Für Deutsch sind die Lehrkräfte bereits vorhanden. Da die Schulgelder nicht so wachsen können, wie die Ausgaben, werden die Eltern aufgefordert, Sonderbeiträge nach Selbsteinschätzung zu bezahlen. 4000 Mark Sonderbeiträge sind bereits eingegangen.

Windhuk, Deutsche Realschule. Am 17. Oktober fand in der festlich geschmückten Aula des Schulgebäudes die Ent-

lassung von 6 Zöglingen statt, denen die Berechtigung zum Eintritt in die Obersekunda erteilt wurde. Professor Gries betonte in seiner Entlassungsrede, daß von Pretoria aus der Fortbestand der Schule bis auf weiteres genehmigt worden sei. Er selbst wie die drei übrigen Lehrer würden im Amte bleiben.

Fremde Schulen in Santa Catharina

Nach einer Meldung aus Florianopolis soll der dortige Staatsgouverneur die Schließung aller Schulen in Blumenau und Joinville sowie in allen anderen Kolonien verfügt haben, wenn sie die portugiesische Sprache nicht genügend unterrichten und wenn ihre Lehrer nicht in Übereinstimmung mit dem staatlichen Schulgesetz geprüft sind.

Die „Deutsche Zeitung“ in Sao Paulo sieht in dieser Verfügung das drohende Ende einer langen Pionierarbeit, da bei Durchführung der Bestimmung viele deutsche und auch italienische Kolonien ohne Schulen sein werden: „nicht weil sie die portugiesische Sprache ablehnen, sondern weil sie überhaupt nicht in Übereinstimmung mit dem Schulgesetz unterrichtet werden kann. Wo sollen die deutschen und die italienischen Lehrer herkommen, die die portugiesische Grammatik beherrschen? Und wo will man die brasilianischen Lehrer finden, die Lust haben, sich in die weltentlegenen Waldpikaden zu begeben, um den barfüßigen Kleinen das A-B-C beizubringen?“

Es ist zu hoffen, daß, falls die gemeldete Verfügung in dieser Form tatsächlich erlassen worden ist, ihre Durchführung nicht erzwungen wird. Die brasilianische Regierung selbst dürfte sich darüber klar sein, wie viel sie gerade den verschiedenen Kolonialschulen zu danken hat.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Vom Bostoner Sinfonie-Orchester. Zwar ist es eine amerikanische Einrichtung, dieses unvergleichliche Orchester, aber wenn man jetzt den Tod seines Schöpfers und Mäzens vernimmt, so darf man es wohl unter dieser Rubrik der deutschen Kunst im Auslande nennen, denn Herr Higginson, der das Orchester 1881 gründete, hatte in Deutschland und Österreich Musik studiert und seine ganze Liebe gehörte nicht seinem Hauptberufe, dem Bankfach, sondern der Musik. Sein Reichtum gestattete ihm ein Orchester zu unterhalten, dessen Ziel nie große Einnahmen oder auch nur wirtschaftliche Selbsterhaltung war, sondern für das er stets die besten Musiker heranholte, zu einem großen, ja überwiegenden Teile Deutsche. Deutsch waren auch die Kapellmeister, die den Ruf des Orchesters begründeten, von Georg Henschel bis zum letzten Leiter Dr. Muck. Schon ehe der Krieg mit Amerika ausbrach, verlangte man von Dr. Muck, daß er am Schlusse jeden Konzerts das amerikanische Bannerlied spielen lasse. Muck lehnte das als unkünstlerisch ab und Higginson stellte sich durchaus hinter ihn. Als der Krieg dann ausbrach, wurden Muck und die deutschen Orchestermitglieder interniert und ein Franzose übernahm die Orchesterleitung. Besser ist aber das Orchester nicht geworden und mit dem Hinscheiden seines freigebigen Schöpfers wird es wohl auch seinen Rang des besten Orchesters der Welt bald eingebüßt haben.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Der in Wien als Organ des Deutschen Schulvereins herauskommende „Getreue Eckart“, der bisher 6mal im Jahre erschien, wird vom 1. Januar ab als 2mal monatlich erscheinendes Familienblatt herausgebracht. Er kostet 7,50 Kronen

im Vierteljahr. Das Blatt, das an hervorragendster Stelle im Kampfe für die deutsche Sache in Österreich stand, soll bedeutend ausgestaltet werden.

Eine neue deutsche Wochenschrift in Ungarn. Daß die ultramagyarische Richtung der neuen Regierung trotz aller Gewaltmittel die einmal zu neuem Leben erwachte deutsche Bewegung nicht zu unterdrücken vermag, zeigt das Erscheinen einer neuen deutschen Zeitschrift, wohl der einzigen, in Budapest. Sie nennt sich „Deutsche Arbeit in Ungarn“ und wird von Dr. Ernst Imrich geleitet und herausgegeben. Ausdrücklich bezeichnet sich das Blatt als unpolitisch und führt deshalb den Untertitel „Wochenschrift für deutsches Volkstum und deutsche Kultur“. Es ist dies von Bedeutung, weil nach ungarischem Gesetze politische Zeitschriften eine höhere Kautionszahlung zu erlegen haben und unpolitische sich streng jeder eigentlich politischen Erörterung enthalten müssen, was freilich nur bei nichtmagyarischen Blättern genau genommen wird. Die beiden ersten Hefte des Unternehmens lassen erfreulicherweise erkennen, daß die besondere Aufgabe, die hier vertreten werden soll, richtig erfaßt wurde. Ohne politische Streitfragen zu berühren, werden geschickt Fragen nationaler Kultur und Probleme der Geschichtsphilosophie in geeigneter, den deutschen Standpunkt wahrer Weise behandelt. Auch dem geistigen Zusammenhange des Gesamtdeutstums wird entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt und damit in den Deutschen Ungarns das Verständnis für ihre Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreise rege gehalten. Wenn es gelingt, die junge Zeitschrift, deren Verbreitung vielleicht der unerhörte hohe Preis von 100 K jährlich im Wege stehen wird, auszubauen und einzubürgern, so ist sie berufen, wirksamste deutsche Pionierarbeit auf geistigem Gebiete zu leisten. Jedenfalls wäre es wünschenswert, daß ihr auch im Deutschen Reiche entsprechende Beachtung geschenkt würde.

Argentinien.

Die in spanischer Sprache herauskommende Zeitung „La Union“ ist zwar eine Schöpfung des Weltkriegs, aber sie konnte immerhin, woran die D. Allg. Ztg. erinnert, jetzt ihr 5jähriges Bestehen feiern. Der Senior des deutschen Pressewesens am La Plata, Hermann Tjarks, hat sie begründet und seit dem 1. November bemüht sie sich in glücklicher Weise, der nachrichtenvergiftenden Tätigkeit von Reuter und Havas entgegenzuwirken. Die Zeitung ist während des Krieges einer ganzen Reihe von Attentaten, die gegen ihr Bestehen ideell aber auch durch Brandstiftungsversuche und ähnliches begangen wurden, glücklich entronnen. Man darf ihr ein langes und weiter so erfolgreiches Leben wünschen.

Brasilien.

Die „Deutsche La Plata-Zeitung“ bringt aus Anlaß des Wiedererscheinens verschiedener deutscher Zeitungen in Brasilien einen Artikel, in dem sie beschreibt, wie zäh sich das Deutschum in der Zeit des Verbotes der deutschsprachigen Zeitungen verhielt. Es sei ein Freudentag gewesen, als Ende August wieder die ersten deutschen Zeitungen das Licht der brasilianischen Sonne erblickten. Zwar entschied der brasilianische Minister des Äußern auf ein Gesuch hin, daß erst der Frieden ratifiziert werden müßte, ehe das Wiedererscheinen der deutschen Zeitungen gestattet werden könnte, der brasilianische Kongreß müsse vor allen Dingen zuerst sein Votum abgeben, dennoch erschienen aber bald die „Koloniezeitung“ aus Joinville (Santa Catharina), der „Kompaß“ aus Curitiba, die „Deutsche Zeitung“ und die „Germania“ in Sao Paulo, der „Urwaldbote“ in Blumenau anscheinend unter stiller Duldung der Behörden. Ferner kam

in Sao Paulo ein neues Familienblatt „Der neue Hausfreund“ heraus und auch die „Joinviller Zeitung“ erschien in neuer Gestalt.

AUSLÄNDER AN DEUTSCHEN SCHULEN

Ein Lehrstuhl für schwedische Sprache in Deutschland. Der „Reichsverein für Erhaltung des Schwedentums im Auslande“ dessen Arbeitsgebiet sich über die ganze Welt erstreckt, hat der Universität Rostock zu ihrem Jubiläum eine Stiftung von 300 000 Mark überwiesen, aus deren Zinsen eine Professur für schwedische Sprache an der Universität unterhalten werden soll. Die Stiftung erfolgte zur Erinnerung an die vielen Schweden, die in früheren Jahrhunderten gerade in Rostock studiert haben; an der Sammlung zur Stiftung haben sich viele Tausende von Gebornen beteiligt.

Leipzig, Ausschuss der Studentenschaft. Der Ausschuss der Studentenschaft hatte eine allgemeine Studentenversammlung einberufen, die zur Ausländerfrage Stellung nehmen sollte. Ein Vertreter der Klinikerschaft hielt das einleitende Referat. Gerade in Leipzig sei die Überschwemmung besonders spürbar. Es seien bereits unter 5900 Studenten 232 Ausländer. Bei näherer Prüfung sei ermittelt worden, daß hierunter wenig feindliche Ausländer seien. Die Deutschösterreicher würden hier keinesfalls als Ausländer angesehen. Jetzt seien die Zustände noch nicht so schlimm, aber die Vorkriegsverhältnisse würden wohl bald wiederkommen. In Mannheim würden nach einem Beschluß der Studentenschaft alle feindlichen Ausländer ausgeschlossen, bis die Gefangenen zurückgekehrt seien. Es befänden sich in Leipzig Ausländer, die kein Wort deutsch sprächen und doch eingeschriebene Studenten seien. Die Angelegenheit habe auch eine wirtschaftliche Seite. Die deutsche Wissenschaft müsse, wie auch die Industrie, gegen das Auspionieren von Geheimnissen geschützt werden. Ohne eine Aussprache wurde die vorgelegte Entschließung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, in der es heißt, daß feindliche Ausländer bis nach der Rückkehr unserer kriegsgefangenen Brüder ausgeschlossen werden sollten, daß alle Ausländer besonders gekennzeichnete Ausweise bekommen, kein Anrecht auf soziale Vergünstigungen (Mittagessen, Kasino) erhalten und vor allem, daß sie in ihren finanziellen Abgaben unter Zugrundelegung unserer Valutaverhältnisse unter keinen Umständen besser gestellt werden dürften als die Inländer.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien, Deutscher Schulverein. In der Sitzung vom 5. November berichtete der Obmann Dr. Groß über die Begründung des „Deutschen Kulturverbandes“, der die Arbeiten des deutschen Schulvereins im tschecho-slovakischen Staate übernehmen soll, weil dort ja die Zugehörigkeit einzelner Vereine zu einem Gesamtverein, der seinen Sitz außerhalb der Tschecho-Slovakei hat, verboten ist. Aus allen Teilen Böhmens, Mährens und Schlesiens war die für den 2. November einberufene Gründungsversammlung des deutschen Kulturverbandes gut besucht. Weit mehr als die Hälfte der bisher bestehenden Ortsgruppen des Schulvereins in diesen Gebieten haben schon ihren Beitritt zum neuen Kulturverband angemeldet, der mit Beginn des neuen Jahres einen Teil der Beamten des alten Schulvereins übernehmen wird und dem auch der Schulverein alle seine im tschecho-slovakischen Staate belegenen Schulanstalten und Kindergärten-

Gebäude zum ungestörten Betrieb überlassen wird. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Verbänden soll noch geregelt werden.

Graz, Steiermark, Verein Südmark. Die Umwälzung der politischen Verhältnisse stellt auch die deutschen Schutzvereine im ehemaligen Österreich-Ungarn vor ganz neue Aufgaben. Die „Südmark“ war schon bisher einer der größten Schutzverbände mit nahezu 100 000 Mitgliedern. Der Verein ist jetzt in einen die ganzen Alpenländer umfassenden Kulturverband mit geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Zielen umgewandelt worden. Die bisherigen kleineren Vereinsmitteilungen werden nunmehr, dem gewachsenen Ziele entsprechend, in einen alpenländischen Kunst- und Kulturwart umgewandelt. Die „Südmark“-alpenländische Monatsschrift für deutsches Wesen und Wirken wird vom 1. Januar 1920 ab erscheinen. Der Schriftleiter der bisherigen Vereinsmitteilungen, Joseph Papesh, legt in einer kleinen Zielschrift „Der neue Weg“ die Aufgabe dar, deren Erfüllung der Verein zustrebt: „Unterstützung der ausgestoßenen und heimatlos gewordenen Deutschen, Pflege des Zusammenhangs mit den unter fremder Herrschaft stehenden Rasseteilen, Auffrischung des matt und müde gewordenen Volksempfindens im verbliebenen Stammlande, Pflege des völkischen Gedankens in der Jugend, als dem aufnahmefähigsten Teil unseres Volks und dem Träger seines Wesens in der Zukunft.“ Schaffung von Volksheimen ist geplant, Südmark-Büchereien sollen erstehen, alle Volksbildungsbestrebungen sollen eine Stütze finden, deutsches Christentum soll gepflegt werden, der Schutz der Rechte und Minderheiten in rechtlicher und wissenschaftlicher wie geistiger Beziehung soll übernommen werden, die als lebensunfähig sich erweisenden Minderheiten sollen in bessere Wohngebiete zurückverpflanzt werden, Innensiedlung und Bodenreform soll gefördert werden. Wanderlehrer, Geselligkeitspflege, Volksheime, Flugschriften werden in Aussicht genommen, das Wesentlichste aber soll die neue Zeitschrift sein; ein Bindeglied zwischen allen Volksteilen. Die bisherigen Vereinsmitteilungen waren eben ein Vereinsblättchen, die neue Zeitschrift soll ein geistiges Gemeingut des ganzen Volkes werden. Das, was in der kleinen Schrift über den Geist der neuen Zeitschrift gesagt wird, klingt hochgemut und stolz, zukunftsicher und schaffensfroh. Der Bezug der neuen Zeitschrift soll beim Verein in Graz, Johanneumring 11, angemeldet werden, ihr Bezugspreis beträgt 6 Kronen für das Jahr.

Wirtschaftsbund der Reichsdeutschen in Ungarn.

Maßgebende Kreise der reichsdeutschen Kolonie in Budapest haben in einer unlängst stattgefundenen Besprechung den Wunsch ausgesprochen, einen Wirtschaftsbund zu gründen, dessen Hauptziele ungefähr die folgenden sein sollen: Wiederanknüpfung der unterbrochenen Geschäftsbeziehungen zwischen Ungarn und dem deutschen Vaterland, Studium neuer Absatzmöglichkeiten und neuer Absatzgebiete für die deutsche Industrie unter Heranziehung in Ungarn lebender Reichsdeutscher und als zuverlässig bekannter deutschfreundlicher Ungarn, Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der in Ungarn lebenden Reichsdeutschen, Wahrung und Förderung ihrer politischen Rechte, Rechtsberatung der Mitglieder in wirtschaftlichen Angelegenheiten, Mitwirkung beim Abschluß von Handelsverträgen, bei der Feststellung von Zollltarifen, Valutaabkommen, kurzum bei allen Abmachungen zwischen Deutschland und Ungarn, welche den deutschen Handel und die deutsche Industrie berühren. Die Mitwirkung soll durch einen oder mehrere Delegierte des Bundes erfolgen. Der Wirtschaftsbund wird reichsdeutschen Firmen geeignete, vertrauenswürdige Vertreter nachweisen, um

sie vor Schaden zu bewahren, er wird Auskünfte geschäftlicher und finanzieller Art erteilen und deutschen Handelskammern und deutschen Industrie- und Handelskreisen Nachrichten über die Geschäftslage und die Tätigkeit der ausländischen Konkurrenz übermitteln, er wird auch der deutschen Geschäftswelt seine Beziehungen zu den ungarischen Geschäftskreisen zur Verfügung stellen, eine Stellenvermittlung für kaufmännisches und technisches Personal einrichten und die Ausfuhr ungarischer Erzeugnisse und Bodenfrüchte nach Deutschland fördern und eine ständige Musterausstellung deutscher Erzeugnisse in Budapest anstreben. Mit den Vorarbeiten zur Schaffung dieses Bundes wurde bereits ein Komitee von mehreren Herren beauftragt, das in Kürze den Bund ins Leben rufen wird. H.

Brüssel. Deutscher Schulverein. Der Deutsche Schulverein versendet an seine Mitglieder und Freunde seinen letzten Jahresbericht über das 26. Vereins- und Schuljahr 1917/18. Der Schultätigkeit in Brüssel hat die Entwicklung der militärischen und politischen Verhältnisse ein jähes Ende bereitet. Der Verein selbst aber hat nicht aufgehört. Die Unterstützung der mit ihren Eltern Belgien verlassenden bedürftigen Schulkinder, die möglichste Sicherung des in Brüssel zurückgebliebenen Schuleigentums, die Deckung der dem Verein obliegenden finanziellen Leistungen gegenüber den stellenlosen Lehrern und Lehrerinnen in bezug auf Gehalt und Pensionszahlung haben die Mittel und die Arbeitskräfte stark in Anspruch genommen. Eine Verwaltungsratssitzung in Hagen i. W. besprach diese Fragen. Eine Mitgliederversammlung abzuhalten ist jetzt unmöglich. So werden die Mitglieder gebeten, damit einverstanden zu sein, daß der jetzige Vorstand seine Geschäfte weiterführt (mit Herrn A. Hasselkus, Vollme i. W., als Vorsitzenden) und werden ersucht, Mitgliedsbeiträge und solche freiwilliger Art zur Fortführung der Arbeiten dorthin einzusenden. Die „Deutsche Schule“ in Brüssel umfaßte die Hauptschule in Brüssel, bestehend aus Kindergarten, Knabenvorschule und 9-klassigem Realgymnasium, Mädchenvorschule und 8-klassiger Mädchenschule mit Universitätsvorbildung, ferner eine Volksschule und einen Kindergarten in Molenbeek, Volksschule mit Kindergarten in Schaarbeek und die Waldschule in Vorst. Dudenpark. In allen Schulen wurden auch Kurse für Erwachsene in deutscher, französischer und flämischer Sprache abgehalten. Im Hauptschulgebäude fanden wissenschaftliche deutsche Vorträge statt, dort stand auch eine deutsche Volksbücherei mit 2000 Bänden zur Benützung unentgeltlich zur Verfügung. Der Verein zählte zum Schlusse 320 Mitglieder, die zusammen gegen 18 000 Franks Beiträge aufbrachten. In den Schulen waren im Jahre 1918 über 800 Kinder eingeschult, 49 Lehrer und Lehrerinnen waren tätig. Von den Schülern und Schülerinnen besaßen 716 reichsdeutsche, 49 österreichische, 32 belgische, 7 französische, 4 russische und je 2 argentinische und italienische Staatsangehörigkeit, bei 435 Schülern waren beide Eltern deutsch, bei 337 waren Vater oder Mutter deutsch, bei 49 Schülern waren beide Eltern fremder Abstammung. Innerhalb der Familie sprachen deutsch 443, deutsch und französisch 205, französisch 88, flämisch 24, flämisch und französisch 21, deutsch und flämisch 14, deutsch und englisch 9. Dem Bekenntnis nach waren 363 Schüler katholisch, 346 Schüler protestantisch und 91 israelitisch, 21 Schüler gaben kein Bekenntnis an.

Kristiania. Zentralausschuß der Deutschen Kristianias. Der vorläufige Ausschuß, der auf dem Besprechungsabend der Deutschen Kristianias im März gewählt wurde und den Auftrag erhielt, alles Nötige zur endgültigen Wahl eines Zentralausschusses der gesamten Kolonie vorzubereiten, insbesondere die

Satzungen auszuarbeiten, hat in den ersten Novembertagen seine Arbeit wieder aufgenommen. Zur Durcharbeitung der Satzungsentwürfe hat der Ausschuß aus seiner Mitte ein kleineres Unterkomitee gebildet. In der letzten Sitzung des Gesamtausschusses wurden u. a. die Satzungen vorgelegt, die die Deutsche Kolonie in Kopenhagen sich gegeben und auf der Jahresversammlung im März 1919 angenommen hat. In Kopenhagen sind nämlich die verschiedenen deutschen Vereine schon seit langem zu einer „Deutschen Kolonie“ unter einem gemeinsamen Vorstand, sowie einem engeren und weiteren Ausschuß zusammengeschlossen. Im Unterschied zu unseren Plänen handelt es sich dort, wie man sieht, um eine Zusammenfassung nur der Vereine, während wir in Kristiania möglichst alle Landsleute in dem weiten Rahmen eines Zentralausschusses einbegreifen möchten, auch diejenigen, die aus dem einen oder anderen Grunde keiner deutschen Vereinigung angehören. Wenn man allerdings unter Vereinen nicht nur die geselligen Vereine versteht, sondern jede Vereinigung, die sich aus irgendeinem Gesichtspunkt unter den Deutschen zusammenschließt, also z. B. Frauenverein, Hilfsverein, deutsche evangelische Gemeinde, Sozialistenklub u. ä., so werden wohl die meisten Landsleute irgendeiner dieser Vereinigungen zugehören. Immerhin hat die Praxis gezeigt, daß doch eine größere Anzahl ganz ohne solche Vereinszugehörigkeit sind, sich aber doch gern an den gemeinsamen Bestrebungen zur Pflege heimatlicher Art usw., kurz an einem Zentralausschuß sämtlicher Deutschen Kristianias beteiligen würden. Insbesondere ist bei den Beratungen des vorläufigen Ausschusses der Wunsch der deutschen Katholiken, im Ausschuß der Kolonie ständig vertreten zu sein, lebhaft zum Ausdruck gekommen. Es wurde im Ausschuß mit großer Freude begrüßt, daß die katholischen Deutschen, die aus verschiedenen Gründen keinen besonderen Verein bilden, trotzdem als solche an unseren Zielen mitarbeiten wollen. In der Tat sind ja unsere völkischen Bestrebungen nicht nur mit übernationalen und internationalen Idealen sehr wohl vereinbar, sondern wir dienen sogar sowohl unserer neuen Heimat als auch der Menschheit am besten, wenn wir die Zusammenhänge mit der Kultur pflegen, der wir entstammen, und auf der daher die Grundlage unserer Lebensleitung ruht. Der Weg zur Menschheit geht durch die Nation.

G.

Kristiania. Kommunistenklub Karl Liebknecht. Der Sozialistenklub „Vorwärts“, dessen Mitglieder auf dem Besprechungsabend der hiesigen Deutschen im März fast sämtlich gegen die Bildung eines Zentralausschusses der Kolonie stimmten, hat kurz darauf seinen Namen geändert und heißt jetzt „Kommunistenklub Karl Liebknecht“.

Tiflis. Deutscher Verein. Privatnachrichten zufolge, die nach Deutschland gekommen sind, ist der deutsche Verein wieder in voller Tätigkeit. Er hat seine regelmäßigen Tagungen im Hotel Wetzel wieder aufgenommen, das ja vor dem Kriege von dem Württemberger Wetzel eigens für die Zwecke des Vereins erbaut worden ist. Dort finden an den Sonntagen auch gemütliche Veranstaltungen statt, Theateraufführungen usw., die regen Zuspruch finden. Alle Deutschen werden herzlichst aufgenommen. Als Gäste weilen in Tiflis ja immer noch die Soldaten und Ärzte eines deutschen Militärlazarettes. Zwei Ärzte haben sich mit deutschen Damen aus Tiflis verheiratet. Die grusinische Regierung hat die Tätigkeit des Deutschen Vereins bisher völlig unbeanstandet gelassen.

Biriguy (St. Paulo, Brasilien) Verein der Kaisertreuen. Wie der „Urwaldbote“ von Blumenau berichtet, ist unter dem Vorsitz

des Herrn Walter Hoelk, der einen Aufruf zur Gründung eines solchen Vereins erlassen hatte, eine Vereinigung gegründet worden, die deutsche Monarchisten in Brasilien zusammenfaßt, ähnlich wie es in Rio einen Verband der portugiesischen Monarchisten gibt. Der Verein bringt seine Veröffentlichung in einer spanischen Zeitung.

Buenos Aires. Deutscher Lehrerverein. Der „Deutsche Lehrerverein“ übermittelt uns seinen Jahresbericht, der über den Zeitraum vom 1. September 1918 bis 31. August 1919 berichtet. In dieser Zeit hatte der Verein 58 Mitglieder, er hat im letzten Vereinsjahr 3 Mitglieder durch Tod verloren und 4 neue Mitglieder gewonnen. Er umfaßt nur Mitglieder der Hauptstadt und ihrer Umgebung, die Lehrer in den Provinzen und den übrigen La Plata-Staaten sind Mitglieder des „Lehrerverbandes“. Der Verein hielt im Geschäftsjahr eine Hauptversammlung, 6 Vorstandssitzungen und 9 Monatsversammlungen ab, es wurden 6 Vorträge gehalten, die folgende Themen behandelten: Kunst und Technik in der lebenden Natur (mit Lichtbildern), die Schultagung des deutsch-chilenischen Bundes in Santiago, die Verwendung von Lichtbildern im geographischen Unterricht (mit Lichtbildern), der Lehrerstand der Einheitsschule, 2 Kriegsjahre im deutschen U-Boot, die Bedeutung der Begabungsunterschiede für die Schulorganisation. Der Bericht bringt zum Ausdruck, daß die Auslandslehrer über den Ausgang des Krieges zwar betrübt seien, aber nicht verzagten. Die innere Kraft des deutschen Volkes könne niemals ganz unterliegen. An der Neuerstarkung deutschen Wesens hätten die Auslandslehrer vor allem mitzuwirken. Der Verein hat vom 1. September 1914 bis 31. August 1918 184 Anfragen aus deutschen Schulen nach deutschen Lehrkräften und 79 Angebote von deutschen Lehrern bekommen. Er hat nur 71 Stellen vermittelt, zum Teil aus Mangel an geeigneten Bewerbern, zum Teil, weil der Verein die Verantwortung der Empfehlung nicht übernehmen konnte. Außerdem wurden mehr als 60 Hauslehrer- und Erzieherinnenstellen vermittelt. Bei noch ungeschulten Hauslehrern wurden diese mit Plänen über Lehrbücher und praktischen Ratschlägen ausgerüstet. Die wichtigste Kriegsarbeit des Vereins war die Herausgabe deutscher Lehrbücher für südamerikanische Auslandschulen, die trotz endloser technischer Schwierigkeiten und finanzieller Opfer durchgeführt werden konnte. Es sind alle Lesebücher vorrätig da, sagt der Bericht, von der mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis abgefaßten Fibel bis zum Lesebuch für die Oberstufe. Freilich hat der Verein noch einige 1000 Pesos Schulden, denen aber ein großer Warenvorrat gegenübersteht. Er hat dürftigen Schülern eine Menge Freibücher übermittelt. Der Verein finanzierte auch den Neudruck von Rechenbüchern und gab in Verbindung mit dem „Deutschen wissenschaftlichen Verein“ eine deutsche Sprachlehre für Argentinier, die Deutsch lernen wollen, heraus. Mitglieder des Lehrervereins leiteten die Kurse für Argentinier, die der Wissenschaftliche Verein veranstaltete. Auf Anregung der Lehrer sammelten die Schulkinder im Lauf der letzten Jahre 2 Millionen Briefmarken, deren Verwertung zugunsten der Kriegerwaisen erfolgen soll. Ebenso wurden Stanniolpapier und Bleiabfälle im Werte von 635 Pesos gesammelt. Das Vereinsmitglied Doersing hat im Anschluß an Vereinsbesprechungen eine Schrift „Die deutsche Schule in Buenos-Aires“ (Reformvorschläge) veröffentlicht, über die wir an anderer Stelle berichten werden. Winke für die Tätigkeit an deutschen Auslandsschulen, namentlich in Südamerika, sind druckbereit fertiggestellt und sollen als Aufklärungsschrift an diejenigen Kollegen nach Deutsch-

land gehen, die eine Tätigkeit in Südamerika aufnehmen wollen. Mitteilungsorgan des Lehrerverbandes war die Zeitschrift des wissenschaftlichen Vereins in Buenos Aires, in dessen deutschen Vereinshaus der Lehrerverband auch seine Sitzungen abgehalten hat.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Zur Entschädigungsfrage.

Nachdem die Richtlinien über die Gewährung einer Vorentscheidung an Auslandsdeutsche bekannt gemacht worden sind, wird es in den Kreisen unserer Mitglieder aufgefallen sein, daß wir noch keine Mitteilung über den Aufbau des Entschädigungsverfahrens gebracht haben.

Ohne zu verkennen, daß diese Organisationsfrage im Mittelpunkt des Interesses unserer Mitglieder steht, haben wir doch geglaubt, mit einer Veröffentlichung hierüber erst dann hervortreten zu sollen, wenn der Aufbau auch wirklich beendet ist, wir also Tatsachen mitteilen können.

Trotz der uns unter den heutigen Verhältnissen auf allen Gebieten entgegengetretenen Schwierigkeiten ist es doch möglich gewesen, in der Zwischenzeit alle Vorbereitungen zu treffen, daß nach der in Kürze zu erwartenden Bekanntmachung des Termins zur Einreichung der Schadenanmeldungen an der Stelle, durch welche die Formulare hierzu erhältlich sind, sofort mit den Vorprüfungsarbeiten begonnen werden kann. Bei dem Aufbau des Verfahrens sind wir davon ausgegangen, die Erreichung des Endzieles, d. i. die Auszahlung der Vorentscheidungen, nach Möglichkeit zu beschleunigen. Dies bedingte eine einfache, sich möglichst selbst kontrollierende Organisation, ohne hierdurch die gewissenhafteste Nachprüfung der Anmeldungen irgendwie in Frage zu stellen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dringend, sich nach der bereits erwähnten, demnächst durch die Presse zur Veröffentlichung kommenden Bekanntmachung zu richten und nach Empfang des Anmeldebogens, dem ein Merkblatt beiliegen wird, die gestellten Fragen gewissenhaft zu beantworten.

Der Empfang der Anmeldungen wird durch Postkarte bestätigt und hierbei das der Sache gegebene Aktenzeichen mitgeteilt werden. Wir bitten, dieses Aktenzeichen in jeder Zuschrift an uns anzugeben und im übrigen jeden vermeidlichen Briefwechsel zu unterlassen, da ein solcher nur störend auf den Geschäftsgang einwirken würde. Die Entschädigungs-Abteilung hat Vorsorge getroffen, daß jede einzelne Anmeldesache sachgemäß bearbeitet und beschleunigt wird. Es liegt im eigenen Interesse des Geschädigten, uns hierbei durch vollständige Ausfüllung des Fragebogens und Angabe aller Beweismittel zu unterstützen.

Zum Reichsnotopfer.

Aus einer Antwort, die der Bundeszentrale vom Reichsfinanzminister auf eine Anfrage über das Reichsnotopfer zugeht, haben wir hervor:

Was die Frage der Stundung der Abgabe betrifft, die auf die noch nicht festgestellten Schadensersatzforderungen gegen das Reich entfällt, so wird auf § 47 des Entwurfs verwiesen. Hiernach können im Falle einer zu hohen oder zu niedrigen Veranlagung zur Vermögensabgabe innerhalb dreier Jahre Berichtigungen und Neuveranlagungen erfolgen und zwar auch ohne daß neue Tatsachen oder Beweismittel, die eine Neuveran-

lagung rechtfertigen, ermittelt werden. Die Regierung habe also die Möglichkeit, die Finanzämter anzuweisen, bei der erstmaligen Veranlagung die Vermögensteile zunächst außer Ansatz zu lassen, deren Realisierung und Bewertung zweifelhaft ist. Im übrigen könne die Abgabe in besonderen Fällen gestundet werden und zwar nach § 25 des Entwurfs auch zinslos, falls sich bei billiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Einziehung und Verzinsung der Abgabe als eine besondere Härte erweise.

Von den Landesverbänden.

Stuttgart. Landesverband Württemberg. Am Sonnabend, den 6. Dezember, fand wiederum eine Landesvertreterversammlung statt, um wichtige Fragen zu besprechen. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Häubler-Eßlingen wurde Herr Ast-Stuttgart mit der Führung der Kassengeschäfte für den Rest der Amtsperiode betraut. Herr Hackh hat in liebenswürdiger Weise die Führung der Geschäftsstelle übernommen, die sich Königstr. 15 befindet. Zu einer außerordentlich regen Aussprache führte die Frage der Entschädigung und der Auszahlung eines Vorschusses. Allgemein wurde es begrüßt, daß nun endlich die Richtlinien erschienen sind. Die Versammlung stellte sich jedoch einmütig auf den Standpunkt, daß keine Zentralisation der Spruchkommissionen in Berlin stattfinden dürfe, sondern daß, entsprechend auch den Wünschen aus Baden und Bayern, die großen süddeutschen Hauptstädte eigene Spruchkommissionen erhalten müßten. Eine entsprechende Entschliebung soll den zuständigen Ämtern in Württemberg, dem Wiederaufbauminister Dr. Geßler und der Bundeszentrale übermittelt werden. Einmütig stellte sich die Versammlung ferner auf den Standpunkt, daß eine baldige Klärung vieler auch nach der Veröffentlichung der Richtlinien noch strittiger Fragen wünschenswert sei und daß namentlich der Bund volle Klarheit über die Punkte schaffen solle, die Herr Lenz-Riga in seinem Artikel in der „Täglichen Rundschau“ angeschnitten hat. Es wurden ferner neue Satzungen für den Landesverband und die Ortsgruppen besprochen und einer Kommission überwiesen. Der Landesverband zählt jetzt nahezu 3000 Mitglieder.

Von den Ortsgruppen.

Heidelberg. Ortsgruppe. Es war eine recht stattliche Anzahl der bereits 150 Mitglieder zählenden Ortsgruppe, die sich am Montag den 8. Dezember im Kaffee Hohenzollern versammelt hatte. Nach einer Begrüßung der Anwesenden erstattete der Vorsitzende Bericht über die nun eingelaufenen Richtlinien für die mit Ungeduld erwartete Vorentscheidungsaktion.

Es folgte hierauf Referat über den Aufbau des Bundes, der in seiner Gliederung nach geographischen Gruppen, denen Obmänner vorstehen, die volle Garantie für die Vertretung der speziellen Wünsche jeder einzelnen Landsmannschaft bietet. Es werden soweit russische Interessen nur von russischen, englische nur von englischen Sachverständigen bearbeitet, usw. Jeder einzelne findet auf diese Weise seine Vertretung durch die Obmänner, deren Referate an den Landesverband und, durch diesen an den Reichsverband weitergeleitet werden, durch welchen die Sonderwünsche dann unter dem Druck der gesamten Masse der Auslandsdeutschen einen besonderen Nachdruck erhalten. Die große Gemeinsamkeit der Interessen aller Auslandsdeutschen muß endlich dem einzelnen klar zum Bewußtsein kommen. Es wurde vom Vorsitzenden noch die Bitte ausgesprochen, in stetiger, ruhiger Arbeit darauf hinzuwirken, daß nach der Vorentscheidung der Kampf um die volle Entschädigung unserer Verluste

zur vollgültigen Valuta einen vollen Erfolg zeitige. Es erfüllt uns Badener mit besonderer Genugtuung, daß die Organisation des Bundes nach unserem Muster erfolgte.

Die Tagesordnung brachte ferner ein Referat des Vorsitzenden der Weihnachtskommission, Herrn Bühler, welches einen recht erfreulichen Fortgang der Sammlungen für die Kinder der Auslandsdeutschen versprach. Der Vorsitzende begrüßte in herzlichen Worten den zur Versammlung erschienenen, um das Auslandsdeutschtum wohlverdienten Vorsitzenden der Männergruppe, Geheimrat Professor von Schubert, der in einer beifällig aufgenommenen Ansprache zum Festhalten an deutscher Art und Sitte, ob hier oder draußen, aufforderte und auch seitens seiner Gruppe eine Spende für das Kinderfest in Aussicht stellte.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Von den Elsaß-Lothringern.

Am 25. November fand in Cassel eine Sitzung des elsäß-lothringischen Beirates statt, die Ministerialdirektor Goetz im Auftrag des Reichsinnenministers eröffnete. Der Vorsitzende des Beirates, Exzellenz Schwan der, widmete dem verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Emmel warme Worte des Nachrufes. Bis auf ein Mitglied war der Beirat vollzählig versammelt. Unterstaatssekretär Lewald erklärte, daß die Regierung den Wunsch der Elsässer auf eine besondere Entschädigung nicht erfüllen könne, sondern die Frage im Zusammenhang mit den Auslandsdeutschen und geschädigten Inlandsdeutschen behandelt wissen wolle. Bis dahin wolle die Regierung Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen nach dem vorliegenden Entwurf, der alsbald nach Durchberatung auch Gesetz werden solle, behandeln. Das rief allgemeinen Widerspruch hervor. Ausgezahlt wurden nach einer Regierungsmitteilung bis jetzt 1 566 000 Mk. Vorentscheidungen, 1 450 000 Mk. Vorschüsse, für 3 Millionen Mark Kriegsschäden sind noch zu erledigen. Die Feststellungsausschüsse sind inzwischen ernannt und beginnen jetzt ihre Tätigkeit. Die Darlehenskassen wurden weiter ausgebaut, eine Verlängerung der Rückzahlungspflicht ist zugestanden. Die Abteilung habe sich für die Ansiedelung der Elsaß-Lothringer eingesetzt. Das gut vorbereitete badische Projekt sei aussichtsreich. Erreicht sei die Gewährung von Reichsteuerungszulagen für die vertriebenen Beamten, in Vorbereitung sei ein Gesetz über die Unterbringung der Beamten und ihre spätere Pensionierung. Die Aufgabe der Fürsorge würde bei den zunehmenden Ausweisungen immer größer. Der Stellen- und Arbeitsnachweis bedürfe des Ausbaues. Wichtig sei das Abkommen über die Herausgabe der Möbel, über das jetzt in Baden-Baden eine Kommission berate. In Kehl werde zur Regelung des Abtransportes eine viergliederige Kommission tagen, in der Frankreich den Vorsitz führe. Sie regle die Freigabe des Hausrates, behandle die dazu nötigen Einreisegesuche, überwache den Abtransport, Sorge für die Unterstützung der Behörden und nehme die Abrechnung der einzelnen Zwangsverwaltungen entgegen, die binnen einem Monat ein Verzeichnis der bereits liquidierten Gegenstände vorzulegen hätten. Die Kosten der Kommission fallen Deutschland zur Last.

Im Beirat herrschte große Empörung darüber, daß die Elsaß-Lothringer „kaltherzig mit den Auslandsdeutschen in einen Topf geworfen wurden“ und daß das besondere Entschädigungsgesetz unter den Tisch gefallen sei. Die vorgelegten Richtlinien seien abzulehnen, dagegen seien Leitsätze für ein besonderes Entschädigungsgesetz aufzustellen. Der Eindruck auf den Herrn

Unterstaatssekretär Lewald, den die sehr temperamentvoll verlaufene Sitzung machte, war, so heißt es in dem Bericht der „Mitteilungen des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer“, offensichtlich. Er versprach sofortige nochmalige Beratung in dem Kabinett unter Zuziehung von Beiratsmitgliedern. Die „Mitteilungen“ veröffentlichen die Beschlüsse des Beirates, der neben der Entschädigung hauptsächlich eine „Verdrängungsbeihilfe“, sofortige Bereitstellung von Mitteln für Bevorschussung und Unterstützungen, Mittel für Ansiedlung der 100 000 Vertriebenen usw. forderte.

Wie die „Mitteilungen“ des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer berichten, wird die französische Regierung, sobald die erste Teilzahlung von 10 Millionen Franken auf die Gesamtsumme von 25 Millionen Franken angezeigt ist, die Aufhebung bestehender Zwangsverwaltungen deutschen Guts in Elsaß-Lothringen und der noch nicht durchgeführten Liquidationen anordnen und keine weiteren Zwangsverwaltungen und Liquidationen mehr zulassen. Freigegeben wird alle Habe von Einzelpersonen, die am 11. November 1918 im Land ihren Wohnsitz hatten, soweit diese Habe nicht zum Gebrauch kaufmännischer und industrieller landwirtschaftlicher Unternehmungen bestimmt ist. Inbegriffen sind namentlich die Wohnungseinrichtungen, sowie alles zum persönlichen Gebrauch oder Besitz zählende, nicht inbegriffen ist dagegen die bewegliche Habe der Vereine, doch wird die französische Regierung Anträge auf Befreiung der Vereinen gehörigen Sachen mit Wohlwollen prüfen, soweit es sich um solche Stücke handelt, die für den Verein oder seine Mitglieder als Andenken, Widmungen oder aus ähnlichen Gründen einen besonderen Gefühlswert haben. Eine gemischte Kommission in Kehl wird Anträge entgegennehmen, ihr wird auch die Überwachung übertragen. Die Kommission kann im Bedarfsfalle ausnahmsweise auch für das nötige Umzugspersonal Einreiseerlaubnis erteilen. Umzugswagen und Verpackungstoffe können zoll- und abgabefrei nach und von dem Elsaß ein- und ausgeführt werden. Eine G. m. b. H. ist für den Abtransport durch das Reich, den Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer und die Verbände der deutschen Möbeltransportunternehmer in Aussicht genommen.

Bei dieser Gelegenheit sei hier registriert, daß der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer seine Mitglieder warnt, dem „Bund der Auslandsdeutschen“ beizutreten. Er müsse, ohne sich in einen Gegensatz zu den Auslandsdeutschen stellen zu wollen, feststellen, daß die Elsaß-Lothringer keine Auslandsdeutschen seien und daß ihr Interesse beim Bund auf keinen Fall gewahrt würde.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Zum Reichsnotopfer.

Nach den Beschlüssen der Nationalversammlung in zweiter Beratung über den Entwurf des Reichsnotopfergesetzes (Drucksache Nr. 1745 vom 11. Dezember) haben die Bestimmungen über die Abgabepflicht der Auslandsdeutschen wichtige Änderungen erfahren.

Nach § 2 sind diejenigen Angehörigen des Deutschen Reichs von der allgemeinen Abgabepflicht überhaupt befreit, die bereits vor dem 31. Juli 1914 sich mindestens 2 Jahre ununterbrochen des Erwerbes wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Auslande aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben und entweder am 31. Dez. 1919 noch im Auslande wohnen, oder innerhalb eines Jahres nach Friedens-

schluss des Erwerbes wegen im Ausland wieder ihren Wohnsitz nehmen. Diese Auslandsdeutschen werden jedoch gleichwohl nach § 3 nicht nur mit ihrem gesamten inländischen Grund und Betriebsvermögen, sondern auch mit den nach dem Friedensvertrage zu gewährenden Entschädigungen zum Reichsnotopfer herangezogen. Soweit Auslandsdeutsche nicht nach § 2 abgabefrei bleiben, wird der Wert ihres im Ausland ausserhalb der alten Grenzen des Deutschen Reichs liegenden Grund- und Betriebsvermögens in der Währung des Landes zugeschätzt, in dem es sich befindet und ist für die Feststellung der Abgabe nach dem Vorkriegskurs in Deutsche Währung umzurechnen, falls der Abgabepflichtige oder sein Erblasser dieses Vermögen bereits am 30. Juli 1914 besessen hat. Der Absatz 1 des § 50, demzufolge nach der bisherigen Fassung des Entwurfs der Reichsfinanzminister ganzen oder teilweisen Erlass der Abgabe den dort näher bezeichneten Auslandsdeutschen gewähren konnte, ist in Wegfall gekommen. Der bereits von dem X-Ausschuss dem Regierungsentwurf neu eingefügte § 50a über die Anrechnung von Kleidungsstücken oder Haushaltsgegenständen, die infolge des Krieges zu Verlust gegangen sind, auf das Notopfer, bleibt nach der Fassung der zweiten Beratung bestehen.

Zur Entschädigungsfrage.

Das Rechtsgutachten Professor Schückings über die Entschädigungspflicht des Reichs auf Grund Artikel 297 i des Friedensvertrags, das wir bereits ausführlich wiedergegeben haben, hat in der Öffentlichkeit verschiedentliche Erwiderungen veranlaßt. In dem „Berliner Tageblatt“ vom 15. November und vom 17. November wendet sich Dr. Felix Pinner gegen den Satz Schückings, daß die Auszahlung des Liquidationserlöses oder Abschätzungswertes unter Zugrundelegung eines anderen Kurses, als den das feindliche Geld zur Zeit der Zahlung am Zahlungsorte hat, unzulässig sei, auch wenn eine solche zur Unterstützung der durch den niedrigen Kursstand der deutschen Mark und den hohen Kursstand des feindlichen Geldes geschädigten deutschen Schuldner erfolgen soll. Schücking erkläre es für unstatthaft, daß den deutschen Markgläubigern die ihnen nach dem Friedensvertrage zustehenden Valutagewinne entzogen würden, selbst wenn ein eigenes dahingehendes Ausführungsgesetz erlassen würde. Tatsächlich enthalte aber bereits das Gesetz über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags vom 31. August 1919 durch die Bestimmung der angemessenen Entschädigung eine dahingehende Regelung. „Angemessene“ Entschädigung heiße nicht volle Entschädigung oder volle Herausgabe des vom Reich selbst auf die enteigneten Gegenstände Erlangten, vielmehr nur Entschädigung unter billiger Berücksichtigung aller in jedem einzelnen Falle vorliegenden Umstände. Das Reich sei auch jederzeit ermächtigt, die Entschädigung seinen eigenen Angehörigen gegenüber nach Gutdünken zu regeln, da der Artikel 297 keine Schuldübernahme der eigentlich den feindlichen Staaten obliegenden Entschädigung, sondern eine selbständige Pflicht des deutschen Reiches darstelle. Im Interesse der Auslandschuldner, vor allem auch des Importhandels, müsse ein Ausgleich des Valutarisikos zwischen Auslandgläubigern und Auslandschuldnern erfolgen. Pinner schlägt vor, sofern das Reich den Auslandgläubigern die volle Valuta ausfolge und den Schuldnern die Zahlung zum Vorkriegskurs einräume, zur Deckung des Defizits, das sich bei der Gesamtabrechnung ergebe, die Valutagewinne der Auslandgläubiger als Kriegsgewinne zu versteuern. Sofern im einzelnen Fall eine Unterstützung des Exporthandels angebracht erscheine, könne es durch besondere Aufwuprämien geschehen.

Auch Dr. Alfred Eisenstadt nimmt sich im Berliner Tageblatt vom 27. November der deutschen Auslandschuldner an und verlangt vor allem, daß der Schuldner in fremder Währung nicht schlechter gestellt werde als der Markschuldner.

Dr. Max Bonnem, stellvertretender Direktor des Schutzverbandes für deutsche Auslandsforderungen, führt in der gleichen Nummer des Berliner Tageblatts aus, daß die Rechtsstellung der durch feindliche Liquidationen geschädigten Deutschen von derjenigen, der unter das Clearingverfahren fallenden Valutagläubiger zu trennen sei. Bei der Verrechnung von Staat zu Staat handle das Reich als Mandatar der deutschen Gläubiger, die deutschen Gläubiger, die auf Grund des ursprünglichen Schuldverhältnisses Valutaforderungen hätten, müßten vom Prüfungs- und Ausgleichsamt Valuta erhalten, d. h. unter Anwendung des § 244 des B.G.B., den Gegenwert des am Tage der Gutschrift geltenden Kurses. Bei Markverbindlichkeiten und Markforderungen sei das Reich nur verpflichtet, in Mark auszusahlen und Mark einzufordern, während die Umrechnung eine interne Angelegenheit zwischen den Staaten sei.

Im Gegensatz zu dem Schücking'schen Standpunkt, daß sich die Entschädigungspflicht des Reichs bei Liquidationsverlusten auf die Auszahlung des Liquidationserlöses beschränke, kommt Justizrat Dr. Schauer, Berlin, in seinen sehr beachtenswerten Ausführungen in der „Vossischen Zeitung“ vom 21. November zu einer bedeutend weitergehenden Entschädigungspflicht des Reiches. Sowohl aus dem französischen Wort „indemnité“ wie aus dem englischen Ausdruck „compensate“ im Text des Friedensvertrags, die nach französischer beziehungsweise englischer Rechtsterminologie den Ersatz aller Schäden umfaßten, die durch die Besiztsetzung entstanden sind, ergebe sich, daß die vom Reich zu gewährende Entschädigung eine volle und gerechte sein müsse. Es komme nach den Normen des internationalen Rechts auf die Grundsätze der ausländischen Rechte über die gesetzliche Enteignung an. Sollte der Umfang der Entschädigungspflicht einheitlich geregelt werden, dann müsse als Grundlage die Entschädigung angenommen werden, die dasjenige der feindlichen Länder bei Enteignungen zubilligt, das hierfür die weitestgehenden Grundsätze aufstellt. Würde das französische Recht maßgebend sein, so folge daraus, daß das Reich mindestens die Summe als Entschädigung zu zahlen habe, die den Berechtigten in die Lage versetze, gleichwertige Gegenstände an Stelle der enteigneten anzuschaffen. Es komme daher weder der Vorkriegswert noch der bei der Liquidation etwa erzielte Wert in Frage, wenn diese Werte nicht mindestens dem heutigen Wert der Gegenstände, die enteignet worden sind, entsprächen.

Erbschaftssteuer.

In Nr. 15 des Auslandsdeutschen vom 15. Dezember 1919 sind die beiden letzten Abschnitte der Notiz über die Erbschaftssteuer, in denen die Schlussfolgerung aus § 24 für die Auslandsdeutschen gezogen wird, durch ein bedauerliches Versehen des Korrektors in falscher Fassung gebracht worden. Die Schlussfolgerungen aus dem Gesetze sollten wesentlich anders lauten und zwar so: „Ziffer 1 a spricht vom Erblasser überhaupt nicht, dessen Qualität als Deutscher oder Ausländer scheint demnach zunächst ohne Belang zu sein. Allein aus Ziffer 2 geht hervor, dass für den Fall, dass der Erblasser ein Deutscher ist, der Erwerber, auch der Auslandsdeutsche, stets steuerpflichtig ist, ebenso nach Ziffer 3, wenn der Erblasser ein Ausländer ist, aber zur Zeit seines Todes im Inland einen Wohnsitz oder seinen dauernden Aufenthalt hatte.“

Die Freilassung der Auslandsdeutschen im Sinne von Ziffer 1 a tritt also nur ein, wenn der Erblasser Ausländer ist und zur Zeit

seines Todes im Inland weder einen Wohnsitz noch seinen dauernden Aufenthalt hatte.

Im demselben Umfang sind die Auslandsdeutschen auch von der Schenkungsteuer befreit, wobei an Stelle des Erblassers der Schenker, an die des Erwerbers der Beschenkte tritt (Begr. S. 42), denn § 40 Abs. 1 sagt: „Schenkungen unter Lebenden unterliegen der gleichen Besteuerung wie der Erwerb von Todeswegen . . . die Vorschriften über die Erbanfallsteuer sind sinngemäß anzuwenden.“

AUSWANDERUNG

Die Gewerkschaften und die Auswanderung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erläßt an seine Ortsgruppen ein Rundschreiben, das auch zur Auswanderungsfrage Stellung nimmt. Es erwähnt die Begründung zahlloser Auswanderungsvereinigungen und „Schutzverbände“ und charakterisiert, wie leichtfertig sie oftmals begründet werden, wie sehr sie aufs Geldverdienen zugeschnitten sind und wie sehr gerade dadurch Arbeiter ausgebeutet werden. Es warnt vor Zulauf. Die Ortsausschüsse (Gewerkschaftskartelle) sollten sich bemühen, festzustellen, ob an ihren Orten Auswanderervereinigungen irgendwelcher Art bestehen und mit ihnen Fühlung aufnehmen. Sind sie wirklich gemeinnütziger Natur, so sollten sie mit ihnen in ständiger Fühlung bleiben, sind sie es nicht, so sollten die Arbeiter von ihnen abgezogen werden. Es könne sich nicht darum handeln, zur Auswanderung zu ermuntern und anzureizen, sondern im Gegenteil darum, die auswanderungslustigen Arbeiter aufzuklären und an die richtige Auskunftsstelle zu verweisen.

Gelehrtenabwanderung.

Das Auswanderungsproblem ist vielseitig, es hat für Industriearbeiter und Landarbeiter, für Kaufleute und Akademiker immer wieder ein anderes Gesicht. Mit am ernsthaftesten für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und Kultur aber ist die Frage der Auswanderung unserer Gelehrten, die sich dadurch anbahnt, daß man in den Zeiten des deutschen Geldmangels, der für deutsche wissenschaftliche Institute und Einrichtungen kaum reiche Zurverfügungstellung von Geldmitteln erwarten läßt, und in den Zeiten der Valutaschwierigkeiten deutsche Gelehrte für ausländische Universitäten und Forschungsinstitute zu gewinnen sucht. Man stellt ihnen dort reiche Mittel für ihre Forschungen zur Verfügung. Bereits werden Rufe an verschiedene deutsche Gelehrte gemeldet. Jetzt haben im bayrischen Landtag demokratische Abgeordnete die Anfrage an die Regierung gerichtet, wie sie die drohende Abwanderung zweier hervorragender Gelehrter der Münchener Universität zu verhindern gedenke!

Neue Auswanderungsvereinigungen.

Wir werden in Zukunft, um unsere Leser über die unzähligen neuen Gründungen auf dem Gebiete des Auswanderungswesens auf dem laufenden zu halten, hier in zwangloser Reihenfolge über Neugründungen berichten. Unsere Liste wird zwar nicht vollständig sein können, wir bitten aber auch unsere Leser, uns durch Mitteilung von Material, Einsendung von Satzungen und Druckschriften von neuen Auswanderungs- und Siedlungsvereinen zu unterstützen. Eine Gewähr für die Qualität der Vereinigungen und eine Empfehlung derselben soll mit diesen Anzeigen nicht verbunden sein. Es handelt sich hier lediglich um eine objektive Wiedergabe der Ziele der Vereine, soweit wir sie von hier aus verfolgen können. Wir verzeichnen heute:

Schwäbische Siedlungsgenossenschaft Südrudland. Begründer und Vorsitzender ist Gotthilf Strienz-Stuttgart-Untertürkheim. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Oktober bis 30. September. Als Zweck und Aufgabe der Genossenschaft wird genannt: Schädigung und Ausbeutung der Auswanderer durch unlautere Unternehmungen jeder Art zu verhüten bzw. gegen solche mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Die wilde Einzelauswanderung soll verhütet werden. Sorgfältig zusammengestellte Gruppen sollen gemeinschaftlich auswandern, wobei der Zusammenhang mit dem alten Schwabenlande durch regelmäßige Sendungen von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern aufrecht erhalten werden soll. Eine geregelte Vertretung der organisatorisch zusammengeschlossenen Auswanderer bei den in Betracht kommenden Behörden soll gewährleistet werden und es soll darauf hingearbeitet werden, daß zu den Vorarbeiten zu gesetzlichen Bestimmungen im Ein- und Auswanderungswesen Vertreter der Genossenschaft gehört werden. Der Vorstand soll sich sofort mit der russischen Regierung in Verbindung setzen (es ist an das Reichswanderungsamt der Antrag gerichtet worden, einem russischen Kommissar zu Besprechungen hier die Einreise zu ermöglichen, damit Verträge mit ihm abgeschlossen werden könnten), um zu erreichen, „daß die Siedlungsgenossen ihre eigene Küche führen könnten, sowie alle persönlichen und geschäftlichen Angelegenheiten durch ihren Arbeiterrat selbst regeln dürften“. Allen in der Industrie Tätigen sollte nach einer mit der russischen Regierung zu verabredenden Zeit auch Siedlungsland unentgeltlich gewährt werden, und zwar innerhalb oder in der Nähe der Genossenschaft. Größtmögliche Freiheit für alle Genossenschaftsmitglieder wird verlangt, in Versammlungen in der Heimat, wie in den Siedlungen selbst soll die Überzeugung des Genossenschaftsbruders heilig geachtet und jede Besprechung politischer sowie religiöser Fragen ausgeschaltet werden. Es wird ein Eintrittsgeld von 3 Mark, ein Monatsbeitrag von 50 Pfennig verlangt, Ortsvereine sollen gebildet werden. Die Ortsvereine sollen regelmäßige Mitgliederversammlungen abhalten. Die Satzungen sollen endgültig erst in der Generalversammlung im Januar festgelegt werden. Größere Organisationen und viele Einzelmitglieder sollen in Baden und Bayern sich der Genossenschaft bereits angeschlossen haben, so daß das Organ der Genossenschaft, dessen Nummer 3 erschienen ist, und das als Wochenblatt gedacht ist, sich jetzt „Der Süddeutsche Ansiedler“ nennt.

In welchem Geiste das Blatt „Der Süddeutsche Ansiedler“ geschrieben ist, dafür möge eine Probe aus der neuesten Nummer 4, der zweiten Dezemberausgabe, zeugen. Der Herausgeber rechnet darin mit seinen „Gegnern“ ab. Er bekämpft die Ansicht, daß eine Auswanderung unnötig sei. Die Nationalökonom hätten überall recht, wenn sie von der Auswanderung als einer Bewegung, die dem Lande wertvolle Kräfte entziehe, abrieten, nur in Deutschland nicht, „denn das Deutsche Reich hat als solches für seine arbeitende Bevölkerung nichts, aber auch nicht das Mindeste getan. Nur ausgesaugt hat es seinen Arbeiterstand in jeder Art und Weise. Als Soldat war der Arbeiter überhaupt nur eine Nummer ohne eigene Gedanken und ohne eigenen Willen, vollständig in Kadavergehorsam aufgehend, dabei das Spielzeug oft sehr ungezogener junger Bengel. Verlangte aber einmal die Arbeiterschaft irgend eine Kleinigkeit, um seine wahrhaft traurige Lage etwas zu verbessern, so war und ist das liebe Deutsche Reich sofort bereit, einige tausend Arbeiter zu erschießen.“ Großindustrielle, Krautjunker und Großkapitalisten aber hätten nur allgemeine Hab- und Herrschaft als Triebfeder. Um des eigenen Vorteils willen seien die

Gewerkschaftsbonzen gegen die Auswanderung, denn sie hätten alle von den Arbeitergroschen enorm hohe Gehälter bezogen. Die Rechtsparteien verhielten sich vollkommen passiv der Auswanderung gegenüber, die Kommunisten rieten ab, sie sagten, helfe uns erst den kommunistischen Staat hier einrichten, dann könnt ihr auswandern, wüßten aber doch selbst ganz genau, daß in absehbarer Zeit an die Diktatur des Proletariats in Deutschland nicht zu denken sei. Die Unabhängigen schreiben heute so und morgen anders und an eine Besserung der Lage der deutschen Arbeiterschaft sei nur zu denken, wenn die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werde. Solange die deutsche Arbeiterschaft sich aber von ihren Führern nicht lossage, sei daran nicht zu denken. Die Arbeiter sollten sich vorsehen und nicht so rasch vergessen. Die Führer wollten den Arbeitern von den Hungerlöhnen, die sie heute bezögen, noch etwas abziehen. „Da eine Befreiung von denen, die sich unsere Führer nennen, so bald nicht zu erhoffen ist, so kommt zu uns, um den Druck auf die deutsche Regierung zu vergrößern, damit dieselbe endlich gezwungen werden kann, den russischen Kommissaren die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Alle aber, die euch daran hindern wollen, den russischen Brüdern zu helfen, die sehet darauf an, zu welcher Art von den oben beschriebenen sie gehören und fertigt sie demgemäß ab.“

Aus einem weiteren Artikel des Blattes geht übrigens hervor, daß eine Versammlung der Ortsgruppe Stuttgart gegen die Stimme des Vorsitzenden Strienz, der zum ersten Male mit seiner Ansicht allein geblieben sei, beschloß, die Leipziger Reichskonferenz zu beschicken. Strienz wollte das wenige Geld der Genossenschaft für Medikamente und Verbandzeug sowie zur Anschaffung von Werkzeug verwenden. Die Mitglieder aber erklärten sich bereit, die Kosten durch freiwillige Spenden aufzubringen. Ein Genosse schoß zu diesem Zwecke sofort 500 Mark vor. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, die „Reichskonferenz für Auswanderung nach Sowjet-Rußland“ zu beschicken. Von der deutschen Regierung seien im Interesse des deutschen Handels sowie des gesamten deutschen Volkes die sofortigen diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland aufzunehmen, den russischen Kommissären die sofortige Einreiseerlaubnis, ebenso den Bevollmächtigten der Auswanderer die Ausreiseerlaubnis zur Besichtigung des Siedlungsgeländes sofort zu bewilligen. Der Vorsitzende wurde mit großer Mehrheit zum Delegierten gewählt. In Feuerbach und Zuffenhausen wurden Ortsgruppen ins Leben gerufen.

Auswanderung nach Brasilien.

Zu der Anzeige der Schweizer Konsulate in deutschen Tageszeitungen, durch die im Auftrage der brasilianischen Regierung 3000 landwirtschaftliche Arbeiter für Brasilien gesucht wurden und vor der wir unter Hinweis auf ihre Unklarheit und Unvollständigkeit an dieser Stelle wiederholt gewarnt haben, geht uns von sachverständiger Seite eine Auslassung zu, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Unser Gewährsmann schreibt: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß hinter diesen erwähnten Unternehmen derselbe Dr. Brosenius steht, der schon vor dem Kriege deutsche Auswanderer in Massen anwarb und von dem Staate Minas Geraes Kopfgeld für jeden deutschen Landwirt bezog. Das Madeira Mamore-Unternehmen hat seinerzeit ähnlich seine Arbeitskräfte angeworben. Hunderte sind dabei elend zugrunde gegangen. Wo heute freie Überfahrt angeboten wird, von einem südamerikanischen Staate, kann man sicher sein, daß es sich um Sklavenhandel schlimmster Sorte handelt. Die Leute werden in Gegenden verschickt, wo des Klimas oder der Indianergefahr wegen Arbeiter nicht erhältlich sind. Sind

die Leute erst einmal auf dem Schiff, müssen sie hingehen, wohin sie geschickt werden. Ein Eintreten für sie ist der deutschen Regierung ja gar nicht mehr möglich. Sie selber sind dem größten Elend und Krankheiten preisgegeben. Selbst wenn es sich um einen regelrechten Siedlungsplan handeln sollte, ist hundert gegen eins zu wetten, daß die Leute bis aufs Blut ausgenutzt werden. Den Strapazen eines entlegenen Urwaldkolonisten ist der heutige Deutsche, und wenn er auch ein tüchtiger Landwirt ist, gar nicht mehr gewachsen. Und erfahrungsgemäß schmuggeln sich Hunderte von Großstädtern, die nie eine Hacke in der Hand gehabt haben, Männlein und Weiblein, in solche „Landwirtschaftsfamilien“ ein. Sie alle werden ihre Vertrauensseligkeit bereuen, wenn es zu spät ist. Es kann gar nicht dringend genug vor solchen Unternehmen gewarnt werden, und da die amtlichen Stellen allerlei diplomatische Rücksichten zu nehmen haben, müssen die freien gemeinnützigen Vereine doppelt auf der Hut sein und ihre warnende Stimme immer wieder laut erheben.“ Allein aus Württemberg sind über 400 Gesuche auf die Anzeige eingegangen. Das würde für das gesamte Deutsche Reich einem Eingang von etwa 10000 Auswanderungsgesuchen entsprechen. Es wäre interessant zu wissen, wie diese Masse von Briefen geprüft und gesichtet worden ist. Das Reichswanderungsamt hat Auswanderungslustige vor der Anzeige gewarnt. Hoffentlich ist es bald imstande, des Rätsels Lösung zu geben.

Vorsicht.

Die „Süddeutsche Auswandererzeitung“, eine in München erscheinende Wochenschrift, berichtet, daß in Münchener Blättern eine Annonce stand „Eilt! Auswanderer! Überfahrt nach Südamerika für 7—800 Mark, in 5—6000 Tonnendampfer, Abfahrt Anfang nächsten Jahres. Näheres durch Kroll, Hamburg.“ Daraufhin wandte sich ein Münchener nach Hamburg und bekam eine Antwort von der „Direktion der deutsch-ausländischen Wirtschaftsvereinigung“ Abteilung Brasilien, also von einer der Gesellschaften, die der „Schutzbund deutscher Auswanderer“ und die hinter ihm stehenden jetzt in Hamburg erscheinende „Deutsche Auswandererzeitung“ begründet haben. Die Direktion verwies in ihrem Antwortschreiben auf die auch von uns an dieser Stelle wiederholt besprochene Annonce der Schweizer Konsulate, durch die 3000 Landwirte für Brasilien gesucht werden, bemerkte, daß irgend etwas Näheres über die Sache noch nicht hätte in Erfahrung gebracht werden können, daß sie aber hoffe, in Bälde etwas zu erfahren, schreibt weiter, die brasilianische Regierung hätte bereits eingesehen, daß der Weg der Anzeige fehlerhaft gewesen sei, denn das eingegangene Material sei so zahlreich, daß gar keine Möglichkeit bestehe, es praktisch zu sichten, teilt aber schließlich mit, die brasilianische Regierung habe nun beschlossen, sich mit einigen wenigen deutschen Auswanderer-Organisationen ins Benehmen zu setzen, um auf diese Weise die 3000 Landwirte zu bekommen. Da aber nun die deutsch-ausländische Wirtschaftsvereinigung die größte Organisation in Deutschland sei (wir verweisen auf unser Spezialorgan der Auswandererzeitung), so bestehe auch in diesem Falle für die Mitglieder die größte Gewähr, wenigstens eine teilweise Beteiligung zu gewährleisten. Der „Schutzbund deutscher Auswanderer“, der das Protektorat über die brasilianische Wirtschaftsvereinigung übernommen habe, habe sofort alle Schritte unternommen, im übrigen lade die Wirtschaftsvereinigung zum Beitritt ein.

Es ergibt sich also aus den Mitteilungen der Münchener Zeitschrift das hübsche Bild, daß die Hamburger „Deutsche Auswandererzeitung“ öffentlich vor der brasilianisch-schweize-

rischen Anzeige warnt und in großen Tönen darüber herzieht, daß aber gleichzeitig die ihr nahestehende Wirtschaftsvereinigung versucht, an Hand der Anzeige einen recht erheblichen Mitgliederfang zu betreiben. Es ist höchste Zeit, daß das Reichswanderungsamt als diejenige Stelle, von der die Öffentlichkeit derartige Aufklärungen verlangen zu können glaubt, endlich einmal volles Licht in die Betriebe des „Schutzbundes deutscher Auswanderer“ und der „Wirtschaftsvereinigungen“ bringt. Eine Breslauer Zeitschrift, die „Breslauer Revue“, hat inzwischen derartiges Material über den Herausgeber der Auswandererzeitung, Herrn Hanskarl Stein veröffentlicht, daß eine ganz schleunige Klarstellung tatsächlich im Interesse aller Beteiligten läge.

Die in der „Breslauer Revue“ angegriffenen Herren Stein und von Wolzogen setzen sich selbst zur Wehr und haben Schritte zur Klärung der ganzen Frage getan. Sie teilen uns mit, daß die Ausführungen der „Breslauer Revue“ rein persönlicher Gehässigkeit entstammten und glatte Erfindungen und Lügen seien. Sie hätten Zivilklage erhoben auf Unterlassung der Behauptungen, ferner Privatklage wegen verleumderischer Beleidigung. In einer ausführlichen Berichtigung, die der „Breslauer Revue“ zugegangen sei, würden sämtliche von dieser Zeitschrift gebrachten Behauptungen energisch in Abrede gestellt. Die gerichtliche Verhandlung wird hoffentlich bald Klarheit in diese ganzen Verhältnisse bringen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Im Auslande zurückgelassenes Gepäck.

Es bestehen vielfach Unklarheiten über die Heimschaffung des im Feindesland zurückgelassenen Gepäcks. Wir haben uns deshalb an die verschiedenen dafür zuständigen Stellen gewandt und verzeichnen heute die nachfolgende Antwort des „Ausschusses für vertriebene Reichsdeutsche aus Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien“. Danach wird Gepäck, sofern es sich um solches handelt, welches den Gefangenen bei ihrer Heimreise als „Übergewicht“ abgenommen wurde, oder bei der Transferierung von einem zum anderen Lager nicht mitgenommen werden durfte, durch die Abteilung Gefangenengepäck der Hamburg-Amerika-Linie im Auftrage und auf Kosten der Reichsregierung heimgeschafft. Mit dem Transport soll sofort nach dem Eintreffen der letzten Kriegsgefangenen aus England begonnen werden. Eigentum der früher in England ansässigen Deutschen dagegen, das diese ohne Zwang und ohne Mitwirkung der Behörde zur Aufbewahrung weggegeben haben, kann nicht auf Reichskosten zurückgeschafft werden, wenn auch die Reichsregierung bei der Erlangung der Freigabe derartiger Objekte mitwirken soll. Die hier entstandenen Unkosten sollen nach Ansicht der Reichszentralstelle der Kriegs- und Zivilgefangenen zu den allgemeinen Kriegsverlusten gerechnet werden.

Erleichterte Einreise in die Schweiz.

Der Bundesrat hat beschlossen, die vorgeschlagenen, sofort durchführbaren Erleichterungen für die Einreise mit Rücksicht auf die bevorstehende Wintersaison unverzüglich in Kraft zu setzen.

Die schweizerischen Gesandtschaften, sowie die bisher zur selbständigen Erteilung von Visa ermächtigten Konsulate können demnach an Persönlichkeiten, deren Unbescholtenheit ihnen bekannt ist, die Einreisebewilligung zu befristetem Aufenthalt bei Vorlage eines genügenden Ausweispapieres ohne weitere Formalitäten sofort erteilen. Die bisher vorgeschriebenen weiteren Unterlagen sind für solche Personen nicht mehr erforderlich.

Pakete nach Sibirien.

Mitte Januar 1920 geht wieder ein Schiff von Kopenhagen nach Sibirien ab, das Pakete für die Gefangenen in Irkutsk und östlich davon mitnimmt. Gute Verpackung (am besten Holzkisten) und genaue Adresse von Empfänger und Absender ist erforderlich; auch muß auf jedem Stück der Leitvermerk „Via Nordkors, Kopenhagen“ angebracht werden. Eintrefftermin in Kopenhagen spätestens der 10. Januar.

Deutsche in Belgien.

Aus der „Independance Belge“ vom 3. Dezember 1919 übersendet uns Herr Dr. Barckhausen-Berlin die nachfolgende Notiz: „Interessante, an Herrn Vandervelde gerichtete Fragen, welche die den Angehörigen der Mittelmächte bewilligte Einreiseerlaubnis betreffen.

Herr Vandervelde hat geantwortet: Die den Untertanen feindlicher Staaten erteilte Einreiseerlaubnis in Belgien verteilt sich folgendermaßen:

1. Deutsche Staatsangehörige, 394.
2. Österreichische Staatsangehörige, 19.
3. Angehörige unbestimmter Nationalität, 463.
4. Angehörige unbestimmter Nationalität, welche die österreichische Staatsangehörigkeit verloren oder abgelegt haben, 14.
5. Ehemalige belgische Staatsangehörige, die durch Heirat deutsch oder belgisch geworden sind, 312.

Im ganzen 1202.

Diese Einreiseerlaubnis, welche Personen gewährt ist, die seit langen Jahren in Belgien gewohnt und während des Krieges den Belgiern Dienste geleistet haben, deren Kinder in der belgischen Armee gekämpft haben usw. ist durchaus nicht endgültig, wie schon aus folgendem Zusatz ersichtlich ist:

„Diese Einreiseerlaubnis ist nur auf Widerruf gegeben und kann zu jeder Zeit zurückgenommen werden.“ —

Seit der Räumung des Landes hat kein Angehöriger eines feindlichen Staates die Erlaubnis bekommen, seinen Wohnsitz im Königreich zu nehmen gemäß königlichem Beschluß in Übereinstimmung mit Artikel 13 des Code civil.

Briefwechsel mit England.

Quäker, die jetzt in Deutschland reisen und eine Wiederaufnahme der geistigen und kulturellen Beziehungen Englands zu Deutschland vorbereiten wollen, übermittelten uns die Adressen von Engländern, die an englischen Schulen leitende Stellen haben und die gerne einen Briefverkehr ihrer Schüler mit deutschen Schülern in die Wege leiten und fördern wollen. Wir geben die drei Adressen hier, um denjenigen unter unseren Lesern, deren Kinder englisch korrespondieren können, die Möglichkeit dieser Verbindung zu schaffen: Arthur Rowntree, Headmaster, Bootham School, York. Miss Sturge, Headmistress, the Mount School, York. Dr. Revan Lean, Headmaster, Sidcot School, Winscombe, Somerset. Außerdem liegt uns ein Brief des Herrn Edgard Pickard, 8 Shaw Street, Birkenhead, vor, der gerne mit unvoreingenommenen Deutschen über soziale und wirtschaftliche Fragen korrespondieren möchte, und zwar über einfache Fragen, da er kein Universitätsstudent sei. Ferner wünscht Herr Albert Elliman, ein 38jähriger Mann, der zu den Engländern gehört, die sich weigerten, Kriegsdienste zu leisten (Toy Cottages, West Hanningfield, Near Chelmsford, Essex), Korrespondenz aufzunehmen, die er in englisch führen würde und die der Deutsche in deutsch führen sollte. Er ist Buchdrucker von Beruf und wünscht die Aufnahme des Briefverkehrs mit einem Fachgenossen.

VERSCHIEDENES

Kristiania. Vorträge Dr. Johannes Müller. Vorträge, die Johannes Müller hier veranstaltete, waren sehr gut besucht, auch von Deutschen. Sie waren für viele ein Erlebnis und werden

dauernde Spuren hinterlassen. Außer seinen beiden zuvor angekündigten Vorträgen hielt Dr. Müller noch einen Vortrag über „Das Verhängnis des Intellektualismus“ auf Einladung des christlichen Studentenvereins in dessen Vortragssaal, sowie einen dritten öffentlichen Vortrag im alten Festsaal der Universität über „Gottesglaube und Weltkatastrophe“. Die drei öffentlichen Vorträge waren vom theologischen Studentenverein veranstaltet.

Vom Raphaelsverein.

Dem „Raphaelsblatt“ (Nr. 3—5, September bis November 1919) entnehmen wir, daß auf der Generalversammlung des Vereins in Essen am 9. Oktober Herr Caritassekretär Creutz-Berlin über „Die öffentlichen Auskunftsstellen des Vereins und das Reichswanderungsamt“ berichtete. Die Caritaszentrale in Freiburg ist amtliche Zweigstelle des Reichswanderungsamts, die 26 Caritassekretariate sind „öffentliche gemeinnützige Auskunftsstellen“ geworden. Der Berichterstatter gab genaue Richtlinien über die verabredete Gemeinschaftsarbeit. Der Verein hat die nötigen Schritte getan, auch das Netz seiner Vertrauensleute im Ausland zu erweitern. Die Propaganda für den Verein hat ihm seit 1. Oktober 400 Mitglieder, darunter viele lebenslängliche zugeführt und hat auch viel freiwillige Spenden für die Fortführung des Raphaelsblattes gebracht. Über die Notwendigkeit der Raphaelsgesellschaft berichtete Referendar und Stadtverordneter Alexander Katz-Berlin, indem er hauptsächlich auf das Auswanderungsproblem, seine Ursachen und seine Nöte einging. Er sprach von dem zu gewinnenden Einfluß auf die Transportgesellschaften, regte eine Organisation an, die dem Auswanderer seine Möbel, die er nicht mitnehmen kann, zu einem Mindestpreis abnimmt und ihm später den Mehrerlös überweist, sprach von der Begründung katholischer Auswandererhotels und erwähnte, daß Bestrebungen im Gange seien, eine lebensfähige Kolonie deutscher katholischer Auswanderer in Kolumbien zu begründen. Für die Auswanderer müßten „Sozialpfleger“ draußen bestellt werden. Dem Raphaelsverein aber müßte ein großes Kapital bereitgestellt werden aus Anteilen zu je 500 Mark, das die Zinsen zum Unterhalt des Büros, der Zeitschrift und zur Betätigung der verschiedenen geplanten Gründungen liefert.

STIMMEN DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Auslandsdeutschtum und Außenhandel.

Ein alter Praktiker schickt uns einen Ratschlag, von dem er selbst sagt, daß er vielleicht allzusehr nach Praxis aussehe und deshalb in Deutschland als naiv gehalten wird:

„Wir haben im Außenhandel 2 Probleme zu lösen, das eine ist die Valutafrage, das andere ist die Frage des zerstörten Auslandsdeutschtums und Auslandshandels. Beide Probleme könnten vielleicht zusammen am besten gelöst werden.“

Man soll von seiten der Regierung die Industrie und die Finanz veranlassen, den geschulten Auslandsdeutschen den Export und Import in die Hand zu geben unter der Bedingung, an der Lösung der Valutafrage tatkräftig mitzuarbeiten. Z. B. man finanziert und beliefert geeignete Firmen und Personen, damit sie deutsche Industrieprodukte in allen zugänglichen Teilen der Welt zu möglichst hohen Preisen an den Mann bringen, anstatt daß man sich vom Auslande leerkaufen läßt. Die so finanzierten und belieferten Firmen und Personen übernehmen die Verpflichtung, in einem festgesetzten Zeitraum je nach der Entfernung der Länder, zwischen 3—8 Monaten den Gegenwert für die exportierten Güter, aber 50% an Geldwert mehr nach Deutschland wieder zu remittieren, sei es in Wechseln, sei es in wünschenswerten Produkten.

Die Praxis wird vielleicht ergeben, daß man den so engagierten Firmen in Zukunft vielleicht eine noch viel höhere zurücklaufende Rimesse zur Pflicht machen kann. Jeder, der die festgesetzten Bedingungen nicht erfüllt, verliert die Berechtigung zum weiteren Export. Vergangenheit der Firma oder Personalien und sonstige Referenzen könnten zugrunde gelegt werden. Die Kontrolle dafür könnte sehr einfach durch eine Art Clearinghouse vorgenommen werden. Der Apparat könnte einfach und wirksam sein, viel wirksamer als die jetzigen Bedingungen, die fast gar nicht zu kontrollieren sind, die nur bestimmten Fabrikantenkreisen Vorteile bringen und den geschulten Inlandsschieber veranlassen werden, seine brillanten Kenntnisse und Beziehungen für den internationalen Verkehr nutzbar anzuwenden.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDSDEUTSCHTUM UND AUSLANDSKUNDE

Hier werden in Zukunft, um möglichste Zuverlässigkeit der bibliographischen Anzeigen zu gewährleisten, nur die Werke und Karten unter voller Titel- und Verlagsangabe genannt werden, die hier vorgelegen haben. Über die andern Neuerscheinungen, soweit sie hier nur direkt bekannt geworden sind, wird künftig nur kurz zusammenfassend berichtet werden.

Neuerscheinungen < * bedeutet: Besprechung vorbehalten >

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslandsdeutschtum i. allg.: 70. 72. 75. 82. 89. 92. 99.

Grenzdeutschtum: 4. 8—10. 14. 16. 17. 21. 25—28. 30. 34. 36. 37. 39. 44. 51. 53. 56. 59. 60. 66. 67. 73. 74. 77. 80. 83. 85. 86. 91. 95. 100. 103. 107. 109. 110. 115—129.

Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 1. 7. 14. 15. 18. 19. 27. 35. 38. 43. 44. 84.

Auslandskunde i. allg.: 2. 45. 47. 64.

Auswanderung: 22. 23. 63. 65. 87. 88. 105. 106. 108.

Außenhandel: 18. 32. 42. 47. 52. 55. 71. 78. 90. 108.

Mission: 57. 63. 96. 97. 111.

Geographische Einteilung:

Europa: 113. 114. 115.

Mitteleuropa: 91. 93. 101. 116—126.

Westeuropa: 1. 7. 15. 45. 46. 79. 84. 98. 112.

Nord- u. Osteuropa: 13. 19. 20. 22. 24. 39. 40. 43. 49. 52. 55. 56. 58. 60. 69. 102. 129.

Süd- u. Südosteuropa: 8. 36. 37. 48. 68. 81. 86. 98. 104. 128.

Vorderasien: 11. 22. 64. 130.

Ost- u. Australasien: 41.

Afrika: 57. 131.

Nordamerika: 6. 12. 38. 90. 132.

Mittel- u. Südamerika: 3. 5. 22. 23. 29. 31. 33. 54. 61. 62. 76. 88. 105. 106.

I. Einzelschriften.

1. **Baldensperger**, Fernand, L'avant-guerre dans la littérature française 1900—1914. Paris: Payot [1919]. 8° fr. 4.50.
2. **Bernstein**, Eduard, Völkerrecht und Völkerpolitik. Wesen, Fragen u. Zukunft d. Völkerrechts. Gemeinverständl. erl. Berlin: Cassirer 1919. 187 S. 8° geb. M 10.—
3. **Bollo**, Luis Cincinato, South America, past and present. New York: Bollo [1919]. 8° \$ 3.—
4. **Braun**, Fritz, Die Ostmark. Eine Landeskunde d. dtsh. Nordostens. Mit Zeichn. von A. Espey u. A. Fahlberg. Leipzig: Brandstetter 1919. 108 S. 8° M 2.75.
5. **Bühler**, Fritz, Dona Francisca. 70 Jahre dtsh. Kulturarbeit in Brasilien im Staate Santa Catharina. Mit 15 Abb. n. Photogr. u. e. Karte. Berlin-Wilmersdorf: Herm. Paetel [1919]. VI, 125 S. 8° M 5.— (Samml. belehrender Unterhaltungsschr. Bd. 61.)
6. **Diplomatic Correspondence** between the United States and belligerent governments relating to the neutral rights and commerce. New York: Oxford Univ. Press [1919]. 4° \$ 1.25. (American Journal of international law.)
7. **Daudet**, Ernest, La France et l'Allemagne après le congrès de Berlin. La mission du Baron de Courcel. Paris: Plon [1919]. 8° fr. 5.—
8. **Dédécek**, V., La Tchécoslovaquie et les Tchécoslovaques. Paris: Bossard [1919]. 8° fr. 3.90.
9. **Denkschrift** d. deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge E.V. (Umschlagt.: Um die Ostmark Posen. 27.12.1918). Frankfurt a. O.: Dtsch. Heimatbund Posener Flüchtlinge [1919]. 47 S. 8° M. 1.50.
Kurze, wenn auch einseitige Darstellung der Gründung, Geschichte und Wirksamkeit des Bundes, der sich — das muß anerkannt werden — stets tatkräftig für das Deutschtum in der Provinz Posen eingesetzt hat. In neuester Zeit hat sich der Bund der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage angepaßt und sich vor allem in den Dienst der Flüchtlingsfürsorge, des Arbeitsnachweises und ähnlicher praktisch-gemeinnütziger Arbeit gestellt, hofft aber auch, für die materiellen und geistigen Interessen der im abgetretenen Posener Gebiet verbleibenden Deutschen tätig sein zu können. In dieser Hinsicht ist das vom Bund aufgestellte Programm (vgl. S. 41 der Denkschrift) von besonderem Interesse. Wu.
10. **Deutschböhmen**. Hrsg. unter Mitw. v. Prof. Dr. Alfons Dopsch, Prof. Dr. Adolf Hauffen [u. a.] von Dr. Rudolf Lodgman. Berlin: Ullstein & Co. 1919. 289 S. 8° M 3.30. (Männer und Völker.)
11. **Endres**, Franz Carl, Die Ruine des Orients. Türkische Städtebilder. Mit 15 Lichtdruckbildern. Auf 11 Taf. München: Duncker & Humblot 1919. IV, 198 S. 8° M 11.—
12. **Frier**, F. W., Canada. The land of opportunities. London: Black [1919]. 8° 3 sh. 6 d.
13. **Gelshorn**, K., Mit d. dtsh. Truppen in d. Ukraine. Ein Beitrag z. Geschichte d. deutschen Zusammenbruchs. Königsberg i. Pr.: Gerhard Perl [1919]. 60 S. 8° M 2.—
14. **Gerber**, Eugène, D'Aposchtel üss'm Elsaß. Elsässisch Volksstück üss'm Weltkrieg. Straßburg: Imprimerie Strasbourg-geoise [1919]. 96 S. 8° M 3.—
15. **Hélot**, Jules, Cinquante mois sous le joug allemand. L'occupation allemande à Cambrai et dans le Cambrésis. Paris: Plon [1919]. 8° fr. 12.—
16. **Herkner**, Heinr., Deutschland u. Deutsch-Osterreich. Leipzig: Hirzel 1919. V, 116 S. 8° M 5.—
17. **Herr**, Arthur, Das Büchereigesetz u. unsere Büchereibewegung. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag 1919. 22 S. 8° Kr. 0,60. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 8.)
18. **Herzog**, [Siegfried], Le plan de guerre commerciale de l'Allemagne. [Übersetzung von „Die Zukunft des dt. Ausfuhrhandels“!] Préface et trad. de M. Antoine de Tarné, introduction de H. Hoover, V. Kellog et F. C. Walcott. Paris: Payot 1919. 249 S. 8° (Bibliothèque politique et économique).
19. **Hillmann**, A., Johannes Brahms. Stockholm: Wahlström & Widstrand 1919. 196 S. 8° Kr. 6.50.
20. **Jenny**, E., Die Deutschen im Wirtschaftsleben Rußlands, nebst Anhang: Die künftigen Beziehungen d. deutschen Kolonisten in Rußland zu ihrem Stammlande. Berlin: Heymann 1920. 58 S. 8° M 2.— Aus: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919.
21. **Kelsen**, Hans, Die Verfassungsgesetze der Republik Deutschösterreich. Mit e. histor. Übersicht u. krit. Erläuterungen hrsg. T. 3. Wien: Deuticke 1919. VIII, 248 S. 8° M 8,40.
22. **Kiesling**, Hans von, Vorderasien—Rußland—Südamerika. Deutsche Auswanderungsgebiete d. Zukunft. Auf Grund persönl. Erfahrungen zsgest. Leipzig: Dieterich 1919. II, 172 S. 8° M 6.—
23. **Koch-Wawra**, Friedrich, Mexiko. Das Zukunftsland der deutschen Auswanderung. Die heutige politische Lage. Reiseeindrücke i. J. 1919. Cassel: Freyschmidt. 24 S. 8° M 1.50.
Die anspruchslose, im September 1919 abgeschlossene Reiseschilderung verzichtet auf exakte, geographische oder wirtschaftliche Belehrung. Sie entwirft das bekannte Bild revolutionärer Dauerkrisen. Die Prophezeiungen über das außenpolitische Schicksal Mexikos verkennen die Solidarität aller Angelsachsen und die Kraftquellen der Union. Das abschreckende Urteil über die Deutsche Gesandtschaft in M. entbehrt sachlicher Begründung. Mexiko als Ziel für Massenauswanderung zu empfehlen, liegt nach den seit Sommer 1919 eingehenden direkten Nachrichten nicht im deutschen Interesse. Mht.
24. **Linke**, Friedr., Martin, Achtung — Menschenleben! Ein deutsch-russ. Roman. Dresden: Pierson [1919]. 168 S. 8° M 4.—
25. **Mayer**, Adrian, Das Elsaß Volks- u. Kulturfragen. Die natürl. Einheit u. d. kulturelle Zusammenhang d. oberrhein. u. südd. Lande. 2. Ausg. Oldenburg: Stalling 1919. 56 S. 8° M 4.—
26. **Merkel**, Adolf, Die Verfassung der Republik Deutschösterreich. Ein kritisch-system. Grundriß. Wien: Deuticke 1919. VIII, 184 S. 8° M 9,80.
27. **Nicolas**, R., Die deutsche Kunst in Böhmen. Bern: Unionsverlag. 20 S. 8° (Volk u. Kunst. H. 1.) fr. 1.20.
Der Verfasser umschreibt kurz an der Hand der guten Bildwiedergaben die bodenständige Eigenart der hervorragenden deutsch-böhmischen Künstler neuerer Zeit. Inhaltlich fußt das Heft auf Bachmann, Deutsche Arbeit in Böhmen (Berlin 1900), die Abbildungen auf der Sammelmappe des Vereins deutscher bildender Künstler in Böhmen. (Prag: Bellmann) und Deutschböhmen im Bilde (Prag: A. Haase 1912). Mht.
28. **Petzold**, Kurt, Ist Oberschlesien deutsch oder polnisch? Eine Untersuchung im Sinne d. Wilsonschen Grundsätze. Breslau: Preßstelle d. Volksrats 1919. 40 S. 8°
29. **Pohlmann-Hohenaspe**, A., Werde- u. Wanderjahre eines dt. Kaufmanns. Buchschmuck v. Hans Martin Lemm, 2. erw. Aufl. Detmold: Meyersche Hofbuchhandlung 1920. 194 S. 8° M 7.50.
30. **Reitterer**, Franz H., Die nationalen u. wirtschaftl. Verhältnisse des Böhmerwaldes. Budweis: Moldavia 1919. 101 S. 8°
Das Handbüchlein gibt auf Grund genauer Ortskenntnis einen zahlenmäßigen Ueberblick über die nationale, konfessionelle, politische und wirtschaftliche Gliederung des Böhmerwaldgaues in den Grenzen des deutschösterreich. Wahlgesetzes vom 18. Dez. 1918. Quellen sind das Gemeindelexikon von Böhmen 1905, das Ortsrepertorium f. d. Kgr. Böhmen, Prag 1913, der Catalogus der Diözese Budweis für 1919, der Schematismus des deutschen Volksschulwesens in Böhmen (Stand vom 1. Jänner 1912) und das Statistische Handbuch des Kgr. Böhmen, Prag 1909. Mht.
31. **Santibáñez**, Enrique, Geografia comercial de las naciones latino-americanas. New York: Appleton [1919]. 8° \$ 1.50.
32. **Schulze-Gaevernitz**, [Gerhard] von, Der Frieden und die Zukunft der Weltwirtschaft. Offener Brief an die gerecht

denkenden Minderheiten in den alliierten u. neutralen Ländern. Zürich: Föbli 1919. 32 S. 8° M 3.—

Der Verfasser fordert als demokratischer Politiker eine Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker einschließlich des deutschen, als Nationalökonom den Abbau des Wirtschaftskrieges und eine freihandelspolitische, die Solidarität aller Kulturvölker anerkennende Weltwirtschaftspolitik. Mht.

33. *Simmersbach*, Bruno, Das Bergbauwesen Perus. Mit 1 Taf. Wiesbaden: Bergmann [1919]. 8° M 6.— Aus: Jahrbücher d. Nassauischen Vereins f. Naturkunde i. Wiesbaden. Jg. 71. S. 67—190.
34. *Spahn*, Martin, Elsaß-Lothringen. Berlin: Ullstein 1919. 385 S. 8° M 8.25.
35. **Stransky*, Erwin, Der Deutschenhaß. Eine Studie. Wien: Deuticke [1919]. VII, 159 S. 8° M 6.30.
36. *Süd-Tirol*, Land u. Leute vom Brenner bis zur Salurner Klaus. Eingel. u. hrsg. u. Mitw. tirol. Gelehrter u. Schriftsteller von Dr. Karl von Grabmayr. Berlin: Ullstein 1919. 255 S. 8° M 3.— (Männer u. Völker.)
37. *Toniolo*, A. R., L'Alto Adige. Cenni geografici e statistici. Con 15 carte. Novara: Ist. Geogr. De Agostini [1919]. 8° I. 12.—
38. *Young*, Norwood, The life of Frederic the Great. New York: Holt [1919]. 8° \$ 2.50.
39. *Wagner*, Harald, Från det nya Tyskland. Lund: Gleerup [1919]. 8° Kr. 6.50.
40. Die *Wahrheit* über die Bolschewiki. Ein Tatsachenbericht von e. intimen Kenner der russischen Verhältnisse. Königsberg i. Pr.: Verlag d. „Klarheit“. 12 S. 8° M 0.15.
Kennzeichnet den uns nicht vorliegenden „Tatsachenbericht“ des Russen Dr. Grigorowitsch als bolschewistische Propagandaschrift und die Sowjetregierung mit ihren Folgen als terroristische, volksfeindliche Diktatur einer Minderheit. Mht.
41. *Werner*, Edward Theodore Chalmers, China of the Chinese. New York: Scribner [1919]. 8° \$ 3.— (Countries and peoples ser.)
42. **Wündisch*, Friedr., Der Friedensvertrag vom 28. VI. 1919. Mit allen ergänzenden Bestimmungen, d. dt. Ausführungsgesetzen, d. Waffenstillstandsabkommen u. d. Wilsonschen Leitsätzen erl. Mannheim: Bensheimer 1919. 296 S. 8° M 10.—
43. *Zade*, B., Två systrar. Schillers Lotte och Line. Stockholm: Geber 1919. 269 S. 8° Kr. 9.50.
44. *Zislin*, Sourires d'Alsace 1907—1914. 286 dessins satiriques. Préf. de Paul Déroulède. Paris: Berger-Levrault [1919]. 8° fr. 15.—

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

45. *Annuaire général de la France et de l'étranger*. Publ. sur l'initiative du comité du livre 1919. Paris: Larousse 1919. 8° fr. 25.—
46. *Annuaire statistique de la France*. T. 35. 1916—1918. Paris: Berger-Levrault [1919]. 8° fr. 15.—
47. *Auslandsrecht*. Blätter f. Industrie u. Handel. Organ d. Instituts f. ausländ. Recht beim Reichsverband d. dt. Industrie. Hrsg.: Dr. Simons, Dr. F. Meyer, Dr. Schweighoffer. Jg. 1. 1919/20. Berlin: Simion. jährl. 12 Nrn. M 20.—
48. *Bachi*, Riccardo, L'Italia economica nel 1917 (anno 9): Annuario della vita commerciale, industriale, agraria, bancaria, finanziaria e della politica economica. Milano: Soc. Dante Alighieri [1919]. 8° I. 8.—
49. Deutsch-finnische *Brücke*. Organ d. dt.-finn. Vereins <Finnlandkämpfer>. Jg. 1. 1919/20. Potsdam: Dt.-finn. Verein (Finnlandkämpfer). jährl. 12 Nrn. Einzelnr. M 0,65.
50. Deutscher *Geist*. Bild[Abreiß]-kalender für 1920. Hrsg. v. d. Deutschen Liga für Völkerbund. Schriftl.: M. Müller-

Jabusch, W. Kurth u. V. Valentin. Künstler. Leitung: Walter Buhe. Berlin: Otto Elsner. 64 Bl. m. Abb. 4° M 4.50.

Der geschmackvoll stilisierte Kalender wirbt in seinem Text für die Gedanken des Weltfriedens und der Völkerverständigung, in seinem Bildschmuck für ein geistiges Deutschland, wie es sich etwa die deutschen Romantiker und Madame de Staël oder Carlyle vorgestellt haben mögen. Die Auswahl bringt eine eigenartige Mischung von Kriegsgrauen und Friedenssehnsucht. Nürnberg und Weimar herrschen vor. Das Papier könnte dem Druckverfahren mehr entgegenkommen. Mht.

51. *Heimatbildung*. Monatsblätter für heimatliches Volksbildungswesen. Hrsg. v. d. Geschäftsstelle für d. dt. Volksbildungswesen. Geleitet von Prof. Dr. Emil Lehmann u. Oberlehrer Josef Blau. Reichenberg i. B.: Sudetendtsch. Verlag Franz Kraus. Jg. 1. 1919/20. H. 1. 32 S. 8° jährl. K. 12.60.
Die in Aussig geschaffene Geschäftsstelle erstrebt den Zusammenschluß der deutschen Volksbildungsarbeit im tschechoslowakischen Staate. Sie will ihre gesamte Arbeit auf Heimatliebe gründen und diese durch Gemeindebüchereien, Ortsmuseen und volkskundliche Feste wie Forschungen nähren. Mht.
52. *Ost-Export*. Organ für den Warenaustausch zwischen Deutschland u. Osteuropa. Hrsg.: A. O. Schlüchterer. Berlin: Pass & Garleb. jährl. 24 Hefte, viertelj. M 3.— [Jg. 1.] Nr. 1. 1919. 12 S. 4°
Die neue Zeitschrift enthält kleine Aufsätze und kurze Nachrichten über den Wirtschaftsverkehr mit den ehemals russ. Randstaaten, besonders der Ostsee, Textillustrationen und Anzeigenteil. Sprachlich bemerkenswert sind die litauische und die lettische Beilagen. Mht.
53. Der *Pfad*. Belletristische Monatsschrift. Hrsg.: Georg Karl Veranneman. Red. R. A. Spitaler. Prag-Smichov: Anton Renn. Jg. 1. 1919. H. 1. 32 S. 8° ganzjährig M 16.—
Die sehr hübsch ausgestattete Zeitschrift bringt lyrische und erzählende Beiträge, literarische Besprechungen und neuzeitig aufgefaßte Bildbeigaben. Zarte Natur- und Kulturstimmungsbilder aus deutschen und slawischen Ländern überwiegen. Mht.
54. The Argentine *Standard-Directory* of national and foreign merchants and manufacturers, 1919. Buenos Aires: Standard Directory Co. 1919. 4° \$ 10.—
55. Deutsch-polnischer *Vereinsbote*. Vereins-Mitteilungen d. dt.-poln. Vereins zur Pflege u. Förderung d. gegenseitigen Handelsbeziehungen. Jg. 1. 1919/20. Berlin: Dt.-poln. Verein.
Gegenstück zu dem ebenfalls aus dem Deutsch-Russischen Verein zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen hervorgegangenen „Deutsch-Russischen Vereinsboten“. Vertraulich. Nur für Mitglieder.
56. Deutscher *Volksrat*. Zeitschrift für deutsches Volkstum u. deutsche Kultur im Osten. Hrsg.: Dtsch. Volksrat für Westpreußen. Schriftleiter: Fritz Kudwig. Danzig (Hundegasse 109): Deutscher Volksrat. Jg. 1. 1919/20. H. 35. 16 S. 4° jährl. 52 Hefte; viertelj. M 1.35.
Die Zeitschrift erscheint vom Heft 35 an in neuem Gewande, größerem Format und vermehrtem Umfang. Sie will ein literarischer Sammelpunkt für das deutsche Volkstum im bedrohten Osten werden und hat dazu die Mitarbeit führender Schriftsteller aus allen Parteien gewonnen. Mht.

III. Zeitschriftenaufsätze.

57. Unsere ausgewiesenen *Afrikaner*. in: Berichte der rhein. Missionsgesellsch. Jg. 76. 1919. Nr 10/11. Barmen: Barmer Missionshaus.
58. Das estnische *Agrargesetz*. Endgültige Fassung, von d. Konstituierenden Versammlg. am 10. Okt. 1919. angen., mitget. v. d. „Estl. Ztg.“ in: Balt. Blätter. Jg. 2. 1919. H. 38. Berlin-Steglitz—Riga: Würtz.
59. *Alsaticus*, Elsaß-Lothringens Bestimmung. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 4. 1919. Nr 42—44. Berlin: Hofrichter.
60. 25 Jahre ostmärkischer *Arbeit* und Kämpfe. in: Die Ostmark. Jg. 24. 1919. Nr 11. Berlin: Dt. Ostmarken-Verein.
61. *Argentinien*, Uruguay, Paraguay <Eigene Berichte>. in: Lateinamerika. Hrsg.: Dt. Argent. Centralverband. Dt. Überseedienst. G. m. b. H. Dt. Wirtschaftsverband f. Süd- u. Mittelamerika. Nr <A> 1. Okt. 1919. Berlin W 15.

62. *Arzet*, Rob., Mexiko. in: Nord u. Süd. Jg. 44. 1919. H. 12. Breslau: Schottländer.

63. *Auswanderung* u. Auswandererfürsorge. in: Allg. Ev.-Luth. Kirchenzeitung. Jg. 52. 1919. Nr 35. Leipzig: Dörffling & Franke.

Der Aufsatz würdigt die Fürsorgeleistungen der evangelischen Auswanderermissionen, vorzüglich der Hamburger evangelisch-luther. Auswanderermission, in der Vergangenheit und umschreibt ihren gewaltig gewachsenen Aufgabenkreis angesichts der Auswanderungsbewegung der Gegenwart. Mht.

64. *Bayern* und der Orient. in: Das Bayerland. Jg. 30. Nr 25. München: Eder.

Das Heft enthält u. a. eine Abhandlung des Münchener Historikers Süßheim über die überwiegend kriegerischen, vom 18. Jh. an auch kulturellen Beziehungen zwischen Bayern und der Türkei (mit vielen Abb. nach alten Gemälden), einen Aufsatz von G. Reismüller über die Reise des bayrischen Franziskanerpaters L. Mayr in das Heilige Land (1748–1753) und eine Plauderei von F. C. Endres über den Ingenieur J. L. Winkler und seine Leistungen als Bahnbauer und Organisator in Chile und der Türkei. Mht.

65. *Bernath*, M[orton], Auswanderung. in: Die Lese. Jg. 10. 1919. Nr 44. Stuttgart: Leseverlag.

66. *Bill*, Heinrich, Der Ausgleich mit den Tschechen. in: Der Sozialist. Jg. 5. Nr 35. Berlin: Breitscheid.

Der Verfasser erklärt nationale Autonomie in allen sozial-kulturellen Beziehungen für die einzig kulturwürdige Form des Zusammenlebens beider Völkstämme in der Tschechoslowakei wie in Deutschösterreich (Wien). Er vermißt bei der tschechischen Sozialdemokratie den Willen zu einem gerechten Ausgleich und kennzeichnet den neuen Wahlkreisentwurf der Prager Regierung, der jedes geschlossene deutsche Sprachgebiet zu leugnen sucht, als gefährliche Wahlkreisgeometrie alten Stils. Es fehlen vorläufig die ersten Vorbedingungen für eine friedliche Zusammenarbeit beider Völker; territoriale Autonomie der Deutschen in den geschlossenen Sprachgebieten, persönliche in den gemischten. Mht.

67. *Denis*, Ernest, La question des Allemands de Bohême. I. II. in: Revue bleue. Année 57. 1919. Nr 21. 22. Paris: Revue scientifique.

68. *Dierks*, Gustav, Spanien (Wirtschaftsmonographien wichtiger Handelsstaaten. N. F. hrsg. von Amandus M. F. Martens. V.) in: Der Weltmarkt. Jg. 7. 1919. Nr 32. Hannover: König & Ebhardt.

69. *Donzow*, Dm., Deutschlands Ukrainepolitik. in: Die Ukraine. Jg. 1. 1919. H. 7/8. Berlin-Friedenau: Dt.-ukrain. Gesellsch.

70. *Ebstein*, Otto, Die Auslandsdeutschen. in: Die Gartenlaube. 1919. Nr 42. Leipzig: Scherl.

Schildert den Zusammenbruch des Auslandsdeutschtums, seine Organisationen in Deutschland und deren Hilfstätigkeit im Kriege, den „Bund der Auslandsdeutschen“ als zentralen Selbstverwaltungskörper des Auslandsdeutschtums und seine wirtschaftlichen wie kulturellen Aufgaben für die nächste Zukunft. Mht.

71. *Elster*, Alexander: Das deutsche Buch im Welthandel. in: Übersee-Post. 1919. Nr 7. Leipzig: J. J. Arnd.

72. *Engelhardt*, Emil, Die Volkshochschule im Auslandsdeutschtum. in: Das Deutschtum i. Ausl. 1919. H. 41/42. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausl.

73. *Fabricius*, W., Deutsche Stimmen aus d. Saargegend vor 100 Jahren. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 11. Berlin: Engelmann.

74. *Flierl*, Friedrich, Zum Abschied von d. Ostmark. in: Das Deutschtum im Ausland. 1919. H. 41/42. Berlin: Verein f. d. Deutschtum im. Ausl.

75. *Friedrichs*, Auslandsdeutschtum u. Schuldfrage. Ein offener Brief an Professor Förster-Bern. in: Dt. Stimmen. Jg. 31. 1919. Nr 32. Berlin: Staatspolit. Verlag.

Der Verfasser legt am Beispiel der Schweiz die unheilvolle Wirkung dar, die einseitige deutsche Schuldbekenntnisse auf bisher unparteiische Neutrale und damit auf die Lage der Auslandsdeutschen ausüben. Mht.

76. *Gofferjé*, Fritz <Florianopolis>, Die Volksgesundheit in den deutschen Siedlungen von Santa Catharina. in: Archiv für Schiffsahrts- u. Tropenhygiene. Bd 23. <1919>. H. 20/21. Leipzig 1919: Barth.

Die 1914 geschriebene Abhandlung hat neben ihrem Fachwert für Aerzte und Geographen heute erhöhte praktische Bedeutung zur Beurteilung der Frage, wie sich die Gesundheit deutscher Auswanderer einem ausgesprochen subtropischen Tieflandklima gegenüber verhält. Der Verfasser kommt im

allgemeinen zu einem günstigen Urteil. Die Hauptkrankheiten (Wurmkrankeheit, malaria, Nervenschwäche) sind nicht unmittelbare Folge des Klimas, sondern werden durch andere Faktoren (mangelnde Hygiene, Ueberarbeitung und Unterernährung) erst zur Entwicklung gebracht. Im ganzen hat sich die Volksgesundheit von einer Generation zur anderen stetig gehoben; sie steht bei den deutschen Ansiedlern erheblich höher als bei den Eingeborenen. Mht.

77. *Goltz*, Hans Frhr. von der, Die evangelische Kirche in Elsaß-Lothringen und der Krieg. in: Deutsch-Evangelisch. Jg. 10. 1919. H. 4. 5. Leipzig: Hinrichs.

Der Verfasser, Präsident des Direktoriums und des Oberkonsistoriums der evangelischen Kirche A. B., bisher in Straßburg, vergleicht rückblickend die schonende Haltung des Direktoriums im Kriege mit der rücksichtslosen Politik der französischen Commission directoriale seit dem Waffenstillstande. Mht.

78. 20 Jahre „*Handelsstand*“. in: Der Handelsstand. Jg. 20. 1919. Nr 12. Hamburg: Kaufmann. Verein v. 1858.

79. *Harbeck*, Hans, Niélas Martin [ein bisher unbekannter französischer Verehrer Deutschlands um die Mitte des 19. Jahrh.]. in: Die Hilfe. 1919. Nr 46. Berlin: Buchverlag d. Hilfe.

80. *Hoerber*, Fritz, Die planmäßige Vernichtung von Adolf Hildebrandts Straßburger Reinhardtbrunnen [Vergleichende Studie über die Auffassung von städtebaulichem Schmuck bei Deutschen u. Franzosen]. in: Unsere Heimat. Beil. zu „Mitteilungen des Ausschusses vertrieb. Elsaß-Lothringer.“ Jg. 1. 1919. Nr 43. Freiburg i. Br.: Hilfsbund f. d. Elsaß-Lothringer.

81. *Janz*, Arthur, Das ungarländische Deutschtum. in: Deutscher Volksrat. Jg. 1. 1919. Nr 35. Danzig: Dtsch. Volksrat.

82. *Kapler*, Übernahme der Fürsorge f. d. dt. evang. Auslandsdiaspora durch d. Kirchentag. in: Monatshefte d. Gustav-Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 7/8. Leipzig: Hinrichs.

83. *Knudsen*, H., Julius Maximilian Schottky, Ein Kämpfer für d. Deutschtum in d. Ostmark. in: Dt. Geschichtsblätter. Bd 20. 1919. 1. Vierteljahrsheft. Gotha: F. A. Perthes.

84. *Kuechler*, Walter, Ernest Renan, Zwischen Frankreich u. Deutschland. in: Die neueren Sprachen. Bd 27. H. 5/6. Marburg: Elwert.

Der Würzburger Romanist stellt das Verhältnis Renans zu Frankreich-Deutschland und zu den Begriffen Vaterland-Menschheit in chronologischer Entwicklung dar. Er zeigt, wie Renan, von einem ideal geschauten Deutschland ausgehend, in der Verehrung eines in gleichem Maße idealisierten Frankreich endet. Die Abhandlung berücksichtigt neben dem geistesgeschichtlichen das politische Interesse der Gegenwart. Mht.

85. Die gegenwärtige *Lage* der evang. Kirche u. des Gustav-Adolf-Vereins in Elsaß-Lothringen. in: Monatshefte d. Gustav-Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 7/8. Leipzig: Hinrichs.

86. Die [deutschen] *Literaturfreunde* in Preßburg. in: Das Literar. Echo. Jg. 22. 1919/20. H. 4. Berlin: Fleischel.

87. *Lutz*, Otto, Der Akademiker und die Auswanderung. I. II. in: Dt. Akadem. Zeitschrift. Jg. 1. 1919. H. 9. 11/12. Leipzig: K. F. Köhler.

88. *Lutz*, Otto, Die Auswanderung nach Mittel- u. Südamerika. in: Die dtsh. Nation. Jg. 1. 1919. H. 11. Charlottenburg: Verlag „Die dt. Nation“.

89. *Mannhardt*, Joh. M., Staat u. Volkstum. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 48. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

90. *Mestern*, A., Die Patente Deutscher i. d. Verein. Staaten v. Amerika während u. nach d. Kriege. in: Die chem. Industrie. Jg. 42. 1919. Nr 17/18. Berlin: Weidmann.

91. *Mischler*, Richard, Der Pariser Vertrag über d. Minderheitenschutz i. d. Tschechoslowakei. in: Dtsch. Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 4. München: Callway.

92. *Mueller*, Wilhelm, Die Fürsorge für unsere heimkehrenden Auslandsdeutschen. in: Der Vortrupp. Jg. 8. 1919. Nr 16.

Der Verfasser bedauert die mangelhafte Kenntnis und Pflege des Auslandsdeutschtums, betont dessen Wert und tritt für die Unterstützung der „Rückwanderhilfe“ ein. Mht.

93. *Piëch, A.*, Die zukünftige Stellung d. Tschechen in Mitteleuropa. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 3. 1919. H. 9. München: Lehmann.
94. *Piëch, A.*, Die Tschechen u. die dt. Kunst. in: Dt. Arbeit. Jg. 18. 1918/19. H. 6. München: Callway.
95. *Rech, Karl*, Die Zustände in Elsaß-Lothringen. in: Dt. Politik. Jg. 4. 1919. H. 48. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanstalt.
96. *Richter, Julius*, Welche Aufgaben ergeben sich aus d. Lage des dt. Missionslebens f. d. Missionskonferenz? in: Allg. Missions-Zeitschrift. Jg. 46. 1919. H. 11. Berlin: Warneck.
97. Die *Schicksalsstunde* der dt. Missionen in Indien. in: Schleswig-holstein. Missionsblatt. Jg. 33. 1919. Nr. 11. Breklum: Schlesw.-holstein. evang.-luth. Missionsgesellschaft.
98. *Schlesinger, Karl*, The future of Austria [tritt für Erneuerung des Donastaaten-Bundes ein]. in: The International Review. Vol. 2. 1919/20. Nr. 6. London: The International Review Office.
99. *Sperber, O.*, Deutschum u. Naturalisation. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 4. 1919. Nr. 41/42. Berlin: Hofrichter.
100. *Stempfle, B. R.*, Bayern u. Elsaß. in: Das Bayerland. Jg. 31. 1919. Nr. 1. München: Eder.
Ausführlicher auf Quellenstudien beruhender Beitrag zur Geschichte des Elsasses, mit sehr hübschen Wiedergaben altelsässischer Städtebilder nach Handzeichnungen. Mht.
101. *St[ern]-R[ubarth, Edgar]*, Die Nationalitäten in der Tschechoslowakei [nebst einer tschechischen Karte]. in: Welt-Echo. Jg. 1. 1919. Nr. 49. Berlin: Ullstein.
102. *Stroeber, M.*, Deutsche Handelsaussichten in der Ukraine. in: Die Ukraine. Jg. 1. 1919. H. 7/9. Berlin-Friedenau: Dt.-ukrain. Gesellsch.
103. *Tiedje, Johannes*, Die Gesinnungsgrenze in d. Nordmark. in: Die dt. Nation. Jg. 1. 1919. H. 11. Charlottenburg: Verlag „Die dt. Nation“.
104. *Treumund, F.*, Ungarns Niedergang u. Wiederaufstieg. in: Österreichische Rundschau. Bd 61. 1919/20. Wien: Fromme.
105. *Uruguay, Sondernr.* von „Ausland u. Heimat“. Jg. 13. 1919/20. Nr. 8. Berlin: „Kolonie u. Heimat“ Verlagsgesellsch.
106. *Venezuela, Sondernr.* von „Ausland u. Heimat“. Jg. 13. 1919. Nr. 6. Berlin: „Kolonie u. Heimat“ Verlagsgesellsch.
107. *Wagner, 25 Jahre deutscher Ostmarkenverein.* in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr. 47. Berlin: Verl. d. Grenzboten.
108. *Wagner, Friedrich*, Auswanderungsproblem u. Buchhandel. in: Börsenblatt f. d. dt. Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr. 253. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.
109. *Weigang, Elfriede*, Bei Dr. Ottokar Kernstock, dem Waldpoeten in d. steirischen Bergen. in: Vierburgenland. Jg. 1. 1919. H. 5/6. Oedenburg: Verwaltung des Vierburgenlandes.
110. *Wohlfahrt, Das Problem Oberschlesien.* in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr. 49. Berlin: Verlag d. Grenzboten.
111. *Wuerz, Friedrich*, Gegenwarts- u. Zukunftsfragen. in: Evang. Missions-Magazin. N. F. Jg. 63. 1919. H. 11. Basel: Missionsbuchh.
112. *Zwehl, von*, Von der Besetzung Belgiens. Erinnerungen aus d. Weltkriege. I. II. in: Rundschau. Jg. 46. 1919/20. H. 2. 3. Berlin: Paetel.
- IV. Karten.**
- Europa.**
113. Politische Karte von Europa. M. 1:10 Mill. 2. Aufl. Zürich: Füßli [1919]. 46,5:57,5 cm. M 1.50.
Ästhetisch ansprechende, allerdings für Demonstrationen schon etwas kleine Uebersichtskarte von Europa unter Einschluß des Mittelmeergebietes mit den neuen Grenzen auf den Grundlagen des Friedensvertrages. Für Osteuropa fehlen derartige Unterlagen, daher sind die Eintragungen dort natürlich ganz problematisch. Zum Vergleich sind überall die alten Grenzen verzeichnet, wirtschaftlich und auslandkundlich ist die Eintragung der wichtigsten Bahnlagen von Interesse. Nicht erklärt und unverständlich bleibt eine punktierte grüne Linie, die Württemberg z. T. und Bayern umfaßt.
114. *Fischer, Alois, G. Freytags Karte: Europas neue Staaten-Grenze.* Mit e. Völkerkarte u. erl. statist. Flächen- u. Bevölkerungszahlen. M. 1:7,5 Mill. Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt. 1919. 31:29 cm. M 2.—.
2 Blätter im Handatlas-Format, die die neuen politisch-geographischen und die ethnographischen Verhältnisse Mitteleuropas (zwischen Seine und dem Dniepr) nebeneinander in gleichem Maßstab farbig zur Darstellung bringen. Beigegeben ist eine geographisch-statistische Zusammenstellung (8 S.) über die gegenwärtigen Staaten Europas, die trotz der z. T. noch unsicheren Unterlagen als eine der ersten derartigen Übersichten sehr zu begrüßen ist, leider aber die ethnographische Karte nicht genügend ausschöpft, so daß z. B. der deutschkundliche Wert, der in dem Vergleich der beiden Karten gegeben wäre, nicht zur Auswirkung kommt. Auch leiden die Karten etwas unter dem kleinen Maßstab, die dadurch bedingte Schematisierung und etwas rohe Ausführung.
- Mitteleuropa** [vgl. auch Nr. 118—122].
115. Deutschland u. Nachbargebiete nach d. Bestimmungen d. Friedens von Versailles. 66. Aufl. M. 1:2 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott. A.-G. 1919. 61,5:78,5 cm. M 2.—.
(Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. Kettler. Nr. 10.)
Übersichtliche, für Demonstrationen gut geeignete politisch-geographische Darstellung von Mitteleuropa bis zum Weichsel- und Donaugebiet mit den neuen Staatsgrenzen, jeweils mit besonderem Kolorit und den für Deutschland wichtigen sonstigen politisch-geographischen Linien.
116. *Liebenow, W.*, Eisenbahn- u. Reisekarte Mitteleuropa. Bearb. v. H. Heyde. M. 1:2 Mill. Berlin: Gea-Verlag. [1919]. 69,5:78,5 cm.
Die trotz der nicht günstig wirkenden Farbenwahl für Demonstrationen geeignete Übersichtskarte umfaßt Mitteleuropa zwischen Seine und Weichsel-Bug mit Einschluß von Oberitalien. Auslandkundlich ist sowohl die politische Kolorierung der einzelnen Staaten nach den neuen Grenzen wie auch die Eintragung der hauptsächlichsten Eisenbahnen wichtig. Inhaltlich bestehen allerdings noch Mängel. So ist unnötigerweise die politische Zugehörigkeit von Westgalizien offen gelassen. Schwerer wiegt, daß das Bahnnetz in Polen und in den Nachbargebieten unvollständig und z. T. sogar falsch dargestellt ist. Zu wünschen wäre auch eine Erklärung der Eisenbahnsignaturen.
- Deutsches Reich** [vgl. auch Nr. 124, 125].
117. Karte von Deutschland mit den durch d. Friedensvertrag veränderten Grenzen. M. 1:1 Mill. Berlin: Kartogr. Abt. d. preuß. Landesaufnahme 1919. 90:121 cm. M 4.60.
Grundlegende Karte für alle durch den Friedensvertrag bedingten Gebietsänderungen Deutschlands in genauer Übereinstimmung mit dem dem Original-Friedensvertrag beiliegenden Karten. Farbig eingetragen sind die neuen Grenzen und im Vergleich dazu die alten. Wichtig ist — besonders im Osten — die Bezeichnung derjenigen Grenzstücke, deren Verlauf erst noch an Ort und Stelle durch Grenzkommisionen festgelegt werden sollen. Die Abstimmungsgrenze sind besonders als solche gekennzeichnet. Die Situation (Gewässernetz, Wege, Eisenbahnen, Ortschaften) in Schwarz.
118. *Liebenow, W.*, Eisenbahn- u. Reisekarte vom Deutschen Reich mit d. im Friedensvertrage vorgesehenen Gebietsveränderungen. Nach amtll. Quellen bearb. Gebietsveränderungen bearb. v. Herbert Heyde. M. 1:2 Mill. Berlin: Gea Verlag 1919. 49:74,5 cm. M 1.20.
Nach Umfang und Maßstab kleiner aber ähnlich Nr. 116 und, da die Nachbarstaaten im Osten und Westen mit umfaßt werden, ebenfalls auslandkundlich zu erwähnen. Das politisch-geographische Moment ist aber gegenüber dem Hauptzweck der Karte übermäßig in den Vordergrund gerückt.
119. Verkehrskarten von Deutschland. Im M. 1:1,5 Mill. gez. v. P. Kraus. 6. Ausg. m. Sonderkt. d. Rhein-Westfäl. Industriegebiets u. Darst. d. neuen Reichsgrenzen sowie der von der Entente besetzten Gebiete. Leipzig u. Wien: Bibl. Institut 1919. 68,5:86,5 cm. M 3.—.
Gediegene und inhaltsreiche Karte. Sie bringt mit farbigen Signaturen die verschiedensten Seiten des Verkehrslebens zur Darstellung, wird allerdings infolge des reichen Inhaltes schon etwas unübersichtlich und kommt daher kaum noch für Demonstrationen in Frage. Da Westfrankreich, Belgien-Holland, Polen und die neuen Südoststaaten mit dargestellt und bearbeitet sind, ist die Karte auch auslandkundlich wertvoll. Verbesserungsfähig wäre die Namensschreibung in Osteuropa.
120. *Radtke, Otto*, Eisenbahnkarte von Deutschland u. d. angrenzenden Ländern. Mit neuen und alten Grenzen. M. 1:2450000. Berlin: Goldschmidt 1919. 40,5:63 cm. M 1.25. (Griebens Reisekarten.)

Die Karte (in Schwarz mit politischem Kolorit) bringt über Deutschland hinaus auch die westlichen, östlichen und südöstlichen Teile Mitteleuropas zur Darstellung und ist deshalb auslandkundlich zu nennen. Sie kommt aber infolge des sehr kleinen Maßstabes nur zur ersten allgemeinen Information in Frage. Man vermißt eine Erklärung der Eisenbahnsignaturen.

121. Paasche's Eisenbahnkarte von Deutschland. 3. Aufl. Mit farb. Eindr. der durch d. Frieden von Versailles bedingten Gebietsveränderungen u. neuen Staatenbildungen u. rotem Eindr. sämtl. Linien mit Schnellzugsverkehr. M. 1:2 Mill. Stuttgart: Paasche & Luz 1919. 49:61 cm. M. 125.

Übersichtliche farbige Darstellung der Hauptbahnen, vor allem für die erste Orientierung weiterer Kreise. Auslandkundlich ist die Darstellung der Anschlüsse in die Nachbarstaaten bis ins Weichsel-Buggebiet und nach Ungarn hinein hervorzuheben. Jedoch ist das Bahnnetz in Polen und den angrenzenden östlichen Gebieten z. T. lückenhaft wiedergegeben.

122. Verkehrskarte von Deutschland. Sonderausg. der Postleitzkarten bearb. im Kursbüro d. Reichspostamtes. M. 1:450 000. Bl. 1—11. Berlin: Gea-Verlag 1919. zw. 69,5:55 u. 42:51 cm.

Auch in der vorliegenden Neuausgabe, die die neuen Grenzen, die Abstimmungsgebiete usw. mit besonderer Kolorierung enthält, infolge des reichen Inhalts grundlegend für die Darstellung des Bahn-, Post- und Telegraphenverkehrs, zugleich auslandkundlich zu nennen durch die Angabe der Anschlüsse nach den benachbarten Staaten Mitteleuropas. Ergänzungsfähig wäre die Legende.

123. Eulitz' Verkehrskarte. Nr. 2. 4. 5. M. 1:600 000. Ausgeführt v. C. Opitz, Geogr. Anstalt Leipzig. [Auszug] aus d. Eisenbahn- u. Verkehrs atlas v. Europa. Stolp: Oskar Eulitz 1919. Je M. 150.

2. Ostpreussen. 63. Aufl. 42,5:37 cm.

4. Pommern. 49. Aufl. 38:59,5 cm.

5. Schlesien. 66. Aufl. 36,5:59,5 cm.

Übersichtliche, für den Handgebrauch weiterer Kreise geeignete farbige, allerdings etwas rohe Eisenbahn- und Straßenkarte der östlichen Grenzmarken, in der Neuausgabe mit den Eintragungen der neuen Grenzen, Abstimmungsgebiete usw. Durch die Angabe der Anschlußlinien in Polen und Litauen zugleich auslandkundlich zu erwähnen. Eine Erweiterung der Signaturerklärung wäre wünschenswert.

Östliche Grenzmarken [vgl. auch Nr. 123. 127].

124. Eulitz' Kreiskarten d. Provinzen Ost- u. Westpreußen, Pommern u. Posen. [Spezialkarte 1—9]. M. 1:100 000 Bearb. i. Geogr. Institut Paul Baron, Liegnitz. Lissa. Oskar Eulitz 1919. Je M. 150.

1. Kreis Allenstein. 4. Aufl. 45:51,5 cm.

2. „ Niederung. 2. „ 45,5:42 cm.

3. „ Schweiz. 3. „ 50:51,5 cm.

4. „ Konitz. 3. „ 52,5:45 cm.

5. „ Strasburg. 4. „ 34:55,5 cm.

6. „ Usedom-Wollin. 2. „ 41,5:65,5 cm.

7. „ Köslin. 2. „ 27,5:44,5 cm.

8. „ Neutomischel. 4. „ 31,5:26,5 cm.

9. „ Kolmar. 5. „ 48:48 cm.

In 5-Farben-Druck auf der topographischen Grundlage der Karte des Deutschen Reiches 1:100 000 hergestellte, etwas rohe Karten der einzelnen Kreise der östlichen Grenzmarken, für den praktischen Gebrauch weiterer Kreise zur allgemeinen topographischen Orientierung geeignet, um so mehr, da es noch an ähnlichen Karten fehlt.

125. Die Grenzen Schlesiens nach d. Friedensverträge v. 28. Juni 1919. Uebersichtskarte hrsg. v. Verlage d. Schles. Ztg. i. Breslau. M. 1:400 000. Bestimmungen über d. Grenzen Schlesiens, enth. im Gesetz über d. Friedensschluß zw. Deutschld. u. d. a. u. a. Mächten v. 16. Juli 1919 <RGBl. 1919. Nr. 40> Breslau 1919: Rich. Speer. 63,5:60,5 cm.

Farbige, auch für Demonstrationen noch geeignete Darstellung der neuen Grenze Schlesiens mit eingehender Legende und ausführlicher Wieder-gabe der Bestimmungen über den Friedensschluß nach dem Reichsgesetzblatt Nr. 140/1919.

Oesterreich [vgl. auch Nr. 127, 128].

126. Eine Schwarzdruck-Skizze im M. 1:1,5 Mill. bringt (Geogr. Journal 5/1919) die neuen Grenzen der Republik Oesterreich nach dem Frieden von St. Germain zur Darstellung.

Tschecho-Slowakei [s. auch Nr. 125].

127. G. Freytag's Karte d. tschecho-slowakischen Republik.

M. 1:1,5 Mill. Wien: Kartogr.-Anstalt Freytag & Berndt. [1919.] 27:61 cm. Etwa M. 2.—.

Der kleine Maßstab bestimmt die Karte in erster Linie für den Handgebrauch. Situation in Schwarz, Grenzen in Rot, außerdem ist das Gebiet der Tschecho-Slowakei durch Flächenkolorit übersichtlich herausgehoben. Die polnisch-tschechischen Abstimmungsgebiete von Teschen und an der früheren Ostgrenze von Ungarn sind besonders bezeichnet. Falsch und zu korrigieren ist jedoch die Darstellung des Tropplowitz Gebietes an der Westgrenze von Oberschlesien. Dieses Gebiet ist auf der Karte bereits als zur Tschecho-Slowakei gehörig dargestellt; über seine Staatsangehörigkeit wird jedoch tatsächlich erst nach der Volksabstimmung in Oberschlesien entschieden werden.

Südslawischer Staat (S-H-S) [s. auch Nr. 126].

128. G. Freytag's Karte d. südslawischen Staates. S-H-S <d. Serben, Kroaten u. Slowenen> M. 1:1,5 Mill. Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt [1919]. 48:55,5 cm. Etwa M. 2.—.

In gleichem Maßstab und entsprechender Ausführung wie Nr. 127. Ausgeschieden sind außer dem Abstimmungsgebiet um Klagenfurt noch die im Aussicht genommenen „Schutzstaaten“ des Völkerbundes um Fiume, um Zara usw., deren Schicksal in neuester Zeit durch den italienischen Vorstoß besonderes Interesse erlangt hat.

Osteuropa (einschl. Polen) [s. auch Nr. 115—123, 127].

129. Zu Ende geführt ist in zwei weiteren Karten (in Heft 5—6 1919 von Peterm. Mitt.) die wertvolle Darstellung der Nationalitätenverhältnisse in Galizien nach der Volkszählung v. 1900 durch Prof. Langhans (vgl. diese Zeitschrift 1900, S. 373 unter Nr. 128).

Asien.

130. Wirtschaftsgeographisch-auslandkundlich ist die Vegetationskarte des westlichen Kleinasien v. Prof. Philippson (in Heft 9—10 1919 v. Peterm. Mitt.) wertvoll. Eine kleine Skizze (Geogr. Journal 5/1919) zeigt die Bewässerungsanlagen der Konia-Ebene.

Afrika.

131. Eine kleine Skizze (Geogr. Journal 5/1919) verzeichnet die Missionen und europäischen Niederlassungen im nördlichen Rhodesia (Kasempa-Distrikt).
132. Eine Reihe von Karten, die besonderes deutschkundliches Interesse haben, sind dem Ost-Afrika-Werk des Gouverneurs Schnee (Leipzig, Quelle & Meier 1919) beigegeben. Wir erwähnen die Übersichtskarte von Deutsch-Ost-Afrika 1:5 Mill., eine kriegsgeschichtliche Übersichtskarte in gleichem Maßstab sowie mehrere kleine Skizzen zu den kriegsgeschichtlichen Ereignissen.

Nordamerika.

133. Wirtschaftsgeographisch-auslandkundlich sind zwei kleine Kartenskizzen (Geogr. Journal 4/1919) von Interesse, die die Irrigationsgebiete der Vereinigten Staaten von Nordamerika, allerdings in sehr kleinem Maßstab, zur Darstellung bringen.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitung.

Unter dem Titel „Auslandsrecht“, Blätter für Industrie und Handel, ist im Oktober die erste Nummer einer Zeitschrift erschienen, die vom „Institut für ausländisches Recht beim Reichsverband der deutschen Industrie“ herausgegeben und bei Leonhard Simion Nachf., Berlin W. 57, verlegt wird. Die Namen der als Herausgeber zeichnenden Herren: Wirkl. Geh. Leg.-Rat Dr. Simons, Geh. Justizrat Dr. F. Meyer, Geh. Reg.-Rat Dr. Schweighoffer bürgen für den Inhalt der neuen Zeitschrift, über deren Ziele und die Ziele des Instituts für ausländisches Recht der einleitende Artikel der ersten Nummer orientiert. Das Institut soll nicht nur zu einer Zentral-Auskunftsstelle über

Fragen der ausländischen Rechte, sondern auch darüber hinaus zu einer Art Auslands-Hochschule auf juristischem Gebiet ausgestaltet werden. Das „Auslandsrecht“ will aktuelle Kenntnisse übermitteln auf einem Gebiet, auf dem die Fachliteratur bisher gewöhnlich einige Jahre nachhinkte, und dürfte über die Kreise von Industrie und Handel hinaus für den Wissenschaftler wie den Praktiker, den Richter und Beamten, den Rechtsanwalt und Politiker von Interesse sein. Das erste Heft bringt nach geogr. Einteilungsprinzip Länderreferate von einzelnen (auch ausländischen) „Berichterstatlern“, u. a. von Dr. S. Goldschmidt, Berlin (England), Dr. Luigi Ansbacher, Mailand (Italien), Dr. H. Oser, Lausanne (Schweiz).

Eine neue Korrespondenz.

Seit Dezember erscheint in Berlin eine neue Korrespondenz, die deshalb besondere Beachtung verdient, weil sie von zwei bekannten auslanddeutschen Journalisten herausgegeben wird. Sie heißt „Ostasiatische Korrespondenz“, verantwortlich zeichnen

die beiden ehemaligen Redakteure des „Ostasiatischen Lloyd“ (Schanghai) und der „Deutschen Japanpost“ (Jokohama) Fritz Secker und Richard Kunze. Die Korrespondenz erscheint monatlich viermal und bringt monatlich einmal auch eine Feuilletonbeilage. Die uns vorliegende Probenummer zeigt eine reiche, vielseitige und, wie es bei der ausgezeichneten Ostasienkenntnis der beiden Herausgeber zu erwarten ist, auch gut verarbeiteten Inhalt. Die politischen und wirtschaftlichen, wie wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse des Ostens werden hier in knapper, der Raumnot der deutschen Zeitungen entsprechender Form verwertet. Wenn sich die Korrespondenz gut einführt, so wird sie ihr Teil dazu beitragen, die Auslandskunde im Deutschen Reiche zu verbessern. Die Korrespondenz kostet für Einzelinteressenten, Archive, Behörden usw. monatlich 10 Mark, für die Presse monatlich 10 Mark und 10 Pfg. Zeilenhonorar, für die Presse im Ausland bis auf weiteres 100 Prozent Valutazuschlag.

VON UNSERER ARBEIT

Ansichtskarten.

Wir haben von den Anlagen und Einrichtungen des Instituts Ansichtspostkarten herstellen lassen, die eine äußere Ansicht des Neuen Schlosses, in dem die Institutsräume jetzt untergebracht sind, der Räume des Archivs, des Lesesaals, der Bibliothek und der Stellenvermittlung, ferner verschiedener Abteilungen aus unserer Ausstellung wiedergeben. Wir möchten unsern Mitgliedern und Lesern Gelegenheit geben, diese Postkarten zu einem billigen Preise zu beziehen, damit sie sie für ihren eigenen Gebrauch und zur Werbung für die Arbeiten und Interessen des Instituts verwenden können. Wir bitten von diesem Angebot recht zahlreich Gebrauch zu machen. Die ganze Serie von 8 Postkarten wird von unserer Geschäftsstelle gegen Voreinsendung von Mark 1.— versandt.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 21. Nov. 1919 beschlossen, natürlich unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandskunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Institutseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Notiz: Das Inhaltsverzeichnis zu Jahrgang I/II unserer Zeitschrift befindet sich in Arbeit und wird einer der nächsten Nummern beigelegt.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Deutsche Firma in New York sucht Vertretung aller für Amerika in Betracht kommenden Firmen. Die Adresse ist von unserer Geschäftsstelle zu erfahren.

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es ist natürlich, daß durch die Verkehrssperre und durch die Druck- und Herstellungsschwierigkeiten, die besonders Süddeutschland schwer treffen, hie und da Verzögerungen entstehen. So mag es vorkommen, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Da der „Auslandsdeutsche“ von uns unter allen Umständen so zeitig fertiggestellt wird, daß er am 1. und 15. jeden Monats zur Post gegeben werden kann, hoffen wir, daß bald eine gewisse Regelmäßigkeit in der Zustellung eingetreten sein wird. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind jederzeit bereit, denjenigen Mitgliedern und Beziehern, die den besonderen Wunsch äußern, den „Auslandsdeutschen“ wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln. Da aber bei den stets steigenden Papier- und Materialienpreisen, wie Gehältern und Löhnen die Kosten für die Halbmonatschrift schon recht nahe an unsern Mindestbeitrag heranreichen, können wir in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 19. Dezember 1919.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oeiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark monatlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 2

STUTTGART

Zweites Januar-Heft 1920

Das Recht der deutschen Minderheiten

Von Dr. HANS KASTNER, Stuttgart

„Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „Schutz der nationalen Minderheiten“ waren zwei der beliebtesten und zugkräftigsten Schlagworte, mit denen unsere Gegner während des Krieges Recht und Gerechtigkeit für ihre Seite beanspruchten.

Die beiden Begriffe gehören zusammen und ergänzen sich.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist das Primäre als der Ausdruck des in der neuesten Zeit zum Dogma erhobenen Prinzips der politischen Selbständigkeit der Nationalitäten, der Schutz der nationalen Minderheiten bildet das Korrelat dazu, er soll dort einsetzen, wo die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts durch entsprechende Gestaltung der politischen Landkarte versagt infolge der Gemengelage der verschiedenen Rassen und Völkern zugehörigen Siedelungen.

Es sind zahlreiche Stimmen laut geworden, daß der Entente-friede zwar den fremd-deutschen Völkern in Deutschland und dem ehemaligen Österreich-Ungarn gerecht wird, daß er eine polnische, italienische, französische Irredenta beseitigt, daß er aber an ihrer Stelle die Grundlage zu einer deutschen Irredenta in Polen, Italien, Frankreich, Böhmen usw. gelegt hat. Tatsächlich werden durch die Friedensverträge viele Hunderttausende von Deutschen, des Reichs wie aus dem früheren Österreich, einem fremdnationalen Staate einverleibt, teils unter Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts aus strategischen, geographischen, imperialistischen, habsüchtigen Motiven heraus, teils weil es der Nationalitäten nach unmöglich ist, eine peinlich saubere Scheidung der Nationalitäten vorzunehmen und immer eine den kürzeren ziehen muß.

Die Prophezeiung einer deutschen Irredenta ist daher zweifellos gerechtfertigt, sofern die Entente eines nicht zur restlosen Durchführung bringt: den Schutz der nationalen Minderheiten. Nur die Gewährung der „kulturellen Autonomie“, wie sie auch wohl genannt wird, als Ersatz der politischen Selbständigkeit, kann hier den Frieden schaffen. Ob und in welcher Weise die Entente versucht hat, das schwierige Problem zu lösen, soll hier kurz behandelt werden. Dabei sei vorweg betont, welches vitale Interesse Deutschland (und Deutsch-Österreich) an der Lösung des Problems hat, nicht nur als Hauptbeteiligter, da die Minderheiten Mittel- und Osteuropas in der Hauptsache Deutsche sind,

sondern auch in Hinblick darauf, daß es, in seinen eigentlichen Grenzen arg beschnitten, mehr als je die Zusammenhänge und den Zusammenhalt mit seinen Volksgliedern im Ausland zu pflegen haben wird.

Die den Friedensverträgen vorangeschickte Satzung des Völkerbundes, dem beizutreten Deutschland vorläufig nicht für würdig erachtet wird, bringt über den Schutz der nationalen Minderheiten kein Wort. Anders der deutsche Gegenentwurf zum Völkerbund, der in § 54 ausdrücklich den nationalen Minderheiten innerhalb der einzelnen Völkerbundsstaaten ein „nationales Eigenleben, insbesondere in Sprache, Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft und Presse verbürgt“. Außerdem sieht er zur Durchführung dieses Grundsatzes ein besonderes Abkommen vor, das vornehmlich bestimmen soll, in welcher Weise das Recht der Minderheiten von den Organen des Völkerbundes geltend gemacht werden kann. In Übereinstimmung mit diesem Vorschlag der deutschen Regierung nimmt sich auch der von den bedeutendsten Rechtslehrern Deutschlands ausgearbeitete Entwurf der „Gesellschaft für Völkerrecht“ der nationalen Minderheiten ausdrücklich an. Er verlangt in Art. 33 allgemeine rechtliche Gleichstellung mit der herrschenden Nationalität, deutsche Sprache, Schule, Gottesdienst und Amtsbetrieb in den Gemeinden, in denen die nationale Minderheit in genügender Zahl vertreten ist, ferner zahlenmäßig gerechte parlamentarische Vertretung, u. U. nach dem System des nationalen Katasters.

Der Entwurf stellt sich aber nicht einseitig auf den Standpunkt der nationalen Minderheit, in der beigegebenen Begründung ist ausdrücklich ausgesprochen, daß bei Wahrung ihrer nationalen Rechte die Minderheiten auch verpflichtet seien, sich rückhaltlos zu dem neuen Staate zu bekennen und keinen politischen Anschluß an den Mutterstaat zu versuchen. Sofern ihre Rechte verletzt werden, soll die Minderheit Beschwerde beim Schiedsgerichtshof des Völkerbundes einlegen können. Daß die deutsche Forderung auf Schutz der nationalen Minderheiten nicht einseitig im Interesse der deutschen Minoritäten erhoben wird, daß es der Regierung vielmehr ernst ist mit der Verwirklichung dieses Prinzips, bezeugt Art. 113 der neuen deutschen Verfassung vom 11. August, der lautet: „Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung

und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.“

Wenn die alliierten und assoziierten Mächte nun auch in der Völkerbundsatzung sich der nationalen Minderheiten nicht annehmen, und sie haben wohl ihre guten Gründe dafür (Irland, Ägypten, Elsaß-Lothringen, Negerfrage in Amerika!), so haben sie doch in den Friedensverträgen Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten getroffen.

Die Aufnahme von Bestimmungen zum Schutz der nationalen Minderheiten in Deutschland selbst wurde nicht für nötig befunden, der Friedensvertrag von Versailles trennt ja, unter gleichzeitiger Loslösung zahlreicher deutscher Volksgenossen, die Grenzländer, in denen sich bisher nicht deutsche Minderheiten befunden haben, vom Reich.

In den Friedensvertrag eine Bestimmung über den Schutz der nationalen Minderheiten Elsaß-Lothringens aufzunehmen, ließ die Souveränität der alliierten Hauptmacht Frankreich und ihr Vernichtungswille gegenüber allem, was in Elsaß-Lothringen deutsch ist, nicht zu.

Hinsichtlich der Tschechoslowakei und Polens ist in Art. 86 Abs. 1 bzw. Art. 93 Abs. 1 des Friedensvertrages von Versailles der Abschluß besonderer Verträge zwischen diesen Staaten und den alliierten und assoziierten Mächten vorgesehen, in welche die letzteren mit bindender Wirkung für die neuen Staaten die Bestimmungen aufzunehmen ermächtigt sind, die sie zum Schutze der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in der Tschechoslowakei bzw. in Polen für notwendig erachten.

Einen analogen Passus hinsichtlich dieser beiden Staaten enthält Art. 6 Abs. 1 des III. Abschnittes des Friedensvertrages von St. Germain, außerdem ist in Art. 5 des IV. Abschnittes die gleiche Regelung bezüglich Rumäniens vorgesehen. Der Abschluß eines besonderen Vertrages über den Minderheitenschutz ist übrigens auch nach dem bulgarischen Friedensvertrag ebenso für Jugoslawien geplant. Diese in den Friedensverträgen vorgesehenen Abkommen sind zum Teil schon abgeschlossen, und das Abkommen zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und der Tschechoslowakei ist auch bereits veröffentlicht. Die darin getroffene Regelung stimmt im wesentlichen ganz mit der in Abschnitt V des Friedensvertrages von St. Germain getroffenen überein, der den „Schutz der Minoritäten“ in Deutsch-Österreich festlegt. Denn trotz der argen Beschneidung Deutsch-Österreichs ist es der Entente nicht gelungen, die nicht deutschen Volksteile vollkommen in eigenen Staaten unterzubringen. Diese Regelung ist daher wohl als das allgemeine, offizielle Programm der Völkerbundsstaaten in bezug auf den Schutz der nationalen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa anzuspochen. Die Hauptpunkte desselben sind folgende:

1. Grundsätzlich sollen alle Staatsangehörigen, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion, die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte genießen, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion soll voller und ganzer Schutz von Leben und Freiheit zugesichert sein.

2. Jede Art Glauben, Religion oder Bekenntnis darf öffentlich oder privat frei ausgeübt werden, sofern die Ausübung nicht gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstößt. Insbesondere dürfen keinem Staatsangehörigen Beschränkungen auferlegt werden im freien Gebrauch irgendwelcher Sprache im Privat- oder Geschäftsverkehr, in Angelegenheiten

der Religion, der Presse oder irgend einer Art von Publikationen oder in öffentlichen Versammlungen.

3. Wenn auch der Unterricht in der Sprache der herrschenden Nationalität für obligatorisch erklärt werden kann, so soll doch fremdsprachigen Staatsangehörigen angemessene Gelegenheit zum Gebrauch ihrer Muttersprache in Wort und Schrift bei Gericht sowie in den öffentlichen Lehranstalten zum Unterricht ihrer Kinder in der Muttersprache geboten werden.

4. Beträchtlichen Minoritäten in Städten und Bezirken ist aus den Budgets für Erziehung, Religions- und Wohltätigkeitszwecke ein angemessener Teil zur Verwendung zu überlassen. Die Errichtung, Verwaltung und Beaufsichtigung von religiösen und sozialen Einrichtungen, Schulen und anderen Erziehungsanstalten auf eigene Kosten soll den Minderheiten grundsätzlich freistehen. Sie sollen dabei berechtigt sein, ihre Muttersprache nach Belieben zu gebrauchen.

Dieses Programm nimmt sich zunächst theoretisch sehr schön aus, es wird aber alles davon abhängen, wie es in die Praxis umgesetzt wird. Die herrschende Nationalität, die die politische Macht in der Hand hat und damit auch den Verwaltungsapparat beherrscht, wird sich unter Umständen nur einem Zwange, einem Druck, der aus mehr als bloß papierenen Paragraphen besteht, fügen. Von durchschlagender Wichtigkeit ist daher die Frage nach der Sicherstellung für die Einhaltung dieser Bestimmungen.

Der Völkerbundsentswurf der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht“ sieht, wie oben schon erwähnt, ausdrücklich ein Beschwerderecht der Minderheit an den internationalen Schiedsgerichtshof vor.

Der Abschnitt V des deutsch-österreichischen Friedensvertrages sucht staatsrechtliche Garantien zu schaffen, indem er in Art. 7 Deutsch-Österreich die Verpflichtung auferlegt, die Bestimmungen über den Schutz der Minoritäten in seine Grundsätze als Erklärung der Rechte aufzunehmen, gegen die kein Gesetz, Verordnung oder sonstige öffentliche Verfügung in Widerspruch treten oder eingreifen und der gegenüber keinem Gesetz, Verordnung oder sonstiger öffentlicher Verfügung der Vorrang eingeräumt werden darf. Was völkerrechtliche Garantien angeht, so erklärt lediglich § 1 die über den Schutz der Minoritäten Deutsch-Österreich auferlegten Verpflichtungen als solche „von nationalem Belang und der Jurisdiktion des Völkerbundes unterworfen“ und Art. 9 bestimmt, daß die Vorschriften des Abschnittes unter dem Schutz des Völkerbundes stehen und jede Änderung daran an die Zustimmung des Rates des Völkerbundes gebunden ist.

In dem Vertrag mit der Tschechoslowakei sind die Vorschriften über die Minderheit gleichfalls als Verpflichtungen internationalen Charakters festgelegt, die die Bürgerschaft der Gesellschaft der Nationen genießen sollen und ohne Zustimmung der Mehrheit im Rate der Gesellschaft der Nationen nicht abgeändert werden dürfen. Der Vertrag bestimmt aber noch näher, daß jedes Mitglied des Rates der Gesellschaft der Nationen (der aus den fünf Hauptmächten, England, Frankreich, Amerika, Japan, Italien, und vier gewählten Vertretern der übrigen Völkerbundsmitglieder, zunächst Belgien, Spanien, Griechenland, Brasilien besteht) das Recht haben wird, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede drohende oder bereits eingetretene Verletzung irgend eines Rechtes der nationalen Minderheiten zu lenken, daß ferner jede Meinungsverschiedenheit, die über die rechtlichen oder tatsächlichen Fragen, die mit dem Schutz der Minoritäten zusammenhängen, zwischen der tschechoslowakischen Regierung und irgend einer Macht, die Mitglied des Rates der

Gesellschaft der Nationen ist, entstehen würde, als Konflikt internationalen Charakters angesehen wird, und falls die Parteien es fordern, vor den internationalen Gerichtshof gebracht werden soll.

Ein direktes Beschwerderecht der unterdrückten Minderheiten an den internationalen Gerichtshof ist demnach nicht zugestanden, auch ist zur Einmischung in der Frage nur ein Mitglied des Rates der Nationen befugt und die deutschen Minderheiten werden somit wohl schwerlich auf ein Einschreiten zu ihren Gunsten rechnen können. Wie wenig freundlich die einzelnen Staaten den fremdvölkischen, insbesondere eben den deutschen Minderheiten gegenüberstehen, geht aus der Hartnäckigkeit hervor, mit der Jugoslawien wie Rumänien sich geweigert haben, die Verträge, die den Schutz der Minderheiten erst einmal in der Theorie festlegen sollen, zu unterzeichnen. Mit gutem Grunde wird daher deutscherseits auf eine weitere Besserung der Rechtsstellung der Minderheiten hingearbeitet.

Die deutsche Regierung hat ungeachtet der Ablehnung ihres ganzen Völkerbundsgegnervorschlags durch die alliierten und assoziierten Mächte in Berlin Kommissionsberatungen abgehalten über die Ausarbeitung von Grundsätzen für die in Art. 54 in Aussicht genommenen Bestimmungen. Von dem, natürlich keine endgültige Festlegung darstellenden, Ergebnis der Beratungen, zu denen neben den beteiligten deutschen Behörden juristische und politische Sachverständige sowie Vertreter der deutschen Minderheiten im Ausland hinzugezogen wurden, sei das Folgende nach einer Veröffentlichung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wiedergegeben.

Aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen hat die Kommission zwischen dem Schutz der Minderheiten in allen, insbesondere auch allen Völkerbundsstaaten und zwischen der Regelung der Frage in Ost- und Mittel-Europa, dem Gebiet, auf das die Entente zunächst ihrerseits den Schutz der Minderheiten beschränkt hat, unterschieden. Das Programm des deutschen Minderheitsschutzes in Ost- und Mitteleuropa enthält besonders eingehende Bestimmungen und interessiert uns hier in erster Linie. Das Programm unterscheidet wieder zwischen gewissen Grundschutzrechten für alle Angehörigen von Minoritäten, wie Gleichstellung mit den übrigen Staatsangehörigen, Freiheit der Vereins-, Schul- und Kirchenbildung, freie Benutzung der Sprache usw., und der Schaffung einer „kulturellen Autonomie“, d. h. Autonomie in Kirche und Schulwesen, sozialer Fürsorge und wirtschaftlicher Organisation, sofern die Minderheit sich zu

einer Gemeinschaft organisiert hat. Für die Bildung der Gemeinschaft wurde die von dem alten Österreich her bekannte Form des nationalen Katasters in Aussicht genommen. Die Schaffung einer politischen Vertretung für die Minderheit wurde abgelehnt, da man in ihr eine Gefahr für die Verwirklichung der auf Schaffung einer kulturellen Autonomie gerichteten Bestrebung erblickte, es wurde vielmehr lediglich vorgesehen, daß in der Regierung ein aus der Minderheit entnommener Referent mitwirke bei allen Fragen, die dieselbe betreffen.

Das Zugeständnis weitgehender nicht nur kultureller, sondern auch politischer Autonomie haben die alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich bereits im Vertrag mit der Tschechoslowakei einer Minderheit eingeräumt, und zwar den Südkarpathen-Ruthenen, deren Gebiet eine Selbstverwaltungseinheit im Rahmen des tschechoslowakischen Staates bilden soll. Den Ruthenen wird ein autonomer Landtag eingeräumt, der in sprachlichen, Unterrichts- und religiösen Angelegenheiten sowie in Fragen der lokalen Verwaltung zuständig sein soll, ferner wird ihnen eine zahlenmäßig gerechte Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft der tschechoslowakischen Republik verbürgt. Die Beamten in ihrem Gebiet sollen nach Möglichkeit der Bevölkerung der Minderheit entnommen werden, auch wird für das Gebiet ein besonderer Gouverneur aufgestellt.

Der Gedanke der Autonomie für Minderheiten ist also auch den Friedensverträgen nicht fremd, nur hat er keine Anwendung gefunden auf deutsche Minderheiten. Vergebens sucht man in dem Vertrag mit der Tschechoslowakei nach einer ähnlichen Bestimmung über Deutschböhmen, das zwar nach entstehenden Ententeveröffentlichungen ein gemischt-sprachiges Gebiet bilden soll, in Wahrheit jedoch innerhalb des tschechoslowakischen Staatskörpers geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet mit ganz geringer tschechischer Minorität darstellt.

Es ist daher Pflicht und Aufgabe des deutschen Mutterlandes, auf einen entsprechenden Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland hinzuwirken, der ihnen die freie Entfaltung ihrer kulturellen Kräfte und ihr Eigenleben in Sprache, Religion und Gesellschaft gestattet. Daß sich die deutsche Regierung bei solchen Bestrebungen von dem Gedanken leiten läßt, jeden Anschein von machtpolitischen Aspirationen zu vermeiden und an die Frage lediglich im Sinne der Wahrung kultureller, völkischer Eigenart und im Geiste der Versöhnung und Annäherung der Völker herangeht, ist nur warm zu begrüßen.

Drei Monate in der kurischen Heimat

Von einem baltischen Flüchtling.

Rückkehr in die Heimat! Welch ein verlockender Klang liegt in diesen Worten für alle diejenigen, die das bittere Schicksal dieses Krieges von Haus und Herd vertrieben hat, und die das Flüchtlingsleben mit seinen Leiden und Sorgen kennengelernt haben. Das wird mancher von uns baltischen Flüchtlingen empfunden haben, als im Sommer 1919, nach der Befreiung Mitau und Rigas, die Aufforderung an uns herantrat, in die Heimat zurückzukehren, um an ihrem Wiederaufbau tätig mitzuwirken. Und doch wollte keine rechte, freudige Stimmung in mir aufkommen, als ich im August dieses Jahres mich anschickte, diesem Ruf der Heimat Folge zu leisten. Lag es daran, daß die Zeit der deutschen Okkupation des Landes Hoffnungen erweckt hatte, die jetzt endgültig begraben werden

mußten, wirkte die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, über die man sich in Deutschland kein klares Bild verschaffen konnte, lähmend auf mich ein, oder war es jenes bekannte Gefühl der Befangenheit, das wohl keinem fremd ist, der nach Jahr und Tag unter veränderten Verhältnissen an den Ort einstiger erfolgreicher Tätigkeit oder froher Jugenderinnerungen zurückkehrt, jedenfalls waren es durchaus gemischte Gefühle, mit denen ich das von der Blutherrschaft der Roten erlöste Mitau nach fast achtmonatlicher Abwesenheit betrat.

Zwei Momente drängten sich nun in den folgenden Wochen immer wieder an uns Heimgekehrte heran. Vor allem waren es die überall sichtbaren und spürbaren Wirkungen der Schreckensherrschaft, die auf Schritt und Tritt von der

Leidenszeit der geplagten Stadt erzählten. Was war aus dem netten, freundlichen Städtchen am Ufer der Aa geworden, das so manchen feldgrauen Besucher während der Kriegsjahre anheimelnd an deutsche Zustände erinnert hatte! Zerstörung und Verwüstung, Schmutz und Verwahrlosung überall dort, wo die ordnende und kulturfördernde Hand der deutschen Verwaltung die unvermeidlichen Spuren des Krieges zu beseitigen und zu glätten gesucht hatte. Immer wieder, auf den Straßen und Plätzen, in den öffentlichen Behörden und Gebäuden, ja in der eigenen Wohnung und in dem einst gepflegten Garten, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, wie stark „heruntergekommen“ alles war.

Und dann die vielen Opfer des Terrors, die Männer und Frauen, die vordem mitgewirkt hatten an der Erhaltung deutscher Art und deutschen Wesens in Kurland, und die jetzt in dem Massengrabe an der Hindenburgallee ruhten oder nach Riga verschleppt und dort erschossen worden waren! Überall im öffentlichen Leben machte sich ihr Fehlen bemerkbar. Das rege deutsche Vereinsleben stand völlig still in Mitau: es fehlten die Menschen und die Mittel, und die gesellige, gastfreundliche Art des Kurländers hatte der großen Teuerung wegen einem stillen, gedrückten Nebeneinandergehen Platz machen müssen.

Doch nicht nur die Vergangenheit in ihrer jüngsten, kaum abgeschlossenen Phase wurde allenthalben als drückender Bann empfunden, auch die ungeklärte Zukunft beeinträchtigte in starkem Maße die Arbeitsfreudigkeit und Unternehmungslust der deutschen Bevölkerung Kurlands. Alles drehte sich zunächst um die eine Frage: werden die deutschen Truppen, die in ihrer Mehrzahl einen durchaus guten Eindruck machten, im Lande bleiben oder den immer dringender werdenden Räumungsbefehlen der Entente und der deutschen Regierung Folge leisten? Die widersprechendsten Gerüchte wechselten miteinander ab und beherrschten jede Unterhaltung. Bald wurde mit absoluter Sicherheit behauptet, am 20. August, dann am 3. September usw. würde die Räumung des Landes beendet sein, und dann wieder hörte man vom erfolgreichen Fortgang der deutschen Siedlung oder dem kraftvollen Aufruf des Führers der „Eisernen Division“, des Majors Bischoff, der jenen Forderungen sein mannhaftes „Ich bleibe“ entgegengesetzte, und dem von seinen Mannschaften unter starker Beteiligung der deutschen Zivilbevölkerung ein glänzender Fackelzug dargebracht wurde. Auf die froh gehobene Stimmung dieses Abends folgten dann wieder Rückschläge: die Abberufung des deutschen Oberbefehlshabers, des Generals Graf von der Goltz, die zeitweilige Sperrung der Grenze nach Deutschland, die beginnende Blockade der Ostseehäfen durch die Entente, und so gab es fast jede Woche eine neue, bald günstige, bald ungünstige „politische Lage“, deren geheimnisvolles Dunkel auch hier, an Ort und Stelle, für das Auge des uneingeweihten Zuschauers undurchdringlich blieb.

Und doch mußte man unter solchen drückenden und nervenanspannenden Verhältnissen an die Arbeit gehen, an den Wiederaufbau dessen, was durch Krieg und Bolschewistenterror in Trümmer gegangen war. Und es wurde gearbeitet.

Ich hatte den Eindruck, daß verhältnismäßig schnell die kaufmännischen Unternehmungen, wenn auch nicht in ein normales Geleise, so doch immerhin wieder in Gang kamen, nach dem die Privatinitiative auf diesem Gebiete während der Bolschewistenherrschaft ganz geruht hatte. Der Kurländische Kreditverein, die größte deutsche Agrarbank Kurlands, kehrte mit ihren nach Deutschland geretteten Werten zurück und eröffnete ihre Tätigkeit von neuem, freilich mit einem stark dezimierten Personalbestande, denn unter den Beamten des Vereins,

die zum Teil in Mitau verblieben waren, hatte der rote Terror ganz besonders zahlreiche Opfer gefordert. Auch der Direktor der Bank, Baron Max von der Ropp-Bixten, war in unmenschlicher Weise zu Tode gequält worden. In enger Verbindung mit dem Kreditverein steht der Kurländische gegenseitige Feuerversicherungsverein, der ebenfalls seine Arbeit wieder aufnahm. Eine rege Tätigkeit entwickelte das Bankkontor von Otto Westermann, namentlich auf dem Gebiete des Geldwechselgeschäfts, das aus den mannigfachen neuen Geldwerten ständig neuen Nährstoff ziehen konnte. Dagegen führte die Kurländische Gesellschaft gegenseitigen Kredits, deren Direktion noch in Lübeck verblieben war, ihre Operationen nur in sehr beschränktem Umfange durch eine Filiale in Mitau fort. Aber auch der Kleinhandel bekam allmählich ein normaleres Aussehen. Die in der Bolschewistenzeit verschwundenen Waren, die damals nur unter dem Zwang gegen das die Stadt überschwemmende wertlose Kerenskigeld verkauft wurden, tauchten jetzt, wo wieder gangbares Geld im Umlauf war, mit einem Schlage in den Fensterauslagen auf, und allmählich machte sich auch die auswärtige Einfuhr längst entbehrter Artikel angenehm bemerkbar. In der örtlichen alten deutschen Buchhandlung Ferd. Besthorn und in der Feldbuchhandlung waren wieder die deutschen Zeitungen erhältlich, und auch die Neuerscheinung des deutschen Büchermarktes, die von jeher im Baltenlande einen guten Absatz gefunden haben, trafen mit verhältnismäßig geringen Verspätungen ein. Die Preise hielten sich freilich nach wie vor auf einer bedeutenden Höhe und betrugen vielfach das Doppelte von den entsprechenden Zahlen in Deutschland.

Von städtischen Unternehmungen, die noch von Deutschen geleitet wurden, schien mir das Verpflegungsamt besonders gut zu arbeiten, indem es namentlich durch Aufkaufen und rechtzeitiges Auf-den-Markt-Werfen von Waren das übermäßige Steigen der Preise im Privathandel verhinderte. Eine sehr dankenswerte Einrichtung des Verpflegungsamtes, die von dem deutschen Mittelstande stark in Anspruch genommen wurde, war das in den Räumen des Mitauer Gewerbevereins untergebrachte Bürgerheim, das gutes und billiges Essen verabfolgen konnte.

Neues Leben machte sich auch wieder im Ritterhause an der Drixe bemerkbar, das in der verflossenen roten Zeit als Hauptsitz der bolschewistischen Kultusbehörden gedient hatte. An Stelle des Landtages, der in Anbetracht der abnormen Lage nicht einberufen werden konnte, trat eine Art Notabelnversammlung der Ritter- und Landschaft zusammen, die in der Hauptsache über die Beschaffung von Geldmitteln zu kulturellen Zwecken schlüssig zu werden hatte und Neuwahlen in der ritterschaftlichen Repräsentation vornehmen mußte. An Stelle des von seinem Amte zurückgetretenen verdienstvollen Freiherrn Alexander von Rahden wurde der ehemalige Vorsitzende des Vereins der Deutschen in Kurland Graf von der Pahlen-Kautzmünde zum Kurländischen Landesbevollmächtigten gewählt. Unter den Willigungen der kurländischen Ritter- und Landschaft haben von alters her die für deutsche Schulzwecke aufgebrachten Summen einen namhaften Posten ausgemacht. Diese rühmliche Tradition konnte auch jetzt noch, trotz der Ungunst der materiellen Verhältnisse, gewahrt werden, indem die Mittel für die von der Ritterschaft unterhaltenen höheren deutschen Lehranstalten, die Landesschule zu Mitau und das Landesgymnasium in Goldingen, für das nächste Schuljahr zum größten Teil noch zugesichert werden konnten.

Neben dem Kreditverein war wohl die Landesschule zu Mitau diejenige Institution, die sich des erbittertsten Hasses

der lettischen Bolschewisten erfreut hat, wobei ihr im besondern vorgeworfen wurde, daß sie die deutsche Jugend Kurlands zum Eintritt in die baltische Landeswehr und in die Mitauische Bürgerwehr aufgefordert hatte. Nicht genug, daß die Schule nun als angebliches „Nest der antikommunistischen Propaganda“ auf „ewige“ Zeiten geschlossen wurde, auch die einzelnen in Mitau zurückgebliebenen Lehrkräfte wurden ganz besonders scharf verfolgt. Unter den vier Oberlehrern der Anstalt, die diesem Haß zum Opfer gefallen sind, hat die Schule namentlich die Ermordung ihres Inspektorgehilfen, des Oberlehrers Ewald Jordan, zu beklagen, der durch seine lebensfrische Persönlichkeit und seinen ausgeprägten Gemeinsinn auch außerhalb der Anstalt sich in weiten Kreisen der Stadt einer großen Wertschätzung und Beliebtheit erfreute. Nachdem die Landesschule schon gleich nach der Befreiung Mitaus mit ihrer Lehrtätigkeit in beschränktem Umfange begonnen hatte, konnte der Schulbetrieb nach der Rückkehr des Direktors Dr. C. Hunnius und der übrigen nach Deutschland geflüchteten Lehrkräfte im August 1919 wieder in erweitertem Maße aufgenommen werden. Der alte blühende Zustand wurde allerdings in den drei Monaten, die dieser Tätigkeit beschieden waren, nicht annähernd erreicht, dazu stellten das bunt zusammengewürfelte, verschieden vorbereitete und der regelmäßigen Arbeit entwöhnte Schülermaterial, der anfängliche Mangel an geeigneten Lehrbüchern, die mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse notwendig gewordene Änderung des Lehrplanes und manches andere zu ernste Hindernisse dar, die nur in langsamer, steter Arbeit überwunden werden konnten.

Auch die deutschen Privatschulen Mitaus, die Höhere Mädchenschule von Fräulein H. Seesemann, die ehemals vom Verein der Deutschen unterhaltene Adolf-Schweißing-Schule und die Mittelschule des Deutschen Frauenbundes hatten ihre Tore wieder geöffnet. Alle diese Anstalten hatten aber mit den größten pekuniären Schwierigkeiten zu kämpfen und waren bereits für die nächste Zukunft wegen fehlender Geldmittel in ihrer Existenz stark bedroht.

Waren auf dem Gebiete des deutschen Schulwesens immerhin noch einige Fortschritte spürbar, so konnte sich das sonstige, früher durchaus rege geistige Leben der deutschen Gesellschaft gar nicht von den Wunden der Vergangenheit erholen. Der Mangel an geeigneten Kräften, die von Trauer und Sorge gedrückte Stimmung des Publikums, die durch den fortdauernden Kriegszustand bedingten Verkehrsschwierigkeiten, das alles waren Momente, die der Veranstaltung von Vorträgen und Konzerten hindernd im Wege standen. Recht kümmerlich war es auch mit der örtlichen Presse bestellt. An Stelle des lettischen Blattes „Der Mitause Kommunist“, das in der von den Bolschewisten beschlagnahmten alten deutschen Druckerei von J. F. Steffenhagen & Sohn gedruckt worden war, erschien jetzt wieder die „Mitause Zeitung“ unter der Redaktion ihres langjährigen Schriftleiters, des Oberlehrers Karl Stavenhagen; doch geriet das Blatt von vornherein in ständige Zensurkonflikte mit der lettländischen Regierung, die es zu mehrfacher Namensänderung („Kurländische Zeitung“, „Mitauer Tageblatt“) und zur Beschränkung auf ein dürftiges Nachrichtenblatt zwangen, wozu auch die herrschende Papierknappheit das ihrige beigetragen haben mag. Am 1. November stellte die Zeitung ihr Erscheinen ganz ein, da inzwischen das Organ der deutschen Truppen in Kurland, die freie Soldatenzeitung „Die Trommel“ aus einem Wochenblatt zu einer Tageszeitung geworden war und die Vertretung der örtlichen deutschen Interessen mit in ihr Programm aufgenommen hatte.

Ein fast völliger Stillstand war auch in dem Leben des Kurländischen Provinzialmuseums und der mit diesem eng verbundenen „Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst“ eingetreten, teils infolge der völligen Zerrüttung der Finanzlage, die es nicht einmal gestattete, das nötige Heizmaterial zu kaufen, teils infolge des Verlustes von mehreren verdienstvollen Mitarbeitern. In der Person des ermordeten Oberlehrers Ewald Jordan hatte das Museum seinen rührigen Konservator und Schatzmeister verloren, und am 16. Oktober v. J. riß der Tod des langjährigen Präsidenten der Gesellschaft, des residierenden Kreismarschalls Rudolf von Hoerner eine schwer zu füllende Lücke in die zusammengeschmolzene Schar der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts. So beschränkte sich denn die Tätigkeit des Museums auf einige des Sonntags stattfindende Besichtigungen und Führungen durch die Sammlungen, die glücklicherweise die Bolschewistenzeit gut überstanden hatten, obwohl das Museum ebenfalls enteignet und zum National Eigentum des lettischen Volkes erklärt worden war. Als eine zeitgemäße Neugründung sei hier die in Riga ins Leben getretene „Kommission zur Feststellung der von den Kommunisten verübten Greuel“ erwähnt, die ihre Tätigkeit auch auf Mitau erstreckte und durch das Sammeln von authentischem Material die Grundlagen für eine spätere wissenschaftliche Darstellung dieses traurigen Kapitels der baltischen Geschichte geschaffen hat.

Inzwischen hatte die politische Lage Anfang Oktober eine gewisse Klärung mit neuen Aussichten für die Zukunft erfahren. Infolge der immer drohender werdenden Haltung der Entente war ein längeres Verbleiben der deutschen Truppen als reichsdeutsche Formation in Kurland nicht mehr möglich. Neben den deutschen Abteilungen hatte sich in den letzten Monaten und Wochen eine russische Freiwilligen-Armee unter dem Oberbefehl des Obersten Bermond-Awaloff in Kurland gebildet. Der größte Teil der deutschen Truppen ging nun freiwillig zu dieser sogenannten russischen „Westarmee“ über, um vereint mit ihr den Kampf gegen den Bolschewismus in Rußland weiter fortzusetzen. Mit dieser militärischen Umwälzung war eine politische verknüpft. Die bisher in Kurland geduldeten Organe der lettländischen Regierung wurden beseitigt und ihre Funktionen auf den „Zentralrat der russischen Westarmee“ übertragen, der seinerseits zur Regelung der örtlichen Selbstverwaltungsfragen ein „lettländisches Komitee“ einsetzte, zu welchem neben zwei Letten Herr von Bach-Dannenthal als Vertreter der einheimischen deutschen Bevölkerung gehörte. Daß diese Vorgänge eine Vorbereitung für die kommende Angliederung des Landes an ein wiederherzustellendes Großrußland bedeuteten, unterlag wohl keinem Zweifel. Dadurch wurden auch für das Deutschtum in Kurland neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnet, die im allgemeinen recht optimistisch bewertet wurden, obgleich andererseits durch hier und da schon jetzt hervortretende Russifizierungsmaßnahmen, die von früheren Jahren her nur gar zu bekannt waren, auch berechtigte Bedenken ausgelöst wurden. Immerhin erschien dieser Ausweg aus der unhaltbar gewordenen Lage unter den gegebenen Verhältnissen als das geringere Übel, zumal da das russische Unternehmen für absehbare Zeit stark auf die Unterstützung der deutschen Truppen angewiesen war, an denen man einen Rückhalt für die deutschen Bestrebungen im Lande zu gewinnen hoffte.

Gleichzeitig mit diesen politischen Veränderungen erfolgte der bekannte Vorstoß der russisch-deutschen Truppen gegen Riga, der anfangs von Erfolg begleitet war, dann aber auf dem diesseitigen Ufer der Düna vor Riga zum Stehen kam und

schließlich, wie bekannt, mit einem völligen Zusammenbruch des ganzen Unternehmens endete. Ein näheres Eingehen auf die Einzelheiten der militärischen Operationen und die Gründe ihres Mißlingens würde aus dem Rahmen dieser Schilderung fallen, nur so viel sei hervorgehoben, daß die wirksame Unterstützung der lettischen Truppen durch die Schiffsgeschütze der Entente-Flotte auf der einen Seite und der mangelnde Beistand der deutschen Regierung auf der andern Seite eine verhängnisvolle Rolle beim Scheitern dieser Aktion gespielt haben. Die nun tatsächlich nicht mehr zu vermeidende Räumung des Landes

durch die deutschen Truppen, sowie die Auflösung der russischen Westarmee und ihres Zentralrates hatten natürlich auch den trostlosen Zusammenbruch der von den Deutsch-Balten bisher in Kurland behaupteten Stellung zur Folge. Mit den abziehenden deutschen Formationen hat bekanntlich der größte Teil der deutschen Intelligenz Mitau und Kurland verlassen, wobei mit Dank anzuerkennen ist, daß der Abtransport der deutschen Flüchtlinge nach Deutschland sowohl von seiten des Militärs, als auch der zuständigen deutschen Behörden nach Möglichkeit gefördert und erleichtert wurde.

Die Baltenschule in Misdroy

Von Direktor Oberlehrer H. WIEDEMANN, Misdroy.

Die Not der baltischen Schuljugend, die nach dem Einbruch der bolschewistischen Banden ins Baltenland die Heimat hatte verlassen müssen, führte zur Begründung der „Privaten höheren Lehranstalt für baltische Flüchtlingskinder“ in Misdroy auf der Insel Wollin.

Dank der Bereitschaft des Baltenhilfswerks in Stettin, welches die Mittel zur Verfügung stellte, und der Energie und Tatkraft seiner Geschäftsführer konnte das Werk geschaffen und bis auf den heutigen Tag geführt werden. Trotz der großen Arbeit und Mühewaltung, welcher sich die Herren auf allen Gebieten der Hilfeleistung an hilfsbedürftige Balten freiwillig unterzogen, haben sie noch die Zeit gefunden, die Baltenschule ins Leben zu rufen. So ist die Baltenschule eine Schöpfung des Baltenhilfswerks in Stettin.

Am 10. Februar v. J. wurde die Schule mit 44 Schulkindern (Knaben und Mädchen) eröffnet. Im Anfang arbeitete sie unter erschwerten Verhältnissen, da aus Mangel an einem geeigneten Schullokal die Unterrichtsstunden über den ganzen Tag ausgedehnt werden mußten. Nach Ostern jedoch gelang es der Schulleitung, ein geeignetes Schullokal zu mieten, so daß im neuen Schuljahr die Unterrichtsstunden, mit Ausnahme von Gesang und Turnen, auf den Vormittag verlegt werden konnten.

Die Zahl der Schüler wuchs beständig. Anfang April war der Bestand an Schülern schon gegen 100 Knaben und Mädchen, er stieg bis zum Sommer auf 153. Zurzeit zählt die Schule 197 Schüler, davon 56 Mädchen. Auch die Zahl der Lehrkräfte ist von 18 auf 21 gestiegen. Die Schule unterhält außer drei Vorklassen sechs Mittelschulklassen mit humanistischem und realem Programm und erstrebt die Durchführung des Schulplanes bis zum Abschluß der Gymnasial- bzw. Oberrealschulbildung.

Zunächst hat aus materiellen Gründen eine Koedukation der Knaben und Mädchen bis in die oberste Klasse (Untersekunda) nicht vermieden werden können. Es wird aber die Abtrennung der obersten Lyzealklassen für Mädchen erstrebt, sobald der Fortbestand der Schule gesichert erscheint.

Die Entwicklung der Schule geht Hand in Hand mit der Entwicklung der politischen Ereignisse im Baltenlande. Mitte Juni schienen sich letztere günstig gestalten zu wollen und die meisten hofften auf eine baldige Rückkehr in die Heimat. Viele entschlossen sich sofort und fuhren zurück, andere zerstreuten sich über die Städte des Reiches, je nachdem, wo ein jeder Arbeitsmöglichkeit gefunden hatte, viele wollten noch warten und blieben zurück. Ende Juli verließen vier Lehrkräfte mit dem Direktor Dr. C. Hunnius an der Spitze Misdroy, um ihre Tätigkeit an der wiedereröffneten Landesschule in Mitau

(Kurland) von neuem aufzunehmen. An die leitende Stelle trat als Direktor der Schule Oberlehrer H. Wiedemann und neue baltische Lehrkräfte besetzten die freigewordenen Stellen.

Unterdessen aber hatte sich die Lage im Baltenlande wieder verschlimmert. Riga war von lettischen Truppen besetzt worden und ein geregeltes Schulleben dort war wieder in Frage gestellt. So stieg denn der Bestand der Baltenschule immer höher. Die Arbeit nahm ihren geregelten Fortgang. Im Oktober dieses Jahres zog die Schule in die Räume des von der Gemeindeverwaltung dazu gemieteten Kurhauses über. Der Umzug mußte vorgenommen werden, da die Räume des Ostseehotels, welche die Schule ein halbes Jahr beherbergt hatten, nicht heizbar gemacht werden konnten. In einem Jahr das dritte Schullokal.

Nach den letzten traurigen Ereignissen in der Heimat steht ein weiterer Zuzug von heimatlos gewordenen Kindern zu erwarten, und die Schule, die anfangs als eine zeitweilige gedacht war, steht vor der Notwendigkeit, sich auf längere Zeit, wenn nicht sogar dauernd in Deutschland niederlassen zu müssen, und es erhebt sich die brennende Frage: woher die Mittel beschaffen? Fehlt doch das gesamte Schulinventar und auch die Lehrmittel weisen klaffende Lücken auf, von der Erwerbung eines dauernden Schulokals ganz zu schweigen.

Im Gegensatz zu den schweren äußeren Verhältnissen, mit welchen die Schulleitung zu kämpfen hat, steht das innere Leben der Schule. Die Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern sind die denkbar besten. Die gemeinsame Not läßt sie fester zueinander stehen, als es sonst zu erzielen möglich wäre, und die gemeinsamen Hoffnungen und Sorgen fördern den ungehemmten Austausch der Gedanken und Empfindungen in weitgehendstem Maße. So ist die Schule fast einer großen Familie vergleichbar, wo Lehrer, Eltern und Schüler denselben Willen, dieselbe Not und dieselben Ziele haben, denen sie zustreben. Durch den Verkehr mit ihren reichsdeutschen Kameraden, von denen 35 die Schule besuchen, knüpfen sich Beziehungen zwischen ihnen an, und da kann man sich einer vom andern lernen, sowohl im Wesen als auch in der Arbeit. Und es muß viel gearbeitet werden. Haben doch die meisten baltischen Kinder große Lücken in ihren Kenntnissen aufzuweisen. Manche haben ein Jahr und länger keine Schule besuchen können, manche haben in Gefangenschaft geschmachtet und haben ihre Eltern von Mörderhand erschlagen sehen müssen. Andere haben ihr Brot durch harte körperliche Arbeit erwerben müssen, wieder andere kommen direkt von der Front aus monatelangem Kriegs- und Lagerleben. Da heißt es alle Kräfte einsetzen, um nachzuholen, um sich wieder an ein geregeltes Leben und an die Schularbeit zu gewöhnen. Und sie tun es

alle, mit ganz vereinzelt Ausnahmen. Wie sollen die Lehrer da nicht mit Liebe arbeiten, wie sollen sie da nicht ihre besten Kräfte drangeben, um der willigen Jugend, der letzten Hoffnung des so schwer geprüften Heimatlandes, alles zu geben, was im Bereich ihrer Kräfte, ihres Könnens und Erkennens liegt.

Doch nicht nur die Arbeit hinter den Büchern ist es allein Dank der wunderschönen Umgebung von Misdroy können die schönsten Ausflüge gemacht werden. Bald gilt es die Besichtigung des Kamminer Domes, bald geht es über Swinemünde und Heringsdorf auf den weißen Berg mit seiner wundervollen Aussicht. Ein anderes Mal ist es eine Schnitzeljagd in dem bergigen Walde oder ein gemeinsames Bad in der Ostsee. Am beliebtesten aber sind die Feldspiele. Nach einem ausgearbeiteten Feldzugsplan wird an den „Feind“ herangepörscht, Posten stehen und suchen das Gelände ab. Sie können es, denn sie haben ja Kameraden und Lehrer unter sich, die die Sache genau kennen. Da werden Berge umzingelt und gestürmt, Hinterhalte gelegt und ganze Dörfer eingenommen, wobei so mancher Bauernjunge gern Hilfsdienste als Ortskundiger leistet.

Neben diesen Freuden gibt es geregelten Sport. Daß die Jungen darin etwas leisten können, geht schon daraus hervor, daß sie vom Gauturnfest in Swinemünde von im ganzen zehn Preisen für Jugendliche sechs Eichenkränze nach Hause bringen durften. Auch eine Fußballmannschaft hat sich gebildet und steht wacker ihren Mann. Außer diesen körperlichen Betätigungen wird auch die geistige Erholung gepflegt. Bis jetzt haben zwei Aufführungen stattgefunden. Das erstmal wurden neben Deklamationen und Chorgesängen zwei Szenen aus Wilhelm Tell aufgeführt. Das zweitemal, am 21. Oktober v. J., ging Wallensteins Lager über die Bretter. Die

Einnahmen kommen den unbemittelten Schülern, und deren gibt es viele, zugute und manchem konnte geholfen werden. Hat doch Wallensteins Lager eine Kasse von tausend Mark ergeben.

Aus der Entwicklung der Schule geht zur Genüge hervor, daß das Weiterbestehen der Baltenschule ein dringendes Bedürfnis der Balten in Deutschland bildet und für die Erhaltung des baltischen Deutschtums von hohem Interesse ist, zumal eine Rückkehr in die Heimat nach der heutigen Lage für die nächste Zukunft wohl als ausgeschlossen gelten kann. Gerade die Zusammenfassung der baltischen Jugend in einer im baltischen Sinne und unter Leitung bewährter baltischer Lehrkräfte geführten Schule ist von Wichtigkeit, um einer Zersplitterung vorzubeugen, baltische Traditionen zu wahren und die Erziehung auf eine künftige Rückkehr in die Heimat einzustellen. Das, was ihre Väter gewesen sind, sollen sie auch sein, Pioniere deutscher Kultur im Osten.

Nun drohen aber die Mittel, die den Unterhalt der Schule bis jetzt ermöglicht haben, zu versiegen und die Baltenschule sieht ihre Existenz aus Geldmangel aufs ernsteste bedroht. Das wenige, was noch übrig ist, reicht noch knapp bis Ostern. Wenn bis dahin keine Hilfe von auswärts kommt, dann muß die Baltenschule zu Ostern ihre Tore schließen und das mühsam Gebaute stürzt zusammen.

Hier ist Hilfe am Platz. Hier gilt es, einem schwergeprüften Bruderstamm, der jahrhundertlang treu auf äußerstem Vorposten deutscher Kultur ausgehalten hat, zu helfen, um ihm sein Bestes, seine Kinder, zu erhalten.

Auf Zeiten des Niederganges folgen Zeiten des Aufstieges und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Welche Möglichkeiten bietet Argentinien dem gebildeten deutschen Auswanderer?

Nach einem in Hamburg gehaltenen Vortrag
von Dr. RUDOLF GROSSMANN, Hamburg, Referent am Ibero-Amerikanischen Institut.

Heute geht eine Sehnsucht auch durch die gebildeten Kreise des Volkes, durch den ganzen Mittelstand, dessen Existenz so schwer bedroht ist, sich jenseits des Ozeans ein neues Glück zu bauen. Man muß nur die Berichte lesen, die die Zeitungen von den ersten Auswandererschiffen nach Übersee gegeben haben, wie unter der bunten Menge des Zwischendecks der Architekt neben dem Maurer, der Arzt neben dem Krankenhelfer, der Maschineningenieur neben dem Dreschmaschinenarbeiter einer ungewissen Zukunft entgegensteuern. Ist sie wirklich so ungewiß? — Das ist die bange Frage, die sie alle bewegt, vor allem die Gebildeten, die noch nicht die Erfahrungen von langen Generationen von Auswanderern hinter sich haben. Ungewiß ist sie sicherlich; wenn wir im folgenden die engeren Kreise der Intelligenz ins Auge fassen, den Akademiker, den Mann mit Einjährigen- oder höherer Bürgerschulbildung, so werden wir sehen, welche Schwierigkeiten sich ihm an seinem Ziele entgegenstürmen.

Zunächst den Wissenschaftler im engeren Sinn. Man hat von Privatdozenten gelesen, die im Vertrauen auf die deutsche Wissenschaft aufs Geratewohl nach drüben gegangen sind. Das Vertrauen auf die deutsche Wissenschaft ist noch nicht erschüttert, vor ihrer Unparteilichkeit und weltweiten Gründlichkeit hat man die alte Achtung bewahrt. Aber auch drüben

hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte ein überraschend fortgeschrittener Hochschulbetrieb entwickelt. Wenn früher Universitäten, wissenschaftliche Institute und höhere Schulen deutscher Lehrkräfte zur Heranziehung ihres Nachwuchses notwendig bedurften, so haben diese Lehrkräfte inzwischen einen Stamm herangebildet, der die Hilfe des Auslandes von Tag zu Tag überflüssiger macht. Nur ein ganz hervorragender Kopf, der sich in der Heimat bereits einen Namen erworben hat, könnte für die wenigen offenen Stellen in Frage kommen, und auch er wird nicht ohne den meist sehr kurzfristigen Anstellungsvertrag in der Tasche die Ausreise antreten. Praktisch scheidet Argentinien für den Hochschullehrer aus.

Über die andern Berufe, die dem Akademiker offen stehen, kann man nicht in Bausch und Bogen urteilen.

Für den Rechtsanwalt z. B. ist ein Fortkommen in Argentinien kaum möglich. Er wurzelt so in deutschen Rechtsbegriffen, ist so auf den Charakter der Volksgenossen eingestellt, daß ihm das wichtigste Rüstzeug in seinem Berufe fehlt, die Kenntnis der Menschen, die eine so ganz andere Klientel darstellen, als er gewohnt ist. Überdies ist der juristische Dokortitel in Argentinien der Traum eines jeden, der eine Rolle im öffentlichen Leben spielen will, und das will beinahe jeder. So ist die Zahl der Juristen Legion, die Regierung hat Zwangs-

maßregeln ergreifen müssen, um dem Ansturm zu wehren. Heute darf nur derjenige Ausländer eine Praxis ausüben, der sich einer Nachprüfung in den allgemeinen Materien des argentinischen Gesetzbuches unterzieht. Zu dieser Prüfung ist auch nur berechtigt, wer eine Gegenseitigkeitsverpflichtung seines Staates nachweisen kann, und das trifft nur auf südamerikanische Länder zu. Der europäische Jurist wird als einfacher Student behandelt.

Etwas günstiger liegen die Aussichten für den protestantischen Theologen. Es sind da insgesamt etwa 10–12 Stellen im Lande vorhanden, entweder als Geistlicher an einer städtischen Pfarrkirche, als Landgeistlicher oder als Reiseprediger. Die Stellen werden auf Anforderung der dortigen Gemeinden vom Preußischen Oberkirchenrat in Berlin*) besetzt und dürften mit Monatsgehalten zwischen 300 und 700 Pesos Papier dotiert sein, wobei sich bei der nicht allzu großen Arbeitsüberlastung in den Städten hin und wieder Gelegenheit zu privatunterrichtlicher Nebentätigkeit bietet. Den Kolonistenpfarrer, besonders in der Provinz Entre Ríos, wird dagegen sein europäisches Kulturbedürfnis auf eine harte Probe stellen.

Der Mediziner, der vor 30 Jahren ins Land kam, fand ein Dorado vor. Die ersten Monate praktizierte er ungestört, eignete sich inzwischen eine notdürftige Kenntnis der Landessprache an, machte ohne viel Mühe das vorgeschriebene spanische Ergänzungsexamen und fand dann als staatlich approbierter Arzt in Buenos Aires und Rosario gleichlohnende Praxis bei Einheimischen und Deutschen. Damals gab es eben noch wenig argentinische Ärzte. Heute ist es mit ihnen bestellt wie mit den Juristen. Die Fakultät hat kein Interesse mehr daran, ausländische Kandidaten im Examen zu unterstützen, die Studenten, die gerade in jüngster Zeit mächtigen Einfluß auf die Prüfungen gewonnen haben, tun ein übriges, um keine Konkurrenz aufkommen zu lassen. Auch unter den Söhnen eingessener deutscher Familien haben merkwürdig viele den ärztlichen Beruf eingeschlagen, die meist nach Absolvierung ihrer argentinischen Studien im deutschen Freiburg, Heidelberg und Berlin ausgebildet und drüben zu leitenden, sogar Universitätsstellen aufgerückt sind. So wird der deutsche Arzt gerade unter Landsleuten eher auf Abweisung als Förderung stoßen. Und doch steht dem Mediziner heute noch eine ähnliche Laufbahn wie damals offen. Aber unter ungleich schwereren Bedingungen: in den geistig und gesellschaftlich primitiven Kreisen der Kolonisten und Kampfbewohner, wo er außer gegen Unbildung und vielleicht sogar Aberglauben auch gegen den unlauteren Wettbewerb des Curandero, des allgemein verehrten Kurforschers zu kämpfen hat. Benutzt er die erste Zeit seiner Niederlassung hier, wo die Regierung froh ist, einen Arzt zu haben, und ihn – nach Mitteilung des argentinischen Generalkonsulats Hamburg – von allen Examensformalitäten dispensiert, um die Landessprache zu erlernen, so kann er später sein Revalidierungsexamen, wie der technische Ausdruck lautet, vor einer argentinischen Fakultät ablegen und damit die Voraussetzung zu einer gewinnbringenden Stadtpraxis erlangen. Die Prüfung, die nach Reihenfolge und Form der argentinischen Medizinstudenten gleichkommt, erstreckt sich auf sämtliche medizinischen Haupt- und Nebenfächer, kostet etwa 800 \$ Papier und nimmt mehrere Monate in Anspruch. Günstiger liegt der Fall für argentinische oder ausländische, vor der Prüfung naturalisierte Ärzte mit ausländischem Diplom. Sie haben sich nur einer zweistündigen Nachprüfung zu unterziehen.

Für Zahnärzte und Pharmazeuten sind leichtere

*) oder von dem Laplata-Verein in Bremen. (Anm. d. Schriftlfg.)

Aussichten. Jene haben allerdings mit der Konkurrenz der nordamerikanischen Zahnärzte zu rechnen. Im Apothekerberuf waren von jeher zahlreiche Deutsche tätig, in jungen Jahren als Provisor oder mit geringer Kapitalsbeteiligung, später als selbständiger Besitzer, wobei die gewaltige Entwicklung der deutschen Drogenindustrie dem Geschäft unterstüzend zu Hilfe kam.

Im allgemeinen herrscht in Deutschland die Meinung, daß sich Naturwissenschaftlern und Ingenieuren drüben ein erträgliches Tätigkeitsfeld böte. Das ist nicht der Fall. Junge Naturwissenschaftler, die über die nötigen Geldmittel zu Privatstudien verfügen, könnten sich höchstens dem Studium der Pflanzen- und Tierschädlinge widmen, für deren Bekämpfung allerlei Preise ausgesetzt sind. Wer sich befähigt fühlt, auf diesem Gebiete neue Wege zu finden, könnte allerdings nach sachverständigem Urteil seine wissenschaftlichen Ergebnisse später durch technische Geschäftsausbeute in klingende Münze umsetzen. Ein 2–4 semestriges Studium an einer argentinischen Landwirtschaftshochschule wie Córdoba ließe sich dabei wohl nicht umgehen. An Ingenieuren wird die Zukunft in erster Linie Minen-, Bau- und Eisenbahningenieure brauchen. Aber die Hafenbauten werden überwiegend von belgischen und holländischen Hafenbaugesellschaften ausgeführt, die Eisenbahnen sind in englischen und französischen Händen, und bei den wenigen Staatsbahnen ist der Bedarf durch das einheimische Angebot mehr als gedeckt. Auch Betriebsingenieuren für die Elektrizitätsindustrie bietet sich kein leichtes Fortkommen, obwohl diese Industrie fast ganz Monopol der Deutschen ist. Nach Mitteilungen, die dem Reichswanderungsamt von dem größten deutschen Unternehmen, der Deutschen Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft zugehen, besteht drüben kein Bedarf an fachmännischen Kräften dieser Art; nur wenn Betriebsingenieure sich entschließen könnten, zunächst eine untergeordnete Stellung einzunehmen – in der sie vielleicht 150 \$ Papier monatlich verdienen können – und hierbei die Landessprache gründlich zu erlernen, bestehe die Aussicht, daß sie im Laufe der Zeit auf Grund guter Leistungen einen höheren Posten erreichen könnten. So bleibt bei allen technischen Hochschulberufen eigentlich nur der Architekt. Bei der regen Bautätigkeit in den Städten, dem Wunsch nach prächtigen, dem Kulturfortschritt des Landes angemessenen Gebäuden kann er wohl auf seine Kosten kommen, wenn er die Landesverhältnisse und Sprache genügend kennt und mit dem dortigen Arbeiter umzugehen versteht. – Eine Forstwirtschaft in deutschem Sinne kennt man in Argentinien einstweilen noch nicht, so daß auch für den deutschen Forstmann keine Aussichten vorhanden sind.

Von allen akademischen Berufen dürften dem Lehrer die meisten Möglichkeiten offen stehen. Nämlich ein Unterkommen in einer argentinischen Staatsschule, in einer deutschen Privatschule oder schließlich als Hauslehrer. An einer Staatsschule eine befriedigende Anstellung zu finden, wird am schwierigsten sein, denn für Oberlehrer kommen nur die wenigen Stellen des Instituto de Profesorado Secundario in Betracht, der Vorbereitungsanstalt für Oberlehrer in Buenos Aires, die ursprünglich allerdings stark deutschen Einschlag zeigte, während des Krieges aber an Bedeutung außerordentlich zurückgegangen ist und sich nicht lebensfähig zu erweisen scheint. Für den deutschen Volksschullehrer aber, wenn ich diesen hier mit einschließen darf, ist keinerlei staatliche Anstellungsmöglichkeit vorhanden. Gerade auf sein Elementarschulwesen ist der Argentinier sehr stolz, seit der große Staatsmann Domingo Faustino Sarmiento hier wirklich Vorbildliches geschaffen hat; er läßt sich deshalb auch vom Ausland nicht gern dreinreden.

Die Zahl der deutschen Schulen belief sich vor zwei Jahren auf 90, an denen etwa 200 Lehrkräfte in deutscher Sprache 4000 Kinder unterrichteten. Darin sind natürlich alle Anstalten, von den modernen vollberechtigten Realschulen in Buenos Aires bis zur einklassigen Hütte im Kolonistendorf inbegriffen, mit den denkbar verschiedensten Lehrkörpern und Leistungen, sowie geistigen und materiellen Leistungen. Buenos Aires zählte im Jahre 1919 an 8 deutschen Schulen, wovon 2 Einjährigen-Berechtigung haben, 68 deutsche Lehrer und 1700 Schüler; Rosario besitzt eine höhere Bürger- und eine Volksschule, auch Córdoba, Bahía Blanca und Coronel Suarez in der Provinz Entre Rios verfügen über deutsche Lehranstalten mit mehr als 100 Schülern. Bei allen diesen Instituten kann der deutsche Lehrer auf ein genügendes, wenn auch nicht gerade fürstliches Einkommen rechnen, wenn es ihm gelingt, außer seiner Schultätigkeit sich durch den ziemlich begehrten Privatunterricht einen Nebenverdienst zu schaffen. Hat er studiert, so wird auf den Besitz des Dokortitels größter Wert gelegt. Jeder Lehrer muß sich dabei aber folgendes gesagt sein lassen: erstens, daß seminaristisch und akademisch gebildete deutsche und einheimische Lehrkräfte an allen diesen Schulen durcheinander gewürfelt sind, zweitens, daß auf das Anfangsgehalt, das zwischen 250 und 450 Pesos monatlich schwanken dürfte, keine Alterszulagen gewährt werden, drittens, daß eine Pensionsberechtigung nicht existiert, der deutsche Oberlehrer und Volksschullehrer, genau wie der Theologe und alle Staatsbeamten, also nicht nach drüben gehen darf, ehe er nicht von seiner Heimatbehörde die Versicherung schwarz auf weiß erhalten hat, daß er bei seiner Rückkehr vollberechtigt in den deutschen Staatsdienst zurücktreten kann, viertens endlich, daß der Lehrer mit einer bereits im Lande befindlichen starken Konkurrenz seiner eigenen Kollegen zu rechnen hat, da während des Weltkrieges nur 5 deutsche Lehrer in Buenos Aires dem Ruf zu den Waffen Folge leisten konnten. Auf gut Glück wird also niemand die Ausreise antreten, und wer es dennoch tut, mag sich überlegen, ob er drüben nicht lieber umsatteln und seine Kenntnisse in einem kaufmännischen Berufe betätigen will, sagen wir einmal als Buchhändler in einer der guten deutschen Firmen, als Kartograph oder als Journalist an einer der 2—3 deutschen Tageszeitungen in Buenos Aires*).

Die Elementarschulen auf dem Lande zählen meistens 1—2 kläglich bezahlte Lehrkräfte, denen natürlich auch jede Möglichkeit eines Nebeneinkommens abgeht; bei allem guten Willen der Kolonisten langen oft die Geldmittel kaum, um irgendwelche in andern Berufen gescheiterte Existenzen zu besolden.

Bleibe noch die Möglichkeit als Hauslehrer. Eine allgemeine Richtlinie läßt sich hier nicht angeben. Gewiß gibt es reiche deutsche Estancieros, denen es nicht darauf ankommt, auf ihrer Farm bei freier Station einen gut bezahlten Hauslehrer zu unterhalten. Die Fälle sind aber mit der Laterne zu suchen. Der Durchschnittshauslehrer auf dem Kamp, etwa gar in einem der Deutschrussen-Dörfer von Entre Rios, ist schlechter bezahlt als ein Landarbeiter, wohnt in einem Lehmrancho, genießt eine Kost, die jeder europäische Tagelöhner in den Spüleimer werfen

würde, hat nur eine Sehnsucht: den Tag, wo er diesem Hundedasein entrinnt.

Der Stand der Gebildeten, der sich heute wohl am heftigsten mit Auswanderungsabsichten trägt, ist der des deutschen Offiziers. Um es kurz zu sagen: für deutsche Militärs besteht zurzeit keinerlei Möglichkeit mit ihrem militärischen Rang in irgend eine Kommando- oder Verwaltungsstelle des Heeres einzurücken. Nun haben sich einige Großgrundbesitzer drüben bereit erklärt, junge Offiziere in der Landwirtschaft zu beschäftigen; aber nach vorliegenden Nachrichten waren die Schwierigkeiten, die sich der Anpassungsfähigkeit des einzelnen entgegenstellten, trotz guten Willens beiderseits zu groß, als daß das Experiment befriedigend verlaufen wäre. Hier kann wohl nur ein Verfahren helfen: der Zusammenschluß mehrerer in gleicher Lage Befindlicher, zur Gründung einer gemeinschaftlichen Siedelung oder eines kleinen Industrieunternehmens.

Sehr wenig ist bis auf den heutigen Tag über die Aussichten des deutschen Künstlers in Südamerika an die Öffentlichkeit gedrungen. Das hat seinen guten Grund. Denn ehe hier nicht durch Vorträge, Ausstellungen, Theater, Musikfeste, Konzertreisen und ähnliches gehörig die Werbetrommel geschlagen ist, kann der deutsche Künstler, das Wort in seiner weitesten Anwendung gefaßt, in Argentinien nicht Boden fassen. Für den Schauspieler und Sänger kommt erschwerend in Betracht, daß es keine ständigen Theater, sondern nur Tournée gibt, und daß er sein Publikum wegen der veränderten Landessprache nur unter den 20000 Deutschen von Buenos Aires und den 2000 von Rosario findet. Der Musiker hat trotz aller Begeisterung für Mozart, Wagner und Schumann die Konkurrenz ausgezeichneten italienischer Kapellen zu fürchten. Der schaffende Künstler, der Maler, Bildhauer und Graphiker, wird mit dem mangelnden Kunstverständnis schwer zu ringen haben, vor allem aber, wenn er modernen, unerhörte Geschmacksverfeinerung voraussetzenden Richtungen angehört. Gelingt es ihm jedoch, sich den dortigen Bedürfnissen anzupassen und Schule zu machen, was einem Kunstgewerbler verhältnismäßig leicht fallen dürfte, so kann er sich eine finanziell und propagandistisch gleich befriedigende Position erringen.

Es gehört aber viel Aufopferung dazu, zusehen zu müssen, wie der Dekorateur mehr verdient als der Kunstmaler, der Gipsfigurenhändler mehr als der Bildhauer. Für jene halb handwerksmäßigen, halb technischen Berufe ist, das kann man ruhig behaupten, Argentinien ein Land, wenn auch nicht unbegrenzter, so doch befriedigender Möglichkeiten. Wer über ein Vermögen von nicht zu wenigen Tausend Mark und gediegene technische Kenntnisse verfügt, der kann es schon wagen, nach drüben zu gehen. Sein Ziel wird natürlich sein, möglichst bald ein selbstständiges Geschäft anzufangen. Je größer seine Mittel sind, desto eher gelingt ihm das auch. Aber alle Praktiker sind sich darüber einig, daß der Neuling zur gründlichen Erlernung der Landessprache und zur Fühlungnahme mit der Kundschaft am zweckmäßigsten zunächst als Gehilfe in ein bestehendes Unternehmen eintritt, sein Geld solange zinstragend auf die Bank legt und erst nach selbstbestimmter Lehrzeit ein eigenes Geschäft beginnt. Hoch ist der Lohn freilich nicht, den er als Gehilfe verdienen kann; 8—9 \$ Papier täglich werden als Durchschnitt angegeben. Das sind 200—240 \$ Papier monatlich, wovon allein 80—100 \$ für die Miete einer kümmerlichen Wohnung abgehen. Die Berufe, die ich hier im Auge habe, sind etwa die des Installateurs, des Bauunternehmers, des Möbelschreiners, des Optikers, Uhrmachers, Silberschmieds, Feinmechanikers, des

*) Hier möchten wir uns eine kleine Gegenbemerkung gestatten: Kein Amt des Deutschtums im Ausland wird in den nächsten Jahren schwieriger und verantwortungsvoller sein, als das des deutschen Journalisten. Er muß Talent und Wissen, politischen Instinkt und Takt sein eigen nennen. Er muß „geborener“ und „gelernter“ Journalist sein. Zu solchen Posten sollten gerade die Besten gut genug sein. Wir sind da etwas mißtrauisch gegen die „Gelegenheitsjournalisten“, die aus andern Berufen in diesen „modernen“ Beruf des Journalisten herüberwechseln. Zum Journalisten im Ausland muß mehr gehören als nur schreiben können. Die Schriftleitung.

Kunstphotographen u. Lithographen, des erstklassigen Herrenschneiders und des auf hygienischer Grundlage arbeitenden Molkereibesitzers.

Für den rein kaufmännischen Angestellten, der kein Handwerk erlernt hat und dem vor 1914 die Welt offen stand, liegen die Verhältnisse seit den „schwarzen Listen“ auch in Argentinien sehr, sehr trübe. Er bedenke: Hunderte von deutschen Kaufleuten warten bereits in Argentinien, Hunderte warten in Deutschland, um wieder in die Stellen einzurücken, die sie während des Krieges auf Betreiben der Entente oder aus militärischen Gründen verlassen mußten. Drüben sind sie auf die Straße gesetzt worden, haben in andern Berufen notdürftig Unterschlupf gefunden, sind der Mildtätigkeit der Volksgenossen bis zur äußersten Grenze von deren Leistungsfähigkeit zur Last gefallen. Keine deutsche Flotte, kein Überseehandel stützt mehr das Prestige und die Kapitalkraft der dortigen Auslandsfirmen, die vielleicht kaum das nötige Betriebskapital aufbrachten, um das Geschäft während des Krieges dem Namen nach weiterzuführen. Jeder Deutsche im Ausland denkt bei der Berufswahl des Sohnes in erster Linie an die Kaufmannslaufbahn und kann ihm den unschätzbaren Vorteil bzw. Vorsprung der gründlichen Landeserfahrung und Sprachkenntnis mitgeben. Die gehobenen Stellungen sind längst wieder in festen Händen, bis es dem Neuling gelingt, hinüberzukommen. Als bloßer Handlungshelfer bezieht er nach wie vor, selbst wenn er Familie hat, ein Anfangsgehalt von 150—200 \$ Papier monatlich, zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel, zum Zurücklegen gar nichts. So versteht man die Warnungen, die fortlaufend bei hiesigen maßgebenden Stellen von drüben einlaufen: Schickt uns keine deutschen Kaufleute herüber!

Vor dem Krieg gab es in den deutschen Kolonien den Posten der sogenannten Pflanzungsassistenten, geschulter Landwirtschaftsbeamter, die ein Gehalt von durchschnittlich 5—6000 M bezogen, dazu Wohnungszuschuß. Mit einer derartigen Anstellungsmöglichkeit ist in Argentinien nicht zu rechnen. Wer in einem landwirtschaftlichen Unternehmen nach dem Vorbild europäischer Musterbetriebe etwas verdienen will, muß entweder selbständig sein, und dazu bedarf er eines Anfangskapitals von mindestens \$ 10000 Papier = 200000 M — eine Pachtung von 200 ha erfordert heute zur Inbetriebnahme ein derartiges Mindestkapital — oder aber er muß in einer Siedlungsgesellschaft sich mit gleichgesinnten Volksgenossen in die Arbeit teilen. Als Unterbeamter auf einer Estancia kommen studierte Landwirte gar nicht in Frage, denn der eingeborene Capataz ist ihnen an Boden-, Sprach-, Volks- und Landeskenntnis weit überlegen und begnügt sich überdies mit einem winzigen Gehalt. Es ist gewiß ein erstaunliches Zeugnis von Lebensmut und Energie, wenn so viele gebildete Auswanderer hinausziehen wollen, die Zähne zusammengebissen und fest entschlossen, selbst als Peón, als einfacher Tagelöhner, auf dem argen-

tinischen Kamp ihr Leben durchzuringen. Aber es lohnt sich nicht der aufgewandten unendlichen Entsagungen und Erniedrigungen, schon einfach aus dem Grunde nicht, weil gegen die kulturelle und materielle anspruchslosigkeit der Mittelmeerländer der deutsche Land- und Erntearbeiter in Argentinien nie und nimmer wird aufkommen können.

So ungefähr dürfte es gegenwärtig in Argentinien mit den Aussichten für die deutsche Intelligenz bestellt sein. Ich habe mich bemüht, die Verhältnisse nicht schwärzer zu malen als sie sind, aber auch nicht rosiger, und wenn ich zum Schluß noch zusammenfassend auf ein paar Punkte aufmerksam machen darf, die zum eisernen Bestand eines jeden Auswanderers gehören und ohne die seine Zukunft im Lande der Verheißung aussichtslos ist, so sind es diese: 1. gründlichste Vorkenntnisse über die Sprache, aber auch über die wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse Argentiniens Vorkenntnisse, die nicht aus den schiefen Urteilen geschäftlicher Spekulationsbroschüren und Agenturen gewonnen werden können, sondern nur durch das zuverlässige Material der amtlichen berufenen Stellen. 2. unerschütterlichster Arbeitswille, der sich bewußt ist, daß drüben nicht nur rücksichtslos gearbeitet wird als hier, sondern daß auch 5—10 andere Völker unter günstigeren Bedingungen als wir als Konkurrenten im Daseinskampf auftreten. 3. aber, und das ist das Wichtigste, ein genügendes Barvermögen, um mindestens ein halbes Jahr ohne Beschäftigung existieren zu können. Aber was heißt heute genügendes Barvermögen? Es bedeutet soviel Geld, um die Passage III. Klasse von Amsterdam nach Buenos Aires bezahlen zu können, die mit 228 Gulden holl. oder zirka 4000 M fast doppelt soviel kostet, wie die Staatskabine des Hapagdampfers in Friedenszeiten. Soviel Geld, um in Buenos Aires eine volle Fremdenpension von 150 \$ Papier pro Kopf oder eine Vortortwohnung im selben Betrage ohne die sonstigen laufenden Ausgaben monatlich zu bestreiten, dabei immer gerechnet, daß der \$ Papier etwa 18 M, der \$ Gold heute 41 M wert ist. Das argentinische Arbeitsministerium hat kürzlich festgestellt, daß der monatliche Mindestverbrauch einer Arbeiterfamilie mit 2 Kindern 129 \$ Papier beträgt. Dabei sind Waren minderwertigster Qualität angesetzt und einmalige Anschaffungskosten nicht mitgerechnet. Nach der deutschen Valuta wären das rund 2340 M monatlich. Die deutsche Handelskammer in Buenos Aires nimmt, nach Mitteilung von Kapitänleutnant a. D. Berg, 40 \$ Gold als monatlichen Allermindestverbrauch für eine Person an, also rund 1600 M, wobei der Familienvater natürlich entsprechend vervielfachen muß. Danach mag sich der Auswanderungslustige ein Bild machen, was es heißt, wenn in allen Ratschlägen von Übersee der Besitz gewisser Barmittel als unumgängliche Grundbedingung einer aussichtsreichen Zukunft für den gebildeten deutschen Kopfarbeiter in Argentinien hingestellt wird.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich und ehemals österreichische Länder.

Die immer unerträglicher werdende Not an Lebensmitteln und Kohle, im Vereine mit der würgenden Teuerung, beginnt allgemach die nationalen Belange Deutschösterreichs mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen. Vorarlbergs Landtag

hat neuerdings mit erdrückender Mehrheit beschlossen, von der Wiener Regierung freie Hand zu fordern und den Anschluß an die Schweiz zu betreiben, der heute dort ganz anders aufgenommen wird als vor wenigen Monaten. Die letzten Äußerungen des Leiters der äußeren Angelegenheiten der Eidgenossenschaft, des Bundesrates Calonder, lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß man schweizerseits die Vereinigung mit Vorarlberg gern sähe. Aber auch Salzburg hat, wie schon

früher einmal, den wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich gefordert, so daß die Abbröckelung Deutschösterreichs im besten Zuge ist. Die Entente, die die hochherzige Nothilfe des selbst notleidenden Deutschen Reiches mit Mißtrauen beobachtet, selbst aber nichts für das darbenende Land tun will, hat nun der Tschechoslowakei den Auftrag erteilt, ihren übernommenen wirtschaftlichen Verpflichtungen gegen Deutschösterreich nachzukommen, und Staatskanzler Dr. Renner, der einen Bittgang nach Paris angetreten hat, wird auf der Rückreise deshalb in Prag vorsprechen. Der tschechische Minister des Äußeren, Herr Benesch, hat bereits öffentlich sehr freundliche Erklärungen abgegeben, in denen die weitestgehenden Zusagen für Deutschösterreich enthalten sind. Die Zukunft muß zeigen, ob diesen Worten Taten entsprechen werden. Einstweilen läßt dafür die Behandlung der Deutschen im tschechoslowakischen Staate noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Erklärungen des anerkannten Führers des sudetenländischen Deutschtums, Dr. Lodgemans, lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß dieses vorderhand keinen Grund zur Zufriedenheit hat. Er stellte daher für die künftige tschechoslowakische Nationalversammlung eine Koalition aller nichttschechischer Volksvertreter in Aussicht, so daß sich die Tschechen einer sehr starken Gruppe deutscher, slowakischer, magyarischer, polnischer und ruthenischer (ukrainischer) Abgeordneten gegenübersehen würden, die, wenn die Wahlen das wahre nationale Stärkeverhältnis zum Ausdruck bringen würden, was allerdings nicht zu erwarten ist, sogar die Mehrheit bilden könnten. Jedenfalls ist die deutsche Sache im tschechoslowakischen Staate noch keineswegs hoffnungslos. — Interessant und vom deutschen Standpunkt beachtenswert ist es, daß die tschechische Regierung, abermals durch den Mund des Ministers Benesch, sich sehr scharf ablehnend gegen eine Donauföderation, wie sie von Frankreich aus betrieben wird, aussprach. Diese sollte alle früheren Gebiete der ehemaligen österr.-ungar. Monarchie umfassen und zunächst wirtschaftliche Beziehungen pflegen. Soweit diese allein in Betracht kommen, erklärt man sich tschechischerseits damit einverstanden, lehnt aber alle politischen Konsequenzen ausdrücklich ab, offenbar aus dem richtigen Gefühle, daß die wirtschaftliche Verbindung nur der vorbereitende Schritt für politische Neugestaltungen bilden soll, von denen auch Deutschösterreich nichts wissen will. In diesem Punkte ist man also hüben und drüben einig. — In den von den Südslawen einstweilen besetzten Teilen Kärntens, die überwiegend deutsche Bevölkerung haben, sieht man mit Besorgnis, aber auch mit festem Entschlusse des Widerstandes der kommenden Volksabstimmung entgegen. So fanden kürzlich in St. Veit an der Glan, in St. Rupprecht bei Klagenfurt und in Ottmanach stark besuchte deutsche Volksversammlungen statt, die feierlich für die Unteilbarkeit Kärntens und für das Verbleiben bei Deutschösterreich eintraten. Leider schreitet in Krain die Vernichtung der deutschen Kultureinrichtungen nur allzu rasch vorwärts. So wurde kürzlich die „Philharmonische Gesellschaft“ in Laibach, die auf 200jährigen Bestand zurückblicken vermag und stets unter deutscher Leitung stand und wesentlich deutsche Musik pflegte, slowenisiert und wählte einen ausschließlich slowenischen Vorstand.

B. J.

Tirol

Aus Innsbruck melden die Blätter von einem Autonomievorschlag, den die Süd-Tiroler den Italienern überreicht haben.

Dem „Allgemeinen Tiroler Anzeiger“ zufolge sind die Grundzüge der von den Deutschsüdtirolern angestrebten Autonomie der italienischen Regierung unterbreitet worden.

Die autonome Provinz hätte zu umfassen: Die Gebiete der Bezirkshauptmannschaften Schlanders, Meran, Bozen, Brixen, Bruneck, Ampezzo, die autonome Stadt Bozen, die vier derzeit zum Sprengel der Bezirkshauptmannschaft Cles gehörigen deutschen Gemeinden im oberen Nonstale, Unsere liebe Frau im Walde, Proweis, Laurein und St. Felix, sowie die beiden deutschen Gemeinden Truden und Altrei, die derzeit zur Bezirkshauptmannschaft Cavalese gehören, und die zu Italien gelangten Gebiete aus der Bezirkshauptmannschaft Lienz.

Die Provinz soll den Namen Tirol führen. Die angestrebte Selbstverwaltung soll der Souveränität des italienischen Staates keinen Eintrag tun. Dem Zentralstaat bleiben die Militärhoheit, die Vertretung nach außen, die Steuerhoheit, die Zoll- und Handelspolitik, die Gerichtshoheit, das Verkehrswesen und die übrigen nicht ausdrücklich der Kompetenz der autonomen Behörden zugewiesenen Zweige der Staatsverwaltung vorbehalten. Zur Ausübung der autonomen Rechte besteht ein Landtag mit dem Sitze in Bozen, dessen ausführendes Organ der Landesausschuß mit dem vom Landtage gewählten Landeshauptmann an der Spitze ist. Als Vertreter des Zentralstaates fungiert ein von der Zentralregierung ernannter Statthalter. Der Landtag hat legislative Befugnisse in Angelegenheiten der Landeskultur, des Agrarwesens, des Schulwesens, des Gewerbewesens, in Veterinär-, Gewerbe- und Bausachen, in Wasserrechtsangelegenheiten, in Angelegenheiten des Kreditwesens, des inneren Sicherheitsdienstes sowie in Verkehrsangelegenheiten. Die Autonomie der Stadt Bozen, die Gemeindeautonomie im allgemeinen sowie die bestehenden autonomen Körperschaften bleiben aufrecht.

Die Provinz Tirol bildet einen eigenen Parlamentswahlkreis. Innerhalb 20 Jahren nach Inkrafttreten der Landesverfassung können Abänderungen der bestehenden allgemein bürgerlichen und Verwaltungsgesetzgebung nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen.

Der deutsche Volksstamm in Tirol wird als selbständige Nationalität anerkannt. Jeder Deutsche kann sich vor jeder Behörde in Tirol der deutschen Sprache bedienen und erhält Erledigungen in dieser Sprache. Bezüglich des Sprachgebrauches im äußeren und inneren Dienste, bei den staatlichen und autonomen Behörden in der Provinz Tirol bleibt der bisherige Zustand in Geltung. Im äußeren Dienste, bei Eisenbahn, Post, Telegraph und sonstigen Verkehrsanstalten innerhalb der Provinz Tirol sind die deutsche und italienische Sprache völlig gleichberechtigt. Die deutschen Ortsbezeichnungen sind auch im offiziellen Verkehr beizubehalten.

Alle gegenwärtig angestellten Beamten werden auf ihren Posten belassen. Die staatlichen Beamten müssen aus Tirol stammen. Die im Lande erzielten Einnahmen sind in erster Linie für die Provinz zu verwenden.

Die in Tirol heimatberechtigten Personen sind vom Militärdienst zu befreien und sind nur im Kriegsfall in Form einer Miliz zur Verteidigung der eigenen Provinz zu verwenden. Der bisherige deutsche Anteil des Bistums Trient soll zum Bistum Brixen kommen.

Tscho-Slovakien

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, hat der wegen angeblicher Spionage im Februar 1919 in Prag verhaftete Vizekonsul Dr. Schwarz durch seinen Rechtsbeistand Verleumdungsanzeige gegen Unbekannt erhoben, da sich die Denunziation bald als falsch herausstellte. Die mehrfach gemahnte Staatsanwaltschaft lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab, worauf der Rechtsbeistand weitere Schritte unternahm. Das Strafgericht wies aber die in deutscher Sprache eingereichte

Klageschrift ab, der Kläger sei als deutscher Reichsangehöriger, nicht berechtigt, sich vor Gericht der deutschen Sprache zu bedienen. Dagegen wurde Beschwerde erhoben, da die alte Sprachenverordnung von 1880 ausdrücklich Klageerhebung in deutscher Sprache zulasse und an Gerichten auch Erledigung in deutscher Sprache vorschreibe, auch volle Rechtsgleichheit für Einheimische und Fremde gelte. Auf die Entscheidung kann man gespannt sein.

Über die Stellung der Deutschen zum tschechischen Staat erstattete dem ersten Gesamtparteitag der deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei zu Dux am 16. November 1919 Hans Knirsch ein Referat, das uns als Sonderdruck vorliegt. Er ging auf die Zersetzungserscheinungen ein, die das alte Habsburger Reich schon längst zeigte, dem das deutsche Volk immer nur als Kulturdünger gut gewesen sei, besprach die Wirkungen des Friedensvertrages, der den Sudetendeutschen auf neue Kämpfe um ihr Volkstum bescheide, und erhob unter stürmischem Beifall lauten und flammenden Protest gegen die ungeheuerliche Geschichtslüge, daß die Einverleibung in den tschechischen Staat dem eigenen Willen der Deutschen entspreche. Imperialistischer Größenwahn und kapitalistischer Geist hätten den Frieden diktiert, der ein ewiger Herd kriegsrischer Konflikte und ein Hemmnis sozialer Entwicklung sei. Während der Parteitag sich erhob und in stürmischem Beifall ausbrach, sagte der Redner: „So werden auch wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Reiche durch die Bande des Blutes, der Geschichte, des Geistes und der Kulturgemeinsamkeit untrennbar verbunden bleiben.“ Mit diesem Glaubensbekenntnis im Herzen stelle man sich auf den Boden des neuen Staates, in der Überzeugung, daß die Staatsidee des tschechischen Staates imperialistischer tschechischer Größenwahnsinn sei, daß schon jetzt bittere Enttäuschung sich bis tief in die niedersten Schichten des tschechischen Volkes gefressen habe. Die Regierung stütze sich auf einen vom Militarismus gestützten Absolutismus. Das deutsche Sprachgebiet solle durch tschechische Winkelschulen zersetzt werden, deren Gründung täglich zu Dutzenden erfolge und die durch allerhand künstliche Maßnahmen bevölkert würden. Der Ernst der Lage der Deutschen sei aber nicht zu verkennen. Alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte müßten zu zielbewußter nationalwirtschaftlicher Arbeit zusammengefaßt werden. Erhaltung deutscher Schulen und guter deutscher Zeitungen, durchgreifende Organisation der deutschen Volkswirtschaft, eine leistungsfähige nationale Großbank zur Stütze der Groß-, Klein- und Mittelindustrie sei nötig. Vor allem aber brauche man ein neues soziales Recht, das den geistigen und manuellen Arbeiter aus dem Untertanenverhältnis hervorhebe und zum mitbestimmenden Träger des Wirtschaftslebens mache. Hunderttausende nationaler Mitstreiter könnten so gewonnen werden. Loslösung von der fremden Hauptstadt Prag sei der erste Schritt zur Verwirklichung solcher Ziele. Deutsche Städte, wie Eger, Teplitz, Reichenberg und Troppau, müßten wieder Bedeutung gewinnen. Eine deutsche Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zum äußersten nationalen Flügel sei dringendstes Erfordernis. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei habe auf ihrem Teplitzer Parteitag völkische Selbstverwaltung auf der Grundlage des Territorialprinzips verlangt, wolle aber mit den Proletariern aller Nationen zusammengehen und mit dem tschechischen Proletariat die alten Kämpfe gemeinsam wieder aufnehmen. Die tschechischen Sozialdemokraten hätten dieses Liebeswerben

abgelehnt, deshalb müsse man viel mehr mit den deutschen Bürgern und Bauern zusammengehen. Der Blick der Deutschen müsse aber auch sich aufs Weltpolitische richten. Ein tschechischer Staat mit 6 1/2 Millionen Tschechen und 3 1/2 Millionen Deutschen dürfe keine deutschfeindliche äußere Politik treiben. Der Redner schloß unter stürmischem, nicht enden wollendem Beifall: „Unbesiegbar aber lebt in uns der Glaube, daß die Weltgeschichte nicht am Ende ist und für die ganze deutsche Nation der Tag ihrer Freiheit und Einigkeit kommen muß. In diesem Vertrauen wird uns beharrliche Arbeit zum Siege unserer nationalen und sozialen Gedanken führen.“ Der Parteitag nahm sodann eine Entschließung einstimmig an, die die Grundgedanken dieses Referates wiedergibt.

Ungarn

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung über die unverzügliche Geltendmachung der Gleichberechtigung der nationalen Minoritäten. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Verordnung sind:

Alle Staatsbürger Ungarns sind vollkommen gleichberechtigt. Aus der Zugehörigkeit zu irgend einer nationalen Minderheit kann für niemand ein Vor- oder ein Nachteil entspringen. Den nationalen Minoritäten angehörende Staatsbürger können sich auf dem ungarischen Reichstag (Nationalversammlung), in den Generalversammlungen und Kommissionen der Munizipien und der Gemeinden ihrer Muttersprache frei bedienen. Die Gesetze und die Regierungsverordnungen sind in den Sprachen aller nationalen Minoritäten herauszugeben. Statute der Munizipien und der Gemeinden sind außer in der Amts- auch in der Protokollsprache des Munizipiums oder der Gemeinde zu veröffentlichen. Die Amtssprache des Munizipiums bestimmt dessen Generalversammlung. Die Protokolle der Munizipien sind auch in den Sprachen zu führen, die mindestens ein Fünftel der Mitglieder anzuwenden wünscht.

Die nationalen Minoritäten angehörenden Staatsbürger können sich an die Gesetzgebung, an die Regierung, wie auch an jede Verwaltungsbehörde in ihrer Muttersprache wenden. Die Verwaltungsbehörden teilen ihre Beschlüsse der Partei und überhaupt den Gemeinden in der Sprache der Eingabe mit und verkehren überhaupt amtlich mit Gemeinden, Vereinen, Anstalten und Privaten in deren Sprache, wenn sie auf dem Gebiete dieser Behörde eine Amts- oder Protokollsprache ist. Jeder, der, sei es als Kläger, sei es als Beklagter oder als Geschädigter, den Schutz des Gesetzes und die Hilfe der Gerichte in Anspruch nimmt, kann sich unter der eben erwähnten Bedingung auch seiner Muttersprache bedienen.

Die Gerichte teilen ihre Beschlüsse der Partei auch in der Sprache der Eingabe mit, nehmen die Verhöre und andere prozessuale Handlungen in der Sprache der zu verhörenden, beziehungsweise beteiligten Personen vor, wenn diese Sprache auf dem Gebiete des betreffenden Gerichts eine Amts- oder Protokollsprache ist. Unter Beobachtung dieser Einschränkung sind auch die Vorladungen in der Muttersprache der vorzuladenden Person auszufertigen. Alle anderen Gerichtsbeschlüsse, die Beschlüsse der Grundbuchbehörden und der Obergerichte mitinbegriffen sind, soweit es verlangt wird, unter der erwähnten Bedingung auch in der Muttersprache der beteiligten Person auszufertigen.

Kirchenbehörden und Kirchengemeinden können die Sprache für die Erledigung ihrer kirchlichen Angelegenheit, ihrer kirchlichen Urkunden, ferner die Unterrichtssprache in ihren Schulen frei bestimmen und diese auch in ihrem Amtsverkehr mit den staatlichen und mit den autonomen Behörden anwenden.

Es ist dafür zu sorgen, daß die den auf dem Gebiete des Staates in größeren geschlossenen Einheiten zusammenlebenden nationalen Minoritäten angehörnden Staatsbürger in staatlichen, der von ihnen bewohnten Gegend naheliegenden Unterrichtsanstalten bis zum Beginn der höheren akademischen Ausbildung in ihrer Muttersprache Ausbildung erlangen. An den Universitäten sind für die Sprachen und für die Literatur sämtlicher nationalen Minoritäten Lehrstühle zu errichten.

Sowohl Munizipien, Gemeinden, Kirchen, Kirchengemeinden, wie auch irgendeiner nationalen Minorität angehörende Private können aus eigener Kraft oder durch Vereinigung untere, mittlere und höhere Schulen frei errichten. Desgleichen können irgendeiner nationalen Minorität angehörende Staatsbürger unter gesetzlicher Aufsicht des Staates Gesellschaften oder Vereine bilden, erhalten und auch Geldfonds sammeln. Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß in den von nationalen Minoritäten bewohnten Gegenden in den richterlichen und Verwaltungsstellen, namentlich in den Obergespans- und anderen leitenden Stellen nach Tunlichkeit den nationalen Minoritäten angehörende, in den notwendigen Sprachen bewanderte und auch sonst befähigte Personen verwendet werden. Die gegenwärtig angestellten öffentlichen Beamten haben durch Aneignung der Sprache der auf ihrem Hoheitsgebiet lebenden nationalen Minoritäten dafür zu sorgen, daß sie den sprachlichen Forderungen der gegenwärtigen Verordnung innerhalb zweier Jahre entsprechen. In dem Ministerium für nationale Minderheiten wird für jede nationale Minderheit eine besondere Sektion errichtet.

Wenn diese Bestimmungen tatsächlich nicht nur papierne Theorie bleiben, sondern ungarische Verwaltungspraxis werden, so wird auch das Deutschtum davon Nutzen haben.

In der Haltung der Regierung hat sich seit dem letzten Berichte nichts geändert; nach wie vor werden alle auf eine deutsche Autonomie abzielenden Bestrebungen unterdrückt und alle diesen Gedanken erörternden Äußerungen der Presse von der Zensur gestrichen. Die westungarische Frage harret noch immer der Lösung, und man muß leider sagen, daß sich die Aussichten für den Anschluß an Deutschösterreich eher verschlechtern, je länger die Angelegenheit hinausgeschoben wird. Die ungarische Regierung rechnet offenbar damit, daß es ihr bei den demnächst beginnenden Friedensunterhandlungen mit der Entente gelingen wird, die Abtretung Deutsch-Westungarns zu hintertreiben. Einstweilen arbeitet die unter besonderem Schutze der Regierung stehende magyarisch gesinnte „Westungarische Liga“ mit allen Mitteln darauf hin, dies zu erreichen und namentlich durch eine wohlpräparierte Volksabstimmung den Ententevertretern ein völlig falsches Bild von der Stimmung der Bevölkerung zu geben. Die Liga überreichte kürzlich dem englischen Bevollmächtigten, Sir George Clark, ein Memorandum, in dem die Aufhebung des Westungarn betreffenden Paragraphen des Friedens von Saint Germain gefordert wird. Von deutschösterreichischer Seite wurde dagegen in einer von dem Vertreter Westungarns in der österreichischen Friedensdelegation, Dr. Beer, und dem Führer der deutschen Westungarn in Wien, Prof. Wahlheim, verfaßten Denkschrift Stellung genommen und die Denkschrift gleichfalls an die Ententevertreter geleitet. Letzten Endes wird aber ohne Zweifel das augenblickliche Bedürfnis der alliierten Mächte die Entscheidung bringen. — Die Aussichten des Anschlusses werden sehr ungünstig beeinflusst durch das Verhalten der österreichischen Christlich sozialen. Während auf dem letzten Parteitage in Wien

ausdrücklich die Abtretung Deutsch-Westungarns an Österreich gefordert wurde, bringt die leitende christlich-soziale Zeitschrift „Das neue Reich“ einen Aufsatz, der unverhüllt für den Verzicht auf Westungarn eintritt. Die innigen Beziehungen der Partei oder doch deren rechten Flügels zur gegenwärtigen christlich-nationalen Regierung Ungarns lassen denn auch das Schlimmste befürchten. — Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung in Großrumänien brachten den Siebenbürger Sachsen eine Anzahl von Mandaten, minder günstig war der Ausfall im Banate, wo überwiegend Rumänen gewählt wurden. Die deutschen Abgeordneten aus allen Teilen des Reiches werden sich zu einer Fraktion zusammenschließen.

B. J.

Baltikum.

Wie die über baltische Verhältnisse ausgezeichnet unterrichtenden „Baltischen Blätter“ melden, beginnt sich die Lage für das baltische Deutschland in Lettland etwas zu bessern. Die Letten sehen ein, daß sie das kulturelle wie wirtschaftlich beste Element des Landes auf die Dauer doch nicht würden entbehren können, sie wandeln z. B. in der Frage der Agrarreform längst nicht so radikale Wege wie die Esten. Um den Flüchtlingen aus dem Baltenlande beizustehen, ist von Balten und Reichsdeutschen eine „Heimkehrhilfe“ begründet worden, die die Rückkehr und den Wiederaufbau der Existenz für Balten ermöglichen und erleichtern soll. Kaufmann Robert Froben aus Riga ist Vorsitzender (Geschäftsstelle: Berlin, Jägerstraße 13), Geschäftsführer ist der Syndikus der Rigaer Kaufmannskammer Herbert Prindull. Die „Heimkehrhilfe“ will vor allen Dingen die Wünsche der Flüchtlinge bei den Behörden zur Geltung bringen. Die Vertretung dieses neuen Verbandes in Riga hat Rechtsanwalt Brzezinski übernommen.

Einen Festartikel der „Dorpater Zeitung“ zur Eröffnung der neuen Universität entnehmen die „Baltischen Blätter“ eine charakteristische Stelle: „Uns älteren einstigen Jüngern der Alma mater Dorpatensis zu ihrer Blütezeit wie auch der Generation, auf welche die Traditionen jener Zeit sich noch frisch verpflanzt hatten, wird das Bild jener unserer Landesuniversität, das in jeder Faser unseres Seins fortlebt, nicht aus dem Herzen gerissen werden. Wir werden unsere alte Dorpater Universität, — trotz allem Menschlichen, was an ihr haftete — als ein „Heiligtum der Wissenschaft“ auch ferner verehren, und mit unserer Treue und unserem Dank bekränzen. Aber wir werden auch der nun werdenden neuen Hochschule unseres estnischen Staats im Interesse des ganzen Landes und aller seiner Bewohner unsere volle Teilnahme zuwenden und nicht nur das. Je höher diese Bildungsstätte unseres Landes auf der Bahn wahrer Bildung hinansteigt, um so mehr ist der Gesamtheit unserer Heimatgenossen und jedem einzelnen von ihnen gedient. Und dort, wo wir in ihr bei der Aufwärtsentwicklung Züge ans dem wohlbekannten Antlitz unserer heißgeliebten einstigen alma mater wiederfinden sollten, werden wir uns doppelt ihres Aufstieges freuen. So gilt es denn mit Hand anzulegen an dieses bildungsfreudige Werk unseres aus den Wehen des Weltkriegs mit frischer Triebkraft geborenen jungen Heimatstaates. Wir wollen, soweit uns die Möglichkeit geboten wird, die neue Hochschule kräftig mit zu fördern suchen, auf daß sie der teuren Heimat immer vollere Frucht bringt, auf daß sie mit der Ehrfurcht vor dem von anderen Erforschten verbinde den starken Trieb zu eigenem Forschen und sich ausbaue zu einem heimatlichen Tempel suchender, vorurteilsfreier Wissenschaft.“

Das Wolffsche Telegraphenbüro erfährt über die Lage in Lettland, daß das dänische Konsulat die Interessen der Deutschen wahrnehme und daß bei ihm die früheren Angestellten des deutschen Konsulats beschäftigt seien. Die Not der Reichsdeutschen sei groß, von 2000 Reichsdeutschen erhielten 1700 Unterstützungen. Beschränkungen in ihrer Freiheit und an ihrem Eigentum hatten aber die Reichsdeutschen auch während der Angriffe Bermonds nicht zu erdulden. Traurig sind allerdings diejenigen Deutschen daran, die aus der Gruppe Bermonds von den Letten gefangen genommen wurden, doch hofft man auf ihren baldigen Austausch. Auch den Deutsch-Balten geht es nicht gerade schlecht, nur diejenigen, die auf Seiten Bermonds gekämpft haben, sind zu Staatsverrätern erklärt worden, deren Besitz beschlagnahmt wurde. Den nationalen Minderheiten ist kulturelle Autonomie eingeräumt worden. In Riga herrscht, abgesehen vom Darniederliegen des Wirtschaftslebens, Ruhe und Ordnung. Die Bolschewisten werden durch die lettische Armee und die baltische Landeswehr völlig im Zug gehalten. Doch können die Bolschewisten wegen ihrer militärisch günstigen Lage an anderen Fronten jetzt bald bessere und moralisch höher stehende Truppen nach dem Baltikum werfen und dem sieht man mit Besorgnis entgegen.

England.

Bei einer Sitzung des British Olympic Council in London wurde die Annahme der Einladung des belgischen Komitees zur Teilnahme an den olympischen Spielen in Antwerpen für 1920 beschlossen.

Man erwartet rege Beteiligung seitens Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Anmeldungen von Deutschland, Österreich Ungarn, der Türkei und Bulgarien sollen nicht angenommen werden.

Wie Erinnerung fand die letzten internationalen olympischen Spiele 1912 in Stockholm statt.

Italien.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Rom berichtet, daß der Dermatologe Mantegazza auf dem italienischen Dermatologen-Kongreß mit Wärme dafür eintrat, im Interesse der Wissenschaft ein Ende damit zu machen, die deutschen Gelehrten und die deutsche Wissenschaft von der internationalen Mitarbeit ausschalten zu wollen. Wenn man auch nicht das ganze deutsche Volk für schuldlos am Kriege erklären könne, so hieße es doch in einem sinnlosen Haß verharren, wenn man die Deutschen von einem Feld ausschließen wolle, in dem sie für die ganze Menschheit mit so viel Erfolg mitgewirkt hätten. Zur gleichen Zeit, da diese Worte gesprochen wurden, verbreitet aber die Agentur Havas eine Meldung, der Sekretär der französischen Akademie der Wissenschaften habe einem Journalisten erklärt, solange die deutschen Gelehrten nicht eine andere geistige Verfassung geäußert und die Kundgebung der 93 Professoren widerrufen hätten, so lange werde es den Franzosen nicht möglich sein, mit den deutschen Gelehrten zusammenzuarbeiten.

Amerika.

Über neue Parteibildungen in den Vereinigten Staaten berichtet die „Kölnische Volkszeitung“ vom 30. Dezember 1919: Die Verhandlungen über den Versailler Friedensvertrag haben die Parteidisziplin der Republikaner und Demokraten vollständig durchlöchert. Eine neue „liberale“ Partei ist gegründet, von der die anderen Parteiorgane sagen, sie wolle alles, was die anderen nicht wollen und wolle das nicht, was

andere befürworten. Ferner erscheint eine nativistische Partei auf dem Plan, die sich als „amerikanische“ bezeichnet, weil sie Krieg gegen alles Fremde zu führen beabsichtigt. Sie stützt sich vornehmlich auf die neuentstandene „amerikanische Legion“ und hat den Kampf gegen das Deutschtum und die deutsche Sprache auf ihre Fahne geschrieben. Ferner ist eine „Anti-Saloon-Partei“ entstanden, welche gegen den Alkoholgenuß kämpft, schließlich eine neue Arbeiterpartei („Labor Party of the U.S.“), deren Parteaufgabe ist, alle Hand- und Kopfarbeiter im Lande zu organisieren, damit sie die Prinzipien einer politischen, sozialen und industriellen Demokratie unterstützen. Die neue Partei protestiert gegen die Streikverbote der Regierung und verlangt u. a. die Einführung der Volksabstimmung für die Bundesgesetzgebung. Die „nativistische“ Partei erfreut sich durchaus der Gunst der Behörden. Die amerikanische Legion regiert förmlich im Lande, gibt Befehle aus und wendet Gewalt an, wenn sie nicht befolgt werden. Fast überall verbietet sie deutsche Theatervorstellungen und Vorträge. Wenn sie wider ihren Willen doch stattfinden, wird das betreffende Lokal gestürmt und das Publikum auseinandergejagt. Sehr gnädig handelte sie in der kleinen Stadt Astoria, wo sie eine kleine Vorstellung zu Wohltätigkeitszwecken erlaubte. Dabei wurde aber den Deutschen dort das Versprechen abgenommen, „es nie wieder zu tun“. Einigen gemäßigeren Elementen in der nativistischen Partei treiben es die Bekämpfer des Deutschtums sogar schon zu bunt. So erläßt einer von ihnen die Erklärung, in der er sagt, viele Veteranen scheuten sich, der Partei beizutreten, da sie aus vielen eingelaufenen Berichten der Ansicht seien, die Legion begünstige Gewalttätigkeiten und Gesetzlosigkeit.

Sollte diese Partei weiter an Einfluß gewinnen, so ist mit einer weiteren Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen oder des Einwanderungsverbotes gegen Deutsche zu rechnen.

Mexiko.

Von einer eindrucksvollen Feier zum Gedächtnis Alexander von Humboldts wird aus Mexiko berichtet. Am Vorabend des 150. Geburtstages des Gelehrten veranstaltete die Mexikanische Gesellschaft für Geographie und Statistik mit der Wissenschaftlichen Gesellschaft unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers eine Feier, am folgenden Tage wurden von der Gesellschaft und von mehreren deutschen Vereinen Kränze am Denkmal niedergelegt, das im Jahre 1910 Kaiser Wilhelm dem mexikanischen Volke gestiftet hatte. Alle Zeitungen gedachten der Verdienste des Gelehrten um das Land.

Uruguay.

Aus Montevideo berichtet das „Argentinische Wochenblatt“, daß die Arbeiten des vor einigen Monaten aus Frauen der deutschen Kolonie gebildeten Hilfsausschusses für deutsche und deutsch-österreichische Kinder ihren Abschluß damit fanden, daß 72 Kisten und Ballen mit Anzügen, Schuhwerk, Stoffen und Leder nach Buenos-Aires verschifft wurden, von wo sie auf einem holländischen Dampfer frachtfrei nach Deutschland gebracht werden sollten. Ursprünglich war nur eine Sammlung innerhalb der deutschen Kolonie geplant, es stellten sich aber so viele Beweise der Teilnahme auch von seiten der Landesingesessenen und der Neutralen ein, daß verschiedene Sammelisten in Umlauf gesetzt wurden. Es wurden über 25000 Pesos in Gold gesammelt und nur mit wenigen Ausnahmen zeigten sich alle zur Teilnahme aufgeforderten Personen und Geschäfte freigebig. Außer den erwähnten 72 Kisten und Ballen sind

Wechsel von 60000 Mark nach Deutschland zur Unterstützung gesandt worden.

Chile.

Aus der Hauptstadt Santiago wird uns berichtet: Wir Deutsche in Chile haben während der letzten fünf Jahre ruhig und ganz unbehelligt unsere Arbeit getan. Das chilenische Volk hat sich tadellos betragen; nur die, wie überall, gekaufte Presse hat fast einmütig auf der Seite unserer Feinde gestanden. Die hier ansässigen Franzosen, Engländer usw. haben mit Hilfe den schwarzen Listen den deutschen Handel zu vernichten getrachtet, dies ist ihnen indessen nur sehr unvollkommen gelungen.

Es besteht jetzt hier (seit 4 Jahren) ein deutsch-chilenischer Verein zur Förderung der Beziehungen der beiden Länder, welcher eifrig und erfolgreich arbeitet.

Im vergangenen Jahr haben wir unser deutsches Krankenhaus eröffnet. Herr Dr. Johow jr. hat bis jetzt als Hausarzt dort gewirkt. Er legt aber jetzt sein Amt nieder, um in Deutschland, wohin er in nächster Zeit sich begeben wird, seine chirurgischen Kenntnisse zu vervollständigen.

Prof. Dr. Hanssen, der langjährige Direktor des pädagogischen Instituts, ist Ende August d. J. gestorben. Sein Nachfolger ist ein Chilene (Ducoing).

Die „Deutsche Presse“ in Santiago berichtet am 3. November über den Abschied der „Dresden“-Mannschaft. Der Abschied der „Dresden“-Leute glich darnach einem einzigen großen Triumphzug. Von Talcahuans bis zur Grenze war der mit grünen Reisern geschmückte Zug, wo das mächtige Heimatswimpel erschien, Gegenstand begeisterter Huldigungen der Deutschen und auch lebhafter Begrüßungen der Chilenen. Wo der Zug mit dem Riesenschild „Viva Chile“ erschien, war die Freude und der Jubel gleich groß. Der Nachtzug aus Concepcion traf in Santiago mit viel Verspätung ein, so daß die geplante Autorundfahrt durch die Stadt abgekürzt werden mußte. In der Quinta Norma hatten sich die Kinder der deutschen Schule und die Mitglieder der deutschen Kolonie versammelt, um Abschied zu nehmen. Dr. Ziegler sprach für die deutsche Kolonie, Kapitänleutnant Wieblitz für die „Dresden“-Mannschaft. In drei Partien nahmen die „Dresden“-Leute dann als Gäste des Militärvereins, des deutschen Gesangsvereins Frohsinn und des Flottenvereins das Mittagessen ein, dann ging es mit frischem Marschgesang in geschlossenem Zuge zum Bahnhof, wo nach einigen Chorliedern der Zug unter dem begeisterten Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ aus der Halle fuhr. Zahlreiche Chilenen, wie auch Österreicher und Ungarn beteiligten sich an der Abschiedsfeier. Freilich scheint das erhebende Abschiedsfest nicht ohne einen Mißton innerhalb der deutschen Kolonie selbst abgelaufen zu sein. Die „Deutsche Presse“ protestiert jedenfalls sehr lebhaft im Namen der überwiegenden Mehrheit der Kolonie gegen einzelne Redewendungen aus der Rede des Festredners Dr. Ziegler, der gesagt habe, die jetzige deutsche Regierung habe kein Verständnis für die vollbrachten Heldentaten, und der noch weitere anstoßerregende Behauptungen aufgestellt habe.

In Valparaiso hat eine chilenische Dame deutscher Abstammung einen Ausschuß chilenischer Damen zusammengerufen, der eine Sammlung zugunsten notleidender Kinder in Deutschland veranstaltete. In wenigen Wochen wurde ein Kapital gesammelt, das nach heutigem Kursstande ungefähr eine halbe Million Mark wert ist. Es wurde ausdrücklich nur

unter Chilenen, nicht auch unter Deutschen gesammelt, diese veranstalteten ihre eigene Sammlung.

KLEINE NACHRICHTEN

Aus Berlin wird gemeldet, daß die Besetzung der Außenposten allmählich praktische Gestalt annimmt. Eine der Persönlichkeiten, die das Deutsche Reich im Auslande vertreten werden, wird der Hamburger Senator Stahmer sein, der von einigen Zeitungen als der künftige Vertreter in London bezeichnet wurde. Nach Wien soll der frühere Gesandte im Haag, Dr. Rosen, gehen, als Generalkonsul nach Zürich wird der frühere badische Finanzminister Rheinboldt entsandt, im Auswärtigen Amt wird einer der Direktoren einer Länderabteilung, der frühere Generalkonsul von Schanghai, Dr. Knipping, werden, einen weiteren derartigen Posten erhält der ehemalige Gesandte Graf Wedel. Einen der Konsulatsposten in Italien erhält der frühere Vizekonsul in Genua, Herr von Hassel, der jetzt zur Unterstützung des Generalkonsuls von Herff zunächst nach Rom ging.

Dem Generalkonsul für Mexiko in Hamburg, A. Gonzalez, ist seitens des Reichs nach einer Meldung des Reichsanzeigers vom 29. Dezember das Exequatur erteilt worden.

Eine Russisch-deutsche Gesellschaft e. V. ist am 1. Dezember in Berlin im Hotel Bristol begründet worden. Baron Lilienthal führte den Vorsitz, Herr Dr. Schotte begrüßte die Anwesenden, wies auf die Gleichartigkeit der Lage Deutschlands und Rußlands hin, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses begründe. Der Verein sei eigentlich ein russischer auf deutschem Boden, Reichsdeutsche träten aber gern als Mitglieder bei, da sie von der Nützlichkeit der Arbeit überzeugt seien. 6 Russen und 6 Deutsche wurden in den Vorstand gewählt. Der Verein setzt sich zur Aufgabe Mitarbeit an dem kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der russischen Länder, Veranstaltung von Vorträgen, Vorlesungen und Lehrgängen, Herausgabe von Büchern und Schriften aller Art, Gründung von Stipendien und Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche und literarische Leistungen, Gewährung von Hilfe und Geldleistungen an russische Staatsangehörige und Anstalten, Erleichterung und Förderung der Rückkehr russischer Staatsangehöriger in ihre Heimat, Förderung aller auf Wiederherstellung geordneter Zustände in Rußland gerichteten Bestrebungen. Der Jahresbeitrag beträgt mindestens 100 Mark, für Gesellschaften mindestens 200 Mark.

Christiania. Frau Karoline Höhnke wurde die deutsche Rote Kreuz-Medaille verliehen. Sie war über die ganzen Kriegsjahre die Seele aller Hilfsveranstaltungen des deutschen Frauenvereins, hat insbesondere für die Familien der im Felde stehenden Krieger gesorgt und sich um die aus Rußland zurückkehrenden Invaliden bekümmert. Die deutsche Kolonie empfindet die Auszeichnung allgemein als eine verdiente Ehrung.

Auszeichnung eines Auslandsdeutschen.

Der Leiter der Berliner Hilfsvereinigung für die aus Belgien vertriebenen Deutschen in Berlin, Herr Max Alexander, der vor dem Kriege Direktor der Grands Magasins à l'Innovation in Antwerpen war, ist für seine jahrelange verdienstvolle Tätigkeit im Interesse der Flüchtlinge mit der Verleihung der Roten Kreuz-Medaille 3. Klasse ausgezeichnet worden.

KIRCHE UND MISSION

Die Basler Mission, die durch den Weltkrieg, obgleich sie eine Schweizer Gesellschaft ist, von ihren Arbeitsstätten in Indien, China und an der Goldküste Afrikas zum größten Teil vertrieben wurde, hat in Basel den Beschluß gefaßt, sich in Niederländisch-Indien ein neues Arbeitsfeld zu suchen. Sobald die Erlaubnis der holländischen Regierung eingetroffen ist, sollen Sendboten ausgesandt werden, um die Gebiete zu untersuchen, um die es sich handeln wird. Über 100 Schüler und Schülerinnen bereiten sich einstweilen in Basel auf den Beruf der Missionstätigkeit vor.

Der „Bote aus Zion“ bittet in seinem Leitartikel im Novemberheft, dem Syrischen Waisenhaus das Vertrauen nicht zu entziehen. Die englische Regierung habe erklärt, daß die Fernhaltung der deutschen Missionare von ihren Arbeitsfeldern nur eine vorübergehende Maßregel bedeute. Der Goßnerschen Mission in Indien sei das bestimmt erklärt worden. Gelte das schon für Indien, so werde es um so mehr für Palästina gelten müssen. Die Arbeit sei dort ebenso wie in Indien amerikanischen Missionen übertragen worden, aber unter der Bedingung, daß das Eigentumsrecht der deutschen Missionen in keiner Weise angetastet werde, daß Änderungen des bisherigen Missionsbetriebes nicht vorgenommen würden, daß endlich die Arbeit im Einvernehmen mit der bisherigen deutschen Missionsleitung fortgeführt würden. Was die amerikanische Mission an Geld dafür vorauslagte, müßten die deutschen Missionen später wieder ersetzen, die Rückzahlung brauche aber erst zu erfolgen, wenn der Kursstand der Mark das wieder gestatte.

Christiania. Deutsche Gemeinde. Die deutsche Gemeinde sammelt für eine neue Orgel. Zu dem alten Fonds von 400 Kronen sind jetzt neue 1100 Kronen gestiftet worden. Um eine Orgel von etwa 10 Stimmen kaufen zu können, braucht die Gemeinde 5000 Kronen, was etwa 30 000 Mark entspricht. Spenden werden an Herrn Mehlhorn, Drammensveien 8, erbeten.

Die Deutsch-Evangelische Gemeinde in Marseille, die der Gustav-Adolf-Verein seit 1846 in Pflege hatte, konnte sich, wie wir den Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins entnehmen, obwohl sie von einem Schweizer Pfarrer bedient wurde, nicht erhalten und wurde vorläufig durch eine „Schweizer protestantische Kirche Marseilles“ mit einem französisch sprechenden Schweizer Pfarrer ersetzt.

Zusammenkunft baltischer Pastoren.

Mitte Oktober versammelten sich in Berlin die aus ihrer Heimat vertriebenen baltischen Pastoren zu einer Beratung. Der Zentralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins begrüßte sie in einem längeren Schreiben und die Konferenz antwortete mit der Versicherung, daß die Pastoren nicht als gebrochene Existenzen nach Deutschland gekommen seien, sondern als aufrechte Männer, kampferprobt und leibbewährt, nicht um zu trauern, sondern um zu arbeiten, um dem deutschen Volke beizustehen und zu dienen.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Czernowitz wieder deutsche Universität. Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus Budapest melden, das „Czernowitzer Morgenblatt“ berichte, der rumänische Unterrichtskommissar Nistor habe im Einverständnis mit der rumänischen Regierung beschlossen, den deutschen Charakter der Hochschule zum mindesten für die nächsten Jahre wieder herzustellen und die weggesandten Professoren wieder zurückzurufen. Wenn die Nachricht nicht

durch so sehr viele dunklen Stellen gegangen wäre, wenn sie wirklich wahr sein sollte, könnte man sich über diesen großen Erfolg deutscher Wissenschaft ehrlich freuen. Denn eine „Rumänische Universität“ mußte zunächst allen Kennern der Verhältnisse als undenkbar erscheinen.

Wien. Deutsch-ungarische Schulstiftung. Die Schulstiftung versendet ihren neunten Bericht. Zwar wird das Deutschtum Ungarns zerrissen und zersplittert, aber die Schularbeit ist nicht minder nötig als früher, namentlich, da immer neue und erhöhte Stipendien nötig werden. Die Befreiung der Schulen von ungarischem Druck hat das verflossene Jahr nach Angabe des Berichts zu einem Jahr ungekannten völkischen Erwachens gemacht. Nur fehlen Schulgebäude und Schulbücher. Der Schulverein will seine bisherigen Schüler, die teils in Siebenbürgen, teils im Banat, teils an den Hochschulen in Wien und Graz ihre Studien fortsetzen, nicht verlassen. Die neuen Staaten gestatten die Errichtung deutscher Schulen, falls sie von den Gründern erhalten werden. So fordert der deutsch-ungarische Kulturrat seine Freunde auf, seinem Konto der deutsch-ungarischen Schulstiftung bei der Zentralbank deutscher Sparkassen in Wien, Am Hof Nr. 3, weitere Mittel zuzuführen.

Deutsches Schulwesen in Südamerika.

Grundlegende Fragen des deutschen Schulwesens in Südamerika erörtern zwei Veröffentlichungen des Deutschen Lehrervereins Buenos Aires. Max Wilfert, der Vorsitzende des Vereins, überblickt vom Standpunkt des Jahres 1917 aus die Geschichte der deutschen Schulen im Kriege und wägt ihre Zukunftsaussichten ab (Die deutsche Auslandsschule in Südamerika und der Krieg. Buenos Aires 1918). Einen Rückgang der Schülerzahl unter der Einwirkung der politischen Verhältnisse kann, der Verfasser nicht feststellen; er befürchtet aber eine Schwächung des deutschen Schulwesens von außen durch die zunehmenden Nationalisierungsbestrebungen der südamerikanischen Staaten, von innen durch den als Kriegsfolge zu erwartenden Mangel an hochwertigen Lehrkräften. Wenn die erste Gefahr sich nur durch Anpassung an billige Forderungen des Wirtsstaates bannen läßt, so möchte Wilfert die zweite durch ein engeres Zusammenwirken des Mutterlandes mit den deutschen Auslandsschulgemeinden behoben wissen, das sich vor allem in der kräftigeren finanziellen Unterstützung zu zeigen habe. Zunächst müßten die Reichszuschüsse ganz allgemein erhöht werden, sodann sollte die Einführung von Gehaltsstufen, Versorgungsansprüchen und angemessenen Verträgen nach dem Muster der Heimat die Stellung jedes einzelnen Lehrers wirtschaftlich derartig sichern und Beurlaubungen sowie Heimatkurse seine Ausbildung auf einer solchen Höhe halten, daß er seine Aufgabe als Kulturträger auf die Dauer zu erfüllen vermöge. — Bei dem starken Auswanderungsdrang auch der geistigen Arbeiter ist ein Lehrermangel heute nicht mehr zu befürchten; andererseits wird bei der heutigen Lage des Reichs die wirtschaftliche Besserstellung der Auslandslehrer noch mehr als im Kriege Aufgabe der Auslandsdeutschen selbst sein.

Die nach der deutschen Revolution verfaßten „Reformvorschläge“ Hugo Dörsings (Die deutschen Schulen in Buenos Aires. Buenos Aires 1919) fußen bereits auf den veränderten Voraussetzungen. Sie bewegen sich aus nationalen wie aus sozialen Gründen in der Richtung der auch bei uns erstrebten Einheitschule und eines einheitlichen, keine Klassenunterschiede fördernden Lehrstandes. Für die besonderen Verhältnisse in Buenos Aires schlägt der Verfasser die Zusammenfassung der

einzelnen deutschen Anstalten zu einem einheitlichen, vom Kindergarten bis zur Oberrealschule organisch aufgebauten Ganzen vor und regt zum stärkeren Ausbau der Selbstständigkeit der Schulgemeinde in verwaltungs- wie finanztechnischer Hinsicht an. Unsere besondere Beachtung verdienen die Vorschläge des Verfassers, die schulentlassene Jugend dem Deutschum zu erhalten. Wertvolle Winke hierfür gibt auch die nach wie vor zeitgemäße Schrift von Friedrich von Borstel (Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer. Hamburg 1917, Boysen), die wir an anderer Stelle dieses Heftes besprochen haben.

Cordoba. Deutsche Schule. Die Deutsche Schule in Cordoba, die an der Pflege des Deutschums in Argentinien und am Fortschritt des deutsch-nationalen Schulwesens von jeher lebhaften Anteil genommen hat, blickt nunmehr auf ein 20jähriges Bestehen zurück.

Aus diesem Anlaß hat ihr Leiter, Herr Wilhelm Burklin, eine geschmackvoll ausgestattete, mit guten Bildern versehene Denkschrift herausgegeben.

Santiago (Chile). An der deutschen Schule haben sich wesentliche Veränderungen kaum zugetragen. Wir hatten wie immer Finanzsorgen und kämpften daher mit Schwierigkeiten bei Besetzung der Lehrerstellen und den Neueinstellungen derjenigen Lehrer, deren Verträge abgelaufen waren. Schließlich hat sich aber alles zufriedenstellend geregelt. Zwei Lehrer kehren demnächst nach Deutschland zurück, und es muß Ersatz geschaffen werden. Die Zahl der Schüler ist seit 1914 ungefähr stabil geblieben.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien, Hilfsverein für Deutsch-Böhmen und Sudetenländer. Der Hilfsverein veröffentlicht im Selbstverlag ein kleines Programmheft, das zunächst ein Merkblatt für die deutsch-böhmischen und sudetenländischen Heimatgenossen enthält. Auch für die deutsche Nation müsse es ewiges Gesetz sein: Ein Gott, ein Volk, ein Reich. Die Freiheit der Entwicklung könne dem Deutschum nicht dauernd vorenthalten werden. Ein unterjochtes Deutsch-Böhmen. Sudetenland und Südmähren müßte aus politischen, nationalen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen der Hebel zu einem kommenden Entscheidungskrieg um Sein oder Nichtsein des Deutschums in Europa sein. Massenbewegung und Massenglaube fordere das demokratische Zeitalter. Ehrenpflicht sei es für das nationale Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit des Heimatlandes materielle Opfer zu bringen. Das Heftchen enthält weiterhin die Satzungen des Hilfsvereins und seiner Zweigstellen, sowie die Geschäftsordnung des Hauptvereins.

Budapest, Deutscher gesellschaftlicher Verein Eintracht. Der Verein besteht nunmehr seit über 54 Jahren, Vorträge heiteren und ernsten Inhalts und musikalische Darbietungen werden auf den Monatsversammlungen geboten und sollen das gesellschaftliche Zusammenleben der Deutschen stärken. Die Hauptveranstaltung des Vereins ist das Faschingsvergnügen. Der Verein verfügt über einen eigenen Sängerkor, die sogenannte Helmgemeinde, die vierstimmigen Männerchor pflegt. In seiner Blütezeit hat dieser Chor auch kleinere Opern und Oratorien aufgeführt. Derzeitiger Vorstand des Vereins ist Herr Otto Löhnig.

Budapest. Verein der Reichsdeutschen in Budapest. Der Verein ist im Jahre 1895 begründet worden; zu den Gründern

gehört der jetzige Vorsitzende Ingenieur Wilhelm Raabe. Zweck des Vereins ist die gesellschaftliche Zusammenfassung aller Reichsdeutschen. Der Verein hat die reichsdeutsche Schule begründet, die sich aus kleinen Anfängen zur neunklassigen Mittelschule entwickelt hat und deren Verwaltung seit einigen Jahren einem eigenen Verein, „Reichsdeutsche Schule in Budapest“, unterliegt. Der Verein der Reichsdeutschen hat ferner ein Heim für deutsche Erzieherinnen und Lehrerinnen begründet und endlich ein deutsches Waisenhaus ins Leben gerufen. Er entfaltet schließlich eine rege Tätigkeit zugunsten der Verarmten der reichsdeutschen Kolonie und durchreisender armer Landsleute. Er hat zugunsten der reichsdeutschen und ungarischen Krieger eine allgemein als vorbildlich anerkannte Kriegsfürsorgetätigkeit entwickelt. Der Verein zählt ungefähr 400 Mitglieder, darunter ein Drittel Österreicher.

Budapest. Siebenbürgischer Verein Transsylvania. Der Verein ist bald drei Jahre alt. Er ist der Sammelpunkt der Siebenbürger Sachsen und unterstützt hauptsächlich die notleidenden Landsleute in Budapest. Familienausflüge und Monatsveranstaltungen dienen der Pflege der Geselligkeit. Der Staatsmann Inspektor Dr. Viktor Forfata ist Vorsitzender.

Budapest. Landsmannschaft der Batschkaer Volksgenossen. Die Landsmannschaft ist auf Anregung des Bankbeamten Erlmann im Dezember 1918 begründet worden. Sie will alle Batschka-Deutschen zusammenfassen, um gegen die gewaltsame Lostrennung der Heimat von Ungarn zu protestieren. Vorsitzender war Jakob Gfrerer. An der Tätigkeit der Landsmannschaft beteiligte sich auch zur Zeit des Karolyi-Regiments der Ministerialrat im Auswärtigen Amt, Dr. Jungerth, eifrigst. Die Landsmannschaft hat sich stets dem Parteigetriebe ferngehalten und hat beschlossen, es auch fernerhin zu tun. Eine Abordnung hat bei dem Ententelegierten Sir Clerk vorgesprochen und gegen die Abtrennung des Batschkaer Gebietes protestiert. Nach dem Tode Gfrerers führt Professor Dr. Hoffmann die Geschäfte.

Budapest. Deutscher Kulturbund. Der Deutsche Kulturbund für Ungarn hat am 21. Okt. v. J. einstimmig seine Neugründung beschlossen und seine Satzungen zur Regierungsgenehmigung dem Innenminister vorgelegt. Der päpstliche Hausprälat und Domkapitular Dr. Alexander Gießwein ist zum Bundesvorsitzenden gewählt worden.

Budapest. Vereinigung der Banater Schwaben. Die Vereinigung ist erst am 24. November 1919 begründet, um das ungarländische Schwabentum in überlieferter Treue zu Ungarn zur Lösung seiner gemeinnützigen Aufgaben in eine Einheit zusammenzufassen. Patentamtsrichter Dr. Kayser wurde zum Vorsitzenden gewählt.

Budapest. Vereinigung der ostdeutschen Hochschüler. Die am 29. November 1918 begründete Vereinigung will die ganze Hochschuljugend der Deutschen im Osten umfassen und ihre Mitglieder auf die völkische und kulturpolitische Betätigung im praktischen Leben vorbereiten. Das Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit soll besonders geweckt werden. Auch die Geselligkeit soll gepflegt werden. Die Vereinigung will auch ihre Mitglieder zur Veranstaltung von Wandervorträgen auf das Land entsenden, um so praktische Arbeit zu leisten.

Budapest. Deutsche Landsmannschaft für Westungarn. Die Vereinigung wurde am 2. Dez. 1919 von Zahnarzt Dr. Landgraf begründet, der einen Rückblick auf die deutsche Bewegung in Ungarn gab und betonte, daß es Pflicht jedes deutschen Mannes sei, sich zu organisieren und für sein Volkstum zu kämpfen. Die jüngst erschienene Regierungsverordnung beweise, daß das

Magyarentum auf die Anerkennung der Volksrechte der Deutschen bedacht sei.

Christiania. Deutsche Gesellschaft. Bei der 29. Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft am 17. November wurden die vorgelegten Jahres- und Kassenberichte genehmigt und die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Die Gesellschaft zählt zur Zeit 1 Ehrevorsitzenden, 7 Ehrenmitglieder und 52 ordentliche Mitglieder.

Christiania. Deutscher Verein (Germania und Loreley). Der Deutsche Verein verfügt jetzt für seine Zusammenkünfte über neue Räume im Café Fortuna, Brogate 7; dort finden an allen Mittwoch Abenden die Zusammenkünfte statt. Am 26. Dezember feierte man das übliche Weihnachtsfest für alle Deutschen Christianias. Es begann mit einer Feier für Kinder, der sich später ein Tanzvergnügen der Erwachsenen anschloß.

Helsingfors. Hier hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet, die ein „Deutsches Haus“ errichten will. Das Haus soll die deutsche Schule beherbergen sowie den deutschen Vereinen einen Versammlungs- und Arbeitsort gewähren. Dem Deutschum in Finnland würde durch ein solches Haus eine starke Stütze bereitet. Dem Deutschum begegnet man überall in Finnland mit Interesse und Liebe. So berichtet Wiborgs Nyheter vom 5. Dezember, daß zwei deutsche Lichtbildervorträge über Rembrandt und Ludwig Richter ein dankbares und zufriedenes Publikum gefunden hätten.

Buenos Aires. Deutscher Hilfsverein. Der Deutsche Hilfsverein in Buenos Aires veröffentlicht seinen Bericht über den Monat Oktober 1919. Nach diesem wohnten während dieses Monats in dem vom Verein unterhaltenem Deutschen Männerheim 23 Mann mit 487 Verpflegungstagen. Die Unterhaltungskosten beliefen sich auf 146.49 Pesos. Die 6 Pensionäre bezahlten 57.40 Pesos an Pensionsgeldern.

Außerhalb des Heims wurden 153 Personen unterstützt, darunter 20 Familien mit 188 Köpfen. Die Unterstützungen in bar betrugen 332.77 Pesos, wovon 82 Pesos aus Europa eingewanderte Landsleute erhielten. Die gewährten Darlehen beliefen sich auf 152.92 Pesos. Zurückgezahlt von früher gewährten Darlehen wurden 22.60 Pesos. Die Gesamtausgaben betrugen 814.50 Pesos.

Buenos Aires. Abschiedsfeier für die Besatzung der „Dresden“ und des „Seeadler“. Der deutsche Flottenverein am La Plata, der deutsche Kriegerverein, der deutsche Männergesangsverein, der Gesangsverein Germania und der neue deutsche Turnverein veranstalteten mit Unterstützung des deutschen Wirtvereins am Sonntag, den 23. November, eine Abschiedsfeier zu Ehren der in Buenos Aires weilenden deutschen Offiziere und Mannschaften. Der Unteroffiziersgesangsverein der Dresden und die Turnabteilung der Dresdenmannschaften wetteiferten mit den Angehörigen der Vereine in beifällig aufgenommenen Darbietungen.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Preis ausschreiben.

Der Bund der Auslandsdeutschen E. V., Berlin W. 10, Rauchstrasse 23, Fernsprecher Lützow 4644 und 6254, schreibt einen Preis von 300 Mark aus für den besten Werbespruch, der die Bundesziele in schöner, kurzer, volkstümlicher Form zusammenfaßt.

Diese Ziele sind: Förderung der Auslandsdeutschen; Festhalten am deutschen Volkstum; Friede mit allen, die guten Willens sind.

Das Preisgericht besteht aus: 1. Herrn Geheimrat Dr. Borchart, Kairo, zur Zeit in Berlin; 2. Herrn Schriftsteller Dr. Rudolf Presber, Berlin; 3. Herrn Redakteur Paul Block, Berlin.

Mit der Zahlung des Preises gehen alle Rechte an dem preisgekrönten Spruch auf den Bund über.

Die Einsendungen sind mit der Aufschrift „Preisbewerbung“ und ausserdem mit einem Kennwort zu bezeichnen. Name und Adresse des Bewerbers sind in verschlossenem, ausser mit dem gleichen Kennwort versehenem Umschlag beizufügen.

Schluss der Einsendungen: 29. Februar 1920.

Die Bundeszentrale teilt mit: Eine Auskunftsstelle für Auswanderungsfragen bei der Bundeszentrale besteht bisher noch nicht. Alle auf Auswanderungsauskunft bezügliche Anfragen müssen daher an andere Stellen weitergeleitet werden. Das macht unverhältnismäßig viel Mühe und Arbeit, wir bitten also unsere Mitglieder auch im eigenen Interesse, sich gleich unmittelbar an die zuständigen Stellen, an das Reichswanderungsamt und seine Zweigstellen im ganzen Reiche oder an die Auswandererberatungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart zu wenden, von denen Auskünfte jeder Art über Auswanderungswesen kostenlos erteilt werden. Eine Liste aller Auskunftsstellen geht den Ortsgruppen des Bundes zu und kann dort eingesehen werden.

VON DEN LANDESVERBÄNDEN

Landesverband Preußen.

Am 1. November fand eine Besprechung von Vertretern der verschiedenen Fremdländer-Abteilungen des Bundes statt, die Herr Dr. Juttke leitete. Es wurde beschlossen, einen provisorischen Landesverband Preußen und eine provisorische Ortsgruppe Berlin zu begründen. Dr. Linde (China), Petersen (Rußland), Spiecker (England) und Gebhard (Frankreich) wurden in den provisorischen Vorstand der Ortsgruppe Berlin gewählt, in den provisorischen Vorstand des Landesverbandes wurden dieselben Herren und zu ihnen noch die Herren Schallert (Rußland) und Alexander (Belgien) gewählt. Ein Platz sollte der Abteilung Italien offen bleiben, Herr Schallert sollte einstweilen den Vorsitz führen. Es wurde beschlossen, alsbald eine konstituierende Vertreterversammlung einzuberufen, bei der auf je angefangene 60 Mitglieder eine Stimme entfallen sollte. Am Sonntag, den 30. November, fand sodann in den Räumen des Bundes die Vertreterversammlung statt, bei der der provisorische Vorstand und Vertreter der Ortsgruppen, insgesamt 50 Personen, anwesend waren. Vertreten waren die Ortsgruppen Quedlinburg, Wesel, Merseburg, Kassel, Hannover, Halle, Frankfurt a. M., Berlin, Köln, Essen, Elberfeld-Barmen, Gelsenkirchen, Hagen, Königsberg, Magdeburg, Sorau, Erfurt, Dessau, Hamburg, Remscheid, Düsseldorf, Dortmund. Der Vorsitzende, Herr Schallert, gab bekannt, daß sich die Ortsgruppe Berlin am 29. November endgültig gebildet habe. Als Vertreter ohne Stimmberechtigung nahm an der Sitzung Herr Lobusch-Hamburg teil in Anbetracht der Tatsache, daß der Landesverband Nordwestdeutschland auch preußisches Gebiet umfasse. Es wurde einstimmig festgestellt, daß bei der Aufnahme von Mitgliedern das 20. Lebensjahr als Altersgrenze zu gelten habe. Nach der Feststellung der Vertreterliste sprach sich Herr Wenzel-Barmen für eine Dezentralisation aus, während Herr Ackermann für straffe Zentralisation eintrat. Ihm schlossen sich die meisten Redner an. Der Vorsitzende betonte, es sollten

in ganz Preußen, bei den größeren Ortsgruppen Geschäftsstellen errichtet werden, die zur Entlastung der Landeszentrale dienen sollten. Einstimmig wurde sodann unter großem Beifall die Gründung des Landesverbands Preußen vollzogen. Eine Kommission zur Durchberatung des vorliegenden Satzungsentwurfes für den Landesverband wurde gewählt, deren Vorsitz Geheimrat Dr. Borchardt übernahm. Die Vertreterversammlung vertagte sich sodann, um der Kommission Zeit zur Beratung zu lassen. Die Kommission führte die Beratung durch, änderte den vorliegenden Entwurf nur in wenigen textlichen Absätzen um, die Vertreterversammlung trat dann zu einer Abendsitzung nochmals zusammen. Der Vorschlag des Herrn Wenzel-Barmen, Wanderversammlungen zu veranstalten, fand keine Zustimmung. Man besprach sodann die Frage, ob eine Personalunion in den Ämtern der Bundesleitung und der Leitung des Landesverbandes Preußen, wie auch der Ortsgruppe Berlin nützlich und möglich sei, wobei Herr Handelsrichter Behrend hervorhob, daß trotz der riesigen Arbeitskraft des Bundesvorsitzenden die Übernahme mehrerer Ämter doch seine Leistungsfähigkeit übersteigen müsse. Es wurde von der Versammlung auch die Teilung der Ämter beschlossen, und die Herren Schallert als erster Vorsitzender, Spiecker als stellvertretender Vorsitzender, Gebhard als erster Schriftführer, Alexander als zweiter Schriftführer, Dr. Linde als Schatzmeister wurden einstimmig gewählt. Eine baldige Lösung der Frage der Geschäftsstellen wurde in Aussicht gestellt.

Landesverband Nordwestdeutschland, Sitz Hamburg. Am 20. Dezember fand im Hotel Deutsches Haus, Hamburg, eine Vertreterversammlung des Landesverbandes Nordwestdeutschland statt, zu der die folgenden Ortsgruppen und Landesabteilungen Vertreter entsandt hatten: Ortsgruppe Groß-Hamburg; Abteilung Großbritannien, Irland und Kolonien, Abteilung Frankreich, Abteilung Rußland, Abteilung Belgien, Abteilung Portugal, die Ortsgruppen Lübeck, Wilhelmshaven-Rüstringen, Flensburg, Kiel, Güstrow und Itzehoe. Aus dem von Herrn Herrmann erstatteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Gründung einer Reihe weiterer Ortsgruppen im Gebiete des Landesverbandes in Vorbereitung ist. Zur Prüfung des Kassenberichts wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Rehtmeyer und Grothe, Hamburg, und Unckenbalt, Wilhelmshaven-Rüstringen, gewählt. Die vorläufige Satzung wurde mit der Abänderung, daß Verbandssammlungen von einem Zehntel der Mitglieder einberufen werden können, endgültig genehmigt. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Pohl, Hamburg, 1. Vorsitzender; Metz, Hamburg, 2. Vorsitzender; Lobusch, Hamburg, Kassierer; Konsul Heuer, Hamburg, Schriftführer; Jerosch-Herold, Hamburg, Beisitzer. Außerdem wurden als Beisitzer in den Vorstand gewählt die Herren Farnow, Güstrow, Unckenbalt, Wilhelmshaven, Schaper, Kiel, Meuel, Lübeck, Rehtmeyer, Baensch, Kühl, Hohly, Mösing, Hecking und Uhlmann, Hamburg.

Landesverband Nordwestdeutschland. Am 12. Dezember fand in Lübeck eine gut besuchte Versammlung der Ortsgruppe statt, in der Herr P. Herrmann, Hamburg, einen Vortrag über die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges hielt. Im Anschluß daran wurde eine viergliedrige Kommission zur Entgegennahme und ersten Durchsicht der demnächst neu einzureichenden Schadenersatzformulare gewählt, die aus folgenden Herren besteht: Karl Meuel,

England, Ernst Vorkamp, Frankreich, Joh. Loß, Rußland, Adolf Wältjen, Seemann. Der Vorsitzende der Ortsgruppe ist Herr Karl Meuel, Lübeck, Sophienstr. 4 a.

Von den Ortsgruppen.

Berlin, Abteilung Ägypten. In der letzten Monatsversammlung, die am 6. Dezember 1919, im Weihenstephan, Berlin W, Schöneberger Ufer, an der Potsdamer Brücke, stattfand, berichtete der Vorsitzende zunächst über Organisationsfragen. Er teilte mit, daß der Landesverband Preußen und die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Auslandsdeutschen nunmehr gegründet seien. Dann wies er auf die Wichtigkeit des Nachrichtenblattes des Bundes der Auslandsdeutschen hin, das nur noch bis Ende des Jahres gratis verteilt werden könne. Von da ab müsse Postabonnement eintreten. Bei der Bedeutung dieses Nachrichtenblattes für jeden Auslandsdeutschen sei es zweckmäßig, daß jedes Mitglied der Abteilung abonniere. Um das Abonnement zu erleichtern, wird die Abteilung die Bestellung für ihre Mitglieder in die Hand nehmen.

Sodann berichtete der Vorsitzende über die Rückkehr der Gefangenen aus Malta. Das für ihre Abholung bestimmte Schiff Reschid-Pascha ist anderweitig — anscheinend zu Truppentransporten nach Ägypten — verwandt worden. Unter den Gefangenen in Malta entstanden wegen der Verzögerung in der Heimtschaffung große Unruhen, so daß sich der Lagerkommandant entschloß, vorläufig diejenigen, die auf eigene Kosten abreisen konnten — es waren rund 40 Mann — auf dem Wege über Italien nach Deutschland reisen zu lassen. Diese bildeten aus ihrem Kreise einen Ausschuß, der die Abholung der übrigen energisch betreiben sollte. Die zuständigen deutschen Regierungsstellen bestimmten zuerst, daß die Malta-gefangenen möglichst schnell in drei Gruppen durch Italien durchgeführt werden sollen. In letzter Stunde wurde diese Bestimmung aber umgeworfen, und die Gefangenen — 1162 an der Zahl —, darunter 330 Ägypten-Deutsche, wurden nach den bisher vorliegenden Berichten am 1. oder 2. Dezember auf der Semiramis in Malta eingeschifft und sollen über Venedig nach Innsbruck gebracht werden. Hier soll sie am 9. Dezember ein deutscher Zug erwarten. Von der Abteilung aus wurde zu ihrem Empfang und zur Verteilung der gesammelten Beihilfen an die Bedürftigsten Herr Herold (Alexandrien) entsandt, der sich in München Herr Geheimrat Keller, der vom Auswärtigen Amt mit der Übernahme der Gefangenen betraut ist, anschließen wird. Herr Herold hat am Abend des 6. Dezember Berlin verlassen. Er nahm aus der Versammlung noch schriftliche Mitteilungen an Zurückkehrende mit. Zu bemerken ist noch, daß es in letzter Stunde gelungen ist, von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene eine Summe zur Verteilung von Beihilfen an die Zurückkehrenden zu erhalten.

Endlich besprach der Vorsitzende die Richtlinien und die Bekanntmachung über die Vorentscheidung. Er machte besonders darauf aufmerksam, daß es nicht nötig sei, die Stellung der Anträge zu überhasten. Es werde jedem Mitglied zur rechten Zeit der Vordruck für den Antrag von der Abteilung aus zugesandt werden. Bei Besprechung der Währungsfrage (§ 14) wies der Vorsitzende auf das Rechtsgutachten des Prof. Schücking hin und betonte, daß die Schlüsse, zu denen dieser angesehene Rechtslehrer gekommen ist, sich zwar mit den Ansichten aller Auslandsdeutschen decken, daß es aber keineswegs feststehe, daß sie auch den Ansichten der Regierung entsprechen. Es werde noch viele Kämpfe kosten, bis die Auslandsdeutschen in der Währungsfrage ihr Recht durchgesetzt haben.

Nach Schluß der Tagesordnung berichteten zwei aus der Gefangenschaft soeben Zurückgekehrte kurz über ihre Erlebnisse.

Es wurde dabei erwähnt, daß in den verschiedenen Gefangenennagern eine Prüfung von Anträgen auf Rückkehr nach Ägypten von englisch-ägyptischen Beamten vorgenommen worden ist. In den ägyptischen Lagern sollen rund 170 Anträge von Österreichern und wenige Anträge von Deutschen genehmigt worden sein. Die Genehmigung für Deutsche wurde in letzter Minute jedoch zurückgezogen. Bei der Genehmigung der Anträge wurden gewisse Kategorien von Gefangenen (Kellner und Friseur) von vornherein ausgeschlossen. Bei den anderen war zur Bedingung gemacht, daß sie in Ägypten Unterkunft und Unterhalt hätten. Eine andere Bedingung, daß sie keine Arbeit annehmen dürften, wurde zurückgezogen. Jedoch scheint es richtig zu sein, daß ihnen verboten ist, selbständig für eigene Rechnung zu arbeiten, d. h. also, ihr eigenes Geschäft aufzumachen.

Berlin, Ortsgruppe Abteilung Rumänien. In der Sitzung der Abteilung Rumänien vom 8. Dezember gab der Vorsitzende, Handelsrichter Behrendt, zunächst einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Flüchtlingsausschusses seit seinem Übergang als Abteilung Rumänien in den Bund der Auslandsdeutschen. Die Abteilung konnte in erfreulicher Weise ihren Aufgaben gerecht werden, die sich bisher insbesondere auf das Gebiet der Hilfe erstreckten. Es wurden im ganzen 206 Darlehen in Höhe von 184 000 Mark bewilligt, eine stattliche Summe im Verhältnis zu der Mitgliederzahl der Abteilung.

Im weiteren Verlauf brachte er auf allgemeinen Wunsch der Anwesenden die Richtlinien für das Vorentscheidungsverfahren der Auslandsdeutschen sowie die Bekanntmachung betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland zur Verlesung. Er teilte mit, daß der Reichsminister für Wiederaufbau den Bund der Auslandsdeutschen und den Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen als Interessenvertretungen anerkannt habe, mit dem Vorentscheidungsverfahren selbst werde spätestens im Januar begonnen werden können. Er erläuterte dann ausführlich die Art, in der die Vorprüfungen und Auszahlungen stattfinden werden, sprach anschließend über die innere Organisation des Bundes, soweit diese für die Vorentscheidungen in Betracht kommt und über die damit eng zusammenhängende Frage der Zentralisation und Dezentralisation.

Mit dem Vorschlag einer Entsendung des Vorsitzenden und seines ersten Stellvertreters in den neuerrichteten Landesverband Preußen sowie in die Ortsgruppe Berlin erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Zum Schluß dankte der erste stellvertretende Vorsitzende im Namen aller dem Deutsch-Rumänischen Wirtschaftsverband und dessen Vorstand für seine bisherige selbstlose Hilfe für die rumänischen Flüchtlinge, die vielen zum Segen gereicht habe.

Berlin, Ortsgruppe Abteilung Rußland. Die 110. Versammlung der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, die am 21. Oktober 1919 stattfand und die wiederum überfüllt war, leitete Herr Borchardt-Moskau. Herr Schallert referierte über den damaligen Stand der Vorentscheidungsfrage, Herr Herrmann Koch aus Petersburg berichtete über die Vorarbeiten des Bundes der Auslandsdeutschen, über den dann Herr Schallert noch eingehend sprach. 200 zahlende neue Mitglieder traten an diesem Abend der Abteilung bei. Die 111. Versammlung vom 17. November war wiederum außerordentlich zahlreich besucht, obgleich an ihr nur Mitglieder des Bundes teilnehmen durften. Abermals trugen sich 200 neue Mitglieder in die Listen ein. Der Vorsitzende, Herr Borchardt, widmete warme Worte des Dankes

dem bisherigen Leiter des Ausschusses, Herrn Karl Lenz aus Riga, der wegen seiner Ermüdung und Ueberarbeitung aus dem Ausschusse ausgetreten sei, nachdem er lange Jahre Tag und Nacht zum Wohle der Russen-Deutschen gearbeitet habe. Die Anwesenden erhoben sich zum Zeichen der Dankbarkeit von ihren Sitzen. Herr Schallert referierte abermals über die Frage der Organisation des Bundes und seiner Landesgruppen, über den Stand der Entschädigungsfrage; Herr Koch sprach über den Aufbau der Vorentscheidungsbehörde.

Berlin, Ortsgruppe. Abteilung Türkei. Am 15. Dezember fand in den Räumen der Bundeszentrale eine Versammlung der in Berlin anwesenden Deutschen aus der Türkei statt. Von sämtlichen Anwesenden wurde beschlossen, eine Abteilung Türkei der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Auslandsdeutschen zu gründen, die analog den schon bestehenden Abteilungen anderer Fremdländer die Interessen der Deutsch-Türken bearbeiten und sie beim Bunde vertreten soll. Direktor Kaufmann 1. Vorsitzender, Regierungsbaumeister Radermacher stellvertretender Vorsitzender, die Herren Kreußel Schatzmeister, Meyer Schriftführer, Beuerle, Kaps und Löffler Beisitzer.

Zuschriften sind zu richten an: Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung Türkei, Herrn Direktor Kaufmann, Berlin, Mauerstraße 39, Deutsche Bank, Orientabteilung.

Dresden, Ortsgruppe. Die Ortsgruppe hat ihren Sitz Kaitzerstraße 14. In der Ortsgruppe hielt Dr. med. v. Kugelgen einen Vortrag über Auslandsdeutschtum und Bodenreform.

Duisburg, Ortsgruppe. In Anwesenheit von 100 Mitgliedern hielt die Ortsgruppe ihre zweite konstituierende Sitzung ab. Dr. Hinsen kamp-Essen erstattete Bericht über die Berliner Bundestagung und über den Stand der Entschädigungsfrage. Die Sitzung brachte 50 neue Anmeldungen, so daß die Mitgliederzahl auf 200 gestiegen ist. Mitgliederversammlungen finden am Sonntag nach jedem Monatsersten 11 Uhr vormittags im Reichshof statt. Auslandsdeutsche und ehemalige Zivilgefangene sind dazu eingeladen.

Frankfurt a. M. Ortsgruppe. In der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 30. November wurde beschlossen, den Namen „Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland“ in „Bund der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Frankfurt a. M.“ abzuändern. Die Herren Trier, Hattensaur und Cayard konnten leider wegen Arbeitsüberhäufung oder Wegzugs eine weitere Arbeit im Vorstand nicht mehr übernehmen. Die Neuwahl des Vorstands ergab die Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden, Herrn L. Bessels, und des 2. Vorsitzenden, Chr. Goebel; zum Schriftführer wurde Herr Hellmann, zum Schatzmeister Herr W. Kirch gewählt. Der Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien hat einstimmig seinen Beitritt zur Ortsgruppe des Bundes beschlossen. Die Mitgliederversammlung findet künftig jeden ersten Dienstag im Monat im Restaurant Stoch, Saalgaße 1, statt.

Hannover, Ortsgruppe. Mehr als 700 Personen hatten sich zu der unter dem Vorsitz von Kaufmann Rommel tagenden letzten Versammlung im Volksheim eingefunden. Es wurde Bericht über die Entschädigungs- und Wiederaufbaufrage erstattet. Der Vorstand nimmt Anmeldungen für den Rücktransport von in England lagernden Sachen entgegen, er hat mit einer Hamburger Firma einen Vertrag darüber geschlossen. Herr Spiecker von der Bundesleitung in Berlin sprach über die wirtschaftliche Lage der Auslandsdeutschen und ehemaligen

Zivilgefangenen und über die Zukunft des Auslanddeutschtums. Er betonte besonders die Verpflichtung des Reichs zur vollen Entschädigung der Auslandsdeutschen. Die Auszahlung der Vorentscheidungen werde in etwa 8 Wochen beginnen können. In der Besprechung ergriffen auch der anwesende Vertreter der Provinzialfürsorgestelle Dr. Weber, sowie Magistratsobersekretär Sondergeld das Wort, um ihr warmes Interesse für das Auslandsdeutschtum und für die Flüchtlinge zu bekunden.

Hannover. Ortsgruppe. Am 17. Dezember fand die erste zahlreich besuchte Versammlung der Untergruppe Belgien des Bundes der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Hannover, statt. Zunächst wurden zu Obmännern der Untergruppe von der Versammlung die Herren Fabrikant Robert Hölzer (Brüssel) und Buchhändler Fritz Heusinkveld (Antwerpen) durch Zuruf gewählt. Es wurde bekannt gemacht, daß am 3. Januar eine Weihnachtsfeier für die Kinder der Auslandsdeutschen stattfinden soll, zu der freiwillige Gaben gezeichnet wurden. Es entspann sich eine angeregte Aussprache über die von der Regierung zugesagte Vorentscheidung.

Königsberg. Ortsgruppe. In der letzten Versammlung machte der neue Vorsitzende Struwe Mitteilung über die Entschädigungsfrage und über die Begründung des Landesverbandes Preußen des Bundes, dem rund 60 000 Mitglieder angehören. Die gesamten Landesverbände zählten jetzt 200 000 Mitglieder. In Königsberg wird eine besondere Geschäftsstelle errichtet werden. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache über die Staats- und Gemeindesteuerpflicht der Auslandsdeutschen an.

Wilhelmshaven. Ortsgruppe. Durch Herrn Prof. Schulte ist der Ortsgruppe im Namen des Stammtisches Leuchtturm eine Summe von 2000 Mark in Kriegsanleihe zum Geschenk gemacht worden. Der verbindliche Dank der Ortsgruppe und des Bundes wurde den Spendern bereits ausgesprochen. Wir wünschen allen anderen Ortsgruppen derartig tatkräftige Förderer.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Von den Elsaß-Lothringern.

Verschiedene Zeitungen melden, daß das Reich die von Unterstaatssekretär Lewald in der Nationalversammlung angekündigten Zusagen für die Elsaß-Lothringer noch erweitert habe. So werde das Reich die gesamten Kosten für den Rücktransport der Möbel bezahlen, es habe sich auch bereit erklärt, um die Anstellung der vertriebenen Beamten in den Einzelstaaten und Gemeinden zu erleichtern, die Pensionslasten anteilsgemäß zu übernehmen, soweit die Beamten das 35. Lebensjahr überschritten haben.

Zentralausschuß der Deutschen in Belgien. In Berlin fand im Dezember eine Sitzung der deutsch-belgischen Vereinigungen statt, in der folgende Gruppen vertreten waren: Landesverbände Baden und Sachsen, Ortsgruppen Berlin, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt, Köln.

Dr. Barckhausen berichtet über die Tätigkeit des Zentralausschusses im letzten Halbjahr. Er weist darauf hin, daß der inzwischen gegründete Bund der Auslandsdeutschen einen wichtigen Teil der bisher vom Zentralausschuß geleisteten Arbeiten, nämlich die Erledigung der Entschädigungen, übernommen habe. Es entstehe daher die Frage, ob der Zentralausschuß noch weiterhin Existenzberechtigung habe. Außer den Entschädigungsvorarbeiten habe sich der Zentralausschuß in erster Linie mit folgenden Angelegenheiten beschäftigt: Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Beteiligung der Auslandsdeutschen

darin, Steuerfragen, vor allem Reichsnotopfer, sowie anderen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen deutsch-belgischen Fragen. In der Steuerfrage (Reichsnotopfer) habe der Zentralausschuß bisher den Erfolg gehabt, daß alle seine Einzelanträge vom Ausschuß der Nationalversammlung angenommen seien (inzwischen ist der Hauptantrag, der die volle Steuerfreiheit der Auslandsdeutschen von der Reichsvermögensabgabe gewährleistet, gleichfalls durchgedrungen). Der Zentralausschuß habe ferner Verbindungen mit wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Instituten angeknüpft und unmittelbare Beziehungen zu Belgien aufgenommen. Diese Tätigkeit würde für die Zukunft noch wichtiger werden als bisher. In einer in Berlin abgehaltenen Vorbesprechung sei vor einigen Tagen die Meinung zum Ausdruck gekommen, daß der Zentralausschuß im Rahmen des Bundes der Auslandsdeutschen in allen wirtschaftlichen Fragen selbständig seine Arbeit weiterzuführen habe.

In der Diskussion schlossen sich sämtliche Redner diesen Ausführungen an, und nach Sicherstellung der finanziellen Grundlage wird auf Antrag des Herrn Timmermans, Köln, folgender einstimmiger Beschluß gefaßt: „Der Zentralausschuß bleibt bestehen, um die rein belgischen Angelegenheiten, in erster Linie die wirtschaftspolitischen Fragen der Deutsch-Belgier wie bisher zu bearbeiten und eine einheitliche Stellungnahme der belgischen Abteilungen innerhalb des Bundes der Auslandsdeutschen zu sichern. Nach erfolgter Regelung der Ersatzansprüche und sobald der Bund der Auslandsdeutschen die innerdeutsche regionale Gliederung in eine Gliederung nach fremden Ländern umändert, übergibt der Zentralausschuß als belgisches Referat seine Geschäfte dem Bund der Auslandsdeutschen.“

In den Vorstand werden neu- bzw. wiedergewählt die Herren M. Alexander, Berlin, Vorsitzender, A. Zitting, Bremen, R. Levinger, Baden-Baden, A. Imhoff, Düsseldorf, H. Thiele, Berlin, und Dr. E. Barckhausen, Berlin, als geschäftsführendes Mitglied. Die Anschrift bleibt wie bisher: Berlin NW 40, In den Zelten 19.

Berlin. Interessengemeinschaft der aus dem Ausland vertriebenen reichsdeutschen Studierenden nennt sich eine Gruppe studierender Auslandsdeutscher, die sich eine Sammlung der auslandsdeutschen akademischen Jugend zum Ziele setzt und die zum Beitritt einlädt. Vorsitzender ist stud. phil. Bruno von Linde.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Vom Reichsnotopfer.

Obleich die Frage der Heranziehung zum Reichsnotopfer inzwischen durch die Beschlüsse der Nationalversammlung in einem für die Auslandsdeutschen günstigen Sinne erledigt ist, möchten wir auf Wunsch holländischer Auslandsdeutscher nachtragen, daß sich auch dort auf Einladung des Herrn Cabos Auslandsdeutsche versammelt hatten, um gegen die Heranziehung der Auslandsdeutschen zum Notopfer Stellung zu nehmen. Ein gemeinsames Vorgehen mit den Deutschen in der Schweiz wurde besprochen. Eine Einladung an alle Deutschen in Niederland sollte später ergehen.

Schweizer Protest gegen das Reichsnotopfer.

Die Frage des Reichsnotopfers ist zwar, wie die Leser aus unsern Veröffentlichungen wissen, schon zugunsten der Auslandsdeutschen entschieden, wir geben aber des Interesses halber doch hier Kenntnis von einer großen vom Verband der Deutschen in der Schweiz nach Zürich einberufenen

Protestversammlung, die von über 2000 Personen besucht war und einen imponierenden Verlauf nahm. Der Syndikus der deutschen Handelskammer in der Schweiz, Dr. Wirth, war der erste Redner. Nach den „Mitteilungen“ der Handelskammer betonte er, als vor Jahresfrist etwa 15 000 deutsche Männer und Frauen in der Schweiz sich bereit erklärten, an der Gestaltung der Zukunft der deutschen Heimat mitzuarbeiten und zur Erfüllung dieser Aufgabe durch ihre Unterschrift die Erteilung des aktiven Wahlrechts an die Auslandsdeutschen gefordert hätten, habe die Regierung diese Forderung mit Stillschweigen übergangen. Heute aber, da es gelte, die Auslandsdeutschen bis zu 60 % ihres Vermögens zu besteuern, da wolle man wiederum die Auslandsdeutschen selbst nicht hören. Der Redner behandelte eingehend die Frage vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte aus und verwies besonders darauf, daß die Heranziehung der neutralständischen Deutschen zu dem Reichsnotopfer eine Ausnahmestellung dieser Deutschen den übrigen Bewohnern des Gaststaates gegenüber darstellt, welche letztere keine derartigen Abgaben zu zahlen hätten. Der zweite Redner, Universitätsprofessor Dr. ing. Reichel, Zürich, kritisierte den Gesetzentwurf vom rechtlichen, der Professor der Volkswirtschaft an der Universität Zürich Dr. Sieveking vom steuertechnischen Standpunkte aus. Als letzter Redner sprach Schreinermeister Ganzhorn, der betonte, die Auslandsdeutschen wollten ihr Geld nicht hergeben, damit es der Entente in die Hand falle, sondern es sei wirtschaftlicher angelegt, wenn es für die Heimat verbendend tätig sei. Zum Schlusse nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution gegen die Heranziehung der Auslandsdeutschen zum Reichsnotopfer an.

Die „Mitteilungen“ berichten ferner, daß in der Woche vom 2. bis 8. Dezember eine Abordnung der Handelskammer in Berlin mit Regierung und Parteien verhandelte. Das Ergebnis — das inzwischen, wie bekannt, schon wieder durch ein noch weiteres Entgegenkommen der Regierung überholt ist — war, daß alle Auslandsdeutschen, die mindestens 2 Jahre vor Ausbruch des Kriegs im Auslande lebten, von der Entrichtung des Reichsnotopfers befreit bleiben sollten, daß für die übrigen reichliche Befreiungsmöglichkeiten geboten werden sollten. Daran, daß kein besseres Ergebnis erzielt werden könnte, sei, so betonen die „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz“, die bisherige Haltung des „Bundes der Auslandsdeutschen“ zum großen Teil schuld, der bekanntlich unter der Voraussetzung einer Vollentschädigung der Auslandsdeutschen deren Bereitwilligkeit zur Zahlung des Reichsnotopfers aussprach. Die „Mitteilungen“ berichten aber aus den erwähnten Verhandlungen ferner: „Andererseits hat die Regierung erklärt, daß diese Kriegsentschädigungen (der Auslandsdeutschen) möglichst auf der Grundlage der Goldparität ausbezahlt werden.“ Eine Bestätigung dieser Nachricht, die also die Absicht der Regierung zur Entschädigung der Auslandsdeutschen zum heutigen Tageskurs der fremden Währung ausspricht, liegt bisher von anderer Seite noch nicht vor.

Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken. Unter dem 11. Dezember 1919 ist eine Verordnung ergangen und im Reichsgesetzblatt 236 veröffentlicht worden, wonach die Ausfuhr von Kunstwerken ins Ausland der besonderen Genehmigung bedarf, sobald das Kunstwerk in das Verzeichnis derjenigen Werke eingetragen ist, deren Verbringung ins Ausland einen wesentlichen Verlust für den nationalen Kunstbesitz bedeuten würde. Das erwähnte Verzeichnis wird beim Reichsminister des Innern geführt. Die Eintragung in dieses Verzeich-

nis, von der den Beteiligten Kenntnis gegeben wird, muß erfolgen, wenn die Landeszentralbehörden es verlangen. Über die Genehmigung zur Ausfuhr entscheidet dann in jedem Falle der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn ein vom Minister des Innern zu ernennender Ausschuss ihr zustimmt und wenn der materielle Gewinn des Reiches den Kunstverlust rechtfertigt. Es kann an sie die Bedingung der Bezahlung in ausländischer Valuta geknüpft werden. Für Übertretungen wird eine Strafe von bis zu 50 000 Mark oder von Haft festgesetzt. — Für Auslandsdeutsche wird diese neue Verordnung nur wichtig, wenn sie selbst im Besitze von derartigen eingetragenen oder einzutragenden Kunstwerken sein sollten oder kommen sollten, und wenn sie die Absicht hätten, bei Verlegung ihres Wohnsitzes ins Ausland diese Kunstwerke mitzunehmen. In diesem Falle würde die Genehmigung voll erteilt werden müssen, es sei denn, daß der begründete Verdacht besteht, daß eine unrechtmäßige Verschiebung ins Ausland auf diesem Wege geplant wäre.

Anfrage über die Wohnungsfrage.

Der Abgeordnete Dr. Quarck hatte in der Nationalversammlung eine Anfrage gestellt, in offenem Widerspruch mit der Reichsverfassung vom 11. August 1919 und trotz der Verordnung vom 23. Juli 1919 sperrten sich die süddeutschen Staaten wie in der Lebensmittelausfuhr, so auch gegen den Zuzug von Ortsfremden und Flüchtlingen systematisch ab. Die Wogen der Bevölkerungsbewegung würden dadurch einseitig auf preußisches Gebiet gelenkt, während die Lebensmittelbeschaffung aus Süddeutschland gleichzeitig abgeschnitten sei. Darunter leide besonders die Stadt Frankfurt, in die wöchentlich im Durchschnitt 100 Familien mehr zu- als wegzögen. Für die Reichsregierung antwortete Geheimer Regierungsrat im Arbeitsministerium Dr. Glaß, der Reichsregierung sei bekannt, „daß ein süddeutsches Land ohne Zustimmung des Reichsarbeitsministers ein Zuzugsverbot erlassen habe“. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß ein solches Zuzugsverbot mit der Verordnung vom 23. Juli 1919 in Widerspruch steht und rechtsunwirksam ist. Die Regierung halte es deshalb nicht für angebracht, daß Preußen ein gleiches Zuzugsverbot für einzelne Städte erlasse. Im übrigen bestimme die Verordnung vom 23. Juli, daß auch in jedem Falle Flüchtlingen und Vertriebenen regelmäßig Zuflucht gewährt werden müsse. Die Verordnung betreffend Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 unterliege zurzeit einer eingehenden Prüfung. „Durch die Vorschriften des neuen Entwurfs sollen die Bestimmungen der Verordnung betreffend den Zuzug ortsfremder Personen vom 23. Juli 1919 ersetzt werden. Der Entwurf sieht deshalb das Außerkrafttreten dieser Verordnung und aller landesgesetzlichen Bestimmungen dieser Art vor. Dadurch wird zweifelsfrei klargestellt werden, daß eine rechtliche Grundlage, Flüchtlingen den Zuzug zu verweigern, nicht mehr besteht. Nach dem Entwurf der Wohnungsmangelverordnung könne die Landesregierung und im Streitfalle auch die Reichsregierung einzelne wohnungsuchende Personen solchen Gemeinden zur Unterbringung zuweisen, die hierzu in der Lage sind. Der Entwurf liegt der Reichsregierung vor. Erlangt er Gesetzeskraft, so dürfte es auf Grund einzureichender Nachweise möglich sein, die Flüchtlinge gleichmäßig zu verteilen.“

Die Vorentscheidung der Auslandsdeutschen.

In der „Täglichen Rundschau“ vom 23. Dezember macht Karl Friedrich Rehm, ehrenamtlicher Beirat der

Kriegsschadenkommission in Riga, beachtenswerte Vorschläge. Er fordert zunächst volle Klarheit darüber, ob für die Vorentscheidung an Auslandsdeutsche bereits Reichsmittel über die ausgeworfene eine Milliarde hinaus zur Verfügung stehen werden. Die Verteilung einer Vorentscheidung bis zu 50 oder 75 Prozent dürfe erst beginnen, wenn mindestens 4 Milliarden zur Verfügung ständen. Gründe sich die Voraussetzung für die Auszahlung von 50 bzw. 75 Proz. nur auf mündliche Besprechungen, so müsse mit der Verteilung so lange gewartet werden, bis alle Entschädigungsanträge eingegangen, geprüft und abgeschlossen seien, damit die gleichmäßige Quote für alle Berechtigten errechnet werden könnte. In Anbetracht der schweren Lage der Auslandsdeutschen solle man aber die Organisation der Prüfungsstelle bis zur Errechnung der Quotenergebnisse so biegsam gestalten, daß sie beiden Forderungen sowohl nach schneller Hilfeleistung, als auch nach gerechter Verteilung nachkommen könne. Rehm schlägt dann weiter vor, Anmeldungen bis zu 5000 Mark Entschädigung vorab in einer besonderen Kommission oder in besonderem Verfahren außerhalb der Spruchkommission zu erledigen. Solche Beträge sollten nach beschleunigter Prüfung der Vorentscheidung sofort als Vollentschädigung bar ausbezahlt werden. Die Auszahlung spätestens vier Wochen nach Eingang des Antrages müsse gewährleistet werden. Anmeldungen von 5000 bis 20 000 Mark müßten ebenfalls einer besonderen Kommission zur beschleunigten Prüfung überwiesen werden. Teilzahlungen bis zu 5000 Mark sollten darauf sofort angewiesen werden können, der Rest nach der Quotenfeststellung. Die Prüfung müßte bei ordnungsgemäßer Anmeldung spätestens 6 Wochen nach Eingang abgeschlossen sein. Eine besondere Kommission müsse ferner die Anmeldungen von 20 000 bis 100 000 Mark bearbeiten. Auf solche Anträge seien bis 5000 Mark sofort zu zahlen, weitere Zahlungen bis zu 15 Proz. der Schadenssumme nach beschleunigt abgeschlossener Prüfung, der Rest nach Quotenfeststellung. Die Prüfung müsse längstens innerhalb 10 Wochen beendet sein. Auch Anmeldungen von 100 000 bis 300 000 Mark gehörten in eine besondere Kommission, auf sie seien 10 000 Mark sofort, weitere Zahlungen bis 12½ Proz. der Schadenanmeldung nach beschleunigt abgeschlossener Prüfung, der Rest nach Quotenfeststellung zu bezahlen. Die Prüfung müsse innerhalb von 12 Wochen beendet sein. Eine weitere Kommission habe die Anmeldungen der Summen von über 300 000 Mark zu übernehmen. Die Anzahlung darauf könne 15 000 Mark, weitere Teilzahlungen könnten bis 10 Proz. betragen, Beendigung der Prüfung innerhalb 15 Wochen. Das Prüfungsverfahren habe mit dem Tage zu beginnen, an dem der Antragsteller ordnungsgemäß alle Belege oder glaubwürdige Beweise seines Schadens bebringe. Erhebungen und Ermittlungen nach Belegen und Beweisen hätten nicht als Prüfungszeit zu gelten. Es dürfe nicht nach dem Grundsatz: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst, sondern es müsse gerecht entschädigt werden.

Demokratische Entschlüsse.

Auf dem demokratischen Parteitag in Leipzig wurden drei Entschlüsse angenommen, die die Brüder im besetzten Gebiet begrüßen, ihre Treue preisen und ihnen Treue versprechen, die ferner die Deutschen in Österreich versichern, daß ein lebensfähiges deutsches Vaterland nur entstehen werde, wenn alle Deutschen in einem Reiche vereinigt seien und die endlich werktätige Hilfe für die notleidenden Deutsch-Österreicher zusichern. Die Entschlüsse fanden unter brausendem Beifall Annahme.

Anfragen in der Nationalversammlung. Der Nationalversammlung sind zwei Anfragen zugegangen, die für das Auslandsdeutschum nicht ohne Interesse sind. Die Herren Dr. Traub und Schiele fragen, ob dem Reichsernährungsamt bekannt sei, daß deutsch-amerikanische Kreise in großer Aufmachung Liebesgabensendungen senden wollten, aber durch die hohen Zölle abgeschreckt worden seien, sie wünschen zu wissen, was das Amt tun wolle, um auch Minderbemittelten solche Liebesgabenzufuhr zu ermöglichen. Die Herren Sollmann und Landsberg fragen, ob die Regierung bereit sei, schleunigst eine Aufbesserung der Beamtengehälter in Budapest und an andern Orten mit ähnlichen Verhältnissen vorzunehmen. Sie habe zugesagt, daß im neuen Deutschland auch die Beamten der Gesandtschaften und Konsulate so ausreichend besoldet würden, daß die Stellen im Auswärtigen Dienst befähigten Unbemittelten zugänglich würden. Die Beamten in Budapest aber seien in mißlichster Lage. Auch bei bescheidenen Lebensverhältnissen sei unter 100 Kronen täglich in Budapest nicht auszukommen. Ein einfaches möbliertes Zimmer sei unter 300 Kronen monatlich nicht zu erhalten, für Licht, Heizung, Bedienung und Morgenkaffee seien weitere 3—400 Kronen zu bezahlen. In Budapest sei nach glaubhaften Berichten beim Generalkonsulat nicht ein einziger Beamter, der nicht in erheblichem Maße Privatmittel in Anspruch nehmen müsse. Schriftliche und persönliche Bitten um Gehaltserhöhungen seien bisher erfolglos gewesen.

Die türkischen Staatspensionäre deutscher Nationalität.

Herr Gleiß-Schöneberg hatte eine Petition an die Nationalversammlung gerichtet, sie möge dafür eintreten, daß den türkischen Staatspensionären deutscher Nationalität die seit August 1918 rückständigen Pensionen nachgezahlt und weiter vorgeschossen würden, bis die Türkei selbst dazu herangezogen werden könne. Es herrsche große Not unter den Männern und ihren Angehörigen. Die Männer seien auf Veranlassung der deutschen Regierung in türkische Dienste getreten und zum Teil in solchen Stellungen verstorben. Die Betroffenen hätten zum Teil ihr Letztes verkauft, um leben zu können. Alle Bitten seien beim Auswärtigen Amt auf unfruchtbaren Boden gefallen. Es handle sich in Berlin um etwa 50 Pensionäre. Schnelle Hilfe tue Not. Der Petitionsausschuß der Nationalversammlung beschloß die Überweisung der Petition als Material.

Deutsches Eigentum im Auslande.

Brüsseler Blätter berichten von einem Abkommen zwischen Frankreich und Belgien, das eine gleichmäßige Behandlung von Angehörigen der beiden Staaten bei der Liquidation feindlichen Eigentums in der Weise vorsieht, daß Belgier, die in Frankreich an feindlichen Unternehmungen beteiligt sind, ebenso entschädigt werden, wie Franzosen und umgekehrt.

AUSWANDERUNG

Münchener Arbeitsgemeinschaft.

In München ist eine Zusammenfassung aller mit Auswanderung sich befassenden Vereinigungen zu einer Arbeitsgemeinschaft erfolgt; sie hat sich Satzungen gegeben, aus denen als Zwecke der Arbeitsgemeinschaft hervorgeht: Studium aller Auswanderungsvorschriften sowie der einschlägigen Literatur, Wahrung und Vertretung der Interessen der Auswanderer bei Behörden und Schifffahrtsgesellschaften, Versorgung der angeschlossenen Organisationen mit Aufklärungsmaterial, Einrichtung und Förderung von Unterrichts- und Vorbildungskursen

bezüglich der in der neuen Heimat notwendigen Kenntnisse, sowie Vermittlung sonstiger Ausbildungsmöglichkeiten. Benefiziat Gasteiger begründete die Arbeitsgemeinschaft, der die Behörden und Ministerien ihre Hilfe zugesagt haben. Die Arbeitsgemeinschaft soll einen Geschäftsführer haben (Herr Gasteiger hat diesen Posten jetzt inne) und einen Ausschuß aus den Vorständen der angeschlossenen Organisationen (es sind bis jetzt: Landesverband des Bundes der Auslandsdeutschen, Caritasverband, Deutsch-Mexikanische Gesellschaft, Rafaelsverein, Norddeutscher Lloyd, Verein für innere Mission, Verein für die katholischen Deutschen im Auslande, Vereinigung zum Schutze deutscher Auswanderer, Brasilianischer Interessen-Verein). Am 15. November sind die ersten Kurse eröffnet worden. Außer belehrenden und aufklärenden Vorträgen sollen auch Sprachkurse eingerichtet und Führungen durch die einschlägigen Museen veranstaltet werden. Von jedem Kursteilnehmer werden 50 Pfg. pro Monat erhoben.

München, Vereinigung zum Schutze deutscher Auswanderer.

Die „Süddeutsche Auswandererzeitung“ berichtet von einem Streit, der sich innerhalb des Vereins entpinnen hat. Der jetzige erste Vorsitzende, Brachvogel, erklärte, er werde den Vorsitz nicht behalten, solange die Herren Dr. Reidick und Spreng der Vorstandschaft angehören. Letzterer habe durch Vorwürfe und Gehässigkeiten gegen die Behörden die Bestrebungen der Vereinigung immer wieder in Frage gestellt. Ersterer habe durch Beförderung von Auswanderern ins Ausland Provision bezogen. Das bestritt Herr Reidick auch nicht, betonte aber, daß er sie für die Auswanderer in Genua wieder ausgegeben habe. Brachvogel forderte außerdem eine Bücherrevision und Aufklärung über sein Defizit, das zur Zeit der Reidickschen Geschäftsführung entstanden sei. Es gab eine lebhafteste Debatte, über die die Zeitung weiter berichten will.

Vom Schutzbund deutscher Auswanderer.

Die Hauptversammlung des Schutzverbandes, der im Mai vorigen Jahres in Breslau begründet worden ist, inzwischen aber seine Hauptgeschäftsstelle nach Hamburg verlegt hat, fand am 17. Dezember statt. Einem Berichte des Hamb. Corresp. entnehmen wir, daß ein Mitglied scharfe Angriffe gegen den Schutzbund und seine Satzungen erhob. Eine fünfgliedrige Kommission wurde gewählt, die die geleistete Vereinsarbeit nachprüfen soll. Ferner soll eine Kassenrevision vorgenommen werden, weil verschiedene Belege über Kasseneingänge fehlten. Der Versammlungsleiter, Rechtsanwalt Henning, teilte mit, daß die beiden Herausgeber der Auswanderer-Zeitung, Hans Karl Stein und Freiherr von Wolzogen, aus der Vereinsverwaltung ausgeschieden seien. Die Hauptversammlung wurde vertagt.

Österreichische Auswanderer-Beratung.

Eine Hauptstelle für Auswanderung ist, dem Wiener Organ „Der Auswanderer“ zufolge, in Wien begründet worden. Sie ist als „Vollzugs-Organ“ der deutsch-österreichischen Auswanderervereine gedacht und soll zunächst eine allgemein zugängliche Auskunftsstelle und Beratung schaffen. Ihre Räumlichkeiten befinden sich zunächst Marxergasse 46.

Abermals ein Auswanderungsschwindel?

Der Begründer der Kolonie- und Siedlungsgesellschaft Nova Baviera, der Lehrer Hermann Würth, der ursprünglich in Nürnberg gearbeitet hatte und dann sich nach Kempten zurückzog, ist von dort abgereist und soll über St. Gallen nach Genua gefahren sein, von wo er am 31. Oktober mit 15 Mann nach Argentinien abgefahren sein soll. In Lindau warten aber noch

33 Mann darauf, daß er sie nachholte. Zwei dieser Leute erhielten ein Telegramm, sie sollten nachkommen, fanden aber, daß Würth, dem sie 2000 und 7000 Mark Gelder vorgeschossen hatten, ohne ihnen einen Platz zu besorgen, verschwunden war. Er berief sich ganz zu Unrecht auf das Reichswanderungsamt und seine Zweigstelle, die im Gegenteil ganz energisch vor ihm gewarnt haben, da er sich durch Vorspiegelung falscher Tatsachen Siedlungsgelder von Dritten zu verschaffen wußte. Die Grenzpolizeistelle in Lindau hatte übrigens, bevor sie Würth über die Grenze ließ, in Kempten angefragt und von dort seltsamerweise eine Antwort bekommen, man solle den Mann reisen lassen, der Verdacht gegen ihn sei unbegründet.

Auswanderung und Buchhandel.

Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ schreibt Friedrich Wagner über diese Frage. Die Auswanderung werde sich über alle sozialen Schichten erstrecken. Damit seien die Beziehungen des Buchhandels zu diesen Kreisen einer starken Erschütterung unterworfen. Zwar wirkten die geistigen und völkischen Beziehungen der Ausgewanderten zur alten Heimat wohl nach, aber den Zusammenbruch des deutschen Nationalgefühls dürfe man auch nicht unterschätzen. Der Buchhandel werde ein wichtiges Bindemittel zwischen Heimat und Ausgewanderten sein. Nur dürfe er nicht hübsch warten, bis die Bestellungen aus dem Auslande kämen, sondern müsse vorbereiten. Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Verlag und Sortiment sei notwendig. Viel werde davon abhängen, ob die ins Ausland bestimmten Bücher für die Ausgewanderten geeignet seien. Der Verfasser wünscht hier eine reinliche Scheidung zwischen epischer Darstellung und subjektiven Empfindungen auch in der Literatur. Die Landflüchtigen müßten über die geistigen, wissenschaftlichen und politischen Strömungen der Heimat dauernd auf dem laufenden gehalten werden. Daran müsse der Buchhandel zu seinem Teil beitragen.

Vorsicht bei Annahme von weiblichen Dienstbotenstellen im Auslande.

Die „Pressekorrespondenz des Deutschen Ausland-Instituts“ verbreitet nachfolgende beherzigenswerte Mahnung: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, da deutsche Dienstboten ihrer deutschen Herrschaft kündigen, um eine vermeintlich besser bezahlte Stelle im Auslande anzunehmen. Dabei spielt die Tätigkeit geheimer Agenten eine große Rolle, welche den Mädchen klar zu machen suchen, daß bei dem Tiefstand der deutschen Valuta das ausländische Geld einen so hohen Wert habe, daß sie reiche Summen ersparen und in vielfältiger Gestalt ihren Angehörigen heim-senden können. So überzeugend diese Angaben klingen, so können doch weibliche Dienstboten und sonstige Angestellte nicht dringend genug gewarnt werden, leichtfertig auf solche Angebote einzugehen. Die Teuerungsverhältnisse sind in jedem Lande außerhalb Deutschlands schlimmer als bei uns. Von größeren Ersparnissen kann auch dort in der Regel ebensowenig die Rede sein wie hier in Deutschland. Vor allem sollte kein Mädchen versäumen, bevor es sich für eine derartige Stelle verpflichtet, genaueste Erkundigungen über seine neue Herrschaft einzuziehen. Die Gefahr des Mädchenhandels kann in der gegenwärtigen Zeit nicht hoch genug eingeschätzt werden und schon manches Mädchen hat einen übereilten Schritt ins Ausland bitter bereuen müssen. Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart wie auch die konfessionellen Auswandererfürsorgevereine (Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Wittenhausen a. d. Werra und der Raphaelsverein zum Schutze katholischer Auswanderer in Freiburg i. Br.) sind bereit und in der Lage, derartige Fälle aufs Sorgfältigste zu

prüfen und kraft ihrer zahlreichen Vertrauensmänner und Beziehungen jegliche Erkundigungen einzuziehen.

Mahnung für Auswanderungslustige

Je besser die Postverbindungen mit den überseeischen Einwanderungsgebieten werden, desto mehr Warnungsbriefe kommen aus allen Gegenden, die hierzulande von übereifrigen Pionieren als paradiesische Einwanderungsgebiete gepriesen werden. Wir erhalten Kenntnis von 2 Briefen, die neuerdings dem Evangelischen Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer zugegangen sind, und in denen das Thema wiederum behandelt wird. Aus Joinville schreibt man: „Stoppen Sie, soviel Sie können!“ Zur deutschen Masseneinwanderung nach Südamerika, speziell nach Brasilien, nähmen die regierenden Kreise keine besonders willkommenverheißende Stellung ein. Es seien schon Stimmen laut geworden, den Strom nach Matto Grosso zu leiten, auch fürchte man den Maximalismus. Doch sei außer einer Verschärfung der Paßbestimmungen bis jetzt nichts Offizielles erfolgt und werde wohl auch bei der üblichen Schlamperei nichts erfolgen. Nur sollten um Gotteswillen keine verwöhnten Großstadtkinder hinüberkommen, die nicht erst als Knechte arbeiten wollten. Wer von den deutschen Auswanderern werde fähig sein, die schweren Anfangsentbehrungen des Siedlers zu tragen? Die Deutschenhetze sei nicht gering. Und aus Esperanza wird berichtet, die Kosten der Lebenshaltung seien um 80% gestiegen gegen die Zeit vor dem Kriege. Bemerkbar mache sich das auch an den Preisen des Kamps. Der Hektar Land in der Nähe der Stadt — also bis zu einer deutschen Meile entfernt — koste gegenwärtig in deutsche Währung übersetzt etwa 4500 bis 5000 Mk. Aussicht auf gutes Fortkommen hätten eigentlich nur Mechaniker, da die Mehrzahl derselben Arbeit in den größeren Städten suche, so daß auf dem Lande Mangel herrsche. Für Obst- und Weinzüchter würden die Verhältnisse dauernd günstiger in der Provinz Mendoza, da man infolge des Kriegs dazu übergegangen sei, bessere Weine im Land zu bauen, die mit Recht allgemeinen Anklang fänden. An Landkauf sei wohl aber fürs erste nicht zu denken. Aus diesen und ähnlichen Briefen spricht schließlich immer wieder die Mahnung, nicht allzuviel zu hoffen und sich auf härteste, entbehrungsvolle Arbeit gefaßt zu machen.

Zum neuen Naturalisationsgesetz in Brasilien

Das neue Naturalisationsgesetz, dessen Projekt von der Justizkommission des Bundessenats angenommen und nunmehr dem Plenum vorgelegt worden ist, lautet:

Art. 1. Die in Brasilien lebenden Fremden, die hier unbewegliche Güter besitzen und mit Brasilianerinnen verheiratet sind oder brasilianische Kinder haben, werden nur dann als brasilianische Bürger betrachtet werden, wenn ihre Bürgerrechte in einem von dem Ministerium der Justiz und des Innern ausgestellten Titel festgelegt sind.

Art. 2. Damit dieser Titel ausgestellt werden könne, wird der Gesuchsteller beweisen:

- I. daß er länger als 5 Jahre in Brasilien lebt und nicht die Absicht hat, seine ursprüngliche Nationalität zu bewahren;
- II. daß er mit einer Brasilianerin verheiratet ist, mit der er auf ehrbare Weise lebt, oder brasilianische Kinder hat;
- III. daß er in Brasilien rechtmäßig ein unbewegliches Gut besitzt, das seiner Wohnung dient, oder auf dem er einen landwirtschaftlichen, kommerziellen oder industriellen Betrieb hat.

Art. 3. Gegenteilige Bestimmungen sind aufgehoben.

Die „Deutsche Zeitung“ in Sao Paulo bemerkt zu diesem Gesetzesvorschlag, der allerdings nicht sehr liberal erscheinen kann, mit Recht: Zuerst muß es auffallen, daß die Anerkennung des Bürgerrechts an den Besitz unbeweglicher Güter geknüpft ist. Diese Bestimmung schließt einen sehr großen Teil der Stadtarbeiterschaft von dem Genuß der Bürgerrechte aus, denn es ist für die armen Städter sehr schwer, ein unbewegliches Gut sich zu erwerben, das zur Wohnung dient. Dasselbe gilt auch für die Fazendenarbeiter: Wie sollen die dazu kommen, „rechtmäßige Besitzer eines unbeweglichen Gutes“ zu werden? Ferner fällt es auf, daß in dem Projekt von Verdiensten um Brasilien nicht die Rede ist. Ist freiwillig geleisteter Militärdienst nicht ein besserer Beweis der bürgerlichen Gesinnung, als die Erwerbung eines Grundbesitzes? Das Projekt ist noch nicht Gesetz. Kann sein, daß es im Plenum eine Erweiterung erfährt.

Die Aufnahme deutscher Einwanderer in Brasilien

Einer Veröffentlichung der „Einwandererberatungsstelle des Argentinischen Volksbundes“ entnehmen wir folgendes:

„Die deutschen Einwanderer, welche mit der ‚Gelria‘ nach Buenos Aires kamen, haben nach Angaben der Direccion General de Inmigracion fast ausnahmslos Beschäftigung gefunden. Trotzdem wohnen noch eine Reihe von Familien dort. Es sind zum Teil Angehörige von Ansiedlern, die allein nach Misiones heraufzuziehen, um später ihre Familien nachkommen zu lassen, zum Teil sind es Leute, die auf freie Beförderung nach Santiago del Estero, Misiones, Patagonien etc. warten. Es kann nicht genug hervorgehoben werden, in welcher zuvorkommend menschlich fühlenden Weise unsere deutschen Einwanderer von dem gesamten Personal des Immigrantenhauses behandelt werden. Bisher sind 8 Familien mit ca. 40 Personen nach Misiones, vorzugsweise Bompland befördert worden. Eine Anzahl von Familien warten noch auf Reisegelegenheit nach dort. 2 Familien mit ca. 10 Personen gehen als Medianeros nach Santiago del Estero auf bewässerbares Land. Mehrere österreichische Familien haben einen anscheinend günstigen Vertrag für Ackerbau und Viehzucht auf einer hochgelegenen Insel in der Nähe von Las Palmas abgeschlossen. Der Besitzer stellt Land, Ackergeräte, Zugtiere und Kühe, und verlangt einen gewissen Anteil vom Ertrag als Pacht.

Für die Unterbringung der nächsten 406 mit der ‚Hollandia‘ erwarteten Einwanderer ist nach Möglichkeit vorgearbeitet. Unsere Ortsgruppen draußen und die am Platze befindlichen Geschäftshäuser haben uns auf unser erneutes Rundschreiben hin eine Reihe von Arbeitsgelegenheiten zum Vormerken angegeben. Die Beratung wird erfreulicherweise stark in Anspruch genommen. Trotz der verhältnismäßigen Ruhe vor Ankunft eines neuen Dampfers wurden täglich zahlreiche mündliche und schriftliche Auskünfte erteilt. Durch das Zusammenarbeiten mit den Ortsgruppen sind wir in der Lage, wirklich ausführliche Auskünfte zu erteilen. Hoffentlich können wir bald die Familien, statt sie nach dem warmen Norden ziehen zu lassen, in geeigneteren Kolonien und gemäßigterem Klima unterbringen.“

Handels- und Stellenvermittlung der Ortsgruppe São Paulo des Verbandes deutsch-brasilianischer Firmen. Der Verband deutsch-brasilianischer Firmen, der infolge der Verfügungen der brasilianischen Regierung nach der Kriegserklärung Brasiliens an Deutschland sich genötigt gesehen hatte, seine Tätigkeit vorläufig einzustellen, hat nach Abschluß des Präliminarfriedens und erfolgtem Widerruf besagter Verfügungen seine Arbeiten wieder aufgenommen.

Im Bestreben, die Interessen deutsch-brasilianischer Firmen besser wahren und den deutschen Handel mit Brasilien intensiver fördern zu können, hat der Verband der V. D.-B. F. Ortsgruppe São Paulo, in der Rua Boa Vista 4, II. Stock, in Räumen, die von der Direktion der Brasilianischen Bank für Deutschland zur Verfügung gestellt worden sind, eine Geschäftsstelle eröffnet.

Um sowohl den Geschäftsinhabern als auch den Handelsangestellten nützlich zu sein, hat der Vorstand eine Abteilung für Stellenvermittlung eingerichtet, bei der erstere event. eintretende Vakanzen bekanntgeben und letztere sich in die ausliegenden Register einschreiben können.

Gleichzeitig ist vom Vorstand des V. D.-B. F. in dem seitens des katholischen Vereins „Die Familie“ zur Verfügung gestellten Lokale Praça Joao Mendes Nr. 5 eine Auskunftsstelle für deutsche Einwanderer und Stellungsuchende installiert worden. Da es dringend notwendig ist, die einwandernden und arbeitslosen Landsleute so schnell als möglich unterzubringen, werden die Mitglieder der Kolonie gebeten, nicht nur ihren eigenen Bedarf an Arbeitskräften bei der Auskunftsstelle bekanntzugeben, sondern auch ihre Bekannten, gleichviel welcher Nationalität, sofern sie ihre Angestellten gut behandeln, dorthin zu verweisen.

Deutsche Einwanderung nach Argentinien

Aus Buenos Aires wird berichtet, daß dort am 30. Oktober die erste Gruppe deutscher Einwanderer eingetroffen ist. Diese besteht aus 50 Familien, die bereit sind, in den Nationalterritorien Landwirtschaft zu betreiben und sich auf den noch verfügbaren Losen der Staatsländereien anzusiedeln. Unter den Einwanderern befinden sich Leute, welche in ihrer Heimat freie Berufe ausübten, Industrielle und Landwirte, welche nur den einen Wunsch hegen, ein ruhiges Feld zur Entwicklung friedlicher Tätigkeit zu finden. Alle bisher eingetroffenen Einwanderer verfügen über ein kleines Kapital zum sofortigen Beginne der ihnen erwünschten landwirtschaftlichen Tätigkeit. Die ersten 50 Familien werden im Nationalterritorium Misiones untergebracht werden, wo sie sich dem Anbau der Yerba Mate widmen werden. Das staatliche Land- und Kolonisationsamt hat außerdem Gesuche deutscher Kapitalisten nach neuen Konzessionen von Fiskalländereien erhalten. Diese vertreten weitere 400 Familien, welche sich ebenfalls im Lande ansiedeln wollen und auch über kleine Kapitalien verfügen.

Die später eintreffenden Einwanderer sollen auf den noch verfügbaren Staatsländereien in den Territorien Neuquen, Chubut und Santa Cruz untergebracht werden, wo sie sich dem Ackerbau und der Viehzucht widmen können.

Deutsche Auswanderer in Argentinien.

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung finden wir einen Bericht aus Argentinien, der sich mit Auslassungen der „Nacion“, des zweitgrößten argentinischen Blattes befaßt. Diese Zeitung war einst das Sprachrohr des jetzt zum englischen Oberkommissar in Danzig ernannten Sir R. Tower und war als solches alles andere als deutschfreundlich. Jetzt begrüßt es anscheinend die ersten deutschen Einwanderer als unternehmungslustige, strebsame und vor allem mit kleinen Kapitalien ausgerüstete Leute, und bedauert, daß sie auf fiskalischem Land angesiedelt worden seien, das sich des Klimas wegen nicht für sie eigne. Der Yerbaanbau fordert Anstrengungen von ihnen, denen sie nicht gewachsen sein würden. Man müsse die ohne rechte Vorstellung von den Schwierigkeiten ins Land kommenden Deutschen nicht auf Unternehmungen verfallen lassen, bei denen ein Mißerfolg zu gewärtigen sei. Derartige Fehlschläge aber, die falscher Spekulation und gewissenloser Ausbeutung oft zu

verdanken gewesen seien, seien nicht neu in Argentinien. Vor allem sollten die deutschen Einwanderer über das ganze Land verteilt werden, damit sie aufgesaugt werden könnten und dann die Bildung eines „Exotischen Kollektivmilieus mit mehr oder weniger tatsächlicher Exterritorialität“ verhindert werde. Demgegenüber verweist der Korrespondent des deutschen Blattes darauf, daß das Missionsgebiet, in dem die erwähnten Deutschen angesiedelt wurden, gar nicht so ungesund sei, und daß neben dem anfangs beschwerlichen, später aber lohnenden Yerbaanbau auch Baumwollkultur betrieben werden könne.

Über die Aussichten deutscher Auswanderer und Unternehmer in Niederländisch-Indien

wird uns von einem dort seit über 20 Jahren ansässigen Deutschen zur Verbreitung in beteiligten Kreisen geschrieben:

Den vielen Millionen Deutscher, welche zur Auswanderung gezwungen sein werden, wird freilich ein großer Teil der Welt vorderhand noch verschlossen bleiben, insbesondere die britischen Besitzungen und Einflußsphären. Niederländisch-Indien, das wegen des tropischen Klimas und der niederen Arbeitslöhne der Malayen und Chinesen wenig deutsche Arbeiter wird aufnehmen können, wird wohl schon von Japan und Australien her von Deutschen überschwemmt werden. Zudem ist jetzt schon wenig Platz, denn Tausende von Deutschen und Österreichern sind seit 1914 hier zeitweilig in kleinen Stellungen untergebracht. Die Plantagen für Zucker, Tee, Kaffee, Tabak, Kautschuk, Chinarinde, Gerbstoffe, Kokospalmen, Sisal usw. haben aber 1916/18 unter englischem Druck fast allen deutschen und österreichischen Angestellten und Leitern kündigen müssen, die nun schwierig und sehr langsam wieder Beschäftigung finden werden. An kaufmännischen Geschäften ist hier Überfluß. Der Wettbewerb ist groß, besonders auch wegen der neuerrichteten japanischen, chinesischen und amerikanischen Firmen und Läden. Trotzdem wurde da bis jetzt noch viel verdient, zum Teil wegen des starken Steigens der Landesprodukte.

Die Hauptrolle spielen hier die großen Pflanzungen, besonders Zucker (meist in holländ. Händen), ferner Kautschuk. Aber für unternehmende Leute, die mit viel Kapital hinter sich nach Niederländisch-Indien kommen und dauernde Geldanlagen suchen, ist das Feld hier draußen noch sehr groß. Der größte Teil der Inseln ist schwach bevölkert (Java übervölkert!) und liegt fast ganz brach. In den kühleren Gebieten, 800–2000 m über der See, gedeihen Tee und Chinabäume ausgezeichnet; in denen von 5–400 m die andern Produkte. Weizen soll auf Hochebenen von 1400–2000 m noch Aussichten haben! In regenarmen Gegenden, z. B. Palembang und Timor, sind Pflanzungen einer geringeren Baumwolle (Kapok usw.) immer noch lohnend.

Die Regierung gibt sehr große Gebiete, je 3000 ha von jungfräulichem Terrain gegen 1 bis 2½ holl. Gulden pro Hektar und Jahr (mitunter allerdings auch teuer) auf lange Zeit in Pacht.

Die (Groß-) Industrie ist hier fast noch gar nicht entwickelt. Aussichten bieten: Zement, Papier, Weberei, Spinnerei, Färberei, Gerberei, Düngstoffe, Kokerei, Petroleum-Industrie usw., Uhrenfabrikation, Fensterglas und Herstellung anderer billiger Glaswaren, Soda- und Schwefelsäure-Fabrikation, Mineralfarben (Blei, Zink usw.); Maschinen, elektrische Kraft- und Beleuchtungsanlagen, Eisenbahnen und Trambahnen, Flugzeugwerke, Flußregulierungen und große Bewässerungsanlagen für Reisbau, Trockenlegung von fruchtbaren Morästen, Hafenbauten, Baggern von Häfen (auch Baggern von Goldsand); kleiner Schiffsbau; Trockendocks, Brückenbau aus Stahl und Beton, Terrain-Bebaueungs-Gesellschaften (wegen Mangel an Wohnhäusern und Schuppen); Leichter-Gesellschaften, Kran- und Verladungseinrichtungen,

Ausnutzung zahlreicher Wasserkräfte; Hochöfen mit Walzwerk, Reparaturwerkstätten, Wellblech-, Draht- und Stiftenfabriken, Lampenfabriken (billigere Ware), Sägereien, Kistenfabriken; Steinbrüche, Marmorbrüche; Scheideanstalten für Edelmetalle; Bankgeschäfte und Hypothekenbanken.

Gute Aussichten hat ferner auch der Bergbau: Blei, Silber, Zink, Gold, Nickel, Mangan, vielleicht auch später Eisenbergbau (sehr hochhaltige Erze in großen Massen dem Berichterstatter bekannt und z. T. gesichert). Kohlen sind in ungeheuren Mengen in Niederl.-Indien vorhanden (sehr aschearm! allerdings meist alte Braunkohlen). Der weitaus größte Teil des Archipels ist geologisch gänzlich unbekannt und bietet für bergmännische Explorationsgesellschaften mit Kapital und Ausdauer Aussichten, wie fast nirgend anderswo, denn die Regierung gibt große Gebiete aus und tut selbst sehr wenig. (Berichterstatter kennt u. a. verschiedene Erzgebiete, auch solche mit Gold, die fast oder gänzlich unberührt und anderen unbekannt sind; aber die Holländer haben wenig Sinn für Bergbau, außer Öl.)

Die Bildung von kräftigen, sachkundigen Studiengesellschaften für die oben genannten Zweige ist dringend anzuraten. Vorteile sind hier im Lande: sehr billige Löhne, billige Halbeuropäer, verhältnismäßig niedere Steuern, keine Kriegsteuer, geringe Erbschaftssteuern. Fester Kurs des Guldens im Ausland. Solide Banken und solide holländische Firmen. Die Niederländ.-Indische Regierung, die neuerdings mehr unabhängig von Holland geworden ist und noch mehr Freiheit anstrebt, heißt fremdes Kapital willkommen. Lebensunterhalt — abgesehen gerade jetzt und in großen Städten — nicht teuer. Leben im allgemeinen angenehm und (bis auf gewisse Gebiete) gesund. Viel Jagd- und Fischgelegenheit. Die politischen Verhältnisse sind im allgemeinen, obwohl auch holländische Stänker auftreten, ziemlich gute und werden wohl noch lange ruhig bleiben. Nachteil: Langsamkeit der Regierung bei Konzessionserteilung (z. T. infolge Beamtenmangels).

Auskunft über Amerika.

Wie wir deutsch-amerikanischen Zeitungen entnehmen, gibt das deutsche Bureau des Governmental Information Service in deutscher Sprache bereitwilligst und kostenlos Auskunft über alle die Bundesverwaltung betreffenden Angelegenheiten, Naturalisation, Einwanderung, Auswanderung, Steuerwesen, Reisepässe, Soldaten- und Matrosenangelegenheiten, Gesetzgebung, Arbeitsverhältnisse, öffentliches Gesundheitswesen, Erziehungswesen usw. Anfragen sind zu richten an das German Bureau Foreign Language Governmental Information Service 124 East 29th Street, New York.

WIRTSCHAFTLICHES

Vertretung deutscher Firmen durch feindliche Häuser.

Das „Argentinische Wochenblatt“ geißelt das Verfahren deutscher Häuser, trotz aller Kriegserfahrungen ihre Vertretung nicht Deutschen und nicht einmal Neutralen, sondern direkt feindlichen Häusern anzuvertrauen. Man hätte mit Recht erwarten können, so sagt das Blatt, daß die deutschen Stammfirmen diejenigen deutschen Häuser bevorzugten, die trotz schwarzer Listen und feindlicher Versuche bei ihrem Deutschtum verharrten. Statt dessen aber höre man mit Erstaunen, daß deutsche Häuser solche Vertreter bestellten, die sich während des Kriegs ausgesprochen feindlich gegenüber dem Deutschtum benahmen. Das Blatt führt einzelne Firmen und die Namen ihrer jetzigen Vertreter an und bemerkt dazu: „Dieses Gebaren eines Teiles der deutschen Geschäftswelt erregt auf jeden Fall hier unlieb-

sames Aufsehen und ist für jeden hiesigen deutschen Kaufmann, der mit deutschfreundlichen Argentinern zu tun hat, in höchstem Grade peinlich und beschämend zugleich, weil die Würde des ganzen Standes und das Ansehen der Heimat darunter notwendigerweise leiden müssen.“

VERSCHIEDENES

Deutschausländer.

Auf Anregung des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer hat das preußische Ministerium des Innern angeordnet, daß die deutschstämmigen Rückwanderer aus Rußland, die also die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr besitzen, künftig in ihrem Personalausweis nicht mehr als Ausländer, Russen oder sonstwie bezeichnet werden, sondern daß sie „Deutschausländer“ genannt werden. Damit ist ein Anfang zu einer Festlegung des Begriffes gemacht, denn naturgemäß wird der Begriff des „Auslanddeutschen“ dann späterhin sinngemäß nur für Reichsdeutsche im Ausland Verwendung finden.

Eine Baltenwaisenhilfe.

Die große Not der baltischen Kinder, deren Eltern unter der bolschewistischen Herrschaft ermordet, verschleppt oder bettelarm geworden sind, hat den Vorstand des syrischen Waisenhauses in Köln veranlaßt, eine Baltenwaisenhilfe in die Wege zu leiten. Es sollen möglichst viel Kinder von ein bis zwei Jahren in Deutschland untergebracht werden können. Die Bezahlung eines die Selbstkosten deckenden Kostgeldes will der Vorstand des syrischen Waisenhauses übernehmen. Er bittet um Gaben an das Konto 6874, Postscheckamt Köln, Schneller.

Die Grenzspende.

Am 16. Dez. fand im großen Sitzungssaal des Reichstages eine größtenteils aus Mitgliedern der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung zusammengesetzte konstituierende Sitzung zu einer Grenzspende des „Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche“ statt, die Präsident Fehrenbach eröffnete und leitete. Wohl hofiten wir auf die Liebe der Deutschen in den Grenzländern zur Heimat, wenn es zur Abstimmung käme, es lebten aber auch 300 000 Deutsche im Reichsinnern, die stimmberechtigt seien, ihnen müsse geholfen werden, damit sie zur Abstimmung nach Hause fahren könnten. Präsident Leinert betonte, wie stark wirtschaftliche Rücksichten bei der Abstimmung mitspielten. Es solle und müsse deutsch bleiben, was deutsch ist. Wenn jeder Deutsche ein paar Mark opfere, könnten Tausende von Stimmen für uns gerettet werden. Man müsse den Brüdern in Nord und Ost einen Beweis für unsere Treue geben. Einige politische Bemerkungen, die Leinert über das alte Preußen machte, veranlaßten dann eine Erwiderung des Bromberger deutschnationalen Abgeordneten Schultz, der die Treue zum alten ruhmreichen Preußen rühte. Abgeordneter und Gewerkschaftsbundvorsitzender Legien rühmte die deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterschutzeinrichtungen, der deutschen Arbeiter im Osten warteten Zustände, die einen gewaltigen Rückschritt für sie bedeuten müßten. Es sprach dann noch Abgeordneter Schimmerding für die christlichnationalen Gewerkschaften und zum Schluß verlas nach einer weiteren Ansprache von Hartmann-Berlin, der für die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften sprach, der Vorsitzende eine Erklärung zugunsten der „Grenzspende“, die mit einer warmen Empfehlung des Sammlungsziels schloß: „Das deutsche Volk muß seine ganze Kraft einsetzen zur Durchführung der großen politischen Aufgabe: Erhaltung der Abstammungsgebiete beim deutschen Reiche!“

Eine Ehrung im Kriege gefallener Auslandsdeutscher. Bei der Tagung des deutschen Schillerbundes, die am 5. Oktober 1919 in Weimar stattfand, wurde auf Anregung von Kommerzienrat Krehan, der seinen Plan in zu Herzen gehenden Worten begründete, beschlossen, anlässlich der wiederauflebenden Festspiele im August 1920 zu Ehren der gefallenen Mitglieder des Schillerbundes auf dem geweihten Boden des Weimarer Friedhofs einen Gedenkstein zu errichten. Dazu gab der frühere Direktor der Antwerpener deutschen Schule, Dr. Gaster, die Anregung, man möge dabei auch derjenigen Mitglieder gedenken, für deren Gedächtnis jetzt keine Heimat mehr vorhanden sei, nämlich der aus dem Auslande stammenden Mitglieder. Die Anregung fand beifällige Aufnahme, ihr wird entsprochen werden.

Ausländer an Deutschen Hochschulen.

Zu den Forderungen der Studenten an verschiedenen deutschen Hochschulen, Ausländer nicht an deutschen Schulen zuzulassen (unseres Wissens wurde sie nur erhoben mit dem Zusatz „solange unsere Kriegsgefangenen nicht zurückgegeben seien“, einem Zusatz, der recht erheblich ist), bemerkt die Frankfurter Zeitung in Anlehnung an einen Fall, in dem es einem japanischen Arzte unmöglich gemacht wurde, sein Studium an einer deutschen Hochschule fortzuführen, ein Volk müsse doch vorangehen, den Haß abzulegen, und es stehe dem deutschen Volke, das stets auf seinen Geist gepocht habe, gut an, wenn

es voranginge. Gerade Japanern gegenüber liege kein Grund zur Zurückhaltung vor. Denn die deutsche Sprache und Wissenschaft seien in Japan auch während des Kriegs gepflegt worden und die deutschen Kriegsgefangenen seien nirgendwo besser behandelt worden als in Japan (diese Tatsache wird freilich erheblich bestritten, und es liegen uns Äußerungen vor, die das Gegenteil zu beweisen scheinen). Der Platzmangel erschwere zwar die Zulassung von Ausländern, denen die Inländer natürlich vorgehen müßten, man solle aber, wenn es sich um allgemeine Interessen handelt, das mögliche tun.

Frankfurt a. M. Auch die hiesigen Studenten haben in einer allgemeinen Versammlung unter stürmischem Beifall und mit überwiegender Mehrheit beschlossen, Ausländer sollten solange von deutschen Hochschulen ausgeschlossen bleiben, als unsere Kriegsgefangenen nicht zurückgekehrt seien.

Ausländer und Schweizer Presse.

In der Generalversammlung des Vereins der Schweizer Presse wurde die Ausländerfrage besprochen und ein Nachtrag vorgelegt, alle Ausländer von leitenden Stellen der Schweizer Presse und Nachrichtenstellen zu entfernen. Es wurden peinliche Beispiele aus der Kriegszeit vom Wirken der Ausländer erzählt. Die Versammlung faßte jedoch keinen Beschluß, sondern stellte lediglich die oft betrübliche Tätigkeit der Ausländer in der Schweizer Presse fest.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Borstel, Fr. von, Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer. Eine Zukunftsfrage für die Stellung des Deutschums in der Welt. Verfaßt im Auftrage des Universitätsausschusses der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg. Hamburg: Boysen 1917. 53 Seiten. 8°. M 1,30.

Die Schrift gibt eine Fülle von Anregungen, die über den Rahmen des Titels hinausgehen. Der Verfasser, der seine Erfahrungen als Auslandslehrer hauptsächlich in Neapel gemacht hat, geht von der Feststellung aus, daß der Mehrzahl der deutschen Auslandskolonien eine charaktervolle nationale Ausprägung fehle. Die deutsche Schule erfülle wohl ihre Rolle als Unterrichtsanstalt; Mittelpunkt deutschen Geisteslebens in der Fremde sei sie nur in Einzelfällen geworden. Die deutsche Auslandsschule habe sich ebenso wie die wenigen deutschen wissenschaftlichen Institute im Auslande zu sehr abgeschlossen. Dabei liege ihre höhere Bestimmung gerade in der Doppelaufgabe, den Volksgenossen das Bewußtsein der deutschen Kulturgemeinschaft lebendig zu erhalten und im fremden Volke Verständnis für deutsche Kulturgüter zu erwecken. Wissenschaftliche Vorträge, Bildungs- und Kurstpfege müßten neben veredelter Geselligkeit dem ersten Zwecke dienen, während eines der Mittel, dem zweiten Ziele näher zu kommen, die unbefangene Würdigung und Erforschung des fremden Landes und Volkes sei, das sich als nächster Studiengegenstand darbiete. Von Borstel bedauert, daß die deutsche Kulturpropaganda noch in den Kinderschuhen stecke, daß das deutsche Buch, besonders das schöngeistige, nicht entfernt die Verbreitung habe, die es verdiene, daß Übersetzungen in die fremden Sprachen und umgekehrt meist nach einseitig literarisch-ästhetischen, statt nach psychologischen Gesichtspunkten erfolgten und deutsche Zeitungen und Buchereien

von Bedeutung im Auslande zu zählen seien. Er vergleicht die außerordentlichen Leistungen anderer, oft kleinerer Völker auf diesen Gebieten mit dem geringen Anteil, den Reichstag und Regierung bis vor kurzem am Auslandsdeutschum genommen haben. Der zweite Teil der Schrift erörtert die Schulfragen im engeren Sinne. Der Verfasser hält aus politischen Gründen am privaten Charakter der Auslandsschule fest; er möchte sie ähnlich wie Dörsing (siehe unsere Rundschau „Deutsches Schulwesen im Auslande“ in diesem Heft) auf die allgemeine Volksschule gegründet sehen, um auch die Kinder der ärmsten Volksgenossen dem Deutschum zu erhalten. Den hohen Anforderungen, die an die Persönlichkeit des Auslandslehrers zu stellen sind, müsse durch einen besonderen Studiengang, sorgfältigste Auslese und entsprechende Besoldung genügt werden. Als Zentralstelle für die Pflege des Auslandschulwesens denkt sich von Borstel eine Reichsanstalt mit dem Sitz in Hamburg, welche sich auf die Erfahrungen der Auslandslehrer und die in Hamburg in reichem Maße vorhandenen Mittel der Auslandskunde wie der Erziehungswissenschaft zu stützen habe. — Nicht verständlich ist der Gebrauch des Wortes Gastvolk statt Wirtvolk. Wenn das argentinische Volk Deutsche bei sich aufnimmt, so sind diese das Gastvolk und nicht die Argentinier, die doch Herren im Lande bleiben. Die Ausdrücke Wirtvolk und Gastvolk gehen ja auf parallele Verhältnisse in der biologischen Naturbetrachtung zurück.

Mannhart.

Henning, Julius, Siedlungsmöglichkeiten in Westsibirien. Berlin, Süsserott 1919. 17 Seiten. 8°. 1,50 Mark.

Das Schriftchen ist die Wiedergabe eines Vortrags. Es handelt sich daher nicht um ein näheres Eingehen auf das vielseitige Problem etwaiger deutscher Einwanderung nach Sibirien, sondern um einen kurzen Überblick. Der Verfasser wendet sich im wesentlichen auch nur an die in vielen ihrer alten Wohnsitze in Rußland entwurzelten deutsch-russischen Kolonisten, die bis zum Zusammenbruch Deutschlands die Absicht hatten, im Land

ihrer Vorfahren eine neue Heimat zu suchen, und die nun ihre Augen dauernd nach Osten wenden.

Immerhin wirkt auch im Rahmen dieser Einschränkungen die Schrift manches Streiflicht auf die Aussichten unserer eigenen Auswanderungslustigen in Sibirien. Der Verfasser ist, wie ich von meinen eigenen Sibirienreisen her weiß, ein guter Kenner Westsibiriens, zum mindesten des Hinterlandes von Omsk, dem einen der großen Siedlungsbezirke, der nur von der Provinz Tomsk an Bedeutung übertroffen wird.

Die politischen Voraussetzungen der Schrift sind von Optimismus getragen, der für eine fernere Zukunft berechtigt sein mag, während für die Gegenwart die Entwicklung der Kämpfe zwischen dem bürgerlichen Sibirien und dem Bolschewismus ihn nicht bestätigt hat. Der Verfasser glaubt nicht an die Dauer des im Kriege künstlich großgezogenen Deutschenhasses, der in den sibirischen Verhältnissen keinen rechten Boden findet, und ebenso nimmt er wohl an, daß die drohende Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaften, die den schon in Sibirien ansässigen Deutsch-Russen zeitweilig die Wiederauswanderung nahelegte, sich kaum durchsetzen wird.

Mit wenigen Strichen sind die geographischen und sonstigen allgemeinen Grundlagen Sibiriens gezeichnet: seine dünne Besiedelung — im dichtest besiedelten Kreis Kurgan z. B. 14 auf 1 qkm —, die Bedeutung der sibirischen Ureinwohner, Alteingesessenen und Neuzuwanderer, die Bodenschätze der westsibirischen Ebenen, die Erschließung neuer Landgebiete zu intensiverer Kultur durch geplante umfangreiche Bahnbauten usw. Nicht ganz richtig ist die Behauptung, es gebe in Sibirien noch „ungeheure Mengen freien, unbebauten und reichen Bodens“. Das ist bei der extensiven Weidewirtschaft der Kirgisen und bei der fast nicht weniger extensiven Ackerwirtschaft der russischen Übersiedler nicht der Fall. Es gab schon vor dem Krieg Widerstand gegen weitere Zuwanderung und allerhand Kämpfe mit Neusiedlern. Aber es ist leicht, durch geringe Intensivierung des Betriebs gewaltige Flächen freizumachen. Es setzt das entweder eine starke, zum Aufschließen des Landes bereite sibirische Regierung voraus, oder Freiheit für den privaten Unternehmungsgeist, der durch Kauf- und Pachtverträge sich die Möglichkeiten schaffen könnte.

Der Verfasser empfiehlt etwaigen deutsch-stämmigen Übersiedlern mit Recht, Sonderkulturen und landwirtschaftliche Nebenindustrien zu treiben; er kommt von diesem Gedanken aus auch zu den Aussichten deutscher Handwerker und Industriellen in Sibirien. Er glaubt, ihnen eine gute Zukunft zusichern zu können; er betont dabei meines Erachtens ganz richtig, daß der Einfluß Amerikas und Japans zwar im ostbairischen Sibirien stark sein, aber im westbairischen Sibirien begrenzt sein wird, daß also hier im wichtigsten Teil des Landes die Deutschen nach wie vor die gegebenen Pioniere des Fortschritts bleiben werden. Prof. Dr. Otto Goebel-Hannover.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

„Volk und Heimat“ betitelt sich die neue vornehm ausgestattete Zeitschrift des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“, die er zugleich auch als Nachrichtenblatt des deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen herausgibt. (Die in diesem Schutzbunde vereinigten Vereine der Ost- und Russendeutschen haben sich allerdings in der oben angekündigten „Deutschen Post aus dem Osten“ wiederum ein eigenes Organ geschaffen, so daß die Zersplitterung auf dem Gebiete des

Zeitschriftenwesens für Grenz- und Auslandsdeutschtum allmählich recht beträchtlich geworden ist!) Die erste Nummer ist mit einem Bilde der Marienburg geschmückt, ein Vorspruch Hindenburgs leitet das Heft ein, dem der Vorsitzende, Exzellenz von Reichenau, den ersten Leitartikel schrieb. Es heiße die Tatsache erkennen, daß wir einer Gesamtheit von 95 Millionen deutschsprechender Menschen angehörten, daß 60 Millionen innerhalb und 35 Millionen außerhalb unserer Grenzen wohnten. Wir müßten lernen, uns als ein Volk zu fühlen, hier könnten uns die Juden als Vorbild dienen, von denen Gustav Rümelin gesagt habe, daß sie den Gedanken, ein Volk zu sein, in großartigster Weise erfaßt hätten. Wir Deutsche wüßten in fremder Geschichte besser Bescheid als in unserer eigenen. Die Erziehung zur Nation müsse bei uns erst erfolgen. Zum Schlusse ruft der Verfasser zur Einigkeit und Arbeit auf. Hans Thoma, der badische Malerpatriarch, stiftet einen Beitrag „Deutschland“, Richard Dehmel besingt die Not als die Mutter der Tugenden, eine Grenzlandschau und eine Rundschau über das Auslandsdeutschtum, einen Überblick über das Wanderungswesen, dem der Präsident des Reichswanderungsamts, Dr. Jung, einige Worte vorausschickte, eine Belehrung über Rechtsfragen der Auslandsdeutschen und Nachrichten aus der Tätigkeit des V. D. A. schließen sich an. Die Nummer ist 16 Seiten stark.

Deutsche Arbeit in Ungarn. Die ersten Hefte der von uns bereits angekündigten Zeitschrift liegen uns vor. Die „Deutsche Arbeit in Ungarn“ wird als Wochenschrift für deutsches Volkstum und deutsche Kultur und als parteiloses Organ in Budapest von Dr. Ernst Imrich herausgegeben. Die ersten Hefchen enthalten reichhaltiges Material über deutsches Vereinswesen, über deutsche wirtschaftliche Aufgaben in Ungarn, über deutsche Künstler in Ungarn, über die politischen Ereignisse.

Uns liegt eine „Werbenummer“ der „Deutschen Post aus dem Osten“ vor, die „Organ der deutsch-baltischen Gruppe, der Deutschen in Polen, der Kolonisten Wolhyniens, des Schwarzmeergebietes, des Wolgagebietes und der Deutschen aus Nord-Rußland und Sibirien“ sein will. Sie erscheint als Wochenblatt im Verlag der Deutsch-Nordischen Gesellschaft und des Ausschusses der deutschen Gruppen aus den Ländern Rußlands. Sie will ein gemeinsames Organ für alle Deutsche aus Rußland, also für „Volks-Deutsche“, wie sie sich selbst nennen, oder sagen wir in der neuen Terminologie der Ämter, für alle „Deutsch-Ausländer“, des ehemaligen Rußland sein und wird aus Mitteln der Deutsch-Nordischen Gesellschaft bezahlt, da den von Haus und Hof vertriebenen Rußland-Deutschen ja eigene Geldmittel nicht zur Verfügung stehen. Die „Deutsche Post“ will vor allen Dingen Nachrichten aus dem Osten bringen für alle diejenigen, die so sehr nach Mitteilungen über ihre Angehörigen hungern. Sie kündigt allerdings auch an, daß die politischen Nachrichten wohl oft widerspruchsvoll sein werden und daß jeder selbst herausfinden müsse, was richtig sein könne. Die Nachrichten aus Deutschland sollen hauptsächlich solcher Natur sein, daß sie über das Verhältnis zu Rußland handeln und bei den Nachrichten aus aller Welt sollen die Länder besonders berücksichtigt werden, wohin die Auswanderer die Blicke richten, denn man wisse noch nicht, ob des Bleibens in Rußland sein werde. Den Flüchtlingen dient ein Adressennachweis, eine Nachrichtenvermittlungsstelle und ein Briefkasten, den reichsdeutschen Freunden soll ein wirtschaftlicher Nachrichtendienst geboten werden. Ein Balte, ein Wolga- und ein Taurien-Deutscher sollen die Schriftleitung besorgen. Ein Leitaufsatz über die Politik der Zeitung beteuert das deutsche Denken und

Eine Ehrung im Kriege gefallener Auslandsdeutscher. Bei der Tagung des deutschen Schillerbundes, die am 5. Oktober 1919 in Weimar stattfand, wurde auf Anregung von Kammerzienrat Krehan, der seinen Plan in zu Herzen gehenden Worten begründete, beschlossen, anlässlich der wiederauflebenden Festspiele im August 1920 zu Ehren der gefallenen Mitglieder des Schillerbundes auf dem geweihten Boden des Weimarer Friedhofs einen Gedenkstein zu errichten. Dazu gab der frühere Direktor der Antwerpener deutschen Schule, Dr. Gaster, die Anregung, man möge dabei auch derjenigen Mitglieder gedenken, für deren Gedächtnis jetzt keine Heimat mehr vorhanden sei, nämlich der aus dem Auslande stammenden Mitglieder. Die Anregung fand beifällige Aufnahme, ihr wird entsprochen werden.

Ausländer an Deutschen Hochschulen.

Zu den Forderungen der Studenten an verschiedenen deutschen Hochschulen, Ausländer nicht an deutschen Schulen zuzulassen (unseres Wissens wurde sie nur erhoben mit dem Zusatz „solange unsere Kriegsgefangenen nicht zurückgegeben seien“, einem Zusatz, der recht erheblich ist), bemerkt die Frankfurter Zeitung in Anlehnung an einen Fall, in dem es einem japanischen Arzte unmöglich gemacht wurde, sein Studium an einer deutschen Hochschule fortzuführen, ein Volk müsse doch vorangehen, den Haß abzulegen, und es stehe dem deutschen Volke, das stets auf seinen Geist gepocht habe, gut an, wenn

es voranginge. Gerade Japanern gegenüber liege kein Grund zur Zurückhaltung vor. Denn die deutsche Sprache und Wissenschaft seien in Japan auch während des Kriegs gepflegt worden und die deutschen Kriegsgefangenen seien nirgendwo besser behandelt worden als in Japan (diese Tatsache wird freilich erheblich bestritten, und es liegen uns Äußerungen vor, die das Gegenteil zu beweisen scheinen). Der Platzmangel erschwere zwar die Zulassung von Ausländern, denen die Inländer natürlich vorgehen müßten, man solle aber, wenn es sich um allgemeine Interessen handelt, das mögliche tun.

Frankfurt a. M. Auch die hiesigen Studenten haben in einer allgemeinen Versammlung unter stürmischem Beifall und mit überwiegender Mehrheit beschlossen, Ausländer sollten solange von deutschen Hochschulen ausgeschlossen bleiben, als unsere Kriegsgefangenen nicht zurückgekehrt seien.

Ausländer und Schweizer Presse.

In der Generalversammlung des Vereins der Schweizer Presse wurde die Ausländerfrage besprochen und ein Nachtrag vorgelegt, alle Ausländer von leitenden Stellen der Schweizer Presse und Nachrichtenstellen zu entfernen. Es wurden peinliche Beispiele aus der Kriegszeit vom Wirken der Ausländer erzählt. Die Versammlung faßte jedoch keinen Beschluß, sondern stellte lediglich die oft betrübliche Tätigkeit der Ausländer in der Schweizer Presse fest.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Borstel, Fr. von, Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer. Eine Zukunftsfrage für die Stellung des Deutschums in der Welt. Verfaßt im Auftrage des Universitätsausschusses der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg. Hamburg: Boysen 1917. 53 Seiten. 8°. M 1.30.

Die Schrift gibt eine Fülle von Anregungen, die über den Rahmen des Titels hinausgehen. Der Verfasser, der seine Erfahrungen als Auslandslehrer hauptsächlich in Neapel gemacht hat, geht von der Feststellung aus, daß der Mehrzahl der deutschen Auslandskolonien eine charaktervolle nationale Ausprägung fehle. Die deutsche Schule erfülle wohl ihre Rolle als Unterrichtsanstalt; Mittelpunkt deutschen Geisteslebens in der Fremde sei sie nur in Einzelfällen geworden. Die deutsche Auslandsschule habe sich ebenso wie die wenigen deutschen wissenschaftlichen Institute im Auslande zu sehr abgeschlossen. Dabei liege ihre höhere Bestimmung gerade in der Doppelaufgabe, den Volksgenossen das Bewußtsein der deutschen Kulturgemeinschaft lebendig zu erhalten und im fremden Volke Verständnis für deutsche Kulturgüter zu erwecken. Wissenschaftliche Vorträge, Bildungs- und Kurstpfege müßten neben veredelter Geselligkeit dem ersten Zwecke dienen, während eines der Mittel, dem zweiten Ziele näher zu kommen, die unbefangene Würdigung und Erforschung des fremden Landes und Volkes sei, das sich als nächster Studiengegenstand darbiete. Von Borstel bedauert, daß die deutsche Kulturpropaganda noch in den Kinderschuhen stecke, daß das deutsche Buch, besonders das schöngeistige, nicht entfernt die Verbreitung habe, die es verdiene, daß Übersetzungen in die fremden Sprachen und umgekehrt meist nach einseitig literarisch-ästhetischen, statt nach psychologischen Gesichtspunkten erfolgten und deutsche Zeitungen und Büchereien

von Bedeutung im Auslande zu zählen seien. Er vergleicht die außerordentlichen Leistungen ander, oft kleinerer Völker auf diesen Gebieten mit dem geringen Anteil, den Reichstag und Regierung bis vor kurzem am Auslandsdeutschum genommen haben. Der zweite Teil der Schrift erörtert die Schulfragen im engeren Sinne. Der Verfasser hält aus politischen Gründen am privaten Charakter der Auslandsschule fest; er möchte sie ähnlich wie Dörsing (siehe unsere Rundschau „Deutsches Schulwesen im Auslande“ in diesem Heft) auf die allgemeine Volksschule gegründet sehen, um auch die Kinder der ärmsten Volksgenossen dem Deutschum zu erhalten. Den hohen Anforderungen, die an die Persönlichkeit des Auslandslehrers zu stellen sind, müsse durch einen besonderen Studiengang, sorgfältigste Auslese und entsprechende Besoldung genügt werden. Als Zentralstelle für die Pflege des Auslandschulwesens denkt sich von Borstel eine Reichsanstalt mit dem Sitz in Hamburg, welche sich auf die Erfahrungen der Auslandslehrer und die in Hamburg in reichem Maße vorhandenen Mittel der Auslandskunde wie der Erziehungswissenschaft zu stützen habe. — Nicht verständlich ist der Gebrauch des Wortes Gastvolk statt Wirtvolk. Wenn das argentinische Volk Deutsche bei sich aufnimmt, so sind diese das Gastvolk und nicht die Argentinier, die doch Herren im Lande bleiben. Die Ausdrücke Wirtvolk und Gastvolk gehen ja auf parallele Verhältnisse in der biologischen Naturbetrachtung zurück.

Mannhart.

Henning, Julius, Siedlungsmöglichkeiten in Westsibirien. Berlin, Süsserott 1919. 17 Seiten. 8°. 1.50 Mark.

Das Schriftchen ist die Wiedergabe eines Vortrags. Es handelt sich daher nicht um ein näheres Eingehen auf das vielseitige Problem etwaiger deutscher Einwanderung nach Sibirien, sondern um einen kurzen Überblick. Der Verfasser wendet sich im wesentlichen auch nur an die in vielen ihrer alten Wohnsitze in Rußland entwurzelten deutsch-russischen Kolonisten, die bis zum Zusammenbruch Deutschlands die Absicht hatten, im Land

ihrer Vorfahren eine neue Heimat zu suchen, und die nun ihre Augen dauernd nach Osten wenden.

Immerhin wirkt auch im Rahmen dieser Einschränkungen die Schrift manches Streiflicht auf die Aussichten unserer eigenen Auswanderungslustigen in Sibirien. Der Verfasser ist, wie ich von meinen eigenen Sibirienreisen her weiß, ein guter Kenner Westsibiriens, zum mindesten des Hinterlandes von Omsk, dem einen der großen Siedlungsbezirke, der nur von der Provinz Tomsk an Bedeutung übertroffen wird.

Die politischen Voraussetzungen der Schrift sind von Optimismus getragen, der für eine fernere Zukunft berechtigt sein mag, während für die Gegenwart die Entwicklung der Kämpfe zwischen dem bürgerlichen Sibirien und dem Bolschewismus ihn nicht bestätigt hat. Der Verfasser glaubt nicht an die Dauer des im Kriege künstlich großgezogenen Deutschenhasses, der in den sibirischen Verhältnissen keinen rechten Boden findet, und ebenso nimmt er wohl an, daß die drohende Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaften, die den schon in Sibirien ansässigen Deutsch-Russen zeitweilig die Wiederauswanderung nahelegte, sich kaum durchsetzen wird.

Mit wenigen Strichen sind die geographischen und sonstigen allgemeinen Grundlagen Sibiriens gezeichnet: seine dünne Besiedelung — im dichtest besiedelten Kreis Kurgan z. B. 14 auf 1 qkm —, die Bedeutung der sibirischen Ureinwohner, Alteingesessenen und Neuzuwanderer, die Bodenschätze der westsibirischen Ebenen, die Erschließung neuer Landgebiete zu intensiverer Kultur durch geplante umfangreiche Bahnbauten usw. Nicht ganz richtig ist die Behauptung, es gebe in Sibirien noch „ungeheure Mengen freien, unbauten und reichen Bodens“. Das ist bei der extensiven Weidwirtschaft der Kirgisen und bei der fast nicht weniger extensiven Ackerwirtschaft der russischen Übersiedler nicht der Fall. Es gab schon vor dem Krieg Widerstand gegen weitere Zuwanderung und allerhand Kämpfe mit Neusiedlern. Aber es ist leicht, durch geringe Intensivierung des Betriebs gewaltige Flächen freizumachen. Es setzt das entweder eine starke, zum Aufschließen des Landes bereite sibirische Regierung voraus, oder Freiheit für den privaten Unternehmungsgeist, der durch Kauf- und Pachtverträge sich die Möglichkeiten schaffen könnte.

Der Verfasser empfiehlt etwaigen deutsch-stämmigen Übersiedlern mit Recht, Sonderkulturen und landwirtschaftliche Nebenindustrien zu treiben; er kommt von diesem Gedanken aus auch zu den Aussichten deutscher Handwerker und Industriellen in Sibirien. Er glaubt, ihnen eine gute Zukunft zusichern zu können; er betont dabei meines Erachtens ganz richtig, daß der Einfluß Amerikas und Japans zwar im ostbairischen Sibirien stark sein, aber im westbairischen Sibirien begrenzt sein wird, daß also hier im wichtigsten Teil des Landes die Deutschen nach wie vor die gegebenen Pioniere des Fortschritts bleiben werden. Prof. Dr. Otto Goebel-Hannover.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

„Volk und Heimat“ betitelt sich die neue vornehm ausgestattete Zeitschrift des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“, die er zugleich auch als Nachrichtenblatt des deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen herausgibt. (Die in diesem Schutzbunde vereinigten Vereine der Ost- und Russendeutschen haben sich allerdings in der oben angekündigten „Deutschen Post aus dem Osten“ wiederum ein eigenes Organ geschaffen, so daß die Zersplitterung auf dem Gebiete des

Zeitschriftenwesens für Grenz- und Auslandsdeutschtum allmählich recht beträchtlich geworden ist!) Die erste Nummer ist mit einem Bilde der Marienburg geschmückt, ein Vorspruch Hindenburgs leitet das Heft ein, dem der Vorsitzende, Exzellenz von Reichenau, den ersten Leitartikel schrieb. Es heiße die Tatsache erkennen, daß wir einer Gesamtheit von 95 Millionen deutschsprechender Menschen angehörten, daß 60 Millionen innerhalb und 35 Millionen außerhalb unserer Grenzen wohnten. Wir müßten lernen, uns als ein Volk zu fühlen, hier könnten uns die Juden als Vorbild dienen, von denen Gustav Rümelin gesagt habe, daß sie den Gedanken, ein Volk zu sein, in großartigster Weise erfaßt hätten. Wir Deutsche wüßten in fremder Geschichte besser Bescheid als in unserer eigenen. Die Erziehung zur Nation müsse bei uns erst erfolgen. Zum Schlusse ruft der Verfasser zur Einigkeit und Arbeit auf. Hans Thoma, der badische Malerpatriarch, stiftet einen Beitrag „Deutschland“, Richard Dehmel besingt die Not als die Mutter der Tugenden, eine Grenzlandschau und eine Rundschau über das Auslandsdeutschtum, einen Überblick über das Wanderungswesen, dem der Präsident des Reichswanderungsamts, Dr. Jung, einige Worte vorausschickte, eine Belehrung über Rechtsfragen der Auslandsdeutschen und Nachrichten aus der Tätigkeit des V. D. A. schließen sich an. Die Nummer ist 16 Seiten stark.

Deutsche Arbeit in Ungarn. Die ersten Hefte der von uns bereits angekündigten Zeitschrift liegen uns vor. Die „Deutsche Arbeit in Ungarn“ wird als Wochenschrift für deutsches Volkstum und deutsche Kultur und als parteiloses Organ in Budapest von Dr. Ernst Imrich herausgegeben. Die ersten Heftchen enthalten reichhaltiges Material über deutsches Vereinswesen, über deutsche wirtschaftliche Aufgaben in Ungarn, über deutsche Künstler in Ungarn, über die politischen Ereignisse.

Uns liegt eine „Werbenummer“ der „Deutschen Post aus dem Osten“ vor, die „Organ der deutsch-baltischen Gruppe, der Deutschen in Polen, der Kolonisten Wolhyniens, des Schwarzmeergebietes, des Wolgagebietes und der Deutschen aus Nord-Rußland und Sibirien“ sein will. Sie erscheint als Wochenblatt im Verlag der Deutsch-Nordischen Gesellschaft und des Ausschusses der deutschen Gruppen aus den Ländern Rußlands. Sie will ein gemeinsames Organ für alle Deutsche aus Rußland, also für „Volks-Deutsche“, wie sie sich selbst nennen, oder sagen wir in der neuen Terminologie der Ämter, für alle „Deutsch-Ausländer“, des ehemaligen Rußland sein und wird aus Mitteln der Deutsch-Nordischen Gesellschaft bezahlt, da den von Haus und Hof vertriebenen Rußland-Deutschen ja eigene Geldmittel nicht zur Verfügung stehen. Die „Deutsche Post“ will vor allen Dingen Nachrichten aus dem Osten bringen für alle diejenigen, die so sehr nach Mitteilungen über ihre Angehörigen hungern. Sie kündigt allerdings auch an, daß die politischen Nachrichten wohl oft widerspruchsvoll sein werden und daß jeder selbst herausfinden müsse, was richtig sein könne. Die Nachrichten aus Deutschland sollen hauptsächlich solcher Natur sein, daß sie über das Verhältnis zu Rußland handeln und bei den Nachrichten aus aller Welt sollen die Länder besonders berücksichtigt werden, wohin die Auswanderer die Blicke richten, denn man wisse noch nicht, ob des Bleibens in Rußland sein werde. Den Flüchtlingen dient ein Adressennachweis, eine Nachrichtenvermittlungsstelle und ein Briefkasten, den reichsdeutschen Freunden soll ein wirtschaftlicher Nachrichtendienst geboten werden. Ein Balte, ein Wolga- und ein Taurien-Deutscher sollen die Schriftleitung besorgen. Ein Leitaufsatz über die Politik der Zeitung beteuert das deutsche Denken und

Fühlen der Deutsch-Russen, die das deutsche Volk aus Mangel an völkischem Gemeinsinn nur „Russen“ genannt habe. Freilich sind die Deutschen auch künftig bereit, „Rußland oder Polen oder der Ukraine redlich zu dienen, wenn man uns bei unserer Väter Glauben und Sprache läßt“. Noch gebe es in Deutschland Leute genug, die die Gemeinsamkeit nicht verstehen wollen. „Aber eine eiserne Druckpresse zwingt uns zusammen und lehrt uns verstehen, daß wir alle zusammen der übrigen Welt verdächtig und verhaßt sind, weil wir ‚Hunnen‘ sind — und daß wir verachtet werden, weil wir keinen Stolz und keine einmütige Ablehnung diesem Weltenhaß entgegensetzen. Der Weg zur Einmütigkeit, zur freudigen Bejahung des eigenen Volkstums mag weit und mühevoller denn je erscheinen. Es ist besonders von Trümmern und Blöcken versperrt, wo er im Innern des Deutschen Reiches verläuft. Die ‚Deutsche Post‘ soll ihren bescheidenen Anteil haben am Ausbau dieses Weges zu jenem fernerem Ziel. Sie will die einigenden Kulturgedanken der deutschen Sprachgemeinschaft zu Worte kommen lassen neben den trennenden Gedanken der Partei- und Klassen-Gegensätze. Die Politik der ‚Deutschen Post‘ ist eine unpolitische Politik und doch, die Frage des Minoritätenschutzes, der nationalen Autonomie, der Schaffung von Hochschulen und Mittelschulen, das nationale Vereinswesen, die Anbahnung eines geordneten Verkehrs zwischen hier und dort, die Ansätze zum Wiederaufbau des Zerstörten, die Beschaffung zuverlässiger Nachrichten, alles das bewegt uns alle, alles das ist erhaben über Parteikämpfe, über Staatszugehörigkeitsfragen. Dahin zielt unsere unpolitische Politik.“ Die neue Zeitschrift bringt sodann politische Nachrichten, Nachrichten aus Rußland, Mitteilungen der Organisationen.

Die **Blätter für Seemanns-Mission**, deren letzte Nummer vor Jahresfrist erschien, wollen wieder regelmäßig herauskommen. Das erste Heft (Dezember 1919) bringt einen warmen Nachruf für den „Vater der deutschen Seemannsmission“ D. theol. F. M. Harms, der am 4. November in London starb und der während des Krieges sich an der Christuskirche und im deutschen Hospital seiner Landsleute mit rührender Hingabe seelsorgerisch angenommen hatte. Er ist der Begründer des Blattes für Seemannsmission und hat die Geschichte der deutschen Seemannsheime geschrieben. Er hat selbst zahlreiche Seemannsheime und Lesezimmer begründet. 1910 wurde er Ehrendoktor der Berliner Universität. Die Zeitschrift erörtert ferner die Aussichten der deutschen Seemannsmission, für den Fall, daß eine deutsche Flotte wieder entsteht sowie für den Fall, daß deutsche Seeleute in der englischen oder amerikanischen Handelsmarine Stellungen finden. Die Lage in Nordamerika wird hoffnungsvoller beurteilt als die in England. Auch in den Heimathäfen ist durch das Stilliegen der Flotte und durch die Auslieferung an unsere Gegner der Betrieb der Seemannsheime stiller geworden, nur in den Fischereihäfen setzt bereits neues Leben ein. An Arbeit, so meint der Bericht, werde es der Mission nicht fehlen, nur die Aufbringung der Mittel werde Schwierigkeiten machen. Seemannspastor Voß berichtet schließlich über die Arbeit in Amsterdam. Er warnt energisch Auswanderer vor einer Überschätzung des Wertes ihres deutschen Geldes und bittet erst auszufahren, wenn man einen Schiffsplatz sicher habe.

Für eine „**Pflanzstätte des Deutschtums**“, die im Herzen Deutschlands errichtet werden sollte, setzt sich in der „Täglichen Rundschau“ vom 10. November v. J. der frühere Professor an der Handelshochschule in Antwerpen, Franz Treutler, ein.

Er betont, daß zur besseren Beurteilung des Auslandsdeutschtums durch die Heimat in erster Linie der Auslandsdeutsche selbst beitragen müsse, indem er sich zu seinen Landsleuten draußen freier und offener stelle als bisher. Die unselige Absonderung nach Glaubens- und Parteibekenntnis, nach Bildung und Abstammung müsse aufhören. Das Bewußtsein völkischer Pflicht und der Zusammengehörigkeit habe dem Auslandsdeutschtum gefehlt. Zwischen Inland- und Auslandsdeutschtum gelte es eine Brücke zu schlagen. So müsse in zentraler Lage die „Pflanzstätte bewußten Deutschtums“ entstehen, die die reichen Erfahrungen der zurückkehrenden Auslandsdeutschen nutzbar mache, Verbindung zwischen Heimgekehrten und Auswandernden herstelle, die gesammelten Kenntnisse in Technik und Handel, Landwirtschaft und Verkehr verwerte, den Rückwanderern Siedlungsmöglichkeit vermittele, Ausbildungskurse als eine Art geistiger Quarantäne schaffe, um Auswanderer zu belehren. Von dieser Pflanzstätte aus müßten die Provinzstätten geistig gespeist werden. Eine landwirtschaftliche Lehranstalt, eine ständige Ausstellung von Ausrüstungsgegenständen für Auswanderer, nach Ländern geordnet, seien zu schaffen. Das Reich und Private müßten die Mittel schaffen.

(Anmerkung der Schriftleitung: Professor Treutler will hier nur eine Anregung, keine ausführlichen Pläne geben. Bei näherer Einsicht in unseren Arbeitsplan und unsere Absichten wird er finden, daß es auch dieser Anregung nicht mehr bedarf, sie ist in den Einrichtungen des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart schon vollkommen verwirklicht.)

Im ersten Novemberheft 1919 des „**Kunstwart**“ wendet sich Ferdinand Avenarius gegen eine von vielen Seiten geplante „Kulturpropaganda“. Bei einer Kulturpropaganda siegt nicht die bessere Kultur, eben weil sie die bessere ist, sondern es siegt die eingänglichere und angenehmere. Hier sind uns aber die Franzosen und nicht nur sie überlegen. Wir sind zu plump, unsere Kultur ist zu jung und bei uns kennt man so etwas wie einen Drang in die Tiefe. Unsere Kultur verlangt Willigkeit, Mitarbeit, Ernst. Und übrigens sind auch wir in unserer Kultur stark heruntergekommen. Von den älteren unserer Führer zahlten viele „mit dem Papiergeld aus Phrasien“ und unter den jüngeren sabotierte man mit erheblichen Symptomen der Gehirnversengung schon längst Kultur, ehe man von Bolschewismus sprach. Man sehe doch nur unsere Theater, unsere Plakatkunst, unsere Kritik, unsere Kinos, unsere Jugend von heute an! Unser Volk wird ja auch dieses Geschick überwinden. Die Krise hat verbrannt, was verbrennen mußte. Stolz wird das Volk sich vereint daraus erheben. „Daß aber eine arrangierte Kulturpropaganda, wie manche sie denken, etwa nach französischem Vorbild, fürs Deutschtum jemals wirklich zweckmäßig und daß sie jemals unser wirklich würdig wäre, das bezweifle ich. Ganz gewiß scheint es mir, daß sie zum mindesten jetzt eine neue riesengroße Narretei wäre.“ Wirkliche Kulturpropaganda wäre, wenn wir uns bei unserm erpreßten Schuldbekenntnis nicht beruhigten, wenn wir stets und dauernd unser Gericht forderten. Es ist wichtiger, die deutsche Kultur zu erhalten, als sie zu propagieren. Befreiung vom Geschäft wird auch uns Kultur geben. Es braucht Zeit, Geld, Kraft und Phantasie, aber ein Deutschland, das mit dem Aufgebot seiner besten Kraft daran arbeitet, die Kulturpflege aller Art von der offenen oder heimlichen Gängelung durchs Geschäft zu befreien, ein solches Deutschland braucht dann gar keine Kulturpropaganda mehr!

Einem Neujahrsartikel eines Balten, Adalbert Volck, in der „Tägl. Rundschau“ entnehmen wir folgende Sätze:

Wir Balten feiern das traurigste Neujahrsfest unserer mehr als 700jährigen Geschichte.

Nicht zum erstenmal gedenken die Balten, vertrieben in der Fremde, ihrer zerstörten Heimat, unsere Altvordern haben oft mit dem weißen Stabe in der Hand den heimatlichen Herd verlassen müssen, aber die Zurückgebliebenen wurden nicht am Aufbau gehindert, sie konnten die Spuren der Vernichtung in zäher Arbeit beseitigen, und immer wieder blühte neues Leben aus den Ruinen...

Heute hat die Heimat uns verstoßen; was die mächtigen Reiche der Polen, Schweden und Russen nicht zuwege bringen konnten, ist den zwei Millionen zählenden Letten und Esten gelungen: wir können nicht zurück, die Undeutschen, die ihre Kultur uns verdanken, glauben unser entraten zu können. England, der Feind Europas, steht hinter ihnen und wehrt uns die Heimkehr! Und noch ein tieferer Schmerz quält uns: Deutschland, das deutsche Volk liegt am Boden...

Und doch dürfen wir nicht verzweifeln.

Mit offenen Armen hat das deutsche Volk uns aufgenommen, Deutschland ist uns keine Fremde mehr, die gemeinsamen Note haben uns genähert, die Besten des deutschen Volkes erinnern sich ihrer Bruderpflichten, wir stehen nicht mehr allein der feindlichen Umwelt gegenüber...

Wir werden unsere Heimat wiedergewinnen, dafür bürgt uns unsere Jugend, die sich in der Landeswehr ihrer Väter würdig erwiesen hat, und ist es uns Älteren beschieden, die Heimat nicht wiederzusehen, unsere Jugend wollen wir dazu erziehen, daß all ihr Sinnen und Trachten auf Wiedergewinnung der Heimat gerichtet sein soll; möchte die Not sie in ihrem Willen stählen, das ist unser heißer Weihnachtswunsch.

Auch das deutsche Volk wird in Erinnerung an den Heldenmut seiner Söhne Trost und Zuversicht in seiner Jugend suchen und finden. — Wir Balten und Reichsdeutsche wollen uns an den Worten des 127. Psalms aufrichten, den Martin Luther im Jahre 1525 unserer Heimat — den „Christen in Livland“ widmete:

„Wie die Pfeile in der Hand eines Starken, also geraten die jungen Knaben. Wohl dem, der seinen Köcher derselben voll hat; die werden nicht zuschanden, wenn sie mit ihren Feinden handeln am Tor.“

VON UNSERER ARBEIT

Die Organisation des Deutschen Ausland-Instituts. Es bestehen zurzeit die folgenden Abteilungen des Instituts:

Auswandererberatung. Abteilungsleiter: Pfarrer M. Grisebach.

Auskunfts- und Stellenvermittlung. Abteilungsleiter: H. J. Unkel.

Bibliothek. Abteilungsleiter: Bibliothekar Dr. phil. Hans Mannhart.

Archiv (Vereins- und Zeitungsarchiv). Abteilungsleiter: Hauptmann z. D. Albert Morgner.

Archiv (Wirtschaftsarchiv), Rechtsauskunfts- und Beratungsstelle. Abteilungsleiter: Dr. jur. Hans Kastner.

Zeitschriftenwesen. Abteilungsleiter: Dr. Großmann.

Karten-, Bild- und Lichtbildabteilung, Ost-Europa-Abteilung. Abteilungsleiter: Privatdozent Dr. Wunderlich.

Mitglieder- und Werbeabteilung. Abteilungsleiter: Fregattenkapitän a. D. Fritz Müller-Palm.

Geschäftsstelle. Abteilungsleiterin: Fräulein B. Jutz.

Unterstützungswesen.

Ausstellungswesen.

Pressekorrespondenz des D. A.-I.

Das Deutsche Ausland-Institut gibt seit 1. Oktober 1919 eine Pressekorrespondenz heraus, die den reichsdeutschen und auslanddeutschen Zeitungen unentgeltlich zugestellt wird und die zur Frage des Auslandsdeutschtums, der Auswanderung und der Auslandkunde wichtiges Material für die Zeitungen zusammenstellt. Die Mitteilungen der Korrespondenz werden von den Zeitungen auch rege benutzt. Denjenigen unserer Mitglieder, die das Material der Pressekorrespondenz zu sammeln wünschen, oder die aus irgendeinem Grunde die Zeitungskorrespondenz beziehen wollen, sind wir bereit, sie gegen Ersatz der eigenen Kosten zum Jahrespreise von 6 Mark regelmäßig zuzustellen. Anmeldungen wolle man an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Neues Schloß, Nordflügel, richten.

Führungen.

Im letzten Vierteljahre 1919 hatte das Deutsche Ausland-Institut eine große Anzahl von Einzelbesuchern, die sich die gesamten Anlagen zeigen und erläutern ließen. An Samstag-Nachmittagen und Sonntag-Vormittagen fanden außerdem eine Reihe von Führungen größerer Gesellschaften statt, denen jeweils ein kurzer einleitender Vortrag über die Bedeutung des Instituts und über seine Arbeiten gehalten wurde, ehe die Erklärungen über die einzelnen Abteilungen an Ort und Stelle gegeben wurden. Unter anderm wurden so die Rektoren der Stuttgarter Schulen, die Beamten und Angestellten der Daimlerwerke in Untertürkheim, die Angehörigen des Kaufmännischen Vereins von 1858, die Mitglieder des Vereins christlicher junger Männer durch die Anlagen geleitet.

Lesesaal.

Unser Lesesaal, der an Zeitungen und Zeitschriften eine rasche Ausgestaltung erfährt, erfreut sich, seit er der öffentlichen Benutzung zugänglich gemacht worden ist, steigender Beliebtheit. Es sind in den letzten 6 Wochen des Jahres 1919 an 350 Dauerbesuchskarten (unentgeltlich) ausgegeben worden. Die meisten Besucher sind täglich Gäste des Lesesaals. Namentlich die deutsch-amerikanischen Zeitungen und die deutschen Zeitungen Süd-Amerikas, aber auch die gesamten Auswandererzeitschriften begegnen reger Nachfrage. Im Lesesaal werden von der Lichtbildabteilung die neuesten Eingänge des Lichtbildarchivs ausgehängt.

Vorträge.

Es sprachen seit der letzten Mitteilung in der Reihe der Institutsvorträge in Stuttgart

am 26. November: Herr Voss, Referent bei der Außenhandelsstelle in Berlin: „Brasilien in der Weltwirtschaft“,
am 10. Dezember: Herr Universitätsprofessor W. Fischer-Göttingen (Schanghai) über „Deutsche Kulturbestrebungen in China“.

Herr Professor Fischer wiederholte seinen Vortrag auch in der Vortragsreihe in Tübingen, in der außerdem noch Privatdozent General Dr. Haushofer-München über „Japans Stellung in der Weltwirtschaft“ sprach.

Bibliothekar Dr. Mannhart und Generalsekretär Dr. Wertheimer lesen in den Kursen der Stuttgarter Volkshochschule gemeinsam ein auf 20 etwa 1½stündige Vorträge berechnetes Kollegium über „Das Deutschtum im Ausland“ mit anschließenden Besprechungen und Lichtbildvorführungen.

Generalsekretär Dr. Wertheimer sprach in Heilbronn im kaufmännischen Verein über „Altes und neues Auslandsdeutschtum“ und in Ludwigsburg über „Auswanderung und Kaufmannschaft“.

Die „Weltwirtschaft“.

Die vom deutschen Ausland-Institut in Gemeinschaft mit der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft Berlin herausgegebene, im Verlag von Carl Heymann erscheinende Monatschrift „Weltwirtschaft“ wird auch in diesem Jahre den Mitgliedern des Deutschen Ausland-Instituts zu einem bedeutend ermäßigten Preise geliefert, wenn die Bestellung durch unsere Geschäftsstelle vorgenommen wird. Aus dem Inhalt der letzten Hefte heben wir folgende Aufsätze hervor, die sich mit Fragen des Auslandsdeutschtums befassen: Die künftigen Beziehungen der deutschen Kolonisten in Rußland zu ihrem Stammlande, von Dr. Ernst Jenny, Berlin. — Das Deutschtum in Australien und Neuseeland, von Professor Dr. Alfred Manes, Berlin. — Deutsche Bauernarbeit in Mazedonien, von J. Zeisel, Überlingen. — Die Hilfstätigkeit des Reichswanderungsamtes für die deutschstämmigen Kolonisten Wolhyniens und des Cholmer Bezirks, von Landrichter Scholz, Berlin. — Deutschstämmige Kriegsgefangene in Deutschland, von Dr. Adolf Peschke, Berlin. — Kleinsiedlungen und Auslandsdeutschtum, von Privatdozent Dr. Ernst Schultze, Leipzig. — Stand der Rückliquidation deutschen Besitzes im ehemaligen Rußland vor dem deutschen Zusammenbruch, von Rechtsanwalt Dr. Berthold, Großenhain-Dresden. — Wirtschaftliches aus den deutschen Kolonien im heiligen Lande, von Dr. H. Brode, Halle a. S. — Die Organisationstätigkeit deutscher Arbeiter im Auslande, von P. Riecke, Berlin. — Das Auslandsdeutschtum und die neue Zeit, von Pfarrer Günther, Kristiania. — Das Arbeitsfeld unserer ausländischen Hilfsvereine nach dem Kriege, von P. Grempe, Berlin. — Auswanderung und Landwirtschaft, von Geheimem Oberregierungsrat Präsident Dr. Jung, Berlin. — Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für das Auslandsdeutschtum, von Privatdozent Dr. Ernst Grünfeld, Halle. — Die Lage des Deutschtums in Rußland nach der deutschen Novemberrevolution, von Otto Pertz, Bückeburg. — Das Deutschtum und die weltwirtschaftliche Bedeutung Ägyptens, von Reallehrer Max Grühl, Kirchheim. — In jeder Nummer erscheint außerdem eine Chronik des Auslandsdeutschtums als Übersicht über die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete des Auslandsdeutschtums in der Heimat wie auch im Auslande; sie wird von Generalsekretär Dr. Wertheimer geschrieben.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Deutsche Firma in Holländisch-Indien wünscht mit Fabrikanten von für den dortigen Markt geeigneten Artikeln in Verbindung zu treten. Die Adresse kann durch uns erfahren werden.

Spezialist der Rohhäute und der Lederbranche in Italien (Reichsdeutscher) wünscht in Verbindung zu treten mit deutschen Firmen, welche Interesse für italienische Rohhäute sowie Erzeugnisse der italienischen Lederindustrie, vor allem Bodenleder (Vacheleder), haben.

Mitglied (Kaufmann und Landwirt), welches nach Mexiko übersiedelt, sucht Verbindung mit Interessenten, Chemiker (Fabrikanten), behufs Anbahnung von Interessengemeinschaft. Anfragen bitte zur Weitergabe an uns.

Für die Einrichtung und Leitung eines praktischen Gartenbau-Lehrbetriebs für Frauen in Württemberg wird ein selbständiger, erfahrener und zuverlässiger Gärtner gesucht.

Das Areal (Neubrunn) umfaßt 5—6 Morgen, Gewächshaus und Mistbeete vorhanden. Bewerber, die schon eine Handlungsgärtnerei, hauptsächlich Gemüsebau, betrieben haben, werden bevorzugt. Der Gesamtertrag des Betriebs gehört dem Pächter.

Nähere Auskunft durch die Stellenvermittlung des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart, Neues Schloß.

Das Deutsche Ausland-Institut hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, die späterhin in erster Linie dafür arbeiten soll,

Stellen ins Ausland

zu vermitteln und auch rückwanderungslustigen Auslandsdeutschen beim

Wiedergewinnen einer Stellung in der Heimat

dienstbar zu sein. Zurzeit ist aber erste Aufgabe, die in der Heimat beschäftigungslos weilenden

Auslandsdeutschen unterzubringen

und ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen. Denn gern nimmt kaum einer unter ihnen die Erwerbslosenfürsorge an, weit mehr vielleicht als andere besetzt unsere Auslandsdeutschen, die in harter Arbeitsleistung groß geworden sind, Arbeitslust und Arbeitswille. Gar oft sperren sich Industrie und Handel noch gegen die Einstellung von Auslandsdeutschen, aber dank unserer Arbeit ist schon manches besser geworden. Wir bitten die Auslandsdeutschen, unsere Vermittlungsstelle, die für alle Teile völlig kostenlos arbeitet, in Anspruch zu nehmen.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 10. Januar 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 3

STUTTGART

Erstes Februar-Heft 1920

Zur Vorentscheidung

Der „Deutsche Reichsanzeiger und Preußische Staatsanzeiger“ veröffentlicht in seiner Nr. 18 vom 22. Januar, abends, die nachfolgende

Bekanntmachung

betreffend Sitz und Geschäftsbereich der Spruchkommissionen.

Auf Grund des § 6 der Bekanntmachung, betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Auslande, vom 15. November 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1891) werden die Sitze und Geschäftsbereiche der Spruchkommissionen wie folgt bestimmt:

I.

Für Anträge, die vom „Verbande der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen“ vorgeprüft sind, werden Spruchkommissionen an folgenden Orten errichtet:

Sitz der Spruchkommission:	Geschäftsbereich.
Königsberg.	Provinz Ostpreußen, von Westpreußen die an Ostpreußen grenzenden deutschbleibenden Gebietsteile.
Breslau.	Regierungsbezirke Liegnitz, Breslau, Oppeln und von der Provinz Posen die deutschbleibenden Teile des Kreises Fraustadt.
Berlin.	Berlin und Provinz Brandenburg, Provinz Pommern, von den Provinzen Westpreußen und Posen die deutschbleibenden Teile westlich der künftigen polnischen Grenze. Von der Provinz Sachsen der Regierungsbezirk Magdeburg.
Hannover.	Provinz Hannover (außer Wilhelmshaven), Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Waldeck-Pyrmont, Lippe.
Barmen.	Provinz Westfalen und Rheinprovinz östlich des Rheins außer dem Kreise Wetzlar und dem besetzten Gebiet.
Cöln.	Das im Westen besetzte preußische, hessische und oldenburgische Gebiet.

Frankfurt a.M.	Provinz Hessen-Nassau außer dem besetzten Teil und dem Kreise Schmalkalden, von der Rheinprovinz Kreis Wetzlar, Waldeck-Arolsen und Hessen mit Ausnahme des besetzten Gebiets.
München.	Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg, Oberbayern, Niederbayern.
Nürnberg.	Regierungsbezirke Mittelfranken, Oberpfalz und Regensburg, Oberfranken, Unterfranken sowie Sachsen-Coburg und Gotha: Landesteil Coburg.
Ludwigshafen.	Die Rheinpfalz.
Leipzig.	Sachsen, Anhalt und Regierungsbezirk Merseburg.
Stuttgart.	Württemberg und die Hohenzollernschen Lande.
Mannheim.	Von Baden die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach.
Karlsruhe.	Das übrige Baden.
Weimar.	Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha: Landesteil Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß, Kreis Schmalkalden und Regierungsbezirk Erfurt.
Lübeck.	Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck, oldenburgische Prov. Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz.
Bremen.	Gebiet der Freien Hansestadt Bremen, Wilhelmshaven, Oldenburg außer den Provinzen Birkenfeld und Lübeck.
Hamburg.	Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg und Provinz Schleswig-Holstein.

Zur Entscheidung ist diejenige Spruchkommission zuständig, in deren Bezirk der Antragsteller seine gewerbliche Nieder-

lassung, oder in deren Ermangelung seinen Wohnsitz, oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat.

II.

Für Anträge, die vom „Bunde der Auslandsdeutschen“ vorgeprüft sind, werden Spruchkommissionen an folgenden Orten errichtet:

Sitz der Spruchkommission:

Geschäftsbereich.

Berlin.	Preußen außer den im Westen besetzten preußischen Gebieten, Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Gebiet der Freien Hansestadt Bremen, Oldenburg und Hessen mit Ausnahme ihrer besetzten Gebiete, Waldeck und Pyrmont, Braunschweig, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe.
Cöln.	Das im Westen besetzte preußische, hessische und oldenburgische Gebiet.
München.	Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg, Oberbayern, Niederbayern.
Nürnberg.	Regierungsbezirke Mittelfranken, Oberpfalz und Regensburg, Oberfranken, Unterfranken, sowie Sachsen-Coburg und Gotha: Landesteil Coburg.

Leipzig.

Sachsen und die Thüringischen Staaten außer

Sachsen-Coburg und Gotha: Landesteil Coburg.

Stuttgart.

Württemberg und die Hohenzollernschen Lande.

Karlsruhe.

Baden und die Rheinpfalz.

Hamburg.

Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg.

Zur Entscheidung ist diejenige Spruchkommission zuständig, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt hat. Hat der Antragsteller innerhalb des Deutschen Reiches weder Wohnsitz noch Aufenthalt, so ist die Spruchkommission Berlin zuständig.

III.

Der Präsident der Reichsentschädigungskommission kann mit Zustimmung des Reichsministers für Wiederaufbau nach Anhörung der beteiligten Interessenvertretung und des Antragstellers die Entscheidung einer anderen als der sich aus den Bestimmungen zu I und II ergebenden Spruchkommission übertragen, sofern mit Rücksicht auf das in Betracht kommende Land oder Fachgebiet eine Entscheidung durch eine andere Spruchkommission als im öffentlichen Interesse liegend erscheint.

Berlin, den 17. Januar 1920.

Der Reichsminister für Wiederaufbau.
Dr. Geßler.

Über einige Steuerbeschwerden und -wünsche der Auslandsdeutschen

Von dem Senatspräsidenten des Reichsfinanzhofs, Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. jur. G. STRUTZ.

Am Schlusse meines Aufsatzes in der Julinummer dieser Zeitschrift habe ich mir vorbehalten, auf einige mir bekannt gewordene, aus den Kreisen der aus dem Auslande geflüchteten Deutschen geäußerte Beschwerden und Wünsche hinsichtlich ihrer steuerlichen Behandlung in der Heimat einzugehen. Später als ich damals hoffte, ist es mir möglich, diese Absicht zur Ausführung zu bringen infolge der rapiden Zunahme der Dienstgeschäfte beim Reichsfinanzhof, der durch die Massen- und Schnellfabrikation von Steuergesetzen bewirkten Häufung von Bitten von Verlegern und Herausgebern um Arbeiten über diese und nicht zuletzt der jede häusliche Arbeit aufs äußerste erschwerenden Münchener Heizungsverhältnisse, die z. B. mich zwingen, in demselben Zimmer mit meiner Frau zu wohnen, zu essen und zu arbeiten.

Beziehen sich jene Beschwerden und Wünsche auch zum Teil auf die dem Untergange geweihten Landessteuern, so wird doch ein Eingehen auf sie auch insofern nicht ganz überflüssig sein, weil noch geraume Zeit vergehen wird, bis alle die Erzbürgerlichen neuen, die Landessteuern ersetzenden Reichssteuern auch anstelle jener wirklich veranlagt sein werden.

Insbesondere scheinen solche Beschwerden und Wünsche in den Versammlungen der Flüchtlingsvereine in Frankfurt a. M. vorgebracht zu sein. Hier wurde namentlich vorgetragen, die Stadtbehörde habe an alle ihr bekannten Flüchtlinge die Aufforderung gesandt, ihren Vermögens- und Einkommenstand genauest zu detaillieren, und die Personen, welche der Aufforderung nachgekommen seien, hätten die vollen Staats- und städtischen Steuern zu zahlen, obwohl diese Vermögen doch nur vorübergehend und zwangsweise nach Deutschland übergeführt worden seien; bei anderen wäre auf Re-

klamation die Staatssteuer erlassen, aber die städtische Veranlagung aufrecht erhalten. In einem andern Fall sei geantwortet, daß die Flüchtlinge, die nur von ihren Zinsen (resp. jetzt meist vom „Kapital“) lebten, keinerlei Einkommensteuer zu zahlen hätten, daß jedoch diese Befreiung sofort aufhöre sowie die geringste Veränderung am Wertpapierbestand (z. B. Auslösung eines Papiers) eintrete; somit dürfte z. B. der Zeichner von Kriegsanleihe zur Steuer herangezogen werden, der „Abstinenz“ nicht! Wenn aber Flüchtlinge eine Stellung annähmen, also ein Arbeitseinkommen bezögen, müsse nicht nur dieses sondern auch sofort das ganze Renteneinkommen versteuert werden; demnach wären reine Rentner befreit, was viele veranlassen könnte, lieber auf ein kleines Einkommen zu verzichten!

Ferner wurde seitens der Auslandsdeutschen verlangt, daß das Verbot der Auswanderung des Kapitals nicht auf die Wiederausfuhr der Vermögen der zwecks Wiederaufbau ihrer Existenz zurückgehenden Flüchtlinge Anwendung finde, insbesondere in bezug auf die zu hinterlegende Summe.

Von den aus Belgien geflüchteten Deutschen wird darauf hingewiesen, daß ihre Geschäfte, Vermögenswerte und Interessen sequestriert seien und daher natürlich die belgischen Gemeinde-, Provinz- und Staatssteuern durch den Sequester zu ihren Lasten weiterbezahlt würden, wobei hervorgehoben wurde, daß 1. die deutschen Okkupationsbehörden in Belgien neue hohe Einkommensteuern eingeführt hätten, die wohl ausschließlich von den Deutschen auf Grund genauester Deklarationen bezahlt worden seien, während die Belgier die Parolle ausgegeben hätten, diese „ungesetzlichen“ Steuern nicht zu befolgen, und daß 2. inzwischen der belgische Staat eine Kriegsgewinnsteuer von 20 bis

80% eingeführt habe, zu der natürlich auch die in Händen der Sequester befindlichen deutschen Firmen herangezogen würden. Dies treffe wohl nur die belgischen Flüchtlinge, die ja zum größten Teil bis Oktober 1918 ihren Geschäften nachgehen konnten. Eine nochmalige Veranlagung zu den entsprechenden deutschen Steuern wäre demnach wohl kaum angebracht.

Schließlich wird von der derselben Seite darauf hingewiesen, daß diejenigen Deutschen, welchen es noch gelungen sei, größere Barbeträge auf der Flucht mitzuretten oder Bankguthaben nach Deutschland rechtzeitig zu überweisen, bereits ganz bedeutende Vermögensverluste erlitten hätten; wenn z. B. Ende Oktober 1918 von Belgien nach Deutschland 100000 Franken überwiesen wurden, so seien diese dort zum Zwangskurse von 80% mit 80000 Mark gutgeschrieben worden. Wolle nun der Flüchtling nach Friedensschluß seinen Geschäften wieder nachgehen, so würden ihm bei Rücküberweisung dieser 80000 Mark für seine ursprünglichen 100000 Franken infolge des Standes der Valuta voraussichtlich 40000 Franken (jetzt noch viel weniger) in Belgien gutgeschrieben, d. h. er erleide einen ungeheuren Vermögensverlust, dessen Ursache in der allgemeinen Kriegslage und in seiner Eigenschaft als Deutscher liege. Diese bedeutenden Verluste sollten — soweit sie nachgewiesen werden — bei einer zwangsweisen Hinzuziehung der Auslanddeutschen zu den Kriegskosten berücksichtigt werden.

Von Einzelfällen sind dem Ausland-Institut u. a. folgende vorgetragen worden:

Ein seit 1887 in Frankreich lebender württembergischer Staatsangehöriger sandte gegen Ende Juli 1914 wegen der politischen Lage seine Frau und Kinder nach Preußen zum Besuch seiner dort lebenden Schwiegermutter und flüchtete selbst am 1. August nach London, von wo er im Mai 1915 in ein englisches Internierungslager gebracht, jedoch schon im Mai 1916 nach Deutschland zurückgesandt wurde. Seine Frau hatte inzwischen in Preußen eine möblierte Wohnung für die Dauer des Krieges gemietet und die Kinder in eine dortige Schule gebracht. Der Mann nahm, aus England zurückgekehrt, in der von seiner Frau gemieteten Wohnung Aufenthalt. Er trägt nun weiter vor, er sei in der Folge zur Steuerzahlung herangezogen worden, habe auch anfänglich ohne Einwand die Steuer bezahlt, bis ihm zu Ohren gekommen sei, daß nach einer Entscheidung des preuß. Oberverwaltungsgerichts diejenigen Flüchtlinge aus dem feindlichen Ausland als steuerfrei anzusehen seien, welche die Absicht hätten, nach Kriegsende an ihren Wohnsitz zurückzukehren. Da dies bei ihm zutrefte, habe er gegen eine neue Veranlagung Berufung eingelegt. Der Fall sei aber in höchster Instanz vom preuß. Oberverwaltungsgericht zu seinen Ungunsten entschieden worden, und zwar, weil diese Steuerbefreiung nur preußischen Staatsangehörigen zukomme, während er selbst Württemberger sei. Er meint nun, daß diese Entscheidung in direktem Gegensatz zu Art. 3 der früheren Reichsverfassung stehe, nach welchem der Angehörige eines jeden Bundesstaats in jedem anderen Bundesstaat gleich wie der eigene Staatsangehörige zu behandeln sei. Er fügt hinzu, daß er eine gewinnbringende Tätigkeit in Preußen nicht ausübe und sein Einkommen nur aus dem in Deutschland befindlichen Teil seines in Frankreich erworbenen Vermögens herrühre, und fährt fort:

„Nachdem ich damit alle mir zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel erschöpft hatte, blieb mir nichts anders übrig, als die Hilfe der württembergischen Regierung anzurufen. Ich legte meinen Fall daher dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Stuttgart vor. Dieses verwies die Sache an das Finanzministerium und letzteres seinerseits an das Steuerkollegium

Abteilung für direkte Steuern in Stuttgart. Nachdem es sich nicht um württembergische Steuern handelt, ist mir nicht klar, in welcher Weise diese Sache das Steuerkollegium betreffen soll.

Das Steuerkollegium arbeitete eine Abhandlung aus, in der zunächst ein Vergleich zwischen der verschiedenartigen Behandlung der Kriegsflüchtlinge in betreff Steuersachen in Württemberg und Preußen gemacht wird (was zu meinem Fall keine Beziehung hat), kommt dann selbst zu der Äußerung, die Entscheidung wäre wohl anders ausgefallen, wenn ich geltend gemacht hätte, daß ich mich in Preußen nur infolge der Zwangslage des Krieges und mit der Absicht, später nach Frankreich zurückzukehren, aufhalte — was selbstverständlich mit allem Nachdruck geschehen ist — und schließt wörtlich:

„Eine Verletzung des Art. 3 der Reichsverfassung könnte nur dann in Betracht kommen, wenn nach dem preuß. Einkommensteuergesetz bei gleicher Sach- und Rechtslage nicht-preußische Staatsangehörige ungünstiger behandelt würden als preußische. Dies ist aber nicht der Fall. Die Beschwerde erscheint hiernach nicht begründet.“

Diesem Schluß fehlt jede Folgerichtigkeit; denn daß eine ungünstigere Behandlung eines nichtpreußischen Staatsangehörigen bei gleicher Sachlage vorliegt, wird mir niemand abstreiten wollen, und wenn das preußische Oberverwaltungsgericht eine Stütze für seine Entscheidung in den preußischen Steuergesetzen findet, so wäre damit nur der Beweis erbracht, daß die Steuergesetzgebung in Preußen nicht im Einklang mit der Reichsverfassung steht.“

Ein anderer Reichsdeutscher kam nach seiner Angabe im Jahre 1913 mit Familie von Argentinien zu einem Aufenthalt von höchstens 2 Jahren nach Europa, nahm dann im Oktober 1914 in S. in Bayern in einer Pension Aufenthalt ohne eigene Möbel und zog im November 1917 nach R. in Württemberg, wo er seither in „ähnlicher Weise wohne“. In Argentinien habe er während 30 Jahren gelebt, seine Kinder, ein Sohn und eine Tochter, seien dort geboren, der Sohn sei Anfang 1915 zurückgegangen, wo er auch schon vorher gedient hätte, weil dort allgemeine Wehrpflicht bestehe. Sein Vermögen, das in der Hauptsache aus Grundbesitz, verbunden mit Schafzucht bestehe, habe Schreiber drüben gelassen. Hier habe er nur, was er sich jeweils kommen liess zum Zeichnen von Kriegsanleihe, etwas über 100000 Mark. Einkommen-, Kriegs- etc. Steuern zahle er sowohl in Bayern als auch in Württemberg. Zur Erlangung eines Passes für die Rückreise nach Argentinien habe er auf Verlangen des württembergischen Kameralamts 30000 Mark Kriegsanleihe verpfänden müssen. Nun sei 1919 die neue Forderung eines Vermögensverzeichnisses mit Angabe des ausländischen Grundbesitzes gekommen. Das Kameralamt sei der Meinung, dass ein Aufenthalt von zirka 2 Jahren (die ersten 2 Jahre sei er nicht immer in Deutschland, Winter 1913/14 in Tirol gewesen) nicht als vorübergehend gelten könne. Er sei eben nur nach Württemberg gekommen, um seinen Kindern Gelegenheit zu geben, das Land ihrer Eltern kennen zu lernen, sein Sohn habe als Landwirt praktiziert, die Tochter sei in einem Landerziehungsheim untergebracht.

Die Frage des Schreibers ist nun, ob man ihm mit der Begründung, dass sein Aufenthalt in Deutschland nicht bloß vorübergehend (obwohl er nur durch den Krieg abgehalten worden sei, früher zu reisen), die Verpflichtung auferlegen könne:

1. Kriegssteuern zu zahlen, was er aber gar nicht verweigern wolle, solange es das Vermögen betreffe, das er hier habe,

2. seinen argentinischen Grundbesitz, der natürlich dort steuerpflichtig sei, anzugeben, um vielleicht auch mit diesem zur Steuer herangezogen zu werden, wobei zu beachten sei, daß alles, was er habe, in Argentinien erworben worden sei.

Ein gebürtiger Bayer war nach seinen Angaben vor Ausbruch des Krieges 25 Jahre in Paris ansässig, wo er ein Kunstgeschäft betrieb. Da er als Deutscher bei Beginn der Kriegswirren Nachstellungen zu befürchten hatte, flüchtete er in den letzten Tagen des Monats Juli 1914 mit Frau und Kind unter Zurücklassung seines Geschäftes und seines Hab und Gutes nach Bayern, wo er sich seitdem aufhält. Beim Eintreffen in Deutschland stellte sich heraus, daß er bereits einige Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit dadurch verloren hatte, daß er sich aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen nicht in die Konsulatsmatrikel hatte eintragen lassen. Dieses Versehen machte er dadurch sofort wieder gut, daß er im August 1914 die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erwarb. Er beansprucht, als Auslandsdeutscher im Sinne des § 20 Z. 3 des Steuerfluchtgesetzes angesehen zu werden, während die Steuerbehörde den Standpunkt einnehme, daß er nicht als Auslandsdeutscher anzusehen sei, weil er s. Zt. seines Aufenthaltswechsels vom Ausland ins Inland nicht Deutscher gewesen sei.

Ein anderer Auslandsdeutscher war 16 Jahre in Südamerika, wurde krank, kam nach Deutschland und versuchte von 1908 bis 1914, in verschiedenen Sanatorien in Preußen und bei dortigen Ärzten Gesundheit zu erlangen. Schon im Jahre 1913 verhandelte er nachweislich in der Schweiz wegen Ankaufs eines Hauses, weil man ihm riet, in der Schweiz sich niederzulassen, wo das Klima für ihn besser sei. Im Dezember 1914 zog er wirklich in die Schweiz, wo er rasch gesundete. Nun will er wieder nach Südamerika, hat aber sein Vermögen in Deutschland liegen, wo er angibt, nie einen Pfennig verdient und nie gearbeitet zu haben. Er fragt: Wird mein Vermögen den Gesetzen der Steuerhinterlegung oder der Besteuerung überhaupt unterworfen, oder kann ich es „ungefährdet“ aus Deutschland herausziehen?

Die Klagen über die steuerliche Behandlung der Auslandsdeutschen in Frankfurt a. M. scheinen mir teilweise auf Mißverständnissen zu beruhen.

Zur Angabe ihrer „Vermögens- und Einkommensteuerverhältnisse“ konnten die Flüchtlinge nur nach Massgabe der §§ 25, 26 des Einkommensteuergesetzes, § 52 des Besitzsteuergesetzes, § 26 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 und § 34 des Kriegsabgabengesetzes vom 26. Juli 1918 aufgefordert werden, und zwar nach dem Einkommensteuergesetz nur zur Angabe ihres Einkommens und nach den andern ähnlichen Gesetzen nur zu der ihres Vermögens. Eine Angabepflicht auf Grund des Ergänzungssteuer- oder des Kommunalabgabengesetzes besteht nicht. Die Einkommensteuer-Erklärungspflicht wurde, wenn die Flüchtlinge nicht bereits nach einem Einkommen von mehr als 3000 Mark zur preußischen Einkommensteuer veranlagt waren, nur durch eine besondere Aufforderung des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission ausgelöst, diejenige zur Besitzsteuererklärung ebenfalls nur durch eine solche besondere Aufforderung, da die Voraussetzungen des § 52 Abs. 1 des Besitzsteuergesetzes bei den in Frage kommenden Flüchtlingen kaum vorgelegen haben dürften, überdies die allgemeine Frist für die Besitzsteuererklärungen bereits am 15. Februar 1917 abgelaufen war. Das- selbe gilt von der — mit der Besitzsteuererklärung zu verbind-

enden — Kriegssteuererklärung nach dem Gesetze von 1916. Die Frist für Abgabe der Vermögenserklärung nach § 34 Abs. 1 des Gesetzes von 1918 lief am 31. Oktober 1918 ab. Die Verpflichtung zu einer solchen Erklärung war überdies auf Besitzer eines Vermögens von mehr als 100000 Mark und auch dann nur auf Fälle beschränkt, wo dieses nicht bereits auf den 31. Dezember 1916 festgestellt oder sich seitdem durch Erwerb von Todeswegen aus dem Nachlass eines Verstorbenen oder durch Schenkung oder sonstige entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung um mehr als 5000 Mark vermehrt hatte (§§ 34, 16 Kriegsabgabengesetzes von 1918, § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 Kriegssteuergesetzes von 1916).

Nach all den genannten Gesetzen sind fassionspflichtig nur diejenigen und kann auch eine besondere Aufforderung zur Abgabe einer Erklärung nur gerichtet werden an diejenigen, die nach dem betreffenden Gesetze steuerpflichtig sind, worunter aber nur die subjektive oder persönliche Steuerpflicht im Sinne der §§ 1, 2 des Einkommensteuergesetzes und § 11 des Besitzsteuergesetzes zu verstehen ist, so daß, wenn diese persönliche Steuerpflicht gegeben ist, der Aufforderung auch dann genügt werden muß, wenn ein steuerpflichtiges Einkommen oder Vermögen nicht vorhanden ist. Aber auch, wenn der Auslandsdeutsche seiner Ansicht nach überhaupt nicht subjektiv steuerpflichtig war, tat und tut er gut, einer an ihn ergangenen Aufforderung zur Einkommens- oder Vermögensangabe seitens der nach dem vorstehenden zuständigen Behörde nachzukommen und dabei nur die Gründe geltend zu machen, aus denen er seine subjektive Steuer- und damit auch seine Fassionspflicht bestreitet. Denn durch Abgabe der verlangten Erklärung verbürgt er sich noch nichts von seinem Rechte, seine Steuerpflicht zu bestreiten; er schützt sich aber vor den Folgen der Nichtabgabe der Erklärung für den Fall, daß seine Steuerpflicht entgegen seinem Bestreiten rechtskräftig bejaht werden sollte. Natürlich ist auch davon nicht die Rede, daß, wer alle Angaben machte, zu den Steuern herangezogen wurde, wer sie unterließ, deshalb den Steuern entging. Maßgebend ist selbstverständlich hierfür nur das Vorliegen oder Nichtvorliegen der materiell-rechtlichen Bedingungen der Steuerpflicht, nicht, ob der Pflichtige eine Deklaration abgegeben hat oder nicht.

Wenn ferner behauptet wird, wer „als Flüchtling reklamiert“ hätte, hätte Erlass seiner Staats-, aber nicht seiner städtischen Steuern erzielt, so scheint sich das auf die in meinem ersten Aufsatz erörterte Frage zu beziehen, ob der dauernde Aufenthalt im Auslande im Sinne des § 1 Nr. 1 c Einkommensteuergesetzes als durch die Rückkehr unterbrochen anzusehen ist: ist diese Frage zu bejahen, dann besteht, abgesehen von den Fällen der sogenannten beschränkten Steuerpflicht nach § 2 Einkommensteuergesetzes und § 11 II Besitzsteuergesetzes, keine Staatseinkommen- und nach § 11 I I Besitzsteuergesetzes auch keine Besitz- und Kriegssteuerpflicht. Ist trotz Freistellung von der Staatseinkommensteuer die Gemeindeeinkommensteuer aufrecht erhalten, so dürfte dem die Annahme zugrunde liegen, daß ein „Aufenthalt“, der, einem entsprechenden Gemeindebeschluß, auch diejenigen heranzuziehen, die sich in der Gemeinde nur aufhalten, ohne daselbst einen Wohnsitz zu begründen, vorausgesetzt, bei längerer als dreimonatiger Dauer nach § 33 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes die Gemeindesteuerpflicht auslöst, rechtlich denkbar sei für eine Zeit, während deren andererseits der „dauernde Aufenthalt im Auslande“ im Sinne des § 1 Nr. 1 c Einkommensteuergesetzes noch fort dauert, mit anderen Worten, daß der Begriff des „Aufenthalts“ im Sinne des Kommunalabgabengesetzes ein anderer als der des „dauernden

Aufenthalts" im Sinne des Einkommensteuergesetzes a. a. O. sei, unter jenen auch ein nur vorübergehender Aufenthalt mit der Absicht der Rückkehr an den Ort des dauernden Aufenthalts falle. Wortlaut und Absicht des Kommunalabgabengesetzes lassen diese Auslegung nicht unberechtigt erscheinen, wenn andererseits an der Auffassung festgehalten wird, der dauernde Aufenthalt im Sinne des Einkommensteuergesetzes a. a. O. könne trotz langdauernder Abwesenheit in Lagen wie der der geflüchteten Auslandsdeutschen fortauern. Es ist mir nicht bekannt geworden, ob diese Frage bereits einmal von einem solchen Auslandsdeutschen zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gebracht ist.

Liegen die Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht aber einmal vor, dann macht es auch keinen Unterschied, ob die Vermögen „nur vorübergehend und zwangsweise nach Deutschland übergeführt“ worden sind. Gemeint kann hier nur Kapitalvermögen sein, und dieses und das hieraus fließende Einkommen unterliegt, wenn die persönlichen Voraussetzungen der sogenannten unbeschränkten subjektiven Steuerpflicht vorliegen, der staatlichen Ergänzungs- und Einkommensteuer, den Vermögensabgaben des Reichs und der Gemeindeeinkommensteuer ohne Rücksicht darauf, wo sich das Vermögen befindet. Umgekehrt begründet es bei Fehlen der persönlichen Voraussetzungen auch nicht, wie Grundbesitz und Gewerbebetrieb, die sogenannte beschränkte Steuerpflicht. Nur insoweit, das heißt wenn keine durch Aufgabe des dauernden Aufenthalts im Ausland begründete Staats- oder durch Aufenthalt in der Gemeinde begründete Gemeindesteuerpflicht anzunehmen ist, wäre die angeblich von der Behörde erteilte Auskunft richtig, daß Flüchtlinge, die „nur von ihren Zinsen (oder dem Kapital) leben, keinerlei Einkommensteuer zu zahlen hätten“. Unrichtig wäre jedoch jedenfalls die weitere Auskunft, daß „diese Befreiung sofort aufhöre, sowie die geringste Veränderung am Wertpapierbestand (zum Beispiel Auslosung eines Papiers) eintrete“, und ich kann mir nicht denken, daß die Steuerbehörde eine solche Auskunft so, wie mir mitgeteilt ist, gegeben habe, sondern vermute auch hier ein Mißverständnis bei dem Anfragenden. Denn die Art des Wertpapiers ist für die subjektive und objektive Einkommen- und Vermögenssteuerpflicht unerheblich, und ein bloßer Wechsel in der Anlage löst für sich allein eine bis dahin nicht bestehende Steuerpflicht nicht aus.

Auch wenn „Flüchtlinge eine Stellung annehmen, also ein Arbeitseinkommen beziehen“, reicht dies nach den in meinem ersten Aufsatz S. 193 links Abs. 2 angeführten Urteilen des Oberverwaltungsgerichts allein zur Begründung der Steuerpflicht nicht aus. Wohl aber wird man je nach Lage des Einzelfalles unter Umständen aus der Art der Stellung und den Anstellungsbedingungen schließen können, daß die Absicht baldmöglichster Rückkehr ins Ausland aufgegeben sei. Ist infolgedessen die Steuerpflicht zu bejahen, dann umfaßt sie aber auch nicht nur das Arbeits-, sondern das gesamte Einkommen — der Gemeinde gegenüber, soweit es nicht aus auswärtigem Grundbesitz oder Gewerbe fließt (§ 49 Kommunalabgabengesetz). Andererseits ist natürlich auch beim „reinen Rentner“ die Annahme eines solchen Verzichts auf Rückkehr ins Ausland nicht ausgeschlossen.

Das Verlangen, daß „das Verbot der Auswanderung des Kapitals nicht auf die Wiederausfuhr der Vermögen der zwecks Wiederaufbau ihrer Existenz zurückkehrenden Flüchtlinge Anwendung finden dürfe, insbesondere in bezug auf die zu hinterlegende Summe“ ist bereits durch § 20 Abs. 1 Ziff. 3 des Steuerfluchtgesetzes vom 26. Juli 1918 erfüllt, sofern die dort aufge-

stellten Bedingungen zutreffen. Diese sind, daß der ins Ausland gehende Deutsche vor dem Kriege seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatte, sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inlande aufhielt oder während des Krieges ins Inland gekommen ist und spätestens ein Jahr nach Friedensschluß mit allen Großmächten, wenn er aber in einem feindlichen Lande seinen Wohnsitz hatte, mit diesem Lande „ins Ausland zurückkehrt“. Von einer solchen „Rückkehr“ kann allerdings nur die Rede sein, wenn der Auslandsdeutsche entweder in das gleiche Land zurückkehrt, oder wenn der Zweck, zu dem er vor dem Kriege im Ausland gewohnt hat, auch künftig der gleiche bleibt. Vergl. im übrigen die Erläuterungen zu § 20 des Steuerfluchtgesetzes in meinem kleinen Kommentar (Berlin, Haymanns Verlag).

Was speziell die Beschwerden der aus Belgien geflüchteten Deutschen angeht, so findet auf diese, wenn sie erst im Oktober 1918 nach Deutschland gekommen sind, regelmäßig weder das Kriegssteuergesetz von 1916 noch das Kriegsabgabengesetz von 1918 Anwendung (vgl. § 1 des Kriegssteuergesetzes und § 1 des Kriegsabgabengesetzes für 1918 in Verbindung mit § 11 des Besitzsteuergesetzes), wohl aber das Vermögenszuwachsabgabe- und das Kriegsabgabengesetz vom 10. September 1919, und bei der ersten Abgabe kann allerdings die Entwertung unserer Valuta zu Unbilligkeiten führen. Hier kann der Versuch gemacht werden, Abhilfe auf dem Wege des sog. „Härteparagrafen“ (§ 32 des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs) zu erlangen. In Belgien gezahlte Steuern aber haben natürlich den abgabepflichtigen Vermögenszuwachs vermindert, und noch geschuldete mindern ihn infolge der Bestimmung im § 8 Nr. 9 des Gesetzes. Welche Bestimmungen die noch nicht verabschiedeten Steuergesetze treffen werden, ist noch nicht zu übersehen. Doch sei auf die durch § 54 des Entwurfs des Reichseinkommensteuergesetzes hingewiesen, wonach Auslandsdeutsche vom Zeitpunkt der Rückkehr ins Ausland ab einkommensteuerfrei werden würden. Ähnlich sieht § 50 des Entwurfs des Reichsnotopfergesetzes eine Ermächtigung des Reichsfinanzministers vor, Auslandsdeutschen bei Rückkehr ins Ausland unter den a. a. O. bezeichneten Voraussetzungen die Abgabe zu erlassen.

Zu den schließlich vorgetragenen Einzelfällen sei folgendes bemerkt: Davon, daß die Angehörigen anderer Bundesstaaten nach dem preußischen Einkommensteuergesetz ungünstiger als die Preußen behandelt würden, kann nach dessen § 1 und dem von mir in Jahrgang II Nr. 7 dieser Zeitschrift Ausgeführten, nicht die Rede sein. Aus dem dort Gesagten ergibt sich auch, daß nach der neuesten Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichts die bloße Absicht der Rückkehr ins Ausland auch den Preußen nicht ohne weiteres von der Einkommensteuerpflicht befreit. Der nichtpreußische Reichsangehörige, in concreto Württemberger, ist in Preußen mit Recht zur Staatseinkommensteuer herangezogen, wenn er, ohne in seinem Heimatstaat, also Württemberg, einen Wohnsitz zu haben, in Preußen „wohnte“ oder, ohne im Deutschen Reiche einen Wohnsitz zu haben, sich in Preußen „aufhielt“ (§ 1 Nr. 2a Eink.St.G.).

Der aus Argentinien zurückgekehrte Deutsche wendet sich nun dagegen, von seinem argentinischen Grundbesitz in Deutschland zu „Kriegssteuern“ herangezogen zu werden. Als solche „Kriegssteuern“ kommen in Betracht: die Kriegsteuer nach dem Gesetz vom 21. Juni 1916, die Kriegsabgaben für 1918 und 1919 nach den Gesetzen vom 26. Juli 1918 und 10. September 1919, sowie die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nach dem Gesetz vom 10. September 1919. Der Kriegsteuer

nach dem Gesetze von 1916 unterliegt aber ausländisches Grund- und Betriebsvermögen nicht (vgl. § 2 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 5 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913). Dasselbe gilt bezüglich der Kriegsabgabe für 1918, soweit sie vom Vermögen erhoben wird (§ 15 des Gesetzes von 1918 in Verbindung mit § 5 des Besitzsteuergesetzes). Die Kriegsabgabe vom Mehreinkommen nach den Gesetzen von 1918 und 1919 kommt für den Fragenden aber nur in Betracht, wenn er zu den Landeseinkommensteuern für 1918 und 1919 nach einem Einkommen veranlagt ist oder wird, in dem ein Mehreinkommen gegen das für 1914 veranlagte enthalten ist. Ist dies der Fall, so kann er seine Heranziehung zur Kriegsabgabe für 1919 nicht anfechten, sondern nur seine Einkommensteuerveranlagung, auf der jene beruht (§ 30 Gesetz von 1919). Ebenso ist auch nach dem Gesetze von 1918 die bei letzterer getroffene Feststellung des Einkommens mit den Rechtsmitteln gegen die Kriegsabgabe nicht anfechtbar, sondern nur im Rechtsmittelverfahren gegen die Einkommensteuerveranlagung. Dagegen kann allerdings die Heranziehung zur Kriegsabgabe für 1918 mit der Behauptung angegriffen werden, der Herangezogene sei nicht subjektiv steuerpflichtig. Ob der Fragende dies ist, hängt, soweit es sich um die Steuerpflicht des Einkommens aus ausländischem Grundbesitz handelt, davon ab, ob der „dauernde“ Aufenthalt im Ausland (§ 11 Besitzsteuergesetzes) aufgegeben ist. Ob dies anzunehmen, ist nach der in meinem früheren Aufsatz mitgeteilten Rechtsprechung zu beurteilen, wird aber anscheinend zu bejahen sein. Denn der Fragende sagt selbst, er sei 1913, also lange vor Kriegsausbruch, zu einem Aufenthalt von „höchstens zwei Jahren“ nach Europa gekommen. Darin wird die Aufgabe des dauernden Aufenthalts in Argentinien zu erblicken sein und damit würde die durch die deutsche Staatsangehörigkeit begründete Steuerpflicht wieder aufgelebt sein, wenn nicht nach der Rückkehr nach Deutschland ein neuer mindestens zweijähriger Aufenthalt im Auslande genommen ist.

In welchem deutschen Lande der Fragende die Staatsangehörigkeit besitzt, und ob und wo er zur Einkommensteuer herangezogen ist, was die Voraussetzung für die Heranziehung zu einer Kriegsabgabe vom Mehreinkommen ist, geht aus seiner Zuschrift nicht hervor. Auf die einschlägigen Bestimmungen der Landeseinkommensteuergesetze habe ich a. a. O., insbesondere auf S. 196 f. hingewiesen.

Die von dem krankheitshalber aus Südamerika zurückgekehrten Deutschen gestellte Frage ist aus dem Steuerfluchtgesetze zu beantworten. Erste und allgemeine Voraussetzung der Anwendbarkeit des letzteren und damit der Sicherheitsleistungspflicht ist, daß ein „dauernder Aufenthalt im Inland“ aufgegeben wird. Ob aber der Fragende einen solchen bisher hatte, erhellt nicht, da er keine Angaben über Ort und Art seines Aufenthalts seit dem Verzug in die Schweiz im Dezember 1914 gemacht hat. Ich nehme aber an, daß er sich seit dem dauernd in der Schweiz aufgehalten hat und noch aufhält. Dann würde er, selbst wenn er durch den vorhergegangenen jahrelangen wechselnden Aufenthalt in Sanatorien einen „dauernden“ Aufenthalt im Inlande begründet hätte, doch nicht unter das Steuerfluchtgesetz fallen, weil er diesen Aufenthalt lange vor dessen Inkrafttreten aufgegeben hätte. Nur § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1919 zur Ergänzung des Steuerfluchtgesetzes könnte dann zur Anwendung kommen, weil der Fragende, wenn er nach dem 31. Dezember 1913 einen Wohnsitz oder Aufenthalt im Inland aufgegeben hat, nach § 2 des Kriegsabgabengesetzes von 1917, § 2 des Vermögenszuwachsabgabengesetzes hinsichtlich dieser Steuern „steuerpflichtig“ verblieben ist. Dann käme für ihn die Befreiung als „Auslandsdeutscher“ im Sinne des § 20 des Steuerfluchtgesetzes in Frage. Er könnte sie in Anspruch nehmen, wenn er entweder in das Land, in dem er früher seinen Wohnsitz hatte, zurückkehrt oder zwar in ein anderes Land geht, aber zu demselben Zwecke, zu dem er vor dem Kriege im Ausland wohnte.

Fürst Ludwig zu Anhalt-Cöthen und das Auslandsdeutschtum

Von Stadtrat Prof. Dr. JULIUS ZIEHEN-Frankfurt a. M.

Für unsere Kenntnis der älteren Geschichte des Auslandsdeutschtums bildet eine ebenso schwer übersehbare wie ergiebige Quelle die umfassende Literatur der Reisebeschreibungen, die vom 16. Jahrhundert an einen an mannigfachen Werten reichen Bestandteil unseres deutschen Schrifttums darstellt. Wie vieles auch für unsere Zwecke wichtiges aus ihr zu entnehmen ist, soll hier an dem Beispiele der poetischen Schilderung gezeigt werden, die der wackere, als Mitbegründer der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ besonders verdiente Fürst Ludwig zu Anhalt-Cöthen gegen Ende seines Lebens von seinen am Ausgang des 16. Jahrhunderts nach England, Frankreich und Italien unternommen Studienreisen gegeben hat. Die durch ihre schlicht anschauliche Darstellung von der sonstigen Literatur der damaligen Zeit sehr wohlthuend abweichende Schrift, die einen Gesamtneudruck wohl verdienen würde, ist zurzeit leider nur in den ziemlich selten gewordenen „Accessiones Anhaltinae“ J. Chr. Beckmanns wiedergegeben, die zu Zerbst im Jahre 1716 erschienen sind; einige Auszüge aus ihr hat im Jahre 1917 Otto Denk in seine dem Fürsten gewidmete Festschrift zur Erinnerung an die Gründung des ersten deutschen Sprachvereins (Marburg, N. G. Elwert) aufgenommen; eine eingehende wissenschaftliche

Verwertung des Reisebuches fehlt, trotz einzelner Ansätze für die Italien betreffenden Abschnitte, noch durchaus.

Fürst Ludwig ist ein guter Beobachter und hat für den Unterschied des Charakters der verschiedenen Nationen, die er kennen gelernt hat, ein offenes Auge.

Ein jede Nation doch ihres Sinnes lebet,

Wozu sie ist geneigt, darnach am meisten strebet.

Der Spanier ist für sich, führt langsam seinen Rat,

Franzosen freundlich sein, geschwind in ihrer Tat;

Der Deutsche dienet gern, läßt alles ihm gefallen,

Doch kann nicht leiden wohl das allzu schnelle Lallen;

Der Engländer nun von allen etwas hat

Und manchmal flüchtig führt, ja wunderbarlich den Staat —

Wenn ihm diese Betrachtung bei der Schilderung des Treibens in dem damals von den Spaniern beherrschten Neapel in die Feder kommt, so stellt er aus Anlaß der Erinnerung an seine französischen Sprachstudien in Orléans eine Vergleichung zwischen dem Französischen und dem Deutschen an, an deren vaterländischem Tone man sich gewiß erfreuen darf:

Wie unsre deutsche Sprach' hält ihren Heldenstand,

Wenn ihr den rechten Ton reicht gleichsam seine Hand,

Es läßt das Urteil sich von beiden nicht schlecht fällen;
Fährt man nur obenhin, man wird sich überschellen.
Wie unsre voller Pracht und in der Hoheit steht,
Auch mit der Zierlichkeit im rechten Schritte geht,
So fließt die andre fort, daß sie oft überschreitet
Das Maß und ihre Leut' im Reden auch verleitet:
Es kann nicht anders sein, Geschwindigkeit, die macht,
Daß man in solcher Hast nicht alles wohlbedacht.
Auch die Veränderung ist bei ihr nicht zu loben,
Die durch der Fremden Art noch keine Sprach' erhoben;
Sonst ist sie lieblich fein und hübscher Reden voll;
Spricht man sie nur recht aus, sie lautet trefflich wohl.

Es ist zu bedauern, daß wir von einem Manne, der das Vaterländische gegen das Ausländische so besonnen und ge recht abzuwägen weiß, nicht noch weitere allgemeine Urteile über das Verhältnis der Deutschen zum Auslande beibringen können, aber Fürst Ludwig beschränkt sich allenthalben so sehr auf das Tatsächliche, daß wir im übrigen mit diesem vorlieb nehmen müssen.

In diesem Tatsächlichen aber tritt uns bezeichnenderweise das Deutschtum im Auslande nirgends als eine irgendwie in sich abgeschlossene Einheit in der Schilderung des Fürsten entgegen. Hat er, der auf Beobachtungen wirtschaftlicher Art sonst so gern Bedachte, in London den Stalhof besucht, in dem die Vertreter der Hanse, damals freilich schon arg bedrängt durch das Eingreifen der Königin Elisabeth, zum mindesten doch noch von der Erinnerung an große Zeiten zehrten und die Malereien Holbeins gewiß doch einem deutschen Fürsten reichen Stoff auch zu künstlerischem Genuß boten? Die Nicht-erwähnung des Stalhofes ist bei dem Vollständigkeitsbedürfnis Ludwigs in seinen Reiseerinnerungen ein fast sicheres Zeichen dafür, daß er ihn nicht betreten hat. Und wenn er bei der Erzählung seines schon erwähnten Aufenthalts in Orléans von seiner Aufnahme unter die Studierenden der deutschen Nation berichtet, so bereitet er uns sofort wieder eine Enttäuschung insofern, als er völlig darauf verzichtet, von dem Tun und Treiben dieser Nation eine wenn auch noch so skizzenhafte Schilderung zu geben: gewiß hat er hier wie anderwärts einem seiner Reisezwecke zuliebe den Umgang mit Landsleuten nach Kräften zu meiden gesucht, aber es bleibt doch bemerkenswert, daß die Teilnahme an dem Geschick der Auslandsdeutschen nicht diese an sich berechnete Rücksicht überwogen hat.

Obwohl das Gedicht des Fürsten uns also in dieser Hinsicht im Stiche läßt, bringt es uns doch gar manche wertvolle, mehr oder weniger ausführliche Mitteilung über das damalige Leben deutscher Landsleute von sehr verschiedener Lebensstellung in den von Ludwig bereisten Ländern. Wir sehen ihn sich freuen, wenn deutsche Soldaten in Frankreich wie in Italien wegen ihrer Zuverlässigkeit in Ehren stehen, sehen diese Freude gesteigert, wenn ein Mann in führender Stellung wie Feldmarschall Graf Schomberg seine Wege kreuzt, und merken nicht nur sein — auch sonst vielfach bekundetes — stark antipäpstliches, sondern auch sein deutsches Empfinden, wenn er in dem Bericht über seinen zweiten Aufenthalt zu Neapel von einem preußischen Edelmann erzählt, den hier in der Fremde der Tod ereilt und für den die Erlaubnis zum Begräbnis nur durch eine List zu erlangen ist:

Das Kreuz man ihm vortrug, ein Murren ward gesungen,
Mit Glocken wenig doch geläutet, auch geklungen.
Begleitet er zugleich mit wenig Deutschen ward,
Die ihm folgten nach zu seiner Ruh und Fahrt. —

In raschem Wechsel von Ernst und Scherz läßt der Dichter diesem wehmütigen Nachruf dann die köstliche Stelle folgen, die einen neapolitanischen Lohndiener im Umgang mit den reisenden Deutschen schildert:

Ein Mann von Napoli von der nicht klugen Schaar.
Diensthaftig er sich zeigt' und Dante ward geheißt;
Er redte bayrisch Deutsch, konnt' manchen Possen reißen;
Mit Pomeranzen dacht gar oft geworfen ward
Und an sich hatte doch stets sein' hochsteigend' Art.
Ihm zweien Sprichwörter auch im Zorne waren eigen,
Die er, wann er gerührt, mit Heftigkeit tet zeigen:
Das eine war, daß er Bieresel einen nennt,
Im andern schmäht' er auch und schrie: Heraus, Hans Bend.
Die Ritter ihre Zeit mit ihm wohl vertrieben
Und gute Freund' jedoch bei guter Kurzweil blieben.
Er von der Freundschaft aus sich des Poeten gab,
Der aus Florenz sehr wohl geführt den Dichterstab. —

Es wird wohl keiner, der den Süden kennt, die beziehungsreiche Lebenswahrheit unbeachtet lassen, mit der da in wenigen Worten die Anpassung des auf den Fremdenverkehr angewiesenen Italieners an die Wünsche und das Gebahren mancher Auslandsdeutschen beschrieben ist.

Auf das, was uns neuerdings Robert Kohlrausch in seinen zwei schönen Büchern über „Deutsche Denkstätten in Italien“ so ergreifend nahe gebracht hat, hat Fürst Ludwig sein Augenmerk ebensowenig gerichtet wie die meisten seiner deutschen Zeitgenossen und auch noch viele deutsche Italienfahrer aus späterer Zeit. Immerhin tritt ihm in Unteritalien und auf Sizilien wiederholt das Bild der letzten Hohenstaufen vor die Augen und gibt ihm zu harter Anklage gegen die Kurie Anlaß, und ebenso tut es ihm sichtlich wohl, in seinem Berichte über die Entstehung der Florentiner Domkuppel, im Sinne der damals verbreiteten Auffassung, den „deutschen Arnolf“ als den ersten Meister des Dombaues zu erwähnen. Daß er in Rom und anderwärts gern bei den deutschen Gastwirten Unterkunft nimmt, soll als ein Zeugnis für die auch aus anderen Quellen ja genugsam bekannte damalige Verbreitung des deutschen Gastgewerbes im Auslande zum Schluß noch angeführt werden; hat es im Borgo zu Rom, wie Ludwig von Pastor in seiner Schrift über die Stadt Rom zu Ende der Renaissancezeit erwähnt, doch schon zur Zeit Eugens IV. mehr als 60 deutsche Wirtshäuser und Schenken gegeben! — Ein Gesamtbild des Auslandsdeutschtums in den drei von ihm durchreisten Ländern hat Fürst Ludwig, wie wir schon oben darlegten, weder angestrebt noch gegeben, den Gesamteindruck aber, den er von den Schicksalen der Auslandsdeutschen hatte, den hat Ludwig mit einer kurzen und nur allzuwahren Wendung zum Ausdruck gebracht, indem er bei der Erzählung seines Aufenthalts in Tours die Verse niederschrieb:

Ein deutscher Edelmann, in Frankreich wohlerfahren,
Ward uns da fürgestellt in seinen besten Jahren.
Derselbe führet' uns hin durch das ganze Land;
Die Sprache war ihm wohl, er überall bekannt.
Von jedermann geliebt war Hans von Bodenhausen,
Der oft die Kunst gesehn, wie man die pflegt zu zausen,
So Deutschland in die Fremd' hinschickt ganz ungeübt,
Die dann erst klüger seind, wenn man sie wohl betrübt.

Die letzten Worte könnten als Motto über der Geschichte gar manchen Abschnittes aus der Entwicklung des Auslandsdeutschtums stehen . . .

Deutsch-Evangelisch im Ausland und die Heimatkirche

In Revolutionszeiten scheint sich der Erdball schneller zu drehen als zu anderen Zeiten. Daher erklärt es sich wohl, daß die zentrifugalen Kräfte mehr in Wirksamkeit treten als die zentripetalen. Revolutionszeiten sind daher stets Blütezeiten des Partikularismus, des Auseinanderstrebens der deutschen Stämme, der Parteien und Meinungen gewesen. Erst tiefste Not und drohender Untergang pflegt in der Geschichte des deutschen Volkes Einigungswerke hervorzurufen, die neue Kräfte entfalten, neuen Aufstieg zur Folge haben.

Die Revolution 1918/19 hat auch das schon arg zerklüftete deutsche evangelische Kirchenvolk ganz gewaltig aufgerührt. Für die Kenner der Verhältnisse war es eine bange Frage, ob sie auch die evangelische Kirche Deutschlands ganz mit ergreifen würde oder ob die seit 1903 tatkräftig erstrebte Einigung aller deutsch-evangelischen Kirchenkörper gelingen würde.

Der Dresdener Kirchentag hat in den Septembertagen des Revolutionsjahres 1919 diese letzte Frage mit einem glatten „Ja“ beantwortet. Ähnlich wie im Jahre 1848 haben die Führer des deutsch-evangelischen Kirchenvolkes aufs neue bewiesen, daß sie ein scharfes Auge für unseres Volkes tiefste Not schon in der Gegenwart haben, einer Not, welcher nur durch geschlossene Einigkeit kraftvoll begegnet werden kann. Bei aller Verschiedenheit der Meinungen im einzelnen trat die evangelische Kirche Deutschlands in Dresden nicht nur dem religionsfeindlichen Zeitgeist in geschlossener Front gegenüber, sondern fand sich zugleich in Einigkeit zusammen auf einem auch für diese Zeitschrift hochbedeutsamen Programm.

Es verdient hier besonders festgestellt zu werden, daß die Frage der Fürsorge für die deutsche evangelische Ausland-Diaspora einen wesentlichen Anteil an diesem Einigungswerk in Dresden hatte. In den Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins (I Nr. 7/8 S. 134) stellt dessen Generalsekretär, Bruno Geißler, die bedeutsame Kundgebung des Kirchentages „An die evangelischen Gemeinden in den Abtretungsgebieten“ und das Referat des Geh. Oberkonsistorialrats Dr. Kapler über „Die Übernahme der Fürsorge für die evangelische Ausland-Diaspora durch den Kirchentag“ in den Vordergrund seines Berichtes.

Enthielt jene einen ergreifenden Abschiedsgruß mit feierlichem Gelöbnis treuer Verbundenheit auch für die nächste schwere Zukunft an die deutsch-evangelischen Auslandsgemeinden, so brachte dieses gewissermaßen das Programm, wie die künftige Zusammenarbeit zwischen der Heimatkirche und der gegenwärtigen und künftigen deutschen evangelischen Ausland-Diaspora gedacht sei. Jene Kundgebung lautet:

„Den unter fremde Herrschaft fallenden evangelischen Gemeinden entbietet der erste deutsche evangelische Kirchentag einen Gruß inniger Teilnahme und treuer Verbundenheit. Mag auch übermächtige Gewalt eine äußere Scheidewand zwischen uns aufrichten – gemeinsamer Glaube und Jahrhunderte gesegneten kirchlichen Zusammenlebens auf dem Grunde der deutschen Reformation, dem Lebenswerk Luthers und seiner Gefährten, haben ein inneres Band um uns geknüpft, das keine Macht der Welt zerreißen kann. Wir wollen einander jetzt und allezeit Treue halten. Auch die Trübsal, die über uns gekommen ist, soll uns nur fester aneinanderschließen. Unter welchem weltlichen Regiment auch immer unsere Glaubensgenossen fortan stehen, sie sollen auf ihre Mutterkirche rechnen

dürfen, mit ihr in alter Weise innig verbunden und in ihr heimisch bleiben, um mit ihrer Hilfe auch in der Fremde die Art ihrer Glaubensväter treu bewahren und die Kräfte evangelischen Christentums wirksam beweisen zu können.

Von den staatlichen Gewalten dürfen wir erwarten, daß sie unseren Gemeinden die zugesagte Religionsfreiheit, zu der auch das selbstverständliche Grundrecht der kirchlichen Selbstbestimmung gehört, uneingeschränkt gewähren und die Eigenart des Bekenntnisstandes unangetastet lassen.

An das Gewissen aller evangelischen Christen, auch des Auslandes, die ihrer eigenen kirchlichen Freiheit sich erfreuen, wenden wir uns mit der dringenden Bitte, sich für das Geschick unserer bedrängten Brüder mit verantwortlich zu fühlen und an ihrem Teile mit dafür einzutreten, daß Millionen evangelischer Christen die Möglichkeit erhalten bleibe, auch im neuen Staatsverbande in ihrer alten Kirche frei ihres Glaubens zu leben.“

Das überaus beachtenswerte Referat von Dr. Kapler zeigt sodann, warum diese treue Verbundenheit trotz scheinbar näher liegender, gewaltiger Aufgaben und trotz eingeschränkter Mittel unbedingt für beide Teile nötig und wie sie auch in der gegenwärtigen Not durchführbar ist.

Der Herr Referent nennt „die Fürsorge für deutsche Glaubens- und Volksgenossen in der Zerstreuung eine begriffsnotwendige Aufgabe der Kirche, eine naturnotwendige Lebensäußerung wie die Mission, mit der die Diasporapflege bei allen Unterschieden mancherlei gemeinsame Züge und Zusammenhänge hat. Die Diasporapflege ist eine Bestätigung des Selbsterhaltungstriebes der Kirche, wie die Mission eine Bestätigung des Ausbreitungstriebes ist“. Ja, die Diasporapflege bildet einen Gradmesser für die lebendigen Kräfte der Kirche.

„In der geschichtlich gewordenen Art unserer evangelischen Kirche, in der ihr eigenen engen Verbindung des kirchlichen und nationalen“ sind die deutsch-evangelischen Auslandsgemeinden „zugleich wertvollste Verkörperungen deutschen Volkstums geworden. Eine in Wahrheit soziale Vereinigung aller Klassen und liebevolle Umfassung aller Altersstufen haben in engster Verbindung mit der meist kirchlich geleiteten deutschen Schule deutsches Volkstum vor den aufsaugenden und zersetzenden Einflüssen der fremden Umgebung bewahrt, zugleich die kulturelle Bedeutung des Deutschtums gegenüber dem Ausland zur Geltung gebracht.“ So sind die deutschen evangelischen Auslandsgemeinden in erster Linie berufen, „als Bindeglieder zwischen dem Deutschtum und den fremden Völkern“ verständnisvolle Beziehungen anzuknüpfen und zu pflegen. Daß sich ihnen auch zahlreiche Evangelische anderen Stammes angeschlossen haben, wird ihnen diese wichtige Aufgabe nur erleichtern.

Die Heimatkirche kann sich der Pflicht gar nicht entziehen, „den hartgeprüften Volks- und Glaubensgenossen in der Fremde das Stück Heimat, das sie sich in Gestalt von Schule und Kirche in jahrelanger Arbeit mit großen Opfern geschaffen hatten“, wieder aufbauen zu helfen.

Ja, es scheint ihr sogar eine Ausdehnung des Arbeitsfeldes auferlegt werden zu sollen. Denn einmal legt die bevorstehende größere Auswanderung ihr gewaltige Aufgaben auf die Schultern. Versäumnisse früherer Zeit dürfen nicht wiederholt werden. „Sie darf nicht wieder große Scharen ihrer Angehörigen unversorgt in die Fremde ziehen lassen und dann erst nach Jahr-

zehnten die inzwischen unendlich schwieriger oder gar aussichtslos gewordene Arbeit an den bereits halbverlorenen Gliedern aufnehmen.“ „Als Ziel muß uns vorschweben: Von vornherein mit der deutschen Auslandsiedelung auch die deutsch-evangelische Kirchengemeinde zu pflanzen, wie wir es von unserem gewaltigsten Feind im Weltkrieg, den Engländern, lernen können. Zu diesem Zwecke wird mit der eigentlichen Diasporafürsorge eine wohl organisierte, bereits in der Heimat rechtzeitig einsetzende Auswandererfürsorge großen Stiles verbunden werden müssen.“

Zurzeit ist noch gar nicht abzusehen, wie viele deutsche evangelische Gemeinden in etwa neu sich bildenden größeren Kirchengemeinschaften Aufnahme- und Daseinsmöglichkeiten finden oder der Vereinzelung anheimfallen werden. „In jedem Falle wird das deutsche evangelische Kirchenwesen in diesen Gebieten aller Voraussicht nach auf die geistige und materielle Unterstützung der deutschen Mutterkirche in weitgehendem Maße angewiesen bleiben.“

Daß die abzutretenden Ostgebiete im Verband der alt-preußischen Landeskirche verbleiben, ist dem Referenten keine Frage. Es gebe keinen Satz des Völkerrechts, des staatlichen oder Kirchen-Rechts, aus dem eine Veränderung der Staatsgrenzen eine Veränderung der kirchlichen Grenzen zur notwendigen Rechtsfolge habe, so betont er, es wäre der Gipfel der Imparität, wenn das, was der katholischen Kirche gewährt wird, der evangelischen Kirche versagt bleiben sollte. Auch in den Nordgebieten werden die deutschen evangelischen Gemeinden kraft des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts über ihr Verhältnis zu ihrer bisherigen landeskirchlichen Gemeinschaft selbst zu entscheiden haben.

Die Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der zahlreichen bestehenden freien kirchlichen Vereine und die Zersplitterung und Ungleichmäßigkeit auf seiten der organisierten Kirche fordern mit zwingender Notwendigkeit eine einheitliche Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte zu höchstmöglicher Wirksamkeit. Zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt es sich, grundsätzlich die Fürsorge für die deutsch-evangelische Ausland-Diaspora, soweit sie der organisierten Kirche zugänglich ist, auf den Kirchentag zu übernehmen.

Entsprechend der Zusammensetzung des Kirchentags aus den verschiedenen Gliederungen des gesamten evangelischen kirchlichen Deutschlands darf, so heißt es in dem Referat, von der organischen Aufnahme der Diasporafürsorge unter seinen Aufgaben gegenüber dem bisherigen Zustand erwartet werden:

- a) Förderung des Verständnisses und Interesses für diesen Zweig der kirchlichen Tätigkeit in den weitesten Kreisen des Protestantismus;
- b) einheitliche und deshalb kraftvollere Vertretung der deutschen evangelischen Auslandinteressen bei den politischen Instanzen;
- c) wirksamere Zusammenfassung, Ausgleichung und Vermittlung in bezug auf das Verhältnis der freien kirchlichen Vereinigungen zueinander und zur organisierten Kirche;
- d) auf seiten der organisierten Kirche ausgiebigere Nutzbarmachung der Kräfte auch in den bisher nicht unmittelbar an der Diasporafürsorge beteiligten Landeskirchen, sowohl hinsichtlich der Gewinnung und zweckmäßigen Verwendung der Geldmittel wie hinsichtlich der Versorgung der Auslandsgemeinden mit geistlichen Kräften;
- e) Festigung des evangelischen Deutschtums im Auslande selbst.

Die weiteren Thesen handeln von der rechtlichen Form, die dem Verhältnis der in die Pflege des Kirchentags eintretenden Auslandsgemeinden und ihrer Geistlichen zum Kirchentag zu geben sein werden.

Die Grundlage für die Diasporafürsorge bildet ein förmliches Anschluß-Verhältnis der Auslandsgemeinde zum Kirchentag, das von der Auslandsgemeinde erbeten und vom Kirchentag gewährt wird.

Durch den Anschluß erlangen die Gemeinden und ihre Geistlichen Anwartschaft auf Fürsorge seitens des Kirchentags. Die Fürsorge wird sich namentlich auf Beratung, Interessenvertretung, Vermittlung bei Streitigkeiten, auf finanzielle Hilfe und auf Versorgung mit Geistlichen zu erstrecken haben. Regelmäßig wiederkehrende Konferenzen und Zusammenschlüsse zu festen Gemeindeverbänden sind vorgesehen. Den angeschlossenen Geistlichen ist vom Kirchentag durch eine besondere Ordnung Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung zu eröffnen. Nach längerer regelmäßiger, mindestens 6jähriger Bewährung im Auslandsdienst wird auf Antrag die Hilfe des Kirchentags zur Erlangung einer inländischen Pfarrstelle nach Möglichkeit gewährt. Wichtig erscheinen auch die Sätze: Die angeschlossenen Geistlichen unterstehen der Aufsicht und Disziplin des Kirchentags, der ermächtigt wird, zur Förderung seiner Diasporaaufgaben sich für einzelne größere Bezirke außerhalb Deutschlands ständige Vertreter zu bestellen. Auch dem besonderen Heimatsinn der Gemeinden und ihrer Geistlichen, um nicht zu sagen dem Partikularismus, wird Rechnung getragen mit dem Satz: Die bisher einer einzelnen Landeskirche angeschlossenen Gemeinden und Geistlichen außerhalb Deutschlands bleiben in ihrem besonderen Verhältnis zu dieser Landeskirche, bis die grundsätzlich erwünschte Aufhebung des Verhältnisses durch die Landeskirche im Wege der Vereinbarung mit den Gemeinden und Geistlichen, nötigenfalls im Wege der Kirchengesetzgebung, herbeigeführt wird.

Außer der unmittelbaren Fürsorge für die einzelnen Gemeinden, Gemeindeverbände und Geistlichen außerhalb Deutschlands wird der Kirchentag die planmäßige Aufklärung der deutschen evangelischen Christenheit über die Bedeutung der Ausland-Diaspora, insonderheit durch Herbeiführung einer angemessenen Vertretung dieses Gebietes auf den Universitäten und in den Schulen aufzunehmen, ferner nach näherer Prüfung des praktischen Bedürfnisses auch die Schaffung gemeinsamer inländischer Einrichtungen zur Förderung der Diaspora in Erwägung zu ziehen haben, wie insbesondere zur Erleichterung der inländischen Erziehung von Kindern von Auslandgeistlichen, zur Vorbildung der Geistlichen für die besonderen Aufgaben des Diasporadienstes sowie zur Ausbildung eines *clerus minor* für einfachere Auslandsgemeinden nach Art des Diasporaseminars der alt-preußischen Landeskirche in Soest.

Für die Deckung des Geldbedarfs kommen in Betracht:

1. Die dem deutschen evangelischen Kirchenausschuß für Diasporazwecke zur Verfügung stehenden oder noch zufließenden Mittel, die voraussichtlich ohne weiteres für die Diasporafürsorge des Kirchentags werden nutzbar gemacht werden können;
 2. eigene Einnahmen des Kirchentages, insbesondere aus etwaigen ihm von den Landeskirchen zu übereignenden Kapitalien oder aus den von ihm unmittelbar zu veranstaltenden Kollekten;
 3. laufende Beiträge der Landeskirchen an den Kirchentag.
- Wir nehmen es als ein erfreuliches Zeichen einer auch durch die Revolution bewährten Erkenntnis der Lebensnotwendigkeiten

unseres Volkes und als eine gute Vorbedeutung für künftige deutsche Arbeit, daß der Dresdener Kirchentag sich auf dem Boden dieses großzügigen Programms, welches starken Glauben, zähen Willen und gewaltige Opferfreudigkeit erfordern wird, in geschlossener Einheit zusammenfand und daß diese Einigkeit ihn auch über manche Meinungsverschiedenheiten hinübertrug. Möchte das Auslandsdeutschtum auch bei anderen schwierigen nationalen Fragen diese seine besondere Mission, Gegensätze zu

überbrücken und einigend zu wirken, erfüllen, wie sie die deutsche evangelische Auslands-Diaspora bereits erfüllt zu haben scheint, in dem es über alle Meinungsverschiedenheiten und Wortkämpfe hinweg immer wieder aufruft zur Einigkeit im Handeln, wo es sich um Wohl und Wehe unserer gesamten Volksgemeinschaft gegenüber einer Welt von Feinden handelt!

M. G.

Warum soll der Kaufmann nicht auswandern?

Von CARL SCHÖFFER, LEIPZIG.

Der deutsche Kaufmann war der Urheber des Weltkrieges. Daran kann weder die Ablehnung der Feinde, noch das krampfhaft Suchen nach anderen Ursachen seitens der eigenen Volksgenossen etwas ändern. Wenn der deutsche Kaufmann nicht in die Welt gegangen wäre, und durch seine Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit sich Ansehen und Handelsvorteile verschafft hätte, wäre nicht der große Neid entstanden, der die tiefere Ursache des Weltkrieges war.

Soll nun der Kaufmann nicht auswandern, um für alle Zeiten eine zweite solche Schicksalsstunde abzuwenden? So ist es nicht gemeint. Der Kaufmann soll sich noch mehr anstrengen als früher, das Ansehen in der Welt wieder zu erringen, seinen Handel zu verstärken und den Grund zu legen zu einer neuen Blüte unseres Vaterlandes. Er soll in die Welt gehen, aber — nicht auswandern. Dies ist kein Widerspruch. Das Auswanderungslieber hat zahlreiche unserer Volksgenossen ergriffen, und Zehntausende von jungen Kaufleuten spielen mit dem Gedanken der Auswanderung. Sie sollen jedoch nicht auswandern, wenigstens nicht in ihrer Eigenschaft als Kaufleute. Wenn der Drang, den heimischen Boden zu verlassen, bei ihnen übermächtig wird, müssen sie umsatteln. Auswanderer und Ackerbauer muß auch noch heute gleichbedeutend sein, da all diese Neuländer, die Auswanderer aufzunehmen vermögen, nur Bedarf an Kräften haben, die ihren brachliegenden Boden erschließen, die übrigen Berufe decken sie aus eigenem Vorrat. Ob freilich sich die Zehntausende deutscher Kaufleute zu Ackerbauern eignen, muß doch stark bezweifelt werden. Es ist schon oft gesagt worden: Kleintierzucht und Schrebergartenlust sind keine überseeische Landwirtschaft. Dort geht es hart auf hart und die Kräfte Ungeübter versagen meist.

Eine gewisse Anzahl von jungen Kaufleuten wird sich vielleicht für die Kleinsiedlung eignen, wenn sie eine entsprechende Lehrzeit durchmachen können. Es gibt auch schon Anfänge von Lehrfarmen in den überseeischen Einwanderungsgebieten, so in Argentinien.

Die meisten Kaufleute wollen aber ihren Beruf gar nicht aufgeben. Sie wollen als Kaufleute auswandern und sich drüben als solche betätigen in dem Glauben, sie würden dasselbe glänzende Fortkommen finden, wie ihre Berufsgenossen in der Vorkriegszeit in allen Zonen fanden, von Holland bis nach Südafrika, von der Türkei bis nach Australien und von Petersburg bis nach Feuerland.

Sie vergessen dabei nur, daß diese Kaufleute keine Auswanderer waren. Sie waren nicht ausgewandert, sondern sind ins Ausland und nach Übersee geschickt worden, meist in festem Angestellten-Verhältnis. Von Hunderten ist wohl einmal ein besonders Wagemutiger oder Bemittelter aufs Geradewohl in die Welt gegangen, und wenn er Glück hatte, auch irgendwo untergekommen. Sie traten sehr vereinzelt auf, und wenn

sie nach Orten mit kräftigem Handelsdeutschtum gerieten, wurden sie auch meistens dort seßhaft.

Dieser Weg indessen und der erstgenannte, das Angestellten-tum von Deutschland aus, ist nun freilich vorläufig verriegelt. Die Hälfte der Welt ist zunächst auf Jahre hinaus für uns gesperrt.

Das ist der größte Teil von Europa und die Überseewelt, die im Besitze unserer Hauptfeinde von gestern und feindlich Gesinnten von heute ist.

Die große Zahl von jungen Deutschen, die nach England und Frankreich gingen, um sich in Sprache und Handel zu bilden, immer schon den politischen Hetzern ein Dorn im Auge, müssen zu Hause bleiben. So bleibt für uns eigentlich nur das Gebiet von Mittel- und Südamerika zur Betätigung und dort ist heute keine Nachfrage nach jungen deutschen Kaufleuten.

Wenn es den in jenen Ländern ansässigen deutschen und wenigen einheimischen Firmen, die Deutsche beschäftigen, auch nicht möglich war, während der Kriegsjahre deutschen Nachwuchs heranzuziehen, so war dafür überall das Geschäft schleppender und die geringe Nachfrage wurde doch immerhin gedeckt durch Kaufleute, die von ententefreundlichen Firmen entlassen worden waren. Dazu suchten aus feindlichen Ländern zahlreiche Stellenlose, von der Heimat abgeschnitten, in den neutralen Gebieten Beschäftigung. So war ein schwacher, aber nicht stockender Strom von deutschen Kaufleuten im ganzen Gebiet vorhanden. Die heutige Nachfrage ist demnach gering und das Angebot ver Hundertfacht.

Nun werden aber die Auswanderungslustigen sagen: „Dann wandern wir eben nicht als Angestellte aus, sondern gründen eigene Geschäfte drüben; die ersten deutschen Überseekaufleute werden auch nicht anders angefangen haben.“ Man vergesse aber nicht, — es ist sehr lange her, in manchen Ländern genau hundert Jahre — daß diese latein-amerikanischen Länder erst nach ihrer Befreiung vom Kolonialjoch frei wurden für Ausländer. Und weiter gilt die unbestrittene Tatsache, daß diese ersten Kaufleute irgendwelchen anderen Berufen angehörten und abenteuernd ins Land kamen. Da waren zunächst die Nachfolger der alten Landsknechte, Soldaten, die sich nach den Kolonien der Engländer und Holländer anwerben ließen und nach erledigter Dienstzeit im Lande blieben, mit einem kleinen Handel begannen und mit deutscher Tüchtigkeit und Anspruchslosigkeit hochkamen. Deren Söhne spielten dann schon als Vollkaufleute in jenen Ländern eine Rolle.

Viele von ihnen haben noch kleiner angefangen als mit einem kümmerlichen Verkaufsladen. Ich erinnere mich lebhaft an einen alten, vornehmen Herrn mit schneeweißem, fein gepflegtem Bart, wie er in Hamburg langsam und würdevoll von der Börse kam, in seinen Doppelspänner stieg und sich nach

der Uhlenhorst in seine große Villa fahren ließ. In seiner Jugend war er mit dem Hausierpacken auf dem Rücken in einem der heißesten Länder Südamerikas handeln gegangen. Man mag billig fragen, ob einer von unsern jungen Herren Kaufleuten dies heute noch nachahmen möchte? Im Kampfe um eine so zu gründende Existenz würden sie bald unterliegen im Wettbewerb mit den vielen Südeuropäern und südlicheren Völkern, die sich das Kleingeschäft gesichert haben: den Italienern, christlichen Syrern, Marokkanern und Islefios, Leute von den übevölkerten kanarischen Inseln. So ein Italiener mietet sich ein Häuschen mit einem Raum, zimmert sich einen Ladentisch, auf dem er nachts schläft, unter ihm hat er seinen Spirituskocher, auf dem er seinen Reis kocht. Nach einigen Jahren zieht er sich mit einem kleinen Vermögen in seine Heimat zurück, kauft ein Stück Land und beschließt seine Tage als Landwirt.

Da nach alten Erfahrungen bei jeder Anstellung nur 50 v. H. aushalten, die anderen sich zerstreuen, so werden die Kaufleute, um leben zu können, sich um jeden Preis anbieten, den bisherigen hohen Stand der kaufmännischen Angestellten und die Löhne bedenklich herabdrücken. Darf man nun aber unbemittelten Kaufleuten nicht zur Auswanderung raten, so erhebt sich die Frage, ob nicht die Bemittelten wenigstens Aussicht auf Erfolg hätten. Schrieb da jüngst ein Kaufmann an mich: Er sei in seiner Jugend in dem und dem Lande Südamerikas gewesen (nebenbei vor 25 Jahren), habe jetzt einige hunderttausend Mark und wolle mit seiner Familie wieder hinausgehen um dort ein neues Geschäft anzufangen. Auch diesem Herrn mußte ich abraten. Zunächst sind auch einige hunderttausend Mark nach der Valuta drüben zu wenig, um ein größeres Geschäft sicherzustellen. Außerdem muß man ihn doch zu den Unerfahrenen rechnen, denn in den 25 Jahren ist für ihn jenes Gebiet terra incognita geworden. Es würde ihm ziemlich unmöglich sein, mit der alten festbegründeten Kaufmannschaft in lohnenden Wettbewerb zu treten. Auch das Großgeschäft, das auf Tauschhandel beruht, ist durch die starke Konkurrenz heute außerordentlich erschwert. Es würde Jahre dauern, bis der Neuling genügend Rohstoffe erhält, bis dahin muß er aber entweder zu hohe Preise bezahlen, was ihm schon jede Gewinnaussicht benimmt, oder er muß Blankokredite geben, die ihm den größten Teil seines Vermögens rauben können. Er muß natürlich auch Waren bringen, die dem Geschmack seiner Käufer entsprechen; das sieht indessen leichter aus, als man denkt, nach dem alten,

schönen Spruch: Der Kaufmann kann nur am Einkauf verdienen: Er müßte also auch hier hohes Lehrgeld bezahlen. Man hat da allerlei Beispiele erlebt. Bei einem großen Kaufmann drüben fand ich einmal in der Ecke eine große Kiste mit einfachen weißen Steinguteierbechern stehen. Er erklärte mir, daß diese einmal versehentlich bestellt worden seien; die Bevölkerung kenne den Gebrauch dieses Werkzeuges jedoch nicht, und sie als Schnapsbecher zu verkaufen, sei an ihrer geringen Größe gescheitert. Das ist ein harmloser Fall, der zeigt, wie dringend erforderlich es ist, den Geschmack der Eingeborenen zu kennen.

Wie es der Kaufmann einrichten muß, um zu versuchen, einen der wenigen heute offenen Plätze bei guten deutschen Häusern drüben zu erringen, soll nicht Gegenstand unserer Untersuchung sein. Die großen kaufmännischen Verbände und das Deutsche Ausland-Institut, die mit Nachdruck ihr Vermittlungswesen wieder aufbauen, werden bald wieder in der Lage sein, solche Auslands- und Überseestellen anbieten zu können.

Wer nun das Glück hat, einem solchen Ruf zu folgen, dem ist anzuraten, alle Novembargedanken wie: Achtstundentag, Gehaltstarife, keine Überstunden, keine Sonntagsarbeit, Urlaubszwang, Angestelltenausschüsse zu Hause zu lassen. Sie wären schlecht angebracht, da mit geringen Ausnahmen der deutsche Angestellte der gesellschaftlich gleichstehende Mitarbeiter seines Vorgesetzten ist, und nicht sein Lohnsklave. Man ist doch drüben, trotz der Redensarten von dem weit-sichtigen Welthandelsmann, im Geschäftsleben noch einige Jahrzehnte zurück und fühlt sich glücklich dabei. Etwaige Wünsche werden von Fall zu Fall geregelt, meist sind die Gehaltserhöhungen schon im ersten Vertrag festgelegt; und wenn es auch keinen jährlichen Urlaub gibt, werden die bewährten Angestellten nach einigen Jahren mit vollem Gehalt auf $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Jahr nach Europa beurlaubt.

Die Arbeit des Kaufmanns namentlich in den heißen, tropischen Gegenden ist mühevoll. Alle großen Dampferagenturen der vielen Hafenplätze liegen in den Händen deutscher Firmen, und an Dampfertagen muß die Nacht durchgearbeitet werden; auch an Sonn- und Feiertagen gibt es bei solchen Gelegenheiten keine Ruhe. Der junge Kaufmann möge daher, bevor er aus sicherer Stellung sich begibt, um drüben sein Heil zu versuchen, im Lande bleiben, bis er einen Ruf erhält, der ihn mit sicherem Vertrag an das Ziel seiner Wünsche bringt.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich und ehemalige österreichische Länder.

Kärnten, das in Gefahr schwebt, durch die bevorstehende Volksabstimmung, für die die Südslawen bereits weitgehende Vorbereitungen in den von ihnen besetzten Gebieten getroffen haben, indem sie alle Mittel der Bedrohung und Bestechung in Anwendung bringen, wird auch dort, wo es nicht von fremden Truppen besetzt ist, weidlich ausgebeutet. Die Stadt Villach, der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt des Landes, wird von italienischen Händlern überschwemmt, die den hohen Kurs der italienischen Lira dazu benutzen, um alles zu unerhörten Preisen, in Kronen nämlich, aufzukaufen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegen die Regierung, die diesem Treiben tatenlos

zusieht, ist daher sehr begreiflich. Auch die Slowenen verstehen es meisterhaft, in den von ihnen einstweilig besetzten Gebieten sich zu bereichern. In Pettau (Untersteiermark) z. B. suchten sich die deutschen Kaufleute gegen die Schädigung, die ihnen dadurch drohte, daß bei der Abstempelung der österreichischen Noten durch die jugoslawischen Behörden 20 vom Hundert des Wertes abgezogen werden, zu schützen, indem sie am letzten Tage der Abstempelung ihre Geschäfte geschlossen hielten, um nicht mit unabgestempelten Gelde überschwemmt zu werden. Die südslawischen Behörden verurteilten nun die deutschen Kaufleute zu 24 Stunden Arrest und je 2000 Kronen Strafe. So sehen sich überall die Deutschen der fremden Willkür ausgeliefert. Deutschösterreich wird aber auch durch die Feindseligkeit der Südslawen und Frankreichs trotz seiner immer

unerträglicher werdenden Hungersnot und Teuerung noch weiter in seinen Verpflegungsaussichten bedrängt. Südslawische Zeitungen hetzen in leidenschaftlicher Weise gegen das darben-
 Land und erklären, die Südslawen hätten keine Veranlassung, Wien vor dem Hungertode zu retten. Um die Verlegenheiten Deutschösterreichs voll zu machen, nehmen die Absonderungsbestrebungen der Länder immer mehr zu. Vorarlberg strebt immer unverhüllt nach außen und auch der Tiroler Landtag macht aus der Abneigung gegen Wien kein Hehl. So beschloß er kürzlich, keine Zahlungen mehr an die liquidierende Zentralstelle in Wien zu leisten und forderte den wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich, der doch gerade jetzt kaum durchführbar wäre. — Die bevorstehende Volksabstimmung in Ostschlesien hat ein wahres Wettlaufen zwischen Polen und Tschechen veranlaßt, die beide eifrigst bemüht sind, die Stimmen der dortigen Deutschen zu gewinnen. Die Ententemächte haben unterdessen die Abstimmungskommission, die aus 40 Mitgliedern bestehen soll, darunter sieben Franzosen, je sechs Engländer und Italiener und ein Japaner, zusammengestellt. Den Vorsitz wird ein Franzose führen. Über strittige Abstimmungsergebnisse wird diese Kommission selbständig entscheiden. Zur Abstimmung ist die verbürgte Ansässigkeit notwendig; alles recht nette Aussichten für die Deutschen. Die Abstimmung wird im Teschner Gebiete einige Tage später als im bisherigen preußischen Oberschlesien durchgeführt werden. In Teschen ist man damit zufrieden, weil man vor der Abstimmung wissen wird, ob Oberschlesien zu Polen oder zu Tschechien kommt und sich darnach richten kann. Inzwischen ist der polnische Handelsminister nach Teschen gereist, um mit den dortigen deutschen industriellen Kreisen Fühlung zu nehmen, während die Tschechen hauptsächlich die Landbevölkerung umwerben und sich eifrig um die Bergarbeiter deutscher Nationalität bemühen. Für die Bevölkerung im Abstimmungsgebiete werden große Mengen von Lebensmitteln, namentlich Mehl und Zucker, aus der Tschechoslowakei herbeigeschafft. Einstweilen aber wollen die Deutschen sich freie Hand wahren. Sie haben einen eigenen deutschen Volksabstimmungsausschuß gebildet und geben ein eigenes Blatt zur Belehrung ihrer Volksangehörigen heraus. Ihr Ziel ist Unterteilung Ostschlesiens und die Sicherung weitgehender nationaler Autonomie.

B. I.

Tschechoslowakei.

Auf die ganz besonders unglückliche Lage zahlloser deutscher Familien in dem Gebiet des neuen Staates macht in eindringlichen und herzbewegenden Worten die „Vereinigung zur Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen in Reichstadt i. Böhmen“ aufmerksam. Sie teilt mit, daß sich aus dem Gebiete der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie noch ungefähr 350 000 Gefangene in den Wüsten und Einöden Sibiriens, Turkestans und des übrigen Rußlands befänden. Gegen 100 000 von diesen Unglücklichen gehörten nach Deutschösterreich, gegen 40 000 seien tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit. Nun sorgten alle übrigen neu entstandenen Nationalstaaten für ihre Gefangenen selbst, der tschecho-slowakische Staat aber habe für seine sibirischen Legionäre vorab zu sorgen und kümmerge sich wenig um die deutschen Gefangenen in Rußland, die aus seinem Hoheitsgebiete stammten. Viele Tausende von den Unglücklichen seien in der Ferne eines elenden Todes gestorben, Tausende warteten, das sichere Ende vor Augen, in dumpfer Verzweiflung auf Hilfe. Deshalb schließen sich die Angehörigen zusammen, um wenigstens geldliche Hilfe zu bringen und Delegierte nach Sibirien entsenden zu können.

Die Aufrufe richten sich an die ganze gesittete Welt, vor allem natürlich auch an die reichsdeutschen Kreise, die mit diesen seelischen Schmerzen unserer großen Auslandsdeutschen-Gemeinde in der Tschechoslowakei gewiß tiefes Mitempfinden haben werden. Namentlich wird um Bereitstellung von Mitteln in ausländischer Valuta gebeten, um Schiffsraum zur Heim-schaffung der Unglücklichen zu beschaffen, die nun ihrem sechsten Kriegswinter entgegensehen müssen.

Ungarn.

In Ungarn tobt ein heftiger Kampf der Deutschen untereinander, der mit Worten und Waffen geführt wird, wie sie nur Deutsche gegeneinander anwenden können. Es ist tieftraurig, zu sehen, in welcher Weise die Parteien sich bekämpfen, wie gegen politisch unliebsame Gegner der Staatsanwalt zu Hilfe gerufen, wie hier denunziert und dort aufgestachelt wird. Es ist für den Fernstehenden schwer, sich ein Urteil zu bilden, aber es scheint uns, als ob mit der jetzigen Ministertätigkeit des Vertreters der Minderheiten, des deutschen Professors Bleyer, eine heftige Verschärfung der Gegensätze eingetreten sei. Man muß deshalb bei allen Meldungen genau den Ursprung und die Tendenz verfolgen und die einzelnen Meldungen gegeneinander abwägen, um zu richtigen Schlüssen zu kommen. Wir entnehmen jetzt dem christlich-sozialen deutschen Blatte „Neue Post“, das unter der Redaktion von Dr. Josef Huber in Budapest herauskommt, eine Meldung, wonach die Vertreter der Minderheiten bei einer gemeinsamen Versammlung in Solvayár den Minister Bleyer ihres vollen Vertrauens versicherten. Der allgemeine Wunsch sei gewesen, bei Ungarn zu verbleiben, unter der Bedingung, daß den einzelnen Minderheiten ihre Rechte gesichert würden. Es sprachen Vertreter der Slowaken, der Deutschen Westungarns, der südingarischen Schwaben, der siebenbürgischen Rumänen, der Sachsen, natürlich alles nur Anhänger der jetzigen Regierung und der christlich-sozialen Partei. Der Vertreter der Deutschen Westungarns, Redakteur Huber, nannte die Nationalitätenpolitik der Vergangenheit weder christlich noch ungarisch, sie sei nur unter der Herrschaft des Liberalismus so nationalitätenfeindlich geworden. Der Vertreter der Sachsen, Frintz, nannte den Sachsentag im vergangenen Jahre, der Siebenbürgen den Rumänen auslieferte, einen Schwindel, sagte, das Volk sei gegen den liberalen Führer Brandsch und Genossen so aufgebracht, daß es sie nur Gauner und Schufte nenne. Schließlich wurde eine Resolution gefaßt, die dem Ministerpräsidenten überbracht wurde. Darnach verlangen die Minderheiten, die sich für die territoriale Integrität Ungarns aussprechen, eine Anerkennung ihrer volkstammlichen Rechte durch eine Deklaration der Regierung und durch Verwirklichung von Garantien, ein christlich-nationales Ungarn mit demokratischem, öffentlichen Leben und ein ungarisch-apostolisches Königtum. Die Versammlung schloß mit einer Vertrauenskundgebung für den Minister Bleyer.

Polen.

Im November 1919 war es ein Jahr, daß das Deutschtum Kongreßpolens urplötzlich auf eigene Füße gestellt war, nachdem es vorher während der deutschen Besetzung des Landes sich zu beachtlicher Höhe erhoben hatte. Man hat dieses einjährige Aufsichselbstgestelltsein in Polen allerwärts ausdrücklich betont und es nicht an Rückschau und Vorschau fehlen lassen. Anlaß dazu boten manche Ereignisse.

Das Wichtigste sei vorausgenommen: Gerade in den Tagen der Jährung des deutschen Abzugs legte der deutsche

Sejm-(Reichstags-) Abgeordnete für Lodz Land, Seminar-
direktor Julius Wolff, ein seit Jahrzehnten im Kampf
ums Deutschum stehender Mann, sein Amt nieder. Dank des
dem deutschen Wahlrecht zur Nationalversammlung nach-
gebildeten Verhältniswahlrechts brauchte eine Neuwahl nicht
stattzufinden; an Stelle Wolffs trat der seit einem Jahr zusehends
mehr hervorgetretene nächste Mann der deutschen Liste, der
Geschäftsführer der „Lodzer Freien Presse“, Oskar Friesse,
Konstantinow, ohne weiteres an seine Stelle in den Sejm ein.
Der Wechsel bot Anlaß, der reichen Arbeit der beiden deut-
schen Abgeordneten (der zweite ist Fabrikant Spikermann
für Lodz Stadt) zu gedenken, namentlich wurde allerwärts darauf
hingewiesen, wie viel die von den beiden Abgeordneten ein-
gerichtete Geschäftsstelle allen Deutschen genützt und geholfen
hatte, weil an dieser Zentralstelle alle Klagen gesammelt und
am rechten Ort vorgebracht werden konnten.

Das tatkräftige Wirken Oskar Frieses zeigte sich in letzter
Zeit auch bei der „Lodzer Freien Presse“, die sich immer
mehr aus ihren Kinderschuhen herausmacht und seit ihrem
Wiedererscheinen nach dreiwöchentlichem Verbot im Ton viel
freier und offener geworden ist. Zum ersten Jahrestag ihres
Bestehens erschien eine richtige Festnummer, ein Dank
zugleich an die Mitarbeiter und an die Leser, die trotz unge-
zählter Preiserhöhungen treu geblieben waren. Zwar wird
Friesse nunmehr aus der Zeitungsleitung austreten, weil der
Sejm ihm keine Zeit läßt, doch hat das Blatt durch seine
häufige Anwesenheit in Warschau endlich eine Sejmvertretung
und politische Mitarbeit in Warschau gefunden, die bisher
trotz aller Mühe nicht eingerichtet werden konnte. Im neuen
Kopf des Blattes sind außerdem 15 eigene Vertretungen
in fast allen wichtigen Kolonieorten des ganzen Landes genannt.

Noch ein anderer Jubilar hat sich rechtzeitig eingefunden.
Mit seiner Weihnachtsnummer feiert auch der „Volksfreund“,
das deutsche Wochenblatt, sein einjähriges Bestehen, fast alle
mit Namen zeichnenden und stillen Mitarbeiter des treuen
deutschen Landboten haben sich darin vereint und ihren Ge-
danken Ausdruck gegeben. Der Gesinnung ist es Nachfolger
der von Eichler und Flierl während der deutschen Besetzung
gegründeten „Deutschen Post“, im Ton unterscheidet es sich
von dieser durch absolute Ruhe des Tons und durch eine
in jedem einzelnen Wort zu Herzen gehende Wärme des Tons,
die der unter Pastorenleitung stehenden Gegnerin „Unsere
Kirche“ leider nur zu oft fehlt. Bisher war beim „Volksfreund“
Gustav Ewald Herausgeber und Schriftleiter, im neuen Jahr
wird die Schriftleitung durch den Sohn des oben erwähnten
bisherigen Abg. Wolff, Dr. Ottokar Wolff, übernommen
werden, der Herausgeber bleibt derselbe.

Auch der beliebte Hausfreundkalender ist wieder er-
schienen, er ist durch Beiträge aus beiden Lagern des Deutsch-
tums entstanden. Leider hat der Verleger Manitius trotz aller
Anstrengungen auch hier eine Preiserhöhung nicht vermeiden
können.

Die Gesamtlage des kongreßpolnischen Deutschums sei
diesmal nur kurz gestreift. Die völlig verfahrenene wirt-
schaftliche Lage Polens wirkt naturgemäß in verschärf-
tem Maß auf die Deutschen ein, weil allgemeiner wirtschaft-
licher Druck noch immer die politischen und völkischen Gegen-
sätze verschärft hat. Insbesondere die ärmere deutsche Ar-
beiter- und Angestelltenschaft der Industriorte und
vor allem von Lodz selbst leidet bitterste Not, nicht minder
schlecht geht es der schmalen Intelligenzschicht (Lehrer usw.),
deren Gehälter mit der rasend ansteigenden Teuerung und der

überstürzten Entwertung der polnischen Mark nicht Schritt
halten kann. Als Beispiel mag angeführt sein, daß in den
letzten Dezembertagen ein Pfund Zucker (410 gr) in den pol-
nischen Großstädten 30 Mk. gekostet hat, ein Preis, der selbst
dann noch unerhört hoch erscheint, wenn man sich überlegt,
daß die polnische Mark nur noch etwa 40—45 Pf. wert ist.
Noch immer stehen die Mehrzahl der Textilfabriken still, aus
den wieder in Betrieb gesetzten sind vielfach die deutschen
Arbeiter und Werkführer durch Arbeitslosenterror entfernt
worden.

Um so erfreulicher ist es, daß vor Weihnachten allorts
Wohltätigkeitsveranstaltungen zugunsten der not-
leidenden deutschen Volksgenossen stattfanden. Einen großen
Bazar veranstaltete wieder der treue Pastor Dietrich, da-
neben gab es in den Schulen Weihnachtsfeiern. Die im
Deutschen Gymnasium in Lodz war erstmals gemein-
sam für Mädchen und Jungen, trotz aller Schwierigkeiten ver-
mag sich die Schule gut zu halten. Auch im deutschen Real-
gymnasium Pabianice konnte eine Christfeier abgehalten
werden, die scharfen Anfeindungen, denen diese Schule in den
letzten Monaten ausgesetzt war, haben ihr erfreulicherweise
wenig anhaben können.

Auch außerhalb der Kirche von Bedeutung ist schließlich
noch die Kirchenvorsteherwahl bei der Johannes-
gemeinde. Bekanntlich war sie beim ersten Termin unter-
blieben, indirekt jedoch zum Anlaß des Verbots der „Lodzer
Freien Presse“ geworden. Auch im zweiten Termin drohte sie
wieder nicht zustande zu kommen, da Superintendent Anger-
stein im Widerspruch zu der ganzen anwesenden Gemeinde
die Wahl durchaus öffentlich abhalten wollte. Schließlich
wurde dann eine einwandfrei deutsche Mehrheit gewählt. Diese
hat inzwischen schon manches erreicht, vor allem sollen jetzt
häufiger Gemeindeversammlungen stattfinden, in denen alle
drängenden Fragen — vor allem die Kirchenverfassungs-
änderung — besprochen werden. Als Hilfsgeistlicher auf den
noch immer unbesetzten strittigen dritten Pastorenposten wurde
Pastor Nahrung aus Galizien b.stellt.
hg.

Baltikum.

Mit den letzten deutschen Soldaten haben auch die letzten
Siedler vorläufig Kurland verlassen. Der Soldaten-Siedlungs-
verband „Kurland“ ist damit zunächst erledigt. Er hat jetzt in
Königsberg eine Abwicklungsstelle errichtet, um alle Rückfragen
nach den hinterlegten Geldern erledigen zu können. Er will
nun sich bemühen, eine Siedlung der bereits gebildeten Dorf-
genossenschaften in Ostpreußen in die Wege zu leiten. Da sie
aber bedeutend teurer werden wird als die geplante Siedlung
in Kurland und da die meisten Siedler fast all ihr Hab und
Gut eingebüßt haben, bittet die Genossenschaft Freunde und
Gönner um geldliche Unterstützung.

England.

Über die Stimmung, die in manchen Kreisen Eng-
lands gegenüber Deutschland herrscht, und über die
man sich doch bei uns völlig im klaren sein sollte, gibt ein
Brief Auskunft, den ein bekanntes süddeutsches Grossunter-
nehmen dem „Stuttg. N. Tagbl.“ zur Verfügung stellt. Es
heißt da: „Es müßte uns herzlich schlecht gehen, ehe wir
daran dächten, Anfragen zu senden oder gar ein Geschäft zu
tätigen mit einem Lande, das wir so verachten wie das Ihrige,
und wir bedauern unendlich, daß eine Korrespondenz, wie
Sie sie uns übermittelt haben, in ein Land zugelassen wird,
wo Gentlemen mit reinen Händen leben. Wenn Ihr Gewissen

so tot ist gegenüber den Schandtaten Ihrer Landsleute, so können wir das nur dem Umstande zuschreiben, daß Sie überhaupt keines haben. Soweit wir in Frage kommen, hoffen wir, daß unsere Ansicht sich deckt mit einem großen Teil der Fabrikanten unseres Landes. Wir würden lieber eine Abteilung aufgeben, welche Waren von Ihrem Lande nötig hat, als Geschäfte zu treiben mit einer von der ganzen zivilisierten Welt so verachteten Nation. Selbst wenn Sie anbieten würden, uns Ihre Waren zu schenken, würden wir sie nicht annehmen."

KLEINE NACHRICHTEN

Professor Paul Lange, der kaiserlich osmanische Hofkapellmeister und Chef der osmanischen Militärkapellen, ist in Konstantinopel, 63 Jahre alt, gestorben. Er hat die türkische Militärmusik unter Beibehaltung ihrer Eigenart nach deutschem Muster umgestaltet.

Der deutsche Musikprofessor, der, wie wir berichteten, am 2. Dezember in Konstantinopel gestorben ist, war einer der wenigen Deutschen, denen die Entente den weiteren Verbleib an der seitherigen Stätte ihrer Wirksamkeit gestattet haben. Er ist nun genau ein Jahr nach erfolgter rücksichtsloser Ausweisung der Deutschen von einem Höheren abberufen und den trostlosen Verhältnissen dieser Zeit entrückt worden. Mit ihm verliert das Deutschum im Ausland eine starke Stütze, die Kolonie in Konstantinopel eines ihrer hervorragendsten Mitglieder. Nicht nur ein tüchtiger Künstler, sondern auch ein durch und durch ideal denkender und fühlender Mensch ist vor dem Erreichen des normalen Lebensalters dahin gegangen, wo es keine Sorgen und Mühen mehr gibt, von denen auch ihm ein reichlich Teil zugemessen war. Mit den zahlreichen deutschen Bekannten und Freunden trauern auch weite Kreise der türkischen Hauptstadt um den unermüdlichen, treuen und beliebten Lehrer, den hochgeschätzten Leiter so vieler musikalischen Veranstaltungen und den verdienten Reorganisator der türkischen Marinemusik. Vor allem aber wird die deutsche Schule in Konstantinopel den erlittenen Verlust beklagen und der Verdienste gedenken, die sich Herr Lange um das Emporblühen dieser so wichtigen Anstalt erworben hat. Auch die Besucher der evangelischen Kirche in Ainali-Tscheschme werden sich immer des meisterhaften Orgelspiels erinnern, durch das er zur Erbauung der Andächtigen in so hohem Maße beigetragen hat. Durch seine rastlose, uneigennützigte Arbeit, sein Geschick im Unterrichten und sein ideales Streben wird er stets ein Vorbild bleiben für alle in Zukunft an Auslandsschulen tätigen Lehrer.

Geboren am 12. Oktober 1857 zu Kartzow, Provinz Brandenburg, war Herr Lange bis 1. Oktober 1879 Lehrer in Rathenow, studierte dann Musik auf dem akademischen Institut für Kirchenmusik zu Berlin und trat im Jahre 1881 in die Dienste der deutschen Schule in Konstantinopel. Seit 1. Januar 1883 widmete er sich ganz dem Musikunterricht, den er auch an der deutschen Schule bis Ende 1918 beibehielt. Ebenso bekleidete er das Amt des Organisten an der deutschen Kirche. Zusammenfassend läßt sich über sein Wirken sagen, daß er durch seine ungewöhnliche Arbeitskraft, sein Geschick als Lehrer und Dirigent das musikalische Leben in der Hauptstadt des türkischen Reichs in ganz neue Bahnen geleitet und dadurch außerordentlich gehoben hat. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, welch ein Genuß es war, seinem Orgelspiel zu lauschen oder seinen Improvisationen auf dem Klavier zuzuhören. In zahlreichen öffentlichen Instrumentalkonzerten konnte Herr Lange seine Meisterschaft als Dirigent dartun. Wie vor-

züglich die Leistungen der Chorklassen der deutschen Schule waren, geht daraus hervor, daß einst Sultan Abdul Hamid diese zu sich in den Jildiskiosk kommen ließ und Kaiser Wilhelm bei dem Besuch in Konstantinopel im Jahr 1898 das Erscheinen derselben in Therapia zur Feier des Geburtstags seiner Gemahlin anordnete. Jedem Teilnehmer werden diese Ereignisse in dauernder Erinnerung bleiben. Niemand, der die Verhältnisse kennt, wird bestreiten, daß Herr Lange durch seine Tätigkeit außerordentlich viel zur Hebung des Ansehens der deutschen Schule und des deutschen Namens überhaupt beigetragen hat. Wurde auch durch den unglückseligen Ausgang des Krieges, vor allem aber durch den zu frühen Tod der Wirksamkeit Langes ein Ziel gesetzt, so wird doch die Saat, die er ausgestreut hat, nicht verderben, sondern dereinst aufgehen zu neuer Blüte und reichem Segen für das auch von ihm so heißgeliebte Vaterland.

Der Verstorbene hinterläßt eine Frau und mehrere Söhne, von denen einer in Frankfurt a. M. Kapellmeister ist, ein zweiter als Arzt beim rumänischen Feldzug fiel. Frau Lange selbst erkrankte zwei Tage vor dem Tode ihres Mannes an Flecktyphus und lag zur Zeit der Beerdigung ihres Gatten, selbst dem Tode nahe, in dem Langeschen Hause in Skutari. So ruhte auf der bei der Mutter weilenden Tochter Isa die ganze Last dieser Tage. Es ist aber in unseren Tagen mehr als nur interessant, zu sehen, wie man den Verstorbenen ehrte und den Angehörigen beistand. Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbriefe entnehmen wir eine Schilderung des Begräbnisses: Am 3. Dezember kam Professor Langes Kapelle mit einer Abteilung Marinesoldaten in einem großen Motorboot. Wie ein Sohn hat sich der im Hause wohnende italienische Offizier der Angehörigen angenommen, er hat mit seinen Leuten die Aufbahrung der Leiche und alles Drum und Dran in uneigennützigster Weise besorgt. Nachdem die Musik am offenen Sarge nach Langes eigenem Wunsche den Chopinschen Trauermarsch und ein von Lange besonders geliebtes Stück von Richard Wagner gespielt hatte, wurde der Sarg geschlossen. Schüler des Toten trugen ihn und die Blumen und Kränze zum Motorboot. Der Sultan hatte für den Transport der Leiche ans europäische Ufer einen seiner großen Galakaiks zur Verfügung gestellt. In Dolmabagsche wurde der Sarg von einer Abteilung Marinesoldaten durch den Hof der Moschee getragen, wobei alle Bekannten sich herandrängten, um auch den Sarg etwas tragen helfen zu dürfen, wie es bei den Türken Sitte ist. Bis der Sarg in den Wagen gebracht war, präsentierte die bei der Moschee stationierte Leibwache des Sultans. Über und über war der Sarg mit Kränzen bedeckt, darunter befand sich ein riesengroßer Kranz der deutschen Kolonie. Dann setzte sich der Wagen in Bewegung. Voran marschierte spielend des Verstorbenen Kapelle, hinter dem Sarg schritt der erste Kapellmeister, der die Orden des Toten trug. Ein Riesenzug der türkischen und sonstigen Freunde schloß sich an, je weiter der Zug kam, desto mehr wuchs er an. Unterwegs mußte er halten, da die Tochter des Sultans, die des Verstorbenen Schülerin gewesen war, einen großen herrlichen Kranz vor ihrem Hause auf den Wagen legen ließ. Bei Osman Bey wurden von einem Hause die herrlichsten Blumen und Rosen auf den Zug geworfen. Am Friedhof warteten der englische Geistliche Whitehouse und Bekannte, sowie die türkischen Freimaurer. Der Pastor segnete die Leiche ein und sprach nur das Vaterunser. Die Feierlichkeit war kurz, aber voll Würde und hinterließ einen tiefen Eindruck.

Nürtingen, den 10. Jan. 1920. K. Mergenthaler.

Adolf Bühler †. In Berlin verstarb am 18. Dezember Adolf Bühler, ein bekannter deutscher Kolonist aus Bessarabien, der deutschen Organisationen, namentlich dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, ein treuer Helfer gewesen ist. Auch wir beklagen seinen Tod, er war gerade dabei, in unserm Auftrage eine größere statistische Arbeit über das Deutschtum in Südrußland zu machen, die in ihrer Art vorbildlich werden sollte. Nun wird das Werk unvollendet bleiben. Bühler war 1875 geboren und begründete 1892 in Tarutino in Bessarabien eine Buchhandlung, deren Ruf bald weithin bekannt wurde. Kalender, Schul- und Gesangbücher erschienen in seinem Verlage. Reisen nach der Wolga und dem Kaukasus verschafften ihm eine große Kenntnis des südrussischen Kolonistentums überhaupt. Bühler selbst war übrigens deutscher Staatsangehöriger. Er war zu Anfang des Krieges zufällig in Deutschland, ging zuerst zur deutschen Gesandtschaft nach Rumänien, kehrte später zurück und trat in die Dienste des Fürsorgevereins und der „Heimkehr“.

Daniel Dickmann †. In Buenos-Aires starb am 10. 12. 1919 ein alteingesessenes Mitglied der deutschen Kolonie, Herr Daniel Dickmann. Das „Argentinische Wochenblatt“ widmet ihm folgenden Nachruf: „Gebürtig aus Hamburg kam er als junger Kaufmann hierher und arbeitete sich durch Fleiß, Geschick und Ausdauer bald empor. In weiteren Kreisen wurde er durch seine Beteiligung an der Gründung von Mar del Plata bekannt. Er war dort Bürgermeister, später auch Stadtrat, Waisenrichter und bekleidete sonstige Ehrenämter. Allen gemeinnützigen Angelegenheiten der deutschen Kolonie brachte er stets Interesse entgegen. Der Dahingeschiedene, dessen Hünengestalt allen in Erinnerung bleiben wird, die ihn kennen lernten, erreichte das Alter von 75 Jahren und erfreute sich bis vor kurzem der besten Gesundheit. Ein großer Familien- und Freundeskreis trauert um den wackeren Mann, der zu den Pionieren des Fortschrittes in Argentinien gezählt werden muß.“

Franz Eckart †. Der langjährige Leiter des Waisenhauses der deutschen Orientmission in Urfa ist, wie jetzt dem Auswärtigen Amte gemeldet worden ist, eines tragischen Todes gestorben. Er trat als Lehrer in Beziehungen zu Dr. Lepsius und reiste 1896 zum ersten Male nach der Türkei. Er, dessen Lebensarbeit 22 Jahre hindurch der Bekämpfung der türkischen Agitation gegen die Armenier gegolten hat, wurde, als er jetzt von Urfa nach Konstantinopel gereist war, um dort ein Schiff zur Heimreise zu nehmen, von der Waffenstillstandskommission verhaftet und wegen – Anstachelung der türkischen Bevölkerung Urfas zu Armeniermorden! angeklagt. Jetzt kommt die Nachricht, daß er nach Malta habe verbracht werden sollen, daß er einen Fluchtversuch gemacht habe und dabei von einem türkischen Polizisten erschossen worden sei.

Justizrat Ferdinand Putz in München ist am 5. Dezember gestorben. Er war einer der Hauptvertreter der Interessen des Auslanddeutschtums, namentlich in Böhmen und Tirol, war Begründer des Landesverbandes Bayern des V. D. A. und hat sich stets zur Verfügung gestellt, wenn es für das Auslanddeutschtum einzutreten galt.

KIRCHE UND MISSION

Die ausgezeichnete illustrierte Monatsschrift „Die katholischen Missionen“ enthält einen durch Bilder sehr ein-

drucksvoll unterstützten Bericht über eine katholische Meisterschöpfung in Indien, das **St. Franz-Xaver-Kolleg in Bombay**, das jetzt 50 Jahre besteht. Ein bekannter Missionsschriftsteller hat das Kolleg die imposanteste Schöpfung deutscher katholischer Ordensleute, ja des Deutschtums im Auslande überhaupt genannt. (Friedr. Schwager: Die katholische Heidenmission der Gegenwart.) Am 4. Januar 1870 sind die Klassen der Hochschulabteilung im neuen halbvollendeten Gebäude eröffnet worden. 20 Jahre hatte man gehofft und gearbeitet, bis das Werk gelang. Der Gedanke selbst geht bis in das Jahr 1850 zurück. Der Kapuziner-Bischof Hartmann gründete 1852 ein Waisenhaus für europäische Knaben und ein reicher Eingeborener stiftete eine Schule, die den Jesuiten zur Leitung übergeben wurde. Beide vereinigten sich 1859 zu einer Mittelschule, die sich allmählich in ein Gymnasium für Europäer verwandelte. 1860 wurde die Franz-Xaver-Schule für Eingeborene begründet, 1867 erwarb Bischof Stein ein günstig gelegenes Gelände für einen großen Schulbau, 1868 wurde unter seinem Nachfolger Meurin der Grundstein gelegt, 1872 ward der von Pater Wagner entworfene Bau vollendet. Anfangs 1869 wurden dem Gymnasium die ersten Universitätsklassen zugefügt und Mitte 1870 vollzog sich der Umzug in das neue Gebäude, das „Sankt Xaver-Kolleg“ begann seine neue Laufbahn. 1870 begann man mit 356 Schülern, 1890 waren es 1400 zumeist in der Gymnasialabteilung. Das Schülertum bestand zu über zwei Dritteln aus Katholiken. 1890 ward das erste Erweiterungsgebäude, 1911 das dritte Gebäude und das Wohnhaus für Studenten vollendet. Die Pest von 1896 brachte der Schule nur einen kurzen Rückschlag; im Jahre 1900 wurden Gymnasium und Universität getrennt, das Gymnasium beschränkte sich auf die Höchstzahl von 1200 Schülern, die Universität nahm in ihrer höheren Schule bald von 540 im Jahre 1912 auf gegen 2000 im Jahre 1919 zu. Sankt Xaver ist als eine naturwissenschaftlich philosophische Fakultät der Universität Bombay angegliedert, die sich allerdings mehr auf die Verwaltung und Überwachung der einzelnen Colleges beschränkt und sich in den inneren Betrieb wenig einmengt. Als 1911/13 die Studienordnung der Universität einer Revision unterzogen wurde, halfen die deutschen Patres kräftig mit. „Unter der neuen Ordnung ist ein erstklassiges indisches Kolleg wie Sankt Xaver, wenn auch noch lange nicht einer deutschen Universität vergleichbar, doch mancher englischen und amerikanischen Hochschule gewachsen.“ Die Regierung hat das Kolleg stets eifrig unterstützt, jeder Statthalter hat es besucht und gelobt. Als der Krieg ausbrach, waren gerade neue Pläne des Kollegs in der Arbeit, ein neuer Flügel und ein neues Wohnhaus für Studenten hatten schon die Genehmigung der Regierung erhalten, ein eigenes Zweigkolleg für studierende Frauensolte entstehen. Es ist zu hoffen, so sagt der Bericht, daß diese Pläne von den Nachfolgern der deutschen Jesuiten weiter verfolgt werden.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Neuyork.

Die **Star Opera Co.** ist in Konkurs geraten. Ihren Passiven von rund 25000 Dollar stehen rund 2500 Dollar Aktiven gegenüber. Die Gesellschaft wurde im Juli mit 50000 Dollars begründet, konnte aber, wie der Berliner Börsen-Kurier meldet, ihre Absicht, deutsche Opern und Operetten aufzuführen, wegen der feindseligen Haltung des Publikums, durch die eine richterliche Verfügung gegen die Aufführung erwirkt wurde, nicht verwirklichen.

Paris. Am 20. Dezember fand im Trocadero ein Konzert statt, das nur Wagner gewidmet war. Das Colonneorchester mit seinen 100 Musikern riß die Zuhörermenge, die den Saal mehr als füllte, zu Stürmen der Begeisterung hin. Die Tannhäuser-Ouvertüre, der erste Akt der Walküre, der Trauermarsch aus der Götterdämmerung wurden gespielt, Solisten der Pariser Oper sangen.

Madrid. Nach der Kriegspause führte Kapellmeister Heß zum ersten Male im Königlichen Theater wieder Wagneroper auf. Die erste Walkürevorstellung gestaltete sich zu einem vollkommenen Triumph und beispiellosen Erfolg für den Dirigenten, der von seinem Orchester wie von der gesamten Presse bis weit in die Kreise auch der an sich deutschfeindlichen Presse hinein gefeiert wird.

Temesvar. In dem auch vielen deutschen Soldaten in angenehmer Erinnerung stehenden ungarischen Städtchen Temesvar spielte vor kurzem mit großem Erfolge eine deutsche Theatergesellschaft, die, wie die „Deutsche Wacht“, das Organ der deutsch-schwäbischen Volkspartei berichtet, zuvor in den größeren siebenbürgisch-sächsischen Städten großen Beifall gefunden hat.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Vorentscheidung der Auslandsdeutschen.

Gemäß § 2 der Bekanntmachung vom 15. Nov. 1919 über die Anmeldung von Schäden erläßt der „Bund der Auslandsdeutschen, E. V.“, Berlin W 10, Rauchstr. 23, folgende Vorschriften:

1. Auslandsdeutsche, das heißt deutsche Staatsangehörige, die noch nach dem 1. Juli 1914 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Auslande hatten, können nunmehr ihre infolge des Krieges im Auslande erlittenen Schäden zwecks Erlangung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen beim Bunde anmelden (s. 2.).

Ausland bedeutet jedes Gebiet außerhalb des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom 1. August 1914.

Bedingung ist deutsche Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt im Auslande nach dem 1. Juli 1914 und Entstehung des Schadens im Auslande als Kriegsfolge. Staatenlose frühere Deutsche können ebenfalls beim Bunde anmelden.

2. Die Anmeldung muß auf besonderem Fragebogen erfolgen, der durch die zuständigen Ortsgruppen des „Bundes der Auslandsdeutschen E. V.“ zu beziehen ist. Wo keine Ortsgruppe besteht, wende man sich an den Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung „Entschädigung“, Berlin W. 10, Rauchstr. 23, welcher die Zusendung durch die zuständige Ortsgruppe veranlassen wird.

3. Der ausgefüllte Fragebogen wird bei derselben Ortsgruppe eingereicht, durch die Antragsteller ihn bezogen hat; Einsendung an den Bund, Abteilung „Entschädigung“ ist ebenfalls zulässig. Die Ortsgruppen des Bundes geben bereitwilligst Auskunft.

4. Alle weiteren Veröffentlichungen erfolgen im Reichsanzeiger und im „Nachrichtenblatt des Bundes der Auslandsdeutschen E. V.“ (Postzeitungsliste Seite 222).

5. Nicht zuständig ist der „Bund“ für die unter a—g genannten Deutschen, die sich vielmehr an die angegebenen Adressen zu wenden haben.

a) Inlandsdeutsche:

Der Verband der im Auslande geschädigten Inlandsdeutschen, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 28.

b) Kolonialdeutsche:

Das Reichs-Kolonialministerium, Berlin W., Wilhelmstr. 72.

c) Tsingtaudeutsche:

Die Admiralität (Klautschou-Abteilung), Berlin, Königin Augusta-Ufer 42.

d) Für Schaden an Bord von Seeschiffen, soweit nicht nach § 8 der Richtlinien eine Berücksichtigung im Vorentscheidungsverfahren in Betracht kommt:

Das Reichswirtschaftsministerium, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193/194.

e) Eigentümer deutscher Kauffahrteischiffe:

Das Reichswirtschaftsministerium, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193/194.

f) Elsaß-Lothringer, soweit sie ihren Schaden in den früher zum Deutschen Reich gehörigen Reichslanden erlitten haben:

Das Reichsministerium des Innern (Abteilung Elsaß-Lothringen), Berlin W., Wilhelmstr. 72.

g) Für Schaden in den bisher deutschen, jetzt von Polen besetzten Landesteilen:

Das preußische Ministerium des Innern, Berlin, Unter den Linden 72/73.

Berlin W. 10, Rauchstr. 23.

Bund der Auslandsdeutschen E. V.

In der letzten Präsidiumssitzung wurde an Stelle des ausscheidenden Herrn Dr. Hirschland zum ersten Schriftführer Herr Gebhard, und an dessen Stelle zum zweiten Herr Alexander gewählt. Bis zum Eintritt eines neuen Syndikus (an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Dr. Kaufmann) leitet Herr Gebhard die Geschäfte des Bundes.

Von den Ortsgruppen.

Berlin, Ortsgruppe, Abteilung Frankreich. In der Versammlung am 13. Januar verlas Herr Schaeffer die Liste der in einer Vorstandssitzung der Abteilung für den Beirat vorgeschlagenen Herren und bittet die Versammlung um ihr Einverständnis. Herr Justizrat Schauer erklärte, die auf ihn gefallene Wahl eines Beiratsmitglieds nicht annehmen zu können, da er mit der Vertretung der Interessen einzelner Flüchtlinge in dem Entschädigungsverfahren beauftragt worden sei, und er diese Tätigkeit mit der eines Beirats für unvereinbar halte. Das Beiratsmitglied müsse die Interessen der Gesamtheit wahren, während er darauf bedacht sein müsse, dem einzelnen, der sich an ihn wendet, soviel als möglich zu helfen. Die nunmehrige Liste benennt die Herren Sieber, Aberle, Dr. Einhorn, Poppelauer, Isaac, Mierisch, Dir. Sacher, Dr. Grauthoff, Leimer, Wirth, Breslauer, Blank. — Herr Gebhard gab Erläuterungen über das Entschädigungsverfahren und die Behandlung der Anmeldeformulare. Er legte der Versammlung nahe, die Beantwortung so gewissenhaft als möglich vorzunehmen, so daß man sie, wenn es darauf ankommen sollte, auch beschwören könne. Von der ehrlichen Beantwortung hänge unendlich viel und vor allem

die endgültige Entschädigung ab, die leichter zu erlangen sein werde, wenn man den Auslandsdeutschen nicht den Vorwurf der Übervorteilung machen könne. Die Fragen in dem Formular seien so gehalten, daß jeder sie beantworten könne. Ein Wettlaufen im Ausfüllen der Fragebogen sei durchaus nicht nötig, da die jedem zustehende Entschädigungssumme ab 1. Januar 1920 bis zum Tage der Auszahlung mit 5 Prozent verzinst wird. Zu §§ 22 sind soviel Referenzen im In- und Ausland als irgend möglich aufzugeben. Man würde bei den letzteren selbstverständlich einen Unterschied zwischen Gehässigkeit und wirklich schlechter Auskunft zu machen wissen.

Bezüglich der souvenirs de famille und effets personnels verlas Herr Schaeffer ein Schreiben an Freiherrn von Lersner-Paris, das Herr Voigt demnächst dort persönlich überreichen wird.

Nächste Versammlung den 10. Februar, abends 7½ Uhr, Charlottenburg, Cauerstr. 37, Aula des Kaiserin Augusta Gymnasiums.

Dresden, Ortsgruppe. Die Ortsgruppe hat ihren Sitz Kaitzerstr. 14. In der Ortsgruppe hielt Dr. med. v. Kugelgen einen Vortrag über Auslandsdeutschtum und Bodenreform.

Duisburg, Ortsgruppe. In Anwesenheit von 100 Mitgliedern hielt die Ortsgruppe ihre zweite konstituierende Sitzung ab. Dr. Hinsenkauf (Essen) erstattete Bericht über die Berliner Bundestagung und über den Stand der Entschädigungsfrage. Die Sitzung brachte 50 neue Anmeldungen, so daß die Mitgliederzahl auf 200 gestiegen ist. Mitgliederversammlungen finden am Sonntag nach jedem Monatsersten 11 Uhr vormittags im Reichshof statt. Auslandsdeutsche und ehemalige Zivilgefangene sind dazu eingeladen.

Frankfurt a. M. Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien. Die sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung vom 13. Dez., in der der Schriftführer, Herr Wagner, über den Verlauf der Sitzungen vom 30. Nov., 1. und 2. Dez. in Berlin berichtete, erteilte, nachdem die Verhandlungen mit der hiesigen „Vereinigung z. Sch. d. Int. d. R. D. aus Fld.“ die Verschmelzung zur Ortsgruppe Frankfurt des B. d. A. ergeben hatten, ihre Zustimmung hierzu und beruft auf den 20. Dez. die Generalversammlung ein zur Auflösung des bisherigen Vereins und zur Bildung einer Abt. Belgien der Ortsgruppe. Einer Anregung des Berliner Vertretertages folgend, gedachte der Vorsitzende Herr Loew der notleidenden Wiener Kinder. Eine sofort veranstaltete Tellersammlung ergab den Betrag von M. 200.—. Zur Verwaltung des belg. Unterstützungsfonds und zur Bearbeitung der Darlehensgesuche wurde eine Unterstützungskommission gewählt, eine Vorschlagsliste der sich zur Mitarbeit an der Vorprüfungskommission Meldenden wurde aufgestellt und die für die Kartothek des Bundes erforderlichen genauen Personalien aller Mitglieder wurden aufgenommen. Der Vorsitzende dankte besonders Herrn Dr. Fürst vom Hilfsb. d. Els.-L. für seine erfolgreiche Mitarbeit im Interesse aller Flüchtlinge und gab bekannt, daß die regelmäßigen Zusammenkünfte der neu gebildeten Ortsgruppe an jedem 1. Dienstag des Monats (6. Januar) zum Storch, Saalgasse 1, stattfinden. Die Generalversammlung am 20. Dezember beschloß dann auch formell die Auflösung und Überleitung in die Ortsgruppe des B. d. A.

Esslingen, Ortsgruppe. Die erste Generalversammlung wurde am 7. Januar abgehalten. Der Vorstand erstattete Bericht über seine Tätigkeit und wurde entlastet; namens der Versammlung sprach ihm ein Mitglied für die geleistete Arbeit den Dank aus und bat die Herren, die Geschäfte auch weiterhin führen zu

wollen. Herr Eugen Eckert, der seitherige Vorsitzende, sowohl, als auch Herr Paul Häußler, der seitherige Schriftführer und Schatzmeister, lehnten jedoch eine Wiederwahl aus gesundheitlichen und geschäftlichen Gründen auf das bestimmteste ab. Es kam folgende Zusammensetzung eines neuen Vorstandes zustande: die Herren Otto Prinzhausen als 1. Vorsitzender, Vaatz-Mettingen als 2. Vorsitzender, J. Dieterle-Sulzgries als 1. Schriftführer, P. Luck als 2. Schriftführer, Fr. Roth-Oberbblingen als 1. Schatzmeister und R. Strauß als 2. Schatzmeister wurden gewählt. In den sechsköpfigen Arbeitsausschuß, der dem Vorstand angegliedert ist, wurden bestellt die Herren: Eckert-Amerika, Oeiger-Orient, Lang-Italien, Lipp-Asien, Meerboth-England und Stützel-Frankreich.

Hamburg, Ortsgruppe. Abteilung Großbritannien, Irland und Kolonien. In einer von über 1200 Personen besuchten Versammlung gab Herr Kahl einen Bericht über die Entschädigungsfrage. Herr Lobusch wies darauf hin, daß es nach langen Verhandlungen gelungen sei, eine Spruchkommission für Hamburg zu bekommen. Das sei ein großer Erfolg, da dadurch die Vorentscheidungsaktion bedeutend schneller arbeiten werde und da die Geschädigten die Möglichkeit erhielten, ihre Ansprüche bereits in Hamburg ohne Reise nach Berlin anzubringen. Es wurde dann noch die Stellung der Auslandsdeutschen zur Auswanderung erörtert. Herr Hermann wies darauf hin, daß alle Kräfte für den Wiederaufbau des Vaterlandes im Innern benötigt würden. Nur die deutschen Kaufleute sollten möglichst rasch wieder ins Ausland wandern, allerdings nicht, ohne sich an den zuständigen Stellen erkundigt zu haben, wie es mit den Aussichten überall bestellt sei.

Hannover, Ortsgruppe. Mehr als 700 Personen hatten sich zu der unter dem Vorsitz von Kaufmann Rommel tagenden letzten Versammlung im Volksheim eingefunden. Es wurde Bericht über die Entschädigungs- und Wiederaufbaufrage erstattet. Der Vorstand nimmt Anmeldungen für den Rücktransport von in England lagernden Sachen entgegen, er hat mit einer Hamburger Firma einen Vertrag darüber geschlossen. Herr Spieker von der Bundesleitung in Berlin sprach über die wirtschaftliche Lage der Auslandsdeutschen und ehemaligen Zivilgefangenen und über die Zukunft des Auslandsdeutschtums. Er betonte besonders die Verpflichtung des Reichs zur vollen Entschädigung der Auslandsdeutschen. Die Auszahlung der Vorentscheidungen werde in etwa acht Wochen beginnen können. In der Besprechung ergriffen auch der anwesende Vertreter der Provinzialfürsorgestelle, Dr. Weber, sowie Magistratsobersekretär Sondergeld das Wort, um ihr warmes Interesse für das Auslandsdeutschtum und für die Flüchtlinge zu bekunden.

Heidelberg, Ortsgruppe. Über die Lage der Auslandsdeutschen und das Unterstützungswesen sprach der Geschäftsführer der Badischen Landeshilfsstelle, Georg Heitmann, in einer stark besuchten Versammlung in anschaulicher Weise. Er behandelte namentlich die Entschädigungsfrage und wußte die zahlreich erschienenen Zuhörer außerordentlich zu fesseln. Herr Rammelmayer, der Vorsitzende der Heidelberger Ortsgruppe, sprach den Dank der Anwesenden aus. Der Not der in Transporten durch Heidelberg durchreisenden Auslandsdeutschen ist von der Stadt aus gesteuert worden.

Hildesheim, Andreasplatz 19, Ortsgruppe. Nach viermonatlicher intensiver Tätigkeit kann die Ortsgruppe einen Bestand von 76 Mitgliedern aufweisen. In der letzten Hauptversammlung am 9. Januar wurde beschlossen, an die Industrie- und Handelskreise zwecks Förderung der Zwecke und Ziele des Bundes der Auslandsdeutschen heranzutreten und durch Abhaltung von

öffentlichen Versammlungen, sowie durch Zeitungspropaganda das öffentliche Interesse für die Auslandsdeutschen und das Verständnis ihrer Lage, sowie die Würdigung ihrer Bedeutung als Pioniere deutscher Kultur zu wecken und in weiteste Kreise zu tragen. Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß man sich hierüber selbst in Kreisen, von denen man ein besseres Verständnis erwarten könnte, völlig im unklaren befindet und vielfach Auslandsdeutsche mit Ausländern, ja oft geradezu mit Abtrünnigen identifiziert. Darüber Klarheit zu schaffen, liegt im Interesse sowohl der Auslandsdeutschen als auch des Vaterlandes überhaupt.

Mannheim. Ortsgruppe. Die erste Versammlung leitete der Vorsitzende, Pfarrer Wettstein, mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr ein. Der zweite Vorsitzende, Herr Leitner, behandelte im wesentlichen die Entschädigungsfrage. Darnach hielt Herr Naujoks einen Vortrag über die Deutschen im Baltikum und über ihre Arbeiten zugunsten der deutschen Kulturgemeinschaft.

Ohligs, Ortsgruppe. Am 13. Dezember hielt die Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Barmen, Herr Wenzel, berichtete zusammenfassend über die Sitzungen des Bundes in Berlin und erläuterte die Gründung der Preußischen Landesgruppe. Man beschloß die Eintragung der Ortsgruppe in das Register und faßte die Veranstaltung einer Weihnachtsfeier ins Auge. Eine sofort eingeleitete Sammlung unter den Anwesenden ergab eine hübsche Summe. Alle Firmen des Bezirks der Ortsgruppe, die an dem ausländischen Geschäft ein Interesse hatten und wieder haben, sollen mit der Bitte angegangen werden, für die Auslandsdeutschen, die mittellos und manchmal nur mit dem Allernotwendigsten in die Heimat zurückkehrten, Beiträge zu spenden.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Erfolge der Elsaß-Lothringer.

Die energische Sprache, die bei der Tagung des Beirats in Cassel geführt wurde, hat auf den anwesenden Regierungsvertreter, Herrn Unterstaatssekretär Lewald, ihren Eindruck nicht verfehlt. Sie hat auf ihren Standpunkt, die Elsaß-Lothringer den Auslandsdeutschen hinsichtlich der Entschädigung gleichzustellen, rasch verzichtet. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 16. Dezember benutzte Unterstaatssekretär Lewald eine Anfrage der demokratischen Partei, um zu erklären, daß nach einer Besprechung der Vertreter des Beirats beim Reichskanzler Maßnahmen beschlossen worden seien, die die Wünsche der Elsaß-Lothringer erfüllen sollten. Nach Weihnachten würde der Nationalversammlung ein Gesetz über die Entschädigung der durch die Abtretung deutscher Gebiete aus ihrer Heimat verdrängten Deutschen zugehen. Bis zu seiner Wirksamkeit wird ein vorläufiges Entschädigungsgesetz in Kraft treten. Der Rücktransport der Möbel wird beschleunigt, die Kosten werden ganz oder zum größten Teil vom Reich bezahlt. Die Länder- und Gemeindeverwaltungen werden durch Reichsgesetz verpflichtet werden, mittelbare und unmittelbare Staatsbeamte, einschließlich der Lehrer und Beamten der öffentlichen Anstalten, gegen Übernahme eines Teils der Pensionslast auf das Reich wieder anzustellen, wobei die Lehrer der von öffentlichen Stiftungen unterhaltenen höheren Lehranstalten den staatlichen Lehrern gleichgestellt werden. Dem Hilfsbund werden „unter Anerkennung der hervorragenden Leistungen“ die erforderlichen Mittel zum Ausbau seiner Organisation vom Reich zur Verfügung gestellt. Es wird mit Beschleunigung geprüft werden, wie dem Wunsche

der vertriebenen Elsaß-Lothringer auf gleichmäßige Beteiligung an der Förderung der Siedlungsunternehmungen durch das Reich Rechnung getragen werden kann. Im Reichsamt soll in der Elsaß-Lothringischen Abteilung ein besonderes Referat für die vertriebenen Arbeiter errichtet werden, das mit einem erfahrenen Gewerkschaftsbeamten besetzt wird.

Das ist ein voller Erfolg der Elsaß-Lothringer, zu dem man sie und das Reich nur beglückwünschen kann.

Von den Elsaß-Lothringern.

Wenn man für die Rechte und für die Anerkennung der berechtigten Wünsche der Auslands- und Grenzdeutschen tritt, so hat man das Recht und die Pflicht, auch Kritik zu üben, wo sie notwendig ist. Die „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“ leisten sich in ihrer zweiten Januar-Nummer den Satz: „Der Regierungsentwurf (zum Reichsnotopfer-Gesetz) hatte der elsass-lothringischen Vertriebenen gar nicht gedacht, wie wir überhaupt dank zu bescheidenen Auftretens und der Interesselosigkeit der Reichsregierung das Veilchen im Verborgenen waren, indes die Auslandsdeutschen — an Zahl und Unglück geringer — an Kapital und Reklamegewandtheit stärker — Liebling bei der Regierung wurden.“ Derartige Äußerungen des Neides und der Verdächtigung von Auslandsdeutschen sollten im Interesse des Ansehens der Auslandsdeutschen wie der Elsaß-Lothringer unseres Erachtens unterbleiben.

Stuttgart. Verein der Palästina-Deutschen. Seit 6 Monaten besteht der Verein, der sich die Wahrung und Vertretung der Interessen seiner Mitglieder bei in- und ausländischen Behörden zum Ziele gesetzt hat. Mitglied kann jeder erwachsene deutsche Staatsangehörige werden, in Ausnahmefällen auch Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Dem Vorstand steht ein Ausschuß von je 3 Mitgliedern der Kolonien Saron, Jerusalem, Haifa, Jaffa und Wilhelma zur Seite. Eine Generalversammlung tritt am ersten Freitag jeden Monats zusammen. Der Mitgliedsbeitrag von mindestens 5 Mark kann auf Antrag ermäßigt oder erlassen werden. Der Vorstand besteht gegenwärtig aus den Herren Bankdirektor Vizekonsul Hoffmann in Lorch, Referendar Hoffmann-Stuttgart und Kaufmann Aberle-Stuttgart.

Gesellschaft für die Erziehung deutscher Auslandsjugend im Deutschen Reich. Die Gesellschaft ist bereits im Jahre 1913 in Marburg begründet worden. Sie will Deutschen im Auslands durch Rat und Tat bei der Unterbringung und Erziehung ihrer Kinder im deutschen Vaterland, sowie bei der Berufsberatung behilflich sein. Die Gesellschaft entfaltete bis zu Beginn des Krieges eine rege Werbetätigkeit und hatte 27 Anfragen von Auslandsdeutschen vorliegen, die ihre Kinder im Heimatland erziehen lassen wollten. Infolge des Kriegsausbruches konnte nur eine junge Deutsch-Amerikanerin in Weimar zur Erziehung untergebracht werden. Die Stadt Marburg, die Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband, der V. D. A. beteiligten sich mit größeren Summen an der Aufbringung der Mittel. Späterhin betätigte sich die Vereinigung in Verbindung mit der Jugendhilfe des Roten Kreuzes in der Unterbringung von Flüchtlingskindern. 5 Kinder wurden in Marburg untergebracht. Für 2 der Kinder bewilligte der Magistrat freien Besuch des Real-Gymnasiums. Geschäftsleiterin der Vereinigung ist Frau von Blankensee-Marburg.

Hamburg. Die Oberschulbehörde hat sich, wie wir einer Mitteilung der Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen

entnehmen, bereit erklärt, für Kinder von Auslanddeutschen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und infolgedessen in der Schule nicht folgen können, Sonderklassen einzurichten. Die Ortsgruppe hat deshalb in ihre Fragebogen, die einer Statistik der Auslanddeutschen gelten, entsprechende Fragen aufgenommen, um der Oberschulbehörde die nötigen Unterlagen liefern zu können.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Vom Entschädigungsverfahren.

Man hat sich in Kreisen der Auslanddeutschen vielfach gewundert, daß das Entschädigungsverfahren nicht rascher durch den Bund der Auslanddeutschen in Schwung gebracht worden ist. Eine gewisse Erklärung dafür gibt jetzt erstmals in der Öffentlichkeit der zweite Vorsitzende des Bundes und Führer der Rußland-Deutschen, Schallert, in den von der Abteilung Rußland herausgegebenen „Mitteilungen“. Er erzählt hier, daß es dem Vorstande nur mit Hilfe der Vertreter des Landesverbandes Preußen gelang, die Vertreter aus der Provinz zu überzeugen, daß eine gewisse Zentralisation des Prüfungsverfahrens in Berlin notwendig sein werde. Ursprünglich waren 17 Spruch- und Prüfungskommissionen vorgesehen, dann wurde erreicht, daß nur 8 Spruchkommissionen in Berlin, Hamburg, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart, Karlsruhe und Köln gebildet werden, daß aber die Prüfung selbst zentral in Berlin vorgenommen werden wird. Auf Anordnung des Ministers für den Wiederaufbau mußte der Bund seine gesamte Tätigkeit in der Entschädigungs-Aktion auf ungefähr 10 Tage einstellen, was eine beträchtliche Verzögerung der Arbeiten mit sich brachte. Die Frage der Unterkunft des Büros bewegt den Bundes-Vorstand nach wie vor sehr. Zwar sind Büroräume in der Rauchstr. 23 gefunden, sie können aber nur zur eigentlichen Büroarbeit Verwendung finden. Für den Betrieb des Entschädigungsverfahrens dacht man daran, in dem Garten dieses Grundstücks Holzbaracken zu bauen. Das aber würde 500 000 Mark bei den heutigen Preisverhältnissen, kosten und vor dieser Ausgabe scheut man naturgemäß zurück. Sowohl das Wiederaufbauwie auch das Finanzministerium waren unter diesen Umständen der Ansicht, daß man andere geeignetere Büros suchen müsse. Das aber war für Berliner Verhältnisse leichter gesagt, als getan. In der Leipzigerstraße am Dönhofsplatz sind nun allerdings noch Büroräume gemietet, die aber nur bis zum 31. März zur Verfügung stehen. Man hofft aber durch die Hilfe der beiden Ministerien die Miete verlängern zu können. Nun wird das Personal für die Vorentscheidung mit dem 12. Januar angestellt und im Laufe einer Woche mit dem Geschäftsgang bekanntgemacht, so daß dann die Arbeit beginnen kann. Vor dem 15. Januar an den Bund abgesandte Fragebogen werden nicht angenommen. Es ist beschlossen worden, diejenigen Anträge, welche auf Unterstützungen und Beihilfen im Betrage von M. 1500.— pro Person gehen, vorwegzunehmen, damit diese Fälle zuerst erledigt werden und den Bedürftigsten schnelle Hilfe gewährt wird.

Die Rußland-Deutschen und die Entschädigung.

Auf eine große Schwierigkeit verweisen die „Mitteilungen“ der Abteilung Rußland des Bundes der Auslanddeutschen. Die Richtlinien schreiben vor, daß für die Berechnung des Schadens der Wert, den der eingebüßte oder beschädigte Gegenstand am 25. Juli 1914 gehabt hat, anzusetzen ist. Für

russische Wertpapiere wird das schwer fallen. Offizielle Kurszettel russischer Börsen vom 25. Juli 1914 sind in Berlin nicht vorhanden. Kurszettel aus dieser Zeit weisen überhaupt wenig Notierungen auf. Aus den gesamten russischen Kurszetteln vom 1. Januar 1914 bis Kriegsausbruch lassen sich nur wenig brauchbare Notizen gewinnen. Dagegen ist es gelungen, einen offiziellen Kurszettel der Sankt Petersburger Börse vom 30. Dezember 1913 aufzutreiben, der mit wenig Ausnahmen alle seinerzeit an der Petersburger Börse notierten Papiere enthält. Er ist deshalb so vollständig, weil nach ihm die russischen Banken und Gesellschaften ihre Bilanz zum 1. Januar 1914 aufzustellen hatten. Wie die Reichsentschädigungskommission aus diesem Dilemma herauskommen wolle, sei zur Stunde nicht bekannt. Immerhin wolle die Abteilung Rußland Abdrucke des erwähnten Kurszettels und das Verzeichnis der mittleren Kurse der „Torgowo-Promysch-Lemaja-Gasetta“ für die Zeit vom 30. Juni/13. Juli bis 11./24. Juli den Rußland-Deutschen gegen Voreinsendung des Betrages von 50 Pfennig für Mitglieder und 1 Mark für Nichtmitglieder zur Verfügung stellen. Sie empfehle, die Angaben des letzteren Kurszettels einzusetzen und, wo diese nicht ausreichen, die Angaben des Kurszettels vom 30. Dezember.

Das Auslanddeutschtum in der Nationalversammlung.

Auf die Anfrage der Herren Traub und Schiele über amerikanische Liebesgabensendungen wird unter dem 3. Januar von der Regierung geantwortet, daß diese Sendungen an das Rote Kreuz, die amerikanische Hilfe und an andere Organisationen zur Übermittlung an die minderbemittelte Bevölkerung vollständig zollfrei seien. Sendungen an Private mit Lebensmittelinhalt sind auch zollfrei. Nur Genußmittel waren früher zollpflichtig, der Zoll konnte aber im Bedürftigkeitsfalle erlassen werden. Seit dem 29. November 1919 sind auch Sendungen bis zu 5 Kilo solcher Genußmittel zollfrei. Nur bei Tabak besteht die Beschränkung, daß nicht mehr als 2 Kilo davon in einem Paket sein dürfen. Es schweben darüber Verhandlungen, ob nicht Empfänger von Liebesgaben-Sendungen von ihren amerikanischen Verwandten nur Warenbons erhalten können und dann aus hiesigen Warenbeständen beliefert werden.

Zwei neue Anfragen sind eingegangen. Die erste von Frau Dr. Schirmacher verlangt Auskunft von der Regierung, warum die Gegner die Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Japan am 15. Oktober verhindert hätten, und was sie getan habe, um die schnellste Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu sichern. Die zweite von Frau Zietz erkundigt sich nach den internierten deutschen Seeleuten aus Indien, die seit 5½ Jahren in den Tropen hinter Stacheldraht schmachteten, und fragt, was die Regierung zu tun gedenke, um auch die Heimkehr dieser Unglücklichen zu ermöglichen.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 5. Dezember fragte der Abgeordnete Hildenbrand (Soz.), ob der Regierung von der schwarzen Liste der persischen Regierung und der Ausweisung von 74 Deutschen aus Persien etwas bekannt sei. Geheimer Legationsrat von Maltzan antwortete im Namen der Regierung, daß einem Berichte der deutschen Gesandtschaft aus Teheran zufolge die persische Regierung 74 deutschen Staatsangehörigen, die früher in Persien tätig gewesen sind, die Rückkehr nach Persien auf 10 Jahre untersagt und ihre Grenzbehörden mit entsprechender Weisung versehen habe. Sie habe im Einklang damit kürzlich gebeten, einen

Konsulatsposten nicht mit dem von uns gewünschten Vertreter zu besetzen, da er zu den 74 Personen gehöre, denen sie auf englische Weisung hin die Rückkehr verboten habe. Die deutsche Regierung hat daraufhin die persische auf diese direkte Verletzung des deutsch-persischen Handelsvertrages vom 11. Januar 1873 hingewiesen. Die persische Regierung berief sich darauf, daß sie nach Lage der Dinge der Weisung der englischen Gesandtschaft in Teheran nicht habe zuwiderhandeln können. Da aber der englisch-persische Vertrag die Unabhängigkeit Persiens feststellt, hat die deutsche Regierung wiederholte Vorstellungen erhoben und Erfüllung der Vertragspflicht verlangt. Die Regierung hofft, daß die persische Regierung eine Gefährdung der guten Beziehungen zwischen den beiden Reichen vermieden wird.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Auslanddeutsche gesucht!

Das Deutsche Generalkonsulat in Buenos Aires erläßt in der am 13. 12. 1919 erschienenen Nummer des „Argentinischen Wochenblatts“ folgenden Aufruf:

Vom Deutschen Generalkonsulat werden in Familien- und sonstigen Angelegenheiten folgende Personen gesucht:

Baasch, Ines, Federico und Dorette; Busch, Johann; Eichler, Hermann Friedrich; Fehlau, Bernhard; Gyr, Jakob; Hallier, Ludwig; Jürgens, Georg; Kemmler, Georg; Kirchmayr, Josef; Koch, Fritz; Kurr, Wilhelm; Lewin, Hedwig; Nürnberger, Michael; Ochoa, Dorothea geb. Kroner; Petong, Konrad; Rehling, Hans; Riemer, Emil; Runge, Karl; Spies, Emil; Steinmeyer, Fritz; Vahsen, Emmy geb. Beermann; Wichmann, Chr.; Wiegand, Otto.

Banzhaf, Otto; Dehmelt, Carl; Dilg (oder Gilg), Rudolf; Ebeling, Maria geb. Seeger; Gerst, Heinrich; Groß, Wilhelm; Günther, Ernst Albert; Helm, Hermann; Herlyn, Ernst; von Hütschler, Karl; Jacobs, Hugo; Kochendörfer, Friedrich; Kronmüller, Adolf; Laessing, Martin; Lund, Christian Henrik; Lüttke, Herbert; Margers, Th.; Meinsen, Albert; Sattler, Frau Louis geb. Moor; Spitzer, Auguste; Steinberg, Viktor aus Kassel; Trumpp, Karl; Wilhelmsohn, Ernst; Zerler, Karl.

Briefverkehr mit der deutschen Gesandtschaft in Bern. Der Kurierdienst über Singen wird vom 1. Januar 1920 ab eingestellt. Mitteilungen für die deutsche Gesandtschaft in Bern, auch für Abteilung J, sind daher in Zukunft direkt nach Bern zu leiten und ordnungsgemäß zu frankieren. Nur ganz besonders wichtige Sendungen sind dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Weiterleitung einzureichen.

AUSWANDERUNG

Geistiges Proletariat und Auswanderung.

Im Unterschied zu früheren Zeiten regt sich der Auswanderungsdrang heute vorwiegend in den Kreisen des gebildeten Mittelstandes. Die gegenwärtigen Zustände haben eben bereits eine große Not unserer geistigen Jugend zur Folge. Charakteristisch ist, was die „Tägl. Rundsch.“ Nr. 649 vom 31. 12. 1919 darüber zu berichten weiß. Sie schreibt:

Die furchtbare Not, in der sich unsere geistige Jugend befindet, wird vorläufig noch durch die alten akademischen Außenkulissen verdeckt. Große Teile von ihr sind heute völlig proletarisiert, ja noch schlimmer als das: ihre materielle Existenz ist vielfach weit elender als die des unzufriedensten Fabrikarbeiters,

der doch eine Stube und zwanzig Mark Tageslohn sein eigen nennt. Wer das für übertrieben hält, möge Zahlen hören. An der Berliner Universität vegetieren augenblicklich über tausend Studenten von — Arbeitslosenunterstützung. Eine Umfrage des akademischen Kriegsteilnehmerverbandes hat ergeben, daß eine noch weit größere Zahl körperlich verelendet ist durch den Mangel an warmen Speisen und warmer Kleidung. Auch Studenten, die noch im reinen Stehkragen und gebügelter Hose auftreten, essen vielfach überhaupt nur noch zweimal in der Woche warmes Mittag- und sehr selten oder nie ein normalbürgerliches Abendbrot. Mir sind Fälle bekannt, wo Studenten als Straßenhändler mit Zigaretten oder Schuhbändern auftraten, leider auch noch dunklere, wo Studenten von Handlangerdiensten für die allgewöhnlichsten Schieber ihr Dasein fristen. Nicht ganz selten sind die Fälle, wo Studenten als Vortänzer in nächtlichen Lokalen oder als Nachtportiers und Impresarios in heimlichen Sektlokalen auftreten. Und wohlgemerkt, es handelt sich in diesen Fällen nicht um verbummelte, aus der Bahn geschleuderte Musensohne — solche gab es zu allen Zeiten —, sondern um brauchbare, vielleicht hervorragend tüchtige Elemente, die von dem absonderlich erworbenen Geld ein ernstes, intensives Studium bestreiten. Diese Feststellungen sind nicht nur als Einzelfälle bedauerlich, sondern können, wenn nicht bald Abhilfe naht, tief tragisch für die deutsche Kultur werden.

Reklame oder Anreizung?

Die „Tägl. Rdsch.“ veröffentlicht in ihrem redaktionellen Teil am 25. Dezember das Folgende: „In unserem Auftrage geht Anfang Januar ein Tropenkundiger und den deutschen Tropenpionieren bestens bekannter Herr nach dem tropischen Südamerika, vornehmlich nach Venezuela und Kolumbien. Sicherem Vernehmen nach sind dort bereits Organisationen der ansässigen Deutschen zur Unterbringung der erwarteten deutschen Einwanderer im Entstehen begriffen. Unser Beauftragter wird eine Liste deutscher Tropenpioniere mitnehmen, die sich für Kolumbien und Venezuela interessieren, um den in Betracht kommenden Stellen drüben nahe zu legen, zuerst diese Tropenkenner zu berücksichtigen. Wirkliche Tropenkenner und allenfalls kapitalkräftige Personen, die sich dieser vollständig kostenfreien Vermittlung bedienen wollen, werden gebeten, die nötigen Angaben an die Geschäftsstelle des Blattes unter Bezugnahme auf diese Einladung gelangen zu lassen. Nötig sind: Name, Wohnung, Familienstand, Angabe, wo in den Tropen oder deutschen Kolonien gewesen, mit welchen tropischen Kulturen vertraut, ob Vermögen oder nicht.“

An Adressenmaterial wird es diesem Reisenden der Zeitung gewiß nicht fehlen. Die ganze Ankündigung ist aber zweifellos eine neuartige Erscheinung im Zeitungswesen sowohl, als auf dem Gebiete des Auswanderungswesens. Diese Verbindung von journalistischem und Auswanderungsbetrieb ist bisher nicht üblich gewesen.

Krise im Schutzbund deutscher Auswanderer.

Verspätet, dafür in vergrößertem Format erscheint die vierte Dezemberausgabe der „Deutschen Auswandererzeitung“, Hamburg. Am Kopfe des Blattes schütteln in einer vierfachen Erklärung der Verlag der Zeitung, der Schutzbund deutscher Auswanderer und die Direktion der ausländischen Wirtschaftsvereinigungen, sämtlich in Hamburg, den bisherigen Herausgeber Herrn Hans Karl Stein und den Hauptgeschäftsführer Freiherrn Hans von Wolzogen von sich ab. Das neue Jahr soll anscheinend mit neuen Führern und reinem Tisch begonnen werden. „Herausgeber und Chefredakteur“ ist nun Herr J. Steinhardt, der sich mit einem Artikel „Mein Werdegang in Südwest“ einführt. Verantwortlicher Redakteur bleibt wie

bisher Herr Karl Martin. Nun hat auch, wie er uns mitteilt, Herr Rechtsanwalt Henning, der bis zuletzt einen Versuch zur Reorganisation des Bundes machte, seine Ämter als Vorsitzender und Syndikus des Schutzbundes niedergelegt.

Nach Südamerika.

Die erste Nummer des zweiten Jahrgangs der Zeitschrift „Paraguay“ nennt als ersten Hauptausreisetag den 20. 3. 20, ob in „genossenschaftlicher Gesellschaft“ auf eigenes gechartertem Dampfer, oder durch Belegung einzelner Plätze auf fremden Schifffahrtlinien, steht noch dahin. Der Grundstein zur genossenschaftlichen Siedlung hält sie damit für gelegt. Die Zeitschrift weist erneut darauf hin, daß der brasilianische Wirtschaftsminister auf eine Anfrage wegen der Einwanderung deutscher Landwirtschaftsfamilien nach Brasilien mitgeteilt habe: daß die Regierung den Schifffahrtsgesellschaften die Mittel für die Überfahrt für 3000 bis Ende des Jahres über Rotterdam reisende Personen im voraus bezahlen werde und sich später durch die Bezahlung der Landlose der Bundeskolonien schadlos halten wolle. Diese Tatsache kann nicht oft genug als Warnung erwähnt werden.

Zum Beginn der Auswanderung nach Brasilien.

Eine etwas rätselhafte Stellung nimmt „Die deutsche Auswandererzeitung“ zu dem jüngsten brasilianischen Angebot freier Überfahrt für 3000 deutsche Landwirte ein. Sie berichtet in der letzten Nummer des vergangenen Jahres:

„Dem Verein für koloniale Ansiedlung, Hamburg, ist es als erster größerer Organisation nach langwierigen Bemühungen gelungen, in bezug auf die Auswanderung der ihm angeschlossenen etwa 300 Familien, die sich in Südbrazilien auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen als selbständige Landwirte niederlassen wollen, zu einem positiven Erfolg zu gelangen. Dank der Bemühungen des Generalkonsuls der Vereinigten Staaten von Brasilien in Amsterdam, Herrn Dr. L. de Castro, nebst seinen Mitarbeitern hat sich die brasilianische Regierung mit Rücksicht auf die enormen Überfahrtskosten (bei heutigem Kurs der Reichsmark etwa 4500 Mark pro Person über 10 Jahren im Zwischen-deck!) bereit erklärt, für vorläufig 3000 deutsche Einwanderer den nötigen Schiffsraum einschließlich Proviant usw. zur Verfügung zu stellen. — Der vorgenannte Verein ist inzwischen in den Besitz der amtlichen Bestätigung gelangt, die bereits im Original zur Kenntnis der hiesigen maßgebenden Behörden gebracht worden ist und die wie folgt lautet: Hiermit bestätige ich, daß die 300 Familien-Landwirte Ihrer Gesellschaft als Auswanderer mit Bestimmung nach Rio de Janeiro per brasilianischem Dampfer „Avaro“, der von Rotterdam voraussichtlich am 20. Januar 1920 abfahren wird, verschifft werden. Die Auswanderer werden in gesunden und für Europäer geeigneten Gegenden untergebracht werden nach Dekret Nr. 9081 vom 3. November 1911 resp. Mai 1919 und Telegramm des Ackerbauministeriums vom 27. Oktober 1919 behandelt. Der Verein für koloniale Ansiedlung zu Hamburg, dem wir obige Mitteilung verdanken, knüpft hieran die Bemerkung, daß die brasilianische Regierung begreiflicherweise das größte ureigenste Interesse daran habe, die deutschen Einwanderer nur in solchen Gegenden anzusiedeln, in denen sie ein einwandfreies Klima vorfinden, die selbstverständliche Hauptvorbedingung, um ihnen ein Vorwärtskommen zu ermöglichen. Andernfalls würden — und das ist allerdings einleuchtend — die der brasilianischen Regierung durch die wesentlich erleichterte Überfahrt entstehenden ganz beträchtlichen Kosten und für die Verpflegung an Bord ja zwecklos angewandt sein. Die Befürchtungen, die deutschen Einwanderer würden in klimatisch für sie ungeeignete Gegenden geschafft

werden, entbehren danach wohl der Begründung, auch heißt es in den der vorstehend angeführten amtlichen Bestätigung zugrunde liegenden gesetzlichen Bestimmungen vom Jahre 1911 ausdrücklich, daß das Ziel der Niederlassung des Einwanderers (Emigram) seiner freien Wahl vorbehalten bleibt.“

Nach dieser geradezu siegesicheren Behauptung überrascht die unmittelbar darauf folgende Warnung:

„Nach wie vor muß jedoch in Übereinstimmung mit dem deutschen Auswanderungsgesetz im wohlverstandenen ureigensten Interesse unserer deutschen Volksgenossen dringend davor gewarnt werden, daß sich zur Auswanderung Entschlossene durch Verlockungen an sie herantretender Auswanderungsagenten schriftlich irgendwie binden. Ist doch auf Grund der vor dem Kriege gemachten Erfahrungen vielfach damit zu rechnen, daß die Auswanderer in für sie klimatisch völlig ungeeignete Gegenden gebracht werden würden. Auf abschreckende Beispiele dieser Art werden wir noch zurückkommen.“

Wenn gleich darauf wieder die jeden Auswanderer bestechenden „gesetzlichen“ Einwanderungsbestimmungen Brasiliens und die monatlich wiederkehrende freie Überfahrtsgelegenheit von Rotterdam nach der Blumeninsel von Rio de Janeiro angepriesen werden, so entsteht der Verdacht, daß derartige Warnungen nur zur Rückendeckung gegenüber amtlichen Stellen eingeschaltet werden. Wir wünschen dem Blatt unser neuer Leitung eine etwas bessere Einschätzung der Psyche des Auswanderers vor allem etwas mehr Charakter in seiner Haltung gegenüber den Angeboten bisher feindlicher Länder. Dann wird sich ihm auch die Frage beantworten:

Was ist ein Anreiz zur Auswanderung?

Als solchen würden wir schon bezeichnen:

Jede kritiklose Wiedergabe fremdstaatlicher Ansiedlungs- und Überfahrtsangebote seitens einer deutschen Zeitung oder Zeitschrift, welcher das Wohl und Wehe der Auswanderer stets mehr am Herzen liegen sollte, als die größere oder geringere Zahl ihrer Abonnenten. Es nutzt nichts, Auswanderungswilligen, welche nach einem festen Wanderstabe greifen möchten, einen Strohhalm hinzureichen. „Verlockende Schilderungen“ sind schon einseitige Darstellungen, welche Lichtseiten zeigen, aber die Schatten unberücksichtigt lassen. Wer die „außerordentlichen Vorzüge“ eines Aufenthaltes in einem südamerikanischen Territorium treu und wahr zu schildern sich berufen fühlt, der hat auch zu erzählen, wenn anders er wirklich die Verhältnisse kennt, von all den Nachteilen und all den Mühen, Entbehrungen und schweren Kämpfen, welche jeder Neuling in solchem Lande durchzumachen hat. Daß dies so oft aus gewerblichem Interesse unterbleibt, daß überhaupt gewerbsmäßige Rücksichten bei der Beratung der Auswanderer mitsprechen, daran krankt unsere deutsche Auswandererfrage heute wie vor hundert Jahren. Der deutsche Auswanderer ist keine Ware, an der man verdienen darf. Ein Verein oder eine Zeitschrift, welche das noch nicht erkannt haben, sind stets in Gefahr, durch verlockende Schilderungen zur Auswanderung anzureizen.

Gr.

Das brasilianische Angebot.

In der „Neuen Berliner Zeitung“ erhebt ein ungenannter Einsender heftige Angriffe gegen das Reichswanderungsamt, weil es die Auswanderer nur berate und ihnen nicht auch Siedlungsmöglichkeiten benenne, zur Verbilligung der Fahrpreise ver helfe usf. Wie das alles gemacht werden soll, sagt der Verfasser nicht, und wie er sich die nur durch riesige Zuschüsse denkbare Unterstützung der Auswanderer auf Kosten der steuerzahleriden Zurückbleibenden denkt, sagt er auch nicht. Interessant ist nur, was er über den bekannten Fall des An-

gebots der brasilianischen Regierung zu erzählen weiß. Ende Dezember seien 300 Familien aus Hamburg abgereist, um nach Rotterdam zu fahren und dort sich gemäß dem brasilianischen Angebot zur freien Überfahrt zur Verfügung zu stellen. Die holländische Regierung habe sie nicht ins Land gelassen und nun lägen die Ärmsten noch an der Grenze in kalten Eisenbahnwaggons. Es sei doch Aufgabe des Reichswanderungsamtes, sich ihrer anzunehmen. Soviel uns bekannt ist, ist vom Reichswanderungsamt und von allen gemeinnützigen Organisationen vor der brasilianischen Offerte dringlichst gewarnt worden. Als die 300 Familien in Hamburg abfuhren, war auch ein Kommissar des Reichswanderungsamtes zur Stelle und warnte die Leute zum letzten Male. Wenn die Pässe der Leute nun nicht in Ordnung sind und ihnen die holländische Regierung die Durchreise verweigert, so haben sich die Leute die Folgen ihrer unbedachten Handlung selbst zuzuschreiben. Im übrigen bemerkt der Briefschreiber, daß er vom brasilianischen Vizekonsulat in Rotterdam und vom brasilianischen Generalkonsulat in Amsterdam durch ein amtliches Schreiben dahin unterrichtet worden sei, daß die brasilianische Regierung den 3000 Personen tatsächlich Kolonisationsmöglichkeit geben wolle und daß alle andern Behauptungen völlig unwahr seien.

Wir möchten dazu bemerken, daß wir uns sofort nach dem Bekanntwerden des brasilianischen Angebotes an diese amtliche brasilianische Stelle gewandt haben, aber bis jetzt ohne Antwort geblieben sind. Der Einsender behauptet, in dem Schreiben der brasilianischen Amtsstellen werde auch betont, daß jeder Mann seine Kolonie frei wählen könne. Auf alle Personen sollten die Vorteile des Dekrets vom 3. November 1911 angewandt werden, sogar mit dem neuesten Zusatz, daß Kinder im heranwachsenden Alter auf Staatskosten eine landwirtschaftliche Schule besuchen dürfen, die Lehrmittel unentgeltlich gestellt bekommen und daß die Kolonisten noch bis zur Erntezeit eine Unterstützung erhalten. Es scheint uns doch höchst merkwürdig zu sein, daß die brasilianische Regierung alle diese Dinge jetzt einem Einsender hinterher mitteilt, in ihrer Ausschreibung von alledem aber kein Sterbenswörtchen sagte, ja nicht einmal den schweizerischen Konsulaten, durch die sie die Anzeige doch in deutsche Blätter einrücken ließ, mitteilte, was sie mit den Einwanderern wolle und wie sie verwandt werden sollten. Irgend etwas scheint da doch nicht zu stimmen, und es kann nach wie vor vor der brasilianischen Anzeige nicht genügend gewarnt werden, solange nicht authentische Nachrichten vorhanden sind.

Konferenz der Interessen-Gemeinschaft der Auswanderer nach Sowjet-Rußland.

Die an der Auswanderung nach Russland interessierten Vereine waren am 13. und 14. Dezember in Leipzig zu einer Konferenz versammelt. Vertreten waren die Vereinigung Ansiedlung Ost-Berlin, die schwäbische Siedlungs-Genossenschaft Südrussland-Stuttgart, die Vereinigung Ansiedlung Ost in Leipzig. Gumprecht-Leipzig referierte über die Stellungnahme der russischen Sowjet-Regierung zur deutschen Einwanderung. Die Bemühungen des Leipziger Vereins hätten erwiesen, daß die russische Regierung die Ansiedlung deutscher Einwanderer freudigst begrüße und Industriearbeiter neben landwirtschaftlichen Siedlern aufnehmen wolle. Nur klassenbewußte Arbeiterschaft, keine Spekulanten, kämen in Betracht, Rußland wolle Kredite, Wohnungen und Möbel zur Verfügung stellen. Die Nahrungsmittel seien allerdings noch nicht sehr zahlreich in Rußland vorhanden. Greiner in Leipzig berichtete über „Auswan-

derung und Interessengemeinschaft“. Er bezeichnete es als unverantwortlich von der deutschen Regierung, daß sie nicht daran denke, in Rußland den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, wo doch die russische Regierung 800 000 Industriearbeiter aufnehmen, ihnen Fabriken übergeben und Gartenstädte einrichten wolle. Eine enge Interessengemeinschaft der Auswanderungslustigen sei auch dem Reichswanderungsamt gegenüber nötig, da es Schwierigkeiten mache. Der Antrag der Begründung einer Interessengemeinschaft wurde darauf einstimmig angenommen. Ihr Sitz ist Leipzig. Sie setzt sich aus den bestehenden Vereinigungen unter Wahrung von deren Selbständigkeit zusammen. Neue Vereinigungen können sich anschließen. Als Ziel und Zweck wird die Zusammenfassung aller existenzlos Gewordenen bezeichnet, die sich in Sowjet-Rußland eine Existenz gründen wollen. Die Vereinigungen, die sich der Interessengemeinschaft anschließen, bauen sich auf dem Rätssystem auf. Die Zentralräte der angeschlossenen Vereinigungen stellen den Vollzugsrat der Interessengemeinschaft und dieser wählt den geschäftsführenden Ausschuß. Die Vereinigungen führen für jedes Mitglied pro Monat 20 Pfennig an den Vollzugsrat ab, die Rätezeitung gilt als Publikationsorgan; die definitive Ausarbeitung der Satzungen wurde dem Genossen Strienz-Stuttgart übertragen. Es wurde noch beschlossen, daß an jedem Orte nur eine Gruppe bestehen dürfe. Der russischen Regierung soll die Gründung der Interessengemeinschaft sofort mitgeteilt werden, sie soll verpflichtet werden, nur noch mit der Interessengemeinschaft zu verhandeln. Der sieben-gliedrige Vollzugsrat wurde alsdann gewählt und wählte sich unmittelbar auch den dreiköpfigen geschäftsführenden Ausschuß. Eine neue Kommission soll demnächst nach Rußland entsandt werden, die Kosten soll die Interessengemeinschaft bezahlen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Man schreibt uns: „Zu dem Vorschlag des alten Praktikers, den Sie in Nr. 1 unter dem Titel ‚Auslanddeutschtum und Außenhandel‘ bringen, und den ich für sehr praktisch halte, möchte ich erwähnen, daß dieser Gedanke auch mir schon gekommen ist. Denn für uns Auslanddeutsche, die wieder ins Ausland zu gehen beabsichtigen, läßt sich das Problem der Valutafrage heute eigentlich nur durch den Export lösen.

Ich führe meinen Fall als Beispiel an. Ich besaß eine Plantage im feindlichen Ausland, in die ich, zur Anlage, Instandhaltung usw. bis zum Kriegsausbruch zirka 2500 Pfund Sterling, plus meiner Arbeit als Leiter, investiert hatte. Abgeschätzt nach dem Alter der Palmen, einschließlich Gebäude, Vieh und Inventar repräsentierte sie wohl bei Kriegsausbruch einen Mindestwert von 5000 Pfund Sterling. Wird mir nun die Hälfte des Wertes ersetzt, so erhalte ich zirka 2500 Pfund Sterling im günstigsten Falle, wenn der Kurs zum Tage der Überweisung gezahlt wird. Vor zehn Jahren war mit einer solchen Summe viel zu machen, heute haben die Verhältnisse sich aber bedeutend verschlechtert durch Teuerung der Lebensmittel, Frachten, landwirtschaftliche Geräte und der Arbeiterlöhne und Versorgung. Eine neue Existenz mir im Auslande mit diesem Betrag zu gründen, würde ich kaum unternehmen können. Dagegen würden mir Industrieprodukte zum Absatz unter den vom ‚Praktiker‘ vorgeschlagenen Bedingungen geliefert, so könnte ich diese in meinem Bezirk absetzen und Landesprodukte dafür erwerben. Dadurch würde nicht nur ich Vorteil haben, sondern es würde

auch der deutschen Industrie ein, wenn auch nur kleines Absatzgebiet geschaffen und für Deutschland würden, ebenfalls vielleicht auch nur in bescheidenen Quantitäten, die so nötigen Bodenprodukte erworben.

In meinem Falle liegen die Verhältnisse insofern noch sehr günstig, als ich auf einer Insel von der Größe Württembergs mit einer Einwohnerziffer von rund 2000000 Farbigen auf der

Osthälfte der Insel ohne Konkurrenz bin, und es mir somit ziemlich leicht sein würde die Produkte an Kopra, Kaffee, Kakao, Landelholz, Felle, Hörner, Wachs u. dgl. aufzukaufen. Ferner günstig ist die direkte Verbindung durch neutrale Schiffe zwischen Deutschland und der Insel.

Wie mein Fall, so wird es hundert andern gehen. Deshalb verdient der Vorschlag wohl die Beachtung maßgebender Kreise.*

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (* bedeutet: Besprechung vorbehalten).

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschum i. allg.: 15. 18. 43. 70. 84. 99. 103. 104. 106. 113. 120. 128. 130. 135.

Grenzdeutschum: 1. 2. 6. 9. 14. 16. 23. 26. 29. 30. 34. 36. 38. 40. 50. 51. 52. 55. 56. 57. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 69. 76. 80. 81. 83. 93. 94. 100. 108. 118. 119. 126. 132. 133. 136. 143—156.

Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 2. 10. 28. 41.
Auslandkunde i. allg.: 18. 27. 31. 33. 48. 68. 74. 79. 86. 87. 108. 117. 127. 138.

Auswanderung: 32. 35. 43. 47. 53. 67. 71. 72. 98. 109. 112. 129. 131. 134.

Außenhandel: 19. 21. 26. 45. 77. 78. 81. 85. 88. 96. 102. 104. 105. 134.

Mission: 13. 44. 75. 82. 92. 95. 97. 101. 137.

Geographische Einteilung:

Europa: 139.

Mitteleuropa: 142. 143. 144.

Westeuropa: 12. 45. 68. 77. 86. 87. 115. 117. 123. 141. 144—156.

Nord- u. Osteuropa: 3. 7. 8. 16. 21. 24. 46. 49. 64. 65. 66. 85. 89. 91. 105. 120. 124. 140. 157. 158. 160.

Süd- u. Südosteuropa: 9. 34. 58. 59. 73. 158. 159.

Vorderasien: 17. 20. 27. 110. 161.

Mittelasien: 42. 122.

Ost- u. Australasien: 19. 22. 101. 121. 138. 167.

Afrika: 44. 92. 103. 107. 114. 125. 162.

Nordamerika: 5. 10. 39.

Mittel- u. Südamerika: 15. 25. 32. 35. 54. 70. 71. 79. 90. 102. 111. 112. 116. 129. 163—166.

I. Einzelschriften.

1. *Alnor*, Karl, Was hat Schleswig wirtschaftlich bei einer Abtretung an Dänemark zu erwarten? o. O. [dat.] Nov. 1919. 31 S. 8°
2. *Andler*, Charles, La décomposition politique du socialisme allemand 1914—19. Paris: Bossard [1919]. 8° fr. 6.—
3. *Askenazy*, Simon, Dantzig et la Pologne. Paris: Alcan [1919]. 8° fr. 5.—
4. Die *Ausführungsgesetze* zum Friedensvertrag vom 31. Aug. 1919. Textausgabe mit Anleitung von Geh. Regierungsrat Dr. Franz Schlegelberger. Berlin: Franz Vahlen 1919. M 3.—

Ein kleiner, aber sehr guter, handlicher Kommentar zum Gesetz über Enteignungen aus Anlaß des Friedensvertrages vom 31. August 1919 und des „Ausführungsgesetzes“ zum Friedensvertrage vom gleichen Datum. Auf die gerade die Auslandsdeutschen interessierenden Fragen gehen die Erläuterungen allerdings nur wenig ein. Dem kommentierten Text sind die Begründungen zu den Gesetzen angefügt. H. K.

5. *Bastide*, Charles, Les écoles et les universités aux Etats-Unis. Paris: Renaissance du livre [1919]. 8° fr. 1.25. (Collection America. 11.)
6. *Böhmerlandjahrbuch* f. Volk u. Heimat 1920. Hrsg. i. A. d. Böhmerland-Verlages Eger i. Gemeinschaft m. vielen Mitarb. v. Otto Kletzl. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 8° M 5.—
7. *Boswell*, A. Bruce, Poland and the Poles. London: Methuen [1919]. 8° 12 sh. 6 d.
8. *Brunau*, M., Die deutschen Ansiedlungen an d. Wolga. Leipzig: Köhler i. Komm. [1919]. 22 S. 8° (Schriften d. Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschum. H. 3.)
9. *Brunialti*, Attilio, Le nuove provincie italiane nella natura, nella storia, nell' arte e nella vita degli abitanti. 2. L'alto Adige. L'Ampezzano e il territorio di Sesto. Torino: Unione Tip-Ed. Torinese [1919]. 8° l. 15.—
10. *Campbell*, Thomas M., The life and works of Friedrich Hebbel. Boston: Badger [1919]. 8° \$ 3.— (Studies in literature.)
11. *Collin*, Ernst, Wirtschaftsprobleme der Gegenwart. Berlin-Zehlendorf-West: Zeitfragen-Verlag 1919. 15 S. 8° M 1.50.

Der Verfasser tritt dafür ein, daß zur Regelung aller großen Wirtschaftsprobleme wie Lohnfragen (Kollektivverträge), Preisbildung (Annäherung an die Weltmarktpreise, etwa durch Valutazuschlag), Umstellung auf rationelle Wirtschaftsmethoden (Akkord und Taylorsystem, Normalisierung, Vereinheitlichung der Rohstoffbeschaffung usw.) von einem schleunigst zu berufenden, vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der der Entlastung der Nationalversammlung dienen soll, eine „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ gebildet wird aus der weiterhin Reichsarbeitsgenossenschaften für die einzelnen Wirtschaftszweige hervorgehen müßten. Durch vernünftig begrenzte, die Unternehmer-Initiative nicht ausschaltende Beteiligung der Arbeiter an Leitung und Gewinn müsse erreicht werden, daß Wirtschaft Sache des einzelnen und der Gemeinschaft am.

12. *Cramer*, J. A., Is it peace? Utrecht: Ruys 1919. 23 S. 8° aus: International Christendom. 4, 4, 1919.
Der Vorsitzende der niederländischen Gruppe des Internationalen Bundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen unterzieht den Friedensvertrag von Versailles einer Kritik, die dem deutschen Urteil sehr nahe kommt. Mht.
13. *Dewasagajam*, Nj., Aus meinem Leben. Erinnerungen d. Tamulienpastors. Von ihm selbst erzählt. Leipzig: Evang.-Luth. Mission 1919. 120 S. 8° M 3.—
14. *Dill*, Lisbeth, Das verlorene Land. Ein Buch über Lothringen u. Lothringer. Gaschwitz b. Leipzig: Dürr & Weber 1920. 89 S. 8° M 5.— (Zellenbücherei Nr 10.)
15. *Doersing*, Hugo, Die deutschen Schulen in Buenos Aires <Reform-Vorschläge>. Veröffentlichung d. dt. Lehrervereins Buenos Aires 1919. 16 S. 8°
16. *Du Moriez*, Stanislas, La question polonaise, sa solution, principes immuables, frontières polono-allemandes. Paris: Alcan [1919]. 8° fr. 5.—

17. **Eberhard**, Otto, Allerlei Türkisches. Neue Folge von: Aus der neuen Türkei. Hrsg. v. Christl. Verein im nördl. Deutschland. Eisleben: Christl. Verein i. nördl. Deutschland 1919. 141 S. 8° M 1.60.
18. ***Ebstein**, Otto, Auslandspolitik. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 89 S. 8° M 5.— (Zellenbücherei Nr 21.)
19. **Eckardt**, Theo, Deutsche Rechtsverhältnisse in China im Friedensvertrag. Zsgest. auf Wunsch einiger Chinadeutschen. Hamburg: R. W. Heidorn. 12 S. 8° M 3.—
Der Verfasser glaubt, daß nicht anzunehmen sei, daß China den Weg des Clearing-Verfahrens wählen werde. Er verweist auf die Übergriffe gegen Chinas Oberhoheit, die sich bisher Frankreich und England schon erlaubt haben und sich zweifellos auch künftighin erlauben werden und die deutschen Besitzer von Werten in China besonders ungünstig stellen werden. Er erwartet aber, daß China wenigstens die Erlöse der verkauften deutschen Liegenschaften unmittelbar an die Eigentümer auszahlen werde, soweit es die Liquidation selbst vorgenommen habe. Zum Schluß der kleinen zwölfseitigen Schrift wird die Entschädigungsfrage untersucht. Dr. F. W.
20. **Endres**, Franz Karl, Die Ruine des Orients. Türk. Städtebilder. Mit 15 Lichtdr.-Bildern auf 11 Taf. München: Duncker & Humblot 1918. IV, 198 S. 8° M 11.—
21. **Export** nach Skandinavien. Darstellung der Absatzmöglichkeiten nach Dänemark, Schweden u. Norwegen zugl. Empfehlung wirksamer Werbemittel. Berlin: Siemenroth [1919]. 111 S. 8° M 4.—
22. **Fischer**, Walther, Die Heimsendung d. China-Deutschen auf dem Dampfer Novara. Leipzig: Thieme 1919. 9 S. 8° aus: Dt. medicin. Wochenschrift. 1919. Nr 38.
23. **Frank**, Reinhard, Das Saargebiet im Friedensschluß. München: Gerber [1919]. 30 S. 1 Kt. 8° M 0.60. [dt., franz. u. engl. Text].
24. **Frey**, G., Bilder aus d. Gesundheitswesen in Polen <Kongreß-Polen> aus d. Zeit dt. Verwaltung <1914—1918>. Beitr. zur Bevölkerungsgeogr. Mit 150 photogr. Aufn. u. 1 Übers.-Kt. Berlin: Gea Verlag 1919. X, 135 S. 4° M 9.— (Veröffentl. d. landeskundl. Kommission beim dt. Generalgouvernement Warschau. Beitr. z. poln. Landeskunde. Reihe B., Bd 7.)
25. **Gedenkschrift zur Einweihung des deutschen Geschwader-Denkmal**s im Garten des deutschen Hospitals in Valparaiso am 1. November 1919. Valparaiso: Bund deutscher Turnvereine [1919]. 8 S. 4°
Die achtseitige kleine Denkschrift ist mit dem Bilde des einfachen und schönen Denkmals geziert, zu dem acht deutsche Turnvereine die Quaderblöcke des Fundaments gestiftet haben. Das Denkmal verdankt seine Entstehung der Initiative des Bundes deutscher Turnvereine und seines Schriftführers Griebel. Die Aufbringung der Mittel erfolgte durch eine Sammlung unter den deutschen Chiles. Es durfte nicht mehr als 1 Dollar von einem Geber gestiftet werden. A. von Stillfried hat die Pläne entworfen, der Bundes-Vorsitzende A. Steinicke hat die Aufstellung des Denkmals überwacht. Die Tafel des Denkmals wurde von der „Dresdener“-Mannschaft auf der Insel Quiriquina angefertigt. Das Heftchen enthält noch eine Ehrenliste der Kämpfer aus Chile für Deutschland. Dr. F. W.
26. **Glaserapp**, M. v., Die Industrie-Rohstoffe d. Baltenlandes. Berlin-Steglitz: Würtz 1919. 15 S. 8° M 1.— (Baltische Bücherei Bd 37.)
27. ***Graf**, Georg Engelbert, Die Landkarte Europas gestern und morgen. Berlin: Paul Cassirer 1919. 271 S. 8° geb. M 10.—
28. **Hanotaux**, Gabriel, Le traité de Versailles du 28 juin 1919 L'Allemagne et l'Europe. Paris: Plon [1919]. 8° fr. 12.—
29. **Hiort-Lorenzen**, H. R., Erindringer fra Sønderjylland. Med et forord og et bidrag af R. Besthorn. Udg. af Johan Frederik Gotschalk. Kopenhagen: Aschehoug [1919]. 8° Kr. 5.50.
30. **Hoff**, Hinrich Ewald, Die nationalen u. staatsrechtlichen Verhältnisse d. Herzogtums Schleswig. Auf Grund d. geschichtl. Tatsachen dargest. Tondern [1919]: Rothe. 31 S. 8°
31. ***Hurwicz**, Elias, Die Seelen der Völker. Ihre Eigenarten u. Bedeutung im Völkerleben. Ideen zu einer Völkerpsychologie. Gotha: F. A. Perthes 1920. IX, 146 S. 8° M 6.—
32. ***John**, R., Paraguay. Winke f. Einwanderer. Hrsg. unt. Ben. amtl., priv. u. eigener Quellen vom Dt. Volksbund f. Paraguay. Asuncion 1919: H. Kraus. 51 S. 8°
33. ***Karillon**, Adam, Sechs Schwaben und ein halber. Eine Weltreise. Mit Zeichn. v. Karl Worm. Berlin: Grote 1919. 461 S. 8° geb. M 10.50. (Grote'sche Sammlung von Werken zeitgenöss. Schriftsteller Bd 139.)
34. **Knirsch**, Hans, Die Stellung d. Deutschen z. tschechischen Staat. Referat, erst. am 1. Gesamtparteitag d. dt. national-sozialist. Arbeiterpartei zu Dux am 16. Nov. 1919. Dux 1919: „Gutenberg“. 15. S. 8°
35. **Koebel**, W. H., The great south land. The River Plate and Southern Brazil of to-day. London: Butterworth [1919]. 8° 15 sh.
36. **Lehmann**, Emil, Heimatkundliche Volkserziehung. Gedanken u. Wege z. Heimatbildung in d. deutschen Sudetendland. Reichenberg: Sudetendt. Verlag Fr. Kraus 1920. 103 S. 8° M 4.— (Schriften z. Heimatbildung u. Volkserziehung. Nr 1.)
37. ***Luettichau**, Graf von, Festschrift z. 75jähr. Jubiläum d. Gemeinde. Berlin: Zillesen (1919). 146 S. 8° M 5.— (Jahreshefte d. Dt. Evang. Gemeinde z. Konstantinopel. Jg. 1916—1918.)
38. **Das Martyrium** der baltischen Kirche. Von einem Balten. Leipzig 1919: Dörffling & Franke. 16 S. 8° M 0.40. Aus: Allg. Ev.-Luth. Kirchenzeitung. Nr 44. 45 <1919> (Hefte d. Allg. Evang.-Luth. Konferenz. 6.)
Der Verfasser, jetzt der älteste unter den Rigaer Pastoren, die das Schreckensregiment der Bolschewisten (v. 3. Januar 1919 bis zum Einzug der baltischen Landwehr) überlebt haben, beschreibt die Leiden der evangelischen Kirche in den drei Zeitabschnitten des absolutistischen Zarentums, der konstitutionellen Regierung Nikolaus' II. und der Herrschaft der Revolution. Die Schilderung des letzten Abschnittes — Gefangenschaft und Märtyrertod der Balten mit ihren Geistlichen an der Spitze — ist ergreifend. Mht.
39. **Meyer**, Eduard, Die Vereinigten Staaten von Amerika. Geschichte, Kultur, Verfassung u. Politik. Frankfurt a. M.: Keller 1920. IX, 290 S. 8° M 13.20. (Angewandte Geographie. Serie 5. H. 1/2.)
40. **Möller**, Arne, Sønderjylland efter 1864... Kopenhagen: Gyldendal [1919]. 8° Kr. 5.75.
41. **Mont**, Jules, L'Allemagne et la paix. La lutte contre les conséquences de sa défaite. Paris: Perrin [1919]. 8° fr. 5.—
42. **Nansen**, Fridtjof, Sibirien, ein Zukunftsland. 3. Aufl. Leipzig: Brockhaus 1919. VIII, 383 S. 8° M 25.—
43. ***Noppel**, Constantin, Deutsche Auswanderung u. Auslandsdeutschtum. Freiburg i. Br.: Herder 1920. 26 S. 8° M 0.90 (Flugschriften d. „Stimmen d. Zeit“. H. 15.)
44. ***Oepke**, Albrecht, Was wir im Kriege erlebten. Die Erfahrungen d. Leipz. Mission im Weltkrieg bis z. 1. Juli 1919. Leipzig: Verl. d. Evang.-Luth. Mission 1919. 77 S. 8° M 3.—
45. **Picciotto**, Cyril M. and A. W. Ewart Wort, The treaty of peace with Germany. Clauses affecting mercantile law (Recovery of rights, contracts, property, rights and interests etc), with an introd., comm. and index. London: Stevens [1919]. 8° 6 sh.
46. **Präesent**, Hans, Das Deutschtum in Kongreß-Polen u. seine Geschichte. Leipzig: Köhler i. Komm. [1919]. 31 S. 8° (Schriften d. Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschtum. H. 1.)
7. ***Preusse-Sperber**, O[tto], Auswanderer-Katechismus. Dres-

- den: Verlag zeitgemäßer Schriftwerke [1919]. 194 S. 8° geh. M 6.—
48. ***Ruehlmann, Paul M.**, Die Kulturpropaganda des Auslandes. Charlottenburg: Dt. Verlagsgesellsch. f. Politik u. Geschichte. 1919. 170 S. 8° M 9.—
49. **Schirmer, Alfred**, Geschichte u. Entwicklung der deutschen Bauernkolonien in den russ. Schwarzmeerprovinzen. Leipzig: Köhler i. Komm. [1919]. 36 S. 8° (Schriften d. Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschum. H. 2.)
50. **Schmidt-Wodder**, Das Selbstbestimmungsrecht d. Völker in seiner Einwirkung auf d. geistige Leben in Kirche u. Schule. o. O. [1919]. 15 S. 8°
- Positive Vorschläge zur Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Dänen in der Nordmark. Der Verfasser fordert kulturelle Selbstverwaltung für beide Teile. Mht.
51. ***Schreiber, Alfred**, Die deutsche Gemeinde in Genf 1580 bis 1917. Geschichtl. Überbl. auf ihre Entstehung u. Entwicklung dargest. auf Grundlage d. Gemeindearchivs u. d. Ratsbücher. Genf 1919: Kündig. 28 S. 8° fr. 2.—
52. **Schwab, Eman**, Das geschichtl. Recht d. Iglauer Sprachinsel. (Umschlagt.: Die Iglauer Sprachinsel.) Wien: Holder 1919. 50 S. 1 Kt. 8° M 2.—
53. ***Seitz, A.**, Insekten-Sammeln im Auslande. Stuttgart: Verlag d. Seitz'schen Werkes (Alfr. Kernen) [1919]. 16 S. 8° M 1.— aus: Entomologische Rundschau. Jg. 36. Nr. 6.
54. **Seler-Sachs, Caecilie**, Frauenleben im Reiche der Azteken. Ein Blatt aus d. Kulturgeschichte Alt-Mexikos. Mit Zeichn. v. Erich Heermann. Berlin: D. Reimer 1919. 106 S. 8°
- Die von der ausgezeichneten Kennerin Mexikos ihrem Gatten zum 70. Geburtstag dargebrachte Studie ist auch für die Volkskunde des neuen Mexiko von Wert. Sie zeigt, wie aztekische Sitten und Gebräuche, Kulturgefäße und ihre Bezeichnungen bis zum heutigen Tage in der Bevölkerung weiterleben. Mht.
55. **Sönderjylland**. Red. af Svend Dahl og Axel Linvald. 2 Bde. Kopenhagen: Pio [1919]. 8° Kr. 36.—
56. **Stegemann, H.**, Rettet das Saarland! Ein Aufruf. Berlin: Puttkammer & Mühlbrecht 1919, 39 S. u. 1 Kt. 8° M 0.60
57. **Stephan, Karl**, Der Todeskampf d. Ostmark 1918/19. Die Geschichte e. Grenzschutzbataillons. Mit 1 Übers.-Kt., 9 Skizzen u. 54 Photogr. (Schneidemühl: Selbstverl. [1919].) 148 S. 8° M 7.80.
58. **Stephanove, Constantine**, The Bulgarians and Anglo-Saxondom. With [6] maps. Bern: Haupt 1919. VIII und 384 S. 8° fr. 12.—
59. **Strohal**, Das deutsche Volkstum an d. Grenzen d. jugoslawischen Staates. Leipzig: Köhler i. Komm. [1919]. 38 S. 8° (Schriften d. Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschum. H. 4.)
60. **Sudetenland**. Ein Notschrei von dreiviertel Millionen geknebelten Deutschen. Wien: Hilfsverein f. Deutschböhmen u. Sudetenland [1919]. 52 S. 8° M 1.50.
- Die mit zahlreichen Abbildungen im Lichtdruckverfahren ausgestattete volkstümliche Schrift enthält eine kurze Geschichte des Sudetenlandes, besonders der Besiedelung von Schweden und Nordmähren, dem Kuhländchen und dem Schönheimgestau, sowie einen Überblick über die nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse und über die Naturschönheiten des Gebietes. Besondere Beachtung verdienen die Abschnitte 6, in dem der Anteil des Sudetenlandes am deutschen Geistesleben hervorgehoben wird, und Abschnitt 8, der die noch keineswegs beendete Leidenszeit des Landes seit der Besetzung durch die Tschechen schildert. Mht.
61. **Variot, Jean**, Légendes et traditions orales d'Alsace. 2. Sundgau et Haute-Alsace. Paris: Crès [1919]. 8° fr. 5.—
62. Deutsch-polnischer **Vertrag** über die vorläufige Regelung von Beamtenfragen. Berlin: Vahlen 1919. 16 S. 8° M 0.60.
63. **Voigt, Christian**, Der nationale Charakter der Stadt Flensburg. Flensburg 1919: Meyer. 27 S. 8°
- gesellschaftliche Leben der Flensburger Stadtbevölkerung. Es ist ein besonderer Vorzug der Untersuchung, daß sie auch die ältere Literatur von dänischer Seite verwertet. 6 Beilagen im Urtext belegen das Deutsche als geschichtlich überlieferte Amtssprache des Magistrats und den bereits seit 1800 unaufhaltsamen Niedergang der dänischen Kolonie in Flensburg. Mht.
64. Zur **Vorgeschichte** d. polnischen August-Aufstandes i. Oberschlesien. Urkundl. Beitr. zur Entwicklung d. großpoln. Bewegung u. z. Schuldfrage. Von einem Oberschlesier. Charlottenburg: Dt. Verlagsgesellsch. f. Politik u. Geschichte 1919. 51 S. 8° M 1.—
65. ***Vosberg, Fritz**, Der polnische Aufstand in seiner Entstehung. Die Vorbereitung z. poln. Aufstände i. d. Provinz Posen im Nov./Dez. 1918 mit e. Zusammenstellung v. dt. u. poln. Kundgebungen u. Pressestimmen. Berlin: Preuß. Verlagsgesellsch. 1919. 212 S. 8°
66. **Waliszewski, K.**, Polonais et Russes. Visions du passé, perspectives d'avenir. Paris: Plon [1919]. 8° fr. 6.—
67. **Weichert, Hans**, Ist Südrubland ein deutsches Auswandererziel? Leipzig: Köhler i. Komm. [1919]. 30 S. 8° (Schriften d. Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschum. H. 5.)
68. Der **Weltprotest** gegen den Versailler Frieden. Stimmen aus Amerika-Belgien-Dänemark-England-Frankreich... ges., hrsg. u. eingel. v. Dr. Alfred H. Fried. Leipzig: Der neue Geist. 1920. 78 S. 8° M 6.—
- Die Sammlung vereinigt in 161 Beiträgen die Stimmen hervorragender Persönlichkeiten mit den Artikeln führender Zeitungen und Kundgebungen von Parteien und Körperschaften zu einem Chor, der als Ganzes nicht überhört werden darf, wenn auch die großen, politisch konservativen Weltanschauungsgruppen in ihm fehlen. Die Einzelpersönlichkeiten sind in Deutschland bekannt. Unter den Presseäußerungen überwiegen die angelsächsischen, vor allen der klassische englische Liberalismus (Manchester Guardian, The Nation [London], Daily News) und der neue Sozialismus (Labour Leader, Daily Herald), dazu die Newyorker Nation. Die romanischen Länder sind schwach vertreten, Frankreich zutreffend durch die Clarté-Gruppe, Humanité und „La Feuille“ (Genf). Man vermißt Spanien. Die Sammlung, die im einzelnen nicht viel Neues bringt, hat ausserordentlich weisenden Wert, als sie die vorläufig noch schwachen Parteien und Volksteile des Auslandes zusammenfaßt, die an dem ursprünglichen Gedanken des Rechtsfriedens festhalten. Mht.
69. **Wetterlé, Abbé E.**, L'Alsace et la guerre. Paris: Alcan [1919]. 8° fr. 4.—
70. **Wilfert, Max**, Die deutsche Auslandsschule in Südamerika u. der Krieg. Buenos Aires 1918: Compañia Sud-Americana de Billetes de Banco. 24 S. 4°
- Vgl. die Besprechung in Jg. 3. H. 2, S. 48 dieser Zeitschrift.
71. **Winke** für den deutschen Lehrer, der nach Südamerika auswandern will. Hrsg. von dem dt. Lehrerverein Buenos Aires. Buenos Aires 1919: Impr. Cosmos. 24 S. 8°
72. Zur **Nedden**, Der Ingenieur im Auslandsdienst. Berlin: Verein Deutscher Ingenieure. 1919. 9 S. 8° M 1.10. aus: „Technik u. Wirtschaft“. Jg. 12. 1919. H. 5.

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

73. Deutsche **Arbeit** in Ungarn. Wochenschrift f. deutsches Volkstum u. deutsche Kultur. Parteiloses Organ. Jg. 1. 1919/20. Budapest: Verwaltung d. „Deutschen Arbeit i. Ungarn“. H. 1. 16 S. 8° jährl. 52 H. Kr. 100.—
- Vgl. die Anzeige in Jg. 3. Nr. 1. S. 17 dieser Zeitschrift.
74. **Ausland-Nachrichten**. Mitteilungen von allgem. Bedeutung aus techn. Zeitschriften d. Auslandes. Hrsg. v. literarischen Büro der S. S. W. Siemensstadt. Jg. 1. 1919/20. Nr. 1. 12 S. 4° Berlin: Mittler. jährl. 24 H. viertelj. M 4.—
- Seit die Währungsfrage den Bezug ausländischer Zeitschriften für viele Stellen fast unmöglich macht, ist die Bedeutung der auszugewählten Berichtserstattung gestiegen. Das neue Nachrichtenblatt schöpft aus der führenden Fachpresse des Auslandes (Engineering, The Electrician, The Economist, The Electrical Review, The Engineer, Revue générale de l'électricité). Für bibliographische Zwecke verdient die „Technische Zeitschriftenschau“ besondere Beachtung. In sachlicher Anordnung bringt sie die vollständigen Titel von Zeitschriftenaufsätzen mit genauer Quellenangabe und einem den Inhalt knapp charakterisierenden Stichwort. Mht.
75. **Blätter** für Seemannsmission. Organ d. deutschen Seemannsmission. Hrsg.: Seemannspastor Thun, in Verb. m.

Seemannspastor Münchmeyer-Stettin. Jg. 28. 1919. Jährl. 4 Hefte, M 1.—

Das Jahressheft 1—4, 1919, enthält einen Nachruf auf D. theol. h. c. F. M. Harms, den „Vater der deutschen Seemannsmission“, der den Zusammenbruch seines Lebenswerkes in England nicht überleben sollte, einen Aufsatz über die nächsten Aufgaben der Seemannsmission und einen Bericht von Seemannsmisionar J. Voß in Amsterdam über „Alte Aufgaben und neue Notstände“. Auf das Verzeichnis der Hauptstationen der gemeinnützigen Gesellschaft sei hingewiesen. Mht.

76. *Hochland*. Monatsschrift der Innsbrucker Nachrichten. Schriftl.: J. E. Langhans. Innsbruck: Wagnersche Universitätsbuchdr. [Jg. 1]. Nr 1. [Juni 1919]. 16 S. 8° je Kr. 1.—

Die Zeitschrift, die durch ihre sehr schönen, im Stil der Münchener „Jugend“ gehaltenen farbigen Umschlagtitelblätter auffällt, pflegt die Heimat- und Volkskunde des Landes Tirol in Beiträgen einheimischer Künstler und Schriftsteller. Das den nahen Oberbayern stammverwandte, künstlerisch hochbegabte Volkstum kommt in den zum Teil mundartlichen Erzählungen und den Bildbeigaben nach Egger-Lienz und anderen bodenständigen Malern gut zum Ausdruck. Unter den einzelnen Hefen sind die Innsbruck, Salzburg, Steyer und Deutsch-Südtirol gewidmeten, sowie die Weihnachtsnummer hervorzuheben. Mht.

77. *Duitsche Import en Export*. Algemeen blad voor den in- en verkoop van alle waren van duitsche industrie- en handels-firma's. Deutscher Import u. Export. Jg. 1. 1919/20. Berlin: Heinr. Brühl. Erscheint unregelmäßig. Jährl. M 20.—

78. *Industrie und Technik*. Monatsschrift hrsg. vom Verein Deutscher Ingenieure, Verein Deutscher Eisenhüttenleute, Verband Deutscher Elektrotechniker. Red.: C. Matschoss. Jg. 1. 1920. H. 1. XX, 48 S. 4° Berlin: Auslandverlag.

Die drei großen technischen Vereine haben sich zusammengeschlossen, um dem Auslande in einer mustergültigen Zeitschrift die bedeutenden Leistungen der deutschen Ingenieurkunst wieder in Erinnerung zu bringen. Die Zeitschrift erscheint daher außer in deutscher auch in englischer und spanischer Sprache („Engineering Progress“, „El Progreso de la Ingenieria“). Bei ihrem gediegenen, auch den Laien fesselnden Inhalt und der vorzüglichen Ausstattung wird die Zeitschrift ihre Kulturaufgabe sicherlich erfüllen. Mht.

79. *Mitteilungen* des Deutsch-Südamerikanischen und Iberischen Instituts [früher: M. des Deutsch-Südamerikanischen Instituts]. Schriftl.: Prof. Dr. O. Quelle. Bonn. Jg. 7. 1919. Stuttgart u. Berlin: Dt. Verlagsanstalt. [H. 1.] 92 S. 8° Jährl. f. Nichtmitglieder M 10.—

Das Institut hat sein Arbeitsgebiet nunmehr auf alle Länder spanisch-portugiesischer Sprache ausgedehnt. Unter den Hilfsmitteln, die es zur Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und jenen G. bieten bereitstellt, ist in dem vorliegenden Heft der Beitrag von Quelle besonders beachtenswert: 1. Nachtrag zu dem „Verzeichnis wissenschaftlicher Einrichtungen, Zeitschriften und Bibliographien der Ibero-amerikanischen Kulturwelt“ [1916]. Der Nachtrag schließt sich eng an das Hauptwerk an und erhöht den Wert dieses heute besonders schätzbaren bibliographischen Hilfsmittels. Die große Zahl neu aufgenommener spanischer Veröffentlichungen ist zu beachten. Die Schriftenschau enthält eine lange Reihe in deutschen Bibliographien nicht auffindbarer Werke des Auslandes, vorzüglich Spaniens und Lateinamerikas. — Eine Abgrenzung gegen das Ibero-Amerikanische Institut und dessen „Mitteilungen“ wäre im Hinblick auf die so notwendige Konzentration der Kräfte zu wünschen. — Man vergleiche Nr. 102. Mht.

80. *Der Oberschlesier*. Oberschlesische Wochenschrift. Freie Aussprache für alle Oberschlesier. Hrsg.: Georg Wenzel. Schriftl.: Julius Soika. Jg. 2. 1920. Oppeln: Der Oberschlesier. Nr 1. 8 S. 2° viertelj. M 2.70.

In Zeitungsformat und -ausstattung erscheinend, tritt die neue Wochenschrift für einen gerechten Ausgleich der gesamten deutsch-polnischen Beziehungen auf Grund unbeschränkter kultureller Selbstbestimmung beider Volksteile ein (s. den Aufsatz von Fr. W. Foerster (München) in Jg. 2 Nr. 1: Die Realpolitik der Versöhnung. Ein Wort an Polen und Deutsche). Sie läßt Stimmen beider Parteien zu Worte kommen unter Betonung der engeren Heimatgeschichte des überwiegend polnisch sprechenden Oberschlesien. Sport und Kunstleben werden chronikmäßig behandelt, über die offizielle Politik des polnischen Staates wird besonders berichtet. Mht.

81. *Pionier* des Ostens. Jg. 2. 1920. Königsberg i. Pr.: Pionier d. Ostens. Nr 1. 4 S. 2° Jährl. 52 Nrn. viertelj. M 3.90.

Das Blatt, das im 1. Jahrgang als Beiblatt zu „Klarheit“ erschien, ist jetzt eine selbständige wirtschaftspolitische Wochenschrift in Zeitungsformat und -ausstattung. Es enthält längere Abhandlungen über Wirtschaft, Handel und Industrie in Osteuropa, belehrende Beiträge, kleine wirtschaftliche Nachrichten und einen Anzeigenteil.

82. *Stand und Arbeit* der Goßnerschen Missionsgesellschaft i. Jahre 1918/19. Abgchl. am 1. Sept. 1919. Hrsg. vom Kuratorium. Berlin-Friedenau: Goßnersche Mission 1919. 43 S. 8°

Das Jahrbuch der im 83. Jahre stehenden Gesellschaft berichtet über die

inneren Aufgaben der Mission, ihre Lage in der Heimat und auf den Missionssfeldern in Indien, Assam, am Ganges und in Kamerun. Der Anhang enthält die wichtigsten Angaben über den Aufbau und die Mitarbeiter der Missionsgesellschaft. Mht.

83. *Die Südmark*. Alpenländische Monatsschrift f. deutsches Wesen u. Wirken. Hrsg.: Alpenländ. Schutzverein „Die Südmark“. Verantwortl. Schriftl.: Prof. Josef Papesch. Jg. 1. 1920. H. 1. 28 S. 8° Beibl.: „Vom deutschen Turnen“ Alpenländ. Turnztg. d. Turnkreises Steiermark-Kärnten. Jg. 18. 1920. Graz: Verwaltung d. Monatschr. „Südmark“. Jährl. 12 H. Kr. 6.—

84. *Volk und Heimat*. Zeitschrift d. Vereins f. d. Deutschtum im Ausland. Nachrichtenblatt d. dt. Schutzbundes für d. Grenz- u. Auslandsdeutschen. Jg. 1. 1920. H. 1. 16 S. 4° Leipzig: Reclam jun. Jährl. 24 H. für Mitgl. M 10.—, für Nichtmitgl. M 16.—

Vgl. die Anzeige in Jg. 3. Nr 2. S. 61 dieser Zeitschrift.

85. *Nordische Wirtschafts-Zeitung*. Nordisk Merkur. Offizielles Organ des dt.-schwed., des dt.-norweg. u. des dt.-dän. Wirtschafts-Verbandes. Verantwortl. Red.: Dr. P. Kiefer. Jg. 1. 1919/20. Berlin: Union Dt. Verlagsgesellsch. Jährl. 12 H. M 16.—

86. *The Daily Mail Year Book* for 1920. Ed. by David Williamson. London: Associated Newspapers [1919]. 8° 1 sh.

87. *The French Year-book*. Statistical and historical annual of France for the year 1919. London: Bale [1919]. 8° 12 sh. 6 d.

III. Zeitschriftenaufsätze.

88. [Avenarius, Ferdinand], Kulturpropaganda. in: *Kunstwart und Kulturwart*. Jg. 33. 1919/20. H. 3. München: Callwey.

Der Herausgeber des Kunstwarts nimmt zu der heute von vielen Seiten geforderten Kulturpropaganda eine eigene Stellung ein. Nach seiner Ansicht liegt uns die Kulturpropaganda nach französischem Muster nicht, auch fehlt uns das den Durchschnittsgeschmack leicht befriedigende Massengut. Avenarius hält es für dringlicher, die alten Wurzeln unserer Kultur gesund zu erhalten als für ihre heutigen Früchte aufdringlich Reklame zu machen. Wenn die geistigen Güter in Deutschland nicht mehr aus Geschäftssinn ausgebeutet, sondern wieder um ihrer selbst willen gepflegt würden, werde das die beste Kulturpropaganda sein. Ein Land, das seine Kulturpflege in den Dienst von Idealen stelle, werde ganz von selbst eine natürliche Anziehungskraft auf alle strebenden Völker ausüben. Mht.

89. *Der Bolschewismus*, sein Werden und Wesen. Hrsg. i. A. der „Dt. Kulturpolit. Gesellschaft“ u. ihres Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschtum v. Hugo Grothe. Sonderh. von „Deutsche Kultur in d. Welt“. Jg. 4. 1918. H. 4. Leipzig: K. F. Koehler.

Das Heft wird nachträglich als Ersatz für ein in Wiesbaden gedrucktes, aber infolge der Besetzung durch die Franzosen nicht verfügbares Heft ausgegeben. Mht.

90. *Brasilien*. Landwirtschaft, Industrie, Handel u. öffentl. Arbeiten i. Staate São Paulo. in: *Mitteilungen d. Ibero-Amerikan. Gesellschaft*. Jg. 2. 1919. H. 9/10. Hamburg: Ibero-Amerikan. Institut.

91. *Cleinow*, Georg, Nach zehn Jahren. in: *Die Grenzboten*. Jg. 78. 1919. Nr 52. Berlin: K. F. Koehler.

Der Verfasser überblickt seine zehnjährige Tätigkeit als Herausgeber der „Grenzboten“ und gibt die Gründe an, die ihn zum Rücktritt von der Leitung veranlaßten. C. will seine deutsch-polnischen Bemühungen von polnischem Boden aus fortsetzen. Die Schriftleitung geht an Dr. M. H. Böhm über, der Verlag an K. F. Koehler. Mht.

92. *Delius*, Siegfried, Die deutsche Gemeinde von Tanga u. Hinterland während d. Krieges. in: *Mitteilungen d. Vereins f. dt.-evang. Leben in d. Schutzgebieten u. im Ausland*. 1919. H. 26. Niedereichstädt: Pastor Guhr.

93. *Die Deutschen* in Böhmen [aus der Warschauer sozialistischen Zeitung „Robotnik“, nach der Übersetzung der Lodzer Neuen Presse Nr 1. 1919]. in: *Der Handelsstand im Aus-*

- lande. Jg. 10. 1919. Sdrnr 2. Hamburg: Kaufm. Verein von 1858.
94. Dem deutschen *Egerland*. in: Das Bayerland. Jg. 31. 1919/20. Nr 8. München: Eder.
Enthält u. a.: Herold, E., Mein Besuch in der Tschechoslowakei. — Mayer, G., Egerland ist Bayerland. — Widenbauer, Georg, Bayern und Böhmen, und eine Reihe Lichtbildaufnahmen aus diesem deutschen Teil Böhmens.
95. Das *Eintreten* der Reformierten der südafrikan. Union f. d. deutsche Mission. in: Berichte der rhein. Missionsgesellschaft. Jg. 76. 1919. Nr 12. Barmen: Barmer Missionshaus.
96. *Elster*, Hanns Martin, Eine Zukunftsaufgabe des deutschen Buches. Gedanken u. Anregungen für d. deutsche Kulturpropaganda. in: Das 20. Jahrhundert. [Jg. 1.] 1919. Nr 18. Berlin: Scherl.
Der Verfasser geht von der Voraussetzung aus, daß die besten deutschen literarischen Erzeugnisse nur bekannt zu werden brauchten, um sich die Achtung der Ausländer zu erwerben. Seine Vorschläge bleiben im Theoretischen stecken und übersehen die tatsächliche Lage: während die deutschen wissenschaftlichen Werke und Fachzeitschriften heute schneller ins Ausland gehen als im Interesse des deutschen auf sie angewiesenen Forschers liegt, ist die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für die deutsche schöne Literatur sehr gering. Das deutsche Buch ist in den Bibliotheken der meisten romanischen und angelsächsischen Länder sehr dürftig vertreten. Die Hoffnung, daß die Massen von unseren Meisterwerken berührt werden, ist trügerisch, da die Massen nicht deutsch lesen. An diesen realen Verhältnissen kann nur eine neue Organisation des deutschen Auslandsbuchhandels und die Förderung von Übersetzungen etwas ändern, in geringem Umfang auch die Einrichtung deutscher Sprachkurse und Vorlesungen im Auslande, wie sie während des Krieges z. B. in Spanien eingerichtet wurden. Mht.
97. Die bedeutsame *Entwicklung* der Rheinischen Neu-Guinea-Mission während d. Kriegsjahre. in: Berichte d. rhein. Missionsgesellschaft. Jg. 76. 1919. Nr. 12. Barmen: Barmer Missionshaus.
98. *Fehlinger*, H., Auswanderungsziele. in: Die Glocke. Jg. 5. Bd 2. 1919. Nr 35. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
99. *Fittbogen*, Gottfried, Ein Reichsamt für das Deutschtum im Ausland. in: Hilfe. Jg. 1919. Nr 52. Berlin: „Die Hilfe“.
100. Zur *Fuenfzigjahrfeier* des Deutschen Vereines zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag. 1869—1919. in: Freie Bildungs-Blätter. Jg. 28. 1919. H. 10/11. Karlsbad-Drahowitz: Verlag d. Freien Bildungsblätter.
101. *Genähr*, J., Gedanken über d. Zukunft d. deutschen Mission in China. in: Evang. Missions-Magazin. N. F. Jg. 63. 1919. H. 12. Basel: Basler Missionsbuchh.
102. Zur *Geschichte* d. rhein. Handelsbeziehungen mit Lateinamerika. in: Mitteilungen d. Deutsch-Südamerik. u. Iberischen Instituts. Jg. 7. 1919. Heft 1. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanst.
103. *Gruehl*, Max, Das Deutschtum und die weltwirtschaftl. Bedeutung Ägyptens. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 12. Berlin: Heymann.
104. *Gruenfeld*, Ernst, Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für das Auslandsdeutschtum. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 12. Berlin: Heymann.
105. *Guenther*, Johann, Die wirtschaftlichen Wettbewerber in Südrubland. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 52. Berlin: K. F. Koehler.
Überblick über die Versuche U. S. Amerikas, Englands, Italiens, der Schweiz, Polens und der Tschechoslowakei, in der Ukraine wirtschaftlich Fuß zu fassen, und über die zu diesem Zwecke geschaffenen Organisationen. Mht.
106. *Guenther*, Max, Deutsche Feld- u. Kleinbahnen im In- u. Auslande. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 45. Berlin: Auslandsverlag.
107. *Hasenkamp*, Die evangelischen Gemeinden in Deutsch-Südwestafrika in u. nach dem Kriege. in: Mitteilungen d. Vereins f. dt.-evang. Leben in d. Schutzgebieten u. im Auslande. 1919. H. 26. Niedereichstädt: Pastor Guhr.
108. *Hoerber*, Fritz, Kultur u. Nationalgefühl im Elsaß. Ein geschichtl. Rückblick. in: Österr. Rundschau. Bd 61. 1919. H. 5. Wien: Fromme.
Der bedeutsame Beitrag von elsässischer Seite ist aufgebaut auf dem Gegensatz der deutschen Sachkultur, die an objektiven Merkmalen des Volkstums, wie Geschichte, Kunstpflege und Wirtschaft, erkennbar ist, zur schwerer feststellbaren Persönlichkeitskultur, in der subjektive Neigungen entscheiden. Er sieht die Schwäche der in Deutschland bisher vorherrschenden Betrachtungsweise in der Vernachlässigung dieses Faktors der persönlichen Willensrichtung, während die gegnerische Propaganda umgekehrt die ethnographischen und geschichtlichen Tatbestände unterdrückte. Eine Versöhnung beider Betrachtungsarten und damit die Lösung der elsässischen Frage erwartet der Verfasser von einer weitgehenden Autonomie, die dem naturgewachsenen Volkstum freie Entfaltung in politischer und geistiger Selbstbestimmung gestatte. Der Aufsatz trägt nicht voll dem Umstande Rechnung, daß eins der Mittel freier Meinungsäußerung, die Presse, der Arbeiter- und Landbevölkerung nicht in dem Maße zur Verfügung steht wie dem seit 1789 französisch orientierten Bürgertum der Städte. Mht.
109. *Jung*, Auswanderung u. Landwirtschaft. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 12. Berlin: Heymann.
110. Die deutschen *Kolonien* in Ziskaukasien. in: Der deutsche Siedler. Jg. 2. 1919. Nr 11. Berlin: Dt. Siedler-Verlag.
111. *Kolumbien*. Politisches u. Wirtschaftliches aus Kolumbien. in: Mitteilungen d. Ibero-Amerikan. Gesellschaft. Jg. 2. 1919. H. 9—12. Hamburg: Ibero-Amerik. Institut.
112. *Kuehn*, Franz, Geographischer Bericht aus Argentinien während der Kriegsjahre 1914—1919. in: Zeitschrift d. Gesellschaft f. Erdkunde z. Berlin. Jg. 1919. Nr 9/10. Berlin: Mittler.
113. *Luther*, Artur, Die deutsche Bücherei und das Auslandsdeutschtum. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 46. Berlin: Auslandsverlag.
114. *Marokko*. Deutschenhetze, das Loch im Norden u. die Tangerfrage, Handelsstatistik — Olivenölhandel — Viehausfuhr — Bodenschätze — Eisenbahnbau. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 50. Hamburg: Meißner i. Komm.
115. *Menenius*, Frankreichs deutsche Politik. in: Die Grenzboten. Jg. 78. Nr 51. Berlin: K. F. Köhler.
116. *Mexiko*. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 49. 50. Hamburg: Meißner i. Komm.
117. *Miethe*, Kaethe, Die Weltwerbearbeit Frankreichs. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 51. Berlin: K. F. Koehler.
Studie über die französische Kulturpropaganda, besonders auf Grund von Beobachtungen in den Niederlanden und Skandinavien während des Krieges. Betont wird die Vortragstätigkeit, erwähnt werden u. a.: Comité catholique de propagande française à l'étranger, Comité israélite, Comité protestant, Alliance française, Liga des Amis du Quartier latin. Die sehr bedeutende Buchpropaganda (Société d'Exportation des Editions françaises. Comité du livre) ist übergangen. Mht.
118. *Nitsch*, Mathes, Haon Ischtok. in: Vierburgenland. [Jg. 1.] 1919. H. 9/10. Ödenburg: Verwaltung des Vierburgenlandes.
Der Aufsatz des deutschwestungarischen Dichters enthält die in der Gegend des Neusiedler Sees noch heute verbreitete sagenhafte Erzählung vom Wassermandel, das auf dem Wasser gefangen, aufs Schloß gebracht wurde und wieder in die Freiheit entran, und ihre literargeschichtliche Aufklärung. Ein anziehendes Stück Volkssage vom Haidboden ist hier gestaltet worden, wie die Zeitschrift mit ihren farbigen Steinzeichnungen und erzählenden Beiträgen überhaupt zum literarischen Sammelplatz des deutschen Westungarns berufen ist. Mht.
119. *Payen*, Edouard, L'agriculture en Alsace et en Lorraine avant et pendant la guerre. in: L'Economiste français. Année 7, vol. 2. 1919. No 50. Paris: Leroy-Beaulieu.
120. *Pertz*, Otto, Die Lage des Deutschtums in Rußland nach der deutschen Novemberrevolution. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 12. Berlin: Heymann.
121. *Plaschke*, B., Die Vertreibung der Deutschen aus China. in: Jahrbuch des Nordd. Loyd. 1918/19. Bremen: Leuwer i. Komm.
122. *Pohle*, Richard, Beiträge zur Kenntnis d. westsibirischen Tiefebene. II. in: Zeitschrift d. Gesellschaft f. Erdkunde zu Berlin. Jg. 1919. Nr 9/10. Berlin: Mittler.
123. *Quendt*, Eugen, Deutsch-französische Kontinentalpolitik?

- in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 51. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanst.
124. Meine *Reise* nach Sowjet-Rußland. Bericht eines Mitarb. d. dt.-russ. Vereins, E. V., über seinen Aufenthalt in Moskau im Aug.—Sept. 1919. in: Dt.-russ. Vereinsbote. Jg. 1. 1919/20. Nr 7/8. Berlin: Deutsch-Russ. Verein.
125. *Rex*, Artur, Die südafrikanische Union. (Wirtschaftsmographien wichtiger Handelsstaaten. N. F. VI.) in: Weltmarkt. Jg. 7. 1919. Nr 36. Hannover: König & Ebhardt.
126. *Ritschel*, Peter, Ein Brief aus Böhmen [Entgegnung auf den Aufsatz „Tschechoslowakei“ von Menenius in Jg. 78. 1919. Nr 46 der „Grenzboten“]. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 51. Berlin: K. F. Koehler.
127. *Roß*, Willy, Mehr Auslandskunde. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftszeitung. Jg. 4. 1919. Nr 52. Berlin: Hofrichter.
128. *Schaper*, Deutsche Zeitungen in Amerika. in: Der Handelsstand im Auslande. Jg. 10. 1919. Sondernr 2. Hamburg: Kaufm. Verein von 1858.
129. *Schern*, Die industrielle Schafproduktion als Teil der Veterinärwirtschaft Argentiniens in ihrer Bedeutung f. auswandernde Tierärzte. in: Berliner Tierärztl. Wochenschrift. Jg. 35. 1919. Nr 47. Berlin: Schoetz.
- Der Verfasser rät nur Persönlichkeiten von großer Energie und Ertschlußkraft zur Auswanderung. Deutsche können in Argentinien von tierärztlicher Praxis höchstens in Verbindung mit veterinärwirtschaftlicher Tätigkeit leben. Verfasser gibt dann im Anschluß an Stichel Winke zur Anlage einer Schaffarm. Er hält in kleinstem Maßstab begonnene Unternehmungen bei Fleiß, Ausdauer und Fähigkeit zu harter und entbehrungsreicher Arbeit nicht für aussichtslos, wenn der Auswanderer bereit gewesen ist, sich als Schafhirt nach und nach die erforderliche Landeskennntnis zu erwerben.
Mht.
130. *Schwochau*, Geert von, Deutsche Auslandsvertreter. in: Kunstwart u. Kulturwart. Jg. 28. 1919/20. H. 3. München: Callwey.
- Der Verfasser mißt der Frage der Vorbildung unserer Auslandsvertreter geringere Bedeutung bei als ihren persönlichen Eigenschaften. Diese zu kennen und an der richtigen Stelle einzusetzen, sei Sache des Personalreferenten des Auswärtigen Amts. Der Verfasser hält eine noch schärfere regionale Unterteilung der Arbeitsgebiete und Einstellung des einzelnen auf die wirtschaftliche und soziale Struktur des betreffenden Landes für nötig. Im Übrigen werde der gute Auslandsvertreter geboren und nicht herangebildet. Die Kunst sei, ihn zu finden. An bestimmten Stellen und für bestimmte Aufgaben werde sich ein Außenseitiger besser eignen als der zünftige Nachwuchs des Auswärtigen Amts.
Mht.
131. *Sperber*, O., Zur Auswanderungsfrage. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 1. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanst.
132. Die *Stellung* der Deutschen zum tschechischen Staat. in: Alld. Blätter. Jg. 30. 1920. Nr 1. Berlin: Alld. Verband.
- Bericht über den Parteitag der deutschen national-sozialistischen Partei Böhmens am 16. November 1919 in Dux. Vgl. die wichtige Rede des Parteiführers Knirsch in Nr. 34 dieser Zeitschriftenschau.
Mht.
133. *Widenbauer*, G., Die deutsche Sprachinsel Brünn. Ein schwer bedrohter Außenposten d. deutschen Volkstums. in: Alldt. Blätter. Jg. 29. 1919. Nr 52. Berlin: Alldt. Verband.
134. *Willies*, Dr., Tierärztlicher Auslandsdienst. in: Berliner Tierärztl. Wochenschrift. Jg. 35. 1919. Nr 47. Berlin: Schoetz.
- Der Verfasser fordert auf Grund seiner 1910 in Argentinien gemachten Erfahrungen die Errichtung eines tierärztlichen Auslandsdienstes im Interesse unserer Volkswirtschaft. Er glaubt, daß ein kleiner Export durchgezüchteten Jungviehs nach Argentinien uns als Gegenwert beträchtliche Mengen von Geflügel Fleisch einbringen könnte.
Mht.
135. *Wittermann*, Ernst, Der Nationalitätenkampf. Probleme u. Ziele. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. H. 1. Berlin: Heymann.
136. *Wuendisch*, [Friedrich], Die Staatsangehörigkeit der Elsaß-Lothringer. in: Mitteilungen d. Ausschusses der Vertrieb. Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919. Nr 45. Freiburg i. B.: Verlag d. Mitteilungen.
137. *Wuerz*, Friedrich, Zum Wiederaufbau. in: Evang. Missions-Magazin. Jg. 63. 1919. H. 12. Basel: Missionsbuchhandlung.
138. Vom neuseeländischen u. australischen *Zeitungswesen*. Von G. Fr. in: Zeitungs-Kunde. Jg. 1919. Nr 31. Berlin: Wilh. Heidelberg.

IV. Karten.

Europa.

139. Ein kleines Übersichtskärtchen in Schwarzdruck (Geogr. Journ. 6/1919) sucht die fortschreitende Entwicklung der Abgrenzung der neuen Staaten in Europa zur Darstellung zu bringen.

Nordeuropa.

140. *Herrich*, A., Schweden, Norwegen u. Dänemark. Leitung: Prof. Dr. J. I. Kettler. 11. Aufl. M. 1:3 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott. [1919.] 59 1/2:73 cm. M 2.—. (Flemmings Generalktn. Nr. 38.)

Für Demonstrationen geeignete politisch-geographische Übersicht von Nordeuropa unter Einschuß der südöstlichen Umrandung der Ostsee, mit Flächenkolorit der hier unter „Nordeuropa“ verstandenen Staaten, nämlich Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark. Die übrigen Staaten sind lediglich durch Grenzkolorit unterschieden, dabei ist aber die hier gegebene Abgrenzung der ehemaligen Randstaaten des Russischen Reiches z. T. schon durch die Ereignisse wieder überholt.

Westeuropa.

141. *Handtke*, F., Niederlande, Belgien u. Luxemburg. Leitung: Prof. Dr. J. I. Kettler. 9. Aufl. M. 1:600 000. Berlin: Flemming & Wiskott. [1919.] 59:78 1/2 cm. M 2.—. (Flemmings Generalktn. Nr. 20.)

Politisch-geographische Übersichtskarte der 3 Staaten mit Flächenkolorit und Angabe der Eisenbahnen und sonstigen Verkehrslinien. In Deutschland sind die Grenzen der besetzten Teile und der Abstimmungsgebiete besonders angegeben. Im ganzen sowohl als Wandkarte wie für den Handgebrauch geeignet.

Mitteleuropa.

142. *Handtke*, F., Schweiz. Polit. Ausg. Red. von Prof. Dr. J. I. Kettler. 9. Aufl. M. 1:600 000. Berlin: Flemming & Wiskott. [1919.] 72:57 cm. M 2.—. (Flemmings Generalktn. Nr. 39.)

Politisch-geographische Darstellung der Schweiz; die einzelnen Kantone sind jeweils durch besonderes Flächenkolorit unterschieden, ferner sind die Eisenbahnen farbig (in Rot) eingetragen. Die Grenzen der benachbarten Staaten sind nur durch einfaches Linienkolorit unterschieden. Infolge des reichen Inhaltes an Namen und Farben ist die Karte bei dem gewählten Maßstab wohl nur mehr für den Handgebrauch geeignet.

Vgl. auch Nr. 139. 141.

Deutsches Reich.

143. Die *Grenzen* d. deutschen Reiches nach dem Wortlaut d. Friedensvertrages vom 25. 6. 1919. Bl. 1—8. M. 1:300 000. Hrsg. v. d. Kartograph. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme. Berlin 1919.

1. Memel. 64:57 cm. M 4.50.
2. Allenstein. 66:57 1/2 cm. M 5.25.
3. Danzig. 94 1/2:67 cm. M 6.75.
4. Posen. 95:76 cm. M 6.75.
5. Oppeln. 61 1/2:53 cm. M 5.25.
6. Flensburg. 50:57 cm. M 5.—.
7. Köln. 84 1/2:80 cm. M 9.75.
8. Straßburg. 80 1/2:103 cm. M 9.75.

Die Karten bilden die Ergänzung zu dem bereits in Heft 1 ds. Jhg. (S. 30 unter Nr. 117) genannten Kartenwerk und sind wie dieses für alle durch den Friedensvertrag bedingten Gebietsveränderungen Deutschlands grundlegend. Die abzutretenden Teile bzw. die Gebiete, über deren Staatszugehörigkeit erst noch durch Volksabstimmung im Ganzen entschieden werden soll, sind durch Flächenkolorit besonders hervorgehoben. Im Wesen sind außerdem die sonstigen politisch-geographisch wichtigen Linien eingetragen. Wünschenswert wäre für den Gebrauch in weiteren Kreisen die Erläuterung der gestrichelten roten Grenzsignatur gewesen. Infolge der guten topographischen Unterlage (Karte von Mitteleuropa 1:300 000), die eine bis ins einzelne gehende Orientierung gestattet, und infolge der ansprechenden Kolorierung rechnen die acht Blätter zu dem besten Demonstrationmaterial, das wir überhaupt hierfür besitzen. Die Blätter sollten in keiner Lehranstalt fehlen.

Nordwestdeutsche Grenzmarken.

144. *Handtke*, F., Schleswig-Holstein, Mecklenburg und die Hansestädte. Leitung: Prof. Dr. J. I. Kettler. 21. Aufl.

M. 1:600 000. Berlin: Flemming & Wiskott. [1919.] 72:57 cm. M 2.— (Flemmings Generalktn. Nr. 37.)

Umfaßt außer Schleswig-Holstein und Mecklenburg noch die angrenzenden Teile Dänemarks und Nordwestdeutschlands bis zur holländischen Grenze und bis zur Breite von Bremen. Schleswig-Holstein und Mecklenburg sind mit ihrem Verkehrsnetz durch Flächen- bzw. Linienkolorit besonders hervorgehoben. In der Legende sind die Flächenzahlen für die einzelnen Kreise Schleswig-Holsteins brauchbar zusammengestellt, die Erweiterung dieser Angaben für die Bevölkerungsziffern und die Ausdehnung auch auf Mecklenburg wäre erwünscht. Im ganzen als Übersichtskarte, auch für Demonstrationen, geeignet.

145. Deutschkundlich sind 2 kleine Kartenskizzen zu erwähnen, die den Verlauf der sogen. Clausenschen Linie in Schleswig-Holstein und besonders auch in der Umgebung von Flensburg zeigen. Die Linie spielt bekanntlich in der Sprachen- und Bevölkerungsfrage dieser Provinz eine große Rolle. Die Kärtchen sind der Denkschrift des Magistrats von Flensburg (Flensburg 1919, Hoppe) beigegeben.

Vgl. auch Nr. 143, Bl. Flensburg.

Westdeutsche Grenzmarken.

146. Die *Grenzen* d. Saargebietes nach dem Wortlaut d. Friedensvertrages v. 25. 6. 1919. Bearb. in d. Kartograph. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme. M. 1:100 000. [Leipzig: Fernau 1919.] 80 $\frac{1}{2}$:65 cm. M 3.60 + 25%.

Auf der topographischen Grundlage der Karte des Deutschen Reiches 1:100 000 gezeichnete Übersichtskarte des Saargebietes mit detaillierter Angabe der bereits feststehenden bzw. erst noch festzulegenden Grenzen in erster Linie für den Handgebrauch. Die Eintragung der Grenzen auch der kleinen Verwaltungseinheiten (Kreise, Bezirke, Gemeinden) ermöglicht die Kritik der Grenzziehung im einzelnen. Erwünscht wäre eine flächenhafte Kolorierung oder sonstige schärfere Heraushebung des Saargebietes selbst und die Eintragung der Grenzen der anstoßenden Provinzen usw. gewesen, wodurch die Karten auch für Demonstrationen zwecke noch brauchbarer geworden wären.

147. Eine Reihe kleiner Übersichtskärtchen teils in Schwarzdruck, teils farbig, sind dem Werke von Spahn („Elsaß-Lothringen“, Berlin 1919, Ullstein) beigegeben. Wir erwähnen besonders die Karten der Zu- und Abwanderung (für den Zeitraum 1871–1910), die Übersicht der Sprachen- und Religionsverhältnisse (nach der Volkszählung 1905) und die Karte der Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Bevölkerung (nach der Zählung von 1907).

Vgl. auch Nr. 143, Bl. Straßburg und Cöln.

Ostdeutsche Grenzmarken.

148. *Karte* von Ost-Deutschland mit den im Friedensvertrage vorgesehenen Gebietsveränderungen. M. 1:800 000. Berlin: Gea-Verlag. [1919.] 75 $\frac{1}{2}$:92 $\frac{1}{2}$ cm. M 2 50.

Umfaßt ganz Ostdeutschland bis zur Linie Stettin-Frankfurt. Die früheren deutschen Provinzen sind jeweils durch besondere Flächenkolorit gekennzeichnet und die neuen Staatsgrenzen durch besonderes Linienkolorit kräftig herausgehoben. Die Benutzung der Karte, die so weit und durch die übersichtliche Eintragung der Hauptverkehrslinien für Demonstrationen recht brauchbar sein könnte, wird aber stark eingeschränkt dadurch, daß die Unterscheidung der Abtretungs- und Abstimmungsgebiete nicht durchgeführt und auch in der Legende nicht hervorgehoben ist, wodurch der Benutzer ein völlig unzureichendes Bild erhält. Man vermißt auch die Grenze des ev. abzutretenden Gebietes südlich Leobschütz in Schlesien.

149. *Handtke*, F., Westpreußen, Danzig u. nördl. Polen. Leitung: Prof. Dr. J. I. Kettler. 39. Aufl. M. 1:472 000. Berlin: Flemming & Wiskott. [1919.] 65 $\frac{1}{2}$:51 $\frac{1}{2}$ cm. M 2.— (Flemmings Generalktn. Nr. 46.)

Umfaßt Westpreußen in seiner neuen Abgrenzung, den Freistaat Danzig und die angrenzenden Teile Polens bis zur Breite von Thorn, jeweils mit besonderem Flächenkolorit und farbiger Eintragung der Hauptverkehrswege, unter besonderer Ausscheidung des Abstimmungsgebietes im angrenzenden Ostpreußen. Auch für Demonstrationen noch geeignet.

150. *Karte* des Freistaates Danzig. M. 1:150 000. Danzig: John & Rosenberg. [1919.] 55:40 $\frac{1}{2}$ cm. M 1.50.

Plakatartig aufgemachte, wohl hauptsächlich als Kontorkarte gedachte rohe Übersichtskarte mit Flächenkolorit.

- 151/152. *Heyde*, Herbert, Karte d. Verbreitung von Deutschen u. Polen längs d. Warthe-Netze-Linie u. in Westpreußen. Bearb. im Geogr. Institut d. Universität Berlin (auf Grund-

lage d.) Karte des Deutschen Reiches. M. 1:100 000. 6 Bl. [Berlin: Gea-Verlag. 1919.] Zempelburg, Flatow, Konitz, Berent je 35:29 $\frac{1}{2}$ cm. Schwarzbau-Putzig, Neustadt-Ossekken je 34:40 cm.

— Karte der Verbreitung von Deutschen u. Polen an der Grenze von Schlesien u. Posen. Bearb. im Geogr. Institut d. Univers. Berlin [auf Grundlage d.] Karte d. Deutschen Reiches. M. 1:100 000. 6 Bl. [Berlin: Gea-Verlag. 1919.] Kreuzburg, Groß-Wartenberg, Kempen, Öls, Pitschen, Brieg je 36 $\frac{1}{2}$:29 $\frac{1}{2}$ cm.

Wertvolle Ergänzungsblätter zu dem in Heft 12 (Jhg. II, 1919, S. 434 unter Nr. 151) bereits genannten Kartenwerk; die vorliegenden Blätter sind besonders für die Frage des Deutschtums in der Provinz Westpreußen und in den Gebieten an der Grenze von Posen und Schlesien grundlegend. Das Werk besitzt zwar infolge der inzwischen erfolgten zum Teil ziemlich starken Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus den einzelnen Teilen der Ostmark kein aktuelles Interesse mehr. Um so höher aber ist sein geschichtlicher Wert und es wäre dringend zu wünschen, daß das Kartenwerk nummehr für sämtliche Teile der ehemaligen Ostmarken vervollständigt würde.

153. Eine Reihe (5) beachtenswerter bevölkerungs-statistischer Karten über das Abtretungs- und Abstimmungsgebiet des Kreises Namslau sind der Denkschrift des gleichnamigen Kreisausschusses beigegeben, an denen besonders auch die vorbildliche Art der Darstellung (Punktmannier wie bei den Karten unter Nr. 151. 152.) hervorzuheben ist. Wir erwähnen namentlich die Karten der Sprachverhältnisse (nach der Volkszählung 1910) und die Karte der Verteilung der Konfessionen.

154. Deutschkundlich ist ferner noch eine kleine farbige Kartenskizze zu erwähnen, die den Anteil der Deutschen an der Bevölkerung der früheren Provinz Westpreußen nach Kreisen und in Prozenten der Gesamtbevölkerung wiedergibt. Sie ist der kleinen Schrift von Keyser („Westpreußen und das deutsche Volk“, Danzig 1919, Kafemann) beigegeben.

Vgl. auch Nr. 143, Bl. Memel, Allenstein, Danzig, Posen und Oppeln.

Österreich.

155. *Deutschösterreich*. (Umschlagt.: Republik Österreich.) M. 1:1 Mill. Wien: Hölzel. [1919.] 64 $\frac{1}{2}$:69 $\frac{1}{2}$ cm.

Infolge des schon etwas kleinen Maßstabes mehr für den Handgebrauch in Frage kommende Übersichtskarte mit Angabe der Verwaltungsgrenzen und der Eisenbahnen. Das Gesamtstaatsgebiet ist dabei durch Flächen- und besonderes Grenzkolorit hervorgehoben, das Abstimmungsgebiet um Klagenfurt noch besonders gekennzeichnet. Man vermißt die Eintragung bzw. stärkere Hervorhebung der Grenzen der benachbarten Staaten.

Tschechoslowakei.

156. Deutschkundlich ist die kleine Sprachenkarte (in Schwarz), die der dritten Flugschrift zur Schönhengster Volks- und Heimatkunde (Mährisch-Trübau 1919) beigegeben ist, von Interesse. Während frühere Karten, z. B. die Steinhausensche Sprachenkarte von Mähren (Artaria-Verlag, Wien 1919), den Schönhengstgau als deutsche Sprachinsel bezeichnen, hängt nach der vorliegenden Karte der Schönhengstgau mit dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet zusammen.

Osteuropa.

157. *Kettler*, J. I., Karte von Nordrussland mit Murmanbahn u. Eismeer-Republik. M. 1:3 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 80 $\frac{1}{2}$:62 cm. M 2.— (Flemmings Generalktn. Nr. 56.)

Farbige, vorwiegend politisch-geographische, für Demonstrationen geeignete Übersichtskarte, aber mit dem Versuch weitergehender Charakterisierung der Geländegestaltung (Flußnetz in Blau, Gelände in Braun). Die Grundlagen für die Führung der mit besonderem Linienkolorit gezeichneten politischen Grenzen sind natürlich z. T. noch ganz unsicher. Neben dem besonders zwischen Polen und Livland (?) als „strittig“ angegebenen Gebiet hätten folgerichtig auch die übrigen nicht weniger „strittigen“ Gebiete eingetragen werden müssen. Ein Nebenkarton bringt eine dankenswerte Darstellung der Murmanbahn.

158. Eine ganze Serie wissenschaftlich-auslandkundlich wertvoller farbiger Karten, deren Brauchbarkeit durch den überall zugrunde gelegten gleichen Maßstab (1:1,5 Mill.) und die dadurch bedingte Vergleichbarkeit der einzelnen Karten erhöht wird, ist dem Werke von Nitz („Militär-geographische Beschreibung von Rumänien“ Berlin 1919, Engelmann) beigegeben. Sie behandelt jeweils auf besonderem Blatt die Einteilung des Landes (mit Angabe der Grenzen von 1913 und vom Mai 1918), die Verteilung der Niederschläge, der geologischen Formationen, der Boden- und der Vegetationszonen, sowie des Waldes, ferner die Verteilung der Bevölkerung nach Art und Dichte. Deutschkundlich ist besonders die Völkerkarte von Interesse, auf der auch die Verteilung des Deutschtums dargestellt ist. Den Schluß bilden kleinere und größere Übersichtskarten der landwirtschaftlichen Bodennutzung und der verkehrsgeographischen Verhältnisse.

Vgl. auch Nr. 139.

Balkan.

159. Kettler, J. I., Völkerkarte der Balkanhalbinsel. Mit statist.-geograph. Begleittext. Topograph. Grundl.: Die Balkanblätter d. Sohr-Berghaus'schen Handatlas. M. 1:1,5 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 62 $\frac{1}{2}$ x 81 $\frac{1}{2}$ cm. (Flemmings Völkerkarten. Nr. 3.)

Darstellung der Völker der Balkanhalbinsel mit Einschluß des südlichen Rumäniens. Die Karte beruht neben verschiedenen anderen Quellen, die der begleitende Text (12 S.) aufführt, z.T. auch auf neuen amtlichen österreichischen bzw. bulgarischen Aufnahmen, welche letztere dankenswerterweise im einzelnen zahlenmäßig mitgeteilt werden und vom Verfasser für die Karte kritisch bearbeitet sind. Eine Nachprüfung der Karte unsererseits war natürlich nicht möglich. Jedenfalls bietet die Karte gegenüber früheren Darstellungen teilweise ein neues Bild. An dieser Stelle interessiert besonders auch die Darstellung der Verbreitung der Deutschen. Die Karte kann trotz des reichen Inhalts noch als Wandkarte Verwendung finden.

Vgl. auch Nr. 158.

Asien.

- 160/161. Vom wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkt ist ein geologisches Übersichtskärtchen (in Schwarz) des unteren Obgebietes von Pohle (Zeitschr. Ges. f. Erdk. Berlin 9/10, 1919) zu erwähnen. Wertvoll ist ein Übersichtsplan der im Kriege in Palästina neu erbauten Eisenbahnlinien (ebenda.)

Afrika.

162. Wie dem Werke von Schnee (vgl. d. Ztschr. 1920, S. 31 unter Nr. 132) sind auch dem Buch von Lettow-Vorbeck (Leipzig 1920, K. F. Koehler) eine Reihe von kriegsgeschichtlichen Kartenskizzen beigegeben, die deutschkundliches Interesse haben. Die ebenfalls kriegsgeschichtliche Übersichtskarte von Deutsch-Ostafrika ist farbig im Maßstab 1:8 Mill.

Südamerika.

163. Handtke, F., Südamerika. Bearb. u. erg. im kartograph. Institut d. Verlagsbuchhandl. 23. Aufl. M. 1:13 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 56 $\frac{1}{2}$ x 71 $\frac{1}{2}$ cm. M 2.— (Flemmings Generalkarten. Nr. 43.)

Farbige politisch-geographische Darstellung Südamerikas, in erster Linie als Wandkarte in Frage kommend. Die einzelnen Staatsgebiete sind durch Flächen- bzw. Grenzkolorit unterschieden und die wichtigsten verkehrsgeographischen Daten eingetragen. Ein Nebenkarton bringt die Darstellung von Kuba und den Bahamainseln in größerem Maßstab.

164. Plano de la Gobernacion del Chubut. Buenos Aires: Lefrançois, i. Komm.: Berlin: Schropp'sche Landkartenbuchh. Druck v. Gg. Westermann, Braunschweig. 1911. 120 $\frac{1}{2}$ x 79 $\frac{1}{2}$ cm.

Roher Schwarzdruck für das Gebiet zwischen 42 und 46° s. Br. Angegeben sind nur die ganz großen Züge der Geländegestaltung, dagegen ist in Hinsicht auf etwaige Einwanderung und Neubesiedlung die Besitzverteilung des ganzen Gebietes eingehend dargestellt.

165. Zwei kleine Skizzen in Schwarzdruck, die dem Buch von Schmidt-Klugkist und Grotewold („Argentinien“, 2. Aufl., Hannover 1919, Hahn) beigegeben sind, geben die Jahresisothermen und die Verteilung der Niederschläge in Argentinien wieder. Als allgemeine Übersicht ist dem Werke ferner der Ausschnitt aus dem betr. Blatt des Stieler-Atlas (1:7,5 Mill.) beigegeben.

166. Eine kleine farbige Übersichtskarte, die der Dissertation von Bauer (München 1919, Rohrer) beigegeben ist, stellt die geologisch-morphologischen Verhältnisse von Nordwestamazonien dar.

Australien.

167. Deutschkundlich ist eine kleine Kartenskizze (Schwarzdruck) wertvoll, auf der Hauptmann Detzner den östlichen Teil des Kaiser Wilhelm-Landes (Ztschr. Ges. f. Erdk. Bln 7/8, 1919) nach seinen Untersuchungen zur Darstellung bringt.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschrift.

Eine alte und verdiente Zeitschrift erscheint in völlig neuem Gewande. Der Verein deutscher Ingenieure, der Verein deutscher Eisenhüttenleute und der Verband deutscher Elektrotechniker haben sich entschlossen, die Monatschrift „Industrie und Technik“ gemeinsam herauszubringen. Der Auslandverlag hat die Ausgestaltung des Blattes vornehm und gut durchgeführt. Die Zeitschrift erscheint in deutscher, englischer und spanischer Sprache. Die Hauptschriftleitung hat Professor C. Matschoß, dem Dr.-Ing. O. Petersen und Dr.-Ing. Dettmar zur Seite stehen. Die Technik ist, so heißt es in dem Einführungsartikel, besonders berufen, entstandene Entfremdung zu beseitigen und zerrissene Zusammenhänge wieder zu knüpfen. Mehr zu schaffen als zuvor sei die Aufgabe, Auslandgeltung wieder dem deutschen Namen und dem deutschen Ingenieur zu schaffen, sei der feste Wille.

In der „Vossischen Zeitung“ legt Legationsrat a. D. Freiherr von Rheinbaben die Grundsätze einer „aktiven Außenpolitik“ dar, wie er sie für ein außenpolitisches Programm der deutschen Volkspartei aufgestellt hat. Er verlangt da nationale Erziehung zum Verständnis außenpolitischer Fragen, Einstellung der Außenpolitik auf den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, Wirken für die Revision des Friedensvertrags, sachgemäße und organische Reform des auswärtigen Dienstes, Förderung des Aufbaues unserer gesamten Auslandsbeziehungen mit dem Ziel der Wiederherstellung deutscher Weltgeltung, Umwandlung des heute Völkerbund genannten Bundes der Sieger in einen wirklichen Völkerbund. Er unterstreicht das Aktive an seinem Programm, wir sollten selbst aufbauen und nicht erst die Tätigkeit der andern abwarten, er wolle mit diesen Leitsätzen eine möglichst breite nationale außenpolitische Front schaffen, Voraussetzungen, denen alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten zustimmen könnten. Im zweiten Punkt freilich ergebe sich als Folge des Zusammenhangs zwischen auswärtiger und innerer Politik die Förderung, daß auch die Wirtschaftspolitik versachlicht und unabhängig vom Parteiwesen nur berufenen Führern anvertraut werde. Für die Reform des auswärtigen Dienstes seien Köpfe aus allen Parteien ohne jede Rücksicht zu holen, damit jede Möglichkeit ausgenutzt werde, die eine Wiederaufrichtung im Kreise der Völker verheißt könne. Das große Werk der deutschen Einigung müßte auf breiter Basis verwirklicht werden.

In der „Hilfe“ (letztes Dezemberheft) nimmt Gottfried Fittbogen zu der Frage eines **Reichsamts für das Deutschtum im Ausland** Stellung, die, wie wir hier berichtet haben, in jüngster Zeit wieder von Professor Bergsträßer in seinem „Demokratischen Deutschland“ angeschnitten worden ist. Er begrüßt es, daß in solcher Frage Anhänger verschiedener Parteirichtungen sich trafen und übereinstimmten. Er erwähnt, daß freilich auch dem Vorschlag eines Reichsamts grundsätzlich widersprochen worden sei. Von den gegen das Amt aufgeführten Argumenten hält er das eine für unbedingt richtig, daß die Mächte der Entente ein solches Amt gar nicht dulden würden und daß auch neutrale Staaten, wie die Schweiz, erhebliche Bedenken haben würden, wenn plötzlich von einem deutschen Amte aus die 2—3 Millionen Deutscher in der Schweiz mit Schulen, Büchereien usw. versorgt werden sollten. Auch der Hinweis, daß es sich nur um kulturelle Arbeit dabei handle, sei nicht durchschlagend, denn schließlich leiste diese Arbeit doch ein politischer Körper. Fittbogen verweist demgegenüber darauf, man müsse den Begriff nur strenger auffassen und zwischen Deutschen Staatsbürgern im Auslande und Angehörigen fremder Staaten scheiden. Erstere seien legitimes Objekt der Staatspolitik, für sie könnte also das Reichsamt geschaffen werden, letztere seien Objekt der Volkspolitik, für sie habe das ganze Volk durch seine privaten Vereine und Organisationen zu sorgen. Fittbogen führt hier also eine Trennung ein, die, wie wir an anderer Stelle berichteten, von der preußischen Regierung und dem Reichswanderungsamt gleichfalls eingeführt wurde, nur daß dort in „Auslanddeutsche“ und „Deutschausländer“ geschieden wird. Für die Deutschausländer verlangt er erheblich stärkere Arbeit und Tätigkeit als bisher, auch für die Auslanddeutschen sei namentlich hinsichtlich der Schularbeit erheblich mehr zu leisten als vor dem Kriege. Die Entschädigung der Auslanddeutschen (die allerdings — siehe die §§ 6 und 11 der vom Reichsanzeiger veröffentlichten und auch hier wiedergegebenen „Richtlinien“ zur Entschädigung — auch eine Entschädigung von Deutsch-Ausländern, wenn auch nur im Ausnahmefalle, werden kann, was Fittbogen nicht berücksichtigt) sei dem Wiederaufbauministerium übertragen worden, sie würde nach Fittbogen besser dem Auswärtigen Amt zugewiesen, das auch die Entschädigung der Elsaß-Lothringer übernehmen sollte. Ein kurzer Überblick über die Rechte der Deutschen in den abzutretenden Gebieten führt dann Fittbogen dazu, den Bergsträßerschen Vorschlag einer eigenen Abteilung für Minoritätenschutz im Auswärtigen Amt zu unterstützen und zu verlangen, daß alle zur Förderung und Unterstützung des Auslanddeutschtums bezüglichen Abteilungen im Auswärtigen Amte vereinigt würden.

Im zweiten Januarheft der neuen Zeitschrift „**Deutsche Arbeit in Ungarn**“ bespricht der Führer der Liberalen, Dr. Gündisch, die „Mission des ungarländischen Deutschtums“. Er geht von der Statistik aus, nach der es im Jahre 1910 in Ungarn 10 Millionen Magyaren, 3 Millionen Rumänen, 2 Millionen Slowaken, 1,8 Millionen Kroaten, 1,1 Millionen Serben, 0,5 Millionen Ruthenen und 2 Millionen Deutsche gab. Die übrigen Völker wohnen in geschlossenen Sprachgebieten, die Deutschen sind über ganz Ungarn zerstreut. So sind sie überall dem Abbröckelungsprozeß ausgesetzt und es bedarf bei ihnen fortgesetzter nationaler Arbeit zur Erhaltung des Deutschtums. Gündisch erklärt, die Deutschen müßten das ausgleichende Element in Ungarn darstellen. Das einfache Vorhandensein der Deutschen sei schon ein Protest gegen eine deutschfeindliche Orientierung der ungarischen Außenpolitik,

ebenso wie gegen eine ungarfeindliche Orientierung der deutschen Außenpolitik. Die Volkserhaltung sei für die Deutschen Ungarns Daseinspflicht, wie der Wille zum eigenen Leben, wie die Anhänglichkeit an die Familie, wie das treue Festhalten an Staat und Vaterland.

Über deutsche Wissenschaft in Spanien schreibt Professor U. v. Wilamowitz-Möllendorff im roten „Tag“. Er schildert aus einer Zeitung in Barcelona und berichtet über einen Vortrag, den Professor Schulten aus Erlangen dort hielt. Der Rektor führte den Redner selbst ein und bezeugte ihm später, daß sein Vortrag „eine beneidenswerte Höhe der deutschen Wissenschaft zeigte und der spanischen Forschung wertvolle Anregungen gebe.“ Professor Schulten hat in den ersten Jahren des Jahrhunderts Spanien bereist und die Ruinenstätte des alten Numantia besucht. Der Kaiser gewährte damals aus dem Dispositions-Fonds die ersten Ausgrabungsmittel, die preußische und bayerische Regierung halfen dann weiter, Privatmittel wurden flüssig gemacht, und die Ausgrabung förderte überraschende Resultate. Da die Spanier die Verteidigung Numantias gegen Rom als ihre erste nationale Heldentat betrachteten; hatten sie an den Ausgrabungen höchstes Interesse. Schultens Anregungen wiesen der ganzen spanischen und auch französischen Ausgrabungs-Wissenschaft neue Wege. So ist er auch jetzt wieder nach Spanien gereist, um seine Studien fortzusetzen. Er ist überall mit offenen Armen empfangen worden, hat in vielen Städten Vorträge gehalten, das spanische Instituto d'Estudis Catalans hat 2000 Pesos zur Unterstützung der Reise bewilligt, die Deutschen Spanien sammeln einen Fonds zur Drucklegung der Werke Schultens „in der Erkenntnis, daß es kaum noch möglich ist, wissenschaftliche Werke in Deutschland in Druck zu bringen“. Weitere Unterstützung wird dem Werke notwendigerweise nicht fehlen dürfen. „Auf die Höhe der Summe kommt es weniger an, obwohl dem mühtigen Forscher eine Erleichterung seiner entsagungsvollen Arbeit zu gönnen ist, als daß unsere Landsleute drüben noch mehr als die Spanier das Gefühl behalten, daß die Heimat zu würdigen weiß, was drüben geschieht.“

Über „Deutsch-Amerikanisches“ schreibt Karl Eugen Schmidt im Roten „Tag“ und macht einen Vorschlag zur Frage der künftigen Gestaltung des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes. Als er 1915 drüben gewesen sei, hätten sich die Zeitungen wegen der Anmaßung der französischen Konsuln gezankt, welche die in Amerika geborenen amerikanischen Bürger von französischer Abkunft als Franzosen beanspruchten und unter Strafordrohung zum Eintritt in die französische Armee aufforderten. Die Betroffenen erhielten in Washington den Bescheid, die amerikanische Regierung könne da nichts tun, nach französischem Gesetz seien nun einmal alle Nachkommen französischer Bürger wieder französische Bürger, einerlei wo sie geboren seien und welcherlei Bürgerrechte sie erworben hätten. Die amerikanische Regierung könne den Betroffenen nur raten sich nicht auf französisches Gebiet zu wagen, weil sie dort festgenommen und zum Kriegsdienst gezwungen würden. Das gleiche Gesetz, schreibt Schmidt, gelte in Großbritannien und in der Schweiz, es solle auch in Deutschland eingeführt werden. Kein Deutsch-Amerikaner oder Deutsch-Australier sei darnach mehr Renegat und Fremder, sondern habe auch jederzeit das Bewußtsein, deutscher Staatsangehöriger zu sein. Das werde einen günstigen Einfluß auf das Heimatgefühl der Ausgewanderten haben.

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A.-I.

Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland-Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Überlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 21. Nov. 1919 beschlossen, natürlich unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandskunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Instituts Einrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Deutsche Firma in Borneo wünscht Vertretungen von Fabrikanten aller für den ostindischen Markt passender Artikel. Die Adresse kann von unserer Geschäftsstelle erfragt werden.

Deutscher, welcher in Warschau ansässig ist, bietet sich zur Übernahme von Vertretungen an. Die Adresse kann durch uns erfahren werden.

Auslandsdeutscher, früherer Agent der Singener Nähmaschinenfabrik für die Provinz Santafe (Argentinien) sucht Vertretungen für Bolivien, Paraguay, Uruguay und Chile. Adresse kann von uns erfahren werden.

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es ist natürlich, daß durch die Verkehrssperre und durch die Druck- und Herstellungsschwierigkeiten, die besonders Süddeutschland schwer treffen, hier und da Verzögerungen entstehen. So mag es vorkommen, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Da der „Auslandsdeutsche“ von uns unter allen Umständen so zeitig fertiggestellt wird, daß er am 1. und 15. jeden Monats zur Post gegeben werden kann, hoffen wir, daß bald eine gewisse Regelmäßigkeit in der Zustellung eingetreten sein wird. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzutellen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Bezieher, die den besonderen Wunsch äußern, den „Auslandsdeutschen“ wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln. Da aber bei den stets steigenden Papier- und Materialpreisen, wie Gehältern und Löhnen die Kosten für die Halbmonatschrift schon recht nahe an unsern Mindestbeitrag heranreichen, können wir in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. Januar 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 4

STUTTGART

Zweites Februar-Heft 1920

Neues Auslandsdeutschtum

Das sind die Tage des Abschiednehmens. Ein Regenschauer peitschte durchs Land um den 10. Januar, da der Friedensvertrag, der das deutsche Volk aus dem Eisenpanzer der klirrenden Waffen erlöste, große Teile deutschen Bodens in die Gewissensnot der Fremdherrschaft preßte. Wie der heulende Sturm Baumriesen fällte und Wälder zerknickte, Flüsse zu reißenden Strömen anschwellen ließ und Hochwassersnot über viele Gegenden des Reiches brachte, so riß die geistige Not und Qual in diesen Tagen an unseren Herzen und in unserem Gemüte. Deutscher, deutscher Boden ward uns entrissen und ein neues Auslandsdeutschtum ist entstanden, das ein uns feindlich gesinnter Wille schuf. Deutschland ist müde und machtlos, sein Heer ist zerschlagen, seine Wirtschaftsmacht ist gebrochen. Erst nachdem man uns so erniedrigt und unsern Wirtschaftskörper so grausam vernichtet hat, erkennt man auch im gegnerischen Lager, daß man uns nicht einfach aus der Weltwirtschaft beseitigen kann, daß man uns braucht und daß unser völliger Untergang nur zu leicht auch den Sieger mit sich in den Strudel ziehen könnte. Erst jetzt zeigen sich schüchtern noch von ferne Retter, die vielleicht den Ertrinkenden aus den Wassern befreien möchten.

Aber unsere Grenzmarken in West und Ost und Nord werden uns trotz alledem entrissen bleiben. Das Deutschtum in ihnen, das mit uns wuchs und blühte, mit uns stritt und litt, dieses Deutschtum wird fremder Herrschaft und Kultur überantwortet. Jetzt erst wird der Kampf für unsere Brüder beginnen, kein Kampf mit Waffen, aber ein um so erbitterter Kampf des Geistes und des Herzens. Jetzt wird sich die einigende Kraft unseres deutschen Wesens und Kulturstrebens zu bewähren haben, jetzt erst werden wir Zurückgebliebenen zu beweisen haben, daß wir es verstehen, Mittelpunkt für das Deutschtum in aller Welt zu sein, Anziehungskraft zu bewähren, Stütze und Halt zu bieten. Das Deutsche Reich hat mit einem Schlage Millionen von Bewohnern verloren, aber das Deutschtum selbst, das deutsche Volk, ist zunächst nur um wenige Charakterlose ärmer geworden, die allsogleich die deutsche Fahne einzogen, um die des fremden Herrschers bedingungslos zu hissen. Sie können und wollen wir gern missen. Aber den anderen Brüdern, die schweigend dulden und entbehren, wollen wir deshalb um so treuere Helfer und Hüter sein, ihnen gilt in der Zeit schwerster Not und bittersten Erlebens unser zuversichtlicher Gruß, ihnen gilt das Wort, das so oft deutsche Soldaten in die Winde aller Länder gesungen haben, das Schlachtenlied für den geistigen Kampf um das Deutschtum: „O Deutschland hoch in Ehren“ mit seinem Schlußruf „Haltet aus im Sturmgebraus!“

Kundgebung der Reichsregierung

Der Reichspräsident und die Regierung haben am 10. Januar folgende Kundgebung erlassen:

An die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverbande ausscheidenden Landesteile!

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wehrlos der Willkür der Gegner preisgegeben und legt uns unter dem Titel des Friedens die schwersten Opfer auf. Das schwerste aber, das man uns auferlegt, ist der Verzicht auf deutsche Gebietsteile im Osten, Westen und Norden. Unter Mißachtung

ihrer Rechtes auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende deutscher Volksgenossen fremder Staatsgewalt unterstellt. Deutsche Brüder und Schwestern, nicht nur in der Stunde des Abschieds, sondern immerdar, wird die Trauer über diesen Verlust unsere Herzen erfüllen und wir geloben Euch im Namen des gesamten deutschen Volkes, daß wir Euch nimmer vergessen werden.

Auch Ihr werdet das gemeinsame deutsche Mutterland nicht vergessen, dessen sind wir gewiß. Über die zerrissene Staatsgemeinschaft hinaus werden Eure Herzen Treue

halten der deutschen Stammes- und Kulturgemeinschaft, die die Nährwelt Eures geistigen Lebens war und jederzeit bleiben wird. Seien wir uns in dieser schweren Stunde des Verlustes des Kostlichen bewußt, was uns als gemeinsames Gut bleibt, was keine fremde Macht uns rauben kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter lehrte, gemeinsam die Welt der Gedanken, der Worte, der Töne, der Bilder, in denen die großen Geister unseres Volkes nach dem höchsten und idealsten Ausdruck deutscher Kultur gerungen haben. **Mit allen Fasern unseres Denkens, unseres Lebens und ganzen Seins bleiben wir verbunden.**

Was von unserer Seite geschehen kann, um Euch die Muttersprache, die deutsche Eigenart, den innigen geistigen Zusammenhang mit dem Heimatlande zu erhalten, das wird geschehen. Wie es schon, soweit Verhandlungen möglich waren, unsere vornehmste Sorge war, Euch trotz der Trennung Euren nationalen Lebensrechte zu bewahren, so werden wir nicht aufhören, dafür einzutreten. Unsere Schulen aber und alle unsere Einrichtungen für die Bildung des Geistes, für die Pflege der Wissenschaft und Künste sollen Euch auch fernerhin wie bisher offen stehen. **Herüber und hinüber soll jeglicher Austausch gepflegt und jeder seelische Bund geschützt und gestärkt werden.** Der unermessliche und unvernichtbare Schatz an geistigen Gütern, den das deutsche Volk besitzt, gehört Euch mit. Seine nationale Bindekraft wird sich bewähren.

Seit Jahrhunderten schon war es das Schicksal unseres Volkes, daß zahlreiche Deutsche außerhalb des deutschen Staatsverbandes unter fremder Herrschaft gestanden haben. Wo auch immer inmitten fremden Volkstums ihre Siedlungen standen, sie haben die deutsche Eigenart und den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterlande in den schwersten Zeiten bewahrt und die Kraft ihrer nationalen Kultur über weite Gebiete ausgestrahlt. Ihre Arbeit wird Euch vorbildlich sein für die schwere Aufgabe, die ein herbes Geschick Euch auferlegt hat. Deutsche Herzen verzagen nicht und deutscher Wille findet den Weg, sich zu behaupten. Seid gewiß, daß unsere Teilnahme, unsere Sorge und unsere heiße Liebe Euch unverbrüchlich erhalten bleiben.

In diesem gegenseitigen Vertrauen wollen wir in der schwersten Stunde der äußeren Trennung uns unserer unlöslichen inneren Gemeinschaft in erhöhtem Maße bewußt werden. Über alle Grenzpfähle hinaus bleibt das deutsche Volkstum ein einziges Ganzes. **Seid stark mit uns in dem Glauben: „Das deutsche Volk wird nicht untergehen!“** Aus der tiefen Trübsal dieser Tage wird es sich emporarbeiten und von der schwer errungenen freiheitlichen Grundlage aus wird es durch Entfaltung aller guten Kräfte den Aufstieg gewinnen, zu höchster voller wirtschaftlicher und sozialer Kultur.“ Volksgenossen! Mit der gewaltsamen Trennung ist Euch und uns hartes Unrecht geschehen. Das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung versagt worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch Euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen wird. Darum wollen wir uns trotz allen Schmerzes voll Hoffnung und Zuversicht in dieser Abschiedsstunde zurufen: **Treue um Treue! Für das Recht unseres Volkstums wollen wir miteinander eintreten alle Zeit und mit ganzer Kraft!**

Der Reichspräsident:
gez. Ebert.

Die Reichsregierung:
gez. Bauer, Schiffer, Dr. Bell, Dr. David, Erzberger, Dr. Geßler, Giesberts, Koch, Dr. Mayer, Müller, Noske, Schlicke, Schmidt.

Aufruf der preußischen Regierung an die aus Preußen ausscheidenden Staatsbürger!

Anknüpfend an die Kundgebung, die der Reichspräsident und die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Reichsteile gerichtet haben, wendet sich die Regierung des Freistaates Preußen noch besonders an ihre von der Abtretung an fremde Staaten betroffenen Mitbürger. Der dem deutschen Volke aufgezwungene Frieden von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit kerndeutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstieg teilgenommen haben, die es durch sorgsame Verwaltung, unter Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates, auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben.

Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst, das Band der Zusammengehörigkeit der Geister und der Herzen kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören.

Wir geloben Euch Treue. Haltet sie uns und pflanzt sie in die Herzen Eurer Kinder. Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist Euch versagt worden. Mit der Reichsregierung setzt auch die preußische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß.

In diesem Sinne gilt auch für Euch das Wort: Immer daran denken, niemals davon reden!

In der ersten Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde den ausscheidenden Staatsbürgern vom Vizepräsidenten Porsch folgendes Abschiedswort gewidmet:

„Während der Vertagung ist der grausame Friedensvertrag in Kraft getreten, der dem deutschen Volke in Versailles aufgezwungen worden ist. Unter vollkommener Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker werden aller Gerechtigkeit zum Trotz ohne jede Befragung weite Gebiete von Preußen losgerissen, deren kerndeutsche Bevölkerung durch jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Preußen, durch die Fürsorge und Mühewaltung Preußens auf einen hohen Stand der Kultur gehoben worden ist. (Beifall.) Die preußische Landesversammlung nimmt einmütig, wie ich feststellen kann, mit dem Gefühl tiefster Trauer von dieser überaus schmerzlichen Nachricht Kenntnis. (Zustimmung.) Aber die Bevölkerung dieser Gebiete wird damit nicht vom deutschen Stamme, von der deutschen Kultur, vom deutschen Geistesleben, von der deutschen Sprache losgelöst. (Beifall.) Die bestehende Gemeinsamkeit kann auch die grausamste Gewalt nicht trennen. (Beifall.) Wir geloben unseren abgetrennten Stammesgenossen Treue für immerdar und wissen, daß auch sie uns diese Treue halten werden. Wir vertrauen, daß die Gerechtigkeit der Weltgeschichte sie mit uns wieder vereint. (Lebhafter Beifall.)“

Als einziger Redner aus dem Hause sprach der unabhängige Sozialdemokrat Adolf Hoffmann: Auch seine Partei bedauere die Loslösung deutschen Landes, habe den Frieden von Versailles stets als einen Gewaltfrieden bezeichnet und verlange, daß er revidiert werde, und erwarte aber Gerechtigkeit vom Sieg des internationalen Sozialismus.

Beim Abzug der Truppen kam es überall im Norden und Osten zu wehmütig-begeisterten Kundgebungen. In Hunderten von Ansprachen wurde der alten Heimat Treue gelobt. — Dann marschierten, still und teilnahmslos von den Deutschen empfangen, Polen und Ententetruppen ein.

Aufruf!

Wenn die Dämme bersten, das Hochwasser über die Felder braust, die Eisschollen an die Häuser krachen, dann schweigen Klatsch und Haß und Parteistreit und Nachbarnmißgunst. Dann packt jeder zu; angestrengt, wortlos, keuchend arbeitet Mensch neben Mensch an den Deichen, um zu retten, was noch zu retten ist.

Die Sintflut über Deutschland ist da.

Als einsame Insel, von slavischen Wogen umdonnert, starrt Ostpreußen auf die Vernichtung. Nur über weite Wasser hin kann es das Mutterland ahnen, nicht mehr erblicken. Und Masuren steht auch noch in Gefahr, weggerissen und verschlungen zu werden, dazu ein Stück alten Ordenslandes weiter im Westen. Ganz Oberschlesien, auf das jetzt Fridericus Rex und zahlreiche vor ihm, und nach ihm geschiedene Geschlechter herabblicken, die es deutsch und blühend und glücklich gemacht haben, setzt seine Hoffnung auf den Notdeich, der aus einem großen Stimmzettelhaufen in fieberhafter Eile aufgeworfen werden soll. Und dem einst „up ewig ungedeelten“ Schleswig-Holstein droht die gewaltsame Zerreißen; ein kerniges deutsches Volk bangt davor, daß von den beiden umstrittenen Stücken Landes mindestens das eine von den Fremden überspült werden könnte.

Der Verlust dieser Abstimmungsgebiete würde für uns weit mehr bedeuten als eine Einbuße an Kohle für unsere erstarrende Arbeit und unsere durchkälten Häuser, an Kartoffeln und Eiern und Butter und Fleisch für unsere unterernährten Kinder. Der Verlust dieser Abstimmungsgebiete wäre ein ruchloses Hineinstoßen von Hunderttausenden treuer Deutscher in die tosende Flut, während sie ihre Arme hilflos nach dem Mutterlande ausstrecken. In einer ähnlichen Lage würde kein Pole oder Däne an der Urne fehlen. Auf dem Rücken trüge man den letzten zu ihr hin, wenn es keine andere Möglichkeit gäbe.

Die Kinder unseres Volkes schreien nach unserer Hilfe. Ihrer dreimalhunderttausend Helfer stehen bei uns bereit, zu der Abstimmung Berechtigte, weil im Abstimmungsgebiet Geborene; es gilt nur, sie hinzuschaffen, ihnen, die vielfach in der Not der Gegenwart um ihr eigenes tägliches Brot zu kämpfen haben, dieses für einige Tage zu sichern und sie selber mit einem Fahrschein in die Heimat zu versehen, deren Rufen nicht ungehört verhallen darf. Wir Deutschen sind seit jeher ein gebefreudiges Volk, wir haben das verbrannte Aalesund wieder aufgebaut, die Erdbentrümmer von Messina hinweggeräumt, den Hungernden im fernen Asien Nahrung gesandt, sollten wir das, was wir Norwegern und Italienern und Indern reichlich spendeten, den in letzter, größter Not ringenden eigenen Landeskindern versagen?*) Diese Schmach bliebe ein Kainszeichen, das keine Jahrtausende abwischen könnten.

Es geht um unser Leben oder Sterben als Nation.

Jetzt müssen Klatsch und Haß und Parteistreit und Nachbarnmißgunst schweigen, jetzt heißt es angestrengt, wortlos – und, wenn es nützt, keuchend – nicht nur vom Überfluß herzugeben, sondern auch vom Spargroschen, um deutsches Land, deutsche Menschen nicht versinken zu lassen in den Fluten. Sonst verschlingen sie einst uns alle.

Zum letztenmal noch stellt die Weltgeschichte uns eine Prüfungsfrage, ehe sie uns verwirft oder für gereift erklärt. Diese letzte Frage darf kein kleinlautes Geschlecht bei uns finden.

Deutscher Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen.

Eine Reihe führender Politiker, Schriftsteller und Dichter äußert sich in den „Beiträgen“ zum Thema Grenzspende. Wir entnehmen den Aufsätzen die folgenden Stellen:

Friedrich Stampfer, der Hauptschriftleiter des „Vorwärts“, schreibt:

„Das deutsche Volk hat im Kriege Unermeßliches geleistet, und es ist keine Schande, daß es schließlich im Kampf fast gegen die ganze Welt unterlag. Aber eine Schande wäre es, wenn es jetzt, im letzten Akte seines Verteidigungskampfes, versagen würde. Damit wäre das schlimme Urteil unserer Gegner bestätigt, daß das deutsche Volk leistungsfähig nur ist unter dem straffen Zwang einer autoritären Disziplin, daß es aber leistungsunfähig ist, wo eigene Einsicht und freier Wille den Erfolg politischen Handelns gewährleisten.“

Nicht nur in den Abstimmungsgebieten, im ganzen Reich muß jeder Mann und jede Frau wissen, worum es geht. Es ist ein letztes Stück Krieg, das in vermenschlichten Formen geführt wird, und sollte dieser vermenschlichte Krieg weniger Verständnis, weniger Hingabe und Opfermut finden,

als der von allen Seiten mit allen Mitteln der Barbarei geführte, der hinter uns liegt?“

Karl Scheffler mahnt die Heimat:

„Dieses Recht zu fordern schließt aber eine Pflicht ein.

Nach den Opfern, die von allen gebracht worden sind, darf einem verhältnismäßig kleinen Teil des Volkes nicht einseitig noch ein Opfer an Zeit, Kraft und Geld zugemutet werden. Die notwendige Fahrt ins Abstimmungsgebiet darf nicht zur Mühsal werden, nach allen schon ertragenen Mühsalen. Es ist nicht genug, den Stimmberechtigten freie Fahrt zu gewähren, für Unterkunft und Verpflegung zu sorgen und den Arbeitslosen weiter zu zahlen. Es muß mehr getan werden. Wenn die Abstimmenden als Vertreter des Deutschtums in die Grenzlande fahren, so sollten sie auch die Vorteile und Ehren nationaler Vertreter genießen.“

Alfred Kerr ruft:

„Deutschland braucht die Grenzbezirke – für ein wirtschaftliches Bestehen.“

*) Alle Banken und jedes Postamt nehmen Spenden entgegen. Bei der Post sind Einzahlungen auf Postscheckkonto Berlin Nr. 73776 zu leisten.

Endlich wäre, solange heimisches Grenzgebiet uns entzogen ist, die Weltruhe von neuem bedroht.

Diesem Gedanken stimmen alle, alle, alle Parteien zu — auch die unabhängigen Sozialisten. Es gibt nur eine Stimme darüber in Deutschland.

Dr. Paul Michaelis, der Vorsitzende des Vereins Berliner Presse, läßt den kategorischen Imperativ sprechen:

„Helft die deutschen Grenzlande retten! 65 000 Quadratkilometer mit sechs Millionen Menschen zwar werden durch den Zwangsfrieden vom Deutschen Reich losgerissen. Wir trauern ihnen nach und halten ihnen die Treue, aber wir können das Geschick nicht mehr ändern. Anders verhält es sich mit den Abstammungsgebieten im Osten und Norden. Auch dabei handelt es sich noch um mehr als 33 000 Quadratkilometer und drei Millionen Menschen. Und diese Gebiete können dem Deutschen Reich erhalten werden, wenn ebenso die Deutschen in den gefährdeten Gebieten wie in der Heimat ihre Pflicht tun.“

Der Mahner fügt weiter hinzu:

„Ich habe selbst das nördliche Schleswig besucht und dabei festgestellt, daß beispielsweise in Hadersleben von den deutschen Wählern nur 30 Prozent mitstimmen dürfen. Von der arbeitenden deutschen Bevölkerung in Flensburg haben sogar nur 10 Prozent das Wahlrecht. 90 vom Hundert müssen mit gebundenen Händen zusehen, wie über das Schicksal des Landes, das längst auch ihnen zur Heimat geworden ist, entschieden wird. Die Bestimmungen über die Wahl in den östlichen Gebieten sind zwar weniger rücksichtslos, aber auch hier ist dafür gesorgt, daß der Wille der deutschen Bevölkerung nach Möglichkeit zurückgedrängt wird.“

Der bekannte frühere Parlamentarier und Parteiführer, Graf Westarp, begrüßt die Hoffnung einer nationalen Wiedergeburt:

„Jetzt kann endlich einmal wieder, wie früher so oft, eine Welle einmütigen nationalen Empfindens und Willens durch das ganze deutsche Volk gehen. Es hat Gelegenheit, sich mit Wort und Tat geschehen hinter die drei Millionen deutscher Staatsbürger zu stellen, die selbst darüber entscheiden sollen, ob sie bei Preußen und Deutschland verbleiben wollen. Geschieht das und ergeben die Abstimmungen eine große klare und entscheidende Mehrheit, die der deutschen Heimat die Treue zu wahren entschlossen ist, so wird das ein erstes Wahrzeichen sein, aus dem unsere Feinde ersehen müssen, daß doch noch unverletzbares Leben den Leib der deutschen Nation beseelt, und aus dem Millionen Deutscher in den Gebieten der Abtretung und der feindlichen Besetzung Mut und Festigkeit schöpfen dürfen, durch alle Leiden und Gefahren hindurch ihr Deutschtum zu wahren.“

Darum, Ihr deutschen Bruder und Schwestern, deren Wiege in dem gefährdeten Lande stand, bitten wir Euch von Herzen,

eilt, wenn die Stunde gekommen ist, zur Heimat, um sie durch Eure Stimme dem Deutschtum zu erhalten, damit es auch von Euch heißen möge:

„Der ist in tiefster Seele treu,
der die Heimat so liebt wie du!“

Der Generalsekretär der Zentrumspartei, Dr. Maximilian Pfeiffer, appelliert an alle:

„Eine Wallfahrt muß anheben zu diesem Tag, damit aller Welt offenbar werde, daß die Bewohner all dieser Gebiete, mögen sie dort Haus oder Hof besitzen, oder mögen sie innerhalb der sicheren Grenzen des Reiches leben, nicht gewillt sind, das Erbe der Väter, das Unterpfand vergangener froher Tage, das Gedächtnis durchlebten Leides, dem Fremdling preiszugeben.“

Aus der Versammlung im Reichstage dringe der Schwur verbend hinaus: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!“ In brüderlicher Hilfsbereitschaft müssen wir ändern, die wir nicht vor diese schicksalsschwere Entscheidung eigener Landeszugehörigkeit gestellt sind, die heilige Pflicht erfüllen, denen den Weg zu ebnen, die zur alten Heimat wiederkehren müssen, um dort über die eigene Zukunft ein Urteil zu fällen.

Nicht allen gestatten die Umstände, ins alte Land zu fahren, weil ihnen Mittel und Wegzehr fehlen. Drum ist es an den Gesicherten, aus dem eigenen Überfluß zu spenden, damit den Fahrenden ein Dach geboten werde, wo sie während der schweren Tage ihr Haupt zur Ruhe betten können.“

Der Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dernburg fordert die Deutschen auf, jeder solle mindestens den Arbeitslohn einer Stunde der „Grenz-Spende“ widmen. Und warum?

„Um unserer eigenen Würde willen: Kein Fußbreit Heimatboden darf ohne Kampf aufgegeben werden.“

Um unserer gefährdeten Volksgenossen willen. Es gilt die Entmutigten zu stärken, die Lauen zu ermuntern, mit dem guten Beispiel voranzugehen.

Um unserer politischen und wirtschaftlichen Zukunft willen. Wir können keinen deutschen Arm entbehren, der mithelfen will in dem Kampf um die Not der Zukunft, um die Wiederaufrichtung einer politisch und sittlich starken und reifen Nation. Wir können keinen Morgen Landes entbehren, der dazu beitragen kann, Deutschland von der Zufuhr und damit von der Gnade des Auslandes unabhängig zu machen.

Um der Zukunft der „unerlöst“ bleibenden Deutschen willen. Das sind diejenigen, die entweder mit nichtbefragten Grenzgebieten abgetreten sind oder jetzt, weil sie in der Minderheit blieben, abgetreten werden. Gerade sie gilt es zu trösten und aufzurichten, ihnen das Mitempfinden der Heimat handgreiflich zu zeigen, Bande zu schlingen, die sie auch unter fremder Herrschaft in ihrem nationalen und kulturellen Zugehörigkeitsbewußtsein erhalten.“

Das Elsaß und das Deutschtum

Von Pfarrer ERNST KLEIN, Frankfurt a. M.

Nun liegt Elsaß-Lothringen zum andernmal jenseits der deutschen Grenzen. Seine politische und nationale Geschichte ist wieder an den 10. Mai 1871 angeschlossen. Die vier und einhalb Jahrzehnte, die zwischen dem Frankfurter und dem Versailler Frieden liegen, sind ausgelöscht. So ist der Begriff der *récupation* zu verstehen. Frankreich richtet wieder die drei départements ein, stürzt die deutschen Denkmäler um, entfernt

die deutschen Straßennamen, führt — sofort nach der Besetzung, noch vor dem Friedensvertrag — die französische Briefmarke ein, jagt die halbwegs entbehrlichen deutschen Beamten fort — kurz, es wischt die siebenundvierzig Jahre deutscher Geschichte von der Tafel. Das alles geht etwas gewaltsam vor sich, wie ja diese gewaltsame Behandlung der Geschichte — „und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“ —

französischem Empfinden nicht ganz fremd ist. Aber: das Tempo ist zu rasch. Der Elsässer ist nicht Franzose. Darum sagt er, mitten im ersten Rausch noch: Hältéla! Er muckt auf, als man Eisenbahnbeamte importiert, die ihn nicht verstehen und mit denen er sich nicht verständigen kann, und die zudem den Bahnbetrieb nicht zuverlässiger und exakter gestalten, als der Elsässer das gewohnt war. Er reagiert, als man sagt: Im Elsaß gilt nun die französische Kirchenpolitik. Der katholische Klerus nimmt Kampfstellung ein. Man beschränkt den Gebrauch der deutschen Sprache in den Schulen auf ein Minimum: die Lehrer machen Front und der Bauer sagt „Sind die denn verrückt?“ Da wird gebremst. Man lenkt ein. Zunächst erstaunt darüber, daß die Arbeiterschaft die Wortführerin des Landes ist und in nicht mißverstehender Weise ihren Unwillen zum Ausdruck bringt. Das ist etwas Neues in Frankreich — und im Elsaß. Nicht der Bourgeois, nicht der Notable, auch nicht der Beamte macht Schwierigkeiten, beeinflußt die Geschichte. Bourgeois und Notable träumen seligen Traum; der Beamte trägt seine innere Not — und der Arbeiter greift in das Rad. Die Protestrufe aus dem „befreiten“ Land sind den Machhabern unbehaglich. Da öffnet man das Ventil — und als die Wahlen kamen, trug die Geschicklichkeit, mit der Herr Georges Clémenceau in Frankreich die militaristisch-reaktionäre Siegerstimmung einzufangen verstand, auch im Elsaß ihre Früchte. Der bloc national geht als Sieger durch das Ziel. Ein paar politische Köpfe werden neben einer Reihe von Märtyrern, die sich den Ehrennamen billig erkaufen, und einzelnen sehr vorsichtigen Herrschaften, die sich rasch umzustellen vermochten, gewählt. So ist vorläufig alles so, wie es Frankreich und wie es die „Befreiten“ haben wollten: Man ist die „Schwowe“ los. Man fährt nicht mehr nach Berlin, sondern nach Paris. Man zahlt seine Steuern Herrn Klotz. Man sagt anstatt „Kaiserplatz“ „Place de la République“. Man gehört zu den vainqueurs — und hat keinen Bolschewismus.

* * *

An alles das dachte man schon im Oktober 1918. Damals nähten die Damen Trikoloren, kauften sie Bauernkostüme auf dem Lande, lernten sie Prologe auswendig und rüsteten sich für die Bälle im November und Dezember. Die Herren bildeten comités de réception, stellten die schwarzen Listen der indésirables zusammen, komponierten Reden, die sie teilweise sehr mühsam memorieren mußten, und legten den Zylinder parat. Der Einzug in Frankreich geschah ja vermittelt eines bekränzten Tores. Es waren viel Fahnen, viel Clairons, viel Champagne war da in der Vorstellung der Dinge, die sich ereignen würden. Man hatte deutsche Orden getragen und legte sie ab, um Platz für französische Dekorationen zu schaffen. Und es war recht viel naive Begeisterung und vorweihnachtliche Freude in den großen Kindern. Ich sah das alles „drüben“ noch mit an. Wie manche andere Einheimische, die nicht mitmachen konnten, die noch an andere Dinge dachten als an Fahnen und Ehrenjungfrauen und Banketts und Reden, wurde ich beneidet, daß ich nicht dabei sein mochte.

Aber tatsächlich dachte man nicht daran, daß der Übergang nach Frankreich nur in den ersten Tagen von Trikoloren umwipelt und von Fanfaren umjubelt wäre. Daß dann ein sehr mühseliger Weg kommen müsse. Am ehesten ahnten das die mehr wirtschaftlich Orientierten, die sich im bewimpelten Straßburg in der deutschen Zeit schon nicht recht daheim wußten und Banketts argwöhnisch zu beurteilen sich gewöhnt hatten: die Arbeiter. Es ließ sich doch nicht

leugnen, daß immerhin das Elsaß von 1871 bis 1914 nach einigen Jahren des Zögerns wirtschaftlich aufgestiegen war, daß die einheimische Wirtschaft nach einer ernsthaften Krise, die sie während der Jahre des Zögerns durchmachte, sich nach Deutschland hin orientiert und auf den deutschen Absatzmarkt eingestellt hatte. Es war ihnen auch weiterhin klar, daß die neuerliche Umsiedlung nach dem Westen hin wieder nicht ohne kritische Nebenerscheinungen vor sich gehen würde. Und sie wußten schließlich, daß die gesamten sozialpolitischen und sozialökonomischen Verhältnisse, wie sie im Elsaß unter deutscher Verwaltung Platz gegriffen hatten, in Frankreich vorläufig noch mißtrauisch beurteilte, dem bourgeois Denken Frankreichs unsympathische Erscheinungen waren. Die Arbeiterschaft ging zögernd und ohne sonderliche Begeisterung hinter den Trikoloren her, die im Festzug von Gelegenheitspolitikern und hoffenden Literaten getragen wurden. Sie wußte, daß sie am Ende den Champagner bezahlen mußte, an dem die andern sich berauschten. Die Arbeiterschaft, die einmal gewerkschaftlich organisiert war, ist die Schicht im Elsaß gewesen, die den Übergang am bedenklichsten und am nachdenklichsten mitgemacht hat. Das wird dem offiziellen Frankreich noch manchmal einkommen. Es wird wohl festzustellen sein, daß der elsässische und der lothringische Arbeiter ein wesentliches Stück deutscher Tradition in die französische Zeit mit hinübergenommen hat.

* * *

Allerdings: bedenklich und nachdenklich waren auch andere, die von andern Überlegungen herkamen. Unter den Einheimischen waren Träger des deutschen Gedankens, beheimatet in deutscher Gisteswelt, fremd in französischer Kultur die Lehrer, deutlicher: die Volksschullehrer. Sie hatten kaum Beziehungen zur Bourgeoisie, zu den Notabeln, zu jener dünnen Schicht, die mit französischer Kultur vertraut und getränkt, in ihr vorzüglich daheim, sie ausschließlich pflegend für sie zäh und hoffend warben. Hier war nie eine deutsche Zeitschrift, kaum ein deutsches Buch daheim gewesen. Man sprach und las die Sprache der später Boches getauften und immer mit der gleichen Abneigung gemiedenen Deutschen „nur“, wenn man mußte. Man kaufte weder ihre Bilder noch ihre Wertpapiere. Der Volksschullehrer aber kam aus der Masse heraus, vielfach aus dem Bauernhaus oder aus der kinderreichen Beamtenfamilie mit gesunden Sinnen und Gegenwartswillen und stand mit beiden Füßen fest in der deutschen Volksschule. Ein sehr wesentlicher Unterschied wurde konfessionell konstruiert. Aber er war mehr Konstruktion als Tatsache und hat sich im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg zuungunsten der konfessionell Beengten stark verschoben. Der Deutsche Lehrerverein hat in der genannten Zeitspanne wesentliche Eroberungen gemacht.

Der elsässische Lehrer wußte, was ihn erwartete: Erziehung seiner Kinder zu national-französischer Gesinnung. Er hat einiges in „vaterländischem Unterricht“ auch in deutscher Zeit leisten müssen. Was er nach dem Übergang „auf französisch“ zuwege bringen mußte, war ihm schon vor dem November 1918 klar. Es sind wohl einige Dutzend Volksschullehrer darum freiwillig aus der Heimat gegangen, nach Deutschland, wo sie, nebenbei, zum Teil immer noch umherirren, ohne eine Stelle zu finden. Was fängt „drüben“ der Lehrer nun an? Er wird sich in die Schwierigkeit seiner Lage finden müssen. Er wird genötigt sein, einen ihm nicht leicht gemachten Kompromiß zu schließen. Aber er wird seine geistige Heimat nicht vergessen. Ich kenne mehr denn ein paar Dutzend Lehrer genau

und darf es hier aussprechen: der Volksschullehrer war im Elsaß ein tüchtiger und sehr achtenswerter Mensch, strebsam, idealistisch, lernbegierig, kulturhungrig und — aufrecht, gerade, männlich. Er wird nicht Pionier des Deutschtums im Elsaß sein können. Niemand kann und darf ihm das zumuten. Über die Möglichkeit dieser Pionierarbeit wird später noch einiges zu sagen sein. Er wird aber seine geistige Heimat nicht vergessen. Heute bedaure ich es mehr als vor Jahren, daß man ihm eine immerhin einseitige Fachausbildung gab und es ihm für die Jahre seiner beruflichen und nicht leichten Tätigkeit überließ, in der weiten und lichten Welt deutschen Geisteslebens heimisch zu werden. Aber er hat immerhin so starke Beziehungen zu ihr, daß er ihr innerlich verbunden bleiben wird.

Und davon wird seine Schule nicht gänzlich unberührt bleiben. Er lehrt, wenn auch in beengtem Rahmen, seine Kinder ein reines Deutsch. Und wenn's auch nur der Kleine Katechismus Martin Luthers ist und die lutherische Bibelsprache, zu denen er sie hinführen darf, oder deutsche Kirchenlieder, die er mit ihnen singt, vielleicht auch deutsche Volkslieder: von da gehen die Wege zur deutschen Geisteswelt, zu der Welt deutscher Kräfte. Und immer werden unsere elsässischen Kinder stehen und hinübersehen nach Deutschland, das man doch nicht vom Erdboden vertilgen und das man nicht aus ihnen herausnehmen kann. Immer wird ein Erinnerung in ihnen sein, ein Lied in ihren Träumen — in ihrem Blut. Das Lied, das durch die Dörfer geht, wenn die Nacht kommt, die Nacht, über der der Mond steht; wenn die Glocke schlägt vom Turm und wenn die Großmutter einnickt im Lehnstuhl, die doch auch kein Wort Französisch kann. Immer wird dies Lied da sein.

Und dem Schulmeister wird der Bauer helfen, der doch irgend einmal wieder erzählen wird von der Zeit, als er bei der Garde in Berlin oder bei den Ulanen irgendwo in Deutschland stand. Er hat doch seine Erinnerungen nicht nur an der Wand hängen, sondern trägt sie in seinem Blut. Und war deutsch, als er noch jung war, und scherte sich den Teufel drum, als er 1914 gegen Frankreich zog, daß der Vater unter Napoleon gedient hatte. Wenn ich vom elsässischen Bauern rede: er hat auch auf die „Schwowe“ geschimpft, vor dem Krieg, im Krieg, und herzhaft als die Franzosen kamen. Aber er bleibt doch gebunden an die Zeit, in der er Deutscher war, weil er wahrhaftig eher mit dem badischen und dem württembergischen Bauern verwandt ist, als mit dem aus der Lorraine.

Im elsässischen Pfarrhaus, im katholischen wie im evangelischen, ist vor dem Kriege gern französisch gesprochen worden, im katholischen mit mehr Vorliebe und mit mehr nationalem Akzent als im evangelischen. Das evangelische und das katholische Pfarrhaus standen in etwas näherer Beziehung zur Bourgeoisie als das Lehrerhaus. Sie waren — von Einzelheiten abgesehen — Treffpunkte beider Kulturen, der französischen und der deutschen. Es ist hier ein Unterscheidendes anzumerken, das wichtig ist: der evangelische Pfarrstand rekrutierte sich in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege mehr als der katholische auch aus altheimischen Kreisen. Beamtensohne, deren Väter eingewandert waren, wandten sich dem evangelisch-theologischen Studium zu. Eine nicht unwesentliche Tatsache aber ist auch auf katholischer Seite zu verzeichnen: die Befreiung des katholischen Theologen aus dem Priesterseminar, die mit der Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät bei der Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg kam. Immerhin darf als Tatsache fest-

gestellt werden, daß — ein Verdienst des stillen und vornehmen Bischofs Dr. Fritzen — der jüngere katholische Klerus sein Angesicht Deutschland zuzuwenden begann. Man darf dabei nicht vergessen, daß und warum diese Bewegung langsamer ging, als es hervorragenden Theologen, die zu Straßburg lehrten, erwünscht war. Da ich aber das evangelische Pfarrhaus besser kenne als das katholische, beschränke ich mich hier darauf, seine Beziehungen zum Deutschtum und seine heutige Bedeutung für das „Auslanddeutschtum“ im Elsaß kurz zu umreißen. Und da darf man denn kurz dies sagen: Lehrer und Pfarrer werden sich jetzt auch im französischen Elsaß näherrücken, weil sie beide dort zuletzt heimatlos geworden sind. Die provisorische Kirchenregierung, die beim Übergang im November die letzte aus der deutschen Zeit ablöste, hat wohl das ihrige getan, um den elsässischen evangelischen Pfarrer mit einem Griff nach Frankreich hineinzuholen. Sie gab einfach jenen Pfarrern, die nicht für die Befreiung des Elsaß aus deutscher Knechtschaft der göttlichen Gerechtigkeit danken konnten (ich kann nicht wörtlich zitieren, gebe aber den Sinn der betreffenden in französischer Sprache erschienenen und gänzlich nationalistischen Kundgebung christlicher Theologen und eines evangelischen Kirchenregiments richtig wieder) den Rat, jenen zu folgen, die das Elsaß freiwillig verlassen haben. Diese paar Pfarrer haben die genannte Kundgebung nur mit tiefster Empörung gelesen. Ich habe mich geschämt, daß so etwas aus der Feder eines Mannes fließen konnte der über christliche Ethik an der deutschen Universität in Straßburg einmal las. Ähnlich ist es einem großen Teil, der Mehrheit der elsässischen evangelischen Pfarrer sicher ergangen. Es sind da wohl einige junge gewesen, die gleich mit beiden Füßen über den Graben sprangen. Zwei von ihnen trug die Welle der Begeisterung bis in die französische Kammer. Aber auch die zuerst begeisterten machen bald halt, besinnen sich wieder. Nicht immer wird der Schwiegervater oder Schwager die Vernunft zugunsten der rasch aufströmenden Gefühle zu unterdrücken vermögen. Ich weiß, daß sie bald Sehnsucht haben werden: nach dem Deutschland, das ihnen näher ist, denn sie selbst meinten; in dem Wittenberg liegt; das dem Protestantismus seine größten Männer gab; in dem wir protestantischen Pfarrer mitten drinnen standen. Wir vom „Gustav-Adolf-Verein“, vom „Evangelischen Bund“, die wir um die „christliche Welt“ standen; die so oft nach Deutschland wallfahrteten und dabei uns erinnerten, wie vor 1870 die Sehnsucht nach Deutschland gerade im evangelischen Pfarrhaus ihre Stätte hatte. Sie predigen deutsch. Sie können ja nicht anders. Sie lehren ihre Konfirmanden deutsch. Eingesponnen werden sie bleiben nicht nur in deutsche Sprache, sondern mehr noch in deutsches Träumen, deutsches Glauben, in ein Unnennbares, das aber fester ist als Programm und Bekenntnis. Die Fäden reißen nicht, die sie an Deutschland binden, nie. Heute schon spüren sie, daß sie immer zweierlei Heimat haben werden. Und kommen von keiner los. Von der geistigen am wenigsten.

Das ist keine erschöpfende Darstellung der Verhältnisse; kann und will es nicht sein. Aber es muß doch kurz noch darauf hingewiesen werden, daß da eine Reihe von Jungen und Älteren ist, die hinter deutschen Büchern gesessen, an deutscher Sprache, deutscher Art und deutschem Wesen warm geworden waren, deren Heimat Deutschland war — die jetzt mit den anderen trauern. Die lassen sich nicht eingruppiert; lassen sich auch nicht kurzer Hand benennen: deutsche Elsässer. Es sind jene, die nie vergaßen, was Frankreich in 200jähriger Geschichte dem Lande gewesen ist und gegeben hat, die darum oft genug in schärfstem Gegensatz standen zu den einseitig sehenden, be-

engten „Germanisatoren“ und dennoch, trotz dieses Gegensatzes deutsche Menschen waren und blieben. Kulturell nach zwei Seiten hin orientiert, national und politisch Deutschland zugewandt. Ich sage: sie trauern heute. Es ist wertvoller zu wissen, daß sie die Orientierung nach Deutschland, die kulturell-heimatliche, nie aufgeben werden, weil sie dazu innerlich gar nicht in der Lage sind. Aber wir wollen weder den Arbeiter noch den Lehrer noch den Pfarrer, wir wollen die Jungen auch nicht, die immer wieder darüber erstaunt sind, daß sie jenseits der deutschen Grenzen sitzen, und nicht die gar nicht kleine Zahl jener Elsässer und Lothringer, denen der Abschied von Deutschland schwerer geworden ist als je ein anderer Gang und die ihn nie ganz verwinden werden, keinen dürfen wir als Pionier des Deutschums in Anspruch nehmen: Das Land hat so viel und so schmerzlich gelitten. Auch an immerwährender Pionierarbeit. Und es ist doch keine Kolonie. Es ist wertvollster alter Kulturboden. Jetzt, da es beim Ausland ist, draußen liegt, erkennt das hoffentlich Deutschland, das gerade dafür wenig Verständnis hatte. Meine nie verlöschende Liebe zu dem Elsaß trägt einen Wunsch: daß es endlich den inneren Frieden finde, der ihm mehr als ein halbes Jahrhundert, vielleicht länger als manches Jahrhundert versagt war. Aber ich habe daneben eine große Hoffnung. Vielleicht ist auch sie nur geboren aus einer Liebe, die ich nicht verleugnete, als ich dem Lande freiwillig den Rücken kehrte, als ich die größere Heimat suchte und fand, damals, als die liebe, kleine, zerquälte Heimat mir fremd werden mußte. Meine Hoffnung ist die, daß Frankreich erkenne, daß die hohe und wertvolle geschichtliche Aufgabe Elsaß-Lothringens die Vermittlung zweier wertvoller Kulturen ist. Daß dort nicht eine große Nation wohnen und herrschen und ausrotten soll, was in der Seele des Elsaß wohnt und von der anderen Seite her ihm zugetragen worden ist. Man soll, wenn man das Land zwischen Rhein und

Vogesen besitzt, nicht eifersüchtig sein. Das Land verdient eine große, weitherzige, verstehende, dulddende Liebe. Frankreich soll uns, den Ausgewanderten, soll den vielen Deutschen auch, die das Elsaß lieben, nicht nur erlauben, daß wir es wie eine stille Erinnerung in uns tragen, zu ihm hinüberschauen wie zu einem verschlossenen Garten; es soll deutsche Art, die ihm im Blut liegt, ihm lassen, deutsche Sprache ihm lassen, deutsche Sehnsucht nicht austreiben. Es soll ihm geben, soviel es ihm geben kann — aber auch uns geben lassen, was nie kalt werdende Liebe ihm geben will. Wir wollen es nicht wieder holen. Aber nahe bleiben möchten wir ihm. Weil es doch nicht nur ein Stück Auslandsdeutschum beherbergt, sondern weil es ein Stück Deutschum tief im Blut trägt. Was auch Frankreich will und tun wird: ein Lied klingt immer über den Rhein, von den Vogesen her, aus den lieben kleinen Städten herüber, die voll deutscher Geschichte stecken, vom Münster-turm, aus allen elsässischen Schulen, alle Dörfer tragen dies Lied zum Rhein: das Lied von dem Land, das Deutschland verloren ging, an dem so viel Deutsches ist, das immer sein wird: ein Stück Deutschland!

Im Rhein spiegeln sich seine Türme und die Burgen träumen in seinen Wäldern. Die kleinen Städte schlafen im Sonnenschein wie alte Menschen, die sehr müde sind, und behaglich dehnen sich die Dörfer in der besonnenen Ebene. Ein Lachen kommt von den Hängen, an denen der Wein wächst, und von den langgestreckten Hallen ein Hämmern und Pochen und Schnurren der Spindeln. Wenn Sonntag ist, gehen Arm in Arm die Mädchen, und ihr Lied begleiten die Burschen, die zu ihnen gehören. Wenn Sonntag ist, lacht das Land. Dann weiß es nichts davon, daß Tausende um es weinen. Und an der Rheinbrücke geht in monotonem Schritt der französische Posten auf und ab, auf und ab. Dort ist das verschlossene Tor des Gartens. — Ade! Ade! Lieb Heimatland, ade!

Das Deutschum in der Nordmark

Von Dr. FRITZ GRAEF, Flensburg.
(zu Tausenden abgerundet)

	Kreis Hadersleben.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	56	49	6
1910:	63	51	12
Zuwachs:	7	2	6

	Kreis Apenrade.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	27	22	5
1910:	32	24	8
Zuwachs:	5	2	3

	Kreis Tondern.			
	Einw.	dän.	deutsch	
1890:	55	27	15	(+ 13 fries.)
1910:	59	24	22	(+ 13 „)
Zuwachs:	4	—3	7	

	Kreis Sonderburg.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	32	27	4
1910:	40	29	11
Zuwachs:	8	2	7

	Stadtkreis Flensburg.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	37	3	33
1910:	61	4	56
Zuwachs:	24	1	23

	Landkreis Flensburg.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	40	3	36
1910:	44	2	42
Zuwachs:	4	—1	6

	In den 4 nördlichen Kreisen.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	170	125	30 (+ 13 fries.)
1910:	194	128	53 (+ 13 „)
Zuwachs:	24	3	23

	In allen 6 nördlichen Kreisen.		
	Einw.	dän.	deutsch
1890:	247	131	99 (+ 13 fries.)
1910:	299	134	149 (+ 13 „)
Zuwachs:	52	3	50

Mit der Unterzeichnung des Friedens vollzieht sich das Verhängnis, das an den Grenzmarken unseres Reiches durch Abtretung eine neue Art von Auslandsdeutschum schafft. Wie im Westen und Osten, so soll auch hier im Norden das Selbstbestimmungsrecht in einer Form, die aller Gerechtigkeit Hohn spricht, zum Nachteil Deutschlands angewandt werden.

Etwa vier Wochen nach der Anerkennung des Friedensvertrages wird wahrscheinlich ganz Nordschleswig nördlich der Linie durch die Flensburger Förde und von Krusau über Pattburg bis südlich Tondern und südlich Hoyer, also mit den Städten Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern abgetreten; denn die Abstimmung soll über das Schicksal dieses

ganzen Gebietes entscheiden. Der Magister Clausen, nach dessen Angaben diese Linie gezogen worden ist, schätzte im Jahre 1906 (Manuel historique 1906. S. 348) die Zahl aller, welche in Schleswig noch dänisch sprechen, auf 155 000, der deutsche Amtsgerichtsrat Adler hatte sie 1885 auf Grund der amtlichen Angaben auf 141 928 geschätzt, die amtliche Zählung von 1895 ergab 134 569, die von 1900: 129 649, Adlers Zählung für 1905 (Zeitschr. f. schlew.-holstein. Gesch. Bd. 45. 1915): 131 009. Nach der Zählung von 1910 stehen in den vier nördlichen Kreisen 128 000 Dänen 66 000 Deutschen gegenüber (wobei die Friesen den Deutschen zugerechnet werden). Nun nimmt die Clausensche Linie zu den drei Kreisen Hadersleben, Apenrade, Sonderburg noch den kleinen Nordzipfel von Flensburg-Land und den nordöstlichen Teil vom Kreise Tondern hinzu. Er schließt in die Abstimmungszone auch die überwiegend deutschen Orte Tondern (1905 sprachen von 4244 Einwohnern 2954 deutsch, 1117 dänisch, aber deutsch stimmten 1912: 92%) und Hoyer ein. Mit der Sprache deckt sich die Gesinnung nicht. Es gibt eine ganze Reihe von Höfen und Gemeinden, in denen sich mit plattdänischer Umgangssprache seit Jahrhunderten deutsche Gesinnung verbindet. Diese im Lande ansässigen Heimdeutschen erregen den besonderen Haß der Dänen. Daß deutsche Gesinnung sich erheblich weiter erstreckt als die deutsche Umgangssprache, beweisen die Reichstagswahlen, bei denen die Gesamtheit der dänischen Stimmen 1871: 18 192 gegen 15 320 Deutsche betrug, 1912: 17 289 gegen 47 321 deutsche. Also haben die Dänen trotz ihrer straffen Organisation, trotz ihrer rührigen Werbetätigkeit in diesen 40 Jahren 903 Stimmen verloren, die Deutschen 32 001 Stimmen gewonnen. Am stärksten hat zu diesem Ergebnis die seit 1864 stark aufblühende Stadt Flensburg beigetragen, wo die dänischen Stimmen von 1578 (1871) auf 456 (1912) sanken, die deutschen von 1592 (1871) auf 11 019 (1912) stiegen. Aber auch im Kreise Hadersleben, der „Hochburg des Dänentums“, sind die Dänen von 12 408 (1871) auf 11 744 (1912) gesunken, während die Deutschen von 1696 (1871) auf 6317 (1912) gestiegen sind (vgl. Dänell: Hat Dänemark ein erweisliches Recht auf Schleswig? S. 27). Das Deutschtum war hier im langsamen Vordringen bis zur Königsau begriffen.

Dazu kommt, daß, wie Redakteur Lebek von Modersmaalet selbst ausgeführt hat, bisher kein Teil Schleswigs jemals einen Bestandteil des Königreichs Dänemark gebildet hat. Denn in Schleswig hat der dänische König immer nur als Herzog geherrscht; selbst nach der sogenannten Inkorporation von 1771 führten in dem Jahrzehnt von 1730—40 die dänischen Könige bei den Gerichten des Herzogtums Schleswig bis zur Königsau die deutsche Sprache ein. Die Grenze gegen Dänemark wurde bei allen Verwaltungsmaßregeln festgehalten. Daher war das Gefühl der Gemeinschaft bei allen Schleswigern so stark, daß auch die dänisch Redenden 1864 in zwei stark besuchten Versammlungen den Vorschlag der Teilung und der Abtretung an Dänemark ablehnten.

Entscheidend ist nun die Wandlung, die sich seit 1864 hier in Nordschleswig vollzogen hat. Das alte Gemeinschaftsgefühl, in dem die Schleswiger, mochten sie deutsch oder dänisch sprechen, sich als Glieder einer alten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit fühlten, dieses Gemeinschaftsgefühl ist zerrissen. Es ist eine Folge der stärkeren Zusammenfassung dieser Landesteile unter Preußen-Deutschland, daß als Mächte stärkeren Lebens die nationalen Gegensätze zwischen deutsch und dänisch erwachten. Unter dem Druck der preußischen Verwaltung, die anfangs alle Verhältnisse besonders in der Schule

beim alten gelassen hatte, besonders seit dem Erlaß der Sprachverordnung für die Schule (1888) entstanden der dänische Sprach- (1880), Schul- (1890) und Wählerverschein (1888). Diese straffe Organisation faßte auch wirtschaftlich die Dänen zusammen und gab ihnen die Richtung auf das Königreich Dänemark. So nahm das Bewußtsein der meisten dänisch redenden Nordschleswiger eine rein dänische Färbung an. Die durchgreifende Erneuerung, welche das dänische Volkstum durch Grundtvig und die in seinem Geiste geleiteten Volkshochschulen erfahren hatte, ergriff auch die dänisch redenden Nordschleswiger. Die nordschleswigische Jugend wurde auf den Volkshochschulen ganz mit diesem Geiste erfüllt, auf den großen Festen zu Pfingsten auf Skamlingsbanke (an der Ostsee dicht nördlich der Grenze) wurde die Hoffnung auf die Wiedervereinigung mit allem Nachdruck gepflegt.

Daneben behauptete sich das Deutschtum in den Städten und breitete sich langsam an den Eisenbahnen (Tingleff-Rotenkrug-Woyens) entlang aus; ja es gewann auf dem Lande etwa bis zur Linie Tingleff-Tondern Boden und darüber hinaus im Sundewitt und auf Alsen. In diese Entwicklung, die durch die wirtschaftliche Verbindung mit dem aufblühenden Reiche, durch die Seminare und die höheren Schulen gefördert wurde, griff der Krieg entscheidend ein.

In der ersten großen Bewegung der Augusttage 1914 erklärten sich viele bisher dänisch Gesinnte für Deutschland. Die Wehrleute folgten im Anfange mit ruhiger Entschlossenheit dem Rufe ins Heer. Aber mit der Länge des Krieges wurde das anders. Waren im Anfang die Wehrpflichtigen selten über die Grenze gegangen, so traten späterhin sehr viele über, ja sogar Leute, die schon mit Auszeichnung im Felde gestanden hatten. Und wie beim dänischen Volke je länger, desto stärker eine für Deutschland unfreundliche Gesinnung hervortrat, so machte sich in Nordschleswig immer deutlicher und dreister die dänische Gesinnung geltend. Die bürokratische Engherzigkeit der preußischen Verwaltung, welche den bisher Staatenlosen die Aufnahme in den preußischen Staatsverband auch dann verweigerte, wenn sie im Heere standen, förderte diese Bewegung.

So ist das Deutschtum hier im Norden völlig in die Verteidigung zurückgedrängt. Dieses Deutschtum umfaßt in der ersten Zone (d. h. in dem Gebiet zwischen der dänischen Grenze und der Clausenschen Linie) etwa 50—60 000, in der zweiten Zone etwa 90—100 000. Von diesen wohnen auf dem Lande und in den kleinen Städten etwa zwei Drittel. Diese landwirtschaftliche und gewerbetreibende Bevölkerung ist noch zum größten Teil von alters her ansässig und im Lande geboren. In den Städten und den größeren Orten auf dem Lande sind Deutsche aus Holstein und dem Inneren Deutschlands als Arbeiter, Kaufleute, kaufmännische und technische Angestellte, als Beamte und Lehrer eingewandert; sie geben den Orten, je größer sie sind, desto mehr ein allgemein deutsches Gepräge. Von diesen Elementen haben viele die Neigung, das Land zu verlassen und nach Deutschland zurückzukehren.

Wie steht es um die Zukunft dieses Deutschtums? Zunächst werden alle die Lauen und Schwachen abfallen, sie werden sich dem Drucke der starken dänisch-nationalen Bewegung um so mehr unterwerfen, als sie oft einzeln und verstreut auf dem Lande zwischen den Dänen wohnen und in vielen Fällen auf deren nachbarliche Hilfe angewiesen sind. Ihnen werden sich alle die anschließen, die vornehmlich aus Geschäftsrücksichten deutsch waren. Übrig werden nur die bleiben, die in dichteren Gruppen zusammen wohnen und die aus Überzeugung sich zum Deutschtum bekennen. Geschlossene Gruppen werden sich

in den Städten Hadersleben, Christiansfeld, Apenrade, Sonderburg und besonders in Tondern und Hoyer halten und auf dem Lande in der Umgebung Tonderns und südöstlich davon in der Gegend Lügumkloster-Rapstedt und südlich davon. Dazu kommen die einzelnen Familien, in denen dänische Gesinnung schon durch viele Geschlechter mit plattdänischer Mundart zu Hause ist. Von ihnen darf man den entschlossensten und zähesten Widerstand erwarten.

In der ersten Zone nördlich der Clausenschen Linie (von der Flensburger Föhrde bei Krusau, über Pattburg, südlich Tondern und südlich Hoyer), in der etwa 50—60000 Deutsche gewaltsam an Dänemark abgetreten werden, sind schon Vereine in Hadersleben und Sonderburg zur Erhaltung der höheren deutschen Schulen in diesen Orten gegründet, und an Geschlossenheit steht das Deutschtum in Tondern allen andern voran. So wird sich, und nicht bloß am Südrande der ersten Zone, ein Deutschtum von beachtenswerter Stärke halten. Dieses Deutschtum würde eine außerordentliche Stärkung erfahren, wenn die nationalistischen Dänen unter der Führung von Flensburg Avis mit ihren Bestrebungen Erfolg hätten, alle Gemeinden der zweiten Zone und besonders die Stadt Flensburg zu gewinnen. In den Gemeinden der zweiten Zone — eines Streifens, der östlich von Flensburg in Angeln beginnt, Flensburg von Süden her einschließt, sich in der Mitte tief nach Süden hin ausbreitet und südlich Dagebüll die Westküste erreicht — soll gemeindeweise abgestimmt und dann nach dem Ergebnis der Abstimmung die Grenze festgelegt werden. Die Aussichten der Dänen für die friesischen Gemeinden von Tondern nach Süden und Südwesten bis Leck-Dagebüll sind sehr gering, nicht viel größer bei den Gemeinden in der Mitte von Medelby-Schafflund bis Großenwiehe und Joldeland. Um so rühriger und zielbewußter bemühen sich die Dänen um Flensburg. Diese Stadt spielt mit ihren 65000 Einwohnern, unter denen sich eine dänische Kolonie von etwa 3000 Köpfen erhalten hat, im wirtschaftlichen und geistigen Leben des Landes eine bedeutende Rolle, Flensburg bildet den Schlüssel der ganzen Stellung. Durch seine Werft, seine Reedereien (96 Seeschiffe mit 70000 N-R. Tons hatten vor dem Kriege hier ihre Heimat, die auf der Ost- und Nordsee, auch im Mittelländischen Meere und an der Chinaküste fuhren), durch seinen unternehmenden Kaufmannsstand hat Flensburg eine Bedeutung gewonnen, die weit über die nächste Umgebung

hinausragt (vgl. Denkschrift des Magistrats Flensburg 1919). Flensburg ist der Schlüssel des ganzen Gebietes. Es ist der alte wirtschaftliche und geistige Mittelpunkt des ehemaligen Herzogtums Schleswig. Das Kunstgewerbemuseum, ein blühendes deutsches Schulwesen, ein achtungswertes Theater, eine sehr rege und verständnisvolle Pflege deutscher Musik machen die Stadt zu einem starken Träger deutscher Kultur. Diese Stadt wollen die eifrigen Dänen zurzeit um jeden Preis für ihren Staat gewinnen. — Mit dem hohen Kurswert der dänischen Krone kaufen sie Waren aller Art, Häuser, Gastwirtschaften und Stimmen, die käuflich sind. Sie suchen die Geschäftsleute und Reeder für Dänemark zu gewinnen und treten mit einer herausfordernden Anmaßung auf. Trotz aller Bemühungen erwarten sie aber selbst von der Abstimmung keinen Erfolg, sondern hoffen, daß die Entente-kommission in klarem Gegensatz gegen die Bestimmungen Flensburg den Dänen zuspricht, auch wenn die Deutschen die Mehrheit haben.

In jedem Fall wird durch die grundlegenden Ungerechtigkeiten der Abstimmung (in der ersten Zone entscheidet die Abstimmung über das Schicksal des ganzen Gebietes; stimmberechtigt sind nur die, welche hier geboren sind oder seit der Zeit vor dem 1. Januar 1900 hier ihren dauernden Wohnsitz haben) einer großen Zahl Deutscher Gewalt angetan. Es wird auf jeden Fall eine starke deutsche Minderheit in den dänischen Staat übergehen und dort ganz sicher einem starken Druck ausgesetzt sein. Denn die dänische Regierung, wie das dänische Volk, verfolgen das Ziel, innerhalb ihrer Grenzen einen rein nationalen Staat zu schaffen, also alle nicht dänischen Elemente zu unterdrücken oder auszumerzen.

Für den Schutz dieser deutschvölkischen Minderheit hat Pastor Schmidt-Wodder epochemachende Gedanken im neuesten Jahrgang des Sauermannschen Kunstkalenders veröffentlicht. Er fordert eine vollständig selbständige Verwaltung der kulturellen Angelegenheiten, besonders also von Kirche und Schule durch die deutsche Minderheit selbst. Aber es wird im demokratischen Dänemark einen harten Kampf kosten, ehe diese Folgerungen aus dem Selbstbestimmungsrecht anerkannt werden. In diesen Kämpfen wird das Deutschtum auf eine harte Probe gestellt, aus der es geläutert und gefestigt hervorgehen möge — zum Heile des deutschen Volkes. —

Das Reichstagswahlrecht der Auslandsdeutschen.

Von Bezirksamtmann Dr. KAISENBERG, Referent im Reichsministerium des Innern, Berlin.

Den aus Kreisen der Auslandsdeutschen, namentlich auch vom Bund der Auslandsdeutschen erhobenen Forderungen auf Einräumung des Wahlrechts zum Reichstag soll in dem neuen Reichswahlgesetz Rechnung getragen werden. Dies wird sicherlich von allen Auslandsdeutschen nicht minder wie von der Heimat warm begrüßt werden. Indessen stellt die Verwirklichung dieser Forderung ein besonders schwieriges Problem dar. Um zu ihm Stellung nehmen zu können, ist es erforderlich, sich zunächst ein Bild zu machen von dem künftigen Reichstagswahlrecht überhaupt. Es sei daher zunächst ein kurzer Überblick über das in Aussicht genommene neue Gesetz gebracht.

Das bei den Wahlen zur Nationalversammlung angewandte Wahlsystem hat nicht voll befriedigt. Namentlich war es die Listenverbindung, die zu einer Verteilung der Abgeordnetensitze geführt hat, die mit der Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen nicht voll in Einklang

stand. Auch die Zuweisung der Abgeordnetensitze auf die einzelnen Wahlvorschläge nach dem Höchstzahlensystem d'Hondt war einer Übereinstimmung kleiner Wählergruppen besonders förderlich. Dies mußte um so härter empfunden werden, als die in den Wahlkreisen entstandenen Reststimmen, die mitunter recht stattliche Ziffern aufwiesen, unberücksichtigt blieben. Dazu kam, daß die Wahlkreise für eine wirksame Wahlarbeit meist zu groß waren.

Um den Mängeln dieses Systems abzuhelpen, wurde eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht. Die Wahl unter den verschiedenen Verbesserungsvorschlägen fiel schließlich auf das für die badischen Landtagswahlen in der neuen badischen Verfassung vorgesehene automatische System. Dasselbe beruht darin, daß in jedem Wahlkreis auf eine gesetzlich festgelegte Anzahl gültiger Stimmen je ein Abgeordneter entfällt. Die nicht berücksichtigten Stimmen werden durch das ganze Land nach Parteien zusammengezählt und auf die Summe sämt-

licher Reststimmen treffen wiederum so viele Abgeordnete, als diese Zahl durch die in den Wahlkreisen angewandte Verteilungszahl teilbar ist. Ergänzt wird dieses System durch Einführung von Reichswahlvorschlägen, die von den Hauptleitungen der Parteien eingereicht werden und auf die die Reststimmen verrechnet werden sollen.

Dieses neue System liegt dem jetzt veröffentlichten Vorentwurf eines Reichswahlgesetzes zugrunde. Es läßt sich wiederum in verschiedener Form anwenden. Um der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, zu den einzelnen Anwendungsmöglichkeiten Stellung zu nehmen, hat das Reichsministerium des Innern drei verschiedene Entwürfe aufgestellt.

Als Verteilungszahl wird unter Berücksichtigung der Bevölkerungsverluste durch die Abtretungen und der zu erwartenden Wahlbeteiligung die Zahl 60000 vorgeschlagen. Sollte infolge geringer Wahlbeteiligung die Zahl der Abgeordneten 400 nicht erreichen, so soll die Verteilungszahl so weit herabgesetzt werden, daß mindestens 400 Sitze besetzt werden können.

Nach dem Entwurf A sind die Wahlkreise in der Regel für sechs Abgeordnete bemessen. Die in den Wahlkreisen nicht verbrauchten Stimmen werden unmittelbar auf die Reichsliste übertragen.

Ein weiterer Entwurf B sieht Wahlkreise mit regelmäßig nur je vier Abgeordneten vor und schiebt zwischen die Wahlkreise und die Reichsliste eine Zwischenstufe ein. Benachbarte Wahlkreise werden zu Wahlverbänden zusammengelegt. Die Wahlkreisreststimmen werden zunächst auf die Verbandswahlvorschläge und erst die Verbandsreststimmen auf die Reichsliste übertragen. Dadurch würde der Einfluß der Zentralleitungen der Parteien, den Entwurf A vielleicht etwas stark begünstigt, zugunsten des Einflusses der örtlichen Wählerschaft auf Auswahl und Benennung der Kandidaten auf ein entsprechendes Maß vermindert werden.

Entwurf C läßt die Wahl in Wahlverbänden statt in den Wahlkreisen fakultativ zu. Die Parteien örtlich zusammenhängender Wahlkreise können sich verbinden und an Stelle von Wahlkreisvorschlägen Verbandswahlvorschläge einreichen, die für alle oder mehrere Wahlkreise des Verbandes gelten. Parteien, die in manchen Wahlkreisen weniger stark vertreten sind und dort vielleicht nicht volle 60000 Stimmen für ihre Wahlvorschläge aufbringen würden, sind so in der Lage, sich mit Wählergruppen benachbarter Wahlkreise zu verbinden und gemeinsame Verbandswahlvorschläge einzureichen. Es würde ihnen damit die Möglichkeit eröffnet sein, auch dort örtlichen Kandidaten zum Erfolg zu verhelfen, wo sie an sich weniger stark vertreten sind.

Welcher Vorschlag von der Reichsregierung seinerzeit der Nationalversammlung vorgelegt werden wird, steht noch nicht fest.

Das automatische System gewährleistet jedenfalls, daß jede Partei gleichmäßig so viele Abgeordnete erhalten würde, als der auf sie im ganzen Reichsgebiet entfallenen Stimmenzahl entspricht. Lediglich Stimmenreste unter 60000 würden unberücksichtigt bleiben. Dem Verfassungsgrundsatz des gleichen Wahlrechts wird durch dieses System von allen bisher gemachten Vorschlägen zweifellos am besten Rechnung getragen. Es macht die Listenverbindung entbehrlich, da auch kleine Wählergruppen entsprechend ihrer Stimmenzahl Berücksichtigung finden.

Die Vorprüfung und Feststellung des Wahlergebnisses im ganzen Reichsgebiet obliegt einem Reichswahlleiter, der vom Reichsminister des Innern ernannt wird. Beim Reichs-

wahlleiter sind auch die Reichswahlvorschläge einzureichen. Für die Prüfung der Reichswahlvorschläge wird ein Reichswahlausschuß gebildet, der aus dem Reichswahlleiter als Vorsitzenden und 6 Wählern als Beisitzern besteht.

An dem Grundsatz, daß das Wahlrecht nur von solchen Personen ausgeübt werden kann, die in der Wählerliste ihres Wohnortes eingetragen sind, wird festgehalten. Indessen ist die Wählerliste nicht mehr obligatorisch vorgeschrieben. Statt der bisher üblichen Wählerlisten in Form gehefteter Verzeichnisse der Wahlberechtigten können die Gemeinden künftig auch Karteien, d. h. nach dem Kartothekprinzip hergestellte Wählerlisten gebrauchen. Auch kann auf Grund des Besitzes eines Wahlscheines das Wahlrecht ausgeübt werden. Die näheren Vorschriften über die Ausstellung eines Wahlscheines werden seinerzeit in der Wahlordnung, den Ausführungsbestimmungen zum Wahlgesetz, getroffen werden. Die Ausstellung von Wahlscheinen soll für solche Wähler vorgesehen werden, die am Wahltag von ihrem Wohnorte abwesend sind, wie namentlich Berufsreisende, Binnenschiffer, Flößer, Post- und Bahnbedienstete.

Wahlberechtigte Reichs- und Staatsbeamte, sowie Arbeiter in Reichs- oder Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Auslande nahe der Reichsgrenze haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes können sich auf Antrag in die Wählerlisten oder Wahlkarteien der nächstgelegenen deutschen Gemeinde eintragen lassen. Damit wird nach dem Vorbild des bayerischen Landtagswahlgesetzes solchen Reichsangehörigen die Ausübung des Reichstagswahlrechts ermöglicht.

Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen selbst wird in einem besonderen Abschnitt IV „Wahl der Auslandsdeutschen“ geregelt, der für alle drei Vorentwürfe die gleichen Vorschriften wie folgt vorsieht:

§ 34.

Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichsangehörige, die sich im Ausland ständig aufhalten (Auslandsdeutsche). Ihnen stehen die Reichsangehörigen gleich, die sich vorübergehend im Ausland aufhalten und im Besitz eines Wahlscheines sind.

Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis, für den der Reichswahlleiter zugleich Wahlleiter ist.

§ 35.

Jeder Auslandsdeutsche kann einen Stimmzettel einsenden, der einen Namen enthält.

§ 36.

Die Auslandsdeutschen erhalten so viele Abgeordnetensitze, als die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch volle 60000 teilbar ist.

Gewählt sind die Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Wird die Berufung zum Abgeordneten abgelehnt oder scheidet ein so gewählter Abgeordneter aus, so ist der nach der Stimmenzahl nächstfolgende berufen.

Wird die Verteilungszahl 60000 nach § 28 herabgesetzt, so werden die den Auslandsdeutschen zufallenden Abgeordnetensitze nach der neuen Verteilungszahl zugewiesen. Für die Ermittlung einer neuen Verteilungszahl bleiben die von den Auslandsdeutschen abgegebenen Stimmen und die ihnen zufallenden Abgeordnetensitze unberücksichtigt.

§ 37.

Auslandsdeutsche übergeben ihre Stimmzettel zur Einsendung an den Reichswahlleiter dem zuständigen deutschen Konsul, und zwar

- a) spätestens am dreißigsten Tage nach dem allgemeinen Wahltag bei Aufenthalt in Europa,
- b) spätestens am sechzigsten Tage nach dem allgemeinen Wahltag bei Aufenthalt außerhalb Europas.

Diese Vorschriften stellen einen Versuch dar, das Problem der Ausübung des Wahlrechts durch die Auslandsdeutschen im Rahmen des künftigen automatischen Wahlsystems zu lösen. Wenn in Abweichung von dem für das Inland geltenden Verfahren von der Einreichung von Wahlvorschlägen durch die Auslandsdeutschen abgesehen wird, so war dafür der Gedanke maßgebend, daß mit Wahlvorschlägen vorerst ein befriedigendes Ergebnis in der Ausübung des Auslandswahlrechts schwer zu erzielen sein dürfte. Jetzt, wo es gilt, zunächst das neue Institut sich erproben und einleben zu lassen und die Auslandsdeutschen zu entsprechenden Organisationen zusammenzuführen, dürfte einem möglichst einfachen Wahlverfahren der Vorzug zu geben sein. Immerhin bliebe zu erwägen, ob nicht auch jetzt schon den Auslandsdeutschen das Recht zur Aufstellung besonderer Wahlvorschläge eingeräumt werden kann. Um einigermaßen Erfolge zu erreichen, müßten aber dann die in den einzelnen Ländern und Erdteilen wohnenden Auslandsdeutschen sich auf gemeinsame Wahlvorschläge möglichst einigen, bei der Kürze der für die Wahlvorbereitung meist zur Verfügung stehenden Zeit im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse selbst bei weitgehendster Anwendung des Telegraphen eine besondere Schwierigkeit.

Auf der anderen Seite verbietet es der Verfassungsgrundsatz der allgemeinen und gleichen Wahl, den Auslandsdeutschen mehr Rechte einzuräumen als den Inlandsdeutschen. Es könnte

daher nicht etwa in Frage kommen, den Auslandsdeutschen eine bestimmte Zahl von Abgeordnetensitzen im Reichstag einzuräumen, ohne Rücksicht darauf, wie viele Stimmen von Auslandsdeutschen abgegeben werden. Denn sonst würden unter Umständen auf einen Auslandsabgeordneten weniger Stimmen entfallen, als auf einen im Inland gewählten Abgeordneten. Die Vorentwürfe halten daher daran fest, daß auf je 60 000 gültige Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Sollte die Verteilungszahl 60 000 infolge geringer inländischer Wahlbeteiligung herabgesetzt werden, so gilt die kleinere Verteilungszahl auch für die Zuteilung der Abgeordnetensitze auf die von Auslandsdeutschen abgegebenen Stimmen.

Die Wahl der Auslandsdeutschen kann aus völkerrechtlichen Gründen nicht im Auslande selbst vorgenommen werden. Die eigentlichen Wahlgeschäfte müssen sich im Inlande abspielen. Die Sammlung der Stimmen ist daher für alle Auslandsdeutschen beim Reichswahlleiter zentralisiert, dem auch die Feststellung des Wahlergebnisses obliegt. Zur Einsendung der Stimmzettel hat sich der Auslandsdeutsche der Mitwirkung der deutschen Konsuln zu bedienen.

Der vom Reichsministerium des Innern jetzt veröffentlichte Gesetzentwurf stellt nur einen Vorentwurf dar. Er ist der Öffentlichkeit übergeben worden, um Gelegenheit zu bieten zu dem neuen Wahlsystem überhaupt wie auch zu dem neuen Institut des Wahlrechts der Auslandsdeutschen und seine Ausübung Stellung zu nehmen. Es ist zu hoffen, daß die Besprechung zu Ergebnissen führt, die der Forderung der Auslandsdeutschen im Rahmen der Verfassungsgrundsätze und des neuen Wahlsystems ausreichend Rechnung tragen.

Auslandsdeutschtum und Auslandsvertretung.

Von Dr. GRATHWOHL, Stuttgart*.)

Es ist merkwürdig, daß in der gesamten einschlägigen Literatur über das Auslandsdeutschtum wenig oder nichts zu finden ist über eine etwaige Wechselwirkung und Einflußgewinnung des Auslandsdeutschtums auf die Auslandsvertretung des Reichs und umgekehrt. Dies beweist, daß in der Regel bislang zwischen diesen beiden keine oder nur eine recht lose Verbindung bestanden hat. Die Ursachen und Gründe liegen auf beiden Seiten. Einmal war die Besetzung der Auslandsposten hierfür denkbar ungeeignet. Die offizielle deutsche Vertretung war doch zum mindesten nicht fortschrittlich, nicht demokratisch gesinnt, während dies bei der Überzahl der Auslandsdeutschen — man denke nur an die in Amerika — der Fall war und ist. Die offiziellen Vertreter des Reichs ließen es in der Regel auch nicht fehlen, diese ihre politische und gesellschaftliche Gesinnung sehr deutlich zur Schau zu tragen. Hand in Hand damit ging auch die Geschäftsbehandlung, wie Klagen, die man übrigens nicht nur in Deutschland hören konnte und kann, sondern auch in England, in Belgien, mit welchem Rechte dort, wollen wir hier nicht untersuchen, sondern nur hier feststellen. Daß nur ganz lose Fäden zwischen Auslandsdeutschtum und Auslandsvertretung des Reichs spielten, hatte auf der anderen Seite natürlich auch seine Ursache in der Zusammensetzung des Auslandsdeutschtums. Mit Recht wies Handelsrichter Behrendt, Berlin in seiner Rede bei der Tagung des Bundes der Auslandsdeutschen in Stuttgart im Herbst vorigen Jahres darauf hin,

daß früher meist religiöse und politische Beweggründe für die Auswanderung maßgebend waren. Der Ärger über das eigene Vaterland war die Triebfeder für die Aufgabe der Heimat. War es da verwunderlich, daß diese Auslandsdeutschen nichts von der Vertretung des alten Vaterlandes wissen wollten und diese Antipathie oder mindestens Gleichgültigkeit auch auf ihre Nachkommen übertrugen, sofern diese überhaupt noch sich als Deutsche fühlten und selbst dann, wenn der Grund für die Wanderung im Gedächtnis der nachfolgenden Generation schon verwischt war? Bei der Auswanderung der letzten Jahrzehnte schied dieses Motiv zwar mehr und mehr aus, dafür traten wirtschaftliche Beweggründe in den Vordergrund. Diese Flüchtlinge aus der Heimat hatten meist so viel für sich zu tun, daß sie keinen Wert darauf legten, sich mit den für ihre Zwecke meist nicht eingestellten Auslandsvertretungen ihrer Heimat zu befassen. Und später, wenn sie auch sich heraufgearbeitet hatten, wenn sie sich auch noch als Deutsche nach Sprache und Sitte fühlten, so fanden sie doch zu allermeist nicht mehr den Weg zu den Auslandsvertretungen ihrer Heimat zurück, zumal diese keineswegs die Initiative dazu ergriffen; der Verkehr beschränkte sich auf die offiziell nötigen, gesetzlich vorgeschriebenen Geschäfte, ein Band, das fester schloß, bestand nicht.

Wir lesen und hören heute — mit vollem Recht, wie wir wissen — von Parlament und Presse, vom Katheder und von der Wahlrednertribüne über den Wert des Auslandsdeutschtums für die Flottmachung des mit schwerer Schlagseite durch den Sturm ziemlich steuerlos dahinfahrenden Reichsschiffs. Wahrlich, Deutschland braucht seine Auslandsdeutschen in wirtschaftlicher, kultureller, politischer Hinsicht zum Wiederaufbau! Aber

*) Wir entnehmen die nachfolgenden Anregungen der „Weltwirtschaft“, der von uns in Gemeinschaft mit der D. W. G. in Berlin herausgegebenen Zeitschrift, Jahrgang 10, Heft 2, Februar, um auch unsere Leser zur Äußerung ihrer Meinung aufzufordern. Die Schriftleitung.

die Auslandsdeutschen brauchen auch Deutschland dringend nötig, in Zukunft so sehr, wohl noch mehr wie je. Gerade deshalb ist die gegenseitige Einwirkung dringend nötig. Die Flut alter und neuer Auslandsdeutscher wird in den nächsten Jahren nach menschlicher Berechnung wie noch nie dagewesen anschwellen. Während der alte Auslandsdeutsche vielleicht vorerst mehr als gebender Teil erscheint, besonders wenn er noch an Ort und Stelle sitzt, so der Neuauslandsdeutsche mehr als der nehmende; ist doch zu erwarten, daß er nirgends auf der Erde in fremdem Lande freudig, meist argwöhnisch, ja oft mit offenem Haß und Verachtung aufgenommen werden wird. Vielfach bestehen zwischen den einzelnen Ländern und Deutschland kaum mehr irgendwelche Verbindungen, so daß wir ohne sicheren Boden für die Beurteilung der Verhältnisse dieser Staaten sind. Die beste, wenn nicht die einzige objektive Informationsquelle wird für die neuen Auslandsvertretungen des Reichs, die nach Ratifizierung des Friedensvertrags wieder zu errichten sind, das Auslandsdeutschtum sein, sofern noch welches in dem betreffenden Lande ist. Umgekehrt sind die Auslandsdeutschen solcher Länder häufig fast gänzlich vom Mutterlande jahrelang abgeschnitten, sie sind über die Verhältnisse in Deutschland in jeder Richtung völlig desorientiert. Die Brücke für die für sie so wichtige Kenntnis unserer Verhältnisse muß in erster Linie die deutsche Auslandsvertretung sein, deren Bedeutung zunächst vornehmlich auf wirtschaftlichem, dann aber auch auf kulturellem und sozialem Boden liegen muß. Der Auswanderer wird froh sein, wenn er die Hilfe der Reichsorgane haben kann, treibt ihn jedoch die Not in der großen Mehrzahl der Fälle hinaus, so daß er schwer tut, sofort auf eigenen Füßen zu stehen. Daß hier die Reichsorgane häufig nach Ansicht der Auswanderer nicht genug tun werden, ist zu erwarten, auch beim besten Willen der Organe, denn auch deren Kraft und Macht wird wohl sehr beschnitten sein. Sitzt der Neuauslandsdeutsche einmal im Sattel, so muß die Verbindung mit ihm gehalten werden, vor allem in volklichem Interesse. Jeder Deutsche, der dem Deutschtum verloren geht, bedeutet einen an sich uneinbringlichen Verlust. So ist der Boden bereit für die engste Wechselwirkung zwischen Auslandsvertretung des Reichs und Auslandsdeutschtum.

Diese Wechselwirkung möglichst intensiv, möglichst fruchtbringend zu gestalten, muß das Ziel sein. In vielen Bezirken der Auslandsvertretungen wird auf Jahr und Tag schon aus räumlichen Gründen keine Fühlungnahme mit den einzelnen Auslandsdeutschen möglich sein, in anderen wird die Vielzahl der Auslandsdeutschen einen Hinderungsgrund für eine ersprießliche gegenseitige Einflußnahme abgeben. Es liegt daher der Gedanke nahe, ein Organ der Auslandsdeutschen zu schaffen, das zwischen der Masse der Auslandsdeutschen und der Auslandsvertretung selbst steht. Ein solches Organ wäre bei jeder Auslandsvertretung aufzustellen, sowohl bei der Botschaft wie beim Konsulat. Wir wollen dieses Organ Beirat nennen.

Der Beirat ist aus Wahlen hervorgehend in Aussicht zu nehmen. Getreu dem Spiegelbild des Heimatlandes können es nur allgemeine, direkte, gleiche, geheime Wahlen sein. Wahlberechtigt ist jeder Auslandsdeutsche nach vollendetem 20. Lebensjahr, gleichgültig, welchen Geschlechts. Wer als Auslandsdeutscher zu betrachten ist, soll hier nicht näher untersucht werden, nachdem die Ergebnisse der Rundfrage des Deutschen Auslands-Institutes hierüber eine Fülle von Material gebracht haben, das der Verarbeitung gegenwärtig unterzogen wird. Wählbar ist nur, wer über 25 Jahre alt ist und keine entehrenden Strafen im Inlande oder Auslande erlitten hat. Die Mehrzahl der Bei-

ratsmitglieder hat aus solchen Auslandsdeutschen zu bestehen, die sich mindestens schon 5 Jahre im Auslande, davon mindestens 2 Jahre innerhalb der letzten 10 Jahre im Gebiete des Bezirks der betreffenden Auslandsvertretung aufgehalten haben. Diese Kautele ist zu fordern, um möglichst erfahrene Personen als Mitglieder des Beirates zu bekommen. Die Zahl der Beiratsmitglieder hat zu schwanken zwischen 5 und 11, je nach Größe des Bezirks und Zahl der darin ansässigen oder sich aufhaltenden Auslandsdeutschen. Größere Körper sind erfahrungsgemäß ungefügig. Alle 5 Jahre ist Neuwahl. Jeweils sind für jedes Beiratsmitglied gleichzeitig 2 Ersatzmänner zu wählen. Dies wird nötig sein, weil sich die große Masse der Auswanderer aus Arbeitnehmern zusammensetzen wird, die nicht bodenständig von vornherein sein kann; die Zeiten, wo wir fast ausschließlich landwirtschaftlich geschulte Kräfte hinausziehen sahen, haben aufgehört. Daraus folgt, daß auch deren Vertrauensleute im Beirat voraussichtlich häufig wechseln werden. Das Amt der Beiratsmitglieder ist im Grunde ehrenamtlich, soweit nötig müssen niedere Taggeldsätze und Reisekostenersatz gewährt werden, wozu das Reich einen Beitrag zu geben, der Rest aus Mitteln der Auslandsdeutschen selbst zu fließen hat. Jedes einzelne Mitglied hat durch Handschlag an den Chef der betreffenden Auslandsvertretung sich zu verpflichten, solche Angelegenheiten, die ausdrücklich mit der Verpflichtung zur Verschwiegenheit zu ihrer Kenntnis gelangen, geheim zu halten. Zuwiderhandlungen hiergegen sind durch Mehrheitsbeschluß des Beirates mit Ausschluß zu ahnden, der Antrag hierauf kann vom Vorstand der Auslandsvertretung wie von jedem Mitglied des Beirates gestellt werden. Es ist nicht zu leugnen, daß sich unter den Auslandsdeutschen auch Elemente befinden können, die für eine feindliche Macht oder Interessengruppe Spionagedienste leisten würden. Es muß daher dem Chef der betreffenden Auslandsvertretung die Möglichkeit gegeben werden, solche Personen, die Zweck und Ziel des Beirates zu sabotieren geeignet und gewillt sind, ausschließen zu können. Zu diesem Zweck ist dem Vorstand der Auslandsvertretung gegen jedes gewählte Mitglied ein Vetorecht einzuräumen, über dessen Berechtigung der gesamte Beirat mit Ausschluß des beanstandeten Mitglieds mit Stimmenmehrheit zu entscheiden hat. Als Gründe für dieses Veto muß das höhere Interesse des Reichs oder des Auslandsdeutschtums des betreffenden Bezirks gelten.

Der Beirat hat jeweils nach Bedarf, mindestens einmal im Monat, zusammenzutreten, und zwar entweder auf Anordnung des Chefs der Auslandsvertretung oder mindestens der Hälfte der Beiratsmitglieder. Den Vorsitz in der Plenarsitzung hat der Chef der Auslandsvertretung oder ein hierzu schriftlich von diesem beauftragter Angestellter der Auslandsvertretung. Entschieden wird mit Stimmenmehrheit der erschienenen Beiratsmitglieder, wobei Beschlußfähigkeit eintritt, sofern mindestens 3 Mitglieder anwesend sind. Im übrigen bestimmt die weiteren Modalitäten die Geschäftsordnung, die sich jeder einzelne Beirat zuerst zu geben hat. Der Beirat bestimmt, soweit möglich, einzelne Kommissionen für die einzelnen Fragen, zum Beispiel Schule, Einfuhr, Ausfuhr, Einwanderung. Diese Kommissionen reichen ihre Anträge an das Plenum ein. Der Chef der Auslandsvertretung ist befugt, in jeder Kommissionssitzung anwesend zu sein oder einen Angestellten der ihm unterstellten Behörde hiermit zu beauftragen. Vor allem hat der Beirat ein dreigliedriges Schiedsgericht zusammenzusetzen, das jeder einzelne Auslandsdeutsche anrufen kann. Das Ziel ist, darauf hinzuwirken, daß vor diesem Schiedsgericht möglichst alle Streitigkeiten zwischen Auslandsdeutschen aus dem gleichen Bezirk entschieden

werden. Inwieweit Erkenntnisse solcher Schiedsgerichte nach deutschem und nach ausländischem Recht vollstreckungsfähig sind, soll hier als zu weitgehend unerörtert bleiben.

In der Plenarsitzung ist jeweils von seiten der Auslandsvertretung ein kurzer Bericht über alle allgemeinen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen abzugeben, der sich natürlich nicht auf Probleme, zum Beispiel hochpolitischer Natur, zu beziehen hat, sodann wird die Arbeit der Kommissionen vorgetragen. Der Beirat hat das Recht, ganz bestimmte Fragen an den Chef der Auslandsvertretung zu stellen, die er mit der nächsten Sitzung des Beirats zu beantworten hat. Eine Beantwortung kann nur aus Gründen des höheren Interesses des Reichs oder der Gesamtheit des Auslandsdeutschtums oder wenn eine Ablehnungspflicht besteht, zum Beispiel bei Verrat eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses, verweigert werden. Sind Meinungsverschiedenheiten gegeben, so entscheidet auf etwaigen Anruf der nächsthöhere Vorgesetzte des Vertreters der Auslandsvertretung. Ebenso kann der Chef derselben durch den Beirat ersucht werden, bestimmte Handlungen oder Unterlassungen vorzunehmen. Er kann hierauf mit Ablehnung antworten, jedoch mit Begründung. Der Beirat hat alsdann nochmals über diese Gründe der Ablehnung sich schlüssig zu machen,

wenn er seinen Antrag nicht zurückzieht, denselben erneut mit der Erwiderung des Beirats vorzulegen. Beharrt der Chef der Auslandsvertretung auf seinem Standpunkt, so hat er von sich aus der nächsthöheren Instanz diese Angelegenheit zur Entscheidung vorzulegen.

Ein Schritt weiter auf diesem Gebiet ist die Frage, ob nicht ganze Zweige der Tätigkeit, die jetzt in den Auslandsvertretungen vorgenommen wird, einfach diesen Beiräten übertragen werden soll, die dann ihrerseits wieder einer Art Kontrolle durch die zuständige Auslandsvertretung unterstünden. Die Entscheidung hierüber mag vorbehalten sein, bis eine gewisse Klärung über die Frage der Bewahrung der Beiräte an sich erzielt ist.

Noch ein weiterer Schritt ist der im anderen Zusammenhange im „Welthandel“ vor kurzem aufgeworfene Gedanke einer Nationalversammlung der Auslandsdeutschen, deren Zweck ebenfalls die Verbindung des Mutterlandes mit seinen Pionieren ist. Diese Nationalversammlung müßte sich aufbauen auf den Körpern der Beiräte und auf diese Weise gleichsam das oberste Glied derselben darstellen.

Nur eine Anregung soll hier gegeben sein, löst sie Vorschläge für und gegen aus, so ist der Zweck der Anregung erfüllt.“)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschecho-Slowakische Republik.

Die Rede, die Josef Seliger auf dem konstituierenden Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Tepliz-Schönau gehalten hat, geht uns im Wortlaut zu. Seliger betonte, daß für die Sozialdemokraten der Standpunkt des internationalen Proletariats maßgebend sei. Die Machtverhältnisse in Europa hätten die deutsche Sozialdemokratie in den Tschecho-Slowakischen Staat hineingestellt. So wenig aber je eine Entscheidung der Gewalt in der Geschichte Ewigkeitsgeltung gehabt habe, so wenig werde auch diese Entscheidung Ewigkeitsgeltung haben. Das Selbstbestimmungsrecht sei ein Grundrecht aller Völker; in dem Moment, in dem die deutschen Sozialdemokraten durch das Tor der tschecho-slowakischen Republik eingehen, hätten sie das Gefühl: Ihr, die Ihr eintretet, laßt alle Hoffnung fahren. Der tschechische Staat habe die sozialistische Revolution niedergeworfen und habe sich von der imperialistischen Entente mißbrauchen lassen. Dieser Staat sei ein reaktionärer Staat. „Einen Monat lang waren wir Bürger einer freien Republik, die Bürger der freien Republik Deutsch-Österreich (stürmischer Beifall), wenn nichts die Erinnerung an unseren Zusammenhang mit dem deutsch österreichischen Volke wachhalten würde, so die wenigen Tage der Freiheit, die wir durchlebt haben, nachdem wir von der Habsburgischen Monarchie befreit waren. Immer wird das in uns lebendig bleiben, und wenn auch die tschechische Nation zur Umkehr und Heimkehr kommt, sie könnte uns kein Geschenk geben groß und reich genug, daß es diese Erinnerung aus unseren Herzen und Hirnen reißen könnte.“ (Lebhafter Beifall.) „Gleiches Recht für alle Bürger, das gleiche Recht für die Deutschen, Ruthenen, Polen, für die Slowaken und für die Tschechen, ihr Recht mit gleichen Mitteln zu finden vor dem Richter, das gleiche Recht sich zu versammeln, das gleiche

Recht, seine Meinung frei zu äußern, wie alle anderen Völker, versteht sich von selbst. Wir verwahren uns dagegen, daß man von der Gewährung dieser Rechte spricht. Das sind Rechte, mit denen wir ausgestattet waren, als wir in diese Republik gezwungen wurden und deren Wegnahme ein Raub wäre (lebhafter langanhaltender Beifall)“. „Wir möchten doch den Machthabern der tschechischen Nation sagen, daß sie nicht so hochmütig sein sollen, daß sie sich warnen lassen mögen. Noch sind nicht alle Märsche vorbei!“ (Brausende Zustimmung.) Es sei das ausgesprochene Ideal, einen der Schweiz ähnlichen Staat zu bekommen. „Die Tschechen werden eine freie Schweiz haben, wenn sie die Verfassung machen gemeinschaftlich mit allen Nationen, die in diesem Staate leben.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ungarn.

Auf die Haltung der derzeitigen Regierung der von ihr immer wieder verkündeten Gleichberechtigung der Nationalitäten gegenüber wirft eine Äußerung des Ministers für nationale Minderheiten, Prof. Dr. Jakob Bleyer, ein Licht, der einem Wiener Berichterstatter gegenüber behauptete, die Unterrichtssprache der Volksschulen in den von Deutschen bewohnten Gebieten Ungarns sei die deutsche. Demgegenüber sei hier festgestellt, wie sich die Dinge in Wahrheit verhalten. Nach der letzten amtlichen Volkszählung vom Jahre 1910 lebten in den drei Grenzgespanschaften Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg rund 280 000 Deutsche. In Wirklichkeit ist ihre Zahl ohne Zweifel noch weit höher, immerhin genügt sie, um den Anspruch des westungarischen Deutschtums auf deutsche Schulen darzutun. Wie verhält es sich nun aber damit? In der Eisenburger Gespanschaft gab es — und seither hat sich dies kaum wesentlich geändert — neben 443 magyarischen Volksschulen 92 mit deutscher Unterrichtssprache, was dem Zahlenverhältnisse der beiden Völker in keiner Weise gerecht wird. In der zu mehr als der Hälfte deutschen Stadt Ödenburg bestanden und bestehen 14 magyarische und eine einzige deutsche Volksschule. Im Komitate Ödenburg aber gab es weitere 269 magyarische Volksschulen, in der Wieselburger

*) Siehe zu der Wahlrechts- und Vertretungsfrage auch die Rubrik „Auslandsdeutschtum und Politik“ in dieser Nummer.

Gespanschaft deren 93 und keine deutsche. Außerhalb der genannten drei Gespanschaften wohnen im derzeitigen Ungarn noch im Bakonyer Walde nördlich vom Plattensee und in den Ofener Bergen etwa 150 000, in der Hauptstadt Budapest mindestens 100 000 Deutsche, dazu kommen noch die mehr als 200 000 Deutschen in den Gespanschaften Tolna und Baranya weiter unten an der Donau. In den beiden letzteren Komitaten bestanden 234 bzw. 384 Volksschulen mit ausschließlich magyarischer Unterrichtssprache, und nicht besser ist es in der Hauptstadt, in den Ofener Bergen und im Bakony. In Westungarn mag sich während des letzten Jahres unter der Herrschaft der Räteregierung einiges zugunsten der Deutschen gebessert haben, es scheint aber, als ob die gegenwärtige Regierung hier bald mit einer scharfen magyarischen Reaktion einsetzen wollte. Allerdings ist erst kürzlich eine Verordnung der Regierung erschienen, wonach „in allen Gemeinden, deren Bevölkerung ausschließlich einer oder mehreren Minderheiten angehört und nicht magyarisch spricht, die Sprache der betreffenden Minderheit oder der Minderheiten als Unterrichtssprache zu gelten hat“. Das liest sich ja ganz schön, aber es kann doch nicht als eine besondere Vergünstigung angesehen werden, wenn dort, wo überhaupt niemand magyarisch spricht, die Minderheitssprache dem Unterrichte in der Volksschule zugrunde gelegt wird. Dazu kommt, daß angesichts der örtlichen Verteilung der verschiedenen Nationalitäten die hier angenommenen Bedingungen so gut wie nirgends wörtlich zu treffen, so daß die Verordnung lediglich Blendwerk ist und man mit Sicherheit voraussagen kann, daß sie praktisch niemals zur Anwendung kommen wird. Im übrigen nimmt die Verfolgung aller nationalbewußten Deutschen ihren ungestörten Fortgang. Die kürzlich zur Genehmigung eingereichten Satzungen des „Deutschen Kulturbundes für Ungarn“, an dessen Spitze Prälat Dr. Gießwein und Gräfin Dezasse-Lindheim stehen, wurden nicht genehmigt, damit ist der Kulturbund eigentlich aufgelöst. Gegen den gewesenen Vizestaatssekretär Dr. Peter Jekel und gegen Rechtsanwalt Dr. Gündisch sind politische Prozesse anhängig gemacht worden, zugleich wurde der Presse vorgeschrieben, über die beiden Genannten nichts zu veröffentlichen. In Westungarn wurden mehrere Persönlichkeiten, die für die deutsche Autonomie eingetreten waren, neuerdings verhaftet. Für die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung wurden nur magyarisch gesinnte Parteien zugelassen und in den deutschen Ortschaften bei Budapest sorgen Offiziere dafür, daß „keine antinationale (lies deutsche) Propaganda getrieben werde“. Angesichts dieser Tatsachen muß es sonderbar berühren, daß kürzlich beim Minister Bleyer eine Abordnung von Schwaben aus der von den Serben besetzten Bácska erschienen, die erklärten, daß sie lieber unter magyarischer als unter serbischer Herrschaft stehen wollten, wenn ihre kulturellen Ansprüche befriedigt würden. Ja wenn

B. I.

Jugoslawien.

Die Regierung des S. H. S. Staates in Laibach hat alle Ortsgruppen des „Deutschen Schulvereins“ und der „Südmark“ aufgelöst und das Eigentum der beiden Vereine beschlagnahmt entgegen den Bestimmungen des Artikels 267 des Friedensvertrags, der ausdrücklich feststellt, daß das Eigentum deutsch-österreichischer Staatsangehöriger in den abzutretenden Gebieten, gleichviel, ob es sich um physische oder juristische Personen handelt, nicht beschlagnahmt werden darf und den Eigentümern in dem Zustand, in dem es sich vor dem Kriege befunden hat, zurückzustellen ist. Darüber hinaus noch wurde

eine große Anzahl von Forderungen des Schulvereins an Gemeinden aus gewährten Bauunterstützungen beschlagnahmt.

Dänemark.

Den 500 deutschen und österreichischen Kindern, die sich zurzeit zur Erholung in Kopenhagen aufhalten, gab die sozialdemokratische Partei eine Festlichkeit, der neben den dänischen Pflegeeltern auch der deutsche Gesandte Freiherr von Neurath mit dem Legationssekretär von Jena und dem deutschen Generalkonsul beiwohnten. Der dänische Reichstagsabgeordnete Meyer begrüßte die Kinder und schloß mit dreifachem Hoch auf Deutschland und Österreich. Die dänischen Künstler trugen zur Unterhaltung bei, ein deutsches Mitglied des Komitees sprach den dänischen Pflegeeltern Dank aus und brachte für die Kinder ein Hoch auf Dänemark aus; darauf gab es Schokolade und Kuchen und einen kurzen Tanz.

Finnland.

Auch hier haben sich, und zwar vielfach aus den Kreisen Einheimischer, Ausschüsse zur Unterstützung der hungernden deutschen Kinder gebildet. Im Dezember ging eine große Buttersendung an das Jugendamt Berlin ab. Andere Ausschüsse sammeln Kleider und Geld. Die Weihnachtskollekte in der deutschen Kirche zu Helsingfors für den gleichen Zweck brachte nahezu 4000 Mark ein.

Baltikum.

Wir entnehmen dem I. T. B. eine Meldung über einen Konflikt in der Rigaer Stadtverwaltung. Dort waren durch einen Kompromiß zwischen Letten und Deutschen die Deutsch-Balten in die Stadtverwaltung eingetreten und hatten die Besetzung einiger Posten zugestanden erhalten. Unter anderem war Herr Fleischer Leiter des städtischen Wohlfahrtsamtes. Er war schon unter deutscher Verwaltung als großer Freund der Letten stets für die Letten eingetreten und sein Sohn gehörte einige Zeit der lettischen Vertretung in Berlin an. Gegen ihn machte der lettische Sozialist Rudsit einen Vorstoß, der allmählich derartige persönliche Schärfe annahm, daß die Deutschen den Obergeringenieur Fleischer abberiefen und ihn durch einen andern Deutschen, Sadowsky, ersetzten, der in der gesamten städtischen Beamtenschaft sich eines besonderen Rufes erfreute. Die lettische Majorität in der Stadtverordnetenversammlung versetzte ihn aber kurzerhand vom Wohlfahrtsamte in das Finanz-Ressort, um den Posten des Wohlfahrtsamtes für den besagten Herrn Rudsit freizumachen. Daraufhin zog die deutsche Gruppe ihre gesamten Vertreter am 23. Dezember aus sämtlichen Posten des Stadtamtes zurück. Die Letten sind nun unumschränkte Alleinherrscher auf dem Gebiete einer Stadtverwaltung, die ihre gesamte Größe und Bedeutung nur deutsch-baltischer Arbeit verdankt.

Litauen.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Königsberg hört, ist die ständige Bedrückung des Deutschtums in Litauen im Wachsen. Die deutschstämmigen Bauern werden gezwungen, mehr Produkte zu liefern als die litauischen, bei der Zwangsverteilung von Gutscheinen vergewaltigt man die Deutschen in unerhörter Weise. In einem aus 45 Ortschaften bestehenden Amtsbezirk, in dem für 40 000 Mark Gutscheine verteilt wurden, erhielten drei Deutsch-Litauer allein für 10 000 Mark derartiger Zwangsscheine. Diese Schikaniererei wird von den Litauern unter den Augen und auf Anregung der Entente-Kommission betrieben.

Ukraine.

Die neue Zeitschrift „Deutsche Post aus dem Osten“, über die wir an anderer Stelle berichten, meldet aus Odessa, daß

dort der weit über die Grenze der Ukraine als Prediger und Bewahrer des Deutschtums bekannte Pastor Steinwand einem Herrschlage erlegen ist. Die Kolonien um Odessa haben unter der Bolschewistenherrschaft schwer gelitten, besonders die katholischen Kolonien an der Bahn von Odessa nach Bender sollen schwer mitgenommen worden sein, in jeder Kolonie sollen 20 bis 30 Mann erschossen worden sein. Das Zentral-Komitee in Odessa arbeitet jedoch und hat keinen Schaden erlitten. Namentlich in der Krim hat der Räuberhauptmann Machno, der die ganze Krim erobernd durchzog, furchtbar gewütet, entsetzliche Marterungen sind vorgekommen, die Leichen wurden ins Meer geworfen und es schwammen etwa 20 Leichen täglich ans Ufer. Mit den Wolga-Kolonien besteht keinerlei Verbindung. Pastor Schleuning, der Vorsitzende des Vereins der Wolga-Deutschen, versuchte nach den Erfolgen Denikins über den Süden in die Wolgagebiete zu reisen, gelangte aber nicht dorthin.

Rußland.

Im „Deutsch-russischen Vereinsboten“ (27. Dezember 1919) berichtet ein ungenannter Mitarbeiter über eine Reise nach Sowjet-Rußland und über seinen Aufenthalt in Moskau im August und September 1919. Er schreibt außerordentlich lebhaft und fesselnd. In einem Abschnitt über den deutschen Arbeiter- und Soldatenrat in Moskau sagt er, er habe dort mit einem Herrn gesprochen, der früher bei der deutschen Kommission tätig war. „Hier erfuhr ich, daß die Sachen, welche unsere Landsleute der deutschen Kommission seinerzeit zur Aufbewahrung übergeben hatten und welche von der Kommission im November nicht mitgenommen werden konnten, alle noch existieren sollen. Zwar hat die bolschewistische Regierung sie beschlagnahmt, doch sollen solche auch das Siegel des deutschen Arbeiter- und Soldatenrats tragen. Es ist aber durchaus zweifelhaft, ob solche Sachen jemals werden herauszubekommen sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat übrigens als solcher seine Tätigkeit fast ganz eingestellt. Nur die Fürsorgeabteilung hat genügend zu tun, indem sie den Rücktransport der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen bewerkstelligt. Der Herr versicherte mir, daß die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats gar nicht mehr so große Kommunisten wären und daß sie gerne bereit seien, nötigenfalls der deutschen Regierung Rechenschaft für ihre Handlungsweise und Auslagen abzulegen. Auch hätte der deutsche Arbeiter- und Soldatenrat öfters Unannehmlichkeiten von seiten der russischen Regierung zu überstehen, da er als nicht mehr rein kommunistisch verschrien wurde.“ In letzter Zeit habe die außerordentliche Kommission mehrmals Lager des deutschen Arbeiter- und Soldatenrats zu beschlagnahmen versucht, so daß dieser sie sogar einmal mit dem Gewehr verteidigen mußte. Jetzt sind die Lager doch beschlagnahmt worden. Um Betriebsmittel zu bekommen, wurden früher aus den Lagern Sachen an die Regierung verkauft, was jetzt nicht mehr gemacht werden kann. Der Soldatenrat wird also in ganz kurzer Zeit ohne Mittel sein. Dadurch ist die Fürsorgeabteilung in schwierige Lage geraten, „da zirka 8—10000 Kriegs- und Zivilgefangene sich auf dem Wege zur Heimat über Moskau befinden, ja am 20. September 1919 bereits 800 Kriegs- und 200 Zivilgefangene dort eingetroffen sind. Mir wurde gesagt, daß, falls nicht bald Hilfe geleistet würde, die ganze Fürsorgeabteilung mit allen Etappenpunkten aufgelöst werden müßte, wodurch sämtliche Leute ihrem Schicksal preisgegeben würden.“

Rumänien.

Die Zeitungen berichten von einem Zwischenfall in der rumänischen Kammer. Der als Führer des Deutschtums in Ungarn bekannte Siebenbürger Abgeordnete Dr. Rudolf

Brandsch hielt eine Ansprache, die in rumänischer Sprache begann. Er erklärte, die rumänische Regierung hätte seinerzeit beim Anschluß Siebenbürgens an Rumänien die Verpflichtung übernommen, den Minoritäten den Gebrauch der Muttersprache im Parlamente zu gestatten. Er wolle, wenn er jetzt die deutsche Sprache gebrauchte, nicht etwa demonstrieren, doch müsse den Deputierten, die die rumänische Sprache nicht vollkommen beherrschten, der Gebrauch der Muttersprache zustehen. Der Redner setzte darauf seine Ansprache in deutscher Sprache fort. Es erhoben sich aber alsbald von allen Seiten derartig lebhaftes Zwischenrufe und Proteste, daß er sie bald abbrechen mußte.

Griechenland.

Wir erhalten von einem soeben aus Griechenland zurückgekehrten Auslandsdeutschen das nachfolgende interessante Stimmungsbild: Soeben erhielt ich Ihren Artikel „Das Auslandsdeutschum im neuen Jahr“ in der Abendausgabe des Wiesbadener Tagblatts. Ich bin vor einigen Tagen nach beinahe sechsjährigem Aufenthalte aus Griechenland zurückgekehrt und möchte Ihnen hiermit nur Ihre Worte bestätigen: „Trotz aller Feindseligkeit braucht uns die Welt. Der Hunger nach deutschen Waren ist überall außerordentlich groß.“ Von dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens meiner Abreise bis zur Abfahrt hat man mich mit Aufträgen überhäuft, um besonders Ackerbaumaschinen, Arzneien, Farben, Glas- und Porzellanwaren, Stahlwaren, Musikinstrumente usw. durch meine Vermittlung hinüberzuschaffen zu helfen. In meinem Hotel in Athen habe ich Handelsherren gesprochen, die ganz verzweifelt von Gesandtschaft zur Polizei usw. liefen, weil sie keine Einfahrtserlaubnis nach Deutschland bekommen könnten. Besonders aber waren die Studenten aufgeregt. Schließlich gab man die Ausfahrtserlaubnis auch für noch nicht gedient habende unter der Bedingung, bis zweitausend Franken zu hinterlegen. Mir selbst sagte ein auf Venizelos Seite stehender, demnach deutschfeindlicher, Abgeordneter: „Sagen Sie es, wenn Sie wollen, Sie werden an mir nicht nur einen Freund haben, der stets zu Ihren Diensten sein wird, sondern Sie haben auch meine Bewunderung und Zuneigung zu Deutschland dermaßen erhöht, daß ich nicht scheue, es öffentlich auszusprechen. Uns zwingt unsere Liebe zum Vaterland und dessen Größe und Gedeihen, uns politisch so zu stellen, wie wir uns gestellt haben, weil es uns eben das Beste dünkte, aber kein Mensch mit klarer Überlegung und hellem Verstand kann anderes tun, als diesem Land und diesem fleißigen Volke seine Bewunderung zollen.“ Da habe ich mich doch gefreut, es war ehrlich gesprochen. Ich kann überhaupt nur sagen, daß man mir überall dort unten mit größter Liebenswürdigkeit begegnete, wurde doch selbst während der gefährlichsten Zeit das Deutschlernen auf die raffinierteste Weise weiterbetrieben, selbst nach Verschickung der Deutschen auf Inseln. Mir vertraute ein Oberst an, daß er sich ständig in Gefahr befände, abgefaßt zu werden. Seine Stelle als Platzkommandant nötigte ihn, immer vor einem Kaffeehaus zu sitzen, ein Grammatikbuch dabei in der Hand zu halten, hätte aber die größte Gefahr bedeutet, so riß er sich täglich einige Grammatikblätter aus, legte sie in sein großes Zeitungsblatt und für die Umsitzenden anscheinend in seine Zeitung vertieft, paukte er unregelmäßige Verben aus Otto Sauer-Gaspey. Viele der Griechen, die in Görlitz waren und nach Griechenland zurückgekehrt sind, versicherten mir: „Wenn der Krieg zu Ende ist gehen wir wieder nach dem schönen Deutschland, wo man uns gepflegt hat, als ob wir Verwandte gewesen wären.“ — „Wenn der Krieg vorbei ist, dann bitte ich meinen König, daß ich wieder zurück nach München kann, wo ich 20 Jahre so unend-

lich glücklich war unter dem feingebildeten Volk,* sagte mir vor Jahren ein greiser Bischof aus Pyrgos Elis. Leider habe ich seinen Namen vergessen und er selbst ist jetzt tot. — Dieser Gedanke: „wenn der Krieg zu Ende ist, wenn ich wieder mich mit Deutschland in Verbindung setzen kann“ lebt in unzähligen Köpfen. — Als ich durch die Straßen des Piräus ging, noch erstaunt über den Ausspruch des italienischen Konsuls: „Für Deutsche gibt es durchaus keine Gefahr, durch Italien zu reisen,“ erhob sich ein ohrenbetäubendes Glockengeläute. Mein Begleiter schimpfte darauf, weil man sein eigenes Wort nicht verstehen konnte, es war eher ein unharmonisches Gezeter, als musikalische Übereinstimmung. Als er nun aber gar hörte, daß man sich wegen der Ankunft des Herrn Venizelos die Ohren müsse zerreißen lassen, da war's aus mit seiner guten Stimmung. Er kam ja dann auch. Ich stand an meinem Hotelfenster und wartete der Dinge, die alles in Aufruhr bringen sollten. Nichts — was der Rede wert wäre, Straße und Platz mit elektrischen Birnen überspannt, Freibillets auf den Straßenbahnen, damit ein „Volksauflauf“ entstände (der aber nicht entstand — trotz aller Bemühungen), eine kleine Militärkapelle, die unermüdlich durch alle Straßen zog, um das Volk zusammenzutrommeln (was sich aber nicht zusammentrommeln ließ, denn nur spärliche Trupps Gesindelgesichter liefen hinter der Kapelle her), schließlich die Ankunft Venizelos nicht in seinem Haus, sondern im Hotel Britannia (aus Angst, sagte man), sonst durchaus größte Gleichgültigkeit und Gelassenheit in allen Kaffehäusern, in denen sich ja eben in Griechenland alles geistige, politische und sonstige Wesen abspielt. Und all die vorangehenden Tage heimliche Gefangennahme vieler Hunderter von Offizieren und Mannschaften in der Nacht aus dem Bett heraus, in solcher Eile, daß die armen Kerle nicht einmal einen zweiten Anzug oder Wäsche zum Wechseln mitnehmen konnten! Ich habe es von mehr als einem gehört: „Glücklich der, welcher jetzt in Deutschland sitzt, denn dort ist die Kraft, wenn sie sich nur nicht durch die innerlichen Aufreibungen schwächen würden, aber wir hoffen sicher, der starke, pflichttreue deutsche Charakter wird doch die Oberhand wieder gewinnen, es ist für uns das Volk, welches wir lieben, weil ihm die Lüge schwer wird.“

Zypern.

Der oberste militärische Verwaltungsbeamte der Insel hat unter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetz erlassen, das als „Verbannungsgesetz der früheren feindlichen Untertanen“ bezeichnet wird. Solche Untertanen können, wenn der Oberkommissar es für das öffentliche Wohl für notwendig erachtet, durch Befehl zum Verlassen der Insel aufgefordert und für eine bestimmte Zahl von Jahren von der Insel verbannt werden. Folgen sie dem Befehl nicht, so können sie mit Gefängnis bis 3 Jahren und Geldstrafen belegt werden.

Frankreich.

In einem Bericht über die Ernennung Dr. Mayers zum deutschen Gesandten in Paris berichtet der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, die Ernennung sei in Paris gut aufgenommen worden. Das französische Volk sei viel zu sehr mit dem Wiederaufbau beschäftigt, um Haßgefühle nachzugehen, wie man das im Auslande vielfach glaube. In den Kiosken finde man die deutschen Zeitungen wieder, ohne daß das zu Zwischenfällen oder Protesten geführt habe. Die Wohnungen der feindlichen Staatsangehörigen befänden sich noch unter Sequester und seien trotz der beispiellosen Wohnungsnot der Einheimischen noch nicht geöffnet worden. Diejenigen Deutschen, die während der Kriegsjahre

ihre Miete bezahlten, erhielten ihr Mobiliar zurück, während nur im Falle bestehender Schulden ein Rückgriffsrecht zugunsten der Hausbesitzer bestehe. Die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldung müssen wir dem Berichterstatte überlassen.

England.

Nach der Niederlage, die sich die englische Regierung im Unterhaus bei Beratung der Fremdengesetzgebung zuzog, hat sie sich zu wesentlichen Änderungsvorschlägen bereifinden müssen. „Zu dem kritischen Punkt 8“ (Landesverweisung vormaliger feindlicher Ausländer) wurden nach einer Timesmeldung „nahezu eine ganze Seite Abänderungsvorschläge“ eingebracht. Es werden die weiteren Berechtigungsgründe für den Aufenthalt eines ehemaligen feindlichen Ausländers im Lande vorgeschlagen: 1. der Gesuchsteller ist vor seinem 12. Lebensjahre nach England gekommen. 2. Er hat in der königlichen bewaffneten Macht Kriegsdienst getan; oder er ist mindestens 20 Jahre im Vereinigten Königreiche ansässig und hat ihm während des Krieges wertvolle persönliche Dienste geleistet. 3. Der Gesuchsteller ist Geistlicher. Außerdem wird die Erklärung verlangt, daß die Ausweisungsklausel sich nicht auf Frauen erstreckt, die zur Zeit ihrer Eheschließung britische Staatsangehörige waren.

In der Sitzung des englischen Unterhauses am 4. November wurde Clause 8 der Aliens Restrictions Bill mit 226 gegen 116 Stimmen angenommen. Dieser Artikel bestimmt, daß jeder Angehörige ehemals feindlicher Staaten, der sich jetzt noch im Vereinigten Königreiche aufhält, ausgewiesen werden soll, wenn er nicht binnen eines Monats nach Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes auf Grund einer Eingabe an den Staatssekretär des Innern Aufenthaltserlaubnis bekommen hat.

Zwei gleichfalls angenommene Abänderungsanträge verlängern die ursprünglich vorgesehene Frist auf zwei Monate und bestimmen, daß dieser Artikel 8 nicht auf diejenigen Angehörigen ehemaliger feindlicher Staaten Anwendung finden soll, die auf Empfehlung eines Beratungsausschusses (Advisory Committee) von der Internierung oder Ausweisung ausgenommen waren. Dagegen wurde ein Antrag Maclean's, der verlangte, daß der unnötig drückende Zwang zur Veröffentlichung der Gesuche um Aufenthaltserlaubnis in einigen Tageszeitungen des Aufenthaltsbereichs des Gesuchstellers fallen gelassen werden möchte, abgelehnt.

Spanien.

Der bekannte Erlanger Archäologe Professor Schulten der als erster vor Jahren die Ausgrabung des alten Numantia in Angriff nahm, weilt zurzeit wieder in Spanien, um seine Forschungen fortzusetzen. Der Gelehrte wird überall in Universitätskreisen, aber auch sonst, mit offenen Armen aufgenommen. Über die Arbeiten in Numantia hielt Schulten in der Universität Barcelona einen weiteren Kreisen zugänglichen Vortrag, der sehr großen Beifall fand. Im Namen der Zuhörer dankte der Rektor und versicherte dem Redner, daß er in ganz Spanien nicht als Fremder betrachtet werde.

Abessinien.

In Abessinien leben zurzeit 24 Deutsche, darunter 2 Frauen und 7 Kinder. Neben ihnen sind, als weitere Vertreter des Deutschtums in Abessinien zu rechnen, noch etwa ein halbes Dutzend deutschsprechender Österreicher und Schweizer im Land. Die meisten davon werden aber das Land, sobald es angängig ist, verlassen. Wie sich das Deutschtum weiterhin gestalten wird, ist noch nicht zu übersehen. Es heißt, daß eine Anzahl Deutscher sich neu in Abessinien niederzulassen beabsichtige. Deutsche Vereine und Zeitungen bestehen in der kleinen Kolonie nicht.

Siam.

Aus Bangkok wird gemeldet, die Regierung habe angekündigt, die ehemals feindlichen Untertanen dürften das Land nur mit besonderer, jeweils auf höchstens 3 Monate auszustellender Erlaubnis betreten.

Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In der Julinummer 1919 der „Mitteilungen“ wurde an dieser Stelle berichtet, daß einer Meldung der „New York Tribune“ zufolge der frühere deutsche Professor an der Universität Vermont, A. H. Appelmann, in Coblenz Verbrüderungen zwischen deutschen und amerikanischen Offizieren und Soldaten versucht habe und deshalb vom amerikanischen General Dickmann verwarnet worden sein sollte. Die Universität habe darauf in ihrer Jahresversammlung beschlossen, jede Verbindung mit Herrn Professor Appelmann zu lösen und ihren Beschluß allen Universitäten und der Presse zu übermitteln. Dazu schreibt uns nun jetzt Herr Professor Appelmann, dem jetzt erst die Meldung zu Gesicht kam, aus Coblenz, wo er beim Oberpräsidium arbeitet, daß er seit Dezember 1918 dort als Verbindungsbeamter und Verhändler mit den Besatzungstruppen tätig sei. Er habe General Dickmann bereits in Amerika persönlich gekannt und dort in seinem Hause verkehrt, sei auch in Coblenz häufig dienstlich und außerdienstlich mit ihm in Berührung gekommen. Nie sei seinerseits ein Verbrüderungsversuch gemacht worden, nie habe irgend jemand gegen seine Haltung oder sein Tun Verwahrung eingelegt. Er glaube im Gegenteil zur Annahme berechtigt zu sein, daß man seiner Arbeit Vertrauen entgegenbringe. Über die Schritte der Universität selbst sei er natürlich nicht genau unterrichtet, glaube aber nicht, daß man die früher ihm gegenüber stets entgegengebrachte freundliche Haltung geändert habe. In den Jahren 1916/17 sei er allerdings wegen „Prodeutschum“ und „Antiamerikanismus“ von einer kleinen Clique, die ihr Sensationsblatt mit seinem „Fall“ füllte, verdächtigt worden, sei verschiedentlich untersucht, aber stets freigesprochen worden, bis im November 1917 ihn das amerikanische Auswärtige Amt mit Freigeleit in die Heimat zurückreisen ließ. Die Universität sowohl, wie auch die Behörden seien damals auf seiner Seite gewesen. Unter diesen Umständen wird die Meldung der „New York Tribune“, deren Aufnahme in unser Blatt wir bedauern, nur mit Zweifel und Vorsicht aufzunehmen sein.

Der „Tag“ meldet aus New York, daß den schon bestehenden großen amerikanischen Ausschüssen in New York, Boston, Chicago, Milwaukee, Philadelphia usw. sich in New York ein neues Komitee zugesellte, das in enger Gemeinschaft mit den übrigen Fürsorge-Organisationen seine Hilfe ganz der deutschen Kinderwelt widmen will. Die führenden Namen der amerikanischen philanthropischen Geschäftswelt seien unter den Gründern zu finden. James Speyer wird als Schatzmeister des Komitees genannt, dem Paul M. Warburg, Adolf Kutroff, George Foster Peabody, Charles Hayden, Charles H. Sabin und andere angehören. Es soll sich darum handeln, die vom Reichsgesundheitsamt und vom Reichsernährungsministerium für wünschenswert bezeichneten Zusatzrationen für kleine Kinder und Schulkinder nach Deutschland zu liefern.

Mittelamerika.

Ein Sonderberichterstatler des „Tag“ berichtet aus Colon über seine Erfahrungen: Die Reisegesellschaft auf seinem Schiffe sei immer internationaler geworden, da die deutschen Reisenden immer mehr in den mittelamerikanischen Häfen ausstiegen. Die Ententevertreter waren kühl abweisend, mit den Spaniern und spanisch Sprechenden aber habe sich ein guter Verkehr entwickelt.

Die Stimmung sei überraschend deutschfreundlich. In Paranaquilla sei der deutsche Gesandte sogar Gegenstand noch nie dagewesener Ehrungen gewesen. Die katholische Geistlichkeit sei ein Element, das überall als starker Faktor für die Aufrechterhaltung deutschfreundlicher Gesinnung gewirkt habe. Nur den Schiffahrtstreibenden stecke der U-Boot-Krieg noch in den Knochen. Oft höre man aber das Wort, die Deutschen seien doch wahrhaftig tapfere Kerle. Der Friedensvertrag habe das ritterliche Empfinden der Mittelamerikaner beträchtlich verletzt. Die Abneigung der mittleren Kreise gegen die Nordamerikaner spiele freilich eine beträchtliche Rolle. Die wirtschaftliche Lage der Deutschen in einzelnen mittelamerikanischen Ländern sei geradezu glänzend. Es bestehe überall ein Hunger nach deutschen Waren, wenn Deutschland wirklich hart arbeite, so könne es dort glänzende Geschäfte machen. Englische Kaufleute ersuchten sogar die Deutschen um ihre Vermittlung, um die Abneigung der Landeseinwohner gegen die Engländer zu umgehen. Statt der deutschen Waren sei n jetzt die japanischen eingedrungen. Die deutsche Wirtschaftsstellung habe durch die großen Einziehungen zur Fahne und durch die freiwilligen Meldungen zur Dienstpflicht eine übergroße Schädigung erlitten. „Ein Weniger an Gestellung wäre hier mit Sicherheit ein Mehr an politischer Widerstandskraft gewesen“. Freilich habe das amerikanische Geld sich einen großen Anteil am Geschäft gesichert und nichts sei dringlicher, als daß die Deutschen Banken sofort wieder in Mittelamerika zu arbeiten begännen. Ansätze dazu seien vorhanden.

Mexiko.

Der „Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko“ hat in der „Deutschen Zeitung für Mexiko“ einen Aufruf zur Sammlung von Spenden für die notleidende Jugend Deutschlands erlassen, auf den so viel Beiträge eingingen, daß bis Anfang November 1919 53 250 Mark nach Deutschland überwiesen werden konnten. In dem Aufruf hieß es u. a.:

„Nach Berichten der Tagespresse steht unserem Vaterlande für den kommenden Winter eine große Kohlennot bevor. Wer kann sich nicht die Folgen derselben ausmalen, gepaart mit dem Mangel an Lebensmitteln für die ärmeren Klassen unserer Bevölkerung, für die Witwen und Waisen unserer Kriegsgefallenen, welche zu fast unerschwinglichen Preisen und nur in sehr kleinen Mengen das Allernotdürftigste für den Lebensunterhalt erwerben können. Kann einer von uns Deutschen in Mexiko es vor seinem Gewissen verantworten, untätig zu bleiben, statt tatkräftig und schnell zu helfen? Keiner wird sich erst fragen, welcher politischen Partei, noch welchem Glaubensbekenntnis die Dürftigen angehören. Daß es Kinder unseres Stammes sind, die unschuldig leiden und verkommen müssen, daß es gilt, die Träger unserer Zukunft zu beschützen und am Leben zu erhalten, sollte jedem Ansporn genug sein, zu helfen soviel er kann. — Die Verteilung soll nicht durch die Behörde, sondern durch uns persönlich bekannte, vertrauenswürdige Männer und Frauen in verschiedenen Teilen Deutschlands vorgenommen werden. Die Namen der Geber werden nicht veröffentlicht werden und ein baldiges Zeichnen, sei es in mexikanischem Gelde oder in Markanweisungen, ist zum Zwecke der Ausnützung der niedrigen Währung doppelt willkommen.“

Brasilien.

Aus Ponta Grossa geht uns die neueste Nummer des deutschen Wochenblattes der „Volksbote“ zu, der über die Stimmungen und Ansichten der dortigen Auslandsdeutschen interessanten Aufschluß gibt. „Was wir Auslandsdeutschen tun

sollten" lautet der Leitartikel. Ein starkes, freiheitliches Kaiserreich sei nach wie vor das Ideal der Auslandsdeutschen, alle Hoffnung für eine bessere Zukunft beruhe auf der Wiederherstellung der Monarchie. Das Kaiserreich hätte noch Widerstandskraft genug gehabt, wenn es nicht von innen heraus zermürt worden wäre. Schon seien eine Anzahl von neuen Auswanderern nach Brasilien gekommen, die nur sagten, ihr Vaterland sei dort, wo es ihnen gut gehe und wo sie Geld verdienten. „Der größte Teil der hiesigen Deutschen sind brasilianische Bürger, für sie ist Deutschland das Land ihrer Väter, aber dennoch halten sie es in Ehren, was ihnen selber zur Ehre gereicht und sie haben etliche von den vor kurzem angekommenen Vaterlandslosen ihre Verachtung offen bekundet und gesagt: Ihr müßt erst in den Urwald, dann können wir nach einem Jahre über die Sache reden!“

Argentinien.

Die Hilfsaktion argentinischer Damen zugunsten deutscher und österreichischer Frauen und Kinder. Die Kommission argentinischer Damen, die sich unter dem Vorsitz von Sra. Amalia Madero de Uriburi zu dem hochherzigen Zwecke gebildet hatte, eine Sammlung zur Unterstützung der notleidenden deutschen und österreichischen Frauen und Kinder zu veranstalten, hat dem „Argentinischen Wochenblatt“ zufolge die bisherigen Ergebnisse der Kollekte an den argentinischen Gesandten in Berlin, Dr. Molina, überwiesen und die Verteilung der Summe in folgender Weise bestimmt: 332 640 Mark an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin und die gleiche Summe an den Erzbischof in Köln, ferner 616 000 Kronen an den Erzbischof in Wien. Die Gelder sollen ausschließlich dem obengenannten Zweck zugeführt werden.

KIRCHE UND MISSION

Lodz. Ein deutscher Geistlicher für die Lodzer deutschen Katholiken. Schon im Sommer konnten wir berichten, daß das Warschauer Erzbistum seine grundsätzliche Zustimmung zur Zulassung eines deutschen Geistlichen für Lodz gegeben habe. Dank der Bemühungen der deutschen Katholiken und der deutschen Sejmabgeordneten ist jetzt an der Heiligenkreuzkirche in Lodz ein deutsches Vikariat errichtet worden. Zum ersten Inhaber wurde ein deutscher Pfarrer aus Posen, Heilmann, bestellt. Damit werden die Hoffnungen erfüllt, die sich an die segensreiche Tätigkeit des katholischen Gouvernementspfarrers Brettle knüpften, der sich große Verdienste um die Sammlung der deutschen Katholiken erworben hat.

Gedanken über die Zukunft der deutschen Mission in China

werden im Evangelischen Missionsmagazin (Dezemberheft 1919) von Dr. J. Genähr ausgesprochen. Er verweist zunächst auf die auffällige Tatsache, daß von allen Noten der deutschen Waffenstillstandskommission nur die eine Note über die Mission nicht beantwortet worden sei. China habe sich seine Stellung zur Missionsfrage durchaus vorbehalten. Die nichtchristlichen Chinesen hätten sich nirgendwo, soweit bekannt geworden sei, am Missionseigentum vergriffen. Ja gerade die Chinesen hätten in einer die westlichen „Kulturvölker“ tief beschämenden Weise ihre schützende Hand über das Missionswerk gehalten. Verschwindend wenig Missionare seien aus China selbst ausgewiesen worden. Die Chinesen rechneten bestimmt mit der Wiederkehr der Deutschen. Der britischen Regierung gegenüber müsse die deutsche Missionsarbeit zunächst

eine ruhig abwartende Haltung einnehmen. Hoffentlich würden sich im deutschen Missionswerk keine Schützlinge finden, die unter entehrenden Bedingungen wieder hinausgingen. Ins britische Gebiet freilich solle man ohne Not überhaupt nicht wieder gehen. Der Berliner Frauenverein für China werde z. B. seine Missionstätigkeit in Hongkong nicht wieder aufnehmen, nachdem man seine Schwestern in so erbärmlicher Weise vertrieben habe. Freilich müsse man sich nicht unter die Engländer, sondern unter Gottes starke Hand beugen und demütigen. Da Gott den Engländern die Macht in Hongkong gegeben habe, so könne man sich, wenn die Pflicht rufe, auch dieser Pflicht nicht entziehen, indem man sage, wir arbeiten nicht mehr in der Kolonie, aus der uns die Engländer vertrieben haben. Nur keine Demütigung vor den Engländern dürfe man erdulden und eine gewisse Rehabilitierung vor den Eingeborenen müsse den Missionaren zuteil werden.

Am 16. November schaute das **Diakonissen-Mutterhaus der Frauenhilfe fürs Ausland** auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Es ist auf Anregung des Generalsuperintendenten Dr. Zoellner begründet worden. Im März 1909 trat in Münster in Westfalen die erste Probeschwester ein. Im September hatte man schon 12 auszubildende Schwestern. Bei der Eröffnung des eigenen Mutterhauses übernahm Pastor Fliedner die Leitung, 1912 wurde das Mutterhaus nach Wittenberg verlegt, wo es eigenes Heim und eigenes Krankenhaus mit 90 Betten bekam; im Jahre 1912 war die Schwesternzahl schon auf 50 angewachsen, ein Neubau des Mutterhauses entstand, der 1914 eingeweiht wurde. Im Jahre 1913 wurden die ersten Schwestern ausgesandt, von denen alsbald 3 nach Chile gingen, ihnen folgten 3 weitere nach Blumenau in Brasilien, eine nach Rio Grande do Sul. In Porto Alegre sollte ein deutsches Kranken- und Diakonissenhaus erstehen, das bis zum Krieg bis zu den Grundmauern aufgebaut wurde. Geldmittel zur Weiterführung des Baues sind vorhanden. Einen Bericht der in „Daheim und draussen“, den Mitteilungen der Frauenhilfe fürs Ausland, Juli bis Dezember 1919, erscheint, entnehmen wir, daß die Arbeit der Schwestern sich erfolgreich entwickelte. Trotz schwerer Pöbelausschreitungen ist die Arbeit im großen ganzen nicht behindert worden. Immerhin gingen von den Schwestern manche verloren, die infolge Mangels der Verbindungen mit der Heimat aus der Arbeit ausschieden, weil ihnen der Halt eines Mutterhauses drüben fehlte. Die Aussichten für die Zukunft bezeichnet der Bericht als nicht eben ungünstig. Der Schwerpunkt der Arbeit wird in Brasilien liegen.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Lodz. Deutsches Theater. Die an Stelle des zwangsweise verstaatlichten und damit polonisierten Thaliatheaters getretene „Freie Bühne“ entwickelt sich gut. Hauptanziehungspunkt der Bühne ist Frau Dr. Stenzel, die schon früher bei Liebhaberaufführungen stets in vorderster Linie mitwirkte. Weihnachten hat man sich sogar zur Aufführung der Oper *Preziosa*, Musik von C. M. von Weber, aufzuschwingen vermocht. — Auch deutsche Virtuosen tauchen endlich wieder auf und finden beim nichtdeutschen Publikum großen Beifall (für die Deutschen sind die Preise meist zu hoch). Bisher waren Wilhelm Backhaus und Rita Sacchetto mit Schülerinnen da.

Prag. An einer tschechischen Vorstadtbühne werden jetzt des öfters Wedekinds „Erdgeist“ und „Büchse der

Pandora an einem Abend zusammen gespielt, und zwar in einer guten Übersetzung von Ottokar Fischer. Auch die Aufführung wird in den Prager Kritiken gelobt.

Deutsche Musik in London. Die Königliche Philharmonische Gesellschaft in London brachte am 21. Januar neben Holst's „Beni Mora“ und einem Violinkonzert von Delius die 4. Symphonie von Brahms zur Aufführung. Die „Times“ schreibt dazu bemerkenswerterweise:

„Brahms zu spielen ist stets begründet. Die beste Begründung dafür aber, ihn gerade jetzt zu spielen, liegt darin, daß die französisch-russische Musikinvasion ihn außer Mode gebracht hat, und daß die Königliche Philharmonische Gesellschaft als eine Vereinigung Musikverständiger derartigen Moderauswüchsen entgegenzutreten hat.“

Deutschfeindliches aus den Vereinigten Staaten.

„Die Barbaren der American Legion“ — wie die Chicagoer „Abendpost“ sie nennt — nehmen eine immer ausgesprochenen fremdenfeindliche Haltung ein. Ihr Vollzugsausschuß wandte sich neuerdings telegraphisch an das Amerikanisierungskomitee in Washington und hieß die skandalöse Bekämpfung deutscher und österreichischer Künstler und ihrer Darbietungen „voll und ganz“ gut, da diese Darbietungen als amerikafeindliche Propaganda gedeutet werden müßten.

Buenos Aires. Hermann Lehmann, ein deutscher Maler, der sich seit längeren Jahren in Argentinien aufhält, hat eine eigene Ausstellung von 34 Werken veranstaltet, die von der Kritik außerordentlich gut aufgenommen wurde. Seine Bilder behandeln argentinische Landschaftsmotive.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Für die deutschen Auslandsschulen.

Unter dem Namen „Bafusia“, Bund aller Freunde unserer Schulen im Auslande, ist aus den Kreisen früherer Auslandlehrer eine Vereinigung gegründet worden, die Aufklärung über den Wiederaufbau des zerstörten deutschen Schulwesens im Auslande verbreiten will. Auch andere als Lehrerkreise werden zur Mitarbeit aufgefordert. Alle Zustimmungen, Anregungen und Vorschläge werden erbeten an den geschäftsführenden Ausschuß: Oberlehrer Westermann, Staatl. Goethe-Gymnasium, Hannover.

Lodz. Deutsches Gymnasium. Am kommenden Schuljahrende werden erstmals Oberprimaner die Reifeprüfung ablegen. Treten nicht noch Änderungen ein, so wird die Prüfung in deutscher Sprache stattfinden können, in polnischer Sprache wird nur Polnisch, polnische Geschichte und Literatur und polnische Erdkunde geprüft. Hier sind allerdings die Anforderungen besonders hoch, namentlich wenn man den Umstand berücksichtigt, daß die Schüler zur Russen- (und leider auch zu einem Teil der Deutschen-) Zeit keinen polnischen Sprachunterricht genossen. — Mit dem neuen Jahr hat an der Schule der Unterricht in Esperanto begonnen; er wird von dem Lodzer Esperantovorkämpfer H. Zimmermann erteilt.

Warschau. Deutsches Volksschulwesen in Polen. Bekanntlich wurden im März 1919 die während der deutschen Besetzung gegründeten beiden deutschen (evangelischen und katholischen) Schulverbände von der polnischen Regierung geschlossen und die Schulen — mehr als 500 — in staatliche Verwaltung genommen. Eine im April und Mai vorgenommene Elternerkklärung entschied über die Unterrichtssprache dieser

Schulen endgültig, hierbei gingen eine Reihe von alten deutschen Volksschulen trotz aller Anstrengungen verloren. Soweit dies nur durch Übergriffe untergeordneter polnischer Organe geschehen war, hat die Tätigkeit der deutschen Sejmabgeordneten manches helfen können, offenbar blieben aber vielfach Mißstände bestehen. Namentlich litten die in ihrer Entstehung frühesten deutschen Schulen des Landes, die Kantoratsschulen, sehr unter den neuen Verhältnissen, außerdem aber konnte hier der Eigentumsübergang der Schulbaulichkeiten auf die politische Gemeinde durch nichts gerechtfertigt werden. Durch eindringliche Vorstellungen der Abgeordneten ist es nun auch hier gelungen, Abhilfe zu schaffen. In einem unmittelbar vor Weihnachten veröffentlichten Erlaß des polnischen Unterrichtsministeriums wird sehr ausführlich auf die Kantoratsschulverhältnisse eingegangen und betont, daß sie Eigentum der evangelischen Kirchengemeinden sind. Wird nach dem Erlaß verfahren und legen die leider größtenteils polnisch gesinnten evangelischen Geistlichen nicht neue Schwierigkeiten in den Weg, so kann man vorerst über das Schicksal der deutschen Kantoratsschulen (Schulen an Orten, wo das Pastorenamt in Vertretung von Geistlichen durch Lehrer ausgeübt wird) beruhigt sein. hg.

Dorpat. Eine Anzahl deutscher Gelehrter hat einen Ruf an die nunmehr estnische, früher deutsche Universität in Dorpat erhalten, so der Jenaer Professor Grober einen Ruf auf den Lehrstuhl für innere Medizin, der Heidelberger Professor Dr. W. Groß, Direktor des Pathologischen Instituts, einen Ruf auf den Lehrstuhl für pathologische Anatomie (beide Gelehrte haben schon während der deutschen Besetzung in Dorpat gewirkt), ferner Professor Stieda-Halle einen Ruf auf den Lehrstuhl für Chirurgie, endlich der Bibliothekar und Professor für englische Philologie Professor Dr. Eckhardt-Freiburg i. B. einen Ruf auf den Lehrstuhl für englische Philologie. Die estnische Regierung lehnt aber eine Garantie für die Sicherheit des Lebens der Gelehrten ausdrücklich ab. Sie bietet zwar finanziell glänzende Bedingungen, doch ist das Leben in Dorpat derart teuer, daß das die Höhe der Gehälter gar sehr ausgleicht. Der Universität sind bis jetzt rund eine Million Mark an Stiftungen gegeben oder in Aussicht gestellt. So hat der estnische Gesandte in Paris 3000 Mark zur Begründung eines Lektorats für Französisch gependelt. Einem Privatdozenten für Germanistik, Dr. von Sabel, ist übrigens die Abhaltung von Vorlesungen über Germanistik bereits gestattet worden. Den russischen Glockenturm auf dem Gebäude der Universität, den man einst dem Deutschtum zum Trotz aufgesetzt hatte, will jetzt die estnische Regierung wieder beseitigen. Er war gerade keine Zierde der Hochschule. Die Kreuze und die übrigen Heiligtümer sollen der estnischen Kirche übermittlelt werden.

Malaga. Deutsche Schule. Die deutsche Schule legte einen Bericht vor, der aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Schule vom Schulleiter Wilhelm Köthke erstattet wird. Im März 1898 bildeten 7 Herren zunächst einen Ausschuß zur Gründung eines Schulvereins. Nachdem etwa 2000 Pesos Jahresbeitrag gezeichnet waren, wandte man sich auch an weitere Kreise derer, die früher in Spanien ansässig waren und erhielt weitere 2648 Pesos von 30 auswärtigen Freunden, zum Teil Großindustriellen. 51 Mitglieder begründeten dann am 3. April 1898 den Verein und wählten einen Schulvorstand, der vom Auswärtigen Amt durch das Konsulat 2112 Pesos erhielt. Die Schule erhielt auf diese Weise sofort die Grundlage

des Reiches. Der deutsche Charakter der Schule sollte anfangs dadurch gewahrt werden, daß Ausländer ein erhöhtes Schulgeld bezahlten. Das „änderte sich aber langsam mit der veränderten politischen Auffassung und dem sich festigenden Glauben an die innere Kraft des deutschen Charakters“. Die Schule wechselte im ersten Jahrzehnt sechsmal ihre Mietswohnung. Heute teilt sie mit einer spanischen Familie den zweiten Stock eines Hauses, das allerdings in bezug auf Lage und Größe der Zimmer gewisse Vorteile hat. Immerhin fehlt das eigene Haus, fehlt der Turn- und Spielplatz, wie auch der Kindergarten. 1904 knüpfte das Auswärtige Amt an die Erhöhung seiner Unterstützung die Bedingung, daß von dem Betrag mindestens 1000 Mark für den Ankauf eines Grundstückes verwandt werden sollten. Man dachte an ein „deutsches Haus“, das auch die Schule beherbergen sollte, der Wunsch fand aber keine Erfüllung. Der Baufond, der im ersten Kriegsjahr 6447 Pesos betrug, mußte nach Abmeldung von 37 Mitgliedern zur Bestreitung der laufenden Ausgaben herangezogen werden. Er wurde zwar wieder durch einen Reichszuschuß ersetzt, aber nicht wieder zinsbringend angelegt, da er verfügbar bleiben mußte. Er wurde noch einmal auf 6970 Peseten ergänzt. Durch Kursverlust, Ausfall von Schulgeldern und Mitgliedsbeiträgen wurde er abermals verbraucht. 1912 bis 1917 war der Schule ein Kindergarten angegliedert, der etwa 20 spanische Kinder für den Schulbesuch vorbereitete. Der Garten mit dem Gartenhäuschen war leihweise zur Verfügung gestellt, wurde aber dann später dem Besitzer und dann auch der Schule wieder gekündigt. Dem Verein gehörten 1918 noch 21 Mitglieder an. Seine Bücherei ist klein und besteht größtenteils aus Geschenken. Von 1893 bis 1917 haben 805 Schüler die Schule besucht, 123 457 Peseten Schulgeld wurden vereinnahmt, 24 455 Peseten Mitgliederbeiträge und 91 341 Peseten Reichsbeihilfe. Besonders verdient machte sich um die Schule der Begründer, Pastor Schumann. Zuletzt lehrten an ihr drei ordentliche Lehrer und drei Hilfskräfte. Von den 41 Schülern waren im Jahre 1917 25 Knaben und 16 Mädchen, 26 waren Deutsche, 10 Spanier und 5 gehörten anderen Nationalitäten an. Bezeichnend ist, daß von 26 reichsdeutschen Schülern zu Beginn des Jahres 1918 nur 10 auch in der Familie deutsch sprachen.

Die deutschen Schulen in Paraguay.

Die deutsche Zeitung für Paraguay berichtet, daß der deutsche Reichskommissar für Schulangelegenheiten, Professor Dr. Keiper (der nach hervorragender Tätigkeit in Argentinien die deutsche Hochschule in Tsingtau lange Zeit erfolgreich geleitet hat) von einer Studienreise durch Paraguay zurückgekehrt sei und nun die Schaffung einer Zentralstelle für Schulangelegenheiten in Asuncion plane. Zwei bis drei Mitglieder des deutschen Volksbundes, der Vorstand des deutschen Schulvereins und der Leiter der deutschen Schule daselbst sollten den Zentralausschuß bilden. Er solle eine Auskunfts-, Vermittlungs- und Beratungsstelle für Schulangelegenheiten sein, dessen besondere Aufgabe sich erst in der Praxis ergeben würde. Technische Fragen, wie die Vereinheitlichung des Lehrplans und der Schulmittel, sollten von der Vereinigung der Lehrer selbst gelöst werden. Lesestoff aus Paraguay sollte in die deutschen Fibeln aufgenommen werden. Den Schulen auf den deutschen Kolonien sollten Grundstücke zur Verfügung gestellt werden, aus deren Bearbeitung und Ertrag die Lehrergehälter verbessert werden könnten, da die lokalen Schulvereine die notwendigen Kosten zum Teil selbst nicht aufzubringen vermochten. Anfänge zur Ausführung dieses Planes sind in einigen Kolonien schon gemacht.

AUSLANDDEUTSCHTUM AN DEUTSCHEN SCHULEN

Wie wir aus sicherer Quelle hören, soll die Kadettenanstalt in Lichterfelde zu einem großen allgemeinen Internat zur Erziehung deutscher Auslandjugend umgestaltet werden. An die Spitze der Anstalt sollen zwei bekannte Schulmänner treten. Es werden uns die Namen des bekannten Münchener Oberstudienrats und Pädagogieprofessors Dr. Kerschensteiner und des früheren Direktors der Antwerpener Mittelschule Dr. B. Gaster, eines der hervorragendsten Pädagogen an deutschen Auslandsschulen genannt. Beide Herren sollen sich der Durchführung des Planes widmen.

Leipzig. Zentralverband auslanddeutscher Studierender. Am 15. und 16. Januar traten in Leipzig die Vertreter der in Deutschland bestehenden Vereinigungen auslanddeutscher Studierender zusammen, um einen Zentralverband zu begründen. Die Vorarbeiten dazu leitete die Leipziger Vereinigung in Verbindung mit der seit November 1918 in Berlin bestehenden Schwestervereinigung. Am 15. Januar fanden Vorbesprechungen statt, am 16. Januar wurde der vorgelegte Satzungsentwurf eingehend durchberaten und der Verband begründet. Ziel des Verbandes ist: Zusammenschluß der auslanddeutschen Studierenden zu deutscher Kulturarbeit, sowie Interessenvertretung im Reiche und im Auslande. Körperschaftlich beigetreten sind außer den beiden genannten Vereinigungen die Vereinigungen in Tübingen, Stuttgart, Hohenheim, Marburg, Jena (Vereinigungen der Siebenbürger Sachsen und des akademischen Baltenbundes), außerdem nahmen Vertreter von München, Hannover und Frankfurt an der Sitzung teil. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender cand. theol. G. Scheddler-Leipzig, stellvertretender Vorsitzender cand. jur. J. Günter-Jena, Schriftführer cand. theol. Franz Schwertner-Marburg, Kassenwart cand. theol. Kneifel-Leipzig.

Berlin. Verein auslanddeutscher Studierender. Den Vorsitz der Vereinigung hat jetzt Herr cand. jur. Johannes Günther, Charlottenburg 2, Schillerstr. 5.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Laibach. Die deutschen Schutzvereine. Das deutsch-reichische Staatsamt für Äußeres hatte auf Bitten des deutschen Schulvereins und des Vereins Südmark an die Landesregierung für Slowenien in Laibach eine Eingabe gerichtet, die Auflösung der Landesgruppen dieser beiden Vereine rückgängig zu machen und das beschlagnahmte Vermögen, das schon zum Teil verkauft worden ist (Schul- und Kindergartengebäude), rückzuerstatten. Darauf ist eine Antwort gegeben worden, die eine glatte Absage enthält. Die Auflösung der Ortsgruppen der Südmark und des deutschen Schulvereins sei zu Recht erfolgt, weil die beiden Vereine deutsche Kampfvereine gewesen seien, die auch mit veränderten Statuten im neuen Staate unmöglich sein würden. Es käme nicht das Vermögen von österreichischen Untertanen in Betracht, sondern das Vermögen von Kampfvereinen, welches sie größtenteils im jetzigen Gebiet des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen erworben hätten. Der Friedensvertrag sei also nicht verletzt. Darin liegt natürlich eine Rechtsbeugung, gegen die der „Oberste Rat“, wenn er es ernst mit dem Recht der Minoritäten meint, eigentlich einschreiten müßte.

Budapest. Deutsche Silvesterfeier. Der Gesellschaftskreis, der sich um Gräfin Degasse-Lindheim und General Phleps schart, der siebenbürgische Verein Transsylvania und die deutschen Hochschüler hatten sich zusammengetan, um eine deutsche Silvesterfeier zu veranstalten, die ein Ausschuß vorbereitete. Dr. Ernst Imrich leitete, wie wir der „Deutschen Arbeit in Ungarn“ entnehmen, den Abend mit einer Begrüßungsansprache ein. Lieder- und Musikvorträge, Ansprachen und Vorträge, zum Teil in magyarisch-deutsch, gingen dem Tanze voran. Um die Mitternachtsstunde versammelte General Phleps die Gäste und richtete an die Deutschen Ungarns die Mahnung, ihre Kräfte zusammenzuraffen, um das Vaterland einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Großberskerék. Deutscher Wirtschafts- und Kulturverein. Die deutschen Volksgenossen in dem von den Serben besetzten Städtchen planten einen solchen Verein, in Gestalt eines deutschen Kulturvereins, dessen Gründung ihnen aber verwehrt wurde. So begründeten sie ihn einfach als Genossenschaft und ließen sich handelsgerichtlich eintragen. Zweck der Genossenschaft ist die Zusammenfassung des Deutschtums des Komitats Torontal zur Wahrung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Interessen. Es soll ein deutsches Tageblatt ins Leben gerufen werden, Volksbüchereien sollen geschaffen und in einzelnen Ortschaften aufgestellt werden. Auf der zahlreich besuchten Gründungsversammlung wurden sofort über 250 Anteilscheine gezeichnet.

Lodz. Das deutsche Vereinsleben gewinnt zusehends an Kraft. Sind es auch meist Unterhaltungsvereine, die blühen — auch in Gesang-, Sport- und andern Vereinen spielt der Tanz meist die ausschlaggebende Rolle —, so ist doch schon allein der Zusammenschluß an sich erfreulich. — Beim Turnverein „Eiche“ ist eine Damenriege gebildet worden, bei der man viele gute deutsche Namen liest. — Der Gesangsverein „Concordia“ hat Weihnachten sein 50jähriges Bestehen festlich begangen. — Der „Lodzer Männergesangsverein“, der bis vor einem Jahr ein eigenes Haus besaß, hat einen Frauenchor gegründet.

Christiania. Familienabend der deutschen Gemeinde. Am letzten Familienabend, am 14. November, beteiligten sich 270 Teilnehmer, die von Ingenieur Hoffmann begrüßt wurden. Privatdozent Dr. Wolgast hielt einen Vortrag über die neue deutsche Reichsverfassung. Schließlich wurden durch Vermittlung des Herrn Dolle norwegische Naturfilmaufnahmen vorgeführt.

Vereinigte Staaten. Deutsches Vereinsleben in Chicago. Über das deutsche Vereinsleben weiß die Chicagoer „Abendpost“ vom 31. 12. 1919 zu berichten, daß es aus seinem Kriegsschlaf gründlich erwacht sei und dies in der zweiten Hälfte des Jahres durch regstes Leben bewiesen habe. Hervorgehoben wird, daß ein großer Teil der Veranstaltungen in den Dienst des deutschen Hilfswerkes gestellt wurde.

Der „Frauenverein des Deutschen Altenheimes“ und der „Deutsche Schützenverein“ konnten ihr 40jähriges, die Loge „Lily of the West“ und der „Lake View Damenverein“ ihr goldenes bzw. silbernes Jubiläum feiern.

Von großer Bedeutung für das Deutschtum waren ferner der Nationalkonvent des Deutschen Römisch Katholischen Zentralvereins und eine Sitzung des Illinois-Turnbezirks, welche wichtige Schritte zur Abhaltung des Bundesturnfestes in Chicago im Sommer 1921 tat und dabei eine ganz neue Bahn beschritt. Der Turnverein Lincoln schwang sich zum Ankauf der von ihm benutzten Halle auf und hielt in Verbindung damit

eine große „Fair“ ab. Die Betätigung des Deutschtums auf politischem Gebiet setzte sich die im Laufe des Jah es gegründete „Independent Voters Association“ zum Zweck, die sich später mit dem andere deutsche Ziele verfolgenden Deutsch-Amerikanischen Bürgerbund vereinigte.

Das für seine segensreiche Tätigkeit zu klein gewordene Deutsche Diakonissenhospital veranstaltete im Herbst eine allgemeine öffentliche Geldsammlung für seinen Baufonds, mit welchem es einen großen Anbau zu errichten gedenkt.

Montevideo. Deutsche Evangelische Gemeinde. Dem letzten Jahresbericht der Gemeinde (vom 1. September 1918 bis 31. August 1919 wird darin berichtet) entnehmen wir, daß 49 Gottesdienste abgehalten wurden, die insgesamt von 1560 Personen besucht waren. Der Religionsunterricht war durchschnittlich von 15 bis 20 Kindern besucht. 6 Konfirmanden wurden eingeseget. Die Kirchenkasse schließt in Anbetracht der ausgebliebenen Unterstützungen aus der Heimat mit einem Fehlbetrag ab, für dessen Deckung noch gesorgt werden muß. Die Gemeinde ist 1842 begründet, seit 1909 hat sie ein eigenes Pfarrhaus, seit 1910 eine eigene Kirche.

Montevideo. Deutscher Hilfsverein. Der Deutsche Hilfsverein hat während des Krieges 998 Deutsche und 233 zumeist deutschsprechende Österreicher unterstützt. Ferner hat er 174 Türken, 112 Bulgaren, 65 Deutsch-Südamerikanern, 53 Deutsch-Schweizern und 95 Angehörigen verschiedener Nationen Unterstützung zugewendet, im ganzen also 1730 Personen geholfen. Im letzten Jahre hat er nur mehr Deutschsprechenden mit Geldmitteln geholfen, den übrigen aber durch Nachweis an Arbeit Beihilfe geleistet. 233 der Unterstützten stammten aus dem Lande, über 1000 Personen waren Durchreisende. Dank der Opferwilligkeit aller Deutschen war der Hilfsverein imstande, seinen Aufgaben stets nachzukommen. Der Verein hat die Absicht, ein eigenes Haus im Hafenviertel für seine Zwecke zu mieten oder zu kaufen, um ein Seemanns-, Männer- und Altersheim, die Amtszimmer des Hilfsvereins und eine große einfache Pension unterzubringen. Im jetzigen deutschen Männerheim wohnten, dem Jahresbericht 1918/19 zufolge, 13 Mann täglich gegen 10 im Vorjahre mit 4856 gegen 3722 Verpflegungstagen. Die Hälfte davon waren Seeleute. Der Verpflegungssatz ist äußerst niedrig, da die Verpflegten zum Teil Arbeit mit leisten. Die Gäste des Heims waren in der Mehrzahl sehr zufrieden, doch beklagt der Verein auch bei manchen Gästen Aufrührung und Unzufriedenheit, die zumeist mit der Trunksucht der Betreffenden in engem Zusammenhang steht. Für die Kranken wurde die Hilfe der Krankenhäuser weitgehend in Anspruch genommen, die deutschen Ärzte haben deutsche Kranke auf Ansuchen des Vereins unentgeltlich behandelt. Im letzten Jahre sind allerdings mehr Deutsche von der Polizei aufgegriffen und verhaftet worden, als in allen vorhergehenden Jahren zusammengekommen. Das wirft ein klares Licht auf die Verhältnisse, zumeist handelte es sich um aus Argentinien ausgewiesene Personen. Auch eine große Anzahl von Diebstählen gerade in deutschen Häusern sind auf diese minderwertigen zugereisten deutschen Elemente zurückzuführen. Das alles aber entmutigt den Verein nicht in seiner Arbeit, auch diese Landsleute wieder der Moral und Sitte zuzuführen. Vor allem heißt es, ihnen Arbeit zu verschaffen, und hier appelliert der Verein an alle seine Mitglieder und deutschen Landsleute. Namentlich bittet er aber um Zuweisung von Kleidungsstücken und gebrauchten Gegenständen. Die Bibliothek des Vereins zählt 1100 Bände, sie war früher öffentlich zugänglich, mußte aber wegen verschiedener unangenehmer Vorkommnisse mit diesem Brauch brechen und ist nur noch gegen Einlaßkarte

offen. Angesichts der Notlage in Deutschland hat der Verein eine Sammlung organisiert und hat Lebensmittel-, Fett- und Seifenpakete zusammengestellt. 800 Pakete wurden so verpackt. Zur Zeit der Abfassung des Berichts war aber die Absendung noch nicht möglich, weil die Reichsregierung noch nicht erklärt hatte, daß die Pakete der Beschlagnahme nicht unterliegen würden. Die Aussichten für die Zukunft beurteilt der Verein mit Entschlossenheit und Zuversicht: „Jetzt heißt es die Zähne zusammenbeißen und zeigen, daß wir weiter bereit sind, für den teuren deutschen Namen nach unseren Kräften einzutreten.“

Buenos Aires. Der Deutsche Volksbund für Argentinien hat am 13. November seinen zweiten diesjährigen Vortragsabend veranstaltet. Dabei referierten Herr Dr. Franck über die Tätigkeit der Bundesleitung in den letzten Monaten und Herr Schiemann über die Beratungsstellen für Einwanderer, die der Volksbund errichtet hat. Anschließend hielt Prof. Dr. Merzbach einen Vortrag über die Bevölkerungsbewegung in den europäischen Ländern vor und nach dem Kriege, mit besonderer Berücksichtigung der Einwirkung der Hungerblockade.

Buenos Aires. Der Deutsche wissenschaftliche Verein hielt hier, wie uns berichtet wird, am 11. Dezember seine alljährliche Hauptversammlung ab. In ihr wurde Bericht über die Vereinstätigkeit im vergangenen Geschäftsjahre erstattet. Der langjährige frühere Vorsitzende, Prof. Dr. W. Keiper, dem der D. W. V. in erster Linie seine Erfolge zu verdanken hat, wurde zum Ehrenmitglied ernannt. An Stelle ausscheidender Vorstandsmitglieder wurden Herr Dr. W. Schulz zu stellvertretenden Vorsitzenden ernannt und Herr Dr. W. Röhrer zugewählt.

Buenos Aires, Verein zum Schutze germanischer Einwanderer. Dem in der Hauptversammlung vom 30. April 1919 vorgetragenen Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1918 entnehmen wir, daß das erstrebte Zusammenarbeiten mit der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft im Berichtsjahr durchgeführt wurde. Anfangs wurden wöchentlich Listen der nichtbesetzten Stellen mit der D. W. G. ausgetauscht, später erfolgte der Austausch täglich. Ferner wurde mit der D. W. G. die Vereinbarung getroffen, daß alle offenen Stellen nur dann mit Bewerbern nichtdeutscher Zunge besetzt würden, wenn bei beiden Vereinigungen kein geeigneter deutschsprechender Bewerber vorhanden wäre, oder wenn es sich um Arbeiten handelte, für die sich Deutsche nicht eigneten. Der Plan einer Stellenvermittlungszentrale wird weiter verfolgt. Der Plan der Verschmelzung mit der D. W. G. wird gleichfalls mit guter Aussicht auf Erfolg weiterbehandelt. 3953 Personen wurden in die Listen eingetragen und 3830 Personen wurde Arbeit oder Stellung vermittelt. (Die entsprechenden Zahlen des Vorjahres waren 3998 und 3556.) Unter den Stellungsuchenden waren 2364 Deutsche, 685 Österreicher, 429 Spanier, 230 Türken, 88 Schweizer, 78 Argentinier, 58 Skandinavier, 21 Holländer. Dem Beruf nach gab es 2285 Arbeiter unter ihnen, 168 Diener, 127 Zimmerleute, 109 Tischler und so fort. Die von der D. W. G. auf Antrag des Vereins gewährten Reisevorschüsse sind bis auf wenige Ausnahmen prompt zurückerstattet worden. Der Verein zählte 157 Mitglieder. Der Kassenbestand des Vereins ist nicht ungünstiger, doch harren seiner gewaltige Aufgaben im neuen Jahre.

Buenos Aires. Der „Deutsche Lehrerverein“ verabschiedete in seiner Dezembersitzung in ehrender Weise drei Mitglieder von der Belgranoschule, die Oberlehrer Harnist, Laube und Scholl, die um die Jahreswende nach Deutschland zurückzugehen gedachten. Herr Scholl erwiderte namens der Scheidenden und versicherte, daß sie auch in der alten Heimat jederzeit für die Interessen der deutschen Auslandsschule und der Auslandslehrer-

schaft in Südamerika eintreten würden. In der gleichen Versammlung wurde Herr Lehrer Krafft, der nach Teilnahme am Feldzug zurückkehrte, begrüßt.

Von der „Deutschen Frauenhilfe in Buenos Aires“. Die „Deutsche Frauenhilfe“ hat ihre Tätigkeit zum Besten notleidender Frauen und Kinder in der Heimat nunmehr abgeschlossen und ihre Sammlungen von Geld, Kleidern und Gebrauchsgegenständen beendet. Dank der rührigen Hausarbeit der Frauen und Mädchen sind ganz bedeutende Mengen wertvoller Gaben eingegangen. Außer Buenos Aires selbst trugen zum Gelingen des wohltätigen Werkes besonders bei: Rosario, La Plata, Quilmes, Tucumán und Mendoza. „Die für Bedürftige in Österreich bestimmten Gaben wurden separat verpackt und sollen laut einer dem bisherigen diplomatischen Vertreter übergebenen Übersichtsliste auf dem Wege über Berlin den zuständigen Persönlichkeiten mit der Bitte um Verteilung übergeben werden. Die Verteilung der für die deutsche Heimat bestimmten Gaben ist dem Hauptverband des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin vertraut worden.“

Der Anschaffungspreis dieser wertvollen Liebesgaben wird auf rund 200000 Dollar angenommen; der wirkliche Wert ist jedoch dank des gebefreudigen Arbeitsfleißes aller deutschen und deutschfreundlichen Damen erheblich höher. Die Geldsammlungen, die von jungen Damen der deutschen Kolonie veranlaßt wurden, ergeben den Gesamtbetrag von 104720 Pesos, von denen nach Deckung aller Kosten noch 18665 Dollar in bar nach Deutschland überwiesen werden konnten. (Das sind nach heutigem Kursstande etwa 400000 Mark, von denen zehn Prozent zur Verwendung für Notleidende in Österreich bestimmt sind.) Aus dieser Summe sollen zunächst sämtliche mit den Sendungen und deren Verwendung verbundene Unkosten gedeckt und der dann verbleibende Überschuß zur Verfügung des Vaterländischen Frauenvereins gestellt werden, zwecks Verwendung im Sinne der Bestrebungen der „Deutschen Frauenhilfe in Buenos Aires“.

Der „Deutsche Frauenverein“ in Buenos Aires, Calle Agüero 1327, Ecke Mansilla, bietet stellungsuchenden alleinstehenden Mädchen und Frauen gute Pension zu 2 Dollar täglich.

Buenos Aires. Deutscher Frauen-Verein. Ein Wohltätigkeitsabend im deutschen Klub brachte einen ausverkauften Saal und einen vollen Erfolg. Zwei Einakter von Ludwig Fulda wurden aufgeführt, klassische Tänze wurden von Schülerinnen der höheren Klassen getanzt. Die Einnahmen des Abends setzen den Verein instand, auch weiterhin seinen Zweck zu erfüllen.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Vom Bund.

Von der Bundeszentrale.

Zu unserer Liste der Länderabteilungen der Ortsgruppe Berlin (in Nr. 3) geben wir heute folgende Änderungen bekannt:

Abteilung Italien, jetzt Berlin W. 8, Charlottenstr. 50/51.

„ Türkei, Herrn Direktor Kaufmann . . .

„ Amerika, Berlin C. 2, Burgstr. 30, Fernsprecher Norden 9028.

Diese Abteilung umfaßt jetzt ganz Amerika (nebst Kolo-nien) mit Ausnahme der europäischen Kolonien, die zu den Abteilungen ihrer Mutterstaaten gehören.

Für alle Länder, die bislang keine eigene Abteilung haben, ist bis zur Gründung solcher eine Sammelstelle X-Länder (Herr Ackermann) gebildet: Berlin W. 10, Rauchstr. 23.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Freistaat Hessen. Die Dezemberversammlung wurde, von Herrn Schafft geleitet und von gegen 80 Mitgliedern besucht, in Darmstadt abgehalten. Der Vorsitzende gab die Gründung einer Ortsgruppe Gießen bekannt und gab dem Wunsche Ausdruck, daß sich im besetzten Gebiet, etwa in Mainz, eine weitere Ortsgruppe bilden möge. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung durch Herrn Schmitt gab Herr Davidson einen kurzen Bericht über die letzte Vertreterversammlung in Berlin, deren wesentlichster Teil sich um die Frage der Vorentscheidung drehte. Der Vorschlag, daß Prüfungs- und Spruchkommissionen in Darmstadt ihren Sitz haben sollen, wird nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Herr Davidson versprach, falls er demnächst nach Berlin kommen sollte, diesen Wunsch zum Ausdruck zu bringen. Für die notleidenden Wiener Kinder wurde eine Tellersammlung veranstaltet, die den Gesamtbetrag von 112 Mark ergab. Zu Punkt 4 der Tagesordnung verlas Herr Schafft einen Auszug aus einem Rundschreiben des Bundes über die Arbeitsmöglichkeit der Auslandsdeutschen beim Wiederaufbau zerstörter Gebiete. Eine Einzeichnungsliste dafür ließ der Vorsitzende herumgehen und gab bekannt, daß auswärtige Mitglieder sich schriftlich melden könnten.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. Ortsgruppe. Am 18. Dezember fand im Hotel „Alter Askanier“, Anhaltstraße 11, eine Versammlung statt, in der unter starker Beteiligung der Deutschen aus Amerika eine Abteilung „U. S. Amerika“ der Ortsgruppe Berlin gegründet wurde. Der Verlauf der Debatten, an denen Herr Konsul Peter als Bundespräsident regen Anteil nahm, zeigte, ein wie großes Interesse die Anwesenden dem Zusammenschluß entgegenbrachten und wie weitgehend die Aufgaben sind, die der neuen Abteilung erwachsen werden. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Herrn Otto Schäfer als Vorsitzenden, Herrn K. O. Bertling als stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Heinrich Wendt als Schriftführer, Herrn Walther Sudtfeld als Schatzmeister und Dipl.-Ing. Dziuk, Fräulein Dr. Rodha-Erdmann und Herrn Bloch als Beisitzern. Die Geschäftsstelle der Abteilung befindet sich vorläufig im Bundeshaus, Rauchstr. 23.

Bremerhaven. Ortsgruppe Unterweser. Am 5. Dezember vorigen Jahres wurde von den in den Unterweserorten Bremerhaven, Lehe, Geestemünde und Umgebung ansässigen Auslandsdeutschen und der Reichsvereinigung ehemaliger Zivilgefangenen „Unterweser“ eine Versammlung einberufen, in der eine Ortsgruppe „Unterweser“ des B. D. A., Sitz Bremerhaven, gegründet und dem Landesverbande Preußen angeschlossen wurde. Der Bund hat hier bereits viel Arbeit in der kurzen Zeit seines Bestehens geleistet; ist doch dadurch, daß die Regierung unsere gesamte Handelsflotte den Alliierten ausgeliefert hat, die Not gerade unter unseren Mitgliedern groß. Es galt unseren ganzen Einfluß auf die Behörden auszuüben, damit endlich in dringenden Fällen das große Elend der Auslandsdeutschen und Zivilgefangenen etwas gemildert werde. Der Vorsitz setzt sich zusammen: I. Vorsitzender: Hans Grottegut, Frankreich; stellv. Vorsitzender: Richard Meinert, Italien; Schriftführer: Ernst Waltjen, Canada; stellvertr. Schriftführer: August Gleichmann, Frankreich; Schatzmeister: Erich Berger, Frankreich; stellvertr. Schatzmeister: Frau Hans Berthold, Italien.

Hamburg. Abteilung China. Die Abteilung China wurde

am 28. Januar in einer überfüllten Versammlung begründet. Herr Heinemann wurde als Vorsitzender gewählt. Als Auslandsdeutsche zur Mitgliedschaft des Bundes berechtigt gelten nur diejenigen, welche mindestens 2 Jahre vor Ausbruch des Krieges in China gelebt und dort ihr Einkommen gehabt haben und solche, die sich bei Ausbruch des Krieges auf Urlaub befanden. Hongkong wird dabei als britische Kolonie angesehen. Die Hongkong-Deutschen sollen sich der Abteilung Groß-Britannien anschließen.

Mannheim. Die Ortsgruppe veranstaltete am 22. Dezember im großen Saale des Ballhauses eine Weihnachtsfeier für ihre Mitglieder und deren Familien. Eine große Anzahl von Flüchtlingen aus aller Welt und gegen 250 Kinder scharten sich um den heimatlichen Christbaum. Das Fest wurde mit musikalischen Darbietungen würdig eingeleitet. Ein Prolog gab sodann die Stimmung der Heimgekehrten verständnisvoll wieder. Als die Christbäume angezündet waren, hielt Pfarrer Wettstein, der Vorstand der Ortsgruppe, eine warm empfundene Ansprache, in welcher er aus dem Dunkel der Zeit hinwies auf das Licht, das uns in der Weihnacht aufgegangen ist und das uns allein in eine bessere Zukunft hineinleuchten kann. Bei der dem gemeinschaftlichen Gesang von „O du fröhliche Weihnachtszeit...“ folgenden Bescherung und einer kleinen Verlosung kam der Jubel der Kinder zum Ausbruch, und es entwickelte sich bei Tee und von einigen Auslandsdeutschen-Damen selbstangefertigtem Backwerk ein gemütliches Beisammensein. Ein lebendes Bild und ein heiteres Theaterstückchen, von mehreren Mitgliedern und ihren gütigen Helfern in frischer Weise aufgeführt, bildeten den Schluß des genußreichen Nachmittags.

Wilhelmshaven-Rüstringen. Auch hier wurde im Herbst eine Ortsgruppe gegründet, der sich sofort eine große Anzahl von Auslandsdeutschen anschloß. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr H. Schell, zur 2. Vorsitzenden Fräulein Luther und zum Schriftführer Herr Unkenboldt ernannt.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Der für Madrid in Aussicht genommene Vertreter Dr. Rosen, der von der Regierung als unerwünscht bezeichnet worden ist, soll neueren Nachrichten zufolge nun doch im Haag verbleiben auch der für Italien in Aussicht genommene deutsche Diplomat, von Lucius, wird, wenn auch in schonendster Form, von der dortigen Regierung abgelehnt und wird seinen Posten nicht übernehmen.

Die „Deutsche Wochenschrift für die Niederlande“ meldet die Versetzung des Gesandten Dr. Rosen vom Haag nach Madrid, die inzwischen, da die spanische Regierung die Person des in Aussicht genommenen Gesandten nicht als genehm bezeichnete, unterblieben ist. Die deutsche Wochenzeitung für die Niederlande fügt aber der Meldung die nachstehenden Worte zu, die wir ohne Kommentar wiedergeben: „Der deutschen Gemeinsamkeit trat Exzellenz Dr. Rosen nur bei außergewöhnlichen offiziellen Gelegenheiten näher, so daß die Deutschen im allgemeinen nicht imstande waren, sich ein Urteil über ihn zu bilden.“ Den neuen Gesandten, Obersten Renner, begrüßt das Blatt mit folgenden Worten: „Wir gestatten uns, dem neuen Gesandten unsern herzlichsten Glückwunsch darzubieten und ihm gleichzeitig die Bitte vorzulegen, der deutschen Gemeinsame in den Niederlanden soviel Interesse zu widmen, als mit seiner so delikaten Stellung in einem neutralen Staate zu vereinbaren ist. Von dem zum Generalkonsul ernannten und ins Auswärtige

Amt berufenen Amsterdamer Konsul H. C. Cremer sagt die Zeitung: „Herr Generalkonsul Cremer, ein bekannter Bremer Großindustrieller und -Kaufmann kam am 9. Sept. 1914 nach Amsterdam, wurde im Dezember desselben Jahres zum deutschen Konsul ernannt und betreute während des Kriegs die deutschen Handelsinteressen in einer Weise, daß seine Ernennung zum Generalkonsul die würdigste Folge war.“

Deutsche Vertreter im Ausland. Wie das „Argentinische Wochenblatt“ mitteilt, wird der deutsche Vizekonsul, Herr Friedrich Brohme in Puerto Gallegos, seinen Wohnsitz demnächst dauernd nach Buenos Aires verlegen und hat deshalb um seine Entlassung aus dem Reichsdienste nachgesucht. Die vorläufige Verwaltung des deutschen Vizekonsulats ist Herrn Ernst Kietzmann, dem Leiter der Compañía de Alumbrado de Electricidad in Puerto Gallegos, übertragen worden.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Stimmen zum Wahlrecht der Auslandsdeutschen.

Die geplante Gewährung des Reichstagswahlrechts an die Auslandsdeutschen ist, so viel wir sehen, in der deutschen Presse ohne besondere Stellungnahme geblieben. Höchstens gab es kurze Zustimmungserklärungen. Von den größeren Zeitungen hatte nur eine Bedenken. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb in ihrem Leitartikel vom 26. Januar:

„Neu und von einschneidender Bedeutung ist der Abschnitt über das Wahlrecht der Auslandsdeutschen, also der dauernd im Ausland wohnenden Reichsdeutschen. Der leitende Gesichtspunkt für Zuerteilung des Wahlrechts war zweifellos der Gedanke, daß es heute, da Millionen von Deutschen durch erzwungene Losreißung von ihrem Heimatlande dem Reiche als Bürger verloren gegangen sind, viel mehr noch als bisher notwendig und wünschenswert erscheint, den inneren Zusammenhang der im Auslande wohnenden Reichsdeutschen mit ihrem Vaterlande zu pflegen und zu festigen. Dem wird jeder Deutsche aus innerstem Herzen zustimmen. Ob aber der jetzt vor geschlagene Weg ein glücklicher ist, erscheint aus mehr als einem Grunde fraglich. Zunächst aus Gründen der inneren Politik. Die Auslandsdeutschen sollen nach genau den gleichen Grundsätzen wählen und gewählt werden können wie die Reichsdeutschen in der Heimat. Die ganze Welt bildet für sie einen einzigen Wahlkreis. Die in Neuseeland oder auf Formosa abgegebenen Stimmen werden den in der Schweiz und in Argentinien abgegebenen zugezählt. Agitation und Stimmabgabe gehen vor sich ohne ausreichende Kenntnis der politischen Lage des Heimatlandes, ohne intensivere Anteilnahme und vor allem auch ohne das unmittelbare Lebensinteresse an der Führung der Staatsgeschäfte, wie es jeder Einzelne im Reiche für sich und die Gesamtheit empfindet. Die Entsendung der Auslandsvertreter in das Parlament würde unter Umständen eine empfindliche Korrektur des Wahlergebnisses im Reiche bedeuten und darum um so weniger erragen werden können, als schließlich doch die Lasten und die sonstigen materiellen Wirkungen gefaßter Beschlüsse von den Inlandsdeutschen ausschließlich getragen werden müssen. Aber auch aus Erwägungen außenpolitischen Charakters will uns der gemachte Vorschlag wenig glücklich erscheinen. Man stelle sich vor, was die Wahlbeteiligung zusammengeballter Massen von Reichsdeutschen in fremden Staaten, und namentlich deren großen Städten, bedeuten kann. Vor dem Kriege lebten in Paris 70000 Reichsdeutsche, in New York ist ihre Zahl noch größer. Welche Summe von Beunruhigung,

stiller und offener, würde eine in Presse, Vereinen und Versammlungen intensiv betriebene Wahl agitation unter Umständen in den Kreisen der beherbergenden Nation hervorrufen zum Schaden der deutschen Politik! Im Interesse der Vermeidung unnötigen Mißtrauens sollte man es sich daher gründlich überlegen, ob man zu derartigen, in die Sphäre der völkerrechtlichen Beziehungen eingreifenden Experimenten die Hand bieten will. Das Kapitel der Pflege der Beziehungen der Auslandsdeutschen zum Reiche ist wichtig genug. Man suche einen Weg, der ihrem lebendigen Interesse an der Heimat und ihrem Bedürfnis nach engerem kulturellen und geistigem Zusammenhang mit dem Reiche möglichst weit entgegenkommt; man vermeide es aber, Wege zu beschreiten, die weder ihnen noch uns von Vorteil sein können.“

Dem Blatte ging daraufhin eine Zuschrift eines Auslandsdeutschen zu, aus der es die nachfolgenden Stellen wiedergab:

„Sie heben selbst den leitenden Gesichtspunkt hervor, daß es heute noch viel mehr als bisher notwendig und wünschenswert erscheint, den inneren Zusammenhang der im Ausland wohnenden Reichsdeutschen mit ihrem Vaterlande zu pflegen und zu festigen, und stimmen dem, wie jeder Deutsche, aus innerstem Herzen zu. Wie wollen Sie aber dieses Ziel, aufs innigste zu wünschen, anders erreichen als durch die Gewährung des Wahlrechts? Es ist das einzige, was heute Deutschland den Seinen draußen zu geben vermag, das einzige, wodurch es sie zu sich heranziehen kann.“

Aber Sie scheinen zu fürchten, daß dieses Mitbestimmungsrecht irgendwie ausschlaggebend für die Stimmverhältnisse im Reichstag sein könnte. Das wird nicht der Fall sein. Nehmen Sie die letzten Zahlen vor dem Kriege, die nicht so schnell wieder werden erreicht werden, so können Sie bei den rund 400 Reichstagsabgeordneten allerhöchstens mit 7 bis 9 Abgeordneten aus dem Auslande rechnen. Diese werden nach meiner Kenntnis der Verhältnisse sich auf alle Parteien verteilen. Rußland wird vielleicht einige Sozialisten schicken, Argentinien vielleicht einen halben Deutsch-Nationalen, die übrigen dürften sich auf die Parteien dazwischen verteilen. Irgend eine nennenswerte Verschiebung der Parteiverhältnisse wird nicht eintreten. Es wird also nur jede Partei ihren oder, wenn sie Glück hat, ihre Sondersachverständigen für Auslandsfragen bekommen. Denn, daß diese Herren in Inlandsfragen viel werden mitreden wollen, dazu sind sie nicht veranlagt. Ich habe im Ausland noch nie einen Reichsdeutschen getroffen, der sich über innerpolitische Fragen sehr erregte, aber für außenpolitische hatten sie meist eine feine Nase, da sie die fremden Völker und ihre Politik aus eigener Erfahrung kannten. Ich denke noch mit Schmerzen an den 5. August 1914, als ich in Ihrer Stadt sah, welche schreckliche Überraschung die englische Kriegserklärung auf die Deutschen machte, die unsere Grenzpfähle höchstens einmal zu Vergnügungsreisen überschritten hatten. Der überwiegenden Mehrzahl der Auslandsdeutschen aber war es mindestens seit einem Jahrzehnt klar gewesen, daß in jedem Kriege, in den Deutschland verwickelt werden würde, England in den Reihen seiner Feinde stehen würde. Aber ihre Stimmen wurden damals nicht gehört, konnten sich auch, da ihnen jedes Recht, sich Gehör zu verschaffen, fehlte, nicht geltend machen.

Ferner fürchten Sie Schwierigkeiten in den fremden Ländern und stellten sich eine Wahl agitation unter den Reichsdeutschen z. B. in Paris, dem Sie 70000 Reichsdeutsche geben, als beunruhigend für den französischen Staat vor. Zuerst muß ich da die Zahl etwas richtig stellen. Nach der letzten Volks-

zählung waren in Paris und Umgegend 30 703 deutsche Reichsangehörige, männlichen und weiblichen Geschlechts zusammen gerechnet, und zwar war diese Zahl geringer als bei der vorletzten Zählung, bei der es 33 085 waren. Die Zahl der Reichsdeutschen in Paris verringerte sich also. Nach Abzug derer unter 20 Jahren hätte man also mit höchstens 20 000 zu rechnen, selbst wenn in einem Menschenalter vielleicht die alte Zahl einmal wieder erreicht werden sollte. Da wird von einer großen Wahlagitatorik wohl nicht die Rede sein können, in der Millionenstadt wird man davon kaum etwas merken."

Der Einsender glaubt, daß durch eine geeignete Vorbereitung, Verständigung unter den bestehenden deutschen Vereinigungen, Versendung der Wahlaufträge durch die Post, vielleicht auch Abhaltung einer Versammlung, Einsendung der verschlossenen Stimmzettel nach Berlin, die Wahl unauffällig durchgeführt werden könnte.

„Die Ausübung des Wahlrechts außerhalb der Landesgrenzen ist keine deutsche Erfindung. Es steht bereits in der norwegischen Verfassung und soll, was ich zurzeit nicht nachprüfen kann, auch bei den Chinesen üblich sein. Während des Krieges haben dann auch die Australier und Kanadier außerhalb ihrer Landesgrenzen gewählt, wobei sie allerdings in der Schweiz, wo internierte Kanadier wählen sollten, auf Widerstand stießen, da die Schweiz die Errichtung fremder Wahlbüros auf ihrem Gebiet als einen Eingriff in ihre territorialen Hoheitsrechte ansah. Hierbei ist hervorzuheben, daß die Anfrage an die Schweiz von England ausging, daß also England mit der Vornahme von Wahlen im Auslande einverstanden ist und demnach gegen deutsche Wahlen auf seinem Gebiet auch nichts wird einwenden können. Die Einrichtung von Wahlbüros im Auslande ist in unserem Gesetzentwurf nicht vorgesehen, sodaß sich Schwierigkeiten mit fremden Regierungen daraus nicht ergeben können.

Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen ist also kein Experiment, es ist vielmehr das einzige Mittel, durch das die wichtigen Beziehungen der Auslandsdeutschen zum Reiche gepflegt werden können. Einen anderen Weg, sie nicht allmählich zu verlieren und zum Kulturdünger für das Erlblühen fremder Wirtschaften zu machen, haben wir nicht."

Die „Frankf. Ztg.“ bemerkte dazu, sie behalte sich vor, auf die ganze Frage zurückzukommen!

Die „Tägliche Rundschau“ sagt in einer Besprechung des neuen Gesetzentwurfes am 27. Januar: „Die Hinzuziehung der Auslandsdeutschen zur Wahlbeteiligung ist durchaus zu begrüßen und erhält namentlich bei denjenigen, die jetzt unter fremde Oberhoheit gekommen sind, das Interesse an der innerpolitischen Gestaltung des Deutschen Reiches. Man wird diese Maßnahme um so mehr begrüßen können, als der Auslandsdeutsche einen viel freieren Blick für die nationalen Notwendigkeiten seines Vaterlandes besitzt als der Inlandsdeutsche, dem durch Parteigezänk und Parteischlagwörter vielfach der Blick für das Nächstliegende getrübt ist.“

Im „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt Senator Dr. Nöldecke am 30. Januar in seiner Besprechung der neuen Entwürfe: „In der Praxis wird dieses Wahlrecht nicht sehr leicht durchzuführen sein, da die Stimmen aus allen Orten des Auslandes zusammengezählt werden sollen. Auch kann eine solche Wahlagitatorik im Auslande unter Umständen zu politischen Schwierigkeiten führen. Dieser Punkt des Entwurfs bedarf daher einer besonders eingehenden Prüfung.“

Der „Schwäbische Merkur“ sagt in seinem Morgenblatt vom 29. Januar: „Um so erfreulicher ist es, daß die Regierung

sich entschlossen hat, auch den Auslandsdeutschen das Wahlrecht zum Reichstag zuzugestehen. Wie die Dinge bei uns liegen, müssen wir damit rechnen, daß wir nicht imstande sein werden, alle Menschen zu ernähren, die in dem verkleinerten Deutschland verbleiben. Eine Auswanderung großen Stils wird also, wenigstens vorübergehend, nicht zu vermeiden sein. Da muß es eine der vornehmsten Aufgaben des Staates sein, dafür zu sorgen, daß diese Massen, die wir in die Fremde schicken müssen, nicht wie in früheren Jahrzehnten zum Kulturdünger für fremde Völker werden, sondern Kulturträger des Deutschlands bleiben. Was die Italiener erreicht haben, das sollte uns schließlich auch möglich sein: daß die Sachverständigen, die sie nach Deutschland, nach Amerika und nach der ganzen Welt schicken, mit unerschütterlicher Treue an ihrer Heimat hängen und nur das einzige Ziel ihres Ehrgeizes kennen, so viel Geld zu verdienen, um wieder nach Hause zurückkehren zu können. Dazu aber ist es notwendig, daß die Auswanderer Deutsche bleiben. Wir wollen sie alle halten in der Hoffnung, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung ihnen über kurz oder lang die Heimkehr und einen gesicherten Boden im eigenen Lande möglich macht. Die Erfahrungen, die sie draußen sammeln, werden ihnen und dem ganzen deutschen Volke dabei nur nützlich sein. Vor allem wird es von Wert sein, wie sie die außenpolitische Lage ansehen. Und wenn 20 oder 30 Auslandsdeutsche dem Reichstag angehören, so wird dadurch das Niveau nur gehoben, und gerade die äußere Politik nur Vorteil davon haben. Der etwas kleinbürgerliche Gesichtswinkel, unter dem bisher im Reichstag über solche Dinge gesprochen wurde, wird verschwinden, und wir werden lernen, was wir schon vor dem Kriege hätten lernen müssen, „in Kontinenten zu denken“.

Schade nur, daß den Ausländern nicht auch das Wahlrecht für die Präsidentenwahl verliehen werden soll. Vorausichtlich wird man dafür technische Gründe anführen, weil über die Zählung der Stimmen Monate vergehen können, und man dem deutschen Volke nicht zumuten will, solange zu warten, bis es weiß, wie sein künftiger Präsident heißt. Wahrscheinlicher allerdings ist, daß das nur ein Vorwand ist. Gerade die Parteien, die heute an der Regierung sind, argwöhnen, daß sie für ihre Präsidentenkandidaten von den Auslandsdeutschen wenig Stimmen zu erwarten haben könnten, weshalb sie sich gegen solche Verschiebung des Schwerkrafts zu schützen suchen.

Auslandsdeutsche und Reichsnotopfer.

In den „Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz“ berichtet deren Syndikus, daß nach den der Abordnung der Schweizer Deutschen Handelskammer in Berlin von der Regierung gegebenen Erklärungen man es als zwingenden Grund für einen Aufenthalt im Auslande beispielsweise gelten lassen wolle, wenn ein Deutscher, der jahrelang im Auslande geschäftlich tätig war und sich nach Aufgabe seines Geschäftes zur Ruhe setzt, im Auslande bleibt, wo er den Komplex seiner persönlichen Beziehungen hatte.

Die Interessen der hiernach noch abgabepflichtigen wenigen neutralständischen Auslandsdeutschen werden dadurch gewahrt, daß sie die Abgabe von ihrem in ausländischer Währung zu berechnenden Auslandsvermögen in der Währung des betreffenden Auslandes entrichten können. Es findet also keine Umrechnung in deutsche Währung statt, wodurch eine schwere Schädigung dieser Deutschen durch eine spätere Steigerung des Kurses der deutschen Währung vermieden wird. Ferner kann allgemein mit allen Abgabepflichtigen ein Pauschalsteuerbetrag vereinbart werden, wenn die Ermittlung des abgabe-

pflichtigen Vermögens besonderen Schwierigkeiten unterliegt. Diese Schwierigkeiten werden gerade bei der Ermittlung von Auslandsvermögen nicht gering sein, und deshalb werden gerade die abgabepflichtigen Auslandsdeutschen in erster Linie die Möglichkeit der pauschalen Abfindung begrüßen.

Soweit die Auslandsdeutschen abgabepflichtig sind, unterliegt der Abgabe das gesamte Vermögen ohne Unterschied, ob es im Inlande oder im Auslande gelegen hat. Nur soweit ausländisches Grund- oder Betriebsvermögen einer ähnlichen Abgabe im Auslande unterliegt, kann letztere vom Reichsnotopfer in Abzug gebracht werden.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Most, die sich mit der Vertriebenenfürsorge für Elsaß-Lothringen befaßte, wurde der Nationalversammlung folgende Antwort erteilt:

Es ist richtig, daß nach dem Wortlaut des § 1 der für die Vertriebenenfürsorge erlassenen Richtlinien die Vertriebenenfürsorge auf diejenigen Deutschen beschränkt ist, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen hatten. Diese Beschränkung erschien deshalb angezeigt, um Ansprüche derjenigen Personen auf die Vertriebenenfürsorge auszuschließen, die in großer Zahl während des Krieges in die Elsaß-lothringische Etappe aus geschäftlichen Gründen gezogen sind und ohnehin bei Kriegsende das Land wieder verlassen hätten, um in ihre alten Verhältnisse zurückzukehren. Es ist jedoch, um aus dieser Beschränkung sich ergebende Härten zu vermeiden, Anweisung an das mit der Ausübung der Vertriebenenfürsorge betraute Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz ergangen, auch diejenigen Vertriebenen, welche sich erst während des Krieges jedoch zu dauerndem Aufenthalt in Elsaß-Lothringen niedergelassen hatten, in die Fürsorge aufzunehmen. Bisher ist auch in diesem Sinne verfahren worden.

Bei der bevorstehenden Umarbeitung der Richtlinien ist eine dieser Praxis entsprechende Neufassung des § 1 in Aussicht genommen. gez.: Koch.

Auf die Anfrage Dr. Mittelmann über die Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen in Japan erwidern der Reichswehrminister und der Chef der Admiralität, daß jeder Anlaß benützt worden sei, um durch die Schutzmächte auf die japanische Regierung zugunsten der Kriegsgefangenen einzuwirken. Allerdings habe die unzuverlässige Pottverbindung mit Ostasien besonders erschwerend gewirkt. Sehr viele Anfragen, Antworten und Anweisungen seien zum Teil verloren gegangen. Die Antwort gibt ausführliche Mitteilungen über die Erhöhung der Zuschüsse zur Verbesserung der Verpflegung, die infolge der japanischen Preiserhöhungen notwendig wurden. Gewisse Einschränkungen in der Auszahlung der Gehälter der Kiautschaubeamten seien, nachdem man anfänglich ihnen die Besoldung auch während der Kriegsgefangenschaft zugesagt hatte, nach Schließung der Deutsch-Asiatischen Bank in Schanghai in Wegfall gekommen, weil auch gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstanden. Außerdem hätten sich Ungleichheiten in der Behandlung ergeben, die aber nicht zu vermeiden waren. Was den Zwang angeht, der teilweise von deutschen Konsulaten in China auf Frauen von Kriegsgefangenen Ende 1914 bis Anfang 1915 ausgeübt worden sei, um sie zur Heimreise nach Deutschland zu veranlassen, und durch den die in Ostasien Zurückgebliebenen, die ihr volles Auslandseinkommen weiterbezogen, Vorteile, den übrigen aber Nachteile entstanden seien, so wird zugegeben, daß in dieser Beziehung nicht ganz gleichmäßig verfahren worden ist. Es sei aber darauf hingewirkt worden, daß von einer auch nur scheinbaren zwangs-

weisen Abschiebung von Frauen von Kriegsgefangenen und deren Familie abgesehen werden möchte. Es muß dahingestellt bleiben, ob nicht die freiwillige Rückkehr von Frauen von Kriegsgefangenen und deren Familien für das deutsche Ansehen in Ostasien förderlich gewesen wäre. Die Leiter und Angestellten des Tsingtauer Unterstützungsfonds hätten ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache gestellt, und wenn auch Versehen vorgekommen seien, so seien die Vorwürfe, die erhoben worden seien, im ganzen doch ungerechtfertigt. Ob einzelnen benachteiligten Kriegsgefangenen eine Entschädigung zuzusprechen sei, müsse der Einzelprüfung überlassen bleiben.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDSDEUTSCHE

Auslandsdeutsche als Heeresangehörige.

Die Reichszentrale teilt mit, daß als Heeresangehörige nur diejenigen Auslandsdeutschen angesehen werden, welche nach der Mobilmachung ihren Truppenteil tatsächlich erreicht und während des Krieges im Heere oder im Heeresgefolge Dienst getan haben. Alle übrigen, die beim Versuch, aus dem Auslande die Heimat zu erreichen, von einer feindlichen Macht gefangen genommen und interniert worden sind, werden als Zivilgefangene betrachtet und behandelt, auch wenn sie im Frieden dem Reserveverhältnis angehört haben.

Der Privatbesitz deutscher Reichsangehöriger in Finnland.

Bald nach Ausbruch des Krieges wurden die deutschen Reichsangehörigen in Finnland unter Androhung der Konfiskation ihres Eigentums von der russischen Regierung gezwungen, ihren Grundbesitz zu verkaufen; die Preise waren entsprechend niedrig.

Im Friedensvertrage zwischen Deutschland und Finnland wurde bestimmt, daß die Deutschen ihr Eigentum zu den seinerzeit erhaltenen Preise zurückzuerhalten können. Sollte das Eigentum inzwischen in dritte Hände übergegangen sein, so sollte der Finnländische Staat für die Differenz aufkommen.

Wie kürzlich von privater Seite aus Finnland mitgeteilt wurde, zieht die Regierung jetzt in Finnland Erkundigungen ein, wer sein Eigentum zurückzuerwerben will.

Deutsche Gläubiger ungarischer Rente.

Der deutschen Schutzvereinigung für ungarische Staatsanleihen hat das ungarische Ministerium mitgeteilt, daß nur diejenigen vom 1. Januar an fälligen Kupons der ungarischen Staatsschuld eingelöst würden, welche in solchen Gebieten aufbewahrt sind, die unter ungarischer Verwaltung stehen und die seit Oktober 1918 das Eigentum ungarischer Staatsbürger sind. Eine Einlösung auch anderer Kupons bleibt vorbehalten, wenn festgestellt sei, welche Verpflichtungen späterhin den ungarischen Staat belasteten. Die deutsche Schutzvereinigung hat nun in Budapest mündliche Besprechungen zur Besserstellung der deutschen Gläubiger des ungarischen Staates aufgenommen.

Einreise nach Italien.

Die „Deutsch-Italienische Vereinigung“ gibt bekannt, daß sie durch persönliche Beziehungen eines ihrer Vorstandsmitglieder zu dem Berliner italienischen Kommissar Comm. Bordonaro erreicht habe, daß deutschen Reichsangehörigen, die früher bereits in Italien ansässig waren, die Wiedereinreise nach Italien gewährt werde, daß Durchreisenden eine Transit-erlaubnis und daß Geschäftsreisenden, wenn ihre Reise in italienischem Interesse liege, eine Einreise gewährt werde.

Ein Einreisegesuch ist in doppelter Ausfertigung bei der Vereinigung (Berlin N.W. 7, Mittelstr. 58) einzureichen, die Gesuche werden gesammelt und ein bis zweimal wöchentlich nach Rom zur Prüfung gesandt. Für deutsche Frauen italienischer Geburt konnte der Berliner Kommissar die Erlaubnis selbst erteilen. Die Laufzeit der Gesuche beträgt 6—8 Wochen, oft auch erheblich länger. Der Verkehr mit dem Kommissar spielt sich jedenfalls in der entgegenkommendsten Form ab. Gesuche an den Kommissar selbst sind zwecklos. Auch die zu visierenden Pässe sind an den Kommissar durch die Vereinigung einzureichen, die Vereinigung besorgt auch das Durchreisevisum durch die Schweiz. Die Kosten für das Visum nach Italien betragen etwa 25, für das Visum nach der Schweiz etwa 45, für das Visum nach Österreich etwa 10 und die Kosten der Vereinigung selbst an Schreibarbeiten etwa 3—5 Mark. Vor der Benutzung eines Büros in Innsbruck wird energisch gewarnt. Gesuche an das Auswärtige Amt sind gleichfalls zwecklos, da sie nur an die Vereinigung weitergeleitet werden. Der Reiseweg über die Schweiz ist günstiger aber teurer, der Weg über München-Innsbruck ist unbequemer aber billiger. Umzugsgut wird aus Deutschland bei Vorlage der entsprechenden Steuerbescheinigungen anstandslos heraus- und nach Italien auch anstandslos hereingelassen. Reisegepäck-Versicherungen übernimmt unter Vorzugstarif bei Berufung auf die Vereinigung Heinrich Fränkel, Berlin W. 8, Charlottenstr. 48.

AUSWANDERUNG

Was der Auswanderer wissen muß.

Mitteilungen der Auswandererberatungsstelle des D. A.-I.

Bei den Anfragen über die südamerikanischen Länder begegnet uns häufig die Frage, wie weit Waffen mitzunehmen praktisch und möglich ist. Da in den südamerikanischen Staaten auf Waffen ein ziemlich hoher Zoll steht, so ist die Mitnahme höchstens eines Jagdgewehres anzuraten. Die Mitnahme von fertigen Patronen erfordert ebenfalls sehr hohe Zolllkosten, so daß der Auswanderer besser tut, sich nur mit den passenden Kugeln zu versehen, welche er drüben zu Patronen verarbeiten kann.

Was die Mitnahme eines Revolvers betrifft, so erscheint die Mitteilung eines Freundes des Ev. Hauptvereins Witzenhausen beachtenswert: Nicht ratsam ist die Mitnahme eines Revolvers. Denn der Einwanderer oder Arbeitsuchende kann jeden Augenblick von einem Polizisten sistiert werden. Das Erste ist dann die Untersuchung nach Waffen. Und eine vorgefundene Schußwaffe verdächtigt den Jäger. Sicher wandert sie aber auch ohne Verdächtigungsgrund in den Besitz der Polizei über. Ein Revolver ist tatsächlich auch nicht nötig in den kultivierten Gegenden. Da, wo einer nötig ist, im wilden Chaco des Nordens gegen die Indianer oder die zu den Indianern haltenden Verbrecher, oder in der Einsamkeit zum Schutze gegen nächtliche Einbrecher, wird der Revolver dem Beauftragten von seinem Arbeitgeber in die Hand gegeben.

Nicht genug kann betont werden, daß die Kenntnis der Landessprachen in Südamerika dringendes Erfordernis ist. Wer nicht mit eigenem Kapital in den teuren südamerikanischen Städten längere Zeit leben kann, muß darauf bedacht sein, schnell eine Anstellung zu finden. Das ist aber nur möglich, wenn er die Landessprache spricht. Manche Hilflosigkeit und manches Elend läßt sich vermeiden, wenn man sich rechtzeitig um Sprachkenntnisse bemüht.

Auffallend ist, welche falschen Vorstellungen unter den Auswanderungswilligen über die Lebensverhältnisse in Südamerika herrschen. Auch solche, die schon draußen waren, stehen in Gefahr, die heutigen Verhältnisse mit denen vor 20 Jahren zu verwechseln. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Teuerung in fast allen außerdeutschen Ländern noch weit größer ist als in Deutschland. Eine Unterschätzung dieser Teuerung muß den einzelnen teuer zu stehen kommen, zumal es Arbeitslosenunterstützung, Invalidenversicherung und dergleichen draußen nicht gibt und etwaige Zusendungen aus Deutschland durch die Valuta fast unmöglich sind.

Wie stark die Auswanderung bereits Mode geworden ist, geht aus den Anfragen junger Burschen hervor, welche mit allgemeinen Fragen zu uns kommen, obwohl sie in gutbezahlten festen Stellungen sind. Sie äußern die Meinung, dass die jungen Leute heute zur Auswanderung „petschiert“ sein müssen und möchten mit ihrem Auswanderungsplan sich daran halten, um nicht die Letzten zu sein. Die Auswanderungsfrage ist unter der Jugend hervorragender Gesprächsstoff. Die nüchterne Überlegung kommt dabei meist zu kurz. Welche gewaltigen Strapazen, Entbehrungen und Gefahren gerade nach dem Zusammenbruch Deutschlands die Auswanderung für den einzelnen mit sich bringt, ist noch viel zu wenig bekannt. Erfahrungsgemäß sind junge Leute im Alter von unter 24 Jahren diesen Strapazen nur gewachsen, wenn sie Sprachkenntnisse besitzen und wenn ihnen eine feste Anlehnung an eine zuverlässige Persönlichkeit gewährleistet ist. So tüchtig der einzelne auch sein mag, er soll nie vergessen, daß der Haß gegen alles Deutsche kürzlich in der Welt genährt wird, ein Haß, gegen den auch noch so große persönliche Tüchtigkeit nichts auszurichten vermag.

Die Zahl derer, welche persönliche Beziehungen im Auslande aufweisen können, mehrt sich in letzter Zeit auffallend, und wir vertreten den Standpunkt, daß diese Art der Auswanderung immer die gesündeste sein wird. Trotzdem sollte der einzelne Auswanderungswillige die Schwierigkeiten und Gefahren der Überfahrt nicht unterschätzen und sich vom Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart, Abteilung für Auswandererberatung, oder von einem der konfessionellen Vereine (Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen oder Raphaelsverein zum Schutze katholischer Auswanderer, Freiburg i. Br.) Geleitskarten mit geeigneten Vertrauensmännern und Unterkunftshäusern geben zu lassen.

Hie und da kommen bei der Auswandererberatung noch Beziehungen zur Geltung, welche während des Feldzuges im Osten angeknüpft worden sind. Außer für Rußland erwacht auch das Interesse für Litauen aufs neue. Leider ist die Einreise nach Litauen für Deutsche zurzeit noch sehr erschwert. Die litauische Regierung hat die Einreise sämtlicher in Litauen befindlicher deutschen Staatsangehörigen, die in der Zeit der Besetzung Litauens der dortigen deutschen Besatzungsarmee oder der deutschen Militär- oder Zivilverwaltung angehört haben, verboten. Deutsche, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen, müssen in ihrem eigenen Interesse vor der Einreise nach Litauen gewarnt werden, selbst dann, wenn sie die Einreiseerlaubnis ausnahmsweise erhalten sollten. Sogar eingesessene Deutsch-Litauer, die von deutschen Militär- und Zivilpersonen zu Aushilfsdiensten verwendet wurden, sind seitens ihrer litauischen Umgebung gefährdet. Es muß damit gerechnet werden, daß sich die Ausweisungen, abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen, auf alle Deutschen, die sich nach Ausbruch des Krieges in Litauen niedergelassen haben, erstrecken werden. Gr.

Das neue Auswanderungsgesetz.

Am 19. Januar fand die erste diesjährige Tagung des Beirats des Reichswanderungsamtes unter Leitung des Präsidenten Dr. Jung statt. Es wurde vor allen Dingen der Entwurf des neuen Auswanderergesetzes durchberaten, der in seinen Grundzügen der Neuregelung der Auskunfts-, Stellenvermittlungs- und Siedlungstätigkeit volle Zustimmung fand. Es wurden eine Reihe wertvoller Abänderungsvorschläge gemacht und allgemein als dringend wünschenswert bezeichnet, daß das neue Auswanderungsgesetz bald in Kraft treten möge. Kurze Zeit zuvor fand die Beratung des neuen Gesetzes in dem Auswanderungs-Beirat des Auswärtigen Amtes statt, wo der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Ausland-Instituts, Konsul Dr. Wanner, das Referat erstattete. Beiden Beiräten wurde das Gesetz zunächst nur vertraulich zur Kenntnisnahme gegeben. Wann eine Veröffentlichung geplant ist, steht noch nicht fest.

In Essen hielt Ministerialrat Lellbach vom Reichswanderungsamt einen bemerkenswerten Vortrag, in dem er erwähnte, die vielfach vertretene Auffassung, daß Deutschland seine Bevölkerung nicht ernähren könne, führe zu Trugschlüssen. Eine Massenauswanderung würde auf diesem Gebiete jedenfalls keine Besserung bringen, denn es werden nicht die wirtschaftlich Überflüssigen, sondern die Werte schaffenden Strebsamsten auswandern wollen. Nach Kriegsabschluß hätten sich nach der Statistik des Reichswanderungsamtes bereits über 500 Siedlungs- und Auswanderungsvereine gebildet, vornehmlich ausländische Firmen arbeiteten durch Agenten und Werbestellen in ganz Deutschland, besonders im Ruhrkohlenrevier. Träger der Werbearbeit sei hier der „Verein für Koloniale Ansiedlung“, dessen Tätigkeit um so bedenklicher sei, als sie gerade in dem Bergarbeiterrevier entfaltet werde, das von der Auswanderungsseuche am meisten verschont bleiben müßte, weil in ihm keine Arbeitslosigkeit und deshalb kein zwingender Grund zur Auswanderung vorliege. Ähnliche Auswanderungsunternehmen seien der Brasilianische Farmer-Verein in Essen-West und die Patagonia in Hagen, die zwar reellerer Natur sei, der gegenüber man aber zur Vorsicht raten müsse, weil, wie es in dem Vortragsbericht der Kölnischen Zeitung heißt, die Entwicklung der Gesellschaft gar nicht abzusehen sei.

Vom Schutzbund deutscher Auswanderer in Hamburg.

Einem Bericht in den „Hamb. Nachr.“ über die Versammlung, in der Herr Kapp namens der Fünferkommission über ihre Untersuchungen berichtete, entnehmen wir noch, daß ein Fehlbetrag von 13000 Mark festgestellt ist. Herr Stein, der famose „Gründer“, ist flüchtig und soll sich in Dänemark aufhalten. Er gab die Mitgliederzahl des Bundes auf 20000, 18000 und zuletzt auf 12000 an, in Wirklichkeit ist sie aber lächerlich gering und beträgt nur einige hundert. Auch die angeblich in Pommern eingerichteten Farmerschulen bestehen nicht. Stein soll sich von einem Herrn 10000 Mark zur Beschaffung einer Fahrkarte nach Südamerika haben geben lassen, aber nie über die Annahme des Geldes hinaus etwas getan haben. Die Amtsniederlegung des Syndikus, Rechtsanwalt Dr. Henning, wurde abgelehnt, da er sich an den „Aufräumungsarbeiten“ beteiligen solle.

Gegen das Einwanderungsverbot nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika

wandten sich, wie aus Newyork gemeldet wird, über 400 Großindustrielle in einer Versammlung, in der sie feststellten, daß in den Vereinigten Staaten gegenwärtig ein Defizit von

4 Millionen Arbeitern bestehe. Die Nachfrage nach unqualifizierten Arbeitern habe sich gegen die Zeit vor dem Kriege verdoppelt. Eine Einwanderungspolitik, wie die jetzt geübte, werde verhängnisvoll werden.

Deutsch-Evangelisch im Auslande.

„Über Bahnhofsmission und Auswanderung“ bringt das 25. Rundschreiben der evangelischen deutschen Bahnhofsmission, zum Schutze der reisenden weiblichen Jugend einige Ausführungen, welche erneut auf die Notwendigkeit der Warnung und gründlichen Aufklärung hinweist. Der Artikel legt zugleich Zeugnis ab von dem wertvollen Hand-in-Handarbeiten der evangelischen Vereinigungen, welche sich mit der Auswandererfrage befassen. Es ist besonders erfreulich, daß auch die weiblichen Organisationen, zu denen die Bahnhofsmission gehört, sich in neuerer Zeit rege für die Auswanderungsfrage interessieren.

Auswanderung aus Kongreßpolen.

Die zum Teil schier unerträglich gewordenen wirtschaftlichen Verhältnisse in den polnischen Städten veranlassen immer weitere Auswanderungen lang angesessener Deutscher aus Kongreßpolen. Zum großen Teil fluten sie ins Deutsche Reich zurück, mit Hilfe des die deutschen Interessen wahrnehmenden Schweizer Konsulats werden Rückwandererzüge für Reichsdeutsche zusammengestellt. Soweit einheimische Deutsche auswandern, tun sie es auf eigene Gefahr und werden an der Grenze oft aufgehalten. Alle, Reichsdeutsche und polnische Staatsangehörige, trifft gleichmäßig schwer der niedere Stand der polnischen Valuta im Verhältnis zur deutschen Mark, so daß die Rückwanderer für den scheinbar hohen Erlös für ihre verkauften Habseligkeiten in Deutschland fast nichts erhalten.

WIRTSCHAFTLICHES

Deutsch oder fremdsprachig.

Aus dem Staate Rio Grande do Sul in Brasilien wird dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart geschrieben:

„Mit freudiger Genugtuung empfinden die Importhäuser unseres Landes endlich wieder die Besuche von deutschen Geschäftsreisenden. Das Fehlen deutscher Waren und Erzeugnisse wurde hierzulande derart schmerzlich empfunden, daß die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Deutschland auch von den meisten lusobrasilianischen Geschäftshäusern freudig begrüßt wird. England ebensowenig wie Nordamerika vermochten die hiesige Geschäftswelt hinsichtlich Qualität, Lieferung und Kredit zufriedenzustellen, so daß trotz aller Bemühungen seitens dieser Länder, den hiesigen Markt an sich zu reißen, die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen allgemein gewaltig ist. Welchen Wert die deutschen Erzeugnisse hier haben, beweist die Tatsache, daß in jener Zeit, da deutsche Waren unmöglich zu haben waren, jeder Engrosreisender seine Waren, sobald sie etwas besser waren, als „artigo allemão“ (deutscher Artikel) pries. Hiermit hat man selbst in Deutschland anscheinend kaum gerechnet. Man befürchtete, daß der „Haß über den Krieg hinaus“ deutsche Waren auch vom brasilianischen Markt ausschließen würde. Aus diesem Grunde wohl haben verschiedene deutsche Firmen ihre Musterkollektionen mit französischen Aufschriften und Benennungen versehen, um mit den deutschen Bezeichnungen nicht „anzustoßen“. Das ist aber ganz falsch. Hier im Auslande beweisen die Bezeichnungen am besten die Herkunft der Waren, und jeder Kunde wird heute sicher einen Artikel mit deutscher vor

einem solchen mit englischer oder französischer Bezeichnung vorziehen. Werden hier Waren angeboten, so fragt man fast immer sofort nach der Herkunft, und bei Deklaration derselben als deutsch, werden sie in der Wertschätzung noch immer gewinnen, denn beim Geschäft hört wie beim Geld die Feindschaft auf, das hatten die verflossenen Jahre tausendfach bewiesen.

Andererseits ist es kürzlich einem deutschen Textilreisenden passiert, daß er wegen der französischen Benennung seiner Muster schlechte Geschäfte machte und ihm die deutschen Importhäuser überhaupt nichts abkauften. Jedes Muster sollte die Bezeichnung tragen, wie deutsche Ware, deutsches Erzeugnis, letzte Mode, hochmodern, statt Made in Germany, Nouveauté, Dernière mode, Ultrachic. Der Versuch würde den Beweis erbringen, daß dies die beste Empfehlung wäre und selbst bei lusobrazilianischen Geschäften am besten ziehen würde.

Auslandspreise im deutschen Gastwirtgewerbe.

Die Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz berichten von Beschwerden, daß deutsche Hotelbesitzer für ausländische Gäste die Preise teilweise bis 300 Prozent erhöhten. Es sei in den Friedenszeiten von den nach der Schweiz reisenden Nichtschweizern vielfach unangenehm vermerkt worden, daß manche Schweizer Hotels für Schweizer sogenannte Schweizer Preise gelten ließen, während die Ausländer höhere Preise zahlen mußten. Es könne daher nicht wundernehmen, daß die in Deutschland reisenden Ausländer verstimmt werden, wenn sie sich als Objekte ungleicher Behandlung fühlen müßten. Valutazuschläge auf deutsche Waren seien angebracht, eine gleiche Methode für die Behandlung eines Ausländers von seiten der deutschen Gastwirte könne aber nicht anerkannt werden. Der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt der Schaffung von Kompensationswerten im Auslande sei nicht gegeben, wenn die betreffende Ware in Deutschland verbraucht werde, gleichgültig, ob die Verbraucher In- oder Ausländer seien. Die Ausländer würden durch diese Methode nur zu schiefen Urteilen über die deutsche Geschäftsmoral veranlaßt, die zu vermeiden im Interesse unserer Volkswirtschaft und Politik liegt.

Wie wir berichtet haben, haben sich argentinische deutsche Zeitungen lebhaft dagegen gewandt, daß deutsche Firmen sich bei der Wiederanknüpfung ihrer Geschäftsbeziehungen zu Südamerika der Vermittlung neutraler oder sogar ehemals feindlicher Firmen in weitem Maßstabe bedienten und die deutschen Firmen, die in 5 Jahren sich wacker und tapfer als Deutsche erwiesen, dabei übergingen.

Der Kaufmännische Verein von 1858 hat sich daraufhin an eine ganze Reihe der zum Teil namentlich genannten Firmen gewandt und hat von ihnen teilweise die Antwort bekommen, daß es sich bei der Vergebung der Vertretung dieser Firmen um die Wiederanknüpfung alter Geschäftsbeziehungen handle, die schon vor dem Kriege in den Händen der betreffenden ausländischen Firmen in Südamerika gelegen hätten. Der Verein von 1858 knüpft daran allerdings den Rat, deutsche Firmen sollten sich dann überlegen, ob nicht ein Wechsel in ihrer Vertretung angebracht sei und sollten bei der Wahl ihrer Vertrauensleute nur solche berücksichtigen, die ihr deutsches Empfinden bewahrt hätten.

VERSCHIEDENES

Stiftungen von Auslandsdeutschen für die Heimat.

Wir lesen jetzt täglich von Stiftungen, die in kleinerem und größerem Maßstabe Auslandsdeutsche für ihre Heimat machen,

um das wirtschaftliche Los der Notleidenden zu lindern, um aber auch kulturellen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. So haben Generaldirektor Karl Fritz in Rotterdam und sein Bruder Theodor in Buenos Aires ihrer Vaterstadt Riedlingen 25000 Mk. zur beliebigen Verwendung und 100000 Mk. für den Bau eines Vereinshauses und Theaters an Stelle des alten Stadt-Theaters zur Verfügung gestellt. Die neue Heimstätte der Vereine soll allen parteipolitischen und konfessionellen Bestrebungen verschlossen bleiben und nur der Kunst und idealen Zwecken dienen.

Deutsche Auslandsarbeits-Gemeinschaft Hamburg.

Vertreter von 103 Vereinigungen, deren Bestrebungen sich irgendwie der Auslandsarbeit zuwenden, traten im patriotischen Gebäude zusammen, Kaufleute, Seefahrer, Fabrikanten, Professoren, Geistliche, Lehrer, Juristen, Techniker. Senator von Berenberg-Göbler führte den Vorsitz und wandte sich gegen die Zersplitterung der Auslandsarbeit. Prof. Dr. Schädel erläuterte Richtlinien der Zusammenarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft, forderte periodische Vertretertagungen zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten, zu geordneter informatorischer Fühlungnahme, zur Vermeidung von Doppelarbeit. Organ der Vertreterversammlung wird ein Arbeitsausschuß sein, der nach Bedarf Nebenausschüsse einsetzt und einen Vorstand wählt. Für die Geschäftsführung hat sich ehrenamtlich der Ortsverein des V. D. A. zur Verfügung gestellt. Es sprachen noch die Pastoren Hübbe und Haberland. Außer den hier erwähnten Herren wurden auch Prof. Rathgen und Herr M. March (von der Firma Carlowitz & Co.) in den Vorstand gewählt.

Deutsche Freimaurer aus dem Ausland.

Der Verein deutscher Freimaurer, welcher den dritten Teil aller deutschen Freimaurer aus den vom Deutschen Großlogenbunde anerkannten Logen umfaßt, hat einen Ausschuß eingesetzt, welcher sich den Schutz seiner Mitglieder im Auslande zur Aufgabe gemacht hat. Diejenigen Leser, welche diesem Kulturkreise angehören, werden gebeten, ihre Adressen und Nachrichten aus dem Auslande an Herrn Johannes Tiedje, Berlin-Steglitz, Miquelstr. 31 ptr., Telef. Steglitz 2912, zu übersenden.

Vereinigung der Auslandschweizer.

Eine Vereinigung geschädigter Auslandschweizer ist, wie wir einer Anzeige in der „Zürcher Post“ entnehmen, mit einem Zentralsekretariat in Bern begründet worden. Sie wendet sich mit einem Aufruf an das Schweizer Volk und protestiert dagegen, daß mehrere tausend Schweizer schon seit 1914 aus den an die Schweiz angrenzenden Ländern vertrieben und ausgewiesen worden seien, daß eines dieser Länder sogar noch heute Schweizer ausweise, daß viel Auslandschweizer gedemütigt, verfolgt, verhaftet, eingesperrt und auf entsetzliche Weise behandelt worden seien, ohne daß ihnen Gründe mitgeteilt worden seien, daß manche zum Tode verurteilt, nach einer Revision freigesprochen und einfach ausgewiesen worden seien, daß die Schweizer Regierung nie energisch genug dagegen aufgetreten sei, daß die vom Ausland Vertriebenen die ihnen abgenommenen Pässe nicht wieder zurückerhalten hätten, daß sie nicht nur Hab und Gut, sondern auch ihre Ehre verloren hätten. Das gute Herz der Schweizer habe für alle unglücklichen Ausländer geschlagen, für Russen, Polen, Serben, Belgier, Franzosen, Deutsche, Österreicher habe das Schweizervolk die Börsen geöffnet, nun möge man sich auch für die Schweizer selbst einsetzen und eine Sympathie- und Solidaritätserklärung an das Büro einsenden.

Hamburg. Der Hamburgischen wissenschaftlichen Stiftung ist von mehreren Gönnern ein Kapital von 300 000 Mark zur Verfügung gestellt worden, das zur Pflege der Kenntnis des ausländischen und internationalen Rechts dienen soll. Es soll mit diesem Gelde eine neue Professur für ausländisches Recht an der Universität geschaffen und der Bestand der Seminarbibliothek an Werken ausländischen und internationalen Rechts stark vermehrt werden.

Wir haben berichtet, daß der „Reichsverein zur Erhaltung des Schwedentums im Auslande“ kürzlich der Universität Rostock zu ihrem Jubiläum ein Kapital von 300 000 Mark überwies, aus deren Zinsertragnis ein Lehrstuhl für schwedische Sprache und Literatur errichtet werden sollte. Eine große Anzahl von Stiftern dieser Summe hat nun, wie wir einer weiteren Meldung der „Voss. Ztg.“ entnehmen, den Wunsch ausgesprochen, daß eine gleichartige Professur auch an der Universität Greifswald errichtet werde, die ja eine Zeitlang eine schwedische Hochschule gewesen ist und jetzt das „Nordische Institut“ beherbergt. Der erwähnte Reichsverein hat dem „Svenska Dagbladet“ zufolge bereits Sammlungen zu diesem Zwecke eingeleitet. Man hofft in Bälde das nötige Kapital beisammen zu haben.

Internationaler Fußballsport.

Die Sportzeitungen berichten jetzt näheres über die Vorgänge, die zur Boykottierung des deutschen Fußballsports seitens der Entente führten. Die Neutralen,

namentlich auch Schweden, wehrten sich gegen den Blockadeversuch. In Göteborg fand eine geheime Versammlung der Vertreter Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands statt, in der einstimmig beschlossen wurde, an dem Recht festzuhalten, mit allen Ländern sportliche Beziehungen zu pflegen. Der Beschluß wurde auf dem Kongreß in Brüssel mitgeteilt, auf dem gleichzeitig ein Brief des Internationalen Fußballbundes übermittelt wurde, in dem sich dieser Bund bereit erklärte, sportliche Beziehungen mit allen Ländern, auch mit den Zentralmächten, wieder aufzunehmen. Die Vertreter Belgiens, Englands, Frankreichs, Irlands, Schottlands und Luxemburgs beschlossen indessen, vorzuschlagen, mit Deutschland, Österreich-Ungarn und den mit ihnen in Beziehung stehenden Ländern keine Beziehungen herzustellen. Sollten die übrigen Vertreter nicht zustimmen, so wolle man aus dem Internationalen Fußballbund austreten und einen neuen Bund: „Federation of National Football Associations 1920“ gründen. Frankreichs und Belgiens Vertreter wünschten schließlich nach langen Verhandlungen neue Besprechungen mit den Neutralen. Die Engländer haben inzwischen dann den Beschluß gefaßt, mit keinem Lande zu spielen, das zu den verfeindeten „Feinden“ von ehemals Beziehungen unterhalte. So wird bei den olympischen Spielen in Antwerpen voraussichtlich England nicht erscheinen, da man auf die Einladung an die Neutralen nicht wird verzichten wollen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Paquet, Alfons. Der Sendling. Erzählungen und Schilderungen. Hamburg-Großborstel 1914. 143 S., geb. M. 1.—. Hausbücherei der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung. Bd. 53.

Der Band der rühmlichst bekannten Sammlung bringt zwei Stücke aus Paquets „Erzählungen an Bord“, von denen „Schwester Mathild“ ein Muster psychologischer Gestaltungskunst ist, weiter zwei Gedichte, eine heitere Episode aus der Mongolei und ein abgeschlossenes Kapitel aus „Li“ („Im neuen Osten“), die Reise mit der sibirischen Bahn. Hier zeigt sich Paquet als Meister in der Kunst, mit wenig Worten ganze Bilder lebendig-anschaulich entstehen zu lassen. Dabei bleibt er fern aller literarischen Formelsprache, stets klar, einfach und grundmenschlich. „An den weißen, zarten Birken (längs der Bahn) fressen die Flammen. Ein starker, wohlriechender Rauch schwelt zwischen kohl-schwarzen Stämmen empor, und aus dem glühenden Gezweig fliegen im Winde die Funken davon wie feurige Vögel.“ So rhythmisch schreibt nur ein Mensch, der Musik im Leibe hat. Möge die glückliche Auswahl viele Leser finden und sie an die Werke selbst — die Gedichte gehören auch dazu — heranbringen.

Dr. H. M.

Behncke, Paul, Vizeadmiral z. D., Unsere Marine im Weltkriege und ihr Zusammenbruch. Berlin, Curtius (1919). 72 S. M. 3.—.

Der Verfasser war in den Vorperioden des uneingeschränkten U-Boot-Krieges im Admiralstab für eine energische Vergeltungspolitik gegenüber den englischen Völkerrechtsbrüchen zur See eingetreten, und hatte, da er nicht durchdrang, als aufrechter Mann die Konsequenzen gezogen. Er war bis zum Kriegsende als Geschwaderchef an der Hochseeflotte tätig und schildert in seinem Büchlein in kurzen Umrissen und in klarer allgemein verständlicher Weise das Werden der deutschen Flotte, ihre Wirksamkeit im Kriege und den Zusammenbruch. M.-P.

Forstner, Freiherr von, Korvettenkapitän, „Die Marinemeuterei“. 2. Aufl. Berlin, Curtius (1919), 31 S. M. 1.50.

Vielen, die unsere blauen Jungens in früheren besseren Tagen kennengelernt und liebgewonnen hatten, war das Versagen der Hochseeflotte am Kriegsende eine überaus schmerzliche Enttäuschung. Der vielfach verbreiteten Meinung, daß die Umsturbewegung aus den Reihen der Marine ins Volk hineingetragen worden sei, tritt der Verfasser entgegen. Er schildert, wie mit der zunehmenden Dauer des Krieges die Schwierigkeiten auf den größeren Schiffen und den kleineren Fahrzeugen wuchsen, wie demgegenüber die planmäßige Veretzungsarbeit bei einzelnen auf fruchtbaren Boden fiel und wie dann schließlich das Verhängnis seinen Lauf nahm. Viele Auslandsdeutsche, die in früheren Zeiten mit Stolz die deutschen Kriegsschiffe besuchten und den besten Eindruck von den Besatzungen empfangen hatten, wird es interessieren, aus diesem anspruchlosen Schriftchen den Verlauf der Revolution und einen Teil der inneren Zusammenhänge kennenzulernen. M.-P.

3. Jahrbuch der südbrasilianischen Franziskanerprovinz 1913 u. 1914. Im Auftrage des Provinzialrats herausgegeben von **P. Petrus Sinzig, O. F. M.** Petropolis (Brasilien), Druckerei der „Vozes de Petropolis“ 1915. In Deutschland vorrätig im Franziskanerkloster zu Düsseldorf. 266 S. 40.

Ein deutsches Jahrbuch in Brasilien! Kein Wunder! Die südbrasilianische Franziskanerprovinz, die das Jahrbuch herausgibt, besteht mit verschwindenden Ausnahmen aus Deutschen. Ein Band will das Jahrbuch sein zwischen Brasilien und der deutschen Heimat, zugleich aber auch eine Chronik des Ordens und der von ihm seelsorgerlich verwalteten Kolonien. Interessieren werden besonders „Die deutsche kath. Gemeinde zu Curityba 1896—1914“, sowie die Jahresberichte aus den einzelnen Niederlassungen. Manch herbststärkendes Bild rollt da am Auge des Lesers vorüber. Möge der Band bald Nachfolger haben!

Dr. Straubinger-Stuttgart.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

„Mitteilungen der Deutsch-Italienischen Vereinigung“ erscheinen in zwangloser Folge seit Dezember vorigen Jahres. Bis jetzt liegen, 8seitig in kleinem Quartformat, drei Nummern vor. Die Mitteilungen sollen den Zusammenhang unter den Italien-Deutschen fördern und auch späterhin, wenn die Italien-Deutschen wieder an den Ort ihrer Tätigkeit zurückgekehrt sind, die Beziehung aufrechterhalten, um zum Wohl beider Völker zwischen Italien und Deutschland die Beziehungen zu verbessern. Sie wollen auch durch Zusammenstellung dessen was die Mitglieder am meisten interessiert, schriftliche Erkundigungen, Briefe und Porto sparen. Aus der Zeitschrift ist ersichtlich, daß die dem „Bund der Auslandsdeutschen“ angegliederte Vereinigung auch ihre besondere Stellenvermittlung hat. Die Vereinigung stellt auch für die Steuerbehörden Bescheinigungen aus, die den festen Willen des einzelnen, wieder nach Italien zurückzukehren, darlegen sollen und die ihm so bei der Steuerdeklarierung helfen sollen.

„Mitteilungen der Abteilung Rußland“ des „Bundes der Auslandsdeutschen“ kamen schon bisher in zwangloser Folge heraus. Sie sollten eigentlich zu Beginn dieses Jahres eingehen, wenn nicht die nötige Zahl an festen Bestellungen dem Verlage übermittelt würde. Das ist nach einer Bekanntmachung in der neu erschienenen Januarnummer 1920 nicht geschehen, die zur rentablen Weiterherausgabe erforderliche Zahl von Bestellungen ist nicht eingegangen. Trotzdem sollen die Mitteilungen weiter erscheinen. Der Grund wird von dem Organ selbst in folgenden Sätzen gegeben: andererseits aber ist in den Verhandlungen im Bund von seiten der westlichen Interessenten leider noch wiederholt auf Gegensätze zwischen

ihnen und uns hingewiesen worden. Obgleich wir nun fest daran glauben, daß nach wenigen Monaten des Zusammenarbeitens in der Entschädigungsaktion gleich uns auch die westlichen Interessenten zu der Überzeugung gelangen werden, daß diese Gegensätze nur scheinbare sind, so können wir angesichts dieser Vorgänge auf unser eigenes Organ einstweilen doch nicht verzichten. Wir haben deshalb die Absicht, weitere sechs Nummern wie bisher, zwanglos herauszubringen.“

Über die Russen in Berlin berichtet ein Artikel in der Dezemberrummer der „Mitteilungen der Abteilung Rußland des Bundes der Auslandsdeutschen“. Ihre Zahl wird mit 70000 angegeben. Es handelt sich hauptsächlich um Flüchtlinge. Drei Blätter erscheinen in russischer Sprache, davon zwei Tageszeitungen (Prisw — Der Ruf — und Golos Rossii — Stimme Rußlands) und die unregelmäßig erscheinende Wremja — Zeit. Die erste Zeitung ist rechtsstehend, die zweite linksstehend demokratisch und die dritte neutral mit rechtsdemokratischem Einschlag. Zahlreiche russische Setzer finden so in Berlin ihr Brot. Das Verhalten der Blätter zu Deutschland ist objektiv und frei von Animosität. Ein enges wirtschaftliches und kulturelles Zusammengehen Deutschlands und Rußlands wird in allen drei Blättern empfohlen. Zur offiziellen Vertretung der konsularischen Funktion hat sich in den Zelten 16 ein russisches Komitee aufgetan, das die Begründung eines russischen Klubs, einer russischen Bücherei und einer russischen Schule plant. An der russischen Kirche im Botschaftsgebäude hat sich ein russischer Sängerkorps gebildet, der in Berlin Konzerte zu veranstalten gedenkt. Das gesellige Leben der Russen konzentriert sich hauptsächlich um ein russisches Theater, das im Brädervereinshaus, Kurfürstenstraße 116, spielt, und um ein russisches Kabarett „Der blaue Sarafan“. Außerdem gibt es in Berlin eine Reihe von russischen Kaffeehäusern und Konditoreien.

VON UNSERER ARBEIT

Sammlung photographischer Aufnahmen zur Kenntnis des Auslandsdeutschtums und zur Auslandskunde.

Das Deutsche Ausland-Institut legt, um die sachgemäße Beratung und Unterstützung der Auswanderer durchführen zu können, größten Wert darauf, von den verschiedenen Ländern, die heute als Auswanderungsgebiete in Frage kommen, oder vor dem Kriege als Siedlungsgebiete für deutsche Auswanderer, oder überhaupt als Tätigkeitsgebiete für Deutsche gedient haben, gutes photographisches oder sonstiges Bildmaterial zu bekommen, das über die Natur der betreffenden Länder, ihre Bevölkerung oder Wirtschaft irgendwie Bemerkenswertes enthält.

Das Deutsche Ausland-Institut hat zu diesem Zweck eine eigene Lichtbilder-Abteilung eingerichtet, die die Aufgabe hat, alles Bilder- und Lichtbildmaterial zur Kenntnis des Deutschtums im Auslande und zur allgemeinen Auslandskunde, namentlich soweit es mit der Frage des Deutschtums im Zusammenhang steht, zu sammeln und zu bearbeiten. Die Abteilung verfügt bereits über rund 5000 Bilder und rund 3000 Lichtbilder. Die Sammlungen sind gerade in der letzten Zeit durch zahlreiche Spenden von Auslandsdeutschen erheblich vermehrt worden. Es ist aber anzunehmen, daß sich noch wertvolles Photographien-Material in den Händen der jetzt zurückgekehrten Auslandsdeutschen, sowie auch der Familien befindet, deren Angehörige in früheren Zeiten im Ausland gewesen sind.

Wir richten im Interesse der Sache an alle Auslandsdeutschen und Freunde unseres Instituts die dringende Bitte, die Arbeiten der Lichtbilder-Abteilung zu unterstützen und das in ihrem Besitze befindliche Material an Bildern und Lichtbildern mit möglichst genauer Angabe des Aufnehmenden und des Aufgenommenen (auch Zeit der Aufnahme) dem Institut zur Verfügung zu stellen und einzusenden. Besondere Prospekte hierfür wolle man von der Lichtbilder-Abteilung des Instituts erbitten.

Etwa entstehende Unkosten werden auf Wunsch ersetzt. Ebenso wird das Urheberrecht streng gewahrt; bei evtl. Veröffentlichungen der Aufnahmen in den Schriften oder sonstigen Veröffentlichungen des Instituts wird der Name des Aufnehmenden jedesmal genannt werden.

„Verein Auslandkunde“, Berlin, und „Deutsches Ausland-Institut“, Stuttgart.

Von einer erfreulichen Verschmelzung können wir heute berichten. In der Erkenntnis, daß unserm Volke in der jetzigen Zeit nichts mehr not tut als Sammlung und Konzentration in seiner Arbeit, haben der in Berlin beheimatete „Verein Auslandkunde“ und das „Deutsche Ausland-Institut“ in Stuttgart eine Verschmelzung beschlossen, um ihre Kräfte zur Erreichung des gleichen Ziels, der Förderung und Verbreitung der Auslandkunde unter dem deutschen Volke und Unterstützung deutscher Interessen im Auslande, zu vereinigen. Der Verein Auslandkunde hat als selbständiger Verein zu bestehen aufgehört und ist in das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, übergegangen, das seine eigenen Mitglieder in Berlin und die des bisherigen Vereins Auslandkunde zu einer Norddeutschen Zweigvereinigung des Instituts zusammenfaßt und in Berlin, Unter den Linden 78, eine Arbeitsstelle neu eröffnet hat. Es ist zu wünschen, daß diese Vereinheitlichung der Arbeit gute Früchte trägt und daß dieses Beispiel Nachahmung findet.

Pressekorrespondenz des D. A.-I.

Das Deutsche Ausland-Institut gibt seit 1. Oktober 1919 eine Pressekorrespondenz heraus, die den reichsdeutschen und auslanddeutschen Zeitungen unentgeltlich zugestellt wird und die zur Fraie des Auslandsdeutchtums, der Auswanderung und der Auslandkunde wichtiges Material für die Zeitungen zusammenstellt. Die Mitteilungen der Korrespondenz werden von den Zeitungen auch rege benutzt. Denjenigen unserer Mitglieder, die das Material der Pressekorrespondenz zu sammeln wünschen, oder die aus irgendeinem Grunde die Zeitungskorrespondenz beziehen wollen, sind wir bereit, sie gegen Ersatz der eigenen Kosten zum Jahrespreise von 6 Mark regelmäßig zuzustellen. Anmeldungen wolle man an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Neues Schloß, Nordflügel, richten.

Sonderausstellung.

Anläßlich der unmittelbar bevorstehenden Abstimmung in Schleswig-Holstein hat das Deutsche Ausland-Institut in seinem Lesesaal eine kleine Sonderausstellung über Schleswig-Holstein veranstaltet. Eine Karte bringt die Ausdehnung der beiden Abstimmungsgebiete übersichtlich zur Darstellung. Eine ganze Reihe von photographischen Aufnahmen zeigt die Tätigkeit des Deutschen Ausschusses, der die Wahlvorbereitungen in die Hand genommen hat und mit tatkräftigem Eifer fördert. Endlich sind die wichtigsten Bestimmungen über die Abstimmung und ihre Durchführung zur allgemeinen Orientierung zum Aus- hang gebracht.

STELLENVERMITTLUNG FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Das Deutsche Ausland-Institut hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, die späterhin in erster Linie dafür arbeiten soll,

Stellen ins Ausland zu vermitteln

und auch rückwanderungslustigen Auslanddeutschen beim

Wiedergewinnen einer Stellung in der Heimat

dienstbar zu sein. Zurzeit ist aber erste Aufgabe, die in der Heimat beschäftigungslos weilenden

Auslanddeutschen unterzubringen

und ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen. Denn gern nimmt kaum einer unter ihnen die Erwerbslosenunterstützung an, weit mehr vielleicht als andere beseelt unsere Auslanddeutschen, die in harter Arbeitsleistung groß geworden sind, Arbeitslust und Arbeitswille. Gar oft sperren sich Industrie und Handel noch gegen die Einstellung von Auslanddeutschen, aber dank unserer Arbeit ist schon manches besser geworden. Wir bitten die Auslanddeutschen, unsere Vermittlungsstelle, die für alle Teile völlig kostenlos arbeitet, in Anspruch zu nehmen.

Demnächst erscheint:

Das Wahlrecht der Auslanddeutschen

Band 1 unserer staats- und rechtswissenschaftlichen Serie (herausgegeben von Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, und Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.), enthaltend die vier apläblich unseres Preisausschreibens über das Wahlrecht der Auslanddeutschen preisgekrönten und zum Ankauf empfohlenen Preisarbeiten. Die Veröffentlichung ist anläßlich der Gewährung des Reichstagswahlrechts an die Auslanddeutschen die im Entwurf der Regierung vorgesehen ist, von grundlegender Bedeutung. Die Höhe des Ladenpreises wird etwa 20 Mark betragen. Unsere Mitglieder können bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle die Veröffentlichung zu einem Vorzugspreise beziehen, der 3 Mark unter dem Ladenpreise liegt.

===== Anmeldungen an die Geschäftsstelle Stuttgart, Neues Schloß. =====

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 10. Februar 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portoausschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 5

STUTTGART

Ersstes März-Heft 1920

Für die notleidenden Auslandsdeutschen!

Wir sind ein armes Volk geworden. Unser Wohlstand, unser Reichtum, unsere Weltstellung sind vernichtet. Aber das Letzte, unsere Ehre, wäre verloren, wenn wir selbst in der tiefsten Armut und Verlassenheit nicht unserer Brüder und Schwestern gedenken wollten, denen das Schicksal das Schwerste beschieden hat, der Auslandsdeutschen, denen der Krieg alles genommen hat. Es ist über die kulturelle wie wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums für den Wiederaufbau der Heimat und für Deutschlands künftige Stellung unter den Weltvölkern und im Völkerbunde so viel gesprochen und geschrieben worden, daß es an dieser Stelle einer weiteren Aufklärung nicht mehr bedarf. – Nur ein letzter Mahnruf soll hier erschallen.

Die „Rückwandererhilfe“ will Mittel zusammenbekommen, um der dringendsten Not zu steuern. Jetzt gilt es, Beweise zu erbringen, daß wir der letzten Anstrengung, des letzten Geldopfers fähig sind. Jetzt gilt es zu beweisen, daß wir die Kraft in uns spüren, trotz aller Widerwärtigkeiten den Wiederaufbau einzuleiten, indem wir die Männer und Frauen stützen und stärken, die die wichtigsten Träger des Wiederaufbaues, die Pioniere im Ausland, wieder sein wollen und werden. Jahre, Jahrzehnte lang sind sie der Heimat entfremdet gewesen. Wir selbst haben dazu beigetragen, indem wir uns nicht genügend um sie kümmerten, indem wir sie durch eines der schlechtesten Staatsangehörigkeitsgesetze, das die Rechtsgeschichte kennt, uns entgleiten ließen. Krieg und Elend haben uns nun wieder aneinandergekettet. Nun stehen die Auslandsdeutschen, die in fremder Kultur und Wirtschaft Wurzel gefaßt haben, zum Teil vor einem Deutschland, das anders aussieht, als es in ihren Erinnerungen lebte, vor einem Deutschland, das zerrissen und blutend aus tausend Wunden am Boden liegt. Daß die Auslandsdeutschen vieles nicht begreifen und verstehen, was sie nicht Mitwerden und -wachsen sahen, ist verständlich. Unsere Aufgabe ist es, sie aufzuklären, damit sie draußen vom neuen Deutschland nicht nur mehr oder weniger schöne Äußerlichkeiten, sondern die tieferen Gründe der Umwälzungen und Veränderungen berichten können. Unsere Aufgabe ist es, von ihnen zu lernen, damit wir uns selbst von der falschen Einschätzung fremder Länder und Sitten, fremden Denkens und Fühlens frei machen.

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, zu helfen, damit selbst im armen Deutschland eine Summe zusammenkommt, die den Auslandsdeutschen beweist, wie wir sie schätzen. Zwar wird sie das Reich entschädigen, aber wir wissen, wie schwach seine Kräfte sind, wie mancher Schaden hier nicht juristisch erfaßt werden kann, sondern nur mit menschlichem Fühlen und Verstehen zu decken ist. Mit dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, dem Roten Kreuz und dem Verein für das Deutschtum im Auslande hat auch das Deutsche Ausland-Institut es übernommen, die Mittel, die der Rückwandererhilfe zufließen, zur sachgemäßen richtigen Verteilung zu bringen und darüber später der Öffentlichkeit Rechnung zu legen. Kein Pfennig der einkommenen Gelder wird dabei zu irgendwelchen anderen Zwecken der vier Vereinigungen verwendet werden, sie werden restlos dem Hilfswerk zugeführt werden, für das die Spender ihre Gaben bestimmt haben. Wir wenden uns deshalb auch an unsere Leser und Freunde wiederholt mit der Bitte:

„Helft rasch und helft so gut und so reichlich, als es in euren Kräften steht!“

Die Vorentscheidung für die Elsaß-Lothringer und die Kolonialdeutschen.

• Nachdem bereits am 15. November 1919 Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für im Auslande aus Anlaß des Krieges erlittenen Schäden erlassen wurden, ist nunmehr ein weiterer Schritt auf dem Wege der Entschädigungsfrage erfolgt, indem in Nr. 16 des Reichs- und Staatsanzeigers vom 20. Januar in zwei weiteren Verordnungen auch für die in Elsaß-Lothringen und in den ehemaligen deutschen Kolonien aus Anlaß des Krieges geschädigten Deutschen Hilfsmaßnahmen vorgesehen sind. In dem Grundsätzlichen weichen die neuerlassenen Richtlinien von den Novemberverordnungen nicht ab: hier wie dort keine endgültige Regelung der Schadenersatzfrage, sondern die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen zum Zweck möglichst schneller Behebung wirtschaftlicher Notlage oder Wiedergewinnung wirtschaftlicher Existenzmöglichkeit, hier und dort keine Entschädigung für Benachteiligungen, die an Leib und Gesundheit durch die verschiedenlichsten Kriegsereignisse erlitten wurden — wie verlautbart, sollen Personenschäden durch besonderes Gesetz einheitlich für alle Deutschen geregelt werden — sondern lediglich Berücksichtigung von Sach- und Vermögensschäden.

Die für Elsaß-Lothringen erlassenen Verordnungen umfassen sowohl die Verluste aus Anlaß des Krieges als auch die Benachteiligungen infolge von Verdrängung, lassen dagegen die unmittelbar durch kriegerische Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte entstandenen Schäden außer Betracht. Für diese gelten auch fernerhin die Vorschriften des Gesetzes vom 3. Juli 1916

Analog den November-Richtlinien unterscheiden auch die für Elsaß-Lothringen erlassenen Anordnungen Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen. Die Gewährung der ersteren erfolgt nach denselben Grundsätzen wie für die Auslandsdeutschen, dagegen zeigen die Bestimmungen der zwei Kategorien geldlicher Hilfen sowohl nach der objektiven wie nach der subjektiven Seite hin einige Abweichungen. Auch ist die Entstehung der Sachschäden zeitlich anders begrenzt: sie müssen nach dem 20. Oktober 1918 erlitten worden sein. Ursächlich müssen die Schäden, sofern sie durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung in Elsaß-Lothringen entstanden sind, mit dem Deutschtum der Geschädigten in Beziehung stehen. An weiteren Sachschäden werden berücksichtigt die Benachteiligungen, welche erlitten wurden infolge einer unter dem Druck der drohenden oder vollzogenen Besetzung des Landes, der drohenden Ausweisung, oder Zwangsverwaltung oder aus einem sonstigen dringenden Grunde in Elsaß-Lothringen vorgenommene Veräußerung von Gegenständen zu einem offenkundig erheblich unter dem Werte bleibenden Preise oder aus Anlaß der Verdrängung aus Elsaß-Lothringen.

Subjektiv berechtigt sind zur Stellung des Antrags auf Beihilfen die aus Elsaß-Lothringen „Verdrängten“. Das Gesetz versteht darunter:

1. Personen, welche infolge Ausweisungsbefehls der französischen Behörden Elsaß-Lothringen vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages verlassen mußten (ein späteres Verlassen wird nur berücksichtigt, wenn die französischen Behörden eine frühere Ausreise verhindert haben oder infolge sonstiger triftiger Gründe die Ausreise verschoben werden mußte);

2. Personen, welche nach dem 20. Oktober 1918 Elsaß-Lothringen freiwillig im Hinblick auf die drohende oder vollzogene Besetzung durch den Feind verlassen haben, doch muß, wenn nicht französische Behörden oder sonstige triftige Gründe hindern, die Ausreise vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgt sein;

3. Personen, welche vor dem Ausbruch oder während des Krieges in Elsaß-Lothringen gewohnt, das Land später verlassen haben und infolge der Besetzung oder Abtretung nicht dahin zurückgekehrt sind oder in der Verfügung über ihr dort zurückgelassenes Vermögen behindert waren.

Diesen aus Elsaß-Lothringen Verdrängten können, sofern sie durch die Besetzung oder Abtretung des Landes und deren Folgen in erhebliche wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, analog den November-Richtlinien auch Unterstützungen, allein oder neben Vorschüssen und Beihilfen, gewährt werden. Wie dort sollen regelmäßig die Unterstützungen 1500 Mk. nicht übersteigen, doch können, wenn dieser Betrag nachweislich zur Behebung der wirtschaftlichen Bedrängnis nicht ausreicht, auch 2000 Mk. für die Person bewilligt werden. Erst die diese letztere Summe überschreitenden und in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit zu gewährenden Unterstützungen bedürfen der Zustimmung des Kriegsministers des Innern und des Reichsministers der Finanzen. Diese beiden Minister oder eine von ihnen bezeichnete Stelle sind auch zu ständig, wenn es sich um die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen an solche Deutsche handelt, welche zur Zeit des Eintritts des Schadens die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besaßen, während diejenigen aus Elsaß-Lothringen Verdrängten, die auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages die französische Staatsangehörigkeit ohne weiteres erwerben, bei gleichen Voraussetzungen der übrigen Reichsdeutschen hinsichtlich der Bewilligung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen gleichgestellt sind.

Wie in den November-Richtlinien können Vorschüsse sowohl wie Beihilfen bis zur Hälfte des Schadens, sofern dieselben zur Wiedergewinnung einer wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeit oder dringend notwendigen Beschaffung von Gegenständen des Hausrats dienen sollen, bis zu 75% gewährt werden, wobei kein Unterschied gemacht wird, ob die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit im In- oder im Auslande erfolgen soll. Den Berechnungen der in Elsaß-Lothringen erlittenen Schäden ist der Friedenswert zugrunde zu legen. (Stichtag 25. Juli 1914.) Hat indessen die Erwerbung nachweislich erst nach Ausbruch des Krieges stattgefunden, und zwar zu höheren Kosten, so sind diese in angemessener Höhe in Rechnung zu stellen. Außerdem können aus Billigkeitsgründen Zuschläge zu dem Friedenswerk erfolgen, sofern der Geschädigte den Vorschuß oder die Beihilfe zu einer Ersatzbeschaffung von Hausrat, Handwerksgeräte oder sonstigen zur Berufsausübung dienenden Gegenständen verwenden will. Auch die Umrechnung des in ausländischer Währung festgestellten Wertes ist nach den für Elsaß-Lothringen aufgestellten Richtlinien günstiger als für die Auslandsdeutschen, indem sie nicht zum Friedenskurs, sondern nach dem im Art. 72 Abs. 1 des Versailler Vertrages bestimmten Kurs (der an der Genfer Börse von 11. November 1918 notierte Durchschnittskurs) erfolgen soll.

Manchen wirtschaftlichen Bedürfnissen wird der § 17 entsprechen, wonach in Fällen, in denen der Schaden einwandfrei nachgewiesen wird und den Betrag von 5000 Mark nicht übersteigt, eine sofortige völlige Abfindung erfolgen kann, vorbehaltlich einer späteren Nachforderung, wenn die für die Berechnung des Portos aufgestellten Grundsätze geändert werden sollten.

Bezüglich des Personenkreises, dem die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen zu versagen ist, bringen die Januar-Richtlinien ebenfalls noch eine beachtenswerte Neuerung: Gesuche um Vorschüsse usw. sollen keine Berücksichtigung finden, wenn der Geschädigte sich im Ausland aufhält und Umstände vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Betreffende sich einer Strafverfolgung, einer Strafvollstreckung oder den durch den Krieg und dessen Folgen den Reichsangehörigen auferlegten öffentlichen Lasten zu entziehen sucht.

Das Verfahren weicht von dem in den November-Richtlinien vorgesehenen insofern ab, als Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen nicht durch Vermittlung einer Interessenvertretung, sondern direkt bei dem Reichsminister des Innern, Abteilung für Elsaß-Lothringen, einzureichen sind. Daraus folgt, daß ein Prozentenabzug für ein Tätigwerden jenes Selbstverwaltungskörpers, wie es in den November-Richtlinien vorgesehen ist, nicht stattfindet. Auch die Anweisung auf Auszahlung der Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen erfolgt direkt von dem Vorsitzenden des Feststellungsausschusses und nicht auf dem Umwege über die Interessenvertretung.

Die Entscheidung über die Anträge liegt Ausschüssen ob, die in Gemäßheit der Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916 zu bilden sind und vom Reichsminister des Innern bestimmt werden. Für die Reihenfolge, in welcher die Gesuche zu erledigen sind, soll tunlichst die wirtschaftliche Lage des Antragstellers ausschlaggebend sein.*

Gegen den Bescheid des Ausschusses steht dem Antragsteller die Beschwerde an den Oberausschuß zu innerhalb einer Frist von zwei Wochen. Der Bescheid des letzteren ist nur von dem Vertreter des Reichsinteresses anzufechten. Beruht dagegen ein Bescheid eines Ausschusses oder Oberausschusses auf offensichtlichem Versehen, so kann gegen beide ein an keine Frist gebundener Antrag um Berichtigung gestellt werden. —

Die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen usw. an Kolonialdeutsche lehnen sich insofern noch enger an die November-Richtlinien an, als nicht nur die Vorschüsse auf Entschädigungen für Liquidationsschäden nach gleichen Grundsätzen zu gewähren, sondern auch die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen analoge sind, insofern auch in diesen Richtlinien sowohl die mittelbar wie die unmittelbar durch den Krieg verursachten Schäden Berücksichtigung finden und der anspruchsberechtigte Personenkreis keine Einengung erfährt wie in den Richtlinien für Elsaß-Lothringen.

Bei den zu gewährenden Unterstützungen sollen diejenigen Personen besondere Berücksichtigung finden, welche dieselben zur Wiederaufnahme einer Tätigkeit in den Schutzgebieten verwenden wollen.

Gesuche von Personen, welche die Reichsangehörigkeit nicht besitzen oder zur Zeit des Eintritts des Schadens nicht besessen haben, bedürfen der Zustimmung des Reichsministers der Finanzen und des Auswärtigen, das gleiche gilt von ausländischen juristischen Personen und Gesellschaften sowie von deutschen juristischen Personen und Gesellschaften mit überwiegender ausländischer Kapitalbeteiligung.

Die Bemessung der Vorschüsse und Beihilfen erfolgt wie in den November-Richtlinien: bei Berechnung des Schadens nach dem Friedenswerte und Umrechnung ausländischer Währungen nach dem Kurse vom 25. Juli 1914 sollen Vorschüsse und Beihilfen bis zur Hälfte des Schadens, bei Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit in den Schutzgebieten oder im Auslande bis zu 75 Prozent gewährt werden. Zu beachten ist, daß die aus Kapitel 6 des außerordentlichen Haushalts für das Reich unter den Abschnitten Va Reichsmarineamt und VIa Reichskolonialamt einem Geschädigten gewährten Darlehen, Vorschüsse oder Beihilfen auf die in Gemäßheit der „Richtlinien“ festgesetzten Vorschüsse und Beihilfen anzurechnen sind.

Unterstützungen sollen 1500 Mark für die Person nicht übersteigen, doch können in besonderen Fällen, vornehmlich auch zur Wiederausreise in die Schutzgebiete, höhere Unterstützungen vom Leiter der Entschädigungsstelle des Reichskolonialministeriums im Einverständnisse mit dem Reichsminister der Finanzen angeordnet werden.

Wie die Richtlinien für Elsaß-Lothringen, sehen auch die für die Kolonialdeutschen erlassenen die Möglichkeit einer sofortigen Abfindung vor, wenn der Wert des Schadens 5000 Mark nicht übersteigt und dieser einwandfrei nachgewiesen wird.

Die Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen sind an die Entschädigungsstelle des Kolonialministeriums zu richten. Die Entscheidung über die Anträge erfolgt durch besondere Spruchkommissionen, die aus drei Mitgliedern, einem Beauftragten der Entschädigungsstelle des Reichskolonialministeriums als Vorsitzenden und zwei von dem Reichsverband der Kolonialdeutschen vorgeschlagenen Beisitzern bestehen.

Die Auszahlung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen ist vom Leiter der Entschädigungsstelle anzuordnen, der für die aus der Mitwirkung des Reichsverbands der Kolonialdeutschen im Ermittlungsverfahren erwachsenden Kosten einen bestimmten Hundertsatz in Abrechnung bringen oder von dem Geschädigten einziehen kann, wenn die Beihilfe oder der Vorschuß bereits durch ein auf sie angerechnetes Darlehen erschöpft ist.

Dr. M. W.

Die Auslandsdeutschen im Reichsnotopfergesetz vom 31. Dezember 1919.

Unmittelbar vor Jahresschluß 1919, in der letzten Nummer (Nr. 252) des Reichsgesetzblattes ist das Notopfergesetz vom 31. Dezember 1919 noch zur Veröffentlichung gekommen. Schon vor und insbesondere seit Bekanntgabe des genauen Wortlauts des Regierungsentwurfs vom 26. Juli 1919 ist dieses Gesetz in der Öffentlichkeit außerordentlich heftig umstritten worden. Die Behandlung der Auslandsdeutschen war dabei eine der Fragen, die mit an erster Stelle zur Diskussion standen.

Der Regierungsentwurf, von dem Standpunkt ausgehend, prinzipiell alle Deutschen ohne Unterschied zu der Vermögensabgabe heranzuziehen, hat, man möchte sagen, nur widerwillig und in höchst unzulänglichem Maße den besonderen Verhältnissen der Auslandsdeutschen durch Ausnahmestimmungen Rechnung getragen. Der bekannte § 50 stellte es dem Reichsfinanzminister anheim, nach seinem willkürlichen Ermessen Auslandsdeutschen im Sinne des Gesetzes in berücksichtigungswerten

Die Vorentscheidung für die Elsaß-Lothringer und die Kolonialdeutschen.

• Nachdem bereits am 15. November 1919 Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für im Auslande aus Anlaß des Krieges erlittenen Schäden erlassen wurden, ist nunmehr ein weiterer Schritt auf dem Wege der Entschädigungsfrage erfolgt, indem in Nr. 16 des Reichs- und Staatsanzeigers vom 20. Januar in zwei weiteren Verordnungen auch für die in Elsaß-Lothringen und in den ehemaligen deutschen Kolonien aus Anlaß des Krieges geschädigten Deutschen Hilfsmaßnahmen vorgesehen sind. In dem Grundsätzlichen weichen die neuerlassenen Richtlinien von den Novemberverordnungen nicht ab: hier wie dort keine endgültige Regelung der Schadenersatzfrage, sondern die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen zum Zweck möglichst schneller Behebung wirtschaftlicher Notlage oder Wiedergewinnung wirtschaftlicher Existenzmöglichkeit, hier und dort keine Entschädigung für Benachteiligungen, die an Leib und Gesundheit durch die verschiedenlichsten Kriegsereignisse erlitten wurden — wie verlautbart, sollen Personenschäden durch besonderes Gesetz einheitlich für alle Deutschen geregelt werden — sondern lediglich Berücksichtigung von Sach- und Vermögensschäden.

Die für Elsaß-Lothringen erlassenen Verordnungen umfassen sowohl die Verluste aus Anlaß des Krieges als auch die Benachteiligungen infolge von Verdrängung, lassen dagegen die unmittelbar durch kriegerische Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte entstandenen Schäden außer Betracht. Für diese gelten auch fernerhin die Vorschriften des Gesetzes vom 3. Juli 1916

Analog den November-Richtlinien unterscheiden auch die für Elsaß-Lothringen erlassenen Anordnungen Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen. Die Gewährung der ersteren erfolgt nach denselben Grundsätzen wie für die Auslandsdeutschen, dagegen zeigen die Bestimmungen der zwei Kategorien geldlicher Hilfen sowohl nach der objektiven wie nach der subjektiven Seite hin einige Abweichungen. Auch ist die Entstehung der Sachschäden zeitlich anders begrenzt: sie müssen nach dem 20. Oktober 1918 erlitten worden sein. Ursächlich müssen die Schäden, sofern sie durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung in Elsaß-Lothringen entstanden sind, mit dem Deutschtum der Geschädigten in Beziehung stehen. An weiteren Sachschäden werden berücksichtigt die Benachteiligungen, welche erlitten wurden infolge einer unter dem Druck der drohenden oder vollzogenen Besetzung des Landes, der drohenden Ausweisung, oder Zwangsverwaltung oder aus einem sonstigen dringenden Grunde in Elsaß-Lothringen vorgenommene Veräußerung von Gegenständen zu einem offenkundig erheblich unter dem Werte bleibenden Preise oder aus Anlaß der Verdrängung aus Elsaß-Lothringen.

Subjektiv berechtigt sind zur Stellung des Antrags auf Beihilfen die aus Elsaß-Lothringen „Verdrängten“. Das Gesetz versteht darunter:

1. Personen, welche infolge Ausweisungsbefehls der französischen Behörden Elsaß-Lothringen vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages verlassen mußten (ein späteres Verlassen wird nur berücksichtigt, wenn die französischen Behörden eine frühere Ausreise verhindert haben oder infolge sonstiger triftiger Gründe die Ausreise vorschoben werden mußte);

2. Personen, welche nach dem 20. Oktober 1918 Elsaß-Lothringen freiwillig im Hinblick auf die drohende oder vollzogene Besetzung durch den Feind verlassen haben, doch muß, wenn nicht französische Behörden oder sonstige triftige Gründe hindern, die Ausreise vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgt sein;

3. Personen, welche vor dem Ausbruch oder während des Krieges in Elsaß-Lothringen gewohnt, das Land später verlassen haben und infolge der Besetzung oder Abtretung nicht dahin zurückgekehrt sind oder in der Verfügung über ihr dort zurückgelassenes Vermögen behindert waren.

Diesen aus Elsaß-Lothringen Verdrängten können, sofern sie durch die Besetzung oder Abtretung des Landes und deren Folgen in erhebliche wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, analog den November-Richtlinien auch Unterstützungen, allein oder neben Vorschüssen und Beihilfen, gewährt werden. Wie dort sollen regelmäßig die Unterstützungen 1500 Mk. nicht übersteigen, doch können, wenn dieser Betrag nachweislich zur Behebung der wirtschaftlichen Bedrängnis nicht ausreicht, auch 2000 Mk. für die Person bewilligt werden. Erst die diese letztere Summe überschreitenden und in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit zu gewährenden Unterstützungen bedürfen der Zustimmung des Kriegsministers des Innern und des Reichsministers der Finanzen. Diese beiden Minister oder eine von ihnen bezeichnete Stelle sind auch zu ständig, wenn es sich um die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen an solche Deutsche handelt, welche zur Zeit des Eintritts des Schadens die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besaßen, während diejenigen aus Elsaß-Lothringen Verdrängten, die auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages die französische Staatsangehörigkeit ohne weiteres erwerben, bei gleichen Voraussetzungen der übrigen Reichsdeutschen hinsichtlich der Bewilligung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen gleichgestellt sind.

Wie in den November-Richtlinien können Vorschüsse sowohl wie Beihilfen bis zur Hälfte des Schadens, sofern dieselben zur Wiedergewinnung einer wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeit oder dringend notwendigen Beschaffung von Gegenständen des Hausrats dienen sollen, bis zu 75% gewährt werden, wobei kein Unterschied gemacht wird, ob die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit im In- oder im Auslande erfolgen soll. Den Berechnungen der in Elsaß-Lothringen erlittenen Schäden ist der Friedenswert zugrunde zu legen. (Stichtag 25. Juli 1914.) Hat indessen die Erwerbung nachweislich erst nach Ausbruch des Krieges stattgefunden, und zwar zu höheren Kosten, so sind diese in angemessener Höhe in Rechnung zu stellen. Außerdem können aus Billigkeitsgründen Zuschläge zu dem Friedenswerk erfolgen, sofern der Geschädigte den Vorschuß oder die Beihilfe zu einer Ersatzbeschaffung von Hausrat, Handwerksgeräte oder sonstigen zur Berufsausübung dienenden Gegenständen verwenden will. Auch die Umrechnung des in ausländischer Währung festgestellten Wertes ist nach den für Elsaß-Lothringen aufgestellten Richtlinien günstiger als für die Auslandsdeutschen, indem sie nicht zum Friedenskurs, sondern nach dem im Art. 72 Abs. 1 des Versailler Vertrages bestimmten Kurs (der an der Genfer Börse von 11. November 1918 notierte Durchschnittskurs) erfolgen soll.

Manchen wirtschaftlichen Bedürfnissen wird der § 17 entsprechen, wonach in Fällen, in denen der Schaden einwandfrei nachgewiesen wird und den Betrag von 5000 Mark nicht übersteigt, eine sofortige völlige Abfindung erfolgen kann, vorbehaltlich einer späteren Nachforderung, wenn die für die Berechnung des Portos aufgestellten Grundsätze geändert werden sollten.

Bezüglich des Personenkreises, dem die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen zu versagen ist, bringen die Januar-Richtlinien ebenfalls noch eine beachtenswerte Neuerung: Gesuche um Vorschüsse usw. sollen keine Berücksichtigung finden, wenn der Geschädigte sich im Ausland aufhält und Umstände vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Betreffende sich einer Strafverfolgung, einer Strafvollstreckung oder den durch den Krieg und dessen Folgen den Reichsangehörigen auferlegten öffentlichen Lasten zu entziehen sucht.

Das Verfahren weicht von dem in den November-Richtlinien vorgesehenen insofern ab, als Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen nicht durch Vermittlung einer Interessenvertretung, sondern direkt bei dem Reichsminister des Innern, Abteilung für Elsaß-Lothringen, einzureichen sind. Daraus folgt, daß ein Prozentsatzabzug für ein Tätigwerden jenes Selbstverwaltungskörpers, wie es in den November-Richtlinien vorgesehen ist, nicht stattfindet. Auch die Anweisung auf Auszahlung der Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen erfolgt direkt von dem Vorsitzenden des Feststellungsausschusses und nicht auf dem Umwege über die Interessenvertretung.

Die Entscheidung über die Anträge liegt Ausschüssen ob, die in Gemäßheit der Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916 zu bilden sind und vom Reichsminister des Innern bestimmt werden. Für die Reihenfolge, in welcher die Gesuche zu erledigen sind, soll tunlichst die wirtschaftliche Lage des Antragstellers ausschlaggebend sein.

Gegen den Bescheid des Ausschusses steht dem Antragsteller die Beschwerde an den Obergericht zu innerhalb einer Frist von zwei Wochen. Der Bescheid des letzteren ist nur von dem Vertreter des Reichsinteresses anzufechten. Beruht dagegen ein Bescheid eines Ausschusses oder Obergerichtes auf offensichtlichem Versehen, so kann gegen beide ein an keine Frist gebundener Antrag um Berichtigung gestellt werden.

Die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen usw. an Kolonialdeutsche lehnen sich insofern noch enger an die November-Richtlinien an, als nicht nur die Vorschüsse auf Entschädigungen für Liquidationsschäden nach gleichen Grundsätzen zu gewähren, sondern auch die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen analoge sind, insofern auch in diesen Richtlinien sowohl die mittelbar wie die unmittelbar durch den Krieg verursachten Schäden Berücksichtigung finden und der anspruchsberechtigte Personenkreis keine Einengung erfährt wie in den Richtlinien für Elsaß-Lothringen.

Bei den zu gewährenden Unterstützungen sollen diejenigen Personen besondere Berücksichtigung finden, welche dieselben zur Wiederaufnahme einer Tätigkeit in den Schutzgebieten verwenden wollen.

Gesuche von Personen, welche die Reichsangehörigkeit nicht besitzen oder zur Zeit des Eintritts des Schadens nicht besessen haben, bedürfen der Zustimmung des Reichsminister der Finanzen und des Auswärtigen, das gleiche gilt von ausländischen juristischen Personen und Gesellschaften sowie von deutschen juristischen Personen und Gesellschaften mit überwiegender ausländischer Kapitalbeteiligung.

Die Bemessung der Vorschüsse und Beihilfen erfolgt wie in den November-Richtlinien: bei Berechnung des Schadens nach dem Friedenswerte und Umrechnung ausländischer Währungen nach dem Kurse vom 25. Juli 1914 sollen Vorschüsse und Beihilfen bis zur Hälfte des Schadens, bei Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit in den Schutzgebieten oder im Auslande bis zu 75 Prozent gewährt werden. Zu beachten ist, daß die aus Kapitel 6 des außerordentlichen Haushalts für das Reich unter den Abschnitten Va Reichsmarineamt und VIa Reichskolonialamt einem Geschädigten gewährten Darlehen, Vorschüsse oder Beihilfen auf die in Gemäßheit der „Richtlinien“ festgesetzten Vorschüsse und Beihilfen anzurechnen sind.

Unterstützungen sollen 1500 Mark für die Person nicht übersteigen, doch können in besonderen Fällen, vornehmlich auch zur Wiederausreise in die Schutzgebiete, höhere Unterstützungen vom Leiter der Entschädigungsstelle des Reichskolonialministeriums im Einverständnis mit dem Reichsminister der Finanzen angeordnet werden.

Wie die Richtlinien für Elsaß-Lothringen, sehen auch die für die Kolonialdeutschen erlassenen die Möglichkeit einer sofortigen Abfindung vor, wenn der Wert des Schadens 5000 Mark nicht übersteigt und dieser einwandfrei nachgewiesen wird.

Die Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen sind an die Entschädigungsstelle des Kolonialministeriums zu richten. Die Entscheidung über die Anträge erfolgt durch besondere Spruchkommissionen, die aus drei Mitgliedern, einem Beauftragten der Entschädigungsstelle des Reichskolonialministeriums als Vorsitzenden und zwei von dem Reichsverband der Kolonialdeutschen vorgeschlagenen Beisitzern bestehen.

Die Auszahlung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen ist vom Leiter der Entschädigungsstelle anzuordnen, der für die aus der Mitwirkung des Reichsverbands der Kolonialdeutschen im Ermittlungsverfahren erwachsenden Kosten einen bestimmten Hundertsatz in Abrechnung bringen oder von dem Geschädigten einziehen kann, wenn die Beihilfe oder der Vorschuß bereits durch ein auf sie angerechnetes Darlehen erschöpft ist.

Dr. M. W.

Die Auslandsdeutschen im Reichsnotopfergesetz vom 31. Dezember 1919.

Unmittelbar vor Jahresschluß 1919, in der letzten Nummer (Nr. 252) des Reichsgesetzblattes ist das Notopfergesetz vom 31. Dezember 1919 noch zur Veröffentlichung gekommen. Schon vor und insbesondere seit Bekanntgabe des genauen Wortlauts des Regierungsentwurfs vom 26. Juli 1919 ist dieses Gesetz in der Öffentlichkeit außerordentlich heftig umstritten worden. Die Behandlung der Auslandsdeutschen war dabei eine der Fragen, die mit an erster Stelle zur Diskussion standen.

Der Regierungsentwurf, von dem Standpunkt ausgehend, prinzipiell alle Deutschen ohne Unterschied zu der Vermögensabgabe heranzuziehen, hat, man möchte sagen, nur widerwillig und in höchst unzulänglichem Maße den besonderen Verhältnissen der Auslandsdeutschen durch Ausnahmebestimmungen Rechnung getragen. Der bekannte § 50 stellte es dem Reichsfinanzminister anheim, nach seinem willkürlichen Ermessen Auslandsdeutschen im Sinne des Gesetzes in berücksichtigungswerten

Fällen die Abgabe ganz oder teilweise zu erlassen, wobei in der Begriffsbestimmung des Auslandsdeutschen gerade der Auslandsflüchtling arg zu kurz kam.

Die berechnete Polemik gegen den Entwurf setzte denn auch sowohl von seiten der unfreiwillig im Reich befindlichen wie der im neutralen Ausland ansässigen Auslandsdeutschen ein: Der Bund der Auslandsdeutschen, dessen Hauptziel die Durchsetzung einer vollkommenen Entschädigung der Auslandsdeutschen für ihre Verluste durch das Reich ist, vertrat dabei aus taktischen Gründen die prinzipielle Bereitwilligkeit der Auslandsdeutschen, zum Reichsnotopfer beizutragen, sofern sie ausreichend entschädigt und bestimmte Forderungen, insbesondere auf eine liberalere Gestaltung des § 50 des Gesetzes erfüllt würden. Die Deutschen im neutralen Ausland dagegen lehnten von Anfang an bis zuletzt jede Heranziehung zur Abgabe in einer Reihe von Eingaben, Veröffentlichungen, in Massenversammlungen und Protestkundgebungen ab. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, in dieser für das Auslandsdeutschtum so bedeutsamen Frage die verschiedenen Ansichten, möglichst aus den Kreisen der Auslandsdeutschen selbst, in unserer Zeitschrift zu Worte kommen zu lassen, um den Gegenstand möglichst vielseitig zu beleuchten.

Der Regierungsentwurf vom 26. Juli hat gar vielfache Wandlungen erlitten. Von der Nationalversammlung wurde er in der 79. Sitzung vom 14. August einem Ausschuss, dem 10. Ausschuss, überwiesen, der die Vorlage in zwei Lesungen, in insgesamt 17 Sitzungen eingehend beraten hat. Das Ergebnis war für die Auslandsdeutschen zwar das prinzipielle Festhalten an ihrer Abgabepflicht, aber doch eine weitgehende Berücksichtigung ihrer Wünsche im Sinne der vom Bund vertretenen Forderungen.

Am 9. Dezember kam der Entwurf mit dem Bericht des 10. Ausschusses in der Nationalversammlung zur zweiten Beratung. Und hier nun das überraschende Ereignis: Von den Mehrheitsparteien werden Abänderungsvorschläge (Anträge von Dr. Blunck [D. D.], Dr. Braun [Franken] [S.] und Berwick [Z.], Nr. 1678 der Materialien der Nationalversammlung) eingebracht, die unter anderem die Auslandsdeutschen in gewissem Umfange von der Abgabe überhaupt befreien, und diese Anträge gehen, soweit sie die Auslandsdeutschen betreffen, in zweiter und dritter Lesung anstandslos durch.

Wir haben den Wortlaut der neuen auf die Auslandsdeutschen bezüglichen Bestimmungen, so wie sie im Gesetz auf Grund dieser Anträge nunmehr Aufnahme gefunden haben, bereits in dem ersten Januarheft unseres „Auslandsdeutschen“ gebracht. Bestimmend war für die Antragsteller nach der mündlichen Begründung, die sie in der Nationalversammlung ihren Vorschlägen gaben, in erster Linie der Gesichtspunkt der praktischen Undurchführbarkeit, die Abgabe von den Deutschen im Ausland einzuziehen, und der Gefahr, diese dem Mutterland zu entfremden. „Wir wissen (auch),“ führt der Abgeordnete Dr. Braun (Franken) (S.) aus, „daß der Versuch, den Deutschen, der im Ausland lebt und sein Betriebsvermögen und seine Erwerbsmöglichkeit im Ausland hat, zu besteuern, mehr ein spielerisches Beginnen als eine durchführbare Tat ist. Wir werden von dem Manne nichts bekommen. Würden wir ihn trotzdem des Prinzips wegen besteuern, so würden wir ihn nicht nur unserem Volke, sondern auch unserer Wirtschaft völlig entfremden. Der Mann würde mit uns keine Geschäfte mehr machen wollen, würde keine Maschine mehr von uns beziehen wollen, würde nicht mehr Agent im Ausland sein, weil er fürchten müßte, daß sein Geld beschlagnahmt würde, daß die Ware nicht herauskommt.“ Abgeordneter Dr. Blunck (D. D.)

meint, man könne den Grundsatz der unterschiedslosen Heranziehung aller Deutschen zum Reichsnotopfer vom nationalen Standpunkt aus gewiß billigenswert finden, aber für die praktische Durchführbarkeit hätten sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben. „Die Deutschen, die schon seit Jahren im Ausland sind und auch heute noch im Ausland leben, haben tatsächlich unter den heutigen Verhältnissen vom Deutschen Reich wenig Vorteile zu erwarten. Dagegen hat das Deutsche Reich seinerseits alle Veranlassung, diese im Ausland für das Deutschtum tätigen Elemente auch beim Deutschtum zu erhalten; und wenn wir ihnen nun die ganze Wucht des Notopfers, das unser Volk tragen muß, auferlegen würden, so würden wir dadurch viele von ihnen, und unter Umständen gerade diejenigen, die sich allen Lockungen, sich ihrem Adoptivlande auch staatlich anzuschließen, bisher versagt haben, geradezu aus wirtschaftlichen Gründen dazu zwingen, sich nun dem Deutschtum zu entfremden, ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufzugeben und damit für sich und ihre ganze Familie dem Deutschtum verloren zu gehen. Um das zu verhindern, halten wir es für erforderlich, diese Ziffer 1 in § 2 dahin einzuschränken, daß diejenigen Deutschen von der Abgabe freibleiben, die schon vor dem Kriege im Ausland wohnten und auch in der Zukunft wieder im Ausland tätig sein werden.“

Dem Antrag gemäß hat daher § 2 Ziffer 1 im Gesetz folgende Fassung erhalten:

Abgabepflichtig sind:

1. die Angehörigen des Deutschen Reichs mit Ausnahme derjenigen, die bereits vor dem 31. Juli 1914 sich mindestens zwei Jahre ununterbrochen des Erwerbes wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, und entweder am 31. Dezember 1919 noch im Ausland wohnten oder innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß des Erwerbes wegen im Ausland wieder ihren Wohnsitz nehmen.

Die Ausnahme findet keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben.

Wahlkonsul gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vorschrift.

Der Absatz 1 des § 50 (der vielumstrittene!) ist dafür, gleichfalls dem Antrag gemäß, in Wegfall gekommen.

Nach der Fassung des § 2 sind befreit nur diejenigen Deutschen, die seit zwei Jahren vor Kriegsbeginn ununterbrochen im Ausland leben, also nach der bisherigen deutschen Steuerpraxis personalsteuerfrei blieben, oder deren Auslandsaufenthalt nur während, das heißt in der Regel infolge des Krieges unterbrochen wurde. Die „Neu-Auslandsdeutschen“, wie sie in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ zu der Frage genannt werden, die sich erst während des Krieges aus manchmal recht dunklen Gründen ins Ausland begeben haben, sind nicht befreit.

Von der Abgabe befreit sind nach § 2 Ziffer 1 auch nur diejenigen Auslandsdeutschen, die sich des Erwerbes wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen im Ausland aufhalten. Allein die Auslegung dieser einschränkenden Bestimmung von seiten der Steuerbehörden wird wohl in liberalem Sinn erfolgen. Sie fand Aufnahme, um zum Ausdruck zu bringen, wie der Abgeordnete Berwick (Z.) hervorhob, daß das Gesetz nicht den Luxusreisenden oder Weltenbummler, sondern den Auslandsdeutschen freistellen wolle, der im Ausland sein Vermögen hat, um dort ein Pionier der deutschen Arbeit zu sein.

Eine Einschränkung erfährt die Abgabenfreiheit der Auslandsdeutschen im Sinne von § 2 Absatz 1 durch § 3 des Gesetzes, wonach sie mit ihrem gesamten inländischen Grund- und Betriebsvermögen, insbesondere aber auch mit den im

Artikel 297 i des Friedensvertrags vorgesehenen Entschädigungen zur Abgabe herangezogen werden. Diese Bestimmung trifft natürlich in erster Linie die Auslandsflüchtlinge im Reich, die ihre ganze Existenz im Ausland verloren haben, und deren Hoffnung auf Wiederaufbau einzig auf der vom Reich zu leistenden Entschädigung beruht. Zur Klarstellung gegenüber Zweifeln, ob die Entschädigungsbeträge unter allen Umständen in voller Höhe steuerpflichtig sein würden, auch wenn der betreffende Steuerpflichtige sonst nur Schulden hat, vielleicht diese Entschädigung nicht einmal ausreichen würde, um diese Schulden zu decken, bat der Abgeordnete Dr. Blunck den Finanzminister in der Nationalversammlung um eine entsprechende Erklärung. Finanzminister Erzberger erwiderte hierauf unter anderem: „Es ist ganz selbstverständlich § 3 in Verbindung mit § 15 nur so auszulegen, daß das Gesamtvermögen in Betracht kommt, und nur dann das Reichsnotopfer erhoben wird, wenn die Entschädigung aus dem Friedensvertrage größer ist als die Schuldsumme, so daß also ein Plus, ein wirkliches Vermögen vorhanden ist. Ein Teilvermögen ziehen wir selbstverständlich nicht zum Reichsnotopfer heran.“

Die Bestimmung über die Freilassung des Wertes verlorener Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände, die vom 10. Ausschuß als § 50a dem Regierungsentwurf mit Rücksicht auf die Notlage der Auslandsflüchtlinge eingefügt worden war, hat als § 60 in etwas veränderter folgender Fassung im Gesetz Aufnahme gefunden:

Bei allen Abgabepflichtigen, die infolge des Krieges Kleidungsstücke oder Haushaltsgegenstände verloren haben, bleibt, soweit noch keine Neuanschaffungen erfolgt sind, das Vermögen in Höhe des Wertes der verlorenen Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände, jedoch nicht über fünfzigtausend Mark, abgabefrei. Sind diese Gegenstände oder ein Teil derselben unter einem feindlichen Zwange veräußert, so gilt der Betrag, um den ihr Wert höher ist als der Erlös, als verloren.

Der Erlös bleibt abgabefrei. Neben ihm darf aber eine Abgabefreiheit für den Wert der verlorenen Gegenstände nur insoweit eintreten, als dieser einschließlich des Erlöses fünfzigtausend Mark nicht übersteigt.

Soweit die Auslandsdeutschen nach dem Gesetz noch abgabepflichtig sind, ist für sie hinsichtlich ihres ausländischen Grund- und Betriebsvermögens die Bestimmung in § 20 des Gesetzes von Bedeutung, die gleichfalls durch den oben erwähnten Antrag der Mehrheitsparteien, übrigens ohne jede Debatte in der Nationalversammlung, hereingekommen ist. § 20 lautet:

Der Wert des im Ausland außerhalb der alten Grenzen des Deutschen Reiches liegenden Grund- und Betriebsvermögens ist in der Währung des Landes zu schätzen, in dem es sich befindet, und auf Antrag des Abgabepflichtigen für die Feststellung der Abgabe nach dem Vorkriegskurs in deutsche Währung umzurechnen, falls der Abgabepflichtige oder sein Erblasser dieses Vermögen bereits am 30. Juli 1914 besessen hat.

Der Abgeordnete Dr. Becker (Hessen) (D. Vp.) hatte bei der zweiten Lesung den Antrag gestellt, das Auslandsvermögen überhaupt als die Grundlage des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft steuerfrei zu lassen. Dr. Becker hatte zur Begründung seines Antrages unter anderem betont: „Auslandsdeutsche und Auslandsvermögen sind Pioniere und Werkstätten für diesen Wiederaufbau im Ausland, aber auch im Inland, der ja doch nur dann möglich ist oder wenigstens uns wieder einigermaßen in die Höhe bringen kann, wenn wir auch unseren Auslands-handel wieder entsprechend entwickeln können. Deshalb war ich von vornherein schon der Meinung, daß wir die Grenzen der Belastung des Besitzes mit dem Reichsnotopfer an den Reichsgrenzen ziehen müßten, mit anderen Worten, daß wir im allgemeinen das Vermögen, das im Auslande liegt, steuerfrei, das Vermögen, das im Inlande liegt, steuerpflichtig machen müßten.“ Gegen diesen Antrag sprach aber sowohl der Regierungsvertreter, Unterstaatssekretär Moesle, wie der Abgeordnete Dr. Blunck, da damit jeder Schieber begünstigt würde, der während des Krieges noch sein Vermögen in ausländischen Grundbesitz oder ausländischen Betrieben irgendwie angelegt habe, und der Antrag wurde abgelehnt.

Der Einwand der praktischen Uneinbringlichkeit der Abgabe, der mit als Hauptargument gegen die Heranziehung der Auslandsdeutschen, die vor dem Kriege im Ausland ansässig waren, gedient hat, kann allerdings auch hinsichtlich der Besteuerung der Auslandsvermögen überhaupt vorgebracht werden, und trifft natürlich auch bezüglich der übrigen im Auslande ansässigen Auslandsdeutschen zu, die unter die Abgabepflicht fallen. Die Nationalversammlung hat denn auch im Anschluß an die dritte Lesung des Gesetzes auf Antrag der Abgeordneten Dr. Blunck, Dr. Braun (Franken) und Berwick eine Resolution angenommen, „die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich nach der Ratifikation des Friedensvertrags internationale Verhandlungen einzuleiten, um die Doppelbesteuerung zu beseitigen und die Rechtshilfe in Steuersachen zu gewährleisten.“ Der Erfolg solcher Bemühungen von Seiten der Reichsregierung, die diese natürlich selbst wohl längst ins Auge gefaßt hat, die aber auf erhebliche Schwierigkeiten internationalrechtlicher Natur stoßen dürften, bleibt abzuwarten.

Dr. H. K.

Fürsorge für heimkehrende Auslandsdeutsche, insbesondere in Baden

Von Dr. W. GROOS, Karlsruhe.

Es erscheint seltsam, ist aber Tatsache, daß im Deutschen Reich für die Rückwanderung wie für die Auswanderung mit Millionen Köpfen gerechnet wird — wir wollen hoffen, doch mit zu großen Zahlen! — Der Auswanderlust stehen ja vorerst Beförderungsschwierigkeiten entgegen, auch der erschreckend niedere Wertstand des deutschen Geldes neben Arbeitsstockungen und sonstigen Erschwerungen in Hauptauswanderungsländern, und die Hetze gegen alles Deutsche nicht nur im Feindesland, besonders in Übersee, weniger noch im angrenzenden Osten. Diese Umstände sind eher geeignet, die Rückwanderung zu fördern; und es muß uns dringendes Anliegen sein, für ihre

Aufnahme uns zeitig zu rüsten, daß wir sie nicht als schwere Last zu fühlen bekommen, sondern daß sie uns nutzbar werde.

Wer muß hinausgehen? Wer wird dafür hereinkommen?

Hinaus lassen wir gerne — außer den Kriegsgewinnlern und Schiebern (aber ohne ihr Geld!) und den Arbeitsunlustigen! die freilich uns draußen keine Ehre machen, wenn nicht die Not sie wieder anders, besser macht — nur den, der daheim für sich und seine Kinder kein auskömmliches Dasein mehr findet — nicht Landwirte, für die neuer Boden beschafft werden kann und muß, überhaupt nicht Handarbeiter, Männer mit schwieliger Faust; die haben wir selbst zu nötig. — Kopf-

arbeiter aber jeglicher Art – von den gelehrten Berufen der Ärzte usw., den Technikern insbesondere, bis zu den Kaufleuten haben wir, und hatten wir auch schon vor dem Kriege, einen Überschuß; durch den Krieg von draußen Heimgetriebene werden wieder hinausströmen. Und mit ihnen auch Tausende von Offizieren und sonstigen Heeresangestellten, für die das Vaterland jetzt keine Verwendung mehr hat, die schwer bei uns in neue Berufe sich hineinfinden... Als Ersatz für diese Auswanderung stellt uns die Rückwanderung Auslandsdeutscher in das Vaterland neue, zum Teil sehr wertvolle Kräfte in Aussicht, wenn von ihr der rechte Gebrauch gemacht und sie dazu gut geleitet wird. – Nach den Erfahrungen mit den bei Ausbruch des Krieges und späterhin Heimgekehrten waren sie durchweg, mit nur ganz vereinzelten Ausnahmen, bestrebt, die Waffentüchtigen alsbald im Heere dem Vaterlande zu dienen, die anderen in die durch die Einberufung aller Brauchbaren zum Waffendienst entstandenen großen Lücken einzuspringen und willig zur Übernahme jeder, auch ihnen fremder Arbeit, der sie irgendwie gewachsen waren – Männer und Frauen.

Als nun im Ansturm der ersten Augusttage des Jahres 1914 um die hereinströmenden Auslandsdeutschen sich keine Reichs- oder Staatsbehörde kümmerte, kümmern konnte im Drange der Geschäfte, da war es in unserem Baden, dem Grenzland gegen die Schweiz und Hauptzuzugsland von Westen her der „Verein für das Deutschtum im Ausland“, der sofort in seinen größeren Ortsgruppen Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg usw. und dann auch in den bald 50 anderen „Hilfsstellen für heimkehrende Auslandsdeutsche“ errichtete, die unter seinem Landesverbandsobmann als „Landeshilfsstelle“ zusammengefaßt wurden, und aus eigenen Mitteln, durch Veranstaltungen und Sammlungen die bescheidenen Zuschüsse für die erste Notzeit aufbrachte, um die aus ihrer Lebensstellung Vertriebenen, oft aller Habe und Mittel Beraubten, nicht der öffentlichen Armenpflege anheimfallen zu lassen, und so schnell wie möglich ihnen eigenen Erwerb in freien Stellen und Beschäftigungen aller Art zu verschaffen. – In Anerkennung seiner Tätigkeit wurde der Verein dann von der Regierung in aller Form mit dieser Fürsorge betraut unter Bewilligung eines Staatsbeitrages, der allmählich bis auf rund 20000 Mark monatlich erhöht wurde mit der Steigerung der Aufgaben und nötigen Ausgaben. Denn – abgesehen von den besonders nach Räumung von uns besetzt

gewesener Gebiete weiter aus dem Auslande zuwandernden Deutschen – mußten bisher untergebrachte den aus dem Felde Heimkehrenden ihre Stellen wieder überlassen, waren abgenutzte Kleidungsstücke zu ersetzen, Einrichtungsgegenstände, beides zu den jetzigen hohen Preisen, anzuschaffen, da vielen auf die Dauer die vorläufige Unterkunft bei Verwandten und Freunden nicht belassen werden konnte. Dabei ist es überhaupt in Frage, wie lange noch der Zuschuß aus staatlichen Mitteln uns in Baden bei der Unsicherheit der politischen Lage und den erdrückenden Staatslasten gewährt wird. – So hat denn der Landesverband Baden es als eine Erlösung aus drückender Sorge um seine „Landeshilfsstelle“ freudig begrüßt, daß seine Hauptleitung in Berlin mit anderen in verwandter Richtung tätigen Vereinigungen, mit dem Deutschen Ausland-Institut, dem Roten Kreuz und dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, zu einem großen Sammelwerk – für alle Rückwanderer deutschen Stammes, nicht bloß Reichsdeutsche – unter dem Namen „Rückwandererhilfe E. V.“ zusammengetreten ist, und hat auch bei uns die dafür nötige Organisation in Bezirks- und Ortsausschüssen, vereinigt in einem Landesausschuß unter Leitung seines Landesobmannes geschaffen. Durch letzteren wurde die ministerielle Genehmigung zu der großen Sammlung im ganzen Land, nicht nur durch Anschreiben, sondern auch an zwei bestimmten Tagen auf den Straßen und von Haus zu Haus erwirkt – für die Zeit bis Ende November dieses Jahres. – Neben der Menge kleinerer Gaben aus allen Kreisen des Volkes sind zahlreiche namhafte Beiträge von begüterten Großindustriellen jetzt schon erzielt. – Hauptsammelstelle der „Rückwandererhilfe“ ist die Reichsbank mit ihren Nebenstellen (bequeme Gelegenheit auch für die Schweiz in Konstanz, Waldshut, Säckingen; Lörrach!). – Nach den Anforderungen in unserem Baden bedarf es aber für das Reich der Millionen, denn auf die jetzt heimkehrenden Insassen der „Interniertenlager“ stehen Hunderttausende, wenn nicht mehr, in bestimmter Aussicht, die aus dem ungünstigen Ausland ins alte Vaterland heimkehren wollen. Sie mit ihren Beziehungen hinaus in alle Welt und die, welche in der Lage und willens sind, draußen ihre Geschäfte wieder aufzunehmen – unsere vertriebenen Auslandsdeutschen –, werden aber die Brücke bilden zur Wiederaufrichtung unseres Außenhandels und deutscher Weltgeltung und damit auch zur Festigung unseres inneren Wirtschaftslebens.

Von den deutschen evangelischen Anstaltsgemeinden in Stanislau

Dem Deutschen Ausland-Institut liegt der Bericht des Deutsch-evangelischen Kinderheims, des Diakonissenhauses Sarepta und der damit verbundenen Anstalten in Stanislau über das Anstaltsjahr 1918/19 vor.

Aus den wechselvollen Schicksalen dieser Anstalten im Berichtsjahre sei folgendes mitgeteilt:

Am 1. November 1919 sollte das 22. Jahresfest begangen werden. Statt dessen brannte an diesem Tage aus unbekannten Ursachen die in Sarepta 1915 eingeweihte Gedächtnishalle, die zu Versammlungszwecken diente, bis auf den Grund ab. Bis zuletzt waren in ihr kleine deutsche Truppenkommandos untergebracht. Am gleichen Tage verschwanden außerdem überall die österreichischen Adler. Der Kampf zwischen Ukrainern und Polen um die Herrschaft Ostgaliziens kündete sich an.

Von Ende November bis Anfang Januar 1918 wütete dann

die Grippe zusammen mit Scharlach und forderte unter den Kindern 19 Opfer. Mit dem infolge der Revolution pünktlich eintretenden Aufhören der österreichischen Staatszuschüsse (für Gallneukirchen brauchte z. B. von Stanislau aus überhaupt nicht gesorgt zu werden) und mit dem Emporschnellen der Lebensmittelpreise wäre in Anbetracht der geringen Barmittel der Anstalten eine Hungersnot unausbleiblich gewesen, wenn nicht die selbst furchtbar heimgesuchten deutschen Kolonien in Galizien in aufopfernder Weise geholfen hätten. Auch die ukrainische Regierung, die ihren Sitz in Stanislau hatte, zeigte sich zwar freundlich, war aber nicht in der Lage, irgendwie ins Gewicht fallende Hilfe zu leisten. Da kam gerade zur rechten Zeit das großherzige Anerbieten verschiedener Schweizer Freunde, die Gallneukirchner Kinder sämtliche für längere Zeit als Gäste in Fischenthal (Kanton Zürich) aufzunehmen; um so mehr zur rechten Zeit, als durch neuen

politischen Umsturz im Mai 1919 die Polen wieder in Stanislau einzogen und neue Kämpfe neue Unruhen brachten. Im August reisten die Kinder zunächst auf 3 Monate ab.

Die gesamte Zahl der Kinder, die während des Jahres 1918/19 in den verschiedenen Anstalten erzogen wurden, belief sich auf 363, davon in Gallneukirchen 113 (54 Knaben und 59 Mädchen und in Stanislau 250 (140 Knaben und 110 Mädchen). Von diesen stammten aus Galizien 312 Kinder, aus der Bukowina 29, aus Niederösterreich 6, aus Deutschböhmen 1, aus Vorarlberg 2, aus Ungarn 1, aus Rumänien 1, aus Rußland 9, aus Deutschland 1, aus Amerika 1.

Vollwaisen waren 67 Kinder, Halbwaisen, deren Vater noch lebt, 58, Witwenkinder 98, uneheliche 50, und bei 90 Kindern leben beide Eltern noch. Im letzteren Falle war häufig Krankheit oder sonstige Notlage der Eltern der Grund der Aufnahme in die Anstalten. — 72 Kinder waren schulentlassen, 61 noch nicht schulpflichtig, 121 besuchten die evangelische Schule in Stanislau, 77 die Flüchtlingschule in Gallneukirchen, 16 das deutsche Realgymnasium in Stanislau, 2 das ukrainische Gymnasium, 4 die Handelsschule, 2 das polnische Mädchengymnasium und 8 besuchten wegen körperlicher oder geistiger Unfähigkeit keine Schule. — Von den schulentlassenen Kindern wurden im Laufe des Jahres 12 Knaben in die Lehre zu ordentlichen deutschen Handwerkern gegeben, und 15 Mädchen kamen in gute deutsche Häuser in Stellung.

Für 87 Kinder wurde ein — freilich verhältnismäßig sehr geringes — Kostgeld, für 12 weitere wurde ein regelmäßiger Beitrag von den Eltern oder sonstigen Angehörigen gezahlt, für 12 Kinder verdienten die Mütter durch Arbeiten in der Anstalt einen Teil des Unterhaltes, 27 Zöglinge erhielten sich schon selbst, indem sie als Knechte, Hausmädchen oder Gehilfen dienten, für 37 Kinder wurde von Freunden und Gönnern ein Pflegegeld gespendet. 191 Kinder wurden von der Anstalt ganz erhalten. Die Kosten für die Erhaltung der 113 Kinder in Gallneukirchen wurden der Anstalt vom deutsch-österreichischen Staat ersetzt.

In dem Altersheim „Sunem“ wurden im vergangenen Jahre 15 alte, erwerbsunfähige Frauen und 5 alte Männer verpflegt.

Einen breiteren Raum nahm im Berichtsjahre auch die Fürsorgearbeit ein. Vom Januar bis August 1919 wurden 134 deutsche Volksgenossen beherbergt, darunter 26 Stellen-suchende, 15 Heimkehrer, 24, die wegen Paßschwierigkeiten in Stanislau aufgehalten wurden, 59 Unterstandslose und 10, die sich auf der Durchreise aufhielten. 20 Heimkehrer wurden zwar nicht beherbergt, aber verköstigt und unterstützt, viele andere beraten und ihnen zur Weiterreise verholfen.

Diese gesamte Fürsorgearbeit erforderte beträchtliche Mittel und viel persönliche Arbeit.

Dazu kam mit Anfang des neuen Schuljahres 1919 die Notwendigkeit, ein Mittelschüler-Heim zu errichten für die Besucher der mit Hilfe des Deutschen Volksrats für Ostgalizien eingerichteten ersten 3 Klassen des deutschen Realgymnasiums für Knaben und Mädchen, deren Leitung Professor Ferdinand Schmalenberg übernahm.

Die Sarepta-Schwestern waren in der Flecktyphus-Abteilung des Stanislauer Militärspitals und in der eigenen Krankenabteilung, die die Anstaltsleitung in einem neuerworbenen Hause untergebracht hatte, außerdem im Diakonissenhaus selbst und im Kindergarten tätig. Am 3. Mai d. J. wurde das 6. Jahresfest vom Sarepta den Verhältnissen entsprechend still im Kreise der Anstaltsgemeinde begangen. Die Gesamtzahl der Schwestern belief sich während des verflossenen Anstaltsjahres auf 26, hiezu kommen 29 Schwestern der Schwestern-Abteilung.

In der Flüchtlings-Gemeinde in Gallneukirchen blieben im Berichtsjahre die Knaben-Abteilung im „Friedenshort“, die Mädchen-Abteilung „Elim“ und „Ebenezer“, die Mädchenwirtschafts-Abteilung und die Station für kranke und erholungsbedürftige Schwestern, sowie die Hauptkassenabteilung mit der Expedition der Blätter und Berichte.

Das in Stanislau selbst erscheinende „Evangelische Gemeindeblatt für Galizien und die Bukowina“, das in erster Linie der Stärkung, Pflege und Erbauung der evangelischen Diasporagemeinden in den Karpathenlanden dienen sollte, mußte leider im Laufe des letzten Jahres vorläufig aufgegeben werden, da sich dem Druck unüberwindliche Schwierigkeiten und abnorm hohe Kosten entgegenstellten. Teilweiser Ersatz wird in den in Gallneukirchen bzw. in Plau auch weiterhin herauskommenden „Kleinen Helfern“ und „Briefblättern“ zu geben versucht.

Auch von Personalwechsel blieben die Anstalten in den ereignisreichen Zeiten natürlich nicht verschont.

Der Kassenbericht schließt mit fast 140000 Kronen „Mehrausgaben“ ab, die zu $\frac{1}{4}$ auf direkte Kriegseinflüsse (Verwüstung der Anstaltsfelder durch die Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen) und zu mehr als $\frac{1}{8}$ auf den Ankauf eines Hauses zurückzuführen sind.

Der im Oktober 1919 von Pastor D. Th. Zöckler abgefaßte Bericht klingt in ein schönes Bekenntnis zum Deutschtum aus: „Unser Werk ist ein deutsches Werk; wir nennen uns mit Bewußtsein „deutsche evangelische Anstalten“. Gerade jetzt den deutschen Charakter unserer Arbeit zu verleugnen, hielten wir für erbärmlich und feige, denn jetzt muß jeder Deutsche mehr wie je Farbe bekennen!“ A. M.

Stimmungsbilder aus Australien.

Nicht nur weil sie eine außerordentlich anschauliche Schilderung der besonderen Leiden unserer australischen Landsleute geben, sondern auch weil eine Menge politisch wie wirtschaftlich interessanter Notizen in ihnen enthalten sind, die uns von Wert scheinen, bringen wir gerne die uns zugegangene Schilderung eines Australiendeutschen, die zugleich ein wertvoller Fingerzeig für so viele ist, die uns jetzt wegen der Möglichkeiten der Auswanderung nach Australien befragen. Die Schriftleitung.

Abtransporte der Kriegsgefangenen.

Bereits im Mai 1919 hatte die australische Regierung mit der Räumung der dortigen Konzentrationslager Holdsworth bei Liverpool, Berrima (beide in der Nähe von Sidney im Staate New South Wales gelegen), sowie des Familienlagers in Queen-

berry (im Territorialgebiet der zukünftigen Bundeshauptstadt Canberra) begonnen und bis Mitte Oktober ca. 7000 Insassen mit den Dampfern „Willochra“, „Kursh“, „Ipyranga“, „Rio negro“, „Valencia“, und „Rugia“ in die Heimat abtransportiert. Die Fahrt dauerte durchschnittlich über 60 Tage und die zwei

zuletzt erwähnten Dampfer erreichten Rotterdam in der ersten Hälfte des Dezember. Eine Anzahl australischer Staatsbürger deutscher Abstammung war die ganze Zeit hindurch in kleinen Abteilungen wieder in ihre Distrikte entlassen worden.

Ein besonderes bitteres Los war den internierten Österreichern, ca. 850 Mann, beschieden. Nach ewig langem Warten war deren Abtransport mit dem Dampfer „Frankfurt“ endlich Mitte September via Suez nach Fiume in die Wege geleitet worden; wahrscheinlich zufolge des Handstreiches von d'Annunzio wurde der Transport zur allgemeinen Überraschung in Suez plötzlich ausparkiert und in einem improvisierten Lager in der Wüste, in der Nähe von Suez, für 3 Wochen untergebracht, von wo dann deren Abtransport nach dem Internierungslager Sidi Bishr, in der Nähe von Alexandrien, stattfand; nun dürften aber auch diese Nachzügler in irgend einem der Adria Häfen gelandet sein. An Bord der „Frankfurt“ waren Leute aus den Neu-Seeländern Internierungslagern, die bereits im Mai 1919 mit der „Willochra“ abgegangen waren und inzwischen ca. 5 Monate Wartezeit im Zwischenlager Holdsworthy hinter sich hatten. Eine Barbarei, wenn man bedenkt, daß deren deutsche Kameraden bereits seit Juli vergangenen Jahres in der Heimat sind. Ein Häufchen ganz Vergessener wartete aber noch am 3. November 1919 auf die langersehnte Freiheit, wie aus nachstehendem, soeben eingetroffenem Briefe zu entnehmen ist.

Letzte Austral-Post.

bh. Liverpool, 3. November 1919. Wie aus dem Datum dieser Zeilen und dem Aufdruck auf dem Umschlag zu ersehen, bin ich immer noch hier im lieben G. C. C. (German Concentration Camp) mit dem bedauernswerten Rest von 76 Mann; die Hälfte davon sind sogenannte Inselleute (das heißt deutsche Kolonisten aus der Südsee), der Rest Austral-Bürger deutscher Herkunft. Wir alle warten auf die Erlaubnis zur Rückkehr zur heimatlichen Scholle, zu Haus und Hof; viele auch zu Weib und Kind. Doch haben sich seit Ihrer Abreise die Verhältnisse hier zu Lande für uns bedeutend verschlechtert und liegt unser Schicksal immer noch in der Wageschale der australischen Justitia, und keiner weiß, wohin die Reise geht. Uns ist aber alles gleich, heute gilt nur die Losung, hinaus in die Freiheit und sei es auf Kosten aller irdischen Habseligkeiten. Die meisten von uns bereuen bitterlich, daß sie nicht freiwillig auf alle vermeintlichen Ansprüche verzichtet haben und mit den Transporten in die Heimat abgewandert sind. Billy Hughes (der bekannte jingoistische Ministerpräsident des australischen Staatenbundes) ruft wieder Himmel und Hölle in Bewegung gegen die Hunnen. Die sonderbarsten Verordnungen, die selbst einen frommen Priester zum Fluchen weisen würden, erhielten Gesetzeskraft. Wir Deutsche, die früher eine gewisse Rolle im australischen Wirtschaftsleben spielten, sind absolut ausgeschaltet (are practically knocked out) und Sie können sich ungeheuer glücklich schätzen, zur rechten Zeit von hier weggekommen zu sein, da wir nun vollständig unmöglich geworden. Warum man uns noch immer hält, ist uns vollkommen unklar; wir sind eben ein Spielball der Launen der Regierung und hat auch das Ränkespiel der Politik mit unserer verlängerten Haft zu tun. Gestern wurden zwei Kameraden, darunter der bekannte Dr. Hirschfeld, gegen Stellung einer Garantie von £ 500 entlassen. Wir sind jetzt alle im Trial-Bay-Lager untergebracht, wo uns die Wanzen bei lebendigem Leibe auffressen; bei dem Fehlen aller früheren Vergnügungen ist das Leben furchtbar eintönig geworden, was unsere Ungeduld nur mehr schürt. Eigentümlicherweise wurden gerade in letzter Zeit verschiedene Landsleute mit Vermerk in der neuzeitigen australischen Kriminal-

chronik aus dem Lager entlassen, so zeigt der Kulturstaat Australien seinen guten Geschmack in der Wahl of desirable citizens. — Am 13. Dezember finden die Regierungswahlen statt; Hughes (der jetzige Bundespräsident und früher der Nationalpartei — Kompromißpartei der Liberalen und der jingoistischen, abtrünnig gewordenen Arbeiter — jetzt auch unterstützt von der zurückgekehrten Soldatenschaft) und Ryan (der sozialistische Ministerpräsident von Queensland und Führer der Oppositions- Arbeiterpartei) bewerben sich gegenseitig mit Schmutz. Beide Streiter versprechen den Kriegsteilnehmern eine Zulage von 1/6 sh. per Tag, für die Zeit von der Anmusterung bis zum Waffenstillstandstermin; und zwar verspricht Hughes die Bezahlung dieses Bonusses in not negotiable bonds, während Ryan Kasse im Falle seiner Wahl offeriert. Auf gut deutsch, beide Staatsmänner versuchen die Stimmen der in großen Scharen zurückgekehrten Krieger und deren Anhang, da in Australien auch Frauen wahlberechtigt, einfach zu kaufen. Der politische Himmel ist schwer bewölkt, die nationalistische Regierung kämpft um ihre Existenz. Vorerwähnte Kriegsprämien kosten das Land nur £ 25 000 000; wie soll das enden? Niemand weiß es, ein großer Zusammenbruch scheint unausbleiblich. Australien arbeitet nun mit einer Schuldenlast von £ 840 000 000 bei einer Bevölkerung von nur 4 1/2 Millionen; die englische Nationalschuld vor dem Kriege war nicht so hoch; zudem hilft die momentane Dürre dem kommenden Niedergang; die Naturgewalten strafen nun das Land resp. dessen Bewohner für den vielen Jammer und das Elend, das sie über viele deutsche, friedfertige Ansiedler gebracht, die absolut hilflos — 12 000 Meilen von der Heimat entfernt — der Willkür und dem Haß der Feinde preisgegeben waren. Kühe und Schafe verenden zu Tausenden, Pferde sind für 2/6 sh. per Stück zu haben (zufolge des Futtermangels). Die Folgen der Dürre werden sich noch auf Jahre hinaus geltend machen; das Land befindet sich in einem jammervollen Zustande, viele unter Kultur stehende Felder liefern weder Korn noch Stroh. Dazu die fortwährende Lebensmittelteuerung, die erhöhten Eisenbahnfahrpreise und -frachten; zudem streben die Arbeiter die Einführung des 6-Stunden-Tages an, ein Gesetz des Board of trade setzte £ 3/17/6 als Minimallohn fest. Bald wird hier das Paradies sein und werden Sie dann auch wieder zurückkommen, um mit uns zu schwelgen. Immer, jeden Tag, schreien die Tagesblätter nach Landesaufschließung und Kolonisation durch Emigranten, die besten Ansiedler — so wurden die deutschen settlers früher öffentlich von den Gouverneuren genannt — werden außer Landes verwiesen, nachdem man sie durch Anwerbeagenten aufgefordert hatte, hierher zu kommen. Was muß die alte Welt von Australien denken? Sicherlich machen alle diese Vorkommnisse keine gute Reklame für dieses Land. Die ganze Erz- und Minenindustrie geht verloren, eine Mine schließt nach der anderen, wodurch Tausende brotlos werden. Das New-Guinea-Mandat ist ein anderer weißer Elefant für Australien, genau wie das nördliche Territorium Australiens selbst; es wird Millionen fressen ohne Einkünfte zu bringen. Wie soll das alles werden, nur Gott weiß es, falls es einen solchen gibt. Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen predigen die englischen Pastoren über den ganzen Kontinent, doch kein Friede kommt zu uns hinter diesen Gott verfluchten Stacheldraht, wo anständige Männer wegen nichts und für nichts fünf Jahre, die besten Jahre ihres Lebens, opfern. Das so viel gerühmte und ob seiner Sozialpolitik mustergültige Australien hat die Prinzipien der Magna charta und der Bills of Right zuschanden gemacht. Zwölf Monate seit dem Waffenstillstand und immer noch keine Erlösung für

ms. Aber nur den Mut nicht verlieren, Geduld bringt Rosen. Nun, adieu, mein Lieber; ich hoffe Sie gerne, wenn diese Zeilen Sie erreichen, bei einem guten Glase echten Bieres; wenn wir noch trocken sitzen. Hoffend, daß der Brief glücklich die Zensur passiert. . . .

Blinder Haß.

Die Brisbane „Sun“ schreibt unterm 14. November 1919 Gestern nachmittag wurde Dr. Hirschfeld, der frühere deutsche Konsul von Queensland, in seinem Hause auf der Wickhamterrasse verhaftet mit der Absicht der Wieder-Internierung. Und zwar wurde diese neuerliche Verhaftung über direkte Anordnung des Premierministers Hughes in Melbourne verfügt infolge von Protesten von Soldatenvereinigungen. Dr. Hirschfeld war erst am 2. November aus dem Konzentrationslager Liverpool entlassen worden, wo er seit Februar 1916 mit einer Unterbrechung von einem Monat Urlaub aus Gesundheitsrücksichten inhaftiert war. Im Anschluß an vorstehende Meldung ergeht sich die „Sun“ in Schmähungen gegen die Deutschen und schreibt unter anderem: „Jedermann weiß, daß die Deutschen hier im Lande überall eine Pest sind und wir haben uns die Aufgabe gesetzt, diese Pestplage auszurotten. Daher ist es uns unverständlich, daß dieser Dr. Hirschfeld wieder auf die

Bewohner losgelassen werden sollte. In England hat das Parlament ein Gesetz geschaffen, wonach kein ehemaliger Feind mehr ein öffentliches Amt bekleiden darf. Australien wird diesem Beispiel folgen. Wir brauchen keine Deutschen hier, wir wollen sie nicht haben im Handel, nicht in der Gesellschaft. Das Übel hat sich schon zu tief eingefressen.“

Hierzu sei bemerkt, daß Dr. med. Hirschfeld vor dem Kriege zur besten Gesellschaft zählte, ein persönlicher Freund des damaligen Gouverneurs Sir M. Gregor war, seit ca. 30 Jahren in Brisbane ansässig ist, daß seine Frau, eine Australierin, aus der Brisbaner Hochfinanz stammt; seine vier erwachsenen Kinder wurden immer von ihren Jugendgespielen als ebenbürtige Australier eingeschätzt. Dr. Hirschfeld hat sich in seiner 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Chefarzt der internen Abteilung des Brisbaner Hospitals große Verdienste erworben, was in seiner Ernennung zum Professor der Brisbaner Universität und in der vom Gouverneur getätigten Wahl zum lebenslänglichen Mitglied des Queensländer Oberhauses zur Anerkennung kam. Doch das war ja alles zu der Zeit, wo es noch keine modernen Hunnen gab. Heute muß man beim Lesen derartiger Nachrichten um das Los der auf den Antipoden lebenden Deutschen besorgt sein.

P.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich und ehemals österreichische Länder.

Der Gedanke des Anschlusses an das Deutsche Reich ist durch die jüngsten Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich durch die immer fühlbarer werdende Not an Kohle und Lebensmitteln und die immer deutlicher werdende Abneigung der Entente und der benachbarten Nationalstaaten, den Deutschösterreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden, mit neuer Kraft erwacht, um so mehr da sich Deutschland trotz eigener Not abermals hilfreich erwies. Die von der nationaldemokratischen Partei jüngst veranstalteten und von vielen Mitgliedern anderer Parteien unterstützten großen Volkskundgebungen in Wien haben stets unter ungeheurer Beteiligung stattgefunden. Im ganzen darf man sagen, daß auch in der breiten Masse aller Schattierungen immer mehr die Einsicht Platz greift, daß Deutschösterreich auf den Anschluß einfach angewiesen ist, wenn es leben will. Nur kleine Kreise sind es noch, die teils aus parteipolitischen, teils aus egoistischen wirtschaftlichen Gründen nichts vom Anschluß wissen wollen. Das Bekanntwerden der Liste der vom Deutschen Reiche an die Ententestaaten auszuliefernden Persönlichkeiten hat dem deutschen Gemeinschaftsgefühl nur neue Nahrung zugeführt und die Abneigung gegen die vielen Ententevertreter auf deutschösterreichischem Boden nur noch erhöht, wenn sie sich auch begreiflicherweise öffentlich nicht zu äußern vermag. — Auch in den von den Nationalstaaten in Besitz genommenen Gebieten beginnt sich das Deutschtum aller Bedrückung zum Trotz, ja unter ihrem aufreizenden Einflusse erst recht, zu regen. In der Tschechoslowakei müssen die aus naheliegenden Gründen immer wieder vertagten Wahlen zur endgültigen Nationalversammlung im Laufe dieses Jahres unbedingt vorgenommen werden. Deutscherseits ist denn auch die Vorbereitung für den Wahlkampf überall im Flusse. Die wichtigste Frage ist, ob es gelingt, wie man sowohl in Deutschböhmen wie in den deutschen Teilen Mährens fordert, eine deutsche Einheitsfront für den Wahlgang herzustellen. Diesem

Bestreben kommen nun die immer unverhüllteren Übergriffe der Tschechen nur zugute, denn sie tragen wesentlich dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl auf deutscher Seite über alle Parteiunterschiede hinweg zu stärken. Namentlich die Angriffe auf das deutsche Schulwesen, die nachgerade Formen annehmen, deren Unerträglichkeit selbst den national Gleichgültigen aufzurütteln geeignet sind, hat im sudetenländischen Deutschtum die heftigste Erregung erzeugt. Die geplante gesetzliche Vernichtung der deutschen Universität in Prag, die Schließung von 218 deutschen Volksschulklassen in Deutschböhmen, von 11 ganzen Volksschulen, 2 Bürgerschulen und 17 Einzelklassen in dem noch immer mindestens zur Hälfte deutschen Brünn, dies alles hat die letzte Hülle von den tschechischen Plänen gerissen. Da sich auch in der Slowakei die deutsche Minderheit rührt, besteht immerhin die Aussicht, bei den Wahlen eine deutsche Vertretung zu gewinnen, die keineswegs bedeutungslos wäre, zumal wenn es gelingt, in gewissen Fragen mit Slowaken, Polen, Ukrainern und Magyaren ein Abkommen zu treffen. — Bekanntlich ist die neue Verfassung der tschechoslowakischen Republik in der bestehenden rein tschechischen Landesversammlung beschlossen worden und soll nun allen nichttschechischen Staatsangehörigen aufoktroiert werden. Dagegen hat die „Völkerbundsliga der Sudetenvölker“, die alle Nichttschechen umfaßt, einen Protest an den Völkerbund gerichtet. Der Erfolg bleibt abzuwarten, da aber nicht nur Deutsche an dieser Beschwerde beteiligt sind, hat sie immerhin einige Aussicht, gehört zu werden. — Auch das Deutschtum im ehemaligen österreichischen Kronlande Galizien gibt sich noch nicht verloren und arbeitet fleißig an seiner nationalen Organisation, bzw. an deren Erhaltung. Da es sich vorwiegend um ländliche Bevölkerung handelt, darf man hoffen, daß das deutsche Element sich hier noch lange erhalten wird. Einzelheiten lassen sich derzeit nicht mitteilen. — Im Teschnerländchen beginnen sich die Vorboten der bevorstehenden Volksabstimmung bemerkbar zu machen; bereits sind die französischen Besatzungstruppen eingetroffen und die Mitglieder der Plebiszit-Kommission haben in Mährisch-Ostrau Aufenthalt genommen.

B. I.

Jugoslawien.

Die um das Deutschtum herum neugebildeten Staaten erinnern sich jetzt allmählich, daß sie ohne die deutsche Wirtschaftsenergie doch schwerlich werden bestehen und aufblühen können. Das „Agramer Tageblatt“ z. B. bringt einen Artikel über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, der für enge Beziehungen zu Deutschland eintritt, weil es ein guter Abnehmer für die jugoslawischen Landesprodukte und ein guter Lieferant für die so nötigen Industriewaren sein werde, da kein anderer so gut und so billig liefern könne, auch die Verbündeten nicht, die bei der schlechten jugoslawischen Valuta völlig ausscheiden müßten. Der Krieg sei nun zu Ende und rassenpolitische Fragen dürften bei wirtschaftlicher Stellungnahme nicht ausschlaggebend sein. Die Donauwasserstraße sei schon vor dem Krieg von entscheidender Bedeutung gewesen. Deutschland zeige alle Zeichen einer raschen Erholung und des Wiederaufstiegs, es brauche nur Rohstoffe und Agrarprodukte wie noch nie, seine Valuta sei für Jugoslawien günstig, die Belgrader Handelskammer sei energisch für gute Handelsbeziehungen zu Deutschland eingetreten, man müsse endlich über den guten Willen hinaus zu Taten kommen. Man habe jetzt die geistige Abschnürung beseitigt und lasse die deutschen Zeitungen wieder ins Land. Es sei aber noch mehr Zeit für deutsche Waren!

Ungarn.

Unter Führung der Herren Dr. Beer, des ehemaligen Vertreters Deutsch-Westungarns in der österreichischen Friedensdelegation in Saint Germain, Prof. Wahlheims, des Leiters der westungarischen Gruppe des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn und Meidlingers als Vertreters der Wünsche Deutsch-Westungarns erschien kürzlich eine vielköpfige Abordnung beim österreichischen Staatskanzler Dr. Renner, um wegen der endlichen Durchführung des Anschlusses Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich vorstellig zu werden. Auf die ausführlichen Darlegungen Prof. Wahlheims stellte der Kanzler fest, daß die Nachrichten, wonach er in Prag die Besetzung Westungarns durch die Tschechen verabredet hätte, jeder Grundlage entbehren. Man wird dies mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, denn Westungarn an die Tschechen ausliefern, um es gegen die Magyaren zu sichern, hieße den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Gegenüber den magyarischen Ausstreuerungen über angebliches Festhalten der deutschwestungarischen Bevölkerung an Ungarn erklärte Herr Meidlinger in einem Wiener Blatt öffentlich, daß dem nicht so sei und sprach im Namen seiner Landsleute ausdrücklich nochmals den Wunsch nach Vereinigung mit Österreich aus. Soeben bereist auch eine italienische Kommission das strittige Gebiet, um aus eigenem Augenscheine die Wünsche der bodenständigen Einwohnerschaft kennen zu lernen und sich für die Aufhebung der scharfen Maßregeln der ungarischen Regierung gegen die Anhänger des Anschlusses zu verwenden. Da indessen einstweilen die Frist zur Stellungnahme bezüglich der in Neuilly festgesetzten Friedensbestimmungen für Ungarn um weitere zwei Wochen erstreckt wurde, muß leider die endgültige Entscheidung in Sachen Deutsch-Westungarns noch immer abgewartet werden. Die so gewonnene Zeit wurde magyarischerseits dazu ausgenützt, um auch in Westungarn die Wahlen in die Nationalversammlung vorzunehmen. Einstweilen liegen hier erst wenige endgültige Wahlergebnisse vor, da noch eine Anzahl von Stichwahlen vorzunehmen ist. Das Ergebnis wird sicherlich eine große Mehrheit für die derzeitige Regierung sein; wer indessen ungarische Wahlpraktiken kennt, weiß,

daß es gewiß nicht die wahre Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck bringen wird, denn diese ist ihrer großen Mehrheit nach für den Anschluß. — Offenbar, um die deutschen Einwohner Ungarns zu gewinnen, läßt die Regierung eine Sprachverordnung nach der anderen erscheinen, in der ein immer weitergehendes Entgegenkommen gegen die nichtmagyarischen Minderheiten bekundet wird. Würde die an dieser Stelle bereits mitgeteilte neue ungarische Volksschulverordnung buchstäblich durchgeführt werden, so müßten in Mittelungarn, also in den Gespanschaften Pest, Stuhlweißenburg, Komorn, Raab, Torontal, Baranya — von Deutsch-Westungarn sehen wir ab — etliche Hunderte deutscher Schulen errichtet werden. Die Hauptstadt Budapest, in der gegen 400 magyarische Volksschulen bestehen, müßte mindestens ein Dutzend von ihnen in deutsche Schulen umwandeln, wenn sie den Bedürfnissen der Einwohner deutscher Muttersprache gerecht werden wollte. Ähnlich liege es mit der neuen Verordnung über den Gebrauch der Muttersprache bei den öffentlichen Behörden, Gerichten und in den Gemeindeverwaltungen. Auch hier müßte in vielen hundert Gemeinden entweder rein deutsche oder doch auch deutsche Verwaltung eingeführt werden. Nach den Erfahrungen, die man jahrzehntelang mit dem Nationalitätengesetze vom Jahre 1868 gemacht hat, das niemals gehandhabt worden ist, wird man indessen gut tun, einstweilen zuzuwarten. Jedenfalls aber ist die deutsche Bewegung in Ungarn nicht mehr umzubringen. Es ist kennzeichnend, daß in Budapest die deutschen landmannschaftlichen Vereinigungen immer üppiger aufblühen. B. J.

Im Amtsblatt vom 11. Januar wird eine Verordnung des Ministers des Innern veröffentlicht, welche die folgenden Verfügungen enthält: Niemand darf im Ausfluß seiner Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit einen Nachteil erleiden. Die Mitglieder der Munizipal- oder Gemeindevertretungen dürfen auf den Generalversammlungen und in den Kommissionen ihre Muttersprache gebrauchen. Die Verordnungen sind außer in der Amtssprache auch in jenen Sprachen, in denen das Protokoll abgefaßt wird, zu verkünden. Die Generalversammlung der Munizipien hat die Amtssprache dieses Verwaltungsbezirks festzustellen. Die Protokolle der Vertretungskörper, sowie die Einladungen und Tagesordnungen sind außer in der amtlichen Sprache auch in den Protokollsprachen zu führen. Jeder Staatsbürger kann sich in seiner Muttersprache an welche Verwaltungsbehörde immer wenden. Die Verwaltungsbehörden haben alle Angaben in der betreffenden Sprache zu erledigen, natürlich nur dann, wenn diese Sprache dort Protokollsprache ist. Der Beamte ist auch verpflichtet, in der durch einen Antragsteller gewünschten Sprache zu verhandeln, sofern diese Sprache die Protokollsprache dieses Verwaltungssprengels ist. Bei Besetzung der Verwaltungsposten sind die nationalen Minderheiten entsprechend zu berücksichtigen. Eventuell sind Hilfsorgane anzustellen, die die Sprache dieses Verwaltungssprengels sprechen. Die derzeitigen Beamten sind verpflichtet, innerhalb zweier Jahre die Sprache der auf ihrem Amtsgebiete lebenden Minderheiten zu erlernen. Der Minister fordert zu Beginn und am Ende der Bekanntmachung auf, die Punkte loyal zu erfüllen, damit die Grundlagen des Staates nicht erschüttert würden und das Prinzip der Gleichheit der nationalen Minderheiten durchgeführt werde.

Baltikum.

In der Nummer 4 der „Baltischen Blätter“ finden wir in einem Leitartikel Andeutungen, die ein Streiflicht auf die baltische Politik unserer Tage zu werfen geeignet sind. Bekanntlich hat Lettland diejenigen Letten und Deutschbalten, die auf

der Seite des Abenteurers Bermondts gegen Lettland kämpften, in Acht und Bann getan, sie ihrer Ämter entsetzt und ihres Vermögens verlustig erklärt. In Berlin, so berichtet die von uns genannte Quelle, habe sich nun ein „Baltischer Ausschuß“ aufgetan, der darnach strebe, nicht etwa in direkten Verhandlungen mit Lettland solche Schritte, wo sie ungerecht waren, wieder rückgängig zu machen, sondern der einen Umweg über die Entente wähle. General Niessel soll auf diese Pläne eingegangen sein. Wenn die Entente ihren Willen durchsetze, so gälten die in ihre Rechte wiedereingesetzten Balten zweifellos als Vasallen der Entente, sie würden der lettischen Regierung unbequem und verhaßt sein. Lettland werde auch nur nachgeben, wenn es wirklich vollkommen in Abhängigkeit von der Entente sich fühle und befinde. Zum mindesten würden durch eine Erfüllung solcher Wünsche zwei sich vollkommen feindlich gegenüberstehende Gruppen in Lettland geschaffen, die die Entente in Zukunft nach altem russischen Muster leicht gegeneinander werde ausspielen können. Für ein oder zwei Duzend Querköpfe müßten Hunderttausende leiden. Die Mehrheit mache hier nicht mit, sie wolle in Frieden und Einvernehmen mit den Letten leben und ein freies und unabhängiges Lettland zusammen mit ihnen aufbauen.

Den baltischen Blättern zufolge bringt die Rigaische Rundschau eine Notiz, die lettische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß lettländischen Staatsbürgern das Recht der Heimkehr nicht verweigert werden könne. Die aus Lettland stammenden Balten könnten daher bei Wiederaufnahme des Verkehrs ohne Schwierigkeiten in die Heimat zurückkehren, während es denen, die irrtümlich als Staatsverräter erklärt worden seien, frei stehe, ihre Unschuld zu erweisen und die Aufhebung des Sequesters zu erwirken. In diesem Sinne soll an den Chef der Alliierten-Kommission, General Niessel, eine Erklärung übermittelt worden sein.

Die „Baltischen Blätter“ bemerken dazu in ihrem Leitartikel in Heft 5, daß die Balten, die, wie wir berichtet haben, sich an die Alliierten-Kommission herangemacht haben, in Berlin eine neue Versammlung abhalten wollten, um sich von neuem an die Alliierten-Kommission zu wenden. Die wenigen Dutzend Männer, um die es sich dabei handle, hätten in einer Sitzung in Berlin folgenden Beschluß gefaßt, der natürlich nur dem Wunsche entspringen könnte, sich bei der Entente lieb Kind zu machen: „In ihrer heutigen Sitzung haben die Balten, die von ihrer Heimat getrennt sind und sich in Deutschland befinden, beschlossen, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um zukünftig jede politische Tätigkeit der Balten für die deutsche Regierung und in den deutschen politischen Parteien zu verhindern.“ Die Resolution sei unterzeichnet von Baron Pilar von Pilchau, Graf von Pahlm, Alexander von Rennenkampf, Oskar Raue, Viktor Vogel, Baron W. Hahn und Baron Ed. Nolcken. Unter diesen Unterzeichnern sind allerdings einige Namen, die als russophil unter dem baltischen Deutschtum schon längst bekannt waren.

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Riga sind der „Deutschen Post aus dem Osten“ zufolge 90 Stadtverordnete gewählt worden, von denen 57 den bürgerlichen Parteien und 33 der sozialistischen Partei angehören. Es wurden gewählt 21 deutsche Balten, 7 lettische Konservative, 14 lettische Demokraten, 7 Radikaldemokraten, 6 Russen und 2 Juden. Es bestand allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter. Interessant ist auch die Zusammensetzung der lettischen Universität in Riga, deren Lehrkörper zurzeit aus 114 Personen besteht. Es sind 1020 Personen imma-

trikuliert, darunter 786 Letten, 179 Juden, 12 Deutsche, 10 Russen, 3 Polen, 2 Esten, 1 Litauer.

Litauen.

Die Deutsch-Litauer verlangten in einer aus dem ganzen Memellande zahlreich besuchten Versammlung des Deutsch-litauischen Heimatbundes in Heydekrug einstimmig Selbstverwaltung und Mitwirkung der Bevölkerung an der Verwaltung des Memelgebietes. Auch mehrere Redner der zahlreich anwesenden Litauer standen auf demselben Standpunkt. Man verwahrte sich ausdrücklich dagegen, in ein noch ungeordnetes Staatswesen einverleibt und in das Chaos der Randstaaten hineingezogen zu werden.

Kaukasus.

Über die deutschen Kolonien in Cis- und Transkaukasien dringen zurzeit wenig Nachrichten zu uns; um so wertvoller sind neuere Mitteilungen über die dortige Lage, wie sie dem Deutschen Ausland-Institut von gut unterrichteter Seite dieser Tage gemacht wurden:

Soweit diese Kolonien bisher noch vom Bolschewismus unberührt geblieben sind, stellt man sich doch auch dort auf ein weiteres Vordringen der Roten gegen Süden ein. Die schlechten Erfahrungen, welche die deutschen Kolonien in Südrußland, in den östlichen Schwarzmeergebieten und in Nordkaukasien mit einem Widerstand gegen die Sowjettruppen gemacht haben, haben zu dem Beschluß geführt, bei einem weiteren Vordringen der roten Armee keinerlei Widerstand zu leisten. Von einer deutschen Auswanderung in diese Gebiete kann zurzeit noch keine Rede sein, ehe nicht die von dort geflüchteten Deutschen ihre Rückkehr vollziehen können. Der Weg in diese Gebiete führt über die Schweiz, Italien, Konstantinopel, Batum. Eine Fahrkarte von Triest nach Konstantinopel kostet heute III. Klasse etwa 1000 Lire. Erst nachdem die geflüchteten Deutschen wieder in ihr Eigentum zurückgekehrt sein werden und von dem Beginn des Wiederaufbaus berichten können, wird die Unterbringung einzelner tüchtiger Handwerker möglich sein.

Italien.

„Il Sole“ veröffentlicht am 4. Februar eine Kundgebung der Vereinigung italienischer Banken und der Handelskammer in Mailand. Darnach soll eine Verordnung (Dekret) in Kürze erscheinen, in der in Übereinstimmung mit den Verfügungen der Friedensverträge die Verbote bestätigt werden, welche in der Verordnung vom 28. November 1918 enthalten sind, die den einheitlichen Text der Bestimmungen enthält, welche die Beziehungen zu feindlichen Staatsangehörigen regeln.

Laut diesem Verbot sind die Zahlungen zugunsten der deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen verboten, ebenso die Annahme von Zahlungen seitens derselben, sowie sie sich auf Schulden und Guthaben beziehen, die vor bzw. während des Krieges verfallen waren. Es ist im allgemeinen verboten: Jede Mitteilung (das Wort *comunicazione* könnte auch heißen „Verbindung“) in bezug auf diese Schulden und Guthaben. Die Zahlungen, die unter Überschreitung dieser Verbote gemacht werden, sind nichtig und können zur Anwendung von Geldstrafen führen, die in Art. 12 der genannten Verordnung vom Jahre 1918 angegeben sind (in einer anderen Fassung spricht dies Zirkular von der Anwendung von Geldstrafen, die für Übertretung der Ausfuhrverbote angedroht sind).

Ebenso bleibt das Verbot des Eigentumsüberganges bestehen, das in Art. 10 der genannten Verordnung festgesetzt ist und ebenso bleiben bestehen die Verfügungen betreffend Beaufsichtigung (*Sindacato*) und Beschlagnahme (*Sequester*), die während des Krieges angewendet worden sind.

Mit anderen Worten: die Handelsfreiheit und die Freiheit finanzielle Beziehungen mit den Angehörigen feindlicher Staaten zu treffen, betrifft nur neue Beziehungen, während die Einschränkungen und Verbote bestehen bleiben, die während des Krieges für Regelung der aus der Zeit vordem Krieg stammenden Beziehungen erlassen wurden.

Belgien.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet unter dem 31. Januar aus Brüssel, daß der Minister für Öffentliche Arbeiten, Jaspars, am Dienstag den 26. Januar der Kammer einen Gesetzentwurf über Sequestrierung und Liquidation des feindlichen Eigentums vorgelegt habe. Darnach bleiben von der Liquidation frei:

1. die Besitztümer, die Teile des Nachlasses eines deutschen Staatsangehörigen sind, der nach dem 10. November 1918 gestorben ist, sofern dieser Teil dem überlebenden Ehegatten oder belgischer Nationalität zufällt;

2. der Besitz einer verheirateten Frau, die ihre belgische Nationalität durch Heirat verloren hat, wenn die Ehe nicht nach dem 4. August 1914 geschlossen worden ist oder wenn die Betreffenden nicht während des Kriegs eine feindliche Handlung gegen Belgien oder die Alliierten verübt haben;

3. Häuser, die von Eigentümern bewohnt werden, welche deutsche Untertanen sind und in Belgien ohne Unterbrechung mindestens 10 Jahre gewohnt haben, ferner das Mobiliar in diesen Häusern, unter der Bedingung, daß die Besitzer sich keiner feindlichen Handlung gegen Belgien oder die Alliierten schuldig gemacht haben;

4. Besitztümer solcher deutschen Staatsangehörigen, die in der belgischen oder alliierten Armee gedient oder Belgien oder den Alliierten andere wertvolle Dienste geleistet haben;

5. die Pensionen oder die Ansprüche, die einen Alimentscharakter tragen;

6. das Privatmobiliar und die Gegenstände, die den Charakter einer Familienerinnerung tragen und an denen der Staat kein Interesse hat.

In den Fällen 4 und 5 kann der Minister und jeder Interessent die Aufhebung der Beschlagnahme durch ein Gesuch beantragen, das an den Präsidenten des Gerichtshofes am Orte des Sequesters zu richten ist.

Als nichtdeutsche Staatsangehörige werden betrachtet:

1. die Personen, die durch den Friedensvertrag die belgische, alliierte oder neutrale Nationalität erlangen; 2. Personen, die durch Artikel 36 des Friedensvertrages (betrifft Eupen und Malmedy) die belgische Nationalität erlangen; 3. diejenigen, die durch Art. 4 des Gesetzes vom 25. Oktober 1919 die belgische Nationalität erwerben; 4. diejenigen, die durch Verfügung des Friedensvertrages nach dem Ausfall eines Plebiszits die belgische, neutrale oder alliierte Nationalität erlangen.“

Anträge auf Aufhebung der Zwangsvollstreckung sind an den Präsidenten des Tribunals zu richten, gegen dessen Entscheidung Berufung eingelegt werden kann, die beim Obersten Gerichtshof einzureichen ist. Zu den bereits irrtümlich vorgenommenen Liquidationen wird bestimmt, daß die Erträge aus diesem Verkauf den Besitzern zurückzugeben sind, falls die Zwangsvollstreckung gesetzwidrig erfolgte.

Das Kreditabkommen, das Deutschland mit Belgien abgeschlossen hatte, ist von der deutschen Regierung gekündigt worden, weil Belgien sein Versprechen, keinerlei deutsche Güter zu liquidieren und auch keinerlei Auslieferungsverlangen zu stellen, nicht gehalten hat. Es hat sich nun sowohl in Belgien wie in Deutschland ein Streit über diese angebliche Zusage

der Belgier erhoben. Aus einer halbamtlichen Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geht hervor, daß eine Vereinbarung bestand, es dürfe keinerlei deutsches Eigentum, mit einer einzigen Ausnahme, liquidiert werden. Diesem Grundsatz entsprach allerdings nicht der Gesetzentwurf, der, wie wir mitgeteilt haben, von dem belgischen Kommissar der Kammer vorgelegt wurde. Der belgische Unterhändler Francqui wird in der belgischen Presse scharf angegriffen, weil er aus eigener Initiative und ohne dazu berechtigt zu sein, die Zugeständnisse gemacht habe, die jetzt bekannt wurden. Bei den offiziellen Abmachungen sei die Frage jedenfalls zur Seite gestellt worden und in der belgischen Kammer erklärte denn auch Vandervelde anläßlich einer Anfrage, Belgien habe sich nie verpflichtet, auf die Auslieferung zu verzichten.

England.

Das britische Handelsamt hat neue Bestimmungen über den Handel mit Deutschland herausgegeben. Darnach dürfen Waren aller Art wieder frei und ohne besondere Erlaubnis nach Deutschland versandt werden mit Ausnahme solcher Waren, die auf der Liste A und B der zur Ausfuhr überhaupt verbotenen Waren stehen, oder auf der Liste derjenigen, für die eine spezielle Ausfuhrerlaubnis bei der Imports and Exports Licensing Section 22 Carlisle Place, Westminster, London S. W. 1 einzuholen ist. Der Import ist gleichfalls frei mit Ausnahme des überhaupt verbotenen Imports von bestimmten Gütern. Im übrigen ist der Handel mit Deutschland wieder frei, nur darf er keine Vorkriegsgeschäfte betreffen, deren Abwicklung noch in irgend einer Form den Bestimmungen des Friedensvertrags unterliegt. Geld, das deutschen Staatsangehörigen geschuldet wird, oder Besitz, der von deutschen Staatsangehörigen erworben wird als Folge von Geschäften, die seit Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen in Deutschland eingeleitet wurden, kann nicht sequestriert werden. Deutschen wird nur in Ausnahmefällen die Erlaubnis zum Aufenthalt in England auf drei Monate gestattet. Die Erlaubnis kann verlängert werden. Eine Liste derjenigen Deutschen, denen die Einreise und der Aufenthalt gestattet ist, muß alle drei Monate veröffentlicht werden.

Statistiker von Neigung und Beruf werden in Zukunft ein neues Feld der Betätigung haben. In England veröffentlicht die amtliche „London Gazette“ nun künftighin die Namen aller Deutschen, denen das Betreten des Landes gestattet wird. Vom 23. bis 31. Dezember waren es 17 Herren, deren Namen, die mit oft recht englischen Vornamen geziert sind, wiederzugeben auch die Times für nötig hält. Immerhin: In 9 Tagen 17 Herren, das macht auf den Monat rund 55, es könnten also, wenn dieses Tempo beibehalten wird, in einem Vierteljahre 165, in einem halben Jahre 330 und im ganzen Jahre 1920 volle 660 deutsche Personen nach England einreisen. Hoffentlich geht das englische Weltreich dabei nicht in die Brüche.

Die „Times“ schreibt, daß jetzt, wo England mit Deutschland in Frieden stehe, es wahrscheinlich sei, daß die Frage erhoben werde, ob es den deutschen Banken erlaubt sein dürfe, sich wieder in London zu etablieren. England könne nicht beanspruchen, ein internationaler Geldmarkt zu sein, wenn es aus rein selbstsüchtigen nationalen Gründen Beschränkungen auferlege.

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt dazu, daß das wie eine Einladung klinge und eine richtige Erkenntnis sei, die allerdings reichlich spät komme. Zurzeit und in absehbarer Zeit sei es wohl ausgeschlossen, daß die deutschen Banken in London Niederlassungen errichten könnten. Die englische Regierung habe bei der Liquidation der Bankfilialen den Banken so viele

Schwierigkeiten bereitet und sei seinerzeit so rücksichtslos gewesen, daß die deutschen Banken wenig Lust verspüren müßten, sich neuen rücksichtslosen Repressalien auszusetzen. Auch heute mache England den deutschen Kaufleuten die rücksichtslosesten Schwierigkeiten und bevor es mit dieser Methode aufhöre, könne es auch nicht erwarten, daß Deutsche wieder freiwillig nach England gingen.

Palästina.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus Palästina berichtet, beginnen die alten Beziehungen zwischen dem Lande und der deutschen Handels- und Kaufmannswelt wieder. Ein Schiff mit deutscher Ladung hat Holz und Glaswaren gebracht und damit dem Lande einen wesentlichen Dienst geleistet. Deutsche Ingenieure arbeiten unter dem neuen Regime mit gutem Nutzen und Erfolg, es sind sogar zu wenig technische Hilfsarbeiter im Lande. Die deutschen Kolonisten dürfen wieder ruhig ihrer Arbeit nachgehen, da man erkannt hat, daß sie ein Element der Ordnung, Sicherheit und Ruhe sind. Die Zukunft der deutschen Ordensleute scheint vertrauenerweckend. Die deutsch-österreichischen Barmherzigen Brüder in Tantur bei Bethlehem und in Nazareth leben und wirken wie zuvor. Das frühere österreichische Pilgerhaus ist seinem Rektor Mgr. Dr. Fellingner zurückgegeben worden und es ist zu hoffen, daß auch das St. Paulus-Pilgerhospiz bald geräumt und zurückgegeben wird.

Kanada.

Einer Mitteilung der „Voss. Ztg.“ zufolge denkt Kanada daran, deutschen Bürgern ihr Eigentum unter Umständen zurückzugeben. Freilich wäre die endgültige Entscheidung des kanadischen Parlaments zunächst erforderlich, wenn Kanada auf die Regelung des Clearingverfahrens, wie es der Friedensvertrag vorsieht, verzichten wollte. Kanada soll dieser Meldung zufolge entsprechende Vergünstigungen von Deutschland fordern. Das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Kanada scheint noch nicht verkauft zu sein.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nach Drahtmeldungen aus New York steht die Regelung der Frage des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten in den nächsten Wochen bevor, da der Kongreß entsprechende Gesetzesvorlagen der Regierung zu behandeln haben wird. Die Regierung soll vorschlagen, fünf Gruppen zu bilden, deren erste beiden die Vermögen amerikanischer Bürger und geborener Amerikaner umfassen. Hier sollen die beschlagnahmten Vermögen zurückgegeben werden, während aus den Vermögen der drei anderen Gruppen die amerikanischen Schadenersatzforderungen gedeckt werden sollen. Bleibt dabei ein Überschuß, so soll das beschlagnahmte Privateigentum zurückerstattet werden, in erster Linie solches, das Gesellschaften gehört. Gegenüber diesen Regierungsvorschlägen werden andere Vorschläge gemacht, die für das deutsche Eigentum günstiger liegen würden. Die zuständigen Geschäftskreise vor allem sollen für die völlige Zurückgabe der deutschen beschlagnahmten Vermögen eintreten.

Über den an dieser Stelle bereits erwähnten Aufruf eines amerikanischen Komitees zur Versorgung deutscher Kinder mit Lebensmitteln bringen die Zeitungen jetzt nähere Nachrichten. An der Spitze der Organisation steht Hoover, der sein Amt als Ehrenamt verwaltet und mit der amerikanischen Society of Friends zusammenarbeitet. Eine billige Eisenbahn- und Schiffsfahrtsfracht soll vor allen Dingen erreicht werden. Der Aufruf ist auch von Persönlichkeiten unterzeichnet, die durch ihre Sympathien für die Alliierten bekannt geworden sind, die Deutschamerikaner sind in der großen Minderzahl unter den

Unterzeichnern. Ein Mitarbeiter des „B. T.“ hatte Gelegenheit, mit einer Abordnung amerikanischer Quäker zu sprechen, die jetzt in Deutschland weilt und die mit diesem Ausschuß Hand in Hand arbeitet. Die Kommission trägt jedoch keinen amtlichen Charakter. Die Quäker arbeiten zusammen mit den deutschen Wohlfahrtsorganisationen, in Berlin mit dem „Zentralausschuß für Auslandshilfe“, dem Geheimrat Bose vorsteht, und mit dem Städtischen Jugendamt, dem die Stadträte Sassenbach und Simonsohn ihre Kraft leihen. In allen Großstädten sollen Zweigstellen errichtet werden, um die Verteilung der erwarteten Lebensmittel durchzuführen. Über die verständnisvolle Mit Hilfe der deutschen Behörden sprach sich die Kommission sehr lobend aus.

Hilfe für deutsche Kinder. Mitte Januar ist der Dampfer Kermorr nach Deutschland abgegangen. (Mit ihm schickt das American Friends Service Committee 156 Tonnen Milch, 14 Tonnen Kakao, 18 Tonnen Reis, 72 Tonnen Schweinefett und 220 Tonnen Bohnen. Zur Beschaffung weiterer Lebensmittel nach näherer Angabe der in Deutschland weilenden Quäker liegen außerdem schon wieder 175 000 Dollar bereit. Die meisten Zuwendungen stammen von Amerikanern deutschen Blutes. Allein am 5. Januar 1920 konnte das Newyorker Komitee für deutsche Kinderhilfe der Seaboard National Bank in N. 9 durch seinen Schatzmeister Speyer 100 000 Dollar zugunsten der Quäkerhilfsaktion überweisen.)

Über das amerikanische Liebeswerk „Deutsch-amerikanische Hilfsaktion“ bringt die „Deutsche Post aus dem Osten“ auf Grund von Mitteilungen zuständiger Stellen folgende Einzelheiten: Bereits im Juli 1919 taten sich einzelne private Deutsche aus Chicago zusammen, um zur Linderung der Not im alten Vaterlande beizutragen. Anfangs schienen die Bemühungen fehlzuschlagen, erst allmählich kam Schwung in die Sache. Erst im Oktober 1919 wurden große deutsche Versammlungen in Chicago einberufen, in denen u. a. ein dort bekannter Kanzelredner, bisher ein englisch-amerikanischer Kriegshetzer, für die Linderung der Not in Deutschland eintrat. Die Gesamtorganisation leitet Dr. Hermann Gerhard, der zu Anfang 1918 den deutsch-amerikanischen Bürgerbund, eine jetzt 18 000 Mitglieder zählende Organisation, begründet hat. Ihm hilft der Kaufmann Kurt Hildebrand, früher Offizier und Kapitän der Hapag, der die Fühlung zwischen den 600 Vereinen herstellt. Die Gesamtvereinigung hat das deutsche Theater in Chicago, das „sprachlich und im deutschen Sinne erzieherisch“ wirken soll, an 5 Abenden in der Woche gepachtet und vergibt es an einzelne Vereine oder Gruppen, die dafür zu sorgen haben, daß das Theater jeweils von ihren Mitgliedern gefüllt wird. Der Reinertrag fließt der Deutschlandhilfe zu. Nur Sonnabends und Sonntags ist das Theater allen Leuten zugänglich und nicht für die Wohltätigkeit in Anspruch genommen. Verlosungen in den Theatern haben erkleckliche Summen gebracht. Die Gesamtorganisation hat einen Advokatenbeirat aus 5 Mitgliedern geschaffen, einen Finanzbeirat mit 20 Beisitzern, einen Werbeausschuß mit 50 bekannten deutschen Amerikanern, einen Ärzteausschuß mit 30 Mitgliedern. Der Gesamthilfe dürften etwa 60 000 Deutsche angehören. Bis Ende Oktober waren über eine halbe Million Mark gesammelt, für die hauptsächlich Lebensmittel und kondensierte Milch für alle, nicht nur die Arbeiterkreise, in Deutschland gesammelt und gekauft werden sollen. Auch Kleidungsstücke und Schuhe sollen allmählich herausgebracht werden.

Guatemala.

Wie der Hamb. Korresp. hört, soll das deutsche Eigentum in Guatemala, das im Februar v. Js. in Zwangsverwaltung genommen worden ist, und zwar sämtliche Plantagengesellschaften, Mitte des nächsten Monats versteigert werden. Die Vereinigung der Guatemala-Firmen hat sich bereits mit der Angelegenheit befaßt und eine Entschliebung an die maßgebenden Behörden abgesandt. Guatemala hat gegen Deutschland keinen Krieg geführt, sondern nur den Kriegszustand erklärt. Das Blatt gibt der Ansicht Ausdruck, daß auf ein gutes Ergebnis der Versteigerung nicht gerechnet werden könne, wenn man bedenke, aus welchen Gründen Guatemala den Krieg erklärt habe und daß Guatemala selbst ein Interesse an einem möglichst niedrigen Preise habe.

Brasilien.

Aus Amsterdam wird gemeldet, daß der Freistaat Brasilien beschlossen habe, den Artikel 286 des Friedensvertrages nicht anzuwenden, also die Regelung brasilianischer Außenstände und Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland direkt vorzunehmen und nicht dem im Friedensvertrag vorgesehenen Clearingverfahren zu unterwerfen.

Dem „Urwaldboten“ entnehmen wir einen Bericht über die Ankunft des schwedischen Motorschiffes „Kronprinz Gustav Adolf“, das deutsche Waren mitbrachte, Farben, Chemikalien, Spielwaren usw. Die wenigen Passagiere waren Deutsche, die nun aus ihren Erlebnissen erzählten und manche Aufklärung bringen, namentlich aber auch über ihre Leidenszeit in englischen Konzentrationslagern nun Wahrheit und Aufklärung verbreiten konnten. Brasilianische Schiffsverbindungen mit Deutschland sollen bald wieder aufgenommen werden. Auch die Passagiere, die mit dem holländischen Dampfer „Gelria“ angekommen sind, haben sich an dieser Aufklärungsarbeit beteiligt, so daß in Brasilien die Wahrheit immer mehr durchzusickern beginnt. Namentlich der brasilianische Kriegsberichterstatter Augusto Sà protestiert in einem ehemals sehr deutschfeindlichen Blatte gegen die unmenschliche Blockade und tritt nun für „wirklichen Frieden“ ein.

China.

Aus einem Privatbriefe aus Hankau vom 22. November teilt der Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Deutschen folgendes mit: „Die Bestandaufnahme des deutschen Eigentums ist vor einigen Wochen beendet worden. Von dem beweglichen Eigentum sind größere Posten nur von Melchers & Co. (Saat) verkauft worden, kleinere Posten der Firmen Carlowitz, China, Hide & Skin Co., Schwarzkopf und Siemssen. Von dem unbeweglichen Eigentum auf chinesischem Boden ist bisher noch nichts veräußert worden, bei dem enorm hohen Kurse denkt eine ausländische Firma wohl kaum an einen Ankauf zu den festgesetzten Preisen. In der englischen Niederlassung ist Carlowitz' Grundstück für einen Pappenstiel von Ramsay gekauft worden, die Anlage der Firma in der S. A. D. von einer Firma Schamoon, Melchers Haus von der Peking-Hankow-Bahn. Das gesamte bewegliche Eigentum der Deutschen ist in den Speichern einer anderen deutschen Firma eingestellt worden. Unten im Hause von Garrels Börner hat sich der deutsche Klub, jetzt freie deutsche Vereinigung, mit 17 Mitgliedern eingestet. Das Betreten der fremden Niederlassungen ist uns bisher noch nicht gestattet worden. Das von Schultz in einem der Speicher von Garrels Börner im Februar/März zusammen getragene Gepäck von 60 in Japan kriegsgefangenen Hankauern ist am 25. Juni nach Kobe verladen worden und nach etwa 8 Wochen Lagerung an die Empfänger ausgehändigt worden. Die deutsche Ingenieur-

schule ist nun ganz und gar von den Chinesen übernommen worden, der deutsche Unterricht ist dort ganz ausgeschaltet. Frau Rohde, die an Glatzers Stelle getreten war, unterrichtet noch immer in Wuchang. Auch Kapitän Unverzagt unterrichtet in einer Klasse über Handelswissenschaft. Berlowitz ist an der Ingenieurschule in Woosung angekommen, an seine Stelle in Changsha ist Stange getreten. Scheinschütte unterrichtet ebenfalls dort. Wegen Geldmangel soll aber das ganze Schulunternehmen in Changsha wieder in die Brüche gehen. Der Bolschewismus wird auch den Chinesen nicht erspart bleiben, Streiks sind an der Tagesordnung, die Preise für Lebensmittel steigen.

Japan.

Die Nachrichten aus Japan lauten etwas ermutigender, die Kriegsgefangenen sind abgefahren und werden Ende Februar in Deutschland erwartet. Die Japaner haben den Deutschen Klub in Jokohama wieder freigegeben und von den Kriegsgefangenen selbst sollen ziemlich viele in Japan oder in China, aber auch in Niederländisch-Indien Stellung gefunden haben. Die Japanische Regierung hat für jeden Fall der Anstellung wohlwollende Prüfung zugesagt.

KLEINE NACHRICHTEN

Paris. Über Bern wurde als besonders bemerkenswert telegraphisch gemeldet, daß zum erstenmal seit dem Kriege wieder deutsche und deutsch-schweizerische Zeitungen in den Straßen-Kiosken zum Verkauf auslagen und daß keine Schwierigkeiten entstanden seien. Bekanntlich konnte man in Deutschland während des ganzen Krieges ohne jede Schwierigkeiten fremdländische Zeitungen kaufen und lesen, in Frankreich waren sie aber bis jetzt streng verboten.

Dr. von Knilling, der frühere bayrische Kultusminister, hat als Reichskommissar, wie die Münch. N. N. melden, „die Ausgleichsverhandlungen mit dem Ausland, Abteilung Bayern, übernommen“. Es handle sich im wesentlichen um Forderungen von Reichsdeutschen im Ausland und um Entschädigungen von Ausländern an Deutsche. Es sollten drei Ämter in München, Nürnberg und Ludwigshafen unter seiner Leitung errichtet werden.

Der Titularprofessor der Universität Göttingen, Fritz Roeder, ist zum Professor der englischen Sprache und Literatur der Universität Dorpat ernannt worden.

Pastor Loppe †. Der bekannte deutsche Pastor von Luzk, Loppe, ist an der Cholera zugleich mit seiner Frau gestorben. Ihm verdankt das Deutschtum Wolhyniens viel in seiner schwersten Zeit. Er war auch Bürgermeister von Luzk, als dieses so oft den Besitzer wechselte. Eine große deutsche Kirche stand dort im Mittelpunkt des wolhynischen Deutschtums, an der er 10 Jahre lang wirkte. Er war zuerst von den Russen ins Gefängnis geworfen worden, als der Krieg und die russischen Niederlagen kamen; erst die Deutschen befreiten ihn. Später als Luzk verloren ging, amtierte Pastor Loppe in Cholm, um sofort wieder auf seinen schweren Posten zurückzueilen, als er nach Luzk nach Abschluß des Waffenstillstandes und Ostfriedens es konnte.

Juan Jörgensen †. In La Plata starb plötzlich ein in den deutschen Kreisen bekannter Maler, der zwar in Dänemark geboren war, aber in Deutschland und in der Schweiz seine Ausbildung genossen hatte und in der deutschen Kolonie von La Plata und Buenos Aires eine bedeutende Rolle spielte. Er hat namentlich farbenprächtige Bilder aus Patagonien gemalt und hat über diese Teile Argentiniens auch an wissenschaftlichen Werken des Wissenschaftlichen Vereins mitgearbeitet.

Kristiania. Hier starb Mitte Dezember der Spinnmeister Richard Stein, einer der ältesten Deutschen in Norwegen, im Alter von 73 Jahren. Am Grabe Steins, der das Eisenerkreuz von 1870/71 trug, ließ das deutsche Generalkonsulat einen Kranz niederlegen und auch der vorläufige Zentralausschuß der Deutschen in Kristiania entsandte seinen Herrn Ingenieur Tepper, selbst Veteranen von 1870 und Träger des Eisernen Kreuzes, um unter Niederlegung eines Kranzes dem Kameraden treue Worte des Gedenkens widmen zu lassen.

In Buenos Aires starb Anfang Januar ein verdienter Auslandsdeutscher, Herr **Juan von Francen**, der seit langen Jahren als Mitredakteur an der „Deutschen La Plata-Zeitung“ tätig war. Franken wurde 1861 in Koblenz geboren, ging 1886 nach Rio und lebte schließlich von 1889 an, zunächst als Kaufmann, in Buenos Aires.

KIRCHE UND MISSION

Polen. Die Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins berichten über eine Pastoren-Konferenz, die am 3. und 4. November v. J. in Warschau auf Einladung des Evangelisch-Augsburgischen Konsistoriums stattfand und zu der auch die Pastoren Galiziens und aus Teschen eingeladen waren. Laien waren auch diesmal nicht zugezogen, was der Lodzer „Volksfreund“ energisch bemängelt, indem er zugleich endgültige Regelung der Verfassungsfrage fordert. Gleiche Forderung erhoben die Gemeinden Ost-Schlesiens und die Gemeinden Galiziens. Die Konferenz wählte einen Ausschuß zur Behandlung der Verfassungsfragen, und zwar 6 Polen und 5 Deutsche. Eine Fülle von Beschwerden wurde am 2. Tage über die Schulregelung vorgebracht, über Wegnahme deutscher Schulgebäude, über Verdrängung evangelischer Lehrer, Sperrung der Bethäuser, Mißbrauch der Schulaufsicht. Eine Stelle, wohl der Konsistorial-Präsident, forderte, die deutschen evangelischen Gemeinden sollten sich mit der polnischen Sprache abfinden. Der General-Superintendent, Herr Berrsche, erklärte, ein Gegner der Polonisierung von Kirche und Schule zu sein (wie er freilich in der Praxis handelt, das ist an dieser Stelle wiederholt geschildert worden). Die Ernennung eines Polen zum Direktor des deutschen evangelischen Lehrer-Seminars zeigt zur Genüge, wohin die Reise geht. Der deutsche Pastor Adolf Löffler hielt eine sehr mutige Rede für die Geistes-, Sprachen- und Religionsfreiheit der Deutschen, die er als unveräußerliches Kultur- und Menschenrecht bezeichnete. In Warschau soll übrigens eine protestantische Fakultät begründet werden, an der 5 Professoren lehren sollen. Den jetzt in Leipzig studierenden Theologen aus Polen sei gesagt worden, sie seien die letzten, die man aus Polen zum Studium herauslasse. Die 3 Pastoren, die als Lehrer für die künftige Fakultät ernannt werden und die sich jetzt in Basel vorbereiten sollen, sind als ausgesprochene Polen, zwei von ihnen als Deutschenhasser bekannt.

Nach der „Allgemeinen Missionszeitung“ lauten die Nachrichten über die Aussichten für die Weiterarbeit der deutschen Mission in Südafrika neuerdings recht günstig. Die Buren-Vertreter wollen die deutschen Missionen nicht preisgeben. Der Abgeordnete Tilman Roos hat in der Parlamentsverhandlung den deutschen Missionaren hohe Anerkennung gespendet und gegen jede Störung ihrer wertvollen Arbeit Einspruch erhoben. Die deutschen Missionare in Transvaal und im Freistaat besäßen ein besseres Verständnis für die richtige Behandlung der Eingeborenen, als irgend eine andere Gruppe in Südafrika. Auch General Smuts will alles tun, was in seiner Macht steht, um der deutschen Mission zu helfen. In holländischen reformierten Kreisen ist man ebenfalls bemüht um den Schutz der deutschen Missionen.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Die Musik der Barbaren. In den Pariser Musiksälen war vor einiger Zeit eine Abstimmung des Publikums durchgeführt worden, ob man deutsche Musik wieder spielen solle oder nicht. Die Abstimmung scheint ein günstiges Ergebnis gehabt zu haben. Wenigstens enthalten der Badischen Landeszeitung zufolge die Programme der bedeutenden Pariser Konzertveranstaltungen vom 25. Januar wieder deutsche Musik. Im Konzert Padeloup spielte man das Vorspiel zum Lohengrin, Stücke aus dem Rheingold, aus Siegfried und Tristan und Isolde, im Konzert Lamoureux die Meistersinger-Ouvertüre und die 4. Sinfonie von Schumann.

Während man so in Paris wieder die internationalen kulturellen Werte zu schätzen beginnt, erhob sich in Nizza beim Promenaden-Konzert kürzlich ein Skandal, als man das Lohengrin-Vorspiel gerade anhub zu spielen. Geschrei und wüster Lärm: „Nieder mit der Wagner-Musik“ wurden laut, allein auch die Freunde der Wagnerschen Musik begannen sich zu melden und forderten stürmisch die Fortsetzung. Der Konzertmeister aber fällte ein salomonisches Urteil: Er ließ das ganze Konzert für diesen Tag abbrechen.

Deutsche Musik in Rom.

Die „Neue Freie Presse“ läßt sich aus Rom berichten, daß im Constanzi-Theater, der zweitbesten Oper Italiens, die der Scala-Oper in Mailand nur wenig nachsteht, Wagners Walküre Triumphe feiert. Einen der rauschendsten Erfolge habe dort Beethovens Pastoralsymphonie gehabt, wozu allerdings Toskaninis Dirigentenstab wesentlich beigetragen habe. Sudermanns Johannisfeuer werde allabendlich im Teatro Quirino mit großem Beifall gegeben und beherrschend sei die deutsche Musik auf dem Gebiet der Operette; Ziehrer, Lehar, Gilbert würden allabendlich unter riesigem Zulauf gespielt.

Buenos Aires. Asociacion Wagneriana. Die Gesellschaft veranstaltete einen Hugo Wolf-Abend, dem der Musikkritiker Ojeda eine feinsinnige Würdigung des deutschen Tonsetzers vorausschickte. Eine Sängerin trug Wolf'sche Lieder vor und dann spielte man ein Wolf'sches Streich-Quartett.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lettland. Nach einer Meldung der „Rigaischen Rundschau“ sind die Leiter der Schulangelegenheiten der nationalen Minderheiten am 29. Dezember 1919 von der Regierung bestätigt worden. Für Lettland wurde zum Leiter des deutschen Schulwesens der bekannte Rigaische Oberpastor K. Keller ernannt.

Im Kampf um die deutsche Schule. Brünn. Im Gemeinderat kam es zu stürmischen Sitzungen. Es sollte, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, über das deutsche Schulwesen verhandelt werden. Die Tschechen wollten über 80 deutsche Schulklassen auflassen. Die Deutschen stellten über 30 Obstruktionsanträge, die die Tschechen am Schlusse der Sitzung erledigen wollten. Darauf hielt der deutsche Sozialdemokrat Czech eine siebenstündige Obstruktionsrede. Die Tschechen führten hierauf die Fünf-Minuten-Redezeit ein, es gab aber solchen Lärm, daß kein Redner mehr sprechen konnte. Die Tschechen stimmten über die ganze Tagesordnung en bloc ab und schlossen die Sitzung. Die Deutschen erließen eine Erklärung, daß sie in den Gemeindevorstand nicht mehr zurückkehren werden und daß keine geordnete Sitzung der genannten Körperschaften werde stattfinden können, solange das den Deutschen zugefügte Unrecht nicht wieder gutgemacht werde.

Wie die „Germania“ berichtet, wird das **St. Andreas-Kolleg in Ordrup** bei Kopenhagen aufgehoben werden. Es ist im Jahre 1873 von deutschen ausgewiesenen Jesuiten begründet worden und war stets eine Musterschule Dänemarks. Besonders groß war der Zuzug aus Deutschland. Die Zahl der deutschen Zöglinge betrug 80, zu denen etwa 320 dänische Schüler hinzukamen. Schon nachdem die deutschen Schüler die Anstalt während des Krieges verlassen hatten, stellten sich Schwierigkeiten ein. Auch der jährliche Staatszuschuß von 10000 Kronen konnte die Valutanot nicht mehr beheben, so daß im Jahre 1920 die Anstalt geschlossen werden muß.

Deutscher Sprachunterricht in amerikanischen Schulen. In Norfolk, Virginia, wurde seitens der Schulbehörde am 21. Januar angeordnet, daß der Unterricht in der deutschen Sprache an den öffentlichen Schulen am 2. Februar wieder aufgenommen wird.

Rosario. Die deutsche Schule schloß ihr Schuljahr mit einem Bestand von 150 Schülern, von denen die Hälfte unentgeltlich unterrichtet wurde. Das Abschluß-Weihnachtsfest nahm einen glänzenden Verlauf, Knabenturnen und Tanzaufführungen der Mädchen verschönten das Fest, das von den Deutschen ausgezeichnet besucht war.

Von deutschen Schulen in Mexiko.

In Mexiko bestehen z. Z. deutsche Schulen in Guadaluajara (33 Schüler), Merida (21 Schüler), Monterrey, Orizaba (37 Schüler), Puebla und Mexiko-Stadt. Letztere ist nach Umfang und Art die weitaus bedeutendste. Sie steht im 25. Schuljahre und konnte auch während des Krieges mit Hilfe größerer Spenden und des regelmäßig eingehenden Reichszuschusses ihre Aufgabe, deutsches Wissen und Wesen zu vermitteln, ohne wesentliche Störungen weiter erfüllen. Der starke Zupruch, den sie hat, machte es nötig, ihr eine mexikanisch-deutsche Abteilung anzugliedern. Von 1155 Schülern (731 Knaben und 414 Mädchen) stammten 213 aus Familien, in denen beide Eltern Deutsch sprachen; bei 251 war ein Elternteil deutsch, die Eltern von 491 Schülern sprachen Spanisch, von 8 Englisch. Die Oberrealschule ist nunmehr völlig ausgebaut und konnte zum ersten Male die Reifeprüfung abhalten. 46 Lehrer und Lehrerinnen sind an der Schule tätig.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Kristiania. Deutscher Verein (Germania-Loreley). Die Weihnachtsfeier am zweiten Weihnachtstage gestaltete sich zu einem sehr gemütlichen Kolonieabend und erfreute sich eines Riesensuccesses. Mit dem Gesandten und dem Generalkonsul nahmen alle deutschen Beamten am Feste teil. Herr Hellwig begrüßte die Erschienenen, der Gesandte von Mutius richtete eindringlich vaterländische Worte an die Erschienenen. Für den durch Krankheit in seiner Familie ferngehaltenen Pfarrer Günther hielt Herr Waßler die Ansprache an die Kinder. Den Pfarrer ernannte der Deutsche Verein in seiner jüngsten Versammlung einstimmig zum Ehrenmitglied. Er beschloß, eine namhafte Spende für die Rückwandererhilfe zu leisten, überwies beträchtliche Beträge zur Unterstützung des „Gemeindeboten“ in Kristiania und des deutschen Kindergartens und beschloß u. a. auch den Beitritt zum Deutschen Ausland-Institut.

Basel. Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner. Die Vereinigung ist am 23. Dezember 1918 von etwa 60 Kameraden begründet worden und trat sofort mit der Hilfsstelle in Singen sowie mit dem Hilfsbund in Zürich in Verbindung. Das Büro

hat inzwischen an die Wehrmänner über 20000 Mark Gebühren ausbezahlt, da Feldwebel Dietrich vom Bezirkskommando Lörrach einmal wöchentlich im Büro in Basel erschien und Anträge dort entgegennahm. Die Bezahlung von Verpflegungs- und Marschgeldern wurde in vielen Fällen bewirkt. Zwei Mitglieder vertreten die Interessen des Vereins im Vorstand des Deutschen Hilfsbundes. Sehr viel geleistet wurde durch Arbeitsvermittlung für entlassene Wehrleute, durch gebührenfreie Ausstellung von Pässen für bedürftige Mitglieder; die Wirtschaftsabteilung hat annähernd 1000 Mitgliedern geholfen. Der Mitgliederbestand von 1412 Mitgliedern hat durch den Ausschuß von solchen, die ihre Beiträge nicht bezahlt haben oder die Satzungen nicht anerkannten, eine starke Verringerung erfahren, umfaßt aber immer noch 876 Mitglieder. Das Büro hat täglich 30 bis 40 Beratungen und Besuche zu bewältigen. Bei über 9000 Franken Einnahme konnten 1000 Franken auf neue Rechnung vorgelassen werden. Die Wirtschaftsabteilung setzte 20000 Franken um. Eine besonders hübsche Feier veranstaltete die Vereinigung zur Weihnachtsbescherung der Kinder entlassener deutscher Wehrleute. An über 600 Kinder konnten Gaben im Werte von 12 bis 15 Franken verteilt werden.

Bern. Verband der vertriebenen Auslandsdeutschen in der Schweiz. Da bis jetzt keine Stelle in der Schweiz vorhanden war, bei der sich die aus ehemals feindlichen Ländern vertriebenen und jetzt in der Schweiz sich aufhaltenden Auslandsdeutschen bezüglich ihrer Entschädigungsansprüche an das Reich und über die gesetzlichen Bestimmungen für Auslandsdeutsche unterrichten konnten, ist von einigen Auslandsdeutschen der Verband ins Leben gerufen worden, der seinen Sitz in Bern haben soll. Vorsitzender ist Herr E. Wallerstein, Geschäftsführer ist Herr E. Haid. Als Zweck des Verbandes wird die allgemeine Wahrnehmung der Interessen der vertriebenen Auslandsdeutschen, insbesondere in den Entschädigungs- und Steuerfragen, genannt. Der jährliche Mindestbeitrag beträgt 10 Franken.

Zürich. Ortsgruppe des Verbandes der vertriebenen Auslandsdeutschen in der Schweiz. Die Ortsgruppe ist am 20. Januar begründet worden. Für sie sind die Satzungen des Verbandes bindend, über die wir berichteten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 10 Franken jährlich, von denen mindestens 10 Franken an die Kasse des Verbandes abgeführt werden.

Zürich. Vereinigung deutscher und deutsch-österreichischer Kriegsteilnehmer. Die Vereinigung besteht jetzt ein Jahr. Sie veranstaltete eine Weihnachtsfeier, auf der 800 Züricher und 100 auswärtige Kinder beschenkt wurden. Die Ortsgruppen St. Gallen und Winterthur berichten von starken Mitgliederzahlen und erfreulicher Anteilnahme der Mitglieder an den Zielen des Vereins. Mit einer Handelsschule ist die Verabredung getroffen worden, daß die Mitglieder zu halben Preisen kaufmännischen Fortbildungs-Unterricht nehmen können.

Zürich. Verband deutscher Kriegsschädigter und Hinterbliebener in der Schweiz. Der Verband wurde Mitte November in Zürich auf einer Delegiertenversammlung der bereits bestehenden Schweizer Ortsgruppen begründet. Er zählt bereits über 2000 Mitglieder, er will Ortsgruppen begründen und den Behörden gegenüber die Interessen seiner Mitglieder vertreten. Vorsitzender ist Wagner, Zürich. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Hilfsbund ist in Aussicht genommen.

Buenos Aires. Verein zum Schutze germanischer Einwanderer. Der Verein hat, wie wir einem Bericht im Argentinischen Wochenblatt entnehmen, vom 3. bis 8. November 102 Personen, in der Woche vom 10. bis zum 15. November 72 Personen

Arbeit nachgewiesen; darunter waren 126 Deutsche, 32 Österreicher, 5 Schweizer, 6 Holländer. Außerdem wurden zwei Landkonzessionen vom argentinischen Landamt an Eingewanderte vermittelt.

Buenos Aires. Deutsche Wohltätigkeitsgesellschaft. Einem Wochenbericht der Gesellschaft entnehmen wir, daß 25 Familien mit 74 erwachsenen Personen und 25 Kindern Wohnungsunterstützung erhielten, ferner erhielten freie Wohnung und volle Verpflegung 111 arbeitsunfähige alte Leute und Invaliden. An alleinstehenden Leuten wurden abgegeben 65 Nachtlager und 72 Mahlzeiten. 23 Mann erhielten durch die Stellenvermittlung Arbeitsgelegenheit nachgewiesen.

Buenos Aires. Der Deutsche Gesangsverein. Eintracht feierte sein 25jähriges Jubiläum. Unter der Direktion des Herrn L. Franke wurden Gesangs- und Orchesterdarbietungen gegeben. Unter den Gästen befanden sich auch einige Leute der „Dresden“-Besatzung.

Buenos Aires. Deutscher Volksbund für Argentinien. Die Werbeabteilung des Bundes, die unter der Leitung Dr. Keipers steht, veranstaltete in den Ortsgruppen Vorträge. Kapitänleutnant Berg, der für deutsche Zeitungen eine Studienreise macht, sprach in verschiedenen Ortsgruppen, eine vierte Wanderbibliothek ist aufgestellt worden, ein Führer für Einwanderer ist in Vorbereitung. Die Kosten der Auflage von 10000 Stück werden 2500 Pesos übersteigen. Der Bund zählt jetzt 4150 ordentliche Mitglieder und 251 außerordentliche Mitglieder. In der Ortsgruppe Tucumán wurden allein 3000 Pesos für das Deutsche Hilfswerk gesammelt. Die Ortsgruppe Tornquist veranstaltete nach der Estancia ihres Mitglieds R. Funke einen Ausflug, der gleichfalls bei Versteigerung und Verkauf eine hübsche Einnahme zugunsten der deutschen Schule in Bahia Blanca brachte.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Die Liste der deutschen Vertreter im Auslande ist vor einiger Zeit veröffentlicht worden. Sie hatte noch in letzter Stunde Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Plane durchzumachen. Auf den wichtigsten Auslandsposten ist bis jetzt kein eigentlicher Auslandsdeutscher zu sehen. Nach London geht, wie vorauszusehen war, der Hamburger Senator Stahmer, nach Paris der bisherige Reichsschatzminister Rechtsanwalt Dr. Mayer, nach Brüssel der frühere Reichsjustizminister Rechtsanwalt Dr. Landsberg, nach Wien der Gesandte von Rosenberg, nach Tokio der Staatssekretär a. D. Dr. Solf, nach Prag Professor Sänger, in Bern bleibt der bisherige Gesandte und frühere Chefredakteur Adolf Müller. Den ihm angebotenen Posten in Belgrad hat der badische Rechtsanwalt Dr. Haas abgelehnt.

Wie das „Argentinische Wochenblatt“ mitteilt, wird der deutsche Vizekonsul, Herr Friedrich Brohme in Puerto Gallegos, seinen Wohnsitz demnächst dauernd nach Buenos Aires verlegen und hat deshalb um seine Entlassung aus dem Reichsdienste nachgesucht. Die vorläufige Verwaltung des deutschen Vizekonsulats ist Herrn Ernst Kietzmann, dem Leiter der Compañía de Alumbrado de Electricidad in Puerto Gallegos, übertragen worden.

Reval. Der neue deutsche Geschäftsträger für Estland, Henkel, ist am 22. Januar in Reval eingetroffen und hat die Leitung der dortigen Gesandtschaft übernommen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Böhmen. Vier deutsche Tageszeitungen sind der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten halber jetzt eingegangen, es

sind dies die „Deutsche Volkszeitung“ in Reichenberg, die „Elbe-Zeitung“ in Aussig, das „Deutsche Abendblatt“ in Teplitz-Schönau und ein Blatt in Saaz.

In Reval erscheint eine neue deutsche Zeitschrift unter dem Titel „Deutsches Kirchenblatt“, das von Pastor Konrad von zur Mühlen herausgegeben wird.

In dem heute Bolzano genannten alten deutschen Städtchen soll eine neue Tageszeitung in deutscher Sprache erscheinen, die den Titel „Das neue Italien“ führen wird. Es wird sich um eine Zeitung handeln, die natürlich in italienischem Sinne redigiert werden wird und auch die nicht italienisch-sprechende Bevölkerung in italienischem Sinne bearbeiten soll. Man wird auf solche „deutsche“ Zeitungen im Auslande in Zukunft ganz besonders zu achten haben.

Amerika. Der „Neuyorker Herald“ und die „Neuyorker Staatszeitung“ haben die Vereinbarung getroffen, daß seit Dezember v. Js. der Herold nur noch als Abendblatt, die Staatszeitung als Morgenblatt herauskommt. Die Sonntagsnummern bleiben in ihrem alten Riesenumfang bei beiden Zeitungen erhalten. Das „Newyorker Journal“ hat sein Erscheinen eingestellt, so daß nur noch die beiden großen Zeitungen bestehen.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

Landesverband Bulgarien.

Am 22. Januar fand im Hotel „Askanischer Hof“ eine Versammlung des bulgarischen Landesverbandes statt, die recht gut besucht war. Der Präsident der Deutschen Kolonie Sofia, Herr Paul Kaufmann, Ehrenbürger von Sofia, begrüßte die Erschienenen in der Hoffnung, daß es ihnen recht bald möglich sein werde, ihren Wohnsitz wieder nach Bulgarien zu verlegen, wie dies den Wünschen der meisten entspreche.

Sodann nahm Herr Direktor Rosenbaum das Wort zu einem fast einstündigen Referat über den bulgarischen Friedensvertrag, dessen Inhalt erst jetzt in Deutschland bekannt geworden ist. Der Redner betonte, daß der Vertrag sich im großen und ganzen an das Vorbild von Versailles hielte und sich nur in der Frage der Wiedergutmachung und der wirtschaftlichen Forderungen von ihm dadurch unterscheidet, daß in vielleicht noch stärkerer Weise für die Festsetzung der Entente auf dem Balkan gesorgt ist. Die verlangte Wiedergutmachungssumme von 2¼ Milliarden Francs erscheine vielleicht verhältnismäßig niedrig, doch müsse man mit den geringen Hilfsmitteln der bulgarischen Volkswirtschaft rechnen. Von besonderer Bedeutung für die Neuordnung der Schifffahrt sei die Internationalisierung der Donau. Eine Besetzung nach Ratifizierung des Friedensvertrages sieht der bulgarische Vertrag nicht vor, doch übernimmt eine internationale Kommission, die aus 3 Mitgliedern zusammengesetzt ist, die Regelung der Wiedergutmachung und der wirtschaftlichen Frage und sei damit wohl als der eigentliche Souverän Bulgariens anzusehen.

Herr Baumeister Ackermann hielt sodann ein erschöpfendes Referat über den gegenwärtigen Stand der Entschädigungsaktion. Er verwies darauf, daß die bulgarischen Verhältnisse insofern anders seien als die der Deutschen aus England und Frankreich, als von einer Liquidierung deutschen Eigentums in Bulgarien nur in beschränktem Maße die Rede sein könne. Allerdings wurde durch eine Verordnung die Beschlagnahme aller deutschen Vermögensstücke ausgesprochen, von der nur persönliche Effekten etc. und landwirtschaftliche Gebrauchs-

gegenstände frei seien. Entsprechend müßten also die Anmeldungen erfolgen, deren Richtigkeit um so leichter nachzuprüfen sei, als ja heute die meisten unserer Landsleute bereits wieder in Verbindung mit Bulgarien ständen und feststellen könnten, was von ihren Vermögensstücken noch vorhanden sei. Der Redner wies darauf hin, daß eine gewissenhafte und genaue Einschätzung der erlittenen Schäden unbedingt erforderlich sei, damit der Bund das Vertrauen der Regierung und des Wiederaufbauministers nicht durch ungerechtfertigte Forderungen verliere und so dem Entschädigungswerk Schaden zugefügt werde.

Der Vorsitzende dankte beiden Rednern in herzlichen Worten für die große Mühewaltung, der sie sich unterzogen hätten, und für ihre opfervolle Mitarbeit im Interesse der Deutschen aus Bulgarien.

Nach einer eingehenden Aussprache und Beantwortung einer großen Zahl von Fragen, die aus dem Kreise der Mitglieder gestellt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

München. Landesverband Bayern. Am 25. Januar fand eine Vertreter-Versammlung aller Ortsgruppen Bayerns des Bundes der Auslandsdeutschen statt. Der Vorsitzende, Major Schlagintweit, unterrichtete die Anwesenden über die Vorentscheidung der Auslandsdeutschen. Man war allgemein der Ansicht, daß eine Überzentralisierung in Berlin nur Schwierigkeiten bringe und daß die für Bayern in München bereits getroffenen Vorkehrungen den weitestgehenden Anforderungen entsprächen. Die neuen Entschädigungs-Formulare sind bereits ausgegeben worden.

Landesverband Württemberg. Stuttgart. Bei der am 14. Februar im Eberhardsbau stattgefundenen Vertreter-Versammlung des Landesverbands Württemberg des Bundes der Auslands-Deutschen wurde über das abgelaufene erste Geschäftsjahr berichtet und dabei der vielen geleisteten Arbeit, sowie der noch zu bewältigenden Aufgaben Erwähnung getan.

Über die vom 29./31. Januar in Berlin erfolgte Bundes-Vereintrversammlung wurde eingehend Bericht erstattet. — Aus diesem Bericht war als besonders erfreulich zu entnehmen, das Entgegenkommen in Steuerfragen unsern so schwer geschädigten Auslands-Deutschen gegenüber von Städten wie Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg usw. Genehmigt wurden durch die Versammlung die neuen Satzungen des Landes-Verbands Württemberg.

Die darauffolgende Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung:

1. Vorsitzender Carl Mohr, 2. Vorsitzender Hugo Hackh, Kassier August Ast, Schriftführer Karl Heilbronner, Oskar Bezold, Gottlieb Schad, alle in Stuttgart, ferner aus dem Lande die Herren Dr. Dobbeltmann, August Kolb, Heilbronn und F. Sirker, Ludwigsburg.

Wegen dem wichtigen Ausbau des Vorprüfungsverfahrens wird in allernächster Zeit eine weitere Landes-Vereintrversammlung tagen.

Von den Ortsgruppen.

Berlin, Ortsgruppe. Am 20. Januar dieses Jahres fand in der Rauchstraße 23 eine Besprechung der Vertreter sämtlicher Berliner Fremdländer-Abteilungen statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, aus wirtschaftlichen Gründen für die Berliner Ortsgruppe kein besonderes Büro zu unterhalten, da die Betreuung der Mitglieder infolge der Ausdehnung der Ortsgruppe doch lediglich in Abteilungen möglich sei, sondern einen Herrn zu bestimmen, der die Vermittlung zwischen den Abteilungen einerseits und Landesverband bzw. Präsidium übernehme. Dieses Amt wurde Herrn Gebhard übertragen.

Berlin. Abteilung X-Länder. Die Auslandsdeutschen aus solchen Ländern, für die eigene Abteilungen noch nicht bestehen, sind nunmehr zusammengeschlossen in der Abteilung X-Länder, bis jeweils die nötige Stärke für die Gründung einer eigenen Landesabteilung vorhanden ist. Anschrift vorderhand: Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung X-Länder, Berlin W. 10, Rauchstr. 23.

Berlin. Abteilung Großbritannien, Irland und Britische Kolonien. In der Versammlung vom 8. Januar wurden einstimmig wieder in den Vorstand gewählt die Herren Konsul E. W. Peter zum Vorsitzenden und Dr. Julius Juttke, Direktor Otto Roese, Pfarrer Oskar Zuckschwerdt. Hinzugewählt wurde der verdienstvolle Mitarbeiter des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“, Spiecker.

Berlin, Ortsgruppe. Die Abteilung Belgien führt seit längerem Verhandlungen mit dem Finanzministerium wegen der Verbindung der Aufhebung der Liquidationen mit dem Mark-Abkommen. Die deutschen Unterhändler des am 2. Dezember geschlossenen Vertrages haben leider eine bindende Verpflichtung der Belgier nicht erreichen können. Da das Abkommen der Genehmigung der Volksvertretung bedarf, ist es noch nicht als endgültig zu betrachten; die Bemühungen der belgischen Abteilung in der Angelegenheit laufen daher weiter. Die Freigabe des kommerziellen und industriellen Besitzes erscheint nicht wahrscheinlich, doch wird stark mit der Freistellung des Privatbesitzes im engeren Sinne (Wohnhäuser, Mobiliar etc.) gerechnet.

Berlin. Abteilung Ostasien der Berliner Ortsgruppe. Am 26. November ist in Berlin eine Abteilung Ostasien der Berliner Ortsgruppe des Bundes gegründet worden. In den Vorstand der Abteilung wurden einstimmig gewählt die Herren Figge (Vorsitzender), Ehrhardt (Stellvertr. Vorsitzender), Gutschke (Schatzmeister), Hemeling, Kunze, Dr. Linde, Rüdenberg und Pasche. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist Herr Dr. Linde.

Es würde sich empfehlen, wenn auch in anderen Städten die den Ortsgruppen des Bundes der Auslandsdeutschen angehörigen China-Deutschen sich in Abteilungen zusammenschließen und die verschiedenen über das Reich verstreuten Abteilungen untereinander in Fühlung treten würden. Zuschriften für die „Abteilung Ostasien“ der Berliner Ortsgruppe sind an Herrn Dr. Linde, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 38 II, zu richten.

Berlin, Ortsgruppe Pan-Amerika. Am 22. Januar ds. Jahres fand im Restaurant „Alter Askanier“ eine Versammlung der Abteilung U. S. Amerika statt, zu der auch die Deutschen aus Mittel- und Süd-Amerika eingeladen waren. Es war die erste Mitgliederversammlung dieses jüngsten Kindes der Ortsgruppe Berlin, einen Monat nach der Gründungsversammlung. Damals gähnten in dem Raume, der ungefähr 300 Personen faßt, klaffende Lücken; jetzt war er gefüllt bis auf den letzten Winkel: eines so starken Zuwachses konnte sich die junge Abteilung schon nach den ersten Wochen ihres Bestehens erfreuen. Dieses Gefühl des mutigen Fortschreitens und der tatkräftigen Arbeit übertrug sich auf alle Anwesenden und verlieh dem Abend ein festliches Gepräge. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Anschluß der Mittel- und Süd-Amerikaner an die bisherige Gruppe „U. S. Amerika“. Und als der Vorsitzende, Herr Otto Schäfer, mit eindringlichen Worten auf die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Zusammenschlusses hinwies, und auf seine Aufforderung zuerst die Nord-Amerikaner freudige Einwilligung gaben, die Brüder aus dem Süden in ihren Ring aufzunehmen und darauf die Mexikaner, Brasilianer, Argentinier und alle übrigen sich hintereinander zum Worte meldeten, um ihrerseits begeisterte Zustimmung zu geben, da war das wie das

Symbol einer neuen Zeit, da nicht mehr die Deutschen aus Nord und Süd einander feindlich und verschlossen gegenüber stehen, sondern zu gemeinsamer Arbeit sich entschlossen die Hand reichen; und mit wehem Rückblick auf die Vergangenheit bemächtigte sich der Anwesenden die Hoffnung, daß sich schließlich dieser Gedanke auch auf die Stammesbrüder aus anderen Ländern übertragen und statt des Haders und der Engherzigkeit Einigkeit und weitsichtige Entschlossenheit in unsere Reihen einziehen würde.

Der Erweiterung Rechnung tragend, wurde statt des bisherigen „U. S. Amerika“ der Name „Abteilung Pan-Amerika“ einstimmig angenommen. Das Büro befindet sich vorläufig noch im Bundeshause, Rauchstraße 23.

Elberfeld-Barmen. Die Jahresversammlung der Ortsgruppe war zahlreich besucht. Nach einstimmiger Genehmigung der Satzungen hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Organisation des Bundes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In der Entschädigungsfrage wurde der Minister für Wiederaufbau telegraphisch auf die große Notlage der Auslandsdeutschen und auf die Notwendigkeit sofortiger Hilfe hingewiesen.

Frankfurt a. M. Ortsgruppe. Herr Bessels eröffnete die Versammlung vom 6. Januar und begrüßte die zum ersten Male anwesenden Mitglieder des früheren Vereins deutscher Flüchtlinge aus Belgien. Herr Hellmann berichtete eingehend über den Stand der Vorentscheidungsfrage und über die Berliner Verhandlungen, der Versand der Formulare sollte noch im Januar beginnen. Mitteilungen aus dem Nachrichtenblatt des Bundes der Auslandsdeutschen werden künftighin nicht mehr in den Versammlungen verlesen, da es der Verein als selbstverständliche Pflicht jedes Mitgliedes erachtet, das Blatt zu lesen und zu halten. Es werden in Zukunft nur solche Post-sachen beantwortet, denen Rückporto beiliegt. Auf die Umfrage des Deutschen Ausland-Instituts über Fälle der Staatenlosigkeit oder der doppelten Staatsangehörigkeit, sowie auf die Instituts-Beratungsstelle für Rechts- und Steuer- wie Wohnfragen wurde besonders hingewiesen. Dr. Fürst teilte mit, daß verschiedene deutsche Firmen Auslandsdeutsche jetzt, nachdem diese Ansprüche ans Reich haben, wegen ihrer Forderungen aus der Vorkriegszeit in Berlin verklagt und öffentliche Klagezustellung beantragt hätten unter dem Vorwand, daß ihnen die Inland-Adresse unbekannt sei. Er habe gegen das daraufhin ergangene Versäumnis-Urteil mit Erfolg Einspruch erhoben und habe Aufhebung der vorläufigen Vollstreckbarkeit und Verweisung von Berlin nach Frankfurt wegen örtlicher Zuständigkeit erwirkt.

Hamburg. Die Abteilung Großbritannien, Irland und Kolonien hielt am 8. Februar im Lessingtheater, Gänsemarkt, ihre von zirka 1500 Personen besuchte Vollversammlung ab, die von Herrn Kühl geleitet wurde. Er erstattete den Tätigkeitsbericht und wies darauf hin, bei der Ausfüllung der versandten Fragebogen recht vorsichtig zu sein, da diese für die endgültige Entschädigung später in Frage kommen.

Das Hauptreferat hatte Herr Rechtsanwalt Dr. Halben übernommen, der an der Hand des Fragebogens die einzelnen Fragen eingehend erläuterte. Auch er wies darauf hin, daß die Ausfüllung mit aller Vorsicht vorzunehmen sei, betonte auf der anderen Seite aber, daß die Regierung wohlwollende Prüfung zugesagt habe, so daß die Auslandsdeutschen mit der jetzigen Entschädigung in jeder Beziehung zufrieden sein könnten. Er erklärte, daß die Seeleute entschieden zum Bund der Auslandsdeutschen gehören, da sie durch die Internierung ihren Wohnsitz im Auslande hatten. Herr Dr. Halben begrüßte es besonders, daß es dem Hamburger Vorstand ge-

lungen sei, durchzusetzen, daß eine Spruchkommission nach hier komme, da dadurch der einzelne selbst seine Ansprüche mündlich erklären könnte. Herr Kühl dankte dem Redner für den Vortrag, wodurch der Fragebogen vielen Mitgliedern verständlicher geworden sei, und bat zum Schluß, die Fragebogen per Post einzusenden und alle unnötigen Anfragen zu vermeiden, um dadurch die Arbeiten nicht aufzuhalten.

Heidelberg. In der Mitgliederversammlung am 2. Februar erstattete der Vorsitzende einen Bericht, aus dem hervorging, daß die Ortsgruppe zurzeit mehr als 200 Mitglieder zählt. Es wurde der Obmann und Beisitzer der örtlichen Prüfungskommission gewählt.

Kattowitz. Eine zahlreiche besuchte Vollversammlung beschloß einstimmig die Begründung der Ortsgruppe, zu deren ersten Vorsitzenden Herr Rexin gewählt wurde.

München. Ortsgruppe Abteilung Türkei. In einer stark besuchten Versammlung wurde beschlossen, daß sich die aus der Türkei ausgewiesenen Deutschen zur Wahrung ihrer Interessen zusammentun und zu diesem Zwecke einen Ausschuß wählen, welcher die Bearbeitung ihrer Angelegenheiten tatkräftig in die Hand nimmt. Er besteht aus den Herren: Robert Kaufmann, Wilhelm Spieß, Georg Kienle, Albert Albrecht, Bernhard Reichardt und Julius Mordtmann.

Herr Robert Kaufmann, der vom Bund der Auslandsdeutschen E. V. bei der Ortsgruppe München als Referent bestimmt wurde, hat die Leitung übernommen.

Die aus der Türkei ausgewiesenen Deutschen, welche in Bayern ihren Wohnsitz haben, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich der Abteilung Türkei anzuschließen, welche ihnen jede gewünschte Auskunft gerne erteilt.

Als Beitrag der entstehenden Kosten ist ein einmaliger Betrag von 5 Mark festgesetzt worden.

Anfragen und die Beiträge sind an den Schriftführer Herrn Wilhelm Spieß, München, Nußbaumstr. 12, zu richten.

Nordhausen und Umgebung. Die Ortsgruppe hatte am 23. Januar ihre erste Jahresversammlung, in der der Rechenschafts- und Kassenbericht erstattet wurde. Herr Ingenieur Hellmich wurde einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt, zum Kassierer und Schriftführer wurden die Herren Hagen und Thomas bestimmt. Die Entschädigungsformulare wurden mit den entsprechenden Erläuterungen versandt und verteilt. Ein geselliges Beisammensein beschloß die Versammlung.

Remscheid. Die stark besuchte Versammlung am 6. Februar leitete Herr Oberingenieur Lindenberg als Vorsitzender, der zunächst über das Entschädigungsverfahren in längeren klaren Ausführungen referierte und den ganzen Werdegang und die Organisation des Verfahrens darlegte. Es werde zwar noch einige Zeit dauern, bis die Auszahlung erfolge, die Arbeit sei aber in vollem Fluß. Die Ortsgruppe Remscheid zählt zurzeit 121 Mitglieder. Der zweite Vorsitzende, Herr Jarres, gab sodann Anleitungen zur Ausfüllung der Anmeldeformulare. Der 20. Februar wurde als äußerster Zeitpunkt zur Einreichung der ausgefüllten Formulare bezeichnet.

Siegen. Eine Ortsgruppe des Bundes ist hier entstanden. Adresse Herr Fr. Zöller, Siegen, Kirchweg 15.

Stuttgart. Ortsgruppe. Die ordentliche Jahresmitgliederversammlung vom Samstag den 24. Januar im Saal des Lindenmuseums war glänzend besucht. Der Vorsitzende Illg gab den Tätigkeitsbericht über das verflossene Jahr. In einem Rückblick über die Entstehung der „Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslandsdeutschen“, die nach Konstituierung des

Bundes der Auslandsdeutschen in diesem aufging, gedachte der Redner auch der hervorragenden Verdienste des Deutschen Auslands-Instituts. Die Zahl der Mitglieder hat 2000 bereits überschritten.

Hierauf berichtete der Obmann der ukrainischen Ländergruppe, G. Schaad, über den derzeitigen Stand des Vorentscheidungsverfahrens im allgemeinen und die bisher getroffenen Vorbereitungen des württ. Landesverbandes im besonderen. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden für die dankenswerten Ausführungen.

Nach Verlesung des Kassenberichts wurde dem Vorstand und dem Kassenwart Entlastung erteilt. Die neu bearbeiteten, das Bundesstatut ergänzenden Satzungen der Ortsgruppe Stuttgart wurden verlesen und genehmigt. Gemäß dieser Satzungen wurden sodann die Wahlen für 1920 vollzogen. Die 11 Obmänner der Ländergruppen wurden als Vorstandsmitglieder, und die durch den Vorstand getroffene Wahl des engeren Vorstands der Ortsgruppe Stuttgart: 1. Vorsitzender Buchhändler G. Schaad, 2. Vorsitzender O. Bezold, Schriftführer F. Hoffmann und Kassenwart A. Ast, wurde von der Mitgliederversammlung bestätigt. Der neu gewählte Vorsitzende der Ortsgruppe dankte dem freiwillig vom Amt zurückgetretenen bisherigen Vorsitzenden Herrn Illg für seine bisherige uneigennützte Tätigkeit im Verein unter lebhafter Beifallskundgebung der Versammlung.

Zum Schluß fand die Wahl zweier Rechnungsprüfer statt, aus welcher die Herren R. Rieble und K. Hoch als gewählt hervorgingen, sowie die Wahl von 17 Vertretern der Ortsgruppe Stuttgart zur Landesversammlung Württemberg. Als gewählt gingen hervor die Herren H. Hackh, O. Bezold, K. Mohr, G. Schaad, H. Kausler, R. Löffler, F. Lieb, W. Aberle, F. Norrenberg, Chr. Böhringer, H. Krenkel, K. Hoch, A. Ast, R. Levi, E. Illg, K. Heilbronner und Jos. Steffens.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Unter dem 10. Februar hat auch der Abgeordnete Dr. Rösicke eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob ihr die Notlage der vertriebenen Elsaß-Lothringer bekannt sei und hat darauf verwiesen, daß der Hilfsbund der Elsaß-Lothringer sich darüber beklage, daß bis heute zur Entschädigung der Elsaß-Lothringer nichts geschehen sei.

Deutsches Privateigentum in England.

Ein Londoner Mitglied des Kaufmännischen Vereins von 1858 hatte sich mit Eifer für einen notleidenden Kollegen eingesetzt, um vom englischen Auswärtigen Amte die Herausgabe von dessen Privateigentum seitens des englischen Besitzers zu erlangen. Das englische Auswärtige Amt lehnte einen Eingriff ab, den Besitzer zu zwingen, das Eigentum zurückzusenden, fügte jedoch hinzu, daß „der Rücksendung des in Frage stehenden persönlichen Eigentums nach Deutschland durch eine Speditionsfirma in diesem Lande nun nichts mehr entgegensteht, vorausgesetzt, daß die interessierten Personen ihre eigenen Vereinbarungen treffen und keine bestehenden Zollvorschriften verletzen“. Es scheint also, daß die englische Regierung der Rücksendung von Privateigentum durch eine im Lande ansässige Firma keine Schwierigkeiten bereiten will. Das ist für viele aus England getlüchtete Deutsche von hohem Wert zu wissen.

Hamburg, Auslandsarbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft hat ihre Arbeiten aufgenommen und hat in einer unter dem Vorsitz des Senators von Berenberg-Gossler abgehaltenen Versammlung die Einsetzung von 5 Ausschüssen für Politik, Wirtschaftsleben, Kultur, Pressewesen und soziale Fragen

beschlossen. Die Ausschüsse haben das Recht, sich selbst zu ergänzen. Eine Geschäftsstelle unter Leitung von Dr. Drascher wurde bestellt, die am 10. Februar ihre Tätigkeit aufnahm. Die Arbeitsgemeinschaft will sich auf alle das Auslandsdeutschtum umfassenden Gebiete erstrecken, „um dem bisherigen Nebeneinander- und auch oft Gegeneinanderarbeiten ein Ziel zu setzen“.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Italien und die Auslands-Italiener.

Auf Umwegen erfahren wir von einer Angelegenheit, die gerade jetzt, da man den Auslandsdeutschen das Wahlrecht gewähren wird, von nicht geringem Interesse ist. Die „Deutsche Presse“ in Santiago (Chile) läßt sich aus Rom unter dem 17. Dezember berichten, das Italienische Kolonial-Institut habe mit einer wichtigen Initiative eingesetzt, welche in den italienischen Kolonien des Auslands Widerhall finden werden. Es gelte die Lösung des alten und schwierigen Problems, den im Ausland lebenden Italienern eine Vertretung in ihrem Vaterlande zu geben. Der Vorschlag sei nicht neu. Das Kolonial-Institut wolle nicht das Maximum der vorgeschlagenen Programme verwirklichen, aber es habe sich mit Unterstützung und Zustimmung der Regierung dazu entschlossen, den Auslands-Italienern innerhalb des Rahmens seiner eigenen Tätigkeit eine Vertretung zu ermöglichen, damit so die Söhne Italiens im Ausland ihre Stimme im Vaterland zu Gehör und zur Geltung bringen könnten. Es sollten zwei Räte oder Kammern begründet werden, und zwar ein ständiger Rat aus Persönlichkeiten mit Sitz in Rom, welche teils vom Kolonial-Institut, teils von den italienischen Auslands-Kolonien ernannt werden sollten und ferner einen Rat oder eine Kammer aus Vertretern, welche von den Auslands-Italienern gewählt werden. Diese Kammer solle alljährlich einmal zu einem bestimmten Datum tagen und eine Plenar-Sitzung abhalten. Der zuerst erwähnte ständige Rat solle Einzelabteilungen umfassen, deren jede für bestimmte italienische Interessen in einer gewissen ihr überwiesenen Zone zu sorgen haben werde, z. B. südafrikanische, nordamerikanische, südamerikanische Abteilung. Die Abteilungen, die das ganze Jahr hindurch tagen, sollen in engstem Zusammenhange mit den Auslands-Kolonien Italiens in den betr. Ländern stehen. Sie sollen die Bewegung der öffentlichen Meinung der Auslands-Kolonien studieren und die lebenswichtigen Probleme der Auslands-Italiener in den betreffenden Kolonien verfolgen. Das Italienische Kolonial-Institut, so heißt es endlich in der Mitteilung, habe sich bereits mit den italienischen Kolonien im Ausland und mit den wesentlichsten Gesellschaften in Verbindung gesetzt und die Präsidenten aufgefordert, die nötigen Wahlvorbereitungen zu treffen. Das Statut für die Konferenz sei bereits ausgearbeitet. Die Delegierten würden für eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt, jede Kolonie habe für je 50 000 Kolonienmitglieder einen Delegierten zu ernennen, keine Kolonie könne mehr als 10 Delegierte wählen, während Kolonien unter 50 000 Mitgliedern Anrecht auf einen Delegierten hätten. Die Einberufung der ersten Konferenz werde sehr bald erfolgen.

Wie der „Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Deutschen“ berichtet, hat das Haupt der Britischen Militär-Kommission in Berlin befohlen, nach den britischen Kolonien und Dominions Pässe nur mit englischem Sichtvermerk auszustellen. Er betrachtet nun irrtümlicherweise auch Schanghai als einen englischen Platz und verweigert die Ausstellung der

Pässe und des Sichtvermerkes. In Wirklichkeit ist Schanghai eine internationale Niederlassung. Die Italiener stellen denn auch Pässe aus: „Gut für die Reise nach Italien über Triest nach Schanghai“. Die betr. Passagiere dürfen aber in englischen Häfen nicht an Land gehen und müssen eine Erklärung abgeben, daß sie nicht in Schanghai zu bleiben gedenken, sondern nur auf der Durchreise in einen Ort dort landen. Der in Triest im Februar abgehende Dampfer ist voll gebucht. Das Visum nach Japan soll leicht zu erhalten sein.

Wir erhalten aus Italien von einem Vertrauensmann eine Mitteilung, daß dort Fälle bekannt geworden sind, in denen gegen Deponierung einer verhältnismäßig geringen Summe beschlagnahmte Möbel freigegeben worden sein sollen. Die Summe trete dann an Stelle der Möbel, so daß das, was evtl. mit den Möbeln geschehen wäre, mit dieser Summe geschieht. Die Freigabe würde noch nicht immer Rückgabe bedeuten, da die Möbel oft von den Zwangsverwaltern an Dritte vermietet sind. Die Summe sei in den bekannt gewordenen Fällen nicht besonders hoch gegriffen, so daß es vielleicht ratsam sei, die Möbel auf diese Weise frei zu bekommen. Es wäre nötig, an die Vertreter der Interessenten Instruktionen zu geben, auch über die Höhe der Summe, unter Angabe, wer dieselbe zur Verfügung stellen wird. Summen, die jetzt nach Italien geschickt würden, würden voraussichtlich der neuen Kapitalsteuer nicht unterliegen und auf jeden Fall nicht mehr irgendwie Gefahr laufen, beschlagnahmt zu werden. Über das deutsche Eigentum in Italien ist Endgültiges noch nicht bestimmt.

Änderung des Konsulatsgebühren-Gesetzes.

Der Nationalversammlung ist am 30. Januar der vom Reichsrat am 22. Januar genehmigte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Konsulatsgebühren-Gesetzes vom 27. Mai 1910 zugegangen. Baldige Erledigung des Gesetzes wird als dringend gewünscht bezeichnet. Neben einer bedeutenden Mehreinnahme des Reichs wird auch die Eindämmung des starken Zustroms von Ausländern erhofft, die unter Ausnutzung des Valutastandes der Mark Deutschland zu kürzerem oder längerem Aufenthalt aufsuchen, um hier lebensnotwendige Waren einzukaufen und die dadurch die allgemeinen Interessen des Reichs schädigen. Es wird ein neuer Absatz in das alte Gesetz eingeschaltet und zwar im § 3, der besagt: „Die Gebühren sind in Gold zu bezahlen.“ Im allgemeinen werden die alten Sätze des Tarifs verdreifacht, Auskünfte in Handelssachen sollen darnach 6—12 Mark kosten in Europa und außerhalb Europas. Die Sätze sind nach Lage des Falles bis zu einem Drittel zu ermäßigen, oder auf das Dreifache zu erhöhen. Diese Auskunftgebühren sind neu. Die Auskünfte haben aber einen großen Umfang angenommen, je mehr der Auslandsdienst wirtschaftlich vervollkommen worden ist. Eine Benachteiligung der deutschen Industrie und des deutschen Handels wird nicht befürchtet, da ja eine Ermäßigung vorgesehen ist. Für die Ausstellung eines Reisepasses sind Gebühren von 50—100 Mark, eines Sichtvermerks für eine Reise 30—60 Mark, eines Sichtvermerks für wiederholte Reisen 100—200 Mark vorgesehen. Die Gebühren sollen je nach Lage des Falles auf ein Fünftel ermäßigt oder auf das Fünffache erhöht werden können. Diese Erhöhung entspricht den Maßnahmen der meisten übrigen Länder. Die im Tarif zum Konsulatsgebühren-Gesetz vorgeschriebenen Gebühren werden mit Ausnahme der hier genannten Positionen um das Dreifache erhöht. Das Gesetz soll sofort nach der Genehmigung der Nationalversammlung in Kraft treten.

Die Rückwandererhilfe in Bayern.

Die Sammlung hat einen außerordentlichen Erfolg gehabt.

In München beträgt der Reinertrag allein annähernd 324 000 Mark, die Haussammlung ist daran mit 289 000 Mark und die Werbberiefsammlung mit 30 000 Mark beteiligt. Das Sammlungsergebnis im Lande hat bis jetzt 307 000 Mark ergeben, da aber noch zwei Drittel der Ergebnisse ausstehen, rechnet man mit einer Endsumme von rund 1 Million, so daß das bayerische Gesamtergebnis rund 1 $\frac{1}{8}$ Millionen sein würde. Die gesammelten Gelder sollen dem Landes-Hilfsverein vom Roten Kreuz, Abteilung Flüchtlings-Fürsorge, in Bayern übergeben werden und es soll eine Kommission bei der Verteilung der Gelder mitwirken.

WIRTSCHAFTLICHES

Die deutsche Handelskammer in Buenos Aires und die argentinischen Kredite für Deutschland.

Die deutsche Handelskammer in Buenos Aires überreichte der Deputiertenkammer eine Eingabe, in der das von der deutschen der argentinischen Regierung übermittelte Kreditgesuch zum Ankauf von Produkten warm befürwortet wird. In der Eingabe heißt es: „Die unserm Verband angehörigen Firmen, von denen einige auf eine 50jährige Tätigkeit am hiesigen Platz zurückblicken können, haben durch ihre Arbeit mit zum Fortschritt dieses Landes, das ihnen Gastfreundschaft gewährte, beigetragen. Indem sie neue Märkte für die Produktion des Landes erschlossen und durch langfristige Kredite die Unternehmungen im Lande förderten, haben sie mit dazu geholfen, daß der Außenhandel zwischen Argentinien und Deutschland im Jahre 1913 den Wert von 250 Millionen Pesos Gold erreichte.“ Die Handelskammer bat, diese Tatsache bei der Beratung des deutschen Gesuches in Rechnung zu stellen. In dem Nationalkongreß kam am 25. November das Kreditgesuch zur Sprache. Es entspann sich eine kurze Debatte über die Vorzugsbehandlung der verschiedenen Kreditprojekte und die Ansicht, die Kredite an die Alliierten als ersten Gegenstand zu behandeln, drang durch. Man ließ die abwesenden Minister der Finanz und des Äußern holen und begann sofort mit der Beratung. Der Berichterstatter des Finanzausschusses erklärte, die Mehrheit des Ausschusses stehe auf dem Standpunkt, daß nur diejenigen Länder Kredite bekommen sollten, die sich schon einmal dieser Vergünstigung erfreuten. Von einer Seite, welche die deutsche Regierung zu vertreten erkläre, seien gewisse durchaus annehmbare Vorschläge gemacht worden, um Deutschland unter die Kreditschließenden einzureihen. Die Vorschläge seien aber nicht von autoritativer Seite erfolgt und von der Exekutive bis jetzt auch der Kammer gegenüber nicht unterstützt worden. So habe man sie nicht in Berücksichtigung ziehen können. Der Berichterstatter sprach dringlichst für das Projekt der Kreditgewährung an die Alliierten, um die großen Landesbestände an Mais und Getreide abzugeben zu können, wie es die Landwirtschaft fordere; die Kredit empfangenden Länder müßten solidarisch bürgen. Der Vertreter der Minderheit forderte die Ausgabe einer Emission, da die Nationalbank nicht in der Lage sei, so viel Geld auszubahlen. Darauf interpellierte ein Abgeordneter die Regierung, ob es richtig sei, daß gewisse Gesandte den Minister des Auswärtigen darauf aufmerksam gemacht hätten, die Kreditgewährung an Deutschland werde als ein „unfreundlicher Schritt“ aufgefaßt werden. Der Minister stellte das sehr entschieden in Abrede. (Die Meldung ist bekanntlich inzwischen abermals aus Buenos Aires nach Deutschland gekommen und es ist zu vermuten, daß zu ihr doch gewisse Grundlagen vorhanden sind.) Der Interpellant widersprach dann jeglicher Kreditgewährung, da ihm die Sicherheiten, die die Kreditsuchenden böten, nicht genügend

erschienen. Auch die Sozialisten gingen gegen die Kreditvorlage heftig vor. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister, England habe erklärt, aus den Kreditsuchenden ausscheiden zu wollen, um, wenn der Betrag des Kredites verkürzt werde, seinen übrigen Alliierten den Vortritt zu lassen. Die Debatte wurde dann abgebrochen. Inzwischen sind in den letzten Tagen telegraphische Meldungen eingegangen, die Anleihe sei dicht vor dem Abschlusse gewesen, sei aber in letzter Stunde von den Gesandten Frankreichs und Italiens hintertrieben worden. Die beiden Länder wollen eben selbst zu gleichem Zwecke eine Anleihe in Argentinien aufnehmen!

VERSCHIEDENES

Württembergische Anhänglichkeit.

Frau Lydia Moser-Wolf in Philadelphia, die in Backnang geboren ist, hat als Ertrag einer von ihr veranstalteten Sammlung zugunsten der Armen und Kriegsbeschädigten ihrer Heimatstadt dem Stadtschultheißenamt den Betrag von 6000 Mark überwiesen. Das ist schon die zweite Stiftung, die seit Kriegsende die Stadt Backnang von ihren treuen Bürgern jenseits des Ozeans erhält.

Tübingens kalifornische Erbschaft. Die Stadt Tübingen hat von einer daselbst geborenen Frau Philippi, geborenen Burckhardt, 6250 Dollar geerbt, die die zuletzt in Kalifornien wohnhafte Stifterin vermachte, damit aus den Zinsen alljährlich an Weihnachten Arme in Tübingen und auf dem Lande beschenkt werden können.

AUSWANDERUNG

Arbeitsgemeinschaft für Auswandererfürsorge in Mannheim.

Die vom Verband berufstätiger Frauen und vom Rat der Auslandsdeutschen veranlaßten Besprechungen innerhalb der an der Auswandererfürsorge interessierten Organisationen und Kreise haben nunmehr zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Auswandererfürsorge geführt. Beteiligt sind an ihr bis jetzt die Reichszentrale für Heimatdienst, der Raphaelverein (durch Pfarrsekretär Spiegelhalter), der Evangelische Hauptverein für Ansiedler und Auswanderer in Wittenhausen und der Rat der Auslandsdeutschen (beide durch Pfarrer Wettstein), Verein für das Deutschtum im Ausland (Prof. Busch), Holland-Amerika-Linie (Herr Bassery), die Hamburg-Amerika-Linie (Herr von Reck), die evang. und kath. Bahnhofsmision (Frau Wörner und Sträter), der Verein der Freundinnen junger Mädchen (Frl. von Carnap), und der Verband berufstätiger Frauen (Frau Stern). Die beiden letztgenannten Organisationen wollen ausschließlich Frauen und Mädchen mit Rat und Tat zur Seite stehen im Hinblick darauf, daß diese einer besonders eingehenden Fürsorge bedürfen. Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft, die, unbeschadet der eigenen Fürsorgetätigkeit der einzelnen angeschlossenen Organisationen, sich in allen die Auswanderung berührenden Fragen zusammentun, sich gegenseitig unterstützen und Erfahrungen austauschen will, wurde der durch Fräulein Paula Picker vertretenen Reichszentrale für Heimatdienst übertragen.

Der im Jahre 1877 gegründete „Internationale Verein der Freundinnen junger Mädchen“ zählt in 52 Ländern etwa 16000 Mitglieder; seinen stärksten Zweig bildet der Deutsche Nationalverein der Freundinnen junger Mädchen mit 11000 Mitgliedern. Nach seinem Losungswort „Organisierte Mütterlichkeit“ arbeitet der Verein in Bahnhofsmision, in Heimen,

Stellenvermittlung, Auskunftstellen, Wohnungs-, Krankenhaus- und Jugendfürsorge usw. Die seit 1. Januar ds. Js. nach Heidelberg, Werderstraße 72 verlegte Geschäftsstelle des Vereins hat eine vom Reichsversicherungsamt anerkannte evangelische Zweigfürsorgestelle für Frauen und Mädchen errichtet und bittet alle Auslandsdeutschen usw., sie durch Zusendung von Material zu unterstützen, damit die Berufs- und Lebenserfahrungen deutscher Frauen und Mädchen im Auslande ihren jetzt in die Fremde gehenden Schwestern zugute kommen.

Ein journalistischer Hochstapler.

Wir haben in Nr. 1 unserer Zeitschrift (Seite 25) über die Angriffe berichtet, die die „Breslauer Revue“ unter dieser Überschrift gegen den früheren Leiter des Schutzbundes deutscher Auswanderer und der Deutschen Auswandererzeitung, Herrn Hans Karl Stein und Herrn Freiherr von Wolzogen gerichtet hatte und hatten hinzugefügt, daß die beiden Angegriffenen uns mitgeteilt hätten, die Angriffe entstammten rein persönlicher Gehässigkeit und seien glatte Erfindungen und Lügen. Sie hätten Privatklage erhoben. Die „Breslauer Revue“ bringt nun in ihrem Heft 2 vom 9. Januar noch einmal einen Artikel über die beiden Herren, die inzwischen, ja wohl nicht ganz freiwilligerweise, aus ihren Ämtern beim Schutzbund und der Deutschen Auswandererzeitung ausgeschieden sind. Die der Zeitschrift zugegangene Berichtigung wird von der „Breslauer Revue“ als eine „an eiserntirniger Keckheit nicht zu überbietende Berichtigung“ gekennzeichnet. Ihre Aufnahme wurde abgelehnt und auf die Privatklage mit dem Angebot des Wahrheitsbeweises geantwortet. Nun teilt die Zeitschrift mit, daß sicheren Nachrichten zufolge Stein aus Hamburg unbekannt wohin verschwunden sei, daß über seinen gegenwärtigen Aufenthalt aber bestimmte Vermutungen beständen. Der Boden sei ihm dort aus verschiedenen Gründen, von denen vorläufig nicht die Rede sein solle, zu heiß geworden und er habe mit der schnellen Entschlußkraft, die ihn auszeichne, selbst zum Auswanderungsstabe greifen müssen, den er vielen deutschen Volksgenossen in verhängnisvoller Weise in die Hand gedrückt habe. „Wenn einige noch schwebende, mehr auf das sittliche Gebiet spielende Angelegenheiten, eine befriedigende Lösung finden und dieser Stein endlich anfängt, seinem Namen Ehre und von sich nicht mehr reden zu machen, dann soll er von uns schnell vergessen sein.“ Die „Breslauer Revue“ nennt Herrn von Wolzogen einen durch Stein irreführten Baron, der eigentlich rechtzeitig hätte erkennen sollen, wes Geistes Kind sein Verführer war und der es auch rechtzeitig erkannt habe, der nur wegen der Annehmlichkeit des leichten und großen Verdienens aber nicht mehr zurückwollte, selbst als er es noch konnte. Die „Breslauer Revue“ betont, sie habe Briefe und andere Beweisstücke in Händen, die ein noch viel schärferes Vorgehen gegen Herrn von Wolzogen gerechtfertigt hätten. Nach diesen Aufklärungen wird wohl auf die Durchführung der angekündigten Privatklage des Herrn Stein nicht mehr zu rechnen sein und man kann die Akten über diesen Herrn, der in der deutschen Auswandererbewegung allerdings eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, wohl schließen.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Vorstände der Siedlungs-Genossenschaften und der Zeitschriften, die sich mit Auswanderungsfragen befassen, gehen in rascher Folge weiter. Jetzt meldet auch die Süddeutsche Auswanderer-Zeitung, daß ihr Redakteur, der erst seit kurzer Zeit das Blatt leitete, H. U. Brachvogel, ausgeschieden ist und daß Herr Dr. Panzer die Herausgabe weiterbesorge.

Neue Siedlungsgenossenschaften.

Ein Württembergischer Auswandererbund wird von den Herren Reallehrer Max Grühl und Staud in Kirchheim u. Teck begründet. Es bestehen bisher drei Ortsgruppen in Oberndorf, Kirchheim und Schwenningen. Aus anderen württembergischen Orten sind aber nach einer Mitteilung des Bundes bis jetzt 117 Einzelmitglieder gemeldet, für die Ortsgruppen in Schorndorf, Reutlingen, Ulm, Göppingen usw. begründet werden sollen. Der Bund legt Wert auf die Feststellung, daß er für keine Auswanderung Propaganda machen wolle, im Gegenteil auf dem Standpunkt stehe, daß die absolute Notwendigkeit zur Auswanderung nicht vorliege.

Der „Deutsche Überseebund“ besitzt zurzeit Ortsgruppen in Dresden, Liegnitz, Halle, Frankfurt a. M., Mannheim und Berlin. Die Ortsgruppe Berlin ist am 20. Januar begründet worden, ihr Vorsitzender ist Oberstleutnant von Klewitz. Die Ortsgruppe Dresden wurde ursprünglich durch die dem Überseebund beigetretene Siedlungsgenossenschaft „Saxonia“ begründet, jetzt ist aber eine Spaltung eingetreten, da sich die Hälfte der Mitglieder der „Saxonia“ infolge mancher persönlicher Unstimmigkeiten wieder vom Überseebund losgelöst hat. Die Generalversammlung des Deutschen Überseebundes fand kürzlich in Berlin statt, zum ersten Vorsitzenden wurde Direktor Carpnow gewählt. Der Bund hat die Genossenschaft Terreno Paraguay als G. m. b. H. begründet, die gleichfalls ihre Generalversammlung in Berlin abhielt. Die Genossenschaft, so führte Herr Carpnow aus, wolle klein anfangen, so daß also die großen Kapitalien von 50 bis 100 Millionen Mark, von denen man immer spreche, zunächst gar nicht nötig sein würden. Freilich sei die Genossenschaft auf Kapital angewiesen, denn mit der Mindesteinzahlung von 5000 Mark könne man nicht weit kommen. Grundsatz müsse aber sein: erst Genossen, dann Geld. Es wurde berichtet, daß in Paraguay bereits Herren für die Genossenschaft tätig seien. Herr Görtisch verhandle mit der Regierung über Landkauf, „die Ansiedlung wird infolgedessen nach dem Grundsatz des paraguayischen Heimstättengesetzes erfolgen“. Über die Lage des Territoriums könne jedoch noch keine Mitteilung gemacht werden. Nach längerer Besprechung wurde Herr Görtisch einstimmig als Kolonieleiter gewählt. Herr Rohkol soll im Januar auf eigene Kosten herüberfahren und die nötigen Vollmachten zum Landkauf mitnehmen. Es wurde mitgeteilt, daß vorläufig die Fahrt von Buenos Aires nach dem Bestimmungsort der Kolonie zu Lasten der Genossenschaft gehe, daß aber berechnete Hoffnung bestehe, die Regierung werde diese Kosten übernehmen. (Nach den uns zukommenden Mitteilungen aus Paraguay wird diese Hoffnung trügen, da die Regierung die Bezahlung derartiger Kosten ja ablehnt. Die Schriftleitung.)

Das Unternehmen des Rittmeisters Gamillscheg.

Ein Emigrantenbrief im Wiener „Auswanderer“ vom 28. Januar, dessen Optimismus sich zunächst noch durch all das Neue, was sich seinem Auge bietet erklärt, berichtet: Hier herrscht kolossaler Mangel an Arbeitskräften. Alle möglichen Agenten, Menschenhändler, Gauner usw. bestürmen und beschwatzen uns. Viele gehen darauf ein und fallen ab. Gamillscheg, der uns empfing, will dies: Wer nicht Lust und Liebe zur Landwirtschaft hat, soll fort. Was die anderen Transporte aufführten, ist direkt haarsträubend. Leute brachten den Verein derart in Mißkredit, daß uns die Regierung die beste Fazenda, welche Gamillscheg herausgepreßt hatte, wieder wegnahm. Es ist auch ganz erklärlich, wenn man hört, wie Deutsche

ihre Landsleute bestehen und verkaufen. Gamillscheg ist ein Ehrenmann; es wurden ihm aber von Gaunern, welche vom Verein weg mußten, derartige Dinge aufgeführt, daß es zu verwundern ist, daß er das Werk weiterführt. Unser Führer, Herr P., hat seine Sache gut gemacht und es wird uns gut gehen, wenn wir arbeiten. Gerüchte kursieren, doch wir glauben erst dann etwas, bis wir uns davon überzeugt haben, das ist das Beste. Wenn Ihr in Wien auch vielleicht grausige oder sonstige Gerüchte von hier hört, so wißt, daß alles von Gaunern erdichtet ist, welche von Gamillscheg aus dem Verein herausgeworfen wurden. Wir gehen konsequent unseren Weg und werden Erfolg haben.

Das hier erwähnte Gerücht betrifft wahrscheinlich den angeblichen Zusammenbruch des Gamillscheg'schen Unternehmens, wie er kürzlich gemeldet wurde. Der „Auswanderer“ vom 31. Januar 1920 erwähnt das Absplittern einzelner Teilnehmer von dem Unternehmen.

Landerwerb der Österreicher in Paraguay.

Wie die Wiener Auswandererzeitung „Übersee“ mitteilt, erhielt der „Deutsch-österreichische Hilfsverein in der Fremde“ in Wien von seiner nach Paraguay entsandten Kommission, die mit der dortigen Regierung Verhandlungen abschließen soll, am 9. Januar ein Telegramm, das mitteilt, es seien 200 000 Hektar für die geplante Aktion reserviert. Die Kommission ist Ende Oktober mit Empfehlungen des Wiener Auswärtigen Amtes und des General-Konsuls für Paraguay in Wien, Hirsch, abgereist.

Argentinien oder Brasilien das beste Auswanderungsziel?

Die Weihnachtsnummer der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Der Auswanderer“ weiß von etwa 1000 deutschen Auswanderern in Argentinien zu berichten. Den größten Auswandererstrom stellt zurzeit Spanien, von wo aus eine wahre Völkerwanderung nach argentinischen Häfen eingesetzt hat, die oft Familien in drei Generationen umfaßt.

Auf die Zustände in den Kolonien des brasilianischen Staates Sao Paulo wirft ein bezeichnendes Licht die Nachricht, daß eine starke Auswanderung aus Sao Paulo nach dem nördlichen Argentinien eingesetzt hat. Der künstlich angestachelte Deutschenhaß der Brasilianer spielt hier eine große Rolle, wie Briefe bezeugen, welche wir in letzter Zeit erhalten haben.

Argentinien will künftig einen Nachweis über industrielle Kenntnisse von den Auswanderern verlangen, um auf diese Weise im Interesse der Auswanderer eine Auswahl bei der Unterbringung treffen zu können.

Vereinigung für koloniale Siedlung.

Im Dezemberheft des „Deutschen Siedlers“ war eine Tagesordnung der Vereinigungsgeneralversammlung angekündigt, die auch den Punkt „Auflösung der Gesellschaft“ umfaßte. Nun teilt das neue Heft der Zeitschrift mit, es sei am 24. Januar nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern ihr Weiterbestehen beschlossen worden „unter zeitgemäßer Änderung der in § 2 der Satzung enthaltenen Ziele und Erhöhung der Mitgliedsbeiträge“. Darnach sollen nicht mehr „utopische Siedlungspläne“ gefördert werden und es soll der Hauptwert nicht auf Bildung neuer Genossenschaften, wie der „Mexiko-Siedlungsgenossenschaft m. b. H.“ im Frühjahr 1919 gelegt werden (vor der Sachverständige stets gewarnt haben, da ihre technischen und politischen Berechnungen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen), da die jetzigen Verhältnisse dafür zu ungünstig seien, sondern es soll den Siedlungsgenossenschaftsmitgliedern nur der nötige Zusammenhalt und dauernde Beratung, Warnung vor übereilter Auswanderung und Nachweis und Vermitt-

lung günstiger Ansiedlung in Übersee durch dortige Vertrauensleute geboten werden. Eine demnächst einzuberufende Generalversammlung soll das Weitere veranlassen.

Über „Auswanderungsziele“ schreibt Herr Fehlinger in Nr. 35. der „Glocke“ (Herausgeber Parvus), Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, und bejaht die Frage, ob wir Menschenüberschuß haben, sehr energisch. Auswanderung ist eine Notwendigkeit, tropische Tiefländer sind vom Europäer zu meiden.

Von den außertropischen Ländern kommen vor allen diejenigen in Betracht, wo die europäische Wirtschaftsweise bereits festen Fuß gefaßt hat, dazu gehören englische und amerikanische Länder und Kolonien. Von den Ländern der alten Welt kommen die Gebiete des ehemaligen russischen Reichs in Betracht; nur kurz werden die nordamerikanischen Länder gestreift. Fehlinger warnt vor allem, ungelernete Arbeiter, die nicht die Mittel und die Eignung zur Gründung einer bauerlichen Siedlung haben, vor der Auswanderung.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (* bedeutet: Besprechung vorbehalten).

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschtum i. allg.: 21—23. 32. 67. 105.

Grenzdeutschtum: 3. 5. 10. 20. 29. 41. 46. 48. 52. 54. 55. 61.
64. 65. 71. 72. 75—79. 82. 85. 94. 98. 109. 114—127.

Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 9. 10. 14. 15.
17. 42. 43. 53. 81. 91. 107.

Auslandkunde i. allg.: 1. 31. 40. 48. 58. 62. 68. 73. 89. 96.

Auswanderung: 12. 21—23. 26. 39. 45. 49. 59. 60. 63. 95.
100—102. 134. 135.

Außenhandel: 8. 67. 74. 90. 106.

Geographische Einteilung:

Mitteuropa: 47. 114—128.

Westeuropa: 1. 4. 11. 17. 33. 37. 38. 44. 58. 73. 90. 107. 108.

Nord- u. Osteuropa: 1. 3. 16. 18. 50. 86. 87. 92. 96. 97. 103.
112. 113. 129.

Süd- u. Südosteuropa: 1. 19. 30. 74. 104. 111. 130.

Vorderasien: 1. 25. 43. 80.

Mittelasien: 131.

Ost- u. Australasien: 7. 35. 51. 70. 88. 132.

Afrika: 13. 24. 83. 84. 110.

Nordamerika: 68. 93. 133.

Mittel- u. Südamerika: 6. 12. 26—28. 34. 36. 49. 66. 69. 95.
100. 101. 134—136.

I. Einzelschriften.

1. *Auslandstudien* an d. Universität Halle-Wittenberg. Reihe 2.
H. 5—10. Halle a. S.: Niemeyer [1919].

5. *Salomon*, Felix, England. 36 S. M 1.40.

6. *Günther*, Adolf, Frankreich. 55 S. M 1.80.

7. *Block*, P. J., Holland. 42 S. M 1.50.

8. *Herre*, Paul, Italien. 38 S. M 1.50.

9. *Freytag-Loringhoven*, Axel Frhr. von, Rußland. 38 S.
M 1,60.

10. *Arnheim*, Fritz, Schweden. 49 S. M 1.60.

2. **Beuck*, Hans Heinrich, Die Bodenkultur in Persien und
ihre Ausfuhrerzeugnisse. Hamburg: Reding 1919. 151 S. 8°.
Hamburg, jur. Diss. 1919.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und
Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto:
Stuttgart 18 079.

3. *Clemen*, Otto, Beiträge zur deutschen Kulturgeschichte aus
Riga, Reval und Mitau. Berlin: Würtz 1919. 281 S. 8°.
M 10.— (Balt. Bücherei. Bd. 19.)

4. **Cronheim*, Paul, Franz *Dülberg*, Marcellus *Emants*. [u. a.],
Holland. Mit 23 Bildtaf. Leipzig: E. A. Seemann 1919.
157 S. 8°. M 10.80. (Die Nachbarn. Bd. 1.)

5. *Damme*, P., Danzig. Sein Hafen und sein Hinterland.
Berlin: Mittler 1919. 38 S. 8°. M 1.—. Meereskunde,
Heft 148.

Die kleine, mit Bildern und Karten reichlich illustrierte Broschüre
schildert einleitend die Einfahrt in den Hafen und gibt dann eine kurze
Charakteristik der allgemeinen Lage und verkehrsgeographischen
Bedeutung von Danzig, aus der hervorzuheben ist, daß der Eisenbahnver-
kehr dem Weichelschiffahrtsverkehr um etwa das Fünffache überlegen
ist. Der tiefere Grund für dieses gewiß erstaunliche Mißverhältnis ist
der ganz ungenügende Zustand der Weichsel innerhalb Polens, der von
Damme eingehend, aber durchaus objektiv geschildert wird. Auf diesem
Hintergrund erscheint die in Westpreußen durch die Regelung und den
Ausbau der Weichsel geleistete deutsche Kulturarbeit zweifellos umso
gewaltiger. Im Anschluß daran werden dann die Pläne zur Verbesserung
der Weichsel innerhalb Polens referiert und besprochen. Der zweite Teil
der Schrift bringt eine Geschichte und eine Charakteristik des heutigen
Handels von Danzig, der sich hauptsächlich auf den Verkehr ausländischer
landwirtschaftlicher Produkte, auf Zucker und Holz stützt. Wenn auch
viele in der kleinen Schrift nur eben kurz gestreift werden kann, so
bietet sie doch eine brauchbare Übersicht, die um so dankbarer zu be-
guten ist, als unser Interesse heute mehr denn je auf Danzig und seine
Entwicklung gerichtet sein muß. Wu.

6. **Faber*, Kurt, Dem Glücke nach durch Südamerika. Er-
innerungen eines Ruhelosen. 3. Aufl. Stuttgart: Rob. Lutz
1919. 376 S. 8°. Geb. M 12.50. (Memoiren-Bibliothek.
Serie 5, Bd. 1.)

7. *Fischer*, Walther, Die deutsche Medizinschule für Chinesen
in Shanghai. Leipzig: Thieme 1915. 11 S. 8°. Aus:
Deutsche medizin. Wochenschrift. 1915. Nr. 16.

8. *Goldschmidt*, Siegfried, Die Rechte Privater im deutschen
Friedensverträge unter bes. Berücks. der handelsrechtl. Be-
stimmungen. Berlin: Hobbing 1920. Geb. M 16.50.

9. *Got*, Ambroise, L'Allemagne après la débâcle. Impressions
d'un attaché à la mission militaire française à Berlin mars-
juillet 1919. Straßburg: Imprimerie Strasbourggeoise [1919].
XI, 262 S. 8°. M 30.—.

10. *Grumbach*, S. [Hrsg.], Elsaß-Lothringen vor der Inter-
nationalen Sozialisten-Konferenz in Bern. Die Reden von
Grumbach, Kautsky, Müller, Mistral, Molkenbuhr und
Renaud. Lausanne: Payot 1919. 48 S. 8°. (Republikan.
Bibliothek. Politische Broschüren hrsg. v. S. Grumbach.)

Für die auf geistige Zermürbung der westdeutschen Grenzgebiete be-
achtete französische Propaganda ist kennzeichnend, daß sie sich deutscher
Sprache, sozialistischer Ausdrucksweise und des Schweizer Zweighauses
des großen Pariser Verlegers bedient. Die Schrift wird in den besetzten
Gebieten des Westens in Massen verbreitet. Mht.

11. *Guttmann*, Bernhard, Eine Reise nach England. Frank-
furt a. M.: Frankfurter Societäts-Druckerei 1919. 37 S. 8°.
M 1.10.

Verfasser hat im November 1919 als einer der ersten Deutschen nach
Friedenschluß britischen Boden betreten und seinen Eindruck von den
Zuständen in London und England überhaupt in vier interessanten Auf-
sätzen niedergelegt. Darnach sind die Veränderungen in der gesell-

- schaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Struktur infolge des Krieges in England nicht weniger auffallend als in Deutschland: gesellschaftlich ist die Lockerung der alten Schichtung, vor allem das Sinken des Mittelstandes, politisch der Verfall der alten Parteien, wirtschaftlich die starke Verschuldung des Staates charakteristisch. Diese erlangt in ihrer Rückwirkung auf das Problem des europäischen Wiederaufbaus besondere Bedeutung. Die weitere innen- wie außenpolitische Entwicklung hängt von den „Mächten der Zukunft“, vor allem den Arbeiterorganisationen, ab. Siehe auch Nr. 33. Wu.
12. **Hauthal**, Siedlungsgebiete in Argentinien. Vortrag. Hildesheim 1919: Gerstenberg. 15 S. 8°.
13. **Hennig**, Rich., Deutsch-Südwest im Weltkriege. Mit Taf. u. eingedr. Kt.-skizzen u. 1 Kt. Berlin: Süsserott 1920. 311 S. Geb. M 24.—
14. **Huard**, Gustave, L'évolution de la bourgeoisie allemande. Etude d'histoire sociale. Paris: Alcan [1919]. 8°. fr. 10.—
15. **Ibañez de Ibero**, C., L'Allemagne de la défaite. Paris: Rivière 1919. 160 S. 8°. fr. 4.—
16. **Kaplun-Kogan**, Wlad. W., Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. Nach russ. Ztgen. Mit einer Einleit. 2. Aufl. Leipzig-Berlin: Teubner 1919. XII, 268 S. 8°. M 9.— (Quellen u. Studien. Abt. 1: Recht u. Wirtschaft. H. 1.)
17. **Keynes**, John Maynard, The economic consequences of the peace. London: Macmillan 1919. 8°. 8 sh 6 d.
Man vergleiche die ausführliche Inhaltsangabe des in England wie in Deutschland aufsehenerregenden Werkes des Cambrider Nationalökonom bei M. Rothbarth, Clemenceaus Karthagerfriede, in: Die Hilfe. 1919. Nr. 5, und P. Rohrbach, E. Buch über Frieden u. Hungersnot. Jg. 5. 1920. H. 6, u. P. Rohrbach, E. Buch über Frieden u. Hungersnot.
18. **Klibanski**, H., Die Gesetzgebung der Bolschewiki. Übers. u. bearb. Leipzig u. Berlin: Teubner 1920. XII, 193 S. 8°. M 7.— (Osteuropa-Institut. Quellen u. Studien. Abt. 1. H. 2.)
19. **Korduba**, Myron, Territorium u. Bevölkerung d. Ukraine. <Ein geogr. statist. Beitrag>. Wien: Frick 1919. 32 S. 8°. M 10.—
20. **Kubitschek**, Rudolf, Hirschauerstücklein. Budweis: Verlagsanstalt Moldavia 1919. 46 S. 8°. Kr. 1.— (Böhmerwälder Dorfbücher. H. 1.)
21. **Kuelz**, L., Gesundheitsbüchlein f. Auswanderer u. Auslandsdeutsche. Ein Wegweiser, um in der Fremde gesund zu bleiben. Mit Anhang über Tierzucht und Tierhaltung in den Tropen. Hamburg: Thaden 1919. IV, 127 S. 8°. M 4.—
22. **Kuelz**, L., 40 gesundheitliche Gewissensfragen an den Auswanderer u. ihre Beantwortung durch die Ausländerfahrung. Hamburg: Thaden 1920. 16 S. M —.50.
23. **Kuelz**, L., Die Hausapotheke des Auslandsdeutschen nebst einem ABC der Krankenpflege. Unter bes. Berücks. tropischer u. arztloser Gebiete. Mit Arzneimittelvez. u. Tab. Hamburg: Thaden 1920. IV, 28 S. 8°. M 1.50. [Auch als Abschn. 5 enth. in: Külz, Gesundheitsbüchlein f. Auswanderer ... 1919.]
24. **La Martinière**, Henri de, Souvenirs du Maroc. Voyages et missions 1882—1918. Paris: Plon [1919]. 8° fr. 12.—
25. **Lepsius**, Johannes, Der Todesgang d. armenischen Volkes. Bericht über das Schicksal des armenischen Volkes in der Türkei während des Weltkrieges. 2. verm. Aufl. Potsdam: Tempelverlag 1919. XXIX, 309 S. 8°. M 4.40.
26. **Mangels**, H., Paraguay. Wirtschaftl., naturgeschichtl. u. klimatologische Abhandlungen. 2. Aufl. München-Freising: Datterer 1919. 252 S. 8°. M 10.—
27. **Mann**, Wilhelm, Der Ausbau der deutschen Schulen in Chile. Valparaiso [1919]: „Victoria“. 7 S. 8°. Aus: Mitteilungen d. deutsch-chilenischen Bundes. H. 3.
28. **Mann**, Wilhelm, La educación práctica dentro de los colegios de enseñanza general. Santiago de Chile 1919: „Universitaria“. 41 S. 8°.
29. **Material** zum Nachweis des deutschen Charakters des Abtretungs- und Abstimmungsgebietes des Kreises Namslau. Herausgegeben vom Kreisausschuß Namslau. Breslau 1919: Korn. 15 S. 4°. M 5.— Karten.
An der Hand von 5 Kartenbeilagen, die wir bereits in unserer Kartenbibliographie (vgl. diese Zeitschr. Jg. 3, 1920, H. 3, S. 93 unter Nr 153) angezeigt haben, werden die Bevölkerungsverhältnisse sowohl des ohne Abstimmung abzutretenden Nordostteiles um Reichthal wie des in die oberschlesische Abstimmungszone einbezogenen Südostteils des Kreises Namslau besprochen. Die Polen stützen sich bei ihren Ansprüchen auf diese Gebiete auf die deutschamtl. Statistik über die Sprachenverhältnisse, wonach im Jahre 1910 im Abtretungsgebiet von 4265 Personen 1732, im Abstimmungsgebiet von 5547 Personen insgesamt 2571 Polnisch als Muttersprache angegeben haben. Dieses Material ist jedoch, wie die Denkschrift ausführt, nicht geeignet, eine sichere Grundlage für ein zuverlässiges Urteil über den wahren nationalen Charakter der betreffenden Gebiete zu bilden, da die nach der Statistik polnisch sprechenden Bevölkerungselemente nicht als ein Bestandteil des „national-polnischen“ Volkes angesehen werden können. Vielmehr führt die Gleichsetzung der Tatsache des Polnischsprechens mit dem Begriff des Nationalpolnischen zu Trugschlüssen. Das beweist sowohl die Beteiligung an der Probeabstimmung im November 1918 und an der Wahl zur deutschen Nationalversammlung, ferner auch die Teilnahme an den Juliprotesten gegen die Abtretung. Besonders die Beteiligung an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung kann in dieser Hinsicht als beweiskräftig angesehen werden, denn obwohl seitens des obersten polnischen Volksrates zu Posen allen in Schlesien wohnenden Nationalpolen für diese Wahl strikte Stimmenthaltung vorgeschrieben worden war, sind von 5165 Stimmberechtigten in dem Abtretungs- und Abstimmungsgebiet des Kreises Namslau 4387 Stimmen, d. h. 85% Stimmen abgegeben worden. Es können also, wie die Denkschrift berechnet, nicht einmal 15% Nationalpolen vorhanden sein, da ja auch noch ein gewisser Prozentsatz deutscher Wahlsäumer in Abzug zu bringen ist. Der Schluß der Denkschrift bekräftigt die statistischen Ausführungen noch durch kurze historische Belege. Wu.
30. **Meinhart**, Roderich, Nach der Heimat möchte ich wieder! Roman. Leipzig: Weicher 1919. 284 S. 8°. M 7.—
31. **Meyer**, Kuno, Der Ententebund der Wissenschaft. Berlin: Curtius [1919]. 12 S. 8°. M 0.75.
Der bekannte, kürzlich verstorbene Keltologe und Förderer der deutschen Beziehungen kritisiert kurz die Bestrebungen der ententistischen Gelehrtenkreise, in Zukunft Deutschland auf wissenschaftlichem Gebiete fast ganz von allen internationalen Beziehungen und Abmachungen auszuschließen. Bekanntlich sind Pläne aufgetaucht, wonach von allen früher getroffenen internationalen Vereinbarungen nur die Meterkonvention und der Austausch meteorologischer Berichte mit Deutschland bestehen bleiben sollen. Meyer sucht nun die Hauptschuld dieses Planes — u. E. durchaus einseitig — bei England, dessen „Gefühl der Ohnmacht gegenüber der deutschen Konkurrenz“ die Ursache dieses „Krieges nach dem Kriege“ sein soll. Wu.
32. **Mueller**, E., Unsere Auslandschweizer. Zeitgem. Betrachtungen u. Anregungen. Zürich: Rascher 1919. 87 S. 8°. M 2.50. (Schriften f. Schweizer Art u. Kunst. 113/114.)
33. **Mueller-Jabusch**, Maximilian, Die Völkerbundbewegung in England. Charlottenburg: Dt. Verlagsgesellschaft f. Politik u. Geschichte 1920. 16 S. 8° (Beilage z. „Die deutsche Nation.“ Jg. 2. 1920. H. 2).
Einer der wichtigsten Beiträge zur Kennzeichnung der neuen Vorgänge in der öffentlichen Meinung Englands, die bisher in Deutschland wenig beobachtet worden sind. Es ist wesentlich für die Zukunft des Völkerbundesdankens, daß seine Träger in England auch in konservativen Kreisen zu finden sind. Für die Umbildung der Parteien siehe auch Nr. 11. Mht.
34. **Niemeyer**, Ernst, Die deutschen Kolonien in Brasilien. Leipzig: Hesse & Becker [1919]. 56 S. 8° M 0.65. Hesses Volksbücherei. Nr 1265).
35. **Ostwald**, Paul, Deutschland u. Japan. Berlin: Simion 1920. 32 S. 8° M 2.— (Volkswirtschaftl. Zeitfragen. Jg. 40. H. 4.)
36. **Ottmann**, Victor, Mexikaner. Ein Buch über Land u. Leute in Mexiko. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber [1919]. 83 S. 8° M 5.— (Zellenbücherei. Nr 9).
37. **Petit**, Maxime et **Blociszewski**, Kurzer Abriß der Geschichte Frankreichs von 1871 bis 1919. Aus d. Französischen übers. von L. Leforestier. Paris o. J.: Lang, Blanchong et Cie. 51 S. 8°
Der Verherrlichung Frankreichs dienende, in Westdeutschland verbreitete Werbeschrift deutscher Sprache wie Nr 10. 37. 55. Das Schlußbild stellt Kaiser Wilhelm II. dar, wie er mit gebrochenem Degen vor einer Front alliierter Fahnenträger flieht. Mht.
38. **Rageot**, Gaston, Der französische Genius. o. O. u. o. J. [um 1919]. 96 S. 8°
Das Schlußwort „Frankreich, du bist das Licht in der Nacht“ sollte vor diesem Heft stehen, das sich trotz fehlender Herkunftsvermerke durch

- sein mangelhaftes Deutsch und die durchsichtige Tendenz, die Interessen Frankreichs als mit denen der „Menschheit“ gleichbedeutend erscheinen zu lassen, als französische Werbeschrift verrät. Das Thema von dem in allen Künsten und Wissenschaften an der Spitze der Zivilisation marschierenden Frankreich wird in ermüdender Gleichförmigkeit abgewandelt, die deutsche Kultur als „schauderhafte Mischung von Wissenschaft und Barbarei“ bezeichnet (S. 95). Das Erzeugnis wird im besetzten Westdeutschland massenhaft verbreitet. Mht.
39. *„Gesundheitlicher Ratgeber“* für Auswanderer zsgest. vom Institut für Schiffs- u. Tropenkrankheiten z. Hamburg. Mit 5 Abb. Hamburg: Friederichsen 1920. 66 S. 8° (Auslandswegweiser. Bd 2). M 3.—
40. *Reinhard, R.*, Weltwirtschaftliche u. politische Erdkunde in ausgewählten Kapiteln. Mit 50 Kt., Skizzen, graph. Darst. u. e. Taf.: Die Wege der Wertschiffahrt. Breslau: Hirt 1919. 140 S. 8° M 3.—
41. *Reyher-Peins, Dolly von, Liebes u. Leides. Verse.* Berlin-Steglitz: Würtz 1919. 74 S. 8° M 2.70. (Baltische Bücherei. Bd 17).
42. *Saager, A.*, Deutschland u. die Schweiz. Eine notwendige Auseinandersetzung. Unpolit. Briefe eines Schweizers an e. Deutschen und deren Beantwortung. Zürich: Altherr [1919]. 39. S. 8° M 1.—
43. *Salvati, Michele N.*, Il più grande sogno tedesco: la ferrovia di Bagdad. Torino: Bocca [1919]. 8° 1. 8.—
44. *Sauterand, Marcel*, Du maintien de la nationalité de la femme française qui épouse un étranger. Paris: Recueil Sirey [1919]. 8° fr. 2.50.
45. *Schaezel, Walter*, Internationale Arbeiterwanderungen, ein weltwirtschaftl. Problem des Völkerbundes. Berlin: Engelmann 1919. 79 S. 8° M 4.—. (Monographien z. Völkerbund. H. 7.)
46. *Scheu, Robert*, Wanderung durch Böhmen am Vorabend der Revolution. <Vom 20./7. – 20./9. 1918.> Ein Quellenwerk der Zeitgeschichte. Wien: Strache 1919. 204 S. m. Abb. 8° M 12.—
47. *Schuessler, Wilhelm*, Mitteleuropas Untergang u. Wiedergeburt. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anstalt 1919. 34 S. 8° M 1.50.
48. *Das Selbstbestimmungsrecht der Unterdrückten.* 14 Reden d. Kundgebung gegen Völkerknechtung in Berlin. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anstalt 1919. 44 S. 8° M 1.—
Das Heft enthält die Reden, die von Vertretern der unterdrückten Völker aller Erdteile gemeinsam mit den Abgeordneten der in ihrer Selbständigkeit bedrohten deutschen Grenzmarken am Pfingstsonnabend 1919 in der Berliner Philharmonie gehalten wurden. Es gibt einen Querschnitt durch die nicht mehr national oder kontinental begrenzte Völkerbewegung. Mht.
49. *Stichel, Bernhard*, Argentinien. 2. Aufl. Mit 1 Übers.-kt. Hamburg: Friederichsen 1920. 192 S. 8° M 6.— (Auslandswegweiser Bd 1.)
50. *Stratz, Heinz*, Drei Monate als Geisel für Radek. Persönl. Erlebnisse in der Ukraine u. Sowjetrußland. Berlin: Kulturliga (1919). 63 S. 8° M 2.—
51. *Svanberg, Harald*, Glimtar från Kina [Chinesische Streiflichter]. Stockholm: Norstedt [1919]. 8° Kr. 7.50.
52. *Tesdorpf, Wilh. u. Romana Haberfeld*, Danzig. Ein Beitrag z. deutschen Kulturkunde. Zsgest. u. hrsg. Danzig: Kafemann 1920. VII, 191 S. 8° M 7.50.
53. *Tschudi, Clara*, Kejsarkronor. Maximilian och Charlotte av Mexico. Kejsarinnen Victoria av Tyskland. Kejsar Franz I fyra gemåler. Stockholm: Hökerberg [1919]. 8° Kr. 11.50.
54. *Weiss von Ruckteschell, Alice*, Einer Harfe Heimweh. Balt. Heimatgedichte. Weinböhla: Verlag Aurora 1919. 47 S. 8° M 3.50.
55. *Wiese, D., Prof. Dr.*, Aus Saarbrückens Vergangenheit. Ein Rückblick. M. 15 Abb. Paris 1919: Dupont. 75 S. 8°
- Sucht als pseudohistorische Darstellung das Saargebiet geographisch und moralisch für Frankreich in Anspruch zu nehmen, konstruiert eine nach Ausweis der Lokalhistoriker (Ruppersberg) niemals vorhanden gewesene Neigung der Saarbrücker zu Frankreich und taucht dementsprechend abgegründeten, zu ihm in rosiges Licht, läßt die mehrere Jahrhunderte alten Annexionspläne des französischen Imperialismus ziemlich unverändert hervortreten. Massenhaft im Rheinland verbreitet. Mht.
56. *Winkler, Wilhelm*, Der Anteil der nichtdeutschen Volksstämme an der österr.-ungar. Wehrmacht. Hrsg. vom statist. Dienst d. Deutsch-österr. Staatsamtes f. Heereswesen. Wien: Seidel 1919. 6 S. 8° M 0.80.
Die auf amtlichen Angaben fußende Schrift widerlegt die Behauptung, daß die nichtdeutschen Volksstämme im österreichisch-ungarischen Heer zurückgesetzt worden seien. Sie führt den zahlenmäßigen Nachweis, daß gerade an bevorzugten militärischen Berufsgruppen, z. B. den Gerichtsschreibern, Militärärzten, Verpflegungs- und Rechnungsbeamten die nichtdeutschen Volksstämme, insbesondere die Tschechen, einen weit größeren Anteil hatten, als ihrer Beteiligung an den Mannschafbeständen entsprach. Mht.
57. *Winkler, Wilhelm*, Die Totenverluste der österr.-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten. Wien: Seidel 1919. 48 S. 14 Farb- u. Schwarztaf., 1 Kartogramm. K. 5.—
Die Schrift ist das Gegenstück zu Nr. 56. Was heute allgemein bekannt ist, beweist sie zahlenmäßig: wie die deutsche Bevölkerung Österreich-Ungarns weitaus am schwersten unter den Entbehrungen hinter der Front gelitten hat, so hat sie auch die größten Opfer an Blut und Gesundheit auf den Schlachtfeldern für das gemeinsame Staatswesen gebracht. Mht.

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

58. *Annuaire de la Presse française et étrangère et du monde politique.* Edition de 1919. Ann. 37. Paris: Bureau de l'Annuaire (1919). CCXXIV, 1533 S. fr. 18.—
59. *Die Auswanderer.* Wochenschrift in 26 Lieferungen. Verantwortl. Schriftl. u. Hrsg.: Fritz Kuntze. [Jg. 1]. 1920. Dresden-A.: Neulandverlag. Jährl. M 12.—
60. *Illustrierte Auswanderer-Zeitung.* Wochenschrift für Auswanderung, Auslandkunde, Auslandsdeutschum u. Siedlungswesen. Jg. 13. 1919/20. Stuttgart: Ausland und Heimat Verl.-A.-G. Nr 14. 12 S. 4° Jährl. 52 Nrn je M 0.30.
61. *Böhmerland.* Blätter f. Volk u. Heimat. Eine Zeitung f. d. Deutschen in der Tschechei. Zsgest. u. hrsg. von J. Stauda. Jg. 2. 1920. Eger: Böhmerland-Verlag. Jährl. 24 Nrn Kr. 12.—
62. *Bulletin de l'Institut Intermédiaire International.* Publication trimestre. Tom. 2. 1920. Livr. 1, janvier 1920. 338 S. 8° La Haye: Nijhoff. Le volume fl. 17.50.
Das erste Vierteljahrheft des zweiten Bandes des Bulletins enthält wertvolle, sonst schwer zugängliche Materialien von internationaler Bedeutung, u. a.: Zur Genesis des Friedens (Forts.), Verzeichnis von Entscheidungen des internationalen Privatrechts (alphabetisch nach Schlagwörtern geordnet), Verzeichnis von Urkunden betr. die diplomatischen Beziehungen der neuen Staaten, Verzeichnis von Urkunden über internationale Beziehungen (Verträge usw.), Übersicht über Institutionen internationalen Charakters in der Schweiz. Mht.
63. *„Medizinische Blätter“* für Auslandsdeutsche, Monatsschrift f. Gesundheitspflege u. hygienische Technik. Organ d. Verbandes deutscher Kolonial- u. Auslandsärzte. Hrsg.: Prof. Dr. L. Külz. Jg. 1. 1920. Hamburg: Thaden. Nr 1. 56 S. 8° Jährl. M 12.—
64. *Grenzland. Blätter* eines Jahrbuches d. deutschen Arbeit im Osten. Begr. von Oberbürgerm. Gg. Zülch. Hrsg. von M. Worgitzki, Joh. Dziubella u. Dr. Br. Skibbe. [Jg. 1.] 1920. Allenstein: „Grenzland“. Jährl. 6 H. M 8.—
65. *„Schleswig-holsteinisches Jahrbuch“* 1920. [Umschlagt: Kunstkalender Schleswig-Holstein] Hrsg. von Dr. Ernst Saueremann. Hamburg: Hartung 1920. 4° M 16.—
Vgl. von einzeln angezeigten Beiträgen Nr 75. 76. 85.
66. *Lateinamerika.* <D>. Mitteilungen über Mexiko, Mittelamerika, Westindien. Hrsg.: Dt. Wirtschaftsverband f. Süd- u. Mittelamerika. Jg. 1920. Berlin: Dt. Überseedienst. Nr 1. Januar 1920. 60 S. 4°

67. Kaufmännischer Verein von 1858. *Jahrbuch* für 1920. Jg. 11. Hamburg: Selbstverlag d. Vereins 1919. 8°.
68. The Canadian *Newspaper Directory* 1919. A complete list of the newspapers and periodicals publ. in the Dominion of Canada and Newfoundland. London: Mc Kim (1919).
69. *Paraguayana* mit Paraguay-Post und Paraguay-Echo. Monatsschrift f. germanisch-paraguayische Interessen. Hrsg.: Gustav Stezenbach. Jg. 1. 1920. Augsburg: Haas & Grabherr. Jährl. 12. H., viertelj. M 6.— Nr 1. 40 S. 4°.
70. Ostasiatische *Rundschau*. Hrsg.: Verband für d. fernen Osten. E. V., Deutscher Überseedienst G. m. b. H. Jg. 1. 1920. Berlin: Dt. Überseedienst. Jährl. 24 Nrn. Nr 1. 24 S. 4°.
71. Das *Vereinsleben*. Mitteilungsblätter des deutschen Schutzbundes für d. Grenz- u. Auslandsdeutschen. Jg. 1. 1920. Berlin: Gesch.-Stelle d. Schutzbundes. Jährl. 52 H. H. 1. 8 S. 4°.
72. *Deutscher *Volkskalender* für die Iglauer Sprachinsel. Hrsg. u. verlegt vom Dt. Verein für Iglau u. Umgebung. Jg. 34. 1920. Iglau 1920: Rippl. 8° K. 4.50.
73. *Who's who* 1920. An annual biographical dictionary, with which is incorporated „Men and women of the time“. Year 72 of issue. London: Black [1919]. 8° 40 sh.
74. Deutsch-italienische *Wirtschaftszeitung*, *Rivista economica italo-germanica*. Zeitschrift z. Förderung u. Pflege d. Handelsbeziehungen zwischen Deutschland u. Italien. Jg. [1]. 1920. Pfullingen: Knapp. Jährl. 24 H., viertelj. M 6.— Nr. 1. 28 S. 4°.

III. Zeitschriftenaufsätze.

75. *Alnor*, Karl, Das geschichtl. u. nationale Recht in Nord-schleswig und d. Lösung d. nordschlesw. Frage. in: Schleswig-Holstein. Jahrb. 1920. Hamburg: Hartung o. J.
76. Deutsche *Arbeit* in Nordschleswig von 1864 bis 1919 [24 Aufsätze über Kultur u. Wirtschaft der Nordmark]. in: Schlesw.-Holst. Jahrb. 1920. Hamburg: Hartung o. J.
77. *Bourson*, Paul, Le vote de l'Alsace. in: *Revue des Deux Mondes*. Année 89. T. 54. 15 déc. 1919. Paris: *Revue des Deux Mondes*.
78. *Bräse*, Siegfried, Auslandkunde. in: D. deutsche Nation. Jg. 2. 1920. H. 2. Charlottenburg: „D. deutsche Nation“.
79. *Braun*, Pierre, Le vote de la Lorraine libérée. in: *Revue des Deux Mondes*. Année 89. T. 54. 15. déc. 1919. Paris: *Revue des Deux Mondes*.
80. *Brode*, H., Deutsche Arbeit in Palästina. in: Der neue Orient. Jg. 3. Bd. 6. 1919/20. H. 4. Berlin: Der neue Orient.
81. *Chuquet*, Artur, L'Allemagne dans les chants patriotiques de l'Allemagne. in: *Revue politique et littéraire*. *Revue Bleue*. Année 57. 1919. Nr 23. Paris: La *Revue Bleue*.
82. *Decken*, C. von der, D. baltische Tragödie. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 2. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
83. *Dietrich*, Otto, Der Norden von Portugiesisch-Ostafrika. in: *Petermanns Mitt.* Jg. 65. 1919. Nov./Dez.-H. Gotha: J. Perthes.
84. *Diercks*, Gustav, Zur Entwickl. der marokkanischen Frage. in: *Weltwirtschaftl. Archiv*. Bd 15. 1919/29. H. 3. Jena: G. Fischer.
85. *Eggeling*, Lügumkloster [Die Tätigk. d. preußischen Denkmalspflege zur Wiederherstellg. von Lügumkloster.] in: Schlesw.-Holstein. Jahrb. 1920. Hamburg: Hartung o. J.
86. *Friedrichsen*, Anton, Die Theologie Norwegens. [Beitrag zur Geschichte des deutschen Einflusses auf Norwegen.] in: Die Eiche. Jg. 7. 1919. Nr 4. Berlin: Zillesen.
87. *Geißler*, Bruno, Bäder vom Deutschtum in Polen. 4. in: Eiserne Blätter. Jg. 1. 1919/20. Nr 31. Berlin: Eiserne Blätter.
88. *Haushofer*, K., Die geograph. Grundrichtungen in d. Entwickl. des japan. Reiches von 1854—1914. in: *Geograph. Zeitschr.* Jg. 26. 1920. H. 1/2. Leipzig: Teubner.
89. *Hettner*, Alfred, 25 Jahre „Geographische Zeitschrift“. E. Rückblick u. e. Ausblick. in: *Geograph. Zeitschr.* Jg. 26. 1920. H. 1/2. Leipzig: Teubner.
90. *Huffnagel*, G. E., Der wirtschaftl. Auslandsnachrichtendienst in Holland. II. III. in: *Weltwirtschaftl. Archiv, Chronik u. Archivalien*. Bd 15. 1910/20. H. 3. Jena: G. Fischer.
91. *Ibsen*, Sigurd, Das Problem Deutschland. Übers. von Dr. E. Süersen. in: Nord u. Süd. Jg. 44. 1920. H. 1. Breslau: Schottländer.
92. *Juergens*, Adolf, Der geistige Krieg nach dem Kriege in Skandinavien. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 2. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
93. *Kaemmerling*, Paul, Das deutsche Theater in d. Ver. Staaten. in: Deutsche Bühne. Jg. 1920. H. 4. Berlin: Oesterheld.
94. Verlorenes und unverlorenes Land. in: Allg. Zeitung. Jg. 123. 1920. Nr 5. München: „Allg. Ztg.“
95. *Laßberg*, Max von, E. Erkundungsreise f. deutsche Siedlung in Nordostargentinien u. Paraguay. in: *Raphaelsblatt*. Jg. 1. N. F. 1919. Nr 6. Freiburg i. B.: Caritas-Verlag.
96. *Luther*, Arthur, Bücher aus Rußland u. über Rußland. in: D. literar. Echo. Jg. 22. 1920. H. 7. Berlin: Fleischel.
97. *Michelet*, S., Deutsch-norweg. kirchl. Beziehungen. in: Die Eiche. Jg. 7. 1919. Nr 4. Berlin: Zillesen.
98. *Muench*, Danzigs Entwickl. unter poln. Herrschaft. in: Deutsche Revue. Jg. 45. 1920. H. 1. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
99. *Pannwitz*, Rudolf, D. Bedeutung des deutsch. Geistes f. d. europäische Kultur. in: Der neue Merkur. 1920. H. 8. München: Der Neue Merkur.
100. *Puttkammer*, von, Die lateinamerikan. Staaten als Auswanderungsziele. in: Dt. Kolonialzeitung. Jg. 36. 1919. Nr 11. 12. Berlin: Dt. Kolonialgesellschaft.
101. *Quelle*, O., Die Heimstätten-gesetze von Argentinien u. Paraguay. in: *Mitteil. d. Dt.-Südamer. u. Iberischen Instituts*. Jg. 7. 1919. [H. 1.] Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
102. *Schilling*, Claus, Die Aussichten d. Auswanderung f. deutsche Ärzte. in: *Medizin. Blätter f. Auslandsdeutsche*. Jg. 1. 1920. H. 1. Hamburg: Thaden.
103. *Schmid*, Edmund, Die deutschen Kolonisten in Rußland. in: Der Deutsche. Jg. 1920. H. 2/3. Berlin NW 23: Verlag Der Deutsche.
104. *Schmieder*, O., Zur Siedlungs- und Wirtschaftsgeographie Zentralspaniens, insbes. d. Provinz Avila. in: *Mitteil. d. Deutsch-Südamer. u. Iber. Instituts*. Jg. 7. 1919. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
105. *Schubert*, Kurt, D. deutsche Literatur im Dienste der Auslandswerbung. in: Brandenburg. Rundschau. 1919. Nr 14. Landsberg a. W.: Brandenb. Rdschau.
106. *Soennecken*, Alfred, Unsere Auslandsinteressen u. d. Schriftfrage. in: Deutsche Wacht. Jg. 1. 1919/20. Nr 9. Frankfurt a. M.: Dt. Wacht.

107. *Stephan*, Werner, D. englische Presse und wir. Jn: Die Hilfe. Jg. 1920. Berlin: „Die Hilfe“.
108. *Stolzinger*, Josef, Vom deutschen u. englischen Volkscharakter. in: Polit.-anthropolog. Monatsschrift. Jg. 18. 1920. Nr 10. Berlin-Steglitz: Polit.-anthropolog. Verlag.
109. Mit „*Tolomei*“ in der Tasche durch Deutsch-Südtirol. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 7. München: Callwey.
110. *Waibel*, Leo, Der Mensch im südafrikanischen Veld. in: Geograph. Zeitschr. Jg. 26. 1920. H. 1/2. Leipzig: Teubner.
111. *Westermann*, Diederich, Deutsch-spanische Friedensarbeit während des Krieges. in: Spanien. Zeitschr. f. Auslandskunde. Jg. 1. 1919. H. 4. Hamburg: Bangert.

IV. Karten.

Nordeuropa.

112. Auf Grund 40jähriger Beobachtungen (1876—1915) hat *Lehmann-Tegel* eine farbige Jahres-Regenkarte (1:1 Mill.), sowie Monats-Regenkarten (1:3 Mill.) von Dänemark entworfen, die auslandkundlich zu erwähnen sind („Regenkarten des Königreichs Dänemark“, Berlin: Dietr. Reimer 1919).
113. Von der norwegischen topographischen Karte 1:100 000 bzw. 1:2,8 Mill. sind die Blätter Svaerholt, Halkkavarre, Torsken, Salängen, Hellemobotn und Boksjö erschienen (vgl. *Pet. Mitt.* 65, 1919, S. 240).

Mitteleuropa.

114. Scherls *Wandkarte* von Mitteleuropa nach dem Weltkriege. M. 1:3 Mill. Berlin: Scherl, Flemming & Wiskott A.-G. [1919]. 118:90,5 cm. M 3.—

Politisch-geographische Übersichtskarte, die Mitteleuropa in sehr weitem Sinne faßt, so daß fast ganz Europa zur Darstellung kommt. Nordeuropa ist auf einem Nebenkarton noch besonders dargestellt. 6-Farbenkarte mit Flächen- und Grenzkolorit der einzelnen Staaten, mit den Veränderungen durch den Frieden von Versailles. Das Fehlen jeder Geländedarstellung, das zu geringe Hervortreten des Gewässernetzes (in Blau) und die etwas reichlich eingetragenen Ortsnamen und das dichte Verkehrsnetz (in Schwarz) beeinträchtigen die Übersichtlichkeit der Karte. Schwerer wiegt, daß in der Darstellung im einzelnen sehr viel zu beanstanden ist. Der Verlauf der neuen Grenzen ist teilweise direkt unrichtig. Für Osteuropa kann die Darstellung natürlich nur als vorläufig angesehen werden, aber die Abgrenzung von Ungarn z. B., und einzelner südosteuropäischer Staaten ist direkt falsch. Auch sonst fehlen wichtige Angaben, z. B. die Abstimmungsgebiete in Österreich und zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Auch das Eisenbahnnetz ist in einzelnen Angaben z. T. falsch.

Vgl. auch Nr 115.

Deutsches Reich.

115. *Fahrig's Handkarte* vom Deutschen Reiche nebst seinen Anschlußländern. M. 1:3 Mill. Berlin: Fahrig gedr. in d. geogr.-lithogr. Anstalt u. Steindr. von C. J. Keller [1919]. 57,5:48,5 cm. M 1,35.

Übersichtliche, vielfarbige Darstellung mit Flächenkolorit der einzelnen deutschen Gebiete und Grenzkolorit, der anstoßenden außerdeutschen Staaten zwischen Seine und oberer Memel, nach den Änderungen durch den Frieden von Versailles. Die Darstellung der neuen Grenzen ist aber nicht überall richtig erfolgt. Für eine Neuauflage erscheint auch die Trennung von Tschechien und der Slowakei überflüssig. Die Legende enthält die Zahlen-(Flächen-) Angaben für einzelne Gebietsveränderungen. Infolge des kleinen Maßstabes ist die Karte nur zur ersten Information geeignet.

116. *Frontières de l'Allemagne*. Carte No 1—4. [Ersch. als Anl. z. Friedensvertrag, R.G.Bl. 1919 Nr 140. Berlin: Kartogr. Abt. d. Preuß. Landesaufn. [1919].

1. Allemagne Ouest. Allemagne Est. M. 1:1 Mill. S.G.A. le 1. 5. 1919. 120:91 cm.
2. Territoire du Bassin de la Sarre. M. 1:100 000. S.G.A. le 3. 5. 1919. 77,5:62,8 cm.
3. Slesvig. M. 1:200 000. S.G.A. le 23. 6. 1919. 68:55 cm.
4. Dantzig. M. 1:100 000. S.G.A. le 2. 5. 1919. 88,5:66 cm.

Originalkarten des Friedensvertrages, in mehrfarbiger Ausführung (Grenzen in Rot bzw. Grün. Situation bzw. Gelände in Schwarz) jeweils mit französischer bzw. auch englischer Legende. Blatt 1 gibt den Gesamtverlauf der neuen Grenzen, die 3 übrigen Blätter enthalten die Darstellung der wichtigsten Sondergebiete. Die übrigen recht ungleichartig ausgearbeiteten, mehr skizzenhaft gehaltenen Blätter bilden ein wichtiges Dokument für die Geschichte des Deutschtums. — Von Blatt 1 ist eine Ausgabe mit deutscher Legende erschienen und bereits früher an dieser Stelle besprochen (ds. Jhg., Heft 1, S. 30 unter Nr 117).

117. [Die *Abstimmungsgebiete* Deutschlands. Ersch. als Anl. z. Friedensvertrag, R.G.Bl. 1919 Nr 40. Kt. 1—4.] M. 1:300 000. Hrsg. von d. Kartograph. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme, Berlin 1919.

- [1.] Abstimmungsgebiet Schleswig. 43,5:43 cm.
- [2.] „ „ Ostpreußen. 73:48,5 cm.
- [3.] „ „ Westpreußen u. Danzig. 37:38 cm.
- [4.] „ „ Oberschlesien. 48,5:56,5 cm.

In erster Linie für den Handgebrauch bestimmte Karten, auf der topographischen Grundlage von Mitteleuropa. Die Situation in Schwarz, das Gewässernetz in Blau. Die Abstimmungsgebiete sind jeweils durch besonderes Flächenkolorit bezeichnet. Für den internationalen Gebrauch während der Besetzung, für die die Karten in erster Linie mit hergestellt sind, ist die Legende 7-sprachig gehalten. Sie gibt außer der Erklärung der einzelnen Signaturen jeweils noch eine kleine kurze Charakteristik der betreffenden Abstimmungsgebiete mit Angabe der wichtigsten statistischen Zahlen, namentlich auch in wirtschaftlicher Beziehung. Die Karten sind für die Gesamtheit der Abstimmungsgebiete grundlegend (vgl. auch ds. Zeitschr. 1919, S. 240 unter Nr 138).

Nordwestdeutsche Grenzmarken.

118. *Bludau*, A., Nordwest-Deutschland. Zeichnung: O. Henning. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:750 000. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 64,7:81,5 cm. M 2,80. (Flemmings Generalkarten. Nr 58.)

Umfaßt den ganzen Nordwesten bis zur Linie Rostock-Leipzig und bis Aachen. Mehrfarbige Ausführung, mit Flächen- und Grenzkolorit der einzelnen deutschen Gebiete und einfachem Grenzkolorit der außerdeutschen Staaten. Die Situation in Schwarz, die Hauptverkehrswege sind in Rot übersichtlich eingezeichnet mit ihren Anschlüssen ins Ausland. Ebenso sind die Abstimmungs- und Besetzungsgebiete besonders gekennzeichnet. Insgesamt für Demonstrationen geeignet, wenn auch in der Farbenwahl etwas unruhig ansprechend.

119. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1912 in Schleswig-Holstein stellt hinsichtlich der deutschen und dänischen Stimmenverteilung in den nordschleswigschen Kreisen eine Übersichtskarte (Schwarzdruck) dar, der auch kleine konstruktive statistische Diagramme beigelegt sind. Die Karte ist der Schrift von *Daenell* („Hat Deutschland einen Anspruch auf Nordschleswig?“, Münster: Borgmeyer 1919) beigegeben und ist für die Nationalitätenfrage in Schleswig wichtig. Die Karte hätte durch die Eintragung der für die Fragen der Abstimmung wichtigen Linien, z. B. der „Grenzungsgrenze“ usw., noch wertvoll erweitert werden können.

Vgl. auch Nr 116, Bl. 3 und 117, Bl. 1.

West- und südwestdeutsche Grenzmarken.

120. *Handtke*, F., Württemberg, Baden und Hessen. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:600 000. 10. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 58:66 cm. M 2,80. (Flemmings Generalkarten. Nr 47.)

Darstellung der gesamten südwestdeutschen Grenzmarken ungefähr bis zur Linie Ulm-Meiningen bzw. bis Köln, mit Angabe der neuen Grenzen und der sonstigen wichtigen Linien. Die Situation in Schwarz, die wichtigsten politisch-geographischen Linien im besetzten Rheingebiet in Grün, die Eisenbahnen in Rot. Die Gebiete der im Titel genannten Staaten sind in Flächen- und Grenzkolorit, die übrigen nur durch einfaches Grenzkolorit bezeichnet. Im Ganzen wirkt die Karte etwas unruhig, ist aber sonst für Demonstrationen geeignet.

121. Eine farbige Übersichtskarte in der Broschüre von *Steinmann* („Rettet das Saarland“, Berlin: Puttkammer und Mühlbrecht 1919) gibt einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Saarbeckens. Durch Flächenkolorit sind die einzelnen Teilgebiete besonders gekennzeichnet und in der Legende in ihrer geschichtlichen Entwicklung kurz charakterisiert. Außerdem sind die wichtigsten wirtschaftsgeographischen Tatsachen, namentlich der Grenzverlauf des Kohlengbietes, eingetragen. Ein Nebenkarte (in Schwarz und Rot) stellt die weitere Umgebung dar und erleichtert die Beurteilung der Verhältnisse im Gesamttrahmen von Westdeutschland.

Vgl. auch Nr 116, Bl. 2.

Ostdeutsche Grenzmarken.

122. *Spelt*, Jakob, Nationalitätenkarten der östl. Provinzen des Deutschen Reichs nach den Ergebn. der aml. Volkszählung.

- vom Jahre 1910. Grundlage: Vogels Karte d. Deutschen Reichs u. d. Alpenländer. M. 1:500000. Gotha: J. Perthes [1919]. 103:77 cm. M 6.80.
- Farbige Darstellung der gesamten Ostmarken bis zum Meridian von Landsberg a. W. Die Verbreitung der Polen ist durch Grün, die der Deutschen durch Rot gegeben, so daß sowie eine rasche Orientierung ermöglicht ist. Im einzelnen aber enthält die Karte an sehr vielen Stellen ungenaue, häufig sogar direkt falsche Angaben über die Bevölkerungsverteilung und zwar stets zugunsten der Polen, so daß vor dieser tendenziösen Darstellung, um nicht zu sagen Fälschung, unbedingt gewarnt werden muß (vgl. hierzu auch Zeitschr. Ges. f. Erdk. Bln. 1919, S. 185, 80).
23. **Bludau, A., Nordost-Deutschland u. nördliches Polen.** Zeichnung: O. Herkt. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:750000. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 77,2:64 cm. M 2.80. (Flemmings Generalkarten. Nr 59.)
- Übersichtliche Darstellung der nordostdeutschen Grenzmarken und der angrenzenden Gebiete bis zur Linie Stettin-Frankfurt und zur Breite von Kalisch-Lodz. Die Situation in Schwarz, das Gewässernetz z. T. in Blau. Das Bahnnetz, das aber in Einzelheiten unvollständig ist, in Rot. Die deutschen Gebiete sind durch Flächen- und Grenzkolorit herausgehoben, die außerdeutschen Gebiete nur mit Grenzkolorit bezeichnet. Die Abstimmungsgebiete sind noch besonders markiert. Im deutschen Gebiet vermißt man die Angabe der Provinzgrenzen, die gerade infolge der inzwischen erfolgten politischen Veränderungen bei einer Neuauflage notwendig nachzutragen wären. Ebenso wäre im Interesse der praktischen Benutzung die Beifügung der politischen Bezeichnungen wenigstens in Klammern zu den Ortsnamen in den abgetretenen Ostmarken dringend erwünscht. Selbstverständlich besteht deutscherseits das größte Interesse an der unbedingten Aufrechterhaltung der deutschen Ortsnamen, und so notwendig es ist, daß von deutscher Seite nur die deutschen Ortsnamen gebraucht werden, so erwünscht ist es doch auch andererseits, von den polnischen Bezeichnungen wenigstens Kenntnis zu haben, damit notwendigenfalls die Orte identifiziert werden können.
24. **Neue Spezialkarte des Kreises Pilsken.** M. 1:100000. Mit Entfernungszahlen in km. Nachges. u. erg. von den zust. Behörden. 3. Aufl. Bearb. im Geogr. Institut Paul Baron, Liegnitz. Stolp: Eulitz [1919]. 47:35,2 cm. M 1.50. (Eulitz, Kreiskarten d. Provinz Ostpreußen.)
- In 5-Farbedruck auf der topographischen Grundlage der Karte des Deutschen Reiches 1:100000 hergestellte, etwas rohe Karte für den praktischen Handgebrauch weiterer Kreise (vgl. ds. Jhg. S. 31, unter Nr 124).
25. **Deutschkundlich sind verschied. Kartenskizzen (in Schwarz) zu erwähnen, die das Kampfgebiet des Grenzschutzbataillons III bei der Verteidigung der Netzelinie südlich Bromberg und Nakel zur Darstellung bringen (Beilage zu Stephan „Der Todeskampf der Ostmark“, Schneidemühl: Selbstverlag 1919, 2. Aufl.).**
26. **Deutsche Arbeit in Oberschlesien.** Oberschlesien 1831 u. heute. Karten entw. vom Geogr. Institut d. Universität Breslau [1919]. 85,5:75 cm [auch unter engl. u. franz. Titel].
- Zwei farbige Übersichtskarten, ausstellungsmäßig-skizzenhaft, ohne Gradnetz und Maßstab (wohl 1:200000), aber durch die kräftige Heraushebung der einzelnen Signaturen äußerst wirksam und vorzüglich für Demonstrationen geeignet. Die Karten sind in ihrer Gegenüberstellung deutschkundlich von großem Wert, zeigen sie doch an der Hand der Zunahme der Siedlungen in dem Zeitraum von 1831 bis zur Gegenwart die Bedeutung der deutschen Kultur für Oberschlesien, der es seinen ganzen wirtschaftlichen Aufschwung verdankt.
- Vgl. auch Nr 116, Bl. 4 und 117, Bl. 2, 3 und 4.
- Tschechoslowakei.**
27. **G. Freytags Karte der tschecho-slowakischen Republik.** [2. Aufl.] M. 1:1 Mill. Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt [1919]. 62:28,5 cm.
- Neuaufgabe der bereits in Heft 1 ds. Jhg. unter Nr 127 besprochenen Karte in gleicher Ausführung; doch ist die Darstellung bezüglich des Tropolowitzer Gebietes nunmehr berichtigt.
- Ungarn.**
28. **G. Freytags Karte von Ungarn nach den bisherigen Demarkationslinien und mit Angabe der ethnogr. Grenze der magyarischen Siedlungsgebietes.** M. 1:500000. Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt G. m. b. H. [1919]. 43,5:34,5 cm.
- Farbige, nicht ganz übersichtlich wirkende Karte, infolge des kleinen Maßstabes nur für den Handgebrauch. Die Grenzen nach den bisherigen Demarkationslinien in Blau, außerdem ist das ungarische Staatsgebiet noch durch besondere Flächensignatur hervorgehoben, während die angrenzenden Staaten nur durch Grenzkolorit bezeichnet sind. Wertvoll ist die Eintragung des magyarischen Siedlungsgebietes, das vielfach über die neuen Grenzen hinausgreift. Deutschkundlich ist die Karte durch die Eintragung des deutschen Siedlungsgebietes wichtig. Sonderbarerweise ist die Signatur dafür (hellblauer Grundton) in der Legende überhaupt nicht erwähnt. Wünschenswert wäre die Angabe der alten Grenzen und eine besondere Bezeichnung für die zwischen Österreich und Ungarn strittigen Gebiete in Westungarn gewesen.
129. **Gea-Eisenbahnkarte von Osteuropa.** Polit. Einteilung bearb. von Herb. Heyde. M. 1:2 Mill. [Ausf.]: Berliner lithogr. Institut. Berlin: Gea Verlag G. m. b. H. [um 1919]. 76,5:97 cm.
- Der Inhalt entspricht nicht dem Titel; dargestellt ist nur der westliche Teil von Osteuropa bis zur Linie Moskau-Charkow. Situation in Schwarz, die einzelnen Staaten sind durch Flächenkolorit herausgehoben, die umfangreichen strittigen Gebiete als solche bezeichnet. Bei der durchaus noch im Fluß befindlichen Entwicklung ist die gegebene Darstellung z. T. schon wieder überholt, manche Einzelheiten sind auch nicht richtig dargestellt, im großen und ganzen erhält man aber doch bei dieser Karte die richtige Vorstellung von den verwickelten gegenwärtigen politisch-geographischen Verhältnissen dieser Gebiete. Die Haupteisenbahnlinien sind übersichtlich herausgehoben, die während des Krieges zahlreich erbauten, gerade wirtschaftlich häufig wertvollen Nebenbahnen fehlen aber größtenteils. Sehr zu wünschen läßt die Schreibung der Ortsnamen, die in Polen z. B. z. T. direkt sinnlos erfolgt ist (vgl. auch das unter Nr 123 Gesagte).
- Südosteuropa.**
130. **Zwei Kärtchen in Schwarzdruck geben eine Übersicht über den Stand der Kriegsmappierung Ende 1917 auf der Balkanhalbinsel (Mitt. Geogr. Ges. Wien, LXI, 10, Wien 1918). Asien.**
131. **Eine Übersichtskarte von Sibirien (1:22,5 Mill.), vom Amurgebiet (1:10 Mill.) und vom Karischen Meer (1:6,5 Mill.) sind dem Werke von Nansen („Sibirien“, Leipzig: Brockhaus 1919) beigegeben.** Es handelt sich in erster Linie um leider nicht sehr gut ausgeführte Routenkarten (in Schwarz und Rot), die aber auch die Eisenbahnlinien im Betrieb und im Bau zeigen und deshalb auslandkundlich zu erwähnen sind.
132. **Die Darstellung von Erkes über China („China“, Gotha: F. Perthes 1919) enthält eine sauber ausgeführte politische Übersichtskarte von China, deren Maßstab leider aber etwas zu klein ist, so daß die Karte unübersichtlich wirkt.**
- Nordamerika.**
133. **Zwei sehr rohe Kartenskizzen (Schwarzdrucke, je 1:20 Mill.) in dem Werke von E. Meyer („Die Vereinigten Staaten von Amerika“, Frankfurt a. M.: H. Keller, 1920) zeigen die politisch-geographische Entwicklung der Vereinigten Staaten in dem Zeitraum von 1783 bis zur Gegenwart.**
- Mittelamerika.**
134. **Bludau, A., Mexiko und Mittelamerika.** Zeichnung: O. Herkt. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:6 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 79,5:55,6 cm. M 2,80. (Flemmings Generalkarten. Nr 64.)
- Für Demonstrationen geeignete, übersichtliche mehrfarbige Darstellung, im Norden bis zur Breite von S. Louis, im Süden mit dem Golf von Panama abschließend, hier wäre künftig eine Ausdehnung der Karte zu wünschen. Die einzelnen Staaten sind durch Flächen- und Grenzkolorit deutlich unterschieden. Die Legende erklärt die zahlreichen Signaturen; die Karte enthält auch viele wertvolle verkehrsgeographische Angaben, insbesondere sind die Eisenbahnlinien (in Rot) hervorgehoben. Die Karte verdient auch für die Auswandererberatung besonderes Interesse.
- Südamerika.**
135. **Eine kleine, leider sehr undeutlich gedruckte Übersichtsskizze von Paraguay (Schwarzdruck, offenbar photographische Verkleinerung einer größeren Karte) ist der Broschüre des Deutschen Volksbundes für Paraguay (Asuncion 1919) beigegeben; ebenda eine Skizze der deutschen Kolonien bei Encarnacion (Schwarzdruck 1:400000).**
136. **Eine größere Zahl (13) von teils farbigen, teils schwarzen Kartenbeilagen enthält das Werk von Steffen über Westpatagonien („Westpatagonien“, Berlin, Dietr. Reimer 1919). Wir erwähnen besonders die farbige Übersichtskarte (1:2,5 Mill.). Die übrigen Karten bringen Teilgebiete der Kordillere bzw. des Küstenlandes in ihrem orographischen oder geologischen Aufbau in größeren Maßstäben zur Darstellung.**

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Trotz der Papiernot entstehen fast täglich in Deutschland neue Zeitschriften, und es fehlt eine straffe Zusammenfassung der finanziellen Mittel und der geistigen Kräfte, um aus den vielen kleinen Blättchen und Schriftchen wirklich ein großes und imponierendes Organ zu schaffen. Wohl steckt in jeder neuen Gründung ein gut Teil Wollen und Können, aber die Zersplitterung gerade der Zeitschriften-Literatur auf dem Gebiete des Grenz- und Auslandsdeutschtums beginnt allmählich schon katastrophale Folgen zu zeitigen. Wir fürchten, ein großer Teil der neuen Gründungen wird bald wieder das Zeitliche segnen und ein gut Teil Arbeit und ein schönes Stück Geld wird nutzlos vertan sein.

Der „Deutsche Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ gibt eine neue Wochenschrift heraus: „**Das Vereinsleben**“, Mitteilungen des deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen. Das Blatt wird den dem Schutzbunde angeschlossenen Körperschaften für ihre Vorstandsmitglieder und leitenden Beamten, sowie für die Ortsgruppen und Zweigstellen kostenfrei zugestellt. Diese Verbände haben auch das Recht des Nachdruckes. Anderen Zeitungen und Zeitschriften gegenüber ist der Inhalt als Manuskript gedruckt. Die Blätter wollen die Verbindung zwischen den Körperschaften des Schutzbundes aufrecht erhalten und namentlich während der Abstimmungszeit die Zweigstellen des Schutzbundes in allen Teilen des Reiches über Vorgänge in der Hauptstelle Berlin unterrichten. Sie sollen auch einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den angeschlossenen Körperschaften vermitteln. Namentlich Aufbau und Ausbau der Vereine, Satzungs- und Rechtsfragen, Werbetätigkeit und Geldbeschaffung, Nutzbarmachung der Presse sollen behandelt werden. Ein Wettbewerb mit Druckschriften anderer Körperschaften und die Gewinnung eines breiten Leserkreises sollen vermieden werden, es soll im wesentlichsten innere Arbeit geleistet werden. Die erste Nummer ist zum 1. Februar erschienen. Sie bringt in erster Linie die Kundgebung der Reichsregierung an die abgetrennten Gebiete, eine Übersicht über die Grenzspende und die Mitteilung, daß über 900 Zeitungen eigene Sammlungen für die Grenzspende eingerichtet haben. Eine Übersicht über die deutschen Organisationen im ostpreussischen Abstimmungsgebiet und ein Verzeichnis der dem Schutzbunde angeschlossenen Körperschaften schließt sich an. Auch finden wir in dem Hefte eine Übersicht über die deutschen Zeitungen in den Vereinigten Staaten.

Im Verlag von G. Knapp & Co. in Pfullingen erscheint eine neue Halbmonatsschrift „**Deutsch-Italienische Wirtschaftszeitung**“, für die G. Ed. Mayer-Pfullingen verantwortlich zeichnet und die auch eine italienische Schriftleitung in Rom besitzt. Die Zeitschrift will, wie sie in ihrem Einführungsartikel schreibt, der Verständigung in wirtschaftlich-politischen Fragen dienen und wendet sich in erster Linie an den Kaufmann und Industriellen, kann sich auch auf die freundliche Unterstützung des Handels-Attachés bei der italienischen Botschaft in Berlin, Professor Labriola, beziehen. Die Artikel der Zeitschrift, die deutsch-italienische Wirtschaftsfragen behandeln, werden in beiden Sprachen wiedergegeben.

„**Ostasiatische Rundschau**“ heißt eine Zeitschrift, die der „Verband für den fernen Osten“ gemeinsam mit dem Deutschen Überseedienst im Verlag der letzteren Gesell-

schaft herausgibt, deren Schriftleiter der bekannte deutsche Ostasienfachmann Fritz Secker und deren Hauptschriftleiter der Generalsekretär des erwähnten Verbandes, Dr. Linde, ist. Die erste Nummer vom 1. Februar wird eröffnet durch einen Artikel von Nagura Bunitschi, dem Berliner Vertreter der „Tokio“ und Osaka-Asahi-Schimbun“, über Japans künftige Außenpolitik, Missionsdirektor Dr. Witte schreibt über die heutige Lage und die Aufgaben der deutschen Missionen in Ostasien, Werner Rüdenberg über die Erlernung der chinesischen Sprache, Aufsätze über die Japaner in Yunnan und über Siam's Anteile am Kriegsgewinn schließen sich an. In der politischen Rundschau werden Mitteilungen über die politische Entwicklung Ostasiens gegeben. Eine wirtschaftliche Rundschau beschließt das Heft.

Unregelmäßig und nach Bedarf erscheinen seit Oktober 1919 **Mitteilungen des Deutsch-Südrussischen Verbandes** (Dresden). Der Verband will durch Pflege des Zusammenhanges mit den Kolonisten einer Dankeschuld genügen und die herzliche Aufnahme der deutschen Soldaten in Südrußland wenigstens einigermaßen vergelten. Er will auch zugunsten der Auswanderer wirken und bringt zweckdienliche Mitteilungen über die Ukraine. Er gibt Rechtsauskünfte in Handelssachen und eine Stellungsvermittlung.

„**Grenz-Land**“ nennt sich eine Zeitschrift, die in Allenstein jährlich sechsmal erscheinen soll, „Blätter eines Jahrbuchs der deutschen Arbeit im Osten“, begründet von Oberbürgermeister Georg Zülch, herausgegeben von Dr. rer. pol. Bruno Skibbe. Der Plan der Zeitschrift lag schon seit 2 Jahren fest und wartete, wie der Herausgeber sagt, nur auf den Frieden. Nicht agitatorisch will die Zeitschrift vorgehen, sondern friedvoll eindringlich, das Eigene liebend, das Fremde verstehend. „An den Wellenbrechern des Deutschtums stehen wir noch heute und wollen unsere Pflicht tun.“ Das Grenzland will eine Brücke des Verständnisses über den geistigen und den gebietlichen Korridor spannen helfen, die ja beide nur künstlich sind, und hierzu will es den guten Willen drüben im Reiche stärken helfen. Das Heft ist auch mit Bildern ausgezeichnet ausgestattet und enthält eine Fülle von guten Beiträgen, namentlich auch zur Frage der Volkshochschule in Allenstein.

Einer Wochenschrift in 26 Lieferungen, „**Die Auswanderer**“, Neuland-Verlag, Dresden A, Josefinenstraße 34, können wir nach dem Inhalt der ersten Nummer wie so vielen anderen kein langes Bestehen voraussagen. Sie scheint es hauptsächlich auf die Spanisch lernenden, brotlos gewordenen Heeresangehörigen abgesehen zu haben, denen sie fortlaufend einen kurzen Lehrgang der spanischen Umgangssprache für den Selbstunterricht bringt und sich dabei auf einen Aufruf des Oberkommandos Nord beruft. Die einleitenden Artikel bringen Auszüge aus allerlei Schriften und Vorträgen über Argentinien, die dem heutigen Auswanderer ein ganz falsches Bild von den Zuständen in diesem Lande entwerfen. Was kann dem heute Auswandernden die Kenntnis der Bodenpreise in Argentinien aus dem Jahre 1910/11 nützen? Auch die Wiedergabe der rosigten Schilderungen von Vallentin und v. d. Goltz können heute nur Unheil anrichten. Bezeichnend ist es, daß die Zeitschrift ohne jedes Datum erscheint.

„**Paraguayana**“ betitelt sich eine neue „Monatsschrift für germanische Interessen in Paraguay“, die mit einer „Paraguay-Post“ und einem „Paraguay-Echo“ verbunden ist. Ihr Her-

Verleger ist Gustav Stezenbach in Freiburg i. Br., sie erscheint bei Haas & Grabherr in Augsburg. Der Charakter der Zeitschrift soll nicht wissenschaftlicher, sondern rein informatorischer Art sein, sie will die Ergebnisse der Wissenschaft, wie die Tageserfahrungen und Tatsachen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens verwerten und will vor allen Dingen auch dauernd unterrichten und leiten. Sie betont in ihrem Einführungswort, daß in Paraguay zwar nicht alles Gold sei, was glänze, aber dennoch ein tüchtiger deutscher Arbeiter, wenn er gerne und willig arbeite, sein Fortkommen finden könne. Dem deutschen Handel ständen Tür und Tor offen, deutsche Kunst und deutsche Wissenschaft seien in Paraguay hoch geschätzt. Schönfärberei will aber die Zeitschrift ablehnen. Die Zeitschrift erscheint monatlich. Wilhelm G. Bernhardt schreibt über „Paraguay ein Land der Zukunft“, Helene Haug über „Paraguay als Einwanderungsland“, der paraguayische Generalkonsul in Bern über neue deutsche Kolonien in Paraguay, dann wird ein Bericht eines Argentiniers aus Santa Fé über eine Reise durch Paraguay im Jahre 1913 veröffentlicht. Wir finden ferner Notizen zur Urgeschichte Paraguays und über den Yerba Mate; politische Notizen aus Paraguay und der Wortlaut des neuen Heimstättengesetzes ergänzen das Heft, in dem auch noch über Deutschum, Kirche und Schule in einer Reihe von Notizen aus deutschen Zeitungen berichtet wird.

Die „Zeitschrift des Hilfsvereins für Deutschböhmen und die Sudetenländer“, die monatlich in Wien I, Schillerplatz 4, 2, herausgegeben wird, liegt in ihrer ersten Januarnummer des ersten Jahrgangs vor. Ein hoffnungsvoller Leitartikel „Im Glauben an unser Volk“ eröffnet die Arbeit. Aufklärung soll die Zeitschrift bringen, kulturfördernd, beispielgebend und ermutigend will sie wirken. Sie stellt in „Zielen und Wegen“ Ratschläge für die Volksgenossen auf; Sektionsrat Krautmann schreibt über Friedensvertrag und Staatsbürgerschaft. Einem Aufsatz „Der Kampf um die Schulen“ entnehmen wir, daß bis 1. Dezember 1919 allein in Böhmen 35 deutsche Schulen mit 103 Klassen vollständig gesperrt und 246 deutsche Klassen aufgelassen wurden. Dagegen wurden bis zum selbigen Tage 180 tschechische Volks-, 32 Bürger- und 9 Mittelschulen nach nicht ganz vollständigen Aufzeichnungen neu begründet. In einer Eingabe der Lehrer an den tschechischen Minderheitsschulen an das Unterrichtsministerium in Prag aber heißt es: „Ein Viertel der Schulkinder kann überhaupt nicht tschechisch, der Sprachschatz der anderen beträgt höchstens 200 tschechische Worte. Aus eigenen Mitteln müssen die Lehrer Tinte und Kreide kaufen, es gibt keine Bücher, die mittellosen Kinder haben keine Hefte und Federn“. Eine große Zahl wertvoller Notizen über Politik und Kultur des Deutschums im tschechischen Staate finden sich in dem reichhaltigen Hefte.

Das erste Heft der neuen Zeitschrift „Die Süd-Mark“ liegt nunmehr vor. Professor Josef Papesch zeichnet als verantwortlicher Schriftleiter. Josef Pabst schreibt der Zeitschrift ein Geleitwort: Liebe zur Heimat wolle das Blatt einimpfen, Glaube zur guten Sache des Deutschums verbreiten. Dr. Viktor Geramb steuert einen Artikel „Heimweg“ bei, Dr. Rudolf Hübler handelt in einem Artikel: „Hoffnung und Arbeit“, von wirtschaftlichem Aufschwung und wirtschaftlicher Arbeit. Ein besonderer Anhang in der Zeitschrift ist dem deutschen Turnen gewidmet.

Der Auslandsbeamten nimmt sich eine Zuschrift in der „Voss. Ztg.“ vom 2. Februar an. Der zur Auszahlung gelangende Tages-

kurs vom 3. September 1919 entspreche durchaus nicht mehr den Teuerungsverhältnissen in der Schweiz und Holland wie in den skandinavischen Ländern. Die Auslandsbeamten hätten fast alle Schulden und müßten mit Schulden ihren Posten verlassen, wenn sie versetzt würden. Besonders beim mittleren Personal sei die Notlage groß. Den Inlandsbeamten seien 50 Prozent Gehaltserhöhung bewilligt worden, nicht aber den Auslandsbeamten, bezüglich derer die Erwägungen noch schweben. Das zur bescheidensten Lebensführung Notwendige aber müsse den Beamten gegeben werden.

Über die Lage der Deutschen in Deutsch-Südwest-Afrika berichtet Regierungsrat Böhm im „Schwäbischen Merkur“ vom 22. Januar, die Nachricht eines Deutschen aus der Union, wonach der Rest von 6000 Einwohnern von deutscher Abkunft ebenfalls bald das Land verlassen werde, sobald er Haus und Hof verkaufen könne, sei nicht richtig. Diejenigen Deutschen, welche Deutsch-Südwest-Afrika verlassen wollten, seien bereits im vorigen Jahre nach Deutschland zurückgekehrt; von ihnen hätten viele die Rückkehr nach Deutschland bereut, andere warteten auf die erste Rückkehrmöglichkeit. Die Mehrzahl habe nicht die Absicht, ihr Besitztum zu verkaufen, und denkt nicht daran, freiwillig das Feld zu räumen. Die deutsche Bevölkerung in Deutsch-Südwest-Afrika habe bereits zäh und mit Erfolg für ihre deutsche Schule gekämpft und sie sei in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht gewillt, das Land zu verlassen und das Deutschum aufzugeben. Die Eingabe deutscher Elemente, ganz und gar in die Union eingebürgert zu werden, stamme von einer kleinen bedeutungslosen Gruppe, der von der englisch-burischen Bothapartei eingeordnet worden sei, daß damit die Deutschen besser fahren würden, als wenn das Land ein Mandatgebiet wäre. Bei den deutschen Diamantgesellschaften sei das deutsche Kapital, trotz einer neugegründeten englischen Gesellschaft, mit dem Sitz in Kapstadt, noch immer am stärksten vertreten. Sobald die Grenzen der Union geöffnet würden, wollten zahlreiche Deutsche aus der Union nach Deutsch-Südwest-Afrika übersiedeln. Von einer freiwilligen Selbstaufgabe der Deutschen in Südwest-Afrika kann danach nicht die Rede sein.

In den „Grenzboten“ verbreitet sich Käthe Miethe über die „Auslandspropaganda in England“, indem sie feststellt, wie sehr das Bild dieser Propaganda kaleidoskopartig wechsele und doch auf Tradition und Instinkt fuße, mit dem Charakter des Landes und dem Willen des Volkes stehe und falle. Vor allem stelle die englische Propaganda das geisttötende Schlagwort in ihren Dienst, dann das Flugblatt, das illustrierte Blatt und die Broschüre. Kürze, Einfachheit, bewußte Primitivität seien die Merkmale. Das Publikum sei die breite Masse der Völker, der Weg zu ihm sei die Presse. Propaganda auf dem Wege der Presse ist wie ein schleichendes Gift in der täglichen Ernährung, an dessen Gebrauch sich der Körper immer mehr gewöhnt, ohne das Anormale seines Zustandes zu empfinden. Die Verfasserin geht auf die einzelnen Pressemittel Englands ein, auf den Telegraphendienst, auf die Kabelbeherrschung, die Beherrschung der Zeitungskioske, die Drucksachenpropaganda, die Verbreitung der Films. Sie erzählt recht anschaulich, wie das alles betrieben und gemacht wurde. An dem Beispiel des Norwegen-Hauses in London erklärt sie die Art und Weise des Vorgehens. Aber auch die Theater- und die Buchpropaganda werden nicht vernachlässigt und es wird überhaupt in interessanter Weise dargelegt, wie England sich jetzt auf die Kulturpropaganda im Auslande wirft.

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A.-I.

Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Kar Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland-Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 21. Nov. 1919 beschlossen, natürlich unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandskunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützen, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Instituts Einrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Deutscher Kaufmann in Euenca (Ecuador) bietet sich deutschen Firmen an zur Erledigung schwebender Geschäfte, Einziehung alter Forderungen, Besuch früherer Kundschaft oder irgendwelcher sonstiger Vertrauensaufträge, indem er etwaige

gewünschte Sicherheit durch die Ottenser Bank in Altona-Ottensen stellt. Ferner sind ihm Kataloge, Muster, Preise und Verkaufsbedingungen hauptsächlich in folgenden Artikeln erwünscht: Schuhmacherbedarfsartikel, Schneiderbedarfsartikel, Anilinfarben, Heilwaren und chemische Präparate, Luxuspapier und Glückwunschkarten in spanischem Wortlaut, Karnevalsartikel, Messer und Stahlwaren, feine Lederwaren und überhaupt alle Klassen deutscher Waren, die vorläufig in Postpaketen versandt werden können.

Die Adresse kann durch unsere Vermittlungsstelle erfragt werden.

Deutsche Firma in Spanien sucht gute deutsche Vertretungen. Angebote wollen uns zur Weitergabe eingesandt werden.

Deutscher Kaufmann, in Basel ansässig, sucht erstklassige Vertretungen von Maschinen- und Werkzeugfabriken, wie auch für Haushaltgegenstände und Massenartikel.

Deutscher im besetzten Gebiet mit guten Verbindungen mit Pariser und Londoner Export- und Importhäusern sucht in Verbindung zu treten mit leistungsfähigen deutschen Fabrikanten. Adresse kann durch uns erfahren werden.

Italienische Firma in Rom sucht in Verbindung zu treten mit leistungsfähigen Grossisten und Fabrikanten. Für den Import kommen in Frage: Elektrische Artikel und Materialien aller Art, Küchengeräte, Schreibmaschinen, Porzellan- und Glaswaren. Exportiert werden können: Kleesamen, Kastanien, trockene Feigen, Bimsstein, Senf usw. Adresse kann durch uns erfahren werden.

Deutsche Firma in Oberitalien sucht Vertretungen in Farben aller Art, medizinischen Spezialitäten und Schreibmaschinen. Adresse kann durch uns erfahren werden.

Deutscher, der wieder nach Süd-Afrika zurückkehrt, sucht Vertretungen leistungsfähiger Fabrikanten folgender Artikel: Chemisch-pharmazeutische, chemisch-technische Waren, medizinische Instrumente, keramische Artikel.

Anfragen bitte an die Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. Februar 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

UNIVERSITÄT WÜRZBURG
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portoausschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelscheites 1 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 6

STUTTGART

Zweites März-Heft 1920

Berninakinder.

Von H. Gerhards, z. Z. in Brasio.

Wir erhalten diesen Bericht über die am 12. und 19. Dezember 1919 im Tal von Puschlav eingetroffenen Kinder aus Halle a. d. Saale und dem sächsischen Erzgebirge, den gerne wir drucken, weil er in diesen trüben Zeiten einen Lichtstrahl bringt, ein Zeichen, daß menschliches Fühlen doch noch nicht überall in der Welt erloschen ist.

Wie schon die am 28. November 1919 angekommenen, so sind auch diese Kinder mit gleicher Liebe und Herzlichkeit von ihren Pflegeeltern empfangen worden.

Die Kinder, die zum größten Teil sehr elend waren, haben sich fast alle ganz außerordentlich erholt und sind sehr vergnügt. Abgesehen von einem Jungen, der sich erkältet hat, sind die Kinder alle gesund und froh, hier zu sein.

Wer von ihnen hätte auch geahnt, daß sie an ein solch wunderschönes Fleckchen Erde, wie das Tal von Puschlav es ist, kämen? Es ist manchmal noch so, als träume man diese Liebe und Güte für die deutschen Kinder, die Berninakinder, wie sie jetzt genannt werden und man müsse erwachen und merken, daß alles ein Irrtum gewesen sei.

Und dann diese winterliche Pracht rings um uns her! Mir, die ich keinen anderen Winter als den häßlichen in der Großstadt kenne, voll von Nebel, Regen, oder wenn es einmal schneit, so ist der Schnee gleich schmutzig, daß man froh ist, wenn er so rasch als möglich weggeschaufelt wird, ja, mir ist es, als sei ich mit den Kindern in Schneekönigs Reich versetzt.

Schon von Landquart ab, wo es im Abenddunkel immer höher hinauf ging in die Berge, entzückten uns die Höhen und Täler, die nur vom Feuerrauch der Lokomotive beleuchtet wurden. Und am andern Morgen, als nach einer in Davos im warmen Bette zugebrachten Nacht die Reise weiter ging durch die in schimmernder Pracht liegende Landschaft, in den warmen Sonnenschein hinein, da ertönten oft laute Jubelrufe. Auf den Bergesspitzen, die sich scharf gegen den Himmel abhoben, lag's wie eine dünne Wolke. Aber bald, wenn man sich an das blendende Licht gewöhnt hatte, sah man, daß es der Schnee war, der vom Winde fortgeweht wurde. Wie ein Schleier sieht das aus, meinte ein Kind. „Ja, es sind die Schleier der Schneekönigin“, sagte rasch ein kleiner Dichter und fügte noch hinzu: „die großen ernsten Tannen sind Wächter zu den Palästen des Königs und wo ein Gletscher ist, da ist sicher der Eingang zum Schlosse.“ Und dann haben wir beide uns ein hübsches Märchen ausgedacht, bis wir durch Rufe „bald wird umgestiegen“ zum Verlassen des Märchenlandes und Be-

treten des Bodens der Wirklichkeit, die aber auch sehr schön war, gezwungen wurden. Nach dem Umsteigeaufenthalt in Samaden geht es weiter der Bernina zu. — Im Wagen wird zu Mittag gegessen, prächtig schmeckt es den blassen, schmalwangigen Kindern, die oft so ernst und frühreif blicken, die Suppe und das schöne weiße Brot. Und wenn der liebe Spender mit der großen Schachtel mit den Zuckerbäckerwaren aus St. Moriz den Jubel der deutschen beschenkten Kinder gesehen und gehört hätte, seine helle Freude hätte er gehabt. Wie Weihnachten ist's, hieß es von allen Seiten.

Jetzt sind der Morteratsch- und Polugletscher zu sehen; staunend drängte man an die Fenster. Der Schaffner, ein freundlicher Mann, erklärt uns die Gegend. Nun haben wir den höchsten Punkt der Berninabahn erreicht, einige Gewissenhafte notieren 2256 m, an den Seen und dem Hospiz entlang geht es vorbei und von Alp Grüm sehen wir plötzlich im schimmernden Mittagssonnenglanze unser Ziel, das Tal von Puschlav liegen. Wie ein zarter Nebelschleier liegt es über den Häusern, die sich malerisch um die beiden Kirchen gruppieren und am Ausgang des Ortes liegt links die alte Kirche St. Maria, umgeben von einigen hohen Pappelbäumen. Matt glitzert der Spiegel des Meeres von Poschiavo in der Sonne, weit drüben am Horizont ist eine zackige Bergkette zu sehen, mich stets an ein Spitzengewebe erinnernd, die Bergamaskeralpen. Wie sind diese Berge so schön. Im Vergleich zu den anderen sehen sie fast zierlich aus. Und immer sind sie zu bewundern, mag die Morgensonne ihr Licht über sie gießen, mag der Himmel sich tiefblau über ihnen wölben oder am Nachmittag die untergehende Sonne die Bergesspitzen in rosenrote Glut tauchen, oder mag nach Sonnenuntergang der Himmel in ein sanftes Grau gefärbt sein, immer sind die Bergamaskeralpen die schönsten. Trotz und drohend steht der Piz Verona vor uns, links der Salsalto. Diese Berge erklärt uns der freundliche Schaffner, während uns die Bahn in vielen Windungen und durch manche Tunnels unserem Ziele immer näher bringt. In begreiflicher Spannung suchen die Kinder ihr Gepäck zusammen und viele Fragen schwirren: Ob es dort wohl Vieh gibt, oder

viel Milch? Wie mögen wohl die Leute sein? Na, nett natürlich, sonst hätten sie doch kein Kind aufgenommen, lautet die Antwort aus Kindermund. Nachdem die Kinder zur Gefälligkeit und Gehorsam den Pflegeeltern gegenüber ermahnt sind, hält auch schon der Zug und wir sehen viele Leute erwartungsvoll uns entgegensehen. Aber es sind statt der erwarteten 17 nur 10 nach P. gekommen und die Enttäuschung ist keine geringe bei denen, die diesmal leer ausgehen müssen. Sie werden auf eine spätere Sendung Berninakinder getröstet und es gelingt auch nach einiger Zeit, alle, die erst leer ausgingen, zu versorgen. — Weiter geht's nach Br., wo der größte Teil der Kinder aussteigt, nach Camp. und C. dicht an der italienischen Grenze. Sogar nach V., einem hoch oben in den Bergen gelegenen kleinen Dorfe, wo die Leute nur italienisch sprechen, sind 14 Kinder gekommen. Einige wurden im Rückentragekorb hinaufgebracht, einige im Schlitten. Schwierigkeiten durch Mißverständnisse bringt das Nichtverstehen der Sprachen naturgemäß mit sich. „Auch wenn ich mit den Leuten ganz laut deutsch spreche, verstehen sie mich nicht“, sagte ein Kleiner.

Die Kinder fühlen sich wohl bei ihren Pflegeeltern, helfen im Haushalt, hüten Ziegen und Schafe. Mit Stolz wird „unser Viehbestand“ aufgezählt, man versucht das Melken und nicht ohne Erfolg, zu lernen. Die naturgeschichtlichen Kenntnisse einiger Großstadtkinder bereichern sich auf diese Art. Wichtig

ist auch das Wiegen, ein Vorgang, der mit großer Regelmäßigkeit vor sich geht. Gewichtszunahmen von 8–12 Pfund sind gar keine Seltenheit und werden mit Genugtuung notiert. Italienische Sprachstudien werden mit Eifer betrieben und froh begrüßen mich die Kinder mit: Bon giorno oder buona sera. Ein Kind schrieb einen Brief nach Hause, der in der Hauptsache aus italienischen Wörtern und nebenstehender Übersetzung bestand. Überhaupt die Briefe, sie sind oft köstlich zu lesen.

Da schreibt ein Junge: Ich habe kein Heimweh, sondern wenn ich zu Hause bin, kriege ich Zurückweh. — Ein anderer schreibt: Wenn ihr tot seid, will ich ganz hier bei den Leuten bleiben. — Niedlich war der Ausruf einer Kleinen auf einem Spaziergang. Sie sah eine Herde von braunen Ziegen in einiger Entfernung von dem Wege weiden und rief erstaunt und fröhlich aus: „Seht doch, da weiden ja Affen!“ Ein Ausruf, der viel Gelächter und manche Neckerei seitens der Freundinnen zur Folge hatte. —

Nun neigt sich unser Aufenthalt seinem Ende zu. Zurückschauend sehe ich die Güte und Menschenfreundlichkeit der Schweizer in hellem Lichte vor mir und danke im Namen der 125 Kinder, die hier weilen, für alles Gute, was an den Kindern geschehen ist. Ein unvergängliches Ruhmesblatt hat „Mutter Helvetia“ sich um die Aufnahme der elenden deutschen Kinder erworben. Innig sei ihr gedankt dafür.

Die Tilgung von Darlehen unter heimgekehrten Zivil- und Kriegsgefangenen.

Von Rudolf HÄFCKE-Hamburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv.

Nachdem die Zehntausende von Zivilgefangenen aus England, den englischen Kolonien und Dominions zurückgekehrt sind, läuft ein großer Teil derselben jetzt Gefahr, auf unabsehbare Zeit ruiniert oder geschäftlich unmöglich gemacht zu werden. Schuld daran ist unsere Valuta oder vielmehr ihre rücksichtslose Ausnützung von seiten eines anderen Teiles der früheren Gefangenen. Die Angelegenheit ist in ein Stadium gerückt, das es notwendig erscheinen läßt, durch gesetzliche Maßnahmen einzugreifen, und Zweck dieser Zeilen ist, die öffentliche Meinung zur Äußerung zu veranlassen.

Unter den Gefangenen war eine immerhin erhebliche Anzahl Gut-, Besser- und Sehrgutsituierter aber eine überwiegende Zahl solcher, die mittellos waren, bzw. durch Kriegsmaßnahmen der Feinde völlig mittellos gemacht waren. Trotz der gelieferten Rationen und (gewöhnlich mangelhaften) Kleidung und trotz des Vorhandenseins von Unterstützungsfonds wohl in den meisten Lagern waren viele dieser letzteren auf Anleihen bei den „wirtschaftlich Stärkeren“ angewiesen, namentlich solche Gefangenen, die fern von der Heimat auch für Frau und Kinder jahraus, jahrein zu sorgen hatten. — Jetzt häufen sich die Fälle, in denen die „hilfsbereiten“ Gläubiger in der Heimat von ihren Schuldnern verlangen, daß sie die ihnen vorgeschossenen Pfunde Sterling nach dem gegenwärtigen Kurs zurückzahlen und zur Erzwungung dieser ihrer Ansprüche die Gerichte anrufen. Da 1 Pfund Sterling statt rund 20 M. zurzeit um 330 M. herum gilt, wird jedem die Absurdität dieses Ansinnens einleuchten. — Diejenigen, die mittellos aus der Gefangenschaft zurückgekehrt und drüben von Haus und Hof verjagt sind, haben unter gegenwärtigen Verhältnissen schwer zu kämpfen, sich eine neue Existenz zu gründen und wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Wie ihnen das möglich sein soll, wenn sie durch

Zwangsvollstreckungen mit allen das Ansehen und den Kredit untergrabenden Beigaben zur Rückzahlung in der geforderten Höhe herangezogen werden, ist eine unlösliche Frage. Nehmen wir z. B. an, daß ein Gefangener, der draußen die ca. fünf Jahre auch für seine Familie sorgen mußte, sich insgesamt im Laufe dieser Zeit 100 Pfund Sterling lieh, so müßte er statt rund 2000 M. (Friedenskurs) jetzt 33000 M. zurückzahlen. — Ich möchte denjenigen Kriegsgefangenen, der auf Anleihen angewiesen war, sehen, der dies auch nur in entfernt absehbarer Zeit zahlen könnte! Und dennoch hat er „vom juristischen Standpunkte“ eben „Pfunde“ zurückzahlen ohne Ansehen des Wechselkurses. Da nun aber unsere Gesetze für normale Verhältnisse gedacht und geschaffen, die gegenwärtigen Valutaverhältnisse jedoch eher wahnsinnig als normal sind, dünkt mich, daß Rückzahlungen in diesen Fällen durch ein Sondergesetz geregelt werden müßten — und zwar sehr bald!! — Der Kurs des Pfundes war während des Krieges 33 bis 35 M., und es wird sich kaum jemand dagegen sträuben, zu dem Werte, den das Pfund hatte, als er es erhielt, zurückzuzahlen. Damit sollte es aber genug sein und hier die gesetzliche Grenze gezogen werden: Der Gläubiger hat dann auf den Friedenskurs immer noch einen Zuschlag von 75 %. — Auch die freundlichen Angebote von Gläubigern, sich „entgegenkommenderweise“ mit dem Kurse von 200 M. oder gleichem (also auf unser Beispiel angewandt — mit 20000 M., statt 2000 M.) „begnügen zu wollen“, sind einfach schamlos! Haben die gegenwärtigen Verhältnisse schon eine Reihe von Notgesetzen gezeitigt, so ist hier entschieden ein Punkt, an dem eingegriffen werden muß! — Das Reich selber stellt sich — wenigstens einstweilen noch — auf den Standpunkt, daß es die Entschädigungen an die Kolonial- und Auslandsdeutschen nur zum Friedenskurs anerkennt; warum

sollte es nicht die durch den Krieg und die Gefangenschaft in die Hände rücksichtsloser Ausbeuter Gefallenen in entsprechender Weise schützen? Die Gläubiger werden sagen: „Wenn ich das Geld behalten hätte, würde es mir heute eben soundso viel einbringen“, oder: „was ich mir heute anschaffen muß, kostet auch entsprechend mehr“. Das stimmt ohne Frage; aber dem halte ich entgegen, daß die Betroffenen eben soviel übrig hatten, um ihren Leidensgefährten zu helfen – nicht um sie zu ruinieren –, daß sie mit oben erwähnten 75 % zufrieden sein können, ohne daß ihnen dadurch ein nennenswerter Schaden erwächst. Wenn nach obigem Beispiel jemand 100 Pfund leihen mußte, so erhielt er sie in der Regel von mehreren, nicht von einer Stelle, so daß sich der Verlust – oder vielmehr der entgangene Profit – auf mehrere verteilt. Konnte jemand hingegen, was auch vorgekommen sein mag, 100 Pfund ausleihen, so ist

er um so weniger auf die Ausnutzung der gegenwärtigen Konjunktur zum wirtschaftlichen Untergange eines anderen angewiesen. Der Schutz gebührt unter allen Umständen dem „wirtschaftlich Schwächeren“.

Meines Erachtens sollte gerichtliche Verfolgung solcher Kolonial- und Auslandsdeutschen, die noch eine Entschädigung zu erwarten haben, bis zur Auszahlung einer solchen unmöglich gemacht werden, falls sie durch den Krieg mittellos gemacht sind, und des weiteren sollte gesetzlich bestimmt werden, daß die Rückzahlung zu dem Kurse des Tages der Anleihe zu erfolgen hat, um diesem „gesetzlich geschützten Wucher“ zu begegnen. Die Zahl der Fälle, die einen derartigen Schutz unbedingt erfordern, dürfte groß genug sein, um hinlänglich zu erkennen, daß diese Frage das Wirtschaftsgebiet berührt und gesetzliche Handhabung erheischt.

Über Auswanderung nach Paraguay.

Der „Deutsche Volksbund für Paraguay“ schreibt uns:

Vor einigen Monaten erschien unser Buch „Paraguay, Winke für Einwanderer“, von dem wir hoffen, daß es inzwischen auch drüben durch Nachdruck bekannt gemacht worden ist. Es enthält eine kurze Zusammenfassung des Notwendigsten von dem, was man von Paraguay wissen muß, bevor man sich zur Auswanderung entschließt. Bei Drucklegung des Buches war die Einwanderung aus der alten Heimat noch im Anfang; heute, nach mehreren Monaten, sind bereits viele Landsleute hier eingewandert, und da machen die inzwischen gesammelten Erfahrungen eine kleine Ergänzung notwendig. –

Zunächst möchten wir der Bücher Erwähnung tun, die drüben in deutscher Sprache über Paraguay bekannt geworden sind: Handbuch für Einwanderer von Genaro Romero und ein kleines Werk des Generalkonsuls Vogler (Schweiz). Ersteres ist etwas schön gefärbt und dürfte leicht Veranlassung zu übergroßen Hoffnungen geben; der Herr, einer der besten Beamten der Republik, schreibt natürlich von seinem nationalen Standpunkte aus. Das Buch des Herrn Vogler trifft in allen seinen Teilen fast stets das Richtige und ist daher als Richtschnur zu empfehlen. (Es erscheint deutschen Kritikern auch in manchen Stücken nicht ganz frei von nicht immer begründetem Optimismus. D. R.)

Was die Einwanderung von Leuten akademischer Berufe, kaufmännischen Angestellten, Lehrern, Ingenieuren, Beamten usw. betrifft, so weisen wir auf das in unserem Buche Gesagte: „Der Bedarf ist nur klein. Wenn die Betroffenen sich der Landwirtschaft widmen wollen, so muß dringend abgeraten werden, falls nicht größere Mittel zur Verfügung stehen (ca. 3–5000 Goldpesos bei Ankunft in Paraguay), besonders, wenn es sich um ältere Leute handelt. Die Arbeit im Urwald ist äußerst hart und macht selbst gelernten Landwirten große Schwierigkeiten. – Handwerker mit etwas Kapital und Handwerkszeug finden ihr Auskommen, besonders, wenn sie selbständig arbeiten, sich möglichst auf dem Lande niederlassen und nebenher noch Landwirtschaft betreiben. – Fertig eingerichtete landwirtschaftliche Anwesen sind reichlich zu haben, der Preis schwankt zwischen 1000 und 5000 Pesos Gold für 20–200 Hektar. Für Kolonisation kommt fast nur Urwaldboden in Betracht. Es muß also erst gerodet werden, und das ist für den europäischen Landwirt die größte Schwierigkeit, die nicht unterschätzt werden darf. Große Einschränkung, selbst bei etwas Kapital, ist im Anfang notwendig, wenn man überhaupt die nötige Energie

zum Durchhalten besitzt, was bei Europäern nur selten der Fall ist, da man die Schwierigkeiten meist unterschätzt. – Ein tüchtiger Landwirt wird allerdings sein Brot finden, wenn er auch keine Reichtümer sammeln kann, solange er sich auf die einfacheren Produkte beschränkt. Bessere Aussichten bieten Exportprodukte, wie Tabak, Baumwolle, Früchte, Yerba, doch muß bei den beiden ersten Artikeln berücksichtigt werden, daß die Pflanzung nur dann lohnend ist, wenn viele eigene Arbeitskräfte zur Verfügung stehen; darunter können schon kräftige Kinder von 10 Jahren ab gerechnet werden.

Billiges Regierungsland, nach 5 Jahren zahlbar, der Hektar zwischen 2–6 Goldpesos, in Losen von 16–20 Hektar ist reichlich vorhanden, mit Ausnahme der Gegend des „Alto Paraná“. Privatländereien sind überall vorhanden, sind allerdings teurer; Preis 6–12 Goldpesos der Hektar. Vergünstigungen in der Zählung werden meistens gewährt, doch tut man gut, wenigstens die Hälfte von vornherein zur Verfügung zu haben.“

Wir kommen nunmehr auf Siedlungsgesellschaften zu sprechen, die sich drüben anscheinend in ungezählter Menge gebildet haben. Wie weit dieselben überhaupt ernst zu nehmen und wirklich reelle Unternehmungen sind, haben wir nicht zu untersuchen. Wir sehen hier nur, mit welcher phantastischen Plänen sich solche Gesellschaften manchmal tragen, aus ihren Satzungen geht hervor, daß man mehr die eigene Phantasie und romantische Auslandslektüre als die gegebenen Verhältnisse hat walten lassen. Da werden genaue Pläne entworfen in allen Einzelheiten zur Anlage von Siedlungen usw., die sich überhaupt nie verwirklichen lassen und den Mitgliedern der Gesellschaften später große Enttäuschungen bereiten müssen. Einsichtige Vorläufer solcher Gesellschaften haben dann auch in richtiger Erkenntnis der Tatsachen ihren Gesellschaften telegraphisch abgeraten.

Geschlossene Niederlassungen sind in Paraguay nur dann möglich, wenn man aus Privathänden den notwendigen Besitz zunächst käuflich erwirbt; dann allerdings läßt sich mancher Plan verwirklichen. Besitztum ist übergenuß vorhanden. Zur Anzahlung dürfte mindestens die Hälfte notwendig sein. Man stelle daher zunächst Berechnungen an, ob ein solcher Kauf möglich ist. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß noch genügend Kapital für Boden, Wege anlegen, Bau von Häusern, Ackergerätschaften, sowie Lebensunterhalt für mindestens 6 Monate vorhanden sein muß. Ist nun der Ankauf durch

eine Kommission erfolgt, so sollte zunächst ein kleinerer Trupp gesandt werden, um die Ansiedlung für größere Nachschübe einzurichten, die telegraphisch abgerufen werden müßten, falls die Fahrtgelegenheit sich inzwischen dementsprechend bessert. Die Auswahl der Siedler muß natürlich auch entsprechend sein, meist Landwirte und die notwendigen Handwerker. — In Regierungskolonien sind geschlossene Siedlungen nur schwer möglich, jedenfalls nicht lückenlos durchzuführen. Das Land wird erst vergeben, wenn die Einwanderer hier ankommen. Dann allerdings kann es eingerichtet werden, daß größere Gesellschaften gemeinschaftliche Siedelungen innerhalb vorhandener Kolonien angewiesen erhalten.

Wir haben bereits in unserem Buche darauf hingewiesen, daß jeder, der sich der Landwirtschaft widmen will, über ein Mindestkapital von 500 Goldpesos verfügen muß, will er sich nicht der Gefahr aussetzen, sich schon im ersten Anfang in bedrängter Lage zu sehen. — Freie Reise von Buenos Aires aus gewährt die Regierung nicht mehr; sie ist nur in einzelnen Fällen bezahlt worden, wenn

die Betreffenden schriftliche Beglaubigungen der paraguayischen Konsulen brachten, daß sie ihnen freistehe. Die paraguayische Regierung hat leider trotz mehrfachen Hinweisens unsererseits die betr. Stellen drüben von der neuen Bestimmung nicht unterrichtet. Die Fahrt beträgt für eine Person etwa 30 Goldpesos. — Hier wird freier Aufenthalt für 8 Tage und auch mehr gewährt, ferner bezahlt die Regierung die Weiterreise bis zum Bestimmungsort. An Hand dieser Daten kann also jeder Auswanderungslustige berechnen, über wieviel Kapital er verfügen muß, um hier wenigstens in einigermaßen günstigen Bedingungen anzufangen. Man erkundige sich daher zunächst nach dem Fahrpreis bis Buenos Aires und dem betr. Goldkurs, ferner nach dem jeweiligen Kurs des argentinischen Goldpesos, berücksichtige die Fahrt bis Asuncion, und wenn dann für Paraguay nicht genügend Mittel verfügbar bleiben, sollte, und das ist unsere aufrichtige Meinung, die Auswanderung überhaupt unterbleiben oder verschoben werden, bis die Verbesserung der Valuta günstigere Aussichten bieten.

Der Wert des Tropengenesungsheims für Auslandsdeutsche

Von Professor Dr. OLPP, Tübingen.

Aus den Gefangenlagern in Ägypten, Malta, Indien oder aus sonstigen überseeischen Ländern kehren jetzt viele Auslandsdeutsche in die Heimat zurück, manche ungebrochen und gesund, viele durch den langen Tropenaufenthalt krank am Leib, nicht wenige matt und verwundet im Gemüt und geschwächt an seelischer Kraft. Wohin wollen sie sich wenden, um wieder gesund und widerstandsfähig zum Kampf ums Dasein zu werden?

Hamburg mit seinem großartigen Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten bietet vielen die gewünschte Aufklärung über ihren Gesundheitszustand und fachmännische Behandlung. Berlin hat in dem Kochschen Institut und dem gegenüberliegenden Virchow-Krankenhaus die nötigen Einrichtungen für kranke Auslandsdeutsche. Während Hamburg die Führung in der deutschen tropenhygienischen Forschung und Lehrtätigkeit innehat und vorwiegend für seine tropenkranken Seeleute sorgt, hat die Reichshauptstadt ebenfalls muster-gültige Anstalten für die Forschung, vor allem aber auch für die erkrankten Reichsbeamten des Auslandsdienstes, Schutztruppenangehörige usw. geschaffen. Anders liegen die Verhältnisse in Tübingen.

Hier wurde auf Anregung des Stuttgarter Großkaufmanns Dr. h. c. P. v. Lechler 1909 das Deutsche Institut für ärztliche Mission zur Ausbildung von Ärzten, Krankenschwestern und medizinisch geschulten Missionaren für die deutschen Kolonial- und Missionsgebiete errichtet. Es ist weder eine staatliche noch eine Universitätsanstalt, sondern eine freie Schöpfung, die aber doch zur Hochschule in so mannigfachen Beziehungen steht, daß sie als halboffizielles Institut charakterisiert werden kann. Es untersteht einem auf ganz Deutschland verteilten Verwaltungsrat von Missionskreisen und einem Ortsausschuß, der sich lediglich aus Universitätsmitgliedern zusammensetzt. Ohne die tatkräftige Hilfe der Medizinischen Fakultät wäre das Unternehmen nicht geglückt. Der Leiter des Instituts ist an der Hochschule für das Fach der Tropenmedizin habilitiert. Klinische Semester und approbierte Ärzte belegen die im Institut gehaltenen Tropenurse, für die eine reichhaltige tropenhygienische Lehrmittelsammlung zur Verfügung steht. Für Lehr- und Forschungsmittel wird ein jährlicher Staatsbeitrag gewährt. Kein Wunder, daß sich seit dem Bestehen des Instituts auch Tropenranke um ärztlichen Rat und Hilfe nach

Tübingen wandten. Ihre Zahl wuchs von Jahr zu Jahr, so daß 1913 beschlossen wurde, dem vorhandenen Studentenheim und Schwesternheim als drittes ein Tropengenesungsheim anzugliedern. Am Himmelfahrtstage 1914 wurde der Grundstein gelegt, aber der Weltkrieg verzögerte die Vollendung des Neubaus um ein Jahr. Im November 1916 konnte das Heim in aller Stille eröffnet werden.

Es fällt dem aus der Großstadt kommenden Reisenden wohlthuend auf, wenn er nach Tübingen kommt und die reine, durch den Schwarzwald filtrierte Luft einatmen kann. Die allgemeine Sterblichkeit in Tübingen ist außerordentlich gering und beträgt nur 10,9 auf 1000 gegenüber 17,0 im Durchschnitt des Deutschen Reiches. Noch günstiger verhält es sich mit der Säuglingssterblichkeit, bei der das Verhältnis 5,8 % zu 13 % ist. Es gibt wenige Punkte im deutschen Vaterland, an denen Natur und Geschichte, Kunst und Sagenromantik so verschwenderisch zusammengewirkt haben, um das liebliche Landschaftsbild von zauberhafter Schönheit uns vor Augen zu malen, wie es von den Fenstern des Tropengenesungsheims aus gesehen wird. Waren so die klimatischen Vorbedingungen ausnehmend günstig, so wurden sie durch die Wahl des Bauplatzes mit seiner abgeschlossenen Ruhe weiterhin glücklich beeinflusst. Denn es verbinden sich hier die Vorzüge eines Landaufenthalts in angenehmster Weise mit den geistigen Anregungen der Universitätsstadt. Auch die Möglichkeit der Beratung durch Spezialisten aus sämtlichen Gebieten der Heilkunde hat sich in vielen Fällen schon als recht wertvoll erwiesen.

Das Tropengenesungsheim ist in einem 5 ha messenden Obstgarten, 64 m über der Stadt, gelegen. Die 38 Krankenzimmer mit ihren 60 Betten sind vorwiegend nach Süden orientiert. So ist der Sonne, die in den Tropen vielen zu heiß schien, nach der aber unsere Auslandsdeutschen in der Heimat so sehnsüchtig ausschauen, der volle Zutritt gewährt, der durch Veranda-Glastüren noch erhöht wird. Die Sonne scheint zudem durchschnittlich 1—1½ Stunden länger auf das Heim als auf die Häuser der Stadt. Die Lärm verursachenden Räume, wie Küche, Poliklinik, Speisesaal, sind in dem nach Norden gelegenen Mittelflügel untergebracht. Mit seinen wissenschaftlichen Einrichtungen und Laboratorien, seinen auf Behaglich-

keit gestimmten Gesellschaftsräumen und Liegehallen, seinen Bädern, heilgymnastischen Apparaten und lauschigen Gartenplätzen bietet das Tropengesundheitsheim den Charakter eines erstklassigen Sanatoriums. Eigene Milchwirtschaft setzt es in den Stand, den Darmkranken dieses so köstliche Naß zu gewähren; eine eigene Brunnenstube liefert das Trink- und Gebrauchswasser.

Von den leitenden Ärzten war der eine 9 Jahre in Süchina, der andere 4 Jahre in Westafrika tätig. Auch das Hausverwalterehepaar und die Oberschwester haben vieljährige Erfahrungen an Tropenspitälern aufzuweisen. Die Hausordnung ist auf christlicher Grundlage aufgebaut.

Bei jedem neuen Kurgast wird außer der allgemeinen Untersuchung nicht nur systematisch das Blut, sondern auch die Ausscheidungen der Körperorgane mikroskopisch und chemisch untersucht, wodurch häufig unvermutet die eigentliche Ursache der Krankheit des angeblich nur müden oder blutarmen Patienten aufgedeckt wird. Die verschiedenen Arten der Malaria, Schwarzwasserfieber, Amöbenruhr, Sprue, Beri-Beri, Wurmkrankheiten, wie Ankylostomiasis, Strongyloidosis, Bilharzia, und Filarien-Erkrankungen sind die häufigsten der tropischen Leiden unserer Auslandsklientel. Hierzu kommen die mancherlei Herz- und nervösen Beschwerden, sowie oft erschreckende Abmagerung. So ist z. B. ein deutscher Familienvater bei uns, der noch sage und schreibe 28 Kilo wiegt. Bei einem anderen Patienten mit derselben Krankheit, der mit 39 Kilo Körpergewicht bei 171 cm Größe und 30 % Blutfarbstoffgehalt hier eintraf, erlebten wir nach 2 1/2 monatiger Behandlung eine Ge-

wichtszunahme von 18 Kilo und das Steigen des Blutfarbstoffs auf 110 %. Gleichzeitig nahm die Zahl seiner roten Blutkörperchen von 922 000 im cmm auf 4 300 000 zu.

Aus 40 staatlich getrennten, meist tropischen Ländern sind bisher über 1200 Auslandsdeutsche, vorwiegend Missionsangehörige, aufgenommen und gepflegt worden. Doch sind auch zahlreiche Schutztruppenangehörige, Beamte, Kaufleute, Pflanzler, Fabrikbesitzer, Soldatenheimarbeiter, Lehrerinnen, Rote-Kreuz-Schwester usw. vertreten. Auf Tropendiensttauglichkeit ließen sich bisher rund 400 Personen untersuchen. Die Verpflegungspreise sind in Anbetracht des Gebotenen als mäßig zu bezeichnen. Das Heim ist darauf angewiesen, durch seine Einnahmen sich selbst zu erhalten. Der Prospekt kann von der Leitung bezogen werden.

In dem Haus, das äußerlich seinen Platz an der Sonne hat, waltet ein Geist sonniger Schaffensfreude, der bei den weitgereisten und daher mancher Ecken beraubten Kurgästen aus dem Auslande eine verwandte Saite anklingen läßt, die den Kontakt zwischen ihnen wieder wesentlich erleichtert. Letzten Endes liegt der Wert eines Sanatoriums nicht in den vortrefflichen äußeren Einrichtungen, sondern in der Seele des Betriebs, der gewissenhaften, freudigen und geduldigen Dienstwilligkeit und der strikten Durchführung des einmal als richtig Erkannten. Diesem Ideal an den aus den Tropen krank oder erholungsbedürftig zurückgekehrten Missionaren und sonstigen Auslandsdeutschen nachzustreben, ist die Aufgabe des Tübinger Tropengesundheitsheims.

Die deutsche Gemeinde in Genf

Die Geschichte des germanischen, besonders des deutschschweizerischen Elements in Genf wird durch eine kleine Schrift beleuchtet, deren Wert in der Benutzung der besten Quellen liegt. Rechtsanwalt Alfred Schreiber in Genf, der Obmann des Stiftungsrates der Deutschschweizerischen Gemeinde, ist ihr Verfasser. (Die deutsche Gemeinde in Genf 1580—1917. Geschichtlicher Überblick auf ihre Entstehung und Entwicklung dargestellt auf Grundlage des Gemeindearchivs und der Ratsbücher. Genf 1919: Druck von Albert Kündig. 28 S. 8°. Mit 1 Tafel. M 1.—.)

Die deutsche Gemeinde in Genf geht auf die Glaubenskämpfe des 16. Jahrhunderts zurück. Vor dem Druck der Gegenrevolution flüchteten deutsche und österreichische Protestanten etwa seit 1576 nach Genf, das von der Mitte des Jahrhunderts an Zuflucht französischer wie englischer und italienischer Verbannter geworden war. Im Jahre 1580 erhielt die kleine, des Französischen nicht mächtige Gemeinde auf ihren Antrag einen deutschen Prediger; seiner Kirche schlossen sich auch die niederdeutschen Flamen an, die in Genf bereits einige Jahre Gottesdienst in ihrer Muttersprache gehalten hatten. Das war der Beginn des deutschprotestantischen Gemeindelebens, das sich unter wechselnden Verfassungsformen bis auf den heutigen Tag behaupten sollte. Ein zweites Tätigkeitsfeld wurde der Gemeinde durch ihren Pastor Friedrich Spanheim aus Amberg in der Oberpfalz eröffnet, dessen Bildnis dem Büchlein vorgesetzt ist. Er ist der eigentliche Gründer des heute noch bestehenden „Deutschen Armsäckels“ (Bourse allemande. 1380), dem die Fürsorge für die ortsansässigen und durchreisenden Unterstützungsbedürftigen deutscher und niederländischer Nation oblag. Der Begriff „Nation“ wurde dabei mit einer heute verloren gegangenen Weitherzigkeit gehandhabt:

wie zur Speisung des Armsäckels nicht nur bestimmungsgemäß die in Genf ansässigen Deutschen (aus dem Reich und aus der Eidgenossenschaft), sondern auch Altgenfer Familien, reichsdeutsche Fürsten, Skandinavier, Brien und Niederländer und selbst deutsche Kaufleute in Lyon beisteuerten, so kamen seine Erträge notdürftigen Einwohnern und Passanten schweizerischer, lothringischer, deutscher, vlämischer, schottischer, englischer und irischer Nationalität zugute. Sogar Polen und Ungarn wurden dem Deutschen Armsäckel zur Unterstützung zugewiesen. Als dritter Zweig wuchs dann im Jahre 1706 neben Kirche und Armenfürsorge die deutsche Schule der Gemeinde empor. Alle drei Formen des Gemeindelebens entwickeln sich nun nebeneinander weiter; bald tritt die eine, bald die andere mehr hervor, entsprechend der politischen und wirtschaftlichen Lage und dem Geiste der Zeit. In allen wesentlichen Merkmalen, dem deutschen Gottesdienst, der deutschen Schulsprache, der Selbstverwaltung ihres Vermögens, behauptete die Gemeinde ihre Selbständigkeit, die nur vorübergehend durch die Gesetzgebung des Staats Genf und Frankreichs (während der Annexion 1798—1814) gefährdet ist. Im 19. Jahrhundert erfuhr das Schulwesen unter dem Einfluß des Liberalismus eine Neubelebung und erreichte in den sechziger Jahren seinen Höhepunkt, während die kirchliche Versorgung niederging und der Kultus 1868 eingestellt wurde. Die Seelsorge ging an den 1875 neuernannten deutschen Stadtpfarrer der Nationalkirche über, für die orthodoxe Minderheit an die neugegründete Deutschschweizerische evangelische Kirchengemeinde. Die Zeitströmung kam der weltlichen Bildungspflege mehr entgegen. Der Schulpflege gelang es, 1893 ein Deutsches Schul- und Gemeindehaus zu errichten, dessen Turnsaal den Deutschschweizer-Vereinen als Versammlungsraum dient. Die

Schule, die zeitweise 7 Klassen umfaßt hatte, mußte auf 4 Klassen beschränkt werden, da ihre Erhaltung die Mittel der Gemeinde trotz der behördlichen Zuschüsse überstieg. In Anpassung an das neue Bundesrecht beschloß die Schul- und Armengemeinde 1916, sich als Verein zu konstituieren, der 1917 dann in eine Stiftung umgewandelt wurde. Ihr Zweck ist laut Satzung: „Ausübung der Wohltätigkeit, insbesondere durch Unterstützung im Kanton Genf wohnender Schweizer deutscher Zunge, Schaffung eines Gemeindesekretariats zur Besorgung der Armensachen, Betrieb und Leitung einer deutschen Schule, Weiterführung einer Ferienkolonie, Schaffung einer deutschen Bibliothek und eines Lesesaals, Einrichtung (im Schulhaus) von Räumlichkeiten für Deutschschweizervereine zur Pflege des Vereinslebens, Ausrichtung von Stipendien, Veranstaltung und Unterstützung von Vorträgen, sowie Pflege schweizerischen Volkstums.“

Heute hat die deutsche Gemeinde ein besonderes Anliegen,

mit dem sie sich auch an reichsdeutsche Kreise wendet: sie möchte ihre gemeinnützige Bibliothek, die eines der vornehmsten Mittel zur Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur in dem mehr und mehr französischen Genf ist, wieder ausbauen. Schon einmal, in den dreißiger Jahren, hat sie eine öffentliche Bücherei besessen, die 1852 8300 Bände umfaßte, aber schließlich an die Universitätsbibliothek Genf übergang. Heute möchte die Gemeinde wieder über eine Bücherei frei verfügen. Geeignete Räume weist das Gemeindehaus auf, auch ein Bücherwart ist gefunden, aber noch fehlt es an der Hauptsache, den Büchern. Die deutschschweizerische Gemeinde bittet alle, denen die Pflege deutscher Sprache und Sitte am Herzen liegt, ihr Werk durch Stiftung guter Bücher und Zeitschriften zu unterstützen und dadurch zur Erhaltung ihrer mehr als dreihundertjährigen segensreichen Einrichtungen beizutragen. Spenden aus Deutschland ist das Deutsche Ausland-Institut bereit, an ihren Bestimmungsort weiterzuleiten. H. M.

Das Deutschtum in Südafrika.

Von Pastor H. RIECHERS, Soxten bei Nortrup in Hannover (früher Port Elizabeth).

Der nachfolgende Aufsatz ist die wörtliche Wiedergabe eines Vortrags, der zu Anfang des Jahres 1915 gehalten worden ist. Trotzdem und gerade deshalb veröffentlichen wir ihn gerne. Zeigt er, wie erfreulich klar sich der Verfasser über die Probleme war, die uns auch jetzt bewegen. Was hier von Südafrika gesagt wird, läßt sich leicht auf das gesamte Auslandsdeutschtum übertragen. Und gar vieles kann gar nicht treffender gesagt werden, als es hier im März 1915 im Gefangenennlager in Pietermaritzburg ausgesprochen wurde. Die Schriftlfg.

Der nachstehende Vortrag ist am 10. März 1915 im Gefangenennlager II in Pietermaritzburg gehalten. Es handelte sich damals um die Vorarbeiten zur Gründung eines allgemeinen deutschen Bundes. Verfasser war gebeten, den ersten orientierenden Vortrag zu halten.

Der Ausgang des Krieges hat zwar auch das südafrikanische Deutschtum aufs schwerste geschädigt. Immerhin ist die Lage dort günstiger als anderswo. Der englischen Bevölkerung halten die Buren die Wage. Die aber sind deutschfreundlich. Das beweist u. a. die Tatsache, daß die Regierung des Oranje-Freistaates Deutsch als Pflichtfach an den höheren Schulen einführt. Auf den Druck der Buren ist es wahrscheinlich zurückzuführen, daß selbst die Bothapartei verlangt, jedem ausgewiesenen Deutschen die Rückkehr zu gestatten. Der Ausfall, den das Deutschtum der südafrikanischen Union durch Ausweisung usw. zahlenmäßig erlitten hat, wird zudem ersetzt durch die etwa 6000 Deutschen von Deutsch-Süd-West, denen die Unionsregierung dort zu bleiben erlaubt hat.

So wird das südafrikanische Deutschtum vielleicht noch am ehesten in der Lage sein, sich zu erholen. Es wird sich auch fester zusammenschließen. Jedenfalls werden die darauf gerichteten Bestrebungen nicht aufgegeben werden. Dabei muß die Heimat helfen. Wie die Hilfe geschehen muß, deutet der Vortrag an. Er ist zwar in einer Zeit gehalten, als wir noch ein für Deutschland günstiges Kriegsende erwarten durften. Manche Ausführungen mögen deshalb nicht mehr ganz zu der Gegenwart stimmen. Immerhin zeigt er, in welcher Richtung die Arbeit am dortigen Deutschtum gehen muß. Und diese Arbeit muß getan werden. Mehr als je ist unser Volk darauf angewiesen, alles, was zerstreut in der Welt an Deutschen lebt, sich zu erhalten. Denn das Auslandsdeutschtum, soweit es noch vorhanden ist, hat einen sehr wichtigen Anteil an der Aufgabe, den deutschen Namen wieder zu Ehren zu bringen, deutscher Industrie und deutschem Handel die Wege wieder zu ebnen. Das kann

es nur, wenn es sich mit dem Volke der Heimat fest verbunden weiß und von ihm in seinem Streben, sein Deutschtum zu erhalten, unterstützt wird. Das fällt der Heimat heute gewiß schwerer als je. Aber sie muß sich dieser Aufgabe unterziehen. Und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Anfang 1914 begann eine dem Auslandsdeutschtum dienende Zeitschrift zu erscheinen: „Das größere Deutschland“. Der Name bedeutet ein Programm. Er sagt, daß der Begriff „Deutschland“ nicht an die Grenzen des Reichsgebietes gebunden, sondern auf alle deutschen Kulturgebiete außerhalb des Reiches auszudehnen ist, und daß das Auslandsdeutschtum ein gleichwertiger Bestandteil des deutschen Volkes ist. Für den Wechsel der Anschauung, der sich nach dieser Seite hin vollzogen hat, gibt es keinen treffenderen Ausdruck als den Titel dieser Zeitschrift: „Das größere Deutschland“.

Die Zeit der Kirchturmpolitik ist vorbei, in der alle wirtschaftliche und politische Kraft des Volkes in partikularistischen Bestrebungen und Streitigkeiten sich erschöpfte, die gute alte Zeit, in der niemand über die Grenzen seines Landes und Ländchens hinausblickte und in behaglicher Ruhe zusah, wenn fern in der Türkei die Völker aufeinander schlügen. Der nach den Freiheitskriegen einsetzende wirtschaftliche Aufschwung dehnte Deutschlands Interessen über die ganze Welt aus und zwang es zur Kolonial- und Weltpolitik. So wurden neue deutsche Kulturzentren geschaffen oder alte im Laufe der Zeit gelockerte Verbindungen mit der Heimat wieder angeknüpft.

Damit trat auch ein Umschwung in der Einschätzung des Auslandsdeutschtums ein. Man verlor es allmählich, die Deutschen, die in die Fremde zogen, als verlorene Söhne des Vaterlandes anzusehen, die, weil sie für die Heimat doch nichts taugten, für das Ausland gerade gut genug waren. Man lernte einsehen, daß auch im Ausland nur der Tüchtige den Lohn seiner Arbeit erntet, und der Untüchtige dort noch eher unter-

geht als in der Heimat. Man erkannte mit Staunen, welche Kulturarbeit das Auslandsdeutschum aus eigener Kraft geleistet hat. Man sah, welche ungeheuren moralischen und materiellen Werte der Heimat schon verloren gegangen waren.

Infolgedessen begann das Auslandsdeutschum außerordentlich in der Wertschätzung der Heimat zu steigen. Man machte Anstrengungen, die in ihm vorhandenen und von ihm geschaffenen Werte der Heimat zu erhalten oder zu gewinnen. Nicht nur aus materiellem Interesse. Die besten unseres Volkes kamen immer mehr zu der Erkenntnis, daß unser Volk sich einer Pflichtverletzung schuldig mache, wenn es sich um seine Stammesangehörigen in der Fremde nicht kümmere, und nicht alles tue, sie der Heimat zu erhalten.

Die Wissenschaft begann die alten deutschen Kulturgebiete außerhalb des Reiches zu erforschen, die Zusammenhänge mit der Heimat aufzudecken. Auf ihrer Arbeit fußend bildeten sich Organisationen, es in seiner Selbstbehauptung gegenüber der fremden Kultur zu unterstützen. Die Behörden des Reiches nahmen sich seiner an durch Gründung und Sicherung von Schulen, Krankenhäusern und Kirchen, durch Entsendung von Lehrern und Geistlichen. Endlich tat auch die Gesetzgebung ein Übriges durch eine zeitgemäße Änderung des Reichsangehörigkeitsgesetzes. In demselben Maße wie das Auslandsdeutschum in der Schätzung der Heimat stieg, wurde es sich seiner Stellung als Träger deutscher Kultur und seiner Pflicht, an der Heimat festzuhalten, bewußt. Es schloß sich zusammen, wie z. B. in Nordamerika, um seine Aufgabe besser erfüllen zu können.

Ähnliche Bestrebungen sind auch hier in Südafrika seit einiger Zeit im Gange. Die Frage eines Zusammenschlusses aller Deutschen ist für den Bestand und die Entwicklung unsers Deutschums von großer Wichtigkeit. Wir wissen zwar noch nicht, wie die Zukunft sich gestaltet. Jedenfalls, ob die Union nun englisch bleibt oder unabhängig wird, das Deutschum hier erlebt eine Zeit, die über sein Schicksal entscheidet. Es wird sich zeigen, ob es dem Untergang verfällt oder zu neuer, größerer Bedeutung gelangt.

Man kann eigentlich nicht sagen, daß die bisherige Entwicklung des südafrikanischen Deutschums günstig verlaufen ist. Ich möchte nur das Urteil eines Mannes anführen, der seine ganze Lebensarbeit dem Deutschum und seiner Erhaltung gewidmet hat, und der nach 30-jähriger Tätigkeit einmal äußerte, man habe oft den Eindruck, daß man an einer sterbenden Sache arbeite. Das Urteil mag vielleicht manchem zu hart klingen, ist aber als Äußerung eines Kenners der Lage ernster Beachtung wert. Ja, unter Ihnen wird gewiß auch mancher sein, der ähnlich meint, daß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte einem Rückschritt verzweifelt ähnlich sieht.

Zwar hat an einzelnen Stellen, z. B. Johannesburg, das Deutschum an Zahl zugenommen, im großen und ganzen aber ist ein steter Rückgang zu verzeichnen. Das liegt einmal an der und für sich ja erfreulichen Tatsache, daß die deutsche Auswanderung in den letzten Jahrzehnten immer geringer geworden ist. Wanderten doch 1913 über deutsche Häfen, die fast allein in Betracht kommen, nur ca. 21 000 Deutsche aus, eine sehr geringe Zahl bei einem Volke von fast 70 Millionen. Auf Britisch-Südafrika ist davon nur ein kleiner Teil entfallen, wenn ich mich recht erinnere, noch nicht einmal 200. Der Hauptstrom richtet sich nach Südamerika, das im Mittelpunkt des Auswandererinteresses steht. Dann wird die geringe Zahl Einwanderer mehr als aufgehoben durch den starken Fortzug nach Deutsch-Süd-West, der nach dem Burenkrieg eingesetzt hat. Also zahlenmäßig hat das Deutschum der Union seit dem

Burenkriege nicht zugenommen. Die Schätzung schwankt zwischen 30 und 40 000 (Reichsdeutsche und Naturalisierte). eine Zahl, die nur einen geringen Teil der weißen 1½ Millionen betragenden Bevölkerung der Union ausmacht. Diese geringe Zahl ist über das ungeheure, weite Land zerstreut. Wohl haben wir einige mehr oder weniger geschlossene deutsche Gebiete in der Vlaakte am Kap, in Kaffraria und hier in Natal. Aber diese hatten bisher kaum Beziehungen zueinander. In den größeren Städten haben wir zwar zum Teil starke deutsche Kolonien, aber die weiten Entfernungen machten auch hier bisher einen engeren Zusammenschluß schwer. Dazu kommen viele Hunderte deutsche Farmerfamilien, die allein oder mit wenigen andern in fremder Umgebung leben. Daß bei solchen Verhältnissen von einem stärkeren Zusammenhang nicht die Rede sein konnte, ist weiter kein Wunder.

Auch die Zusammensetzung des Deutschums gestaltet seine Lage nicht gerade günstig. Es ist nicht einheitlich genug; ein Umstand, der bei Millionenzahlen nicht so sehr ins Gewicht fällt, bei 30 oder 40 000 aber schwerwiegend ist. Nach meiner Schätzung leben in den Städten etwa 10–12 000 Deutsche. Unter ihnen herrscht der Kaufmannstand vor. Der Kaufmann hat wohl nur in wenigen Fällen die Absicht, sein Leben hier zu beschließen. Sein Interesse an dem Lande ist nicht so tiefgehend. Nach einer gewissen Zeit zieht er sich in die Heimat zurück. Auch die übrigen Gewerbetreibenden sind geneigt, wenn es ihnen möglich ist, in die Heimat zurückzukehren oder aber ihren Wohnort hier je nach der Erwerbsmöglichkeit zu verändern. Der Kaufmannstand ergänzt sich durch den Zuzug aus der Heimat, der den Abgang ersetzt, der Handwerkerstand wird durch Zu- und Abzug stark beeinflusst, so daß die Zahl der Familien in den Städten, die dort in der zweiten oder gar dritten Generation ansässig sind, gering ist. Dieses ständige Ergänzen und Wechseln der deutschen Bevölkerung in den Städten ist in einer Beziehung ein Unheil. Die Verbindung mit der Heimat ist lebhaft. Der fortwährende Zuzug aus der Heimat, die Möglichkeit, für viele sie besuchsweise aufzusuchen, kommt der Pflege des Deutschbewußtseins zugute. Aber die Deutschen der Städte wurzeln darum auch nicht so fest in diesem Lande, und da sie den verschiedenen Berufsgruppen angehören, machen sich hier die sozialen Unterschiede teilweise stärker geltend, als es für den Zusammenhalt der Deutschen gut ist. Jeder Stadtbewohner wird mir recht geben, wenn ich sage, daß gerade das oft zu starke Betonen der sozialen Unterschiede es außerordentlich schwer macht, Zusammenhang und Zusammenhalt zu pflegen.

Anders liegen die Dinge auf dem Lande, wo wir fast ausschließlich Farmerbevölkerung haben, die zum Teil schon seit mehreren Generationen ansässig und darum fest mit dem Lande verwachsen ist und es als seine Heimat betrachtet. Die mehr einheitliche soziale Lage würde zwar einen Zusammenschluß erleichtern. Aber dem stehen da wieder andere Hindernisse im Wege. Die Beziehungen zur alten Heimat sind im allgemeinen nicht lebhaft; teilweise sind sie ganz abgebrochen. Das vergrößert die Gefahr, das Volkstum aufzugeben, zumal die Gelegenheit zu einer deutschen Jugend-erziehung in beschränktem Maße nur da vorhanden ist, wo sie Dorfgemeinschaften bilden. Sehr viele deutsche Farmer aber wohnen einzeln oder in geringer Zahl unter Holländern und Engländern. Sie haben zu andern Deutschen wenig Beziehungen. Dadurch wird es auch auf dem Lande schwer, den rechten Zusammenhalt zu pflegen.

Diese Tatsachen fallen um so mehr ins Gewicht, als wir Deutschen leichter als andere, selbst kleine Nationen, in den Wirtsvölkern aufgehen. Zwar findet sich dieses Aufgehen mehr

oder weniger überall da, wo das Wirtsvolk der gleichen Rasse angehört und eine gleichwertige oder höhere Kultur hat, wenn dem nicht ein stark ausgeprägtes Volksbewußtsein gegenübersteht. Und somit ist es kein Wunder, daß hier, wo Rassen-, Kulturverwandtschaft und Bekenntnisgemeinschaft (Protestantismus) uns mit der englischen und holländischen Bevölkerung verbinden, die Gefahr für uns besteht, daß wir, der kleinere fremde Teil, in dem größeren stamm- und kulturverwandten aufgehen. Aber es ist doch auch nicht zu leugnen, daß wir mehr als andere Völker dazu neigen, unser Volkstum aufzugeben. Wir brauchen nur daran zu denken, wie unser Volk in den Zeiten der Völkerwanderung mit seinem Blut andere Völker auszubauen geholfen hat, wie das bis in die Gegenwart hinein geschieht, auch hier in diesem Lande. Es stimmt einen doch nachdenklich, wenn man z. B. hört, daß fast $\frac{3}{5}$ der Burenbevölkerung deutscher Abkunft sein soll, oder wenn man sich erzählen läßt, daß in vielen Burenfamilien die Überlieferung noch lebendig ist und durch die Familienbibel gestützt wird, daß die Voreltern aus Deutschland gekommen sind. Jeder kennt wohl auch deutsche Familien, an denen nur noch der Name deutsch ist. Diese Neigung der Deutschen, in dem Wirtsvolke aufzugehen, ist sehr bedauerlich, läßt sich aber doch bis zu einem gewissen Grade auch begreifen. Für die vor 50, 60 Jahren oder noch früher Ausgewanderten gab es den Begriff „Deutschland“ und was sich für uns Jüngeren alles damit verbindet, gar nicht. Sie kannten noch das Elend deutscher Kleinstaaterei. Sie waren Württemberger, Bayern, Preußen, Hannoveraner, in zweiter Linie erst Deutsche. Wie konnten sie da ein starkes Deutschbewußtsein erwerben? Weiter, die ersten deutschen Einwanderer hier, die von der englischen Regierung für die Farmer Südafrikas angeworben wurden, stammten zum weitaus größten Teil aus den kleinen, gedrückten Verhältnissen der tagelöhnernden Landbevölkerung des Deutschland vor 60, 70 Jahren. Ein starkes Deutschbewußtsein? Wer konnte das bei ihnen voraussetzen? Freilich, in der Heimat waren sie Knechte, hier konnten sie bald Herren werden auf eigenem Grund. Was Wunder, wenn sie die engen, heimatlichen Verhältnisse schnell zu vergessen suchten und nichts dabei fanden, Angehörige eines andern verwandten Volkes zu werden? Manchmal waren sie dazu fast genötigt. Wer konnte ihnen Schutz gewähren? Die Regierung von Mecklenburg, Sachsen, Baden, Schaumburg-Lippe, oder wo sie sonst herkamen? Hier fanden sie die starke englische Regierung, die ihnen Land gab, sie zu Besitzern machte, sie schützte, sie allein schützen konnte. Ist's nicht zu verstehen, daß sie nichts darin fanden, Angehörige des Volkes zu werden, dessen imposante Macht ihnen so deutlich vor Augen stand in ihrer weltumfassenden Größe? Wer kann von ihnen verlangen, daß sie ein starkes Gefühl ihres Deutschums ihren Kindern weitergaben? Diese Gründe treffen ja auf die in den letzten Jahrzehnten Ausgewanderten und auf die Deutschen der Städte nicht in dem Maße zu, sind aber auch bei denen nicht ganz unwesentlich.

Dazu steht unser Deutschum hier unter dem Einfluß fremden Wesens und fremder Lebensart. Die geistige Luft, die uns umgibt, ist englisch oder holländisch. Englisch oder holländisch die Sprache, die Literatur, die Presse. Wie viele Deutsche, die nur englische Zeitungen und Bücher lesen und darum alles durch die englische Brille anzusehen nur zu leicht geneigt sind.

Nationale Mischehen tun das ihre. Jedes Haus trägt das Gepräge der Frau, die es regiert. Die englische oder holländische Mutter wird ihre Kinder englisch oder holländisch erziehen. Das kann auch gar nicht anders sein, da der Einfluß der Mutter auf die Erziehung der Kinder entscheidend ist. Und es gibt wohl

nicht viel Fälle, wo der deutsche Vater die Energie hat, die Kinder einer englischen oder holländischen Frau zu deutschen zu erziehen.

Freilich lassen sich nationale Mischehen ebensowenig vermeiden wie konfessionelle. Die Liebe fragt nicht nach Volk, Rasse oder Bekenntnis. Erst hinterher wird vielleicht drückend empfunden, was vergessen wurde, als der Himmel voller Geigen hing. Dann aber ist auch manchmal gar nicht die genügende Auswahl da, namentlich in den Städten, wo die deutschen Männer meistens bedeutend in der Mehrzahl sind. Und nicht alle sind in der Lage, sich eine Frau aus Deutschland holen zu können. Dazu kommt, daß manchem jungen Deutschen die Engländerin besonders imponiert. „Sie kann sich besser anziehen als die Deutsche“, sagte mir einmal jemand.

Endlich läßt sich nicht leugnen, daß immer noch in weiten Kreisen eine gewisse Gleichgültigkeit besteht, deutsche Art zu pflegen, wie das gerade in der Kindererziehung immer wieder deutlich wird. Es gibt immer noch ungezählte deutsche Väter und Mütter, die meinen, daß ihre Kinder, weil sie hier ihr Brot verdienen sollen, unbedingt nur englische Vorbildung haben müssen. Es ist ja nun selbstverständlich richtig, daß für irgendeine Stellung im öffentlichen Dienst der Besuch englischer Schulen und Ablegung der Prüfungen des Landes nötig ist. Ja, das gilt auch für die sog. freien Berufe. Aber das schließt doch eine deutsche Bildung nicht aus, wenigstens soweit, daß die Kinder ihre Muttersprache geläufig beherrschen und deutschen Geist gespürt haben, wenn sie in die englischen Schulen übergehen, in denen nach den bisher gemachten Erfahrungen deutsche Kinder trotz ihrer deutschen Vorbildung sehr gut vorwärtskommen.

Vor 3 Jahren äußerte sich über diesen Punkt die höchste englische Erziehungsbehörde. Nach ihrem Urteil lernt ein fremdsprachliches Kind, das zuerst in seiner Muttersprache unterrichtet wird, ein besseres und richtigeres Englisch sprechen und schreiben als ein fremdsprachliches Kind, das vom ersten Schultage an nur englischen Unterricht gehabt hat.

Ähnlich äußerte sich im vorigen Jahre die Erziehungsbehörde eines amerikanischen Staates. Viele deutsche Eltern sind aber gerade in dem Punkte deutscher Erziehung sehr kurzichtig. Sie entdecken dann erst, wenn es zu spät ist, daß die fremde Erziehung ihnen ihre Kinder entfremdet hat, so daß sie sich mit ihnen nicht mehr verstehen oft genug vielleicht in dem, was ihnen selbst am höchsten steht. Werden das nicht gerade in dieser Zeit viele deutsche Eltern erleben? Sie müssen vielleicht mit Schmerzen sehen, daß ihre Anhänglichkeit an die alte Heimat ihren Kindern etwas Unverständliches, ja Feindliches ist.

Oft genug liegt die Schuld bei den Eltern. Sie hätten ihre Kinder in deutsche Schulen schicken können. Gleichgültigkeit und Unverstand ließen sie nicht dazu kommen. Oder, wo sie deutsche Schulen hatten, überließen sie diese der Regierung, die ihnen nun zwar die Schullasten abnahm, dafür aber ihnen englische Lehrer gab, so daß ihre Kinder gar keinen oder nur sehr spärlichen deutschen Unterricht genossen, wenn sie nicht in der Lage waren, deutsche Lehrkräfte der Regierung nachzuweisen und ihre Anstellung durchzusetzen.

In andern Fällen sind die Eltern wohl zu entschuldigen. Es sind keine deutschen Schulen in der Nähe, oder die Eltern sind nicht in der Lage, ihre Kinder nach auswärts oder nach Deutschland zu schicken. Allerdings kann etwas doch die häusliche Erziehung da helfen, wenn die Eltern sich zum Grundsatz machten, in ihrem Hause nur Deutsch zu sprechen. Gewiß ist das nicht immer leicht durchzuführen; die Notwendigkeit, im Berufsleben englisch oder holländisch zu sprechen,

wird oft leicht zur Gewohnheit, es auch im Hause zu tun; die Kinder eignen sich die fremde Sprache auf der Straße an; sie lernen sie von den Dienstboten. In vielen Fällen ist aber doch die Gleichgültigkeit der Eltern schuld. Und mit einigem guten Willen ließe sich da noch viel erreichen.

Soll es freilich in diesem Punkte der deutschen Erziehung anders werden, dann müssen erst alle deutschen Eltern einsehen, daß sie ihren Kindern das Beste rauben, wenn sie ihnen ihre Muttersprache vorenthalten, ganz abgesehen von dem praktischen Vorteil der Kenntnis verschiedener Sprachen in einem mehrsprachigen Lande. Jedes Kind deutscher Eltern hat ein Anrecht darauf, zu erhalten, was ihm durch die Geburt in einer deutschen Familie gegeben ist — seine deutsche Art. Jeder deutsche Vater sollte sich sagen, daß er auch in dieser Beziehung für sein Kind verantwortlich ist; er sollte daran denken, daß er vielleicht es einmal schmerzlich empfinden wird, wenn seine Kinder ihm und seinem innersten deutschen Empfinden fremd geworden sind.

Aus dem Gesagten, das im einzelnen gewiß noch ergänzt werden kann, geht wohl hervor, daß tatsächlich das Deutschtum einen schweren Stand hat, seine nationale Eigenart hochzuhalten. Die kleine Zahl seiner Glieder, der bei den weiten Entfernungen fehlende Zusammenhang, die in vielen seiner Kreise herrschende Gleichgültigkeit in nationalen Dingen, die Erziehung unserer Jugend in englischen Schulen, die nationalen Mischehen, das alles hat, solange das Deutschtum hier existiert, zu steten Verlusten geführt. Dieser andauernde allmähliche Abgang durch Aufgehen in dem Wirtsvolke kann so, wie die Dinge jetzt liegen, keine Zuwanderung decken.

Daß man versuchen muß, diese Bewegung aufzuhalten, das ist in den letzten Jahren auch weiteren Kreisen immer mehr zum Bewußtsein gekommen. Und das Gefühl, daß das nötig ist, muß überall gestärkt werden. Es muß uns immer wieder zu Gemüte geführt werden, daß unser Deutschtum nicht untergehen darf; daß es unsere Pflicht ist, es zu erhalten und zu stärken; daß wir ein Verbrechen an unseren Kindern und an unserem Volke begehen, wenn wir uns widerstandslos den Einflüssen der Fremde hingeben. Die Krise, die wir jetzt erleben, die Behandlung, die man uns zuteil werden läßt, die Beschimpfungen, die wir anhören und lesen müssen, ohne uns dagegen wehren zu können, das alles wird hoffentlich allen Deutschen hier die Augen öffnen, ihr eingeschlafenes Deutschbewußtsein zum Erwachen bringen. Wir sehen es ja: Es kann jemand von uns sein ganzes Leben lang hier gewesen sein, seine ganze Lebensarbeit diesem Lande gewidmet haben, sie betrachten uns doch nicht als einen der ihren. Wir sind doch Angehörige des „niedrigsten Volkes auf Gottes Erdboden, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß“, „Angehörige der „gemeinsten Nation, die die reine Luft ihrer Städte verpestet“. So drückte sich vor einiger Zeit einer der Führer der antideutschen Bewegung aus. Wenn sie uns denn doch nicht als die ihrigen ansehen trotz aller unserer Mühen und Arbeiten für dieses Land, nun, dann wollen wir auch den Stolz haben, uns auch nicht zu ihnen zu rechnen. Ich meine, wir haben das auch nicht nötig. Wenn irgend wann, dann dürfen wir jetzt stolz darauf sein, daß wir Söhne deutscher Erde sind. Wollen wir uns noch länger wegwerfen und denen nachlaufen, die uns Hunnen und Barbaren schelten? Ein erbärmlicher Wicht, der sich da nicht gelobt: Nun will ich mit allen Fasern sein, was ich bin, ein Deutscher!

Ich hoffe, die Erkenntnis wird immer weiteren Kreisen aufgehen, daß man schon aus persönlichen Gründen sein Volkstum nicht aufgeben darf. Blut ist dicker als Wasser. Hier stimmt's. Die Volksgemeinschaft ist doch der Nährboden, auf dem allein

der einzelne gedeihen kann. Sie ist die umfassendste sittliche Gemeinschaft, der wir angehören. Erst dadurch, daß der einzelne ein bewußtes, sich verantwortlich wissendes Glied der Volksgemeinschaft wird, findet er die vollste Entwicklung seiner Persönlichkeit. Alle Anlagen, Gaben und Kräfte, die von der Natur dem Menschen geschenkt sind, können in ihm nur zur vollen Entwicklung, zur Reife kommen, wenn er sich als Glied des Volksganzen weiß und aus dem Quell der Volksgemeinschaft immer wieder schöpft. Es ist dasselbe, was Attinghausen sagt: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen. Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.“ Wer die Volksgemeinschaft aufgibt, gibt seines Wesens Kern, sein Bestes auf. Er schwebt haltlos in der Luft. Er ist weder Fisch noch Fleisch. Er gibt niemals eine feste, einheitliche, geschlossene Persönlichkeit. Solche gedeihen nur in festem Zusammenhang, in stetiger wechselseitiger Beziehung zu der Gemeinschaft, der sie entstammen. Darum muß jeder diesen Zusammenhang pflegen, wenn ihm überhaupt etwas daran liegt, eine Persönlichkeit zu werden. Es ist unsere sittliche Pflicht gegen uns selbst, uns unser Volkstum zu erhalten.

Die Pflicht des einzelnen gegen sich selbst wird zur Pflicht aller gegen ihr Volk. Ein kräftiges, blühendes, nationalbewußtes Auslandsdeutschtum erweist sich als wichtiger Faktor für das Leben der Heimat. Die Wirkung, die es auf das Heimatvolk ausübt, möchte ich eine stetige geistige Blutauffrischung nennen. Es ist kein Selbstruhm, wenn wir sagen, daß wir Auslandsdeutschen einen weiteren Horizont haben als die große Masse unserer Landsleute daheim. Die fremde, andersartige Umgebung, das Mehrberührtwerden vom Strome des Weltverkehrs kommt der geistigen Elastizität zugute. Die Notwendigkeit, sich in andersartigen Verhältnissen eine Existenz zu schaffen, in Konkurrenz mit anderen Völkern, stärkt Initiative und Tatkraft. Das sind die Hauptgründe für die Erscheinung, daß im Ausland der Prozentsatz intelligenter Männer und Frauen unter uns Deutschen überraschend hoch ist.

Die Wechselbeziehungen zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat bedeuten für die letztere Zuführung neuer Ideen, neuer Kräfte, neuer Interessen, die den geistigen Horizont des Volkes erweitern. Das wiederum führt zu größerer Anteilnahme und Einwirkung der Heimat auf das Auslandsdeutschtum. So ist schon das Auslandsdeutschtum für die Heimat ein Faktor geworden, der nicht mehr vernachlässigt werden kann. Dazu kommt die rein wirtschaftliche Seite. Das Auslandsdeutschtum ist zum Schrittmacher der deutschen Industrie und des deutschen Handels geworden. Beide aber sind für unser Volk Lebensbedingungen geworden. Ein starkes, selbstbewußtes Auslandsdeutschtum kann unser Volk in seiner kulturellen Entwicklung ungeheuer fördern. Darin liegt unsere sittliche Pflicht, uns der Heimat zu erhalten. Wir versündigen uns an unserem Volke, wenn wir gleichgültig wegwerfen, was die Heimat uns mitgegeben hat. Sein Volkstum aufgeben, das ist ebenso unsittlich, wie sein Vermögen verschwenden oder seine Gesundheit leichtsinnig vernichten.

Wir Auslandsdeutschen sind ein wichtiges Glied am Leibe unseres Volkes, das es nicht mehr entbehren kann, wenn es seine Aufgabe erfüllen soll. Wie jeder Mensch seinen bestimmten Platz in der sittlichen Weltordnung einzunehmen hat, den nur gerade er so ausfüllen kann, so hat auch jedes Volk seine bestimmte Aufgabe in der Welt. Das tritt um so deutlicher hervor, je lebhafter die Beziehungen zu andern Völkern werden. Wie der einzelne nur Existenzberechtigung hat, wenn er seinen Platz in dieser Weltordnung auszufüllen sucht — ein Drohnen-

dasein ist im höchsten Grade unsittlich —, so ist auch ein Volk, nur existenzberechtigt, wenn es seinen Platz in der Welt auszufüllen sucht. Wie der einzelne seinen Platz auf Grund seiner besonderen Anlagen und Begabung hat, so liegt auch die Weltaufgabe jedes Volkes in seiner besonderen Anlage und Begabung wie sie im Laufe seiner Geschichte zum Ausdruck kommt. Durch Vergleich mit anderen Völkern ist diese besondere Anlage wohl festzustellen, ohne daß man dabei in den Fehler zu verfallen braucht, sie nur für das eigene Volk zu beanspruchen.

Worin die besonderen Anlagen unseres Volkes bestehen? Ich meine in folgendem: Es ist einmal der Zug zur Gründlichkeit, die oft Kleinlichkeit zu sein scheint; eine Gründlichkeit, die in allem zum Vorschein kommt, was unser Volk unternimmt, ob in Beziehung durch Schule und Heer, ob in Wissenschaft und Industrie, Handel und sozialer Arbeit. Es ist der „wissenschaftliche“ Geist, der den Dingen auf den Grund, den letzten Geheimnissen auf die Spur kommen will. Die Probleme der Wissenschaft jeder Art werden in keinem Volke so ernst genommen, so gründlich durchdacht, schonungslos bis in ihre letzten Konsequenzen, wie von den geistigen Führern unseres Volkes. Das andere ist — ein scheinbarer Gegensatz — das viel verspottete und doch so wertvolle deutsche Gemüt. Beweis dafür ist das deutsche Volkslied mit seiner Empfindungstiefe, die Blüte der Musik und Dichtung. Der Deutsche ist und bleibt ein Gemütsmensch, manchmal vielleicht zu sehr. Denn das veranlaßt ihn oft, entgegenkommender gegen andere Völker zu sein, als zuweilen für ihn gut ist.

Es lassen sich gewiß noch andere Züge des deutschen Charakters finden. Ich glaube aber, diese genügen, um klar zu machen, welche besondere Aufgabe unserem Volke zufällt. Ich möchte sagen: Es soll Gründlichkeit, tiefes Denken und Gemüt bringen, um dafür Gaben aus dem Schatz der anderen zu empfangen.

Wir, die Auslandsdeutschen, sind in erster Linie Träger und Bringer dieser Gaben, wir sind Träger deutscher Kultur, deutschen Geistes, deutschen Gefühls, nicht Kulturdünger für andere Völker, sondern Schenkende, die sich der Güte ihrer Gaben bewußt sein sollen. Deutsches Wesen in seiner edelsten Art soll durch uns der Welt zuteil werden, weil sie es braucht, um in ihrer sittlichen Entwicklung fortzuschreiten. Darum müssen wir alles tun, es uns zu erhalten, damit unser Volk auch durch uns seine Weltaufgabe erfüllen kann. Das ist sittliche Pflicht gegen unser Volk, gegen die Welt.

Wie können wir diese Pflicht erfüllen? Wir müssen da, glaube ich, besondere Wege einschlagen. Die Zusammensetzung des Deutschturns hier, seine Zerstreuung über das weite Land, die Gefahren einer stammverwandten Kultur lassen es als nötig erscheinen, daß wir mehr tun als nur persönliche Pflege unseres Volkstums. Es muß hier eine zielbewußte, alle Deutschen erfassende und alle zur Mitarbeit erziehende Arbeit einsetzen. Die kann nicht ein einzelner Verein leisten. Dazu brauchen wir eine umfassende Organisation, die nach sorgfältig erarbeiteten Richtlinien das Werk anfaßt, gestützt auf die Mitarbeit aller Deutschen des Landes. Die beste Form ist wohl die in Gestalt eines allgemeinen deutschen Bundes, ähnlich dem, der von den Deutschen Amerikas geschaffen ist. Die im allgemeinen günstige wirtschaftliche Lage der Deutschen hier läßt es möglich erscheinen, auch die zu dieser Arbeit nötigen Mittel aufzubringen und die geeigneten Persönlichkeiten unter ihnen zu finden. Ich muß mich heute darauf beschränken, nur die Richtlinien anzudeuten, die nach meiner persönlichen Ansicht für diese Arbeit gelten müssen.

Zunächst, soll unsere Arbeit Erfolg haben, muß sie auf die rechten Grundlagen gestellt werden. Das heißt aber, daß man den Boden kennen muß, der bearbeitet werden soll. Die Arbeit, die wir zu tun haben, wird sich also zunächst darauf richten müssen, das Deutschturn Südafrikas kennen zu lernen und zwar unter Berücksichtigung etwa folgender Gesichtspunkte: Erforschung der Geschichte des Deutschturns Südafrikas; seine Herkunft aus der Heimat; Beziehungen zur Heimat; Bewegung der Zu- und Abwanderung; seine soziale und wirtschaftliche Lage.

Eine zweite Gruppe würde etwa folgende Aufgaben umfassen: Die weltgeschichtliche, weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung des Deutschturns, besonders des Auslandsdeutschturns; das Auslandsdeutschturn und die Wirtsvölker; Bedeutung und Aufgabe des Auslandsdeutschturns für die Heimat; die Arbeit der Heimat für das Auslandsdeutschturn; der Wert deutscher Kultur und Bildung; der Wert des Volkstums.

Das wäre etwa die theoretische Arbeit, die geleistet werden müßte. Sie muß die Grundlage bilden für die praktische Arbeit. Auch da möchte ich zwei Gruppen von Arbeiten unterscheiden. In die erste gehören: Pflege der deutschen Sprache durch Haus, Schule und Kirche; Schaffung deutscher Schulen und Kirchengemeinden; Ausbildung und Anstellung deutscher Lehrer, die der Regierung für ihre Schulen mit großer deutscher Kinderzahl zur Verfügung gestellt werden können; Lösung allgemeiner Erziehungsfragen in Hinblick auf das Problem: südafrikanischer Bürger und doch Deutscher; Verbreitung guter deutscher Literatur; Gründung deutscher Zeitungen und Wochenschriften; Schaffung von Bibliotheken; deutsche Vortragsabende; Schaffung von Vereinsverbänden; allgemeine deutsche Feiern, die jedermann Zutritt gestatten.

Endlich die vierte Gruppe: Wir brauchen Auskunftsstellen über Einwanderungs- und Ansiedelungsfragen; Fürsorgestellen für Einwanderer; Pressebüros, die Nachrichten über deutsche Zustände, Politik, Handel und Industrie den hiesigen Zeitungen übermitteln und ebenso die deutsche Presse mit Nachrichten über Südafrika versehen; Zentralstelle für deutsche Literatur, namentlich auch solcher, die ins Englische übersetzt ist; Hilfs- und Unterstützungsvereine; Spar- und Darlehenskassen; Krankenkassen; Einkaufsgenossenschaften; Erholungsheime u. a. m.

Es ist eine Fülle von Aufgaben, die wir zu lösen hätten. Vieles, was ich erwähnt habe, wird schon seit Jahren angestrebt oder teilweise ausgeführt. Aber was geschehen ist, konnte nicht nachhaltig wirken, weil immer nur einzelne Kreise dahinterstanden, die oft genug wenig oder gar keine Verbindung miteinander hatten. Es muß darum eine Organisation geschaffen werden, die alle Bestrebungen zur Pflege unseres Volkstums, die bisher schon sich geltend gemacht haben, zusammenfaßt. Das ist gewiß ein schwieriges Werk, aber es muß gehen, und es wird gelingen, wenn wir alle davon überzeugen können, daß es notwendig ist.

Wir Deutschen Südafrikas leben in einer entscheidenden Zeit. Wir wissen nicht, was die Zukunft uns bringt. Möchten sich da recht viele finden, die erkennen, wie wichtig es ist, unser Volkstum uns zu erhalten; daß es unsere sittliche Pflicht ist gegen uns, unsere Kinder, gegen die Heimat und die Welt. Möchten sich recht viele finden, die mit Rat und Tat den Männern zur Seite stehen, die den Gedanken eines deutschen Bundes für Südafrika verwirklichen wollen. Möchten recht viele eine Freude darin finden mitzuarbeiten, daß das Deutschturn Südafrikas weiter eine starke und geachtete Stellung im öffentlichen Leben dieses Landes behalte zu unserem und unserer Kinder Segen, zum Segen für die alte und die neue Heimat.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich und ehemalige österreichische Gebiete.

Staatskanzler Dr. Renner weilte kürzlich zu kurzem Aufenthalt in Prag. Wenn seine dortigen Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung auch in erster Linie volkswirtschaftliche Zwecke verfolgten, so darf man doch annehmen, daß sie auch nicht ohne nationalpolitische Bedeutung gewesen sein werden. Wirtschaftliche Zugeständnisse sind von den Tschechen für Deutschösterreich nur dann zu haben, wenn dieses neben wirtschaftlichen Gegenleistungen auch noch den Wünschen der Tschechen auf deutschösterreichischem Boden immer weiter entgegenkommt. Einstweilen wissen wir nur so viel, daß auf wirtschaftlichem Gebiete außer Vertröstungen für die Zukunft vom Staatskanzler nichts erreicht wurde, und es wäre immerhin noch tröstlich, wenn dementsprechend auch den Wiener und sonstigen in Deutschösterreich ansässigen Tschechen keine weiteren Rechte, als sie ohnehin schon genießen, eingeräumt worden wären. Wie dem ist, wird die Zukunft lehren. — Eine erfreuliche Meldung kommt aus Kärnten. Darnach hätten die Südslawen die von ihnen besetzten beiden Zonen der künftigen Volksabstimmungen geräumt. Einstweilen fehlt freilich hiezu noch die amtliche Bestätigung. Daß die Volksabstimmung nicht in Gegenwart der südslawischen Truppen erfolgen kann, ist ja klar, aber immerhin steht diese noch nicht unmittelbar bevor. Beruht die erwähnte Meldung also auf Wahrheit, so ist die Räumung wahrscheinlich auf höheren Befehl von Seiten der Entente erfolgt. Jedenfalls wäre damit von der dortigen deutschen Bevölkerung ein unleidlicher Druck genommen. Um so schwerer aber lastet dieser auf den Deutschen im südslawischen Staate, soweit es sich wenigstens um ehemalige österreichische Gebiete handelt. In Krain, wo die Laibacher Landesregierung von Belgrad aus den Deutschen gegenüber freie Hand hat, sind bereits alle deutschen Kultureinrichtungen, Schulen, Theater, Vereine usw. fast restlos vernichtet. Die Schul- und Kindergartengebäude des Deutschen Schulvereins sind alle beschlagnahmt und werden nun vom Staat und zu dessen Gunsten an die Gemeinden oder an Private verkauft. Die deutschösterreichische Regierung steht dem machtlos gegenüber, da sie nicht einmal weiß, welche Sonderzugeständnisse nach dieser Hinsicht den Südslawen bei Unterschrift des Friedens von Saint Germain im Geheimen gemacht worden sind, wie sich in einem besonderen Falle herausgestellt hat. Die neueste Erfindung der Slowenen, die der Aneignung deutschösterreichischen und reichsdeutschen Vermögens dient, ist die sog. „Nationalisierung des Vermögens“. Sie besteht, darin, daß alle, Deutschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, gehörigen Unternehmungen sequestriert oder beschlagnahmt werden. Zum Sequester oder Verwalter dieser Unternehmungen werden stets mit ausgesprochener Absicht solche Leute bestellt, die ein persönliches Interesse dabei haben, also besonders die bisherigen slowenischen Konkurrenten der deutschen Unternehmer. Diese Zwangsverwalter suchen nun die wahren Eigentümer möglichst zu drangsalieren und erreichen damit oft genug, daß diese ihnen ihr Eigentum weit unter dem wahren Werte überlassen. Damit wird allerdings die Verschiebung deutschen Vermögens in slowenische Hände auf das allereinfachste durchgeführt. Charakteristisch ist der Bescheid, der einer zaghaften Anfrage der deutsch-österreichischen Regierung bezüglich der Auflösung sämtlicher Schulvereins- und Südmark-Ortsgruppen von Seiten der südslawischen Regierung zuteil ward. Die Bitte um Rück-

gängigmachung der verfügbaren Maßregeln wird abgeschlagen und außerdem verbietet die südslawische Regierung jede weitere Anfrage, „weil der eingenommene Standpunkt unabänderlich ist“. Deutsch-Österreich aber wird gezwungen, auf die kleinsten nationalen Minderheiten die weitestgehenden Rücksichten zu nehmen! Auch ein Beitrag zum Kapitel Selbstbestimmungsrecht und Völkerverbrüderung.

B. I.

Ungarn.

Die Frage des deutschen Westungarn harrt noch immer vergeblich der endgültigen Lösung. Allerdings hat erst kürzlich Clemenceau bei dem letzten Besuche des österreichischen Staatskanzlers Dr. Renner in Paris diesem erklärt, in Sachen Westungarns habe die Entente mit dem Frieden von Saint Germain, der dieses Gebiet Deutschösterreich zuspricht, ihr letztes Wort gesagt, aber in Ungarn macht man alle Anstrengungen, daß diesem letzten ein allerletztes Wort folge, das schließlich Deutschwestungarn bei Ungarn beläßt. Die ungarische Friedensgesandtschaft ist unter der Führung des in allen politischen Künsten wohlverfahrenen Grafen Albert Apponyi nach Neuilly abgereist, um endgültige Abmachungen mit dem „Großen Rate“ der Entente zu treffen. Unter seinen Begleitern befindet sich auch als Vertreter Westungarns der Kooperator (katholischer Hilfsprediger) Dr. Johann Huber, dessen Aufgabe es ist, dem Großen Rate als Sohn Deutschwestungarns, wo er geboren ist, darzulegen, daß die dortigen Deutschen nichts sehnlicher wünschen, als bei Ungarn zu verbleiben. Den Auftrag hierzu hat er allerdings nicht von seinen Stammesgenossen in seiner Heimat, sondern von der magyarischen Regierung in Budapest erhalten. Dr. Huber ist nämlich derzeit in politischer Verwendung, und zwar ist er dem Minister für Minderheitenschutz, Professor Jakob Bleyer, der bereits des öfteren an dieser Stelle genannt wurde, beigegeben, und gleich diesem ein fanatischer Anhänger der Erhaltung Deutschwestungarns bei Ungarn. Damit der Anschein erweckt werde, als ob die dortige deutsche Bevölkerung durchaus derselben Meinung wäre, bemüht sich Minister Bleyer, entsprechende Kundgebungen zustande zu bringen. Dabei bedient er sich genau derselben sonderbaren Mittel, die schon vor dem Kriege von magyarischer Seite so virtuos zur Täuschung des Auslandes angewendet worden sind. So zum Beispiel erhielten kürzlich mehrere deutsche Gemeinden Westungarns den Auftrag, nicht etwa solche Kundgebungen durch Versammlungen zu veranlassen, denn diese wären niemals zusammengekommen, sondern Drahtberichte über angeblich stattgefundene Versammlungen nach Budapest zu senden mit der Mitteilung, 90 vom Hundert der Anwesenden hätten sich für das Verbleiben bei Ungarn ausgesprochen. Diese Drahtberichte wurden der ungarischen Friedensgesandtschaft sodann auf die Reise mitgegeben. Daß die angeblichen Versammlungen in Wahrheit niemals stattgefunden haben, werden freilich die ahnungslosen Ententevertreter nicht vermuten. Bleyer hat früher wiederholt den Versuch gemacht, selbst Versammlungen zu dem angegebenen Zwecke in Westungarn abzuhalten, aber meist mit völlig negativem Erfolge; so zum Beispiel in dem Städtchen Oberwarth, wo aber die vielen Fragen, die die deutschen Bauern an ihn stellten, zum Beispiel die sehr kitzliche, wann endlich die versprochene deutsche Amtssprache eingeführt werde, den Minister derartig in Verlegenheit setzten, daß er offenbar die Lust an weiteren solchen Versuchen, die deutsche Bevölkerung zu gewinnen, verlor und sich nun auf die geschilderte geniale Weise die nötigen Kundgebungen verschafft. — Während hier

also noch immer alles in der Schwebe ist, scheint sich das Verhältnis der deutschen Einwohner in dem zu Rumänien geschlagenen Banate einstweilen ganz annehmbar zu gestalten. Die deutschen Organisationen werden von den rumänischen Behörden nicht weiter gestört und es arbeiten dort bereits viele deutsche Bauernvereine, die deutsche Volkspartei und der deutsche Kulturbund. Am 12. Dezember v. J. erklärte in der rumänischen Kammer der Minister Cicio-Popp, daß die seinerzeit von der rumänisch-siebenbürgischen Landesversammlung in Karlsburg den nationalen Minderheiten zugesagten Rechte ungeschmälert erhalten bleiben sollten, und der Führer der Deutschen, Abgeordneter Rudolf Brandsch, anerkannte, daß die in den deutschen Gebieten Siebenbürgens und des Banates vollzogenen Kammerwahlen in Ordnung und in voller Freiheit verlaufen seien. (Man vergleiche allerdings hierzu die von uns gebrachte Meldung, daß Brandsch in der rumänischen Volksvertretung verhindert wurde, deutsch zu sprechen. Die Schriftleitung.) Ob von den bevorstehenden Wahlen in Ungarn dasselbe wird gesagt werden dürfen, kann füglich nach bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden.

England.

In England leben zurzeit nach einer Mitteilung des Staatssekretärs des Innern 22440 Angehörige der ehemals feindlichen Nationen, darunter 13766 Deutsche. Der Staatssekretär berichtet dazu, daß keine Ausweisungen auf Grund des Ausländergesetzes vom Jahre 1919 stattgefunden hätten.

Es wurde ein Anlauf zur Beseitigung des Hasses gemacht, aber er mißlang! Die englische Royal Society beschloß der „Voss. Ztg.“ zufolge im Dezember, dem Berliner Professor Einstein für seine wissenschaftlichen Leistungen die Goldene Medaille zu verleihen, wovon der deutsche Gelehrte, wenn auch inoffiziell, in Kenntnis gesetzt wurde. In der Januarsitzung der englischen Akademie der Wissenschaften, wie sie die Royal Society darstellt, erhoben aber einige Mitglieder aus politischen Gründen Protest: Ein Deutscher, und zumal noch ein Berliner, dürfe eine solche englische Ehrung nicht erhalten. Nach ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen siegte diese Ansicht, es wurde von einer Ehrung Abstand genommen und die Medaille kam nicht zur Verteilung.

Die englischen Lotsen beklagen sich bitter darüber, daß auf der Höhe von Dungeness im „English Channel“ das deutsche Lotsenschiff „Nordsee“ stationiert sei, das ihnen schwere Konkurrenz mache, da norwegische, schwedische, japanische und selbst amerikanische Dampfer sich seiner Lotsen statt der englischen bedienen, weil sie dadurch dank der niedrigen deutschen Valuta weit billiger führen. Eine Eingabe an die Regierung soll dagegen Abhilfe schaffen.

Frankreich.

Ein Pariser Professor der Universität schrieb dem deutschen Chemieprofessor Starck in Greifswald einen Brief mit höflicher Anerkennung seiner letzten Entdeckungen, für die der Gelehrte den Nobelpreis erhalten hat, und bat um das Recht, die Arbeiten übersetzen zu dürfen. Professor Starck lehnte höflich aber bestimmt ab; so lange Frankreich seine Politik brutalsten Hasses gegen Deutschland fortsetze und sich der Wiedervereinigung abgetrennter deutscher Volksteile mit dem Reiche widersetze, müsse er es ablehnen, Beziehungen zu französischen Gelehrten aufzunehmen.

Marokko.

Die Presse von Marokko veröffentlichte ein „Dahir“ des Sultans, das über den Aufenthalt der Deutschen folgende Bestimmungen trifft: 1. Jeder Deutsche, der seinen Wohnsitz in

Marokko zu nehmen gedenkt, muß die Erlaubnis von der Regierung des Sultans haben. Diese Erlaubnis ist persönlich und gilt nicht ohne weiteres für die Familienangehörigen. 2. Jeder Deutsche, der in Marokko erbt, ist verpflichtet, innerhalb eines Jahres den erworbenen Besitz an einen Nichtdeutschen zu veräußern. 3. Wird die Erlaubnis zum Aufenthalt in Marokko widerrufen, so wird eine Frist von drei Monaten zur Liquidierung des Eigentums gegeben.

Südwestafrika.

Die Lage der Deutschen in Südwestafrika beurteilt Rudolf Kindt in der „Deutschen Politik“ günstig. Man dürfe mit Sicherheit annehmen, daß, nachdem die Union von Südafrika das Mandat über das deutsche Schutzgebiet übernommen hat, Deutsche nicht mehr wie unter der englischen Herrschaft des Landes verwiesen würden. In Südafrika wisse man die Bedeutung deutscher Siedlung und Kulturarbeit wohl zu schätzen. Das während des Krieges gestörte Verhältnis zu den Eingeborenen habe wieder freundlichere Formen angenommen. Die einige Zeit schwierigen Geldverhältnisse hätten sich geregelt. Im Eisenbahnbetrieb habe man deutsche Führer, Heizer und Arbeiter wieder eingestellt; ebenso wie in den großen Werkstätten der Otavibahn in Usako. Der weitaus größte Teil der Farmer habe seinen Besitz festgehalten. Der wirtschaftliche Wert der großen Weideflächen in Damara und Lamaland werde viele Söhne reicher Farmer aus Südafrika nach Südwest ziehen. Auf organisatorischer hem Gebiete hätten die deutschen Farmer hervorragendes geleistet und ihre wirtschaftliche Zukunft so ziemlich gesichert. Dem „Wirtschaftlichen Verein“ in Okahandja reihten sich bald gleichartige Genossenschaften in fast allen Bezirken an. Die Spitze bilde der „Wirtschaftliche Verband“. Dieser Verkaufsstelle sei es gelungen, den unerklärlichen Zustand unzureichender Viehpreise zu beseitigen. Die „Farmwirtschaftsgesellschaft“ mache es sich zur Aufgabe, die südwestafrikanische Farmerschaft durch Aufklärung und Belehrung auf allen Gebieten zu unterstützen. Die deutschen kaufmännischen Vereinigungen würden hoffentlich auch weiterhin bestehen bleiben.

Ausweisungen aus Canada.

Die Montrealer Militärbehörden haben am 20. d. M. bekanntgegeben, daß seit der Waffenstillstandserklärung über 1000 feindliche Ausländer von Canada in ihre Geburtsländer deportiert wurden. Es waren hauptsächlich Österreicher und Deutsche, aber auch einige russische „Rote“. Seit dem Ausbruch der Winnepeger revolutionären Bewegung im Sommer letzten Jahres wurden mehr als 100 russische und andere „Rote“ in Internierungslager gesteckt und dort unter militärischer Überwachung festgehalten bis zu ihrem Heimtransport, in der gleichen Weise, wie jüngst die Vereinigten Staaten ihre fremdländischen Revolutionäre ausgekehrt haben.

Brasilien.

Während des Krieges hatte man die Namen der Ortschaften Nowo Hamburgo und Hamburger Berg umgewandelt in Borges de Madeiros und Genuino Sampaio. 74 Geschäftsleute, Industrielle und Bankhäuser, protestierten jetzt energisch dagegen. Darauf ist, nachdem auch der Staatspräsident die Hergabe seines Namens zu dieser Umtaufe verweigert hatte, den „Hamb. Nachr.“ zufolge die Umbenennung gesetzlich verworfen und nur die von Hamburger Berg in Hamburgo Velho genehmigt worden.

Chile.

Gegen falsche deutsche Berichterstattung wendet sich die Deutsche Zeitung für Chile vom 13. Dezember 1919 unter Bezugnahme auf eine Nachricht, welche der Schutzbund deutscher Auswanderer in Hamburg von seiner Vertrauensstelle

in Santiago erhalten haben wollte. Von dem dort berichteten Stimmungsumschwung in den militärischen Kreisen Chiles und einer Umbildung der chilenischen Armee durch englische Instrukteure ist dem Blatte nichts bekannt. Vielmehr lebt im Offizierkorps der chilenischen Armee nach wie vor die Überzeugung, daß das alte deutsche Militärsystem das beste der Welt sei und die Prüfung des Krieges glänzend bestanden habe. Bei der großen Höhe, die die Ausbildung und Disziplin des chilenischen Heeres und seines Offizierkorps erreicht habe, sei gar nicht zu erwarten, daß wieder fremde Instrukteure geholt würden.

In den „Monatsblättern des deutsch-chilenischen Bundes“, Heft 1—3, Januar bis März 1919, die uns erst jetzt übersandt werden, finden wir einen Aufruf des Bundes an die Deutschen, die Deutsch-Chilenen und Freunde, der beginnt: „Nach Taten heischen unsere Tage, nicht nach Worten.“ In markanten Sätzen wendet sich die Bundesleitung an alle Deutschsprechenden und deutsch Fühlenden mit einem Mahnruf zur Einigkeit. „Unerschütterlich fest steht unser Glaube an die Ewigkeit des Deutschtums und an die unverwüßliche Kraft und Gesundheit des deutschen Volkes“ ... „Deutsch muß deutsch bleiben! Unser Sinn für die Ideale unvergänglicher Werte und Güter, unser aufnahmefähiges Gemüt für alles Wahre, Gute und Schöne, unsere Gründlichkeit, Innerlichkeit und Tiefe, unsere Gewissenhaftigkeit und unsern Ernst und Freude am Leben, alles das kann man uns nicht nehmen, das können alle Erschütterungen und Umwälzungen nicht zerstören, das ist die Seele des Deutschtums, die lebt und ewig leben wird.“ Der Bund kämpft, so heißt es weiter, gegen Eigenbrödelei und selbstische Interessen zum Zusammenschluß alles Deutschen.

Japan.

Ausländer können in Japan kein Eigentum an Grund und Boden erwerben, sondern nur Grundstücke pachten oder Erbaurechte an solchen innehaben. Ein vor zehn Jahren verabschiedetes Gesetz, das den Ausländern den Erwerb von Eigentum in Japan unter gewissen Einschränkungen erlaubte, ist niemals in Kraft getreten. Der Industrie- und Handelszeitung zufolge will die japanische Regierung dem Parlament einen neuen Gesetzentwurf vorlegen. Es soll darnach nicht mehr notwendig sein, daß der Ausländer oder die ausländische juristische Person, die Grundbesitz erwerben will, ihren Wohnsitz, beziehungsweise eine Niederlassung in Japan haben muß. Dagegen sollen folgende Bedingungen bestehen bleiben: Gegenseitigkeit des Staates, dem der Ausländer oder die fremde juristische Personen angehört, bezüglich des Erwerbes von Grundeigentum durch Japaner, Genehmigung des Ministeriums des Innern für den Grunderwerb durch ausländische juristische Personen und Verbot des Grunderwerbs durch Ausländer in gewissen strategisch wichtigen Zonen und in den japanischen „Kolonien“ (Formosa, Sachalin und Hokkaido).

Sumatra.

Das Deutschtum auf Sumatra hat, speziell in den Gouvernements Ostküste und Atjeh, in den letzten 15 bis 20 Jahren an Bedeutung verloren. Wenn auch die Anzahl der dort lebenden Deutschen zunahm — sie beträgt zurzeit ungefähr 300 männliche Deutsche in beiden Bezirken —, so hielt die Einwanderung doch mit der holländischen und englischen nicht Schritt. Außerdem zogen sich deutsches Kapital und deutscher Besitz immer mehr zurück. Immerhin bekleiden noch eine ganze Anzahl Deutscher angesehene Stellungen als Plantagenleiter und Plantagenassistenten. Ferner treiben fünf größere Häuser in Medan, Siantar und Sihoga Importgeschäfte.

KLEINE NACHRICHTEN

Spenden aus dem Ausland.

Der Bürgerbund von Michigan hat dem Stadtrat in München für notleidende Münchener Kinder eine Spende von 22 000 Mark überwiesen.

Das bekannte Mitglied der Kopenhagener deutschen Kolonie, der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Kopenhagen, Direktor H. Prins von der Cycle Aktieselskabet, der auch Mitglied des Ausstellungskomitees der Kopenhagener Internationalen Automobilausstellung ist, wurde bei der am 7. Februar abgehaltenen Generalversammlung des Dänischen Automobil- und Fahrradgrossistenvereins in den Vorstand gewählt.

Kristiania. Deutsche Vorlesungen. Pfarrer Günther hält seine Vorlesung über Richard Wagners Gedankenwelt, die er wegen Erkrankung im letzten Semester absagen mußte, vom 28. Januar ab an der Universität öffentlich. Für das Frühlingssemester sind ihm wöchentlich 2 Stunden praktischer Übungen in neuerer deutscher Literatur übertragen worden, zu denen nur Studenten Zutritt haben.

In Berlin sollen **Schulzirkel für baltische Kinder** eingerichtet werden im Umfang der Vorschulklassen, sowie auch der Sexta und Quinta des deutschen Realgymnasiums. Der Unterricht soll in einer Privatwohnung in den Vormittagsstunden durch baltische Lehrkräfte stattfinden. Die Vorbereitungen liegen in den Händen des ehemaligen Dozenten an der Kriegsakademie, Reinhold von der Osten-Sacken.

Straßburg. Spaltung in der Studentenschaft. Bei den Wahlen zum Studentenausschuß verlangten die aus dem Innern Frankreichs stammenden Studenten, es dürfe kein Student aufgenommen werden, der im deutschen Heere gedient habe. Daraufhin traten die elsässischen Studenten aus der Studentenschaft überhaupt aus und begründeten einen neuen Verband, den nur seinerseits keine Franzosen aufnimmt.

Auch die Heidelberger Studentenschaft hat nun durch ihren Studentenausschuß einen Beschluß fassen lassen, wonach sie bittet, ausländische Studenten nicht eher zur Immatrikulation zuzulassen, als bis alle Gefangenen zurückgeschafft sind. Ausländische Studenten könnten nach Friedensschluß wieder zugelassen werden, wenn sie in ihrer Valuta bezahlten.

Der Abgeordnete Duschke hat an die Regierung eine Anfrage gestellt, was sie angesichts der Notlage der vertriebenen Elsaß-Lothringer zu tun gedenke. Die Regierung wird gefragt, ob ihr die Notlage bekannt sei und ob sie darauf hinwirken wolle, daß die Entschädigungen bald ausgezahlt werden. Da inzwischen die Richtlinien für die Vorentscheidung bereits erschienen sind, ist die Anfrage schon zum Teil überholt.

Zum deutschen Geschäftsträger in Argentinien ist Geheimerat Dr. Olshausen bestimmt worden. Er wird bereits in nächster Zeit nach Buenos Aires abfahren.

KIRCHE UND MISSION

Die deutsche Mission.

Die Gesamtlage der deutschen Missionen ergibt nach dem „Freien Missionsblatt“, daß die deutsche Mission keineswegs vernichtet ist. Gehemmt ist sie nur vorläufig in Britisch Indien, in Kamerun, wahrscheinlich dauernd verloren in Ostafrika und in Honkong. Übriggeblieben ist noch die gesamte Missions-

also noch immer alles in der Schwebe ist, scheint sich das Verhältnis der deutschen Einwohner in dem zu Rumänien geschlagenen Banate einstweilen ganz annehmbar zu gestalten. Die deutschen Organisationen werden von den rumänischen Behörden nicht weiter gestört und es arbeiten dort bereits viele deutsche Bauernvereine, die deutsche Volkspartei und der deutsche Kulturbund. Am 12. Dezember v. J. erklärte in der rumänischen Kammer der Minister Cicio-Popp, daß die seinerzeit von der rumänisch-siebenbürgischen Landesversammlung in Karlsburg den nationalen Minderheiten zugesagten Rechte ungeschmälert erhalten bleiben sollten, und der Führer der Deutschen, Abgeordneter Rudolf Brandsch, anerkannte, daß die in den deutschen Gebieten Siebenbürgens und des Banates vollzogenen Kammerwahlen in Ordnung und in voller Freiheit verlaufen seien. (Man vergleiche allerdings hierzu die von uns gebrachte Meldung, daß Brandsch in der rumänischen Volksvertretung verhindert wurde, deutsch zu sprechen. Die Schriftleitung.) Ob von den bevorstehenden Wahlen in Ungarn dasselbe wird gesagt werden dürfen, kann füglich nach bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden.

England.

B. I.

In England leben zurzeit nach einer Mitteilung des Staatssekretärs des Innern 22440 Angehörige der ehemals feindlichen Nationen, darunter 13766 Deutsche. Der Staatssekretär berichtet dazu, daß keine Ausweisungen auf Grund des Ausländergesetzes vom Jahre 1919 stattgefunden hätten.

Es wurde ein Anlauf zur Beseitigung des Hasses gemacht, aber er mißlang! Die englische Royal Society beschloß der „Voss. Ztg.“ zufolge im Dezember, dem Berliner Professor Einstein für seine wissenschaftlichen Leistungen die Goldene Medaille zu verleihen, wovon der deutsche Gelehrte, wenn auch inoffiziell, in Kenntnis gesetzt wurde. In der Januarsitzung der englischen Akademie der Wissenschaften, wie sie die Royal Society darstellt, erhoben aber einige Mitglieder aus politischen Gründen Protest: Ein Deutscher, und zumal noch ein Berliner, dürfe eine solche englische Ehrung nicht erhalten. Nach ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen siegte diese Ansicht, es wurde von einer Ehrung Abstand genommen und die Medaille kam nicht zur Verteilung.

Die englischen Lotsen beklagen sich bitter darüber, daß auf der Höhe von Dungeness im „English Channel“ das deutsche Lotsenschiff „Nordsee“ stationiert sei, das ihnen schwere Konkurrenz mache, da norwegische, schwedische, japanische und selbst amerikanische Dampfer sich seiner Lotsen statt der englischen bedienen, weil sie dadurch dank der niedrigen deutschen Valuta weit billiger führen. Eine Eingabe an die Regierung soll dagegen Abhilfe schaffen.

Frankreich.

Ein Pariser Professor der Universität schrieb dem deutschen Chemieprofessor Starck in Greifswald einen Brief mit höflicher Anerkennung seiner letzten Entdeckungen, für die der Gelehrte den Nobelpreis erhalten hat, und bat um das Recht, die Arbeiten übersetzen zu dürfen. Professor Starck lehnte höflich aber bestimmt ab; so lange Frankreich seine Politik brutalsten Hasses gegen Deutschland fortsetze und sich der Wiedervereinigung abgetrennter deutscher Volksteile mit dem Reiche widersetze, müsse er es ablehnen, Beziehungen zu französischen Gelehrten aufzunehmen.

Marokko.

Die Presse von Marokko veröffentlichte ein „Dahir“ des Sultans, das über den Aufenthalt der Deutschen folgende Bestimmungen trifft: 1. Jeder Deutsche, der seinen Wohnsitz in

Marokko zu nehmen gedenkt, muß die Erlaubnis von der Regierung des Sultans haben. Diese Erlaubnis ist persönlich und gilt nicht ohne weiteres für die Familienangehörigen. 2. Jeder Deutsche, der in Marokko erbt, ist verpflichtet, innerhalb eines Jahres den erworbenen Besitz an einen Nichtdeutschen zu veräußern. 3. Wird die Erlaubnis zum Aufenthalt in Marokko widerrufen, so wird eine Frist von drei Monaten zur Liquidierung des Eigentums gegeben.

Südwestafrika.

Die Lage der Deutschen in Südwestafrika beurteilt Rudolf Kindt in der „Deutschen Politik“ günstig. Man dürfe mit Sicherheit annehmen, daß, nachdem die Union von Südafrika das Mandat über das deutsche Schutzgebiet übernommen hat, Deutsche nicht mehr wie unter der englischen Herrschaft des Landes verwiesen würden. In Südafrika wisse man die Bedeutung deutscher Siedlung und Kulturarbeit wohl zu schätzen. Das während des Krieges gestörte Verhältnis zu den Eingeborenen habe wieder freundlichere Formen angenommen. Die einige Zeit schwierigen Geldverhältnisse hätten sich geregelt. Im Eisenbahnbetrieb habe man deutsche Führer, Heizer und Arbeiter wieder eingestellt; ebenso wie in den großen Werkstätten der Otavibahn in Usako. Der weitaus größte Teil der Farmer habe seinen Besitz festgehalten. Der wirtschaftliche Wert der großen Weideflächen in Damara und Lamaland werde viele Söhne reicher Farmer aus Südafrika nach Südwest ziehen. Auf organisatorischer Seite hätten die deutschen Farmer hervorragendes geleistet und ihre wirtschaftliche Zukunft so ziemlich gesichert. Dem „Wirtschaftlichen Verein“ in Okahandja reihten sich bald gleichartige Genossenschaften in fast allen Bezirken an. Die Spitze bilde der „Wirtschaftliche Verband“. Dieser Verkaufsstelle sei es gelungen, den unerklärlichen Zustand unzureichender Viehpreise zu beseitigen. Die „Farmwirtschaftsgesellschaft“ mache es sich zur Aufgabe, die südwestafrikanische Farmerschaft durch Aufklärung und Belehrung auf allen Gebieten zu unterstützen. Die deutschen kaufmännischen Vereinigungen würden hoffentlich auch weiterhin bestehen bleiben.

Ausweisungen aus Canada.

Die Montrealer Militärbehörden haben am 20. d. M. bekanntgegeben, daß seit der Waffenstillstandserklärung über 1000 feindliche Ausländer von Canada in ihre Geburtsländer deportiert wurden. Es waren hauptsächlich Österreicher und Deutsche, aber auch einige russische „Rote“. Seit dem Ausbruch der Winnepeger revolutionären Bewegung im Sommer letzten Jahres wurden mehr als 100 russische und andere „Rote“ in Internierungslager gesteckt und dort unter militärischer Überwachung festgehalten bis zu ihrem Heimtransport, in der gleichen Weise, wie jüngst die Vereinigten Staaten ihre fremdländischen Revolutionäre ausgekehrt haben.

Brasilien.

Während des Krieges hatte man die Namen der Ortschaften Nowo Hamburgo und Hamburger Berg umgewandelt in Borges de Madeiros und Genuino Sampaio. 74 Geschäftsleute, Industrielle und Bankhäuser, protestierten jetzt energisch dagegen. Darauf ist, nachdem auch der Staatspräsident die Hergabe seines Namens zu dieser Umtaufe verweigert hatte, den „Hamb. Nachr.“ zufolge die Umbenennung gesetzlich verworfen und nur die von Hamburger Berg in Hamburgo Velho genehmigt worden.

Chile.

Gegen falsche deutsche Berichterstattung wendet sich die Deutsche Zeitung für Chile vom 13. Dezember 1919 unter Bezugnahme auf eine Nachricht, welche der Schutzbund deutscher Auswanderer in Hamburg von seiner Vertrauensstelle

in Santiago erhalten haben wollte. Von dem dort berichteten Stimmungsumschwung in den militärischen Kreisen Chiles und einer Umbildung der chilenischen Armee durch englische Instrukturen ist dem Blatte nichts bekannt. Vielmehr lebt im Offizierkorps der chilenischen Armee nach wie vor die Überzeugung, daß das alte deutsche Militärsystem das beste der Welt sei und die Prüfung des Krieges glänzend bestanden habe. Bei der großen Höhe, die die Ausbildung und Disziplin des chilenischen Heeres und seines Offizierkorps erreicht habe, sei gar nicht zu erwarten, daß wieder fremde Instrukturen geholt würden.

In den „Monatsblättern des deutsch-chilenischen Bundes“. Heft 1—3, Januar bis März 1919, die uns erst jetzt übersandt werden, finden wir einen Aufruf des Bundes an die Deutschen, die Deutsch-Chilenen und Freunde, der beginnt: „Nach Taten heischen unsere Tage, nicht nach Worten.“ In markanten Sätzen wendet sich die Bundesleitung an alle Deutschsprechenden und deutsch Fühlenden mit einem Mahnruf zur Einigkeit. „Unerschütterlich fest steht unser Glaube an die Ewigkeit des Deutschtums und an die unverwüßliche Kraft und Gesundheit des deutschen Volkes“ ... „Deutsch muß deutsch bleiben! Unser Sinn für die Ideale unvergänglicher Werte und Güter, unser aufnahmefähiges Gemüt für alles Wahre, Gute und Schöne, unsere Gründlichkeit, Innerlichkeit und Tiefe, unsere Gewissenhaftigkeit und unsern Ernst und Freude am Leben, alles das kann man uns nicht nehmen, das können alle Erschütterungen und Umwälzungen nicht zerstören, das ist die Seele des Deutschtums, die lebt und ewig leben wird.“ Der Bund kämpft, so heißt es weiter, gegen Eigenbrödelei und selbstische Interessen zum Zusammenschluß alles Deutschen.

Japan.

Ausländer können in Japan kein Eigentum an Grund und Boden erwerben, sondern nur Grundstücke pachten oder Erbaurechte an solchen innehaben. Ein vor zehn Jahren verabschiedetes Gesetz, das den Ausländern den Erwerb von Eigentum in Japan unter gewissen Einschränkungen erlaube, ist niemals in Kraft getreten. Der Industrie- und Handelszeitung zufolge will die japanische Regierung dem Parlament einen neuen Gesetzentwurf vorlegen. Es soll darnach nicht mehr notwendig sein, daß der Ausländer oder die ausländische juristische Person, die Grundbesitz erwerben will, ihren Wohnsitz, beziehungsweise eine Niederlassung in Japan haben muß. Dagegen sollen folgende Bedingungen bestehen bleiben: Gegenseitigkeit des Staates, dem der Ausländer oder die fremde juristische Personen angehört, bezüglich des Erwerbes von Grundeigentum durch Japaner, Genehmigung des Ministeriums des Innern für den Grunderwerb durch ausländische juristische Personen und Verbot des Grunderwerbs durch Ausländer in gewissen strategisch wichtigen Zonen und in den japanischen „Kolonien“ (Formosa, Sachalin und Hokkaido).

Sumatra.

Das Deutschtum auf Sumatra hat, speziell in den Gouvernements Ostküste und Atjeh, in den letzten 15 bis 20 Jahren an Bedeutung verloren. Wenn auch die Anzahl der dort lebenden Deutschen zunahm — sie beträgt zurzeit ungefähr 300 männliche Deutsche in beiden Bezirken —, so hielt die Einwanderung doch mit der holländischen und englischen nicht Schritt. Außerdem zogen sich deutsches Kapital und deutscher Besitz immer mehr zurück. Immerhin bekleiden noch eine ganze Anzahl Deutscher angesehene Stellen als Plantagenleiter und Plantagenassistenten. Ferner treiben fünf größere Häuser in Medan, Siantar und Sihoga Importgeschäfte.

KLEINE NACHRICHTEN

Spenden aus dem Ausland.

Der Bürgerbund von Michigan hat dem Stadtrat in München für notleidende Münchener Kinder eine Spende von 22 000 Mark überwiesen.

Das bekannte Mitglied der Kopenhagener deutschen Kolonie, der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Kopenhagen, Direktor H. Prins von der Cycle Aktieselskabet, der auch Mitglied des Ausstellungskomitees der Kopenhagener Internationalen Automobilausstellung ist, wurde bei der am 7. Februar abgehaltenen Generalversammlung des Dänischen Automobil- und Fahrradgrossistenvereins in den Vorstand gewählt.

§ Kristiania. Deutsche Vorlesungen. Pfarrer Günther hält seine Vorlesung über Richard Wagners Gedankenwelt, die er wegen Erkrankung im letzten Semester absagen mußte, vom 28. Januar ab an der Universität öffentlich. Für das Frühlingsemester sind ihm wöchentlich 2 Stunden praktischer Übungen in neuerer deutscher Literatur übertragen worden, zu denen nur Studenten Zutritt haben.

In Berlin sollen **Schulzirkel für baltische Kinder** eingerichtet werden im Umfang der Vorschulklassen, sowie auch der Sexta und Quinta des deutschen Realgymnasiums. Der Unterricht soll in einer Privatwohnung in den Vormittagsstunden durch baltische Lehrkräfte stattfinden. Die Vorbereitungen liegen in den Händen des ehemaligen Dozenten an der Kriegsakademie, Reinhold von der Osten-Sacken.

Straßburg. Spaltung in der Studentenschaft. Bei den Wahlen zum Studentenausschuß verlangten die aus dem Innern Frankreichs stammenden Studenten, es dürfe kein Student aufgenommen werden, der im deutschen Heere gedient habe. Daraufhin traten die elsässischen Studenten aus der Studentenschaft überhaupt aus und begründeten einen neuen Verband, den nur seinerseits keine Franzosen aufnimmt.

Auch die Heidelberger Studentenschaft hat nun durch ihren Studentenausschuß einen Beschluß fassen lassen, wonach sie bittet, ausländische Studenten nicht eher zur Immatrikulation zuzulassen, als bis alle Gefangenen zurückgeschafft sind. Ausländische Studenten könnten nach Friedensschluß wieder zugelassen werden, wenn sie in ihrer Valuta bezahlt hätten.

Der Abgeordnete Duschke hat an die Regierung eine Anfrage gestellt, was sie angesichts der Notlage der vertriebenen Elsaß-Lothringer zu tun gedenke. Die Regierung wird gefragt, ob ihr die Notlage bekannt sei und ob sie darauf hinwirken wolle, daß die Entschädigungen bald ausgezahlt werden. Da inzwischen die Richtlinien für die Vorentscheidung bereits erschienen sind, ist die Anfrage schon zum Teil überholt.

Zum deutschen Geschäftsträger in Argentinien ist Geheimrat Dr. Olshausen bestimmt worden. Er wird bereits in nächster Zeit nach Buenos Aires abfahren.

KIRCHE UND MISSION

Die deutsche Mission.

Die Gesamtlage der deutschen Missionen ergibt nach dem „Freien Missionsblatt“, daß die deutsche Mission keineswegs vernichtet ist. Gehemmt ist sie nur vorläufig in Britisch Indien, in Kamerun, wahrscheinlich dauernd verloren in Ostafrika und in Honkong. Übriggeblieben ist noch die gesamte Missions-

arbeit im südländischen Kolonialreich, in Surinam, Südamerika, auf Sumatra, Nias und Mentawai, sowie Borneo. Auch in Tsingtau wirken noch deutsche Missionare, ebenso wie in Deutsch-Ostafrika, in Togo, vor allem in Deutsch-Südwestafrika. In letzterem Land ist die Mission durch die Deutschfreundlichkeit des Burengenerals Hertzog geschont worden. Für Südafrika und Südwestafrika ist die Hoffnung begründet, daß die deutschen Missionare unter ehrenhaften Bedingungen werden weiter arbeiten dürfen. Ebenso ist auf freie Entfaltung der Mission in Japan und China zu hoffen.

Von der evangelischen Kirche in Galizien.

In Lemberg fand am 11. und 12. Dezember 1919 unter dem Vorsitz des Superintendentenstellvertreters Pfarrer Dr. Theodor Zöckler aus Stanislaw eine bedeutsame Versammlung der Vertreter aller evangelischen Gemeinden Galiziens statt. Dieselbe beschloß einmütig, nachdem die bisherige österreichische evangelische Landeskirche sich aufgelöst hat, vorläufig einen eigenen Kirchenkörper in der Weise zu bilden, daß der galizische Superintendentialausschuß als oberste Kirchenbehörde die Leitung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten führen soll. Ihm zur Seite soll ein kirchlicher Ausschuß stehen, der aus der Mitte der kirchlichen Versammlung gewählt wurde, um die weitere Organisation durchzuführen und vor allem die schwere Frage der Erhaltung des Kirchen- und Schulwesens zu lösen. Die Evangelischen Galiziens sind gesonnen, unter allen Umständen ihr deutsches Schulwesen und ihre deutsche Kirchensprache zu erhalten. Sie hoffen auf staatliche Unterstützung des polnischen Staates, müssen aber, ehe diese bewilligt ist, was unter Umständen noch geraume Zeit dauern kann, das schwere Problem bewältigen, die nötigen Mittel lediglich aus eigener Kraft aufzubringen; auch sind sie fest entschlossen, keinerlei finanzielle Unterstützung anzunehmen, durch die sie gezwungen würden, in irgend einem Punkte sich die idealen Güter ihres Glaubens und Volkstums beeinträchtigen zu lassen. — Die Lemberger Versammlung war vom Geiste der Glaubenstreue und festen Zuversicht getragen; sie war besonders bemerkenswert, weil in ihr die in der ersten Hälfte des Jahres, infolge des Krieges zwischen Polen und Ruthenen, getrennten evangelischen Gemeinden Galiziens sich wieder zusammengefunden haben.

D. theol. Schiller

Missionssuperintendent D. theol. Schiller begeht im April ds. Js. sein 25jähriges Missionarsjubiläum. Am 18. April 1895 traf er in Japan ein und wurde alsbald ein hervorragender Kenner der japanischen Sprache. Im Jahre 1900 begründete er in Kyoto eine Hauptstation des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins, von der aus er eine Menge von Zweigstationen ins Leben rief. Er wurde bald auch Dozent für deutsche Sprache an der Kaiserlichen Universität und war auch Lehrer eines Kaiserlich Japanischen Prinzen und Veters des Kaisers. Der Zentralvorstand hat beschlossen, den verdienten Missionar dadurch zu ehren, daß er dessen dringenden Wunsch erfüllt und ein evangelisches Gemeindehaus in Japan baut, das, in japanischem Stile erstellt, für Gottesdienste und Versammlungen, für die Abendschule und für die Vereine sowie für eine kleine Buchhandlung Raum bietet. Die Kosten werden sich auf 70—80 000 Mk. belaufen. Der Verein bittet um Sonder Spenden für diesen Bau, der auch das deutsche Ansehen in Japan zu heben bestimmt wäre.

Vom Syrischen Waisenhaus.

Über die allgemeine Lage des syrischen Waisenhauses berichtet „Der Bote aus Zion“, daß bestimmt mit der Wieder-

aufnahme der Arbeit in absehbarer Zeit gerechnet werden könne. Die neue amerikanische Verwaltungsgesellschaft sei Anfang September ins Waisenhaus eingezogen, nachdem das amerikanische Rote Kreuz das Feld geräumt hatte. Allerdings müsse man vorderhand allen Maßnahmen ruhig zusehen, ohne irgend etwas sagen zu können. So ist vom neuen Schuljahr, dem 15. September ab, der Religionsunterricht ganz eingestellt worden. Ein arabischer Pastor hat daraufhin seine weitere Mitarbeit abgelehnt und hat abgedankt. Die Gottesdienste sind infolgedessen spärlich besucht. Dagegen sind die Veranstaltungen zur allgemeinen Unterhaltung und Belustigung, die in der Kirche stattfinden, um so besser besucht. Dann steht dort, wo bei der Abendmahlsfeier die heiligen Kelche standen, ein mächtiger Phonograph und läßt seine durchaus nicht immer kirchlichen Weisen ertönen. In Bir Salem ist das Filter des mit Pumpen versehenen Brunnens nicht wiederhergestellt worden, so daß die weit ausgedehnten Zitronen- und Apfelsinenpflanzungen nicht mehr recht bewässert werden können. So droht die Frucht fast 30jähriger mühsamer Arbeit zugrunde zu gehen. Den Gefangenen aus Palästina in Heluan bei Kairo geht es gesundheitlich und was die Ernährung anlangt, gut, aber „ein Käfig bleibt ein Käfig und wenn er von Gold ist“. Die Engländer haben inzwischen in Palästina, in dem unter türkischer Herrschaft vor und während des Kriegs 754 Kilometer Eisenbahn gebaut worden waren, über 500 Kilometer neue Bahnen gebaut. Sie haben mit der Aufforstung der Hügel in der Nähe Jerusalems und auf dem Karmelgebirge wieder begonnen, Haifa soll einen modernen Hafen bekommen, die neue englische Wasserleitung, die Jerusalem mit vorzüglichem Trinkwasser versorgt, arbeitet gut.

Mit den Kapuzinern der Karolinen und Marianen sind der Köln. Volksztg. zufolge auch die Hiltruper Missionare von den Marshall-Inseln durch die Eroberer ausgewiesen worden.

Bislang durften die Missionare auf Neu-Pommern, Neu-Mecklenburg und auf den Admiralitäts-Inseln verbleiben und auch weiter deutschen Unterricht erteilen. Doch ist man in Hilstrup über die Zukunft des Bismarck-Archipels sehr im ungewissen. Einer privaten Mitteilung, wonach auf den von den Japanern in Besitz genommenen Inseln alle deutschen Missionare ausgewiesen wurden, will man einstweilen noch keinen Glauben schenken.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Deutsche Schulbildung in Riga.

Einen dringenden Appell an die deutsche Bevölkerung Rigas richtet die „Rigaische Rundschau“. Die Stadt verlange in ihrer schweren finanziellen Bedrängnis von jedem Mittelschüler ein Schulgeld von 250 lettischen Rubeln jährlich, die deutschen Privatschulen, die keinerlei Unterstützung genossen, müßten noch höhere Sätze erheben, um überhaupt bestehen zu können. Ein Fünftel der Mittelschüler gestehe die Stadt allerdings freies Schulgeld zu. Von etwa 1200 deutschen Schülern könnten also 240 Freischüler sein, während 960 bezahlen müßten. Ein Viertel von diesen aber könne das unmöglich. Dieses Viertel müsse die Schule verlassen und bildungslos bleiben. Um diese Kinder der Verwahrlosung zu entziehen, wären laufend für das Schuljahr 60 000 lettische Rubel aufzubringen. Da die deutschen Privatschulen mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, so brauchten auch sie Mittel. Zur Erhaltung des deutschen Schulwesens in Riga seien also mindestens 120 000 Rubel nötig. Alles hänge davon ab, daß

die deutsche Gesellschaft diese Gelder aufbringt. Lieber müsse die deutsche Gesellschaft persönlich Opfer auf sich nehmen, als daß sie hier versagen dürfe.

Deutsches Schulwesen in Südwestafrika.

Wie aus Windhuk gemeldet wird, sind die ehemals staatlichen Schulen in Südwestafrika, deren Zukunft bisher in der Luft schwebte, nunmehr den örtlichen Schulvereinen übergeben worden. Es bestehen Schulen in Windhuk, Grootfontein, Tsumeb, Outje, Omaruru, Karibib, Usakos, Swakopmund, Okahandja, Gobabis, Gibeon, Maltahöhe, Keetmanshoop, Aus und Lüderitzbucht. Daneben wird die Realschule in Windhuk weiterbestehen. Der Zusammenschluß der lokalen Schulvereine zu einem Zentralverbande mit dem Sitz in Windhuk ist in Vorbereitung. Geschäftsführer des Verbandes, an den alle Zuschriften und Sendungen zu richten sind, ist Josef Hülsmann, Postfach 87, Windhuk. — Der Windhuker „Allgemeinen Zeitung“ entnehmen wir, daß gerade die wohlhabendere Bevölkerung, insbesondere die großen Firmen und die Siedler im Lande, anscheinend noch nicht das volle Verständnis dafür haben, daß die Zukunft der Deutschen in Südwest auf einer guten deutschen Schulung beruht. Sonst wären wohl auch aus diesen Kreisen nun, wo die deutsche Kolonie ganz auf Selbsthilfe angewiesen ist, reichlichere Beiträge eingegangen. Es ist zu hoffen, daß die Erkenntnis sich noch Bahn bricht und die Arbeit der deutschen Schule in Südwest aus allen Schichten der Bevölkerung die Unterstützung findet, die sie verdient.

Die Germania-Schule in Buenos Aires hat in dankenswerter Weise zu Ende des Jahres 1919 eine Kleidersammlung veranstaltet, mit deren Ergebnis Leipzig beschenkt wurde. Der Oberbürgermeister der Stadt hat der Schulleitung ein Dankschreiben zugesandt. Die Sammlung soll fortgesetzt werden. —

Córdoba (Argentinien). Die deutsche Schule ist nach dem Jahresbericht von 1919 erfreulicherweise auf dem besten Wege, die während der Kriegsjahre erlittenen Rückschläge zu überwinden. Viele frühere Schüler, und zwar nicht nur deutsche, sind wieder eingetreten. Der Lehrplan wurde unter Professor Dr. Keipers Beirat vom Anstaltsleiter, Herrn Bürcklin, reformiert, die finanzielle Lage durch namhafte Zuweisungen, besonders des Deutschen Volksbundes in Argentinien, sichergestellt. Der Bericht sagt: „Im Ganzen genommen unterliegt es keinem Zweifel, daß unsere Schule unter der neuen Leitung bereits erfreuliche Fortschritte gemacht hat, der tote Punkt unserer Entwicklung ist überwunden, mit neuer Hoffnung können wir das langjährige Werk unserer Kolonie fortführen.“

Die Schweizer Schule in Romang (Santa Fé). Dem „Argentinischen Wochenblatt“ wird gemeldet: Am Sonnabend, den 13. 12. 1919, fand hier in der deutschen, beziehungsweise Schweizer Schule das Examen statt. Seit langen Jahren hat die Schule, wie wohl fast alle, schwer um ihre Existenz zu ringen. In erster Linie war und ist die finanzielle Lage nichts weniger als rosig, ebenso war seit Jahren die Lehrerfrage eine Kalamität. Seit der jetzige Lehrer, Herr Praun, die Leitung der Schule in seine Hände nahm, ist in dieser Hinsicht vieles gebessert, und die wohltätigen Folgen zeigten sich bei der Schlußprüfung. Daß für letztere großes Interesse vorhanden war, zeigte der äußerst zahlreiche Besuch; und erfreulicherweise waren viele Mitglieder der nichtdeutschen Gesellschaft Romangs anwesend. Natürlich auch die Lehrer der Staatsschule. Die Erwartungen über den Verlauf waren hoch gespannt, es wurden ziemlich hohe Anforderungen gestellt. Der Eindruck über den Verlauf des Examens war der denkbar beste. Am Sonntag, den 14.,

fand ein allgemeiner Ausflug nach den malerischen Ufern des Gusano, etwa zwei Meilen südlich von Romang statt. Hierzu hatte der Schulverein zahlreiche Einladungen, unter anderem an sämtliche Vereine Romangs, ergehen lassen, denen natürlich ebenso zahlreich entsprochen wurde.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Italien und die deutschen wissenschaftlichen Institute.

Aus Rom wird der „Voss. Ztg.“ berichtet, daß das historische Institut unter seinem Präsidenten, dem früheren Ministerpräsidenten Boselli, beschlossen habe, wissenschaftliche Institute auch derjenigen Länder, die mit Italien im Krieg standen, sollten jetzt in Italien wiederum ebenso vertreten sein können, wie ähnliche Institute der alliierten Länder. Der Beschluß ist erfreulich. Freilich ist die Praxis in Italien noch manchmal recht hart. Der um Italiens Geschichtsforschung sehr verdiente Professor Robert Davidsohn z. B. lebte während des Krieges in München, wo er zum ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt wurde. Er ist jetzt nach Florenz zurückgekehrt, um seine „Große Geschichte von Florenz“ fortzuführen, fand aber dort seine Wohnung und seine Bibliothek versiegelt und konnte die Aufhebung der Beschlagnahme erst durch seine Berufung auf seine Eigenschaft als Bürger des Freistaates Danzig erreichen.

London. Richard Strauß hat als erster der lebenden deutschen Komponisten vor den Ohren der Engländer wieder Gnade gefunden. Ein Nikisch-Schüler, Albert Coates, wird, nachdem Strauß' Lieder vor einem französisch und englisch gemischten Publikum jetzt begeisterte Aufnahme fanden, im März in einem Sinfoniekonzert „Tod und Verklärung“ aufführen. Gegenüber der lebhaften Diskussion, die darüber eingesetzt hat, betont der Musikkritiker des „Daily Telegraph“, daß die Zustimmungen in großer Mehrzahl kämen.

Die Auslandsdeutschen für die deutsche Wissenschaft.

In Kopenhagen hat sich ein Ausschuß gebildet, der unter den skandinavischen Deutschen eine Geldsammlung zugunsten der notleidenden deutschen Forschung veranstaltete. Die Summe von einer Million Mark ist bereits annähernd erreicht worden. Sie wird zu gleichen Teilen den mathematisch-physikalischen Instituten der Universitäten Berlin und Göttingen überwiesen, und zwar zur freien Verfügung von deren Leitern, die niemanden über die Verwendung der Gelder Rechenschaft abzulegen brauchen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Die Schutzvereine in Österreich.

Das Schutzvereinswesen, das Hilfswerk für das Grenz- und Fremdländ-Deutschtum, ist nirgends so durchgebildet und ausgebreitet als in Österreich, dem klassischen Lande der Sprachenkämpfe. Im alten Österreich mit seinen nicht ganz 10 Millionen deutschen Einwohnern hatte der Deutsche Schulverein 270 000 Mitglieder, d. i. 2,7% der gesamten deutschen Bevölkerung, während der reichsdeutsche „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (Allg. Deutscher Schulverein) 70 000 Mitglieder hat, d. i. 0,1% der Bevölkerung, mithin den 27. Teil. Rechnet man die Mitgliederzahlen der übrigen deutschösterreichischen Schutzvereine zu den genannten 270 000, so erhält man die Zahl von etwa 600 000 Mitgliedschaften, wobei freilich zu bemerken ist, daß viele Deutschösterreichischer Mitglieder zweier oder mehrerer Schutzvereine sind.

Durch den Frieden von St. Germain ist die alte Staats-

gemeinschaft der 10 Millionen Deutschösterreicher zerrissen worden: das neue „Österreich“ dürfte 6 Millionen, die Tschechoslowakei $3\frac{1}{2}$ –4 Millionen Deutsche umfassen; eine Viertelmillion ist in Südtirol an Italien, 150 000 zwischen Steiermark und Adria an Jugoslawien abgetreten worden. Dadurch ist auch die Schutzvereinsarbeit auseinandergerissen worden und steht nun vor der Aufgabe, sich in den einzelnen Staaten der neuen Lage anzupassen.

In Jugoslawien sind vorläufig noch immer — ganz im Gegensatz zum Friedensvertrag — alle deutschen Schutzvereins-Ortsgruppen aufgelöst und jede Tätigkeit verboten. Auch in Italien liegt — soweit die spärlichen Nachrichten Kunde geben — die Schutzvereinsarbeit darnieder.

Dagegen blieben in der Tschechoslowakei die Schutzvereine bestehen: Bund der Deutschen in Böhmen, Böhmerwaldbund, Bund der Deutschen in Mähren (Nordmährer- und Südmährerbund, Iglauer) und die Nordmark im ehemaligen Österreichisch-Schlesien. Die Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins, dessen Sitz in Wien, also im Ausland ist, mußten sich aber vom Mutterverein lösen und einen eigenen „Deutschen Kulturverband“ in der Tschechoslowakei gründen.

In Deutschösterreich sind demnach verblieben: der Rumpf des Deutschen Schulvereins mit etwa 120 000 Mitgliedern, die „Südmark“ in Graz mit 100 000 Mitgliedern, der „Bund der Deutschen in Niederösterreich“ (24 000), der Rumpf des „Tiroler Volksbundes“ in Innsbruck und der von christlich-sozialer Seite gegründete Verein „Ostmark“ in Linz. In den meisten dieser Vereine, insbesondere in den Ortsgruppen auf dem Lande, hat eine Bewegung eingesetzt, die darauf abzielt, sämtliche Vereine nicht bloß in einen Verband, sondern in einen einheitlichen Verein zusammenzuschließen. Hauptträger dieses Gedankens sind „Südmark“ und „Bund“, und es kann heute schon die Vereinigung dieser beiden Schutzvereine als gesichert angesehen werden. Der Deutsche Schulverein dagegen dürfte seine Selbständigkeit aufrecht erhalten und sich ausschließlich auf Schutzarbeit, auf die Unterstützung der schulerhaltenden Tätigkeit des Deutschen Kulturverbands in der Tschechoslowakei und verwandter Auslandsvereine beschränken. Der Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer und der Andreas-Hofer-Bund für Südtirol, deren Aufgabe der kulturpolitische Kampf für das Selbstbestimmungsrecht ist, werden in die Einigung nicht einbezogen. Der „Deutsche Volksbund“ — oder wie der künftige Einheitsverein heißen mag — wird nicht nur der Schutzarbeit, sondern auch der Nationalerziehungsarbeit gewidmet sein. Er wird in diesem Sinne den großdeutschen Gedanken pflegen und Volksbildungstätigkeit treiben, besonders im Sinne der Erhaltung der Heimat- und Volkstums-werte auf dem Lande.

Auf dem Gebiete der Schutzarbeit wäre eine enge Zusammenarbeit des künftigen Volksbunds und des Schulvereins — falls sie sich nicht doch zu einem Einheitsverein zusammenschließen — anzustreben, eine Erneuerung der 1908 gegründeten österreichischen „Hauptstelle für deutsche Schutzarbeit“, die, von Anfang an zu lose und schlaff organisiert, seit Jahren schläft und untätig ist. Die Hauptstelle müßte gegliedert sein in vier Abteilungen, je eine für das Deutschum in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Jugoslawien und in Italien. Dort müßten alle Fäden zusammenlaufen, alle das Deutschum betreffenden Gesetze und Nachrichten gesammelt, die wichtigen deutschen Zeitungen und Zeitschriften jener Länder, alle Bücher über das dortige Deutschum eingestellt werden. Bücherei, Lesezimmer, Archiv, Kartotheek — alle die

Sammlungen und Einrichtungen, die das große Stuttgarter Institut für das gesamte Auslanddeutschum der Welt ausbaut — sollten in Wien für das Deutschum der Nachbarländer geschaffen werden, wodurch dem Stuttgarter Institut viele Arbeiten wesentlich erleichtert würden.

In unserer Zeit ist mehr als je eine großangelegte Schutzarbeit nötig, und eine solche bedarf der Vereinheitlichung, der Gliederung und der wohlgeordneten Arbeitsteilung.

Dr. Walther Schmied-Kowarzik, Wien.

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutsch-Österreich. In der Nr. 1 seines zweiten Jahrgangs gibt das „Nachrichtenblatt“ des Bundes einen Bericht über die Bundesarbeit im ersten Geschäftsjahre. Vom Dezember 1918 an stieg der Bund von 200 auf jetzt über 4100 Mitglieder. Erster Präsident war Professor Bong, ihm folgte im März der heutige Präsident Luck-Lotzmann. Das Bundesorgan erscheint in über 9000 Exemplaren. Der Bericht gedenkt mit besonderer Wärme der in Deutschland eingeleiteten Sammlungen zugunsten der notleidenden Stammesgenossen in Deutsch-Österreich und gibt einen Überblick über die gesamte Arbeit der Bundeskanzlei, sowie über eine Reihe von wohl gelungenen Weihnachtsfeiern in den Ortsvereinen.

Deutsche Kriegsfürsorge Wien. (Fürsorge-Verein für reichsdeutsche Krieger, Kriegerwitwen und -waisen im Amtsbezirk des deutschen Konsulats in Wien.) Der Verein ist am 28. Februar 1918 in Bern begründet worden und hat im Jahre 1918 an Spenden und Mitgliederbeiträgen 1 135 960 Kronen in bar und 165 000 Kronen in Kriegsanleihe gesammelt. Er ist eine Zweigstelle des reichsdeutschen Hilfsbundes in Österreich, von seinen Unkosten hat das Reich 80 Prozent zu tragen übernommen. Die Hilfe des Vereins erstreckt sich auf alle hilfsbedürftigen Krieger, deren Witwen und Waisen, aber auch auf alle Heimkehrer. Insgesamt sind in zehn Monaten bis zum 31. Dezember 1918 an 7753 Unterstützungssuchende 193 000 Kronen ausbezahlt worden. Nebenbei ist den Leuten durch Zuweisung von Kleidung, Wäsche und Schuhwerk hervorragend geholfen worden. Erhebliche Beiträge wurden auch für Prothesen und Bäderfürsorge, sowie für kostenlosen Rechtsbeistand ausgeworfen.

Helsingfors. Deutscher Verein. Der Deutsche Verein veröffentlicht seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1918/19. Am 1. Oktober 1918 betrug die Mitgliederzahl 121, neu aufgenommen wurden 49, ausgetreten sind 6, so daß jetzt der Verein 164 Mitglieder zählt. Konsul Goldbeck-Löwe wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt. Der deutsche Gesandte Freiherr von Brück ist zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt worden. Hauptbestreben des Vereins ist es, Räume zu gewinnen, die dem Verein nun das Wandern von einem Lokal ins andere ersparen und das tägliche Zusammensein wie vor dem Kriege ermöglichen. Der erste Vorsitzende hat eine Stiftung von 5000 Mark gemacht, die als Grundlage für den geplanten Bau eines eigenen deutschen Hauses dienen soll. Eine Abteilung für Stellenvermittlung ist eingerichtet worden, bei der das Angebot die Nachfrage beträchtlich übersteigt, die aber Erfolge aufzuweisen hat. Ein Geschäftsausschuß für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Vereins ist gebildet worden, der Männergesangsverein hat sich neu gebildet und hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. An den Gräbern der während des Krieges in Finnland verstorbenen Mitglieder wurden am 18. Mai Kränze mit den deutschen Farben niedergelegt, wobei der Vorsitzende und Pastor Israel Erinnerungsworte sprachen und die Angehörigen vollzählig versammelt waren. Der Verein hat der Nationalversammlung in Weimar den Wunsch auf Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Fahne übermittelt. Der Abschied des

deutschen Militärs wurde durch eine Feier zu einem Erinnerungsabend von größtem Eindruck gestaltet. Am 12. April wurde ein Kranz auf den Heldengräbern im alten Friedhof niedergelegt, wobei der Vorsitzende aussprach, daß sich die Krieger nicht nur um Deutschland, sondern auch um das Deutschtum in Finnland unvergängliche Verdienste erworben hätten. Der hundertjährige Geburtsag des Dichters Klaus Groth wurde durch eine Veranstaltung begangen, bei der der Vorsitzende Erinnerungen aus dem Heim des Dichters und einige seiner Werke vortrug.

Amsterdam. Deutscher Männer-Gesangverein Liederkranz. In der außerordentlich zahlreich besuchten Hauptversammlung begrüßte Herr Meißner die Mitglieder mit einem Überblick über das verflossene Vereinsjahr. Die Mitgliederzahl ist von 101 auf 163 gestiegen. Die Kassen weisen einen erfreulichen Stand auf. Generalkonsul von Humboldt gab einen Überblick über die Tätigkeit des deutschen Generalkonsulats bezüglich der eingegangenen Liebesgaben. Es sind etwa 4000 Gulden an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer ausbezahlt worden. Dem Verein ist vom Komponisten Steinhauer ein Chor gewidmet worden, der im Oktober aufgeführt werden soll.

Venlo. Deutscher Schulverein. Die Veranstaltung des Schulvereins zugunsten der notleidenden Kinder in Wien hat einen Überschuß von 240 Gulden aufzuweisen. Jedem der 200 anwesenden Wiener Kinder wurde eine Weihnachtsgabe verabreicht.

Barcelona. „Gefangenenhilfe Barcelona.“ Von diesem Hilfsunternehmen zugunsten der deutschen Gefangenen berichtet Diedrich Westermann in einem sehr lesenswerten Aufsatz über die „Deutsch-spanische Friedensarbeit während des Krieges“, der im 4. Heft der Zeitschrift „Spanien“ des Ibero-amerikanischen Instituts veröffentlicht ist.

Die „Gefangenenhilfe Barcelona“ entstand gegen Ende 1915. In kurzer Zeit dehnte sie sich auf alle größeren Orte Spaniens aus. Durch das System regelmäßiger Beiträge — einer Art freiwilliger Kriegssteuer — wurde sehr bald schon eine monatliche Durchschnittseinnahme von 5000 Pesos erreicht, die durch einmalige Spenden deutscher und auch spanischer Gönner von denen einige sich sogar an regelmäßigen Abgaben beteiligten, vermehrt wurde und den Gefangenen der Mittelmächte — also nicht nur der Deutschen — in Form von Liebesgabenpaketen zugute kamen. Alle Kreise halfen mit: die Jungens der deutschen Schulen, die Besatzungen der internierten deutschen Schiffe, die in Zaragoza, Pamplona, Alcalá und Aranjuez lebenden Kameradeutschen. „Zu Weihnachten gaben die Kinder gebrauchte Spielsachen, Bilder- und Schulbücher her, um damit gefangene deutsche Knaben und Mädchen zu beschenken.“ Die Mehrzahl der Pakete, die in der Hauptsache Nahrungsmittel, Kleidungsstücke, Fußbekleidung, Tabak und anderes enthielten, ging an Zivilgefangene in England und Frankreich. Aber auch Gefangenenerlager in fast allen anderen Ländern und Kolonien wurden auf Wunsch bedacht.

„Eine weitere Ausdehnung gewann die Arbeit der Gefangenenhilfe, seitdem im Jahre 1917 in der Presse Deutschlands und Österreich-Ungarns auf sie hingewiesen und bekanntgemacht war, daß Angehörige der Gefangenen durch Vermittlung der Deutschen Überseeischen Bank in Berlin Pakete bei der „Gefangenenhilfe Barcelona“ bestellen und den Betrag dafür auf dem gleichen Wege übermitteln könnten. Dieser Weg wird bis auf den heutigen Tag stark in Anspruch genommen, sowohl von Privaten wie von Vereinen des Roten Kreuzes. Seit September 1918 hat auch das preußische Kriegsministerium

diese Arbeit durch eine monatliche Zuwendung von 30000 Mk. unterstützt. Im ganzen haben die Einnahmen der Gefangenenhilfe etwa 700000 Pesetas betragen und es sind dafür rund 80000 Pakete geschickt worden.“

Der Verfasser betont mit Recht, daß die Arbeit der „Gefangenenhilfe Barcelona“, obgleich sie ihrer Natur nach einen vorübergehenden Charakter trüge, doch auch einen dauernden Wert für das Deutschtum gehabt habe, nämlich den, alle Deutschen in Spanien 5 Jahre lang an einem gemeinsamen Werke vereinigt zu haben. am.

Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko. Der Verband hatte unter Hinweis auf das Beispiel der Deutsch-Amerikaner, die zur Unterstützung der Noleidenden Deutschlands eine Milliarde (?) Dollars aufzubringen versuchen, einen „Aufruf an die Deutschen Mexikos“ erlassen, in dem er zu einer Sammlung „für Deutschlands darbenende Jugend“ aufforderte. Über die Art der Verteilung der einlaufenden Gelder wurde bestimmt, daß sie nicht durch Behörden, sondern durch dem Verbands persönlich bekannte, vertrauenswürdige Männer und Frauen in verschiedenen Teilen Deutschlands vorgenommen werden soll.

Bis Mitte Januar 1920 konnten mehr als 262000 Mark und 670 Dollars amerikanischer Währung in Beträgen von je etwa 5000 Mark an 55 Adressaten überwiesen werden. Die Sammlungen werden jedoch fortgesetzt und sollen auch nicht eingestellt werden, solange überhaupt noch Gaben eingehen.

In den Schreiben, die den mit der Weiterverteilung in Deutschland Betrauten gleichzeitig mit der Anweisung übermittelt werden, bittet der Verband die Empfänger, einen Teil ihrer Zeit der Nächstenliebe zu opfern und darbenende deutsche Kinder und Frauen mit Geld, Kleidung, Lebensmitteln oder Heizstoffen auszurüsten, ganz nach Gutdünken und ohne Unterschied von Partei oder Glauben, die Arbeiterfrau wie die mittellose Offiziergattin oder die Beamtenwitwe und ihre ungenügend ernährten Kinder zu bedenken.

Neben diesem hochherzigen Hilfswerk wird, ebenfalls auf Anregung des Verbandes deutscher Reichsangehöriger, in Mexiko (Stadt und Land) zur Zeit auch für die notleidenden deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien gesammelt. Das Ergebnis belief sich bis Mitte Januar auf 11000 Goldpesos, von denen durch Vermittlung der Schweizer Gesandtschaft in Tokio dem deutschen Komitee in Japan 10000 Yen überwiesen wurden. Verschiedene Briefe, die aus Sibirien einliefen, beweisen, wieviel Not es dort zu lindern gibt. Die Sterblichkeit unter den Gefangenen soll infolge gänzlichen Mangels an Nahrungsmitteln und Kleidung erschreckend groß sein.

Chile. Bund deutscher Turnvereine. Das zweite Bundesturnfest fand vom 6. bis 8. Dezember in Osorno statt, ein stattliches Programmbuch liegt uns darüber vor. Ein Geleitwort hebt den Unterschied zwischen 1913 und 1919 hervor, gedenkt der goldenen Vergangenheit, der blutigen Gegenwart, der schwarzen Zukunft und erneuert das Gelübde der deutschen Turner, deutsch sein und bleiben zu wollen immerdar. Herr Pflanz steuert Beiträge zur Geschichte der Stadt Osorno bei und erzählt von der Gründung des deutschen Turnvereins daselbst im Jahre 1883, der deutsche Turnverein zu Valparaiso veröffentlicht seinen Jahresbericht 1918/19 über das 49. Vereinsjahr und den Bericht über die Enthüllung des deutschen Geschwaderdenkmals. Eine Fülle von Gedichten und Prosabeiträgen ergänzt das allgemeine Bild: daß Deutschland in seinen

Turnern in Chile Söhne haben wird, die ihres Deutschtums gedenken. Das Fest selbst verlief in schönster Harmonie. Die Turnvereine Santiago, Valparaiso, Concepcion, Temuco, Valdivia, La Union und Puerta Montt haben 110 Vertreter zum Wettturnen entsandt, zu denen noch Vertreter der verschiedenen Gesangsvereine des Landes kamen, die in Osorno den chilenischen Sängerbund gründen wollten. Alles in allem waren ungefähr 200 Gäste gekommen. Besonders verdient machte sich um das Fest der Vorsitzende des Osorno-Turnvereins, Herr Fuchslocher, und der chilenische Oberstleutnant de la Cruz, der seinen Bataillons-Exerzierplatz zu den Turnübungen zur Verfügung stellte. Den Kaiserpreis gewann Valparaiso mit geringem Vorsprung vor Concepcion zum zweitenmal. In der Bundessitzung wurde die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes bestätigt und es wurde beschlossen, einen Bismarckturn zu Ehren der Chilekämpfer zu errichten. Auf dem Familienabend hielt Herr Karl Röschmann eine Ansprache, die trotz Würdigung der schweren Lage des Vaterlandes ausklang in ein vertrauensvolles und willensstarkes Gut Heil auf das deutsche Vaterland. „Wir wollen,“ so sagte der Redner, „daß die Kinder der hier fest angesessenen Familien treue Brüder seines schönen Landes werden und ihre Pflichten gegen Chile in jeder Beziehung erfüllen. Aber wir wollen auch, daß alle Abkömmlinge von Deutschen dem deutschen Volkstum voll und ganz erhalten bleiben.“ Der begeisterte Gesang von „Deutschland Deutschland über alles“ schloß sich an, Musik, und Gesangsvorträge folgten. Ein Ausflug nach Frutillar beschloß am nächsten Tage das wohlgelungene Bundesfest.

Valparaiso. Deutscher Turnverein. Der deutsche Turnverein versendet seinen Jahresbericht über das 49. Vereinsjahr 1918/19. Der Verein hat nicht nur die Aufgabe, das deutsche Turnwesen zu fördern, sondern er verwaltet auch das deutsche Haus, das der deutschen Kolonie und allen deutschen Vereinen Räumlichkeiten zu Veranstaltungen bietet, das also als die Zentrale des Deutschtums in Valparaiso zu betrachten ist. An der Bundestagung des Bundes deutscher Turnvereine in Chile vom 1.—3. November 1918 beteiligte sich der Verein mit 11 Herren. Der Bund teilte dabei seine Arbeit in drei Bezirke, den Bezirk Norden, den Bezirk Süden und den Bezirk Grenze. An die Bundestagung schloß sich ein volkstümlicher Dreikampf im Hochsprung, Kugelstoßen und 300-Meterlauf an. Der Verein ist auch Mitglied der Asociacion Atlética de Valparaiso, um mit den chilenischen Sportskreisen Fühlung zu halten. An dem Entscheidungskampf für die 3. südamerikanische Olympiade in Montevideo nahm im Auftrag dieser Vereinigung das Vereinsmitglied Fonck teil. Er errang im Stabhochsprung mit 3.20 Meter den ersten Preis und im Hochsprung den vierten Preis. Im August 1918 wurde ein Schau-turnen veranstaltet, dessen Reinertrag der deutschen Sammlung zugeführt wurde. Der Verein, dessen Knaben- und Mädchenabteilungen sich gut entwickelten, unternahm 11 Turnfahrten mit 370 Teilnehmern und 7 mehrtägige Fahrten mit 135 Teilnehmern. Die Vereinsbibliothek wurde durch Aufnahme von Unterhaltungsschriften beträchtlich erweitert. Der Verein beteiligte sich auch an der Beschaffung einer zusammenlegbaren Theaterbühne, die angeschafft werden mußte, weil infolge der Maßnahme des englischen Konsuls in Valparaiso für das Gastspiel einer Santiaguiner Theatervereinigung ein Theater nicht zu beschaffen war. Der Verein zählt 429 Mitglieder. 35 Mitglieder haben am Kriege teilgenommen, drei von ihnen sind gefallen.

Montevideo. Deutscher Krankenverein. Der Verein ist am 14. Mai 1869 begründet. Er zählt zurzeit 69 Mitglieder, das Vereinsvermögen beträgt zurzeit 13000 Pesos. Im letzten Ver-

einsjahr, 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919, verausgabte der Verein über 2000 Pesos zugunsten seiner Mitglieder für Ärzte, Apotheken, Zahnärzte, Badeanstalten, Analysen, Krankenhaus, Optiker und Bruchbänder, Krankenwärter und Massagen. Der Verein will seinen Mitgliedern zu Lebenszeit in Krankheitsfällen ärztliche Behandlung, Heilmittel und Geldunterstützung gewähren und will im Todesfalle für ein würdiges Begräbnis Sorge tragen. Der Monatsbeitrag beträgt einen Peso für unterstützende Mitglieder, der Jahresbeitrag mindestens 15 Pesos. Jeder Deutsche von 18 bis 50 Jahren kann nach ärztlicher Untersuchung Mitglied werden. Aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens gibt der Verein eine ausgezeichnet ausgestattete Denkschrift heraus, die seinen Werdegang schildert. Der Verein ist als „Deutscher Arbeiter-Krankenverein“ ins Leben getreten, erst im Jahre 1908 wurde der Name umgeändert, um auch allen Deutschen die Aufnahme in den Verein zu ermöglichen. Im Jahre 1912 gewährte der Verein der deutschen Schule auf ihr neues Gebäude eine Hypothek von 8000 Pesos und leistete ihr dadurch einen wertvollen Dienst.

Der Deutsche Klub in Buenos Aires hielt am 8. Januar seine 125. ordentliche Generalversammlung ab. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung das Bauprogramm. Die am 12. September 1917 beschädigten Klubräumlichkeiten sollen neu eingerichtet und derart erweitert werden, daß sie mehr als bisher allen Anforderungen und Wünschen der Mitglieder gerecht werden können.

Buenos Aires. Deutscher Frauenverein. Der im 24. Vereinsjahr stehende, der Wohltätigkeit dienende Verein hatte während des vergangenen Jahres in seinem Heim 36 Waisenkinder, von denen 14 die Germaniaschule besuchten. Außerdem beherbergt er ständig 10 alte Frauen und vorübergehend zahlreiche Passantinnen, denen auch kostenlos Stellen vermittelt werden.

Buenos Aires. Verein deutschsprechender Gärtner und Gartenfreunde. Der Verein veranstaltete ein Rosenfest mit Ball und Verlosungen, zu dem der Saal in ganz besonderer Weise ausgeschmückt worden war. Zu dem Feste waren auch die Mannschaften der „Dresden“ und des „Seedler“ geladen, die damals in Buenos Aires weilten.

Deutscher Volksbund für Paraguay, Ortsgruppe Asuncion. Der Bericht über das Geschäftsjahr 1918/19 meldet, daß die Zahl der Mitglieder infolge vieler Austritte und Todesfälle und auch weil viele Mitglieder verzogen, von 237 auf 175 gesunken ist. Auch die Beiträge wurden von einzelnen Mitgliedern heruntersgesetzt. Es fand ein Volksbundestag statt, der einen stattlichen Gewinn brachte. Die Erntezeit verbot Vergnügungsveranstaltungen von selbst. Dagegen werden die Schachabende immer zahlreicher besucht.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Chile. Es bestanden bisher in Santiago zwei deutsche Tageszeitungen, die „Deutsche Zeitung für Chile“ und die „Deutsche Presse“. Es ist nun erfreulicherweise eine Verschmelzung zwischen beiden Zeitungen endlich zustande gekommen. Die „Deutsche Presse“ ist von der „Deutschen Zeitung für Chile“ käuflich erworben worden und wird nicht mehr erscheinen. Diese Tatsache wird vom gesamten Deutschtum in Chile allgemein freudig begrüßt, da auf diese Weise der wenig erfreuliche Zustand beseitigt wird, daß sich die beiden Zeitungen wie noch während des Krieges gegenseitig befehden werden. Allerdings macht das „Argentinische Wochenblatt“ einen politischen

Vorbehalt: Die „Deutsche Presse“ sei dem liberalen Gedankens näher gestanden als die konservative „Deutsche Zeitung“. Es sei zu befürchten, daß man daher künftig nur wenig wohlwollende Urteile über das neue Deutschland und die Republik zu lesen bekommen werde.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Von den Ortsgruppen.

Cottbus. Auch am hiesigen Orte wurde in einer von etwa 50 Auslandsdeutschen besuchten Versammlung eine Ortsgruppe begründet. Die vom Bunde herausgegebene Zeitschrift wurde von allen Mitgliedern sofort abonniert. Es herrscht reges Interesse für die Bestrebungen des Bundes.

Duisburg. Der Ortsgruppe ist in entgegenkommender Weise ein Zimmer im Landgericht überlassen worden. Im Interesse der einheitlichen und möglichst raschen Ausfüllung der Entschädigungsformulare wird die Anstellung einer berufsmäßigen Sekretärin erwogen. Der Rechtsbeistand des Vereins, Rechtsanwalt Ruben, hat es übernommen, den Mitgliedern einen Vortrag über die restlichen Seiten der Vorentscheidung zu halten und Ratschläge zu erteilen.

Hann. Eine Ortsgruppe wurde in einer Versammlung am Sonntag, den 1. Februar, begründet. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Fleischhauer-Werries gewählt.

STIMMEN DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Zum Reichsnotopfergesetz.

Man schreibt uns aus dem neutralen Ausland:

„Das Gesetz über das Reichsnotopfer liegt jetzt im Druck vor.

Von der Abgabe sind befreit die Auslandsdeutschen, welche bereits vor dem 31. Juli 1914 sich mindestens zwei Jahre ununterbrochen des Erwerbes wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, und entweder am 31. Dezember 1919 noch im Ausland wohnen oder innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß des Erwerbes wegen im Ausland wieder ihren Wohnsitz nehmen. Aber – so lautet das Gesetz weiter: „Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung sind alle natürlichen und juristischen Personen, sowie Vermögensmassen mit ihrem gesamten inländischen Grund- und Betriebsvermögen und mit den im Artikel 297 i des Friedensvertrags vorgesehenen Entschädigungen abgabepflichtig, soweit § 2 Abs. 2 nicht etwas anderes vorschreibt.“

Artikel 297 i des Friedensvertrags sagt bekanntlich: „Deutschland verpflichtet sich, seine Angehörigen wegen der Liquidation oder Zurückbehaltung ihres Eigentums, ihrer Rechte oder Interessen in den alliierten oder assoziierten Ländern zu entschädigen.“

Hieraus ergibt sich, daß gerade diejenigen Auslandsdeutschen, deren Eigentum im Feindesland liquidiert oder zurückbehalten worden ist, und die ein durch den Friedensvertrag verbrieftes Recht auf Entschädigung durch Deutschland haben, mit dieser Entschädigung zum Reichsnotopfer herangezogen werden, während alle andern Auslandsdeutschen von dieser Abgabe befreit sind.

Es ist augenfällig, wie ungerecht diese Lösung ist: Bei den Vorbereitungen des Gesetzes war stets zugegeben worden, daß gerade die aus Feindesland vertriebenen, so ihrer früheren Existenzmöglichkeit beraubten und durch Zwangsliquidation noch besonders geschädigten Auslandsdeutschen in erster Linie von der Abgabe befreit werden müßten. Es war auch beabsichtigt, dieser Erwägung Rechnung zu tragen durch Aufnahme eines entsprechenden Zusatzes bei der zweiten Lesung

des Gesetzes. Letztere führte dann zu dem überraschenden Ergebnis, daß die von der Regierung bis dahin bekämpfte allgemeine Befreiung der Auslandsdeutschen im Plenum beschlossen und in obiger Fassung in § 2 des Gesetzes festgelegt wurde. Zugleich aber wurden in der ursprünglichen Fassung des § 3 („Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Sitz oder Ort der Leitung sind alle natürlichen und juristischen Personen sowie die im § 2 Abs. 1 Nr. 6 genannten Vermögensmassen mit ihrem gesamten inländischen Grund- und Betriebsvermögen abgabepflichtig, soweit § 2 Abs. 2 nicht etwas anderes vorschreibt“) die Worte hinzugefügt, „und mit den nach dem Friedensvertrag zu gewährenden Entschädigungen“.

Die so geschaffene Rechtslage hat in weiten Kreisen der aus Feindesland vertriebenen Auslandsdeutschen größte Erregung hervorgerufen, zumal dadurch der Anschein erweckt wird, daß die Befreiung von der Abgabe nicht in Würdigung der Notlage der Auslandsdeutschen, sondern lediglich mit Rücksicht auf die Steuereintreibung entgegenstehenden Schwierigkeiten erfolgt sei. Es muß von dem Billigkeitsgefühl der maßgebenden deutschen Stellen erwartet werden, daß unverzüglich eine entsprechende Berichtigung des Gesetzes herbeigeführt wird.*

Zur Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Herr Heinrich Koch, der 25 Jahre lang als selbständiger Kaufmann in Italien tätig war und jetzt 2. Vorsitzender der Ortsgruppe Hameln des Bundes der Auslandsdeutschen ist, übermittelt uns zwei Zuschriften mit Vorschlägen über die Entschädigung der Auslandsdeutschen, denen wir nachstehendes entnehmen, obgleich das Vorentscheidungsverfahren ja bereits in vollem Gange ist und die Vorschläge zum Teil dadurch überholt sind:

Nach dem Wortlaut des Friedensvertrages und nach dem Rechtsgutachten ist das Reich der Schuldner der Auslandsdeutschen für den vollen objektiven Verlust, sowie für den aus der Enteignung direkt entstandenen Schaden. Es kann darnach auch nur der heutige Wert der Dinge in Frage kommen, nicht der Vorkriegswert. Die bisherigen Anmeldeformulare mit ihrem Verlangen der Angabe des Vorkriegswertes sind also unrichtig, es ist auch unbillig, unzulässig und ungerechtfertigt, auf den Schadensersatz-Anmeldungen eine Angabe der Auslandsgläubiger des Anmeldenden zu verlangen. Das Reich sei nicht imstande, den Auslandsdeutschen die etwa 20 Milliarden Schaden zu ersetzen und besitzt in seiner zurzeit wertlosen Währung auch keine geeigneten Zahlungsmittel. Es müsse also den Auslandsdeutschen Wertobjekte verpfänden. Die gesamte zurückgelassene Hauswirtschaft und persönliche Effekten, die Kosten der Flucht und die Kosten des Unterhalts der Zivilinternierten, sowie ihrer Angehörigen, wie endlich auch die Kosten der Rückreise der Internierten sollten sofort voll vergütet werden. Da das Reich nicht in der Lage sei, die kaufmännischen Schäden voll und sofort zu ersetzen, so sollte es eine einheitliche, prozentuale sofortige bare Abfindungsquote feststellen, nachdem von den angemeldeten Schadensersatzansprüchen vorher ein einheitlicher prozentualer Abstrich erfolgt wäre. Der resultierende Betrag sollte bar ausbezahlt werden. Endlich sollte an die wiederausreisenden Auslandskaufleute Kredit zur Wiedergewinnung des verlorenen Betriebskapitals gegeben werden. Den deutschen Konsulaten wären Bank- und Handelsstellen anzugliedern, welchen die sachliche Kontrolle der Kreditgewährung zustehen sollte. Der deutsche Kaufmann solle dem fremden Geschäftsmann „mit Vorbehalt“ verkaufen, das abgeschlossene Geschäft der Handelsstelle unterbreiten, die als Beauftragte der zu grün-

denden deutschen Zentral-Auslandsbank gelte und der Geschäftsabschluß werde von dieser Stelle dem deutschen Fabrikanten zur Stellungnahme vorgelegt. Erfolgt durch ihn die Annahme, so erfolgt die Ratifikation des Geschäftsabschlusses durch die Handels- und Bankstelle durch Ausstellung von Schlußscheiden, die der auslanddeutsche Verkäufer und der ausländische Käufer zu zeichnen hätten. Der ausländische Käufer habe dabei eine Anzahlung zu leisten. Darauf erfolgt die Übermittlung des Auftrags durch die Konsularstelle für Rechnung der deutschen Zentral-Auslandsbank unter Einsetzung des vom Fabrikanten verlangten Kostenpreises an den Fabrikanten, der also über den nur den Auslanddeutschen und den ausländischen Käufer interessierenden wirklichen Verkaufspreis gar nicht zu unterrichten wäre. Die Konsularstelle wäre über den eigentlichen Verkaufspreis zu Schweigen verpflichtet. Der Auslanddeutsche wäre dann also Vertreter der deutschen Exportbank, die ihn durch die Differenz zwischen Kostenpreis und Verkaufspreis entlohnen würde. Die Verladungsdokumente gingen vom Fabrikanten an die Exportbank, die in die Faktura den Namen des auslanddeutschen Verkäufers einzusetzen hätte, die Ware zum Verkaufspreis fakturieren würde und die Ware nebst den Verladungsdokumenten dem Auslandskäufer gegen Barzahlung aushändigen würde. Der benötigte Kredit müsse lediglich aus der sachlichen Würdigung des Geschäfts heraus automatisch eintreten. Dem Reich würde, so folgert Koch, dadurch der Vorteil einer Festigung der Reichszugehörigkeit wie der Valuta zufallen. Es

würde eine wesentliche Vereinfachung der gesamten Abwicklung unseres Auslandshandels eintreten, die Wirtschaftspolitik der Konsulate würde gefördert und das flüssige Vermögen der Auslanddeutschen würde gesichert gegen eventuelle künftige feindliche Zugriffe, da es sich bei der in Deutschland domizilierenden Exportbank befände.

Die Abfindungen für Hausrat, persönliche Effekten, Frachtkosten, Internierungskosten sollten nicht steuer- und reichsnotopferpflichtig sein. Ferner sollte während eines Zeitraumes von 6 Monaten nach Öffnung der feindlichen Grenzen den Auslanddeutschen auf den deutschen Eisenbahnen und Schiffen zur beliebigen Benutzung in jeder Richtung freie Fahrt und Gepäckbeförderung für sich und ihre Angehörigen auf einfache Vorweisung eines Passes bewilligt werden und das als Teil der Abfindung angerechnet werden. Jeder Gläubiger des Reichs sollte für die im feindlichen Ausland erlittenen Schäden über die durch die Spruchkommissionen festgestellten und anerkannten Summen in der betreffenden ausländischen Währung ein Kontobuch über sein Guthaben im Staatsschuldbuch ausgehändig bekommen, welches vom 1. Januar 1920 ab mit 5 % zu verzinsen wäre. Beträge bis zu 8000 Mark wären jederzeit abhebbar und zwar in Mark, darüber hinausgehende Beträge bis zu 50 % gleichfalls jederzeit, während die restlichen 50 % in halbjährlichen Raten tilgbar wären. Die Abhebung hätte in Mark zu geschehen und sei zum jeweiligen Tageskurs in die betreffende ausländische Währung umzurechnen.

AUSWANDERUNGSWESEN

In Wien ist eine **Hauptstelle für Auswanderung** begründet worden, für die Dr. Adolf Mahr eine Denkschrift ausgearbeitet hat. In dieser Denkschrift wird zunächst die allgemeine Lage des verkleinerten Österreich besprochen, für das die Auswanderung ein letztes verzweifelter Auskunftsmitel sei, die unerträgliche wirtschaftliche Lage vieler Staatsbürger zu bessern. Nur dürfe die Wanderbewegung keinen unnatürlichen Umfang annehmen, sie müsse geregelt und geleitet werden und für die alte Heimat Vorteil bringen. In Italien sei ein ähnliches Problem vorbildlich geregelt, während das alte Österreich seine Massenauswanderung mit beispielloser beschämender Gleichgültigkeit habe ziehen lassen. Auch im neuen Österreich blühe der Auswandererschwindel beträchtlich. Es hätten sich deshalb am 10. September 1919 die Kolonial-Gesellschaft, der Verein für Weltwirtschaft und Auswandererschutz in Wien (180 Mitglieder), der Deutsch-Österreich. Schiffsverkehrsverein, Wien (12000), der Wirtschaftsverband österr. Berufs-Militär-Gagisten (18000), der Siedlungs-Verein „Neue Heimat“ — Aktion — Gamillscheg (1400), der Schutzverband für Auswanderer aus den Gebieten der ehemaligen österr.-ungar. Monarchie, der Verein deutsch-österr. Auswanderer (100), der Alpenländische Auswanderer-Verein in Linz (800), der Hilfsverein für Auswanderer in Linz (120 Mitglieder) zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen. Der Zweck der Hauptstelle für Auswanderung, die als eine lose Interessengemeinschaft zusammengeschlossen ist, sei, ein solidarisches Vorgehen gegenüber den Staatsbehörden und der Öffentlichkeit zu erzielen. Die Hauptstelle umfaßt die auf gemeinnütziger Basis aufgebauten Genossenschaften und schließt kommerzielle Unternehmungen großkapitalistischen Charakters aus, ohne ein Zusammenarbeiten von Fall zu Fall abzulehnen, sofern dadurch sozialen Zielen gedient werden kann. Die Wiener Zeitschrift „Der Auswanderer“ ist zum Organ gewählt. Es soll eine Auskunftsstelle für Aus-

wanderer ins Leben gerufen werden. Die Hauptstelle für Auswanderer will bei allen Schritten und Entscheidungen der Regierung als maßgebende Beratungsinstanz gehört werden.

Vereinigung für koloniale Siedlung.

Im Dezemberheft des „Deutschen Siedlers“ war eine Tagesordnung der Vereinigungsgeneralversammlung angekündigt, die auch den Punkt „Auflösung der Gesellschaft“ umfaßte. Nun teilt das neue Heft der Zeitschrift mit, es sei am 24. Januar nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern ihr Weiterbestehen beschlossen worden „unter zeitgemäßer Änderung der in § 2 der Satzung enthaltenen Ziele und Erhöhung der Mitgliedsbeiträge“. Darnach sollen nicht mehr „utopische Siedlungspläne“ gefördert werden und es soll der Hauptwert nicht auf Bildung neuer Genossenschaften, wie der „Mexiko-Siedlungsgenossenschaft m. b. H.“ im Frühjahr 1919 gelegt werden (vor der Sachverständige stets gewarnt haben, da ihre technischen und politischen Berechnungen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen), da die jetzigen Verhältnisse dafür zu ungünstig seien, sondern es soll den Siedlungsgenossenschaftsmitgliedern nur der nötige Zusammenhalt und dauernde Beratung, Warnung vor übereilter Auswanderung und Nachweis und Vermittlung günstiger Ansiedlung in Übersee durch dortige Vertrauensleute geboten werden. Eine demnächst einzuberufende Generalversammlung soll das Weitere veranlassen.

Die Schwierigkeiten der Auswanderung

werden von den meisten Auswanderungswilligen und leider auch noch von weiten Kreisen der deutschen Presse viel zu gering eingeschätzt. Recht lehrreich schreibt darüber Caritasdirektor Kreutz in Rafels-Blatt 1919 Nr. 3—5:

„Einmal läßt sich die Liebe zur Heimatscholle nicht durch Auswanderung auf einmal mit Stumpf und Stiel ausrotten. Die

Sehnsucht nach dem alten Vaterlande wird sich jetzt nach diesem Kriege nur steigern, wo der Deutsche nahezu auf der ganzen Welt der bestgehaßte Mann ist. Die Schwere der den Auswanderer und Kolonisten erwartenden Arbeit wird in der Regel unterschätzt. Die soziale Gesetzgebung Deutschlands, wird der deutsche Arbeiter draußen schwer vermissen.

Dazu ist völlige körperliche Gesundheit unbedingtes Erfordernis. Jeder organische Fehler wird dem Deutschen im neuen Lande gefährlich. Ein Kapital von mindestens 30000 bis 40000 Mark ist heute für den Auswanderer kaum zu entbehren, wenn er nicht gleich zu Anfang in Not geraten will. Und schließlich die wichtigste Vorbedingung: unbedingte Arbeitslust und Arbeitsfreude, die sich nicht scheut, die erste beste Arbeit anzunehmen. In den südamerikanischen Auswanderungsländern wird heute mehr Arbeit vom Auswanderer gefordert als vom Arbeiter in Deutschland.*

Zur Finanzierung der staatlichen Auswanderer-Fürsorge.

Im „Roten Tag“ vom 16. Januar erhebt Hugo Grothe, Leipzig, von neuem die Forderung einer Besteuerung der Auswanderung. Er bespricht kurz die Errichtung des Reichswanderungsamtes, das sich einzubürgern suche, aber einen hohen Unkostenetat erfordere, den in den Etat einzusetzen jedem Staatsmann bei der heutigen Lage ein Wagnis dünke. Der richtige Weg sei aber die Erhebung einer Gebühr für jeden Auswanderer und die Abforderung von Abgaben von jedem Unternehmen, das aus der Auswanderung pekuniäre Vorteile ziehe. Grothe nimmt hier den Bambergerschen Vorschlag einer Auswanderersportel wieder auf, die bei der Erteilung des Passes zu erheben wäre. Er staffelt sie so: Bis 5000 Mk. Vermögen 20 Mk. und für jede weiteren 5000 Mk. mitgeführten Vermögens weitere 20 Mk. Die Gesamteinnahmen sollten vom Reich für die Zwecke der Auswandererfürsorge verwendet werden. Die Erhebung der Steuer solle durch Einklebung einer Steuermarkte in den Paß erfolgen, vollständig mittellosen Auswanderern solle die Steuer auf Antrag erlassen werden. Bei 100000 Auswanderern würden sich so (eine durchschnittliche Abgabe von 30 Mk. gerechnet) 3 Millionen Mark Steuer ergeben. Grothe verweist auf die Vereinigten Staaten, die für jeden Einwanderer von der Schiffsahrtsgesellschaft 2 Dollars Kopfsteuer erheben und auf diese Weise die Verwaltungskosten und statistischen Arbeiten des General-Einwanderungskommissars decken. Die Siedlungs- und Farmgenossenschaften, so schlägt Grothe weiterhin vor, sollten pro 100000 Mk. des aufgewandten privaten und genossenschaftlichen Kapitals mit je 100 Mk. besteuert werden. In Italien führten die Schiffsahrtsgesellschaften 8 Lire pro Auswanderer an den Staat ab. 1907 seien so 4 Millionen Lire zusammengekommen, denen nur 1,4 Millionen Lire Ausgaben für die Überwachung der Agenten und Transportunternehmer, für die Auswandererbanken und den gesamten Auswandererberatungs- und Schutzdienst gegenüberstanden.

Gegenüber diesen Vorschlägen Grothes muß doch gesagt werden, daß sie, was Deutschland angeht, einen wesentlichen Unterschied zu Italien und Amerika darstellen: jene erheben die Abgabe von den Schiffsahrtsgesellschaften, Grothe aber will den Auswanderer direkt besteuern. Im übrigen darf auf die Ausführungen verwiesen werden, die der Präsident des Reichswanderungsamtes, Dr. Jung, in der Zeitschrift „Weltwirtschaft“ in ausgezeichneter Weise zugunsten der Auswanderungsfreiheit gemacht hat. (Jahrgang 1919, Heft 5.)

Einzel- oder Genossenschaftssiedlung.

Zu dieser Frage äußern sich auf eine Umfrage des „Argentinischen Tageblatts“ führende Persönlichkeiten der deutsch-argentinischen Kolonie*).

Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, der langjährige deutsche Botschafter in Argentinien, hält eine rein genossenschaftliche Siedlungsweise für undenkbar, da die meisten Einwanderer mittellos sind oder nur über geringes Kapital verfügen. Vielleicht wäre wohl ein System denkbar, bei dem der kapitalistische Einschlag überwiegen mag, das aber doch dem mit einigen Barmitteln ausgestatteten Kolonisten Gelegenheit geben könnte, rascher unabhängig zu werden und schneller in den vollen Besitz des Grund und Bodens zu gelangen.

Der Direktor der amerikanischen Bank für Südamerika, Herr E. Hermann, sagt: „Auf die Frage, wie ich mir Siedlungsunternehmen denke, ob genossenschaftlich oder rein kapitalistisch oder gemischt, lautet meine Antwort: Gemischt! Die Grundlage für dieses System würden kapitalistische Unternehmen zu bilden haben, die dann ihrerseits Genossenschaften ins Leben rufen. Zur Ansiedlung auf Regierungsland würde ich nicht raten. Weder der Norden noch der Süden kommen für intensive Bewirtschaftung, so wie sie mir vor-schwebt, in Frage.“

Der bekannte argentinische Vizekonsul in Berlin, Herr H. Waetge, hält es für unverantwortlich, wenn man ungeübten Deutschen dazu riete, sich im Urwald, in der Wildnis, anzusiedeln, wo die Lebensbedingungen fraglich sind und die Absatzmöglichkeiten erst geschaffen werden müssen. Die Grundlage eines gesunden Siedlungsunternehmens muß privatkapitalistisch, der Betrieb genossenschaftlich sein; auf diese Weise gelangen sowohl die Geldgeber als auch die Kolonisten am besten zu ihrem Ziel. Bei dem großen Mehrwert, den die Kolonisation für alle Beteiligten mit sich bringt, wird ein billiger Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit keinerlei Schwierigkeiten bieten, vorausgesetzt, daß die Leitung in die richtigen Hände gelangt.

Der Direktor der Deutsch-Überseeischen Bank, Herr C. Lingenfelder, sagt dazu: Persönlichkeiten, die aus ihrer Praxis das Kolonisationsleben genau kennen, die keineswegs Schwarzseher, sondern ausgesprochene Optimisten sind, kamen nach langer Beratung zu dem Schluß, daß es nicht empfehlenswert sei, eine Aktiengesellschaft zu gründen, die die Siedlung finanzieren und organisieren würde. Alle Berechnungen, die mit großer Gewissenhaftigkeit angestellt wurden, führten zu dem Ergebnis, daß nicht einmal eine bescheidene Verzinsung der aufgewendeten Kapitalien zu erwarten sei. Mit einem derartigen Unternehmen werde dem Einwanderer selbst kaum ein Dienst erwiesen. Alle drei Systeme, das genossenschaftliche, das rein kapitalistische und das gemischte, seien ungangbar.

Ein deutscher Großestanciero äußert sich folgendermaßen: In der Theorie ist die genossenschaftliche Besiedlung die idealste. In der Praxis halte ich sie für ausgeschlossen, weil die überwiegende Zahl der Einwanderer hier mittellos eintrifft. Deshalb muß der Kapitalist einspringen. Zu Kolonisation auf Regierungsland möchte ich nicht raten. Denn die Regierung verfügt nur im äußersten Norden und im Süden noch über Land. Ersteres kommt wegen der ungünstigen klimatischen Verhältnisse für größere deutsche Ansiedlungen nicht in Betracht.

* Diese Umfrage zeigt, wie brennend dieses Problem auch drüben empfunden wird. Eine umfassende Beurteilung dieser schwierigen Frage bietet eine kleine Schrift, welche im Verlage „Ausland und Heimat“, Aktiengesellschaft, Stuttgart, als erstes Heft der „Schriften zur Auswanderung“ dieser Tage erscheint: M. Grisebach, „Einzel- oder Genossenschaftssiedlung“.

Der Süden dagegen ist für Ackerbau zu unfruchtbar. Dort lohnt sich allenfalls die Schafzucht, bei der aber der kleine Mann mit dem Großherdenbesitzer nicht erfolgreich konkurrieren kann.

Der Leiter eines großen deutschen Import-Export-Hauses hält die Kolonisation in großem Maßstabe entweder nur durch den Staat mit Hilfe der Hypothekenbank oder auf großkapitalistischem Wege für möglich, wobei freilich die Kapitalbeschaffung außerordentlich schwierig ist.

Der Geschäftsführer einer großen deutschen Getreidefirma betont mit Recht: „Siedlungsunternehmen müssen kapitalkräftig sein. Rein kapitalistisch können sie der gesunden Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft gefährlich werden, während sie rein genossenschaftlich ihren Aufgaben nicht gewachsen sein würden. Es käme demnach ein gemischter Betrieb dem Zeiterfordernis entgegen.“

Ein anderer Chef eines deutschen Importhauses hält genossenschaftliche Kolonisation nur bei kapitalkräftigen Einwanderern für möglich und das wird seiner Meinung nach nur ein geringer Prozentsatz sein. Auf den von Siedlungsunternehmen gegründeten und betriebenen Kolonien würden im Laufe der Zeit von selbst Genossenschaften entstehen. Die Grundlagen einer Kolonisationsunternehmung denkt er sich so, daß zunächst langfristige Pachtverträge abgeschlossen werden, wobei der Kolonist das Recht erhält, innerhalb eines gewissen Zeitraumes das Land zu einem vorherbestimmten Maximalpreise zu verkaufen. Als Entgelt für dieses Vorrecht muß sich der Kolonist den Weisungen der Unternehmung fügen, so daß auf diese Weise eine Entwertung des Landes durch nachlässige Bewirtschaftung nach Möglichkeit vermieden wird. Für eine Kolonisationsunternehmung sind seiner Meinung nach die Statuten der „Jewish Colonisation“ des Baron Hirsch vorbildlich.

Auswanderungsmöglichkeiten nach Palästina.

Im Rahmen eines Vortragszyklus befaßte sich Prof. Franz Oppenheimer-Frankfurt am 8. Februar im Niederländischen Zionistenbund in Rotterdam mit der Frage der Judeneinwanderung in Palästina. Er vertrat den Standpunkt, daß das jüdische Volk aus dem Bankerott der Zeit Nutzen ziehen und an die Erfüllung seiner alten Prophezeiungen gehen müsse.

Die Aufnahmefähigkeit Palästinas sei unbegrenzt. Die Sorge, daß vom wirtschaftlichen Standpunkte aus das Land für Millionen von Juden zu klein sei, teile er nicht. Wenn auch das Land diese Millionen nicht selbst ernähren könne, ließe sich das Fehlende durch Güteraustausch (Export von Öl und chemischen Produkten) und Fremdenverkehr decken. Allerdings sei für die ersten drei bis vier Jahre an schrankenlose Einwanderung nicht zu denken. Während dieser Vorbereitungszeit könnten höchstens 20—30 000 sorgfältig ausgewählte Kolonisten in Betracht kommen. Die Frage des Grundeigentums müßte in der Weise geregelt werden, daß auf Basis der Kleinbauernwirtschaft der Boden in sehr langfristige Erbpacht gegeben wird. Die Größe der Parzellen habe sich dabei hauptsächlich nach den Wässerungsverhältnissen zu richten. Auf diese Art könne ein Land genossenschaftlichen Friedens, Marxens „Freie Kolonie“, geschaffen werden.

Die Stellung der arabischen Fellachen denkt sich Oppenheimer so, daß diese als landwirtschaftliche Arbeiter der jüdischen Kolonisten und als rasseverwandtes Element nach und nach in die Gemeinschaft der jüdischen Siedler aufgenommen werden sollen. Die künftige jüdische Gemeinde wolle jedenfalls kein Raubstaat sein, sondern eine „Politik der Mildtätigkeit“ treiben.

Im Zusammenhang mit den Oppenheimerschen Ausführungen ist die Tatsache von Interesse, daß die mohammedanischen und katholischen Araber Palästinas in einer Denkschrift an den Papst gegen die, besonders von England geförderte, Zionistenbewegung Verwahrung eingelegt haben.

Auswandererseelsorge in Kalifornien.

Wie die Missionsrundschau der illustrierten Monatszeitschrift „Die Katholischen Missionen“ berichtet, übernahm der katholische Caritas-Verband des Bistums Monterey und Los Angeles in Südkalifornien die Oberleitung der Einwandererfürsorge. Wie sehr Los Angeles als Einwandererstadt anzusprechen ist, beweist eine Zusammenstellung über das bunte Völkergemisch in dieser Stadt, 1915 wiesen die zwölf Distrikte des Bezirks 148 750 Fremdgeborene auf, sie verteilten sich auf die verschiedenen Rassen, wie folgt: Mexikaner 35 000, Deutsche 11 000, Engländer 11 000, Kanadier 10 000, Juden 10 000, Japaner 7 500, Kroaten 7 500, Russen 7 500, Italiener 6 500, Irländer 5 000, Schottländer 5 000, Schweden 4 500, Franzosen 3 000, Armenier 2 500, Chinesen 2 000, Spanier 1 500, Griechen 1 500, Böhmen 500, Slowaken 500, Syrer 500, Montenegrier 300, Finnen 250, Litauer 200, Rumänen 200, Bulgaren 100, Slowenen 100, Ruthenen 100, Dänen, Holländer und Schweizer 3 500, Araber, Zigeuner und Hindus 3 500. Viele dieser Zahlen sind heute zu erhöhen, z. B. die der Mexikaner, welche die Wirren ihrer Heimat zu Tausenden über die Grenze trieben.

Das durch die Einwanderung bedingte rasche Wachstum der Stadt Los Angeles steigerte die Wohnungsnot aufs höchste. Tausende leben in den ärmlichsten Verhältnissen.

Ein neuer Kurs in der argentinischen Siedlungspolitik.

Nach dem „Export“ (Februar) hat Argentinien neuerdings eine Auskunftstelle für Kapitalisten eingerichtet, welche der Einwanderungsbehörde beigeordnet ist und unter der Leitung der staatlichen Hypothekenbank steht. Ihr Zweck ist, die verschiedenen Kaufgelegenheiten den Interessenten nachzuweisen und diesen beim Abschluß von Kaufverträgen beratend zur Seite zu stehen. Die Auskunftstelle hat den Käufern die Hypothekierung der zu erwerbenden Ländereien durch die staatliche Hypothekenbank nahezulegen, letztere wird ermächtigt, zur Förderung der Kolonisation die hypothekarischen Kredite auf Ländereien bis zu 80 Prozent der Taxe oder des Kaufwertes hinaufzusetzen. Bei den verhältnismäßig billigen Preisen der Regierungsländereien steht zu erwarten, daß die Vergünstigung der Privatinitiative zur Besiedlung der noch ungenutzten großen Länderstrecken einen starken Impuls verleihen werden. Vielleicht ist hiermit auch ein Ansporn für die deutschen Kolonisationsgesellschaften gegeben, sich mit der Ansiedlung deutscher Auswanderer in Argentinien zu beschäftigen.

Warum gewarnt wird.

Gegen eine direkte Propaganda gegen gewisse Zonen der Republiken Argentinien und Paraguay wendet sich das Argentinische Wochenblatt vom Dezember 1919. Solange es nicht einwandfrei feststeht, daß solche Gegenden unter allen Umständen als aussichtsloses Betätigungsfeld für den ratsuchenden Auswanderer zu betrachten seien, sollten sie vermieden werden. Dabei gibt das Blatt zu, daß unzweifelhaft die Vorbedingungen in gewissen Gebieten der argentinischen Nordterritorien im allgemeinen wenig günstig für deutsche Siedler seien. Solange wenigstens die dortigen Verkehrs- resp. Absatzverhältnisse nicht entschieden Aussicht auf Besserung hätten, könne nur denen

geraten werden, dort ihr Glück zu versuchen, die das Zeug zu einem richtigen Pionier in sich haben. Den argentinischen Chaco hält der Verfasser für die zukünftige Baumwollkammer Argentiniens. Wegen der Abgeschlossenheit dieses Gebietes würde aber auch hier der Anfang hart sein.

Es wird hier die Kernfrage aller Auskunfterteilung berührt. Zur Warnung zwingt heute die mangelhafte Qualifikation des deutschen Durchschnittsauswanderers, der eben von Natur nicht mehr das Zeug zu einem wahren Kulturpionier besitzt, wie noch vor 100 Jahren. Die beispiellose Industrialisierung, die das deutsche Volk erlebt hat, hat es für die schweren Aufgaben eines südamerikanischen Urwald- oder Kampkolonisten nicht geeigneter gemacht. Neuerschlossene Gebiete kommen daher wohl für landhungrige Kolonistensöhne des Einwanderungslandes, aber nicht für Neulinge aus dem deutschen Reich in Frage. Warnungen liegen daher nicht nur im Interesse der Auswanderer selbst, sondern auch in dem des Einwanderungslandes; sie sollten daher auch von dem Deutschum dieser Länder so verstanden werden, daß man das Ansehen dieses Deutschums nur stärken will, wenn man ungeeignete Elemente vor Zuzug warnt.

Auswanderung nach Paraguay.

Der Deutsche Volksbund für Paraguay (Asuncion, Casilla 77) macht darauf aufmerksam, daß es angeraten ist, bei der Auswanderung Gelder nach Möglichkeit in Waren anzulegen. Es kommen besonders in Frage Eisenwaren, Drogen, alle Artikel für Apotheken, optische Artikel usw., die leicht abgesetzt werden können.

Verkrachte Paraguay-Siedlungsgesellschaften.

Über dieses Thema schreibt die „Deutsche Zeitung für Paraguay“ am 2. Januar 1920:

„Es sind hier schon verschiedene Vertreter von Siedlungsgesellschaften, die sich in Deutschland oder Deutschösterreich gebildet hatten, eingetroffen. Doch scheinen wohl die meisten dieser Gesellschaften zum Fracaso verdammt zu sein. Die Siedlungsgesellschaft „Paraguay“, deren Pläne sich in verhältnismäßig engen, leicht zu überschauenden Grenzen gehalten hatten, hat sich schon aufgelöst, bevor auch nur der vierte Teil der Mitglieder dieser Gesellschaft in Paraguay eingetroffen war. Die ersten Ankömmlinge hatten sich in Hohenau niedergelassen. Nun gedenkt ein Teil schon wieder nach Deutschland zurückzukehren. Die anderen allerdings wollen später in Hohenau oder dessen Umgebung Land erwerben. Es sollen vor allem die Verheirateten sein, die schon jetzt die Flinte ins Korn werfen. . . Wir möchten den Einwanderern anraten, wenn sie es irgend ermöglichen können, ihre Frauen erst später nachkommen zu lassen, um ihnen die erste schwerste Zeit zu ersparen. . .

Und dieser fluchtartige Rückzug muß auch gerade noch in Hohenau einsetzen, in unserer Musterkolonie, wo sich doch das Einleben in das Dasein des Kolonisten und Urwaldpioniers unter ganz besonders günstigen Umständen vollziehen sollte! Denn in Hohenau ist der Neuangekommene doch nicht so ganz auf sich selbst angewiesen, wie z. B. in den Regierungskolonien Mubevo oder Horqueta. Er findet Rat, Unterstützung und Hilfe bei dem nächsten Nachbar, der gleich nebenan wohnt, oder er arbeitet sich erst einmal, wie das ja geschieht, bei einem Kolonisten ein, um sich an das neue Leben zu gewöhnen und die neuen Arbeitsmethoden zu erlernen. Rings um sich herum hört er nur deutsche Laute, und diese Tatsache allein sollte ihm die Trennung von der Heimat weit weniger empfinden lassen, als wenn er mit Moskiten und Sandflöhen allein gelassen an

einer halbgar gekochten Mandiokawurzel kauend mutterseelenallein unter dem Baum sitzt, den er schon den ganzen Tag vergeblich versucht, umzuhauen, und nun sein Herz dreifach panzern muß gegen die Anfälle hilfloser Verzagtheit, bitterem Heimweh, ja Verzweiflung.

Der Vertreter einer anderen großen Siedlungsgesellschaft ist wieder nach Deutschland zurückgereist und wird dort jedenfalls in negativem Sinne über die Möglichkeit einer großen geschlossenen Siedlung in Paraguay berichten. In der Theorie macht sich ja der Gedanke einer solchen geschlossenen Siedlung, die ganz auf sich selbst beruht, alles aus sich selbst erzeugt und womöglich wieder verarbeitet, in der also Landwirte, Handwerker, Kaufleute und Industrielle ihren Anteil haben würden, sehr schön und plausibel. Aber die Wirklichkeit hat harte Ecken und Kanten. In Paraguay existieren keine großen zusammenhängenden Gebiete mehr, die Staatseigentum und wirtschaftlich günstig gelegen sind. Und bei der heutigen Valuta der Mark oder der Krone kommt nur der Erwerb von Staatseigentum in Betracht.

Vor wenigen Tagen ist uns nun ein Fall bekannt geworden, in dem die Mitglieder einer solchen Siedlungsgesellschaft, die Paraguay als Ziel der Auswanderung ins Auge gefaßt hatte, offenbar von einem Gauner, der als Leiter des Unternehmens auftrat, aufs Glatteis geführt worden sind. Zwei Mitglieder dieser Gesellschaft sind in Asuncion eingetroffen. Der eine von diesen, der früher in Afrika im Auftrag von Hagenbeck jagte, berichtete, daß sich diese österreichische Siedlungsgesellschaft in Buenos Aires auflöste, weil der Leiter derselben, ein Jude Namens Ottokar Pollok, der vorgab, viele Jahre in Paraguay gelebt zu haben, nach der Ankunft in Buenos Aires das Unternehmen im Stich gelassen, beziehungsweise durchgebrannt sei, nachdem er den offenbar durch fette Kommissionen und eingezahlte Mitgliederbeiträge erzielten Gewinn in Sicherheit gebracht. Der Afrikajäger, der aus Linz stammt, versicherte, sein Schwager habe anderthalb Millionen in das Unternehmen gesteckt, um es zu finanzieren. 47 Tonnen Maschinen und Geräte seien inzwischen für die Gesellschaft in Buenos Aires eingetroffen und jetzt, da das Unternehmen in Brüche gegangen sei, bei der Gasmotorenfabrik Deutz untergebracht worden, um später liquidiert zu werden. Außerdem seien noch vier zusammenlegbare Motorboote, drei Kilometer Feldbahnschienen, 40 kleine Waggons und anderes nach Buenos Aires unterwegs. So soll nun dieser ganze Riesenaufwand schmachlich vertan sein! Wir können nicht so recht verstehen, weshalb sich an Stelle dieses durchgegangenen Leithammels unter den übrigen Mitgliedern der Siedlungsgesellschaft nicht ein energischer Mann fand, der die Sache in die Hand nahm. In Buenos Aires scheinen sich die Mitglieder in alle Winde zerstreut zu haben. Nur diese zwei sind nach Paraguay gelangt.

Vielleicht hat dabei die paraguayfeindliche Propaganda argentinischer Länderagenten auch ein Wörtchen mitzureden. So erzählten z. B. die Herren der Kommission des Auswandererhilfsvereins „Deutschösterreich in der Fremde“, daß mit ihrem Schiff 315 Deutschösterreicher, gute Arbeiter, die nach Paraguay auswandern wollten, in Buenos Aires angekommen seien. Dort aber verflüchtigten sich die 315 nach allen Himmelsrichtungen, nur nicht nach Paraguay, weil die zahlreichen Agenten, die an Bord gekommen waren, den Einwanderern heillose Angst vor dem „Affenland“ gemacht hatten. „Wie“, so schrien diese Agenten, scheinbar platt vor Erstaunen — „Sie haben wirklich den Mut, nach Paraguay zu gehen? Ja, wie kommen Sie denn dazu, in das Indianerland hinaufzuwollen, wo schon in Asuncion die Leute

auf offener Straße überfallen und ausgeraubt werden?“ Von diesen 315 Deutschösterreichern kamen infolgedessen neun in Paraguay an.

Deutsches Stimmungsbild aus Rio Grande do Sul.

Dem Deutschen Ausland-Institut Stuttgart schreibt ein seit Jahren schon ansässiger Reichsdeutscher aus dem Innern des Staates Rio Grande do Sul (Brasilien) nähere Einzelheiten, welche zugleich für deutsche Kaufleute und Auswanderer wertvolle Winke enthalten:

„Was mich als Reichsdeutschen bewegt, können Sie wohl ahnen. Und da wir bisher immer falsche und zum Teil entstellte Nachrichten bekamen, leiden wir doppelt. Sie geben selbst zu, daß viel vernachlässigt worden sei dem Deutschtum im Ausland gegenüber. Unsere seinerzeit hier eingewanderten Deutschen sind keine Deutsche mehr, sondern Brasilianer. Von ihnen werden Sie wenig oder nichts erfahren. Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß das deutsche Element sehr gehaßt ist. Das hat sich besonders während des Krieges gezeigt. Und das Schlimmste ist, daß unser Volksstamm so wenig einig ist. Man hat in Deutschland Brasilien vielfach als einen Verbannungsort angesehen, wo die hingingen und geschoben wurden, welche etwas auf dem Kerbholz hatten. Und diese haben dann ein zu schlechtes Beispiel gegeben. Das war der größte Fehler. Es kommen ja unter allen Völkern schlimme Sachen vor, aber hier speziell von den Reichsdeutschen auch. Viele meinen, hier läge das Go'd auf der Straße, man brauche es nur aufzuheben. Nein, nur sittlich charakterfeste Menschen, die wissen, was sie wollen, kommen vorwärts, die auch einen religiösen Fond haben. — Bitte arbeiten Sie darauf hin, daß wir gute, mit Land und Leuten so ziemlich bekannte Konsuln bekommen, die ein Herz haben für unsere deutschen Brüder im Auslande und nicht stolz und unnahbar sind. Ja, es ist ungeheuer gefehlt worden. Von Porto Alegre läuft eine Eisenbahn (Schmalspurbahn) nach Taguara. In welchem Zustand sie ist, will ich verschweigen. Aber schon öfter sind die Aktionäre gewechselt worden. Warum beteiligt sich doch der Deutsche so wenig an solchen Unternehmen? Wie ganz anders wäre es damit bestellt. Kennen Sie, meine Herren, die gegenwärtigen Unternehmen der Nordamerikaner? Die Leute verstehen es und machen Bombengeschäfte. Der Deutsche muß noch unternehmender sein.

Unsere Industrie hängt vom Ausland ab. Tausenderlei Sachen müssen wir einführen. Aber bitte nicht mehr so billig wie vor dem Kriege. Die Kaufleute haben, offen gesagt, gespottet über die zu billige deutsche Ware. 400 bis 500 Prozent sind verdient worden. Bringen Sie alles, rein alles, alt und neu hierher und man verdient. Der Kaufmann arbeitet meistens mit 2—300 Prozent. Sobald es heißt: „Deutsche Ware“, Messer, Äxte etc., wird's verkauft. Wie überall, muß jemand den Markt erst studieren und dann arbeiten.

Gesetzgebung? Motto: Bei Gott und in Brasilien ist alles möglich. Das Gesetz ist gut, aber vor dem Geld gibt es keines. Aussichten für einzelne Berufe: die meisten Schneider, Schlosser etc. müssen nebenbei noch in der Landwirtschaft arbeiten, sonst reicht's nicht. An den Eisenbahnen etc. arbeiten meistens Neger. Auch in den Kaffeeplantagen Sao Paolo; nur keine Deutschen bewegen, nach Sao Paolo in die Kaffeeplantagen zu gehen; sie werden direkt Sklaven. Landwirtschaft, anders wie in Deutschland, viel schwerer, Sonne heißer. Kosten des Unterhaltes ziemlich hoch. Für Massen-

artikel ist es hier nichts (gründen von Fabriken); zu wenig Leute zu wenig Städte. Hauptsache: Landwirtschaft. Aber hohe Preise für gutes Land.“

Auswanderung nach Brasilien.

Zur Auswanderung der 3000 Landwirte nach Brasilien berichtet ein Vertrauensmann des Deutschen Ausland-Instituts, der vor kurzem aus Manaos, Brasilien, zurückgekehrt ist: Die durch die deutsche Presse gegangene Nachricht, daß ein Teil der mit freier Überfahrt nach Brasilien zu befördernden deutschen Landwirte nach Manaos verschickt werden sollten und die daran geknüpfte Vermutung, daß diese Deutschen wie im Jahre 1912 zum Weiterbau der berüchtigten Madeira-Mamore-Bahn verwandt würden, könne nicht stimmen. Die Bahn sei längst fertig, zu weiteren Bahnbauten sei kein Geld vorhanden. Der gegenwärtige Präsident Epitacio Pessoa sei als durchaus deutsch-einwandererfreundlich anzusprechen und von den besten Absichten in seiner Einwanderungspolitik beseelt; ein Mißtrauen dagegen sei nicht angebracht. Trotz allem hält unser Gewährsmann die spanisch sprechenden Länder von Südamerika für geeigneter für eine deutsche Einwanderung als diejenigen Staaten, in denen die portugiesische Negermischung regiert. Der angemäße Anspruch auf innere und äußere Überlegenheit seitens des Brasilianers führt leichter zu Gegensätzen, wie sie in den Vorgängen in Anitopolis und St Catharina ihren klassischen Ausdruck fanden. Infolge der Schikanen der brasilianischen Koloniedirektoren ist diese jüngere Regierungskolonie nach zuverlässigem Bericht von anderer Seite von sämtlichen Deutschen bereits verlassen; sie scheinen damit zugleich den brasilianischen Boden verlassen zu haben.

Mahnruf vor übereilter Auswanderung nach Mexiko.

Einer Polemik zwischen der „Deutschen Zeitung in Mexiko“ und dem ebenfalls in Mexiko erscheinenden „Excelsior“, der einen Mexiko-Deutschen wegen seiner Warnung vor übereilter Zuwanderung nach Mexiko heftig angegriffen hatte, entnehmen wir, daß neben einer Siedlungsgesellschaft, die Interessenten für eine Expedition nach Durango zunächst je 5000, dann je 22000 Mark abknöpfte, angebliche „Agenten der mexikanischen Regierung“ deutschen Offizieren gegen das Versprechen, sie im mexikanischen Generalstabe unterzubringen, teilweise beträchtliche Geldsummen entlockten. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß 22000 Mark, die in Deutschland noch immer ein ganz ansehnliches, Kleinsiedelung ermöglichendes Kapital darstellen, in Mexiko zurzeit höchstens 1300 Pesos wert und als Grundstock für selbständige Unternehmungen völlig unzureichend sind. Mexiko sei auf Masseneinwanderung überdies so wenig vorbereitet, daß der dorthin kommende Deutsche bestenfalls zum Landarbeiter herabsinken würde. Als solcher könne er aber bei 60 Centavos Tagelohn mit den Eingeborenen in keiner Weise konkurrieren.

Bei Gelegenheit dieser Polemik, in der der „Excelsior“ den Vorwurf deutscher Undankbarkeit gegen Mexiko durchblicken läßt, wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß mexikofeindliche Bücher wie „Barbarous Mexiko“ und „Kommt nicht nach Mexiko“ in Deutschland niemals erschienen, wohl aber die größte Literatur über die altmexikanische Kultur. „Und wenn der „Excelsior“ die Geschichte seines Landes einer kleinen Durchsicht unterzieht, so wird er die Wahrnehmung machen, daß sein Vaterland niemals von Deutschland eine Beleidigung erfahren hat, während alle jene Nationen, die heute von der alliierten Presse als die „Befreier der Welt vom preußischen Im-

perialismus' gepriesen werden, ihren Fuß feindselig auf mexikanischen Boden gesetzt haben."

Ebenso unberechtigt sei die in letzter Zeit wiederholt aufgestellte Behauptung, Mexiko habe keinen Nutzen von der deutschen Einwanderung. Wir glauben bekaupten zu können, daß die Hälfte der deutschen Familien in Mexiko auf dem Bund zwischen Deutschen und Mexikanerinnen beruht. Das ist um so beachtenswerter, als es sich um zwei vollständig verschiedene Rassen handelt, während bei französischen und spanischen Mischlingen immer noch das gemeinsame Lateinertum ein Bindeglied bildet. Die Mitglieder der deutschen Kolonie, die sich schließlich nach Deutschland zurückziehen, um die Früchte ihrer Arbeit in Mexiko daheim zu genießen, dürften kaum die Zahl derer erreichen, die Mexiko nicht mehr verlassen und hier ihren Lebensabend beschließen. Und wenn man ihren Nachkommen nachforscht, so wird man die Wahrnehmung machen, daß die zu vollgültigen, treuen mexikanischen Bürgern geworden sind.

Zum Schlusse sagt die „Deutsche Zeitung von Mexiko“: „Wenn wir die Warnung vor übereilter Auswanderung als stichhaltig anerkennen, so lassen wir uns dabei von dem Gedanken leiten, daß die vorläufige Zurückhaltung eines überstürzten deutschen Einwandererstromes auch im Interesse Mexikos liegt, wenn wir auch zugeben müssen, daß dabei auch Rücksichten auf die Reinheit unseres Namens mitbestimmend sind: Es würde uns schmerzen, wenn deutsche Einwanderer, die sich in ihren Hoffnungen enttäuscht sehen und von der Not zur Verzweiflung getrieben werden, zu Elementen würden, die die öffentliche Ruhe und Ordnung in Mexiko störten und mit den Landesgesetzen in Konflikt kämen.“

Zur Lage in Mexiko.

Durch die Haftentlassung des amerikanischen Konsuls Jenkins ist einer der Differenzpunkte zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten ausgeglichen. Es wäre aber falsch, nunmehr die kritische Lage zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko für überwunden zu halten. Eine Vermittlung von seiten der A. B. C. Staaten Südamerikas scheint nach den letzten Zeitungen aus Rio de Janeiro ausgeschlossen. Herrn Lansing ist es anscheinend gelungen, in den Block der drei südamerikanischen Staaten einen Keil zu treiben. Die Rede der amerikanischen Senatoren beweisen, daß Mexiko noch kritischen Tagen entgegengeht, die eine katastrophale Entladung des Zündstoffes bringen können. Einen Einspruch von seiten des amerikanischen Volkes ist nicht zu erwarten.

Die Frage der Auswanderung nach Mexiko hängt mit dieser politischen Entwicklung natürlich eng zusammen. Die Schätzung deutscher Tüchtigkeit seitens der mexikanischen Regierung kann nicht darüber hinweg täuschen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Regierung wenig für die deutschen Einwanderer tun kann, denn Mexiko ist nun einmal von dem Wohlwollen der Vereinigten Staaten zu abhängig, um eine deutsch-freundliche Politik treiben zu können. Durch die fortwährenden Revolutionen des letzten Jahrzehnts ist das Land derart geschwächt, daß die Regierung überhaupt eine energische Politik noch nicht treiben kann. Solange die Verhältnisse in Mexiko derart unsicher sind, wie augenblicklich, kann man nur mit äußerster Vorsicht zu einer Auswanderung in jenes Land raten. „Welchen Zweck hat es“ — so schreiben die „Frankf. Nachr.“ vom 10. Januar — „sein Ersparnis dort anzulegen, wenn für die Sicherheit des Eigentums fast gar keine Bürgschaft besteht? Gewiß hat die Regierung die beste Absicht, das Eigentum und das Leben der in Mexikos Grenzen wohnenden Ausländer zu schützen. Was aber hilft die beste

Absicht, wenn die Macht fehlt? Was hilft die Absicht in einem Lande, wo die Rebellen Züge in die Luft sprengen, die Passagiere ausheben, verschleppen und nur gegen Lösegeld wieder freigeben? Wo der Reisende immer Gefahr läuft, ausgeplündert zu werden? Kurz, wo Leben und Eigentum vollkommen in das Belieben gewissenloser Revolutionsgenerale gelegt ist, die, wie Pancho Villa, in ihrem Privatverhältnis Pferdediebe und mehrfach abgestrafte Mörder gewesen sind.“

Ein argentinisches Kolonisationsprojekt.

Ein neues großzügiges Kolonisationsunternehmen plant die Legislative der Provinz Buenos Aires auf folgenden Grundlagen:

1. Ausgabe von Titeln unter der Bezeichnung „Bonos de Fomento Agropecuario“ in Höhe von 60 Millionen Pesos.
2. Verwendung des Ertrages zum Ankauf von Ländereien, die sich zur landwirtschaftlichen Kolonisation eignen.
3. Diese Ländereien sollen in Parzellen von 25 bis 100 Hektar an Ackerbauer und Viehzüchter verkauft werden.
4. Das Unternehmen wird den Ankauf von Vieh, Maschinen, Saatgut, Baumaterialien usw. besorgen, um sie dann den Ansiedlern zu einem niedrigen Preise zu verkaufen oder auf längere Zeit zu verpachten.
5. Die Regierung der Provinz soll sich an Nebenunternehmungen der Kolonisationsgesellschaft mit 50 Prozent beteiligen können. Diese Nebenunternehmungen sollen das Verarbeiten landwirtschaftlicher Produkte, die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Gerätschaften, sowie die Errichtung von Getreideelevatoren zum Ziele haben.
6. Den Ansiedlern sollen Vorschüsse auf die Ernte gewährt werden.
7. Die Landparzellen sollen umzäunt und mit einem Wohnhaus, ferner mit Brunnen, Windmühlen, Wassertanks, Corral, Schuppen, Kälber-, Schweine- und Hühnerstall und mit einem Silo für 500 Tonnen Getreide versehen werden.
8. Die Kosten aller dieser Anlagen sollen in den Kaufpreis mit eingerechnet werden, der mit 7 Prozent Zinsen jährlich in 20 Jahren abzuzahlen ist.
9. Zu beiden Seiten der Provinzbahnlinien sollen 2500 Hektar Land enteignet werden und den oben genannten Zwecken zugeführt werden.

Ob dieses Projekt je Ausführungsbestimmungen erhalten wird, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen mit dem sogenannten Heimstättengesetz zweifelhaft; einstweilen können jedenfalls Auswanderer noch keine Hoffnungen darauf setzen, denn in Argentinien pflegt man zwar sehr gute Kolonisationsprojekte auszuarbeiten, sich für sie in echt lateinischer Art zu begeistern, wenn es aber zur Verwirklichung kommt, dann verschwinden solche Projekte in der Versenkung und übrig bleibt nur der Vorschußlorbeer auf eine große Tat und das Bewußtsein der Landesväter, daß ihre Interessen als Latifundienbesitzer von Staats wegen nicht bedroht werden. Das Schicksal des Kolonisationsprojektes von Dr. Emilio Freers im Jahre 1912 ist noch in lebhafter Erinnerung. Und das war ein um vieles besseres Projekt.

WIRTSCHAFTLICHES

Die Besteuerung von ins Ausland geflüchteten Kapitalien.

Die Schweiz hat als erstes Land einen Versuch gemacht, den neuen „Reichtum“, der sich bei ihr angesammelt hat, zu besteuern. Der Nationalrat hat, mit knapper Mehrheit allerdings, bei der Beratung der außerordentlichen Kriegssteuervorlage beschlossen, auch den ausländischen Besitz der Abgabe

zu unterwerfen. Der subjektiven Steuerpflicht unterliegen also alle Eigentümer von in der Schweiz aufbewahrten Wertpapieren, Edelmetallen, Edelsteinen und anderen Wertobjekten, soweit deren Wert den Betrag etwaiger Pfandhaftungen übersteigt. Allerdings wird ein großer Teil der wirklich gellüchteten Kapitalien durch dieses Gesetz nicht berührt werden, da es eine Verletzung des Bankgeheimnisses in der Schweiz noch nicht gibt. Die „Frankf. Ztg.“ bedauert bei der Wiedergabe dieser Meldungen, daß die aus Deutschland nach der Schweiz geflüchteten Kapitalien nicht dem deutschen Steuerzahler zugute kämen. Der Reichsfinanzminister sei zwar schon im Juni 1919 durch eine Novelle zum Gesetz gegen die Steuerflucht ermächtigt worden, mit auswärtigen Regierungen Vereinbarungen zum Schutze gegen die Auswanderung von Kapital ins Ausland bzw. zu dessen Erfassung durch den Heimatstaat auch im Ausland zu schließen. Namentlich dachte man damals an Abkommen mit der Schweiz und mit Holland. Die Bemühungen dazu seien aber bisher erfolglos geblieben. Allerdings verweist das Blatt darauf, daß auch Frankreich und England infolge der durch die fortschreitende Steuerlast und der erhöhten Geldentwertung und Valutasenkung auch bei ihnen eintretenden Kapitalabwanderungen jetzt erhöhtes Interesse an einer internationalen Regelung der Frage hätten. Auch litten die neutralen Staaten unter dem Geldzustrom empfindlich. Das jetzt in der Schweiz mit Besteuerung bedrohte Kapital werde seine Wanderung fortsetzen und anderwärts erneut Zuflucht suchen und finden. In der Schweiz lägen jetzt angeblich 30—40 Milliarden fremden Geldes.

Zeichen der Zeit.

Das „Board of Trade Journal“ vom 22. Januar meldet aus einem Genfer britischen Konsulatsbericht, daß Deutschland jetzt in Zeitungspapier nicht lieferungsfähig sei. Weder Deutschland noch Österreich könnten bessere Papiersorten ausführen. Trotzdem aber gingen beständig Offerten aus diesen Ländern ein, werde ein Auftrag erteilt, so erfolge die Lieferung nicht oder unvollständig. Die verschiedenen Artikel seien sehr minderwertig. Von einer an das Departement der öffentlichen Bildung gemachten Sendung von 6 Dutzend Bleistiftanspitzmaschinen mußten 4 Dutzend als völlig unbrauchbar zurückgewiesen werden. Ein Schweizer Fahrradhändler, der vor kurzem deutsche Fahrräder gekauft habe, melde gleichzeitig, daß er nie wieder welche kaufen werde, da sie alle sofort brachen. Diese Meldungen mögen übertrieben sein. Die englische Propaganda hat zweifellos ein Interesse daran, die deutschen Waren schlecht zu machen und in ihrem Ruf in der Welt herabzusetzen, aber die deutsche Industrie sieht daraus, was für uns auf dem Spiele steht. Nur beste Qualitätsware darf das Heimatland verlassen. Wir müssen, wenn wir Menschen und Waren ausführen, darauf sehen, daß sie von allererster Beschaffenheit sind, damit wir Ehre damit einlegen können.

VERSCHIEDENES

Für die hungernden Kinder im deutschböhml. Erzgebirge.

Unvergessen wird uns im Deutschen Reiche bleiben, was in schwerer Zeit der Unterernährung in und nach dem Kriege für unsere ärmeren Kinder von nichtbeteiligten Ländern geschehen ist, vor allem in der benachbarten Schweiz mit ihren „Ferienkolonien“, was ja — als den Lesern dieser Zeitschrift bekannt — nicht im einzelnen ausgeführt zu werden braucht, dann weiter in Holland und sogar in dem durch das Meer getrennten germanischen Schweden, wo noch im vergangenen Sommer mehrere tausend Kinder aus Norddeutschland auf Kosten des Schwedischen Roten Kreuzes nicht nur drei bis vier Monate unterge-

bracht und unterhalten, sondern auch vollständig neu gekleidet worden sind — daneben auch eine Anzahl Kinder aus Deutsch-österreich, für welche solche Hilfe besonders not tat und tut. — Und für die Ärmsten der Armen — in dem unfruchtbaren Erzgebirge, dem der neue tschechische Staat die Lebensmittelzufuhr geradezu sperrte, trotz der grausen Not, dem Hungertypus und massenhaften Kindersterben — für diese auch unsererseits helfend mit einzutreten, haben wir im Reich bei aller eigenen Bedrängnis als eine völkische wie allgemein menschliche Pflicht im tiefsten Herzensgrund empfunden und bis jetzt schon annähernd eine Million Mark zusammengesteuert auf einen wahrhaft erschütternden Aufruf des „Deutschösterreichischen Arbeitsausschusses“, Berlin W. 50, Ansbacherstraße 53, mit den Unterschriften angesehener Männer und Frauen und einer größeren Zahl von Vereinigungen, auch Auslandsdeutscher, die so den Hochgedanken deutscher Gemeinbürgerschaft in die Tat umgesetzt haben. — Das gesammelte Geld, zu dem auch unser Baden — obwohl als Grenzland besonders stark in Anspruch genommen durch die Fürsorge für die heimkehrenden Auslandsdeutschen, die vertriebenen Elsaß-Lothringer und sonst — auch über 20000 Mark schon durch den V. D. A. beigebracht hat, wird zur Beschaffung von Lebensmitteln und von Wäschestücken verwendet, die mit Hilfe des Roten Kreuzes nach Karlsbad verbracht und von dort aus durch dessen Vertreter und die örtlichen Abteilungen des deutschböhmlischen Landesausschusses für Jugendschutz und Kinderfürsorge dem Bedarf entsprechend sachgemäß verteilt werden. — Sind auch diese Mittel gegenüber den grauenhaften Zuständen im deutschböhmlischen Erzgebirge immer noch gering, so werden sie doch zur Linderung der allergrößten Not für einige Zeit beitragen. Und weitere größere Gaben sind zu hoffen, wenn diese in ihrem ganzen Umfange weiteren und weitesten Kreisen bekannt wird, auch bei den Deutschen außerhalb des Reiches. Sie sind wie bisher an den Schatzmeister des Ausschusses, Kommerzienrat Böhm, Postscheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 19148, zu senden.

Dr. W. Groos, Karlsruhe.

Mehr Würde.

Unser Volk befindet sich in einer kritischen Periode seiner Entwicklung. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat die Leidenschaften bis zur Siedehitze hochgetrieben, die Erörterung der Schuldfrage, die Revolution mit ihren Umwälzungen, die Wahlkämpfe und Steuerkämpfe haben die Gemüter aufs tiefste erregt. Immer noch zehrt der Hunger, den die Lebensmittelrationierung nur schlecht verhüllt, an unsern Nerven und bildet das Haupthindernis aller Gesundung, denn nur satte Menschen sind zufrieden, nur satte Menschen leisten in der Arbeit etwas Tüchtiges, nur satte Menschen denken über das Materielle hinaus. Aber unsere kritische Situation besteht nicht nur im Innern. Unser Handel ist vernichtet, unsere Stellung ist verloren. Wollen wir hoch kommen, so kann es nur durch Wiederaufbau, durch Arbeit, durch Leistungen geschehen. Wir wissen und fühlen gar nicht, in welchem Maße wir die Achtung der Welt verloren haben. Haben wir aber die richtigen Methoden, diese verlorene Achtung, die doch die Grundlage jedes Handelsgeschäftes ist, uns wieder zu erwerben? Haben wir gelernt, die Bescheidenheit, die den Besiegten geziemen muß, mit der nötigen Zurückhaltung und den nötigen Nationalstolz auf unsere Leistungen zu mischen? Haben wir den richtigen Takt, der in allen Äußerungen dem Auslande gegenüber dazu gehört, jetzt überhaupt wieder hervorzutreten und wieder in Politik und Wirtschaft eine Rolle zu spielen?

Zwei Beispiele: Kürzlich sprach im Deutschen Ausland-

Institut ein junger Auslandsdeutscher vor, der gerade von Südamerika kam. Er war draußen geboren und sah das Land, in dem seine Eltern geboren waren, zum ersten Mal. Er konnte seinem Erstaunen nicht genug Ausdruck geben, wie überrascht er von der Ruhe und Ordnung in Deutschland sei. Draußen las man es immer anders, meinte er, wir dachten gar nicht anders, als daß hier dauernd Revolution sei, als ob die alte deutsche Ordnung, von der Vater immer erzählte, völlig verschwunden sei, als ob aus dem ganzen deutschen Volke nur eine Gesellschaft von Schwindlern, Räubern und Mördern geworden wäre. Tun Sie doch ja alles, was Sie können, um draußen aufzuklären. Aber das zweite Beispiel: Wie wird draußen aufgeklärt? Ein anderer Auslandsdeutscher übersendet uns aus Santiago die „Deutsche Zeitung von Chile“ mit einem Privatbrief aus Mecklenburg vom 1. November 1919, den ein Freund des Blattes diesem zur Verfügung stellt. Es heißt da in dem langen Schreiben unter anderem: Hier ist immer noch eine Mordsschweinerei . . . man wird zum Menschenverächter weniger durch die offenbaren Schweinereien der Sozialisten, als durch die Schweinehunde aus dem bürgerlichen Lager . . . wenn wir uns wiedersehen sollten, werde ich Dir Schauersachen erzählen . . . heute sparen nur noch die Esel und die Geizhalse, alle verständigen Leute verpulvern ihr bisher sauer erworbenes Geld, um es wenigstens den Schweinehunden im Lande und im Auslande nicht in den Hals jagen zu müssen . . . neue Schulbücher gibt es zu Ostern nicht, weil kein Mensch Geld hat, auch noch diese zu bezahlen . . . Ich bin zu einer politischen, automatischen Blechtrompete geworden, die nach Einwurf einer Buddel Wein in Funktion tritt . . . unser schönes Deutschland, ein Misthaufen, regiert von Ignoranten und Schweinehunden, völlig unfähigen und ihrer Verantwortung sich nicht bewußten Strebern . . . kurz, es ist eine Mordsschweinerei . . . Gymnasium bleibt immer noch Gymnasium auch für die Zeit der Kaffernherrschaft . . . Ich bin aus dem Ministerium raus und Medikus Praktikums . . . wenn ich auch nichts mehr nach dem Leben frage und bereit bin, von dieser gemeinen Schweinebühne abzutreten.“ An diesen Brief eines Mannes fügt die Frau noch einige Zeilen zu, in denen es unter anderem nach einer Darstellung der Ernährungsverhältnisse heißt: „Es wurde in diesem Sommer schon einmal etwas besser, wir bekamen nach

vierjähriger Pause wieder einen Hering zu sehen, den ich wirklich mit Freudentränen begrüßt habe . . . Berlin würdet Ihr kaum wiedererkennen, Dreck und Mist liegt auf den Straßen . . .“ Die Frau schreibt zugleich, man kaufe jetzt alles heimlich und zu wahnsinnigen Preisen, sie bekäme in den nächsten Tagen ein paar Gänse, das Stück werde ziemlich 150 Mark kosten, und schließt ihren Brief, sie sei jedes Jahr in Kissingen gewesen, da gebe es noch prachtvolles Erholungsfutter, sie feiere bald das Fest der silbernen Hochzeit und hoffe dazu ein paar Fische ergattern zu können, damit die Familie bei ihr zu Mittag speisen könne.

Dieser Auszug möge genügen, um das zu illustrieren, was wir meinen und sagen wollen. Es mag vieles schlecht sein im deutschen Vaterlande, es mag vieles heruntergekommen und nicht mehr so in Ordnung sein, wie früher, man mag auf einer Parteiseite stehen und die anderen Parteien bekämpfen soviel man will — aber man soll bei der Wahrheit bleiben und die Würde nicht vergessen. Wie wirken derartige Übertreibungen eines früheren Ministerialbeamten, wie wirken derartige offenkundige Lügen auf unsere Brüder im Auslande? Wie wirken sie auf die Chilenen, die deutsche Sprache verstehen und deutsche Zeitungen lesen? Heißt das nicht geradezu unseren Gegnern und ihrer Verhetzungspropaganda Wasser auf ihre Mühlen liefern? Können wir immer noch nicht lernen, unsere schmutzige Wäsche zu Hause zu waschen? Müssen die deutschen Zeitungen im Auslande sich zum Sprachrohr derartiger Dinge machen? Oder müssen die deutschen Zeitungen, die mit ihren besonderen Ausgaben nach dem Auslande gelangen, sich zum Übermittler des ganzen inneren Partelhaders an die Auslandsdeutschen machen? Ist es nicht gesünder und besser, in ruhig sachlichem Ton unsere Auslandsdeutschen über die Parteien und über die Stimmungen im Inlande zu unterrichten, auf die psychischen und materiellen Veränderungen sachlich aufmerksam zu machen, aber doch bei allem Würde und Wahrheit zu bewahren? Sind wir schon so tief gesunken, daß wir uns vor dem Auslande selbst zerfleischen? Wird uns das Schimpfen aus unserer Lage retten, oder wird es nicht Zeit, daß wir uns auf uns selbst besinnen, mit Anstand und Würde unser Schicksal tragen und ohne Ansehen der Partei mit Arbeit und Fleiß es zu verbessern suchen?

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Handausgabe der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Von Geh. Legationsrat Dr. Fritz Poetzsch. Berlin, Otto Liebmann 1919. M. 5.50, geb. M. 6.50.

Die vorliegende Ausgabe der Reichsverfassung nennt sich selbst eine „Handausgabe“. Sie will nicht die Zwecke eines dickbändigen Kommentars erfüllen, sondern, wie der Verfasser in der Einleitung sagt, „eine erste Einführung für weitere Kreise“ sein. Zu diesem Zweck ist einleitend eine zusammenfassende Darstellung der Vorgeschichte der neuen Verfassung vorausgeschickt, desgleichen gehen den einzelnen Abschnitten des Textes kurze erläuternde Übersichten voraus, die das Verständnis und das Einarbeiten in den Text, insbesondere für Nichtjuristen, erleichtern. Da der Verfasser der Handausgabe als Mitglied des Staatenausschusses an allen Beratungen des Gesetzes teilgenommen hat, dürfte er zur Auslegung des neuen Rechtsstoffes besonders berufen sein.

Dr. H. K.

Die Verfassungsgesetze der Republik Deutschösterreich. Mit einer historischen Übersicht und kritischen Erläuterungen herausgegeben von Prof. Dr. Hans Kelsen, Wien und Leipzig, Franz Deuticke 1919, 3 Bände. T. 1. VI, 117 S. 8°, M. 4.30. T. 2. 150 S. 8°, M. 4.50. T. 3. VIII, 248 S. 8°, M. 8.40.

In drei getrennten Teilen, deren zweiter sich fast ausschließlich mit der Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung befaßt, gibt der Verfasser, der bekannte Wiener Staatsrechtler, die Revolutionsgesetze Deutschösterreichs von den Novembertagen des Jahres 1918 an bis in den April 1919 heraus, „unter fördernder Mitwirkung des Mitglieds des Staatsrats Dr. Stephan von Licht“, wie es auf dem Titel des ersten Bandes heißt. Die drei Bändchen bringen zum Teil Material, das heute nicht mehr aktuell ist, allein sie können der ausgezeichneten Kommentierung wegen, wie sie bei einem noch unbearbeiteten Gesetzesstoff selten ist, bleibende Beachtung beanspruchen. Es ist immer ein außerordentlich interessanter Versuch, ein Stück werdenden Rechts in seiner noch unvollkommenen Gestaltung und seiner noch nicht abgeschlossenen Ent-

wicklung zu zeigen. Der Verfasser wendet sich mit besonderer Energie gegen die Auffassung, Deutschösterreich als Rechtsnachfolgerin der alten österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zu betrachten. Mit gutem Recht, denn die Entente hat diese Auffassung vorgeschützt, um der deutschösterreichischen Republik allein unter den aus dem Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie hervorgegangenen Einzelstaaten die ganze Schuld und Schuldenlast des alten Österreich-Ungarn aufzubürden. Der dritte Band soll nach dem Vorwort des Verfassers einen „vorläufigen“ Abschluß bilden. Besonderes Interesse dürften in ihm vom Auslandsdeutschenstandpunkt die anhangsweise ohne Kommentar veröffentlichten provisorischen Landesverfassungen beanspruchen, unter denen auch die von den provisorischen Landesversammlungen für Deutschböhmen und Deutschsudeteland beschlossenen vorläufigen Verfassungen zu finden sind.

Dr. H. K.

Der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919, erläutert von R. A. Dr. jur. **Friedr. Wündisch**. J. Bensheimer; *Mannheim-Berlin-Leipzig 1919. M. 10.—.

Das Deutsche Auslandseigentum im Friedensvertrage. Von R. A. Dr. **Ernst Decke**. Wilh. Gottl. Korn; Breslau 1919. 118 S. 8°, geb. M. 4.—.

Ein Kommentar zum Friedensvertrag ist sicher von allen Seiten als dringendes Bedürfnis empfunden worden und ist es noch. Denn die vorliegende Ausgabe von Wündisch kann auf die Bezeichnung als Kommentar nicht gut Anspruch erheben. Der Schwierigkeiten, die sich einer Kommentierung entgegenstellen und die wohl die Kräfte eines Mannes übersteigen dürften, ist sich der Verfasser selbst bewußt und weist auch im Vorwort darauf hin. Seine Erläuterungen beschränken sich denn auch mehr auf Zusammentragung des vorhandenen Tatsachenmaterials, als daß sie eigene tiefere Forschung oder eingehendere Kritik brächten. Die Bearbeitung der einzelnen Teile ist nicht ganz gleichmäßig. Während Elsaß-Lothringen mit Anmerkungen ziemlich reichlich bedacht ist, bringt das Buch über so wichtige Punkte, über die auch bereits nicht unbeträchtliche Streitlettur erwachsen ist, wie das Abrechnungsverfahren von Staat zu Staat, die Liquidation, die Entschädigungsfrage, herzlich wenig. Wenn es trotzdem in mancher Hinsicht praktische Hilfe gibt, so liegt das an der fleißigen Zusammenstellung des bis Herbst 1919 vorliegenden Tatsachenmaterials, sowie der den Friedensvertrag ergänzenden Bestimmungen. Auch die Anführung des Schrifttums wäre an sich zu begrüßen, sie ist nur leider nicht vollständig.

Was von der Art der Kommentierung in dem Wündischen Buch gesagt wurde, gilt in ähnlicher Weise für das Buch von Decke, das sich auf die Erläuterung der „Bestimmungen des Friedensvertrags in ihrer Rückwirkung auf das deutsche Eigentum im Auslande und in den abgetretenen Gebieten und auf die mit feindlichen Staatsangehörigen geschlossenen Verträge“ beschränkt. Der „Kommentar“ gibt in der Hauptsache übersichtliche Zusammenstellungen des Textinhalts bei den einzelnen Abschnitten, günstigstenfalls bringt er ohne eigene kritische Stellungnahme eine etwas an der Oberfläche haftende Zusammenstellung der bisher in der Öffentlichkeit vertretenen Gesichtspunkte zu einzelnen Streitfragen. Da das Buch bereits im Sommer 1919 abgeschlossen wurde, hat es inzwischen schon bedeutend an Aktualität eingebüßt, da in der Folgezeit wichtiges neues Material in den Fragen angewachsen ist. Dr. H. K.

Dr. Hermann Isay. **Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag**. Berlin, Vahlen 1919. 152 S. 8°. Geh. Mk. 7.—.

Für alle, die sich mit der Auslegung des Friedensvertrags

zu befassen haben, ist das Buch Isay's von grundlegender Bedeutung. Es beschränkt sich auf „Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag“ und leistet auf diesem Gebiet, in erfreulichem Gegensatz zu manchen gleichzeitigen Publikationen über die Materie, auch wirklich eindringende eigene Forschungsarbeit. Der Stoff wird nicht nach den Artikeln des Friedensvertrags behandelt, sondern ist nach sachlichen Gesichtspunkten, in der Art eines Handbuchs, gegliedert. Soweit es zum Verständnis der Bestimmungen des Friedensvertrags nötig ist, wird auch die Kriegsgesetzgebung in den verschiedenen Staaten herangezogen. Von den einzelnen Rechtsgebieten sind vor allem der Regelung der Schuldverhältnisse (Verrechnungssystem!) und der Behandlung des gewerblichen Eigentums eingehende Kapitel gewidmet. In der Frage der Entschädigung für Liquidationsverluste durch das Reich steht Isay auf dem Standpunkt (S. 45), daß nach den Grundsätzen des Enteignungsrechts der subjektive Wert zu ersetzen ist und bei einer Auszahlung in Mark die Umrechnung zum Tageskurs zu erfolgen hat.

Das Buch ist, wie der Verfasser im Vorwort betont, „aus den Bedürfnissen der Praxis heraus für die Bedürfnisse der Praxis entstanden“, es leistet aber nicht nur dem Praktiker, sondern auch dem Theoretiker ausgezeichnete Dienste.

K.

Martens, Amandus M. F., **Friedensfragen**. Eine Sammlung von Aufsätzen, die Wirtschaftsprobleme unserer Tage behandeln und erstmalig in der Zeitschrift „Der Weltmarkt“ veröffentlicht wurden. Hrsg. u. m. Einl. versehen von Amandus M. F. Martens, Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Der Weltmarkt“. Hannover: König und Ebhardt, o. J. [1919]. 237 S. 8°, M. 7.50.

Die der Deutschen Nationalversammlung gewidmete Zusammenstellung wird in betonter Absicht durch einen Artikel über „Das Auslandsdeutschtum“ eröffnet, dessen Erhaltung und Stärkung im Interesse des kommerziellen Wiederaufbaues gefordert wird. — Von bekannteren Autoren ist nur Prof. Manes-Berlin mit einem Aufsatz über „Erleichterung der Übergangswirtschaft durch Internationalisierung der Sozialpolitik“ vertreten.

am.

Koch, Paul, Geh. Admiraltätsrat a. D., **Der Wirtschaftskrieg und der Wiederaufbau unseres Außenhandels**. Berlin: Sigismund 1919. 156 S. 8°, geh. M. 5.—.

Der Verfasser, der in dem sofort bei Kriegsausbruch systematisch einsetzenden Kampfe gegen jedwede deutsche Betätigung im Auslande den Beweis planmäßiger Vorbereitung des Vernichtungskrieges durch unsere Gegner sieht, macht den Versuch, das reichhaltige, in den Veröffentlichungen des Kieler Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft enthaltene Material nach der Seite der juristischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie der technischen Vorbereitung des Wirtschaftskampfes in knapper Form, gleichsam für den Hausbedarf von Geschäftsleuten, die keine Zeit zu umfangreichen Studien haben, zusammenzustellen.

Das beste Mittel des Wiederaufbaus des deutschen Außenhandels erblickt der Verfasser in möglicher Ausschaltung staatlicher Beeinflussung.

am.

Schultz, Dr. Emil, Zürich-Berlin, **Zur Völkerverständigung**. Ziele und Wege. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Völkerverständigung, Landesgruppe Schweiz. Berlin W. 30 und Bern. o. J. Kultur-Verlag G. m. b. H.

Als Ziel aller Pläne zur Völkerverständigung müsse die „Verwirklichung der Weltharmonie“ gelten, die nur ein Völkerbund bringen könne, dem Gleichheit der Nationen ident sei mit Gleichheit der Rechte starker und schwacher Nationen. Als „redlicher Vermittler“ sei die Schweiz am besten geeignet, da

ihre vier verschiedenartigen Volks- und Sprachstämme bereits einen Völkerbund im kleinen darstellten. Als Mittel zur Umstellung der Mentalität auf dieses Ziel müssen alle diejenigen Volks- und Menschheitsideale gepflegt werden, deren Vorkämpfer Zwingli, Pestalozzi, Rousseau, Dunant und Gottfried Keller waren. Wort und Schrift, Lichtbild und Kunst, Jugenderziehung und Austausch von Lehrkräften, wirtschaftliche Verständigung und nicht zuletzt auch die Frauenwelt müßten dazu mithelfen. am.

Rosendal, G., Sonderjylland. 12 Kort samt nogle statistiske oplysninger. 2. erw. Ausg. Odense: Rasmus Hansens Boghandel.

Ein dänisches Agitationsheft, das von diesem Standpunkt aus geschickt zusammengestellt ist. Der kleine Atlas umfaßt 4 Seiten in mäßigem Druck, dazu sind 3 Seiten des Umschlags zu allerhand statistischen Angaben benutzt.

Der Atlas bringt eine Sprachkarte nach Clausen und Hoyer, eine Karte über die Reichstagswahl von 1912, die zwar die sozialistischen Stimmen nicht berücksichtigt, aber trotzdem erkennen läßt, daß die deutsche Gesinnung sich erheblich weiter ausdehnt als die deutsche Umgangssprache. Die Hauptkarte in der Mitte stellt das Herzogtum Schleswig zwischen Königsau und der Eider mit den Kreisgrenzen und einer sehr unzureichenden Bezeichnung der Bodengestaltung dar. Der kartographische Wert der Karten ist gering, denn die Darstellung ist nicht zuverlässig (der Wald auf dem Langberge südlich Leck fehlt ebenso wie viele Waldstücke im Innern Angelns). Der agitatorische Charakter dieser Karten für Landbauschüler zeigt sich besonders darin, daß zwar die dänischen Freigemeinden und Versammlungshäuser, aber nicht die geologischen Schichten genau gekennzeichnet sind, aus denen der Boden sich zusammensetzt. In die sehr verwickelte Geschichte des Landes sollen zwei Hauptkarten (Sonderjylland im Mittelalter, die Herzogtümer Schleswig und Holstein um 1700) und 3 Nebenkarten (Idsted 1850; Frederizia 1849 und Düppel 1864) einführen. Die Umschlagseiten bieten statistische Angaben über Optanten, Heimatlose, nationale Vereine, dänische Versammlungshäuser und die dänische Presse, die Abgrenzungen der Reichs- und Landtagswahlkreise mit den dänischen Stimmen und Vertretern, endlich eine Übersicht über die schleswigschen Kreise, Städte und Flecken und über die Reichstagswahlen.

Die allgemeinen Angaben scheinen richtig, die Sprachkarte übertreibt den dänischen Anteil regelmäßig. So wird der Anteil der Friesen geringer dargestellt, als er in Wirklichkeit ist. In Rodehäs sprachen von 480 Einwohnern (Adler, Zeitschrift f. schleswig-holstein. Geschichte 1915, S. 70) im Jahre 1905 deutsch 98, dänisch 92, friesisch 298, aber Rosendal bezeichnet es als 50—69% dänisch. Ähnlich ist es mit Neukirchen (südlich von Tondern), wo von 891 Einwohnern 271 dänisch, 202 deutsch und friesisch 404 sprachen. Althadersleben soll 70—84% Dänen haben, hatte aber 1905 von 1809 Einwohnern im ganzen nur 1053 Dänen, also 61%, und 723 Deutsche (d. h. 39%). Schlimmer ist es mit Nordhaokstedt, das nach Rosendal zu 70—84% dänisch sein soll, aber 1905 von 1144 Einwohnern 1053 Deutsche und nur 76 Dänen hatte. Ebenso ist es mit Leck, das angeblich zu 50—69% dänisch ist, aber 1905 bei 3077 Einwohnern 2144 Deutsche und nur 674 Dänen hatte (Zeitschr. f. schleswig-holstein. Geschichte 1915, S. 64).

Die Darstellung ist also unzuverlässig und irreführend, aber sie wird ihrem Zwecke dienen, die Nordschleswiger mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß sie dänisch sind und für dänisches Wesen kämpfen müssen. Dr. Fritz Graef, Flensburg.

Beutelmöser, Erhard, Zwischen Gestern und Morgen. Politische Anregungen. Berlin, Engelmann 1919. 87 S. 8°.

Die Broschüre will in 24 kurzen Essays Anregungen zu eigenem Nachdenken über verschiedenste politische Probleme geben. Das gelingt ihr nach Form und Inhalt, gerade weil sie oft nicht mehr als Stichworte gibt. am.

Alba, F., Auswanderung nach Argentinien. Betrachtungen. Berlin, Althoff 1919. 69 S. 8°. Mk. 3.50.

Es ist ein bedauerliches Zeichen der Zeit und charakterisiert die Psyche des Auswanderungswilligen, daß eine derartige oberflächliche Propagandaschrift heute zahlreiche Käufer findet. Der Wert dieses zu einem Drittel aus weißem Papier bestehenden 72 Seiten starken Heftchens wird dadurch nicht erhöht, daß der Verlag bereits 70 000 Mark daran verdient zu haben angibt. Der Verfasser hat vielleicht einmal eine flüchtige Reise nach Südamerika gemacht, ist aber in die Einwanderungs- und Kolonisationsfragen des Landes wenig eingedrungen. Bezeichnend ist, daß den Besiedlungsfragen 16 ganze Zeilen gewidmet sind, die sich über allgemeine Phrasen nicht erheben. Die statistischen Tabellen sind völlig veraltet und daher nur irreführend. Die Anführung der Preise in Mark läßt den gegenwärtigen Kursstand unberücksichtigt. Die bitterernste Auswanderungsfrage wird gar zu leichtfertig behandelt und lediglich Argentinien vor anderen Ländern herausgestrichen. Besonders interessant ist die Seite 43 oben zu entnehmende Tatsache, daß nach Alba in Argentinien Butter gewonnen wird, ohne daß die Kühe gemolken werden.

Noppel, Constantin, Deutsche Auswanderung und Auslandsdeutschtum. Freiburg: Herder 1920. 27 S. 8°, M. —.50. Flugschriften der „Stimmen der Zeit“. H. 15.

Das Schriftchen zerfällt in 3 Abschnitte: Auswanderung und Volksleben, Überblick über die deutsche Auswanderung und das Auslandsdeutschtum einst und jetzt, Maßnahmen zugunsten der Auslandsdeutschen. In kurzen, klaren Worten versteht der Verfasser, das Wesentliche zusammenzufassen. Der letzte Abschnitt schildert insbesondere die Tätigkeit des Raphaelvereins. Str.

Väth, Alfons, S. J. Um die Zukunft der deutschen Missionen. Freiburg i. B., Herder 1919. 25 S. 8°. Mk. —.75. (Flugschriften der „Stimmen der Zeit“. Heft 8.)

Der Krieg nach dem Krieg ist durch den Schmachartikel 438 auf das Missionswesen übertragen und damit eine Art von Boykott geschaffen worden, den die Kulturwelt noch nie gesehen hatte. Daß auch die katholische Mission darunter leidet, schildert der Verfasser klar und kurz und weist die Schäden auf, die das „deutsche katholische Streiterheer auf dem Ehrenfeld der Weltmission“ (941 Priester, 816 Brüder, 1830 Schwestern) durch das brutale Vorgehen der Westmächte bereits erlitten hat. Mit erfreulichem Optimismus schließt das Büchlein: Der Deutsche wird trotzdem missionieren und der Welt zeigen, daß wir kein Volk von Barbaren sind. Dr. Straubinger.

Neter, Dr. Walther, Nur darum mag uns keiner draußen! Eine deutsche Epistel. Zürich, Füßli 1919. 55 S. 8°

„Unsere Ich-lose Hammelsee“ ist an allem schuld. Das Ausland versteht und vergibt nicht den „Militarismus als äußere und noch mehr innere Uniformierung des Staatsbürgers.“ Dazu komme, daß wir infolge Fehlens völkischer Eigenart ständig pendelten zwischen Arroganz und Renegatentum und — wie allgemein zugegeben — jeden psychologischen Verständnisses bar waren. Dem Tone nach ein giftiges Machwerk. am.

Nathan, Helene, Dr. phil. Besprechungsführer. Auszüge aus Besprechungen in Fachzeitschriften und Tageszeitungen. Wochen- ausgabe 1919. Leipzig, Verlag der Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen.

Jedes Blatt des auf festem Papier durch Hektographie hergestellten Besprechungsführers ergibt beim Zerschneiden drei Katalogzetteln internationalen Formats. Der einzelne Zettel enthält neben dem Systemzeichen der Zentralstelle die volle Titelangabe des besprochenen Werkes (mit Seitenzahl und Preis), die Orte der Besprechungen und Namen der Rezensenten, die Berufsangabe des Verfassers (Univ.-Professor in X., Geograph) und als „Ergebnis“ eine in sechs bis zwölf Zeilen gedrängte Zusammenfassung der verzeichneten Besprechungen. Die Arbeit setzt rastlosen Fleiß und große Belesenheit voraus. Sie wird besonders den Anschaffungsdienst derjenigen Büchereien leiten können, die bei beschränkten Mitteln vielseitige Ansprüche befriedigen müssen und dafür keine Fachreferenten haben. Das Format der Zettel erlaubt, sie ohne weiteres in jeden Katalog internationalen Formats einzuschalten. Der Besprechungsführer kann dann zu einem Teil die Dietrichsche Bibliographie der Rezensionen ersetzen, die ihrer Anlage gemäß den Veröffentlichungen stark nachhinkt; er könnte helfen, dem Ideal eines „räsonnierenden“ Katalogs näherzukommen, der jedes Werk mit seinen Kritiken vereint aufführt. Mht.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

„Vivos voco, eine deutsche Monatsschrift“ nennt sich eine neue von Hermann Hesse und Richard Woltereck in Bern und Leipzig begründete Zeitschrift. Die Herausgeber, denen die deutschen Kriegsgefangenen in der Schweiz unendlich viel an leiblicher und geistiger Fürsorge verdanken, haben ihrer Zeitschrift als Hauptziele gestellt: Aufklärung über die gesamte Jugendbewegung, sowohl als geistiges Problem wie als brennendste Tagesfrage der Fürsorge für das herauswachsende, durch Hunger an Leib und Seele bedrohte Geschlecht, in der Folge großzügige Beschaffung von Mitteln für die schweizerisch-deutsche Kinderfürsorge. Innerpolitisch wollen die Herausgeber alle lebendigen Kräfte zur Mitarbeit an der Zukunft des deutschen Volkes auf dem Boden einer fortschrittlichen, sozial gerichteten, über den Parteien stehenden Weltanschauung sammeln, außenpolitisch am Wiederaufbau der zerstörten Völkergemeinschaft arbeiten. So verfolgen die ersten Hefte die Bestrebungen der Union of Democratic Control und der Quäker in England und Nordamerika, sowie der Clartégruppe in Frankreich; Heft 4 enthält unter anderem einen ausgezeichneten unterrichtenden Aufsatz von Theodor Schulze: „Neue Strömungen im englischen Parteileben“. In welchem Maße das Programm schon zur Tat geworden ist, geht aus der Rubrik „Aus der Fürsorgearbeit“ hervor, die über den wachsenden Umfang der internationalen Kinderhilfe berichtet. Daß in erster Linie die Auslandsdeutschen in aller Welt zu den Kindergenesungsheimen in der Schweiz beigezeichnet haben — Deutschamerikaner aus Milwaukee zum Beispiel erhalten allein das „Kinderheim Milwaukee“ in Stein (Toggenburg) — möchten wir als besonders erfreulich hervorheben.

Im Selbstverlage des Herausgebers Dr. Gregor Huch, Berlin NW. 23, erscheint eine Monatsschrift „Der Deutsche, Zeitschrift für Politik und Volkstum“. Sie gehört zu der seit dem Kriege aufgeschossenen Gruppe von Veröffentlichungen, die, auf dem Boden des gesamten deutschen Volkstums stehend, ihre Leser für Fragen einer nationalen Außenpolitik zu interessieren suchen. In diese Richtung weist ein Aufsatz von Windhäuser: „Das Spiel der Franzosen am Rhein“ und eine Abhandlung von E. Schmid-Odesa: „Die deutschen Kolonisten in Rußland“ (Heft 2/3). Aufschlußreich ist der Beitrag von Rai-

mund F. Kaendl, dem Vorkämpfer der Karpathendeutschen: „Deutsches Leben in Rumänien in alter und neuer Zeit“ (Heft 4). Er zeigt aufs erfreulichste, wie auf der einen Seite das deutsche Gemeinschaftsgefühl, vom magyarischen Joch erlöst, im gesamten großrumänischen Gebiet und dem vorläufig Serbien zugesprochenen Teile des Banats einen kraftvollen Aufschwung genommen hat, auf der anderen Seite die rumänische Regierung, den Wert der neuen Staatsbürger erkennend, ihren kulturellen Forderungen volles Verständnis entgegenbringt.

Eingegangene Zeitschriften.

Neben der Rubrik „Neue Zeitschriften“ werden wir wohl in Zukunft eine regelmäßige Abteilung „Eingegangene Zeitschriften“ einführen müssen, denn die so ungeheuer steigenden Druck-, Satz- und Papierkosten zwingen wohl in aller Bälde überflüssige und leider auch nützliche Unternehmungen zur Einschränkung oder zur Einstellung. Zu den Zeitungsunternehmungen, deren Eingehen wir bedauern, gehört die erst kürzlich von uns angekündigte Ostasien-Korrespondenz, die zwei bekannte Ostasienkenner, Richard Kunze, Tokio, und Fritz Secker, Schanghai, herausgeben wollten. Hoffentlich erleidet die aufklärende Tätigkeit der beiden bekannten Schriftsteller dadurch keine Einschränkung.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ schreibt der Rektor der „Anima“ in Neapel, Leufkens, über **katholisches Auslandsdeutschum**. Er betont, daß viel mehr als bisher für die katholischen Auslandsdeutschen getan werden müsse und wünscht, daß für den St. Josef-Missionsverein im Mutterlande eine viel größere Propaganda betrieben werde, damit er seine Aufgaben der Arbeit unter den katholischen Auslandsdeutschen besser erfüllen könne. Er regt bei dieser Gelegenheit die Gründung einer neuen Zeitschrift an, in der die Auslandsdeutschen von ihrem Leid und von ihrer Freude erzählen sollten. — Derartige Zeitschriften gibt es aber u. E. schon genug in Deutschland.

In „Der Sonntag“, Beilage zur „Deutschen Warte“ vom 1. Februar wendet sich der Generalsekretär des Verbandes für den fernen Osten, Dr. Max Linde, in einem Artikel „Film und auswärtige Politik“ mit berechtigter Schärfe gegen einen Film „Die Herrin der Welt“, insonderheit gegen die beiden Teile „Die Freundin des gelben Mannes“ und „Der Rabbi von Kuanfu.“ Er zitiert kurz den Inhalt, der den Anforderungen eines wilden Sensationskitsches ungefähr entspricht, charakterisiert die für jeden Kenner des Landes als grundfalsch auffallende psychologische und inhaltliche Gestaltung und fährt fort: „Man faßt sich an den Kopf und fragt sich: Wie war es möglich, daß eine unserer größten Filmgesellschaften ein solches Machwerk ins deutsche Volk warf, um Tag für Tag, Abend für Abend ungezählten Tausenden ein Bild von China und seinen Verhältnissen zu geben, nach dem die vierhundert Millionen Chinesen als der Auswurf des Menschengeschlechts erscheinen. Ich habe mit eigenen Ohren der Zuschauer Ausrufe des Entsetzens vor diesen Menschen gehört: Was für ein gemeines Volk! Ist es möglich, daß das auch Menschen sind?!“

Hätte man sich bemüht, bewußt und absichtlich ein Filmwerk zu schaffen, dessen Zweck sein sollte, China und sein Volk in der Achtung der Welt herabzusetzen, man hätte beim besten Willen ein für diesen Zweck geeigneteres Werk als dieses nicht schaffen können. Und in diesem Sinne wird der Film von den Chinesen selber empfunden. Es wird bekannt sein, daß in Deutschland noch (und schon wieder) eine ganze

Anzahl von Chinesen lebt. Vertreter dieser Chinesen sind bei mir gewesen, um in aller Form Protest einzulegen gegen eine Darstellung des chinesischen Volkes, wie sie in den beiden skizzierten Teilen geboten wird. Sie empfinden dieses Werk als eine China angetane Schande und die Mitwirkung eines ihrer eigenen Landsleute als einen Verrat an seinem Volke.

Deutschland ist arm an Freunden in der Welt. Zu den wenigen Völkern, die Sympathien für uns hegen, gehören die Chinesen. Deutschland ist sich dessen wohl bewußt, und wo, wie in den letzten Jahren oft, Gelegenheit war, den in Deutschland weilenden Chinesen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, haben amtliche Stellen und der Deutsch-Chinesische Verband es gern getan. Wir unterhalten in China und in ganz Ostasien hochangesehene Lehranstalten; wir fördern die Beziehungen zwischen Deutschland und China mit allen geeigneten Mitteln, und wir legen Wert auf die freundschaftliche Verbindung mit einem Lande, dessen schwache Regierung sich ausschließlich unter dem Drucke der Entente gezwungen sah, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Das chinesische Volk hat jedoch nie Krieg gegen Deutschland geführt, trotzdem die Entente von jeher den größten Wert darauf legte, Deutschlands Ansehen und Stellung in China skrupellos mit allen nur irgend Erfolg versprechenden Mitteln zu beeinträchtigen und zu schädigen.

Jetzt hat eine große deutsche Filmgesellschaft ihr das geeignete Material geboten, ihre Bemühungen erfolgreich fortzusetzen. Wer wird daran zweifeln, daß unsere militärischen Feinde von gestern, unsere erbittertesten Konkurrenten von morgen den Chinesen hohnlachend dieses Filmwerk zeigen werden mit dem Bemerkten: So beurteilen Euch Eure deutschen Freunde! So sieht man Euch in Deutschland! Die Deutschen wissen nichts von Euren ungezählten guten Eigenschaften (um die, nebenbei bemerkt, viele europäische Völker die Chinesen beneiden könnten). Die Deutschen wissen nichts von Euren hohen ethischen Begriffen; sie haben von dem Geiste Eurer Kultur nie einen Hauch verspürt; sie ahnen nichts von dem reichen Inhalt Eures Familienlebens, von Eurem Gemeinschaftssinn, Eurem sozialen Leben, Eurem sprichwörtlichen Fleiß! Für die Deutschen seid Ihr ein Volk von Bordellwirten, korrupten Beamten, brutalen Lüstlingen, fremdenfeindlichen Fanatikern und üblen Patronen. Und in diesem Gesichtswinkel wird man den Chinesen den deutschen Film vorführen, wenn es nicht gelingt, seine Ausfuhr zu verhindern. Und wer zahlt die Zeche? Das deutsche Volk allein zahlt sie!

Es ist so oft die Rede von unseren unfähigen Diplomaten und Konsuln gewesen, die nicht verstanden hätten, Sympathien für Deutschland in der Welt zu wecken. Angesichts dieses Filmwerkes muß man jedoch feststellen, daß mit einer außerordentlichen Verantwortungslosigkeit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, die heute mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten arbeitet, aus dem eigenen Volke heraus Hindernisse in den Weg geworfen sind, für die selbst völlige Unkenntnis ostasiatischer Verhältnisse kaum eine hinlängliche Entschuldigung bietet.

Was hätte andererseits geboten werden können, wenn man dieselben Mittel aufgewendet, denselben Apparat in Bewegung gesetzt, dieselben Kräfte angespannt hätte, um ein Werk zu schaffen, das China und sein Volk zeigt, wie es wirklich ist!

Das Unglück ist geschehen, und wir haben allen Anlaß, uns zu fragen, wie es gutgemacht werden kann."

Über **Auslandslehrer** schreibt in der „Glocke“ Oberlehrer Dr. Karl Hedicke. Er tritt für staatliche Hilfe für die Aus-

landgemeinden ein, da ein Wiederaufbau unserer Weltwirtschaft ohne sie unmöglich sei. Darüber hinaus gelte es, sie dem Deutschland zu erhalten und mit ihnen eine gerechtere Wertung deutscher Kultur unter den Völkern zurückzugewinnen. Näher als sonst aber liegt die Gefahr, daß sie verloren gingen zum Schaden des Reichs. Hedicke tritt für die Erhaltung der Auslandschule ein und für neuen Aufbau dort, wo sie durch Rückwanderung ins Ausland wiederaufzurichten oder durch Auswanderung neu zu errichten sei. Hauptsache sei das Angebot und die Auswahl der Lehrer für die Auslandschule. Der Nutzen einer sorgfältigen Auslese sei für beide Teile gemeinsam und ein starkes und einigendes Band zwischen Heimat und Fremde. Die bisherigen Auslandslehrer seien meist zu jung gewesen, Schulerfahrung aber müßten sie eigentlich mit ins Ausland in ihren Beruf bringen. Die Bewerber müßten mit allen Fragen des Auslandsdeutschums voll vertraut sein. Nur Männer von menschlicher und pädagogischer Erfahrung dürften entsandt werden. Die Meldungen müßten freiwillig bleiben, aber das Ministerium habe zu prüfen, ob der Kandidat in seinem Unterricht und in seinen Anschauungen wie auch in seinem Auftreten geeignet sei. Das Reich müsse das Vorschlagsrecht für die Lehrer an allen Schulen haben, für die es Staatszuschüsse bezahlt. Nur diejenigen Lehrer dürften Aussicht auf Rückkehr und Wiederanstellung haben, die mit Genehmigung des Reichs hinaus gingen. Es sollte Gesetz werden, daß der Anwärter, auch an nicht staatlichen Schulen draußen, nicht aus dem heimischen Schuldienst entlassen, sondern nur auf bestimmte Zeit beurlaubt werde. Die Nachteile einer Vertretung der Auslandslehrer während ihres Auslandsaufenthalts durch heimische Kräfte würde abgemildert durch die Welterfahrung, die die Auslandslehrer dann mit nach Hause brächten. Die kommende Schulkonferenz werde sich auch mit der Frage der deutschen Schule im Auslande beschäftigen. Es werde wertvoll sein, wenn sie sich über die Auswahl der Auslandslehrer und die Sicherstellung ihrer Zukunft einigen werde. Es handle sich um eine lebenswichtige Frage für das Auslandsdeutschum.

Dem Gedächtnis an die zahlreichen gefallenen deutschen Kolonialschüler

ist die neueste Nummer der „Deutschen Kulturpionier“ (17/19. Jahrgang 1917/19 Nr. 2–4) gewidmet. Die Gedenkblätter geben einen trefflichen Einblick in den Geist der Anstalt und in die Ideale, welche auf dieser Hochschule für Inlands- und Auslandsbildung gepflegt werden. „Von den annähernd 800 Söhnen Deutschlands, die seit 20 Jahren im Wilhelmshof dieser eigenartigen Stätte deutscher Bildung und nationalen Strebens wirkten und zu allermeist an ihr wie an ihrer zweiten Heimat hingen, sind rund 400 eingetreten in den Krieg gegen eine Welt von Feinden.“ Davon sind 89 auf dem Felde der Ehre geblieben. Sie verteilen sich auf fast alle Kriegsschauplätze, auf denen deutsche Truppen fochten. Allein 18 von ihnen sind in Ostafrika gefallen. Die Gedächtnisnummer bringt zahlreiche Bilder der gefallenen Kameraden, unter denen sich auch die beiden Söhne des Direktors der Anstalt, Herrn Professors Fabarius, befinden. Ein ausgezeichnetes Bild des am 10. April 1919 verstorbenen Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Wohltmann schmückt den Eingang des Heftes. Auf Anregung des Schutzherrn der deutschen Kolonialschule Wilhelmshof, des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, soll eine Anstaltskapelle zum Gedächtnis der Gefallenen errichtet werden, deren Bild und Stiftungsurkunde der Schrift beigelegt sind. Ein Verzeichnis der Nachrufe erleichtert den Gebrauch des Heftes. Gr.

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A.-I.

Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland-Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Pressekorrespondenz des D. A.-I.

Das Deutsche Ausland-Institut gibt seit 1. Oktober 1919 eine Pressekorrespondenz heraus, die den reichsdeutschen und auslanddeutschen Zeitungen unentgeltlich zugestellt wird und die zur Frage des Auslandsdeutschtums, der Auswanderung und der Auslandskunde wichtiges Material für die Zeitungen zusammenstellt. Die Mitteilungen der Korrespondenz werden von den Zeitungen auch rege benutzt. Denjenigen unserer Mitglieder, die das Material der Pressekorrespondenz zu sammeln wünschen, oder die aus irgendeinem Grunde die Zeitungskorrespondenz beziehen wollen, sind wir bereit, sie gegen Ersatz der eigenen Kosten zum Jahrespreise von 6 Mark regelmäßig zuzustellen. Anmeldungen wolle man an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Neues Schloß, Nordflügel, richten.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 21. Nov. 1919 beschlossen, natürlich unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandskunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Institutsseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Deutscher in Columbien wünscht Vertretung erstklassiger deutscher Fabrikanten der folgenden Artikel: Chemische und pharmazeutische Produkte, Textil-, Eisen-, Stahl-, Glas- und Papierwaren, Quincaillerien, Mercerien, Industriemaschinen und elektrotechnische Artikel.

Das Deutsche Ausland-Institut hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, die späterhin in erster Linie dafür arbeiten soll,

Stellen ins Ausland zu vermitteln

und auch rückwanderungslustigen Auslandsdeutschen beim

Wiedergewinnen einer Stellung in der Heimat

dienstbar zu sein. Zurzeit ist aber erste Aufgabe, die in der Heimat beschäftigungslos weilenden

Auslandsdeutschen unterzubringen.

und ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen. Denn gern nimmt kaum einer unter ihnen die Erwerbslosenfürsorge an, weit mehr vielleicht als andere beseelt unsere Auslandsdeutschen, die in harter Arbeitsleistung groß geworden sind, Arbeitslust und Arbeitswille. Gar oft sperren sich Industrie und Handel noch gegen die Einstellung von Auslandsdeutschen, aber dank unserer Arbeit ist schon manches besser geworden. Wir bitten die Auslandsdeutschen, unsere Vermittlungsstelle, die für alle Teile völlig kostenlos arbeitet, in Anspruch zu nehmen.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 5. März 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Institut mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 7

STUTTGART

Zweites April-Heft 1920

Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die Nationalversammlung im Deutschen Ausland-Institut.

Bange politische Sorgen erfüllten die Reichsregierung und die Nationalversammlung während ihrer Anwesenheit in Stuttgart. Trübe Wolken zogen am politischen Himmel Deutschlands dahin. Es ging um den Bestand des Deutschen Reichs, der Heimat, die uns allen, gleich welcher Partei, gleichermaßen wert und teuer ist. Die Stuttgarter Tage des Parlaments und der Regierung waren angefüllt mit Beratungen und Sitzungen, mit Kabinettszusammenkünften, Besprechungen und Fraktionsversammlungen, es waren Tage angestrengter politischer Arbeit. Gerade deshalb begrüßen wir es um so mehr, daß Reichsregierung und Volksvertretung sich doch die Zeit nahmen, einer Einladung des Deutschen Ausland-Instituts zu folgen, um die Einrichtungen und Anlagen des Instituts zu besichtigen. Es war schwer, eine geeignete Zeit für die Zusammenkunft zu verabreden und schon festgelegte Pläne umfangreicherer Vortrags- und Aufklärungsveranstaltungen mußten vor politischen Dingen zurücktreten. Erst am letzten Tage der Anwesenheit von Regierung und Parlament ließ sich mit Hilfe der tatkräftigen Unterstützung des Vizepräsidenten der Nationalversammlung, des Staatssekretärs a. D. Conrad Haußmann, die Besichtigung ermöglichen, zu der alle Fraktionen Einladungen erhalten hatten. So fanden sich am Sonnabend, den 20. März, nachmittags um 4 Uhr, eine stattliche Anzahl der noch hier weilenden Abgeordneten im großen Sitzungssaal des Instituts ein, wo sie von den Mitgliedern des Vorstandes des Instituts und von den Abteilungsleitern begrüßt wurden. Von der Reichsregierung waren Minister Dr. Bell und Unterstaatssekretär Dr. Moesle erschienen, die württ. Regierung hatte den Herrn Kultusminister Dr. Hieber, den Herrn Minister des Innern Heymann und Herrn Arbeitsminister Leipart entsandt, denen sich Präsident Baelz vom Kultusministerium angeschlossen hatte. Als Vertreter der Stadt Stuttgart waren die Gemeinderäte Dr. Wölz und Friedrich Fischer erschienen, der württembergische Landtag war durch mehrere Mitglieder, an ihrer Spitze den Präsidenten Wilhelm Keil, auch die Presse war durch ihre leitenden Herrn vertreten.

Die Abgeordneten, unter denen sich eine stattliche Anzahl auch der weiblichen Mitglieder des Hauses befand, wurden in zwei Abteilungen zunächst durch die gesamten Räume des Instituts geführt. Sie hörten in der Auskunftsstelle und Stellenvermittlung eingehende Erläuterungen über die dort geleistete Arbeit, besichtigten dann die Bibliothek und ließen sich über deren bibliographische Arbeiten und die Auskunftserteilung in Literaturfragen unterrichten, weilten sehr lange im Archiv, wo das Zeitungsarchiv, das Archiv für deutsches Vereins-, Schul- und Pressewesen im Ausland erläutert wurde und begaben sich von da in die Osteuropaabteilung, in die Karten-, Bild- und Lichtbildabteilung, deren großzügige Anlage und reichhaltiges Material besonderes Interesse fanden. Von da ging die Besichtigung weiter in die Rechtsauskunfts- und Beratungsstelle, wo namentlich die Fragen der Staatsangehörigkeit und der doppelten Staatsangehörigkeit erklärt wurden, sowie in den öffentlichen Lesesaal, dessen reichhaltige Auslagen an Zeitungen und Zeitschriften aller Art, namentlich der deutschen Zeitungen aus dem Auslande, vielfache Beachtung fanden. In der Auswandererberatungsstelle wurden sodann die wichtigsten Fragen der Auswandererberatung behandelt, deren enger Zusammenhang mit politischen und wirtschaftlichen Problemen erörtert und der Wert der individuellen Behandlung und Beeinflussung der Auswanderungslustigen gerade in der beim Institut besonders gepflegten Verbindung mit der Stellenvermittlung, der Bücherei, dem Lesesaal und der Ausstellung besprochen. Der Rundgang endete in der Ausstellung, wo zunächst die gezeigten Beispiele über die kulturelle und allgemeine Bedeutung des Deutschtums im Auslande, — — kurische Urkunden, siebenbürgische Töpfereien, baltische deutsche

Handwerkerbriefe, Proben des deutschen Volksliedes aus der Ukraine und dem Wolgagebiet, Dokumente und Erinnerungen aus deutschen Gemeinden des Auslandes, eine Auswahl von Satzungen und Programmen deutscher Vereine im Ausland usf. — — von der Art und Weise der Anlage dieser Sammlung Zeugnis geben; in der Wirtschaftsausstellung wurden sodann die Produkte fremder, namentlich für die Auswanderung in Betracht kommender, Länder gezeigt und der Anteil des Deutschtums an der Produktion und an der Rohstoffgewinnung der Erde behandelt. Dann begaben sich die Gäste zurück in den Sitzungssaal, wo sie vom Vorsitzenden des Vorstandes, Kommerzienrat Konsul Dr. Wanner, mit folgenden Worten begrüßt wurden:

Meine Damen und Herren!

Sie sind in ernster Stunde in Stuttgart zusammengekommen und ich darf Ihnen vor allen Dingen im Namen des Vorstandes des Deutschen Ausland-Instituts danken, daß Sie, unserer Einladung folgend, sich die Einrichtungen und Anlagen unseres Instituts angesehen haben. Ich bin überzeugt, daß sich diesem unserm Danke nicht nur weiteste Volksschichten in Deutschland, sondern darüber hinaus breitere Kreise des Auslanddeutschtums in tiefer und herzlicher Freude anschließen, daß es überall mit Genugtuung aufgenommen werden wird, wenn die deutsche Nationalversammlung heute Gelegenheit nahm, eine Stätte zu besichtigen, die ganz besonders der Pflege treuen und innigen Zusammenhalts zwischen der Heimat und dem Auslanddeutschtum gewidmet sein soll und die über alles Trennende der Parteien und des politischen Parteilebens hinaus dazu bestimmt ist, den uns allen gleichermaßen am Herzen liegenden Fragen unseres Volkstums zu dienen, das Ansehen des deutschen Namens in der Welt zu fördern, eine geachtete kulturelle und wirtschaftliche Stellung des Deutschen Reiches im Rate der Völker zu sichern.

Voll banger Sorge blicken heute unsere Auslandsbrüder nach unserm deutschen Vaterland. Sie sind von uns abgesplittert, sie leben allüberall zerstreut in der Welt, in Brasiliens Urwäldern, wie auf Südrußlands fruchtbarer Steppe, aber sie fühlen und wissen: Ihr Schicksal ist unlösbar an unseres gekettet, die Stunde, die über des Reiches Bestand und Glück entscheidet, ist auch ihres Daseins und ihrer wirtschaftlichen Zukunft Schicksalsstunde. Wenn je die Heimat, Regierung und Volk, sich schuldig gemacht haben dadurch, daß das Auslanddeutschtum verkannt und vernachlässigt wurde, wenn je deutsche Interesselosigkeit Splitter unseres Volkstums uns entfremdete oder gar bewußt abstieß anstatt sie zu erhalten, so hat dieser Krieg und hat die Art, wie ihn unsere Feinde nicht gegen das Deutsche Reich, sondern gegen das deutsche Volkstum führten, das deutsche Volk in allen Weltteilen auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet. Unsere Brüder in Schleswig haben jetzt eben diesem Gefühl machtvollen, herzerfreuenden Ausdruck gegeben. Hoffen und wünschen wir, daß ihre Abstimmung die Kräfte des gefährdeten Deutschtums in Nord und West und Ost verdoppeln und verdreifachen möge, damit deutsch bleibe, was deutsch war und ist.

Aber, meine Damen und Herren, vieles ist uns durch Zwang entfremdet worden, was einstens deutsch war und was auch heute noch, in Kultur und Sitte, in Überlieferung und Gebräuchen, in Hirn und Herz deutsch ist: Wir haben das Elsaß verloren und wir haben im Osten und Süden deutschen Kulturboden abtreten müssen. Auch diesen Brüdern gilt der Besuch der Deutschen Nationalversammlung an dieser Arbeitsstätte des Deutschen Ausland-Instituts. Auch sie sind „Auslanddeutsche“ geworden und wir haben die Pflicht, für ihr Recht der Minderheiten in kultureller und geistiger Beziehung unsern ganzen Einfluß, unsere volle Arbeit einzusetzen.

Ihr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, hat am Schlusse der Stuttgarter Tagung der Nationalversamm-

lung dem Gefühl machtvollen und weithin hallenden Ausdruck verliehen, das jeden Vaterlandsliebenden jetzt durchdringen muß: An die Arbeit zu gehen und bis zum letzten Blutstropfen zu schaffen, um Volk und Reich aus tiefster Erniedrigung wieder zur Höhe empor zu führen. Dieser Arbeit dient auch das Institut, dessen Tätigkeit Sie heute sahen. Es ist während des Kriegs erst ins Leben gerufen worden als eine späte Frucht der Erkenntnis, wieviel auf unserm Arbeitsgebiete früher von Regierung und Regierten versäumt worden ist. Es hat sich unter steter Anteilnahme von Volk und Führern rasch entwickeln dürfen und wir weilen dank der verständnisvollsten Würdigung des Württ. Kultusministeriums und der Württ. Regierung hier in Räumen, die auch unsere Weiterentwicklung sicherstellen, wir finden Vertrauen und Verständnis auch bei der Reichsregierung, deren Kanzler, wie auch seine Amtsvorgänger, den Ehrenvorsitz in unserm Institute übernommen hat. Wir stellen mit innigster Genugtuung an dem Tage, an dem die Vertreter des deutschen Volkes dieses dem allgemeinen Wohl geweihte, rein gemeinnützige Institut besichtigen, fest, daß das Verständnis für des Auslanddeutschtums Bedeutung im deutschen Volke sich Bahn gebrochen hat.

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, meine Herren, daß wir mit allen Einrichtungen, Anstalten und Instituten, die wie das unsrige auf gemeinnütziger Basis aufgebaut sind, in große Schwierigkeiten kommen. Wohl wächst unserer Freunde Zahl, wohl wachsen die Mittel, die sie uns zufließen lassen, geradezu ungeheuerlich und gefährdend für deutsche Kultur und Wissenschaft und gemeinnütziges Bestreben aber wachsen auch die Kosten und Ausgaben. Und es besteht die große Gefahr, daß aus Geldmangel Arbeiten unterbleiben, die jetzt vielleicht notwendiger sind als alle materiellen Dinge: Fürsorge für die geistige Not unseres Volkes, Fürsorge auch für das geistige Wohl unserer Auslanddeutschen. Wenn wir jetzt nicht ans Werk gehen, werden vielleicht Gelegenheiten, die nie wiederkehren, versäumt. In welche Not geraten unsere deutschen Schulen im Auslande, wenn wir sie jetzt infolge der Valuta nicht so unterstützen können wie früher oder noch viel mehr, wie es wünschenswert wäre! In welche Nöte gerät unsere Wissenschaft, wenn sie sich die Hilfsmittel des Auslands, Bücher und Zeitschriften, nicht mehr in dem Maße beschaffen kann wie früher und wenn namentlich Auslandsstudienreisen unserer jungen Gelehrten immer unmöglicher werden! Wenn aber wir nicht mehr hinaus zu unsern Auslandsbrüdern können, so müssen wir unter allen Umständen ihr Hereinkommen zu uns fördern, das uns wertvolle Aufklärungen, psychologische Verbindungen und Vermittlungen über das Ausland und zum Ausland bringt. Wie sie wirtschaftlich die Stütze unseres Wiederaufbaus sein werden, so werden die Auslanddeutschen geistig die Quellen sein, die den Strom unseres Wissens und Könnens speisen, die Stellen auch, die über wahres deutsches Wesen, Wollen und Können auf allen Gebieten das Ausland immer mehr und besser aufklären werden.

Dazu aber muß das deutsche Volk einig und geschlossen zusammenstehen, um den Auslanddeutschen einen Resonanzboden

zu geben, um ihnen festen Rückhalt zu verleihen, damit sie im Bewußtsein arbeiten können, hier eine Stütze und Verständnis zu finden. Deshalb wollen wir den deutschen Boden immer tiefer aufschürfen und die Saat aussäen, aus der dieses Verständnis emporkeimen soll. Im selben Maße, in dem früher diese Arbeit mangelte, wird sie jetzt mancherorts im Überflusse geleistet. Es ist eine Überorganisation zum Teil in kleinen und kleinsten Verbänden entstanden, die so recht ein Abbild der Zerfahrenheit unserer Tage ist; da will unser Institut sammeln und vereinheitlichen, die Zahl der Organisationen verringern und damit Kräfte vervielfachen. Wir haben jetzt einen Anfang gemacht, indem wir den bekannten Berliner Verein „Auslandskunde“ in uns aufnahmen, wir haben eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften einge-angen, die hoffentlich diesem Zielpunkte der Zusammenlegung und Vereinfachung der Kräfteersparnis und Energiesteigerung uns immer näher bringen.

Sie haben, meine Damen und Herren, einen kurzen Überblick über unsere Arbeiten gewonnen. Sie haben gesehen, wie wir zur Geschichte der Arbeit und der Leistungen des Deutschland in der Welt Zeugnisse und Urkunden sammeln, wie wir in Archiven und Bibliotheken die Begebenheiten unserer Tage verfolgen und sie auswerten und wie wir die gewonnene Erkenntnis in unsern Zeitschriften und Pressekorrespondenzen für das ganze deutsche Volk auswerten, wie wir vor allen Dingen für die in der Heimat weilenden stellenlosen Auslandsdeutschen sorgen, um sie in heimischen Betrieben unterzubringen und um auf diese Weise auch der künftigen Einstellung unseres Wirtschaftslebens auf die Bedürfnisse des Auslandes mit nützen zu können. Sie haben aber auch gesehen, wie uns das neu heranwachsende Auslandsdeutschum, wie uns die kommende Auswanderung in hohem Maße beschäftigt und wie wir in eindringlicher mündlicher Beratung die Aus-

wanderungslustigen betreuen, wie wir ihnen in Lesesaal und Ausstellungen, in Bibliothek und Archiven eine möglichst genaue Kenntnis ihres Ziellandes und seiner Verhältnisse mitgeben wollen, wie wir uns Mühe geben, sie so widerstandskräftig zu machen gegen die unendlich drohenden Gefahren als das nur immer geht. Ich glaube sagen zu dürfen, daß an keiner andern Stelle so eingehend und so vielfältig die Interessen dieser Millionen unserer Volksgenossen gewahrt werden wie hier bei uns.

Sie sind, meine Damen und Herren, in Württemberg auf dem klassischen Boden der Auswanderungslust und des Wandertriebes, der Deutsche in alle Weltteile gelangen ließ, um sie dort zu machtvollen Stützen des deutschen Handels werden zu lassen. Aber die Württemberger waren nie Partikularisten in der Welt und wollen es nicht sein. Sie arbeiten draußen für des ganzen Volkes Wohl und Zukunft. Und so sind auch wir, meine Damen und Herren, das Deutsche Ausland-Institut, zwar auf dem Boden des schwäbischen Stammes und seiner Hauptstadt groß geworden und wurzeln hier, aber unsere Arbeit gilt über die Landesgrenze hinaus dem deutschen Volke im Reiche und in aller Welt. Gerade weil wir die Vertreter des ganzen deutschen Volkes heute hier bei uns sehen, darf ich diese großdeutsche Aufgabe und Orientierung des Instituts besonders betonen. Ich würde mich freuen, wenn Sie der Besuch bei uns von der unendlichen Wichtigkeit der zu leistenden Arbeiten überzeugt hätte, die vorwärts zu bringen wir uns hier ehrliche und große Mühe geben. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn die deutsche Volksvertretung von dieser Stätte Interesse für das Auslandsdeutschum in vermehrtem Maße mit fortnehmen würde, und auch, wenn Sie mir diesen Zusatz nicht verübeln wollen, Interesse für das Institut, das sich solcher vaterländischen Aufgabe widmet. (Beifall.)

Unmittelbar nach dieser Rede erhob sich der zweite Vizepräsident der Nationalversammlung, Abgeordneter Löbe-Breslau, um dem Dank der Gäste Ausdruck zu verleihen. Er führte aus:

Meine Damen und Herren! Ich darf im Namen des Herrn Präsidenten der Nationalversammlung und darf wohl im Namen aller werten Kolleginnen und Kollegen unseren herzlichen Dank aussprechen darüber, daß die Herren uns mit einer Arbeit heute bekannt gemacht haben, von der nur wenige von uns bisher etwas wußten. Ihre Bemühungen, dem Vaterlande die Herzen, die Empfindungen, aber auch die Arbeit der alten und der neuen Auslandsdeutschen zu erhalten, findet unsere wärmste Teilnahme. Trotzdem wissen wir, daß die Armut unseres Landes uns längere Zeit so behindern wird, daß derartig wichtige Bestrebungen darunter leiden werden. Aber wenn erst einmal die

dringenden Geschäfte der Nationalversammlung und ihres Nachfolgers, des Reichstages, erledigt sein werden, dann hoffe ich, daß wir mehr als Sympathien, daß wir dann auch wieder tatkräftige Förderung diesen Bestrebungen werden zuteil werden lassen können, denn die Eroberung der Welt mit den Mitteln des Geistes ist für uns schließlich das Einzige, was wir als zukünftige Hoffnung vor uns sehen, und die Förderung unserer ins Ausland gegangenen Brüder, sowie der unfreiwillig Ausländer gewordenen Brüder wird dazu das beste Mittel sein. Für den Anteil an diesem Werke, den Sie leisten, sagen wir unseren herzlichen Dank und unsere möglichste Förderung zu.

An diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte schloß Minister Dr. Bell den Dank der Reichsregierung an:

Lassen Sie mich im Anschluß an die Worte meines Herrn Vorredners auch namens der Reichsregierung Ihnen unseren herzlichen Dank aussprechen dafür, daß Sie uns zum Schluß unserer unfreiwilligen und unter einem trüben Stern stehenden Stuttgarter Tagung doch noch Gelegenheit gegeben haben, das Ausland-Institut zu besichtigen. Wir danken in erster Linie den Herren Vortragenden für ihre lichtvollen und klaren Erläuterungen, die sie uns zu den Zielen und Zwecken des Instituts gegeben haben. Wir haben, wie der Herr Vorredner schon bemerkt hat, auch aus den Darlegungen des Herrn Vorsitzenden ersehen, welche weiten Ziele Sie sich gesteckt haben. Diese Ziele begegnen durchaus den Wünschen und Interessen der deutschen Nationalversammlung, wie auch der

deutschen Reichsregierung. Was uns der verlorene Krieg beschert hat, darüber werden wir uns allmählich erst bewußt. Die furchtbaren Folgen sind derartig in die Erscheinung getreten, daß wir erst langsam zur Besinnung kommen und uns klar werden müssen, welche unendlichen Güter wir namentlich auch für unsere Wertung im Auslande verloren haben. Nichts aber würde verfehler, nichts würde verhängnisvoller sein, als diese Güter im Wege der Ankündigung eines Revanchekrieges wieder zu erobern. Nein, unsere Aufgabe muß eine eminent friedliche sein, und was zu diesem Ziele führen kann, das hat uns vorhin beim Rundgang durch die Institutsräume der Herr Vortragende bei seinen Erläuterungen in der kurzen knappen Wendung dargelegt: Der Deutsche, der ins Ausland geht, muß

mit der nötigen Bescheidenheit das erforderliche Nationalbewußtsein verbinden, und wenn in dieser Beziehung der Herr Redner mit etwas Zurückhaltung gesagt hat, daß in dieser Beziehung noch manche Lücken auszufüllen sind, so glaube ich, wir haben, ohne daß wir dem Auslande Pharisäerrechte einräumen wollten, doch Veranlassung, auch bei uns nach dem Rechten zu sehen und zuzugestehen, daß in dieser Beziehung manches von uns gesündigt worden ist, und daraus dann richtige Nutzenwendungen für die Zukunft ziehen. Das muß unser aller Aufgabe sein. Wir müssen zur Stütze und Stärkung des Deutschtums im Auslande alle geeigneten Mittel ergreifen. Dazu dient nicht allein die Regierung und die Volksvertretung, sondern dazu müssen die weitesten Kreise des deutschen Volkes in der richtigen Weise herangezogen werden, und deshalb begrüßen wir es alle als einen Schwabenstreich im besten Sinne des Wortes, daß hier in Stuttgart man sich als Vorkämpfer für die Förderung des Deutschtums im Auslande herangebildet hat. Meine Damen und Herren, wir wollen es hier offen aussprechen, es verdient volle Anerkennung und darüber hinaus Be-

wunderung, was in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 3½ Jahren fast ausschließlich aus eigenen Mitteln hier geleistet ist. Ich glaube, ein jeder von Ihnen ist verwundert und freudig überrascht darüber, in welcher Weise man es verstanden hat, großgesteckte Ziele nicht nur ins Auge zu fassen, sondern in verhältnismäßig kurzer Zeit alles zu tun, um sie schon zu verwirklichen, und aus dieser Empfindung heraus glaube ich nicht nur im Sinne der Reichsregierung, sondern im Sinne aller meiner anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus der deutschen Nationalversammlung zu handeln, wenn ich ganz im Einklang mit den Ausführungen des Herrn Vorredners dem Ausland-Institut Stuttgart das Beste wünsche für die Zukunft und es freudig begrüße, daß sich hier Württemberg/Stuttgart als Pionier des Deutschtums im Auslande bereits so vortrefflich bewährt. Meine Damen und Herren! Mit unserem Dank verknüpfe ich namens der Reichsregierung und Nationalversammlung die besten Wünsche für alle kulturelle und nationale Arbeit im Sinne des Deutschen Ausland-Instituts. (Lebhafter Beifall.)

Dann vereinten sich die Gäste im Nebensaal bei einem Glase Bier und einem einfachen kalten Imbiß und fanden Gelegenheit, noch manche Probleme des Deutschtums im Auslande in eingehender angeregter persönlicher Aussprache zu erörtern. Überall traf man volles Verständnis für die weitverzweigten Aufgaben des Instituts und warme Anerkennung für das bisher Geleistete. Spät am Nachmittag erschienen dann noch Reichspräsident Ebert in Begleitung des Reichsministers des Innern Dr. Koch und des Reichswehrministers Noske, welcher letzterer bereits vor einigen Wochen schon einmal sich die Einrichtungen des Instituts hatte zeigen und erklären lassen. Der Reichspräsident trat mit seiner Begleitung sofort einen Rundgang durch die Institutsräume an und ließ sich besonders eingehend in der Stellenvermittlung und Auswanderer-Beratungsstelle über die wirtschaftlichen und kulturellen Probleme unterrichten. Er versprach dem Institute vollste Unterstützung der Reichsregierung bei seinen wichtigen Aufgaben, die es selbstlos und uneigennützig zum Wohle der Allgemeinheit leiste und äußerte volle Genugtuung über alles Gesehene. Erst gegen 8 Uhr entfernten sich die erschienenen Gäste.

Der Tag war für das Auslandsdeutschtum von hohem Werte. Hat er doch mit schwierigen und wenig bekannten Fragen eine große Anzahl von Gästen bekannt gemacht, die sonst nur selten Gelegenheit finden, in solch gedrängter Form über das gesamte Problem in seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Auswirkung sich zu unterrichten.

Die Gründung eines Zentral-Ausschusses der Deutschen in Kristiania.

Von Pfarrer V. H. GÜNTHER, Kristiania.

In den Spalten des „Auslandsdeutschen“ ist des öfteren von unseren Bestrebungen berichtet worden, die hiesigen Auslandsdeutschen unter einem gemeinsamen Zentralausschuß zusammenzuschließen. Nach langen Vorarbeiten ist dieser Plan endlich verwirklicht worden. In einer Versammlung sämtlicher Deutscher am 29. Januar ds. Js.*) sind die Satzungen, die der vorbereitende Ausschuß ausgearbeitet hatte, angenommen und ist der Zentralausschuß gewählt worden.

Vielleicht ist es für die Leser des „Auslandsdeutschen“ von Interesse, einiges über die bei den Vorbereitungen gemachten Erfahrungen zu hören, sowie einen Einblick in die besondere Art unseres Zusammenschlusses zu gewinnen. Allerdings werden wohl die Landsleute an anderen Orten des Auslandes schon lange einen solchen Zusammenschluß bewerkstelligt haben. Auch sind die hiesigen Verhältnisse besonders klein, und überdies ist ja die Lage der Auslandsdeutschen überall verschieden, so daß man wohl überall verschieden vorgehen müssen. Immerhin ist vielleicht einiges von unseren Erfahrungen und unserer Art auch anderswo brauchbar.

Als ich vor etwa Jahresfrist den Plan eines Zusammenschlusses sämtlicher Landsleute hier zunächst in engerem Kreise vortrug, hatte ich nicht geglaubt, daß die Durchführung eines solchen Planes so schwierig sein würde. Mir schien es nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes angesichts der damals gegebenen neuen Lage des Auslandsdeutschtums geradezu eine Selbstverständlichkeit, daß sich nun die Landsleute im Auslande vor allen Dingen möglichst eng zusammenschließen müßten, um nunmehr, wo die Heimat sie nicht mehr unterstützen kann, einestheils die Sorge für ihre Angelegenheiten energisch selbst in die Hand zu nehmen, andererseits der Heimat nach Möglichkeit zu helfen. Aber viele meiner Landsleute hier schienen es für etwas gänzlich Unmögliches zu halten, daß Deutsche verschiedener Kreise und verschiedener Vereine sich zu einer gemeinsamen Zusammenfassung verstehen würden. Man wies mich auf frühere derartige Versuche hin, die alle fehlgeschlagen seien, ja, einige meinten, daß selbst die größte Not auch im Auslande den Deutschen nicht von seinem Erbfehler der Eigenbrödelei, Besserwisseri, Zanksucht und Unverträglichkeit heilen könne. Ich lachte zunächst über solche Bedenken, aber leider habe ich im Laufe der Arbeit oft an diese Warner denken müssen. Wir fanden mit

*) Siehe auch den Versammlungsbericht unter der Rubrik „Von deutschen Vereinen im Ausland“.

unseren Einigungsbestrebungen Widerstand oft gerade da, wo wir ihn nicht erwartet hatten. Unüberwindlich ist er gewesen in den Kreisen des ehemaligen Sozialistenklubs „Vorwärts“, jetzt „Kommunistenklub Karl Liebknecht“. Diese Vereinigung hat die Mitwirkung an einem Zusammenschluß aller Landsleute rundweg und hartnäckig abgelehnt. Weiter fanden wir Widerstand, wenigstens Ungläubigkeit und Unlust namentlich in den Kreisen der Bessergestellten. Das meiste Verständnis wurde dem Gedanken entgegengebracht aus den Schichten des mittleren Bürgertums, ja, der hiesige „Deutsche Verein“, der diese Kreise repräsentiert, ist geradezu die tragende Kraft des Zusammenschlusses geworden. Überhaupt ist glückliche weise schließlich das Verständnis in allen Kreisen größer gewesen als der Widerstand. Insbesondere hat z. B. ein Sozialdemokrat (Typograph) außerordentlich eifrig mitgearbeitet und sogar die Feindschaft seiner Gesinnungsgenossen auf sich genommen. Er erkannte unumwunden den Geist der Gerechtigkeit und des guten Willens nach allen Seiten an, der die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses beseelte. Ebenso haben einige unserer Großkaufleute viel Zeit und Mühe für die Sache geopfert, und so ist es denn schließlich gelungen, — ja man kann sagen, daß letzten Endes das Zustandekommen des Zusammenschlusses im allgemeinen große Befriedigung und Zustimmung unter den hiesigen Landsleuten ausgelöst hat.

Sehr erschwert wurde die Arbeit allerdings durch einen Erbfehler unserer deutschen Art. Selbst beim besten Willen war es doch einigen der Beteiligten oft schwer, ihre eigenen Meinungen der Rücksicht auf das Ganze zu opfern. Teils war es Schwerfälligkeit, teils aber auch Mißtrauen. Es gehörte oft viel Geduld dazu, zusehen zu müssen, wieviel kostbare Zeit mit nutzlosem und unnötigem Gerede verloren wurde. Jedenfalls kann ich sagen, daß mir keines meiner Unternehmungen zur Förderung des hiesigen Deutschtums soviel Arbeit gemacht hat, soviel Seufzer und Geduld gekostet hat, wie dieser Zusammenschluß. Ich kann mir nach meinen Erfahrungen sehr wohl denken, daß manche, die früher Ähnliches angestrebt haben, nicht wieder zur Mitarbeit an solchen Unternehmungen zu bewegen waren.

Nun aber vor allen Dingen einiges über die Art und den Zweck des Zusammenschlusses. Wir waren von vornherein darauf bedacht, möglichst alle Kreise der Landsleute zu vereinen. Daher haben wir in die Satzungen zur Beseitigung aller etwaigen Unvollkommenheiten in dem Wahlparagraphen den Zusatz gemacht, es solle bei der Wahl zum Ausschuß auf möglichst gleichmäßige Vertretung aller Kreise hingestrebt werden. Zum Unterschied von anderen ähnlichen Zusammenschlüssen haben wir auch satzungsgemäß von vornherein nicht nur die Beteiligung aller Vereine und Vereinigungen, sondern auch der Reichsvertretungen sowie auch der nicht in Vereinen organisierten Landsleute festgelegt. Der Ausschuß besteht satzungsgemäß aus zwei Arten von Mitgliedern, einmal je einem Vertreter aller hiesigen deutschen Vereine und Vereinigungen, die mindestens 10 Mitglieder zählen, sowie der Gesandtschaft und des Generalkonsulats. Dazu werden dann noch die gleiche Anzahl (7) Mitglieder von der Vollversammlung sämtlicher Deutscher ohne Rücksicht auf ihre Vereinszugehörigkeit gewählt, wobei darauf geachtet werden soll, daß auch immer einige Vertreter dabei sind, die gar keinem Vereine angehören.

Die Form des Zusammenschlusses ist ganz lose. Der Zentralausschuß läßt die bestehenden Vereine und Vereinigungen selbstverständlich gänzlich unberührt. Er hat sich satzungsgemäß jeder Einmischung in ihre Angelegenheiten zu enthalten.

Die Absicht der Gründung eines alle Landsleute umfassenden Zentralausschusses ist zunächst einfach die gewesen, daß wir eine sichtbare einheitliche Spitze und berufene Vertretung des gesamten Deutschtums hier haben wollten. Bisher war es ja nicht möglich, das Deutschtum als Ganzes irgendwie zu fassen. Von jetzt ab soll jeder, der etwas von dem hiesigen Auslandsdeutschtum als Gesamtheit will, wissen, an wen er sich wenden kann. Weiter hatten wir im Auge, daß bei besonderen feierlichen Gelegenheiten das hiesige Deutschtum immer gleich eine gegebene Vertretung haben sollte. Früher ist es bei derartigen Gelegenheiten leicht zu Streitigkeiten gekommen, wer als der berufene Vertreter des hiesigen Deutschtums nach außen hin auftreten sollte. Diesem Zustand wollten wir ein Ende machen. In den Satzungen ist daher bemerkt, daß der Vorsitzende des Z. D. K. das Deutschtum jederzeit nach außen hin vertreten soll. Er ist also gleichsam der stets verfügbare Präsident der Kolonie. Endlich haben wir gehofft, daß eine solche einheitliche Spitze schon durch ihr Dasein das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Deutschen stärken solle. Auch hofften wir, daß bei etwaigem Zuzug neuer Landsleute und der durch Zuwanderung zu erwartenden Vergrößerung unserer Auslandskolonie durch einen solchen Zentralausschuß sogleich ein fester Rahmen gegeben sein sollte, in den sich die neuen Ankömmlinge einfügen.

Die besondere Aufgabe des Z. D. K. faßt der § 2 der Satzungen wie folgt zusammen:

Die Aufgaben des Z. D. K. sind:

Förderung aller gemeinsamen Angelegenheiten des Deutschtums in Kristiania in Übereinstimmung mit den norwegischen Gesetzen;

Pflege eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Norwegern und Deutschen;

Aufrechterhaltung und Pflege der Verbindung mit dem heimatischen Kultur- und Geistesleben, und zwar zum Beispiel durch Veranstaltung von Vorträgen kulturellen, wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und anderen Inhaltes, tunlichst mit nachfolgender Diskussion; Darbietung deutscher Kunst; Errichtung eines deutschen Hauses, womöglich mit Bücherei, Lesesaal, Versammlungsräumen, und anderes.

Der Z. D. K. soll nach Kräften für Einigkeit und Zusammenhalt unter den Deutschen Kristianias wirken. Bei Streitigkeiten zwischen Vereinen oder Einzelnen kann der Z. D. K. als Schiedsgericht angerufen werden.

Wahrscheinlich wird sich der Z. D. K. auch der schwierigen Aufgabe der Organisation der Reichstagswahlen der Auslandsdeutschen annehmen müssen, obwohl wir bisher in Anbetracht unserer kleinen Verhältnisse hier absichtlich nicht zwischen Reichsdeutschen und Volksdeutschen (also nach der neueren Terminologie zwischen „Auslandsdeutschen“ und „Deutschausländern“, die Schriftleitung) unterschieden haben. So sind auf den Vollversammlungen, die den Z. D. K. wählen, auch alle Deutschen ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, ja überhaupt alle, die sich zum Deutschtum rechnen, stimmberechtigt.

Wieviele von den einzelnen praktischen Aufgaben unser Z. D. K. in der nächsten Zeit verwirklichen können, hängt natürlich von den Umständen und von der Geschäftstüchtigkeit des Ausschusses ab. Wir hoffen das Beste. Zunächst wird man wohl damit beginnen, neben den gut eingebürgerten Familienabenden Vortragsabende mit Diskussion zu veranstalten. Auch für Schaffung einer eigenen Zeitschrift, wenigstens eines Mitteilungsblattes, interessieren sich einige.

Wir hoffen dann weiter, daß sich auch die Landsleute in den größeren Städten Norwegens ähnlich zusammenschließen

werden, und daß weiterhin ein Zusammenschluß der Auslandsdeutschen ganz Norwegens zustande kommt. Ja wir hoffen, auch mit den Landsleuten im übrigen Skandinavien in Fühlung zu treten. Die Stockholmer Deutschen haben sich bereits mit demselben Ansuchen hierher gewandt. Mir scheint ein möglichst

weitgreifender Zusammenschluß der Auslandsdeutschen in der einzelnen Ländern eine Forderung der Zeit, und ich hoffe zuversichtlich, daß derartiges zustandekommen und zu einer Stärkung des Auslandsdeutstums in sich, sowie zu kräftigerer Hilfeleistung für die Heimat führen wird.

Breisgauer Auswanderung, insbesondere die Urwaldsiedlung Tovar in Venezuela.

Von Dr. W. GROSS, Karlsruhe.

In schön geschwungenen Linien hebt sich zwischen Freiburg der Hauptstadt des Breisgaues — eines der wenigen Gaue, die den alten Namen sich erhalten haben — und dessen neidisch verdeckter einstigen Beherrscherin Breisach (Mons Brisiacus), von der er den Namen trägt, ein merkwürdiges Naturgebilde — der Kaiserstuhl. Durch unterirdische Feuersgewalt aus dem Schwemmland der Rheinebene heraufgehoben, ein Fremdling auch zwischen den Urgesteinen der Schwarzwald- und Wasgauberge und dennoch so naturgemäß, wie selbstverständlich, in diese Landschaft sich eingliedernd und ihr einen eigenartigen Reiz vor anderen Uferlanden am Oberrhein gebend. —

Ein Kleinbild unserer religiösen Teilung nun, ziehen sich vor dem Bergstock des Kaiserstuhls längs dem Dreisamkanal die altbadischen evangelischen Gemeinden der früheren Herrschaft Hochberg hin, in sonst katholischem, vordem vorderösterreichischem Land. Hier ließ ein alter Rhein seine Spuren, sumpfig und von der wilden Dreisam manchmal überschwemmt, ehe ihr Lauf geregelt worden ist. Das mag Bewohner dieser Orte gegen Ende des 18. Jahrhunderts bewogen haben, dem Rufe der Kaiserin Maria Theresia und ihres Sohnes Josef II. in ihr Ungarland zu folgen, wo ihre Nachfahren nun insbesondere in der Gemeinde Franzfeld bei Panschowa im Banat einen Großteil der 7000 Einwohner bilden*). Sie hatten mit zu den ersten Evangelischen gehört, die sich in Ungarn selbst hatten niederlassen dürfen — unter Maria Theresia war das nur für das Nebenland Siebenbürgen erlaubt gewesen, in dem ohnehin schon durch die evangelischen „Sachsen“, reformierten Magyaren, griechisch-katholischen und unierten Walachen usw. eine bunte Mischung von Glaubensbekenntnissen war. So waren auch die sogenannten Durlacher (aus der oberen Markgrafschaft) und Hanauer (aus unserem Hanauerlände**) nach der Mitte des 18. Jahrhunderts (um 1750 und 1770) dorthin gekommen, die ersteren in die Stadt Mühlbach und einige Nachbarorte, woran jetzt noch ihr Name und der Name „Durlacher Vorstadt“ von Mühlbach erinnert — bei uns leider wenig bekannt und deshalb für badische Teilnehmer an dem Kampfe zur Befreiung Siebenbürgens von dem Einfall der Rumänen eine große Überraschung, wie aus einer durch Großherzog Friedrich II. mir gewordenen Mitteilung der Kriegszeitung des 7. Heeres hervorgeht. Ein Splitter der Baden-Durlacher Auswanderung hat sich im ungarisch-siebenbürgischen Grenzgebirge in der Gemeinde Hadad, Syilager Gespanschaft angesiedelt; er entstammte nach den Namen und der jetzt noch gesprochenen Mundart der oberen Markgrafschaft an der Schweizer Grenze. — Weitauß überwiegend war aber die Beteiligung des katholischen Vorderösterreichischen, insbesondere auch des Breisgaues an dem „Zug nach dem Osten“ gewesen, der erfreulicherweise im 18. und

noch im Anfang des 19. Jahrhunderts den nach dem Westen in die Vereinigten Staaten von Nordamerika abgelöst hatte. Denn unter den sogenannten Schwaben in Südungarn, deren Voreltern namentlich nach der Wiedergewinnung des Banates von den Türken und dem Karlowitzer Frieden massenweise dort eingewandert waren*), sind rund drei Viertel Katholiken, und ähnlich liegt es auch bezüglich des Großteils der über 2 000 000 „Schwaben“ Rußlands, die an den Ufern der mittleren Wolga unter Katharina II. und im ersten und zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nördlich der Gestade des Schwarzen Meeres in den Gouvernements Bessarabien, Cherson und Taurien (außer denen auf der Krim und im Kaukasus) angesiedelt worden sind. — Der „Zug nach dem Osten“ war allmählich abgeflaut, und ich habe nichts mehr von zahlreicherer Abwanderung dorthin in den 1820 und 30er Jahren ermitteln können. Dafür hatte der Zug nach dem Westen wieder stärker eingesetzt, auch in unserem Breisgau. —

Besonderen Anlaß zu stärkerer Auswanderung vornehmlich in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, dann auch nach Südbrasilien und zu einer vereinzelt gebliebenen reif Breisgauer Siedlung in der südamerikanischen Republik Venezuela gaben in der Kaiserstuhlgegend besondere wirtschaftliche Verhältnisse. Unsere Auswanderung ist ja überhaupt in den 1840er Jahren und bis in die Mitte der 1850er geradezu unheimlich angeschwollen. Innere Gründe lagen von länger her selbst in fruchtbarsten Gegenden des Breisgaues vor, gerade im Bereiche des Kaiserstuhles: die Verteilung des Grundbesitzes bis an die Grenze des für Erhaltung eines selbständigen Bauernstandes Zulässigen, dazu hier Mißernten und sonst erschwelter Weinbau. Für die letztgenannte Auswanderung gab es aber noch einen besonderen Anstoß. Auch in der zurückgebliebenen Republik Venezuela war der Wunsch nach europäischer Einwanderung rege geworden und hatte die reiche Grundbesitzerfamilie Tovar veranlaßt, ein für sie beinahe wertloses Stück ihres Besitzes im Urwald für solche Ansiedlung frei zur Verfügung zu stellen, wobei an die arbeitsamen und bescheidenen Deutschen gedacht wurde. Der Unternehmer, ein venezolanischer Kartograph, Oberst Codazzi, fand in dem von ihm in Paris beschäftigten Kupferstecher A. Benitz aus Endingen am Kaiserstuhl die Mittelsperson für seine Pläne. Dieser warb dann in seiner Heimat und zwar an der Süd- und Westseite des Kaiserstuhls — die Ostseite als evangelisch scheint von ihm für das katholische Einwanderungsland außer acht gelassen worden zu sein — und nördlich von ihm, in die Rheinebene hinein, sowie an den Vorbergen des Schwarzwaldes bis bei Ettenheim, und zwar anscheinend unter Vermeidung der Öffentlichkeit von Versammlungen und der Presse, mehr persönlich von Ort zu Ort und von Mund zu Mund der einzelnen. Nach einer „Liste der 1844 noch lebenden Deutschen auf der Kolonie Tovar in Venezuela“ (Beilage eines Berichtes des preußischen

*) Auswanderer aus den Aemtern Emmendingen und Karlsruhe in der südungarischen Gemeinde Franzfeld. Von Wilh. Groos. Alemannia 1905 (Freiburg).

**) „Badische Landeskinder in Siebenbürgen“. Von Dr. W. Groos. (Bad. Landeszeitung 1889, Nr. 691, 701.) — „Die deutsche Kolonie in Hadad“. Von Dr. W. Groos. (Deutsche Warte 1.87 Nr. 57, 58.) — „Badener im Osten“. Von Dr. W. Groos, Karlsruhe. (Karlsruher Zeitung 1913, Nr. 298 u. 301.)

***) „Der große Schwabenzug“. Roman von Adam Müller, Güttenbrunn Leipzig, bei L. Staackmann, 1914.

Konsuls in La Guayra) stammten die Ansiedler aus folgenden Gemeinden in der Reihenfolge von Süd nach Nord:

Neuershausen, Hugstetten, Gottenheim, Waltershofen, Opfingen, Gündlingen, Wasenweiler, Ihringen, Jechtingen, Oberrotweil, Oberbergen, Wyhl, Forchheim, Endingen, Hecklingen, Kenzingen, Wagenstadt, Herbolzheim, Münchweiler, Wallburg, Altdorf, Röhlsheim, Ettenheim.

Als Familiennamen sind in jenem Verzeichnis der Tovarer genannt und meist auch jetzt noch in Tovar erhalten nach einer Huldigungsanschrift an den Landesherrn der Heimat, Großherzog Friedrich I. zur Feier der goldenen Hochzeit 1906:

„Albert, Bauer, Berblinger, Bertram, Blank, Bösch, Boos, Brauer, Bürle, Bühler, Chavoens, Dürr, Eckert, Ehrens, Eisele, Fahr, Feil, Fetsch, Frey, Futterer, Gebert, Gerber, Görig, Gut, Haberstroh, Haitzler, Hamm, Häbler, Heinrich, Higle, Holzer, Ingold, Keller, Kentler, Kienzler, Kohler, Leermann, Lips, Meyer, Miller, Mißle, Muttach, Mutz, Oetleß, Pfaff, Ruh, Scheuerle, Schieber, Schmied, Schmuck, Schwantz, Schwehr, Schweizer, Steuert, Stoth, Studmann, Stub, Vollweider, Vonmud, Weber, Weimann, Wolf, Worand, Wursthorn, Ziegler.“

So viel bis jetzt bekannt und durch Ortsgruppen des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Breisach und Kenzingen zu ermitteln gewesen, sind die meisten dieser Familien auch noch in der alten Heimat vertreten, und es ist ein Zweck auch dieser Arbeit, die langunterbrochene Verbindung zwischen denen in der Heimat und den auf dem fernen Außenposten stehenden Gliedern wieder anknüpfen zu helfen und so neue Fäden zu spinnen zwischen dem Deutschtum im Mutterlande und dem in der weiten Welt, 30 Millionen von unserem Hundermillionenvolk — zum Heil der beiden Teile, besonders wenn ähnlich allmählich im Großen ausgeführt, wozu gerade die Erfahrungen des Weltkrieges verstärkten Anstoß geben müssen.

Der Auswanderung im Spätherbst 1842 scheinen regierungsseitig keine ernstlichen Hindernisse in den Weg gelegt worden zu sein. Leider: — Eine Verpflanzung aus dem gemäßigten Klima des 48. Breitengrades in das tropische des 10. wenn schon andererseits aus einer Meereshöhe von rund 300 in eine solche von etwa 1900 m, und aus einer dichtbevölkerten Gegend an großen Verkehrsstraßen in eine weit abseits von solchen gelegene Urwaldeinsamkeit konnte von vornherein nicht viel Gutes versprechen. Von etwa 400 Köpfen der Auswanderer sind nach langer gefährvoller Seefahrt, bei welcher die Pocken auf dem Schiffe gewütet hatten, und nach mehrwöchiger Urwaldwanderung auf großen Umwegen nur 336 am Orte ihrer Bestimmung angelangt, wo man nur aufs Notdürftigste Unterkunft und Bauland für sie vorbereitet hatte. Mißwachs und Seuchen, auch staatliche Umwälzungen trieben besonders im Anfang viele der Ansiedler wieder weg. Ein durch den preußischen Konsul in La Guayra vermittelter Hilferuf im Jahr 1844, der eindringlich den Notstand schilderte, fand Widerhall in der Heimat, und eine durch ihn verteilte Geldspende von da (1500 Gulden aus der Staatskasse und über 300 Gulden gesammelte Gelder) gab Hilfe für die Bedürftigsten und neuen Mut. Und wenn auch der Bericht einer venezolanischen Kommission an die dortige Regierung und den Kongreß über das „wie ein Wunder“ entstandene Urwalddorf zweifellos sehr rosig gefärbt war, es ging doch immerhin vorwärts. Neue Schicksalsschläge und spätere Rückschläge wurden von den Zurückgebliebenen mit deutscher Bauernzähigkeit überwunden; trotz allem sind sie immer wieder in die Höhe gekommen. Der Ertrag der Landwirtschaft, in welcher die Eingewanderten mit heimatlichem Frucht- und Weinbau viel Miß-

erfolge gehabt, lohnte besser, als man allmählich zu einem den klimatischen Verhältnissen mehr entsprechenden Anbau, besonders von Mais und später in dem jungen Geschlechte auch von Kaffee und sonstigen mehr tropischen Gewächsen überging. Der Vertrag auch schon eher den Zeit- und Geldaufwand für Überführung zu den großen Handelswegen der Haupt- und der Hafenstadt und später der Station La Victoria der von Deutschen mit deutschem Geld gebauten „Großen Venezuela-bahn“ Caracas—Valencia. Die Beamten der Bahn bilden neben der deutschen Kaufmannschaft in Caracas (Schule, Verein mit Gesellschaftshaus) und in anderen Städten, einer Anzahl Pflanzer usw. einen namhaften Grundstock des gegen 1200 Seelen zählenden Deutschtums in Venezuela — Deutschösterreicher, Schweizer und meist auch skandinavische Nordgermanen mit eingerechnet, die draußen einmütig zusammenstehen. Etwa 200 Millionen deutschen Geldes sind so in diesem Lande angelegt, den liegenden Besitz der Tovarer Gemeinde ungerechnet, die ständig dem Deutschtum in den Städten Hilfskräfte und damit auch Verstärkung zuführt.

Nebenbei: — Die erste deutsche Kolonie in Übersee war Venezuela, ihr Begründer und Besitzer ein süd-deutsches Handelshaus, das der Welser in Augsburg, dessen ausgesandte Feldhauptleute und Mannschaften ebenfalls Oberdeutsche waren. Wie Kaiser Karl der Fünfte dem Kaufhause der Fugger, gleichfalls Augsburgern, für dessen Darlehen das Land Chile zusprach, hat er 1526 einen Teil des neuentdeckten Landes am Meerbusen von Maracaibo jenem als Pfand gegeben. Doch wie dort hatte auch hier die deutsche Niederlassung nicht dauernden Bestand, durch Aufstände der Eingeborenen, welche eigene Schuld, die Geldgier der Eroberer, hervorrief, und den Mangel einer eigenen Flotte. 1545 bemächtigten sich die Spanier des Landes. Aber noch heute soll sich in Venezuela von jener Welser-Ansiedlung her der deutsche Schlag in gewissen Merkmalen erhalten und zusammen mit dem rein spanischen nicht untüchtige Mischungen gezeitigt haben. —

Im Jahre 1850 hatte eine Schrift „Venezuela und die deutsche Auswanderung dorthin“ (nebst einer [schlechten] Karte von Venezuela, von Louis Glöckler, venezolanischer Konsul in Hamburg), offensichtlich für eine solche geworben. Dem machte ein Verbot der Beförderung von Auswanderern und der Vermittlung der Auswanderung seitens der badischen Regierung für unser Land ein Ende, als die venezolanische Regierung „Landbauern, Handwerker und Diensthöten, besonders aus Deutschland“ anwerben lassen wollte. Auch vorher waren nur Einzelne unsern Breisgauern Siedlern nach Tovar gefolgt; so nach den amtlichen Akten 1866 zwei junge Männer aus dem Amte Emmendingen, Wendelin und Fridolin Hügler. Daheim glaubte man zunächst, sie seien „in die Sklaverei verkauft“ worden, weil keine Nachrichten von ihnen eingingen. Die Kaiserl. Ministerresidentur in Caracas aber ermittelte den einen als Holzsäger, den anderen als Diener in einer Wirtschaft.

Von 1875 ab schweigen dann die heimischen Quellen über Tovar — gedrucktes Schrifttum und die amtlichen Akten des badischen Ministeriums des Auswärtigen, des Unterrichts, des Geh. Kabinetts usw. — beinahe zwei Jahrzehnte. Es war ein Badischer Landsmann, Freiherr von und zu Bodman, von der Kaiserl. Ministerresidentur für Venezuela, der im Herbst 1894 die Tovarer aufsuchte, Glückwünsche an den Landesherrn ihrer Heimat übermittelte und dagegen im folgenden Jahre die erbetenen Bildnisse des Großherzogspaares übermitteln durfte. In diesem Jahr langte auch ein Gesuch der Mehrheit der Einwohner von Tovar um Wiederverleihung deutscher

Staatsangehörigkeit beim Kaiserl. Auswärtigen Amt ein, das freilich keine Erhöhung fand*). — Zuvor hatte die Gemeinde schon wissenschaftliche Besuche erhalten, bezeichnenderweise zuerst von einem (zweifelloso Deutsch-) Amerikaner Fendler im Auftrag einer University der Vereinigten Staaten — einen mehrjährigen zn meteorologischen Beobachtungen schon in den 1850er Jahren. Später, 1890/91, von einem badischen Landsmann, dem Univ.-Professor Dr. Goebel, Konservator des Botanischen Museums in München, der Tovar als „außerordentlich günstig gelegenen Punkt für Vermehrung naturwissenschaftlicher Sammlungen“ bezeichnete**) — ferner von dem deutschen Geologen Univ.-Professor Dr. W. Sievers auf dessen Venezuela-Forschungsreise 1892/93. Er hatte schon festgestellt, daß die Bewohner „ihren alemannischen Dialekt, deutsche Sitten, Gebräuche und Eigentümlichkeiten noch bewahrt hatten und auch den deutschen Typus äußerlich noch unverfälscht zeigten“; und Goebel hatte in einem Berichte an Großherzog Friedrich I. über dessen überseeische Landeskinder die Entsendung eines deutschen Lehrers angeregt, der „auch einigermaßen naturwissenschaftlich geschult sei“. Von da ab haben die Vertreter des Reiches in Venezuela die kleine deutsche Gemeinde öfter besucht: 1906 Freiherr von Seckendorff, später preußischer Gesandter in Stuttgart, der mit Wärme bei der Reichsleitung die Errichtung einer deutschen Schule befürwortete: „Alle sprachen den Dialekt ihrer alten badischen Heimat. Die Kleidung erinnerte auffallend an die in einigen Gegenden des badischen Schwarzwaldes noch heute gebräuchlichen Trachten...“ — Von dem Kaiserl. Legationsrat A. von Schwerin ist dann später, mit einem Beibericht des (ev.) Pastors Schneider in Caracas, unserem verstorbenen unverglichenen Großherzog eine Sammlung von Lichtbilderaufnahmen der Kolonie überreicht worden.

Auffallend verschieden lauten die Angaben über die Einwohnerzahl: zweifellos unterschätzt ist sie „mit etwas über 300“ von Sievers, überschätzt wohl in einem Berichte der Kaiserl. Ministerresidentur Caracas vom 11. April 1913 mit 600 bis 700 Köpfen und 74 Familien, während ein Bericht derselben vom 17. September 1894 nur etwa 300 angegeben hatte. Am meisten wird die Angabe des Pastors Schneider mit 450 Köpfen für sich haben. — Die (62) Gehöfte der Siedler liegen eben weithin zerstreut über eine Bodenfläche von 4000 ha, nur ein paar, wie das Schulzenhaus und die Wirtschaft, bilden mit der Kirche und dem jetzigen Schulgebäude einen kleinen Mittelpunkt. — Die Reinerhaltung des deutschen Schlages und Wesens ist einer Gemeindegatzung zu danken, die Mischheiraten verbietet und Zuwiderhandelnde aus der Kolonie ausweist. — Daß

die Tovarer keine „Schwaben“, wie sie z. B. von P. Remer in „Über Land und Meer“ und in seinem Buche „Unter fremder Sonne“ genannt wurden, sondern echte Breisgauer Alemannen sind, bedarf nach unserem Verzeichnis der Heimatgemeinden keiner weiteren Ausführung.

Aus den Zeiten der Not arbeiteten sich die Kolonisten allmählich zu einem bescheidenen Wohlstand herauf, den die Nachkommen der Auswanderer freilich auch in der Heimat gefunden hätten ohne so viel Mühe und Opfer. Sie und ihre Kinder haben jetzt ihr Auskommen, zu Gelderwerb aber wenig Gelegenheit, da es an gut fahrbaren Verbindungen zu den Städten Caracas und La Victoria fehlt, an einer nur einigermaßen brauchbaren zum nächsten Hafenort Maya überhaupt. An das Koloniegebiet grenzt nordöstlich die bis ans Meer reichende Hacienda eines deutschen Ingenieurs Dr. Alfred Jahn, venezolanischer Staatsbürger, dabei aber ein guter Freund der deutschen Bauern. Nördlich haben Tovarer Grundstücke in Pacht, die bis jetzt in Eigentum umzuwandeln nicht möglich gewesen ist. Auch gegen Süden, La Victoria zu, ist Grundbesitz gepachtet worden. Wie von Absatzwegen hängt von der Ausdehnungsmöglichkeit ein Aufblühen der Kolonie ab.

Eine deutsche Schule fehlte, es gab nur eine Regierungsschule in spanischer Sprache, und so war die Kolonie in geistiger Hinsicht leider zurückgeblieben, die Kenntnis der deutschen Schriftsprache hatte sich allmählich verloren und nur die alemannische Mundart blieb erhalten, diese aber treu gewahrt, wie die völkische Reinheit der deutschen Gemeinde und die Sitte der alten Heimat. Jetzt hat sie zum erstenmal seit ihrer Gründung einen deutschen Geistlichen erhalten in der Person eines von den Engländern aus der Insel Trinidad Ausgewiesenen, des Rheinländers Busert, und eine deutsche Schule, dank seinen und des Lehrers Galler Bemühungen, der von der deutschen Schule in Caracas nach Tovar übersiedelte und als Oberelsässer die alemannische Mundart sprach, leider aber bald verstarb. Das Deutsche Reich, die badische Regierung und der Landesverband Baden des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ steuerten zu den Kosten der Einrichtung Beiträge, nachdem die Einwohner selbst 7000 Bolívars dafür gesammelt haben, wie zuvor rund 1000 Bolívars für das deutsche Rote Kreuz.

Und das alles dankte das Deutschtum dem gegen es entfesselten Weltkrieg, der mächtig den deutschen Geist bei den Landsleuten draußen, auch bei den halbverschollenen und verlorenegebenen, gehoben und denen daheim eindringlich die Bedeutung des Deutschtums außerhalb der Grenzen des Reiches gepredigt hat.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich und ehemalige österreichische Länder.

Für die künftige Gestaltung der Verhältnisse des im deutsch-österreichischen Staate lebenden Bruchteiles des deutschen Volkes werden die in Salzburg gepflogenen Verhandlungen der sogenannten Länderkonferenz ausschlaggebende Bedeutung

*) „Badische Siedler in Übersee und ihre Staatsangehörigkeit.“ Von Dr. W. Groos, Karlsruhe. (Zeitschrift für badische Verwaltung und Verw. Rechtspflege 1917 Nr. 7 u. 8.)

**) „Die deutsche Siedlung Tovar in Venezuela als Stützpunkt für botanische, meteorologische und klimatologische Forschungen und Beobachtungen.“ Von Dr. W. Groos und Dr. Fr. Gautier. (27. Band der Verhandlungen des Naturwissenschaftlichen Vereins Karlsruhe.) (Karlsruhe, Braun'sche Hofbuchdruckerei 1917).

haben. Die Vertreter sämtlicher ehemaliger Kronländer und nunmehriger Länder, samt denen der Hauptstadt Wien, sind hier zusammengetreten, um sich über die endgültige Organisation des Staates zu beraten. Einheitsstaat oder Bundesstaat?, das ist die Frage, die zur Entscheidung drängt. Zwischen den politischen Parteien besteht eine ganz klare Scheidung, die wesentlich bestimmt wird durch ihre soziale Zusammensetzung. Die bäuerlichen Kreise sind für das Föderativsystem, die Arbeiter für den straffen Einheitsstaat. Wirtschaftliche Gründe sind hierbei in erster Linie maßgebend. Ohne uns in parteipolitische Erörterungen einzulassen, wollen wir hier nur die rein nationale Seite der Sache betrachten. Mag es immerhin richtig sein, daß der Mannigfaltigkeit der deutschen Stämme der Bundesstaat unter möglichster Berücksichtigung der stammlichen Eigentümlichkeiten am angemessensten ist, so darf doch

nicht übersehen werden, daß es sich in dem kleinen Deutsch-Österreich um ein Gebilde handelt, das, wenn es in noch kleinere Einzelstaaten zerlegt wird, geradezu der Atomisierung anheimfällt. Namentlich unter dem Gesichtspunkte des später einmal allen derzeitigen Hindernissen zum Trotz zu vollziehenden Anschlusses an das Deutsche Reich kann es nicht vorteilhaft sein, wenn Österreich in Zwergstaaten zerfällt, während im Deutschen Reiche umgekehrt das Bestreben besteht, die Zahl der Einzelstaaten herabzumindern und womöglich zu einer beschränkten Anzahl von Staaten mittlerer Größe zu gelangen. Dazu kommt noch, daß in dem engen Verbande Deutschösterreichs wesentliche Stammesunterschiede nicht bestehen. Die starke Neigung zu engherzigem Partikularismus, die sich da und dort in einzelnen Ländern, am stärksten im schwäbisch-alemannischen Vorarlberg, zeigt, stellt einem künftigen Bundesstaate nicht das günstigste Horoskop. Indessen läßt sich nicht verkennen, daß die historische Überlieferung ehemaliger weitgehender politischer Selbständigkeit wiederum sehr lebendig geworden ist und nicht ganz zu beseitigen sein wird. Es wäre daher vom nationalen und großdeutschen Standpunkte aus sehr zu wünschen, daß es der politischen Einsicht der in Salzburg tagenden Versammlung gelingen möge, einen gangbaren Mittelweg zu finden, der einerseits die Einheitlichkeit in allen wirtschaftlichen und obersten politischen Belangen wahrt, andererseits aber den Ländern die bisherige Autonomie nicht schmälert. Die Rückkehr halbwegs normaler Zustände dürfte dann ziemlich rasch die zentrifugalen Bestrebungen von selbst erlöschen machen. Bei der gereizten Stimmung, die zwischen den beiden Parteien der Zentralisten und der Partikularisten herrscht, besteht aber leider die Gefahr, daß eine wirkliche Einigung nicht gefunden wird, was zu sehr bedauerlichen, weil kräfteverzehrenden inneren Reibungen führen müßte. Das letzte Wort wird allerdings die Wiener Nationalversammlung haben, aber sie wird nicht wesentlich über das in Salzburg Vereinbarte oder Nichtvereinbarte hinauskommen können. —

Angesichts dieser wenig erfreulichen Dinge ist es um so tröstlicher, daß aus dem von den Südslawen allmählich geräumten kärntnerischen Abstimmungsgebiete verheißungsvolle Nachrichten kommen. Die Räumung geht sehr langsam von statten und ist von allerlei gewalttätigen Übergriffen der Slowenen begleitet. Diese haben aber ihren Grund darin, daß man auf südslawischer Seite mehr und mehr den Eindruck gewinnt, daß die Aussichten der Volksabstimmung nicht die besten sind und daß ohne gewaltsame Beeinflussung der Bevölkerung auf eine slawenfreundliche Mehrheit nicht zu rechnen ist. Möge sich diese Befürchtung, die für uns eine Hoffnung ist, bewahrheiten.

B. I.

Deutsch-Österreich und Ungarn.

In der Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich vom 19. Februar kam eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Müller-Guttenbrunn und Genossen zur Behandlung, die die Note der ungarischen Regierung über eine Volksabstimmung in Westungarn und die terroristische Behandlung der deutschen Bevölkerung Westungarns durch Organ der ungarischen Regierung zum Gegenstand hatte. In der Anfrage wurde gesagt, das Angebot der ungarischen Regierung erwecke den Anschein, daß diese Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten wolle, das Gegenteil sei aber durch die Erfahrung bewiesen. Die Deutschen Westungarns seien das unfreieste Volk Mitteleuropas, das von der magyarischen Beamtenschicht geknebelt werde und durch Militär, Gendarmerie, Spitzel und Angebersystem, Gewalt- und Roheitsakte belästigt werde. Es werden in der Anfrage die einzelnen

Vergewaltigungen der Pressefreiheit, die terroristischen Einziehungen zum Militärdienst, das Zustandekommen bestellter Kundgebungen und das System der Wahlen im einzelnen behandelt. Der Staatskanzler und Staatssekretär wird gefragt, ob ihm diese Zustände bekannt seien und was er dagegen zu tun gedenke und ob er bereit sei, den Wortlaut seiner Antwort an Ungarn der Nationalversammlung zuvor mitzuteilen.

Die Nationalversammlung beschloß die Besprechung der Anfrage und der Abgeordnete Müller-Guttenbrunn, der ja selbst geborener Ungar-Deutscher ist, kennzeichnete in ausführlicher Rede das ganze Bedrückungssystem der verflochtenen ungarischen Gewaltherrschaft, die Magyarisierung der Fürsorge, des Theaters, der Namen und der Grabschriften. Er kennzeichnete die Note der ungarischen Regierung als einen trügerischen Lockruf, der kein Vertrauen verdiene. Für Österreich sei der Augenblick gekommen, seine alten Grenzgrafschaften wiederzugewinnen oder auf ewig zu verlieren.

Für die christlich-soziale Vereinigung sprach sodann der Abgeordnete Mataja und betonte, daß die österreichische Regierung auf dem Standpunkt des Friedens von St. Germain bestehen bleiben müsse. Ein Verhandeln über Westungarn sei geradezu unmöglich. Der Zusicherung der künftigen Autonomiegewährung könne man keinen vollen Glauben schenken. Zudem könne die Autonomie für Deutschwestungarn niemals eine an Österreich gemachte Konzession sein.

Bessarabien.

Uns wird ein Privatbrief aus Sarato vom 1. Februar 1920 zur Verfügung gestellt, dem wir folgendes entnehmen:

Ihren Brief vom 8. Dezember habe am 24. Januar erhalten. Ich muß gestehen, daß er mir eine große Überraschung bereitet hat. Ebenso überrascht waren meine Kollegen, denen ich denselben vorlas. Preisen Sie sich glücklich, daß Sie dem Rat der deutschen Offiziere gefolgt sind. Man kann ja nicht alles glauben, was erzählt wird, aber Nachrichten von Südrubland lauten dahin, daß die Kolonien in der Moldotschna und in der Krim nahezu sämtliche zerstört seien. Wir hatten hier auch mancherlei von dem Raubgesindel zu erfahren, aber vor dem Schlimmsten hat uns im letzten Februar das rechtzeitige Eintreffen des rumänischen Militärs bewahrt. Seit zwei Jahren ist die Verbindung mit drüben erschwert und seit einviertel Jahren etwa ganz abgeschnitten. Nur hie und da kommt ein Bessarabier noch hinüber und bringt die traurigsten Nachrichten von dort, die Entwertung des Rubels übersteigt alle Begriffe, ein Pfund Butter soll 120 Rubel kosten und andere Lebensmittel haben dem ähnliche Preise. Wir leben hier in Bessarabien verhältnismäßig gut, dank der guten Ernte im verflossenen Jahre. Doch zahlen auch wir ganz unerhörte Preise, das Pud Weizen kostet 25 Rubel, Butter 12 Rubel das Pfund, ein Paar gute Mannsstiefel 800 bis 1000 Rubel, Pferde und Vieh — unerhört — 18—20000 Rubel das Paar Pferde, ein Faden Stroh im gewöhnlichen Bauernschuber bis 1000 Rubel, ein Ei ein Rubel, eine Gans, gemästet, 50 Rubel, das Pud Schweinefleisch (Lebendgewicht) 150 Rubel usw. Die Bauern leiden jedoch keine Not, da Einkauf und Verkauf einander die Wage halten, nur die Beamten, Lehrer usw. müssen außerordentlich sparen, um durchzukommen, lange darf es so nicht fortgehen, sonst gehen wir zugrunde. Wir hoffen, daß das junge rumänische Parlament irgendwelche Wege ausfindig machen wird, zwecks Herstellung besserer Verhältnisse. Im übrigen haben wir uns schon an so mancherlei gewöhnt. Erfreulich ist, daß unsere Schulen im großen und ganzen gut funktionieren, die Lehrer werden zumist vom Staat besoldet und das ist ihr Glück. Die Aufsicht führen rumänische Beamte, doch ist seit

dem 1. November Herr Michael Neumann als Instruktor der deutschen Schulen Bessarabiens angestellt. Die rumänische Sprache ist als Fach obligatorisch, die Unterrichtssprache — die Muttersprache. Nur eins fehlt: Lehrbücher. Im Oktober 1919 war ich in Bukarest und habe für die Wernerschule, die Dorflehrer und Dorfschulen für zirka 14 000 Lei deutsche Bücher eingekauft. Leider kam der Zusammenbruch Deutschlands, und alle meine Bestellungen, die schon in Bukarest gepackt waren, gingen nach Deutschland zurück. Neue Bücher Ausgaben erwarteten wir über Odessa, hatten auch schon 3000 Rubel im deutschen Komitee angezahlt, auch umsonst. So arbeiten wir denn in den meisten Fächern ganz ohne Bücher oder mit alten, von überall zusammengeholten Büchern. Wenn Sie irgendwie können, so schicken Sie von Ihren Ausgaben mehrere tausend Exemplare. Jedenfalls schreiben Sie mir, wenn Sie meinen Brief erhalten haben. Nun, es freut mich, daß wir wieder so weit sind, einander Nachricht geben zu können.

Lettland.

In Lettland rüsten sich eben alle Parteien zu den Wahlen für die Konstituierende Versammlung. Wie überall werden die Parteigegensätze durch den Kampf aufs äußerste verschärft. Da ist es doppelt erfreulich, daß die vier Deutsch-Baltischen Parteien, die ihren Sitz in Riga haben, die Demokratische, die Fortschrittliche, die Reformpartei und die (konservative) Volkspartei sich zu einem gemeinsamen Ausschuß vereinigt haben, der das gesamte Baltentum des Landes kulturell und nach Möglichkeit auch politisch einigen und nach außen vertreten will. So wenden sich alle vier deutsch-baltischen Parteien im Hinblick auf den Wahlkampf zur Konstituante in einem gemeinsamen Aufruf an die Volksgenossen mit der Aufforderung, einer der Parteien beizutreten. Durch den Ausschuß wird das gesamte vorhandene Volkstum unabhängig von politischen Meinungsverschiedenheiten zu einer nationalen Front geeinigt. Nachträglich ist auch die Deutsch-baltische Einigungspartei Libaus dem Zusammenschluß beigetreten.

Der Ausschuß der Deutsch-baltischen Parteien hat am 18. Februar folgenden bedeutsamen Appell an die im Ausland lebenden Balten gerichtet, der sich in der „Rigaischen Rundschau“ vom 19. Februar findet:

„Die deutsch-baltischen Parteien Lettlands, die in ihrem Ausschuß den Gesamtwillen unseres in der Heimat ausharrenden Volkstums verkörpern, halten es für ihre Pflicht, allen in der Ferne weilenden Landsleuten zur Kenntnis zu bringen, daß sie auf Grund genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse eine Beteiligung der deutsch-baltischen Bevölkerung am Wiederaufbau der Heimat im Rahmen des selbständigen lettländischen Staates für möglich und für dringend notwendig halten.

Trotz aller sonstigen Verschiedenheiten unserer politischen Anschauungen gibt es für uns darüber keinen Zweifel, daß wir nur auf dem Boden der lettländischen Staatlichkeit die Rechte durchzusetzen und zu bewahren in der Lage sein werden, die eine gedeihliche Entwicklung unseres nationalen Lebens im Staate garantieren. Eine derartige einmütige, als notwendig erkannte politische Richtung kann aber nur dann erfolgreich durchgeführt werden und wirklich Früchte tragen, wenn sie von der Gesamtheit unseres Volkstums anerkannt und eingehalten wird.

Es ist uns gelungen, in der Heimat selbst, wo die Tatsachen eine deutliche Sprache zu unseren Gunsten reden, eine solche Einheitlichkeit zu erzielen; dahingegen machen sich unter unseren ins Ausland gegangenen Landsleuten noch immer Gegenströmungen geltend, die unsere Arbeit auf das empfindlichste erschweren und schädigen. Wir halten es für unsere Pflicht,

gegen das Vorgehen solcher Outsider zu protestieren und an alle im Auslande lebenden Balten die dringende Aufforderung und Bitte zu richten, sich jeder Art von öffentlicher Kundgebung und jeder Handlung, die mit der von uns als richtig erkannten Politik im Widerspruch steht, zu enthalten.“

In der Rigaer Stadtverwaltung haben die gesammelten Volksminoritäten, Juden und Russen, unter Führung der Deutsch-Balten durch die Stellung eines Ultimatums, sie würden sich überhaupt an der Stadtverwaltung nicht mehr beteiligen, es durchgesetzt, daß ihre Wohlfahrtsanstalten in eigener Verwaltung bleiben. Der Sieg gelang mit Hilfe der bürgerlichen Letten, während die Sozialdemokraten hier wie in Estland die Vorkämpfer nationalistischen Chauvinismus sind.

Skandinavien.

Der Herausgeber des sehr angesehenen und großen skandinavischen Archivs *acta chirurgica scandinavica* schrieb dem Direktor der chirurgischen Universitäts-Klinik in Breslau einen warmherzigen Brief, er erkenne, daß es der Breslauer Universität doch nicht möglich sein werde, die skandinavischen Zeitschriften beim Tiefstande der deutschen Valuta zu abonnieren und so werde er aus Dankbarkeit, die man der deutschen medizinischen Wissenschaft schulde, sich gestatten, der Breslauer Klinik die Zeitschrift bis auf weiteres unentgeltlich zu senden!

Frankreich.

Die französische Regierung hat der „Industrie- und Handelszeitung“ zufolge der Kammer einen Gesetzentwurf über eine Neuregelung der Aufenthaltsbestimmungen für Fremde vorgelegt, denselben Entwurf, den sie zwar der alten Kammer auch schon einmal vorgelegt hatte, der von ihr aber nicht mehr erledigt werden konnte. Der Entwurf faßt alle bisher nicht einheitlich zusammengebrachten Bestimmungen in ein einziges Gesetz zusammen und beseitigt alle Kriegsbestimmungen. Die Einreise ist darnach unbeschränkt gestattet, ein Paßzwang besteht nicht, die Überwachung findet dagegen im Inland statt. Der Wohnungsgeber muß sofort vom Einreisenden eine Erklärung über seine Staatsangehörigkeit erhalten, gewerbsmäßige Vermieter haben sie sofort, nicht gewerbsmäßige innerhalb 48 Stunden der Polizei mit der Unterschrift des Anzumeldenden weiterzureichen. Gegen eine Gebühr von 5 Franken erhält jeder Fremde, der einen Beruf ausüben will, eine mit einem Lichtbild versehene Identitätskarte, die als Aufenthaltserlaubnis gilt, wird sie verweigert, so hat sofortige Abreise zu erfolgen. Der Ausländer hat volle Bewegungsfreiheit, lästige Ausländer können aber ausgewiesen und der Aufenthalt von Ausländern an bestimmten Orten kann untersagt werden. Einen Beruf dürfen Ausländer erst nach Anmeldung beim zuständigen Bürgermeisterrat ausüben. Für Zollagenturen, Transithandel, Expedition, Auskunftsbüro, In-, Aus- und Durchwanderungsagenturen für fremde Arbeiter, auch für Stellenvermittlungsbüros ist besondere Erlaubnis erforderlich, ebenso für Industrien, die die Landesverteidigung angehen. „Französisch“ darf sich nur eine Gesellschaft nennen, die von französischen Staatsangehörigen betrieben wird. Der Präsident und die Beauftragten des Verwaltungsrates, die Prokuristen und Direktoren mit Zeichnungsrecht, die Rechnungsprüfer und mehr als die Hälfte der Gesellschafter der Mitglieder des Direktoriums und des Aufsichtsrates müssen Franzosen sein. Ausnahmen von diesen Vorschriften kann nur ein Erlaß des gesamten Kabinetts verschaffen.

Nach einer Pariser Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“, hinter die wir freilich vorläufig ein Fragezeichen machen möchten, sind seit dem 1. Juli 1919 bis zum 24. Februar 1920 in Frank-

reich 1000 Deutsche eingetroffen, die von der Polizei Aufenthaltsbewilligung bekamen.

Spanien.

Über das Deutschum in Nordwestspanien ging uns ein Bericht zu, der zwar von Ende 1919 stammt, aber auch heute trotz einiger Überholungen noch von Interesse ist. Der Verfasser schreibt:

Die Nordwestecke Spaniens, Galicia, welches sich wiederum in die vier Provinzen La Coruña, Lugo, Pontevedra und Orense teilt, ist bis zum Jahre 1900 nur wenig von Deutschen aufgesucht oder gar als ständiger Aufenthaltsort zur Schaffung eigener Interessen gewählt worden. Die Zahl der vor dem Jahre 1900 in Galicia ansässig gewesenen deutschen Familien beziffert sich auf kaum zehn und auch nach dem Jahre 1900 hat sich daran, soweit die Provinzen La Coruña, Lugo und Orense in Frage kommen, wenig oder nichts geändert. Wenn trotzdem für Galicia zwei deutsche Konsulate, Vigo und La Coruña, und drei Vizekonsulate, Vivero, Corcubion und Ferrol, bestanden, so erklärt sich das aus dem schnellen Aufschwung, den die deutsche Schifffahrt nahm und der jährlich eine große Anzahl deutscher Schiffe nach Vigo und La Coruña (als bedeutende spanische Auswanderhäfen) führte und der Ferrol als einziges Dock an der Nordwestküste Spaniens, Corcubion als ansehnlicher Bunkerplatz und Vivero als Ausfuhrplatz für Mineral wichtig erscheinen ließ. Für Vigo, Provinz Pontevedra, trat um das Jahr 1905 insofern eine Änderung ein, als die Eröffnung einer deutschen Kabellinie Emden-Vigo (Deutsche Atlantische Telegraphen-Gesellschaft, Köln) eine ganze Anzahl deutscher Kabelbeamten nach Vigo führte und sich außerdem eine nicht unbedeutende Ausfuhr hiesiger Erzeugnisse der Fischkonservenindustrie nach Deutschland entwickelt hatte, welche ebenfalls einzelne deutsche Kaufleute nach Vigo zog. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der hier ansässigen Deutschen etwa 35. Bereits im gleichen Jahre kam es zur Gründung einer „Deutschen Kolonie“, welcher eine Hilfskasse für unverschuldet in Not geratene Deutsche angegliedert wurde. Bis zum Ausbruch des Krieges blieb die Sachlage unverändert.

Bei Ausbruch des Krieges änderten sich die Verhältnisse hier dagegen vollkommen. Eine größere Anzahl Vigo als Nothafen anlaufende deutsche Schiffe brachten zahlreiche Besatzungen (insgesamt etwa 600 Personen) mit, die während der langen Dauer des Krieges die mannigfachsten Verbindungen mit der hiesigen spanischen Einwohnerschaft schufen. Hinzu kam während der ersten Jahre des Krieges eine große Anzahl Deutscher aus Südamerika, die ihre Heimreise hier unterbrechen mußten und für die Dauer des Krieges in Vigo Aufenthalt nahmen. Es entstanden damals schon gesellige Vereinigungen, wie Gesangsverein, Männerturnverein usw.

Bei Ausbruch des Krieges mit Portugal erfuhr das deutsche Element in Vigo einen weiteren bedeutenden Zuwachs. Fast die gesamte deutsche Kolonie aus Oporto und zahlreiche Deutsche aus Lissabon wählten Vigo, wegen seiner bequemen Lage zu Portugal, als Wohnsitz. Damals und in den Jahren 1917 und 1918 betrug die Anzahl der hier aufhältlichen Deutschen weit über eintausend Personen.

Zu jener Zeit kam es zur Gründung einer Deutschen Hilfsgemeinde unter dem Vorsitz eines deutschen Pfarrers und in Verbindung mit dieser zur Errichtung eines „Deutschen Heims“ für hilfsbedürftig gewordene Landsleute. Desgleichen entstanden zwei deutsche Schulen, deren Vereinigung ein zu Beginn des Jahres 1918 ins Leben gerufener Schulverein zum Zwecke hatte. Das Jahr 1919 brachte dahingegen wieder eine starke

Abnahme des deutschen Elements in Vigo. In den Monaten Juni und Juli kamen etwa 400 deutsche Seeleute zur Abbeförderung nach Deutschland und ihnen folgten nach und nach eine große Anzahl noch hier aufhältlich gewesener Deutscher, so daß die jetzt noch hier verbliebenen Deutschen die Zahl von zweihundert kaum erreichen dürften. Von diesen sind weitaus die meisten ehemalige Portugaldeutsche und da diesen voraussichtlich in allernächster Zeit die Rückkehr nach Portugal erlaubt wird, muß angenommen werden, daß das deutsche Element in Vigo zu Beginn des kommenden Jahres auf eine geringe Anzahl Personen zusammengeschrumpfen sein wird. Auch ein wichtiger Faktor der früheren Deutschen Kolonie in Vigo, die Beamenschaft der deutschen Kabelstation, wird dann verschwunden sein. Dieser Verlust wird aber voraussichtlich durch diejenigen Personen aufgewogen, denen es gelang, während des Krieges in Vigo festen Fuß zu fassen und durch solche, die sich zurzeit noch um Gründung einer Existenz in Vigo bemühen.

Italien.

„Römische Bilderbogen“ betitelt der Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ seine Berichte aus Rom. Und hier schreibt er: „Ich übertreibe nicht, Rom ist von Deutschen überschwemmt. An allen Ecken hört man deutsch und kein Mensch stößt sich daran. Im Gegenteil, man bleibt bewundernd stehen; Deutsche, welche infolge der Zustände im eigenen Lande Hoffnung und Vertrauen verloren, sind gebeten, nach Rom zu kommen — hier werden sie beides wiederfinden. Eine so hohe Achtung vor deutschem Können, eine solche Zuversicht auf die Zukunft des Deutschen Reiches trifft man wohl nur in Italien. Alle Waren, die deutscher Herkunft sind, gelten allein schon deshalb als hochwertig und — kosten das Doppelte. Ein deutscher Film, und wäre es auch der minderwertigste, ist die sicherste Garantie für stets volle Kassa. Da ich deutsch spreche und schreibe, sollte ich jeden Tag alle möglichen Auskünfte erteilen über deutsche Bücher und Zeitschriften, über Berufskollegen und Künstler, über Linsen und Stahlfedern. Der Krieg hat Deutschland die größte Reklame gemacht, einmal, weil man das Ausbleiben deutscher Produkte äußerst schmerzlich empfand, sodann, weil man nicht mit Unrecht die beispiellose Kraftleistung Deutschlands während dieser langen Kriegsjahre als den Triumph deutscher Industrie bewunderte. Jede Animosität gegen deutsches Wesen ist entschwunden oder vielmehr ins Gegenteil übergeschlagen. Deutschsprechen ist äußerst schick und wer es kann, wird darum beneidet. Und kaum ein Jahr ist es her, da war „Tedesco“ der ärgste aller Schimpfnamen.“

Ostafrika.

Die „Kreuzzeitung“ knüpft an die Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Büros, wonach die in Deutschland verbreiteten Nachrichten über die völlige Ausrottung des Deutschums in Ostafrika unrichtig seien, die englische Regierung vielmehr trotz der allgemeinen Ausweisungserklärung an einzelne Deutsche Aufenthaltserlaubnisscheine vergebe, bemerkenswerte Auszüge aus der englisch-indischen Zeitung „Der Advokat“. Darnach ist in Ostafrika eine Volksabstimmung vorgenommen worden, bei der sich die Dorfältesten darüber äußern sollten, ob sie lieber deutsche oder englische Herrschaft wünschten. In den Nordost-Bezirken habe sich ein Teil der Dorfältesten für England erklärt, in der ganzen übrigen Kolonie seien aber die Stimmen fast alle für Deutschland gewesen. Das Blatt meint, daß daran die Agitation der Askaris des Generals Lettow-Vorbeck wohl schuld gewesen sei, die in ihren Dörfern für Deutschland arbeiteten. Wenn das tatsächlich der Fall war, so würde es der deutschen Kolonialverwaltung und Kriegführung ein um so glänzenderes Zeugnis ausstellen, als diese

Askaris unendliches Kriegsleid erduldeten, von der deutschen Regierung aber noch keinen Pfennig ihres rückständigen Soldes erhalten haben und die englische Regierung gerade diese Rückständigkeit des Soldes sehr stark in ihrer Agitation gegen Deutschland ausbeutete. Die Kreuzztg. fragt sehr richtig, was die deutsche Regierung zu tun gedenke, um die Soldrückstände zu bezahlen, da von dieser Zahlung sehr viel von der Achtung und dem Vertrauen der Askaris und damit Ostafrikas für Deutschland abhängen werde.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

In einem Berichte der „Kölnischen Volkszeitung“ aus New-York wird über die Organisation der „Amerikahilfe“ gesprochen. In Amerika hatte man zuerst den Verdacht, es handle sich bei der Amerikahilfe um einen Versuch, die Deutschen unter dem Mantel der Wohltätigkeit politisch zu organisieren. Gerade die deutschen Geschäftsleute, die schon so viel erduldet haben, hielten sich also zunächst zurück. Erst als das Zentralkomitee angesehen und unverdächtige Amerikaner in das Komitee nahm und als Hopver mit der Verteilung in Deutschland die Quäkerorganisation betraute, erst als man sich entschloß, nur der darbenenden Kinder sich anzunehmen, ging die Sache voran. Jetzt hat Herr Hoover schon über 30 Millionen Mark bekommen. Das Zentralkomitee hat inzwischen auch die Organisation der Deutsch-Amerikaner in die Hand genommen, ging hier allerdings, dem Berichterstatte zufolge, langsam und zaghaft voran und sah auch mehr als gut war auf die gesellschaftliche und geschäftliche Stellung der Führer und Vorstände. Dadurch wurde aber ein Widerstand geschaffen, der gerade das Zentralkomitee wieder zu rascherem Arbeiten anregte. Eine unabhängige Organisation gründete sich, die auch versuchte, mit einem Bazar an die Öffentlichkeit zu treten. Der Versuch gelang überraschend gut, er brachte in 5 Tagen und in einem kleinen Lokal nahezu 4 Mill. Mark. Kein Zweifel, daß ihm nun auch wieder eine große Bazarveranstaltung folgen wird. Das Beispiel wird im Lande zündend wirken.

Uruguay.

Die Deutschen in Montevideo haben der Reichsregierung ein Telegramm gesandt, in der sie sie und das deutsche Volk zur festen Haltung in der Auslieferungsfrage beglückwünschen. Nach den vielen geistigen Schmerzen, die das neue Deutschland in mancher Beziehung seinen Auslandsöhnen bereitet hat, war die geschlossene einmütige Haltung des deutschen Volkes in dieser Frage tatsächlich von ungeheurer Bedeutung für das deutsche Bewußtsein unzähliger Auslandsdeutscher.

Chile.

Die Sammlungen der Deutschen in Chile während des Krieges haben für die alte Heimat den Pol. Parl. Nachr. zufolge einen Gesamtbetrag von 31 Millionen Mark in der heutigen Währung ergeben. Die reiche Tätigkeit der Deutschen für Kirche und Schule, für Unterstützungswesen und ihre Liebesaktivität für das Kreuzer-Geschwader wurde noch ergänzt durch die Sammlungstätigkeit für die Kriegswohlfahrtszwecke der Heimat. Die Deutschen Chiles dürfen stolz auf diese Leistungen sein.

Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbriefe eines Deutschen aus Chile entnehmen wir folgende charakteristische Stellen:

„Wir Auslandsdeutschen haben hier in Chile relativ wenig durch die Umgebung zu leiden gehabt. Die Zeitungen waren zum größten Teil, der Not und der Drohung mit den schwarzen Listen gehorchend, stark deutschfeindlich angehaucht. Ein Teil der Gesellschaft stand mit ihrer Neigung entschieden auf der Seite unserer Gegner, besonders, dank der Erziehung, auf Seiten Frankreichs. Andererseits hatten wir auch in diesen Kreisen sehr gute Freunde, und haben sie, in unserm Unglück, auch

heute noch. Das Gros der Bevölkerung, die sich durch ein ritterliches Empfinden auszeichnet, war deutschfreundlich, die Regierung hat sich zu allen Zeiten tadellos benommen. Wir sind den Chilenen, die so selbstbewußt wie wenige Länder ihre Würde während des Weltkrieges trotz oft starken äußeren Druckes behauptet haben, zu großem Danke verpflichtet, und ich hoffe, daß auch die reichsdeutschen Kreise Anerkennung für die so mannhafte Republik finden werden.

Der deutsche Handel wird rasch wieder Eingang finden. Deutsche Waren aller Art sind außerordentlich gesucht, und es ist der fremden Konkurrenz, besonders der nordamerikanischen und japanischen, nicht gelungen, uns vom Markte auszuschließen. Allerdings müßte jetzt, wenn irgend möglich, die Einfuhr mit Volldampf einsetzen. Wir haben bisher leider den Eindruck, daß der deutsche Handel mehr versprochen hat, als er halten kann, und daß die Beschreibung der Leipziger Messe, die Angebote, unseres Erachtens uns rosigere Bilder gaben, als die Wirklichkeit zu geben vermag, denn positiv fehlt die deutsche Ware bisher fast vollkommen. Das mag teilweise auf die zahlreichen Arbeiterstreiks zurückzuführen sein, zum Teil aber sicherlich auch auf die drückenden Friedensbedingungen, die unterzeichnet wurden. Es ist für uns Auslandsdeutsche, die in ihrer großen Mehrzahl, wenigstens hier in Südamerika, nicht aktiv an den Ereignissen des Weltkrieges teilnehmen durften, die die Leiden auch hinter der Front in ihrer unsäglichen Bitterkeit nicht durchgekostet haben, ein peinliches Gefühl, irgendwelche Kritik an den Zuständen zu üben. Die Mehrzahl von uns allen ist aber wohl überzeugt, daß die alte Regierung nach innen und außen zu schwach aufgetreten ist, daß uns der Mann gefehlt hat, der uns das Ziel weisen mußte. Während des ganzen Krieges schon war es uns ein Rätsel, daß ein Mensch wie Harden in seiner unendlichen Gesinnungslosigkeit nicht unschädlich gemacht wurde. Ließ die Zensur des Feindes irgendeine Nachricht aus Deutschland ins Ausland gelangen, so konnte man sicher sein, daß irgend ein Artikel des genannten Herrn in hochverräterischer Weise gegen das Interesse unseres Vaterlandes benutzt wurde. Auch in den besten Zeiten während des Krieges haben wir zornig die Hände geballt beim Lesen eines der hiesigen Blätter über Herrn Harden und über die alte Regierung. Leider müssen wir uns gestehen, daß bürgerliche und intellektuelle Kreise sich vor dem Kriege in höchst unzulänglicher Weise um die Politik gekümmert haben. . . .“

Vertreibung der Deutschen aus Haiti.

Dem „Hamburger fremdenblatt“ wird von einem Freunde aus Aux Cayes (Haiti) unterm 3. Februar berichtet, daß sämtliche Deutschen aus Haiti ausgewiesen worden seien. Der Befehl, das Land zu verlassen, ist nach dieser Mitteilung Ende Januar ergangen. Längere Frist für Vorbereitung der Abreise wurde nicht gegeben. Geldmittel wurden ebenso wenig zur Verfügung gestellt. „Sollte es einigen daran fehlen, so werden sie so lange ins Gefängnis gesteckt, bis das nötige Reisegeld gefunden worden ist.“ Der Einsender schreibt, daß die Maßnahme natürlich von amerikanischer Seite ausginge und die Haitianer sich leider dagegen nicht mehr wehren könnten, als die betroffenen Deutschen selbst. Die Ausweisung stelle eine reine Gewaltmaßnahme ohne gesetzliche Grundlage dar, die zum Zweck habe, den Amerikanern die bisher von Deutschen eingenommenen Plätze zu sichern, die im friedlichen Wettbewerb zu bekommen sie sich zu schwach fühlten.

Dem Institut liegen ähnliche Meldungen bisher nicht vor. Es bleibt demnach abzuwarten, ob die oben gegebene Darstellung den Tatsachen entspricht.

KLEINE NACHRICHTEN

Heimatgedenken.

Der Schwabenverein in Chicago hat der Stadt Heilbronn, aus deren Mauern sein Vorsitzender stammt, 5000 Mk. gestiftet, eine New Yorker Firma Borgfeld, gleichfalls Heilbronner Abstammung, 10 Kisten Lebensmittel und 10 Kisten Kleidungsstücke. Das Dorf Ergenzingen im Oberamt Rothenburg erhielt von Herrn Weipert in Chicago, der in jungen Jahren auswanderte, für seine Verwandten, für Kriegsbeschädigte und Ortsarme eine namhafte Summe.

Hilfe aus Amerika. In Philadelphia hat sich, wie das „Stuttgarter Neue Tageblatt“ meldet, ein „Hilfsbund für Stuttgart und Umgebung“ gebildet, dem Herr F. W. Haußmann als Präsident, Herr Albert C. Worwag als Schatzmeister und Herr Hermann Hellerich als Sekretär vorstehen. Am 18. Dezember wurde eine Weihnachtsfeier veranstaltet, deren finanzielles Ergebnis glänzend war. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Lautenschlager erhielt 30000 Mark übersandt, von denen ein Drittel für die Vereinigung ehemaliger württembergischer Kriegsgefangener, ein Drittel für während des Krieges erblindete württembergische Soldaten und ein Drittel für den Stuttgarter Wohltätigkeitsverein bestimmt waren. Ferner wurden als Frachtgut 200 Kisten kondensierte Milch, 10 Sack Reis und 2 Kisten getragene Schuhe, Kleider, Wäsche usw. übermittelt.

New York. George Silvester Viereck, der Sohn unseres ges. hätzten Mitarbeiters, des auch in Deutschland weit hin bekannten früheren Parlamentärs und Schriftstellers, hat von seinem Redaktionsposten in New-York aus, wo er „Vierecks Amerikanische Monatsschau“ herausgibt, die Versendung von Liebesgaben-Paketen mit Lebensmitteln an seine deutschen Kollegen organisiert; neben der schriftstellerischen Kampfesleitung, deren sich dieser Vertreter des Deutschtums rühmen darf, eine gewiß von vielen seiner Kollegen als willkommen empfundene Unterstützung!

Chicago. Ende Januar veranstalteten die Schwaben in Chicago eine große Messe zugunsten der Hilfe für Deutschland, die die glänzendste und ergiebigste Veranstaltung zugunsten der Notleidenden der alten Heimat in der deutsch-amerikanischen Presse genannt wird. Es wird die ausgezeichnete Organisation der Sammlung von allen Seiten gerühmt.

Deutsche Studenten nach Finnland.

Finnland, das der deutschen Sache nach wie vor freundlich gesinnt ist, will, nachdem der Kinderaustausch so gute Erfolge gehabt hat, nun seine Gastlichkeit auch deutschen Studenten gewähren, die in Not sind, und will ihnen Gelegenheit geben, den Sommer über kostenlos in Finnland zu leben.

Von berufener Seite wird uns mitgeteilt, daß Herr Johann Röser, derzeit Direktor der landwirtschaftlichen Genossenschaft „Agricola“ in Budapest und Temesvár, niemals Vorsitzender des Deutschen Volksrates für Ungarn war und auch nicht Mitglied der Deutschen Bauern- und Bürgerpartei Ungarns ist.

Amsterdam. Herr L. Kremser, der Kanzler des deutschen Generalkonsulats zu Amsterdam, feierte am 19. Februar den Tag, an dem er vor 25 Jahren in die Konsulatsbeamtenkarriere eintrat. Aus diesem Anlaß überreichten ihm seine Kollegen einen silbernen Brotkorb mit dem Namenszug der Geber, den Generalkonsul Geheimer Legationsrat von Humboldt mit herzlichen Worten der Anerkennung überreichte. Herr Kremser erfreut sich unter Deutschen wie Niederländern großer Beliebtheit.

Professor Leopold Schröder †. In Wien ist der bekannte Sanskritforscher gestorben, der ein Schüler der Dorpater Uni-

versität, ein Führer der „Livonia“, ein geachtetes Mitglied der Wiener Akademie der Wissenschaften und auch ein geschätzter Dichter war.

Dr. Heinrich Kreutzmann, ein geborener Frankfurter, der in der wissenschaftlichen Welt in Amerika sehr bekannt war, ist einer Meldung der deutsch-amerikanischen Wochenschrift „Die Neue Zeit“ zufolge, 65 Jahre alt, gestorben. Er war der beste Frauenarzt in San Franzisko, hat als Sohn eines Forstbeamten der ehemals freien Stadt Frankfurt der deutschen Sache Treue gehalten und hat stets der deutschen Universitätsausbildung, die er genossen hatte, Ehre gemacht.

KIRCHE UND MISSION

Neues vom Missionsärztlichen Verein und Institut.

Im „Leipziger Evangelischen Missionsblatt“ 1920/2 bringt Missionsinspektor Weißhaupt den Jahresbericht des Missionsärztlichen Vereins Leipzig. Das Werk litt unter dem Druck der durch den Krieg geschaffenen Lage. Die Verbindung mit dem afrikanischen Arbeitsfeld war durch die englische Briefsperrung stark behindert. Eine Sendung von Arzneimitteln wurde nicht gestattet, trotzdem noch die Hälfte aller deutschen Missionsarbeiter und Missionsärzte auf ihrem Posten steht. Das Missionsärztliche Institut in Tübingen konnte am 15. 10. 1919 auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Der Bericht erzählt von den mannigfaltigen Entbehrungen und Schwierigkeiten der Regierung während des Krieges in Deutsch-Ostafrika, aber auch von manchem Segen, den die Schwestern und Ärzte stiften konnten und von der Anhänglichkeit der Eingeborenen an diesem Zweig der deutschen Mission.

Die Kaiserswerther Diakonissenarbeit im Morgenlande, welche seit 1851 mit größtem Erfolge gearbeitet hat, ist durch Englands rauhe Hand fast vollständig vernichtet, so daß das Mutterhaus keine Stationen mehr besitzt. Aus dem wohleingerichteten Spital in Alexandrien sind die deutschen Schwestern schon im Anfange des Krieges vertrieben worden. In Kairo ist eine Schwester zugelassen. Das Waisenhaus Talitha Kumi in Jerusalem wurde in ein Soldatenheim umgewandelt. Das Hospital und die Ölbergstiftung mußten geräumt werden. Das Aussätzigen-Asyl der Brudergemeinde ließ man bestehen. Das große Waisenhaus in Beirut wurde als Apotheke, Klinik und Hospital von den Franzosen benutzt. Smyrna und Konstantinopel mußten die Schwestern schon im Frühjahr 1919 verlassen. So machen England und Frankreich im Auslande ganze Arbeit, auch auf dem Gebiete deutscher Liebestätigkeit.

Die deutsche Mission in Kamerun. Der englische Vizekonsul in Pamplona hat der „Kreuzzeitung“ zufolge auf eine Anfrage geantwortet, daß deutschen Missionaren die Rückkehr zu ihren Arbeitsstätten nicht gestattet werde. Auch aus den französischen Teilen sind deutsche Missionare ausgeschlossen. Das Werk der deutschen Baptisten führen die Amerikaner fort, die Basler Mission ist von den Franzosen übernommen worden.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Tarutino, Bessarabien. Das deutsche Gymnasium ist Anfang Januar wieder nach den Ferien eröffnet worden. Am 19. Dezember v. J. fand ein Theaterabend statt. Der „Erbförster“ von Otto Ludwig wurde mit großem Erfolg und vor einem überfüllten Saale gespielt.

Die Baltenschule in Misdroy.

Wir haben wiederholt über die Baltenschule in Misdroy berichtet, zuletzt durch einen Artikel, in dem der jetzige Leiter

der Schule, Oberlehrer Wiedemann (in Heft 2, Jahrgang 1920 des Auslandsdeutschen), den Lehrbetrieb schildert. Die Schule soll nun ein eigenes Heim bekommen. Nachdem auf Anregung des Deutschen Ausland-Instituts die vier der Rückwandererhilfe angeschlossenen Organisationen bereits den Betrag von 5000 Mark zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs beigesteuert hatten, hat nun der Baltенverband beschlossen, aus seinen Mitteln den Betrag von je 30000 Mark zum Ankauf eines Hauses für die Baltenschule in Misdroy und für das Baltenheim des Baltischen Roten Kreuzes zu verwenden. Die Schule zählt zurzeit 250 Kinder.

Vom deutschen Schulwesen in Temesvar.

Nach der Besetzung Temesvars durch die Rumänen blieb die Unterrichtssprache des alten Piaristen-Gymnasiums nach wie vor die ungarische. Das Gymnasium schien sich zu einer Hochburg des Magyarentums zu entwickeln. Jedenfalls kamen die Rumänen einer gegen sie propagierenden geheimen Verbindung, der gleicherweise Professoren und Schüler angehört zu haben scheinen, auf die Spur. Die Folge davon waren zahlreiche Verhaftungen der kompromittierten Personen, unter denen sich auch Domherr Blaschkowitsch befindet. Außerdem werden – und das ist das vom deutschen Standpunkte aus Erfreuliche an dieser chauvinistischen Entgleisung der Ungarn – mit Beginn des neuen Schuljahres die ungarischen Piaristen-Professoren vom Wiener Ordenshaus gegen deutsche Piaristen ausgetauscht und als Unterrichtssprache wird die deutsche eingeführt werden.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung im Temesvarer Piaristen-Gymnasium berichtet der um die schwäbische Sache verdiente Werschetzer „Deutsche Volksfreund“, daß auch an der Temesvarer Handelsschule, an der bisher lediglich ungarisch unterrichtet wurde, dem allgemeinen Wunsch der Deutschen entsprechend am 1. Februar deutsche Parallelklassen eröffnet wurden. „Da die große Mehrheit der Schüler sich ebenfalls für die deutsche Handelsschule erklärte und sich in diese Klassen einschreiben ließ, hat die deutsche Handelsschule bereits bedeutend mehr Schüler als die magyarisches.“

Auch eine Musikschule haben die Deutschen in Temesvar. Der bekannte und berühmte Banater deutsche Klavierkünstler Professor Karl Mathes ist aus der Temesvarer städtischen Musikschule ausgetreten und hat in Temesvar eine eigene selbständige Musikschule mit deutschem Charakter eröffnet. Seinem Beispiele folgten sofort nahezu 200 Schüler der dortigen städtischen Musikschule. Dieser neuen Musikschule unseres bewährten Volksgenossen, des Klavierkünstlers und Professors Mathes, wird allgemeines Interesse entgegengebracht, und sie erfreut sich bereits eines sehr regen Besuches.“

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Rom. Die Bibliothek des deutschen archäologischen Instituts in Rom soll uns, einer Meldung der „Voss. Ztg.“ zufolge, verloren gehen. In der letzten Sitzung der Accademia dei Lincei sei gegen eine starke Minderheit eine Tagesordnung angenommen worden, welche die Regierung auffordert, die gegenwärtig in der Engelsburg untergebrachte Bibliothek auf Grund des Friedensvertrags zu enteignen und dem italienischen National-Institut für Archäologie einzuverleiben. Indessen brauche die Hoffnung auf eine anderweitige Regelung dieser für die Zukunft der deutsch-italienischen Gelehrtenbeziehungen so wichtigen Frage noch nicht aufgegeben werden.

Friedrich Stoeber, der Generaldirektor der chilenischen Militärmusik, scheidet jetzt nach über 30jähriger Tätigkeit aus seinem Amte aus. Er hat die Reorganisation der chilenischen Militärmusik kräftig und energisch betrieben und sich neben seiner Dirigenten- und Offizierstätigkeit auch der Förderung der deutschen Kunst in Chile gewidmet. Wagner, Beethoven und Mozart sind durch ihn in Chile populär geworden. Sein Abschiedskonzert zeigte deutsches Programm und der Schlussmarsch: „O Deutschland hoch in Ehren“ erregte Stürme der Begeisterung. Die Deutschen wie die Chilenen zeigen für den echt deutschen Mann eine große Liebe und Verehrung.

London. Das deutsche Lied. Wir haben berichtet, daß in London zum erstenmal wieder deutsche Lieder gesungen worden sind. Einem Berichte der „Daily News“ zufolge war es der Sänger Mischa-Léon, der den Versuch wagte. Er hatte öffentlich angekündigt, daß er deutsche Lieder singen würde, sagte sie aber wieder ab, als ein Protest eines englischen Komponisten erfolgte. Das Konzertprogramm in der Aeolian Hall wies also nur skandinavische Lieder auf, Mischa-Léon teilte aber dabei dem Publikum mit, daß er das nächstmal deutsche Lieder singen werde. „Warum nicht gleich?“ erschollen darauf stürmische Rufe. Der Sänger gab sofort nach. Er sang Schuberts „Doppelgänger“, Schumanns „Lotosblume“ und „Ich grolle nicht“. Der Jubel der Menge wollte kein Ende nehmen. Der Kritiker der Zeitung fügt hinzu, die überwältigende Menge lechzte eben nach deutschem Gesang und wolle dabei auch gern die deutsche Sprache hören. Der Kritiker sagt von sich selbst, er sei froh, daß diese Wandlung der Herzen früher gekommen sei, als er erwartet hätte. Der Sänger selbst teilte ihm mit, daß eine große Anzahl von Leuten ihr Geld zurückverlangten, als sie hörten, es würden keine deutschen, sondern nur skandinavische Lieder gesungen.

London. Hier wird man am 27. und 28. März nach einer Unterbrechung von 5 Jahren zum ersten Male wieder ein deutsches Stück spielen. Es ist nicht uninteressant, was man sich dazu ausgewählt hat: Georg Kaisers „Von Morgen bis Mitternacht“ soll das Eis brechen, und Douglas Goldenring übersetzt zurzeit Ernst Tollers „Wandlung“, die an seinem Arbeitertheater demnächst auch zur Aufführung gelangen soll.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Neusatz, „Schwäbisch-Deutscher Kulturbund“. Einige Hundert der im Banat, der Batschka und in Slawonien ansässigen Deutschen veröffentlichten am 24. Februar in dem in Neusatz erscheinenden „Deutschen Volksblatt“ folgenden Aufruf:

„Die deutsche Bevölkerung unserer Heimatlande entbehrt zurzeit einer umfassenden Organisation, die es ermöglichte, in fruchtbarem Gedankenaustausch und in ernster Arbeit den kulturellen Bedürfnissen unserer Volksgenossen in einheitlicher Weise Rechnung zu tragen. Diesem Mangel abzuheffen, beabsichtigen die Gefertigten, einen „Schwäbisch-deutschen Kulturbund“ ins Leben zu rufen, der, mit Ausschluß jedweder politischen Tätigkeit, die Hebung der materiellen, geistigen, ästhetischen und sittlichen Kultur der deutschen Bevölkerung in allen unseren Siedlungsgebieten sich zur Aufgabe setzt.“

Sitz des Bundes ist Novi Sad-Neusatz, Ortsausschüsse und Vertrauensmänner sollen jedoch überall im Staatsgebiete aufgestellt werden können, wo Deutsche in angemessener Zahl beisammen wohnen.

Die Vorarbeiten sind abgeschlossen, die Satzungen zur Erwirkung der behördlichen Genehmigung eingereicht.

Wir laden nun unsere deutschen Volksgenossen in Stadt und Land ein, jetzt schon eine rührige Werbearbeit zu beginnen, damit gleich nach Genehmigung der Satzungen die Bundestätigkeit aufgenommen werden könne.

Gleichzeitig fordern wir alle, denen die Erweckung und Hebung deutschen Kulturlebens Herzenssache ist, auf, zur Bestreitung der Gründungskosten an die Verwaltung des „Deutschen Volksblattes“ in Novi Sad-Neusatz, Helene Zrinyigasse Nr. 31, Beiträge einzusenden, die in den Spalten dieses Blattes fortlaufend ausgewiesen werden. Insbesondere wenden wir uns an die deutschen Geldinstitute, Industrieunternehmen, Gemeinden und sonstigen Körperschaften, in dieser Lebensfrage unseres heimatlichen Deutschtums mit gutem Beispiele voranzugehen. Ein allfälliger Überschuß wird den Zwecken des Kulturbundes zugeführt werden.“

Es ist zu wünschen, daß auch im Reiche sich zahlreiche Helfer finden, die die Deutschen im Südslawischen Staat in ihrem schwierigen Kampfe um Erhaltung kultureller Eigenart unterstützen.

Zürich. Verband der Deutschen in der Schweiz. Im vollbesetzten Stadthallensaal veranstaltete der Verband eine würdige Kundgebung gegen den Auslieferungsgedanken, die Professor Wreschner leitete, indem er die Forderung nach Aburteilung der wirklichen Verbrecher vor einem parteilosen Gerichtshof mit Energie aufstellte und vertrat. Professor Wiesinger behandelte die Forderungen der Gegner vom Standpunkt des Völkerrechts aus, Pfarrer Strütt verlangte Wiederaufrichtung der internationalen Sittlichkeitsbegriffe. Zum Schluß faßten die über 1000 Versammlungsteilnehmer eine Resolution zum Zeichen des flammenden Protestes gegen den schmachvollen Eingriff in die Ehre des deutschen Volkes.

Kristiania. Zentralausschuß der Deutschen. Auf Donnerstags, den 29. Januar, hatte der vorbereitende Ausschuß eine konstituierende Versammlung sämtlicher Deutscher in Kristiania zwecks endgültiger Gründung eines Zentralausschusses der Deutschen in Kristiania nach dem großen Saal von Ynglingefereiningen einberufen. Leider kam zu dem an sich schon sehr ungünstigen Streik der Straßenbahnen noch ein schwerer Schneesturm hinzu, wodurch der Besuch des Abends stark beeinträchtigt war. Immerhin waren etwa 125 Teilnehmer erschienen, darunter besonders zahlreich vertreten der Deutsche Verein (Germania und Loreley), in dessen Kreisen ein besonders lebhaftes Interesse an dem Gedanken eines festen Zusammenschlusses der Landsleute im Auslande herrscht.

Herr Völkner, den der vorbereitende Ausschuß zu seinem Sprecher gewählt hatte, begrüßte die Versammelten und erteilte zunächst das Wort dem Herrn Minister von Mutius zu einer Mitteilung. Herr Minister verlas den soeben eingelaufenen Regierungsvorschlag, der auch den Auslandsdeutschen aktives und passives Wahlrecht zum deutschen Reichstag einräumt. Er wies darauf hin, daß hiermit dem zu gründenden Zentralausschuß eine wichtige Aufgabe erwachse. Ja, die mit der Erteilung des Stimmrechtes den Auslandsdeutschen erwachsenden Aufgaben könnten gar nicht gelöst werden, wenn nicht ein solcher Zusammenschluß bestehe. Er hoffe, daß auch dieses Moment dazu beitragen werde, dem Gedanken eines solchen Zentralausschusses immer neue Anhänger zu schaffen.

Herr Völkner berichtete nun zunächst über die Tätigkeit des vorbereitenden Ausschusses. Er erwähnte insbesondere die verschiedenen Schwierigkeiten der Arbeit und betonte vor allem,

daß in all den Sitzungen und Beratungen ein so guter und redlicher Wille aller Beteiligten zum Wohl des Ganzen zu wirken zutage getreten sei, daß es eine wahre Freude gewesen sei, an diesen Sitzungen teilzunehmen. Weiter erläuterte er Sinn und Absicht des Entwurfes.

Darauf wurde unter Leitung des Herrn Wasler zunächst der Satzungsentwurf des vorbereitenden Ausschusses beraten. Meinungsverschiedenheiten traten nur an wenigen Punkten zutage, einmal entstand allerdings eine ziemlich heftige Auseinandersetzung, hauptsächlich durch ein Mißverständnis verursacht, im ganzen wurden aber nur geringe Änderungen beschlossen. Auf Vorschlag des vorbereitenden Ausschusses sollen die Satzungen vorläufig auf ein Jahr gelten.

Es erfolgte sodann die Wahl des Zentralausschusses. Von den deutschen Vereinen und Vereinigungen in Kristiania waren folgende Vertreter für den Z. D. K. bestimmt: Hr. H. Crusen (Deutscher Verein), Hr. Pfr. Günther (D.-evang. Gemeinde), Hr. Ing. Hoffmann (D. Gesellschaft), Frau C. Höhnke (D. Frauenverein), Hr. B. Lithauer (D. Katholiken), Hr. Dr. Steinbach (D. Generalkonsulat), Hr. Dr. Wolgast (D. Gesandtschaft). Satzungsgemäß wurde nun von den Versammelten noch die gleiche Anzahl Mitglieder ohne Rücksicht auf Vereinszugehörigkeit in den Zentralausschuß gewählt, und zwar: Frau A. Backer, Hr. Dir. Behrens, Hr. Ludw. Jordan, Hr. Peuker, Hr. Scheinmann, Hr. Völkner, Hr. Wasler.

Unter diesen 14 Mitgliedern des Gesamtausschusses wurde nun der engere geschäftsführende Ausschuß wie folgt gewählt: Erster Vorsitzender: Hr. Ing. Hoffmann. Zweiter Vorsitzender: Hr. H. Crusen. Schriftführer: Hr. Dr. Wolgast. Kassenwart: Hr. L. Jordan. Archivar (Reviser): Hr. Völkner.

An die Mitteilung des Wahlergebnisses schloß Herr Völkner eine kurze Ansprache. Er drückte der Versammlung den Dank für das dem vorbereitenden Ausschuß erwiesene Vertrauen aus, das in dem Wahlergebnis liege, in dem die Vorschläge des vorbereitenden Ausschusses sämtlich mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden seien. Der gewählte Ausschuß werde alles tun, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Er sähe als ein Hauptziel der Zusammenarbeit von Ausschuß und Kolonie die Heranziehung derer an, die diesem Zusammenschluß sämtlicher Deutscher in Kristiania noch abhold gegenüberständen. Er hoffe, daß eine reiche kulturelle Anregung des hiesigen Deutschtums und eine innigere Annäherung unter den Deutschen von Mensch zu Mensch die Folge der Bildung dieses Z. D. K. sein werde.

Zum Schluß ergriff der erste Vorsitzende des Z. D. K., Herr Ing. Hoffmann, das Wort zu einer kurzen, kräftigen Ansprache, in der er auf die große Bedeutung eines solchen Z. D. K. hinwies und der Hoffnung Ausdruck gab, daß durch diese Gründung die Deutschen in Kristiania größere Kraft gewinnen würden, dem betrogenen und vergewaltigten Vaterlande zu helfen. Wir könnten unsere Aufgabe als Auslandsdeutsche in dieser schweren Zeit nur dann erfüllen, wenn wir einig und fest zusammengefügt seien. Herr Hoffmann sprach dann allen denen Dank aus, die den Gedanken dieses Zusammenschlusses gefaßt und in mühevoller Arbeit zur Ausführung gebracht haben, und versicherte, daß er in dem ersten Jahre des Z. D. K. als Sprecher der Deutschen in Kristiania sein Ehrenamt allzeit gemäß den beschlossenen Satzungen zur Förderung der gemeinsamen Interessen und zu einer wirklichen Vertretung des hiesigen Deutschtums zu führen sich bestreben wolle. Mit einem von ihm ausgebrachten Hoch auf den vorbereitenden Ausschuß und lautem Beifall endete die Versammlung.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Ein Verband der deutschen Presse in Polen

ist am 29. Februar in Bromberg begründet worden. Redakteure und Vertreter der deutschen Presse aus ganz Polen haben sich eingefunden. Als Vorsitzender wurde Chef-Redakteur Conda von der Ostdeutschen Rundschau gewählt, sein Stellvertreter wurde Dr. Thiele von den Posener Neuesten Nachrichten. Wirtschaftliche und Standesinteressen der Redakteure sollen vertreten werden.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Vom Bund.

Zur Entschädigungsfrage.

Den Schadenanmeldungen, die von den geschädigten Auslandsdeutschen eingereicht werden, liegt in den seltensten Fällen eine Bescheinigung über die deutsche Reichsangehörigkeit des Antragstellers zur Zeit des Schadens und der Anmeldung bei. Diese Bescheinigung ist unbedingt notwendig und muß von den Geschädigten auf alle Fälle beigebracht werden. Der Nachweis ist zu beantragen bei dem Staate, dem die Antragsteller angehören. Zuständig sind: Für preußische Staatsangehörige die Behörde des letzten Wohnsitzes in Preußen, das ist in den größeren Städten der Magistrat, in kleineren Orten das Landratsamt; für mecklenburgische Staatsangehörige die Ministerien des Innern, für hamburgische Staatsangehörige die Polizeibehörde, Stadthaus, Zimmer 39. In den übrigen Staaten sind durchweg maßgebend die höheren Behörden, die für den Geburtsort zuständig sind. In Zweifelsfällen wende man sich um Auskunft an die örtliche Polizeibehörde.

Vom Vorentscheidungsverfahren.

Die Entschädigungspflicht des Reiches wurde durch Friedensvertrag (28. Juni 1919) und Reichsgesetz (16. Juli 1919) festgelegt. Die Vorentscheidungsfrage wurde noch im Juli angeregt, Anfang August in die Wege geleitet, in der Nationalversammlung am 29. August abgeschlossen. Die Richtlinien und die Bekanntmachung über die Vorentscheidung sind vom 15. November datiert. Die ersten Mittel zum Aufbau des Verfahrens erhielt der Bund vom Reichsfinanzministerium am 24. November. Am 12. Januar 1920 war der Apparat zum Entschädigungsverfahren beim Bunde fertig. Zurzeit (Mitte März) ist bereits eine große Anzahl von Anträgen geprüft, die den in den nächsten Tagen mit ihrer Tätigkeit beginnenden Spruchkommissionen überwiesen werden. So steht zu erwarten, daß die Anträge auf kleinere Beträge ohne Verweisung an eine zweite Spruchkommission bzw. das Reichswirtschaftsgericht baldigst ausbezahlt werden.

Mit diesem Nachweis der zeitlichen Reihenfolge sind die oft erhobenen Vorwürfe wegen Zeitversäumnis hinfällig. Es ist so schnell gearbeitet worden, als unter den jetzigen Umständen möglich war. Es ist auch so billig wie möglich gearbeitet worden, und das Gerücht, der Aufbau habe viele Millionen gekostet, ist aus der Luft gegriffen. In Wirklichkeit betragen die Gesamtaufwendungen für die Organisation des Entschädigungsverfahrens einschließlich des jetzt sehr teuren, aber jederzeit wieder realisierbaren Inventars, wie Schreibmaschinen, Möbel usw., sowie der Gehälter, Mieten, Drucksachen, Ausstattung der Landesverbände und Ortsgruppen u. a. m. bis Mitte März 600 000 Mk.

Die amtlichen Richtlinien über die Vorentscheidung konnten nur allgemeiner Natur sein. Für viele Einzelheiten ist eine besondere Auslegung nötig. Der „Bund“ als Interessenvertretung der Auslandsdeutschen dringt natürlich auf eine möglichst günstige

Auslegung der Richtlinien. Die Entscheidung liegt bei den Spruchkommissionen, letzten Endes bei dem Reichswirtschaftsgericht.

Im Prüfungsverfahren werden die Anträge von Sachbearbeitern unter Hinzuziehung von Juristen durchgesehen; es werden, wenn nötig, noch Aufklärungen eingeholt, Auskünfte eingezogen und Sachkenner zur Abschätzung herangezogen. Je fünf Sachbearbeiter arbeiten zusammen mit einem Dezernenten, der gleichfalls jeden von seinen beigeordneten Sachbearbeitern erledigten Antrag eingehend zu prüfen hat. Ein auf Grund dieser Prüfung ausgefertigter begründeter Vorschlag geht dann an die behördlicherseits eingesetzten Spruchkommissionen, welche wie bekannt mit einem Beamten und zwei Auslandsdeutschen besetzt sind.

In allen Fällen, in welchen während der Prüfung beim Bunde nach dem Wortlaute der Richtlinien sich Zweifel bezüglich der Entscheidung ergaben, wird zur Vermeidung von Härten eine wohlwollende Auslegung vorgenommen. Über derartige Fragen finden Besprechungen mit den anderen an dieselben Richtlinien gebundenen Interessenvertretungen statt. Alsdann erfolgen gemeinsame Vorstellungen bei der zuständigen Regierungsstelle, um deren Entscheidung einzuholen beziehungsweise um durch Hinweisung auf Gerechtigkeit, Zweckdienlichkeit, Vermeidung von Härten oder begründeten Rechtsanspruch die Zustimmung zu der vom Bunde erfolgten Auslegung zu erwirken. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß später die Spruchkommissionen in grundsätzlichen Fällen die Entscheidungen der Prüfungskommission zurückweisen, wodurch viele Arbeiten nutzlos würden und die Auszahlungen sich verzögerten.

Bankguthaben in Ländern, welche dem Clearingverfahren (Ausgleichsamt) beigetreten sind, können wie andere Forderungen gegen diese Länder und ihre Staatsangehörige im Vorentscheidungsverfahren aus dem einfachen Grunde nicht berücksichtigt werden, weil sie bei dem beabsichtigten deutschen Ausgleichsamt angemeldet werden müssen.

Internierungskosten sind nach Ansicht des Bundes als ein zweifellos am Vermögen erlittener Schaden bei der Vorentscheidung zu berücksichtigen.

Es ist gelegentlich einer Besprechung vom Auswärtigen Amt angeregt worden, daß, falls den Antragstellern im Entschädigungsverfahren für die Rückreisekosten Zahlungen geleistet würden, diesen, um Doppelzahlungen zu vermeiden, die vom Auswärtigen Amt etwa schon gezahlten Beträge abgezogen werden sollten.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. Ortsgruppe, Abteilung Ägypten. Am 7. Februar fand eine ordentliche Mitgliederversammlung statt, die besonders zahlreich besucht war. Der Vorsitzende verlas den Bericht des Arbeitsausschusses und den Kassenbericht. Der bisherige Beitrag, so führte er aus, sei ohne feste Grenzen auf rund 5 M. angesetzt worden, genüge aber bei weitem nicht mehr, um die Auslagen zu decken. Eine Reihe von Ortsgruppen hätte daher ihren Beitrag schon erhöht. Bisher wären die Auslagen für das Nachrichtenblatt zum Teil vom Bunde bezahlt worden, was seit dem 1. Januar aufgehört habe. Das Abonnement wird sich bei den jetzigen hohen Druck- und Papierkosten voraussichtlich auf 6 M. fürs Jahr stellen. Es bleibe anheimgestellt, hiernach die Höhe des Beitrages zu bestimmen. Es wird darauf einstimmig beschlossen, den Mitgliedsbeitrag, einschließlich Abonnement des Nachrichtenblattes, auf 24 M. im Jahr festzusetzen.

Bei der Neuwahl wird der alte Vorstand einstimmig wieder gewählt, und zwar: Vorsitzender: Herr Borchard; Schriftführer und Kassenwart: Herr Loewenstein; Beisitzer: die Herren David, Hrold und Stobbe; Rechnungsprüfer: die Herren Badt und Schönemann. Der Vorstand teilt mit, daß Herr Liedloff, der in Malta interniert gewesen ist, zu den Vorstandsarbeiten herangezogen worden ist.

Es entspinnt sich dann längere Aussprachen über die Vordrucke zur Schadenanmeldung. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß von den Antragstellern in den Vordrucken keine Umrechnung in deutsche Währung vorzunehmen ist, sondern der entstandene Schaden nur in der Währung des Landes anzugeben ist, in dem er entstanden ist.

Auf eine Anfrage, ob Zinsen und Dividenden zu berechnen sind, erklärt Herr Eschenbach, daß vom Reich die Zinsen bis zum 25. Juli 1914 angerechnet werden. Ob das Reich auch die Zinsen vom 25. Juli 1914 bis 31. Dezember 1919 anrechnen werde, stehe dahin, immerhin halte er es für richtig, wenn sie vom Antragsteller in den Vordrucken berechnet und aufgeführt werden. Für den Fall, daß Zinsen und Dividenden dem Antragsteller unbekannt sind, rate er, sie schätzungsweise anzugeben.

Es wird von einem Mitgliede auf die Stelle des Vordrucks betr. Rückzahlung bei Nichteintritt des Schadens hingewiesen. Dieser Satz schließe eine große Gefahr für den Antragsteller in sich. Wenn man die Sachen zurückbekäme, so wisse man nicht, in welchem Zustande sie sich befänden. Es könne leicht der Fall eintreten, daß ein Teil verdorben, ein anderer Teil gestohlen worden sei. Durch Aufheben der Beschlagnahme würde der Schaden durchaus nicht gut gemacht. Herr Eschenbach erklärt darauf, daß, wenn der Wert der Sachen gelitten habe, voraussichtlich der Schaden ersetzt werden würde. Wie das im einzelnen gehandhabt würde, stehe noch nicht fest.

Es werden dann noch weitere Fragen über die Ausfüllung der Fragebogen besprochen, deren Ergebnis sich etwa in folgenden Sätzen zusammenfassen läßt: Von einigen Einsendern der Fragebogen ist unterlassen worden, die Anzahl der Anlagen (Bogen 2 Blatt 1 oben) anzugeben. Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, diese Angaben nicht zu unterlassen und an der betr. Stelle die Zahl der beigelegten Dokumentenabschriften, besonderen Aufstellungen usw. in ihrer Gesamtzahl anzugeben.

Zu Frage II, 9 betr. die Reichsangehörigkeit, wird festgestellt, daß das Reich nur verpflichtet ist, Reichsangehörigen den Schaden zu ersetzen; solchen Geschädigten aber, die, trotzdem sie aus irgendeinem Grunde ihre Reichsangehörigkeit verloren haben, dennoch vom Feinde als Deutsche angesehen worden sind, wird nur unter Umständen vom Reiche eine Entschädigung ausbezahlt. Über den Nachweis der Reichsangehörigkeit entspinnt sich eine längere Aussprache. Unter Umständen kann ein Paß, in dem die Reichsangehörigkeit und seit 1916 auch die Bundesstaatsangehörigkeit angegeben werden muß, ausreichend sein. In den meisten Fällen ist ein Militärpaß hinreichend. Als Beweis für die Eintragung in die Matrikel dürfte die Bescheinigung eines Konsulatsbeamten genügen, falls es diesem möglich ist, aus der Erinnerung diese Eintragung als sicher bestätigen zu können.

Zu Frage II, 14 wird festgestellt, daß diese Frage in Verbindung steht mit Frage 13, also angegeben werden soll, ob der Antragsteller Kinder hat, die von ihm unterhalten werden.

Hierauf wird die Frage besprochen, ob Forderungen, die man an Lebensversicherungsgesellschaften fremder Länder hat,

in dem Fragebogen angeführt werden können. Herr Eschenbach führt dazu aus, daß die Lebensversicherungen während des Krieges außer Wirksamkeit gesetzt worden waren, im Friedensvertrage (Teil 10, wirtschaftliche Bestimmungen Abschn. 5, Anlage 3, § 11) aber ausdrücklich angegeben ist, daß sie wieder in Wirksamkeit gesetzt werden müssen. Die Lebensversicherung läuft ordnungsmäßig weiter, wenn die Prämien mit 5% verzinst nachgezahlt werden. Ob sich hier Theorie und Praxis decken werden, scheint nicht ganz sicher.

Wenn der Fall so liegt, daß die Versicherung während des Krieges hätte ausgezahlt werden müssen, so liegt ein positiver Schaden vor, der angemeldet werden kann. Aber auch in dem Falle, daß die Versicherung noch läuft, kann der Verkaufswert der Prämie als Schaden eingesetzt werden.

Für Mitglieder unserer Abteilung, denen bei der Ausfüllung der Vordrucke für die Schadenanmeldung irgendwelche Zweifel kommen könnten, haben sich Herren bereit erklärt, ihnen Fragen, die darauf Bezug haben, zu beantworten, wie ihnen überhaupt bei der Ausfüllung mit Rat zur Seite zu stehen, deren Anschriften im Reiche bei der Abteilung zu erfahren sind.

An die Monatsversammlung schloß sich eine Vorstandssitzung an, in der u. a. der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß Mitglieder, die im Auslande wohnen, den Beitrag nach dem Goldkurse zahlen, d. h. 24 Mark gleich 30 Fr. gleich 24 sh.

Danzig. Der englische Oberkommissar Tower empfing der Danziger Zeitung zufolge kürzlich die Vertreter des Bundes der Auslanddeutschen, die Herren Eugen Trzynski-Rußland, Hans Pauls-Amerika und Peitsch-England. Zweck der Besprechung war die Wahrnehmung der Interessen der Auslanddeutschen und früheren Zivilgefangenen. Die Auslanddeutschen Danzigs verlangten von der Reichsregierung bei ihren Entschädigungsansprüchen, die auf dem Versailler Frieden basierten, die gleiche Behandlung und dieselben Rechte, wie sie den anderen Auslanddeutschen zuteil würden. Ferner verlangte man unter allen Umständen, daß die Gelder des Danziger Roten Kreuzes, die für die Rückwanderer gesammelt seien, nicht nach Berlin abgeführt, sondern in Danzig verwaltet werden sollten. Herr Tower versprach den Vertretern jede Unterstützung seinerseits.

Unseres Wissens hat sich die Reichsregierung bis jetzt nicht gestraubt, die Danziger Auslanddeutschen als Auslanddeutsche im Sinne der Entschädigungsmaßnahmen anzuerkennen. Wenn die Herrn in Danzig nun schon zu Herren Tower laufen und ihn um Schutz ihrer Interessen gegen das Reich anrufen, so wird das im Reiche selbst auf wenig Verständnis stoßen. Bei den Geldern der Rückwandererhilfe handelt es sich nicht um Gelder des Roten Kreuzes, sondern eben um solche der eigenen Sammelorganisation „Rückwandererhilfe“, über die nur diese Organisation auch in Wirklichkeit zu befinden hat. (Schriftl.)

Hamburg. Einen schweren Verlust hat die Abteilung Frankreich und Französische Kolonien zu beklagen. Ihr junger, energischer und von hohem Idealismus beseelter Schriftführer und treuer Freund, Hans Wier, der Mitbegründer des Ausschusses war und durch seinen eisernen Fleiß und sein offenes Wesen sich die Liebe und Achtung aller Mitglieder zu erwerben verstanden hatte, ist an Lungenentzündung mit zugegebener Herzschwäche plötzlich gestorben.

Hannover. Am Montag, den 16. Februar, begrüßte im Saale des alten Rathauses Mr. Baily von der „Society of Friends“, England, die zahlreich versammelten Mitglieder der englischen Gruppe. Die „Society of Friends“ sind die be-

kannten englischen Quäkers, welche während des Krieges so unendlich viel Gutes zur Linderung der Not unter den Deutschen in England getan haben. Wie in den Internierungslagern durch Bücher, Handwerkszeuge, Musikinstrumente usw., so unterstützten sie die Familien unserer internierten Landsleute durch Geld, Kleider, Lebensmittel und gute Ratschläge. „St. Stephans House“, das Heim der „Society of Friends“, wird vielen eine gute Erinnerung bleiben. Mr. Baily gab in englischer Sprache einen Bericht über die Tätigkeit der „Society of Friends“ während des Krieges und betonte, daß sie viele Schwierigkeiten mit den englischen Behörden zu überwinden gehabt hätten, da letztere oft mehr als Christenliebe in der edlen Arbeit der Quäker gesehen hätten. Lobend drückte der Redner sich über die mustergültige deutsche Leitung der verschiedenen Internierungslager in England aus, sowie über die dort eingerichteten Schulen, Industriestätten, Orchester und Theater. Jetzt sei er auf einer dreimonatlichen Tour durch die durch den Krieg ins Elend geratenen Länder Europas, hauptsächlich Österreich, Deutschland, Rußland, Polen, Ukraine usw. Dank großer Geldsammlungen in England würden er und seine Freunde manches Elend lindern können. Aus ehrlichem Herzen riefen uns die „Society of Friends“ zu: Laßt uns zusammen arbeiten, unsere Herzen vereinen, um ein besseres Einvernehmen zwischen den Völkern zu schaffen. Der Krieg hat uns allen sehr viel geschadet; der Stärkere gewann, nicht Gerechtigkeit. Wir glauben nicht an den „Frieden“, diesen „bewaffneten“ Frieden. Mr. Baily schloß seine Ausführungen damit, daß er versprach, den von den Deutschen so schön angelegten Friedhof in Knockelvie, Isle of Man, woselbst 300 von unsern in der Internierung gestorbenen Landsleute zur ewigen Ruhe bestattet sind, seine stete Sorge sein zu lassen und auch ein Monument darauf zu errichten.

Hierauf berichtete Mr. Weiß, der getreue Begleiter und Dolmetscher Mr. Bails, in deutscher Sprache über die jetzige Tätigkeit der „Society of Friends“. In Berlin sind 12 Damen und Herren tätig, um für 30 000 Pfund englischen Geldes Sachen zur Verteilung zu bringen. Nur mit unsäglichlicher Mühe hatte man für 50 000 Pfund Sachen nach St. Petersburg zur Linderung der Not schaffen können. Ein Kinderheim sei in Holland zur Aufnahme von deutschen und österreichischen Kindern eingerichtet, woselbst immer zeitweilig 50 Kinder aufgenommen werden. Mr. Weiß erwähnte ferner den günstigen Umschwung in der Stimmung des englischen Volkes, sodaß auf weitere Hilfe gerechnet werden könnte. Die bedeutenden Städte Bradford und Glasgow haben sich bereit erklärt, deutsche und österreichische Kinder zur Erholung aufzunehmen.

Mannheim. Da der badische Landesverband die Neuwahl der Vorstände in sämtlichen Ortsgruppen für das neue Geschäftsjahr angeordnet hatte, berief die Ortsgruppe Mannheim ihre Mitglieder auf Mittwoch, den 3. März, zu einer Generalversammlung, zu der sich über 400 Personen einfanden. — Nach erstattetem Kassenbericht für das Jahr 1919 wurden die vom Vertrauensrat für die Ortsgruppe festgesetzten Statuten derselben vorgelegt und angenommen. Auf Vorschlag der Vertreter der einzelnen geographischen Gruppen wurden der 1. Vorsitzende, Pfarrer Wettstein, und der 2. Vorsitzende, Herr Otto Leitner, mit begeisterter Einstimmigkeit wiedergewählt. Außerdem gingen aus der Wahl hervor: als Kassenwart Herr Kaufmann Scheel, der frühere Kassierer des Gesangsvereins Concordia in Antwerpen, als Schriftführer Herr Architekt Maquet und als Sekretärin Frau Emma Wettstein. Es wurde sodann die von der Zentrale des Bundes verlangte Erhöhung

des Jahresbeitrags, gegen welche der hiesige Vorstand vergeblich protestiert hatte, ohne jede Äußerung des Mißvergnügens als durch die allgemeine Teuerung bedingt angenommen. Denjenigen, welchen es nicht möglich ist, mehr als den bisherigen Beitrag zu leisten, wurde eine außerordentliche Ermäßigung zugesichert. — Der Besprechung verschiedener Fragen, zumeist über die Entschädigungsaktion, folgte ein anregender Gedankenaustausch. — Der bedeutenden Unkosten wegen soll von jetzt ab nur noch eine Versammlung der Ortsgruppe im Monat stattfinden, und zwar an jedem ersten Mittwoch Abend, im „Durlacher Hof“.

VON DEN AUSLAND DEUTSCHEN IM REICHE

Ausschuß der „Deutsch-Ausländer“.

Ein Ausschuß der Deutsch-Ausländer, also der Deutschen mit fremder Staatsangehörigkeit, ist der „Deutschen Post aus dem Osten“ zufolge in Berlin begründet worden. Er soll eine dem „Bund der Auslandsdeutschen“ entsprechende Zentrale darstellen und wird für notwendig gehalten, da die Interessen der Deutsch-Ausländer mit denen der Auslandsdeutschen durch aus nicht immer übereinstimmen. Es wurden sofort zwei Eingaben an die Reichsregierung beschlossen: Die eine befaßt sich mit der Entschädigungsfrage und will neben Feststellungen über den Umfang der für die Deutsch-Ausländer geplanten Entschädigung auch das Unterstützungswesen einheitlich geregelt wissen, die zweite will eine genaue Formulierung der Rechte der Deutsch-Ausländer im Reiche erzielen inbezug auf Aufenthalt, Erziehung, Bildung, Arbeiterrechte, kirchliche Rechte und Besteuerung.

Fünfter Jahresbericht des Baltischen Vertrauensrates.

Auf der Sitzung am 17. Februar erstattete der Vorstand den Jahresbericht, der außer dem Vertrauensrat selbst an baltischen Organisationen erwähnt: Die deutsch-baltische Gesellschaft, die 100, allerdings zumeist reichsdeutsche Mitglieder zählt, das Baltische Rote Kreuz, das Rigaer Hilfskomitee, den Balten-Bund für Siedelung, die Heimkehr-Hilfe, die Russisch-deutsche Gesellschaft, den Verband der Waldbesitzer Lettlands, das Baltische Büro des Herrn Dr. Vogel, das Stellen vermittelt und schriftliche Arbeiten ausführt, die Balten-Bank, über die sich nichts Näheres habe ermitteln lassen. Unterstützungsorganisationen bestanden in Stettin, Hannover, Breslau, Dresden und München, hier sogar neben der Bayerischen Balten-Hilfe die Zweigstelle des Vertrauensrates, also zwei Unterstützungsorganisationen. Man sieht, welche Mannigfaltigkeit allein auf dem Gebiete der Balten-Organisation in Deutschland herrscht. Der Jahresbericht geht dann auf das Zusammenarbeiten des Baltischen Vertrauensrates mit deutschen Hilfsorganisationen, namentlich mit den Rückwandererhilfe angeschlossenen Organisationen ein. Die deutschen Magistrate haben auf ein Rundschreiben hin etwa 24 000 Mark für die Zwecke des Baltischen Vertrauensrates bewilligt und Balten eine Anzahl von Stellen vermittelt. Das Syrische Waisenhaus des Herrn Dr. Schneller hat 48 baltische Kinder untergebracht. Der Jahresbericht gedenkt dankbar der großen Arbeitsleistungen der Vorstandsmitglieder der Zentrale und der Zweigorganisationen, sowie auch der Dienste der Angestellten. Täglich waren etwa 65 Personen als Besucher in der Zentrale abzufertigen. Die Registratur der baltischen Landsleute in Deutschland hat Fortschritte gemacht. Zurzeit sind etwa 30 000 Balten verzeichnet.

Vom Baltenverband. Auf einer Sitzung des „Balten-Verbandes“ in Berlin ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Baltenverband und dem Baltischen Vertrauensrat in der Form vereinbart worden, daß beide Organisationen künftighin unter einer gemeinsamen Geschäftsführung in gemeinsamen Räumen arbeiten. Der Baltische Vertrauensrat führt die Kartotheken des Unterstützungswesens für die Balten, der Baltenverband hat alle lokalen Ausschüsse in sich aufgenommen, die nun künftighin als seine Gausausschüsse weiterbestehen und ausnahmslos ehrenamtlich arbeiten. Der Baltenverband hat durch eine Selbstbesteuerung derjenigen Balten, die noch etwas Mittel nach Deutschland gerettet haben, auch Mittel aufgebracht, um zunächst seine Geschäfte selbständig führen zu können. Nur wenige lokale Baltenhilfswerke bleiben weiter bestehen, da sie ihre Mittel von privater Seite mit der Bestimmung bekommen haben, sie den Balten in dem betreffenden Bezirk zuzuwenden.

Berlin. Der Universitätsrektor hat jetzt eine Verfügung erlassen, durch die wie die Deutschösterreicher so auch die Deutschbalten hinsichtlich der Kolleggelder und Gebühren den Inlanddeutschen gleichgestellt werden. Eine derartige Regelung besteht für alle Deutschausländer bekanntlich schon an allen württembergischen Hochschulen seit über Jahresfrist.

AUSLANDSDEUTSCHTUM UND POLITIK

Eine Anfrage über die Vorentscheidung.

Die Abgeordneten Dr. Runkel, Kempkes und Dr. Becker (Hessen), sämtliche von der Deutschen Volkspartei, haben in der Nationalversammlung vom 1. März die folgende Anfrage eingebracht: „Vom Reichsfinanzminister wurde im Sommer vergangenen Jahres eine Milliarde Mark für Vorentscheidung solcher Auslandsdeutschen bereitgestellt, die aus Anlaß des Krieges Schäden im Ausland erlitten haben. Von dieser Summe ist bis heute noch nichts an die Auslandsdeutschen bezahlt worden, wiewohl sie ihre Forderungen bereits seit Jahren den zuständigen Stellen bekanntgegeben haben und vielen von ihnen seinerzeit von dem Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland für den Juli 1919 Anzahlung in Aussicht gestellt wurde, da die Vorbereitungen für die Auszahlungen damals bereits ihrem Abschluß nahegebracht waren. Die meisten Auslandsdeutschen sind auf diese Entschädigung angewiesen, wenn sie sich eine neue Existenz gründen wollen. Ist die Reichsregierung in der Lage, die Gründe anzugeben, die zu dieser Verzögerung geführt haben und den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem ab die Auszahlung geschehen wird.“

Die Beratung des Konsulatsgebührengesetzes.

In der 141. Sitzung der Nationalversammlung fand am Donnerstag, den 26. Februar, die Überweisung des von uns bereits an dieser Stelle erwähnten neuen Konsulatsgebührengesetzes an den sechsten Ausschuß statt. Der Abgeordnete D. Mumm brachte dabei zur Sprache, daß ihm der Grundsatz, erhöhte Einnahmen dem Reiche zu verschaffen, durchaus verständlich sei, wenn auch in der Überlassung der Staffeln der Gebühren dem Konsulate erhebliche Schwierigkeiten erwachsen, die auch für sein Ansehen nicht förderlich seien. „Das Konsulat hat künftig bei jedem einzelnen Falle den Wert der von ihm erteilten Auskunft in Geld abzumessen. Es kommt dabei leicht eine Stimmung in die Kreise, die das Konsulat beanspruchen, hinein, die für das Ansehen, das wir genießen wollen, nicht unbedingt günstig ist.“ Der Abgeordnete wollte dabei die

Zweckmäßigkeit einer Differenzierung der Gebühren durchaus nicht verkannt wissen. Seinem eigentlichen Zwecke, der Eindämmung des starken Zustroms von Ausländern, werde das Gesetz aber kaum gerecht werden. Einer Einwanderung der Deutsch-Balten oder anderer Deutsch-Ausländer stehe er nicht entgegen, wohl aber wolle er die Flut der Einwanderung aus Galizien und Polen eingedämmt wissen, die Herde der gesundheitlichen und moralischen Korruption in Deutschland schüfen. Diesem Schiebertum gegenüber könne das neue Konsulatsgebührengesetz gar keine Rolle spielen, hier werde nur der Weg der Zurückschiebung solcher Elemente helfen. Eine bessere Grenzkontrolle sei dringend erforderlich.

Gegenüber diesen Ausführungen antwortete der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, daß er die Bedenken gegen die Ermächtigung der Konsulate, die Sätze zu ermäßigen, durchaus verstehe. Allein es solle die Willkür auf diesem Gebiete durch Ausführungsbestimmungen der Regierung ausgeschlossen werden. Darüber wolle man im Ausschuß des Näheren sprechen. Die Einwanderung aus dem Osten habe mit dem Konsulatsgebührengesetz nichts zu tun, auf sie einzugehen, werde sich bei der Etatsberatung noch Gelegenheit geben. Die Vorlage ging dann an den Ausschuß.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Zeitungsmeldungen zufolge wird der bisherige Geheimrat Götzsch aus dem Auswärtigen Amt, der als Bearbeiter und Kommentator des Auswanderungsgesetzes bekannt geworden ist, und auch bei der neuerlichen Umarbeitung des Gesetzes, die demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, eine Rolle spielte, als deutscher Geschäftsträger nach Montevideo (Uruguay) gehen, nach Caracas (Venezuela) soll der General-Konsul von Falke, als Geschäftsträger nach Barcelona der bisherige deutsche General-Konsul in Zürich, Herr Plehn, als General-Konsul kommen. Zum deutschen Geschäftsträger in Mexiko ist Graf Montgelas ernannt worden, der nach seiner Tätigkeit als erster Botschaftsrat bei der Botschaft in Tokio ans Auswärtige Amt berufen wurde und dort das Referat Amerika bis zum Ausbruch des U-Boot-Krieges inne hatte, später aber zur Gesandtschaft in Bern versetzt wurde. Geschäftsträger in Warschau soll Graf Oberndorf werden, der zuletzt Gesandter in Sofia war.

Der Vizekonsul und Leiter der Paßstelle des deutschen Generalkonsulats zu Amsterdam, Erbgraf Wolpott zu Bassenheim, wurde ans Auswärtige Amt nach Berlin berufen. Sein Scheiden wird in Amsterdam, wo er sich großer Beliebtheit erfreut, außerordentlich bedauert.

Zum neuen deutschen Geschäftsträger in Buenos Aires wurde der Winkl. Legationsrat Dr. Olshausen ernannt. Dr. Olshausen hat auf Grund seiner bisherigen Verwendungen gute Kenntnisse Südamerikas, besonders Argentinens. Er war von 1903—05 Vizekonsul in Buenos Aires, dann drei Jahre Vizekonsul in Para und 1910 Konsul in Asuncion.

AUSLANDER IN DEUTSCHLAND

Die Ausländer in Deutschland.

Der „Wirtschaftsverband vortragender Künstler“ in Dresden verpflichtet seine Mitglieder, an Ausländer Stunden nur gegen ein Honorar von 6 Mark in Gold nach dem Stande vom 1. Juli 1916 zu erteilen. Dieses Valutageschäft scheint uns eine kulturelle Unklugheit. Zur selben Zeit drahtet ein Stockholmer Bericht-errtatter seinem deutschen Blatte, wie verzweifelte Anstrengungen

englische und amerikanische Universitäten machen, schwedische Studenten in ihre Kollegs zu ziehen, um sie dort zu erziehen. Er warnt die Heimat vor der enormen Gefahr, die für Deutschland darin liege und empfiehlt, die jetzige Zeit der schlechten Valuta wenigstens dazu zu benutzen, ausländische Studenten in vermehrter Zahl nach Deutschland zu ziehen, um durch eine weitreichende Kulturpropaganda Grund für künftiges Aufblühen zu legen. Diese Auslassung beleuchtet, wie falsch wir handeln, wenn wir ernsthafte Leute, die zu uns kommen, um unsere Kultur zu studieren und durch sie sich beeinflussen zu lassen, den Kriegsschiebern gleichstellen und den Ausländern, die unsere Waren zu billigem Preise ergattern wollen. Das beste Geschäft, das Amerika seit langem gemacht hat, war der Erlaß der Boxerschuld für China gegen die Zusicherung, daß jährlich für die es Geld soundsovieler Hundert chinesischer Studenten an amerikanische Hochschulen zum Studium gesandt würden. Das war Kultur- und Geschäftspolitik auf weite Sicht. Wir sollten davon lernen, anstatt selbst das augenblickliche Geschäft der Zukunft vorzuziehen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Die Abteilung J. der deutschen Gesandtschaft in Bern, die mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in Italien beauftragt ist, ist jetzt nach Berlin W. 8, Charlottenstr. 50/51, verlegt worden und erledigt von dort aus ihre Obliegenheiten, bis die neu zu errichtende Vertretung in Rom sie übernehmen wird.

Englische Gläubiger, die Deutschen weniger als 50 Pfund Sterling schulden und die somit nach der Verordnung diese Schuld nicht beim Public Trustee anzumelden brauchen, haben den Betrag der Schuld mit 5 Prozent Zinsen vom 1. August 1914 an nach einer Bekanntmachung des Vorstandes des Clearing Office sofort beim Vorstand einzuzahlen.

Liquidationen in Frankreich?

In der „Voss. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß die französischen Sequester seit dem 1. Januar die weitere Annahme der Miets-

zahlungen von Deutschen, die im Sommer 1914 ihre Wohnungseinrichtungen in Frankreich zurücklassen mußten, verweigerten. Das scheint zu beweisen, daß die Liquidierung dieser Werte nunmehr tatsächlich bevorstehe. Die französische Regierung habe Ende August 1919 die Rückgabe der persönlichen Effekten und Erinnerungen von geringem Werte in Aussicht gestellt. Die Hoffnungen, die daran geknüpft wurden, hätten sich aber bisher nicht erfüllt. In Paris hätten jetzt Besprechungen stattgefunden, um die Rückgabe dieser Gegenstände in die Wege zu leiten, und an diesen Besprechungen hätten Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Wiederaufbau-Ministeriums teilgenommen, während die Interessenten selbst und der „Bund der Auslandsdeutschen“ weder gehört noch zugezogen worden seien, obgleich sie ganz bestimmte Vorschläge gemacht hätten, wie die Aushändigung der Kleidungsstücke usw. am besten in die Wege geleitet werden könne, und obgleich sie darauf gedrungen hätten, daß eine mit den französischen Verhältnissen vertraute Persönlichkeit mit diesem Dienst betraut würde.

Für Englandsdeutsche.

Die „Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene“ teilt mit: Das in London zurückgebliebene Gepäck ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener ist jetzt von England freigegeben. Der Abtransport wird von der Hamburg-Amerika-Linie geleitet und erfolgt in Teilungen auf verschiedenen Dampfern. Die Empfänger erhalten ihr Eigentum kostenlos bis zur Bahnstation des Wohnortes zugestellt. Im Interesse einer beschleunigten Abfertigung wird allen, die ihr Gepäck aus England erwarten, dringend empfohlen, sofort ihre jetzige Adresse sowie Bezeichnung, Wert und Lagerort der betreffenden Stücke schriftlich der Hamburg-Amerika-Linie, Abteilung Gefangenengepäck — Hamburg, anzuzeigen. Bei Verlust oder Beschädigungen auf dem Transport wird für den nachweisbaren Schaden eine Vergütung bis zu 10.0 Mk. gezahlt. Falls die Eigentümer eine höhere Wertversicherung auf eigene Kosten wünschen, müssen sie eine entsprechende Mitteilung gleichfalls der Hamburg-Amerika-Linie zugehen lassen.

AUSWANDERUNGSWESEN

Was der Auswanderer wissen muß.

(Aus der mündlichen Auswandererberatung des Deutschen Ausland-Instituts.)

Die ausländischen Firmen lassen heute mehr denn früher ihre deutschen Angestellten die Gehaltsforderungen selbst stellen, es müssen daher die gegenwärtigen Existenzminima beachtet werden. Ein kürzlich aus Norwegen zurückgekehrter Herr hat in Christiania für Wohnung und Mahlzeiten täglich 15 Kronen gebraucht. In kleinen norwegischen Städten wird das Leben nicht viel billiger sein. Betriebsleiter oder andere Angefertigte tun gut, sich nach dem Gehalt ihrer Vorgänger zu erkundigen. Da andererseits die Nachfrage nach guten Stellungen das Angebot weit übertreffen, ist es ratsam, die Gehaltsforderungen nicht zu hoch zu schrauben, da sonst leicht billigere Kräfte bevorzugt werden. Nach dreimonatiger Arbeit wird es einem tüchtigen deutschen Beamten nicht schwer fallen, eine Gehaltserhöhung nach den dort üblichen Sätzen zu erreichen.

Als Grund zur Auswanderung macht sich in neuerer Zeit der drückende Wohnungsmangel bemerkbar. Es kommen bereits Fälle vor, wo Arbeitsmöglichkeiten in Auswahl vorhanden sind, das voreilige Kündigen von Wohnungen oder die Versetzung an einen anderen Ort aber einfach zur Auswanderung zu zwingen

scheinen, weil Unterkunftsmöglichkeiten sich einfach nicht bieten. Das Deutsche Ausland-Institut ist bestrebt — vermittelt seiner Abteilung Stellenvermittlung — solche Leute von der Stadt auf Land zu weisen. Die Tatsache an sich möge manchem zur Warnung dienen, nicht voreilig seinen Wohnort aufzugeben.

Auslandsdeutsche, welche als Gutsverwalter in Deutschland eingespungen waren, werden jetzt häufig durch die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Besitzer oder Verwalter verdrängt und sitzen oft mit großen Familien brot- und steinlos auf der Straße, während eine Rückkehr in ihren alten Wirkungskreis noch nicht möglich ist.

Zahlreiche Anfragen von Gärtnern, die nach Holland streben, geben Anlaß darauf hinzuweisen, daß die Einreise Deutscher nach Holland in jedem Falle der Genehmigung der holländischen Regierung unterliegt und in der Regel nur dann gestattet wird, wenn der Auswanderungswillige eine Stellung in Holland oder genügende Existenzmittel nachweisen kann. Auf Geratewohl nach Holland zu gehen, würde sich auch, abgesehen von den Einreiseschwierigkeiten, nicht empfehlen, denn im allgemeinen bietet Holland dem Einwanderer wenig Aussicht, ohne weiteres ein Fortkommen zu finden. Eine private oder staatliche Fürsorge für neuangekommene Einwanderer gibt es

nicht. Es besteht durchaus nicht die Neigung, Einwanderer ins Land zu ziehen. Immerhin gibt es aber deutsche Vereine, welche sich der Einwanderer annehmen. Es sind dies der „Deutsche Hilfsverein“ Amsterdam, Singel 299, und Rotterdam, Haringvliet 54, und für Seeleute das „Deutsche Seemannsheim“ in Rotterdam, Haringvliet 54. Diese Vereine befassen sich auch mit Stellenvermittlung und Arbeitsnachweis.

Den Zusammenhang mit der Heimat vermitteln, abgesehen von der deutschen Gesandtschaft bei der Regierung im Haag, ein Generalkonsul in Amsterdam, die Konsulate in Rotterdam, Vlissingen, Maastricht, Nymwegen und Zaandam, sowie die Vizekonsulate in Groningen, Harlingen, Helder, Terneuzen, Terschelling, Venlo, Ymuiden, Zeneva r.

Neue Siedlungsgenossenschaften.

In Kirchheim u. T. ist die von uns angekündigte Gründung des „Württembergischen Auswandererschutzbundes“ inzwischen erfolgt. Vertreter der Ortsgruppen Schwenningen, Oberndorf, Kirchheim waren erschienen. Ein Vorstand von 16 Personen wurde gewählt. Geschäftsführer des Bundes ist Reallehrer Max Grühl. Der Bund beabsichtigt, wie wir Zeitungsberichten entnehmen, eine Zeitschrift „Die neue Heimat“ herauszugeben. Er verpflichtet seine Mitglieder, wie uns der Geschäftsführer mitteilt, sich nicht von anderen Seiten zum Auswandern bereden zu lassen, und will nur da als Siedlungsgenossenschaft auftreten, „wo der unbeugsame Wille zum Auswandern bei den Mitglie d e r n b e r e i t s vorhanden ist“. Er will unter allen Umständen in der Wanderungsfrage hemmend und eindämmend wirken.

Die Süddeutsche Siedlungsgenossenschaft „Süd-Rußland“, über deren Begründung unter dem Vorsitz des Herrn Gotthilf Strienz wir an dieser Stelle berichtet haben, ist inzwischen von Anhängern der Leipziger „Ansiedlung Ost“ gesprengt worden, denen der bisherige Leiter Strienz nicht energisch und zielbewußt genug war. Es ist hier eine besondere Ortsgruppe der Ansiedlung Ost begründet worden, bei der etwa 500 Auswanderungslustige, zumeist Industriearbeiter, nach Sowjet-Rußland gemeldet sein sollen. Es wird an eine Auswanderung nach dem Gouvernement Wjatka gedacht, doch wird eine Abänderung des im August vorigen Jahres mit der Sowjet-Regierung geschlossenen Vorvertrags erstrebt. In jenem Verträge war vorgesehen, daß die neuen Ansiedler auf 3 Jahre, aber erst vom Jahre 1922 ab, vom Militärdienst befreit sein sollten, so daß sie bis 1922 also militärdienstpflichtig gewesen wären. Es soll nun eine sofortige Befreiung, vom Betreten des russischen Bodens an auf 5 Jahre, erstrebt werden. „Der Süd-deutsche Ansiedler“, das Blatt der ehemaligen Genossenschaft, ist eingegangen.

Auch das Blatt der Flammeanus-Gemeinde, das deren Begründer Th. Jaschek in Stuttgart herausgegeben hatte, hat mit dem Eingehen der Gemeinde sein Erscheinen eingestellt. Die Flammeanus Gemeinde war von vornhinein eine mehr auf ethische, moralische und sozial-reformerische Pläne als auf Auswanderung eingestellte Gesellschaft, die sich der Auswanderungsfragen nur nebenbei widmete. Ihr Begründer scheint sich jetzt der Ortsgruppe der Ansiedlung Ost angeschlossen zu haben.

(In bemerkenswerter Weise nimmt der „Sozialdemokrat“, das Organ der Stuttgarter unabhängigen sozialdemokratischen Partei, gegen die Auswanderungspläne der „Ansiedlung Ost“ in Leipzig Stellung. Er verweist auf die großen Schwierigkeiten der ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Lage. Wo selbst für den einzelnen die Auswanderung 3—4000 Kilometer weit ins Innere Rußlands ein kühnes Wagnis sei, bedeute

sie eine ungeheure Gefahr für eine größere Zahl gemeinsamer Auswanderungslustiger. Erst wenn die deutsche und russische Regierung Hand in Hand arbeiteten, sei an derartige Pläne zu denken, erst dann würden Transportmittel zur Verfügung gestellt werden können, die auch die Mitnahme von Hausrat, Saatgut, Werkzeugen gestatteten. Bis dorthin aber solle sich das Proletariat nicht durch das Auswanderungsfieber von seinen Zielen ablenken lassen. Möchten doch die beschäftigungslosen Offiziere auswandern, denen es in der Heimat nicht mehr paßt, sie könnten in der Fremde brauchbare Arbeiter werden und würden dann auch ihre Volksgenossen in der Heimat besser verstehen lernen, die „Proletarier“ aber sollten zuhause bleiben und für bessere Zeiten kämpfen.)

Eine „Südamerikanische Siedlungsgemeinschaft“ ist in Bromberg begründet worden. Schon der erste Satz eines auf auffällig rotem oder braunem Papier gedruckten Prospektes besagt genug: „Sie erhalten gutes bebauungsfähiges Land zu außerordentlich billigem Preise, vielleicht sogar kostenlos“. Die Gemeinschaft will für billigste Überfahrt sorgen, für Mitnahme möglichst vielen Umzugsgepäcks, für angemessene Unterkunft und Verpflegung am Ankunftsort und für sonst noch eine Reihe von Dingen. Eine Garantie soll darin geboten sein, daß die leitenden Persönlichkeiten der Siedlungsgemeinschaft selbst mit auswandern wollen und daß die Vorbereitungskommission dafür sorgen werde, daß Enttäuschungen und Überraschungen ausbleiben. Am 11. Januar hat in Bromberg eine Versammlung stattgefunden, die Architekt Grottko leitete. Er wies auf die guten Beziehungen zu Amts- und Privatpersonen in Argentinien hin, die für äußerst billiges Land, für billiges Saatgut und Zuchtvieh, für Regelung der Valutafrage bei Geldüberweisungen usw. sorgen würden. Eine Vorkommission von drei Herren soll nach Argentinien gehen, dafür soll jeder, der sich anschließt, 300 Mark an Kosten bezahlen. Lehrer Schrödter schilderte dann die Wirtschaftslage Deutschlands schwarz in schwarz und die Aussichten in Argentinien rosenrot und licht und so, daß man auf den ersten Blick den Theoretiker erkennt, der aus Büchern seine Weisheit schöpfte. Oberinspektor Ruhl beruhigte dann die Teilnehmer über verschiedene „Märchen“ wie Indianergefahr, Raubtierplage usw. und gab von seinen persönlichen Beziehungen in Argentinien Kenntnis. Die drei Herren Redner wurden von der Versammlung denn auch zu Mitgliedern der Vorkommission gewählt und die Bezahlung der 300 Mark durch die Mitglieder wurde beschlossen. Auch vor diesem Unternehmen, das die Keime eines raschen Sterbens in sich trägt, kann nicht genügend gewarnt werden.

Ein ehemaliger „Postkurier“, Herr Esch in Stuttgart, sucht durch eine Zeitungsanzeige Mitglieder für einen Württ. Auswandererbund nach Südrußland. Esch ist ukrainischer Kolonistensohn und hat in der Zeit, als noch württ. Truppen in der Ukraine standen, wiederholt Post für das württ. Militär von und nach der Ukraine befördert. Das befähigt aber noch lange nicht zur Leitung einer Auswandererorganisation und wenn auch durch den Gründer hervorgehoben wird, er wolle vor jetzt unmöglicher Auswanderung nach Südrußland warnen, so muß man dem ganzen Unternehmen doch skeptisch gegenüberstehen. Wozu dann Zeitungsanzeigen und Werbung von Mitgliedern?

Vereinigte Deutsch-Ausländische Wirtschafts-Vereinigung in Hamburg.

Am Montag, den 16. Februar, fand in Hamburg die erste ordentliche Generalversammlung der deutsch-finnländischen, deutsch-argentinischen, deutsch-paraguayischen und deutsch-brasilianischen Wirtschafts-Vereinigung statt, die sich zur Gemeinschaft der „Deutsch-Ausländischen Wirtschafts-Ver-

einigungen" zusammenschlossen. Man rückte vom Schutzbund deutscher Auswanderer, dem die Wirtschaftsvereinigungen ja ihr Entstehen verdanken, merklich ab und betonte, daß man „neue Bahnen einschlagen“ wolle. Trotzdem begegnet man im Reichswanderungsamt, wie mit Bedauern festgestellt wurde, immer noch der Gründung mit Mißtrauen, obgleich die jetzigen Vorstandsmitglieder einwandfreien Ruf genossen. Allerdings wurde bei der Betrachtung der Lage in den früher reichlich verzapften Wein viel Wasser gegossen, fast alle früheren Versprechungen, die von den Wirtschaftsvereinigungen gemacht worden waren, wurden sozusagen zurückgenommen, nachdem die Erfahrung gezeigt hatte, daß das Gegenteil des damals Behaupteten richtig war. Als voller Erfolg der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsvereinigung wird es dagegen gebucht, daß es gelungen sei, „durch Verhandlungen mit Vertretern der brasilianischen Regierung den Mitgliedern seitens der brasilianischen Regierung in Aussicht gestellte erleichterte Überfahrt zu ermöglichen. Der Vorstand stand nunmehr vor der Frage, entweder die Mitglieder noch weiterhin bis zu einer Besserung der Valuta mit der Überfahrt auf eigene Kosten zu vertrösten, oder das von Holland gemachte Angebot, unsern Mitgliedern die erleichterte Überfahrt gegen Erstattung der Unkosten in Höhe von fünf bis zehn Gulden, welche bereits schon vor dem Kriege hierfür bezahlt worden sind, zu sichern. . . . Das veranlaßte den Vorstand, die gebotene Möglichkeit einer baldigen Ausreise im Interesse der Mitglieder zu ergreifen und gegebenenfalls auch, besonders den Behörden gegenüber zu vertreten.“ Ganz klug wird man aus diesen entweder absichtlich oder unabsichtlich verschwommen gehaltenen Ausführungen nicht werden und auch den gerühmten „großen Erfolg“ nicht ohne weiteres erkennen können. Direktor Schallmann-Hamburg berichtete sodann über die Besichtigung des brasilianischen Dampfers Avaré, mit dem Auswanderer hinausgefahren seien, die Besichtigung habe ein gutes Ergebnis gehabt. Es fand eine rege Aussprache über Siedlungsmöglichkeiten und Anbauverhältnisse in Brasilien statt, die auch noch am nächsten Tage fortgesetzt wurde. Das Reichswanderungsamt warnt in der neuesten Nummer seines Nachrichtenblattes noch einmal nachdrücklich vor den genannten Wirtschaftsvereinigungen.

Aussichten für junge Mädchen in Norwegen.

Von sachkundiger Seite wird dem Deutschen Ausland-Institut mitgeteilt, daß an gebildeten jungen Mädchen, wie Erzieherinnen, Lehrerinnen oder Krankenschwestern in Norwegen kein Bedarf ist. Das einzige, wonach gefragt wird, wie ja auch in Deutschland, sind Dienstboten. Auch diese müssen schon ein festes Engagement haben, ehe sie die Einreiseerlaubnis erhalten. In letzter Zeit sind zahlreiche Dienstboten nach Norwegen gekommen, die leider nicht als gutes Material zu bezeichnen sind. Damit ist weder dem Deutschtum in Norwegen noch dem deutschen Ruf überhaupt gedient. Nur solche Mädchen, die wirklich arbeiten wollen und gute Zeugnisse einschicken können, haben Aussicht auf eine bleibende Anstellung. Vor der Annahme von Stellungen ist dringend zu raten, das Deutsche Ausland-Institut zu Rate zu ziehen.

Einwanderung in Brasilien.

Nach einem Brief aus Brasilien, wo die Beziehungen zwischen Deutschen und Einheimischen unter Mithilfe der Regierung normal zu werden anfangen, kommt jetzt mit jedem Schiffe ein verstärkter Zuwanderungsstrom von Deutschen an, die ihrer alten Heimat bekümmert oder verärgert den Rücken gekehrt haben, freilich die Verhältnisse in Brasilien ganz anders finden, als sie erwartet haben. Leider ist die Zusammensetzung der

Einwanderer für die Bedürfnisse des Landes nicht geeignet. Da Warnungen nicht rechtzeitig oder nicht hinreichend in Deutschland eingingen, sollen Kopfarbeiter in der Überzahl sein und „Kopfarbeiter sind hier so gut wie rausgeschmissen“. Auch für die deutsche Kolonie stellen die Einwanderer, die keine Beschäftigung finden, natürlich eine starke Belästigung dar.

Kolonistenschicksal in Uruguay.

Das „Argentinische Wochenblatt“ meldet, daß im Departement Florida im Laufe des Januar 1920 wiederum vierzig Kolonistenfamilien, insgesamt 200 Köpfe, ihre Scholle verlassen, weil der neue Eigentümer das Land zur Rassenviehzucht verwenden will. Das Wochenblatt sagt dazu bezeichnenderweise nur: „Noch ein paar Jahre so weiter, dann kann es gut werden in Uruguay“.

Paraguayische Regierungs-Kolonisation.

Nach dem „Argentinischen Wochenblatt“ vom 7. Februar 1920 gehen die Urteile über die staatlichen Kolonisationsversuche, die Paraguay nach Einsetzen des Einwandererstromes unternommen hat, sehr auseinander. Es handelt sich dabei vor allem um die neuangelegte Regierungskolonie Mubevo bei Villarica, über die neben einigen günstigen Äußerungen auch bitter geklagt wird, da die Regierung ihren übernommenen Aufgaben durchaus nicht gewachsen sei, infolgedessen schon jetzt in der Kolonie allerlei Mißstände herrschten, die das Fortkommen der sich dort Ansiedelnden ernstlich in Frage stellten. Das „Argentinische Wochenblatt“ behauptet sogar, ihm sei aus guter Quelle mitgeteilt worden, daß der paraguayischen Regierung nicht einmal das ganze für jene Kolonie bereitgestellte Land gehöre. Jedenfalls zeigen auch diese Tatsachen, daß größte Vorsicht selbst staatlichen Kolonisationsunternehmen gegenüber am Platze ist.

Über das Los der nach dem Staate Misiones kommenden Deutschen

schreibt Dr. Chr. Grotewold in dem „Argentin. Tageblatt“: Von Deutschland bringen die meisten etwas Geld mit, haben aber schon in Holland die Erfahrung gemacht, daß ein Gulden über 30 Mark bedeutet und verlieren hier noch mehr am Kurs, da der Papier-Peso heute erheblich höher steht als der Gulden. So schmelzen die Ersparnisse rasch zusammen, obschon die Einwanderungsbehörde freilich sehr bescheidene Unterkunft, Verpflegung und Beförderung bis an den Bestimmungsort im Innern, zur Verfügung stellt. Viele haben sich schon in Buenos Aires nach der Landkarte ein Stück Land ausgesucht und von der Behörde erteilen lassen — ohne es zu kennen, ohne zu wissen, daß es auch in Buenos Aires nur oberflächlich bekannt ist.

So treffen sie in der Territorialstadt Posadas ein und streben möglichst schnell zu „ihrem Land“ zu kommen. Bis ein vorläufiges Dach über dem Kopf errichtet ist, müssen mitleidige Nachbarn die Unterkunft gewähren, die allerdings selbst nur aus einer bescheidenen Bretterbude besteht. Läßt ein Hausbau, bei dem ein landeskundiger Arbeiter hilft, noch genügend Geld übrig, so muß es zum Einkauf von Lebensmitteln und Saatgut verwandt werden, damit man bis zur nächsten Ernte durchhalten kann. Fehlt es aber am nervus rerum, so tritt unweigerlich Notstand ein, unter dem die Frauen ganz besonders leiden, da sie den fremden Verhältnissen, die so gar keinen Vergleich mit den bisher gewohnten aushalten, nicht gewachsen sind. Viel würde sich vermeiden lassen, wenn man die Monate März, April zum Anfang der Tätigkeit wählte, um weniger auf die erste Ernte warten zu müssen. Auf jeden Fall sollte der Kolonist über so viel Kapital verfügen, daß er mindestens sechs Monate davon leben kann. Der Deutsche ist, von seltenen Ausnahmen abgesehen — einfach nicht instande, bei dem heißen

Klima mit der Arbeit des Holzfällens fertig zu werden, bevor er sich akklimatisiert hat, was etwa zwei Jahre dauert. Am besten gewöhnen sich noch die Schwarzwaldbauern an, städtische Elemente sind für den Urwald kaum brauchbar. Es kann ja sein, daß sich viele davon in längerer Zeit einleben, viele aber sind von vornherein entmutigt und damit für das Kolonistenleben von Anfang an verdorben. Das Land selbst trägt daran keine Schuld. Es ist schön, gesund und fruchtbar, und auch die Regierung tut viel für die Einwandernden. Aber es müssen geeignete, an härteste Arbeit gewöhnte Elemente sein. Zart veranlagte Naturen müssen warten, bis das Land der Kultur etwas mehr erschlossen und für ihre Aufnahme geeignet geworden ist. Jeder Einwanderer sollte mindestens über 1000 Pesos bares Geld verfügen (1 Peso = 41 $\frac{1}{4}$ Mark).

Deutsche Siedlung in Argentinien.

Anläßlich eines Artikels in „La Nation“, der in sachlicher Weise verlangt, daß sich die Regierung im Interesse des guten Rufes Argentiniens als Siedlungsland und zur Verhütung des Entstehens „fremdvölkischer Kerne“, die die angestrebte Assimilierung und Nationalisierung erschweren würden, der zweckmäßigen Leitung und Verteilung der Einwanderer annehme und der insbesondere vor übertriebenen Hoffnungen warnt, die Landeskundige auf den Yerba-Mate-Bau in dem klimatisch ungünstigen Misiones zu setzen schienen, schreibt die „Review of the River Plate“ mit tendenziöser Betonung, daß gerade in dem deutschen Drange nach Misiones Methode läge, wenn er auch als Torheit betrachtet werden könnte. Aber einmal sei das Klima ja ganz gesund, wenn auch heiß; und „übrigens ist bekannt, daß schon seit Jahren große deutsche Kolonien in ähnlichen und sogar nördlicheren Breiten beständen und gediehen“. Jedenfalls müsse entsprechende staatliche Kontrolle dafür sorgen, daß die zu große Konzentration Deutscher, das Entstehen eines „Staates im Staate“ verhütet werde. Brasilien habe während des Krieges in Rio Grande do Sul ein Beispiel dieser tatsächlichen Gefahr erlebt.

Die Ausführungen beweisen, daß die Entente es nicht ungern gieht, wenn deutsche Einwanderer in Gegenden ziehen, die ihnen klimatisch möglichst ungünstig sind. Das absorbiert, besonders wenn die Anlehnung an Landsleute erschwert wird, alle körperlichen und seelischen Energien allein für die Erhaltung des nackten Daseins voraussichtlich derart, daß die großzügig arbeitende interalliierte Kulturpropaganda in Lateinamerika der Sorge überhoben ist, in ihren Auswirkungen von seiten der deutschen Einwanderer wesentlich beeinträchtigt zu werden.

Paßbestimmungen für Reisende von Argentinien nach Chile.

Die Chilenische Gesandtschaft in Buenos Aires machte darauf aufmerksam, daß alle nach Chile Reisenden an der Grenze Pässe vorweisen müssen, die vom Chilenischen Konsulat in Buenos Aires oder Mendoza visiert sind. Die Bestimmung ist für Durchreisende wichtig.

WIRTSCHAFTLICHES

Eine deutsche Finanzkommission für England hat sich unter der Leitung des Gouverneurs Haber nach London begeben, um finanzielle Beziehungen zwischen Deutschland und England anzubahnen. Gouverneur a. D. Haber ist zum Leiter des Ausgleichsamts für gegenseitige Schulforderungen bestimmt und soll in London, unterstützt von Banksachverständigen, die Einrichtungen des englischen Clearing Office studieren. Sein deutsches Amt wird dem Wiederaufbau-Ministerium unterstehen.

Die Gründung einer Deutsch-Kolumbischen Bank wird in einem Bericht des Überseedienstes aus Colon vorgeschlagen; sie sollte ein Kapital von 3 Millionen Gold-Dollar haben, um auf dem Gebiete der Ausnutzung von Bodenschätzen und des Bahnbaues tätig sein zu können. Einer solchen Bank würden nicht nur Regierungsgeschäfte, sondern auch Privatgeschäfte nach Ansicht des Berichterstatters in reicher Zahl zufließen und zwar „mit chauvinistischer Begeisterung“.

Fomento Industrial Argentino.

Unter diesem Namen ist in Argentinien aus einflußreichen deutschen Handels- und Bankkreisen heraus eine Gesellschaft zur Vermittlung zwischen der deutschen Industrie und dem südamerikanischen Lande begründet worden. Es soll erstrebt werden, im Interesse des industriellen Aufschwungs der südamerikanischen Länder eine Beteiligung deutschen Kapitals und deutscher Arbeitskraft an der Industrialisierung herbeizuführen. Da der deutschen Industrie für lange Zeit hinaus infolge der Valutanöte eine direkte Beteiligung unmöglich sein wird, stellt das Konsortium dieser Industrie die nötigen Kapitalien zur Verfügung, während die deutsche Industrie Maschinen und Patente, Arbeitskräfte und Anleitung liefern soll, damit Rohstoffe animalischer, vegetabilischer und mineralischer Art im Lande selbst verarbeitet werden können. Der Sitz der Gesellschaft ist Calle Florida 171 in Buenos Aires.

Deutsche oder fremde Sprache im Auslandsgeschäft?

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, wie wir der Düsseldorfer Zeitung entnehmen, kürzlich eine Umfrage veranstaltet, um festzustellen, was die Industrie selbst zu der Klarstellung dieser Frage für Ansichten habe. Als bisheriges Ergebnis der Umfrage wird bekannt, der überwiegende Teil der Einsender sei der Ansicht, daß der augenblickliche Hunger nach Waren es der deutschen Exportindustrie ermögliche, in ihrer Korrespondenz in weitem Umfange die deutsche Sprache zu benutzen. Der zweite und der dritte Punkt, die weiterhin als Ergebnis der Umfrage bekannt werden, enthalten ziemlich salomonische Weisheit: „Wo die Wiederbelebung unseres Auslandsverkehrs, namentlich durch Anknüpfung von Beziehungen zu kleineren Auslandsfirmen, eine Korrespondenz in fremder Sprache nötig macht, wird diese nicht zu umgehen sein.“ Und endlich: „Im übrigen bleibt die Anwendung der deutschen oder fremden Sprache Sache des nationalen und geschäftlichen Taktes.“ Man ist so klug wie zuvor, wenn man das gelesen hat. Bei der Wiederaufnahme von alten Geschäftsbeziehungen nach dem Auslande, die nur durch den Krieg gestört wurden, wird die Frage verhältnismäßig einfach sein. Man wird in der Sprache beginnen, in der man früher verkehrte und verhandelte, sei es, daß man ganz deutsch oder ganz in fremder Sprache korrespondierte, oder daß sich jeder Teil seiner eigenen Sprache bediente und der andere Teil sich damit zurecht fand, sei es — und es gab ja auch solche Fälle internationaler Höflichkeit —, daß man selbst in fremder Sprache schrieb und der fremdländische Kontrahent in deutscher Sprache antwortete. Erheblich schwieriger liegt die Frage allerdings bei der Versendung von Werbeprospekten zur Anknüpfung neuer Beziehungen im Ausland und bei Übersendung von Briefen zur Gewinnung neuer Kunden. Und hier wird eine generelle Lösung nur schwer zu finden sein. Wenn man dem chinesischen Kaufmann z. B. einen deutsch geschriebenen Brief schickt, wird er ihn heute schwerlich lesen können, während er einen englischen Brief, so wie er üblich war, verstehen wird. Er wird aber rasch herausfinden, ob den englischen Brief ein

Engländer oder ein Deutscher geschrieben hat, und es war bisher wenigstens für seine Schätzung der deutschen Ware nicht ausschlaggebend, ob sie in englischer oder deutscher Sprache angeboten ward. Schreibt man nach Südamerika, so wird die spanische oder portugiesische Sprache als die Landessprache vielleicht angebracht sein, vielleicht aber wird ein doppelsprachiger Text in der deutschen und in der fremden Sprache noch am alle besten sein oder es wird zum deutschen Text, wenn solcher vorgezogen wird, bemerkt werden können, dass auch eine Korrespondenz in der Landessprache vom Absender geführt werden kann. In allen Fällen sollte nicht nur das Gefühl des Absenders, sondern der Rat im fremden Lande erfahrener Auslandsdeutscher ausschlaggebend sein. Wir haben ja eine solche Menge Auslandsdeutscher im Inland, die sich gern betätigen, es sind allererste Kräfte unter ihnen, die fern, weil die deutsche Handels- und Industriewelt es nicht für nötig hält, sich ihres Rates zu bedienen. Hier sind sprachlich geschulte und mit der Psychologie des fremden Volkes und Landes, auf die ja so viel ankommt, vertraute Kräfte vorhanden — auf Wunsch weist sie das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, aus seiner Kartei der Auslandsdeutschen und aus seinem Stellennachweis gern kostenlos nach —, die in der heiklen Frage des Gebrauchs der fremden oder der deutschen Sprache beste und zuverlässigste Ratgeber sein können.

VERSCHIEDENES

Deutsche Ausländigkeit in englischer Beleuchtung.

Das Londoner Auswärtige Amt hat ein Komitee ernannt, das sich mit der Lage der Engländerkolonien im Auslande befassen soll. Die Veranlassung dazu ist in zunehmenden Klagen darüber zu suchen, daß es den Engländern im Auslande am nötigen Zusammenhang und an einheitlich geleiteter Politik „zur Förderung des Wohltollens der Gastnationen gegenüber dem britischen Reiche“ fehle. Unter diesem Mangel an Organisation habe während des Krieges die Auslandpropaganda wesentlich gelitten. „Es gab zwar einige britische Handelskammern — von denen die meisten aber keineswegs irgendwie prosperierten oder auch nur ausschließlich englisch waren —, dazu ein paar englische Zeitungen, einige zerstreute Klubs, sowie einen diplomatischen und konsularischen Dienst, der oft völlig außer Fühlung mit den Kolonien blieb“. Ganz im Gegensatz zu unseren begründeten Ansichten über den besseren Zusammenhalt der Auslandsengländer behauptet die „Times“ vom 28. 1. 20, daß Deutschland in dieser Richtung einen großen Vorsprung durch seine Vereine zur Förderung des Deutschums im Auslande gehabt habe. „Ein Deutscher im Auslande war immer auch deutscher Propagandist und ‚Nachrichtensoffizier‘, eine wenn auch noch so unbedeutende Einheit einer riesigen Menschenmaschine, die die Welt netzartig umspannt hielt und ihre Fühler nach jedem Winkel des Erdballs ausstreckte.“ In diesem Zusammenhange werden der Alldeutsche Verband, der Flotten- und der Kolonialverein namentlich angeführt. Sie alle hätten systematisch für Verbreitung deutscher Denkart und „Kultur“ — in Anführungsstrichen, selbstverständlich! — und für den deutschen Handel gearbeitet. „Selbst die Presse war in einzelnen Ländern stark beeinflusst von den großen deutschen Anzeigenbüros“. Durch diese Organisation sei die Regierung in ständiger Fühlung mit allen Teilen der Welt geblieben und habe Hand in Hand mit den diplomatischen und

konsularischen Vertretern des Reiches der deutschen Industrie wertvolle Informationen vermittelt, die dem deutschen Handel seine große Ausdehnung erst ermöglichten.

In gleicher Richtung müsse England künftig weit rühriger sein als bisher. „Der erste Punkt, der beschlossen werden muß, ist die Anlage eines Katasters aller britischen Untertanen“. Außerdem seien englische Schulen, Vereine, Klubs und Zeitungen zu schaffen, patriotische Feste zu veranstalten und der diplomatische und konsularische Dienst zu reformieren und zu „humanisieren“. Die englischen Handelskammern, die bisher oft ein ganz isoliertes Dasein führten — keine der in China bestehenden habe beispielsweise bisher irgendwelche Verbindung mit London gehalten! — müßten in enge Zusammenarbeit gebracht und von fremden Mitgliedern „gesäubert“ werden.

Die interessanten Ausführungen zeigen jedenfalls, daß wir mit unserem „Wollen“ in den Augen des „britischen Kolonisationsgenies“ auf dem richtigen Wege waren. Daß dabei mit unzulänglichen Mitteln gearbeitet wurde und das „Vollbringen“ daher nicht den Erwartungen entsprechen konnte, wissen wir jetzt. Mit verdoppelter Tatkraft müssen Auslandsdeutsche, Heimat und Regierung, daher zusammenstehen für den Wiederaufbau kultureller und materieller Interessen des gesamten Volkes.

Institut für ausländisches Recht.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hatte im Jahre 1909 ein Institut für ausländisches Recht geschaffen und der Reichsverband der deutschen Industrie baut nun dieses Institut weiter zu einer Zentrale aus, an die sich alle Interessenten wenden können, um Auskünfte über ausländisches Recht zu erhalten und auch ausländische Rechtsanwälte zur Vertretung ihrer Interessen nachgewiesen zu bekommen.

Helen Kellers Stiftung. Die bekannte amerikanische taubstumme und blinde Schriftstellerin hatte schon im Jahre 1916 ihrem deutschen Verleger Auftrag gegeben, alle ihre Honorare aus deutschen Ausgaben ihrer Werke bis zum Ende des Jahres, in dem der Friede geschlossen würde, der deutschen Kriegsblindenfürsorge zuzuwenden. Sie hat nunmehr ihrer Bewunderung für die deutschen Soldaten und für die deutsche Sache neuen Ausdruck gegeben, indem sie diesen Auftrag an ihren Verleger Robert Lutz in Stuttgart für alle Zukunft verlängerte.

Sport im Auslande. Das Auswärtige Amt hat, wie wir einer Mitteilung des „B. T.“ entnehmen, ein eigenes Referat für Sport errichtet, um den ins Ausland reisenden deutschen Sportleuten und Vereinen mit Rat und Tat beizustehen und sie gegebenenfalls auch pekuniär zu unterstützen. Die deutschen Gesandtschaften und Konsulate im Auslande werden angewiesen, im weitesten Maße sich der deutschen Sportleute im Auslande anzunehmen und für ihre Unterbringung zu sorgen.

Für die deutsche Wissenschaft.

Die Valuta und die Armut unseres Volkes gestalten die Verhältnisse für unsere Wissenschaft außerordentlich ernst. Es werden nicht nur Reisen deutscher Gelehrter ins Ausland unmöglich werden, es wird sogar die Beschaffung der notwendigsten Zeitschriften, Zeitungen und Bücher für die deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften, Institute und Seminare fast zur seltenen Ausnahme werden. Man bedenke, daß Zeitungen wie die Times und der Temps, um nur diese zu nennen, heute in deutscher Währung einen Betrag von 1500–2000 Mark im

Jahresabonnement verschlingen. Da macht nun der holländische Gelehrte Dr. Bakels in Heidelberg einen Vorschlag, der von Verständnis und auch von der seltenen Gabe der Dankbarkeit der deutschen Wissenschaft gegenüber zeugt. Er schlägt in der Niederländischen Medizinischen Wochenschrift vor, es sollten holländische Akademiker und jeder, der auf wissenschaftlichem Gebiete arbeite, von seiner Arbeit 5 Exemplare frei und unentgeltlich an eine deutsche Bibliothek (besser noch an eine Zentralstelle) senden, die dann die Verteilung an die am stärksten interessierten und beteiligten Institute, Seminare und Bibliotheken vorzunehmen habe. Hoffen wir, daß diese Hilfe bald und ausgiebig einsetzt!

Wie verwüstend die Greuelpropaganda der Entente selbst in hochstehenden amerikanischen Kreisen gewirkt hat und noch wirkt, geht aus einem Brief hervor, den die „Süddeutschen Monatshefte“ (Jahrg. 17, Heft 5) veröffentlichen. Der Empfänger des Briefes ist ein deutscher Arzt von Ruf, der, seit langen Jahren in Neuyork ansässig und Mitglied der an-

gesehensten amerikanischen und internationalen medizinischen Gesellschaften, freiwillig im deutschen Heere gedient hat und nun nach Neuyork zurückzukehren versucht. Da die Einreiseerlaubnis ihm trotz der besten Empfehlungen verweigert wird, wendet er sich an einen alten Freund und Fachkollegen, den Herausgeber der gelesensten amerikanischen Fachzeitschrift. Die Antwort ist niederschmetternd, sie zeigt das deutsche Heer vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten in einem kaum glaublichen Zerrspiegel. Die Stimmung der gebildetsten Gesellschaftsklassen, in diesem Fall der Ärzte, gegen alles Deutsche erscheint hoffnungslos vergiftet. Selbst die Deutschamerikaner sollen zu einem Teile der Suggestion erlegen sein. Der Niedergang des Deutschamerikanertums wird mit betäubenden Beispielen belegt; sein Einfluß ist wie weggewischt. Dem Brief lagen drei Proteste bei, in denen führende amerikanische Mediziner gegen die Zulassung deutscher Ärzte in den Vereinigten Staaten und ihre Aufnahme in amerikanische Körperschaften Einspruch erheben.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde.

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten).

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschum i. allg.: 17. 57. 67. 70. 72. 95.
Grenzdeutschum: 2. 3. 13. 22. 35. 39. 48. 54. 56. 59. 61. 63—66. 69. 74—76. 83. 84. 86—88. 91. 92. 108—116. 120.
Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 10. 11. 15. 33.
Auslandkunde i. allg.: 16. 36. 49. 58. 82.
Auswanderung: 5. 21. 23. 29. 40. 52. 62. 85.
Außenhandel: 20. 44. 50. 51. 55. 60. 73.
Mission: 79.

Geographische Einteilung:

Europa: 96—98.
Mittleuropa: 32. 108—116.
Westeuropa: 1. 28. 46. 60. 82. 83. 90. 99.
Nord- u. Osteuropa: 3. 7. 8. 12. 13. 15. 19. 34. 52. 89. 119. 120.
Süd- u. Südosteuropa: 18. 25. 71. 75. 77. 81. 92. 117. 118.
Vorderasien: 9. 30. 53. 121.
Mittelasien: 14. 26.
Südasien: 6. 38.
Ost- u. Australasien: 21. 27. 68.
Afrika: 4. 24. 31. 41. 78. 80. 94. 122.
Nordamerika: 37. 43.
Mittel- u. Südamerika: 5. 23. 29. 40. 42. 45. 47. 50. 51. 62. 85. 93. 123—126.

I. Einzelschriften.

1. Statistical Abstract for the United Kingdom in each of the last fifteen years from 1903 to 1917. London: Stat. Off. 8° 12 sh. 3 d.
2. Flensburger Akten- u. Urkundensprache im 14., 15. u. 16. Jahrh. Ausstellung d. Dokumente im Kunstgewerbemuseum. (Zsgest. von Dr. Otto Schütt). Flensburg 1919: Wolff.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

Die Schrift ist Führer durch die Ausstellung, die Dr. Otto Schütt im Mai 1919 im Auftrage der „Kommission zur Vorbereitung eines plattdeutschen Volkstages“ in Flensburg veranstaltete. Die Urkunden sind den Archiven am Ort entnommen, in Gruppen geordnet und ihr Inhalt kurz angegeben. Sie ergeben den unanfechtbaren Nachweis, daß das Niederdeutsche die Sprache der Flensburger Urkunden und Akten gewesen ist, bis es durch das Hochdeutsche verdrängt wurde.

3. Arbusow, Leonid, Wolter von Plettenberg u. der Untergang des Deutschen Ordens in Preußen. E. Studie aus d. Reformationszeit Livlands. Leipzig: Verein f. Reformationsgeschichte [usw.] 1919. 85 S. 8° M 3.—. (Schriften d. Vereins f. Reformationsgeschichte. Jg. 36, Stück 2.)
4. Arning, Wilh., Vier Jahre Weltkrieg in Deutsch-Ostafrika. Mit 19 Ill. nach Zeichn. u. 4 [3 eingedr.] Übersichtskt. Hannover: Jännecke [1919]. VIII, 324 S. 8° M 20.—.
5. Die Auswanderung nach Brasilien. Neue Vorschriften nebst e. Verzeichnisse d. im Wege der Regierung käufli. Grundbesitzes. Über Veranlassung d. brasilian. Konsulates veröff. Wien: H. Goldschmidt 1920. 15 S. 8° M 1.50.
Eine Verlaubarung des brasilianischen Konsulates in Wien, welche den wesentlichen Inhalt der neuesten Verordnung der brasilianischen Regierung betr. Vergünstigung für Einwanderer wiedergibt. Ein Verzeichnis des privaten Grund und Bodens, welcher laut amtlicher Erhebung derzeit verkäuflich ist, ist unter Angabe des Preises und der Verkaufsbedingungen eingefügt. Gr.
6. Baukhage, Wilh., Indien. Das Land u. seine Bewohner. Wien: Mickl [1919]. VI, 171 S. 8° M 7.50. (Bibliothek f. Alles. Nr 141.)
7. Beable, William Henry, Russian gazetteer and guide. Being an account of the territorial divisions and a description of over 300 of the principal towns and cities of Russia, Finland and Siberia. London: „The Russian Outlook“ [1919]. 8° 10 sh 6 d.
8. Berneker, Erich, Russische Grammatik. 2. verb. Aufl. 5. Abdr. Berlin: Vereinigung wissensch. Verleger 1920. 182 S. 8° M 2.40. (Sammlung Oöschsen. Bdch. 66.)
9. Persische Bibliographie. Zsgest. u. d. Mitgliedern d. dt.-persischen Gesellschaft überreicht von dem Redaktionskomitee d. persischen Zeitung „Kaveh“. Berlin 1920. 70 S. 8°.
10. Bottacchiar, R., Da Worms a Weimar. Contributo alla storia dello spirito e della civiltà germanici. Bologna: Oberosler. 8° 16.—.
11. Brandes, Georg, Der Tragödie zweiter Teil. Der Friedensschluß. Autor. Übers. von Erich Holm. Gotha: F. A. Perthes 1920. 193 S. 8° M 5.—. (Brücken. 4.)

12. *Brueckner*, Alexander, Polnische Literaturgeschichte. Berlin: Vereinigung wissensch. Verleger 1920. 122 S. 8° M 2.40. (Samml. Götschen. Bdch. 789.)
13. *Christiani*, T., Die Neubildung d. Dorpater Rates zu Beginn d. Polenzeit. (Festschrift z. 700jähr. Jubiläum d. Stadt Reval.) Hrsg. von d. Dorpater Stadtverwaltung. Dorpat 1919: Mattiesen. 78 S. 8° M 6.—.
14. *Courant*, Maurice, La Sibérie. Colonie russe jusqu'à la construction du Transsibérien. Paris: Alcan. 8° fr 4.—.
15. *Du Moriez*, Stanislaus, La question polonaise vue d'Allemagne. L'organisation de l'Est de l'Europe. Paris: Alcan. 8° fr 3.—.
16. *Erdbüchlein*. Kleines Jahrbuch der Erdkunde. 1920. Hrsg. unter Mitarb. von Dr. Richard Bitterling, Prof. Heinrich Fischer, T. Kellen, Ernst Wächter u. Prof. Dr. K. Weule. Mit 42 Abb. u. Ktch. Stuttgart: Franckh 1920. 80 S. 8° M 4.—.
Das als Jahrbuch gedachte sehr praktische Nachschlagewerk unterrichtet übersichtlich über die bis zu Beginn des Jahres 1920 vorliegenden politisch-geographischen Veränderungen der Erdkarte durch den Weltkrieg. Gegliedert ist es nach Erdteilen, sodann nach Ländern bzw. Staaten. Bei jedem Lande sind Angaben über Fläche und Einwohnerzahl vorangeschickt. Landschaftsbilder in Schwarzdruck beleben den Text, Kartenskizzen verhelfen zu klaren Vorstellungen über die Gebietsveränderungen. Die deutschen Verluste werden ausführlich, die ehemaligen deutschen Kolonien und das britische Weltreich in besonderen Aufsätzen behandelt. Mht.
17. *Fehlinger*, Hans, Deutsche in der Fremde. E. Übersicht nach Abschluß d. Weltkrieges. Leipzig: Dieterich 1920. 48 S. 8° M 2.50.
18. *Gangl*, Josef, Das Schwabenhaus im Buchenland. E. Erzählung. 3. Aufl. Saarlouis: Hausen Verlagsgesellsch. [1920.] 108 S. 8° M 1.80. (Hausens Bücherei. Nr 12.)
19. *Geer*, Sten de, Befolkningens fördelning i Sverige. Beskrivning till karta i skalan 1:500000. (Med atlas.) Stockholm: Wahlström & Widstrand. 8° Kr 75.—.
20. *Goldschmidt*, Siegfried u. Kurt Zander, Die Rechte Privater im deutschen Friedensvertrage unter bes. Berücks. d. handelsrechtl. Bestimmungen. Berlin: Reimar Hobbing 1920. 219 S. 8° M 12.—.
21. *Grohe*, R., Australien: Das Land der Zukunft f. Handwerker, Gewerbetreibende u. Ansiedler. E. Aufklärungsschrift f. Auswanderer! München: Dietl [1920]. 15 S. 8° M 1.50.
22. *Hauffen*, Adolf, Die Geschichte des Deutschen Vereins z. Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse 1869—1919. Reichenberg: Kraus 1919. 54 S. 8° (Sammlung gemeinnütziger Vorträge. Hrsg. v. Dt. Vereine z. Verbreitung gemeinnütziger Kenntn. in Prag. 50. Vereinsjahr. Sept./Okt. 1919. Nr 484/85.)
23. *Heintze*, Friedrich, Argentinien als Ziel des deutschen Auswanderers. Buenos Aires: Selbstverlag 1920. 32 S. 8°.
24. *Hennig*, Richard, Deutsch-Südwest im Weltkriege. Mit Taf. u. eingedr. Kartensk. u. 1 Kt. Berlin: Süsserott 1920. VIII, 311 S. 8° M 18.—, geb. M 24.—.
25. *Kaurimsky*, E. Fryda von, Jugoslawien. Teil 2: Bergbau u. Hüttenwesen, Industrie, Handel, Verkehrswesen, Finanzwesen. Berlin: Ausw. Amt 1919. 48 S. 8° M 2.—. (Tagesfragen d. Auslandswirtschaft. H. 10.)
26. *Klaus*, Bei unseren Kriegsgefangenen in Sibirien. Aus dem Tagebuche d. Oberlehrers Klaus. Reichsstadt: Reichsorganisation z. Heimbeförderung d. Kriegsgefangenen [1919]. 16 S. 8° Kr. 2.—.
Das Tagebuch enthält die Aufzeichnungen des Delegierten Klaus vom 24. Okt. bis 19. Nov. 1919 über seine Tätigkeit zur Besserung des Loses der Kriegsgefangenen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit. unter denen sich viele Deutsche befinden, in den Lagern Wladiwostok, Irkutsk und Tschita. Die Zustände in den unter russischer Verwaltung stehenden Lagern erscheinen danach trostlos. Mht.
27. *Kries*, W. von, Acht Wochen Zwischendeck. E. Weltreise von Englands Gnaden. E. Rückblick. Leipzig: Nössler i. Komm. (1919). 53 S. 8° M 6.—.
28. *Lahn*, Karl, Franzosen. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 84 S. 8° M 5.50. (Zellenbücherei. Nr 26.)
29. *Lassberg*, P. Max von, E. Erkundungsreise für dt. Siedlung in Nordostargentinien u. Paraguay. Mit e. Übersichtskt. Freiburg i. Br.: Caritas-Verlag 1920. 40 S. 8° M 2.50. aus: Raphaels-Blatt 1919. Nr 6.
30. *Litten*, Wilhelm, Persien. Von der „pénétration pacifique“ zum „Protektorat“. Urkunden u. Tatsachen z. Geschichte d. europ. „pénétration pacifique“ in Persien 1860—1919. Mit 12 Taf. Berlin & Leipzig: Vereinigg. wissensch. Verleger 1920. XI, 396 S. 8° M 40.—. (Veröff. d. dt.-pers. Gesellsch. E. V.)
31. *Nathan*, Manfred, The South African commonwealth. London: Hodder & Stoughton. 8° 30 sh.
32. Lord *Parmoor* [and others], The famine of Europe. The facts and suggested remedies. Being a report of the international economic conference called by the Fight the Famine Council and held at Caxton Hall, Westminster, London, on November 4, 5 and 6, 1919. London: Swarthmore Press. 4 sh 6 d.
33. *Petersens*, Ludvig af, Nach dem „Frieden“. Autor. Übers. aus d. Schwed. Berlin: Mittler 1919. 48 S. 8° M 1.15.
Der Verfasser, der mit an der Spitze der schwedischen Hilfstätigkeit für die notleidenden deutschen Kinder steht, rechnet mit dem Versailler Frieden der Eroberungspolitik, dem Lügenfeldzug und der Gefangenenbehandlung der Ententemächte gründlich ab. Er setzt seine Hoffnung auf einen Zusammenschluß der Germanen Skandinaviens und Mitteleuropas, das er vor dem Kriege und später kennen gelernt hat und an dessen kulturelle Wiederaufhebung er glaubt. Die Schrift läßt viele beachtenswerte Stimmen aus Schweden und Dänemark zu Worte kommen. Mht.
34. *Pohle*, Richard, Riga. Hrsg. vom Institut f. Meereskunde. Berlin: Berlin: Mittler 1920. 40 S. 8° M 2.—. (Meereskunde. (H. 152.) Jg. 13. H. 8.)
35. *Ramon*, Gabriel G., Frédéric de Dietrich, premier maire de Strasbourg sous la révolution française. Paris: Berger-Levrault [1919]. 8° fr. 12.—.
36. *Reinhard*, R., Die Welt nach dem Friedensschluß. Ein geogr.-wirtschaftspol. Überblick. Mit 19 Kt., Diagr. u. graph. Darstellungen. Breslau: Hirt 1920. 44 S. 8° M 2.80.
37. *Rosen*, Erwin, Amerikaner. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 91 S. 8° M 5.50. (Zellenbücherei. Nr 28.)
38. *Schmidt*, Richard, Das alte u. moderne Indien. Bonn: Schröder 1919. VI, 279 S. 8° M 8.—, geb. M 10.—. (Bücherei d. Kultur u. Geschichte. Bd 2.)
39. *Schuelte*, Otto, Die Geschichte der Schriftsprache im ehemaligen Amt und in d. Stadt Flensburg bis 1650. Flensburg: Westphalen 1919. 275 S. 8°.
40. *Stutzer*, Gustav, Der deutsche Ansiedler in Südbrasilien. 2. Aufl. Braunschweig: Wollermann 1920. 86 S. 8° M 3.30.
41. *Woolf*, Leonard, Empire and commerce in Africa. A study in economic imperialism. London: Labour Research Department. 8° 20 sh.
42. *Wagner*, Emile R., A travers la forêt brésilienne. Paris: Alcan. 8° fr. 6.—.
43. *Walther*, Paul, Yankees u. Deutschtum in Amerika. Berlin: Eisenschmidt 1920. 91 S. 8° M 3.—.
44. *Zimmermann*, Alfred, Wiederaufbau u. Förderung des deutschen Außenhandels. Berlin: Simion 1920. 32 S. 8° M 2.50. (Volkswirtschaftl. Zeitfragen. Vorträge u. Abh. Jg. 40. H. 5. <Nr 309>.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

45. Deutsch argentinisches *Adressbuch*. Jg. 4. 1920. Adressen von deutschen, österr. ungar. u. Schweizer Behörden, Schulen, religiösen Gemeinden... Buenos Aires: Verlag d. Zeitschrift d. Dt. Wissensch. Vereins z. Kultur- u. Landeskunde 1920.

46. *Almanach catholique française* pour 1920 publ. sous le patronage du comité catholique de propagande française à l'étranger. Paris: Bloud [1919]. 8° fr. 5.—.
 47. *D. A. V. Mitteilungen.* Organ des Deutschen Ausflugs-Vereins zu Valparaiso. Zeitschr. f. Naturfreunde u. Wanderer. Jg. 1. 1919/20. H. 2. 24 S. 8°. Valparaiso: Dt. Ausflugs-Verein.
 48. *Helmat.* Volkstümliche Beiträge zur Kultur u. Naturkunde Vorarlbergs. Hrsg.: Dr. A. Helbok. Unter Mitw. v. Dr. E. Allgäuer, Dr. O. Baldauf [u. a.]. Jg. 1. 1920. H. 1/3. 24 S. 8° Innsbruck: Selbstverlag Dr. A. Helbok. Jährl. 4 H. Kr. 6.—.
 49. *Gothaischer Kalender.* Genealogischer Hofkalender u. diplom.-statist. Jahrbuch 1920. Jg. 157. Gotha: Justus Perthes 1920. XXIV, 1067 S. 8° M 30.—.
 50. *Lateinamerika.* Mitteilungen über Brasilien. Hrsg.: Deutsch-Brasilian. Handelsverband, Dt. Wirtschaftsverband f. Süd- u. Mittelamerika. 1920. Nr 1/2. 44 S. 4° Berlin: Dt. Überseedienst.
 51. *Lateinamerika.* <C> Mitteilungen über Chile, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela. Hrsg.: Dt. Wirtschaftsverband f. Süd- u. Mittelamerika. Nr <C> 1, 1920. Berlin: Dt. Überseedienst. Verantwortl. Schriftl.: Otto L. Herrmann.
 52. *Mitteilungen des deutsch-südrussischen Verbandes E. V.* mit d. Sitz i. Dresden. Jg. [1.] 1919/20. Nr 1. 4 S. 4° Dresden: Geschäftsst. d. Verbandes. Ersch. n. Bedarf.
 53. *Palästina-Jahrbuch* des deutschen evangelischen Instituts f. Altertumswissenschaft des Hl. Landes zu Jerusalem. Im Auftr. d. Stiftungsvorstandes hrsg. v. D. Prof. Dr. Gustaf Dalman. Jg. 15 <1919>. Mit 14 Abb. Berlin: Mittler 1920. VI, 79 S. 8° geb. M 8.—.
 54. **Südmark-Kalender* auf das Jahr 1920. Ein Jahrbuch f. Stadt u. Land, geleitet v. Karl W. Gawalowski. Graz: Dt. Vereinsdruckerei u. Verlagsgesellsch. 1920. 148 S. 8° Kr. 6.—.
 55. *The World of Trade.* A monthly journal devoted to reconstruction. Hrsg.: Dr. Curt Abel-Musgrave. Jg. 1. 1919/20. Frankfurt: „The World of Trade“. Jährl. 12 H., viertelj. M 2.50.
 56. **Zeitschrift* d. Hilfsvereins für Deutschböhmen u. die Sudetenländer. Jg. 1. 1920. Folge 1. 16 S. 4° Wien: Verwaltung d. Zeitschrift. Jährl. 12 H. Kr. 12.—, für Mitgl. kostenlos.
 57. *Deutsche Zukunft.* Ausland- u. Übersee-Ausgabe d. Köln. Volkszeitung. Jg. 1920. Nr 1. 16 S. Köln: J. P. Bachem. Jährl. 52 Nrn, viertelj. M 5.—.
- III. Zeitschriftenaufsätze.**
58. *Auslandsnachrichtendienst.* in: Zeitungskunde. Jg. 2. 1920. Nr. 7. Berlin: Heidelberg.
 59. *Beer, Karl,* Zur älteren Bevölkerungsstatistik Prags u. einiger anderer Städte Böhmens. in: Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte d. Deutschen i. Böhmen. Jg. 58. 1919/20. H. 1/2. Prag: Selbstverlag d. Vereins.
 60. *Bierkens, V.,* Le Port d'Anvers. Son avenir, son importance économique pour la Suisse. in: Bulletin de la Société Neuchateloise de Géographie. Tom. 28. 1919. Neuchatel: Société Neuchateloise de Géographie.
 61. *Boehm, Max Hildebert,* Grenzdeutschtum. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 1. Leipzig: K. F. Köhler.
 62. *Brasilien als Einwanderungs- u. Kolonisationsland* <Eigener Bericht>. in: Lateinamerika 1920. 1/2. Berlin: Dt. Überseedienst.
 63. *Buetz, G.,* Posen. in: Dt. Volksrat. Jg. 2. 1920. Nr 4—6. Danzig: Dt. Volksrat u. Heimatdienst.
 64. *Eschbach, Victor,* Die Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen. in: Sozialist. Monatshefte. Jg. 26. Bd 54. 1920. H. 1. Berlin: Verlag d. Sozialist. Monatshefte.
 65. *Fehlinger, Hans,* Grenzen des neuen Österreich. in: Die Glocke. Jg. 5. Bd 2. 1920. Nr 48. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
 66. *Frey, Ernst,* Die Tschechen und das Wirtschaftsleben der Sudetendeutschen. in: Dt. Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 10. München: Callwey.
 67. *Grathwohl,* Auslandsdeutschtum u. Auslandsvertretung. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 2. Berlin: Heymann.
 68. *Hahl, A.,* Achtzehn Jahre in Deutsch-Neuguinea. Vortrag in d. allgem. Sitzung im Okt. 1919. in: Zeitschr. d. Gesellschaft f. Erdkunde z. Berlin. 1920. Nr 1/2. Berlin: Mittler.
 69. *Halbfass, W.,* Die wirtschaftliche Bedeutung der Abstammungsgebiete. in: Grenzboten. Jg. 79. 1919. Nr 2. Berlin: K. F. Köhler.
 70. *Hamburger, Ernst,* Nationale Bewegung. Auslandsdeutschtum. in: Sozialist. Monatshefte. Jg. 26. Bd 54. 1920. H. 1. Berlin: Verlag d. Sozialist. Monatshefte.
 71. *Hauff, von, Alte u. neue deutsche Beziehungen zu Spanien.* in: Volk u. Heimat. Jg. 1. 1920. Nr 4. Leipzig: Reclam.
 72. *Hedicke, Karl,* Auslandslehrer. in: Glocke. Jg. 5. Bd 2. 1920. Nr 46. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
 73. *Hirschland, K.,* Der Einfluß der Vorentscheidung d. Auslandsdeutschen auf den deutschen Außenhandel. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 2. Berlin: Heymann.
 74. *Imendoerffer, Benno,* Die wirtschaftl. Bedeutung d. ungarländ. Deutschtums. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 3. Berlin: Heymann.
 75. *Imendoerffer, Benno,* Ungarn und der Friede von Neuilly. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 6. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anstalt.
 76. *Imendoerffer, Benno,* Deutsches Volk u. Donauföderation. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 1. Berlin: K. F. Köhler.
 77. *Kaindl, Raimund F.,* Deutsches Leben in Rumänien in alter u. neuer Zeit. in: Der Deutsche. Jg. 1. 1919/20. H. 4. Berlin: Verlag d. Deutschen.
 78. *Kindt, Rudolf,* Die Deutschen in Südwestafrika. in: Dt. Politik. Jg. 5. 1920. H. 7. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanst.
 79. *La Roche, F.,* Karl Benjamin Leupolt <1805—1884>. in: Evangel. Missionsmagazin. N. F. Jg. 64. 1920. H. 2. Basel: Missionsbuchhandl.
 80. *Leutwein, Paul,* Das portugiesische Kolonialreich in Afrika. I. in: Weltwirtschaftl. Archiv, Chronik u. Archivalien. Bd 15. 1919/20. H. 3. Jena: Fischer.
 81. *Merrem, Gerhard,* Die Lage d. Deutschen in Großrumänien. in: Dt. Politik. Jg. 5. 1920. H. 7. Stuttgart u. Berlin: Dt. Verlag-anst.
 82. *Miethe, Käthe,* Die Auslandspropaganda Englands. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. H. 4. Berlin: K. F. Köhler.
 83. *Oncken, Hermann,* Die Franzosen in der Pfalz. Ein akadem. Vortrag. in: Preuß. Jahrbücher. Bd 179. 1920. H. 3. Berlin: Stilke.

84. **Quaiser**, Waldemar, Der Minderheitenschutz in der Tschechoslowakei. in: *Weltwirtschaft*. Jg. 10. 1920. Nr 2. Berlin: Heymann.
85. **Rauchhaupt**, von, Zur neuesten Einwanderungspolitik u. Gesetzgebung in Argentinien u. Chile. in: *Hanseatische Rechtszeitschrift*. Jg. 2. 1918/19. Nr 10/11. Berlin: Vereinig. wissensch. Verleger.
86. **Reicher**, Paul, Parteien u. Wahlen in Elsaß-Lothringen. in: *Grenzboten*. Jg. 79. 1920. Nr 2. Berlin: K. F. Koehler.
87. **Schiel**, Dominik †, Ein Zisterzienserabt als Sozialpolitiker. in: *Mitteilungen d. Vereins f. Gesch. d. Deutschen i. Böhmen*. Jg. 58. 1919/20. H. 1/2. Prag: Selbstverlag d. Vereins.
88. **Schleswig-Holstein-Nummer**. Sonder-Nr von „Der junge Kaufmann“. Jg. 12. 1920. Nr 2. Hamburg: Verlag d. Kaufmann. Vereins von 1858.
89. **Schmid**, Edmund, Die deutschen Kolonisten in Rußland. in: *Der Deutsche*. Jg. 1. 1919/20. H. 2/3. Berlin: Verlag d. Deutschen.
90. **Schulze**, Theodor, Neue Strömungen im englischen Partei-leben. in: *Vivos Voco*. Jg. 1. 1919/20. H. 4. Leipzig: Seemann.
91. **Tiedje**, Johannes, Die Flensburger Föhrde im Friedens-vertrag. in: *Hilfe*. Jg. 1920. H. 5. Berlin: Buch-verlag d. Hilfe.
92. **Treumund**, E., Der Wendepunkt in Ungarn. in: *Öster-reich. Rundschau*. Bd 62. 1920. H. 5. Wien: Fromme.
93. **Weil**, Otto, Die Deutschen in Brasilien. in: *Weltwirt-schaft*. Jg. 10. 1920. Nr 3. Berlin: Heymann.
94. **Z[ache]**, H[ans], Südafrika. Die Union, Deutsch-Südwest-afrika. in: *Wirtschaftsdienst*. Jg. 5. 1920. Nr 9. Ham-burg: Meissner i. Komm.
95. **Ziehen**, Julius, Das Auslandsdeutschtum in der Geschichte der Wissenschaft. in: *Weltwirtschaft*. Jg. 10. 1920. Nr 3. Berlin: Heymann.

IV. Karten.

Erdkarten.

96. Die von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie „Tele-funken“ bis 1919 errichteten *Landstationen* mit über 7,5 KW Antennenenergie u. 1000 km Reichweite. Berlin: Dietrich Reimer [1919]. 179:90 cm.

Verkehrsgeographisch wie wirtschaftlich gleich interessante Übersichtskarte, die die großen Stationen in den verschiedenen Erdteilen und den Ausbau des Systems, der in der immer gesteigerten Reichweite der Apparate zum Aus-druck kommt, zur Darstellung bringt und damit zugleich die gewaltigen Fort-schritte der deutschen Industrie auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie, namentlich während der Kriegsjahre, zeigt.

Europa — Gesamtgebiet.

97. **Karte** von Europa mit den neuen Gebietsgrenzen. Stand vom 1. 10. 1919. M. 1:7,5 Mill. Berlin: Wende & Dölle 1919. 69,5:51 cm M 2,50.

Etwas roher, infolge des kleinen Maßstabes nur für die erste Orientierung im Handgebrauch geeigneter Mehrfarbendruck mit Grenzkolorit der einzelnen neuen Staaten unter besonderer Ausscheidung der Abstimmungsgebiete, wenigstens in Deutschland, und farbiger Angabe der wichtigsten Haupt-verkehrslinien. Gegenüber zahlreichen sonstigen neueren Karten berührt die Angabe des Zeitpunktes des Abschlusses der Karte (1. X. 19) wohl-tuend korrekt. Seitdem hat sich natürlich, namentlich in Osteuropa, schon wieder vieles geändert.

98. **Haack**, Hermann und Hertzberg, Die Völker Europas-
Der Anteil der Völker an der Gesamtbevölkerung Europas.
Physikalischer Wandatlas. Abt. 7: Völker, Sprachen,
Staatskunde. M. 1:3 Mill. Gotha: Justus Perthes. [1920].
197:137 cm. [Wandkarte.] M 59 50.

Ein Vorzug der Karte besteht zunächst darin, daß die großen Züge der Geländegestaltung mit dargestellt sind, so daß die Beziehungen zwischen

Völkerverbreitung und Oberflächengestaltung verfolgt werden können. Die Wiedergabe der Völkerverteilung ist in der Weise erfolgt, daß die 3 großen Völkerfamilien jeweils durch eine Grundfarbe und die einzelnen Völker dann durch besondere Abstufungen bezeichnet sind. So treten die großen Züge übersichtlich heraus und zugleich ist auf diese Weise ermöglicht worden, doch auch die Einzelheiten weitgehend zu berücksichtigen. Ferner ist die Verteilung der religiösen Bekenntnisse dargestellt und zwar durch Ausdruck eines besonderen Liniensystems, dessen Unterschiede allerdings schon an kurze Entfernung vielfach nicht mehr erkennbar sind. Ein Mangel der Karte scheint uns das völlige Fehlen der politischen Staatengrenzen. Damit ist auf eine gerade heute besonders wichtige Seite der Ausnutzung der Karte, nämlich als politisch-geographisches Hilfsmittel, verzichtet worden. Auf Einzelheiten der Abgrenzung, Namensschreibung usw., wo z. T. noch Verbesserungen möglich wären, kann natürlich im Rahmen dieser Besprechung nicht eingegangen werden. Die Karte bietet im allgemeinen ein recht ansprechendes Bild und stellt zweifellos ein sehr brauchbares Hilfsmittel dar. Erwähnt sei noch, daß ein Diagramm den Anteil der verschiedenen Völker an der Gesamtbevölkerung Europas graphisch zur Veranschaulichung bringt.

Westeuropa.

99. Eine Reihe kleiner wirtschaftsgeographisch wichtiger Über-sichtskärtchen in Schwarzdruck bietet eine Übersicht der Entwicklung des Hafens von Antwerpen und seiner Be-ziehungen zum Rheingebiet und der Schweiz (Bull. Soc. Neuchatel. XXVIII, 19).

Deutsches Reich und Mitteleuropa.

100. **Deutschland** mit den neuen u. alten Grenzen. M. 1:2,1 Mill. 16. Aufl. Berlin: Alexius Kiessling. 62:51 cm. M 1 80. (Kiesslings Reise-Karten.)

Zum Handgebrauch weiterer Kreise. Umfaßt Deutschland mit den an-grenzenden Gebieten Mitteleuropas zwischen den Linien Brüssel—Genf und Brest-Litowsk—Gr. Wardein mit Flächenkolorit für das Gebiet des Deutschen Reiches, unter besonderer Heraushebung der Abstimmungs- und Besetzungs-gebiete. Die Karte läßt etwas die gleichmäßige Durcharbeit vermissen. In Westeuropa sind die Staatsgrenzen angegeben, in Ost- und Südosteuropa fehlen sie gänzlich oder sind (z. B. zwischen Polen und Galizien) veraltet eingetragen. Das Eisenbahnnetz verzeichnet z. T. ganz neue Projekte, andererseits sind wichtige Linien, die schon zu Anfang des Krieges gebaut sind, nicht eingetragen. Das Gradnetz ist unvollständig bezeichnet.

101. Das neue **Deutschland** mit den neuen Grenzen und dem angrenzenden Mittel-Europa. M. 1:1,5 Mill. Leipzig: Mittelbach. 86½:82 cm. (Mittelbachs Neueste Hand- u. Eisenbahnkarte.)

Umfaßt zugleich die angrenzenden Teile Mitteleuropas unter Einschl. Oberitaliens bis Brüssel—Lyon im Westen und Brest-Litowsk—Gr. Wardein im Osten. Die außerdeutschen Staaten sind durch einfaches Grenzkolorit bezeichnet, das deutsche Gebiet durch Flächenkolorit besonders hervor-gehoben. Die Besetzungs- und Abstimmungsgebiete sind, wenigstens in Deutschland, noch besonders bezeichnet, aber z. B. in Österreich nicht markiert. In der Darstellung der Grenzverläufe der neuen Staaten finden-sich mehrfach unrichtige Angaben, z. B. ist die Grenzführung von Ungarn ganz unzutreffend, dementsprechend natürlich auch von den Nachbarstaaten. Das Bahnnetz weist Lücken auf; die Schreibung des Ortsnamen ist nicht einheitlich durchgeführt. Sonst für Demonstrationen wie für den Hand-gebrauch weiterer Kreise brauchbar.

102. **Bludau**, A., Mittel-Deutschland. Zeichnung: O. Herkt. M. 1:700 000. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 81½:65 cm. M 2,80. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. von Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr 60.)

Die Karte (mit Flächenkolorit der deutschen und Grenzkolorit der außer-deutschen Gebiete) sei hier nur wegen der Darstellung der Grenzen gegen die Tschecho-Slowakei und der Wiedergabe des tschecho-slowakischen Eisen-bahnnetzes genannt.

103. **Bayern**. Blatt 2: Südliche Hälfte mit Deutsch-Tirol, Vorarlberg u. Salzburg. M. 1:300 000. Zeichnung, Photo-litogr. u. Druck d. graph. Kunstanstalt „Globus“, Dresden. Leipzig: Mittelbach [1920]. 120½:87 cm. M etwa 3.—. (Mittelbachs Neueste Spezialkarten f. Hand, Reise u. Kontor.)

Für den Gebrauch weiterer Kreise bestimmte Übersichtskarte, aber infolge der Ausführung etwas unbefriedigendes Mittelding: für eine Wandkarte ist z. B. die Geländedarstellung nicht plastisch und übersichtlich genug, für den Handgebrauch ist Einzelnes (besonders die Eisenbahnsignaturen) zu stark übertrieben. Die Karte wirkt daher als Ganzes unruhig. Es wäre sehr zu wünschen, daß die einzelnen außerdeutschen Staatsgebiete jeweils besonderes Grenzkolorit erhielten; die großen Züge würden dann wesentlich besser hervor-treten. Die Eintragung der Ländernamen bietet dafür nicht genügend Ersatz, zumal sie nicht konsequent durchgeführt ist (z. B. bei Österreich). Das Gradnetz ist unzureichend bezeichnet.

Ostdeutsche Grenzmarken.*)

104. Provinz **Ostpreußen** mit den angegliederten Teilen von Westpreußen. M. 1:300 000. Zeichnung, Photolitho-graphie u. Druck d. Graph. Kunstanstalt „Globus“ Dresden.

Leipzig: Mittelbach. 77:107 cm. M 2.25. (Mittelbachs Neueste Spezialkarten f. Hand, Reise u. Kontor.)

Die Karte bietet eine bei dem großen Maßstab ziemlich eingehende Darstellung der Provinz, unter besonderer Heraushebung des Eisenbahnnetzes, und den Versuch, zugleich auch die Geländedarstellung und die Form der Siedlungen zu charakterisieren. Die Signaturen sind allerdings zum Teil etwas zu stark übertrieben, sodaß die Karte im ganzen ähnlich wie Nr. 103 zu unruhig wirkt. Schwere Bedenken erwecken die politisch-geographischen Angaben der Karte. Es widerspricht einfach den Tatsachen, wenn sowohl in der Hauptkarte wie auf den Nebenkarten die Grenze des Abstimmungsgebietes von Marienwerder als „neue Grenze Ostpreußens“ bezeichnet wird. Über die Zugehörigkeit soll ja doch die Abstimmung erst entscheiden! Nicht genügend deutlich tritt auch das Abstimmungsgebiet von Allenstein hervor. Wünschenswert wäre die Angabe der ehemaligen Provinzgrenzen (z. B. Westpreußens) gewesen. Die Legende wäre zu erweitern, auch das Gradnetz ist unvollständig bezeichnet. Die Namensschreibung im polnischen Gebiet läßt sehr zu wünschen übrig.

105. **Opitz, C.**, Neue Verkehrskarte der Provinz Ostpreußen. M. 1:600 000. 65. Aufl. Stolp: Oskar Eulitz [1919]. 38:44 cm. M 1.50. S.-A. aus: Eisenbahn- u. Verkehrs-Atlas von Europa, begr. von Dr. W. Koch u. C. Opitz. (Eulitz Verkehrskarte. Nr. 2.)

Zur Ausführung der aus Handkarte für weitere Kreise bestimmten Karte vgl. im allgemeinen das zu Nr. 123 auf Seite 31 ds. Jhg. Gegen die politisch-geographische Darstellung sind verschiedene Einwendungen zu erheben. So hat das Gebiet um Elbing dieselbe Kolorierung wie das polnische Gebiet erhalten, was außerordentlich leicht, gerade in weiteren Kreisen, zu schweren, namentlich z. B. den Handel schädigenden Mißverständnissen führen kann. Ebenso hätte das Gebiet nördlich von Christburg schraffiert werden müssen, da es zum Abstimmungsgebiet von Marienwerder gehört.

106. **Provinz Westpreußen.** Zeichnung, Photolithographie u. Druck d. Graph. Kunstanstalt „Globus“ Dresden. Leipzig: Mittelbach. 96:74 cm. M 2.25. M. 1:300 000. (Mittelbachs Neueste Spezialkarte f. Hand, Reise u. Kontor.)

In der Ausführung entsprechend Nr. 103. Die Darstellung der politisch-geographischen Verhältnisse ist übersichtlich erfolgt; durch die Angabe der ehemaligen Grenzen ist zugleich die Beurteilung der erfolgten Veränderungen ermöglicht. Wünschenswert wäre noch gewesen, die ehemalige Reichsgrenze schärfer herauszuheben, und die Signaturen in der Legende eingehender zu erläutern. Das Gradnetz ist nicht genügend bezeichnet. Über die Schreibung der Ortsnamen vergleiche das zu Nr. 123 der vorigen Bibliographie (Heft 5 ds. Jhg.) Gesagte.

107. **Freistaat Danzig.** Neue Übersichtskarte in fünffachem Farbendruck. M. 1:100 000. Mit Entfernungszahlen in km. Nachges. u. erg. von den zuständigen Behörden. Bearb. im Geogr. Institut Paul Baron, Liegnitz. Stolp: Oskar Eulitz [1920]. 75½:56 cm. M. 3.—

Handkarte in 5-Farbendruck, mit dem Versuch, auch die Bodengestaltung mit zur Darstellung zu bringen, aber in ziemlich roher Ausführung. Die Grenze des neuen Freistaates ist mit besonderem Kolorit eingetragen, es ist aber zu bezweifeln, ob die Art der Darstellung (die Grenze setzt auf weite Strecken an den Flüssen aus) dem Verständnis weiterer Kreise, für die die Karte doch bestimmt ist, gerecht wird. Wünschenswert wäre auch die Angabe der Grenzen der anstoßenden Staaten und namentlich auch der ehemaligen Grenzen gewesen.

Vgl. auch Nr. 120.

Österreich und Ungarn.

108. **Die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie 1919.** M. 1:3,5 Mill. Hrsg. vom Militärgeogr. Institut i. Wien. Wien: Lechner i. Komm. 1919. 39½:32 cm. M 1.20.

Wichtige, sehr sorgfältig gezeichnete Karte, infolge des kleinen Maßstabes allerdings nur für den Handgebrauch. Die Grenzen der einzelnen Staaten sind nach den bisher veröffentlichten Entwürfen eingezeichnet; wünschenswert wäre hier die genaue Angabe des Zeitpunktes des Abschlusses der Karte gewesen, die heute bei den raschen Veränderungen der politisch-geographischen Verhältnisse überhaupt nirgends fehlen sollte. Die strittigen Gebiete sind besonders hervorgehoben. Unzutreffend ist jedoch die Darstellung des Gebietes um Topolowitz (vgl. dazu das auf Seite 31 ds. Jhg. unter Nr. 127 Bemerkte).

109. **Übersichtskarte der territorialen Friedensbedingungen für Deutschösterreich.** (Umschlagt.: Übersichtskarte von Deutschösterreich.) M. 1:750 000. Wien: Lechner i. Komm. [1919]. 98½:77½ cm. M. 6.—

Wertvolle, infolge des Maßstabes und der detaillierten Ausführung nur für den Handgebrauch bestimmte Karte, auf deren genauer topographischer Grundlage die verschiedenen Grenzverläufe des neuen Österreich sorgfältig

eingetragen sind, die während des letzten Jahres nacheinander festgesetzt worden sind. Es handelt sich für den Zeitraum von Januar bis Juli um nicht weniger als drei solcher Festsetzungen, zu denen im September sogar noch eine vierte Gebietsveränderung hinzugekommen ist. Es wird dadurch verständlich, daß auf unsern reichsdeutschen Karten die Darstellung der Grenzen Österreichs häufig so widersprechend erfolgt ist. In Zukunft wird man die vorliegende Karte als Grundlage zu wählen haben.

110. **G. Freytags Karte der Republik Österreich nach den Friedensbedingungen von St. Germain.** (Umschlagt.: G. Freytags Karte von Deutschösterreich.) M. 1:1,5 Mill. Wien: Kartogr. Anstalt G. Freytag & Berndt [1919]. 49:37 cm. M 2.65.

Inhaltlich ähnliche Karte wie die vorige, nur in viel kleinerem Maßstabe und daher nur als Übersichtskarte für den Handgebrauch geeignet. In der Legende sind die wichtigsten statistischen Angaben für Flächeninhalt und Einwohnerzahl verzeichnet; die Erklärung der Schraffensignatur, die z. T. über Deutsch-Westungarn hinausgreift, fehlt.

111. **Bludau, A.**, Republik Österreich. Zeichnung von O. Herkt. M. 1:1120 000. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 69:63 cm. M 2.80. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr. 26.)

Handkarte für den Gebrauch weiterer Kreise. Das österreichische Gebiet ist durch Flächenkolorit besonders hervorgehoben, die übrigen Staaten nur durch einfaches Grenzkolorit bezeichnet. Das Verkehrsnetz ist besonders übersichtlich markiert, die Karte enthält auch sonst viele brauchbare wirtschaftliche Einzelangaben. Andererseits sind manche Ausstellungen zu erheben. Man vermißt die Ausscheidung des Abstimmungsgebietes um Klagenfurt; zweckmäßig wäre auch die Heraushebung von Deutsch-Westungarn als „strittiges Gebiet“ gewesen. Der Grenzverlauf ist auch in bestimmten Einzelheiten nicht richtig wiedergegeben, z. B. an der Mur bei Radkersburg. Auch sonst sind einzelne Angaben unzutreffend. Das Teschener Gebiet z. B. gehört nicht zu Polen, sondern ist umstritten, ebenso Fiume, das als sogenannter Schutzstaat des Völkerbundes hätte ausgeschieden werden müssen.

112. **Das Abstimmungsgebiet in Kärnten.** <Art. 55 u. 56 d. Friedensbedingungen vom Juli, Art. 49 u. 50 d. Friedensbedingungen vom 2. Sept.> M. 1:200 000. Wien: Militärgeogr. Institut [1919], Lechner i. Komm. 40½:37 cm. M 5.75.

Wertvolle, ebenfalls für den Handgebrauch bestimmte Ergänzung zu Nr. 109, da sie das Abstimmungsgebiet um Klagenfurt auf genauer topographischer Grundlage, die die Lage jeder einzelnen Siedlung zu beurteilen gestattet, zur Darstellung bringt. Als sehr zweckentsprechend ist auch die Eintragung der ehemaligen Landesgrenzen hervorzuheben.

113. **Bludau, A.**, Ungarn. Zeichnung von O. Herkt. M. 1:1 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 79½:62½ cm. M 2.80. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr. 61.)

Die Ausführung entspricht im allgemeinen der von Nr. 111. Die politisch-geographische Darstellung der Grenzen ist aber nach dem vorliegenden österreichischen Kartenmaterial vielfach unzutreffend. Wir verweisen besonders auf die oben genannte Karte Nr. 108. Deutsch-Westungarn hätte als strittiges Gebiet noch besonders hervorgehoben werden können.

114. **Generalkarte von Deutsch-Westungarn.** M. 1:200 000. Wien: Militärgeogr. Institut [1919], Lechner i. Komm. 73:112 cm. M 10.—

Wertvolle Übersichtskarte; die genaue topographische Unterlage gestattet die Verfolgung der Grenzen des strittigen Gebietes bis in die Einzelheiten. Im übrigen ist die Karte wegen ihrer Ausführung nur für den Handgebrauch geeignet.

Vgl. auch Nr. 103.

Tschecho-Slowakei.

115. **Übersichtskarte der tschechoslowakischen Republik.** M. 1:750 000. Hrsg. vom Militärgeogr. Institut in Wien. Wien: Lechner i. Komm. [1919]. 112½:61½ cm. M 6.—

Die ausschließlich für Handgebrauch bestimmte Karte verzeichnet auf guter topographischer Grundlage die „vermutlichen“ Grenzen der Tschecho-Slowakei unter Hervorhebung der strittigen Randgebiete. Unrichtig ist die Wiedergabe des Topolowitzer Gebietes (vgl. oben unter Nr. 108); es fehlt ferner die Angabe der strittigen Gebiete zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen am Rande der Karpathen. Wünschenswert wäre die Eintragung der Grenzen der Nachbarstaaten gewesen, ebenso die Angabe des Datums des Abschlusses der Karte. Die ehemaligen Grenzen sind aus der Karte zwar nicht entfernt, treten aber viel zu wenig hervor, so daß ihre Beibehaltung so kaum Zweck hat.

116. **Bludau, A.**, Tschecho-Slowakei. Zeichnung von O. Herkt. M. 1:1 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 79:50½ cm. M 2.80. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr. 62.)

In der allgemeinen Ausführung Nr. 111 entsprechend. Das Gebiet der Tschecho-Slowakei ist durch Flächenkolorit herausgehoben, die übrigen Staaten nur durch Grenzkolorit bezeichnet. In der Darstellung klaffen wiederum große Widersprüche mit der Wiedergabe aus den österreichi-

*) Die Firma J. Perthes-Gotha macht in einer Zuschrift darauf aufmerksam, daß die unter Nr. 122 der vorigen Bibliographie (Heft 5 ds. Jhg.) genannte Karte von Spett nicht in ihrem Verlag, sondern im Kommissionsverlag von M. Perles-Wien erschienen und bei ihr nur gedruckt ist. Dies ist zwar nirgends aus der Karte selbst ersichtlich, wir geben der Mitteilung trotzdem Raum, bemerken aber, daß es bei einem führenden deutschen Kartenverlag doch wohl nahegelegen hätte, den Inhalt der Karte einer Prüfung zu unterziehen und den Druckauftrag zurückzuweisen, wenn die deutschen Interessen, wie es bei der genannten Karte geschieht, in so hohem Grade geschädigt werden.

wählten Aufsätze von Ullmann und Bergsträsser, behandelt die Gründung des Allgemeinen Deutschen Schulvereins, des späteren Vereins für das Deutschtum im Ausland, und des Reichswanderungsamts und fordert insbesondere auch eine staatliche Unterstützung dieser Organisationen, vor allem auch des Deutschen Ausland-Instituts, wobei sich das Reichsamt aber von politischer Betätigung fernhalten müsse. Das Amt solle bei Vorbereitung von Gesetzen usf. unmittelbar, sonst aber durch Unterstützung der Vereine und ihrer Arbeit mittelbar wirken. Von der Begründung soll nicht viel Aufhebens gemacht werden, am besten werde das Reichswanderungsamt so ausgebaut, daß es eines Tages eben die Aufgabe des Reichsamts einfach übernehmen könne.

Über „Auslanddeutsche und Notopfer“ schreibt das Vorstandsmitglied des Bundes der Auslanddeutschen Kurt Spieker in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. Februar. Vom Reichsnotopfer befreit sind nach seinen Ausführungen dem Gesetz zufolge gerade diejenigen Auslanddeutschen, die durch den Krieg am wenigsten gelitten haben, die sogar von der Prosperität der neutralen Länder ihren Anteil, wenn auch zum Nutzen Deutschlands, mitbekommen haben. Es wäre allerdings auch unklug, jetzt ihre Konkurrenzfähigkeit den neutralen und alliierten Firmen gegenüber durch eine Reichsabgabe zu schwächen. Die Gruppe der Kapitalienverschieber müsse zwar theoretisch das Notopfer bezahlen, aber die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor. Die Gruppe der nach Deutschland geflüchteten oder vertriebenen Auslanddeutschen aber sei notopfersteuerpflichtig, wenn sie nicht ein Jahr nach Friedensschluß wieder des Erwerbs wegen ins Ausland gehe. Das mache die ganze beabsichtigte Schonung zunichte. Im Laufe eines Jahres wird, so sagt Spieker, nur ein ganz kleiner Teil zurückkehren können. Hat doch England für drei Jahre sein gesamtes Imperium den Deutschen verschlossen. Hätte das Gesetz ausgesprochen: „innerhalb eines Jahres nach Freigabe der Einreise in das betreffende Land“, so wäre damit das Richtige getroffen worden. Auch der Passus „des Erwerbs wegen“ sei störend. Er berücksichtige diejenigen nicht, die als Gelehrte und Künstler oder auch als Kranke das Ausland aufsuchten. Das Reich verschleße aber gerade dadurch, daß es von der Entschädigung einen Teil als Notopfergabe sofort zurückbehalte, den meisten Auslanddeutschen die Rückkehr in das Ausland, da die Valutaentwertung sie ihnen unmöglich macht. Besonders hart und ungerecht seien auch die Bestimmungen über den Hausrat. Niemand brauche seinen Hausrat zu versteuern, selbst der Schieber nicht, der ihn nur auf Spekulation gekauft habe. Nur der Auslanddeutsche werde damit belästigt. Nicht der Wert seines Hausrates sei frei, sondern nur der Erlös der von den Feinden vorgenommenen Versteigerung und auch der nur bis zur Höhe von 50 000 Mark. Davon könne man bei den heutigen Preisen kaum eine Wohnung von drei Zimmern kaufen. Nur die klare Bestimmung, daß an Stelle des verlorenen Hausrates sein Wert von der Steuer frei bleibe, wäre gerecht gewesen. Das Reich schädige sich schließlich selbst, wenn es durch die Aufrechterhaltung der Steuerpflicht der Auslandsbeamten diesen die Möglichkeit nehme, wieder ins teure Ausland zurückzukehren. Es bleibe abzuwarten, ob die Ausführungsbestimmungen an diesen für die Auslanddeutschen recht verfehlten gesetzlichen Bestimmungen noch etwas ändern könnten.

In der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht der frühere Leiter des Ausschusses der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen, Karl Lenz-Riga, einen Notschrei: „Wann end-

lich erhalten die Auslanddeutschen die Vorentscheidung?“ Mit bitteren Worten geißelt er die schönen Phrasen, die alle Minister von Bethmann-Hollweg bis Erzberger und Ebert für die Auslanddeutschen gefunden hätten. Erzberger habe schließlich etwas versprochen, nachdem er noch kurz zuvor eine Abordnung von Hamburger Exporteuren mit den Auslanddeutschen verwechselt habe und nachdem ihm ein engerer Landsmann von ihm einen etwas deutlichen Brief habe schreiben müssen, in dem etwas vom „bestgehaßten Manne Deutschlands“ gestanden habe. Erst dieser Brief habe gewirkt, nachdem Erzberger zuvor die 10 Auslanddeutschen, die in Weimar erschienen, gar nicht empfangen habe. Aber trotz aller Danktelegramme sei die praktische Hilfe noch nicht gekommen. Maßlose Verbitterung unter den Auslanddeutschen sei die Folge. Eine Auszahlung der Entschädigung im August hätte manchem Auslanddeutschen noch die Wiedereröffnung einer Existenzmöglichkeit bieten können, die Geldentwertung heute mache die Vorentscheidung völlig wertlos. Nun habe der „Bund“ die Arbeit übertragen bekommen und der Aufbau des Selbstverwaltungsapparates, der viele Millionen Mark gekostet habe und noch kosten werde, sei fertig. Jetzt aber kämen ganz eigenartige Nachrichten. Die von den Feinden beschlagnahmten Bankguthaben sollten nicht berücksichtigt werden, die von den Bolschewisten den Reichsdeutschen zugefügten Schäden seien keine Kriegsschäden und sollten nicht berücksichtigt werden, auch Internierungs- und Fluchtkosten sollten nicht ersetzt werden. Dagegen sollte, und zwar auf Anregung der Abteilung Rußland des Bundes der Auslanddeutschen, die vom Auswärtigen Amt an einige hundert bedürftige Zivilgefangene geleistete einmalige Beihilfe zu den Rückreisekosten, die in Beträgen von 500 bis 1000 Mark zur Auszahlung gelangten, von der Entschädigung in Abzug gebracht werden. Das Auswärtige Amt habe aber ursprünglich gar nicht mit einer Rückzahlung dieser „Beihilfen“ gerechnet. Wenn ein Teil der russischen Bankguthaben nicht nach Deutschland zurückgeführt sei, so trage die Okkupationsverwaltung Schuld daran, die die Banken im Baltenlande ihre Schuldscheine an die Reichsdeutschen nicht habe auszahlen lassen. Viele Deutsche in Rußland hätten den deutschen Hilfskomitees dort große Rubelbeträge zur Verfügung gestellt, als der Rubel noch 2,16 Mark wert war. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland habe man sie mit Zarenrubeln (bestenfalls) zum Werte von 65–85 Pfg., oder gar mit Dumarubeln im Werte von 35 Pfg. abgespeist, und diejenigen, die in der Internierung nichts von den Komitees bezogen, sondern ihr eigenes Geld verlegt hätten, die sollten nun unentschädigt bleiben? Die Leitung des Bundes der Auslanddeutschen müsse öffentlich Stellung zu diesen Fragen nehmen und müsse die Gerüchte widerlegen, falls es nur solche seien. Die Gesichtspunkte, nach denen die Auszahlung der Gelder erfolge, müßten öffentlich bekannt gegeben werden. —

In der Zeitschrift „Natur und Kultur“ bespricht Dr. H. W. Frickhinger die Tätigkeit deutscher Forscher auf dem Gebiete des Vogellebens während des Krieges. In Nordostfrankreich und den belgischen anschließenden Gebieten, wie im Bereich der Rokitosümpfe ist Anerkennenswertes geleistet worden. Bedeutende Sammlungen und Bereicherungen unserer Staatssammlungen sind hier zusammengebracht worden. Grundlegende Beachtungen wurden über die Anpassung der Vogelwelt an den Charakter der durch den Krieg veränderten Landschaft gemacht, über das Verhalten der Vögel im Kampfeslärm wurden Beobachtungen angestellt und eine Sammlung aus Mazedonien ist zusammengestellt worden, die gegenwärtig der Bearbeitung unterliegt.

VON UNSERER ARBEIT

Sammlung photographischer Aufnahmen zur Kenntnis des Auslandsdeutschums und zur Auslandskunde.

Das Deutsche Ausland-Institut legt, um die sachgemäße Beratung und Unterstützung der Auswanderer durchführen zu können, größten Wert darauf, von den verschiedenen Ländern, die heute als Auswanderungsgebiete in Frage kommen, oder vor dem Kriege als Siedlungsgebiete für deutsche Auswanderer, oder überhaupt als Tätigkeitsgebiete für Deutsche gedient haben, gutes photographisches oder sonstiges Bildmaterial zu bekommen, das über die Natur der betreffenden Länder, ihre Bevölkerung oder Wirtschaft irgendwie Bemerkenswertes enthält.

Das Deutsche Ausland-Institut hat zu diesem Zweck eine eigene Lichtbilder-Abteilung eingerichtet, die die Aufgabe hat, alles Bilder- und Lichtbildmaterial zur Kenntnis des Deutschums im Auslande und zur allgemeinen Auslandskunde, namentlich soweit es mit der Frage des Deutschums im Zusammenhang steht, zu sammeln und zu bearbeiten. Die Abteilung verfügt bereits über rund 5000 Bilder und rund 3000 Lichtbilder. Die Sammlungen sind gerade in der letzten Zeit durch zahlreiche Spenden von Auslandsdeutschen erheblich vermehrt worden. Es ist aber anzunehmen, daß sich noch wertvolles Photographien-Material in den Händen der jetzt zurückgekehrten Auslandsdeutschen, sowie auch der Familien befindet, deren Angehörige in früheren Zeiten im Ausland gewesen sind.

Wir richten im Interesse der Sache an alle Auslandsdeutschen und Freunde unseres Instituts die dringende Bitte, die Arbeiten der Lichtbilder-Abteilung zu unterstützen und das in ihrem Besitze befindliche Material an Bildern und Lichtbildern mit möglichst genauer Angabe des Aufnehmenden und des Aufgenommenen (auch Zeit der Aufnahme) dem Institut zur Verfügung zu stellen und einzusenden. Besondere Prospekte hierfür wolle man von der Lichtbilder-Abteilung des Instituts erbitten.

Etwas entstehende Unkosten werden auf Wunsch ersetzt. Ebenso wird das Urheberrecht streng gewahrt; bei evtl. Veröffentlichungen der Aufnahmen in den Schriften oder sonstigen Veröffentlichungen des Instituts wird der Name des Aufnehmenden jedesmal genannt werden.

Vorträge.

Es sprachen seit der letzten Mitteilung in der Reihe der Institutsvorträge in Stuttgart:

- am 5. Januar: Herr Ministerialdirektor Ulrich Rauscher, Chef der Vereinigten Presse-Abteilungen im Auswärtigen Amt, Berlin: „Auslandsdeutschum und auswärtige Politik“,
- am 9. Januar: Herr Legationsrat Baron von Ow-Wachendorf, bisher Geschäftsträger des Deutschen Reiches in Chile: „Deutsche Arbeit in Chile und Uruguay“,
- am 4. Februar: Herr Oberstleutnant a. D. A. Heinicke, Waldheim i. Sa.: „Die Entwicklung Persiens in neuerer Zeit“,
- am 18. Februar: Herr Universitätsprofessor Dr. Weber, Jena: „Auf deutschen Spuren in Wilna“,
- am 3. März: Herr Professor Dr. Reiff, Stuttgart: „Calderon und die deutsche Bühne“.

Der letztere Vortrag wurde vom Institut gemeinsam mit der Deutsch-Spanischen Vereinigung Württemberg veranstaltet und wurde durch musikalische Darbietungen des Chors der Nikolaus-Kirche in Stuttgart unter seinem Chordirektor, Herrn Sauter, unterstützt.

Generalsekretär Dr. Wertheimer sprach am 25. Februar in Coblenz über: „Auswanderung und Auslandsdeutschum“ in einer Veranstaltung, die von der Ortsgruppe des Auslandsbundes deutscher Frauen, des Vereins für das Deutschum

im Ausland und der Deutschen Kolonial-Gesellschaft einberufen war, ferner am 27. Februar in einer Veranstaltung des Vortragverbandes Gießen in der Universitäts-Aula über: „Das Deutschum im Osten“.

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es mag vorkommen, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Bezieher, die den besonderen Wunsch äußern, das „Auslandsdeutschen“ wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln, aber in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Notiz!

Dieser Nummer liegen Titelblatt und Register zu den Jahrgängen I—II, 1918—1919, bei.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. Für den Anzeigenteil: J. Bernhardt in Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. März 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oreiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Institut mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg.-III – Nr. 8

STUTTGART

Zweites April-Heft 1920

Für die notleidenden Auslandsdeutschen!

Wir sind ein armes Volk geworden. Unser Wohlstand, unser Reichtum, unsere Weltstellung sind vernichtet. Aber das Letzte, unsere Ehre, wäre verloren, wenn wir selbst in der tiefsten Armut und Verlassenheit nicht unserer Brüder und Schwestern, gedenken wollten, denen das Schicksal das Schwerste beschieden hat, der Auslandsdeutschen, denen der Krieg alles genommen hat. Es ist über die kulturelle wie wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums für den Wiederaufbau der Heimat und für Deutschlands künftige Stellung unter den Weltvölkern und im Völkerbunde so viel gesprochen und geschrieben worden, daß es an dieser Stelle einer weiteren Aufklärung nicht mehr bedarf. — Nur ein letzter Mahnruf soll hier erschallen.

Die „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ (Rückwandererhilfe) will Mittel zusammenbekommen, um der dringendsten Not zu steuern. Jetzt gilt es, Beweise zu erbringen, daß wir der letzten Anstrengung, des letzten Geldopfers fähig sind. Jetzt gilt es zu beweisen, daß wir die Kraft in uns spüren, trotz aller Widerwärtigkeiten den Wiederaufbau einzuleiten, indem wir die Männer und Frauen stützen und stärken, die die wichtigsten Träger des Wiederaufbaues, die Pioniere im Ausland, wieder sein wollen und werden. Jahre, Jahrzehnte lang sind sie der Heimat entfremdet gewesen. Wir selbst haben dazu beigetragen, indem wir uns nicht genügend um sie kümmerten, indem wir sie durch eines der schlechtesten Staatsangehörigkeitsgesetze, das die Rechtsgeschichte kennt, uns entgleiten ließen. Krieg und Elend haben uns nun wieder aneinandergekettet. Nun stehen die Auslandsdeutschen, die in fremder Kultur und Wirtschaft Wurzel gefaßt haben, zum Teil vor einem Deutschland, das anders aussieht, als es in ihren Erinnerungen lebte, vor einem Deutschland, das zerrissen und blutend aus tausend Wunden am Boden liegt. Daß die Auslandsdeutschen vieles nicht begreifen und verstehen, was sie nicht mitwerden und -wachsen sahen, ist selbstverständlich. Unsere Aufgabe ist es, sie aufzuklären, damit sie draußen vom neuen Deutschland nicht nur mehr oder weniger schöne Äußerlichkeiten, sondern die tieferen Gründe der Umwälzungen und Veränderungen berichten können. Unsere Aufgabe ist es, von ihnen zu lernen, damit wir uns selbst von der falschen Einschätzung fremder Länder und Sitten, fremden Denkens und Fühlens frei machen.

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, zu helfen, damit selbst im armen Deutschland eine Summe zusammenkommt, die den Auslandsdeutschen beweist, wie wir sie schätzen. Zwar wird sie das Reich entschädigen, aber wir wissen, wie schwach seine Kräfte sind, wie mancher Schaden hier nicht juristisch erfaßt werden kann, sondern nur mit menschlichem Fühlen und Verstehen zu decken ist. Mit dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, dem Roten Kreuz und dem Verein für das Deutschtum im Auslande hat auch das Deutsche Ausland-Institut es übernommen, die Mittel, die der Volksspende (Rückwandererhilfe) zufließen, zur sachgemäßen richtigen Verteilung zu bringen und darüber später der Öffentlichkeit Rechnung zu legen. Kein Pfennig der einkommenen Gelder wird dabei zu irgendwelchen anderen Zwecken der vier Vereinigungen verwendet werden, sie werden restlos dem Hilfswerk zugewendet werden, für das die Spender ihre Gaben bestimmt haben. Wir wenden uns deshalb auch an unsere Leser und Freunde wiederholt mit der Bitte:

„Helft rasch und helft so gut und so reichlich, als es in euren Kräften steht!“

Die Deutschen als Bindestrich-Amerikaner.

Von EMIL DROONBERG. (Kanada) Dresden.

Es war Woodrow Wilson, „der beste Präsident, den England jemals in Amerika hatte“, wie Mike O'Leary sagte, welcher das Wort Bindestrich-Amerikaner prägte. Er kam früh damit heraus, denn es richtete sich gegen die Deutschen und gab der Hetze gegen die Deutschen, welche seitens der in englischen Diensten stehenden amerikanischen Presse von Kriegsbeginn an geübt wurde, die offizielle Sanktion. Ob Wilson in direktem Einverständnis mit der Presse handelte, als er dieses Wort dem amerikanischen Gebrauche gemäß als „Slogan“ in den Kampf der planmäßig von dieser Presse entfesselten und geschürten politischen Leidenschaften warf — eine Vermutung, die bei seinem späteren Verhalten Deutschland gegenüber volle Berechtigung hätte — oder ob diese lediglich ein in nur ideellem Einverständnis mit ihrer Wühlarbeit gemünztes Wort aufgriff und mit der ganzen dämonischen Macht englischer Preßpropaganda verwertete, mag unerörtert bleiben. Die Tatsache, daß er ihr dieses Wort und damit viele Deutsche der allgemeinen Ächtung auslieferte, genügt vollständig.

Über diese durchaus nicht immer meisterhafte, sondern im Gegenteil recht oft geradezu stümperhafte und kindische Preßpropaganda, die aber durch ihre Masse und gigantische Kostspieligkeit jede andere Meinung erdrückte, ließe sich selbst ein sehr interessantes kriegswissenschaftliches Werk schreiben. Kriegswissenschaftlich, weil England die Presse als eine Waffengattung des Krieges betrachtet, genau wie seine Infanterie, Artillerie, Kavallerie usw., nur daß es die Waffe des Wortes, und mit vollem Recht, allen übrigen voranstellt. Deutschland hat das niemals getan. Von dem Lande des Assessorismus war ein Verständnis für den freien Journalistenberuf auch wohl kaum zu erwarten.

Es ist ja nun wohl richtig, daß wir es England, schon um seiner Sprachvorteile willen, auf dem Gebiete der Preßpropaganda niemals gleichtun können, selbst wenn wir die gleichen Riesenkapitalien und dasselbe Maß von politischem Willen verbunden mit halb bewußter, halb unbewußter Heuchelei dafür aufbringen, uns unsere dumme deutsche Ehrlichkeit bis zu einem Grade — aber ja nicht weiter! — abgewöhnen könnten und endlich aufhören, unsern Feinden in einer Weise Gerichtigkeit widerfahren zu lassen, die gegen uns selbst zum Unrecht wird. Der Engländer tut das niemals; für den gibt's nur einen Standpunkt: den eigenen. Ich tadle ihn nicht deswegen. Ich möchte nur wünschen, daß die deutsche Presse das gleiche täte. Denn da es ein absolutes Recht nun einmal nicht gibt, und jede Sache ihr Gesicht verändert, je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet, so ist der eigene Standpunkt der einzig logische, den man einnehmen kann.

Präsident Wilson hatte natürlich nur im allgemeinen gesprochen, als er die Bindestrich-Amerikaner (Hyphenated Americans) erwähnte, und die Deutschen nicht ausdrücklich nannte. Das verstand sich von selbst. Daß diese, und nur diese, aber damit gemeint waren, erwies der Umstand, daß dieses Wort nur auf sie Anwendung fand. Niemals hörte man von Englisch-, Irisch-, Russisch- usw. Amerikanern sprechen, sondern immer nur von Deutsch-Amerikanern. In gleicher Weise war auch alles patriotisch, was zugunsten der Alliierten in der Presse und öffentlich gesagt wurde. Wehe aber demjenigen, der etwas zugunsten Deutschlands sich zu sagen getraute. Nicht daß das amerikanische Volk von Anfang an so deutschfeindlich gesinnt gewesen wäre. Aber wozu unterhält man denn

schließlich eine Presse in einem fremden Lande, wenn nicht, um die öffentliche Meinung zu gestalten? Oeglaubt werden auch die dümmsten Lügen, wenn sie nur massenhaft und anhaltend genug wiederholt werden.

Dementsprechend war natürlich auch die Waffen- und Munitionslieferung an die Alliierten keine Verletzung der Neutralität; als aber der Träger eines deutschen Namens, der gehört hatte, daß eine Krankenpflegerin in Deutschland aus Mangel an Gummihandschuhen an Blutvergiftung gestorben war, ein paar Lagen Gummi nach Deutschland zu schmuggeln versuchte, wurde er wegen Verletzung der amerikanischen Neutralität zur Verantwortung gezogen; die Presse verdrehte heuchlerisch die Augen und schrieb lange Artikel über die deutsche Verderbtheit, dieselbe Presse wohlgemerkt, die hauptsächlich in den Kreisen derjenigen zirkuliert, die jahrein und jahraus die amerikanischen Zollbehörden durch das Schmuggeln von Seidenstoffen, Pelzen und Juwelen aus Europa betrügen, obschon sie recht wohl in der Lage wären, die hundertfachen Zollsätze zu bezahlen. Es macht natürlich — das soll hier nicht verschwiegen werden — einen großen Unterschied, ob jemand Seidenstoffe, Pelze oder Juwelen nach Amerika schmuggelt, oder Gummi zur Verhütung von Blutvergiftung nach Deutschland. Der erstere beschwindelt eben nur die amerikanische Regierung, der andere aber handelt den Befehlen der englischen Regierung zuwider.

Die Deutschen sind eben von Natur aus schlecht und haben kein Verständnis für solche feinen Unterschiede. Es ist aber merkwürdig, wie sich die Geschichte wiederholt. War doch da im Jahre 1733 auch so ein Bindestrich-Amerikaner, Peter Zenger, ein Deutscher und der erste Apostel und Märtyrer einer freien amerikanischen Presse. Er gründete die erste Zeitung in Amerika und unternahm es, darin die Wahrheit zu sagen. Aber schon damals ließen die Engländer nur das als Wahrheit gelten, was sie selbst sagten. Sie warfen Zenger daher ins Gefängnis und ließen seine Zeitung durch den Henker öffentlich verbrennen. Zenger war aber ein Deutscher und verstand sich daher auf das „Durchhalten“. Eine kleine Unbequemlichkeit wie Gefängnishaft konnte ihn nicht abhalten, seine Zeitung von seiner Zelle aus weiter zu redigieren und seine Instruktionen an den Drucker durch eine Spalte in der Tür nach außen zu befördern. Nach jahrelangen Verfolgungen erkämpfte er für Amerika das Prinzip der freien Presse — bis diese dann schließlich wieder durch britisches Gold geknebelt wurde.

Ist es Präsident Wilson bekannt, daß es ein Deutscher, also ein Bindestrich-Amerikaner, war, der die Preßfreiheit für Amerika erkämpfte? Und ist es ihm jemals zum Bewußtsein gekommen, daß diese Bindestrich-Amerikaner deutscher Herkunft in jedem Kampfe für Freiheit und Recht und gegen Unterdrückung treu und aufopfernd und selbstlos neben ihren amerikanischen Volksgenossen — und oft genug ihnen voran — gekämpft haben? Denn der Bindestrich war eben ein Bindestrich für sie, kein Trennungsstrich.

Der erste Protest gegen die Sklaverei, der in Amerika laut wurde, kam von Germantown im Jahre 1688 und die darin gebrauchten Argumente waren so klar und überzeugend, daß sie nicht widerlegt werden konnten. Die Puritaner brauchten nahezu hundertfünfzig Jahre, um sich zu dieser Höhe deutscher Ehrlichkeit und deutschen Rechtsgefühls emporzuschwingen. Whittier hat diese Tat der deutschen Pilgerväter unter Fran-

Daniel Pastorius besungen. Ob Wilson das Gedicht jemals gelesen hat?

Die Geschichte wiederholt sich. Der erste Rebell gegen britische Tyrannei in Amerika war ein Bindestrichler, Jakob Leisler. Freilich, damals war Wilson nicht Präsident.

Die erste Bibel in Amerika wurde von dem Bindestrichler Christoph Sauer im Jahre 1743 gedruckt, vierzig Jahre, ehe irgend eine andere Bibel in Amerika gedruckt wurde.

Und volle zweihundert Jahre früher hatte ein Deutscher, Johann Cromberger, die erste Druckerei in der neuen Welt und zwar in der Stadt Mexiko gegründet.

Das erste Unterrichtsbuch in Amerika war von einem Deutschen, Christian Dock, im Jahre 1754 geschrieben und die erste Enzyklopädie ebenfalls von einem Deutschen, Franz Lieber, im Jahre 1828 zusammengestellt.

Das sind nur einige Angaben über das, was die Bindestrich-Amerikaner auf dem Gebiete der geistigen Tätigkeit geleistet haben. Und sie könnten um das Tausendfache vermehrt werden. Aber auch in der Industrie und im Handel, also in den Dingen, die Amerika vornehmlich groß gemacht haben, sind sie für ihre Mitbürger in dem neuen Lande Bahnbrecher gewesen.

Wilhelm Rittershaus gründete im Jahre 1690 die erste Papiermühle in Amerika, Thomas Rüter 1716 die erste Eisen gießerei in Pennsylvania. Ein anderer Bindestrich-Amerikaner, Kaspar Wüster, errichtete 1738 die erste Glasfabrik und es war ein ebensolcher, Thomas Leiper, der 1806 die erste Eisenbahn in Amerika baute. Ein Deutscher war es auch, der das erste Dampfboot in Amerika baute, und ein anderer Deutscher, der es auf seiner ersten Reise den Mississippi hinunter nach New Orleans führte.

Und wie viele der amerikanischen Riesenunternehmungen verdanken deutscher Tatkraft ihren Ursprung? Nur ein paar mögen hier genannt sein. Die große United States Steel Corporation entstand aus dem bescheidenen Hüttenwerk Anton Kloss, das dieser im Jahre 1850 gegründet hatte. Und die Familie des Mannes, der als der „Vater der Warenhäuser“ angesehen wird, John Wanamaker, war ursprünglich als Wannenmacher bekannt. Der Gründer der Standard Oil Co. hieß in der Zeit seiner industriellen und finanziellen Sturm- und Drangperiode auf gut deutsch Roggenfelder. Und wer kennt nicht die „57 varieties“, welche der Bindestrich-Amerikaner Heinz täglich dem größten Teile der Welt auf den Tisch setzt?

Weiß aber auch jemand, daß die beiden größten Fernrohre und die beiden wichtigsten Sternwarten der Vereinigten Staaten Geschenke von Lick und Yerkes sind, zwei Bindestrich-Amerikanern deutscher Abkunft? Und daß das erste Klavier von Johann Behrent gebaut wurde, und daß heute niemand in Amerika ein Klavier spielen kann, ohne dem Bindestrich dafür verpflichtet zu sein? Das sind nur einige Namen, nur einzelne private Unternehmungen. Die deutsche Industrie ganzer Städte, wie z. B. die Brauereien in Milwaukee und St. Louis, sind zu wohl bekannt, um hier mehr als einer Erwähnung zu bedürfen. Wenn die Prohibitionsfanatiker inzwischen diese Industrie totgeschlagen haben, so beweist das nur die Furcht des Landes vor den Arbeitermassen, die man mit Selterswasser und Limonade besser kontrollieren zu können glaubt — nachdem man sich an den Dividenden der Brauereien genügend bereichert hat.

Ein Gebiet gibt's aber in Amerika, auf welchem die Deutschen — bedauerlicherweise muß man wohl sagen — stets nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben: das der Politik. Politik, wie der Amerikaner sie versteht, ist die Kunst, etwas — je mehr

je besser — zu verlangen und alle andern glauben zu machen, daß man es sich nur widerstrebend von ihnen aufdrängen läßt. Neuerdings haben wir auch in Deutschland Fortschritte in dieser Kunst gemacht, in Amerika haben wir aber viel darin versäumt. Es lag eben bisher im Charakter des Deutschen, daß ihm das Brot, das er sich verdiente, besser schmeckte, als das durch politische Graft erlangte, auch wenn es viel besser geschmiert war. Graft, nebenbei gesagt, ist ein Wort, das eigens erfunden werden mußte, weil die eigentlichen und richtigen Bezeichnungen Betrug und Schwindel doch zu häßlich klangen. Und wo so Viele davon betroffen werden, muß man deren Gefühle doch ein wenig berücksichtigen. Man wird mir das, was ich von der politischen Ehrlichkeit der Deutschen hier gesagt habe kaum bestreiten können, wenn ich hier erwähne, daß der einzige Mann, der den Mut hatte, die Unterzeichnung der schamlosen Verfassung, welche der Kongreß dem besiegten Süden aufzwingen, zu verweigern, Christian Roselius war, ein Bindestrich-Amerikaner in Louisiana. Die Schamlosigkeit in der damaligen Behandlung des Südens ist in der Geschichte nur noch durch die Schamlosigkeit des Versailler Vertrages übertroffen worden.

Der erste Schatzmeister der Vereinigten Staaten war ein Bindestrich-Amerikaner, Hillegas. Vierzehn Jahre lang hat er dem Finanzamt vorgestanden und manche harte Nuß zu knacken gehabt. Die Rote-Kreuz-Organisation mag die Zehndollarnoten nachzählen, die ihr von Deutschen mit dem Bildnis dieses anderen Deutschen während dieses Krieges überreicht worden sind.

Der erste Sprecher des amerikanischen Kongresses war ebenfalls ein solcher Bindestrich-Amerikaner, Mühlenberg. Und hat jemand den Namen Carl Schurz vergessen, dieses tapferen Kämpfers von 1848 und 1861?

Wenn die Deutschen nicht in so vielen gut bezahlten öffentlichen Stellungen in Amerika gesessen haben, so haben sie dafür auf allen amerikanischen Schlachtfeldern ihr Blut vergossen. Blut vom Rhein und der Oder, von der Elbe und Donau. Der Unabhängigkeitskrieg wurde hauptsächlich von Deutschen gekämpft, und der amerikanische von England verhetzte Mob zollte ihnen den Dank dafür an jedem 4. Juli während des Krieges. Als Washington nach Freiwilligen rief, deutsche Scharfschützen von Berks-County waren die ersten, die sich um ihn scharten. Ganze Kompagnien wanderten sechshundert Meilen weit von Virginien und Massachusetts herauf, um die Engländer aus den amerikanischen Kolonien zu vertreiben. Leider hat man sie später wieder hereinkommen lassen. Als dann das Komplott gegen das Leben Washingtons — von den Engländern angestiftet! — entdeckt wurde, benötigte er eine Leibgarde, der er vertrauen konnte. Wo die finden? — Aber wozu denn erst fragen? The Germans to the front. Hier kamen sie, die Bindestrich-Amerikaner von Berks und Lancaster Counties und Pennsylvania, mit ihrem Führer Bartholomäus von Heer, einem Preußen. Wie bitter und verächtlich muß der Schatten Washingtons an seinem Grabe über die Heuchelei seiner Landsleute, der Amerikaner ohne Bindestrich gelächelt haben, wenn das Geheul der Preßmeute gegen den preußischen Militarismus an seine Ohren schlug! Es waren nur hundertfünfzig Mann, die diese Leibgarde bildeten, aber sie haben deutscher Treue und deutschem Mute ein Denkmal gesetzt in der Geschichte Amerikas, vor dem jeder ehrliche Amerikaner erröten müßte, wenn er an die Behandlung der Deutschen in diesem Kriege denkt.

Es waren aber nicht nur diese hundertundfünfzig, welche Amerika halfen, sich seine Unabhängigkeit von England zu erkämpfen. Als der Kongreß von Pennsylvania die Stellung von

Die Deutschen als Bindestrich-Amerikaner.

Von EMIL DROONBERG, (Kanada) Dresden.

Es war Woodrow Wilson, „der beste Präsident, den England jemals in Amerika hatte“, wie Mike O’Leary sagte, welcher das Wort Bindestrich-Amerikaner prägte. Er kam früh damit heraus, denn es richtete sich gegen die Deutschen und gab der Hetze gegen die Deutschen, welche seitens der in englischen Diensten stehenden amerikanischen Presse von Kriegsbeginn an geübt wurde, die offizielle Sanktion. Ob Wilson in direktem Einverständnis mit der Presse handelte, als er dieses Wort dem amerikanischen Gebrauche gemäß als „Slogan“ in den Kampf der planmäßig von dieser Presse entfesselten und geschürten politischen Leidenschaften warf — eine Vermutung, die bei seinem späteren Verhalten Deutschland gegenüber volle Berechtigung hätte — oder ob diese lediglich ein in nur ideellem Einverständnis mit ihrer Wühlarbeit gemünztes Wort aufgriff und mit der ganzen dämonischen Macht englischer Preßpropaganda verwertete, mag unerörtert bleiben. Die Tatsache, daß er ihr dieses Wort und damit viele Deutsche der allgemeinen Ächtung auslieferte, genügt vollständig.

Über diese durchaus nicht immer meisterhafte, sondern im Gegenteil recht oft geradezu stümperhafte und kindische Preßpropaganda, die aber durch ihre Masse und gigantische Kostspieligkeit jede andere Meinung erdrückte, ließe sich selbst ein sehr interessantes kriegswissenschaftliches Werk schreiben. Kriegswissenschaftlich, weil England die Presse als eine Waffengattung des Krieges betrachtet, genau wie seine Infanterie, Artillerie, Kavallerie usw., nur daß es die Waffe des Wortes, und mit vollem Recht, allen übrigen voranstellt. Deutschland hat das niemals getan. Von dem Lande des Assessorismus war ein Verständnis für den freien Journalistenberuf auch wohl kaum zu erwarten.

Es ist ja nun wohl richtig, daß wir es England, schon um seiner Sprachvorteile willen, auf dem Gebiete der Preßpropaganda niemals gleichtun können, selbst wenn wir die gleichen Riesenkapitalien und dasselbe Maß von politischem Willen verbunden mit halb bewußter, halb unbewußter Heuchelei dafür aufbringen, uns unsere dumme deutsche Ehrlichkeit bis zu einem Grade — aber ja nicht weiter! — abgewöhnen könnten und endlich aufhörten, unsern Feinden in einer Weise Gerichtigkeit widerfahren zu lassen, die gegen uns selbst zum Unrecht wird. Der Engländer tut das niemals; für den gibt’s nur einen Standpunkt: den eigenen. Ich tadle ihn nicht deswegen. Ich möchte nur wünschen, daß die deutsche Presse das gleiche täte. Denn da es ein absolutes Recht nun einmal nicht gibt, und jede Sache ihr Gesicht verändert, je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet, so ist der eigene Standpunkt der einzig logische, den man einnehmen kann.

Präsident Wilson hatte natürlich nur im allgemeinen gesprochen, als er die Bindestrich-Amerikaner (Hyphenated Americans) erwähnte, und die Deutschen nicht ausdrücklich nannte. Das verstand sich von selbst. Daß diese, und nur diese, aber damit gemeint waren, erwies der Umstand, daß dieses Wort nur auf sie Anwendung fand. Niemals hörte man von Englisch-, Irisch-, Russisch- usw. Amerikanern sprechen, sondern immer nur von Deutsch-Amerikanern. In gleicher Weise war auch alles patriotisch, was zugunsten der Alliierten in der Presse und öffentlich gesagt wurde. Wehe aber demjenigen, der etwas zugunsten Deutschlands sich zu sagen getraute. Nicht daß das amerikanische Volk von Anfang an so deutschfeindlich gesinnt gewesen wäre. Aber wozu unterhält man denn

schließlich eine Presse in einem fremden Lande, wenn nicht, um die öffentliche Meinung zu gestalten? Geglaubt werden auch die dümmsten Lügen, wenn sie nur massenhaft und anhaltend genug wiederholt werden.

Dementsprechend war natürlich auch die Waffen- und Munitionslieferung an die Alliierten keine Verletzung der Neutralität; als aber der Träger eines deutschen Namens, der gehört hatte, daß eine Krankenpflegerin in Deutschland aus Mangel an Gummihandschuhen an Blutvergiftung gestorben war, ein paar Lagen Gummi nach Deutschland zu schmuggeln versuchte, wurde er wegen Verletzung der amerikanischen Neutralität zur Verantwortung gezogen; die Presse verdrehte heuchlerisch die Augen und schrieb lange Artikel über die deutsche Verderbtheit, dieselbe Presse wohlgemerkt, die hauptsächlich in den Kreisen derjenigen zirkuliert, die jahrein und jahraus die amerikanischen Zollbehörden durch das Schmuggeln von Seidenstoffen, Pelzen und Juwelen aus Europa betrügen, obschon sie recht wohl in der Lage wären, die hundertfachen Zollsätze zu bezahlen. Es macht natürlich — das soll hier nicht verschwiegen werden — einen großen Unterschied, ob jemand Seidenstoffe, Pelze oder Juwelen nach Amerika schmuggelt, oder Gummi zur Verhütung von Blutvergiftung nach Deutschland. Der erstere beschwindelt eben nur die amerikanische Regierung, der andere aber handelt den Befehlen der englischen Regierung zuwider.

Die Deutschen sind eben von Natur aus schlecht und haben kein Verständnis für solche feinen Unterschiede. Es ist aber merkwürdig, wie sich die Geschichte wiederholt. War doch da im Jahre 1733 auch so ein Bindestrich-Amerikaner, Peter Zenger, ein Deutscher und der erste Apostel und Märtyrer einer freien amerikanischen Presse. Er gründete die erste Zeitung in Amerika und unternahm es, darin die Wahrheit zu sagen. Aber schon damals ließen die Engländer nur das als Wahrheit gelten, was sie selbst sagten. Sie warfen Zenger daher ins Gefängnis und ließen seine Zeitung durch den Henker öffentlich verbrennen. Zenger war aber ein Deutscher und verstand sich daher auf das „Durchhalten“. Eine kleine Unbequemlichkeit wie Gefängnishaft konnte ihn nicht abhalten, seine Zeitung von seiner Zelle aus weiter zu redigieren und seine Instruktionen an den Drucker durch eine Spalte in der Tür nach außen zu befördern. Nach jahrelangen Verfolgungen erkämpfte er für Amerika das Prinzip der freien Presse — bis diese dann schließlich wieder durch britisches Gold geknebelt wurde.

Ist es Präsident Wilson bekannt, daß es ein Deutscher, also ein Bindestrich-Amerikaner, war, der die Preßfreiheit für Amerika erkämpfte? Und ist es ihm jemals zum Bewußtsein gekommen, daß diese Bindestrich-Amerikaner deutscher Herkunft in jedem Kampfe für Freiheit und Recht und gegen Unterdrückung treu und aufopfernd und selbstlos neben ihren amerikanischen Volksgenossen — und oft genug ihnen voran — gekämpft haben? Denn der Bindestrich war eben ein Bindestrich für sie, kein Trennungsstrich.

Der erste Protest gegen die Sklaverei, der in Amerika laut wurde, kam von Germantown im Jahre 1688 und die darin gebrauchten Argumente waren so klar und überzeugend, daß sie nicht widerlegt werden konnten. Die Puritaner brauchten nahezu hundertfünfzig Jahre, um sich zu dieser Höhe deutscher Ehrlichkeit und deutschen Rechtsgefühls emporzuschwingen. Whittier hat diese Tat der deutschen Pilgerväter unter Franz

Daniel Pastorius besungen. Ob Wilson das Gedicht jemals gelesen hat?

Die Geschichte wiederholt sich. Der erste Rebell gegen britische Tyrannei in Amerika war ein Bindestrichler, Jakob Leisler. Freilich, damals war Wilson nicht Präsident.

Die erste Bibel in Amerika wurde von dem Bindestrichler Christoph Sauer im Jahre 1743 gedruckt, vierzig Jahre, ehe irgend eine andere Bibel in Amerika gedruckt wurde.

Und volle zweihundert Jahre früher hatte ein Deutscher, Johann Cromberger, die erste Druckerei in der neuen Welt und zwar in der Stadt Mexiko gegründet.

Das erste Unterrichtsbuch in Amerika war von einem Deutschen, Christian Dock, im Jahre 1754 geschrieben und die erste Enzyklopädie ebenfalls von einem Deutschen, Franz Lieber, im Jahre 1828 zusammengestellt.

Das sind nur einige Angaben über das, was die Bindestrich-Amerikaner auf dem Gebiete der geistigen Tätigkeit geleistet haben. Und sie könnten um das Tausendfache vermehrt werden. Aber auch in der Industrie und im Handel, also in den Dingen, die Amerika vornehmlich groß gemacht haben, sind sie für ihre Mitbürger in dem neuen Lande Bahnbrecher gewesen.

Wilhelm Rittershaus gründete im Jahre 1690 die erste Papiermühle in Amerika, Thomas Rüter 1716 die erste Eisen gießerei in Pennsylvania. Ein anderer Bindestrich-Amerikaner, Kaspar Wüster, errichtete 1738 die erste Glasfabrik und es war ein ebensolcher, Thomas Leiper, der 1806 die erste Eisenbahn in Amerika baute. Ein Deutscher war es auch, der das erste Dampfboot in Amerika baute, und ein anderer Deutscher, der es auf seiner ersten Reise den Mississippi hinunter nach New Orleans führte.

Und wie viele der amerikanischen Riesenunternehmungen verdanken deutscher Tatkraft ihren Ursprung? Nur ein paar mögen hier genannt sein. Die große United States Steel Corporation entstand aus dem bescheidenen Hüttenwerk Anton Klotmanns, das dieser im Jahre 1850 gegründet hatte. Und die Familie des Mannes, der als der „Vater der Warenhäuser“ angesehen wird, John Wanamaker, war ursprünglich als Wannenmacher bekannt. Der Gründer der Standard Oil Co. hieß in der Zeit seiner industriellen und finanziellen Sturm- und Drangperiode auf gut deutsch Roggenfelder. Und wer kennt nicht die „57 varieties“, welche der Bindestrich-Amerikaner Heinz täglich dem größten Teile der Welt auf den Tisch setzt?

Weiß aber auch jemand, daß die beiden größten Fernrohre und die beiden wichtigsten Sternwarten der Vereinigten Staaten Geschenke von Lick und Yerkes sind, zwei Bindestrich-Amerikanern deutscher Abkunft? Und daß das erste Klavier von Johann Behrent gebaut wurde, und daß heute niemand in Amerika ein Klavier spielen kann, ohne dem Bindestrich dafür verpflichtet zu sein? Das sind nur einige Namen, nur einzelne private Unternehmungen. Die deutsche Industrie ganzer Städte, wie z. B. die Brauereien in Milwaukee und St. Louis, sind zu wohl bekannt, um hier mehr als einer Erwähnung zu bedürfen. Wenn die Prohibitionsfanatiker inzwischen diese Industrie totgeschlagen haben, so beweist das nur die Furcht des Landes vor den Arbeitermassen, die man mit Selterswasser und Limonade besser kontrollieren zu können glaubt — nachdem man sich an den Dividenden der Brauereien genügend bereichert hat.

Ein Gebiet gibt's aber in Amerika, auf welchem die Deutschen — bedauerlicherweise muß man wohl sagen — stets nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben: das der Politik. Politik, wie der Amerikaner sie versteht, ist die Kunst, etwas — je mehr

je besser — zu verlangen und alle andern glauben zu machen, daß man es sich nur widerstrebend von ihnen aufdrängen läßt. Neuerdings haben wir auch in Deutschland Fortschritte in dieser Kunst gemacht, in Amerika haben wir aber viel darin versäumt. Es lag eben bisher im Charakter des Deutschen, daß ihm das Brot, das er sich verdiente, besser schmeckte, als das durch politische Graft erlangte, auch wenn es viel besser geschmiert war. Graft, nebenbei gesagt, ist ein Wort, das eigens erfunden werden mußte, weil die eigentlichen und richtigen Bezeichnungen Betrug und Schwindel doch zu häßlich klangen. Und wo so Viele davon betroffen werden, muß man deren Gefühle doch ein wenig berücksichtigen. Man wird mir das, was ich von der politischen Ehrlichkeit der Deutschen hier gesagt habe kaum bestreiten können, wenn ich hier erwähne, daß der einzige Mann, der den Mut hatte, die Unterzeichnung der schamlosen Verfassung, welche der Kongreß dem besiegten Süden aufzwingen, zu verweigern, Christian Roselius war, ein Bindestrich-Amerikaner in Louisiana. Die Schamlosigkeit in der damaligen Behandlung des Südens ist in der Geschichte nur noch durch die Schamlosigkeit des Versailler Vertrages übertroffen worden.

Der erste Schatzmeister der Vereinigten Staaten war ein Bindestrich-Amerikaner, Hillegas. Vierzehn Jahre lang hat er dem Finanzamt vorgestanden und manche harte Nuß zu knacken gehabt. Die Rote-Kreuz-Organisation mag die Zehndollarnoten nachzählen, die ihr von Deutschen mit dem Bildnis dieses anderen Deutschen während dieses Krieges überreicht worden sind.

Der erste Sprecher des amerikanischen Kongresses war ebenfalls ein solcher Bindestrich-Amerikaner, Mühlberg. Und hat jemand den Namen Carl Schurz vergessen, dieses tapferen Kämpfers von 1848 und 1861?

Wenn die Deutschen nicht in so vielen gut bezahlten öffentlichen Stellen in Amerika gesessen haben, so haben sie dafür auf allen amerikanischen Schlachtfeldern ihr Blut vergossen. Blut vom Rhein und der Oder, von der Elbe und Donau. Der Unabhängigkeitskrieg wurde hauptsächlich von Deutschen gekämpft, und der amerikanische von England verhetzte Mob zollte ihnen den Dank dafür an jedem 4. Juli während des Krieges. Als Washington nach Freiwilligen rief, deutsche Scharfschützen von Berks-County waren die ersten, die sich um ihn scharten. Ganze Kompagnien wanderten sechshundert Meilen weit von Virginien und Massachussets herauf, um die Engländer aus den amerikanischen Kolonien zu vertreiben. Leider hat man sie später wieder hereinkommen lassen. Als dann das Komplott gegen das Leben Washingtons — von den Engländern angestiftet! — entdeckt wurde, benötigte er eine Leibgarde, der er vertrauen konnte. Wo die finden? — Aber wozu denn erst fragen? The Germans to the front. Hier kamen sie, die Bindestrich-Amerikaner von Berks und Lancaster Counties und Pennsylvanien, mit ihrem Führer Bartholomäus von Heer, einem Preußen. Wie bitter und verächtlich muß der Schatten Washingtons an seinem Grabe über die Heuchelei seiner Landsleute, der Amerikaner ohne Bindestrich gelächelt haben, wenn das Geheul der Preßmeute gegen den preußischen Militarismus an seine Ohren schlug! Es waren nur hundertfünfzig Mann, die diese Leibgarde bildeten, aber sie haben deutscher Treue und deutschem Mute ein Denkmal gesetzt in der Geschichte Amerikas, vor dem jeder ehrliche Amerikaner erröten müßte, wenn er an die Behandlung der Deutschen in diesem Kriege denkt.

Es waren aber nicht nur diese hundertundfünfzig, welche Amerika halfen, sich seine Unabhängigkeit von England zu erkämpfen. Als der Kongreß von Pennsylvanien die Stellung von

sechs Kompagnien Soldaten verlangte, sandte man sie und vier davon waren deutsch. Und als die Soldaten dann hungerten, war es wieder ein Deutscher, der ihnen für 100 000 Dollars Proviant kaufte und zuführte. Er stand nicht allein. Als der Kongreß auf dem Punkte stand, weitere Mittel zum Ankauf von Waffen zu verweigern, stand ein Mann auf und sprach: „Ich bin nur ein armer Bäcker, aber Sie können mich mit zweihundert Pfund auf die Liste setzen!“ Sein Name war Christoph Ludwig, und er war ein Bindestrich-Amerikaner. War er vielleicht verwandt mit der in Gedichten besungenen Molly Pitcher, die in ihrer Schürze den Kanonieren Munition zutrug, als es für die Geschirrführer zu gefährlich war, ihre Gespanne heranzubringen? Möglich, denn sie war eine Deutsche und ihr Name war Marie Ludwig.

Die deutschen Bäcker spielten damals überhaupt eine hervorragende Rolle. Washington hatte mehrere davon in seiner nächsten Umgebung und vertraute ihnen rückhaltlos. Wie sehr ihm das Bedürfnis war, geht aus einem Briefe hervor, den er an einen von ihnen schrieb und worin er ihn „Mein alter ehrlicher Freund“ anredet. Jawohl, er hatte damals nicht so viele ehrliche Freunde, um nicht den einzelnen zu schätzen, auch wenn er ein Bindestrich-Amerikaner war. Und Frau Margarete Greider lieferte monatelang den Soldaten das nötige Brot und lehnte nicht nur jede Bezahlung dafür ab, sondern steuerte auch noch 1500 Guineen für die Sache Amerikas bei.

Johann von Kalb? Jeder gebildete Amerikaner kennt den Namen, oder sollte ihn wenigstens kennen, denn man könnte ein Epos über sein Leben und vielleicht mehr noch über seinen Tod schreiben. „Es ist nichts,“ sagte er, als sein Herzblut Tropfen um Tropfen verrann, „ich sterbe den Tod, den ich mir stets gewünscht habe, den Tod für ein Land, das für Freiheit und Gerechtigkeit kämpft“. Wahrlich, wenn es uns jemals in Deutschland an Helden gebräche, wir könnten sie uns aus der Geschichte der Deutschen in Amerika holen.

O ja, Washington wußte, was diese Bindestrichler für Amerika bedeuteten. Deshalb war es auch ein Deutscher, Baron von Steuben, dem er den Oberbefehl über die bei Valley Forge stehende Armee anvertraute. Armee? Es war ein undisziplinierter Haufen, bereit, in völliger Entmutigung auseinander zu laufen. Die Offiziere waren zum Teil in Mäntel gekleidet, die sie sich ohne viel Mühe und Schneiderkunst aus Bettdecken zurechtgemacht hatten, und ein Paar Stiefel kostete 400 Dollars. Von der Zeit an, wo er die Leitung übernahm, gab es eine amerikanische Armee, und bei Yorktown ergab sich die letzte britische Armee diesem Bindestrich-Amerikaner. Aber leider, leider, sie sind zurückgekommen, diese Briten, und haben Washington eingenommen. Nicht den Mann, der diesen großen Namen trug — der war zu ehrlich dazu, ehrlich gegen sich selbst wie gegen sein Land — aber die Stadt, in der heute Wilson und J. P. Morgan und einige andere regieren.

Keine Namen glänzen heller in der amerikanischen Geschichte als diejenigen von Mühlenberg und Herkimer, aber eine ganze Menge deutscher Namen glänzen ebenso hell. Man muß sich Mühlenberg vorstellen, als er auf der Kanzel stand und seine letzte Predigt hielt. „Es gibt eine Zeit, wo man beten soll,“ sagte er. „Aber es gibt auch eine Zeit, wo man kämpfen muß!“ Und damit schlug er seinen Kassoock auseinander und darunter wurde die Uniform von Washingtons Continentals

sichtbar. Mehrere hundert seiner Zuhörer schlossen sich ihm als Freiwillige an. Und der andere Held, Herkimer, bezahlte den Sieg von Oriskany, der die Armee Burgoynes vernichtete, mit seinem Leben. Seine Pfeife rauchend und den 38. Psalm lesend, starb er, von keinem Sioux- oder Kri-Indianer an stoischem Heldenmut übertroffen.

Im Sezessionskriege war es nicht anders. Eine einzige deutsche Familie, die Pennypackers, stellte 88 Mann für die Armee, vom gewöhnlichen Soldaten bis zum Generalmajor hinauf. Die ersten sich meldenden Freiwilligen waren die deutschen Turner von Washington. Drei Tage nach Abraham Lincolns Ruf zu den Waffen standen zwölfhundert Deutsche in Cincinnati zum Abmarsch bereit.

Nicht weniger als 48 Deutsche wurden in diesem Kriege zu Generalen befördert. Ihre Namen sind vielleicht nicht so bekannt wie die mancher „Colonels“, weil sie es nicht nötig hatten, sich unter stetiger Berufung auf ihren Rang von Onkel Sam für den Rest ihres Lebens in gutbezahlten Stellen durchfüttern zu lassen, aber sie bilden eine Ehrentafel, die folgenden Namen:

Gen. Franz Sigel, Gen. Adolf von Steinwehr, Gen. Alexander von Schimmelpfeng, Gen. Louis Blenker, Gen. Peter Osterhaus, Gen. Georg von Schack, Gen. Konrad Krez, Gen. Alban Schöpi, Gen. Julius Stahel, Gen. Samuel Peter Heinzelmann, Gen. Louis Wagner, Gen. August Kauz, Gen. Hugo Wangelin, Gen. G. Pennypacker, Gen. Friedrich Hecker, Gen. Max Weber, Gen. August Willig, Gen. Friedrich Salomon, Gen. Edward S. Salomon, Gen. Isaak Wister, Gen. Heinrich von Bohlen, Gen. Adolf Hassendeubel, Gen. Louis Zahm, Gen. Gottfried Wetzell, Gen. Theodor Schwan, Gen. Adolf Buschbeck, Gen. Wilhelm Heine, Gen. Gustav Kämmerling, Gen. Louis von Blessing, Gen. August Mohr, Gen. Julius Raith, Gen. F. C. Winkler, Gen. Johann A. Koltes, Gen. Hermann Lieb, Gen. Alexander von Schrader, Gen. William C. Küffner, Gen. Georg W. Mindel, Gen. Felix Salm-Salm, Gen. G. R. Paul, Gen. Karl Leopold Matthies, Gen. Edward S. Meyer, Gen. Joseph Conrad, Gen. Adolf Engelmann, Gen. Joseph Gerhardt, Gen. Hermann Haupt.

Achtundvierzig Namen! Und wer weitersucht in der Geschichte, wird auch noch mehr finden. Bindestrich-Amerikaner. Sie alle. Einer wie der andere. Der dritte Teil der Armee bestand aus Deutschen, und Gen. Robert E. Lee sagte und Mrs. Jefferson Davis wiederholte es: „Nehmt die Deutschen aus der Nordstaatenarmee, und wir könnten sie mit Leichtigkeit schlagen.“

Und wo waren denn die Wilsons in der großen Rebellion gegen die englische Tyrannei? Einige waren zweifellos „zu tolg, um zu kämpfen“ und andere knallten aus den Reihen der Engländer amerikanische Soldaten mit britischen Kugeln nieder. Merken Sie den Hohn ihres Wortes von den Bindestrich-Amerikanern, Herr Wilson?

Bände müßten geschrieben werden, wenn man dem Kulturwerk der Deutschen in Amerika auch nur zum kleinsten Teile gerecht werden wollte. Wo sind die Romanschriftsteller, welche die Geschichte des Deutschtums in Amerika aus dem Schutte der Vergangenheit herausgraben und ihre Helden, die im edelsten Sinne Kulturdünger für das neue Land waren, wieder zu neuem Leben erstehen lassen? Gott weiß es, daß wir ihre Vorbilder nötig haben in dieser schweren Zeit. Es wäre heilsam für uns. Aber noch heilsamer und lehrreicher würde es sein — für die Amerikaner mit und ohne Bindestrich.

Zur Organisation des deutschen Schulwesens in Buenos Aires.

Von Dr. KARL JESINGHAUS, Buenos Aires.

Wir entnehmen die nachfolgenden Ausführungen einem Artikel in der Nr. 260 der „Deutschen La Plata-Zeitung“ vom 23. November 1919:

Oberster Zweck, dem alle anderen unterzuordnen sind, ist die Erhaltung des Deutschtums des heranwachsenden Geschlechtes. Deshalb muß möglichst die gesamte deutsche Jugend den deutschen Schulen zugeführt werden. Damit sie diese nicht vorzeitig verläßt, ist nötig, den Schulplan so auszubauen, daß neben den deutschen auch die argentinischen „Berechtigungen“ erworben werden können. Es genügt nicht, daß nur die argentinischen Volksschulabschlußprüfungen abgelegt werden können.

Zur Hebung der Schülerzahl und zur Erleichterung der „Um-schulung“ sowie zur Verringerung der Kosten ist die Einheits-schule mit vereinheitlichtem Schulsystem anzustreben. Als gemeinsamer Unterbau muß ein sechsjähriger fremdsprachenloser Lehrgang gefordert werden, der die Schüler befähigt, das argentinische „examen de sexto grado“ abzulegen. Für diejenigen die aus den „Primar-Schulen“ (Volksschulen) in die „Sekundar-Schulen“ (Mittelschulen) übertreten wollen, würde noch ein Abschlußkursus von zwei Jahren folgen. Dieser könnte in doppelter Weise ausgestaltet werden, je nachdem der Schüler sich einem kaufmännischen oder einem technischen Berufe zuwenden will. Im ersten Falle wären intensiv Englisch und Handelsfächer, im zweiten technisches Zeichnen, Handfertigkeitunterricht, Mathematik und Naturwissenschaften unter Fortlassung jeder Fremdsprache zu pflegen. Die Wahl des Englischen (und nicht des Französischen) erklärt sich im Hinblick auf die Stellung von England und den Vereinigten Staaten im argentinischen Handel; außerdem müssen ja alle Schüler sich schon mit einer romanischen Sprache, der Landessprache, gründlich vertraut machen. Die Unterdrückung jeglicher Fremdsprachen im technischen Abschlußkursus folgt den Anschauungen Kerschensteiners, daß die Bildung nicht in der Breite, sondern in der Tiefe zu suchen sei; daß es besser ist, sich mit einer Sprache gründlich zu befassen, als an vielen seine Kräfte zu zersplittern. Übrigens mag das Englische (und auch das Französische) als Wahlfach für begabte Schüler der betreffenden Abschlußklassen beibehalten werden. Auch wäre zu erwägen, ob sich an die Abschlußkurse später Fortbildungsklassen anschließen könnten, die den jungen Mann noch länger in Berührung mit den deutschen Schulen hielten. Es ist leider eine Tatsache, daß die achtjährige Schul-ausbildung gerade dann ihr Ende erreicht, wenn der jugendliche Geist eben in die aufnahme- und darum bildungsfähigste Periode seiner Entwicklung eintritt. Es wäre von größter Bedeutung für die Erhaltung des Deutschtums, wenn der junge Mann gerade in dem Augenblick, da der Ernst des Lebens schon an ihn herantritt, einen Eindruck von deutscher Tüchtigkeit und von deutscher Berufsauffassung bekäme.

Keine der bisherigen Anstalten entspricht bisher dem vorstehend entworfenen Plan, bei dem es sich im wesentlichen um eine Verschmelzung der Lehrpläne handeln würde, wie sie zum Beispiel in der Cangallo- und der Barracas-Schule bisher verwirklicht waren.

Es wäre sehr wohl möglich und aus wirtschaftlichen Gründen sogar notwendig, daß die einzelnen Schulen sich in den Abschlußkursen spezialisierten; eine würde in möglichst vollkommener Weise allein den technischen Unterricht ausbauen, die andere nur den Handelsunterricht. Nur auf diese Weise könnte man den modernen pädagogischen Bestrebungen mehr gerecht

werden, als es heute geschieht, da jede Schule alles leisten will. Die vorgeschlagene Organisation ermöglicht den Schülern der Primar-Anstalten ebenfalls eine Fortbildung auf argentinischen Schulen, wie der „Escuela industrial“ und der „Escuela comercial“. Diejenigen, die nach Ablegung des „examen de sexto grado“ (mit 12 bis 13 Jahren) noch die beiden Abschlußklassen mit den Handelsfächern besucht haben, könnten die Examina der ersten zwei bis drei Studienjahre in der „Escuela de comercio“ ohne Schwierigkeit als „alumnos libres“ ablegen; sie gewännen dadurch an Zeit, da die Zulassung dort erst mit dem vollendeten 14. Jahre erfolgt. Das gleiche scheint für die „Escuela industrial“, wo der Eintritt schon mit vollendetem 12. Lebensjahre erlaubt ist, nicht angängig zu sein, da dort nur „alumnos regulares“ nach Ablegung eines besonderen „Examen de ingreso“ aufgenommen werden.

An Mittelschulen bestanden bisher in Buenos Aires zwei höhere Schulen, den Realschulen Deutschlands nachgebildet, die mit der Einjährigenprüfung abschlossen. Bisher haben jedoch nur eine ziemlich geringe Anzahl von Schülern der letzten Jahrgänge jene deutschen Anstalten besucht; die Zahl der Primaner, die sich zum Abschlußexamen stellten, blieb meistens unter zehn an je beiden Schulen. Die Mehrzahl unserer Jungen wandte sich dem Colegio Nacional zu, sobald sie das „examen de sexto grado“ abgelegt hatten. Abgesehen von der dabei zweifellos eintretenden Verteuerung des Unterrichtsbetriebs wurde auf diese Weise die deutsche Jugend viel zu früh dem erzieherischen Einflusse der deutschen Anstalten entzogen. Der Grund für die Leere der oberen Klassen liegt eben darin, daß ihr Besuch später hier zu nichts berechtigt. Richten wir unsere Schulen so ein, daß auf Grund der gemachten Studien auch das „bachillerato“ erworben werden kann, so werden wir mit einer bedeutenden Zunahme der Schülerzahl rechnen können. Eine zweckentsprechende Organisation des Sekundar-Unterrichtes muß also zum „bachillerato“ führen. Man könnte nur denken, daß der einfachste Weg zum Ziele der wäre, ein „Colegio Nacional“ mit deutschen Lehrkräften einzurichten, das etwa dann noch zur Vereinfachung der jährlichen Examina „inkorporiert“, das heißt in den Verband der staatlichen Schulen aufgenommen werden könnte. Dieser Plan ist aber durchaus zu verwerfen, da er dem Hauptzweck unserer Auslandsschulen schnurstracks zuwiderläuft. Wären erst einmal Lehrplan, Unterrichtssprache usw. rein hiesig, so hätte eine solche Schule nichts Deutsches mehr an sich und der deutsche Sprachunterricht würde nur die Stellung einer Fremdsprache einnehmen.

Auf Grund dieser Erwägungen scheint es das richtigste, für den Sekundar-Unterricht sechs Jahre anzusetzen (statt fünf des Nationalkollegs) und den Lehrplan der deutschen Oberrealschule als richtunggebend zugrunde zu legen. Als Abschlußprüfung müßte das Abiturientenexamen abgelegt werden vor dem Reichskommissar. Damit wäre den Schülern eine Ausbildung gegeben, die der europäischen vollständig gleichwertig wäre. Für die Organisation der Schulen in Buenos Aires bedeutete das die Verschmelzung der beiden bisher schwach besuchten Oberkurse in einen und seine Durchführung bis Oberprima.

Um aber zugleich die nötige Vorbereitung zur Ablegung des „bachillerato“ zu geben, müßten einige Fächer neu ein-

geführt (Italienisch, amerikanische Geschichte), andere etwas mehr vertieft werden, als es in den deutschen Lehrplänen vorgesehen ist (Psychologie, Logik, Anatomie, Hygiene); außerdem wäre auch dem Erwerb des spanischen Wortschatzes und spanischer Ausdrucksfähigkeit besondere Beachtung zu schenken. Die Schwierigkeiten der Anpassung des deutschen Lehrplanes an die hiesigen Bedürfnisse sind nicht unüberwindlich, wie die Erfahrungen beim „examen de sexto grado“ gezeigt haben. Das „bachillerato“ kann nun in einer Gesamtpfprüfung gemacht werden. Es ist auf Grund der herrschenden Bestimmungen durchaus nicht notwendig, für jedes Jahr und jedes Fach einzeln nacheinander die Examina zu bestehen, wie das meistens geglaubt wird. Es gibt vielmehr die Einrichtung des Examins in drei sogenannte „terminos“; Sprachen und Geschichte bilden den ersten, die Naturwissenschaften den zweiten und Mathematik nebst Kosmographie den dritten. Jeder „termino“ bildet in sich eine geschlossene Einheit für die Prüfung; die Gebühren betragen 50 Dollar für jeden. Der Schüler kann sich zwischen den Examina für jeden „termino“ höchstens zwei Jahre Zeit lassen. Nicht genügende Leistungen in einem Fache machen allerdings die Wiederholung der Prüfung in allen zu dem betreffenden „termino“ gehörenden Fächern nötig. Im großen und ganzen entspricht also die Prüfung zum „bachillerato“ in „terminos“ unserer Gesamtabschlußprüfung mit der Erleichterung jedoch, daß das Examen auf drei Zeitpunkte verteilt werden kann. Es ist auf Grund der Lehrpläne nun zu erwarten, daß der „termino“ Sprachen und Geschichte am meisten Sonderarbeit von unseren Schülern erfordern wird, da außer Spanisch Italienisch und amerikanische Geschichte zu den im deutschen Lehrplan vorgesehenen Fächern hinzukommen; dagegen ist erfahrungsgemäß die Vorbildung in Mathematik und Naturwissenschaften (vielleicht mit Ausnahme der beschreibenden) auf den deutschen

Schulen so, daß jene beiden „terminos“ ohne Schwierigkeiten abgelegt werden können. Um nun eine Überlastung unserer Schüler zu vermeiden, wäre es gut, für das Ende des fünften Schuljahres das Examen im sprachlich-geschichtlichen „termino“ anzusetzen; am Ende des sechsten würden dann im Oktober das deutsche Abiturienten-Examen, im Dezember die beiden noch fehlenden „terminos“ folgen. Auf diese Weise wäre ohne Überanstrengung das doppelte Ziel erreichbar.

Man könnte gegen den vorgebrachten Plan noch einwenden, daß er für die Schüler einen Verlust von einem Jahr bedeute, weil sechs Kurse (statt fünf des Nationalkollegs) vorgesehen sind. Die Eltern werden jedoch an den Unterschied in der erreichten Ausbildung ihrer Söhne denken müssen. Die Lehr- und Lernweisen an den deutschen Schulen, insbesondere der Zwang zu regelmäßigem Studium zu Hause schaffen in dem Schüler Arbeitsgewohnheiten, die für das ganze Leben von Bedeutung sind. Die deutsche Schule ist eben vor allem auch Erziehungsschule, wo die Charakterbildung des Zöglings nicht außer acht gelassen wird. Diese Tatsache und weiterhin der Umstand, daß das dort erworbene Wissen nicht nur für das Examen, sondern dauernd sitzt, machen den scheinbaren Verlust eines Jahres mehr als wett. Auch wird es den deutschen Abiturienten auf Grund ihrer soliden Vorbildung kaum schwer sein, auf der Universität dann das eine Jahr wieder einzubringen.

Der Artikel, der zunächst nur die Verhältnisse von Buenos Aires ins Auge faßt, eine Verallgemeinerung für ganz Argentinien jedoch als sehr erwünscht und für die weitere Entwicklung in der angedeuteten Richtung nötig bezeichnet, schließt mit einer Betonung der Dringlichkeit der vorgeschlagenen Reform, die ohne allzu große Schwierigkeiten sich durchführen ließe, wenn die eine deutsche Kolonie sich auch als eine große Schulgemeinde zu fühlen lernte.

Liebestätigkeit für Deutschland in den Niederlanden während des Krieges

In einer Reihe von Artikeln der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“, die von der allzu bescheidenen Auffassung ausgeht, daß außer den in Holland während des Krieges internierten und den aus den feindlichen Ländern dorthin geflüchteten Deutschen in der Heimat nur wenige in den niederländischen Deutschen etwas anderes sähen, als Leute, die während des Krieges gut für sich selbst gesorgt hätten, wird ein kurzer Überblick über die Liebestätigkeit, die in Holland während des Krieges zugunsten Deutschlands entfaltet wurde, gegeben.

Zunächst wird die Tatsache erklärt, daß die 35 000 Deutschen in Holland durchaus nicht auf Rosen gebettet waren. „Den bedächtigen, verschlossenen Niederländer zieht der leichtblütige, oberflächliche, witzige Franzose mehr an als der korrekte, überlegende Deutsche, der ‚völkische Parvenu‘, der sich im Laufe eines Menschenalters so hoch emporgearbeitet hat.“ Diese natürliche Sympathie steigerte sich durch Mitleid mit den zu Anfang des Krieges unter den deutschen Schlägen arg bedrängten Franzosen und blutsverwandten Belgiern in breiten Massen des Volkes zu blindem Haß gegen den „barbarischen Deutschen“. Ein Teil der großen Presse, voran der „Telegraaf“, schürte diese Stimmung. Demgegenüber half auch die korrekteste Haltung wenig. Diese korrekte Haltung hinderte jedoch unsere Landsleute nicht daran, ihr Deutschtum, wenn auch nicht in der Politik, so doch in außergewöhnlichem Maße in

gemeinnütziger Weise für das Vaterland zu betätigen. An erster Stelle galt es, für die Familien der deutschen Wehrpflichtigen zu sorgen, die dem Rufe zur Fahne gefolgt waren. Dann gaben die ersten Verwundeten, die nach den Gefechten um Lüttich herum, ins Land kamen, das Signal, die Sammlungen für das „Rote Kreuz“ zu eröffnen, überhaupt die Liebestätigkeit auf der ganzen Linie aufzunehmen.

Was dabei deutschfreundliche, überhaupt menschlich denkende Niederländer getan, davon zeugen die beiden Ambulanzen, die während des ganzen Krieges in Deutschland und Österreich Tausende von Verwundeten dem Leben erhalten haben, und das holländische Komitee „Hulp en Bijstand voor Krijsgesvangenen“, unter dem Vorsitzenden des niederländischen Staatsrates, Jonkheer Six, die Kinderfürsorge u. a. m.

Daß die deutsche Gesandtschaft im Haag, das Generalkonsulat in Amsterdam und die übrigen Konsulate im Lande die Liebestätigkeit mit allen Kräften gefördert haben, ist ja selbstverständlich. Wirklich Übermenschliches hat geleistet und leistet noch der Rotterdamer Großkaufmann, Herr A. Ruoff, dessen Organisationstalent und Schaffenskraft Wunder gewirkt hat.

Als Mittelpunkte der Hilfstätigkeit sind besonders hervorgetreten: Haag, Amsterdam, Rotterdam, Utrecht, Arnheim, Leiden, Groningen, Bergen-Binnen, Maastricht und Venlo. Ganz Holland hat sich an der Entsendung der groß angelegten

Ambulanz für Deutschland und Österreich-Ungarn beteiligt. Es sind zu diesem Zwecke etwa $\frac{1}{2}$ Million Gulden zusammengebracht worden, davon weit über die Hälfte allein in Amsterdam. Die Ambulanz ist von Dezember 1915 an, also 3 Jahre lang, in Deutschland erst in Gleiwitz und dann in Celle tätig gewesen und hat außerordentlich segensreich gewirkt.

Im Generalkonsulat ist gleich bei Ausbruch des Krieges eine laufende Sammlung für das Rote Kreuz eröffnet worden. Es sind auf diese Weise rund 80 000 Mark zusammengebracht und an das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz in Berlin überwiesen worden. Die Spender waren natürlich nicht bloß Deutsche, sondern auch zahlreiche Niederländer und niederländische Firmen. Auch sonst sind recht erhebliche Beträge für deutsche Einrichtungen der Kriegswohltätigkeit eingegangen. So wurden Gelder überwiesen für die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen, die Kriegsblinden, die Volksspende für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene, die Soldatenheime, den Kriegerhilfsbund, die U-Boot-Spende, die Kriegsgefangenen in England, die Deutschen in Britisch-Südafrika, die Ludendorff-Spende usw.

Der „Deutsche Hilfsverein“ hat lange Zeit die Unterstützungen der Kriegerfamilien in Amsterdam übernommen und dabei etwa 17 000 Gulden aus seinem Vermögen zugesetzt.

Bei Beginn des Krieges haben sich in Amsterdam zwei Damenkomitees gebildet, das eine aus Mitgliedern der deutschen Gemeinsame, unter dem Vorsitz der Gattin des Generalkonsuls, Freiherrn von Humboldt-Dachröden, das andere aus Holländerinnen deutscher und österreichischer Abstammung. Das erstere sogenannte deutsche Damen-Komitee hat sich besonders der zurückgebliebenen Kriegerfrauen angenommen. Um ihnen Arbeit und Verdienst zu beschaffen, wurden Sammlungen veranstaltet zwecks Ankauf von Stoffen, die den Frauen zur Arbeit übergeben wurden. Die fertiggestellten Sachen wurden dann wieder dem Roten Kreuz in der Heimat zur Verteilung an der Front zur Verfügung gestellt.

Als die niederländische Regierung auch die Ausfuhr für das Rote Kreuz auf Betreiben unserer Feinde nicht mehr zuließ, sind die angefertigten Sachen den Internierten, besonders den aus England ausgetauschten Kriegs- und Zivilgefangenen, sowie den Ferienkindern zur Verfügung gestellt worden.

An jedem Kriegswihnachten sind für die Kriegerfamilien durch das Damenkomitee reiche Bescherungen an Nahrungsmitteln, Schuhen, Kleidungsstücken, Spielzeug usw. veranstaltet worden.

Das holländische Damenkomitee hat seinerseits, be-

sonders in der ersten Zeit, als Ausfuhrerlaubnis von der holländischen Regierung für Zwecke des Roten Kreuzes noch zu erlangen war, große waggonweise Wohltätigkeitssendungen an die Kaiserin, die Königin von Württemberg und an einzelne Lazarette in Deutschland und Österreich-Ungarn abgeschickt.

Allbekannt ist die Fürsorge, die in den Niederlanden den deutschen sogenannten Ferienkindern zuteil geworden ist. Der Gedanke ging von Frau Professor Nieuwenhuis, geb. von Uexküll, in Leiden, einer geborenen Kurländerin, aus. Es wird wohl niemals bekannt werden, wieviele deutsche Kinder während des Krieges in den Niederlanden Erholung und Stärkung gefunden haben, da sich immer neue Ausschüsse zu diesem Zweck bildeten.

Bei diesem Werk hat sich auch die Deutsche Seemanns- und Stadtmission in Amsterdam hervorragend beteiligt.

In besonderer Weise hat sich der Deutsche Männergesangsverein „Liederkrantz“-Amsterdam unter seinem Chormeister, Herrn Th. Werdelmann, hervor getan. Er hat eine Reihe sehr gelungener und stark besuchter Konzerte für verschiedene Sammlungen veranstaltet. Diese Konzerte brachten insgesamt gegen 50 000 Mark und etwa 5000 fl. ein.

Für die aus England ausgetauschten und längere Zeit in den Niederlanden internierten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen wurden im Haag, Amsterdam, Rotterdam und Arnheim besondere Ausschüsse gebildet. Der Ausschuß in Amsterdam hatte besonders übernommen, den Zivilinternierten in dem Lager bei Hatten zu helfen, wo immer die staatliche Versorgung nicht weiter eingreifen konnte.

In den letzten Monaten des Krieges sind durch ein besonderes Komitee Sammlungen für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte an verschiedenen Orten veranstaltet worden, die beträchtliche Summen eingebracht haben. Auch die Frage der Fürsorge für hilfsbedürftige entlassene Krieger und ihre Familien ist geregelt.

Auch die verschiedenen Turn- und Sportvereine taten das ihre, den Internierten ihre unfreiwillige Muße verschönern zu helfen, indem sie ihnen ihre Plätze und Gerätschaften zur Verfügung stellten. So konnte z. B. der Deutsche Turn- und Ruderverein in Rotterdam vermitteln, daß den Internierten, welche zu turnen wünschten, dazu in einer von der Stadt Rotterdam in dankenswerter Weise gänzlich kostenfrei zur Verfügung gestellten Turnhalle Gelegenheit verschafft wurde. Hieran beteiligten sich bis zu 40 Herren. Außerdem wurde diesen Bootshaus und Bootsmaterial überlassen, von denen eifrig Gebrauch gemacht wurde.

A. M.

Über die derzeitigen Auswanderungsmöglichkeiten nach Transkaukasien.

Von E. PFIZENMAYER (früher Kustos am kaukasischen Museum in Tiflis), Stuttgart.

Auf meinen Artikel über „die Schicksale der transkaukasischen Schwabenkolonien während des Weltkriegs und nach seiner Beendigung“ in Nr. 595 des „Schwäb. Merkur“ liefen bei mir eine ganze Anzahl Anfragen von Interessenten über die Auswanderungsmöglichkeiten nach Transkaukasien ein. All diesen Auswanderungslustigen möchte ich im folgenden Auskunft geben über die derzeitigen Zustände in Transkaukasien im allgemeinen und in den dortigen deutschen Kolonien im besonderen. Durch einen Mitte Januar zu Einkäufen aus der Kolonie Kathrinenfeld bei Tiflis hier eingetroffenen Bekannten, den Sohn des Schulzen

dieser Kolonie, meines leider inzwischen von Tataren erschossenen Freundes Allmendinger, bin ich noch des näheren unterrichtet worden über die Weiterentwicklung der Verhältnisse dort, seitdem ich im Januar 1919 mit dem Stabe des Generals von Krieb, des Chefs der deutschen Kaukasusdelegation, Transkaukasien verlassen habe.

Vor allem anderen möchte ich darauf hinweisen, daß zurzeit eine Möglichkeit zur Reise nach Transkaukasien, wohin der Weg über Konstantinopel—Batum führt, für Reichsdeutsche nicht besteht, da in Konstantinopel eine englisch-französische

Kontrollkommission sitzt, welche auch mit Reisepässen und andern Ausweispapieren ausgestatteten deutschen Reisenden die Weiterfahrt nach den Kaukasusländern, Persien usw. nicht gestattet. Würde es dem einen oder andern deutschen Reisenden gelingen, die Konstantinopeler Kontrolle zu passieren, so würde er der zweiten, noch peinlicheren, beim Verlassen des Schiffes in Batum, ebenfalls durch die englischen Behörden, die auch in diesem kaukasischen Hafen zu befehlen haben, sicher nicht entgehen. Der Landweg nach dem Kaukasus via Ukraine, Südrußland, Nordkaukasus nach Transkaukasien ist vorläufig, wie bekannt, ja auch noch nicht passierbar.

Es war allerdings in diesen Tagen in den Tagesblättern die Nachricht zu lesen, die Engländer hätten Batum geräumt. Deutschen Reisenden, welche nach Transkaukasien wollen und durch die Schweiz und Italien nach dem süditalienischen Hafen Taranto reisen, wäre von dort dann die direkte, 6 Tage dauernde Überfahrt auf einem italienischen Dampfer des „Lloyd Triestino“ von Taranto nach Batum ohne englische Kontrolle (auch in Konstantinopel) möglich.

Voraussetzung ist natürlich die vorherige Einholung der Einreiseerlaubnis nach Georgien bei der „Diplomatischen Mission der Republik Georgien“ in Berlin (Brückenallee 31, I). Außerdem sind erforderlich die Paßvisa der schweizerischen und italienischen konsularischen Behörden (in Berlin), um die betreffenden beiden Länder passieren zu dürfen und endlich die Genehmigung der italienischen Kontrollkommission in Konstantinopel, einmal zur Abreise aus Taranto und dann zur Weiterreise nach dem Hafen von Batum von Konstantinopel aus. Die Einreiseerlaubnis nach Georgien ist in Berlin von der deutschfreundlichen Vertretung dieser Republik unschwer zu erreichen, ebenso das schweizerische Paßvisum. Auch die italienischen Behörden sollen neuerdings entgegenkommender sein und Passierscheine über Konstantinopel hinaus, sowie Paßvisum für italienisches Gebiet ohne viele Schwierigkeiten ausstellen. Zur Erlangung rascher Abfertigung bei den oben erwähnten Behörden empfiehlt es sich für Reiselustige, die es eilig haben, durchaus, persönlich sich zu bemühen, denn die Beantwortung und Erledigung schriftlicher Gesuche um Einreiseerlaubnis, Paßvisa usw. erfordert bei dem derzeitigen Andrang Auswanderungslustiger viele Wochen, ja, wie ich hörte, Monate.

Natürlich sind in jedem Fall unvorhergesehene Reiseschwierigkeiten, vor denen der Deutsche, der ins Ausland reist, ja jetzt nirgends sicher ist, durchaus in Rechnung zu ziehen, es ist eine unbeabsichtigte kürzere oder längere Reiseunterbrechung unterwegs sehr möglich. Darum muß sich der Auswanderungslustige außer dem mehr oder weniger reichlichen Notpfennig für den Anfang, d. h. bis er im fremden Land Arbeit und Verdienst gefunden, erstens mit Reisegeld bis zum italienischen Abgangshafen und ebenso vom Ankunftshafen Batum bis Tiflis respektive einer der deutschen transkaukasischen Kolonien, vor allem mit der Summe versehen, die für die Überfahrt und recht einfache Verpflegung auf dem Dampfer erforderlich ist. Diese beträgt von Taranto bis Batum dritter Klasse jetzt nicht weniger als 1000 Lire, also nach dem heutigen Stand unserer Währung 5400 Mark.

Und nun komme ich zur Besprechung der nächsten Frage, welcher Art Auswanderungslustigen zu raten ist, sich nach Transkaukasien zu wenden. Ich wiederhole im folgenden die Angaben des eingangs erwähnten Allmendinger junior, der in der größten transkaukasischen Schwabenkolonie Kathrinienfeld (Gouvernement Tiflis) wohnhaft ist, dort seine Bauernwirtschaft, Weinberge, Cognacbrennerei besitzt. Nach seinen Angaben

könnten gut Unterkunft und Verdienst finden in den Kolonien Transkaukasiens Handwerker jeder Art, vor allem Schmiede, Schlosser, Zimmerleute, Maurer, Gipsler, Töpfer, Ofenbauer, Klempner, Wagner, Elektro- und andere Monteure.

Sehr erwünscht wären landwirtschaftliche Arbeiter jeder Art, die in größerer Zahl vollauf Beschäftigung finden können bei den Kolonisten in ihren Weingärten, beim Getreidebau, als Pferde- und Viehwärter, Fuhrleute, kurz in allen den verschiedenartigen Betrieben und Arbeitsgebieten der dortigen Kolonisten. Deutsche landwirtschaftliche Arbeiter sind in den Kolonien selten, denn die Kolonistensöhne arbeiten entweder beim Vater oder tun sich mit andern zusammen, gründen nach Ankauf des nötigen Landes neue Kolonien und sitzen dann auf eigener Scholle. Meist haben sich bei den Kolonisten Knechte armenischen, georgischen oder tatarischen Stammes verdingt, je nachdem die Kolonien im Gebiet der genannten Völkerschaften gelegen sind. Natürlich sind diese Orientalen nach Auffassung der äußerst tüchtigen und immer fleißigen dortigen schwäbischen Bauern und Weingärtner, die infolge dieser von den Vätern ererbten guten Eigenschaften auch durchweg zu Haus und Hof, Wein- und Ackerland und vielfach behäbigem Wohlstand, nicht selten Reichtum gelangt sind, keine Muster von Fleiß und Arbeitseifer und es nehmen gerade deshalb alle Kolonisten gern arbeitswillige Deutsche in Dienst.

Von unsern deutschen Soldaten ist eine ganze Anzahl beim Abrücken der Kaukasustruppen in den Schwabenkolonien zurückgeblieben. Mein eigener Bursche war verschwunden, als ich auf englischem Kahn in Batum ins recht stürmische Schwarze Meer stach. Offenbar hatte die deutsche Heimat nichts Verlockendes für ihn. Zarte Bande, die er in einer der Kolonien geknüpft, hielten ihn im Kaukasus fest und wie er, hat sich manch anderer deutscher Krieger schon eine Kolonistenmaid oder Kriegswittib zur Frau genommen, wie ich von meinem Freund hörte. Diese Leute alle, die gleich dablieben, haben entschieden die Frage des Auswanderns auf die einfachste und billigste Weise gelöst und sind auch glatt um alle interalliierten Kontrollkommissionen herumgekommen.

Landwirtschaftliche Arbeiter, die sich als Knechte bei Kolonisten verdingen, erhalten im Sommer, wo natürlich die Hauptarbeit des Kolonisten ist, bei voller Verpflegung und Unterkunft etwa 5 Mark, im Winter 2–3 Mark pro Tag. Meist erhalten Knechte, die länger bei ihrem Brotherrn sind, auch Kleidung und Schuhwerk gratis geliefert. Die vorerwähnten Handwerker verschiedener Art erhalten entsprechend höhere Löhne, tun gut, soweit dies im Reisegepäck angängig, Handwerkszeug, Instrumente mitzubringen, da zurzeit infolge des allgemeinen Warenmangels in Transkaukasien auch an genannten Handwerkszeug großer Mangel ist und dafür sehr hohe Preise gezahlt werden.

Meines Erachtens tun auch Übersiedler, welche genügende Mittel hätten, um sich gleich anzukaufen und selbständig zu machen, was übrigens zurzeit, wie ich weiter unten erklären werde, mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, sehr gut daran, wenn sie anfangs, bis sie Land und Leute, Klima und Verhältnisse kennen gelernt, sich in den Kolonien in den Dienst der dort sesshaften Schwaben begeben, die seit 100 Jahren dort ansässig sind und ihre Scholle bebauen. Haben sie erst die nötigen Erfahrungen gesammelt, so können die Zugewanderten mit etwa mitgebrachten Notgroschen sich selbständig machen und werden dann weit weniger Lehrgeld zahlen, als wenn sie von Anbeginn selbständig zu wirtschaften begännen.

Landwirte mit Kapital können vorläufig nicht mit Trans-

Transkaukasien als für sie günstigem Auswanderungsland rechnen. In Georgien, dessen politische Zustände von den drei transkaukasischen Republiken noch die geordnetsten sind, ist die Agrarreform noch immer vom Parlament nicht geregelt. In der Tatarenrepublik Aserbeidschan ist so wenig Ruhe und Ordnung, daß sich die dort belegenen deutschen Kolonien in ständigem, erlustreichem Kampf mit dem Räubergesindel befinden, das dort seit Jahr und Tag mordet und brandschatzt und die Bevölkerung und Regierung der Armenierrepublik Ararat ist deutschen Zuwanderern wohl vollständig abhold.

Und nun noch einiges Wissenswertes über die derzeitigen politischen Zustände in den transkaukasischen Republiken Georgien und Aserbeidschan, die für Einwanderer als Reiseziele und Aufenthaltsorte in Betracht kommen, sowie über die deutschen transkaukasischen Kolonien und ihre Bewohner selbst, in denen deutsche Zuwanderer alteingesessene, freundwillige Landsleute finden.

In der demokratischen Republik Georgien sind folgende Kolonien belegen: Alexandersdorf (dicht bei Tiflis), Alexandersdorf, Elisabeththal, Freudental, Georgstal, Jakobli, Marienfeld, Kathrinienfeld (die größte transkaukasische Kolonie mit 2760 Einwohnern), Ormaschén und Traubenberg. In der Tatarenrepublik Aserbeidschan liegen die Kolonien Annenfeld, Eigenfeld, Georgsfeld, Grünfeld, Helenendorf (mit 2200 Einwohnern zweitgrößte Kolonie), Rosenfeld und Traubenfeld. Im ganzen beträgt die Zahl der Kolonisten, fast durchweg schwäbischen Stammes, 15 000. Eine noch zu Beginn des Weltkrieges dicht bei Kars, der russischen Grenzfeste, an der türkischen Grenze belegen gewesene weitere Kolonie Peterhof, wurde von dem Oberkommando der Kaukasusarmee während des Krieges aufgelöst und deren Bewohner auf die obigen Kolonien verteilt, so daß in der armenischen Araratrepublik sich keine deutsche Kolonie befindet.

Seitdem in Transkaukasien es keine russische Herrschaft mehr gibt und sich dort drei selbständige Republiken gebildet haben, haben sich die dortigen deutschen Kolonisten zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen bei den betreffenden Regierungen zu einem Verband der transkaukasischen Deutschen und mit dem Sitz eines Zentralkomitees in Tiflis zusammengeschlossen. Natürlich sind die Kolonisten Untertanen des betreffenden Staates, in dessen Gebiet ihre Dörfer belegen sind und haben ihre gewählten Vertreter in jedem Parlament.

In Georgien ist durch die Agrarreform als Maximum dessen, was eine Einzelfamilie an Land besitzen darf, festgesetzt: Entweder $7\frac{1}{2}$ Hektar bewässerbares Kulturland, geeignet für Garten- oder Weinbau, oder 15 Hektar unbewässerbares Getreideland oder endlich 40 Hektar Weideland oder Heuschlag. Der Besitzer darf sein Land verkaufen, was nach den Agrargesetzen in der russischen Sowjetrepublik, die sonst, vor allem was höchstmöglichen Landbesitz anbelangt, so ziemlich gleichlautende sind, dem Landbesitzer ja nicht gestattet ist. Den Besitzern von Gütern wurde bei der Agrarreform das obige Normen übersteigende Mehr an Land ohne Vergütung enteignet und diese Maßregel traf natürlich auch die deutschen Gutsbesitzer der Republik. Gestattet war ihnen, die ihnen verbleibenden $7\frac{1}{2}$ Hektar Wein- oder 15 Hektar Getreideland usw. aus ihrem früheren Besitztum heraus da zu wählen, wo es ihnen beliebte. Das enteignete Land wurde von der Regierung an Landlose und Landwirte, die weniger Land besitzen als das Gesetz als Höchstnorm gestattet, verpachtet oder verkauft.

In der Tatarenrepublik Aserbeidschan besteht ein den Landbesitz beschränkendes Agrargesetz noch nicht, kommt aber wohl ohne Zweifel auch dort, sobald in Transkaukasien Ruß-

land, d. h. die Bolschewiki wieder zur Herrschaft gelangt sind, was wohl nur noch eine Frage kurzer Zeit ist. In Tiflis hat ja nach neuesten Nachrichten unlängst eine bolschewistische (wohl innere) Revolution stattgefunden, und ob Transkaukasien vom Einrücken russisch-bolschewistischer Heeresmassen von Norden her noch auf lange Zeit verschont bleibt, ist zum mindesten fraglich. Kommt es soweit, so wird es auch in dieser Südostecke des früheren Zarenreichs ohne schwere Stürme kaum abgehen. Die Schwabenkolonien Transkaukasiens haben jedenfalls beschlossen, sich einer kommenden stärkeren Gewalt nicht entgegenzustellen, sondern dem sich unterzuordnen, der die Macht in Händen hat, respektive bekommt. Das schwere Schicksal ihrer deutschen Brüder in Südrußland mag in erster Linie die transkaukasischen Kolonisten zu diesem Beschluß gebracht haben, nachdem sie erfahren, daß dort ganze blühende Dörfer von den anrückenden Bolschewisten vernichtet wurden, als deren Bewohner ihnen Widerstand leisteten. Die Furcht vor der Rückkehr der Russen ist auch der Hauptgrund, weshalb die früher von russischen Übersiedlern bewohnt gewesenen Kolonien in Georgien und Aserbeidschan (Mugansteppe) noch fast alle leerstehen, trotz des teilweise empfindlichen Landmangels in Transkaukasien und obgleich deren Bewohner bald nach dem Aufhören der Herrschaft Rußlands, aus Furcht vor der gegen sie mehr und mehr sich geltend machenden Feindschaft der eingeborenen Bevölkerung scharenweise, nur mit ihrer geringsten Habe, nach dem Nordkaukasus und Rußland abzogen. So verlockend an sich freies Land in früheren russischen Kolonien für deutsche Kolonisten und Übersiedler auch wäre, wie z. B. in Karajasi (zirka 25 Kilometer von Tiflis an der Kusa) oder auch in der von der russischen Regierung in großzügiger Weise teilweise für die Landwirtschaft, hauptsächlich Baumwollplantagen, durch ein Bewässerungssystem erschlossenen Mugansteppe, so wäre es doch verfehlt, wenn Deutsche durch Einrücken in früheren russischen Besitz sich den Haß Rußlands zuzögen und außerdem der Gefahr aussetzten, bei einer wohl sicher früher oder später zu erwartenden Wiederkehr Rußlands zur Herrschaft in Transkaukasien, aus ihren Sitzen wieder vertrieben zu werden.

Aus meinen vorstehenden Ausführungen ist zu entnehmen, daß die politische Lage in den für deutsche Einwanderer in Betracht kommenden beiden Republiken Georgien und Aserbeidschan ziemlich unsicher ist. Beiden Republiken droht bolschewistische Invasion und damit neue Umwälzung, womit natürlich auch Hand in Hand gehen würde eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, die schon jetzt geradezu trostlos ist. Da in beiden Republiken so gut wie gar keine Industrie ist, vielmehr alle industriellen Erzeugnisse aus Westeuropa eingeführt werden, in dieser Einfuhr aber seit Kriegsbeginn, nunmehr also seit über fünf Jahren, eine Stockung eingetreten ist, so ist ein derartiger Warenmangel und damit eine so erschreckende Preissteigerung eingetreten, daß z. B. ein Anzug 10–15 000 Rubel, ein Paar Stiefel 4500 Rubel georgisch kosten. Der Kurs des georgischen Rubels, der zur Zeit, als die deutschen Truppen 1918 im Juni ins Land kamen, auf 80 Pfg. festgesetzt worden war, ist neuerdings so tief gesunken, daß im November 1919 in Tiflis, trotz des schon damals recht erheblichen Tiefstandes unseres Marktkurses, für die Reichsmark 10, ja 12 georgische Rubel gezahlt werden mußten. Wenn auch dieser hohe Kurs unserer Mark für mit erheblichen deutschen Barmitteln ins Land kommende Übersiedler auf den ersten Blick manches Verlockende hat, so macht sich die Kehrseite der Medaille sofort bemerkbar, wenn ich die Preise für Lebens- und Genußmittel angebe, wie sie Ende 1919 waren und in-

zwischen zweifellos noch eine erhebliche Steigerung erfahren haben: 1 Pud (= 16 kg) Weizen kostete 300 georg. Rubel (also 30 M.), 1 Pud Gerste 200 Rubel, 1 Pud Kartoffeln 120 Rubel. Das Pfund (russisch = 432 g) Zucker 25 Rubel, soll jetzt aber auf 40 Rubel gestiegen sein. 1 Pfund (russ.) Butter 120 Rubel, Käse, einheimischer Schaffkäse pro Pfund 25, kaukasischer Schweizerkäse 60—65 Rubel. Das Liter besten einheimischen Kachetinerweins kostete vor dem Krieg 20 Pfg., jetzt 20—25 M.

Aus all den vorstehend angegebenen Gründen hinsichtlich der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen wie auch politischen Verhältnisse in Transkaukasien, ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Erlangung der Reiseerlaubnis für Reichsdeutsche, ist Auswanderungslustigen anzuraten, Transkaukasien, das als reiches Land an sich arbeitsamen und tatkräftigen Menschen reichlichen Verdienst und rasches Emporkommen ermöglicht, wofür die jedenfalls durchweg vor dem Weltkrieg blühenden dortigen deutschen Kolonien ein beredtes Zeugnis sind, als Auswanderungsziel vorläufig noch nicht zu wählen, son-

dern erst abzuwarten, bis sich dort stabile politische Zustände gebildet haben und damit auch die wirtschaftliche Lage sich gebessert hat. Auf jeden Fall muß man, ehe man reist, genaue Erkundigungen einziehen und sich hierzu am besten an den „Zentralvorstand des Verbandes der transkaukasischen Deutschen in Tiflis“, Barjatsinskajastr. 7, wenden. Briefe nach Tiflis nimmt zwar auch schon wieder die Reichspost zur Beförderung an, sicherer aber gehen sie durch die Kuriere der „Georgischen diplomatischen Mission“ in Berlin (Brückennallee 31, II).

Hinsichtlich der transkaukasischen Kolonien, ihre Gründung, Entwicklung und derzeitige Lage verweise ich auf die folgenden neuen Schriften:

Borchardt: Aus dem Kaukasus I, II. (Verlag P. Parey, Berlin.) — Fischer: Die Deutschen im Kaukasus, insbesondere in Transkaukasien. (Verein für das Deutschtum im Auslande, Berlin 1919.) — Hummel: Mitteilungen über den kulturell-wirtschaftlichen Zustand der deutschen Kolonien in Transkaukasien. (Mainz 1918.)

Von den Deutschen des Isonzolandes.

Von HUGO PIFFL.

Trotz vierjähriger unendlich aufopferungsvoller und siegreicher Kämpfe, die um den Besitz des Isonzolandes getobt hatten, muß das schöne, teils wildromantische, teils gartengleiche Land dem Italiener überlassen werden, und das hier ohnehin nie recht emporgekommene Deutschtum wird sehr bald vollkommen verschwunden sein, so wie es in der Lombardei, in Venetien und Welschtirol geschehen ist. Man muß nur den Süddeutschen, besonders den Deutschösterreicher kennen, mit welcher Vorliebe er sich fremde Sprachen aneignet, sie sogar bevorzugt und schließlich seine Muttersprache vernachlässigt, ja förmlich verachtet.

Im Isonzoland wurde hauptsächlich in dessen Landeshauptstadt Görz *) ziemlich viel Deutsch gesprochen, vor allem vom Militär und der Beamtschaft, sowie von dem recht zahlreichen Adel, doch auch die bürgerliche, vor allem die gewerbetreibende Bevölkerung, den Nutzen der deutschen Sprache erkennend, trachtete sie zu erlernen, so daß die Regierung diesem Bedürfnis durch Errichtung etlicher deutscher Bildungsanstalten entgegenkam. Alle Geistlichen, Gendarmen, Finanzwacheleute und Lehrpersonen verstanden Deutsch, und von Damen wurde es sogar recht hübsch gesprochen.

Die ersten adeligen Besitzer von Görz waren germanischer Abstammung. Die Geschichte der Stadt nennt die Grafen Werigand, Marquard und Liutold als damalige Herren. Die späteren Besitzer nannten sich Grafen von Görz, herrschten volle vierhundert Jahre im Lande und wurden eines der mächtigsten deutschen Geschlechter. Sie zogen viele deutsche Beamtenfamilien ins Land, doch konnten und wollten sie die starke Einwanderung der fleißigen Landarbeiter aus dem benachbarten Friaul nicht hindern und damit auch nicht die Romanisierung ihres Gebietes.

Als Görz Ende des 15. Jahrhunderts an Österreich kam, erhielt seine deutsche Bevölkerung eine Stütze an den Habsburgern, und der Adel sandte seine Söhne mit Vorliebe an Wiener und

Grazer Schulen und lieferte dem Kaiserreiche zahlreiche tüchtige Feldherren, Staatsmänner und Gelehrte.

Eine eigentliche deutsche Ortsgemeinde existiert im Lande nicht mehr. Im vierzehnten Jahrhundert fanden wohl größere Einwanderungen statt und die Dörfer Deutschruth, Starschischtsche und Podberda wurden durch Deutsche bevölkert. Leider verloren die neuen Ansiedler im Laufe der Zeit ihr Stammesbewußtsein vollständig und sind längst Slawen geworden. Nur die germanischen Familiennamen erinnern an die einstigen Deutschen und ebenso gewisse Benennungen von Werkzeugen, die, wenn auch oft verballhornt, noch immer die alten geblieben sind. Unter der Regierung der Kaiserin Maria Theresia wurden Holzarbeiter im Tarnowaner Walde angesiedelt, und die Niederlassung heißt heute noch „Pri Nemcich“ (Bei den Deutschen), doch sind ihre Bewohner schon lange nicht mehr Deutsche.

In Görz lebten früher mit Vorliebe österreichische Pensionäre, die selbstverständlich untereinander nur deutsch verkehrten und ihre Kinder in die deutschen Schulen schickten. Der Krieg hat sie wohl alle von dort vertrieben, und die um ihren ruhigen Lebensabend Betrogenen müssen sich jetzt in den neu entstandenen Staaten ein Heim gründen. Früher beherbergte Görz sowohl wie andere Ortschaften zahlreiche Sommergäste und Touristen, die fast zur Gänze aus deutschen Ländern kamen, denn der sparsame Italiener reist höchstens, um im Auslande Geld zu verdienen.

Heute wird man kaum noch ein deutsches Wort in der alten Grafschaft hören, denn die geflüchtete deutsche Bevölkerung wird wohl zum allergeringsten Teile zurückkehren, und die deutschen Kundigen würden ja nur noch mit italienischen Beamten zu tun haben, also selten mehr in die Lage kommen, ihre deutschen Sprachkenntnisse zu verwerten. Die Reichsdeutschen werden jetzt ihre Vergnügungsreisen hoffentlich mehr nach den österreichischen Alpenländern lenken, als dies früher geschah, und im Tale des Isonzo wird kein deutsches Lied mehr erklingen. Kein österreichisches Alpenregiment wird mehr durch die Schluchten marschieren und durch schallenden deutschen Gesang die feierliche Stille der einsamen Gegenden unterbrechen wie einst in schönerer Zeit.

*) Die Stadt Görz wurde von den während der Völkerwanderung eingedrungenen Slowenen als Oorica (lies -tsa) gegründet, was „Hügel“ bedeutet; daraus machten die Italiener Gorizia. Das benachbarte Gradiska hat auch einen slawischen Namen, der „Befestigung“ bedeutet. Es leben auch auf venetianischem Gebiete Slowenen.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich und ehemalige österreichische Länder.

Die deutschösterreichische Öffentlichkeit stand einige Tage unter dem Eindrucke eines angeblichen Komplottes gegen die Republik, die ein offenbar bezahltes Individuum aufgedeckt haben wollte. Es handelte sich um einen vorgeblichen Waffen-transport aus Ungarn für österreichische christlich-soziale Monarchisten. Zu seiner Abfassung rückte sogar die Volkswehr Wiener-Neustadts (südlich von Wien, dicht an der ungarischen Grenze) aus, konnte aber nichts erreichen, weil der Transport ausblieb. Sehr bald stellte sich heraus, daß es sich um ein falsches Gerücht handelte und an der Sache kein wahres Wort war. Immerhin ist es kennzeichnend für das herrschende Mißtrauen zwischen den beiden koalitierten Parteien der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen. Die Sache hat aber auch eine nationale Seite. Zunächst muß festgestellt werden, daß die immerhin nicht geringe Zahl der Anhänger der Großdeutschen Vereinigung und der übrigen ausgesprochen national gesinnten Parteien, wie Nationalsozialisten und Nationaldemokraten für monarchistische Putsche unter keinen Umständen zu haben sind. Alle diese Parteien stehen auf dem Boden des Anschlusses an das Deutsche Reich und wissen ganz genau, daß dieser durch die Wiederaufrichtung der Monarchie auf alle Fälle unmöglich gemacht wäre. Aber auch die Christlich-Sozialen sind in dieser Frage nicht einig und ein namentlich auf dem flachen Lande sehr starker nationaler Flügel will gleichfalls von einer monarchistischen Restauration nichts wissen. Dazu kommt, daß jede Umsturzbewegung in dem hinsichtlich der Belieferung mit Lebensmitteln so abhängigen Lande den unerträglichsten Notstand herbeiführen müßte. Man darf also hoffen, daß es gelingen wird, unüberlegte Schritte, die nur schaden können, hintanzuhalten.

Während man sich in Deutschösterreich mit derartigen törichten Dingen gegenseitig das Leben schwer macht, werden die Deutschen in den benachbarten Nationalstaaten unbehindert weiter unterdrückt. In der Tschechoslowakei wurde eine Verfassung geschaffen, die alle jene Dinge und einige mehr, die seinerzeit das Tschechentum zu den heftigsten Anklagen gegen das österreichische Deutschtum und die Regierung veranlaßten, in verstärktem Maße durchführen soll. So wurde das Tschechische für das ganze Staatsgebiet, also auch für die rein-deutschen Teile, zur Staatssprache erklärt, und damit werden von den 14 Millionen Einwohnern rund 8 Millionen sprachlich nahezu rechtlos, denn nur 6½ Millionen sind Tschechen.

In den von den Südslawen besetzten Teilen Kärntens hat dem äußeren Anscheine nach die Räumung begonnen. Aber entgegen den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach die nötigen Sicherheitsmannschaften aus der bodenständigen Bevölkerung zu rekrutieren sind, werden einfach südslawische Truppen in andere Uniformen gesteckt und als Gendarmen und Finanzwächter verkleidet auch weiterhin dort belassen. Auch sonst haben die zahllosen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Einwohner bisher keinerlei Erleichterung erfahren. Die Gefängnisse sind mit angeblichen Verschwörern überfüllt und man sucht mit allen Mitteln bindende Verpflichtungen zur Stimmabgabe für Südslawien zu erpressen. Freilich kann man gerade in diesem nervösen Bestreben, das Ergebnis der bevorstehenden Volksabstimmung von vorneherein sicherzustellen, die geringe Zuversicht in ihrem Ausfall erkennen. Tatsache ist, daß, wie

selbst Slowenen zugeben, bei einer wirklich freien Abstimmung für den südslawischen Staat keine 100 Stimmen abgegeben werden dürften.

B. I.

Tschechoslowakei.

Bei den Gemeinderatswahlen in Brünn entfielen von 115988 abgegebenen Stimmen 35298 auf die deutschen Kandidaten, die damit 27 von 90 Mandaten erhielten. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahre einen Verlust von 2 Sitzen. Die Tschechen gewannen 61 Sitze, mit denen ihnen die $\frac{2}{3}$ Mehrheit gesichert ist. Die 2 übrigen Plätze erhielt die jüdische Gruppe.

Zur Ehren des Präsidenten der Republik, Masaryk, fand aus Anlaß seines 70. Geburtstages eine Festvorstellung im neuen deutschen Theater in Prag statt, an welcher die Mitglieder des Kabinetts, des diplomatischen Korps und zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung teilnahmen. Der Präsident erwiderte auf die Begrüßungsansprache des Intendanten, er hoffe noch recht oft Gelegenheit zu erhalten, dem deutschen Theater seine Freundschaft auszudrücken. Es freue ihn, daß er an seinem Geburtstage die Glückwünsche der deutschen Kunst entgegennehmen könne, der er das beste Gedeihen wünsche. Masaryk ist bekanntlich deutsch erzogen und spricht und schreibt die deutsche Sprache vollkommen.

Ungarn.

Die Frage Deutsch-Westungarns ist nun endlich akut geworden. Die Entente-Kommission, die das strittige Gebiet bereist, um sich über die Stimmung der Bevölkerung und über die herrschenden Zustände zu unterrichten, hat gestattet, daß ihr auch zwei Vertreter der deutschösterreichischen Regierung beigegeben werden. Die beiden österreichischen Delegierten sind Sektionsrat Neugebauer und Legationssekretär Hauenschild. Ihre Ankunft in Ödenburg gestaltete sich recht bewegt. Die magyarische Regie arbeitete außerordentlich präzise. Als die beiden Herren am 4. März in der künftigen Hauptstadt des Burgenlandes ankamen, hatte sich beim Bahnhofe bereits eine Menge von etwa 5000 Köpfen versammelt, die zumeist aus den Studierenden der Ödenburger Bergakademie, aus Mittelschülern und anderen jungen Leuten bestand. Die Menge begrüßte die beiden österreichischen Beamten mit lautem Geschrei und bewarf ihren Wagen mit faulen Äpfeln. Die ganze Demonstration dauerte nicht weniger als eine halbe Stunde, dann erst „gelang“ es den ungarischen Behörden, ihrer Herr zu werden. Im Auftrage der ungarischen Regierung entschuldigte sich sodann Baron Villány bei den beiden österreichischen Delegierten. Wer ungarische Regierungskünste kennt, kann keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die Regierung selbst die Demonstration zu durchsichtigem Zweck veranstaltet hat. Ein Mann von so großer politischer Erfahrung und von so hohen Verdiensten um die Sache des westungarischen Deutschums, wie der derzeitige Direktor der deutsch-parlamentarischen Kanzlei der österreichischen Nationalversammlung, der gewesene Staatsrat Neuteufel, hat sich kürzlich dahin geäußert, die Volksabstimmung habe für die deutsche Sache keine Gefahr, denn Deutschösterreich könne sie ja überwachen und neben jeden ungarischen Beamten einen deutschösterreichischen, desgleichen geben jeden ungarischen Gendarmen einen deutschösterreichischen stellen. Das ist aber reichlich optimistisch. Nicht nur, daß von magyarischer Seite längst alles für den Fall des Plebiszites vorgesehen ist, unterliegt es auch keinem Zweifel, daß die Organe der deutschösterreichischen Regierung in keiner Weise denen der ungarischen gewachsen sind und jedenfalls bei allen

etwaigen Konflikten den Kürzeren ziehen werden. Die Bevölkerung aber ist derart eingeschüchtert, daß von ihr, wie Briefe aus dem Heinenlande bezeugen, eine freimütige Abstimmung, bei der man Leben und Habe aufs Spiel setzt, nicht zu erwarten ist.

B. I.

Die westungarische Frage.

Unser Qu-Mitarbeiter erfährt von maßgebender Seite aus Wien bezüglich der Besetzung Westungarns durch Österreich:

Während der Friedensverhandlungen war Österreich wegen Deutschböhmen, Südtirol und Kärnten genötigt, sich auch bezüglich Westungarns im Sinne der Wilsonformel auf den Standpunkt der Volksabstimmungen zu stellen. Bis zur Unterzeichnung des Vertrages stand die gesamte öffentliche Meinung in Österreich unter dem Eindrucke der Unmöglichkeit, den Frieden zu unterschreiben, so daß es schon deshalb nicht angegangen wäre, in der Zwischenzeit speziell die uns günstige Bestimmung des Friedens betreffend Westungarn zu verwerfen. Nach der Unterfertigung des Friedensvertrages von St. Germain waren die westungarischen Komitate bereits von starken ungarischen Truppenabteilungen besetzt, so daß der Versuch der Übernahme der Verwaltung durch österreichische Behörden wohl unvermeidlich zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hätte. Dadurch wäre vor allem die Lage der vielgeprüften deutschen Bevölkerung Westungarns verschlimmert worden. Überdies war Österreich auch ohne ausdrückliches Mandat der Entente gar nicht in der Lage, sich in die Gefahr einer kriegesischen Verwicklung einzulassen. Eine Stellungnahme der Entente zur Frage der Besetzung Deutsch-Westungarns durch Österreich schien wieder zu einer Zeit kaum möglich, da sich in Budapest rumänische Truppen befanden und eine verhandlungsfähige ungarische Regierung nicht vorhanden war. Eine Gewalthandlung würde überdies den demokratischen Grundcharakter der österreichischen Republik widersprechen und jenen Maßnahmen vorgreifen, die die Friedenskonferenz zur tatsächlichen Durchführung der Friedensbedingungen zweifellos ergreifen wird. Nicht zuletzt war in Wien auch immer das Bestreben vorherrschend, das magyarische Empfinden möglichst und solange als möglich zu schonen.

Holland.

Einer Meldung der Times zufolge nahm die Zahl der Deutschen, die sich in Holland zu dauerndem Aufenthalt niederließen, vom 20. Januar bis zum 20. Februar um 1182 zu, die Zahl der Engländer um 65, die Zahl der Franzosen um 46, die Zahl der Belgier dagegen nahm um 55 ab.

Belgien.

Aus Brüssel wird deutschen Zeitungen gemeldet, daß sich die einflußreiche Zeitung „Vingtième Siècle“ am 10. März für eine Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit Deutschland ausgesprochen habe. Das Ministerium habe sich bereits mit der Frage der Wiederzulassung Deutscher in Belgien befaßt. Das Blatt sei dagegen, daß man Deutsche in größerer Zahl in Antwerpen wieder zulasse, es sei aber nicht dagegen, daß Deutsche in Belgien überhaupt wieder ihren Wohnsitz nähmen, weil das im Interesse des Wiederaufbaues liege.

England.

Die englische Regierung hat auf eine Anfrage des deutschen Auswärtigen Amtes mitgeteilt, daß entsprechend der Aliens Restriction Act Zeitungsberichterstatte, die Angehörige früher feindlicher Länder seien, nunmehr in England Aufenthaltserlaubnis bekämen, unter der Voraussetzung, daß die von ihnen vertretene

Zeitung ein gutes Ansehen genieße und in dem Erscheinungslande als Presseorgan anerkannt sei, daß diese Zeitung ferner den Antrag auf Zulassung ihres Vertreters in England stellt, daß die Persönlichkeit dieses gewünschten Vertreters unbedenklich sei und daß endlich alle Maßnahmen gegen etwaige unerwünschte Betätigung des deutschen Korrespondenten in England getroffen seien. Die Aufenthaltserlaubnis kann jederzeit zurückgezogen werden, wenn die englische Regierung Nachrichten erhält, die es ihr unerwünscht erscheinen lassen, daß ein Korrespondent die Aufenthaltserlaubnis oder Einreiseerlaubnis bekommt.

Spanien.

Der Zoologe Dr. Reichenow veröffentlicht eine Kundgebung von 110 spanischen Gelehrten im Wortlaut, die als Deutschfreundliche Kundgebung außerordentlich wohlthuend von den Haßgesängen der letzten Zeit absticht. Als die deutsche Regierung den Waffenstillstand abschloß, beglückwünschten einige junge spanische Gelehrten die französische Akademie zu diesem „Triumph der Zivilisation“. Darob entstand große Verstimmung unter den übrigen Gelehrten. So heißt es in der Kundgebung: „Die unterzeichneten Männer der Wissenschaft halten es für ihre Pflicht, vor aller Welt zu erklären, daß sie es als Erfordernis der Zivilisation erklären: 1. die sofortige Wiederherstellung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen zwischen allen Ländern ohne Ausnahme und deshalb auch des Austausches von Zeitschriften und wissenschaftlichem Material; 2. daß kein Volk und am wenigsten solche, die wie das deutsche und andere Völker Mitteleuropas so glänzend zum wissenschaftlichen Fortschritt beigetragen haben, in eine Lage gerate, die ihnen die weitere Entwicklung der Wissenschaften und ihren berechtigten und wohlthätigen wissenschaftlichen Einfluß im Auslande erschwert; 3. daß alle Männer der Wissenschaft der Welt daran arbeiten, über den von der Politik geschaffenen Hass erneut den internationalen Geist der Wissenschaft zu setzen. Wir laden die gesamte Presse und ganz besonders die wissenschaftlichen Zeitschriften ein, diese Kundgebung zu veröffentlichen.“

Rumänien.

Ein Bukarester Brief berichtet der „Ostseezeitung“ von Anfang März über eine starke Übervölkerung der Hauptstadt Rumäniens, Bukarest. Seit kurzem erscheinen auch schon deutsche Besucher. Die deutsche Sprache hört man überall, in Amtsgebäuden sowie in öffentlichen Lokalen. Selbst in den Wandelgängen der Kammer und des Senats kann man keinen Schritt gehen, ohne diese Sprache zu hören, die vor der Besetzung Bukarests durch die deutschen Truppen und nach dem Abzug derselben aus Angst vor der chauvinistischen Wut niemand gewagt hätte zu sprechen. Heute wird von Tausenden von Kaufleuten deutsch gesprochen; es sind dies meistens Leute, die aus Siebenbürgen, der Bukowina und Beßarabien kommen, lauter Bürger Rumäniens. Die chauvinistischen Ausbrüche sollen seltener geworden sein, nachdem auch im Parlament die deutschen Abgeordneten und Senatoren ihren Kollegen durch ihre würdige Haltung und den Takt, mit dem sie jede Schwierigkeit meisterten, zu imponieren wußten. Die deutsche Sprache wird soviel gesprochen, daß niemand gewagt hat, gegen ihre Wiedereinführung in den Schulen zu protestieren, trotzdem dies vor der Ratifizierung des Friedens und der offiziellen Wiederaufnahme der deutschen Beziehungen geschah. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland scheint auch in handelspolitischer Beziehung vorzustehen.

China.

Über die Wiederaufnahme der deutschen Beziehungen mit China berichtet man uns aus Canton:

Nach einer chinesischen Zeitungsmeldung vom 4. Februar soll Deutschland von China folgendes erbeten haben:

1. Die chinesische Regierung wolle bis auf weiteres nach dem deutschen Eigentum in China sehen.
2. Den Deutschen freigegeben, wieder Handel in China zu treiben.
3. Als amtlichen Vertreter Deutschlands den in Tientsin zurückgebliebenen Vizekonsul anerkennen.

China hat diesem Ansuchen nicht stattgegeben und will amtlich nichts unternehmen, bis der Minister des Äußern, Lu Cheng-hsiang, von Paris wieder zurückgekehrt sein wird. Es wird dann eine besondere Kabinettsitzung stattfinden, in der alle Fragen internationaler Natur besprochen werden sollen.

Da der Minister Lu in den letzten Tagen des Januar wieder in Peking eingetroffen ist, scheint die Kabinettsitzung schon stattgefunden zu haben, denn eine andere chinesische Zeitungsmeldung besagt, daß in einer Kabinettsitzung beschlossen wurde, das Ansuchen Deutschlands wegen der Anerkennung eines in Tientsin befindlichen Vizekonsuls als zuständigen deutschen diplomatischen Vertreter usw. nicht als amtlich gestellt zu betrachten und darauf nicht einzugehen. Der chinesische Gesandte in Dänemark, der früher in Berlin beglaubigt war, ist ersucht worden, Deutschland entsprechend zu verständigen.

Es geht aus diesen Meldungen nicht hervor, ob von Deutschland versucht wurde, zu einem neuen Handelsvertrag zu gelangen, was wohl Vorbedingung der Wiederaufnahme der Beziehungen mit China ist, oder ob versucht wurde, einstweilen auch ohne Handelsvertrag die Beziehungen mit China wieder aufzunehmen. Wie es auch sei, der Versuch scheint jedenfalls mißlungen zu sein. Wahrscheinlich hat China noch keine freie Hand von den Alliierten bekommen.

Der Kriegszustand mit Deutschland wurde bekanntlich von China durch eine Bekanntmachung der Peking Regierung vom 15. September 1918 mit dem 28. Juni 1919 für beendet erklärt. Die Bekanntmachung hat etwa folgenden Wortlaut:

„Wir, die Republik von China, erklärten am 14. August des 6. Jahres der Republik (1917) das Bestehen eines Kriegszustandes gegenüber Deutschland zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Internationalen Rechts, der Verteidigung des Prinzips der Menschlichkeit, der Beschränkung des Kriegselendes und der Förderung des Friedens. Seit wir der kämpfenden Gruppe beitraten, haben wir beständig in jeder unserer Aktionen die gleiche Haltung wie die Entente-Mächte beobachtet. Jetzt wurde der Krieg in Europa beendet und der Friedensvertrag mit Deutschland wurde von den bevollmächtigten Abgeordneten aller Entente-Mächte zu Paris am 28. Juni dieses Jahres unterzeichnet, an welchem Tage alle Feindseligkeiten der Signatar-Mächte gegen Deutschland zu Ende kamen. Infolge unseres Unvermögens, den drei Friedensvertragsbestimmungen über Schantung zuzustimmen, hat unser Land sich geweigert, den Vertrag zu unterzeichnen. Jedoch in Anbetracht der Tatsache, daß wir mit den Entente-Mächten hinsichtlich der Annahme aller übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages vom Ersten bis zum Letzten in völliger Übereinstimmung gewesen sind und noch sind, und da alle feindseligen Handlungen gegen Deutschland von seiten der übrigen Mächte aufgehört haben, wünschen wir, die wir eine der Entente-Mächte sind, in gleicher Weise Deutschland gegenüber zu handeln. Indem die Angelegenheit dem Parlament zur Entscheidung überwiesen worden

ist, wird diese Bekanntmachung hiermit zur Unterrichtung unseres ganzen Volkes veröffentlicht, um zu erklären, daß alle Feindseligkeiten der Republik von China gegen Deutschland jetzt zu Ende gekommen sind.“

Dieser Bekanntmachung der Regierung folgte am 18. September 1919 folgender Erlaß des Präsidenten der Republik:

„Am 15. September wurde eine Bekanntmachung veröffentlicht, die das Ende des Kriegszustandes gegenüber Deutschland erklärte, wie aktenkundig ist. Nachdem jetzt Lu Cheng-hsiang, Spezial-Delegierter, die Unterzeichnung des österreichischen Vertrages durch unser Land am 10. September drahtlich berichtet hat, ist der Kriegszustand gegenüber Deutschland und Österreich dadurch völlig beendet worden. Jedoch sollen die nach unserer Kriegserklärung ergangenen Verordnungen und Vorschriften hinsichtlich deutscher und österreichischer Untertanen weiter in Kraft bleiben, soweit nicht in aller Form aufgehoben oder revidiert.“

Ende Oktober 1919 wurde dann bekannt, daß auf Veranlassung des Ministeriums des Innern zu Peking das Parlament verschiedene feindliche Vorschriften aufgehoben hatte. Es wurden aufgehoben:

Punkt 4 über die Ausweisung feindlicher Staatsangehörigen,

Punkt 6 über die Beschränkung des Reisens,

Punkt 7 über das Verbot der Einreise, welcher dahin abgeändert wurde, daß zur Einreise nach China die Erlaubnis der chinesischen Regierung nötig ist,

Punkt 8 über die Aufsicht über die feindlichen Staatsangehörigen,

Punkt 10 über das Verbot des Vertriebs von Zeitungen und Büchern. Die polizeiliche Meldung fiel fort und auch die Fürsorge für mittellose feindliche Staatsangehörige wurde aufgehoben. Das Handelsverbot ist aber, soweit zu sehen, noch nicht wieder aufgehoben.

Die Militärregierung zu Canton ist dem Peking Vorgehen gefolgt und hat am 25. Oktober 1919 auch den Kriegszustand gegenüber Deutschland für beendet erklärt und unter dem 10. November die betreffenden feindlichen Verordnungen aufgehoben. Es hat, soweit bekannt, als erste der beiden Regierungen auch bereits Deutschen die Erlaubnis zur Einreise nach Canton erteilt. Es ist nun zu hoffen, daß es bald gelingt, einen neuen Handelsvertrag mit China zu schließen und die Beziehungen zu China wieder aufzunehmen.

Indien.

Aus einer Meldung der Zeitung Statesman in Kalkutta vom 23. Januar geht hervor, daß die indische Regierung beschlossen hat, ehemals feindliche Ausländer auf die Zeit von 5 Jahren vom Friedensschluß an vom Wiederbetreten indischen Bodens auszuschließen. In einer Presse-Mitteilung vom November 1919 war gesagt worden, daß die Zeitspanne der Ausschließung noch nicht festgesetzt sei. Dann waren auf Grund von Meldungen in englischen Zeitungen Gerüchte nach Deutschland gedrungen, daß an eine Ausschließungszeit von drei Jahren gedacht sei. Die jetzige Meldung zeigt, daß vorläufig die indische Regierung päpstlicher als der Papst und noch deutschfeindlicher als die englische Regierung ist, die die Ausschließungszeit nur auf drei Jahre festgesetzt hat.

Südwest-Afrika.

Die Kol. Korresp. vom 8. März berichtet von einer mehrstündigen Unterredung zwischen den Vertretern des landwirtschaftlichen Verbandes von Südwest-Afrika mit dem Premierminister der südafrikanischen Union, General Smuts, in der die Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache in den Schulen

von Südwest-Afrika und das Verbleiben der deutschen Tierärzte in der Kolonie besprochen wurde. Der Premierminister zeigte ein wohlwollendes Interesse für die Entwicklung in Südwest, für seine Zuchtvieh-Einfuhr, Eisenbahn-Tarife, die Ausfuhrzölle für Schlachtvieh. Er schloß die Unterredung mit den Worten: Ich hoffe, daß die in Südwest ansässigen Deutschen in Zukunft an der Entwicklung des Landes tätigen Anteil nehmen werden. Ich kenne den Deutschen als einen vorwärts strebenden Mann und freue mich über jeden wertvollen Faktor am Weiterausbau von Südwest.

Brasilien.

Die Erfolge der Entente in Brasilien sind mit der Kriegserklärung Brasiliens gegen Deutschland im Oktober 1917 keineswegs erschöpft, das beweist der Entwurf eines neuen Naturalisationsgesetzes, welches die früher in Brasilien so leicht zu erlangende Naturalisation außerordentlich erschweren soll. Nach der Vorlage werden die Bürgerpapiere vom Ministerium der Justiz und des Innern nur dann ausgestellt, wenn der Ausländer nachweist:

1. daß er länger als 5 Jahre in Brasilien seinen Wohnsitz hat und auf seine frühere Staatsangehörigkeit ausdrücklich verzichtet;
2. daß er mit einer Brasilianerin verheiratet ist oder brasilianische Kinder hat;
3. daß er Grundbesitz in Brasilien erworben hat und auf dem er ein landwirtschaftliches, industrielles oder Handelsgewerbe betreibt.

KLEINE NACHRICHTEN

Dr. Backhaus †. Die Deutsche Zeitung für Paraguay meldet den plötzlichen Tod des Sanitätsrats Dr. Backhaus. Er gehörte zu den alteingesessenen Deutschen Paraguays, war früher in Hamburg ansässig und siedelte 1896 nach Paraguay über. In den langen Jahren seiner ärztlichen Praxis hat er sich viele Freunde erworben, besonders dadurch, daß er viele Arme unentgeltlich behandelt hat. Jahre hindurch war der Verstorbene Arzt des Consejo Nacional Higienico.

Spenden aus dem Ausland. Der „Deutsche Verein Kopenhagen“ (Vorsitzender Direktor H. Prins) hat für den „Kriegerdank der Auslandsdeutschen“ in Berlin 2000 Mark und für den „Deutschen Hilfsverein“ in Kopenhagen 500 Kronen gestiftet. Aus der Vereinskasse und von zwei Mitgliedern des Vereins wurden ferner dem Deutschen General-Konsulat in Wien 15000 österr. Kronen für notleidende Deutsche überwiesen.

Hamburg. Der Kaufmännische Verein von 1858 in Hamburg hatte Mitte vorigen Jahres eine Auslandsabteilung gegründet, deren Aufgabe es ist, die auswandernden Kaufleute durch richtige Beratung und Aufklärung vor Enttäuschungen zu bewahren. Das Reichswanderungsamt hat nunmehr die Auslandsabteilung als gemeinnützige Auskunftstelle anerkannt.

KIRCHE UND MISSION

Togo. Von welchem Erfolge die deutsche Kolonisations-tätigkeit der Missionare gewesen ist, das ergibt sich gerade jetzt nach dem Abzug der Missionare. Die deutschen Christengemeinden haben sich rasch und selbständig weiterentwickelt, die eingeborenen Prediger haben der heimischen Missionsgesellschaft in deutscher Sprache vorzügliche Berichte geliefert. Die Gemeinden mit ihren 9366 Mitgliedern haben im Jahre 1918 nicht weniger als 34735 Mark aufgebracht.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Prag. Zusammenschluß der deutsch-arischen Studentenschaft. An den Prager deutschen Hochschulen haben sich der „deutsch-arische Arbeitsausschuß“, die „Vertretung der deutsch-freihellen Studentenschaft“ und der „Vollzugsausschuß der Prager deutschen sozialistischen Studentenschaft“ zu einer „Geschäftsführenden Vertretung der deutschen Studentenschaft Prags“ zusammengefunden, die als allgemeines Ziel „die Einigung und Zusammenfassung der gesamten Studentenschaft deutsch-arischer Abstammung auf dem Boden rücksichtsloser Pflichterfüllung dem deutschen Volkstum gegenüber“ und „die Einheit des studentischen Standes in der Einheit des Volkes, ein starkes deutsches Volksbewußtsein“ erstrebt. In irgendeiner Form soll der Anschluß an die organisierte Studentenschaft Deutschlands vollzogen werden. Einzelforderungen erstrecken sich auf Hochschulreform, bei der „eine überstürzte und einer ruhigen Entwicklung widerstrebende Neuordnung“ verworfen wird, auf Selbstverwaltung, Neueinteilung der Fakultäten, Erweiterung des Lehrplanes, Anerkennung des Prager Doktorates seitens sämtlicher Staaten Mitteleuropas, grundsätzliche Bevorzugung deutscher vor ausländischen Studierenden, wirtschaftliche Verbesserungen, begrenzte Mitarbeit der Studierenden an allen Angelegenheiten, die ihr Interesse berühren, und schließlich auf baldmöglichste Verlegung beider Prager deutschen Hochschulen in eine Stadt des deutschen Siedlungsgebietes.

Deutsche Schulen in Neapel. Über die frühere deutsche Schule in Neapel wird uns berichtet, daß sie während des Krieges als „Schweizer Schule“ ununterbrochen weitergeführt wurde. Jetzt sei sie dagegen in völlig andere Hände übergegangen und habe italienischen Schulplan eingeführt. Der Schulbesuch soll sehr gut und völlig international sein. Die meisten Schüler seien naturgemäß Italiener, aber auch jetzt schon befinden sich wieder einige Deutsche darunter.

Die früher unter dem Namen „Internationale Knabenschule“ von dem deutschen Direktor Voigt geleitete Schule ist als solche aufgelöst und mit der vorgenannten „Schweizer Schule“ verbunden worden.

Mexiko. Die „Deutsche Schule“ in Mexiko hat sich in sehr erfreulicher Weise weiter entwickelt. Da bisher viele ihrer Schüler dem Deutschtum dadurch wieder verloren gingen, daß sie nach Verlassen der Anstalt sich an fremden Handelsschulen weiterbildeten, wurde der Deutschen Schule nunmehr eine Handelsschule angegliedert, in der neben Stenographie und Maschinenschreiben auch Korrespondenz, Buchhaltung, Deutsch und Spanisch gelehrt wird. Der bisherige Direktor der Deutschen Schule, Herr Max Dobroschke, der sich als Oberfeldmeister auch um das Deutsche Pfadfinderkorps in Mexiko Verdienste erworben hat, ist nach 9jähriger Tätigkeit nach Deutschland zurückgekehrt. An seiner Stelle hat Dr. Traugott Böhm die Leitung der Schule übernommen. Daß er sie im alten Geiste weiterführen wird, kann man um so sicherer erwarten, als Dr. Böhm gerade jetzt die Initiative zur Gründung eines Deutschen Bibliothekvereins und einer Deutschen Lesehalle ergriffen hat.

Ecuador. Von der deutschen Schule in Quito. Die deutsche Schule hat rein äußerlich einen wesentlichen Fortschritt dadurch gemacht, daß sie aus dem Außenbezirk in ein geräumiges dreistöckiges Haus nahe dem Zentrum der Stadt verlegt wurde. Nach dem Plan einer deutschen Realschule unter-

chten an ihr 2 deutsche, 1 amerikanischer und 3 ecuadorische Lehrer. Alle Schüler lernen Deutsch. Englisch wird als Fremdsprache gelehrt. Das angegliederte Internat beherbergt zurzeit 14 Schüler. Die Frage der Beschaffung deutscher Lehrbücher, die einige Schwierigkeiten bereitete, ist mit Hilfe des deutschen Lehrervereins in Buenos Aires nunmehr auch zufriedenstellend gelöst. Infolge der überaus günstigen Aufnahme, die die deutsche Schule in allen Kreisen Quitos gefunden hat, soll versucht werden, sie durch Angliederung höherer Klassen weiter auszubauen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Eine deutsche Volksbücherei in Memel. Die Stadt Memel besitzt nur eine kleine Stadtbücherei, sowie Bestände aus privaten Büchereien, insgesamt 7000 Bände, die nun als Grundstock für eine große neu zu errichtende deutsche Bibliothek gedacht sind. Die Stadt Memel will das Gebäude stellen und die Verwaltung übernehmen. Der Deutsch-Litauische Heimatbund ruft zur Mitarbeit auf und bittet um Überlassung von Büchern und Geldmitteln. Büchersendungen sind an Herrn Ernst Stillger in Berlin O. 34, Warschauerstraße 13, zu richten, Geldmittel an den Deutsch-Litauischen Heimatbund, Zweigverein Berlin, Postscheck-Konto Nr. 70668 beim Postscheckamt in Berlin N. W. 7, zu adressieren.

Das deutsche Buch in Italien. Das B. T. läßt sich aus Rom melden, daß die Verlagsbuchhandlung Taddei in Ferrara ein verdienstvolles Unternehmen ins Leben gerufen habe, ausländische (deutsche, englische und französische) Literatur in Italien zu popularisieren. Professor Luigi Filippi wolle Werke von Möricke und Gottfried Keller herausbringen, sowie Kleist und auch moderne deutsche Romane. Es sei Zeit, so schreibt er, die geistigen Beziehungen zu Deutschland wieder herzustellen, die unselige Vergangenheit zu vergessen, gemeinsam an einer besseren Zukunft der Menschheit zu arbeiten.

Tokio. Der erste deutsche Besuch. Einer Mitteilung der „Köln. Volksztg.“ entnehmen wir die Nachricht, daß am 11. Januar der erste Deutsche wieder japanischen Boden betrat, und zwar der deutschösterreichische Jesuitenpater Pockstaller. Es ist bezeichnend, daß es ein Mann der Wissenschaft ist, der als erster wieder nach Japan hereindurfte, und sein Schicksal ist gewiß interessant. Er war schon zu Anfang 1915 eingeladen worden, einen Lehrstuhl an der katholischen Universität in Tokio zu übernehmen, war auch glücklich nach Amerika gelangt, mußte aber dort hören, daß ihm der Eintritt nach Japan verweigert werde. Daraufhin ließ er sich an der Staatsuniversität in Kalifornien immatrikulieren, erwarb dort den „magister artium“ in japanischer Sprache und Literatur und dann den Dokortitel in deutscher Literatur mit einer Arbeit über den Anteil der spanischen Jesuiten-Mission an der ersten Pionierarbeit der Zivilisation in Kalifornien, an der ein Deutscher, Tiroler Jesuit, besonders hervorragenden Anteil hat.

Zürich. Einen Ruf an die hiesige Technische Hochschule hat der Privatdozent für Physik an der Universität Göttingen, Dr. phil. Paul Scherrer, erhalten.

Brünn. Eine nach Tausenden zählende tschechoslowakische Menge mißhandelte die deutschen Schauspieler und verhinderte die Abhaltung einer deutschen Wohltätigkeitsveranstaltung. Die feindseligen Kundgebungen wurden abends vor dem deutschen Hause fortgesetzt.

Sao Paulo. Das prächtige, mit einem Kostenaufwand von über 3 Millionen Mark erbaute Stadttheater ist einer Mitteilung der „Magdeb. Ztg.“ zufolge nach dreijähriger Unterbrechung wieder für deutsche Aufführungen freigegeben worden. Die deutsche Bevölkerung hat beschlossen, einen Teil der Reinnahmen der Aufführungen zugunsten der einwandernden Deutschen zu verwenden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Die deutschen Schulvereine in Österreich. Wie die „Deutsche Tagespost“, Hermannstadt, mitteilt, hat die sozialdemokratische Mehrheit des niederösterreichischen Landtags [die Unterstützungen für sämtliche deutsche Schutzvereine („Deutscher Schulverein“, „Ostmark“, „Südmark“ u. a.) gestrichen. Da über fünf Millionen Deutsche durch den Friedensvertrag nichtdeutschen Nachbarstaaten angehören, und andererseits die slavischen Schutzvereine die weitestgehende Unterstützung ihrer Regierungen genießen und ihre Angriffspolitik auf die Grenzgebiete Deutsch-Österreichs in aller Schärfe betreiben, so ist dieser Beschluß sehr zu bedauern.

Budapest. Aus der deutschen Gesellschaft. Zur Pflege geselligen und geistigen Zusammenhaltes hat die Deutsche Gesellschaft in Budapest unter Vorsitz des Generals Julius Phleps einen gemeinsamen Vergnügungsausschuß des siebenbürgischen Vereins Transsylvania, der deutschen Kulturabende und der deutschen Hochschüler eingesetzt. Der volle Erfolg, den dieser Ausschuß mit seiner Silvesterfeier hatte, ermutigte ihn, am 4. März in den Räumen des Katholischen Klubs einen deutschen Musik- und Theaterabend folgen zu lassen, der durchweg sehr gute, mit großem Beifall aufgenommene Leistungen aufwies, und, wie die „Deutsche Arbeit in Ungarn“ schreibt, den Beweis erbrachte, daß derartige Veranstaltungen ein dringendes Bedürfnis für die Budapester Deutsche Gesellschaft bilden.

Bromberg. Die deutschen Landwirte in Polen haben sich hier zum Zweck der Selbsthilfe zu einem Verbandszusammenschluss geschlossen. Kreisarbeitsgemeinschaften sollen mit den polnischen Besitzern in Fühlung treten. 8 Deutsche und 8 Polen bilden die Arbeitsgemeinschaft. Als nationales Organ ist der Verband in der Lage, die Interessen auch der noch abseits stehenden Verbände und Einzelbesitzer mit zu vertreten. (Diese einheitlich geleitete Organisation will dafür sorgen, daß die hochentwickelte ehemals deutsche Landwirtschaft nicht unter die Räder des alles national gleichmachenden Warschauer Staatswagens gerät.)

Rotterdam. Der christliche Verein junger Männer feierte Ende Februar sein 20jähriges Stiftungsfest, das sein erster Vorsitzender, Herr W. Tischendörfer, durch eine kurze, Zweck und Streben des Vereins schildernde Ansprache eröffnete. Der Zeit entsprechend wurden keinerlei Vergnügungen, sondern nur gediegene Musik und Gesang geboten.

Amsterdam. Deutscher Hilfsverein. Der 37. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1919 bringt einen warmen Nachruf für den verstorbenen Herrn Meyer, der, bis ihn im 82. Jahre der Tod abrief, zwei Jahrzehnte lang den Verein mit großer Tatkraft geleitet hat. Auch das Hinscheiden der warmen Gönnerin des Vereins, der Frau P. W. Janßen-Peters, die dem Verein ein Legat von 10000 fl. aussetzte, wird beklagt. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 330, während sie am Ende des vorigen Vereinsjahres 328 betragen hatte. 5957 fl. Mitgliedsbeiträge wurden vereinnahmt, zu denen 400 Mark als Zuwendung des Reichs, 350 Mark vom Staate Bayern und 100 Mark vom Staate

Mecklenburg-Schwerin kamen. 4476 fl. einmalige Spenden flossen dem Verein zu. In 1193 Fällen (gegen 1008 im Vorjahre) konnten Unterstützungen durch Geld, Waren oder Arbeitsnachweis gegeben werden, dafür wurden 11212 fl. verausgabt, neben 3215 fl., die aus einem besonderen „Fonds Kriegsfürsorge“ in Fällen, die mit dem Kriege zusammenhingen, verteilt werden konnten. Der Jahresbericht erwähnt, wie der Verein durch Auswanderungslustige in arge Verlegenheit versetzt würde, die, von Agenten in Deutschland übel beraten, dort ihre Habe zu Geld machten und sich einen Fahrschein nach Holland lösten. Dann irrten sie tagelang in der fremden Großstadt umher, bis ihr Schiff gehe, fielen oft Schwindlern in die Hände und verlor ihr Geld, kurz, es gebe da viel Elend und Not. Mit Hilfe eines hochherzigen Gönners gelang es, eine ganze Gruppe einzuschiffen, was 900 fl. kostete.

Mexiko. „Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko“. Der Verband setzte seine Sammlung für Deutschlands notleidende Jugend fort. An ihr beteiligten sich in opferwilligster Weise auch kleine Kolonien. So gingen z. B. von den Deutschen in Vera Cruz 5278 Pesos und 2381 Mark ein. Auch der notleidenden deutschen und deutsch-österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien haben sich die Mexiko-Deutschen, wie wir der Zeitschrift „Lateinamerika“ entnehmen, angenommen. Eine Sammlung bei den Kolonisten in der Hauptstadt und im Innern ergab binnen wenigen Wochen 11000 Pesos.

Paraguay. Der „Deutsche Klub in Asuncion“ konnte Anfang Februar sein 10jähriges Bestehen feiern. Vorsitzender ist zurzeit Herr Nielsen.

Paraguay. Vom deutschen Volksbund für Paraguay. (Nach dem Bericht über das dritte Geschäftsjahr 1918/1919.)

Die letzten Kriegsjahre hat der 1916 gegründete Deutsche Volksbund für Paraguay gut überstanden. Unter dem Frieden aber leidet er. Der Auslandsdeutsche hat gesunden Sinn für natürliche Evolution. Gewaltsamen Errungenschaften steht er in seiner Mehrheit ablehnend nüchtern gegenüber. Die Zugehörigkeit zum jetzigen Deutschland wird ungern betont. Deshalb konnte nur durch unermüdliche Arbeit erreicht werden, daß die Sache des Bundes nicht zurückging. Wir durften hoffen, daß die Abseitsstehenden nunmehr ebenfalls ihre Mitarbeit an der großen Sache nicht versagen würden und müssen heute dagegen feststellen, daß alle Mahnrufe fast ungehört verhallt sind. Diese Tatsache kommt in betrübender Weise darin zum Ausdruck, daß der Mitgliederstand des Bundes von 1217 (am 30. 9. 1918) auf 858 (am 30. 9. 1919) zurückgegangen ist. Die Zahl der weiblichen Mitglieder dürfte etwa 15 Prozent der Gesamtmitgliederzahl betragen. Ortsgruppen bestehen in Altos (21), Asuncion (175), Cambyretá (44), Col. Barthe (21), Encarnacion (60), Hohenau (60), Iguassú (25), Obligado (50), Cantera (10), Rosario Lomas (24), San Bernardino (95), Viktoria (48), Villeta (10) und Yegros (26). Die Zahlen geben die Mitglieder. Vorsitzender des Bundes ist Herr R. John. Infolge der zu erwartenden Einwanderung aus Deutschland machte sich die Errichtung einer Geschäftsstelle in Encarnacion notwendig. Ferner schritt die Ortsgruppe Viktoria zur Gründung einer eigenen Geschäftsstelle. Die Tätigkeit der Propagandaabteilung stockte infolge des unerwarteten Kriegsausganges. Die Tageszeitung „La Prensa“, für deren Zustandekommen der Volksbund seinerzeit hervorragend eingetreten war, ging aus Mangel an Unterstützung (besonders auch von deutscher Seite) wieder ein. Ebenso wenig konnte die „Neue Heimat“ in Encarnacion gehalten werden. Die Mitteilungen des Bundes bringt nunmehr die neue „Deutsche Zeitung für Paraguay“.

Von der inneren Arbeit des Bundes ist erwähnenswert, daß die Arbeit der Stellenvermittlung sich durch zunehmende Einwanderung etwa verzehnfacht hat, trotzdem es im laufenden Jahre nicht gelang, die Mittel für eine geordnete Stellenvermittlung, die für Stellungsuchende und Arbeitnehmer unentgeltlich ist, zu beschaffen. Die Abteilung Auskunft hat sehr stark gearbeitet, und zwar auf allen erdenklichen Gebieten, in letzter Zeit besonders nach Europa und den Konzentrationslagern. Die Vermittlung im Verkehr mit Behörden sowie die Rechtsauskunftsstelle wurden im Gegensatz zur Übersetzungsstelle und zur Ausstellungs-, Ein- und Verkaufsstelle stark in Anspruch genommen. Als schönen Erfolg kann der Bund die Tatsache buchen, daß das deutsche Landstreichertum seit Gründung einer eigenen, im durch Unterstützung entgegenwirkenden Abteilung so gut wie verschwunden ist.

Im Sinne der Satzungen wurde sofort nach Freigabe des Postverkehrs mit allen paraguayischen Konsulaten in Deutschland und Deutschösterreich sowie mit allen Verbänden und Vereinen, denen das Deutschtum im Auslande am Herzen liegt, Verbindung aufgenommen und ihnen das der Aufklärung Einwandernder dienende Buch „Paraguay“ zugestellt. Der Erlös aus dem Verkauf desselben, der flott vorangeht, ist ausschließlich für Einwanderungszwecke bestimmt.

Der Aufbesserung des Kassenbestandes diente ferner der am 14. 5. 1919 abgehaltene „Volksbundstag“, an dem sich leider nur die Ortsgruppen Asuncion und Obligado beteiligten. Immerhin brachte er einen Reinertrag von rund 7900 Dollar.

Der Jahresbericht schließt mit den schönen Worten:

„Können wir auch drüben (für Deutschland) nicht (unmittelbar) helfend eingreifen, von Unterstützungen abgesehen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß die Haltung der Auslandsdeutschen nicht nur drüben von Einfluß sein kann, sondern besonders auch den Regierungen und Völkern gegenüber, unter denen wir wohnen.“

Und deshalb Kopf hoch und fest zugefaßt, ein Volk wie das deutsche muß wieder zu Achtung und Geltung kommen.

Und daran hilft alle mit, die ihr deutsch spricht und fühlt. Aber nicht jeder für sich, denn nur in der Einheit liegt die Stärke, sammelt euch unter der Flagge des Deutschen Volksbundes!“

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Von den Ortsgruppen.

Leipzig, Ortsgruppe. In der von 1200 Personen besuchten Versammlung am 6. Februar teilte der Vorsitzende, Herr Lotze, mit, daß die Ausgabe der Fragebogen allmählich geschehen konnte, dank dem Umstande, daß seine Mahnung, man möge nicht Sturm auf die Geschäftsstelle laufen, von den Mitgliedern beachtet worden sei. Ein Teil der Fragebogen sei auch schon ausgefüllt und eingereicht und die Bearbeitung im vollen Gange. Verschiedene Unvollständigkeiten usw., die sich bei den bereits wieder eingereichten Fragebogen gezeigt haben, veranlaßten Herrn Lotze hervorzuheben, was bei der Ausfüllung besonders zu beachten sei, daß Wohnsitz und Wohnung, Straße usw. p. 1. 8. 1914, die Staatsangehörigkeit, d. h. Nachweis derselben, wobei Militärpaß allein nicht genüge, genau anzugeben sind, die Unterschrift polizeilich zu beglaubigen sei. Daraufhin werden von vielen Seiten weitere Fragen gestellt und von Herrn Lotze in ausführlicher Weise beantwortet.

Weiter teilt Herr Lotze mit, daß für die Vollentschädigung seitens der Regierung Richtlinien aufgestellt worden sind, zu denen unsere Vertreter zugezogen wurden. Für diejenigen,

die Verbindlichkeiten haben, ist wichtig, daß die ihnen ausgezahlte Vorentscheidung nicht gepfändet werden kann. Herr Lotze führt hierzu einen Fall von Pfändung an, in dem seitens des Gerichtes die Zwangsvollstreckung nicht nur aufgehoben, sondern die bereits gepfändeten Sachen wieder herausgegeben werden mußten. Dieser Fall soll in der nächsten Nummer ausführlich mitgeteilt werden, so daß jeder einzelne ihn nochmals nachlesen kann.

Von Herrn Bodendieck werden die aus Belgien stammenden Landsleute aufgefordert, sich einer Vereinigung der Belgier anzuschließen, wie solche in Frankfurt, Hamburg und Berlin beständen. Herr Lotze erwidert, daß belgische Vereinigungen neben dem Bund nirgends beständen, nur in Berlin im Rahmen des Bundes eine Gliederung der Länder bestehe. Herr Bräunlich wollte einer Vereinigung der Belgier beistimmen, wenn sie im Rahmen des Bundes und unserer Gruppe bleibe und nur den Zweck habe, sich im kleinen Kreise über ihre besonderen Interessen auszusprechen und Wünsche der Geschäftsleitung unserer Ortsgruppe zu unterbreiten. Herr Bodendieck änderte seine Aufforderung dahin ab, daß er nicht die Absicht dabei gehabt, die Belgier von dem Bund abzusprennen.

Zur Frage des Wahlrechtes der Auslandsdeutschen führte Herr Lotze aus, die Regierung habe bei der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes unsere Forderungen anerkannt und sehe für die Auslandsdeutschen aktives und passives Wahlrecht vor, auch im Wahlgesetz sei das Wahlrecht für uns vorgesehen. Es werde an uns sein, dieses Wahlrecht weiter auszubauen und danach zu trachten, unsere eigenen Vertreter in den Reichstag zu senden. Inwieweit dieses Wahlrecht für die Vollentscheidung wirksam sein wird, läßt sich noch nicht sagen, es wird davon abhängen, wann in Deutschland zum Reichstag gewählt werden wird. Wir haben mit allen Parteien Verhandlungen angeknüpft und die alten Parteien werden auch für Vollentscheidung für uns eintreten.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Leipzig. Zentralverband Auslandsdeutscher Studierender. Um allen denjenigen auslandsdeutschen Studierenden, die zwecks Auskunfterteilung, Studienberatung, Interessenvertretung usw. Anschluß an die bereits bestehenden Ortsgruppen suchen, hierzu Gelegenheit zu bieten, seien diese im folgenden genannt:

Berlin.	Anschrift: cand. jur. J. Günther, Berlin-Charlottenburg, Schillerstr. 5 pt.
Leipzig.	" stud. philos. K. Thalheim, Karolinenstraße 16 pt.
Jena.	" stud. rer. pol. W. Luig, Wöllnitzerstraße 22 I.
Göttingen.	" Akademischer Baltenbund, Hoher Weg 15 I.
Marburg.	" cand. theol. Schastner, Kasernenstraße 1 I.
Stuttgart.	" V. A. D. St., Restaurant „Liederhalle“.
Tübingen.	" stud. med. Lakschewitz, Kirchgasse 15.
Hohenheim.	" stud. agr. Joh. Nill, Birkach, bei H. Kaiser.

Neu haben sich dem Zentralverband angeschlossen die Vereinigungen:

Breslau.	Anschrift: Vereinsheim, Herzogstr. 12.
Alt-Strelitz.	" Max Kraus, Kohlenstr. 11.

In München wird zurzeit an der Gründung einer Ortsgruppe gearbeitet. Noch aber gibt es eine ganze Anzahl Hochschulen, an denen keine Vereinigungen bestehen. Jeder auslandsdeutsche Studierende, dem diese Zeilen zu Gesicht kommen und an dessen Hochschule noch keine Vereinigung besteht, wird daher im Interesse der Sache und im eigenen Interesse dringend gebeten, selbst die Gründung einer solchen in die Hand zu nehmen oder, wo dies nicht angängig, sich als Einzelmitglied dem Zentralverband anzuschließen. Auskünfte, Statuten, Werbematerial usw. sendet bereitwillig der „Zentralverband Auslandsdeutscher Studierender“, Leipzig, Universität, Zimmer 14, an den alle Zuschriften zu richten sind.

Tübingen. Vereinigung der in Tübingen studierenden Auslandsdeutschen. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder im Sommersemester 1919 betrug nur 16, stieg aber im Wintersemester, dem zweiten seit der Gründung, auf 25. Es haben sich jetzt alle zurzeit in Tübingen studierenden Auslandsdeutschen zusammengeschlossen, der Zahl nach vorwiegend Studenten aus der Ukraine und Balten. Die Vereinigung will nur ein loser Zusammenschluß sein und hält keine regelmäßigen Zusammenkünfte, sondern beruft ihre Mitglieder nur in einzelnen Fällen zusammen. Im Wintersemester sprach Student K. Stumpp über „Die deutschen Kolonien in Rußland“. Die Mitglieder der Vereinigung hatten freien Eintritt zu den Vorträgen, die vom Deutschen Ausland-Institut in Tübingen veranstaltet wurden und die gerade bei den auslandsdeutschen Studierenden hohem Interesse begegneten. Der von Leipzig ausgegangene Vorschlag eines Zusammenschlusses aller bestehenden Vereinigungen auslandsdeutscher Studierender wurde hier gerne aufgenommen. Als Vertreter wurde Stud. H. Ruff nach Leipzig entsandt.

Tübingen. Elsaß-Lothringer Studentenbund. Im Anschluß an die hauptsächlich unter Mitwirkung Elsaß-Lothringer Studenten in Tübingen zustande gekommenen „Elsässischen Woche“ haben sich die elsäß-lothringischen Studenten vereinigt, um eine Anzahl von Belehrungsabenden zu veranstalten, die ein voller Erfolg wurden. Am 14. Januar entstand aus dieser Gruppe heraus der Gedanke an die Begründung eines Bundes, der als vornehmstes Ziel hat, elsässisches und lothringisches Wesen zu pflegen und den Zusammenschluß der elsäß-lothringischen Studenten im Reiche zu fördern. Die Theatergruppe der Tübinger Studenten hat mit großem, auch finanziellem Erfolge in Tübingen, Reutlingen und Stuttgart ein elsässisches Volksstück zur Aufführung gebracht. Der Bund teilt 4 Arten von Mitgliedern ein, einmal solche, die A- und B-Pässe bekommen, also reine Elsaß-Lothringer sind, und ferner Studierende, die vor dem Krieg 3 Jahre oder einschließlich der Kriegszeit 5 Jahre in Elsaß-Lothringen ihren Wohnsitz hatten. Dann gibt es außerordentliche Mitglieder (ordentliche, die ihr Studium beendet haben!), Freunde des Bundes und Ehrenmitglieder. Enge Verbindung mit dem Hilfsbund der Elsaß-Lothringer soll gewährleistet bleiben.

Ein **Reichsverband der Deutschen aus dem ehemaligen Österreich-Ungarn** ist in Berlin begründet worden, als Zusammenfassung aller der Kräfte, die eine Vereinigung Deutsch-Österreichs und Deutschlands erstreben. Aufgabe soll die Vertiefung des Verständnisses für die deutsche Einheit sein, außerdem ferner, den aus Österreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und aus dem westlichen Deutsch-Ungarn stammenden Deutschen den Besitz brüderlicher Rechte im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu sichern. Männer und Frauen ohne Unterschied der partei-politischen Gesinnung sollen als Mitglieder gewonnen werden. Am 19. Januar fand auch die Begründung einer Unter-

vereinigung des Verbandes, des „Österreichisch-deutschen Volksbundes für Berlin und das nordöstliche Deutschland“ statt, in der Dr. Ullmann als Vorsitzender des Reichsverbandes die Erschienenen begrüßte und einen Überblick über die politischen Zustände gab. Stefan Großmann entwarf ein erschütterndes Bild von der Notlage Wiens. Für den Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen sprach Dr. von Loesch, für die Tiroler Geheimrat Brandl; es fanden sodann die Vorstandswahlen statt. Erster Vorsitzender wurde der bekannte Musikschriftsteller Hermann Kienzl, zweiter Vorsitzender der Hauptschriftleiter des Feuilletons der „Vossischen Zeitung“, Stefan Großmann, Schriftführer Chefredakteur Max Wolff und Zahlmeister Geheimrat Wiltschek. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Ansbacherstr. 53.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, hat einen neuen Entwurf zum Reichstagswahlrecht ausgearbeitet, den er zunächst einem kleineren Kreise von Pressevertretern erläuterte. Er verteidigte dabei, einem Berichte des „Vorwärts“ zufolge, die Neuerung des Wahlrechts der Auslandsdeutschen, während in der anschließenden Debatte von einigen Seiten Bedenken dagegen geltend gemacht worden seien. Der Minister betonte, einem andern Berichte zufolge, das Auswärtige Amt sei um seine Meinung befragt worden und halte die Durchführung des Vorschlages für sehr wünschenswert.

Anmeldepflicht für Rechte oder Beteiligungen an ausländischen öffentlichen Unternehmungen.

Laut Bekanntmachung über die Anmeldung von Rechten oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen aus Anlaß der Durchführung der Bestimmungen des Artikels 260 des Friedensvertrages (Reichsanzeiger Nr. 68) sind alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger sowie Anwartschaften deutscher Reichsangehöriger auf Rechte oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei, den Besitzungen und zugehörigen Gebieten dieser Staaten oder in Gebieten, die früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehört haben und auf Grund des Friedensvertrages abgetreten werden müssen oder unter Verwaltung eines Mandatars treten, bis zum 1. Mai 1920 anzumelden und zwar auch dann, wenn die Rechte und Beteiligungen noch nicht ausgeübt worden sind. Die Anmeldung hat bei den von der Zentralbehörde des Landes, in dem der Anmeldepflichtige seinen Wohnsitz, Sitz oder dauernden Aufenthalt hat, bestimmten Stellen zu erfolgen. Zuwiderhandlungen werden mit hohen Strafen belegt und bewirken außerdem den Verlust der Rechte, da Deutschland auf alle, in der zu überreichenden Liste nicht angeführten Rechte auf Grund des Friedensvertrages verzichten muß.

Über die Übereinkommen usw., die mit deutschen Reichsangehörigen wegen Ausführung oder Betrieb der öffentlichen Arbeiten in den ehemals deutschen überseeischen Besitzungen abgeschlossen worden sind, wird eine besondere Bekanntmachung ergehen.

Der Abgeordnete Weinhausen fragte in der Nationalversammlung an: Während ihrer Internierung in Holland hätten zahlreiche Heeresangehörige von einem Kreditangebot Ge-

brauch gemacht, das, unter behördlicher Empfehlung, bis 500 fl. Bargeld bei Hinterlegung von ungefähr 850 Mark in der Heimat gewährte. Jetzt werde plötzlich die Rückzahlung zum heutigen Kurswerte verlangt, es sollten also nahezu 2200 Mark bis zum 10. Juli zurückbezahlt werden. Damit drohe zahlreichen Existenzen Not und Verzweiflung. Der Abgeordnete will wissen, ob der Regierung diese Dinge bekannt seien und ob sie bereit sei, diese Kreditverpflichtungen zu übernehmen.

Auf diese Anfrage ließ die Regierung erklären, es handle sich hier um die Privatgeschäfte einer holländischen Bank, für deren Erledigung das Reich keinerlei Verpflichtung übernommen habe. Es sei ausgemacht gewesen, daß für 100 Mark 275 Mark gezahlt werden sollten.

Die Kadettenanstalt zur Erziehung der auslandsdeutschen Jugend.

In Ergänzung einer Meldung, die wir zunächst über die Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde gebracht haben, schreiben die „Pol. Parl. Nachr.“, daß die Unteroffiziersschulen mit dem 10. März aufgehoben werden und als Zivilerziehungsanstalten nicht in Betracht kommen. Die preußischen Kadettenanstalten und Unteroffiziersschulen dagegen werden der preußischen Unterrichtsverwaltung unterstellt und werden nach ihrer am 10. März spätestens vollendeten Entmilitarisierung zu Zivilerziehungsanstalten umgebildet, die von der preußischen Unterrichtsverwaltung unter Beteiligung des Reichsministers des Innern verwaltet werden. Die Anstalten Berlin-Lichterfelde, Naumburg, Köslin, Potsdam, Wahlstatt und Ploen werden als staatliche Bildungsanstalten wieder eröffnet. Als Internatszöglinge können aufgenommen werden 1. mit Auswahl die bisherigen Zöglinge dieser Anstalten, 2. Söhne von gefangenen oder schwer beschädigten Kriegsteilnehmern, 3. sofern Anwärter der unter Nr. 2 aufgeführten Gruppe sich nicht in genügender Anzahl melden, Auslandsdeutsche und Söhne deutscher Familien aus den abgetrennten Gebieten ohne Unterschied des Bekenntnisses, 4. im übrigen können nicht als Internatszöglinge, sondern lediglich als Schüler nach Maßgabe der verfügbaren Plätze, junge Leute gegen Bezahlung der staatlichen Schulgeldsätze angenommen werden. Die Anstalten werden nach dem Lehrplan als Realgymnasien geführt. Es kommen vorläufig in Betracht in den Anstalten Lichterfelde Untertertia bis Obertertia, Naumburg und Potsdam Sexta bis Obersekunda, Köslin, Ploen und Wahlstatt von Sexta bis Untersekunda. Der Preis für die Internatsstellen beträgt je nach Würdigkeit und Bedürftigkeit, über die auch bezüglich der zurückkommenden bisherigen Zöglinge des Kadettenkorps von neuem befunden werden wird, 1500, 1200, 900 und 750 Mark. Außerdem besteht die Möglichkeit, eine gewisse Anzahl von vollen Freistellen zu gewähren. Anmeldungen sind zu richten an den geschäftsführenden Ausschuß der Oberleitung der staatlichen Bildungsanstalten in Berlin, Hallesches Ufer 24, und zwar spätestens bis zum 31. März 1920, die Anmeldung hat schriftlich zu erfolgen. Aufzubringen sind außer den für die Aufnahme in jede höhere Lehranstalt erforderlichen Urkunden ortspolizeilich beglaubigte Angaben über Einkommens-, Vermögens- und Steuerverhältnisse.

Man wird vom Standpunkt der Auslandsdeutschen füglich verlangen dürfen, daß zum mindesten die Anmeldefrist erheblich verlängert wird, damit auch diejenigen Auslandsdeutschen, denen diese „Bekanntmachung“ auf dem Umwege über ein Korrespondenzbüro erheblich verspätet zu Augen kommt, Gelegenheit haben, ihre Kinder anmelden zu können.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Stadtrat Sassenbach, der bekannte Sozialpolitiker und Gewerkschaftler, übersiedelt nach Italien, um in Rom seinen Posten als deutscher sozial-politischer Attaché der diplomatischen Vertretung zu übernehmen.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Zulassung zur Hochschule in Tübingen.

Das württ. Kultministerium hat eine Anordnung getroffen, wonach vom Sommersemester 1920 an Angehörige von Staaten mit einer für Deutschland ungünstigen Valuta die für Ausländer geltenden Gebühren und Unterrichtsgelder entweder in Gold ihrer Heimatwährung nach dem Kursstand vom 1. Juli 1914, oder in deutschem Gold, oder in anderem deutschem Geld in dem Betrag, der sich unter Zugrundelegung der Währung vom 1. Juli 1914 bei der Umrechnung in den Stand der Valuta vom 1. Tag des jeweiligen Semesters an ergibt, zu entrichten haben. Angehörige von Staaten, die eine für Deutschland günstige Valuta haben, haben den zweifachen Betrag der Gebühren und Unterrichtsgelder der Inländer in Reichswährung zu entrichten. Die Deutschösterreicher stehen, bis auf weiteres, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, den nichtwürttembergischen Reichsländern gleich und fallen nicht unter vorstehende Bestimmungen. Den Angehörigen der vom deutschen Reich und der früheren österr.-ungar. Monarchie abgetrennten Gebiete, der baltischen Provinzen und der Ukraine mit deutscher Abstammung, deutscher Muttersprache und deutschfreundlicher Gesinnung kann auf Ansuchen im Falle ihrer Würdigkeit im einzelnen Falle auf Antrag des Erlass-Ausschusses durch das Kultusministerium die gleiche Vergünstigung gewährt werden. In Zweifelsfällen kann die Äußerung des „Zentralausschusses Auslandsdeutscher Studierender“ in Leipzig eingeholt werden.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Die Entschädigung der Kolonialdeutschen.

Wie der Reichskolonialminister Dr. Geßler unterm 11. Februar bekanntgibt (s. Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 51), werden 11 Spruchkommissionen gebildet zur Entscheidung über die Anträge auf Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen, und zwar:

1. 1 Kommission für alle Anträge, die das Schutzgebiet Kiautschou betreffen, mit dem Sitz in Berlin.
2. 10 Kommissionen für die übrigen Schutzgebiete, und zwar je nach dem derzeitigen Wohnort des Antragstellers:
 - a) 2 in Hamburg für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg und die Städte Altona, Wandsbeck und Harburg.
 - b) 1 in Bremen für das Gebiet der Freien Hansestadt Bremen und des Freistaats Oldenburg.
 - c) 1 in Stuttgart für Bayern, Baden, Württemberg und die Hohenzollernschen Lande.
 - d) 6 in Berlin, Reichskolonialministerium, für alle sonstigen Anträge.

Der gegenseitige Geschäftsbereich der Kommissionen zu 2a und ebenso der zu 2d grenzt sich wie folgt ab:

- Hamburg: 1 Kommission für Kamerun und Ostafrika,
1 Kommission für Südwestafrika, Togo, Neu-Guinea und Samoa,
Berlin: 1 Kommission für Ostafrika, Pflanzern und Pflanzungsbetriebe,
1 Kommission für Ostafrika, sonstige Personen und Betriebe,
1 Kommission für Südwestafrika, südliche Bezirke (Lüderitzbucht, Maltahöhe, Gibeon, Bethanien, Keetmanshoop und Warmbad),
1 Kommission für Südwestafrika, nördliche Bezirke,
1 Kommission für Kamerun,
1 Kommission für Togo, Neu-Guinea und Samoa.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit kann ausnahmsweise der Leiter der Entschädigungsstelle mit Zustimmung des Reichsverbandes der Kolonialdeutschen einen Antrag an eine andere als die nach den vorstehenden Bestimmungen zuständige Kommission zur Behandlung überweisen.

Einreiseerlaubnis nach Großbritannien.

Wie die britische Paßkontrolle in Berlin mitteilt, hat die britische Regierung beschlossen, Gesuche um Landungserlaubnis im Vereinigten Königreich von solchen deutschen Untertanen zu berücksichtigen, die früher dort ansässig gewesen sind, eine geborene Engländerin zur Frau oder ein Kind, welches in England geboren ist, unter 16 Jahren haben, die noch im Vereinigten Königreich wohnhaft sind.

Gesuchsformulare sind von der britischen Paßkontrolle, Berlin, Molkestr. 1, und von den britischen Konsulaten in Hamburg, Frankfurt a. M., München, Köln und Stettin zu erhalten.

Schwierigkeiten der Wiedererlangung zurückgelassenen Eigentums aus Frankreich.

Ein in Paris vor dem Krieg ansässiger Deutscher schreibt uns, daß er infolge falscher Beratung es unterlassen habe, seit Kriegsbeginn bis September 1915 die Miete für seine in der Nähe von Paris gelegene Wohnung zu bezahlen. Als er dies, nachdem er bessere Auskunft eingeholt hatte, tun wollte, war sein Eigentum bereits versteigert und es waren nur zwei Kisten seiner „Effekten“ zurückgeblieben, die vom neuen Hauseigentümer auf dem Speicher aufbewahrt wurden. Nach Friedensschluß, im Oktober vorigen Jahres, beauftragte er ein Schweizer Speditionsgeschäft, ihm diese Effekten (wahrscheinlich Kleidungsstücke) zugehen zu lassen, was die Firma jedoch einstweilen noch bei den „derzeitigen Verhältnissen in Paris“ aus „wohlbegründeter Vorsicht“ ablehnt. „Wogegen sich die Firma sträubt, ist die Abholung der Kisten von dem seinerzeit von mir bewohnten Hause, vielleicht aus Furcht vor einer Denunziation seitens des Hausbesitzers oder der Nachbarn.“ Der Einsender hat nun versucht, durch einen ihm früher befreundeten Franzosen die Sachen wiederzuerlangen, ist jedoch bis jetzt noch ohne weitere Nachrichten geblieben.

Rückgabe deutschen Besitzes in Amerika.

Der Witwe des früheren deutschen Botschafters in Amerika, Baronin Speck von Sternburg, allerdings einer geborenen Amerikanerin, der die amerikanischen Behörden schon vor einiger Zeit die Rückkehr nach Amerika zur Betreibung ihrer geschäftlichen Angelegenheiten gestattet hatten, ist nun ihr Eigentum tatsächlich zurückerstattet worden. Möge das ein gutes Omen sein, daß die demokratischen Amerikaner nicht nur Botschafters-Gattinnen bevorzugen, sondern auch gewöhnlichen Sterblichen gegenüber so anständig sich benehmen.

WIRTSCHAFTLICHES

Institut für ausländisches Recht.

Das neugegründete „Institut für ausländisches Recht beim Reichsverband der Deutschen Industrie“ will durch Erteilung von Rechtsauskünften und -gutachten über ausländisches Recht einem dringenden Bedürfnis der Praxis begegnen, aber auch der Gesetzgebung und Wissenschaft durch die Verbreitung der Kenntnis des ausländischen Rechts dienen. Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit den bisher feindlichen Staaten ist für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit. Besonders die am Außenhandel beteiligten Kreise haben ein Interesse daran, über das im Ausland geltende Recht zuverlässige Auskünfte und Gutachten zu erhalten. Der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ beabsichtigt, dieses Arbeitsgebiet einheitlich zu organisieren, zumal die Einholung von Gutachten und Auskünften auf privatem Wege meist schwierig und kostspielig ist und keine Gewähr für völlige Zuverlässigkeit bietet. Das neue Institut gibt eine eigene Zeitschrift „Auslandsrecht“ (im Verlag von Leonhard Simion Nachf., Berlin) heraus, steht unter der Leitung einer im In- und Ausland anerkannten Autorität auf dem Gebiet des ausländischen Rechts und verfügt über einen großen Stab hervorragendster, mit dem ausländischen Recht vertrauter Juristen im Inland sowie den einzelnen fremden Staaten. Seine Tätigkeit soll weitesten Kreisen zugute kommen; Industrie und Handel, Anwälte, Gerichte und andere Behörden, sowie überhaupt alle, für die die Kenntnis des ausländischen Rechts von Bedeutung ist, werden sich seiner Hilfe mit Erfolg bedienen können. (Auskünfte durch die Geschäftsstelle, Berlin W 35, Kurfürstenstraße 137.)

In der „Voss. Zeitung“ richtet Patentanwalt Dr. Michaelis die Frage an die Regierung, was denn in der Angelegenheit der **deutschen Patente in Amerika** bisher geschehen sei. Nach dem Waffenstillstand habe die amerikanische Regierung die Beschlagnahme und Enteignung des deutschen Eigentums unentwegt fortgesetzt. Auch heute noch würden alle deutsche Patentanmeldungen, die für die amerikanische Industrie von Wert seien, enteignet und Amerikanern übertragen. Zeitweilig sei nicht nur das amerikanische Patentamt, sondern seien auch die Patentanwälte verpflichtet gewesen, jede eingehende Patentanmeldung eines Deutschen sofort anzuzeigen. Wichtige Bestimmungen des Friedensvertrages mit Amerika drohten damit unter den Tisch zu fallen. Der Schlußartikel 440 des Vertrages lasse mit der Bestimmung, daß der 10. Januar 1920 als Tag der Errichtung des ersten Protokolls zugleich alle im Vertrag vorgesehenen Fristen in Lauf setze, während in jeder anderen Hinsicht der Vertrag für die Mächte, die an dem Protokoll nicht beteiligt waren, erst mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft trete, die Sechsmonatsfrist, innerhalb der der deutsche Erfinder seine seit dem 2. August 1914 in Deutschland angemeldeten Erfindungen mit der deutschen Priorität im Ausland schützen lassen könne, auch für die Vereinigten Staaten am 10. Januar 1920 beginnen und am 10. Juli ds. Js. ablaufen. Wenn nun die Prioritätsfrist ihr Ende nehme, befinde sich der deutsche Erfinder in böser Lage. Reiche er die Anmeldung auf seine Kriegspatente nicht vor dem 10. Juli 1920 ein, so habe er die Priorität und damit auch sein Patent für Amerika eingebüßt. Reiche er sie aber ein, so stehe die Beschlagnahme und Enteignung bevor. Was sei dagegen geschehen? Sei ein Sonderabkommen mit Amerika angeregt worden? Von entsprechenden Schritten habe man noch nichts

gehört und nirgends seien doch so bedeutsame Erfindungen gemacht worden, wie in Deutschland unter dem Zwang der Not des Krieges.

Der „Japan Weekly Chronicle“ berichtet, daß die japanischen Zeitungen gegenwärtig Betrachtungen anstellen über die Wiedereröffnung deutscher Banken in Japan. Man wünscht besonders die Wiedereröffnung der Deutsch-Asiatischen Bank, deren Vertreter bei Kriegsausbruch interniert wurde und deren Depositen mit etwa 15 Millionen Yen beschlagnahmt wurden. Die deutschen Kaufleute sollen die Gründung japanisch-deutscher Unternehmungen planen zur Einführung von Farbstoffen, Chemikalien und anderen deutschen Waren und zur Ausfuhr von Rohseide und anderen japanischen Rohstoffen.

VERSCHIEDENES

Französische Kulturpropaganda.

In Zürich fand am 6. März die Generalversammlung der Ortsgruppe der Alliance Française statt, die im Jahre 1889 begründet ist und jetzt 350 Mitglieder zählt. Der Vorstand wurde beauftragt, ein passendes Lokal zur Aufstellung der reichhaltigen Bibliothek der Ortsgruppen zu beschaffen. Der Ehrenpräsident, der französische Konsul Riestelhuber, dankte dem Vorsitzenden, Apotheker Kalb, für die große und erfolgreiche Arbeit.

Der erste deutsche Dampfer im Ausland.

Im „Generalanzeiger für Neumünster“ veröffentlicht der Kapitän des Flensburger Dampfers „Hans“, der als erstes deutsches Schiff nach dem Kriege Havanna und Veracruz anlief, einen Reisebericht, der von außerordentlich freundlicher Aufnahme der Deutschen erzählt. Schon der Lotse in Havanna bezeugte seine Freude und erklärte, der deutsche Dampfer würde bevorzugt behandelt werden, von Deutschenhaß sei nichts zu spüren. Das Schiff wurde von Schaulustigen bestürmt, die alle Glückwünsche aussprachen, wieder ein deutsches Schiff zu sehen. Gleichermaßen freundlich war der Empfang in Veracruz, aber selbst in Amerika war von Feindschaft keine Spur, wenn auch nur der Kapitän an Land gehen durfte. Bunkerkohlen für die Heimfahrt wurden anstandslos zur Verfügung gestellt.

Lieder eines Auslandsdeutschen.

Aus dem Liederbuch eines Pflanzers*).

1900.

Einst zog ich aus, vor vielen, vielen Jahren,
Mein Schicksal mir zu schaffen, hoffnungsvoll;
Ich sah manch Land, hab' mancherlei erfahren,
Es ging nicht immer, wie es gehen soll.

Und in dem Kampf, der reichlich zugemessen
Jedwem, der will Geld und Gut erraffen,
Hab' ich der Heimat manches Mal vergessen
Ob all den Kämpfen, all' den Sorgen, Schaffen.

Doch, nun ich ledig bin der ersten Sorgen,
Und Haus und Hof ich hab', mein Auge schweift
Ob meiner Pflanzung weitgedehnte Morgen,
Drauf Jahr für Jahr mir goldne Ernte reift;

* Die Stimmung gar vieler Auslandsdeutschen geben diese drei Lieder wieder. Wir bringen sie zum Abdruck, weil wir der Ansicht sind, daß uns in der Heimat in allen Dingen völlig illusionslose Klarheit nur gut tun kann. Die Schriftleitung.

Nun, da geruhsam, mühelos ich pflücke,
Was ich mit Mühen einstens angebaut,
Nun fehlt ein Etwas mir zu meinem Glücke,
Verlangend, oft, mein Aug' nach Osten schaut:

Als ob auf ihren goldnen Feuerschwingen
Die Morgensonne nun tagtäglich müßt'
Aus jenem Land mir neue Kunde bringen,
Wo ich zuerst ihr helles Licht begrüßt.

Ist's Heimweh wohl? Doch nimmer ziemt's zu klagen
Dem, der verließ sein schönes Heimatland
Aus freien Stücken, froh in Tat und Wagen,
Der in der Fern' ein gültig Schicksal fand.

Sei still, mein Herz, laß nicht die Hoffnung schwinden,
Vielleicht ist dir das Schicksal weiter gut,
Läßt dich zurück zur fernen Heimat finden,
Sei still, mein Herz, behalte guten Mut!

1913.

Sei willkommen, Heimerde,
Dich, mein Bodensee, ich grüß',
Den ich, kaum der Schul' entronnen,
Hoffnungsfreudig einst verließ:

Überm Meer, in fernen Landen
Nachzujagen meinem Glück.
Ausgedörrt, mit grauen Haaren,
Kehr' ich müd' zu dir zurück.

Feuchter Tropen Feuersonne
Saugte Lebenskraft mir aus;
Eine Handvoll Gold fürs Alter
Bring', als Fazit, ich nach Haus.

Milde Sonne meiner Heimat,
Lüfte, Wasser, kühl und rein,
Und du, Raufrost, Nervenstärker,
Mögt ihr mir ein Jungbrunn sein!

1920.

Heimat!

Dir sang ich einst Sehnsuchtslieder,
Lassen muß ich dich nun wieder.
Nochmals fahr' ich übers Meer,
Sehe dich wohl nimmermehr!

Frieden, Freud' ich bei dir suchte,
Doch der Krieg, der vielverfluchte,
Brachte mir nur Seelennot,
Wog mir zu nur karges Brot.

Was in langen, harten Jahren
Ich fürs Alter mir konnt' sparen,
Jene Handvoll Gold, gab hin
Ich dem Reich mit leichtem Sinn.

Und das Reich gab mir dafür
Bunt bedrucktes Wertpapier;
Dessen Wert in Jahresfrist
Fast wie Schnee zerschmolzen ist.

Soll ich meine alten Tage,
Mir und anderen zur Plage,
Als ein armer Schlucker enden,
Jeden Markschein zehnmal wenden?

Nein, trotz meinen alten Tagen
Will ein zweites Mal ich's wagen,
Überm Meer zu wirken, schaffen,
Neues Gold mir zu erraffen.

Heimat!

Dir sang ich einst Sehnsuchtslieder,
Trotzig lasse ich dich wieder,
Ahnend fahr' ich übers Meer:
Sehe dich wohl nimmermehr!

A. R.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Die Tilgung von Darlehen unter heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen.

Zu dem Artikel in Nr. 6 (2. Märzheft Seite 162) erhalten wir von einem Auslandsdeutschen eine längere Zuschrift, in der er sich energisch dagegen verwahrt, daß die Auslandsdeutschen und Kriegsgefangenen, die ihren ärmeren Kameraden beisprangen und jetzt ihr Geld zum heutigen Tageskurs zurückverlangten, gleichsam als „Wucherer“ hingestellt würden. Die damals Helfenden mußten unbedingt glauben, daß sie einst ihr Geld in voller Währung zurückbekämen, sie seien heute ja selbst zu Besitzlosen geworden, denen jeder Pfennig bitter nötig tue. Die Bestimmung, daß das Reichsnotopfer den Auslandsdeutschen von ihrer Entschädigung abgezogen würde, sei ohnedies eine schwere Beeinträchtigung der Auslandsdeutschen. Um einer Regelung näherzukommen, schlägt der Einsender eine Lösung vor, die folgendermaßen begrenzte Stundungen vorsieht:

1. Zahlung von 6% Zinsen an jedem Jahresende in der geliehenen Münze oder zu deren Tageskurs,
 2. zur Tilgung der Summe: Jahreszahlungen am Jahresende in geliehener Münze oder zu deren Tageskurs,
- | | |
|--|--|
| 5% Zinsen solange der Kurs bis zu 20% des Goldwertes steht | |
| 10 „ „ „ „ „ „ „ 30 „ „ „ „ | |
| 20 „ „ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ „ | |
| 30 „ „ „ „ „ „ „ 50 „ „ „ „ | |
| 40 „ „ „ „ „ „ „ 60 „ „ „ „ | |
| 60 „ „ „ „ „ „ „ 70 „ „ „ „ | |
| 80 „ „ „ „ „ „ „ 85 „ „ „ „ | |

Restzahlung bei Kurs bis zu 100% des Goldwertes.

Das hält der Einsender für eine beide Teile billig und schonend behandelnde Lösung, die von Staatswegen wohl leicht vermittelt oder gesetzlich festgelegt werden könnte.

Man schreibt uns aus China:

„Wir alle sind empört zu hören, daß den Auslandsdeutschen zu spät Gelegenheit geboten wurde, ihre Anträge betr. Behandlung von Privateigentum bei den Friedensverhandlungen in Versailles zur Kenntnis und Erwägung des Großen Rates zu bringen, alle fanden das einfach schändlich. Es gilt nun zu retten, was noch zu retten ist, es mag zu spät gewesen sein, um diesbezügliche Milderungsbestimmungen in den Vertrag aufzunehmen, aber es ist noch nicht zu spät, um der Reparations-Commission und durch diese den ausschlaggebenden Männern der Entente die Härten der Bestimmungen und ihre Wirkungen auf die betroffenen kleinen Leute unter den Auslandsdeutschen vor Augen zu führen, um wenigstens eine Milderung in der Ausführung der festgelegten Bestimmungen zu erreichen. Ich lege Ihnen hiermit einen Auszug bei aus einem Schreiben, das ich neulich an den „British Custodian of Enemy Property“ in Schanghai gerichtet habe; ich habe mich an ihn gewandt wegen Auszahlung einer monatlichen Bewilligung aus dem „Enemy

Dividend Account“. Daraus wird Ihnen am besten klar werden, was ich im Interesse aller Betroffenen anstreben will: Schutz den Angestellten, die nie Gelegenheit gehabt haben, Geld im kaufmännischen Sinne zu verdienen resp. zu gewinnen und deren ganze Ersparnisse, die ihnen nach jahrzehntelanger, entbehrungsreicher Arbeitszeit einen sorgenfreien Lebensabend gewährleisten sollten, auf dem Spiele stehen.

Wohl ist im Friedensvertrag vorgesehen, daß die deutsche Regierung die Auslandsdeutschen für das von der Entente abgeknöpfte Privatvermögen entschädigen soll, aber die deutsche Regierung wird von der Entente durch exorbitante Forderungen schon so gedrängt, das Reich ist finanziell schon so schwach, und das Geldbedürfnis im Reich für Verwaltungs- und andere Zwecke ist schon so groß, daß die zukünftige Entschädigung für die Auslandsdeutschen nur minimal und in langen Fristen zahlbar sein kann, und mittlerweile gehen die kleineren Leute finanziell zugrunde. Ich fordere nun Sie und alle Auslandsfreunde zu Hause auf, mitzuarbeiten in Wort und Schrift, unter den Betroffenen allen zu agitieren, damit dieser Gruppe von Auslandsdeutschen geholfen wird.

Es handelt sich da nicht mehr um uns Zolleute allein, sondern um alle Auslandsdeutsche — Angestellte — in ähnlicher Lage. Der „Bund der Auslandsdeutschen“ und alle ähnlichen Vereinigungen sollten zur Mitarbeit aufgefordert werden, dann eine gemeinsame Denkschrift oder je eine Denkschrift mit gleichem Inhalt von den einzelnen Vereinigungen der Regierung eingereicht werden. Dann ordentlich Druck dahinter, damit die mit den Reparations Commissionen zu tun habenden Stellen und das Auswärtige Amt die Sache prompt und ernstlich in die Hand nehmen.

Natürlich müßte für die Höhe solcher zu rettenden resp. freizugebenden Ersparnisse eine Grenze gezogen werden, und würde ich sagen, bis zur Höhe von 7500 Pd. Lstr. soll den Sparern ihr investiertes Vermögen erhalten bleiben, was bei heutigem Kurse etwa 25 000 Tls. entspricht, was darüber ist, würde keine Immunität erfahren. Die Sache eilt und sollte schleunigst betrieben werden, ehe die Ausführungsbestimmungen für die Kommissionen erhärtet sind. Dies ist eine Aufgabe der Nächstenliebe, aber wenn sie Erfolg hat, sind Ihnen Tausende dankbar.“

Auszug aus dem Brief an den „British Custodian of Enemy Property“, Schanghai, China:

„Of course I understand that by the terms of peace the pro-

perty of an enemy subject is liable to sequestration and to be used for indemnity purposes, but I doubt whether, when drawing up the terms“ the negotiators had at any time in mind the nature of all the different cases involved; the dictates of humanity would probably have induced them to differentiate between the property of owners of business concerns business capital or assets, and the small investments of employees, which are of the nature of savings from salaries obtained by labour, and of Retiring allowances intended to provide for old age, when the person concerned is no longer fit to earn the necessary means for subsistence. I trust that when the details of all cases involved come in full to the knowledge of the Reparation Commission, a more lenient view may yet be taken and a certain redress may be obtained.“

Man schreibt uns: Der junge polnische Staat hat mit überraschender Energie diplomatische und konsularische Vertreter in Deutschland ernannt, während das Deutsche Reich bisher immer noch nicht sich dazu aufgeschwungen hat, selbst in die abgetretenen Gebiete, wo doch eine Fülle von Rechten von Deutschen zu wahren sind, deutsche Konsuln für Polen zu entsenden. Wenn man auf das Ende der berühmten „Erwägungen“ warten wollte, so könnte die Angelegenheit bis zu ihrer Regelung sich wohl noch jahrelang hinziehen. Die Mitteilung der deutschen Regierung, daß Konsulate erst dann errichtet werden könnten, wenn die Polen für den deutschen politischen Vertreter in Warschau das Agreement erteilt hätten, scheint wenig stichhaltig, denn in der Zwischenzeit können ja unzählige deutsche Rechte verloren gehen. Es befinden sich doch auch zahlreiche polnische Konsulate in Deutschland, so daß es ein leichtes sein sollte, unter der Zahl der beschäftigungslosen polnisch sprechenden Beamten entsprechend vorgebildete Herren zur Besetzung der Konsulate in Polen zu finden. Vor allem müßten diesen Konsulaten Rechtsberatungsstellen beigelegt werden, da die deutschen Rechtsanwälte und Notare vertrieben wurden. Es wäre richtig, wenn frühere deutsche Rechtsanwälte in jenen Bezirken als selbständige juristische Berater zugeordnet würden.

Dem in dieser Zuschrift geäußerten Gedanken können wir uns nur mit aller Entschiedenheit anschließen. Die Bestellung konsularischer Vertreter, die auch in andern Zuschriften an uns als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet worden ist, müßte unter allen Umständen schleunigst erfolgen.

AUSWANDERUNGSWESEN

Was der Auswanderer wissen muß.

(Aus der mündlichen Auswandererberatung des Deutschen Auslands-Instituts.)

Daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihr strenges Einwandererverbot gegen Deutsche nicht lange aufrecht erhalten wird, beweist das vom Kongreß dieser Tage verabschiedete Einwanderergesetz, welches ein solches Verbot nur noch auf 1 Jahr (vorgeschlagen waren 2 Jahre) nach vollzogenem Friedensschluß erstreckt. Der Antrag der Großindustriellen, mehr Arbeiter ins Land herein zu lassen, scheint danach nicht ganz ohne Erfolg geblieben zu sein. Beachtenswert ist auch die bereits einsetzende Werbetätigkeit amerikanischer Agenten, welche aus Siebenbürgen gemeldet wird. Es ist aber bezeichnend und dient den Auswanderungslustigen zur Warnung, daß diese Werbetätigkeit nicht in der Öffentlichkeit, nicht in der Presse,

sondern im geheimen in Arbeiterwirtschaften erfolgt. Wer solchen Agenten in die Hände fällt, läuft Gefahr, zum weißen Sklaven herabzusinken.

Nach Berichten aus Neuyork liegt dem Kongreß bereits ein weiteres Gesetz vor, das fremde Element in den Vereinigten Staaten dadurch nach und nach zu nationalisieren, daß jeder Fremde gezwungen wird, 5 Jahre nach der Landung englisch zu beherrschen und um seine Naturalisierung einzukommen; widrigenfalls er des Landes verwiesen werden soll. Das Gesuch um Einbürgerung muß in Englisch geschrieben werden; der Gesuchsteller wird bei der Gelegenheit in dieser Sprache geprüft. Arbeitgeber Landesfremder sollen verpflichtet werden, ihnen 6 Monate lang täglich eine Stunde englischen Unterricht erteilen zu lassen. Alle Kinder von Ausländern müssen in englischsprachigen Schulen erzogen werden und die englische Sprache lernen.

Der ganze gewaltige Ernst der Auswanderungsfrage wird heute besonders von unserer Jugend noch viel zu wenig erfaßt. Wie oft kommen junge Burschen auf unsere Auskunftsstelle mit den Worten: „Wir möchten a bissel auswandern.“ Sie stellen sich das Auswandern oft als eine Art Vergnügungsreise vor! Das Angebot freier Überfahrt der brasilianischen Regierung spielt dabei immer noch eine große Rolle. Die Vorstellung ist weit verbreitet, als ob man jederzeit, falls einem die Sache nicht zusagt, wieder in die Heimat zurückkehren könne. Daß das bei den heutigen hohen Überfahrtspreisen einfach ausgeschlossen ist, daß überhaupt der Anfang in einem völlig neuen Lande, mit einer fremden Sprache, mit einer gegen das Deutschtum verhetzten Bevölkerung, mit völlig anderen Sitten und Gewohnheiten, mit geringen Barmitteln, die durch den Tiefstand der deutschen Valuta auf ein Nichts zusammenschmelzen, ein außerordentlich schwieriges Ding ist, zumal für einen Jüngling unter 24 Jahren, wird viel zu wenig in Rechnung gestellt. Auch wo man die teuren Überfahrtskosten aufbringen zu können meint, vergißt man, daß man die ersten 3—6 Monate aus eigener Tasche leben können muß, wenn man nicht in sklavenhafte Abhängigkeit geraten will. Daß es eine Angestellten- und Invalidenversicherung für Deutsche im Ausland nicht gibt, wird viel zu wenig beachtet. Mancher junge Mann hofft erst im Ausland ein ganzer Mann zu werden; ihm kann nicht oft genug gesagt werden, daß bei den heutigen schwierigen Verhältnissen, mehr denn je, nur ganze Männer Aussicht haben, im Ausland sich durchzusetzen. Wer irgend sein Auskommen in Deutschland hat, und wer nicht feste persönliche Beziehungen im Ausland aufzuweisen hat, fährt immer besser, wenn er an seinem Posten ausharrt und in treuer Pflichterfüllung den vielen Arbeitsunwilligen ein Vorbild deutscher Arbeit gibt.

Für Venezuela sind folgende amtliche und persönliche Mitteilungen zu beachten:

Es kommen hier nur solche Ansiedler in Betracht, die mit einem genügenden Kapital oder mit größeren Unterstützungen aus Deutschland zu rechnen haben und auch für diese sind die Aussichten, Besitzer einer Plantage oder eines Hofes nach deutschen Begriffen zu werden, sehr gering. Venezuela will keine geschlossene Siedlung, weil man bolschewistische und kommunistische Einflüsse fürchtet. In Wirklichkeit fürchtet die Regierung, obwohl sie während des Krieges sich durchaus deutsch-freundlich gezeigt hat, überhaupt deutschen Einfluß. Die deutsche Kolonie Tovar existiert wohl noch, hat aber in keiner Richtung hin irgend etwas Außerordentliches erreicht. Es herrscht sehr großer Arbeitsmangel, weiße Arbeiter sind sehr willkommen. Unterkunft und Verpflegung sind für unsere Begriffe so mangelhaft, daß Deutsche unbedingt moralisch und wirtschaftlich verkommen würden. Außerdem sind die Löhne so niedrig, daß an ein Vorwärtskommen nicht zu denken ist. Deutscher Schulbesuch ist für neue Siedler vorläufig ausgeschlossen. Die Regierung wünscht, daß Deutsche sich mit den Einheimischen stark vermischen möchten, um so die Qualität der Rasse zu verbessern. Die Bevölkerung ist im allgemeinen als harmlos und gutmütig zu bezeichnen, aber sobald Revolutionszeiten eintreten, und diese sind keine Seltenheit, so wird der Fremde und sein Eigentum nicht geschont und manche jahrelange Arbeit zunichte gemacht.

Vorbedingungen für gedeihliche deutsche Siedlungen im Andengebiet wären gegeben. Da die venezuelanische Regierung für diese Art Siedlungen keine Sympathien hat, müssen kapital-kraftige Gesellschaften die Sache in die Hand nehmen.

Von Stellungnahme auf Hazienden muß unbedingt abge-

raten werden. Die Kultivierung größerer Ländereien fordert große Summen Geldes und viel Zeit, besonders für Leute, die mit der Sprache, Sitten und Gewohnheiten des Landes nicht vertraut sind. Für tüchtige Leute mit Kapital bietet sich dagegen überall Gelegenheit, sich in selbständigen Unternehmungen erfolgreich zu betätigen. Venezuela ist augenblicklich wirtschaftlich in einer überaus glücklichen Lage. Unbemittelte Handwerker finden jedoch in den Städten nur sehr schwer Stellung und werden schlecht bezahlt. Industrielle und Chemiker, Veterinärärzte und Spezialisten für bestimmte Industrien (Seifenfabriken, Webereien und Spinnereien, Möbeltischlereien usw.) sind sehr gesucht, müssen aber über genügende Geldmittel verfügen, um sich wenigstens 3—4 Monate über Wasser halten zu können. Der Lebensunterhalt ist sehr teuer; namentlich für Dinge, die importiert werden, besonders Kleidungsstücke und Luxusartikel.

Schwedische Einwanderung nach Rußland.

Aus Stockholm wird gemeldet, daß Vertreter schwedischer Arbeiter nach Moskau gereist seien, um mit der Sowjet-Regierung über die Einwanderung schwedischer Arbeiter nach Rußland zu verhandeln. 4000 schwedische Metallarbeiter seien bereit, nach Rußland einzuwandern. Der schwedische Links-Sozialist und Vertreter der Sowjet-Regierung, Stroem, stehe aber dem Unternehmen zurückhaltend gegenüber. Ein entscheidendes Hindernis für die Einwanderung werde wohl der Ärztemangel in Rußland sein und die damit verbundene starke Verbreitung der Cholera und des Flecktyphus, die man auch aus Mangel an Arzneimitteln kaum bekämpfen könne.

Italien und die Auswanderung.

Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ schreibt aus Rom über die Not in Italien, über den Mangel an Kohlen, der zu einer Einschränkung des Fahrplans geführt habe, über das rapide Ansteigen der Preise, die trotz der Rationierung der Lebensmittel immer weiter steigen. Er bemerkt dann schließlich: „Da Italien nur wenige Rohstoffe hat und auch kein Rentnerland ist, so bleibt ihm zur Herstellung des Gleichgewichts in der Zahlungs-Bilanz nur ein Weg übrig: Die Auswanderung. Die Regierung hat deshalb auch gerade dieser Tage beschlossen, die Auswanderung nach allen Kräften zu fördern und sie verhandelt mit den Vereinigten Staaten, damit diese die italienische Einwanderung nicht mehr verhindern. Es ist freilich ein schmerzliches Schauspiel, zu sehen, wie die europäischen Länder nur eine Gesundung herbeiführen können, indem sie ihre arbeits-tüchtigsten Söhne über See schicken und sie so zum Teil dem Volke verloren gehen lassen müssen.“ An dieser Meldung ist besonders interessant, daß das Siegerland Italien recht energisch die Konsequenzen aus der schlimmen wirtschaftlichen Lage zieht und über theoretische Erwägungen hinaus eine Förderung der Auswanderung beschlossen hat, die sich wohl nicht nur auf die Verhandlungen mit Amerika beschränken wird. Die Konkurrenz dieser Auswanderung werden auch die deutschen Auswanderungslustigen zu spüren bekommen, denn der italienische Auswanderer wird gar manchen Posten einnehmen, denn auch deutsche Auswanderer sonst besetzen könnten.

Auswanderung nach Rußland.

Der Berliner Korrespondent des württ. Parteiblattes der Unabh. Soz., Walter Oehme, hat mit dem Vertreter der Sowjetregierung, Viktor Kopp, eine Unterredung gehabt, in der auch über Auswanderungsfragen gesprochen wurde. Was der Vertreter der Sowjetregierung da den deutschen Arbeitern sagte, ist wohl geeignet, manche Abkühlung in deut-

schen Arbeiterkreisen zu verbreiten. Oehme fragte den Delegierten, wie er sich die Stellung der russischen Sowjets zu den kleinkapitalistischen Bauern vorstelle, und kam in diesem Zusammenhang auch auf die Wanderungsfrage. Er warf gegenüber einer Äußerung Kopp's ein:

Die Gefahr von außen her eindringender kapitalistischer Einflüsse erscheine ihm nicht unbedenklich groß und könne nach seiner Ansicht nur gemindert werden dadurch, daß die russischen Arbeiter mit der deutschen Arbeiterschaft direkte Fühlung nähmen und daß die Genossenschaften beider Länder die Hauptträger der wirtschaftlichen Beziehungen würden.

Kopp verhielt sich demgegenüber schroff ablehnend.

„Es habe auf ihn einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht, daß alltätlich viele deutsche Arbeiter zu ihm kämen, die nach Rußland auswandern wollten, weil sie hofften, dort die Zustände zu finden, die sie sich wünschten. Dies Verhalten, so meinte Kopp, sei des deutschen Arbeiters unwürdig. Anstatt hier ihre Pflicht zu tun und den Kampf um die Macht des Proletariats zu führen, versuchen diese Arbeiter, sich bequem diesem Kampf zu entziehen und sich die Früchte des von der russischen Arbeiterschaft geführten Kampfes zu eigen zu machen. Weil die deutsche Arbeiterschaft diesen Kampf bisher nicht bis zum Siege durchgeführt habe, so könne sie zurzeit auch keinen Machtfaktor bilden, mit dem die Sowjetregierung beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft rechnen könne. Können die deutschen Genossenschaften uns Lokomotiven und Maschinen liefern? so fragte Kopp. Sie können es nicht. Wenn wir Maschinen haben wollen und Lokomotiven, so müssen wir uns an Krupp und Borsig, an Siemens und Rathenau wenden.

Wir sind also gezwungen, direkt mit der Großindustrie in Verbindung zu treten. Denn was wir im Augenblick brauchen, sind Maschinen und Lokomotiven. Gewiß besteht ein großer Bedarf nach allen möglichen Fertigwaren und Produkten, aber wir können diesen Bedarf nicht befriedigen, denn wir können die eingeführten Waren nicht bezahlen. Wir denken aber nicht daran, eine Wirtschaft nach deutschem Muster zu führen und Genußmittel, Zigaretten und Tabak, Luxusartikel, Seidenwaren und Bronzen einzuführen, für die wir keine Gegenwerte liefern können, so daß wir bei den kapitalistischen Staaten verschulden müssen. Die Sowjetregierung besitzt eine Dringlichkeitsliste, die die für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft unbedingt notwendigen Waren und Produkte enthält. Nach dieser Liste werden wir unbeirrt arbeiten und unsere Einfuhr regeln. Es ist selbstverständlich, daß dabei zuerst und vor allem die Interessen des Staates Berücksichtigung finden werden, daß erst, wenn diese Interessen voll befriedigt sind, an die Einführung von Waren für den übrigen Bedarf gedacht werden wird.“

Aus diesen Ausführungen scheint hervorzugehen, daß die Sowjetregierung der Einwanderung deutscher Arbeiter nicht mit so großem Interesse gegenübersteht und ihr nicht diejenige Förderung angedeihen lassen will, von der die deutschen für diese Auswanderung arbeitenden Kreise immer sprechen, sondern daß vielmehr der russischen Sowjetregierung weit mehr an der Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Produktion gelegen ist als an einer Einwanderung von Arbeitern. Die Lehre, die aus diesem Interview zu ziehen ist, nämlich mit aller Kraft unser deutsches Wirtschaftsleben wiederaufzurichten und nicht die Arbeiterschaft zur Auswanderung nach Rußland anzuregen, sollte die deutsche Arbeiterschaft beherzigen.

Von der Einwanderung nach Amerika.

Früher war es Sitte, daß Einwanderer ein selbst gewähltes Schriftstück in ihrer eigenen Sprache vorzulesen hatten, um beweisen zu können, daß sie ihre Heimatsprache lesen und schreiben konnten. Mit dieser Vorschrift scheint ziemlich viel Schwindel getrieben worden zu sein, denn aus einem Berichte der „Zürcher Neuen Zeitung“ geht hervor, daß das Schriftstück nicht mehr beliebig gewählt werden darf, sondern daß den Einwanderern, die jetzt nicht mehr an Bord der Dampfer, sondern auf Ellis Island inspiert werden, Karten mit Versen aus Psalmen und mit Bibelsprüchen vorgelegt werden. In den Hallen der Einwandererinsel lesen täglich 1000 Ankömmlinge ihre Bibelsprüche vor. Wer seine Bildungsprobe nicht besteht, wird in besonderen Räumen einer neuen Vernehmung unterworfen. Väter und Mütter von Einwandernden werden, wenn sie über 50 Jahre alt sind, auch ohne die Bildungsprobe ins Land gelassen. Die deutsche Sprache soll man auf Ellis Island jetzt kaum zu hören bekommen.

Passagierdienst Hamburg—Südamerika.

Mit dem 14. März ist laut Mitteilung an das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart der direkte Passagierdienst zwischen Hamburg und Südamerika wieder eröffnet. Passagepreis Hamburg—Rio de Janeiro

1. Klasse 100 P. pro Person,
2. Klasse 54 P. pro Person,
3. Klasse 360 Milreis pro Person.

Außer dem Paß mit dem nötigen Visa benötigt der Passagier vor allen Dingen ein Sittenattest oder Leumundszeugnis. Was Beförderung von Gepäck, Umzugsgut und sonstige Gerätschaften anlangt, so empfiehlt es sich, die Sachen so zeitig wie möglich bei der in Frage kommenden Spedition zu konzentrieren, da zur Beförderung des Gepäcks besondere Dampfer verkehren.

Wo und Wie soll in Chile kolonisiert werden?

Zu dieser Frage äußert sich Bernhard Gotschlich im „Kalender 1920“ des Deutsch-Chilenischen Bundes: Weder die Regierung noch Regierungsland können dazu in Betracht kommen. Es muß die Initiative nicht etwa bei Privatleuten, aber doch bei Privatinstituten liegen. Die Gegenden von Conception bis Puerto Montt kommen dafür in Frage, hauptsächlich aber:

1. An der Küste von Rio Bueno bis zum Kanal Chacao, mit San Pedro als Neuhafen.

2. Die Region der Seen, vom Tolten-Fluß bis zum Rupanco-See. Eine geeignete Kolonisationszone wäre auch die von Puerto Montt bis zum Istmo de Ofqui, entlang dem Kanal Moraleda. Auch kleine Ackerbaukolonien in der Nähe der Großstädte Chiles wären zu befürworten, damit die Kolonisten ihre Produkte persönlich an die Stadtbevölkerung abliefern könnten. Solche Ackerbaukolonien können von Conception bis Valparaiso angelegt werden; 5—10 Hektar für jede Familie würde genügen; in der bewaldeten, weniger fruchtbaren Gegend von Conception bis Puerto Montt müßten die Parzellen der Bodenproduktion entsprechend sein: in Valdivia und Llanquihue nicht weniger als 75 Hektar für jede Familie. Das Land wäre zu erwerben durch:

- a) Ankauf von Landgütern mit guten Besitztiteln, von den jetzigen Eigentümern.
- b) Ankauf in öffentlichen Versteigerungen direkt durch die Regierung.
- c) Durch etwaige Konzessionen von der Regierung.

Dieser Erwerb kann zwar von privaten Vertrauenspersonen gemacht und an die Kolonisations-Institute verkauft werden; die Kolonisierung aber durch Privatpersonen, die ihr Geschäft damit machen wollen, ist verwerflich, da sich sonst der Kolonist nicht absolut gesichert fühlen und mit der Zeit manche Schwierigkeiten erleben würde.

Brasilianische Versprechungen für deutsche Einwanderer.

Das Argentinische Tageblatt vom 16. Januar 1920 äußert sich: Die brasilianische Regierung und ihre Organe erwiesen sich als recht tätig. Allerdings müsse es seltsam erscheinen, wie man so schnell nach der Mißhandlung des brasilianischen Deutschums nun wieder an erneute Heranziehung von Einwanderern denken könne. In Argentinien sei es aufgefallen, daß in den letzten Jahren so viele Deutsche aus Brasilien, welche seit Generationen ansässig waren, nach Argentinien herübergekommen seien. Diese Leute müßten doch sehr triftige Gründe gehabt haben, ihre Heimstätten wieder zu verlassen.

Sao Paulo und die Einwanderung.

Die Regierung des Staates St. Paulo nimmt gegenüber der Einwanderung und Kolonisation eine abwartende Stellung ein. Im ganzen steht man, laut Argent. Wochenblatt vom 7. Februar, der Einwanderung von Deutschen durchaus wohlwollend gegenüber; dagegen ist man hinsichtlich der Österreicher ziemlich skeptisch geworden, auf Grund eines totalen Mißerfolges, den man mit den ersten österreichischen Einwanderern gemacht hat. Diese Einwanderer bestanden größtenteils aus Offizieren und Soldaten, von denen die meisten vom Landbau nichts verstanden. Dabei wollten sie Landbau auf kommunistischer Basis treiben. Der Nationalkongreß hat 2 Millionen Milreis zur Verfügung gestellt, die für Passagevorschüsse verwendet werden sollen, mit der Maßgabe, daß die Vorschüsse von den Empfängern nach der ersten Ernte nach und nach zurückgezahlt werden müssen. Nur diejenigen haben Anspruch auf Vorschüsse, die von vornherein entschlossen sind, sich dem Landbau zu widmen. Gleichzeitig wird von einem empfindlichen Arbeitermangel in den landwirtschaftlichen Großbetrieben des Staates St. Paulo berichtet. Der gegenwärtige Bedarf werde etwa auf 100000 Arbeiter eingeschätzt. 10000 braucht die Industrie sehr dringend und als Dienstboten könnten weiterhin Tausende beschäftigt werden. Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft sei namentlich durch die Landflucht, die ihre Hauptsache in der raschen Entwicklung der Industrie hat, akut geworden. Eine weitere Ursache sei die Niederlassung Tausender von Plantagenarbeitern auf eigener Scholle. Diese hätten sich besonders im Gebiet der Nordwestbahn, die bis an den Paraguay reicht, niedergelassen, wo ein wahres Bauerndorado entstanden sei. Große Webereien, denen bis vor wenigen Monaten ausreichend Arbeiter zur Verfügung gestanden hätten, suchten solche jetzt ständig in den Zeitungen. Da der brasilianische Arbeiter außerordentlich anspruchslos ist und der brasilianische Landbesitzer an Bildung dem Deutschen meist unterlegen ist so kommt, zumal bei den völlig anderen klimatischen Verhältnissen in Sao Paulo, das Arbeitsangebot für die verhältnismäßig verwöhnten deutschen Auswanderer nur im äußersten Notfalle in Frage.

Der Ackerbausekretär Dr. Candido Motta hat einige Tage in Rio gewillt. Die Redaktion des „Imparcial“ hat die Gelegenheit wahrgenommen, Herrn Motta zu befragen. Die Frage, ob die Einwanderung nach Sao Paulo schon jetzt stark sei, beantwortete Herr Motta im bejahenden Sinne unter dem Hinzufragen, daß schon viele Deutsch-Österreicher gekommen seien.

Daß der Zuzug aus Deutsch-Österreich noch nicht größer sei habe seinen Grund hauptsächlich darin, daß es noch zu sehr an Überfahrtsgelegenheit mangle und viele Auswanderungslustige auch nicht über die nötigen Mittel verfügten. Die meisten seien zwar nicht absolut mittellos, aber der Kronenkurs sei so niedrig, daß die Umwechslung für sie äußerst nachteilig sei. Aus diesem Grund enthielten fast alle Gesuche, welche Auswanderungskandidaten an die paulistaner Regierung gerichtet, die Bitte, man möge ihnen Freipassagen gewähren. Die Auslagen würden sie bereit sein, zusammen mit den Abzahlungen auf die ihnen anzuweisenden Koloniestellen zu begleichen. Mehrere der Auswanderungslustigen hätten auch vorgeschlagen, den Gegenwert der Überfahrtskosten bei heimischen Banken zur Verfügung der Staatsregierung zu hinterlegen. Man knüpfte daran nur die Bedingung, die Depots möchten erst abgehoben werden, wenn die österreichische Valuta wieder höher im Kurse stehe, damit sie keinen zu großen Verlust zu erleiden brauchten. Darauf könne man nicht eingehen, denn die bestehenden Reglements gestatten es nicht. Diese schrieben vor, daß die Überfahrtskosten erst nach der Niederlassung des Einwanderers auf dem ihm angewiesenen Grundstück vergütet werden. Wenn man diesen Vorbehalt nicht mache, würde der Staat Schaden erleiden, denn man könne die Einwanderer ja nicht hindern, sich niederzulassen, wo es ihnen beliebe.

Der Landwirtschaftsminister habe bei ihm telegraphisch angefragt, ob die Staatsregierung über geeignete Ländereien für die Niederlassung der Leute verfüge. Aber die Regierung verfüge nur über Ländereien im „Sertao“. Wohl hätte sie mehrere Kolonien angelegt, indes seien dort schon die meisten Grundstücke besetzt. Einige der Kolonien seien auch bereits emanzipiert. Der Staat könne wohl Viehzuchtfazendas zur Verfügung stellen, aber ausschließlich für den Ackerbau geeignete Ländereien besitze er nicht. Die Staatsregierung habe eine große Fazenda im Munizip Rio Claro gekauft. Diese werde parzelliert werden zum Zwecke der Ansiedelung erwarteter Einwanderer. Schon am Montag werde in Santos ein Dampfer mit 300 deutsch-österreichischen Einwanderern eintreffen.

Auf die Frage, ob er die deutsch-österreichischen Einwanderer für brauchbare Elemente halte, erwiderte der Ackerbausekretär, daß ihm die wirklichen Bauern als sehr brauchbar erschienen. Natürlich müsse man in den Bestimmungshäfen eine scharfe Kontrolle ausüben, um ordnungsfeindliche Elemente, „Unerwünschte“, fernzuhalten.

Schließlich beantwortete Herr Motta die letzte an ihn gerichtete Frage, welche Erfahrungen man in Sao Paulo mit den Japanern gemacht, kurz mit den Worten: „Keine schlechten. Die Japaner sind ein sehr ruhiges Element und sehr sparsam. Es befinden sich in Sao Paulo zirka 8000. Aber der Japaner schließt Arbeitskontrakte nur auf drei Jahre ab. Er macht Ersparnisse und erwirbt sich in der Regel ein Stück Land.“

Hemmungen der Einwanderung nach Paraguay.

Nach dem Argentinischen Wochenblatt vom 20. Dezember 1919 ist der Strom der Einwanderer, der in den Herbstmonaten recht angeschwollen war, im Abflauen begriffen, aus folgenden Ursachen: Arbeiter, welche auf Tages- oder Monatslohn arbeiten wollen, finden in Paraguay kaum Beschäftigung. Arbeiter für Kamp und Estandia werden nicht gesucht. Andererseits können Einwanderer, welche Kolonisten werden wollen, von Dezember bis Mai keinerlei Tätigkeit entfalten, da die Zeit des Waldrodens, sowie die der Pflanzungen vorbei ist, so daß die Ankömmlinge lange Monate hindurch aus der eigenen Tasche leben müssen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Stimmen aus dem Baltenregiment, eine Sammlung von Frontberichten mit 5 photographischen Aufnahmen nach der Natur. Reval: Estländische Verlagsgesellschaft Wold. Kentmann & Ko. November 1919. 16 S. 8°. 5 Mark.

Das 16 Seiten starke Heftchen enthält einige Skizzen aus den militärischen und geistigen Kämpfen der Balten an der Front gegen die Bolschewiki, Skizzen, die nicht gerade zum Besten gehören, was wir aus baltischen Federn über die Not des baltischen Deutschtums besitzen, deren Ertrag aber zum Besten des Baltenregiments bestimmt ist und die deshalb wenigstens einem guten Zweck dienen. W.

Deutsche Humoristen. Band 2. Clemens Brentano. E. Th. A. Hoffmann. Heinrich Zschokke. Mit 8 Bildern von Th. Herrmann. Hamburg-Großborstel, Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung o. J. 223 S. 8°. Mk. 1.50. (Hausbücherei der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Bd. 4.)

Der Band enthält neben E. Th. A. Hoffmanns Königsbraut aus den „Serapionsbrüdern“, die uns hier nicht interessiert, Brentanos Erzählung „Die mehreren Wehmüller oder ungarische Nationalgesichter“ und Zschokkes „Die Nacht in Bzrczwczmciśl“. Brentano läßt seine lustigen Einfälle in einem echt romantischen südosteuropäischen Völkergemisch spielen. Zschokkes schwankhafte Erzählung, deren Schauplatz das 1806 an Rußland abgetretene Neu-Ostpreußen ist, begegnet heute wieder lebhafterem Interesse. Sie läßt, ohne es zu wollen, erkennen, was für Kulturgüter die so viel angefeindete preußische Verwaltung den ehemals polnischen Landesteilen gebracht hat.

Böhmerland-Jahrbuch für Volk und Heimat 1920. Herausgegeben im Auftrag des „Böhmerland“-Verlages Eger, in Gemeinschaft mit vielen Mitarbeitern, von Otto Kletzl. Eger: „Böhmerland“-Verlag 1920. Im Buchhandel durch den Sudetendeutschen Verlag Franz Kraus, Reichenberg. 110 S. 8°. 5 Kronen.

Zum erstenmal ist hier der Versuch gemacht, den sudetendeutschen Kulturkreis in einem Jahrbuch zusammenzufassen das seinen Inhalt aus allen Landschaften des Sudetengaus schöpft und seine Mitarbeiter in allen deutschen Schichten sucht. Die Beiträge stammen, abgesehen von den wundervollen, noch immer zu wenig gekannten Heimatworten E. M. Arndts „Wo dir Gottes Sonne zuerst schien . . .“, von Landsleuten. Auch den eigenartig schönen Buchschmuck steuerte das Land bei gespiegelt durch Rudolf Karasek (Landschaft aus dem Isergebirge und Bildnis Franz Metzners †) und R. Felgenhauer. Mag man Einzelheiten anders wünschen, z. B. statt der vielen bunten Beiträge eine strengere Herausarbeitung der Grundlinien, wie sie im vorliegenden Band eigentlich nur der Leitufsatz Hermann Ullmanns gibt, so werden wir im Reich das Ganze doch mit inniger Freude begrüßen als Bekenntnis zum Deutschtum aus dem Geiste der sittlichen und geistigen Erneuerung des ganzen Volkes, ohne Unterschied der Partei. Die Schutzarbeit, die die Sudetendeutschen gegen die tschechische Vergewaltigung leisten müssen, nimmt eine eigene und, so glauben wir, hoffnungsvolle Gestalt an: sie gründet sich auf die engere Heimatliebe, in deren Dienst sie das ganze Volksbildungswesen (Büchereien, Museen, Fachschulen, Wander- und Jugendbewegung) gestellt wissen will. Meister der Volkskunde wie E. Lehmann und Josef Blau, Heimatdichter wie Franz Leppa, Watzlik und G. Leutelt,

Volksbildner wie Johannes Stauda und Gelehrte dienen ihr. Die Deutschen im Reich auf das blühende, aber der politischen Zusammenfassung und wirtschaftlichen Unterstützung entbehrende Kulturleben dieser Grenzdeutschen hinzuweisen, ist das erste Jahrbuch durchaus geeignet. „Denn kann das Gesamtvolk diese seine wichtigsten Grenzgebiete sich nicht erhalten, dann ist es auch zu weiterem Widerstand nicht mehr fähig. Von der inneren Widerstandskraft gerade der Sudetendeutschen und von der Kraft ihres Zusammenhanges mit dem Gesamtdeutschtum hängt also letzten Endes auch dessen Geschicke ab“ (H. Ullmann a. a. O.). Dr. H. M.

Straganz, Professor P. Max, O. F. M., Mitteltirol deutsches Gebiet. Innsbruck-Wien-München, Verlagsanstalt Tyrolia 1919. 64 S. 8° 2,40 Mark.

Der ausgezeichnete Tiroler Geschichtsforscher führt auf Grund genauester Kenntnis des Landes wie der österreichischen und italienischen Literatur den Nachweis, daß Mitteltirol weder nach seinen nationalen und sprachlichen Verhältnissen, noch nach seiner staatsrechtlichen und kulturellen Vergangenheit je zu Italien gehört hat. Die für die geistige Kultur, das Wirtschaftsleben, die Sprache und das Volkstum maßgebende Grenze liegt keineswegs am Brenner, wohin sie die Willkür des Friedensvertrags gerückt hat, sondern an der Salurner Klausel. Der Brenner ist niemals eine Scheidegrenze gewesen. „Das ganze geschichtliche Leben Mitteltirols bis hinab nach Salurn und zu Zeiten noch weiter trägt deutsches Gewand und ist deutsch bis in seine innersten Sphären“. Der Verfasser zieht mit Hilfe von Gartner, Voltolini und R. von Wieser die Grenze gegen die von den Italienern mit Unrecht in Anspruch genommenen Rhätoromanen oder Ladinern. Den literarischen Vorkämpfern des italienischen Imperialismus wie Battisti, Gambillo, Ambrosi und vor allen Tolomei weist er die politischen und wirtschaftlichen Beweggründe ihrer seit drei Jahrzehnten betriebenen Propaganda nach und fordert den deutschen Volksteil auf, sich zur Abwehr auf seine reiche nationale Geschichte zu besinnen. Kirchliche, staatsrechtliche und geschichtliche Literatur vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart ist in erstaunlichem Umfange zur Beweisführung verwertet. Dr. H. M.

Fischer, Konrad, Wie die Franzosen in Elsass-Lothringen hausen. Die Franzosen in Metz. 68 S., M. 2.20. Berlin: Dreyer 1919.

Die Schrift enthält die Schilderung der Vorgänge in Metz vom 9.—16. November nach eigener Beobachtung des Verfassers und von da bis Ende März 1919 auf Grund elsässischer sowie lothringischer Zeitungen. Sie läßt, indem sie die schön stilisierten Erlasse der französischen Besatzungsbehörden ihrer tatsächlichen Auslegung gegenüberstellt, die Gewaltherrschaft der Franzosen für sich selbst sprechen. Die den Waffenstillstandsbedingungen Hohn sprechende Hetze gegen alles Deutsche, das von sinnloser Rachsucht eingegebene Verfahren der Verhaftungen und Ausweisungen, die vermögensrechtliche Beraubung und planmäßige wirtschaftliche Schädigung aller Altdeutschen, das berüchtigte Kartensystem, die gewaltsame Franzöisierung der Gemeindevertretungen werden mit vielen Beispielen unter Namensnennung belegt. Der Versuch, die Alleinherrschaft der französischen Sprache zu erzwingen, stellte die „Befreier“ vor die leider auch vielen Reichsdeutschen nicht vertraute Tatsache, daß mehr als 80 v. H. der lothringischen Bevölkerung das Deutsche als Muttersprache sprechen. So gebot die politische Klugheit, diese übereilten Maßnahmen abzubauen

Der letzte Abschnitt deutet die Enttäuschung der alteingesessenen Bevölkerung über ihre neuen Herren an, eine Enttäuschung, die inzwischen noch erheblich gewachsen ist. 12 Abbildungen nach Photographien stellen die pietätvolle deutsche Pflege der 1870 übernommenen Denkmäler in Gegensatz zu den kindlichen Denkmalschändungen, mit denen die Franzosen die Überlegenheit ihrer Kultur zu beweisen suchten.

Dr. H. M.

Langenbeck, Wilhelm. Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung vom 17. Jahrhundert bis auf unsere Tage. 3. Aufl. Leipzig-Berlin, Teubner 1919. 115 S. 8°. Geb. Mk. 1.90. (Aus Natur und Geisteswelt. Bdch. 174.)

Das im Januar 1919 abgeschlossene Bändchen ist ein im wesentlichen unveränderter Abdruck der zweiten Auflage. Mit Recht sind der Weltkrieg und seine Ergebnisse nicht berücksichtigt, da wir den Ereignissen noch zu nahe stehen und die Quellen für eine objektive Einschätzung der Vorgänge spärlich fließen. Die Darstellung ist sachlich und hält sich von vorgefaßten Theorien fern; sie betont die wirtschaftsgeographischen und kolonialpolitischen Momente, die den erst letzten Endes sich militärisch auswirkenden Imperialismus Englands begründet haben. Die deutsche Literatur ist ausgiebig, die englische mit den Klassikern herangezogen worden.

Mht.

Graf v. Lüttichau, Botschaftsprediger, Der Herr ist mein Trotz. Jahreshefte 1916—18 der Deutschen Evangelischen Gemeinde zu Konstantinopel. Festschrift zum 75 jährigen Jubiläum der Gemeinde. Berlin, Fr. Zillesen (Heinrich Beenken).

Auch ein Kriegsbüchlein, anziehend und reichhaltig wie wenige, geschrieben von einem, der die grausame Qual dieses Kriegsausgangs bis zur Neige durchkostete, indem er das großzüge Lebenswerk mit einem Schlage vernichtet sieht, der es aber als ein persönliches Erlebnis mit gläubigem Trotz bekenne kann: „Je grausamer die Qual, die jedes deutsche Herz durchzittert, desto unbeweglicher unsere Hoffnung.“ Unser Morgen glänzt, gerade weil es Abend geworden und jedem Abend der Morgen folgt. „Über dem himmlischen Heer thront der Menschensohn, über dem Weltenmeer wandelt der Gottessohn. Endet die letzte Zeit, wendet sich alles Leid.“ Dieser Glaubens- und Hoffnungston klingt nicht weniger durch den warmherzigen Nachruf für die 6 Gefallenen der Deutschen evangelischen Gemeinde zu Konstantinopel, wie auch durch die wundervoll aufgebauten, schlichten und doch weit ausschauenden Vorträge über: „Die Türkei und wir Deutsche“ hindurch: „Evangelisches Gemeindeleben und deutscher Hilfsdienst am Goldenen Horn während des Weltkrieges“ behandelt der erste. Er berichtet von den zahllosen Fäden, welche sich während des Kriegs von der bedeutendsten und größten der deutschen Orientgemeinden, der wichtigsten Etappenstation deutscher evangelischer Kulturarbeit im kirchlichen und missionarischen Sinne mit der Urheimat des Menschengeschlechts, dem Stammlande des Christentums entspannen. Der durch die plötzliche Aufhebung der Kapitulation neugeschaffene Rechtszustand gebot festesten Zusammenschluß, bei dem die Gemeinde von Konstantinopel vorangehen mußte, wobei ihre Bedeutung für den ganzen Orient wuchs. — Wie wir Deutsche um die geheimnisvolle Welt des Islam mit seinen tausend Schleiern in heißem erbittertem Ringen gekämpft haben, besonders unter der genialen Führung eines Mannes wie Marschall von Bieberstein, zeigen die folgenden Vorträge in spannender Form. Das Bild dieses einzigartigen „Auslanddeutschen“ wird uns lebenswarm geschildert von einem, der ihm persönlich nahe stand und ihn in seiner überragenden Bedeutung einzuschätzen wußte. Die bedeutsamen Kämpfe an den Dardanellen werden äußerst an-

ziehend dargestellt. Die Schrift will den Nachweis versuchen, daß „unser Bündnis mit der Türkei nicht zufällig, sondern lebensnotwendig war, daß es sich dabei um die Vermittlung der höchsten Werte des Abendlandes an das Morgenland handelte, und daß es unsere Pflicht ist, auch diesen Abschnitt der geschichtlichen Entwicklung in den großen Rahmen der Führungen Gottes hineinzustellen.“ Die angefügten Satzungen der deutschen evangelischen Gemeinde zu Konstantinopel können als vorbildlich für deutsche Auslandsgemeinden bezeichnet werden. Anmutige Bilder beleben die Schrift. Wir unterschreiben, was der Verfasser in seinem abschließenden Jahresbericht 1917/18 sagt: „Je wehmütiger der Rückblick auf eine gesegnete Vergangenheit, je ungewisser der Ausblick in eine deutsche Zukunft, desto mehr erscheint es uns Pflicht, das fest zu halten, was wir besaßen.“

Grisebach.

Schweer, Walther, Die türkisch-persischen Erdölvorkommen. Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts. Bd. 40. VII und 247 Seiten, 4 Karten, 14 Textfiguren und 1 Bildertafel. Hamburg: L. Friederichsen 1919. Mk. 13.20.

Walther Schweer hat in diesem stattlichen Bande alles einigermaßen wichtige Material über die Erdölvorkommen in Vorderasien verarbeitet und damit den großen wirtschaftlichen Wert dieser Bodenschätze erst recht deutlich gezeigt. Einer kurzen Einleitung über die kulturgeschichtliche Bedeutung von Erdöl und Asphalt folgen ausführliche Schilderungen der Erdölvorkommen in Vorderasien. Jene in Mesopotamien und Persien bilden geologisch eine Einheit; sie erstrecken sich mit Unterbrechungen über fast 2000 km in der nordwest-südöstlichen Streichrichtung der iranischen Randketten. Die geographische Verbreitung der Stellen natürlichen Zutagetretens von Erdöl und Asphalt in Mesopotamien und Persien weist zwei Zonen besonderer Dichte der Fundstellen auf: die mesopotamische Zone mit Hit, Gajara, Kerkuk, Mendeli u. a. und die persische Ölzone am Karun, wo die Engländer im Maidan-i-Naftunfeld östlich von Schuschter Quellen von erstaunlichem Reichtum erschlossen haben. Dieses letztere Erdölgebiet (in der Provinz Arabistan) setzt sich fort durch die Provinzen Farsistan und Laristan in einer ganzen Reihe von Vorkommen an der Küste des persischen Golfs und im Innern, die sich von Babahan im Westen bis nach Sarzeh in der Nähe von Sirik und Dschask am Golf von Oman erstrecken und wahrscheinlich durch das südliche Persien bis nach Mekran und Belutschistan reichen.

Es ist noch ungewiß, ob das nordmesopotamische Erdölbecken etwa mit jenem von Baku in Zusammenhang steht. Verschiedenen Nachrichten zufolge soll allerdings das Öl von Mendeli seiner Beschaffenheit nach dem von Baku ähnlich sein. Sollte sich das bestätigen, dann würden sich mesopotamische Öle ganz besonders zur Herstellung hochwertiger Schmieröle eignen. Das Rohöl der Anglo-Persian Oil Co. hat ein spezifisches Gewicht von 0,838. Infolge seiner Zusammensetzung läßt es sich ganz besonders gut auf Heizöl verarbeiten. Außer dem erwähnten ausgedehnten mesopotamisch-persischen Erdölgebiete gibt es in Vorderasien eine ziemliche Anzahl vereinzelter Vorkommen, besonders bituminöser Kalke und von Asphalt in Syrien, ferner in Nordpersien eine über 600 km lange Ölzone südlich vom Kaspischen Meer. Durch die vorliegende Untersuchung sind etwa 122 Fundstellen von Erdöl und Asphalt an 96 verschiedenen Orten im ganzen Gebiet der Türkei und Persiens, ohne die Vorkommen in Nordpersien und am Roten Meer, festgestellt. Davon entfallen 77 an 24 verschiedenen Orten auf Mesopotamien und 62 an 29 verschiedenen Orten auf die übrige Türkei ohne Arabien.

Den das Erdöl betreffenden geschichtlichen Überlieferungen ist **Schweer** mit besonderem Eifer nachgegangen, weil ihm daran lag, zum Vergleich mit den heutigen Methoden der Eingeborenen, aus den alten Berichten herauszulesen, was aus ihnen über die Technik der Erdölgewinnung und Verwendung im Altertum hervorgeht. Dabei ergab sich, daß die technischen Hilfsmittel heute praktisch dieselben sind, die man vor Jahrtausenden anwendete. Deshalb ist der Umfang der Produktion gering und es nimmt nicht Wunder, daß in jüngster Zeit in Bagdad und Mossul das heimische gegenüber dem ausländischen Petroleum, das schon wegen der Blechkisten, die man zu erstaunlich vielen Zwecken verwenden kann, gern gekauft wird, längst nicht mehr konkurrenzfähig war. Außer der Verwendung von Erdöl und Asphalt als Heiz- und Leuchtmittel gibt es noch heute sehr vielseitige andere Verwendungsarten, von denen besonders die Anwendung als Hautsalbe für die Kamele erwähnenswert ist.

Im vierten Abschnitt seines Buches behandelt **Schweer** die Erschließung und Ausbeutung der vorderasiatischen Ölfelder durch europäische Unternehmungen, wobei er auch auf die Frage der türkisch-persischen Grenze, die bergrechtlichen Bestimmungen und die Konzessionen eingeht. Die Konzessionsfrage ist in der Hauptsache eine politische Angelegenheit und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Engländer, die nun praktisch Herren des ganzen Gebietes sind, sie zu ihrem Vorteil zu entscheiden wissen werden. Bei der Betrachtung der mit den Konzessionen zur Ausbeutung der Ölfelder auf das Engste zusammenhängenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im nahen Osten war es des Verfassers Bestreben, sich an die Tatsachen zu halten und das Gebiet der politischen Werturteile und Wünsche den Männern der Praxis zu überlassen. Besonders hingewiesen sei auf die übersichtlichen tabellarischen Darstellungen der Fortschritte der Konzessionerteilungen in den einzelnen Erdölregionen. Die Konzession der Anglo-Persian Oil Company, die ab 1901 auf 60 Jahre das alleinige Recht zur Schürfung, Gewinnung, zum Verkauf und zur Ausfuhr von Erdöl und Erdölzeugnissen aus dem ganzen Gebiet des Persischen Reiches mit Ausnahme der fünf nördlichen Provinzen umfaßt, geht zurück auf ältere Konzessionen zur Ausbeutung von Bodenschätzen in Persien, die W. K. d'Arcy im Jahre 1901 erwarb. Das Gebiet umfaßt rund eineinviertel Millionen Quadratkilometer. Als im Jahre 1909 die Anglo-Persian mit einem Kapital von zwei Millionen Sterling gegründet wurde, nahm diese den größten Teil der Aktien der Erschließungsgesellschaften in sich auf. Der Rest ist zum Teil im Besitz der Bakhtiaren, in deren Gebiet die Hauptquellen liegen. Durch einen Vertrag vom Jahre 1914 erhielt die britische Regierung einen maßgebenden Einfluß auf die Gesellschaft, die durch Kapitalerhöhung um 2001000 Sterling, die die Regierung übernahm, in den Stand gesetzt wurde, eine ganz bedeutende Erweiterung ihres Betriebes vorzunehmen; dafür ging sie die Verpflichtung zur Lieferung von Heizöl für die britische Flotte zu günstigen Bedingungen ein. Zugleich wurden damit am Landweg nach Indien Werte geschaffen, die England in Mesopotamien und am Golf eine ebenso feste Stellung schaffen werden wie es sie am Suezkanal bereits besitzt.

Die natürlichen Vorbedingungen für die Ausbeutung der Erdölvorkommen sind besonders in Südwestpersien sehr günstig. In Mesopotamien liegen die Verhältnisse für die Erschließung besonders wegen der größeren Entfernung der Ölfelder vom Meer ungünstiger. Eine wesentliche Besserung wird eintreten, sobald durchgehende Schifffahrt auf dem Euphrat und Tigris für größere Dampfer ermöglicht ist. Auf dem unteren Euphrat

findet gegenwärtig zwar bereits eine ziemlich rege Schifffahrt statt und ganz flachgehende Dampfer können bis Meskene und bei besonders günstigem Wasserstand bis Biredschik hinauffahren, aber für einen regelmäßigen Verkehr sind die Verhältnisse nicht geschaffen. Auf dem Tigris sind die Verhältnisse für die Schifffahrt günstiger, weil der Fluß auch nach seinem Austritt aus den Bergen Kurdistans noch eine ganze Reihe von Zuflüssen erhält. Der Wasserreichtum macht aber auch die Fahrt über Bagdad hinaus wiederum außerordentlich schwierig und gefährlich, denn der Fluß ist infolge der Schnellen und Stromengen an vielen Stellen außerordentlich reißend. Der Erschließung hinderlich sind ferner die durch das Räuberwesen verursachte Unsicherheit von Transporten, das Klima und die damit zusammenhängenden Gesundheitsverhältnisse. Vorläufig, meint **Schweer**, werden die mesopotamischen Ölfelder, wenn die Bohrungen Erfolg haben sollten, zunächst ausschließlich für die Versorgung des Landes selbst in Betracht kommen, soweit die Produktions- und die Transportkosten eine Konkurrenz mit fremden Erzeugnissen möglich machen. Sind sie so ergiebig, daß der Bau einer Rohrleitung zur Küste die großen Kosten lohnt, dann können sie in der Zukunft ebenso wie die persischen auf dem Weltmarkt eine Rolle spielen.

Im Anhang sind Dokumente von besonderer Wichtigkeit im Wortlaut oder im Auszug wiedergegeben.

Die fleißige und gründliche Arbeit **Schweers** verdient Anerkennung.
H. Fehlinger.

Rein, G. K. Abessinien. 2 Bde. XII, 495, XIX, 358 S., 29 Tafeln, 1 Karte. Berlin, Dietrich Reimer 1918—19. Mk. 40.—.

Der Verfasser bereiste Abessinien und Französisch-Somaliland in den Jahren 1907—1913. Zweimal durchzog er diese Länder im Auftrag der französischen Regierung, weshalb er auch das Innere des Protektorats Tadschura besuchen konnte, das Angehörigen anderer Staaten als Frankreichs verboten ist; dasselbe gilt für das abessinische Somaliland bis Harar und die angrenzenden Teile der Galla- und Danakilländer. In dem vorliegenden Werk veröffentlicht **Rein** eigene Erfahrungen und Beobachtungen, sowie umfassende Studien, auf Grund amtlichen und privaten Materials. Der erste Band behandelt die Geschichte Abessiniens, seine Beziehungen zum Auslande (unter anderem auch den Handelsvertrag mit Deutschland), die Rechtsverhältnisse und die Religion. Der zweite Band veranschaulicht die wirtschaftlichen Zustände und Beziehungen Abessiniens und seiner Nachbargebiete, das Verkehrswesen, die Organisation der Staatsverwaltung, Zölle, Steuern, Maße und Gewichte, und das Bankwesen. Es gibt kein anderes Buch, das eine solche Fülle durchaus verlässlicher und zeitgemäßer Angaben über dies alte Kulturland enthält. Der zweite Band ist namentlich allen jenen zu empfehlen, welche die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen mit Abessinien beabsichtigen, für welche die Aussichten im allgemeinen durchaus günstig sind. Sie werden noch bessere sein, sobald die italienische Bahn Massaua-Setit vollendet ist und die Franzosen nicht mehr gewissermaßen ein Verkehrsmonopol haben. Ein besonderes Kapitel betrifft den deutschen Handel mit Abessinien. **Rein** sagt, viele der Großen des Landes sind den Deutschen nicht minder zugetan, als es Kaiser Menelik II. war. Die Zahl der deutschen Unternehmungen war aber stets eine beschränkte und man kann sagen, daß es über Versuche nie hinausgekommen ist.

H. Fehlinger.

Bonn, M. J., Mußte es sein? 3. völlig umgearb. u. stark erw. Ausgabe von „Amerika als Feind“. München: Georg Müller 1919. 148 S. 8°.

Der Verfasser sucht den Nachweis zu führen, daß „die Vorstellung der politischen Kulturgemeinschaft“ Amerika in das Lager unserer Feinde geführt und das amerikanische Volk auf dem Spiele stehen, die Menschenrechte, die es in seiner großen Revolution dem europäischen Despotismus abgerungen hat“. Lediglich aus dieser Sorge um die Bedrohung der Demokratie durch Deutschland habe es schließlich am Kriege teilgenommen.

Schürch, Ernst, Aus der neuen Welt. Mit der schweizerischen Pressemission in Amerika. Bern, Francke 1919. 279 S. 8° 6,50 Franken.

Der Verfasser gehörte zu den sechs schweizerischen Presseleuten, die im Herbst 1918 von der Regierung in Washington eingeladen wurden, die Vereinigten Staaten zu besuchen. Sein Buch enthält die umgearbeiteten und vielfach ergänzten Reiseberichte, die seinerzeit im Berner „Bund“ Aufsehen erregten. Sie sind auch in dieser Gestalt eine ungewöhnlich fesselnde Lektüre, für den Reichsdeutschen um so lehrreicher, als sie keine Spur von Mitgefühl mit der anderen, in diesem Fall unserer Seite verraten. Es gilt eben auch von der Schweiz, was Schürch vom Verhältnis U. S. Amerikas zu England sagt: „Gewiß sind Sprache und Recht unzerreißbar starke Bänder, aber es ist nicht gesagt, daß sie auch politisch binden müssen“. Das wird im Reich bei der Betonung der Stammverwandtschaft mit anderen germanischen Völkern meist übersehen. Die Wahlverwandtschaft, die die Union als größte Demokratie für die Schweiz als älteste (und echtste) empfindet, durchzieht Schürchs Buch wie ein roter Faden; dieses Gefühl ist zweifellos echt, ebenso echt, wie die überlieferten amerikanischen Sympathien für Frankreich, das 1917 die Früchte von Lafayettes Zug in den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg ernten konnte. Schürchs Buch lehrt uns, derartige Imponderabilien ernster zu nehmen, als wir uns bisher bequemten. — Daß die Pressemission vorzugsweise die Lichtseiten der Union zu sehen bekam, wird niemanden wundern; trotzdem enthalten die Berichte eine Menge sachlich interessierender und stets anschaulich wiedergegebener Beobachtungen, z. B. über die religiöse Begründung der angelsächsischen Demokratien (S. 114). Was wir über das Deutsch-amerikanertum erfahren, ist für uns schmerzlich, entspricht aber den geschichtlichen Ursachen, die in dieser Zeitschrift öfters zur Erklärung der sonst unverständlichen Erscheinungen herangezogen worden sind. Den Schweizern in der Union scheint dagegen das politische Klima zuzusagen, ohne daß sie deswegen ihre besten Stammeseigenschaften aufgeben. Die Berichte klingen aus in den ungeheuren Freudenschrei, den Newyork am 6. November 1918 anstimmt. Daß der Berichterstatter mit keinem Wort der tiefen Not der Unterlegenen gedenkt, mag die Anhänger der Blut- und Sprachverwandtschaft unter uns nachdenklich stimmen.

Mht.

Mann, Dr. Wilhelm, Der Kampf um den Kultureinfluß in Chile sowie dem übrigen Lateinamerika. Vortrag, gehalten auf dem III. Bundestag des Deutsch-Chilenischen Bundes; Santiago, Dezember 1918. Valparaiso: Imprenta Victoria, o. J. 19 Seiten.

Die Broschüre schildert kurz die Bemühungen der Alliierten um die Eroberung des Kultureinflusses in Lateinamerika auf dem Gebiete der Wissenschaft, des öffentlichen Erziehungswesens, der Kunst und Literatur. Als Beispiel für die Versuche, die Chilenen auch auf dem Umwege über ihre Frauen zu gewinnen, wird die von der Gattin des amerikanischen Ministers Lansing ins Leben gerufene „Sociedad Panamericana

de Señoras“ angeführt. Die Abwehr dieser deutschfeindlichen Kulturpropaganda kann nicht allein von der deutschen Heimat aus geschehen — wie beispielsweise durch das Südamerika-Institut und durch das Deutsche Ausland-Institut. —; es muß vielmehr an Ort und Stelle versucht werden, „deutsche Literatur und Kunst in chilenischen Kreisen, sowie auch in den übrigen spanischsprechenden Ländern zu verbreiten und unser Interesse für die lateinamerikanische Literatur und Kunst offensichtlicher als bisher zum Ausdruck zu bringen, um ihre Vertreter dafür zu gewinnen, daß sie mit den deutschen Elementen enger zu Kulturzwecken zusammenwirken“.

Zu diesem Zwecke möge der Deutsch-Chilenische Bund in Zusammenarbeit mit dem argentinischen Volksbunde sogleich an die Herausgabe von spanischen Übersetzungen zeitgenössischer deutscher schöner Literatur sowie wissenschaftlicher Werke, ferner an den Nachdruck guter deutscher Unterhaltungsliteratur in leicht lesbarer Sprache und schließlich an die Verbreitung deutscher bildender Kunst in Reproduktionen herantreten. Des weiteren soll das Nötige und Mögliche getan werden, um die lateinamerikanische Literatur und Kunst in deutschen Kreisen bekannt zu machen.

am.

Mann, Dr. Wilhelm, La Educacion Práctica dentro de los colegios de enseñanza general. Un Libro en Laminas. 1919. Santiago de Chile. Imprenta Universitaria. 41 Seiten und 19 Bilder.

Der Verfasser wendet sich in seiner durch gutes, meist aus deutschen Schulen stammendes Bildmaterial belebten Schrift gegen vorzeitige, einseitige Berufsausbildung. Der allgemeine Unterricht, dessen Aufgabe es nach Pestalozzi sei, vor der engen beruflichen Spezialausbildung zunächst auf weiterer pädagogischer Grundlage ganze Menschen zu erziehen, böte Gelegenheit genug zu praktischer Betätigung (Biologie im Schulgarten; angewandte Chemie und Physik mit Selbsterstellung der Apparate für den experimentellen Unterricht; Zeichen- und Handfertigkeitkurse). Außerdem könnten beispielsweise im naturwissenschaftlichen Unterricht Material- und Warenkunde und die Technik der Verarbeitungsprozesse, in der Geographie — der Einfluß der Bodenverhältnisse auf wirtschaftliche und politische Betätigung der Bevölkerung und in der Geschichte ethnographische, kulturelle sowie politische Fragen behandelt werden. Die Schrift wendet sich, trotzdem sie völlig vom deutschen Geist getragen ist, ihrer ganzen Aufmachung nach hauptsächlich an chilenische für Erziehungsfrage interessierte Kreise.

am.

Mann, Dr. Wilhelm, Der Ausbau der deutschen Schulen in Chile. (Sonderabdruck aus den Mitteilungen des Deutsch-Chilenischen Bundes. Heft Nr. 3.) Valparaiso: o. J. Imprenta Victoria, 7 Seiten, 8°.

Ziel der deutschen Schulen in Chile muß sein, die Schüler „unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Landes auf die deutsche Bildungshöhe hinaufzuheben“. Als Mittel dazu: Ausdehnung der Schuldauer auf die in Deutschland geltenden Zeiten, materielle Beihilfe der Eltern, Anpassung der Lehrpläne an die Erfordernisse des beruflichen Lebens, Vollständigkeit der Zahl der Kurse.

Im späteren Leben: Fortbildungsschulen, freie Volksbildungseinrichtungen (Vortragszyklen von Wanderrednern, Volkshochschulen, Korrespondenzschulen, d. h. Fernunterricht in Briefform). Ohne materielle Opfer wird der vorgeschlagene Ausbau des Erziehungs- und Bildungswesens nicht abgehen, zumal längere Ausdehnung des Schulbesuchs Vermehrung der Lehrkosten, an manchen Stellen auch Erhöhung der Lehrergehälter und außerdem Schulneubauten erfordert.

am.

Niemeyer, Ernesto, Das Heim im neuen Land und andere Novellen aus Brasilien. Stuttgart, Rüdenauer & Gerstmayer 1918. 177 S. 8° geh. 2 Mark. (Rug-Bücher Nr. 1.)

In dem Bändchen findet man das unentbehrliche Zubehör einer brasilianischen Urwaldgeschichte als Gauchos, Maultier-treiber, Botokuden, Pikaden, Mate, Hahnenkämpfe, Ringelstechen, Pinienwälder und Maispflanzungen. Es ist eine herrliche, rosenrot-romantische Welt; von Malaria, Moskitos oder Heuschrecken ist nicht die Rede. Ginge es doch allen deutschen Siedlern so gut wie der Familie Obigold in Idaburg! Das Büchlein ist eine völlig unschädliche Lektüre für anspruchslose Leser, die nicht nach Brasilien auswandern wollen. Mht.

Seitz, A., Darmstadt, Insekten sammeln im Ausland. Sonderabdruck aus: Entomologische Rundschau, Jahrgang 38, Nr. 6. Stuttgart: Kernen 1919. 8 S. 8° M 1.—

In der Entomologischen Rundschau hat Professor Dr. Adalbert Seitz, der Herausgeber der „Großschmetterlinge der Erde“, des größten Schmetterlingswerkes der Welt, es unternommen, den vielen jetzt ins Ausland strebenden jungen Deutschen mit Rat-schlägen für das Insekten sammeln an die Hand zu gehen.

Wohl mit Recht warnt der Verfasser vor übertriebenen Hoffnungen solcher, die aus dem Insekten sammeln einen Lebensberuf machen wollen, und der Eingeweihte weiß, daß nur denjenigen Sammlern, die nicht vor einer oft jahrelangen, mühevollen und entbehrungsreichen Tätigkeit, fern von jeder Kultur und nur in Berührung mit den Eingeborenen, zurückschrecken, ein wirklicher Erfolg beschieden ist. Aber nicht nur Ausdauer und Fleiß allein machen den erfolgreichen Sammler; das muß angeboren sein.

Außer diesen Berufssammlern gibt es aber auch noch viele Freunde der Natur, die aus Interesse an der fremdartigen und oft sehr reichen Insektenwelt ihrer neuen Heimat zum Sammler werden und in ihren Freistunden der Insektenjagd obliegen. Auch diesen soll die kleine Schrift mit Rat zur Seite stehen, wenn auch zu befürchten ist, daß sich der eine oder andere durch die mancherlei Bedenken des Verfassers abschrecken läßt. Das wäre aber sehr schade, denn die Wissenschaft verdankt solchen Gelegenheitssammlern, Missionaren, Kolonialbeamten, Kaufleuten und Pflanzern manch wichtigen Fund und vielen dieser Sammler brachte ihre Tätigkeit einen willkommenen Nebenverdienst. Es wäre sehr dankenswert, wenn Professor Seitz diesen Sammlern aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen Anleitungen zum Sammeln der einzelnen Insektenordnungen in den Tropen in erweiterter Form an die Hand geben würde; er würde dadurch manchem jungen Deutschen einen großen Dienst erweisen. H. Fischer-Stuttgart.

Külz, L., Medizinalrat Prof. Dr., 40 gesundheitliche Gewissensfragen an den Auswanderer und ihre Beantwortung durch die Auslandserfahrung. Hamburg, Thaden 1920. 16 S. 8° 0,50 Mark.

Es handelt sich um eine Reihe wichtiger Fragen, die sich derjenige, der zur Auswanderung entschlossen ist, vorlegen muß. Ihre Beantwortung zeigt den erfahrenen und menschenfreundlichen Tropenarzt. Wertvoll ist auch der auf den neuesten Stand gebrachte Anhang über kostenlose Auskunftstellen für Gesundheitsfragen des Auswanderers und Auslandsdeutschen (S. 14—16). Dr. med. J. H. Greef.

Külz, L., Medizinalrat Prof. Dr., Gesundheitsbüchlein für Auswanderer und Auslandsdeutsche. Ein Wegweiser um in der Fremde gesund zu bleiben. Mit Anhang über Tierzucht und Tierhaltung in den Tropen. Hamburg, Thaden 1919. IV, 127 S. 8° 4 Mark.

Zunächst geht Verfasser auf tropenhygienische Fragen im allgemeinen ein und sucht vor allem „nervöse“ Personen von der Auswanderung abzuhalten. Der für den Tropenauswanderer wichtigen Alkoholfrage wird gebührende Aufmerksamkeit gewidmet: Die Alkoholenhaltung ist für die Tropen besser als die Mäßigkeit und erhöht die körperliche und geistige Widerstandsfähigkeit. Ebenso wichtig ist die Wasserfrage. Verschiedene Brunnensysteme werden eingehend beschrieben. Hierbei dürften in einer späteren Auflage schematische Skizzen gute Dienste leisten! Einfache, aber erprobte Methoden zur Wassersterilisierung sind angegeben. Dann folgt der klar und übersichtlich geschriebene Abschnitt über die wichtigsten Tropenkrankheiten wie Dysenterie, Malaria, Schwarzwasserfieber, Fleckfieber, Cholera, Pest, Schlafkrankheit, Gelbfieber, Rückfallfieber, Mittelmeerfieber, Typhus. Sie werden hinsichtlich der Erkennung, des Verlaufs, der Behandlung und Verhütung prägnant abgehandelt. Überall kommt die große langjährige Tropenerfahrung des Verfassers zur Geltung. Auch den Verletzungen und plötzlichen Erkrankungen sowie den venerischen Krankheiten ist ein Kapitel gewidmet. Dann folgt ein kurzes Kapitel über Eingeweidewürmer und Blutscharotzer, sowie eine Tafel zur Erkennung, Unterscheidung, Verhütung und Behandlung der wichtigsten tropischen und heimischen Hautkrankheiten. Über tierische Hautverletzungen (Stiche von Insekten, Bisse von Skorpionen, Schlangen u. dergl.) erfährt der Auswanderer alles Notwendige. Ein längeres Kapitel behandelt die für den Kolonisten wichtige Hausapotheke (u. a. auch Desinfektionsmittel), sowie ein ABC fürs Krankenbett. Auch verschiedene technische Handgriffe, z. B. Einspritzung von Morphium und Kampferöl, für Notfälle in Abwesenheit des Arztes werden erörtert. Der sechste Abschnitt spricht von „Anpassung an die verschiedenen Klimata unter Berücksichtigung von Beruf, Frau und Kind“. Zum Schlusse folgt eine kurze Abhandlung von Regierungsarzt Dr. Sommerfeld über „Grundfragen der Tierzucht und Tierhaltung im Auslande“. Das 127 Seiten umfassende Büchlein, das nach den Worten des Verfassers „dem deutschen Auswanderer in fremder Ferne die Richtung zu seinem hygienischen Ziele der Gesundheit des Leibes und der Seele zeigen soll“, kann Auswanderungslustigen zur Anschaffung empfohlen werden. Dr. med. J. H. Greef.

Gesundheitlicher Ratgeber für Auswanderer. Zusammengestellt vom Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten zu Hamburg. Mit 5 Abbildungen. Hamburg: Friederichsen 1920. (Auslandswegweiser, Band 2.)

Das Heftchen zeichnet sich durch übersichtliche Anordnung sowie durch Betonung des Wesentlichen aus. Den größten Raum nehmen naturgemäß die wichtigsten Tropenkrankheiten ein, die dem Leser nach Ursache, Hauptsymptomen, Behandlung und der so wichtigen Vorbeugung in leichtverständlicher Form vorgeführt werden. Einige Tafeln und Abbildungen tragen zum Verständnis bei. Angefügt sind einige kürzere Abschnitte über Tuberkulose, Haut-, Geschlechts-, Augen-, Frauen- und Kinderkrankheiten — fast des Guten ein bißchen zu viel —, die sich freilich nicht ins einzelne verlieren. Über die Zweckmäßigkeit des im Abschnitt „Frauenkrankheiten“ stehenden Satzes: „Regelmäßige Spülungen sollten nicht versäumt werden (daher muß jede Frau sich einen Irrigator mitnehmen!)“ dürfte man geteilter Ansicht sein. Dieser Satz kann zu mißbräuchlicher Anwendung führen. Eine gesunde Frau braucht derartiges nicht! — Es folgen dann weiter teils ganz kurze, teils etwas eingehendere Abschnitte über Wundbehandlung, Eingeweidewürmer, Scharotzer, Bekämpfung von Insekten und Ungeziefer, Behandlung von Schlangenbissen, Skorpionenstichen usw., sowie Erörterungen

über Klima, Hitzschlag, Sonnenstich, Essen und Trinken in den wärmeren Ländern, alles Dinge, die für den Auswanderer von Wichtigkeit sind. Hervorgehoben sei ein besonders für die Tropen geltender Satz: „Je weniger Alkohol getrunken wird, desto besser.“ Vielleicht erwähnt eine neue Auflage auch die Schädlichkeit des übermäßigen Rauchens besonders in seiner Wirkung auf die Herznerven und das Nervensystem überhaupt. Daß Trinkwasserfrage und Wohnungshygiene in einem solchen, den Bedürfnissen des Auswanderers gewidmeten Büchlein nicht zu kurz kommen, ist selbstverständlich. Wertvoll ist auch der Anhang „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Dr. med. Gr eef.

Die Friedensforderungen der Entente. Vollständige revidierte deutsche Übersetzung der Versailler Bedingungen. Mit Karte der geforderten Gebietsabtretungen. Berlin, Engelmann 1919. 224 S. 8° 1,81 Mark. (Deutsche Liga für Völkerbund. [Umschlagt.: Volksausgabe. 4. Aufl.])

Die vorliegende Übersetzung des am 8. Mai in Versailles überreichten Friedensvertrages ist aus einer daselbst und aus einer zweiten in Deutschland an amtlicher Stelle hergestellten vorläufigen Übersetzung zusammengearbeitet worden. Sie stellt eine Verbesserung beider Übersetzungen dar und ist an Hand eines der den Deutschen überreichten englisch-französischen Abdrucke vorgenommen worden. Ein Inhaltsverzeichnis erleichtert die Benutzung. Wenn auch seit dem Erscheinen dieser Ausgabe der Friedensvertrag bereits in einigen Punkten abgeändert worden ist, so erlaubt der niedrige Preis doch weitesten Kreisen, sich mit seinem wesentlichen Inhalt, wozu auch der mehr und mehr ernst zu nehmende Teil I über den Völkerbund gehört, in einem wortgetreuen Text und handlichen Format bekannt zu machen.

Dr. H. M.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 8. März kommt Dr. von Kries wiederum auf die **Entschädigungsfrage** zu sprechen und erzählt, Herr Erzberger habe im letzten von ihm einem ausländischen Anfrager erteilten Interview erklärt, das Reich habe bereits 12 Milliarden Goldmark für die Auslandsdeutschen aufgewandt. Wo seien denn diese Milliarden geblieben? Die Auslandsdeutschen hätten nichts davon gemerkt! Gemeint sei wohl nur die mutmaßliche Höhe der auszahlenden Entschädigungen! Es sei aber höchste Zeit, daß etwas geschehe, nicht nur, damit die Auslandsdeutschen wieder ins Ausland zurückkehren könnten, sondern damit sie auch untereinander ihre Verpflichtungen und Schulden ablösen könnten. Auf diese Auslandsschulden der Auslandsdeutschen untereinander sei bisher viel zu wenig Rücksicht genommen worden. Überall im Ausland seien teils amtliche, teils private Hilfsaktionen für die Auslandsdeutschen unternommen worden. Die Schulden seien nun in ausländischer Währung zu zahlen, während das, was an Sicherheit gegeben sei, die jetzige Entschädigungsforderung an die deutsche Regierung, zum Friedenskurs ausbezahlt werden sollte? Bekomme ein Gläubiger des Reichs von diesem auch den vollen Betrag seines Gesamtvermögens zum Friedenskurs, so reiche das noch nicht hin, um auch nur eine bescheidene Schuld zum heutigen Tageskurs an einen Landsmann abzutragen! Das Reich müsse also anstandshalber seine auslandsdeutschen Gläubiger sicherstellen gegenüber den

Forderungen der eigenen Gläubiger dieser Auslandsdeutschen. Nur so könne wirtschaftliche Sicherheit wiederhergestellt werden.

Die Herausgeber der „Hochschule“, Blätter für akademisches Leben und studentische Arbeit, begründet vom Deutschen Studentendienst 1914, unter Leitung von Franz Irmer, Werner Mahrholz und Hans Roeseler, fordern alle Studentenschaften der deutschen Hochschulen, die studentischen Verbände und Alt-Herren-Bünde, sowie die Akademiker-Organisationen auf, sich dem folgenden Aufruf und seinen Forderungen anzuschließen:

„Deutsche Akademiker! Deutsche Landesteile mit Millionen deutscher Menschen gehen uns verloren. Elsaß-Lothringen, die Ostmark sind uns entrissen, Teile der Nordmark und des Ostens sind bedroht. Die Brüder in Österreich bleiben von uns getrennt. Eine neue große Auswanderungszeit für unsere Volksgenossen steht bevor. Die traurige Lage des Mutterlandes wird wertvolle deutsche Kraft zwingen, sich im fernen Auslande eine Lebensmöglichkeit zu suchen. Die Gefahr droht damit herauf, daß unendlich viel deutsches Menschentum der Heimat dauernd verloren wird, wenn nicht unverzüglich Vorbereitungen für eine ständige, planmäßige und reichliche geistige Verbindung der auswandernden Deutschen mit der Heimat getroffen werden. Wenn der Auslandsdeutsche nicht fortlaufend von den Veränderungen im geistigen, wirtschaftlichen, politischen und seelischen Leben der Nation erfährt, muß er langsam, aber sicher der Nation entfremdet werden. Deshalb müssen die deutsche Regierung und das deutsche Volk darauf sehen, daß durch geeignete Pressegründungen, durch Zeitschriften, durch Vortragsreisen, durch Theatervorstellungen, durch Wanderausstellungen der Kunst und des Kunstgewerbes, durch Volkshochschulgründungen im Ausland, durch musikalische Veranstaltungen, durch Vorführung von Kinaufnahmen aus der Heimat u. a. m. der Gedanke des gemeinsamen Mutterlandes und das Gefühl der engen Zusammengehörigkeit von Auslandsdeutschtum und Heimat bewahrt, gepflegt und gestärkt wird. An allen Orten und in allen Gegenden, in denen Deutsche in größerer Zahl ansässig sind, sollten Träger der Verbindung zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum zu finden sein, denen die Vermittlung der geistigen Güter im Hauptamt obliegt und die in unablässiger Arbeit den geistigen Verkehr aufrecht erhalten. Es ist selbstverständlich, daß diese Arbeit ehrlich und ohne jedes Schielen nach äußeren Erfolgen getrieben, auch frei von Politik feindlicher Stellungnahme zu dem Gastlande gehalten werden muß: diese Arbeit ist reiner Dienst am deutschen Volkstum um seiner selbst willen und um der großen sittlichen und seelischen Werte willen, die in ihm lebendig waren und sind. In dieser Frage darf es kein Ansehen der Weltanschauung, keine Uneinigkeit, keine Parteipolitik geben, denn die Werte, um die es sich handelt, stehen höher als alle Parteigetriebe und aller Weltanschauungskampf: Deutsches Menschentum verbindet uns alle schicksalhaft; ihm zu dienen, es zu erhalten und zu fördern, fühlen wir alle uns aus innerster Notwendigkeit getrieben. Deutschlands Akademiker — Akademiker im Sinne einer tiefen Verpflichtung gegen die Würde und Hoheit des deutschen Geisteslebens gefaßt — fordern, daß rechtzeitig und ausreichend für die Pflege der deutschen Tradition im Auslandsdeutschtum Sorge getroffen und damit den Auslandsdeutschen in ihrem harten Kampf ums Dasein und Ehre jede erdenkliche geistige Unterstützung geboten wird.

VON UNSERER ARBEIT

Die Sitzung des Ausschusses und Verwaltungsrats des Deutschen Ausland-Instituts findet am 15. Mai ds. Js. in Stuttgart in den Räumen des Instituts im Neuen Schlosse statt. Die Tagesordnung zu beiden Sitzungen wird den Mitgliedern in den nächsten Tagen zugehen. Diese Mitteilung soll nur als eine vorläufige Benachrichtigung dienen, damit die Mitglieder der beiden Körperschaften sich mit ihrer Zeit einrichten können.

Versand des „Auslanddeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es mag vorkommen, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Beziehern, die den besonderen Wunsch äußern, den „Auslanddeutschen“ wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln, aber in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Pressekorrespondenz des D. A. I.

Das Deutsche Ausland-Institut gibt seit 1. Oktober 1919 eine Pressekorrespondenz heraus, die den reichsdeutschen und auslanddeutschen Zeitungen unentgeltlich zugestellt wird und die zur Frage des Auslanddeutschtums, der Auswanderung und der Auslandskunde wichtiges Material für die Zeitungen zusammenstellt. Die Mitteilungen der Korrespondenz werden

von den Zeitungen auch rege benutzt. Denjenigen unserer Mitglieder, die das Material der Pressekorrespondenz zu sammeln wünschen, oder die aus irgendeinem Grunde die Zeitungskorrespondenz beziehen wollen, sind wir bereit, sie gegen Ersatz der eigenen Kosten zum Jahrespreise von 6 Mark regelmäßig zuzustellen. Anmeldungen wolle man an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Neues Schloß, Nordflügel, richten.

Druckfehlerberichtigung.

Herr Pastor Riechers bittet uns, einige Druckfehler richtigzustellen, die in seinem Artikel in Nummer 6 (zweites Märzheft) durch ein Versehen unseres Korrektors stehen geblieben sind.

Es sollte heißen:

Seite 166	Spalte 2	Zeile 12 v. u.	statt Freiheitskriegen:	„Einheitskriegen“,
„ 167	„ 2	„ 30 v. u.	„	Unheil: „Vorteil“,
„ 168	„ 1	„ 13 v. o.	„	auszubauen: „aufzuzubauen“,
„ 170	„ 1	„ 14 v. o.	„	Beziehung: „Erziehung“.

Die Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner in Basel bittet, zwei Druckfehler in unserem letzten Berichte richtig zu stellen. Ihre Bilanz vom 10. Januar ergibt, daß ihre Vereinseinnahmen im letzten Jahre nicht 9000 sondern 3200 Frs. betragen und daß 1898 Frs. auf neue Rechnung vorgetragen wurden.

== Demnächst erscheint: ==

Das Wahlrecht der Auslanddeutschen

Band 1 unserer staats- und rechtswissenschaftlichen Serie (herausgegeben von Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, und Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.), enthaltend die vier anlässlich unseres Preisausschreibens über das Wahlrecht der Auslanddeutschen preisgekrönten und zum Ankauf empfohlenen Preisarbeiten. Die Veröffentlichung ist anlässlich der Gewährung des Reichstagswahlrechts an die Auslanddeutschen, die im Entwurf der Regierung vorgesehen ist, von grundlegender Bedeutung. Die Höhe des Ladenpreises wird etwa 30 Mark betragen. Die Mitglieder des B. d. A. können bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle die Veröffentlichung zu einem Vorzugspreise beziehen, der 3 Mark unter dem Ladenpreise liegt.

Deutsches Ausland-Institut Stuttgart * Geschäftsstelle: Stuttgart, Neues Schloß.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. Für den Anzeigenteil: J. Bernhardt in Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. April 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 50 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III — Nr. 9

STUTTGART

Erstes Mai-Heft 1920

Vom Deutschtum in London vor dem Kriege

Von LEOPOLD KATSCHER, Bern*).

Es wird heute ebenso zeitgemäß wie lehrreich sein, den Wurzeln, dem Wesen, den Betätigungsformen und dem Umfang des britischen Deutschtums, insbesondere desjenigen in der Themsemetropole, nachzuspüren. Seit über 40 Jahren, von denen ich ein gut Drittel an Ort und Stelle verbracht habe, habe ich diese Dinge lebhaft verfolgt, so bin ich in der Lage, Zuverlässiges darüber mitteilen zu können.

Hätten deutscher Einfluß, deutsche Arbeit und deutsche Ware in England keine große Rolle gespielt, so würde man es nicht nötig gehabt haben, einen Bund oder gar drei Vereine zu ihrer Bekämpfung zu gründen (1915–16). Tatsächlich war diese Rolle denn auch sehr bedeutend. Das geht schon aus dem Umstand hervor, daß in neuester Zeit in Großbritannien mindestens 150 000 Deutsche (aus dem „Reich“ allein etwa 120 000) lebten, davon 60–70 000 in London.

Schon vor weit mehr als 700 Jahren nahmen unter allen Ausländern, die den gastfreien Boden Englands betraten, um Erwerb zu suchen, die Deutschen die erste Stelle ein. Bereits im 12. Jahrhundert gab es dort eine eigene deutsche Ansiedlung, die sich nicht nur der offiziellen Anerkennung seitens des Gesetzes erfreute, sondern geradezu Vorrechte besaß, wie sie weder vorher noch nachmals irgendeinem Volke in fremden Landen gewährt worden sind. Und die Deutschen haben die ihnen erwiesenen Freundschaftsdienste dadurch gelohnt, daß sie zur großartigen Entwicklung des englischen Handels, dem das britische Weltreich seine Macht verdankt, ganz erheblich beitrugen.

Die Geschichte des Welthandels weiß gar viel zu erzählen von der Zweigniederlassung der Hansa im Londoner Stapellhof oder Stahlhof und von deren Bedeutung namentlich im 14. und 15. Jahrhundert. Der mittelalterliche Glanz verblich nach dem großen Citybrande im Jahre 1666, und an der Stelle des vom dankbaren Richard Löwenherz seinen kölnischen Rettern für zwei Schilling überlassenen Steel-Yard erhebt sich seit 1855 ein Riesenbahnhof. Allein die Vernichtung der hanseatischen Vorrechte kann nicht bedauert werden, denn wenn wie sie die materiellen Interessen der Deutschen auch zeitweilig schädigte, so zog sie größeren moralischen Nutzen nach sich. Die Unzufriedenheit der Eingeborenen ob der ausgedehnten Privilegien der Fremdlinge wurde gegenstandslos, die Beziehungen zwischen diesen und ihren Gastherren besserten sich. Dadurch, daß die beiden

einander gleichgestellt wurden und daß die Deutschen nicht mehr auf ihre Begünstigungen pochen konnten, mußten sie zu größeren Anstrengungen angespornt werden, und das konnte für die Erhöhung ihrer Tüchtigkeit nur förderlich sein, denn dadurch gelang es ihnen, über Wasser zu bleiben und sich dauernd eine hervorragende Rolle im Gebiete des britischen Welthandels zu sichern. Das berühmte Geschäftsviertel „City“ hatte zwar nicht mehr sein eigenes „deutsches Quartier“, dafür war es aber reichlich von Deutschen durchsetzt.

Aber nicht nur in den Handelskreisen war das deutsche Element reichlich vertreten; es gab wohl keinen Berufszweig, der in London nicht von Deutschen ausgeübt worden wäre. Diese waren — teilweise als naturalisierte Engländer — im Parlament, in der Armee, an den Volks-, Mittel- und Hochschulen, auf der Bühne, im Konzertsaal, auf der Predigerkanzel oder in der Kunstakademie ebenso zu finden wie in der Schreibstube, der Fabrik, der Werkstätte, dem Kaufladen oder in der Verbrecherwelt, in der City und dem fashionablen Westen ebenso wie in dem behaglichen Nordwesten und Südwesten oder dem „anständigen“ Norden und Nordosten oder dem ärmlichen und schmutzigen Osten und Südosten. Im vorigen Jahrhundert verdankte die deutsche Kolonie ihren Aufschwung und ihre starke Vermehrung zum großen Teil dem Umstände, daß die selber einem deutschen Herrscherhause entstammende Königin Viktoria, gleich ihrer Vorgängerin Anna, einen deutschen Prinzen zum Gatten nahm. Albert brachte direkt und mittelbar viele Landsleute herüber. Er verschaffte der deutschen Sprache unter seinen neuen Landsleuten größere Verbreitung und dem deutschen Namen einen besseren Ruf. Ihm und den Ereignissen von 1870 und 1871, sowie dem patriotischen Wirken eines Kinkel, Blind, Freiligrath usw. ist es denn auch zuzuschreiben, daß die Deutschen Englands sich zumeist als Deutsche fühlten.

Das deutsche Vereinswesen spielte in London eine große Rolle. Die Ereignisse des Jahres 1848 führten bekanntlich einige der besten Männer Deutschlands und Österreichs dahin; einige dieser Patrioten begründeten den „Nationalverein“, in welchem die Vaterlandsliebe eifrige Pflege fand, und der unter anderem auch eine Schillerfeier (1859) veranstaltete, an

*) Verfasser von „Bilder a. d. engl. Leben“ (1881), „Aus England“ (1885 u. 1887), „Nebelland u. Themsestrand“ (1886), „John Bulls Insel“ (1917) usw.

VON UNSERER ARBEIT

Die Sitzung des Ausschusses und Verwaltungsrats des Deutschen Ausland-Instituts findet am 15. Mai ds. Js. in Stuttgart in den Räumen des Instituts im Neuen Schlosse statt. Die Tagesordnung zu beiden Sitzungen wird den Mitgliedern in den nächsten Tagen zugehen. Diese Mitteilung soll nur als eine vorläufige Benachrichtigung dienen, damit die Mitglieder der beiden Körperschaften sich mit ihrer Zeit einrichten können.

Versand des „Auslanddeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es mag vorkommen, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Beziehern, die den besonderen Wunsch äußern, den „Auslanddeutschen“ wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln, aber in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Pressekorrespondenz des D. A. I.

Das Deutsche Ausland-Institut gibt seit 1. Oktober 1919 eine Pressekorrespondenz heraus, die den reichsdeutschen und auslanddeutschen Zeitungen unentgeltlich zugestellt wird und die zur Frage des Auslandsdeutschums, der Auswanderung und der Auslandkunde wichtiges Material für die Zeitungen zusammenstellt. Die Mitteilungen der Korrespondenz werden

von den Zeitungen auch rege benutzt. Denjenigen unsere Mitglieder, die das Material der Pressekorrespondenz zu sammeln wünschen, oder die aus irgendeinem Grunde die Zeitungs-korrespondenz beziehen wollen, sind wir bereit, sie gegen Ersatz der eigenen Kosten zum Jahrespreise von 6 Mark regelmäßig zuzustellen. Anmeldungen wolle man an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Neues Schloß, Nordflügel, richten.

Druckfehlerberichtigung.

Herr Pastor Riechers bittet uns, einige Druckfehler richtigzustellen, die in seinem Artikel in Nummer 6 (zweites Märzheft) durch ein Versehen unseres Korrektors stehen geblieben sind.

Es sollte heißen:

Seite 166 Spalte 2 Zeile 12 v. u. statt Freiheitskriegen: „Einheitskriegen“,
 „ 167 „ 2 „ 30 v. u. „ Unheil: „Vorteil“,
 „ 168 „ 1 „ 13 v. o. „ auszubauen: „auf-zubauen“,
 „ 170 „ 1 „ 14 v. o. „ Beziehung: „Erziehung“.

Die Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner in Basel bittet, zwei Druckfehler in unserem letzten Berichte richtigzustellen. Ihre Bilanz vom 10. Januar ergibt, daß ihre Vereins-einnahmen im letzten Jahre nicht 9000 sondern 3200 Frs. betrug und daß 1898 Frs. auf neue Rechnung vorgetragen wurden.

Demnächst erscheint:

Das Wahlrecht der Auslanddeutschen

Band 1 unserer staats- und rechtswissenschaftlichen Serie (herausgegeben von Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, und Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.), enthaltend die vier anläßlich unseres Preisausschreibens über das Wahlrecht der Auslanddeutschen preisgekrönten und zum Ankauf empfohlenen Preisarbeiten. Die Veröffentlichung ist anläßlich der Gewährung des Reichstagswahlrechts an die Auslanddeutschen, die im Entwurf der Regierung vorgesehen ist, von grundlegender Bedeutung. Die Höhe des Ladenpreises wird etwa 30 Mark betragen. Die Mitglieder des B. d. A. können bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle die Veröffentlichung zu einem Vorzugspreise beziehen, der 3 Mark unter dem Ladenpreise liegt.

Deutsches Ausland-Institut Stuttgart * Geschäftsstelle: Stuttgart, Neues Schloß.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. Für den Anzeigenteil: J. Bernhardt in Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. April 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS

URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 9

STUTTGART

Ersies Mai-Heft 1920

Vom Deutschtum in London vor dem Kriege

Von LEOPOLD KATSCHER, Bern*).

Es wird heute ebenso zeitgemäß wie lehrreich sein, den Wurzeln, dem Wesen, den Betätigungsformen und dem Umfang des britischen Deutschtums, insbesondere desjenigen in der Themsemetropole, nachzuspüren. Seit über 40 Jahren, von denen ich ein gut Drittel an Ort und Stelle verbracht habe, habe ich diese Dinge lebhaft verfolgt, so bin ich in der Lage, Zuverlässiges darüber mitteilen zu können.

Hätten deutscher Einfluß, deutsche Arbeit und deutsche Ware in England keine große Rolle gespielt, so würde man es nicht nötig gehabt haben, einen Bund oder gar drei Vereine zu ihrer Bekämpfung zu gründen (1915–16). Tatsächlich war diese Rolle denn auch sehr bedeutend. Das geht schon aus dem Umstand hervor, daß in neuester Zeit in Großbritannien mindestens 150 000 Deutsche (aus dem „Reich“ allein etwa 120 000) lebten, davon 60–70 000 in London.

Schon vor weit mehr als 700 Jahren nahmen unter allen Ausländern, die den gastfreien Boden Englands betraten, um Erwerb zu suchen, die Deutschen die erste Stelle ein. Bereits im 12. Jahrhundert gab es dort eine eigene deutsche Ansiedlung, die sich nicht nur der offiziellen Anerkennung seitens des Gesetzes erfreute, sondern geradezu Vorrechte besaß, wie sie weder vorher noch nachmals irgendeinem Volke in fremden Landen gewährt worden sind. Und die Deutschen haben die ihnen erwiesenen Freundschaftsdienste dadurch gelohnt, daß sie zur großartigen Entwicklung des englischen Handels, dem das britische Weltreich seine Macht verdankt, ganz erheblich beitrugen.

Die Geschichte des Welthandels weiß gar viel zu erzählen von der Zweigniederlassung der Hansa im Londoner Stapelhof oder Stahlhof und von deren Bedeutung namentlich im 14. und 15. Jahrhundert. Der mittelalterliche Glanz verblühte nach dem großen Citybrande im Jahre 1666, und an der Stelle des vom dankbaren Richard Löwenherz seinen kölnischen Rettern für zwei Schilling überlassenen Steel-Yard erhebt sich seit 1855 ein Riesenbahnhof. Allein die Vernichtung der hanseatischen Vorrechte kann nicht bedauert werden, denn wenn wie sie die materiellen Interessen der Deutschen auch zeitweilig schädigte, so zog sie größeren moralischen Nutzen nach sich. Die Unzufriedenheit der Eingeborenen ob der ausgedehnten Privilegien der Fremdlinge wurde gegenstandslos, die Beziehungen zwischen diesen und ihren Gastherren besserten sich. Dadurch, daß die beiden

einander gleichgestellt wurden und daß die Deutschen nicht mehr auf ihre Begünstigungen pochen konnten, mußten sie zu größeren Anstrengungen angespornt werden, und das konnte für die Erhöhung ihrer Tüchtigkeit nur förderlich sein, denn dadurch gelang es ihnen, über Wasser zu bleiben und sich dauernd eine hervorragende Rolle im Gebiete des britischen Welthandels zu sichern. Das berühmte Geschäftsviertel „City“ hatte zwar nicht mehr sein eigenes „deutsches Quartier“, dafür war es aber reichlich von Deutschen durchsetzt.

Aber nicht nur in den Handelskreisen war das deutsche Element reichlich vertreten; es gab wohl keinen Berufszweig, der in London nicht von Deutschen ausgeübt worden wäre. Diese waren — teilweise als naturalisierte Engländer — im Parlament, in der Armee, an den Volks-, Mittel- und Hochschulen, auf der Bühne, im Konzertsaal, auf der Predigerkanzel oder in der Kunstakademie ebenso zu finden wie in der Schreibstube, der Fabrik, der Werkstätte, dem Kaufladen oder in der Verbrecherwelt, in der City und dem fashionablen Westen ebenso wie in dem behaglichen Nordwesten und Südwesten oder dem „anständigen“ Norden und Nordosten oder dem ärmlichen und schmutzigen Osten und Südosten. Im vorigen Jahrhundert verdankte die deutsche Kolonie ihren Aufschwung und ihre starke Vermehrung zum großen Teil dem Umstande, daß die selber einem deutschen Herrscherhause entstammende Königin Viktoria, gleich ihrer Vorgängerin Anna, einen deutschen Prinzen zum Gatten nahm. Albert brachte direkt und mittelbar viele Landsleute herüber. Er verschaffte der deutschen Sprache unter seinen neuen Landsleuten größere Verbreitung und dem deutschen Namen einen besseren Ruf. Ihm und den Ereignissen von 1870 und 1871, sowie dem patriotischen Wirken eines Kinkel, Blind, Freiligrath usw. ist es denn auch zuzuschreiben, daß die Deutschen Englands sich zumeist als Deutsche fühlten.

Das deutsche Vereinswesen spielte in London eine große Rolle. Die Ereignisse des Jahres 1848 führten bekanntlich einige der besten Männer Deutschlands und Österreichs dahin; einige dieser Patrioten begründeten den „Nationalverein“, in welchem die Vaterlandsliebe eifrige Pflege fand, und der unter anderem auch eine Schillerfeier (1859) veranstaltete, an

* Verfasser von „Bilder a. d. engl. Leben“ (1881), „Aus England“ (1885 u. 1887), „Nebelland u. Themsestrand“ (1886), „John Bulls Insel“ (1917) usw.

der sich über 10000 Londoner Deutsche beteiligten. Außerdem entstanden ein „Deutscher Rechtsschutzverein“ und mehrere andere. Doch lösten sich in den Sechziger Jahren infolge einer eingetretenen Erschlaffung die meisten wieder auf, und von diesen älteren Gesellschaften bestehen jetzt nur noch zwei. Dagegen wurden einige andere ins Leben gerufen und nach 1870 mehr als je zuvor. Unter den deutschen Vereinen Londons ragten besonders hervor: das „Deutsche Athenäum“ und der „Turnverein“.

Der in englischen Kreisen als „German Athenaeum“ bekannte „Deutsche Verein für Kunst und Wissenschaft“ war die vornehmste und exklusivste aller landsmännischen Gesellschaften in der großen Themsestadt. Er war im Jahre 1860 begründet und verschmolz sich drei Jahre später mit der „Londoner Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft“. Bald zählte er in seinen Reihen die Elite der deutschen Bevölkerung. Seither hat er viele bedeutende Landsleute, die sich in London vorübergehend oder dauernd aufhielten, in seinen gastlichen und gemütlichen Hallen gesehen. Konzerte, Kunstausstellungen und seit dem Jahre 1880 auch dramatische Vorstellungen wechselten miteinander ab. Die für die einzelnen Fächer bestehenden Sektionen haben über tausend derartige Abende nebst vielen größeren Ausstellungen veranstaltet. Die Anzahl der Mitglieder betrug im Jahre 1913 ungefähr 600, der Jahresbeitrag war für Gelehrte, Künstler und Schriftsteller 5, für andere Mitglieder 7 Guineen (107 bzw. 150 Mk.), die Eintrittsgebühr — von der übrigen Künstler, Berufsautoren und die Söhne von Mitgliedern befreit waren — 5 Guineen. Außerdem mußte jedes Mitglied eine Fünfpfundaktie erwerben. Das Athenäum hat vieles getan, was dem deutschen Namen Ehre machte.

Ebenso wichtig, wenn auch in anderer Richtung, war der deutsche Turnverein, in englischen Kreisen bekannter und beliebter als irgendein anderer deutscher Verein. Zu seiner Begründung (1861) führte die bei der erwähnten Schillerfeier herrschende Begeisterung. Das mit einem Kostenaufwande von 210000 M. erbaute Vereinsgebäude, das 1865 bezogen wurde, enthält u. a. eine große Turnhalle und einen sehr geräumigen Konzertsaal. Die höchste Mitgliederzahl wurde 1875 erreicht: 1090; darunter befanden sich nur 335 Deutsche; die übrigen rekrutierten sich vornehmlich aus Engländern, wie denn das fremde Element schon anfänglich und auch später das numerische Übergewicht hatte, ein Verhältnis, das den Hauptzweck des Vereins — „der deutschen Gymnastik in England Anerkennung und Eingang zu verschaffen und durch näheren Verkehr ein besseres Verständnis der beiden stammverwandten Nationen für einander zu erzielen“, — am besten entsprechen mußte. Der Verein war übrigens nur der Mitgliederzahl nach vorwiegend englisch, in jeder anderen Beziehung aber ausschließlich deutsch: in der Amtssprache, in der Zusammensetzung des leitenden Ausschusses, in der Gesinnung und in seiner ganzen Tätigkeit. Allmählich ging infolge Gründung mehrerer englischen Turnvereine die Zahl der Engländer zurück und damit auch die Mitgliederzahl überhaupt. Später waren die Deutschen in der Mehrzahl (1911: 401 von 480). Neben der Leibesübung wurde auch das geistige Deutschtum eifrig gepflegt. Die „Literarische Abteilung“, die bis Ende 1891 bestand, veranstaltete alljährlich 45 bis 50 dramatische Lesabende — Lektüre größerer Dramen mit verteilten Rollen —, die durchschnittlich von drei Vierteln sämtlicher Mitglieder besucht waren. Jedem Stück wurde von einem Mitglied eine Erläuterung vorangeschickt. Diese Abteilung brachte auch eigene Dichtungen von Mitgliedern zum Vortrag und sorgte für die

Abhaltung wissenschaftlicher Vorlesungen. Ferner arrangierte sie hie und da deutsche Theatervorstellungen, während eine andere Abteilung, der „Dramatische Klub“, englische Theaterstücke zur Darstellung brachte. Die ansehnliche Vereinsbibliothek stand den Mitgliedern für einen Penny wöchentlich zur Verfügung. Der Verein feierte jedes Jahr sein Stiftungsfest und zu Weihnachten ein „Christbaumfest“, bei welchem in der Turnhalle Hunderte armer deutscher Kinder Geschenke erhielten. Jeden Samstag versammelte sich eine große Anzahl von Mitgliedern zu einer gemütlichen Kneipe, bei der es recht lustig herging. Einmal im Jahre war damit ein „Narrenabend“ verbunden, an dem ein humoristisches „Karnevals-Schourmal“ ausgegeben wurde. Herren erhielten täglich Unterricht im Turnen, Fechten und Boxen, Damen zweimal wöchentlich im Turnen. Der Jahresbeitrag war auf 30, die Aufnahmegebühr auf 5 Schilling festgesetzt.

Ein dritter sehr angesehener Verein, der „Liederkrantz“, entstand im Jahre 1860, zählte zuletzt über 300 Mitglieder und genoß den Ruf, die besten deutschen Konzerte in London zu geben. Rechnet man noch den „Männergesangverein Freundschaft“, den „Nachtwächter-Gesangverein“, den „Zitherklub“, den „Gesangverein Edelweiß“ und den „Gemischten Chorsingverein“ hiezu, so muß man sagen, daß der deutsche Gesang und die deutsche Musik von den Londoner Deutschen nicht gerade vernachlässigt wurden.

Auch das Theaterwesen wurde eifrig gepflegt, vor allem vom „Deutschen Bühnenverein London“ (oder „Deutsches Volkstheater Westlondons), dessen Schirmherr der jeweilige Lord-Mayor war. In den Satzungen hieß es: „Pflege der deutschen Bühnenkunst durch Theatervorstellungen zu billigen Preisen; Förderung und Verbreitung unserer Sprache; Unterstützung der Bemühungen um ein besseres, freundschaftlicheres Einvernehmen zwischen den beiden blutsverwandten Völkern durch Aufführung deutscher Theaterstücke“. Jahresbeitrag 12 Schilling, wofür unnummerierte Sitze unentgeltlich, nummerierte mit beträchtlicher Ermäßigung geliefert wurden. Jährlich mindestens 12 Vorstellungen in gemieteten „echten“ Theatern unter Mitwirkung einzelner bedeutender Berufsschauspieler aus Deutschland oder Österreich. Jedes Jahr eine Sonderveranstaltung zugunsten der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß deutsche Opern, besonders die Wagnerschen, einen großen Teil des Repertoires des Coventgarden-Opernhauses bildeten; jährlich zweimal wurden je 10—12 deutsche Vorstellungen — früher sehr oft unter Leitung Hans Richters — in glänzender Besetzung gegeben, freilich italienisch. Zuweilen, doch selten, fanden Gesamtgastspiele deutscher Operngesellschaften statt. Zwischen 1880 und 1908 veranstaltete der Deutsche Karl Rosa alljährlich eine große Anzahl englischer Aufführungen deutscher Opern. 1911—1913 fanden die großartigen Londoner Bühnendarbietungen Max Reinhardts („Sumurun“, „The Miracle“ usw.) ungeheuren Zulauf.

Im Jahre 1859 wurde in der City ein „Deutscher Jünglingsverein“ und bald darauf ein ebensolcher im Zusammenhang mit der Deutschen Evangelischen Gemeinde in der nördlichen Vorstadt Islington begründet. Sonst aber mangelte es lange an kleineren Vereinen für kleinere Leute. Die „besseren“ Kreise hatten verschiedene Sammelpunkte; die Handwerker, Handlungsgesellen, Fabrikarbeiter usw. jedoch, also die große Mehrheit, waren ohne solche. Seit 1871 trat in dieser Richtung ein erheblicher Umschwung ein, so daß die Zahl kleiner Klubs schließlich etwa 20 betrug und die ihrer Mitglieder beiläufig 4000

Die kleineren Vereine waren, gleich den größeren, vorwiegend geselliger Natur. Die meisten betrachteten die Aufführung von Bühnenstücken als den wichtigsten Behelf der Erholung; mehrere widmeten sich ausschließlich der Pflege des Liebhabertheaters, wie schon die Namen „Deutsche dramatische Gesellschaft“, „Vereinigter dramatischer Club“ u. dgl. andeuten. Andere — z. B. der „Verein Deutsches Volkstheater im Osten“ — veranstalteten auch Konzerte, Tanzkränzchen, Bälle usw. Die Beitrittsgebühr bewegte sich zwischen 3 und 10½ Mk., der Jahresbeitrag zwischen 12 und 18 M. Leider gehörte zu den „gemütlichen“ Abendunterhaltungen einiger deutscher Klubs auch das in etwas allzugroßem Maßstabe betriebene Kartenspiel, das manches Mitglied in schlimme Geldnot brachte. Sonst aber ließ sich diesen Vergnügungen nur Gutes nachsagen. Sie förderten nicht nur die Geselligkeit, sie gewährten auch solide materielle und moralische Vorteile, die namentlich für Neuankömmlinge in London recht wertvoll waren: Lesezirkel, gutes und wohlfeiles Essen, unentgeltlichen Unterricht in der englischen Sprache, Arbeitsnachweis, Stellenvermittlung, Vermeidung des Besuches der ebenso teuren wie unangenehmen englischen Schenken, Schutz vor der Langeweile des berühmten Londoner Sonntags, Anknüpfung von Bekanntschaften u. a. m.

Die größere Hälfte der in London zu findenden deutschen Arbeiter stand im sozialdemokratischen Lager, und deshalb spielte der „Kommunistische Arbeiterbildungsverein“ keine geringe Rolle. Dorgeel schrieb: „Wie die Verhältnisse jetzt liegen, sind alle Chancen dafür, daß sich der in London ankommende Arbeiter binnen kürzester Zeit im Schoße der kommunistischen Partei befindet. Was auch immer man gegen diese einzuwenden haben mag, so kann man ihr doch nicht die Anerkennung versagen, daß sie dem Geschick des hierher einwandernden Arbeiters gegenüber nicht teinahmslos bleibt. Der kommunistische Arbeiterbildungsverein pflegt den Arbeitsnachweis und bietet jedem Mitgliede gute, billige Kost, sowie wohlfeile Wohnung. Durch Unterricht im Englischen und Französischen, ferner durch geschichtliche, naturwissenschaftliche und soziale Vorträge wird für die Ausbildung gesorgt, und in keinem andern Verein geschieht so wenig für die gesellige Unterhaltung und so viel für die geistige Anregung wie in diesem. Kann man sich also darob verwundern, daß der zuwandernde Arbeiter sich dorthin wendet, wo ihm mit Rat und Tat beigegeben wird, wo man sich seiner annimmt, wo er teilnehmende Standesgenossen findet, die es ihre Sorge sein lassen, ihm möglichst rasch zu einem Erwerb zu verhelfen?“

Über ein Vierteljahrhundert alt ist die „Deutsche evangelische Seemannsmission in Großbritannien“, begründet und geleitet von Pastor Harms in Sunderland. Das Generalkomitee dieser Mission baute das Netz seiner Fürsorge unablässig aus. 1913 verkehrten in den Lesezimmern über 40 000 deutsche Seeleute, während rund 2700 in den Seemannsheimen wohnten. Daß in der gleichen Zeit rund 50 000 Mk. den Hausvätern und Seemannsgeistlichen zur Heimendung, zur Anlage in Sparkassen oder zur Aufbewahrung übergeben wurden, spricht für das große Vertrauen der Seeleute in die Heime usw. und legt zugleich Zeugnis ab für den wirtschaftlichen Wert dieser Bestrebungen. In den Lesezimmern wurden von Seeleuten im Jahre 1913 etwa 16 000 Briefe geschrieben, während bei den Stationen über 8000 Briefe für Seeleute einliefen.

Viele mittellose Deutsche, die zu Erwerbszwecken aufs Ge-

ratet nach England zu gehen pflegten, verließen sich für den Fall der Not auf die Hilfe der Wohltätigkeitsvereine und der reichen Landsleute, die dort leben. Der Wunsch, unglücklichen Landsleuten beizustehen, beseelte die bessergestellten Deutschen Londons schon vor langer Zeit. Bereits 1817 trat die „Deutsche Wohltätigkeitsgesellschaft“ ins Leben. Sie ließ sich bei der Gewährung ihrer Unterstützungen von den liberalsten Grundsätzen leiten und verteilte seit ihrem Bestande weit über eine Million Mark. Sie gewährte in neuerer Zeit jährlich rund 3000 Personen Geldhilfe — darunter etwa 400 Greisen Jahrespensionen von je 70 bis 390 Mk. — und in weit mehr als 100 Fällen freie Rückreise in die Heimat. Bei dem jährlichen Bankett kamen jedesmal rund 3000 Pfd. Sterl. an Spenden ein. Jedes Mitglied, das ein- für allemal 210 oder jährlich 21 Mk. einzahlte, hatte das Recht, jedes Jahr dem Verein 4 Personen zur Unterstützung zu empfehlen. Die letzteren Bestimmungen galten auch von der noch älteren „Gesellschaft der Freunde notleidender Ausländer“, die trotz ihres allgemein gehaltenen Titels ein vorwiegend deutsches Gepräge trug. Sie ist schon 1806 von Deutschen begründet, hatte größtenteils deutsche Mitglieder und unterstützte zumeist Deutsche. In der Direktion saßen außer den Pastoren all der zahlreichen deutschen Kirchengemeinden Londons noch zehn andere Deutsche, während der Vollzugsausschuß zu zwei Dritteln aus Deutschen bestand. Diese Gesellschaft nahm jährlich etwa 4000 Pfd. Sterl. ein und hatte insgesamt in über 200 000 Fällen Beistand geleistet; davon entfiel die weitaus größere Zahl auf Angehörige des Deutschen Reiches. Außerdem gewährte sie Hunderten von alten, arbeitsunfähigen Personen Jahrespensionen von 100 bis 400 Mk.

Von großer Bedeutung ist das 1845 von Dr. E. Freund aus Prag begründete, in der nördlichen Vorstadt Dalston gelegene Deutsche Hospital, dessen Weiterbestand trotz des Krieges gesichert ist. (Jetzt dient es hauptsächlich Kriegsgefangenen.) Der genannte Prediger bemühte sich erfolgreich, die Elite der deutschen Kolonie für seine Idee zu stimmen, deren Verwirklichung man die wichtigste der deutschen Wohltätigkeitsanstalten Londons zu danken hat. Die dem neuen Krankenhaus entgegengebrachte Teilnahme verhalf demselben bald zu gedeihlicher Entwicklung. An die Stelle des bescheidenen Häuschens, aus dem es vor kaum 7 Dezennien bestand, trat ein imposantes Gebäude mit schönen Gartenanlagen und 130 Betten, großen, hellen Sälen, einem geräumigen Vorhof und einem neuen Sanatorium.

Das Hospital, das zu den best eingerichteten dieser an vorzüglichen Krankenhäusern so reichen Weltstadt gehört, hat ferner drei Zweigstellen für die Behandlung von auswärtigen Leidenden; in denselben erhalten jährlich rund 30 000 Patienten unentgeltlich ärztlichen Rat und Heilmittel. Im Hospital selbst finden jährlich rund 1700 Personen Aufnahme. Das angelegte Stammkapital beläuft sich auf 45 000 Pfund Sterling mit einem Zinsengenusse von 30 000 Mk., das Ausgabenbudget seit einiger Zeit auf durchschnittlich ungefähr 250 000 Mk. per Jahr; gedeckt wird es größtenteils durch ständige Subskriptionen und reiche Spenden, sowie durch die Sammlung, welche bei dem nach englischer Sitte alljährlich stattfindenden Stiftungsbankett vorgenommen wird und 90 000 bis 100 000 Mk. zu ergeben pflegt. Der deutsche Kaiser spendete jährlich 4000, der Kaiser von Österreich 1000 Mk.; außer diesen beiden Monarchen hat das Hospital noch zwei „Protektoren“: den König von England und den Prinzen von Wales. Überhaupt muß man sagen, daß die Engländer zur Erhaltung der Anstalt mindestens ebensoviel bei-

trugen wie die Deutschen. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß in dem Krankenhause bald so viele Engländer behandelt wurden wie Deutsche; doch standen dessen Pforten auch Angehörigen aller übrigen Nationalitäten offen. Immer aber genossen deutschsprechende Patienten den Vorzug. In Hitchin, einem sehr gesunden Städtchen an der Nordbahn, etwa eine Bahnstunde von London entfernt, besitzt das Deutsche Hospital ein Erholungsheim für Rekonvaleszenten.

Die Wohltätigkeitsanstalt „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ war ein Ergebnis der Beratungen einflußreicher Londoner Deutscher über die beste Art, die goldene Hochzeit des deutschen Kaiserpaares Wilhelm und Augusta zu feiern. Man entschied sich für ein deutsches Waisenhaus, und binnen wenigen Tagen nach Veröffentlichung des Aufrufes liefen 80000 Mk. ein. Man konnte das erworbene Gebäude schon im August 1879 einweihen und mit 6 Kindern beginnen. Seither floß das Geld so reichlich, daß 1883 bereits 15 Waisen in der Anstalt untergebracht waren.

Die genannten Wohltätigkeitsvereine und -Anstalten verausgabten für ihre schönen Zwecke in neuerer Zeit jährlich über 360000 Mk. Auch an kleineren Vereinen, die dieselben Ziele verfolgten, fehlte es nicht. Außerdem gab es drei Institutionen, die nur halb und halb als Wohltätigkeitsanstalten bezeichnet werden können, denn wenn sie auch höchst segensreich wirkten, so gewährten sie doch nicht unentgeltlichen — allerdings erstaunlich wohlfeilen, preiswerten — Beistand: 1. das 1876 von der hochangesehenen „Association of German Governesses in England“ ins Leben gerufene „Heim für deutsche Gouvernanten“; 2. das „Heim für deutsche Diensthofen“ („Gordon House“), welches sich des besonderen Wohlwollens der weiblichen Mitglieder der englischen Königsfamilie erfreute und für 1 Mark täglich ein Zimmer und vier Mahlzeiten bot; 3. die vor mehr als 40 Jahren gegründete „Deutsche Herberge“ für wenig bemittelte Männer; sie bot gutes Essen und behagliche Stuben sehr billig, vermittelte Lehrern, Handwerkern und Arbeitern Anstellungen und weihte Neuankömmlinge in die englischen Zustände ein.

Für das geistige Wohl der heranwachsenden deutschen Jugend war durch mehrere deutsche Schulen Sorge getragen, deren Erhaltungskosten nur zum geringern Teil aus den Schulgeldern, der Hauptsache nach aus menschenfreundlichen Spenden gedeckt wurden. Die mit der St. Georgskirche zusammenhängende Volksschule in Whitechapel war ursprünglich in einem Hause untergebracht, das im Jahre 1805 für diesen Zweck geschenkt worden war; das jetzige Gebäude ist ein hübscher, großer, zweistöckiger Ziegelrohbau und legt ehrendes Zeugnis ab von dem deutschen Sinn der Deutschen Kolonie. Die Schule hatte drei Abteilungen — für Knaben, Mädchen und kleine Kinder — mit je zwei Klassen. Die Anzahl der Schüler belief sich auf 560, darunter 80 Freischüler, die überdies mit Schulbüchern und Schreibmaterialien, von dem Gemeinde-Frauenverein auch mit Kleidung unentgeltlich versehen wurden. Hierbei war dafür gesorgt, daß sie äußerlich durch nichts sich von den zahlenden Zöglingen unterschieden.

Auf ähnlicher Grundlage beruhte die zwar viel kleinere, aber ebenso erfolgreiche Volksschule auf dem Hooperplatze, deren neues, ebenfalls recht hübsches Gebäude im Jahre 1881 eingeweiht wurde. Die Volksschule in Islington ging aus einer Strickschule hervor und wurde im Mai 1872 mit 20 Schülern eröffnet; allmählich stieg der Besuch auf etwa 100, darunter 25 Freischüler. Die von der katholischen Gemeinde erhaltene Volksschule zählte bei 280 Zöglingen 75 Freischüler. Seit 1879 bestand auch innerhalb der Sydenham-Forestthiller evangelischen Gemeinde eine deutsche Volksschule.

Die meisten deutschen Eltern schickten ihre Kinder in englische Schulen, teils weil es nicht genug deutsche Unterrichtsanstalten gab, teils weil sie wollten, daß ihre Sprößlinge sich von Jugend auf an die englischen Verhältnisse gewöhnten. Sehr wenig entwickelt war das höhere deutsche Schulwesen, was unter anderem der Umstand beitrug, daß fast jeder besser gestellte Deutsche, namentlich wenn er im Vaterlande Verwandte hatte, seine Söhne in der Heimat weiter ausbilden ließ. Wie Dorgeel glaubt, taten sie das, weil hier der höhere deutsche Unterricht nicht genügend viele Stätten hatte; aber ich glaube umgekehrt, daß der letztere Umstand nicht die Ursache, sondern die Wirkung des ersteren war, sonst würden die Deutschen gewiß für eine größere Anzahl höherer Unterrichtsanstalten in London gesorgt haben. Eine Schule nach Art der deutschen oder österreichischen Gymnasien oder Realschulen gab es überhaupt nicht; doch näherte sich diesem Vorbild das deutsche Gymnasium im Vorort Bexhill, das allerdings wegen der Höhe des Schulgeldes schwach besucht war. Die Hauptschwierigkeit der Erhaltung einer deutschen Mittelschule lag in der gewaltigen Ausdehnung Londons. Im Herbst 1911 eröffnete der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband eine Zweigschule seiner Hamburger höheren Lehranstalt; sie ging aber schon ein halbes Jahr später in Privatbesitz über. Seit 1862 bestand eine private deutsche höhere Töchterschule in Islington — ebenfalls Privatbesitz. Das ist alles.

Interessant war das Verhältnis zwischen Deutschen und Engländern in London. Zunächst muß bedacht werden, daß die stabile Teil der Kolonie höchstens aus einem Drittel der sich dort aufhaltenden Deutschen bestand, während die anderen zwei Drittel das ab- und zuströmende Element darstellten. Insofern die Deutschen überhaupt geachtet wurden, bezog sich die Achtung nur auf den stabilen Kern. Dieser war im großen ganzen recht gesund; die vorübergehende Flut aber wies viele Schattenseiten auf, die den Ruf der Gesamtheit empfindlich schädigten. Neben den dauernd oder auf längere Zeit Verweilenden war im allgemeinen der gute Name zu danken, dessen sich die Deutschen jenseits des Kanals ihres Fleißes, ihrer Mäßigkeit, ihres Ernstes und ihrer Kenntnisse halber erfreuten, waren es nun Kaufleute oder Künstler, Gelehrte oder Handwerker, Schullehrer oder Kontorbeamte. Die Achtung vor den Deutschen unterlag noch einem anderen Kriterium: einer Einteilung in Klassen. In den höheren Kreisen der englischen Gesellschaft war sie nämlich allgemein größer als im philiströsen Mittelstand und bei der urteilslosen Menge, die ja überall alles Ausländische mit Misstrauen zu betrachten pflegt, mit Ausnahme der Pariser Mode und der französischen Theaterstücke. Die großen Erfolge, von vielen deutschen Kaufherren, Künstlern usw. hier errungen wurden, brachten die vorurteilsfreien Elemente zur Einsicht, daß diese Erfolge meist die Ergebnisse tüchtiger Leistungen waren. Die minder intelligenten Elemente hatten keinen sonderlichen Respekt für die aus armern Schluckern bestehende große Mehrheit der Deutschen Kolonie, für die Scharen von schlecht bezahlten Kommis und Schreibern, stundensuchenden Sprachlehrern und anderen mittellosen Neuankömmlingen, so wie von Schwindlern und Bettelbrüdern. Die höheren Klassen kamen eben mehr mit den stabilen, die anderen fast ausschließlich mit den fluktuierenden Bestandteilen der Deutschen Kolonie in Berührung.

So weit die Achtung. Nun zur Beliebtheit. Zwischen beiden besteht ein Unterschied. Viele Engländer, die die Deutschen wegen ihrer Tüchtigkeit achteten, liebten sie nicht, zwar ebenfalls wegen ihrer Tüchtigkeit. Dieser scheinbare Widerspruch

uch erklärt sich sehr einfach: die Tugenden der Fremdlinge werden zu Fehlern, weil sie den Eingeborenen Konkurrenz machen. Die deutsche Zuwanderung machte sich in allen Abteilungen des englischen Arbeitsmarktes fortwährend empfindlich geltend. Die deutschen Bäcker, Schneider, Kellner, Friseure, Uhrmacher, Kommis, Citybeamten, Musiklehrer, Schullehrer usw. setzten den Schrecken der diesen Erwerbszweigen obliegenden heimischen, denn die Germanen erwiesen sich als arbeitsamer, ordentlicher, sparsamer, geschickter und gebildeter, und sie begnügten sich mit geringerer Bezahlung, wurden daher begreiflicherweise nicht nur von landsmännischen, sondern ungemein häufig auch von englischen Brotherrn vorgezogen. Jeder ist wohl eben selbst der Nächste, in England wie sonstwo. Ebenso begreiflich aber ist es, daß diese Umstände die „Eindringlinge“ in vielen Kreisen recht mißliebig machten.

In höherem Grade als in allen anderen Gebieten kam Darwins Naturgesetz vom „Sieg des Geeigneteren“, auf die Deutschen in England angewandt, mit Bezug auf die Bäcker, Kellner, Friseure, Kontoristen und Musiker zur Geltung. So zum Beispiel gab es mehr deutsche Bäcker als in Berlin, vielleicht mehr deutsche Kellner als englische, und die Zahl der in London zu findenden deutschen Friseure, Schneider usw. würde vielleicht die Bedürfnisse der größten deutschen Provinzstädte genügen. Was besonders die deutschen Kellner betrifft, strömten sie in solchen Scharen nach London, daß viele von ihnen froh waren, schließlich in englischen Privathäusern als Diener unterkommen zu können. Und vollends die Künstlerwelt des Themsebeckens war gänzlich von deutschen Elementen durchsetzt; hier lebten viele deutsche Maler, und in der Musik — sei es die ausübende oder die belehrende — waren die Deutschen durchaus vorangehend. Die hervorragendsten der dauernd im Lande weilenden Musiker waren Deutsche, und fast alle bedeutenden deutschen und österreichischen Musiker und Sängerinnen traten alljährlich in Konzerten oder auf der Bühne auf. Der Musikunterricht lag zum allergrößten Teile in den Händen von Deutschen. Der beliebteste britische Komponist der neueren Zeit, Sullivan, hatte seine Studien in Deutschland gemacht. Wagners Opern wurden im Jahre 1882 in London fast gleichzeitig von einer englischen, einer italienischen und zwei deutschen Gesellschaften aufgeführt, 1884 ebenfalls englisch, deutsch und italienisch.

Etwas ein Fünftel aller großen Cityfirmen befand sich in den Händen Deutscher oder ihrer Abkömmlinge. Es gab nur wenige größere englische Blätter in London, die nicht auch deutsche Mitarbeiter, zuweilen sogar Mitredakteure hatten. Alle höheren Lehranstalten im ganzen Lande stellten gern deutsche Kräfte an. Der bedeutendste Sprachforscher Englands war der Deutsche Max Müller. Der erste britische Elektriker war der Deutsche C. W. Siemens (†1883). Die einstige Meininger Hofschauspielergruppe konnte sich rühmen, in London glänzende Geschäfte zu machen. Die Zahl der deutschen Buchhandlungen und Zeitungsredaktionen war eine ganz erkleckliche. Das deutsche Bier erfreute sich einer großen, von Jahr zu Jahr steigenden Beliebtheit. Die sogenannten „deutschen Delikatessen“ (Wurstwaren, Sauerkraut, Pumpernickel, Fischkonserven, Lebkuchen usw.) waren seit einigen Jahren geradezu „fashionabel“ geworden, so daß die Zahl der betreffenden Läden und Speisehäuser immer mehr anwuchs. Ebenso beträchtlich wie die Zahl der deutschen Hotels, Gasthöfe und Pensionen jeden Ranges war die der deutschen Bierhallen. Es gab ferner mehrere Apotheken, Wechselstuben, große Speditionsfirmen, Patentanwälte, Stellenvermittlungen usw. usw.

Man sollte gewiß meinen, daß es in einer Stadt, in der das

deutsche Element eine so große Rolle spielte, auch eine angemessene deutsche Presse gegeben haben müsse; aber in Wirklichkeit ist dem nicht so. Es gab nur wenige deutsche Wochenblätter, und diese waren weder besonders gut, noch auch sehr verbreitet. Dies mag teils daher rühren, daß fortwährend neue Blätter kamen und gingen und die Erwartungen des besseren Publikums täuschten, wenn sie nicht geradezu auf Prellereien abzielten; teils von der Vorzüglichkeit der englischen Blätter, die für das halbe Geld weit mehr boten; teils von der raschen Verbindung mit der Heimat, welche die vaterländischen Zeitungen in 24 bis 36 Stunden hierher sandte. Ein Versuch, eine Tageszeitung zu begründen, wurde Mitte 1884 gemacht, scheiterte aber. Seit fünf Jahren war übrigens auch in Manchester ein deutsches Wochenblatt erschienen.

Ich habe bisher vom deutschen Einfluß und von der deutschen Arbeit in England gesprochen; nun habe ich noch von der deutschen Ware zu sprechen. Als die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse wegen ihrer Billigkeit immer mehr zunahm, entstand mit Bezug auf sie das verächtliche Wort „cheap but nasty“ („wohlfeil aber schundig“). Um das einheimische Publikum, dem englische Geschäftsleute viel deutsche Ware als britische verkauften, vor Täuschung zu bewahren, schuf die Gesetzgebung 1882 die Vorschrift, daß alle ausländische Ware einen Ursprungsstempel tragen müsse. So entstand das berühmt gewordene Schlagwort „Made in Germany“. Aber die Wirkung schlug ins Gegenteil um. Das neue Gesetz war nämlich zu spät gekommen. Inzwischen war die deutsche Industrie so vervollkommen worden, daß ihre nunmehr ausdrücklich als deutsch gekennzeichneten Erzeugnisse nicht mehr als Schund, sondern — obgleich noch immer billiger als die englischen — als ganz vorzüglich, als den einheimischen ebenbürtig erkannt und anerkannt wurden. Die Folge des „Made in Germany“ war also nicht die gewollte Abnahme, sondern eine gewaltige Zunahme der Einfuhr aus Deutschland. Diese betrug 1913 schon weit über eine Milliarde Mark und überflügelte bereits beträchtlich die englische Ausfuhr nach Deutschland.

Wir sehen also, daß deutscher Einfluß wie deutsche Arbeit und Ware in England wirklich eine bedeutende Rolle spielten. Die Gründung von drei deutschfeindlichen Vereinen war also ganz begreiflich; aber ihren Zweck werden sie kaum erreichen. Die beiden großen Kulturvettern sind in wissenschaftlicher, künstlerischer, wirtschaftlicher und sonstiger kultureller Hinsicht viel zu sehr aufeinander angewiesen, haben überhaupt viel zu große gemeinsame Interessen, um nach dem Kriege lange miteinander schmollen zu können. Trotz aller jetzigen gegenteiligen Vorurteile der Engländer wird in absehbarer Zeit der Zorn verrauchen und man wird sich, wenngleich eine Zeitlang nur notgedrungen, wieder vertragen — vertragen müssen. Wird England seine gewaltige Ausfuhr nach Deutschland wiedergewinnen wollen, so muß es sich wohl oder übel zur Wiederaufnahme der Einfuhr bequemen. Wie die Deutschen viele britische Güter brauchen, können die Briten viele deutsche Güter nicht auf die Dauer entbehren. Auch werden es die Engländer allmählich wieder vorteilhaft finden, deutscher Arbeit und deutschem Einfluß Einlaß zu gewähren, genau so wie es die Franzosen nach dem Kriege von 1870/71 taten, tun mußten. Überhaupt ist der Glaube, daß es im 20. Jahrhundert noch möglich sei, das bereits zu ungeheurem Umfang gediehene Gebäude der internationalen Kulturbeziehungen niederzureißen, ein leerer Wahn. Glücklicherweise sind in unserer Zeit des Weltverkehrs keinerlei chinesische Mauern, keinerlei mittelalterliche Abschließungen mehr möglich. Eine allzustarke Absonderungslust wird sich in vielen Fällen als un-

durchführbar erweisen, und zwar desto schneller, je intensiver sie sich in der Praxis geltend zu machen suchen wird. Die augenblicklich noch nicht ganz gewichene Kriegsstimmung und ein dadurch begründet erscheinender Hypernationalismus haben keinen greifbaren Hintergrund und können keine Zukunft haben,

müssen vielmehr mit der Zeit wieder einem vernünftigen Internationalismus Platz machen. Und das ist der Trost der ruhig vernünftig, gerecht und unbefangenen gebliebenen Angehörigen aller Völker, zumal ein solcher Internationalismus wahrer Vaterlandsiebe keineswegs widerspricht.

Die Stellung der Auslandsdeutschen in dem Einkommensteuergesetz und in dem Kapitalertragssteuergesetz, beide vom 29. März 1920.

Von Dr. jur. KARL HIRSCHLAND (Paris), Berlin.

Durch das neue Einkommensteuergesetz wird die Besteuerung des Einkommens der natürlichen Personen den Bundesstaaten und den Kommunen abgenommen und auf das Reich übertragen. Es fallen daher die früheren Landes- und Kommunal-Einkommensteuern weg. Das Reich muß den Bundesstaaten und Kommunen einen erheblichen Anteil an den Steuern zurückvergüten.

Der § 21 Nr. 1 schließt sich sehr eng an den Wortlaut des Preußischen Einkommensteuergesetzes an und erklärt für einkommensteuerpflichtig mit ihrem gesamten Einkommen alle Deutschen, soweit sie sich nicht länger als zwei Jahre dauernd im Auslande aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben.

Unzweifelhaft sind danach alle Deutschen, welche schon länger als zwei Jahre im neutralen Auslande ihren ausschließlichen Wohnsitz haben und auch dort verweilen, sowie die Deutschen, welche während des Krieges im feindlichen Auslande interniert und nach Friedensschluß nicht ausgewiesen worden sind, sondern dort ihren ausschließlichen Wohnsitz genommen haben, von der Einkommensteuer befreit.

Anders steht es mit den früheren Auslandsdeutschen, welche, gezwungen durch den Krieg, nach Deutschland zurückgekehrt sind.

Der Begriff dieser Auslandsdeutschen ist im § 20 Abs. II Nr. 3 des Steuerfluchtgesetzes genau definiert:

„Als Auslandsdeutsche gelten Personen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten ins Ausland zurückkehren; für Personen, welche vor dem Kriege in einem feindlichen Lande ihren Wohnsitz hatten, läuft diese Frist nicht früher ab als ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit diesem Lande.“

Bezüglich dieser Auslandsdeutschen kann nur noch dann von einem dauernden Aufenthalt im Auslande und einem Beibehalten ihres früheren Wohnsitzes die Rede sein, wenn dieselben nicht nur den Willen haben, an ihren früheren Wohnsitz zurückzukehren, sondern wenn auch nachweisbar dafür die Möglichkeit vorliegt. Ein solcher Nachweis wird, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, kaum zu führen sein. Somit wird das Gros der Auslandsdeutschen, welche sich heute infolge der ungünstigen Bestimmungen des Friedensvertrages in Verbindung mit den schlechten Valutaverhältnissen oder wegen der ungeklärten Lage in Rußland noch in Deutschland befinden, von der ganzen Härte des deutschen Einkommensteuergesetzes betroffen.

Daß der Gesetzgeber auch diesen Standpunkt einnimmt, ergibt die Bestimmung des § 28 des Einkommensteuergesetzes, die besagt, daß Auslandsdeutsche (es ist hier von den aus dem feindlichen Ausland vertriebenen Deutschen die Rede) solange voll steuerpflichtig sind, bis sie in das Ausland zurückkehren.

Es muß hierbei jedoch auf die Bestimmung des § 26 des Einkommensteuergesetzes hingewiesen werden, wonach bei Vorlage besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse erhebliche Nachlässe von der Steuerbehörde bewilligt werden können, falls das steuerbare Einkommen 30000 Mark nicht übersteigt.

Auf Grund der oben angeführten Bestimmung des § 21 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes würde es den vertriebenen Auslandsdeutschen einfach unmöglich gemacht werden, wieder zum Besten der deutschen Wirtschaft im Auslande ihre Tätigkeit aufzunehmen, wenn sie noch zwei Jahre nach ihrer Rückkehr in das Land, aus dem sie durch den Krieg vertrieben worden sind, die hohe Einkommensteuer zahlen müßten.

Hinzukommt, daß die Auslandsdeutschen wegen ihrer Entschädigungsansprüche in voller Höhe zum Reichsnotopfer herangezogen werden.

Die Unmöglichkeit einer solchen wirtschaftlichen Belastung hat der Gesetzgeber auch erkannt und daher im § 55 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes folgendes bestimmt:

„Abweichend von der Vorschrift des § 21 Nr. 1 sind Auslandsdeutsche im Sinne des § 20 Abs. II Nr. 3 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 vom Zeitpunkt der Rückkehr ins Ausland ab von der Einkommensteuer befreit.“

Hiernach hört mit der Rückkehr in das Ausland die Einkommensteuerpflicht des vertriebenen Auslandsdeutschen auf.

Eine Zweifelsfrage besteht nur bezüglich der aus Rußland vertriebenen Deutschen. Diese können höchstwahrscheinlich nicht ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten (es ist zu erwarten, daß Amerika in allernächster Zeit Frieden mit Deutschland schließt) nach Rußland zurückkehren. Nachdem mit Rußland schon durch den Brest-Litowsker Vertrag der Krieg beendet ist, wäre die Lage dieser Auslandsdeutschen sehr kritisch, wenn nicht angenommen werden müßte, daß auf Grund des Versailler Vertrages der Brest-Litowsker Vertrag als aufgehoben gilt und daher der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland noch nicht als beendet zu betrachten ist. Meines Erachtens müßte die Reichsregierung unbedingt zur Beruhigung der aus Rußland vertriebenen Auslandsdeutschen eine derartige Interpretierung des Steuerfluchtgesetzes vornehmen oder, falls eine solche Interpretierung nicht möglich ist, durch einen Zusatz zum Gesetz die Verhältnisse der Auslandsdeutschen aus Rußland in geeigneter Weise regeln.

Durch die Kapitalertragssteuer werden die Steuerpflichtigen zu einer Abgabe von 10 Prozent aus gewissen steuerbaren Kapitalerträgen verpflichtet.

Der § 2 des Kapitalertragssteuergesetzes führt die einzelnen Kapitalerträge auf, nämlich:

1. Zinsen, Dividenden, Ausbeuten etc. auf Aktien, Kuxe etc.;
2. Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen sind;
3. Zinsen, die bei Lebens- und anderen Versicherungen entfallen.

4. Zinsen und Forderungen auf Grund einer Vereinbarung;
5. Zinsen von Grund- und Rentenschulden sowie Zinsen von Hypotheken, soweit diese Zinsen nicht unter 4 fallen;
6. Vererbliche Rentenbezüge;
7. Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen.

(Ich habe hier nicht den vollen Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung aufgenommen, sondern nur die hauptsächlichsten Punkte herausgenommen.)

Diese unter Nr. 1–7 aufgeführten Erträge aus inländischen Kapitalsanlagen müssen auch für die ausländischen Kapitalsanlagen bezahlt werden.

Auch hier sind zugunsten der Auslandsdeutschen wesentliche Ausnahmen gemacht worden.

Nach § 4 des Gesetzes unterliegen die unter Nr. 4, 6 und 7 aufgeführten Kapitalerträge dann nicht der Steuer, wenn die Gläubiger Deutsche sind, die sich länger als zwei Jahre dauernd im Auslande, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, aufhalten oder, falls die Berechtigten Auslandsdeutsche im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom

26. Juli 1918 sind, und zwar vom Zeitpunkt ihrer Rückkehr ins Ausland ab.

Hiernach sind in dem angegebenen beschränkten Sinne also nicht steuerpflichtig die Auslandsdeutschen, welche schon seit zwei Jahren ihren ausschließlichen Wohnsitz im Ausland haben und auch dort dauernd verweilen.

Verpflichtet sind dagegen zur Steuerzahlung diejenigen vertriebenen Auslandsdeutschen, welche sich zurzeit im Inlande befinden, ihre Steuerpflicht hört jedoch auf, wenn sie gemäß der Bestimmung des § 20 Abs. 1 Nr. 3 ein Jahr nach Friedensschluß mit allen Großmächten wieder ins Ausland zurückkehren.

Die zugunsten der Auslandsdeutschen getroffenen Ausnahmen sind überaus wichtig, da fast sämtliche aus privaten Übereinkommen herrührenden Zinserträge steuerfrei sind.

Von der Besteuerung der Dividenden und Zinserträge aus Wertpapieren, seien es Aktien, seien es öffentliche Anleihen, konnte nicht Abstand genommen werden. Hierzu sei bemerkt, daß schon vor Kriegsausbruch in England und Frankreich eine derartige Kapitalertragssteuer auf Dividenden etc. erhoben wurde.

Rechtschreibungsumsturz und Auslandsinteressen

Von Dr. GERHARD MENZ (Schanghai), Leipzig.

Die Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen auf eine Frage aufmerksam gemacht worden, die um ihrer weitreichenden Wirkungsmöglichkeiten willen in der Tat ernste Beachtung verdient. Es handelt sich um den in Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium des Innern in Berlin Ende Januar bereits amtlich erörterten Plan einer grundstürzenden Umgestaltung unserer Rechtschreibung.

Daß unsere Rechtschreibung in Einzelheiten verbesserungsbedürftig und in Kleinigkeiten verbesserungsfähig sein mag, wird nicht zu bestreiten sein. Bestrebungen zur Vereinfachung und namentlich zur Vereinheitlichung unserer Schreibweise sind in der Vergangenheit mit Recht stets von allen Vernünftigen unterstützt worden und deshalb auch erfolgreich gewesen. Weitere Fortschritte auf dieser Bahn können nur begrüßt werden, solange Vorsicht und Rücksicht auf alle berechtigten Interessen vorwalten. Diesmal bestehen aber Absichten, die nicht anders denn als vollkommene Revolutionierung unserer gesamten Schreibordnung bezeichnet werden können. Es sollen nicht nur Dehnungszeichen (-ie, -h), Doppellaute usw. fallen. Darüber hinaus soll u. a. auch jede Unterscheidung zwischen f, v, ph, zwischen chs, ks, gs, x und insbesondere der große Anfangsbuchstabe der Hauptworte verschwinden. Man halte sich einen Satz wie „fir wochen for finxten fil fil fie im forwerk“ vor Augen, und der ganze Umfang des Umsturzes wird deutlich werden.

Wie weit die Wirkungen einer solchen Revolution reichen müßten, wird erst eine gründliche Überlegung zeigen. Es ist klar, daß es mit der bloßen Einführung dieser neuen Rechtschreibung in der Schule, die sie aus Gründen der Bequemlichkeit in erster Linie wünscht, nicht genug wäre. Die Schule ist zwar Volkssache in umfassendstem Sinne des Wortes, aber sie ist doch noch nicht das Volk schlechthin. Macht nicht das ganze Volk den Schritt sofort mit, dann ist den heranwachsenden Geschlechtern mindestens für einige Jahrzehnte nur doppelte Arbeit aufgebürdet, statt ihnen Erleichterung zu bringen. Denn sie müssen dann fürs praktische Leben die alte Rechtschreibung doch noch nachlernen, um auch die so geschriebenen und gedruckten Schriften lesen zu können. Für

die Benutzung älterer Schriftwerke, Akten usw. wäre das auch weiter nötig. Kann sich aber wirklich die Neuerung allgemein durchsetzen, so würde das den sofortigen Um- und Neudruck nicht nur aller Schulbücher, sondern darüber hinaus unzähliger Druckwerke mannigfachster Art verlangen. Es geht dabei nicht nur um das, was man Lesestoff im weitesten Sinne nennen könnte, sondern auch um sehr wertvolles „Handwerkszeug“ der verschiedensten Berufe. Die Neuerung wirkt ja auch unser Alphabet vollkommen um. Es müßten also ebenso alle Lexika, Wörterbücher, Adreßbücher, Kataloge, Kartotheken und alles, was damit zusammenhängt, umgeordnet werden. Was würde das für Arbeit machen! Was würde das aber vor allem auch kosten! Und das alles nur einer sehr geringfügigen, an sich übrigens in ihrem wirklichen Erfolg noch sehr fraglichen Arbeitserleichterung unserer Schulkinder zuliebe. Ob wir uns eine solche Kraftvergeudung gerade heute, wo unser Volk mehr denn je zu äußerster Sparsamkeit genötigt ist, wirklich leisten dürfen, muß doch ernsthaft bezweifelt werden.

Die Frage hat aber darüber hinaus vornehmlich für alles, was mit dem Wiederaufbau unserer Weltstellung und der Förderung unserer Auslandsinteressen zusammenhängt, eine noch weiterreichende Bedeutung. Es ist eine Binsenweisheit, daß unsere Stellung in der Welt und damit unsere Zukunft in entscheidendem Maße davon abhängt, daß man uns auch außerhalb unserer Grenzen versteht und kennt. Es ist zu begrüßen, daß sich diese Erkenntnis erfreulicherweise immer mehr durchsetzt und daß der Verwirklichung dieses Gedankens immer mehr Mittel und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Was bisher im kleinen, vielfach leider unzulänglich, angebahnt wurde, beginnt damit endlich die Aussicht auf volle Wirkungsmöglichkeit zu gewinnen. Es handelt sich da in erster Linie um die deutsche Schularbeit im Auslande, um die deutsche Auslandspresse und überseeisches Nachrichtenwesen, kurz um deutsche Kulturpropaganda in Wort und Tat in der ganzen Welt. Gering ist, was da bisher vorhanden und erreicht ist. Aber es ist eben doch schon etwas da, worauf man weiter bauen kann. Wir haben durch die bisherige Arbeit vor allem schon einen zwar kleinen, aber keines-

wegs zu unterschätzenden Kreis unter den Ausländern gewonnen, der unserer Beeinflussung, namentlich auch unserem Schrifttum, der Bearbeitung durch Presse und Literatur, zugänglich ist. Führen wir jetzt dafür eine Schreibweise ein, in der die bisherige, vom Auslande mühsam erlernte überhaupt nicht mehr wiederzuerkennen ist, dann zerstören wir selbst mit einem Schlage alle vorhandenen Grundlagen unserer Kulturpropaganda im Ausland, alle bisherige Arbeit war umsonst, wir müssen wieder von vorn anfangen. Wir entwerten auch alles, was sich das Ausland selbst an Hilfsmitteln für die Erlernung unserer Sprache und Benutzung unseres Schrifttums geschaffen hat (Wörterbücher usw.). Können wir aber wirklich um einer bloßen Laune willen dem Auslande solche Opfer zumuten? Wollen wir wirklich mutwillig uns selbst die Arbeit erschweren?

Man bedenke auch, daß die Trennung Hollands, des alten niederdeutschen Sprachgebiets, von Deutschland nicht zuletzt dadurch endgültig und vollständig gemacht worden ist, daß es an der zur Entstehung unserer neuhochdeutschen Schriftsprache führenden Entwicklung nicht mehr teilnahm. Wie nun, wenn die Schweiz, Siebenbürgen und das sonstige deutschsprechende Ausland sich jetzt weigern, die unnötige, sinnlose, willkürliche Neuerung mitzumachen? Wäre nicht damit ebenfalls der erste Schritt zu einer endgültigen Entfremdung weiterer sprachverwandter Gebiete getan!

Das sind Möglichkeiten, an die wohl die Befürworter des

Rechtschreibungsumsturzes schwerlich gedacht haben. Wie ernst aber diese Gefahren zu nehmen sind, wird jeder, der deutsche Presse- und Schularbeit im Ausland mit ihren unendlichen Schwierigkeiten kennt, bestätigen können. Es liegt deshalb gerade allen, die am Ausbau unserer Auslandinteressen mitarbeiten und an der Förderung unserer Weltgeltung interessiert sind, doppelt ob, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und warnend ihre Stimme zu erheben. Es wäre, ganz abgesehen von der überaus bedenklichen Belastung unserer Binnenwirtschaft, geradezu Wahnsinn, wollten wir durch einen überstürzten, keineswegs unumgänglichen Schritt in einer an sich so nebensächlichen Frage wie der Rechtschreibung gerade jetzt, wo die Arbeit mit Hochdruck einsetzen sollte, selbst leichtfertig die kaum erst mühsam geschaffenen Grundlagen, auf denen es weiter aufzubauen gilt, zerstören. Der Rechtschreibungsumsturz könnte nur eine geistige chinesische Mauer um uns aufrichten und unsere Isolierung verewigen. Kein anderes Volk verfällt auf solche Experimente. Es scheint auch hier wieder dem Deutschen vorbehalten, sich vor der ganzen Welt lächerlich zu machen. Hoffentlich siegt aber doch noch die Vernunft, und hoffentlich opfert man nicht einer Laune, wenn nicht gar kleinlich engherzigem Eigensinn, Werte von so ungeheurer Bedeutung wie u. a. auch unsere Auslandinteressen, wie die Wirkungsmöglichkeiten einer großzügigen, alles andere als chauvinistischen deutschen Kulturpropaganda in der Welt.

Die Deutschen Heilstätten in Davos und Agra.

Ein deutsches Liebeswerk in der Schweiz.

Von dem Chefarzt Geh. San.-Rat Medizinalrat Dr. KÖLLE.

Gerne folge ich der Aufforderung der Redaktion dieser Zeitschrift, einem größeren Leserkreis Kenntnis von einem deutschen Liebeswerk im Ausland zu geben, das seit Jahren segensreich gewirkt und mehreren Tausenden lungenkranken Deutschen eine Stätte der Erholung und Genesung war: der Deutschen Heilstätte in Davos und ihrer Zweigniederlassung, dem Deutschen Haus in Agra (Kanton Tessin).

Die Deutsche Heilstätte in Davos verdankt ihre Entstehung der Initiative einiger in Davos ansässiger Reichsdeutscher, unter denen in erster Linie der daselbst weilende deutsche Konsul, H. Burchard, zu nennen ist. Von dem Wunsche beseelt, minderbemittelten lungenkranken Deutschen die Segnungen des Hochgebirgsklimas zuteil werden zu lassen, leiteten sie, einem dringenden Bedürfnis entsprechend, eine große Sammlung zur Errichtung einer Heilstätte im Hochgebirge ein. Reichliche Spenden und Liebesgaben ermöglichten es, im Jahre 1899 mit dem Bau eines Hauses für 80 Kranke zu beginnen und dasselbe am 1. Dezember 1901 seiner Bestimmung zu übergeben. Chefarzt der Heilstätte war während der ersten 7 Jahre Medizinalrat Dr. Brecke, jetziger Referent der Württ. Landesfürsorge für Tuberkulose in Stuttgart. Seiner trefflichen Leitung und seinem Organisationstalent gelang es, der Heilstätte in wenigen Jahren den Namen einer Musteranstalt zu verschaffen, die, von Ärzten aller Herren Länder besucht, als Vorbild für viele Lungenheilstätten im In- und Ausland diente.

Der Andrang von seiten erholungsuchender Kranker zur Heilstätte war in kurzer Zeit so groß, daß bei weitem nicht alle Gesuche um Aufnahme berücksichtigt werden konnten, so daß sich der Vorstand zu einer Vergrößerung derselben entschloß, ein Schritt, den er um so eher wagen konnte, als die andauernd reichlich fließenden Liebesgaben von seiten deutscher Fürsten, Regierungen, Bezirke, Städte und Privatpersonen ihm

die Mittel dazu in die Hand gaben. Im Jahre 1905 konnte ein zweiter Bau, das Kaiser-Wilhelm-II.-Haus, eröffnet werden. Aber auch diese Erweiterung genügte nicht, um dem Andrang der Kranken gerecht zu werden. Ein dritter Bau, das Olga-Haus, schloß sich im Jahr 1909 daran an: die Heilstätte verfügt heute über 140 Plätze.

Die Deutsche Heilstätte in Davos liegt am oberen Ende des Davoser Sees, 1598 m über dem Meer, gegen Norden von einem Kranz hoher Berge umgeben und vollkommen geschützt, mit einem freien Ausblick gegen Süden auf den See und die das Tal im Süden abschließenden Berge.

Am 1. Dezember 1919 konnte die Heilstätte auf ihr achtzehnjähriges Bestehen zurückblicken. In diesem Zeitraum hat sie 4208 Kranke (einschließlich Militärpatienten und Ferienkinder) aufgenommen und diesen 844 697 Verpflegungstage gewährt.

Der Vorstand erweiterte im Laufe der Jahre noch den Kreis seiner Aufgaben. Um Kranken, die das Hochgebirgsklima nicht vertragen, ein unter fachmännischer Leitung stehendes Sanatorium im sonnenreichen Süden zu schaffen, kaufte er im Jahre 1910 ein 35 ha großes Landgut in Agra, Kanton Tessin, und errichtete dort eine Heilstätte für 100 Kranke. Auf der Südspitze der Collina d'oro gelegen, 550 m über dem Meer, 270 m über dem Luganer See, gegen Norden vollkommen geschützt, mit den modernsten Einrichtungen der Hygiene und Therapie versehen, erfüllt das Sanatorium alle Anforderungen, die an eine Lungenheilstätte gestellt werden können. Umgeben von Kastanien- und Buchenwäldern, inmitten einer paradiesischen Landschaft mit subtropischer Vegetation, bietet das schöne, harmonisch dem Gelände angepaßte Gebäude einen imposanten Anblick. Vom See aus gesehen, ragt es wie ein Märchenschloß, auf stolzer Höhe thronend, in die sonnige blaue Luft. Stilvolle Loggien und Säulenhallen unterbrechen die edle, einfache Linien-

führung des Baues. Eine weite Terrasse vor dem Eingangsportal ladet den Beschauer zu einem Rundblick über eine Landschaft von unvergleichlicher Schönheit ein: mitten in die schimmernde Flut des Luganer Sees ragt der stiernackige Sasso in trotziger Beharrlichkeit. An ihn schließen sich in klassischen Linien waldige Höhenzüge, aus deren wohlthuendem Grün zahlreiche kleine Ortschaften herübergrüßen. Ganz im Süden, in duftiger, zartgetönter Ferne angedeutet, breitet sich die lombardische Ebene aus, vor die gleichsam als Wächter der so eigenartig kugelig geformte Monte al Cuasso gestellt ist. Im Westen aber leuchten die schneegekrönten Häupter der Monte Rosa- und der Mischabelgruppe und des Monte Leone klar im Sonnenschein herüber und geben durch ihre herbe Schönheit der Landschaft noch einen ganz besonderen Reiz; wie ihn nur die oberitalienischen Seen bieten. In der Wahl des Ortes hat der Vorstand der Heilstätte eine recht glückliche Hand gehabt, ist doch Agra und seine Umgebung die sonnenreichste Gegend der ganzen Schweiz und Mitteleuropas.

Im Jahre 1919 stand Agra mit 2415,6 Sonnenscheinstunden an der Spitze sämtlicher Beobachtungsstationen der Schweiz.

Außer durch seinen Sonnenreichtum zeichnet sich Agra durch seine totale Rauch-, Staub- und annähernd vollkommene Nebelfreiheit aus. Tage mit Nebel wurden in den letzten 5 Jahren durchschnittlich 6 pro Jahr gezählt. Im Jahre 1919 notierten Agra und Lugano sogar nur 2 Nebeltage. Wer weiß, welche Rolle diese klimatischen Faktoren in der Behandlung der Tuberkulösen spielen, wird die günstige Lage Agras vollauf würdigen.

Im Sanatorium Agra, welches bald nach Kriegsbeginn, am 15. November 1914, eröffnet wurde, fanden während der ersten 5 Jahre seines Bestehens 890 Kranke mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 6 Monaten und außerdem 108 deutsche Ferienkinder aus Bayern und Baden Aufnahme. —

Noch eine dritte Anstalt wurde der Deutschen Heilstätte in Davos angegliedert; die Militärabteilung für deutsche Heeresangehörige im Hotel Bella-Vista in Davos-Platz, welche am 1. Oktober 1918 eröffnet, Mitte September 1919 jedoch wieder

geschlossen wurde, da der Heeresverwaltung weitere Mittel nicht mehr zur Verfügung standen. Es wurden in ihr 163 Militärpatienten behandelt. Aus Stiftungen und Freistellen konnten in Davos und Agra 53 127 Verpflegungstage bedürftigen Kranken kostenlos gewährt werden. Nicht inbegriffen in diesen Zahlen sind die Verpflegungstage, die deutschen Flüchtlingen aus Italien und mittellosen Frauen und Kindern in Davos untergebrachter Zivilinternierter mehrere Monate lang in beiden Anstalten unentgeltlich gewährt wurden.

Im Wald der Deutschen Heilstätte in Davos wurde der Ehrenfriedhof für in Davos internierte Soldaten angelegt. Die Heilstätte hat die Ruhestätte unserer tapferen Landsleute in ihre Obhut genommen.

Die beiden Heilstätten konnten ihrer Aufgabe, minderbemittelte reichsdeutsche Lungenkranke zu niedrigen Verpflegungssätzen aufzunehmen und zu behandeln, auch noch während der Kriegszeit in vollem Maße gerecht werden. Erst im Laufe des letzten Jahres machten sich die Nachwirkungen des Kriegs und seine wirtschaftlichen Folgen mehr und mehr geltend. Der ständig sinkende Markkurs macht Minderbemittelten, für welche diese Anstalten bestimmt sind, einen Aufenthalt in der Schweiz zur Unmöglichkeit. Die Liebesgaben, durch welche die Heilstätten unterhalten werden, reichen bei der ständig fortschreitenden Entwertung des deutschen Geldes zur Deckung der Schulden nicht mehr aus. Die beiden deutschen Wohltätigkeitsanstalten sind infolgedessen in der Erfüllung ihrer Aufgabe sehr beeinträchtigt und gehemmt und sind mehr denn je auf das Interesse und die Liebesgaben ihrer Landsleute angewiesen.

Möge das deutsche Liebeswerk, das während seines achtzehnjährigen Bestehens so vielen Kranken eine Stätte der Zuflucht und ein Heim während ihrer Krankheit war, auch fernerhin in der Lage sein, seine Bestimmung zu erfüllen, und möge ihm die Not der Zeit seine Aufgabe nicht erschweren!

Gaben für die Deutschen Heilstätten nimmt die Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin (Postscheckkonto 1250) entgegen.



VOM AUSLAND DEUTSCHTUM RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

In Prag hatten Gerichte große Unruhe erregt, daß vom Postministerium eine Verfügung getroffen sei, wonach der Gebrauch der deutschen Sprache im Telephonverkehr ausgeschlossen würde. Das ist nach einer Erklärung der Postdirektion nicht der Fall. Bis zur Regelung der Sprachengesetze soll es bei der bisherigen bleiben, wonach also die deutsche Sprache gleichberechtigt wäre.

Polen.

Eine Abordnung des Posener Deutschbundes überreichte dem Landtagsmarschall v. Trampczynski, dem bekannten früheren deutschen Reichstagsabgeordneten, eine Denkschrift mit einer genauen Aufzählung aller Verstöße gegen das Recht der Minderheiten und aller Vergewaltigungen, die sich Polen und polnische Behörden dem Deutschtum gegenüber zuschulden kommen ließen. Der Landtagsmarschall erklärte in Anwesenheit zweier Ministeriumsvertreter, daß er Rechtsbeugungen unbedingt verurteile. Am 29. März überreichte die Abordnung dieselbe Denkschrift auch dem Oberhaupt des polnischen Staates, Pilsudski, und seine Antwort verdient gerade den polnischen Behörden gegenüber festgehalten und verbreitet zu werden: „Ich

habe während meines ganzen Lebens den Grundsatz vertreten, daß jedes Volk Anspruch auf Schutz seiner Sprache und seiner Kultur durch den Staat, dem es angehört, hat. Diesen Grundsatz vertrete ich auch heute noch. Der demokratische polnische Staat will und muß die kulturellen Rechte aller seiner Bürger wahren. Ich halte es für falsch, dem Unglück eines Volkes noch die Rache hinzuzufügen. Ich bin Präsident eines konstitutionellen Staates und meine Macht, in Einzelheiten des staatlichen Lebens einzugreifen, ist vielleicht nicht so groß, wie Sie, meine Herren, denken, aber was in meiner Macht liegt, zu einem friedlichen Zusammenleben der beiden Nationen, der polnischen und der deutschen, im polnischen Staat beizutragen, soll geschehen.“

Der Staatspräsident hat hier zwar seine eigene Ohnmacht den fanatischen Unterbehörden gegenüber ziemlich klar umschrieben, es ist aber vielleicht zu hoffen, daß sein Wort bessernd wirkt und daß die Deutschen Polens nicht versäumen, es auch wirklich allen polnischen Behörden bekanntzugeben.

Beßarabien.

Die „Deutsche Zeitung Beßarabiens“, die als kleines zwei Seiten starkes Wochenblättchen in Tarutino jetzt im zweiten Jahrgang herauskommt, bringt einen interessanten

Sitzungsbericht des Komitees des „Verbandes der Deutschen Beßarabiens“. Die Tagung fand am 29. Dezember 1919 in Tarutino statt. Eine Bitte des Ausschusses der Deutschen Parlamentspartei um Schaffung von Material für Lehrbücher in deutscher Sprache wurde dem Konsistorium übergeben. Lange Beratungen erforderte die Frage der Landenteignung. Das Königliche Dekret vom 6. Oktober 1919 hat die russischen Enteignungsgesetze aufgehoben, es bleibt nun nur noch übrig zu veranlassen, daß die Kolonisten auch in den Büchern des Obernotars wieder in ihren früheren Besitz eingeführt werden. Es soll, um zunächst Prozesse zu vermeiden, an den Ministerpräsidenten eine Petition gerichtet werden, die um Veranlassung der notariellen Akte ersucht. Die Abgeordneten Erdmann und Widmer berichteten, daß sie im rumänischen Parlament der Bauernpartei beigetreten seien, die sehr einflußreich sei, weil ihr die Minister angehört und sie infolgedessen die besten Informationen biete. Mit der Deutschen Parlamentspartei besteht aber rege Fühlung, die Abgeordneten besuchen auch deren Parteisitzungen. Gegen das Verbleiben der Abgeordneten in der Bauernpartei, die doch nur den Deutschen schädliche Gesetze schaffen werde, erhob sich in der Sitzung manche Stimme. Es wurde aber angeregt, daß darüber alle Deutschen sich aussprechen sollten. Herr Widmer will im Frühjahr die Kolonien bereisen, um sich mit allen deutschen Bauern gründlich auszusprechen. Das „Komitee“, das auf einer Versammlung der Deutschen Beßarabiens vom 12. und 13. Juli 1919 gewählt wurde, besteht aus 18 Mitgliedern, von denen je eines dem Pastoren-, Ärzte-, Lehrer- und Schreiberstande angehört. Ihm ist auch der Modus der Besteuerung aller Kolonisten zugunsten der deutschen Sache übertragen worden.

In der „Deutschen Zeitung“ wird an der Sitzung und dem Bericht des Komitees lebhaft Kritik geübt. Alles sei inhaltslos und leer. Die Herren sähen nicht, wie es in den Amtsstuben und in den Dorfschulen zugehe. Kummere es sie nicht, daß die Wernerschule in Sarata, die einzige Schule, die Eigentum der Allgemeinheit sei, verstaatlicht worden sei, daß das Tarutinoer Gymnasium ohne Zweifel seiner Verstaatlichung entgegengehe? Wie stehe es mit der Militärdienstpflicht, wie mit den Waisen- und Beerdigungskassen und ihren großen Kapitalien, wie mit der Kirche? Mit dem Konsistorium sei man doch allgemein unzufrieden, zur Schaffung einer deutschen Kirchenbehörde müsse eine deutsche Kirchenversammlung einberufen werden. Dabei übergebe man die wichtige Frage des deutschen Lesebuches diesem nur als „Geschäftsübergang“ behandelten ungeliebten Konsistorium! Der Beitritt zur Bauernpartei sei durch die Abgeordneten nicht stichhaltig begründet worden, die Abgeordneten sollten sich überhaupt mehr in engem Kontakt mit ihren Wählern halten und sich der „Deutschen Zeitung“ zur Aufklärung bedienen. Die nach Schluß der Sitzung in vertrautem Gespräch erhobene Forderung auf Umwechselung des Romanowrubels, des Kerenskirubels und der Karbowanzen zu je 2 Lei hätte in der Sitzung entschieden erhoben werden müssen. Das gegenwärtige Komitee sei nicht viel mehr als ein Landausschuß zur Behandlung der Landangelegenheiten, die Deutschen Beßarabiens müßten sich aber entschieden besser und einheitlicher organisieren.

Rußland.

Zwischen dem Abgesandten der Sowjetregierung, Viktor Kopp, und deutschen Wirtschaftlern, unter ihnen auch Professor Werner Sombart, fand eine Aussprache statt, bei der Kopp von Deutschland Maschinen und technische Materialien zur Wiedererrichtung des russischen Transportwesens verlangte,

Bezahlung in Gold und Platin anbot, aber zugab, daß die für Deutschland nötigen Rohstoffe in Sibirien, Turkestan und im Südsibirien liegen und zurzeit nicht abtransportiert werden könnten. Die deutschen Teilnehmer an der Aussprache waren einstimmig der Ansicht, daß Deutschland maschinell nicht einmal seine eigenen Schwächen beseitigen, geschweige denn Rußland helfen könne und daß es vor allem nicht an Gold und Platin, sondern an Rohstoffen Interesse habe.

Island.

Ein deutscher Verein „Germania“ ist am 15. März in Reykjavik ins Leben gerufen worden. Der Vorstand besteht aus Museumsdirektor Matth. Þordarson als Vorsitzendem, Finar Jonson, mag. lit., als Schriftführer, und Buchhändler Gamalielsson als Kassenwart und Bibliothekar. Es ist die Absicht dieser Vereinigung, so heißt es in den Satzungen, das freundschaftliche Verhältnis und die Sympathie zwischen den Deutschen und den Ausländern zu stärken und wachzuhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Vereinigung danach streben, die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern möglichst intensiv zu gestalten. Die Vereinigung zählt jetzt nahezu 80 Mitglieder. Sie will eine eigene Bücherei anlegen und bittet Freunde der deutsch-isländischen Sache, Werke, namentlich aus dem Gebiete der schönen Literatur, gütigst zur Verfügung zu stellen. Das Deutsche Ausland-Institut ist bereit, Spenden entgegenzunehmen.

Ägypten.

Unterm 9. März wird aus Kairo gemeldet, daß Lord Allenby eine Proklamation erlassen hat, nach der die Order in Council vom 22. Januar d. J., die erklärte, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages auch auf das Eigentum deutscher Staatsangehöriger innerhalb des Machtbereiches des Königs von England in Ägypten anwendbar seien, sich auch auf die der Rechtsprechung des Königs nicht unterworfenen Personen in Ägypten erstrecken soll.

Mit einigen Einschränkungen wird daher durch die Proklamation alles zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages Deutschen gehörige Eigentum in Ägypten dem Custodian of Egypt (Treuhänder für Ägypten) überantwortet. Sie bestimmt, daß der Custodian so schnell wie möglich alles derartige Eigentum liquidieren soll und regelt die Einzelheiten des Verfahrens.

Ein „Deutscher Liquidationsfond“ wird errichtet, dem der Custodian das Deutschen gehörige Geld sowie die Reinerträge der Liquidationen und einen entsprechenden (fair) Teil des aus dieser Regelung erwachsenden Gewinnes zuführen soll. Aus dem Fond hat der Custodian Ansprüche britischer Staatsangehöriger an Eigentum in Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien zu befriedigen. Dabei sollen die Forderungen britischer Staatsangehöriger, die in Ägypten ansässig sind oder Geschäfte treiben, den Vorzug vor Ansprüchen anderer britischer Staatsangehöriger haben. Ägyptische Staatsangehörige, die in Ägypten ansässig sind, oder Geschäfte treiben, haben in gleicher Weise wie britische Staatsangehörige in entsprechender Lage Anspruch auf Entschädigung aus dem Fond.

Deutsch-Südwestafrika.

Über die Behandlung der Deutschen in Deutsch-Südwestafrika berichtet die Chronik der „Allgemeinen Missionszeitschrift“, zwangsweise Heimsendungen, die die Bevölkerung in hohem Maße beunruhigt haben, seien eingestellt worden und fänden nicht mehr statt, ausgenommen in solchen Fällen, wo der Grund dazu in einem Vorgang oder in einer Tatsache gefunden werden könne, die mit den Bestimmungen des Einwanderergesetzes der Union im Widerspruch steht. Der Generalgouverneur habe aus-

ücklich erklärt, daß sämtliche Heimreisebefehle, sei es an zwangsweise repatriierte Zivilbürger, sei es an Beamte, die heimreisen müßten, jetzt zugestellt seien. Wer einen solchen Befehl nicht habe, könne im Lande bleiben. Den in Deutschland sich aufhaltenden bodenständigen Ansiedlern, sowie Angehörigen hiesiger Familien soll gestattet werden, hierher zurückzukehren unter der Voraussetzung, daß diese Ansiedler wirklich Grund und Boden besitzen und in gutem Ansehen stehen. Eine Hoffnung auf baldige Rückkehr bestehe jedoch nicht, da die Schiffsmöglichkeit sehr knapp sei. Dagegen würden die zwangsweise heimgesandten und freiwillig abgewanderten Personen voraussichtlich nicht wieder zugelassen werden, denn die letzteren hätten durch ihre freiwillige Abwanderung bewiesen, daß sie die Beziehungen zu diesem Lande aufgegeben hätten. Wegen der Frauen und Kinder hiesiger Ansiedler solle dem Herrn Administrator eine Liste eingereicht werden, er werde in jedem Falle die Angelegenheit prüfen. Gleicherweise werde für die hier verbleibenden Deutschen die Reise nach Deutschland sowohl wie die Rückkehr erlaubt werden, sobald das Kriegsrecht aufgehoben sei. Absicht der Regierung sei es, die Bürger hier auf gleichen Fuß zu stellen wie diejenigen der Union, das heißt also, nach Aufhebung des Kriegsrechts solle die Freizügigkeit innerhalb und außerhalb dieses Schutzgebietes wieder eingeführt werden.

Ostafrika.

Das britische Kolonialamt bestreitet die Meldungen über allgemeine Ausweisung Deutscher aus Ostafrika. Die an sich strengen Vorschriften ließen Ausnahmen insofern zu, als die englische Verwaltungsbehörde in Dar-es-Salaam auf Ansuchen Aufenthaltserlaubnis erteile.

Amerika.

Der Präsident der deutschen Gesellschaft in Pennsylvania, John B. Mayer in Philadelphia, hat einen Aufruf an alle Amerikaner deutscher Abstammung erlassen, sie möchten bei allen amerikanischen Regierungsinstanzen darauf dringen, daß die französischen Besatzungsbehörden die schwarzen Truppen aus dem Besatzungsgebiete entfernten und durch weiße ersetzen. Die Verbrechen, die die schwarzen Truppen am Rhein verübten, würden in Amerika mit Lynchjustiz bestraft. Eine große und starke Bewegung in Amerika müsse den Deutschen in Deutschland zu Hilfe kommen. Präsident Wilson habe sicherlich durch seine Unterschrift unter den Friedensvertrag keine Verbrechen beschützen wollen.

Mexiko.

Guadalajara, die Hauptstadt des Staates Jalisco (in bezug auf Landwirtschaft der reichste Staat Mexikos), hat hervorragendes Klima wegen der mittelhohen Lage. Die deutsche Kolonie umfaßt etwa 60 Mitglieder und hat sich, wie wir in „Lateinamerika“ vom Februar lesen, während des Krieges sehr für die deutsche Propaganda eingesetzt. An selbständigen Kaufleuten sind ungefähr 30 vorhanden, auch hier haben die schwarzen Listen manchen Schaden verursacht und die Deutschen zugunsten der Franzosen verdrängt. Im allgemeinen wartet man auch hier mit Ungeduld auf deutsche Waren, besonders Maschinen für Landwirtschaft und Bergwerke werden benötigt. Es macht sich bemerkbar, daß die Verhältnisse im Lande ruhiger werden und die Bahnverbindung mit der Hauptstadt Mexikos wiederhergestellt ist.

Brasilien.

Ende Februar sind die ersten 108 deutschen Einwanderer in Parana angekommen. Nach kurzem Aufenthalt in Curitiba fuhren sie nach der Kolonie Cruz Machado. Zu ihrer Be-

grüßung schrieb das „Diario da Tarde“: „Da man die Arbeitsamkeit des deutschen Kolonisten kennt, seine bekannte Widerstandskraft und Erziehung, ist es gerecht, daß man in unserem Staate dieses vorzügliche Element der Arbeit und des Fortschrittes liebevoll aufnimmt, um so mehr, als die deutschen Einwanderer an unsere Tore pochen und Obdach in unserem Staate suchen, das ihnen ihr besiegtes und durch die Sieger mit allen Übeln bedrohtes Vaterland nicht mehr zu bieten vermag.“

China.

Einem uns zugegangenen Privatbrief entnehmen wir, daß die Aussichten für deutsche Lehrer in China durchaus nicht schlecht scheinen. Unser wissenschaftliches Ansehen hat in China nicht gelitten, die deutsche Technik und der Widerstand, den Deutschland vier Jahre lang leisten konnte, haben es im Gegenteil gefestigt. Es wird aber Lehrern, die hinübergehen wollen, empfohlen, vorsichtig zu sein und sich nicht zu Gehältern anzubieten, die zwar bei der Berechnung in deutsche Valuta hoch erscheinen mögen, aber in Wirklichkeit für chinesische Lebensverhältnisse gering sind. Ein Gehalt von 200 chinesischen Dollars ist in deutschem Gelde berechnet schön, in China aber entspricht es dem Gehalte, das ein junger unverheirateter Chinese augenblicklich bekommt, während eine deutsche Familie ohne Kleidung, Schule, Krankenhaus, Sommerreise und gesellschaftliche Aufwendungen mehr als 200 Dollar gebraucht. Einfache und billige Wohnungen sind nicht aufzutreiben, Ehepaare bezahlen in Pension für volle Verpflegung 180 bis 200 Dollars. 400 Dollars im Monat erscheinen kaum zu hoch für eine derartige deutsche Anfangsstellung. Es trifft also auch für Lehrer zu, was wir für auswanderungslustige Arbeiter wiederholt betont haben: es ist nötig, die Gesamtwirtschaftslage und die Lebensverhältnisse des Auswanderungslandes zu studieren, ehe man sich binde. Es darf unter keinen Umständen als Maßstab diejenige Summe angenommen werden, die durch Umrechnung des fremden Angebots in deutsche Währung gewonnen wird.

KLEINE NACHRICHTEN

Max Brandt †. Der Wirkliche Geheimrat Max Brandt ist weniger als Politiker, denn als äußerst rühriger und fruchtbarer Schriftsteller hervorgetreten. Der jetzt im 85. Lebensjahr Verstorbene war einer der ersten deutschen Diplomaten, die nach dem fernen Osten gingen. Er gehörte schon 1866 der preußischen Mission des Grafen Eulenburg nach China an, war später Geschäftsträger in Japan und dann 18 Jahre lang bis 1893 Gesandter des Deutschen Reiches in China. Die Zeit seiner politischen Tätigkeit war noch nicht von den schweren Finanz- und politischen Problemen erfüllt, die späterhin auftauchten. Brandt war ein warmer Freund der Chinesen, für deren Land er eine reiche Aufklärungstätigkeit in Deutschland entfaltete.

General Körner ist am 20. März in Berlin gestorben, er hat ein Alter von 74 Jahren erreicht. Er war einst Oberkommandierender der chilenischen Armee und Chef des chilenischen Generalstabs und hat in dieser Stellung die chilenische Armee vollkommen im preußischen Geiste umgestaltet und erneuert. Mit seiner Batterie hatte er im deutsch-französischen Kriege einst den ersten Schuß auf Paris abgefeuert. In Chile erfreute sich Körner größter Beliebtheit; die chilenische Regierung wird auch die Leiche auf Staatskosten nach Chile überführen und dort beisetzen lassen. Körner war in Berlin eine wohlbekannte Erscheinung und sein Interesse für Auslandsfragen zeigte sich in der Betätigung in verschiedenen Gesellschaften. Mit ihm ist

ein deutscher Offizier dahingegangen, dessen Tätigkeit für Chile etwa dieselbe war, wie diejenige General Meckels für Japan.

Blumenau, Brasilien. Gustav Salinger, der sich um die Kolonie Blumenau in Brasilien große Verdienste erworben hat, ist, wie die Kolonie-Zeitung Joinville mitteilt, am 9. Februar in Blumenau nach längerer Krankheit gestorben. Er war im Jahre 1848 geboren, wanderte bereits 1868 nach Brasilien aus und ließ sich 1881 in Blumenau als Kaufmann nieder. 20 Jahre lang hat er das Deutsche Reich als Konsul vertreten. Wie im wirtschaftlichen, so nahm er im sozialen Leben des Gemeinwesens eine hervorragende Stellung ein.

Pater Petrus Sinzig, ein hervorragender Vertreter des katholischen Deutschtums in Brasilien, hat in diesen Tagen eine Europareise angetreten. Er will verschiedene europäische Länder besuchen, um insbesondere das Pressewesen zu studieren. In Rio soll ein großes katholisches Presseunternehmen ins Leben gerufen werden, für das schon seit Jahren gesammelt worden ist und für das, wie der in Curityba erscheinende „Kompaß“ mitteilt, bereits 300 Kontos zur Verfügung stehen. Die Reise steht mit dieser Gründung in Zusammenhang, insbesondere will Pater Sinzig in Deutschland, England, Frankreich und Italien die Einrichtungen des Telegraphen- und Kabelwesens studieren. Er hat auch die Absicht, zur Reform des Kinowesens in Brasilien ernstlich beizutragen und hat zu diesem Zwecke vor seiner Abreise eingehende Beratungen mit dem brasilianischen Polizeidelegaten Dr. Vidal gepflogen.

Deutsche Liebesgaben sendungen aus Amerika kommen in Deutschland verschiedentlich an und sind unterwegs erheblich bestohlen worden. Gegen die Diebe wendet sich nun eine energische Zuschrift eines Auslanddeutschen in den „Hamb. Nachr.“ Der Einsender schreibt aus San Franzisko, die deutsche Regierung müsse unbedingt feststellen, ob die Diebe in Deutschland oder unter dem auch in Amerika vorzufindenden Gesindel zu suchen seien, oder ob gar amerikanische Deutschenfresser als Diebe an Speck und Zucker sich betätigen. Er gibt an, in welcher umfassender Weise er sein Liebesgabenpaket selbst verpackt habe, aus dem dann doch noch gestohlen wurde. Diese Diebstähle hätten so entmutigend gewirkt, daß leider sehr viele Leute das Senden von Paketen gänzlich eingestellt hätten.

Heimatgedenken. Der jetzt in Buenos Aires lebende, aus Hall in Württemberg stammende Herr Friedrich Seeger, hat vor einigen Monaten bei der Gewerbebank seiner Heimatstadt angefragt, auf welche Weise er am besten etwas zur Linderung der Not seiner Haller Landsleute tun könnte; er hat daraufhin bestimmte Vorschläge bekommen und nunmehr 200 000 Mark der Bank überwiesen, über die die Stadtverwaltung nach bestimmten Regeln zu verfügen hat.

Hilfswerk der Evangelisch-Lutherischen Synode in Brasilien.

In einem Aufruf der „Kolonie-Zeitung“ Joinville, fordert die Evangelisch-Lutherische Synode auf, zugunsten der Notleidenden in der Heimat Geldspenden an sie gelangen zu lassen. Es soll mit dieser Sammlung den Naturalunterstützungen kein Abbruch getan werden.

„Weil aber Gelder schneller und dank der guten und weitverzweigten Organisation des Gotteskastenverbandes sicherer in die Hände der Armen kommen als Nahrungsmittel, die sogar durch Diebstahl und Veruntreuung bedroht sind; und weil jetzt in Deutschland so ziemlich alles zu haben ist, wenn man nur Geld in Händen hat, so bleiben wir dabei, weiter auf ebenso

liebende wie zuverlässige Weise den Armen schnellstens Geldliebesgaben zu überreichen.“

Die Kollekte hat bisher in drei Monaten schon 40 000 Mark ergeben. Als ein Beispiel werktätiger Hilfsbereitschaft wird in dem erwähnten Aufruf der kleine Gesangsverein „Liederhain“ in Indayal hingestellt, der für wohltätige Zwecke rund Rs. 100 000 aufgebracht hat.

KIRCHE UND MISSION

Die Deutsche evangelische Missionshilfe hielt am 7. April in Berlin die 6. Sitzung ihres Verwaltungsrates ab. Eingeladen und zahlreich vertreten waren auch die über den engeren Rahmen der Missionstätigkeit hinaus Auslandsbeziehungen pflegenden Behörden und Vereine.

Der Vorsitzende, Staatssekretär a. D. von Lindequist, eröffnete die Sitzung mit einem Protest gegen die schwache Behandlung unserer Missionen draußen durch unsere bisherigen Feinde auch nach Friedensschluß. Aus den Vorträgen und der anschließenden Aussprache ergab sich in großen Zügen etwa das gleiche Bild der Gesamtlage, das hier bereits im 2. Monatsheft (S. 173 f) entworfen wurde. Ungünstiger wurden leider die Verhältnisse in Ostafrika beurteilt, wo man mit einer Ausweisung der deutschen Missionare rechnet. Da, wo Missionare feindliche Länder an unsere Stelle traten, waren bei oft gutem Willen die Mittel stets unzureichend. Dagegen konnte von einer allenthalben fühlbaren Unterstützung aus den Missionskreisen Nordamerikas berichtet werden! Aus China wurde das Eintreten unserer ersten Missionare gemeldet. Von einer Seite wurde auf dem Zerfall des Zarenreiches und der Schwächung der Türkei auf günstige Aussichten im nahen Orient gefolgert. Ein anderer Redner forderte entschlossenen Verzicht auf verlorene Missionsposten. Die Aussprache ergab jedoch die Unmöglichkeit, sich jetzt darüber klar zu werden, welche Missionsfelder aussichtslos aufzugeben wären. Einmütigkeit herrschte darüber, daß die Fortsetzung deutscher Missionstätigkeit religiöses und sittliches Gebot sei, daß diese Missionstätigkeit ihre deutsche kirchliche Eigenart bewahren und damit wie bisher ein Träger und Verkünder deutscher Kultur allen Schwierigkeiten zum Trotz sein und bleiben müsse.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Deutsche Kunst in Rom.

Bei der Frühjahrsausstellung der deutschen Künstlerschau haben auch zwei deutsche Maler ausgestellt, Lipinski und Roeder, deren Arbeiten lebhaft Beachtung finden. Zu der Ausstellung in Venedig, die ja eine internationale Kunstschau darstellen soll, haben sich anscheinend deutsche Aussteller nicht gemeldet, Sonderräume sind auch der deutschen Kunst nicht zugewiesen worden.

Londoner Konzerte. Richard Strauß ist im letzten Symphoniekonzert in Queens Hall aufgeführt worden und die Engländer haben keinen Schaden an Leib und Seele genommen. Sein Don Juan stand neben der Dritten Symphonie von Brahms einem Klavierkonzert von Mozart und einem von einem englischen Komponisten selbst dirigierten englischen Musikstück dem Programm. Der Dirigent wurde von ausnahmsloslichem Beifall des ganzen Publikums begrüßt, als er nach dem englischen Tonstück zum Dirigieren des Don Juan auf das Podium erschien.

Professor Dr. Adolf Schulten, der berühmte Spanienforscher der Universität Erlangen, hat seine viermonatliche Reise an die spanische Ost- und Südküste beendet und ist nach Barcelona zurückgekehrt, wo er sich von der Universität in einem Vortrag über „philologisch-historischen Unterricht an den deutschen Universitäten“ verabschiedete. Tags zuvor erläuterte der Forscher in einem Seminar den Studierenden die Küstenbeschreibung des Avienus, die älteste Urkunde der iberischen Landeskunde, die im 6. Jahrhundert vor Christi Geburt geschrieben und in der lateinischen Bearbeitung erhalten ist. Jetzt befindet sich Professor Schulten in Ampurias, wo Ausgrabungen stattfinden. Der von den Deutschen Spaniens zusammengebrachte Fonds zur Drucklegung der Schulten'schen Ausgrabungsergebnisse in Numantia hat eine stattliche Höhe erreicht.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich. Der Präsident Luck-Lotzmann hat am 25. Februar sein Amt niedergelegt. Er hat den Bund durch seine organisatorische Geschicklichkeit sehr hoch gebracht und hat ihn auch verschiedentlich bei Besuchen in Berlin höchst erfolgreich und wirkungsvoll bei den Reichsbehörden vertreten. Für seine rastlose und unermüdliche Arbeit sprechen ihm die „Nachrichten“ des Bundes Dank und Anerkennung aus. Der erste Vizepräsident, Direktor Roestel, führt vorläufig den Vorsitz. Als Generalsekretär des Bundes wurde Herr Dr. Karl Goslich verpflichtet. Verschiedene Ortsgruppen sind namentlich in Wien neu begründet worden.

Rotterdam. Der Deutsche Hilfsverein hat soeben seine Satzungen herausgegeben. Nach Artikel 1 derselben ist der Verein aus dem 1914 gegründeten Verein „Kriegshilfe“ hervorgegangen. Als sein Geburtstag gilt der 14. April 1919. Seine Dauer ist merkwürdigerweise auf zunächst 29 Jahre festgesetzt, endigt demnach am 13. April 1948. Weiteres Fortbestehen ist von einem entsprechenden Beschluß abhängig.

Der Verein bezweckt, hilfsbedürftige Deutsche und deren Familien in geeigneter Weise zu unterstützen. Dies soll geschehen durch Arbeitsnachweis, Verschaffung von Obdach und Lebensmitteln, von Kleidung, Hausrat, Werkzeug und Arbeitsmaterial, durch Rat und Beistand bei der Beschaffung weiterer Existenzmittel, durch ärztliche Hilfe und Arznei, durch Bewilligung von Fahrkarten, die in der Regel nur bis zur Grenze gewährt werden sollen, sowie durch begrenzte Geldgaben.

Kopenhagen. Deutscher Verein. In der Generalversammlung vom 11. März wurde festgestellt, daß im Gegensatz zu der Periode während des Krieges die Vereinsveranstaltungen im letzten Jahre sehr gut besucht gewesen sind. An den in den elegantesten Festräumen der Stadt abgehaltenen beiden letzten Winterfestlichkeiten nahmen 123 und 118 Personen teil. Die Mitgliederzahl stieg auf 103 Personen, auf die höchste Zahl, die der Verein seit seinem Bestehen, also seit 23 Jahren, erreichte. Der Vorstand mit Herrn Direktor Prins als erstem, Herrn Direktor Karl Wegner als zweitem Vorsitzenden, Herrn Kanzler Gelewsky als Schriftführer und Herrn Großkaufmann Frost als Kassenwart wurde nahezu einstimmig wiedergewählt. Herr Redakteur Dietrich wurde zum Vergnügungswart ernannt.

Barcelona. Der Deutsche Turnverein hat sein zweites Geschäftsjahr beendet, das ihm schöne Erfolge brachte. Als Mitglied der Federació Atlética de Catalunya beteiligte er sich

an den Meisterschaftskämpfen von Katalonien und Spanien, bei denen er 2 erste, 2 zweite und einen dritten Preis erringen konnte. Vorsitzender des Vereins und zugleich Turnwart ist Herr Eilenberger.

Illinois. Deutsch-Amerikanische Historische Gesellschaft von Illinois. Die Gesellschaft, welche im Jahre 1900 gegründet wurde, hatte es zuerst sich zur Aufgabe gestellt, den deutschen Pionieren des Staates Illinois in einer wahrheitsgetreuen Geschichte ihrer Arbeiten und Erfolge ein Denkmal zu errichten, veröffentlichte dementsprechend eine Vierteljahrsschrift „Geschichtsblätter“, in welchen unsere Nachforschungen zur Veröffentlichung gelangten. Bald sahen wir uns aber gezwungen, unsere Arbeiten auf das ganze Land auszudehnen und unsere Forschungen selbst nach Europa hinzulenken, weil eben das eine die Folge des anderen war.

Daraufhin begannen wir im Jahre 1911, nach dem Tode unseres ersten Sekretärs, ein Jahrbuch, „Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois“, herauszugeben, dessen Redaktion Herr Professor Julius Goebel von der Staatsuniversität in Illinois, Urbana, übernahm. Wir sahen uns zu diesem Schritt veranlaßt, weil in einem größeren Werke größere Arbeiten als ein Ganzes herausgegeben werden konnten und somit den vollen Wert brachten, welcher durch eine Teilung in mehrere Abschnitte gestört worden wäre.

Durch Wort und Schrift hat die Deutsch-Amerikanische Historische Gesellschaft von Illinois alle deutschen und deutsch-amerikanischen Kulturbestrebungen in jeder Weise gefördert und nach Kräften unterstützt und hat ihre Arbeiten auch nicht unterdrückt, als die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg eintraten, obgleich wir damals notgedrungenermaßen keine Jahrbücher veröffentlichen konnten. Nichtsdestoweniger haben wir fleißig gesammelt und genügend Material geschaffen, um auch die weiter vorbereiteten Bände für die verlorenen Jahre herauszugeben. Die Gesellschaft hat nun, weil die früher bestehenden Germanistischen Gesellschaften wohl schwerlich bald ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können, beschlossen, in den besten deutsch-amerikanischen Zentren Zweigvereine zu gründen und dort Vorträge halten zu lassen, doch hängt die Ausführung von der Unterstützung ab, die wir finden werden. Die Aussichten sind aber die besten.

Vor wenigen Monaten gaben wir das Jahrbuch 1917 (Vol. XVII) heraus und werden die nicht abgesandten Bände an unsere Freunde in Deutschland abgehen lassen, sobald wir halbwegs sicher sind, daß Ablieferung auch erfolgen wird.

Max Baum, Schriftführer.

Mexiko. Deutsche Lesehalle. Die im Auslandsdeutschum häufige Meinung, mit dem militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches sei auch ein völliges Versagen geistiger Produktion verbunden, will Dr. Traugott Böhm in Mexiko C. F. durch Errichtung einer nicht politisch, sondern rein kulturell orientierten deutschen Lesehalle bekämpfen, in der den dortigen Deutschen durch wertvolle neue Romane, Dramen, Gedichtbücher, Zeitschriften usw. ein anschauliches Bild vom geistigen Leben der Heimat gegeben werden soll. Die Mittel für das Unternehmen gedenkt er durch freiwillige Spenden und durch die Mitgliederbeiträge eines zu diesem Zwecke zu gründenden deutschen Bibliotheksvereins aufzubringen.

Sao Paulo (Brasilien). In Sao Paulo wurde am 21. Dezember 1919 der „Deutsche Verein für Wissenschaft und Kunst“ gegründet. „Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, das geistige Leben innerhalb der deutschsprachigen Kultur-

gemeinde Brasiliens zu fördern, seine Mitglieder auf allen Gebieten des Wissens und der Kunst zu unterrichten, die Kenntnis Brasiliens zu fördern und besonders den geistigen Zusammenhang zwischen Deutschland und Brasilien zu pflegen*. Von Politik und Wirtschaft will der Verein sich vollkommen fernhalten. Zur Durchführung seines Programms hat er bereits Vorträge veranstaltet, einen Sprachkurs für Einwanderer ins Leben gerufen und die Vorarbeiten für Anlage einer Bibliothek und Herausgabe einer Zeitschrift geleistet. Mit den „Auslands-einrichtungen der alten Heimat“ soll Verbindung aufgenommen werden. Vorsitzender des Vereins ist Herr Dr. Koch.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Von den Ortsgruppen.

Danzig. Wir haben in Nr. 7 des „Auslandsdeutschen“ kritische Bemerkungen an einen Besuch von Mitgliedern der Ortsgruppe Danzig des B. d. A. beim Oberkommissar Sir Tower geknüpft. Dazu sendet uns nun der Landesverband Danzig eine längere Zuschrift, die so interessant ist, daß wir sie doch im Wesentlichen wiedergeben wollen:

„Bekanntlich ist Danzig seit dem 10. Januar 1920 als Freistaat zu betrachten und alle hier lebenden Reichsdeutschen sollten von da ab bis auf weiteres Danziger Staatsbürger sein, solange sie nicht innerhalb zweier Jahre für ein anderes Land zu optieren wünschen.

Hieraus ergab sich, daß die in Danzig und dem Freistaatsgebiete lebenden reichsdeutschen Rückwanderer und Auslandsdeutschen und Zivilgefangenen entweder Danziger werden oder aber Reichsdeutsche bleiben können. Jedenfalls ist die Lage in der Praxis absolut ungeklärt, und wir Auslandsdeutschen müssen zugeben, daß wir selbst nicht mehr recht wissen, was wir geworden sind, denn äußerlich ist alles beim Alten geblieben, und innerlich — in uns — auch!

Nun haben zu mindest 99 Prozent der Danziger Bundesmitglieder ihre Schadenersatzanträge bereits seit mehr als Jahresfrist beim Reichskommissar eingereicht und haben ebenso sehnstchtig wie alle anderen im Reiche auf das Letzte, was sie konnten, gehofft — auf die Entschädigung. Auch der Bund hat bisher zwischen uns allen und allen anderen Auslandsdeutschen keinen Unterschied machen können, bis zu Anfang Januar plötzlich weitere Mittel für die Ausgestaltung der Vorprüfungskommission etc. in Danzig rundweg verweigert wurden mit der Begründung, der Herr Wiederaufbauminister betrachte Danzig als ein spezielles Kapitel, welches einer besonderen Verhandlung und Behandlung bedürfe. Auf unsere Notschreie, auf unsere Telegramme, auf alle unsere persönlichen Besuche, die wir trotz der schlechten Kassenbestände in Berlin machten, erhielten wir gerade vom Bunde aus die Antwort, es sei nichts, bis auf weiteres, zu machen, und solange der Minister nicht klipp und klar sage, ob die Danziger reichsdeutschen Auslandsdeutschen wirklich für die Entschädigungsaktion in Betracht kämen, könne auch der Bund in Berlin aus den Mitteln der Entschädigungsaktion für uns nichts mehr bewilligen, trotz der Beschlüsse der Vertreterversammlung, auf jeden Antrag eine Zahlung von 20 Mark zu gewähren.

Wir geben zu, daß nichtsdestoweniger die von uns hier vorgeprüften Anträge in Berlin weitergeprüft werden, — jedoch niemand etwas Positives hat erreichen können.

Mir haben nicht nur unserem eigenen Gefühle entspringend, sondern auch dem speziellen Wunsche in Berlin folgend, an den Wiederaufbauminister mehrmals telegraphiert, geschrieben

und — nichts erreicht. Wir sind und bleiben ein Zweites, welches plötzlich überall den Halt verloren hat und keinen Vater noch Mutter mehr besitzt.

Unser Telegramm an den Minister des Wiederaufbaus vom 4. März dieses Jahres lautete wie folgt:

Landesverband Danzig Bundes der Auslandsdeutschen, bestehend aus siebenhundert männlichen Mitgliedern mit Familien, sämtlich Reichsdeutsche des Auslandes, infolge des Krieges nach Danzig verschlagen, bitten Exzellenz um Betreuung in Sachen Entschädigung durch Bundeszentrale Berlin. Notlage hier sehr groß. Freistaatliche Behörden behandeln uns als Reichsdeutsche. Ausweisungen nach Deutschland erfolgen täglich. Antworten dringend erbeten an Bund der Auslandsdeutschen Danzig, Neugarten 33, Zimmer 123.

Unser Telegramm vom 10. März dieses Jahres an den preussischen Minister lautete:

Unser Telegramm vom 4. dieses bestätigend, verweisen Exzellenz auf auch von Ihnen unterzeichneten Nationalen Appell der Regierung vom 10. Januar cr. an die abgetrennten Gebiete. Wir Danziger Auslandsdeutschen erwarteten sofortige Antworten, ob wir, auch hier lebend, noch vom Deutschen Reich betreut werden oder nicht. Inzwischen finden hier täglich Ausweisungen statt, da Freistaat uns als Deutsche betrachtet. Von Arbeitsmöglichkeit werden wir hier ausgeschlossen. Wir bitten nochmals dringend sofortige Beantwortung durch unsere Bundeszentrale Berlin. Landesverband Danzig.

Hierauf erhielten wir vom Minister unter dem 17. März dieses Jahres folgende briefliche Antwort:

... Die Frage, inwieweit den Auslandsdeutschen, die beim Inkrafttreten des Friedensvertrages in den abgetrennten Gebieten wohnhaft waren, auf Grund der Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Auslande aus Anlaß des Krieges vom 15. November 1919 (Reichsanzeiger Nr. 267 vom 21. November 1919) geholfen werden kann, wird zurzeit von den beteiligten Ressorts geprüft. Ich darf mir eine weitere Mitteilung vorbehalten. Im Auftrage gez. Dr. Lettholz.

Auch die Bundeszentrale in Berlin antwortete uns unter dem 13. März dieses Jahres durch Herrn C. Spiecker wie folgt:

... Ich bestätige den Empfang Ihrer gefl. Zeilen vom 9. und 10. 3., von deren Inhalt ich in allen Teilen bestens dankbar Kenntnis genommen habe. Telegramme und Briefe sind unverzüglich dem Präsidium vorgelegt worden, und es ist auf unsere erneute Anfrage wiederum der Bescheid gekommen, daß die Danziger Angelegenheit schnellstmöglichst geregelt werden soll. Wir fürchten, daß wir die Danziger Angelegenheit auf der Versammlung nicht zur Entscheidung bringen können. Denn, würde die Entscheidung beim Präsidium des Bundes oder aber bei der Vertreterversammlung liegen, so glauben wir Sie versichern zu können, daß die Frage längst in einem für Sie günstigen Sinne erledigt wäre. Die Entscheidung der Frage liegt aber, wie gesagt, beim Herrn Wiederaufbauminister, und wir haben eine erneute Eingabe gemacht. ...

Aus diesen beiden Dokumenten werden Sie sich ein Bild machen können, wie die Sache liegt, und daß wir tatsächlich Besorgnis um unser Schicksal haben dürften.

Auf Druck einiger Mitglieder (der Minderheit) wurde beschlossen, sich an den englischen Oberkommissar Sir Tower zu wenden und zwar nur mit der Bitte um Aufklärung über die rechtliche Stellung der Auslandsdeutschen Danzig, Danzig und dem Reiche gegenüber. Die Unterredung fand statt, hatte einen ganz privaten Charakter und enthielt nichts, was

irgendwie gegen unsere Ehre oder unsere nationale Gesinnung hätte verstoßen können.

Sir Tower sagte uns, wenn wir vom Reiche sowie von der Stadt verlassen würden und ihm dieses schriftlich nachweisen, so werde er Erledigung unserer Angelegenheit auf Grund des Versailler Vertrages beantragen.

Mit Dank empfahlen wir uns und sind nicht wieder vorstellig geworden.

Zu dem Schritte, uns an Tower zu wenden, hat am meisten bei der Minderheit der unerklärliche und vom rechtlichen Standpunkte aus nicht haltbare Vorfall beigetragen, daß die Magistratsbehörden von Danzig unseren Auslandsdeutschen keine Arbeitslosenunterstützung mehr als vier Wochen gewähren und jeden, der Arbeit findet und hierzu die Demobilmachungspapiere vom Amte gebraucht, die Erklärung abgeben, sie können ihm die Arbeit in Danzig nicht gestatten, da er am 1. August 1914 nicht in Danzig gewesen sei, selbst wenn er in Danzig geboren sei. Alle unsere Proteste haben bis dato nichts geholfen, und Danziger, die am 1. August 1914 auf einem Schiffe waren, werden rücksichtslos an den Ort in Deutschland verwiesen, wo das Schiff beheimatet war. Und so weiter.

Der Magistrat Danzigs schreibt uns unter dem 1. März d. J.: Zum Schreiben des B. d. A. vom 18. 2. 1920.

Wir sind an sich gern bereit, den nach Danzig gekommenen Auslandsdeutschen zu einer Beschäftigung zu verhelfen. In erster Reihe müssen wir aber den alten eingesessenen Danziger Staatsbürgern die freiwerdenden Stellen vorbehalten. Zurzeit haben wir rund 10000 Danziger Arbeitslose. Da wir die Auslandsdeutschen diesen einheimischen Bewerbern gegenüber nicht bevorzugen können, haben wir mit Rücksicht darauf, daß eine Arbeitsvermittlung an Nicht-Danziger für absehbare Zeit nicht in Frage kommt, mehreren Herren ablehnenden Bescheid zukommen lassen.

I. A. gez. Berent, Assessor.

Hier sehen Sie genau, wie der Magistrat des Freistaates uns als Reichsdeutsche den Danzigern gegenüber zurückschleift.

Ein Kommentar dürfte sich erübrigen und die Erregung der Danziger Auslandsdeutschen wird Ihnen begreiflich erscheinen.

Auch heute noch befindet sich die Angelegenheit in demselben Stadium. Eine Antwort ist weder vom Minister noch vom Bunde in Berlin erfolgt. Wir sind mehr als ratlos und ergreifen die Gelegenheit, bei Ihnen in der Öffentlichkeit um Schutz zu bitten.

Wir können nur aus allem die Überzeugung gewinnen, daß das Reich oder zumindest das zuständige Ministerium sich seinen Verpflichtungen uns gegenüber drücken will. Diese bedauerliche Haltung ist nur geeignet, tiefgehende Verstimmung gerechtfertigter Erbitterung in allen beteiligten Kreisen hervorzurufen.

Juristisch betrachtet dürfte der Fall doch so liegen, daß wenn das Reich tatsächlich uns zu benachteiligen gedenkt, es den Rechtsboden völlig verlassen würde. Denn der eventuelle Übergang nach dem 10. Januar in die Danziger Staatsangehörigkeit — die aber auch nicht da zu sein scheint — ist nicht einem persönlichen Willensakt, sondern einer force majeure entsprungen. Nach Maßgabe der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen können aber allgemeine Rechte nur durch Handlungen verloren gehen, welche bei unserem passiven Verhalten dem Gange der Weltgeschichte gegenüber nimmermehr in Frage kommen.

Wir würden Ihnen also sehr dankbar sein, wenn Sie unser Interesse gütigst vertreten würden."

Darnach wird man allerdings die Erregung unter den Danziger Auslandsdeutschen begreifen. Es liegt im Interesse des gesamten

Deutschtums, daß der Herr Wiederaufbauminister schleunigst das Ergebnis seiner „Prüfung“ öffentlich mitteilt!

Schwerin i. M. In Schwerin wurde auf Veranlassung des Herrn Favnow, Güstrow, eine Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen gebildet und beschlossen, sie dem Landesverband Nordwestdeutschland anzugliedern. Die Gründerversammlung wählte Herrn Dipl.-Ing. Stier zum 1. Vorsitzenden der neuen Ortsgruppe. Es traten bisher etwa 40 Mitglieder bei, eine Zahl, die wohl die meisten hier anwesenden Auslandsdeutschen umfaßt. Wir hoffen, daß die Spruchkommissionen ihre Arbeiten schnellstens erledigen, damit wenigstens der größten Not gesteuert wird und den Bedürftigsten geholfen werden kann. Eile tut not.

Wilhelmshaven. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung befaßte sich eingehend mit einer Besprechung der Entschädigungsfrage. Kapitän Unckenbohl wies darauf hin, daß nur wohlbegründete Forderungen Aussicht auf Entschädigung hätten. Die Ortsgruppe vertritt auch die Interessen der Tsingtau- und der Kolonialdeutschen.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Stuttgart. Bund der Asienkämpfer, Bezirksgruppe Württemberg. Eine Bezirksgruppe ist von Major a. D. Justi begründet worden, um die in Württemberg lebenden Deutschen, die vor dem Kriege und während desselben die Länder Asiens kennen gelernt haben, zusammenzufassen. Hauptsächlich soll die Vertiefung der gewonnenen Kenntnisse Ziel sein.

Das Auslandsdeutschtum und die deutsche Hochschule.

Das Auslandsdeutschtum, das sozusagen erst während des Krieges entdeckt und dessen Bedeutung erst spät in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes erkannt wurde, kann sich nur in dauernder Kulturgemeinschaft mit dem gesamten deutschen Volke im europäischen wie außereuropäischen Auslande erhalten. Lebensbedingung für die Erhaltung des Auslandsdeutschtums ist die Heranbildung einer bewußt deutschen Intelligenz, die dem Auslandsdeutschtum nur die deutsche Hochschule geben kann.

Mit diesen neu erwachsenen Aufgaben muß auch das Verhältnis der deutschen Hochschule zu den Ausländern deutscher Abstammung und Muttersprache ein anderes werden. Der junge aus dem Ausland kommende deutsche Student, der schon in der Heimat vielfach als Fremder betrachtet wird, soll sich an der deutschen Hochschule heimisch fühlen und sich nicht mit dem Gedanken herumtragen, daß er nur geduldet sei. Er soll seinen reichsdeutschen Kommilitonen als akademischer Bürger gleichgestellt sein.

Durch das gestärkte Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wird der auslandsdeutsche Akademiker in seiner Eigenschaft als deutscher Kulturträger und Wirtschaftsfaktor beim Wiederaufbau des deutschen Wirtschafts- insbesondere aber des Handelslebens Gegendienste leisten. Es soll ein gleichzeitiges Geben und Nehmen, eine Art Kultur- und Arbeitsgemeinschaft werden, die, über die ganze Welt gespannt, dem deutschen Namen Achtung und Anerkennung verschafft.

Den deutschen Hochschullehrern und der deutschen Studentenschaft fällt in erster Linie die Aufgabe zu, hieran mitzuarbeiten, vor allem aber sich für die bewußt deutsche Studentenschaft aus dem Auslande einzusetzen und deren Studium nach Möglichkeit zu erleichtern. An erster Stelle seien hier genannt, die Ausländerbeiträge und die für die Ausländer geltenden Beschränkungen, die von den auslandsdeutschen Studierenden ab-

zuwälzen sind, zumal die Valuta fast sämtlicher Oststaaten, aus denen $\frac{9}{10}$ aller auslanddeutschen Studierenden her stammt, ungünstiger ist als die deutsche, zum Teil um das vielfache unter der deutschen Valuta steht.

In klarer Erkenntnis dieser Fragen hat sich die deutsche Studentenschaft auf ihrer Tagung in Würzburg für die Gleichstellung der auslanddeutschen Studierenden mit den inlandsdeutschen ausgesprochen. Die tatsächliche Gleichstellung ist auch bereits an der technischen Hochschule in Stuttgart und an der Universität Leipzig erfolgt. In Leipzig sind die auslanddeutschen Studierenden sogar in den Erkennungskarten den inländischen gleichgestellt worden.

Aus diesen Erwägungen heraus sind schon Ende des Jahres 1918 Vereinigungen auslanddeutscher Studierenden in Berlin und Leipzig fast gleichzeitig und selbständig begründet worden. Im Laufe des Jahres 1919 wurden an verschiedenen deutschen Hochschulen ähnliche Vereinigungen gegründet, so daß im Januar ein „Zentralverband Auslanddeutscher Studierender“ (Leipzig, Universität Zimmer A) ins Leben gerufen werden konnte, dem bereits die Vereine Berlin, Leipzig, Tübingen, Marburg, Jena (entstanden aus dem Zusammenschluß des akademischen Baltenbundes Jena und der Siebenbürger Sachsen Jena), Breslau, Hohenheim, Stuttgart und der Baltenbund Göttingen angehören. In Halle, München, Frankfurt, Wien usw. sind Gründungsbestrebungen im Gange. Johann Günther, Berlin.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Das Wahlrecht der Auslanddeutschen.

Der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ist unter dem 27. März der Entwurf eines Reichswahlgesetzes zugegangen, dem der Reichsrat bereits seine Zustimmung gegeben hat. Die §§ 35 bis 38 dieses Entwurfs entsprechen inhaltlich den §§ 34 bis 37 des früheren Entwurfs A. Eine Kleinigkeit fällt auf: das Wort Auslandsdeutsche ist überall durch Auslanddeutsche unter Weglassung des Buchstabens s ersetzt. Da die kleinen textlichen Änderungen aber doch auch für die Auslanddeutschen interessant sind, bringen wir hier noch einmal den Wortlaut der Bestimmungen:

§ 35.

Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichsangehörige, die sich im Ausland ständig aufhalten (Auslanddeutsche), sowie solche, die es vorübergehend tun und einen Wahlschein besitzen.

Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis, für den der Reichswahlleiter zugleich Kreiswahlleiter ist.

§ 37.

Die Auslanddeutschen erhalten soviel Abgeordnetensitze, wie oft die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch 60 000 teilbar ist.

Gewählt sind die Personen, die die meisten Stimmen erhalten. Wird die Berufung zum Abgeordneten abgelehnt, oder scheidet ein so gewählter Abgeordneter aus, so ist der nach der Stimmenzahl nächstfolgende berufen.

§ 38.

Auslanddeutsche übergeben ihre Stimmzettel zur Einsendung an den Reichswahlleiter dem zuständigen deutschen Konsul, und zwar

- a) in Europa spätestens am dreißigsten Tage nach dem allgemeinen Wahltag,
- b) außerhalb Europas spätestens am sechzigsten Tage nach dem allgemeinen Wahltag.

In der allgemeinen Begründung zum Gesetzentwurf heißt es: „Besonders sucht er dem wiederholt laut gewordenen Wunsche, den Auslanddeutschen das Recht zur Teilnahme an den Reichstagswahlen zu gewähren, Rechnung zu tragen und damit das Band, das die Auslanddeutschen an das Reich fesselt, fester zu knüpfen.“

Schließlich wird in der Begründung zu den einzelnen Paragraphen zu den §§ 35 bis 38 das folgende ausgeführt:

Bei der Gestaltung des Auslandwahlrechts war der Gesichtspunkt leitend, die Auslandwahlgeschäfte soweit wie irgend möglich in das Inland zu verlegen. Denn eigentliche Wahlhandlungen im Ausland, wie Einrichtung von Wahlbüros, Stimmabgabe vor Wahlvorständen, Stimmzählung durch Wahlausschüsse usw. müssen aus völker- und staatsrechtlichen Rücksichten auf das Ausland unterbleiben. Das Ausland würde in der Ausübung des heimatlichen Wahlrechts auf fremdem Boden einen Eingriff in seine Staatssouveränität erblicken. Nach dem Vorbild des norwegischen Wahlrechts wird daher den Auslanddeutschen nur gestattet, ihren Stimmzettel nach dem Inland einzusenden.

Wie groß die Zahl der Auslanddeutschen ist und wie sich diese auf die verschiedenen Erdteile und Länder verteilen, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Die genaue Zahl der Auslanddeutschen zu ermitteln, stieß schon in Vorkriegszeiten auf Schwierigkeiten, da die Statistik in den verschiedenen Ländern nicht gleichmäßig gehandhabt wurde. Nur in einem Teil der ausländischen Staaten waren die Auslanddeutschen einwandfrei statistisch erfaßt, während andere Staaten, z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Australien, alle Reichsgebürtigen, d. h. in Deutschland Geborenen, ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit zählten.

Durch den Krieg haben sich die Zahlenverhältnisse aber vollkommen verschoben. Die Reichsangehörigen in den Ländern der ehemaligen europäischen Feindmächte sind, soweit sie nicht zu Beginn des Krieges neutrales Ausland aufgesucht haben, größtenteils nach Deutschland abgeschoben worden. Neue Auswanderungen nach überseeischen Ländern haben noch nicht in größerem Umfange stattgefunden. Die Zahl der gegenwärtig im Ausland sich aufhaltenden Reichsdeutschen zu schätzen, ist daher kaum möglich. Sachkundige Kenner des Auslandsdeutschums haben unter Zugrundelegung der Zahl der Auslandsdeutschen angenommen, daß bei dem automatischen System mit einer Verteilungszahl von 60 000 etwa 6 bis 7 Abgeordnete auf die Auslandsdeutschen entfallen würden. Indessen wird die Zahl der Auslandsdeutschen vor dem Kriege so schnell nicht wieder erreicht werden.

Mangels näherer Kenntnis über die gegenwärtige Verteilung der Auslandsdeutschen auf die einzelnen Länder erscheint es geboten, das gesamte Ausland zunächst als einen Wahlkreis zu behandeln.

Als Kreiswahlleiter für diesen Auslandwahlkreis wird am zweckmäßigsten der Reichswahlleiter aufzustellen sein. Bei ihm wird die Sammlung der Stimmen zentralisiert. Dem Reichswahlausschuß soll die Feststellung des Wahlergebnisses im Auslandwahlkreis obliegen.

In Abweichung von dem für das Inland geltenden Verfahren wird von der Einreichung von Wahlvorschlägen durch Auslandsdeutsche abgesehen. Maßgebend dafür war der Gedanke, daß mit Wahlvorschlägen vorerst ein befriedigendes Ergebnis in der Ausübung des Auslandwahlrechts schwer zu erzielen sein dürfte. Jetzt, wo es gilt, das neue Institut des Auslandwahlrechts sich zunächst erproben und einleben zu lassen und die Auslands-

deutschen zu entsprechenden Organisationen zusammenzuführen, dürfte einem möglichst einfachen Wahlverfahren der Vorzug zu geben sein. Auf der anderen Seite verbietet es der Verfassungsgrundsatz der allgemeinen und gleichen Wahl, den Auslanddeutschen mehr Rechte einzuräumen als den Inlanddeutschen. Es könnte daher nicht etwa in Frage kommen, den Auslanddeutschen eine bestimmte Zahl von Abgeordnetensitzen im Reichstag einzuräumen ohne Rücksicht darauf, wieviel Stimmen von Auslanddeutschen abgegeben werden. Denn sonst würden unter Umständen auf einen Abgeordneten aus dem Auslandwahlkreis weniger Stimmen fallen als auf einen Abgeordneten aus inländischen Wahlkreisen oder Reichslisten. Der Entwurf hält daher daran fest, daß auf 60 000 gültig abgegebener Stimmen ein Abgeordneter fällt.

Zur Einsendung der Stimmzettel sollen sich die Auslanddeutschen der Konsuln bedienen. Um den Auslanddeutschen die Teilnahme an den Reichstagswahlen zu ermöglichen, müssen weite Fristen für die Stimmabgabe gesetzt werden, weil die Auslanddeutschen von der Tatsache einer Reichstagswahl meist erst viele Wochen nach ihrer Ausschreibung Kenntnis erhalten. Sie müssen sich dann erst über die Aufstellung von Kandidaten einigen und ihre Stimmzettel an den Reichswahlleiter einsenden. Die von Auslanddeutschen abgegebenen Stimmen sollen daher noch gültig sein, wenn sie bei Aufenthalt in Europa spätestens am 30. Tage, bei Aufenthalt außerhalb Europa spätestens am 60. Tage nach dem allgemeinen Wahltag bei einem deutschen Konsul abgegeben worden sind.

Zu dem neuen Entwurf haben die Blätter, soviel wir sehen können, sich nicht mehr eigens geäußert. Es ist bezeichnend für die geringe Schätzung des Auslanddeutschtums in Deutschland, wie wenig Aufsehen eine so grundlegende Änderung, wie sie die geplante Gewährung des Reichstagswahlrechts an die Auslanddeutschen darstellt, in der deutschen Heimat erragt. Nur eine gegnerische Stimme hat sich wiederum gemeldet, abermals die „Frankfurter Zeitung“, die in ihrer Ausgabe vom 3. April am Schluß eines längeren Aufsatzes über das „unaufschiebbare Gesetz“ sagt: „Das Wahlrecht der Auslanddeutschen ist in dem Entwurf geblieben. Wir haben auf die schweren Bedenken, die wir vor allem aus Gründen außenpolitischer Art dagegen hegen, nachdrücklich hingewiesen. Die Erfahrung wird zeigen, daß unsere Bedenken nicht ungerechtfertigt waren. Aber auch mit dieser, unserer Meinung nach unerfreulichen Belästigung, muß das neue Wahlrecht noch Gesetz werden, bevor die Nationalversammlung aufgelöst wird, damit es bei den bald bevorstehenden neuen Wahlen bereits Anwendung finden kann, und es muß sehr bald Gesetz werden, damit die Wähler noch genügend Zeit haben, sich mit diesen Bestimmungen vertraut zu machen.“

Leitsätze zum Reichstagswahlrecht der deutschen Seeleute.

Nicht nur den Auslanddeutschen im engeren Sinne des Wortes, sondern allen im Ausland weilenden Deutschen soll künftighin, nach dem Entwurf des Reichsamts des Innern, das Reichstagswahlrecht gewährt werden. Da hierzu auch die Seeleute gehören, interessiert namentlich die Stellung, die der Deutsche Seefahrtsausschuß nimmt:

„1. Den Besatzungen der zur Wahlzeit in deutschen Häfen liegenden Schiffe muß die Ausübung des Wahlrechts gesichert werden.

Dies wird durch Aushändigung von Wahlscheinen (§ 13, Satz 2 des Vorentwurfs A eines Reichswahlgesetzes) zu geschehen haben. Die technische Durchführung dieser Aushändigung

wird im Rahmen der sonstigen Bestimmungen über Wahlscheine zu treffen sein. Denkbar sind insbesondere zwei Möglichkeiten

a) Jeder Inhaber eines Seefahrtsbuches erhält von jedem Seemannsamt oder auf Grund einer Bescheinigung eines Seemannsamtes einen Wahlschein. Voraussetzung ist, daß die Inhaber von Seefahrtsbüchern auf Grund amtlicher Ersuchen der Seemannsamter in den der Aufstellung der Wahllisten zugrunde liegenden polizeilichen Listen gekennzeichnet werden und von vornherein keine Aufnahme in die Wahllisten finden. Im Seefahrtsbuche wäre über das erfolgte Ersuchen ein Vermerk aufzunehmen. Wer nicht mehr zur See fährt, aber sein Seefahrtsbuch behält, kann den Vermerk löschen lassen, was wiederum der Polizeibehörde des Heimatsortes mitgeteilt werden müßte.

Auf diese Weise wählen sämtliche Seeleute auf Grund eines Wahlscheines.

b) Nach Ausschreibung einer Wahl wird bis etwa zwei Tage vor dem Wahltag vom Seemannsamt oder auf Grund einer Bescheinigung des Seemannsamtes auf Antrag an Seeleute ein Wahlschein ausgehändigt und dies im Seefahrtsbuch vermerkt. Das Seemannsamt benachrichtigt die mit der Aufstellung der Wahllisten betraute Behörde von der erfolgten oder beantragten Aushändigung eines Wahlscheines zwecks Löschung in der Wahlliste.

2. Die Gewährung des Wahlrechts an Seeleute auf in Fahrt befindlichen Schiffen und — solange das Wahlrecht der Auslanddeutschen nicht geregelt ist — auch auf den in ausländischen Häfen liegenden Schiffen — erscheint unmöglich aus folgenden Gründen:

- a) die Verständigung auf eine parteilose Liste ist unmöglich;
- b) die Ausübung des Wahlrechts ohne die Möglichkeit eines bis zum Tage der Wahl geführten Wahlkampfes ist ausgeschlossen. Die Verhältnisse an Bord machen jedoch die Durchführung des Wahlkampfes unmöglich, die Disziplin würde aufs schwerste darunter leiden;
- c) da die Schiffe längere Zeit unterwegs sein können, werden die bis zum Wahltag eintretenden politischen Veränderungen nicht berücksichtigt;
- d) eine Stellvertretung in der Ausübung des Wahlrechts erscheint aus allgemeinen Grundsätzen ausgeschlossen;
- e) die Einsendung der Wahlzettel würde die Unmöglichkeit mit sich bringen, das Wahlergebnis schnell festzustellen.

Wird das Wahlrecht den Auslanddeutschen gewährt, so müssen auch die Besatzungen der in ausländischen Häfen liegenden Schiffe ihr Wahlrecht ausüben können.

3. Mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beteiligung der am Wahltag auf See oder im Ausland befindlichen Seeleute an den allgemeinen Reichstagswahlen ist eine starke Vertretung der Seeleute im Reichswirtschaftsrat dringend erforderlich. Ebenso würden sie zu beteiligen sein, wenn etwa entsprechend dem italienischen Vorschlage eine besondere Vertretung der Auslanddeutschen ins Leben gerufen werden sollte.

Bei der Besprechung im Seefahrtsausschuß ist von einer Seite auch die Frage angeregt worden, ob nicht den Besatzungen der bis kurz — etwa 8 Tage — vor dem Wahltag in deutschen Häfen liegenden, aber vor dem Wahltag ausreisenden Schiffe die Ausübung des Wahlrechts durch Abgabe ihrer Stimmzettel an eine vom Seemannsamt zu überwachende Stelle ermöglicht werden könnte. Die Mehrheit der Kommission des Seefahrtsausschusses hielt jedoch diese Möglichkeit, insbesondere mit Rücksicht auf die Geheimhaltung der Wahl, nicht für gegeben.

Das Wahlrecht der Auslandschweizer.

Ein Schweizer Leser unseres Blattes übermittelt uns eine interessante Notiz, die bisher der Aufmerksamkeit deutscher Kreise wohl entgangen war. Es erhob sich seinerzeit in der Schweizer Presse ein großer Streit, als die badischen Eisenbahner, die in der Schweiz lebten, verlangten, ihrer staatsbürgerlichen deutschen Wahlpflicht auch von der Schweiz aus genügen zu können. Das in Baden im Aargau erscheinende „Badener Tagblatt“ vom 15. Januar 1919 schrieb zu dieser Frage einen Artikel, der sich ebenso ablehnend in der Frage der Gewährung dieses Wahlrechts verhielt, wie ein Artikel in den „Basler Nachrichten“. Darauf aber kam am 16. Januar in der „Schweizer freien Presse“ die nachfolgende Antwort:

„Eine interessante staatsrechtliche Frage wird aufgeworfen. Nämlich, ob die badischen Eisenbahnangestellten auf schweizerischem Boden ihr Stimmrecht ausüben dürfen. Es reißen sich an diese Frage eine Reihe von Kommentaren unserer Presse, die vor Absurdität einer solchen Stimmabgabe fast perplex sind. Es scheint uns, daß man sich bei der ganzen Angelegenheit von Stimmungen und Meinungen führen läßt. Wir wollen der ganzen Frage nur die Tatsache gegenüberstellen, daß der im Auslande domizilierte Tessiner in seinem Heimatkanton sein Schweizer Bürgerrecht ausüben kann. Es ist dies seinerzeit als wohl vereinbar mit der Bundesverfassung festgestellt worden.

Wenn also die heimische Verfassung die badischen Eisenbahnangestellten in der Schweiz ihr Stimmrecht ausüben läßt, so können wir gerechterweise staatsrechtlich nichts dagegen einwenden, sofern nicht andere Gründe dafür sprechen.“

Und zu derselben Frage, die jetzt gerade die Auslandschweizer so stark bewegt und zu der die deutsche Presse so auffallend still und schweigsam ist, bringt ein Artikel in der Berner Zeitung „Der Bund“ vom 2. April wiederum schätzenswertes Material. Ein dritter Artikel in einer Reihenfolge „Aus Italien“ spricht da vom möglichen Wahlrecht der Auslandschweizer in folgenden Ausführungen:

In dieser turbulenten Zeit denken die Schweizer im Ausland viel an die Heimat. Wir haben Zeugnisse dafür aus manchen Ländern. Wie in England, so ist es in Italien vor allem die Völkerbundsfrage, was die Gemüter unserer Landsleute stark bewegt. Das Gefühl ist in ihnen wach geworden, daß es bei uns in den nächsten Wochen um eine kapitale Zukunftsfrage geht. Mit Bangen sieht mancher dem Entscheid entgegen. Und da drängt sich von selber die Frage auf, die mir in Italien mehrfach gestellt wurde: ob es nicht zu machen wäre, daß auch die Auslandschweizer ihre Stimme abgeben könnten. Am 16. Mai handelt es sich um die internationale Stellung der Schweiz. Davon versteht einer, der nie über die rot-weißen Grenzpfähle hinausgekommen ist, nicht mehr, als der Schweizer im Ausland. Wenn irgendwann, dann sollte bei der Abstimmung über den Völkerbund jeder zum Worte kommen, der die Bedeutung der Frage erfaßt und ernstlich um das Schicksal des Landes besorgt ist. Die Schweizer im Ausland, die in alter Liebe an ihrer Heimat hängen, wären ein Gegengewicht zu dem sich immer breiter machenden heimatlosen Internationalismus einer politischen Richtung, deren Hauptvertreter als bolschewistischer Luftreisender im Osten verlangt, daß ihm der Bundesrat von Gefängnis zu Gefängnis den Wert eines schweizerischen Heimatscheins beweise.

Den Schweizern in Italien liegt die Sache besonders nahe; denn sie sehen die Tessiner bei Wahlen und Abstimmungen den Weg in die Schweiz nehmen, voll Stolz auf ihr aktives Bürgerrecht; die andern bleiben zurück, und so entsteht wohl

das Gefühl der Zurücksetzung und das Wort vom Eidgenossen zweiter oder dritter Güte. Tessin hat gezeigt, wie man nicht nur das Vaterlandsgefühl, sondern auch den Staatsbürger in der Fremde lebendig erhält. Wir andern haben da noch viel zu lernen.

Wir würden also, wenn wir das Beispiel Tessins beherzigen wollten, die in bürgerlichen Ehren und Rechten stehenden Auslandschweizer in ihren Heimatkantonen die Stimme für Volk und Stände abgeben lassen. Gerechter wäre irgend eine Form der Abstimmung in den verschiedenen Konsulatsbezirken; es wären dann die Schweizer in aller Welt gleichgestellt. Das Konsulat müßte das Wahlbureau ersetzen. Die durch den Krieg geförderte Anmeldepflicht gäbe die Grundlage für das Stimmregister. Um nicht Zeit, Geld und Kräfte zu verschwenden, vor allem, um nicht mit den internationalen Gepflogenheiten in Konflikt zu kommen, müßte von einer Publikation der Vorlagen im Ausland und von einer öffentlichen Abstimmung abgesehen werden; es würde sich die Registriermethode des australischen Systems empfehlen, wonach jeder, der vom Stimmrecht Gebrauch machen will, sich von Fall zu Fall in ein Verzeichnis eintragen läßt, gestützt darauf könnte ihm mit dem Text der Vorlage eine Stimmkarte oder nach Genferart eine Kontrollnummer ausgehändigt werden, die dann wohl eine Stimmabgabe durch die Post ermöglichte. Die Mehrarbeit der Konsulate würde sich lohnen durch das Wachhalten des schweizerischen Bewußtseins; der Einfluß Gleichgültiger oder dem Land Entfremdeter wäre dadurch ausgeschlossen, daß sich jeder um die Ausübung seines Stimmrechts selber kümmern müßte. Die Mehrkosten wären zweifellos unter den Schweizerkolonien selber aufzutreiben, falls die Kanzleigebühren nicht ausreichen sollten, wenn auch nicht jeder einverstanden wäre mit dem Vorschlag, den mir in Mailand ein biederer Eidgenosse zu Händen des Herrn Bundesrat Musy mitgegeben: man solle die Schweizer im Ausland zu diesem Zweck mit einer besonderen Steuer belegen. Wir möchten nicht in die Steuerhoheit fremder Territorien eingreifen und auch in Fällen des Doppelbürgerrechts von einer Stimmbeteiligung im Ausland absehen. Wir möchten nur einem natürlichen, berechtigten und in der Hauptsache durch das tessinische Vorbild bewährten Wunsche guter Eidgenossen einen Weg ebnen helfen, im verstärkten Bewußtsein, daß die Schweiz größer ist, als ihr Gebiet, daß ihre internationale Stellung (mit oder ohne Völkerbund) nach wie vor von der tüchtigen Arbeit ihrer Kinder in der Fremde abhängt, die den Schweizernamen ohne große staatliche Protektion in den Weltwirren hochgehalten haben und auf ihren Wunsch geben wir herzlich gern dem hochmögenden Bundesbureaukratismus einen kleinen Rippenstoß: er möge einmal vom Schema ab- und über die Grenzen sehen, vielleicht einmal selber auf Reisen gehen.

Auch sein Lederherz, dünkt mich, hätte am 14. März warm werden müssen im prächtigen wappengeschmückten Saale des in den Kriegsjahren neugebauten Schweizerheims an der Via Disciplini zu Mailand, wo sich die schweizerische Landkraft drängte. Vier sonnige Sonntagnachmittagsstunden lang saßen sie da, Männer und Frauen, und bewegten die ernste vaterländische Frage des Völkerbundes in ihrem Herzen.

Sie fühlten, daß die Frage auch sie angehe. Es drängt sie, ihre Stimme dazu abzugeben, und die Referenten, die sie aus der Schweiz hatten kommen lassen, fühlten, daß die Sache gut kommen muß, wenn es am 16. Mai jeder Bürger so ernst mit dem Für und Wider nimmt, wie die Eidgenossen außer Landes fühlten aber auch, daß die Schweiz einen solchen Schatz an inniger Teilnahme nicht sollte brach liegen lassen.

Eine neue Interessenvertretung für Schweizerdeutsche.

Im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 15. November 1919 und 24. Februar 1920 (Reichsanzeiger Nr. 267 vom 21. November 1919 und Nr. 54 vom 4. März 1920) betreffend Entgegennahme und Vorprüfung von Anträgen auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges und vom 17. Januar 1920 (Reichsanzeiger Nr. 18 vom 22. Januar 1920), betreffend Sitz und Geschäftsbereich der Spruchkommissionen, hat der Reichsminister für Wiederaufbau im Reichsanzeiger vom 27. März Nr. 65 eine weitere Bekanntmachung erlassen. In dieser wird auf Grund der §§ 3 und 6 betreffend Verfahren für die Zuweisung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Auslande vom 15. November 1919 bestimmt, daß zur Entgegennahme und Vorprüfung von Anträgen auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher, die vor dem Kriege in der Schweiz ansässig waren, während des Krieges ihrer Dienstpflicht genügt haben und an der Rückkehr in die Schweiz gehindert sind, der Beirat der Reichsfürsorgestelle für deutsche Wehrmänner aus der Schweiz in Singen berechtigt ist. Für Anträge, die von dieser Interessenvertretung vorgeprüft sind, wird eine Spruchkommission mit dem Sitz in Singen errichtet.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Der neue deutsche Vertreter in Rom. Der Wirkliche Geheim Legationsrat Zahn vom Auswärtigen Amt ist zum Botschafter in Rom ernannt worden und hat, Zeitungsmeldungen zufolge, das Agrément bereits erhalten. Er war früher deutscher Vertreter bei der Dette publique in Ägypten.

Deutsches Konsulat in Täbris. Den Mitteilungen der Deutsch-Persischen Gesellschaft zufolge ist Dr. Ernst von Douffle zum Verweser des Deutschen Konsulats in Täbris ausersehen. Die persische Regierung habe ihr Einverständnis erklärt und der englische Gesandte in Teheran habe mitgeteilt, daß die in Betracht kommenden Stellen angewiesen seien, bei seiner Reise dem deutschen Vertreter jegliche Erleichterung zu gewähren.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ausländerkurs an der Berliner Universität.

Da in Berlin eine große Zahl von Ausländern nicht zum Studium zugelassen wird, so haben die Professoren Landau und Einstein dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Vorschlag unterbreitet, besondere Kurse für Ausländer abhalten zu dürfen. Damit hat sich der Minister einverstanden erklärt. Die Lehrgänge werden als „staatlich zugelassene Lehrgänge Berliner Universitätslehrer“ bezeichnet, dürfen sich aber nur auf schon in Berlin weilende Ausländer beziehen und nicht den Anlaß zu einer dauernden Einrichtung bilden.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Anmeldung der Auslandforderungen.

Die Auslandforderungen waren nach Verfügung der Regierung vom 16. Dezember 1916 und vom 23. Februar 1917 bereits anzumelden, soweit sie auf Geld lauteten und aus der Kriegszeit

stammen. Die bei den Handelskammeru abzugebenden Erklärungen wurden von einer Geschäftsstelle für Auslandforderungen gesammelt, jedoch wurden von dieser Stelle keinerlei Schritte zur Einziehung der Forderungen unternommen. Im Frühjahr vorigen Jahres wurde die Stelle aufgelöst. Die „Geschäftsstelle zur Einrichtung des Reichsausgleichamts“, Berlin, Kronprinzenufer 13, hat nun das gesamte Aktenmaterial übernommen, hat jedoch festgestellt, daß die früheren Anmeldungen keine geeignete Grundlage zur Beurteilung der Frage darstellen. Es wird also in Kürze mit einer nochmaligen allgemeinen Aufforderung zur Neuanschuldung zu rechnen sein. Es hat deshalb zur Zeit, wie die Industrie- und Handelszeitung mitteilt, keinen Zweck, Berichtigungen und Nachträge zu den alten Anmeldungen einzusenden.

Für Belgien-Deutsche.

Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Brüssel, daß nach einer Mitteilung der „Libre Belgique“ vom 2. April die Liquidation aller beschlagnahmten feindlichen Werte durch Verfügung des Generalprokurators aufgehoben worden sei.

Für Italiendeutsche.

Immer wieder begegnet man der Auffassung, daß für deutsche Interessenten in Italien für die Abrechnung gegenüber Zwangsverwaltern die Frist von einem Monat nach Abschluß des Friedens schon in Lauf ist, welche auf Grund der Verordnung vom 28. November 1918 für solche Abrechnung vorgesehen war.

Es sei demgegenüber noch einmal darauf hingewiesen, daß jetzt ab Ende des Monats März, nachdem der Friedensvertrag nicht nur abgeschlossen sondern auch in Kraft getreten ist (mit Wirkung vom 10. Januar 1920) jene Frist noch gar nicht zu laufen angefangen hat. Es ist immer noch nicht in Italien das Gesetz verabschiedet worden, daß auf Grund von Art. 3 der Verordnung vom 6. Oktober 1919 Nr. 1803 erst noch bestimmen soll, an welchem Tage für alle juristischen Wirkungen (soweit sich dieselben nicht direkt aus dem Friedensvertrag selbst ergeben) der Kriegszustand als beendet anzusehen ist. Dies ergibt sich auch indirekt aus einer Reihe neuester gesetzlicher Bestimmungen auf anderen Gebieten (zum Teil erst im März erlassen und Ende März veröffentlicht), die ausdrücklich von der Voraussetzung ausgehen, daß der Tag, an dem der Kriegszustand als beendet anzusehen ist, erst noch festgesetzt werden müsse (ähnlich wie es in Deutschland durch Verordnung vom 17. Februar 1920 erfolgt ist).

Beschränkung des Fremdenzuzugs nach England.

In Ausführung der Aliens Restrictions Acts wurde, eine Order in Council erlassen, die der Einwanderung Staatsfremder Beschränkung auferlegt. Sie bestimmt, daß solche nicht ohne Einwilligung eines Einwanderungsbeamten landen dürfen, und daß diese Einwilligung einem Angehörigen ehemals feindlicher Staaten nur nach Erlaubnis des Staatssekretärs gegeben werden darf. Die Einwilligung ist nur zu erteilen, wenn der Fremde imstande ist, sich selbst und seine Angehörigen zu unterhalten und wenn er den Nachweis geistiger Gesundheit erbringt.

WIRTSCHAFTLICHES

Deutscher Handel mit Frankreich. Seit dem Jahre 1914 erscheinen zum ersten Male wieder deutsche Ziffern im Bericht der französischen Zollverwaltung. Frankreich hat für 590 Millionen Franks im letzten Jahre in Deutschland angekauft, davon für 384 Millionen im unbesetzten, für 206 Millionen im besetzten

Deutschland. Verkauft wurden Waren für 1283 Millionen Franks, davon ans Rheinland für 973 Millionen, hauptsächlich Baumwollgewebe, Seidenwaren, Wollwaren, Wäsche, Kleider, Erze, Leder, Schokolade, Wein und Kognak.

Es mehren sich in der letzten Zeit Fälle, daß Lieferungen in das besetzte Gebiet aus dem unbesetzten Deutschland nur dann zugelassen werden; wenn der Empfänger an Eides Statt versicherte, daß die Ware zum Verbrauch im besetzten Gebiet bestimmt sei, oder daß im Falle der Ausfuhr eine Ausfuhrgenehmigung eingeholt würde. Neuerdings aber werden sogar Waren nach dem besetzten Gebiet nur mit Ausfuhrgenehmigung und nur zu Ausfuhrpreisen gesandt. Das ist sachlich unberechtigt und wirtschaftlich und politisch unklug. Eine Anordnung von Reichswegen dazu ist nicht getroffen. Eine besondere Behandlung des besetzten Gebietes sollte nicht stattfinden.

Die deutsche Minorität und die Textilindustrie in der Tschechoslowakei.

Ende März vollzog sich die Vereinigung des Mährisch-schlesischen Verbandes deutscher Textilindustrieller mit dem Verbands der deutschböhmisches Textilindustriellen zu einem Allgemeinen deutschen Textilverband, der seinen Sitz in Reichenberg in Böhmen haben wird. Welche Bedeutung diese wirtschaftliche Vereinigung hat, geht daraus hervor, daß sie eine Mitgliederzahl von über 1000 hat und folgende Industrien des tschechoslowakischen Staates vertritt: Über 90% der Flachsspindeln, über 80% der Kammgarnspindeln, über 80% der Seidenwebstühle, über 70% der Wollwebstühle, gegen 70% der mechanischen Leinenwebstühle, gegen 50% der Leinenhandwebstühle, gegen 65% der Baumwollspindeln, gegen 50% der Strick- und Wirkwarenindustrie, gegen 50% der Hanf- und Juteindustrie und über 40% der Baumwollwebstühle. Fast vollständig vereinigt diese Institution die Spitzen-, Stickerei- und Gardinenwebereien der tschechoslowakischen Republik. Der größte Teil der Vigogne- und Abfallspinnereien ist in dem neugegründeten Verbands vertreten, auch der größte Prozentsatz der Veredelungsindustrie. — Die genannten Sätze dürften aber noch eine Erhöhung finden, da anzunehmen ist, daß auch noch die abseits stehenden deutschen Industriellen der Textilbranche sich dem Allgemeinen Verbands anschließen. W. Qu.

Deutschland und Rußland.

Der russische Sowjetvertreter Krassin in Stockholm war einst vier Jahre lang (von 1908 bis 1912) als Ingenieur bei Siemens & Schuckert in Berlin angestellt und späterhin Direktor der Siemensschen Unternehmung in Moskau und Petersburg. Er hat jetzt einem Vertreter der „Frankf. Ztg.“ gegenüber geäußert, Rußland warte nur darauf, daß Deutschland mit ihm ein Abkommen schließe. Es sei für ihn eine große Freude gewesen, daß er unter den ersten Gegenständen, die England nach Aufhebung der Blockade nach Rußland ließ, deutsche Siederöhren habe feststellen können. Rußland brauche jetzt hauptsächlich Arzneiwaren. Namentlich würden aber Maschinen und Lokomotiven begrüßt, die deutschen Lokomotiven seien leicht auf russische Spur umzubauen. Die Deutschen verständen die Russen wie kein anderes Volk und hätten in Rußland glänzende Aussichten.

Italien und die deutschen Verträge.

Ein Vertrauensmann in Italien teilt dem Deutschen Auslandsinstitut mit:

Nachdem die Nichterfüllung abgeschlossener Verträge seitens deutscher Industrieller unter Berufung auf Ausfuhrschwierigkeiten

schon in hiesigen Privatkreisen viel Unzufriedenheit verursacht hatte, hat sich jetzt die Presse dieser Frage bemächtigt. In der Zeitung „Il Sole“ vom 16. März befindet sich der Artikel eines Anwalts darüber, der aus schweizerischen Zeitungen die bekannten Erklärungen des Reichskommissars wiedergibt, mit Worten der Anerkennung für die Erklärung des Reichskommissars, aber mit um so schärferen Worten gegen die nichterfüllenden Firmen, wobei am Schlusse auch der Hinweis auf den Krieg nicht fehlt (andere Zeitungen, u. a. „La Sera“ vom selben Tag, haben dieselben Gesichtspunkte auf Grund dieses Artikels vertreten).

Ob aus dem gemeinsamen Vorgehen der geschädigten Parteien und speziell aus dem Eingreifen der Regierung etwas werden wird, bleibt abzuwarten; es sollte aber nicht verfehlt werden, von hier aus auf obiges hinzuweisen, da das Verhalten der dortigen Industriellen einerseits und die einsetzende hiesige Preßkampagne leider geeignet sind, das große Vertrauen zu schwächen, das man bisher gerade dem deutschen Handel und der Industrie, trotz allem was die letzten Jahre mit sich geführt haben, entgegenbrachte, und das eine wertvolle Unterlage für Verbesserung der Beziehungen darstellt.

Newyork. Beim zweiten Tag der Auktion der früheren deutschen Dampfer in den Vereinigten Staaten wurde kein einziges Angebot gemacht. Das Angebot von 300000 Pfund Sterling für den Dampfer Leviathan — früher Vaterland — wurde wieder zurückgezogen. Herr Payne, der Vorsitzende des Schiffsamts, erklärte den Vertretern der Presse, die Preise für die Schiffe würden bei der Steigerung der Produktion und mit der Verringerung der Frachtraten noch mehr fallen. Die Regierung solle die Schiffe raschestens zu jedem Preise verkaufen und nur die Bedingung stellen, daß sie künftighin die amerikanische Flagge führen müßten.

Der Vorsitzende des amerikanischen Schiffsamts erklärte, kein Protest aus amerikanischen Schiffsamtskreisen könnte ihn abhalten, mit der Hamburg-Amerika-Linie zusammenzuarbeiten, von deren hervorragender Organisation die amerikanische Schiffsahrt außerordentlich viel lernen könne. Die Direktoren Cuno und Huldermann der Hapag sind inzwischen nach Amerika gereist, um über diese Frage zu verhandeln.

VERSCHIEDENES

Wohlfahrts- und Schulverein Nordschleswig. In Hadersleben hat sich ein Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig gebildet, über den Studienassessor Lützenkirchen, Große-straße 31, Auskunft gibt. Er macht sich die Erhaltung deutscher Sprache und Bildung vor allen Dingen zur Aufgabe. Mußten schon die Deutschen, die weder Mühen noch Beschwerden gescheut hätten, für die Unverletzlichkeit der Heimat einzustehen, das Land blutenden Herzens opfern, so sei es heiligste Pflicht, das ererbte Gut an deutscher Art und deutscher Sitte den Kindern zu bewahren und über alle Landesgrenzen hinweg die innigste Geistesgemeinschaft aller Deutschen aufrecht zu erhalten. Damit die Kinder gute Deutsche werden und bleiben sollen, müßten sie deutsch unterrichtet und deutsch erzogen sein, neben das deutsche Haus müsse helfend die deutsche Schule treten, für die zu werben und zu arbeiten Aufgabe des deutschen Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig sein sollte.

Das von Prof. Dr. Hans Meyer begründete Kolonialinstitut an der Universität Leipzig ist aufgelöst worden. An seine Stelle tritt eine freie Vereinigung für Kolonial- und Auslandkunde.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat die Frage aufgeworfen, wie Deutschland mit der Schweiz wieder in wissenschaftliche Beziehungen treten und wie die Schweiz bei dem deutschen Valutaelend wirksame Hilfe leisten könne. Von deutschen Gelehrten schweizer Herkunft hat Professor Einstein-Berlin geantwortet, er halte die Organisation eines Zeitschriften- und Bücher-austausches für dringlichst, wobei die aus Deutschland kommenden Zeitungen und Zeitschriften zu ihrem wirklichen Werte ohne Valutarücksicht in Rechnung gestellt werden sollten. Eine Zusammenarbeit mit der preußischen Akademie der Wissenschaften sei erwünscht. Ähnlich äußerten sich die Professoren Stutz und Abderhalden. Professor Dr. Lanz-Amsterdam machte den Vorschlag, jede neutrale Universität sollte die Patenschaft für eine deutsche oder eine österreichische Universität übernehmen, um ihr dadurch ausländische Zeitschriften und Bücher zuführen zu können.

Universitätsbüchereien für Mitteleuropa.

Der großen Gefahr, die der deutschen und österreichischen Wissenschaft daraus erwachsen ist, daß sie infolge des Tiefstandes der Valuta sich in großem Umfange außerstande sieht, ausländische, vor allem englische und amerikanische Bücher zu kaufen, beginnt man anscheinend auch im Auslande selbst erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Jedenfalls sehen anglo-amerikanische Wissenschaftler ein, daß es für die gesamte Kultur der zivilisierten Welt einen schwer einzubringenden Verlust bedeuten würde, wenn die Internationalität geistiger Arbeit Einbuße erlitt. Die „Times“ vom 5. April meldet unter der Überschrift „Geistiges Hilfswerk“ folgendes:

„Die Entbehrungen der Hochschullehrer Mitteleuropas sind den verschiedenen Hilfsgesellschaften wiederholt zur Kenntnis gebracht worden. Infolge des hohen Preises in England gedruckter Bücher — ein 10 Schilling-Buch kostet in Deutschland zurzeit über 9 Pfund, in Österreich mehr als 30 Pfund — ist es den Hochschulen in diesen Ländern unmöglich geworden, mit der englischen und amerikanischen Gedankenwelt Fühlung zu halten. Es wurde deswegen jetzt vorgeschlagen, in Zentraleuropa unter britisch-amerikanischer Aufsicht eine oder mehrere Bibliotheken der neueren englischen Literatur, soweit sie für Hochschullehrer unentbehrlich ist, einzurichten. Dieses Hilfswerk soll auf breiter, unpolitischer und unkirchlicher Basis aufgebaut werden, um möglichst vielseitiges Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Die Büchereien werden leihweise den Fakultäten der verschiedenen mitteleuropäischen Hochschulen Bücher liefern. Sie sollen von englischen und amerikanischen Delegierten geleitet werden. Die fremden Universitäten werden eingeladen, die örtlichen Bibliotheksverwaltungen zu überwachen. Lord Bryce, Lord Robert Cecil und andere führende Männer des öffentlichen Lebens haben dem Plane zugestimmt und ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt. Als Vorsitzende der angloamerikanischen Büchereien für Zentraleuropa fungieren Prof. Gilbert Murray, Mr. Arnold S. Rowntree und Canon W. Temple. Es wird ein Beirat britischer und amerikanischer Hochschullehrer eingesetzt. Für die Beschaffung der nötigen finanziellen Mittel sieht man keine Schwierigkeiten. Prof. Everett Skillings vom Middlebury College in Vermont, U. S. A., wird nächstens nach Europa abreisen, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen.“

Französische Auslandpropaganda.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Königstein im Taunus, also aus dem von den Franzosen besetzten Gebiet, daß eine Prüfung der Kinder des Kreises stattfand, die an französischen

Sprachkursen teilgenommen hatten. 31 Kinder aus 11 Gemeinden nahmen teil, Vertreter der interalliierten Kommission und zahlreiche Truppenkommandeure waren anwesend, ferner — wohl zwangsmässig — der deutsche Landrat und die Bürgermeister und Lehrer der 11 Gemeinden. 8 Kinder erhielten erste Preise: die Mädchen ein Dreimonats-Abonnement auf die Zeitschrift „Kunst und Mode“, die Knaben ein Dreimonats-Abonnement auf die Zeitschrift „Illustration“, jedes der 8 Kinder ferner ein Lexikon und Jules-Verne-Bücher in Goldschnitt und je 50—100 Mark in bar, die beiden besten Kinder außerdem noch Bleistifthandzeichnungen. Sämtliche Kinder, die an der Prüfung teilnahmen, bekamen außerdem Märchen von Grimm und Bechstein, sowie Robinson in französischer Übersetzung und ein Sechsmonats-Abonnement auf die französische Zeitschrift „Der Rhein im Bild“.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Zu unserem Artikel in Nr. 6 über „Die Tilgung von Darlehen unter heimgekehrten Zivil- und Kriegsgefangenen“ schreibt man uns:

„Es wird besonders der Notlage derjenigen gedacht, die während des Krieges durch besondere Verhältnisse gezwungen waren, sich im neutralen Auslande aufzuhalten: der Zivilinternierten und Kriegsgefangenen. Nicht vergessen seien auch noch die Militärpersonen, die von deutschen Militärbehörden in neutrale Länder versetzt wurden, um dort für die Kriegsgefangenen tätig zu sein. Viele Kriegsgefangene und Militärpersonen haben bei neutralen Banken zur Bestreitung ihres Unterhaltes kleinere Kredite in Anspruch genommen, deren Erlangung ihnen durch deutsche Regierungsvertreter, die die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Banken führten, erleichtert wurde.“

Das Reich kann nicht zusehen, daß die Betreffenden, die ohne ihr Zutun infolge des Krieges in neutrale Länder verschlagen wurden und auch hier ihrem Vaterlande dienten, jetzt in Not geraten und in den meisten Fällen einfach ruiniert werden. Die in Frage kommenden Banken haben die den Betreffenden gewährten Kredite gekündigt — die Kreditabkommen liefen bis drei Monate nach Friedensschluß — und verlangen jetzt ihre Rückzahlung. Natürlich reichen bei dem Tiefstande des Markkurses die hinterlegten Mittel nicht im geringsten aus, und selbst bei den kleinsten Beträgen ist der Ruin des Kreditnehmers unvermeidlich, da bedacht werden muß, daß z. B. 1000 Schweizer Franken, die vor dem Kriege 800 Mark kosteten, jetzt mit 16500 Mark bezahlt werden müssen.

Soweit es sich um kleinere Kredite handelt, die deutsche Militärpersonen ausschließlich zur Bestreitung ihres Unterhaltes während ihres unfreiwilligen Aufenthaltes in neutralen Ländern eingegangen sind, ist es eine soziale Pflicht des Reiches, die Kredite gegen entsprechende Sicherheit — wie vorgeschlagen vielleicht bei 50 Prozent der Parität — zu übernehmen oder der neutralen Bank zu garantieren. Das Reich ist eher in der Lage, mit den in Frage kommenden Banken ein Abkommen auf mehrjährige Stundung des Kredites zu treffen. Der bisherige Standpunkt des Reiches, solche Ansprüche als nur „mittelbare Kriegsschäden“ abzulehnen, ist unhaltbar. Das Reich ist zum Beispiel gewillt, der Schwerindustrie, die während des Krieges Eisenerzschulden in Schweden eingegangen ist, durch Schaffung sogenannter „Ausgleichskassen“ zu helfen; die Regierung müßte sich aber erst der wirtschaftlich Schwachen annahmen, die nicht dauernd durch eine starke Organisation vertreten werden.“

Zur deutschen Kulturpropaganda im Auslande

schreibt ein führender Auslandsdeutscher dem Deutschen Auslands-Institut unter dem 1. März 1920: Dem neuen Verfahren der Reichsdeutschen auf dem Gebiete der Kulturpropaganda sehe ich mit etwas skeptischen Augen entgegen, so sehr ich mich andererseits darüber freue. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit hat der Deutsche gar nicht oder doch nur selten das Ausland geschickt psychologisch richtig zu bearbeiten gewußt. Ein Hauptfehler scheint mit zu sein, daß er immer beweisen will und sich der kindlichen Vorstellung hingibt, eine Aufklärung würde mehr wirken, wenn die ganz klaren Gründe für die Richtigkeit der betreffenden Tatsache verbreitet werden.

Die Entente scheint mir dagegen vielmehr einfach darnach zu fragen, was gefühls- und empfindungsmäßig wirkt, ob es ins einzelne bewiesen und begründet ist, darum kümmert sie sich nicht. Der Deutsche schießt infolgedessen mehr, ich möchte sagen mit Sicherheit, an dem vorbei, was in dem betreffenden Falle auf das Gemüt des Ausländers wirkt und Eindruck macht, und verpatzt sich seine Sache oft durch seine Verteidigung erst recht.

Wenn er nun gar dem Ausländer die Vorzüge deutschen Wesens klar machen will, so tritt er meistens im Tone der Selbstgefälligkeit und Überlegenheit auf und preist Wesenszüge und Eigenart des Deutschen an, die der Fremde entweder verachtet oder belächelt, oder auch fürchtet. Meistens wirkt das alles läppisch, bisweilen rein lächerlich. Es ist eine gewisse Naivität und allerdings Unkenntnis des Fühlens und Empfindens der außerdeutschen Menschen. Nur wirklich geschickte Leute sollten sich mit dieser schwierigen Materie befassen, sonst wird nach wie vor mehr Schaden als Nutzen angerichtet.

Die China- und Japandutschen.

Über die Rückkehr unserer Ostasiaten schreibt man uns aus China:

Die Stunde der Erlösung hat nun endlich auch für unsere Kriegsgefangenen in Japan geschlagen, nachdem monatelang — seit August — Verhandlungen über ihre Heimsendung im Gange waren.

Der japanische Dampfer „Kifuku Maru“ ist am 2. Januar mit dem ersten Teil der deutschen Kriegsgefangenen aus Japan in Tsingtau eingetroffen, um hier das Umzugsgut der früheren deutschen Bewohnern Tsingtaus mitzunehmen. Die Kriegsgefangenen werden in vier Dampfern befördert: „Hofuku Maru“ ab Kobe 26. Dezember, „Kifuku Maru“ ab 28. Dezember, „Himalaya Maru“ ab 31. Dezember und „Hudson Maru“ ab 20. Januar; außerdem sind für die Familien der Kriegsgefangenen in Japan und China, sowie für sonstige Deutsche, die heimreisen wollen, noch zwei andere Dampfer in Aussicht genommen, die wahrscheinlich im Februar oder März abfahren werden. In Tsingtau verbleibt ein deutscher Doktor, dem die Japaner das Verbleiben gestattet haben, weil er an einem Krankenhause tätig ist. Die „Kifuku Maru“ blieb vier Tage in Tsingtau; während dieser Tage empfingen die Kriegsgefangenen fleißige Besuche von den zurückgebliebenen Frauen der Kriegsgefangenen und allen übrigen Landsleuten, die sie mit guten Sachen versorgten, denn die Kriegsgefangenen durften in Tsingtau nicht an Land.

Nach der Taisho Nichi Nichi hatte der japanische Gesandte in Paris von dem Obersten Kriegsrat die Nachricht erhalten, daß dieser gegen die Freigabe und Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen nichts einzuwenden habe. Darauf hat dann die japanische Regierung bestimmt, die deutschen Kriegsgefangenen zu folgenden Bedingungen zu entlassen:

1. Mit Ende dieses Jahres (1919) werden 2839 Offiziere und Mannschaften heimgesandt, während die übrigen im Januar oder Februar heimgesandt werden sollen. Wer hier im Osten auch seine Familie hat, dem wird gestattet, sie mit sich zu nehmen.

2. Kriegsgefangene, die in Japan zu verbleiben wünschen, wird dies nach Prüfung ihrer Anträge gestattet werden. 350 Personen werden zu Beginn des Jahres 1920 heimgesandt werden, wovon etwa 150 nach Tsingtau gehen.

3. Gouverneur Waldeck nebst Stab werden sich zuletzt einschiffen.

4. Wer nach China und Niederländisch Indien entlassen werden möchte, dem soll dies gestattet werden, vorausgesetzt, daß er die Erlaubnis der in Betracht kommenden Landesregierung hat und die Anträge die Genehmigung der japanischen Regierung finden. Man schätzt, daß von den Kriegsgefangenen 100 nach China und 100 nach Niederländisch Indien zu gehen wünschen. —

Für die Familientransporter wurden Kammern hergerichtet für je 4—6 Personen und die deutschen Vorschriften für Personenbeförderung befolgt. Jegliches Umzugsgut und auch sonstige Fracht wurde gegen angemessene Bezahlung mitgenommen. Die Abnahme der Kriegsgefangenen lag in den Händen des schweizerischen Herrn Geschäftsträgers zu Tokio und des deutschen Gouvernementsstabes; die Abfertigung der Transporte besorgte in der Hauptsache der deutsche Hilfsausschuß zu Tokio, unterstützt von dem Hilfsausschuß zu Schanghai und den niederländischen Behörden in China.

Es sei hier noch bemerkt, daß der Rückkehr nach China nichts im Wege steht. Wie die chinesische Regierung bekannt gegeben hat, soll es jedem Deutschen wieder gestattet sein, chinesisches Reichsgebiet zu betreten, nur muß er zuvor die Genehmigung dazu einholen. Sie wird nach den bisherigen Beobachtungen auch ohne Weiterungen erteilt.

Mit der „Hudson Maru“ werden von Schanghai Ende Januar auch 289 Deutsche aus Tientsin, Peking und Nanking heimgesandt werden. Es sind dies die Mitglieder der Gesandtschaftsschutzwache und der Besatzung „S. 90“, die nach dem Durchbruch aus Tsingtau das Boot auf den Strand setzten und dann von den chinesischen Behörden interniert wurden.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Prag. Deutsche Zeitungsstelle. In Prag ist der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge eine Deutsche Zeitungsstelle G. m. b. H. begründet worden, die den Nachrichtendienst für die Blätter des Inlandes und Auslandes im Interesse des gesamten Deutschums zum Ziele haben soll.

Die „Thorner Zeitung“ war von der polnischen Behörde 54 Tage lang verboten. Sie erscheint nunmehr wieder. Der Schriftleiter Edgar Kaszakatis wurde jedoch wegen Beleidigung der polnischen Behörden zu 4 Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

AUSWANDERUNGSWESEN

Auswandererberatung.

Das Deutsche Ausland-Institut hat die kostenlose Auskunftserteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen. Seine Auswandererberatungsstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungsländer der Erde, über deren amtliche Vertretungen im Reiche, Einreise- und Paßbestimmungen, Schiffsfahrtswege und Valutaverhältnisse, sowie über die Aussichten für jeden einzelnen Beruf im Auslande. Vermittelt ihr zahlreichen Vertrauensmänner im In- und Auslande vermag sie über Vorteile und Nachteile des Anschlusses an Auswanderer-Vereinigungen und Siedlungs-Gesellschaften zu raten. Ausgezeichnete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landesprodukte stehen zur Besichtigung zur Verfügung.

Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Ausland-Institut erfahren. Vor Annahme fester Stellungen und Abschluß von Verträgen empfiehlt sich für männliche wie für weibliche Auswanderer dringend, die Auskunftsstelle zu Rate zu ziehen.

Sollen und müssen wir auswandern?

Zu dieser Frage schreibt der „Deutsche Volksbund für Paraguay“ dem Deutschen Ausland-Institut: In seiner ganzen Tragweite kann diese Frage naturgemäß nur bei genauer Kenntnis der Persönlichkeiten und ihrer besonderen Lage und von diesen selbst nur bei persönlicher Kenntnis des Auswanderungszieles entschieden werden. Die meisten gelangen erst drüben zu der Erkenntnis, daß es für sie besser gewesen wäre, daheim zu bleiben. Es sind dies durchaus nicht immer die schlechtesten. Viele sind sehr schnell wieder umgekehrt, wenn sie noch genügend Geld haben. Bei Gesellschaften liegt das in der Hauptsache allerdings daran, daß der Ansiedlungsplan meist zu wenig gründlich oder gar nicht vorbereitet worden ist. Die erste Vorkommission sollte wenigstens 4 bis 5 Monate vor dem Eintreffen des ersten Trupps in Plätze sein. Die meisten Ländereien, welche für Ansiedlungs-zwecke in Frage kommen, sind gar nicht kulturfähig, da zu weit gelegen. Passende Ländereien zu finden, ist für eine solche Genossenschaft außerordentlich schwer und mit großem Zeitaufwand verbunden. Bei entfernt liegenden kommen sehr große Transport-schwierigkeiten in Frage. Manche Enttäuschung bleibt dem Auswanderer erspart, wenn er, anstatt die Auswanderung sehr zu übereilen, sich gründlicher über die besonderen Verhältnisse in dem Auswanderungsland unterrichtet und wo möglich persönliche Beziehungen aufzufinden machte, an denen er in der ersten schweren Zeit einen festen Rückhalt findet. Die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaft, welche selbst noch über keine Erfahrungen in der schwierigen Siedlungsfrage verfügt, genügt in der Regel nicht.

Als Fahnenflucht im Frieden

zeichnet Ottomar Reichard die Auswanderung nach Amerika in der Neuen Berliner Zeitung Nr. 51, vom 3. 1920. Das Reichswanderungsamt soll in ein Nichtswanderungsamt verwandelt werden. Alle Maßnahmen, die unordentlich sind, um die zur Auswanderung Verhetzten darüber zu belehren, daß ihr Vorhaben dem Volksganzen, vielleicht auch ihnen selbst abträglich ist, sollte dieses Amt treffen. Der Wiederaufbau Deutschlands und aller zerstörten Gebieteange allen jetzt Auswandernden überreichlich Beschäftigung. Deutschland hat noch unendlich viel Ödländer, die in

fruchtbares Ackerland umzuwandeln sind. In den früheren russischen Randstaaten sind weite Gebiete nur durch Deutsche wirtschaftlich nutzbar zu machen. Das Geld, welches heute zur Überfahrt nach Amerika aufgewendet werden muß, würde besser zum Durchhalten verwandt. In spätestens 2 Jahren wird Gelegenheit zur Ansiedlung im Osten sein. Wer sein Land liebt, der blicke nicht immer zurück in die Gruft seiner Väter, sondern vorwärts in das Land seiner Kinder.

Gegen diese Auffassung wendet sich Dr. Robert Tillner in Nr. 57 der gleichen Zeitung. Keine Nation habe an sich weniger Neigung zur Weitwanderung, zum nomadisieren, wie die deutsche. Wenn also mit einem Male eine Massenauswanderung in die Erscheinung trete, so müsse etwas anderes maßgebend sein, als leichtfertige Fahnenflucht. Die gegenwärtige Auswanderungsbewegung sei nichts anderes, als „der Tausch des sicheren Nichts mit dem ungewissen Etwas“, der Wille zu einem menschenwürdigen Leben zu gelangen, die Überzeugung, daß die traurigen Wirtschaftsverhältnisse im Vaterlande hierzu ohnmächtig sind, darum sei die Auswanderung berechtigt.

Wenn Tillner im folgenden die gewiß erheblich gesunkene Kaufkraft des deutschen Geldes als Grund dieser Berechtigung anführt, so läßt er dabei außer acht, daß die Teuerungsverhältnisse in anderen Ländern, auch in denen, die als Auswanderungsziel in Frage kommen, mindestens ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer sind als in Deutschland. Auch die gesunkene Moral ist eine internationale Erscheinung, die mit dem Weltkrieg im inneren Zusammenhang steht. Auch die Behauptung, daß in Deutschland die Arbeiter-Lebenshaltung schlechter geworden sei, hält näherer Prüfung nicht stand.

Auswanderungsfrage.

O. Sperber, Dresden, äußert sich in der „Köln. Volksztg.“ vom 19. März zur Auswanderungsfrage. Die Einwanderungsverbote Englands und der Vereinigten Staaten seien nur als vorübergehende Maßnahmen, während der Demobilisierung ihrer Heere und dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, aufzufassen. England werde voraussichtlich die einzelnen Kolonien und Dominions sehr bald wieder deutschen Einwanderern öffnen, da diese durch den Ausgang des Krieges und die dadurch bewirkte Rückwanderung nach Europa starke Verluste an der wertvollen weißen Bevölkerung erlitten. Kanada, Australien, Neu-Seeland und auch Südafrika sollen schon jetzt geeignete Vorkehrungen treffen, deutschen Einwanderern die Tore zu öffnen. Ähnlich lägen die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, wo der Mangel an Einwanderern während der Kriegsjahre auf vielen Gebieten einen sehr fühlbaren Mangel an Arbeitskräften und eine dementsprechende Lohnsteigerung zur Folge gehabt habe. Nur eine Masseneinwanderung könne einen Rückgang der hohen Arbeitslöhne bewirken. (Freilich bewirkt gerade die Furcht vor der Gefahr der Lohndrückerei eine Abneigung der Arbeiterschaft Amerikas gegen die deutsche Einwanderung, mit der wir immer mehr zu rechnen haben. Die Schriftltg.) Aus diesen Verhältnissen heraus erwachse Deutschland die Pflicht, Vorsorge zu treffen, daß die zur Auswanderung gezwungenen Volksgenossen nicht lediglich von den fremden Nationen ausgenutzt würden, sondern die Früchte ihrer Arbeitsleistungen selbst genießen könnten. Sperber sieht in der Organisation der Auswanderer auf genossenschaftlicher Basis den einzigen Weg, zu verhindern, daß der deutsche Kulturträger lediglich zum Kulturdünger herabgedrückt werde. Nur Siedlungs-

länder, welche sich während des Krieges neutral gehalten hätten, würden dafür in Frage kommen.

Auswandererschicksal.

Die „Mitteilungen des Vereins für die katholischen Deutschen im Ausland“, deren Nummer 2 soeben in München erschienen ist, enthalten einen Bericht über die Ankunft des Auswanderertransportes von 20 Personen, der von der Siedlungskolonie Nova Baviera unter Führung des Lehrers Wirth entsandt wurde, in Buenos Aires. Man erinnert sich der betrügerischen Rolle, die dieser Wirth schon in Deutschland spielte. Er kam im Besitz von vorzüglichen Empfehlungen von deutsch- und italienisch-kirchlichen Behörden an den päpstlichen Pronuntius in Buenos Aires an, verschwand aber alsbald mit seinem Genossen, Kaufmann Dieterle, und sämtlichen mitgenommenen Gerätschaften und ließ seine Leute in schlimmster Notlage zurück. Einige fanden bei einem argentinischen Minister auf dessen Landgut Stellung, bei kärglichem Lohn und harter Arbeitszeit. Von Kempten aus, wo einige angesehene Leute den betrügerischen Gaukeleien des Herrn Wirth zum Opfer gefallen waren, will man sich jetzt um die Leute in Argentinien bemühen.

Ein Teilnehmer an der Aktion Gamilschegg und deren Transport nach Brasilien, ein Bauer Praxnarer aus Silz, gibt jetzt im „Fränkischen Kurier“ eine Darstellung der höchst umstrittenen „Erfolge“ des österreichischen Rittmeisters. Bei der Ankunft in Brasilien sei noch gar nichts vorbereitet gewesen. Zwar hat die Regierung der Aktion eine große Hacienda zur Verfügung gestellt, allein die ersten aus Wien gekommenen Herren hatten die Sache so verdorben, daß die Regierung das meiste Land bald wieder zurückzog. Die Herren hatten nur Pferde gekauft, Sport getrieben, Spazierritte gemacht. Die Auswanderer, die wirklich arbeiten wollten, hätten aber jetzt eine Farm gekauft, die für 60 Familien Platz habe, sie seien jetzt am Häuserbauen und sähen guter Dinge der Zukunft entgegen. Rittmeister Gamilschegg selbst sorge nach Möglichkeit für seine Schutzbefohlenen.

„Einzel- oder Genossenschaftssiedlung?“

Gegen die Behauptung, daß Argentinien in kurzer Zeit Millionen deutscher Einwanderer aufnehmen könne, wendet sich Niessen-Deiters in der „Köln. Ztg.“ vom 21. März. Was nach und nach möglich ist, kann nicht von heute auf morgen geschehen, nämlich Millionen Einwanderer der gleichen Nationalität unterzubringen. An Hand des praktischen und geldlichen Erfolgs der Baron Hirsch'schen Kolonie der „Jewish Association“, schlägt Niessen-Deiters die Gründung einer deutschen Bankvereinigung vor, welche deutsche Kolonisation größeren Stils aufnehmen sollte. Bei einer Zusammenarbeit von reichsdeutschen Banken, mit deutsch-amerikanischem Kapital und deutschem Menschenmaterial auf argentinischem Boden, würden alle verdienen können. Zwar brauche dabei nicht ausschließlich an rein landwirtschaftliche Kolonisation gedacht werden. Die Kolonisation brauche auch nicht auf eine Provinz beschränkt zu werden. Verschiedenartige Unternehmungen würden den Vorteil haben, daß in Mißjahren eine die andere stützen könnte, daß das Unternehmen in seiner Gesamtheit unterschiedliche Einwanderer aufnehmen könnte und daß bei einer gewissen Zentralisation etwaige politische Befürchtungen wegen zu starker deutscher Besiedlung einer Provinz die Spitze abgebrochen wäre.

Auswanderung polnischer Arbeiter.

Das polnische Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge gibt bekannt, daß die Einschreibung für polnische Arbeiter

nach Frankreich zurzeit eingestellt sei. Aus der Bekanntmachung wird ersichtlich, daß sich bereits 30 000 polnische Arbeiter für den Wiederaufbau in Frankreich gemeldet haben, die Abreise war aber in letzter Zeit gesperrt worden, weil die französische Regierung infolge der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen nicht genügend Eisenbahnwagen zur Verfügung stellen konnte. Die Abreise der polnischen Arbeiter soll sich über die Tschechoslowakei und Süddeutschland vollziehen; im Januar und Februar konnten aber nur 5 Züge gestellt werden. Ein Teil der polnischen Arbeiter hat auch in französischen Bergwerken Arbeit genommen, wo sie einen Tagelohn von 20 Franken erhalten unter Abzug von 5—7,5 Franken für Wohnung und Kost. Aus dieser amtlichen Mitteilung wird ersichtlich, daß Polen selbst seinen Arbeitern zurzeit kein Ankommen bieten kann, daß Frankreich also aus dem mit ihm verbündeten Lande Arbeitskräfte genug bekommen kann und auf deutsche Arbeit nicht zu rechnen braucht.

Einreise nach Südafrika.

Trotz des Friedensschlusses macht die Erlangung der Einreiseerlaubnis nach Südafrika immer noch große Schwierigkeiten, gleich, ob es sich um Deutsche handelt, die schon dort ansässig waren oder solche, die erst zureisen wollen. Wie das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, auf Grund eines ihm soeben aus Pretoria zugegangenen Schreibens mitteilt, hat sich der Deutschafrikanische Hilfsausschuß bereit erklärt, Gesuche von Deutschen, die vor dem Krieg in der Union ansässig waren und nach dort zurückkehren wünschen, bei der Regierung einzureichen und zu befürworten. Solche Gesuche müßten den Beweis erbringen, daß der Antragsteller bereits in der Union ansässig war. Herr C. J. Zorn, 659 Church Street, Pretoria-Arcadia, nimmt Briefe, die für den Hilfsausschuß bestimmt sind, entgegen.

Kanada als Auswanderungsziel.

Ein dem Deutschen Ausland-Institut zugegangener Brief aus Saskatschewan in Kanada gibt folgendes Bild für die dortigen Aussichten für deutsche Einwanderer:

In ganz Kanada besteht unter den Deutschen eine große Bewegung auszuwandern; diese Bewegung erstreckt sich auch auf Deutsch-Russen, Mennoniten und Österreicher. Zum Teil streben sie in die Heimat zurück oder hoffen in südamerikanischen Staaten günstigere Lebensbedingungen anzutreffen, da ihnen die bei ihrer Ansiedlung in Kanada seinerzeit zugestandenen Privilegien sukzessive entzogen werden, wie z. B. der Erwerb des Besitztitels einer Heimstätte. Jemand, der 1911 einwanderte, erreichte dies früher nach 3 Jahren, also 1914. Durch die immer mehr verschärften Bestimmungen, die der Krieg hervorrief, wurde diese Zeit erst auf 5 Jahre erweitert und ist neuerdings sogar hinaus geschoben, daß die Naturalisierung erst 1930, d. h. 19 Jahre nach Friedensschluß, vor sich gehen und damit auch der Erwerb des Besitztitels erfolgen kann. Eine Zulassung oder Einwanderung von Deutschen ist zurzeit überhaupt nicht gestattet. Die wirtschaftliche Depression ist in Kanada dieselbe wie in Europa; die hohe Wechselrate des kanadischen Papardollars trägt sehr viel Schuld daran und ganz besonders die drei letzten schlechten Ernten und die sehr früh einsetzende Kälte haben Millionen Werte von Nahrungsmitteln zunichte gemacht.

Alle diese Umstände zwingen die ansässigen Deutschen zur Abwanderung, viele hoffen in Deutschland bessere Verhältnisse anzutreffen, vor allem wieder unter gleichgesinnten Menschen.

weilen zu können, nicht als Null angesehen zu werden und hinter jedem anderen zurückstehen zu müssen.

Es ist daher allen zu raten, die sich mit Auswanderungsplänen nach Kanada tragen, diese ungünstigen und schwierigen Verhältnisse klar ins Auge zu fassen und keine unüberlegten Schritte zu unternehmen.

Aussichten für Deutsche in Mexiko.

(Bericht des Einwandererausschusses des Verbandes deutscher Reichsangehöriger.)

Eine Masseneinwanderung, besonders Unbemittelter, wird von dem Ausschuß als unlösbares Problem für Mexiko bezeichnet. Die Industrie, fast ausschließlich in Händen der Amerikaner, Engländer und Franzosen, stellt vorläufig keine Deutschen ein. Auf pekuniäre Unterstützung seitens der in Mexiko ansässigen Deutschen kann in keiner Weise gerechnet werden, da die deutschen Unternehmungen durch Revolution und „schwarze Listen“ schwer geschädigt sind. Zur Beratung der immerhin zu erwartenden deutschen Einwanderung, hat der Verband Deutscher Reichsangehöriger dem deutschen Konsulat eine Besatzungsstelle angegliedert, diese warnt die maßgebenden Behörden in Deutschland vor einer übereilten Einwanderung deutscher Reichsangehöriger. Nur größere Siedungsgesellschaften mit ausreichendem Kapital versprechen Erfolg. An einigen Plätzen sollen auch einzelne Ärzte, Zahnärzte und durchgebildete selbständige Handwerker gewisser Kategorien ihr Fortkommen finden, sofern sie genügend Mittel zur Verfügung haben, um ihre Einrichtungen zu bezahlen und ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, bis sie sich bei der Kundschaft eingeführt haben. Eine Einwanderung auf genossenschaftlicher Basis kann nach Äußerungen der Regierung wohl mit gewissen Erleichterungen rechnen (es fragt sich nur, ob ihre Macht dazu reicht).

Die deutschen Konsulate in den Hafenplätzen Veracruz und Tampico sollen Unterausschüsse bilden, um den Einwanderern bei der Zollabfertigung, Unterbringung in billige Quartiere und Weiterbeförderung behilflich zu sein. Die nötigen Daten über Reisewege, Gesundheitsmaßnahmen, wichtige mexikanische Gesetzesparagrafen wurden zusammengestellt und nebst einer Warnung vor mexikanischen Agenten und unter Hinzufügung eines kleinen spanischen Sprachführers in einem kleinen Heftchen vereinigt, welches den Ankömmlingen unentgeltlich eingehändigt werden soll. Die Landwirtschaftskammern würden kapitalkräftige Einwanderung begrüßen. Für die Beförderung der Einwanderer im Lande sind von der Regierung Preisermäßigungen in Aussicht gestellt.

Zum Auswanderungs-Angebot der brasilianischen Regierung.

Noch immer gibt es zahlreiche Auswanderungswillige, welche von dem Angebot der brasilianischen Regierung, einer freien Überfahrt für 3000 Landwirte, Gebrauch machen wollen. Es ist daher wichtig, daß in breiterer Öffentlichkeit der augenblickliche Stand der Dinge bekannt wird. Laut Mitteilungen, welche unter dem 11. und 12. März aus Rotterdam beim Deutschen Ausland-Institut eingelaufen sind, ist der erste Schub deutscher Auswanderer nach Brasilien am 1. Januar mit dem Dampfer „Benevento“ mit 217 Passagieren abgefahren. Es bestand die Absicht seitens der brasilianischen Regierung, mit diesem Schiff eine größere Anzahl Auswanderer zu befördern; jedoch ließ die holländische Regierung nach genauer Untersuchung des Schiffes und seiner Einrichtungen, mit Rücksicht auf die verfügbaren Schlafplätze und Rettungsgürtel, nur diese beschränkte

Zahl von Passagieren zu. Seitens des Auswandereragenten mußte eine größere Kautio hinterlegt werden. Mit dieser Tatsache hängt es zusammen, daß die holländische Regierung zunächst nur einen Teil der an der Grenze sich ansammelnden Deutschen durchließ. Am 21. Januar ist dann ein zweites Schiff, die „Avaré“, mit 580 Passagieren abgegangen. Der Transport vollzog sich dieses Mal glatter, da besser Vorsorge getroffen war. Ein drittes Schiff, „St. Paul“, mußte mit Rücksicht auf den zurzeit in Holland herrschenden Hafenarbeiterstreik ohne Passagiere abfahren. Weitere Transporte sind vorläufig nicht geplant. Laut Telegramm des Ackerbauministers in Petropolis vom 10. März 1920 werden bis auf weiteres keine Auswanderer mehr angenommen. Man scheint darnach die Unzulänglichkeit der bisherigen Organisation zum Empfang der Einwanderer erkannt zu haben und will zunächst die Landvermessungen weiter vorbereiten. Die Flut der bei den brasilianischen Stellen eingelaufenen Anfragen Auswanderungslustiger hatten übrigens einen derartigen Umfang angenommen, daß die betreffenden Stellen sie gar nicht bewältigen können. Das ganze Material soll dem deutschen Konsulat zugewiesen sein. Über die besonderen Ziele der bereits eingetroffenen Landwirtschaftsfamilien ist wenig zu erfahren. Leider scheinen die Abmachungen sehr wenig bestimmt zu sein, so daß zu befürchten ist, daß viele deutsche Einwanderer in klimatisch ungünstige Gegenden verschlagen werden, obwohl für deutsche Kolonisten sich nur die drei südlichsten Staaten Brasiliens, Parana, Santa Catharina und Rio Grande do Sul, in klimatischer Hinsicht eignen. Auch in diesen Staaten befinden sich neue Bundes- und Staatskolonien, in denen allerdings heute ein Vorwärtskommen leider nicht mehr so möglich ist wie noch vor 10 bis 20 Jahren, zumal Freiland nicht mehr abgegeben wird und die Kosten der Überfahrt auf die recht erheblich gestiegenen Landpreise aufgeschlagen werden. Besonders beachtenswert bleibt auch für deutsche Auswanderer die Tatsache, daß zahlreiche deutsche Kolonistensöhne aus den fruchtbaren Gebieten Paranas und Santa Catharinas in das spanischsprechende Argentinien und Paraguay abwandern. Da sich die Verhältnisse auch in Brasilien ständig im Fluß befinden, so empfiehlt es sich stets vor der Ausreise zuverlässige Beratungsstellen für Auswanderer um Rat anzugehen. Dringend zu warnen ist in jedem Fall vor einer voreiligen Ausreise nach Holland.

Brief aus Brasilien.

Dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, schreibt ein deutscher Pastor aus Brasilien u. a.: „Unsere Synode von St. Catharina, Paraná und a. St. ist gerade dabei, eine Fürsorgemission für deutsche Einwanderer zu errichten, um den Ankömmlingen mit Rat und Tat beistehen zu können. Im Staate Paraná ist ein halbes Dutzend von Kolonisationsgesellschaften tätig und bereitet Ländereien für Einwanderer vor. Österreicher sind schon mehrere hier angekommen. Leider beginnt unter den Gesellschaften schon der Konkurrenzkampf und treibt schon wunderliche Blüten: Schleppertum, Bauernfängerei und Übervorteilung. Die meisten Prospekte schildern die Kolonien in allzu rosigem Licht; die Enttäuschung wird nicht ausbleiben, wenn unsere Landsleute ohne weiteres darauf hereinfallen. Die Gesellschaften geben ihren Unternehmungen den Anstrich von „Liebeswerken“ für die armen Landsleute; aber es sind im Grunde doch recht lukrative Geschäfte, ja oft auch recht herzlose Geschäfte. Es ist deshalb allen Ernstes vor Übereilung der Auswanderung zu warnen! In meiner zehnjährigen Amtstätigkeit habe ich hier schon eine deutsche Einwanderung mit erlebt — die Erfahrungen waren traurigster Art...“

Über die deutsche Einwandererfürsorge in Paraguay

bringt der Jahresbericht 1918/19 des „Deutschen Volksbundes für Paraguay“ interessante Mitteilungen. Während des Krieges setzte eine Auswanderung deutschsprechender Elemente aus Brasilien nach Paraguay ein, wodurch die Herausgabe der trefflichen Aufklärungsschrift des Bundes veranlaßt wurde. Der Erlös dieser Schrift ist ausschließlich für Einwanderungszwecke bestimmt. Die verhältnismäßig stark einsetzende Einwanderung machte die Gründung einer Beratungsstelle für Einwanderer in Asuncion unbedingt notwendig. Bald wurde eine ähnliche Stelle in Enkarnacion geschaffen. Leider fehlen dem Bund zum weiteren Ausbau dieser Abteilung die nötigen Mittel. Mit der paraguayischen Regierung wird in der Einwanderungsfrage engste Fühlung gehalten. Die Regierung wird vom Bund in allen die Einwanderung betreffenden Fragen wie z. B. der Vergrößerung und Neueinrichtung der Einwandererhäuser, Anlage von Kolonien, Beratung der Einwanderer in Buenos Aires usw. beraten. Das Land, welches im allgemeinen hervorragend für deutsche Einwanderung geeignet erscheint, wird für eine Einwanderung in größerem Maßstabe als durchaus noch nicht vorbereitet bezeichnet. Während es bisher schon vielfach sehr schwer war, die Einwandernden an die richtigen Plätze zu stellen, so wird diese Schwierigkeit in dem Maße zunehmen, als die Einwanderung andauert und sich erhöht.

Die geplante Errichtung einer Muster-Chacra wird sich aus Mangel an Mitteln kaum verwirklichen lassen. Aus dem gleichen Grunde ist auch der Vorschlag zur Errichtung einer Gesellschaft für An- und Verkauf von Ländereien in Gestalt einer landwirtschaftlichen Darlehenskasse vorläufig als gescheitert zu betrachten. Die Ortsgruppe Villa Rica wird als besonders tätig in der Einwanderungsfrage gerühmt.

Die Ansiedlungstätigkeit der Regierung von Paraguay.

Dem Deutschen Ausland-Institut wird unter dem 2. Februar aus Paraguay geschrieben: „Die Regierung gewährt in den verschiedenen Kolonien zwischen 16 bis 20 Hektar Land, Jungesellen die Hälfte. Im westlichen Paraguay (Chaco) gibt es überhaupt keine Kolonien. Allerdings stehen der Regierung noch größere Ländereien zur Verfügung, doch sind nicht alle kulturfähig, da zu weit abgelegen. Je größer die Auswanderertruppe, desto schwerer ist passendes Land zu bekommen. Kleinere Gruppen von 100–300 Familien können geschlossene Siedlungen vielleicht in den bestehenden Regierungskolonien erhalten, von denen einige noch wenig besetzt sind. Die Regierung wird jetzt immer mehr gedrängt, den in Argentinien und Brasilien wohnenden Paraguayern Heimstätten zu schaffen. Wird das durchgeführt, dann wird bald Raumangel eintreten. Größere Enteignungen von Privatländereien vorzunehmen ist die Regierung heute nicht imstande, da sie über kein Geld verfügt. Bei siedlungsfähigen Ländereien wird von den Eignern meist auf Barzahlung gedrängt und die Preise steigern sich nach der Nachfrage.“

Misiones als Kolonisationsgebiet.

Im „Argentinischen Wochenblatt“ schreibt Ricardo Telschow über diese Frage an Hand zweier Artikel, die das Blatt früher gebracht hat. Er bestätigt, daß trotz aller Fruchtbarkeit das Territorium als Kolonisationsgebiet für deutsche Auswanderer zunächst nicht in Frage komme. Zunächst sei wenig Land als Kolonisationsgebiet vorhanden; dann wäre auch die Zuwanderung von Dezember bis April für nicht ganz kapitalkräftige Leute unrentlich. Kämen z. B. Leute im Dezember und fänden sie selbst innerhalb von 14 Tagen ein geeig-

netes Land, so brauchten sie zwei Wochen, um eine Hütte zu bauen. Dann müsse der Neuling den Wald schlagen, und ehe der Wald zum Brennen trocken sei, sei die Pflanzzeit vorbei, bis die neue Pflanzzeit aber anfangen, sei wiederum matts-hohes Unkraut gewachsen, das abermals erst beseitigt werden müsse. Wer werde dem Neuling so lange aber Geld borgen? Und wo fänden die Leute sonst Arbeit, die ihre Familie ernährte? Die meisten jetzt Ankommenden würden also ihr Land wieder im Stich lassen müssen und nach Posadas ziehen, um sich von dort wieder nach Süden zu wenden, oder westwärts nach Paraguay zu gehen. Der Autor rät deshalb den Familien, sich zunächst bei der Getreideernte zu beschäftigen und erst nach deren Ende nach Posadas zu kommen. Bis dahin werde wohl auch Kolonisationsland vorhanden sein, das allerdings nicht vom deutschen Großkapital beschafft werde, denn dieses fürchtet, eine nicht genügend hohe Verzinsung zu bekommen. Ein Unternehmen am Alto Parana werde von Jesuiten geleitet, die aber nur katholische Leute mit langjährigen Erfahrungen in Brasilien aufnehmen. Ob auch diese Kolonie rentiere, hänge nur von der Leitung ab.

Ansiedlungsmöglichkeiten in Chile.

Nach einer dem „Ev. Hauptverein für deutsche Ansiedlung und Auswanderung, Witzenhausen“ unter dem 29. Januar 1920 zugegangenen Nachricht, gibt es im Departamento Villarrica Prov. Valdivia Hunderte von chilenischen Ansiedlern, welche ihre etwa 70 Hektar großen Grundstücke gern verkaufen. Die Preise schwanken zwischen 130 und 300 Pesos pro Hektar. Dann sind größere Waldflächen von 10 bis 30000 Hektar noch zu 30 Pesos pro Hektar zu haben. Das Land eignet sich vorzüglich für Rindviehzucht, auch wächst dort jede Kulturpflanze der gemäßigten Zone. Weiter südlich sind noch 40000 Hektar für 100 große Ansiedler zu haben, welche ein Betriebskapital von 300000 Pesos beanspruchen würden. Die Aussichten für deutsche Auswanderer nach Chile seien für Landwirte mit etwa 10000 Pesos und mehr, sowie für Handwerker auch ohne Kapital gut, für Ingenieure, Chemiker und Kaufleute mäßig, für Ärzte die sehr fehlten und gut verdienen könnten, auch nur mäßig, da das dort abzulegende Examen in spanischer Sprache sehr schwer gemacht werde.

Schwierigkeiten neuer Kolonisationsanlagen in Chile.

Ein Artikel von Bernhard Gotschlich, Rechtsanwalt in Santiago, über „die chilenische Ansiedlungsverfügung und die Staatsländereien“ weist an Hand der Geschichte von 30 Kolonisationsunternehmungen, welche durch Gesetz und Dekret günstige Konzessionen erhielten, nach, daß in keinem Falle das anfängliche Ziel der Regierung erreicht wurde; vielmehr wurden diese Gesetze Anlaß zu einer tollen Günstlingswirtschaft. Die von den Gesellschaften gebuchten Einwandererfamilien gaben bald ihr Anrecht auf die eingesetzten 150 oder 300 Hektar Land wieder auf; von Einwanderern bekam man wenig zu sehen; die Bedingungen wurden meist nicht erfüllt und die Konzession nach einiger Zeit widerrufen. Wo Kolonistenfamilien eintrafen, da haben diese durch Machenschaften der Gesellschaft ihre Scholle bald wieder verlassen. Zahlreiche Prozesse mit dem Fiskus waren das Ende vom Liede. Die Staatsmänner verstanden nichts von Kolonisation, sobald ein Minister sich mehr oder weniger eingearbeitet hatte, mußte er aus politischen Gründen sein Amt verlassen. Die Landzuständigkeiten sind in der Regel nach zwei juristischen Bedingungen erteilt worden: nach Erfüllung der Bedingungen muß das Recht des Konzessionärs erst mittelst eines Regierung-

dekretes festgelegt werden, er kann ferner nichts unternehmen, ohne besondere Erlaubnis der Regierung.

Neuere Kolonisationsversuche sollten sich die vorliegenden Erfahrungen derartiger Siedlungsversuche zunutze machen. Eine Banco Hipotecario Colonizador y Agricolas sollte gegründet werden. Das deutsche Kapital sollte sich zur Schaffung einer solchen Institution zusammentun. Diese würde nach Ansicht des Verfassers in wenig Jahren sich des besten Kredits

erfreuen und über einen beträchtlichen Teil des Grundkredits im Lande verfügen. Außerdem bedürfe es der Schaffung eines Landbaukredits, um den Leuten das Geld zur Landvorbereitung und Aussaat vorzustrecken, und einer Landbauversicherung, um die Ackerbauer vor schlechten Ernten zu schützen. Auf diese Weise würden Kapitalien und Kolonisten sicherstehen und die Organisation würde auch von den Chilenen zu diesem Zwecke nachgeahmt werden.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten).

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschtum i. allg.: 37. 49. 85. 91. 94. 99. 101.
Grenzdeutschtum: 3. 4. 5. 31. 32. 35. 44. 50. 52. 54. 61. 66. 67.
 69—74. 76. 89. 95. 98 107. 108. 114. 117—128.
Auslandkunde i. allg.: 3. 41. 48. 104. 106.
Auswanderung: 1. 2. 10. 12. 24. 30.
Außenhandel: 27. 36. 39. 40. 51. 62. 111.
Mission: 57. 79. 81. 92. 109.
Deutschtum im Urteil des Auslandes: 6. 8. 15. 19. 20. 23. 26.
 32. 34. 38. 55. 61. 90. 93. 105.

Geographische Einteilung:

Europa: 112. 113.
Mitteleuropa: 116.
Westeuropa: 3. 9. 64. 104. 106.
Nord- u. Osteuropa: 3. 17. 18. 36. 40. 63. 72. 87. 104. 115.
Süd- u. Südosteuropa: 59. 69. 88. 96. 97. 108. 126. 129—132.
Vorderasien: 14. 16. 20. 114. 134. 135.
Südasien: 45.
Ost- u. Australasien: 27. 80.
Afrika: 7. 21. 33. 65. 75. 83. 86. 92. 102. 103. 136—140.
Nordamerika: 11. 13. 43. 47. 53. 56. 58. 60. 78. 100. 104.
Mittel- u. Südamerika: 1. 2. 12. 24. 28. 29. 42. 46. 68. 77. 82.
 84. 110. 141. 142.

I. Einzelschriften.

1. *Argentinien*. Hrsg. im Auftr. des Reichswanderungsamtes. Nov. 1919. Berlin: Zentralverlag G. m. b. H. 1919. 30 S. 8°. M 0.80. (Auskunftheft f. dt. Auswanderer. H. 1.)
2. *Aufklärung f. Auswanderer nach Chile*. Hrsg. vom Deutsch-Chilenischen Bund, Santiago, Huerfanos 833. Valparaiso [um 1920]: Impr. Victoria. 34 S. 8°.
3. **Auslandstudien* an d. Universität Halle-Wittenberg. Reihe 2. H. 1—4. Halle a. S.: Niemeyer [1919].
 1. Fester, Richard, Die Internationale 1914—19. 49 S. M 1.60.
 2. Waentig, Heinrich, Belgien. 29 S. M 1.20.
 3. Daenell, E[rnst], Dänemark. 39 S. M 1.40.
 4. Aubin, Gustav, Deutsch-Österreich. 59 S. M 1.80.

4. Die *Behandlung* der feindlichen Kriegsgefangenen. Amtl. Bericht d. Kommission z. Untersuchung d. Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung d. Kriegsgefangenen in Deutschland. Berlin: Reimar Hobbing 1920. 104 S. 8° M 3.—.
5. *Bertling*, Anton, Danzig. III. Führer durch den Freistaat Danzig. Mit Abb. von Danzig u. Umgegend. (8. verb. Aufl. d. ill. Führers durch Danzig u. Westpreußen.) Danzig: Kafemann 1920. 32 S. 8° M 2.—.
6. Général *Buat*, Ludendorff, l'homme, son rôle, ses manoeuvres, conclusion. Paris: Payot. 8° fr. 6.—.
 Der frühere Stabschef Pétais entwirft unter Benutzung von Ludendorffs „Kriegserinnerungen“ ein nach Ausdruck und Inhalt würdiges Bild des deutschen Generals.
7. *Codes et lois en vigueur dans le protectorat français du Maroc* (éd. officielle). T. 1: Suppl. (Organisat. judiciaire et lois judiciaires 1914—1918.) 2 vols. Paris: Libr. Gén. de droit. 8° fr. 20.—.
8. *Dayal*, Har., Forty-four months in Germany and Turkey. February 1915, to Oct. 1918. A record of personal impressions. London: King. 8° 3 sh 6 d.
9. *Dell*, Robert, My second country (France). London: John Lane [um 1920]. 323 S. 8° 7 sh 6 d.
10. *Diel*, Jos., Die Auswanderungsfrage. Berlin: Zentralst. f. Berufsberatung d. Akademiker e. V. 1920. 16 S. 8° M 0.50. (Flugschr. d. Dt. Zentralstelle f. Berufsberatung d. Akademiker e. V.)
11. *Dilnot*, Frank, The new Amerika. London: Unwin. 8° 5 sh.
12. *Der Einwanderer in Brasilien!* Nützliche Winke m. Berücks. des Aufenthaltes in Rio de Janeiro. Rio de Janeiro: Einwanderer-Beratungst. d. Deutschen Hilfsvereins. 1920. 63 S. 8°.

Auszug aus der demnächst in Deutschland erscheinenden Schrift „Der Auswanderer nach Brasilien“; streng sachliche, uneigennützig, praktische Winke für den landesunkundigen deutschen Einwanderer.

13. *Faust*, Albert Bernhard, Lists of Swiss emigrants in the eighteenth century to the American colonies. Vol 1. Zurich to Carolina and Pennsylvania 1734—1744. Washington C. D.: National Genealogical Soc. 8° \$ 6.—.
14. *Jeancard*, Paul, L'Anatolie. Paris: Hachette. 8° fr. 6.—
15. *Lémonon*, Ernest, L'Allemagne vaincue. Paris: Bossard. 8° fr. 7.50.
16. **Litten*, Wilhelm, Wer hat die persische Neutralität verletzt? 14 Punkte zur Frage d. pers. Neutralität u. zur pers. schwarzen Liste. Nebst 320 wortgetr. amtl. diplom. Schriftsätzen z. Aufklärung über d. Kriegführung an d. östl. Front. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. XXVII, 164 S. 8°.
17. **Luther*, Artur, Alt-Dorpat und das russische Geistesleben. 2. Aufl. Berlin-Riga-Leipzig: Würtz 1920. 51 S. 8° M 3.60. (Baltische Bücherei. Bd 32.)
18. *Malone*, Colonel, The Russian Republic. London: Allen & Unwin. 8° 2 sh 6 d.

* Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

19. *Marnold*, Jean, Le cas Wagner. La musique pendant la guerre. Paris: Crès. 8° fr. 3.50.
20. *Martchenko*, M., Un voyage en Perse pendant la révolution russe. Les agissements allemands. Paris: Berger-Levrault. 8° fr. 2.95.
21. *Maugham*, R. U. F., The republic of Liberia. Being a general description of the negro republic with its history, commerce, agriculture, flora, fauna and present methods of administration. London: Allen & Unwin. 8° 18 sh.
22. *Mendelssohn-Bartholdy*, A., Das Volk und seine Diplomaten, wie sie zueinander standen u. künftig stehen sollten. Würzburg: Kabitzzsch & Mönnich 1920. IX, 42 S. 8° M 3.—. (Die Volkshochschule. Eine Sammlg. gemeinverständl. u. wissenschaftl. Vortr. Bd 1. H. 1.)
23. [*Morel*, E. D.], Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege. Genehmigte Übersetzung d. Schuldkap. aus E. D. Morel „Truth and the War“. Mit Bild d. Verf. Hrsg. von Hermann Lutz. Berlin: Engelmann 1920. 288 S. 8° M 17.—.
Der Verfasser ist als Herausgeber der Monatsschrift „Foreign Affairs“, des Organs der Union of Democratic Control (in Deutschland zu beziehen durch H. R. Engelmann in Berlin, jährl. M 8.—) bereits im Kriege furchtlos und unermüdlich für eine objektive Untersuchung der Schuld am Kriege, in der Folge für Revision des Versailler Vertrages und unparteiische Würdigung der deutschen Verhältnisse eingetreten. Mht.
24. *Muehlens*, Zur Frage der Auswanderung von Ärzten nach Lateinamerika u. anderen Ländern. I. II. Leipzig: Georg Thieme 1919. 1920. 8° aus: Deutsche medizinische Wochenschrift. Jg. 44. Nr 50. Jg. 45. Nr 8.
25. *Mueller-Jabusch*, Maximilian, Das Buch als Kampfmittel bei den Friedensverhandlungen [Chronologische Zusammenstellung der von deutscher amtlicher Seite herausgegebenen Schriftstücke.] Berlin: Dt. Liga f. Völkerbund 1920. 12 S. 4° Sonderdr. d. Dt. Liga f. Völkerbund. Nr 6.
26. *Murray*, Robert H., Erasmus and Luther. Their attitude to toleration. London: S. P. C. K. 8° 25 sh.
27. *Nord*, A., Die Handelsverträge Chinas. Auf Grund d. Quellenmaterials dargest. Leipzig: K. F. Koehler 1920. VII, 215 S. 8° M 16.—. (Auslandswirtschaft in Einzeldarstellungen. Bd 5.)
28. *Oakenfull*, J. C., „Brazil“, past, present and future. London: Bale & Danielsson. 8° 15 sh.
29. *Oyhanarte*, Horacio B., Argentinien's Neutralität. Rede geh. in d. argent. Abgeordnetenversammlung am 24./25. Sept. 1917. Dt. Ausg. mit Vorw. und Erl. von Prof. Dr. J. Laub und Dr. R. Großmann. Buenos Aires u. Hamburg: Sociedad editoria ibero-americana 1920. 70 S. 8° (Auslandspolitische Schriften d. Ibero-amerikan. Instituts. Nr 1.)
30. (*Schilling*, Claus), Auswanderung und Ärzte. Neuere Pressestimmen des In- u. Auslandes über d. Aussichten dt. Ärzte, Tierärzte u. Sanitätshilfspersonals. 1. Aus. März 1920. Hamburg: Thaden 1920. 16 S. 8° (Beilage z. „Medizinische Blätter f. Auslandsdeutsche“. Jg. 1. 1920. Nr 3.)
31. **Schmidt*, Axel, Die Steinkohlen in Oberschlesien u. an der Saar, die Bedeutung ihres Besitzes u. die Folgen ihres Verlustes f. Deutschland. Stuttgart: Ferdinand Enke 1919. 40 S. 8° (Finanz- u. volkswirtschaftl. Zeitfragen. H. 62.)
32. *Schmidt*, Charles, Ce qu'ils auraient fait de l'Alsace-Lorraine. (Les documents Hindenburg.) Paris: Berger-Levrault. 8° fr. 2.50.
33. *Sembritzki*, Emil, Durch Urwald und Grasland in Kamerun. Kameruner Geschichten u. Bilder f. jung und alt. M. 11 Abb., 1 Kt. u. 3 Kartenskizzen. Berlin: Hermann Paetel [1919]. 168 S. 8° M 5.—. (Sammlung belehrender Unterhaltungsschriften. Bd 57.)
34. *Taylor*, Bayard, Goethe. New Haven: Yale Univ. Press. 8° \$ 10.—. (Facs. and reproductions of unique or rare items from the William A. Speck collection of Goethiana 4.)
35. **Weitblick*, Arthur, Die tschechoslawische Frage. Eine Lösung derselben durch eine deutsch-tschechische Austauschwanderung. Leipzig: Theodor Weicher 1920. 56 S. 8° M 2.80.
36. *Weyrauch*, Walter, Das Eisen in Rußland. Eisenerzorkommen, Eisenerzförderung, Eisen- und Stahlerzeugung. Leipzig: K. F. Koehler 1920. 43 S. 8° M 2.75. (Tagessfragen d. Auslandswirtschaft. H. 12.)
37. **Wrzeszinski*, Richard, Die Auslandsdeutschen u. das Reichsnotopfer. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 39 S. 8° M 3.—. (Steuerrechtliche Einzelschriften. Schrift 1.)
38. *Young*, George, The new Germany. London: Constable 1920. 333 S. 8° 8 sh.
39. *Zeller*, T., Der Kampf zwischen Rohr- und Rübenzucker. Leipzig: K. F. Koehler 1920. 102 S. 8° M 7.—. (Tagessfragen d. Auslandswirtschaft. H. 14.)
40. *Zollhandbuch* für Polen. Mit dankenswerter Unterstützung der Firmen Brokerhoff & Lipschütz, Berlin-Warschau und Kuznitsky & Co., Thorn-Berlin-Danzig hrsg. von dem deutsch-polnischen Verein, Berlin. Berlin: Geschäftsstelle d. Vereins 1920. XIV, 210 S. 8° M 20.—

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

41. *Almanach* de Gotha. Annuaire généalogique, diplomatique et statistique 1920. Année 157. Gotha: Justus Perthes 1920. XXIV, 1083 S. 8° M 90.—.
42. Deutsche evangelische *Blätter* für Brasilien. Jg. 1. 1919/20. Rio Grande do Sul: „Dt.-evang. Blätter“. Jährl. 10 Nrn. \$ 6.—.
43. Wirtschaftliche *Briefe* aus Amerika. Hrsg. von v. Polenz & Co. [Jg. 1.] 1920. Nr 1. 4 S. 4°. Berlin: v. Polenz & Co.
44. *Carinthia*, I., Mitteilungen des Geschichtsvereins für Kärnten, geleitet von Dr. Martin Wutte. Jg. 109. H. 1—6. Klagenfurt: Leon 1919.
Aufsätze von M. Wutte, Deutsche und Slowenen in Kärnten — Slowenische Kampfschriften — Die Kärntner Landesgrenze und ihre geschichtliche Entwicklung; Berichte von M. Wutte u. A. v. Jaksch über Literatur zur deutsch-slowenischen Grenzfrage.
45. *Handbook* for India, Burma and Ceylon. Ed. by E. C. Buckland. 10. ed. London: Murray 1919. CLXXV, 726 S. 24 sh.
46. *Indicador* Catharinense commercial e industrial. [Jg. 1] 1919/20. [Umschlag: Catharinenser Adreßbuch für Handel und Industrie 1920.] Compilado e editado pelo proprietario da Livraria Cysne Florianopolis (Sta. Catharina). [Brasilien]: Mathias Müllern von Schönenbeck. In Deutschland durch Koehjer-Volckmar in Leipzig. 186 S. 8°.
Adreßbuch der Bundes- u. Staatsbehörden, der öffentlichen Einrichtungen sowie der Handel- u. Gewerbetreibenden des Staates Santa Catharina (Südbrasilien) und seiner 34 z. T. überwiegend deutsch besiedelten Verwaltungsbereize (Munizipien Florianopolis, Blumenau, Joinville usw.)
47. Evangelischer *Kalender* auf d. Jahr unseres Herrn 1920. Hrsg. von d. Evang. Synode von Nord-Amerika. St. Louis, Chicago: Eden Publ. House 1920. 143 S. 8°.
48. *Minerva*. Jahrbuch der gelehrten Welt. Begr. von Dr. R. Kukula u. Dr. K. Trübner. Jg. 24. 1920. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 1148 S. 8° M 42.—.

Das klassische Hilfsmittel der wissenschaftlichen Auslandskunde bringt die Berichte aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen u. den Niederlanden fast vollständig, aus Bulgarien, Estland, der Tschechoslowakei, Italien und Spanien teilweise, über England und Amerika nach Angaben von 1919. Nur bei Rußland mußte auf die Angaben von 1914 zurückgegriffen werden.

49. *Mitteilungen* des Vereines für d. kathol. Deutschen im Ausland. Jg. 1. 1920. Nr. 1. 4^o München, Tal 54. Jährl. 12 Nrn. M. 4.—.
 50. *Ostdeutsche *Monatshefte* für Kunst und Geistesleben. Blätter der „Zunft“ und der „Deutschen Gesellschaften für Kunst und Wissenschaften in Polen“. Schriftl.: Carl Lange. Jg. 1. 1920/21. H. 1. Februar 1920. 44 S. 4^o Danzig: Ostdeutsche Monatshefte G. m. b. H., das Heft M. 3.20.
 51. *Periodico* para el comercio de la joyeria y relojeria al por mayor. Años 16. Número 1, Febrero 1920. 106 S. 4^o. [Nach dreijähriger Unterbrechung wieder erscheinende spanische Ausgabe der „Deutschen Goldschmiede-Zeitung“ und „Uhrmacher-Woche“]. Leipzig: Wilhelm Diebener.
 52. Der masurische *Volksfreund*. Wochenschrift zur Förderung deutschen Wesens. Jg. 1. 1919/20. Lötzen/Ostpr.: Meyers Buchhandl. Jährl. 52 Nrn., vierteljährl. M. 2.65.
 53. Die *Neue Zeit*. The New Times. Wochenschrift f. Politik, Kunst u. Literatur. Schriftl.: Michael Singer. Jg. 2. 1920. Chicago: Geschäftsstelle „Die Neue Zeit“. Jährl. 52 Nrn., \$ 7.50.
- III. Zeitschriftenaufsätze.**
54. *Ambrositsch*, Edwin, Die deutsche Not in Krain. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1920. H. 3, S. 180. München: Lehmann.
 55. *Attentus*, Eine Studie über den Haß [das Ergebnis des Rundschreibens der Pariser Wochenschrift „La Renaissance“ über den Deutschenhaß in Frankreich]. in: Vivos Voco. Jg. 1. 1919/20. H. 5, S. 281. Leipzig: Seemann.
 56. *Aufklärung* des amerikanischen Volkes [Über die deutsch-amerikanische Wochenschrift „Die neue Zeit“. Vgl. Nr. 53]. in: Der Handelsstand im Auslande. Jg. 11. 1920. Nr. 2, S. 29. Hamburg: Kaufmann. Verein von 1858.
 57. *Axenfeld*, K. (Missionsdirektor), Die Lage der deutschen evangelischen Missionen in Afrika. in: Kolon. Rundschau. 1919. H. 10—12, S. 215. Berlin: D. Reimer.
 58. Zu den *Beziehungen* der Lutheraner Amerikas zu Deutschland. in: Allgem. evang.-luth. Kirchenzeitung. Jg. 52. 1919. Nr. 49. Leipzig: Dörffling & Franke.
 59. The new *boundaries* of Bulgaria. (By A. R. H.). in: The Geographical Journal. Vol. 55. 1920. Nr. 2, S. 127. London: The Royal Geograph. Society.
 60. Amerikanische *Briefe*. in: Das neue Deutschland. Jg. 8. 1920. H. 9, S. 170. Gotha: F. A. Perthes.
 61. *Chisholm*, Geo. G. The free city of Danzig. in: The Geographical Journal. Vol. 55. 1920. Nr. 4, S. 305. London: The Royal Geographical Society.
 62. *Cohn*, Fritz Th., Das deutsche Buch im Auslande. in: Das literar. Echo. Jg. 22. 1919/20. H. 13. Berlin: Fleischel.
 63. *Eckardt*, Hans von, Estland u. Lettland. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 5. 1920. Nr. 15, S. 224. Hamburg: Meißner im Komm.
 64. *Federn*, Robert, Das Gesetz von den kommunizierenden Gefäßen in der deutsch-französischen Politik. in: Europäische Staats- und Wirtschaftsztg. Jg. 5. 1920/21. Nr. 5/6, S. 53. Berlin: Dr. A. Hofrichter.
 65. *Feldmann*, H., Welche Schäden sind der deutschen ärztlichen Mission in den deutschen Kolonien durch den Krieg entstanden? I. Deutsch-Ostafrika. II. Das übrige Afrika und Asien. in: Koloniale Rundschau. Jg. 1919. H. 10 bis 12, S. 237. 1920. H. 1, S. 32. Berlin: D. Reimer.
 66. *Frankreich* und die Saarpresse. in: Zeitungsverlag. Jg. 21. 1920. Nr. 10, S. 394. Magdeburg: Verein deutscher Zeitungsverleger.
 67. *Frey*, Ernst, Die Tschechen und das Wirtschaftsleben der Sudetendeutschen. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1920. H. 10, S. 188. München: Callwey.
 68. *Geißler*, [Bruno], Ein neuer Abschnitt [der Geschichte der deutschen evang. Kirche] in Brasilien. in: Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 9/10, S. 199. Leipzig: Hinrichs.
 69. *Gruber*, F. E., Das Heinenland in der Geschichte bis 1491. in: Vierburgenland. Jg. 2. 1920. H. 1/2, S. 2. Ödenburg: „Vierburgenland“.
 70. *Hickmann*, Gerhard, Die deutsche evangelische Kirche in der tschechoslowakischen Republik. in: Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 9/10, S. 196. Leipzig: Hinrichs.
 71. *Hinrichs*, Th., Der Kampf um die Nordmark. in: Deutscher Volkswart. Jg. 5. 1920. H. 2, S. 37. Leipzig: Weicher.
 72. *Hoetzsch*, Otto, Tschecho-Slowakei und Polen. in: Die neue Rundschau. Jg. 31. 1920. H. 3, S. 273. Berlin: Fischer.
 73. *Huebner*, Hans, Staat und Länder [Deutsch-Österreichs]. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 11, S. 201. München: Callwey.
 74. Das angeblich elsässische *Jubelfest*. Eine elsässische Stimme aus dem Jahre 1848. Von einem Straßburger [nebst] Nachwort von Fr. Koenig. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr. 8, S. 217. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
 75. *Kiessling*, Entwurf für eine deutsche Schule in Tanger. in: Das Schulhaus. Jg. 22. 1920. H. 1, S. 21—22. Charlottenburg: Vanselow.
 76. *Koenig*, Fr., Zur Einführung Elsaß-Lothringens in den französischen Staat. in: Die deutsche Nation. Jg. 2. 1920. H. 3, S. 167. Charlottenburg: Verlagsgesellsch. f. Politik u. Geschichte. G. m. b. H.
 77. *Kolumbien* (Von Nn. Bogotá). in: Wirtschaftsdienst. Jg. 5. 1920. Nr. 15, S. 230. Hamburg: Meissner i. Komm.
 78. *Kreutz*, B., Zur Geschichte des amerikanischen Hilfswerkes. in: Caritas. Jg. 25. 1919/20. Nr. 4/6, S. 61. Freiburg i. Br.: Caritasverband für d. kathol. Deutschland.
 79. *Kriele*, Ed., Zum Gedächtnis. Rede bei der Beerdigungsfeier von Dir. Spiecker. in: Berichte der Rhein. Missions-Gesellschaft. Jg. 77. 1920. Nr. 3, S. 41. Barmen: Barmer Missionshaus.
 80. *Lambertz*, Hans, China. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 5. 1920. Nr. 14, S. 214. Nr. 15, S. 229. Hamburg: Meissner i. Komm.
 81. Vom *Leben* u. Heimgang Direktor Spieckers. in: Berichte der Rhein. Missions-Gesellschaft. Jg. 77. 1920. Nr. 3, S. 46. Barmen: Barmer Missionshaus.
 82. *Lutz*, Otto, Sckicksale der deutschen Kolonie in Panama. in: Illustrierte Auswanderer-Zeitung. Jg. 13. 1919/20. Nr. 23, S. 2. Stuttgart: Ausland u. Heimat A.-G.!
 83. *Meinhof*, C., Was verdankt Afrika der deutschen Arbeit? in: Kolon. Rundschau. Jg. 1920. H. 1, S. 1. Berlin: D. Reimer.
 84. *Mez*, John, Brief aus Mexiko. in: Friedenswarte. Jg. 21. Nr. 7/8. Zürich: Füssli.
Schildert die Haltung der mexikanischen Regierung und die Lage der deutschen Kolonie während des Krieges, die deutsche Propaganda und die Ausdehnungsbestrebungen der Vereinigten Staaten. Mht.
 85. *Mittelstein*, Max, Reichsmittel an Deutsche für Schäden im Ausland. in: Hanseatische Rechtszeitschrift. Jg. 3. 1920. Nr. 1, S. 54. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger.
 86. *Moisel*, Max, Das Ende der deutschen Kolonien Mittelafrikas. in: Kol. Rundschau. Jg. 1920. H. 1, S. 18. Berlin: D. Reimer.

87. *Muench*, Otto, Spitzbergen. in: Deutsche Revue. Jg. 45. 1920. H. 4, S. 13. Stuttgart-Leipzig: Dt. Verlagsanstalt.
88. *Ogilvie*, Alan G., A contribution to the geography of Mazedonia. in: The Geographical Journal. Vol. 55. 1920. Nr 1, S. 1. London: The Royal Geogr. Society.
89. *Pange*, Jean de, Le régionalisme en Alsace et en Lorraine. in: Le Correspondant. 2. Februarheft 1920. Paris, Rue St. Guillaume 31: Trogan.
90. *Pernot*, Maurice, Carnets d'un Français en Allemagne (Juillet-Octobre 1919). 1. 2. in: Revue des Deux Mondes. Tom. 55. 1920. Livr. 1. 2. Paris: Revue des Deux Mondes.
91. *Peycke*, R., Die Bedeutung der Schriffrage für das Auslandsdeutschtum. in: Das Echo. Jg. 39. 1920. Nr 4, S. 376. Berlin: Auslandsverlag.
92. *Pietsch*, P. J., Die Zukunft der deutschen katholischen Missionen in Afrika. in: Kolon. Rundschau. 1919. H. 10-12, S. 227.
93. *Pirenne*, Henri, Souvenirs de captivité en Allemagne (Mars 1916—novembre 1918.). in: Revue des Deux Mondes. Tom. 55. 1920. Livr. 3. Paris: Bureau de la Revue des Deux Mondes.
94. Die deutsche *Presse*, das deutsche Publikum und das Ausland [nach Bernh. Guttman, „Die Zukunft des Korrespondenten“ in der Frankf. Ztg.]. in: Zeitungsverlag. Jg. 21. 1920. Nr 8, S. 312. Magdeburg: Zeitungsverlegerverein.
95. *Radl*, E. M., Die Zusammenarbeit der Tschechen u. Deutschen in der Republik. in: Die Wirtschaft. Jg. 1. 1920. Nr 30, S. 2. Prag: „Die Wirtschaft“.
96. *Reissenberger*, Karl, Die Siebenbürger Sachsen in ihrer geschichtlichen Entwicklung. in: Petermanns Mitteilungen. Jg. 66. 1920. Jan./Febr.-Heft S. 10. Gotha: Justus Perthes.
97. *Rendtorff*, Franz, Die evangelische Kirche deutscher Zunge im Gebiete des ehemaligen Königreichs Ungarn. in: Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 9/10, S. 181. Leipzig: Hinrichs.
98. *Riehl*, W., Die deutsche national-sozialistische Partei in Oesterreich und d. Tschechoslowakei. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1920. H. 3, S. 171. München: Lehmann.
99. von *Scheller-Steinwartz*, Die Aufgaben der Diplomatie. in: Die deutsche Nation. Jg. 5. 1920. H. 3, S. 167. Charlottenburg: Verlagsgesellsch. f. Politik u. Geschichte.
100. *Schmidt*, Hans, „Aber die Deutschen sind daran schuld“ [Über Heinrich Börnsteins „75 Jahre in der Alten u. Neuen Welt“. Verderbliche Folgen der Trunksucht der Deutschen in Amerika]. in: Vortrupp. Jg. 9. 1920. Nr 5. Hamburg: Janssen.
101. *Schultz-Ewerth*, Erich, Überseeische Bestrebungen aus Preußens Vergangenheit. in: Süddeutsche Monatshefte. Jg. 17. 1919/20. H. 6, S. 427. München: „Süddeutsche Monatshefte“.
102. *Seitz* (Gouverneur), Die Lage der deutschen Unternehmungen in Südwestafrika. in: Kolon. Rundschau. 1919. H. 10—12, S. 207. Berlin: D. Reimer.
103. *Seitz* (Gouverneur), Die staatsrechtliche Stellung Südwestafrikas nach dem Frieden von Versailles. in: Kolon. Rundschau. Jg. 1920. H. 1, S. 8. Berlin: D. Reimer.
104. *Siegmund-Schultze*, F., Nothilfe für Deutschland. I. Das englische Versöhnungswerk. II. Das amerikanische Liebeswerk. III. Schwedens Liebeswerk. IV. Das dänische Hilfswerk. V. Norwegens Hilfe. VI. Das holländische Liebeswerk. VII. Die Schweiz u. d. deutschen Kinder. in: Die Eiche. Jg. 8. 1920. Nr 1. Berlin: Zillesen i. Komm.
105. *Tarlé*, Antoine de, La situation économique et sociale en Allemagne. in: Le Correspondant. 2. Februarheft 1920. Paris, Rue St.-Guillaume: Trogan.
106. *Thurnwald*, R., Die Angelsachsen und wir. in: Das neue Deutschland. Jg. 8. 1920. H. 9, S. 163. Gotha: F. A. Perthes.
107. *Tiedje*, Johannes, Das nationale Selbstbestimmungsrecht in Nordschleswig. in: Das neue Deutschland. Jg. 8. 1920. H. 10, S. 185. Gotha: F. A. Perthes.
108. *Treumund*, E., Deutschum u. ungarische Frage. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1920. H. 3, S. 174. München: Lehmann.
109. *Warneck*, Joh., Missionsdirektor Joh. Spiecker. In piam memoriam. in: Allg. Missionszeitschr. Jg. 47. 1920. H. 3, S. 57. Berlin: Warneck.
110. Deutschlands *Zukunft* in Argentinien. Von H. in: Weltwirtschafts-Zeitung. Jg. 5. 1920. Nr 5, S. 130. Berlin Eckart-Verlags-A.-G.

IV. Karten.

Erdkarten.

111. Die Wege der Weltwirtschaft, ihre strategisch wichtigen Punkte und die hauptsächlichsten Flottenstationen der Großmächte stellt eine Übersichtskarte in Schwarzdruck (Beilage zu Reinhard, Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde, Breslau: Hirt 1919) dar.

Europa — Gesamtgebiet.

112. *Heyde*, H., Gea-Karte von Europa. Polit. Neubearb. M. 1:600 000. Berlin: Gea-Verlag [1920]. 105:77 cm. M. 9.—

Ansprechender, als Hand- und Wandkarte geeigneter Mehrfarbendruck mit Flächenkolorit der einzelnen Staaten unter besonderer Ausscheidung der noch strittigen Gebiete und übersichtlicher Heraushebung des Verkehrsnetzes, wobei allerdings wichtige, z. T. schon vor dem Kriege gebaute Verbindungsstrecken nicht angegeben sind. Wünschenswert wäre auch eine Erläuterung der Signaturen für das Verkehrsnetz. Das politisch-geographische Bild ist bis auf kleine Einzelheiten (Rumänien, Kleinasien) gut herausgearbeitet.

113. *Kettler*, J. J., Wandkarte von Europa. Unter kriegsgeschichtl. Mitwirkung von Oberst Immanuel. Gez. von P. Zeissig. M. 1:3 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott A.-G. 151:115 cm (Flemmings Wandkarten d. Weltkrieses. Nr 5).

Darstellung sämtlicher europäischer Kriegsschauplätze einschließlich des U-Bootspergebietes und Kleinasien mit Angabe der verschiedenen Frontlinien bis einschl. Oktober 1918, unter Hervorhebung der strategisch wichtigen Eisenbahnlinien mit sehr ausführlicher Legende, insgesamt auf politisch-geographischer Grundlage mit Grenzkolorit der einzelnen Staaten. Die Karte ist auch deutschkundlich von Interesse, leider sind jedoch die gewählten militärgeographischen Signaturen z. T. nicht deutlich genug, so daß die Benutzung als Wandkarte erschwert ist.

114. *Europa*. Ausg. 1920 mit der neuen politisch. Einteilung auf Grund der Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz. M. 1:7,5 Mill. Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt 1920. 80:60½ cm. M. 2.—. (Freytag & Berndt's Handkarten.)

Zur ersten Orientierung für den Handgebrauch. Die einzelnen Staaten mit Flächenkolorit und den neuen Grenzen. Die strittigen Gebiete sind durch eine besondere Signatur hervorgehoben, allerdings trifft die Angabe der Zeichenerklärung, daß über alle diese Gebiete erst durch Volksabstimmung entschieden werden soll, mehrfach (z. B. für das Gebiet um Triest und Görz) nicht zu. Bemerkenswert ist noch die Angabe, wie die Aufteilung der Türkei geplant ist. Die Hauptverkehrslinien sind durchweg übersichtlich herausgehoben.

Nordeuropa.

115. Von der Landgeneralkarte von Norwegen (1:250 000) sind die Blätter XX und LVI erschienen (Pet. Mitt. 1920, 1/2).

Mitteleuropa und Deutsches Reich.

116. *Opitz*, C., Organisations-Karte von Deutschland f. Handel u. Industrie. M. 1:600 000. Bl. 1—8. Leipzig: J. J. Arnd [1920]. 212:170 cm. M. 37.—.

Außerordentlich reichhaltige und deshalb z. T. schon etwas unübersichtliche administrative und verkehrsgeographische Wandkarte, die angrenzenden Teile Mitteleuropas bis Utrecht-Besancon bzw. Warschau-Wien mit umfassend, teils mit Flächen-, teils mit Linienkolorit. Die offenbar ältere Karte ist den neuen politisch-geographischen Veränderungen entsprechend überarbeitet, allerdings nicht ganz einheitlich und vollständig, z. B. in Österreich und Ungarn, ferner fehlt die Angabe verschiedener Abstimmungsgebiete. Die Karte ist an dieser Stelle vor allem wegen der Darstellung der Eisenbahn- und Schifffahrtswege und ihrer Anschlüsse in das Ausland zu erwähnen. Eine größere Zahl von Nebenkarten zeigt die wichtigsten deutschen Kohlen- und Industriegebiete noch besonders. Empfehlenswert wäre, bei einer Neuauflage den Titel der Karte dem reichen Inhalt besser anzupassen.

Vgl. auch Nr. 121.

Nordwestdeutsche Grenzmarken.

117. *Abstimmungsergebnisse* in Schleswig. Herausg. von der Kartograph. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme [Berlin] 1920. M. 1:300 000. 43 $\frac{1}{2}$:42 $\frac{1}{2}$ cm.

Wertvolle Darstellung der Abstimmungsergebnisse, allerdings nur in der ersten Zone, in Punktmanier, für alle einzelnen Gemeinden in 5 Stufen das Prozentverhältnis der deutschen und dänischen Stimmen verzeichnend, ausschließlich für den Handgebrauch. Es hätte wohl den Versuch gelohnt, durch Überdruck mit geeigneten Rastern neben der exakten Einzeldarstellung auch noch die großen Züge zusammenfassend wiederzugeben.

Ostdeutsche Grenzmarken.

118. *Deutsches Sprachgebiet* an d. Friedensvertragslinie. Bearb. in der Kartogr. Abt. d. Preuß. Landesaufn. M. 1:1 Mill. Berlin 1919. 59:70 cm. (Beil. zu: Die nationalen Verhältnisse im dt.-poln. Grenzgebiet.).

Deutschkundlich wertvolle, für den Gebrauch als Hand- und Wandkarte geeignete Darstellung des deutschen Sprachgebietes an der deutschen Ostgrenze, was der Titel allerdings nicht genügend erkennen läßt. Die durch den Friedensvertrag vergewaltigten Teile des deutschen Sprachgebietes sind durch besondere Flächen-signatur übersichtlich hervorgehoben. Wünschenswert wäre noch die Angabe der wichtigsten statistischen Daten für Flächeninhalt und Bevölkerung der betreffenden Gebiete gewesen.

119. *Eulitz*, Kreiskarten d. Provinzen Ostpreußen, Pommern u. Posen. [Spezialkarte 1—4]. Bearb. i. geograph. Institut Paul Baron, Liegnitz. M. 1:100 000. Stolp: Oskar Eulitz 1920. Je M 1.50.

- [1.] Goldap. 3. Aufl. 47:42 $\frac{1}{2}$ cm.
[2.] Lötzen. 3. Aufl. 52 $\frac{1}{2}$:31 $\frac{1}{2}$ cm.
[3.] Pyritz. 2. Aufl. 49:37 cm.
[4.] Meseritz. 4. Aufl. 52 $\frac{1}{2}$:42 cm.

Für den Handgebrauch weiterer Kreise, in Anlage und Ausführung entsprechend den unter Nr. 124 ds. Jhg. auf S. 31 genannten Karten.

120. *Kettler*, J. J., Oberschlesien. M. 1:300 000. Berlin: Flemming & Wiskott A.-G. [1920]. 64 $\frac{1}{2}$:58 cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. von Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr. 67.).

Eingehende, in erster Linie für den Handgebrauch in Frage kommende Karte, deren Übersichtlichkeit durch die verschiedenen Eintragungen und die nicht sehr ansprechende Kolorierung etwas gelitten hat. Inhaltlich bestehen Mängel, insofern als das Gebiet um Mährisch-Ostau (Teschner Gebiet) mindestens als „strittig“ zwischen Polen und der Tschechoslowakei hätte angegeben werden müssen. Das Gebiet um Troppowitz ist ebenfalls nicht richtig charakterisiert (vgl. das auf S. 31 ds. Jhg. unter Nr. 127 Gesagte). Die Legende enthält die Flächenangaben für die einzelnen Kreise des Regierungsbezirks Oppeln; sie könnte durch die Angabe der Bevölkerungsziffern, namentlich auch der Nationalitätenverhältnisse für die Orientierung zur kommenden Abstimmung noch fruchtbarer ausgestaltet werden.

Österreich und Ungarn.

121. *Artarias* Eisenbahnkarte 1920 mit den neuen Grenzen. Mit 7 Plänen u. Nebenk. u. vollst. Stationsverzeichn. M. 1:1,4 Mill. Beiktn.: Ostrau-Karwiner Gebiet 1:115 000, Nieder- u. Oberösterreich i. doppelten M. d. Hauptkte. 5. Neubearb. 10. Aufl. bearb. i. Institut d. Verlagshandl. [Dr. K. Peucker]. Wien: Artaria & Co. 1920. 113 $\frac{1}{2}$:79 $\frac{1}{2}$ cm.

Sehr eingehende, in erster Linie für Handgebrauch in Frage kommende Darstellung, in der neuen Ausgabe den veränderten politischen Verhältnissen entsprechend bearbeitet. Sie bezeichnet durch besondere Kolorierung der einzelnen Linien die verschiedenen Staats- und Privatbahnbetriebe der Nachfolgestaaten des ehemaligen Österreich-Ungarn mit ihren Anschlüssen ins Ausland und unter Angabe der Paß- und Gepäckrevisionsstellen. Die einzelnen Stationen sind ausführlich erläutert, ein besonderes Stationsregister (53 S.) ist beigegeben. Eine Anzahl von Nebenkarten und 1 Beikarte stellt Einzelgebiete in größerem Maßstab noch besonders dar.

122. *Lange*, Friedrich, Deutsch-Österreich u. die Tschechoslowakei. M. 1:1 Mill. Berlin: D. Reimer [1920]. 92 $\frac{1}{2}$:62 $\frac{1}{2}$ cm. (Dietrich Reimers Handkarte.)

Deutschkundlich wertvolle Karte, die sich nicht darauf beschränkt, den Verlauf der neuen Grenzen anzugeben, sondern auch die durch die neue Grenzführung vergewaltigten deutschgesinnten Gebiete in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Österreich durch besondere Flächenschräffur zur Darstellung bringt und in der ausführlich gehaltenen Legende hinsichtlich ihrer allgemeinen Bedeutung noch besonders bespricht. Die Karte ist auch für Demonstrationen noch geeignet, wünschenswert wäre aber, daß bei einer Neuauflage das Gradnetz nicht mehr auf Paris bezogen wird.

123. Die *Gegend* von Gmünd [u.] die Grenze an der March u. die Gegend von Feldsberg und Hohenau. [Kt. 1. 2.] (Art. 1 d. 2. Teiles, Z. 6, der Friedensbedingungen vom 2. Juni, Art. 27, Z. 6, d. Friedensbed. vom 20. Juli u. 2. Sept.) M. 1:200 000. [Wien]: Militärgeograph. Institut [1919], Lechner i. Komm. [1.] 26:34 $\frac{1}{2}$ cm. M 4.50. [2.] 40:44 $\frac{1}{2}$ cm. M 6.75.

Spezialdarstellungen als Ergänzung zu der unter Nr. 109 auf S. 221 ds. Jhg. genannten Handkarte in entsprechend größerem Maßstab, sonst in ähnlicher Ausführung.

124. *Schober*, Karl, Handkarte[n] von Steiermark, ausgef. u. hrsg. vom Militärgeographischen Institute in Wien 1908, 37:30 $\frac{1}{2}$ cm [u.] Tirol und Vorarlberg, ausgef. u. hrsg. . . 1917, 40:32 cm. M. 1:750 000. Verkleinerung der Schulwandkarte. Wien: Lechner [1920]. Je Kr. 1.—.

Kleine, übersichtliche Höhenschichtenkarten mit Angabe der alten und neuen Grenzen, nur zum Handgebrauch.

125. Österreichisch-italienische *Grenzgebiete* mit dem Trentino, Triest, Görz u. Gradiska. M. 1:300 000. Zeichnung, Lithogr. u. Druck d. graph. Kunstanst. „Globus“, Dresden. Leipzig: Mittelbach. 180:69 cm. (Mittelbachs Karten.)

Die offenbar ältere Karte, deren Geländezzeichnung nicht sehr fein ausgeführt ist, ist durch raschen Ausdruck der neuen Grenzen, deren Signatur nicht einmal erläutert wird, den politisch-geographischen Veränderungen angepaßt. Deutschkundlich ist die Karte durch die Eintragung der deutschen Sprachgrenze in Tirol wichtig, da der große Maßstab der Karte die Verfolgung bis in alle Einzelheiten gestattet. Wünschenswert wäre, die Sprachgrenze bei einer Neuauflage auch in den übrigen Gebieten durchzuzeichnen. Die Karte kann auch für Demonstrationen noch Verwendung finden. Das Gradnetz ist unvollständig bezeichnet.

126. *Ungarn* nach dem Friedensvertrag von Neuilly u. mit Ang. d. ethnogr. Grenze d. magyarischen Siedlungsgebietes. M. 1:1,5 Mill. [2. Aufl.] Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt [1920]. 43 $\frac{1}{2}$:34 $\frac{1}{2}$ cm. (Freytag & Berndt's Handkarten.)

Neuauflage der unter Nr. 128 auf S. 157 ds. Jhg. besprochenen Karte. Die Farbgebung ist nicht ganz zum Vorteil der Karte geändert, da auf der ersten Auflage sowohl das außerhalb des heutigen Ungarn liegende magyarische wie das innerhalb gelegene nichtmagyarische Siedlungsgebiet schärfer hervortrat. Wir regen erneut an, für das umstrittene Westungarn und für das deutsche Siedlungsgebiet eine besondere Flächen-signatur einzuführen, um die Verwendbarkeit der Karte noch zu steigern.

127. *Rothaug*, J. G., Deutsch-Westungarn. M. 1:600 000. Wien: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt [1920]. 21:30 cm.

Kleine, nur für den Handgebrauch geeignete Übersichtskarte mit Flächenkolorit für Deutsch-Westungarn und Grenzkolorit der angrenzenden Gebiete unter besonderer farbiger Heraushebung des Verkehrsnetzes einschließl. der Flüsse. Die Zeichenerklärung fehlt.

Tschecho-Slowakei.

128. Eine kleine Bevölkerungskarte (Schwarzdruck) des Schönhengstgaues enthält das Böhmerlandjahrbuch 1920 (Böhmerlandverlag, Eger, 1920). Vgl. auch Nr. 122.

Südosteuropa und Balkan.

129. G. *Freytags* Karte von Rumänien mit der neuen Grenze nach dem Frieden 1919. M. 1:1 Mill. Wien u. Leipzig: Kartogr. Anstalt Freytag & Berndt [1920]. 82:67 cm.

Robor Mehrfarbendruck, der durch Einzeichnung der neuen Grenzen den Veränderungen der politischen Verhältnisse rasch angepaßt ist. Die stehengebliebenen alten Staatsbezeichnungen „Serbien“ und „Österreich-Ungarn“ sollten bei einer Neuauflage unbedingt ausgemerzt werden. Die Westgrenze von Rumänien scheint uns in der hier angegebenen Zeichnung nicht zutreffend. Besonders ausführlich ist das Verkehrsnetz dargestellt.

130. Deutschkundlich wichtig ist die farbige Sprachenkarte des Sachsenlandes in Siebenbürgen von Langhans (2 Bl., 1:200000), die die Verbreitung des Deutschtums auf Grund der Volkszählung von 1910 und zugleich die geschichtliche Entwicklung des Gebietes darstellt (Pet. Mitt. 1920, Taf. 1 u. 2).
131. Eine kleine Übersichtskarte (Schwarzdruck) verzeichnet die neuen Grenzen Bulgariens nach dem Frieden von Neuilly (Geogr. Journ., Vol. LV, 2).
132. Wirtschaftsgeographisch ist eine Vegetationskarte (Schwarz- und Blaudruck) des zwischen Wardar und Struma gelegenen Teiles von Mazedonien von Ogilvie zu erwähnen (Geogr. Journ. Vol. LV, 1).

Mittelmeergebiet.

133. Ein wirtschaftsgeographisches Übersichtskärtchen des Mittelmeergebietes mit den Grenzen der Anbaugelände verschiedener Kultur- und Nutzpflanzen (Schwarzdruck) bringt Geogr. Teacher 56, 1920.

Asien; Persien und Mesopotamien.

134. Eine Reihe sehr wertvoller wirtschaftsgeographischer Übersichtskarten von Persien (in Schwarzdruck) enthält das Werk von Litten („Persien“, Berlin u. Leipzig: Vereinigung wiss. Verleger, 1920), nämlich eine Karte der Telegraphenlinien in Persien, des Straßennetzes um Teheran, der engl. Eisenbahnpläne, der englischen Minenmonopolpläne, der Verteilung der russischen Fischereien am Kaspischen Meer, eine Übersichtskarte der Transpersischen Bahn, den Stadtplan von Teheran, eine Übersichtskarte des schwedischen Gendarmerieschutzes in Persien, der persischen Zollverwaltung, der persischen Handelsstraßen, endlich eine Übersichtskarte zu dem Abkommen von 1907 und 1911, in verschiedenen Maßstäben, zumeist 1:9,5 Mill.
135. Eine Aufnahme des Euphratgebietes zwischen Gerger und Djerebis von Nöldeke enthält Pet. Mitt. 1920 (Taf. 3).

Afrika.

136. *Herrich, A.*, Afrika. M. 1:14,5 Mill. 27. Aufl. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 75½: 61 cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. von Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr. 2.)
- In der Farbgebung nicht restlos geglückte, aber trotz einer gewissen Unübersichtlichkeit infolge der vielen Namen für Demonstrationen noch brauchbare Übersichtskarte, mit Flächen- und Grenzkolorit der einzelnen Schutzgebiete unter besonderer Heraushebung der ehemals deutschen Besitzungen, die auf Nebenkarten z. T. noch besonders in größeren Maßstäben dargestellt sind. Die Karte könnte auch hinsichtlich der Namensschreibung und Bezeichnungen noch durchgearbeitet werden; unnötig ist, daß z. B. auf einer deutschen Karte die weiche Bezeichnung für Belgisch-Kongo genannt wird.
137. 3 kleine Kartenskizzen (Schwarzdrucke) in verschiedenen Maßstäben zeigen die Aufteilungspläne der Entente bezgl. der ehemals deutschen Besitzungen in Afrika (Pet. Mitt. 1920, S. 21—22).
138. Eine farbige Routenaufnahme von *Dieterich* stellt den

Schauplatz der letzten Kämpfe der Deutsch-Ostafrikaner unter General v. Lettow-Vorbeck im nördlichen Portugiesisch-Ostafrika im Maßstab 1:1,5 Mill. dar. (Pet. Mitt. 1919, Taf. 21.)

139. Beachtenswert ist eine farbige Übersichtskarte (1:20 Mill.) des bekannten Kap-Kairo-Bahnprojektes (Geogr. Journ. LV, 2). Im zugehörigen Text noch einige ergänzende Spezialkärtchen in Schwarzdruck.
140. Ein wirtschaftsgeographisches Übersichtskärtchen (Schwarzdruck) von Westafrika enthält Geogr. Teacher 56, 1920.

Südamerika.

141. *Bludau, A.*, Argentinien u. Chile mit Bolivien, Paraguay, Uruguay u. brasilianischen Südstaaten. Zeichnung v. O. Herkt. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:7,5 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott A.-G. [1920]. 64:57 cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr. 66.)

Aus Übersichtskarte für den Handgebrauch weiterer Kreise, aber auch als Wandkarte für Demonstrationen noch geeignet. Mit Flächen- und Grenzkolorit der einzelnen Staaten unter besonderer Hervorhebung des Verkehrsnetzes. Erwünscht wäre speziell für die Zwecke der Auswandererberatung noch die Angabe der wichtigsten Dampferlinien.

142. Eine Übersichtsskizze der Gebiete am Paraná und Uruguay (Schwarzdruck, M. 1:5,4 Mill.) ist der kleinen Schrift von *Lassberg* („Eine Erkundungsreise für deutsche Siedlung in Nordostargentinien und Paraguay“, Freiburg: Caritas 1920) beigegeben.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Aus *Honduras* schreibt ein Mitarbeiter den „Hamb. Nachr.“ und verlangt (24. März) die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flaggenform für den Auslandsdienst. „Mit Grauen und Jammer denken wir daran, daß unser Konsul gezwungen werden könnte eine schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen. Die Einheimischen ständen solchem Tausch fremd gegenüber und das Auslandsdeutschtum lehnt ihn geradezu ab. Dann weht die eine Flagge eine sogenannte deutsche, aber kein Deutschtum sammelt sich darum. Kein Deutscher fühlt sie als Wahrzeichen, das ihn seine Heimat empfinden lassen sollte. Hinter der alten Flagge steht das deutsche Ansehen, sieht man Deutschland fast noch als etwas unverändert Großes und diesen Eindruck müssen wir im Auslande machen. Hinter den neuen Farben steht nichts, für uns hier draußen höchstens ein Gefühl der Selbstentwürdigung der Selbstentmannung. In viele deutsche Häuser, Vereine, Landgüter bin ich inzwischen gekommen, überall hängt unverändert die liebe Schwarz-weiß-rote und überall der gleiche feste Wille die bleibt hängen und keine andere tritt an ihre Stelle, möge sie daheim noch so viel Kuhhandel treiben und uns das wahre Heimatssymbol zu entreißen suchen.“

VON UNSERER ARBEIT

Geheimer Hofrat Prof. Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, das Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirates, hat einen Ruf nach Hamburg erhalten, wo ihm der Senat die neue Professur für ausländisches Recht übertragen will. Professor Mendelssohn-Bartholdy ist einer der hervorragendsten Kenner

des ausländischen, namentlich des englischen Rechts, zu dessen Studium er sich wiederholt in England aufgehalten hat. Der Gelehrte hat erst kurz Berufungen an die Universitäten Frankfurt und Göttingen abgelehnt, dem Rufe nach Hamburg wird er voraussichtlich Folge leisten.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. Für den Anzeigenteil: J. Bernhardt in Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. April 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITÄT
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 10

STUTTGART

Zweites Mai-Heft 1920

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg.

Die Heldentaten unserer Feldgrauen wurden in Zeitungen und Büchern, in Wort und Bild verherrlicht. Aber noch wenig hat man von jenem Heldentum gehört, das die Auslandsdeutschen an den Tag legten, als sie bei Kriegsausbruch weder Opfer noch Gefahr scheuend, in die Heimat zurückkehrten, um ihr Vaterland zu verteidigen oder, in die Hand der Feinde geraten, das harte Los der Gefangenschaft standhaft erduldeten. Das alles ist wohl wert, der Nachwelt erhalten zu bleiben; würde es der Vergessenheit anheimfallen, so würde der Geschichtschreibung unserer Zeit ein Ruhmesblatt fehlen.

Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart hat daher noch während des Krieges einen Aufruf an die Auslandsdeutschen erlassen mit der Bitte, ihre Erlebnisse im Weltkrieg niederzuschreiben und diese Schilderungen einzusenden, damit sie gesammelt und veröffentlicht würden. Der Aufruf fand ein lautes Echo, zahlreiche Berichte liefen ein, und es möge auch an diesem Ort den Verfassern für ihre Bereitwilligkeit der herzlichste Dank ausgesprochen werden.

Leider stieß die Herausgabe des Sammelwerks bei der steigenden Papierknappheit, den hohen Preisen und den mißlichen Zeitverhältnissen auf allerlei Hindernisse, so daß sie sich immer wieder verzögerte. Das Deutsche Ausland-Institut hat sich daher entschlossen, eine Auswahl der Berichte fortlaufend in seiner Zeitschrift erscheinen zu lassen und sie späterhin als Ganzes in Buchform herauszugeben. Es wäre dankenswert, wenn hierdurch angeregt, Auslandsdeutsche, die in Feindesland interniert waren, weitere Schilderungen interessanter Erlebnisse einsenden würden.

Die vorliegenden Berichte sind, von einzelnen unvermeidlichen Kürzungen abgesehen, in ihrer ursprünglichen Form belassen, so daß die Erzähler selbst ausschließlich zum Wort kommen. Sie führen uns in alle Erdteile, bis zu den entlegensten Inseln der Südsee, nach Nord- und Südamerika, Asien und Afrika, in den Osten und Westen Europas, und es ist eine Freude, diejenigen, denen es gelang, mit frischem Wagemut und allerlei List den Nachstellungen der heimtückischen Feinde zu entgehen, auf ihren oft abenteuerlichen Fahrten im Geiste zu begleiten. Nicht weniger aber erregen unser Interesse die Schilderungen derer, die in die Hände des Feindes fielen; was sie in Sibirien, Frankreich oder gar in belgischer Gefangenschaft im Innern Afrikas zu erdulden hatten, ist ergreifend zu lesen. So geben diese Berichte bei aller Schlichtheit ein buntes Bild von Kriegserlebnissen, sind ein beredtes Zeugnis deutscher Treue und deutschen Muts, ein Denkmal der Vaterlandsliebe der Auslandsdeutschen.

Stuttgart, Ende April.

I. A.:

Dr. P. v. Kapff.

I. Von der Südsee nach Kiel, 1914.

Von Prof. Dr. K . . . , Marinearzt.

In der Südsee.

Dem australischen Festlande ist im Norden eine langgestreckte, große Insel — nächst Grönland die größte der Welt —, Neuguinea, vorgelagert, das unerforscheste und unzugänglichste Stück unseres Erdballs. Sein nordöstliches Drittel ist deutsches Schutzgebiet; im Westen grenzt holländischer, im Süden englischer Besitz an. Wenige Seemeilen von seiner deutschen Küste entfernt taucht eine lange Vorpostenkette kleiner, vulkanischer, erdbebenreicher Inseln und flacher Korallenriffe aus den Fluten empor, auf denen primitive Negerstämme hausen; scheu, abgeschlossen, auf tiefer Kulturstufe stehend und unzugänglich wie ihr Eiland. Auf einem dieser fernen, nur wenige Quadratkilometer großen Inselchen traf mich inmitten der friedlichen Tätigkeit des Arztes und Forschers am 15. August 1914 die Kunde vom Ausflammen des Weltbrandes. Heiter wie sonst schien die Morgensonne aufs weite Meer herab, an dessen Strand ich in der frischen Seebriese unter schattigen Kokospalmen, mit herrlichem Ausblick nach den gegenüberliegenden schwarzen Bergen und Urwäldern Neuguineas mein behagliches Reisezelt aufgeschlagen hatte. Eben versammelten sich vor ihm die ersten farbigen Kranken, deren Zutrauen ich mühsam in den letzten Tagen gewonnen, um ihre Verbände oder Arzneien zu empfangen, als ich ein von Schwarzen gerudertes Boot dem Ufer zustreben sah. Es kam von der nächsten deutschen Regierungsstation, dem einige Stunden entfernten Eitape, und brachte mir vom Stationsbeamten auf eilig beschriebenen Papier die kurzen, inhaltschweren Worte: „Wir haben Krieg mit Frankreich, Rußland, England.“ Welchen Sturm von Gedanken dieser unscheinbare Zettel in mir aufwirbelte, vermag ich nicht zu schildern, aber alles Empfinden wurde von dem Gefühl einer grenzenlosen Sehnsucht nach der Heimat übertönt. Seit zwölf Jahren hatte mich mein kolonialer Beruf immer wieder in die weiten Fernen unserer Tropenländer geführt, aber nie verlebte ich solche Stunden des Heimwehs, wie hier an diesem Tage. Vielleicht war kein anderer Deutscher gerade jetzt, wo daheim das Gemeinsamkeitsgefühl mit stürmischer Allgewalt zum Durchbruch kam, so vereinsamt wie ich als einziger Weißer unter einem Häuflein teilnahmsloser Melanesier, vielleicht war keiner gleichzeitig dem Vaterland räumlich so weit entfernt wie ich, wahrscheinlich wurde keiner unvermittelter und überraschender aus friedlichem Tun aufgeschreckt als ich; nichts hatte mich in meiner Abgeschlossenheit das Nahen des furchtbaren Unwetters ahnen lassen. Die Einsamkeit, die ich sonst so liebte und suchte, schien mir jetzt unerträglich. Menschen wollte ich sehen, aber gleichgestimmte Deutsche sollten es sein! Ich brach mein Zelt ab, ließ es im Boote verladen und fuhr übers Wasser hinüber zur Station Eitape.

Ende August 1914.

In und um Eitape.

Eitape, die am weitesten westlich gelegene Station unseres Schutzgebiets, ist also der Ort, den mir das grausame Schicksal zugewiesen hat, um, fern von der Heimat, tatenlos auszuharren, ohne vielleicht je dem bedrängten Vaterlande helfen zu können. Werden wir überhaupt hier einen Feind zu sehen bekommen, und welchen? Wie sollen wir ihn empfangen? Vier weiße Seelen teilen wir hier das gleich harte Los der Verbannung inmitten von 50 farbigen Polizeisoldaten; außer mir der Stationsleiter, ein

Polizeimeister als der Befehlshaber der uniformierten Schwarzen und ein Heilgehilfe. Wenig Menschen, aber genug, um uns im Notfalle eine vielfache feindliche Übermacht vom Halse zu halten, denn die natürliche Lage des Platzes ist für eine Verteidigung die beste, die man sich denken kann. Eine zwei Kilometer ins Meer vorspringende Landzunge, an ihrer breitesten Stelle einen Kilometer Durchmesser. In der Längsrichtung zieht ein Höhenrücken so hin, daß seine eine Seite unmittelbar steil in die See abfällt, während auf der andern noch ein mehrere hundert Meter breiter Saum flachen Wiesenlandes zwischen seinem Fuße und dem Meer sich ausbreitet. Die freie Höhe gewährt einen weiten Ausblick übers Wasser hinaus, dessen Ufer für Kriegsschiffe durch vorgelagerte Korallenriffe unnahbar ist. Auf der äußersten Spitze der Zunge hat man den Wald bestehen lassen, der allabendliche Zufluchtsort von Schwärmen wilder Tauben ist, einer willkommenen Beute unserer schwarzen „Schießjungen“. Nach dem Inland zu ist man mit wenig Schritten von der Landzunge aus im dichten Urwalde. Oben auf der Höhe liegen unsere Stationsgebäude; dort haust unser Häuflein, nur ich selber habe mein Zelt am Strande aufgeschlagen. In der weiteren Umgebung nur ganz vereinzelt hie und da eine kleine Europäersiedlung. Ein halbes Stündchen durch den Wald hindurch erreicht man die Kokospalmenpflanzung eines Deutschen, der dort mit seiner Schwester ein schlichtes, aber trautes Blockhaus bewohnt, wohin ich häufig zu einer Plauderstunde wandere. Einige Kilometer am Strande entlang komme ich zu einer Niederlassung unserer katholischen Mission, St. Anna, wo Patres, Brüder und Schwestern sich mit viel Eifer, aber kargem Erfolge bemühen, den dunklen Aberglauben der Eingeborenen durch christliche Lehre und Predigt zu erhellern. Auch dort bin ich bisweilen Gast. Dicht in ihrer Nachbarschaft haben wir eine weitere Pflanzung mit ihrem deutschen Leiter und Hunderten farbiger Arbeiter. Damit ist aber auch schon die ganze weiße Bewohnerschaft der Umgebung genannt. Einige chinesische Händler, die kleine, primitive Faktoreien deutscher Firmen unterhalten, kommen hinzu. Die erzwungene Untätigkeit und die Ungewißheit unserer Zukunft lastet aber nicht so schwer auf uns als das Abgeschnitten-sein von der Heimat. Die großen Dampfer sind ausgeblieben und damit die leibliche und geistige Nahrungszufuhr. Eine unserer ersten erfolgreich gelösten Aufgaben war, eine neue Verbindung mit der Außenwelt und innerhalb der Kolonie einzurichten. Wenige Tagemärsche westwärts von uns zieht die Grenze zwischen Deutsch- und Holländisch-Neuguinea, dessen erste Verwaltungsstation Hollandia an der Humboldtsbai errichtet ist. Dorthin haben wir nicht nur über Land, sondern gelegentlich auch mit kleinen Küstenfahrzeugen bisher ungestörten Verkehr, ebenso ostwärts nach den nächstgelegenen deutschen Küstenplätzen der Kolonie.

Die ärztliche Forschertätigkeit ist von anderen Sorgen abgelöst. Unsere Vorräte sind gering an Waffen, an Munition und an Lebensmitteln. Aber die Landesprodukte [der Eingeborenen stehen uns ja in unbegrenzter Fülle zur Verfügung, Knollenfrüchte, Sago- und Kokospalmen. Eigene Jagd kommt zur Schonung unseres eisernen Bestandes an Konserven hinzu. Fast täglich nehme ich meine Flinte und ziehe, von Matam, meinem einzigen dienstbaren schwarzen Geiste, einem fünfzehnjährigen Kanaker-Jungen, begleitet, entweder am Meeresufer entlang oder durch den Busch.

Anfang September 1914.

Mein Zelt.

Wer es nicht kennt, das Reisezelt, dem mag es nach nüchternem Segelleinen, nach kärglichem Schutz gegen die Unbilden des Wetters, nach Dürftigkeit und Notbehelf klingen. Aber für den Tropenreisenden ist es der Inbegriff aller Behaglichkeit. Mit ihm verknüpft ihn innige Freundschaft und es ist ihm wertvoller als das stolzeste Schloß und die festeste Burg der Heimat. In wenigen Minuten ist es aufgebaut, selbst unter den von wenig Verstand geleiteten Händen der Schwarzen; ebenso rasch legt es seine Glieder zusammen und folgt getreulich seinem Besitzer, wohin er auch seine Schritte lenkt. In vielen Hunderten von Tagen und Nächten ist es mir zur Wohnstätte geworden, bald im undurchdringlichen Urwald, bald mitten im Negerdorf; bald in heißen Flußtäle, bald auf kühler Bergeshöhe. Diesmal habe ich es mit besonderer Sorgfalt umgeben und ausgestattet. Den schönsten Platz, den ich finden konnte, habe ich ihm angewiesen. Einen Steinwurf weit vom Meeresstrand auf grünem Rasen und im Schatten der ewig mit dem Seewind flüsternden Palmen reitet es sein schirmendes Dach über mich und meine geringen, nun im Kriege doppelt geliebten Habseligkeiten. Dicht hinter dem führt der Weg hinauf zu den auf der Höhe gelegenen Stationsgebäuden. Lustig flattert die deutsche Fahne über seinem Eingang. Drinnen aber birgt es auf seiner wenige Quadratmeter großen Fläche alles, was zur Zufriedenheit des Lebens und der Seele gehört.

Es genügt für alle Zwecke, für die der Kulturmensch daheim das Vielfache an Raum und Zubehör nötig zu haben glaubt. Es ist Wohnstube, Schlafzimmer und Empfangsraum für Besucher zugleich, die nicht selten von nah und fern zu einer Plauderstunde bei einer Zigarre oder einer Tasse Kaffee auf einem als Stuhl dienenden Koffer sich efinden. Es dient als Sprech- und Untersuchungszimmer für weiße und schwarze Kranke und als Laboratorium für mikroskopische Arbeiten. Wie froh bin ich, daß ich mein Mikroskop bei mir habe! Über wieviel Stunden der Einsamkeit hat es mir schon spielend hinweggeholfen. Auch der Operationsraum ist gegebenenfalls das Zelt; so mancher kleine Eingriff wird in ihm ausgeführt, ja, kürzlich habe ich sogar einem Jungen der katholischen Mission das Leben in ihm retten können. Ein Stier hatte ihm mit dem Horn in den Oberarm gestoßen und die Schlagader dabei zerrissen; nur ihre Unterbindung konnte ihn vor dem Verblutungstod bewahren. Außer den auf der Station oder im Dienste der Mission befindlichen Kranken suchen die freien Eingeborenen den weißen Arzt nur wenig auf. Ihre Gleichgültigkeit und ihr Unverstand gegen eigene Krankheiten sind noch grenzenlos, ihre rohe Teilnahmslosigkeit gegen die Krankheiten anderer fast unbegreiflich. Ich bezweifle freilich nicht, daß es emsiger ärztlicher Pionierarbeit auch hier gelingen würde, Bresche in den Wall des abergläubischen Stumpfsinnes zu schlagen, der sie bisher von der Vernunft trennt. Kranke Kinder, deren Pflege ihnen zu lästig wird, werfen sie kurzerhand in den Dschungel und lassen sie verhungern. Wenn ich einem mit bösartigen Beingeschwüren Behafteten den ersten Verband seines Lebens angelegt hatte, so streckte er seine Hand aus mit der Frage: Was gibst du mir jetzt dafür, daß ich mir das habe gefallen lassen? Oder andere erschienen am nächsten Morgen zur bestimmten Stunde wieder vor meinem Zelte und trugen die schneeweiße Binde, mit der ich ihre Wunde versorgt hatte, um die Stirn gebunden und Kasuarfedern als Schmuck hindurchsteckt.

Bricht die Dunkelheit herein, so wird das Zelt vom Scheine der Windlaterne freundlich erleuchtet. Leider lockt diese aber

auch tausende unwillkommener geflügelter Gäste in ihren Lichtbereich, schwirrende Käfer, Nachtfalter, Stechmücken. Mich ihrer einigermaßen zu erwehren, gibt es nur ein einziges brauchbares Abwehrmittel; ein lustig prasselndes Feuer vor dem Zelte, das die Schwärme an sich lockt und in seiner Glut vernichtet. Überdies erhöht es durch seinen flackernden Flammenschein den Zauber der einsamen Tropennacht mit dem nahen Rollen der Meereswellen und dem leisen Rauschen der Kokoswipfel.

Eitape, Ende September 1914.

Lieber L.!

Hoffentlich treffen diese meine Zeilen Sie in Rabaul an, und hoffentlich können Sie mir Ihrerseits recht bald ein Lebenszeichen übermitteln, denn wir wissen hier nichts, wenigstens gar nichts Sicheres über das Schicksal der Kolonie, über die Pläne der Regierung, über Befehle aus der Heimat oder Absichten des Feindes. Wer wird uns beehren hier? Australier, Japaner oder Engländer? Wir haben bisher ohne besondere Schwierigkeiten Verbindung nach der holländischen Seite und auch bis Friedrich-wilhelmshafen unterhalten, aber weiter reicht es nicht. Gerüchweise verlautet von dort, daß die Kolonie Mitte dieses Monats beinahe kampflos einem australischen Besatzungskorps übergeben sei, daß die meisten Deutschen einen Neutralitätseid geleistet hätten, der Rest nach Sydney abgeführt sei. Da wir weder vom Gouvernement, noch von feindlicher Seite irgendeine Mitteilung darüber haben, glaube ich nicht daran, um so weniger, als verteidigungslose Kapitulation niemals deutsche Art gewesen ist. Wir nehmen hier als selbstverständlich an, daß die Deutschen sich aus dem Bereich der Schiffsgeschütze ins Innere zurückziehen und sich dort so lange als nur irgend möglich halten werden. Weder mit größeren Truppenmassen noch mit Geschützen kann uns der Feind ins gebirgige Urwaldland folgen. Die Küstenplätze werden freilich nicht zu halten sein, außer wenn unser Kriegsgeschwader eingreift. Hier taucht auch das weitere Gerücht auf, daß die Außenstationen angewiesen seien, sich jeden Vorgehens gegen den Feind zu enthalten. Auch das glaube ich nicht; uns hat kein solcher Befehl erreicht. Wir selbst sind hier auf der Station zwar nur vier Weiße und einige vierzig bewaffnete, leidlich zuverlässige schwarze Polizeisoldaten; würden aber bei der zur Verteidigung geradezu vorzüglichen Lage Eitapes mühelos eine vielfache Übermacht, die über das flache, an Korallenbänken reiche Wasser hinweg in Booten zu landen versuchte, zusammenschießen können. Verpflegungsschwierigkeiten haben wir nicht. Sie bestehen wohl auch nirgends an anderen Orten des Schutzgebietes; im Notfalle stehen uns ja die unerschöpflichen Nahrungsmittel der Eingeborenen zu Gebote. Wir werden uns doch von der minderwertigen, jämmerlichen australischen Miliz nicht imponieren lassen! Einer von uns nimmt es mit zehn von ihnen auf. Ich selber lasse mir lieber jeden Fingernagel einzeln von der Hand abziehen, als dieser Gesellschaft einen Eid zu leisten. Ich lasse mich auch nicht von ihnen einfangen. Im schlimmsten Falle gehen wir auf holländisches Gebiet.

Ich habe alsbald nach Eintreffen der Kriegsnachricht auf die uns im Mobilmachungsfalle zugebilligte Unabkömmlichkeit selbstverständlich verzichtet und mich sowohl beim Geschwaderchef, Grafen Spee, als den einzelnen Kommandanten unserer Kriegsschiffe gemeldet und gebeten, mich bei Gelegenheit an Bord zu nehmen. Ob eine der Meldungen Erfolg haben wird, weiß ich nicht. Wie ist die Stimmung unter den Deutschen Ihrer Umgebung? Wie ich unsere Kolonisten einschätze, werden sie den Kopf hochhalten, wenschon auch Ihnen kaum entgangen

sein wird, daß der alte Afrikaner entschlossener und aus härterem Holz geschnitzt ist als der weicher veranlagte Südseekolonist. Für jede Nachricht sind wir Ihnen aufrichtig dankbar ...

Eitape, im Oktober 1914.

Meine Lieben!

Ich will wieder einmal versuchen, ein Lebenszeichen über Holland an Euch gelangen zu lassen, obwohl ich nur wenig Hoffnung hege, daß es Euch erreicht, denn wir wissen, daß die Feinde unbekümmert um Völkerrecht auch neutrale Schiffe nach allem durchsuchen, was deutschen Ursprungs ist. Ich sitze noch immer an dem Orte, an dem ich meine Expedition zu beenden dachte; nur habe ich die Rolle des Expeditionsleiters mit der eines Eremiten vertauscht. Solltet Ihr aber durch eine englische Lügennachricht von der angeblichen Übergabe unserer Station hier hören, so glaubt es nicht! Unsere Häuser, die weithin nach der See sichtbar sind, können sie uns wohl mit ihren Schiffskanonen zerschießen — wir rechnen damit —, aber eine Übergabe oder Gefangennahme erfolgt auch in Zukunft niemals. Von Anfang September an sind wir durch unsere Kriegsschiffe über die wichtigsten Tatsachen auf dem heimischen Kriegsschauplatz unterrichtet. Durch Europäer-Stafetten gelangt die Kunde von einem Platz zum andern. In letzter Zeit haben wir freilich lange nichts mehr erfahren. Wir wissen auch nichts von den Einzelheiten des großen Geschehens, keine Namen der siegreichen Feldherrn, nicht der leiseste Widerhall der Begeisterung und Siegesfreude der Heimat vermag zu uns zu dringen, doch wir sind glücklich, daß wir überhaupt noch etwas erfahren. Die gegenteiligen feindlichen Berichte können unseren frohen Mut nicht dämpfen. Was haben sie nus nicht alles gemeldet, zum Glück oft so plump erlogen, daß selbst kein Schein der Glaubwürdigkeit aufkommen konnte. Wir hegen immer noch die leise Hoffnung, daß unsere Marine dem Feinde die Lust am Aufenthalt in unseren Gewässern nehmen wird. Die Schwarzen haben uns eine Zeitlang viel Kummer bereitet. Wir hatten bei Kriegsbeginn verabredet, nichts vom Kriegszustand an sie zu verraten. Aber irgendein Tor, der sich der Tragweite seines Tuns wohl kaum bewußt gewesen ist, hatte doch davon zu ihnen gesprochen und die Folge war eine große Beunruhigung unter ihnen, die sich an verschiedenen Plätzen bis zur Aufsässigkeit steigerte. Bei ihrem Niederschlagen ist es nicht ohne Blutvergießen abgegangen. Die Chinesen und Malaier, die wir im Lande haben, sind vernünftig geblieben. Die australischen Feinde, die einige Küstenplätze besetzt haben (genaue Nachrichten von ihrem Eindringen haben wir uns noch nicht verschaffen können), haben für Verwirrung und Aufwiegelung der Eingeborenen gesorgt. Die Gefängnisse wurden entleert, die Verbrecher ins Land entlassen, ebenso unsere farbigen Polizeisoldaten auf den von ihnen besetzten Stationen mit Gewehren und Patronen. Viele der Arbeiter auf den deutschen Pflanzungen wurden teils flüchtig, teils von den Feinden weggeschickt und haben sich nun entlang der Küste zerstreut, um ihren Heimdörfern zuzustreben. Weniger harmlos waren die Herumtreiber der bewaffneten Polizeisoldaten. Wir hatten die Pflicht, sie möglichst rasch und gründlich durch Patrouillen und Wachen von unserem Bezirk wieder abzufiltrieren, ehe sie größeren Unfug stiften konnten. Die meisten von ihnen haben wir bereits glücklich gefaßt und entwaffnet. Es ist sehr glimpflich mit diesen Marodeuren abgelaufen, da sie ihre Waffen nicht gegen die Deutschen, sondern nur zur Einschüchterung der Stammesgenossen brauchten, um ihrem Begehren nach Nahrungsmitteln und nach den Schönen der Dörfer Nachdruck zu verleihen. Sonst war ihre Kampflust nicht groß. Unsere eigenen Leute hier

haben wir fest in der Hand und durch tägliches Exerzieren und Arbeitsdienst wird ihnen in Erinnerung gehalten, wem sie zu gehorchen haben. Die Umwohner sind nach der vorübergehenden Aufregung bald wieder in die alte, gleichmäßige Indolenz des nicht viel über den einzelnen Tag hinausdenkenden Naturmenschen zurückgeglitten.

Seit dem 1. Oktober sind wir für lange Zeit hinaus mit Proviant reichlich versorgt. An diesem Tage kam unser kleiner Dampfer „Siar“ von einer kühnen Verproviantierungsfahrt nach Celebes wohlbehalten hierher zurück.

Über mein äußeres Ergehen macht Euch nicht die geringste Sorge! Qualvoll ist für uns allein der tägliche, ja stündliche zweifelte Gedanke, auf diesem Erdenwinkel in hilfloser Ohnmacht ausharren zu müssen. Welcher Jubel herrschte unter uns, als wir Ende August (warum nicht eher?) die amtliche Mitteilung erhielten, daß die Regierung alle Wehrpflichtigen auf einen Dampfer nach einem holländischen Hafen zur Abreise nach Deutschland bringen würde. Es war das letzte Lebenszeichen unseres Gouvernements. Der Dampfer ist nie erschienen ...

Eitape, Anfang November 1914.

Entschluß, mich in die Heimat durchzuschlagen.

Im Laufe der Wochen hat sich eine Kunde zur andern gesellt, bis wir jetzt darüber Gewißheit haben, daß unsere Kolonie vorläufig verloren ist, im Norden an die Japaner, im Süden an die Australier. Soweit wir auf unserem entlegenen Posten, wo wir in Hoffnung und Erwartung entschlossener Befehle ausharrten, uns einigermaßen verbürgte Nachrichten haben verschaffen können, ist das Kriegsschicksal Neuguineas bis zum folgenden gewesen:

Am 12. August sind bereits australische Flottenkräfte vor unseren beiden Hauptplätzen Rabaul und Herbertshöhe erschienen, um die Lage des Funkturms der Kolonie zu erfragen und ihn zu zerstören. Man hatte nichts verraten. Nach Zerstörung der Telephonanlagen in den Postämtern und Plünderung der Privatwohnungen der Beamten ist die Flotte wieder verschwunden. Das war ihre ganze erste kriegerische Heldentat. Das Gouvernement war nach der 14 Kilometer landeinwärts gelegenen Erholungstation Toma verlegt und eine bewaffnete Macht aus ganzen 50 Weißen war gebildet worden mit ungefähr 10 Offizieren, dazu ungefähr 200 bis 300 farbige Polizeisoldaten. Warum nicht mehr von den vielen Hunderten von Kolonisten zu den Waffen gerufen wurden, ist uns hier um so weniger verständlich, als der Verkehr im Schutzgebiet in keiner Weise behindert war. Unsere schwachen Streitkräfte hatten den Auftrag den Funkturm gegen den zu erwartenden Angriff des Feindes zu verteidigen. Zeit zu gründlichen Vorbereitungen hat er uns reichlich gelassen, denn erst am 11. September haben die Australier ihren Besuch wiederholt, diesmal mit 14 Schiffen, unter ihnen auch ein französisches Kriegsschiff und ein Transportdampfer, der eine Brigade australischer Miliz heranbrachte. Der feindliche Admiral stellte am Morgen dieses Tages ein Ultimatum mit Frist bis zum Nachmittage, das unbeantwortet geblieben sein soll, und unsere geringe Macht, die aus irgendwelchen Gründen auch noch einzelne Abteilungen zersplittert worden war, nahm den Kampf auf. Ob sie sich nach deutscher Art geschlagen haben, wissen wir nicht. Viel Rühmenswertes haben unsere Berichte nicht erzählen gewußt. Ein Deutscher ist gefallen, einer verwundet, eine größere Zahl gefangen worden. Nur ein Name leuchtete aus allen Berichten hervor, der eines Pflanzers Horning. „Sepp“, wie er unter uns Kolonisten hieß, ein Bayer von Geburt, hat sich

allein mit einem Dutzend farbiger Polizisten den vorrückenden Feinden im Walde entgegengeworfen und wacker unter ihnen aufgeräumt. Tagelang hat er mit seinem unter der Übermacht immer mehr zusammengeschmolzenen Häuflein im Buschkrieg auf eigene Faust den Eindringling bekämpft. Im übrigen wurde schon am ersten Tage die Verteidigung des Funkturms als unmöglich aufgegeben, er selbst von unseren Leuten umgelegt. Unterdessen wurde der 11., 12. und 13. September von der feindlichen Miliz zur Besetzung und Ausplünderung der beiden genannten, unverteidigten Küstenorte benutzt, wobei auch mein im Krankenhause Rabauls verbliebenes Eigentum und wissenschaftliches Material verloren gegangen ist. Am 14. hat sich der Feind mit einem Bombardement der Negerdörfer an der Küste die Zeit vertrieben; dann ging der Vormarsch großer Truppenkolonnen mit Maschinengewehren und Artillerie nach Toma vor sich unter Führung farbiger Angehöriger der wesleyanischen Mission. Tags darauf ist es zu Verhandlungen zwischen unserem stellvertretenden Gouverneur mit dem Befehlshaber der britischen Truppen, Holmes, gekommen, die am 17. zur Kapitulation der Kolonie und ihrer bewaffneten Macht geführt haben. Auch heute noch haben wir weder von unserer Regierung noch vom Feinde irgendeine amtliche Mitteilung über diesen Vorgang bekommen, niemanden scheint das Schicksal der übers Land zerstreuten deutschen Außenposten zu kümmern. Trotzdem ist an den genannten Tatsachen nicht mehr zu zweifeln. Was tun? Weiter einen Privatkrieg führen? Weiter auf Befehle warten? Sie könnten uns nur noch vom Feinde zugehen. Auf die Flotte

hoffen? Wir haben keine Verbindung mehr mit ihr und wissen nicht, wo sie ist. Lange Tage habe ich mir alle Möglichkeiten immer wieder durch den Kopf gehen lassen, doch jede Hoffnung, hier etwas fürs Vaterland leisten zu können, ist Stück für Stück dahingeschwunden. Weiteres Warten ist sinn- und zwecklos geworden. Aber je tiefer alle Hoffnung sank, um so größer ist mein Heimweh geworden, um so höher stieg mein glühender Wunsch, an irgendeiner anderen Stelle einen Platz auszufüllen. Seit dem Augenblick, wo ihr letzter Schimmer erlosch, da steht mein Entschluß fest, mich in die Heimat durchzuschlagen. Das Tag für Tag immer stürmischere eigene Verlangen und meine Pflicht zeigen gleichermaßen diesen Weg, nur diesen Weg. Er ist weit, über den halben Erdball hinweg, und der zu vermeidenden Klippen sind viele, monatelang werde ich im glücklichsten Falle unterwegs sein, aber das Ziel ist so schön, daß es das Wagen lohnt, selbst wenn es mißlingt. Zwei räumliche Möglichkeiten habe ich von den Antipoden in die Heimat zu gelangen; entweder ostwärts nach San Franzisko, durch Amerika hindurch nach Neuyork oder nach Westen über den Indischen Ozean, das Mittelmeer, den Atlantik zur Nordsee. Zu diesem als den mir schon vertrauten, habe ich mich entschieden, wenn er auch der gefährlicheren, vermutlich von vielen feindlichen Kreuzern überwacht ist.

Leb' wohl, mein liebes, treues Zelt, lebt wohl, ihr wenigen Freunde, die ihr euch nicht entschließen könnt, mit mir zu ziehen, lebt wohl, ihr deutschen Südseeinseln.

(Fortsetzung folgt.)

Nach den Abstimmungen in der Nordmark

Von Dr. FRITZ GRAEF-Flensburg.

Wir atmen tief auf. Die Abstimmungen in der Nordmark liegen hinter uns. Dieser Kampf — der erste an einer deutschen Grenze — ist ehrenvoll bestanden.

Demütigend und ungerecht waren die Bestimmungen. Das war kein Selbstbestimmungsrecht, sondern eine Einrichtung, welche in der ersten Zone, d. h. in dem Gebiet zwischen der Grenze an der Königsau bis zur Clausenschen Linie von der Flensburger Förde nach dem Wattenmeer nördlich Sylt, von vornherein den Dänen den Sieg sicherte. Ungerecht waren diese Bestimmungen, denn wählen durften bloß erstens die, welche im Lande geboren waren, zweitens die, welche seit der Zeit vor dem 1. Januar 1900 hier ansässig waren, wenn sie nachweisen konnten, daß sie in diesem Gebiet dauernd ihren Wohnsitz gehabt hatten, drittens Leute, die nicht hier geboren waren, aber mindestens seit dem 31. Dezember 1899 hier ihren Wohnsitz nahmen, dann aber von preußischen Behörden ausgewiesen worden waren; endlich sollte die Abstimmung über das Schicksal des ganzen Gebiets entscheiden. Es schieden also eine große Zahl von später eingewanderten Deutschen aus, und bei dem Übergewicht der dänisch gesinnten Landbevölkerung war die Entscheidung von vornherein nicht zweifelhaft. Deshalb erhoben die Deutschen grundsätzlich Einspruch gegen eine solche, nur schlecht verhüllte Vergewaltigung. Ursprünglich wollten sie sich der Abstimmung ganz enthalten. Erst im Herbst wurde nach manchen Bedenken der entscheidende Entschluß gefaßt, daß alle Deutschen auch in der ersten Zone sich an der Abstimmung beteiligen sollten. Das verlangte in diesem Gebiet einen sehr schwie-

rigen Kampf, an dem sich manche Leute auf dem Lande, viele Gewerbetreibende und Kaufleute nicht beteiligen konnten, weil der dänische Druck von vornherein sehr groß war. Denn rücksichtslos nutzten die Dänen die Überlegenheit aus, welche ihnen die Zahl, die Valuta, der Überfluß an Lebensmitteln, besonders Speck und Zucker, und an Kleiderstoffen, ja auch die Haltung der französischen Truppen und der Internationalen Kommission gaben. In Sonderburg und Hadersleben nahmen die französischen Alpenjäger offen und brutal Partei für die Dänen.

In Sonderburg schlug ein französischer Alpenjäger dem deutschen Stimmberechtigten Ladegast bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof die Kinnlade entzwei, sie sperrten die Straße, als die Deutschen einen Umzug veranstalten wollten, sie rissen deutsche Abzeichen und Fahnen herunter und verhafteten Deutsche wegen ihrer Abzeichen. Unter diesen Umständen ist das Ergebnis in der 1. Zone sehr anzuerkennen; nach der amtlichen Mitteilung der Internationalen Kommission haben für Dänemark gestimmt 75 431, für Deutschland 25 329. Von den 109 745 Abstimmungsberechtigten haben also abgestimmt: 100 760. Die Deutschen verdienen besonderen Dank für den Mut, mit dem sie sich zu ihrem Volkstum bekannt haben. Aber es ist leider ganz sicher, daß diese Zahl nicht alle Deutschen umfaßt, sondern daß manche von ihnen dem Druck der Dänen nachgegeben haben. Und wenn 25 000 deutsch gestimmt haben, so darf die gesamte deutsche Bevölkerung in diesem Abschnitt auf 50—60 000 angenommen werden. Deutsche Mehrheiten hatten 3 von den 4 Städten.

	deutsch	dänisch
Apenrade	2625	2124
Sonderburg	2601	2029
Tondern	2503	701
Nur Hadersleben	3270	5201 hatte eine dänische Mehrheit.

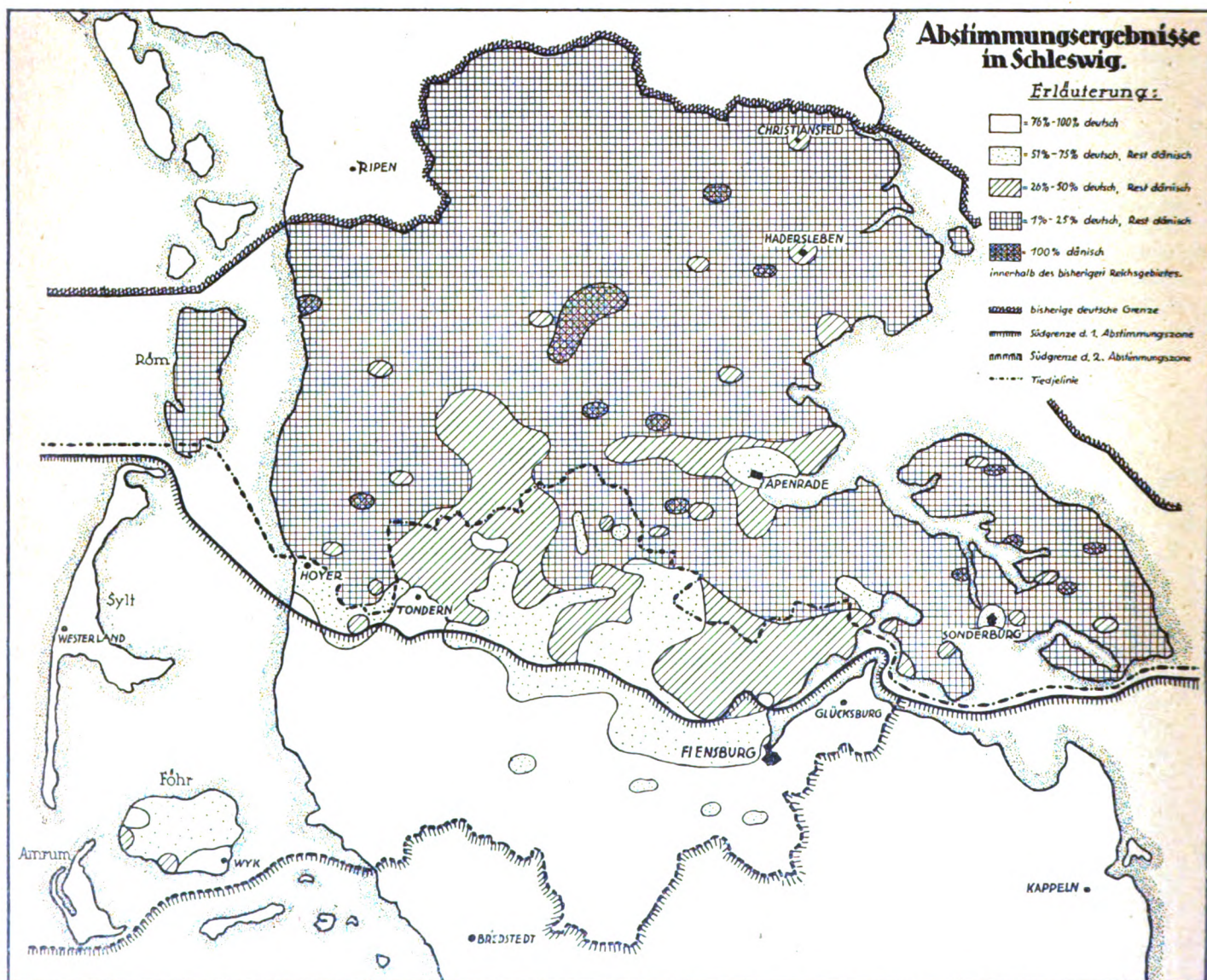
Für die nächsten Verhandlungen ist noch wichtiger, daß die Gegend um Tondern und Tingleff, d. h. der Südrand der 1. Zone bis zu einer Linie nördlich Hoyer-Tondern und Tingleff, überwiegend deutsch gestimmt hat. So

	deutsch	dänisch		deutsch	dänisch
Hoyer	581	219	Rapstedt	123	99
Lügumkloster	602	456	Maasbüll	31	8
Tingleff	299	169	Lügumgaard	80	51
Stoltelund	92	71	Loitwitt	38	20

	deutsch	dänisch		deutsch	dänisch
Überg	63	7	Lüdersholm	25	9
Seth	152	36	Buhrkall	55	39
Teising	140	101	Bredewatt	61	25

Ein solches Ergebnis hatten die Dänen nicht erwartet.

Dazu kommt, daß die Clausensche Linie als Landesgrenze wirtschaftlich unmöglich ist, denn im Osten soll der ganze Nordrand der Föhrde mit der Kupfermühle in Krusau, der wirtschaftlich ganz auf Flensburg angewiesen ist, zu Dänemark kommen, während im Westen das deutsche Entwässerungsgebiet der Wiedau durch einen dänischen Schleusenwärter geregelt werden und die Überfahrt nach dem deutschen Sylt über das dänische Tondern und Hoyer führen soll. Diese Linie kann also trotz der hartnäckigen Forderungen der Dänen nicht die Grenze werden.



Die Karte ist in der Kartographischen Abteilung des Deutschen Ausland-Instituts nach den durch die Preussische Landesaufnahme veröffentlichten Abstimmungsergebnissen in den einzelnen Gemeinden (vgl. ds. Jhg. S. 287 unter Nr. 117) entworfen worden; leider waren die Gemeindegrenzen nicht zur Hand, so daß die Abgrenzung der einzelnen Abstimmungsinselfen nur angenähert vorgenommen werden konnte. Die Karte läßt aber die Hauptergebnisse der Abstimmung in den großen Zügen sofort übersichtlich erkennen: je dunkler die Gebiete, um so stärker die dänische Mehrheit. Man sieht, daß nicht einmal die ganze erste Abstimmungszone eine dänische Mehrheit aufweist, sondern an ihrem Südrand noch große überwiegend deutsche Gebiete umschließt, die die Tiedjelinie zu berücksichtigen sucht. Interessant ist noch ein Vergleich dieser Karte mit der seinerzeit von Daenil veröffentlichten Karte der Ergebnisse der Reichstagswahlen kurz vor dem Kriege (vgl. ds. Jhg. S. 156 unter Nr. 119). Der Vergleich ermöglicht eine Vorstellung von den Verschiebungen der Stimmen und zum Teil auch von dem Erfolg der dänischen Propaganda, wobei aber natürlich die Umstellung der Abstimmung von einer inner- auf eine außenpolitische Frage zu berücksichtigen ist.

Dr. Wunderlich.

Offenbar haben sowohl die Dänen wie ihre Freunde in der Entente-Kommission gehofft, daß die Abstimmung in der 2. Zone ihnen ein Anrecht auf erhebliche Stücke, wenn nicht auf die ganze 2. Zone mit Flensburg geben würde. Diese beginnt an der Westküste als ein Gürtel von etwa 24 Kilometer Breite (von Rodenäs im N. bis Fahretoft im S.) und geht mit Ausnahme eines Zipfels bei Joldelund schmaler werdend nach Osten, hat bei Flensburg noch etwa eine Breite von 15 Kilometer (von Krusau im N. bis Frörup im S.) und umfaßt das südliche Föhrdeufer mit dem Hinterland von etwa 5 Kilometer und erreicht die Außenförde in der Breite von Holnis bis Siegm. Den Kern bildete Flensburg, das die Dänen zusammen mit Glücksburg zu erobern hofften. Und kühnere Pläne wurden damit verbunden. Der Sekretär der Internationalen Kommission erklärte selbst, unterstützt von zwei der eifrigsten Dänenführer, mit Deutschen den Plan: Schleswig könne nicht geteilt werden, es sei deshalb das beste, wenn Südschleswig freiwillig in Personalunion mit Dänemark trete, das ja so liebevolle Gesetze habe. Der 14. März mit seinem durchschlagenden Bekenntnis zum Deutschum hat allen diesen Hoffnungen und Plänen den Boden entzogen. Denn bis auf 2 kleine Dörfer auf Föhr (Goting mit 29 deutschen und 34 dänischen, Utersum mit 33 deutschen und 41 dänischen Stimmen) hat weder Flensburg (27 074 gegen 8937) noch irgend eine Gemeinde eine dänische Mehrheit. Und gemeindeweise ist in der 2. Zone abgestimmt worden.

Abstimmungsberechtigt waren in der Stadt Flensburg 39 135, abgestimmt haben 36 011, d. h. 92 %, in dem Landgebiet 32 750, abgestimmt haben 28 305, d. h. 86 %, davon deutsch 24 318, dänisch 3987.

Im ganzen sind also in der 2. Zone von 64 416 Stimmen 51 392 deutsche und 12 924 dänische abgegeben worden, in der 1. Zone von 100 700 Stimmen 25 329 deutsche und 75 431 dänische, in beiden Zonen also von 164 176 Stimmen 76 721 deutsche und 88 355 dänische. Also selbst unter so ungünstigen Bedingungen, wie sie die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage, wie sie die ganz ungerechten Beschränkungen des Stimmrechts und die einseitige Begünstigung der Kommission und der Besatzungstruppen brachten, hat sich das Deutschum behauptet. Wenn die Dänen noch 1850 auf das Gebiet der jetzigen 2. Zone begründeten Anspruch machen konnten, so haben die 70 Jahre, die seitdem verflossen sind, das Gebiet bis zur Linie Hoyer-Tondern-Tingleff dauernd für das Deutschum gewonnen. Das muß die neue Grenzlinie dauernd festhalten.

Die stärksten Bemühungen hatten die Dänen auf Flensburg gerichtet. Sie haben es nicht an Geld, Speck, Zeug, an Rednern, noch an Menschen fehlen lassen, die in ihrer Begleitung auftraten. Denn außer den Leuten, welche fast täglich die Stadt mit ihren Autos aufsuchten und mit ihren vollgültigen Kronen die Läden in Flensburg auskauften, kamen zur Abstimmung die 4 größten und schönsten dänischen Personendampfer, um 1349 dänische Stimmberechtigte, aber fast doppelt soviel Gäste als Begleiter mitzubringen. Nach den Danebrogs, die mit ihrem frischen Rot weithin leuchteten, muß der Masse dieser wohlgenährten Dänen konnte man fast besorgt werden. Aber die Kraft und Liebe der Deutschen war größer. Welch ein Zustrom vom Süden, welch eine tiefe Bewegung, die sich mit jedem Zuge steigerte. Beim herrlichsten Wetter fand am Sonnabend der letzte große Umzug der Deutschen statt, der sich bei der riesenhaften Beteiligung — es waren wohl gegen 30 000 Menschen unterwegs — in 8—10 Einzelzüge auflöste.

Ein starkes, tiefes Gefühl einer großen Volksgemeinschaft erfüllte alle. Und mit wunderbarer Ruhe vollzog sich die Abstimmung auch in den Räumen der Oberrealschule I, wo die fast 9000 Auswärtigen abstimmten. Die Dänen bringen in ihren Berichten diese Auswärtigen für sich, aber selbst auf diese Weise können sie ihre alte verlogene Behauptung: Flensburg sei eine kern-dänische Stadt, nicht beweisen, denn von den Einheimischen stimmten 19 103 deutsch und nur 7551 dänisch. Und von diesen sind manche durch Speck und Geld gewonnen worden, wie denn die Dänen fast alle ihre Flugblätter deutsch herausgaben und in den meisten kleinen Werbeversammlungen deutsch sprachen.

Die Abstimmung soll in der 2. Zone für die Gemeinde gültig sein. So sind wir in Flensburg und der 2. Zone die Dänen endgültig los. Das ist die große und entscheidende Bedeutung des 14. März.

Aus dieser Entwicklung ergeben sich 3 große Aufgaben für die Deutschen in der Nordmark und die deutsche Regierung:

1. Die Regierung muß eine möglichst gerechte Grenzlinie bei dem Obersten Rat in Paris zu erreichen suchen. Als solche kann die Linie bezeichnet werden, welche möglichst ebensoviel Dänischgesinnte südlich wie Deutschgesinnte nördlich der neuen Grenze läßt. Das würde selbst nach den Ergebnissen dieser Abstimmungen etwa die Linie sein, welche am Wattenmeer nördlich Hoyer beginnt, Tondern, Tingleff und das Nordufer der Flensburger Förde bei Deutschland läßt und bei Rinkeniss in die Förde einmündet, d. h. die nach Johannes Tiedje, dem deutschen Sachverständigen für Nordschleswig bei den Friedensverhandlungen in Paris, genannte Tiedjelinie. (Vgl. Joh. Tiedje, Das Recht der Deutschen in Schleswig. „Hilfe“ v. 9. 26. Febr. 1920.) Tiedje nimmt dabei die preußischen Vorschläge von 1869 wieder auf, welche Dänemark damals als ungenügend ablehnte. In dem Tiedjegürtel, d. h. in dem Streifen zwischen Clausenlinie (südlich) und Tiedjelinie (nördlich) mit den Orten Hoyer-Tondern-Tingleff würden neben 7071 Deutschen 6345 Dänen wohnen. Es würden nördlich der Tiedjelinie selbst nach den ungünstigen Bestimmungen dieser Abstimmung noch 18 444 deutsche Stimmen, d. h. eine Bevölkerung von etwa 36—40 000 Deutschen bleiben, während auf das Gebiet im Tiedjegürtel 6345, südlich in der 2. Zone 12 924, im ganzen also 19 269 dänische Stimmen, d. h. eine Bevölkerung von 39—41 000 Dänen zurückbleiben würden. Von dieser dürfen eine ganze Reihe abgezogen werden, die bloß durch äußere Mittel gewonnen waren. Danach würden sicher mehr Deutsche nördlich als Dänischgesinnte südlich der Grenze bleiben. Die dänische Presse, wie es scheint, auch die dänische Regierung, soweit sie durch den Minister der Wiedervereinigung, Herrn Hanssen, spricht, lehnt diesen Vorschlag zurzeit ebenso hartnäckig ab, wie 1864 die dänische Regierung. Da ein sachliches Entgegenkommen von den Hauptbeteiligten nicht zu erwarten ist, hängt die Entscheidung im wesentlichen von der Einsicht, dem redlichen Willen des Obersten Rates zu einem wahrhaft unparteiischen Urteil und zu einer wirklich dauerhaften und gerechten Grenzföhrung ab und von der Umsicht und dem Geschick, mit dem unsere Regierung den deutschen Standpunkt vertritt.

Wird dieses Ziel nicht erreicht, so werden deutsche Mehrheiten an Dänemark abgetreten. Dann fordern die Deutschen eine Wiederholung der Abstimmung unter gerechten Bedingungen und werden von dieser Forderung nicht ablassen. Das hätte im Völkerbund zu geschehen.

2. Auf jeden Fall werden deutsche Minderheiten an Dänemark abgetreten werden, eine Bevölkerung von etwa 36 000 bis 40 000 Köpfen bestenfalls, von 50—60 000 schlimmstenfalls.

Wie wird sich deren Los gestalten? Schon einmal, bei den Verhandlungen, die Bismarck 1867 zur Ausführung des § 5 des Prager Friedens anregte, haben die Dänen es abgelehnt, besondere gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheiten zu treffen, Dänemarks liberale Gesetze böten Gewähr genug. Ähnliche Erklärungen haben die Dänen zur Zeit auch in Paris abgegeben und mit dem Erfolg, daß im Friedensvertrag für die abzutretenden deutschen Minderheiten außer der allgemeinen Verheißung Teil 1, Abteilung III, keine besonderen Bestimmungen getroffen sind. Dagegen erheben wir Deutschen die Forderungen, wie sie Pastor Schmidt (Wodder) in den Grundsätzen der Kulturkommission vom 8. Juli 1919 (vgl. Schmidt-Wodder, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker) formuliert hat. „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker erstrebt nicht nur Schutz der nationalen Minderheiten, sondern freie Lebensentfaltung dieser Minderheiten. Schutz liegt in fremder Hand, Lebensentfaltung ist Äußerung des eigenen Selbst.“

Deshalb ist das Recht auf kulturelles Eigenleben der nationalen Minderheiten als wichtigster Teil des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu fördern.

Aus diesem Grunde sind zu fordern:

Die gesamte nationale Minderheit ist durch ein nationales Kataster zahlenmäßig genau festzulegen.

Nach ihrer Zahlen- und Steuerstärke sind diesen nationalen Gruppen öffentliche Mittel für Schule und Kirche zuzuweisen.

Die nationale Minderheit verwaltet durch eine eigene Vertretung in deutscher Sprache ihre Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Sie darf in dem Kulturaustausch (Bücher, Prediger, Lehrer) mit dem Mutterlande nicht behindert werden.

Und genau in demselben Sinne sind die dänischen Minderheiten innerhalb Deutschlands zu behandeln. Dazu sind die Deutschen bereit, aber sie dürfen auf wenig Entgegenkommen bei der dänischen Regierung hoffen. Hat doch schon der dänische Innenminister Rode ganz kürzlich in Kopenhagen über die Dänen in Flensburg erklärt: „Wir können für sie keine vertragsmäßigen Garantien wünschen, denn sonst müßte Deutschland dieselben Garantien für seine Deutschen in Nordschleswig haben. Aber wir müssen es so leicht wie möglich für die Dänen dort unten machen, hier herauf nach Dänemark zu kommen“, d. h. Dänemark will dieselbe Verdänungspolitik treiben, wie in den fünfziger Jahren. Und das dänische Volk denkt ebenso. Und was die Gesetze nicht fordern, das wird von den Dänen in stillem Einverständnis besorgt. Deshalb schließen sich schon jetzt die Deutschen in den Städten zu Schulvereinen zusammen. Außerdem wird der Volkshochschulverein mit dem Sitz in Tondern auf jeden Fall aus eigenen Mitteln zwei deutsche Volkshochschulen für junge Mädchen in Tingleff und Norburg auch weiter erhalten und ausbauen.

3. Diese Bestrebungen zur selbständigen Erhaltung des Deutschtums in Nordschleswig bedürfen der Anlehnung und Unterstützung durch die engere Heimat Schleswig-Holstein und das große Vaterland Deutschland. Dieser Aufgaben sind sich auch die Schleswig-Holsteiner bewußt geworden, sie haben einen umfassenden Schleswig-Holsteinerbund gegründet, welcher die Eigenart der Heimat mit besonderem Nachdruck pflegen und den Zusammenhang mit dem Deutschtum in Nordschleswig aufrechterhalten will. Der Bund ist stark im Wachsen. Außerdem hat man hier erkannt, daß besonders das Geistesleben gefördert werden muß, eine besondere Gesellschaft zur Förderung des Geisteslebens ist in der Bildung begriffen. Die führenden Männer sind sich der Verpflichtung bewußt, das Deutschtum in Nordschleswig mit allen Mitteln nachhaltig zu unterstützen.

So regen sich überall lebendige Kräfte! Möge das, was hier geschehen ist und geschieht, den anderen Grenzlanden als Muster und Beispiel dienen.

Zur Lage des Deutschtums in der Tschechoslowakei.

Die Nr. 10 der Zeitschrift „Foreign Affairs“*) brachte soeben einen längeren Aufsatz über die gegenwärtige Lage in der Tschechoslowakei. In diesem schildert ein Prager Spezialkorrespondent in sehr eindrucksvoller Weise den rücksichtslosen Kampf gegen das Deutschtum. Die teilweise sehr ausführlichen und, weil sie in einem englischen Blatte erscheinen, besonders bemerkenswerten Darlegungen sollen nachstehend auszugsweise wiedergegeben werden.

Über die Unterdrückung der deutschen Sprache sagt der Verfasser, daß die Politik unglückseligerweise sich weit mehr nach den Wünschen der Chauvinisten als nach den Ansichten und Absichten des Ministerpräsidenten richte. Nicht ein Tag vergehe, ohne daß in den Zeitungen irgendeine öffentliche Bekanntmachung erscheine, mit der irgendeine deutsche Schule geschlossen würde und ihre bisherigen Besucher auf tschechische Schulen verwiesen würden. Zum mindesten gehe man darauf aus, die Zahl der Klassen herabzusetzen. „In gewissen Städten, z. B. Znaim, zwangen die mit der Fürsorge für vaterlose Kinder beauftragten Beamten deutsche Mütter unter Androhung des Entzugs der bisher gewährten Hilfe, die Kinder aus deutschen

Schulen wegzunehmen und sie in tschechische zu schicken. Ein anderes krasses Beispiel der Intoleranz bietet Budweis, wo von 12 deutschen Elementarschulen nur 4 weiterbestehen dürfen. In Brünn schlossen die Behörden 13 deutsche Elementarschulen und ließen außerdem 17 Parallelklassen in deutschen öffentlichen Schulen eingehen. An der deutschen Universität in Prag wurden, trotzdem der Ministerpräsident einer Abordnung von Universitätsprofessoren seine Unzufriedenheit über kleinliche Schikanen ausgedrückt hatte, alle deutschen Aushänge und Inschriften entfernt. Ferner bestimmt ein Gesetz, daß die deutsche Universität in Prag zugunsten der tschechischen Universität des größten Teils ihrer Rechte und ihres Eigentums beraubt werde. Ein anderes Gesetz erhebt Tschechisch zur Staatssprache und deklariert die deutsche zu einem Idiom zweiter Ordnung. Auch in der Landesverwaltung wurde die deutsche Sprache in vieler Hinsicht der tschechischen untergeordnet. Ein Blick auf die neuen Banknoten zeigt, was die tschechische Regierung unter ‚gleichen Rechten für alle Nationalitäten‘ versteht. Der ‚deutsche‘ Text ist fast ganz in tschechischer Sprache gedruckt. Er ist in Wirklichkeit auf zwei Worte beschränkt, die so klein gedruckt sind, daß man gut suchen muß, um sie überhaupt zu finden. Dabei liegen immer noch mehr als Dreiviertel des Handels und

*) „Foreign Affairs“. A Journal of International Understanding. Official Organ of The Union of Democratic Control. Westminster.

der Industrie in deutschböhmisches Hände. Vor kurzer Zeit erklärte der Minister Staniek in der Nationalversammlung, daß die Regierung gezwungen sei, tschechische Beamte in die deutschen Bezirke zu schicken, weil die tschechische Bevölkerung wegen Mangels an tschechischen Beamten nicht ohne Deutschböhmen auskommen könne; mit anderen Worten: deutschböhmisches Beamte werden in tschechische Gegenden versetzt, wo sie unter dem gegenwärtigen Regime naturgemäß völlig machtlos sind, damit tschechische Beamte in deutschböhmisches Bezirke gesetzt werden können, um dort die deutsche Bevölkerung zu beherrschen, zu bedrücken und zu entnationalisieren."

Die Belästigung des deutschsprechenden Publikums bildet ein Kapitel für sich. Vor noch nicht allzulanger Zeit veröffentlichte die tschechische „Tribuna“ einen Artikel, in dem sie etwas ironisch vorschlug, daß Warnungstafeln in allen Prager Straßen, Kaffees und Restaurants angebracht werden müßten mit der Aufschrift: „Bei Strafe von 1 Tag Gefängnis oder 100 Kronen, die an den Dispositionsfond der Regierung zu zahlen sind, ist es verboten, hier deutsch zu sprechen“. Die „Tribuna“ tadelt die Tschechen, weil sie Engländer, Franzosen, Italiener, Russen und andere Ausländer belästigten, weil diese deutsch sprechen, obwohl ihnen keine andere Verständigungsmöglichkeit gegeben sei. Es ist sogar vorgekommen, daß Engländer, die miteinander englisch sprachen, den Zorn tschechischer Chauvinisten erregten, weil jene glaubten, die Fremden sprächen deutsch.

Zur Frage der Autonomie für die Deutschböhmen sagt der Verfasser, daß der Friede von St. Germain der halben Million Ukrainer, die in den tschechoslowakischen Staatsverband gezwungen wurden, diese zugesteht, sie hätten sogar ihren eigenen Landtag. Den vier Millionen Deutschen, zwei Millionen Slowaken und 800 000 Ungarn und Polen jedoch werde eben diese Autonomie verweigert. Überall wird ihnen gegenüber rohe Gewalt angewandt. Sie sind nicht berechtigt, ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten und die zu diesem Zweck erhobenen Steuern entsprechend zu verwenden, sondern werden unter der tschechischen Faust gehalten. Sie müssen sogar die Geldmittel für ihre Unterdrückung selbst aufbringen. Laut verkünden die Tschechen der Welt, daß sie zurzeit des alten kaiserlichen Österreich die Unterdrückten gewesen seien. Tatsächlich aber besaßen sie viel mehr Rechte, als sie selbst heutzutage den Ungarn und den Deutschböhmen zugestehen. Im alten Österreich erfreuten sich Böhmen und Mähren einer weitgehenden Selbstverwaltung. Sie hatten einen eigenen Landtag, in welchem die Tschechen ihre Vertreter besaßen. In der neuen Tschechoslowakei hingegen genießen die Deutschböhmen kein solches Recht. Im alten Österreich besetzten Tschechen die höchsten Stellen in der Regierung, viele Dutzende von ihnen sind im Laufe der Zeit Minister gewesen; jetzt aber sitzt nicht ein einziger Deutschböhme im Parlament, geschweige denn auf einem Ministerstuhl.

Außerdem haben sich die Tschechen, die im alten Österreich begeisterte Föderalisten waren, in extreme Zentralisten verwandelt. Sie forderten und erhielten das Recht, über das deutsche Element zu herrschen auf Grund der Behauptung, daß Böhmen und Mähren untrennbare historische Einheiten darstellten. Jetzt dagegen sind diese historischen Provinzen mitsamt ihren Landesvertretungen verschwunden und ein einheitlicher, zentralistischer, bürokratischer Staat ist auf ähnlicher Grundlage, wie die französische Einteilung in Departements sie darstellt, errichtet worden.

Deutsche Ländereien werden enteignet. Die sogenannte Nationalversammlung hat ein Gesetz entworfen, das die Ent-

eignung der größeren Güter vorbereitet. Selbstverständlich zielt dies hauptsächlich auf deutsche Besitzungen ab. Tschechische Legionäre sollen auf ihnen, wie Dr. Kramarz in seiner Rede vom 29. Januar ganz öffentlich erklärte, angesiedelt werden, d. h. die Tschechen wollen die gleiche Methode wiederholen, die im 17. Jahrhundert England in Irland anwandte.

Zur Aufhebung deutscher Zeitungen wird festgestellt, daß der tschechische Justizminister Vesely am 9. Januar die Budgetkommission dahin informierte, daß während des Jahres 1919 in der Tschechoslowakei nicht weniger als 764 Zeitungen aufgehoben wurden, unter denen sich 664 deutsche befanden.

Die Klagen der Deutschböhmen. Ende Dezember 1919 unterbreiteten Vertreter aller deutschen politischen Parteien dem Ministerpräsidenten in einer besonderen Audienz alle ihre Beschwerden. In 2 Denkschriften gaben sie ihm Einzelheiten über die Verfolgungen, denen deutsche Führer und deutsche Schulen ausgesetzt waren, sowie über die gesetzwidrigen Machenschaften des tschechischen Militärs und der Chauvinisten gegenüber den deutschen Bezirken und ihren deutschböhmisches Bewohnern. In der Denkschrift, die die deutschböhmisches Demokraten überreichten, wurde betont, daß alle Gesetze und Vorschriften sowohl in deutscher als in tschechischer Sprache erscheinen sollten, und daß der Gebrauch der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr mit deutschen Gemeinden zugelassen werden müßte, daß ferner die Ansprüche der Deutschböhmen bei der Besetzung von Beamtenstellen berücksichtigt, daß die Vertreter der aufgelösten Gemeinderäte wieder in ihr Amt eingesetzt, daß gleiches Recht bei der Verteilung der Rohmaterialien an deutschböhmisches und tschechische Industrieunternehmen sowie in der Überweisung von Staatsaufträgen herrschen, und daß außerdem der Gebrauch der deutschen Sprache im Verkehr zwischen deutschen Beamten erlaubt sein müsse. Vor allem aber baten sie um sofortige Auflösung der sogenannten Nationalversammlung und um Neuwahlen auf gerechterer Grundlage. Die Denkschrift der deutschböhmisches sozialdemokratischen Partei weicht nicht wesentlich von der der Demokraten ab. Sie lenkt nur die Aufmerksamkeit noch besonders auf das große soziale und wirtschaftliche Elend, das durch die verfehlte Politik der tschechoslowakischen Regierung verursacht wurde und darauf, daß diese Regierung bislang nichts für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und für wirtschaftliche Verständigung mit den Nachbarstaaten getan habe. Ferner stellt sie fest, daß die Art und Weise, in der bisher die Probleme durch die tschechische Regierung behandelt worden sind, eher die Überzeugung gefestigt haben, daß die verantwortlichen Leiter einer derartigen Politik (des vernünftigen Ausgleichs) aus nationalistischen Gründen entgegenwirken, und daß im Interesse tschechoslowakischer Kapitalisten und Imperialisten deutsche Industrien dauernd im Nachteil gehalten würden. Die Denkschrift sagt weiter, auf gleichen Irrwegen gehe die Politik in Erziehungsfragen. Deutsche Schulen seien unter Willkürherrschaft gestellt und nach Belieben geschlossen, deutsche Kinder am Besuch deutscher Schulen gehindert, deutsche Angestellte des öffentlichen Dienstes disziplinarischer Bestrafung unterworfen worden, einzig und allein aus dem Grunde, weil sie Deutsche seien. Zum Schluß führt die Denkschrift der Sozialdemokraten aus, daß die Deutschböhmen im tschechoslowakischen Staate keinerlei Rechte hätten und wie Heloten behandelt würden. Demokratie und Selbstverwaltung existierten in diesem Lande nicht.

Ministerpräsident Tusar gab in seiner Antwort zu, daß die Deutschböhmen allerlei Ursache zu Beschwerden hätten und versprach, daß künftig ihre Lage verbessert würde, besonders

jetzt, da Aussicht für baldiges Wiederausschreiben der Wahlen zum Parlament bestünde. Die tschechische Presse versucht die Audienz als eine Bekundung deutschböhmischer Loyalität hinzustellen, die hätte zeigen wollen, daß die Deutschen mit ihrem Schicksal zufrieden seien. Infolge dieser Machenschaften sah sich Dr. Lodgman, der Führer der Deutschböhmen, zu einem ausdrücklichen Dementi veranlaßt. Anläßlich einiger Reden, die er in Teplitz hielt, sagte er: „Augenblicklich sehen wir überall um uns herum einen geradezu unglaublichen Chauvinismus, eine Verblendung, die die Tschechen glauben läßt, Prag sei nicht nur der Mittelpunkt Europas, sondern der ganzen Welt. Der Standpunkt der Tschechen läuft darauf hinaus, daß andere die Steuer zahlen, bei ihrer Verwendung aber nicht mitzusprechen haben.“

Die gleiche geistige Überhebung findet sich, wie der Korrespondent der „Foreign Affairs“ weiter ausführt, auch in allen militärischen Angelegenheiten. Er bezeichnet die Tschechoslowakei als eine Hochburg des Militarismus. Ein neues Militärdienstgesetz, das soeben erlassen wurde, bestimmt, daß jeder männliche Staatsangehörige zwischen 17 und 60 Jahren für 2 Jahre, die später auf 18 Monate herabgesetzt werden sollen, zum Dienst ausgehoben wird. Das Recht zur Mobilisation steht dem Präsidenten der Republik zu; die Nationalversammlung hat dabei nicht mitzusprechen. Das Schlimmste sei, daß kein Angehöriger des tschechoslowakischen Staates ohne die Erlaubnis des Kriegsministeriums auszuwandern wagen dürfe. Trotz des Friedens gehen die Rüstungen in großem Umfange weiter. Die Legionäre behandeln die Deutschböhmen als Todfeinde und verfolgen sie in jeder Weise, durch Anwendung offener Gewalt, wie auch durch kleinliche Schikane. Deutsche Schulen würden von ihnen ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen und als Kasernen benützt.

Die Frage, ob die Verständigung zwischen Tschechen und Deutschböhmen möglich sei, beantwortet der Verfasser dahin, daß diese ohne weiteres zu erreichen wäre, wenn Vernunft und Gerechtigkeit zur Herrschaft kämen. „Man kann unmöglich auch nur mit einiger Wahrhaftigkeit behaupten wollen, daß im alten Österreich die Deutschen fähig gewesen wären, so schroff mit den Tatsachen umzuspringen, wie diese es jetzt mit den Deutschböhmen tun. Zweifellos ist es richtig, daß

beschränkte und kurzsichtige Nationalisten den Vorwurf hinnehmen müssen, zu dieser Verbitterung und Verletzung des tschechischen Volkes beigetragen zu haben. Auf alle Fälle aber waren die tschechischen Nationalisten in gleicher Weise schuldig. Letztere nutzen nunmehr ihre weit größere Gewalt auf ähnlich unvernünftige Art und Weise aus. Es ist traurig, daß ein so hoch entwickeltes, fähiges und sympathisches Volk wie die Tschechen, sich gegenüber der Führung ihrer geistig beschränkten Nationalisten so schwach zeigen. Selbst die tschechischen Sozialdemokraten sind in hohem Maße chauvinistisch gesinnt.

Es gäbe vielerlei Möglichkeiten, das Problem der Zufriedenheit beider Teile zu lösen. Der natürlichste Weg wäre für alle deutschen Gebiete des ehemaligen Österreich der Anschluß an Deutschland gewesen. Demgegenüber bleiben die Tschechen bei der Behauptung, daß sie bei der Aufgabe Deutschböhmens und Mährens keine Möglichkeit wirtschaftlichen Bestandes hätten. Das ist unrichtig, obwohl sicherlich enge Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschösterreich beiden Ländern vorteilhaft wären. Zusammenarbeit auf gesunder Grundlage ist jedoch nur möglich, wenn jede Rasse gleiche Rechte genießt und auch nach dem Prinzip der Gleichberechtigung behandelt wird. Sehr wohl hätte jede Nation völlige Autonomie genießen und zu gleicher Zeit mitarbeiten können am gemeinsamen Wohle beider. Ein ähnliches dualistisches System bestand ja zwischen Österreich und Ungarn. Seine Einführung beendete die heftigen Kämpfe zwischen Österreichern und Magyaren. Genau so hätte die Feindschaft zwischen Tschechen und Deutschösterreichern aus der Welt geschafft und ein Weg für friedliche und wechselseitige Zusammenarbeit der beiden Länder und Völker gefunden werden können.

Diese Möglichkeit scheint allerdings für alle Zeit durch das gewalttätige Benehmen der tschechischen Nationalisten vereitelt worden zu sein. So scheinen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei einer gewaltsamen Lösung entgegenzutreiben. „Wenn nicht die Tschechen ihre Politik von Grund auf ändern, wird Europa in naher Zukunft noch einmal durch die Schrecken des Krieges, der Revolution und wirtschaftlicher Auflösung heimgesucht und der tschechische Imperialismus seinerseits über den Haufen geworfen werden, wie es mit dem deutschen und russischen geschehen ist.“

A. M.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM RUNDSCHAU

Deutschösterreich und die ehemaligen österreichischen Länder.

Für den jungen österreichischen Freistaat ergeben sich aus dem Gegensatz der amtlichen äußeren Politik, die durch die Bestimmungen des Friedens von Saint Germain an bestimmte Bahnen gebunden ist, und der Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung, namentlich in den Ländern, die immer leidenschaftlicher den Anschluß an das Deutsche Reich fordert, nicht geringe Schwierigkeiten. In Tirol hat der Landtag zum zweitenmal einstimmig den Beschluß gefaßt, den wirtschaftlichen Anschluß an den Bruderstaat im Norden zu fordern, der natürlich nur als Vorstufe des politischen Anschlusses gelten könnte. Staatskanzler Renner, dem eine tirolische Abordnung in feierlichen Formen diesen Beschluß zur Kenntnis brachte, gab nach zweitägigen Verhandlungen notgedrungen einen ablehnenden Bescheid. Dies hat aber nicht gehindert, daß gleich darauf die Stadtvertretung Salzburgs den gleichen Beschluß faßte, und es

ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Bestreben, eine engere Verbindung mit dem Deutschen Reiche zu finden, nicht so bald verstummen wird. In Italien, wo man diese Dinge mit begreiflicher Aufmerksamkeit verfolgt, ist der sonderbare Plan aufgetaucht, das deutsche Südtirol mit dem übrigen Gebiete des Landes wieder zu verbinden, unter der Bedingung freilich, daß ganz Tirol zu Italien in ein dauerndes staatsrechtlich gewährleistetes Bundesverhältnis träte. Abgesehen davon, daß hierzu erst die Genehmigung der übrigen Ententestaaten sowohl wie des übrigen Deutschösterreich erforderlich wäre, wäre damit den nationalen Träumen des österreichischen Deutschturns ein für allemal jede Zukunftsmöglichkeit genommen und Vorarlberg zum Anschluß an die Schweiz förmlich genötigt. Das so eingeeengte österreichische Staatswesen aber wäre vollends lebensunfähig. Der ganze Plan hat daher doch wohl nur den Wert eines Kuriosums. Immerhin beweist die Tatsache, daß er überhaupt auftauchen konnte, wie wenig konsolidiert die Verhältnisse sind. Im wesentlichen scheint übrigens nur Frankreich ein unbedingter Gegner des Anschlußgedankens zu sein, denn, wie

wenigstens Wiener Blätter zu melden wissen, habe England, nachdem es sich davon überzeugt habe, daß eine wirtschaftliche Verbindung zwischen Österreich und den neuen Nationalstaaten (Tschechien, Südslawenstaat) unmöglich sei, keine grundsätzliche Einwendung gegen einen wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich, der dem Wiederaufbau Mitteleuropas dienen sollte. Wie dem aber immer auch sei, sicher ist das eine, daß auf die Dauer der Anschluß unvermeidlich sein wird, denn alle natürlichen Bedingungen führen notwendig zu ihm hin. — Obgleich der Präsident der tschechoslowakischen Republik, Dr. Masaryk, von dem Präsidenten der österreichischen Nationalversammlung sowohl als vom Staatskanzler Renner zu seinem 70. Geburtstag in feierlichster Weise beglückwünscht und sein Staat von dem letztgenannten Staatsmanne sogar als Hort der Freiheit gepriesen worden ist, denkt man in Prag nicht daran, mit der Gleichberechtigung der Deutschen Ernst zu machen. Die von Amts wegen überall aufgelösten sogenannten „Norodny Vibors“ (Volkswehren), die beim Umsturze in allen deutschen Städten die Gewalt an sich gerissen und in die Hände tschechischer Minderheiten gelegt hatten, bestehen der behördlichen Anordnung zum Trotz vielfach weiter und erlauben sich, so kürzlich in der deutschen Stadt Bilin, die empörendsten Übergriffe gegen die deutsche Bevölkerung, die nirgendwo geahndet werden. Dazu kommt, daß in den von Deutschen bewohnten Randgebieten Böhmens, so vor allem im Erzgebirge, fortgesetzt Hungersnot herrscht. Zwar wird den unzähligen deutschen Bittabordnungen in Prag stets alles Mögliche versprochen, es geschieht aber zur Linderung des Notstandes nichts, ja neuerdings wurde sogar die ohnehin unzulängliche Mehrration noch herabgesetzt, und dies, während gleichzeitig in tschechischen Gebieten die Rationierung vielfach bereits völlig abgebaut ist. Daß daher die Mißstimmung der sudetensländischen Deutschen ständig zunimmt, ist mehr als begreiflich.

B. I.

Baltikum.

Die Rigasche Rundschau schreibt zu diesem Thema: „Mit der Ankunft der lettlandischen Delegation in Berlin ist die Frage der Heimkehr unserer Emigranten in ein neues Stadium gerückt, da unsere Vertreter zur Ausstellung der notwendigen Einreisepapiere bevollmächtigt sind. Man darf hoffen, daß in nächster Zeit unseren Emigranten im größeren Maßstabe die Rückkehr in die Heimat möglich gemacht werden wird. Während so die ältere Generation und wohl auch unsere Frauen und Kinder das Recht auf die alte Heimat erhalten, macht sich leider in unserer Jugend der Zug nach Abwanderung in bedenklichem Grade geltend. Namentlich hat die Deformation der Landeswehr, die eine größere Zahl von jüngeren Leuten beschäftigungslos machte, den Drang, sich auswärts ein neues Feld der Tätigkeit zu suchen, verstärkt.“

Der Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien, auf dem diese Angelegenheit zur Sprache gelangte, kam einstimmig zur Überzeugung, daß einer solchen Bewegung mit allem Nachdruck entgegenzutreten ist. Abgesehen davon, daß die Erwerbsverhältnisse im Auslande, und ganz besonders in Deutschland, die allernüchternsten sind und dort bereits unzählige Personen nach Brot suchen, würde die Abwanderung unserer Jugend eine Fahnenflucht bedeuten, die allen Versuchen in der deutsch-baltischen Bevölkerung, sich die alte Heimat zu erhalten, den Todesstoß versetzen müßte. In gemeinsamer Arbeit und im engsten Zusammenschluß läßt sich die schwere Krise, die unser Volkstum gegenwärtig durchlebt, überwinden. Wenn jetzt aber jeder für sich handelt und unsere Gemeinschaft

sprengt, könnten wir eine Hoffnung, uns dauernd hier zu erhalten, nicht mehr haben.“

Die Auflösung der baltischen Landeswehr, die noch eben Lettland großen Nutzen gebracht hat, sowie der Rücktritt des deutschen Finanzministers Erhardt, ein die Wälder und die Landbesitzer ruinierendes Waldgesetz und nationalistische Verfolgungen durch die lettische Mehrheit unter dem Druck chauvinistischer Sozialisten haben dabei den Balten in Lettland das Leben in letzter Zeit besonders schwer gemacht.

Der Revaler Bote, der jene Äußerung des baltischen Ausschusses in Riga wiedergibt, meint, daß sie auch durchaus beherzigenswert für die baltische Jugend Estlands sei.

Das an Zahl stark zusammengeschmolzene, wirtschaftlich größtenteils ruinierte Baltentum in Estland führt einen verzweifelten Kampf um seine nationale Existenz. Es ist mehr ein stummes Leiden, denn von Kampf ist nicht viel zu reden, da die Revaler deutsche Zeitung und ebenso die kleine Dorpater so gut wie mundtot gemacht sind. Die drei deutschen Abgeordneten in der sozialistischen Konstituante können kaum was ausrichten und selbst der einst führende Stand des Adels läßt sich wortlos die Konfiskation der Güter gefallen, wobei jeder noch irgend etwas aus dem Ruin zu retten sucht, sei es auch nur die Anstellung als Pächter auf seinem eigenen Gut.

Die größten Hoffnungen setzen die Balten noch auf die Anerkennung ihrer kulturellen Interessen. Es wurde mit Freuden begrüßt, als die Grundgesetzkommission der Konstituante die Rechte der völkischen Minderheiten in liberaler Weise berücksichtigte und ihnen unter anderem das Recht auf Selbstbesteuerung zur Pflege des Schulwesens und anderer Kulturanstalten gewährte. Doch dieselbe Kommission hat in zweiter Lesung das Selbstbesteuerungsrecht verworfen und die Rechte der Minoritäten auf ein nichtssagendes Minimum beschränkt. Auch in der Schulfrage, wo der Unterrichtsminister Treffner dem von den Balten ausgearbeiteten Schulorganisationsprogramm entgegenzukommen schien, sehen sich die Balten in all ihren Hoffnungen betrogen, und die ganze Frage ist ins Ungewisse hinausgeschoben. — Einen Lichtpunkt bietet noch die Universität Dorpat, wo unter den Lehrern Deutsche und Balten vorwiegen und ein tolerantes, kulturelles Zusammenarbeiten der verschiedenen Nationalitäten stattfindet.

Trotz aller Enttäuschungen und Bedrängnisse arbeiten die Balten eifrig daran, ihre bestehenden Schulen zu erhalten. Der Schulhilfe-Verein hat verhältnismäßig große Mittel zusammengebracht. Gilt es doch die Schulen zu stützen und den Lehrern, sowie sehr vielen Schulkindern zu helfen. So werden die Schulkinder mit Wäsche und Nahrungsmitteln versorgt. Zu Ostern haben die Lehrer aller Privatschulen ein Monatsgehalt als Unterstützung erhalten usw. Kürzlich ist der frühere Generalsuperintendent Kentmann zum Schulbeirat gewählt worden, um als Vertreter der Schulhilfe eine gewisse Aufsicht über alle deutsche Schulen im Lande zu haben. Nur Dorpat hat einen eigenen Schulhilfverein gegründet.

Polen.

In polnisch-deutschen Zeitungen veröffentlicht der Superintendent der evangelischen Kirche, der bekannte Vorkämpfer des Polentums, Bursche, einen scharfen Artikel gegen die Äußerungen der deutschen Abgeordneten in der von uns erwähnten Elternversammlung in Lodz. Er wendet sich darin scharf gegen die deutsche Okkupation und ihre Träger, der er nur Schlechtes nachsagen will, ohne auch nur mit einem Worte auf die tech-

nischen und kulturellen Leistungen dieser Okkupationszeit zum Wiederaufbau des doch von den Russen, nicht von den Deutschen, zerstörten Polen einzugehen. Warum vergleiche man nicht die Lage der Deutschen in Polen mit der der nichtdeutschen Bevölkerung in Preußen? Herr Bursche, der Führer des evangelischen Deutschtums bringt es fertig, zu schreiben: „Noch deutscher will Herr Friese seine Leute machen. Nicht bloß deutsche Sitte und deutsche Art, deutsche Sprache und deutsche Kultur sollen sie pflegen: ‚noch deutscher‘ sollen sie sein. Das heißt doch ähnlich, wie es in den Worten des Liedes ausgedrückt ist: Deutschland, Deutschland über alles, das ist — mit dürrn Worten sei es ausgesprochen — ein aggressives Deutschtum, das aus unseren Deutschen in Polen einen Vorposten des Deutschtums im Osten machen will, eine Politik, die im Jahre 1918 Bankrott gemacht hat.“ Gewiß, man kann es auch so ausdrücken — aber nur wenn man ein Verdrehungskünstler von der Fertigkeit des Herrn Bursche ist, der zwar Wert darauf legt, zu betonen, daß er sich nicht Bursche schreibt, sondern auf seinen ehrlichen deutschen Namen Bursche stolz sei, der aber ein schlimmerer Gegner des Deutschtums als der fanatischste Pole ist.

Aus einem Lemberger Blatte zitiert die „Lodzer Freie Presse“ ein Rundschreiben der Lemberger Eisenbahndirektion mit den Bedingungen zum Übergang von Eisenbahnbeamten in den Dienst der Posener Eisenbahndirektion. Es heißt dort: „Es werden nur Personen angestellt, die beruflich erstklassig ausgebildet sind, denen keine Disziplinarstrafen auferlegt wurden, die römisch-katholisch sind, denen in nationaler Beziehung nichts vorgeworfen werden kann und die die deutsche Sprache beherrschen.“ Vielleicht bekümmert sich Herr Superintendent Bursche doch einmal um diese Benachteiligung seiner Glaubensgenossen in der „freien Republik“ Polen.

Ukraine.

Abgesandte der Mennoniten aus Südrußland sind in diesen Tagen nach Heilbronn gekommen, um eingehende Beratungen mit ihren Glaubensgenossen in Deutschland zu pflegen. Die Abordnung besteht aus den Herren Oberlehrer Abraham Friese, Pfarrer Benjamin Unruh und Maschinenfabrikbesitzer Warkenthien. Die Abordnung vertritt etwa 100 000 Mennoniten aus Südrußland und berichtet entsetzliche Dinge über die Erlebnisse der mennonitischen Kolonien, die weniger unter dem roten Terror gelitten haben (die bolschewistischen Truppen kamen in diese Gegend gar nicht), sondern im wesentlichen unter dem üppig emporgewucherten Bandenwesen und namentlich unter der Bande des berühmten Räuberhauptmanns Machno, der im wesentlichen die Molotschnaer Gegend gebrandschatzt hat. Alle Einwohner der Kolonien mußten flüchten, zogen herunter in die Krim und fanden, als sie zurückkehrten, ihr Heim dergestalt beraubt, daß sie jetzt ohne Pferd und Wagen, ohne Pflug und Hausinventar nur in ihren leeren Häusern sitzen. Es wird nichts bestellt, man lebt von der allernotdürftigsten Garten- und Ackerarbeit und das einst so blühende Mennonitengebiet ist jetzt stark verödet. Die Mennoniten huldigen ja dem Grundsatz, keine Waffen zu tragen und zu gebrauchen, sie wurden deshalb früher in die russische Armee nicht eingestellt, sondern leisteten einen entsprechenden Arbeitsdienst als Forstarbeiter und später als Sanitäter, und setzten sich ihren religiösen Anschauungen entsprechend auch gegen die Räuberscharen nicht zur Wehr. Die Mennoniten besitzen in Südrußland etwa 2 Millionen Hektar Land, und ihr Eigentum wurde auf etwa 30 Millionen Rubel geschätzt. Die Erzählungen der Kommission gaben entsetz-

liche Bilder von dem Elend, das über die sonst so reichen und blühenden Kolonien gekommen ist. Während aber trotz aller Unbilden die ringsum wohnenden schwäbischen Siedler entschlossen sind, an ihrem Boden festzuhalten und das Verlorene wieder aufzubauen, hat sich bei den Mennoniten der feste Wille entwickelt, auszuwandern und Rußland zu verlassen. Die Abordnung ist mit Vollmachten ausgerüstet und soll nun von Deutschland nach Holland fahren, um dort festzustellen, ob etwa für die 100 000 Mennoniten in Südafrika Platz geschaffen werden könnte. Es ist auch beabsichtigt, den Mennoniten in Kanada einen Besuch abzustatten und auch Nordamerika zu besuchen. Schweizer und holländische mennonitische Kolonien haben den Brüdern aus der Ukraine größere Geldwerte in ihrer Währung zur Reise zur Verfügung gestellt und man erwartet, daß Holland bezüglich des Abtransportes der 100 000 Menschen aus Südrußland sich entgegenkommend zeigen wird. Am liebsten würden die Mennoniten ihr gesamtes Grundeigentum in Südrußland möglichst rasch verkaufen, um die Übersiedlung in den nächsten Jahren bewerkstelligen zu können. Bei der Vorkonferenz, die am 11. April in Heilbronn stattfand, zeigte es sich, daß die Abordnung über die Weltlage und über die Auswanderungsfrage höchst ununterrichtet war und daß sie in ihrer Abgeschiedenheit in der Ukraine von den neueren Weltvorgängen absolut nichts erfahren hat. Am 13. April fand sodann die Konferenz statt, zu der die Gemeinden Heilbronn und Kornwestheim, sowie verschiedene rheinische Verbände Abgeordnete entsandt hatten. Sie wurde durch einen Gottesdienst im Schützenhaus in Heilbronn, das der Mennonitengemeinde als Versammlungsraum dient, eröffnet und es wurden den mennonitischen Glaubensgenossen aus der Ukraine von seiten ihrer deutschen Brüder lebhafteste Sympathien zum Ausdruck gebracht.

England.

Der Verband der Varietékünstler hielt Ende März eine vielbesuchte Versammlung ab, in der lebhaft dagegen protestiert wurde, daß deutsche und andere ehemals feindliche Artisten wieder auf englischen Bühnen auftreten. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß jedes Mitglied des Verbandes verpflichtet sei, keinerlei Engagement anzunehmen, an dem Deutsche mitbeteiligt sind. Es müsse besonders betont werden, daß dieser Beschluß sich auch auf die Artisten erstrecke, die unter der Maske von Amerikanern herüberkämen, was häufig unter Benutzung falscher Pässe geschehe.

KLEINE NACHRICHTEN

Handelsrichter Gustav Behrendt, der Vorsitzende des deutsch-rumänischen Wirtschaftsverbandes und das Vorstandsmitglied des Bundes der Auslandsdeutschen, ist als Ministerialdirektor ins Auswärtige Amt berufen worden.

Heimatgedenken. Aus Milwaukee wird dem „Schwäbischen Merkur“ von einem Wohltätigkeitskonzert berichtet, das in dem Riesen-Auditorium der Stadt über 10 000 Personen vereinigte. Die zusammengefaßten deutschen Männerchöre von Milwaukee stellten 500 Sänger. Kurz vor 3 Uhr vor dem Beginn des Konzerts, das schon stundenlang vor Anfang ausverkauft war, kam ein langer Zug Mädchen, weiß gekleidet und geschmückt mit einer großen rot-weiß-blauen Schärpe und zerstreute sich in die ganze Halle, um während der Pause die hübsche Summe von beinahe 2000 Dollar zu sammeln. Unter dem Klang des Tannhäuser-Marsches marschierten die Sänger ein, die von 18 Chören stammten und die unter dem Taktstock des Dirigenten, Herrn Otto Sinzenberger, mit dem Eichendorffschen

Lieder: „Wer hat dich, du schöner Wald“, begannen. Der Bürgermeister von Milwaukee trat in einer Ansprache kräftig für die Liebestätigkeit ein. Das Konzert muß des großen Andrangs wegen demnächst wiederholt werden.

James Speyer aus New York, der Vorsitzende des amerikanischen Hilfsbundes für die Kriegerwitwen und -waisen in Deutschland, hat für die Frankfurter Kinderhilfeden Beitrag von 250 000 Mark gestiftet.

Ein **Hilfsbund für Deutsch-Südtirol** ist in Berlin gegründet worden. Den Vorsitz hat der Bürgermeister Dr. Reicke übernommen. Der Bund bezweckt den Zusammenschluß aller Freunde Deutsch-Südtirols, die Pflege der Liebe zu Deutsch-Südtirol, den Schutz des deutschen und ladinischen Tiroler Volkstums in Sprache, Recht, Trachten und Sitte, sowie die Wahrung und Förderung seiner wirtschaftlichen Interessen. Er wird sich demnächst mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit wenden. Schon jetzt werden Beitrittserklärungen entgegen genommen in der Geschäftsstelle des Hilfsbundes für Deutsch-Südtirol, Berlin NW. 23, Holsteiner Ufer 20.

Rom. Das „B. T.“ berichtet, daß am ersten Ostertage zum ersten Male nach dem Kriege wieder deutsche Theologen des Collegium germanicum in ihren charakteristischen roten Talaren in Erscheinung getreten seien und sich zu Fuß durch die Straßen zum Petersdom begeben hätten. Auf den Straßen seien die blonden Riesengestalten überall mit herzlicher Teilnahme begrüßt worden. Viele seien auf sie zugegangen und hätten ihnen gute Feiertage gewünscht.

Deutsche Waren nach Syrien. Wie wir der „European Preß“ entnehmen, wollten die Franzosen einem holländischen Dampfer, der deutsche Spielwaren, Glas, Chemikalien usw. mitbrachte, nicht erlauben, diese Waren an Land und zum Verkauf zu bringen. Das Verbot mußte jedoch aufgehoben werden, da die syrischen Händler energisch protestierten. Syrien wünscht und benötigt, wie viele andere Länder, dringend deutsche Waren — unsere „Gegner“ aber scheinen immer noch nicht einsehen zu wollen, daß der Krieg beendigt ist.

In Buenos Aires ist der frühere deutsche Hauptmann **Kurt Wilhelmy**, als er auf einer Bootsfahrt zwei Frauen vom Tode des Ertrinkens rettete, selbst ums Leben gekommen. Nachrufe der deutschen Blätter schildern den auf so edler Tat Verunglückten als einen glänzenden Charakter und vornehmen Offizier, der für die künftige deutsche Auslandsarbeit vielleicht von hoher Bedeutung hätte werden können. Er war im Oktober v. J. nach Argentinien gegangen, um drüben sich ein neues Leben aufzubauen.

Friedrich von Langenhan, der Handelskammer-Präsident, ist in Czernowitz gestorben. Er ist der Vater des bekannten Landeshauptmanns von Deutsch-Böhmen und selbst als Sohn eines Kölner Fabrikanten erst nach der Bukowina ausgewandert, wo er in der Holzindustrie, im Bahnbau, in der Ölfabriken- und Dampfmühlenindustrie eine bedeutsame Rolle spielte.

Marineoberpfarrer Ludwig Winter ist nach längerem Leiden in Homburg v. d. H. gestorben. Er ist den Deutschen Ostasiens, besonders denen in Tsingtau und Tientsin, wo er lange Jahre zum Wohle des Deutschtums wirkte und arbeitete, wohl bekannt geworden. Er hat ein Alter von nur 52 Jahren erreicht.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Paul David **Fischer** ist im 84. Lebensjahre in Berlin gestorben. Er war einer der ersten Arbeiter im Dienste deutscher Kulturinteressen in China und hat als Vorsitzender des Kulturausschusses der ehemaligen Deutsch-Asiatischen Gesellschaft und der Vereinigung zur Errichtung deutscher

technischer Schulen in China in den beiden letzten Jahrzehnten Hervorragendes für das deutsche Schulwesen in China geleistet.

Kulturingenieur **Heinrich Frey** ist in Stuttgart im Krankenhaus gestorben; ein geborener Württemberger, der 35 Jahre lang im kulturtechnischen Büro des kurländischen Kreditvereins in Mitau tätig war und im ganzen Baltikum als Sachverständiger in Wasserbaufragen sich hoher Wertschätzung erfreute. Er war während des Krieges als deutscher Vermessungsbeamter in heimatlichen Diensten, bearbeitete später die geplante Ansiedlung der Baltikumsfreiwilligen, tat dann politische Dienste und führte zuletzt die deutsche Polizeitruppe aus dem brennenden Mitau heraus, um sie in vierzehntägigem Marsch nach Ostpreußen zu bringen. Krank kam er dann in der Heimat an, wo ein Rückfall in ein altes Leiden neue Pläne des tatkräftigen Mannes ein Ziel setzte.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Deutsche Elternversammlung in Lodz.

Am 25. März fand in Lodz eine machtvolle Kundgebung des Deutschtums statt, die geeignet ist, das deutsche Bewußtsein der Deutschen in Polen kräftig zu stärken und zu fördern. Die deutschen Sejm-Abgeordneten hatten die Versammlung einberufen. Im Konzerthause fanden sich 4—5000 Personen ein, die zunächst auf die beiden noch anderweitig beschäftigten Abgeordneten und später auf die Vertreter aus Posen und Bromberg warten mußten. Der Sejm-Abgeordnete von Lodz, **Spickermann**, eröffnete die Tagung mit einem Rückblick auf die bisherige Geschichte des deutschen Schulwesens in Polen. Die Warschauer Regierung wollte tolerant sein und den Deutschen ein deutsches Schulwesen ermöglichen, aber die Macht der Schulbehörden sei zu groß gewesen, und mit den von deutschen Eltern abzuliefernden „Deklarationen“, daß sie deutschen Unterricht wünschten, werde ein grober Unfug getrieben, sie würden nur zu großen Schikanereien benutzt. Man habe sogar gedroht, daß den Deutschen durch Einreichen von Deklarationen Unannehmlichkeiten erwachsen könnten. Die Deutschen wollten wohl polnisch sprechen und lesen, aber die Muttersprache und Schulsprache müsse deutsch sein. Der Lehrer auf dem Dorfe sei zugleich Kantor und halte auch die Gottesdienste im Dorfe. Durch die Entfernung deutscher Lehrer seien auch mithin deutsche Dörfer ohne Gottesdienst, auch die Altäre seien entfernt worden. Die Rede wurde oft von brausendem Beifall unterbrochen, der jubelnd anwuchs, als der Sejm-Abgeordnete **Friese** die Anwesenden aufforderte, sich zu Ehren der deutschen Vertreter aus Posen von ihren Sitzen zu erheben. Unter den Rufen „Heil den Deutschen in der freien Republik Polen“ wurde diesem Wunsche willfahrt. **Friese** betonte das Recht auf deutsche Kultur und Sitte und die Pflicht der Deutschen, keine Renegaten zu sein, sondern den Kindern zu erhalten, was von den Vätern ererbt worden sei. Dann wurde aufgefordert, auch im nächsten Jahre wieder die Deklarationen pünktlich einzureichen. Man verlange, daß jede Deklaration amtlich bestätigt sei, das sei aber schon in kleinen Gemeinden nicht durchführbar, in Lodz aber vollends gar nicht, wo 7000 Volksschüler deutscher Zunge die Schule besuchten. Schon früher hätten die Eltern stundenlang beim Einreichen der Deklaration warten und sich von einem Schreiber beschimpfen lassen müssen. Die Versammlung solle also ein Gesuch um Änderung des die Deklaration betreffenden Dekrets einreichen. Es kam eine Resolution zur Verlesung, die mit Freuden den Geist des Dekrets vom 3. März 1919 anerkennt, aber mit Bedauern feststellt, daß die Gemeinde- und

Lokalbehörden sich dem tolerantan Geiste des Dekrets vielfach widersetzten. Deutsche Schulen würden auf ungerechte Weise geschlossen, entgegen den Deklarationen der Eltern würde die Muttersprache der Kinder verdrängt, deutsche Lehrer entlassen, deutsche Grundstücke und Schulen den Eltern widerrechtlich genommen, die Schulgemeinden künstlich geteilt, um deutsche Mehrheiten zu verschleiern, aus den Bethäusern würden Altäre, Kreuze und andere Einrichtungen genommen. Dagegen werde feierlicher Protest eingelegt. § 3 und 4 des Dekrets vom März müßte gestrichen werden, um weiteren Mißbräuchen vorzubeugen, von Deutschen erbaute Schulhäuser und deutsche Grundstücke müßten fernerhin nur Deutschen gehören. Als Instanz für Deklarationen und Beschwerden habe nicht der Schulvorstand, sondern der Bezirksschulrat zu gelten, der Schulvorstand sei bei den deutschen Volksschulen überhaupt als Instanz auszuscheiden, an seine Stelle solle der von den Eltern gewählte Vormundschafsrat treten, der dem Bezirksschulrat zu unterstehen habe. Die §§ 15–18 und 24 des Dekrets sollten gestrichen werden, die Deklarationen sollten ohne jede Förmlichkeit bei der Einschulung des Kindes überreicht werden können. Die Elternversammlung habe über die Schulsprache zu entscheiden, eine spezielle deutsche Sektion sollte beim Unterrichtsministerium begründet werden. Um keinen Preis würden die Deutschen sich ihre Schule nehmen lassen. Nur volle Geistesfreiheit könne Polen zur Höhe führen. Stürmische Beifallskundgebungen unterbrachen die Verlesung der Resolution. Herr Spickermann erklärte, die Polen in Rumänien forderten, obgleich man ihnen eingeräumt habe, bei mindestens 30 Kindern eigene Schulen errichten zu wollen, solche Schulen schon bei mindestens 20 polnischen Kindern. Herr Friese wandte sich scharf und unter steigender Erregung der Versammlung gegen den „deutschen“ Schulinspektor Kaminski und gegen den „Masurenkönig“ und Superintendenten Bursche. Stürmische Rufe: Fort mit ihnen! erschollen. Redakteur Drewing betonte, daß die Deutschen nur durch Leistungen sich Achtung erringen könnten, Redakteur Dr. Löwenstein vom Posener Tagblatt überbrachte Grüße der Posener, Herr Kohlwein aus Bromberg sprach für die dortigen Deutschen. Die Resolution wurde einstimmig unter großem Jubel angenommen. Die ganze Versammlung nahm einen prachtvollen Verlauf.

Nachdem die Elternversammlung dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, daß die Deklarationen derjenigen Eltern, die ihre Kinder in deutsche Schulen schicken wollten, wenn sie einmal eingerichtet seien, auf die Dauer Geltung hätten, hat der Lodzer Bezirksschulrat beschlossen, daß auch in diesem Jahre Deklarationen eingereicht werden müssen. Über den Protest der beiden deutschen Reichstagsabgeordneten ist der Bezirksschulrat zur Tagesordnung übergegangen. Die Lodzer Deutsche Zeitung bemerkt dazu: „Dieser Beschluß des Bezirksschulrats wird von allen deutschen Eltern als das aufgefaßt werden, was er sein soll: das Bestreben, die im Friedensvertrag verbrieften Minderheitsrechte durch Verwaltungsmaßnahmen beiseite zu schieben.“

Drohende Auflösung der deutschen Lehrerbildungsanstalten in der Tschecho-Slowakei. Wie die „Neue Freie Presse“, Wien, berichtet, wurde aus dem Unterrichtsministerium ein Erlaß an alle deutschen Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten in Böhmen, Schlesien und Mähren versandt, aus dem hervorgeht, daß Vormerkmale für den ersten Jahrgang des nächsten Schuljahres „bis zur Herausgabe weiterer Weisungen“ verboten sind. Es scheint, daß man auf diese Art nach und nach die deutschen Lehrerbildungsanstalten zum Eingehen bringen will, um den

Lehrernachwuchs zu hemmen, und damit deutscher Bildung und Schule überhaupt den Todesstoß zu versetzen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Die deutschen Professoren von Dorpat.

Die „Dorpater Zeitung“ wendet sich gegen eine Warnung, die der deutsch-baltische Rechtsanwalt Volck erlassen hatte, deutsche Professoren möchten den Ruf an die Dorpater Universität nicht annehmen. Damit leistete der Warner den Betroffenen und dem Deutschtum einen schlechten Dienst. Von den früheren Lehrkräften der Dorpater Universität habe kein einziger Professor russischer Nationalität eine Anstellung erhalten, von den Lehrkräften der deutschen Universität der Okkupationszeit aber seien zwölf berufen worden und es seien auch sonst nicht ganz wenige Deutsche und deutsch Vortragende an der Universität beteiligt. Volck sei ein unheilvoller Berater für die deutsche Sache.

Dorpat. Die Estnische Universitätsverwaltung hat der Dorpater Zeitung zufolge beschlossen, das von der deutschen Okkupationsverwaltung seinerzeit eingerichtete Seminar für germanische Philologie an der Universität beizubehalten und weiter auszubauen. Dieser Beschluß wird vom Deutschtum sehr lebhaft begrüßt und die Deutsche Gesellschaft wird aufgefordert, ihrerseits zur Ausgestaltung des Seminars beizutragen.

In Kopenhagen hat die königlich dänische Gesellschaft der Wissenschaften in ihrer letzten Sitzung vom 9. April sechs deutsche Professoren unter die Zahl ihrer korrespondierenden Mitglieder aufgenommen.

Christiania. Professor Eucken hält sich zurzeit hier auf, wo er an jedem Morgen eine große Anzahl von Philosophiestudenten zwanglos zu einer philosophischen Sprechstunde um sich versammelt, um Probleme der Gegenwart mit ihnen durchzusprechen. Er hat im christlichen Studentenverein soeben einen Vortrag gehalten und sprach auch vor einer außerordentlich großen Zuhörerschaft öffentlich.

Upsala. Geheimrat Prof. Kittel, der Leipziger Ordinarius für alttestamentarische Wissenschaft, ist von der Universität Upsala eingeladen worden, eine Anzahl von Vorlesungen über die Religion Israels zu halten.

Santiago. Zwei deutsche Gelehrte sind zu korrespondierenden Mitgliedern der Universität ernannt worden: Dr. med. Pater Felix Josef Kathan, O. M. Cap. von Augsburg, der seit 25 Jahren Missionar bei den Araukaner-Indianern in Chile und der beste Kenner und eifrigste Erforscher der Indianersprache ist, bereits früher wissenschaftliche Werke erscheinen ließ und in letzter Zeit ein indianisch-spanisches Wörterbuch in zwei Bänden herausgegeben hat, und ferner sein Mitarbeiter, der Sprachforscher Pater Hieronymus Graf von Amberg, O. M. Cap., früher Direktor des Kapuziner-Seminars Burghausen a. d. Salzach.

Dr. Peter Raabe, der Leiter der Weimarer Staatskapelle, hat den Auftrag erhalten, Ende April an drei Abenden in Amsterdam und Haag, wo er in früheren Jahren schon mit großem Erfolge tätig war, Wagner-Opern zu dirigieren.

Stockholm. Der Vorstand des Stockholmer Konzertvereins hat die Dirigenten Furtwängler-Mannheim und Stiedry-Berlin für den nächsten Winter verpflichtet, neben den Dirigenten des Stockholmer Orchesters Schneevoigt eine Reihe von Konzertabenden zu dirigieren.

Deutsch-italienischer Künftleraustausch. Der frühere Tenor an der seinerzeit von Direktor Gregor geleiteten Komischen Oper in Berlin, Dr. Nadolowitsch, will in Berlin in den Sommer-

monaten mit deutschem, italienisch singenden, Chor italienische Solisten in einer Reihe von italienischem Aufführungen singen lassen und zum Austausch dafür deutsche Wagnersänger nach Italien senden. Geldgeber sollen für den Plan gewonnen sein. Der Sänger wird, um seine Pläne durchzuführen, von Berlin, wo er jetzt beruflich wirkt, demnächst nach Italien fahren. Die „Voss. Ztg.“ nennt den ganzen Plan vorerst aber noch phantastisch.

Ein deutscher Dirigent in Rom. Am Palmsonntag hat als erster deutscher Dirigent Kapellmeister Ernst Wendel aus Bremen im Augusteum dirigiert. Das Konzert war, obgleich die Preise um 2 Lire erhöht waren, längst vor Beginn ausverkauft. Der Dirigent wurde mit Beifall überschüttet und dringend gebeten, am zweiten Ostertage ein zweites Konzert zu geben. Sämtliche römischen Blätter bringen glänzende Kritiken über den Erfolg: die erste Symphonie von Brahms, die achte Symphonie von Beethoven, deren Allegretto auf stürmisches Verlangen hin wiederholt werden mußte, und das Präludium zu den Meistersingern sei vom guten römischen Orchester unter seinem Dirigenten meisterhaft wiedergegeben worden. Der „Messagero“ nennt der „K.V.Z.“ zufolge das Konzert ein „weihevolleres Ereignis“.

Wagner in Paris. Der Pariser „Excelsior“ hat eine Umfrage über die Wiederaufnahme von Wagnervorstellungen in Frankreich veranstaltet und darauf vom General Mangin, der in Mainz selbst Wagneraufführungen veranstalten ließ, die Antwort erhalten, die Abneigung gegen die deutsche Kunst müsse verschwinden, er selbst würde in Paris gern eine Wagneraufführung besuchen. Der General muß also in Mainz und Wiesbaden keine schlechten Erfahrungen mit der deutschen Kunst gemacht haben. Einer der ältesten Abonnenten der Großen Oper in Paris meinte, die französischen Musiker der Wagnerschen Musik berauben, hieße sie in ihrer Entwicklung aufhalten; Wagner habe vielleicht wenig Takt, dafür aber um so mehr Genie besessen.

Madrid. Kapellmeister Otto Heß vom Münchener Nationaltheater, über dessen Erfolge wir berichteten, ist von der Direktion der Oper schon für den nächsten Winter wieder verpflichtet worden. Sein Wohltätigkeitskonzert mit Wagnerscher Musik und Beethovens siebenter Symphonie beschloß seine diesjährige Tätigkeit in Madrid und brachte ihm rauschende Ovationen.

Buenos Aires. Richard Strauß soll einer Meldung der Telegraphenunion aus Wien zufolge vom 1. September ab ein aus römischen Musikern gebildetes Orchester an 20 Abenden dirigieren. Die Konzertfolge soll innerhalb zweier Monate stattfinden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Deutsch-Osterreich. (Einigung der deutsch-österreichischen Schutzvereine.) Seitens des Vereins Südmark, des Bundes der Deutschen in Niederösterreich und des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn wurde versucht, durch Zusammenschluß mit dem Deutschen Schulverein eine Neugestaltung des Schutzvereinswesens herbeizuführen. Zu diesem Zweck fand am 14. März im Südmarkheim in Graz eine Besprechung der Vertreter dieser 4 Organisationen statt. Die geplante Verschmelzung kam leider nicht in dem erhofften Umfange zustande, da seitens des Deutschen Schulvereins erklärt wurde, seine Leitung hielte die bisherige Art der Schutzvereinsarbeit für unabänderlich, da die Schutzarbeit auf dem Gebiete des Schulwesens und des Minderheitenschutzes einem eigenen Verein vorbehalten bleiben müsse, der nach Lage der heutigen Verhältnisse als ein Verein für das Deutschtum im Auslande zu arbeiten haben werde. Unabhängig davon liefen die wirtschaftliche Schutzarbeit, völkische Erziehungsarbeit und Leitung der Jugendbewegung.

Ein Zusammenschluß aller auf diesen Gebieten arbeitenden Vereine läge nicht im Interesse der Sache. Die Hauptleitung des Deutschen Schulvereins habe deshalb beschlossen, ihre bisherige Selbständigkeit aufrecht zu erhalten. Die gegenteilige Ansicht der Vertreter der Südmark, des Bundes der Deutschen in Niederösterreich und des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn, nach der eine Zusammenfassung aller jetzt bestehenden Schutzvereine in einen einheitlichen Verein auf deutscharischer, unpolitischer Grundlage ratsam erscheine, drang leider nicht durch. Da indessen auch vom Deutschen Schulverein zugegeben werden mußte, daß die Notwendigkeit engeren Zusammenarbeitens bestünde, wurde beschlossen, eine gemeinsame „Beratungsstelle der Schutzvereine“ zu schaffen, welche die Abgrenzung der Arbeitsgebiete und die Richtlinien für die Durchführung derjenigen Arbeiten, die sich überschneiden, festsetzen und zu diesem Zwecke mindestens alle Vierteljahre einmal zusammentreten soll.

Verband deutscher Landwirte in Polen.

Wir haben schon kürzlich vom Zusammenschluß der deutschen Landwirte in den jetzt polnischen Landesteilen des ehemaligen preußischen Gebietes gesprochen. Näheren Nachrichten entnehmen wir nun, daß an 400 Landwirte aus Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien zusammengekommen waren, unter ihnen viele Frauen. Eine Einigung aller deutschen Bauern ist noch nicht erfolgt. In Westpreußen besteht der „Landbund Weichselgau“, in Südpolen der „Hauptverein der deutschen Bauernvereine“. Der „Verband der deutschen Landwirte“ steht nun auf dem Standpunkte, daß die besonderen deutschen Interessen nur in national getrennten Organisationen vertreten werden können, die allgemeinen wirtschaftlichen aber nur in einer Gemeinsamkeitsarbeit mit den polnischen Organisationen. Auch die polnischen Landwirte sind eifrige Förderer dieser Idee. Der „Hauptverein deutscher Bauernvereine“ vertritt nur die technische Seite der Landwirtschaft, der „Landbund Weichselgau“ ist eine deutsch-polnische Organisation. Die erwähnte Versammlung wurde geleitet vom Vorsitzenden Exzellenz von der Osten-Hohenberg. Verbandsdirektor Hölzel konnte berichten, daß der Verband mit seinen 5500 Mitgliedern bereits die stärkste Berufsorganisation in Polen ist. Er mahnt seine Mitglieder besonders, bei der Scholle zu bleiben und nicht fahnenflüchtig zu werden und sorgt im einzelnen für die Pächter und kleinen Siedler. Der deutsche Grundbesitz im Lande muß auch in deutscher Hand erhalten werden, wenn auch jeder Haß zwischen den beiden Nationen, die aufeinander angewiesen sind, vermieden werden soll.

Hatzfeld (Zsombolga, Banat). Ein **Lenau-Verein** wurde im schwäbischen Schülerheim am 14. März gegründet. Er will deutsche Muttersprache, deutschen Geist, deutsche Literatur, deutsche Musik und deutschen Gesang pflegen. Professor Nischbach hat sich um das Zustandekommen des neuen Vereins, zu dem die Schüler selbst Anregung gaben, besonders verdient gemacht und die Stellung eines „leitenden Professors“ angenommen. Zum Obmann wurde Georg Awender gewählt.

Zürich. Vereinigung deutscher und deutsch-österreichischer Kriegsteilnehmer. Der bis zum 1. Februar 1920 reichende Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr zeigt, daß der Verein sich nach der zunächst stürmischen Gründerzeit rasch und gut entwickelte. Der Verein richtete ein eigenes Büro ein und verstand es auch, seiner Kasse durch Wohltätigkeitsveranstaltungen und besondere Sammlungen die dazu notwendigen Geldmittel zuzuführen. Er nahm tätigen Anteil an der Beratung über die Ausgestaltung des Fürsorgewesens für die deutschen Kriegsteil-

nehmer in der Schweiz, und wenn auch nicht alle seine Pläne ausgeführt wurden, so ist doch seiner Mahnarbeit manche Anregung zu verdanken gewesen. Im zweiten Jahrgang erscheinen jetzt die monatlichen „Mitteilungen“ des Vereins, die viel zur Stärkung des Zusammenhalts beigetragen haben. Das Zusammenarbeiten mit der Vereinigung der Kriegsbeschädigten in Zürich konnte noch nicht so ausgestaltet werden, wie es wünschenswert wäre. Die Vereinigung zählt jetzt 938 Mitglieder. Der Monatsbeitrag beträgt bei freiem Bezug der Zeitschrift 1 Francs.

Deutscher Frauenverein, Christiania. Der Verein hielt am Montag, den 12. Januar seine Generalversammlung ab; den Vorsitz führte Frau von Mutius. Nach dem Bericht war die Tätigkeit des Vereins auch im verflossenen Jahr sehr rege und erstreckte sich hauptsächlich auf die Fürsorge für deutsche Kriegerfamilien. Dazu konnte Säuglingswäsche, die die Mitglieder des Vereins selbst gearbeitet hatten, in größerer Menge nach Berlin an das Auguste-Viktoria-Haus als Gabe des Vereins gehen. Die Nähnachmittage, die gleichzeitig zu geselligen Zusammenkünften dienen, waren immer gut besucht; das gleiche gilt von den besonderen Abenden für junge Mädchen. Nachdem Frau Günther den günstigen Kassenbericht vorgelegt hatte, wurde zur Vorstandswahl geschritten, wobei Frau Jordan und Frau Wiese wiedergewählt wurden.

In **Encarnacion** (Paraguay) veranstaltet die Deutsche Gemeinde deutsche Abende, die sich regen Zuspruchs erfreuen. Bei der Weihnachtsfeier wurde, wie wir dem „Argentinischen Tageblatt“ entnehmen, eine Serie lebender Bilder „Das deutsche Volkslied“ vorgeführt, wobei das vorzügliche deutsche Orchester und der Kinderchor der deutschen Schule sich in ausgezeichneter Weise beteiligten.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Vom Bund.

Vertretertag des Bundes der Auslandsdeutschen E. V.

(Am 8. April in Berlin.)

(Bericht der Bundeszentrale.)*

Herr Schallert eröffnete die zahlreich besuchte Sitzung morgens kurz nach 10 Uhr.

Hellmann beantragte, daß die Stimmberechtigung von der Höhe der gezahlten Mitgliedsbeiträge abhängig zu machen sei. Er erinnerte an den Beschluß vom 2. Dezember 1919. Geh. Rat Borchardt's Gegenvorschlag, man möge diesmal noch die Stimmen je nach der Mitgliederzahl gelten lassen, ohne Rücksicht auf die Höhe der gezahlten Beiträge, wurde angenommen.

1. Das Protokoll der Sitzung vom 29./30. Januar wurde ohne Widerspruch, das der Sitzung vom 18. März (Generalstreik) mit 56 : 45 Stimmen genehmigt.
2. Die Stimmenanzahl verteilte sich wie folgt: Baden 7, Bayern 8, Braunschweig 1, Danzig 2, Hessen 1, Nordwestdeutschland 13, Preußen 52, Sachsen 9, Württemberg 7, Bulgarien 1 (zusammen 101 Stimmen).
3. Der von Direktor Roese vorgetragene Bericht der Rechnungs-Prüfungs-Kommission wurde genehmigt (Vorbehalt Peter). — Der Bericht wurde verteilt; ein Budget für 1920/21 soll aufgestellt werden.
4. Arndt erstattet den Bericht der Wahlkommission. Im Anschluß daran wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt

mit 97 : 3 : 1 Stimmen: Schallert, Behrendt, Spiecker, Gebhard, Wallmichrath, Alexander, Mauch, Ackermann, Aselmeyer, Bessels, Dr. Borchardt, Dr. Einhorn, Freudenberg, Walter Hammann, Illg, Imhoff, Kaufmann, Hermann Koch, Kolbe, Kühn, Lotze, Freiherr von Ritter, Sacher, Schaeffer, Schlagintweit, Weißleder, Dr. Wieland. Zum 1. Vorsitzenden wurde einstimmig Herr Schallert gewählt. Die Kommissionen wurden durch Akklamation nach dem Vorschlag der Wahlkommission gewählt. Sie können sich durch Zuwahlen ergänzen.

5. Über die Verhandlungen mit den Ministerien berichtete Gebhard. Wallmichrath berichtete über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen betr. der „effets personnels et souvenirs de famille.“ Als Vertreter geht Herr Arndt (von der Abt. Frankreich) nach Paris. Bei der Versteigerung deutschen Eigentums soll unter gewissen Voraussetzungen der ehemalige Eigentümer mitbieten dürfen. Die vom Reich und den Staaten gegebenen Darlehen sollen von der Entschädigung abgezogen werden für den Fall, daß dieser Abzug keine Härte darstellt. Der Bund wird stets vermittelnd eingreifen. Zu dieser Angelegenheit stellte Hellmann verschiedene Anfragen. Spiecker verwies auf die formellen ministeriellen Bestimmungen aus dem Jahre 1914 (wiederholt im Jahre 1918) betr. die Flüchtlingsfürsorge, in welchen betont wird, daß die Kommunal- und Provinzial-Verbände aus eigenen Mitteln à fonds perdu die Flüchtlinge zu entschädigen hätten. Peter betonte, daß wirkliche Darlehen natürlich zurückgezahlt werden müssen. Die Unterstützungen, die von Kommunen oder Verbänden pflichtgemäß gegeben wurden, oder die vom Roten Kreuz, Heimaldank, Rückwandererhilfe und anderen privaten Organisationen für die Auslandsdeutschen gesammelt wurden, dürfen nicht zurückgefordert werden. Schallert gab bekannt, daß dieser letztere Standpunkt auch im Wiederaufbau-Ministerium geteilt werde. Von den laut § 17 der Richtlinien zu gewährenden „Unterstützungen“ dürfen keine Abzüge gemacht werden. Hellmann berührte die Fragen des Bezugsrechtes bei Aktien und die Entschädigung der Zivilinternierten. Kolbe teilte mit, daß die Verhandlungen mit der italienischen Regierung betr. das deutsche Eigentum dem Abschluß nahe sind.

6. Behrendt referierte über die Kandidaten für den Posten eines Syndikus. Nach ausführlicher Debatte wurde Geh. Legationsrat Generalkonsul Breiter mit großer Mehrheit zum Syndikus des Bundes gewählt. Er wird seine Tätigkeit beim Bunde am 1. Mai aufnehmen.
7. Ackermann behandelte in aller Kürze sein Referat über Organisationsfragen, da er am gleichen Abend nach der Schweiz abreisen mußte, um dort den Zusammenschluß der Auslandsdeutschen in die Wege zu leiten. Mit den Reichsdeutschen in fast allen Ländern des Kontinents sind Beziehungen angeknüpft. Die ideellen Ziele des Bundes müssen nun mehr in den Vordergrund treten.
8. Dr. Einhorn referierte über die Endentschädigung. Seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen sollen als Grundlage für eine Eingabe an die Nationalversammlung und die zuständigen Ministerien dienen.
9. Dr. Eschenbach referierte über die Steuerfragen. Auch sein Vortrag soll zu einer Denkschrift an die Nationalversammlung und die zuständigen Ministerien ausgearbeitet werden.)*

*) Wir geben hier nur einen Überblick; es ist an dieser Stelle Raumes halber nicht möglich, die Namen aller Diskussions-Redner, geschweige ihre Ausführungen zu bringen. Bundeszentrale.

*) Wir behalten uns vor, auf die Referate von Dr. Einhorn und Dr. Eschenbach ausführlicher zurückzukommen. Bundeszentrale.

10. Über die Tätigkeit der Satzungskommission referierte Dr. Einhorn. Die verschiedenen Änderungen sollen den Landesverbänden zur Stellungnahme unterbreitet werden. Es sei zweckmäßig, daß die Satzungsänderungen der Vertreterversammlung überlassen werden.

11. Bericht der Presse- und Propaganda-Kommissionen. Gebhard wies auf die finanziellen Schwierigkeiten des Nachrichtenblattes hin. Er betont die Notwendigkeit eines Bundesorgans, das billig genug sei, um allen Mitgliedern zugänglich zu sein. Das Blatt müsse die Zusammengehörigkeit der Auslandsdeutschen betonen, die Öffentlichkeit über ihre Fragen und Bestrebungen unterrichten und die Bundesleitung in die Lage versetzen, wichtige Mitteilungen möglichst schnell und direkt den Mitgliedern zugehen zu lassen, sonst käme es leicht zu wilden Gerüchten, zu Unsicherheiten und zu Tausenden von Fragen an Ortsgruppen, Landesverbände und Zentrale.

Ende der Sitzung 1/2 10 Uhr abends.

Das „Nachrichtenblatt“

des Bundes der Auslandsdeutschen unterbricht wegen der unerhörten Steigerung der Papierpreise und der sonstigen Material- und Herstellungskosten vorläufig sein Erscheinen. Die Bundesleitung ist aber bestrebt, den Auslandsdeutschen in irgendeiner Form Ersatz zu schaffen und den bisherigen Beziehungen weiterhin die wichtigsten Nachrichten von Zeit zu Zeit zugehen zu lassen. Den angeschlossenen Landesverbänden und Ortsgruppen geht regelmäßig ein „Innerer Nachrichtendienst“ zu, der in den Versammlungen und Veranstaltungen der Ortsgruppen zur Verlesung kommt, so daß die Auslandsdeutschen durch eifrigen Besuch der Ortsgruppenversammlungen sich regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse auf dem laufenden halten können.

Von der Organisation.

Es ist eine Auskunftsstelle geschaffen worden, die Dr. Lüders leitet. Grundlage zu einem Archiv ist gelegt. Bei der Ortsgruppe Berlin bestehen zurzeit 12 Länderabteilungen, zu ihnen ist als dreizehnte eine Abteilung „Länder“ getreten, zu der alle diejenigen gehören, die in den 12 Abteilungen keinen Platz finden, zurzeit etwa 380 Auslandsdeutsche. Als Zwischenglied zwischen den deutschen Landesverbänden und dem Ausland besteht die Gruppe „Fremdländer ohne Landesverband“, worunter alle Länder verstanden werden, die zurzeit einen Landesverband des B. d. A. noch nicht besitzen. Dieses Dezernat des Herrn Ackermann ist direkt dem Bunde unterstellt. Bildet sich in einem dieser Länder ein eigener Landesverband, so scheiden die Mitglieder aus der „F. o. L.“ aus und gehen in den neu begründeten Landesverband über. Verziehen in Zukunft Mitglieder von einer Ortsgruppe zur andern, so verbleibt der einmal gezahlte Mitgliedsbeitrag der früheren Ortsgruppe und es findet keine Überweisung an die neue Ortsgruppe statt. Die Organisationskommission hat ferner angeregt, daß ausländische Landesverbände ihre Beiträge in der Landeswährung abführen sollen, falls es nicht Länder mit notleidender Valuta sind. Die Presse und Propaganda-Kommission sollen zusammengelegt werden, dagegen eine Fürsorge-Kommission neu geschaffen werden, die Auswanderungs- und Stellenvermittlungsfragen bearbeiten und eine Beratungsstelle einrichten soll. Das Reichswanderungsamt hat seine Mitarbeit zugesagt.

Schadenanmeldungen.

Seitens der Geschädigten wird oft Klage geführt, daß die Schadenanmeldungen nicht immer mit der gewünschten Schnelligkeit erledigt werden. Es wird dabei übersehen, daß die Antragsteller daran selbst die Schuld tragen, indem sie die Vordrucke II und III irrig oder ungenügend ausfüllen. Es geht daher mit Rückfragen u. dgl. eine kostbare Zeit verloren. Da der weitaus größte Teil der Geschädigten sich an die Ortsgruppen wendet, so liegt es in deren Interesse, wie auch in dem der Prüfungsstellen und der Geschädigten selbst, daß bei Entgegennahme der Anträge die Ortsgruppen die in den Vordrucken gegebenen Antworten und die beigefügten Beweisstücke auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit sofort prüfen und etwa erforderliche Vervollständigungen herbeiführen. Wir bitten daher die Ortsgruppen, im allseitigen Interesse in der angegebenen Weise mitwirken zu wollen.

Herr Arndt (von der Bundeszentrale, Referat Frankreich) ist dieser Tage nach Paris gefahren, um bei der dortigen Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen bei den Verhandlungen über die Herausgabe der „effets personnels et souvenirs de famille“ und sonstigen deutschen Eigentums mitzuwirken. Für England ist eine entsprechende Stelle in Gründung begriffen; zur dortigen Vertretung der Auslandsdeutschen ist Herr Konsul Peter ausersehen.

Von der Vorentscheidung.

Nach dem Bericht des Herrn Hermann Koch bei der Vertreterversammlung des Landesverbandes Preußen sind bis zum März 7404 Schadensersatzansprüche in Höhe von 690 123 695 Mark eingegangen. Davon entfallen allein 3298 mit annähernd 410 Millionen Mark auf Rußland, 1821 mit nahezu 56 Millionen Mark auf England, 859 mit 91 Millionen Mark auf Frankreich.

Von den Landesverbänden.

Neue Landesverbände.

Landesverbände des Bundes sind in Holland mit dem Sitz in Rotterdam, Middensteiger 6, und Portugal mit dem vorläufigen Sitz in Madrid, Hórtaleza 9, begründet worden. Beide Landesverbände arbeiten bereits selbständig und sind direkt der Bundesleitung unterstellt.

Landesverband Holland. In einer Versammlung vom 29. März wurde ein Gerücht besprochen, daß in Deutschland bereits Entschädigungen und Beihilfen in ansehnlicher Höhe zur Bezahlung gelangt seien (ein Gerücht, das nach unserer Kenntnis der Dinge unrichtig ist. D. Schriftlgt.) und es wurde beschlossen, an das Bundespräsidium heranzugehen, um ein gleiches für Holland zu erreichen. Der Landesverband Holland beschloß ferner zu beantragen, daß in bezug auf die Entschädigungsfrage jeder als Deutscher zu betrachten sei, der deutsch von Geburt oder Abstammung, und dessen Besitz nachweislich als deutsches Eigentum infolge des Krieges von einer der vormals feindlichen Regierungen beschlagnahmt, verschleudert und nicht mehr freigegeben wurde. Wenn die deutsche Regierung sich nicht für verpflichtet halte, die Schäden der staatenlos gewordenen Deutschen zu entschädigen, so solle sie das den Ententemächten klipp und klar mitteilen, namentlich auch hinzufügen, daß sie deren beschlagnahmten Besitz nicht als deutsches Eigentum anerkenne und dessen Wert in der der Entente zu leistenden Kriegsentschädigung nicht einbeziehe. Der Landesverband Holland forderte endlich eine Entschädigung zum heutigen Kurs der fremden Währung, soweit es sich um materielle Schäden der Auslandsdeutschen handle, er forderte auch eine Erhöhung der Beihilfen, die dem

erlittenen Schaden und dem geringen Wert der Mark im Ausland wenigstens einigermaßen gerecht werden solle, und verlangte andererseits, daß von der Vorentscheidung alle diejenigen geschädigten Auslandsdeutschen ausgeschlossen werden sollten, die Gelegenheit gehabt hätten, sich während des Krieges zu bereichern, so daß ihr heutiges Vermögen ihr früheres übersteige. Es sei selbstverständlich, daß die Vorentscheidung den Geschädigten steuerfrei und abzugslos auszubezahlen sei. Die deutschen Konsulate sollten angewiesen werden, die zum Entschädigungsverfahren erforderlichen Bescheinigungen kostenlos auszustellen. Sodann verlangte der Landesverband, daß in Zukunft keine Entscheidung über die Auslandsdeutschen ohne vorherige Anhörung der Vertreter ihrer Interessenverbände gefällt werden dürfte und endlich wünschte er das Wahlrecht für die nächsten Wahlen zum Reichstag und zur Wahl des Reichspräsidenten.

Darmstadt. Die Geschäftsstelle des Landesverbandes Freistaat Hessen vom Bund der Auslandsdeutschen befindet sich in Darmstadt, Alexanderstraße 22, in der früheren Infanterie-Kaserne. Außer den schon bestehenden Ortsgruppen in Mainz und Gießen sind weitere in Offenbach a. M. und Worms a. Rh. in Gründung begriffen.

Von den Ortsgruppen.

Hildesheim. Die Versammlung der Ortsgruppe hörte einen Bericht des Vorsitzenden über die Vertreterversammlung in Berlin, wo mitgeteilt wurde, daß bis jetzt 7704 Entschädigungsansprüche mit einer Gesamtsumme von 690 123 695 Mk. dort eingegangen seien, von denen die Prüfungskommission bis jetzt 1000 erledigt und zur Zahlung angewiesen habe. Besonderer Wert werde auf die Vorprüfung der Ortsgruppen gelegt, die namentlich die Staatsangehörigkeitsausweise zu prüfen hätten. Darlehen werden nur noch in solchen Fällen gewährt, wo die darum Nachsuchenden ihren Entschädigungsanspruch bereits eingebracht haben. Den Mitgliedern wurde der Bezug des „Auslandsdeutschen“ dringlichst empfohlen. Schließlich machte der Vorsitzende noch eingehende Mitteilungen über Steuerfragen und über die Möglichkeiten für Auslandsdeutsche zur Ausreise nach den Ländern ihrer früheren Tätigkeit.

Königsberg. Die hiesige Ortsgruppe, die etwa 700 Mitglieder umfaßt — in ganz Ostpreußen sind es über Tausend — hielt am 25. März in der Jubiläumshalle einen gutbesuchten Herrenabend ab, wozu Vertreter der Behörden, der Presse und der politischen Parteien eingeladen waren. Herr Mrongovius, der verdiente Vorsitzende, eröffnete die Versammlung. Herr Dr. Toeltke erzählte in längeren Ausführungen seine Schicksale und Erlebnisse in China. Herr Schwalb sprach über Selbsterlebtes in Rußland und über seine Heimkehr von dort. Herr Borgschat erläuterte das Verhältnis der Auslandsdeutschen zum Mutterland, ihre Wünsche, Erwartungen und nicht zuletzt ihre Enttäuschungen. Herr Leipacher überbrachte nach kurzen, erklärenden Worten die Grüße der Rückwandererhilfe. Durch die meisten Reden klang eine leise Bitterkeit über die allgemeine Behandlung der Auslandsdeutschen im Vaterland und die vielfach ihnen gegenüber zutage tretende Verständnislosigkeit.

Der Syndikus des Königsberger Wahlvereins der deutsch-demokratischen Partei, Dr. Loehrke, bemerkte, daß die Klagen der Auslandsdeutschen leider zum größten Teil als berechtigt bezeichnet werden müßten. Das Volk in seiner Gesamtheit sei einig in dem Wunsche nach Ordnung, Ruhe und Arbeit — und zu dieser Arbeit würden auch die Auslandsdeutschen und

ihre Kraft gebraucht. „Seien Sie nicht ungerecht“, fuhr er fort, „gegen die Heimat, ein verllorener Krieg und eine furchtbare Umwälzung liegen hinter uns, der Bürgerkrieg klopft an unsere Tore. Da werden die Menschen stumpf und gleichgültig gegen fremdes Leid. Das aber wolle Gott nicht, daß Sie dereinst mit verbittertem Herzen wieder an Ihre Arbeit in der Fremde zurückkehren . . . Sie verlangen die gleiche Achtung, wie der Inlandsdeutsche; ich stehe auf dem Standpunkt, daß man jene Pioniere der deutschen Kultur und des Deutsch-tums auf oftmals schwerem Auslands-posten noch viel höher schätzen soll. Möge darum dieser Abend dazu beitragen, das Verständnis des Inlandes für die Brüder im Auslande zu erwecken und zu pflegen. Ihnen aber möge die Liebe zum Vaterlande gerade in dieser Zeit, wo es sie am nötigsten braucht, erhalten bleiben; das ist mein Wunsch am heutigen Abend.“

Bürgermeister Dr. Goerdeler überbrachte die Grüße der Stadt. Zum Schluß ergriff noch einmal der Vorsitzende das Wort und sprach das Vertrauen zur Heimat, zur Regierung und zu den städtischen Behörden aus. —

In **Mannheim** und **Stuttgart** hielt in Versammlungen, die gemeinsam von den Ortsgruppen des Bundes und der Vereinigung zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen einberufen waren, das Mitglied des Londoner Hilfskomitees der Gesellschaft der Freunde und Quäker, Herr Baily, einen Vortrag über die Arbeit der Quäker. Beide Abende erfreuten sich eines regen Besuches. Der Vortragende fand reichen Beifall.

Würzburg. Der erste Vorsitzende des Bayrischen Landesverbandes, Major Schlagintweit, sprach in einer Versammlung über die Entschädigungsfrage und über die Organisation des Bundes. In der Aussprache würdigte der Präsident des Landesfinanzamtes Würzburg, Dr. von Dandl, die Tätigkeit des Auslandsdeutschtums und seiner Vertreter. Im Schlußwort sprach der Vorsitzende der Ortsgruppe dem Landesverbandsvorsitzenden das uneingeschränkte Vertrauen des Landesverbandes aus. Die Auslandsdeutschen dürften den Mut nicht sinken lassen, wenn auch die Entschädigung noch lange auf sich warten ließe.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Das Studium der Deutsch-Ausländer. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat zur Erleichterung des Studiums der Auslandsdeutschen in einem Runderlaß an die Kuratoren der Universitäten und Technischen Hochschulen bestimmt, daß den Reichsdeutschen hinsichtlich der Gebühren die Deutsch-Österreicher, Deutsch-Balten und Reichsausländer deutscher Abstammung und Muttersprache gleichgestellt werden sollten, die im abgetretenen Gebiete oder der Diaspora beheimatet sind. Dieser Erlaß ist außerordentlich erfreulich und wird den Zusammenhalt zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat zu stärken geeignet sein.

Reichsdeutschen Studierenden aus dem Ausland wurden nach ihrer Rückkehr in die Heimat Schwierigkeiten bei der Aufnahme in den Hochschulen bereitet. Aus diesem Grunde haben sich viele zusammengeschlossen, um durch Gründung einer Vereinigung ihre Interessen zu wahren.

Zwecks Erleichterung des Studiums und der wirtschaftlichen Lage der auslandsdeutschen Studierenden ist diese Vereinigung bereits mit den zuständigen Behörden in Fühlung getreten.

Zur Erreichung der festgelegten Ziele ist es von großer Wichtigkeit, daß der Verein so viel wie möglich Mitglieder zähle; deshalb fordern wir alle auslanddeutschen Studierenden auf, sich uns anzuschließen!

Durch Vermittlung des Arbeitsausschusses erteilen die Mitglieder der Vereinigung Unterricht in fremden Sprachen (auch Tauschunterricht): Russisch, Polnisch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Rumänisch, Spanisch, Ungarisch. Nachhilfeunterricht in allen Fächern der höheren Lehranstalten (in deutscher und russischer Sprache). Außerdem werden folgende Aufträge entgegengenommen: Übersetzungen, Zeichnungen und Kunstmalereien. Der Vergnügungsausschuß veranstaltet gesellige Abende (wissenschaftliche Vorträge, Tanz, Schachspiel, Sport), zu denen auch Gäste herzlich willkommen sind.

Nähere Auskunft erteilt schriftlich oder mündlich Herr stud. phil. H. Hausmann, Berlin S. 59, Gräfestr. 81.

An der Berliner Universität wird im Sommersemester der bekannte Verfasser des kleinen bei Teubner erschienenen Werkchens über das Auslandsdeutschtum, Prof. Dr. Hoeniger, der auch Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Auslandsinstituts ist, über „Deutschtum im Ausland“ Vorlesungen halten.

Vom Vorstand des Vereins der Palästinadeutschen E. V. geht uns folgende Mitteilung zu:

Eine Reihe Palästinadeutscher erhielten vom 6. April und später datierte, dem Inhalt nach übereinstimmende Berichte von ihren Angehörigen in Helouan (Ägypten), die besagen, daß nunmehr mit dem zwangsweisen Abtransport der Palästina-Deutschen nach Deutschland begonnen werden soll. Der erste Zwangsabtransport wurde von den Engländern auf 12. April festgesetzt. Weitere unfreiwillige Transporte werden nach den uns aus Helouan zugegangenen Mitteilungen in kurzer Zeit folgen. Für den ersten Transport stehen ungefähr dreihundert Personen, zum weitaus überwiegenden Teil Frauen und Kinder, auf der im Lager zu Helouan ausgehängten Liste. Eine Abschrift dieser Liste ist in unseren Händen und kann Wilhelmstraße 1, I. Stock, Stuttgart, eingesehen werden. — Der Verein hat die für die Vorbereitung des Empfangs der Abtransportierten nötigen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen begonnen.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Auslandsdeutschtum und Wahlrecht.

In der Sitzung, die der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung am 16. April hatte, wurde Zeitungsmeldungen zufolge der Abschnitt „Wahl der Auslandsdeutschen“ (§ 35—38) zurückgezogen. Begründung hierfür ist wohl die noch ungeklärte Frage des Einflusses der Bestimmungen auf die auswärtige Politik, doch liegen genauere Nachrichten noch nicht vor. Sobald die Verhandlungen im Wortlaut bekanntgegeben werden, kommen wir auf die Frage zurück. Unter diesen Umständen entfällt natürlich auch das Recht der Auslandsdeutschen, bei der Wahl zum Reichspräsidenten mitzuwirken, denn der grundlegende Paragraph 1 des Wahlgesetzes spricht aus, daß wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat.

Änderung des Konsulatsgebührengesetzes.

Der der Nationalversammlung am 30. Januar vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Konsulatsgebührengesetzes vom 27. Mai 1910 ist unverändert angenommen worden. Die Bekanntgabe des Gesetzes ist in Nr. 74 des „Deutschen Reichsanzeigers“ vom 9. April erfolgt (s. Nr. 5 des „Auslandsdeutschen“, Seite 149).

Vom Stand der Entschädigungsfrage.

Wie die Elsaß-Lothringer Mitteilungen berichten, ist durch die Störung des politischen Lebens infolge des Kappunternehmens auch die Erledigung der Entschädigungsfrage so weit hinausgeschoben worden, daß sich erst der im Juni zu wählende Reichstag damit befassen können. Der Elsaß-Lothringische Hilfsbund, sowie der Bund der Auslandsdeutschen hatten darauf gedrängt, daß ihre Entschädigung noch durch die Nationalversammlung erledigt würde. Das Zwischenspiel der Kappregierung hat aber eine Verzögerung um etwa 3 Wochen gebracht. Neue Abänderungsvorschläge sind gemacht worden, der neue Entwurf wird vor Mitte April nicht fertiggestellt werden können und dann erst durch Reichskabinet und Reichsrat anzunehmen sein, so daß die bald schließende Nationalversammlung ihn nicht mehr erledigen kann. Es soll Absicht der Regierung sein, den Gesetzentwurf für die verdrängten Inlandsdeutschen nebst dem für die Kolonial- und für die Auslandsdeutschen mit einem Mantelgesetz zu umgeben, so daß die gleichzeitige Behandlung im Reichstag erfolgen könnte. Allerdings sei damit zu rechnen, daß dem Reichstag als eine der ersten Vorlagen dann die gesamten Entschädigungsgesetze vorgelegt werden könnten.

Ein Nachtragsetat.

In dem der Nationalversammlung am 12. April zugegangenen Nachtragsetat werden 5 Millionen für Deutsche im Ausland angefordert. Die Begründung des Entwurfs besagt darüber, daß diese 5 Millionen ein Vierteljahresbeitrag der für das gesamte Rechnungsjahr anzufordernden 20 Millionen Mk. seien. Die Mittel sollten vor allem auch dazu dienen, deutschstämmige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in den Abtretungsgebieten in Fällen dringenden Bedürfnisses an den Einrichtungen der sozialen Fürsorge teilnehmen zu lassen. Eine zeitweise Aussetzung der Fürsorge sei nicht angängig. Im Nachtragsetat sind diese 5 Millionen beim Etat des Reichsarbeitsministeriums angefordert, im Jahre 1919 waren 25 Millionen unter den einmaligen Ausgaben des Haushaltes des Auswärtigen Amtes eingestellt, die für Kriegsunterstützungen und Kriegsbeihilfe an Deutsche im Ausland gegeben werden sollten. In der Begründung zum Nachtragsetat 1920 wird ausgeführt, daß dieser Fonds rege in Anspruch genommen worden sei, das Reichsministerium des Auswärtigen werde aber diese Maßnahmen zugunsten hilfsbedürftiger Rentenempfänger im Auslande nicht mehr fortführen, sondern in Zukunft dem Reichsarbeitsministerium übertragen. In dem Haushalte des Auswärtigen Amtes würden daher für 1920 für Kriegsbeihilfe und Kriegsunterstützung an Deutsche im Ausland nur noch 5 Millionen eingestellt, während im übrigen nunmehr das Reichsarbeitsministerium zuständig sei.

In einer Anfrage fordert der demokratische Abgeordnete Herrmann-Posen die Reichsregierung auf, sofort Schritte gegen die Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Deutschen in Posen zu unternehmen, um dadurch gegen die Massenabwanderung von Deutschen zu wirken. Der Polizeipräsident von Posen habe unter dem 30. März nach mehrwöchentlichen „Überlegungen“ die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung verweigert, auf der die bereits im Herbst 1919 durch den Zusammenschluß der deutschnationalen, der deutschen, der christlichen Volkspartei und der deutsch-demokratischen Partei geschaffene sogenannte „Deutsche Partei“ auch offiziell ins Leben treten sollte. Sie sollte die Absicht haben, alle Deutschen in Polen zu vereinigen, vor allem, um bei den Wahlen eine geschlossene Front zu bilden und somit der deutschen

Minderheit in Polen ein geschlossenes Auftreten zu ermöglichen. Auch die Versammlungen der vier Einzelparteien, durch die sie ihre Auflösung beschließen wollten, wurden verboten.

Die Armendirektion, Abteilung für Flüchtlingsfürsorge, Berlin, hatte sich im März 1919 an das Reichsministerium des Innern gewandt, um zu erreichen, daß Auslandsdeutschen, die an einem auf die Gefangenschaft oder deren Folgen zurückführenden Gebrechen leiden, aus der Zivilgefangenschaft zurückkehrten, oder daß Angehörige eines Auslandsflüchtlings bzw. eines Zivilinternierten, der infolge einer durch die Gefangenschaft eingetretenen Gesundheitsbeschädigung in der Gefangenschaft selbst oder nach der Rückkehr aus ihr verstorben ist, in der Kriegsbeschädigten- bzw. Kriegshinterbliebenenrente entsprechende Hilfe gewährt werde. Das Deutsche Ausland-Institut hatte sich seinerzeit dieser Eingabe angeschlossen und die darin gegebene Anregung bei den Amtsstellen lebhaft befürwortet. Nun hat der Reichsminister des Innern unter dem 7. April 1920 geantwortet: „Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, werden die Auslandsflüchtlinge hinsichtlich der erlittenen Personenschäden in dem kommenden Gesetze den Kriegsteilnehmern grundsätzlich gleichgestellt werden.“ Diese Entscheidung ist erfreulich. Hoffentlich folgt ihr bald die gesetzliche Tat.

Der Reichsminister der Finanzen hat die Landesfinanzämter, wie wir Mitteilungen in den Tageszeitungen entnehmen, ermächtigt, beim Übergang des Eigentums von inländischen Grundstücken an wirtschaftlich schwache Personen, die ihren Besitz in abgetretenen Gebieten des Deutschen Reiches infolge des Krieges verloren haben oder aufgeben mußten, wenn sie ein Ersatzgrundstück in Deutschland erwerben, die Grunderwerbsteuer auf Antrag zu erlassen, wenn der Gemeinwert des zu erstehenden Grundbesitzes 50 000 Mark nicht übersteigt und wenn die Erhebung der Grunderwerbsteuer nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers eine besondere Härte sein würde. Sinngemäß ist dieser Erlaß wohl auch auf die vertriebenen Auslandsdeutschen anzuwenden.

Die Abgeordneten Schmidt-Frankfurt-Main und Löbe haben eine Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht: durch die Ratifikation des Friedensvertrages hätten laut Art. 105 die im Gebiete der freien Stadt Danzig wohnenden Deutschen ihre Reichsangehörigkeit ohne weiteres verloren. Die Abgeordneten fragen an, ob die in wenigen Tagen nach erfolgter Ratifikation nach dem Reichsgebiet zurückkehrenden Deutschen ohne weiteres wieder ihre Reichsangehörigkeit erwerben, oder ob sie sie erst durch Antrag auf Einbürgerung zurückerhalten. Sie erkundigen sich, was die Reichsregierung zur Erleichterung im Erwerb des Staatsbürgerrechts und zur Sicherung des aktiven und passiven Wahlrechts zu tun gedenke.

Abgeordnete der Deutschen Volkspartei haben eine Anfrage eingebracht, den Deutschen in den abgetrennten Gebieten in Posen und Westpreußen sei die deutsche Sprache als Unterrichtssprache in den Schulen gewährleistet. Zum 31. März 1920 sei aber zahlreichen deutschen Lehrern in den abgetrennten Gebieten ohne Angabe von Gründen vom polnischen Ministerium gekündigt worden. Die polnische Regierung lehne es ab, aus dem Reich sich meldende Lehrer einzustellen. Die deutschen Bewohner würden somit gezwungen, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken, die vielfach gegen den Willen der Eigentümer in den von den deutschen Schulgemeinden eingerichteten und unterhaltenen Schulhäusern untergebracht würden. Die

Abgeordneten fragen an, was die deutsche Regierung gegen diese Vergewaltigung zu tun gedenke.

Der demokratische Abgeordnete Herrmann (Posen) brachte in der Nationalversammlung unter dem 14. April folgende Anfrage ein:

„Der Reichsregierung ist bereits über zahlreiche Fälle Mitteilung gemacht worden, in denen die Rechte einzelner Deutschen, deutscher Korporationen und deutscher öffentlich-rechtlicher Institutionen in Polen, entgegen dem Wortlaut des Friedensvertrages von Versailles bzw. der ihn ergänzenden deutsch-polnischen Verträge, insbesondere des über den Minderheitsschutz, verletzt worden sind.

Die Folgen dieser mangelnden Rechtssicherheit, vor allem die Massenabwanderung der Deutschen aus Polen, sind allbekannt und drohen sich weiterhin zu steigern, wenn nicht schleunigst dafür Sorge getragen werden kann, daß nicht auch noch die mehrfach und feierlich garantierten elementarsten politischen Grundrechte der Deutschen in Polen mißachtet werden.

Das ist aber der Fall, wenn z. B. das Polizeipräsidium in Posen nach mehrwöchiger Erwägung unter dem 30. März die Genehmigung verweigert zur Abhaltung der infolge des bis Ende Januar herrschenden Ausnahmezustandes immer wieder hinausgeschobenen förmlichen Gründungsversammlung der bereits im Herbst 1919 durch den Zusammenschluß der Deutschen nationalen, der Deutschen, der Christlichen Volkspartei und der Deutsch-demokratischen Partei geschaffenen sogenannten Deutschen Partei, die den Zusammenschluß aller Deutschen in Polen, vor allem zur Durchführung der Wahlen anstrebt und damit für die künftige politische Entwicklung der deutschen Minderheit in Polen von höchster Wichtigkeit ist. Wie die erwähnte Gründungsversammlung wurden auch die vier Versammlungen verboten, in denen gleichzeitig die Auflösung der alten politischen Parteien beschlossen werden sollte.

Ist die Reichsregierung bereit, unverzüglich alle verfügbaren diplomatischen und auch sonstigen Mittel zur grundsätzlichen Abstellung solcher Verletzungen der staatsbürgerlichen Rechte der Deutschen in Polen anzuwenden, und auch alles, was an ihr liegt, zu tun, um baldmöglichst die noch immer ausstehende diplomatische Vertretung in Polen einzurichten, welche die Rechte der deutschen Minderheit zu schützen geeignet ist?“

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Zum deutschen Generalkonsul in Posen ist der bisher in Wladiwostok tätig gewesene Konsul Dr. Stobbe ernannt worden. Damit ist ein dringender Wunsch der Posener Deutschen erfüllt worden, einen Berufsdiplomaten in die einst deutsche Stadt zu bekommen, der durch seine energische Vertretung deutscher Interessen in seinem bisherigen Wirkungskreise bekannt ist.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Die ausländische Presse in Berlin.

Der Verein der ausländischen Presse in Berlin hat sich neu gebildet. Der Vertreter des „Politiken“, Steinthal, ist Vorsitzender, Moloney, der Vertreter von „Reuter“, ist sein Stellvertreter, Karl A. Mayer vom „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ ist Schriftführer, Louis Jadot von der „Agence Havas“ sein Stellvertreter. W. C. Dreher von der „Newyork Tribune“ und Gregor Großmann vom „Golos Rossii“ sind Beisitzer und der Vertreter vom „Stockholmer Dagblatt“, Torelins, ist Schatzmeister.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Auflösung des Reichskolonialministeriums.

Nach einem Erlaß des Reichspräsidenten vom 29. März 1920 ist das Reichskolonialministerium mit Wirkung vom 1. April 1920 aufgehoben und die Kolonial-Zentralverwaltung für die Zwecke der Abwicklung mit dem Reichsministerium für Wiederaufbau vereinigt worden. (S. Reichsanzeiger Nr. 69 vom 1. 4. 20.)

Die Staatsangehörigkeit der in Danzig Heimatberechtigten.

Da Zweifel herrschen über die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Danzig Heimatberechtigten, aber im Auslande lebenden deutschen Reichsangehörigen hat das Deutsche Ausland-Institut die Frage an zuständiger Stelle zur Klärung vorgelegt. Der jetzt erteilten Antwort zufolge beschränkt sich der Erwerb von Rechten wegen auf Grund des Friedensvertrages nur auf die beim Inkrafttreten desselben im Gebiet der freien Stadt Danzig wohnhaft Gewesenen. Die in Danzig nur Heimatberechtigten sind also nicht Danziger Staatsangehörige geworden. Wie dem Deutschen Ausland-Institut auf Anfrage ferner mitgeteilt worden ist, haben die für die Entgegennahme der Optionsanträge zuständigen Behörden mangels Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Mächten bisher nicht bestimmt werden können. Als bald nach Abschluß solcher Vereinbarungen werden dieselben in der Presse bekanntgegeben werden.

Für Englanddeutsche.

Auf eine Anfrage, die verschiedene Deutsche an Bekannte nach England gerichtet haben und in der sie um Nachforschung nach ihrem zurückgelassenen Mobiliar beziehungsweise um Rücksendung baten, ist eine Antwort eingelaufen, die besagt, die Angefragten hätten sich beim englischen Treuhänder erkundigt und die Antwort erhalten: „Der öffentliche Treuhänder stellt fest, daß jedwedes Eigentum in diesem Lande, welches einem Deutschen gehört, zurückgehalten wird, da es gemäß dem Friedensvertrag als Pfandobjekt betrachtet wird für die Erfüllung der pekuniären Verpflichtungen von Deutschland an Großbritannien. Das Mobiliar, welches Herrn gehört, ist ebenfalls verpfändet für die Zahlung der deutschen Verpflichtungen an Großbritannien, sowie für irgendwelchen Betrag, welchen Sie für Lagermiete desselben bezahlt haben.“

Unser Einsender betont mit Recht, daß das nun einmal endlich ein klarer, wenn auch verneinender Standpunkt sei. Die zurückgelassene Menge von Mobiliar und Habe und Gut seien also für England Kapital, für Deutschland aber ein stark fressendes Kapital, denn es liefen immer mehr Zinsen und Spesen an Lagermieten usw. auf. Es läge in deutschem Interesse, baldigst abzurechnen. Unser Einsender zum Beispiel bezahlt jährlich 40 Pfund, das sind jetzt 12000 Mark, an Lagermiete. Es sollte schleunigst ein Übereinkommen geschlossen werden, daß die Pfänder eingelöst und die Möbel zurückgekauft werden könnten. Gelänge dies, so könne auch die Frage des Rücktransportes durch Charterung von Schiffen gelöst werden. Es ist absolut keine Zeit zu verlieren. Ein rasches Handeln läge, nebenbei bemerkt, auch im Interesse des Deutschen Reiches, das doch die Auslandsdeutschen zu entschädigen hat und dessen Entschädigungspflicht immer größer wird, je mehr die Lagermieten und Spesen auflaufen.

Beschränkung des Fremdenzuzugs nach England.

In Ausführung der Aliens Restrictions Acts wurde eine Order in Council erlassen, die der Einwanderung Staatsfremder Be-

schränkung auferlegt. Sie bestimmt, daß solche nicht ohne Einwilligung eines Einwanderungsbeamten landen dürfen, und daß diese Einwilligung einem Angehörigen ehemals feindlicher Staaten nur nach Erlaubnis des Staatssekretärs gegeben werden darf. Die Einwilligung ist nur zu erteilen, wenn der Fremde imstande ist, sich selbst und seine Angehörigen zu unterhalten, und wenn er den Nachweis geistiger Gesundheit erbringt.

Einreise von Deutschen nach China.

Nach einer Meldung aus Peking vom 11. Februar hat das Waichiapu (Fremdenamt) das Ministerium des Innern benachrichtigt, daß weder Deutsche noch Österreicher, noch sonst Angehörige von Nicht-Vertragsstaaten gestattet werden soll, ohne besondere Erlaubnis des Waichiapu oder ohne Reisepaß von den chinesischen Behörden im Auslande auf chinesischem Boden zu landen.

Dem Vernehmen nach sind die Zollbehörden und Provinzialbehörden entsprechend angewiesen worden. Auch die Militärregierung zu Canton hat eine gleiche Bestimmung erlassen. Es scheint sich hier mehr um eine Kontrollmaßnahme zu handeln, als um Aussperrung der Deutschen; allerdings verlautet, daß die Peking Regierung nur in solchen Fällen Pässe ausstelle, wo der Einreisende Familie oder Verwandte in China habe. Die Cantoner Regierung macht diesen Unterschied nicht, doch werden ihre Pässe, da sie keine anerkannte Regierung ist, von Peking und den Alliierten nicht gern für voll angesehen. Ganz besonders streng ist man natürlich in dem englischen Hongkong. Die Regierung hat im September 1919 eine Verordnung erlassen, wonach früheren feindlichen Fremden der Aufenthalt in der Kolonie ohne besondere Erlaubnis des Colonial Secretary verboten ist. Die betreffenden Paragraphen lauten:

... 3a) Kein früherer feindlicher Fremder (Enemy Alien) darf nach der Kolonie von Hongkong kommen oder sich darin aufhalten, weder unbeschränkt noch für eine begrenzte Zeit, wenn er nicht für diesen Zweck im Besitze eines von dem Colonial Secretary vollzogenen Erlaubnisscheines ist.

3b) Der Erlaubnisschein wird alle Bedingungen enthalten, die vom Gouverneur ergehen mögen.

4) Jede Person, die gegen den § 3 verstößt oder gegen eine Bedingung des Erlaubnisscheines, ist der Ausweisung unterworfen gemäß der Ausweisungs-Verordnung von 1917 und hat eine Strafe zu gewärtigen bis zu 5000 Dollars und Gefängnis bis zu einem Jahre.

5) Diese Verordnung gilt für die Dauer von drei Jahren vom Tage des Inkrafttretens an.

Hiernach ist es auch geraten, sich für die Durchreise in Hongkong die Erlaubnis vom Colonial Secretary zu besorgen.

Japan und die Liquidation.

Japan hat auf das Clearingverfahren verzichtet; die deutschen und japanischen Vorkriegsschulden werden also durch direkte Zahlung beglichen. Das „Berl. Tgbl.“ hört nun von einer japanischen Persönlichkeit, daß die japanische Regierung plane alle bisher beschlagnahmten Beträge, die Deutschen gehörten, bis zu 10000 Yen überhaupt freizugeben und zurückzuerstatten. Bei darüber hinausgehenden Summen solle gleichfalls ein größerer Teil den Besitzern sofort ausbezahlt werden und nur ein Rest zur Deckung der von Deutschland an Japaner zu zahlenden Entschädigungen zurückbehalten werden. Die Frage, ob die deutsche Schantungbahn ein Privatunternehmen ist — die nach deutscher Ansicht längst in bejahendem Sinne entschieden ist —, wollen die Japaner „loyal“ nach den ihnen vorliegenden Beweismitteln erst noch

prüfen. Wird sie verneint, so fiele das Unternehmen kostenlos an Japan, wird sie bejaht, so hätte die japanische Regierung zum mindesten den Anteilseignern eine angemessene Entschädigung zu bezahlen. Der japanische Gewährsmann glaubt, die Entschädigungspflicht werde anerkannt und die Entschädigung in chinesischen Taels ausbezahlt. Im Zusammenhang damit steht wohl, daß die genannten Aktien an der Berliner Börse dauernd steigen und jetzt auf 737 angelangt sind.

VERSCHIEDENES

Die russische Darlehenskasse

hielt am 24. März in Berlin ihre Generalversammlung ab. Ihr Kapital hat einen Betrag von 20000 Mark erreicht, die ausschließlich unter deutsch-russischen Landsleuten gesammelt worden sind und als Reservekapital erhalten werden sollen. Die Bank selbst hat einen Kredit bei deutschen Banken erhalten, aus dem gegen Sicherheitsleistung in russischen Wertpapieren oder Geldscheinen Darlehen gegeben werden könnten. Da diese Bedingung aber nur von wenigen erfüllt werden kann, weist, wie die „Deutsche Post aus dem Osten“ berichtet, das Darlehensgeschäft vorläufig nur bescheidenen Umfang auf. Die Kasse hat aber viele Leute davor bewahrt, ihre Werte zu Spottpreisen zu verkaufen und hat Darlehen gewährt, wo andere Banken es ablehnten! Die Darlehenskasse ist ferner als unentgeltliche russische fachmännische Auskunftsstelle für allgemeine und finanzielle Fragen für die Deutschen aus Rußland sehr bedeutungsvoll geworden. In der Leitung der Kasse sind Vertreter der baltischen, nordischen, sibirischen und Schwarzmeer-Gruppen des Deutschtums vertreten.

Die Kantgesellschaft in Halle ist die größte und bedeutendste philosophische Organisation und hat ihre Beziehungen nach dem Auslande rasch wieder angeknüpft. Unter ihren ausländischen Mitgliedern sind diejenigen aus der Schweiz am zahlreichsten, auch aus Schweden, Holland und Dänemark hat die Gesellschaft den ganzen Krieg über zahlreiche Mitgliedsanmeldungen erhalten. Mit Italien ist von den feindlichen Ländern am schnellsten die Verbindung wieder aufgenommen worden. Auch aus England und Amerika sind die alten Mitglieder wieder eingetreten. Nur aus Frankreich ist bisher keine einzige Anmeldung erfolgt.

Universitäts-Büchereien für Mitteleuropa.

Der großen Gefahr, die der deutschen und österreichischen Wissenschaft daraus erwachsen ist, daß sie infolge des Tiefstandes der Valuta sich in großem Umfange außerstande sieht, ausländische, vor allem englische und amerikanische Bücher zu kaufen, beginnt man anscheinend auch im Auslande selbst erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Jedenfalls sehen anglo-amerikanische Wissenschaftler ein, daß es für die gesamte Kultur der zivilisierten Welt einen schwereinzubringenden Verlust bedeuten würde, wenn die Internationalität geistiger Arbeit Einbuße erlitt. Die „Times“ vom 5. April meldet unter der Überschrift: „Geistiges Hilfswerk“ folgendes: „Die Entbehrungen der Hochschullehrer Mitteleuropas sind den verschiedenen Hilfsgesellschaften wiederholt zur Kenntnis gebracht worden. Infolge des hohen Preises in England gedruckter Bücher — ein 10 s. Buch kostet in Deutschland zurzeit über 9 Pfund, in Österreich mehr als 30 Pfund — ist es den Hochschulen in diesen Ländern unmöglich geworden, mit der englischen und amerikanischen Gedankenwelt Fühlung zu halten. Es wurde deswegen jetzt vorgeschlagen, in Zentraleuropa unter britisch-amerikanischer Aufsicht eine oder mehrere Bibliotheken der neueren englischen Literatur, soweit sie für Hochschullehrer unentbehrlich ist, ein-

zurichten. Dieses Hilfswerk soll auf breiter, unpolitischer und unkirchlicher Basis aufgebaut werden, um möglichst vielseitiges Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Die Büchereien werden leihweise den Fakultäten der verschiedenen mitteleuropäischen Hochschulen Bücher liefern. Sie sollen von englischen und amerikanischen Delegierten geleitet werden. Die fremden Universitäten werden eingeladen, die örtlichen Bibliotheksverwaltungen zu überwachen. Lord Bryce, Lord Robert Cecil und andere führende Männer des öffentlichen Lebens haben dem Plane zugestimmt und ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt. Als Vorsitzende der angloamerikanischen Büchereien für Zentraleuropa fungieren Prof. Gilbert Murray, Mr. Arnold S. Rowntree und Canon W. Temple. Es wird ein Beirat britischer und amerikanischer Hochschullehrer eingesetzt. Für die Beschaffung der nötigen finanziellen Mittel sieht man keine Schwierigkeiten. Professor Everett Skillings vom Middlebury College in Vermont, A. S. U., wird nächstens nach Europa abreisen, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen.“

Lehrgänge für Ausländer. Für die staatlich zugelassenen Lehrgänge für Ausländer, über die wir schon berichtet haben, kommen 150 Studenten aus Rußland, Polen, Bulgarien, Rumänien und Litauen in Betracht. Die Lehrgänge betreffen meistens medizinische Fächer, nur alte Geschichte und klassische Philologie sind außerdem noch vertreten. Die Lehrgänge werden im Inland nicht als Studiensemester angerechnet, die Teilnehmer sollen aber Zeugnisse erhalten, die für das Ausland als vollgültige Semesterzeugnisse gelten sollen.

Die Deutsch-Schwedische Vereinigung, die in Berlin neu begründet worden ist, hielt im Beethovensaal ihre zweite Mitgliederversammlung ab. Der Pfarrer der schwedischen Gesandtschaft, Sebarth, hielt einen Lichtbildervortrag über Land und Leute in Schweden, ein Chor von deutschen Kindern, die in Schweden zum Sommeraufenthalt gewesen sind, sang schwedische und deutsche Lieder. Der schwedische Gesandte wohnte der Veranstaltung bei, der Vorsitzende, Professor Spatz, sprach über die Arbeit und die Ziele der Vereinigung.

Auslandkunde. Die Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München haben die Reichsregierung ersucht, einen Betrag von mindestens 3 Millionen Mark in den Etat einzustellen, der wissenschaftlich kulturellen Zwecken dienen und insbesondere den Bezug ausländischer Zeitschriften ermöglichen sollte, damit mindestens jede wissenschaftliche ausländische Zeitschrift in einem Exemplar in Deutschland zu finden sei. Ferner sollte der Etatsposten dazu dienen, deutsche wissenschaftliche Monographien zum Druck bringen zu können und große wissenschaftliche Fortsetzungswerke weiter herauszubringen. Der Antrag ist in einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung leider abgelehnt worden.

Amerikaner und Deutschbalten.

Von besonderer Seite wird dem D. A. I. geschrieben:

„Die amerikanische baltische Kommission, die im Baltische hauptsächlich humanitäre Ziele verfolgt, ist der einzige unparteiische Zeuge der dortigen Vorgänge, während die Engländer beim Raube der baltischen Güter, Wälder und Bodenschätze mit den Esten unter einer Decke stecken. Den Esten und Letten ist das Urteil der Amerikaner über ihre Bedrückungspolitik mehrfach sehr unangenehm geworden. Um einen besseren Schein zu wecken, haben sie in das Helsingforscher Hufvudstansbladet vom 13. April die Nachricht lanciert, die amerikanische Kommission im Baltikum habe in ihrem Bericht im Senat in Washington die Esten als die reifste baltische Nationalität bezeichnet und von den Balten gesagt, „the Balt must go“.

Diese Meldung ist unbedingt erfunden. Die amerikanische Vertretung hat die an den Balten verübte Raubpolitik immer wieder verurteilt und den Esten auf ihre Bitte um Getreidelieferung eine abschlägige Antwort unter Hinweis auf die Zerstörung der Güter erteilt. Die Amerikaner haben es längst eingesehen, daß die Balten die ältesten und vornehmsten Kulturträger des Landes sind und ihre Herausdrängung daher dem Lande einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügt. Sie sind bemüht, die vielfachen Ungerechtigkeiten der Machthaber bei der Verteilung amerikanischer Nahrungsmittel und Kleidungsstücke den Balten gegenüber nach Möglichkeit auszumerzen.

Dasselbe sehen wir auch in Lettland, wo die Sozialisten den estnischen Sozialdemokraten in nationaler Bedrückung der Minoritäten nacheifern. Hier hat das amerikanische Rote Kreuz angesichts der furchtbaren Not des Landes eine großzügige Hilfe eingeleitet und vom Oktober 1919 bis in den März 1920 für 65 Millionen Nahrungsmittel und Kleider zur Verteilung gebracht. Angesichts dieser bedeutenden Rolle der Amerikaner im Lande verdient es besondere Aufmerksamkeit, wenn der Chef der lettländischen Abteilung der amerikanischen Hilfsaktion, Kapitän Thos. J. Orbisson, am 19. März in der lettländischen Presse einen offiziellen Brief veröffentlichen läßt, indem er die Aufsicht über die Kinderasyle in Riga niederlegt. Als Grund gibt er die Tätigkeit des Chefs des städtischen Wohlfahrtsamts, des Sozialdemokraten Rudsit, an. Unter dessen Führung hatten die Sozialdemokraten kürzlich einen Kampf gegen den deutschbaltischen Leiter des Wohlfahrtsamts eröffnet, ihn verdrängt und die Wahl Rudsits durchgesetzt.

Nun schreibt der Amerikaner Orbisson, daß Rudsit die ihm unterstellten Asyle zu falschen Zwecken ausnutze und die amerikanischen Lebensmittel in politischem Sinne mißbrauche. Nur aus Mitleid mit den Kindern werde Orbisson die Asyle weiter versorgen, aber Rudsits Kontrolle ausschalten. Er schließt mit der Aufforderung an die Letten, bei den kommenden Wahlen in die Konstituante ihre Stimme nicht Männern zu geben, die die notleidende Jugend zu politischen und persönlichen Zwecken ausnutzen.

Rudsit ist der Hauptfeind der Balten! Hier hören wir die objektive Stimme des Amerikaners, der sich im Baltenlande auf den Standpunkt der Humanität und des Rechts gestellt hat und daher nimmermehr verlangen kann, daß die Balten ihre alte Heimat verlassen."

Es liegen genauere Nachrichten im Revaler „Beobachter“ vor, aus denen hervorgeht, daß es sich hier um einen von Robert Hall verfaßten und schon am 21. September 1919 gedruckten Bericht handelt. Hier wird das estnische Volk als das begabteste der baltischen Grundvölker genannt. Von den baltischen Deutschen heißt es wohl: „the Balt must go“, aber „nicht in dem Sinne, daß sie vernichtet werden, sondern daß ihnen ihre Vorrechte genommen werden sollten, und sie mit den übrigen Nationen gleichgesetzt wären“. Diese von der offiziellen estnischen Telegraphenagentur verbreitete Nachricht ist unklar und ändert nichts an den vorausgegangenen Darlegungen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Die Regelung der Auslandsschulden.

Man schreibt uns: „Die Wirtschaftszentrale veröffentlicht in verschiedenen Zeitungen einen Artikel, der sich mit der Begründung des neuen deutschen Ausgleichsamtes für die Forderungen und Schulden an das feindliche Ausland befaßt. Eine Regelung durch dieses Amt sollen Schulden nach dem neutralen Ausland

nicht erfahren. Das neue Amt wird dem Wiederaufbauminister unterstehen, einen Beirat aus Schuldnern und Gläubigern erhalten und wird besondere Spruchstellen einrichten, die über alle Streitfälle entscheiden. Der direkte Zahlungsverkehr zwischen den betreffenden ist untersagt. In dem Artikel wird nun gesagt, die Regelung der Valutaschulden gegenüber dem neutralen Ausland werde sich unter direkter Mithilfe des Reichs, wegen der Höhe der in Frage kommenden Beträge bei der gegenwärtigen Finanzlage kaum ermöglichen lassen. Die Devisen-Ordungen vom Januar 1916 und Februar 1917 hätten Zahlungserleichterungen oder Verbote nach dem Ausland gebracht und somit nach Absicht mancher, eine Verpflichtung des Reichs zur finanziellen Mithilfe bei der künftigen Schuldentilgung festgelegt. Infolge der Valutaverschlechterung sei die Lage ernst, man stehe vor dem Bankrott vieler Firmen oder vor der Vernichtung vieler Industriezweige. Das Reich halte alle geforderten Mittel, wie Moratorien, Verbot der Valutaklausel, Verhandlungen mit den neutralen Staaten über Bürgschaftsstellung und Sicherheitshinterlegung mit Rücksicht auf unseren Auslandskredit und die Einfuhr von Lebensmitteln für bedenklich. Das Entgegenkommen von neutraler Seite sei bisher nicht sehr groß. Trotz allem sei aber das Verlangen der Beteiligten nach Rechtsschutz groß, sie verlangten nach einer Frist, um hinsichtlich Verbindlichkeiten bessere Valutazeiten abwarten zu können. Es heißt nun in dem erwähnten Artikel zum Schlusse, für die Kredite, welche kleine Leute, Beamte und Kriegsinternierte aufgenommen haben, sollte eine Beratungsstelle geschaffen werden, mit der Aufgabe, künftige Rückzahlungsbedingungen zu erreichen, in den meisten Fällen aber werde der einzelne seine Schuld bezahlen müssen, da die Valutafage ein Übel für die Gesamtheit darstelle, unter dem auch andere Kreise der Bevölkerung schwer zu leiden haben.

Dieser Artikel hat anscheinend die Tendenz, dem Bestreben nach einer Reichshilfe für die Beteiligten entgegenzuwirken. Was aber soll den Beteiligten und Geschädigten eine „Beratungsstelle?“ Rat haben sie genug, Hilfe tut ihnen not, vor Zwangsmaßnahmen der Gläubiger müssen sie geschützt werden. Zivilinternierte und Auslandsdeutsche haben völlig genug von freundlichen theoretischen Äußerungen der Regierung, von der sie während des Krieges und nach ihm eine schwere Fülle gehört haben. Die Zivilinternierten und kommandierten Militärpersonen haben sich doch während des Krieges nicht freiwillig im neutralen Ausland aufgehalten und haben ihre Schulden kontrahiert, weil die Unterstützung des Reichs nicht im Entferntesten ausreichte, um leben zu können. Sorgen des Lebensunterhalts haben zunächst die Aufnahme von Krediten nötig erscheinen lassen und jetzt will man die Leute beraten, ihnen aber nicht helfen? Fürwahr, die Regierung versteht es ausgezeichnet wiederum Kreise zu verbittern und gegen sich einzunehmen, die sie nötig hätte!“

Ein Wort zugunsten der Auslandsdeutschen.

Man schreibt uns aus dem Haag:

Für viele der durch Beschlagnahme ihres Vermögens geschädigten Auslandsdeutschen wird die Frage der durch den Friedensvertrag dem Reich auferlegten Entschädigung immer dringlicher. Wie notwendig eine schleunige und gerechte Regelung dieser Frage ist, erhellt aus folgendem Beispiel, dem viele ähnliche zur Seite gestellt werden könnten.

Seit vielen Jahren in Belgien als selbständiger Kaufmann und Leiter eines großen Exportgeschäfts tätig, meldete ich mich bei Ausbruch des Krieges als 42-jähriger Landsturmann freiwillig zur Verteidigung des Vaterlands. Das Geschäft kam zum

Erliegen, da mein gesamtes Kapital, das im Ausland, speziell in England, angelegt war, von feindlicher Seite beschlagnahmt wurde. Meine Frau, die ihrer Entbindung entgegensah, wurde mit 3 kleinen Kindern nach kurzer Internierung mittellos und nur mit dem, was sie auf dem Leibe trug, nach Deutschland abgeschoben, wo sie bei Verwandten Aufnahme fand. Ich war 1½ Jahre Soldat, davon ein halbes Jahr im Feld, und da meine Löhnung zum Unterhalt meiner Familie entfernt nicht ausreichte, war ich gezwungen, Schulden zu machen und den Beistand meiner Verwandten in weitgehendem Maße in Anspruch zu nehmen. Wegen Krankheit aus dem Heere entlassen, gelang es mir, als untergeordneter Beamter bei der Zivilverwaltung in Brüssel angestellt zu werden und nach einiger Zeit meine Familie dahin nachkommen zu lassen. Im Oktober 1918 mußte ich Belgien mit meiner Familie zum zweitenmal fluchtartig, und nur mit dem Allernotwendigsten versehen, verlassen. Mein belgisches Besitztum wurde ebenfalls beschlagnahmt, und es blieb mir von allem, was ich hatte, nichts! Seither ist meine Familie wieder auf die Unterstützung meiner Verwandten angewiesen, da es mir als Auslandsdeutschem trotz aller Bemühungen, auch bei Behörden und staatlichen Gesellschaften, nicht gelang, eine Stellung zu finden, die es mir ermöglicht hätte, meine Familie standesgemäß zu unterhalten. Irgendwelche Unterstützung seitens des Reichs ist mir nicht zuteil geworden und habe ich auch nicht verlangt. Schlimmer aber als die materielle Notlage meiner Familie, die von der Hand in den Mund lebt und an irgendwelche Anschaffungen nicht denken kann, ist der Umstand, daß das Familienleben vollständig zerstört ist und die Erziehung der Kinder darunter leidet, daß ich seit Oktober 1918 gezwungen bin, mein Brot auswärts zu verdienen und getrennt von meiner Familie zu leben.

Und warum dies alles? Weil das Reich die uns Auslandsdeutschen rechtmäßig zustehende Entschädigung uns immer noch vorenthält, obschon unser beschlagnahmtes Kapital seit bald 6 Jahren brach liegt und weder Zinsen noch Gewinn abwirft, so daß wir hungern und darben müssen, während viele Inlandsdeutsche in dieser Zeit ungeheure Vermögen erworben haben und noch erwerben. Seit bald einem Jahr ist der Friede geschlossen und hat dem Reich die Verpflichtung auferlegt, uns zu entschädigen, aber statt dieser klaren Verpflichtung nachzukommen und die zum Himmel schreiende Notlage der Auslandsdeutschen schleunigst aus der Welt zu schaffen, überlegt man in Berlin zunächst, ob eine solche Verpflichtung überhaupt besteht, und stellt es dann als ein großes Entgegenkommen hin, wenn man sie schließlich anerkennt. Aber nun kommt das schönste: Man will uns zunächst einen Vorschuß von 50% des erlittenen Schadens bezahlen, aber nicht etwa von dem Wert, den das beschlagnahmte Vermögen tatsächlich repräsentiert, was im Juli 1914 doch ein Goldwert war und auch jetzt noch ist, die Bezahlung soll vielmehr in dem jetzt m. Umlauf befindlichen Papiergeld erfolgen, das kaum den 15. Teil des früheren Geldes wert ist; das heißt also, wir sollen nur den 15. Teil der uns rechtmäßig zustehenden Entschädigung bekommen. Es ist also nicht wahr, wenn man behauptet, die Auszahlung des Vorschusses geschehe auf Grund des „Friedenswertes“, denn der Friedenswert ist ein Goldwert!

Bei der „definitiven“ Regelung der Entschädigung soll auch die „Valutafage“ gelöst werden, nach den seitherigen Erfahrungen ist da aber das größte Mißtrauen am Platz, und der „Bund der Auslandsdeutschen“ wird gut daran tun, alle Hebel

in Bewegung zu setzen, um schreiende Ungerechtigkeit und den Ruin vieler Auslandsdeutschen zu verhindern, indem er sich mit allen Kräften für eine gerechte Regelung dieser Frage einsetzt. Denn den sicheren Ruin würde eine ungerechte Lösung in vielen Fällen bedeuten, wie ich an meinem eigenen Beispiel klarmachen kann. Der größte Teil meiner Forderungen besteht in £stg. Nehmen wir an, der unbestrittene und nachweisliche Betrag derselben sei £ 10000. Dieser Betrag wird dem Reich von englischer Seite als Goldzahlung auf die der Entente laut Friedensvertrag zu leistende Kriegsschädigung angerechnet. Das Reich ist also mein Schuldner für £ 10000 Goldwährung, es will aber diese Forderung nicht anerkennen, unter dem Vorwand, ich würde bei Auszahlung zum heutigen Kurs einen ungerechtfertigten Kursgewinn machen. Ganz abgesehen davon, daß ein Kursgewinn, nachdem ich 6 Jahre lang von meinem Vermögen nichts gehabt habe, weder Zins noch irgend einen Gewinn, und meine Familie diese ganze Zeit über gedarbt hat und sich auch jetzt noch in der größten Notlage befindet, nicht so ganz ungerechtfertigt wäre, entspricht die Behauptung von einem solchen Kursgewinn in meinem Fall, wie in vielen anderen, gar nicht den Tatsachen, sondern beruht auf einem Irrschluß. Ich brauche das Geld nämlich, um mir im Ausland wieder eine Existenz zu gründen, und ein etwaiger Kursgewinn bei der Umrechnung der £stg. in deutsches Geld geht bei der Wiedenumrechnung des deutschen Geldes in fremdes Geld wieder verloren. Von einem nennenswerten Kursgewinn kann unter diesen Umständen also gar keine Rede sein. Mein hauptsächlich englischer Schuldner schreibt mir: „Von mir verlangt man (d. h. die englische Regierung) gute englische £stg., und wenn man Ihnen das £stg. nur zum Kurse vom Juli 1914 auszahlt, so macht ‚jemand‘ zwischen uns einen ungerechtfertigten Kursgewinn.“ In meinem Fall ist es das Reich, das diesen ungerechtfertigten Kursgewinn haben möchte und mich dadurch zu ruinieren droht, denn wenn ich für meine obigen £ 10000 nur zirka 200000 Mk. des heutigen Papiergeldes bekomme, dessen tatsächlicher Wert noch nicht den 15. Teil des früheren Geldes, also zirka 13000 Mk. beträgt, so ist es jedem Einsichtigen klar, daß ich damit in meinem Alter keine neue Existenz schaffen kann und ruiniert bin. Man ersieht hieraus, wie ungeheuer ungerecht es wäre, wenn das Reich den Kursgewinn in seine Tasche steckte oder wenn es, um dem Odium dieser Eskamotierung zu entgehen, denselben auf dem Wege der Steuergesetzgebung an sich brächte. Das Reich wird nun einwenden, daß es den Kursgewinn gar nicht in seine Tasche stecken, sondern dazu verwenden wolle, den Inlandsdeutschen, die Valutaschulden an das Ausland haben, zu helfen, da sonst einzelne derselben ruiniert würden. Demgegenüber erlaube ich mir zu fragen, warum muß ich ruiniert werden, um den Ruin eines andern zu verhindern? In den meisten Fällen fällt es doch dem Inlandsdeutschen, dessen Geschäft erhalten blieb und der vielfach gute Gewinne gemacht hat, leichter, einen solchen Kursverlust zu tragen, als dem Auslandsdeutschen, dessen Geschäft vernichtet ist, der seit 6 Jahren hungert und darbt und kein Heim, keine Möbel und kaum noch Kleidung und Wäsche hat. Mit welchem Recht will die Regierung unter diesen Umständen den vielgeprüften Auslandsdeutschen zugunsten des inländischen Valutaschuldners ruinieren?! Ist dies vielleicht die gerühmte Fürsorge für die „Auslandspioniere“, deren Aufgabe auch ohne diese Schwierigkeiten keine leichte ist. Die Regierung soll lieber die Kriegs- und Revolutionsgewinnler und die Schieber so besteuern, daß sie ihren Verpflichtungen gegen

die Auslandsdeutschen in der Entschädigungsfrage nachkommen und auch den inländischen Valutaschuldnern, da, wo es nötig ist, helfen kann, ihren Verpflichtungen an das Ausland nachzukommen.

Wir Auslandsdeutschen wollen keine Gnade, sondern nur unser gutes Recht, und wir wollen nicht zugunsten anderer aufgeopfert werden, die eine Hilfe viel weniger nötig haben als wir selbst. Wir beanspruchen, daß uns der entstandene Verlust mit einem Betrage, der dem tatsächlichen Werte entspricht, vergütet wird, und der tatsächliche Wert im Juli 1914, der ein Goldwert ist, ist doch gewiß ein vielfacher von dem des heutigen deutschen Papiergelds. Es ist doch alles 15–20mal teurer geworden, warum sollten gerade die Werte der Auslandsdeutschen seit 1914 gleich geblieben sein?! Was wir verlangen, ist nur recht und billig, und wenn der eine oder andere Auslandsdeutsche einen Kursgewinn macht, so steht derselbe jedenfalls ihm zuerst zu, ganz abgesehen von Fällen wie der oben erwähnte, wo von einem Kursgewinn überhaupt keine Rede sein kann und wo eine ungerechte Regelung der Valutafrage ohne weiteres den Ruin des Betroffenen zur Folge hätte. Also Gerechtigkeit, und zwar bald, denn Eile tut not, wenn nicht viele Auslandsdeutsche vollends ganz zugrunde gehen sollen. Die Verantwortung hierfür fällt auf die Regierung, die den vielen schönen Worten zugunsten der Auslandsdeutschen nunmehr die Tat folgen lassen soll.

Zum Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.

Aus Kreisen der Auslandsdeutschen wird uns geschrieben: „Soeben lese ich in der Zeitschrift ‚Der Auslandsdeutsche‘ Seite 21 einen Artikel: ‚Die Ausländer in Deutschland‘. Einen Brief in ähnlichem Sinne, nämlich daß Deutschland sein möglichstes tun müsse, um die feinen Fäden weiter und dichter zu spinnen, welche die Liebe der fanatischen Deutschfreunde noch an Deutschland kettet, schrieb ich heute an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Dank seiner

verwandtschaftlichen und sonstigen ausgedehnten Beziehungen in griechischen Regierungskreisen kam vor einigen Tagen ein junger Grieche ganz unerwartet hier an. Er betrat Deutschland noch ganz voll Erwartung, das Land der Verkörperung alles geistig und sittlich Hochstehenden, das Land der Ordnung zu sehen. Es schmerzt mich tatsächlich zu sehen, wie er noch immer gegen eine gewisse Enttäuschung anarbeitet, und ich tue mein möglichstes, um ihm alles möglichst schonend zu erklären. Aber, sehen Sie, seit drei Jahren bemüht er sich hierherzukommen, seine Familie hat empfindlich jahrelang ihrer Deutschlandsiebe wegen in politischer Hinsicht leiden müssen und ist nur eben dank ihrer ausgedehnten Beziehungen vor'm äußersten bewahrt geblieben — jetzt beabsichtigen nun Vater und Sohn, sich ev. für immer hier ansässig zu machen, der Sohn kommt mit riesigem Geldaufwand über Marseille—Paris hier an — und sitzt nun da. Mehr als überaß hinschreiben, kann ich ja auch nicht, aber was wirkt ein Schreiben unter so unzähligen? Nun lese ich eben den Artikel in Ihrer Zeitung; es ist tatsächlich auch meiner Meinung nach fein ausgedrückt die diplomatische Unklugheit, strebsamen Ausländern durch Geldabschrauben unsere Universitäten zu verleiden. Wir werden ganz einfach mit ganz gewöhnlichen Schachern gleichgestellt werden, und das, was noch jetzt im Ausland einen gewissen Nimbus um Deutschland webt, nämlich, daß wir nicht berechnend sind, das fällt dann auch zusammen. Und das ist am schwersten wieder aufzubauen. Wenn es auch hier und da mal einen Spion unter den Fremden geben wird; gerade ein solcher wird ja sich selbst ganz unbewußt durch das jahrelange Studieren deutschen Lebens in seiner ganzen Lebensauffassung ein Deutschenfreund werden und indirekt viel mehr vielleicht noch als die Harmlosen an der Verbreitung deutscher Kultur beitragen. Wenn man doch bloß nicht immer an unrechter Stelle mit seinen Rachegefühlen ankäme; es ist manchmal doch viel diplomatischer, man läßt sich für dumm halten; die Hauptsache bleibt ja, daß man es nicht ist.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Gegen die maßlose Auswanderungs-Propaganda.

Den „Deutschen Überseebund“ und seine Zeitschrift „Paraguay“ nimmt das Argentinische Wochenblatt vom 21. Februar aufs Korn. Es bekämpft dessen maßlose Auswanderungspropaganda, wie sie mit seinem Artikel „Die Vortrupps nach Paraguay unterwegs“ zum Ausdruck kommt. Allein in Essen sollten sich 10 000 Familien, mit annähernd 42 000 Köpfen, Paraguay als neue Heimat erkoren haben. Ohne die Berichte der Vorkommission abzuwarten, werde schon gewaltig Propaganda gemacht, indem man behaupte, Paraguay biete Raum für Millionen arbeitsfreudiger Siedler. „Es wäre wirklich an der Zeit, daß das deutsche Reichswanderungsamt eine etwas schärfere Kontrolle über private Siedlungs- und ähnliche Unternehmungen ausübt, um solche Phantastereien ad absurdum zu führen. Paraguay z. B. wird sich bei allem Bedürfnis nach einer langsam fließenden, aus den erprobtesten Elementen zusammengesetzten Einwanderung, entschieden bedanken, daß ihm halb Essen als „Vortrupp“ für einige Millionen wahllos auf den Hals geschickt wird. Für andere südamerikanische Länder gilt selbstverständlich das gleiche.“

Deutsch-Brasilianische Wirtschaftsvereinigung, Schutzbund deutscher Auswanderer und deutsche Auswandererzeitung.

Es regnet Erklärungen. Die Schriftleitung der Deutschen Auswandererzeitung erklärt in ihrer Nummer 11 vom März,

ihre objektive Haltung würde „durch den Interessenwiderstreit in der Auswanderungsfrage“ in keiner Weise berührt. Sie lasse sich weder von Organisationen, noch von Tendenzen beeinflussen, gebe sich nicht dazu her, das Blatt in irgendein Abhängigkeitsverhältnis zu Vereinigungen oder Parteien zu bringen. Der Verlag fügt in Nr. 12 dieser Erklärung eine weitere hinzu. Angriffe von allen Seiten beabsichtigten nur, den wachsenden Leserkreis der Auswandererzeitung zu verkleinern (!) und ihren Einfluß auf ihre Leser zu brechen, nachdem die Versuche, freiwertende Geschäftsanteile zu erwerben, mißlungen seien. Der wachsende Einfluß und die wachsende Verbreitung der Zeitung ließen aber glänzende Verzinsung der in Geschäftsanteilen angelegten Gelder erwarten. Sämtliche Einnahmen der Zeitung seien bisher zum Ausbau des Nachrichtendienstes verwendet worden. Der „Anregung aus dem Leserkreise, die noch in Händen von nur wenigen Privatpersonen befindlichen Geschäftsanteile in Höhe von 25 000 Mk. in Abschnitte von je 1000 Mk. und darunter zu zerlegen, um deren Erwerbung auch den weniger begüterten Abonnenten der Deutschen Auswandererzeitung möglich zu machen und dadurch die Deutsche Auswandererzeitung in den völligen Besitz ihrer ständigen Leser zu bringen“, werde aller Wahrscheinlichkeit nach bei der nächsten Gesellschafterversammlung entsprochen werden. Das scheint uns ein immerhin merkwürdiges Vorgehen, das mancherlei Rück-

schlüsse zuläßt, namentlich, da die Zeitung auffordert, ihr Adressen derjenigen Leser mitzuteilen, die gewisse Anteile des Blattes erwerben wollten, „um zur Sicherheit noch genaue Feststellungen in unserem Abonnentenverzeichnis vor Aufstellung der Interessentenliste vornehmen zu können.“ Es wird in der Erklärung wiederholt betont, daß die Zeitung mit dem „nicht leben und nicht sterben könnenden Schutzbunde deutscher Auswanderer“ nichts mehr zu tun habe. Die laut Gesellschaftsvertrag vom 16. September 1919 mit einem Stammkapital von 250 000 Mk. begründete Zeitung habe die Herren Hans Karl Stein und Baron von Wolzogen als Geschäftsführer angestellt, sie aber später „auf Grund des nicht einwandfreien Geschäftsgebarens“ entlassen und Herrn Direktor Schällmann mit der Geschäftsführung beauftragt. Für den Schutzbund habe die Deutsche Auswandererzeitung 13 000 Mk. verauslagt. Die vom Schutzbund eingesetzte Kommission habe trotz wiederholter Aufforderung und trotzdem ihr ein Zimmer in der Deutschen Auswandererzeitung zu Tagungen eingeräumt wurde, die Angelegenheit nicht geordnet, so daß jetzt die Deutsche Auswandererzeitung beim Amtsgericht die Bestellung eines neuen Vorstandes für den Schutzbund von Gerichts wegen beantragt habe.

In Nr. 11 finden wir einen zweieinhalb große Seiten langen Artikel der Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftsvereinigung, der eine Aufklärung gegen „Schmähtikel“ verbreitet. Der Artikel geht aus von der Warnung, die das Reichswanderungsamt vor den vom ehemaligen Schutzbund ins Leben gerufenen Wirtschaftsvereinigungen erließ, da die Versprechungen der Vereinigungen haltlos seien. Die Behauptung, die Wirtschaftsvereinigung müsse nach der Pfeife des Schutzbundes tanzen, sei eine frivole Verleumdung. Über die Angelegenheit der Anwerbung und Beförderung der jetzt schon fast sagenhaft gewordenen 3000 Landwirte nach Brasilien wird folgendes gesagt: Die Wirtschaftsvereinigung setzte sich mit dem brasilianischen Generalkonsulat in Amsterdam in Verbindung, das sich eines Beauftragten, eines Herrn de Lima, bedient, mit dem wiederum die Wirtschaftsvereinigung durch einen Herrn Schrot in Verbindung steht. Dieser Herr Schrot bezieht von der Vereinigung ein festes Gehalt. In Holland wird allerdings ein Kopfgeld von 2 bzw. 4 Gulden pro Auswanderer erhoben, die dem Beauftragten der brasilianischen Regierung zur Zahlung seiner Büro- und sonstigen Unkosten zufließen. Er sei amtlich zur Erhebung dieser Gebühren berechtigt, und mehrere unparteiische Herren hätten festgestellt, daß die Summe nicht übermäßig hoch sei im Verhältnis zu den wirklichen Auslagen des Herrn, der von der brasilianischen Regierung selbst keinen Kredit für diese Unkosten erhalte. Die brasilianische Wirtschaftsvereinigung erhebe wohl 300 Mk. (bzw. 200 Mk. von Mitgliedern angeschlossener Vereine) Mitgliedsbeitrag, leiste dafür aber auch etwas durch Schutz- und Interessenvertretung von Auswanderungslustigen und durch die Begründung einer Geschäftsstelle in Brasilien, die einzurichten Oberleutnant Plagemann bereits im Januar ausgereist sei. Der Rest der Erklärung bringt Zustimmungserklärungen aus den Kreisen der Ortsgruppen der Wirtschaftsvereinigung und eine lebhafte Propaganda für die Wirtschaftsvereinigung selbst.

Ungeklärt erscheint uns nach diesen „Erklärungen“ und Aufklärungen immer noch eine Frage. Soviel wir uns erinnern, hat die brasilianische Wirtschaftsvereinigung namentlich damit operiert, daß nur ihren Mitgliedern oder ihnen in erster Linie die Vergünstigung der Freifahrt nach Brasilien vom brasilianischen Generalkonsulat zugestanden werde. Mit dieser Be-

hauptung hat sie Mitglieder überall zu gewinnen versucht, und das ist ihr auch reichlich gelungen. Entweder ist ihr also durch das brasilianische Generalkonsulat dieses Zugeständnis freiwillig gemacht worden — und dann hätte die brasilianische Regierung auf diese Weise die private deutsche Wirtschaftsvereinigung unterstützt, den Kreis der für ihr Angebot in Betracht kommenden Landwirte aber gegen ihr eigenes Interesse unnötig beschränkt — oder Herr Schrot hat diesen Monopolerfolg in Amsterdam erreicht, dann hat die Wirtschaftsvereinigung alle ihr nicht angehörigen und nach Brasilien strebenden auswanderungslustigen Landwirte geschädigt. Völlig aufgeklärt scheint uns auch nach diesen Aufklärungen das Verhältnis der Wirtschaftsvereinigung zu dem „Beauftragten“ des brasilianischen Generalkonsulats nicht zu sein und das Generalkonsulat, das auf wiederholte Anfragen von Ämtern und gemeinnützigen Vereinen, selbst auf eingeschriebene Briefe, überhaupt nicht geantwortet hat, das auch die Schweizer Konsulate, die in seinem Auftrage jene berüchtigte Zeitungsanzeige erließen, in keiner Weise benachrichtigte und mit Einzelheiten unterstützt hat, hätte allen Anlaß, einmal nach dem Rechten zu sehen. Das Reichswanderungsamt aber sollte raschestens die ganze Angelegenheit durch eine amtliche Untersuchung klären und vor allen Dingen — — — der Entwurf des Auswanderungsgesetzes, das endlich gesetzliche Handhabe zur öffentlichen Kontrolle der Auswanderungsunternehmungen bietet, sollte schleunigst veröffentlicht und der Nationalversammlung oder dem neuen Reichstag vorgelegt werden.

Aussichten für Deutsche in den Vereinigten Staaten.

Dem Deutschen Ausland-Institut wird unter dem 2. März von einflußreicher Seite aus dem Innern der Vereinigten Staaten geschrieben: Grundsätzlich kann ich von der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten nur abraten. Gewiß, die hiesige Plutokratie wünscht die Einwanderung. Nachdem Wilson in seinem Deutschenhaß Europa hat balkanisieren helfen und alle Völkchen und Stämmlein mit imperialistischem Größenwahn vollgepumpt sind, strömen die Polen, Tschechen, Slowaken, Jugoslawen, Kroaten, Italiener, Griechen u. a. zu Millionen in ihre resp. Vaterländer, und man braucht hier Arbeitssklaven zu niedrigsten Fabrikarbeiten, zum Straßen- und Eisenbahnbau, in den Bergwerken usw. Und dazu, meint man, sind die besiegten, gedemütigten und halb ausgepumpten Deutschen gerade das rechte Material. Gewiß, man wird sie herausfüttern, damit sie arbeitstüchtig werden — zur niedrigsten Sklavenarbeit, die der Angelsachse zu stolz ist, zu tun, und der Irländer zu schlau. Aber man wird sie auch als Sklaven behandeln, verachten und rechtlos machen. Und in den Massen lebt noch auf Jahrzehnte der wahnwitzig aufgepeitschte Deutschenhaß, den die Eingewanderten noch hundertfach mehr spüren werden als wir, die wir schon 20–30 Jahre hier sind. Dazu kommt, daß Prohibition und andere Beschränkungen aller Art der persönlichen Freiheit den Einwanderern auch noch das bißchen von der Heimat her gewohnte Lebensfreude raubt und das Dasein öde und ungemütlich macht. Endlich gehen wir hier einer wirtschaftlichen Krisis entgegen und einem politisch-ökonomischen Chaos, das man kaum auszudenken wagt. Wenn das kommt, wird der Fremde, spez. der Deutsche, der Prügelknabe aller Parteien sein. Natürlich, es gibt deutsche Geistliche, Zeitungsschreiber, Geschäftsleute, die zu einer Einwanderung ermutigen werden, weil sie hoffen, mit Hilfe derselben den eigenen Bankerott noch einmal aufhalten zu können. Aber das ist eine schiere Selbstsucht. Wer das deutsche Volk und den deutschen Arbeiter liebt, der ruft: Bleibt weg von Amerika.

Aussichten für Tierärzte in Argentinien.

Von zuständiger Stelle erhielt das D. A. I. folgenden Bericht:

Vorbedingung für die Anstellung als Tierarzt im argentinischen Staatsdienst und auch für die Ausübung der freien tierärztlichen Praxis in Argentinien ist die Ablegung eines Examens vor der tierärztlichen Fakultät für Veterinärwissenschaften der Universität in Buenos Aires oder La Plata. Da auch die in den Gefrierfleisch- und Konservenfabriken usw. tätigen Tierärzte Beamte der Nationalregierung sind, gelten für sie die gleichen Bestimmungen.

Ein im Ausland staatlich geprüfter Tierarzt wird hier, auch ohne daß er in Argentinien studiert hat, zum Examen zugelassen. Er hat aber keine Aussicht, das Examen zu bestehen, wenn er nicht die Landessprache in Wort und Schrift völlig beherrscht.

Auf eine Anstellung im Privatdienst, sei es in Gestüten oder auf Estancias, ist kaum zu rechnen, da selbst die größten Estancias mit Edelmastvieh keinen eigenen Tierarzt halten.

Auch die Aussichten für die Ausübung der freien tierärztlichen Praxis scheinen mir für einen deutschen Tierarzt, selbst wenn er sich hier mit der Sprache und den sonstigen Verhältnissen durch längeren Aufenthalt im Lande vertraut gemacht und die Prüfung abgelegt hat, wenig günstig zu sein. In der Hauptstadt Buenos Aires und in den anderen größeren Städten des Landes ist der Bedarf durch einheimische Tierärzte völlig gedeckt. In den kleineren Städten und auf dem Lande mögen die Verhältnisse vielleicht etwas günstiger sein. Aber nach den bereits in anderen Fällen gemachten Erfahrungen befürchte ich, daß auch dort ein deutscher Tierarzt wenig Befriedigung und kaum sein Fortkommen finden würde.

Australien und die deutsche Einwanderung.

Die Frage, ob Australien in absehbarer Zeit als Ziel deutscher Auswanderer in Betracht kommt, läßt sich gegenwärtig nur unter Annahme gewisser Voraussetzungen beantworten. Vor allem muß die australische Bevölkerung erst einmal zu der Erkenntnis kommen, daß ihrem Lande selbst am besten damit gedient ist, wenn Deutschen die Einwanderung wieder gestattet wird. Für eine Masseneinwanderung kommt Australien nicht in Betracht, denn die starken Arbeiterorganisationen würden von den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen, um eine solche zu verhindern. Sie haben schon vor dem Kriege darauf gesehen, einer Überflutung des Landes mit billigeren Arbeitskräften entgegenzusteuern, ganz gleich, woher die Einwanderer kamen.

Während des Krieges hat die englischerseits mit allen verfügbaren Mitteln betriebene Deutschenhetze die für die englischen Interessen gewünschten Erfolge gezeitigt, doch fragt es sich, ob bei der dort vorhandenen durchschnittlichen Oberflächlichkeit des Charakters die Wirkung der britischen Propaganda lange vorhalten wird. Auch werden die weitere Ausbreitung der Anschauungen der aus Frankreich zurückgekehrten Soldaten und die kritische Haltung des stark vertretenen irischen Elements England gegenüber von Einfluß auf eine mehr sachliche Beurteilung der Dinge sein. Die sensationell aufgebauchten und von den Zeitungen für Reklamezwecke ausgenützten Schilderungen der Berichtersteller von Kriegseignissen, die das deutsche Heer oder das deutsche Volk in ein möglichst ungünstiges Licht stellten, fanden schon im letzten Teil des Krieges geteilte Aufnahme.

Die niedrige Einwohnerzahl Australiens im Vergleich zur Größe des Kontinents und der geringe natürliche Bevölkerungszuwachs bilden eins der wichtigsten Probleme des Landes.

Um der weißen Bevölkerung günstige Erwerbsmöglichkeiten zu sichern, sperrt sich Australien strikt gegen die Einwanderung der gelben Rassen. Die Regierung ist immer bestrebt gewesen, zwecks Aufrechterhaltung des Prinzips eines „weißen Australiens“ die Einwanderung Weißer zu fördern. So waren auch die deutschen Einwanderer vor dem Kriege gern gesehen und nur durch den Krieg sind einseitige kapitalistische Interessen imstande gewesen, die öffentliche Meinung in einem uns Deutschen ungünstigen Sinn zu beeinflussen.

Man ist natürlich bestrebt, dem britischen Element den Vorrang in bezug auf Einwanderung zu lassen und da infolge des Krieges zurzeit auch in England große Neigung zur Auswanderung besteht, so ist Australien bemüht, möglichst viele Leute britischer Abkunft an sich zu ziehen. In diesem Sinne sind die gegenwärtigen Sperrmaßnahmen gegen Deutsche zu betrachten. Mit dem Nachlassen der englischen Auswanderung werden auch diese verschwinden.

Die auf Staatskosten erfolgende Ansiedlung auf dem Lande von zurückgekehrten australischen Soldaten und der eingewanderten ehemaligen englischen Kriegsteilnehmer ist ein sehr kostspieliges Unternehmen für die Regierung und trotz ausgiebiger Unterstützung des Ansiedlers seitens des Staates gelingt es nicht immer, jenen auf dem Lande ansässig zu machen. Es kommt Australien wie allen anderen „neuen“ Ländern darauf an, Arbeitskräfte für das Land zu gewinnen und es wird sich bald zeigen, daß der auf eigenes Wagnis ins Land kommende fremde Einwanderer einen nicht zu verachtenden wirtschaftlichen Faktor für das Land bedeutet. Gerade in Australien liefern die in Südaustralien und Queensland zahlreichen deutschen Kolonien den Australiern den augenscheinlichsten Beweis deutscher Tatkraft und Ausdauer.

Während des Krieges war Australien durch seine isolierte Lage und den von Jahr zu Jahr mehr in Erscheinung tretenden Mangel an Schiffsraum in seinem Handel schwer beeinträchtigt. Infolge verringerter Einfuhr von Industrieerzeugnissen entwickelte es seine Industrie in anerkennenswerter Weise und die gegenwärtige Regierung ist mit Hilfe von hohen Schutzzöllen bemüht, diese neugegründeten Industrien dauernd lebensfähig zu erhalten.

Die Aussichten für tüchtige Handwerker und Industriearbeiter waren schon früher sehr günstig und bei der erfolgten erhöhten Industrietätigkeit versprechen diese noch günstiger zu werden. Dasselbe gilt natürlich auch für den von der Industrietätigkeit abhängigen Techniker und Ingenieur. Um diesen Industrien Zeit zu weiterem Ausbau und zu wirtschaftlicher Stabilisierung zu geben, ist die australische Regierung bemüht, das Wiederaufleben des früher sehr ausgedehnten Handels mit Deutschland durch Ausnahmegesetze zu erschweren und deshalb ist wohl die Lage für den deutschen Kaufmann und Handlungsgehilfen am ungünstigsten, denn nur Schritt für Schritt mit dem Wiederaufbau der deutschen Handelsbeziehungen mit Australien können diese auf lohnende Beschäftigung in ihrem Berufe rechnen.

Wie aus dem oben Gesagten hervorgeht, sind die Aussichten für ein gutes Fortkommen in Australien im allgemeinen günstig und wer den Ereignissen dort während des Krieges mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann sich der Überzeugung nicht verschließen, daß Australien im eigenen Interesse bald auch den Deutschen wieder die Einwanderung gestatten wird. Wilhelm Güssow.

Auswanderung und Industrie.

Im „Welthandel“ vom 26. März finden wir eine Auslassung über die Stellung der Industrie zur Auswanderungspolitik. Es

wird da zum Schluß gesagt, in weiten Kreisen von Handel und Industrie werde die Frage erhoben, in welcher Weise das Auswanderungsproblem von der Regierung endgültig entschieden werde, damit Maßnahmen ergriffen würden, um rechtzeitig die arbeitsscheuen Elemente im Austausch gegen arbeitswillige an das Ausland abzugeben und so zur Gesundung unserer Volkswirtschaft beizutragen.

Einen schlimmeren Bären dienst wird man dem Deutschtum im Ausland und den Auswanderern kaum erweisen können, als mit solchen leichtfertigen Äußerungen. Das Ausland will von uns keine arbeitsscheuen Elemente, sondern sucht arbeitswillige und tüchtige Kräfte. Wenn wir ihm arbeitsscheue anbieten, so schädigen wir nicht nur die Interessen des Auslands, sondern auch das Ansehen Deutschlands im Ausland, damit aber auch in schlimmster Weise die Interessen des deutschen Handels und des Absatzes deutscher Waren, sondern wir schaden auch direkt den Auswanderern, gegen die auf solche Weise nur Mißtrauen gesät wird. Es ist aber Tatsache, daß zumeist eben nicht die arbeitsscheuen Elemente auswandern wollen, die sich bei der Arbeitslosenunterstützung bei uns ganz wohl fühlen, sondern arbeitswillige und tüchtige Elemente. Darin liegen allerdings wohl gewisse Gefahren für unsere Volkswirtschaft, aber auch die Erkenntnis solcher Gefahren sollte es nicht so weit kommen lassen, daß man derartige Äußerungen veröffentlicht, die nur vom übelwollenden Ausland falsch ausgelegt und gegen die deutschen Auswanderer, wie auch gegen Deutschland überhaupt ausgenutzt werden können.

Noch einmal „Schutzbund“, „Deutsche Auswanderer-Zeitung“ und „Wirtschaftsvereinigungen“.

In der Hamburger Zeitschrift „Der deutsche Kaufmann im Ausland“ wird sehr scharf gegen den Betrieb des früheren Schutzbundes, der Auswandererzeitung und der Wirtschaftsvereinigungen zu Felde gezogen. Zum Teil sind die Ausführungen durch die neueren Ereignisse bereits überholt. Als wichtig möchten wir aber doch nachtragen, daß in dem erwähnten Artikel die Behauptung aufgestellt wird, für die Auswandererberatung der erwähnten Wirtschaftsvereinigungen seien in Deutschland Vertreter gesucht worden, die je 25 000 Mark Sicherheit stellen mußten. Diese Summe wurde gegen 10% Zinsen als Betriebskapital und Geschäftsanteil der — — — „Deutschen Auswanderer-Zeitung“ zugewiesen, mit der doch die Wirtschaftsvereinigungen in neuerer Zeit jede Verbindung ableugnen! Es wäre nun interessant, zu wissen, ob die heutigen Leiter der Wirtschaftsvereinigungen tatsächlich noch ihren Anteil bei dem reinen Geschäftsunternehmen der „Deutschen Auswanderer-Zeitung“ stehen haben oder nicht. In dem Artikel wird auch noch die Frage der Kopfgelder gestreift, die wir auch hier besprochen haben; und es wird behauptet, daß an einem einzigen Transport von Auswanderern allein an Kopf-

geldern 90 000 Mark verdient worden seien. Es wird Sache der Wirtschaftsvereinigungen sein, hier schnelligst Aufklärungen zu geben.

Eine neue „Arbeitsgemeinschaft“.

Eine Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen ist nunmehr auch in Düsseldorf auf Anregung des Reichswanderungsamts begründet worden, und zwar als Ortsgruppe der Berliner Arbeitsgemeinschaft mit eigener Geschäftsführung.

Eine Arbeiter-Auswanderungs-Kommission.

Das internationale Arbeitsbüro hat, Zeitungsmeldungen zufolge, bei seiner letzten Konferenz in London beschlossen, die Frage der Auswanderung auf das Programm der nächsten großen Tagung im Jahre 1921 zu setzen. Eine Kommission von 18 Mitgliedern soll die Behandlung der Frage vorbereiten, durch je 6 Vertreter sollen Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihr vertreten sein. Die einzelnen Staaten, auch Deutschland, sollen zur Entsendung von Vertretern aufgefordert werden.

Die Schweizer Auswanderung im Jahre 1919.

Dem Geschäftsbericht des politischen Departements entnehmen wir, daß auch in der Schweiz der Auswanderungsgedanke lebhaft geweckt ist. Namentlich die Rückwanderung in die Schweiz war sehr lebhaft. Der Strom der Zurückflutenden ergoß sich hauptsächlich in die Städte und Industriezentren. Das Überangebot von Arbeitskräften verursachte eine starke Auswanderungslust, die sich wie „ein gestauter Fluß nach den sich öffnenden Schleusen drängt“. Im Berichtsjahr sind durch Schweizer Auswanderungsagenturen nach überseeischen Ländern 3360 Auswanderer befördert worden, zu ihnen kommen 513 Durchwanderer und 722 Passagiere, die nur vorübergehend nach einem außereuropäischen Staate reisten. Nach den Vereinigten Staaten gingen 1889, nach Argentinien 382, nach Brasilien 253, nach Afrika 262, nach Asien 152 Reisende. Die Einschiffung erfolgte in 27 Häfen, unter denen Havre, Genua und Boulogne mit 1358, 483 und 459 Passagieren an der Spitze standen. Dem Beruf nach gab es 700 kaufmännische Angestellte, 659 Industriearbeiter, 529 Landwirte, 167 Dienstboten, 143 Hotelangestellte, 54 Erzieherinnen, 33 Lehrer unter den Auswanderern. Die meisten Versuche, neue Schweizerkolonien in Übersee zu gründen, sind über die Anfangsstadien nicht hinweggekommen. Der Bericht macht besonders auf das leichtfertige Gründen neuer Siedlungsvereine aufmerksam, die reißenden Zulauf fänden, obgleich Ideologen oder fremde Spekulanten an der Spitze ständen, die von der harten Arbeit, der großen Ausdauer und den Entbehrungen sich nur wenig Vorstellungen machen könnten. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Lebenshaltung der Schweizer bereits derartig vorgeschritten sei, daß sie sich in die primitiven Verhältnisse des Kolonistenlebens äußerst schwer eingewöhnen könnten.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Paraguay. Winke für Einwanderer. Herausgegeben unter Benützung amtlicher, privater und eigener Quellen vom Deutschen Volksbund für Paraguay, bearbeitet und zusammengestellt von seinem 1. Vorsitzenden R. John. Asuncion [Paraguay]: Buch- und Steindruckerei H. Knaus. 51 S. 8°. M. 1.—. Kartenskizze der deutschen Kolonien bei Encarnacion.

Im Unterschied von den mehr propagandistisch gefärbten Schriften der Paraguayanischen Generalkonsuln Vogler und Genaro Romero gibt dieses anspruchsvolle kleine Werkchen eine kurze sachlich gehaltene Übersicht über alles für den deutschen Auswanderer Wissenswerte. Mit durchaus nüchternem Auge werden wir in Geographie und Geschichte, Regierung und Bevölkerung, Geldwährung, Außenhandel und Verkehrsmittel, Klima und Krankheiten, Industrien und Einwanderergesetzgebung, Bo-

denbeschaffenheit, Landwirtschaft und Viehzucht eingeführt. Die Kolonisation im allgemeinen und die deutsche Kolonisation im besonderen wird ausführlich behandelt. Wertvolle praktische Ratschläge für Einwanderer bilden den Schluß. Leider ist das Papier recht schlecht gewählt, so daß die zahlreichen hübschen Bilder nicht recht zur Geltung kommen. Einer zweiten Auflage würden wir auch ein kurzes Inhaltsverzeichnis zur schnelleren Benutzung in Auskunftsstellen für Auswanderer wünschen. Gr.

Mangels, H., Paraguay. Wirtschaftliche, naturgeschichtliche und klimatologische Abhandlungen aus Paraguay. 2. Aufl. München: Datterer 1919. 252 S. 8°. M. 10.—.

In diesem Werk des kaiserlich deutschen Konsuls in Asuncion wird das interessante und an natürlichen Schätzen reiche Land Paraguay wesentlich gründlicher behandelt, als in den John'schen „Winken“. Es kommt nicht nur der landwirtschaftliche deutsche Auswanderer, sondern auch der Naturwissenschaftler, Botaniker und Forstwirt auf seine Kosten. Die bewegte Geschichte des Landes wird vor unserem Auge lebendig. An der bisherigen Kolonisation des Landes wird scharfe, aber gerechte Kritik geübt. Von den Schwierigkeiten, welche die einzelnen deutschen Kolonien zu Anfang zu überwinden hatten, bekommen wir einen lebendigen Eindruck. Vorwiegend kommt der Botaniker zu Worte, und die reiche Flora Paraguays wird vor unserem Auge lebendig. Ausgezeichnete Bilder und ein übersichtliches Register des Pflanzenbestandes der „Quinta Iduna“ krönen das geschmackvoll geheftete Werk. Gr.

Nostitz-Jäckendorf, W. von, Amerika und der Weltkrieg. Berlin S. W. 11: Deutscher Schriftenverlag 1920. 30 S. 8° M 1.50.

Der Verfasser ist ein Auslandsdeutscher, der in führender Stellung als Chefredakteur einer Cleverlander deutschen Zeitung lange Jahre tätig gewesen ist. Was er in der kleinen Broschüre schreibt, hat über den sachlichen Inhalt hinaus eine Bedeutung, die an dieser Stelle unterstrichen werden darf. So sieht einer, der lange Jahre von der Heimat fern war und der dann lange Jahre hinter Stacheldrahtzäunen zubrachte, ehe er in die Heimat zurückkehrte, das Bild des „neuen Deutschland“, und so wie er sieht, sehen es jetzt noch ungezählte Tausende der Auslandsdeutschen draußen, die den militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Zerfall des alten Vaterlandes gar nicht verstehen und begreifen können, die nur Tatsachen sehen und nicht die psychologischen und physiologischen Unterlagen erkennen, welche zur Katastrophe geführt haben. Die Schrift ist deshalb wie so viele andere wertvoll auch vom Standpunkt des Auslandsdeutschtums aus, weil sie ein unverfälschtes Bild einer Stimmung gibt, die Tausende mit dem Verfasser teilen und weil sie somit mit dazu beitragen kann, daß Heimat und Auslandsdeutschtum, die zu ihrem Schaden vor dem Kriege und während des Krieges so streng voneinander geschieden waren, sich zunächst einmal kennen lernen und gegenseitig sich ihre Auffassungen beibringen. Das ist der erste Schritt zum Verständnis und zum Gefühl der Zusammengehörigkeit. Sachlich verdient das Heftchen des Herrn von Nostitz deshalb hohe Aufmerksamkeit, weil es aus der Feder eines kundigen Politikers Bemerkungen und Beobachtungen über amerikanische Politik bringt, die auch kenntnisreichen deutschen Politikern nicht geläufig sein dürften. Es rückt Tagesereignisse und scheinbar zufällige Redewendungen in das Licht einer großen Entwicklungslinie britisch-amerikanischer Gemeinsamkeitspolitik und beleuchtet so mit vielen Belegen und Zitaten aus guten Quellen das Geschehen des Weltkrieges von einem Standpunkt aus, der den meisten Deutschen bisher fremd gewesen sein dürfte.

Dr. F. W.

Graf, Georg Engelbert, Die Landkarte Europas gestern und morgen. Berlin: Paul Cassirer 1919. 271 S. 8°. geb. 12.50 Mark.

Das Buch ist ein interessanter Versuch, die Entwicklung zum modernen Staat, zum Kapitalismus, zum Völkerbundgedanken und zur sozialistischen Idee der Völkerverbrüderung vom geographischen Standpunkt aus zu betrachten. Graf kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

Während der Gentilstaat durch den Zusammenschluß der Völkerstämme gebildet wurde, knüpft der Territorialstaat an den Boden an. Er geht wie alle Staatenbildung von der Ebene aus, hat aber solange kein festes Gefüge, als der Verkehr den Zusammenschluß seiner Teile nicht ermöglicht. Auch seine Grenzen sind naturgemäß keine festgezogenen; was heute als natürliche Grenze angesehen wird, gilt morgen schon nicht mehr als solche. Denn alle Grenzen existieren nur so lange, als die Technik sie nicht zu überwinden vermag. Heute kann als natürliche Grenze nur die Anökumene angesehen werden, also Wüsten, Eismeere, Sumpfwüsten usw. Wird eine Grenze verschoben, so erfolgt eine Verlagerung der Schwerpunkte des betroffenen Staates, die schwere wirtschaftliche und politische Unruhen mit sich führt.

Der Kampf um diese Schwerpunkte des Staates charakterisiert den modernen Krieg. Jeder Territorialstaat hat das Streben nach Autarkie. Je ausgedehnter das Territorium des Staates ist, je mehr industrieller, bergbaulicher und landwirtschaftlicher Schwerpunkte er in sich schließt, desto unabhängiger wird er von der Weltproduktion sein. Unterstützt wird dieses Streben durch den Ausbau des Verkehrsnetzes: Bahnen machen begehrllich und die Beherrschung der Meeresstraßen drängt zur Monopolstellung. Das Ringen nach solcher Monopolstellung drückt der Vorkriegszeit den Stempel des latenten Kriegszustandes auf.

Graf schildert dann die Expansionspolitik, zu der die einzelnen Staaten durch ihre geographische Lage gedrängt werden und die er, als überzeugter Anhänger der U. S. P. D. mit entsprechendem Kommentar versieht.

Die Machtpolitik der Staaten wird durch das nationale Kapital unterstützt, das um so leistungsfähiger ist, je stärker der hinter ihm stehende Staat. Mit dem Weltkrieg ist diese Epoche des nationalen Kapitalismus zusammengebrochen; seitdem wurde Aufsaugung des Konkurrenzkapitals die Devise. Ebenso wie der Verkehr internationalisiert wird, indem die Kanäle über die Staatsgrenzen hinausgeführt und die Flüsse internationalen Kommissionen unterstellt werden und Weltverkehrslinien entstehen, so wird das Finanzkapital internationalisiert werden. Der internationale Kapitaltrust, der durch den Völkerbund repräsentiert wird, wird das Kartenbild von Europa weiter umgestalten. Er spielt als Trumpf die Nationalitäten aus, um sie vergewaltigen zu können. Aber die von ihm gezogenen Grenzen werden nicht allzulange standhalten, denn der Krieg hat größere Umwälzungen vorbereitet, die noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Neue Industrien und neue Bevölkerungskonzentrationen sind entstanden, neue Landschaften der Kultur erschlossen, die bisherigen Rohstofflieferanten sind selbst zu Industriellen geworden.

Die Karte Europas hat ein neues Aussehen bekommen, fast ganz auf Kosten Deutschlands. Die Nationalitätenfrage ist so geregelt, daß Herde dauernder Unruhen geschaffen worden sind. Der Welttrust mit dem Namen Völkerbund unterscheidet Arbeitnehmer- und Arbeitgeberländer. Mitten durch Deutschland geht diese Grenze. Nur eine Möglichkeit gibt es nach Graf, Deutschland vor dem Zerfall zu retten, indem die Einsicht durchdringt, daß nur der Fortfall politischer und wirtschaftlicher Grenzen zur Versöhnung der Völker, zur Verbindung von Ländern und Menschen beitragen kann.

Wv.

Dr. Otto Ebstein, Außenpolitik. Leipzig-Guschwitz, Dürr und Weber 1920.

Es ist seltsam, daß das Büchlein auf dem Außenumschlag „Außenpolitik“ und innen „Auslandspolitik“ betitelt ist, was doch nicht ganz dasselbe bedeutet. Der Verfasser tritt für eine aktive Außenpolitik ein, die nicht aus Zerknirschung und Reue besteht, sondern selbständig und schöpferisch sei. Grundlage ist die seelische, die aufrechte und stolze Haltung des Volkes; unsere Gegner haben die Macht, sind aber nicht Richter über uns. Zweck guter Außenpolitik ist Deutschlands Wohl, Grundlage baldiges gründliches und gerechtes Arbeiten der Untersuchungsausschüsse und des Staatsgerichtshofes zur Reinigung der Luft. Deutschland wird die Politik des Willens zur Macht zu brechen haben und die Politik des Willens zum Frieden an ihre Stelle setzen müssen. Dazu ist der Pazifismus realpolitisches Mittel. Der Schiedsgerichtsgedanke muß der Mittelpunkt deutscher Außenpolitik werden, er schließt jede Bündnispolitik aus. Schutz der Minderheiten, und zwar aller, wird ein wesentliches Programm unserer Außenpolitik sein. Nötig ist dazu die Errichtung eines Pressebüros am Sitze des Völkerbundes in Genf. Deutschland muß der unerschrockene, selbstlose und geistes-tüchtige Anwalt aller Unterdrückten in der Welt sein. Enge Verbindung mit Deutschösterreich ist nötig, dieses muß das Touristenland für Deutschland werden, da die Schweiz sich doch vor fremdem Zufluß schützen muß. (Das ist unrichtig, die Schweiz sucht sich nicht vor dem Touristenverkehr, sondern vor der wirtschaftlichen Überfremdung zu schützen, was ein gewaltiger Unterschied ist!) Schrittweise Annäherung ans Ausland, erst wirtschaftlich, dann wissenschaftlich, geistig, künstlerisch, ist nötig. Der Gelehrtenkrieg hat verheerend gewirkt, der Friedensschluß der Gelehrten brächte unberechenbaren politischen Segen. Weltausstellungen müssen wir fernbleiben, Landesausstellungen einzelner Länder und in einzelnen Ländern sind vorzuziehen. Ausstellungen von Erfinderwettbewerben wären zukunftsreich. Die Verbindung mit den Auslandsdeutschen müßte reger werden, sie zu verwirklichen dient der „Bund der Auslandsdeutschen“. (Der Verfasser erwähnt hier keinen der Vereine und Verbände, die außer dem Bunde an dieser Aufgabe arbeiten.) Unsere Diplomaten sind nicht so schlecht als ihr Ruf, sie sind schließlich nichts anderes als der Ausdruck der politischen Reife des Volkes, die sprachliche und wirtschaftliche Ausbildung unserer Diplomaten muß immerhin besser werden, wie auch unsere ganze Staatskunst psychologischer zu sein hätte. Die Diplomatie wird sich auch privater Einrichtungen, wie des Bundes der Auslandsdeutschen und des Deutschen Ausland-Instituts eifrigst zu bedienen haben. Für künftige – nur Verteidigungs- – Kriege ist vorsichtiges Zuwarten und Vorratspolitik vonnöten. Uns hilft nur geistige Gewalt. Eine kritische „Zeitschrift des Auswärtigen Amtes“ wäre vonnöten, um über Diplomatie und Außenpolitik aufzuklären.

Wir haben die Leitsätze der kleinen Schrift so ausführlich wiedergeben zu sollen geglaubt, weil ein in langen Jahren im Auslande erfahrener deutscher Journalist sie schrieb, der auch jetzt zum „Bund der Auslandsdeutschen“ in engen Beziehungen steht. Die Schrift ist klug und klar geschrieben. Man wird in manchem und vielem sich nicht einverstanden erklären – so zum Beispiel nicht mit der Ansicht, daß eine sofortige Zurückgabe Tsingtaus an China beim japanischen Ultimatum uns später vor der chinesischen Kriegserklärung bewahrt hätte! – man wird manches Grundlegende vermissen. Trotzdem sind der Schrift viele Leser zu wünschen, denn es kann nicht genug der Aufklärung geschehen.

Dr. F. W.

Rosthorn, Arthur von, a. o. Gesandter und bev. Minister a. D., Unser Verhältnis zu China vor und nach dem Kriege. Leipzig: Der Neue Geist-Verlag 1919. 23 S. 8°. 1.50 Mark.

Ich kenne kaum eine kürzere, knappere, schärfere und zu-treffendere Kritik an der Chinapolitik der Mächte als die des früheren österreich.-ungarischen Gesandten in Peking, die er der amerikanischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz widmet. Er zeigt, wie wenig fremdenfeindlich und wie tolerant das eigentliche China war, bis Englands Opiumkrieg Gewalt vor Recht setzte und bis die Einmischung des Papstes und der Streit der Missionare untereinander, der von Christen organisierte Taiping-Aufstand und anderes Volk und Regierung verbitterten und umwandelten. Man verstand Chinas politische und sittliche Struktur nicht und handelte stets aus geistigem Hochmut und europäischem Überlegenheitsgefühl heraus. Dazu kam seit 1883 die Politik der territorialen Übergriffe, des Losreißen von Gebietsteilen vom chinesischen Reiche, die Zauderpolitik der unter sich uneinigen Mächte gegenüber den Reformvorschlägen des jungen Kaisers Kuanghsü, die letzten Endes wie eine Unterstützung der reaktionären Kaiserin-Witwe dem Volke gegenüber aussah, und so entwickelte sich naturgemäß der Boxer-Aufstand und späterhin die Revolution. Rosthorn zeigt, wie dann Japans Einflüsse spielten und zur chinesischen Kriegserklärung führten und kommt zum Schlusse, daß nur ein wirklicher Völkerbund die Lösung auch der chinesischen Frage bringen könne, daß aber, da ein solcher wohl nicht zustande kommen werde, nur die Friedenskonferenz einstweilen das chinesische Rätsel entwirren könne. Der Verfasser scheut sich nicht, radikale Kuren zu empfehlen: Keinen fremden Militärschutz mehr in einem Lande, das sich ruhig selbst verwalten und fremde Rechte schützen kann, Schließung der fremden Settlements, die nur Höllen des Opium- und des Spiellasters sind, Aufgabe der fremden Jurisdiktion und somit freiwilliger Verzicht, der dem späterhin zweifellos sonst kommenden erzwungenen Verzicht vorzuziehen wäre, Änderung des Zolltarifs durch einen internationalen Kongreß, damit China die Einnahmen bekomme, um sein zerrüttetes Finanzwesen in Ordnung zu bringen – kurz Abkehr von einer Politik des Hochmuts und der vermeintlichen Überlegenheit zu einer Politik des Studiums der tiefen und ernsten chinesischen Kulturwerte, Abkehr von einer Politik der Ausbeutungssucht und Geschäftsintrigen der einzelnen Mächte gegeneinander zugunsten einer wirklich freien und China wie allen Völkern nützlichen Handelspolitik. Rosthorn hält der Politik der Großmächte China gegenüber einen Spiegel vor, aus dem kein reines Antlitz zurückschaut. Seine Kritik ist bitter, aber man kann sie nur Wort für Wort unterschreiben.

Dr. F. W.

Richtofen, Wilhelm Freiherr von, Zurückgehaltenes und Unterdrücktes aus vier Kriegsjahren. Berlin: Curtius 1919. 59 S. 8°. M. 2.50.

Jedermann war jetzt „unterdrückt“ und „vergewaltigt“. Es werden Tagebücher hervorgeholt, die man nie gedruckt hätte, wenn die Dinge anders gegangen wären. Was man so lange öffentlich geredet und was man gelobt hat, das hat man, wie sich jetzt zeigt, im Innern gar oft verdammt und getadelt. Keine angenehme Sache, jetzt die Tagebücher zu veröffentlichen. Zum mindesten müßte man immer auch die öffentlich gehaltenen Reden dazu drucken, um die Gegensätze etwas klarer zu machen. Das freilich wäre für manchen Ruf gar zu ruinös. Die in diesem Büchlein wiedergegebenen Tagebuchnotizen, Briefe und Ansichten sind ungefährlich. Es ist alles ein bißchen kunterbunt ohne System durcheinander gewürfelt. Gute, nicht sonderlich originelle Beobachtungen, ehrliche Ansichten. Ein ganz ordentliches Tagebuch. Aber muß denn alles gedruckt werden?

Dr. Richard Wrzeszimski, Die Auslandsdeutschen und das Reichsnotopfer. Schrift 1 der steuerrechtlichen Einzelschriften, Berlin und Leipzig 1920, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1920.

Der Autor untersucht zunächst die Stellungnahme der Auslandsdeutschen im Gesetzentwurf nach der Regierungsvorlage und nach der Ausschlußberatung, gedenkt sodann der überraschenden Umgestaltung der Auslandsdeutschen-Vorschriften durch die Nationalversammlung und behandelt auf der gewonnenen Grundlage die Notopferpflicht der Auslandsdeutschen, indem er einen Kommentar zu den Gesetzesbestimmungen mit eingehenden Erläuterungen gibt. Er bedauert, daß wirtschaftliche Gründe die Heranziehung der im Auslande befindlichen Auslandsdeutschen zum Reichsnotopfer mit der Summe der ihnen auszahlenden Entschädigung gebracht hätten, womit ein ungerechtfertigter Unterschied zwischen den im neutralen Auslande lebenden und in die Heimat vertriebenen Auslandsdeutschen geschaffen worden sei. Schließlich untersucht der Autor die Art der Erhebung des Notopfers der Auslandsdeutschen, wobei er keine großen Hoffnungen auf die internationale Rechtshilfe im Steuerverfahren gesetzt wissen will.

Dr. F. W.

Eckardstein, Hermann, Freiherr von, Botschaftsrat a. D., Diplomatische Enthüllungen zum Ursprung des Weltkrieges. Bruchstücke aus meinen politischen Denkwürdigkeiten. 4. Auflage. Berlin: Curtius 1919. 31 S. 8°. Mk. 1.80.

Es ist nicht erfreulich, jetzt politische Denkwürdigkeiten zu lesen. Sie decken zu viel Fehler auf und hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack. Man hat sich sehr daran gewöhnt, über unsere Auslandsvertretung zu schelten und vielfach übersehen, daß das Übel vielmehr an der Zentrale, im Auswärtigen Amt in Berlin, saß. Eckardstein deckt schonungslos die üble Schaukelpolitik des „größten Schauspielers“, Bülow, auf und zeigt kurz und prägnant, was die Berliner Politik versäumte und wie sie irrte. Für die Auslandsdeutschen wichtig ist am Schluß des Heftchens das Urteil eines der hervorragendsten Auslandsdeutschen, des Deutsch-Amerikaners Karl Schurz über deutsche Politik, das zeigt — es stammt aus dem Jahre 1890 —, wie klar und richtig die Deutschen außerhalb des Vaterlandes die deutsche Politik beurteilten. Das Urteil ist gerade jetzt an sich interessant, weil man die Auslandsdeutschen durch Gewährung des Wahlrechts zur Mitbestimmung an den Geschicken heranziehen will und weil es die sachliche Richtigkeit dieses Schrittes begründet, und es ist ferner interessant für unsere Lage. Karl Schurz sagte nach verehrenden Worten für Bismarck: „Ob aber sein Werk lange lebensfähig bleiben kann, ist eine andere Frage, denn die Verfassung, welche er geschaffen hat, ist einzig und allein auf seinen eignen Leib zugeschnitten. Darnach hat das deutsche Volk so gut wie gar kein Mitbestimmungsrecht an seinem eignen Schicksal. Auch wird das Volk auf diese Weise nie eine richtige politische Schulung, die ihm so sehr fehlt, erhalten können.“ Wie recht hat dieser alte Achtundvierziger gesehen, wie klar war sein Urteil! W.

Die Schuld am Kriege. Dokumente und Stimmen, zusammengestellt vom Verein Auslandkunde. Berlin: Curtius 1919. 47 S. 8°. Mk. 1.50.

Dr. Ernst Hamburger schreibt dem Heftchen eine kleine Einleitung und dann folgt eine geschickte Auswahl von Stimmen aus allen Lagern von Bethmann bis Jagow, von Delbrück bis Paul Lenz, von Jaurès und Shaw bis Kautsky, Hötzendorff und Bismarck. Unter den Rückblicken „politischer Führer“ gerade ein Urteil von Jagow zu zitieren ist ein bißchen zu viel Lob für diesen Staatssekretär. Aber sonst ist die Zusammenstellung der Dokumente und Äußerungen geschickt und lehrreich. W.

Schmidkunz, Dr. Hans, Die Bildung des Politikers. Berlin: Dümmler 1919. 36 S. 8°.

Der Verfasser will die spezifisch pädagogische Seite des Problems der Völkerbildung herausarbeiten und ganz besonders die hochschulpädagogische. Er tut das mit einer Fülle von Material an Büchern und Zeitschriftenaufsätzen, das er verarbeitet hat. Allerdings scheint mir die Fülle zu groß und eben zu wenig wirklich verarbeitet. Der Leser erstickt in einem zudem noch ungünstig und unübersichtlich gedruckten Wust und Gelehrtenmaterial und kommt nicht zur klaren Erkenntnis dessen, was der Verfasser will und vertritt. Weniger wäre mehr gewesen. W.

Schäfer, Dietrich, Prof. Dr., Wir Deutschen als Volk. Berlin: Curtius [1919]. 32 S. 8°. M. 1.80. (Veröffentl. der Ernst-Moritz-Arndt-Hochschule. Reihe 1. Heft 1.)

Professor Schäfers politische Ansichten sind bekannt, und man kann ihm nachfühlen, daß diesen Vortrag zu halten ihm schwer fiel. Er ist ein aufrechter Kämpfe alle Zeit gewesen. Er rühmt eine stolze Vergangenheit und kritisiert eine von Wolken umdüsterte Gegenwart, ohne Ideal von Heer und Flotte, Soldatentreue und Manneswort. Schäfer stellt dem nationalen Grundgedanken aller Revolutionen den Internationalismus der jüngsten deutschen Revolution gegenüber. Er bekämpft die falsche Darstellung von dem was „allddeutsch“ sich nannte, wettert gegen die Ausländerei des modernen Deutschland und stellt ihr das zähe Festhalten des schwäbisch-russischen Bauern von den Zeiten der großen Katharina bis zur Gegenwart gegenüber. Er tritt temperamentvoll und überzeugungstreu ein für deutsche Bildung, für Kant und Fichte, für Arndt und Goethe, aber auch für Bismarck. Nur ein machtvoll Deutschland kann dem greisen Kämpfer als erstrebenswertes Ziel erscheinen, kein Internationalismus und kein Völkerbund. W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Die in Danzig erscheinenden „Ostdeutschen Monatshefte“ für Kunst und Geistesleben, Blätter der „Zunft“ und der „Deutschen Gesellschaften für Kunst und Wissenschaft in Polen“ wollen nach dem Geleitwort des Herausgebers, Karl Lange, dazu beitragen, die „Stillen im Lande zu gemeinsamer Kraftentfaltung zusammenzufassen. Sie wollen all die Treuen grüßen, die ohne viel Worte ihren eigenen Weg gehen und ohne Parteiwünsche nur dem Deutschtum dienen wollen.“ Ihre Grundlage ist der Glaube an die unbesiegbare Kraft der geistigen Waffen, die allein uns nach der gewaltsamen Umgestaltung der Ostmarken geblieben sind. So wollen sie der kulturellen Zusammenfassung der politisch zerrissenen Teile des Ostens, unter Einbeziehung des baltischen Deutschtums, dienen. Das erste, in seinem Bilderteil auf Kunstdruckpapier hergestellte Heft verheißt viel Gutes: neben anderen, auf einen gemeinsamen Ton fein abgestimmten Beiträgen, schreibt der Danziger Kunsthistoriker Matthaei über „Chodowiecki“, Bruno Pompecki über „Danzig in der deutschen Literatur der älteren Zeit“, der Grenzbotenherausgeber M. H. Boehm über den „Todeskampf der Deutschbalten“, der Geograph F. Braun über „Ostmärkische Küstenwanderungen“. Aus der „Rundschau“, die das Kunst- und Bildungsleben des Ostens spiegelt, scheinen uns der Aufruf Direktor Martin Bollerts (von der Stadtbibliothek Bromberg), zur Unterstützung des deutschen Büchereiwesens in Polen und des Herausgebers Ausführungen über die Ziele der „Zunft“, einer vergeistigten, über die Vereinsschablone sich erhebenden Künstlergilde, besonderer Beachtung wert.

Über das Wahlrecht der Auslandsdeutschen schreibt D. Fr. Marschall-Wien in der „Germania“ vom 31. März. Er begrüßt die beabsichtigte Gewährung dieses Wahlrechts und sagt: „Beschließt die deutsche Nationalversammlung diese Erweiterung des bisher bestanden Wahlrechts, so gewinnen auch die übrigen Forderungen der Reichsdeutschen im Auslande nach Teilnahme im auswärtigen Dienst, Vertretung bei den Reichsämtern, Schaffung eines eigenen Amtes für die Auslandsdeutschen usw. Boden. Nicht allein die eigenen Interessen wollen die im Auslande lebenden Staatsangehörigen damit vertreten, sondern in weitaus größerem Maße das Deutschtum des Auslandes in den Dienst der Heimat und des Gesamtdeutschtums stellen. Nicht der Kriegsdienst der Söhne aus der Fremde ist das Heil des Vaterlandes, viel wichtiger und nützlicher ist ihre friedliche Arbeit, ihre Erfahrung und ihre Treue.“

Einen Hilferuf aus Danzig läßt in der „Tägl. Rundsch.“ vom 25. März Johanna Köstlin, die Vorsitzende des „Frauenausschusses für Flüchtlinge und Rückwanderer in Danzig“ erschallen. Auf alle Hilferufe und Bittgesuche habe das Reich keine Antwort gegeben. Es sei wenigstens kein „Nein“ erfolgt, die Danziger Auslandsdeutschen aber brauchten ein kräftiges „Ja“. Fast 1500 alte Auslandsdeutsche lebten in Danzig. Die Zahlung von Darlehen sei plötzlich eingestellt worden als „zur Zeit nicht möglich“. Wodurch solle die Tätigkeit des Roten Kreuzes ersetzt werden, das Danzig bald verlassen wolle. Unter

den Auslandsdeutschen seien viele Alte und Kranke, für die das Reich bisher Unterstützungen zahlte, wobei die Provinz Westpreußen ein Sechstel bezahlte. Wer sei heute die „Provinz Westpreußen“? Hilfe könne nur vom Reich kommen, wenn nicht die Auslandsdeutschen aus Danzig auch ins Reich abwandern und dort das Elend vermehren helfen sollten.

Wir „Auslandsdeutsche“ betitelt Hermine Heide einen Artikel in den „Münch. N. Nachr.“ vom 31. März, der ein recht bitteres Ergebnis zieht. Die Verfasserin gedenkt der unendlichen Weltarbeit der Auslandsdeutschen und schließt: „Wundert Euch nicht, wenn wir über unser Vaterland unzufrieden sind. Während wir um seinetwillen Hab und Gut verloren, durften Hunderttausende von Inlandsdeutschen reich werden. Als wir unter der Sorgenlast einer vernichteten Existenz noch auf Kriegsdauer im Soldatenrock Dienst taten, sind hier Hunderttausende von Drückebergern unentwegt ihrem Geschäft und Pläsier nachgegangen. Wenn wir uns kummer gebeugt die Hintertreppe der Fürsorgestellen hinaufgeschleppt wurden wir manchmal von gefühlsarmen Damen kalt abgefertigt. Wo wir, Besitz, Position und Glück hinopfernd, dem Vaterland in höchster Not die Treue gehalten, da konnten wir zusehen, daß man uns nicht als obdachloses oder politisch verdächtigtes Gesindel in Polizeigewahrsam nahm. Bleibt uns Auslandsdeutschen noch etwas übrig als Verzweiflung?“

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge.

Es sprachen seit der letzten Mitteilung in der Reihe der Institutsvorträge in Stuttgart:

- am 31. März Herr Oberstleutnant a. D. Hans von Kiesling-Dachau: „Deutschland und Vorderasien“,
- am 17. April Herr Oberarzt Dr. Wittermann-Winnenden: „Nationalitätenpolitik und Völkerbund“.

Am 25., 26. und 27. April wurde die Reihe der Winter-vorträge mit einem Vortragszyklus des Herrn Professors der Volkswirtschaft an der Technischen Hochschule in Hannover, des früheren deutschen Handelssachverständigen in Rußland, Dr. Otto Goebel über: „Rußland“, abgeschlossen. Er sprach am ersten Abend über „Rußlands politische und wirtschaftliche Bedingungen“, am zweiten Abend über „Industrie und Landwirtschaft“, und am Schlußabend über „Ansiedlungsmöglichkeiten in Sibirien“.

Generalsekretär Dr. Wertheimer sprach am 26. März im Kaufmännischen Verein in Ravensburg über „Auslandsdeutschtum und Weltwirtschaft“, am 29. März in Heidenheim zugunsten der Schwabenspende über „Die Zukunft des Auslandsdeutschtums“, am 21. April auf Einladung der dortigen Arbeitsgemeinschaft für das Auswanderungswesen in Mannheim über „Auswanderung und Auslandsdeutschtum“.

Der Leiter der Auswandererberatungsstelle, Pfarrer Grisebach, sprach in Stuttgart

- am 19. Februar im Stuttgarter Pfarrkonvent über „Heimat, Kirche und Auswanderung“,
- am 21. März im Evangelischen Volksbund der vereinigten Matthäus- und Kreuzkirchengemeinde über „Die Auswandererfrage“,
- am 23. März bei einem Gemeindeabend der Markusgemeinde über „Deutsche Siedlungen in Südbrasilien mit Lichtbildern“.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Auslandsinstituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Deutscher Kaufmann, bereits vor dem Kriege in Griechenland tätig, reist in einigen Wochen wieder nach dort ab, um die Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen und sich an der Organisation eines großen, in Gründung begriffenen deutschen griechischen Unternehmens einzuarbeiten. Feinste Referenzen. Vertretungen leistungsfähiger Firmen werden noch übernommen.

Junger Kaufmann, sprachkundig, empfiehlt sich zum Einkauf von allen Arten Waren, die im Chemnitzer Industriebezirk hergestellt werden. Insbesondere Strümpfe, Handschuhe, Trikotagen usw. Die Adresse kann durch uns erfahren werden.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 1. Mai 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 90 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 11

STUTTGART

Erstes Juni-Heft 1920

Für die notleidenden Auslandsdeutschen!

Ihr seid ein armes Volk geworden. Unser Wohlstand, unser Reichtum, unsere Weltstellung sind vernichtet. Aber das Letzte, unsere Ehre, wäre verloren, wenn wir selbst in der tiefsten Armut und Verlassenheit nicht unserer Brüder und Schwestern gedenken wollten, denen das Schicksal das Schwerste beschieden hat, der Auslandsdeutschen, denen der Krieg alles genommen hat. Es ist über die kulturelle wie wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums für den Wiederaufbau der Heimat und für Deutschlands künftige Stellung unter den Weltvölkern und im Völkerbunde so viel gesprochen und geschrieben worden, daß es an dieser Stelle einer weiteren Aufklärung nicht mehr bedarf. – Nur ein letzter Mahnruf soll hier erschallen.

Die „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ (Rückwandererhilfe)*) will Mittel zusammenbekommen, um der dringendsten Not zu steuern. Jetzt gilt es, Beweise zu erbringen, daß wir der letzten Anstrengung, des letzten Geldopfers fähig sind. Jetzt gilt es zu beweisen, daß wir die Kraft in uns spüren, trotz aller Widerwärtigkeiten den Wiederaufbau einzuleiten, indem wir die Männer und Frauen stützen und stärken, die die wichtigsten Träger des Wiederaufbaues, die Pioniere im Ausland, wieder sein wollen und werden. Jahre, Jahrzehnte lang sind sie der Heimat entfremdet gewesen. Wir selbst haben dazu beigetragen, indem wir uns nicht genügend um sie kümmerten, indem wir sie durch eines der schlechtesten Staatsangehörigkeitsgesetze, das die Rechtsgeschichte kennt, uns entgleiten ließen. Krieg und Elend haben uns nun wieder aneinandergekettet. Nun stehen die Auslandsdeutschen, die in fremder Kultur und Wirtschaft Wurzel gefaßt haben, zum Teil vor einem Deutschland, das anders aussieht, als es in ihren Erinnerungen lebte, vor einem Deutschland, das zerrissen und blutend aus tausend Wunden am Boden liegt. Daß die Auslandsdeutschen vieles nicht begreifen und verstehen, was sie nicht mitwerden und -wachsen sahen, ist selbstverständlich. Unsere Aufgabe ist es, sie aufzuklären, damit sie draußen vom neuen Deutschland nicht nur mehr oder weniger schöne Äußerlichkeiten, sondern die tieferen Gründe der Umwälzungen und Veränderungen berichten können. Unsere Aufgabe ist es, von ihnen zu lernen, damit wir uns selbst von der falschen Einschätzung fremder Länder und Sitten, fremden Denkens und Fühlens frei machen.

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, zu helfen, damit selbst im armen Deutschland eine Summe zusammenkommt, die den Auslandsdeutschen beweist, wie wir sie schätzen. Zwar wird sie das Reich entschädigen, aber wir wissen, wie schwach seine Kräfte sind, wie mancher Schaden hier nicht juristisch erfaßt werden kann, sondern nur mit menschlichem Fühlen und Verstehen zu decken ist. Mit dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, dem Roten Kreuz und dem Verein für das Deutschtum im Auslande hat auch das Deutsche Ausland-Institut es übernommen, die Mittel, die der Volksspende (Rückwandererhilfe) zufließen, zur sachgemäßen richtigen Verteilung zu bringen und darüber später der Öffentlichkeit Rechnung zu legen**). Kein Pfennig der einkommenen Gelder wird dabei zu irgendwelchen anderen Zwecken der vier Vereinigungen verwendet werden, sie werden restlos dem Hilfswerk zugewendet werden, für das die Spender ihre Gaben bestimmt haben. Wir wenden uns deshalb auch an unsere Leser und Freunde wiederholt mit der Bitte:

„Helft rasch und helft so gut und so reichlich, als es in euren Kräften steht!“

*) Gaben nehmen alle Banken und Postanstalten entgegen, auch können sie auf das Postcheckkonto des D. A.-I. 7690 mit der Angabe, daß die Summe für Zwecke der Volksspende bestimmt sei, eingezahlt werden.

**) Siehe auch den Bericht auf Seite 331/332 dieser Nummer.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg.

I. Von der Südsee bis Kiel, 1914.

Von Prof. Dr. K. . . ., Marinearzt.

(Fortsetzung aus Nr. 10.)

Batavia (Wetevreden), Ende Dezember 1914.

Liebe A.!

Seit meinem letzten Brief, von dem ich allerdings nicht weiß, ob er sein Ziel erreichte, habe ich unendlich viel erlebt. Aber schon aus Sicherheitsgründen will ich nur in großen Zügen erzählen. Mitte vorigen Monats bin ich aus meiner Einsiedelei aufgebrochen, habe also 45 Tage bis hierher gebraucht. Suche Dir auf der Landkarte Hollandia, dann die Molukken, Borneo, Celebes, Java, so hast Du die Etappen meiner Seefahrt. Über mehr als dreißig verschiedene Hafenplätze hinweg habe ich in mühsamer Fahrt von Insel zu Insel Batavia glücklich erreicht. Über das Wie später hoffentlich mehr. Hätte mich der Feind gefaßt, wäre es mir schlecht ergangen, denn ich habe bis hierher kein einziges Ausweispapier in Händen gehabt. Weniger als die gewohnten körperlichen Entbehrungen und Anstrengungen lastete auf mir die dauernde Anspannung aller Nerven fürs Gelingen meines Planes, manch schlaflose Nacht auf stürmischer See und die Ungewißheit, wie es mir am nächsten Morgen ergehen würde. Dazu sind leider fast alle Holländer in Indien deutschfeindlich gesinnt, am meisten die, welche Deutschland nicht kennen, oft in häßlichster Form, und ihre im englischen Fahrwasser schwimmenden Zeitungen beschimpfen uns teilweise noch schlimmer als der Feind. Eine erfrischende Oase war es für mich immer, wenn ich einen Hafen erreichte, in dem deutsche Schiffe lagen, von denen viele in den holländisch-indischen Gewässern das Ende des Krieges abwarten müssen. Auch „Manila“, auf der ich so manche Friedensreise in der Südsee machte, traf ich vor Ambon, dem Haupthafen der Molukken, an und habe drei Tage auf ihr gerastet. Die Freude des Kapitäns und aller andern hättest Du sehen sollen, als ich, natürlich ganz unerwartet, in der Dunkelheit auf kleinem Boote am Fallreep anlangte. Dort sah ich die ersten deutschen Zeitungen und seit langem wieder die ersten freundlichen Gesichter. Seit diesem Tage erst ist mir aus den ausführlichen heimischen Berichten die ganze Größe der Zeit zum vollen Bewußtsein gekommen, die aus den kärglichen und lückenhaften Nachrichten der Kolonie nicht hervorleuchten konnte.

Am zweiten Weihnachtstage landete ich am Südostende der Insel Java in Soerabaja, von dort durchquert eine Bahn in 24stündiger Fahrt in der Längsrichtung die ganze herrliche Insel mit ihrer unbeschreiblichen Schönheit. Auf halbem Wege liegt Bandoeng. Dort haust die holländische Ärztin van H., unsere ehemalige Hamburger Schülerin, der ich die sichtliche Freude meines auch hier ganz unerwarteten Besuchs machen konnte. Was mich selbst aber hoch beglückte, war, daß ich bei ihr einen Brief von Dir von Anfang Oktober vorfand, in dem Du nach mir forschtest. Wie habe ich mich gefreut, so zufällig in dieser weiten Ferne die erste liebe Heimatspur zu kreuzen!

Morgen werde ich meine Reise fortsetzen. Das nächste Ziel kann ich Dir noch verraten, es ist Padang auf Sumatra. Freilich fand ich nirgends einen Menschen, der mir Mut gemacht hätte, alle, auch der deutsche Generalkonsul halten es für ein aussichtsloses Wagnis. Mag sein; aber dennoch! Gewiß kommt nicht viel darauf an, ob ich einzelner gerade dabei bin oder nicht, aber ich bin der Ansicht, daß in solchen Zeiten jeder seine Pflicht so zu erfüllen hat, als wenn es gerade auf ihn allein ankäme. In

Holländisch Indien und vor allem in Batavia sitzen viele hundert Deutsche, die bei Kriegsbeginn ihre Stellung aufgaben und hierher eilten, mit dem Wunsche, nach Deutschland oder Kiautschou gebracht zu werden, was bei raschem Handeln wohl möglich gewesen wäre.

Der nächste kritische Punkt erster Ordnung ist für mich Ägypten und der Suezkanal. Geht alles gut, so bin ich vielleicht schon vor diesem Brief daheim. Hörst Du zwei bis drei Wochen nach seinem Eintreffen nichts von mir, so haben sie mich gefaßt. Aber auch dann ist ein Lebenszeichen an Euch durch eine Vertrauensperson vorgesehen. Wir müssen aber, liebe A., gefaßt auch an die letzte Möglichkeit denken, daß ich Euch und die Heimat nie wiedersehe. Für diesen Fall, der trauriger für Euch als für mich wäre, habe ich nur wenig Wünsche . . . Du sollst Dich mit dem Gedanken trösten, daß Du eines Mannes Weib warst, den nichts von der Erfüllung einer einmal erkannten Pflicht abhielt. Aber ich habe festen, frohen Mut des Gelingens. Hindurch mit Freuden! Tausenderlei geht mir heute durch den Kopf, zumal im günstigsten Falle heute sich für viele Wochen die letzte Möglichkeit einer Postbeförderung an Euch bietet. Aber ich weiß nicht, was ich aus all dem Unzähligen, was mich bewegt, herausgreifen sollte. Soll ich Euch versichern, daß ich in Gedanken mit inniger, herzlicher Liebe bei Euch bin? Soll ich sagen, daß ich tausend Grüße für alle Verwandten und Freunde auf dem Herzen habe? Soll ich von bisher überstandenen Mühen erzählen? Denke jedoch nicht, daß ich sie schwer empfinde. Im Gegenteil, die Größe des Zieles macht sie mir leicht und von jeher hat mich im Kolonialberufe schon gerade das Überwinden von Schwierigkeiten unwiderstehlich gelockt. Aus allen wirbelnden Gedanken taucht immer wieder das eine Wollen empor: Nach Hause! Alle Herrlichkeiten Indiens sind diesmal fast eindrucklos auf mich geblieben. Gestern habe ich stundenlang auf dem deutschen Konsulat gesessen und die Verlustlisten, jene schmucklosen Dokumente des Heldentums, durchgelesen.

Nun ist inzwischen das neue Jahr herangekommen. Was soll ich uns wünschen? Möge der Name des Ortes, an dem ich schreibe, von guter Vorbedeutung sein: Wetevreden, „Wohlaufrieden“. Möge das neue Jahr mir die Heimat und uns ein Wiedersehen schenken ohne allzu schwere Verluste für das Vaterland und für uns. Lebt für heute alle herzlich wohl! Gib Nachricht von mir allen, von denen Du glaubst, daß sie sich darüber freuen. Gib A.-L. einen herzlichen Kuß von ihrem fernen Vater, behalte selber tapfer den Kopf hoch; ich bin bald bei Euch und kann endlich meines Kaisers Rock anziehen . . .

Gibraltar, 29. Januar 1915.

Liebe A.!

Diese flüchtigen Zeilen schreibe ich unter den englischen Kanonen und Suchlichtern von Gibraltar. Ich bin, wenn auch mit einigen Hindernissen, heil durch den Suezkanal gekommen. In Port Said hatte ich einen unfreiwilligen kurzen Aufenthalt durch Feindeshand, kam aber rasch wieder frei. Von dort hätte ich nach Neapel oder Genua streben können. Es wäre der kürzeste Weg gewesen. Ich habe aber den Kurs über Gibraltar nach Rotterdam genommen, obwohl er länger und gefährlicher ist, denn er führt mich über London! Über die Gründe meines

Entschlusses, durch den Kanal und die Themse hinaufzufahren, später. Mit einer vorübergehenden oder auch längeren Gefangenschaft in London muß ich rechnen und komme ich nicht alsbald nach diesem Brief selber in der Heimat an, so sitze ich irgendwo auf der Strecke Gibraltar—London fest. Wo, das kannst Du durch eine Anfrage beim Rotterdamschen Lloyd erfahren.

Ich bin bei bester Gesundheit und froher Stimmung, trotz nun schon 75tägiger aufreibender Reise. Ich werde aber auch ihr letztes Ende zwingen! ...

Kiel, Mitte März 1915.

Lieber E.!

Ja, ich bin glücklich im Lande. Als alter Afrikaner, der so manche tausend Seemeilen schon abgefahren und durch manche tausend Kilometer Urwald oder Steppe sich hindurchgeschlagen, mag ich nicht viel Rühmens von meiner Heimreise machen. Ein wenig dreist war es vielleicht, durch die Höhle des Löwen dabei zu gehen; aber selbst mein Besuch in London verlief glatt und, wie Du Dir vorstellen kannst, hoch interessant. Ich war auf einen unfreiwilligen verlängerten Aufenthalt dort gefaßt, aber schließlich ging alles besser, als ich dachte, obwohl ich mich zu guter Letzt als Deutschen zu erkennen geben mußte, und während alle die vielen Schiffsrevisionen auf der Seefahrt gnädig für mich abgelaufen waren, hätte die letzte mich beinahe noch in die Gefangenschaft gebracht. Die Unterhaltung zwischen dem revidierenden englischen Offizier und mir, dem ich als Deutscher mit reinen, auf meinen Namen lautenden Pässen entgegentrat, spielte sich ungefähr so ab:

„Was ist das für eine ungeheuerliche Unverfrorenheit, als Deutscher im Kriege nach London zu kommen? Was wollen Sie hier?“

„Fragen Sie bitte den holländischen Kapitän, dessen Passagier ich bin und der die Anlegeplätze seines Dampfers zu bestimmen hat.“

„Wo wollen Sie hin?“

„Über Rotterdam nach Deutschland.“

„Was wollen Sie dort?“

„Kriegsdienste tun, wie sich's gebührt.“

„Sie werden natürlich interniert.“

„Gut, Sie scheuen sich demnach nicht, gleich dreifach das Völkerrecht zu mißachten.“

„Wieso Mißachtung des Völkerrechtes?“

„Kaum zweifelhaft, denn erstens fahre ich auf neutralem Schiffe, über das Ihnen keine Befehlsgewalt zusteht, zweitens zeige ich Ihnen reine Pässe aus Batavia (ich hatte einen deutschen, italienischen und selbst französischen dort bekommen), drittens steht mir als Arzt der Schutz der Genfer Konvention zu.“

Diese Vorhaltungen auf holländischem Schiffe schienen ihm doch einige Verlegenheit zu bereiten. Er wurde milder gestimmt, ließ mit sich reden und duldet schließlich auf dem Dampfer, machte den Kapitän dafür verantwortlich, daß ich ihn nicht mehr verlasse und stellte meine Überwachung in Aussicht. Diese ist denn auch redlich während unseres weiteren Verweilens auf der Themse geübt worden. Recht froh wurde ich meiner Sicherheit erst am dem Morgen, an dem ich nach einer Fahrt durch Treibminen hindurch den festen Boden Rotterdams unter den Füßen hatte. An demselben Abend schon war ich bei den Meinen.

Leider bin ich schneller und glatter aus Feindesland heraus als nun an das ersehnte Ziel meiner heimatlichen Wünsche gekommen. Selbstverständlich habe ich mich sofort bei der Marine gemeldet. In einer Anwandlung von Stolz und Selbstbewußtsein, gepaart mit dem begreiflichen Verlangen, nach einer Fahrt um

die halbe Welt den Wunsch nach Kriegsdienst erfüllt zu sehen, hielt ich es für gar nicht anders möglich, als daß meiner Meldung alsbald die Einberufung folgen würde. Doch es kam eine Enttäuschung. Anstatt der Einziehung erfolgte die Mitteilung, daß keine geeignete Verwendung für mich bei der Marine vorhanden sei. Du wirst Dir denken können, wie hart mich dieser Bescheid traf. Ich schließe daraus zwar auf die erfreuliche Tatsache, daß alle Dienststellen bei der Marine reichlich ausgefüllt sind, aber war doch zunächst tief traurig, daß ich bei ihr, in deren Reserve ich gerade im Gedanken an den Ernstfall getreulich weit übers übliche Zeitmaß hinaus verblieben bin, nicht gebraucht werde. Damit hatte ich nie gerechnet. Unmittelbar nach meiner Abweisung habe ich meine Umkommandierung zum Landheer beantragt und hoffe täglich auf ihre Erfüllung. Die erzwungene Untätigkeit, die mir in der Fremde schon qualvoll genug war, bedrückt mich hier noch mehr, denn jeder Mann mit gesunden Knochen, deren auch ich mich rühmen darf, gehört ins Feld, und mir ist oft, als träfen mich fragende Blicke der Menschen: Warum ist der wohl noch daheim? So bin ich einstweilen auch der wiedergewonnenen Heimat nicht recht froh geworden. Um wenigstens Ablenkung und Arbeit zu bekommen, habe ich die Vertretung eines erholungsbedürftigen Kieler Freundes übernommen. Aber kaum bin ich von einem Krankenbette aufgestanden oder habe meine Sprechstunde beendet, so fliegen meine Gedanken auf und davon zwischen Hoffen und Bangen, was aus mir werden wird. Der Anblick des Kieler Hafens mit unseren Schiffen unter der Kriegsflagge, mit unseren blauen Jungen und ihren Offizieren, so manchen altbekannten Gesichtern, unter denen ich nun nicht, wie gehofft, den Krieg erleben darf, läßt mich auch trotz reichlicher Berufsarbeit immer wieder an das noch nicht erreichte Ziel des Kriegsdienstes denken.

Ihr habt inzwischen Großes erlebt und Großes geleistet, und ich beneide Euch aufrichtig darum. Ich hoffe, ich werde noch manches nachholen können ...

Aus einem Brief vom 18. Februar 1915 entnehmen wir noch einige Mitteilungen, die zur Ergänzung des Bisherigen dienen mögen.

Lieber Herr B.!

... Im ganzen scheint unserer Kolonie Neuguinea ein weit glimpflicheres Kriegsgeschick beschieden gewesen zu sein als unseren afrikanischen Besitzungen. Größere Kämpfe sind ihm erspart geblieben. Manch wackere Tat einzelner freilich wird, wie aus Afrika, so auch von dort erst später zur Kenntnis der Heimat gelangen. Die Besetzung der unverteidigten Hauptplätze unserer Kolonie geschah in dem offensichtlichen Bestreben, den Japanern, für welche die Australier alles andere als freundschaftliche Gefühle hegen, zuvorkommen. Aber mit den militärischen Zielen gingen krämerpolitische eng Hand in Hand ...

Das Betragen der australischen Söldlinge gegenüber der deutschen und farbigen Bevölkerung war derart, daß die eigenen Offiziere nur mit schweren Strafen für vollführte Räubereien und sonstige Unbotmäßigkeiten die Disziplin notdürftig aufrecht erhalten konnten. Im übrigen ist der Gipfel aller der vielen Brutalitäten, die in unseren Schutzgebieten gegen Deutsche verübt wurden, und die hoffentlich eine vergeltende Sühne erfahren, in Neuguinea erreicht worden, da eine Anzahl Deutscher in Rabaul öffentlich und in Gegenwart des englischen Administrators und unter der erzwungenen Anwesenheit der übrigen Deutschen des Ortes ausgepeitscht worden sind, ehe man sie in die Gefangenschaft nach Sydney brachte.

Sobald ich die Zwecklosigkeit weiteren Verbleibens in der Kolonie erkannt hatte, galt für mich der Imperativ: Nach Hause!

Wie ich ihn im einzelnen erfüllte, darüber nächstens mündlich Näheres. Es war eine lange und harte Fahrt, selbst für einen reisegewohnten Kolonisten. Alle nur denkbaren Beförderungsmittel habe ich benutzt, das schmale Eingeborenen-Kanu, Ruder-

und Segelboot, den kleinen Küstendampfer, die Kolonial-Eisenbahn, das Frachtschiff und zum Schluß sogar einen vornehmen, behaglichen, mit glänzender Verpflegung ausgestatteten Passagierdampfer „Sindoro“ des Rotterdamschen Lloyd. (Forts. folgt.)

Das Reichsausgleichsgesetz.

I.

Die von den Auslandsdeutschen und dem gesamten Überseehandel mit Spannung erwarteten Gesetze gehen nunmehr ihrer Verabschiedung entgegen. Der Gesetzentwurf eines Ausgleichsgesetzes liegt der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vor und ist im Reichsanzeiger Nr. 69 vom 1. April 1920 veröffentlicht. Nach einer Erklärung des Reichsministers Koch in der Nationalversammlung vom 30. März 1920 konnte er wegen der Wirren im Rheinland noch nicht verabschiedet werden.

Das Reichsausgleichsgesetz (R.As.Ges.) enthält neben der Errichtung eines Reichsausgleichsamtes die Bestimmungen über die Verrechnung deutscher Vorkriegsforderungen und Vorkriegsschulden an das bisher feindliche Ausland, soweit dieses gemäß Art. 296 des Friedensvertrags dem Ausgleichssystem beigetreten ist, also die Staaten Frankreich, England, Italien, Belgien, Siam.

Für die deutschen Markschulden und Markforderungen an das feindliche Ausland ist grundsätzlich die Abrechnung in Reichsmark vorgesehen, während für die Valutaschulden und -forderungen grundsätzlich die Abrechnung zum Tageskurs festgesetzt ist. Allerdings bietet dieser letztere Grundsatz einige beachtenswerte Ausnahmen: so ist vor allem die steuerliche Erfassung der Valuta-„Gewinne“ vorgesehen, wenn es auch nicht ausdrücklich im Gesetz gesagt ist. Die Verrechnung der Schulden und Forderungen geschieht durch das in Berlin zu errichtende deutsche Reichsausgleichsamte.

Im Abschnitt III des Gesetzentwurfes sind die Schuldverhältnisse zum Ausland geregelt, das sich nicht dem Abrechnungsverfahren angeschlossen hat oder anschließen wird: ihre Ablehnung haben bereits erklärt die Staaten Ägypten, Südafrikanische Union, Polen, Bolivien, Uruguay, Brasilien, Guatemala, Japan, Tschecho-Slowakei, Peru. Der Gesetzentwurf sieht hierbei eine Entschädigung der deutschen Valutaschuldner in der Weise vor, daß das Reich diesen den Differenzbetrag des Vorkriegswertes ihrer Schuld und des von ihnen jetzt gezahlten Tageswertes derselben vergütet.

Über die deutschen Auslandsforderungen enthält der Entwurf noch keine Regelung. Mithin harret die Frage der endgültigen Entschädigung der Besitzer deutscher Auslandswerte und -forderungen an solche Länder, die sich nicht dem Ausgleichsverfahren anschließen, noch immer der Erledigung durch ein Reichsentschädigungsgesetz. Hierbei wird wiederum die Kernfrage nach der Höhe dieses Schadens aktuell, der ihnen im Falle der Liquidation ihres Eigentums durch den Feindestaat regelmäßig entsteht.

Auch für sie wird im Einklang mit den bekannten Gutachten von J. R. Dr. Schauer (Heft 6 des „Nachrichtenblattes für Auslandsdeutsche“ 1919) und Prof. Schücking (ebenda) die Forderung voller Entschädigung zum Tageswert bzw. Tageskurs zu stellen sein: auch Isay in seinem Buch „Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag“, Berlin 1919, betont unter den gleichen Argumenten diesen Standpunkt. Die vereinzelt entgegenstehenden Ansichten in der Literatur (z. B. Lusensky in der „Bank“, Heft 1, Jahrgang 1920 und im „Bankarchiv“, Heft 6, Dezember 1919) sind u. E. nicht stichhaltig

und bereits zutreffend widerlegt (vergl. Geh. Reg.-Rat Jungmann im „Welthandel“ Nr. 7 vom 7. Februar 1920). Die Vorschriften des Ausgleichsgesetzes lassen mit Wahrscheinlichkeit eine entsprechende Bestimmung auch für die nicht im Ausgleichsverfahren beteiligten deutschen Auslandsforderungen erwarten, wonach das Reich den durch die Liquidation im Feindesland geschädigten Auslandsdeutschen volle Entschädigung ihrer verlorenen Werte zu dem Tageskurs gewähren wird. Inwieweit allerdings durch sondergesetzliche Nachträge zu den bestehenden Steuergesetzen diese „Gewinne“, die in Wirklichkeit keine sind, wieder weggesteuert werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls müßte auch hier die Kritik rechtzeitig einsetzen, um nicht eine Unrichtigkeit, die durch die Fassung der neuen Entschädigungsgesetze glücklich vermieden wurde, in Gestalt von Sondersteuergesetzen wieder einzuführen.

Ein Punkt scheint heute schon beachtenswert: nach der übereinstimmenden Auffassung der juristischen sachverständigen Literatur (Lusensky, Schauer, Isay u. a.) ist die Entschädigung der Auslandswerte eine durch die a. a. Mächte erzwungene Enteignung deutscher Privatgüter seitens des Reichs: hierfür hat das Reich gemäß Art. 153 der neuen Reichsverfassung vom 31. August 1919 volle Entschädigung zu leisten. Dieses Reichsgrundgesetz kann nicht durch andere Spezialgesetze außer Kraft gesetzt werden. Der zitierte Artikel der Reichsverfassung schreibt ferner zwingend vor, daß über die Höhe der Entschädigung der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten nicht ausgeschlossen werden darf. Sollte es also im Einzelfall zu Differenzen prinzipieller Art kommen, so müßte der gerichtliche Austrag vor den ordentlichen Gerichten, nötigenfalls im Instanzenzug die Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden: die durch ministerielle Verordnung eingeführten Spruchkommissionen können an dem Rechtsstandpunkt der Verfassung nichts ändern*).

Die zur Wahrung der Interessen auslandsdeutscher Gläubiger und Eigentümer berufenen Stellen müssen sich beizeiten mit diesem Gedanken vertraut machen, um diesen Weg zu beschreiten, falls die erwartete gesetzliche Regelung die berechtigten Hoffnungen der Auslandsdeutschen nicht erfüllt. Neben den mit Anmeldung und Vorprüfung der Auslandsforderungen amtlich beauftragten Zweigstellen des Bundes der Auslandsdeutschen und des Verbandes der Inlandsdeutschen haben sich einige andere Organisationen hauptsächlich der rechtlichen Bearbeitung der Auslandsforderungen und Beratung deutscher Auslands-gläubiger gewidmet. Außer dem Schutzverband deutscher Auslands-gläubiger in Berlin besteht dort noch ein besonderer Schutzverband für Polen und Litauen. Ferner hat die bereits seit 10 Jahren bestehende Wissenschaftliche Hilfsstelle deutscher Rechtsanwälte zur Auskunftserteilung (nur für Rechtsanwälte) eine besondere Abteilung „Auslandsforderungen“ eingerichtet die unter Mitarbeit von Spezialisten auf diesem Gebiet alle gewünschte Auskünfte erteilt und die Bearbeitung von Auslandsforderungen übernimmt.

Rechtsanwalt Dr. Knoepfel, Darmstadt.

*) So auch Isay, a. a. O. S. 46.

II.

Das in Vorstehendem in Kürze behandelte Reichsausgleichsgesetz ist nunmehr von der Nationalversammlung verabschiedet und in Nr. 88 des Reichsanzeigers veröffentlicht worden. Bet dem weitgehenden Interesse, das für die Regelung dieser Angelegenheit vorausgesetzt werden darf, sei in folgendem noch auf weitere Einzelheiten eingegangen:

Das nach dem Gesetz zu errichtende Reichsausgleichsamt (R. A. A.) wird seinen Sitz in Berlin haben. An anderen Orten sollen vom Reichsminister für Wiederaufbau im Benehmen mit den Regierungen der beteiligten Länder Zweigstellen errichtet werden, und zwar sind nach der Begründung des Entwurfs die Städte Königsberg, Breslau, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, München, Nürnberg, Leipzig, Stuttgart, Karlsruhe, Braunschweig, Weimar, Hamburg, Bremen, Lübeck in Aussicht genommen. Um eine ständige Fühlungnahme zwischen der Leitung des Reichsausgleichsamtes und den Zweigstellen einerseits sowie den beteiligten Kreisen andererseits herbeizuführen, um insbesondere die Wünsche der Interessenten berücksichtigen zu können, werden bei der Hauptstelle sowohl wie bei den Zweigstellen aus Vertretern der von der Durchführung des Gesetzes betroffenen Gläubiger und Schuldner Beiräte gebildet werden. Die Organisationen, die Vertreter in die Beiräte zu entsenden haben, und die Zahl der Vertreter hat der Reichsminister für Wiederaufbau zu bestimmen.

Für Angelegenheiten, deren Regelung sich mehr für die Bearbeitung durch ein gerichtliches Kollegium als durch ein einzelnes Mitglied des Amtes eignet, werden Spruchstellen errichtet, bestehend aus einem Mitgliede des Amtes als Präsidenten und zwei Beisitzern, welche unter Verpflichtung zur Verschwiegenheit aus der Zahl der Angehörigen der beteiligten Wirtschaftskreise zu berufen sind.

Für die Tätigkeit des Reichsausgleichsamtes werden Gebühren erhoben, die übrigens in § 9 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages ausdrücklich vorgesehen sind, sich aber auch ohne weiteres dadurch rechtfertigen, daß, wie die Begründung des Entwurfs ausführt, der deutschen Partei durch die Tätigkeit des Reichsausgleichsamtes die Kosten für die Vermittlungstätigkeit ihrer Bank bei Regelung der in Betracht kommenden Verhältnisse, oft wohl auch die Kosten eines Rechtsanwalts erspart werden. Auch erscheint es mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs dringend geboten, die Kosten für das Reichsausgleichsamt und die im Auslande nach den Vorschriften des Friedensvertrages zu errichtenden Vertretungen zu decken. Ein sich ergebender Überschuß soll zum Ausgleich von Härten bestimmt werden, welche sich etwa im Zusammenhang mit der Regelung der von dem Gesetz betroffenen Verbindlichkeiten ergeben sollten.

Von dem Abgeordneten Waldstein ist bei der Beratung des Gesetzes in der zweiten Lesung beantragt worden, einen Teil des Härtefonds zur Unterstützung derjenigen Deutschen zu verwenden, die teils in Gefangenenlagern, teils in Internierungslagern, teils im Auslande zurückgehalten und verhindert worden sind, in die Heimat zurückzukehren, die im Auslande zu ihrem Lebensunterhalt Schulden in der dortigen Valuta haben machen müssen, die sie nach dem Kriege zurückzahlen sollen, und für die nun der heutige Kursstand den absoluten Ruin bedeuten würde. Der Antrag ist abgelehnt worden, doch haben die Vertreter der Regierung zugesagt, daß der Antrag bei der Beratung des Kriegsschuldengesetzes wohlwollend und sorgfältig geprüft werden solle.

Die Höhe der Gebühren ist noch nicht festgesetzt worden. Das englische Clearing-Office erhebt eine solche von 2½ Prozent von jeder zur Auszahlung gelangenden Summe. Die in Deutsch-

land zu erhebenden Gebühren werden jedenfalls höher sein müssen, da der Betrieb sich wegen der Errichtung von Zweigstellen nicht nur teurer gestalten wird, sondern ja auch noch ein Überschuß erzielt werden soll, um in Fällen schwerer und unbilliger Notlagen, die sich daraus ergeben werden, daß bei der Vielseitigkeit der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht alle Möglichkeiten im Gesetz gebührend berücksichtigt werden konnten, Unterstützungen gewähren zu können.

Die Regelung von Geldverbindlichkeiten im Prüfungs- und Ausgleichsverfahren erstreckt sich in erster Linie auf die in Artikel 296 Nr. 1–4 und im Artikel 72 des Friedensvertrages bezeichneten Forderungen und Schulden Deutscher, soweit sie nach Artikel 296 e und f durch Vermittlung von Prüfungs- und Ausgleichsämtern zu regeln sind.

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die unklaren Bestimmungen des Friedensvertrages dem Inhalte nach genau im Gesetz hätten bezeichnet werden können. Indessen in Anbetracht der Tatsache, daß wir leider auf die Interpretation des Friedensvertrages keinen Einfluß haben und eine Auslegung der fraglichen Bestimmungen des Vertrages deutscherseits sich leicht in Widerspruch zu dem von den gegnerischen Staaten ihm beigelegten Sinne hätte setzen können, bestimmt das Reichsausgleichsgesetz, daß die Reichsregierung unter Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses der Nationalversammlung Bestimmungen darüber zu treffen habe, welche Rechtsverhältnisse unter Artikel 296 Nr. 1–4 des Friedensvertrages fallen, was aus dem angeführten Grunde erst nach stattgehabter Vereinbarung mit den Gegnern zu erfolgen haben wird.

Im Interesse der Rechtssicherheit hat noch eine Bekanntmachung im Reichsgesetzblatt darüber zu erfolgen, welche Staaten dem Clearingverfahren beigetreten sind und welche Staaten gemäß Artikel 296 f vereinbart haben, daß das Ausgleichsverfahren auf die im Gebiet des einen Staates ansässigen Angehörigen des andern Staates Anwendung finden soll. Angenommen haben das Ausgleichsverfahren bisher England einschließlich seiner Dominien, Kolonien und Protektorate mit Ausnahme der Südafrikanischen Union und Ägyptens, Frankreich einschließlich seiner Kolonien und Protektorate, Italien, Belgien und Siam. Bei einigen Ländern (Rumänien, Vereinigte Staaten) steht die Entscheidung noch aus. Über den Abschluß von Vereinbarungen zwischen den gegnerischen Staaten im Sinne des Artikels 296 f ist noch nichts bekannt geworden.

In Ansehung der unter das Ausgleichsverfahren fallenden Forderungen und Schulden ist der auf die Zahlung, die Zahlungsannahme, die Aufrechnung der Schuldanerkenntnisse, den Erlaß, sowie jeder andere auf die Schuldenregelung bezügliche Verkehr zwischen den Beteiligten verboten, es sei denn, daß der Verkehr durch Vermittlung oder mit Zustimmung des Reichsausgleichsamtes erfolgt. Nur ein rein informatorischer Verkehr zwischen den Beteiligten ist gestattet. Dementsprechend dürfen Forderungen und Schulden gerichtlich nur dann geltend gemacht werden, wenn dem Gläubiger vom Reichsausgleichsamt eine in § 25 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages vorgesehene Bescheinigung ausgestellt worden ist.

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des direkten Verkehrs und die gerichtliche Geltendmachung von Forderungen haben die Übertragung der Forderungen auf das Reich ohne jede Entschädigung zur Folge. Doch soll die Enteignung nur erfolgen, wenn dem Verbot vorsätzlich und mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit zuwidergehandelt wurde. Sie kann im Beschwerdeverfahren durch das Reichswirtschaftsgericht nachgeprüft werden, dessen Entscheidung endgültig ist.

Da die früher auf Grund der Verordnung vom 16. Dezember 1916 und 30. Januar 1918 erfolgten Anmeldungen keine geeignete Grundlage für das Ausgleichsverfahren bieten, weil sie zum Teil überholt sind in der Zwischenzeit, sodann aber auch ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages vorgenommen worden sind, welcher von dem Schuldneramt geltend gemachte unbegründete Forderungen unter Strafe stellt, ordnet das Reichsausgleichsgesetz eine Neuankmeldung sämtlicher am Ausgleichsverfahren beteiligter deutscher Forderungen an. Die Neuankmeldung ließ sich somit im Interesse der Gläubiger selbst, trotz der damit verbundenen erneuten Belästigung, nicht vermeiden. Eine Verpflichtung zur Anmeldung der Schulden besteht auf Grund des Gesetzes nicht, doch kann im Bedarfsfalle der Reichsminister für Wiederaufbau die Verpflichtung zur Anmeldung auf die Schulden ausdehnen. Die näheren Bestimmungen über Form, Inhalt und Zeitpunkt der Anmeldung werden ebenfalls im Verordnungswege erlassen und sollen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Eine Nichtinnehaltung der vom Reichsminister für Wiederaufbau zur Anmeldung der Forderungen bestimmten Frist hat die Enteignung zur Folge, es sei denn, daß keine wissentliche Unterlassung vorliegt oder daß nach abgelaufener Frist die Anmeldung nachgeholt wurde, ehe die Forderung zur Kenntnis des Reichsausgleichsamts gelangte.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Bestimmungen des Reichsausgleichsgesetzes über die Abrechnung des Reichsausgleichsamtes gegenüber deutschen Gläubigern und Schuldern, welche nach drei Grundsätzen erfolgt, die sich in Kürze folgendermaßen zusammenfassen lassen:

1. In Reichswährung ausgedrückte Schulden und Forderungen Deutscher werden zum Nennbetrage abgerechnet.
2. Die Abrechnung der in einer ausländischen Währung ausgedrückten Forderungen Deutscher erfolgt in Reichswährung unter Umrechnung der Währung ihres Nennbetrages zum Tageskurse.
3. Die in einer ausländischen Währung ausgedrückten Schulden Deutscher sind in Reichswährung unter Umrechnung der Währung ihres Nennbetrages zum Vorkriegskurse abzurechnen. Eine Umrechnung zum Tageskurse erfolgt indessen als Strafe bei vorsätzlicher Nichtbeachtung gewisser obenberührter Verbote.

Die Grundsätze, nach denen die Abrechnung erfolgt, werden in weitestgehendem Maße den Auslandgläubigern und Schuldnern gerecht, bilden allerdings eine schwere Belastung der Reichskasse. Wenn man sich trotzdem zu dieser Regelung entschlossen hat, so geschah es in der Erkenntnis, daß man den Markschuldern billigerweise nicht mehr als die Zahlung des Nennbetrages seiner Markschuld in deutscher Währung zumuten kann, daß die Valutaschuldner in ihrer Mehrzahl in der Begleichung ihrer Schulden durch die sich aus dem Kriege ergebenden besonderen Verhältnisse, insbesondere durch die Zahlungsverbote behindert waren, außerdem eine Abtragung der Schulden zum Tageskurse den Ruin der meisten zur Folge gehabt haben würde, was wieder eine verhängnisvolle Wirkung auf die deutsche Wirtschaft ausüben müßte, daß endlich der Valutagläubiger billigerweise vom Deutschen Reich den vom gegnerischen Staate gutgeschriebenen Wert seiner Forderung verlangen kann, dem Auslandgläubiger auch die Wiederaufnahme seiner früheren Beziehungen in den meisten Fällen nur bei dieser Verrechnung möglich sein wird. Denn die Aufnahme der auswärtigen Geschäftsbeziehungen ist über die privaten Interessen hinausgehend ein deutsches Interesse, ganz abgesehen

davon, daß es unbillig wäre, den Valutagläubiger derjenigen Staaten, die dem Ausgleichsverfahren beigetreten sind, zum Vorkriegskurse zu befriedigen, während die Gläubiger von Forderungen, die dem Clearingverfahren nicht unterliegen und somit der freien Verfügung überlassen sind, den vollen Valutagewinn genießen würden.

Eine besondere Regelung der Abrechnung ist vorgesehen, wenn sich Valutaschulden und Valutaforderungen in derselben Person vereinigen. In diesem Falle hat ein Schuldner, dessen Verbindlichkeiten, berechnet nach dem Vorkriegskurse des Nennbetrages, den Tageskurswert dieses nicht übersteigen, eine eidesstattliche Erklärung über das Vorhandensein gewisser in § 29 des Gesetzes aufgezählter Vermögensgegenstände abzugeben. Erzielt der Valutaschuldner hinsichtlich dieser Gegenstände einen Währungsgewinn, so ist dieser dem zum Vorkriegskurse berechneten Betrag der Schuld hinzuzurechnen, doch darf der Tageskurswert des Nennbetrages seiner Schuld nicht überschritten werden.

Um die aus der obigen Regelung dem Reich erwachsene Last zu mindern, ist eine Besteuerung der Valutagewinne durch ein besonderes Gesetz, das zurzeit erst im Entwurf vorliegt, geplant.

Um die sich aus diesem Gesetz ergebenden und auch andere steuerliche Ansprüche des Reiches sicherzustellen, werden die Beträge, die das Reichsausgleichsamt auf Grund einer Abrechnung schuldet, den Berechtigten erst ausbezahlt, wenn das zuständige Finanzamt seine Zustimmung erteilt hat. Die Voraussetzungen für die Versagung oder Erteilung dieser Zustimmung sind noch durch Gesetz zu regeln. Auch bei erteilter Zustimmung kann das Reichsausgleichsamt die Auszahlung von der Leistung einer Sicherheit abhängig machen, wenn die Entstehung von Gegenansprüchen seitens des Reichsausgleichsamtes zu erwarten ist.

Beträge, die dem Reichsausgleichsamt geschuldet werden, sind binnen Monatsfrist zu bezahlen, doch hat das Reichsausgleichsamt dem Zahlungspflichtigen auf Antrag Verlängerung der Frist zu bewilligen, wenn dies mit Rücksicht auf die Billigkeit, insbesondere mit Rücksicht auf noch nicht abgerechnete Forderungen geboten erscheint. Die Beträge, die das Reichsausgleichsamt auf Grund der Abrechnung beansprucht oder schuldet, sind mit fünf vom Hundert zu verzinsen. (Über Zinsen, welche die deutsche und ausländische Partei einander zu entrichten haben und die demgemäß vom Schuldneramt dem Gläubigeramt gutgeschrieben werden, sind in § 22 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages Bestimmungen getroffen.)

Da wohl in den meisten Fällen für die deutschen Gläubiger eine starkes wirtschaftliches Bedürfnis vorliegen wird, möglichst bald über ausstehende Beträge verfügen zu können, sei es um andere Verpflichtungen zu begleichen oder um eine neue Existenz zu begründen, bestimmt das Gesetz, daß nach Anmeldung der Forderungen Vorschüsse nach den Grundsätzen der Richtlinien vom 15. November gewährt werden können, sofern die Forderung nach Grund und Betrag glaubhaft gemacht werden kann und das zuständige Finanzamt seine Zustimmung erteilt.

Über die vorstehend behandelten Geldverbindlichkeiten hinausgehend sieht das Reichsausgleichsgesetz noch in weiteren Fällen eine Mitwirkung des Reichsausgleichsamtes vor, und zwar sowohl bei der Regelung von Geldverbindlichkeiten gegenüber den Angehörigen der dem Abrechnungsverfahren nicht beigetretenen Staaten als auch solcher Geldverbindlichkeiten, die auf Grund von Rechtsverhältnissen beruhen, die in

den Artikeln 296 und 72 des Friedensvertrages keine Berücksichtigung gefunden haben, sowie unter gewissen Voraussetzungen auch bei Geldverpflichtungen gegenüber natürlichen oder juristischen Personen, die vor dem 10. November 1918 in Elsaß-Lothringen ansässig waren. Der Schuldner aus den genannten Verbindlichkeiten kann sich vom Reichsausgleichsamt die Differenz zwischen den von ihm für die Aufbringung der ausländischen Zahlungsmittel aufgewandten Kosten und dem Nennbetrage seiner Schuld (sofern diese in Markwährung ausgedrückt oder in ausländischer Valuta auf Grund einer besonderen Rechtsnorm zu entrichten war) erstatten lassen. Voraussetzung für die Erstattung der Differenz ist, daß der Betreffende gegen kein Zahlungsverbot verstoßen hat. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb 6 Monaten nach Erfüllung der Schuldverbindlichkeiten oder binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten des Reichsausgleichsgesetzes gegenüber dem Reichsausgleichsamt geltend gemacht wird. Ist ein solcher Schuldner gleichzeitig Valutagläubiger, so hat er die im Artikel 29 des Gesetzes aufgeführten Vermögensgegenstände anzumelden. Etwaige Währungsgewinne sind alsdann in Abzug zu bringen. Auch in diesen Fällen kann dem Schuldner noch vor Erfüllung seiner Verbindlichkeiten ein Vorschuß gewährt werden auf den zu beanspruchenden Betrag, wenn er die Voraussetzungen seines Anspruches glaubhaft machen kann und das Finanzamt seine Zustimmung erteilt.

Gegen die Abrechnungen des Reichsausgleichsamtes, gegen gewisse Anordnungen und Entscheidungen, insbesondere soweit sie im Beitreibungsverfahren ergangen sind, steht dem Betroffenen binnen 6 Monaten von der Zustellung der angefochtenen Anordnung oder Entscheidung an Beschwerde beim Reichswirtschaftsgericht zu, das endgültig entscheidet.

Stehen mit den im Reichsausgleichsamt geregelten Forderungen und Schulden Deutscher gegenüber im ehemaligen feindlichen Auslande ansässigen Personen Verträge über Zahlungen in ausländischer Währung oder Lieferung ausländischer Zahlungsmittel, die mit anderen im Reichsgebiet ansässigen Deutschen geschlossen sind, in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhange, so kann das Reichswirtschaftsgericht auf Antrag des Schuldners diese Verträge aufheben, wenn ihre Aufrechterhaltung dem Schuldner einen unverhältnismäßigen Nachteil bringen würde und die Voraussetzungen, auf Grund deren der Abschluß des Vertrages erfolgte, durch den Friedensschluß oder das Reichsausgleichsgesetz ganz oder teilweise beseitigt worden sind. Ein solcher Fall würde etwa gegeben sein, wenn ein Deutscher zwecks Deckung seiner Valutaschuld mit einer Bank einen Vertrag auf Bereitstellung der benötigten ausländischen Zahlungsmittel geschlossen hat. In der Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts sollen die Interessen der beiden Parteien berücksichtigt und gegeneinander abgewogen werden. Ergibt sich die Unmöglichkeit eines Interessenausgleichs, d. h. würde

die Aufrechterhaltung des Vertrages für die schuldnerische Seite zu einer schweren wirtschaftlichen Schädigung führen, die Aufhebung oder Abänderung derselben eine solche der Gläubigerseite im Gefolge haben, so kann das Reichswirtschaftsgericht vor oder zugleich mit der Entscheidung dem Reichsminister für Wiederaufbau einen Vorschlag zur Unterstützung aus dem oben erwähnten Härtefonds unterbreiten.

An dem Verfahren vor dem Reichsausgleichsamt, dem Reichswirtschaftsgericht und den Schiedsgerichten können sich dritte, die ein rechtliches Interesse an der Durchsetzung des Standpunktes der deutschen Partei haben, z. B. Bürgen, nach den Grundsätzen der Zivilprozeßordnung über Nebenintervention und Streitverkündung beteiligen.

Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der Zahlung, Zahlungsannahme usw. werden entsprechend den in § 3 Absatz 1 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages eingegangenen Verpflichtungen nach § 6 der Verordnung über das Zahlungsverbot gegen England mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafen bis zu 5000 Mark bestraft, sofern die Zuwiderhandlung vorsätzlich oder mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit erfolgte. Auch der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe ist auch auf Einziehung der durch die strafbare Handlung erlangten Vermögenswerte zugunsten der Reichskasse zu erkennen.

Bestraft wird auch, wer eine ihm obliegende Anmeldung einer Forderung innerhalb der gesetzlichen Frist vorsätzlich unterläßt. Für die Verletzung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit erfolgt eine Strafverfolgung nur auf Antrag.

Mit dem Reichsausgleichsgesetz ist ein tüchtiger Schritt auf dem Wege der Regelung der im Auslande erlittenen Vermögensbeeinträchtigungen getan. Es ist indessen zu hoffen, daß auch der noch verbleibende Rest auf diesem Gebiete baldigst geregelt werde, denn es steht immer noch aus die Regelung derjenigen Auslandsforderungen, die wohl unter den Artikel 296 Ziffer 1–4 fallen würden, aber nicht zur Abrechnung kommen da die beteiligten Staaten das Ausgleichsverfahren nicht angenommen haben. Sodann hat auch die Frage der Entschädigung für die auf Grund des Artikels 297 des Friedensvertrages einbehaltenen und beschlagnahmten Vermögenswerte noch keine abschließende Regelung erfahren. Es wäre zu wünschen, daß auch diese Fragen baldigst einer Lösung entgegengeführt würden, nicht nur, damit der mehr und mehr drückenden Unsicherheit, in der die beteiligten Personen sich befinden, ein Ende bereitet werde, sondern insbesondere, weil bei den fortwährend steigenden Preisen, bei den rücksichtslos durchgeführten Kapitalertrag- und anderen Steuern das Mißverhältnis zwischen Kauffähigkeit und Bedarf ein immer größeres wird und Notlagen zeitigt, die dringend Abhilfe durch ein Reichentschädigungsgesetz erheischen.

Dr. Margarete Wedemeyer, Stuttgart.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Das Resultat der Wahlen wird unterm 16. April bekanntgegeben. Darnach wurden gewählt 145 Bürgerliche und 136 Sozialisten. — 72 deutsche, 175 tschechische, 35 slowakische und ungarisch-deutsche Abgeordnete.

Das Wahlergebnis der ersten allgemeinen und direkten Parlamentswahlen für die Prager Nationalversammlung ergab von 300 Sitzen für die deutschen Parteien 77 Mandate, denen 180 tschechische, 10 magyarische und 15 slowakische gegenüberstehen. Es wurden je etwa 3 Millionen bürgerliche und auch 3 Millionen sozialistische Stimmen abgegeben. Gegenüber den Gemeindewahlen sind die deutschen und auch die sozialistischen Stimmenzahlen gewachsen.

Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zeigt in ungeheuerlichster Weise, wie jämmerlich falsch die Zusammensetzung der ersten tschechischen Nationalversammlung war, die bekanntlich nicht gewählt, sondern ernannt worden ist. In der neuen Versammlung haben die Tschechen 175 Sitze, die Deutschen 72, die Slowaken 29 und die Deutschen und Ungarn in der Slowakei 5 Mandate. 145 bürgerliche Abgeordnete stehen 136 Sozialisten gegenüber, wobei zu den 175 Tschechen auch noch 8 der tschechischen Politik sehr ergebene Slowaken kommen. In der bisherigen „Nationalversammlung“ aber, die alle Gesetze und grundlegenden Einrichtungen für den famosen tschechischen Staat geschaffen hat, saßen nur Tschechen und den Tschechen ergebene Slowaken, alle andern Nationalitäten waren überhaupt unvertreten. Die Partei des Hetzers Kramarsch hatte 46 Sitze, heute kehrt sie mit nur 19 zurück. Die Nationalsozialen des Herrn Kľofac haben von 35 Sitzen volle 11 eingebüßt, die tschechischen Agrarier sind von 55 auf 28 Mandate zurückgegangen, die slowakische Regierungspartei, die den Tschechen so brav geholfen hat, ist auf 8 Mandate zusammengelassen. Die Sozialisten aber sind gewaltig gewachsen und werden nun eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Regierungsbildung wird zwar schwer sein, doch sind bekanntlich die tschechischen Sozialisten auch stark nationalistisch, so daß in vielen Fällen die Deutschen sich einer geschlossenen Front gegenübersehen werden.

Über die Wahlen berichtet der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ seinem Blatte: „Auch die Betrachtung der deutschen Parteien im Wahlkampf ist nicht sehr erfreulich. Ein halbes Dutzend an der Zahl marschieren sie auf, von denen nur zwei, die Nationalpartei und Nationalsozialen, ein festes Bündnis geschlossen haben, während die Vereinigung aller bürgerlichen Gruppen nur stellenweise, so namentlich in Prag und Brünn, zustande kam und da in einer Weise, die der politischen Klarheit nicht eben zuträglich ist. Man hat nämlich über der gemeinsamen Liste für die Kammern die Flagge der ‚deutsch-demokratischen Freiheitspartei‘ gehißt, so jedoch, daß nur in Prag tatsächlich ein Mitglied dieser Partei, Professor Kafka, mit der Anwartschaft auf das voraussichtlich einzige deutsche Mandat an der Spitze steht, während für den Senat an erster Stelle der klerikale Universitätsrektor Naegle an erster Stelle einer Liste kandidiert, für die der neue Parteibegriff der ‚deutschen Wahlgemeinschaft‘ erfunden wurde. In Brünn dagegen wurde die Führung der deutsch-demokratischen Kandidatur für die Kammer den Deutsch-Nationalen überlassen! Es ist, wie man sieht, nicht ganz leicht, sich in dieser Wahlküche zurechtzufinden, die namentlich auch auf die Gewinnung der deutsch-jüdischen Stimmen berechnet ist.“

Wie Troppau zur tschechischen Stadt wird, dafür liefert nach der „Freudenthaler Ztg.“ ein Vergleich zwischen den letzten Gemeindewahlen und den am 18. April durchgeführten Wahlen in der Abgeordnetenkammer den besten Beweis. Bei den Gemeindewahlen betrug die Gesamtzahl der tschechischen Stimmen 2624 und bei den Wahlen am 18. April 5688. Demnach verzeichnen die Tschechen innerhalb eines kaum dreimonatlichen Zeitraumes einen Zuwachs von 3064 Stimmen. Es wären allerdings wohl zu untersuchen, woher diese Zahlen kommen und wieviel tschechische Regimenter zur zweiten Wahl abkommandiert waren!

Polen.

Aus dem an Polen abgetretenen westpreußischen Gebiet wurde der „Kreuzzeitung“ gemeldet, daß am 2. Mai Wahlen zum polnischen Reichstag dort stattfinden sollten. An ihnen könnten

leider die Deutschen sich nicht sehr zahlreich beteiligen, weil sie zumeist noch keine polnische Staatsangehörigkeit erworben haben. Doch hat die „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“ einen Wahlauftrag an alle Deutschen erlassen, der energisch für die Wahrung der Minderheitsrechte eintritt, Freiheit der Sprache in Kirche und Schule und der wohl erworbenen Rechte der Arbeiter und Ansiedler verlangt und auf die Existenz der deutschen Volksgenossen hinweist. Ohne Rücksicht auf frühere Parteiangehörigkeit müsse man sich zu einer Einheitsfront zusammenschließen. Es ist eine Wahlliste aufgestellt worden, die aus allen früheren Parteien Männer enthält. 11 Kandidaten sind aufgestellt. Fast überall sei eine Einigung zustande gekommen, nur in Thorn würden die deutschen Sozialdemokraten für die polnischen Sozialdemokraten eintreten, während sich die Partei offiziell als solche nicht zu beteiligen beschloß. In Graudenz habe die Sozialdemokratie ihren Anhängern freie Hand gelassen. (Auf das Wahlergebnis werden wir noch eingehend zu sprechen kommen.)

Lettland.

Der „Deutschen Post aus dem Osten“ entnehmen wir, daß das Wahlergebnis für Lettland folgendermaßen aussieht: 53 Sozialdemokraten, 26 Bauernbündler, 17 den Bauernbündlern nahestehende Lettgallen, 6 Deutschbalten, 6 Juden, 4 Russen, 1 Litauer. 33 Mandate fielen an verschiedene bürgerliche Gruppen. Von den Soldaten, die das Wahlrecht besitzen, sollen 75 Prozent sozialistisch gewählt haben. Was die Rigaer Wahlen angeht, so wird dort als großer deutscher Erfolg gebucht, daß die Deutschen 2000 Stimmen mehr als bei den Stadtwahlen erhielten. Allerdings sollen auch für die Liste der Deutschen, die sehr ehrenwerte Namen aufwies, viele Polen, Litauer, Esten, Juden und Russen gestimmt haben, die mit ihrer Liste nicht zufrieden waren.

Einer anderen Zusammenstellung in den „Baltischen Blättern“ entnehmen wir, daß die 150 Sitze der Landesversammlung sich so verteilen: Bürgerliche Deputierte 93 Sitze (62 Prozent), Sozialdemokraten 57 Sitze (38 Prozent). 133 Letten (89 Prozent) standen 17 Vertreter (11 Prozent) der nationalen Minderheiten gegenüber, nämlich: 6 Deutschbalten, 6 Juden, 4 Russen und 1 Pole. Die 93 bürgerlichen Abgeordneten verteilen sich so: 55 Bauernpartei und kleinere Landbevölkerungsgruppen, darunter 6 von der christlichen Bauerngruppe, 12 Vertreter des städtischen lettischen Bürgertums, 3 Vertreter der christlich-nationalen lettischen Partei, 6 Parteilose und dazu die erwähnten 17 Vertreter der nationalen Minderheiten.

Das vorläufige Ergebnis der Wahlen zur lettischen gesetzgebenden Versammlung liegt vor. Es geht daraus hervor, daß der Bauernbund, die Partei des Ministerpräsidenten Ulmanis, eine starke Stellung im Zentrum einnimmt und viel mehr Stimmen erhielt als man erwartete. Die Sozialdemokraten haben zwar mehr Stimmen erhalten als der Bauernbund und sind etwas stärker, sehen sich jedoch in allen programmatischen Plänen einer Mehrheit des Bürgertums gegenüber. In Riga stimmten 85% der Wahlberechtigten ab. Von 85000 Stimmen sollen die Bolschewisten, was allerdings unwahrscheinlich scheint, nur 627 Stimmen erhalten haben, von 22 Mandaten eroberten die Sozialisten 7. In Libau und Mitau soll es 34, in Windau 40% sozialistischer Stimmen gegeben haben.

Unser baltischer Mitarbeiter schreibt uns:

Aus Estland und Lettland ist nicht viel Gutes zu berichten. Aus Reval verlautet, daß die Vertreter aller deutsch-baltischen Wohltätigkeitsanstalten beschlossen haben, eine Zentrale in der

Art eines Kollegiums zu bilden, das aus zwei Damen und Herren besteht und durch ein ständiges Büro die gesamte baltische Wohltätigkeit des Landes vereinheitlicht. Die Not ist sehr groß und wird durch die immer stärker einsetzende Aussiedelung der Gutsbesitzer noch vermehrt. Die häufig in brutaler Weise von Haus und Hof vertriebenen Familien finden sehr schwer eine Unterkunft. Bei der im allgemeinen herrschenden Korruption und Willkür ist die „Requisition“ von Wohnungen eine ganz besonders schmerzliche und empörende Erscheinung in den Städten. Es wird für Militärs und für Zivilbeamte drauflos requiriert, dabei hält man sich nicht an die gesetzliche Bestimmung, daß niedere Offiziere und Beamte ein Zimmer, höhere zwei Zimmer einnehmen dürfen. Wie das estnische Blatt „Päevaleht“ klagt, besetzen die Beamten häufig die ganze Wohnung und verdrängen ihren Inhaber ins Badezimmer. Besonders haben natürlich die Balten unter dieser Willkür zu leiden. Es werden nicht nur Wohnungen, sondern auch Möbel, Tischgeschirr, ganze Häuser mit ihren Gärten für nicht militärische und nicht amtliche Zwecke requiriert, ohne daß die Kosten für den unfreiwilligen Umzug gedeckt würden. Dabei macht sich auf dem Lande Anarchie im Zusammenhang mit der Agrarreform immer stärker bemerkbar. Ohne daß das Land bolschewistisch wäre, greifen doch bolschewistische Verhältnisse immer mehr um sich. Kein Wunder, daß jedes Schiff, das den Hafen verläßt, Auswanderer fortführt. Freilich findet auch eine Gegenströmung statt und so mancher kehrt in die Heimat zurück.

In Riga ist am 1. Mai die lettländische Konstituierende Versammlung zusammengetreten.

Falls die Sozialdemokraten nicht ausschlaggebend werden sollen, muß der Bauernbund mit den Zentrumsparteien resp. den Minoritäten zusammengehen. Doch scheint der Bauernbund, wie die „Rigasche Rundschau“ aus der lettischen Presse schließt, sich gerade auf Kosten der völkischen Minoritäten, speziell auf Kosten der Gutsbesitzer eine populäre Position schaffen zu wollen.

Man kann jedenfalls auch in Lettland, wo nun die Konstituierende Versammlung sich an die Gestaltung des Staates macht, nur mit großer Sorge in die Zukunft sehen. Man muß befürchten, daß das sinnlose Bacchanal sozialistischer Experimente, das Estland zu einem Vorhof Sowjetrußlands gemacht hat, mit verschiedenen Variationen nun auch in Lettland beginnen wird. Vielleicht, daß hier die Gegenströmungen etwas stärker sind, die in Estland, obgleich reichlich vorhanden, nicht zur Geltung kommen. Die Deutsch-Balten können, ob sie nun 6 Stimmen wie in Lettland oder 3 wie in Estland haben, wesentlichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse nicht ausüben.

Die „Baltischen Blätter“ berichten in ihrem Heft 12/13 über eine Baltenversammlung, die am 25. Februar in Berlin stattgefunden habe und zu der nur geladene Gäste Zutritt gehabt haben. Der Vorsitzende des inzwischen von der lettischen Regierung aufgelösten Nationalausschusses, Baron von Fircks-Riga, referierte in interessanten Ausführungen über die Lage. Darnach wurden im Juli v. J. nach dem Zusammenbruch bei Wenden den Deutsch-Balten drei Ministerposten im lettischen Kabinett angeboten. Das Kompromiß, das daraufhin geschlossen wurde, konnte aber nicht eingehalten werden, da die Letten bei soviel deutschen Ministerposten den Sturz des Kabinetts befürchteten und die Entente erklärte, die Forderung der Deutschen nicht stützen zu können. So begnügte man sich mit zwei Ministerposten, des Finanz- und Justizministeriums. Der Handels-

ministerposten war mit einem lettisch geborenen aber deutschgesinnten Herrn besetzt und den Posten des Staatskontrollieurs hatte ein jüdischer Rechtsanwalt inne, mit denen man zusammenarbeiten konnte. Den Deutschen wurden mehr hohe Beamtenposten angeboten, als sie besetzen konnten. Im Volksrat drang dann ein Schulgesetz mit viel kulturellen Freiheiten durch. Die Deutschen erhielten ein eigenes Schuldepartement mit Oberpastor Keller als Leiter. Die von den Letten bewilligten Mittel für das deutsche Schulwesen waren proportional der Einwohnerzahl der Deutschen, reichten aber lange nicht aus, so daß die Deutschen selbst noch reichliche Mittel aufbringen mußten. Zwei Gymnasien in Riga, ein Gymnasium und eine Mädchenschule in Mitau wurden eröffnet, ferner an der Front ein Gymnasialkurs mit Abiturium, das an der Front gemacht wurde, wozu eine deutsche Kommission hinausfuhr.

In der Schulfrage sind die deutschen Ansprüche vollkommen durchgedrungen, dagegen ist die Amnestiefrage bisher völlig ungelöst, es sollte bei jedem einzelnen entschieden werden, ob seine Beteiligung am Libauer Putsch vom 16. April ein politischer, also zu amnestierender, oder ein krimineller Fall sei. Die Kommission hat Fiasko erlitten. Das von den Deutschen gewünschte Gesetz der Einführung einer Selbstbesteuerung der Balten, um Mittel für kulturelle Zwecke zu erhalten, ferner auch einer eigenen deutsch-baltischen aus Wahlen hervorgehenden Vertretung wurde nicht eingebracht, da die Letten erklärten, daß ein solches Gesetz nur die konstituierende Versammlung verabschieden könne. Die Deutschen in Riga konnten sich aber frei bewegen, es erschienen sogar drei, später zwei deutsche Zeitungen, die Baltische Landwehr erlitt keine Anfeindungen. Da kam das Bermondunternehmen. Die Landeswehr wurde aufgefordert, Stellung zu nehmen, es wurde somit notwendig, die Landeswehr herauszuziehen, sie wurde nach Jakobstadt und Kreuzburg überführt und wurde zu einer lettländischen Truppe, die nun von Lettland besoldet wird. Bis September kämpfte die Landeswehr in Lettgallen, das für Lettland zurückzuerobern sie mithalf. Die Folgen des Bermondunternehmens waren für das Deutschum schwer, Plünderungen auf dem Lande waren zahlreich, in Riga gelang es, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im Dezember begann jedoch die Regierung, dem deutschen Nationalausschuß gegenüber eine veränderte Haltung einzunehmen. Ulmanis trat zurück, wurde aber vom Volksrat wiedergewählt. Da er mit dem deutschen Nationalausschuß nicht mehr verhandeln wollte, sondern nur mit den Parteien, mußte zur Neubildung von deutschen Parteien geschritten werden. Die demokratische und die fortschrittliche Partei entstanden, und zu ihnen kam später noch die rechtsstehende, städtische Bürgerinteressen wahrende Reformpartei und die Grundbesitzinteressen vertretende deutschbaltische Volkspartei. Der Zusammenschluß der vier Parteien in einem Block ersetzt nun den Nationalausschuß durch einen „Ausschuß der deutsch-baltischen Parteiengruppen“. Der Zusammenschluß ist sehr locker. Vier Führer, unterstützt von je drei Mitgliedern der Parteien bilden diesen Ausschuß. Im Ausschuß dieser 16 Personen hat jedoch jede Partei nur eine Stimme abzugeben, die vier Vertreter müssen also einig sein. Durch glänzende Organisation erreichten die Deutsch-Balten dann bei den Wahlen in Riga 20 Prozent der Sitze, auch in Libau und Bauske fiel die Wahl gut aus. Das kulturelle Leben der Deutsch-Balten nimmt, wenn auch vermindert, seinen Fortgang. In Riga sind im Gebäude der großen Gilde ein zweijähriger Hochschulkurs sowie ein landwirtschaftlicher, ein technischer und ein allgemeiner Kurs eröffnet worden. Da das Deutsche Theater von den Letten besetzt

ist, wurde im Gewerbeverein gespielt, für die Landeswehr wurde durch wohltätige Veranstaltungen aller Kreise gesorgt. Allein im flachen Lande hat das Deutschtum durch das Bermondntunternehmen schwer gelitten. In den Gebieten, in denen die Bolschewiki lange waren, wie in Wolmar, Walk und teilweise in Wenden sind die Güter aufgeteilt und können nicht zurückgegeben werden, da sonst Agrarunruhen entstehen würden. Im Rigaschen Distrikt sind einzelne Güter zurückgegeben worden und dort ist auch eine Lebensmöglichkeit für die deutschen Besitzer erreicht. In Kurland hat durch die Bolschewiki keine Parzellierung stattgefunden. Dort besteht die Möglichkeit für die Besitzer auf ihre Güter zurückzukehren, nur die Teilnehmer am Bermondntunternehmen sind zu Staatsverrätern erklärt worden.

Die „Baltischen Blätter“ setzen späterhin ihren Bericht über die Rede des früheren Vorsitzenden des baltisch-deutschen Nationalausschusses in Riga, Baron Fircks, fort. Er erklärte, die Balten würden nach Hause kommen müssen, doch würden wohl wenige zu kommunalen und staatlichen Posten herangezogen werden können, die meisten müßten auf dem Lande in den zur Verfügung stehenden Gutshäusern untergebracht werden. In der Landeswehr sind Verbände für innere Kolonisation gebildet worden, so daß die Grundbesitzer, wenn sie erst freie Verfügung über ihr Land bekommen, auch auf dem Lande für die Erhaltung deutschen und baltischen Wesens werden Sorge tragen können. Die Siedlung soll sich durchaus nicht gegen die Letten richten. Die Regierung hat denn auch zugesagt, bei Siedlungen keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen (handelt es sich doch nicht etwa um Siedlungen von Reichsdeutschen, sondern nur um solche von lettischen Staatsangehörigen von Deutsch-Balten). Ausgearbeitet und fertig beschlossen ist aber auch dieser Plan noch nicht. Viele Akte der lettischen Regierung empfinden die Balten als unfreundlich, so die Auflösung der Ritterschaft und die Konfiskation ihres Vermögens, den Mangel an Energie, für die Rückkehr der Deutsch-Balten zu sorgen, deren Rückkehr vor den Wahlen zur Konstituante man nicht zu wünschen scheint, das Verbot der Zulassung der deutschen Sprache bei Grundbucheintragungen, die nachträgliche Änderung der Organisation der Landeswehr, die ursprünglich eine eigene Brigade mit dem Recht einer selbständigen Division und einem rein baltischen Offizierkorps sein sollte, nachträglich aber zu einem lettländischen Regiment gemacht wurde. In steuerlicher Hinsicht plant man eine hohe, vom Grundbesitz kaum zu tragende Abgabe auf die Lofstelle, eine Kapitalabgabe in Gestalt von Waldabgaben. In kulturellen Dingen hat man die deutschen Rechte jedoch gewahrt. Baron Fircks riet schließlich zur Heimkehr der Balten nach Lettland, wo die bisher Kämpfenden müde seien und der Ablösung bedürften.

Die lettische Delegation des Roten Kreuzes, der die Deutsche Regierung das Recht der Exterritorialität zugesichert hat, ist in Deutschland angekommen.

Im lettischen Bildungsministerium hat sich eine „Verwaltung deutschen Bildungswesens“ gebildet, die alle Kulturfragen bearbeitet und deren von der deutschen Gesellschaft frei gewählte Beamte bisher bloß „zugelassen“ waren, jetzt aber von der lettischen Regierung bestätigt worden sind. An der Spitze steht der Chef des deutschen Bildungswesens, Oberpastor Keller, ihm stehen zwei Gehilfen zur Seite, Direktor Demme für Kurland und Direktor Wachsmuth für Riga und Nordlettland. Direktor von Radecki steht als Chef den deutschen Grundschulen vor.

Weitere Beamte sollen angestellt werden. Am 7. März wurden die deutschen höheren Fortbildungskurse feierlich eröffnet.

Rumänien.

Am 10. März fand in Tarutino auf eine Verordnung der Obrigkeit eine Feier der endgültigen Vereinigung Beßarabiens mit dem Mutterlande statt. Die Festlichkeiten nahmen im Saale des deutschen Knabengymnasiums ihren Anfang, dessen Direktor Roemich eine Ansprache hielt und betonte, es sei nun Pflicht jedes Deutschen, am Bau des deutschen Hauses in Großrumänien mitzuarbeiten und nach Können und Vermögen dabei mitzuwirken, daß deutsche Muttersprache, Literatur und Poesie, deutsche Art, Sitten und Gebräuche, auch weiterhin gepflegt würden. Ein Hoch auf den König und die Regierung beschloß die Ansprache und ein Hoch auf die deutschen Vertreter Beßarabiens in der rumänischen Volksvertretung schloß sich an. In der lutherischen Kirche wies dann Pastor Haase auf den Charakter der Feier hin, in der orthodoxen Kirche folgte ein weiterer Gottesdienst, dann hielt der Kommandeur des Reiterregiments eine Ansprache an die in der Nähe der Kirche versammelten Krieger und Dorfbewohner und betonte, daß alle Bürger Rumäniens ohne Unterschied der Religion und des Bekenntnisses nun gleichberechtigt seien. Nach dem Parademarsch des Regiments folgte zum Schluß ein Gottesdienst in der Synagoge, wo der Rabbiner die Not der Juden in dem zaristischen und bolschewistischen Rußland schilderte und die guten Verhältnisse in Beßarabien dagegen in Gegensatz stellte. Die Feier endete mit einem von den Offizieren des Regiments veranstalteten Tanzabend.

Belgien.

Aus Brüssel wird unter dem 1. Mai berichtet, daß der Gesetzentwurf über die Verwertung des deutschen Besitzes vom Kammerausschuß angenommen worden sei. Es ist anscheinend nur eine einzige Änderung vorgenommen worden und zwar die, daß Söhne Deutscher, die im Heere der Verbündeten gedient haben, ihr Erbteil vom Besitz ihrer Eltern sollen verlangen können.

Niederlande.

Ein Wohltätigkeitsfest für hilfsbedürftige deutsche Kinder wurde im März seitens des Damenkomitees und der Haager Abteilung der „Vereinigung erstklassiger Hotels“ im Hotel De Witte Burg zu Scheveningen abgehalten. Die Mithilfe bekannter Künstler und Künstlerinnen ließ den Abend in jeder Hinsicht zu einem vollen Erfolg werden. Der Reinertrag belief sich auf nicht weniger als 20000 Gulden. Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ schreibt unterm 27. März mit Recht:

„Die Holländer haben keine Zeit, müde zu sein, wenn es gilt, wohlzutun. Hunderttausende Gulden haben sie schon geopfert, um die entsetzliche Not in Deutschland zu lindern; unzählige Tausende unterernährte Kinder haben sie zu sich genommen, um die armen Geschöpfe wieder zu Kräften zu bringen und noch immer wieder öffnen sie Börse und Heim, um die Kindlein zu sich kommen zu lassen.“

Deutsch-Ostafrika.

Ein Berliner Handelshaus, das in Deutsch-Ostafrika vertreten ist, erhielt kürzlich die Depesche: Die deutsche Bevölkerung hat die Anweisung erhalten, das Land Ende März zu verlassen. Im Oktober 1919 hatte die Besatzungsbehörde angeordnet, daß die Zulassung von Deutschen zum Schutzgebiet für 3 Jahre an eine besondere Erlaubnis gebunden sei. Einzelnen Anträgen auf Rückkehrerlaubnis sollte auch schon Zustimmung beschieden sein. Durch besondere Auskunftsamter in der Kolonie sollte der politische Leumund der früheren deutschen Bewohner er-

mittelt werden. Briefe von Farmerfrauen und Missionaren berichten, daß die Bewegungsfreiheit größer und die Lage erträglicher geworden wäre. Nun wird von der neuen Obrigkeit, die namens des Völkerbundes das Land verwalten soll, der allgemeine Ausweisungsbefehl gemeldet. Gleichlautende Telegramme sind auch von drüben ansässigen Frauen an ihre in Deutschland weilenden Männer gesandt worden. Nach einem Brief des deutschen Geistlichen aus Daressalam konnten Anträge, im Lande bleiben zu dürfen, an die neue Regierung bis zum 14. Februar gerichtet werden, später nicht mehr.

Kuba.

Nach einer, allerdings aus Paris kommenden, Meldung hat Kuba beschlossen, alles deutsche Eigentum, das während des Krieges sequestriert worden ist, zurückzugeben, mit Ausnahme der deutschen Dampfer, die während des Krieges beschlagnahmt worden sind.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Mitteilungen der Abteilung A.

Der glatten Erledigung des umfangreichen Schriftwechsels werden vielfach nicht nur von Nichtmitgliedern, sondern auch von Mitgliedern und teilweise sogar von Ortsgruppen und Landesverbänden des Bundes dadurch Schwierigkeiten in den Weg gelegt, daß übersehen wird, folgende Angaben zu machen:

- a) bei Einzelpersonen: Angabe der Mitgliedsnummer, der Ortsgruppe und des Fremdlandes, aus dem der Betreffende stammt;
- b) bei Einzelpersonen, Ortsgruppen und Landesverbänden: Angabe der Abteilung des Bundes und des Aktenzeichens von Briefen, die beantwortet werden.

Bei dem jetzt bereits weit verzweigten Betriebe des Bundes bedeutet es eine außerordentliche Mehrbelastung und damit zugleich eine Verzögerung in der Beantwortung manchmal recht wichtiger Schreiben, wenn diese Angaben nicht gemacht werden, und wenn infolgedessen die Unterlagen von der Registratur an die verschiedenen Abteilungen des Bundes oder an die verschiedenen Länderabteilungen gegeben werden müssen, um erst festzustellen, welche Stelle in der betreffenden Angelegenheit schon korrespondiert hat, oder wenn zeitraubende Rückfragen stattfinden müssen. — Wir bitten nochmals unsere Ortsgruppen und Landesverbände, im Schriftwechsel mit uns genau auf das Vorstehende zu achten und auch sämtliche Mitglieder anzuweisen, die erforderlichen Angaben ein für allemal zu machen. Besonders sei auch nochmals darauf hingewiesen, daß im Interesse des Anfragenden sämtliche Entschädigungsangelegenheiten von den übrigen Bundesangelegenheiten aufs strengste zu trennen sind.

Von den Landesverbänden.

Der Landesverband Danzig befindet sich in schwieriger Lage, da die Verbindung mit Berlin sehr schlecht ist und von Berlin aus als ins Ausland keine Gelder mehr nach Danzig überwiesen werden dürfen. Die Danziger Behörden verfügen nur über beschränkte Unterstützungsmittel. Der Bund ruft deshalb öffentlich um Bereitstellung privater Mittel auf. Er beschäftigte sich am 7. März mit dem Verhältnis zur Berliner Zentrale. Dabei wurde auch die Auflösung des Danziger Landesverbandes erwogen. Bankprokurist Tszynski warnte davor und mahnte zum Vertrauen gegenüber Berlin. Ihm schloß sich Regierungsrat Heinrichs an, der auf die gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten hinwies und versprach, auf alle Weise

den Landesverband zu unterstützen. Zwei andere Redner dagegen rieten zur Loslösung vom Bunde und von der Berliner Zentrale. Ein Ausschuß von 10 Herren wurde eingesetzt, der sämtliche Fragen des Bundes regeln solle.

Ein neuer Landesverband ist durch die Bemühungen des Herrn Ackermann in der Schweiz begründet worden. Seine Adresse ist: Bern, Bahnhofstr. 3.

Von den Ortsgruppen.

Danzig. Abermals ist einem Auslandsdeutschen von einer Darlehenskasse aus Berlin geschrieben worden, daß ihm das schon bewilligte Darlehen nicht ausbezahlt werden könne, da „Danzig zum Ausland gehöre und dorthin kein Geld mehr ausbezahlt werden dürfte“. Die Erregung unter den Auslandsdeutschen ist im Steigen begriffen. Wir verweisen auf unsere ausführlichen Darlegungen in der vorigen Nummer. Im Interesse des gesamten Deutschtums wäre eine rasche Regelung dringend nötig. Der Bund muß endlich Mittel finden, um unsere Angelegenheiten dem Reiche gegenüber für uns günstig zu erledigen.

Hamburg. Abteilung Amerika. Folgendes Telegramm wurde nach Berlin gesandt: „200 Mitglieder der Abteilung Amerika, Ortsgruppe Hamburg, protestieren in heutiger Vollversammlung gegen Regierungsabsicht, Internierungskosten, Fluchtkosten usw. nicht anzuerkennen. Vollversammlung beauftragt Bundesleitung, sofort energisch Protest dagegen einzuleiten.“ Der Bund telegraphierte wie folgt zurück: „Telegramm Abteilung Amerika, Hamburg, erhalten. Nötige Schritte eingeleitet.“

Mannheim. Die Ortsgruppe hat bis jetzt 624 Gesuche auf Vorentscheidung festgestellt resp. soviel Fragebogen ausgegeben. 340 von ihnen sind schon wieder ausgefüllt zurückgekommen, vorgeprüft worden und nach Berlin weitergegangen, 54 befinden sich noch in der Bearbeitung. 230 Anträge stehen noch aus, weil den Antragstellern noch die nötigen Papiere fehlen.

Mainz. Die nahezu 90 Mitglieder zählende Ortsgruppe hielt am 20. März eine außerordentliche Generalversammlung ab. Dabei wurde u. a. angeregt, sich mit Mainzer Firmen in Verbindung zu setzen zwecks späterer Auslandsvertretungen, da die meisten der dem Kaufmannsstand angehörenden Mitglieder doch nach Öffnung der Grenzen wieder ins Ausland gehen dürften.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Tätigkeitsbericht der „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ (Rückwandererhilfe E. V.).

(Abschluß 15. April 1920).

Nach Vorverhandlungen und Gründung der Rückwandererhilfe im Herbst 1918 hat diese ihre eigentliche Tätigkeit erst im Frühjahr 1919 begonnen. Als Aufgabe war ihr gestellt, im besonderen durch eine große Sammlung Geldmittel aufzubringen, die der ergänzenden Fürsorge für die vertriebenen Volksgenossen durch die angeschlossenen Vereine dienen sollen. Es galt zunächst, das ganze Reich über die Not der Auslandsdeutschen, ihre Vertreibung aus den meisten Ländern der Erde, sowie die Arbeit, die sie für die Heimat in den langen Friedensjahren geleistet hatten, aufzuklären und zu zeigen, wie notwendig es ist, daß diese bewährten Handelsleute und Gewerbetreibenden wieder hinausgehen, um als erste damit zu beginnen, unseren Außenhandel wieder aufzurichten.

Es kam darauf an, den vielen im Vertrauen auf das Mutterland hierher geflüchteten Familien deutscher Abstammung zur Wiederaufrichtung ihrer Existenz hilfreiche Hand zu bieten.

Nicht mit einem Schlagwort, wie andere Sammlungen, konnte die Rückwandererhilfe auf allgemeines Verständnis ihrer Bestrebungen in allen Volkskreisen rechnen, dazu lagen die Leistungen, die Not und der Wert unserer ausländischen Brüder und Schwestern weiten Volkskreisen zu fern. Erst durch Entsendung berufener Auslandsdeutscher und Schilderungen eigener Erlebnisse und Erfahrungen konnte das nötige Verständnis geweckt werden, wie mit Genugtuung festgestellt wurde.

So gelang es, innerhalb eines halben Jahres in allen Ländern und Provinzen besondere Ausschüsse zu bilden und über 800 Ortsgruppen zu gründen, die mit Eifer und Tatkraft für das begonnene Werk eingetreten sind.

Leider wurde die Arbeit durch andere Sammlungen gestört. Im Sommer 1919 durch die Sammlung für die Kriegs- und Zivilgefangenen, die eine Vertagung unserer Sammlung auf den Herbst erzwang. Zu dieser Zeit begann die Sammlung der „Flüchtlingsfürsorge“ für die aus den Grenzmarken und abgetretenen Gebieten Vertriebenen, mit der ein Übereinkommen getroffen wurde, welches das Ergebnis der Rückwandererhilfe naturgemäß verringerte.

Trotz aller Schwierigkeiten konnten bisher an Spenden 4 062 525,25 Mk. verbucht werden. Hiervon sind 2 804 418,76 Mk. an die Zentrale abgeführt. Der Rest befindet sich noch in den Ländern und Provinzen, im besonderen ist in den süddeutschen Staaten die Abrechnung noch nicht abgeschlossen.

Eine uns für das Jahr 1920 bewilligte Lotterie stellt einen Reingewinn von 1 Million Mark sicher. Die Unkosten der Sammlung sind aus einem (in der obigen Zahl nicht enthaltenen) Ausgabefonds bestritten worden, der nicht aus Spenden stammt. Aus den Einnahmen sind bisher über 2 Millionen Mark ausgeschüttet und der Fürsorgetätigkeit überwiesen worden, die von den bekannten Organisationen, ihren Zweigstellen und einer Reihe von beauftragten Ausschüssen ausgeübt wird.

Wenn auch die Beträge, die uns durch die Hauptsammlung zugeflossen sind (erfreulicherweise haben auch treue Deutsche aus dem neutralen Auslande solche gesandt) nicht annähernd die Höhe erreicht haben, die wir benötigen und erhofften, so zeigen sie doch, daß die Gebefreudigkeit des deutschen Volkes noch nicht verschwunden ist. Freilich konnte den Wünschen und Bedürfnissen der vertriebenen Auslandsdeutschen und Deutschausländer durch die ergänzende Fürsorge bei weitem nicht genügt werden. Dieses veranlaßt uns, im Hinweis auf die im Frühling ds. Js. beginnende zweite Sammlung, erneut an alle die Bitte zu richten:

„Deutschland, denk' an deine Auslandsdeutschen

Vom Ballenverband.

Der bisherige Geschäftsführer des Ballenverbandes, Rechtsanwalt Hilweg, ist zurückgetreten und durch den auch unsern Lesern bekannten Oberlehrer Dr. K. Stavenhagen, den Sohn des bekannten Mitauer Oberlehrers und Redakteurs Stavenhagen, ersetzt worden. Dem Verband sind vom württembergischen evangelischen Konsistorium 20 000 Mark als Spende für die notleidenden Glaubensgenossen aus dem Baltikum überwiesen worden.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Wer ist Auslandsdeutscher?

Wir haben in diesen Blättern wiederholt die Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen gestreift, die durch die Abtretungen deutschen Gebietes an fremde Völker nun wiederum „Auslandsdeutsche“ geworden sind und nunmehr zu Polen

oder zum Freistaat Danzig gekommen sind. Die Danziger Auslandsdeutschen haben wiederholt beim Bunde der Auslandsdeutschen und beim Wiederaufbauministerium Anträge auf Berücksichtigung ihrer Wünsche eingebracht. Nun lesen wir in den „Mitteilungen“ der elsass-lothringischen Vertriebenen eine Antwort der Ministerialabteilung für Elsaß-Lothringen im Reichsministerium des Innern, die eine Hoffnung auf befriedigende Regelung dieser Frage gewährt. Zwar gilt das dort Gesagte zunächst nur für die Elsaß-Lothringer, es wird wohl aber sinngemäß auch auf die Auslandsdeutschen zu erweitern sein. Es wird gesagt, daß auf Grund der heute geltenden „Richtlinien“ vom 9. Januar 1920 Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen nur an Reichsdeutsche gewährt werden könnten, nicht also an die neuerdings staatsrechtlich nun „Ausländer“ gewordenen ehemaligen Reichsdeutschen. Doch sei dieser Grundsatz bereits als unbillig erkannt worden und es sei den beteiligten Ressorts der Reichsregierung der Entwurf zu einer Änderung dieser Paragraphen übermittelt worden. Danach soll der § 10 Absatz 1 ersetzt werden durch eine Bestimmung: „Beihilfen, Vorschüsse oder Unterstützungen können unter den oben angeführten Voraussetzungen auch denjenigen aus Elsaß-Lothringen Verdrängten bewilligt werden, welche auf Grund des Friedensvertrages die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben oder verlieren.“ Eine genau entsprechende Vorschrift soll der Entwurf des Entschädigungsgesetzes in der zurzeit vorliegenden Fassung enthalten. Eine Erklärung der beteiligten Reichsministerien stehe zurzeit allerdings noch aus, doch dürfe erwartet werden, daß sie zustimmend lauten werde. Da das erwähnte Entschädigungsgesetz als Mantelgesetz für vertriebene Grenzdeutsche, Kolonialdeutsche und Auslandsdeutsche gedacht ist, wird wohl auch das Auslandsdeutschtum im eigentlichen Sinne unter diese Vergünstigung fallen.

Vom Wahlrecht der Auslandsdeutschen.

Der Gesetzesvorschlag der Regierung ist abgesetzt worden. Trotzdem interessieren unsere Leser gewiß noch die einschlägigen Materialien.

In der Nationalversammlung stand am 22. April in der 168. Sitzung die zweite, am 23. April in der 169. Sitzung die dritte Lesung des Entwurfs eines Reichswahlgesetzes zur Debatte. Der Berichterstatter, Abgeordneter Katzenstein, führte in der zweiten Lesung zum Wahlrecht der Auslandsdeutschen aus: „In dem Entwurfe der Regierung war die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Auslandsdeutschen vorgesehen und des näheren geregelt. Zu seinem großen Bedauern hat der Ausschuß sich nicht in der Lage gesehen, angesichts der drängenden Zeit und auch mit Rücksicht auf gewisse Schwierigkeiten, die sich gerade jetzt noch für unsere Landesgenossen im Ausland ergeben könnten, jetzt ein Wahlrecht für die Auslandsdeutschen zu schaffen. Er hat aber beschlossen, ihnen unter 3a der Ausschußanträge vorzuschlagen, die Regierung, sobald die Durchführung möglich ist, um die Ausgestaltung eines entsprechenden Wahlrechts zu ersuchen.“

Der Minister des Innern, Dr. Koch, der daraufhin die Vorlage befürwortete, erwähnte das Auslandsdeutschenwahlrecht überhaupt nicht mehr. Der Abgeordnete Brodau von der demokratischen Partei erklärte in seiner Rede: „Nicht geordnet werden konnte zu unserm lebhaften Bedauern die Frage des Wahlrechts der Auslandsdeutschen. Wir von der demokratischen Fraktion sprachen die Erwartung aus, daß Regierung und Reichstag die Frage so bald lösen werden, als dies von außenpolitischen Gesichtspunkten aus möglich ist.“ Der Sitzungsbericht erwähnt hier ein „sehr richtig“ bei den Deutsch-Demokraten. Die übrigen

Redner befaßten sich nicht mit der für die Auslandsdeutschen so wichtigen Frage, nur wurde bei den Abstimmungen ohne Wortmeldung und ohne Widerspruch der Antrag des Ausschusses Nr. 2717 der Drucksachen angenommen, der unter a die Regierung ersucht: „Da die Durchführung eines Wahlrechts der Auslandsdeutschen bis zu der bevorstehenden Wahl nicht möglich ist, die Ausgestaltung eines solchen Wahlrechts in die Wege zu leiten, sobald die Durchführung möglich ist.“

Die am folgenden Tage stattfindende dritte Beratung brachte die en bloc Annahme des Gesetzes in namentlicher Abstimmung mit sämtlichen 301 abgegebenen Stimmen. Die Frage des Auslandsdeutschenwahlrechts wurde dabei nicht mehr berührt.

Vorschläge des B. d. A.

Der Bund der Auslandsdeutschen überreichte am 9. April einen Abänderungsvorschlag zu Abschnitt IV des Entwurfs nebst Begründung. Er brachte dabei zum Ausdruck, er habe mit großer Befriedigung gesehen, daß das Wahlrecht der Auslandsdeutschen, das als eine alte Forderung der Deutschen im Auslande einen wesentlichen Bestandteil seines Programms ausmache, in den vorliegenden Entwurf von der Reichsregierung aufgenommen worden sei. Der Bund bitte den Ausschuß dringend, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben.

Der Abänderungsvorschlag zeigte folgenden Wortlaut:

IV. Wahl der Auslandsdeutschen.

§ 34 bis 37. des Entwurfs.

§ 34.

Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichsangehörige, die sich im Ausland ständig aufhalten (Auslandsdeutsche). Ihnen stehen die Reichsangehörigen gleich, die sich vorübergehend im Ausland aufhalten. Zur Ausübung des Auslandwahlrechts werden Wahlscheine ausgestellt.

Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis, für den der Reichswahlleiter zugleich Wahlleiter ist.

Behinderung der Wahl in einem Teile des Auslandes gilt nicht als Anfechtungsgrund für die Wahl im Auslandwahlkreise.

§ 35.

Jeder Auslandsdeutsche hat seinen Stimmzettel in verschlossenem Wahlumschlag unter Beifügung seines Wahlscheins an den Reichswahlleiter einzusenden.

§ 36.

Die Auslandsdeutschen erhalten soviel Abgeordnetensitze, als die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch volle 60000 teilbar ist.

Die Abgeordneten werden auf die Wahlvorschläge nach einer Verhältniswahlberechnung verteilt.

§ 37.

Die Stimmzettel der Auslandsdeutschen müssen spätestens aus Europa am 15. Tage, von außerhalb Europas am 45. Tage nach der allgemeinen Wahl beim Wahlleiter eingetroffen sein.

In der Begründung wird gesagt, es dürfte sich aus völker- und staatsrechtlichen Rücksichten auf das Ausland empfehlen, die Wahlhandlung vollständig in das Inland zu verlegen und die Konsuln als Vermittler ganz auszuschalten. Es dürfte daher vorzuziehen sein, die Ausübung des Wahlrechts nur mittels Wahlscheines, der mit dem verschlossenen Wahlumschlag einzusenden wäre, zuzulassen.

Auch bei der Ausstellung der Wahlscheine sei die Mitwirkung der Konsuln nicht erforderlich. Diese Geschäfte können durch Vertrauensleute, die vom Reichsministerium des Innern auf Empfehlung der Konsuln zu ernennen wären, ausgeführt werden.

Der Wahlschein müßte zu Kontrollzwecken die eigenhändige Unterschrift des Wählers tragen. Der Vertrauensmann übergebe dem Wähler einen Wahlschein und fülle gleichzeitig eine Karte aus, die auch von dem Wähler zu unterschreiben sei und von dem Vertrauensmann an den Reichswahlleiter eingesandt werde. Der Reichswahlleiter stelle die Karten nach Ländern geordnet zu einer Wahlkartei zusammen. Die Einzelheiten gehörten in die Wahlordnung.

Die Reichsangehörigen, die sich vorübergehend im Auslande aufhalten, deren Interessen also mehr nach ihrem Heimatwahlkreis gravitieren, anders zu behandeln als die Auslandsdeutschen, etwa so, daß sie ihre Stimmen mit den Wahlscheinen an die Wahlleiter ihres Wohn- oder Heimatwahlkreises zu senden hätten, gehe nicht an. Die Feststellung der Wahlergebnisse des Inlandes würde dann zu sehr verzögert werden. Sie wären also den Auslandsdeutschen gleich zu behandeln.

In Fällen politischer oder kriegsgerischer Verwicklungen oder Verkehrsunterbrechungen müßten die davon Betroffenen die Folgen allein tragen und nicht die sämtlichen Wähler im Auslande. Behinderungen dürften also keinen Anlaß bieten, die gesamte Wahl als ungültig zu erklären. Nach Wegfall der Behinderung könnte ja nötigenfalls eine Nachwahl angeordnet werden.

Die Abgabe der Stimmzettel mit nur einem Namen erscheine nicht zweckmäßig. Es müßten im Auslandwahlkreis wie im Inlande Wahlvorschläge zulässig sein. Es könnten in einem Lande allein soviel Stimmen für ein und dieselbe Person abgegeben werden, daß sie die Verteilungszahl 60000 erheblich übersteigen. Dann könnte dieser Abgeordnete wesentlich mehr Wähler hinter sich haben, als alle übrigen Mitglieder des Reichstages. Es werde daher wohl angebracht sein, hier ebenso nach Wahlvorschlägen wählen zu lassen.

Am zweckmäßigsten sei die Einsendung durch die Post an den Reichswahlleiter. Als Ausweis der Wahlberechtigung wäre der eigenhändig unterschriebene Wahlschein daneben einzusenden, der zur Vermeidung von Mißbräuchen und Fälschungen an der ebenfalls die eigenhändige Unterschrift des Wählers tragenden Karte in der Wahlkartei beim Reichswahlleiter nachzuprüfen wäre.

Wenn Wahlvorschläge auch im Auslandwahlkreis zugelassen würden, so sei die Anwendung einer Verhältniswahl auf sie selbstverständlich. Welche Berechnungsart dafür in der Wahlordnung festgesetzt werde, sei gleichgültig.

Durch die direkte Einsendung der Stimmen an den Reichswahlleiter unter Ausschaltung der Konsuln werde bereits Zeit erspart. Die Fristen könnten aber bei normalen Verkehrsverhältnissen unbedenklich noch weiter herabgesetzt werden, für Europa auf 15 Tage, für die übrige Welt 45 Tage, zumal keinem Auslandsdeutschen verwehrt sei, seinen Wahlzettel vor dem allgemeinen Wahltag abzusenden. Bei Verkürzung der Fristen werde die Vollständigkeit des Reichstages entsprechend früher erreicht werden.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Eine deutsche Mission nach China ist an Bord des japanischen Dampfers Umme Maru, der Kriegsgefangene aus Sibirien zurückbringen soll, am 30. April ausgefahren. Zu ihr zählen unter der Führung von Generalkonsul von Borch die Konsuln Schirmer, Dr. Wagner, Prigges und Pradlo. Im ganzen führen mit dem nötigen Dolmetscher- und Dienerpersoneal insgesamt 60 Personen. Nach Japan und zwar nach Tokio führen gleichzeitig unter der Führung des Konsuls Dr. Mecklenburg

eine Kommission mit Konsul Sell, drei Sekretären und dem nötigen Gefolge. Der zum Botschafter in Tokio ernannte Staatssekretär a. D. Solf wird erst später nachfolgen.

Eine **deutsche Vertretung beim Heiligen Stuhl** ist errichtet worden. Sie ist dem bisherigen preußischen Geschäftsträger beim Vatikan, Herrn von Bergen, übertragen worden. Wahrscheinlich wird die Kurie den bisherigen Msgr. Pacelli zum Nuntius in Berlin ernennen. Auch die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan soll bestehen bleiben.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Der neue italienische Botschafter, De Martino, ist nach Berlin abgereist, um dort die Geschäfte der Botschaft zu übernehmen. Seine Abreise von Rom wird von der italienischen Presse lebhaft besprochen, man erwartet von seinem großen Takt und seiner freundschaftlichen Gesinnung für Deutschland für die Wiederannäherung beider Völker sehr viel.

Der Polizeipräsident von Berlin hat für seinen Landespolizeibezirk eine Verordnung erlassen, die am 1. Mai in Kraft getreten ist. Danach hat sich jeder Ausländer, der über 16 Jahre alt ist, binnen 48 Stunden nach der Ankunft bei der Ortspolizeibehörde persönlich zu melden. Die Wohnungsgeber haben sich über die erfolgte Anmeldung zu vergewissern, gleichgültig ob sie die Wohnung gegen Entgelt oder unentgeltlich vermieten, haben auch nötigenfalls die Polizei von der nichterfolgten Anmeldung sowie von der Aufgabe der Wohnung zu benachrichtigen. Es soll eine genaue Übersicht über die in Berlin sich aufhaltenden Ausländer erzielt werden.

Der **ukrainische Volkschor**, der im Januar 1919 in der Ukraine begründet worden ist, ist auf seiner Weltkurstreise nun auch nach Berlin gekommen und hat dort sein erstes Konzert unter großem Zulauf und unter lebhaftem Beifall gegeben. Die Kritik lobt die hervorragenden Leistungen der Gäste, die es verstanden, lebhaftes Interesse für die Musik des jungen und bisher in Deutschland so unbekannten Volkes und Staates zu wecken. Die erstaunlichen Leistungen des glänzend ausgeglichenen Stimmmaterials des Gästechors werden von der Kritik besonders gerühmt. Der 40 Herren- und 20 Damenstimmen zählende Chor sang Andachts-, Weihnachts- und Dreikönigslieder, wie auch weltliche Lieder.

Auch ein anderer östlicher Kunstgast stellte sich wieder ein: George Baklanoff, der berühmte Russe, kam Mitte Mai nach Berlin und sang dort wieder, wo er sich von jeher großer Beliebtheit erfreute.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Verlegung der Geschäftsräume der Reichsentschädigungskommission.

Die Geschäftsräume der Reichsentschädigungskommission, bisher Unter den Linden 17/18, sind laut Bekanntmachung vom 8. Mai (Reichsanzeiger Nr. 101) nach dem Gebäude Am Urban in Zehlendorf-Mitte (Wannseebahn) verlegt. Telephonanschluß: Amt Zehlendorf 1790-99.

Anmeldung von Auslandsforderungen.

Bekanntmachung zum Reichsausgleichsgesetz. Die im Reichsausgleichsgesetz vorgesehenen Bekanntmachungen über den Beitritt alliierter und assoziierter Staaten zum Ausgleichsverfahren, über die Anmeldung deutscher Forderungen

beim Reichsausgleichsamt und über den Begriff des Beginns des Kriegszustandes im Sinne des Reichsausgleichsgesetzes sind unterm 30. April vom Reichsminister für Wiederaufbau ergangen und in Nr. 96 des Reichsanzeigers veröffentlicht worden. Die dem Ausgleichsverfahren gemäß Artikel 296 des Friedensvertrags beigetretenen alliierten und assoziierten Staaten sind bereits in dem Artikel über das Reichsausgleichsgesetz in dieser Nummer dieser Zeitschrift namhaft gemacht worden. Sämtliche unter Artikel 296 Nr. 1—4 und unter Artikel 72 fallenden deutschen Forderungen im Verhältnis zu den dort genannten Ländern sind nach der Bekanntmachung nunmehr unverzüglich von den Berechtigten anzumelden.

Zur Abrechnung kommen nach den Bestimmungen dieser Bekanntmachung, soweit Artikel 296 Nr. 1 des Friedensvertrages (Vorkriegsforderungen) in Betracht kommt, Geldforderungen (unter Ausschluß aller Ansprüche auf Herausgabe oder Lieferung von Sachen, Wertpapieren oder sonstigen Urkunden), die vor Beginn des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reiche und dem Staate des Schuldners fällig geworden sind. Bei Forderungen gegenüber in Elsaß-Lothringen ansässigen Elsaß-Lothringern muß die Fälligkeit vor dem 11. November 1918 eingetreten sein. Ferner müssen die Forderungen am 10. Januar einem im Reichsgebiet ansässigen Deutschen gegen einen Angehörigen der clearierenden Länder, der damals in seinem Heimatstaat ansässig war, zugestanden haben.

Soweit Artikel 296 Nr. 2 des Friedensvertrages (während des Krieges fällig gewordene Forderungen) in Betracht kommt, handelt es sich um Geldforderungen, die während der Zeit vom Beginn des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reiche und dem Staate des Schuldners bis zum 10. Januar 1920 fällig geworden sind. Bei Forderungen gegenüber in Elsaß-Lothringen ansässigen Elsaß-Lothringern muß die Fälligkeit zwischen dem 11. November 1918 und dem 10. Januar 1920 eingetreten sein. Weitere Voraussetzungen für diese Art Forderungen sind, daß sie aus rechtsgeschäftlichem Verkehr mit einem Angehörigen der clearierenden Länder herrühren, daß der rechtsgeschäftliche Verkehr, aus dem die Forderungen herrühren, bereits vor Beginn des Kriegszustandes stattgefunden habe, daß die Ausführung des Rechtsgeschäftes, aus dem die Forderungen herrühren, infolge des Kriegszustandes ganz oder teilweise unterblieben ist und endlich, daß die Forderungen am 10. Januar einem im Reichsgebiet ansässigen Deutschen zugestanden haben und gegen einen Angehörigen der beteiligten Länder, der damals in seinem Heimatstaat ansässig war, gerichtet sind.

In Ansehung der im Artikel 296 Nr. 3 und 4 des Friedensvertrages (Forderungen aus dem öffentlichen Schuldendienst) genannten Forderungen ist zu bemerken, daß die Forderungen auf Zahlung von Zinsen oder Kapitalbeträgen aus zum öffentlichen Schuldendienst gehörigen Werten gerichtet sein müssen, die von einem der dem Ausgleichsverfahren beigetretenen Länder oder von dem ehemaligen Reichsland Elsaß-Lothringen ausgegeben worden sind, daß die Zinsen oder Kapitalbeträge bis zum 10. Januar 1920 fällig geworden sein, und daß sie am 10. Januar einem im Inlande oder Auslande ansässigen Deutschen zugestanden haben müssen. Im Gegensatz zu den oben bezeichneten Fällen sind hier also auch im Auslande ansässige Deutsche zur Anmeldung verpflichtet.

Nicht anzumelden sind auf Grund dieser Bekanntmachung Ansprüche auf Entschädigung wegen Liquidation oder anderweitiger Entziehung oder Beeinträchtigung deutscher Güter, Rechte oder Interessen durch Maßnahmen ehemals feindlicher Staaten.

Die Anmeldung hat bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts zu erfolgen, und zwar je nach dem Wohnsitz, dem Aufenthalt oder der gewerblichen Niederlassung des Gläubigers entweder bei der Hauptstelle in Berlin oder bei einer der Zweigstellen in Königsberg, Breslau, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, München, Nürnberg, Leipzig, Stuttgart, Karlsruhe, Weimar, Braunschweig, Lübeck, Bremen und Hamburg. In Ermangelung einer gewerblichen Niederlassung innerhalb des Deutschen Reiches ist der Wohnsitz, in Ermangelung eines Wohnsitzes der Aufenthaltsort maßgebend. Hält der Gläubiger sich im Auslande auf, ohne eine gewerbliche Niederlassung oder einen Wohnsitz im Inlande zu haben, so hat die Anmeldung bei der Hauptstelle des Reichsausgleichsamts zu erfolgen. Für die Anmeldung sind vorgedruckte Anmeldebogen vorgeschrieben, die bei der Hauptstelle und den Zweigstellen des Reichsausgleichsamts sowie bei sämtlichen Handelskammern unentgeltlich bezogen werden können. Die Einreichung der Anmeldung wie auch der beigefügten Urkunden hat in vierfacher Ausfertigung zu erfolgen. Wechsel und Schecks sind der Anmeldung in Urschrift und 3 Abschriften beizufügen. Zins- und Dividendenscheine sind bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere, Berlin SW 19, zur Verfügung des Reichsausgleichsamts zu hinterlegen.

Die Frist, innerhalb welcher die Anmeldungen zu erfolgen haben, läuft am 1. Juni 1920 ab. Nur für Forderungen aus Versicherungsverträgen endet sie erst am 1. August 1920. Ausnahmsweise kann sie aus besonderen Gründen auf einen vor ihrem Ablauf gestellten Antrag des Gläubigers von der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts verlängert werden.

Hervorzuheben ist noch, daß die nach dieser Bekanntmachung bestehende Verpflichtung zur Anmeldung einer Forderung auch bezüglich einer solchen Forderung besteht, welche während des Kriegs bereits bei einer anderen Stelle angemeldet worden ist.

Als Beginn des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reiche und den in der Bekanntmachung-bezeichneten Ländern ist anzusehen: gegenüber Großbritannien und seinen Nebengebieten der 4. August 1914, gegenüber Frankreich und seinen Nebengebieten der 3. August 1914, gegenüber Italien einschließlich seiner Kolonien der 28. August 1916, gegenüber Belgien und dem Kongo der 4. August 1914, gegenüber Griechenland der 30. Juni 1917 und gegenüber Siam der 22. Juli 1917.

Laut der in Nr. 81 des Reichsanzeigers veröffentlichten Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau läuft die Frist zur Anmeldung aller Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee am 15. d. M. ab. Nach Artikel 260, Absatz 2 des Friedensvertrags hat Deutschland auf alle Rechte dieser Art, die in der dem Wiedergutmachungsausschuß auf Grund der genannten Bestimmung des Friedensvertrages zu übergebenden Liste etwa nicht verzeichnet sind, sowohl im eigenen Namen wie in dem seiner Angehörigen zu verzichten.

Unterbringung der aus Posen vertriebenen Beamten.

Die Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schirmacher, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um die Unterbringung der aus Posen ausgewiesenen deutschen Beamten zu gewährleisten, ist vom Geheimen Regierungsrat Dr. Gloß dahin beantwortet worden, daß die deutschen Beamten aus der Provinz Posen als Vertriebene im Sinne des § 2 der Anordnung, betreffend den Zuzug von ortsfremden Personen und von Flüchtlingen, vom 23. Juli 1919 anzusehen seien und daß demgemäß ihnen der

Zuzug von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu gestatten sei. Zur Beschaffung von Wohngelegenheit biete auf Grund der angeführten Vorschrift der § 6 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 den Gemeinden die erforderliche Handhabe. Es stehe zu erwarten, daß den zum Verlassen der Provinz Posen gezwungenen Beamten die erforderliche Unterkunftsmöglichkeit von den Gemeinden beschafft werde.

Von der Entschädigung für die Elsaß-Lothringer.

Bei der Beratung des Ergänzungs-Etats im Haushalt des Reichsministeriums des Innern kam ein am 26. April gestellter Antrag aller Parteien zur Annahme, der die Reichsregierung in Anbetracht der Tatsache, daß die Entschädigung für die Elsaß-Lothringer erst vom neuen Reichstag verabschiedet werden kann und die Verdrängten in einer täglich sich steigenden Notlage sich befinden, ersucht, die Verordnung über die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher in Elsaß-Lothringen aus Anlaß des Krieges oder ihrer Verdrängung vom 9. Januar 1920 dahingehend zu erweitern, daß erstens Vorschüsse und Beihilfen bis zur vollen Höhe des Liquidations- oder Sachschadens gewährt werden können, vorbehaltlich der späteren endgültigen Abrechnung, zweitens die Unterstützung zur Beseitigung der wirtschaftlichen Bedrängnis, insbesondere bei Erwerbs- oder Existenzverlust auf 10000 Mark erhöht werden kann, und drittens, wenn der zu berechnende Liquidations- oder Sachschaden einwandfrei nachgewiesen ist und den Betrag von 15000 Mark nicht übersteigt, der Vorschuß oder die Beihilfe in voller Höhe des Schadens gewährt werden kann, sofern der Geschädigte erklärt, daß er bezüglich sämtlicher Forderungen auf Ersatz von Schäden abgefunden sei.

Eine Besprechung über die Entschädigungsfrage fand im Ministerium für den Wiederaufbau unter Zuziehung von berufenen Vertretern der Elsaß-Lothringer und Ostpreußen statt. Die Verhandlungen dauerten den ganzen Tag und die Vertriebenen hatten Gelegenheit, ihre Wünsche ausführlich zur Sprache zu bringen. Eine Fülle von Anträgen wurde gestellt, deren Berücksichtigung in dem dem neuen Reichstag vorzulegenden Gesetze versprochen wurde.

Für Italiendeutsche.

Der Vertreter der „Voss. Ztg.“ meldet seinem Blatte unter dem 7. Mai, er höre aus guter Quelle, daß eine erfreuliche Regelung der Frage des deutschen Eigentums in Italien insofern bevorstehe, als die Verordnungen darüber bereits der letzten Instanz vorlägen und besagten, daß das Kleineigentum im allgemeinen ohne weiteres freigegeben werde, größerer Besitz dagegen gegen bestimmte Zusage der deutschen Regierung. Auch uns sind Mitteilungen zugegangen, daß über diese Fragen und über Kompensationen, die das Deutsche Reich für die Freigabe des deutschen Eigentums gewähren könnte, im Gange sind. Doch sind die Besprechungen unseres Wissens noch nicht zu Ende geführt.

Zwei Friedensverordnungen der Südafrikanischen Union.

Am 14. Januar dieses Jahres hat die Südafrikanische Union zwei Verordnungen erlassen, deren eine bekannt gibt, daß der 10. Januar 1920 als Datum des Friedensschlusses auch für die Südafrikanische Union zu gelten habe. Die zweite Verordnung erläßt Anweisungen hinsichtlich der Behandlung deutscher Güter, Rechte und Interessen in der Union sowie der von deutschen Gesellschaften und Personen in der Union unterhaltenen christlich-religiösen Missionen. Nach den Bestim-

mungen dieser Verordnung kann der Bewahrer feindlichen Eigentums die Besitztümer eines am Tage des Kriegsausbruchs in der Union wohnhaften und domizilierten deutschen Untertans, die übertragen und in seiner Hand sind, wann solches ihm genehm ist, dem deutschen Untertan zurückgeben, sofern dieser nachweisen kann, daß er die eigentumsberechtignte Person ist und am Tage des Kriegsausbruchs innerhalb der Union wohnhaft und domiziliert war. (Art. 1.)

Ist der Eigentümer von dem Bewahrer feindlichen Eigentums übertragenen Besitzungen alleiniger Untertan einer Macht, die zu keiner Zeit im Laufe des Jahres 1918 mit England auf dem Kriegsfuße stand, und war er zu irgendeiner Zeit auf feindlichem Gebiet wohnhaft, so können ihm vom Sequester die Güter zurückgegeben werden, auf den Beweis hin, daß er tatsächlich nur einen solchen Unterhalt besitzt und tatsächlich die zu dem Eigentum berechnigte Person ist. (Art. 2.)

Eine Rückgabe des Besitztums an die im Artikel 1 genannten Personen erfolgt nicht, wenn der Eigentümer dem Bewahrer die von ihm verlangten Auskünfte, Akten, Briefe und Rechnungen bis zum 30. September 1919, die sich auf sein Eigentum und seine Tätigkeit beziehen, nicht ausgehändigt und dem Bewahrer die Beträge nicht bezahlt hat, die gemäß der von diesem richtig befundenen Rechnungen auf Grund der einen oder andern Bestimmung des Gesetzes über Handel mit dem Feind von 1916 für einen solchen Zeitraum an den Bewahrer gezahlt werden müssen. (Art. 3.)

Mit Ausnahme der in den Artikeln 2 und 7 (siehe unten) behandelten Fälle der Rückgabe beschlagnahmten Eigentums behält der Bewahrer, gemäß den Bestimmungen von Artikel 19 des Gesetzes über Handel mit dem Feind von 1916, von den Besitztümern, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung zurückgegeben werden, die in Übereinstimmung mit jenen Artikeln festgesetzten Vergütungen ein. (Art. 4.)

Der Bewahrer feindlichen Eigentums kann aus den ihm übertragenen Gütern, Rechten und Interessen deutscher Untertanen, mit Ausnahme der in den Artikeln 1 und 7 dieser Verordnung (siehe unten) genannten Güter, Rechte und Interessen bezahlen,

1. jeden Betrag, der am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages geschuldet wurde und noch geschuldet wird, auf Grund von Forderungen eines in der Union von Südafrika wohnhaften oder domizilierten britischen Untertans im Zusammenhang mit seinen Gütern, Rechten und Interessen auf deutschem Grundgebiet;
2. jede Schuld, die am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages durch einen deutschen Untertan geschuldet wurde und noch geschuldet ist, an einen britischen Untertan, wohnhaft oder domiziliert innerhalb der Südafrikanischen Union.

In beiden Fällen hat der Gläubiger den Beweis zu liefern, daß er innerhalb der Union wohnhafter oder domizilierter britischer Untertan ist und daß der Betrag der Schuld am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages geschuldet wurde und noch geschuldet ist. Im zweiten Falle ist außerdem noch nachzuweisen, daß die Schuld durch einen deutschen Untertan geschuldet ist, der am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages auf einem Grundgebiet (ausgenommen Südwestafrika) wohnhaft war, das am Tage des Kriegsausbruchs einer Macht gehörte, die sich zu irgendeiner Zeit im Verlaufe des Jahres 1918 mit Großbritannien im Kriegszustande befand. (Art. 5.)

Mit Ausnahme des Eigentums derjenigen deutschen Untertanen, die am Tage des Kriegsausbruchs innerhalb der Union wohnhaft oder domiziliert waren, kann der Bewahrer über das

Eigentum jedweden deutschen Untertans verfügen oder es in Besitz nehmen, vorbehaltlich der Bestätigung durch den Obersten Gerichtshof. (Art. 6.)

Die zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung unter der Verwaltung des Bewahrers stehenden unbeweglichen Güter deutscher Missionen werden in jedem Falle durch den Bewahrer, wann es diesem genehm ist, an vom Generalgouverneur dafür geeignet erklärte Räte oder Bevollmächtigte übertragen. Die anderen Besitztümer der genannten Missionen, die zurzeit in Händen des Bewahrers sind, werden nach vollzogener Übertragung an die genannten Missionen zurückgegeben, nachdem dem Bewahrer die bis zum 30. September 1919 für richtig erklärten Rechnungen und durch ihn geforderte Auskünfte, Akten und Schriftstücke ordnungsgemäß vorgelegt sind. (Art. 7.)

Endlich bestimmt die Verordnung noch, daß Ziffer d (betrifft Rechtsgültigkeit der beiderseitigen Kriegsmaßnahmen) des Artikels 297 des Friedensvertrages und die §§ 1 (Ausschluß formeller Bemängelungen der Ordnungsmäßigkeit einer Kriegsmaßnahme) und 3 (Begriffsbestimmung der außerordentlichen Kriegsmaßnahme) der Anlage zu jenem Artikel als in die Verordnung aufgenommen gelten und mutatis mutandis auf alle Fälle in bezug auf feindliches Eigentum getroffenen oder noch zu treffenden Maßregeln Anwendung finden.

Nachforschung in Sachen Auslandsdeutscher.

Ein Mister Burns von der Firma Albert M. Oppenheimer, Solicitor, Berlin W., Lennestraße 1, und London E. C., 31 Queen Victoria Street, hat sich bereit erklärt, in Sachen Auslandsdeutscher zwecks Nachforschung nach London zu reisen. Wer sich an den Kosten beteiligen will, wird ersucht, sich umgehend mit folgender Adresse ins Benehmen zu setzen: S. Gumpel, Berlin W. 50, Regensburger Straße 25.

WIRTSCHAFTLICHES

Die Not der deutschen Auslandschuldner.

Man schreibt uns:

Unter den Auslandsdeutschen, die immer noch auf ihre Vor- und gar auf ihre Vollentschädigung warten müssen, herrscht steigende Erregung. Zahlreiche Zuschriften klagen namentlich darüber, daß auch eine Kategorie von kleinen Auslandschuldnern vernachlässigt werde, denen zu helfen die Regierung vor allem verpflichtet sei. Man will statt der vielen schönen Worte Taten sehen. Eine der Klagen und Beschwerden, die wegen ihrer absoluten Sachlichkeit wohl am klarsten ist, geben wir hier wieder:

Der furchtbare Sturz der Reichsmark hat die deutschen Auslandschuldner ausnahmslos in große Not gebracht, und zwar werden diejenigen am empfindlichsten getroffen, die einen Auslandskredit während des Krieges vor Ausbruch der Revolution aufgenommen haben. Unsere finanzielle Kriegswirtschaft war vollständig auf den Endsieg eingestellt, und nur von diesem Gesichtspunkte aus lassen sich die Maßnahmen und Verordnungen erklären, die die Regierung in bezug auf Begleichung von Auslandsschulden während des Krieges getroffen hat.

Solange die Devisenordnung bestand, wurde die Einfuhr gewisser Waren davon abhängig gemacht, daß sich die einführende Firma im Auslande einen Kredit verschaffte, der ihr gewisse Zeit bis nach Friedensschluß zur Verfügung stand. Der Reichsbank, die die Devisenordnung überwachte, mußten diese Engagements genau bekannt sein, und sie konnte auch berechnen, welche Folgen entstehen würden, sobald die Auslandskreditnehmer gezwungen würden, ihre Verpflichtungen ab-

zutragen. Deutsche Unternehmer müssen riesenhafte Verpflichtungen eingegangen sein, und keiner hat sich je geträumt — selbst die deutsche Regierung nicht, denn sonst hätte sie nicht ihre Bürger zu solchen Übereinkommen anhalten dürfen —, daß die Mark einen derartigen Tiefstand erreichen würde.

Bis heute hat man noch nichts davon gemerkt, daß die deutsche Regierung ihren Bürgern beistehen will, im Gegenteil, die Betroffenen werden sich selbst überlassen. Es fragt sich da, auf welche Weise kann das Reich den Betroffenen helfen. Ein Weg wäre gegeben durch die Schaffung eines Ausgleichsverfahrens.

Die exportierende Industrie macht infolge des Valutastandes riesenhafte Gewinne. Diese übermäßigen Gewinne, sofern sie einen gewissen Prozentsatz der Inlandpreise übersteigen, müßten durch Vermittlung der Selbstverwaltungskörper eingezogen werden, und das Reich unterstützt hiermit diejenigen, die während des Krieges vor Ausbruch der Revolution gezwungenermaßen Verbindlichkeiten im neutralen Auslande begründet und diese unter großen Opfern bisher durchgehalten haben.

Ferner mag es dem Reich möglich sein, durch besondere Abkommen die kurzfristigen Auslandskredite in langfristige umzuwandeln, so daß den Kreditnehmern eine Besserung des Marktkurses, mit der doch in absehbarer Zeit zu rechnen ist, zugute kommt.

Andernfalls werden wir es in kürzester Zeit erleben, daß sehr viele, selbst für den Fall, daß sie nur geringe Beträge dem Auslande schulden, vollständig ruiniert werden. Nicht minder kommen die deutschen Banken, die für diese Auslandskredite die Garantie übernommen haben, in eine mißliche Lage, da der Kreditnehmer sie vielfach nicht schadlos halten kann.

Es ist schon von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß das Reich hier eine moralische Pflicht zu erfüllen hat, da es die Rückzahlung der Auslandskredite durch die Devisenordnung erschwert, wenn nicht unterbunden hat.

Doppelt stark ist die moralische Verbindlichkeit gegenüber denjenigen, die Valutakredite als Zivilinternierte oder Kriegsgefangene im neutralen Auslande einzugehen gezwungen waren. Viele Kriegsgefangene und Militärpersonen haben zum Beispiel bei neutralen Banken zur Bestreitung des Unterhaltes kleinere Kredite in Anspruch genommen, deren Erlangen ihnen durch deutsche Regierungsvertreter, die die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Banken führten, erleichtert wurden. Das Reich darf nicht zusehen, daß die Betroffenen, die ohne ihr Zutun infolge des Krieges in neutrale Länder verschlagen wurden und auch hier ihrem Vaterlande dienten, jetzt in Not geraten und in den meisten Fällen einfach ruiniert werden. Die in Frage kommenden Banken haben die den Betroffenen gewährten Kredite gekündigt — die Kreditabkommen liefen durchweg drei bis sechs Monate nach Friedensschluß — und verlangen jetzt ihre Rückzahlung. Natürlich reichen bei dem Tiefstande des Marktkurses die hinterlegten Mittel nicht im geringsten aus und selbst bei den kleinsten Beträgen ist der Ruin des Kreditnehmers unvermeidlich, da bedacht werden muß, daß z. B. tausend Schweizer Franken, die vor dem Kriege 800 Mk. und bei Inanspruchnahme des Kredites vielleicht 1000—1500 Mk. kosteten, jetzt mit 16 000 Mk. und mehr bezahlt werden müssen.

Soweit es sich um kleine Kredite handelt, die deutsche Militärpersonen ausschließlich zur Bestreitung ihres Unterhaltes während ihres unfreiwilligen Aufenthaltes in neutralen Ländern eingegangen sind, ist es Pflicht des Reiches, die Kredite

gegen entsprechende Sicherheit — vielleicht bei 50 % der Parität — zu übernehmen oder der neutralen Bank zu garantieren. Das Reich ist eher in der Lage, mit den in Frage kommenden Banken ein Abkommen auf mehrjährige Stundung des Kredites zu treffen, zumal es sich in diesem Falle für das Reich nur um einen geringen Betrag handeln kann.

Der bisherige Standpunkt des Reiches, solche Ansprüche als nur „mittelbare Kriegsschäden“ abzulehnen, ist unhaltbar. Das Reich ist zum Beispiel gewillt, der Schwerindustrie, die während des Krieges Eisenerzschulden in Schweden eingegangen ist, zur Schaffung sogenannter „Ausgleichskassen“ zu helfen. Es muß da sicher erwartet werden, daß die Regierung sich sofort dieser Sache annimmt und den wirtschaftlich Schwachen hilft und nicht zuläßt, daß die Militärpersonen, die jahrelang in Gefangenschaft waren, nunmehr finanziell ruiniert werden.

Wie bekannt wurde, sind endlich Verhandlungen im Reichsfinanzministerium im Gange, um den Militärpersonen, die während des Krieges durch die Umstände gezwungen waren, sich in neutralen Ländern aufzuhalten, die Rückzahlung der aufgenommenen Darlehen durch Maßnahmen des Reiches zu erleichtern. Es muß im Interesse der Betroffenen erwartet werden, daß die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium baldmöglichst zu einem befriedigenden Abschluß gelangen.

Aber nicht nur den Militärpersonen, sondern auch den Privatpersonen und Firmen muß geholfen werden. Die Hilfe muß schnell erfolgen. Die Regierung darf da nicht in monatelange Erwägungen eintreten und die Entscheidung hinausziehen. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Betroffenen infolge der augenblicklichen politischen Verhältnisse in Deutschland überhaupt die Möglichkeit haben, ihre Auslandskredite verlängert zu erhalten, um so wenigstens vorderhand Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ist es unbedingt notwendig, daß hier schnell und richtig geholfen wird, denn der Schaden, der durch keine oder verspätete Hilfe verursacht wird, ist unübersehbar.

Deutsche Geschäftssitten und deutsches Auslandsgeschäft.

Die Klagen über das mangelhafte Verständnis in Deutschland für die Behandlung des nach deutschen Waren verlangenden Auslands mehren sich. Zum Teil sind ja die Übergangsverhältnisse in Deutschland an vielem schuld, zum größten Teil aber sind wir selbst schuldig und diejenigen, die es angeht, sind auf dem besten Wege, dem verlorenen Kriege auf dem Schlachtfelde viele verlorene Schlachten in der friedlichen Handelskonkurrenz folgen zu lassen. Fehler der Gegenwart werden sich in der Zukunft schwer rächen. Aus den zahlreichen Briefen und Klagen, die ihm andauernd zugehen, veröffentlicht das Deutsche Auslands-Institut, Stuttgart, einen Mahnruf eines Auslandsdeutschen aus einem neutralen Lande, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Ich bin seit 25 Jahren im Ausland, — ich bin auch nicht so glücklich gewesen, mich während des Krieges durch Schieben bereichern zu können, — ich habe vielmehr, nachdem ich 20 Jahre in Italien gearbeitet habe, alles verloren. Ich lasse auch ganz beiseite, daß viele deutsche Firmen es für besser halten, den Vertreter zu wechseln und ihre Interessen womöglich durch einen früher feindlichen Ausländer wahren zu lassen, hierüber ist ja auch schon geschrieben worden. Über die Unsitten oder den Mangel an jeglicher Geschäftsmoral haben ausländische und inländische Zeitungen geschrieben, — man könnte aber, trotz des Papiermangels, noch Wagenladungen

Papier vollschreiben, — es wird doch nicht besser werden. Man hat schon früher, als man noch gar nicht an den Krieg dachte, in Deutschland vielfach die Gewohnheit gehabt, dem Ausland glatt zu verstehen zu geben, daß man es nicht nötig hat, solange nämlich die Geschäfte gut gingen, — fehlte dann in Deutschland der Absatz, dann bettelte man im Ausland um Aufträge. Der Engländer z. B. hat dies nie getan, — auch wenn er in Hochkonjunktur war, bediente er immer seine alte Kundschaft. Nun haben sich in Deutschland eine ganze Anzahl Vereinigungen gebildet, die es sich zur Aufgabe machen, das Exportgeschäft wieder in Gang zu bringen. Hiermit wird nur ein Loch ins Wasser gemacht, wenn die deutschen Fabrikanten, Lieferanten oder Exporteure, wie sie eben heißen mögen, weiter nach den Grundsätzen arbeiten, die jetzt zur Regel geworden sind. Auch den ausländischen Käufern ist es bekannt, wie die Zustände in Deutschland sind, — man hält sie ja in vielen Fällen für viel schlechter als sie wirklich sind, — man kann aber auch politischer arbeiten, und es ist durchaus nicht nötig, die Kundschaft direkt vor den Kopf zu stoßen, wie dies nur zu oft geschieht. Man ist ja in Deutschland stets mit Elefantenfüßen gewandert, wenn andere Nationen in Sammetpantoffeln einhergingen. — Man sollte aber denn doch meinen, während des Krieges und namentlich nach dem Kriege sei etwas gelernt worden. Vielfach ist man unhöflich, grob und knotig geworden, während man vor dem Krieg im geschäftlichen Verkehr wenigstens noch die Höflichkeit kannte. Es ist ein großer Fehler, wenn geglaubt wird, der Hunger nach deutschen Artikeln sei so groß, — er ist es stellenweise, aber auch nur so lange, als die Valuta schlecht ist, — und in den meisten Fällen handelt es sich auch um Spekulationskäufe, ohne daß direkter Bedarf vorliegt. Es mag sich in vielen Fällen um Lieferanten handeln, die dem Exportgeschäft absolut neu gegenüber stehen, — die gegenwärtig mit Arbeit überhäuft sind, — das ist ja auch bei den jetzigen Verhältnissen gar nicht schwer, — und die glauben, das müsse und werde so weitergehen. Anstatt darauf bedacht zu sein, sich eine Stammkundschaft zu schaffen und zu suchen, die Kunden zufriedenzustellen, tun sie gerade das Gegenteil. Es ist natürlich dem Kunden nicht angenehm, wenn er auf diese Weise behandelt wird, er wird für dumm gehalten, während er noch lange nicht so dumm ist wie sein Lieferant, der nur den Augenblick vor sich hat und nicht die Zukunft, der nicht daran denkt, daß er mit seiner Handlungsweise den gewünschten Anlaß bietet, wieder einmal auf das Deutschtum schimpfen zu können, der so kurzsichtig ist, daß er nicht sieht, daß auch andere Länder während des Krieges in der Industrie Fortschritte gemacht haben und nur auf die Gelegenheit warten, sich in die Nester zu setzen, die ihnen der Deutsche durch seine „Schlauheit“ genügend vorbereitet hat.

Ich habe eine ganze Reihe Fälle selbst erlebt, und hatte es nur meinen guten Beziehungen zu der Kundschaft zu verdanken, daß ich nicht sozusagen hinausgeworfen wurde. Wegen der Lieferungsbedingungen sagte mir in einem Fall eine der ersten hiesigen Firmen, es sei eine Unverschämtheit, derartige Bedingungen zu stellen, ich hatte meine Lieferanten schon vorher darauf aufmerksam gemacht, man zeigte sich sehr verwundert. Entweder werden die Geschäfte in Deutschland jetzt von kleinen Kindern gemacht oder die Leute sind kindisch geworden oder schlimmer. Daß man keine Antwort mehr bekommt ist eigentlich zur Regel geworden, ich habe einer Firma, für welche ich angefangen hätte nach Italien zu verkaufen, seit dem 28. Dezember achtmal geschrieben und auch Antwort auf Briefe reklamiert, die noch vom November herrühren, ohne daß ich überhaupt eine Antwort bekommen konnte. Dabei warten meine Kunden

auf die Antworten! Eine Firma im Rheinland sandte mir ihre Liste, ohne daß ich sie dazu aufgefordert hatte. Ich spezifizierte genau die Artikel, die ich brauchte, man offerierte mir etwas ganz anderes; als ich nochmals Offerte auf die von mir angefragten Artikel verlangte, antwortete man, man könne sich auf langweilige Schreibereien nicht einlassen. Ich könnte noch mehr Fälle anführen, doch fehlt es mir an Zeit. Ich glaube auch, daß Sie selbst schon derartige Erfahrungen sammeln konnten, ich weiß jedenfalls, daß ich mit meinen Klagen nicht allein dastehe.“

Deutsche und fremde Handelsmethoden.

Von einem Mitgliede in der Schweiz geht dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart eine Mahnung zu, die für weiteste Geschäftskreise Deutschlands von großem Interesse ist. Der Briefschreiber hat ein Wäsche- und Wollwarengeschäft kleineren bis mittleren Umfanges. Als Hauptlieferanten kamen vor dem Kriege meistens deutsche, daneben auch einige französische und englische Firmen in Betracht. Sofort nach Beendigung des Krieges waren, Mitteilungen des Briefschreibers zufolge, die Engländer und Franzosen wieder auf dem Markt. Die französische Handelskammer in der Schweiz, in Zürich, versandte ein in deutscher Sprache gehaltenes, in Schreibmaschinenschrift vervielfältigtes Schreiben mit einem Fragebogen, um sich über den Bedarf des schweizerischen Marktes an fremden Waren und über die Ausfuhrmöglichkeiten der schweizerischen Industrie zu informieren. Das Schreiben begann mit dem Satze: „Frankreich und die Schweiz haben denselben Wunsch, ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen auszubauen. Diese gegenseitige Absicht beider befreundeter Nachbarrepubliken geht hervor aus der beinahe gleichzeitigen Gründung der schweizerischen Handelskammer in Paris und des „Office Commercial Français“ in Zürich.“ Ferner stand in dem Schreiben, man wäre sehr dankbar, wenn die Gelegenheit benützt würde, Ansichten über die Förderung des französischen Warenverkehrs mit der Schweiz zu äußern. Der Fragebogen verlangte Auskunft, ob der Angefragte nach Frankreich exportiere, oder er von Frankreich Waren beziehe, für welche Mengen er Absatz habe, welche Warengattungen er nötigenfalls noch zu beziehen wünsche, oder ob er wegen Lieferung, Verpackung, Transport und Zahlungsbedingungen irgendwelche Bemerkungen zu machen oder Wünsche zu äußern habe.

In deutscher Sprache wandte sich auch die Auskunftsstelle für die niederländische Industrie und das Konsulat der Niederlande in Zürich mit einem höflichen Schreiben an die Schweizer Geschäftswelt und bot unentgeltliche Auskunft jeglicher Art und Vermittlung von Handelsvertretungen an. Selbst in die kleinsten Orte schickte auch England seine Vertreter, die persönlich alle Arten von Waren anboten. „Erst im Februar“, so schreibt der Gewährsmann des Deutschen Ausland-Instituts, „kam auch der erste deutsche Vertreter, von dem ich selbstverständlich alles kaufte, was ich nur brauchen konnte. Die Preise waren nicht billiger als sie die Schweiz selbst anbot, England kommt jetzt sogar mit wesentlich billigeren Preisen, wohl nur, um den Markt zu bekommen. Alle Ausländer bieten in ihrer Valuta an, der Deutsche verkauft nur in Frankenwährung. So sehr ich das beim Tiefstand der deutschen Valuta verstehe, es macht viel böses Blut. Die meisten Geschäftsleute schimpfen darüber und kaufen nicht. Alle Ausländer verkaufen ohne Berechnung der Verpackung und ohne weitere sonstige Spesen, zahlbar 30 Tage mit Kassenskonto. Der Deutsche verkauft ab Fabrik und es kommen eine Unmasse

Spesen aller Art dazu, Verpackung, Versicherung, Ausfuhrbewilligung, und er wünscht Zahlung bei Erhalt der Faktura ohne jeglichen Skonto. Mit derartigen Prinzipien schädigt sich der deutsche Kaufmann sehr. Den Weltmarkt kann er so kaum wiedererringen. Wer so wenig Entgegenkommen wie in diesen geschilderten Fällen findet, kauft einmal und nicht wieder."

Handelsbeziehungen mit Ungarn.

Es ist Vorsicht und Prüfung der Kreditfähigkeit ungarischer Handelskontrorenten bei Abschluß von Geschäften mit Ungarn geboten. Eine deutsche Versicherungsgesellschaft hatte einen ungarischen Schuldner verklagt, das ungarische Gericht aber erkannte dahin, daß für die Vollstreckung ausländischer Urteile das Karolyische Gesetz maßgebend sei, wonach eine Vollstreckung zugunsten von Ausländern grundsätzlich nicht erfolgen dürfe. Diese Entscheidung entspricht der konsequent befolgten ungarischen Politik, keine fremden Vermögenswerte irgendwelcher Art freizugeben, sondern sie zurückzubehalten, bis sie in die große Vermögensabgabe nach Friedensschluß einbezogen werden können. Die deutsche Vertretung in Ungarn hat Protest eingelegt und Aufhebung der Gesetzgebungsparagraphen verlangt.

Eine deutsch-russische Handelsgenossenschaft.

Eine Handelsgenossenschaft der deutsch-russischen Kolonisten „Dekoru“ ist in Berlin neu begründet worden. Sie will deutsche Fabrikate nach Rußland einführen und dafür russische Landesprodukte Deutschland zuführen, Fragen der Ein- und Auswanderung nach Rußland behandeln und damit verbundene Bankgeschäfte erledigen. Ihr Sitz ist in Berlin SW. 11, Königsgräberstr. 47. Die Genossenschaft will jetzt, obgleich ein Handelsgeschäft nach dem eigentlichen Rußland noch nicht möglich ist, versuchen, mit den Randstaaten Geschäfte zu machen, um den deutsch-russischen Kolonisten in Deutschland eine Verwertung ihrer Kapitalien zu ermöglichen. In den Aufsichtsrat des Unternehmens sind gewählt worden: Bankdirektor Niedermeyer, Gutsbesitzer Sylvio Broederich, Dipl.-Ing. Friedrich Runte, den Vorstand bilden der Dipl.-Ing. und bekannte Mennonite Johann Esau, der Kaufmann Edmund Schmid und der Kaufmann Julius Henning.

Deutscher Handel in China.

Aus Peking wird unter dem 11. Februar gemeldet: In vielen Fällen haben Deutsche in den chinesischen Vertragshäfen bei den Zollbehörden die Erlaubnis zur Ausfuhr von Rohstoffen beantragt. Die Beamten des Shui Wu Chu und des Finanzministeriums haben deshalb kürzlich eine Konferenz gehabt, auf der beschlossen wurde, den Anträgen, da es der Wunsch der Regierung ist, die Erzeugung von heimischen Produkten und die Ausfuhr von Rohstoffen zu fördern, stattzugeben. Die zur Ausfuhr kommenden Waren wären gemäß den während der Regierung des Kaisers Hsien Feng von der früheren Tsing-Dynastie festgesetzten Tarifen zu verzollen. Da die Deutschen bis jetzt noch keinen neuen Handelsvertrag wieder mit China geschlossen haben, müssen sie die folgenden Bestimmungen beachten:

1. Bei der Einfuhr von deutschen Waren nach China sind Zollgebühren in genauer Übereinstimmung mit den Tarifen zu entrichten, die die chinesische Regierung erlassen wird. Die gegenwärtigen Tarife können in solchen Fällen keine Anwendung finden.

2. Wenn deutsche Waren ins Innere des Landes gehen, so müssen Likin und andere Abgaben voll bezahlt werden, wie dies von den chinesischen Kaufleuten geschieht. Kein Zoll-

ausweis soll den deutschen Kaufleuten ausgestellt werden, der sie davon entbindet.

3. Kein Triplikat-Ausweis (triplicate certificate) soll weiter den Deutschen ausgestellt werden, die zum Einkaufen von einheimischen Waren ins Landesinnere gehen.

4. Kein Zollbefreiungsausweis (free permit) soll für die Beförderung von deutschen Waren ausgestellt werden, die im Lande hergestellt werden.

5. Keinem Deutschen soll gestattet werden, als Agent im Innern des Landes tätig zu sein.

Die erste deutsche Anleihe in Amerika.

Darmstadt wird als erste deutsche Stadt eine Anleihe in Amerika unterbringen. Es handelt sich um 10 Millionen 4%iger Anleihe, die durch ein Frankfurter Bankhaus in Verbindung mit einem amerikanischen Bankhause ausschließlich in Amerika angeboten werden sollen.

Ausfuhr-Schwierigkeiten.

Aus Rio de Janeiro werden dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, vom Verband Deutsch-Brasilianischer Firmen Mitteilungen gemacht, die, da sie einem größeren Kreise in Brasilien ansässiger deutscher und deutsch-brasilianischer Firmen entstammen, von Interesse für deutsche Im- und Exporteure sein dürften:

Wiederholt seien Klagen über Erschwerungen der Ausfuhr durch die deutsche Zentralstelle für Ausfuhrbewilligung eingelaufen, die häufig selbst schon fest abgeschlossene Geschäfte für ungültig erklären; in einem Falle z. B. deshalb, weil ein „3-Monat-Akzept“ vereinbart worden war. Wenn auch Kassageschäfte bei den gegenwärtigen Verhältnissen bevorzugt werden müssen, so sollte doch keine zu engherzige amtliche Bevormundung im Außenhandel Platz greifen, sondern es sollte deutschen, in Auslandsgeschäften erfahrenen Kaufleuten tunlichst freie Hand bei der Wiederanknüpfung der deutschen Handelsgeschäfte mit dem Auslande gelassen werden.

Eine weitere Klage betrifft die Preisstellung für deutsche Fabrikate und eine Verurteilung der jetzt so häufig geübten Praxis, daß ein während der Ausführung eines Auftrages statt habender weiterer Kurssturz der Mark eine nachträgliche, ihrer außerordentlichen Höhe wegen einer Annullierung des Geschäfts gleichkommende Preiserhöhung zur Folge habe. Wegen der unberechenbaren Kursschwankungen auf dem internationalen Geldmarkte, auf dem nur der nordamerikanische Dollar, der schweizerische Franken und der holländische Gulden eine gewisse Stabilität aufweisen, wird für den brasilianischen Markt die Preisstellung in einer der genannten Währungen empfohlen. Unerläßliche Bedingung müsse aber sein, daß einmal getätigte Festabschlüsse unter allen Umständen aufrecht erhalten und ausgeführt würden.

Unter Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die schon vor dem Krieg gemacht wurden, wenn sich deutsche Firmen unter Ausschaltung ausländischer Importeure auf dem brasilianischen Markt betätigten, wird ferner dringend darauf hingewiesen, sich wegen der Eigenheit der brasilianischen Marktverhältnisse an im Lande selbst ansässige deutsche Kaufleute zu wenden.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Lebensversicherungsverträge und Auslandsdeutsche.

Aus Kreisen der Auslandsdeutschen schreibt man uns: „Viele der in Rußland ansässigen Reichsdeutschen haben Lebensversicherungen in verschiedener Höhe bei amerikanischen Ver-

sicherungsgesellschaften, wie ‚Equitable‘ und ‚New-York‘, abgeschlossen, da russische Gesellschaften selbst kein Vertrauen genossen, deutsche aber keine Zweigstellen in Rußland unterhielten. Die Gesellschaften hatten ihren geregelten Gang bis zum Beginn der Sowjetregierung, die schließlich gegen Ende des Jahres 1918 auch die ausländischen Gesellschaften „sozialisierte“, d. h. den ganzen Geschäftsbetrieb der fremden Gesellschaften der schon bestehenden „staatlichen Versicherung“ einverleibte und – worauf es ja hauptsächlich ankam – die bei der russischen Regierung in Verwahrung befindlichen Versicherungsreserven in Höhe von vielleicht 100 Mill. Rubel der Staatskasse überwies. Beide obengenannten Gesellschaften wollen nun, wie es scheint, ihr ganzes russisches Geschäft mit allen Aktiven und Passiven abstoßen, wobei die ‚Equitable‘ schärfere Erklärungen abgab, als die ‚New-York‘. Erstere erklärt, daß auf Grund einer Sowjetregierungs-Verfügung vom Dezember 1918 diese selbst die Reorganisation und Liquidation der ‚Equitable‘ übernehmen. Sie gibt fernerhin bekannt, daß die Versicherungsverträge auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen Rußlands ausgestellt wurden; daß Prämienzahlungen in Rubelwährung, wie auch Auszahlungen in Petersburg zu erfolgen hätten; daß alle daraus resultierenden Handlungen auf russischem gesetzlichen Boden vollzogen würden und somit die Versicherten nur mit den Regierungsvertretern über ihre Versicherungen zu verhandeln hätten, sie selbst aber keinerlei Verantwortung zu übernehmen imstande wäre.

Wesentlich mehr entgegenkommend zeigt sich die deutsche Niederlassung der ‚New-York‘. Diese erklärt, daß sie den Versicherten anheimstelle, auf Grund ihres Versicherungsvertrags Ansprüche bei der Sowjetregierung geltend zu machen und daß sie dabei die Interessen der Versicherten vertreten wolle. Sie hoffe, daß sich sicherlich ein Weg finden werde, die Versicherten vor Verlusten zu schützen.

Diese ‚Vertretung der Interessen der Versicherten‘ ist von größter Bedeutung, da nur im Verein mit der Gesellschaft die Versicherten bei der jetzigen oder einer späteren russischen Regierung etwas erreichen dürften und weil fernerhin die amerikanische Regierung mit Nachdruck eine amerikanische Gesell-

schaft unterstützen wird, was ja schließlich auch ihre Pflicht den Versicherten gegenüber ist, seien dies nun Russen oder gar Ausländer, die natürlich in ihrem Vertrauen einer amerikanischen Gesellschaft auf russischem Boden gegenüber nicht getäuscht werden dürfen, zumal sie auf innerrussische Verhältnisse ja ohne irgendwelchen Einfluß waren.

Beide Gesellschaften sind auf Gegenseitigkeit eingestellt, womit der Versicherte beim Erwerb einer Police auch die Mitgliedschaft erwirbt, die ihm nie durch einseitigen Direktionsbeschluß geraubt werden kann, solange er seinen Zahlungsverpflichtungen nachkam. Dies sei nur als moralischer Einwand angeführt, wobei der rechtliche Standpunkt den Gesellschaften gegenüber der Erläuterung eines Fachmanns vorzubehalten wäre.

Der Versicherungsvertrag enthält nichts, was der Gesellschaft das Recht gäbe, vom Vertrag zurückzutreten oder die Verantwortung einfach auf die Sowjetregierung abzuschieben, zumal diese von den übrigen Staaten nicht anerkannt ist. Zum mindesten wäre es Pflicht der Gesellschaften, alles zu versuchen, um das Verhältnis des ‚Status quo ante‘ wiederherzustellen. Die Mittel dazu dürften sie wohl besitzen. Die Versicherten könnten sich einstweilen zusammenschließen und so geschlossen vielleicht durch den ‚Bund der Auslandsdeutschen‘ ihre Interessen vertreten lassen. Es sollten in ihrem Organ alle Inhaber von Policen der in Rußland ansässig gewesenen Gesellschaften aufgefordert werden, sich unter Angabe von Policennummer, Betrag und Zahlungstermin der letzten Prämie zu melden. Damit würde man wohl eine Übersicht gewinnen können, welche Beträge auf dem Spiele stehen. Inwiefern das ‚Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung‘ in Berlin, das ‚Auswärtige Amt‘ oder irgendein juristischer Berater die Sache in die Hand zu nehmen hätte, um weitere Schritte zu tun, wäre noch zu klären.“

(Wir sind gerne bereit, der Aufforderung des Herrn Einsenders zu entsprechen und die Adressen seiner Leidensgenossen entgegenzunehmen, wie auch die Sache selbst zur Diskussion zu stellen, damit ein gemeinsamer Schritt erfolgen kann. Die Schriftl.).

AUSWANDERUNGSWESEN

Von der „Ansiedlung Ost“.

Gegenwärtig wird allerorts eine eifrige Werbearbeit für die Ansiedlung Ost geleistet, die überall sich Ortsgruppen gründet und für eine Ansiedlung in Sowjet-Rußland wirbt. Zwar fehlt zurzeit, da wir mit Rußland noch keinen Friedens- und Handelsvertrag haben, jede Möglichkeit zur Ausreise größerer Auswanderertrupps, doch wächst die Zahl der Mitglieder der Vereinigung dauernd, da man sich von der Ansiedlung in Rußland Großes verspricht. Der in Leipzig im November 1919 gedruckte „Delegationsbericht“ des Genossen H. Gumprich wird vielfach verbreitet. Aus diesem Delegationsbericht geht nun hervor, daß die erste nach Rußland entsandte Delegation es mit ihrer Aufgabe nicht sehr ernst nahm. Zunächst mußte der als Dolmetscher mitgenommene Genosse Thiele, „weil er geistig und körperlich nicht imstande war, den gestellten Anforderungen zu genügen“, wieder nach Hause gesandt werden. In dem zu erforschenden Gelände, das in der Gegend von Kotlas lag, hielt sich die Delegation ganze vier Tage auf und die Aufzeichnungen über die Erkundung, die Genosse Gumprich in dem Delegations-

bericht nach seinem Tagebuche wiedergibt, sind mehr als naiv. Über die später in Moskau geführten Verhandlungen kann Gumprich auch nur aus dem Gedächtnis berichten, weil seinem Kollegen Doberenz, der als „Botaniker“ die Reise mitmachte, der Koffer mit dem gesamten Verhandlungsmaterial unterwegs gestohlen wurde. Nicht weniger naiv ist aber auch der Finanzplan, den diese Delegation der russischen Kommission, mit der sie verhandelte, vorlegte. Jeder von den 3000 Mitgliedern „besitzt“ mindestens 500 Mark, macht zusammen 1500000 Mark Grundkapital. Jeder besitzt auch Nähmaschinen, Werkzeuge usw., macht bei 3000 Mitgliedern 8500000 Mark Immobilienkapital. Eingesetzt sind ferner 50 Millionen Rubel „Staatshilfe“ und 50 Millionen Rubel „Staatskredite“ (ob beide Summen identisch sind, oder ob sie verschieden sind, wird nicht klar). Bestimmte Summen für die Ausgaben sind aber nicht eingesetzt. Das Ganze nennt sich „Finanzplan“. Die russische Behörde erklärte:

Da ihre besten Kräfte an der Front seien, könne keine Garantie übernommen werden, ob die Behörde, die den deutschen Kolo-

nisten Verpflegung zu überweisen hätte, einwandfrei arbeiten würde und alles so organisieren könne, daß kein Mangel eintreten werde. Aber diese Kleinigkeit akzeptierte Genosse Gumprich, da er überzeugt war, daß die Produkte vorhanden seien und nur die Herbeischaffung und der Ankauf „der richtigen Organisation bedürfte“. Die Lieferung von Pelzen und Filzstiefeln, Wagenzugtieren und Gespannen wurde abgelehnt, da das alles an der Front benötigt werde. Auch das akzeptierte der deutsche Vertreter, „dazu benötigen wir eben die erwähnten Einkaufskommissionen“. Darauf wurde dann der Kontraktentwurf aufgebaut, den die kleine Schrift wiedergibt und der ja auch bereits in der Rätezeitung vom September v. J. abgedruckt ist. In diesem Entwurf steht die merkwürdige Bestimmung, daß sofort mit Betreten des russischen Bodens die Kolonisten als russische Staatsbürger gelten sollten „mit allen von den letzteren erworbenen Rechten und Pflichten russischer Kolonisten“ (§ 5) und daß sie vom 1. August 1922 an (!) auf drei Jahre vom Militärdienst befreit sein sollten. (§ 14, c.) Das würde bedeuten, daß bis zum 1. August 1922 die deutschen Kolonisten also jederzeit zur Sowjet-Armee oder in die Sowjet-Industrien eingezogen werden könnten und das würde naturgemäß den ganzen Kolonisationsplan über den Haufen werfen. „Nach erfolgter Ansiedlung der Kolonisten auf ihrem Ansiedlungsplatz und nach Einreichung eines Wirtschafts- und Organisationsplanes seitens des Kollektivs“ wollte die russische Regierung eine Unterstützung von 50 Millionen Rubel für allgemeine nützliche und Aufklärungszwecke zur Verfügung stellen.

Es folgen in dem Delegationsbericht einige politische Meinungsäußerungen, Ansichten, über die wir uns hier jeglichen Urteils enthalten wollen, und ein Bericht über den Bodenbefund des Geländes im Gouvernement Wjatka, der nicht viel mehr besagt, als die Angaben des vorerwähnten Tagebuches und jedenfalls eine völlig unzureichende Grundlage zur Beurteilung der Güte oder Untauglichkeit des Gebietes für Siedlungszwecke liefert. „Da aber in Rußland als Agrarstaat bei der Überproduktion von Agrarprodukten diese wenig Wert haben“, denkt der Berichterstatter sofort an die Begründung von Industrien, und zwar nennt er solche für die Herstellung von Büromöbeln, Schuhwaren und Strohfabrikationen und denkt auch an eine Papierfabrik.

Der ganze Bericht — wir betonen besonders, daß wir bei diesem Urteil von allem Politischen und von der Grundfrage des politischen Verhältnisses zwischen Deutschland und Sowjetrußland vollkommen absehen und nur den Bericht als solchen im Auge haben — atmet eine wirtschaftliche Naivität und ist mit einer Kenntnislosigkeit geschrieben, die erschreckend ist. Es ist weder von einer gründlichen Besichtigung des Siedlungslandes, noch auch von irgend einem psychologischen Verständnis des russischen Volkes auch nur ein Hauch zu spüren. Nun ist allerdings eine zweite Delegation nach Rußland unterwegs, um ein ganz anderes Gelände zu erkunden, und diese Delegation soll fachmännischer zusammengesetzt sein. Daß man aber den erwähnten Genossen Gumprich abermals mitgesandt hat, läßt wenig Gutes erhoffen. Namentlich soll die Militärdienstfrage so geregelt werden, daß sofortige Befreiung vom Militärdienst erzielt werden soll. Die Rückkehr dieser Delegation muß zunächst abgewartet werden, um ein definitives Urteil über die „Ansiedlung Ost“ zu fällen. Allerdings sollte verlangt werden, daß die Ansiedlung Ost die Weiterverbreitung dieses ersten Delegationsberichtes sofort inhibiert, der ein völlig unzureichendes und deshalb ungeschulte Leser irreführendes Bild ergibt.

Die „Ansiedlung Ost“ gibt auch eine „Denkschrift über die provisorischen Richtlinien für unsere Ansiedlung“ heraus, die das Ergebnis der gesamten Beratung des Zentralrates wiedergibt. Der Bericht ist stark theoretisch und schildert die Siedlungsarbeit recht vom grünen Tisch aus, die Arbeit der Vortrupps, die mit Sägegattern abreisen sollen, um die Wohnbaracken und Aufnahmerräume für Vieh und Lebensmittel zu erstellen, all das soll die Einkaufskommission mit Hilfe von Krediten der russischen Regierung inzwischen besorgen. Erst wenn alles vorbereitet ist, sollen die Familien der Vortruppleute und die Genossen derjenigen Berufe, die am meisten benötigt werden, abfahren. Feldküchenverpflegung ist vorgesehen, doch müsse sich jeder mit Lebensmitteln für vier bis sechs Wochen versorgen. Hat jemand dazu keine Mittel, so soll der Zentralrat für ihn sorgen. Der Aufbau der Verwaltung ist nach dem Rätesystem gedacht, eine technische Kommission soll die Arbeitsteilung übernehmen, alle Reparaturen sollen im Werkstattbetrieb gemacht werden, in Landwirtschaft und Industrie soll jegliche Eigenarbeit, wie z. B. in kleinen Bauernwirtschaften, ausgeschlossen sein, es gibt nur Gemeinsamkeitsarbeit. Großvieh, worunter auch Schweine, Schafe und Ziegen gerechnet werden, wird nur gemeinsam gehalten, denn in der Freizeit soll der Siedler nicht mehr aus Not des Lebens sich der Kleinviehzucht hingeben, sondern er soll Theater, Konzerte und Vorträge besuchen!! Nur eine bestimmte Anzahl von Gänsen, Hühnern usw. darf der Siedler halten, jeglicher Überschuß ist an die Kommune abzuliefern. Zu verteilende Grundstücke sollen unabhängig von der Familienstärke gleich groß sein, die Erträge des Gartenlandes stellen ja nur eine Liebhaberei jedes einzelnen dar und dienen nicht der Ernährung der Familie! Es soll bargeldloser Verkehr herrschen, allerdings muß für Garderobe, Wäsche und Schuhwerk jeder einzelne noch hier in Deutschland sorgen, also ehe der kommunistische Betrieb beginnt. Späterhin erhält der Siedler nur ein Kontobuch, in das die von ihm bezogenen Waren eingetragen werden, so daß er stets eine Übersicht über seinen Verbrauch hat, aber kein Geld in die Hände bekommt. Die Hauskocherei wird dann auch wieder eingeführt, aber nur so lange, bis die Siedlung aus dem größten heraus ist und eine tadellos arbeitende Zentralküche haben kann. Die Arbeitsleistung wird im Prinzip gleich gewertet, nur lebensgefährliche, ungesunde oder schwere körperliche Arbeit wird durch längere Ferien oder größere Lebensmittelzuweisung ausgezeichnet. Auch geistige Arbeiter erhalten längere Ferien. Im übrigen wird der Siedler ja unentgeltlich mit allem versorgt, auch mit Theater und Eisenbahn. Wenn die Siedlung erst gut floriert und die Kredite abgetragen sind, ein Reservefonds für alle Fälle gebildet ist und die Bildungsfonds entsprechend dotiert sind, dann wird der verbleibende Rest als Guthaben verteilt, aber so, daß alles Geld in der Zentrale bleibt und der ein elne nur sein Konto mitgeteilt bekommt. Innerhalb der Siedlung ist allerdings die Verwendung des Geldes unmöglich, der Eigentümer kann es also nur in seinen Ferien außerhalb erleben, innerhalb Rußlands oder bei Reisen nach Deutschland „zum Besuch der alten Eltern oder der Verwandten“. Das Guthaben darf, um Geiz vorzubeugen, die Summe von etwa 15 000 Rubel nicht übersteigen, innerhalb der Siedlung darf es unbedingt kein Geld geben. Braucht man Berufsarbeiter, die es unter den Mitgliedern nicht gibt, so können der Zentraleitung unterstellte Nichtmitglieder herangezogen werden, es sollen aber namentlich auf russischen Universitäten und Bildungsstätten aus den Siedlerkindern sofort alle Berufe, die man braucht, erzogen werden. In der Siedlung wird nichts von Arbeitspflicht gesprochen,

sondern nur von Arbeitsrecht, allerdings wird jeder, der sich von der Arbeitsleistung ausschließt, rücksichtslos selbst ausgeschlossen. Handel, auch Tauschhandel im einzelnen wird nicht gestattet, nur die Zentrale hat das Recht dazu. Es soll nur nach neuen Grundsätzen aufgebaute Arbeitsschulen geben, die die Kinder zu selbständigem Denken anregen und Austausch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit schaffen. Mann und Frau sind vollkommen gleichberechtigt. Da alle Ausbesserungsarbeit und auch die Neuherstellung von Kleidung zentralisiert wird, soll sich die Frau nicht mehr abplagen und im Haushalt sorgen, sondern dem Manne nur ein gemütliches Heim schaffen.

Die Denkschrift will noch nichts Endgültiges festlegen, sondern nur ein geistiges Fundament aufrichten. Man sieht, es handelt sich um eine vollkommene Utopie, wie sie seit alters her in solchen oder ähnlichen Formen in nationalökonomischen Systemen und Romanen aufgestellt worden sind. Bei derartigen Prinzipien wird die „Ansiedlung Ost“ praktisch als Siedlungsgenossenschaft wenig Freude erleben. Diejenigen, die sich ihr anschließen, müssen jedenfalls über diesen kommunistischen Aufbau sich vollkommen klar sein, damit sie, die sie ja in anderem Denken und anderen Begriffen von eigener Scholle und Vorwärtskommen durch eigene Leistung erzogen sind, später keine Enttäuschungen erleben.

Wir haben, gerade weil die Propaganda der Ansiedlung Ost jetzt so stark ist, geglaubt, die gedruckten Äußerungen der Gesellschaft so ausführlich wiedergeben zu sollen, damit überall völlige Klarheit geschaffen wird. Die Denkschrift sagt selbst zum Schlusse: „Wir können nur Genossen gebrauchen, welche den Mut und den festen Willen zur Tat besitzen. Nur mit diesen können wir unser Ziel erreichen.“ Sie wird in ihrem eigenen Interesse gründlich sein und aussuchen müssen, um überhaupt auch nur die Möglichkeit zu einem Anfang zu finden. Was späterhin werden wird, muß die Erfahrung zeigen.

Auskunftstelle für Auswanderer nach dem Osten.

Die „Ostseeland“-Auskunftstelle für Auswanderer nach dem Osten E. V. in Berlin W., Friedrichstr. 118, die am 18. 2. 1920 errichtet wurde, bezweckt nach § 2 ihrer Satzungen, die Auswanderung nach dem Osten, vornehmlich nach den Randstaaten (Lettland, Estland, Litauen, Weißrußland, Finnland), zu fördern und in geregelte Bahnen zu lenken und dabei Sorge zu tragen, daß die Auswanderer dem Deutschtum erhalten bleiben. Sie erteilt kostenlose Auskunft in allen die Auswanderung nach diesen Gebieten betreffenden Fragen, will in Deutschland Interesse und Verständnis für die Auswanderung nach dem Osten und deren Bedingungen wecken, Unterbringung und Ansiedlung vermitteln, Beziehungen zu den Auswanderungsgebieten anknüpfen und den Zusammenschluß der Deutschen und Deutschstämmigen im Auswanderungsgebiet in jeder Weise fördern.

Mitglieder des Vereins können Einzel- und juristische Personen werden. Der Vorstand besteht aus 3 Herren.

Freie Auswanderung nach Brasilien.

Wir haben wiederholt über das verlockende Angebot der brasilianischen Regierung auf freie Überfahrt von 3000 Landwirtschaftsfamilien berichtet. Vom Reichswanderungsamt wird nun auf Grund neuer inzwischen hier eingetroffener Berichte folgendes mitgeteilt:

Der deutsche Hilfsverein in Rio de Janeiro hat durch Erkundigung auf dem brasilianischen Einwanderungsamt festgestellt, daß die in deutschen Zeitungen erschienenen Anzeigen, nach denen 3000 landwirtschaftliche Auswanderer kostenlos auf brasi-

lianischen Schiffen von Rotterdam nach Rio befördert werden sollen, gar nicht von der zuständigen Stelle (Einwanderungsamt) veranlaßt worden sind! Diese Anzeigen stimmen nach dem Bericht des Hilfsvereins auch mit den Tatsachen insofern nicht überein, als die Überfahrtskosten nur vorgestreckt, also nicht erlassen werden sollen. Der Hilfsverein nimmt an, daß die Anzeigen von einer nicht genügend unterrichteten oder zuständigen Stelle, vielleicht von einem Beamten des brasilianischen Ministeriums des Äußern, das mit der Einwanderung nur indirekt zu tun hat, veranlaßt worden seien.

Über das Schicksal der mit den Dampfern „Benevente“ und „Avaré“ zunächst kostenlos von Rotterdam nach Rio beförderten deutschen Auswanderer berichtet der Hilfsverein folgendes: „Die mit ‚Benevente‘ angekommenen Deutschen sind teils in Rio Grande do Sul, teils in Paraná untergekommen, andere wurden in Sao Paulo als Dingarbeiter eingestellt. Die mit ‚Avaré‘ eingetroffenen deutschen Auswanderer behaupten, daß ihnen von einem Hamburger Verein (Name der Leiter ‚Schrott‘ und ‚de Lima‘) in Brasilien Landlose, d. h. Selbständigkeit versprochen worden seien. (Es ist dies die ‚deutsch-brasilianische Wirtschaftsvereinigung‘, auf deren Wirksamkeit wir in diesem Zusammenhang wiederholt warnend hingewiesen haben.) Leider hat nun die hiesige Regierung keine Lose mehr abgesteckt, will aber die Leute in Sao Paulo auf Landgütern als Arbeiter unterbringen. Die Angekommenen sind nicht zufrieden damit, sondern fürchten, in sklavische Abhängigkeit zu kommen, oder es doch nicht besser zu haben als in Deutschland. Die Herren hätten ihnen in Hamburg für die Anwerbung Geld abverlangt (sie zeigten Quittungen vor) und einen Brief mit Versprechungen des brasilianischen Generalkonsuls in Amsterdam vorgelesen.“

Mit diesen Ausführungen des deutschen Hilfsvereins in Rio de Janeiro stimmen weitere beim Reichswanderungsamt eingegangene Berichte von anderer Seite überein. Auch die brasilianische Presse hat sich bereits der Angelegenheit angenommen. So schreibt die in Rio erscheinende Zeitung „Correio da Manhã“ in ihrer Ausgabe vom 11. März d. Js.: „Letztthin kamen deutsche Einwanderer hier an. Sao Paulo mit seinem Klima, seinen Erzeugnissen und seinem Aussehen, das der einwandernde Italiener fast europäisch zu machen verstand, war der Staat, der die ersten Kolonisten nach Friedensschluß aufnehmen sollte, und so wurden diese für einige der großen Güter bestimmt. Es war eine allgemeine Enttäuschung sowohl für die Gutsbesitzer wie für die Kolonisten...“ Ein Deutscher, der mit großer Mühe ein Plätzchen dritter Ordnung in einem Hotel in Sao Paulo erhalten hatte, erzählte uns, daß er und viele Gefährten die Reise antraten, weil sie sich auf ungenaue Informationen unseres Generalkonsuls in Amsterdam verließen. Es ist schwer zu glauben, daß ein Konsul so leichtsinnig ist. Aber es wird gut sein für unsern Minister des Äußern, unseren Konsulaten die größte Sorgfalt bei der Erteilung von Auskünften dieser Art zur Pflicht zu machen, damit kein Fremder, der nach Brasilien kommt, sagen kann, daß er von einer brasilianischen Behörde getäuscht und hintergangen worden sei.

Inzwischen hat die brasilianische Einwanderungsbehörde die fernere Einwanderung unter Verauslagung der Reisekosten einstweilen einstellen lassen.

Zur deutschen Einwanderung in Brasilien.

Die deutsche Einwanderung in Brasilien nimmt nach der „Deutschen Post“ von Sao Leopoldo vom 19. März langsam an Lebhaftigkeit zu. Die Zeitung ermahnt die Rio

Grandenser Staatsregierung, für deren Unterbringung und Information in Porto Alegre die nötigen Anstalten zu treffen. Am meisten bemüht sich um die deutschen Einwanderer der Staat Sao Paulo, der den Heimsuchern zunächst Arbeit auf den Kaffeepflanzungen anbietet. Diese Arbeit sagt aber in der Regel den Deutschen wenig zu. Da die Einwanderer nun zumeist mittellos und unkundig sind, bleibt ihnen oft nichts weiter übrig, als dort hängen zu bleiben. Einwanderer, die nach dem gesünderen Süden Brasiliens wollen, tun darum gut, nicht in Santos, sondern in Rio auszusteigen, von wo sie nach dem Süden auch freie Reise erhalten. Die Zeitung bestätigt, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Valuta ein deutscher Einwanderer mindestens 50000 Mark benötigt, wenn er nicht mittellos dort anfangen will „und für dieses Geld kann er sich ja auch in Europa ein Landgut kaufen“.

Auswandererfahrten nach Brasilien.

Die Maiausgabe der „Deutschen-Auswanderer Zeitung“ weiß zu berichten, daß am 27. März 1920, vormittags 10 Uhr, der brasilianische Regierungsdampfer „Curvello“, die ehemalige „Alexandra Woermann“, den Hamburger Hafen verließ, um deutsche Auswanderer zum ersten Male von einem deutschen Hafen aus auf Kosten der brasilianischen Regierung in ihre neue Heimat zu befördern; es ist die dritte Ladung deutscher Auswanderer, welche „vorschußfreie Überfahrt“ genießen. Danach scheint es dem neuen brasilianischen Generalkonsul in Hamburg gelungen zu sein, beim brasilianischen Ackerbauminister trotz dessen Telegramms vom 10. März die Zulassung eines weiteren Transportes zu erwirken. Gleichzeitig bringt jetzt die Kolonie-Zeitung von Joinville vom 23. März die Nachricht, daß der Lloyd Brasileiro vorläufig seine Fahrten nach Hamburg eingestellt hat, da die Schiffe ohne jede Rückfracht die Reise antreten mußten, und die Verbindung ohne Gewinn sei. Menschliche Ware wiegt eben doch nicht tote Ware auf, zumal dann nicht, wenn es sich um anspruchsvolle Großstadtmenschen handelt, welche nur von der Überzeugung getrieben werden, daß es überall im Ausland besser sein müsse, als in Deutschland.

Die Besiedlung von Santa Catharina.

(Praktische Winke für Auswanderer.)

Die Besiedlung des Hinterlandes von Santa Catharina macht, nach Mitteilungen, welche dem Deutschen Ausland-Institut zugehen, gute Fortschritte. Die an der Sao Paulo—Rio Grandebahn gelegenen Ländereien werden zurzeit mit Deutsch-Österreichern, Italienern und Deutsch-Brasilianern besiedelt. Auswanderer, welche nach Santa Catharina streben, fahren am besten nach Rio de Janeiro und lassen sich von dort als Einwanderer nach Porto d' Uniao befördern. Von Rio nach Porto d' Uniao fährt die Bahn in 14 Stunden. Bei der Ausreise empfiehlt es sich, statt Bargeld, Waren mitzunehmen, wozu stets die Genehmigung der Zentralstelle für Aus- und Einfuhr nötig ist. Mit Bijouteriewaren, Uhren, Werkzeugen und allerlei kleinem Hausrat haben einwandernde Deutsche in letzter Zeit gute Geschäfte gemacht. Die Zollbehörden sind gegen die Einwanderer im allgemeinen nachsichtig. Ableugnen von verzollbaren Gegenständen bringt allerdings in der Regel eine gründliche Revision mit sich. Fabrikarbeiter, Beamte sowie Offiziere erleben bei der Einwanderung nach Brasilien noch immer schwere Enttäuschungen. Damit hängt zusammen, daß die österreichische Aktion Gammillscheg zusammengebrochen ist. Die Reste seiner Schützlinge haben bei Villa Nova ein Unterkommen gefunden. Mittellose Leute können, da die Regierung freies Land nicht mehr abgibt und die Kolonisations-

gesellschaften recht erhebliche Einzahlungen in kurzer Frist fordern, nicht dringend genug vor einer übereilten Auswanderung nach Santa Catharina gewarnt werden. Die Vorbereitungen zur Aufnahme von größeren Massen Auswanderer sind nach einstimmigem Urteil der Sachkenner noch kaum begonnen.

Neues aus der Kolonie Yapó-Parana-Brasilien.

Yapó ist eine der jungen Kolonien im Staate Parana, auf welcher zahlreiche württembergische Kolonisten wohnen. Unter dem 15. Februar wird dem Deutschen Ausland-Institut von dort berichtet: Trotzdem die Kolonie bereits 5 Jahre alt ist, ist von Fortschritt wenig zu sehen. Den „Stadtplatz“ bilden nur wenige Gebäude, Schulhaus, Apotheke, Verwaltungsgebäude und das fast immer leerstehende Doktorhaus. Eine Vende (Kaufhaus) und ein Rasseviehstall sind kürzlich dazugekommen. Eine Sägemühle ist im Bau, die den Kolonisten geschnittene Bretter liefern soll.

Die Kolonie hat im vergangenen Sommer unter Heuschreckenschwärmen sehr zu leiden gehabt. Wohl unterziehen sich einzelne Kolonisten der löblichen Mühe, die Brut zu vernichten und ihre Pflanzungen zu retten; doch es fehlt am gemeinsamen Vorgehen, wodurch allein eine wirkliche Bekämpfung der Plage möglich wäre. Man wartet vergeblich auf durchgreifende Hilfe der Regierung.

Den Deutschen benachbart befinden sich Brasilianer und Caboclos, deren Schweine die deutschen Pflanzungen verwühen und verderben. Beschwerden hatten keinen Erfolg und Selbsthilfe brachte den Deutschen nur Bedrohungen von seiten der Viehbesitzer. Auch das Fehlen eines Arztes wird schmerzlich empfunden. Aus allen diesen Gründen haben alte und fleißige Kolonisten schweren Herzens sich gezwungen gesehen, die Kolonien zu verlassen, um sich anderweitig ihr Fortkommen zu suchen.

Der landwirtschaftliche Verein der Kolonie Yapó tritt warm für ein einmütiges Zusammenhalten der Polen, Deutschen und Brasilianer im Kampf gegen die Heuschrecken ein. Sollte dieser Appell keinen Erfolg haben, so wird die Kolonie bald von den letzten Deutschen verlassen sein.

Paraguayische Regierungskolonien.

Das „Argentinische Wochenblatt“ hatte vor einiger Zeit in Zweifel gestellt, ob die von der paraguayischen Regierung zur Verfügung gestellten Ländereien der Colonia Independencia in Mubevo ihr tatsächlich in vollem Umfange gehören. Der Deutsche Volksbund für Paraguay wandte sich daraufhin mit einer Anfrage an die Regierung. Auf diese lief folgender Bescheid ein: „Die in Frage kommenden Ländereien wurden durch Escritura Pública am 14. Nov. 1894 durch die Regierung von Ramigio Mazó käuflich erworben und sind seit dieser Zeit im Registro General de la Propiedad als Fiskalland eingetragen, ebenso in der Sección Patrimonio Fiscal del Departamento de Ingenieros“.

„Paraguay, Winke für Einwanderer“.

(Herausgegeben vom Deutschen Volksbund für Paraguay.)

Nachtrag.

Bei Erscheinen unseres Buches im Juni v. J. waren bereits die ersten Einwanderer aus Deutschland angekommen. Ende des Jahres setzte die Einwanderung etwas stärker ein, um seit Anfang des laufenden Jahres wieder nachzulassen, meist infolge der schlechten Kursverhältnisse. Im ganzen schätzen wir die nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes Angekommenen auf 250—300 Familien bzw. Einzelpersonen. Eine genaue Statistik konnte nicht geführt werden, weder von uns, noch den Einwanderungsbehörden, weil eine Anzahl der Eingewanderten beide Stellen nicht aufgesucht hat.

Wenn wir uns in unseren heutigen Ausführungen zunächst mit den bereits Eingewanderten beschäftigen, so können wir sagen, daß der größte Teil derselben ein bescheidenes Unterkommen gefunden hat. Einigen ist es gelungen, recht angenehme Stellungen zu erhalten, während andere wieder — meist für hier untaugliche Elemente — nur mit großer Mühe vorankommen.

Recht gut haben es ehemalige Offiziere, Militärbeamte und junge Landwirte getroffen, welche teils im Heeresdienst bzw. in der Heeresverwaltung untergekommen sind, teils als Schüler in Großviehzüchtereien angestellt sind. Große Gehälter werden selbstverständlich im Anfang niemand bezahlt — wenige Ausnahmen abgerechnet —, bedingt durch Mangel von Kenntnissen der spanischen Sprache und andererseits durch die teilweise Unkenntnis des ergriffenen Berufes. Immerhin werden strebsame Männer sich eine sichere Zukunft schaffen können. — Ähnlich befriedigende Bedingungen hat die große Mehrzahl der Handwerker gefunden, besonders Mechaniker, Dreher, Schlosser, Tischler, Schneider, Elektriker, Maschinenfachkundige usw. — Kaufmännische Angestellte haben nur in einzelnen Fällen bescheidene Pöstchen erhalten können und sich meist unter wenig günstigen Bedingungen anderen Berufen widmen müssen. — Unsere Landwirte haben in den Urwaldkolonien nicht die besten Erfahrungen gemacht, erstens infolge von Mangel an Mitteln und zweitens wegen der so gänzlich verschiedenen Arbeitsweise. Vor allen Dingen scheiterten sie meist da, wo sie auf sich selbst angewiesen waren, ohne Beratung. Urwaldarbeit ist, wie wir wiederholt in unserem Buche betont haben, für Europäer keine leichte Sache; nur sehr tüchtige Leute halten aus. Sehr günstig ist die Nachbarschaft von urwaldgewohnten Deutsch-Brasilianern. — In Anbetracht dieser Umstände verzichteten viele zunächst auf Selbständigkeit und arbeiten in Lohn bei deutschen und nichtdeutschen Bauern. So gewöhnen sie sich ohne größeres Risiko, aber auch bei bescheidenem Verdienst, an die hiesige Arbeitsweise und werden später sicherlich schneller vorankommen, als diejenigen, welche allzu großen Wert auf sofortige Selbständigkeit legten.

Eine sehr stattliche Anzahl von Eingewanderten haben in deutschen und nichtdeutschen Familien und Betrieben Anstellung gefunden, und zwar meist dergestalt, daß die Frau als Köchin arbeitet, der Mann in Hof und Garten, oder irgendeinen besonderen Beruf ausübt, je nach der Art des Betriebes. Kinder werden meist mit übernommen, besonders wenn es sich um solche zwischen 8 und 16 Jahren handelt. Gute Köchinnen sind sehr gesucht. — Sehr große Mühe hat das Überbringen von ehemaligen Beamten gemacht, für welche hier absolut keine Aussicht vorhanden ist. — Fast dasselbe kann man sagen von Ingenieuren aller Art, die hier höchstens durch Zufall eine ihren Fähigkeiten angepaßte Stelle erhalten könnten; bisher mußten sie mit vieler Mühe anderen Beschäftigungen nachgehen.

Ein kleiner Teil der Eingewanderten wanderte wieder nach Argentinien zurück, einige wenige nach Deutschland, meist Vertreter von Siedlungsgesellschaften, um Bericht zu erstatten. Solche, welche aus anderen Gründen zurückwanderten, waren durchweg für Paraguay unbrauchbare Elemente.

Die bislang Eingewanderten haben sich fast durchweg aus brauchbaren Elementen zusammengesetzt. — Leider kamen die meisten mittellos an, nur wenige verfügten über etwas Vermögen. Die Mehrzahl hatte mit dem Preis der Überfahrt den letzten Rest Vermögen geopfert. — Andere wieder haben einen Teil ihres Vermögens in der alten Heimat zurückgelassen, um später einen besseren Kurs zum Umwechseln zu benutzen. —

Nur in einzelnen Fällen befanden sich Einwanderer im Besitz eines Vermögens, mit dem sie recht gut ausreichenden Grundbesitz mit allen Einrichtungen hätten kaufen können. Leider waren gerade diese Herrschaften allen Ratschlägen unzugänglich. Es ist fast unglaublich, wie ungeschickt viele Eingewanderte hier vorgegangen sind. Statt sich die in unserem Buche wiederholt ausgesprochenen Mahnungen zu Herzen zu nehmen, glaubten viele, bei Einwandereragenten usw. besser beraten zu sein. Oft genug wurden die Betreffenden erst durch Schaden klug. Auch unsere wiederholte Mahnung, gute Ratschläge anzunehmen und nicht schon von vornherein alles besser wissen zu wollen, ist vielfach nicht beachtet worden. Besonders hartnäckig darin haben sich unsere Bauern erwiesen. In unserem Geschäftszimmer wurden uns gleich nach der Begrüßung oft Vorträge über Baumwollbau, Ackerbau und Viehzucht im allgemeinen, über Reformen usw. gehalten. Das Schlimmste ist, daß die wenigsten von ihrem Irrtum abgebracht werden konnten. — Noch schlimmer aber waren einzelne Amateur-Landwirte aus besseren Ständen, welche oft bereits nach 14 Tagen alles wußten, was in Paraguay zu lernen war, und zwar viel besser, als die Alteingesessenen.

Ende Januar/Anfang Februar ist in den größten deutschen Zeitungen unter der Überschrift: „Über Auswanderung nach Paraguay“ ein Artikel aus der Feder unseres Vorsitzenden erschienen. Das darin Gesagte ist auch heute noch maßgebend. Auch die in unserem Buche „Paraguay, Winke für Einwanderer“, angeführten Daten bestehen heute noch zu Recht; die Preise für Grund und Boden sind teilweise noch eine Kleinigkeit gestiegen. Was die Mindestsummen betrifft, welche wir in unserem Buche für die verschiedenen Berufe angegeben haben, so tut man gut, eher etwas höher als niedriger zu schätzen, da die Lebensführung infolge der stetig anziehenden Preise für Einfuhrwaren teurer geworden sind.

Auf Unterstützung durch Deutsche kann der Einwanderer wenig rechnen, da viele durch den Krieg gelitten haben und andauernd unter der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis noch leiden.

Ungelernte Industriearbeiter, Minerarbeiter usw. haben in Paraguay keinerlei Aussicht auf Vorwärtskommen; sie können höchstens als landwirtschaftliche Arbeiter ein bescheidenes Dasein führen.

Für Forstbeamte bietet Paraguay kein Tätigkeitsfeld.

Es liegt nun auf der Hand, daß bei der Entwertung der Mark für die Ansiedlung in Paraguay ein verhältnismäßig hohes Kapital benötigt wird, besonders, wenn die Familien vielköpfig sind. Die Reiseunkosten verschlingen ein Vermögen, mit dem man schließlich drüben, oder bei Ansiedlung im Osten, weit mehr erreichen kann. Dabei muß unbedingt darauf Bedacht genommen werden, daß besonders Familien bei ihrer Ankunft etwas Kapital besitzen müssen, um nicht in Elend anzufangen. Dieser wichtige Umstand wird immer wieder vergessen. Wir begreifen, daß bei den heutigen Zuständen viele ein besseres Los im Ausland erwünschen und daß man das Schlimmste zu ertragen gewillt ist, nur um die alten Zustände nicht mehr mit ansehen zu müssen. Dieser gute Wille und viel Energie gehen aber verloren, wenn man in unbekanntem Lande die rauhe Wirklichkeit verspürt. Also jeden Optimismus beiseite lassen!

Vor allen Dingen erkundige sich der Auswanderungslustige über den Preis der Überfahrt nach Buenos Aires und nach dem Stande des Markkurses. Wir wissen, daß viele nach Holland gingen und dort erfahren mußten, daß ihr Geld die Überfahrt nicht zur Hälfte deckte.

Die Verhältnisse in Paraguay haben sich seit unseren letzten Veröffentlichungen nicht gerade verbessert. Der Kurs unseres Papiergeldes verschlechtert sich andauernd infolge der schlechten Ausfuhrmöglichkeiten, während andererseits die Einfuhrartikel unverhältnismäßig steigen und das Leben andauernd verteuern. Leider halten damit die Landesprodukte nicht Schritt, der Landwirt kämpft heute mit großen Schwierigkeiten.

Schließlich noch ein Wort über Siedlungsgesellschaften. Wir zweifeln zwar nicht daran, daß solche in Paraguay in kleinerem Stile zu arbeiten vermögen, d. h. in kleineren Gruppen, wofür die Regierung Land zur Verfügung hat. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß größere Landeskonzessionen stets der Genehmigung der Kammern bedürfen. Diese Genehmigung ist nicht gerade leicht zu erreichen, einerseits, weil die Regierung auf diesem Gebiete schlechte Erfahrungen gemacht hat und weil die Regierung über größere Ländereien, die für Siedlung in Frage kommen, nicht verfügt, wenigstens nicht an geeigneten Punkten. Auf jeden Fall kann ein solches Unternehmen nicht drüben fix und fertig hergestellt werden, wie man es bislang versuchte. In unseren letzten Ausführungen hatten wir besonders der Siedlungsgesellschaften gedacht. Alle sind auf falscher Grundlage aufgebaut. Die eine will ihre Leute für 5000 Mk. bis hierher befördern, Land geben usw.; sie behauptet, bereits von der Regierung Land erhalten zu haben usw. Dabei hat niemand die Verhältnisse untersucht. Wir warnen, wo wir können, oft genug umsonst. Jedenfalls

raten wir jedem Landsmann, nicht eher Geld in ein derartiges Unternehmen zu stecken, bevor er nicht die Ansicht des Reichswanderungsamtes, oder noch besser, unsere Ansicht, eingeholt hat. Das eingezahlte Geld könnte sonst leicht verloren gehen.

Die Reise von Buenos Aires nach Asunción wird neuerdings wieder von der Regierung bezahlt. Das Dekret gilt für das laufende Jahr, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Vergünstigung eines Tages wieder aufgehoben wird, denn die paraguayische Regierung befindet sich in großen Geldschwierigkeiten. Anfänglich sollte die Reise nur solchen Personen vergütet werden, welche für Regierungskolonien bestimmt sind, doch hat man in der Praxis die Verordnung so ausgelegt, daß alle brauchbaren Elemente die freie Reise erhalten. Ein bestimmtes Versprechen kann man allerdings in dieser Beziehung nicht machen, obwohl zu vermuten ist, daß während des laufenden Jahres die Bestimmung in Kraft bleibt wie angedeutet.

Damit wollen wir unsere heutigen Ausführungen schließen. Wir raten nochmals dringend allen Auswanderungslustigen, sich nicht leichtsinnig in ein ungewisses Unternehmen zu stürzen, eingehend zu prüfen, ob alle Vorbedingungen für eine bessere Zukunft vorhanden sind und alle Entschlüsse nur nach reiflicher Überlegung zu fassen.

Asunción, im März 1920.

Deutscher Volksbund für Paraguay E. V.

R. John, 1. Vorsitzender.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten).

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschum i. allg.: 17. 35. 55. 65. 69. 79. 81. 85. 94.
96. 101. 106. 118. 119.

Grenzdeutschum: 8. 18. 19. 22—24. 30. 40. 45. 56. 60. 61. 70.
71. 90. 93. 99. 104. 107. 113. 114. 117.

Auslandkunde i. allg.: 21. 25. 44. 48. 51. 55. 62. 76. 81. 82.

Auswanderung: 2. 12. 13. 20. 32. 35. 54. 57. 80. 91. 97. 103.
108. 111. 112.

Außenhandel: 8. 9. 43. 46. 49. 58. 64. 74.

Mission: 53. 100. 102. 115.

Deutschum im Urteil des Auslandes: 14. 16. 27. 34. 41. 42.
73. 83. 84. 88.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 12. 75. 84.

Nord- u. Osteuropa: 5. 6. 12. 20. 36. 43. 45. 49. 64. 71. 86. 87.
98. 101. 104.

Süd- u. Südosteuropa: 7. 10. 15. 37. 52. 60. 61. 70. 105. 114.
116. 119.

Vorderasien: 109.

Zentralasien: 38.

Ost- u. Australasien: 26. 63.

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

Afrika: 31. 47. 85. 89.

Nordamerika: 3. 13. 41. 66. 68. 95. 110.

Mittel- u. Südamerika: 1. 2. 4. 11. 12. 28. 29. 32. 33. 35. 39. 50.
54. 57—59. 67. 72. 77. 78. 80. 91. 92. 97. 103. 108. 111. 112.

I. Einzelschriften.

1. *Atlas America Latina*. A geographic, economic and commercial atlas of Mexico, Central America, West Indies and South America presenting a series of new maps, commercial charts and descriptive data of the twenty Latin American republics. New York: General Drafting Co. [1920]. \$ 20.—.
2. **Berater für deutsche Einwanderer nach Argentinien*. Hrsg. vom deutschen Volksbund f. Argentinien gemeinsam mit dem Verein z. Schutze german. Einwanderer. Bearb. vom Deutschen wissenschaftl. Verein. Buenos Aires 1920. 89 S. 8°.
3. *Bernstorff*, Graf Johann Heinrich, Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem 5 jährigen Kriege. Berlin: Ullstein 1920. XI, 413 S. 8° M 36.—.
4. *Bland*, J. O. P., Men, manners and morals in South America. London: Heinemann [1920]. 12 sh 6 d.
5. **Brueckner*, Alexander, Polnische Literaturgeschichte. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 122 S. 8° M 2.40. (Sammlung Göschen. 789.)
6. **Brueckner*, Alexander, Russische Literaturgeschichte. 1: Von den Anfängen bis 1866. 2: 1867—1914. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1919. 8° je M 2.40. (Sammlung Göschen. Bdch 166. 788.)
7. *Brunialti*, Attilio, Le nuove provincie italiane nella natura, nella storia, nell' arte e nella vita degli abitanti. Vol. 3. Il Friuli orientale. Con 7 tav. Torino: Paravia [1920]. 16.—.
8. *Calmes*, Albert, Der Zollanschluß des Großherzogtums Luxemburg an Deutschland (1842—1918). Bd 1. 2. Luxemburg 1919: Beffort. 8°.

9. *Cohnitz*, Ernst, Die internationalen Rechtsbeziehungen hinsichtlich abhanden gekommener Inhaberpapiere. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 150 S. 8°.
10. *Coppel*, Por la patria y por la verdad. Resumen de Cinco años de propaganda. Madrid 1920. Impr. Helénica. 383 S. Pes. 4.—.
11. *Cros*, Louis, L'Argentine pour tous. Paris: Michel [1920]. fr. 6.75.
12. Übersichtliche *Darstellungen* der Verhältnisse in den Auswanderungsländern. Hrsg. i. Auftr. des Reichswanderungsamtes. H. 2—6. Berlin: Zentralverlag 1920. 8°.
2. Holland. Febr. 1920. M 0.80.
3. Süd-Brasilien. Jan. 1920. M 1.50.
4. Norwegen. März 1920. M 0.80.
5. Schweden. März 1920. M 0.80.
6. Einwanderungs- u. Kolonisationsgesetz d. Verein. St. v. Venezuela v. 20. Juni 1918. März 1920. M 1.50.
13. *Davis*, Philip and Bertha *Schwartz*, Immigration and Americanization. Selected readings. Boston: Ginn [1920]. \$ 4.—.
14. *Drouilly*, J., Germain et E. *Guérinon*, Les chefs-d'oeuvre de la propagande allemande. Paris: Berger-Levrault [1920]. fr. 12.—.
15. *Fabius*, J., Das Brutnest. Momentbilder aus d. Balkan vor dem Weltkriege. Berlin: Stilke 1920. 63 S. 8° M 3.—.
16. *Felstead*, Sidney Theodore, German spies at bay. Being an actual record of the German espionage in Great Britain during the years 1914—18. Compiled from official sources. London: Hutchinson [1920]. 8 sh 6 d.
17. *Fick*, Richard, Auslandsdeutschtum u. Kulturpolitik. 2 Vortr. geh. am 27. u. 28. 11. 1919. Neumünster: Dittmann 1920. 52 S. 8° M 2.—.
18. *Die drei Fragen* des Oberschlesiens. Berlin: Zentralverlag 1920. 57 S. 8° M 4.—.
19. *Führer* durch Oberschlesien. Ein kurzes Hand- und Heimatbuch. Hrsg. vom „Oberschlesier“. Oppeln: H. Muschner i. Komm. 1920. 52 S., 1 Kt. 8° M 5.—.
20. *Gargas*, Sigismund, Das polnische Auswanderungsproblem. Mannheim: Bensheimer (1919). 20 S. 4° M 3.60. aus: Blätter f. vergleichende Rechtswissenschaft u. Volkswirtschaftslehre. Jg. 15, Nr 1—4.
21. *Goetz*, Walter, Nation u. Völkerbund. Berlin: Engelmann 1920. 16 S. 8°. (Deutsche Liga f. Völkerbund. Flugschr. 10.)
22. *Hoffmann*, Karl, Westpreußen als Sinnbild. Leipzig: Grunow 1920. 38 S. 8° M 2.50.
23. *Kirkeby*, Anker og Erik H. *Schach*, Sønderjylland som det er. Kopenhagen: Gyldendal [1920]. Kr 28.—.
24. (*La Cour*, Vilh.), Sangen om Sønderjylland. Samlet ved genforeningen med Danmark. (Enledning af Vilh. Andersen. Friser og Vignetter af Joakim Skovgaard efter Udkast af Th. Bindesboll.) Kopenhagen: Aschehoug [1920]. Kr 50.—.
25. *Lensch*, Paul, Die politische Kinderstube. Ein Buch der Erziehung des Deutschen zum Staatsbürger. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 87 S. 8° M 5.50. (Zellenbücherei. Nr 28.)
26. *Mac Govern*, William Montgomery, Modern Japan. Its political, military and industrial organization. With a preface by E. Denison Ross. London: Unwin [1920]. 15 sh.
27. *Maxe*, Jean, De Zimmerwald au bolchévisme ou le triomphe du marxisme pangermaniste. Paris: Bossard [1920]. fr. 7.50.
28. *Miller*, Leo E., In the Wilds of South America. With 70 illustr. and a map. London: Fisher Unwin 1919. XXIV, 428 S. 8° 21 sh.
29. *Mirau*, Leo, Argentinien von heute. Schilderung von Land u. Leute[n]. 3. Aufl. Buenos Aires: Libreria Mirau 1920. 132 S. 8°.
30. *Der deutschen Ostmärker Not*. Ein Wort ans deutsche Volk. Frankfurt a. O.: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge 1920. 16 S. 8° M 1.25.
31. *Penzer*, N. M., Cotton in British West-Africa including Togoland and the Cameroons. With an introd. by Viscount Milner. London: Murby [1920].
32. *Ratschläge* für Auswanderer nach Südbrasilien. Auf Veranlassung d. Zentralvereins f. Handelsgeogr. u. Förderung deutscher Interessen i. Auslande zu Berlin bearb. u. hrsg. von A. W. Sellin. 6. umgearb. u. verm. Aufl. Berlin: Selbstverl. d. Ver., i. Komm.: Leipzig: Herbig 1920. XIV, 118 S. 8° M 8.—.
33. *Schindler*, Max, Brasilien. Ein Wegweiser zur Bearbeitung des brasilianischen Urwaldes. Lebensführung u. Erwerb im Urwald. Hamburg: M. Thaden [1920]. 18 S. M 2.—.
34. *Schmidt*, Charles, Was die Deutschen mit Elsaß-Lothringen vorhatten. Paris: Berger-Levrault [1920]. fr. 2.—.
35. *Schoeffer*, Carl, Das nördliche Südamerika, Deutschtum u. Auswanderung. Berlin: Süsserott [1919]. 40 S. 8° M 1.40. (Schriften d. Instituts f. Auslandkunde u. Auslandsdeutschtum. H. 8.)
36. *Schuecking*, Lothar, Ein Jahr auf Ösel. Beiträge zum System Ludendorff. Berlin: Fritz Würtz 1920. 114 S. 8° M 8.—. (Baltische Bücherei. Bd 41.)
37. *Schulten*, Adolfo, Hispania. (Geografía, etnología, historia.) Traducción del alemán por los doctores Pedro Bosch Gimpera y Miguel Artigas Ferrando. Con un apéndice sobre la arqueología prerromana hispánica por Pedro Bosch Gimpera. Barcelona 1920: Tipografía la Academia. 242 S. Pes. 7.—.
38. *Schultz*, Arved, Die natürlichen Landschaften von Russisch-Turkestan. Grundlagen einer Landeskunde. Mit 15 Kt. Hamburg: Friederichsen 1920. XI, 66 S. 8° M 10.—. (Abhandlungen d. hamburg. Universität aus d. Gebiet d. Auslandkunde. Bd 2, Reihe C, Bd 1.)
39. *Serret*, Felix, En Argentine. Les 36 métiers de l'émigrant. Paris: Plon [1920]. fr. 5.—.
40. *Sieger*, Robert, Die neuen Grenzen der Steiermark. Graz 1920. aus: Jahrb. d. „Steir. Gebirgsvereins“ 1920, S. 29—35.
41. *Stuart*, Henry, Villa Elsa. A story of German family life. New York: Dutton [1920]. \$ 2.—.
42. *Talbot*, Hayden, After „the day“. Germany unconquered and unrepentant. London: Jenkins [1920]. 12 sh 6 d.
43. *Ungern-Sternberg*, Roderich von, Sowjetrußland und wir. Ist ein wirtschaftliches Abkommen mit Räterußland zurzeit erstrebenswert? Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft [1920]. 35 S. 8° M 3.60.
44. *Valentin*, Veit, Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland. Ein geistesgeschichtlicher Versuch. Berlin: Engelmann 1920. 170 S. 8° M 10.—.
45. Die nationalen *Verhältnisse* im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Mit 1 Kt. Berlin 1919: Reichsdruckerei. 21 S. 8°.
46. *Vershofen*, Wilhelm, Außenhandelsbilanz und Valuta. Gotha: F. A. Perthes 1920. 36 S. 8° (Das neue Reich. Perthes' Schriften z. Weltkrieg. N. F. H. 11.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

47. *The African-World-Annual* 1919—20. Ed. and comp. by Leo Weinthal and W. Ingram-Lyon. London: The African World [1920]. 3 sh 6 d.

48. *Geographisches Jahrbuch*. Begr. 1866 durch E. Behm. Bd 38, 1915—18. 2. Hälfte. In Verb. mit J. van Baren... hrsg. von Hermann Wagner. Gotha: Justus Perthes 1920. S. 187—386. 8° M 15.—.
 49. *Svensk industrikalender*. Upptagande till Sveriges industriförbund anslutna industriföretag och deras tillverkningar. Utg. av. Aug. Heßler. 1920. Stockholm: Nordiska bokh. (1920). Kr. 25.—.
 50. **Kalender* für die Deutschen in Brasilien. Jg. 39. 1920. São Leopoldo: Rotermund & Co. 336 S. 8° [Beim Verleger vergriffen].
 51. *League of Nations Official Journal*. Nr 1, February 1920. London: Harrison 1920. 8° 1 sh.
 52. **Deutscher Volkskalender* für BeBarabien 1920. Tarutino: „Deutsche Zeitung BeBarabiens“ 1920. 74 S. 8° Rbl 8.—.
- III. Zeitschriftenaufsätze.**
53. *Axenfeld*, Unsere Ausstoßung aus Deutsch-Ostafrika. in: Berliner Missionsberichte. Jg. 1920. H. 4, S. 49. Berlin: Berliner Missionsgesellschaft.
 54. *Backhaus*, Die Auswanderung nach den La-Plata-Staaten. in: Deutsche Kultur in d. Welt. Jg. 6. 1920. Heft 2/3, S. 63. Leipzig: K. F. Koehler.
 55. *Bley*, Fritz, Kolonialpolitik einst u. jetzt. in: Der Türmer. Jg. 22. 1920. H. 8, S. 128. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
 56. *Boehm*, M. H., Grenzdeutsche Reichstagskandidaturen. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 15, S. 62. Berlin: K. F. Koehler Abt. Grenzboten.
 57. *Brinckmann*, J. [u. a.], Niederlassung [von Ärzten] in Südamerika, bes. in Argentinien. in: Münchener medizin. Wochenschrift. Jg. 67. 1920. Nr 11, S. 335. München: Lehmann.
 58. *Der Buchhandel* in Mexiko. (Von dem nach Mexiko entsandten Berichterstatter des deutschen Wirtschaftsverbandes f. Süd- u. Mittelamerika.) in: Lateinamerika (D) 1920, Nr 2, S. 92. Berlin: Deutscher Übersiedienst, G. m. b. H.
 59. *Burckhardt*, Wilh. G., Paraguay. Wirtschaftsleben u. Siedlungswesen. in: Deutsche Kultur in der Welt. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 54. Leipzig: K. F. Koehler.
 60. *Present conditions* in Czecho-Slovakia. A dangerous and deplorable situation. in: Foreign Affairs. Vol. 1. 1920. Nr 10, S. 9. Westminster: Union of Democratic Control. [vgl. den Auszug in H. 10, 1920, S. 296—298 des „Auslanddeutschen“].
 61. *Daniels*, Emil, Tschechische Geschichtsauffassung. in: Preuß. Jahrbücher. Bd 180. 1920. H. 1, S. 65. Berlin: Stilke.
 62. *Dehn*, Edgar, Hochschule u. Ausland [Bedeutung der deutschen Hochschulen für die Ausländer u. für die Beurteilung der deutschen Politik durch das Ausland]. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 17, S. 503. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.
 63. *Detzner*, A., Neuguinea im Weltkrieg. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 16/17, S. 65. Berlin: K. F. Koehler Abt. Grenzboten.
 64. *Deutschland* und der Osten. Eine Betrachtung d. völkischen u. wirtschaftl. Beziehungen d. Deutschen mit den Ländern d. Ostens. Sonderh. von „Deutsche Kultur in der Welt“. Jg. 6. 1920. H. 1. Leipzig: K. F. Koehler.
 65. *Ebstein*, Otto, Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 16/17, S. 96. Berlin: K. F. Koehler Abt. Grenzboten.
 66. *Eiselmeier*, J., Die Deutschamerikaner. in: Die neue Zeit. Jg. 2, Vol. 2. 1920. Nr 10, S. 7. Chicago: Geschäftsstelle d. „Neuen Zeit“.
 67. *Ende*, Chile u. die deutsche Kolonisation. in: Deutsche Kultur in d. Welt. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 45. Leipzig: K. F. Koehler.
 68. *Fehlinger*, Hans, Die Verbreitung der deutschen Sprache in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. in: Deutsche Kultur in d. Welt. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 89. Leipzig: K. F. Koehler.
 69. *Fick*, Richard, Das Auslandsdeutschtum u. die Bibliotheken. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 16/17, S. 100. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
 70. *Friedrich*, Fritz, Der Kampf um die Südmark. in: Jungdeutsche Stimmen. Jg. 2. 1920. H. 4, S. 97. Hamburg: Verlag d. deutschen Volkstums.
 71. *Geisler*, Walter, Der „polnische Korridor“ im Gebiet der Provinz Westpreußen. in: Geogr. Zeitschrift. Jg. 6. 1920. H. 3, S. 67. Leipzig: Teubner.
 72. *Geißler*, Bruno, Schule u. Kirche bei den Deutschen in Südamerika. in: Deutsche Kultur in d. Welt. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 72. Leipzig: K. F. Koehler.
 73. *Gillet*, Louis, Le bureau allemand de la presse. Souvenirs d'un fonctionnaire de l'Empire [über Hamann, Der neue Kurs]. in: Revue des Deux Mondes. Année 90, Tom. 57, 1920. Livr. 1, S. 205. Paris: Revue des Deux Mondes.
 74. *Goldschmidt*, Hans, Jahrbücher als Quelle weltwirtschaftlicher Forschung. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 15. 1920. H. 4, S. 481. Jena: Fischer.
 75. *G[rabowsky]*, Adolf, [Besprechung von] „I am English“. 2. Aufl. Berlin: „Politik“ 1919. in: Das neue Deutschland. Jg. 8. 1920. H. 11/12, S. 226. Gotha: F. A. Perthes.
Muster einer produktiven Besprechung, die im Rahmen einer Kritik an der heute in Deutschland noch vielfach üblichen einseitig materialistischen Auffassung des neuen England in die sich dort vollziehende geistige Umwandlung einführt. H. M.
 76. *Hamburger*, Ernst, Nationale Bewegung. (Deutsch-Österreich, Ungarn, Deutsch-Westungarn, Ägypten, Auslands-kunde). in: Sozialist. Monatshefte. Jg. 26. Bd 54, 1920. H. 5/6, S. 277. Berlin: Sozial. Monatshefte.
 77. *Hassert*, Kurt, Mexiko, geographisch, wirtschaftl. u. politisch. in: Deutsche Kultur in d. Welt. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 2. Leipzig: K. F. Koehler.
 78. *Hauthal*, R., Argentinien. Land, Leute u. Kultur. in: Deutsche Kultur in d. Welt. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 29. Leipzig: K. F. Koehler.
 79. *Hennings*, C. R., Deutschtum und Naturalisation. in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung. Jg. 5. 1920. Nr 9/10, S. 113. Berlin: Hofrichter.
 80. *Hiller*, Erich, Leiter d. chir. Abt. d. Deutschen Hospitals in Buenos Aires, Brief aus Argentinien. in: Münchener medizin. Wochenschrift. Jg. 67. 1920. Nr 13, S. 384. München: Lehmann.
 81. *Horvath-Petrichevich*, Emil, Der Schutz der Minderheiten. in: Österr. Rundschau. Bd 63. 1920. H. 2, S. 55. München: Drei Masken-Verlag.
 82. Das internationale intermediäre *Institut* im Haag. in: Weltwirtschaftl. Archiv, Chronik u. Archivalien. Bd 15. 1920. H. 4, S. 446. Jena: Fischer.
 83. *Johansson*, Johan Erik, Die Hungerblockade von außen gesehen. in: Süddeutsche Monatshefte. Jg. 17. 1920. H. 7, S. 18. München: Südd. Monatshefte.

84. *Keynes*, John Maynard, Wie ist der Versailler Friedensvertrag zu verbessern? 1—3. in: *Glocke*. Jg. 6. 1920. H. 3—5. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
85. Aus ehemals deutschen Kolonien. Kriegssentschädigung f. Schäden in d. deutsch. Kolonien — Neues aus Südwestafrika —. in: *Tropenpflanzer*. Jg. 23. 1920. Nr 3, S. 82. Berlin: Der Tropenpflanzer.
86. *Kuegelgen*, Carlo von, Die Rolle des Deutschtums in Finnland. in: *Weltwirtschaft*. Jg. 10. 1920. Nr 4, S. 104. Berlin: Heymann.
87. *Kuehn*, Joachim, Ein vergessener Baltendichter: Alexander von Sternberg. in: *Preuß. Jahrbücher*. Bd 180. 1920. H. 1, S. 101. Berlin: Stilke.
88. *Leopold-Lacour*, Mary, Richard Wagner a prophétisé notre victoire. in: *La Revue Mondiale*. Année 31. Vol. 135. 1920. Nr. 9, S. 5. Paris: La Revue Mondiale.
89. *Leutwein*, Paul, Das portugiesische Kolonialreich in Afrika. in: *Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien*. Bd 15. 1920. H. 4, S. 331. Jena: Fischer.
90. *Loening*, Völkerrechtliche Stellung Danzigs nach dem Versailler Friedensvertrag. in: *Recht u. Wirtschaft*. Jg. 9. 1920. Nr 2. Berlin: Heymann.
91. *Lutz*, Otto, Mittelamerika als Ziel deutscher Auswanderung. in: *Deutsche Kultur in d. Welt*. Jg. 6. 1920. H. 2/3 S. 8. Leipzig: K. F. Koehler.
92. *Martin*, C[urt], Argentinien ein Ziel deutscher Auswanderung. in: *Deutsche Kultur in d. Welt*. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 29. Leipzig: K. F. Koehler.
93. *Merrem*, Gerhard, Deutschland u. die tschechoslowakische Republik. in: *Konservative Monatsschrift*. Jg. 77. 1920. H. 11, S. 337. Berlin: Konserv. Schriftenvertriebsstelle.
94. *Meyer*, Selbstbestimmungsrecht u. das Recht der Minderheiten. in: *Blätter f. vergleichende Rechtswissenschaft u. Volkswirtschaftslehre*. Jg. 15. 1920. Nr 1—4. Mannheim: Bensheimer.
95. [Das deutschamerikan. Kindergenesungsheim] „*Milwaukee*“ [in d. Schweiz]. in *Vivos Voco*. Jg. 1. 1920. H. 6, S. 337. Leipzig: Seemann.
96. *Moeller* van den Bruck, Der Auslandsdeutsche. in: *Grenzboten*. Jg. 79. 1920. Nr 16/17, S. 81. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
97. *Muehlens*, P., Zur Frage d. Auswanderung von Ärzten nach Lateinamerika u. anderen Ländern. 1—3. in: *Deutsche medizin. Wochenschrift*. Jg. 46. 1920. Nr 8, S. 213. Leipzig: Thieme.
98. *Muench*, Finnland. Eine wirtschaftsgeographische Studie. in: *Deutsche Revue*. Jg. 45. 1920. H. 5, S. 109. Stuttgart: Dt. Verlagsanstalt.
99. *Oberschall*, Albin, Die Stärke u. Verteilung d. Deutschen in Groß-Prag. Eine statist. Untersuchung d. Gemeindegewahlergebnisse vom 15. Juni 1919. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 19. 1919/20. H. 12, S. 223. München: Callwey.
100. *Olpp*, Missionar Joh. Olpp senior († 13. 2. 1920) zum Gedächtnis. in: *Berichte d. Rhein. Missionsgesellschaft*. Jg. 77. 1920. Nr. 4, S. 65. Barmen: Missionshaus.
101. *Petersens*, Ludvig af, Germanisches Zusammenwirken. in: *Deutsche Rundschau*. Jg. 48. 1920. H. 8, S. 161. Berlin: Gebr. Paetel.
102. *Pietsch*, P. Johannes, Der Krieg und d. Zukunft d. deutschen Missionen. in: *Monatsblätter d. Oblaten d. unbefleckten Jungfrau Maria*. Jg. 27. 1920. Nr 1—6. Hünfeld i. H.: Verl. d. Zeitschr.
103. *Rimann*, Hilda, Die Südamerika-Auswanderung u. die deutsche Frau. in: *Deutsche Kultur in d. Welt*. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 79. Leipzig: K. F. Koehler.
104. *Rukser*, U., Zum polnischen Staatsangehörigkeitsgesetz. in: *Die Ostmark*. Jg. 25. 1920. Nr 4, S. 36. Berlin: Dt. Ostmarkenverein.
105. Die Siebenbürger-Sachsen in Großrumänien. Von einem sächs. Politiker. in: *Österr. Rundschau*. Bd. 63. 1920. H. 1, S. 10. München: Drei Masken-Verlag.
106. *Schaetzel*, [Walter], Wechsel der Staatsangehörigkeit nach dem Versailler Frieden. in: *Leipz. Zeitschrift f. deutsches Recht*. Jg. 14. 1920. Nr 3/4. München: Schweitzer.
107. *Schaetzel*, Walter, Deutsch-polnische Staatsangehörigkeitsfragen. in: *Deutsche Juristen-Zeitung*. Jg. 25. 1920. H. 7/8, S. 357. Berlin: Liebmann.
108. *Schoeffer*, Carl, Das nördliche Südamerika. Deutschtum u. Auswanderung. in: *Deutsche Kultur in d. Welt*. Jg. 6. 1920. H. 2/3, S. 15. Leipzig: K. F. Koehler.
109. *Schrader*, Friedrich, Das Deutschtum in der Türkei. in: *Der Neue Orient*. Jg. 3. Bd 6. 1920. H. 6, S. 234. Berlin: Der Neue Orient.
110. *Singer*, Michael, Deutsches Theater in Chicago. in: *Die neue Zeit*. Jg. 2. Vol. 2. 1920. Nr 9, S. 22. Chicago: Geschäftsstelle d. „Neuen Zeit“.
111. *Südamerika* und die deutsche Auswanderung. Sonderh. von: *Deutsche Kultur in der Welt*. Jg. 6. 1920. H. 2/3. Leipzig: K. F. Koehler.
112. *Stutzin*, J. J., Zur Frage der ärztlichen Auswanderung nach Lateinamerika. in: *Dt. medizin. Wochenschrift*. Jg. 46. 1920. Nr 11, S. 301. Leipzig: Thieme.
113. *Tiedje*, Johannes, Der Rechtskampf des Deutschtums um Schleswig. in: *Deutsche Politik*. Jg. 5. 1920. H. 15, S. 424. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
114. *Véla*, Wilhelm T., Die tschecho-slowakische Republik und ihre Zukunft. in: *Die deutsche Nation*. Jg. 2. 1920. H. 4, S. 258. Charlottenburg: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
115. *Wegner*, Missionar J. H. Meerwaldt († 16. 2. 1920) zum Gedächtnis. in: *Berichte d. Rhein. Missions-Gesellschaft*. Jg. 77. 1920. Nr 4, S. 65. Barmen: Barmer Missionshaus.
116. *Wendel*, Hermann, Die südslawische Einheit und die deutsche Presse. in: *Die Weltbühne*. Jg. 16. 1920. Nr 18, S. 485. Charlottenburg: Weltbühne.
117. Die *Wirtschaft* der Sudetendeutschen und der tschechische Staat. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 19. 1919/20. H. 13, S. 241. München: Callwey.
118. *Witte*, Hans, Deutsche Irredenta. in: *Der Türmer*. Jg. 22. 1920. H. 8, S. 97. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
119. *Wolfbauer*, Franz, Das Schicksal Kärntens in seiner Bedeutung f. Europa. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 19. 1919/20. H. 12, S. 233. München: Callwey.

IV. Karten.

Erdkarten.

120. Eine ganze Reihe von Übersichtskärtchen (sämtl. Schwarzdrucke, versch. Maßst.) stellt die Entwicklung des Flugverkehrs innerhalb des britischen Imperiums von Kanada bis Australien unter Angabe der Hauptverkehrslinien und der Entfernungen dar (*Geogr. Journ.* Vol. LV. 4/1920).

Nordeuropa.

121. Die Verteilung der Ölmühlen, Margarine- und Seifenfabriken in Dänemark zeigt eine kleine Industriekarte

(Schwarzdruck) von *Fitzner* (Beilage zu „Weltwirtschaft der Fettstoffe, H. 5, Dänemark“, Berlin: Heymann, 1919).

Westeuropa.

122. *Bludau* u. O. *Herkt*, Großbritannien u. Irland. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. 7. Aufl. M. 1:1,5 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 62:78½ cm. M 3—. (Flemmings Generalkarten. Nr 14.)

Ausschließlich auf die britischen Inseln beschränkt, deren Lage zu den angrenzenden Teilen Europas bis auf die französische Kanalküste, somit nicht mehr aus der Karte zu entnehmen ist. Mehrfarbendruck mit Flächen- und Grenzkolorit der einzelnen Gebiete, soweit sie Selbstverwaltung besitzen. Das Gewässernetz durch Blau, die Eisenbahnen durch Rot besonders hervorgehoben, alles Übrige in Schwarz. Der Wald ist nicht ausgeschieden. Das Relief des Meeresbodens ist durch die Eintragung der Isobathen ziemlich eingehend wiedergegeben, auf dem Lande aber, wo ein viel größeres Interesse an der Kenntnis der Oberflächenformen besteht, sind die Höhenzahlen nicht genannt. Die Legende enthält kurze Erklärungen der wichtigsten Signaturen, ist aber nicht ganz vollständig, z. B. bezüglich der Eisenbahnzeichen. Sonstige wirtschaftsgeographische Angaben, die man gerade für die praktische Verwertung der Karte sehr gewünscht hätte, z. B. über Schifffahrtslinien, Kabel usw. fehlen. Im Übrigen ist die Karte trotz der zahlreichen Namen übersichtlich gehalten und auch für Demonstrationen noch geeignet.

Mitteleuropa und Deutsches Reich.

123. *Handlke*, F. u. A. Herrich, Schweiz, Gebirgskarte. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. 9. Aufl. M. 1:600 000. Berlin: Flemming & Wiskott A.-G. [1920]. 73:57 cm. M 3—. (Flemmings Generalkarten. Nr 40.)

Nördlich bis zur Breite von Kolmar, südlich bis Turin reichend, im Westen mit dem Meridian von Nantes, im Osten bei Trient abschließend. Hebt mit kräftigen Tönen und Linien die wichtigen Grundzüge hervor. Das Relief ist in 5- bzw. 6farbigen Höhenstufen wiedergegeben, wobei übrigens die Farbwahl insofern ungeeignet ist, als die letzte Stufe fast dieselbe Färbung wie die politische Grenze besitzt, sodaß z. B. am Mont Blanc Verwechslungen entstehen können. Gewässernetz und Eisenbahnen sind durch Blau bzw. Rot besonders hervorgehoben. Die Eisenbahnen treten aber etwas zu stark in den Vordergrund und deshalb vermißt man andere, ebenso wichtige Angaben, z. B. die politischen Grenzen zwischen den angrenzenden Staaten, noch mehr. Die Erklärung beschränkt sich auf ganz kurze Erläuterungen der wichtigsten Signaturen. Die Karte ist in erster Linie für praktische Zwecke, namentlich für Touristen, bestimmt und bildet die Ergänzung zu der bereits auf Seite 92 unter Nummer 142 besprochenen Karte, ist aber auch für Demonstrationen noch geeignet.

124. Eine kleine Übersichtsskizze verzeichnet die Standorte der Industrie der Fettstoffe in der Schweiz (Schwarzdruck, Beilage zu *Fitzner*, R., „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe, H. 10, Schweiz“, Berlin: Heymann, 1919).

125. Zwei übersichtliche kleine Kärtchen (Schwarzdrucke), die sich namentlich recht gut zur Wiedergabe als Diapositive eignen, stellen die politisch-geographischen Veränderungen des Deutschen Reiches dar, und zwar die Abtretungs- und Abstimmungsgebiete nach dem Versailler Vertrag und Deutschlands neue Gestalt. (In *Reinhard*, R., „Die Welt nach dem Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 8 u. 17.)

126. *Opitz*, C., Große Verkehrs- u. Handelskarte von Süddeutschland u. d. Republik Österreich. 5 farb. Ausf. mit ... Hervorhebung d. Verkehrswege. M. 1:600 000. Ulm: Bartz [1920]. 121:85 cm.

Reichhaltige verkehrsgeographische und administrative Hand- und Wandkarte, bis zur Breite von Erfurt bzw. Meran, im Westen bis zur Linie Straßburg-Basel und im Osten bis Glatz-Preßburg reichend. In der Ausführung ähnlich wie die S. 287 unter Nr. 116 besprochene Karte, nur fehlt hier das Flächenkolorit. Gewässernetz durch Blau, die Grenzen durch Grün, die Eisenbahnen durch Rot besonders hervorgehoben. Alles Übrige schwarz, Gelände fehlt. Die Legende erläutert sorgfältig die zahlreichen Signaturen und Abkürzungen. Die Karte ist in erster Linie für die praktischen Bedürfnisse des Handels bestimmt.

Nordwestdeutsche Grenzmarken.

127. *Abstimmungsergebnisse* in Schleswig. M. 1:300 000. Hrsg. von d. Kartogr. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme, Berlin 1920. 43½:42½ cm. M 7.20.

Die für die Geschichte des Grenzland-Deutschtums grundlegende Karte bildet die notwendige Erläuterung der auf Seite 287 unter Nr. 117 bereits besprochenen ersten Ausgabe. Sie verzeichnet die Abstimmungsergebnisse für beide Zonen, außerdem ist die bekannte Tiedjelinie eingetragen. Bei der wiederum gewählten Punktmanier treten, wie schon gelegentlich der ersten Ausgabe bemerkt wurde, die großen Züge der Abstimmungsergebnisse nicht genügend hervor, man würde eine entsprechende Zusammenfassung nach gleichen Prozentstufen sehr begrüßt haben (vgl. dazu den Versuch auf

S. 294 ds. Ztschr.). Es fällt noch auf, daß in den Angaben der Stimmverhältnisse zwischen der ersten und zweiten Ausgabe der Karte einige Unterschiede bestehen. Die Differenzen treten namentlich um Hoyer und Tondern auf, meist ist jetzt das Verhältnis für das Deutschum günstiger angegeben als auf der ersten Ausgabe. Auf diese Abweichungen hätte zweckmäßig in der Legende anmerksam gemacht werden können. Bei einer Neuauflage wäre auch die Bezeichnung des Gradnetzes erwünscht.

128. Die *Abstimmungsgrenzen* in Schleswig 1920. Vorläuf. Ergebnis. (Beil. zur Denkschrift d. Auswärtigen Amtes.) Berlin: Ausw. Amt 1920. 57:31 cm.

Die Karte, die leider ohne nähere Angaben über Erscheinungsort und -jahr veröffentlicht ist, entspricht in ihrem Inhalt nicht ganz dem etwas zu weit gefaßten Titel. Vollständig dargestellt sind tatsächlich nur die Abstimmungsergebnisse in der zweiten Zone, innerhalb der ersten Zone aber nur für die südwestlichen Kreise Tondern und Apenrade; Hadersleben und Sonderburg fehlen. Die Darstellung ist im Gegensatz zu der eben genannten Karte Nr. 127 in der Weise erfolgt, daß für jede einzelne Gemeinde die Zahl der abgegebenen deutschen und dänischen Stimmen gesondert eingetragen ist (deutsch blau, dänisch rot), daß aber außerdem die Flächen der betr. Gemeinden, die deutsche Mehrheit haben, blaue Schraffur erhalten haben. So ist neben der genauen Angabe der einzelnen Zahlen doch auch ein übersichtliches Bild der Hauptergebnisse vermittelt. Da zum Vergleich auch die Tiedjelinie eingetragen ist, bietet die Karte trotz ihrer skizzenhaften Ausführung (Gradnetz und Maßstab fehlen) und trotz ihrer Unvollständigkeit eine wertvolle Ergänzung zu der vorgenannten Karte.

Ostdeutsche Grenzmarken.

129. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck, 1:5,125 Mill.) verzeichnet die Bevölkerungsverhältnisse der Provinzen Westpreußen und Posen, leider ohne genauere Angabe, was unter „rein polnischen“ Gebieten zu verstehen ist und auf welche Quellen diese Karte, die leicht falsche Auffassungen hervorrufen kann, zurückgeht. (Beilage zu *Reinhard*, R., „Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 4.)

Danzig.

130. Das Gebiet des neuen Freistaats Danzig stellt ein Schwarzdruck (1:400 000) im Geogr. Journ. LV, 4/1920 dar.

Österreich und Ungarn.

131. Die neuen Staaten auf dem Boden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie verzeichnet eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) von *Reinhard* („Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 28).
132. *Ungarn*. M. 1:750 000. Wien: Lechner [1920]. 111½:79½ cm. M 8.—.

In Anlage und Ausführung ganz entsprechend der auf S. 221 unter Nr. 109 genannten Karte für Deutsch-Österreich, mit Angabe der alten und der „vermutlich“ neuen Grenzen Ungarns, deren Verlauf auf der guten topographischen Grundlage übersichtlich hervortritt und ein sehr anschauliches Bild von der Verkleinerung des einst mehr als doppelt so großen Staates gewährt. Entsprechend sind auch die Grenzen der neu gebildeten Nachbarstaaten angegeben.

Vgl. auch Nr. 126.

Tschecho-Slowakei.

133. *Böhmen*, die gewesene Provinz Österreich-Ungarns, mit den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken und deren Bevölkerungsziffern nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1910. Deutschböhmen. (Das geschlossene deutsche Gebiet von Ronsperg bis Braunau.) 47:41 cm.

Die deutschkundlich wichtige Karte (Mehrfarbenendruck) verzeichnet die Bevölkerungsziffern der einzelnen Verwaltungs- und Gerichtsbezirke Böhmens auf Grund der letzten Volkszählung vom Jahre 1910 unter jeweilig getrennter Angabe der deutschen und tschechischen Bevölkerungsanteile, die mit Rot bzw. Blau gesondert eingetragen sind. Das geschlossene deutsche Gebiet ist, offenbar an der Hand der Gemeindegrenzen, durch flächenhafte Kolorierung herausgehoben. In der Zeichenerklärung vermißt man die Erläuterung der Zahlenangaben, die gerade bei einer auch für weitere Kreise bestimmten Übersichtskarte angegeben werden sollte.

Südosteuropa und Balkan.

134. Eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der neuen südosteuropäischen Staaten gibt *Reinhard* („Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 31).

Osteuropa.

135. Mehrere größere Übersichtskarten (Schwarzdrucke) verzeichnen für das ehemalige Rußland jeweils in gleichem

Maßstabe 1. die Erzeugung von Leinsaat im 12jährigen Durchschnitt (1901—1912 in Pud auf 1 Quadratwerst), 2. die Erzeugung von Hanfsaat für den gleichen Zeitraum und 3. die Erzeugung von Sonnenblumensamen für die Jahre 1908—1912. 3 kleinere Übersichten in gleicher technischer Ausführung zeigen den Ertrag der Raps- und Rübsenernte 1912 für Südwestrußland, und zwar in Pud pro Quadratwerst bzw. in Dezimeter pro Hektar der bestellten Fläche, sowie die Ernte an Baumwollsaat für den Zeitraum 1906—1912 für Kaukasien. (Sämtliche Beilagen zu *Fitzner*, R., „Rußlands Pflanzenölerzeugnisse“, Berlin: Heymann, 1919.)

136. Das von der Ukraine beanspruchte Gebiet stellt unter Angabe der wichtigsten wirtschaftsgeographischen Einzelheiten eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck, 1:14 Mill.) von *Reinhard* dar („Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 21).

Asien.

137. Die Pläne, die hinsichtlich der Aufteilung Kleinasiens bestehen, sind in einer kleinen Skizze (Schwarzdruck) im „Überseedienst“ (VI/20, S. 455) wiedergegeben.
138. Eine farbige Routenkarte (1:250 000) stellt das Gebiet zwischen Riyadh und Sulaiyil in Arabien dar (Geogr. Journ. LV, 3/1920).
139. Die Verbreitung von Ölsaaten und Ölfrüchten in China ist auf einer kleinen Übersichtskarte (Schwarzdruck) von *Fitzner* verzeichnet (Beilage zu „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe, Heft 11, China“, Berlin: Heymann, 1920).
140. Den Ertrag der Rapsernte von 1912 in Japan (Ertrag in hl pro Quadratkilometer) hat *Fitzner* auf einer Übersichtskarte (Schwarzdruck) dargestellt. Beigegeben ist noch eine Übersicht der Verbreitung der Talgumachbäume pro Quadratkilometer im südlichen Japan (Beilagen zu „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe, Heft 7, Japan“, Berlin: Heymann, 1919).

Afrika.

141. Die Straßen und Eisenbahnen innerhalb der spanischen Nordzone in Marokko, soweit sie schon in Betrieb bzw. erst im Bau sind, stellt eine kleine Übersichtskarte 1:2,5 Mill. im Geogr. Journ. LV, 5/1920 dar.
142. Eine farbige Übersichtskarte (1:1,5 Mill.) gibt das Hinterland eines Teils der Küste von Liberia wieder (Geogr. Journ. LV, 4/1920).

Indischer Ozean.

143. Bemerkenswert ist eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck, 1:140 Mill.), auf der das englische Kolonialreich um den Indischen Ozean mit seinen neuen Erweiterungen dargestellt ist (in *Reinhard*, R., „Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 35).

Nordamerika.

144. Eine Reihe wirtschaftsgeographischer Übersichtskärtchen ist der Arbeit von *Fitzner* über Nordamerika („Weltwirtschaft der Fettstoffe, Band 9, Vereinigte Staaten“, Berlin: Heymann, 1919), beigegeben, nämlich 1. eine Standortkarte der Seifen-, Kerzen- usw. Fabriken, 2. eine Übersicht des Ertrages der Baumwollsaaternte auf Grund 10jähriger Mittel in Short lons pro Quadratkilometer, 3. eine Übersichtskarte der Schweinebestände in Stück pro engl. Quadratmeile und endlich 4) die Erzeugung von Oleomargarine 1917 in Pfund pro Quadratkilometer.

Mittelamerika.

145. Das Vordringen der Union im amerikanischen Mittelmeer zeigt eine kleine beachtenswerte Übersichtsskizze (Schwarzdruck, 1:39 Mill.) von *Reinhard* („Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 44).

Südamerika.

146. Die Verbreitung von Ölsat- und Ölfrüchten in Brasilien zeigt eine Übersichtskarte (Schwarzdruck) von *Fitzner* („Weltwirtschaft der Fettstoffe, Heft 3, Brasilien“, Berlin: Heymann, 1919).

Pazifischer Ozean.

147. Beachtenswert ist auch in Hinsicht auf das Schicksal der bisherigen deutschen Kolonien in der Südsee eine Übersichtskarte der japanischen, englischen und amerikanischen Einflußzonen im Bereich des Pazifik (in *Reinhard*, „Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920, S. 40).

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Eine ganze Reihe Zeitschriften sucht das unter den Schlägen der Entente wiedererwachende Nationalgefühl aufzurichten und um den deutschen Gedanken in Schrifttum und Kultur zu sammeln. Neben dem „Deutschen Volkswart“ und der „Nationalen Erziehung“ (Leipzig: Weicher) liegen uns heute der „Deutsche Bücherbote“, Zeitschrift zur Stärkung des Deutschgedankens im Schrifttum (Verlag der Deutschen Buchhandlung, Frankfurt a. M.) und „Jungdeutsche Stimmen“. Rundbriefe für den Aufbau einer wahrhaften Volksgemeinschaft, vor. Der „Deutsche Bücherbote“ will als Halbmonatsschrift „den Geschmack lenken und bestimmen“, lenken auf deutsches Wesen in reinem deutschen Schrifttum, bestimmen in der Richtung eines kraftvollen bewußten Nationalgefühls. Dazu sollen Aufsätze dienen, manch kräftiger Spruch wie die von Hans Pfitzner aus seiner „Neuen Ästhetik der musikalischen Impotenz“ gegen die Nationallaster des mangelnden Stolzes und der perversen Neigung zum Feinde, Bücherbesprechungen und eine Bücherschau, die „Völkische Literatur, Arbeit am Deutschtum, Volkshochschule, Zeit-, Lebens-, Kriegs- und Kulturgeschichte, Völkerbund, Judenfrage und Politik“ in ihren Bereich zieht. Die Zeitschriftenschau berücksichtigt einige 50 Zeitschriften, unter denen die völkisch gerichteten überwiegen, wie unter den 18 unter der Zeitungsschau aufgeführten Zeitungen, wo wir bis auf 3 Ausnahmen alle süd- und westdeutschen, alle deutsch-österreichischen und auslanddeutschen Zeitungen vermissen, die Gefahr innerpolitischer Einseitigkeit nahe liegt. So ergibt sich aus der ganzen Anlage nicht nur geographisch ein kleindeutsches Bild statt der großen Volksgemeinschaft, die uns vorschwebt, auch seinem Geiste nach scheint es aussichtslos, daß der Bücherbote die weiten Kreise erreicht, auf die es ankommt und die doch auch ein Recht haben, als Deutsche zu gelten, mögen sie es bewußt, oder wie vielleicht gerade das Beste im deutschen Wesen, unbewußt sein.

Nicht so exklusiv sind die im Auftrage der Fichtegesellschaft als Halbmonatsschrift herausgegebenen „Jungdeutschen Stimmen“. Sie erscheinen im Verlage des „Deutschen Volkstums“ in Hamburg, das auch die treffliche gleichnamige Monatschrift herausbringt. Hier ist Geist vom Geiste Dürers, Luthers, Arndts und des Volksfreundes Freiherrn vom Stein, Wille zur Gesundung unseres kranken Volkskörpers, zur Besinnung auf unsere unvergänglichen Güter, zur Überwindung der wider-

natürlichen Klassengegensätze und zur Bildung eigenwüchsiger Persönlichkeiten aus dem Schoß einer wahrhaften, niemanden ausschließenden Volksgemeinschaft.

Nach fünfjähriger Unterbrechung nimmt die „Zeitschrift für Buddhismus“ ihren zweiten Jahrgang auf (Verlag von Oskar Schloß in München-Neubiberg, jährlich 12 Hefte von 32–40 S. 8° 12 Mark). Der Krieg hat mit seinem ungeheuer gesteigerten Menschenhaß und -leiden eine große Sehnsucht nach innerem Frieden und Menschenversöhnung als Reaktion hervorgerufen. Diesem Bedürfnis kommt die Zeitschrift entgegen, indem sie für die Lehren des Palibuddhismus wirbt und ihnen durch den „Bund für buddhistisches Leben“ lebendige Kraft zu verleihen sucht. In diesem Sinne bringt sie die alten Palitexte und die tiefsinnigen Weisheiten der Klassiker in unverfälschten Übersetzungen. Ein Rückblick des Herausgebers Dr. Wolfgang Bohn unterrichtet über die buddhistischen Strömungen der letzten Jahre, eine „Weltschau“ über die den Ostasienforscher angehenden Veränderungen im geistigen Orient. Doch will die Zeitschrift auch Tatsachenkenntnis und Vorstellungen von der Schönheit ostasiatischer Natur, Kunst und Dichtung vermitteln. So berichtet Ludwig Ankenbrand über die Schicksale deutscher Buddhisten in Indien während der Kriegszeit, unser Landsmann Christian Böhringer schildert die Buddhainsel Ceylon in Geschichte und Gegenwart und Professor Konrad Guenther, Freiburg, untersucht den Anteil der tropischen Natur an der Entstehung asketischer Weltanschauungen.

Wenn etwas den stark erschütterten Glauben an die Gemeinschaft der Kulturvölker wieder herzustellen mag, so ist es das internationale Hilfswerk für die unschuldigsten Opfer des Weltkrieges, die kranken und hungernden Kinder Mitteleuropas. Über die Bewegung, die zuerst die germanischen Nachbarvölker Deutschlands und nach dem Waffenstillstand auch England und die Vereinigten Staaten, vorzüglich dank der stillen und selbstlosen Arbeit der Quäker, ergriff, gibt die „Eiche“, Vierteljahrsschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen (Berlin, Zillesen. Jahrg. 8, Nr. 1), jetzt einen guten Überblick. Das englische Versöhnungswerk, die Liebestätigkeit Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Hollands und der Schweiz sind hier von dem Herausgeber F. Siegmund-Schultze, der mit an der Spitze der christlichen Versöhnungsbewegung steht, zusammengefaßt worden. Dem dänischen und schwedischen Liebeswerk, das ganz besonders warme und persönliche Züge von Volk zu Volk aufweist, ist hier einmal der Raum gewidmet, auf den es Anspruch hat. Das soll man über Nordschleswig nicht vergessen, während Schwedens Volk ja trotz eigener Entbehrungen sich seit Beginn des Krieges in seinem mitfühlenden Verständnis für Deutschlands Not gleich geblieben ist.

Wie das Hilfswerk auf immer breitere Grundlagen gestellt, wie es international im besten Sinne des Wortes wird, das kann man von Monat zu Monat in „Vivos Voco“ (Leipzig: Seemann) verfolgen. Anscheinend unversöhnliche Gegner wie Deutsche und Franzosen, sie finden sich im Werke der Caritas, in der Linderung unverschuldeten Leidens, zusammen (Aufsatz „Die ersten Brücken“ in Heft 5, 1920). Die Schweiz ist die gastliche Insel, wo sich so menschenfreundliche Gesinnung betätigen kann. So hat sich eine besondere „Schweizerisch-deutsche Hilfskommission für notleidende deutsche Kinder“ gebildet, die die verschiedenen Hilfsaktionen zur größeren Wirksamkeit einheitlich zusammenfassen will. In Genf ist kürzlich die Union Internationale de Secours aux Enfants gegründet worden, die die Ver-

bindung mit dem übrigen hilfsbereiten Ausland aufnimmt. Der Aufsatz „Milwaukee“ (über das aus Beiträgen deutsch-amerikanischer Bürger erhaltene Kindergenesungsheim im Schweizer Hochtal Stein in Toggenburg) in Heft 6 von Vivos voco zeigt, wie einer kleinen (ach, nur allzu kleinen) Schar tuberkulöser deutscher Kinder wirksame Hilfe gebracht wird. Auch für die Fortsetzung der Kur nach der Entlassung ist durch Einrichtung eines Lebensmitteldepots in Leipzig gesorgt. Die Amerikaner, und besonders die deutschgeborenen Bürger Amerikas, haben es in der Hand, Tausende deutscher Kinder vor elendem Siechtum und sicherem Untergang zu retten. Möchte das Beispiel von Milwaukee weithin Nachahmung finden!

In seiner Grenzlandzeitschrift „Deutsche Arbeit“, Heft 13, sagt der Herausgeber, Dr. Hermann Ullmann, selbst ein geborener Auslandsdeutscher, über die Frage „Auslandsdeutschtum und Politik“ in einem Rückblick auf den Kapp-Putsch: „Eine leichtfertige Agitatoren-tätigkeit hemmt die ohnehin schwachen Anfänge gegenseitigen Verständnisses zwischen Norddeutschland und dem allzulange vom Gesamtdeutschtum getrennten Deutsch-Österreich. Von der dem „Auslandsdeutschtum“ bisher gleichgültig und verständnislos gegenüberstehenden reichsdeutschen „Demokratie“ wird das „Auslandsdeutschtum“ naturgemäß vielfach abgestossen, vom Allpreußentum aber, wie es sich immer mehr unter dem Antrieb rein innerpolitisch reichsdeutscher Bestrebungen gestaltet hat, hat das „Auslandsdeutschtum“ kein besseres inneres Verständnis und vor allem keine wirkliche über Demonstrationen hinausgehende Hilfe zu erhoffen. Jeder besondere Anschluß auslands- und grenzdeutscher Bestrebungen an innerpolitisch Reichsdeutsche führt das Auslandsdeutschtum in eine Sackgasse. Mit aller Entschiedenheit müssen wir mit dem Anspruch auftreten, daß alle Parteien im Verständnis für das Auslandsdeutschtum sich einigen müssen. Nichts wäre der großdeutschen Sache verhängnisvoller als eine ausschließliche Partei- und Putschregierung im Reich, gleichgültig welcher Richtung.“

Es ist ein Zeichen der Erkenntnis von der gesteigerten Bedeutung des Auslandsdeutschtums, daß eine Zeitschrift wie die „Grenzboten“ fast ihre ganze Doppelnummer 16/17 vom 27. April 1920 den Auslandsdeutschen widmen. In einer Notiz wird über die Organisation des „Bundes der Auslandsdeutschen“ gesprochen, in der allerdings die Mitgliedschaft des Bundes in einer uns neu erscheinenden Form umgrenzt wird. Es sollen danach „alle unbescholtenen Reichsangehörigen im In- und Ausland zum Bunde gehören, die sowohl das Ausland aus eigener Anschauung kennen und geistig wie materiell mit ihm verflochten sind, wie auch den Willen haben, als Auslandsdeutsche zu gelten und an den gemeinsamen großen Aufgaben mitzuwirken“. Die Definition ist reichlich unklar und würde den „Bund der Auslandsdeutschen“ vom Wege einer gesunden und notwendigen Interessenorganisation der Auslandsdeutschen hinüberführen zu einer Organisation, die neben viele schon bestehende ähnliche treten würde und in dieser Funktion dann eine Zersplitterung bedeuten würde. Ein Aufsatz von Dr. Richard Fick gibt Ausführungen wieder, die der Verfasser in einem Vortrage vor der Vereinigung Berliner Bibliothekare über das „Auslandsdeutschtum und die Bibliotheken“ machte. Dr. Otto Ebstein (Paris) bespricht die Frage des „Wahlrechts der Auslandsdeutschen“, Moeller van den Bruck handelt in wohlgedachten Ausführungen über den „Auslandsdeutschen“ an sich, über seine politische Voraussetzung der kommenden Dinge, betont, wie er wiederholt in der

Fremde den kühleren und übersichtlicheren Blick für die Dinge in der Heimat sich erwarb, namentlich im Nationalitätenkampf in den Grenzlanden sich schulte und draußen, wie Friedrich List, Weltpraktiker und deutscher Wirtschaftspolitiker wurde. Die Auslandsdeutschen der neueren Zeit waren Deutsche des wilhelminischen Zeitalters, aber ohne seine Schwächen, ohne seine Romantik, ohne seinen Dilettantismus. Ihre Kritik war nutzbringend, großzügig, Fernweh trieb sie hinaus, Heimweh ließ sie aber an der Besserung der Heimatzustände denken und arbeiten. Das Ausland erzog zum Deutschtum. Es wird keine Auslandsdeutschen mehr geben, das Auslandsdeutschtum wird eine Mythe sein, aber wenn der Weltkrieg erst seine Folgen zeigen wird, wenn die unterdrückten Völker sich frei machen, dann wird auch die Rache des Auslandsdeutschen kommen, er wird nicht mehr in den Reihen derjenigen Europäer stehen, die ihren letzten Kolonialbesitz hoffnungslos verteidigen. „Es liegt in dem Auslandsdeutschtum eine Erziehung zu politischem Denken in weiten Räumen und fernen Zeiten, die wir, die wir keine Gegenwart und Wirklichkeit mehr besitzen, nicht entbehren können. Und wenigstens die Lehre des Weltkrieges werden wir gewinnen, wenn wir in einem mittelbaren Erlebnis erst einmal alle zu geistigen Auslandsdeutschen werden und damit nach dem Kriege etwas von dem nachholen, was wir vor dem Kriege versäumten.“

Auch der „Vorwärts“ nimmt sich jetzt der geschädigten Auslandsdeutschen in einer Zuschrift an, in der ein Auslandsdeutscher bittere Klage führt über die Verschleppung der Auszahlung der Entschädigung. Der ewigen Vertröstungen und Irreführungen seien die Auslandsdeutschen müde. Büros über Büros würden errichtet und mit jungen, unerfahrenen, auslandsunkundigen Beamten besetzt und überfüllt, aber erledigt werde

nichts. Hoffentlich fände sich bald eine Stelle, die sich der vertriebenen Auslandsdeutschen annehme.

Karl Lenz, Riga, schreibt abermals in der „Täglichen Rundschau“ vom 28. April über die Not der Auslandsdeutschen. Er geht von dem Aufruf der vier an der „Rückwandererhilfe“ beteiligten Organisationen aus, denen er Dank und Anerkennung für ihre Hilfe zollt. Warum aber komme das Reich immer noch nicht mit seiner rechtmäßig den Auslandsdeutschen zustehenden Entschädigung. Warum fänden noch keine Auszahlungen in den durch die Spruchkommissionen schon rechtskräftig entschiedenen Fällen statt (nach einer Mitteilung der Bundeszentrale des Bundes der Auslandsdeutschen müssen die ersten Auszahlungen bereits erfolgt sein. Die Schriftlgt.). Der Bund der Auslandsdeutschen solle öffentlich bekanntgeben, wann und nach welchen Gesichtspunkten entschädigt werden solle. Lenz wiederholt seine drei öffentlich gestellten Fragen: Werden die Bankguthaben ersetzt, soweit sie nicht im Ausgleichsverfahren verrechnet werden? Werden die Internierungs- und Fluchtkosten und werden die von den Bolschewisten in Rußland verursachten Diebstähle und Räubereien ersetzt? Er fügt eine vierte Frage hinzu, ob der Bund der Auslandsdeutschen auch für eine Entschädigung der Auslandsdeutschen in den abgetretenen Gebieten eintrete. Er verweist auf die von uns an dieser Stelle wiederholt berührten Danziger Fragen. Er regt schließlich an, daß eine Partei einem weitsichtigen und erfahrenen Auslandsdeutschen einen sicheren Sitz einräumen möge, damit die Interessen der Auslandsdeutschen von einem Manne im Parlament vertreten werden könnten, der die ganze Schwere der Zeit am eigenen Leibe erfahren habe. Solch ein Mann könnte nicht nur seiner Partei, sondern dem Auslandsdeutschtum und dem Reich von unabsehbarem Nutzen werden.

VON UNSERER ARBEIT

Unsere Mitglieder und Freunde, die uns selbst durch Beiträge unterstützen und die namentlich unserer Sache neue Freunde und Gönner zuzuführen sich bestreben, machen wir auf die im Reichsgesetzblatt Jahrgang 1920 Nr. 57 veröffentlichten Bestimmungen über das Reichseinkommensteuergesetz aufmerksam, dessen Paragraph 13 lautet: „Vom Gesamtbetrage der Einkünfte sind, soweit in diesem Gesetze nichts anderes vorgeschrieben ist, in Abzug zu bringen: Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag zehn vom Hundert des Einkommens des Einkommensteuerpflichtigen nicht überschreitet.“

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird durch Posteinweisung versandt. Sie wird in Stuttgart pünktlich am 1. und 15. jeden Monats zur Post gegeben. Wer die Zeitschrift nicht ganz pünktlich erhält, muß zunächst bei seinem zuständigen Briefträger und Postamt reklamieren. Erst wenn diese Reklamation erfolglos bleibt, bitten wir, sich direkt an unsere Geschäftsstelle zu wenden. Da aber bei den jetzigen Papierpreisen nur so viele Exemplare gedruckt werden können, als wir unbedingt benötigen, haben nach mehreren Wochen oder Monaten erfolgende Reklamationen keinen Zweck, nach so langer Zeit können wir nicht mehr nachliefern.

Bitte.

Der 6. Mai hat eine Erhöhung der Postgebühren gebracht, die das Deutsche Ausland-Institut mit seinem Briefeingang von rund 3500 Briefen im Monat stark belastet, weil natürlich mindestens ebenso viele Briefe von uns auslaufen, wie eingehen.

Diese neue Steigerung unserer Ausgaben veranlaßt uns zu einer Wiederholung unserer Bitte, Schreiben an das Institut womöglich das Rückporto beilegen und bei diesen Beilagen gütigst die neuen Portosätze berücksichtigen zu wollen. An der vollkommenen Unentgeltlichkeit unserer Auskunft- und Vermittlungstätigkeit wird nach wie vor festgehalten.

Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., das Mitglied unseres wissenschaftlichen Beirats, erhielt einen Lehrauftrag für Völkerrecht an der Universität Frankfurt a. M. Dr. Strupp hat zum Völkerrecht wertvolle Beiträge geliefert. Seit einiger Zeit leitet Dr. Strupp auch den Westdeutschen Bezirk der Deutschen Liga für Völkerbund in Frankfurt a. M.

In Frankreich ansässiger Auslandsdeutscher übernimmt Vertretungen für lieferungsfähige Fabrikanten und eventuell auch Besorgungen privater Natur. Näheres durch die Auskunft- und Vermittlungsstelle.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. Mai 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITÄT WÜRZBURG
BIBLIOTHEK



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 12

STUTTGART

Zweites Juni-Heft 1920

Die Auslandsdeutschen und das deutsche Buch im Auslande.

Von Dr. HANS MANNHART, Stuttgart.

Aus allen Kreisen der Auslandsdeutschen gehen uns bewegliche Klagen über die neue Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des deutschen Buchhandels zu. Wenn diese Verordnung auch im Interesse des deutschen Volksvermögens erlassen ist und die aus dem Tiefstand der deutschen Mark sich ergebende Verschleudung deutscher Produktion ins Ausland verhindern soll, so hat sie leider nebenbei die Wirkung, daß der Bezug des deutschen Buches für den Deutschen im Auslande stark verteuert wird. Nicht nur der unmittelbare Bezug durch den Buchhändler wird mit einem dem augenblicklichen Kursstand entsprechenden Valutaaufschlag von mehreren hundert Prozent belastet, auch das Buch, die Zeitschrift, den Notenband, den er vielleicht in Deutschland für seinen persönlichen Bedarf kauft und bei der Ausreise mitnehmen möchte, muß er mit dem gleichen Aufschlag bezahlen. Dasselbe gilt von jedem Druckwerk, das ein Deutscher an seine Freunde oder Verwandten in Übersee versenden, meist gewiß verschenken möchte, sei es ein Roman aus der engeren Heimat, ein Kunstdruck, ein guter Bildkalender, wie wir so viele besitzen. Auf solchem Austausch geistiger Güter beruht ja die enge Fühlung und das Verständnis von Auslandsdeutschtum und alter Heimat, eine Fühlung, nach der sich besonders die Volksdeutschen in Übersee sehnen, die fünf Jahre lang durch eine Mauer von Gewalt und Haß von der deutschen Gedankenwelt abgeschnitten waren, mit feindlicher Propaganda überschüttet wurden und nun danach verlangen, das geistige Gesicht Deutschlands wiederzuerkennen. Für sie alle bedeutet die Verkaufsordnung eine starke Härte, denn es sind nur einzelne in den wenigen neutralen Ländern, die ihre wirtschaftliche Lage während des Krieges verbessern konnten. Die Masse der Auslandsdeutschen im weitesten Sinne hat schwer gelitten, von den vertriebenen Reichsdeutschen, Internierten, Deutschbalten, Deutschukrainern, Deutschbelgiern und so fort ganz zu schweigen. Wir lassen nun, um unseren Lesern ein Urteil zu ermöglichen, eine Darstellung der Verkaufsordnung durch einen Sachverständigen des deutschen Exportbuchhandels folgen.

„Die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen von Gegenständen des deutschen Buchhandels“.

Von Walter Bangert, Hamburg.

Unermeßlich sind die Werte, die der deutschen Volkswirtschaft durch den unnatürlichen Tiefstand der Reichsmark ver-

loren gegangen sind. Zu einem Spottpreis wurden die Warenbestände, die nach Beendigung des Krieges noch im Lande waren und dem Wiederaufbau dienen sollten, wurden deutsche Landeserzeugnisse und unersetzliche Kunstwerke ins Ausland verschleudert. Ein riesenhafter Ausverkauf hatte begonnen, hinter dem der sichere Zusammenbruch stand, weil die Wiederauffüllung der geleerten Läger, die Wiederbelebung deutscher Industrie und deutschen Gewerbefleißes unmöglich waren, so lange wir beim Verkauf für die Reichsmark 5 Pfennige Sachwert erlösten, während wir beim Ankauf unentbehrlicher Rohstoffe und dringend benötigter Lebensmittel dem Ausland den Gulden mit 38 Mark, die schwedische Krone mit 18 Mark, den Dollar mit 100 Mark usw. bezahlen mußten. Es mag hier unerörtert bleiben, ob es Möglichkeiten gab, das schwierige Problem des Wiederaufbaues unseres Exporthandels mit Erzielung angemessener Preise ohne Benachteiligung des inländischen Exporteurs und ohne Verstimmung des ausländischen Käufers auf andere Weise zu lösen. Das Gebot der Selbsterhaltung zwang dazu, fast die gesamte Ausfuhr staatlicher Kontrolle zu unterwerfen und nun die Verkaufspreise für Auslandslieferungen unter Mitwirkung der verschiedenen Berufsorganisationen durch amtliche Stellen, die sogenannten Außenhandelsstellen, festsetzen zu lassen.

So haben jetzt fast alle Erzeugnisse Deutschlands zweifache Preise, einen für das Inlandgeschäft geltenden, einen zweiten, je nach Lage der Dinge mehr oder weniger erhöhten, der für das Ausland gilt; wobei zu beachten ist, daß die Preiserhöhung nur eine scheinbare ist, denn sie wird mehr als ausgeglichen durch den katastrophalen Tiefstand der Reichsmark.

Dem Vorgehen der übrigen Berufsgruppen hat sich nun auch der Buchhandel angeschlossen. Am 15. Januar d. J. ist von der berufenen Vertretung des Gesamtbuchhandels, dem „Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig“ die „Verkaufsordnung für Auslandslieferungen“ erlassen und am 15. März d. J. durch das „Ausfuhrverbot für Gegenstände des Buchhandels“ unter amtlichen Schutz gestellt worden. Es müssen nunmehr alle Bücherlieferungen ins Ausland, einerlei, ob sie von Buchhändlern oder Privaten herrühren, mit einem Preisaufschlag, Valutaausgleich genannt, belastet werden, andernfalls ihre Ausfuhr nicht zugelassen wird.

In richtiger Würdigung des Umstandes, daß das deutsche Buch keine Ware im üblichen Sinne ist, es vielmehr eine Sonderstellung als wichtiges kulturelles Propagandamittel einnimmt, und insbesondere im Hinblick darauf, daß den zahlreichen Deutschen im Ausland der Bezug deutscher Literatur, des wertvollsten Bindemittels mit der deutschen Heimat, nicht ungebührlich verteuert werden darf, sind die Auslandsaufschläge so niedrig bemessen worden, daß der ausländische Besteller auch jetzt nur etwa $\frac{2}{5}$ desjenigen Betrages bezahlt, den er bezahlen müßte, wenn die Reichsmark Friedenswert hätte. Die Umrechnung erfolgt bei Lieferungen ins Ausland nach einem Schema, dem die Bewertung von 100 Mark mit 50 schweizer Franken zugrunde gelegt ist. Darnach werden bis auf weiteres berechnet Lieferungen nach:

Argentinien	1 Mk. = 0.10 Peso Gold
Brasilien	1 " = 0.25 Peso Papier
Chile	1 " = 0.250 Milreis Papier
Dänemark	1 " = 0.40 Peso Papier
Finnland	1 " = 0.43 Kronen
Frankreich, Belgien, Luxemburg .	1 " = 0.70 Markkaa
Großbritannien, Australien und englische Kolonien	1 " = 1.— Franc
Holland	1 " = 5 d
Japan	1 " = 0.24 Gulden
Italien	1 " = 0.21 Yen
Norwegen	1 " = 1.10 Lire
Schweden	1 " = 0.40 Kronen
Schweiz	1 " = 0.40 Kronen
Spanien	1 " = 0.50 Francs
Ver. Staaten von Nordamerika .	1 " = 0.45 Pesetas
	Ver. Staaten von Nordamerika . 1 " = 0.09 Dollar

Soweit für ein Ausland Umrechnungskurse nicht festgesetzt sind, hat die Lieferung in der Währung eines anderen Auslandes zu erfolgen, für das Umrechnungskurse bestehen.

Da die Rechnungsausstellung in deutscher Währung erfolgen muß, wird der nach vorstehender Tabelle erzielte Auslandswährungsbetrag zum Börsentageskurs der Reichsmark wieder in deutsche Währung umgerechnet, so daß also beispielsweise die Berechnung eines nach Brasilien zu liefernden Ludendorff, Kriegserinnerungen, folgendermaßen aussieht:

	Inlandpreis	Auslandpreis
	einschl. Teuerungszuschl.	
	Mk.	Milreis Mk.
1 Ludendorff, Kriegserinnerungen, gebd.	43.20	10.800 140.60
Porto, Einschreiben und Verpackung	3.20	3.20
	46.40	143.80

Zu zahlen sind demnach 143.80 Mark in Reichsmark oder in brasilianischer Währung 11.072 Milreis. Würde die Reichsmark zum Friedenswert umgerechnet, so würden etwa 30.900 Milreis zu zahlen sein.

Ohne Zweifel: Die Verkaufsordnung des deutschen Buchhandels wird insbesondere bei den Auslandsdeutschen manchem Widerspruch begegnen, denn jedes für die Allgemeinheit bestimmte, also mehr oder weniger schematische Gebilde, kann die Sonderfälle, wie sie gar manchmal vorliegen mögen, nicht berücksichtigen, infolgedessen unliebsame Härten bei der Durchführung solcher Maßnahmen nicht zu vermeiden sein werden. Aber dennoch: Es gilt den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. In seinem Bestreben, sein Teil hierzu beizutragen, glaubt der deutsche Buchhandel auch auf die Mithilfe der Auslandsdeutschen rechnen zu dürfen; er erhofft daher, daß die

Verkaufsordnung allgemein anerkannt wird, und daß die Auslandsdeutschen durch Erteilung recht belangreicher Aufträge auch weiterhin für die Verbreitung guter deutscher Bücher im Ausland tatkräftig eintreten werden. Deutschen kulturellen Einrichtungen im Ausland, wie deutschen Schulen, Bibliotheken und dergleichen können auf Verlangen gewisse Erleichterungen zugestanden werden, worüber ich gerne Auskunft erteile; des weiteren sind Lieferungen antiquarischer Bücher unter gewissen Voraussetzungen den Bestimmungen der Verkaufsordnung nicht unterworfen."

— — — — —
Soweit der Fachmann!

Gewiß ist die Verkaufsordnung theoretisch unanfechtbar. Wenn ein deutsches und ein ausländisches Buch nach Umfang, Inhalt und Ausstattung denselben Aufwand an geistiger und technischer Arbeit, also denselben wirklichen oder Goldwert darstellen, so ist nicht einzusehen, warum das deutsche Buch im Auslande nur den zehnten bis zwanzigsten Teil seines wahren Wertes im Verkauf erzielen soll, während der Deutsche das ausländische Buch nach seinem wirklichen Wert in Gold oder mit der entsprechenden xfachen Summe von Papiermark bezahlen muß. Es ist nur die Frage, ob die ausländischen Käufer, Ausländer oder Auslandsdeutsche, für diese national-ökonomische Begründung Verständnis haben. Bei andern Waren nannte man es Dumping und brandmarkte Schleudpreise fürs Ausland, z. T. mit Recht, mit dem Stempel der Unsittlichkeit. Nur das deutsche Buch will das Ausland unter Ausnutzung der Markentwertung so billig als möglich kaufen. Wenn Herr Bangert oben darauf hinweist, daß auch nach der neuen Verkaufsordnung der ausländische Besteller nur etwa $\frac{2}{5}$ des Betrages zu zahlen hat, den er zahlen müßte, wenn die Reichsmark Friedenswert hätte, so ist zu erwidern, daß der zugrunde gelegte deutsche Markpreis bereits um das Zwei- bis Vierfache gegen die Friedenszeit erhöht ist, und das bei einem Buch, das weder im Papier, noch im Druck, noch im Einband dasselbe vorstellt, wie das deutsche Buch von 1914.

Ob die Verkaufsordnung vom buchhändlerischen Standpunkt aus zweckmäßig ist oder das Gegenteil davon, kann nur der Erfolg erweise. Hält sich der Absatz nach dem Auslande, so ist sie gut; sinkt er, so muß sie abgebaut werden. Aber auch wenn die Verkaufsordnung wider Erwarten und trotz der aus dem Auslande zu uns gelangenden Einsprüche nicht die gefürchtete Rückwirkung haben sollte, wäre vom allgemein deutschen Gesichtspunkt aus mancherlei zu bedenken:

1. Das deutsche Buch hat bei weitem nicht die Verbreitung im Auslande, die es nach Form und Inhalt verdient. Es sind nur wenige Gattungen, die sich sozusagen von selber verkaufen: chemische, technische, medizinische Werke, Kunst- und streng fachwissenschaftliche Literatur. Auf allen anderen Gebieten beherrschen andere Nationen den Weltmarkt, Frankreich beispielsweise den Roman und die politisch-literarische Revue, England und Amerika die unterhaltende Zeitschrift, das „Magazine“ und die populärwissenschaftlichen Handbücher und Führer. Von der Zeitung im Auslande wollen wir am besten schweigen. Die Verbreitung des deutschen Buches in öffentlichen Bibliotheken des Auslandes, von den Nachbarländern Deutschlands abgesehen, ist unglaublich dürftig. Wer eine Probe für Südamerika wünscht, lese die Zusammenstellung „Eine erschreckende Statistik der chilenischen Nationalbibliothek“ in den „Mitteilungen des Deutsch-Südamerikanischen Instituts“, Bd. 4, 1916, S. 203. Von 126 704 nach dem Lesesaal ausgegebenen Werken waren 52 300

chilenischer Herkunft. Von den nichtchilenischen 73 348 Büchern stammten 36 Prozent aus Frankreich, 31 Prozent aus Spanien, 10 Prozent aus Amerika (außer Chile). Deutsche Bücher werden in der Statistik überhaupt nicht erwähnt.

2. Infolge des Krieges hat die Bücherausfuhr 5 Jahre lang gestockt. Es bestehen ebenso große Lücken in den Staats- und privaten Bibliotheken des Auslandes wie ein starkes subjektives Verlangen nach deutscher Literatur. Diese Nachfrage wird naturgemäß nachlassen in dem Grade, als sie nicht befriedigt wird und die 1914—1919 erschienenen Bücher weiter veralten. Ein gutes Buch zieht 100 andere hinter sich her.

3. Es ist fünf Jahre lang ein planmäßiger und erfolgreicher Kampf gegen jedes gedruckte deutsche Wort im Auslande geführt worden. Er wird von einzelnen Staaten methodisch, z. T. unter Beeinflussung der Bibliotheken und Buchhändler, fortgesetzt. Der deutsche Buchhandel gewinnt in dem Tiefstand unserer Währung, der an sich ein nationales Unglück ist, einen unfreiwilligen Bundesgenossen im Kampf um seine Selbsterhaltung.

4. Ist unser Geld entwertet, so ist es gerade in den Nachbarstaaten, die eine deutsche Bevölkerung oder starke deutsche Minderheiten haben, noch mehr (Österreich, Polen, Großböhmen, Ungarn). Hier die geistigen Zusammenhänge mit dem deutschen Mutterlande zu erhalten, ist eine der dringendsten politischen und kulturellen Sorgen. Die Bücherausfuhr nach diesen Ländern ist also ohnehin erschwert, auch wenn für sie nur die deutschen Inlandspreise gelten.

5. Das Buch, wenn auch eine Handelsware, läßt sich nicht mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf dieselbe Stufe stellen. Die Nachfrage nach ihm beruht nicht auf elementarem Bedürfnis, sondern auf geistigen Faktoren wie Gewöhnung, Erziehung, Geschmack, Neigung und Vorurteil. Solche geistig-gefühlsmäßigen Tendenzen lassen sich nur in jahrzehntelangen, weitausschauenden Bemühungen heranbilden. Man studiere die Kulturpolitik der Franzosen auf dem Balkan, im nahen Orient oder in Argentinien, Brasilien und Chile, der Nordamerikaner in ganz Mittel- und Südamerika. Kulturelle Sympathien, die bestehen oder sich anbahnen könnten, werden durch rein wirtschaftlich gedachte Maßnahmen, wie die Verkaufsordnung, gefährdet.

6. Auf jeden Fall müßten für die deutschen Bibliotheken, Schulen, kirchlichen Gemeinden und Fürsorgeanstalten bald Ausnahmen getroffen werden. Man kann die Zukunft des Auslandsdeutschtums nicht sicherer untergraben, als wenn man z. B. die deutschen Schulen im Auslande, wie uns berichtet wird, zur Benutzung fremdsprachiger Lehrmittel zwingt, weil das deutsche Schulbuch, wenn es überhaupt kommt, teuer und technisch schlechter geworden ist als z. B. das englische Buch in Ländern mit englischer Währung.

7. Privatpersonen in Deutschland, die ein Buch ohne die Absicht eines Gewinns an Angehörige im Ausland versenden wollen, sollten von der Zahlung des Valutazuschlages befreit werden, wenn das Buch (vielleicht durch mehrfache Stempelung) für den Verkauf im Auslande entwertet wird.

Wenn die Verkaufsordnung für den deutschen Buchhandel nötig und im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ist, so müssen wir doch in dem Bestreben, für nach dem Auslande gelieferte Zeitschriften mehr oder minder willkürlich erhöhte Inlandspreise zu fordern, eine Gefahr sehen. Die Notlage der deutschen Zeitschriftenverleger ist uns gewiß kein Geheimnis, sie hängt mit der Not der gesamten deutschen Wirtschaft zusammen und kann unseres Erachtens durch vorübergehende

Auslandsgewinne nicht behoben werden. Konjunkturgewinne, wenn sie überhaupt eintreten, gehen rasch vorüber. Dagegen ist der Schaden, der der deutschen Gesamtheit dadurch entsteht, daß das Vertrauen zu deutschen Handelsgebräuchen erschüttert und die Leserwelt von deutschen Zeitschriften abgeschreckt wird, auf die Dauer sehr viel größer. Zeitschriften, die einen nachhaltigen Einfluß erstreben, bedürfen eines ständigen und treuen Leserkreises, der sich an bestimmte Äußerlichkeiten, zu denen auch der Preis gehört, gewöhnt. Er soll angemessen sein, darf sich aber nicht sprunghaft bewegen. Wird das Publikum in seinen Gewohnheiten erheblich gestört, so springt es zu anderen Zeitschriften ab. Denn Zeitschriften sind sehr viel leichter ersetzbar als Bücher. Sagt die deutsche medizinische Zeitschrift nicht zu, so findet der Ausländer in der englischen oder amerikanischen Fachpresse sofort Ersatz. Wir stimmen daher im wesentlichen mit den Gedankengängen des „Offenen Briefes“ überein, den die Vereinigung Hamburg-Bremer Exportbuchhändler an den Verein von Verlegern Deutscher Illustrierter Zeitschriften, Berlin, gerichtet hat (Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, 1920, S. 371) und der auszugsweise lautet:

„Wir stellen fest, daß sich die Zahl der Verleger deutscher Unterhaltungszeitschriften von Tag zu Tag mehrt, welche für die an ausländische Bezieher zur Versendung gelangenden Exemplare ihrer Zeitschriften einen sehr erhöhten Auslandpreis beanspruchen, indem sie einestheils den Abonnementspreis in fremder Währung bestimmen, andernteils den Inlandspreis nebst dem in der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen vorgesehenen Valutaausgleich in Anrechnung bringen.

Wir wollen darüber hinwegsehen, daß der Umstand, infolge des verschiedenartigen Valutaausgleichs für eine und dieselbe Zeitschrift verschiedene Auslandpreise ansetzen zu müssen, dem Exportbuchhandel, dessen Kundenschaft vorwiegend aus den Auslandsdeutschen aller Länder besteht, das Geschäft ganz außerordentlich erschwert; mit allem Nachdruck müssen wir aber darauf hinweisen, daß der Exportbuchhandel außerstande ist, seiner Auslandschaft (wie gesagt: vorwiegend Auslandsdeutschen) diese übermäßig hohen Auslandsabonnementspreise abzufordern, solange jeder auslandsdeutsche Bezieher die Zeitschriften ohne besondere Umstände durch inländische Vermittlung zum Inlandspreis beziehen kann. In dem Ausfuhrverbot von Waren des Abschnitts 12 des Zolltarifs vom 15. März 1920 sind unter § 3 Tageszeitungen und Zeitschriften als ausfuhrfrei angegeben, und in der Tat sind Sendungen dieser Art der Kontrolle der „Außenhandelsniederstelle für das Buchgewerbe“ auch nicht unterworfen. Kein Nichtbuchhändler kann auf die Einhaltung des § 8, Absatz b 2 der Verkaufsordnung verpflichtet werden, und somit ist es jedem nichtbuchhändlerischen Mittelsmann freigegeben, deutsche Zeitschriften zu Inlandspreisen ins Ausland zu liefern. Gebunden ist nur der reguläre Buchhandel, und diesem müssen aus dieser Sachlage erhebliche Nachteile erwachsen.

Für weit empfehlenswerter halten wir es allerdings, daß sich die Zeitschriftenverleger entschließen, einen einheitlichen und nicht zu hohen Auslandpreis für ihre Zeitschriften festzusetzen, denn nach den von unsern Mitgliedern schon jetzt gemachten peinlichen Erfahrungen kündigen die ausländischen Bezieher die laufenden Abonnements sofort, sobald ihnen mitgeteilt wird, daß sie hinfort nicht allein den gegen früher sehr erhöhten Inlandspreis zuzüglich der doch auch recht beträchtlichen Portokosten zahlen sollen, sondern das 3- bis 5-fache dieses Betrags; mit Recht weisen besonders die Auslandsdeutschen darauf hin, daß ihnen genügend gleichartige fremdsprachliche

Zeitschriften ihres derzeitigen Aufenthaltslandes weit billiger zur Verfügung stehen, und sie betonen weiterhin, daß sie durch diese Konjunkturpolitik deutscher Zeitschriftenverleger dahin gebracht würden, ihr Lesebedürfnis mit fremdsprachlicher Literatur zu befriedigen, und sie dadurch dem Deutschum mehr und mehr entfremdet würden.

Die Mitglieder unserer Vereinigung halten es mit ihrer Aufgabe als ehrliche Makler für nicht vereinbar, ihrer Auslandskundschaft einen erheblich höheren Ausland-Abonnementspreis, als es der Inlandpreis ist, für die Besorgung deutscher Zeitschriften abzufordern, solange es jedem Auslandsdeutschen möglich ist, die von ihm gewünschten Zeitschriften durch die Vermittlung seiner inlandsdeutschen Verwandten, Freunde und Bekannten ohne Preisauflage zu beziehen; sie werden infolge-

dessen ihren Abonnenten im Ausland zunächst von dem Sachverhalt Kenntnis geben und deren Entschliebung abwarten. Nach den bereits gemachten Erfahrungen glauben wir schon heute sagen zu können, daß der Exportbuchhandel den größten Teil seiner Zeitschriftenlieferungen ins Ausland verlieren wird, ohne daß dem Verlag daraus der geringste Nutzen erwächst, daß dieser vielmehr sehr erhebliche Nachteile durch das vollständige Ausfallen derjenigen Zeitschriftenabonnements, die von den seitherigen Auslandabonnenten vollständig aufgegeben werden, erleiden wird.

Wir richten deshalb die eindringliche Aufforderung an den gesamten Zeitschriftenverlag, seine Auslandabonnementspreise so maßvoll zu bemessen, daß sie der Exportbuchhandel seiner Auslandskundschaft gegenüber auch befürworten kann.*

Unser letztes Kriegswihnachten in Palästina.

Von einem Kolonisten aus Wilhelma.

Obgleich ja die Feier des Weihnachtsfestes während der Kriegszeit immer in krassem Widerspruch stand zu der Weihnachtsbotschaft „Friede auf Erden“, so war dieses Fest bisher für uns deutsche Kolonisten in Palästina doch insofern immer noch ein fröhliches Fest gewesen, als wir größtenteils alle noch beisammen sein durften.

Weihnachten 1916 war einer meiner Söhne bereits auf belgisch-französischem Boden als Kriegsteilnehmer.

Weihnachten 1917 war dieser Sohn schon gefallen und die übrigen Söhne waren überallhin zerstreut. Ein Sohn war in Damaskus im Lazarett und zwei weitere Söhne waren bei der Fliegerabteilung 300 in Samach am See Genezareth.

Am 8. November 1917 begann der Rückzug des türkischen Heeres an Wilhelma von Süden her vorbeizufüteln. Der deutsche Konsul von Jaffa kam am 9. November 1917 nach Wilhelma und befahl allen wehrpflichtigen Männern, die bis dahin noch hatten daheim bleiben dürfen, sich dem Rückzuge anzuschließen. Der Konsul riet uns, alle Fuhrwerke mit der Fliegerabteilung 300 wegzuschicken und forderte auch die übrigen Kolonisten auf, zu fliehen. Gleich darauf riet er uns aber wieder von der Flucht ab und war nur noch besorgt, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Als erster fuhr er am 10. November 1917 von Wilhelma ab nach Norden zu, noch bevor die Fliegerabteilung 300 von Ramleh her angelangt war.

Am 10. November 1917 trennten sich mehrere Angehörige der Kolonie von uns und nahmen die Fuhrwerke mit. So ergreifend und schmerzlich der Abschied von den lieben Angehörigen und Bekannten auch war, so konnten wir uns diesem Schmerz doch nicht richtig hingeben, denn wir hatten alle Hände voll zu tun. Die Kolonie war überfüllt von deutschem, österreichischem und türkischem Militär, so daß niemand einen ruhigen Augenblick zur Sammlung finden konnte. In und bei Wilhelma staute sich der Rückzug des türkischen Heeres so, daß trotz des Abzugs unserer eigenen Leute mit der Fliegerabteilung 300 die Kolonie und ihre Umgebung in den Tagen bis zum 14. November 1917 einem großen Heerlager glich. Außer den türkischen Truppen, die an der Lyddastraße und am Nordende der Kolonie lagerten, stand auf der Straße österreichische Artillerie. Auf den Höfen und in den Häusern waren Offiziere und Mannschaften deutscher Flakzüge, Funker und Flieger. Am Nordrande der Kolonie landeten mehrere Flugzeuge. Fernsprecher und Funker bezogen Nachtquartiere

in den Häusern und auf den Stallböden. Unsere Frauen und Mädchen waren mit Kochen und Bewirten der Gäste voll in Anspruch genommen.

Auf meinem Stallboden schliefen in der einen Nacht die Mannschaften einer Fernsprecharteilung, in der nächsten Nacht eine Funkerabteilung. Am 14. und 15. November 1917 verweilte das Oberkommando selbst in der Kolonie. Während dieser Zeit stand eine Funkerstation in der Kolonie, ebenso war eine telefonische Verbindung hergestellt. Am 16. endlich trat Ruhe und Stille auf der Kolonie ein, jetzt konnte man etwas zur Besinnung kommen.

Die Kolonie Wilhelma bot jetzt schon ein Bild der Verwüstung. Die Straße lag der ganzen Länge nach voll Stroh und Abfälle aller Art. Die Türken hatten mehrere Strohaufen fortgetragen und wo sie in einem Hofe noch Heu vorfanden, schleppten sie auch dieses fort. Sie warfen ihren Tieren Heu sowohl wie Stroh in solchen Mengen und in einer Weise vor, daß das meiste davon zertreten wurde. Nur der Anwesenheit deutscher Soldaten und besonders des Oberkommandos hatten wir es zu verdanken, daß größere Diebstähle verhindert wurden. Nach dem Abzuge des letzten deutschen Militärs fühlten wir uns ganz verlassen und unbeschützt. Von den Türken kam noch eine Abordnung zurück, die eine Anzahl Schlachtvieh requirierte. Einzelne halbverhungerte und zweifelhafte Individuen, Nachzügler des türkischen Heeres, schlichen bettelnd und stehend umher; den meisten Eingeborenen konnte man ebensowenig trauen, so waren die alten zurückgebliebenen Männer genötigt, fast die ganze Nacht wach zu bleiben. Unter diesen Umständen wünschten wir das Einrücken der Engländer herbei; dieselben ließen jedoch noch ein paar Tage auf sich warten. Man sah zuerst nur einzelne Reiter sich vorsichtig im Felde von Lydda bewegen, sonst war kein Verkehr zu bemerken. Alles schien wie ausgestorben. Kein Pfiff eines Eisenbahnzuges ließ sich hören, kein Fußgänger, Reiter oder Fuhrwerk war auf den Straßen oder Feldwegen zu bemerken. Am 17. November 1917 erschienen zwar ein paar Engländer, bzw. Austral-Reiter, in der Kolonie, die aber bald wieder nach Lydda zurücktritten. Vom 18. November 1917 ab waren beständig englische Reiter in der Kolonie. Von einer Besetzung aber konnte man immer noch nicht reden; diese Reiter waren zuerst erstaunt, hier in der Philisterebene eine deutsche Kolonie anzutreffen. Auf ihren Karten war dieselbe nicht verzeichnet; sie merkten aber sofort, welchen

Nutzen sie aus dieser Kolonie ziehen könnten. Sie suchten uns ebenso sehr zu brandschatzen, als die Türken es vorher getan hatten, nur taten sie es in etwas feinerer Weise. Augenscheinlich waren sie recht ausgehungert, da ihre Etappe nur langsam nachrücken konnte und in den Fellachendörfern eben nichts aufzutreiben war. Sie verlangten mit einer Zudringlichkeit Brot, Wein, Eier, Geflügel oder Fleisch und Futter für ihre Pferde, daß man sich fast nicht erwehren konnte. Auf Geld kam es ihnen natürlich gar nicht an, sie bezahlten jeden geforderten Preis und darüber, aber sie verschmähten es auch nicht, gelegentlich etwas ohne Bezahlung mitlaufen zu lassen.

Erst nachdem am 21. November 1917 Infanterie in Wilhelma eingerückt war, und auf der unteren Kolonie von Frank bis Rugler kleine Zelte aufschlug, konnte man von einer Besetzung der Kolonie sprechen. Jetzt war ein Stab von Offizieren nebst Ärzten, Feldpredigern und Polizisten auf der Kolonie, die dann einige Ordnung schafften. Den Soldaten wurde verboten, in den Häusern Lebensmittel zu kaufen, Wein überhaupt nicht, dagegen gab man uns Gelegenheit, für ihre beim Hotel Frank eingerichtete Kantine gegen angemessene Bezahlung Brot, Eier, Mandeln und Orangen abzuliefern. Die Molkerei setzte jetzt alle Butter an das englische Heer ab, und die Magermilch wurde fast alle an die Soldaten verschenkt. Für die Pferde und Kamele, die die Engländer auf die Kolonie gebracht hatten, habe ich $3\frac{1}{2}$ Tage lang Stroh geschnitten, zum Teil mit englischen Pferden vor dem Göpel, die denselben aber zerbrachen. Die Engländer machten uns große Versprechungen, uns behilflich zu sein, das Land vollends einzusäen, auch hielten sie das arabische Gesindel, das sich neugierig herzudrängte und natürlich gerne etwas mitlaufen ließ, von der Kolonie ab. Man fing schon an, sich wohl zu fühlen unter der englischen Verwaltung. Wir wunderten uns, daß das Militär kein Quartier beanspruchte, trotzdem es schon am 19. November geregnet hatte und einige Häuser fast ganz leer standen. Die Soldaten schliefen bei strömendem Regen unter ihren kleinen Zelten und nur ein paar Offiziere schliefen im Hotel Frank. Alle Abende spielte eine Musikkapelle auf- und abmarschierend, bestehend aus Flöten und Trommeln, und die Kinder liefen aus der ganzen Kolonie zusammen, das Schauspiel zu sehen und die Musik zu hören.

Das Gefühl der Sicherheit und Ruhe sollte aber nicht lange währen. Zuerst lasen wir eine an der schwarzen Tafel angeschlagene Proklamation, in welcher den Eingeborenen und Bürgern des von den Engländern besetzten Gebietes in den hochtrabendsten Phrasen der Schutz und die Fürsorge der englischen Behörden versichert wurde, dann folgten Verordnungen über den Verkehr und andere Verhaltensmaßregeln. Jeder Lichtschein war strengstens verboten. Nur bei dicht verhangenen Fenstern durfte man Licht brennen. Wenn wir abends im Stalle zu tun hatten, mußten wir das meistens im Dunkeln tun. In Jahudie sind einige Leute (Eingeborene) erschossen worden, weil sie Licht gemacht und die Türe offen gelassen hatten. Im Norden der Kolonie Wilhelma bei der Sandgrube und an der Rantiergrenze verschanzten sich die Engländer zuerst, dann zogen sie auch Schützengräben in den Gärten an der Südseite der Häuser. So waren in meinem Garten je 3 Meter vom Hause ein Schützengraben der Länge nach hinter Haus und Stall, in dem im Schutze des Hauses etwa 20 Mann es sich bequem machten. Am 25. November 1917 war ich zum letztenmal in meinem Orangengarten, überzeugte mich daselbst davon, daß viel gestohlen wurde, und wurde von zwei berittenen Australiern mit Revolver und Säbel bedroht. Zu der Zeit schlugen die ersten Granaten in Wilhelma ein, trafen zunächst nur ein paar

Eukalyptusbäume an der oberen Querstraße. Jetzt begann für uns die trübseligste und schwerste Zeit des ganzen Krieges; die Kolonie Wilhelma war einige Wochen in der Feuerlinie. Am 27. November 1917 unternahmen die Türken einen Angriff auf Wilhelma, einzelne drangen bis an die obere Querstraße vor. Die Engländer, die nicht direkt im Kampfe waren, flohen zurück nach Lydda. Auf dieser Flucht wurden viele durch die Geschosse der Artillerie erreicht, und auf dem Wege nach Lydda sind besonders viele Pferde gefallen. In der Nacht zogen sich die Türken zurück und kamen nicht wieder. Die Engländer kampierten von jetzt ab nur noch im Schutze der Häuser, geschossen wurde aber jeden Tag. Das Versteck der Geschütze haben wir nicht erfahren. Die Bewohner der Kolonie mußten sich die meiste Zeit im Keller aufhalten, auch nachts schliefen viele im Keller. Unsere Leute wurden durch die immerwährende Aufregung ganz krank und schwach. Die Kolonie litt unter der Beschießung viel mehr als die Engländer. Mir sind nur ein paar Verwundungen englischer Soldaten bekannt geworden, dagegen hatten wir drei Tote auf der Kolonie Wilhelma. Am 28. November 1917 wurde Herr Held getroffen, am 3. Dezember 1917 der Araber Melake und am 10. Dezember 1917 Heinrich Doelker. Am 28. Dezember 1917 traf eine Granate meinen Stall und riß die ganze Nordwestecke vom Dach und Vorbau weg. Dem Vieh passierte zunächst nichts, aber am 14. Dezember schlug nochmals eine Granate ein und ein Splitter traf eine Kuh, die geschlachtet werden mußte. Das Fleisch nahmen die Engländer und bezahlten dafür 1 £. Am 23. November 1917 brannte Hells Stall mitsamt dem Vieh ab; am 3. Dezember 1917 brannte Richters Stall ab, das Vieh konnte gerettet werden, nur die Schweine nicht.

Der schwerste Zeitpunkt für mich war der, als es hieß, wir würden nach Süden auf eine Judenkolonie gebracht. Ich hätte am liebsten den Tod vorgezogen. Wir hatten doch mehrere kranke und gebrechliche Leute und einige Wöchnerinnen auf der Kolonie, die bei dem strömenden Regen auf den fast unpassierbaren Wegen hätten elend zugrunde gehen müssen. Am 15. Dezember 1917 wurden alle Männer zunächst nach Ramleh gebracht, doch erreichten wir, daß Fräulein Dick ihren Vater begleiten durfte und Frau Bienze ihren Mann. Jetzt waren wir also Kriegsgefangene (Internierte) „prisoners of war“. Unter strenger Bewachung fuhren wir bei Nacht über Kuferane-Bedetschen und Safarie nach Ramleh, wie man sagte, nur für ein paar Tage. In Ramleh kamen wir in ein Gefängnis, dort hatten wir einen alten Ofen in zwei Räumen mit vergitterten Fensterlöchern ohne Fenster. Vor diesen Räumen hatten wir nur einige Schritte Bewegungsfreiheit im Gange. Von Ramleh aus wurden Herr Dick und dessen Tochter, Herr und Frau Bienze, Herr Siegler und Herr Richter nach Jaffa zurückgebracht. In Ramleh traf ich im gleichen Gefängnis noch einen Araber Chaili, der aber bald wieder freigelassen worden ist. Am 19. Dezember 1917 brachte man uns im Lastauto über El-Latron nach Waadi-Sarar. Hier wurden wir in einem Raum einer schlecht gebauten Hütte am Bergabhänge untergebracht. In diesen Raum brachte man auch türkische Offiziere – unsere sogenannten Bundesbrüder –, die sich aber nicht sehr brüderlich vertrugen. Sie waren so ausgehungert, daß wir ihnen von unserem Büchsenfleisch abgaben, und hatten nichts bei sich, als was sie auf dem Leibe trugen. Sie erhielten keine Decken, sondern mußten auf einer Filzmatte schlafen, soweit diese ausreichte. Wir hatten etwas Bettsachen mitnehmen dürfen, und hätten sie sich nun gerne an uns gewärmt. Sie rissen uns die Decken weg und suchten uns zu bestehlen, dafür ließen sie uns ihr Ungeziefer

zurück. In diesem Raume, der etwa 40 Quadratmeter groß war, schliefen einige Nächte 44 Mann. Am Tage stand an der Tür ein Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr, nachts waren es zwei Posten. Wenn man seine Bedürfnisse verrichten wollte, wurde man von so einem Schutzmann begleitet und mußte vollends auf den Berg steigen. In der Weihnachtsnacht machte sich das Wasser vom Berge herab ein Loch durch die Wand unserer Hütte und überschwemmte uns. Unsere Bewachung, harmlose halbschwarze Jungens aus Britisch-Indien, sang am Weihnachtstage mit uns die gleiche Weihnachtsmelodie; das war unser Weihnachtsfest im Jahre 1917.

Der Lagerkommandant kümmerte sich überhaupt nicht um uns, nur soviel erreichten wir von ihm, daß er es übernahm, einen Brief, den wir gemeinsam an unsere Familien richteten, nach Wilhelma zu befördern. Dieser Brief ist am 7. Januar 1918 in Jaffa angelangt.

Ein Offizier stellte uns in höhnischer Weise in Aussicht, daß die Deutschen weiterhin nur in Berlin wohnen dürften, und wenn sie kolonialisieren wollten, so könnten sie das am Nordpol versuchen.

Die an Stelle der von den Türken zerstörten Eisenbahnbrücken aufgeschütteten Dämme über die Wadis waren durch den starken Regen zerrissen, und so konnte man uns zunächst nicht weiterbefördern. Uns alte Männer mit dem verhältnismäßig vielen Gepäck marschieren zu lassen, wie die türkischen Soldaten es tun mußten, ging doch nicht an. Endlich, am 31. Dezember 1917, entschlossen sich die Engländer, uns per Lastauto bis nach Dschüles zu befördern. Der Autolenker fluchte auf die German und versprach, uns tüchtig zu schütteln. Er hielt auch Wort, denn auf der holperigen Chaussee, im vollgepackten Auto, schlugen wir gar manchmal die Köpfe gegen die Bügel und das Plantuch. Da wir auf der Fahrt vielen Munitionsautos begegneten, denen wir ausweichen mußten, blieben wir einigemal im schlammigen Chausseegraben stecken. Am 31. Dezember 1917 abends stiegen wir in einen Zug der früheren türkischen Schmalspurbahn und fuhren bis Dar-Suez. Dort mußten wir unsere Sachen mehrere Male hin und her

schleppen. Um Mitternacht kampierten wir vor einem größeren Zelt, das wohl als Bahnhofsgebäude galt, neben den Schienen der englischen Vollspurbahn. Hier feierten wir auch das neue Jahr mit dem Rest des von daheim mitgenommenen Gebäcks und einem Gläschen Kognak. Sehr hoffnungsvoll erschien uns das neue Jahr nicht unter solchen Umständen. Um 3 Uhr nachts fuhren wir weiter nach Bet-Hanan, hier wurden wir von italienischen Wachmannschaften mit Federbusch zuerst rechts empfangen, diese brachten uns in einen Stacheldrahtverhau, in dem weder eine Baracke noch ein Zelt stand. Hier kampierten wir mit einer Menge türkischer Soldaten bis zum 2. Januar 1918, 8 Uhr morgens, unter freiem Himmel bei zeitweilig strömendem Regen. Die italienische Wache war doch so freundlich, uns so viel Holz herbeizuschleppen, daß wir die ganze Nacht ein Feuer unterhalten konnten. Herr Hornung aus Wilhelma und Herr Schmid aus Gaza waren infolge der Strapazen bereits krank geworden.

Nachdem wir am 2. Januar 1918 von 8 bis 10 Uhr morgens an der Bahn gestanden und manchen Spott und Demütigung hatten hinnehmen müssen, fuhren wir ab und kamen abends 6 Uhr in Rufa an. Hier wurden wir im Lager von den vorher dorthin gebrachten Jaffaern und Saronarn begrüßt. Von jetzt ab ging es uns wieder besser.

Wie war es aber unseren Frauen und Kindern über die Weihnachtszeit ergangen? Am 16. Dezember 1917 setzte das Bombardement auf Wilhelma nochmals mit neuer Wucht ein, und am 19. Dezember 1917 erhielten die noch anwesenden Kolonisten den Befehl, nach Jaffa überzusiedeln. Vom 20. bis 24. Dezember 1917 bewerkstelligten sie die Übersiedlung mit dem Reste der zurückgebliebenen eigenen Fuhrwerke, mit englischen Autos und jüdischen Wagen unter vielen Mühen und Beschwerden. Neben den schwer beladenen Wagen in knietiefem Schmutz einherwandelnd erreichten sie auf dem Umwege über Ramleh, meistens bei Nacht, die Stadt Jaffa. Daß man unter solchen Umständen kein fröhliches Weihnachtsfest feiern kann, ist leicht verständlich. Und seitdem harren wir alle der Befreiung — wie lange noch?

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg.

I. Von der Südsee bis Kiel, 1914*).

Von Prof. Dr. K. . . , Marinearzt.

(Fortsetzung aus Nr. 11.)

Sie interessieren sich für die Stimmung der Deutschen in der fernen Südsee und für die der Holländer und Engländer, mit denen ich unterwegs in Fühlung kam. Nach Kriegausbruch habe ich höchstens noch mit zwei Dutzend Deutschen in persönlicher Berührung gestanden, erst in Holländisch Indien traf ich wieder mehr. Alle beseelte der eine gemeinsame Wunsch, mithelfen zu können, wie und wo es auch sei. Was an Kriegsnachrichten bis zu uns drang, war nicht viel, und bald flossen nur noch die Reuterschen Schmutzquellen. Eins freilich konnte für den, der zwischen den Zeilen zu lesen verstand, niemals weggelogen werden, das waren die Namen der Orte, wo gekämpft wurde, und die lagen ja fast sämtlich in Feindesland. Sonst hat freilich Reuter gerade dem Auslande immer besonders duftige Lügensträuße übermittelt. Als bezeichnendes Beispiel für die bis ins Groteske sich verlierende Verlogenheit sei erwähnt, daß die einzige Nachricht, die über die Siege Hindenburgs nach dem Osten gelangte, also lautete: „Die von der deutschen Presse verbreiteten Nachrichten über einen Sieg in Ostpreußen sind frei erfunden; offizielles

russisches Communiqué.“ Eine besondere Perfidie der Berichterstattung bestand darin, daß häufig telegraphiert wurde: Die deutsche Presse meldet, und dann folgte irgendeine dreiste Unwahrheit wie etwa die, daß unsere Verluste bis Oktober 2½ Millionen Menschen betrügen. Die preußische Garde ist mindestens fünfmal völlig vernichtet worden und vom ganzen bayrischen Heer waren im November nur noch 50 Mann übrig!

Bei den Kolonial-Holländern erlebte ich die betrübliche Überraschung, daß sie in allen Kreisen durchweg antideutsch gesinnt sind. Aber die Deutschfeindlichkeit äußert sich nur selten in unangenehmer Form; man könnte sie beinahe liebenswürdig nennen, und häufig schließt sie eine Anerkennung der gewaltigen Kraftanstrengungen unseres Volkes nicht aus. So offen die Abneigung gegen uns eingestanden wird, so schwer ist es, über ihre inneren Gründe Klarheit zu gewinnen. Die einen schützen das Schicksal Belgiens vor, womit aber nicht erklärbar ist, daß die Holländer in Europa, die doch Belgien viel näher stehen, bei weitem nicht in dem Maße deutschfeindlich sind wie die in Indien:

*) Vergleiche auch Nr. 10 und 11.

andere führen das dauernd mißbrauchte Schlagwort vom Militarismus im Munde, obwohl sie nur zu gut wissen, daß ihnen eine wirkliche Gefahr höchstens vom englischen Marinismus droht. Den wirklichen Grund hat mir, glaube ich, ein holländischer Kaufmann verraten, der mir versicherte: „Wir fürchten die deutsche Konkurrenz im Handel und Schifffahrt unserer Kolonien weit mehr als die englische, daher unsere Abneigung gegen Deutschland.“ Eigentlich ein schmeichelhaftes Zugeständnis, aber doch ist es das gleich traurige Motiv, das uns die Feindschaft Englands eingetragen hat, weil es sich im friedlichen Wettbewerb überflügelt sah. Es gibt nur noch ein Volk auf der Welt, durch das sich die Holländer wirtschaftlich und überdies politisch mehr bedroht fühlen als durch uns, das sind die Japaner.

... Im vollen Gegensatz zur Stimmung der Holländer überraschte mich die Deutschfreundlichkeit aller Mohammedaner und Chinesen. Zu Tausenden werden die Bilder des deutschen und österreichischen Kaisers unter den Eingeborenen bis hin zu den Molukken gekauft, und in vielen Chinesenhäusern sah ich das Bild der „Emden“ an der Wand hängen. Mag uns politisch diese Sympathie auch belanglos erscheinen, für die spätere Zeit des Wiederaufbaus unseres überseeischen Handels kann sie kaum hoch genug veranschlagt werden. Auch von der Deutschfreundlichkeit der ägyptischen Mohammedaner bin ich fest überzeugt. Ein kleines, kaum mißzuverstehendes Erlebnis aus Port Said sei als Beleg angeführt. Ende Januar passierte ich auf holländischem Dampfer den Suezkanal, an dessen Ufer Neuseeländer und Australier in buntem Gemisch mit indischen Panoptikumskriegern in Erwartung des türkischen Anmarsches verteilt waren. In Port Said war bei der Schiffsrevision Verdacht gegen mich erwacht und ein arabischer Polizeioffizier mit mehreren Mann wurde von der englischen Hafenbehörde beauftragt, mich unauffällig aber streng an Bord zu überwachen, um mich nötigenfalls am Verlassen des Schiffs zu verhindern oder zu verhaften, wenn ich es wagen sollte, an Land zu gehen. Ich hatte sehr bald bemerkt, daß mich arabische Soldaten auf Schritt und Tritt bewachten. Als ich einen Augenblick an Deck allein mit einem von ihnen war, kam er auf mich zu und sprach mich englisch an: „Ich weiß, daß Sie ein Deutscher sind, ich möchte Ihnen die Hand geben.“ Im Laufe der weiteren Stunden unseres Aufenthalts und meiner Überwachung wiederholte sich der entsprechende Vorgang noch mit drei anderen Soldaten, und in dem Gespräch, daß ich schließlich vorsichtig mit ihnen anzuknüpfen wagte, kam die tiefe Abneigung auch dieser Mohammedaner gegen England zu ganz unverhohlenem Ausdruck. Die Nachrichtenversorgung Ägyptens ist natürlich ganz besonders darauf zugeschnitten, die einheimische Bevölkerung irrezuführen, wobei die Rollen zwischen Engländern und Franzosen verteilt sind, indem beide ihre eigenen Organe dafür in Bewegung setzen und um die Wette ihre Enten aufsteigen lassen. Ein französisches Blatt tischte bei meiner Durchreise als Neuestes die Gefangenhaltung des österreichischen Kaisers in Schönbrunn auf. Glücklicherweise ist die ägyptische Bevölkerung viel zu klug und geschickt, als daß sie sich nicht auf Umwegen ihre eigenen Nachrichten zu verschaffen wüßte.

Jenseits des Suezkanals flossen die Nachrichten von Tag zu Tag in immer größerer Fülle, denn wir kamen in die Reichweite des Eiffelturms, der allnächtlich seine Neuigkeiten in drei Sprachen, deutsch, französisch, englisch, in die weite Welt sendet. Später kam die Verbindung mit englischen Marinestationen hinzu, so daß wir jeden Morgen eine stattliche Liste neuester Telegramme hatten, die neben dem vorzüglichen Frühstück unseres Dampfers für einen fröhlichen Beginn des Tages sorgten, denn

auch sie haben nie anders als erheiternd auf mich gewirkt. Die Franzosen meldeten mit breiter Ausführlichkeit, wieviel Meter Laufgraben sie erobert; wieviel sie verloren, behielten sie natürlich für sich; nur ein einziges Mal, bei unserem Vorstoß nach Soissons, stahl sich die allerliebste Bemerkung ein, daß ein Teil ihrer Laufgräben „unwohnlich“ geworden sei. Reuter war in diesen Tagen etwas verlegen um neue englische Siege, und um das erwünschte Maß von Neuigkeiten zu füllen, funkte er an zwei aufeinanderfolgenden Tagen mitten in die Kriegsberichte hinein die genaue Londoner Adresse und sonstige Einzelheiten über — die neuesten amerikanischen Frühjahrsmoden! Endlich bekam er durch die letzte Schlacht in der Nordsee wieder Stoff in Menge, aber ein tückischer Zufall fügte es, daß gerade hierbei seine Kunde von vornherein nicht recht ernsthaft genommen werden konnte, denn die stolzen Worte seines ersten Telegramms darüber lauteten: „Unsere Flotte kehrte völlig verlustlos zurück“; das unmittelbar danach aufgefangene aber fing mit den Worten an: Unsere Verluste in der letzten Nordseeschlacht betrugen ...“ und nun folgte ein verstecktes Eingeständnis von einigen Toten und Verwundeten, sowie die Beschädigungen des „Lion“ und des „Meteor“.

Das ganze Mittelmeer, Gibraltar und der Golf von Biskaya wurden passiert, ohne daß wir anders als durch Signale oder sehr summarische Untersuchungen von feindlichen Schiffen belästigt worden wären. Es war meine vierzehnte Fahrt über den Ozean. Schon der oberflächlichen Beobachtung bot sich so manche Abweichung vom gewohnten Bilde. Vor allem waren die großen Fahrstraßen selbst an den Stellen, wo der gewöhnliche Kurs alle Schiffe auf denselben Punkt zwingt, wie beim spanischen Kap Finisterre oder dem französischen Kap Quessant, leer und einsam. Wo sonst ausfahrende und heimkehrende Dampfer sich in großer Zahl kreuzen, fuhren wir lange, ohne einem einzigen anderen Fahrzeug zu begegnen. Anders wurde das Bild erst mit dem Einsteuern in den Kanal, womit für mich gleichzeitig der letzte, bedenklichste, aber auch fesselndste Abschnitt der langen Reise, der durchs unmittelbare Kriegsgebiet in Feindesland hinein, anhub. Wohl wurde im engen Bereich des Kanals die Zahl der Schiffe größer, aber man sah jetzt die absonderlichsten Gesellen, oft alter und ältester Bauart, die sich früher gar nicht oder nur selten hier blicken ließen; neben den Engländern wackelige Griechen, viele Spanier, einzelne Japaner, Holländer und Skandinavier, diese meist in guter Verfassung; ab und zu auch eine russische Flagge auf abenteuerlichem Fahrzeuge. Ob sie wirklich alle der Nationalität angehörten, deren Flagge sie zeigten, ist sehr zweifelhaft, denn der Flaggenbetrug wurde auch in diesen Tagen schon geübt. Wir erlebten es selbst zu unserer größten Überraschung, daß ein dicht mit uns fahrendes englisches Frachtboot beim Eintritt in die gefährliche Gegend vor Dover ganz ungeniert seine Flagge niederholte und die amerikanische setzte. Als es tags darauf über die bedenkliche Stelle hinweg war und hinter uns die Themse hinauffuhr, frisierte es sich wieder englisch. Erwartet hatten wir, eine besonders große Zahl von Kriegsschiffen zu treffen, doch das Gegenteil war der Fall, denn wir sahen viel weniger als sonst zu Friedenszeiten in diesen Gewässern. Hie und da einige Torpedoboote im Wachdienst, aber nur ausnahmsweise ein größeres Kriegsschiff. Da der Minengefahr wegen im Kanal und auf der Themse nur mit Lotsen und nur am Tage gefahren werden kann, lagen wir eine Nacht vor der Themsemündung still. Punkt 7 Uhr mußte dort schon das ganze Schiff verdunkelt werden, damit den Flugzeugen oder Luftschiffen kein Lichtziel gegeben wurde. Ununterbrochen spielten die Scheinwerfer und Suchlichter über dem

finstern Horizont und nach den Wolken empor und bald setzte sogar in unserer Nähe ein Feuer aus schwerem Geschütz ein, es stellte sich später als nächtliche Schießübung heraus. Am andern Morgen ging's weiter stromaufwärts bis zu unserem endgültigen Ankerplatz. Drei Revisionen hatte unser Dampfer auf dieser Strecke über sich ergehen zu lassen; die letzte war die eingehendste. Aber wie auf der ganzen Fahrt, waltete auch hier ein günstiger Stern über meinem Schicksal, denn ohne ein wenig Glück hätten meine noch so sorgfältig überdachten Pläne mich kaum vor einem Gefangenenerlager bewahrt.

Obwohl wir nur einen geringfügigen Teil unserer Ladung zu löschen und nur hundert Tonnen Kohlen zu nehmen hatten, währte doch unsere Abfertigung wegen Mangel an Arbeitern reichlich drei Tage. Ich habe während dieser Zeit zwar nicht wagen können, unseren Dampfer zu verlassen, hatte aber doch auf ihm reiche und bequeme Gelegenheit, sei es bei den mehrfachen Kontrollen von Ladung und Passagieren, sei es an den Gesprächen der Lotsen, sei es durch die dauernde Anwesenheit englischer Zollbeamter, Vertreter der Schiffsagenturen oder sonstiger Besucher an Bord, mit ihren Unterhaltungen, die natürlich nicht gerade für deutsche Ohren bestimmt waren, meine Beobachtungen anzustellen. Selbstverständlich bin ich auch alles andere als mit verbundenen Augen durch den Kanal und die Themse gefahren. Am zweiten Tage unseres Aufenthalts wurde die deutsche Ankündigung des U-Boot-Kriegs für den 18. Februar in London bekannt. Eine unverkennbare, hochgradige Nervosität war die unmittelbare Folge. Am Tage darauf brachten aber fast alle großen Londoner Blätter beruhigende Artikel mit der gleichlautenden Versicherung, daß es sich bloß um einen großen „deutschen Bluff“ handle. Schon aus der gleichmäßigen Einnahme dieses Standpunktes ging hervor, daß er auf höhere Weisung vertreten wurde. Wie wenig die erwünschte Beruhigung dadurch erreicht worden ist, hat der Gang der Ereignisse inzwischen gelehrt. Die unfreiwillige Muße unseres Aufenthalts füllte ich damit aus, möglichst viele englische Zeitschriften jüngsten und älteren Datums, die massenhaft an Bord gebracht wurden, durchzustudieren. Jedem ihrer Leser wird sofort auffällig sein, mit welcher großen Ausführlichkeit man sich in England immer wieder mit der Person unseres Kaisers befaßt, und wie man immer noch den sinnlosen Versuch macht, einen Widerspruch zu behaupten zwischen ihm und dem deutschen Volk, das man gern als die irregeleitete Herde hinstellen möchte. Zu bedenken ist freilich dabei, daß ganz im Gegensatz zu uns, die englische Presse nicht im entferntesten die Stimmung des Volkes widerspiegelt, und daß sie offenbar zu den stärksten Mitteln greifen muß, um der Kriegs-

gleichgültigkeit der Massen entgegenzuarbeiten. In zwei gegensätzlichen Künsten aber sind uns die englischen Zeitungen überlegen; in der des Lügens und der des Schweigens. So wenig wir ihr in jener nacheifern wollen, so wichtig scheint es mir, diese gewissenhaft zu üben. Ich habe häufig Gelegenheit gehabt, in holländischen, englischen und französischen Blättern ganze Artikel oder einzelne Ausschnitte solcher aus deutschen Zeitungen abgedruckt zu sehen, die von ihrem Verfasser zwar brav gemeint, doch dem Feinde die Handhabe zur Mißdeutung deutscher Zustände boten. Auch Feldpostbriefe, die man bei Gefallenen vorfand, sind nach dieser Richtung hin ausgebeutet worden. Möchte jeder Deutsche daran denken, daß die ausländische Presse nur darauf lauert, irgendwelche Notizen bei uns zu entdecken, die gegen uns gedeutet werden können.

Erst als die Themse mit ihrem dicken Nebel hinter mir lag, schwanden die letzten Zweifel am Gelingen meines Wagnisses. Über der Nordsee lag als siegesfroher, heimatlicher Gruß der prächtigste Sonnenschein; aber er bestrahlte auch das Grab so vieler braver Seeleute und weckte gleichzeitig Freude und Wehmut. Eine kurze Rast in Rotterdam, dem regsamsten Orte im Wirtschaftsleben Hollands und demjenigen, in dem das meiste Verständnis für Deutschland zu finden ist, dann eilte ich meinem Vaterlande zu. Wie würde alles aussehen, wie würde ich's wiederfinden? Seit Juni 1914 hatte mich keine Post mehr erreicht, seit Mitte 1913 war ich ihm fern gewesen. Aber für uns Kolonisten ist es ja nicht nur Vaterland, sondern Mutterland zugleich, und so sind wir ihm trotz der räumlichen Ferne in doppelter Liebe verbunden. Die ersten Landstürmer in Bentheim hätte ich am liebsten mit lautem Hurra und einem frischen frohen Soldatenlied begrüßt und jeden Feldgrauen im Zuge hätte ich am liebsten um einen Schlachtbericht gebeten. Was mich am meisten freute, als ich am heimatlichen Ziele war? Daß ich alle die Meinen gesund wiederfand. Worauf ich am meisten stolz war? Daß zwanzig meiner nächsten Verwandten im Felde standen, darunter meine Brüder mit dem Eisernen Kreuz. Was mir am meisten zu Herzen ging? Als ich zum erstenmal ein altes Mütterchen in rührender Umständlichkeit und zärtlicher Sorgfalt drei Feldpostpaketchen für ihre drei Jungen am Postschalter abliefern sah. Was mich am meisten erbitterte? Die schamlose Rohheit, mit der meine gefangenen wehrlosen Freunde in Afrika behandelt wurden. Was ich mir am meisten wünschte? Daß meine Wartezeit bis zur Einberufung nicht allzu lange währen möchte. Worauf ich felsenfest vertraue? Auf den Sieg der deutschen Waffen und die ruhige, zähe Ausdauer unseres Volkes.

Auf Wiedersehen in Berlin! ...

„Brasilien und wir.“

Zu einem Artikel „Brasilien und wir“ von Karl Schüler in der „Düsseldorfer Zeitung“ (vgl. „Der Auslanddeutsche“ 1. Januarheft 1920 S. 14) wird uns von dem führenden deutsch-evangelischen Geistlichen aus Porto Alegre, Pastor Adolf Kolffhaus, geschrieben:

„Ich bin von einer Reihe hiesiger Herren gebeten worden, gegen den gänzlich falsch unterrichtenden Artikel Stellung zu nehmen. Der Artikel meint, es habe keine schwarzen Listen gegeben; brasilianische nicht, aber englische und amerikanische Listen standen in voller Wirksamkeit. Sie haben den Häusern, die darauf standen, einen Schaden gebracht, der in die Millionen geht. Was Herr Schüler sonst erzählt, daß Geschäfte, die auf der schwarzen Liste standen, sich einfach unter brasilianischem

Namen wieder aufgetan hätten und unbehelligt geblieben wären, ist nicht ganz richtig. Einmal ist's eine Unmöglichkeit, ein Geschäft „unter brasilianischem Namen“ einfach aufzutun, dann aber wären die Spitzel der englischen und nordamerikanischen Konsulate sofort dahinter gekommen oder von stets dienstwilliger Konkurrenz freudlichst in Kenntnis gesetzt worden. Nein, der Wirtschaftskrieg ist hier gegen den deutschen und deutschfreundlichen Handel aufs schärfste geführt worden. Die Regierung hat kein deutsches Vermögen beschlagnahmt, das ist richtig. Aber sie hat es gestattet, daß der mit ausländischem Geld gekaufte Pöbel in Porto Alegre z. B. die größten deutschen Firmen niederbrannte, an andern Orten wie Rio Grande und Relotas die Einrichtung zerstörte und Ausschreitungen aller

Art sich zuschulden kommen ließ. Interniert wurde niemand; aber es wurde gegen alles deutsche Wesen, Sprache usw. ein gehässiger Kampf geführt.

Daß der neue Wahlkampf im April 1919 unter dem Zeichen „Für oder gegen Deutschland“ gestanden habe, ist eine falsche Beleuchtung der Tatsachen. Bei der Wahl war von „für oder gegen Deutschland“ überhaupt keine Rede. Dr. Epitasio Pessoa zum Deutschfreund zu stempeln, ist außerordentlich kühn. Daß auf ihn die Stimmen der brasilianischen Wähler deutscher Abstammung fielen, lag einfach an der Tatsache, daß die Regierung auf seine Seite trat. Ruy Barbosa ist nicht seiner Deutschfeindlichkeit wegen unterlegen, sondern weil man vor seinen finanziellen Fähigkeiten, mit denen er Brasilien schon einmal an den Rand des Verderbens gebracht hatte, einen Heidenrespekt hatte. Daß Pessoa's Wahl als ‚Kundgebung für Deutschland‘ in Brasilien stürmisch gefeiert worden sei, ist eine sehr starke Übertreibung. Die Stimmung gegen Deutschland ist hier wohl eine andere geworden. Das soll nicht geleugnet werden. Aber sie ist von Deutschfreundlichkeit himmelweit entfernt. Die nackte, bittere Wahrheit ist, daß an die Stelle achtungsvoller Furcht, mit der man früher und noch während des Krieges den Deutschen betrachtete, — Verachtung getreten ist. Zu fürchten braucht man den Deutschen nicht mehr; das Gerede vom perigo allemão ist verstummt. Jetzt verachtet man das Volk, das dem treu für die Heimat kämpfenden Heere den Dolch in den Rücken stieß und sich selbst entmannte. Als offensbaren Hochverrat haben deutschfreundliche Brasilianer — sie waren sehr spärlich! — die Revolution vom 9. November 1918 empfunden, und sie waren weit davon entfernt, „das Bekenntnis Deutschlands zum demokratischen Regiment“ als eine Stärkung ihrer Stellung zu bewerten. Im Gegenteil ist ihnen, die stets auf die hohen, dem deutschen Volk innewohnenden ethischen Werte hingewiesen haben, durch die Demokratisierung und ihre Begleiterscheinungen der beste Wind aus den Segeln genommen. Heute müssen sie schweigen, wenn man sie hämisch auf die Zustände drüben hinweist: „Das ist also die gepriesene deutsche Kultur! Wahrlich, wir Wilden sind doch bessere Menschen!“

Ganz besonders scharfer Widerspruch muß aber gegen den Schlußsatz des Artikels erhoben werden, der besagt, daß die

Regierung zum Beweise der Deutschfreundlichkeit den Einwandererstrom nach Brasilien lenken wolle. Nicht deshalb, weil er falsch wäre, sondern deshalb, weil er falsche Hoffnungen erweckt. Ganz sicher wird unsere Regierung durch Vermittelung ihrer Agenten oder privater Landbesiedelungsgesellschaften versuchen, die bisher wirtschaftlich zum großen Teil brachliegenden Nordstaaten zu besiedeln und zu erschließen. Demgegenüber sei auf das Allerdeutlichste gesagt, daß zur Besiedelung durch europäische Einwanderer nur und ganz allein die Mittel- und Südstaaten in Frage kommen, und von den Mittelstaaten auch nur gewisse Hochlandgebiete. Von den Südstaaten aber hat der größte und, was seine Entwicklungsmöglichkeit angeht, wichtigste Staat, Rio Grande do Sul, jede fremde Einwanderung rund und glatt abgelehnt, so daß nur noch Sao Paulo, Paraná, und St. Catharina übrig bleiben. Aber auch hier sind die Aussichten für Einwanderer derartig verschieden, daß jeder, der sich dahin begeben will, erst ganz genaue Auskunft einholen möge. Die Stellen drüben sind bekannt. Wer sich sofort hierherwenden will, frage bei den evangelischen oder katholischen Pfarrämtern an, die in der Lage und Willens sind, ganz genaue Auskunft zu erteilen. —

So sehr die Bemühungen anzuerkennen sind, die von allen Seiten gemacht werden, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien zu normalisieren und ein tieferes gegenseitiges Bekanntwerden beider Länder herbeizuführen, so wenig dienen diesem Zweck einseitig schön- oder schwarzgefärbte Zeitungsartikel. Helfen kann man nur, wenn man ganz wahrhaftig sagt, was ist. Vor einer plan- und mittellosen Einwanderung kann nicht dringend genug gewarnt werden; zumal soll sich niemand verleiten lassen, in die Nordstaaten zu ziehen; Selbstmord kann er drüben besser und billiger begehen. Für deutsche Einwanderer kommen nur die 4 Südstaaten Rio Grande do Sul, St. Catharina, Paraná und allenfalls noch Sao Paulo in Betracht; bei dem letzten auch nur das Hochland oder die Flußtäler des Uruguay und seiner Nebenflüsse. Mittellosen Einwanderern, wenn sie nicht Handwerker sind, ist unser Staat verschlossen, da die Regierung an Nichtnationale kein Land verkauft.“

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschecho-Slowakei.

Der Generalsekretär der Internationalen Gesellschaft für Chirurgie in Brüssel hat an alle Mitglieder in der Tschecho-Slowakei ein Schreiben gerichtet, der fünfte Kongreß werde in Paris im Juli tagen und zwar mit Ausschluß der deutschen, österreichischen und türkischen Mitglieder. Er nehme an, daß auch die tschecho-slowakischen Mitglieder im Sinne der Bestimmungen des Vertrages von Versailles alle Beziehungen zu den Vertretern der Mittelmächte gelöst hätten. Wenn diese Annahme auf Richtigkeit beruhe, bitte er um Mitteilung, um den Mitgliedern die nötigen Schriftstücke übersenden zu können. Die in der Tschecho-Slowakei lebenden deutschen Mitglieder der Gesellschaft haben auf dieses Ansinnen natürlich mit ihrem Austritt geantwortet.

Ungarn.

Das deutsche Leben entwickelt sich in wirtschaftlicher, wie in kultureller und politischer Richtung, allen gelegentlichen

Hemmungen zum Trotz, in erfreulicher Weise. Übereifrige magyarische Beamte, die sich in die neue Lage der Dinge nicht zu finden wissen, bringen allerdings die von oben angeordneten Maßnahmen zur Wahrung der nationalen Rechte der völkischen Minderheiten nicht zur Ausführung; so werden in manchen deutschen Gemeinden Beschwerden darüber erhoben, daß in den Volksschulen die Muttersprache der deutschen Kinder noch immer nicht die gesetzliche Anerkennung findet. Wie einzelne Fälle gezeigt haben, hilft da gewöhnlich eine entsprechende Beschwerde an das Ministerium für nationale Minderheiten, nur wagen es vielfach die von früher her noch eingeschüchterten Bauern nicht, von ihrem Beschwerderechte Gebrauch zu machen. Sobald sie entsprechende Aufklärung und Anleitung erhalten haben werden, wird hoffentlich derartigen Beschwerden der Boden entzogen sein. Daß sich gerade auf dem Gebiete des Volksschulwesens eine erfreuliche Neueinstellung zu vollziehen beginnt, geht daraus hervor, daß kürzlich der Minister für nationale Minderheiten, Dr. Jakob Bleyer, selbst erklärt haben soll, er plane für die Hauptstadt Budapest die Errichtung einiger

deutscher Schulen. In Budapest rührt sich im übrigen wieder gesundes deutsches Kulturleben. Das beste Zeugnis dafür bildet der anhaltend starke Zuspruch, dessen sich die seit wenigen Monaten regelmäßig dort veranstalteten „Deutschen Kulturabende“ erfreuen, bei denen deutsche Dichtung und deutsche Musik gepflegt werden. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es zu begrüßen, daß die Gründung einer „Ungarländischen deutschen Bank“ immer greifbarere Gestalt annimmt und daß sogar an die Errichtung einer deutschen Handelskammer gedacht wird, um die sich die in der Hauptstadt ansässigen Reichsdeutschen besonders bemühen. — Die ersten Wahlen zu der neuen ungarischen Nationalversammlung haben zwar keine geschlossene Parteivertretung des ungarländischen Deutschtums, aber immerhin zehn deutsche Volksvertreter gebracht, die sich freilich auf drei verschiedene Parteien, deren keine als solche deutsch ist, verteilen. Diese deutschen Abgeordneten verhandeln eben darüber, für wirtschaftliche und kulturelle Fragen einen Zweckverband innerhalb der Nationalversammlung zu bilden. Durch die Abtretung Deutsch-Westungarns an Österreich würde allerdings die Zahl der deutschen Volksvertreter geschwächt werden, dafür aber wären etliche Hunderttausend Deutsche endgültig für das deutsche Gesamtvolk gewonnen. Daß damit, wie z. B. der greise Führer des ungarländischen Deutschtums, Edmund Steinacker, meint, die Stellung der in Ungarn verbleibenden Deutschen sich weniger günstig gestaltete, ist freilich denkbar, aber andererseits wäre von großdeutschem Standpunkte der Gewinn groß. Vielleicht könnte gerade der Verlust etlicher Hunderttausend deutscher Staatsangehöriger die ungarische Regierung, wenn sie ihr Interesse richtig erkennt, dazu veranlassen, den bei Ungarn verbleibenden Deutschen das Dasein möglichst freundlich zu gestalten. Deutschösterreichs Staatskanzler Dr. Renner hat kürzlich mit Recht darauf hingewiesen, daß die zwischen Österreich und Ungarn bestehende weitgehende Interessengemeinschaft über die vorübergehende Trübung der gegenseitigen Beziehungen in absehbarer Zeit hinweghelfen müßte. B. I.

In Budapest hat sich eine neue deutsche, dem Minister Bleyer nahestehende Partei gebildet, die energisch den Schutz der Minderheiten verlangt und sich gegen die saumselige Durchführung der Verordnungen zum Schutze der Minderheiten wendet. Die Partei bezeichnet sich ausdrücklich als „Deutsche Christliche Partei“ und verlangt unbedingten Schutz des Deutschtums.

Schweiz.

Eine schweizerisch-deutsche Hilfskommission für notleidende Kinder ist gebildet worden, die unlängst von der Vereinigung sämtlicher jüdischer Wohltätigkeitsvereine Nordamerikas, von dem Joint Distribution Committee, eine große Summe Geldes zur Fortführung ihrer Arbeiten erhalten hat. Die Kommission will die Schulspeisungen deutscher unterernährter Kinder fortsetzen, will unterernährte und psychisch nicht mehr frische Kinder auf Familienfreiplätzen in der Schweiz unterbringen und in Kindergenesungsheimen an Tuberkulose erkrankte, aber noch zu rettende deutsche Kinder ausheilen. Die Arbeit ist eine Fortsetzung der bisher durch die Fürsorgeabteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern besorgten Arbeit. Verschiedene Schweizer Hilfsvereine sprangen mit großen Summen ein, als die Geldentwertung die weitere Arbeit dieser Gesandtschaftsabteilung lahm zu legen schien. An der Spitze der im Februar gegründeten Kommission stehen nun der Schweizer Gesandte in Berlin und der deutsche Gesandte in Bern. Ein Aufruf ergeht jetzt an alle Kinderfreunde in der ganzen Welt.

Ein neues Abkommen mit der Schweiz soll die Wiedereinreise der deutschen Wehrmänner erleichtern. Es wurde geklagt, daß das Abkommen nur auf dem Papier stünde. Demgegenüber meldet die „Frankf. Ztg.“ am 11. Mai aus Zürich: „Ich erfahre von zuständiger Seite, daß es nicht zutrifft, daß die Einreiseerleichterungen für solche Wehrmänner, die in der Schweiz geboren sind oder eine Schweizerin zur Frau haben oder mindestens 15 Jahre vor dem Kriege in der Schweiz wohnhaft waren, bis heute noch so gut wie gar nicht in Anwendung gebracht worden seien. Das Gegenteil ist der Fall. Wo diese Erleichterungen nicht angewandt wurden, geschah es, weil politische oder andere Gründe bis jetzt dagegen sprachen. Die Verhandlungen über Einreise deutscher Wehrmänner in die Schweiz sind im übrigen in gutem Gange, und es steht zu hoffen, daß in absehbarer Zeit einer größeren Anzahl die Einreise gestattet werden wird.“

Dänemark.

Die dänischen Gewerkschaften haben in den letzten Monaten, Mitteilungen aus Kopenhagen zufolge, für Ferienreisen deutscher Kinder 1400000 Mark ausgegeben, damit die kleinen Gäste einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in schönster Umgebung und bei guter Ernährung völlig kostenlos verleben können.

Schweden.

Schwedische Ärzte haben durch ihre Vertreter der Berlin-Brandenburger Ärztekammer mitgeteilt, daß eine Reihe schwedischer Ärzte bereit sei, Berliner Kollegen und deren Frauen und Familien, die während des Sommers eine Erholung nötig haben, bei sich aufzunehmen. Das Anerbieten ist angenommen worden und entsprechende Gesuche werden nach Schweden weitergeleitet.

Unter den Neutralen, die praktische Hilfe für Deutschlands Notlage schufen, steht Schweden mit an erster Stelle. Man ist jetzt in Schweden schon eifrig am Werke, den Sommeraufenthalt deutscher Kinder zu regeln. Der Leiter des Stockholmer Büros für Kinderfürsorge, Leutnant Egnell, hat in Berlin das Zusammenwirken mit deutschen Organisationen jetzt besprochen, die unter dem Ehrenvorsitz des Gesandten Schwedens, von Essen, ein Komitee gebildet haben. Eine Vertreterin des schwedischen Roten Kreuzes, Frau Flach, wird in Berlin stationiert, um sich der Arbeit der Kinder-Ferienreisen ganz zu widmen. Nur gesunde Kinder kommen für die Unterbringung in Schweden in Frage, für 2500 Kinder ist das Unterkommen schon gesichert, doch hofft man, in diesem Sommer volle 9000 Kinder unterbringen zu können. Die erste Gruppe von Kindern fährt schon im Mai von Berlin nach Schweden ab.

Finnland.

Finnische Freunde haben durch Sammlung erneut eine Summe von 75000 Mark aufgebracht, um Ferienreisen deutscher Kinder nach Finnland zu ermöglichen. Schon im vorigen Jahre haben finnische Kreise durch Übernahme von Ferienkindern ihrer Achtung und Freundschaft für Deutschland Ausdruck gegeben.

Aus Helsingfors wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben: Die beiden letzten Tage standen ganz im Zeichen der Zweijahrfeier der Befreiung von Helsingfors durch die Deutschen. Die außerordentliche Deutschlandfreudigkeit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, ja aller Kreise des Volks, mit Ausnahme des bolschewistisch gesinnten Teils der Sozialisten, zeigte sich in zum Teil rührender Weise, aus Anlaß großartiger, militärischer und Schutzkorpsparaden mit Beteiligung der ganzen Regierung. Die Heldengräber im Zentrum der Stadt

auf dem alten Kirchhof verschwanden ganz unter Kränzen, die geschmückt waren mit den alten deutschen Farben. Unter ihnen fiel ein Kranz Mannerheims mit der Inschrift auf: „Den tapferen deutschen Soldaten, die ihr Leben für Finnlands Freiheit geopfert haben.“ Das ist besonders bedeutsam, da Mannerheim im vorigen Jahre zurzeit des Höhepunktes des Ententeinflusses sich an dieser Dankesfeier nicht beteiligt hat. Die Niederlegung der Kränze seitens der Schutzkorps, der Vertreter der Stadt, des Militärs usw. gestaltete sich zu ergreifender Feier mit Absingung des Liedes: „Ein feste Burg ist unser Gott“ und „Ich hatt' einen Kameraden.“

Schöne Gedächtnisfeiern fanden ferner in der Aula der Universität und in dem finnischen Nationaltheater statt. „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“ sind immer wieder von der finnländischen Gesellschaft in diesen Tagen gesungen worden, so z. B. auch bei dem Jahresfest des großen Deutsch-Finnischen Vereins am 12. April, wo Professor Ruin, der Abgeordnete und Redakteur des Uusi Suomé Nevalinna und der frühere Kriegsminister Thesleff begeisterte Reden auf Deutschland und die Deutschen hielten. Ruins Rede klang im Glauben an Deutschland und in einem Hoch auf das deutsch-finnische Bündnis aus. Thesleff ließ die Feldgrauen hoch leben. Die Beteiligung war riesig wie an allen Feiern, die Verhandlungssprache Deutsch. Auch im großen Verein der Finnlandkämpfer ist man neuerdings zur deutschen Verhandlungssprache übergegangen und Redakteur C. von Kugelgen hielt in deutscher Sprache einen Vortrag über die Entwicklung des deutschen Nationalgefühls, während man bis dahin schwedisch und finnisch gesprochen hatte.

Überhaupt hat das Deutsche hier gute Chancen, da die Finnen und Schweden sich gegenseitig anfeinden und beide gern zum Deutschen greifen. So hat die deutsche Schule, die jetzt ins Leben tritt, große Entwicklungsmöglichkeiten. Auch bei den Verhandlungen mit Sowjetrußland, die eben in Systerbäck begonnen haben, wird auf finnischer Seite deutsch gesprochen.

Niederländisch-Indien.

Der „Times“ zufolge berichtet eine holländische Zeitung in Niederländisch-Indien Näheres über die Ankunft der 200 deutschen Kriegsgefangenen aus Japan, die bekanntlich für Niederländisch-Indien von der Regierung übernommen wurden und nun gar nicht erst in die Heimat zurückkehrten. Ihre Überfahrt bezahlte die holländische Regierung. Viele der Ankömmlinge trugen noch die weiße Uniform der Schutztruppe von Kiautschou. 87 Leute traten in den Polizeidienst, 4 von ihnen werden Oberaufseher, 27 Aufseher und 56 Konstabler erster Klasse. 48 Mann werden im Postdienst Verwendung finden, 2 in der Regierungsbank, 17 im Departement für öffentliche Arbeiten, 4 im Departement für chinesische Angelegenheiten, 5 im landwirtschaftlichen und 4 im Marine-Departement. Die Kolonialverwaltung hat sich so einen Stamm ausgezeichneten und erprobter Fachleute gesichert. Die Entwicklung der Kolonie wird dadurch sicherlich in einem günstigen Sinne beeinflusst werden.

Neu-Guinea.

Die „Allgemeine Zeitung“ in Chemnitz berichtet von einer Anerkennung deutsch-kolonisatorischer Befähigung, die die in Rabaul erscheinende „Gouvernement-Gazette“ enthält. Die neue Arbeiterverordnung vom 27. Januar 1920 baue sich vollkommen auf dem deutschen Entwurf vom Jahre 1914 auf. Die zum weitaus größten Teil in der Kolonie verbliebenen deutschen Pflanzler seien ersucht worden, Vorschläge für die Ausgestaltung der Kolonie und für die Entwicklung ihres Handels zu machen.

Sie hätten dieser Aufforderung entsprochen und die Wiedereinführung des früheren deutschen Gouvernementsrates verlangt, der durch seine beratende Stimme Anteil an der Verwaltung erhalte.

Amerika.

In New York hat sich ein Zusammenschluß reichsdeutscher Amerikaner vollzogen, für die Dr. Ludwig Sattler, Direktor einer großen amerikanischen Firma, jetzt nach Hamburg gekommen ist und dort der Redaktion der „Hamburger Nachrichten“ Mitteilungen über das Hilfswerk gemacht hat. Lebensmittel, namentlich geräucherte Waren, sollen in großen Schiffsladungen nach Hamburg kommen. Die Waren werden in eigenen Unternehmungen und Schlachthäusern des Konzerns hergestellt. Die bisher in Deutschland verteilten Lebensmittel haben einen Wert von 10 Millionen Mark. Eine weitere Sendung des Dampfers Mongolia im Werte von 4½ Millionen Mark kommt jetzt in Hamburg zur Verteilung. Die Waren werden in Hamburg umgepackt und durch eigene Zollbeamte verzollt. Die ganze Organisation wird von Amerikanern geleitet.

Über die Wohltätigkeitsveranstaltungen in Neuyork meldet der Vertreter der K. V. Ztg., es werde am 16. Mai ein sogenannter Drive beginnen, wofür die Stadt in viele Bezirke eingeteilt sei; sie würden von Tausenden von Sammlern, Männern, Frauen und jungen Mädchen bearbeitet, die von Büro zu Büro gingen und auch auf der Straße sammelten. Gleichzeitig seien Millionen von Briefen und Zirkularen ausgesandt. Man hoffe mindestens eine Million Dollar aufzubringen, die sofort in Lebensmittel umgesetzt nach Deutschland gehen sollten. Im November werde ein großer Bazar im Madison Square Garden folgen, wie er im Jahre 1916 bereits einmal stattgefunden habe, wo er 750 000 Dollar erbrachte. Diesmal hoffe man gleichfalls auf über eine Million Dollar.

Über die Quarterspende berichtet Henry F. Urban im „Roten Tag“ vom 4. April, jedes Mitglied der Gesellschaft verpflichte sich, einen Quarter, das ist ein Vierteldollarstück, also 25 Cts. wöchentlich in eine Kasse zu zahlen. Die Gesellschaft bestehe seit 1914 zur Unterstützung deutscher und österreichischer Kriegswitwen und -waisen. Gründerinnen sind bekannte Damen der begüterten Kreise Neuyorks, unter dem Vorsitz von Margarete Cronau, der Gattin des deutschen Schriftstellers. Als Amerika in den Krieg ging, änderte die Gesellschaft ihre Tätigkeit um und unterstützte in Amerika internierte Familien. Namentlich für die unglücklichen Kinder im Erzgebirge wurde gesorgt. Ehrgeiz der Gesellschaft ist es, ihre Sammlungen auf mindestens 100 000 Dollar im Monat zu bringen, wozu man im ganzen Lande Zweiggeseellschaften gründe. Eine erste Sendung von 1100 Dutzend schwerem Unterzeug, 20 Dutzend Käppchen, 250 Anzügen für Knaben und Mädchen, 30 Dutzend Strümpfen, 600 Überziehern, 5000 Paar Schuhen und anderen Sachen ging jetzt nach Deutschland.

Der amerikanische Senat lehnte mit 39 gegen 23 Stimmen einen Gesetzentwurf ab, der sich gegen den deutschen Handel in Amerika richtet und der bestimmen wollte, daß jeder Kaufmann, der deutsche Waren verkaufte, bei seinem Firmenschild äußerlich und sichtbar die Worte: „Händler in deutschen Waren“ anzubringen hätte.

Mexiko.

Die deutsche Kolonie in Mexiko ist mit einem guten Beispiel den Auslandsdeutschen vorausgegangen. Eine Anzahl ihrer Mitglieder hat sich bereit gefunden, eine Reihe von Jahresabonnements auf die archäologisch-ethnographische Zeitschrift

„El Mexico antiguo“ für deutsche gelehrte Gesellschaften und Universitäts-Bibliotheken zu stiften. Die Tatsache wird in Deutschland amtlich mitgeteilt, und es wird der deutschen Kolonie in Mexiko lebhafter Dank dafür ausgesprochen, daß sie dem bedrängten Vaterlande auf wissenschaftlichem Gebiete eine so tatkräftige Hilfe zuteil werden lasse.

Dem mexikanischen Kongreß ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der 25 Millionen Dollar zum Ankauf desjenigen Grundbesitzes verlangt, der sich in einem Streifen von 100 km an der mexikanischen Grenze und von 50 km an der Küste des Freistaates im Besitz von Ausländern befindet. Der Gesetzentwurf soll den Artikel 27 der Bundesverfassung von 1917 durchführen.

Brasilien.

Aus Brasilien ist dem Feldmarschall von Hindenburg das Ergebnis der Ostmarkensammlung in Brasilien im Betrage von rund 322 000 Mk. überwiesen worden mit der Bestimmung, nach eigenem Ermessen darüber zu verfügen. Der Betrag soll zum Teil den in der Ostmark zurückgebliebenen armen Reichsdeutschen, zum Teil den Vertriebenen und zum andern Teil armen Reichsdeutschen überhaupt zugute kommen. In einem Begleitschreiben werden sämtliche brasilianischen Gemeinden, aus denen das Geld geflossen ist, namhaft gemacht.

KLEINE NACHRICHTEN

Martin Drescher †. Aus Neuyork wird uns geschrieben: „Der deutsch-amerikanische Dichter Martin Drescher ist im März in Maspeth, Long Island, gestorben, nach einem Leben von Kampf und Not. Eine Sammlung seiner Gedichte ist im Jahre 1909 erschienen und eine neue Sammlung soll in Vorbereitung sein. Viele seiner Gedichte zeigen den echten Lyriker, der seinem eigenen inneren Leben den poetischen Ausdruck zu verleihen weiß. Drescher war in Thüringen im Mai 1863 geboren, hatte in Göttingen Jura studiert und war später nach den Vereinigten Staaten gekommen. Er war mit dem bekannten deutsch-amerikanischen Schriftsteller Robert Reitzel befreundet, gab auch nach dessen Tode den „Armen Teufel“ in Dextreit, Michigan, eine Zeitlang heraus; später war er Redakteur der Chicagoer Zeitschrift „Die Glocke“, die aber mangels Abonnenten nur ein kurzes Dasein führte. Für derartige literarische Unternehmungen ist leider in den Vereinigten Staaten kein Platz; das jetzige Deutschtum in den Vereinigten Staaten zeigt zu wenig Interesse für deutsche literarische Gründungen. Drescher hat vielfach amerikanische Dichter ins Deutsche übersetzt, so Longfellow, Poe, Lowell, Taylor und andere. Eines der besten und bekanntesten Gedichte Dreschers ist „Bettelleut“, das mit den Worten beginnt: „Weißt du noch, Trude, wie wir Hochzeit machten, in die Kammer brachten, Und Ordnung schufen, bis der Abend kam?“ Andere vorzügliche Gedichte sind „Vaganten-gruß an Robert Reitzel“, „Wolfsaugen“ und „Ein Namenloser“. Drescher verdient es, in Deutschland besser bekannt zu werden; eine Sammlung seiner Gedichte sollte speziell bei denjenigen Literaturfreunden nicht fehlen, welche das Leben und die Schicksale der ins Ausland verschlagenen deutschen Dichter und Künstler verfolgen wollen. Dreschers Kraft und Kunst liegt vornehmlich in seinen sozialen Gedichten; hier kommt sein persönliches Erleben und seine Eigenart am besten zur Geltung. Seine radikalen Freunde hat er während des Krieges durch ein Gedicht auf den deutschen Kaiser verschuppt, aber für Drescher war eben Wilhelm II. der Vertreter Deutschlands und wer ihn schmähte, schmähte Deutschland.“

K. H. S.

Reginald Schröder †. Im Alter von 65 Jahren starb der leitende Redakteur der „Neuyorker Staatszeitung“, ein gebürtiger Bremenser, der nach Vollendung seiner Göttinger und Leipziger Studien zwanzig Jahre lang in Washington tätig war und in diplomatischen Kreisen eine wichtige Rolle spielte. Er war besonders als Vermittler zwischen der Regierung und der Botschaft seines Heimatlandes tätig und hat sich in den Sturmlagen nach der Versenkung der „Lusitania“ um eine Schlichtung bemüht. Er war schon der Vertrauensmann Roosevelts und hat auch Wilson redliche Dienste geleistet. Er ist aber in seiner Bescheidenheit äußerlich nie hervorgetreten. Er übernahm später die Schriftleitung der „Staatszeitung“, die er glücklich leitete.

Wilhelm Kaufmann †. Ein hervorragender Auslandsdeutscher ist in Dresden gestorben, Wilhelm Kaufmann, der in jungen Jahren aus seiner oldenburgischen Heimat nach Amerika kam, dort im Zeitungswesen sich emporarbeitete und Begründer vieler deutscher Zeitungen wurde, deren hauptsächlichste der Clevelander „Wächter und Anzeiger“ war. Durch Herausgabe einer Maternkorrespondenz für die deutsch-amerikanischen Zeitungen konnte er eine große Anzahl von Zeitungen deutsch erhalten, die sonst eingegangen wären. Er war ein treuer Bürger und Freund der Vereinigten Staaten von Nordamerika, obgleich er seine deutsche Herkunft, seine deutsche Art, Sitte und Kultur nie verleugnete. Durch ein Werk über die Rolle der Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege hat er sich auch in der wissenschaftlichen Welt einen Namen gemacht, sowohl durch die Art der Quellenforschung wie auch durch die ausgezeichnete Behandlung des Stoffes. Seine wertvolle Bücherei über das Deutschtum in Amerika hat er schon zu Lebzeiten dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart geschenkt. Wilhelm Kaufmann war ein Bruder des bekannten Historikers der Breslauer Universität. Krieg und Altersbeschwerden hinderten ihn in den letzten Jahren an der Rückkehr nach Amerika, doch hat er nie aufgehört, sich in warmer Teilnahme um die Geschicke dieser seiner zweiten Heimat zu bekümmern.

Professor Karl Knortz †. Die „Hamburger Nachrichten“ erhalten aus Parrytown von der Witwe die Nachricht, daß dort vor 2 Jahren Professor Knortz verstarb, der einer der geistig bedeutendsten Deutsch-Amerikaner war. Er war 1841 in Garbenheim (Rheinpreußen) geboren, wanderte 1863 nach Vollendung seines Studiums aus und war in Amerika als Professor an vielen höheren Schulen tätig. Zwischendurch war er Redakteur des berühmten „Deutschen Pioniers“ und der „Deutschen Zeitung“ in Indiana. Lange weilte er auch unter Indianern, um ihre Sprache zu lernen. Er dichtete auch in deutscher und englischer Sprache und übersetzte Longfellow und Walt Whitman.

Pater Felix Rhode, Obl. d. U. M., †. Aus Albertville, Minnesota, Ver. Staaten, kommt die Nachricht, daß Pater F. Rhode am 31. Januar ds. Js. einer kurzen, aber schweren Lungenentzündung erlegen sei. Der Pater war eine bekannte und beliebte Persönlichkeit der Ceylonmission der Oblaten. In Jaffna stationiert, kam er 1914 mit den übrigen Missionaren Ceylons in das Gefangenenerlager Diyatalawa, wo er wegen seines nie versagenden Humors, wie wegen seiner steten Hilfsbereitschaft, bei der Anfertigung von Stühlen und Tischen, bei allen Lagergenossen beliebt war. 1915 wurde er mit allen Deutschen Ceylons nach Australien transportiert und im Herbst 1916 mit den übrigen Oblatenpatres, sowie einigen deutschen Buddhistenmönchen Ceylons nach Amerika entlassen. Auf seiner Station in Amerika errichtete er einen Kalvarienberg, unter dessen Kreuz er jetzt im Beisein seiner Leidensgenossen aus der

Gefangenschaft, den Patres Schmitz, Dr. Pothmann und Kohler, zur ewigen Ruhe gebettet wurde. Er erreichte ein Alter von nur 35 Jahren. —

Dr. Hans Amrhein †. Am 18. April starb in Göttingen Dr. Hans Amrhein im 45. Lebensjahre. Sein Name wird mit dem Aufblühen des deutschen Schulwesens im Auslande in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege immer eng verbunden bleiben. Zehn Jahre, von 1900 bis 1910, unterbrochen nur durch Universitätsstudien in Deutschland, hat er im Auslande gewirkt, zunächst als Lehrer an der deutschen Volkshochschule in Hoboken bei Antwerpen, dann als Direktor der deutschen Schule in Galatz in Rumänien und endlich als Leiter des 1907 neugegründeten Realgymnasiums in Lüttich. Aus dem Auslande heimgekehrt, trat er in den preußischen Seminardienst ein und leitete nacheinander die Lehrerseminare in Mettmann bei Düsseldorf und in Essen. Seine Liebe blieb aber immer die Auslandsschule, ihr verdankte er sein Bestes, den freien und weiten Blick in allen Erziehungsfragen und die ideale Auffassung des Lehrerberufes, die sein Wirken als Bildner junger Volkserzieher so segensreich und unvergeßlich machten. Neben seinen philosophischen und allgemein-pädagogischen Arbeiten kam er auch in seiner Schriftstellerei immer wieder auf diese erste Liebe zurück. Er war Begründer und Herausgeber der Monatsschrift „Die deutsche Schule im Auslande“, die ein einigendes Band um die über den Erdball verstreuten deutschen Schulen und ihre Lehrer schlang und recht eigentlich das Archiv des Auslandsschulwesens war, bis sie nach 14-jährigem Bestehen im ersten Kriegsjahre wegen unserer Absperrung von der Außenwelt eingehen mußte. In diesen für die deutsche Schulgeschichte wertvollen Bänden hat er seine reichen Erfahrungen niedergelegt. Grundlegend ist noch heute sein Büchlein über die deutschen Schulen im Auslande (Sammlung Götschen). Seine Auslandsfibel, das Lesebuch für das zweite bis vierte Schuljahr zweisprachiger Schulen und das groß angelegte, mit Dr. Lohmeyer, Brüssel, zusammen herausgegebene Lebenswerk „Deutschland“ (Teubner, Leipzig) haben rund um die Welt der deutschen Sprache und Art wertvolle Dienste geleistet. Gerade als Hans Amrhein sich anschickte, die durch den Krieg zerrissenen Fäden zwischen Auslandsschule und Heimat wieder zu verknüpfen, raffte ihn der Tod hinweg. Was er geleistet hat, wird nicht verloren gehen, sondern uns als fester Grund und Baustoff dienen, wenn wir die Auslandsschulen als Hort deutscher Sprache und Gesinnung wieder aufbauen. K. L.

Eine seltene Ehrung. Der Professor der Kölner Universität, Dr. Schmittmann, hat für die Verdienste, die er sich als Leiter der Unterrichtsverwaltung im damals besetzten Gebiete Belgien erworben hat, das Eisene Kreuz am weiß-schwarzen Bande erhalten. Das wäre nichts besonderes. Seltener, und daher um so bedeutungsvoller, aber ist die Ehrung, die dem deutschen Gelehrten dadurch erwuchs, daß die belgische Unterrichtsverwaltung ihm für die gerechte Erledigung seiner Aufgabe durch ihren Unterstaatssekretär der Unterrichtsverwaltung ihren besonderen Dank aussprach.

Geheimrat Professor Dr. Th. Schiemann, der Direktor des Seminars für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Berliner Universität, tritt in den Ruhestand. Er ist einer der hervorragendsten Auslandsdeutschen, die in Deutschland wirkten, und ist durch sein Eintreten für baltische Interessen und auch als Lehrer an der Kriegs-Akademie weitesten Kreisen in Deutschland bekannt geworden.

Die Treue der Auslandsdeutschen. Der Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko hat an 100 deutsche Männer und Frauen in allen Teilen der deutschen Heimat Geldsendungen im Gesamtbetrag von 14 000 amerikanischen Golddollars gesandt, die aus einer freiwilligen und freudig aufgebrachten Stiftung der Deutschen in Stadt und Land Mexikos stammen und untrüglichen Beweis treuer Anhänglichkeit an das Land der Geburt und der Abstammung bilden. Die den deutschen Persönlichkeiten übermittelten Gelder sollen für darbennde deutsche Kinder und Frauen verwandt werden. Eine Rechnungsablage und Namensnennung der Beschenkten wird in keinem Falle gewünscht. Die Verwendung der Gelder bleibt lediglich den damit beauftragten Persönlichkeiten überlassen. Diese hochherzige Stiftung des Verbandes der deutschen Reichsangehörigen in Mexiko ist von neuem ein Beweis für die treue Anhänglichkeit der Auslandsdeutschen an die Heimat und wird sicherlich dazu beitragen, auch in Deutschland die Achtung vor den Auslandsdeutschen und die Wertschätzung deutscher Tätigkeit im Auslande zu mehren.

Heimatgedenken.

Die „Illinois Staatszeitung“ in Chicago hat einen Aufruf an die Deutsch-Amerikaner erlassen, der Heimat praktisch wirksame Hilfe zu leisten. Eine American Dairy Cattle Company hat sich gebildet, die dem deutschen Volke Kühe schenken will. Sobald der Friede abgeschlossen ist, soll mit dem Versand begonnen werden. Der Plan hat große Zustimmung gefunden. Ein Farmer schreibt, er wolle seinen Verwandten fünf Arbeitspferde und fünfzehn Kühe senden und auch den Transport selbst bezahlen. Ein Ehepaar schreibt, es besitze nur zwei Kühe, eine junge und eine alte, es wolle aber die junge gern der notleidenden alten Heimat senden.

Der in Ohama (Nebraska) lebende Gottlieb Storz hat seiner Heimatgemeinde Brenningen 8500 Mark gestiftet, damit sie zwei neue Bronzeglocken und neue Orgelpfeifen anschaffen und ferner den Chor der Kirche zum Gedächtnis der im Kriege Gefallenen ausmalen lassen kann. Je 11000 Mk. erhielten ferner der evangelische Kirchenchor und der Gesangsverein Liederkrantz zur Förderung der Sangespflege. Den ins Feld Gezogenen und ihren Familien hatte Storz schon früher 17000 Mk. gestiftet.

In Neuyork erscheint eine Zeitung „Schwäbisches Wochenblatt“, deren Herausgeber M. W. Heß ist. Er hat in zahllosen Aufrufen zur Unterstützung der notleidenden schwäbischen Heimat bereits aufgerufen und die Absendung einer großen Menge kondensierter Milch bereits veranlaßt. Es soll nun neuesten Berichten zufolge die Sammlung dahin erweitert werden, daß aus den Gaben durch Vermittlung der württembergischen Landwirtschaftskammer eine Herde von 50 Milchkühen in Holland, der Schweiz oder Dänemark angekauft werden und im Namen der Spender der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim überwiesen werden soll. Die Milch soll frei an die bedürftigsten und am meisten unterernährten schwäbischen Kinder verteilt werden. In den Stallungen in Hohenheim soll über jeder Krippe der Name des Spenders angebracht werden.

Der Deutschen Zeitung für Chile zufolge hat die Deutsche Kolonie des Städtchens Tocovilla 360 000 Mark für deutsche Kriegswitwen und -waisen telegraphisch nach Deutschland überwiesen. Das Geld ist von Beamten und Arbeitern der Sloman-Werke aufgebracht worden, die fast ohne Ausnahme

während längerer Zeit 5 % ihres Gehalts für deutsche Zwecke einbezahlt und schon früher ansehnliche Beträge nach Deutschland überwiesen haben.

Auf die Kunde von den Vorgängen bei der Besetzung Frankfurts veranstaltete die deutsche Kolonie in Valparaiso eine Geldsammlung, deren Ergebnis in Höhe von 20000 Mark der Stadt Frankfurt zur Auszahlung an die Hinterbliebenen der bei dem Zwischenfall getöteten Frankfurter Bürger ausgehändigt werden soll.

KIRCHE UND MISSION

Deutsche Evangelische Gemeinde in Christiania. Die Februarnummer des „Gemeindeboten“, Kristiania, bringt den Jahresbericht der deutschen evangelischen Gemeinde für 1919. Darnach muß leider ein Zurückgehen der Gemeindemitglieder festgestellt werden, deren Zahl jetzt 159 beträgt. Dementsprechend ist auch das finanzielle Ergebnis des verflossenen Jahres schlechter als das von 1918. Leider ist die Gemeinde zurzeit gezwungen, alle Einkünfte in Norwegen selbst aufzureiben, da die herrschende Valuta ein Zurückgreifen auf Reservefonds in Deutschland, besonders des Eisernen Fonds in Berlin, unmöglich macht. Die Gottesdienste, deren insgesamt 48 abgehalten wurden, waren durchschnittlich gut besucht. Außerdem fanden 5 Taufen, 7 Trauungen, 8 Beerdigungen und 4 Konfirmationen statt. Gut besucht waren die vom Pfarrer geleiteten interkonfessionellen Familienabende, und der anlässlich des zehnjährigen Bestehens abgehaltene Gemeindeabend wies sogar eine Besuchsziffer von 350 Personen auf.

Die deutsche evangelische Kirche in der tschecho-slowakischen Republik zählt gegenwärtig, den „Deutsch-Österreichischen Nachrichten“ zufolge, 58 Pfarrgemeinden, 5 Filialgemeinden und 119 Predigstationen mit zusammen 109300 Seelen, 58 Pfarrer, 21 Vikare, 5 theologische Religionslehrer, 10 Stellen sind unbesetzt. Die Zahl der Schulen beträgt 13, an denen 44 Lehrer beschäftigt sind.

Von deutschen Gemeinden in Italien. Von den deutschen Gemeinden in Italien sind nach der „Christlichen Welt“ vom 29. April Venedig, Livorno, Bergamo, Rom, Neapel, Messina, Palermo, Genua, San Remo vorläufig eingegangen. Deutsch gepredigt (von Schweizern) wird nur noch in Mailand und Florenz. In Luino darf jetzt der badische Pfarrer wieder deutschen Gottesdienst halten. Man wird wohl den Schweizern für die nächste Zukunft die Seelsorge etwa sich bildender deutscher Kolonien überlassen müssen.

Deutsche Predigt in Rom. In Rom ist in der St. Maria dell Anima am Palmsonntag zum erstenmal seit Kriegsbeginn wieder Deutsch gepredigt worden. Eine andächtige Menge lauschte, wie der K. V. Z. aus Rom berichtet wird, der glänzenden Predigt des Paters Pankratius Ratschek, der in den folgenden Tagen noch weitere drei deutsche Vorträge halten wollte. Seine hinreißende Beredsamkeit und seine tief durchdachten Worte machten in Verbindung mit seinem schlichten Auftreten tiefsten Eindruck. Den deutschen Protestanten ist das Glück religiöser Sammlung in der Muttersprache noch nicht zuteil geworden. Die Kapelle der deutschen Botschaft, der einzige Sammelpunkt für das protestantische Deutschum, ist infolge der Niederreißung des Palazzo Cafarelli vom Erdboden verschwunden. Die neue protestantische Kirche des Baurats Schwechten aber in der Via Toscana ist erst im Rohbau fertig und muß noch innen verputzt werden. In dem an die Kirche anschließenden geräumigen Gemeindehause, das auch der Schule dienen sollte, hat sich die deutsche diplomatische Mission niedergelassen.

Einer Meldung der „Köln. Volksztg.“ zufolge hat Papst Benedikt XV. dem Kardinal Fürstbischof Dr. Bertram zweimal den Betrag von 500000 Lire für die hungernden und notleidenden Kinder Deutschlands übersandt. Die Einlösung des Betrages ergab die Summe von 4533770 Mark.

Die „Katholischen Missionen“ geben in ihrem Maiheft eine Rückschau auf die im Jahre 1919 verstorbenen Missions Bischöfe. Sie hennen in erster Linie den Apostolischen Vikar von Nordschantung, Bischof Ephrem Giesen, der am 6. August in Tsingtau verstorben ist und der durch seine tapfere Haltung im Boxeraufstand bekannt geworden ist. Er hat in China ganz außerordentlich segensreich gewirkt und in seiner Bischofsstadt Tsinanfu große Achtung genossen. Er wurde unter außerordentlicher Anteilnahme von chinesischen wie europäischen Christen in der von ihm erbauten Kathedrale von Tsinanfu am 11. August beigesetzt.

Deutsche Mission in Japan. Auf dem Hokkaido leben eine Anzahl deutscher katholischer Missionare, die sich dort ein großes Verdienst auch um Landwirtschaft und Kultur des Landes erworben haben. Der Sitz der Mission ist in der Hauptstadt Sapporo, im Jahre 1915 ist eine neue Präfektur in Sendai eingerichtet worden. Durch das Verbot des Postverkehrs mit dem Ausland wurden auch die Missionare schwer getroffen, doch sind die Missionare anständig behandelt worden, sie haben sogar während des Krieges die erste katholisch-japanische Wochenschrift in Japan begründen können, Komyo, das Licht. Eine kleine Holzkapelle dient vorläufig als Raum für Gottesdienste.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Prag. Der Verein deutscher staatlich geprüfter Kindergärtnerinnen Böhmens hielt am 28. März unter dem Vorsitz der Präsidentin, Frä. Erben, Trautenaus, seine Hauptversammlung ab. Unter den zahlreichen Begrüßungsschreiben befanden sich viele von Kolleginnen, die ihr unverschuldetes Elend in den traurigsten Farben schilderten. Zahlreiche Reden, befaßten sich mit diesem Elend. Nach einem Bericht der Zahlmeisterin, Frä. Berta Simon-Reichenberg, wurde über den weiteren Ausbau der Organisation beraten und beschlossen, Bezirksvereinigungen zu gründen. Die Landesvereine sollen späterhin in einen Reichsverband vereinigt werden. Eine allgemeine Regelung der Rechtsverhältnisse der Kindergärtnerinnen wird gefordert, sowie ihre Gleichstellung mit den Handarbeitslehrerinnen an Bürgerschulen mit rückwirkender Kraft für die Pensionistinnen.

Tarnowitz. Ein Antrag der Polen auf Einführung des polnischen Unterrichts in den städtischen Schulen gab Anlaß zu einer Schuldebatte mit politischem Hintergrund. Der Sprecher der polnischen Fraktion erklärte, das Deutschum liebe er, das Preußentum aber sei ihm verhaßt. Er verlangte zum mindesten Parallelklassen neben den deutschen Schulklassen. Rektor Dzialis widerlegte die Ausführungen und betonte, es seien alsbald nach Herauskommen der staatlichen Bestimmungen gedruckte Formulare an die Erziehungsberechtigten zur Abgabe von Erklärungen über die Teilnahme am Religionsunterricht in polnischer Sprache, bzw. am polnischen Sprachunterricht, ausgegeben worden. Nicht eine einzige Antwort sei eingelaufen, die den Unterricht in polnischer Sprache wünschte. Von den Eltern von neu aufgenommenen 104 Kindern sprachen nur 14 neben deutsch auch polnisch, nicht ein einziges Elternpaar sprach den Wunsch auf polnischen Unterricht aus. Der Antrag wurde vertagt.

Bessarabien. Über die Begründung des deutschen Gymnasiums in Tarutino berichtet Gymnasialrektor H. Roemmich in der „Deutschen Zeitung Bessarabiens“, daß die Gemeinde Tarutino schon im März 1918 beschloß, die stark russifizierte Schule in ein rein deutsches Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache umzuwandeln, deutsche Lehrer anzustellen und deutsche Schulbücher einzuführen. Zwar traten am Schluß des Schuljahres daraufhin von 236 Schülern 104 aus, zum Teil weil sie die deutsche Sprache nicht genügend beherrschten, zum Teil auch als Protest gegen die „Anmaßung“ der Deutschen, aber die rumänische Regierung bestätigte den Beschluß der Gemeinde. Nun entstand die Frage, woher das Geld für die Schule zu nehmen sei. Doch auch diese Frage wurde gelöst und eine Werbereise des Direktors hatte vollen Erfolg, sodaß der Bestand der Schule gesichert ist.

Südwestafrika. Über das Schicksal der deutschen Schulen berichtet die „Allgemeine Missions-Zeitschrift“ vom März, daß die Eingabe des Schulvereins noch besprochen werden solle. Es stehe jedoch schon jetzt fest, daß Privatschulen nicht geduldet, sondern Regierungsschulen eingerichtet werden würden, zu denen Angehörige aller Nationalitäten der weißen Rasse Zutritt haben sollen. Wenn die Muttersprache der in Frage kommenden Kinder deutsch sei, würde der Unterricht bis zu einem gewissen Alter in deutscher Sprache erteilt. Die Beteiligung von „Elternräten“ soll wohlwollend erwogen werden.

Windhuk. Der von dem Leiter, Professor Gries, erstattete zweite Bericht der Realschule Windhuk, 1915–1919 (Windhuk, Südwestafrika, 1919, Druck von John Meinert), gibt das erfreuliche Bild tüchtiger deutscher Schularbeit unter schwierigen kolonialen Verhältnissen, die sich durch die Kriegsverhältnisse, vor allem die völlige Absperrung von der Heimat, noch verschärften. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß die Anstalt ihre Lehrziele im allgemeinen erreichen konnte. Aus allen Einzelheiten des Berichts spricht warme vaterländische Gesinnung und zugleich die Liebe zur afrikanischen Heimat, die sich den Schülern ganz im Sinne neuzeitlicher Erziehung auf gemeinsamen Wanderungen und bei der Arbeit im Freien erschließt. Daß die Schulverwaltung bei der Unionsregierung im allgemeinen das Entgegenkommen fand, das ihre Tätigkeit verdiente, soll nicht verschwiegen werden. So ist zu hoffen, daß die deutschen Schulen des ehemaligen Schutzgebietes, auch wenn sie nur als Privatschulen bestehen bleiben und aus Beiträgen der Bevölkerung erhalten werden, auch weiterhin ihre Kuluraufgabe zum Segen Südwestafrikas erfüllen.

Mexiko. Vortragsabende der Deutschen Schule. Wie wir der „Deutsch. Ztg. v. Mexiko“ entnehmen, finden seit 7. April jeden Mittwochabend vom Lehrerkollegium der deutschen Schule vorbereitete „Vortragsabende der Deutschen Schule“ statt. Es werden sprechen: Dr. Ernst Feise über den „Wandervogel und die Wiederbelebung des deutschen Volksliedes“ (mit Liedern zur Laute); Dr. Karl Reiche über den „Sinn des Lebens“; Dr. Traugott Böhme über „Die deutschen Volksstämme“; Frau Else von Pritzbuer über „Die ethisch-kulturelle Entwicklung der Frau“ und Herr José Osorio Mondragou über „El antecedente geografico de las actividades-humanas“. Fernerhin kommen drei Lustspiele von Hans Sachs durch Schüler der Deutschen Schule zur Aufführung. Für alle Veranstaltungen stellte der Reichsverband den großen Saal des Deutschen Hauses kostenlos zur Verfügung, wie denn auch alle Mitwirkenden sich unentgeltlich in den Dienst des Unternehmens stellten, dessen Erlös einem gemeinnützigen deutschen Unternehmen zugute kommen soll.

Sao Leopoldo. Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht des Deutschen Evang. Lehrerseminars für 1919 geht hervor, daß die Anstalt auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblickt. Zu Anfang des neuen Schuljahres erfolgte die Anstellung der jüngsten Lehrer. Herr Hugo Jäger wurde zum Nachfolger des an die Deutsch-evangelische Realschule zu Santa Cruz berufenen Lehrers in Rheingau ernannt. Die Vertretung des zum Militär eingezogenen Lehrers in Cachoeira übernahm Jakob Lutz. Hermann Pachmann übernahm die Schule zu Paraiso, während Bertold Gimmter in seinem Heimatorte Sertão Sant' Anna weiterhin verbleibt.

Am 4. Februar begann der neue Jahrgang mit ziemlich unverändertem Stundenplan — der alte hatte am 13. Dezember mit einer mündlichen Abschlußprüfung geendet, bei der auch Pastor Kolffhaus, Porto Alegre, anwesend war. Die Prüfung im Tiro Nacional fand vom 20. bis 22. Dezember statt, wobei alle sechs Seminaristen das Reservistenheft erlangten.

Den Bericht schließt Herr Seminardirektor Strothmann mit einem Dank an alle Gönner und Freunde mit der Versicherung, daß das Seminar an der zielbewußten Arbeit für eine bessere Zukunft festhalten und an der weiteren Ausbildung von Erziehern tätig sein will. —

Rio Grando do Sul. Das Amtsblatt veröffentlicht dem in Carityba erscheinenden „Kompaß“ zufolge einen Erlaß des Staatssekretärs des Innern an alle Gemeinden, der die deutsche Schule wieder frei macht. Der Erlaß vom November 1917 wird aufgehoben, der die Tätigkeit aller Schulen untersagte, in denen nicht die portugiesische Sprache gelehrt würde. Mit dem Aufheben des Kriegszustandes werden auch alle Privatschulen wiederhergestellt, auch wenn deren Unterrichtssprache die deutsche ist.

Rio Grande. Deutsche Vereinsschule. Dem vorliegenden, 3 Jahre umfassenden Bericht der Deutschen Vereinsschule zu Rio Grande (Brasilien) entnehmen wir, daß das Schuljahr 1917 am 5. Februar mit 6 Klassen und 115 Schülern begann. Die durch den Weltkrieg entstandenen Störungen ließen die Schule bis in den November unberührt, dann aber erfolgte durch die Ortsbehörde die Schließung, so daß das Schuljahr Anfang November ein vorzeitiges Ende fand. Unausgesetzten Bemühungen gelang es indessen, den Schulbetrieb Anfang März 1918 mit 63 Kindern (von denen 13 Brasilianer waren) in 4 Klassen wieder aufzunehmen. Die Behörde machte dabei zur Bedingung, daß die Bezeichnung der Anstalt geändert und in allen Lehrfächern, außer dem Unterricht im Deutschen, die portugiesische Sprache zur Anwendung komme. Außerdem mußte sich die Schule der Aufsicht eines von der Regierung ernannten Inspektors unterwerfen. Nur durch sehr beträchtliche Beihilfen verschiedener Freunde und Gönner, durch die unermüdliche Tätigkeit des Schriftführers Alfred Müller und durch freiwilligen Verzicht der Lehrer auf 50 Prozent und mehr ihres Gehalts (!) war es möglich, den Unterricht unter den gegebenen Verhältnissen aufrechtzuerhalten. Das Schuljahr 1919 schließlich lief vom 3. Februar bis 20. Dezember. Stiller, zielbewußter und vorsichtiger Arbeit gelang es, ohne weitere Störungen durchzukommen. Die Schülerzahl stieg wieder auf 72 (darunter 23 Brasilianer und andere Nichtdeutschstämmige). „Es steht zu erwarten, daß der Deutsche Schulverein von Rio Grande auch im neuen Jahre seine ganze Kraft anspannen wird, um unsere Schule, den augenblicklich einzigen Stütz- und Angelpunkt der deutschen Kolonie, neu erstarken zu lassen.“ Der vorliegende Bericht über die Jahre 1917/18/19, dem vorstehende Worte entnommen sind, enthielt auch einen „Aufruf an die Stammesgenossen in Rio Grande“, der sagt:

„Wir brauchen in unserer Stadt eine große deutsche Volks- und Jugendbücherei, die jedem Deutschen, Deutschgebürtigen und Freunde unseres Volkes zur Verfügung stehen soll. Jetzt ist der beste Zeitpunkt, sie zu beschaffen. Wer hilft?“

Wir dürfen verraten, daß dieser Gedanke bereits auf fruchtbaren Boden gefallen ist und mehrere Herren inzwischen ansehnliche Beträge gezeichnet haben. Die nötigen Schritte zur Herbeischaffung der Bücher, die Einrichtung und Verwaltung der Bücherei, sowie auch im besonderen die Unterbringung derselben sind ebenfalls in die Wege geleitet. Wir dürfen also hoffen, daß wir in kurzer Zeit imstande sein werden, allen denen, die ein Verlangen nach gutem, deutschem Lesestoff empfinden, aufs beste dienen zu können.“

Etwas Geld- und Bücherspenden für diese Bibliothek, die weitgehende Unterstützung verdient, ist das Deutsche Auslands-Institut bereit, entgegenzunehmen und zu vermitteln.

Curityba (Brasilien). Durch Fahrlässigkeit eines Arbeiters brannte Ende Februar die deutsche Knabenschule vollkommen ab. Durch tatkräftiges Eingreifen von Soldaten und Privatpersonen gelang es trotz Wassermangels, wenigstens einen Teil des Schulmobils zu retten. Es ist erfreulich, daß trotz dieses bedauerlichen Ereignisses der Unterricht nur einen Tag ausgesetzt zu werden brauchte, da sofort andere Räumlichkeiten für ihn bereitgestellt wurden. Mit Hilfe freiwilliger Spenden hofft man, binnen kurzer Zeit ein neues Schulgebäude errichten zu können.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Christiania. Auf Einladung des norwegischen Studentenvereins wird Professor Einstein Anfang Juni in Christiania drei Vorträge über seine Relativitätstheorie halten.

Haag. Für Professor Einstein, der gegenwärtig in Holland weilt und am 20. Mai in Leyden über seine Relativitätstheorie sprach, wird eine besondere Art der Lehrtätigkeit in Holland gegenwärtig vorbereitet. Er soll an der Universität jedes Jahr 3 Wochen lesen und wirken, unbeschadet seiner Berliner Tätigkeit und Zugehörigkeit zur Akademie der Wissenschaften.

Der soeben ausgegebene Jahres-Bericht des **Deutschen Archäologischen Instituts in Rom** teilt mit, daß mit dem Grundstück des deutschen Botschaftsgebäudes in Rom auch das Gebäude des Instituts von der italienischen Regierung enteignet wurde. Das kostbare Inventar und die wertvolle Bibliothek mußten sofort entfernt werden, ohne daß dem Leiter des Instituts, Professor Dr. Delbrück, die Erlaubnis erteilt worden wäre, persönlich den Umzug zu bewerkstelligen. Die Bibliothek ist einstweilen in Kisten verpackt und wird unter dem Siegel der schweizerischen Gesandtschaft aufbewahrt. Der Jahresbericht spricht aber die Hoffnung aus, daß das Institut, das ein Jahrhundert lang gastlich der Wissenschaft seine Pforten öffnete und allen Nationen zur Verfügung stand, bald wieder aus dem Kerker befreit werde. Die Athenische Zweiganstalt des Instituts hatte schon vorher geschlossen werden müssen. Ihre leitenden Sekretäre, Professor Karo und Baurat Knackfuß, waren im letzten Jahre der Türkenherrschaft in Kleinasien tätig, wo sie schützend zugunsten der bedrohten Ausgrabungsfunde der Amerikaner eingreifen konnten.

Friedrich Hirth, Professor an der Columbia-Universität in Newyork, der Nestor der deutschen Sinologen, vollendete am 16. April sein 75. Lebensjahr. Er gab grundlegende Werke

über Kultur, Geschichte und Kunst Chinas heraus. Aus Anlaß des Jubiläums gibt, wie wir hören, die „Ostasiatische Zeitschrift“ ihre nächste Nummer als Hirth-Festnummer heraus. Friedrich Hirth ist übrigens der Bruder des bekannten verstorbenen Herausgebers der Münchener „Jugend“.

Professor Fedor Krause, der berühmte Spezialist für Gehirnoperationen, begab sich, einer Meldung des „B. T.“ zufolge, über Rotterdam nach Südamerika, wohin er zur Ausführung einer Gehirnoperation berufen wurde. Es sei wohl das erste Mal, daß eine derartige Reise zu solchem Zweck unternommen wurde, ein glänzender Beweis für den Hochstand deutscher chirurgischer Kunst.

Eine Ausstellung der Berliner Sezession wurde am 1. Mai in Holland eröffnet als erste deutsche Ausstellung, die seit längerer Zeit deutsche Werke in Holland zeigen wird. Die Einladung der Berliner Sezession ist durch die Galerie Kleykamp im Haag erfolgt.

Von der internationalen Kunstausstellung in Venedig hieß es zunächst, daß kein deutscher Künstler ausgestellt habe. Dem römischen Korrespondenten des B. T. aber wird mitgeteilt, daß sich nur keiner der deutschen ausstellenden Künstler als Deutscher bezeichnet habe und zwar gibt diese Auskunft das Sekretariat der Ausstellung. Erler sei Italiener, Ilse Bernheimer, die in Wien wohnt, gebe sich als Triestinerin aus, Anna Reumert wohne in Florenz und habe keine Nationalität angegeben und ebensowenig habe es der bisher für einen Deutschen gehaltene Herr Lipinski getan. Paul Burkhard wohne in München, mehr sei auf dem Sekretariat nicht über ihn bekannt. Etwas mehr deutsches Bewußtsein, das ja namentlich jetzt in Italien mit gar keiner Lebens- oder finanziellen Gefahr verknüpft ist, sollte man doch diesen deutschen Künstlern wünschen.

Deutsche Städtebauausstellung in Bergen. Die norwegische Stadt Bergen ist im Jahre 1916 größtenteils durch Feuer zerstört worden. Die deutsche Städtebauausstellung hat also einen unmittelbar praktischen Zweck verfolgt; nachdem die Bergener Stadtarchitekten bereits eine Studienreise durch Frankreich, Belgien und England unternommen hatten, um sich zu unterrichten. Der Städtebauinspektor Jackstein aus Altona hatte die Vorbereitungen in Händen und vereinte in drei Räumen die besten Beispiele deutscher Siedlungsbauten, Stadt- und Gartenanlagen. Arbeiten von Bonatz, Geßner, Schmitt-henner, Jansen, Taut, Behrens und anderen waren zu sehen. Die Ausstellung wurde in 11 Tagen von 13000 Personen besucht. Jansen und Jackstein hielten gut besuchte Vorträge und bekamen auch Aufträge.

Deutsches Theater in Lodz. Die nunmehr seit 8 Monaten bestehende „Frei Bühne“ in Lodz hatte am 16. April zu einer Besprechung künstlerischer und theater-kultureller Fragen eingeladen. Schriftsteller Heinrich Zimmermann, der Direktor der „Freien Bühne“, gab vor allerdings nur wenig über 100 Personen, die das Thema interessierte, einen Überblick über die bisherige Tätigkeit des Vereins und über seine Aufgaben. Es wurde mitgeteilt, daß Statuten zu einem „Verein der Freunde der Neuen Bühne“ entworfen seien und daß man auf diese Weise eine Förderung der künstlerischen Unternehmungen des Instituts erstrebt. Es besteht der lebhafteste Wunsch unter den Deutschen in Lodz, trotz des Mißlingens des ersten Versuches mit dem Publikum direkt in Fühlung zu treten, weitere derartige Diskussionsabende zu veranstalten.

Der Kolonial-Korrespondenz zufolge kann die Begründung eines ständigen deutschen Theaters in Buenos Aires als sicher gelten. Ein Finanzkonsortium sei auf Grund zahlreicher bereits erfolgter Zeichnungen in der Bildung begriffen. Direktor Gustav Blum habe mit dem Direktor des Teatro Odeon einen Vertrag geschlossen; demzufolge dieses Theater für fünf Jahre und zwar zwei Monate jährlich zur Verfügung gestellt wird.

Der berühmte **Amsterdamer Dirigent Wilhelm Mengelberg**, der in Deutschland auch besonders als Gastdirigent der Frankfurter Museumskonzerte bekannt geworden ist, feierte in diesen Tagen in Holland sein 25jähriges Künstler- und Dirigentenjubiläum als Dirigent des Konzert-Gebow-Orchesters. Deutsch-österreichische und ungarische Künstler schenkten ihm einen goldenen Taktstock. Am 6. Mai begann ihm zu Ehren ein Malerfest als erstes großes internationales Musikfest nach dem Kriege, zu dem auch eine Anzahl hervorragender deutscher Dirigenten eine Einladung erhalten hatte. Mengelberg hat für die deutsche Musik in Holland ganz außerordentlich viel getan und hat trotz aller Anfeindungen während des Krieges von seiner Anhänglichkeit an die deutsche Kunst nicht abgesehen.

Eduard Möricke, der Kapellmeister des Charlottenburger Deutschen Opernhauses, ist von der Richard Wagner-Gesellschaft in Kopenhagen eingeladen worden, im dortigen Königlichen Musik-Konservatorium einen Vortrag über die Meistersinger zu halten. Der Vortrag fand unter Mitwirkung erster Gesangskräfte der Oper statt und erzielte reichen Beifall.

Weingartner in Florenz. Wir haben von dem großartigen Erfolg berichtet, den Professor Wendel-Bremen an der Spitze eines italienischen Orchesters in Rom hatte. Die „Wiener Allg. Ztg.“ meldet nun, daß Felix Weingartner, der als erster deutscher Dirigent nach Florenz gegangen ist, fünfmal dort die „Walküre“ dirigierte und begeistert gefeiert worden ist. Nach der vierten Vorstellung verkündeten Riesenplakate einen großen Ehrentag für Weingartner. Er wurde unter Blumen förmlich begraben und es regnete nur so Geschenke. Nichts war zu merken von Haß, nicht ein böses Wort war zu hören.

Deutsch-italienischer Festspiele-Austausch. Die Veranstaltung des früheren Tenors an der Komischen Oper in Berlin, Dr. Nadolowitsch, kommt einer neueren Meldung zufolge tatsächlich zustande, und zwar ohne daß deutscherseits amtliche Gelder dafür in Anspruch genommen werden. Das Auswärtige Amt übernimmt nach einer Mitteilung des Urhebers des Planes in der Hauptsache eine „internationale fördernde informative Aufgabe“. Die Gastspiele sollen im Frühling kommenden Jahres stattfinden.

Neuyork. Vom deutschen Musikleben berichtet unser Korrespondent: Ein **Richard-Wagner-Abend** ist heute ein Ereignis in Neuyork und verdient als erstes ganz deutsches Programm hervorgehoben zu werden. Die Aufführung am 10. April in der großen Halle des Liederkrans wurde mit einem Vortrag des bekannten Musikkritikers Halperson eingeleitet; es folgten dann Gesangsrezitationen Waltrautes Erzählung aus der Götterdämmerung, Walters Preislied aus den Meistersingern, ein Violinsolo von Karl Klein in ganz vorzüglicher Wiedergabe, die Gralserzählung aus dem Lohengrin, das Gebet aus Rienzi und anderes mehr.

Man ging allgemein mit dem Wunsch auseinander, daß man sich bald wieder regelmäßig dem Genuße deutscher Musik und Kunst hingeben könnte.

Deutsche Opern im Metropolitan Opernhaus. Am 21. April war, wie unser Vertreter uns berichtet, deutscher Tag im Metropolitan Opera House, aber auf englisch und italienisch; zwei deutsche Opern wurden an dem Tag gegeben, Wagners „Parsifal“ in englisch am Nachmittag und Flotows „Martha“ am Abend auf italienisch. Richard Strauß ist noch nicht wieder zurückgekehrt, aber der „Rosenkavalier“ mag bald wieder seine Wiederauferstehung feiern. Über die Vorstellung von „Parsifal“ und „Martha“ kann nur gesagt werden, daß die Musik vorzüglich war, aber der „Parsifal“ in englischem Text — wirkte fast wie ein Sakrileg an des Meisters Sprache. Je weniger darüber gesagt wird, um so besser.

Die erste Saison der neugegründeten **Beethoven-Gesellschaft** ging Mitte April mit einem Konzert in Aeolian Hall zu Ende. Während der Saison wurden sechs Abonnementskonzerte gegeben, die von Neuyorker Musikfreunden, darunter einer Anzahl weltbekannter Musiker, die in Neuyork wohnen oder sich gerade hier aufhielten, zahlreich besucht waren und begeisterte Aufnahme fanden. Speziell das letzte Konzert der Saison erfreute sich eines großen Besuchs, jeder Platz war besetzt.

Die mitwirkenden Künstler waren Harold Bauer (einer der Begründer der Beethoven-Gesellschaft), Fritz Kreisler, Willem Willeke, Hans Letz, Louis Svecenski, Eduard Kreiner und andere.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Innsbruck. Der **Andreas-Hofer-Bund** hielt am 15. Mai eine Festversammlung ab, die durch Liedervorträge des Tiroler Sängerbundes eingeleitet wurde. Der Gesang des Liedes „Was ist des Deutschen Vaterland“ und namentlich die Strophe „das ganze Deutschland muß es sein“ löste bei den Tausenden von Besuchern brausenden Beifall aus. Bundesobmann Dr. Heinrich Schullern hielt die Festrede, die in dem Gedanken der Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland gipfelte. Er berichtete, daß der Bund schon 20 Ortsgruppen mit 12 000 Mitgliedern zähle, unter anderem 3 Ortsgruppen in Amerika, in Philadelphia, Neuyork, Milwaukee. Universitätsprofessor Dr. Hermann Schullern sprach über die wirtschaftliche Bedeutung einer Zerreißung Tirols. Der Vorsitzende der Ortsgruppe München überbrachte Grüße aus dem Bayernland, der Vorsitzende des deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche, Exz. v. Reichenau, sprach für diesen Bund, nur der Nationalismus könne uns wieder emporhelfen, die Deutschen wollten Tirol und seinen Andreas Hofer nicht vergessen.

Prag. **Gründung eines deutschen Materialprüfungsverbandes in der Tschechoslowakei.** Eine Anzahl von Hochschullehrern und Fabrikanten gründeten nach Genehmigung der Satzungen am 12. April in der deutschen technischen Hochschule nach einer Interessentenversammlung unter dem Vorsitz des Hochschulprofessor Dr. A. Geßner, Prag, einen deutschen Materialprüfungsverband mit dem Sitz in Prag.

Siebenbürgisch-sächsischer Landwirtschaftsverein. Der älteste Verein in Siebenbürgen ist dieser seit nunmehr 75 Jahren bestehende Verein, der mit wenigen Ausnahmen alle sächsischen Gutsbesitzer und Landwirte zu seinen Mitgliedern zählt, deren er heute 30 000 hat. Die Oberverwaltung sitzt in Hermannstadt, ihr unterstehen 15 Bezirksorganisationen in größeren Städten und Marktflecken und 231 Ortsvereine. Der Verein besitzt in den „Landwirtschaftlichen Blättern“ sein eigenes wöchentlich erscheinendes Fachblatt. Seine „landwirtschaftliche Verkaufs-

halle“ in Hermannstadt vertreibt landwirtschaftliche und Gemüsesamereien und verschiedene Bedarfsartikel für die Mitglieder. In Hermannstadt besteht ferner eine Maschinenabteilung, die in dem ersten Jahre ihres Bestehens namhafte Einnahmen erzielen konnte und landwirtschaftliche Maschinengeräte, technische Artikel und Mineral- und Pflanzenöle verkauft. Ein kaufmännisch-technisch gebildeter Direktor steht an der Spitze und sieht es als seine besondere Aufgabe an, die heimisch-deutsche Maschinenindustrie zu unterstützen.

Budapest. Ein **deutsch-ungarischer Bauernbund** ist begründet worden, zu dessen Präsidenten der Staatssekretär im Ministerium der nationalen Minderheiten Dr. Steuer gewählt wurde. Die neue Organisation soll verhindern, daß das deutsche Bauerntum in Ungarn unter die Führung unberufener alldeutscher Agitatoren komme und will, wie ihr Präsident ausführt, dahin wirken, daß eine friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschtum und Magyarentum auch weiterhin bestehen bleibe. Die neue Organisation scheint dem Minister der nationalen Minderheiten Dr. Bleyer nahezustehen.

Der **Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn** gibt seinen Mitgliedern und Freunden hiermit bekannt, daß sich seine neue Kanzlei Wien 7, Mariahilferstraße 98, 3. Stock, befindet; es wollen alle Zuschriften dorthin gerichtet werden.

Basel. Jahresversammlung des deutschen Hilfsvereins. In Anwesenheit zahlreicher Mitglieder wurde am 6. April die 58. Jahresversammlung des deutschen Hilfsvereins in Basel unter dem Vorsitz des Herrn Weißer abgehalten. Die Aussprache über in der Kriegszeit gezahlte Unterstützungen, wie über die „untaktsvolle und beleidigende Behandlung der Kriegerfrauen während des Krieges“, wie sich Herr Däschler ausdrückte, war manchmal ziemlich erregt. Zum 1. Vorsitzenden wurde schließlich Herr Hettinger, zum Beisitzer Herr Däschler gewählt.

Deutsche Handelskammer i. d. Schweiz. Anlässlich der schweizerischen Mustermesse tagte in Basel am 26. April die außerordentliche Mitgliederversammlung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz, zu der auch aus Deutschland einige Mitglieder, und zwar hauptsächlich Angehörige der badischen Nachbargemeinden, erschienen waren. Als Gäste waren anwesend die Herren Minister Dr. Rheinboldt, Leiter des Generalkonsulats Zürich und Finanzbeirat der Deutschen Gesandtschaft Bern, Legationsrat Dr. Köcher, Leiter der Handelsabteilung der Gesandtschaft in Bern, und die Konsuln Ziegler, Basel, Graf Podewils, Zürich, und Nölting, Zürich, Leiter des Wirtschaftsdienstes der Deutschen Gesandtschaft. Über die Finanzlage berichtete der Syndikus der Deutschen Handelskammer, daß, trotz der seit Ende März erfolgten Erhöhung der Mitgliederzahl um 39 Neueingetretene, die finanzielle Zukunft der Deutschen Handelskammer auf Grund der bisherigen Beiträge erst als gesichert angesehen werden könne, wenn sich der Mitgliederbestand um etwa 30 Prozent erhöhen würde. Der Syndikus nahm Stellung zu der durch Reichsgesetz angeordneten Erhöhung der Konsulats- und Paßgebühren, gegen die prinzipiell nichts einzuwenden sei. Dagegen müßte scharf verurteilt werden, daß das Gesetz dem Ermessen des einzelnen Konsulatsbeamten anheimgabe, je nach Lage des Falls die ohnehin schon verzehnfachten Grundgebühren noch einmal bis auf das Fünffache zu erhöhen, so daß man schließlich zu einer Verfünffzigfachung der bisherigen Grundgebühren komme. Der Vorstand der Deutschen Handelskammer erwarte von den gutem Vernehmen nach im Gange befindlichen diplomatischen Verhandlungen eine Aufstellung von festen Grundsätzen für die Handhabung des Ge-

setzes. Hier liege übrigens wieder der Fall vor, daß die Nationalversammlung ein Gesetz erlassen habe, ohne die im Auslande befindlichen Organisationen des deutschen Handels, ja, anscheinend ohne die deutschen amtlichen Stellen im Auslande befragt zu haben, obwohl das Gesetz von allergrößtem Einflusse auf die Handelsbeziehungen Deutschlands mit den Nachbarstaaten werden müsse. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Schweiz schon jetzt Gegenmaßregeln auf Kosten deutscher Reisender ergriffen habe. Die Herren Dr. Rheinboldt und Dr. Köcher gaben die Versicherung ab, daß von seiten der deutschen Konsulate in der Schweiz schon jetzt feste Grundsätze für die Anwendung des Tarifes aufgestellt worden seien und daß vorgeschlagen sei, in der Regel nur die Grundgebühr zur Anwendung zu bringen und von einer Erhöhung möglichst überhaupt keinen Gebrauch zu machen. Zur Frage der Beteiligung deutscher in der Schweiz niedergelassener Firmen an der schweizerischen Mustermesse in Basel wurde die Tatsache hervorgehoben, daß auf der ersten schweizerischen Mustermesse ausländische Firmen ihre in der Schweiz hergestellten Erzeugnisse hätten ausstellen dürfen, während auf der zweiten sich nur nationale Firmen beteiligen konnten. Als Grund müßte außer nationalistischen Strömungen das Bestreben der Schweiz angesehen werden, sich dem Auslande gegenüber unter Ausscheidung aller Überfremdungsfaktoren als achtungsgebietende Wirtschaftsmacht darzustellen. Demgegenüber wurde betont, daß man ein richtiges Bild über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schweiz nur gewinnen könne, wenn alle diejenigen, die an den Lasten des Wirtschaftskörpers mittragen, auch zu Veranstaltungen, wie sie eine nationale Messe darstellt, zugelassen würden. Nicht auf die Nationalität des Betriebsinhabers komme es an, sondern auf das Erzeugnis, das durch die Stätte seiner Herstellung nationalisiert werde. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschliebung in diesem Sinne gefaßt, durch die die Leitung der schweizerischen Mustermesse ersucht wurde, die betreffende Bestimmung des Reglements fallen zu lassen.

Rio de Janeiro. Ein Verband deutsch-brasilianischer Firmen hat sich gebildet zur Wahrung der Interessen der deutsch-brasilianischen Firmen in Brasilien und zur Förderung des deutschen Handels mit Brasilien. Namentlich soll ein von London unabhängiger telegraphischer Handelsnachrichtendienst ins Leben gerufen werden. Ortsgruppen sind bereits in Rio. in Sao Paulo und in Porto Alegre ins Leben getreten.

Buenos Aires. Arbeiterverein „Vorwärts“. Mitte April fand im Vereinslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, der der Vorschlag unterbreitet wurde, daß die Arbeiter deutscher Zunge im ganzen Lande sich zu einer festgefügtten Organisation zusammenschließen möchten, um so einen weitgehenden Einfluß auf das gewerkschaftliche und politische Leben des Landes zu gewinnen. Nötig sei es freilich, daß die Arbeiter die Landessprache besser beherrschten, wofür der Verein durch Einrichtung von Kursen schon gesorgt habe. Alle deutschen Arbeiter sollten den entsprechenden Gewerkschaften des Landes angehören, deren Interesse sie fördern müßten. Verschiedene Redner nahmen aber scharfe Stellung gegen diejenigen Gewerkschaften, die dem sogenannten fünften Kongreß angeschlossen sind und kommunistisch-radikale Tendenzen verfolgen. Die neu zu begründende Organisation deutscher Arbeiter in Argentinien will auch die neu ins Land kommenden Arbeiter fachmännisch beraten, weil gerade für diese besondere Berufsberatung die vorhandene deutsche Organisation nicht ausreichte.

Vom Deutschen Volksbund in Paraguay.

Auf der Ende 1919 abgehaltenen Vertreterversammlung wurde die vom Bundesvorstand gefaßte Absicht, eine Zentralberatungs- und Auskunftsstelle für deutsche Schulangelegenheiten in Paraguay zu schaffen, weiter verfolgt. Ferner beschloß man, für den Bund baldmöglichst die Rechte einer juristischen Person zu erwerben. Als Gegenstück zu dem Buche „Winke für Einwanderer“ sollen in einem zweiten „Ratschläge für Ansässige“ veröffentlicht werden. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß einige Ortsgruppen der Tätigkeit des Bundes noch völlig verständnislos gegenüberstehen. Dem soll nach Möglichkeit durch Lichtbilder- und andere Vorträge sowie durch Ausbau der Wanderbibliothek entgegengearbeitet werden.

Der **Deutsche Männerchor in Rosario** (Argentinien) konnte am 20. März sein 25 jähriges Jubiläum feiern. Der Gedenktag wurde durch ein Konzert begangen, bei dem die beiden besten Musiker Rosarios, Vidal und Donizetti, mitwirkten. Auf dem Programm standen in erster Linie Beethoven, Schubert und Kreisler.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Südwestafrika. Deutsche und holländische Afrikaner haben sich zur Herausgabe einer Wochenzeitung vereinigt. Die Monatsschrift „Volk und Heimat“ berichtet, das ursprünglich rein burische Blatt „Die Voortekker“ sei seit Mitte 1919 erschienen, dann aber im Verlag der Swakopmunder Buchhandlung G. m. b. H. zeitsprachlich als „Südwest“ herausgegeben worden und zwar als amtliches Organ der Südwestvereinigung. Zu Neujahr wurde ein Holländer, le Roux, zum Geschäftsführer und Schriftleiter gewählt. Der Gedanke ist nicht von Deutschen, sondern von Buren ausgegangen.

New-York. Deutscher Presseklub. Aus New-York wird uns berichtet: Im Mai wird auch der Deutsche Presseklub zu Newyork wieder an die Öffentlichkeit treten — zum ersten Mal seit Kriegszeiten — und zwar mit einem größeren Konzert, das zum Besten der Kasse des Klubs und des Unterstützungsfonds für deutsche Journalisten und Schriftsteller gegeben werden wird. Die Veranstaltungen dieses bekannten Klubs erfreuten sich in früheren Jahren stets des größten Erfolges. Während der Kriegszeit hat mit der in deutscher Sprache erscheinenden Presse auch dieser Klub nur eben sein Dasein gefristet, doch machen sich Anzeichen bemerkbar, daß auch hier wieder neues Leben aus den Ruinen blühen wird.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Bundesversammlung des Bundes der Auslandsdeutschen E. V.

Die Mitglieder des Bundes der Auslandsdeutschen werden hierdurch zu der 1. ordentlichen Bundesversammlung eingeladen. Die Versammlung findet am Sonntag, den 25. Juli 1920, 11 Uhr, in Eisenach, im Hotel Rautenkranz statt.

Tagessordnung:

1. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses und Erteilung der Entlastung.
2. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Bundesvorstands.
3. Abänderung des § 14 der Bundessatzung.

Berlin, den 15. Mai 1920.

Otto Schallert sen.,
Vorsitzender.

H. Gebhard,
Schriftführer.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Nordwestdeutschland. In Hamburg fand am 17. Mai 1920 eine große Protestversammlung des Bundes der Auslandsdeutschen statt, die einen der größten Säle Hamburgs bis auf den letzten Platz füllte, um Protest einzulegen gegen die Absicht der Regierung, den schwer geschädigten Auslandsdeutschen die Internierungskosten, die Kosten ihrer Flucht oder Heimreise und die Aufwendungen zur Erhaltung ihres gefährdeten Eigentums im Auslande nicht zu ersetzen, entgegen früheren amtlichen Versprechungen. Herr Kühl betonte die hohe Bedeutung des Auslandsdeutschtums für das Wachstum und die Mehrung des Reiches, indem er besonders hinwies auf die großartigen Leistungen der Auslandskaufleute und der deutschen Intellektuellen vor dem Kriege, die mit den deutschen Industrieprodukten auch die deutsche Kultur in alle Teile der Welt brachten. Die jetzige Regierung dokumentiere durch den Versuch, von den Entschädigungen wesentliche Abzüge zu machen, auf das deutlichste, wie wenig Verständnis sie für die staatspolitische Beteiligung des Auslandsdeutschtums besitze. Die Entschädigung der Auslandsdeutschen dürfe niemals als ein Almosen oder als eine Vergünstigung einer gewissen Klasse aufgefaßt werden. Sie sei vielmehr nichts anderes als die Bereitstellung von Betriebskapital für den Wiederaufbau des Auslandsdeutschtums, ohne den es nun einmal keinen Wiederaufbau des Deutschtums überhaupt geben könne. Fast unglaublich erscheine es deshalb, wenn die Regierung im letzten Moment versuche, wichtige Abstriche von den Entschädigungssummen zu machen, die sowieso schon viel zu lange auf sich warten lasse.

In der Versammlung fand eine Entschließung einstimmige Annahme, es drohe der schon mageren Entschädigung der Auslandsdeutschen auch noch die Belastung mit schweren Steuerforderungen, so daß es fast den Anschein habe, als beabsichtige die Regierung das, was sie mit der einen Hand als Entschädigung gibt, mit der andern Hand in Form von Steuern wieder zu nehmen. Die Auslandsdeutschen verlangen demgegenüber insbesondere:

1. daß alle als Folge der Internierung entstandenen Aufwendungen und Schäden,
2. daß alle durch Heimreise oder Flucht entstandenen Unkosten,
3. daß alle für die Erhaltung gefährdeten Eigentums gemachten Ausgaben

von der Regierung und den Spruchkommissionen als ersatzberechtigt anerkannt werden.

Dazu rechneten sie auch die Folgen feindlicherseits geduldeter Schutzlosigkeit, die Folgen von Erpressungen und Rechtswidrigkeiten, die Schäden, die in Rußland unter der Bolschewistenherrschaft an deutschem Eigentum angerichtet sind, und die Internierungsschäden der deutschen Seeleute. Man sei bereit, dem Reiche an Steuern zu geben, was dem Reiche billigerweise zukommt, wolle aber nicht, daß die Entschädigung auf dem Umwege der Besteuerung zur Farce gemacht werde.

Der Bund der Auslandsdeutschen wird in Verbindung mit anderen großen Organisationen des Auslandsdeutschtums und unter ständiger Fühlungnahme besonders auch mit dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart jene Programmpunkte verfechten, die er neben der Entschädigung und erst eigentlich als Rechtfertigung des Entschädigungsanspruchs vertreten will. Zu diesen Programmpunkten gehören u. a. der Wiederaufbau des Auslandsdeutschtums, folgerichtige Besetzung

der Konsulate und der diplomatischen Stellen im Ausland vorzugsweise durch Auslandsdeutsche; der Ausbau und die wesentliche und systematische Erweiterung des Auswärtigen Amtes in Berlin, das aktive und passive Wahlrecht der Auslandsdeutschen und die großzügige Propaganda für die Ideen des Auslandsdeutstums im Auslande. Heinrich Siemer, Hamburg.

Mitteilung der Abteilung Italien. Die „Abteilung Italien“ des B. d. A. ist aus der „Deutsch-Italienischen Vereinigung“ (DIV) hervorgegangen. Neben der Abteilung Italien des B. d. A. besteht die DIV auch selbständig weiter. Nach besonderen Vereinbarungen mit der DIV sind deren Mitglieder, jedoch nur soweit sie Auslandsflüchtlinge sind, gleichzeitig Mitglieder des B. d. A. Die Beitragszahlung für dieselben erfolgt von der DIV unmittelbar an den B. d. A. Die für solche Mitglieder ausgestellten Mitgliedskarten der DIV enthalten den Vermerk, daß ihre Inhaber gleichzeitig Mitglieder des B. d. A. sind; sie sind als vollberechtigte Mitglieder des B. d. A. anzusehen.

Von den Ortsgruppen.

Hannover. In der am 12. Mai im Volksheim abgehaltenen Monatsversammlung wurden an Stelle der wegen Arbeitsüberhäufung ausscheidenden beiden Vorsitzenden die Herren Heusinkveld (Belgien) zum 1. und Herr Stiel (Frankreich) zum 2. Vorsitzenden einstimmig von der Versammlung gewählt. Der Vorstand wurde beauftragt, die Entschädigungsfrage mit aller Energie weiter zu verfolgen, damit die Regierung endlich den notleidenden Auslandsdeutschen die versprochene positive Hilfe leistet. Herr Werner berichtet, daß bislang 18 000 Anträge in Berlin vorliegen, von welchen bislang ca. 2000 als richtig befunden wurden, es sind ca. 50 Zahlungsanweisungen von der Spruchkommission inzwischen herausgekommen. Der Kassenbericht schließt mit einem Guthaben von 2221,24 Mark und wurde von der Versammlung genehmigt.

Köln. In der gutbesuchten Versammlung vom 16. April erläuterte der Vorsitzende, Herr Dr. Hamann, die Möglichkeit der Rückwanderung der Flüchtlinge. Belgien verhalte sich sehr ablehnend, ebenso England und Frankreich. Die Rückwanderung nach Amerika sei dadurch erschwert, daß hierzu von dort ansässigen Bürgern Empfehlungen notwendig seien. Britisch-Südafrika gewährte den vor dem Kriege dort wohnenden Deutschen die Rückkehr auf Antrag. Für andere britische Kolonien sei die Rückwanderung auf 5 Jahre verboten. In den südamerikanischen Staaten beständen keine Schwierigkeiten. Es erging ein Aufruf an die Anwesenden, deutsch zu bleiben, wenn sie wieder ins Ausland zurückgekehrt sein würden. Besonderer Dank gebühre der Stadt Köln, die viel Not der Auslandsdeutschen gelindert habe. Über die Frage, ob der Auslandsdeutsche Steuern (Staatssteuern) zu zahlen habe, sprach Herr Dr. Bauer. Generell könne diese Frage nicht beantwortet werden, da hierüber von Fall zu Fall zu entscheiden sei. Die Auslandsdeutschen stellten sich auf den Standpunkt, daß sich ihr Wohnsitz immer noch im Ausland befinde, und daß sie nur gezwungenermaßen ihren Aufenthalt vorübergehend in Deutschland hätten. Wer den Willen kundgebe, nicht mehr ins Ausland zurückzukehren, müsse selbstverständlich Steuern zahlen. Der Wille zur Rückkehr müsse dokumentiert werden und die Möglichkeit zur Rückkehr müsse gegeben sein. Kommunalsteuern müssen unter allen Umständen bei dreimonatlichem Aufenthalt am Ort gezahlt werden.

Die Ortsgruppe Köln hat jetzt 2073 Mitglieder.

Heidelberg. Am 10. ds. Mts. veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen im Café

Hohenzollern eine stark besuchte Mitgliederversammlung, in deren Verlauf sich der 1. Vorsitzende, Herr C. F. Rammelmeyer, der Heidelberg verläßt, von der Ortsgruppe verabschiedete. Er wünschte der Ortsgruppe eine weitere erfolgreiche Tätigkeit und ermahnte die Mitglieder, nicht wie hypnotisiert nach Berlin zu starren, von wo die Entschädigung der Auslandsdeutschen kommen soll, sondern sich fleißig zu regen und Arbeit zu nehmen, wo man sie finde. Im Namen der Ortsgruppe sprach Herr Dr. Bauknecht und für den Landesverband Baden Herr Pfarrer Wettstein (Mannheim) dem Scheidenden, der die Ortsgruppe im März vorigen Jahres gründete und ihr ein zielbewußter Leiter war, den wärmsten Dank für seine aufopfernde und selbstlose Arbeit im Dienste unserer Auslandsdeutschen aus.

An Stelle Herrn Rammelmeyers, der der Ortsgruppe als Ehrenmitglied weiter angehören wird, wurde der bisherige 2. Vorsitzende Herr Dr. E. Bauknecht und zum 2. Vorsitzenden Herr Dr. H. W. Herold einstimmig gewählt.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Von den Palästina-Deutschen.

Der erste Teil der aus den Internierungslagern in Heluan bei Kairo abgeschobenen Angehörigen der palästinensischen Deutschen ist nun in der Heimat angekommen. Es handelt sich in der Mehrzahl um Angehörige der württembergischen Templer-Kolonien Haifa, Wilhelma und Saron, die mit dem Eindringen der Engländer in Palästina seinerzeit abtransportiert und in Ägypten interniert wurden. Das erste Schiff mit 33 Männern, 98 Frauen und 95 Kindern unter 12 Jahren ist in Hamburg angekommen, und der Transport ist nach kurzem Empfang sofort nach Württemberg weitergeleitet worden, wo die weitaus meisten der Palästinenser heimatberechtigt sind. Leider war ein großer Teil der Kinder an Masern erkrankt, so daß sie unmittelbar nach der Ankunft in Bad Mergentheim, wo man für die Flüchtlinge in einer Kaserne eine gute Unterkunft vorbereitet hatte, isoliert werden mußten. Es ist den beteiligten Stellen gelungen, namentlich durch Mithilfe des Deutschen Ausland-Instituts, größere Geldmittel flüssig zu machen und auch die dringend notwendigen Wäsche- und Bekleidungsstücke zu bekommen, so daß der ersten Not der Ankommenden gesteuert werden konnte.

Ein Besuch bei den Palästina-Deutschen in Mergentheim.

Die Pfingsttage gaben manchem schon länger in Württemberg weilenden Palästina-Deutschen die erwünschte Gelegenheit, um nach den neulich zwangsweise aus Ägypten Abtransportierten zu sehen, die vorläufig im Alten Schloß in Mergentheim Unterkunft gefunden haben. Auch ich benützte die Festtage, um den längst geplanten Besuch bei Verwandten und Bekannten auszuführen.

Ein Teil des sogenannten Alten Schlosses, das früher als Kaserne gedient hatte, ist zur Unterbringung der Vertriebenen hergerichtet worden. Mit dankbarer Befriedigung sah ich schon gleich bei Betreten des Gebäudes, daß es dem umsichtigen und tatkräftigen Bemühen der damit beauftragten amtlichen Stellen gelungen ist, in der immerhin recht kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die Kasernenräume in solche Wohnstätten umzuwandeln, in denen die Familien (zumeist Frauen und Kinder) ein Unterkommen fanden, das natürlich mit den Wohnungen und Einrichtungen, die sie seinerzeit verlassen mußten, nicht gleichen Stand halten kann, in denen

sie sich aber immerhin wohlfühlen können. Dies wurde mir denn auch von den verschiedenen Seiten bezeugt. „Wir sind zwar nicht mit Komfort ausgestattet, auch nicht mit den nötigen Einrichtungsgegenständen reichlich versehen, aber wir haben uns in der englischen Gefangenschaft bescheiden gelernt, und wir sehen, daß mit Liebe für uns ein Unterkommen geschaffen wurde, in dem das Nötigste vorhanden ist. So fühlen wir uns wohl und freuen uns des Wiedersehens mit langvermißten Verwandten und Bekannten.“ So ungefähr lautete das übereinstimmende Urteil. Besonders wohl tat den Vertriebenen auch der freundliche Empfang, der ihnen von dem Hilfskomitee in Mergentheim bereitet wurde. Die Verpflegung wurde allgemein gelobt, besonders auch mit Dankbarkeit hervorgehoben, daß neben Kartoffeln, Brot und Fleisch auch für Milch und Butter gesorgt ist, was um so begrüßenswerter ist, als viele unter dem Transport in einem kleinen Frachtdampfer gesundheitlich gelitten haben und die meisten Kinder, auch einige Erwachsene, an den Masern erkrankt sind. Die Krankheit hat bei allen bis jetzt einen günstigen Verlauf genommen, mit Ausnahme eines Kindes, das ihr zum Opfer fiel und bald nach Ankunft der Vertriebenen eine zahlreiche Trauergemeinde, darunter auch viele Mergentheimer, auf dem Friedhof versammelte.

In einem großen Saale des Schlosses fanden sich am Pfingstmontagsmorgen die Mergentheimer Palästina-Deutschen, mit nur ganz wenigen Ausnahmen Angehörige der Tempelgesellschaft, zusammen, um von dem unterzeichneten Leiter der Gesellschaft im Gebiet Deutschland mit einer Ansprache begrüßt zu werden. Die Ansprache bewegte sich in dem Gedankenkreise des bekannten Liedes: „Was Gott tut, das ist wohlgetan“, gedachte dankbar der im deutschen Vaterland, besonders in der württembergischen Heimat, bekundeten liebevollen Hilfsbereitschaft, schaute hinüber über Berg und Meer, zu den Gräbern der in Palästina verstorbenen ersten Generation der Gesellschaft, zu den noch lebenden Mitgliedern derselben in Haifa und Ägypten, gab der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck, daß eine Rückkehr ins heilige Land sich doch noch ermöglichen lassen möchte, aber auch dem Gedanken, daß nach wie vor damit gerechnet werden muß, daß die gewünschte Rückkehr von den Engländern nicht gestattet wird und die noch in Palästina und Ägypten befindlichen Palästina-Deutschen gleichfalls nach Deutschland abgeschoben werden.

Die Frage, wie der Name „Tempelgesellschaft“ zu verstehen sei und was die Templer eigentlich bezwecken, hat sich vielleicht der eine oder andere schon gestellt, der in letzter Zeit von den „Templern“ hörte oder las. Der Name geht zurück auf Bibelstellen, wie z. B.: „Und auch ihr, als die lebendigen Steine, baut euch zum geistlichen Haus“ (1. Petr. 2, 5); „Wisset ihr nicht, daß ihr Gottes Tempel seid (d. h. sein sollt) und der Geist Gottes in euch wohnt“ (d. h. wohnen soll), 1. Kor. 3, 16. Den einzig richtigen Weg zur Losung jeglicher, auch der sog. sozialen Frage, sehen die Templer in der Verwirklichung der Bitte des Vaterunsers: „Dein Reich komme!“ Sie sind der Meinung, daß es die Aufgabe und der Lebenszweck der Menschen ist, soweit es an ihnen liegt, die Bedingungen für das Kommen des Reiches Gottes, d. h. wahrhaft guter und alle Menschen beglückender Zustände auf Erden, zu schaffen. Den Weg dazu finden wir in der tatkräftigen Verwirklichung jener anderen Bitte des Vaterunsers, die lautet: „Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden“, gegenüber diesem einen Hauptpunkt tritt für die Templer alles andere, so besonders auch das sog. dogmatische Glauben, als an sich wertlos zurück. Nur ein Glauben der Tat kann uns und der Menschheit helfen. Dr. J. Hoffmann.

Eine Straßendemonstration elsässischer Flüchtlinge. In Mannheim fand am 3. Mai eine überfüllte Protestversammlung statt, die gegen die „Schindluder-Politik“ protestierte, welche das Reich mit den vertriebenen Flüchtlingen treibe. Ein mächtiger Straßenumzug schloß sich an. Weithin sichtbare Plakate verkündeten: „Die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen fordern ihr Recht“. Der Zug verlief in musterhafter Ordnung. Eine den Amtsstellen überreichte Resolution fordert sofortige erhebliche Erhöhung der Unterstützungszuschüsse, unverzügliche Auszahlung der Schäden, wobei alle Schäden bis zu 20 000 Mk. schnellstens zu berücksichtigen wären, Zurückziehung aller Vollstreckungsbefehle und Steuerfreiheit der Auslandsdeutschen bis zur Auszahlung der Entschädigung.

AUSLANDSDEUTSCHTUM UND POLITIK

Die Rechtschreibung.

Wir haben auf das starke Interesse hingewiesen, das das gesamte Auslandsdeutschtum in der Frage der Neuordnung der deutschen Rechtschreibung hat. Der württembergische sozialdemokratische Abgeordnete Keil hatte eine Anfrage an die Regierung gerichtet, wie sie sich zu dieser Neuordnung stelle. Die Regierung erteilt nun am 26. April eine Antwort, die kundgibt, daß der Sachverständigen-Ausschuß sich mit seiner Mehrheit am 27. und 28. Januar auf den Boden einer weitgehenden Neuordnung gestellt habe, während die Minderheit zwar grundsätzlich für eine Neuordnung, aber in vorsichtiger und die geschichtliche Überlieferung, sowie das Wirtschaftsleben stark berücksichtigender Form, gewesen sei. Über beide Gutachten habe der Reichsschulausschuß beraten, und habe beschlossen, die Angelegenheit zunächst den Kultusministerien der Länder zur Stellungnahme zu überweisen. Beschlüsse seien nicht gefaßt worden. Die Beunruhigung der Bevölkerung sei lediglich durch Veröffentlichungen in der Presse hervorgerufen worden, denen die Regierung fernstehe. Die Regierung sei der Anregung der Neuordnung der Rechtschreibung überhaupt nur nähergetreten, weil die Lager des Buchhandels und des Schulbuchhandels stark gelichtet seien und weil der Zeitpunkt für eine Neuordnung deshalb besonders geeignet sei. Schule und Haus sollten die Kräfte der Kinder für wichtigere Aufgaben freimachen. Berechtigte Wünsche sollten berücksichtigt werden. Eine Rechtschreibung, die das bisherige deutsche Schrifttum mehr oder weniger entwerten würde, werde von der Regierung in keinem Falle beabsichtigt. Über eine Bevorzugung der Altschrift gegenüber der deutschen Richtung hätten in der Regierung noch keine Beratungen stattgefunden. Es würden auch in diesem Falle die zuerst entwickelten Grundsätze für die Regierung maßgebend sein.

Verlängerung der Anmeldefrist für Auslandsforderungen.

Die in § 2 Absatz 1 Satz 1 der Bekanntmachung über die Anmeldung deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamt vom 30. April 1920 (Reichsgesetzblatt 761) vorgesehene Frist, die nach der Bestimmung der Bekanntmachung am 1. Juni ablaufen sollte und wohl allgemein als sehr kurz empfunden wurde, hat erfreulicherweise eine Abänderung erfahren. Nach einer unter dem 28. Mai ergangenen Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau (Reichsanzeiger vom 29. Mai 1920) ist die Frist bis zum Ablauf des 30. Juni verlängert worden. Ist diese Fristverlängerung mit Rücksicht auf mancherlei Schwierigkeiten und immer noch herrschende Unklarheiten sehr zu begrüßen, so ist es doch im Interesse unserer Volkswirtschaft wünschenswert, daß die Anmeldung der Forderungen möglichst bald erfolge; jedenfalls sollte sie nicht unnötig hinausgezögert werden.

Auskunftspflicht über deutsche Güter, Rechte und Interessen im Gebiete alliierter oder assoziierter Mächte.

Die Durchführung des § 10 Abs. 2 der Anlage zu Artikel 298 des Friedensvertrages zu gewährleisten, ist unterm 8. Mai ein Gesetz (Auskunftspflichtgesetz) ergangen, welches den Reichsminister für Wiederaufbau sowie die von ihm bestimmten Stellen berechtigt, jede für erforderlich erachtete Auskunft zu verlangen über Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger im Gebiete der alliierten oder assoziierten Mächte einschließlich ihrer Besitzungen und Protektoratsländer. Die Verpflichtung zur Erteilung der Auskunft erstreckt sich auch auf alle Geschäfte, die in bezug auf die vorbezeichneten Güter, Rechte und Interessen seit dem 1. Juli 1914 vorgenommen worden sind, insbesondere auf Veräußerungen, Belastungen und Verpfändungen dieser Güter, Rechte oder Interessen. Dagegen erstreckt sich die Verpflichtung zur Erteilung von Auskünften nicht auf Güter, Rechte oder Interessen, die erst nach dem 10. Januar 1920 von einem Ausländer auf einen deutschen Reichsangehörigen übergegangen sind.

Zur Auskunft verpflichtet sind:

1. deutsche Reichsangehörige, die Eigentümer, Besitzer oder Inhaber der oben bezeichneten Gegenstände sind oder seit dem 1. Juli gewesen sind;
2. deutsche Reichsangehörige, die als Pfandgläubiger oder aus einem andern Rechtsgrund zur Verfügung über einen dieser Gegenstände berechtigt sind oder seit dem 1. Juli 1914 gewesen sind.

Die Auskunft kann sowohl durch öffentliche Bekanntmachung als auch durch Anfrage bei den zur Auskunft Verpflichteten angefordert werden. Vorsätzliche Nichterteilung einer geforderten Auskunft, eine verspätete, unrichtige oder unvollständige Auskunft wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die auf Grund dieses Gesetzes erteilten Auskünfte dürfen zu steuerlichen Zwecken nicht verwendet werden.

Entschädigung der Elsaß-Lothringer.

Durch Verordnung vom 17. Mai haben die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen usw. für Schäden Deutscher in Elsaß-Lothringen in folgenden Punkten eine Abänderung erfahren:

1. Vorschüsse und Beihilfen können hinfert bis zu $\frac{3}{4}$ des Schadens (bisher bis zur Hälfte) gewährt werden.
2. Vorschüsse und Beihilfen können, wenn der Schaden einwandfrei nachgewiesen werden kann und 15000 Mark nicht übersteigt (nach der früheren Fassung 5000 Mark), bis zur vollen Höhe des Schadens gewährt werden, sofern sich der Geschädigte bezüglich sämtlicher auf Grund der Richtlinien in Frage kommenden Forderungen abgefunden erklärt.
3. Die Höhe der Unterstützung ist nicht mehr auf 1500 Mark resp. 2000 Mark begrenzt, sondern auf 10000 Mark heraufgesetzt.

Gegen das neue Konsulatsgebührengesetz.

Das neue Konsulatsgebührengesetz stößt bei den Auslanddeutschen auf starken Widerspruch. Die „Nachrichten des Bundes der Auslanddeutschen in Deutsch-Österreich“ sagen von dem Gesetz, es eröffne der Willkür weit Tür und Tor. „Wohin sollen wir mit unseren Reichszuständen kommen, wenn es den einzelnen Beamten, nicht einmal den in verantwortlicher Stellung amtierenden, nach freiem Ermessen überlassen bleibt, willkürlich Sätze in Anwendung zu bringen, welche eine so

ungeheuerere Bedeutung für das wirtschaftliche Leben haben, daß sie imstande sind, bei übelwollender Anwendung das Wirtschaftsleben vollständig zu zerstören. Es wäre ein trauriger Ruhm, durch das Gesetz den Reichsverkehr vollständig unterdrücken zu wollen. Es wäre ein schwerer Irrtum, sich einzubilden, daß aus den gesamten Gebührensätzen dem Reich auf die Dauer ein Einnahmезuwachs erfolgen könnte.“ Weiter wird gesagt, das Gesetz bedeute geradezu eine Aufhebung der Freizügigkeit, die zum mittelalterlichen Grundsatz der Gebundenheit an die Scholle zurückführe. In der Nationalversammlung habe wohl kein Abgeordneter bei der Beschlußfassung über das Gesetz an das Brudervolk in Deutsch-Österreich gedacht. Dem Reichsdeutschen in Österreich werde doch der Besuch in Deutschland nahezu unmöglich gemacht, Handel und Wandel würde schwerstens unter dem neuen Gesetze leiden. Werde der Reichsdeutsche aber österreichischer Staatsbürger, so bezahle er die im Verhältnis zu den deutschen lächerlich geringen österreichischen Gebühren!!

Die Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner in Basel wehrt sich energisch gegen das neue Konsulatsgebühren-Gesetz und beschloß in einer am 12. Mai veranstalteten von über 400 Mitgliedern besuchten Versammlung energischsten Protest gegen die rücksichtslose Handhabung des neuen Gesetzes bei der Paßstelle in Basel, die noch keinem einzigen bedürftigen Deutschen, von den 30 000 in Basel lebenden Reichsdeutschen, einen Paß kostenlos ausgestellt habe, obgleich der Leiter der Paßstelle und des Konsulats ihre fürsorgliche Unterstützung zugesagt hätten. Gebühren von 12 Franken, so wird in einem Begleitschreiben zu der Resolution an das Auswärtige Amt und an die Nationalversammlung gesagt, verhinderten für mittellose Schweizerdeutsche das Reisen in die Heimat überhaupt.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Das deutsche Eigentum in Frankreich.

Im Verlauf der Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Durchführung der Artikel 297 und 298 des Friedensvertrages hat die französische Regierung sich bereit erklärt:

1. Das deutsche Eigentum auf Verlangen der Eigentümer gegen Vorausbezahlung der durch die Aufbewahrung, Verpackung und Versendung entstandenen Kosten insoweit freizugeben, als es sich um Gegenstände von geringem Wert, von persönlichen Gebrauchsgegenständen oder von Familienandenken handelt;
2. von Fall zu Fall die Frage zu prüfen, ob deutsche Reichsangehörige bei der Versteigerung ihres beweglichen sowie ausnahmsweise bei der Versteigerung ihres übrigen Eigentums zum Mitbieten zugelassen werden können;
3. über die in Frankreich liquidierten deutschen Vermögensgegenstände Auskunft zu erteilen und auf besonderen Antrag gegen Barzahlung der Kosten einen Auszug oder eine Abschrift des Zuschlagsprotokolls auszuhändigen;
4. davon Mitteilung zu machen, wenn ausnahmsweise Sequestrationen über deutsche Vermögensgegenstände in Frankreich aufgehoben werden.

Demzufolge hat die Reichsregierung (Reichsministerium für Wiederaufbau) in Paris eine „Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in Frankreich“ eingerichtet, die die Anträge deutscher Reichsangehöriger an das französische „Office des biens et intérêts privés“ in Paris weiterleitet. Die Vor-

bereitungen dieser Anträge haben die auf Grund des § 3 der Bekanntmachung betreffend die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Auslande von 15. November zugelassenen Interessenvertretungen übernommen. Insbesondere stellen sie die erforderlichen Formulare zur Verfügung und geben die von ihnen geprüften Anträge mit den erforderlichen Listen, Unterschriftbeglaubigungen usw. an die Geschäftsstelle in Paris weiter.

Zur Vermeidung von Rückfragen werden die deutschen Staatsangehörigen daher gut tun, sich mit ihren Wünschen nicht an die Geschäftsstelle in Paris, sondern zunächst an die zuständigen Interessenvertretungen, den Bund der Auslandsdeutschen und seine Ortsgruppen, und den Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, zu wenden.

Die Geschäftsstelle in Paris wird die Kosten verauslagen, die durch die französischen Zwangsmaßnahmen bis zur Aushändigung des Gegenstandes an die Geschäftsstelle oder den deutschen Berechtigten an dem Orte, wo sich der Gegenstand zur Zeit der Aushändigung befindet, entstanden sind. Die Kosten, die vom Augenblick der Aushändigung an die Geschäftsstelle bis zur Ablieferung an den Berechtigten in Deutschland durch Lagerung, Verpackung, Versicherung, Versendung usw. entstehen, können nur ausnahmsweise in Sonderfällen auf das Reich übernommen werden. Ausgeschlossen sind alle Fälle, in denen keine Bedürftigkeit vorliegt, oder die Kosten in keinem Verhältnis zum Werte des Gegenstandes stehen. Eine Rücksendung von Gegenständen nach Deutschland kann daher von der Geschäftsstelle im allgemeinen nur übernommen werden, wenn der Antragsteller sich der Geschäftsstelle gegenüber zur Übernahme dieser Kosten verpflichtet und sie entweder vor der Versendung zahlt oder sonst Sicherheit für ihre Begleichung leistet. Sofern der Antragsteller auf Grund der Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Auslande aus Anlaß des Krieges vom 15. November 1919 eine Vorentscheidung zu erwarten hat, können die Kosten vom Reich vorschußweise gezahlt werden. Sie sind dann später bei der Auszahlung der Vorentscheidung in Abzug zu bringen.

VERSCHIEDENES

Marburg. Am Institut für Deutschum im Ausland werden im Sommersemester 1920 für Hörer aller Fakultäten Vorlesungen über das Deutschum im ehemaligen Österreich-Ungarn gehalten. Es sprechen Prof. Dr. Franz Heiderich (Wien): „Die kulturgeographischen Grundlagen des Deutschums in der ehemaligen Donaumonarchie“; Dr. Hermann Ullmann (Berlin): „Reichsdeutsches Staatsdenken und der großdeutsche Gedanke“; Prof. Dr. August Wotawa (Wien): „Das Deutschum im Deutsch-Österreichischen Staate“; Prof. Dr. Anton v. Premierstein (Marburg): „Das Deutschum im Südslavischen Staate“; Dr. August Breckner (Berlin): „Das Deutschum im Großrumänischen Staate“ und über „Das Deutschum im Ungarischen Staate“; Prof. Dr. August Cyha (Gießen): „Das Deutschum im Tschecho-Slowakischen Staate“. Die Vorlesungen gelten als einstündiges Kolleg. Dr. Mannhardt hält eine Arbeitsgemeinschaft: „Die Expansionskraft des Deutschen“. Mittwochs von 2—4 Uhr im Institut.

A Bessarabsche Zeitong komt jetz raus.

Das Erscheinen einer neuen bessarabischen Zeitung für die dortigen deutschen Kolonisten eröffnet das Blatt mit folgenden Versen, die wir als Dialektprobe hier wiedergeben:

A Bessarabsche Zeitong komt jetz raus
Ond wenn se witt, no kriagsch'se du ens Haus.
Jo, des ischt guat! S'ischt hoacha Zeit!
A deitsche Zeitong — grad für onse Leit —
Fehlt doch schoa lang em deitscha Baura.
Mr hat müaßa lang druf laura,
Bis endlich mol die Lehrer en Antschokrak
Dia Sach hent eeba ghet und glatt,
Joa, d' Leit hent beinoh schoa vergessa,
Uf d' Arbeit send se wieder arg verbessa,
Dia Zeit, wos Schwätza isch verbotta gwea
Und mancher isch em Häusle glega.
Ons hent se wella arg an Kraga,
Älle hättets kenna nett vertraga!
Dia Gfohr für ons isch no nett rom,
Dia Sach ischt emmer no a bisle domm.
Uf's Oinichsoi kommt's jetzt druf a:
Zema halta muaß der deitsche Ma;
Ond's Händla a amal bleiba la
Durch d' Schual muaß weiter Hella roi,
Zom Vorbild wellat mr de andre soi,
S'reacht Ziel em Aug ond fescht em Tritt,
No goht's au fürsche Schritt vor Schritt.
Mir älle bhaltet en Bessarabie onse Plätz
Ond neamert sen mr no net lätz
Bessarabsche Zeitong! Helf ons mit
Und breng en alle Heißer Glück.

Echt deutsch!

Der „Tägl. Rundschau“ wird aus Tsumeb (Südwestafrika) u. a. geschrieben, daß viele der aus Deutschland eintreffenden Briefe nunmehr die Anschrift „Mr.“ oder „Mister“ tragen, statt der deutschen Anrede „Herrn“. „Die Einschaltung von Fremdwörtern, wie es hier der Fall ist, zeigt, wie wenig der Deutsche seine Muttersprache bewertet. Wir als Auslandsdeutsche können in dieser Anrede nichts Ehrendes erblicken und hegen den Wunsch, man möge uns auch fernerhin in unserer Muttersprache anreden, zumal es sich auch hier um ein Land handelt mit überwiegend rein deutscher Bevölkerung. Es bieten sich dem Auslandsdeutschen heute ohnehin genügend Schwierigkeiten, seine deutsche Sprache und seine Art zu erhalten.“

Brasilianische Sicherheitsverhältnisse.

Von einem dreisten Überfall auf eine evangelische Kirche in Valença im Staate Rio, der sozusagen mit amtlicher Genehmigung ausgeführt wurde, berichtet die „Kolonie-Zeitung“ in Joinville. Während des Gottesdienstes drangen der Polizei-Delegierte und sein Kommissar an der Spitze einer Horde in die Kirche, forderten den Pastor unter Bedrohung mit der Reitpeitsche auf, den Gottesdienst abbrechen, zwangen die Gläubigen, die Kirche zu verlassen und zerstörten das ganze Kirchen-Innere. Die Polizei war zuvor von dem Vorhaben benachrichtigt worden, hatte es aber vorgezogen, nichts zu tun. Noch heute stehen die beiden Räuberhauptleute an der Spitze des Sicherheitsdienstes in Valença!

Unduldsamkeit.

Die Agence Havas meldet aus Newport, ein holländisches Schiff sei dort angekommen, habe aber einen deutschen Heizer und einen deutschen Matrosen an Bord gehabt und sei deshalb bis jetzt nicht entladen worden, weil die Entlader des Hafens sich weigerten, die Ladung zu löschen, ehe die deutschen Seeleute entlassen und nach der Heimat zurückbefördert würden. Ein Zeichen, wie stark der Haß noch in den unteren Volks-

schichten wirkt und zu welchen Komplikationen verschiedenster Art in Weltverkehr und Weltwirtschaft diese Dinge noch führen werden.

Zur Unabhängigkeitsfeier Finnlands in Helsingfors.

Am 12. April fand hier eine Feier zur Befreiung Helsingfors durch die deutschen Truppen statt, wobei in finnischer Sprache folgende Verse des finnischen Dichters W. A. Koskenniemi, „Reinin vahti“ („Die Wacht am Rhein“) zum Vortrag kamen, die wir hier nach der in der „Deutschen Wehr“ zum Abdruck gelangten Übersetzung von E. J. Hukkinen wiedergeben:

Auf deiner nachtumhüllten Schädelstätte,
O Deutschland, schloß den Bund des Menschen Leid,
Dort, wo der Riese liegt in fester Kette,
Sind all die Kleinen rasch in Tätigkeit.
O Deutschland, dich beschatten Not und Sorgen,
Der Neid das blanke Schwert dir rostig macht. —
Der Morgen Deutschlands ist der Menschheit Morgen,
Und Deutschlands Nacht ist aller Menschheit Nacht.

Durch deine Nacht, o Deutschland, Sterne dringen,
Zum Morgen wird dein Weg gehn trotz Gefahr
Und neue Ernte deine Arbeit bringen,
Du größter Sämann in der Völker Schar.
Und deinen Schild wirst du noch klarer halten
Hoch vor der Menschheit, die voll Maß und Wut,
Mit deines Geistes Größe wirst vergelten
Du deine Tränen, dein vergoßnes Blut.

Noch scheint der Himmel Kants in deinen Nächten,
Noch blitzt der helle Geist von Weimar her.
Noch hallt der Ruf von Worms zu allen Mächten
„Hier stehe ich und kann's nicht ändern mehr!“
Das Suchen deines Fausts und seine Trauer
Noch tiefen Sinn verleiht'n der Menschlichkeit.
Noch spielt die Orgel Bachs voll heil'gem Schauer
Vom Sehnsuchtsweh der Menschheit aller Zeit.

Die rohe Macht kann viel zu Boden schlagen,
Doch nie die Arbeit, die vom Geist beseelt,
Und in der Geisterwelt ohn' zu verzagen,
Die Wacht am Rhein sich auf dem Posten hält.
Sie steht auf Bergeshöh' von tausend Jahren,
Der Rache Zwerge schauend, groß im Schmerz,
Und unter ihrem Waffenrock voll Ehren
Schlägt immer noch der Menschheit größtes Herz!

Wie die „Deutsche Wehr“ bemerkt, wurde das Gedicht dem General v. d. Goltz am Jahrestag der Befreiung Finnlands mit Blumen und Ehrungen überreicht.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Videant consules!

Zu den gewaltigsten Schädigungen, die das Reich sich selbst zugefügt hat, und mit denen es die Auslandsdeutschen von sich abstieß, zählen die Auslandsdeutschen heute zwei neuere Gesetzesvorschriften, das neue Konsulatsgebührengesetz und die Ausfuhrvalutabesteuerung für Bücher. Unsere Leser finden an verschiedenen Stellen dieser und der nächsten Nummer Klagen und Beschwerden darüber zusammengestellt. Wir geben hier die Zuschrift eines deutschen Universitätsprofessors aus der Schweiz wörtlich wieder, um unsern Lesern eine eigene Urteilsbildung zu ermöglichen: „Seit etwa 3 Wochen verlangt

die deutsche Gesandtschaft in Bern für die Ausstellung eines Passes nach Deutschland von einem Deutschen 137,50 Franken, nämlich: Ausstellung des Passes 62,50 Franken, Visum für Deutschland 37,50, schweizerisches Rückvisum (Repressalie für die hohe deutsche Visumgebühr) 37,50, Summa 137,50 Franken, behält sich dabei die Möglichkeit vor, diese Summe im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit bis auf $\frac{1}{h}$ zu erniedrigen, im entgegengesetzten Falle aber auch auf das Fünffache zu erhöhen. Ein Schweizer, der nach Deutschland will, zahlt seiner eigenen Behörde für den Paß 5 Franken, deutsches Visum 37,50 Franken, Summa 42,50 Franken. Daß ein Deutscher für die Erlaubnis nach Deutschland zu reisen mehr als das Dreifache von dem zahlen muß, was ein Schweizer oder sonstiger Ausländer zahlt, scheint mir ein Glanzstück deutscher Politik. Es ist wohl die Belohnung dafür, daß wir Deutsche in der Schweiz durch Zeichnung deutscher Kriegsanleihen unser Vermögen zum größten Teil verloren haben, vielleicht stellt diese Maßregel in Verbindung mit der Absicht, uns Auslandsdeutsche, nicht aber die Ausländer, die deutsche Couponsteuer zahlen zu lassen, auch eine sanfte Nötigung dar, uns als Schweizer naturalisieren zu lassen und auf unser deutsches Bürgerrecht zu verzichten. Viel haben wir sowieso nicht davon gehabt.

Auch bei Reisen in das Ausland ist ein Deutscher gegenüber dem Schweizer jetzt benachteiligt. Will ein in der Schweiz ansässiger deutscher Geschäftsmann nach Italien reisen, wo er jetzt sehr willkommen ist, so zahlt er für den Paß: Ausstellung 62,50, italienisches Visum 7,50, schweizerisches Rückvisum (Repressalie) 37,50, Summa 107,50 Franken. Der schweizerische Konkurrent zahlt 5 + 7,50, Summa 12,50.

Wie sich schon aus der Repressalie ergibt, hat die Erhöhung der Paßgebühren in der Schweiz böses Blut gemacht. Aber auf so etwas hat man schon während des Krieges wenig Wert gelegt, uns Vorstände deutscher Vereine dagegen mit einer Flut von Propagandaschriften überschüttet, die schließlich kein Mensch mehr lesen wollte. Für das Visum nach Deutschland, nur zu einer Reise gültig, zahlt der Schweizer, wie erwähnt, 37,50 Franken, für ein das ganze Jahr zu beliebig wiederholten Reisen gültiges Visum nach Frankreich 10 Franken.

Auch sonst ist man deutscherseits eifrigst bemüht, der französischen und der augenblicklich wohl gefährlicheren amerikanischen und englischen Konkurrenz die Wege zu ebnen. Für deutsche Bücher verlangt man von uns jetzt den deutschen Teuerungszuschlag und dazu noch ein Valutazuschlag von einigen hundert Prozent, dessen Höhe bei der Bestellung des Buches auch der hiesige Buchhändler nicht kennt, so daß die Bücher uns durchweg höher kommen als vor dem Krieg, trotz des Hochstandes unserer Währung. Dazu kommt noch, daß wegen der Notwendigkeit, die deutsche Ausfuhrerlaubnis einzuholen, es einige Monate dauert, bis man ein deutsches Buch endlich erhält. Im Gegensatz dazu liest man an den Schaufenstern der schweizerischen Buchhandlungen: Großer Rabatt auf französische Bücher wegen des niedrigen Kurses. Daß man von uns bei Zahlungen nach Deutschland Zahlung zum Friedenskurs der Mark verlangt, ist um so hübscher, als kein Mensch in Deutschland daran denkt. Gegenrecht zu halten. Das Deutsche Reich hat sich nicht geschämt, 2 Monate lang in diesem Frühjahr unsern armen Kriegerwitwen ihre Rente von 80 Mark monatlich zum Tageskurs, damals ungefähr 5 Centimes die Mark, auszubezahlen. Jetzt will man ja im Falle der nachgewiesenen Bedürftigkeit höher gehen, im äußersten Falle die Mark gleich 1 Franken setzen. Die Stimmung unter den Kriegsbeschädigten und den -witwen können Sie sich selbst vorstellen.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Neue Siedlungsgenossenschaften.

In Ludwigshafen wurde Mitte Mai ein „Deutsch-brasilianischer Kolonistenverein“ begründet, zu dessen Vorsitzenden Herr Bußjäger gewählt wurde, der selbst 9 Jahre lang in Brasilien gelebt hat. Der Verein veranstaltete einen Vortragsabend, bei dem ein in dem uns vorliegenden Zeitungsbericht nicht genannter gründlicher Kenner Brasiliens über Land und Leute sprach und vor übertriebenen Hoffnungen und Erwartungen warnte. Der Verein will zur Auswanderung Entschlossene zu Gruppen zur Ausreise und Ansiedlung in gesunder Gegend zusammenfassen.

Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten.

Kein Staat der Welt bereitet augenblicklich größere Einreiseschwierigkeiten als die V. S. Amerikas. Nach neuen Bestimmungen werden Deutsche nur zugelassen, wenn sie als Eltern ihre Kinder besuchen wollen, vorausgesetzt, daß diese Kinder amerikanische Bürger und keine Sozialdemokraten sind, daß auch die Eltern dieser Partei nicht angehören und ihren Aufenthalt im Lande zeitlich beschränken; ferner deutsche Frauen, die ihre Männer auf kurze Zeit besuchen wollen, vorausgesetzt, daß diese Männer amerikanische Bürger, keine Sozialdemokraten und keine Gegner des Wilsonschen Regimes sind.

Die amerikanischen Konsulate sind nicht berechtigt, Visa zu erteilen. Sie haben lediglich die Einreisegesuche nach Washington weiterzuleiten, wo sie bestenfalls binnen zwei Monaten erledigt werden.

Die Auswanderung und Amerika.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ läßt sich aus Neuyork berichten, daß die Einwanderungsfrage der Regierung große Sorge mache, namentlich weil in der Zahl der Einwanderer die Frauen so außerordentlich stark überwiegen; man habe den Verdacht, daß Europa die arbeitskräftigen Männer zurückhalte und Frauen nach Amerika sende, während die Auswanderung aus Amerika hauptsächlich in arbeitskräftigen Männern bestehe, die ihre Ersparnisse in Höhe von durchschnittlich 2000 Dollar mit nach der alten Heimat zurücknehmen. Seit Abschluß des Waffenstillstandes seien 275 000 Auswanderer aus Amerika weggegangen, 550 Millionen Dollars seien also in dieser Zeit aus den Vereinigten Staaten abgeflossen. Die Behörden glauben, daß nach Aufhebung lästiger Paßbeschränkungen weitere 1 125 000 Auswanderer Amerika verlassen wollten, die nach dieser Rechnung 2 1/4 Milliarden Dollar an sich nehmen würden. Ältere größere Finanzinstitute erklärten, sie sehen einem solchen Geldabfluß mit Sorge entgegen.

Ist eine Einwanderung nach Indien möglich?

Indien kommt auch in normalen Zeiten nur für eine sehr beschränkte Anzahl deutscher Auswanderer in Betracht. Handwerker werden nur sehr selten gebraucht — und wenn, so werden

sie von den betreffenden Firmen in Deutschland angestellt. Die wenigsten Europäer aber sind zu körperlicher Arbeit in Indien fähig. Auch Ärzten, Chemikern und Wissenschaftlern sonstiger Art ist eine Ausreise ohne feste Anstellung nicht anzuraten. Kaufleute und Pflanzler werden noch am meisten gebraucht — letztere aber haben eine längere Lehrzeit durchzumachen und müssen unbedingt tropentauglich sein. Bei der Ausreise sollten sie die englische Sprache unbedingt beherrschen — für Niederländisch-Indien kann etwas Holländisch ebenfalls nicht schaden. Während der Lehrzeit muß für Englisch-Indien die tamilische, für Holländisch-Indien die malaische Sprache erlernt werden.

Da der Europäer, der sich in Indien niederläßt, gesellschaftlich gut auftreten muß, wenn er überhaupt auf Anstellung rechnet, so ist ein größerer Fond für den Anfang unbedingt erforderlich. Auf jeden Fall muß er stets in ersten Hotels absteigen, darf in der Eisenbahn keine niedere Wagenklasse benützen und muß täglich seine frische weiße Wäsche, wie Anzug anziehen. Ein Dutzend weißer Anzüge ist für den Anfang unerlässlich. Pensionen, Ausfahrten in Wagen und Rikscha, ganz abgesehen von Pferd und Auto, sind ebenfalls nicht billig — und zu Fuß zu gehen wird sich der Einwanderer selbst in der Stadt bald abgewöhnen.

Bei dem Stand unserer heutigen Valuta gehört also selbst bei allergrößter Sparsamkeit zur Deckung der Ausreisekosten und der Kosten für den Aufenthalt in den ersten Monaten eine hübsche Summe dazu, um nicht schnellstens auf dem Trockenen zu sitzen. Zudem ist vielfach mit längerer oder kürzerer Arbeitsunfähigkeit in den ersten Monaten zu rechnen, sei es durch die Einflüsse des Tropenklimas, sei es durch Dissenterie oder Malaria, denen selten jemand entgeht — von ärztlichen Kosten ganz abgesehen.

Nun aber noch eins: Französisch-Hinterindien und Indochina, wie Englisch-Indien mit Burma und Ceylon kommen einstweilen nicht in Betracht, da sie sich gesetzlich festgelegt haben, wenigstens drei Jahre nach Friedensschluß keinen Deutschen ins Land zu lassen. Siam mußte sich seinen Verbündeten fügen, wenn es die gleiche Verordnung erließ. Selbst vorübergehender kurzer Aufenthalt wird nur in den allerseltensten Fällen gestattet. So kommt eigentlich nur Holländisch-Indien, und hiervon wiederum hauptsächlich Java, in Betracht. Wer aber weiß, wie es den dort seit Jahren ansässigen Deutschen während des Krieges erging, und wie gerade Java von auf der Heimfahrt begriffenen Tsingtau-Kämpfern, die aus japanischer Gefangenschaft entlassen wurden, überfüllt ist, der wird es sich, falls er das Tropenleben nicht schon genauer kennt und über einen vollen Geldbeutel verfügt, wohl überlegen, selbst dahin ohne ganz sichere Grundlagen oder Anstellung zu reisen. —

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Emmerich, Ferdinand, Leitfaden für Auswanderer. München, Michael Müller 1919. 115 S. 8° 4.50 Mark.

Von „Einem Leitfaden für Auswanderer“ muß man heute schon etwas anderes erwarten, als diese Schrift uns bietet. Sie ist zwischen Krieg und Frieden geschrieben und muß in mancher Hinsicht schon als veraltet bezeichnet werden. Sie behandelt ausschließlich südamerikanische Länder vom Standpunkt des

Forschungsreisenden und Kaffeepflanzers. Am wertvollsten sind wohl die Ausführungen über Venezuela und Chile, während die Kapitel über Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay vorwiegend Zusammenstellungen aus heute veralteten Büchern bringen. Die Angaben über die vorhandenen Auskunftstellen sind flüchtig und unvollkommen (S. 27). Die in Mark angegebenen Preise müssen ohne Berücksichtigung der Valuta durchaus verwirrend wirken. Wertvoll erscheint der Hinweis auf die von der Wissenschaft geschaffenen Tabellen, nach denen

festgestellt werden kann, ob ein Land vermöge seiner klimatischen Verhältnisse gewisse Pflanzen hervorbringen kann oder nicht. Auch die Verhaltensmaßregeln bei Unglücksfällen und Erkrankungen haben bleibenden Wert. Auf Kunstdruck wiedergegebene Bilder sind Pflanzungsbetrieben aus Venezuela und Brasilien entnommen. Grisebach.

- **Preusse-Sperber, O., Auswanderer-Katechismus.** Dresden-N. 6: Verlag zeitgemäßer Schriftwerke (1919). 192 S. 8°. Mk. 6.—

Von derartigen Schriften wohl mit das Beste, was bisher veröffentlicht wurde; es wird nicht leicht veralten können, da es das bleibend Beachtenswerte herausstellt und von durchaus praktischem Gesichtspunkt sich leiten läßt. Man spürt es Seite für Seite, daß der Verfasser vor all den Auswanderungsfragen einst selbst gestanden hat. „Wer kann auswandern?“ Beruf für Beruf wird diese Frage behandelt. „Welches Land ist zu wählen?“ Land für Land wird durchgegangen, wobei eine starke Vorliebe für die dem Verfasser besonders ans Herz gewachsenen amerikanischen Länder nicht zu verkennen ist. Die Übersichten über die verschiedenen Länder sind kurz und praktisch. Auch handliche Sprachführer werden angegeben. Nordamerika und Afrika kommen auch zu ihrem Recht. Dem Ackerbau in den Halbtropen und Tropen, sowie den Pflanz- und Erntezeiten sind 11 Seiten gewidmet. Hausbau und Gesundheitsfragen werden aus Erfahrung heraus praktisch behandelt. Auch den romantischen Auswandererträumen wird Rechnung getragen. In der Frage einer Genossenschaftsgemeinschaft für Auswanderung und Siedlung vermögen wir leider nicht so optimistisch zu urteilen wie der Verfasser. Hier geht leider der Theoretiker mit dem Praktiker etwas durch (vergl. dazu: Grisebach, „Einzel- oder Genossenschaftssiedlung, Verlag Ausland und Heimat, Stuttgart.) Der Mindestbetrag, den jeder Kolonist oder Ansiedler benötigt, ist heute leider nicht mehr mit 2000 sondern mit 50000 Mk. zu veranschlagen. Persönliche oder verwandtschaftliche Beziehungen müssen stets als eine bessere Grundlage für die Auswanderung angesehen werden, als eine noch so sachkundig geleitete Auswanderungsgenossenschaft. Sehr wertvoll sind „Allerlei praktische Winke und Ratschläge“, welche dem einzelnen gelten. Der Frage: „Deutschtum und Naturalisation“ ist ein besonderes Kapitel gewidmet und der Heimat werden ihre Pflichten gegen die Auswanderer vor Augen geführt. Besonders begrüßen wir es, daß auch der Frage der Auswanderung von Frauen und Mädchen in einem sieben Seiten langen Kapitel Rechnung getragen worden ist, welches wohl aus der Feder der Frau des Verfassers stammt. Ein Anhang über die Geldwährung Lateinamerikas, Paß, Ausrüstungs- und Gepäckfragen, über die amtlichen und nichtamtlichen Auskunftstellen, sowie ein Bücherverzeichnis erhöhen den Wert der inhaltsreichen Schrift. Grisebach.

- **Stutzer, Gustav, Der deutsche Ansiedler in Südbrasilien.** Braunschweig: Hellmuth Wollermann 1920. 86 S. 8° M. 3,30.

Der weithin bekannte und beliebte Verfasser von „In Deutschland und Brasilien“ und den „Reiseerinnerungen eines alten Mannes“ schenkt uns hier in anmutig erzählender Form, in Bildern und Beispielen, eine getreue Darstellung von des deutschen Kolonisten Aufgaben, Leben und Treiben im Staate Santa Catharina. Die Schrift enthält auf gedrängtem Raume eine Fülle praktischer Winke, die durch eine zuverlässige Einführung in die subtropische Landwirtschaft und Viehzucht, sowie durch einen landwirtschaftlichen Monatskalender für das subtropische Gebiet wertvoll ergänzt wird. Leitsätze für einen Vortrag über die Frage der Auswanderung nach Brasilien bilden den Abschluß. Grisebach.

- **Liesbeth Dill, Das verlorene Land.** Ein Buch über Lothringen und Lothringer. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 88 S. 8°, geb. Mk. 5,50. (Zellenbücherei Nr. 10.)

Dreizehn Skizzen, eine jede in sich abgerundet, hat die feinsinnige Erzählerin dem Lande gewidmet, das uns im Frieden so nah und doch so fern lag und nun durch den Vertrag von Versailles erst recht in unendliche Ferne gerückt erscheint. Lothringen! Wer je das Land betreten hat — die meisten von uns wohl erst als Soldaten —, den spricht auf jeder Seite des Bändchens das Erinnerungsbild des fremdartig-fesselnden Grenzstriches lebendig an: über dem von der Natur mit Obst und Wein, Wald und Wasser, Eisen und Kohle gesegneten Plateau- und Hügelland die Decke dreier Kulturen, die sich hier durchbrechen, dort verschmelzen, hier ineinander übergehen und dort befehlen, römisch die Straßen- und Hausanlage, Gemüse- und Weinbau, Gerät und Geschirr, deutsch das Volkstum und die Mundart der Mehrzahl seiner Bewohner (Moselfranken), französisch die Formen des politischen und gesellschaftlichen Lebens, französisch die Glanzzeit von den Bourbonen bis zum Ersten Kaiserreich, französisch das kleinbürgerlich enge Lebensideal der Pächter, Weinbauern, Krämer und kleinen Beamten, bis dann die deutsche Verwaltung und nach ihr die Schwerindustrie in den Dornröschenschlaf des Landes einbrach und mit dem wirtschaftlichen Aufblühen das Grundbuch und soziale Versicherungswesen, Hygiene und straffe Zucht brachte, Dinge, die der seit Jahrhunderten von Frankreich assimilierte Lothringer nur in der Theorie lieben konnte, mochte er auch ihren Nutzen einsehen. Köstlich, geradezu Kabinettstücke wie die portrais littéraires des französischen Klassizismus, sind die tonangebenden Stände, Monsieur le Curé, der Herr Notaire, der Herr Maire, der Sousrentier, die Marktfrau und als Urgrund aller der Fermier getroffen. Als Dichterin, die sie ist, läßt Liesbeth Dill beiden, Lothringern wie Altdeutschen, volle Gerechtigkeit widerfahren und uns die Tragik des Grenzvolkes, das ein Volk zweier Kulturen ist und bleiben wird, mitempfinden. Dr. H. M.

- **Die Ostmark.** Ein Heimatbuch. Herausgegeben von Fritz Braun. Mit Zeichn. u. Buchschmuck von A. Fahlberg u. Leo Wronka. Leipzig: F. Brandstetter 1920. 413 S. 8°. Geb. Mk. 10.—

Das verdienstliche Werk erfüllt die Aufgabe, die früher für ein weiteres Gebiet etwa Grubes Geographische Charakterbilder hatten, in anregender Form auf zuverlässiger Grundlage in die Kenntnis der Ostmark einzuführen. Solche Bücher tun besonders für unsere heranwachsende Jugend not, denn es ist leider eine Tatsache, daß der deutsche Süden und Westen nicht wissen, was Norden und Osten des Reiches bedeuten (die Umkehrung ist nicht so wahr!). Die Fülle des Stoffes legte Beschränkungen auf; so schied Oberschlesien aus, und das ganze Binnenland mit Posen, Süd-Ostpreußen und Masuren kam schlechter weg als die reicher entwickelte Ostseefront von Danzig bis Memel. Trotzdem ergibt sich ein abgerundetes Bild der Reichsteile, die seit den preußischen Königen eine der Quellen politischer Kraft waren. — Prof. Braun, der Herausgeber der ostmärkischen Landeskunde im gleichen Verlag, gibt in der Einleitung die geographischen Voraussetzungen, auf denen sich die Hauptteile des Buches „Aus Sage und Geschichte“, „Land und Leute“, „Wirtschaftsleben“ und „Ostmärkisches Schrifttum“ aufbauen. Hier ist mit Recht auch auf bewährtes älteres Gut unserer Literatur und Geschichtsschreibung zurückgegriffen worden. Beim „Wirtschaftsleben“ kommen Handel und Schifffahrt vielleicht zu kurz, und der Buchschmuck ist der Technik nach etwas grobschlächtig. Im übrigen kann man

gerade im jetzigen Augenblick das Buch für Volks- und Schülerbibliotheken warm empfehlen.
Dr. H. M.

Friedrich Schrader, Eine Flüchtlingsreise durch die Ukraine. Tübingen: Mohr 1919. VII, 123 S. 8° 4.50 Mark.

Der Verfasser war deutscher Journalist in Konstantinopel und er kann, vor allen Dingen was nicht alle Buchverfasser unserer Zeit können: schreiben und erzählen. Durch seine Feder gewinnt alles Wirklichkeit und Plastik. Er schildert ebenso kurz wie eindrucksvoll die Tage des Zusammenbruchs in Konstantinopel, die düsteren Stunden der Franzosenwillkür, die sie die deutsche Kolonie verbannen ließ, die Fahrt mit dem Schiff nach Odessa und dann vor allen Dingen die Reise durch die aufständische und in ihren Volksleidenschaften aufgewühlte Ukraine. Was er vom Zuge aus gesehen hat, gibt kein abgerundetes politisches oder wirtschaftliches Bild. Aber das Tagebuch dieser Zugreise ist ein geschichtliches und kulturelles Dokument. Dr. F. W.

Endriss, Wilhelm, Prof. Dr., Streifzüge durch die Türkei. Wien-Leipzig: Hartleben (1919). 262 S. Mit Karte und vielen Abb. Geb. M. 7.50.

Für alle diejenigen, welche eine Übersiedlung in die Türkei ins Auge fassen, ist es jedenfalls von größtem Werte, sich schon jetzt ein Bild von den dortigen Verhältnissen zu machen. Zu diesem Zweck ist das Buch zu empfehlen. Der Verfasser hat längere Zeit in der Türkei gelebt, ist mit Land und Leuten vertraut geworden und stellt alles wahrheitsgetreu dar, ohne Licht und Schatten in voreingenommener Weise zu verteilen, wenn auch aus jedem Kapitel die Liebe zu dem Lande und seinen Bewohnern spricht, die dem Verfasser noch heute im Blute liegt. Auch für solche, die sich nicht mit Auswanderungsgedanken tragen, wird das Buch eine angenehme Lektüre sein. Gar mancher, den der Krieg in die Türkei geführt hat, wird mit Interesse die anziehend geschriebenen Schilderungen ihm bekannt gewordener Örtlichkeiten und Verhältnisse lesen, die guten Abbildungen betrachten und Erinnerungen aufrischen aus Zeiten, in denen gar viele Zukunftspläne für jene schönen Länder die Brust so manchen jungen Mannes schwellten.

K. Mergenthaler, Nürtingen.

Carinthia I. Mitteilungen des Geschichtsvereins für Kärnten, geleitet von Dr. Martin Wutte. Jg. 109. H. 1–6. Klagenfurt: Leon 1919.

Der größte Teil des neuesten Hefes 4–6 ist einer kritischen Besprechung verschiedener slowenischer Kampfschriften mit ausgesprochen südslawisch-politischer Tendenz gewidmet. Von ihnen wird Moravski, Slovenski Korotan („Das slowenische Kärnten“, herausgegeben und verlegt vom südslawischen Geschichtsverein für Kärnten, Klagenfurt 1919) besonders ausführlich behandelt, da „Irrtümer und Fälschungen, auf welchen sich die politischen Forderungen der Schrift aufbauen, wohl für jeden, der Kärnten und seine Verhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart auch nur einigermaßen kennt, handgreiflich sind, nicht aber für Fernstehende, und man sich nunmehr für das Schicksal Kärntens dank der Vorgänge der letzten Zeit auch außerhalb seiner Grenzen zu interessieren beginnt.“ Weitere „Literaturberichte“ und „Persönliches“ vervollständigen das inhaltreiche Heft. am.

Jenny, Dr. E., Die Deutschen im Wirtschaftsleben Rußlands, nebst Anhang: Die künftigen Beziehungen der deutschen Kolonisten in Rußland zu ihrem Stammlande. Berlin: Carl Heymanns Verlag 1920. 58 S. 8°. M. 2.— (aus: Weltwirtschaft, Jg. 9. 1919. Nr. 2–4, 7).

Die kleine Arbeit stellt einen Sonderdruck aus der Zeitschrift „Weltwirtschaft“ dar und macht so die ausgezeichneten Aus-

führungen über das Deutschtum in Rußland einem größeren Kreise zugänglich. Jenny ist geborener Schweizer, der als Glied einer in der Ukraine durch ihre landwirtschaftliche wie industrielle Betätigung wohlbekannten Familie aufgewachsen ist. Seine auf deutschen Hochschulen erworbene gründliche Bildung und seine Erfahrungen in Rußland befähigten ihn, das schwierige Problem in ausgezeichneter Weise zu beherrschen und von höherer Warte herab, ohne Nationalismus und ohne Überschwang, die außerordentlich wichtige Rolle der Deutschen im russischen Wirtschaftsleben klarzulegen.
F. W.

Beuck, Dr. Hans Heinrich, Die Bodenkultur in Persien und ihre Ausfuhrerzeugnisse. Hamburg: Redding 1919. 151 S. 8° 8 Mark. (Hamburg, jur. Diss. 1919.)

Im Verlag August Redding, Hamburg 1, ist eine Inaugural-Dissertation von Hans Beuck, Hamburg, „Die Bodenkultur in Persien und ihre Ausfuhrerzeugnisse“ erschienen, die in vier Abschnitten die Grundbedingungen und die Technik der persischen Bodenkultur, die Pflanzenwelt und ihre Erzeugnisse, sowie den Handel und seine Hilfsmittel behandelt. Besonderes Interesse dürften die Abschnitte 2–4 beanspruchen, die zum größten Teil gänzlich Neues bringen. Ausführlich werden Besitzverhältnisse und Steuern, die persischen Ackerbaugeräte, Düngung und künstliche Bewässerung behandelt. Auch Angaben über den persischen Garten- und Weinbau und die damit eng verbundene Rosinenaufbereitung, sowie Angaben über sämtliche wichtigen nutzbaren Pflanzen sind bisher nicht in solcher Ausführlichkeit veröffentlicht worden. Im letzten Abschnitt sind die Handelsmöglichkeiten, die sich dem Kaufmann in Persien bieten, und die Wege, die er einschlagen muß, um zum Ziele zu gelangen, geschildert. Der Verfasser, der selbst Kaufmann ist, hat sich bemüht, der Handelswelt mit seiner Arbeit die Kenntnis einer bisher wenig beachteten Rohstoffquelle zu vermitteln, die imstande ist, uns verloren gegangene zu ersetzen. Ob und wann wir Deutschen die Möglichkeit haben werden, die uns durch solche Hilfsmittel an die Hand gegebenen Kenntnisse in der Praxis zu verwerten, wird ja von der politischen Lage abhängen. — Jedenfalls beweist das Buch, das mir im Manuskript vorgelegen hat, daß der Verfasser während seiner Reise in Persien außerordentlich scharf und nach wohl durchdachtem Plan beobachtet und in der Heimat die gewonnenen Eindrücke durch ein gründliches Studium vertieft hat. Das Buch ist werm zu empfehlen. Konsul W. Litten, Berlin.

Rosthorn, Artur von, außerordentlicher Gesandter und bevollm. Minister a. D., **Das soziale Leben der Chinesen.** (Vortrag.) Leipzig: Der Neue Geist-Verlag (1919). 23 S. 8°. Mk. 1.50. (Der neue Geist. 19.)

In aller Kürze eine glänzende Darstellung altchinesischen Lebens und altchinesischer Sitte und Moral, der man weiteste Verbreitung wünschen möchte, weil sie so recht klar macht, wie stark das moralische Prinzip im chinesischen Volksleben wirkt und weil sie auch für westliche Verhältnisse reizvoll darlegt, wie in China wahrer und tätiger Sozialismus entwickelt ist. Rosthorn war Diplomat — österreichischer allerdings — aber er war viel mehr als das, Psychologe und Forscher. Er hat anscheinend China weit besser gekannt als die meisten seiner Kollegen draußen, — — — und er hat deshalb als Diplomat im Konzert der Mächte, denen die chinesische Moral nichts und Geschäftemachen alles bedeutete, eine kaum beachtete Rolle gespielt. Hoffen wir, daß er seine jetzige Mußezeit noch zu mehr Veröffentlichungen über China nützt.
Dr. F. W.

Steffen, Dr. Hans, ehem. Universitätsprofessor in Santiago de Chile, **Westpatagonien**. Die Patagonischen Kordillern und ihre Randgebiete. Auf eigene Reisen gegründete Landschaftsdarstellung, verbunden mit einem Abriß der Erforschungsgeschichte des Gebiets. Herausgegeben mit Unterstützung der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin aus Mitteln der Henry Lange-Stiftung. Bd. 1. XIII, 358 S. mit 28 Textbildern, 13 Tafeln und 8 Karten. Bd. 2. VIII, 359—670 S. Mit 39 Textbildern, 19 Tafeln und 5 Karten. Berlin: Dietrich Reimer 1919. Zus. Mk. 80.—

Der Verfasser hat von 1892 bis 1902 neun Reisen in Westpatagonien ausgeführt, sieben davon im Auftrag der chilenischen Regierung. Die auf diesen Reisen gewonnenen Ergebnisse sind in dem vorliegenden Werk unter Mitbenutzung des vorhandenen literarischen Materials zu einem Gesamtbilde verarbeitet, in dem alles Wesentliche für die Kenntnis der Landesnatur, sowie der wirtschaftlichen Möglichkeiten enthalten ist. Außerdem schrieb der Verfasser zu jedem größeren Abschnitt eine kritische Übersicht der Entdeckungs- und Erforschungsgeschichte des Gebiets. Es gibt kein Werk, welches auch nur annähernd so gut über jenes zukunftsreiche Land im äußersten Süden Amerikas unterrichtet, wie dieses. Auch ist bei aller Gründlichkeit Steffens Darstellungsweise doch so geartet, daß das Interesse des Lesers stets wach bleibt.

Gegenwärtig ist Westpatagonien zum weitaus größten Teil wirtschaftlich noch nicht erschlossen, was freilich nicht bedeutet, daß das Land wertlos ist. Große Teile davon sind für die Kolonisation geeignet; ihr gesundes Klima würde gerade nord- und mitteleuropäischen Siedlern sehr zusagen. Bei den heutigen, durch den Krieg und den Gewaltfrieden bei uns geschaffenen schlimmen Zuständen, wo viele Deutsche sich nach Betätigung in fremden Ländern umsehen, dürfen die in Steffens Werk geschilderten Gebiete ganz besondere Beachtung beanspruchen. Am meisten Raum für Besiedelung bietet die östliche subandine Region, wo die Gebirgskzüge weit auseinander treten und das patagonische Tafelland in breiten Streifen zwischen dieselben eingreift.

In den Tälern der Westseite der Anden hat sich bisher das wirtschaftliche Interesse vornehmlich der Ausbeutung des Waldes zugewandt. Stellenweise ist jedoch auch lohnender Garten- und Ackerbau möglich, besonders im Gebiet der Flüsse Yelcho und Palena. Die Erfahrungen, die von den Kolonisten am Palena mit dem Anbau von Weizen, Mais, Kartoffeln, Gemüse und Obst sowohl auf der Isla Leones an der Flußmündung, wie weiter einwärts an der Bahia Martin und an anderen Stellen des unteren Palenatales gemacht worden sind, waren zufriedenstellend. Es ergab sich, daß je weiter taleinwärts, um so bessere Bedingungen für den Anbau vorgefunden wurden, was freilich wohl mehr auf klimatischen Einflüssen beruht, als auf Besserung der Bodenqualität. Das Klima ist im Westen dem Ackerbau nicht günstig, da die Niederschläge zu reichlich sind. Sie nehmen bis etwa zum 46. oder 47. Grad s. Br. zu und von da gegen Süden wieder langsam ab. Sehr gleichmäßige Temperaturen und vorwiegend trüben Himmel gibt es in der Küstenzone und den unteren Tälern, während im Gebirgsinnern östlich der Hauptlängsachse und besonders in den hochgelegenen östlichen Randteilen sich bereits die dem Klima der angrenzenden Steppentafel eigenen schroffen Temperaturunterschiede in der jährlichen und täglichen Periode geltend machen.

Ungleich besser liegen die Dinge in dem subandinen Gebiet im Osten des Gebirges, wo die Niederschläge nicht mehr übermäßig und ebene Böden in hinreichender Ausdehnung vorhanden

sind. An die Stelle der immergrünen Regenwälder des Westens treten hier blattwerfende Laubbäume, und im nördlichen Abschnitt dieser Zone tritt *Libocedrus chilensis* waldbildend auf. Von Punta Arenas im äußersten Süden abgesehen hat sich ein Hauptsiedlungszentrum am Südufer des Nahuel-Huapi-Sees entwickelt. Es handelt sich hier um Ableger der deutsch-chilenischen Niederlassungen von Puerto Montt und am Llanquihue-See. Eine größere Ortschaft ist allerdings nur San Carlos de Bariloche, das seit jüngster Zeit durch zwei Automobillinien mit Ostpatagonien verbunden ist. Steffen gibt an, daß die fast den ganzen nördlichen Teil der subandinen Zone einnehmenden Längstäler gut bewässert sind und vielfach erstklassiges Weideland enthalten. In den letzten Jahrzehnten sind dort schon zahlreiche Farmen entstanden. Ein anderer Siedlungsmittelpunkt ist das Valle 16 de Octubre, wo um die Mitte der 1880er Jahre Wälder Bauern aus Rawson am Chubut den Grund zu einer Kolonie legten, die ihrerseits wieder verschiedene Tochtergründungen in den benachbarten Talbecken veranlaßt hat. Nach Beendigung des chilenisch-argentinischen Grenzstreites sind dann noch an verschiedenen anderen Stellen der subandinen Zone, am oberen Rio Manso, Rio Frias (Cisnes), Nirehuao, Coihaike, an den Quellflüssen des Rio Baker, am Lago San Martin usw. kleine Siedlungen entstanden, meist in Verbindung mit Unternehmen von Gesellschaften, die Vieh- und Waldwirtschaft in großem Stile betreiben. Für die weitere Entwicklung aller dieser kleinen Siedlungen wird der früher oder später zu erwartende Anschluß an die geplante Längsbahn am Ostrande unseres Gebietes von entscheidender Bedeutung sein; vorläufig sind die meisten von ihnen wirtschaftlich noch auf die benachbarten Zentren von Südkile angewiesen, da die Verbindung nach Osten, über die wasserlose Hochfläche Ostpatagoniens, noch schwieriger ist als der Verkehr über das Gebirge. Wenn einmal die Frage der Eisenbahnverbindung in befriedigender Weise gelöst ist, wird die Besiedelung des subandinen Westpatagonien zweifelsohne rasch fortschreiten. H. Fehlinger.

Evangelischer Kalender auf das Jahr unseres Herrn 1920. Herausgegeben von der Evangelischen Synode von Nordamerika. St. Louis, Chicago: Eden Publishing House 1920.

„Sei still und verstumme!“ Mit diesem, das tosende Meer beschwichtigenden Friedensgruß des Heilandes ermutigt der diesjährige Kalender aus Eden, St. Louis, die deutsch-evangelischen Gemeinden Nordamerikas. „Alle Arbeitszweige der Synode fingen nach der erfahrenen unliebsamen Störung durch die politischen und sozialen Umwälzungen im Lande wieder an, gesund und kräftig zu funktionieren. Trügen nicht alle Anzeichen, so geht die Synode großer und vermehrter Arbeit und gesundem Wachstum entgegen,“ so berichtet deren Vorsitzender D. Baltzer, und die Berichte der verschiedenen Synodalbehörden bekräftigen seine Zuversicht. Der Kalender ist ein trefflicher Wegweiser durch die deutsch-evangelischen Gemeinden Nordamerikas und ihre Geistlichen. Grisebach.

Bundes-Kalender für das Jahr 1920. Herausgegeben vom Deutsch-Chilenischen Bund. Valparaiso: Imprenta Victoria [1920]. 112 S. 8°.

Der Bundeskalender der Deutschen in Chile enthält neben dem eigentlichen Kalender eine Reihe Gedichte, Schilderungen und Erzählungen, welche die doppelte Aufgabe erfüllen, in gefälliger Form Kenntnisse über Chile zu vermitteln und den deutschen Kreisen Chiles die Fühlung mit der alten Heimat zu erhalten. Dem ersten Zweck dient z. B. die ergreifende „Heldengeschichte der kleinen Moñi“, die Schilderung der bayrischen

Kapuzinermission der Frontera, die Skizze „Pillans Heim“ (aus dem Leben der indianischen Ureinwohner), die Geschichte einer Besteigung des Llaima, der Bericht über den „Norder“, der vom 11. bis 14. Juli 1919 auf der Reede von Valparaiso so viel deutsches Gut und Blut in den Wogen begrub, und die für deutsche Einwanderer wichtige Abhandlung über die chilenischen Ansiedlungsverfügungen und die Staatsländereien in bezug auf neue, ausländische Kolonisationsanlagen, die in Heft 8 dieser Zeitschrift gewürdigt worden ist. Den Gedanken an Deutschland hält die politische Jahresübersicht, ein Beitrag über Wilhelm II. und Bismarck, eine Blütenlese aus dem Minnesang Neidhards von Reuenthal und manches andre Stück Lyrik oder Erzählung wach.

Dr. H. M.

Kubitschek, Rudolf, Hirschauerstücklein. Budweis: Verlagsanstalt Moldawia 1919. 47 S. 8° K 1.—. (Böhmerwälder Dorfbücher. H. 1.)

Die Hirschauer sind Vetter der braven Bürger von Schilda, Buxtehude, Schöppenstedt und Krähwinkel, denen ihre Zeitgenossen allerhand seltsame Ansichten und Gebräuche nachsagten (Buxtehude steht gottlob noch und ist eins der hübschesten niederdeutschen Städtchen mit einem trefflich geleiteten Heimatmuseum). Aber waren diese behagliche Städte, so sind die Hirschgauer in ihrem gottvergessenen Winkel im Böhmerwald arme Käuze. Viel harte Not ums bloße Leben schaut aus den derben Schwänken und gutmütigen Narreteien heraus, die Kubitschek alten kundigen Leuten vom Munde abgelesen und zu einem ergötzlichen Büchlein vereinigt hat. Der köstliche Vorpruch: „wo es der Brauch ist, legt man die Kuh ins Bett“, mag das Ganze kennzeichnen. Ein getreuer Spiegel eines deutschen Stammes, der heut ein wenig abseits und leider unter fremder Staatsgewalt steht, soll das Bändchen als erstes Heft der Böhmerwälder Dorfbücherei helfen, die volkstümlichen Überlieferungen des deutschen Böhmerwaldes und die Liebe zu ihm lebendig zu erhalten. Es wird Freunde überall finden, wo die Lust am Erzählen und Zuhören noch nicht verloren gegangen ist. Dr. H. M.

Hände weg! Deutsch-ungarländische Kriegsgedichte aus dem Weltkrieg 1914—17. Gesammelt und zugunsten des Vereins „Pro Transylvania“ herausgeb. von Kriegsfreiw. Dr. Richard Huß. Debreczen: Franz v. Csáthy [1917]. 252 S. 8°. Kr 12.—.

Der vorzüglich ausgestattete Band stammt aus einer Zeit, wo die Mittelmächte militärisch noch unerschüttert dastanden. Demensprechend überwiegen die Klänge, die damals auch in der reichsdeutschen Lyrik vorherrschten, wie die dichterische Gesamtstimmung und Formgebung sich überhaupt stark an gemeindeutsche Vorbilder anlehnt. Das ungarländische Deutschum hatte bis zum Ausbruch des Krieges ja trotz seines reich entwickelten Volksliedes, das auch die vorliegende Sammlung befruchtete, keine eigentliche vaterländische Dichtung, eine Tatsache, die sich aus dem Aufbau des nichtdeutschen groß-ungarischen Gesamtstaates erklärt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Treue und Liebe, die diese deutschen Südungarn, Szekler und Sachsen dem ungarischen politischen Vaterlande entgegenbringen, beachtenswert und als Staatstreue ein entschieden deutscher Zug, den auch magyrische Stimmen, wie das Gedicht „Mein steirischer Friedhof“ (S. 70) beweist, anerkennen. Mit ihr läßt sich das Gemeinschaftsgefühl mit den deutschen Stammländern, das in dem Stolz auf den Bundesgenossen zum Ausdruck kommt, gut vereinigen. Dichterisch sind die Beiträge R. v. Lilienthals, Viktor Orendis (des Herausgebers der Monatsschrift „Von der Heide“ in Temesvar), Heinz Bränds und die Abteilung „Siebenbürgen“, sprachlich

die Gedichte Jörgs von der Schwalm in schwäbischer (d. h. in deutsch-südungarischer) Mundart zu beachten; doch sollte die ganze Sammlung, wenn man ihr gerecht werden will, nicht vom ästhetischen, sondern vom volkpsychologischen Standpunkt aus gewertet werden.

Dr. H. M.

Gangl, Josef, Das Schwabenhaus im Buchenland. Eine Erzählung. 3. Aufl. Saarlouis (Rheinland): Hausen Verlagsgesellschaft o. J. [1919]. 108 S. 8°. Mk. 2.—. (Hausens Bücherei. Hrsg. v. Johannes Mumbaur. Nr. 12.)

Die Erzählung spielt im Buchenlande (der Bukowina), nicht allzuweit vom Oberlaufe des Pruth, dort wo Ruthenen, Rumänen und Lippowaner in buntem Gemisch zusammenstoßen. Das Hauptmotiv ist der wilde Rassenhaß der auf niederer Kulturstufe stehenden slawischen Stämme dieser Gegend, vertreten durch den Ukrainer Kozor und den Potkolnaken Wlado, denen das idealisierte Bild der seit Geschlechtern auf ihrer Musterwirtschaft ansässigen Schwabenfamilie Selmsperger gegenübergestellt wird.

Dr. H. M.

Deutschlands Wiedergeburt durch Blut und Eisen. Herausgegeben (unter Mitarbeit vieler anderer) von Richard Ungewitter. Stuttgart: Richard Ungewitter (1919). 498 S. 8°. M. 6.—, geb. M. 9.60, in Leinen M. 20.—.

Die Sammlung enthält verschiedene Aufsätze politischer und volkswirtschaftlicher Art sowie über Fragen der Förderung und Erhaltung deutschen Volkstums. Sie sollte am 1. Januar 1917 erscheinen, wurde jedoch von der Zensur außer- und innerpolitischer Gründe wegen zunächst unterdrückt, da sie in radikal alldeutschem Geiste zusammengestellt ist.

Die in dem starken Bande gesammelten Aufsätze bauen sich zum größten Teil auf politischen Voraussetzungen auf, die wie der Glaube an die Unvergänglichkeit des deutschen Volkscharakters seither schwer erschüttert oder zusammengebrochen sind. Trotzdem bringt das Werk manchen gesunden Gedanken, wie man ihn von dem Herausgeber, der von jeher für körperliche und geistige Höherentwicklung des deutschen Volkes gekämpft hat, erwarten kann, manche sachliche Belehrung über Auslandsfragen („Presse und Telegraphenbureaus als Machtmittel“) und den Ansporn zur freiheitlich-volkstümlichen Lösung vieler Tagesprobleme (Schäden des Kapitalismus und deren Beseitigung, Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes, das neue Bodenrecht, Alkohol und Aufstieg, Umbildung der Bühne, deutsche Musik) im Sinne einer natürlich-organischen Volksgemeinschaft. Mehr deutsch-völkisches Empfinden tut uns bitter not, darin muß man dem Buche, trotz aller Übertreibungen im einzelnen und trotzdem manchen der in ihm enthaltenen Darstellungen durch den Ausgang des Krieges der Boden entzogen ist, zustimmen.

Wilhelms II. Brief an das Deutsche Volk. Den Deutschen ein Spiegel von *.*. Berlin: Curtius 1919. 34 S. 8° 1.50 Mark.

Die kleine Schrift gibt einen fingierten Brief, der allerdings eine starke Selbsterkenntnis, völlige Klarheit über die Ziele und Wege der Politik voraussetzt. Er ist stark auf Äußerlichkeiten eingestellt, enthält aber ohne Zweifel viel Wahrheiten, die allen denen zu denken geben sollten, die heute, statt auch sich selbst zu kritisieren, nur andere beschimpfen wollen. Dem deutschen Volke wird hier in der Tat ein Spiegel vorgehalten, der Masse wie den sogenannten Intellektuellen, aus dem manches häßlicher zurückleuchtet, als es in der Einbildungskraft vieler bestand. W.

Jungfer, Viktor, Das Gesicht der Etappe. Ein Kulturroman. 2. Aufl. Berlin-Riga-Leipzig: Würtz 1920. 321 S. 8° 8 Mark.

Der Verfasser, dessen im gleichen Verlag erschienene „Kulturbilder aus Litauen“ wir früher hier besprochen haben, hat einen Roman geschaffen, der weit mehr ist als ein vergängliches Kriegsbuch. Es ist eine wahrheitsgetreue, tendenzlose, auf anschaulichste Darstellung sich beschränkende Psychologie der Etappe, der Etappe, an der unser Heer zugrunde gegangen ist und unter den gegebenen räumlichen und wirtschaftlichen Bedingungen des riesigen Kriegsschauplatzes letzten Endes wohl scheitern mußte. Neben dem zeitgeschichtlichen und literarischen Wert ist der Roman aufschlußreich für die Volkskunde des ehemaligen Gebietes Ober-Ost, zunächst Litauens und der baltischen Provinzen. Das vierte Kapitel mit dem rührenden litauischen Märchen von der Eule ist ein Beispiel dafür. Aus dieser Kenntnis des einheimischen Volkstums heraus fallen Streiflichter auf das Verhältnis der Alteingesessenen zum Besatzungsheer auf der einen, zur baltischen Oberschicht auf der anderen Seite. Sie geben die Antwort auf die Frage, warum das deutsche Heer trotz materieller Kulturleistungen auf die Dauer keine moralischen Eroberungen im Nordosten machen konnte, und warum das baltische Deutschtum nach dem Abzug der deutschen Truppen unter dem von fremden Großmächten raffiniert geschürten Haß der Letten und Esten zusammenbrechen mußte. Dr. H. M.

Rühlmann, Paul M., Kulturpropaganda. Grundsätzliche Darlegungen und Auslandsbeobachtungen. Charlottenburg: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte 1919. 170 S. 8° 9 Mark.

Professor Rühlmann, dem wir manch wertvolles Buch über staatsbürgerliche Erziehung und Völkerbundsfragen verdanken, hat in seinem vom Verlag verschwenderisch ausgestatteten Buche (von 170 Seiten sind in diesen Zeiten der Papiernot nahezu 40 unbedruckt!) eine dankenswerte Zusammenstellung bisher nur schwer und nur an den verschiedensten Orten zugänglichen Materials über die Auslandspropaganda unserer Gegner gegeben. Den breitesten Raum unter dem Material nimmt naturgemäß dasjenige über Frankreich ein, dessen Alliance française mit ihren Tochtergründungen ja wohl das vornehmste und erfolgreichste Musterbeispiel für Vielseitigkeit, offene und verschleierte, mittelbare und unmittelbare Kulturpropaganda ist. Das Material, welches Rühlmann beibringt, ist naturgemäß nicht vollständig. Es fehlt zum Beispiel gerade bei der Alliance française eine genauere Darlegung ihrer Geschichte, ihres Wachstums und die Behandlung von einer ganzen Reihe ihrer Arbeitsmethoden. Das über China und Japan mitgeteilte Material stammt zum Teil aus älteren Quellen, und es ist nicht ganz scharf geschieden zwischen der reinen Propaganda zur Förderung des eigenen Industrieabsatzes, zur Erschließung neuer Absatzgebiete, also reiner Wirtschaftspraganda, und der viel umfassenderen und allgemeineren Kulturpropaganda. So sind die einzelnen Kapitel, wie zum Beispiel das über Frankreich und das über Japan in der Art des Materials höchst verschiedenwertig. Das sind aber kleinere Ausstellungen, die den Wert des Buches als einer großen Materialsammlung durchaus nicht beeinträchtigen. Eine derartige Materialsammlung mußte einmal begonnen werden, und sie muß wohl noch einige Jahre gründlich durchgeführt werden, ehe an eine systematische Verarbeitung gegangen werden kann. Rühlmann, der diese Systematisierung vielleicht einmal selbst besorgen wird, schickt schon jetzt der Materialsammlung „Grundsätzliche Erörterungen“ voraus, die meinem Empfinden nach das Beste sind, was das Buch bringt. Das, was er über die mangelnde Einstellung unserer Vorkriegsdiplomatie auf kulturelle Fragen sagt, ist ebenso treffend wie die Darlegung der Ursachen

des Übels, und das, was er über die Notwendigkeit künftiger Kulturpropaganda ausführt, weil unsere Kriegskulturpropaganda versagt und diejenige der Gegner auf der ganzen Linie triumphiert hat, ist außerordentlich beweiskräftig und lesenswert.

Dr. F. W.

Gehring, A., Braune Christen im Hause des Herrn. Gottesdienstliche Feiern in der Tamilenmission. Mit 8 Abbildungen. Leipzig: Evang.-Luth. Mission 1919. 32 S. 8°.

Das Schriftchen schildert in recht anschaulicher Weise, durch einige hübsche Bildchen unterstützt, die Tätigkeit der Leipziger Evangelisch-lutherischen Mission unter den Dravidas (Tamilen) Südindiens. Neben allerlei Interessantem über gottesdienstliche Feiern der jungen Gemeinden, über Familienfeste und Sonntags-gottesdienste erfahren wir auch mancherlei Neues über einheimische Prediger, wie Pastor Nj. Dewasagajam, über die erste Bibelübersetzung ins Tamil, die Missionar Ziegenbalg begann und sein Kollege Fabricius beendigte, und vieles andere mehr.

Die Fragen des Milindo. Der Milinda-Paññho, aus dem Pali zum ersten Male vollständig ins Deutsche übertragen von Bhikkhu Nyanatiloka (Anton Gueth). Leipzig: Max Altmann 1920. M. 10.—, geb. M. 12.—.

Der durch seine Übertragungen buddhistischer Texte aus dem Pali allen Interessenten des Buddhismus und Indologen, wie als Gründer des buddhistischen Klosters Polgasduwa auf Ceylon allen Deutschen Indiens bekannte Verfasser hat sofort nach Rückkehr aus englischer im fernen Osten verbrachter Kriegsgefangenschaft die Übersetzung der Fragen des Königs Milindo, die bisher nur auszugsweise von Dr. Schrader übertragen waren, vollständig fertiggestellt. Das Werk liegt nunmehr in seinem ersten Teil in einem Band von über 300 Seiten bei guter Ausstattung vor. Sachliche Anmerkungen und sprachliche Erklärungen, wie ein ausführliches Gesamtregister tragen zum tieferen Verständnis des Ganzen dieser wichtigen, wenngleich außerkanonischen Schrift des Buddhismus viel bei. Wir empfehlen das Werk auch denen, die durch ihren Aufenthalt im Osten mit dem Buddhismus in Berührung kamen und sich für die Arbeiten deutscher Gelehrter im gelben Mönchsgewand des Asketen Gotamo interessieren.

L. A.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Über die „Not der Auslandsdeutschen“ äußert sich in der „Badischen Presse“ vom 23. April Herr Fritz Riesel, der Begründer des Ausschusses deutscher Flüchtlinge aus Frankreich in Berlin. Er schreibt erstaunlicherweise gegen das, was die Auslandsdeutschen als Erfolg zu verbuchen meinten, nämlich dagegen, daß man der Selbstorganisation des Bundes der Auslandsdeutschen die Erledigung der Entschädigungsaktion übertrug anstatt — dazu Beamte heranzuziehen. Riesel behauptet, auf diese Weise müßten die Auslandsdeutschen die ganzen großen Kosten des Apparats bezahlen. Als ob man ihnen nicht, auch wenn eine behördliche Prüfung eingesetzt hätte, die Kosten dieser Aktion ebensogut hätte abziehen können!! Riesel schreibt ferner, die Zahl der Angestellten in den Berliner Zentralstellen belaufe sich nach Tausenden und dazu kämen die Ortsgruppen mit ihrem Apparat. Auch das ist kein Beweis, denn solche Tausende von Angestellten hätte auch ein staatlicher Prüfungsapparat doch haben müssen, und man wird doch als Auslandsdeutscher nicht wohl annehmen wollen, daß etwa die Arbeitsleistung der angestellten Auslandsdeutschen geringer sei als diejenige der Beamten. Schließlich aber meint Riesel — und das

ist ein Beweis, mit welch großer Unkenntnis selbst Auslandsdeutsche an die Sache herangehen, die als Führer Bescheid wissen müßten, die Reichsentschädigungsaktion habe in diesen Tagen zum ersten Male funktioniert und bei dieser Gelegenheit sei das schreiende Unrecht zutage getreten, das diesen Schwergedrückten angetan wurde: „Anstatt ihnen die 25 oder 50 Prozent Vorschüsse auf ihre Entschädigungsansprüche, die gesetzlich vorgeschrieben sind, zum Tageskurse auszuzahlen versucht man, sie mit dem entwerteten deutschen Papiergelde zum Friedenskurse abzuspeisen, mit andern Worten, der Staat scheut sich nicht, mit den ihm gutgeschriebenen Goldwerten ein Geschäft zu machen.“ Das ist eine höchst verfängliche Ausdrucksweise, die ja genau so klingt, als ob die Auslandsdeutschen, die ja durch den Bund die Organisation der Entschädigung in der Hand haben, nun selbst dazu beitragen, ihre Kameraden zu begaunern. Riesel weiß nicht, daß die Auszahlung zum Friedenskurse gesetzlich vorgeschrieben ist und gar nicht im Belieben der Bundesorganisation steht, er weiß anscheinend auch nicht, daß es sich bei der ganzen bisherigen Aktion um eine Vorentscheidung handelt und daß die Frage der Vollentschädigung und die Frage des Kurses, zu dem sie erfolgen soll, noch gar nicht entschieden ist, daß aber aller Wahrscheinlichkeit nach bei der Vollentschädigung der Tageskurs gelten soll. Die ganze Vorentscheidung ist ja doch sozusagen nur ein Vorschuß auf die zu erwartende Vollentschädigung. Ehe man in dieser Weise aber die ganze Sache des Bundes der Auslandsdeutschen diskreditiert, sollte man doch zum mindesten mit den gesetzlichen Bestimmungen Bescheid wissen.

Auf die auch von uns beleuchteten Ausführungen des Herrn Fritz Riesel, Dessau, über die Entschädigungsfrage, die auch in der „Voss. Ztg.“ wiedergegeben wurden, antwortet der Bund der Auslandsdeutschen am gleichen Orte, es sei noch gar nicht entschieden, wer letzten Endes die Kosten des

Prüfungsverfahrens tragen würde. Es wäre widersinnig gewesen, andere Leute, als diejenigen, die so große Sachkenntnisse hätten, über die Entschädigungsfrage entscheiden zu lassen. Beim Bunde seien 18000 Entschädigungsgesuche eingereicht worden, in Arbeit befänden sich davon 14000, mit Voten abgeschlossen seien 2000, die ihrer Erledigung durch die Spruchkommissionen harren. Die Spruchkommissionen hätten seit Beginn ihrer Arbeit, Anfang April, 50 Fälle erledigt, doch werde sich ihre Leistung nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten noch erheblich steigern.

In einem Aufsatz in der „Voss. Ztg.“ vom 27. Mai plaudert Justizrat Dr. Rhode nach seiner Ankunft in Kapstadt in lehrreichen Ausführungen über die Reise und die Aufnahme des deutschen Reisenden. Auf die nachfolgenden Stellen möchten wir unsere Leser und die Regierung aufmerksam machen. Rhode spricht von der Kontrolle an der deutschen Grenze: „In diesen Tagen war die Beute jedenfalls nur gering. Soweit ich beachtete, wurden nur bei einem Ehepaar aus dem Gepäck 10 Bändchen der Reclam'schen oder einer ähnlichen Bibliothek beschlagnahmt, für die eine Ausfuhrbewilligung nicht vorgezeigt werden konnte. Die Übeltäter hatten nicht gewußt, daß nach dem schönen Erlaß der Reichsregierung die reichen Güter des deutschen Kulturlebens auch den Auslandsdeutschen gehören, daß hinüber und herüber mit ihnen aller geistige Verkehr gepflegt werden soll, daß aber wohl zu diesem Zweck für jedes über die Grenze gehende deutsche Buch neuerdings eine Ausfuhrbewilligung eingeholt werden muß. Die vielen Beamten hatten jedenfalls nicht ganz umsonst gesucht. Es war wie bei einer großen Jagdpartie, auf der ein Eichhörnchen zur Strecke gebracht ist.“

Tatsächlich, es wäre zum Scherz machen, wenn die Angelegenheit nicht so bitter ernst wäre, und wenn nicht deutsche Kulturpolitik im Ausland allen schönen Reden zum Trotz von Leuten dirigiert würde, denen die Geschäftspolitik über die Kultur geht!

VON UNSERER ARBEIT

Sammlung photographischer Aufnahmen zur Kenntnis des Auslandsdeutstums und zur Auslandkunde.

Das Deutsche Ausland-Institut legt, um die sachgemäße Beratung und Unterstützung der Auswanderer durchführen zu können, größten Wert darauf, von den verschiedenen Ländern, die heute als Auswanderungsgebiete in Frage kommen, oder vor dem Kriege als Siedlungsgebiete für deutsche Auswanderer, oder überhaupt als Tätigkeitsgebiete für Deutsche gedient haben, gutes photographisches oder sonstiges Bildermaterial zu bekommen, das über die Natur der betreffenden Länder, ihre Bevölkerung oder Wirtschaft irgendwie Bemerkenswertes enthält.

Das Deutsche Ausland-Institut hat zu diesem Zweck eine eigene Lichtbilder-Abteilung eingerichtet, die die Aufgabe hat, alles Bilder- und Lichtbildermaterial zur Kenntnis des Deutschtums im Auslande und zur allgemeinen Auslandkunde, namentlich soweit es mit der Frage des Deutschtums im Zusammenhang steht, zu sammeln und zu bearbeiten. Die Abteilung verfügt bereits über rund 5000 Bilder und rund 3000 Lichtbilder. Die Sammlungen sind gerade in der letzten Zeit durch zahlreiche Spenden von Auslandsdeutschen erheblich vermehrt worden. Es ist aber anzunehmen, daß sich noch wertvolles Photographien-Material in den Händen der jetzt zurückgekehrten Auslandsdeutschen, sowie auch der Familien befindet, deren Angehörige in früheren Zeiten im Auslande gewesen sind.

Wir richten im Interesse der Sache an alle Auslandsdeutschen und Freunde unseres Instituts die dringende Bitte, die Arbeiten der Lichtbilder-Abteilung zu unterstützen und das in ihrem Besitze befindliche Material an Bildern und Lichtbildern mit möglichst genauer Angabe des Aufnehmenden und des Aufgenommenen (auch Zeit der Aufnahme) dem Institut zur Verfügung zu stellen und einzusenden. Besondere Prospekte hierfür wolle man von der Lichtbilder-Abteilung des Instituts erbitten.

Etwas entstehende Unkosten werden auf Wunsch ersetzt. Ebenso wird das Urheberrecht streng gewahrt; bei evtl. Veröffentlichungen der Aufnahmen in den Schriften oder sonstigen Veröffentlichungen des Instituts wird der Name des Aufnehmenden jedesmal genannt werden.

Spenden für das D. A. I. und Steuern.

Unsere Mitglieder und Freunde, die uns selbst durch Beiträge unterstützen und die namentlich unserer Sache neue Freunde und Gönner zuzuführen sich bestreben, machen wir auf die im Reichsgesetzblatt Jahrgang 1920 Nr. 57 veröffentlichten Bestimmungen über das Reichseinkommensteuergesetz aufmerksam, dessen Paragraph 13 lautet: „Vom Gesamtbetrage der Einkünfte sind, soweit in diesem Gesetze nichts anderes vorgeschrieben ist, in Abzug zu bringen: Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag zehn vom Hundert des Einkommens des Einkommensteuerpflichtigen nicht überschreitet.“

Vorträge.

Pfarrer Grisebach sprach im Mai in Stuttgart; am 3. Mai im Dinkelackersaal, Gemeindeabend der Paulusgemeinde, über „Die deutschen Kolonisten in Espirito Santo und Minas Geraes“, mit Lichtbildern, am 14. Mai im Gemeindesaal der Johannisgemeinde über „Auswanderungsfragen“, mit Lichtbildern, am 19. Mai im Verein christlicher junger Männer, Rotebühlstraße, über „Züge aus dem Auswandererleben“, mit Lichtbildern, am 20. Mai im Pfarrkranz, Stuttgart, über „Eindrücke aus dem kirchlichen Leben Nordamerikas“, am 21. Mai im Evangelischen Volksbund, Gablenberg, über „Die Auswanderungsfrage“, am 26. Mai im christlichen Verein junger Männer, Furtbachstraße, über „Ein Besuch bei deutschen Kolonisten in Brasilien“, am 27. Mai im christlichen Verein junger Männer, Gaisburg, über „Meine Reise nach Brasilien 1914“.

Das Deutsche Ausland-Institut hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, die späterhin in erster Linie dafür arbeiten soll,

Stellen ins Ausland zu vermitteln

und auch rückwanderungslustigen Auslandsdeutschen beim

Wiedergewinnen einer Stellung in der Heimat dienstbar zu sein. — Zurzeit ist aber erste Aufgabe, die in der Heimat beschäftigungslos weilenden

Auslandsdeutschen unterzubringen

und ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen. Denn gern nimmt kaum einer unter ihnen die Erwerbslosenfürsorge an, weit mehr vielleicht als andere beseelt unsere Auslandsdeutschen, die in harter Arbeitsleistung groß geworden sind, Arbeitslust und Arbeitswille. Gar oft sperren sich Industrie und Handel noch gegen die Einstellung von Auslandsdeutschen, aber dank unserer Arbeit ist schon manches besser geworden. Wir bitten die Auslandsdeutschen, unsere Vermittlungsstelle, die für alle Teile völlig kostenlos arbeitet, in Anspruch zu nehmen.

Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Architekt, unverheiratet, mit guten kaufmännischen Kenntnissen und langjähriger Erfahrung in Nord- und Südchina, sucht Anstellung im fernen Osten, gleich welchen Faches, übernimmt auch Vertretungen und Aufträge aller Art. Ausreise erfolgt in wenigen Wochen. Anfragen an das Deutsche Ausland-Institut.

Auswandererberatung.

Das Deutsche Ausland-Institut hat die kostenlose Auskunftserteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen. Seine Auswandererberatungsstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen

Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungsländer der Erde, über deren amtliche Vertretungen im Reiche, Einreise- und Paßbestimmungen, Schifffahrtswege und Valutaverhältnisse, sowie über die Aussichten für jeden einzelnen Beruf im Auslande. Vermittelt ihrer zahlreichen Vertrauensmänner im In- und Auslande vermag sie über Vorteile und Nachteile des Anschlusses an Auswanderer-Vereinigungen und Siedlungs-Gesellschaften zu raten. Ausgezeichnete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landesprodukte stehen zur Besichtigung zur Verfügung.

Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Ausland-Institut erfahren. Vor Annahme fester Stellungen und Abschluß von Verträgen empfiehlt es sich für männliche wie für weibliche Auswanderer dringend, die Auskunftsstelle zu Rate zu ziehen.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat zwar beschlossen, unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutstums und der Auslandkunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Institutsseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird durch Posteinweisung versandt. Sie wird in Stuttgart pünktlich am 1. und 15. jeden Monats zu Post gegeben. Wer die Zeitschrift nicht ganz pünktlich erhält, muß zunächst bei seinem zuständigen Briefträger und Postamt reklamieren. Erst wenn diese Reklamation erfolglos bleibt, bitte wir, sich direkt an unsere Geschäftsstelle zu wenden. Da aber bei den jetzigen Papierpreisen nur so viele Exemplare gedruckt werden können, als wir unbedingt benötigen, haben nach mehreren Wochen oder Monaten erfolgende Reklamationen keinen Zweck, nach so langer Zeit können wir nicht mehr nachliefern.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Juni 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 80 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 13

STUTTGART

Erstes Juli-Heft 1920

Beim 40jährigen Jubiläum des Deutschen Schulvereins in Wien.

Von HANS v. KIESLING, München.

Der Deutsche Schulverein ist der größte deutsche Schutzverein der Ostmark. Über alle Länder der alten Habsburger Monarchie dehnt er sein segensreiches Wirken aus, an ihren Grenzen, in den deutschen Minderheitsgebieten wuchsen aus seiner Initiative deutsche Schulen und Kindergärten empor, im südslawischen Gebiet, auf dem Karst und an den blauen Ufern der Adria, in Westungarn, Siebenbürgen, Galizien und Böhmen sorgte er für Erhaltung der deutschen Sprache, Kultur und Sitte. Alles was in Österreich-Ungarn deutsch empfand, drängte sich in seine Reihen, ein mächtiger Aufstieg des Vereins war die Folge. Der Gedenktag seines 50jährigen Bestehens, der in diesen trüben Tagen die Vertreter der Gauen aus allen Richtungen der Windrose in Wien vereinigte, wurde mit großen Feierlichkeiten begangen und vor Pfingsten mit einer mächtigen Demonstration eingeleitet, in der das deutsch denkende Volk Wiens für den Anschluß an Deutschland eintrat und seinen unerschütterlichen Willen, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben kundgab. 60 000 Teilnehmer bewegten sich durch die innere Stadt und über die Ringstraße zum Wiener Rathaus, vor dessen Hauptfront der Obmann Dr. Gustav Groß in wirkungsvollen Worten sich an die Teilnehmer der machtvollen Kundgebung wendete und entschiedenen Einspruch erhob gegen die Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts. Vor den Denkmälern Goethes und Schillers, vor den Ehrenzeichen Mozarts und Haydns erfolgten weitere Ansprachen. Schwarz-rot-goldene Fahnen wehten über der ungeheuren Menge der Teilnehmer, die bunten Volkstrachten aus den alten österreichischen Erbländern belebten das Bild, klingendes Spiel und nationale Lieder tönten empor zu dem blauen Frühlingshimmel Wiens.

Auf einem mehr familiär gehaltenen Empfangsabend im Hotel Hopfner in Hietzing, der der Begrüßung der Gäuvvertreter seitens der Zentralleitung galt, folgte am Pfingstsonntag im Saal des Deutschen Schulvereins die glänzende offizielle Festversammlung. Dicht gedrängt saßen und standen die Teilnehmer in dem lichten weiten Raum, Kopf an Kopf. Damen und Herren, jung und alt wollte dabei sein, wo es sich darum handelte, einen Tag festlich zu begehen, der von gewaltiger Bedeutung sein mußte für die Erhaltung des nationalen deutschen Gedankens in Österreich. Die hellen Sommertoiletten der Damen,

die bunten Abzeichen, Bänder und Mützen der deutschen Studentenverbindungen vereinten sich zu einem fröhlichen Bild. Viele Herren trugen im Knopfloch des schwarzen Anzugs die blaue Kornblume, die in Österreich deutschvölkisches Abzeichen geworden ist.

Auch die offizielle Welt war vertreten. An der Spitze seines Personals wohnte der deutsche Botschafter, Herr von Rosenberg, der Versammlung bei, die Unterrichtsverwaltung Deutsch-Österreichs hatte einen ihrer ersten Beamten gesandt, Vertreter von Behörden und Lehrerschaft waren anwesend. Auch Gäste aus dem Reiche waren der Einladung des Schulvereins zu seinem Jubiläum gefolgt. Abgeordnete aller sich über die Habsburgische Monarchie erstreckenden Gauverbände und Untersektionen des Vereins waren gekommen, aus allen deutschsprechenden Landschaften, auch solchen, die der Friede von St. Germain vom deutsch-österreichischen Stammkörper abgetrennt hatte, ließen es sich nicht nehmen, am Jubiläumstage in Wien zu erscheinen.

Mit markigen Worten eröffnete Dr. Groß, der langjährige Obmann des Vereins, der einstige Präsident des österreichischen Reichsrats und Reichratsabgeordneter, die denkwürdige Sitzung, ihm folgten mit Begrüßungsansprachen der Vertreter des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, Geheimrat Universitätsprofessor Seliger aus Leipzig und der Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart, Oberstleutnant von Kiesling aus München.

Ersterer führte, nachdem er im Namen seines Vereins den Deutschen Schulverein herzlich begrüßt hatte, aus, wie notwendig es sei, daß sich die Deutschen des Reichs und der Ostmark kennen lernten, wie gute Eigenschaften in beiden Volksteilen vorhanden seien und wie die geschichtliche Entwicklung bei beiden verschiedene Vorzüge besonders entwickelt hätte. Unter dem schweren Druck, der auf uns lastet, müßten wir die Verbindung suchen, wir müßten alles Trennende ausschalten gegenüber der Notwendigkeit engsten nationalen Zusammenschlusses. Seine Rede gipfelte in dem Wunsche, daß dem elementaren Drängen des Deutschen, ein einiges Reich aufzurichten, überall, wo die deutsche Zunge klingt, in absehbarer Zeit Erfüllung werden möge.

Oberstleutnant von Kiesling überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Deutschen Ausland-Instituts, zeichnete in kurzen Strichen die Aufgaben und bereits vollbrachten Leistungen des jungen Instituts, wies auf die freundschaftlichen Gefühle hin, die in Millionen deutscher Herzen für die vom Reiche abgetrennten Brüder Deutschösterreichs lebten, auf die schweren Tage, die das deutsche Volkstum heute durchmachen muß, aber auch auf die großen Hoffnungen, die der einheitliche Wille zum Zusammenschluß, zur Einigkeit, der überall zutage trete, im Reiche sowohl, wie in den deutschsprechenden Ländern der alten österreichischen Monarchie erwecken dürfe. Er erinnerte an den Kitt gemeinsamen Leids und des vielen in gemeinsamem Kampf vergossenen Bluts und faßte alle seine Wünsche zusammen, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß dem einigen deutschen Volk trotz aller widrigen Umstände der Jetztzeit doch bald wieder eine schaffensfrohe Zukunft in einem Reiche beschieden sein möge, das vom Strande der Nordsee bis an den eisbedeckten Dom des Ortlers und vom Rhein bis zur schönen Donaustadt Wien reicht.

Die Referenten gaben dann ein Bild von der Lage, in der sich der Verein am Tage seines 40jährigen Bestehens befindet.

Dieser Tag fällt zusammen mit der Auflösung der alten habsburgischen Monarchie. Ein tiefer Sturz des Deutschtums ist die Folge des verlorenen Kriegs, diese schwere Krise, die den ganzen deutschen Volkskörper erschüttert, beeinflusste auch aufs tiefste den Deutschen Schulverein.

Der aufgezwungene Gewaltfriede hatte die Abtrennung wichtiger Arbeitsgebiete, den Verlust wohlverborener Rechte zur Folge; überall in den Sukzessionsstaaten trat eine schwere Bedrückung des Deutschtums, die sich bis zur völligen Vernichtung deutschen Wesens und deutschen Kulturbesitzes steigerte, ein. Viel Wertvolles ging in feindliche Hände über, aus den abgetrennten Gebieten wurden die deutschen Lehrer vertrieben, gewaltige Schwierigkeiten türmten sich allüberall der Arbeit des Deutschen Schulvereins entgegen.

Heute, am Tage des Jubiläums seines 40jährigen Bestehens, steht er vor einer völligen Veränderung der Lage. Bis zum Beginn des Weltkriegs und während desselben konnte er seine Arbeit innerhalb der politischen Grenzen des eigenen Landes, in dem das deutsche Element ein befruchtender Faktor des Kulturlebens war, leisten. Nach dem Niederbruch ist er beschränkt auf das kleine deutschsprechende Deutsch-Österreich als Reservoir für seine Kräfte, während sein Arbeitsgebiet draußen liegt im „feindlichen Ausland“. Die Mittel haben sich verringert, während die Aufgaben ins Ungeheure gewachsen sind. Heute gilt es noch mehr wie ehemals, in den von Deutsch-Österreich abgetrennten Gebieten deutsche Gesittung, deutsche Sprache, deutsches Volkstum zu erhalten, den nationalen Gedanken zu erwecken und zu pflegen.

Besonders haben die deutschen Einrichtungen in der Tschecho-Slowakei gelitten. Dort bestand ein Jahrhundert alter kultureller und politischer Gegensatz zwischen Deutschtum und Tschechentum, der den Haß der Tschechen zu wilden Flammen auflodern ließ, als er die Macht gewann. Überall wurden die deutschen Schulen gesperrt, deutsche Gebäude beschlagnahmt, mit Truppen belegt oder sonst zugrunde gerichtet. Überall erfuhr das aufrechte Bekenntnis zum Deutschtum rücksichtslose Bedrückung, bei Beamten wurde mit der Androhung der Versetzung gearbeitet, die Bestimmung der nationalen Zugehörigkeit erfolgt durch tschechische Behörden, Kinder aus Mischehen werden ohne Rücksichtnahme auf den Willen der Eltern einfach der tschechischen Nationalität zu-

gerechnet, deutsche Kinder ohne viel Federlesens in tschechische Schulen gesteckt. Auch in den rein deutschsprechenden Gebieten Böhmens haben fast ausschließlich die tschechischen Schulen den Charakter von Staatsschulen, durch kostenlose Lebensmittelverteilung in diesen Schulen werden die deutschen Eltern veranlaßt, ihre Kinder dorthin zu schicken. So tut die tschecho-slowakische Regierung alles, um das Land, das sie politisch beherrscht, gewaltsam zu tschechisieren.

Demgegenüber regt sich aber mächtig das Nationalgefühl der Deutschen Böhmens. Schon haben sie sich im „Deutschen Kulturverein“ zusammengeschlossen, der im ganzen Gebiet der tschecho-slowakischen Republik die einstigen Aufgaben des Deutschen Schulvereins übernehmen will. Dieser gab Mitglieder, Lehrer und Besitz in Böhmen an den Deutschen Kulturverein ab, 17 Schulen und 85 Kindergärten sind von ihm bereits ins Leben gerufen, 400 Ansuchen zur Errichtung von solchen liegen vor. Der Deutsche Schulverein mußte, um den neuen Deutschen Kulturverein zu stützen, reichliche finanzielle Zuwendungen an ihn machen, Anforderungen, die über seine Kräfte gingen, die aber im Interesse des großen Ganzen erfüllt werden mußten. So, wie die Dinge heute liegen, ist auch die Zukunft der deutschen Kultur in der Tschecho-Slowakei nicht hoffnunglos.

Im ostschlesischen Abstimmungsgebiet, auch in den polnischen Gebietsteilen, ist die Kulturarbeit des Vereins nicht unterbrochen worden, das deutsche Schulwesen mehr oder weniger erhalten geblieben. Allerdings hat die Teuerung und Geldentwertung den Aufwand gewaltiger Mittel nötig gemacht.

In den südslawischen Gebieten hat brutale Willkür dagegen die Frucht langjähriger Arbeit vernichtet. Die deutschen Schulen sind dort geschlossen, Vermögen und Grundbesitz des Deutschen Schulvereins beschlagnahmt, die Lehrer sind vertrieben, teilweise interniert, im Innern rücksichtslos verfolgt. Trotzdem kommen rührende Beweise anhänglicher Gesinnung aus jenen verlorenen Gebieten und selbst aus dem Städtchen Cilli, das lange Jahre heißes nationales Kampfgebiet war, gelangen warme Anerkennungen deutscher Kulturarbeit nach Wien. Leider ist der Deutsche Schulverein infolge der politischen Verhältnisse dieser Gebiete zunächst außerstande, hier helfend einzugreifen.

In Tirol, auch in dem fernen dem Mutterland schmerzlich entrissenen Südtirol, dem warme Begrüßungsworte aus der Mitte der Versammlung galten, ist die deutsche Kulturarbeit unbehindert geblieben.

Die Gesamtlage des Vereins, von der politischen Entwicklung einschneidend beeinflusst, ist traurig, aber manches Bollwerk ist erhalten, Aufbau auf breiter Basis und enger Zusammenschluß aller national denkenden Deutschen Deutsch-Österreichs eröffnet trotz der düsteren Gegenwart lichtere Ausblicke auf eine hoffnungsvollere Zukunft. Allerdings verlangt das gewaltige Programm, das sich der Deutsche Schulverein in seiner Jubelversammlung gesteckt hat, erhöhte Opferwilligkeit nicht nur der Deutschen Deutsch-Österreichs, sondern auch der Deutschen im Reiche.

Einen besonderen Raum innerhalb der Erörterungen nahm die Jugendpflege ein. Viel ist in dieser Beziehung schon geschehen, um die Heranwachsenden zum nationalen Bewußtsein zu erziehen. Deutschvölkische Abende im großen Saale des Schulvereins in Wien, eine besonders für die Jugend geschaffene deutschvölkische Monatsschrift sollte das deutsche Jungösterreich zusammenfassen, die Bildung eines Jugendarbeitsamts wird angestrebt. Ganz besonderen Wert legte der Referent für die Jugendpflege auf die Schaffung und Erhaltung engster Verbindung mit der Jugendpflege im Reiche.

Professor Keil, der Referent, drückte den Deutschen im Reiche den warmen Dank Deutsch-Österreichs für die Aufnahme notleidender Kinder Wiens aus und äußerte den Wunsch, das Reich und Deutsch-Österreich möchten sich gegenseitig Kinder und junge Menschen schicken, ihre Jugend austauschen, damit so ein enges Netz von herzlichen Verbindungen zwischen Deutschland und seinen Brüdern außerhalb des Reiches geschaffen würde, damit so die zukünftigen Generationen sich gegenseitig achten und lieben lernten.

Überall kam in der Versammlung der Gedanke zum Ausdruck, daß das größere Deutschland allein in der Jugend seine Hoffnung habe, und daß in ihr das Bekenntnis zum Deutschtum, zum Bürgertum des großen einigen deutschen Reiches erweckt und großgezogen werden müsse. Professor Keil ist dem Gedanken auch bereits praktisch nähergetreten und es wird nur eine Frage kurzer Zeit sein, daß zahlreiche junge Deutsch-Österreicher beiderlei Geschlechts nach Deutschland kommen, um in deutschen Familien Aufnahme zu finden und an deutschen Bildungsanstalten zu lernen. Mit offenen Armen wartet Deutsch-Österreich auf die Überlassung der Jugend aus dem Reiche.

Um diesen Gedanken großzügig in die Wirklichkeit umzusetzen, bedarf es der Mithilfe aller Persönlichkeiten, Vereine und Körperschaften im Reiche und in Deutsch-Österreich, bedarf es reichlicher Mittel, bedarf es der Unterstützung durch die Behörden beider Staaten. Es ist eine schöne Aufgabe mitzuarbeiten daran, die kulturellen Fäden, die zwischen dem Reich und Deutsch-Österreich hin und her gehen, zu vermehren, zu verstärken, das Netz der gegenseitigen Verbindungen zu verdichten und so den Zusammenschlußgedanken zu stärken. Ein wertvoller Fortschritt in dieser Beziehung ist der Gedanke des gegenseitigen Austauschs der Kinder.

Mit einem Volksfest im Hofe des prächtigen Wiener Rathausgebäudes schlossen am Pfingstsonntag Nachmittag die offiziellen Feierlichkeiten. Zu zwanglosem Vergnügen traf sich dort unter dem blauen Frühjahrshimmel die junge Welt des Vereins. Glückshafen, Basarbuden, in denen schöne Frauen bedienten, Blumen und Losverkauf, Restaurants, von Damen der Gesellschaft betrieben, fröhliche Steyrertänze, Musik, ließen auf Augenblicke vergessen, daß Wien eine unter schwerem Druck seufzende Stadt ist; helle Frühjahrs toiletten, bunte Studentenumtzen, schwarz-rot-goldene Fahnen, Nationaltrachten verschiedener Art vereinigten sich bei dem schönen Wetter und in der prächtigen Umrahung des Rathauses zu einem reizvollen Bilde. Für Augenblicke wenigstens fühlte man wieder den Zauber dieses fröhlichen, lachenden Wien, dem sich niemand entziehen kann und der auch heute, trotz allem, wie ein feiner Hauch über der Stadt liegt.

Bei allen Veranstaltungen, die der Feier des 40jährigen Jubelfestes des Deutschen Schulvereins in Wien galt, kam die Sehnsucht nach einer endlichen Vereinigung mit dem Reiche zum elementaren Ausdruck. Wo ein Redner diesen Gedanken streifte, durchbrauste nicht endenwollender Beifall den Saal, begrüßten ihn aus dem Herzen kommende Heilrufe. Ich bringe aus Wien die feste Überzeugung mit, daß wir Deutsche im Reiche die Verpflichtung haben, all das unsrige zu tun, um dem Anschlußgedanken zum Siege zu verhelfen, und daß es dazu nichts weiteres bedarf, als daß wir dem schwächeren Bruder im Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht mit allen unseren Kräften beistehen, daß wir ihm die Hand reichen hinüber über die trennenden politischen Grenzen in der festen Absicht, für alle weitere Zukunft unser Schicksal gemeinsam zu gestalten.

Die deutschen Parteien in der Tschechoslowakei

Von WALDEMAR QUAISER, Hamburg.

Die Tschechoslowakei besitzt die größte deutsche Minderheit unter den entstandenen Nationalstaaten in Mitteleuropa. Daß es nun gerade die tschechischen Führer in Paris durchsetzten, den in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Tschechoslowakei wohnenden Deutschen das Recht der Selbstbestimmung vorzuenthalten, wirkt geradezu tragikomisch, denn vor der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik konnten die tschechischen Parteien nicht genug die Forderung: „Selbstbestimmung den Völkern“ vertreten. Zwei bedeutsame Kundgebungen mögen festgehalten werden: das Memorandum der tschechischen Abgeordneten vom 8. Dezember 1870, in welchem es wörtlich heißt: „Alle Völker, ob groß oder klein, haben das gleiche Recht der Selbstbestimmung und ihr Recht soll sogleich geachtet werden. Nur in der Anerkennung der Gleichberechtigung und in der Achtung der freien Selbstbestimmung aller Völker kann ihre wahre Freiheit, Brüderlichkeit, der allgemeine Friede und das Recht der Menschheit erblühen.“ Weiters sei auf die bedeutsame Kundgebung der Tschechen verwiesen, die am Dreikönigstage 1918 abgehalten wurde und die das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundlage der tschechischen Forderungen ansah. Wenige Monate später, Ende Oktober desselben Jahres, wurde der tschechische Staat durch Versagen der ungarischen Hilfe errichtet und die darauf folgende Zeit, die die Besetzung der deutschösterreichischen Provinzen Deutschböhmen, Sudetenland, Böhmerwaldgau und Znaimerkreis brachte, ist erfüllt von einem krankhaften Imperialismus der Tschechen, darauf gerichtet, die 4 Millionen starke deutsche Minorität in allen staatlichen

und privaten Maßnahmen zu treffen und zu drangsalierten. Seit den Herbsttagen 1918 ist das deutsche Volk Tschechiens im Sinne europäischer Demokratie rechtlos gewesen. Einzelne seiner Vertreter mußten sogar bis vor wenigen Monaten im Auslande bleiben und seine Interessen wurden in der Prager Nationalversammlung nicht wahrgenommen. Ein solcher Zustand grenzt an den schwärzesten Absolutismus und ist nur aus den Gründen verständlich, daß die Deutschen durch die schweren Kriegsverluste einerseits, andererseits durch die mangelhafte Ernährung dermaßen litten, daß ihre Kraft einer argen Schwächung anheimfiel. Schließlich waren die Deutschen in den ersten Monaten des tschechoslowakischen Staates über seine Energie kaum genügend unterrichtet, auch wußte man damals noch nicht die Entente-Mächte als Verbündete einzuschätzen. Von dem Problematischen von ehemals ist heute vieles vollständig klar, insbesondere ist ungeheuer wertvoll, daß mit Zusammentritt der neuen Nationalitätenversammlung in Prag, die für den 26. Mai einberufen worden war, die Vertreter der Deutschen Tschechiens ihren Einzug hielten. Mit den Deutschen werden in nationalpolitischen Fragen die Magyaren, ebenfalls gezwungene Staatsbürger der Tschechoslowakei, einig gehen. Erkenntlich wurde diese Koalition im eben stattgefundenen Wahlkampf, wo die deutschen und magyarischen Sozialdemokraten, ebenso wie die deutschen und magyarischen Christlichsozialen (Zentrum) als gemeinsamer Faktor geschätzt wurden.

Wollen wir die deutsche Position in der Tschechoslowakei parteipolitisch erfassen und sie in bezug auf die Kraft des Ge-

samtdeutschtums werten, so gehen wir dabei vom sogenannten „Deutschen parlamentarischen Verband“ aus, einer Vereinigung vier bürgerlicher Parteien. Es sind dies der „Bund der Landwirte“, die „Deutsche Nationalpartei“, die „Deutsche christlich-soziale Volkspartei“ und die „Deutschdemokratische Freiheitspartei“. Dieser Verband wurde am 14. Mai d. J. in Prag gegründet und wählte zu seinem Vollmachtsträger den ehemaligen Landeshauptmann von Deutschböhmen, Herrn Dr. Rudolf Lodgman-Auen. Anlässlich der Gründungsversammlung führte der Genannte aus, daß „die schwere Stellung, welche das deutsche Volk im tschechischen Staate einnimmt, nach Möglichkeit zu bessern und alle Kraft darein zu setzen ist; das zu erringen, was uns eine kurzsichtige europäische Politik und eine auf Haß gerichtete Absicht vorenthielt: unser Selbstbestimmungsrecht“. Diese Feststellung bildet die Grundlage seiner kommenden parlamentarischen Tätigkeit. Die stärkste Partei ist der „Bund der Landwirte“, fast eine Klassenpartei der Bauern, die 13 Abgeordnete in die Nationalitätenversammlung entsendet und 7 Mitglieder in den Senat. Ihr gehört u. a. der ehemalige deutschösterreichische Staatssekretär für Heerwesen, der Egerländer Josef Mayer, an. Die nächststärkste Partei ist die Deutsche Nationalpartei, die in der Kammer (Nationalitätenversammlung) 12 Sitze innehaben wird, im Senat 6. Zu ihren Mitgliedern rechnet sich Dr. Rudolf Lodgman-Auen. Ihr gehört auch der aus dem alten Reichsrat bekannte Schulmann Reg.-Rat Hans Hartl, Reichenberg, an. Dann folgt die Christlich-soziale Volkspartei mit 9 Abgeordneten und 4 Senatoren. Das starke Anwachsen dieser Partei wird dem Frauenwahlrecht zugeschrieben. Die christlich-sozialen Senatoren sind bedeutende Männer der verschiedenen Interessengruppen, die Partei selbst ist in eine Parallele zur reichsdeutschen Zentrums-Partei zu bringen. Letzte der im Verband zusammengeschlossenen Parteien ist die „Deutschdemokratische Freiheitspartei“. Ihr fielen 2 Sitze in der Kammer und 2 im Senat zu. Ihr gehören die bekannten Universitätsprofessoren Dr. Ludwig Spiegel und Dr. Bruno Kafka an. Sie zählt zu ihren Abgeordneten in der Person des früheren Handelskammersekretärs Dr. Karl Kostka einen bedeutenden Vertreter der deutschen Wirtschaft. Insgesamt umfaßt also der Deutsche parlamentarische Verband 55 Volksvertreter.

Die genannten vier Parteien stehen auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung, fordern das Selbstbestimmungsrecht, verlangen zwischenstaatliche Organisationen im Sinne des Völkerbundes, genügend Schutz für sprachliche Minderheiten und ein Volksheer nach Schweizer-Muster. In wirtschaftlicher und sozialer Beziehung nehmen sie ungefähr den gleichen Standpunkt ein wie die reichsdeutschen Parteien der Mitte. Den Juden stehen die erstgenannten drei Parteien ausgesprochen oder unausgesprochen ablehnend gegenüber. Deutsche Juden nimmt nur die deutschdemokratische Freiheitspartei auf, die der reichsdeutschen Demokratischen Partei als korrespondierend anzusehen ist.

Neben diesen Parteien, die im Deutschen parlamentarischen Verband vereinigt sind, wäre die „Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei“ zu nennen, eine nationale Arbeiterpartei, die der aus dem alten österreichischen Reichsrat her bekannte Abgeordnete Hans Knirsch leitet. Sie führte den Wahlkampf gemeinsam mit der Deutschen Nationalpartei als Deutsche Wahlgemeinschaft durch und hat fünf Sitze in der Kammer und zwei im Senat. Vor Zusammenschluß der deutschbürgerlichen Parteien behielt sie sich aber ihre Bewegungsfreiheit vor, ließ

jedoch auf ihrer Reichskonferenz am 16. Mai dieses Jahres erklären, daß sie in nationalpolitischen Entscheidungen mit den übrigen deutschen Parteien gehen wird. Es ist wohl wert, die auf dieser Konferenz eingebrachte Kundgebung hier wiederzugeben:

„In schicksalsschwerer Stunde betreten wir die Tribüne der gewählten Nationalitätenversammlung, um es in alle Welt hinauszurufen, daß eine ungeheure Lüge uns hineingezwungen hat in einen Staat, ohne und gegen unseren Willen, daß wir mit den Brüdern und Schwestern im Reiche und Deutschösterreich durch die Bande des Blutes, der Geschichte, des Geistes und der Kultur uns untrennbar verbunden fühlen. Mit diesem Glaubensbekenntnis im Herzen haben wir uns auf den Boden dieses Staates gestellt. Die Verwaltung des Staates führt den vom Prager Revolutionsausschuß (gemeint ist die alte Nationalversammlung, die sich eigenmächtig konstituierte, D. V.) begonnenen Krieg gegen unser Volkstum auf allen Linien weiter. Wir aber fordern unsere restlose Anerkennung als selbstständiges Volk auf freiem Heimatboden, die Selbstverwaltung mit gesichertem Lebensraum in unserem geschlossenen Siedlungsgebiet. Ohne nationale Freiheit und Selbstbestimmung über den eigenen Heimatboden kann auch eine wahre soziale Gerechtigkeit nie erzwungen werden.“

Auch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei bekennt sich heute zur republikanischen Staatsverfassung, erklärt sich, wie auch die letzte Kundgebung zeigt, offen für den Anschluß an das Deutsche Reich, darüber hinaus für den Zusammenschluß Österreichs an Deutschland und trennt sich theoretisch von den bürgerlichen Parteien durch ihr Bekenntnis zum Sozialismus. Der Grund, daß die Nationalsozialisten nicht dem Deutschen parlamentarischen Verband beitraten, scheint aber in nationalpolitischer Richtung zu liegen. Wie weit sie sich da von den übrigen, zweifellos gemäßigt vorgehenden Parteien unterscheiden, muß erst die kommende Zeit zeigen.

Zum Schluß zur Deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei. Sie zählt zu ihren Männern einige ganz hervorragende Köpfe, darunter den früheren Landeshauptmannstellvertreter von Deutschböhmen, Herrn Josef Seliger. Gerade er ist erfüllt von einer reinen Liebe zu seiner Heimat, die man bei Parteipolitikern nicht oft antrifft. Diese Partei macht eine schwere Krisis durch, genau wie ihre Schwesterparteien in Österreich und Deutschland. Ihr rechter Flügel kommt den deutschen Mehrheitlern nahe, ihr linker den Kommunisten und ihnen verwandten Unabhängigen. Trotz der äußerst radikalen Gang- und Tonart der sogenannten Reichenberger Linken ist es bis heute gelungen, die Einheit der Partei zu wahren. Die linksstehenden Parteianhänger sympathisieren mit einem Zusammengehen tschechischer Sozialdemokraten und scheinen letzten Endes auch die unentwegte Gruppe zu sein, die nichts von einem Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien wissen will. Grundsätzlich wäre dazu in bezug auf die tschechischen Sozialdemokraten zu sagen: Jene haben mit einer klaren Reibungslosigkeit den Weg zu den übrigen bürgerlichen tschechischen Parteien im Interesse des tschechischen Volkes und des tschechischen Staates gefunden, den die der sozialdemokratischen Partei angehörenden Deutschen nicht fanden. Hier äußert sich wieder ganz erschreckend die Tragik des deutschen Volkes: Innere und äußere Zerrissenheit!

Die Deutsche sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei zählt 47 Mandatare. Davon entfallen auf die Nationalitätenversammlung 31, auf den Senat 16. Der Deutsche Verband ist ihr also nur um 8 Vertreter überlegen. Die Partei

hält heute noch an ihrem Teplitzer Programm fest, das für die innerpolitischen Entwicklungen folgende Forderungen aufstellte: „Abschaffung des Militarismus und Ersetzung desselben durch eine demokratische Miliz. Einteilung des Staatsgebietes in national abgegrenzte Bezirke, die sich durch freigewählte Körperschaften selbst regieren, in Kreisen, Bezirken, Gemeinden mit stark nationaler Mischung für jede Nation besondere Vertretungskörper. Alle Kreise und Bezirke gleicher Nationalität sowie Minderheiten dieser Nationalität werden zu einem nationalen Gesamtkörper zusammengefaßt, der sich durch einen vom Volke gewählten Nationalrat und die von ihm zu wählende Nationalversammlung selbst regiert.“ — Ihr außenpolitisches Programm spricht sich für das Selbstbestimmungsrecht aus, eine Forderung, die bei der Partei selbstverständlich ist, weil die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei früher der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs angehörten, die schon auf ihrem Brünner Gesamtparteitag im Jahre 1899 in dem damaligen Nationalitätenprogramm u. a. forderte: „Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt Wir erkennen keine nationalen Vorrechte an Der Parteitag erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt“ In bezug auf ihre internationale Orientierung beschickte die Deutsche sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei bis jetzt die Konferenzen der zweiten Internationale. Möglich, daß auch hier, aus rein parteitaktischen Gründen, eine Änderung eintritt. — Im übrigen ist abzuwarten, ob und in welcher Weise die Deutsche sozialdemokratische Partei mit den übrigen deutschen Parteien gemeinsam vorgehen wird. Darüber läßt sich heute noch nichts sagen.

Die einzige gemeinsame Forderung liegt im Selbstbestimmungsrechte. In der Betonung dieser Forderung werden alle deutschen Parteien von den magyarischen Vertretern, wohl auch von den oppositionellen Slowaken unter der Führung Hinkas unterstützt werden. Vielleicht kommen

auch aus den polnischen Gebieten (die Wahlen finden dort später statt) einige Oppositionelle, so daß im besten Falle mit einer Stärkung der deutschen Fraktionen von ca. 30 Stimmen gerechnet werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sämtliche deutsche Parteien der Tschechoslowakei auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zwischenvölkliche und zwischenstaatliche Verständigungen im Sinne des Völkerbundes wünschen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamieren. Nach ihrer heutigen Struktur unterscheiden sie sich wesentlich von den reichsdeutschen Rechtsparteien. Bei einem Anschlusse der deutschen Provinzen Tschechiens an das Deutsche Reich würde sich dieses Bild einigermaßen verschieben. Die dynastische Abneigung ist heute im wesentlichen als Protest gegen das Haus Habsburg aufzufassen, also nicht als grundsätzliche republikanische Gesinnung. —

Zahlenmäßig dargestellt ergibt sich folgendes Bild:

	Deutsche:		Magyaren:	
	Abg.:	Senatoren:	Abg.:	Senatoren:
Sozialdemokraten	31	16	Soz.	4 1
Parlamentarischer			Agrarier	1 1
Verband	36	19	Christlich-	
Nationalsozialisten	5	2	soziale	5 2
Zusammen:	72	37	10	3

Dieses Ergebnis entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Durch eine arge Wahlgeometrie wurde den anderssprachigen Minderheiten viel Schaden zugefügt. Es mag diesbezüglich die Feststellung genügen, daß in den Wahlkreisen die Wahlzahl zwischen 17679 und 27915 schwankt. So zählt beispielsweise der Prager Wahlkreis durch eine ungeheure Bevorzugung 45 Mandate, während das deutsche Reichenberg im tschechischen Wahlkreise Jungbunzlau, dem im ganzen 17 Mandate zugewiesen wurden, untergeht. Der einzige und große Vorteil für das deutsche Volk der Tschechoslowakei liegt darin, daß seine Vertreter in die Kammer und in den Senat einziehen werden, von dem Bestreben geleitet, Korrekturen herbeizuführen, die der deutschen Position in völkischer und wirtschaftlicher Beziehung faktisch entsprechen.

Steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetz geregelten Forderungen und Ansprüche.

In dem vom 24. April dadierten Reichsausgleichsgesetz ist die Regelung der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Deutschen und Angehörigen der dem Ausgleichsverfahren beigetretenen Staaten in der Weise erfolgt, daß der deutsche Gläubiger seine Forderungen zum Tageskurse ausbezahlt erhält, während dem deutschen Schuldner die Möglichkeit gegeben worden ist, seine Verpflichtungen zum Vorkriegskurse abzutragen. Damit hat das Reich dem deutschen Schuldner eine sowohl im Interesse dieses Schuldners wie auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse zu begrüßende Unterstützung zuteil werden lassen, selbst aber eine bedeutende Last auf sich genommen, für die nach außerordentlichen Deckungsmitteln gesucht werden mußte. Wie bereits in der Begründung des Entwurfs zum Reichsausgleichsgesetz angekündigt wurde, plante man von Anbeginn, die für diese Regelung erforderlichen Mittel zu einem wesentlichen Teil durch die Besteuerung der Währungsgewinne, die deutschen Gläubigern aus Forderungen gegenüber den Angehörigen der feindlichen Staaten auf Grund des Reichsausgleichsgesetzes oder auf Grund des Friedensvertrages er-

wüchsen, aufzubringen. Am 15. Mai ist ein dahingehender und mit dem Reichsausgleichsgesetz somit im engsten Zusammenhang stehender Entwurf Gesetz geworden.

Gegeu diese Lösung — Deckung der übernommenen Lasten durch Besteuerung der Valutagewinne — hat sich von vornherein ein heftiger Widerspruch erhoben, und auch die Art der Durchführung hat nach Bekanntwerden des Entwurfs sowohl seitens der Handels- und Industriekreise wie auch von seiten der Auslandsdeutschen selbst schärfste Kritik erfahren. Man sah in einer Sonderbesteuerung der Entschädigungen aus Liquidationen und Sequestrationen nicht nur einen Verstoß gegen die Verpflichtung des Reichs, seine Angehörigen wegen der Liquidation oder Einbehaltung ihres Eigentums zu entschädigen, wenn ein Teil dieser Entschädigung sogleich wieder weggesteuert würde, sondern man befürchtete auch unheilvolle Folgen in wirtschaftlicher Beziehung für diejenigen, deren Eigentum im Auslande bereits mit Schaden liquidiert wurde und die an sich schon mit dieser geschmälernten Summe angesichts der Geldentwertung auch nicht annähernd etwas Gleichwertiges würden wieder-

erwerben können, wenn zu alledem ein beträchtlicher Teil der Entschädigung als Steuer einbehalten würde. Heftigen Widerspruch hat es auch herausgefordert, daß im Ausgleichsbesteuerungsgesetz bereits Steuern von den Entschädigungsansprüchen, die Deutschen auf der Grundlage der Artikel 297 i und 74 des Friedensvertrages dem Deutschen Reiche gegenüber zustehen, vorgesehen werden, bevor noch die endgültige Entschädigung dieser Geschädigten geregelt worden ist. Daneben heftete sich die Kritik noch an besondere sich aus dem Ausgleichsbesteuerungsgesetz ergebende Härten beziehungsweise Ungerechtigkeiten für diejenigen Auslandsdeutschen, welche im Auslande Grundbesitz oder einen Gewerbebetrieb besaßen.

Es verbietet sich leider, hier auf Einzelheiten der Kritik und des Gesetzes einzugehen. Hervorgehoben seien aus den rechtlichen Bestimmungen daher nur folgende: Das Ausgleichsbesteuerungsgesetz erstreckt sich, wie bereits erwähnt, über die im Ausgleichsgesetz geregelten Forderungen und Schulden hinaus auch auf die aus Liquidationen und Einbehaltungen deutschen Eigentums entstehenden Ansprüche gegen das Reich, also auf die in den §§ 9, 44 des Reichsausgleichsgesetzes und die im § 8 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages vom 31. August 1919 bezeichneten Forderungen und Ansprüche. Beide Gruppen sind grundsätzlich bei der Besteuerung mit dem Betrage zu bewerten, der dem Gläubiger nach den angeführten Gesetzen zusteht. Lauten Forderungen im Sinne des § 9 des Reichsausgleichsgesetzes auf ausländische Währungen, so sind sie zum Tageskurse des für die Steuer maßgebenden Stichtages zu bewerten. Das gleiche gilt für Ansprüche im Sinne des § 8 des Gesetzes vom 31. August, wenn der Berechnung der vom Reich gewährten Entschädigungssumme eine ausländische Währung zugrunde liegt. In beiden Fällen darf der Wert den endgültig abgerechneten Betrag nicht übersteigen. Verbindlichkeiten sind mit dem Betrage zu bewerten, den der Schuldner auf Grund des Reichsausgleichsgesetzes zur Tilgung aufwenden muß. Von dem Betrage ist abzuziehen, was dem Schuldner nach § 46 des Reichsausgleichsgesetzes zu erstatten ist. Solange der maßgebende Wert noch nicht feststeht, sind Forderungen und Ansprüche der bezeichneten Art zu schätzen, Schulden dagegen mit dem Vorkriegswerte zu bewerten. Die hiernach erfolgten Steuerfestsetzungen gelten als vorläufig. Die Berichtigung der vorläufigen Veranlagung kann solange ausgesetzt werden, bis über sämtliche Forderungen und Schulden desselben Steuerpflichtigen endgültig abgerechnet ist und seine sämtlichen Entschädigungsansprüche festgestellt sind.

Die in § 1 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes und in § 46 des Reichsausgleichsgesetzes bezeichneten Forderungen und Ansprüche haften für Reichssteuerschulden des Forderungsberechtigten vom Einkommen und vom Vermögen, soweit sie im Zeitpunkt der endgültigen Abrechnung der einzelnen Forderungen und der endgültigen Festsetzung des einzelnen Anspruchs entstanden sind. Um die geschuldeten Steuersummen dem Reiche zu sichern, dürfen die im Gesetz vorgesehenen Forderungen und Ansprüche nur mit Zustimmung des Reichsfinanzamts ausgezahlt werden, doch darf die Zustimmung von diesem nur versagt werden, soweit Steuern, die für die Forderungen oder Ansprüche haften, noch nicht entrichtet sind. Wird der Nachweis geführt, daß Ansprüche aus der Entziehung oder Beeinträchtigung ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens unverzüglich zum Wiederaufbau eines ausländischen Betriebes oder in einem solchen Betrieb verwandt werden, so kann das

Finanzamt mit Rücksicht auf das Notopfer die Auszahlung insofern nicht verweigern, als Nichtzahlungen auf das Reichsnotopfer nach den Vorschriften der §§ 31, 33 des Reichsnotopfergesetzes bereits im Zeitpunkt der endgültigen Festsetzung der Ansprüche fällig sind. Die Verwendung der Ansprüche muß innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren erfolgen. Als Ausland gelten im Sinne des Gesetzes auch die infolge des Friedensvertrages abgetretenen oder noch abzutretenden Gebietsteile. Diese letztere, den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Auslande erleichternde Bestimmung ist eine zu begrüßende Verbesserung, die der Entwurf auf Grund der Beschlüsse des sechsten Ausschusses erfahren hat.

Die Steuerpflicht erstreckt sich auf Forderungen und Ansprüche der im § 1 des Gesetzes bezeichneten Art ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung des Steuerpflichtigen.

Eine zweite wesentliche Verbesserung hat der Entwurf durch die Annahme des § 7a erhalten, welcher einer verschiedenseits, unter anderem auch vom Bund der Auslandsdeutschen, gestellten Forderung auf vorzugsweise steuerliche Behandlung der zum Wiederaufbau einer wirtschaftlichen Existenz bestimmten Summe Rechnung trägt. Die Bestimmung des § 7a stellt einen neuen Härteparagrafen dar, durch welchen der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Vorschriften zu erlassen, wonach zum Ausgleich von Härten eine von den Vorschriften des Gesetzes abweichende steuerliche Behandlung der auf der Grundlage von Sequestern und Liquidationen sich ergebenden Ansprüche eintritt, wenn

1. der Berechtigte aus den abgetretenen Gebieten vertrieben worden ist,
2. dem Berechtigten ein landwirtschaftliches, gewerbliches oder kaufmännisches Unternehmen liquidiert worden ist und die Entschädigungssummen nachweislich und unter Überwachung des zuständigen Reichsministers zur Schaffung einer entsprechenden Unternehmung im Inlande oder zum Wiederaufbau einer entsprechenden Unternehmung im Auslande verwandt werden.

Im letzteren Falle kann die Steuer insbesondere unter billiger Berücksichtigung der Grundsätze bemessen werden, die maßgebend gewesen wären, wenn das liquidierte Unternehmen oder ein Unternehmen entsprechender Art sich am Stichtage der Steuer im Inlande befunden hätte. Ein ähnlicher Antrag war von dem Abgeordneten Dr. Becker (D. Vp.) eingereicht worden. Der wesentliche Unterschied der beiden Anträge lag darin, daß der eine eine Kann-, der andere eine Sollvorschrift darstellt, nach welcher letzterer in jedem Falle von Rechtswegen die in jener vorgesehene Bewertung hätte erfolgen müssen. Der Kampf um die beiden Anträge ist zuungunsten des Beckerschen Antrages entschieden, da der Reichsminister der Finanzen erklärte, sich wohl mit dem Antrage des Ausschusses einverstanden erklären, aber nicht den Antrag Becker akzeptieren zu können. Würde derselbe von der Nationalversammlung angenommen, so würde er sein Einvernehmen, das nach § 67 des Reichsausgleichsgesetzes zum Inkrafttreten der Abschnitte II und III dieses Gesetzes erforderlich sei, nicht aussprechen können, in welchem Falle das Ausgleichsverfahren und eine

Abfindung eines Teils der Auslandsgläubiger von neuem auf die lange Bank geschoben werden würden.")

Mit Annahme des § 7 a, Ziffer II, Absatz 2 ist wenigstens erreicht, daß das im Auslande liquidierte Betriebsvermögen des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft im Regelfalle (laut Erklärung des Staatssekretärs Moesle) steuerlich nicht schlechter behandelt werden wird, als wenn das gleichartige Betriebsvermögen sich zur gleichen Zeit im Inlande befunden hätte. Was nun den Erlaß weiterer Vorschriften des Reichsministers der Finanzen zum Ausgleich von Härten betrifft, so lehnte der Minister es auf Anfragen in der zweiten Lesung ab, bereits Richtlinien für dieselben mitzuteilen. Er hat indessen die Zusicherung gegeben, daß die Aufstellung der Richtlinien im Einverständnis mit den Interessenten geschehen sollte. Es ist diese Zusicherung um so wichtiger, als der Passus in § 7 a, welcher die Mitwirkung des Reichsrats und eines 15gliederigen Ausschusses des Reichstages hierbei vorsah, auf Antrag des Abgeordneten Becker gestrichen wurde, der mit seinem Antrage das Interesse der beteiligten Kreise auf einen baldigen Erlaß dieser Vorschriften vertrat.

Wie in der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs ausgeführt wurde, hat die große Zahl der Bittschriften, die eingegangen sind, gezeigt, wie außerordentlich schwer es ist, Materien, die in sich nicht zusammenhängen und außerdem aus den ver-

schiedensten wirtschaftlichen Gebieten herrühren und ganz verschiedener Art sind, gleichmäßig in ein und demselben Gesetze zu regeln, denn das Ausgleichsbesteuerungsgesetz regelt, wie bereits mehrfach hervorgehoben, neben den Forderungen und Schulden von Deutschen im feindlichen Auslande aus laufenden Geschäften ja auch noch die aus Liquidationen herrührenden Entschädigungsansprüche. Die schematische Behandlung an sich höchst verschiedenartiger Verhältnisse kann nichts anderes als große Härten im Gefolge haben, da sie naturgemäß den Besonderheiten nicht in dem gewünschten Maße Rechnung zu tragen vermag. Es ist die Pflicht und das eigenste Interesse der Beteiligten, dahin zu wirken, daß durch die noch zu erfolgende Ausgestaltung der Richtlinien für besondere steuerliche Behandlung die Härten nach Möglichkeit gemildert oder beseitigt werden. Es wäre zu wünschen, daß deshalb über die bislang geübte Kritik an dem Gesetz hinaus nunmehr positive Vorschläge seitens der Beteiligten gemacht würden und diese durch ihre Interessenvertretungen auf Erfüllung der Zusage einer Mitwirkung bei Aufstellung dieser Richtlinien drängen, um so mehr, als es schwer empfunden wird, daß die beteiligten Kreise bei Ausarbeitung des Reichsausgleichsgesetzes und des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes nicht in dem gewünschten Maße zugezogen worden sind.

Dr. Margarete Wedemeyer, Stuttgart.

Vom Deutschtum im Donau-Osten

Von Dr. W. GROOS, Karlsruhe.

Seit 1875 zum Deutschtum in Siebenbürgen in mannigfachen persönlichen Beziehungen — durch zweimonatige Fahrten in allen Teilen des ehemaligen „Königsbodens“ mit 14 tägigem Aufenthalt im Hause des früheren Sachsenbischofs Dr. Gg. D. Teutsch zu Hermannstadt — hatte ich auch meinerseits liebe Gäste von da, wiederholt meinen Freund von der Heidelberger Hochschulzeit, Dr. Fritz Teutsch, des ersten Sohn, jetzt selbst Sachsenbischof, und blieb so und durch einen späteren Abstecher von den „Schwaben“ gebieten des südlichen Ungarn nach Siebenbürgen über die dortigen Verhältnisse auf dem laufenden. Noch am Tage vor unserer Schlagfertigmachung, am 31. Juli 1914, war der Altmeister des Deutschtums in Ungarn, Edmund Steinacker, einst Vertreter eines siebenbürgisch-sächsischen Wahlbezirks im ungarischen Parlament, bei mir, auch neues von dort berichtend, nachdem eben siebenbürgische Studierende hier in die Ferien heimwärts abgereist waren. — Dann waren die Jahre über den Krieg keine siebenbürgischen Landeskinder mehr hier und bei mir, und mit dem sogenannten Frieden stockte auch der Briefwechsel. Auf Anfragen keine Antwort; — ob die Briefe unterwegs durch Ungarn steckengeblieben oder von der Post der neuen, der rumänischen, Regierung nicht befördert oder zugestellt wurden, wer weiß es?

Da kam vorigen Herbst die erste „Friedenstaube“ in Gestalt des Leiters des „Diasporaheims“ in Hermannstadt, Pfarrer Buchalla, der — nebenbei — eben nach Nordamerika in die „Vereinigten Staaten“ abgereist ist, die zahlreichen Siebenbürger Sachsen dort, namentlich in Pennsilvanien, aufzusuchen und soviel möglich und nötig zur Heimkehr zu veranlassen zur Stärkung ihres Volkstums gegenüber dem neuen, herrschend

gewordenen kinderreichen Rumänentum. Neuere Nachrichten werden mir jetzt, auch noch nicht durch Schreiben, sondern durch junge siebenbürgische Sachsen, die hierher und nach Heidelberg zum Studium kommen, darunter ein schon als gefallen von mir geglaubter Bekannter und Wandergefährte, der, seit er vor zwei Jahren als österreichisch-ungarischer Reserveoffizier in Urlaub hier plötzlich aufgetaucht war, seitdem nichts mehr von sich hatte hören lassen. Acht Tage, meist auch mit Nachtfahrt, haben die Studenten zu ihrer Reise gebraucht, — nicht durch den magyarischen Rest von Ungarn, sondern mit dem großen Umweg um Groß-Rumänien unmittelbar durch die Tschecho-Slowakei, — von Großwardein über Szathmar-Námeti, Csag, Kaschau, Oderberg, Prag, Nürnberg der eine, ein anderer von Kaschau mit der Wangtalbahn über Preßburg nach Wien, der von der freien Fahrt (auch für „draußen“ Studierende) Gebrauch gemacht hatte, so gegen 1000 Kronen ersparend, beinahe 350 Mk. nach dem damaligen Wert der Krone.

Vor einiger Zeit hatte Bischof Teutsch die Lage seiner evangelischen Landeskirche A. B., die bekanntlich auch das deutsche Schulwesen unterhält, als verhältnismäßig befriedigend bezeichnet — durch Erhöhung des Staatszuschusses seitens der rumänischen Regierung gegenüber dem früheren im Königreich Ungarn — mit der Einschränkung jedoch, daß ihr ernste Gefahr drohe durch Enteignung ihres Grundbesitzes zugunsten besitzloser Rumänen, und zwar nach dem früheren Friedenspreis in Kronen, deren Wert ja seitdem tief gesunken. Nach den neueren Berichten meiner Siebenbürger Besucher wäre das aber jetzt nicht mehr zu befürchten seitens der einer solchen Zwangssozialisierung abholden neuen Regierung unter General Averescu. Auch sei Hoffnung, daß manche Verletzung sächsischer Besitzrechte durch Rumänen wieder gutgemacht werde.

Hoffen wir das Beste für Volk und Einzelglieder dieses 700jährigen treuesten deutschen Volkszweiges! Er hat eine

*) Es wurde sogar eine völlige Umarbeitung der Abrechnungsvorschriften des Ausgleichsgesetzes in Aussicht gestellt, wenn das Ausgleichsbesteuerungsgesetz in einer Fassung Annahme fände, welche dem Stande der Reichsfinanzen nicht Rechnung trage.

erwerben können, wenn zu alledem ein beträchtlicher Teil der Entschädigung als Steuer einbehalten würde. Heftigen Widerspruch hat es auch herausgefordert, daß im Ausgleichsbesteuerungsgesetz bereits Steuern von den Entschädigungsansprüchen, die Deutschen auf der Grundlage der Artikel 297 i und 74 des Friedensvertrages dem Deutschen Reiche gegenüber zustehen, vorgesehen werden, bevor noch die endgültige Entschädigung dieser Geschädigten geregelt worden ist. Daneben heftete sich die Kritik noch an besondere sich aus dem Ausgleichsbesteuerungsgesetz ergebende Härten beziehungsweise Ungerechtigkeiten für diejenigen Auslandsdeutschen, welche im Auslande Grundbesitz oder einen Gewerbebetrieb besaßen.

Es verbietet sich leider, hier auf Einzelheiten der Kritik und des Gesetzes einzugehen. Hervorgehoben seien aus den rechtlichen Bestimmungen daher nur folgende: Das Ausgleichsbesteuerungsgesetz erstreckt sich, wie bereits erwähnt, über die im Ausgleichsgesetz geregelten Forderungen und Schulden hinaus auch auf die aus Liquidationen und Einbehalten deutschen Eigentums entstehenden Ansprüche gegen das Reich, also auf die in den §§ 9, 44 des Reichsausgleichsgesetzes und die im § 8 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages vom 31. August 1919 bezeichneten Forderungen und Ansprüche. Beide Gruppen sind grundsätzlich bei der Besteuerung mit dem Betrage zu bewerten, der dem Gläubiger nach den angeführten Gesetzen zusteht. Lauten Forderungen im Sinne des § 9 des Reichsausgleichsgesetzes auf ausländische Währungen, so sind sie zum Tageskurse des für die Steuer maßgebenden Stichtages zu bewerten. Das gleiche gilt für Ansprüche im Sinne des § 8 des Gesetzes vom 31. August, wenn der Berechnung der vom Reich gewährten Entschädigungssumme eine ausländische Währung zugrunde liegt. In beiden Fällen darf der Wert den endgültig abgerechneten Betrag nicht übersteigen. Verbindlichkeiten sind mit dem Betrage zu bewerten, den der Schuldner auf Grund des Reichsausgleichsgesetzes zur Tilgung aufwenden muß. Von dem Betrage ist abzuziehen, was dem Schuldner nach § 46 des Reichsausgleichsgesetzes zu erstatten ist. Solange der maßgebende Wert noch nicht feststeht, sind Forderungen und Ansprüche der bezeichneten Art zu schätzen, Schulden dagegen mit dem Vorkriegswerte zu bewerten. Die hiernach erfolgten Steuerfestsetzungen gelten als vorläufig. Die Berichtigung der vorläufigen Veranlagung kann solange ausgesetzt werden, bis über sämtliche Forderungen und Schulden desselben Steuerpflichtigen endgültig abgerechnet ist und seine sämtlichen Entschädigungsansprüche festgestellt sind.

Die in § 1 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes und in § 46 des Reichsausgleichsgesetzes bezeichneten Forderungen und Ansprüche haften für Reichssteuerschulden des Forderungsberechtigten vom Einkommen und vom Vermögen, soweit sie im Zeitpunkt der endgültigen Abrechnung der einzelnen Forderungen und der endgültigen Festsetzung des einzelnen Anspruchs entstanden sind. Um die geschuldeten Steuersummen dem Reiche zu sichern, dürfen die im Gesetz vorgesehenen Forderungen und Ansprüche nur mit Zustimmung des Reichsfinanzamts ausgezahlt werden, doch darf die Zustimmung von diesem nur versagt werden, soweit Steuern, die für die Forderungen oder Ansprüche haften, noch nicht entrichtet sind. Wird der Nachweis geführt, daß Ansprüche aus der Entziehung oder Beeinträchtigung ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens unverzüglich zum Wiederaufbau eines ausländischen Betriebes oder in einem solchen Betrieb verwandt werden, so kann das

Finanzamt mit Rücksicht auf das Notopfer die Auszahlung insofern nicht verweigern, als Nichtzahlungen auf das Reichsnotopfer nach den Vorschriften der §§ 31, 33 des Reichsnotopfergesetzes bereits im Zeitpunkt der endgültigen Festsetzung der Ansprüche fällig sind. Die Verwendung der Ansprüche muß innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren erfolgen. Als Ausland gelten im Sinne des Gesetzes auch die infolge des Friedensvertrages abgetretenen oder noch abzutretenden Gebietsteile. Diese letztere, den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Auslande erleichternde Bestimmung ist eine zu begrüßende Verbesserung, die der Entwurf auf Grund der Beschlüsse des sechsten Ausschusses erfahren hat.

Die Steuerpflicht erstreckt sich auf Forderungen und Ansprüche der im § 1 des Gesetzes bezeichneten Art ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung des Steuerpflichtigen.

Eine zweite wesentliche Verbesserung hat der Entwurf durch die Annahme des § 7a erhalten, welcher einer verschiedenerseits, unter anderem auch vom Bund der Auslandsdeutschen, gestellten Forderung auf vorzugsweise steuerliche Behandlung der zum Wiederaufbau einer wirtschaftlichen Existenz bestimmten Summe Rechnung trägt. Die Bestimmung des § 7a stellt einen neuen Härteparagrafen dar, durch welchen der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Vorschriften zu erlassen, wonach zum Ausgleich von Härten eine von den Vorschriften des Gesetzes abweichende steuerliche Behandlung der auf der Grundlage von Sequestern und Liquidationen sich ergebenden Ansprüche eintritt, wenn

1. der Berechtigte aus den abgetretenen Gebieten vertrieben worden ist,
2. dem Berechtigten ein landwirtschaftliches, gewerbliches oder kaufmännisches Unternehmen liquidiert worden ist und die Entschädigungssummen nachweislich und unter Überwachung des zuständigen Reichsministers zur Schaffung einer entsprechenden Unternehmung im Inlande oder zum Wiederaufbau einer entsprechenden Unternehmung im Auslande verwandt werden.

Im letzteren Falle kann die Steuer insbesondere unter billiger Berücksichtigung der Grundsätze bemessen werden, die maßgebend gewesen wären, wenn das liquidierte Unternehmen oder ein Unternehmen entsprechender Art sich am Stichtage der Steuer im Inlande befunden hätte. Ein ähnlicher Antrag war von dem Abgeordneten Dr. Becker (D. Vp.) eingereicht worden. Der wesentliche Unterschied der beiden Anträge lag darin, daß der eine eine Kann-, der andere eine Sollvorschrift darstellt, nach welcher letzterer in jedem Falle von Rechtswegen die in jener vorgesehene Bewertung hätte erfolgen müssen. Der Kampf um die beiden Anträge ist zuungunsten des Becker'schen Antrages entschieden, da der Reichsminister der Finanzen erklärte, sich wohl mit dem Antrage des Ausschusses einverstanden erklären, aber nicht den Antrag Becker akzeptieren zu können. Würde derselbe von der Nationalversammlung angenommen, so würde er sein Einvernehmen, das nach § 67 des Reichsausgleichsgesetzes zum Inkrafttreten der Abschnitte II und III dieses Gesetzes erforderlich sei, nicht aussprechen können, in welchem Falle das Ausgleichsverfahren und eine

Abfindung eines Teils der Auslandsgläubiger von neuem auf die lange Bank geschoben werden würden.")

Mit Annahme des § 7a, Ziffer II, Absatz 2 ist wenigstens erreicht, daß das im Auslande liquidierte Betriebsvermögen des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft im Regelfalle (laut Erklärung des Staatssekretärs Moesle) steuerlich nicht schlechter behandelt werden wird, als wenn das gleichartige Betriebsvermögen sich zur gleichen Zeit im Inlande befunden hätte. Was nun den Erlaß weiterer Vorschriften des Reichsministers der Finanzen zum Ausgleich von Härten betrifft, so lehnte der Minister es auf Anfragen in der zweiten Lesung ab, bereits Richtlinien für dieselben mitzuteilen. Er hat indessen die Zusicherung gegeben, daß die Aufstellung der Richtlinien im Einverständnis mit den Interessenten geschehen sollte. Es ist diese Zusicherung um so wichtiger, als der Passus in § 7a, welcher die Mitwirkung des Reichsrats und eines 15gliederigen Ausschusses des Reichstages hierbei vorsah, auf Antrag des Abgeordneten Becker gestrichen wurde, der mit seinem Antrage das Interesse der beteiligten Kreise auf einen baldigen Erlaß dieser Vorschriften vertrat.

Wie in der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs ausgeführt wurde, hat die große Zahl der Bittschriften, die eingegangen sind, gezeigt, wie außerordentlich schwer es ist, Materien, die in sich nicht zusammenhängen und außerdem aus den ver-

schiedensten wirtschaftlichen Gebieten herrühren und ganz verschiedener Art sind, gleichmäßig in ein und demselben Gesetze zu regeln, denn das Ausgleichsbesteuerungsgesetz regelt, wie bereits mehrfach hervorgehoben, neben den Forderungen und Schulden von Deutschen im feindlichen Auslande aus laufenden Geschäften ja auch noch die aus Liquidationen herrührenden Entschädigungsansprüche. Die schematische Behandlung an sich höchst verschiedenartiger Verhältnisse kann nichts anderes als große Härten im Gefolge haben, da sie naturgemäß den Besonderheiten nicht in dem gewünschten Maße Rechnung zu tragen vermag. Es ist die Pflicht und das eigenste Interesse der Beteiligten, dahin zu wirken, daß durch die noch zu erfolgende Ausgestaltung der Richtlinien für besondere steuerliche Behandlung die Härten nach Möglichkeit gemildert oder beseitigt werden. Es wäre zu wünschen, daß deshalb über die bislang geübte Kritik an dem Gesetz hinaus nunmehr positive Vorschläge seitens der Beteiligten gemacht würden und diese durch ihre Interessenvertretungen auf Erfüllung der Zusage einer Mitwirkung bei Aufstellung dieser Richtlinien drängen, um so mehr, als es schwer empfunden wird, daß die beteiligten Kreise bei Ausarbeitung des Reichsausgleichsgesetzes und des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes nicht in dem gewünschten Maße zugezogen worden sind.

Dr. Margarete Wedemeyer, Stuttgart.

Vom Deutschtum im Donau-Osten

Von Dr. W. GROOS, Karlsruhe.

Seit 1875 zum Deutschtum in Siebenbürgen in mannigfachen persönlichen Beziehungen — durch zweimonatige Fahrten in allen Teilen des ehemaligen „Königsbodens“ mit 14 tägigem Aufenthalt im Hause des früheren Sachsenbischofs Dr. Gg. D. Teutsch zu Hermannstadt — hatte ich auch meinerseits liebe Gäste von da, wiederholt meinen Freund von der Heidelberger Hochschulzeit, Dr. Fritz Teutsch, des ersten Sohn, jetzt selbst Sachsenbischof, und blieb so und durch einen späteren Abstecher von den „Schwaben“-gebieten des südlichen Ungarn nach Siebenbürgen über die dortigen Verhältnisse auf dem laufenden. Noch am Tage vor unserer Schlagfertigmachung, am 31. Juli 1914, war der Altmeister des Deutschtums in Ungarn, Edmund Steinacker, einst Vertreter eines siebenbürgisch-sächsischen Wahlbezirks im ungarischen Parlament, bei mir, auch neues von dort berichtend, nachdem eben siebenbürgische Studierende hier in die Ferien heimwärts abgereist waren. — Dann waren die Jahre über den Krieg keine siebenbürgischen Landeskinder mehr hier und bei mir, und mit dem sogenannten Frieden stockte auch der Briefwechsel. Auf Anfragen keine Antwort; — ob die Briefe unterwegs durch Ungarn steckengeblieben oder von der Post der neuen, der rumänischen, Regierung nicht befördert oder zugestellt wurden, wer weiß es?

Da kam vorigen Herbst die erste „Friedenstaube“ in Gestalt des Leiters des „Diasporaheims“ in Hermannstadt, Pfarrer Buchalla, der — nebenbei — eben nach Nordamerika in die „Vereinigten Staaten“ abgereist ist, die zahlreichen Siebenbürger Sachsen dort, namentlich in Pennsilvanien, aufzusuchen und soviel möglich und nötig zur Heimkehr zu veranlassen zur Stärkung ihres Volkstums gegenüber dem neuen, herrschend

gewordenen kinderreichen Rumänentum. Neuere Nachrichten werden mir jetzt, auch noch nicht durch Schreiben, sondern durch junge siebenbürgische Sachsen, die hierher und nach Heidelberg zum Studium kommen, darunter ein schon als gefallen von mir geglaubter Bekannter und Wandergefährte, der, seit er vor zwei Jahren als österreichisch-ungarischer Reserveoffizier in Urlaub hier plötzlich aufgetaucht war, seitdem nichts mehr von sich hatte hören lassen. Acht Tage, meist auch mit Nachtfahrt, haben die Studenten zu ihrer Reise gebraucht, — nicht durch den magyarischen Rest von Ungarn, sondern mit dem großen Umweg um Groß-Rumänien unmittelbar durch die Tschecho-Slowakei, — von Großwardein über Szathmar-Námeti, Csag, Kaschau, Oderberg, Prag, Nürnberg der eine, ein anderer von Kaschau mit der Wangtalbahn über Preßburg nach Wien, der von der freien Fahrt (auch für „draußen“ Studierende) Gebrauch gemacht hatte, so gegen 1000 Kronen ersparend, beinahe 350 Mk. nach dem damaligen Wert der Krone.

Vor einiger Zeit hatte Bischof Teutsch die Lage seiner evangelischen Landeskirche A. B., die bekanntlich auch das deutsche Schulwesen unterhält, als verhältnismäßig befriedigend bezeichnet — durch Erhöhung des Staatszuschusses seitens der rumänischen Regierung gegenüber dem früheren im Königreich Ungarn — mit der Einschränkung jedoch, daß ihr ernste Gefahr drohe durch Enteignung ihres Grundbesitzes zugunsten besitzloser Rumänen, und zwar nach dem früheren Friedenspreis in Kronen, deren Wert ja seitdem tief gesunken. Nach den neueren Berichten meiner Siebenbürger Besucher wäre das aber jetzt nicht mehr zu befürchten seitens der einer solchen Zwangssozialisierung abholden neuen Regierung unter General Averescu. Auch sei Hoffnung, daß manche Verletzung sächsischer Besitzrechte durch Rumänen wieder gutgemacht werde.

Hoffen wir das Beste für Volk und Einzelglieder dieses 700jährigen treuesten deutschen Volkszweiges! Er hat eine

*) Es wurde sogar eine völlige Umarbeitung der Abrechnungsvorschriften des Ausgleichsgesetzes in Aussicht gestellt, wenn das Ausgleichsbesteuerungsgesetz in einer Fassung Annahme fände, welche dem Stande der Reichsfinanzen nicht Rechnung trage.

neue große Aufgabe durch die Niederreißung bisheriger Grenzpfähle zugeschieden erhalten und freudig und opferwillig übernommen. Dem gleichen Staate, nun Groß-Rumänien, sind ja zu seinen bisherigen 50000–60000 Deutschen (bäuerlichen in der Dobrudscha) neben der Viertelmillion Siebenbürger Sachsen ebensoviel „Schwaben“ im Banat und etwa die gleiche Zahl in Beßarabien, dazu etwa 50000 in der Bukowina zugefallen. — „Eine Million Deutsche in Groß-Rumänien, das gibt ein lebensfähiges und tüchtiges Deutschtum“ — schrieb mir unverzagt schon vor Jahresfrist R. Fr. Kaindl, der Geschichtsforscher und -schreiber des Karpatendeutschtums an der Hochschule Graz,

früher in Czernowitz, der Gründer und Leiter der Tagungen des gesamten Karpatendeutschtums in den Jahren vor dem Kriege. —

Das sind Deutsche, rechte Deutsche, die nicht so leicht luckgeben („Nur net lopper g'gewa“ nennt sich der Roman eines schwäbischen Wolgakolonisten, A. Lonsinger, Saratow 1911), wie die 100000 Deutsche in dem zum Polenreich geschlagenen Galizien unter Führung eines Th. Zuckler und anderer, und unsere Balten, die ihre vom Mutterland preisgegebene Heimat doch nicht aufgeben — völkische Vorbilder für kleinmütig gewordene Reichsdeutsche.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg.

II. Von Montevideo nach Deutschland 1915.

Von Oberleutnant von St

(Siehe auch Nr. 10, 11, 12.)

Gleich nach Ausbruch des Krieges meldeten sich die Deutschen in Süd-Amerika bei ihren Konsulaten, in der Hoffnung, sofort nach der Heimat gelangen zu können.

Im Anfang gingen ganze Trupps mit holländischen, schwedischen und italienischen, meistens Transportdampfern, nach Deutschland. Sie mußten einen bedeutend erhöhten Fahrpreis bezahlen und wurden von den Kapitänen teils versteckt, teils als Personal des Dampfers angeworben. Jedenfalls wurden sie nicht in den Schiffspapieren als deutsche Passagiere geführt. Die Engländer kamen aber bald dahinter, revidierten die Dampfer auf hoher See, nahmen alles, was sie an Deutschen fanden und ihnen verdächtig erschien, herunter und überwiesen sie dem nächsten französischen oder englischen Internierungslager. Meistens wurden die Dampfer erst in der Nähe des Festlandes von einem englischen Kreuzer in einen englischen Hafen eskortiert und dort genau untersucht. Alles Sträuben und Protestieren der neutralen Kapitäne half nichts.

Nun meldeten sich in Buenos Aires Leute mit ziemlich zweifelhaftem Ruf, sogenannte „Schieber“ bei dem Sekretär des deutschen Konsulats und versprachen Pässe neutraler Staaten zu besorgen. Diese wurden von den Leuten vollständig gefälscht, Stempel sowie Unterschrift und Nummer. Es handelte sich hauptsächlich um chilenische Pässe. Doch auch diesen Trick erfuhren bald die Engländer, meistens allerdings erst durch Verrat an Bord oder Spionage beim Anbordgehen. Hauptsächlich Frauen hatten die Engländer für dieses Geschäft angestellt, die durch liebevolles Entgegenkommen die Leute zum Schwatzen bringen sollten, und leider auch oft ihr Ziel erreichten.

Die englische Untersuchungs-Kommission erhielt meistens auf telegraphische Anfrage bei den betreffenden Konsulaten die Nachricht, daß der Paß nicht eingetragen sei, also gefälscht sein müsse. Die Eigentümer solcher Pässe wurden vor ein englisches Gericht gestellt und ihnen wegen Betrug und Fälschung der Prozeß gemacht, der meistens mit einigen Jahren Zuchthaus endigte. — Die Engländer kennen eben keinen Patriotismus und verstehen nicht, wie man, um sich seinem Vaterlande zu stellen, zu solchen Mitteln greifen und ein solches Risiko eingehen kann. Denn es ist auch vorgekommen, daß solchen Leuten wegen Spionage prozessiert und sie zum Tode verurteilt wurden.

Für derartige Pässe wurden im allgemeinen 200 b.s. 300 M gezahlt und gab der deutsche Konsul auf Ansuchen bis 1000 M Reiseunterstützung an Offiziere und etwas weniger im Verhältnis an Unteroffiziere und Mannschaften. Ich selbst hatte auf meine mehrfachen Anfragen hin die Antwort bekommen, daß es für die nächsten Monate aussichtslos sei, herüberzukommen, denn es

fuhren nur drei neutrale Passagierdampfer in jeder Woche, die überhaupt in Frage kamen, zwei Italiener, ein Holländer, und würden natürlich zuerst die Aktiven und Reserven der verschiedenen Truppenteile und Chargen herübergeschickt.

Ende April 1915 erhielt ich endlich die Nachricht, mich wegen der Überreise beim Minister-Residenten Owe von Wachendorf in Montevideo zu melden. Der Minister selbst teilte mir allerdings mit, daß er von Berlin strenge Instruktion erhalten hätte, die Überfahrten so viel wie möglich einzuschränken, da in der letzten Zeit zu viel Überfahrende von den Engländern und Franzosen interniert worden waren, man also die Überreise als zu unsicher hielt.

Sein Sekretär sagte mir endlich nach langem Verhandeln, daß es in Buenos Aires Leute gäbe, die, für schweres Geld allerdings, echte neutrale Pässe besorgten. Ich sollte mich nur an den Hauswart des Seemannsheims in B. A. wenden und ihm ein bestimmtes Stichwort sagen, durch welches ich mich ihm gegenüber ins Vertrauen setzen könnte. Dieser Seemannsheimwart, der sich als alter Seebär und Kapitän entpuppte, prüfte mich auf Herz und Nieren bezüglich meiner Verschwiegenheit und Zuverlässigkeit und versprach mir, mich am nächsten Tage mit dem betreffenden Manne bekannt zu machen, der mir den Paß besorgen würde. Am folgenden Tage wurde ich dann auch durch einen Chauffeur mit seinem Wagen kreuz und quer durch B. A. in einen Vorort gefahren, wo mir ein polnischer Jude als der betreffende Paß-Schieber vorgestellt wurde.

Das erste nun war, daß er den Preis des PASSES festlegte, und zwar 1000 M, die Hälfte davon sofort auszahlfar. Nach schneller Erledigung dieses Aktes, fragte er mich nach meinen Verhältnissen aus, studierte meine Phisionomie und meine Person und versprach mir, in sechs Tagen einen ordnungsmäßigen Paß zu besorgen, von welcher Nation und unter welchem Namen, das alles könnte er erst durch Erkundigungen erfahren. — Ich mußte ein spanisches Hotel aufsuchen, jeden Verkehr mit den Deutschen meiden und so viel wie möglich auf meinem Zimmer bleiben. Der Kerl besuchte mich jeden Tag ein- und zweimal, vervollständigte meine spanischen Sprachkenntnisse und Sitten und brachte mir auch spanische Bücher. Abends mußte ich mit ihm ausgehen, um mich in meinem Benehmen als Spanier noch sicherer zu machen.

Endlich am sechsten Tage kam er mit dem definitiven Resultat: in Montevideo, in einem Sanatorium, liegt schwerkrank an Typhus ein gewisser A. S. Derselbe hatte mein Alter und meine Figur und würde mein Paß auf diesen Namen und die Nationalität eines Uruguayers ausgestellt werden. Der Polack hatte Beziehungen zu dem ersten Sekretär des Uruguayer Generalkonsuls

in B. A., bei welchem er auch durch Bestechung erreichte, daß dieser seinem Chef bei dem täglichen Vorlegen der Akten zur Unterschrift mein Paßformular unter allen anderen Papieren mit zur Unterschrift vorlegte, allerdings ohne Photographie. So wurde mein Paß regelrecht von der zuständigen Persönlichkeit unterschrieben, später ordnungsgemäß registriert und nummeriert und über Mittag meine Photographie daraufgeklebt und letztere mit den allerdings unrechtmäßig angeeigneten Stempeln versehen.

Da ich mit dem „Re Victorio“, einem italienischen Dampfer, fahren wollte, mußte ich den Paß noch vom italienischen Konsul gegenzeichnen lassen. Dieser ließ mich fast eine Stunde im Vorzimmer warten, woraus ich entnehmen konnte, daß er sich erst bei der U'er Behörde über die Echtheit informieren wollte. Es konnte ihm die Richtigkeit natürlich nur bestätigt werden und so erhielt ich anstandslos die Unterschrift gegen eine Gebühr von 1 Lst.

Der Polack war fast immer mit mir zusammen und redete mich alle Augenblicke mit meinem neuen Namen an, um mich daran zu gewöhnen, an meiner Wäsche mußte der Name insofern geändert werden, als das „v“ und die Krone herausgetrennt werden mußten, aus den Hosen wurden die Knöpfe mit deutschen Musterzeichen usw. entfernt und durch solche ohne Ursprungszeichen ersetzt, alle anderen Sachen wie Papiere, Korrespondenzen, Wertsachen, Ringe, Manschettenknöpfe usw. wurden zusammengepackt und habe ich heute noch in meinem Geschäftshause in B. A. aufgespeichert.

Ich besorgte mir endlich einen Fahrschein für den Dampfer, suchte mir eine kleine, möglichst abgelegene Kabine aus und hoffte durch einen besonders warmen Händedruck bei dem Agenten zu erreichen, allein gelassen zu werden, was er mir auch versprach.

Endlich, am 14. Mai, sollte der „Re Victorio“ den Hafen verlassen. Der Polack brachte mich allerdings schon um 8 Uhr morgens an Bord und merkte ich bald, wozu dieses frühe Anbordgehen gut war.

Gegen 10 Uhr füllte sich der Kai mit sich verabschiedenden Reisenden, unter denen mir der Polack verschiedene Physiognomien zeigte, die ihm als Spione bekannt waren, besonders machte er mich auf eine Frau aufmerksam, die sich in der Tat dann auch als Passagier an Bord an uns heranzumachen suchte.

Kurz vor Abgang des Dampfers öffnete sich meine Kabine und herein trat ein Herr, der sich mir als Paraguayer vorstellte und mir von vornherein den Eindruck machte, als wenn er sich unter denselben Verhältnissen an Bord befände als ich. Wir spielten beide uns krampfhaft die Komödie als Südamerikaner vor, sprachen uns gegenseitig spanisch an und versuchten, das gegenseitige Vertrauen zu gewinnen. Wegen des unsicheren Gefühls blieben wir den ganzen Abend und die Nacht in unserer Kabine, und stellte es sich bald heraus, daß mein Kabinengenosse ein deutscher Reserveoffizier aus Süddeutschland war.

Die Fahrt selbst verlief in den ersten Tagen vollkommen harmlos und normal, nur wurden uns unangenehme Momente bereitet durch die an Bord mitfahrenden deutschen Frauen und Fräuleins, die immer und immer wieder behaupteten, uns als Deutsche zu kennen und so durch ihr Benehmen die Aufmerksamkeit der anderen Reisenden auf uns lenkten, und erst nach ziemlich grobem und energischem Ableugnen unsererseits endlich pikiert Leine zogen.

Von Rio de Janeiro waren durch Funkensprüche alle möglichen Nachrichten verbreitet über eine Kriegserklärung Italiens an Deutschland und Österreich, und da wir ja nach Italien fahren wollten, hing natürlich von der definitiven Sachlage unser glückliches Ankommen in Deutschland ab. In Rio endlich hörten wir durch Extrablätter das Faktum der Kriegserklärung Italiens an Österreich, und war uns in dem Moment schon schwül zumute, wie unsere Reise noch enden sollte. Auch hatte nach Aussagen der Besucher an Bord die Lusitania-Affäre uns Deutschen in Brasilien großen Schaden getan, es sollen auf Deutsche und sogar aufs deutsche Konsulat Steine geworfen worden sein.

Die Weiterreise wurde interessant unterbrochen durch die ganz eigenartigen Funkensprüche über ganz unglaubliche Siege der Italiener über Österreich nach so kurzer Zeit der Kriegserklärung. Jedesmal, wenn ein derartiges Telegramm angeschlagen wurde, fühlten sich die Italiener an Bord veranlaßt, Spumanti zu trinken und El viva zu rufen, und äußerten schon in phantastischer Weise, bei Ankunft in Genua ihre Truppen bereits in Wien zu wissen. Aber eigentümlicherweise konnte man immer noch die Anerkennung und gewisse Hochachtung gegenüber den Deutschen feststellen.

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

England.

Im englischen Oberhause brachte Lord Newton die Frage der Not der in Internierungslagern in Ägypten befindlichen deutschen und österreichischen Staatsangehörigen zur Sprache, die früher in Palästina wohnten. Es handle sich, so führte er aus, um rund 2000 Personen, zumeist ältere Leute, Frauen, Kinder, Anhänger der Templersekten. Es sei behauptet worden und diese Behauptung sei hoffentlich unrichtig, daß die Internierten nicht früher freigelassen würden, als bis sie erklärt hätten, daß sie mit der Rücksendung nach Deutschland einverstanden seien. Lord Stanmore antwortete für die Regierung, er könne noch keine Mitteilung über die Frage der Rückkehr der Internierten nach Palästina machen, wenn sich auch die Regierung bereits mit der Frage befaßt habe. Der Anfrager erklärte diese Antwort für unbefriedigend, er werde nächstens auf die Sache zurückkommen.

Tschecho-Slowakei.

Aus Prag berichtet man über die Präsidentenwahl durch die neugewählte Nationalversammlung, Kammer und Senat. Bei allen tschechischen Parteien stand die Wiederwahl des Präsidenten Masaryk von vornherein fest. Allein das tschechische Sprachengesetz hatte eine derartig aufreizende Wirkung auf die deutschen und magyarischen Abgeordneten, die ursprünglich den Saal vor der Wahl verlassen wollten, daß es ohne lauten Protest nicht abging. Der die Wahl leitende Präsident durfte nur tschechisch sprechen, was ihn für viele deutsche Abgeordnete vollständig unverständlich werden ließ. Die Namen der deutschen und magyarischen Abgeordneten wurden nebst den Vornamen nur in tschechischer Übertragung vorgelesen, wobei es sehr lebhaft Zwischenrufe absetzte. So wurden 61 gegnerische Stimmen abgegeben, die auf den Rektor der Prager Universität, Professor Nägele, einen geborenen Württemberger und katholischen Priester, fielen. Die deutschen Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab. 6 tschechische Stimmen wurden für einen Kommunistenführer abgegeben. So erhielt

Präsident Masaryk von 423 abgegebenen und 411 gültigen Stimmen nur 284.

Über die Sitzung wird weiter gemeldet: Während der Verlesung der Namen der Abgeordneten und Senatoren, deren Taufnamen auch bei den Deutschen und Magyaren in tschechischer Sprache verlesen wurden, kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Die Deutschen riefen: „Wir bitten, auch Deutsch! Das verstehen wir nicht!“ Als der deutsche Abgeordnete Burian mit „Frantischek“ aufgerufen wurde, sagte er: „Ich heiße Franz!“. Der Abgeordnete Halmreich wurde mit „Jindrich“ aufgerufen. Er rief: „Ich protestiere gegen diese Verunstaltung meines Namens!“ Der Führer der deutschen Nationalsozialisten Knirsch wurde mit „Jan“ titulierte. Abgeordneter Patzelt rief: „Die Freiheit könnt Ihr uns nehmen, aber die Namen nicht!“ Als Dr. Lodgman zur Wahlurne schritt, begleiteten ihn seine Parteigenossen mit Hoch- und Heilrufen. Abgeordneter Mayer, mit „Frantischek“ aufgerufen, rief: „Ich bin der deutsche Mayer Franz!“ Ebenso der Abgeordnete Pittinger: „Ich wurde als Deutscher geboren und heiße Franz!“ Abgeordneter Schollich, der mit „Arnoscht“ aufgerufen wurde, protestierte: „Ich verbitte mir das, ich heiße Ernst!“ Der magyarische christlich-soziale Abgeordnete Tobler rief, bevor er seinen Platz verließ, in deutscher Sprache in den Saal: „Hoch das Selbstbestimmungsrecht, das primäre Recht der Völker gegen Gewalt!“ Später wurde diese Übung abgestellt und der Name des Senators Hartl wurde schon deutsch aufgerufen, was auf deutscher Seite mit den Rufen „Endlich!“ aufgenommen wurde.

Der deutsch-parlamentarische Verband, der 4 bürgerliche Parteien umfaßt, einigte sich dahin, einen Dreimännerrat an die Spitze des Verbandes zu stellen, der aus den Abgeordneten Krepek, dem Senator Dr. Vetter-Lilie und dem Abgeordneten Lodgmann besteht. Der letztere wird zunächst als Präsident gelten, die Präsidenten sollen der Reihe nach abwechseln.

Polen.

Die „Lodzer Freie Presse“ stellt als Resultat der Wahlen in Pommerellen fest, daß 6 neue deutsche Abgeordnete gewählt sind. Damit steigt die Zahl der deutschen Sejm-Abgeordneten auf 8. In Graudenz sind auf sämtliche polnischen Listen 126 949 Stimmen, auf die deutsche Liste 63 143 Stimmen entfallen. Von den deutschen Stimmen sind 85 % auf die Liste der deutschen Vereinigung gefallen, die somit 4 Abgeordnete, die Herren Guspächter Haßbach, Schulrat Datschkow, Kaufmann Lüdicke und Pastor Bartschkowski stellte. In Thorn sind jedenfalls 2 Abgeordnete, die Herren Steuermann Heske und Lehrer a. D. Splitt gewählt.

Im polnischen Reichstag sind die Deutschen Kongreß-Polens, die ungefähr 500 000 Seelen zählen, nur durch zwei Abgeordnete vertreten. Bei besserer Vertretung, Geschlossenheit des Deutschtums und stärkerer Wahlbeteiligung hätten sie es auf 4–5 Sitze bringen müssen. Zur Bildung einer Fraktion im polnischen Reichstag sind freilich 12 Mandate nötig. Nun ziehen aber nach den Wahlen in Pommerellen, auf die wir noch zurückkommen werden, jedenfalls 6 neue Deutschtumsvertreter ein, deren Zahl auch bei Geschlossenheit der Deutschen auf vielleicht 8 zu bringen gewesen wäre. Immer ist die Fraktionszahl noch nicht erreicht, was bedeutet, daß keine selbständigen Anträge und Interpellationen eingebracht werden können. Wenn aber nach einiger Zeit auch im posenschen Gebiete gewählt werden wird, kann die Zahl der deutschen Abgeordneten vielleicht doch so steigen, daß auch der polnische Reichstag einmal eine selbständige deutsche Fraktion erleben wird.

Lettland.

Die 6 Vertreter der deutschen Minderheit in der lettländischen konstituierenden Versammlung sind die Herren Dr. Paul Schiemann, Rechtsanwalt Magnus, Kluge, Knapp, von Fircks und Oberpastor Keller. Die Wahl der 6 Herren beruht auf einer Verständigung der deutschen Parteien untereinander.

Rumänien.

Von den Wahlen in Siebenbürgen wird gemeldet, daß sie mit einem großen Erfolge für die Deutsche Volkspartei endeten. Ihr Führer Rudolf Brandsch wurde in Hermannstadt mit imponierender Mehrheit gewählt. Im Baasener Wahlkreise wurde Michael Ambrosi gewählt, dem kein Gegenkandidat gegenüberstand. In Mediasch siegte Dr. Binder mit annähernd 1500 Stimmen Mehrheit über den Kandidaten der Averescu-Partei. In Schäßburg, wo der Kampf besonders hart war, da die Averescu-Partei unverständlicherweise der deutschen Volkspartei einen nationaldeutschen Kandidaten gegenüber gestellt hatte, siegte der Volkspartei-Kandidat Dr. Roth mit 2500 Stimmen Mehrheit bei 5500 abgegebenen Stimmen über den besagten Herrn Bodendorfer; hier haben nur 12 Sachsen ihr Wahlrecht nicht ausgeübt und zwar weil sie verreis waren, die übrigen Wahlberechtigten haben ausnahmslos abgestimmt. In Bistritz siegte Dr. Arthur Connerth ohne Gegenkandidat, im Zeidener Wahlkreis wurde Fritz Connerth gewählt. Trotz dieser Erfolge wurde darüber geklagt, daß die Volksorganisation der Sachsen in den national umstrittenen Kreisen sehr versagt habe. Vielfach wurde die Parole des deutschen Volksrats nicht befolgt, so daß zum Teil sozialistische Kandidaten über diejenigen rumänischen Kandidaten siegen konnten, die deutschfreundliche Erklärungen abgegeben hatten. Wesentlich zersplitterter gestaltete sich die Wahl im Banat, wo sich eine ungarisch-deutsche Autonomie-Partei der deutschen Volkspartei gegenüberstellte, die in Modosch ihren Führer Dr. Kaspar Muth durchbrachte. In Neu Arad siegte der deutsche Sozialist Josef Mayer, in Temesvar der Sozialist Geistlinger. Der in Billed gewählte Professor Kräuter hat zu den Parteien noch keine bestimmte Stellung genommen. Die Spaltung zwischen Volkspartei und Autonomie-Partei scheint, wie aus einem Artikel des siebenbürgischen Führers Dr. Brandsch in der Hermannstadter „Tagespost“ hervorgeht, mehr auf persönliche als auf politisch-sachliche Motive zurückzuführen zu sein.

In einer großen Wahlversammlung zu Hermannstadt wurde am 16. Mai der Vorsitzende der deutschen Volkspartei Rudolf Brandsch einstimmig wiederum zum Kandidaten bei den am 4. Juni stattgefundenen Wahlen ernannt. In einer groß angelegten Wahlrede rechtfertigte er seine Politik des Anschlusses an Rumänien, des Tages von Mediasch, des 8. Januar 1919, die er eine kluge und notwendige politische Tat nannte, hob hervor, daß es gelungen sei, in der deutschen Volkspartei alle deutschen Gruppen unter einen Hut zu bringen und das deutsche Bewußtsein in der Bevölkerung zu decken. In der Versammlung sprach auch der Führer der Sozialisten, ihr Kandidat, Rudolf Mayer, doch fand er hier, wie auch in den bäuerlichen Gemeinden des Kreises anscheinend wenig Anklang.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen haben die Wahlen in Rumänien etwa 64 Prozent der Mandate für die Regierung gebracht, 158 von 248 Mandaten. In der Bukowina wurde der verdienstvolle Obmann des deutschen Volksrats, Dr. Kohlrub in die Kammer gewählt, der durch seine Tätigkeit für die Einheit des deutschen Volkstums in Groß-Rumänien bekannt geworden ist. Auch in Belarabien sind drei Deutsche gewählt,

Johann Gerstenberger, Andreas Widmer und Johann Wagner, die zwar auf verschiedenen Wahllisten standen, aber in völkischen Fragen doch mit den andern Deutschen zusammengehen werden. Die Wahlen in Siebenbürgen und im Banat fanden eine Woche später statt. Da die Kammer insgesamt 366 Abgeordnete zählen wird, fehlten also der Regierung nach den Wahlen in Alt-Rumänien, in der Bukowina und Beßarabien noch 26 Stimmen zur absoluten Mehrheit.

In Beßarabien rüsteten die deutschen Bauern zur Wahl. Es kommt ihnen jetzt zu statten, daß sie in der wacker geleiteten und von Herrn Rittmeister Bibescu ebenso wacker zensurierten „Deutschen Zeitung Beßarabiens“ ein wenn auch kleines und nur wöchentlich erscheinendes, so doch aufrechtes und selbstbewußtes Organ haben. Es heißt in einem Leitartikel der Zeitung: „Es geht um etwas viel wichtigeres (als um Landfrage!), um etwas, das uns viel mehr am Herzen liegt: Unser Deutschum steht auf dem Spiel. Die Wahlen werden die Entscheidung darüber bringen, ob wir auch in Zukunft deutsche Bauern bleiben dürfen und ob unsere deutsche Kirche und Schule, ob unsere deutschen Gemeinden im Staate grundsätzliche Anerkennung und Berechtigung finden werden oder nicht. Unsere heutige Staatsverfassung kennt noch keine Minderheitsrechte und es wird die Hauptaufgabe des neuen Parlaments sein, diese Lücken in der Gesetzgebung unseres Landes auszufüllen.“ Das Blatt empfiehlt das Eintreten für die Bauernpartei, die den beiden ihr angeschlossenen deutschen Kandidaten freigestellt habe, sich nach der Wahl der „Deutschen Volkspartei Groß-Rumäniens“ anzuschließen. Allerdings berichtet die Zeitung von einer Sitzung des deutschen Komitees am 14. und 15. Mai in Tarutino, daß dort viel Parteizersplitterung sich breit gemacht habe und daß die unpolitischen Deutschen auf den plumpesten Wahlschwindel hereinfielen. So habe das Komitee darauf verzichten müssen, eine eindeutige Wahllosung auszugeben und habe sich auf die Empfehlung zweier Parteien, der Bauernpartei und der Avareskupartei beschränkt, die freilich wenig oder gar nichts gemeinsames an sich haben.

Persien.

Der deutsche Konsul in Täbris hat seine Standhaftigkeit und Treue mit dem Tode bezahlen müssen. In Täbris, der wichtigsten Handelsstadt Persiens, wurde 1909 eine Konsular-Agentur errichtet, die im Februar 1914 zum Konsulat unter der Leitung Konsul Littens umgewandelt wurde. Seit August 1918 war Konsul Wustrow Verweser des Konsulats, der zuerst Dragoman in Konstantinopel und Teheran, später Konsul in Mossul und Schiras war und über zwei Jahrzehnte im Orient zugebracht hat. Er hatte, wie aus den jetzt vorläufig noch schwer zu übersehenden Telegrammen hervorgeht, eine Anzahl von persischen Flüchtlingen ins Konsulat aufgenommen und ihnen das im Orient übliche Asylrecht der fremden Vertretungen zukommen lassen. Die Regierung verlangte die Herausgabe, Konsul Wustrow weigerte sich aber und erklärte, daß er bei einem Angriff auf das unverletzliche Domizil des Konsulats nur der Gewalt weichen werde. Daraufhin umzingelten die Perser das Grundstück mit Bewaffneten. Nach einer Meldung soll Konsul Wustrow es alsdann in den Verteidigungszustand gesetzt haben. Außer ihm befanden sich noch Stabsarzt Dr. Schütz und die Deutschen Krefß, Rogge und Kenkmann im Hause. Reuter meldet nun, daß die Belagerung durch die Anhänger der persischen Demokratie bis zum 4. Juni dauerte und daß die Demokraten die Auslieferung der im Konsulat geschützten Bolschewisten forderten. Der Konsul habe aus einem Maschinen-

gewehr auf die Menge schießen lassen, worauf diese das Feuer erwiderte und ins Konsulat eindrang. Konsul Wustrow wurde durch einen Schuß von außen getötet. Der persische Gesandte in Berlin hat der deutschen Regierung einen Trauer- und Entschuldigungsbesuch gemacht.

KLEINE NACHRICHTEN

Direktor Hans von der Planitz in Kristiania, einer der ältesten und angesehensten Deutschen in Kristiania, feierte am 9. April das Fest seines 70. Geburtstages. Er war Gegenstand besonderer Ehrungen. Der norwegische Brauerbund ernannte ihn zum Ehrenmitglied, die deutsche Gesellschaft ließ durch ihren Vorstand Glückwünsche übermitteln, der Zentralausschuß der deutschen Gemeinde in Kristiania entsandte zur Beglückwünschung seinen Vorstand. Der Jubilar hat die Kriege 1866 und 1870 mitgemacht, er war auch als Artillerist der päpstlichen Truppe in Rom an den Kämpfen 1867 und 1870 gegen die Italiener beteiligt. Später studierte er das Brauereiwesen und übernahm die Leitung einer der größten Brauereien in Norwegen. Große Jagdfahrten führten ihn nach Abessinien und ins Innere Afrikas. Die Engländer haben ihn im Kriege nicht wenig schikaniert, weil sein Sohn als Offizier in Deutschland diente.

Geh. Sanitätsrat Dr. O. Peters-Davos †. Mit Geheimrat Dr. Peters starb am 26. Mai ein Mann, dessen Name nicht nur mit dem Aufstieg des Kurortes Davos untrennbar verknüpft ist, sondern ein Führer der starken deutschen Kolonie von Davos, einer jener Deutschen, die auch in der Fremde nie ihre Heimat vergaßen. Am 22. Juli 1853 in Brunsbüttel (Holstein) geboren, besuchte er die Schulen in Altona und Kiel und kam nach in Kiel und Würzburg absolvierten Studien im Oktober 1878 nach Davos als Assistent von Dr. Alexander Spengler, dem Gründer von Davos, dessen Tochter er im Sommer 1880 heiratete. Vom gleichen Zeitpunkt an wirkte er bis 1884 als Landschaftsarzt, brachte die Sommer 1884—1890 in Borkum zu, um den Unterschied zwischen dem Einfluß des Hochgebirgs- und des Seeklimas auf die Heilung der Tuberkulose zu studieren, leitete dann neben einer umfangreichen privatärztlichen Tätigkeit das Sanatorium Schweizerhof in Davos-Platz und betreute vor allem auch das Fridericianum (siehe auch den Artikel in dieser Nummer) mit seiner reichen Erfahrung. Seine vielseitigen wissenschaftlichen Verdienste fanden Würdigung durch verschiedene hohe Auszeichnungen.

Seine unermüdete Arbeitskraft betätigte sich aber auch vor allem auf sozialem Gebiete in der Fürsorge für seine Landsleute. Er gehörte dem Deutschen Klub seit seiner Gründung an und war einer jener fünf deutschen Herren, die im Jahre 1897 für die Deutsche Heilstätte in Davos-Wolfgang die Werbetätigkeit mit so reichem Erfolg eröffneten, daß im Jahre 1901 die Anstalt eröffnet werden konnte, in deren Vorstand er bis zuletzt tätig war. Besonders machte er sich um die evangelische Kurgemeinde verdient, deren Vorsitzender er von 1911 bis 1917 war. Die Kurgemeinde steht in enger Verbindung mit dem Alexanderhaus, dessen Verwaltungsrat er von 1901 an bis zu seinem Tode präsierte. Ferner war er Mitglied des Kriegsfürsorgeausschusses für die deutschen Internierten, ihm wurde als einzigem deutschen Arzt von schweizerischer militärischer Seite die Leitung eines Militärsanatoriums für die deutschen Internierten übertragen, gewiß ein schönes Zeichen, wie er es verstanden hatte, bei aller Betonung seines Deutschums durch seinen feinen Takt sich die Sympathien und das Vertrauen der Schweizer zu erwerben.

Noch im vergangenen Jahre wurden die Gesandtschaftsheime in Davos für die deutschen kranken Kinder seiner Leitung unterstellt, eine Arbeit, der er sich mit Freuden unterzog, entsprach sie doch so recht seinem sonnigen, aus einer tiefen Religiosität stets neue Kraft ziehenden Charakter und brachte allein ihm etwas Licht in die dunkle schwere Sorge um sein Vaterland, die innerlich an ihm zehrte. Die Liebe, mit der die Kleinen an ihm hingen, war ihm der schönste Lohn für seine Mühen, die oft über seine Kräfte gingen, so daß der geschwächte Körper einer Grippe nicht mehr standzuhalten vermochte. Ihren Folgen erlag er nach monatelangem Leiden, die ihn nicht hinderten, bis zum letzten Tage unermüdlich am Werke zu sein. Beste deutsche, man möchte fast sagen, altpreussische Tradition war in ihm lebendig, ein eisernes Pflichtgefühl, straffe Selbstzucht, gepaart mit feinstem Verständnis für andere waren ihm eigen, der stets in der Sorge für anderer Wohl seine Aufgabe sah, der unaufhörlich danach strebte, die Ideale, an die er glaubte, in segensvolle Tat umzusetzen. Die deutsche Kolonie von Davos erlitt durch seinen Hingang einen schweren Verlust, die Erinnerung an ihn aber wird lebendig bleiben und als Vorbild und Ansporn fortwirken. Martin Platzter, Davos.

St. Louis. Hermann Ruppelt †. Ein alter deutscher Turnvater ist im Alter von 86 Jahren Ende März gestorben, Hermann Ruppelt, der vor über 40 Jahren aus seiner schlesischen Heimat nach St. Louis kam und sich dort als Buchdrucker niederließ. Er war ein alter 48er, betätigte sich auch als Dichter, sein ganzes Herz aber gehört der Turnerei, in deren Vereinswesen er eine große Rolle spielte.

Missionar Dr. Diehl ist im Alter von 84 Jahren in Südwestafrika gestorben. Er ist mit dem Wachsen und Werden des Schutzgebietes eng verbunden gewesen, bereits 1870 begründete er seine erste Station unter den Hereros, baute dort eine Kirche und diente 40 Jahre lang seiner Gemeinde.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Tondern. Am 30. April fanden in Tondern Verhandlungen zwischen dänischen Mitgliedern der künftigen Schulverwaltung, dem künftigen nordschleswigschen Schulrat und Vertretern des Deutschtums statt, die unter Führung des Pastors Schmidt-Wodder standen. Die Neuorganisation des Schulwesens in dem von den Dänen annektierten Gebiet kam zur Sprache. Den deutschen Gemeinden solle Freiheit gelassen werden, deutsche Schulen einzurichten, neben der deutschen Sprache soll auch ein vierstündiger dänischer, allerdings freiwillig zu besuchender, Sprachunterricht eingeführt werden. Von deutscher Seite wurde betont, daß man nicht nur Freiheit wünsche, sondern vor allen Dingen Pflege der deutschen Kultur, des deutschen Geistes. Zu einer letzten Verständigung kam es, den „Schleswiger Nachrichten“ zufolge, noch nicht.

Posen. Gründung eines deutschen Privatgymnasiums. Wie der Vorstand des Deutschtumbundes bekanntgibt, gibt der Artikel 8 des Abkommens über den Minderheitenschutz den Deutschen das Recht, auf eigene Kosten Schulen zu gründen und zu leiten, sowie darin ihre Sprache als Unterrichtssprache zu gebrauchen. Demgemäß hat der Deutschtumbund (Volksrat) beschlossen, am 1. September ein humanistisches Privatgymnasium zu eröffnen. Es sollen nur erste Lehrkräfte zum Unterricht herangezogen werden und der Lehrplan dem gleicher Anstalten im Reich gleich sein.

Lodz. Deutsches Gymnasium. Anlässlich eines Besuches der aus Landrat Naumann, Pastor Kammel, Dr. Löwenthal und Dr.

Scholz bestehenden Abordnung des Deutschbundes beim Landtagsmarschall und Senatspräsidenten, fand auch eine Besichtigung des deutschen Gymnasiums zu Lodz statt. Das Gymnasium ist eines der schönsten Gebäude von Lodz und wird von 800 Knaben und 400 Mädchen besucht. Die Eltern der meisten Kinder sind in der Stadt ansässige Fabrikangestellte, während die 60—70 000 deutschen Kolonisten, die die Dörfer der Umgebung bewohnen oder bilden, nur wenige ihrer Sprößlinge senden. Das Schulgeld wird zwar gern bezahlt, stellt sich aber sehr hoch und beträgt jährlich 700—1300 Mark.

Polnische Toleranz. Der Sejm-Abgeordnete Oskar Friese berichtet in der „Lodzer Freien Presse“, daß der Volksschullehrer an der deutschen Schule in Czyzminek plötzlich mitten im Schuljahr nach einer anderen Gemeinde versetzt wurde, wo eine angeblich größere Schülerzahl vorhanden war, ohne daß man der alten Gemeinde einen neuen Lehrer stellte. Sie würde sich schon einige Zeit ohne Lehrer behelfen können, war die Antwort des Schulinspektors, der aber zusagte, einen Lehrer bestellen zu wollen, wenn man ihm einen geeigneten Kandidaten nenne. Darauf reichte ein Lehrer aus Chelm, der selbst Lehrer- und Hauslehrerexamen bestanden hat, ein von der ganzen Gemeinde unterstütztes Gesuch ein, das aber abgelehnt wurde, weil der Lehrer die nötige Qualifikation nicht besitze. Dabei hat der Lehrer das evangelische Lehrerseminar besucht und vor einer amtlichen polnischen Prüfungskommission das Examen bestanden. Das ist die Toleranz der polnischen Behörden!

Pabianice. Auf der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1919 war der vom Präsidenten gestellte Antrag auf Einstellung der Subventionierung deutschsprachiger Volksschulen vom 1. Januar 1920 ab mit 29 gegen 2 Stimmen angenommen worden. Rechtmäßig ist dieser Beschluß nicht zu halten, die Eltern der deutschen Kinder haben ihre Deklaration bestimmungsgemäß abgegeben. Die deutschen Sejmabgeordneten haben deshalb beim Kultusministerium Protest erhoben und daraufhin ist nunmehr vom Selbstverwaltungsdepartement der Lodzer Wojewodschaft dem Magistrat in Pabianice, wie auch der Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten ein Schreiben zugegangen, wonach jener Magistratsbeschluß als aufgehoben erklärt wird. Die Verwaltung der Stadt wird aufgefordert, gesetzmäßig für die deutschen Schulen zu sorgen.

Ein deutsches Fest in Beßarabien. Am 23. Mai sollte der König von Rumänien die Landeshauptstadt Tarutino besuchen und von der deutschen evangelischen Kirche und Schule bewillkommen werden; er konnte wegen des Regens in seinem Auto nicht kommen. Am Nachmittag fand trotzdem ein großes Schulfest im Tarutiner Knaben-Gymnasium statt, ein Basar, der sich „Das deutsche Buch“ nannte. Alle Einnahmen waren zum Einkauf deutscher Schulbücher bestimmt. Am Nachmittag hielt der Schuldirektor, Pastor Roemnick, eine Festrede, an die sich Schülervorträge und Gesänge anschlossen. Am 24. Mai gab es ein großes Schulvolksfest, dem sich ein geselliges Beisammensein der Schüler, Eltern und Gäste anschloß. Eine große Verlosung von Schülerarbeiten brachte erklecklichen Gewinn.

Riga. Es ist gelungen, die 120 000 Rubel für die Fortführung der deutschen Schularbeit hier aufzutreiben. Dadurch ist das Dasein der deutschen Schulen zunächst gesichert.

Paraguay. Die deutsche Schule in Concepcion (Realschule mit Vorschule und Kindergarten) kann das abgelaufene Schuljahr 1919 als ganz besonders wichtig bezeichnen, da in ihm trotz Verzichts auf die frühere Reichsunterstützung der Gedanke der Begründung eines Schülerheims in die Tat umgesetzt wurde.

Seine Eröffnung fand am 1. März 1920 statt. Es soll außerhalb Concepcions wohnenden Eltern ermöglichen, ihre Kinder die deutsche Schule besuchen zu lassen. Unter den Stiftern für das Heim stehen Herr A. Junge mit \$ 30 000, sowie der Deutsch-Chilenische Bund und der Ausschuß der freiwilligen Kriegsspende zu Concepcion mit je \$ 10 000 an erster Stelle. Die Zahl der Schüler betrug im abgelaufenen Jahre 234, mehr als je seit Bestehen. Von diesen waren 119 Kinder reichsdeutscher Eltern und 93 Kinder von Deutsch-Chilenen. Der Lehrkörper bestand aus 13 Personen. Der von Direktor Krautmayer erstattete Bericht über 1919 zeigt erfreulicherweise, daß die deutsche Schule in Concepcion ihren schönen Aufgaben voll gewachsen ist.

Die deutsche Schule in Südwesafrika. Am 29. März erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Malan im Unionsparlament der Premier-Minister Smuts, die frühere Regierungsschule von Deutsch-Südwesafrika würde ab 1. April tatsächlich von der Regierung der Union übernommen. Mit dem klassenweisen Aufstieg solle die deutsche Unterrichtssprache wegfallen, von 1924 an werde nach der Wahl der interessierten Eltern nur noch holländisch oder englisch unterrichtet werden. Doch stehe es den Eltern auch frei, Privatschulen aufzumachen. Die Regierung habe gegen das Verbleiben der deutschen Regierungslehrer im Lande nichts einzuwenden, falls sie angemessene Beschäftigung fänden. Schulinspektor Voigt sei von der neuen Verwaltung übernommen worden und werde im Dienste bleiben. Die Gesamtzahl der nach Deutschland zurückgekehrten Deutschen sei 3288 Männer, 927 Frauen und 1483 Kinder, einschließlich der Militärpersonen, Staatsbeamten u. Angehörigen der Landespolizei.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Professor Einstein hat bei seinem ersten Vortrag in Leyden einen außerordentlich warmen Empfang bekommen. Sein Versuch, die Relativitätstheorie vor einem breiten Publikum zu begründen, schien großen Erfolg zu haben.

Rudolf Eucken ist von seiner Vortragsreise nach Norwegen zurückgekehrt, die ihn nach Kristiania und Drontheim führte und auf der er in zahlreichen Vorträgen seinen idealistischen Aktivismus verkünden konnte. Der deutsche Klub in Kopenhagen veranstaltete bei seiner Rückkehr und Durchfahrt einen Begrüßungsabend, an dem Eucken vor zahlreichen Auslandsdeutschen und geladenen dänischen Gästen sprechen konnte.

Prag. Deutsches Theater. Wir berichteten von einem Festabend im Deutschen Theater zu Ehren des Staatspräsidenten, der bei dieser Gelegenheit der deutschen Kunst, auf eine Ansprache des Direktors hin, bestes Gedeihen wünschte und sich selbst als Freund der deutschen Kultur bezeichnete. Was aber gab man als Festvorstellung im Deutschen Theater? Der „Deutschen Arbeit“ entnehmen wir, daß es Puccinis „Madame Butterfly“ war! Wenn das Deutschtum Prags so wenig Rückgratfestigkeit auch in künstlerischen Angelegenheiten zeigt, darf man sich nicht wundern darüber, daß ein national so selbstbewußtes Volk, wie die Tschechen, es mißachten und mit Füßen treten.

Die Berliner Philharmoniker in Dänemark. Nikisch hat mit den Berliner Philharmonikern unter begeisterten Kundgebungen ein viertägiges Gastspiel abgeschlossen. Der erste Abend war Beethoven und Schubert, der zweite Abend Richard Strauß und Tschaikowsky gewidmet, der letzte Abend war mit Kompositionen Richard Wagners besetzt. Vom Programm des zweiten Abends wurden anfangs geplante Werke französischer

Komponisten wieder entfernt und durch deutsche ersetzt. Nikisch erklärte Zeitungsausfragern, das sei geschehen, weil die Franzosen nach Drucklegung der Programme Frankfurt und den Maingau mit Senegalnegern besetzt hätten und weil vor 14 Tagen, als Richard Strauß in London dirigieren sollte, die englische Presse einen derartigen Hetzfeldzug gegen die deutsche Musik eröffnet habe, daß diese Musik wieder vom Programm verschwinden mußte. Unter diesen Umständen könne man weder dem Dirigenten noch dem deutschen Orchester zumuten, französische Werke zu spielen.

Das Berliner Philharmonische Orchester feierte unter Nikisch Triumphe bei seinem ersten Konzert. Trotz der hohen Eintrittspreise verbleibt selbst bei ausverkaufter Saale ein Defizit von 60 000 Mk., das ein deutscher Mäzen zeichnete, um Nikisch wieder Gelegenheit zu geben, seine Philharmoniker in der Welt zu zeigen. Nikisch wurde mit Beifall überschüttet. Dreimal erhob sich spontan das ganze Publikum und brach in begeisterte Kundgebungen aus.

Frau Krauß-Adema, die Gattin des Dichters Ernst Krauß, ist auf ihrer Konzertreise zusammen mit dem Klaviervirtuosen Johannes Röntgen in Java, Borneo, Celebes und Bali aufgetreten und überall von ausländischen und einheimischen Persönlichkeiten mit Beifall aufgenommen worden, so daß sie ihre Reise auch nach Java fortsetzen wird.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Lodz. Vereinigung deutschsinger Gesangsvereine in Polen.

Am 13. Mai fand die Jahreshauptversammlung statt, zu der 18 Vereine Delegierte entsandt hatten, die 140 Stimmen vertraten. Der Vorsitzende, Herr Ludwig Wolff, eröffnete die Sitzung und leitete die Verhandlungen. Er selbst wurde wieder als Vorsitzender, Musikdirektor Adolf Kähler zum Liedermeister gewählt. Anfang November soll ein großes Konzert stattfinden, das über zwei Tage sich erstrecken soll. Die Vereinigung will auch mit den Gesangsvereinen derjenigen Landesteile in Fühlung treten, die jetzt an Polen gefallen sind.

Rotterdam. Das deutsche Seemannsheim veröffentlichte einen Bericht über das Jahr 1918 und die Kriegszeit, den ersten seit 1913. Wir entnehmen ihm, daß das Heim erfreulicherweise während der ganzen Kriegszeit offen gehalten werden konnte. Selbstverständlich war die Zahl seiner Besucher aus dem früheren Stammkreise deutscher Seeleute gering. Um so mehr wurde seine Gastlichkeit von Durchreisenden, aus England in die Heimat ausgewiesenen Landsleuten in Anspruch genommen. Auch den aus Südwesafrika, Togo und Kamerun über Rotterdam geleiteten Transporten diente das Heim als Kriegsfürsorgestelle. Außerdem wurden in ihm regelmäßige Sprechstunden für Kriegerfrauen und eine Nähstube eingerichtet. Dank der Großzügigkeit einzelner Geber konnte 1918 im Haringsvliet 54 ein eigenes Haus erworben werden, was um so angenehmer empfunden wird, als die Miete für die bisherigen Räume nach und nach um das Dreifache gestiegen war.

Kristiania. Zentralausschuß der Deutschen in Kristiania, Z. D. K. Der Z. D. K. hielt in den verflossenen Wochen einige Sitzungen ab. Ein Unterausschuß wurde gewählt, der die Veranstaltung von Vortragsabenden mit Diskussion im kommenden Winter in die Hand nehmen soll. Viele Bittgesuche aus Deutschland und Österreich mußten leider abgelehnt werden, da der Z. D. K. keinerlei Mittel für Unterstützungszwecke besitzt, auch Sammlungen zurzeit nicht unternehmen zu können glaubt. Mit deutschen Vereinen in den übrigen Städten Nor-

wegens sowie im weiteren Skandinavien soll Fühlung gesucht werden. Schwierig ist die Beschaffung der Geldmittel, die der Z. D. K. für seine Geschäftsführung gebraucht (insbesondere Drucksachen und Porto). Obwohl es sich nur um ganz geringe Summen handelt, reichen doch die bisher gezahlten Beiträge der Landsleute nicht aus.

Kristiania. Deutscher Verein (Germania Loreley). Die Generalversammlung vom 7. April hörte mit Befriedigung von der Zunahme der Mitgliederzahl, so daß der Verein jetzt 70 Mitglieder zählt. Herr Crusen wurde zum ersten, Herr Dohrn zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Ein Tanzabend am 28. April fand außerordentlichen Anklang und soll in Verbindung mit Vortragsveranstaltungen jetzt des öftern wiederholt werden.

Kristiania. Familienabende der deutschen Kolonie in Kristiania. Unsere zwei letzten deutschen Familienabende (der 46. und 47.) waren wohl die bestbesuchten, seitdem wir solche abhalten, es waren jedesmal fast 400 Besucher erschienen. Auf dem Familienabend am 25. März hielt Pfarrer Günther einen Vortrag über Richard Wagners „Fliegenden Holländer“. Dazu bot Herr Handelsrat Winter von der Handelsabteilung des deutschen Generalkonsulats auf dem Flügel musikalische Erläuterungen durch Vorführung der Hauptthemen und größerer Stücke aus der Klavierpartitur der Oper. Nach der Teepause sangen drei Mädchen aus Wien dreistimmig zur Laute österreichische Volkslieder. Zum Schluß wurden im Film vorgeführt eine prächtige Fahrt durch das Inntal (von Herrn Dolle zur Verfügung gestellt), weiter Nürnberg, Volkstrachten im Fläming und Entstehung einer Puppe (von Frau Skodtvedt zur Verfügung gestellt).

Beim letzten Familienabend, vor dem Sommer, sangen deutsche junge Mädchen unter Leitung von Frau Schneider und Frau Günther zweistimmig einige deutsche Volkslieder. Den Vortrag des Abends hielt wiederum Pfarrer Günther und zwar über „Die Meistersinger von Nürnberg“, wohl das deutscheste der Wort-Tondramen Richard Wagners. Am Flügel erläuterte wiederum Herr Winter die Musik. Zum Schluß gab es wieder Filme, von denselben beiden gütigen Spendern zur Verfügung gestellt: zwei Filme mit österreichischen Landschaften (Raxalp und Kamptal), einen prächtigen Film über Rothenburg ob der Tauber und einen lustigen deutschen Zeichenfilm. Im ganzen sind vergangenen Winter vier Familienabende abgehalten worden. Die Teilnehmerzahl ist dauernd gestiegen. Dies zeigt, wie Herr Ing. Hoffmann in einer seiner Ansprachen sagte, deutlich, daß der Familienabendausschuß mit diesen Veranstaltungen noch immer auf dem richtigen Wege ist.

Kristiania. Die Versammlungen deutscher junger Mädchen bei Frau Pastor Günther wurden in diesem Winter immer zahlreicher besucht. An den letzten Abenden beteiligten sich durchschnittlich 35 junge Mädchen. Die sangeskundigen Teilnehmerinnen bildeten einen kleinen zweistimmigen Chor, mit dem Frau Schneider Volkslieder einübte. Anmeldungen zur Teilnahme an den Gesangsübungen sind zu richten an Frau Günther, Ullevoldsveien 58.

Von der deutschen Gemeinde in Bergen. Die „Deutsche Gesellschaft“ veranstaltete eine wohlgelungene Feier zugunsten der Wiener Kinder, die von den deutschen Frauen Bergens gut vorbereitet und zur Freude der Kinder mit recht gutem finanziellen Erfolg durchgeführt wurde.

In einer Sitzung des Komitees zur Abhaltung deutscher evangelischer Gottesdienste wurde konstatiert, daß man mit der Einnahme von 657 Kronen bei nur 607 Kronen

Ausgabe im Jahre 1919 gut ausgekommen war. Pfarrer Günther aus Kristiania hielt am 25. April vor 230 Personen den ersten Gottesdienst im Jahre 1920 ab.

Barcelona. Deutscher Schulverein. Aus dem Bericht für 1918/19 geht hervor, daß die Hauptbetätigung des Vorstandes in der Neugestaltung des Lehrkörpers, in der Heranziehung neuer Lehrkräfte aus Deutschland für die in die Heimat Zurückkehrenden lag. Bei der Neubesetzung der Stellen waren das Auswärtige Amt und der frühere Direktor der Anstalt, Dr. O. Bölit, behilflich. In verschiedenen Sitzungen wurde die Gründung eines Verbandes der deutschen Schulen in Spanien in die Wege geleitet, der sich vorläufig jedoch auf rein techn. Angelegenheiten, wie einheitliche Gestaltung des Lehrplans, des Lehrmaterials und der Prüfungsordnungen an allen deutsch-spanischen Schulen beschränkt. Auf ein an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtetes Gesuch wurde dem Schulverein eine Beihilfe von 93400 Mk. gewährt. Die Beteiligung an dem von der Schule veranstalteten Kurs für Erwachsene zur Erlernung der deutschen Sprache war nicht so groß wie in den früheren Jahren. Am 30. Juni fand die Einjährig-Freiwilligen-Prüfung statt, die von sämtlichen 8 Prüflingen bestanden wurde. Die Schlußfeier gestaltete sich gleichzeitig zu einer Abschiedsfeier für die wieder nach Deutschland zurückkehrenden Lehrkräfte, die sich während der Kriegszeit aushilfsweise zur Verfügung gestellt hatten. Die schulärztliche Untersuchung ergab einen allgemein befriedigenden Gesundheitszustand der Schüler. Der Bericht gedenkt in anerkennender Weise 2 seiner verstorbenen Mitglieder, der Herren Hans Müller und Karl Maurer. Beide haben den Ausbau der von ihnen mitbegründeten Schule in jeder Hinsicht gefördert.

Chile. Bund deutscher Turnvereine. Der Bund plant die Errichtung eines Bismarckturmes als Wahrzeichen ungeborenen deutschen Volkstums und als Ausdruck der Einmütigkeit aller deutschen Kolonien Chiles. Der Turm soll auf den Caracolbergen nahe bei Concepcion aus wetterhartem festem Gestein erbaut werden. Der Blick von da oben schweift weit hinüber bis zur Stätte der Seeschlacht von Coronel und über die Inseln Quiriquina und Talcahuano weg, wo die Besatzung der „Dresden“ und des „Seeadler“ so lange unfreiwillig Aufenthalt nehmen mußten. Der Unterraum des Turmes soll zur Ehrenhalle für alle Chiledutschen, die an den Vaterlandskämpfen teilgenommen haben, ausgebaut werden. Der Bund hat bereits einen Hektar Land auf dem Berg, die dort liegenden Felsgesteine sowie 1000 Pesos von Herrn Artur Junge geschenkt bekommen. Die Gesamtkosten, zu deren Deckung eine Sammlung eingeleitet wurde, werden auf 25000 Pesos geschätzt.

Männergesangsverein Windhuk. Am Mittwoch, den 11. März, hielt der hiesige Gesangsverein seinen ersten Übungsabend für das große Maikonzert ab, woran sich eine außerordentliche Versammlung schloß.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Die Abt. England gibt bekannt:

Den im Januar 1918 aus England ausgetauschten Zivilinternierten wurden bei ihrer Überfahrt von der englischen Behörde in Ermangelung deutschen Wechselgeldes Geldbeträge in englischer Währung abgenommen und ihnen Quittungen hierüber mit dem Vermerk „For which it was not possible to give German money in exchange“ gegeben. Auf unsere Bemühungen hin wurde uns der Gegenwert in deutscher

Währung zu dem am Austauschstage gültigen Kurs zur Einlösung der Quittungen durch das Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt. Soweit sich die betr. Inhaber solcher Quittungen ausfindig machen ließen, ist dieselbe bereits erfolgt. Wir halten jedoch noch weitere Beträge für Personen, deren gegenwärtiger Aufenthaltsort in Deutschland nicht bekannt ist, in unseren Händen und möchten daher versuchen, auf diesem Wege die Betreffenden in den Besitz ihres Geldes gelangen zu lassen. Es ist wohl anzunehmen, daß wenigstens einige dieser Personen Mitglieder einzelner Ortsgruppen sind und durch dieselben entsprechend verständigt werden können. Die Quittungen sind mit dem Stichwort „Separatkonto II“ an den Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung Großbritannien, Irland und britische Kolonien, Berlin SW. 61, Gitschinerstraße 97 (Patentamt) einzureichen.

Von den Landesverbänden.

Hannover. Die Vertreter von 16 vertretenen Ortsgruppen des Bundes der Auslandsdeutschen mit insgesamt 4202 Mitgliedern und 22 Ortsgruppen mit unbekannter Mitgliederzahl, versammelt in Hannover am 28. April 1920 in dem Sitzungssaal des Soldatenheims, Herrenstraße Nr. 8, unterbreiten der Bundesleitung des Bundes der Auslandsdeutschen E. V., Berlin, folgenden Antrag:

1. bei der Regierung vorstellig zu werden, daß den geschädigten Auslandsdeutschen, welche bereits Entschädigungsansprüche gestellt haben, die laut Richtlinien versprochenen 1500 Mark Unterstützung pro Kopf sofort ausgezahlt wird;
2. dahin zu wirken, daß den Obengenannten von Reichswegen ein Schuldschein (Kontobuch oder Rentenpapier) über die volle, nach Prüfung anerkannte, Entschädigungssumme in Auslandswährung, verzinslich mit 5 Prozent vom 1. Januar 1920 ab, ausgestellt wird, der die Zahlungs-termine und Sicherheiten (Eintragung ins Reichsschuldenbuch) bei Umrechnung zum jeweiligen Tageskurse in Mark festlegt.

Falls die Bundesleitung bis zum 15. Mai 1920 nicht befriedigend zu 1 und 2 geantwortet haben sollte, sehen sich die eingangs erwähnten Ortsgruppen genötigt, ihre Ansprüche gegenüber der Reichsregierung direkt durch einen Rechtsanwalt von hervorragendem Ruf durchzudrücken.

Bund der Auslandsdeutschen E. V.: Ortsgruppe Hannover; B. D. A.: Ortsgruppe Hannover, Abt. Entschädigung; Landesverband Braunschweig, Ortsgruppe Bremen, Celle, Essen, Erfurt, Gelsenkirchen, Hameln, Hildesheim, Quedlinburg, Ritze (Altmark), Siegen.

Ihre briefliche Zustimmung erteilten die Ortsgruppen: Alfeld a. d. Leine, Bremerhaven, Burg bei Magdeburg, Darmstadt, Dessau, Dortmund, Elbing, Frankfurt a. d. Oder, Gleiwitz, Göttingen, Halle a. d. Saale, Hannoversch-Münden, Kassel, Krefeld, Königsberg, Liegnitz, Marienburg, Munsterlager, Münster i. W., Nordhausen, Peine.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung wurde nach einem Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Einhorn (Paris) eine Resolution gefaßt, die Auslandsdeutschen, die erst in letzter Stunde von dem Entwurf eines Reichsausgleichsgesetzes Kenntnis erhalten hätten, protestierten einmütig dagegen, daß ihr Bund nicht zu den Beratungen zugezogen worden, ja, daß er nicht einmal gehört worden sei. Sie legten schärfsten Einspruch dagegen ein, daß durch ein Sondergesetz eine Besteuerung der

Entschädigung geregelt werde, bevor überhaupt noch Richtlinien für die Entschädigung festgelegt seien und die Zustimmung des Reichsrats und der Nationalversammlung gefunden hätten. Sie seien entrüstet darüber, daß die den Auslandsdeutschen geschuldeten Entschädigungen, die dem Reiche gutgeschrieben werden, als „Valutagewinne“ einer Ausnahmebesteuerung oder künstlichen Anwendung noch neuer und nicht anwendbarer Steuergesetze unterworfen würden. Sie forderten, daß alle Entschädigungen insoweit steuerfrei blieben, als sie zum Wiederaufbau wirtschaftlicher Tätigkeit im In- oder Auslande dienen und zum Ersatz verlorenen ausländischen Betriebs- oder Grundkapitals sowie Mobiliars erforderlich sind.

Dresden. In einer gut besuchten Protestversammlung sprach Herr Lotze, Leipzig über Auslandsdeutsche und Steuerlasten, der Vorsitzende Reinhardt teilte mit, daß die Ortsgruppe 1600 Mitglieder, der Bund an die 60 000 Mitglieder zähle. Eine Entschließung wurde angenommen, in der scharfe Verwahrung gegen das neue Reichsausgleichssteuer-Gesetz eingelegt wird und in der energisch die Forderung einer Vollentschädigung zum Tageskurse ausgesprochen wird.

Hamburg. Die Abteilung Großbritannien hielt am 18. April eine von 1000 Personen besuchte Versammlung ab. Herr Lobusch erstattete Bericht über die Entschädigung der Seeleute, in der alles erreicht worden sei, was billigerweise verlangt werden könne. Die Abteilung zählt zurzeit rund 3500 Mitglieder. Herr Herrmann schilderte die Tätigkeit der Prüfungskommission in Hamburg, wo Herr Landesgerichtsdirektor Dr. Hinrichsen den Vorsitz in der Spruchkommission führen wird. 8–10 000 Schadenanmeldungen sind in Hamburg zu erwarten. Die Arbeit wird etwa 9 Monate dauern. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, doch legte der verdienstvolle 1. Vorsitzende Lobusch wegen anderweitiger Inanspruchnahme sein Amt nieder.

Hannover. In der Mitgliederversammlung am 14. April berichtete Herr Werner über die Entschädigung; eine große Schwierigkeit bestehe in der richtigen Ausfüllung der Anträge, besonders in der Beibringung der beglaubigten Staatsangehörigkeitserklärung, die für die Anträge unbedingt erforderlich sind; von 7000 in Berlin abgegebenen Anträgen konnten nur ca. 1000 als in Ordnung an die Spruchkommission weitergegeben werden. Ohne Debatte wurde die Beitragserhöhung für die Mitglieder der Ortsgruppe von Mk. 1.— auf Mk. 2.— monatlich angenommen.

Elberfeld-Barmen. Am 24. April hielt die hiesige Ortsgruppe eine von mehr als 300 Auslandsdeutschen besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende erstattete einen eingehenden Bericht über den derzeitigen Stand der Entschädigungsfrage. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender E. Wenzel, 2. Vorsitzender Geschäftsführer B. Lippmann, 1. Schatzmeister J. Niemeyer, 1. Schriftführer W. Andree. Die Geschäftsstelle befindet sich Unterdörnerstraße 66 in Barmen.

Duisburg. Der Ortsgruppe ist durch den Herrn Oberbürgermeister aus städtischen Mitteln eine Summe von 5000 Mark überreicht worden, um der Not der Auslandsdeutschen zu steuern.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Berlin. Verein der Wolgakolonisten. In der Generalversammlung des Vereins am 3. Februar betonte der Vorsitzende, Pastor Schleuning, daß der Verein trotz seiner beschränkten Mittel schon vielen habe helfen können. Die Wolgakolonisten hätten überall viel Verständnis gefunden. Herr Schmidt sprach über die Entsendung von Vertrauensleuten nach Amerika, um dort

eine Hilfsaktion großen Stils zum Wiederaufbau der deutsch-russischen Kolonien in die Wege zu leiten. Der Vorstand, mit Pastor Schleuning als Vorsitzendem und Pastor Schwab als Geschäftsführer, wurde wiedergewählt. Als Vereinsorgan wurden früher „Mitteilungen“ herausgegeben, die dann mit der neuen Zeitschrift „Deutsche Post aus dem Osten“ verschmolzen wurden. Da dieses neue Organ aber dem Wunsche der Vereinsmitglieder nicht entspricht, ist das Verhältnis zu diesem gelöst worden und die früheren „Mitteilungen“ kommen wieder heraus.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Entschädigung aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages.

Zur Durchführung des Friedensvertrages, nach welchem die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, im Eigentum von deutschen Staatsangehörigen stehende Gegenstände zu beschlagnahmen oder zu liquidieren, ist durch Reichsgesetz vom 31. August 1919 die Reichsregierung ermächtigt worden, solche Gegenstände gegen eine „angemessene Entschädigung“ für das Reich zu enteignen. Durch Bekanntmachung vom 26. Mai 1920 (Reichsanzeiger Nr. 117) hat nunmehr der Reichsminister für Wiederaufbau im Einvernehmen mit dem Reichminister der Finanzen und der Justiz, sowie mit Zustimmung des Reichsrats und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses sogenannte „Liquidationsrichtlinien“ aufgestellt, nach welchen die Festsetzungen von Entschädigungen aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages zu erfolgen haben. Die Richtlinien unterscheiden zwischen Entziehungen durch die Reichsregierung im Verfolg der während des Krieges getroffenen Maßnahmen und Enteignungen und zwischen Entziehungen oder Beeinträchtigungen durch eine der alliierten oder assoziierten Regierungen oder durch den Friedensvertrag. Im ersten Falle ist für die Bemessung der Höhe der Entschädigung der Wert des enteigneten Gegenstandes am 10. Januar 1920 unter Berücksichtigung der Gestehungskosten und der gezogenen Gewinne zugrunde zu legen. Ist die Entziehung oder Beeinträchtigung durch eine feindliche Macht während des Krieges oder auf Grund des Friedensvertrages — also vor allem in den Fällen des Artikels 297 b — erfolgt, so ist im Falle der Liquidation der von der beteiligten alliierten oder assoziierten Regierung festgestellte Reinerlös, im Falle der Einbehaltung oder sonstigen Entziehung der von der beteiligten alliierten oder assoziierten Regierung oder dem Wiedergutmachungsausschuß festgestellte Wert des Gegenstandes maßgebend.

Rückständige Steuern, welche eine der feindlichen Regierungen in den durch den Friedensvertrag abgetretenen Gebieten über den nach deutschen Gesetzen geschuldeten Betrag hinaus von dem Liquidationserlös abgezogen oder bei Feststellung des Wertes abgerechnet hat, sind bei der Festsetzung der Höhe der Entschädigung dem festgestellten Liquidationserlös oder Werte zuzurechnen. Wird dem Reich ein höherer Betrag als der festgestellte Reinerlös oder Wert auf die Wiedergutmachungsschuld gutgeschrieben, so ist dieser für die Höhe der Entschädigung maßgebend.

Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß die so berechnete Entschädigung nicht den Wert hat, den der liquidierte oder einbehaltene Gegenstand am 25. Juli 1914 im Gebiete der feindlichen Macht in deren Währung gehabt hat, so ist der

Unterschied zwischen dem hiernach festgestellten Werte des Gegenstandes und dem von der beteiligten Regierung festgestellten Reinerlös oder Wert als Zusatzentschädigung zu gewähren. Für Gegenstände, die nach dem 25. Juli 1914 angeschafft worden sind, ist bei der Entschädigung der Anschaffungswert zu berücksichtigen.

Für die Bemessung der Schantung-Eisenbahn-Entschädigung ist der Wert maßgebend, den die im Artikel 156 Absatz 2 des Friedensvertrages bezeichneten, der Schantung-Gesellschaft gehörigen Gegenstände am 25. Juli 1914 im Gebiet der gelegenen Sache in dessen Währung gehabt haben. Für Gegenstände, die in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten liquidiert oder einbehalten sind, ist der Unterschied zwischen dem Werte des Gegenstandes am 25. Juli 1914 in der in dem Schutzgebiet geltenden Währung und dem von der beteiligten Regierung festgestellten Reinerlös oder Werte als Zusatzentschädigung zu gewähren; für Gegenstände, die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen liquidiert oder einbehalten sind, wird als Zusatzentschädigung der Unterschied zwischen dem Wert des Gegenstandes am 11. November 1918 in Reichswährung und dem von der französischen Regierung festgestellten Reinerlös gewährt.

Wertsteigernde Aufwendungen, die von dem Verfügungsberechtigten nach dem 25. Juli 1914 gemacht worden sind, sollen bei der Bemessung der Entschädigung Berücksichtigung finden. Das Gleiche gilt für Wertminderungen, sofern sie von dem Entschädigungsberechtigten verschuldet oder durch höhere, mit dem Kriege nicht zusammenhängende Gewalt entstanden sind.

Die Entschädigung wird in Reichswährung ausgezahlt. Die Umrechnung der in ausländischer Währung festgestellten Entschädigung in Reichswährung erfolgt entweder zu dem an der Berliner Börse notierten Durchschnittskurse des Tages der Mitteilung des gutgeschriebenen oder festgestellten Betrages an das Reichsausgleichsamt oder zu dem an der Berliner Börse notierten Durchschnittskurse des Tages, an dem der Antrag auf Gewährung der Entschädigung bei der zuständigen deutschen Behörde eingegangen ist. Bei liquidierten oder einbehaltenen Geldforderungen ist der Nennwert nebst Zinsen, oder wenn der Wert der Forderungen hinter dem Nennbetrage zurückbleibt, dieser Wert als Entschädigung zu gewähren. Wird der Erlös dem deutschen Berechtigten von der beteiligten alliierten oder assoziierten Macht unmittelbar ausgezahlt, so wird eine Entschädigung nur insoweit gewährt, als der Erlös unter dem Nennbetrage oder Werte der Forderung zurückbleibt.

Für Wertpapiere, die zur Durchführung der Bestimmungen des Artikels 145 und des § 10 der Anlage zu Artikel 298 des Friedensvertrages enteignet worden sind, wird eine Entschädigung in Höhe des von der beteiligten feindlichen Regierung oder den Wiedergutmachungsausschüssen festgestellten Reinerlöses oder Wertes gewährt.

Hat die Beschlagnahme eines Gegenstandes seitens einer feindlichen Regierung nicht zur Liquidation oder Einbehaltung geführt, so können den Berechtigten die durch die Beschlagnahme entstandenen Kosten und etwaige Verluste oder Wertminderungen ersetzt werden.

Aus Reichsmitteln gewährte Vorschüsse und Darlehen sind auf die nach den Liquidationsrichtlinien zu gewährenden Vorschüsse anzurechnen.

Für beide oben behandelten Kategorien von Enteignungen gilt, daß die Entschädigung in Geld oder börsengängigen Wert-

papieren zum Tageskurs oder mit dem Einverständnis des Entschädigungsberechtigten auch auf andere Weise erfolgen kann. Die Entschädigung ist von gewissen Terminen mit 5 Prozent zu verzinsen.

Die Auslandsdeutschen u. das neue Konsulatsgebührengesetz.

Es häufen sich die Proteste der Auslandsdeutschen gegen die Härten des neuen Konsulatsgebührengesetzes, das Paßgebühren von einer Höhe einführt, die den Auslandsdeutschen unerträglich erscheinen. Das Deutsche Ausland-Institut hatte sich an das Auswärtige Amt gewandt und gebeten, wenigstens in den Ausführungsbestimmungen grundsätzlich die Frage der Vorzugsbehandlung jener Auslandsdeutscher zu regeln, die nur zum Besuche der alten Heimat, zu Studien- und zu kulturellen Zwecken die Einreiseerlaubnis nachsuchten. Eine Veröffentlichung einer solchen Ausführungsbestimmung würde beruhigend in den Kreisen der Auslandsdeutschen wirken. Das Auswärtige Amt hat jetzt darauf geantwortet, daß die Paßbehörden angewiesen seien, unnötige Härten bei Anwendung der Paßgebühren zu vermeiden und die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. Eine allgemeine Anweisung zu erlassen, wonach Deutsche Vorzugsbehandlung genießen sollten, sei jedoch nicht angänglich, da dann die anderen Länder für ihre Staatsangehörigen die gleiche Vergünstigung beanspruchen würden.

Gegen das Konsulatsgebührengesetz nimmt das Korrespondenzblatt der Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner in Basel energisch Stellung. Es schreibt gegen die „fabelhaften Gehälter“, die die deutschen Konsulatsbeamten in der Schweiz jetzt beziehen und stellt die Erschwerungen ihnen gegenüber, die die Wehrmänner durch das neue Gesetz erfahren. Die Vereinigung besteht aus 1000 Wehrmännern, die nach Basel, ihrer zweiten Heimat, zurückgekehrt sind, und dort wieder eine Existenz gefunden haben. Die Vereinigung will dieses neue Deutschtum im Ausland behüten und bewahren. Die meisten Wehrmänner und ihre Frauen hätten ihren Geburtsort in der Nähe der schweizer Grenze, wodurch ein Verkehr mit den Verwandten nötig werde. Dieser aber werde durch das neue Gesetz erheblich erschwert. Unter dem 9. April 1919 wurde den Wehrmännern die Vergünstigung erteilt, daß sie für Besuche aus Familiengründen die Grenze gebührenfrei überschreiten könnten. Nach dem neuen Gesetz aber sollen gebührenfreie Pässe nur diejenigen bekommen, die eine Bedürftigkeitserklärung von der schweizer Behörde des Kantons vorlegen können und schon die Einholung dieser Erklärung brächte die Gefahr, daß die Schweiz die betreffenden Wehrleute, die sie doch wahrlich nicht gern hereingelassen habe, wieder ausweisen würde. Die Wehrleute bäten also um eine Freiheit der Gebühren auch für ihre fernere Grenzüberschreitung, falls Familienbesuch den Grund dazu bilde. Die Vereinigung erklärt nun dazu, daß der Vorsteher der Baseler Paßabteilung das Gesetz noch viel rücksichtloser durchführe, als ihm die gesetzliche Möglichkeit offen stehe. Einer Wehrmannsfrau seien 15, einem arbeitslosen Wehrmann 37.50 Franken berechnet worden. Es blieb eine einzige Rettung für die Wehrleute, daß nämlich die Schweiz sofort zu Gegenmaßnahmen schritt und ihre Gebühren gleichfalls erhöhte. Das führte zu Verhandlungen, die nun eine Abänderung der Bestimmungen erwarten lassen.

Dem Widerstand gegen die neuen Konsulats- und Paßgebühren schließt sich auch die deutsche Handelskammer in der Schweiz an. Ihr Organ, die „Mitteilungen“ nimmt in seiner Nummer 8 dazu Stellung, und sagt, wenn auch nicht zu ver-

gessen sei, daß die bisherigen Gebühren niedrig gewesen seien, so müsse doch bemerkt werden, daß die Gebühren in der Schweiz schon immer auf Grund der Friedenswährung in Franken umgerechnet und erhoben wurden. Bedenklich sei die Überlassung freier Entscheidung über die Höhe der Gebühren an die Konsuln. Die Repressalien der Schweiz seien äußerst drückend für die Deutschen. Für den kleinen Grenzverkehr sei inzwischen ein Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz geschlossen, wonach deutscherseits das frühere Verfahren und die früheren kleinen Gebühren wieder eingeführt worden seien.

Wahlrecht der Auslandsdeutschen.

Zwar kein politisches, aber immerhin ein beachtenswertes Wahlrecht der Auslandsdeutschen ist jetzt durchgeführt worden. Ein Antrag auf Gewährung des Wahlrechts an im Ausland wohnende Mitglieder des Kaufmännischen Vereins von 1858 wurde in der Hauptversammlung des Vereins am 24. und 25. April durch Herrn Dr. Enke begründet und einstimmig angenommen. Die auslandsdeutschen Mitglieder sollen auf je 1000 ordentliche Mitglieder einen Abgeordneten zur Hauptversammlung wählen, mindestens jedoch vier Abgeordnete, zwei für das europäische und zwei für das übrige Ausland. Dabei werden die im Friedensvertrag abgetretenen Gebiete nach wie vor als Inland betrachtet und als Ausland nur die Gebiete, die vor dem 1. August 1914 schon Ausland waren. Die Abgeordneten der auslandsdeutschen Mitglieder brauchen nicht im Inland zu wohnen, die Kosten für die Teilnahme an der Hauptversammlung werden vom Verein nach den bestehenden Sätzen, jedoch nur innerhalb der Reichsgrenzen, getragen. Auch Inländer können von den Auslandsdeutschen gewählt werden. Die erste Wahl findet Ende 1920 für die Jahre 1921 und 1922 statt.

Anfragen an die Nationalversammlung.

Der Nationalversammlung ist unter dem 20. Mai eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Düringer und Mumm zugegangen, ob die Reichsregierung dem neuen Reichstag ungesäumt ein Gesetz über die Entschädigung der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen vorlegen werde und welche Maßregeln sie plane, um die vertriebenen Beamten in eine ihrer früheren Tätigkeit entsprechende Stellung unterzubringen.

Die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen) und Dr. Heinze fragen an, für die Reise deutscher Staatsangehöriger in das oberschlesische Abstimmungsgebiet seien Pässe nötig, die von der französischen diplomatischen Vertretung visiert werden müßten und für deren Visum pro Paß über 60 Mark erhoben würden; das verteuere auch die notwendigsten Reisen in Familien- und geschäftlichen Angelegenheiten, die Regierung möge sagen, was sie zu tun gedenke, diese unhaltbaren Verhältnisse zu beseitigen.

Belgien. Der Abgeordnete Hofmann hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, beim Rückzug der Deutschen aus Belgien seien nach bestimmten Mitteilungen deutsche Kriegsanleihe-Zeichnungslisten von Beamten der Deutschen Bank im Stich gelassen worden und dadurch Belgiern in die Hände gefallen. Diese hätten sie dazu benutzt, über naturalisierte Belgier deutscher Abstammung schwere Geld- und Freiheitsstrafen zu verhängen. Der Abgeordnete fragt, ob die Reichsregierung mit der belgischen Regierung über Straferlaß oder Strafmilderung der aus diesem Grund Bestraften deutscher Abstammung verhandeln wolle.

Auf die Anfrage antwortete der Reichsminister des Auswärtigen, die Tatsache sei der Regierung zwar bekannt, es handle sich aber um belgische Staatsangehörige, so daß die Reichsregierung nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zu deren Gunsten bei ihrer eigenen Regierung intervenieren könnte.

Die Rache der Polen.

Eine Anfrage von Mitgliedern der deutschen Volkspartei ist der Nationalversammlung noch am 19. Mai zugegangen. Nach einer Mitteilung des Deutschen Heimatbundes befänden sich noch in Posener Zuchthäusern, Militär- und Festungsgefängnissen der an Polen abgetretenen Gebiete zahlreiche Deutsche, deren Verbrechen nur darin bestand, daß sie ihr Deutschum hoch hielten. Ihre Behandlung sei menschenunwürdig, schlechtes Essen werde ihnen geliefert, die Reinlichkeit sei ungenügend, die Ungezieferplage sei fürchterlich. Was wolle die Reichsregierung tun, um eine schnelle Abstellung dieser Mißstände herbeizuführen?

Deutsche Kulturpropaganda.

Ein Deutscher, der selbst lange Jahre im Ausland war und der die Welt kennt, schreibt uns folgende entrüstete Zeilen, deren Berechtigung wir vollkommen zugeben. Es wird Aufgabe der am Auslandsdeutschum interessierten, wie auch an deutscher Kulturpropaganda in der Welt beteiligten Kreise sein, gegen die geschäftlich kurzsichtigen Methoden, die dieser Handlungsweise zugrunde liegen, Front zu machen:

„Bei einer Bücher- und Zeitschriftenbestellung, die ich für einen noch in China befindlichen Deutschen machte, teilt mir meine Buchhandlung mit, daß sie nach gesetzlichen Bestimmungen für Sendungen nach China 300 Prozent Aufschlag von mir nehmen muß. Wer die 300 Prozent bekommt, weiß ich nicht. Es scheint mir eine sehr dankbare Aufgabe, wenn Ihr Institut gegen solche Bestimmungen angehe, die nur dazu dienen können, jeden Rest von Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Heimat bei den Auslandsdeutschen mit Knüppeln totzuschlagen und die an Kulturfeindlichkeit das Höchste leisten, was denkbar ist. Sein Gehalt bekommt der Deutsche dafür in deutschem Papier, das heißt nur 5—10 Prozent seiner gesetzlichen Ansprüche. Er wird natürlich englische Bücher kaufen.“

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Der bisherige Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat von Jena, der eine außerordentlich verdienstliche Tätigkeit in Kopenhagen entfaltet hat, ist ins Auswärtige Amt berufen worden. An seine Stelle tritt der seit längeren Jahren in Kopenhagen ansässige deutsche Journalist, Redakteur Albert Dietrich, der auch im deutschen Vereinswesen bereits eine Rolle gespielt hat.

Der deutsche Geschäftsträger in Rom, v. Herff, ist unerwartet rasch in Rom gestorben. Er stand im 63. Lebensjahre und entstammte der Konsulatskarriere. Er war Konsul in Rotterdam und Pratoria, Generalkonsul in Mailand und Genua. Anfang Mai erst ging er als provisorischer Geschäftsträger des Deutschen Reichs nach Rom, wo er sich rasch Sympathien und Einfluß zu verschaffen verstand.

Der neue deutsche Botschafter beim Papst, Herr v. Bergen, hat seinen Antrittsbesuch gemacht, der einen ganz besonders feierlichen Charakter trug. Das „B. T.“ berichtet, der Papst sei von den hervorragendsten Würdenträger seines Hofes, wohl 40 Personen, in ihren prächtigen historischen Gewändern umgeben gewesen. Die offizielle Unterhaltung erfolgte in italienischer Sprache, wurde aber später in den Privatgemächern des Papstes in französischer Sprache fortgesetzt. Der Papst, der als Unterstaatssekretär der Kurie mit dem damaligen Legationssekretär an der preußischen Gesandtschaft, von Bergen, viel verkehrt hatte, sprach von den alten Beziehungen und den schönen ver-

gangenen Tagen, zeigte sich auch über die heutige Politik Deutschlands außerordentlich gut unterrichtet und sprach wiederholt von seinem Wunsche, die getrennten Völker wieder zu versöhnen.

Dr. Solf, der neue Geschäftsträger in Japan, weilte, wie sich die Voss. Ztg. melden läßt, vor seiner Abreise im Kreise der Mitglieder des Ostasiatischen Vereins in Hamburg und ließ sich dort über die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Japan und Ostasien unterrichten. Mit ihm traten die Ausreise neben den schon genannten Herren auch an Professor Grosse von Freiburg, der lange Jahre als Sachverständiger für Kunst in Japan gewelt hat und sich hohen Ansehens unter den Japanern erfreut, eine Japanerin zur Frau hat und sich sogar einst in eine japanische Familie adoptieren ließ, ferner Baron von Plessen, Konsul Dr. Orth und Konsul Dr. Müller. An Bord des japanischen Dampfers Nankai Maru, den Dr. Solf benutzte und der, da er von der deutschen Regierung gechartert war, die deutsche Flagge schwarz-weiß-rot trug, war neben der japanischen auch eine deutsche Besatzung. Unter den 115 Passagieren befanden sich auch Vertreter der deutschen Großindustrie, sowie mehrere Missionare, die nach Japan ausreisten.

Der deutsche Geschäftsträger für Japan, Dr. Solf, Staatssekretär und Minister a. D., hat Mitte Juni die Ausreise nach Japan angetreten, wo er alsbald nach seiner Ankunft, einer Mitteilung der Voss. Ztg. zufolge, Deutschlands erster Botschafter im Ausland werden soll. Ihn begleitet als erster Botschaftsrat der frühere Generalkonsul für Japan, Fritz Thiel, der auf eine 25 jährige Tätigkeit in Japan zurückblicken kann und während des Kriegs auch Baron Mumm als dessen erster Gehilfe in Kiew unterstützt, und ferner Dr. Michelsen.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ausländische Studenten.

Die Abgeordneten Thaer und Dr. Moldenhauer haben an die preußische Regierung eine kleine Anfrage gerichtet, ob sie eigene Schritte in der Angelegenheit des Studiums der Ausländer in Preußen unternommen habe, wo doch jeder Ausländer ebenso wie der Inländer zu seinem Studium die Aufwendung großer staatlicher Mittel erfordert und z. B. Thüringen die Kollegelder für auslandsdeutsche Studierende beträchtlich erhöht habe.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Amfliches.

Seit Erscheinen der letzten Nummer des „Auslandsdeutschen“ sind im „Reichsanzeiger“ verschiedene Bekanntmachungen ergangen, die für die Auslandsdeutschen von besonderem Interesse sind.

Nr. 117 brachte eine Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 29. Mai, in welcher die Frist zur Anmeldung von Wertpapieren, Zertifikaten, Gesellschaftsverträgen und sonstigen rechtserheblichen Urkunden, die sich auf Güter, Rechte und Interesse deutscher Reichsangehöriger in dem Gebiet des britischen Reichs, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens, Boliviens, Brasiliens, Guatemalas, Perus, Polens, Siams, der Tschecho-Slowakei, Uruguays, Kubas, des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates, Griechenlands und Portugals, sowie der Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer dieser Staaten beziehen, bis zum 12. Juni 1920 verlängert worden ist.

Sodann ist in Ergänzung der Bekanntmachung vom 30. April 1920 über die Anmeldung deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamt vom Wiederaufbau-

minister unterm 31. Mai (Reichsanzeiger Nr. 118) bekanntgegeben worden, daß hinsichtlich der Forderungen im Verhältnis zu Griechenland der Tag der Niederlegung der Urkunde über die Ratifikation durch Griechenland maßgebend sei. In Nr. I, 3 und 4, in Nr. II, 2, Satz 1^a und in Nr. III, 2 und 3 tritt also an Stelle des 10. Januars 1920 der 30. Juni 1920.

Da die englische Regierung von Deutschland Auskunft über alle deutschen Güter, Rechte und Interessen im Gebiet des britischen Reiches verlangt hat, ist auf Grund des Auskunftspflichtgesetzes vom 8. Mai 1920 eine Bekanntmachung ergangen, welche anordnet, daß deutsche Reichsangehörige einschließlich der in Deutschland ansässigen juristischen Personen und Gesellschaften alle ihre Güter, Rechte und Interessen im Gebiete des britischen Reichs einschließlich der Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer bis zum 21. Juni d. J. beim Reichskommissar für Auslandsschäden, Berlin-Zehlendorf, Am Urban, neu anzumelden haben, soweit die Anmeldung nicht bereits auf Grund der Bekanntmachung über die Anmeldung und Beschlagnahme von Urkunden und Wertpapieren erfolgt ist. Insbesondere waren darnach anmeldepflichtig alle Beteiligungen an Unternehmungen, jegliches im Eigentum oder Pachtbesitz befindliche Grundeigentum und jegliches sonstige Eigentum (z. B. Wohnungseinrichtungen usw.) in den genannten Gebieten. Nicht der Anmeldepflicht sind unterworfen Güter, Rechte und Interessen, die deutsche Reichsangehörige nach dem 12. Juli 1919 erworben haben oder in den durch den Friedensvertrag abgetretenen deutschen Schutzgebieten besitzen.

Endlich bringt Nr. 125 des „Reichsanzeigers“ den Abdruck eines Gesetzes über die Entschädigungsansprüche verhafteter oder verurteilter Elsaß-Lothringer vom 31. Mai 1920.

Wie bekannt, ist am 15. November 1919 mit der französischen Regierung ein Abkommen geschlossen worden, wonach diese die bewegliche persönliche Habe deutscher Einzelpersonen in Elsaß-Lothringen unter der Bedingung preisgegeben hat, daß die deutsche Regierung ihr 25 Millionen Franken in französischer Währung zur Entschädigung derjenigen Elsaß-Lothringer zur Verfügung stellt, die während des Krieges wegen ihrer politischen Betätigung oder Gesinnung verhaftet, interniert, verurteilt oder ausgewiesen worden sind. Dadurch ist von der französischen Regierung die Befriedigung aller Ansprüche, die den genannten Personen auf Grund des Friedensvertrages oder der deutschen Gesetzgebung gegen Deutschland zustehen, übernommen worden.

Nach dem erwähnten Gesetz können Personen, welche entweder auf Grund des § 1 der Anlage zu Artikel 79 des Friedensvertrages mit dem Inkrafttreten desselben ohne weiteres die französische Staatsangehörigkeit erworben haben, oder auf Grund des § 2 derselben Anlage innerhalb eines Jahres einen Anspruch auf Einbürgerung erheben können, Entschädigungsansprüche gegen das Reich, die Länder oder deutsche Beamte nicht mehr geltend machen. Den in § 2 der Anlage genannten Personen steht die Geltendmachung der Entschädigungsansprüche gegen das Reich wieder offen, wenn sie innerhalb der einjährigen Frist die französische Staatsangehörigkeit nicht beansprucht haben oder mit einem solchen Anspruch abgewiesen worden sind.

Der Reichsanzeiger vom 14. Juni macht darauf aufmerksam, daß die bisher noch nicht angemeldeten Ansprüche auf restliche Guthaben (Arbeitslöhne, Kantinegeld usw.) der ehemaligen Kriegsgefangenen nunmehr spätestens bis 15. Juli 1920 durch die zuständigen Versorgungsstellen (früher Bezirkskommandos) bei den zustän-

digen Abwicklungsintendanturen angemeldet sein müssen. Die Anmeldung braucht nicht wiederholt zu werden, wenn bereits eine Anmeldung der Ansprüche stattgefunden hat und dem Antragsteller der Bescheid erteilt wurde, daß sein Antrag vorgemerkt ist. Die Abwicklungsintendanturen haben für jedes Armeekorps die Summe der angeforderten Beträge festzustellen und diese bis Ende Juli 1920 der Zweigstelle der Generalkriegskasse, Berlin, Unterwasserstr. 7, mitzuteilen.

Zuzug und Unterbringung der Auslandsdeutschen.

Nachdem bereits durch § 2 der Anordnung betreffend den Zuzug von ortsfremden Personen und von Flüchtlingen vom 23. Juli 1919 gewisse Kategorien von Auslandsdeutschen bei Erteilung der Zuzugserlaubnis begünstigt worden sind, hat auch das unterm 11. Mai 1920 ergangene Gesetz über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel Auslandsdeutsche unter gewissen Voraussetzungen vorzugsweise berücksichtigt. Die neu ergangene Bestimmung lautet:

„Deutsche, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Auslande oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Kriegsschlusses aus dem Reichsgebiet auscheidenden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, sowie Deutsche, die zur Erfüllung einer Wehrpflicht aus dem Auslande nach Deutschland zurückgekehrt sind und denen jetzt von der ausländischen Regierung die Rückkehr nach ihrem Wohnort verboten oder erschwert wird, sind von den Gemeinden bei der Unterbringung der betreffenden Wohnungssuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen.“

Bestand bisher eine Berechtigung der Gemeinden, besondere Maßnahmen und Anordnungen zur Behebung des Wohnungsmangels zu treffen, so statuiert das neue Gesetz unter gewissen Voraussetzungen eine gewisse Verpflichtung zu den gesetzlich vorgesehenen, oder bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände infolge besonders großen Wohnungsmangels auch zu besonderen Maßnahmen und Eingriffen in die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums, soweit sie zur Behebung oder Milderung der Wohnungsnot dringend erforderlich sind. Zuvor muß allerdings der Versuch einer gütlichen Einigung gemacht worden sein. Zu begrüßen ist die Einführung einer Beschwerdeinstanz, und zwar fungiert als solche bei Verfügungen, welche eine Gemeindebehörde auf Grund des Gesetzes im Einzelfalle getroffen hat, das Einigungsamt.

Vom Reichsausgleichsamt.

Wie in Nummer 120 des Reichsanzeigers bekanntgegeben wird, ist der Gouverneur z. D. Haber zum Präsidenten des Reichsausgleichsamts, und sind das Mitglied des Reichspatentamts, Geh. Reg.-Rat Dr. Jungmann, der erste Referent beim früheren Gouverneurs Deutsch-Ostafrikas, Geh. Reg.-Rat Methner und der Leiter der Beschaffungsstelle für die Schutzgebiete im Reichsministerium für Wiederaufbau, Kolonial-Zentralverwaltung, Geh. Reg.-Rat Dollhardt zu Direktoren im Reichsausgleichsamt ernannt worden.

Die Anmeldung der Entschädigungsforderungen.

Auslandsdeutsche müssen, auch wenn sie ihre Schäden schon beim Bund der Auslandsdeutschen angemeldet haben, Forderungen, die sich auf Bank- und Sparkassenguthaben, Zinsen und Dividenden auf im In- und Ausland liegende ausländische Wertpapiere, Buchforderungen, Wechsel, Erbschaften und Renten in England, Frankreich, Belgien, Italien beziehen, spätestens bis 31. Mai bei einem Ausgleichsamt angemeldet haben. Die Bekanntmachung über diese erneute Anmeldungspflicht ist zu spät gekommen, die Auslandsdeutschen finden sich in dem Wust

deutscher Anmeldebehörden zu wenig zurecht, als daß sie dieser neuesten Anmeldungspflicht ausnahmslos hätten Genüge leisten können. Eine Fristverlängerung ist unbedingt vonnöten.

Entschädigung und Staatsangehörigkeit.

Der preußische Minister des Innern hat auf wiederholte Anfragen und Beschwerden hin im Benehmen mit den Reichsressorts an die preußischen Regierungspräsidenten einen Rund-erlaß gerichtet, in dem ausgeführt wird, ein Bedürfnis in dem Verfahren über die Vorentscheidung der Ausland- und Kolonialdeutschen, den Geschädigten zum Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit förmliche Staatsangehörigkeitsausweise zu erteilen, könne nicht anerkannt werden. Es genüge vielmehr, wenn den zuständigen Stellen die Staatsangehörigkeit der Geschädigten erforderlichenfalls im Wege des Schriftwechsels bezeugt wird. Eine Stempelpflicht komme dann nicht in Frage. Auch der württ. Minister des Innern, Herr Heymann, hat diesen Erlaß an die Oberämter gegeben, hat aber dankenswerterweise hinzugefügt, einem Wunsche des Deutschen Ausland-Instituts entsprechend sollten die Anträge auf Bescheinigung der Staatsangehörigkeit der Geschädigten jeweils mit tunlichster Beschleunigung behandelt werden.

Abänderung der Richtlinien für die in Elsaß-Lothringen erlittenen Schäden.

Durch Verordnung vom 6. Mai sind die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher in Elsaß-Lothringen aus Anlaß des Krieges oder ihrer Verdrängung vom 9. Januar 1920 in einigen Punkten abgeändert worden. Nach den Bestimmungen dieser Verordnung sind die Anträge auf Gewährung von Vorschüssen usw. nicht mehr bei dem Reichsminister des Innern, Abteilung für Elsaß-Lothringen, sondern bei den für die Entscheidung örtlich zuständigen Ausschüssen (s. u.) einzureichen. Die bei dem Reichsminister des Innern bereits eingegangenen Anträge werden von diesem den örtlich zuständigen Ausschüssen zugeleitet. Örtlich zuständig ist der Ausschuß, in dessen Bezirk der Antragsteller z. Zt. der Stellung des Antrages oder in Ermangelung eines solchen, seinen Aufenthaltsort hat. Im Falle der Antragsteller keinen Aufenthaltsort oder Sitz im Bezirk eines Ausschusses hat, ist der Ausschuß in Berlin zuständig, auf dessen Antrag der Oberausschuß unter Benachrichtigung des Antragstellers einen andern Ausschuß als zuständig bezeichnen kann, wenn der Ausschuß in Berlin die Abgabe der Sache im Interesse des Antragstellers oder aus einem sonstigen Grunde für geboten erachtet. Eine bemerkenswerte Änderung hat Absatz 1 des § 10 der Richtlinien erfahren. Während nach der ersten Fassung Vorschüsse, Beihilfen oder Unterstützungen unter den in den Richtlinien angeführten Voraussetzungen denjenigen aus Elsaß-Lothringen Verdrängten bewilligt werden konnten, welche auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages die französische Staatsangehörigkeit ohne weiteres erwarben, können nach der neuen Formulierung Vorschüsse usw. solchen aus Elsaß-Lothringen verdrängten Personen bewilligt werden, welche auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben oder verlieren. Das bedeutet eine Erweiterung des Personenkreises, welchen Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen gewährt werden können, indem hinfür nicht nur diejenigen antragsberechtigt sind, die automatisch die französische Staatsangehörigkeit erworben haben, sondern auch diejenigen, welche auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages die französische Staatsangehörigkeit auf Antrag erwerben.

Die Schweiz und die deutschen Wehrleute.

Immer noch harren eine große Anzahl von deutschen Wehrleuten, die die heiligste Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllt haben, und dem Ruf zu den Waffen folgten, der Wiedereinreiseerlaubnis in die Schweiz, die ihnen nicht gewährt wird. Nun hat sich die Schweiz zu einem Entgegenkommen bereit erklärt, das allerdings auch manche Hoffnung der Wehrleute zu vernichten geeignet ist. Die eidgenössische Fremdenpolizeizentrale wird nämlich den schweizerischen Konsulaten und Gesandtschaften durch Zirkular mitteilen, daß den Wehrleuten, die keine dauernde Aufenthaltserlaubnis für die Schweiz erhalten können, oder die darauf verzichten, ein kurzfristiger Urlaub zur Regelung ihrer Angelegenheiten erteilt werden kann.

Die Beanspruchung dieses kurzfristigen Urlaubs bedeutet den Verzicht auf die dauernde Einreiseerlaubnis und zugleich die Erledigung etwa noch laufender Gesuche. Eine Verlängerung der bewilligten Urlaubsdauer erfolgt nicht.

Für Englandsdeutsche.

Gegenüber der Mitteilung im zweiten Maiheft über die Behandlung des deutschen Eigentums in England schreibt uns ein Freund unseres Blattes aus England, daß er andere Erfahrungen gemacht habe. Ein Herr, dem von einem Deutschen Effekten übergeben worden waren, wandte sich an den öffentlichen Treuhänder zwecks Erteilung der Erlaubnis zur Rückgabe an den deutschen Staatsangehörigen. Diese Erlaubnis ist anstandslos erteilt worden, obwohl der betreffende Deutsche England bei Ausbruch der Feindseligkeiten verlassen hatte, also nicht Kriegsgefangener oder Zivilinternierter war. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt in London sprach dabei aus, daß er natürlich keinen Druck auf den jetzigen Besitzer des Eigentums ausüben könne, dieses Eigentum des Deutschen zurückzusenden, daß er aber aussprechen wolle, daß keinerlei Bedenken gegen die Rücksendung dieses Eigentums durch eine im Lande befindliche Spedition beständen und falls keine Zollbestimmungen der Rücksendung entgegenständen.

Regelung von Geldverbindlichkeiten zwischen Deutschen und Portugiesen.

Wie der Reichsminister für Wiederaufbau bekannt gibt (Reichsanzeiger vom 20. Mai 1920), hat sich Portugal innerhalb der im Friedensvertrage festgesetzten Frist nicht für die Anwendung des Ausgleichsverfahrens entschieden. Mit dem Ablauf des 25. Mai treten die Vorschriften des § 1 und 2 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 im Verhältnis zu Portugal daher außer Kraft. Es ist somit der direkte auf die Schuldenregelung bezügliche Verkehr zwischen deutschen und portugiesischen Staatsangehörigen bezüglich der in Art. 296 vorgesehenen Forderungen und Schulden wieder gestattet.

Das Handelsministerium in Belgrad hat die nach dem 3. November 1918 verhängte Sequestration des Besitzes und der Rechte der feindlichen Staatsangehörigen aufgehoben, jedoch unter der Bedingung, daß die interessierten Personen eine Erklärung abgeben, daß sie keinen Schadenersatz verlangen.

Für Ostasienreisende.

Den nach Ostasien reisenden Deutschen wird zwar bei der Landung in China selbst keine Schwierigkeit in den Weg gelegt, jedoch ist ein Anlandgehen unterwegs unmöglich. So wird dem „Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Deutschen“ aus Singapore geschrieben: „Es hat gar keinen Zweck, sich ein englisches Paßvisum zu verschaffen, denn selbst die Deutschen, die das Visum haben, dürfen in Aden, Colombo, Penang und Singapore nicht an Land. Es scheint, daß alle englischen Kolonien östlich von Suez keine Deutschen für die nächsten

zwei Jahre landen lassen wollen, so steht es in den Zeitungen. In Penang mußte jeder Deutsche seinen Paß vorzeigen und bekam eine Warnung, sich ja nicht an Land zu wagen."

WIRTSCHAFTLICHES

In Hermannstadt (Siebenbürgen) wurde, wie wir der Zeitschrift „Deutscher Import und Export“ entnehmen, unter Teilnahme zahlreicher Angehöriger der deutschen Volkspartei eine Wirtschaftszentrale gegründet, die die wirtschaftlichen Verhältnisse Großrumäniens und seiner Nachbarländer wissenschaftlich zu erforschen beabsichtigt und die es sich zur Aufgabe gemacht hat, über alle kaufmännischen, Export-, Import-, Zoll-, Bodenreform- und handelsrechtliche Fragen Auskunft zu erteilen, sowie ausländische Firmen zwecks Herstellung von Geschäftsverbindungen zu beraten.

Eine neue Bank in Rom.

Ein neuer Zweigsitz, der der Banca di Roma, wird demnächst eröffnet, der dem Außenhandel dienen soll. Die beiden Inhaber des in der Liquidation begriffenen ehemaligen deutschen Bankhauses Nast-Kolb und Schumacher, Carlo und Giulia Nast-Kolb, sind zu Direktoren, zwei ehemalige italienische Mitarbeiter des deutschen Bankhauses sind zu Vizedirektoren ernannt worden. Besonders sollen wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland gepflegt werden.

VERSCHIEDENES

Tagung des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen.

Auf Einladung des Schutzbundes fanden sich zu Pfingsten mehr als 300 Führer und Sachwalter des Grenz- und Auslandsdeutschtums zur ersten Tagung des Bundes zusammen. Die Tagung fand im Reichstag statt und erstreckte sich über drei Tage. Der Hauptzweck der Tagung war, den rund 60 angeschlossenen Körperschaften Gelegenheit zur Aussprache zu geben und durch das gegenseitige Sichkennenlernen ein einheitliches Vorgehen der Hilfs- und Schutzverbände herbeizuführen. In drei Vollsitzungen wurden nach Vorträgen von Sachkennern und, nachdem verschiedene Berichterstatter über die Lage des Deutschtums in den abgetretenen und besetzten Gebieten in Deutsch-Österreich, Tirol, Böhmen, Südeuropa, Alt-Rußland und im sonstigen Auslande eingehend berichtet hatten, gemeinsame Richtlinien festgesetzt. Durch alle Verhandlungen ging die Forderung nach voller Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes und des Minderheitenschutzes. Lehrreich waren die Vorschläge über die neuen Aufgaben des Grenz- und Auslandsdeutschtums, die sich auf die Erfahrungen der bisherigen Schutzarbeit deutscher Minderheiten stützten. In einzelnen Ausschüssen wurden die Angelegenheiten der Inlands- und Grenzdeutschen, der Kolonial- und Überseedeutschen, ferner die Fragen der Anschlußbewegung und der Siedlung und Wanderung besprochen. Erfreulich war die Einmütigkeit evangelischer und katholischer Führer in der Beratung der kirchlichen Fürsorge für die Deutschen im Auslande. Der Wille der Frauen, an der Wiederaufrichtung unseres Volkes und der Schaffung einer Kulturgemeinschaft der Deutschen in der ganzen Welt mitzuarbeiten, kam im Frauenausschuß zum Ausdruck. Es tagte ferner ein Ausschuß für Kulturgemeinschaft der Binnendeutschen mit den Grenz- und Auslandsdeutschen. Eingehend wurde die Frage der Führerschaft und der Führerausbildung erwogen. In der Schlußvollsitzung konnten die Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse in ihren gedrängten Überblicken ein reiches Ergebnis der Verhandlungen feststellen.

Entschädigungsansprüche von Auslands-Österreichern.

Personen österreichischer Staatsangehörigkeit, die im Auslande Schaden erlitten haben, können ihre Ersatzansprüche bei dem Abrechnungsamt in Wien I, Stubenring 8, oder beim österreichischen Staatsamte für Äußeres in Wien anmelden. Es wird aber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hierbei nur um die Anmeldung von Ersatzansprüchen österreichischer Staatsangehöriger, nicht aber von Angehörigen der Sukzessionsstaaten außerhalb Deutsch-Österreichs handelt. — Im übrigen ist die Frage der Entschädigung noch nicht endgültig geregelt, da der Friedensvertrag zwischen Österreich und den Ententestaaten noch nicht ratifiziert ist.

Französische Kultur-Propaganda. Die Franzosen haben sofort nach Besetzung des linken Rheinuferes die französische Sprache zwangsweise in die Volksschulen eingeführt. Das hat nun $\frac{3}{4}$ Jahre gedauert und ist jetzt abgeschafft worden. Allein die Propaganda für die „freiwillige“ französische Sprachkunde geht weiter. Es werden sowohl die Erwachsenen wie die Kinder bearbeitet. Da die Kurse unter militärischer Leitung stehen, können die Gemeinden gar nicht dagegen ankämpfen, da Gegenmaßnahmen kriegsgerichtlich geahndet werden. Die Zeitungen aber werden gezwungen, die Anzeigen der französischen Sprachkurse auf der ersten Titelseite zu bringen!

Professor Sten Konow hat in Norwegen 327 000 deutsche Mark gesammelt, die zur Errichtung eines Lehrstuhles für norwegische Sprache, Geschichte und Kultur an der Universität Hamburg verwandt werden sollen. Ein Norweger Gelehrter soll den Lehrstuhl jeweils bekommen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Die Auslandsdeutschen und das Reich.

Man schreibt uns:

Wenn wir Auslandsdeutsche, die wir wieder im Auslande sind, uns die heutige Lage unseres Vaterlandes ansehen und mit unserer Lage vergleichen, dann kommen wir zu dem betrübenden Schluß, daß man uns die erbetene Mitarbeit am Wiederaufbau versagt und uns verlassen in der Ecke stehen läßt. Nicht nur das, sondern wir fühlen, wie man uns erschwert, wieder Fuß zu fassen im Auslande; wir fragen uns, sind wir noch vollberechtigte deutsche Staatsbürger oder sind wir nur noch Bürger zweiter Klasse. Das Gesetz, das den Auslandsdeutschen das Wahlrecht geben sollte, wurde ohne jegliche Begründung abgesetzt, die Gebühren für Sichtvermerke nach der Heimat wurden so erhöht, daß Minderbemittelte überhaupt nicht mehr in ihr Vaterland zurückkehren können bei der teuren Lebenshaltung im Auslande, mit anderen Worten, das eigene Vaterland schneidet seinen eigenen Kindern den Weg zur heimatlichen Scholle ab. Das Wort ist nicht zu hart, wenn's auch viele im Inlande nicht erkennen werden. Die Erkenntnis wird kommen, wenn deutsche Brüder und Schwestern im Auslande wieder Fuß gefaßt haben, wenn sie sich wieder sicher fühlen und dann dem Vaterlande Gleiches mit Gleichem vergelten und demselben den Rücken kehren. Wer diese Gefahr nicht erkennt, ist blind. Riesengroß aber steht sie vor uns, es gilt endlich Taten zu zeigen und schöne Worte zu sparen. Deren bedarf man nicht zum Leben. Mehr als ein Jahr ist es, seit man den Auslandsdeutschen die Gemüter mit schönen Worten beruhigt, und es sieht gar nicht aus, als ob man ihnen endlich die Rechte einräumen wolle, die ihnen zustehen. Jeder deutsche Inlandsbürger kann mitbestimmen, den Auslandsdeutschen bleibt jegliche Mit-

bestimmung versagt, wäre es auch nur in konsularn Angelegenheiten. Er hat nur die deutschen Gesetze, die ihn auch im Ausland treffen, über sich ergehen zu lassen.

Die Auslandsdeutschen im Inland müssen ihre Eigenliebe hinter das Gesamtinteresse stellen, dann kann auch manches erreicht werden, aber der heilige Egoismus könnte dabei verletzt werden. Wir im Ausland brauchen das Bindeglied zwischen Ausland und Heimat, die Brüder in der Heimat müssen einsehen dafür, daß diese Brücken nicht völlig abgebrochen werden, sie sind an der Quelle, wo man mitregieren kann, wo man mitbestimmen kann, es wird deshalb auch ihre Schuld sein, wenn das Wohl der Deutschen im Ausland nicht besser gewahrt wird. In dem Land der ewigen Versprechungen muß man Taten fordern.

Wir Deutsche im Ausland leben immer noch von der Hoffnung, dieweil man uns schon von der Heimat trennt, d. h. das Aufsuchen derselben unmöglich macht. O. Koßmann.

Auslandsdeutsche und Konsulatsgebührengesetz.

In raschem Maße wächst die Erregung unter den Auslandsdeutschen über die Härten des Konsulatsgebühren-Gesetzes. Aus Holland schreibt man uns:

„Was die Paßgebühren anbelangt, so sind auch wieder die Auslandsdeutschen die geschröpften. Ein Holländer, der nach Deutschland reist, erhält seinen holländischen Paß für mehrere Jahre und hat nur das Visum zu bezahlen. Ein deutscher Holländer muß seinen jährlichen Paß mit 30 Gulden bezahlen und muß für das Visum auch ebensoviel als der Holländer bezahlen und benötigt noch das holländische Visum für 3 Gulden. Die hohen Gebühren für das Visum rufen natürlich wieder höhere Gebühren der andern Länder hervor. Die Schweiz soll ja damit schon begonnen haben, und wer ist davon das

Opfer? In erster Linie der Auslandsdeutsche, der Paß und Visum haben muß! Wie soll die Anhänglichkeit ans Vaterland gefördert und wie verhindert werden, daß die meisten Deutschen ihre Nationalität aufgeben, namentlich in den ärmeren und mittleren Ständen, die in der Mehrzahl sind, wenn von einem hiesigen Familienvater verlangt wird, daß er außer den hohen Landessteuern noch für jedes seiner Familienmitglieder 30 Gulden jährlich an Paßgebühren für das deutsche Konsulat und 12 Gulden für das holländische Visum bezahlen muß; bei einer nur fünfköpfigen Familie ist das $5 \times 42 = 210$ Gulden jährlich. Eine Reise nach Deutschland für eine solche Familie, um mal wieder den heimatlichen Boden zu betreten und das gelockerte Band wieder zu knüpfen, wird durch die hohen Gebühren für das Visum, die hinzutreten, unmöglich. Unter solchen Umständen, wo alles getan wird, uns aus dem Vaterland zu vertreiben und uns den Eintritt zu erschweren, muß sich doch jeder sagen, daß eine Förderung des Deutschthums im Auslande absolut ausgeschlossen ist und jede Arbeit in diesem Sinne von vornherein vergeblich und nutzlos sein muß. Wie früher wird alles vom grünen Tisch aus gemacht von Leuten, die nie im praktischen Leben im Ausland gestanden haben. Jeder Paßzwang muß wieder aufgehoben werden und die tausende Beamte, die in den Paßbüros und an der Grenze dafür erforderlich sind, würden dem Vaterlande mehr Geld einbringen, wenn dieselben produktiver Arbeit zugeführt würden in dieser Zeit der Inproduktivität. Meine Kinder müssen hier eine holländische Schule besuchen. Ich wollte sie jährlich nach Deutschland in den Ferien schicken, wie ich es von Brüssel aus tat, damit sie die deutsche Heimat schätzen und kennen lernen. Bei den Paßgebühren ist das für mich in der Zukunft ausgeschlossen. Solche Kinder, die die Verbindung mit der Heimat verlieren, sind auch für das Deutschthum verloren.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Was der Auswanderer wissen muß.

(Bericht unserer Beratungsstelle.)

Auswanderer wenden sich häufig mit recht allgemein gehaltenen Fragen an die Auswandererberatungsstellen und erwarten von diesen Ratschläge, welche über ihre Zukunft entscheiden sollen, ohne zu bedenken, daß für eine schriftliche Auskunft möglichst genaue Unterlagen erforderlich sind, wenn diese Auskunft einigermaßen den besonderen Verhältnissen des einzelnen Rechnung tragen soll. Allgemein gehaltene Ausführungen über besiedlungsfähige Länder können erfahrungsgemäß leicht zu Fehlschlüssen Veranlassung geben. Es ist ein großer Unterschied, ob der einzelne Auswanderer bemittelt ist oder nicht, was für praktische Handfertigkeiten er beherrscht. Seine Charakteranlagen werden stets sorgfältig zu beurteilen sein. Ein flatterhafter Charakter wird ohne genügende Kenntnisse als Auswanderer niemals auf einen grünen Zweig kommen. Wichtig ist die Frage, ob persönliche Beziehungen im Auslande zur Verfügung stehen, ob von diesen zur Auswanderung ermutigt wurde und ob man sich auf sie als vertrauenswürdige Persönlichkeiten voll und ganz verlassen kann. Ein Auswanderer, der schon die Verhältnisse und die Sprache des Auswanderungslandes kennt, wird anders zu beraten sein als einer, der noch niemals im Auslande war. Von großer Wichtigkeit ist die Herkunft, ob aus einer großen Stadt oder vom Lande, ferner, ob der einzelne von Jugend auf als Landwirt sich betätigt hat oder seit längerer Zeit dieser Arbeit entwöhnt ist. Je vielseitiger die praktischen Kenntnisse des einzelnen sind, desto leichter wird er draußen jede erste beste Arbeit übernehmen können und es vorwärts bringen. Eine geschlossene

* Gruppe von Auswanderern wird wieder ganz anders zu beraten sein als einer, der allein hinausstrebt. Die Aussichten sind für einen deutschen Auswanderer günstiger in einem Lande, in welchem eine deutsche Reichsvertretung vorhanden ist, welche für das Wohl der deutschen Auswanderer bei der Regierung des Gastlandes eintreten kann, als etwa in einem Lande, das mit uns im Kriege gestanden hat und eine deutsche Reichsvertretung noch nicht aufzuweisen hat (wie zurzeit noch Brasilien). Liegt ein festes Stellenangebot aus dem Auslande vor, so wird auch dieses wieder sorgfältig unter die Lupe genommen werden müssen, da die Gefahr der Lohndrückerei durch Heranziehung von Einwanderern besteht. Zu einer Zeit, da sich fast alles im Fluß befindet, sind auch Stimmungen der umgebenden Bevölkerung im Auswanderungsziele in Rechnung zu stellen. In einer Zeit des Krieges aller gegen alle feiert der Nativismus Triumphe, unter denen niemand mehr zu leiden hat als der frische Einwanderer, welcher als „Grünhorn“ besonders dem Spott der Landeseinwohner ausgesetzt ist. Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse der republikanischen Regierungen verdienen die besondere Beachtung gerade auch der Auswanderer. Jeder Wechsel eines Präsidenten bringt in der Regel einen völligen Wechsel des Systems mit sich, welcher auch in der Behandlung der Siedlungsfragen meist stark fühlbar wird. Auch unter Revolutionen und Streiks, wie sie heute besonders in mittel- und südamerikanischen Staaten wieder an der Tagesordnung sind, hat der Einwanderer meist viel mehr zu leiden als der ansässige Kolonist. Jede Stockung der Zufuhr von der Hauptstadt in die entfernte Kolonie kann bei den großen Ver-

sprechungen südamerikanischer Regierungen gerade für die Einwanderer die verhängnisvollsten Folgen haben. Die früher vorliegende Indianergefahr wird heute durch die der herumstreifenden Banden reichlich ersetzt.

Diese kurze Übersicht wird geeignet sein, die Auswanderungswilligen zu veranlassen, ihre Fragen an die Auskunftsstellen sorgfältiger zu stellen, damit in der Zeit teuren Portos wiederholte Rückfragen und Zusendungen von Fragebogen weniger nötig werden als bisher. Sie werden aber auch vor allem die verantwortungsvolle und schwere Aufgabe der öffentlichen Auskunftsstellen für Auswanderer richtig einschätzen lernen. Die Auskünfte werden mündlich naturgemäß sehr viel gründlicher und sorgfältiger gegeben werden können, als dies schriftlich in der Regel möglich ist.

Auswanderer und Auswandererverbände.

Manchen Auswanderer bewegt heute die Frage, ob für ihn ein Anschluß an eine der zahlreichen bestehenden Auswandererverbände Zweck hat, und welche Vorteile er ihm bringen könnte. Diese Frage ist für den einzelnen um so schwieriger zu beantworten, als er bereits von dem Zusammenbruch zahlreicher Auswanderergenossenschaften gehört hat. Das schwierige Problem der Einzel- oder Genossenschaftssiedlung, sowie überhaupt des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Auswanderer wird eingehend in einer kleinen Schrift beleuchtet, welche als Heft 1 der „Schriften zur Auswanderung“ im Verlag Ausland und Heimat Stuttgart, Neues Schloß, erschienen ist. (Grisebach: Einzel- oder Genossenschaftssiedlung.) Gefahren und Vorteile der Einzelsiedlung, Vorteile und Nachteile der Genossenschaftssiedlung, sowie die tieferen Gesichtspunkte, welche bei dieser Frage zu beachten sind, werden darin eingehend behandelt. Die Schrift ist besonders geeignet, das heute noch so fehlende kritische Urteil des Auswanderers zu stärken.

Auswanderung und auswärtige Politik.

Über Auswanderung und auswärtige Politik schreibt Günter Thomas im „Alpenland“, Innsbruck, Nr. 87 vom 6. 5. 1920: „Daß in den nächsten Jahren Deutschland auf dem Gebiet der auswärtigen Politik größte Zurückhaltung üben muß, weil ihm die Macht fehlt, etwaigen politischen Forderungen kräftigen Nachdruck zu verleihen, liegt auf der Hand. Unsere Politik muß sich zunächst darauf beschränken, Wirtschaftspolitik zu sein, und unserer Industrie Rohstoffe, unserem Volk Lebensmittel zu verschaffen. Das darf natürlich nicht ausschließen, daß unsere Diplomaten und die Leiter unserer auswärtigen Politik mit Argusaugen darüber wachen, keine Gelegenheit unbenutzt lassen, irgendwo wieder Fuß zu fassen, wo man uns vertrieben hat. Jeder Deutsche, namentlich der im Auslande befindliche Deutsche, muß in dieser Hinsicht sein Bestes hergeben. Gerade weil wir besiegt sind, müssen wir erst recht Politik betreiben, auch auswärtige Politik, mit anderen Mitteln allerdings als früher. Eine sehr wichtige, in engem Zusammenhang mit unseren gesamten auswärtigen Beziehungen stehende Rolle wird die deutsche Auswanderung spielen.“ Die Tatsache der gegenwärtig steigenden Auswanderung stellt uns vor eine doppelte Gefahr: „Wir verlieren abermals Millionen unserer Volksgenossen. Und nicht die Schlechtesten, sondern die Regsamsten, Unternehmungslustigsten und Wagemutigsten, als Kulturdünger an fremde Völker, und wir rufen gleichzeitig eine aus wirtschaftlichen Gründen entstandene deutschfeindliche Stimmung hervor, die sich auch rein politisch geltend macht und geeignet ist, unsere Beziehungen zu den in Frage stehenden Mächten von neuem zu trüben.“ Die deutschen Einwanderer in überseeischen Ländern sind, wenn sie in größeren Scharen

eintreffen, einfach Lohndrucker, die von den einheimischen Arbeitern meist mit scheelen Augen angesehen und dann oft angefeindet werden. Damit wird aufs neue eine eben erst mühsam überwundene deutschfeindliche Stimmung in Ländern erzeugt, von denen wir Rohstoffe und Lebensmittel beziehen, und in denen wir unsere Fabrikate absetzen können. Bei der zunehmenden Bedeutung und Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen werden sich die Regierungen dem Einfluß solcher Stimmungen kaum entziehen können. Eine dritte Gefahr bilden die englischen und amerikanischen Unternehmer, in deren Händen Eisenbahnen, Schiffslinien, Werften, Fabriken, und vor allen Dingen die Banken der Einwanderungsländer sich befinden. Diese werden gegen die Einwanderung billiger deutscher Arbeitskräfte nichts einzuwenden haben, so lange sie sie selbst auspressen können. Sobald sie aber in den Deutschen die Agenten deutschen Kapitals, deutscher Industrie und deutschen Handels wittern, werden sie sofort jedes Mittel anwenden, die deutsche Einwanderung zu verdächtigen. Die selbstverständlichen deutschen Bemühungen, die deutschen Auswanderer in geschlossenen Kolonien anzusiedeln, werden sie in diesem Bestreben nur unterstützen. Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß sehr bald in der deutschfeindlichen Presse des Auslandes das Reichswanderungsamt, das Organ der deutschen Regierung für Propagandazwecke, eine große Rolle spielen wird. So werden aus der leider unabwendbaren deutschen Auswanderung unserer Regierung Fragen von großer politischer Bedeutung erwachsen, deren Behandlung unausgesetzte Sorgfalt, politischen Takt und Wachsamkeit erfordert.

Der Reichsrat hat gemäß § 38 des Gesetzes vom 9. Juni 1897 (Reichsgesetzblatt S. 463 ff.) und des Artikels 2 des Regulativs vom 26. Januar 1898 (Reichsanzeiger vom 21. Januar 1909 Nr. 45) zu Mitgliedern des Beirats für das Auswanderungswesen für die Wahlperiode vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1922 die folgenden Persönlichkeiten gewählt:

F. Baltrusch, Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christl. Gewerksch., Berlin; Dr. Bücher, o. Professor a. d. Univ. Leipzig; Freiherr von dem Bussche-Kessel, Leiter der deutschen Arbeiterzentrale, Berlin; Dr. Cuno, Generaldirektor d. Hamb.-Am.-Linie, Hamburg; Fabarius, Professor, Evang. Hauptverein, Deutsche Kolonialschule, Witzenhausen; Fritsch, Unterstaatssekretär a. D., Berlin-Lichterfelde; Fürbringer, Geh. Reg.-Rat, Emden; Gasteiger, Benefiziat, Mosach bei Graßing; Dr. Goes, Konsul, Direktor der Santa Catharina Eisenbahngesellschaft, Berlin; Heineken, Vorsitzender des Direktoriums des Norddeut. Lloyd, Bremen; Rudolf Klein, Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker), Berlin; Alexander Knoll, Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin; von Lindequist, Staatssekretär a. D., Vereinigung für Siedlung und Wanderung, Berlin; Lusensky, Ministerialdirektor a. D., Handelsvertragsverein, Berlin; Manasse, Obervorsteher der Kaufmannschaft in Stettin, Stettin; August Nebelthau, Kaufmann, Bremen; Dr. Nocht, Professor, Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Mitglied des Reichsgesundheitsrats, Hamburg; Dr. Paul Träger, Privatgelehrter, Südamerik. Gesellsch., Berlin; Carl Vorwerk, Kaufmann, Hamburg; Dr. h. c. Theodor Wanner, Stuttgart, Deutsches Ausland-Institut; Wiengreen, Generalkonsul der Republik Paraguay, Hamburg; Freiherr von Würzburg, München.

Eine neue Zweigstelle des Reichswanderungsamts ist in Mannheim eröffnet worden. Zu ihrem Leiter wurde der bekannte dortige Führer der Auslandsdeutschen, Pfarrer Wettstein, berufen. Die Geschäftsräume befinden sich im Neuen Schloß, Z. Nr. 30.

Die neugebildete **Düsseldorfer Arbeitsgemeinschaft** für deutsches Wanderungswesen vereinigt, wie man uns ergänzend mitteilt, alle örtlichen Behörden wie gemeinnützigen Körperschaften in Düsseldorf zur Aufklärung über Auswanderungsfragen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Die Geschäftsführung ist der Vereinigung für Siedlung und Wanderung in Berlin als dem geschäftsführenden Vorortverein der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen übertragen worden.

Eine Warnung für Auswanderer!

Von der Firma Ruoff, Quenzer & Co. in Reutlingen geht uns folgende Mitteilung zu:

„Unsere Firma und die sämtlichen hiesigen Gründer sind aus der „Almeco“ ausgeschieden und haben ihre Anteile mit $\frac{2}{3}$ des Nominalwertes an den früheren Geschäftsführer, Diplomb Kaufmann A. R. Breitenbach aus München, abgetreten. Gesellschafter ist noch Privatgelehrter Dr. A. Escales in München mit einer Beteiligung von 5000 Mark. Das Gesellschaftskapital betrug 25000 Mark, woran Breitenbach mit einer Sacheinlage von 5000 Mark (schriftliche Arbeit über Mexiko) partizipierte. Er kam im Frühjahr 1919 mit Familie mittellos (ohne Mobilien) von München hierher und hiesige Großfirmen haben ihm zu besagter Gründung verholfen und ihm mit kleinerem Kapital zwecks Vorbereitung zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mexiko und Deutschland unterstützt. Das ihm entgegengebrachte Vertrauen hat er in gröslichster Weise mißbraucht, indem er als Geschäftsführer egoistische Sonderinteressen verfolgte und sich wiederholte Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ, bis ihm seine Stellung auf 1. Januar 1920 gekündigt wurde.

Da er Schiebergeschäfte betreibt, wollten die hiesigen Gründer mit ihm und der „Almeco“ nichts mehr zu tun haben und trafen im März 1920, unter Überlassung ihrer Geschäftsanteile, ein Abkommen mit ihm, gemäß welchem die Namen der Gründer, bei einer Konventionalstrafe von 100 Mark in jedem Einzelfalle, von ihm bei seinen Geschäften nicht mehr genannt werden dürfen.“

Unsere Leser erinnern sich, daß wir schon der Gründung der „Almeco“ sehr skeptisch gegenüberstanden. Unser Mißtrauen wurde verstärkt, als der Geschäftsführer der Gesellschaft in Zeitungsanzeigen, die unter einer Chiffre liefen und den Gründer nicht erkennen ließen, Leute zu einer Mexiko-Siedlungsgesellschaft zu gewinnen suchte. Wir verschafften uns seinen Prospekt und haben auf die gefährliche Leichtfertigkeit dieser nichtssagenden und nur auf Bauernfang berechneten Prospekte gleich in unserer Zeitschrift hingewiesen. Herr Breitenbach drohte damals mit Klage und war sehr empört. Wir boten ihm an, unsern ganzen Schriftwechsel mit ihm wörtlich in unserer Zeitschrift zu veröffentlichen. Daraufhin verstummte er. Wir haben schriftlich und mündlich vor ihm seine Gründungsmitglieder wie auch zahlreiche Anfragende gewarnt. Wie recht wir mit unserer Warnung hatten, zeigt nun das Ausscheiden der Reutlinger Firmen, die in gutem Glauben handelten und deren Vertrauen der „Mexikokenner“ gröslichst mißbraucht hat.

Warnung.

Die Südamerikanische Kolonial-Vereinigung, Berlin S.W. 48, Friedrichstraße 239, erläßt eine Warnung vor Herrn Johannes Hamisch, der zurzeit in Glogau wohnhaft sei, und der unter dem Vorgeben, ihr Vertreter zu sein, bei dort wohnenden Leuten sich größere Beträge erschwindelt habe und dadurch, daß er versprach, der Dampfer fahre in wenigen Tagen ab, die Leute

veranlaßte, ihre Habe zu verkaufen und nach den Seestädten abzureisen. Wenigstens 15 Familien sollen auf den Schwindel hereingefallen sein.

Jüdische Auswanderung aus Polen.

Die „Lodzer Freie Presse“ meldet nach einer polnischen Quelle, daß die amerikanisch-jüdische Kommission in Warschau vom polnischen Ministerium Sonderwagen für Auswanderer von Polen nach Amerika erwirkt habe. Dreimal wöchentlich soll ein Wagen an den Eilzug Warschau-Danzig angehängt werden, späterhin soll der Wagen täglich gehen. Der erste Transport habe dieser Tage Danzig auf dem Schiffe „Mexiko“ verlassen, er trägt 540 Personen, darunter gegen 400 jüdische.

Auswanderung nach Sowjet-Rußland.

Die „Räte-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 18 einen Artikel über die Frage der Auswanderung nach Rußland. Es wird die Zerrüttung der Industrie und des Verkehrswesens der Wahrheit gemäß zugegeben und es wird mitgeteilt, daß jetzt zwei der Genossen von der zweiten Delegation der „Ansiedlung Ost“ zurückgekehrt sind, die diese Erkenntnis als Resultat ihrer Reise mitgebracht haben. Aus den Verhandlungen, so wird mitgeteilt, ergab sich, „daß in Sowjet-Rußland deutsche Qualitätsarbeiter, Techniker, Ingenieure, dringend gewünscht werden. Die russischen Genossen haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nur klassenbewußte Proletarier, die sich ihrer Pflicht als revolutionäre Arbeiter stets bewußt sind und nicht Spielball kontrerevolutionärer Kräfte werden können, aufzunehmen gewillt sind. Es steht also fest, daß Sowjet-Rußland dringend Qualitätsarbeiter braucht und daß diese auswandernden Arbeiter auf dem Boden des kommunistischen Programms stehen müssen.“

Es wird in diesem Artikel nicht mehr von der Ansiedlung bäuerlicher Elemente, sondern nur noch von der Auswanderung industrieller Arbeiterschaft gesprochen. In der Funktionärversammlung der Gruppe Groß-Berlin der Ansiedlung Ost gab der eben aus Rußland von der Studienreise zurückgekehrte Genosse Müller Bericht über seine Eindrücke. Auch er beschränkte sich im wesentlichen auf einen Bericht über die Lage der Industrie und über die Möglichkeit der Auswanderung industrieller Arbeiter. Am 30. März traf die deutsche Delegation in Moskau ein. Auf dem Parteitag der kommunistischen Partei wurde sie mit Jubel begrüßt, Trotzki versprach ihr volle Unterstützung. Die Delegation nahm Einsicht in verschiedene Industriebetriebe, die man ihr bereitwilligst zeigte. Von 38000 Lokomotiven fahren kaum mehr 6000, die Lokomotivfabriken arbeiten mit völlig unzureichenden Mitteln und Kräften. Tausende von Arbeitern könnten hier Aufnahme finden. In Moskau könnten 5000 Automobilarbeiter Arbeit finden zum Teil in tadellos neu eingerichteten Fabriken. Eine wunderbar von Amerikanern eingerichtete Fabrik im Walde, mit Spiel- und Sportplätzen und Einfamilienhäusern wolle die Regierung ganz den deutschen Arbeitern zur Verfügung stellen. Die Glühlampen-Fabriken könnten 6000 Arbeiter in Moskau beschäftigen und ständen völlig leer. Auch Werke der Porzellan- und Glas-Industrie, der chemischen Industrie, der Kabel-Industrie ständen leer, obgleich Maschinenanlagen und Rohstoffe vorhanden wären. Die optische Industrie, die Flugzeug-Industrie und andere könnten Tausende von qualifizierten Arbeitern brauchen. Eine modern eingerichtete Motorenfabrik solle deutschen Arbeitern völlig überlassen werden. Der Referent verlas einen in zweiter Lesung bereits angenommenen Vertragsentwurf, der später veröffentlicht werden soll. Der Redner gab ferner einen Überblick über die Ernährungslage, der kein ungünstiges Bild bietet, schilderte die glänzende Er-

ziehung in Sowjet-Heimen usw. Ein baldiger Beginn der Auswanderung sei erwünscht, unverheiratete Arbeiter müßten zuerst kommen, da große Wohnungsnot herrsche, Bauhandwerker aller Art würden zunächst zum Einrichten von Wohnungen bevorzugt. Der zweite Referent, Genosse Knoblich, teilte mit, daß auch die Ansiedlungsfrage in Angriff genommen werden solle. Eine große geschlossene Siedlung von 50—60 000 Menschen mit eigenen Industrieanlagen solle geschaffen werden, sie solle im Bezirk Neu-Dünaburg liegen, es sollten aber auch im Süden und Südosten große deutsche Sowjet-Kommunen gebildet werden. Eingehende Veröffentlichungen ständen noch bevor.

Diese wird man in der Tat abwarten müssen, um ein klares Bild von der ganzen Frage zu gewinnen.

Auswanderung nach Argentinien.

Nach einer Meldung des „Argentinischen Tagblattes“ vom 17. Mai beziffert die amtliche Statistik die Zahl der Einwandererfamilien, die sich seit Juni 1919 in Argentinien ländliches Eigentum erwarben, auf rund 5000. Am stärksten vertreten sind Deutschland, Österreich und die Balkanländer.

Die Zahl kann natürlich nur einen sehr ungenauen Anhalt für Schätzung der Gesamteinwanderung geben, da sie einmal nur ganze Familien, also nicht Köpfe, gibt und außerdem die zweifellos beträchtliche Menge derjenigen unberücksichtigt läßt, die noch nicht in der Lage waren oder auch gar nicht die Absicht haben, sich als landbesitzende Siedler in Argentinien niederzulassen.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten).

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschum i. allg.: 30. 31. 33. 43. 55. 57. 58. 80. 112. 117. 119. 122.

Grenzdeutschum: 2. 17. 23. 29. 35. 38. 44. 47. 49. 51. 53. 55. 60. 61. 63. 65—67. 79. 82. 90. 93. 98. 102. 104. 108. 111. 114. 116. 117.

Auslandkunde i. allg.: 15. 19. 24. 33. 34. 42. 48. 68. 70—73. 77. 101. 110.

Auswanderung: 3. 12. 36. 41. 81. 92. 97. 103. 113.

Außenhandel: 11. 19. 24. 69. 83. 95.

Mission: 1. 62.

Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 4. 6—8. 10. 13. 14. 17. 19. 22. 32. 78. 87. 89. 96. 100. 105. 106. 110. 118.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 4. 13. 26—28. 71. 73. 83. 84. 87. 89.

Nord- u. Osteuropa: 2. 14. 16. 18. 20. 37. 46. 54. 68. 70. 74. 99. 100. 102. 113. 114.

Süd- u. Südosteuropa: 38. 52. 59. 78. 88. 116. 117.

Vorderasien: 25. 42. 45. 77.

Zentralasien: 91. 107.

Ost- u. Australasien: 5. 30. 75. 97. 103.

Afrika: 40. 76. 109. 120.

Nordamerika: 6. 9. 39. 56. 64. 69. 72. 94.

Mittel- u. Südamerika: 3. 12. 21. 50. 85. 86. 92. 95. 97. 101. 115.

I. Einzelschriften.

1. *Aufhauser*, Joh. B., Die Pflege der Missionswissenschaft an der Universität. Diessen-München: Huber 1920. 32 S. 8° M 2.—.
2. *Bender*, Georg, Heimat u. Volkstum der Familie Koppernigk (Coppernicus). Breslau: Hirt i. Komm. 1920. 60 S. 8° M 6.—. (Darstellungen u. Quellen z. schlesischen Geschichte. Bd 27.)
3. *Bieler*, Adolf, Brasilien. Mit e. Übersichtskarte. Hamburg:

Friedrichsen 1920. 152 S. 8° M 9.—. (Auslandswegweiser. Bd 4.)

4. *Buxton*, Charles Roden and Dorothy Frances, The World after the War. London: G. Allen & Unwin 1920. 7 s. 6 d.

Das Buch ist Ergebnis der Studienreisen des hervorragenden Quäkerehepaars seit dem Waffenstillstand. Es gibt eine düstere Schilderung der wirtschaftlichen Not Mitteleuropas, für die es die Politik der Entente zum großen Teile verantwortlich macht, untersucht aber auch die geistigen Umwälzungen, die sich überall in Europa, vornehmlich in Deutschland und in der jüngeren Generation Frankreichs, vorbereiten. H. M.

5. *De Bruyn Kops*, G. F., Overzicht van Zuid-Sumatra. Amsterdam: Zuid-Sumatra-Instituut 1919. 166 S.

6. *Fletcher*, C. Brundson, Stevenson's Germany in the Pacific. London: Heinemann [1920]. 12 s.

7. *Gentzon*, Paul, L'armée allemande depuis la défaite. Paris: Payot [1920]. fr. 5.—.

8. *Good*, G. P., Germany and the French Revolution. London: Longmans 1920. VII, 543 S. 14 s.

9. *Große*, Friedrich, Gesundheits-Rat. Neuyork: Neuyorker Staatszeitung [um 1919]. 130 S. 8°.

10. *Hayens*, Kenneth, Theodor Fontane. A critical study. London: Collins [1920]. 7 s. 6 d.

11. *Heilberg*, A., Privatrechtliche Bestimmungen des Friedensvertrages. Berlin: Vereinigg. wissenschaftl. Verleger 1919. 8° M 10.—.

12. *Heinrichs*, Fr., Sollen wir auswandern? Erlebnisse eines Kolonisten in Südbrasilien. Essen: Fredebeul & Koenen 1920. 69 S. 8° M 3.50.

13. *Hélot*, Jules, Cinquante mois sous le joug allemand. L'occupation allemande à Cambrai et dans le Cambrésis. Vol. 1. Paris: Librairie Plon 1919. II, 594 S. fr. 12.—.

14. *Hemmer*, Jarl, Prinz Louis Ferdinand av Preussen. En romantisk cykel. Stockholm: Bonnier [1920]. Kr. 4.—.

15. *Holldack*, F., Grenzen der Erkenntnis ausländischen Rechts. Leipzig: Meiner 1919. XXIII, 292 S. 8° M 22.—.

16. *Jensen*, Alfred, Slavisk kultur och litteratur under nittonde arhundradet. Med en folkarta. Stockholm: Norstedt [1920]. Kr. 11.50.

17. *Jessen*, F. de, L'intervention de la France dans la question du Slesvig du Nord: Préface de Pierre de la Gorce, de l'Académie française. Vol. 1. Paris: Librairie Plon 1919. VII, 151 S. fr. 5.—.

18. Das *Justizwesen* der Sowjetrepublik (Gesetze u. Verordnungen). Hrsg. vom Generalsekretariat z. Studium d. Bolschewismus. Berlin: Kulturliga 1920. 56 S. 8° M 2.50. (Samml. v. Quellen z. Studium d. Bolschewismus. H. 5.)

Die wichtigsten Dekrete und Verordnungen der Sowjetrepublik über das Justizwesen für die Zeit vom November 1917 bis März 1918 sind wiedergegeben. In einer 15 Seiten umfassenden Einleitung wird die frühere russische Gerichtsverfassung kurz skizziert.

* Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

19. **Keynes, John, Maynard, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. Übers. v. M. J. Bonn u. C. Brinkmann. Einzig autor. Übers. aus d. Engl. München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1920. V, 243 S. 8° M 10.—.*
20. *Klein, Hugo, Die südrussische Eisenindustrie. Düsseldorf: Stahl Eisen [1920]. 81 S. 8° M 6.—.*
21. *Koebel, William Henry, The great South land. The River Plate and Southern Brazil of to-day. New York: Dodd, Mead [1920]. \$ 4.50.*
22. *Landormy, Paul, Brahms. Paris: Alcan 1919. 214 S. fr. 5.—. (Collection „Maîtres de la musique“. Vol. 1.)*
23. *Lauridsen, P., Da Sønderjylland vaagnede. En skildring af Nordslesvigernes nationalitetskamp fra 1830 til 1848. (Folkeudg.) Halvbd 2. Kopenhagen: Haase [1920]. Kr 8.—.*
24. *Lenz, A., Der Wirtschaftskampf der Völker und seine internationale Regelung. Stuttgart: Enke 1920. XVI, 315 S. 8° M 33.—.*
25. *Liman von Sanders, 5 Jahre Türkei. M. zahl. Textskizzen u. 3 Kartenbeil. Berlin: Scherl 1920. 108 S. M 40.—.*
26. *Mathorez, I., Histoire de la formation de la population française. Les étrangers en France sous l'ancien régime. T. 1. Paris: Champion [um 1920]. 8° fr 30.—.*
27. *Mitscherlich, M., Der Nationalismus Westeuropas. Leipzig: Hirschfeld 1920. XV, 374 S. 8° M 31.20.*
28. *Morel, E. D., Die schwarze Pest in Europa [The black Scourge in Europe, deutsch]. (Erweiterter Abdr. v. E. D. Morels Aufsatz im „Daily Herald“ v. 10. April 1920). Berlin: Engelmann 1920. 7 S. 8°.*
Morels Aufsatz und seine Rede in Westminster (s. Nr. 106) gaben der öffentlichen Meinung außerhalb Deutschlands den ersten Anstoß, gegen die Verwendung farbiger Truppen, wie sie Frankreich besonders in den besetzten Gebieten handhabt, Einspruch zu erheben.
29. *Die deutsche Note über Schleswig. Mit 1 Kt., 4 Tab. u. 2 Anl. Hrsg. v. Joh. Tiedje. Charlottenburg: Dt. Verlags-Gesellsch. f. Politik und Wirtschaft 1920. 32 S. 8°.*
30. *Oefe, Armin von, Von deutschem Geist u. deutscher Freiheit. Weltvreden: Javasche Boekh. en drukkerij [1920]. 3 Fl. 90 c.*
31. **Philipp, Ed., Die deutsche Auslandsschule in der Gegenwart. Leer: Wolff & Barfuß, Apr. 1920. 19 S. 8° M 1.75. (Kleine pädagog. Bücherei. H. 1.)*
32. *Picton, Harold, The better Germany in War-time. London: Nat. Labour Press [um 1920]. 5 s.*
33. *Poeschel, Hans, Die Kolonialfrage im Frieden von Versailles. Dokumente zu ihrer Behandlung. Berlin: Mittler 1920. XII, 246 S. 8° M 7.50.*
34. *Potulicki, Graf M., Bibliographie des Pressewesens insbes. des Presserechts in dt. u. ausländ. Literatur. Berlin: Heymann 1920. 16 S. 8° M 2.—.*
35. **[Ruppersberg, Albert], Aus Saarbrückens Vergangenheit. Eine Antwort an Prof. Dr. D. Wiese. M. 5 Abb. (Berlin) 1920: (Paß & Garleb).*
36. **Sapper, Karl, Natur- u. Lebensbedingungen in tropischen u. tropennahen Gebieten. E. prakt. Ratgeber. Hamburg: Friederichsen 1920. 124 S. 8° M 8.— (Aust.-Wegw. Bd 3.)*
37. *Schiemann, Th., Die Reformation Alt-Livlands. Leipzig: Grunow 1919. M 4.50. (Die protestantische Staatsidee. Hrsg. v. W. van der Bleek.)*
38. *Schlitter, H., Aus Österreichs Vormärz. T. 1--4. Wien: Amalthea-Verlag 1920. 8° je M 7.— (Amalthea-Bücherei.)*
1. Galizien u. Krakau.
2. Böhmen.
3. Ungarn.
4. Niederösterreich.
39. **Schrader, Frederick Franklin, „1683--1920“! The fourteen points and what became of them. — Foreign propaganda in the public schools. — Rewriting the history of the United States. . . . (New York: Concord Publ. Comp. 1920.) VIII, 250 S. 8°.*
40. *Schrader, Rudolf, Das Arbeitsrecht für Eingeborene in Deutsch- u. Britisch-Ostafrika. Hamburg: Friederichsen 1920. 93 S. 8° M 5.—.*
41. **Schriften, zur Auswanderung. H. 1--3. Stuttgart: Ausland u. Heimat A.-G. [1920]. 8° je M 2.—.*
1. *Grisebach, M., Einzel- oder Genossenschafts-Siedlung.*
2. *Jung, Auswanderung u. Landwirtschaft.*
3. *Lutz, Otto, Auswanderer u. Akademiker.*
42. *(Schultz, Wolfgang), Das Forschungsinstitut für Osten und Orient. Wien: Forschungsinstitut [1920]. 78 S. 8°.*
43. **Staercke, Max, Adolf Pohlmann-Hohenaspe † zum Gedächtnis. Detmold: Meyersche Hofbuchhandlung 1920. 32 S. 8° M 2.—.*
44. *Tiedje, Johannes, Denkschrift über die Schleswigsche Frage. T. 1. 2. Berlin 1919: (Reichsdruckerei). 4° (2°) (Drucksache d. Geschäftsstelle für die Friedensverhandl. 43.)*
45. **Vom Tigris zum Nordseestrand. Eine Bilderfolge z. Erinnerung an unsere Rückkehr aus d. asiatischen Türkei. M. e. Einführung v. Otto Riederer. E. Kartenbeilage. Hrsg. v. Dr. F. Mönch. Berlin: Kulturverlag (1919). 89 S. qu. 8° M 50.—.*
46. *Treuenfels, B., Die Reste der russischen Volkswirtschaft. Stuttgart: Enke 1920. 100 S. M 9.—. (Finanz- u. volkswirtschaftl. Zeitfragen. H. 64.)*
47. *Tschermak-Seysenegg, Armin, Deutsche Großböhmens holt eure Hochschulen heim! Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 30 S. 8° M 1.—. (Böhmerland-Flugschrift für Volk und Heimat. 14.)*
Der Verfasser legt den geschichtlichen Werdegang der deutschen Universität in Prag dar, schildert an der Hand vieler Einzeltatsachen die planmäßige Bedrängnis und Unterdrückung der deutschen Hochschulen durch den neuen großböhmisches Staat und kennzeichnet das neue „Universitätsgesetz“ als kulturwidrige, des Minderheitenrechts spottende Gewalttat. Er hebt die geistige und wirtschaftliche Bedeutung der beiden Hochschulen für die Deutschen Großböhmens hervor und fordert die Verlegung beider Anstalten in das deutsche Siedlungsgebiet, was auch im Interesse der Tschechen selbst liege.
H. M.
48. *Turba, Franz, Das Nationalitätenproblem und der Völkerbund. Berlin: Engelmann 1920. 16 S. 8° M 2.25.*
49. *Variot, Jean, Légendes et traditions orales d'Alsace. T. 1: Strasbourg. T. 2: Sundgau et Haute-Alsace. Paris: Crès 1919. T. 1 fr. 4.50; T. 2 fr. 5.—.*
50. *Wagner, Emile, A travers la forêt brésilienne. Etat de Parana. Avec 8 planches. Paris: Alcan & Lisbonne 1919. 216 S. fr. 7.20.*
51. *Welschinger, Henri, Douze contes alsaciens. Paris: Berger-Levrault [1920]. 8° fr. 4.50.*
Französischer Elsässer, Vorkämpfer des Revanchegedankens in Frankr. (s. Journal des Débats u. Libre parole), Verf. von „Bismarck“, „Sainte Odile“, „Patronne de l'Alsace“ etc., † 1919 in Paris.
52. *Wendel, Hermann, Aus und über Südslawien. Berlin: Vorwärts 1920. 111 S. 8° M 4.50.*
53. *Wutte, Martin, Die uraquistische Volksschule in Kärnten. Zur 50jähr. Jubelfeier des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869. Klagenfurt: Kärntner Lehrerbund 1919. 25 S. 8°.*
Der Verf. führt auf Grund sorgfältigen Aktenstudiums (bei der Landesregierung in Klagenfurt) den Nachweis, daß die seit 50 Jahren in Kärnten bestehenden zweisprachigen Schulen keineswegs der Germanisierung der Slowenen gedient haben. Die meisten slowenischen Gemeinden im gemischtsprachigen Gebiet haben ihre Sprache behalten. Der Fortschritt der deutschen Sprache ist auf die natürlichen geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse zurückzuführen, die in dem slowenischen Teil der Bevölkerung das Bedürfnis nach der Kenntnis der deutschen Sprache fortwährend lebendig erhalten, während er von der Masse der südslawischen Stämme durch die schwer zu überwindende Naturgrenze der Karawanken geschieden ist.
H. M.

54. *Zitelmann*, F[ranz Karl], Rußland im Friedensvertrag von Versailles (Art. 116, 117, 292, 293, 433 des Friedensvertrages). Kommentar. Berlin: Vahlen, Engelmann 1920. XII, 125 S. 8°. (Vorveröff. aus d. Kommentar z. Friedensvertr.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

55. Die *Arbeit*. Monatsschrift für deutsche Kulturgemeinschaft. Hrsg. v. Prof. Dr. jur. Erwin Ruck u. Dr. phil. Albert Bauer. Jg. 1. 1920/21. H 1. 96 S. 8°. Basel-Freiburg [i.Br.]: Arbeits-Verlag. Jährl. 12 H. M 72.—.
56. The Lutheran *Church-Year-Book* for 1920. Compiled by G. L. Kieffer. Editor: Ellis B. Burgess. Philadelphia: United Lutheran Publ. House 1920. 282 S. 8°.
57. Die evangelische *Diaspora* insbes. des Auslandsdeutschtums. Monatshefte d. Gustav-Adolf-Vereins. Hrsg. von Franz Rendtorf. Jg. 2. 1920/21. H 1/2. Leipzig: Hinrichs. Jährl. 12 H. M 10.—. [Jg. 1 u. d. Titel: Monatshefte d. Gustav-Adolf-Vereins.]
58. Nationale *Erziehung*. Monatsschrift d. deutschnationalen Lehrerbundes. Rundschau f. Eltern u. Erzieher m. d. Beil. „Die Elternbeiräte“. Hrsg. von Gerhard Krügel. Jg. 1. 1920. Leipzig: Weicher. Jährl. 12 H. Halbj. M 10.— f. Mitgl. M 5.—.
59. *Frühling*, Blätter für Menschlichkeit. Verantwortl. Leitung: Norbert von Hannenheim. Hermannstadt [Siebenbürgen]: Frühling-Verlag. 6 Hefte. Kr. 100 (Lei 50.—). Heft 1. April 1920. 22 S. 8°.
60. Aus deutscher *Heimat*. Kalender f. d. Deutschen Böhmens, Mährens u. Schlesiens f. d. Jahr 1920. Olbersdorf (Schlesien): L. Richter.
61. Ostmärkischer *Heimatskalender* des deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, 1920. Frankfurt a. O.: Heimatbund Posener Flüchtlinge.
62. *Jahrbuch* der Vereinigten Deutschen Missionskonferenzen. Im Auftr. hrsg. v. Prof. Dr. J. Richter u. Oberpfarrer Strümpfel. Selbstverlag d. Missionskonferenz in d. Provinz Brandenburg. Berlin: Berliner Missionsbuchhandlung. 92 S. M 3.60.
63. Landwirtschaftlicher *Kalender* f. Polen f. d. Jahr 1920. Hrsg. vom Verband Deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen. Posen: Posener Raiffeisen-Bote. M 2.50.
64. Der lutherische *Kalender* auf d. Jahr unseres Heilandes 1920. Hrsg. v. R. Neumann. Burlington: Lutheran Literary Board 1920. 192 S. 8°.
65. *Mitteilungen* aus d. höheren Schulwesen. Zeitschrift f. d. deutschen Mittelschullehrer in d. tschecho-slowak. Republik. 1920. Hrsg. u. Schriftl.: Josef Rott. Reichenberg: Druck von Gebr. Stiepel.
66. *Saar-Freund*. Nachrichten aus d. abgetrennten Saar- u. Pfalzgebiete. Jg. 1. 1920. Nr 1. Januar. Berlin SW 48: Ost-West-Verlag. jährl. 24 Nrn M 8.—.
67. Danziger *Schulzeitung*. Hrsg. vom Lehrerverein des Freistaates Danzig. Verantwortl.: E. Jasse. Jg. 1. 1920. (Nr 1 bis 19). Danzig: Kafemann i. Komm. jährl. 52 Nrn, vierteljährl. M 3.—.
68. *Sommerfeldt*, M. P., Norsk tidsskrift-index 1918. Systematisk fortegnelse over indholdet av 184 norske tidsskrifter. Aarg. 1. Kristiania: Steenske Forlag [1919]. Kr. 10.—.
69. Transatlantic *Trade*. Publ. monthly by the American Association of Commerce and Trade, Berlin, in the interests of the American manufacturer, exporter and importer. Vol. 1. Nr 1. Berlin 1920. 4°.

70. *Wem är det?* 1920. Uppslags- och handbok över samtida kända svenska män och kvinnor. Utg. av Erik Thyselius. Stockholm: Norstedt [1920]. Kr. 15.—.
71. The literary *Who's who* [in England] for the year 1920. London: Routledge (1920), 8 s. 6 d.
72. *Who's who and why* 1919–20 in Canada. Ed. by B. M. Greene. Neuyork: Brentano's (1920). 8 \$ 75 c.
73. *Willing's* Press guide and advertisers' directory and handbook, 1920. London: Willing 1920. 2 s.
74. *Wochenschrift* f. Stadt u. Land. Hrsg.: Dozent Karl F. H. Heintz. Jg. 1. 1920/21. Riga: Müllersche Buchdruckerei. Nr 1. 1. April 1920. 12 S. 4°.
75. Official *Year-Book* of the Commonwealth of Australia containing authoritative statistics for the period 1901–1918 and corrected statistics for the period 1788–1900. By G. H. Knibbs. Melbourne: Mullett [1919].
76. The South and East African *Year-Book* and guide 1920. Ed. by A. Samler Brown and G. Gordon Brown. London: Low [1920]. 8° 2 s. 6 d.

III. Zeitschriftenaufsätze.

77. *Babinger*, Franz, Die Zukunft der morgenländischen Studien in Deutschland. in: Internat. Monatsschrift f. Wissenschaft, Kunst u. Technik. Jg. 14. 1920. H. 5, S. 386. Leipzig: Teubner.
78. *Barth*, Hans, Die Freunde deutschen Geistes in Italien. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920/21. H. 1, S. 43. Basel-Freiburg [i. Br.]: Arbeitsverlag.
79. *Blocher*, E., Die Grundlage der schweizerisch-deutschen Kulturgemeinschaft. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920/21. H. 1, S. 9. Basel-Freiburg [i. Br.]: Arbeitsverlag.
80. *Brunau*, M., Die ländliche Volkshochschule im Dienste der Auslandsdiaspora. in: Monatshefte d. Gustav-Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 11/12, S. 230. Leipzig: Hinrichs.
81. *Buetz*, G[eorg], Soll der Deutsche auswandern? in: Nord u. Süd. Jg. 44. 1920. H. 6, S. 235. Breslau: Schottlaender.
82. *Bumke*, Die völkerrechtl. Stellung Danzigs. in: Recht u. Wirtschaft. Jg. 9. 1920. Nr 3. Berlin: Heymann.
83. *Clunet*, Ed., Biens, droits et intérêts ennemis en France. in: Journal du droit international. 46, 6, 1281–1289. Paris: Marchal et Godde.
84. *Dauzat*, Albert, L'Expansion intellectuelle de la France. in: La Revue mondiale. Année 31. 1920. Nr 10, S. 129. Paris.
85. Das chilenische *Deutschtum*. in: Lateinamerika [Reihe] C, Nr 2/3, 1920, S. 58. Berlin: Dt. Überseedienst.
86. *Deutschtum*. Kirche u. Schule [in Paraguay]. in: Paraguayana. Jg. 1. 1920. Nr 4, S. 141. Augsburg: Haas & Grabherr.
87. *Doublet*, E., Les relations scientifiques entre la France et l'Allemagne. in: Revue scientifique. Jg. 57. Nr 15, 456 bis 463. Paris: Revue politique.
88. *Dreyer*, A., Die deutschen Sprachinseln in Welschtirol. in: Gartenlaube. 1920. H. 13. Berlin: Scherl.
89. *Dusenschoen*, Fritz, Engländer über England u. Deutschland. Nach Vernehmungen englischer Kriegsgefangener im Felde. in: Süddt. Monatshefte. Jg. 17. 1920. H. 8, S. 78. München: Südd. Monatshefte.
90. *Dyck*, Siegfried, Ostpreußens Not [Wirtschaftl. Folgen des Friedensvertrags, bes. für d. Abstimmungsgebiete]. in: Hilfe. 1920. Nr 20, S. 297. Berlin: Hilfe.

91. *Eckardt*, Hans von, Sibirien. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 5. 1920. Nr 21, S. 312. Hamburg: Meißner i. Komm.
92. *Erckert*, von, Die Aussichten des deutschen Auswanderers in Chile. in: Lateinamerika [Reihe] C, Nr 2/3, 1920, S. 60. Berlin: Dt. Überseedienst.
93. *Franke*, Kurt, Unsere deutschen Stammesgenossen in Böhmen u. die Kunst. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920/21. H. 1, S. 92. Basel-Freiburg [i. Br.]: Arbeitsverlag.
94. *Glaser*, Friedrich, Die deutschsprachige Presse in den Verein. Staaten. in: Zeitungsverlag. Jg. 21. 1920. Nr 19, 658—661. Magdeburg: Zeitungsverlag.
95. [Der deutsche Besitz in] *Guatemala*. in: Deutsche Kolonialzeitung. Jg. 37. 1920. Nr 5, S. 51. Berlin: Dt. Kolonialgesellschaft.
96. *Guerne*, Jules de, Le sort des musées des villes du Nord pendant l'occupation allemande. in: Revue scientifique. 58, 5, 141—143. Paris: Revue politique.
97. *Hardeland*, Auswanderungsziele. Urteile aus Japan, Mexiko u. Argentinien. in: Daheim. Jg. 56. 1920. Nr 28. Leipzig: Velhagen & Klasing.
98. *Koenig*, Fritz, Der elsass-lothringische u. der französische Regionalismus. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 18, S. 128. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
99. *Kuehn*, Joachim, Ein vergessener Baltendichter: Alexander v. Sternberg. in: Preuß. Jahrbücher. Bd. 180. 1920. H. 1—3. Berlin: Stilke.
100. *Luther*, Arthur, Rußland u. die deutsche Dichtung. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920/21. H. 1, S. 48. Basel-Freiburg [i. Br.]: Arbeitsverlag.
101. *Mann*, Wilhelm, Die Bemühungen der Alliierten um die kulturelle Eroberung Lateinamerikas. in: Lateinamerika [Reihe] C, 1920, Nr 1, S. 1; Nr 2/3, S. 63. Berlin: Dt. Überseedienst.
102. *Massow*, W. von, Polen. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 21, S. 615. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanstalt.
103. *Mauerer*, Konrad, Die Aussichten der deutschen Ärzte in China nach d. Weltkriege. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. H. 6, S. 163. Berlin: Heymann.
104. *Moeller* van den Bruck, Deutsche Grenzpolitik. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 20, S. 177. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
105. *Montgelas*, Pauline Gräfin, Der Friedensvertrag u. d. Schicksal Europas in englischem Urteil. in: Hochland. Jg. 17. 1919/20. H. 8. München-Kempten: Kösel.
106. *Morel*, E. D., Black troops in Germany. The use of non-European peoples by European governments for European wars and for the prosecution of political and diplomatic ends in Europe. [Verbatim report of a speech at the meeting held at the Central Hall, Westminster, on April 27, organised by the Women's Internat. League . . .] in: Foreign Affairs. Vol. 2. No 11. June 1920. London: Union of Democratic Control. Berlin: Engelmann.
107. *Mosdorf*, Das Deutschtum in Sibirien. in: Ostasiat. Rundschau. Jg. 1. 1920. Nr 7, S. 62. Berlin: Dt. Überseedienst.
108. *Oncken*, Hermann, Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee. in: Österr. Rundschau. Bd. 63. 1920. H. 3, S. 97. München: Drei Maskenverlag.
109. *Poeschel*, Hans, Afrika. (Vorabdr. aus d. 3. Aufl. d. „Handbuchs d. Politik.“) in: Preuß. Jahrbücher. Bd. 180. 1920. H. 3, S. 396. Berlin: Stilke.
110. *Pfordten*, Herm. Frhr. von der, Deutsche u. ausländische Musik. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920/21. H. 1, S. 28. Basel-Freiburg [i. Br.]: Arbeitsverlag.
111. *Rosenkranz*, A., Ein Ausschnitt aus d. Entwicklung d. evangel. Gemeindelebens in Lothringen. in: Die evangel. Diaspora insbes. d. Auslandsdeutschtums. Jg. 2. 1920/21. H. 1/2, S. 5. Leipzig: Hinrichs.
112. *Saure*, Walter, Ein noch wenig begangener Weg zu nationaler Erziehung [Briefwechsel zwischen reichs- u. auslanddeutscher Jugend]. in: Nationale Erziehung. Jg. 1. 1920. Nr 5, S. 99. Leipzig: Weicher.
113. *Schwengler*, Paul, Deutsche Auswanderung nach Osten. in: Der Osten. Jg. 1920. Nr 34, S. 465. Danzig-Langfuhr: Verlag „Der Osten“.
114. *Sello*, Arthur, Die polnische Republik als Nachbarstaat Deutschlands. in: Das neue Deutschland. Jg. 8. 1920. H. 13/14. Gotha: F. A. Perthes.
115. *Sperber*, Otto, Mexiko (Wirtschaftl. Monographien wichtiger Handelsstaaten. Hrsg. v. Amandus Martens. VIII.). in: Weltmarkt. Jg. 8. 1920. Nr 5, S. 100. Hannover: König & Ebhardt.
116. *Stahlberg*, Walter, Mußte das sein? Ein Stück vom politischen Polen und vom unpolitischen Deutschen [Die Entstehungsgeschichte der polnischen Propagandakarte „Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des Dt. Reiches, entw. v. Ingen. Jakob Spett“, Druck von Justus Perthes, Gotha 1918]. in: Eiserne Blätter. Jg. 1. 1919/20. Nr 44, S. 767. Berlin: Eis. Blätter.
117. Das neue tschecho-slowakische *Wehrgesetz* u. die Forderungen der Deutschen. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1920. H. 15, S. 281. München: Callwey.
118. *Weisbach*, Werner, Das moderne Deutschland im Spiegel italienischer Vorstellungen. in: Preuß. Jahrbücher. Bd. 180. 1920. H. 2, S. 197. Berlin: Stilke.
119. *Wertheimer*, Fritz, Zusammenschluß und politische Vertretung d. Auslandsdeutschen. in: Hilfe. 1920. Nr 17, S. 253. Berlin: Buchverlag d. Hilfe.
120. *Zastrow*, von, Die Wahlen in Südafrika und ihre Bedeutung für das Deutschtum in Südwestafrika. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 5, S. 141. Berlin: Heymann.
121. *Ziehen*, Julius, Das Auslandsdeutschtum in der Geschichte der Wissenschaften. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1920. Nr 6, S. 155. Berlin: Heymann.

IV. Karten.

Erdkarten.

122. *Herrich*, A., Weltkarte. Unter Leitung v. Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:50 Mill. 16. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 82:61 cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Nr 44.)

Etwas roh ausgeführte Karte des neuen politisch-geographischen Weltbildes. Die einzelnen Staaten teils mit Flächen- teils mit Grenzkolorit; diese Uneinheitlichkeit macht die Karte unruhig. Auch die Farbensignaturen sind z. T. nicht glücklich gewählt, z. B. wenn Georgien fast dieselbe Farbe wie das anstoßende Schwarze Meer erhalten hat. Auch inhaltlich bestehen kleine Mängel, z. B. in der Grenzföhrung der Ukraine usw., auf die im einzelnen aber nicht eingegangen werden kann. In der Legende ist die Verteilung der ehemaligen deutschen Kolonien tabellarisch zusammengestellt. Die Wiederholung der Farbensignaturen hätte hier ruhig weggelassen werden können.

123. *Luther*, C., Neue Karte der ganzen Welt. M. 1:35 Mill. Leipzig: Eberhardt 1919. 115:69 cm. M 3.—. (Eberhardts Standard-Karten. 3.)

Ähnliche Ausführung wie Nr 123, in erster Linie ebenfalls für Kontorzwecke bestimmt. Den praktischen Bedürfnissen des Handels dient die Eintragung der hauptsächlichsten Dampferlinien und Telegraphenkabel. Die einzelnen Staaten sind einheitlich nur durch Grenzkolorit bezeichnet. Die Gebiete, über die noch nicht entschieden ist, sind überhaupt nicht koloriert.

doch heben sie sich meist nicht genügend ab. Tatsächlich ist auch inzwischen über manche Gebiete schon entschieden, wir empfehlen deshalb stets, die Karten mit dem genauen Datum der Fertigstellung zu versehen. Zwei kleine Nebenkarten stellen noch die Polargebiete besonders dar.

124. **Weltkarte** in Merkators Projektion. M. 1:28 Mill. Zeichn., Stich u. Druck der Lithogr. Anstalt v. J. Koehler, Hamburg. Bl. 1. 2. Hamburg: Friederichsen & Co. 1920. 142:86 cm.

Die sauber ausgeführte, ansprechende Karte gibt die einzelnen Staaten einheitlich mit Flächenkolorit; die durchgehende Anwendung bestimmter weniger Grundtöne läßt sofort die Verteilung des Kolonialbesitzes der einzelnen Mächte übersichtlich erkennen. Ein besonderer Vorzug ist dabei, daß auch die Geländegestaltung in den großen Zügen eingetragen ist. Die Darstellung ist inhaltlich bis auf Osteuropa, wo besser vieles als „strittiges Gebiet“ besonders ausgeschieden worden wäre, im allgemeinen zutreffend. Für die praktische Verwendung der Karte ist die Angabe der Haupt-Eisenbahnlinien und Dampferwege (mit Entfernung) besonders für die außereuropäischen Länder wertvoll. Die Namensschreibung weist gelegentlich Abweichungen von der üblichen Schreibweise auf (z. B. Aderbeidschan). Die Karte kann als Hand- wie als Wandkarte empfohlen werden.

Europa – Gesamt.

125. **Luther, C.**, Verkehrskarte von Europa (Umschlag: Neue Karte v. Europa). M. 1:5250000. Berlin-Lichterfelde: Columbus-Verl. (Umschlag: Leipzig: Eberhardt) [1920]. 105:87½ cm. M 3.—. (Eberhardts Standard-Karten. 2.)

Politisch-geographische Übersichtskarte mit einfachem Grenzkolorit der einzelnen Staaten, in ziemlich roher Ausführung. In manchen Punkten auch fehlerhaft, z. B. in der Abgrenzung Ungarns. Die Haupt-Eisenbahn- und Dampferlinien sind eingetragen, aber nicht ganz vollständig.

Westeuropa.

126. Den Bestand an Rindvieh in England, Wales und Irland sowie den Bestand an Schweinen in England und Wales stellen 3 Schwarzdruck-Übersichtskarten (Beilagen zu *Fitzner*, R., „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe“, Heft 1 „Die Ölindustrie Englands . . .“, Berlin: Heymann, 1919) dar.

Deutsches Reich – Gesamt.

127. **Luther, C.**, Wandkarte von Deutschland. M. 1:1,1 Mill. Leipzig: Eberhardt [1920]. 108:89½ cm. M 3.—. (Eberhardts Standard-Karten. 1.)

Etwas roh ausgeführte politisch-geographische Übersichtskarte mit Grenzkolorit der einzelnen Bundesstaaten und Verwaltungsgebiete, sowie Angabe der alten und neuen Grenzen unter besonderer Heraushebung der Abstimmungs- und Besetzungsgebiete. Eingetragen sind ferner die Eisenbahnen und ihre Anschlüsse ins Ausland.

Ostdeutsche Grenzmarken.*)

128. Das ost- und westpreußische Abstimmungsgebiet zeigt eine kleine auch zur Reproduktion als Lichtbild geeignete Schwarzdruck-Übersichtsskizze in „Zeiten und Völker“ (Jg. 16/20, H. 12).

Vgl. auch Nr 135 und 136.

Österreich und Ungarn.

129. Eine Übersichtskarte (Zweifarbendruck, 1:4,6 Mill.) der neuen Staaten auf dem Boden des ehemaligen Österreich-Ungarn bietet Blatt Nr 474 der Sammelmappe „Die weltwirtschaftliche Lage“ des Auswärtigen Amtes in Berlin.
130. Der Ertrag der Leinsaat-, Raps- und Hanfsaaternte im ehemaligen Österreich-Ungarn ist auf 3 Übersichtskarten (Schwarzdrucke) von *Fitzner* dargestellt („Die Weltwirtschaft der Fettstoffe“, H. 8 „Österreich-Ungarn“, Berlin: Heymann, 1919).
131. Die von *Wutte* in „Carinthia, Mitteilungen des Geschichtsvereins für Kärnten (Jg. 109/19, H. 1–3)“ veröffentlichte zweifarbige Übersichtskarte (1:400000) „Verteilung der Bevölkerung Kärntens nach der Umgangssprache auf Grund der Volkszählung von 1910“ stellt die Bevölkerungsverhältnisse an der Hand der einzelnen Gemeinden dar. Die

Karte ist namentlich für die Frage der Abstimmungsgebiete in Kärnten wertvoll.

132. Das deutsche Sprachgebiet in Westungarn stellt eine von *Wohlauf* gezeichnete kleine Schwarzdruck-Übersichtskarte dar, die dem Flugblatt Nr 40 der „Flugblätter für deutsch-österreichisches Recht“ (2. Aufl., Wien: Hölder 1919) beigegeben ist. Die Karte zeigt, daß das deutsche Sprachgebiet z. T. noch weit über das dem neuen Österreich im Friedensvertrag zugesprochene Gebiet hinausgreift. Die Karte stützt sich auf die statistischen Aufnahmen des Jahres 1910, die in ausführlichen Tabellen mitgeteilt werden (27 S.).

Südeuropa.

133. Eine Übersichtskarte (Schwarzdruck) der Verteilung der Fettstoffindustrie, sowie eine Übersicht über die Erzeugung von Olivenöl in Italien gibt *Fitzner* („Die Weltwirtschaft der Fettstoffe“, H. 4, „Italien“, Berlin: Heymann, 1919).

Osteuropa.

134. Eine kleine Übersichtskarte (Schwarzdruck) der neuen polnischen Republik ist der Schrift von *Reinhard* („Die Welt nach Friedensschluß“, Breslau: Hirt, 1920) beigegeben. Der Ausdruck „ehemalige Grenze“ bleibt unerklärt, vermutlich ist Kongreß-Polen gemeint, doch wäre die Grenze dann fälschlicherweise über den Bug gezogen. Es fehlt auch die Angabe des Teschener Abstimmungsgebietes.
135. Die neue polnische Westgrenze von Oberschlesien bis zur Küste der Ostsee stellt ein kleines Übersichtskärtchen (Schwarzdruck) in „Zeiten u. Völker“ (16. Jg./20, H. 12) dar.
136. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) verzeichnet die Lage der Kohlengruben und Eisenwerke im Donezgebiet („Zeiten und Völker“, Jg. 16/20, H. 11).

Asien.

137. Die arabische Küste von Akaba bis südlich Mekka und das Hinterland bis Hail ist auf einer kleinen Übersichtsskizze (Schwarzdruck, 1:7 Mill.) dargestellt (Geogr. Journ., Vol. LV/20, Nr 6).
138. Zwei Übersichtskärtchen (Schwarzdrucke, in „Deutsche Levante-Zeitung“, Jg. X/20, H. 11/12) zeigen die mesopotamischen Ölfelder und die Ölfelder der Anglo Persian Oil Company in Persien.

139. Eine Reihe kleiner wirtschaftsgeographischer Übersichtskärtchen von *Fitzner* (sämtlich Schwarzdrucke), zeigt die Verteilung der Fettstoffindustrie, sowie die Verbreitung der Kokospalmen in Java und über ganz Niederländisch-Indien (Beilagen zu „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe“, H. 2, „Niederländisch-Indien“, Berlin: Heymann, 1919).

Afrika.

140. Die Verbreitung der Olivenkulturen in Tunis hat *Fitzner* auf einer Übersichtskarte (Schwarzdruck) dargestellt („Die Weltwirtschaft der Fettstoffe“, H. 6, „Die Atlasländer“, Berlin: Heymann, 1919).

Südamerika.

141. Eine ganz roh gehaltene Übersichtskarte von Chile (Schwarzdruck) ist der vom Deutsch-chilenischen Bund in Santiago herausgegebenen Schrift „Aufklärung für Auswanderer nach Chile“ beigegeben. Derartige, infolge des kleinen Maßstabes kaum lesbare, häufig auch noch schlecht ausgedruckte Karten südamerikanischer Gebiete, haben praktisch für die Zwecke des Auswanderers kaum Wert. Was wir brauchen, sind sorgfältig und übersichtlich gezeichnete Karten nicht zu kleinen Maßstabes. Gerade die deutschen Vereinigungen im Ausland könnten hier wertvolle Hilfsarbeit leisten.

*) Wir machen an dieser Stelle noch besonders auf den Aufsatz von Professor W. Stahlberg „Mußte das sein?“ (Eiserne Blätter, 1. Jhg. Nr. 44) aufmerksam, der sich mit der seinerzeit besprochenen Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des Deutschen Reiches von Spett (vgl. Heft 5 u. 7 ds. Jgs.) beschäftigt und die Fälschungen dieser Karte näher aufdeckt.

142. Eine rohe topographische Übersichtsskizze des Staates S. Catharina (Schwarzdruck, 1:300 000) mit einem kleinen Spezialplan von Joinville ist der Schrift von *Bühler* „Donna Francisca, 70 Jahre deutscher Kulturarbeit in Brasilien . . .“. Berlin: Paetel, 1919, beigegeben.
143. Eine Eisenbahnkarte von Argentinien 1:7,5 Mill. (Schwarzdruck) enthält die Schrift von *Mayerhofer* „Ihre Existenz in Südamerika“ (Wien: Selbstverlag, 1919). Die Karte ist sehr unübersichtlich und schlecht ausgedruckt. (Vgl. das unter Nr 142 Gesagte.) Eine Nachprüfung der Karte im einzelnen ist, da zu wenig authentisches Material vorliegt, zurzeit nicht möglich. Auf der Rückseite der Karte ist noch ein Stadtplan von Buenos Aires von 1913 aufgedruckt, der noch stärker als die Hauptkarte an den angegebenen Mängeln leidet.
144. Eine kleine farbige politisch-geographische Übersichtskarte der Republik Argentinien ist in dem vom Deutschen Volksbund für Argentinien gemeinsam mit dem Verein zum Schutze germanischer Einwanderer herausgegebenen „Berater für deutsche Einwanderer nach Argentinien“ (Buenos Aires 1920) enthalten. Die Karte zeigt die einzelnen Provinzen jeweils mit besonderem Flächenkolorit, außerdem sind noch die Eisenbahnen in Schwarz angegeben.

Australien.

145. Eine auch zur Reproduktion als Lichtbild sehr geeignete Serie kleiner Übersichtskärtchen zur Entdeckungs- und Besiedlungsgeschichte Australiens enthält Heft 11 der „Zeiten und Völker“, Jg. 16/20.

Pazifischer Ozean.

146. Zwei kleine Übersichtsskizzen (Schwarzdrucke) zeigen Teile des Hinterlandes des Papuagolfes, die als Grenzgebiete von Kaiser Wilhelms-Land besonderes Interesse bieten (Geogr. Journ. Vol. LV/20, Nr 6).

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Der „Schwäb. Merkur“ ließ sich am 3. Juni aus Berlin melden: „In den Kreisen der Auslandsdeutschen herrscht, wie wir erfahren, große Erbitterung darüber, daß die Regierung sich immer noch nicht entschlossen hat, einen Vorschuß auf die Vergütungen für die erlittenen Vermögensnachteile im Ausland zu gewähren. Von allen Seiten hat man die Regierung um Beschleunigung der Angelegenheit gebeten. Der Grund für das Zögern der Regierung ist, daß die eingelaufenen Forderungen so außerordentlich hoch sind, daß die Regierung außerstande ist, sie zu bewilligen oder teilweise einzulösen. Es handelt sich um eine Summe von nicht weniger als etwa 33 Milliarden Mark, die bis heute bei den dafür eingerichteten Stellen angefordert werden. Die beteiligten Regierungskreise haben bisher noch keine Entschlüsse darüber gefaßt, wie die Ansprüche der Auslandsdeutschen zu befriedigen seien, da sie sich in dieser Frage vor unlösliche Schwierigkeiten gestellt sehen. Dabei steigert sich die Not der Auslandsdeutschen in vielen Kreisen täglich mehr. Da es sich um einige hunderttausend Personen handelt, deren Zukunft und wirtschaftliche Existenz in Mitleidenschaft gezogen wird, wird man nicht umhin können, die Frage in kürzester Zeit zu lösen.“

Über „die Auslandsdeutschen und die Wahlen“ schreibt Ludwig Carrière im roten „Tag“. Er teilt mit, der Bund der Auslandsdeutschen habe an alle Parteien das Ersuchen gerichtet, auf ihre Reichsliste an sichere Stelle einen Auslandsdeutschen zu

setzen. Eine Ablehnung dieses Ersuchens würde seiner Ansicht nach von einem bedauerlichen Mangel an politischem Weitblick zeugen und die Meinung stärken, daß die Auslandsdeutschen künftighin eine wirklich aktive, d. h. auf die Wahl eigener Kandidaten ausgehende Wahlpolitik treiben müßten.

In den „Mitteilungen der Abteilung Rußland des Bundes der Auslandsdeutschen“ fordert ein Einsender die Einsetzung eines Beirats von 5 Sachverständigen und Landeskundigen für jedes Referat des Auswärtigen Amtes in Berlin, der Gelegenheit haben sollte, monatlich einmal mit dem zuständigen Referenten zu tagen und zu verhandeln. Für die Bestellung der Konsuln wird eine Bevorzugung von Söhnen Auslandsdeutscher gefordert und schließlich die Forderung nach einem Koloniebeirat für jedes Konsulat erhoben, der gleichfalls aus 5 Herren bestehen sollte und zur allgemeinen wie wirtschaftlichen Belehrung der Konsuln dienen sollte.

Die Zeitungsnot. Nicht nur die Tagespresse, auch die Zeitschriften leiden unter der enormen Steigerung der Löhne, unter der gewaltigen Verteuerung der Preise der Materialien und des Papiers, unter der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bezieher, die an allen Ausgaben, die auch nur einigermaßen entbehrlich sind, sparen müssen. Immer mehr Zeitschriften von altem Ruf und bewährter Fähigkeit gehen ein, andere verringern ihren Umfang oder die Häufigkeit ihres Erscheinens. Auch die erst im Januar begründete Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Auslande „Volk und Heimat“ kündigt in ihrem neuesten Doppelhefte 9/10 an, daß sie, um einen höheren Bezugspreis anlässlich der seit Januar um das fünffache gestiegenen Herstellungskosten zu vermeiden zunächst für die Sommermonate an Stelle der 16seitigen Halbmonatshefte nunmehr ein monatlich 24 Seiten umfassendes Doppelheft erscheinen lassen werde, nachdem der V. D. A. wie auch der Reclamsche Verlag schon ganz erhebliche Opfer gebracht hätten, um das Erscheinen der Zeitschrift zu sichern.

Die Not der Zeitschriften. Die „Mitteilungen der Abteilung Rußland des Bundes der Auslandsdeutschen“, die bisher schon mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, stellen mit der Herausgabe ihrer Nummer 12 ihr Erscheinen ein. Sie teilen mit, daß ihre Nummer 8 ohne Porto, Schreibkräfte usw. schon einen Herstellungspreis von 1 Mark erforderte, daß die Aufforderung an die Abonnenten, eine Nachzahlung zu leisten, wirkungslos verhallt sei, und daß auch der Absatz der nicht zum Voraus bestellten Exemplare stockte.

In einem Aufsätze über Tirol wirbt M. M. Gehrke in der „Frkf. Ztg.“ für deutschen Fremdenbesuch, „damit der deutsche Arzt, der deutsche Gasthausbesitzer, der deutsche Kaufmann Geld verdienen und sich weiterhin halten können. Der naheliegende Wunsch, das Geld, jedes Geld im Lande halten zu wollen, wird politisch kleinlich, wenn seine Erfüllung mit dem nicht wieder einholbaren Verlust deutscher Kultur bezahlt werden muß. Mit ihr würde auch ihr untrennbares Teil, die deutsche Sprache, sterben, und daß sie stirbt, wenn immer weniger Zuschauer da sind, die deutschen Theater zu füllen, und wenn scheuklappenblinde „Valutaaufschlag“-Verordnungen den Ein- und Verkauf des deutschen Buches für den deutschen Buchhändler und Leser fast zur Unmöglichkeit machen – das ist eine traurige Gewißheit für sich, die hier näher zu erläutern zu weit führen würde. Wie dem auch sei: schon heute ist Deutsch-Südtirol ein fast vereinsamter Vorposten des Deutschtums, dessen Erhaltung und Entwicklung zweifelhaft – nein, kaum mehr zweifelhaft ist.“

VON UNSERER ARBEIT

Tagung des Wissenschaftlichen Beirats, des Verwaltungsrats und Ausschusses.

Am 14. und 15. Mai fanden in den Räumen des Instituts im Neuen Schloß die Tagungen des Wissenschaftlichen Beirats, Verwaltungsrats und Ausschusses des Deutschen Ausland-Instituts statt, die sich eines guten Besuches erfreuten. Die Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats wurde vom Vorsitzenden des Vorstandes eröffnet, worauf der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Goetz-Leipzig, die Verhandlungen leitete. Anwesend waren außer ihm die Herren Professor Sapper-Würzburg, Professor Kampffmeyer-Berlin, Geheimrat Köbner-Berlin, Professor Minde-Pouet-Leipzig, Professor Neumann-Freiburg, Dr. Strupp-Frankfurt, Dr. Träger-Berlin, Professor Uhlig-Tübingen, Professor Ziehen-Frankfurt. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Verwaltungsrat die Zuwahl des Herrn Professor Dr. Paul Rühlmann-Berlin, des Herrn Abteilungsdirektors an der preußischen Staatsbibliothek, Professor Dr. Fick-Berlin, sowie des Herrn Universitätsprofessors Dr. Wahl-Tübingen vorzuschlagen. Ferner wurde vorgeschlagen, in Anbetracht der engen Verbindung des Deutschen Ausland-Instituts mit der Universität Tübingen der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität das Recht einzuräumen, einen Vertreter für den Wissenschaftlichen Beirat zu benennen.

In längerer Aussprache wurde sodann die Frage der weiteren Buchveröffentlichungen des Deutschen Ausland-Instituts besprochen. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats berichtete über die in Auftrag gegebenen Arbeiten und über den Fortgang der Arbeiten. Als nächste Veröffentlichung ist die Arbeit des Herrn Dr. Träger über die Dobrudscha zu erwarten. An die Besprechung schloß sich eine fast zwei Stunden dauernde gründliche Besichtigung des Deutschen Ausland-Instituts und seiner einzelnen Abteilungen, die den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats Gelegenheit gab, sich über den Fortgang der Arbeiten im verflossenen Jahre an Hand der Führung und Erläuterung der Herren Abteilungsleiter eingehend zu unterrichten.

In der Nachmittagssitzung des Beirats machte der Vorsitzende des Vorstandes Mitteilung davon, daß ein Gönner dem Institut einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt habe, um eine Ostasienabteilung zu errichten, die sich zur besonderen Aufgabe setzen solle, zunächst die deutschfreundlichen Elemente in Japan zu sammeln und ihnen regelmäßige Orientierungen über deutsche wissenschaftliche, kulturelle und soziale Fortschritte zukommen zu lassen. Unterhandlungen für die geeignete Leitung der Abteilung finden gegenwärtig statt. Der Wissenschaftliche Beirat begrüßte einstimmig diese Erweiterung der Institutsarbeiten und besprach im Anschluß daran die allgemeine Aufgabe der deutschen Kulturpropaganda im Auslande, wobei der Vorsitzende des Beirats betonte, wie wichtig auf diesem Gebiete ein Zusammengehen aller an der Auslandsarbeit beteiligten Vereine und Einrichtungen sei. Herr Sapper verwies darauf, daß die gegebene Zentrale für eine derartige Tätigkeit die glänzenden Einrichtungen des Stuttgarter Instituts seien, die in so raschem und erfreulichem Ausbau begriffen seien und sichtlich vom Vertrauen der Auslandsdeutschen getragen würden. In einer längeren Aussprache trat zutage, daß Übereinstimmung zwischen wissenschaftlichem Beirat und Vorstand des Instituts darüber besteht,

daß das Institut, wo es nur immer kann, die Hand zu einer gemeinsamen Arbeit mit allen Organisationen, die in gleicher Richtung arbeiten, bieten wolle.

Herr Minde-Pouet referierte sodann über die Bestrebungen zum Ausbau der Bibliographie des Auslandsdeutschtums und über den in der preußischen Staatsbibliothek bearbeiteten Gesamtkatalog des Auslandsdeutschtums, an dem mitzuarbeiten eine schöne Aufgabe des Deutschen Ausland-Instituts sein werde. Das Deutsche Ausland-Institut sei jetzt nach dem inneren Ausbau seiner Einrichtungen in der Lage, auch anderen Bibliotheken und Institutionen wertvollste Dienste auf dem Gebiete ihrer eigenen Tätigkeit zu leisten. Es wurde nach eingehender Rücksprache beschlossen, dem Vorstand zu empfehlen, daß das Institut an diesen Arbeiten des Gesamtkatalogs sich eingehend beteiligen solle unter besonderem Hinweis auf seine Eigenart, die das Institut zu der geeigneten zentralen Sammelstätte mache für das auslandsdeutsche Zeitungswesen und für die sämtlichen Drucksachen und Veröffentlichungen, die von auslandsdeutschen Vereinen herauskommen. Einer Anregung des Herrn Dr. Strupp folgend, soll eine Sammlung über die rechtliche Stellung des Deutschen im Auslande in staats-, privat- und strafrechtlicher Hinsicht geschaffen werden, eine Sammlung, für die die Herren Strupp und Köbner die Vorbereitungen treffen wollen. Über das Studium der Auslandsdeutschen, der Deutschländer und der Ausländer an deutschen Hochschulen referierte sodann der Generalsekretär. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung und werden vor ihrer Veröffentlichung noch einmal der schriftlichen Abstimmung des Beirats unterbreitet. Auf Anregung des Herrn Köbner wurde eine besondere Kommission gebildet, die sich der Verbesserung der akademischen Organisation der ausländischen Studierenden widmen sollte.

Am Sonnabend, den 15. Mai, tagte zunächst der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz des ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Ministerialdirektor Dr. Wiedenfeld-Berlin. Er hörte zunächst den ausführlichen Bericht des Vorsitzenden des Vorstandes, Kommerzienrat Konsul Dr. Theodor G. Wanner, über das verflossene Geschäftsjahr, aus dem hier — eine spätere Ergänzung bleibt vorbehalten — nur wenige Daten gegeben sein sollen. Die Bibliothek des Instituts zählt zurzeit rund 7000 Bände. Regelmäßig gelesen werden 450 Zeitschriften. Der Lesesaal weist etwa 60 Zeitungen und 190 Zeitschriften auf und wird von monatlich rund 750 Personen besucht. Das Archiv umfaßt etwa 14 000 Zeitungsausschnitte und rund 3500 Vereinsdrucksachen, eine Zahl, die sich monatlich um etwa 225 Nummern vermehrt. Die Kartei der auslandsdeutschen Vereine umfaßt rund 13 000 Karten von 4000 Vereinen, eine Kartei des deutschen Zeitungswesens etwa 1400 Karten. Rasch vermehrt wird auch die Vertrauensmännerkartei. Neu angelegt wurde das Wirtschaftsarchiv zur Ergänzung der Beratungs- und Auskunftsstelle. Außerordentliche Vermehrung haben die Materialien der Bild-, Lichtbild- und Kartenabteilung gefunden. Der Kartenabteilung gehen monatlich etwa 50 Karten zu. Die Lichtbildabteilung befindet sich in der Neuaufrichtung und kann bald der allgemeinen Benutzung zugeführt werden. Die Stellenvermittlung weist eine erheblich gesteigerte Inanspruchnahme und Vermittlungstätigkeit auf, die Zusammenarbeit mit der Auswandererberatung und Unterstützungsabteilung machen ihre Tätigkeit für die Auslandsdeutschen besonders wertvoll.

Die Auswandererberatungsstelle, die im letzten Quartal 1919 etwa 700 schriftliche und mündliche Auskünfte gegeben hatte, hat im ersten Quartal 1920 etwa 1400 Auskünfte erteilt. Stark in Anspruch genommen war auch die Rechtsauskunftsabteilung, die namentlich in Steuer- und Wohnungsfragen Auskünfte zu geben hatte. Erfreulich ist vor allem das Wachstum des Instituts an Mitgliedern. Am 1. Mai waren 44 Ehrenförderer, 217 Stifter und 289 lebenslängliche Mitglieder, sowie rund 5600 Einzelmitglieder vorhanden. Das Personal ist vom 1. Mai 1919 bis 1. Mai 1920 von 29 Damen und Herren auf 57 vermehrt worden. Der monatliche Eingang an Briefen (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Drucksachen abgerechnet) beträgt 3000 bis 3200 Poststücke, dem ein ebenso großer Auslauf an Post zur Seite steht, wiederum abgerechnet den Versand der Zeitschriften, Pressekorrespondenzen, aller Drucksachen, Werbematerial usw. 60 bis 70 Besucher sprechen täglich im Institut vor, 20 bis 30 in der Auswandererberatungsstelle, 10 bis 20 in der Stellenvermittlung, 5 bis 10 in der Rechtsabteilung.

Der Vorsitzende sprach namentlich den Beamten und Angestellten des Instituts für ihre außerordentliche Tätigkeit wärmsten Dank und Anerkennung aus.

Es berichtete sodann der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats über die Sitzung des Beirats und über die Besichtigung des Instituts. Der Verwaltungsrat genehmigte den von einem Rechnungsprüfer geprüften Kassenabschluß für das Rechnungsjahr 1919 und auch den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1920, wobei er dem Vorstand in Anbetracht der schwierigen Zeiten das Recht auf eventl. Überschreitung der Etatsziffern zuerteilte. Er nahm sodann die vom Wissenschaftlichen Beirat vorgeschlagenen Zuwahlen einstimmig vor und wählte in den Ausschuß des Instituts die Herren Gemeinderat Dr. Goeser-Stuttgart, Ministerialrat Schmucker-Stuttgart vom württembergischen Arbeitsministerium, Dr. Hans Goldschmidt-Kiel und Herrn Chefredakt. Carl Brackmann-Stuttgart zu. — An die Besprechungen schloß sich ein Bericht des Generalsekretärs Dr. Wertheimer über die politische und wirtschaftliche Lage des Auslandsdeutschtums, der in kurzen Umrissen ein Bild von der Lage der Auslandsdeutschen im Reich und außerhalb der Reichsgrenzen gab.

Nachmittags 3 Uhr tagte der Ausschuß des Instituts. Die Sitzung wurde abermals von Herrn Ministerialdirektor Professor Dr. Wiedenfeld geleitet und begann mit einem Bericht des Vorsitzenden des Vorstandes über die Arbeiten des abgelaufenen Geschäftsjahres. Einstimmig genehmigt wurde der vom Generalsekretär vorgetragene Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1919 und eine Satzungsänderung, die im wesentlichen nur eine Beitragserhöhung bedeutet und dem Vorstand des Instituts das Recht zuerkennt, an die Beiträge zu erhöhen, wenn er das im Laufe des Jahres als für das Institut notwendig erkenne. Es folgten sodann Referate der Herren Abteilungsleiter Pfarrer M. Grisebach über den Stand der Auswandererfrage, des Herrn Dr. phil. H. Mannhart über französische Buchpropaganda, des Herrn Hauptmann z. D. Morgner über das deutsche Zeitungswesen im Ausland und des Herrn Privatdozenten Dr. E. Wunderlich über den Frieden und die kartographischen Arbeiten auf dem Gebiete des Auslandsdeutschtums. An die Referate knüpfte sich eine längere Aussprache, an der sich namentlich in bezug auf die Auswanderer-

frage Herr Prälat Dr. Werthmann-Freiburg und der Herr Präsident des Reichswanderungsamtes, Dr. Jung, beteiligten.

In den Verwaltungsrat zugewählt wurden die Herren Universitäts-Prof. Dr. Bonn-München, Dr. ing. E. h. Max Epting-Soden, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. W. Goetz-Leipzig, Wilhelm Keil, Präsident des Württembergischen Landtags, Exzellenz Lusensky, Vorsitzender und Vertreter des Handelsverbandsvereins, Exzellenz Dr. Schmitt, preußischer Kultminister a. D., Berlin, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Freiherr von Schwerin-Berlin.

Die Tagungen wurden geschlossen mit einem zwanglosen Beisammensein in den Räumen des Instituts.

Geschäftsmann (Ausländer) mit Lokalkenntnissen in den nordischen Ländern mit Sprachkenntnissen in Norwegisch, Dänisch, Deutsch, Englisch und Spanisch, wünscht mit erstklassigen Firmen in Verbindung zu treten zwecks Vertretungen derselben bzw. Übernahme einer Filialleitung im nordischen Ausland, in Spanien oder Italien. Hervorragende Referenzen stehen zur Verfügung.

Norweger, mit 14 jähriger Erfahrung in Import- und Exportbetrieben, mit Lokalkenntnissen in den nordischen Ländern und mit umfassenden Sprachkenntnissen, vornehmlich Deutsch, Englisch, Norwegisch, Dänisch, auch vertraut mit der spanischen Sprache, sucht Verbindung mit, bzw. Stellung bei erstklassiger deutscher Firma. Die Adresse ist in der Auskunft- und Vermittlungsstelle erhältlich.

Auslandsdeutscher, im Begriffe nach London abzureisen, ist bereit, geschäftliche Aufträge zu übernehmen. Die Adresse ist bei der Auskunft- und Vermittlungsstelle erhältlich.

Auslandsdeutscher, der seit 16 Jahren in Kopenhagen Generalvertreter einer allerersten deutschen Firma, korrespondierendes Mitglied verschiedener deutscher Handelskammern und Vertreter namhafter Korporationen ist, sucht in Dänemark noch einige erstklassige Firmen, Syndikate oder Konzerne zu vertreten. Die Adresse ist bei unserer Vermittlungsstelle zu erfragen.

Junger Ingenieur, welcher am 9. Juli nach Chile abreist, wünscht Vertretungen erstklassiger Firmen in Ölmotoren und sonstigen Maschinen zu übernehmen.

Zwei in Detroit Mich. ansässige deutsche Geschäftsleute sind bereit, Vertretungen deutscher Firmen für Detroit oder für die ganzen Vereinigten Staaten zu übernehmen.

Vom 6. Mai ab haben die Portokosten eine erhebliche Erhöhung erfahren, die auch auf den Versand unserer Zeitschrift durch Kreuzband nicht ohne Einfluß bleiben kann. Wir sind gern bereit, denjenigen unserer Mitglieder, die kein Versand durch Posteinweisung, sondern den Versand durch Kreuzband-Bezug wünschen, entgegenzukommen, müssen aber dann den Ersatz unserer eigenen Auslagen von 10 Mark pro Jahr neben dem Mitgliedsbeitrag verlangen. Nach außerdeutschen Ländern muß der Portozuschlag in Zukunft 15 Mark betragen.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 22. Juni 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7,50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1,50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer und Ludwig Ankenbrand-Stuttgart.

Jahrg. III – Nr. 14

STUTTGART

Zweites Juli-Heft 1920

Die Vorbildung der Auslandslehrer.

Von Dr. KARL HEDICKE, Naumburg a. S.

Es erübrigt sich, von der Bedeutung des Auslandsdeutschtums für unsere Zukunft, von der Notwendigkeit seiner Schule für die Erhaltung und Stärkung deutscher Sprache und deutschen Wesens an dieser Stelle etwas zu sagen. Auch die Vorsorge für eine vorsichtige Auswahl der Lehrpersonen, die berufen werden, an ihr zu wirken, erscheint damit selbstverständlich. Sollen aber diese Träger deutscher Kultur in ihr, in der Gemeinde und über sie hinaus unter dem Wirtsvolke ihre werbende, völkerversöhnende Kraft entfalten, so muß von ihnen eine besondere Vorbildung gefordert werden, die neben ihren allgemeinen menschlichen Eigenschaften und ihrer Bewährung im Lehramt sie erst dazu befähigt, im letzten Sinne deutscher Kulturpionier zu sein. Früher hat man durchgängig darauf verzichtet, den Nachweis einer solchen Vorbildung zu verlangen. Doch mehrten sich schon vor dem Kriege und besonders unter dem Eindruck der Erfahrungen, die er brachte, die Stimmen, die sie für notwendig erklärten. Daher hat das anerkannte Bedürfnis, Mittel und Wege dafür zu finden, mit zu der bedeutsamen, dem Reichstag überreichten Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien geführt, die von dem jetzigen Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium C. H. Becker verfaßt ist und deren Vorschläge nicht nur den Auslandsbeamten und wirklichen Auslandsinteressenten helfen wollen, sondern auch die Erziehung des Deutschen überhaupt „zum weltpolitisch gebildeten Staatsbürger“ erstreben. Zu gleicher Zeit hatte Fr. von Borstel die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer in einer Schrift (Hamburg 1917) behandelt und eine besondere Art von Studiengang am Hamburger Kolonial-Institut angeregt; unsere wirtschaftliche Lage zwingt vorläufig dazu, diesen wohlwogenen Plan zurückzustellen. Sie macht es natürlich erst recht unmöglich, jetzt an die Errichtung der vielerörterten Auslandshochschule heranzugehen, die übrigens auch aus anderen Gründen bereits von Becker abgelehnt wurde. Trotzdem bleibt sie als Ziel bestehen, das einmal erreicht werden muß; mit gewichtigen Gründen setzt sich in jüngster Zeit Palme (Die deutsche Auslandsschule, Berlin 1920) für sie ein. Erkennt man die Lehren des Krieges an und verschließt man sich nicht der Überzeugung, daß es nötig ist, im Kampf der Geister und durch Einsatz hochwertiger Persönlichkeiten den verlorenen Boden wieder zu gewinnen, so ist mit dem vorläufigen Aufschub jener Pläne keineswegs der Verzicht auf eine sorgfältige Vorbereitung

der Lehrer für den Auslandsdienst gegeben, die sich mit der Aufgabe verschränkt, Auslandkenntnisse als „einen unentbehrlichen Bestandteil der nationalen Bildung“ dem ganzen Volke zu vermitteln. Jene werden, gefördert und später fördernd, an ihr teilnehmen. Es gilt nur, alle vorhandenen Möglichkeiten und Einrichtungen, staatliche und private, auszunutzen und die Selbsttätigkeit stark anzuspannen, um vollwichtige Anwärter für den Schuldienst im Ausland zu bilden. Es sei ferne von mir, das Verdienst der Männer herabzusetzen, die bis zur Gegenwart unter oft schwierigen Verhältnissen die Achtung vor deutscher Erziehung außerhalb der Reichsgrenzen erkämpft haben; aus ihren eigenen Kreisen tönt der Ruf nach einer erweiterten Erziehung des Nachwuchses.

Die Kenntnisse, deren Erwerb und Nachweis notwendig erscheint, erstrecken sich auf drei Gebiete:

1. auf das Auslandsdeutschtum, seine Geschichte und seine Verbreitung, seine wirtschaftlichen Grundlagen und die Eigenart seines Gemeinschaftslebens;
2. auf die deutsche Auslandsschule, die Besonderheit ihrer Einrichtungen und ihrer Methode;
3. auf den Kulturkreis der Nation, unter welcher der Anwärter tätig sein will, auf ihre Sprache, ihre Sitten und auf die Realien des fremden Landes in weitestem Sinne.

Vertrautheit mit der französischen und englischen Sprache ist daneben besonders erstrebenswert. Doch müssen natürlich die Anforderungen bei der Ausdehnung der Gebiete auf den besonderen Zweck beschränkt werden; eigene wissenschaftliche Neigungen, etwa sprachlicher oder naturwissenschaftlicher Art, werden ohnehin dazu führen, sich für die Ausnutzung des Aufenthaltes in der Fremde vorzubereiten; an Anregung dazu fehlt es nicht. Doch ist zum Vorteil der kulturpolitischen Aufgabe von Anfang an vor Einseitigkeit des Interesses zu warnen. Für den, der jene Kenntnisse sich aneignen will, bietet sich in abgestuftem Maße Gelegenheit auf den Bildungsstätten des Staates, die immer mehr dem allgemeinen Drange nach einer lebendigen Weltkenntnis gerecht werden müssen; vieles aber muß seinem privaten Studium überlassen bleiben. Ich zweifle nicht daran, daß die deutsche Jugend in ihrer Begeisterung für völkische Hochziele gerade in der Not des Tages die Zeit dafür finden wird.

Allein das bloße Wissen genügt nicht, es bleibt unfruchtbar, wenn sich daraus nicht die unentbehrlichen Eigenschaften eines

Kulturpioniers entwickeln: Selbstsicherheit und vornehmer Stolz, Takt und Achtung vor fremder Art, die nie versucht, den nationalen Wertmaßstab an andere Sitten und Gebräuche zu legen oder gar sie nach den eigenen Anschauungen zu modeln; unser Versagen, z. B. in der Türkei, sollte für immer davon abschrecken. Diese Einstellung aber muß der Welt gegenüber getragen werden durch eine neue, alles umspannende Grundhaltung des deutschen Volkes: „Selbstbeherrschung unserer eigenen Haßaffekte; unbedingte Festhaltung nicht nur des unerschöpflichen, positiv deutschen Wesens, ja, das feste, glückliche, stolze, aber nicht hochmütige Gläubigsein an die Unendlichkeit und Hoheit dieses deutschen Wesens; aber nüchtern kühle Selbstkritik aller deutschen Erscheinungsformen in den letzten Friedensjahren auf allen Gebieten“ (Max Scheler, *Die Ursachen des Deutschenhasses*, S. 152). Und zu einem starken Antrieb, für die Kulturarbeit im Ausland persönliche Opfer zu bringen, kann das Verständnis und die richtige Einschätzung werden, die gleichfalls das gesamte Volk für den Beruf des Deutschtums in der Fremde und seiner Lehrer als Vorkämpfer deutscher Art und völkerverbindender Gedanken gewinnen muß. Die auf Grund der Denkschrift erfolgte Einführung von Auslandsstudien an den Universitäten, das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, der Verein für das Deutschtum im Ausland u. a. mühen sich mit wohlverdientem und sichtbarem Erfolg um diese doppelte Erziehung des Deutschen.

Auch die Schule schon kann an ihrem Teile dazu beitragen; sie will sich bemühen, ihre Schüler außer zu Tüchtigkeit auch zu Vornehmheit und zu wahren Nationalgefühl hinzuleiten, zu jener Selbstsicherheit, die erwächst aus der tiefdringenden Beschäftigung mit deutscher Geschichte, mit deutscher Sprache und Literatur, mit allen Großtaten des deutschen Geistes. Gerade das Bewußtwerden des eigenen Wesens schließt die Achtung vor fremder Art nicht aus, und neusprachlicher Unterricht, Geschichte und Erdkunde sollen miteinander wetteifern, das Verständnis für die innere und äußere Kultur anderer Nationen zu erwecken (Borbein, *Auslandsstudien und neusprachlicher Unterricht*, 1917). Im letzten Grunde ist es die Volksseele, um deren Erkenntnis es sich handelt; also Völkerpsychologie auch auf der Schule. Daneben fordert das Auslandsdeutschtum mit Recht Berücksichtigung im Unterricht und in der Schülerbibliothek; praktische Betätigung in seinem Dienste strebt man an: Anteil an der Arbeit der Vereine, Briefwechsel und Patenschaften für Auslandsschulen.

All das schafft nicht nur den Boden für eine engere, wirksamere Verbindung zwischen Heimat und Fremde, sondern kommt auch dem zugute, der einmal da draußen Lehrer sein wird.

Die Denkschrift vom Jahre 1917 vertritt gegenüber dem gewünschten Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule den Standpunkt der Dezentralisierung, d. h. sie weist dem akademischen Studienplan der einzelnen Universitäten die Aufgabe zu, sich die Auslandsstudien in geeigneter Weise einzugliedern. Voraussetzung für den Erfolg ist, daß die Vertreter der einzelnen Fakultäten sich zu diesem Ziele willig zusammenfinden; man vertraut darauf — ob mit Recht? —, daß die gesamte Zeitströmung sie daran hindern wird, sich in Einzelforschungen auf abgelegenen Gebieten zu verlieren. Daneben sind dieser oder jener Universität Sonderaufgaben übertragen worden, so z. B. Bonn der romanische, Breslau der slawische Kulturkreis. Die preußischen Hochschulen sind diesem Rufe gefolgt: vor mir liegt das Vorlesungsverzeichnis von Halle für das Sommerhalbjahr 1920. Unter dem Titel: Kolonial- und Auslandswissenschaften finden sich Vorlesungen und Kurse ver-

einigt mit dem ausgesprochenen Zwecke, ein Auslandsstudium zu ermöglichen und das staatswissenschaftliche Verstehen der Gegenwart zu vermitteln. Daneben bietet sich dem zukünftigen Lehrer Gelegenheit, die Sprache seines erwählten Wirkungskreises zu erlernen: neben Französisch und Englisch Spanisch, Italienisch, Russisch, Türkisch, Arabisch und Persisch. Es muß hier darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Studium der meisten dieser Sprachen für den Philologen zugleich ein Teil seines Berufsstudiums ist, da er nach der neuen Prüfungsordnung die eine oder andere als Zusatzfach für das Staatsexamen wählen kann. Erweitert nun noch die Neuphilologie, wie sie erstrebt, den Kreis ihrer Aufgaben, wendet sie sich mehr als zuvor auch Amerika, Italien, Spanien, Rußland und selbst auch dem Orient zu und wird sie unbeschadet ihrer Beschäftigung mit der Sprache zur historisch begründeten Volks- und Naturkunde, so sind auf der Universität mit ihren Seminaren und Bibliotheken die bis dahin günstigsten Bedingungen gegeben, die Vorbildung des Auslandslehrers sicherzustellen.

Doch nicht jeder, vor allem nicht jeder Volksschullehrer, ist in der Lage, an einer Universität sich die nötigen Kenntnisse zu erwerben. Mancher auch findet während seiner Berufsvorbereitung nicht die Muße dazu, überhaupt wird immer eine Ergänzung durch persönliche, freie Studien sich als notwendig herausstellen. Da bleibt nur das Buch und die private Arbeit. An literarischen Hilfsmitteln fehlt es uns in Deutschland nicht, doch ist es schwer und bedeutet einen nutzlosen Umweg, sich ohne Führer durch die Fülle der oft sich widerstreitenden Anschauungen und durch den Wust oberflächlicher Tages- und Reiseschriftstellerei hindurchzuschlagen. Dazu gebricht es unseren Tagen dem Manne, der natürlich zuerst an sein Berufsstudium denkt, an Zeit. Die neugeschaffene Abteilung des auswärtigen Amtes für deutsche Wissenschaft und deutsche Schulen im Auslande kann hier helfend eingreifen. Sie wird der Öffentlichkeit eine Bilanz des Krieges auf dem Gebiet der Auslandsschulen vorlegen müssen, aus der sich ja dann auch der kommende Bedarf an Lehrern ergibt; sie kennt die Anforderungen, die man an diese stellen muß, und hat als vermittelnde Behörde das größte Interesse an Angebot und Geeignetheit. Daher sie auch am besten imstande, Studienpläne nach den einzelnen Kulturkreisen zu entwerfen, und nicht nur bestimmte Richtlinien für den Umfang der nachzuweisenden Kenntnisse (Auslandsdeutschtum, Schule, fremde Nation) festzulegen, sondern auch alle Möglichkeiten ihrer Aneignung aufzuzeigen. Dazu gehört vor allem die Zusammenstellung der einschlägigen praktischen Literatur über die Deutschen im Ausland, über Sprache, Land und Leute der fremden Nation; eine ohne Umstände zugängliche Leihbücherei würde außerdem von großem Nutzen sein. Dann erst hat der Anwärter festen Boden unter den Füßen, seine erfolgreiche Wanderung in die Fremde.

Ob besondere Veranstaltungen öffentlicher und privater Ferienkurse, Vorträge an den Volkshochschulen u. a. ihm helfen können, hängt doch mehr von dem glücklichen Zufall ab; wenn die Kosten nicht wären! Viel, sehr viel kommt es auch auf das verständnisvolle Zusammenarbeiten des Reichs, Einzelstaaten und der großen freiwilligen Vereinigungen wie Deutschen Ausland-Instituts an.

Ehe der deutsche Schulmeister als vollgültiger Vertreter deutscher Kultur hinauszieht, hat er den Nachweis einer ausreichenden Vorbildung für die zukunftsfrohe Aufgabe zu bringen. In welcher Form dieser Nachweis erfolgen soll, jetzt nicht zu erörtern. Mir bangt es nicht davor, daß

diese Mehrbelastung zuviel sein könnte. Denn er begreift das für sein Volk mehr als je schicksalsreiche Wort, das C. H. Becker in seiner Schrift: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, spricht:

„Kulturpolitik ist eine bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes oder des Staates zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen.“

Die deutsche Frage in der Tschecho-Slowakei.

Von Dr. JOS. BINS.

(Eindrücke von einer Reise.)

Vieles habe ich auf Reisen gesehen an Völkerbedrückung und Ungerechtigkeit regierender Völker gegen unterjochte, aber nie hat mich das Mitleid mit den Unterdrückten so gepackt wie bei meiner Reise durch Tschecho-Slowakien, und noch nie habe ich auf engem Raum soviel Tyrannei und Menschenentrechtung gesehen wie in diesem künstlich geschaffenen Staat, der sich in Form einer Wurst von Bayern bis nach Galizien erstreckt. Ich glaubte mich zunächst in die Türkei versetzt und sprach diese Ansicht auch gegenüber meinen Freunden in der Tschecho-Slowakei aus, so sehr war ich überrascht von der rohen Art, mit der hier Andersdenkende behandelt werden. Zugleich aber, wenn ich den in die Augen stechenden Kulturfirnis sah und die zum täglichen Gebrauch bestimmten Phrasen hörte, mußte ich an Frankreich denken. Ein Mittelding zwischen Franzosen und Türken, eine Art Levantiner im Herzen Europas, ein Stück Balkan unter der Flagge westeuropäischer Kultur, das ist die kürzeste Formel zur Charakterisierung des tschecho-slowakischen Staats. Das Tschechentum fühlt instinktiv die Schwäche seiner Lage und sucht durch rascheste Tschechisierung der unterjochten Völker der Gefahr zu entgehen, über kurz oder lang das Schicksal des Balkans zu teilen. Chauvinismus ist jedenfalls seine Hauptuntugend. Wie der Franzose von Chauvinismus lebt, so opfert der Tscheche demselben Idol, und wie der Franzose das ganze von Urbeginn deutsche Elsaß als französische Provinz betrachtet, so behandelt der Tscheche die 3—4 Millionen Deutschen seines Reichs als „entnationalisierte Tschechen“, die „zurücknationalisiert“ werden müssen. Auch diese Phrase scheint von Frankreich zu stammen. Daß diese Deutschen $\frac{1}{3}$ — $\frac{1}{4}$ des Staates ausmachen und geistig wie wirtschaftlich an der Spitze marschieren, daß es eine Grausamkeit ist, ihnen das Recht der Selbstbestimmung zu entziehen und jede Regung völkischen Empfindens durch die Willkür tschechischer Legionäre unmöglich zu machen, das sind Gedankengänge, die den Tschechen ebenso unverständlich sind wie anscheinend den Herren, die in Paris gegen jedes Menschenrecht diesen unnatürlichen, aus einem regierenden und 4—5 unterjochten Völkern bestehenden Staat geschaffen haben. Denn nicht nur Deutsche dienen als Heloten in diesem „Rechtsstaat“ und Mitglied des Völkerbunds, sondern auch Magyaren, Polen, Ruthenen und in gewissem Sinne auch die Slowaken.

Die unterjochten Völker in der Tschecho-Slowakei leiden alle. Es leiden die Slowaken. Ihr Führer, der unerschrockene Pfarrer Hlinka und andere wurden über die Wahlzeit eingesperrt. Es leiden die Magyaren, aus deren heiliger Krone ein Stein ausgebrochen wurde, um die Habgier der Tschechen zu befriedigen. Es leiden die Polen, soweit sie unter tschechischer Herrschaft stehen. Am schwersten aber leiden die Deutschen. Sie sind der „Erbsfeind“, an dessen Ausrottung jeder richtige Tscheche arbeiten muß. Unter der Firma Rationierung kann die tschechische Regierung mit leichter Mühe die in den Händen der Deutschen liegende Industrie auspowern und der im Rückstand gebliebenen „nationalen“, d. h. tschechischen, auf die Beine helfen. Für die tschechische Universität raubt man kalten Bluts die Schätze der ältesten deutschen Universität und zwingt diese, wie zu den Zeiten des husitischen Fanatismus ihre historische

Stätte zu verlassen. Zu gleicher Zeit muß aber ein tschechischer Universitätsprofessor gestehen, daß er seine Werke deutsch schreiben müsse, wenn er wolle, daß sie gelesen werden. Die deutschen Lehrerbildungsanstalten dürfen für nächstes Jahr keine Aspiranten aufnehmen. 200 deutsche Schulen wurden im letzten Jahr aufgelöst und mehrere hundert deutsche Zeitungen aufgehoben. Dem deutschen Großgrundbesitz droht nicht nur die Enteignung, sondern auch die Besiedelung durch tschechische Legionäre. Deutsch-Böhmen wird systematisch ausgehungert. Das seit Jahren darbenbe Erzgebirge scheint für die Herren in Prag überhaupt nicht zu existieren. Es sind dort jetzt noch Orte, wo die Sterbeziffer die Geburtenziffer um die Hälfte übersteigt. Schwindsucht und Unterernährung sind dort ständige Todesursachen. In Karlsbad mußten Wirte, Bäcker und Metzger und die gesamte Stadtverwaltung in der schärfsten Art vergehen, um eine halbwegs angängige Belieferung dieser deutschen Stadt durchzusetzen. Im tschechischen Gebiet hingegen lebt es sich flott. In der Hauptstadt türmen sich die Fleischwaren in den Metzgerläden. Für einen Deutschen ein ungewohnter Anblick! Wundern muß man sich, wie amerikanische Liebesgaben in solche Städte gesandt werden, während deutsche Städte durch die Folgen des Hungers entvölkert werden. Ich gewann den Eindruck, daß die ausländische Wohltätigkeit nicht frei von Politik ist, oder wenigstens sehr in Gefahr ist, politisch mißbraucht zu werden. Was soll man denken, wenn in einer deutschen Gemeinde die Kinder einer neuerrichteten tschechischen Schule mit Liebesgaben gefüttert werden, während die Besucher der deutschen Schule nichts erhalten? Auf dem Papier ist selbstverständlich alles in Ordnung, und wenn etwa eine amerikanische Abordnung in Prag vorstellig würde, um eine gerechte Verteilung der Liebesgaben zu verlangen, so würde ihr mit der größten Liebeshuldigkeit versichert werden, daß dies seit langem geschehe. Versprechen und Versichern heißen die beiden Leitsterne tschechischer Politik.

Der Kampf gegen das Deutschtum bringt Drolligkeiten mit sich, über welche Mitwelt und Nachwelt lächeln muß. Drollig ist es z. B., wenn in Prag, einer Stadt mit 40—50 000 Deutschen, in der noch eine deutsche Hochschule besteht und mehrere deutsche Tageszeitungen erscheinen, deutsche Aufschriften nicht geduldet werden. Man mag tagelang die Stadt durchwandern, eine deutsche Aufschrift wird das Auge nicht mehr entdecken, nicht einmal an einem Hotel, auch nicht an den Orten, die als Sehenswürdigkeiten von den Fremden besonders aufgesucht werden. Überall sind Anstreicher an der Arbeit, um neue Schilder anzubringen oder alte zu überschmieren, sicherlich mit — deutschen Farben. Die tschechische Kultur arbeitet in erster Linie mit dem Anstreichpinsel. Das ist billig und gibt dem Lande nach außen den Anstrich eines Nationalstaats, des höchsten Ideals der Tschechenseele. Nur schade, daß mancherorts die deutschen Aufschriften schon wieder unter dem Verputz hervorlugen! Drollig wirkt ferner die Naivität, mit der die tschecho-slowakische Eisenbahn das Tschechische zur Weltsprache zu machen sucht. Sie hat offenbar eigene Beamte, die nichts anders zu tun haben, als deutsche Ortsnamen ins Tsche-

chische zu übertragen. Wer z. B. von Prag nach Eger fährt, wird umsonst die Stadt Wallensteins auf dem Fahrplan suchen. Sie heißt jetzt offiziell Chep, doch können die tschechischen Anstreicher diesen Namen der Station noch nicht anheften, da der Egerer Bahnhof bayerisch ist und die Bayern für derartige Kindereien kein Verständnis haben. Karlsbad ist eingezeichnet als Karlovy Vary, Marienbad als Mariánské Lázně. Ein Stuttgarter Reisender suchte auf dem Prager Bahnhof verzweifelt den Zug nach Breslau; ich konnte ihn aufmerksam machen, daß Breslau hier unter dem Namen Vratislava laufe. Der Wiener Zug fährt nach Viden. Das drolligste vom Drolligen ist aber wohl die Tschechisierung reichsdeutscher Städte, die mit dem Tschechentum so wenig zu tun haben als die Sonne mit der Finsternis. So las ich auf der tschechischen Eisenbahnkarte Brod für Furth i. W., Režno für Regensburg, Mestec-Redvice für Marktredwitz, Lipsko für Leipzig, Vymar für Weimar. Das wirkt ungefähr so, wie wenn wir Deutsche Paris in Babel und Neuyork in Ninive umtaufen und unsere Briefe unter dieser Adresse absenden würden. Zum Entsetzen tschechischer Chauvinisten rollen noch viele Wagen auf tschecho-slowakischen Gleisen, die mit deutschen Benennungen verunziert sind. Der Anstreicher harrt hier noch schwere Arbeit. Die tschecho-slowakische Post wandelt in den gleichen Bahnen. Die Briefmarken haben nur tschechischen Aufdruck und sollen im Ausland den Eindruck hervorrufen, als ob das Tschechische die einzige Sprache dieses Mischmaschländchens sei. Drollig ist insbesondere die Art, mit der man die deutsche Geschichte auszuwischen bestrebt ist. Man zerstört einfach die deutschen Denkmäler, so ähnlich wie die Franzosen im Westen. Was kümmert die Fanatiker der Kunstwert! Da waren die Despoten des alten Orients doch noch kultivierter; sie änderten nur die Inschriften, ließen aber die Denkmäler als solche bestehen. Ganz besonders drollig wirkt der tschechische Militarismus. Im Weltkrieg noch waren die Tschechen überzeugte Antimilitaristen und übten sich als Überläufer, heute stecken sie in zahlreichen selbstgefertigten, entlehnten und geraubten Uniformen. Wer auf dem Prager Graben seinen Bummel macht, dem wird neben der aufdringlichen Dirnenmode nichts so sehr auffallen wie die neuen Militärs. Ihre verschiedenartigen Mützen, Hüte mit Federn und Kappen in Form von Tabaksbeuteln zeigen zugleich die Verlegenheit der Heeresschneider. Die unentbehrlichen deutschen Offiziere haben den Befehl, ihren Lippen kein deutsches Wort entfahren zu lassen. Besonders aufmerksam gemacht seien die Fremden auf die beiden Soldaten, die auf dem Hradschin vor Masaryks Amtswohnung Wache halten. Sie stehen in fortwährender „Habacht“-stellung und erscheinen von weitem als Bildsäule. Erst bei näherem Zusehen gewahrt man an der Farbe das Leben. Drollig ist endlich, ganz interessant drollig, der Einfall der Tschechen, eine eigene Nationalreligion zu gründen. Ihnen ist Rom nicht tschechisch genug. So wie jetzt neben der umgestürzten Mariensäule in Prag das Husdenkmal steht, so trachtet der tschechische Fanatismus nach einer tschechischen Nationalkirche, die an Hus anknüpft. Die deutschen Ordensleute müssen weichen. Zwar harren in dem von deutschem Geld gebauten und zu Beuron gehörigen Emmauskloster noch einige zähe Schwaben aus, aber ihre Tage sind gezählt. Man hat, um sie mürbe zu machen, ein — tschechisches Konservatorium in die Klostermauern verlegt.

Das sind Drolligkeiten, für denkende Menschen Narreteien und Kindereien, aber mit diesen Drolligkeiten wird das Deutschtum totgeschlagen, jedenfalls der Eindruck erweckt, als ob es in Tschechien keine Deutschen gäbe. Nehmen wir an, Cook

führe diesen Sommer ein Schock Amerikaner durch Mitteleuropa, um ihnen die in Paris gezeichnete Länderkarte ad oculos zu demonstrieren, die guten Herren würden zweifellos den Eindruck gewinnen, daß in Tschechien alles in Ordnung sei. Die Angstschreie der gequälten und ausgehungerten Deutschen würden sie nicht vernehmen und auf dem Hradschin würde man sie mit einem flotten Diner einseifen, während nebenan weggekelte, langgediente deutsche Beamte am Hungertuch nagen.

Was ist nun zu tun? Der Weg ist einfach. Über kurz oder lang wird Tschechien in seine Bestandteile auseinanderfallen. Die neuen Wahlen entsandten 77 deutsche Abgeordnete nach Prag. Wenn auch die deutschen Sozialdemokraten manchmal mit den tschechischen zusammengehen, so ist doch ein deutscher Block da, der imstande ist, zu dem bekannten tschechischen Kampfmittel der Obstruktion zu greifen und in Verbindung mit den übrigen Minoritäten die schon in den Anfängen verlotterte Staatsmaschine aus dem Gang zu bringen. Außerdem werden Chauvinismus und Militarismus den Tschechenstaat sicher mit der Zeit in Kämpfe mit den Nachbarn verwickeln und dann werden die Deutschen sich dafür bedanken, als Kanonenfutter zu dienen.

Was hat aber Deutschland zu tun? Es hat nur von den Tschechen zu lernen. Nicht als ob den Alltschechen ein Alldeutschtum entgegenzustellen wäre. Unsere Alldeutschen erreichten nur immer das Gegenteil von dem, was sie wollten. Wir brauchen deutsche Realpolitiker. Die Tschechen verlangen jetzt für die Kohlenlieferungen an Österreich die Errichtung von 24 tschechischen Schulen in Wien. Sie würden zweifellos an Deutschland ähnliche Bedingungen stellen, wenn sie uns gegenüber Herr der Lage wären. Zum Glück sind sie handelspolitisch auf Deutschland angewiesen. Das gibt uns die Möglichkeit, eine Lanze für die unterdrückten Länder einzulegen. Warum sollen wir beim Abschluß von Handelsverträgen nicht Erleichterungen für unsere Stammesgenossen ausschlagen? Nicht als ob wir eine Irredenta züchten wollten; die ist schon da, dank der Verbohrtheit der politischen Machthaber, sondern um die Menschenrechte der Unterdrückten zu schützen. In wenigen Jahren könnten wir es fertig haben, daß die auf dem Papier stehende Gleichberechtigung der Deutschen mit den Tschechen in die Tat umgesetzt würde und aus dem tschechischen Nationalstaat ein böhmischer Nationalitätenstaat entstünde. Im besondern müßte auf Hebung des deutschen Schul- und Bildungswesens Wert gelegt werden. Die Deutsch-Böhmen müßten als Auslandsdeutsche angesehen werden und all die Vergünstigungen genießen, die diesen bei uns zuteil werden.

In letzter Linie muß an das Weltgewissen appelliert werden. Es gibt hüben und drüben über dem Wasser noch Menschen, die Sinn haben für die Leiden versklavter Völker und gegen jeden Imperialismus anzukämpfen bereit sind, nicht nur gegen den sogenannten deutschen; Menschen, die den Grundsätzen echter Demokratie zum Durchbruch verhelfen und das durch die Pariser Verträge geschändete Prinzip von der Selbstbestimmung der Völker zur Anwendung bringen wollen; Menschen, denen die Balkanisierung Mitteleuropas ein Greuel ist, und die die Verwendung asiatisch-despotischer Machtmittel verabscheuen. Diese Menschen müssen wir zu gewinnen suchen und ihnen in vornehmer, aber von Entrüstung zeugender Art die Augen öffnen für die Not der hungernden und entrechteten Glieder des deutschen Volkes. Wir sind sicherlich mit Gabriel d'Annunzio nicht in allem einig, aber die von ihm vorgeschlagene Liga der unterdrückten Völker wäre zweifelsohne ein Mittel, der Menschheit aufzurütteln. Deutsch-Böhmen könnte in dieser Liga was Leiden und Quälereien anlangt, an erste Stelle gesetzt werden.

Ein allgemeines deutsches Werbeamt!

Von Ingenieur EMIL JUNG in Wien.

Während des Krieges konnten wir den Nutzen und den Erfolg sachgemäßer Werbearbeit am eigenen Leibe spüren. Die Leistungen unserer Gegner auf diesem Gebiete waren geradezu bewunderswert, wenn ihnen auch die innere Würde fehlte. Was von uns dagegen unternommen wurde, war eigentlich stümperhaft und bedeutungslos, was um so mehr auffallen muß, als es auch deutsche Gelehrte waren, die die seelenkundlichen Wurzeln aller Werbearbeit bloßlegten. Bahnbrechend wurden auch die Arbeiten des Deutschamerikaners Münsterberg, aber die Ergebnisse seiner Arbeit machten sich vor allem unsere Feinde zunutze.

Nun müssen wir aber auch durch diesen Schaden klug werden. Das ist um so notwendiger, als die Auswirkungen der feindlichen Werbearbeit gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen uns noch lange nicht unschädlich gemacht sind. Wollen wir uns möglichst rasch wieder erheben, so können wir einer großzügigen, nach wissenschaftlichen Grundsätzen einheitlich geleiteten Werbearbeit nicht entraten.

Wir haben jetzt schon eine ganze Reihe bemerkenswerter Einrichtungen, die vorwiegend oder doch nebenher Werbearbeit leisten. Unsere Schutzvereine, der Schulverein, verschiedene Vereine der Auslandsdeutschen, das Institut für Auslandsdeutschtum und viele andere sind schon Teile eines solchen gesamtdeutschen Werbeamtes, das aber alle Kräfte zu einheitlicher Wirkung, zu größter Stoßkraft zusammenzufassen hätte. Nur so kann allgemein fühlbare und verwertbare Arbeit geleistet werden.

An den bestehenden Einrichtungen hätte das Werbeamt nur dort etwas zu ändern, wo eine Umstellung der Kräfte aus allgemeinen Gesichtspunkten wichtig wäre. Im übrigen hätte das Werbeamt die alten Einrichtungen nur zu beraten und zu leiten, wie es überhaupt alle staatlichen und nichtstaatlichen Werbemaßnahmen zu überprüfen und zielsicher einzustellen hätte. Es hätte auch alle Großarbeit vorzubereiten, alle wissenschaftlichen Vorarbeiten, Versuche und Erprobungen durchzuführen, kurz alle die Arbeit zu leisten, die bisher vorwiegend wegen des Mangels an wirtschaftlichen Mitteln brach liegen mußte.

Das Werbeamt müßte grundsätzlich unpolitisch sein und sich auf die rein kulturellen und wirtschaftlichen Gebiete beschränken, damit es von allen deutschen Parteien, deren es leider so viele gibt, gefördert und unterstützt werden kann.

Die großen Geldmittel, die das Amt braucht, wenn es seiner ungewöhnlich großen und vielgestaltigen Aufgabe gerecht werden soll, wären von allen Deutschen aufzubringen. Das ist auf sehr verschiedenen Wegen möglich, hier sei als einer dieser Wege eine allgemeine deutsche Werbesteuer angenommen mit einem Kopfbeitrag von einer Mark. Bei den heute üblichen Besteuerungen kommt ein solcher Betrag für den einzelnen überhaupt nicht in Betracht, ergäbe aber für das Amt eine Jahreseinnahme von nicht viel weniger als hundert Millionen Mark. In den ersten Jahren wäre der Betrag wohl niedriger, in den späteren aber auch durch die Einnahmen aus eigenen Unternehmungen des Werbeamtes höher.

Der Aufbau des Amtes hätte nach dem Vorbilde der großen Wirtschaftsunternehmungen zu erfolgen, die in ihrer Arbeit und ihren Erfolgen sehr gute Vorbilder abgeben. Das Reich, die Staaten und Länder wären an der Leitung und Aufsicht entsprechend zu beteiligen. Die unseren meisten Ämtern anhaftenden Mängel in der Arbeits- und Verantwortungsfreudigkeit und der sich daraus ergebenden Schwerfälligkeit wären grundsätzlich vom

ersten Tage an zu vermeiden. Das Amt müßte auch aus kleinem Anfang natürlich emporwachsen, damit es festgefügt und innig mit dem Leben verbunden, dem allein es zu dienen hätte, seinen Aufgaben schnell und beweglich gerecht werden könnte.

Die vielfältigen, heute nur zu einem Teil übersehbaren Aufgaben des Werbeamtes können hier nur ganz oberflächlich angedeutet werden.

Die wissenschaftliche Abteilung des Amtes hätte die Arbeit und die Ergebnisse der heute schon bestehenden und später noch hinzukommenden Forschungsstätten zusammenzufassen, neue Untersuchungen anzuregen, zu fördern und durchzuführen, die wahren Gründe des unendlichen Hasses gegen uns festzustellen, die Kampfarten der Gegner zu untersuchen, alle Entdeckungen und Erfahrungen auf dem Gesamtgebiete des Werbewesens auszuwerten, überall beratend und helfend einzugreifen, wo es auf die Betätigung einer richtigen Werbearbeit ankommt, Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, auf schnellen und reibungslosen Wegen größte Wirkungen auf allen Gebieten der allgemeinen Aufklärung zu erzielen und den Anteil des ganzen Volkes an den Arbeiten des Amtes zu wecken. Das nächste Ziel wäre die Wiederaufrichtung der deutschen Arbeit und ihre Wiedereinführung in die Welt. Bei all diesen Arbeiten muß alles vermieden werden, was einzelne Teile oder Schichten des Volkes verstimmen könnte. Als erste gesamtdeutsche Arbeitsstelle müßte das Werbeamt auch nach außen hin zeigen, daß es sich seiner Verantwortung dem Volke gegenüber voll bewußt ist, aber von diesem auch voll gedeckt wird. Aus dem Angedeuteten ergibt sich der ungefähre Umfang der allgemeinen Arbeiten des Amtes.

Ganz besonderen Wert hätte dann die Abteilung, die sich mit der Innenwerbung zu befassen hätte. Das Bewußtsein der ganz gewaltigen Größe des deutschen Kulturgutes und seiner Bedeutung für die Weltkultur ist heute leider noch lange nicht Gemeingut aller Schichten des Volkes. Hier muß die wichtigste Aufklärungsarbeit des Volkes einsetzen. Das ist eine große, aber wahrhaft erhebende Aufgabe, in deren Dienst alle schon bestehenden und noch zu errichtenden Volkshochschulen zu stellen sein werden. Was die deutsche Volksschule, bisher von keiner fremden übertroffen, begonnen hat, das muß die Volkshochschule vollenden! Das deutsche Buch, mit Recht als unser vornehmstes Kulturmittel angesehen und auch vom Feinde anerkannt, wird noch manche Aufgabe zu erfüllen haben. Eine neuartige Massenverbreitung guter Schriften wird zur Tagesarbeit des Werbeamtes gehören. In Verbindung mit unserem Buchhandel wird das Werbeamt selbst wichtige Bücher und Werke herausgeben oder deren Herausgabe anregen und fördern. So brauchen wir eine deutsche Kulturkunde, die in vielen Millionen Stücken zu verbreiten sein wird, damit sie wirklich ins Volk dringe. Schaubühne und Lichtspiel, die Zeitungen und Zeitschriften, Musik und Gesang, die Arbeiten unserer Künstler und wie alle diese Mittler unserer Kulturarbeit heißen mögen, müssen in den Dienst der guten Absicht gestellt werden. Die Hebung des guten Geschmacks, wie sie etwa Kunstwart und Dürerbund in kleinerem Maßstabe mit so viel Erfolg durchführen, muß durchgreifen in alle Schichten. Jeder Deutsche muß sich seiner Verantwortung im Volke bewußt werden auch in Dingen scheinbar geringerer Bedeutung. Die Werke unserer Dichter, Tonsetzer und Schöpfer auf allen Gebieten müssen in ihrer Bedeutung auch von der letzten Sennerin verstanden werden. Bei dieser

aufklärenden Arbeit soll nicht etwa der Ruhm anderer Völker verkürzt werden, das haben wir wahrhaftig nicht nötig, es soll sich vielmehr der große Anteil unserer Arbeiten an denen der übrigen Welt zwanglos von selbst ergeben. Das Werbeamt baut so nebenher auch Brücken in eine bessere Zukunft. Die Hebung des Verständnisses für die Eigenheiten der einzelnen deutschen Stämme, die Sorge um die abgesprengten Teile des Volkes, die Vertiefung des Zusammengehörigkeitsgefühles aller Deutschen wird eine weitere Aufgabe dieser Art sein. Auch ein deutsches Lesebuch wird zu schaffen sein, das wirkliche deutsche Lesebuch, das eigentlich erst jetzt geschaffen werden kann, und hundert andere Behelfe.

Neben diesen Gesamtarbeiten werden dann zahlreiche Sonderaufgaben gehen. In alle unsere Bestrebungen, die in den Aufgabenkreis des Werbeamtes fallen, wird Ordnung und vor allem Übersichtlichkeit zu bringen sein, weil nur dann eine wirklich tiefe Wirkung möglich ist. Es werden Wege zu vereinfachen, Widerstände auszuschalten sein. Auch auf diesen Gebieten wird eine Vereinfachung und Vereinheitlichung zu namhaften Ersparnissen führen, die wieder der Gesamtheit zugute kommen. Allgemeine Werbetage werden einzuführen sein, das sollen Feiertage für das ganze Volk sein, an denen es an irgendeine Not, irgendeine Sorge eines Teiles des Volkes erinnert wird. Solche Werbetage werden etwa zwei im Jahre eingeführt werden müssen. Ihr Ertrag wird besonderen Zwecken zufließen. Das ganze Volk wird sich an einem solchen Tage des hungernden Erzgebirges erinnern oder des abgebrannten Schauspielhauses in Riga, oder der gefährdeten Schaubühne in Bozen, oder der Unterbringung der Wiener Kinder in deutschen Landen oder des Ausbaues einer deutschen Hochschule oder eines Krankenhauses in gefährdetem

Gebiet, oder eines Kirchenbaues für die Wolgabauern. . . Dann wird jeder Deutsche in der Welt wissen, daß das ganze Volk erwacht ist zu einem einheitlichen Willen und seine Sorgen und seine Freuden teilen will mit allen Volksgenossen, die eines guten Willens sind. Die unter fremdem Joch Schwankenden werden wieder gestärkt aufatmen, weil sie sehen werden, daß sie nicht vergessen sind, ja, daß gerade ihnen die innige Sorge aller Volksgenossen gilt. Es ist in der Wesensart des Deutschen begründet, daß seinem herzlichen Gefühl auch für den Volksgenossen sanft nachgeholfen werden muß, während andere Völker, wie etwa die Franzosen, Engländer und andere unwillkürlich so fühlen und wirken, wie das ewig zerrissene deutsche Volk es sich immer nur im stillen wünscht. . . Das Selbstbestimmungsrecht, das für uns der Schlüssel zu einer glücklichen Zukunft geworden wäre, konnten uns die augenblicklich Mächtigen der Erde nehmen, die Selbstbesinnungspflicht, die allmählich in uns erwacht, gehört aber unveräußerlich uns und wird uns auch emporführen aus dieser Niederung. Ein Helfer auf diesem Wege soll das Werbeamt sein, das, vornehm und ehrlich geführt, berufen ist, der Brennpunkt unseres geistigen Lebens und unserer wirtschaftlichen Bemühungen zu werden. Die Aufgabe, die hier in knappen Strichen gezeichnet wurde, ist nicht ganz einfach, aber wir sind stark genug, sie vollkommen und einwandfrei zu lösen.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir geben den vorstehenden Anregungen gerne Raum, da wir nichts unerwähnt noch unversucht lassen möchten, was deutschen Geist und deutsche Arbeit draußen wiederum zur Geltung bringt und Wege zeichnet zu gedeihlicher Zusammenarbeit in obigem Sinn. Praktische Vorschläge befreundeter Organisationen, wie der im Ausland lebenden Deutschen zu Herrn Jungs Ausführungen, sind uns willkommen.

Die Zukunft der deutschen Kirchenschulen in St. Petersburg.

Als im Jahre 1918 ein Aufblühen wirklicher Freiheit in Rußland zu verspüren war, gaben Carlo von Kugelgen und Gerhard Glitsch „Blätter für deutsches Leben in St. Petersburg“ heraus, deren Reinertrag für den Bibliothekenverein „Die Leuchte“ bestimmt war. Dieser Verein war hervorgegangen aus dem seit Kriegsbeginn, sistierten Petersburger deutschen Bildungs- und Hilfsverein und bezweckte, die 1846 begründete „Bibliothek der evangelischen Gemeinden“ so zu subventionieren, daß sie ein geistiges Bildungsinstitut und ein Mittelpunkt des deutschen Lebens in der russischen Hauptstadt hätte werden sollen. Was aus der Bibliothek und dem Verein selbst geworden ist, wissen wir zurzeit nicht, wohl aber interessiert uns auch heute noch das erste Heft der geplanten Flugschriftenfolge, in dem der Schuldirektor H. Pantenius über „Die Zukunft der deutschen Kirchenschulen St. Petersburg“ handelt. Er hat die darin entwickelten Gedanken in einem Vortrag ausgesprochen, den er im Saale der Katharinen-schule am 31. März 1918 auf der Hauptversammlung des Verbandes russischer Bürger deutscher Nationalität hielt.

Die altbewährten und auch von der russischen Gesellschaft geschätzten deutschen Kirchenschulen wurden zu Beginn des Weltkrieges ihrer deutschen Sprache beraubt und ein wütender Hass wie der Lehrbezirkskurator Kultschitsky verbot sogar die Benutzung geographischer Karten, naturwissenschaftlicher und historischer Wandbilder und anderer Lehrmittel im Unterricht, falls sie deutsche Aufschriften enthielten. Die russischen Eltern nahmen ihre Kinder aus der Schule heraus, damit sanken Schülerzahl und Einnahmen. Pantenius verfolgt nun die Besuchszahl zurück und konstatiert z. B. für die Katharinen-

schule, daß sie im Jahre 1904 noch unter 285 Schülern 226, das sind 79 Prozent, evangelische, also wesentlich deutsche Schüler besaß, mithin auch eine deutsche Schule war. Im Jahre 1914 waren es von 612 Schülern nur mehr 329, also 53 Prozent, die deutsch waren. Die Frequenz ging in die Höhe, aber der Zustrom von Kindern griechisch-orthodoxer Religion wuchs, die Schule verlor ihren deutschen Charakter. Im Jahre 1913 unterhielten die deutschen Gemeinden Petersburgs 4 Knabengymnasien und 4 Mädchenrealschulen, von deren 2560 Schülern nur 1263 oder 49 Prozent der evangelischen Konfession angehörten, mithin deutsch genannt werden konnten. An dem eigentlichen Gemeindeleben nahmen natürlich die Eltern der nicht evangelischen Kinder nicht teil, der deutsche Grundsatz, daß die Schüler sich keinesfalls aktiv an der Politik beteiligen dürften, wurde von den nicht deutschen Schülern des öftern durchbrochen. Zwar konnten auch politisch bedenkliche Zeiten für die Schulen eben durch die Zugehörigkeit der griechisch-orthodoxen Kreise und mit ihrer Hilfe überwunden werden, aber die deutsche Jugend war der Gefahr der Entnationalisierung, also gerade dem, wovor die Schule schützen sollte, in hohem Maße ausgesetzt. Die Russen schickten ihre Kinder in deutsche Schulen ungefähr aus Gedankengängen heraus, wie sie der Schriftsteller J. J. Basarow in seinen Memoiren (Rußkaja Starina 1901) darlegt: „Nach unserm Geschmack und Dafürhalten sind die Deutschen zwar ein entsetzlich langweiliges Volk, allein wie vieles könnten wir von diesem anständigen und soliden Volk lernen. Der deutsche Charakter ist ein absoluter Antipode des russischen und deshalb ist der Russe, selbst wenn er sein ganzes Leben unter Deutschen verbringt, völlig außerstande, deutsch zu werden. Indem

er von den Deutschen viel Gutes annimmt und zugleich viel von seinen nationalen Fehlern aufgibt, wird er nicht zum Kosmopoliten, wohl aber zu einem durch und durch anständigen Menschen, der sich der slawischen Zügellosigkeit entledigt hat und zugleich frei ist von deutscher Scharfkantigkeit. Überhaupt gibt von allen Mischungen der verschiedenen Nationalitäten die Verschmelzung der Deutschen mit der russischen das allerbeste Resultat.“

Der Unterhalt der deutschen Gemeindeschulen kostete den russischen Staat nicht eine Kopeke. Tausende von kernrussischen Bürgern verdanken diesen Schulen ihre Bildung, weil die deutschen Gemeinden mehr Schulen unterhielten als dem eigentlichen Bedürfnis des Deutschtums entsprach. Infolgedessen bekam die Schule aber einen national-russischen Einschlag, der der Pflege der deutschen Interessen nicht förderlich war. Trotzdem sind gerade durch diesen Gang der Dinge in der Epoche der Russifizierungspolitik die deutschen Schulen und Gemeinden Petersburgs vor der vollständigen Entnationalisierung bewahrt geblieben.

So stellt sich das Resultat der Untersuchungen von Pantenius für die Zeit vor dem Weltkriege dar. Der Weltkrieg brachte einen Umschwung in der Meinung der russischen Kreise; was vorher gut war, wurde nun erschlecht. „In Ihren deutschen Schulen werden unsere russischen Kinder germanisiert, ich mache daher kein Hehl daraus, daß ich diese deutschen Schulen für schädlich halte“ — das war das Urteil des erwähnten Herrn Kultschitsky. Entweder die deutschen Schulen müßten geschlossen werden, oder es müßte auf die deutsche Unterrichtssprache verzichtet werden. Schweren Herzens entschloß man sich zum letzteren und unterschrieb damit den Bankrott der bisherigen Schulpolitik. Man erkannte: „Schwillt das nationale Hochgefühl der Russen bis zu einem gewissen Höhepunkt an, dann sind die natürlichen Daseinsbedingungen nationaler Minderheiten kein Hindernis für eine Politik roher Vergewaltigung.“ Pantenius spricht sich nun energisch dafür aus, durch eine Kondensierung aller in den Deutschen lebendigen Kräfte eine Stärkung der völkischen Eigenart der Deutschen zu erstreben und eine innere und äußere Festigung ihrer nationalen Position herbeizuführen. In erster Linie diene dazu die Wiedereinführung der deutschen Unterrichtssprache (die ja jetzt, nachdem Rußland „frei“ geworden war, wieder ermöglicht wurde). Kinder und Eltern, sagt Pantenius, hätten während des Krieges ihre deutsche Muttersprache verlernt; werde nicht Wandel darin geschaffen, so gäbe es in einigen Jahrzehnten keine deutschen Gemeinden mehr in Petersburg. Ferner aber müsse die Zahl der deutschen Schulen kräftig vermindert werden, bis sie gerade noch dem wirklichen Bedürfnis entspreche. Zwei Gymnasien und zwei Realschulen genügten vollauf und es müsse bei der Aufnahme eine Bevorzugung der evangelischen Kinder stattfinden, so daß deren Aufnahme und Beschulung gesichert und damit der deutsche Charakter der Schule ein für allemal festgelegt sei. Wolle man aber das Verhältnis zu den kern-

russischen Gesellschaftskreisen nicht stören, dann sollte man höchstens 5 bis 6 und nicht mehr 8 Schulen unterhalten, also zum mindesten das Übergewicht der deutschen Schüler festhalten. Die frei werdenden Schulgebäude und Räume könnten vermietet werden und der Erlös könnte zur Bestreitung der stark wachsenden Kosten der verbleibenden Schulen verwendet werden, die zudem infolge einer starken Verminderung der Schülerzahl (von 1913 bis 1918 insgesamt um 748 Schüler, also annähernd 30 Prozent!) eine ungeheure Verminderung ihrer Einnahmen hätten. Freilich lasse sich auch eine Erhöhung des Schulgeldes nicht vermeiden, aber sie sei gefährlich, wolle die Schule nicht ihren eigentlichen Charakter allgemeiner allen zugänglicher Bildungsanstalt verlieren. Pantenius rät, höchstens in einer Kirchenschule das Schulgeld so kräftig zu erhöhen, daß sie eine Schule der deutschen und russischen reichen Kreise werde und dadurch einem etwaigen Bedürfnis genüge. Um so mehr könnten die übrigen Kirchenschulen dann ihren allgemeinen Bildungscharakter wahren. Schließlich rät er allen Gemeindeschulen einen völlig gleichmäßigen Unterbau zu geben, mit gleichem Lehrplan und gleichen Anforderungen, so daß die kleinen Kinder in die ihnen zunächst liegende Vorschule gehen könnten und erst später den weiteren Weg in die dann frei gewählten Oberstufen zurücklegen brauchten, wobei natürlich auch dann darauf gesehen werden müsse, daß die Schulen möglichst gleichmäßig in der Stadt zu verteilen seien. Pantenius behandelt auch das Problem der Mädchengymnasien, deren Frequenz viel weniger zurückging als die der Knabenschulen. Die 4 Gemeinden St. Annen, St. Katharin, St. Petri und die Reformierte Gemeinde zählten 1913 im ganzen 1242, im Jahre 1918 dagegen auch noch 1186 Schülerinnen. Die Zahl der protestantischen Mädchen machte 62,3 und 1918 sogar 66,9 Prozent aus. Die Verhältnisse sind also nicht unerheblich günstiger als bei den Knabenschulen. Immerhin kommt Pantenius zum Schlusse, daß auch hier von den 5 Mädchenschulen eine oder zwei zu schließen seien. Er erwartet von der Schließung der 3 bis 5 Schulen, die er vorschlägt, eine Konsolidierung und Kräftigung des deutschen Schulgedankens an sich.

Die Ausführungen des Petersburger deutschen Schulmannes datieren aus einer Zeit, wo man auf eine günstige Entwicklung der Petersburger deutschen Schulen rechnen durfte. Inzwischen haben sich die politischen Verhältnisse verschlechtert und wir sind ganz im Unklaren, wie sich die deutschen Schulverhältnisse gestaltet haben. Auf jeden Fall aber bieten die Ausführungen von Pantenius einen überaus schätzenswerten Beitrag zur Kenntnis des deutschen Schulwesens und durch ihre freimütige Kritik und offene Darlegung der wirklichen Lage auch einen Fingerzeig für künftige deutsche Schulpolitik in Rußland überhaupt, für die wir dem Verfasser und den Herausgebern dankbar sein können.

Dr. F. W.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

II. Von Montevideo nach Deutschland 1915.

Von Oberleutnant von St....

Nachdem ich ziemlich energisch die Annäherungsversuche der jungen Dame, die sich mir als Deutsch-Schweizerin und Witwe aus Paraguay vorstellte, zurückgewiesen hatte, und zwar handelte es sich um dieselbe, die mir der Polack beim Anbordgehen als englische Spionin bezeichnete, langten wir eines Vormittags in Dakat, der französischen Hafenstadt in Senegal an der Nordwestküste Afrikas gegenüber Kap Verdischen Inseln (Las Vicente)

zum Kohleneinnehmen an. Liebenswürdige Passagiere machten mich darauf aufmerksam, daß hier fast auf jeder Reise von den französischen Behörden Deutsche von den Schiffen heruntergeholt würden, um interniert zu werden und wie die Fliegen an dem Schwarzwasser- oder Malaria-Fieber einzugehen. Jeden Moment mußte die französische Pinasse mit den Revisionsoffizieren erscheinen, als plötzlich der Agent der Reederei in den Rauchsalon

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13.

aufklärenden Arbeit soll nicht etwa der Ruhm anderer Völker verkürzt werden, das haben wir wahrhaftig nicht nötig, es soll sich vielmehr der große Anteil unserer Arbeiten an denen der übrigen Welt zwanglos von selbst ergeben. Das Werbeamt baut so nebenher auch Brücken in eine bessere Zukunft. Die Hebung des Verständnisses für die Eigenheiten der einzelnen deutschen Stämme, die Sorge um die abgesprengten Teile des Volkes, die Vertiefung des Zusammengehörigkeitsgefühles aller Deutschen wird eine weitere Aufgabe dieser Art sein. Auch ein deutsches Lesebuch wird zu schaffen sein, das wirkliche deutsche Lesebuch, das eigentlich erst jetzt geschaffen werden kann, und hundert andere Behelfe.

Neben diesen Gesamtarbeiten werden dann zahlreiche Sonderaufgaben gehen. In alle unsere Bestrebungen, die in den Aufgabenkreis des Werbeamtes fallen, wird Ordnung und vor allem Übersichtlichkeit zu bringen sein, weil nur dann eine wirklich tiefe Wirkung möglich ist. Es werden Wege zu vereinfachen, Widerstände auszuschalten sein. Auch auf diesen Gebieten wird eine Vereinfachung und Vereinheitlichung zu namhaften Ersparnissen führen, die wieder der Gesamtheit zugute kommen. Allgemeine Werbetage werden einzuführen sein, das sollen Feiertage für das ganze Volk sein, an denen es an irgendeine Not, irgendeine Sorge eines Teiles des Volkes erinnert wird. Solche Werbetage werden etwa zwei im Jahre eingeführt werden müssen. Ihr Ertrag wird besonderen Zwecken zufließen. Das ganze Volk wird sich an einem solchen Tage des hungernden Erzgebirges erinnern oder des abgebrannten Schauspielhauses in Riga, oder der gefährdeten Schaubühne in Bozen, oder der Unterbringung der Wiener Kinder in deutschen Landen oder des Ausbaues einer deutschen Hochschule oder eines Krankenhauses in gefährdetem

Gebiet, oder eines Kirchenbaues für die Wolgabauern. . . Dann wird jeder Deutsche in der Welt wissen, daß das ganze Volk erwacht ist zu einem einheitlichen Willen und seine Sorgen und seine Freuden teilen will mit allen Volksgenossen, die eines guten Willens sind. Die unter fremdem Joche Schwankenden werden wieder gestärkt aufatmen, weil sie sehen werden, daß sie nicht vergessen sind, ja, daß gerade ihnen die innige Sorge aller Volksgenossen gilt. Es ist in der Wesensart des Deutschen begründet, daß seinem herzlichen Gefühl auch für den Volksgenossen sanft nachgeholfen werden muß, während andere Völker, wie etwa die Franzosen, Engländer und andere unwillkürlich so fühlen und wirken, wie das ewig zerrissene deutsche Volk es sich immer nur im stillen wünscht. . . Das Selbstbestimmungsrecht, das für uns der Schlüssel zu einer glücklichen Zukunft geworden wäre, konnten uns die augenblicklich Mächtigen der Erde nehmen, die Selbstbesinnungspflicht, die allmählich in uns erwacht, gehört aber unveräußerlich uns und wird uns auch emporführen aus dieser Niederung. Ein Helfer auf diesem Wege soll das Werbeamt sein, das, vornehm und ehrlich geführt, berufen ist, der Brennpunkt unseres geistigen Lebens und unserer wirtschaftlichen Bemühungen zu werden. Die Aufgabe, die hier in knappen Strichen gezeichnet wurde, ist nicht ganz einfach, aber wir sind stark genug, sie vollkommen und einwandfrei zu lösen.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir geben den vorstehenden Anregungen gerne Raum, da wir nichts unerwähnt noch unver sucht lassen möchten, was deutschen Geist und deutsche Arbeit draußen wiederum zur Geltung bringt und Wege zeichnet zu gedeihlicher Zusammenarbeit in obigem Sinn. Praktische Vorschläge befreundeter Organisationen, wie der im Ausland lebenden Deutschen zu Herrn Jungs Ausführungen, sind uns willkommen.

Die Zukunft der deutschen Kirchenschulen in St. Petersburg

Als im Jahre 1918 ein Aufblühen wirklicher Freiheit in Rußland zu verspüren war, gaben Carlo von Kügelgen und Gerhard Glitsch „Blätter für deutsches Leben in St. Petersburg“ heraus, deren Reinertrag für den Bibliothekenverein „Die Leuchte“ bestimmt war. Dieser Verein war hervorgegangen aus dem seit Kriegsbeginn sistierten Petersburger deutschen Bildungs- und Hilfsverein und bezweckte, die 1846 begründete „Bibliothek der evangelischen Gemeinden“ so zu subventionieren, daß sie ein geistiges Bildungsinstitut und ein Mittelpunkt des deutschen Lebens in der russischen Hauptstadt hätte werden sollen. Was aus der Bibliothek und dem Verein selbst geworden ist, wissen wir zurzeit nicht, wohl aber interessiert uns auch heute noch das erste Heft der geplanten Flugschriftenfolge, in dem der Schuldirektor H. Pantenius über „Die Zukunft der deutschen Kirchenschulen St. Petersburg“ handelt. Er hat die darin entwickelten Gedanken in einem Vortrag ausgesprochen, den er im Saale der Katharinen-schule am 31. März 1918 auf der Hauptversammlung des Verbandes russischer Bürger deutscher Nationalität hielt.

Die altbewährten und auch von der russischen Gesellschaft geschätzten deutschen Kirchenschulen wurden zu Beginn des Weltkrieges ihrer deutschen Sprache beraubt und ein wütender Hass wie der Lehrbezirkskurator Kultschitsky verbot sogar die Benutzung geographischer Karten, naturwissenschaftlicher und historischer Wandbilder und anderer Lehrmittel im Unterricht, falls sie deutsche Aufschriften enthielten. Die russischen Eltern nahmen ihre Kinder aus der Schule heraus, damit sanken Schülerzahl und Einnahmen. Pantenius verfolgt nun die Besuchszahl zurück und konstatiert z. B. für die Katharinen-

schule, daß sie im Jahre 1904 noch unter 285 Schülern 226, das sind 79 Prozent, evangelische, also wesentlich deutsche Schüler besaß, mithin auch eine deutsche Schule war. Im Jahre 1914 waren es von 612 Schülern nur mehr 329, also 53 Prozent, die deutsch waren. Die Frequenz ging in die Höhe, aber der Zustrom von Kindern griechisch-orthodoxer Religion wuchs, die Schule verlor ihren deutschen Charakter. Im Jahre 1913 unterhielten die deutschen Gemeinden Petersburgs 4 Knabengymnasien und 4 Mädchenrealschulen, von deren 2560 Schülern nur 1260 oder 49 Prozent der evangelischen Konfession angehörten, mithin deutsch genannt werden konnten. An dem eigentlichen Gemeindeleben nahmen natürlich die Eltern der nicht evangelischen Kinder nicht teil, der deutsche Grundsatz, daß die Schüler sich keinesfalls aktiv an der Politik beteiligen dürften, wurde von den nicht deutschen Schülern des öftern durchbrochen. Zwar konnten auch politisch bedenkliche Zeiten für die Schulen eintreten, durch die Zugehörigkeit der griechisch-orthodoxen Kreise und mit ihrer Hilfe überwunden werden, aber die deutsche Jugend war der Gefahr der Entnationalisierung, also gerade dem, wovor die Schule schützen sollte, in hohem Maße ausgesetzt. Die Russen schickten ihre Kinder in deutsche Schulen ungefähr aus Gedankengängen heraus, wie sie der Schriftsteller J. J. Basarow in seinen Memoiren (Rußkaja Starina 1901) darlegt: „Nach unserm Geschmack und Dafürhalten sind die Deutschen zwar ein entsetzlich langweiliges Volk, allein wie viel könnten wir von diesem anständigen und soliden Volk lernen. Der deutsche Charakter ist ein absoluter Antipode des russischen und deshalb ist der Russe, selbst wenn er sein ganzes Leben unter Deutschen verbringt, völlig außerstande, deutsch zu werden. In die

er von den Deutschen viel Gutes annimmt und zugleich viel von seinen nationalen Fehlern aufgibt, wird er nicht zum Kosmopoliten, wohl aber zu einem durch und durch anständigen Menschen, der sich der slawischen Zügellosigkeit entledigt hat und zugleich frei ist von deutscher Scharfkantigkeit. Überhaupt gibt von allen Mischungen der verschiedenen Nationalitäten die Verschmelzung der deutschen mit der russischen das allerbeste Resultat.“

Der Unterhalt der deutschen Gemeindeschulen kostete den russischen Staat nicht eine Kopeke. Tausende von kernrussischen Bürgern verdanken diesen Schulen ihre Bildung, weil die deutschen Gemeinden mehr Schulen unterhielten als dem eigentlichen Bedürfnis des Deutschtums entsprach. Infolgedessen bekam die Schule aber einen national-russischen Einschlag, der der Pflege der deutschen Interessen nicht förderlich war. Trotzdem sind gerade durch diesen Gang der Dinge in der Epoche der Russifizierungspolitik die deutschen Schulen und Gemeinden Petersburgs vor der vollständigen Entnationalisierung bewahrt geblieben.

So stellt sich das Resultat der Untersuchungen von Pantenius für die Zeit vor dem Weltkriege dar. Der Weltkrieg brachte einen Umschwung in der Meinung der russischen Kreise; was vorher gut war, wurde nun erschlecht. „In Ihren deutschen Schulen werden unsere russischen Kinder germanisiert, ich mache daher kein Hehl daraus, daß ich diese deutschen Schulen für schädlich halte“ — das war das Urteil des erwähnten Herrn Kultschitsky. Entweder die deutschen Schulen müßten geschlossen werden, oder es müßte auf die deutsche Unterrichtssprache verzichtet werden. Schweren Herzens entschloß man sich zum letzteren und unterschrieb damit den Bankrott der bisherigen Schulpolitik. Man erkannte: „Schwillt das nationale Hochgefühl der Russen bis zu einem gewissen Höhepunkt an, dann sind die natürlichen Daseinsbedingungen nationaler Minderheiten kein Hindernis für eine Politik roher Vergewaltigung.“ Pantenius spricht sich nun energisch dafür aus, durch eine Kondensierung aller in den Deutschen lebendigen Kräfte eine Stärkung der völkischen Eigenart der Deutschen zu erstreben und eine innere und äußere Festigung ihrer nationalen Position herbeizuführen. In erster Linie diene dazu die Wiedereinführung der deutschen Unterrichtssprache (die ja jetzt, nachdem Rußland „frei“ geworden war, wieder ermöglicht wurde). Kinder und Eltern, sagt Pantenius, hätten während des Krieges ihre deutsche Muttersprache verlernt; werde nicht Wandel darin geschaffen, so gäbe es in einigen Jahrzehnten keine deutschen Gemeinden mehr in Petersburg. Ferner aber müsse die Zahl der deutschen Schulen kräftig vermindert werden, bis sie gerade noch dem wirklichen Bedürfnis entspreche. Zwei Gymnasien und zwei Realschulen genügten vollauf und es müsse bei der Aufnahme eine Bevorzugung der evangelischen Kinder stattfinden, so daß deren Aufnahme und Beschulung gesichert und damit der deutsche Charakter der Schule ein für allemal festgelegt sei. Wolle man aber das Verhältnis zu den kern-

russischen Gesellschaftskreisen nicht stören, dann sollte man höchstens 5 bis 6 und nicht mehr 8 Schulen unterhalten, also zum mindesten das Übergewicht der deutschen Schüler festhalten. Die frei werdenden Schulgebäude und Räume könnten vermietet werden und der Erlös könnte zur Bestreitung der stark wachsenden Kosten der verbleibenden Schulen verwendet werden, die zudem infolge einer starken Verminderung der Schülerzahl (von 1913 bis 1918 insgesamt um 748 Schüler, also annähernd 30 Prozent!) eine ungeheure Verminderung ihrer Einnahmen hätten. Freilich lasse sich auch eine Erhöhung des Schulgeldes nicht vermeiden, aber sie sei gefährlich, wolle die Schule nicht ihren eigentlichen Charakter allgemeiner allen zugänglicher Bildungsanstalt verlieren. Pantenius rät, höchstens in einer Kirchenschule das Schulgeld so kräftig zu erhöhen, daß sie eine Schule der deutschen und russischen reichen Kreise werde und dadurch einem etwaigen Bedürfnis genüge. Um so mehr könnten die übrigen Kirchenschulen dann ihren allgemeinen Bildungscharakter wahren. Schließlich rät er allen Gemeindeschulen einen völlig gleichmäßigen Unterbau zu geben, mit gleichem Lehrplan und gleichen Anforderungen, so daß die kleinen Kinder in die ihnen zunächst liegende Vorschule gehen könnten und erst später den weiteren Weg in die dann frei gewählten Oberstufen zurücklegen brauchten, wobei natürlich auch dann darauf gesehen werden müsse, daß die Schulen möglichst gleichmäßig in der Stadt zu verteilen seien. Pantenius behandelt auch das Problem der Mädchengymnasien, deren Frequenz viel weniger zurückging als die der Knabenschulen. Die 4 Gemeinden St. Annen, St. Katharin, St. Petri und die Reformierte Gemeinde zählten 1913 im ganzen 1242, im Jahre 1918 dagegen auch noch 1186 Schülerinnen. Die Zahl der protestantischen Mädchen machte 62,3 und 1918 sogar 66,9 Prozent aus. Die Verhältnisse sind also nicht unerheblich günstiger als bei den Knabenschulen. Immerhin kommt Pantenius zum Schlusse, daß auch hier von den 5 Mädchenschulen eine oder zwei zu schließen seien. Er erwartet von der Schließung der 3 bis 5 Schulen, die er vorschlägt, eine Konsolidierung und Kräftigung des deutschen Schulgedankens an sich.

Die Ausführungen des Petersburger deutschen Schulmannes datieren aus einer Zeit, wo man auf eine günstige Entwicklung der Petersburger deutschen Schulen rechnen durfte. Inzwischen haben sich die politischen Verhältnisse verschlechtert und wir sind ganz im Unklaren, wie sich die deutschen Schulverhältnisse gestaltet haben. Auf jeden Fall aber bieten die Ausführungen von Pantenius einen überaus schätzenswerten Beitrag zur Kenntnis des deutschen Schulwesens und durch ihre freimütige Kritik und offene Darlegung der wirklichen Lage auch einen Fingerzeig für künftige deutsche Schulpolitik in Rußland überhaupt, für die wir dem Verfasser und den Herausgebern dankbar sein können.

Dr. F. W.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

II. Von Montevideo nach Deutschland 1915.

Von Oberleutnant von St....

Nachdem ich ziemlich energisch die Annäherungsversuche der jungen Dame, die sich mir als Deutsch-Schweizerin und Witwe aus Paraguay vorstellte, zurückgewiesen hatte, und zwar handelte es sich um dieselbe, die mir der Polack beim Anbordgehen als englische Spionin bezeichnete, langten wir eines Vormittags in Dakar, der französischen Hafenstadt in Senegal an der Nordwestküste Afrikas gegenüber Kap Verdischen Inseln (Las Vicente)

zum Kohleneinnehmen an. Liebenswürdige Passagiere machten mich darauf aufmerksam, daß hier fast auf jeder Reise von den französischen Behörden Deutsche von den Schiffen heruntergeholt würden, um interniert zu werden und wie die Fliegen an dem Schwarzwasser- oder Malaria-Fieber einzugehen. Jeden Moment mußte die französische Pinasse mit den Revisionsoffizieren erscheinen, als plötzlich der Agent der Reederei in den Rauchsalon

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13.

kam und aufgeregt mitteilte, daß der französische Hauptmann von seinen eingeborenen Soldaten eben erschossen worden sei. In dieser Aufregung war an eine Revision des Dampfers nicht zu denken und wir fuhren nach einem Aufenthalt von drei Stunden aus dem für uns fast verhängnisvoll gewordenen Hafen. Kaum aus diesem heraus, wurden an Back- und Steuerbord runde Eisenplatten abgeschraubt zum allgemeinen Erstaunen der Passagiere. Das Rätsel löste sich sofort, indem Matrosen aus der Schiffsluke heraus eine Lafette hieften und eben dabei waren, sie auf dem Unterbau festzuschrauben, als wieder Gegenbefehl kam und die ersten Teile des Geschützes in den Schiffsbauch wieder verschwanden. Dafür erschien aber im Rauchsalon ein Anschlag, worin den Passagieren mitgeteilt wurde, daß sie sich auf einem Hilfskreuzer der italienischen Marine befänden, der jederzeit ramiert werden könnte und sie sich disziplinarisch den Befehlen des Kapitäns, der ein höherer italienischer Marine-Reserve-Offizier war, fügen müßten. Gleichzeitig wurde bekanntgemacht, daß das Abendbrot bei Tageshelle serviert werden würde und alle Lichtmaschinen für die Nacht abgestellt würden, also kein Licht, kein Streichholz dürfte angesteckt werden, und so schlichen wir bei Nacht mit halber Kraft langsam durch die Wogen an der afrikanischen Küste herauf nach Gibraltar zu. Als Grund wurde getuschelt, daß sich deutsche U-Boote in dieser Gegend gezeigt hätten. Dann gelangten wir am nächsten Abend nach dem so gefürchteten Gibraltar. Der zweite Offizier, der sich mir gegenüber immer in äußerst lebenswürdiger Weise gezeigt hatte, wendete sich in diesem Augenblicke mit den folgenden Worten an mich: „Passen Sie auf, Herr, wenn der Lauf des Schiffes in den nächsten fünf Minuten geradeaus bleibt, haben Sie“, und dabei sah er mich lächelnd an, „auch diese für Sie so gefährliche Klippe überstanden.“ Aber trotz allen Daumendrückens und Wünschens schwenkte der Dampfer plötzlich in den Hafen von Gibraltar ein.

Sofort legte eine Dampfpinasse an, besetzt mit zwei englischen Offizieren und zwölf Marinesoldaten, bis an die Zähne bewaffnet, welche auch sofort alle Gänge und Treppen des Dampfers besetzten. Sofort kam auch ein Befehl, daß alle Herren neutraler Staaten sich im Rauchsalon mit ihren Papieren zur Untersuchung einfinden sollten. Das Personal des Schiffes teilte uns jedoch des öfteren mit, daß der schneidige Kapitän sich den Engländern gegenüber weigerte, in irgendeiner Weise sein Schiff untersuchen oder gar Passagiere abführen zu lassen, da er seine Instruktion erhalten habe und da, nachdem er durch die erfolgte Kriegserklärung Italiens an Österreich zur Entente gehöre, er selbst wisse, was er bei Ankunft in Genua mit verdächtigen Passagieren zu tun hätte. Das einzige, was er gewähren ließ, war, daß die deutsche Post aus Buenos Aires, die eigentlich in Barcelona ausgeladen werden sollte, von den Engländern mitgenommen wurde. Also auch dieser Untersuchung entgingen wir durch den Zufall, daß wir einen schneidigen und energischen Kapitän hatten, und fuhren endlich nachts zwei Uhr unter einem riesigen Strahlenbüschel von Scheinwerfer und begleitet von bewaffneten Polizeipinassen aus dem Hafen durch die Meerenge ins Mittelmeer.

Am nächsten Morgen teilte mir der zweite Offizier an Bord mit, daß gestern u. a. auch mein Name als verdächtig genannt worden sei und er mir nur dringend raten könne, in Barcelona das Schiff zu verlassen, um mich nicht der Gefahr auszusetzen, in Genua als Spion verdächtig verhaftet zu werden. In unserer Kabine angekommen, entschloß ich mich auch gleich zusammen mit meinem Kabinengenossen, den Rat zu befolgen und in Barcelona den Dampfer zu verlassen.

Als wir in Barcelona die steile Fallreepstreppe heruntergingen, stellte sich heraus, daß nicht allein wir beide uns unsicher auf

dem Dampfer gefühlt hatten, sondern noch etwa zehn andere Herren und einige Damen uns folgten.

In Barcelona ging ich zum deutschen Konsulat, fand daselbst jedoch in keiner Weise Unterstützung und Rat, mir wurde nur mitgeteilt, daß auch hier das Auswärtige Amt ganz energisch Instruktion erteilt hätte, keine Deutschen mehr zur Überfahrt nach Deutschland zu unterstützen, da vor vierzehn Tagen u. a. zwei Segelboote mit je fünfundsiebzig Deutschen, meistens Soldaten und marinetechnisches Personal, auf dem Wege nach Genua in der Höhe von Marseille versackt waren und alle hundertfünfzig Mann den Tod in den Wellen fanden. Ich wollte jedoch unter allen Umständen meinen Vorsatz ausführen und nicht etwa wie schon viele, in Spanien bleiben, da mir erzählt wurde, daß sich in Barcelona allein über dreitausend Deutsche eingefunden hätten, die mittellos der deutschen Behörde zur Last fielen.

Ich fuhr daher nach Madrid, da ich mir sagte, daß in der Hauptstadt, als Zentrale, mir doch eher Rat gegeben werden könnte, aber auch hier an allen Türen abratender Bescheid.

In Vigo, an der Westküste von Spanien, fragte ich telegraphisch an, wann der nächste holländische Dampfer fahren würde und was für Formalitäten zu erfüllen wären, um als Angehöriger eines neutralen Staates ungehindert nach Amsterdam kommen zu können. Die Antwort: „In sechs Tagen ‚Tubantia‘ Amsterdam fällig, Papiere vom englischen General-Konsul gegenzeichnen, da Dampfer englische Häfen passiert.“ — Zuerst ging ich zum holländischen Konsul und ließ mir meinen Paß visieren, da ich mit einem holländischen Dampfer fahren wollte und was als selbstverständliche Formalität bekannt war. Hierauf zum englischen General-Konsul. Auch hier wurde ich sehr lebenswürdig im Vorzimmer empfangen, ziemlich viel ausgefragt und da ich englisch sprechen konnte und den Herren sogar aufpassen konnte, den Transvaal-Feldzug unter Kitcheners Leitung mitgemacht zu haben, schrieb mir der erste Sekretär sofort in meinen Paß: „Good for the journey to England“. Während ich mich mit den übrigen Herren weiter unterhielt, ging der Sekretär zum General-Konsul hinein, letzterer mußte mich jedoch von rückwärts beobachtet haben, denn der Sekretär kam zurück mit der etwas traurigen Mitteilung, daß der General-Konsul ohne jede Begründung sich weigere, mir das Visum zu geben. Der Sekretär gab mir daher den Rat, mir den Paß vom Uruguayer General-Konsul gegenzeichnen zu lassen und dann versuchsweise nochmals wiederzukommen. Beim Uruguayer General-Konsul, kaum daß ich in die Tür getreten war, flog ich fast buchstäblich zu der selben wieder hinaus und hörte ich recht grobe Äußerungen, u. a. daß es eine große Unverschämtheit von mir sei, zu behaupten, ich wäre ein Uruguayer. Später erfuhr ich, daß der betreffende Herr ein Franzose war.

Nun war guter Rat teuer. Nach längerem Überlegen kam ich zu dem Resultat, daß der einzige, der mir helfen könne, der Uruguayer Gesandte selbst in Madrid war. Dieser, ein sehr vornehm aussehender Großkaufmann aus Montevideo, empfing mich mit sehr großer Lebenswürdigkeit, ließ mich in aller Ruhe meine Wünsche vortragen und als er meinen Paß in die Hand nahm und meinen Namen las, sah er mich ganz erstaunt an und teilte mir mit, daß ich doch nicht sein kürzlich in Montevideo am Typhus verstorbener Vetter sein könnte. Nach einer für mich sehr peinlichen Pause kam er jedoch auf mich zu, gab mir die Hand, entpuppte sich als großer Deutschenfreund und versprach mir, mein Vorhaben in jeder Weise zu unterstützen. Ich sollte ruhig ins Hotel gehen und in zwei bis drei Stunden beim Uruguayer General-Konsul wieder vorsprechen, um seine Unterschrift zu holen. Als ich dies ausführte, wurde ich von demselben französischen Herrn

unter vielen Entschuldigungen äußerst zuvorkommend empfangen und stellte er mir auch sofort das Visum aus. Ich ging nun zum englischen General-Konsul zurück. Alles Bitten und energische Verlangen, mir das Visum zu unterschreiben, half nichts. Auch auf den Hinweis auf das entwertende Durchstreichen der zuerst gemachten Notiz auf einem derartig wichtigen Aktenstück, wie dies mein Paß war, reagierte er nicht. Nun ging ich zum Uruguayer Gesandten zurück und bat ihn nochmals höflichst, mir auch diese Gefälligkeit zu erweisen und beim englischen General-Konsul die Unterschrift durchzudrücken. Er war auch sofort dazu bereit und verhandelte mit dem Engländer ein bis zwei Stunden, bis er ihn zum Schlusse vor die Alternative eines diplomatischen Aktes stellte und ihm sagte, daß er als akkreditierter Uruguayer Minister respektiert werden müßte und die Sicherheit, die er mit seinem Namen gäbe, müßte dem Engländer genügen. Endlich willigte der englische General-Konsul ein und gab seine Unterschrift.

Mit meinem neu gewonnenen Uruguayer Freund habe ich nachher noch sehr nette Tage in Madrid verlebt, u. a. gab er mir auch Gelegenheit, auf einem sehr guten Platz eines der hochinteressanten Stiergefächte zu besuchen, welchem auch die gesamte spanische Königsfamilie mit ihrem Gefolge beiwohnte.

In Vigo machte ich mich mit dem Agenten der holländischen Reederei sofort bekannt und ich fand auch in ihm einen äußerst enthusiastischen Deutschenfreund. An Bord der „Tubantia“ verteilte er die ihm von mir gegebenen Goldstücke in sehr geschickter Weise an das Schiffspersonal und übergab mich dem holländischen Kommissar an Bord in sehr verbindlicher Weise. Der englische Beamte, der die zukommenden Passagiere an Bord revidierte, ließ mich auf Grund meines englischen Paßvermerks anstandslos passieren und wünschte mir gute Reise. Mein früherer Kabinengenosse, der allerdings nicht alle diese Formalitäten erfüllt hatte, weil er sich nicht von der Wichtigkeit des Visums überzeugen lassen wollte, wurde von dem Engländer schlankweg abgewiesen und weigerte sich daher der Kapitän, ihn als Passagier anzunehmen. Hätte nämlich der Kapitän darauf bestanden, den betreffenden Herrn mitzunehmen, wäre der Dampfer schon durch die erste englische Sperre nicht durchgekommen und hätten die Engländer den Dampfer einfach im nächsten Hafen festgehalten und der Reederei auch in anderer Weise Schwierigkeiten gemacht. Ein anderer Passagier, der unter einem schwedischen Paß fuhr, wurde von dem Dolmetscher, den der Engländer an der Hand hatte, schwedisch angesprochen und stellte es sich heraus, daß der Unglücksmensch kein Wort schwedisch verstehen und sprechen konnte. Auch er mußte den Dampfer verlassen. Dagegen ein anderer Passagier, der ganz schlau hatte sein wollen, sich von Buenos Aires auf der „Tubantia“ ein Billett bis nach Vigo hatte geben lassen und nun hoffte, als blinder Passagier versteckt auf dem Dampfer nach Amsterdam kommen zu können. Er war von Belgiern verraten worden und verließ als Dritter den Dampfer. Auf der Fahrt hörte ich einen höheren engl. Offizier der Marine, der in Vigo an Bord gekommen war, sich sehr anerkennend und mit Ausdrücken der Begeisterung über den Schneid der deutschen U-Boote äußern. Er erzählte einen Fall, in welchem ein deutsches U-Boot einen spanischen Hochseefischer angerufen hatte, den betreffenden auf Spanisch angesprochen, seinen Vorrat an Fischen gegen bares Geld abgekauft und ihm dann von dem vom U-Boot geschleppten englischen Dampfer alles Brauchbare herunternehmen ließ, um ihn dann vor den Augen des erstaunten spanischen Schiffers zu torpedieren bzw. zu versenken.

Der Kapitän erreichte durch diese hohe Marine-Persönlich-

keit, daß wir in Falmouth, dem ersten Hafen von England, nachdem wir alle englischen und französischen Passagiere ausgeschifft hatten, nach einem Aufenthalt von kaum drei Viertelstunden weiterfahren konnten, da sich der englische Marine-Offizier für den Dampfer verbürgt hatte, allerdings mußte der Kapitän seine Papiere zur Untersuchung überland nach London senden, und hoffte er durch diese Maßnahme, in Deal, dem Schlußhafen von England, schneller weiterkommen zu können. Die Fahrt durch den Kanal unter Führung von vier Polizei-Dampfern war hochinteressant. Hauptsächlich in der Nähe von Dover und Calais die riesigen Schiffmassen zu beobachten, die den Verkehr zwischen England und Frankreich versehen. Kolosse von Schiffen, Handels- wie Kriegsschiffe, ohne Nummer oder Abzeichen, alle bis zum Bordrand schwarz angestrichen, so daß absolut nichts zu erkennen war. Ein ständiges Hin- und Herjagen von Torpedobooten in voller Fahrt. Als wir in Deal ankamen, im Frieden der Vergnügungs- und Sommerhafen und Badeort von London, fanden wir eine Flotte von annähernd hundert neutralen Handelsschiffen vor, die alle auf freie Weiterfahrt warteten. Die Funkenapparate mußten heruntergenommen werden, es wurde jeder Verkehr der Dampfer untereinander mittels Signalen und auch das Anlandgehen der Passagiere verboten. Wie uns das Personal erzählte, waren unter den oben erwähnten Dampfern viele, die schon auf der Ausreise der „Tubantia“ dort gelegen hatten, also über zwei Monate bewegungslos dalagen. — Die Engländer haben folgende Art und Weise der Behandlung der neutralen Schiffe ausgeklügelt: Sobald die Heeresverwaltung irgendeine Ladung, die ein Dampfer an Bord hat, braucht, so bekommt Deal den Befehl, den Dampfer nach London hereinzubugsieren. Die betreffende Ladung wird ausgeladen und bekommt der Kapitän hierfür ein Papierchen, was, wie ihm gesagt wird, so gut wie Papiergeld ist. Weigert sich der Kapitän, diese Fahrt nach London freiwillig anzutreten, da er versuchen wird, die Interessen der Reederei zu wahren, so kommt einfach ein Offizier mit einer Anzahl Mannschaften an Bord, schließt die Zivilmannschaft unter Deck ein und dirigiert den Dampfer selbst nach London. Uns wurde gesagt, daß es schwer sein würde, schnell weiterzukommen, da wir laut Schiffspapieren Tabak an Bord hatten. Vor einiger Zeit war ein Dampfer wegen einer Mehlladung nach London eingebracht worden. Die Dockarbeiter, diebisch und neugierig, wie sie überall sind, hatten nach beendigter Ausladung des Mehls unter dem Mehl Tabakballen gefunden und beim näheren Untersuchen und Herausziehen der Tabakblätter festgestellt, daß in dem Tabak Rohgummi gewesen war, den der Brasilianer durch den Holländer nach Deutschland schicken wollte. Um das zu verhüten, war einfach der Befehl gegeben worden, daß jeder Dampfer, der Tabak an Bord hatte, nach London zur Untersuchung mußte. Jetzt machten wir Passagiere dem Kapitän den folgenden Vorschlag: Alle Passagiere und Mannschaften helfen dabei, den Tabak aus den Luken auf Oberdeck zu bringen, damit sich die Engländer hier in Deal schon davon überzeugen konnten, daß in den Paragruyer Tabakballen kein Rohgummi war. Und es kam auch so weit: Die Engländer überzeugten sich von der Harmlosigkeit der betreffenden Ladung und wir hatten alle schon die Hoffnung, weiterzukommen. Wir lagen jetzt schon fünf Tage in Deal fest, fast täglich kamen Patrouillen an Bord, meistens zwei Offiziere und vier bis fünf Soldaten, um sich im Rauchsalon die neutralen Ländern angehörigen Herren vorführen zu lassen. Man wurde stets ausgefragt bis aufs Hemd und hauptsächlich basierten die Fragen darauf, ob man deutsch spreche oder in irgendeiner Weise mit Deutschland in Verbindung stände. Ich hatte mit meinen Papieren sehr großes Glück, sobald sie die

englische Unterschrift sahen, war ich in aller kürzester Zeit von weiteren Ausfragen befreit. Als Grund meiner Reise gab ich immer an, daß ich für Südamerika versuchen wolle, in Dänemark und Holland Explosionsmotore zu kaufen, da ja Deutschland in der Kriegszeit nicht in der Lage wäre, weiter Dieselmotoren zu schicken, was ja auch von den Engländern lächelnd zugegeben wurde; und versäumte ich nicht, zu bemerken, daß England ohne Zweifel seine Maschinen selbst gebrauche, um unter diesen Umständen an Private und noch dazu an das neutrale Ausland liefern zu können. Diese Untersuchungen dauerten zweimal sogar bis Mitternacht: es öffnete sich die Tür meiner Kabine und wurde ich auf Deutsch angeherrscht: „Stehen Sie auf und kommen Sie mit“. Da mußte man sich natürlich soweit in der Gewalt haben, um den Kerl auf Spanisch herauszuwerfen. — Ein Herr, der ausgefragt wurde, hatte den Leichtsinn und erzählte, daß sein Vater Deutscher wäre, hatte allerdings in seinen Papieren den Beweis, als naturalisierter Chilene in Chile Militärdienste getan zu haben, und er wolle jetzt über Deutschland nach der Schweiz. Hierauf sagte ihm der englische Offizier ganz richtig, daß, wenn er deutschen Boden betreten würde, er als Sohn eines Deutschen sofort als dienstpflchtig requiriert würde, und, um ihn nicht in diese unangenehme Situation geraten zu lassen, gab der Offizier ihm den liebenswürdigen Befehl, vom Dampfer in ein englisches Konzentrationslager zu gehen, um dort das Ende des Krieges abzuwarten. Ein anderer, der beim Verhör gefragt wurde, warum er sich den Mühseligkeiten einer so schwierigen Reise unterziehe, war vollkommen kopflos geworden, so daß er die Bemerkung machte, er wolle Kaffeemühlen kaufen, worauf der Offizier gereizt aufsprang und ihn zurechtwies. Auch er wanderte ans Land ins Konzentrationslager. — Am sechsten Tage abends gegen sieben Uhr wurden alle restlichen Herren neutraler Länder einfach aufgefordert, sofort auf der bereitliegenden Pinasse ans Land zu fahren und sich nach London in die War-Office zur Untersuchung zu begeben. Die Fahrt dauerte bis London ein dreiviertel Stunden. In London fuhren wir in einem geschlossenen Wagen zu dem großen Gebäude des War-Office, wurden daselbst ziemlich primitiv untergebracht und verpflegt und am nächsten Morgen einzeln von höheren englischen Offizieren verhört. Mit neun Mann waren wir angekommen, und als wir in Deal in die Pinasse stiegen, war unser Trupp auf fünf zusammengeschmolzen. Aus welchen Gründen die Fehlenden zurückbedalten worden waren, konnte ich nicht erfahren, da wir einzeln verhört und einzeln untergebracht gewesen waren. Am selben Nachmittage kam endlich die erlösende Nachricht, daß wir frei wären und wir weiter

nach Amsterdam fahren könnten. Ein englischer Lotse brachte uns durch die ganz gefährlichen Minenfelder und es war sehr interessant, zu beobachten, wie der Höchstkommmandierende in Deal auf einem wundervollen Salondampfer seinen Aufenthalt hatte, umgeben von einem dreifachen Minengürtel, welcher jedesmal beim Verlassen oder Besuchen des Dampfers an einer ganz bestimmten Stelle geöffnet werden mußte.

Als wir uns frei auf hoher See befanden, fuhren wir langsam bei ziemlichem Nebel in der Richtung auf Amsterdam. Alle Passagiere halfen Ausschau halten nach treibenden Minen. Wir trafen drei davon an, welche glücklicherweise englische waren, die sich von den deutschen darin unterscheiden, daß erstere nur einen Zenterstift, während letztere zwei seitliche und einen Zenterstift haben, die auch bei einer seitlichen Berührung die Explosion hervorrufen. Am 27. Juni 1915 endlich legten wir in Amsterdam fest und ich habe noch nie einen so freudigen Moment in meinem Leben erlebt, in dem ich wieder festen Boden nach einer doch immerhin ziemlich aufregenden Fahrt betrat.

Um auf die Stimmung in den einzelnen neutralen Ländern einzugehen, möchte ich bemerken, daß Argentinien und die andern Südstaaten in der ersten Zeit des Krieges, wo sie ja nur auf Reuter-Meldungen angewiesen waren, natürlich auch alles glaubten, während wir Deutschen versuchten, sie allerdings ohne Beweise davon zu überzeugen, daß doch nicht alles so wahr sein könnte, wie die Zeitungen und Telegramme berichteten, erst als die Funkensprüche Nauen—Tuckerton—Nordamerika über Brasilien nach Buenos Aires kamen, wurden ganz andere Bilder geschaffen und die Reuter-Meldungen vollkommen Lügen gestraft. Der wirklich gebildete Argentinier ist sehr sachlich und unparteiisch, während die Allgemeinheit, sei es durch geschäftliche Interessen oder durch Unwissenheit, sich sehr schwer überzeugen ließ. Mit der Zeit kam es so, daß in Buenos Aires auf der Hauptstraße die Reuter- und unsere Telegramme nebeneinander durch Lichtbilder bekanntgemacht wurden, so daß jeder nach seinem Gutdünken das eine oder das andere glauben konnte, also nach seiner Weise selig werden konnte. — Mitte Dezember war auch durch Regierungunterstützung eine spanische Zeitung unter deutscher Regie herausgegeben worden, die sehr guten Erfolg und eine sehr große Abonnentenzahl erreichte. Brasilien war in seinen Ansichten sehr schwankend, einmal hatten die Deutschen die Oberhand, aber größtenteils doch die feindlich gesinnten Brasilianer. In Spanien habe ich durchweg deutschfreundliche Gesinnung feststellen können, die See- und Geschäftsleute in Holland schwärmen geradezu für Deutschland.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Danzig.

Bei der Konstituierung der verfassungsgebenden Versammlung des Freistaates Danzig wurde der Generalsuperintendent Reinhard (deutschnational) zum Präsidenten gewählt.

Deutsch-Südtirol.

Am Sonntag, den 13. Juni, und den darauffolgenden Tagen wurden in den Gemeinden südlich Bozen rund ein halbes Hundert Personen verhaftet und nach Trient geschafft. Ihr alleiniges „Verbrechen“ bestand darin, daß sie sich am — Böllerschießen beteiligt hatten oder im Verdacht standen, irgendwie mitgewirkt zu haben. Es befinden sich unter ihnen die angesehensten Männer der Provinz, Gemeindevorsteher, Gemeinderäte, Vertrauensmänner der politischen Parteien usw. Diese Leute wurden

wie Verbrecher behandelt, in Ketten gelegt und Mördern gleich weggeführt. Der „Tiroler“, Bozen, erinnert anläßlich dieser Ungeheuerlichkeiten an die Worte Titonis in der italienischen Kammer: „Die Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung vollkommen ferne liegt. Wir können der Bevölkerung von Deutsch-Südtirol die Versicherung geben, daß nie ein Polizeiregiment eingeführt wird mit Verfolgungen und Willkürherrschaft.“ Wie ein Hohn klingen solche Sätze anläßlich dieser grausamen Wirklichkeiten.

Die „Meraner Zeitung“ berichtet von Versuchen des Trientiner Staatsbahndirektors Toiti, rasch zu „italienisieren“, ehe die Autonomieverhandlungen beginnen, um die Regierung vor einer vollendeten Tatsache zu stellen, um die Autonomiezusagen der Ministerpräsidenten zu durchkreuzen. Die unteren Behörden

scheinen auch in Italien auf die Weisungen und guten Absichten völkerversöhnender Art ihrer Zentrale zu pfeifen, ähnlich wie es in Polen geschieht. Herr Toiti fuhr die ganze Strecke der Staatsbahn Bozen—Mals ab und befragte jeden Stationsvorsteher, ob er in italienischen Staatsdienst übertreten und die italienische Staatsbürgerschaft erwerben wolle. Die zusageenden erhielten einige Jahre Dienst in Italien zur Erlernung der Sprache in Aussicht gestellt. Die nicht zustimmenden acht Herren bekamen ihre Entlassung. Schon zuvor waren der Betriebsinspektor, der Verkehrsinspektor und der Meraner Stationschef entlassen und durch italienische Beamte ersetzt worden.

Schweiz.

Die vereinigten deutschen Vereine und Verbände in der Schweiz, und zwar: der Verband der Deutschen, der Verband deutscher Vereine, der Deutsche Hilfsverein, der Hilfsbund für deutsche Kriegsfürsorge, die Deutsche Darlehensgenossenschaft, der Deutsche Reichsverein, der Deutsch-nationale Verband, der Bund deutscher Kriegsteilnehmer, die Vereinigung deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen, der Deutsche Klub, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Männergesangsverein, der Verein deutscher Kameraden, der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband und der Deutsche Ruderverein, veröffentlichten einen Aufruf zur deutschen Nothilfe in der Schweiz. Es handle sich nicht nur um Wohltätigkeit, es handle sich um das Bekenntnis zum Reich, um edelste Menschlichkeit. Für Hinterbliebene und Kriegsbeschädigte, für geschädigte Wehrleute und Altersschwache, Kranke und Flüchtlinge müsse gesorgt werden. Das Reich könne nicht mehr leisten als es getan habe, weil die Valuta weitere Hilfe von selbst verbiete. Die Hilfe aber sei nicht minder dringlich. Der Aufruf geht von einem Ausschuss aus, der auf Anregung der Ortsgruppe Zürich des Verbandes der Deutschen in der Schweiz zusammentrat und alle Kreise der Kolonie umschließt. Interessant sind einige dem Aufruf beigezeichnete Zahlen. Darnach hat das Deutsche Reich in der Schweiz durch die Hilfsvereine ungeheure Millionensummen von Franken ausgegeben. Für das neue Jahr werden die Bedürfnisse der einzelnen deutschen Anstalten auf nahezu 2 Millionen Franken geschätzt.

Finnland.

Am 15. Mai fand im Nyländska Nationshuset in Helsingfors eine Verbrüderungsfeier statt, in deren Verlauf Magister Gadolin herzliche Worte für Deutschlands Unterstützung in Finnlands Freiheitskampf fand und auch der Dankeschuld für die Förderung Finnlands durch deutsche Wissenschaft und Literatur Ausdruck verlieh. Seine Ansprache klang aus in die gemeinsam begeistert gesungene „Wacht am Rhein“. Für die deutschen Studenten, die zur Erholung in Finnland weilen, antwortete der Sprecher der Straßburger (nach Frankfurt abgewanderten) „Burschenschaft Germania“. Bei anschließendem Kommers kamen deutsche und schwedische Kommerslieder zu ihrem Rechte. Für den folgenden Nachmittag hatte die „Vereinigung der Finnlandkämpfer“ eine Ausfahrt nach Högholmen arrangiert, wo Staatsrat Hjelt die deutschen Gäste begrüßte. An die Rückkehr nach Helsingfors schloß sich noch ein Tanzabend im „Deutschen Familienklub“.

Für die notleidenden deutschen Ärzte haben Kollegen in Finnland 250000 Mk. gesammelt, für welchen Betrag Butter eingekauft und nach Berlin und Wien versandt werden soll. Ein schönes Zeichen der deutschfreundlichen Gesinnung der finnischen Ärzteschaft.

Schweden.

Der Verein christlicher Studenten in Schweden, der sich wiederholt als Freund der deutschen Kultur bewährt hat, hat gemeinsam mit der Vertretung der Studenten in Upsala einen Aufruf erlassen, um deutschen Studenten im Sommer Erholungsaufenthalt in Schweden gewähren zu können, der im Einzelfalle auf drei Monate bemessen sein soll. Die Kosten sollen zum Teil durch Kirchenkollekten aufgebracht werden.

Lettland.

Die ehemals baltische Landeswehr hat zu bestehen aufgehört, sie ist seit dem 1. April in das 13. Tukumsche Regiment umformiert worden, das der Führung eines lettischen Oberstleutnants Kalley untersteht und dem eine Kavallerieabteilung unter dem Befehl des Oberstleutnants Baron Hahn angegliedert ist. Der frühere Oberstab der baltischen Landeswehr ist aufgelöst, die Offiziere sind unter die Fronttruppen verteilt worden. Die drei Bataillonskommandeure des Regiments sind Deutsch-Balten, sie haben den Rang eines lettischen Kapitäns. Das Regiment steht zurzeit an der Bolschewikenfront in Lettgallen. Die Bekleidung ist besser als früher, die Verpflegung läßt zu wünschen übrig, die Stimmung der Truppen ist gut, die jüngeren Jahrgänge sind bereits entlassen, vor allem die Studenten zur Beendigung ihres Studiums nach Riga. Fleckfieber und Grippe mit nachfolgender Lungenentzündung haben der ehemaligen Landeswehr viele Kameraden geraubt.

Polen.

In einer Bialistoker polnischen Zeitung wird den Deutschen ein Lob ausgestellt. Es wird dort erzählt, der Pastor Zirkwitz habe die deutsche Gemeinde nach einem Gottesdienst in polnischer Sprache in seine Wohnung eingeladen und in herzlichen Worten zur Zeichnung auf die polnische Reichsanleihe aufgefordert. 24 anwesende Deutsche hätten daraufhin 112 250 Mk. gezeichnet! Die polnische Zeitung gibt die Namen der einzelnen Zeichner als lobendes Beispiel für staatsstreuere Gesinnung ausdrücklich an.

In der Stadtverordnetenversammlung in Posen ist es zu einer großen Debatte anläßlich einer Wirtschaftsfrage gekommen. Ein Stadtverordneter stellte an den Magistrat das Ersuchen, bei Vergebung von Arbeiten an die Unternehmer den nationalen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen. Der Magistrat erwiderte, daß er an die Vorschrift gebunden sei, unter drei Bewerbern zu wählen, innerhalb dieses Rahmens die von den Stadtverordneten vorgebrachten Gründe aber würdigen wolle. Der Stadtverordnete Victor warnte vor diesem Nationalismus, man handle damit feierlichen Versicherungen entgegen, daß alle Staatsbürger gleich seien und die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität gleiches Recht hätten. Werde dem Antrag stattgegeben, so müßten viele deutsche Gewerbetreibende einfach ihrer Heimat den Rücken kehren. Er warnte angesichts des Standes der polnischen Valuta vor diesem Experiment. Die Polen entgegneten heftig, die Deutschen seien nur Eindringlinge, ihr eigentlicher Weg führe sie nach Brandenburg, die Stadtverordneten jüdischen Bekenntnisses aber richteten ihre Gesinnung nach dem herrschenden Winde. Ein jüdischer Stadtverordneter betonte, man solle mit derartigen Verdächtigungen nun endlich Schluß machen. Er werde als Jude stets auch die Rechte der nicht jüdischen Deutschen wahrnehmen, wenn diese mit Füßen getreten würden. Nur ein kleiner Teil der jüdischen Mitbürger habe sich von der deutschen Sache losgesagt, weil sie in einem inzwischen bitterlich enttäuschten Optimismus von der polnischen Verwaltung sich

größere Vorteile versprochen hätten. Die große Mehrheit, unter ihnen auch die drei Stadtverordneten jüdischen Glaubens, fühlten sich noch immer stolz als polnische Stadtverordnete deutscher Nationalität und jüdischen Glaubens. Stadtverordneter Victor wies darauf hin, daß Posen unter deutscher Verwaltung groß geworden sei und daß der polnische Anteil am Emporblühen der Stadt gering sei. Die Erregung in der Versammlung war sehr groß. Als die Anwürfe der Polen nicht aufhörten, verließen schließlich sämtliche deutsche und jüdische Stadtverordnete den Sitzungssaal.

Wie die Polen die Freiheit auffassen und das Recht zu beugen verstehen, davon gibt eine Mitteilung des polnisch-deutschen Sejm-Abgeordneten Spickermann in der „Lodzer Freien Presse“ Kunde. Er kam nach Posen, um dort eine Versammlung abzuhalten, in der er über die Tätigkeit der deutschen Abgeordneten im Sejm berichten wollte. Mit ihm waren die in Pommerellen neu gewählten deutschen Abgeordneten gekommen. Ein Polizeidiener verhinderte am Saaleingang die Abhaltung der Versammlung, obgleich die Reichstagsabgeordneten in Polen gesetzlich das Recht haben, unangemeldete Versammlungen stets und immerdar abzuhalten, ohne daß sich Vertreter und Behörden einmischen dürfen. Es ist zu erwarten, daß diese Beeinträchtigung der Abgeordnetenfreiheit durch die Posener Polizei, von der Spickermann sagt, sie bedeute eine Erfahrung, die er in Kongreßpolen niemals hätte machen können, noch zu einer Besprechung im polnischen Reichstag führen wird.

Tschechoslowakei.

Deutschösterreichischen Zeitungen entnehmen wir, daß die Sitzung, in der Ministerpräsident Tusar seine Programmrede hielt, zu stürmischen Szenen führte. Die deutschen Abgeordneten erhoben lautesten Widerspruch gegen einzelne Stellen der Rede. Sie riefen: „Es ist alles unwahr, was Sie sagen, es ist alles Komödie.“ Als der ungarische christlich-soziale Abgeordnete Szentivanyi, der eben infolge des Amnestiegesetzes aus der Haft entlassen worden war, im Saal erschien, erhob sich ein ungeheurer Lärm. Die ungarischen und deutsch-bürgerlichen Abgeordneten brachen in stürmische Heil- und Elfenrufe aus. Eine minutenlange Lärmszene schloß sich an. In die Erklärung Dr. Lodgmans, der betonte, im Namen des deutschen Volkes der Tschechoslowakei zu sprechen, rief der deutsche Sozialdemokrat Dr. Hahn hinein: „Im Namen der deutschen Kapitalisten!“, was bezeichnenderweise bei den gesamten tschechischen Parteien starken Beifall auslöste. Für die Bemerkung, daß die Deutschen die von der ersten Nationalversammlung beschlossenen Gesetze nicht als verbindlich für sich erachteten, erhielt er einen Ordnungsruf vom Präsidenten, da dieses Bekenntnis im Widerspruch stehe zum Gelöbnis, das deutsche Abgeordnete in der Kammer abgelegt hätten. Ein Entrüstungsturm bei den Deutschen folgte. Sie riefen: „Wir haben Euch tschechische Treue gelobt, wir werden Euch auch tschechische Treue halten.“ Als späterhin der slowakische Vizepräsident den Vorsitz übernahm, verlangten die Slowaken stürmisch, daß er auch slowakisch spreche. Die Deutschen riefen, sie hätten auch einen Vertreter im Präsidium, der aber tschechisch sprechen müsse. Der slowakische Vertreter im Präsidium präsiidierte nachher aber in seiner Muttersprache.

Über die Zahl der Deutschen in Prag wird in den in Berlin erscheinenden „Deutschösterreichischen Nachrichten“ eine Berechnung angestellt. Auf die beiden deutschen Wahllisten seien in Groß-Prag allein 16858 Stimmen entfallen. Da etwa 51 von

je 100 Personen der Bevölkerung gewählt hätten, brauche die Zahl also nur verdoppelt zu werden, wenn man die Zahl der Deutschen ermitteln wolle. Allein auch die Mehrzahl der zionistischen Wähler mit ihren 6700 Stimmen seien als Deutsche zu zählen. In der angeblich rein tschechischen Stadt lebten also 34000 bis 45000 Deutsche, denen man allerdings alle Rechte der Sprache und der Kultur nehmen will!

Die Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt erließ eine Kundgebung, die das Tragen von Kornblumen und „Abzeichen in den Frankfurter Farben“ verbietet. Das geschehe mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung, weil der großen Mehrheit der loyalen Bevölkerung nicht zugemutet werden könne, das Zurschautragen von „altpreußischen Symbolen“ zu dulden, welche eine offenbare Abneigung gegen die mit der Verwaltung des Abstimmungsgebietes A beziehungsweise die mit deren Kontrolle betrauten alliierten und assoziierten Mächte bekunden. Eine prachtvolle Verordnung! An Kornblumen und schwarz-rot-goldenen Fahnen und Abzeichen wird wohl die Entente-macht nicht zerschellen. Aber die Gesinnung, die aus dem Tragen der Abzeichen spricht, kann man auch durch Verordnungen wohl kaum mürbe machen!

Der Verband der deutschen Rechtsanwälte in Böhmen richtete an den Justizminister Dr. Vesely folgendes Telegramm: „Entgegen den unserer Abordnung gegenüber abgegebenen Erklärungen über den Gebrauch der deutschen Sprache bei den Prager Gerichten bis zur Erlassung einer Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz schließen die Prager Gerichte den Gebrauch der deutschen Sprache in Wort und Schrift seitens der Parteien und ihrer Vertreter aus. Die deutsche Anwaltschaft fordert im Interesse der aufs schwerste geschädigten Rechtspflege und zum Schutze der sprachlichen und wirtschaftlichen Rechte der deutschen Bevölkerung schleunigste Abhilfe.“

Ungarn.

Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Österreich dürfte, wie die Dinge jetzt stehen, schon in wenigen Wochen tatsächlich erfolgen. Auf österreichischer Seite ist alles für die Übernahme bereit und die Männer, die im künftigen „Burgenlande“ die Verwaltungsgeschäfte zu führen haben werden, sind schon bestimmt. Über die Stimmung unter der Bevölkerung Westungarns, soweit sie deutsch ist, läßt sich im Augenblick kein ganz klares Bild gewinnen, da die magyarischen Behörden jede Äußerung der Anschlußfreudigkeit nach wie vor unterdrücken. Immerhin aber darf man annehmen, daß die Erklärung, die kürzlich der Abgeordnete Huber, der in einem deutsch-westungarischen Bezirke gewählt wurde, in der ungarischen Nationalversammlung abgegeben hat, mehr seinen persönlichen Anschauungen und Wünschen als denen der Mehrheit der deutschen Einwohner entspricht. Er sagte nämlich, daß sich Westungarn mit dem Anschlusse niemals abfinden werde und sogar bereit sei, nötigenfalls Widerstand zu leisten. Daß es Anhänger dieses Gedankens geben mag, sei zugegeben, aber auf breite Massen stützt er sich sicherlich nicht. Übrigens werden schon die nächsten Ereignisse völlige Klarheit schaffen. Derselbe Abgeordnete Huber hat übrigens seinerzeit mit Recht dem neuen Ministerpräsidenten Simonyi-Semadam den Vorwurf gemacht, daß in dem von diesem entwickelten Regierungsprogramm eine Darlegung der künftigen amtlichen Politik gegenüber den nationalen Minderheiten fehle, und darauf aufmerksam gemacht, daß ohne die Regelung dieser Frage Ungarn nicht darauf rechnen dürfe, die Bevölkerung der derzeit abgetrennten Gebiete jemals für sich zu gewinnen. Darin

liegt zugleich ein ausgesprochenes irredentisches Programm! Charakteristisch ist es auch, daß der ungarische Entwurf für die in den neuen Randstaaten, wie der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien zugesprochenen vormals ungarischen Landstriche festzusetzenden Schutzmaßregeln für die völkischen Minderheiten lauter Dinge fordert und vorsieht, die der ungarische Staat in der Zeit magyarischer Vorherrschaft seinen sogenannten „Nationalitäten“ hartnäckig vorenthalten hat. Hierher gehört die Anerkennung der Gesamtheit solcher Minderheiten als juristischer Personen, vollständige sprachliche Gleichberechtigung und Autonomie auf kulturpolitischem Gebiete, Sicherstellung der nationalen Stiftungen und des nationalen Grundbesitzes und was derlei Dinge mehr sind. Es bleibt abzuwarten, wie die kommende ungarische Gesetzgebung den hier ausgesprochenen Grundsätzen ihrerseits für die in Ungarn wohnenden nichtmagyarischen Völker gerecht werden wird. Einstweilen scheint dazu noch nicht die Neigung zu bestehen, wie das merkwürdige Vorgehen gegen die deutsche Presse in Ungarn zeigt. So bedeutet der Vorschlag des früheren Ministers und derzeitigen Abgeordneten Friedrich, angesichts des herrschenden Mangels an Zeitungspapier dieses für die einzelnen Blätter je nach der Sprache im Verhältnis zur Zahl der betreffenden Nationalität zu kontingentieren, einen zweifellos beabsichtigten Schlag gegen die deutschen Zeitungen, deren Zahl in letzter Zeit sehr gestiegen ist. Offenbar fürchtet man auf magyarischer Seite den wachsenden Einfluß der aufstrebenden deutschen Presse. Ein Opfer der Papiernot ist leider bereits die vielversprechende Zeitschrift „Deutsche Arbeit in Ungarn“ geworden, die in verdienstvollster Weise deutsche Kulturbelange zu vertreten bestrebt war. Da ihr die Mittel fehlten, die ins Ungemessene gestiegenen Papierpreise und Druckkosten zu bestreiten, mußte sie leider einstweilen ihr Erscheinen einstellen. Immerhin besteht die Hoffnung, in absehbarer Zeit dieses oder ein gleichgerichtetes Blatt wieder herauszubringen. — Ein merkwürdiges Zeichen der Zeit ist es, daß sich unter den ungarischen Deutschen eine lebhafte Auswanderungsbewegung geltend macht, deren Ziel Japan ist. Der japanische Generalkonsul in Budapest hat vielen Gesuchstellern freundliche Aufnahme in seiner Heimat in Aussicht gestellt, wo namentlich Techniker aller Art und Industriearbeiter willkommen wären. Diese Bewegung ist um so bedauerlicher, als sich in Ungarn selbst gerade für diese Berufe günstige Aussichten eröffnen, und man darf in ihr ein Zeichen für die geringe Zuversicht, die man in deutschen Kreisen der ungarischen Nationalitätenpolitik entgegenbringt, sehen.

Bulgarien.

Das Echo de Bulgarie hatte am 29. Mai gemeldet, daß der bulgarische Ministerrat die Aufhebung der Zwangsverwaltung über deutsches Eigentum in Bulgarien beschlossen habe. Nun wird in Ergänzung dieser Nachricht berichtet, daß der französische Oberkommandierende in Sofia gegen den Beschluß protestiert und die Entscheidung des Obersten Rats in Paris angerufen habe. Der Beschluß des Ministerrats war noch nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht worden, ist also vorläufig noch ohne Wirkung geblieben.

Rumänien.

Das Ergebnis der Wahlen vom 4. Juni für die Abgeordnetenkammer wird folgendermaßen bekannt gegeben:

Es entfallen auf die Regierungspartei (Volkspartei) 215, Föderativdemokraten 34, Bebarabischen Bauern 25, Siebenbürger Nationalpartei 21, Sozialisten 19, Unabhängigen Demokraten 6, Siebenbürgischen Bauern 4, Sachsen 6 und Schwaben 2 Abgeordnete. Es fielen bei den Senatswahlen im Gebiet des

alten Rumänien, in der Bukowina und in Bebarabien der Volkspartei 86, den Föderativdemokraten 11, den Sozialisten, und den Unabhängigen je ein Sitz zu. In Siebenbürgen begannen diese Senatswahlen am 7. Juni. Am 10. Juni wurde das Parlament eröffnet.

Am 14. und 15. Mai tagte in der Gemeindeschule von Tarutino das deutsche Komitee, zu dem sich die Vertreter und zahlreiche Gäste versammelt hatten. Herr Andreas Widmer führte den Vorsitz. Es wurden zunächst Angelegenheiten der evangelisch-lutherischen Kirche erledigt, über die Pastor Haase berichtete. Er erwähnte die Loslösung vom Petersburger Konsistorium und von den Landsleuten Südrumäniens, den Zusammenschluß der Pastoren im Februar 1919 und die Begründung eines vorläufigen Konsistoriums, das nun mit drei geistlichen und drei weltlichen Mitgliedern nach sechs Monaten bestätigt wurde. Seit Januar 1920 ist dem Konsistorium das Ehescheidungsrecht genommen und der weltlichen Rechtsprechung übertragen. Eine Neuordnung des gesamten Kirchenwesens soll erfolgen. Eine Eingemeindung der Landeskirche in die siebenbürgische hält das Konsistorium nicht für angängig, erstrebt aber einen engeren Zusammenschluß aller Landeskirchen mit einem Reichskonsistorium in Bukarest. Ein kirchlicher und ein weltlicher Vertreter sollen aber den Beratungen über Kirchenfragen in Hermannstadt beiwohnen. Die Anschlußfrage wurde sodann in einer ausgedehnten Besprechung ausführlich behandelt. Einem neuzeitlichen und demokratischen Ausbau der Kirchenverfassung wurde das Wort geredet.

Zur Schulfrage sprach sodann Direktor Roemich in längerem Vortrag. Das königliche Dekret vom August 1918, das die Schule als nationale Schule anerkennt, gebe nur das Fundament. Bis das Gesetz über die Schule erschienen sei, werde aber nach Verordnungen regiert, die nicht immer das Richtige trafen. So ständen 32 Stunden in deutscher jetzt 62 Wochenstunden in rumänischer Sprache gegenüber, die zudem von Reichsrumänen gegeben werden müßten. In Siebenbürgen aber kämen auf 26 rumänische 37 deutsche Stunden. Der Staat habe im vorigen Jahre 30000 Lei, für dieses Jahr 60000 Lei an Unterstützungen gegeben. Das Defizit der Schule wachse aber von Tag zu Tag und betrage heute schon 50000 Lei, obgleich die Lehrer sehr schlecht bezahlt würden. Das Dasein der deutschen Schule hänge davon ab, ob man die Mittel zu ihrer Unterhaltung werde aufbringen können. Hierin liege die höchste Pflicht des deutsch-bebarabischen Volkes. Eine lebhafte Erörterung schloß sich an. Herr Fiechtner betonte, daß die Schule aus dem Besitze der Gemeinde Tarutino, die schon so große Opfer gebracht habe, in den Besitz aller deutschen Gemeinden des Landes übergehen müsse, die dann mitbezahlten, oder daß industrielle und wirtschaftliche Unternehmungen begründet würden, aus deren Überschüssen die Schule fundiert werde. Ein auswärtiger Redner wandte sich gegen die hohen Kostpreise für die externen Schüler in Tarutino. Pastor Haase schlug vor, für diese Kinder eine Pension einzurichten. Einem Antrage Dr. Mauchs entsprechend wurde beschlossen, das deutsche Gymnasium auf den deutschen Verband zu übernehmen und in den zu schaffenden Satzungen dieses Verbandes eine besondere Schulsektion vorzusehen. Ein kleiner Ausschuß zur Ausarbeitung von Vorschlägen wurde eingesetzt. Die Beratung wandte sich dann der Zentralschule in Sarata zu.

Der König von Rumänien kam mit seiner Frau bei seiner Reise durch die neuen Provinzen Rumäniens auch in die Bukowina und wurde in Czernowitz festlich auch von den Deutschen begrüßt. Er empfing die Vertretung des deutschen Volks-

rats, unter ihnen auch den bekannten Professor Kaindl, in Audienz und erkundigte sich angelegentlich nach dem Deutschum in der Provinz und seinen Kriegsschäden, für deren Behebung er Abhilfe und Unterstützung zusagte. Er fuhr dann, von einem Empfange im polnischen Hause kommend, beim deutschen Hause vor, wo ihn das Komitee empfing und hinter blumenstreuenden Mädchen in den festlich geschmückten Saal führte. Dort nahm der König zwischen all den Vertretern des Deutschums und seiner Vereine auf einer Estrade Aufstellung, zu deren beiden Seiten die deutschen Burschenschaften und akademischen Verbindungen in vollem Wuchse standen. Als der König die Estrade betrat, sang der Männergesangsverein das Lied: „O du meine Muttersprache“. Der Obmann des deutschen Volksrats, Dr. Kohlruß, begrüßte den König. Die Worte, die er dabei sprach, sind wert, hier wiedergegeben zu werden: „Im Namen des deutschen Volkes in der Bukowina bitte ich Eure Majestät, die Versicherung unserer aufrichtigen Treue zum Staate und zu Eurer Majestät Dynastie entgegenzunehmen. Der deutsche Stamm ist frei von allen politischen Bestrebungen Großrumäniens. In allen Provinzen des Reichs seßhaft, verspricht er kraft des hohen Alters seiner Kultur und seiner nie ruhenden Arbeitsfreude, ein wichtiger Faktor zur Einigung, Festigung und Hebung des neuen Vaterlandes zu sein. So fest wie unsere Treue ist unsere Überzeugung, daß der Staat und sein von allen Völkern des Reichs geliebter und verehrter hoher Herrscher uns jene Rechte und Freiheiten belassen und gewähren wird, welche für die Erhaltung und Entwicklung unseres Volkstums unentbehrlich sind. Alles was wir als Deutsche schaffen, gehört dem Vaterlande, dessen treue Bürger wir sind. Unserm allergnädigsten König heil!“ Der König antwortete: „Die Deutschen können überzeugt sein, daß sie vor dem Gesetze die gleichen Rechte wie jeder Bürger des Staates genießen werden. Ich bin überzeugt, daß die Deutschen mit ihrem bewährten Fleiße und ihrer sprichwörtlichen Treue dem neuen Staate und mir eine treue Stütze und verlässliche Mitarbeiter zum Wohle des neuen Vaterlandes sein werden. Ihre ethischen Eigenschaften und ihre hohe Kultur werden sie frei pflegen können. Wie sie dem alten Staate treu gedient haben, so werden sie auch treue Bürger des neuen Staates sein. Als solche können sie meines Schutzes sicher sein.“ Der König sprach dann noch mit den Vertretern der Studenten, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die schöne Einrichtung der Burschenschaften erhalten bleiben werde und verließ unter dem Tone eines neuen Liedes und unter den Heilrufen das deutsche Haus.

Über den Besuch des rumänischen Königspaares in der deutschen Kolonie Leipzig in Beßarabien berichtet die „Deutsche Zeitung Beßarabiens“: Drei Ehrenpforten waren gebaut worden. Am zweiten Pfingsttage kam das Königspaar, freilich nach dem kräftigen Landregen nicht in Automobilen, sondern in den Wagen des in Leipzig garnisonierenden rumänischen Regiments. Kirchengeläute und Trompetenstöße verkündeten die Ankunft der Gäste, die mit Brot und Salz und dem Rufe „Herzlich willkommen!“ empfangen wurden. Das Königspaar bedauerte, infolge des Regens die Landeshauptstadt Tarutino nicht erreichen zu können und brachte dies der vollzählig versammelten deutschen Bevölkerung wiederholt zum Ausdruck. Es begab sich sodann in die Kirche, wo der Gottesdienst mit dem Gesang eines Liedes begann. Pastor Dr. Haase begrüßte sodann das Königspaar. Gebet, ein Lied beschlossen die Feier und das Königspaar verließ unter dem Gesang der

Nationalhymne das Gotteshaus, um sich die Dorfschule anzusehen. Es unterhielt sich auf dem Wege mit der Bevölkerung in deutscher Sprache, so daß jeder auch auf die gestellten Fragen gut antworten konnte. In Tarutino wartete währenddessen die Bevölkerung auf das Königspaar, das aber nicht kommen konnte. Trotzdem fand das Festessen am Nachmittag statt, und auf die Grüße hin, die Pastor Haase überbrachte, übersandte man dem Königspaar herzlich gehaltene Begrüßungstelegramme.

Gleich ihren Schicksalsgenossen in Siebenbürgen, im Banat und in Beßarabien bauen die Deutschen in der Bukowina auch heute noch nach mancherlei Enttäuschungen auf den Fundamentalsatz von Karlsburg (Alba-Julia): „Jeder Nation wird das Recht zugestanden, sich in ihrer Sprache zu richten, zu unterrichten und zu verwalten.“ Das Richten und Unterrichten ist im Buchenland im Großen und Ganzen wie unter der österreichischen Regierung geblieben, obwohl die Romanisierung der Gerichte durch die überhastete Einführung der Staatssprache an Stelle der deutschen, wie auch durch die Ernennung und Bevorzugung der Rumänen für leitende Stellen, die Auflassung der deutschen Universität und einiger deutscher Mittelschulen schwer fühlbare Verluste bedeuten. In der Verwaltung aber hat der über 80000 Seelen zählende deutsche Volksstamm dermalen nicht den geringsten Einfluß. Wahlgesetz und Wahlkreiseinteilung nehmen auf die Bedürfnisse der Minderheiten keine Rücksicht.

Auch nach der kürzlich erfolgten Auflösung des Parlaments wird bei den bevorstehenden Neuwahlen kaum mehr als ein Abgeordneter gewählt werden.

Für das bodenständige Deutschvolk ungünstig ist der Umstand, daß die deutschen Siedlungen keine geschlossene Masse wie etwa in Beßarabien, im Banate, darstellen, sondern im ganzen Lande zerstreut liegen, in vielen Fällen als Minderheit schon von der Gemeindeverwaltung in letzter Zeit ausgeschaltet wurden.

Am wenigsten verändert blieb das deutsche Volksschulwesen auf dem Lande. Die deutschen Volksschulen, die allerdings verpflichtet wurden, die rumänische Staatssprache intensiv zu betreiben, sind ebenso wie die anderen Schulen vom Staate übernommen worden. Wie sie bei der großen bevorstehenden Schulreform abschneiden werden, bleibt abzuwarten. Wenn die Regierung einsichtig genug ist, werden sie als Musteranstalten verbleiben, ihre nationale Schulaufsicht behalten und freie Entwicklungsmöglichkeit haben. Von den zahlreichen Mittelschulen der früheren Ära verbleiben zwei deutsch, was den Bedürfnissen der Deutschen zur Not entsprechen dürfte, da sie sich in Zukunft wohl nicht mehr dem Staatsdienste widmen werden.

In der Erfüllung dieses Kapitels liegt die Zukunft der Deutschen des Buchenlandes. Sie sind einstmals als Pioniere der Kultur ins Land gekommen und hätten auch für spätere Zeiten reichlich Gelegenheit, in gleicher Art zu wirken.

Die Furcht vor einer deutschen Irridenta ist in Ansehung der neuen Orientierung nur ein Hirngespinnst. Bei jedem Anlaß kommt die Bereitschaft zur Geltung, am Ausbau des rumänischen Staates, dem sich die Ostlanddeutschen aus freien Stücken angeschlossen haben, nach Kräften mitzuarbeiten. Die Preisgabe des Volkstums aber ist keinesfalls eine Voraussetzung für die Betätigung staatsbürgerlicher Tugend.

Die aus den jetzigen Wahlen hervorgegangenen Männer werden Großrumänien die neue Verfassung geben. Erst dann wird man mit einiger Sicherheit von der Lage und der zukünftigen Gestaltung sprechen können. Heute ist alles noch im Werden.

Manches Unrecht, manches Leid, das den Deutschen des Landes widerfahren, mußten sie dem Übereifer des über Nacht mächtig gewordenen Rumänentum buchen. In solchen bewegten Zeiten geht es nicht ohne Entgleisungen.

Fest steht eines: der Karlsburger Beschluß, dem durch die feierliche Zustimmung des Königs staatsgrundgesetzlicher Charakter zugesprochen werden muß.

Belgien.

Wie die K. Vztg. berichtet, sind bis jetzt 500 Deutsche nach Antwerpen zurückgekehrt, die einstmals dort wohnten und während des Kriegs nach Holland geflüchtet waren.

In Antwerpen fand ein großer Umzug von etwa 30 000 Personen statt, um gegen die Wiedereinreise der Deutschen in Belgien und ihre Betätigung in Handel und Gewerbe zu protestieren. Eine antideutsche Liga unter dem Ehrenvorsitz des Gouverneurs, des Bürgermeisters und der beiden Generäle der Festung wurde gebildet. Sie führt den Namen: „Vergessen wir niemals“.

Auch Gent will eine ähnliche Kundgebung veranstalten und auch in Brüssel wächst die Opposition gegen die versöhnliche Haltung Vanderveldes.

England.

Im englischen Unterhause wurde auf eine Anfrage geantwortet, daß bis jetzt 940 Gesuche deutscher Personen um Zulassung nach England eingelaufen seien. Bis zum 10. Mai seien 241 Personen unbedingt, 114 Personen bedingt zugelassen worden, 69 Personen sei die Einreiseerlaubnis versagt worden.

Ende Mai fand in Portsmouth die Konferenz der International Law Association statt, an der auch Angehörige von Ländern teilnahmen, die bisher mit England im Kriege waren. Probleme des Völkerrechts, insbesondere des Völkerbundes, sollten behandelt werden. Von deutschen Juristen nahmen die Professoren Dr. Huberich, Berlin, und Dr. Niemeyer, Kiel, teil.

Der englische Werkbund, der während des Krieges begründet wurde und als deutsches Vorbild sich den deutschen Werkbund genommen hatte, hatte jetzt an den deutschen Werkbund geschrieben, seine Mitglieder hätten einstimmig beschlossen, mit dem deutschen Werkbund in geistigen Austausch zu treten: „Wir fühlen, daß unsere Ziele so viel gemeinschaftliches haben, daß wir enger verbunden sein sollten. Wenn es auch zwischen den verschiedenen Völkern in der Arbeit viel Wettstreit geben muß, so sollte dieser Wettstreit doch ein freundlicher sein.“

Palästina.

Aus Nazareth geht uns folgender Mitte April abgesandter Brief eines Deutschen zu:

Wenn Sie wüßten, wie schwer uns allen das Herz ist. Wir leben in einer beständigen Aufregung, weil wir nie wissen, was uns die allernächste Zukunft bringt. Die Ratifikation des Friedens hat unsere Lage um kein Haar gebessert. Die Engländer halten nach wie vor die deutschen Häuser besetzt und benutzen sie, sowie die Möbel darin, unentgeltlich. Nicht etwa aus militärischen Gründen, sondern weil die Offiziersfrauen und -Maitressen dadurch große Ersparnisse machen. Die deutschen Frauen und Kinder und alten Männer drücken sich in zwischen in ein paar engen Räumen herum. Wohnt ausnahmsweise auch eine jüdische oder arabische Familie in einem deutschen Hause, so muß das Mietsgeld an die Engländer ausbezahlt werden. Im Dezember erließ Allenby, der Befehlshaber der ägyptischen Front, eine Proklamation, wonach er alles be-

wegliche und unbewegliche Eigentum der Deutschen, Bulgaren und Österreicher als in englische Verwaltung übergegangen erklärte, so daß es von englischen, dafür eingesetzten Verwaltern auch verkauft werden darf, wenn er es für gut findet. Bald darauf erfolgte eine Aufforderung an die Deutschen, all ihr unbewegliches Eigentum und die in den Häusern sich befindlichen Möbel anzugeben und zu veranschlagen. Die Preise durften von den Deutschen selbst bestimmt werden. Welcher Hintergedanke bei dieser letzteren Bestimmung im Werke ist, wissen nur die Götter oder vielmehr die Teufel. Wir erwarten immer das Allerschlechteste. Wer uns Deutschen etwas schuldig ist oder von uns etwas zu erwarten hat, mußte es bei sehr hoher Strafe angeben. Niemand durfte deutsches Eigentum in Verwahrung nehmen oder deutschen unbeweglichen Besitz kaufen. Verschiedene deutsche Frauen durften Möbel verkaufen, weil sie damit ihre Reise nach Deutschland bestreiten wollten. In Jerusalem und Jaffa sind nur noch einige ganz hilflose alte oder kranke Deutsche zurückgeblieben. Jemand war vor Ostern dort und besuchte sie. Die armen Leute waren so gedrückt, sagte er, daß sie sich nicht mal über irgend etwas freuen könnten. Dabei leiden manche bitteren Mangel. Auch in Haifa wissen manche nicht, wie sie sich durchschlagen sollen. Von jüngeren Männern ist nur noch eine verschwindend kleine Zahl vorhanden. Seit der Ratifikation des Friedens haben sich zwei Deutsche das Leben aus Schwermut genommen, eine junge Mutter, die vor der Zukunft verzweifelte, und ein Familienvater, der nicht wußte, wie seine Familie ernähren. Beide neigten zu Schwermut, aber die Unerträglichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse brachte sie zu dem verzweifelten Schritt. – Und doch ist unsere Lage noch erträglicher als diejenige der internierten deutschen Frauen, Kinder und alten Männer aus Jerusalem und Jaffa, Wilhelma und Sarona. Zwei Jahre hat man sie in der Wüste gefangen gehalten und bewacht wie gemeine Verbrecher. Sie bissen die Zähne zusammen und hielten aus trotz der Erlaubnis, nach Deutschland abzureisen, da sie immer noch hofften, in ihre Heimat nach Palästina heimkehren zu dürfen. Dieselbe Hoffnung hielt auch die in Camps gefangen gehaltenen Palästinamänner, die als Soldaten gedient hatten oder auch als Zivilisten interniert wurden, aufrecht. – Nun kam am Ostermontag ganz plötzlich der Befehl, sich für den Abtransport bereit zu halten. Innerhalb zweier Tage mußte der erste Transport von Frauen und Kindern sich einschiffen. Aus dem Camp waren eine Anzahl Männer dazu gesellt worden. Das Gepäck mußten sie vom Bahnhof in Alexandrien eine Stunde weit an die Bahn tragen. Wagen wurden ihnen nicht gestattet. Da die meisten Leute nur einige Kleider und die Betten mit nach Ägypten genommen hatten, baßen sie inständig, man möchte ihnen erlauben, ihre übrigen Kleider abholen zu lassen. Der Kapitän des Dampfers erbot sich, über Jaffa zu fahren, um die Sachen mitzunehmen. Es wurde ihm nicht erlaubt. Wie eine Hammelherde wurden die 300 Menschen im Gepäckraum des Frachtdampfers einquartiert, und so fahren sie der Heimat zu, die meisten als Bettler. In sechs Wochen erfolgt der nächste Abtransport. Wann kommen wir an die Reihe? Ungeschoren läßt man uns nicht. Wir richten uns alle und erwarten von Tag zu Tag weitere Befehle. Wie schwer es allen ums Herz ist, können Sie sich vorstellen. Merkwürdigerweise ist es den Engländern sehr darum zu tun, von den Deutschen die Erklärung zu erhalten, daß sie freiwillig gingen. Offiziell heißt es auch, daß keiner gezwungen ginge. Den Männern in den Camps gab man zuletzt nur noch trockenes Brot, um sie zu einer „freiwilligen“ Abreise zu zwingen. So kommen sie ganz

unterernährt nach Deutschland. Wenn die Engländer unsere „freiwillige“ Abreise erzwingen wollen, so werden sie uns das Leben immer unerträglicher machen. Man ist auf alles gefaßt. Und dabei weiß man nicht einmal, wieviel ihnen durch die Ratifikation des Friedens an Gemeinheiten uns gegenüber erlaubt ist.

Ostafrika.

Halbamtlich wird gemeldet, daß, nach brieflichen Nachrichten zu schließen, die letzten 60 bis 80 Deutschen, zumeist ältere Frauen und Männer, die zunächst als Zivilgefangene behandelt wurden, späterhin aber auf ihren Pflanzungen bleiben durften, ausgewiesen worden sein sollen, unter ihnen die Herren vom landwirtschaftlich-biologischen Institut Amani nebst ihren Familien. Näheres über ihren jetzigen Aufenthaltsort oder über ihre Abreise war indessen noch nicht festzustellen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Über Zwangsamerikanisierung berichtet der New Yorker Vertreter der „Frankf. Ztg.“ seinem Blatte, es habe sich bei der Rekrutenaushebung in Amerika gezeigt, daß viele Rekruten der Landessprache nicht mächtig waren, was natürlich ist, da viele junge Leute früher einwanderten, das Bürgerrecht erwarben, aber doch zu kurz im Lande waren, um die Sprache erlernt zu haben. Die Amerikaner aber wollen, daß jeder Einwanderer sofort als erstes die Landessprache lerne und wollen fremdsprachige Zeitschriften und Gesellschaften, die den Amerikanisierungsprozeß nur stören könnten, möglichst ausschalten. In Oregon ist soeben ein Gesetz erlassen worden, das die Unterdrückung aller nicht in englischer Sprache gedruckten Preßerzeugnisse verfügt, wenn nicht eine parallele Übersetzung in der Landessprache beigelegt ist. Im Staate New York soll eine ähnliche Bill in Schwebe sein, aber keine Aussicht auf Annahme haben. Im Kongreß sind 9 Vorlagen gegen die fremde Presse eingereicht worden, die aber vor der Präsidentenwahl keine Aussicht auf Annahme haben. Bestrebungen, Wählern, die die Landessprache nicht lesen können, das Wahlrecht zu entziehen, sind im Gange. Diese Bestrebungen, die auch auf Einschränkung des fremdsprachigen Unterrichts sogar in den Privatschulen inzielen, erregen die Eingewanderten in steigendem Maße.

Brasilien.

In der am 3. Mai im Kongreß verlesenen Botschaft des Staatspräsidenten wird auch die Frage der beschlagnahmten deutschen Schiffe ausführlich behandelt. Nach dem Protokoll vom 8. Mai 1919, das zwischen Wilson und Lloyd George gezeichnet worden sei, stehe Brasilien das Eigentumsrecht an den Schiffen zu, was Frankreich auch durch sein Kaufangebot bestätigt habe. Die nachträgliche Forderung Frankreichs, daß das Eigentumsrecht der Wiedergutmachungskommission zustehe, habe peinliche Überraschung hervorgerufen. „Die Verteilung der Schiffe unter die Alliierten wäre ein Akt der Gewalt, aber nicht der Gerechtigkeit“. Frankreich habe auf das Verlangen nicht geantwortet, die zur Bezahlung vertraglich überlassenen Schiffe schleunigst herauszugeben. Die Botschaft begrüßt sodann die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Deutschland.

Aus Sao Paolo wird uns geschrieben:

Es herrscht bereits vielfach die irrige Vorstellung, daß die während des Krieges in grotesker Form aufgetretene Deutschenhetze in Brasilien mit Beendigung des Kriegszustandes aufgehört habe, namentlich im Interesse derer, die nach Brasilien auswandern wollen, muß aber nachdrücklich betont werden, daß auch heute noch gegen die Deutschen eine ziemlich scharfe Gegnerschaft zu bemerken ist.

Das hat man erst kürzlich in Sao Paolo wieder gesehen: der an der paulistaner medizinischen Fakultät angestellte österreichische Professor Dr. Haberfeld zog bei einer Begrüßung, die er dem aus Hamburg heimgekehrten Dr. Rocha-Lima widmete, eine Parallele zwischen der Behandlung, die man Brasilianern während des Krieges in Deutschland und Deutschen gleichzeitig in Brasilien hat angedeihen lassen, und betonte die Vorzüge deutscher Wissenschaft. Diese Äußerungen genügten um nicht nur die Studentenschaft aus dem Häuschen geraten zu lassen, sondern auch die wichtigsten und tonangebenden Zeitungen zu veranlassen, ihren langverhaltenen Groll wieder einmal sich austoben zu lassen. Sie brachten spaltenlange Hetzartikel, die es endlich erreichten, daß sogar die Fakultät sich amtlich damit befaßte. Das Ergebnis der Untersuchung steht noch nicht fest, läßt sich aber bei der nicht gerade unparteilichen Zusammensetzung der Untersuchungskommission so gut wie voraussehen.

Am schlimmsten dagegen tobt der Sturm im Staate Santa Catharina, wo die Regierung offensichtlich darauf aus ist, mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln das Deutschum zu vertilgen. Die Schulgesetzgebung, wie sie seit 1917 entstanden ist, verstößt fast in jedem Artikel gegen die Bundes- und Staatsverfassung und hat zum einzigen Ziele, die Möglichkeit, deutsch zu unterrichten, auszuschalten. Die verfassungsmäßige Lehrfreiheit ist längst vernichtet und das neueste Gesetz schreibt sogar jetzt für die Privatschulen den an den Staatschulen geltenden Lehrplan vor. Die in Schulfragen bisher maßgebenden Blumenauer versagen vollkommen, da die Staatsregierung sie durch Landkonzessionen usw. befriedigt hat, selbst die Leute, die hinter dem „Urwaldsboten“ stehen und sich gerne den Anschein geben, als seien sie die einzigen berufenen Wahrer und Mehrer des Deutschums, sehen alldem stillschweigend zu und veröffentlichen einen sehr vorsichtig gehaltenen Aufsatz, den sie aber ausdrücklich als nicht vom Schriftleiter verfaßt bezeichneten! Ein Gerichtsverfahren auf Widerruf der verfassungswidrigen Gesetzgebung, so aussichtsreich es wäre, würde ihnen geschäftlich schaden, und deshalb lassen sie lieber das Deutschum verkümmern. Das gleiche trifft zu auf die deutsche Sprache im Vereinsleben. Dem Deutschen Feuerwehrverein in Joinville sind die deutschen Kommandos bei seinen Übungen, dem Deutschen Turnverein in Brusque die deutsche Sprache bei Schaustellungen verboten worden!

Wie scharf die Regierung vorgeht, ergibt sich schon daraus, daß der „Correio da Manhã“ soeben Einspruch gegen diese Maßnahmen erhoben und auf die bedauerlichen Folgen dieser Überspannung des Bogens hingewiesen hat. Da aber die Hauptschuld nicht nur die Staatsregierung, sondern auch die Bundesregierung trifft, die mit der Führung dieses Vernichtungskampfes den Bundesschulinspektor betraut hat, dürfte eine Besserung nicht leicht zu erwarten sein.

Jeder Deutsche also, der sein Deutschum sich erhalten will, sei vor einer Auswanderung namentlich nach Santa Catharina nachdrücklich gewarnt, so verlockend auch die wirtschaftlichen Aussichten lächeln mögen!

Wieder deutsch! Nach einer Verordnung des brasilianischen Verkehrsministers haben diejenigen Kolonien und Ortschaften des Staates Rio Grande do Sul, die sich in einem Anflug von Kriegsbegeisterung eine portugiesische Umtaufe gefallen lassen mußten, ihre alte deutsche Bezeichnung wieder erhalten.

Haiti.

Ein Jahr nach Beendigung des Krieges haben die Amerikaner auch in Haiti ihr Ziel der Vernichtung des Deutschums er-

reicht. Die etwa 60 in Haiti ansässigen Deutschen haben Befehl erhalten, das Land sofort zu verlassen. Wer sich weigert, wird, wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ berichtet wird, ins Gefängnis geworfen, bis er die Passage gebucht hat. Daß der Vorwand, die Deutschen hätten den Negeraufstand vom Januar 1920 finanziert und unterstützt, eine Lüge ist, gibt selbst die „New York Evening World“ zu, die schreibt, die Deutschen sollten für ihre geschäftlichen Erfolge bestraft werden. Das sei der wahre Grund für ihre Ausweisung. Seit Monaten sei man überzeugt gewesen, daß man einen Ausweg finden müsse, den deutschen Einfluß im Lande auszumerzen und so viele Deutsche wie möglich, wenn nicht alle, auszuweisen. Der Negeraufstand habe einen plausiblen und technisch unanfechtbaren Vorwand gegeben, die Deutschen aus dem Wege zu räumen.

Japan.

Professor Axenfeld, der berühmte Freiburger Gelehrte der Augenheilkunde, veröffentlicht in seinen klinischen Monatsblättern für Augenheilkunde einen Brief des japanischen Professors Mijashito aus Osaka, eines Gelehrten, der eben jetzt eine Reise durch Deutschland macht, um sich über die Fortschritte der deutschen Augenheilkunde auf dem Laufenden zu halten. Er schreibt in dem Briefe: „Ich will zum Ausdruck bringen, daß die japanische Ärzteschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit die Ansicht vertritt, daß die Wissenschaft international sein muß. Wir halten deshalb den Ausschluß der deutschen Kollegen von Kongressen und sonstigen Arbeitsgemeinschaften für unvereinbar mit den humanitären Aufgaben der medizinischen Wissenschaft. Wir japanischen Ophthalmologen wollen das alte gute Verhältnis zu unsern alten deutschen Lehrern und Kollegen aufrecht erhalten, wir wollen gern in der deutschen ophthalmologischen Gesellschaft weiter mitarbeiten und wir vergessen nicht, was wir der deutschen Ophthalmologie verdanken.“

Siam.

Siam erweist sich als treuer Vasall Englands. Die Aussperrung früherer feindlicher Fremden in dem Königreiche Siam ist durch königlichen Erlaß angeordnet worden. Es wird keinem früheren feindlichen Fremden gestattet, das Land zu betreten oder darin zu verweilen, unbeschränkt oder nur für begrenzte Zeit, wenn er nicht besondere Erlaubnis dazu hat, die nur aus besonderen Gründen gewährt werden wird und nicht über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten. Für Übertretungen bestehen hohe Strafen.

Samoa.

Das „Hamb. Fr.-Bl.“ gibt einen Brief eines deutschen Pflanzers aus Samoa wieder, der von Apia am 15. April abgesandt worden ist. Darnach sind nur insofern für die Deutschen Erleichterungen jetzt eingetreten, als sie nun Briefe nach Deutschland schreiben und ihre Häuser auch nach 6 Uhr abends verlassen dürfen, sich auch nur monatlich einmal auf der Polizei zu melden brauchen. Zensur und alle weiteren Beschränkungen bestehen fort, doch ist allein schon die Aufhebung des „Hauszwanges“ nach 6 Uhr abends im Tropenklima eine ganz bedeutende Erleichterung. Von den größeren deutschen Warenhäusern in Apia besteht nichts mehr, es gibt auch keine deutsche Schule, Ärzte und Handwerker mehr. Viele Pflanzungen sind aufgegeben worden. Die Gesellschaftspflanzungen sind mit Ausnahme der deutschen Handels- und Plantagegesellschaft und der von ihr unterstützten Magiagesellschaft alle bankrott. Nur wenige Privatplantagen werden wieder auf die Höhe kommen, chinesische Arbeiter erhalten abnorme Löhne. Unter den Deutschen hat die Zahl der Armen, Kranken und Stellungslosen erheblich zugenommen, aber keiner darf fort, selbst Tropenranke erhalten nicht die

Erlaubnis zur Abreise! Die Samoa-Deutschen fordern dringend von der deutschen Regierung Maßnahmen, um den Heimtransport der Benannten und ihrer Familien, demnächst aber auch der übrigen Deutschen in die Wege zu leiten und die bestehenden Reiseschwierigkeiten zu beseitigen.

KLEINE NACHRICHTEN

Friedrich Zimmern †. Die „Voss. Ztg.“ erinnert daran, daß am 7. Juni ein Jahr verflossen war, seit, in Deutschland fast unbemerkt, ein hervorragender Auslandsdeutscher in Manchester starb, Friedrich Zimmern, der 1846 in Heidelberg geboren war, als 19-jähriger nach England kam und in Manchester es als Kaufmann zu hohen Ehren brachte. Selbst der „Manchester Guardian“ rühmte ihm in einem Nachruf nach, daß er zur Hebung der Lage der Armen in Manchester außerordentliches geleistet, und daß er Hervorragendes zur Hebung unverschuldeter Kriegsnot deutscher Familien in Manchester getan habe.

Pater Tönnessen †. Am 13. Mai verschied in Jerusalem ein den meisten Palästina-pilgern wohlbekannter Mann, der Franziskanerbruder Tönnessen, an schwerem Asthma- und Lungenleiden, der 22 Jahre lang der Custodie im heiligen Lande treue Dienste geleistet hat und sich stets des Wohles der deutschen Palästina-reisenden in ausgezeichnete Weise angenommen hat.

Eduard Niemeyer †. Ein deutscher Buchhändler ganz besonderer Art ist in Hamburg am 27. April, 94 Jahre alt, gestorben. Nach Ende seiner Lehrzeit im väterlichen Geschäft fuhr er 1852 auf einem Segelschiff mit einigen Kisten Büchern nach Valparaiso. Bald erweiterte er sein Geschäft so, daß er einen Teilhaber aufnahm und Filialen in Lima und Santiago de Chile eröffnen konnte. 1863 kehrte er nach Hamburg zurück und sein jüngerer Bruder übernahm das Geschäft in Valparaiso, dessen Sohn auch heute noch das Hauptgeschäft führt, während die Filialen in andere Hände übergingen. Eduard Niemeyer lebte, wie das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ mitteilt, in Deutschland der Musik, dem Gartenbau und der Geselligkeit. Er war eine Zierde seines Standes. Sein köstlicher Humor half ihm über manche schwere Stunde seines Lebens hinweg.

Pfarrer Dr. M. H. Günther in Kristiania, der Pfarrer an der katholischen Kirche in St. Halvard in Norwegen, feierte am 8. Juni sein 25-jähriges Priesterjubiläum. Bezeichnend für seine Beliebtheit in seinem Wirkungskreise ist, daß in dem von seinem protestantischen Amtsbruder und Namensvetter herausgegebenen „Gemeindeboten“ von Kristiania ihm eine warme Würdigung geschrieben wird, die der Persönlichkeit des sächsischen Priesters, der als Sekretär des katholischen Bischofs von Norwegen das Land gut kennen lernte, warm und herzlich gedenkt und namentlich sein warmes Fühlen für das Deutschtum hervorhebt.

Dechant Heinrich Brandsch, evangelischer Pfarrer in Bekotten, der Vater des deutschen Volkslehrers Dr. Rudolf Brandsch, feierte am 18. Mai in voller Rüstigkeit mit seiner Ehefrau den Tag der goldenen Hochzeit.

Oberst Johannes Wermelskirch ist in der argentinischen Armee, nachdem er erst kürzlich seine Beförderung zum Obersten bekommen hatte, nunmehr einer Meldung der „La Plata Zeitung“ zufolge, zum Chef des Generalstabs der 5. Division in Tucuman ernannt worden.

Heimatgedenken.

Die Schleswig-Holsteiner in dem Staate Illinois haben eine besondere Organisation ins Leben gerufen, um ihrer Heimat beizustehen. Ein Säuglingsheim in der Stadt Schleswig, ein Kinderheim und verschiedene Ferienheime für erholungs-

bedürftige Kinder an der Küste und auf Inseln der Ost- und Nordsee sollen begründet werden. Die Illinoispende entsendet jetzt schon eine Anzahl Kinder in Schleswig'sche Kurorte.

Die Geschwister Raile aus Plochingen (Württemberg), die in den achtziger Jahren auswanderten und sich in Ohio verheirateten, sandten mehrfach Liebesgaben für ihre alten Nachbarn, für arme und alleinstehende Personen und jetzt wieder 4000 Mark für neue Kirchenglocken. Auch der Schwabenverein in Chicago übermittelte der Stadt große Beträge, namentlich bekamen die Familien-Angehörigen eines im Jahre 1881 nach Illinois ausgewanderten Herrn Bach namhafte Beträge.

Herr Leopold Zimmermann, der Senior-Chef der Bankfirma Zimmermann & Forshay, Neuyork, hat zugunsten der Hamburger Kinderhilfe dem Bürgermeister von Hamburg 50000 Mark übermittlelt zur Verwendung für Kinder ohne Unterschied der Konfession. Ähnliche Gaben hat der Spender Frankfurt und Berlin zur Verfügung gestellt.

Die Rheinländer in Amerika haben sich zu einer „Rheinlandhilfe“ zusammengeschlossen, deren Hauptorganisation in Chicago und Philadelphia begründet wurden. Für die durch den Krieg und durch die Rheinüberschwemmungen Betroffenen solle eine Hilfsaktion großen Stils organisiert werden.

Der Stuttgarter Blumenfabrik Willy Stelzer wurde von einem deutsch-amerikanischen Geschäftsfreunde 12000 Mark überwiesen, als Ergebnis einer Sammlung von Deutsch-Amerikanern, bestimmt für Notleidende und namentlich für Kinder.

Die Stadt Berlin hat von einem Deutsch-Amerikaner eine namhafte Spende bekommen. Herr Adolf Melzer von Evansville hat zum Andenken an seinen Bruder Charles 100000 Mark überwiesen, um eine besondere Stiftung zu errichten. 150 Jahre lang soll das Kapital in recht umständlicher Weise, die genau vorgeschrieben ist, angelegt werden, bis es im Jahre 2070 zum Wohle der Stadt Berlin, wobei auch der Tiere gedacht werden soll, verwendet werden kann.

Stuttgart. In der Sitzung des Gemeinderats vom 17. Juni machte der Oberbürgermeister Lautenschlager die Mitteilung, daß das „Schwäbische Wochenblatt“ in Neuyork eine Spende amerikanischer Landsleute im Betrage von 150000 Mark zur Anschaffung von Milchkühen überwiesen habe. Die Ankündigung wurde im Gemeinderat mit starkem Beifall aufgenommen.

Am 20. Februar wurde in **Karibib**, Südwestafrika, eine Sammlung für verhungernde deutsche Kinder veranstaltet. Der Ertrag war bei nur 45 erwerbstätigen Personen im ganzen Ort £ 68.5.6.

KIRCHE UND MISSION

Von der Johannesgemeinde in Lodz. Die Gemeindeversammlung der Johannesgemeinde am 11. Mai versammelte zahlreiche Mitglieder, denen ein Antrag auf Erhöhung der Gehälter der Kirchenangestellten um 100 Prozent vorlag. Man hörte interessante Ziffern über die Gebühren für kirchliche Amtshandlungen, die in weiteren Kreisen interessieren werden. Darnach kosten in Lodz Taufen, in 7 Klassenabstufungen, 10—600 Mk., Beerdigungen 100—2000 Mk., Trauungen 50—3000 Mk., Ehekontrakte 50—200 Mk., Aufgebote 10—150 Mk., ausführliche Geburts- und andere Urkunden 10—150 Mk., kürzere 3—25 Mk., Reihenräber 10—60 Mk., Kantor und Chorknaben 40—250 Mk., Läuten 75—150 Mk., Aufbahrung einer Leiche in der Kirche 2000 Mk., das Graben der Gräber 20—150 Mk. Aus dem Ertrag dieser Gebühren müssen großenteils Kirchenangestelltengehälter bezahlt werden, deren Erhöhung um 100 Prozent beschlossen wurde.

Am 6. Juni trat in **Hermannstadt** die 28. Landeskirchenversammlung zusammen, die mit Gottesdienst und einer Predigt des Bischofs Dr. Teutsch eingeleitet wurde. Im Sitzungssaal des städtischen Rathauses wurde sodann die eigentliche Sitzung eröffnet. Es wurde ihr der Entwurf einer Verfassung der evangelischen Landeskirche und der Entwurf über die Gebietseinteilung und das Wahlrecht der evangelischen Landeskirche, die Entwürfe zur Besoldung und zur Pensionierung der Angestellten und über eine kirchliche Besteuerung vorgelegt. Die sämtlichen Vorlagen wurden vier Fachausschüssen übergeben. Zum ersten Male nahmen auch Frauen als Mitglieder an der Sitzung teil.

Es wurde auch über einen Punkt der Tagesordnung verhandelt, der von historischer Bedeutung für die deutsche evangelische Kirche in Großrumänien werden kann. Das Gesetz über den Anschluß des Synodalverbandes der deutsch-evangelischen Gemeinden an der unteren Donau an die evangelische Landeskirche in Siebenbürgen wurde einstimmig angenommen. Mit Zugrundelegung der Bibelworte: „Mache den Raum deiner Hütte weit“ verkündete der Vorsitzende unter Beifall das Resultat. Die Landeskirchenversammlung ermächtigte dann das Landeskonsistorium, eventuell auch andere derartige Verträge mit den übrigen evangelischen Kirchen Großrumäniens abzuschließen.

Georg Daniel Teutsch-Feier. In Hermannstadt fand am 6. Juni in der evangelischen Stadtpfarrkirche aus Anlaß des 100. Geburtstages des großen sächsischen Bischofs eine Feier statt, zu der sich auch die Teilnehmer der in Hermannstadt tagenden Landeskirchenversammlung eingefunden hatten. Orgelspiel und Gesang der Vereinigten Männerchöre Hermannstadts leiteten das Fest ein. Einen besonders machtvollen Eindruck machte die von allen Teilnehmern gesungene niederländische Hymne, deren „Herr mach uns frei“ mächtig durch die Kirche klang. Der Kronstädter Stadtpfarrer und bischöfliche Vikar Herfurth zeichnete ein Charakterbild des großen Bischofs und behandelte die Aufgabe der Kirche, der Schule und des Pfarrerstandes in den jetzigen schweren Zeiten.

Über die Lage der evangelischen Gemeinden in Beßarabien berichtet die Chronik der Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins, daß das Land entsetzlich unter Truppen und Räuberbanden leide. Im polnisch besetzten Teile des Landes arbeiteten noch zwei Pastoren, in dem von den Bolschewiki besetzten Teile keiner mehr. Im letzten Winter habe eine amerikanische Abordnung die polnisch besetzten Gebiete besucht und 25000 Dollar zur Linderung der Not bewilligt. Ein siebengliedriges Komitee unter dem Vorsitz des Pastors Deringer habe jetzt die Wiederaufbauarbeit begonnen, namentlich die Hebung des Schulwesens, die Versorgung der Pastoren und Lehrer und die Belieferung mit religiösen Schriften. In Deutschland lebten noch 40—50000 Wolhynier, die gerne zurückkehren wollten, wenn es wieder gebe.

Von der evangelischen Kirche in der Bukowina. Die als Wochenblättchen erscheinende „Deutsche Zeitung Beßarabiens“, die unter der Zensur des Rittmeisters Bialesku erscheint — dieser Zensor ist so liebenswürdig und druckt seinen Namen neben den des Herausgebers und Redakteurs, er hat freilich in der uns vorliegenden Nummer vom 29. April auch einen erheblichen Anteil, hat er doch von 4 Seiten fast eine vollständig gestrichen — berichtet über eine evangelische Senioratsversammlung in Raudautz in der Bukowina. Der Entwurf zum Ausbau einer kirchlichen Landesorganisation wurde angenommen. Es wurde betont, daß die Bukowinakirche nicht schuldig daran sei, wenn

noch keine evangelische Gesamtorganisation für ganz Rumänien zustande gekommen sei. Die Versammlung sprach sich im Gegenteil für einen Zusammenschluß aller Provinzialkirchen in einen Reichskirchenbund aus, mit einem Reichskonsistorium als oberstem Kirchenorgan, bei vollständiger Wahrung der historischen Selbständigkeit der Landeskirchen. Zeit und Ort einer Einigungsversammlung sollte das Landeskonsistorium der siebenbürgisch-sächsischen Kirche bestimmen. Ferner genehmigte die Versammlung die Einführung einer Kirchensteuer. Die Begründung einer evangelischen Fakultät in Czernowitz wurde angeregt, was um so leichter sei, als die griechisch-orthodoxe Fakultät in Czernowitz eine große Bibliothek in deutscher Sprache besitze.

Kristiania. Gemeindeversammlung der deutsch-evangelischen Gemeinde. Die auf den 14. März einberufene Jahresversammlung war nicht beschlußfähig, da das erforderliche Drittel der stimmberechtigten Mitglieder nicht erschienen war. Es fand daher am 21. März eine zweite Generalversammlung unter der Leitung des Vorsitzenden im Kirchenvorstand, Herrn Minister von Mutius, statt, an der 24 stimmberechtigte Mitglieder teilnahmen. Der Pfarrer erstattete den Jahresbericht. Dem Kassierer, Herrn Melhorn, wurde auf Grund der Kassenprüfung des Herrn Ingenieur Hoffmann Entlastung erteilt. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde folgender Antrag des Kirchenvorstandes angenommen: In § 15 der Satzungen wird der Absatz „Beslußfähig ist die Gemeindeversammlung, wenn auf ordnungsmäßige Einladung mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder erschienen ist“, geändert in: „Beslußfähig ist jede ordnungsmäßig einberufene Gemeindeversammlung, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder“.

An Stelle des aus Altersrücksichten ausscheidenden Kirchenältesten, Herr Direktor Voigt, wird in den Kirchenvorstand Herr Grossist Ludw. W. Jordan gewählt.

Evangelische Gemeinde Windhuk. Die evangelische Gemeinde Windhuk hielt am 29. Februar eine außerordentliche Versammlung ab. Die „Allg. Ztg.“, Windhuk, berichtet darüber u. a.: Herr Pastor Bayer sagte in seiner Eröffnungs-Ansprache, daß es sich darum handle, sich den durch Heimreise vieler Gemeindeglieder geschaffenen neuen Verhältnissen anzupassen. Nach Verlesung des Jahres- und Kassenberichts wurde der Inhalt eines Briefes des Oberkirchenrats in Berlin besprochen, der besagt, daß nur mehr ein jährlicher Zuschuß von 100 000 Mk., d. h. nach heutigem Kurs £ 400, gegeben werden könne, der für sämtliche Gemeinden von Südwest bestimmt sei. Dadurch sind die kleineren Gemeinden leider zum Eingehen bestimmt. Auch der Kindergarten muß wenigstens zeitweise eingehen. Schließlich wurden an Stelle der heimgereisten Kirchenräte Thomas und von Thümen die Herren Passarge und Kall gewählt.

Deutsche Schwestern nach Brasilien. Die Frauenhilfe fürs Ausland sandte Mitte April die Schwester Vogt nach Ablauf ihres Urlaubs wieder nach Brasilien zurück und sandte 4 neue Schwestern mit ihr hinaus. Die Reisekosten wurden von brasilianischer Seite bezahlt. Leider fehlt es noch immer an Schwestern, die für den Auslandsdienst recht ausgerüstet sind, sonst hätten noch mehr Stellen besetzt werden können. Namentlich an Hebammenschwestern soll in Brasilien Bedarf sein. In Porto Alegre können, wenn der jetzt wieder in Angriff genommene Bau des Krankenhauses vollendet sein wird, 12 Schwestern angestellt werden.

Deutsche Patres nach dem Orient. Die „Köln. Volksztg.“ läßt sich aus Rom melden, daß auf Veranlassung des Kustos vom heiligen Lande die Pariser Regierung zum ersten Male

drei deutschen Patres die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre Orientmission gegeben habe. Unter denen, die zurückkehren durften, befindet sich auch Pater Lemmens.

Mit dem japanischen Dampfer „Nahke Maru“, mit dem der Geschäftsträger Dr. Solf die Ausreise nach Japan antrat, reisten noch 7 Mitglieder der Berliner Missionsgesellschaft ab, um über dem Umweg über Japan nach China zu gelangen. Es ist die erste Ausreise deutscher Missionare nach Ostasien und die erste Ablösung, die die Chinamissionare der Gesellschaft draußen erfahren.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lodz. Staatliches Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache. Im staatlichen Lehrerseminar fand am 7. Juni die Schlußfeier in würdiger und eindrucksvoller Weise statt. Ein Delegierter des Kultusministeriums, Dr. Ludwig Eckert, der Seminardirektor Dr. Michejda, der deutsche Sejmabgeordnete Spickermann, der Stadtverordnete Pastor Gerhard, das Kuratorium und die Lehrerschaft der Anstalt waren mit zahlreichen Gästen und Eltern der Schüler erschienen. Das Hausorchester eröffnete die Feier mit einem „Seminar marsch“, den der Musiklehrer der Anstalt komponiert hatte, der gemischte Chor sang einen Choral. Der Vertreter des Kultusministeriums stellte in polnischer Sprache mit Befriedigung die Fortschritte der Anstalt fest, in der die Zöglinge deutscher Nationalität und evangelischer Konfession doch Söhne und Töchter des polnischen Landes seien, dem sie treu zu dienen hätten. Die Schule solle versöhnend wirken und Quelle des Friedens sein. Superintendent Augenstein wandte sich sodann in deutscher Sprache an die Abiturienten, die nun auch künftig als Religionslehrer und Kantoren zu wirken berufen seien und zwar nicht als Lohnknechte, sondern als aufrichtige und selbstbewußte Lehrkräfte. Auch der Seminardirektor Dr. Michejda hielt seine Ansprache in deutscher Rede und berichtete, daß 151 Schüler und Schülerinnen die Anstalt besucht haben. Es sprachen noch ein Vertreter des Lehrkörpers und im Namen der Abiturienten ein Schüler. Es wurde Bericht erstattet über die „Schülerlade“, eine Hilfsaktion für bedürftige Seminaristen, die im Berichtsjahre über 23 000 Mark vereinnahmte. Dann schlossen Gesang und Gebet die Feier.

Czernowitz wieder deutsche Universität. Unter dieser Überschrift gaben wir auf S. 48 des zweiten Januarheftes mit verschiedenen bezweifelnden Vorbehalten die von der „Voss. Ztg.“ gebrachte Meldung wieder, der rumänische Unterrichtsminister habe im Einverständnis mit der Regierung beschlossen, den deutschen Charakter der Czernowitzer Hochschule, zum mindesten für die nächsten Jahre, wieder herzustellen. Dazu wird dem D. A. I. von einem besonders guten Kenner der Verhältnisse geschrieben:

„Die Nachricht muß dahin richtiggestellt werden, daß die rumänische Zentralregierung in Bukarest lediglich einige deutsche Professoren, die an der Czernowitzer Universität verblieben sind, im Amte bestätigt hat. Von einer Wiederherstellung des deutschen Charakters der Hochschule ist leider keine Rede. Den Rumänen fehlen aber die Männer der Wissenschaft. Man kann annehmen, daß mehr deutsche Professoren bestätigt worden wären, wenn sie nicht gleich nach dem Zusammenbruch ihr Wirkungsfeld aufgegeben hätten. Eine dreijährige Übergangszeit (deutsche Vortragssprache) ist gesichert. Auch wird von den im „Verbande der Deutschen“ organisierten Deutschen die Forderung einer deutschen Universität für Hermannstadt vertreten.“

DEUTSCHE KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Die deutschen Nobelpreisträger waren mit ihren fremdländischen Kollegen in Stockholm versammelt, um die Preise zu empfangen. Der deutsche Gesandte, Nadolny, gab bei einem Bankett ihnen zu Ehren dem dankbaren Gefühl für die Männer der Wissenschaft beredten Ausdruck, die ihrem Vaterland diesen Sieg im friedlichen Wettstreit erstritten. Er pries den Nutzen der Nobelpreis-Stiftung für den Weltfrieden und Schwedens Rolle auf dem Gebiete versöhnender Politik und schloß mit einem Hoch auf den schwedischen König. Der englische Nobelpreisträger, Prof. Barkla, weilte übrigens auch in Stockholm und gab Vertretern der schwedischen Presse gegenüber seiner Genußnahme darüber Ausdruck, mit den deutschen Nobelpreisträgern vereint zu sein. Er schätzte die Männer der deutschen Wissenschaft, obgleich sie einem dem seinen früher feindlich gesinnten Lande entstammten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit der Nationen kurz über lang wieder kommen werde. Die Wissenschaft sei international. Sein bester Schüler sei ein Deutscher gewesen.

Dr. Karl Holl, Privatdozent für deutsche Literaturgeschichte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, hat einen Ruf als ordentl. Professor der deutschen Philologie an die Reichsuniversität in Peking erhalten.

Professor Wendel aus Bremen, über dessen Konzerterfolge in Rom wir berichtet haben, konzertierte dieser Tage auch in Turin, wo er wiederum begeisterten Beifall fand. Er wurde für eine Konzertreise Genua, Mailand, Parma, Bologna, Venedig und Triest verpflichtet.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Vom Schweizer Hilfsbund. Die Ortsgruppe Rorschach hielt am 23. März ihre Jahresversammlung ab. Sie hat im verflossenen Jahre 2689 Franken an Beiträgen und Spenden eingenommen und einschließlich der Reichsbeihilfen 39 000 Franken Unterstützungen ausgezahlt. Die Mitgliederzahl ist von 342 auf 319 zurückgegangen. Herr Maurer wurde einstimmig zum Nachfolger des nach verdienstvoller Tätigkeit ausscheidenden Herrn Weber gewählt.

Die Ortsgruppe Basel hielt am 26. März ihre Hauptversammlung ab, die der Vorsitzende, Geheimrat Professor Ruck, leitete. Von der Tätigkeit der Gruppe gibt ein Bild, daß Anfang November 1919 in Basel 2350 heimgekehrte deutsche Wehrleute gezählt wurden. Die Ortsgruppe zählt 1195 Mitglieder, 20 Vereine und 127 Spender, die ihr 23 800 Franken Einnahmen brachten. Aus eigenen Mitteln verausgabte sie annähernd 43 000 Franken.

Die Ortsgruppe Zürich versammelte sich am 7. April unter ihrem Vorsitzenden Pfarrer Grundmann. Sie hat insgesamt 50 000 Franken an Unterstützungen im Jahre 1919 verausgabte, 210 Kriegsbeschädigte und 851 Hinterbliebene versorgt, wovon 280 Witwen mit 423 Waisen und 148 Kriegseltern sind. Ausführlich wurde namentlich über die Vereinigung des Hilfsbundes mit dem Hilfsverein erörtert.

Die Ortsgruppe Luzern hielt am 6. Mai ihre Versammlung ab, der Herr Grabowsky präsierte. Im Berichtsjahre wurden 43 neue Mitglieder gewonnen. Insgesamt gingen durch Spenden und Beiträge 3680 Franken ein, 12 000 Franken wurden

aus Hilfsbundmitteln an Unterstützungen verausgabte, durch die Kassen der Ortsgruppen gingen insgesamt an Unterstützungen 43 000 Franken.

Die Ortsgruppe Chur versammelte sich am 11. Mai. Sie zählt nur 58 Mitglieder, die mit 52 Spendern zusammen 680 Franken aufbrachten, denen Ausgaben aus Hilfsbundmitteln von 2034 Franken gegenüberstehen. Statt des Chur verlassenden Herrn Pfarrer Fischer wurde Herr Leppig zum Vorsitzenden gewählt.

Die Ortsgruppe Genf hielt am 20. Mai ihre Generalversammlung ab. Sie zählt 119 Mitglieder und nahm 2900 Franken ein an Mitgliedsbeiträgen und 4400 Franken an Spenden, gab aber aus Hilfsbundmitteln über 33 000 Franken aus.

Der „Deutsche Hilfsausschuß für Paraguay“ hat nach seinem letzten Jahresberichte die deutsche Sache in ganz hervorragender Weise pekuniär unterstützt. Für Hinterbliebene im Kriege Gefallener, für das Rote Kreuz und für die Hilfsaktion Tientsin allein wurden rund 2350 Dollar Gold und 630 000 Dollar Papier aufgewandt. In zweiter Linie dienten die Gelder — es gingen mit Zinsen insgesamt etwa 3900 Dollar Gold und 807 000 Dollar Papier ein — dazu, durch Unterstützung der deutschen Landespresse („Noticiero“, „Prensa“ und „Neue Heimat“) den Verleumdungen und Lügen unserer Feinde entgegenzutreten.

In den vorgenannten Summen sind 104 000 Dollar, die für deutsche Schulzwecke, hauptsächlich für die deutsche Schule in Asunción gesammelt wurden, noch nicht enthalten. Besonders erwähnenswert ist noch, daß nach einem Februarbeschuß von den nach dem Waffenstillstand nicht mehr nach Deutschland abgeführten Geldern 25 000 Dollar nach vorhergetroffener Vereinbarung mit der paraguayischen Regierung zum Bau eines Einwandererhauses in Mubevo bereit gestellt worden sind. Die Regierung hat versprochen, diesen Betrag nach Fertigstellung des Baues zurückzuerstatten, und zwar an den Deutschen Volksbund für Paraguay, dem er dann „zur Fürsorge für deutsche Einwanderer“ endgültig überlassen bleiben soll.

100 000 Dollar hat der Deutsche Frauenverein in Anerkennung der großen Opfer zugewiesen erhalten, die er sofort nach Kriegsausbruch für unsere Sammlungen gebracht hat.

6000 Dollar sind der Deutschen Schule in Villarica, der Rest des Barvermögens der Deutschen Schule in Asunción überwiesen worden (etwas über 4000 Dollar).

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Lodz. Die „Lodzer Freie Presse“ wehrt sich in ihrer Ausgabe vom 8. Juni lebhaft gegen Angriffe des „Kurjer Ludzki“, der behauptet, die deutschen Hakatisten hätten das frühere deutsche Amtsblatt, das ja als solches in den Besitz der polnischen Regierung hätte übergehen müssen, einfach übernommen und umgetauft, ohne dem polnischen Staate etwas dafür zu bezahlen. Die polnische Staatsanwaltschaft müsse dagegen einschreiten. Dagegen verweist die „Lodzer Freie Presse“ darauf, daß die Druckerei der ehemaligen „Lodzer deutschen Zeitung“ vom polnischen Finanzministerium übernommen und in eine polnische Staatsdruckerei umgewandelt wurde, das der Zeitung gehörige Barvermögen bei der Bank aber beschlagnahmt wurde. Mit diesen Dingen und dem Blatte aber hat die heutige „Lodzer Freie Presse“ nicht das geringste zu tun.

Von der Teuerung in Polen kann man sich etwa einen Begriff machen, wenn man liest, daß eine achtseitige Nummer der „Lodzer Freien Presse“, der ausgezeichnet redigierten deutschen Zeitung von Lodz, 1,50 Mark in polnischer Währung kostet

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Die Verlängerung der Anmeldefrist für Auslandsforderungen.

Die Anmeldefrist im Reichsausgleichsverfahren ist lt. Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 28. Juni 1920 nochmals bis zum Ablauf des 31. Juli 1920 verlängert worden.

Die Entscheidung darüber, ob die Kosten, die vom Augenblick der Aushändigung an die Geschäftsstelle in Paris bis zur Auslieferung an den Berechtigten in Deutschland durch Transport-Versicherung, Verpackung usw. entstehen, im Einzelfalle auf das Reich übernommen werden können, ist dem Leiter der Geschäftsstelle in Paris übertragen worden. Zunächst wird noch daran festgehalten, daß die Freistellung von diesen Kosten nur im Bedürftigkeitsfall gewährt werden kann. Zur Beibringung des Bedürftigkeitsnachweises genügt, daß polizeilicherweise bestätigt wird, daß der Antragsteller nicht mehr als das für sich und seine Familie ausreichende Einkommen besitzt. Zur Vermeidung von Verzögerungen wird empfohlen, die polizeiliche Bestätigung dem Bunde einzureichen, der sie seinerseits der Geschäftsstelle in Paris übermitteln wird.

Die Landesverbände und Ortsgruppen werden gebeten, ihre Mitglieder entsprechend zu unterrichten.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Danzig. Der Landesverband Danzig hat auf sein Telegramm an den Herrn Reichspräsidenten vom 3. Juni am 15. Juni ein langes Antwortschreiben des Wiederaufbau-ministers bekommen, das wir seiner grundsätzlichen Bedeutung halber hier vollständig wiedergeben:

Die Frage der Behandlung der Auslandsdeutschen in Danzig ist hier mit den beteiligten Ressorts und den Interessenvertretungen wiederholt eingehend erörtert worden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen hängt die Entscheidung der Frage in der Hauptsache davon ab, ob die Auslandsdeutschen, die sich in Danzig aufhalten, die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben und Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig geworden sind. Nach Artikel 105 des Friedensvertrages verlieren mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die deutschen Reichsangehörigen „ordinarily resident“ — „domiciliés“ — in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig von Rechts wegen die deutsche Reichsangehörigkeit und werden Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig. Es fragt sich nun, ob die Auslandsdeutschen, die sich in Danzig aufhalten, als in Danzig „ordinarily resident“ — „domiciliés“ — anzusehen sind. Nach deutscher Rechtsauffassung wird diese Frage in der Mehrzahl der Fälle verneint werden müssen, denn bei den Auslandsdeutschen in Danzig wird, als sie in Danzig Aufenthalt nahmen, kaum die Absicht bestanden haben, sich dort dauernd niederzulassen. Ob aber diese Rechtsauffassung von der Regierung der Freien Stadt Danzig geteilt werden wird, kann immerhin zweifelhaft erscheinen. Dafür sprechen die vielfach vorgenommenen Ausweisungen von Auslandsdeutschen aus Danzig.

Die Frage, welche Auslandsdeutschen, die sich jetzt im Gebiet der Freien Stadt Danzig aufhalten, weiterhin als Reichsdeutsche zu behandeln sind, bedarf noch der Regelung im Wege der Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der Freien Stadt Danzig. Soweit hiernach die Auslandsdeutschen auch in Zukunft als Reichsdeutsche zu behandeln sein werden, finden auf sie in vollem Umfange das Gesetz über Enteig-

nungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 1527), die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Auslande aus Anlaß des Krieges (Reichsanzeiger Nr. 267 vom 21. November 1919) vom 15. November 1919, sowie die Bekanntmachung, betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland vom 15. November 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 1891) Anwendung, so daß sie genau wie die in Deutschland wohnhaften deutschen Staatsangehörigen vorzuent-schädigen sind.

Sind einzelne Auslandsdeutsche Angehörige der Freien Stadt Danzig geworden, so haben sie nach dem Friedensvertrag das Recht, für Deutschland zu optieren. Machen sie von diesem Recht Gebrauch, so sind sie wie die übrigen Auslandsdeutschen vorzuent-schädigen. Optieren sie nicht, so können ihnen nach Maßgabe des § 11 der Richtlinien vom 11. November 1919 Vorents-chädigungen gewährt werden. Soweit das Eigentum der nicht für Deutschland optierenden Auslandsdeutschen in den feindlichen Staaten (mit Ausnahme von Rußland) beschlagnahmt oder liquidiert worden ist, empfiehlt es sich, daß sie durch Vermittlung der Regierung der Freien Stadt Danzig bei den Entente-regierungen unter Hinweis darauf, daß sie durch den Friedens-vertrag die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, die Aufhebung der Beschlagnahme oder die Auszahlung des Liqui-dationserlöses beantragen. Sollte diesem Antrage nicht ent-sprochen und der Liquidationserlös dem deutschen Reiche auf Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben werden, so wird „das Reich dem früheren Eigentümer den ihm gutgeschriebenen Betrag auszahlen.“

In der letzten Besprechung, die vor einigen Tagen hier statt-gefunden hat, ist dem Bunde der Auslandsdeutschen von diesen allgemeinen Grundsätzen Kenntnis gegeben und er insbesondere darauf hingewiesen worden, daß demnach alle Vorents-chädigungs-anträge der in Danzig wohnhaften Auslandsdeutschen entgegen-genommen und vorgeprüft und auch die nötigen Mittel zur Vor-prüfung zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Reichsregie-rung wird ihre Pflicht, auch für in Danzig wohnhafte Ausland-deutsche zu sorgen, nach besten Kräften erfüllen. Es besteht auch keineswegs die Absicht, bei der Anwendung des § 11 der Richtlinien vom 15. November 1919 engherzig zu verfahren, sondern es wird alles getan werden, um auch den besonderen Verhältnissen der in Danzig wohnenden Auslandsdeutschen Rech-nung zu tragen.

Von den Ortsgruppen.

Hannover. Der Bund der Auslandsdeutschen, E. V., hielt am 3. Juni im Volksheim eine Versammlung ab. Gegen die Ver-suche der Reichsregierung, ihren amtlichen Zusagen entgegen in der Fürsorge für die Entschädigung der Auslandsdeutschen lässig zu werden, wurde lebhafter Einspruch erhoben. Besonderen Unwillen erregte es, daß die Reisekosten zu den Verhandlungen vor dem Reichswirtschaftsgerichte den nach Berlin geladenen Geschädigten von der Reichsregierung nicht ersetzt werden. Es mache überhaupt den Eindruck, als ob man das Entschädigungs-verfahren möglichst umständlich machen wolle. Vielleicht würde man bei der zu erwartenden neuen Regierung mehr Entgegen-kommen finden. Es wurde beschlossen, einen Wohltätigkeits-Theater-Abend zu veranstalten. Der Monatsbeitrag wurde auf 4 M. erhöht. Neue Ortsgruppen sind in Osnabrück und Minden gebildet, weitere werden in Lüneburg, Uelzen und Soltau folgen. Auskunft über Steuerfragen und die Erlangung von im feind-

lichen Auslande verbliebenem Eigentum werden im Geschäftszimmer, Thielenplatz 3, erteilt.

Stuttgart. Abteilung Frankreich. Die Abteilung beschloß, in Gemeinschaft mit dem Landesverband an die Bundesleitung in Berlin das Ersuchen zu richten, bei der Reichsregierung unverzüglich energische Schritte zu unternehmen, damit Auslandsdeutsche für ihre Schulden, die aus ihren im feindlichen Ausland geführten Geschäften herrühren, von deutschen Gerichten nicht zur Zahlung verurteilt werden können, bevor sie von der Reichsregierung für ihre im feindlichen Ausland beschlagnahmten oder bereits liquidierten Aktive entschädigt worden sind, daß auch nach Erhalt etwaiger Teilvergütungen von Seiten des Reiches diese Auslandsdeutschen nur in dem Verhältnis gehalten sind, ihren aus den im Ausland gehaltenen Geschäften entstandenen Verpflichtungen zu genügen, als sie selbst von der Reichsregierung befriedigt worden sind. Die bereits in vielen Fällen eingeleiteten gerichtlichen Verfahren legten ihnen bei dem Wiederaufbau ihrer zerstörten Existenzen schwere und gänzlich unnötige Hindernisse in den Weg.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Unterdrückung der deutschsprechenden Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten und in Oberschlesien.

Eine am 19. Mai 1920 von Gothein, Pohlmann usw. eingebrachte und von letzterem in der Sitzung der Nationalversammlung am 20. Mai mündlich begründete Interpellation stellte fest, daß entgegen dem Geiste und dem Wortlaute des Friedensvertrages die deutschsprechende Bevölkerung in den an Polen abgetretenen Gebieten fortgesetzte Vergewaltigungen ihrer Rechte und Interessen über sich ergehen lassen müsse. Unter anderem wurde die behördliche Erlaubnis zum Erwerb von Grundstücken versagt, das Erbrecht gebeugt, das Beamtenabkommen gebrochen, die Optionsfrage hinausgezogen, die Sprache unterdrückt. Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet bestehe die Gefahr, daß das Selbstbestimmungsrecht durch Aufruhr und durch Einmarsch polnischer Truppen einfach beseitigt oder zum mindesten durch Verkehrschikanen illusorisch gemacht werde usw.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Köster, beantwortete die Interpellation dahin, daß die vorgebrachten Tatsachen der Regierung schon seit längerer Zeit bekannt seien und sie mit allen möglichen Mitteln, z. B. der Versagung von Ausfuhrbewilligungen, Abhilfe zu schaffen suche. Insbesondere habe sie in Paris ein weiteres Hinausziehen der Regelung der Options- und Korridorfrage bekämpft und von der interalliierten Kommission Zusicherungen für eine befriedigende Regelung der Eisenbahnfahrt der Stimmberechtigten durch den Korridor erhalten. Was den Aufruhr in Oberschlesien betreffe, so sei das geheime polnische Agitationsmaterial der interalliierten Kommission unter gleichzeitigen Vorstellungen in Paris, London und Rom übergeben worden. General Le Rond habe auch ausdrücklich betont, daß kein polnischer Soldat das Abstimmungsgebiet betreten werde, solange er an der Spitze der Kommission stehe. Den durch Eingriffe dieser Kommission selbst in die Rechtspflege provozierten Richterstreik suche die Regierung durch Verhandlungen beizulegen. In der Frage der Mandatsausübung durch die Abgeordneten ist nichts erreicht worden. General Le Rond verweigert die Genehmigung dazu, da der Oberste Rat in Paris trotz unserer Vorstellungen gegen die Ausübung Stellung genommen habe. Schließlich sei bezüglich der willkürlichen Verteilung der in Oberschlesien geförderten Kohle erreicht

worden, daß der Wiedergutmachungsausschuß in Paris sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt habe.

Beiräte und Beiratsausschüsse des Reichsausgleichsamts.

Wie vom Reichsminister für Wiederaufbau unterm 27. Juni bekanntgegeben worden ist, wird der Beirat der Hauptstelle des Reichsausgleichsamts aus Vertretern folgender Organisationen bestehen:

1. des Deutschen Industrie- und Handelstags, 2. derjenigen Handelskammern, in deren Bezirk eine Stelle des Reichsausgleichsamts (Hauptstelle, Zweigstelle) ihren Sitz hat, sowie von neun weiteren vom Deutschen Industrie- und Handelstag vorzuschlagenden Handelskammern, 3. des Reichsverbands der deutschen Industrie, 4. des Zentralverbands des deutschen Großhandels, 5. des Zentralverbands des deutschen Banken- und Bankiersgewerbes, 6. des Vereins deutscher Exporteure, 7. des Verbands der deutschen Einfuhrhändler, 8. des Verbands des Hamburger Einfuhrhandels, 9. des Deutschen Reederei-Verbands, 10. des Reichsverbands der Privatversicherungen, 11. des Vereins Hamburger Assekuradeure, 12. des Börsenvereins der Buchhändler in Leipzig, 13. des Verbands der deutschen Rauchwaren-Firmen, 14. des Handelsvertrags-Vereins, 15. des Bundes der Auslandsdeutschen, 16. des Verbands der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, 17. des Schutzverbands für deutsche Auslandsforderungen, 18. des Reichsverbands der Kolonialdeutschen. Jede der Organisationen hat einen Vertreter zu stellen, dessen Benennung für die Dauer von 2 Jahren erfolgt. Die Namen der Vertreter werden im Reichsanzeiger bekanntgegeben.

Die Organisationen, die Vertreter in die Beiräte der Zweigstellen senden, werden vom Präsidenten des Reichsausgleichsamts im Einvernehmen mit dem Leiter der zuständigen Zweigstelle bestimmt. In besonderen Fällen können Mitglieder der Beiräte der Zweigstellen zu den Beratungen des Beirats der Hauptstelle zugezogen werden. Die Einberufung des Beirats der Hauptstelle wie auch der übrigen Beiräte soll nach Bedarf, jedoch mindestens halbjährlich einmal erfolgen.

Auf Verlangen des Präsidenten oder des Leiters der zuständigen Zweigstelle sind vom Beirat engere Ausschüsse, die der Hauptstelle oder der Zweigstelle bei ihrer laufenden Tätigkeit beratend zur Seite stehen sollen, zu bilden. Die Mitglieder dieser sowohl wie auch die Mitglieder der Beiräte versehen ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt.

Richtlinien für die Geldwirtschaft der Interessenvertretungen geschädigter Auslandsdeutscher.

Der Reichsanzeiger vom 18. Juni veröffentlicht vom Reichsfinanzminister und Reichsminister für Wiederaufbau erlassene Richtlinien, welche in bezug auf die Geldwirtschaft bei den Interessenvertretungen der im Ausland geschädigten Deutschen anlässlich der Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland zur Anwendung zu kommen haben. Den Interessenvertretungen, welche die Auszahlung der Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen gemäß § 12, Absatz 1 der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1919 anzuweisen haben, wird, so bestimmen die Richtlinien, der Geldbedarf für diese Auszahlungen auf Grund der rechtskräftigen Entscheidungen der Spruchkommission monatlich durch den Reichskommissar für Auslandschäden zugewiesen. Zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs können Zahlstellen für die einzelnen Landesverbände in Berlin, München, Stuttgart, Leipzig, Karlsruhe, Darmstadt, Braunschweig und Hamburg eingerichtet werden. Die Verbände erheben zunächst

auf Grund der §§ 13 und 14 der Bekanntmachung, betreffend Verfahren für die Zuweisung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland vom 15. November 1919 einen Kostenabzug von $1\frac{1}{2}$ Prozent und einen Beitrag von $\frac{1}{2}$ Prozent zum Wohlfahrtsfonds, vorbehaltlich einer späteren, vom Reichsfinanzminister und Reichsminister für Wiederaufbau gemeinsam zu bestimmenden Erhöhung der Beiträge. Wenn sich bei Abschluß der Arbeiten ergibt, daß die Kostenabzüge nicht ausgereicht haben, so kann zur Deckung des Fehlbetrages der Wohlfahrtsfonds herangezogen werden. Ergibt sich dagegen ein Kostenüberschuß aus den Kostenabzügen, so haben über seine Verwendung die oben genannten Reichsminister gemeinsam zu beschließen. Die Interessenvertretungen haben vierteljährlich Bericht zu erstatten unter Beifügung einer Übersicht über Stand und Verwendung des Kostenfonds und des Wohlfahrtsfonds. Am Schluß eines jeden Kalenderjahres ist ein Jahresbericht, nach Abschluß der gesamten Arbeiten ein Schlußbericht zu erstatten.

Die Erhöhung der deutschen Konsulatsgebühren.

Durch Gesetz vom 1. April 1920 ist der Tarif des Konsulatsgebührengesetzes und das letztere selbst in wesentlichen Punkten geändert worden.

Die „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz“ bemerken dazu, daß die Gebühren in Gold zu zahlen sind und daß der Tarif folgendermaßen geändert wurde:

Die Nr. 27 des Tarifs, laut welcher bisher für Ausstellung eines Reisepasses 5 Mark und eines Visums 3 Mark erhoben wurde (außer Europa 10 Mark bzw. 5 Mark) ist dahin abgeändert, daß nunmehr innerhalb Europas erhoben werden:

- a) Für Ausstellung eines Reisepasses 50 Mark, also in schweizer Währung 62,50 Franken;
- b) für Ausstellung eines Sichtvermerks für Einreise 30 Mark (37,50 Franken);
- c) für einen Dauersichtvermerk 100 Mark (125 Franken).

Ferner wurde hinter die bisherige Nummer 18 des Tarifs als neuer gebührenpflichtiger Akt eingefügt eine Nr. 18a: „Auskünfte in Handelssachen“, für welche 6 Mark (7,50 Franken) zu entrichten sind. Für Länder außerhalb Europas gelten diese Sätze doppelt.

„Wenn auch anerkannt werden muß,“ so heißt es ferner in dem erwähnten Blatte, „daß die bisherigen Paßgebühren sehr niedrig waren, so ist nicht zu vergessen, daß dieselben in der Schweiz schon bisher auf Grund der Friedenswährung, umgerechnet in schweizer Währung erhoben wurden.“

Als bedenklich müssen wir es bezeichnen, daß das Gesetz sowohl für die Gebühren in Handelssachen wie für die Paßgebühren dem Konsulat die Ermächtigung gibt, nach Lage des Falls die Sätze bis auf das Fünffache zu erhöhen, während wir die Bestimmung, daß die Sätze bis auf ein Fünftel ermäßigt werden können, als ein notwendiges Aushilfsmittel für den Fall der Bedürftigkeit des Gesuchstellers erachten. Die durch das obige Gesetz angeordnete Verzehnfachung der Gebühren, mit der Möglichkeit der Verfünzigfachung, hat in der Schweiz ziemliches Aufsehen erregt. Unsere Leser sind hierüber aus dem in der vorigen Nummer erschienenen Bericht über die Basler Tagung unserer Handelskammer schon hinreichend unterrichtet.

Die in diesem Bericht erwähnten Repressalien der Schweiz sind aus nachstehender Mitteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zu ersehen:

„Durch ein Gesetz der deutschen Nationalversammlung, das bereits in Kraft getreten ist, sind die deutschen Gebühren für die Visierung von Reisepässen bedeutend erhöht worden. Da

die Umrechnung der Markansätze zum Goldkurse (1,25) erfolgt, haben sich die für die Einreise nach Deutschland deutscherseits erhobenen Gebühren durchschnittlich verzehnfacht. Ein Visum für einen kurzen Aufenthalt in Deutschland kostet heute 37,50 Franken, während die Gebühr bis anhin 3,75 Franken betrug. Für einen längeren Aufenthalt wird entsprechend mehr verlangt; je nach der Lage des Falles kann auf ein Fünftel reduziert oder bis auf das Fünffache gestiegen werden.

Das Justiz- und Polizeidepartement hat von verschiedenen Seiten, namentlich aus Kreisen der Grenzbevölkerung bereits scharfe Proteste erhalten, die es veranlaßt haben, die deutsche Regierung auf diplomatischem Wege darauf aufmerksam zu machen, welche schädigenden Wirkungen die Durchführung dieses Gesetzes in der vorgesehenen Art und Weise auf den Verkehr zwischen der Schweiz und Deutschland haben müsse.

Zugleich hat das Departement die kantonalen Polizeidirektionen ermächtigt, für Rückreisevisa an in der Schweiz sich aufhaltende deutsche Staatsangehörige dieselben Gebühren zu verlangen, wie sie von den deutschen Konsulaten für Schweizerbürger verlangt werden. Ebenso sollen die schweizerischen Gebühren für den kleinen Grenzverkehr und für die Einreise aus Deutschland den neuen deutschen Gebühren angepaßt werden.“

Wir werden andererseits darauf aufmerksam gemacht, daß von einem nach der Schweiz reisenden Ausländer folgende Gebühren erhoben werden:

1. Bei Ausstellung des schweizerischen Visums (abgesehen von dem deutscherseits zu bezahlenden Reisepaß und Ausreisestichtvermerk) eine Gebühr von 5 Franken bei einem Aufenthalt von nur beschränkter Dauer bis zu 2 Monaten; eine Gebühr von 20 Franken bei einer Einreise für längere Dauer, insbesondere bei einer Einreise zum Zwecke der Niederlassung.
2. Beim Überschreiten der Grenze von seiten des schweizerischen Grenzdienstes 0,50 Franken.
3. Für die Ausstellung einer Ausweiskarte (früher Kontrollkarte) am ersten Meldeort 5 Franken.
4. In Zürich beispielsweise bei einem Aufenthalt von über 14 Tagen für die nächsten 14 Tage eine sogenannte „Hotelkontrollgebühr“ von 0,50 Franken pro Tag, die sich nach weiteren 14 Tagen auf 1 Franken pro Tag erhöht.
5. Da bei Reisen in der Schweiz jeder Ausländer sich an dem Orte, an dem er sich über 24 Stunden aufhält, nochmals an- und abmelden muß, sind für die zweite und weitere Anmeldung je 2 Franken zu bezahlen. Dies trifft insbesondere Geschäftsreisende, die an mehreren Orten zu tun haben.
6. Bei Anträgen auf Verlängerung befristeter Einreisevisen ist von Ledigen bei Einreichung des Gesuchs eine Eingabegebühr von 3 Franken, von Verheirateten eine solche von 5 Franken zu erlegen, die sich bei dem Wunsche auf dringliche Behandlung auf 6 Franken bzw. 8 Franken erhöht. Daneben ist noch eine Schreibgebühr von 0,50 Franken zu entrichten.
7. Bei der Erteilung jeder Aufenthaltsverlängerung wird seitens der kantonalen Fremdenpolizei eine Gebühr von 5 Franken erhoben.
8. Die Abmeldung ist gebührenfrei. Bei der Ausreise ist abermals eine Gebühr von 0,50 Franken an der Grenze zu zahlen.

Von derselben Seite wird auf die hohen Strafen hingewiesen, die bei jeder Überschreitung der bewilligten Aufenthaltsdauer oder bei irgend einer Verletzung der Meldevorschriften erhoben werden können und auch erhoben werden.

Unseres Erachtens wäre es richtiger gewesen, eine Ermäßigung dieser Gebühren, die allerdings für ein Land mit havarierter Valuta drückend sind, im Wege diplomatischer Verhandlung anzustreben, als ohne jegliche Befragung der in Betracht kommenden deutschen Auslandsstellen ein Gesetz zu erlassen, dessen Härten keinesfalls zur Hebung des gegenseitigen Handelsverkehrs beitragen werden.

Wie der Schweiz. Preß-Telegraph meldet, ist nunmehr wenigstens für den kleinen Grenzverkehr zwischen den schweizerischen und den deutschen Behörden ein neues Abkommen geschlossen worden. Deutscherseits werden das frühere Verfahren und die früheren kleinen Gebühren wieder eingeführt. Von schweizerischer Seite werden erhoben: 2 Franken für einen Dauerpässerschein mit einer Gültigkeitsdauer bis zu 3 Monaten, 2 Franken für Sichtvermerk und Sichtvermerkverlängerungen im kleinen Grenzverkehr, die bei Schülern und Kindern unter 16 Jahren auf 20 Rappen ermäßigt werden können.*

Polen. Auf die in letzter Nummer abgedruckte Anfrage von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei betr. deutsche Gefangene in Polen antwortete die Regierung:

Gefangene hätten sich niemals im Kernwerke von Posen befunden. Nach einem Bericht des deutschen Fürsorge-Kommissars in Posen habe die Zahl der Gefangenen am 31. März 36 betragen, die allerdings zum Teil aus nichtigen Gründen dort festgehalten wurden. Ihre Klagen betrafen hauptsächlich Mangel an Wäsche und Ungezieferplage. Von Epidemien sei nichts bekannt. Dem Wäschemangel wurde aus Reichsmitteln abgeholfen. Verhandlungen über die Freilassung der Gefangenen fänden mit Polen augenblicklich statt. Briefe mit den Gefangenen könnten gewechselt werden.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ausländer in deutschen Kurorten.

Eine Zuschrift an die „Frankf. Ztg.“ verweist darauf, daß sich jetzt wieder den Ausländern die Türen der deutschen Badeorte öffneten und daß schon Proteste gegen das Wiederhereinlassen der Ausländer laut würden, die mit der Schwierigkeit der Ernährungslage des deutschen Volkes begründet würden. Demgegenüber könne man ja den Ausländern, die sicherlich wegen ihrer Unkenntnis von Land und Leuten, Sprache und Sitten, nicht auf Hamsterfahrten ausgehen würden, auferlegen, einen Teil ihrer Ernährung mitzubringen, oder, wie das schon geschehen, die Valutadifferenz durch höhere Preise ausgleichen. Die Ausländer aber, die überhaupt Deutschland aufsuchten, seien wohl keine Feinde deutschen Wesens und könnten im Auslande nach ihrer Rückkehr zu einer Quelle der Aufklärung werden, die Deutschland nur nützen könne. Im übrigen gehöre ihr Kommen für die deutschen Badeorte mit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Richtlinien

für in den Abtretungsgebieten erlittene Schäden.

In Nr. 134 des „Reichsanzeigers“ sind Richtlinien veröffentlicht worden für die Gewährung von Beihilfen und Unterstützungen für Schäden, welche deutschen Reichsangehörigen infolge der durch den Krieg bewirkten Abtretung preußischer Gebietsteile oder deren vorausgegangener Besetzung oder aus An-

laß ihrer Verdrängung aus diesen Gebieten entstanden sind. Die Richtlinien sind mutatis mutandis in allen wesentlichen Punkten den für die Entschädigung der Elsaß-Lothringer geltenden Grundsätzen analog. Es seien daher hier nur in Kürze die hauptsächlichsten Punkte herausgegriffen.

Als „verdrängt“ gelten Personen, welche die oben bezeichneten Gebiete aus einem auf ihrer Besetzung oder Abtretung beruhenden dringenden Grunde verlassen haben, wenn die Ausreise vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages oder der Abtretung des Gebietes geschah, sowie Personen, welche vor dem Ausbruch oder während des Krieges in dem abgetretenen Gebiete gewohnt, es alsdann verlassen haben und aus einem auf seiner Besetzung oder Abtretung beruhenden dringenden Grund nicht dorthin zurückgekehrt sind. Doch ist nicht schon die Besetzung oder Abtretung des Gebietes allein als dringender Grund anzusehen.

Beihilfen können gewährt werden für Sachschäden die, soweit sie durch Brand, Diebstahl, Plünderung usw. verursacht wurden, mit dem Deutschtum des Betroffenen in ursächlichem Zusammenhang stehen müssen. Ferner für eine durch die Verhältnisse erzwungene Verschleuderung von Gegenständen und sonstige aus Anlaß der Verdrängung entstandene Schäden. Endlich können Beihilfen für Sachschäden gewährt werden, die deutsche Reichsangehörige seit dem 1. November 1918 in den dem Deutschen Reich nach dem Friedensvertrag verbliebenen Gebiete durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung erlitten haben, sofern diese Ereignisse mit kriegsähnlichen Kampfhandlungen deutscher oder fremder Streitkräfte zusammenhängen.

Unterstützungen können insbesondere zur Wiederbeschaffung einer Erwerbsmöglichkeit oder von Gegenständen des notwendigen Hausrates solchen aus den bezeichneten Reichsgebieten verdrängten deutschen Reichsangehörigen gewährt werden, die vor oder während des Krieges dort ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt gehabt oder ihren Beruf ausgeübt haben und durch die Besetzung oder Abtretung des Gebietes und deren Folgen in eine erhebliche wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind.

Unter den angeführten Voraussetzungen können Beihilfen wie auch Unterstützungen auch solchen aus den bezeichneten Reichsgebieten verdrängten Personen bewilligt werden, die auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages die fremde Staatsangehörigkeit erworben haben oder noch erwerben.

Beihilfen können bis zu $\frac{3}{4}$ des Schadens gewährt werden. Die Berechnung des Schadens erfolgt nach denselben Grundsätzen, wie sie für die Entschädigung der Elsaß-Lothringer gelten. Ebenso werden Zuschläge ebenfalls nur unter den für diese geltenden Bedingungen gewährt. Bei einwandfreiem Nachweis des Schadens kann die Beihilfe in Höhe desselben gewährt werden, sofern der Schaden 15000 Mark nicht übersteigt und der Geschädigte sich abgefunden erklärt. Die Unterstützungen sollen regelmäßig 10000 Mark nicht übersteigen. Sie können neben Beihilfen gewährt werden. Bei Bestimmung der Reihenfolge, in der die Anträge zu erledigen sind, soll auf die wirtschaftliche Lage des Geschädigten turnulischst Rücksicht genommen werden.

Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer.

Durch Regierungsverordnung vom 15. Juni, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer in Zwangsvollstreckungen vom 17. Juni 1919, sind die Vergünstigungen, die Kriegsteilnehmer gegen Zwangs-

vollstreckungen bisher genossen, auf den 1. Januar 1921 erstreckt worden. Daneben bringt die Verordnung einige Neuerungen, nach welchen der Vollstreckungsschuldner, der Kriegsteilnehmer war, der vorschreitenden Zeit entsprechend etwas ungünstig gestellt wird. Die Verordnung ist in Nr. 133 des Reichsanzeigers bekanntgegeben worden.

Die bisher noch nicht angemeldeten Ansprüche auf restliche Guthaben (Arbeitslöhne, Kantinegeld usw.) der ehemaligen Kriegsgefangenen müssen nunmehr spätestens bis zum 15. Juli 1920 durch die zuständigen Versorgungsstellen (früher Bezirkskommandos) bei den zuständigen Abwicklungsintendanturen angemeldet sein. Soweit bereits eine Anmeldung der Ansprüche stattgefunden hat und dem Antragsteller der Bescheid erteilt wurde, daß sein Antrag vorgemerkt ist, braucht die Anmeldung nicht wiederholt zu werden. Die Abwicklungsintendanturen haben für jedes Armeekorps die Summe der angeforderten Beträge festzustellen und diese bis Ende Juni 1920 der Zweigstelle der Generalkriegskasse, Berlin, Unterwasserstraße 7, mitzuteilen.

Verlängerung der Anmeldefrist für deutsche Rechte im Gebiete des britischen Reichs.

Die in der Bekanntmachung über die Anmeldung von Gütern, Rechten und Interessen deutscher Reichsangehöriger im Gebiete des britischen Reichs (Reichsanzeiger Nr. 120) vorgesehenen Frist, die am 21. Juni ablaufen sollte, hat sich, wie vorauszusehen, als zu kurz erwiesen und ist laut Bekanntmachung des Reichsministeriums für Wiederaufbau (Reichsanzeiger Nr. 134) bis zum 5. Juli verlängert worden.

Warnung vor unerlaubtem Verkehr mit ausländischen Schuldnern.

Wie bekannt, ist jeder direkte auf die Schuldenregelung bezügliche Verkehr zwischen Deutschen und Angehörigen solcher Staaten, die dem Ausgleichsverfahren beigetreten sind, verboten und unter Strafe gestellt. Trotzdem sollen dem „Temps“ zufolge französische Schuldner von deutschen Gläubigern die Aufforderung erhalten haben, unverzüglich an diese direkt ihre Schulden zu bezahlen. Französische Schuldner, die derartige Aufforderungen erhalten oder erhalten werden, werden aufgefordert, sofort bei Gericht Anzeige zu erstatten.

Schon mehrfach ist auf das Verbot des direkten Verkehrs in der Presse hingewiesen worden. Angesichts der Mitteilung des „Temps“ muß noch einmal dringend vor jedem unerlaubten Verkehr mit ausländischen Schuldnern gewarnt und darauf hingewiesen werden, daß einem Verkehr zwischen Gläubigern und Schuldnern durch Vermittlung des Reichsausgleichsamtes nicht nur nichts entgegensteht, sondern daß dieser Verkehr durch das Reichsausgleichsamt nach Möglichkeit erleichtert und gefördert werden wird.

Auslanddeutsche und Wohnungsfrage.

Der Artikel 4 a des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai (Reichsgesetzblatt Nr. 107) lautet:

„Deutsche, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Ausland oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedensschlusses aus dem Reichsgebiet ausscheidenden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, sowie Deutsche, die zur Erfüllung einer Wehrpflicht aus dem Ausland nach Deutschland zurückgekehrt sind und denen jetzt von der ausländischen Regierung die Rückkehr nach ihrem Wohnort verboten oder erschwert wird, sind von den Gemeinden bei der Unterbringung der Wohnungsuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen.“

Lebensversicherungsverträge amerikanischer Firmen in Rußland.

Wir haben in Nr. 11 (1. Juniheft), Seite 339/340, berichtet, daß die amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften sich weigerten, die mit Reichsdeutschen in Rußland abgeschlossenen Versicherungsverträge anzuerkennen, weil inzwischen eine Verstaatlichung ihrer russischen Geschäftsstellen durch die Sowjet-Regierung erfolgt sei. Wie wir nun hören, hat erfreulicherweise eine der beiden Gesellschaften, die „New-York Life Insurance Company“, ihren Standpunkt geändert und hat einem ihrer Versicherungsagenten mitgeteilt, daß beim Stammhaus der Gesellschaft heute eine andere Auffassung Platz gegriffen habe. Die Berliner Geschäftsstelle sei angewiesen worden, solche russische Versicherungsverträge, deren Inhaber Untertanen eines anderen Staates als der Sowjet-Republik sind, und die seit der Beschlagnahme des russischen Geschäfts der Gesellschaft durch die Sowjet-Republik, dem 1. April 1919, an ein außerrussisches Büro der Gesellschaft eine Prämie gezahlt oder sich zu zahlen erboten haben, wieder aufzunehmen, sofern die Versicherten die rückständigen Prämien mit 6 % Verzugszinsen bis zum 1. August 1920 an die Gesellschaft abführen. Sie sei deshalb bereit unter diesen Voraussetzungen, wozu sie die Einsendung des Nachweises der Staatsangehörigkeit erbitte, die rückständigen Prämien zuzüglich Verzugszinsen entgegenzunehmen und auf diese Weise das Vertragsverhältnis zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft wieder herzustellen. Es werde anheimgestellt, die Zahlung im Tageskurs in Mark bis zum 1. August 1920 zu leisten. Andernfalls müsse die Gesellschaft den Versicherungsvertrag für verfallen betrachten und dann den Rückkaufswert zur Verfügung stellen, auf den der Versicherungsnehmer unter den Bedingungen seines Vertrags Anspruch habe. Für den Fall russischer Staatsangehörigkeit würde die Wiederinkraftsetzung des Versicherungsvertrags von der Entscheidung der Hauptgeschäftsstelle abhängen.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in Italien.

Wie dem Deutschen Ausland-Institut von deutscher Seite aus Italien mitgeteilt wurde, sind in der letzten Zeit wieder eine ganze Reihe von Forderungen deutscher Firmen in Italien beschlagnahmt worden, trotzdem auch dort das Ausgleichsverfahren eingerichtet wurde. Eine weitere Beschlagnahme von Möbeln scheint nicht mehr erfolgt zu sein, jedenfalls ist uns hierüber nichts bekannt geworden.

Für Chinadeutsche.

Wie der „Wochenb. f. d. aus China ausgew. Deutschen“ berichtet, wurden, da viele Chinadeutsche nicht in der Lage seien, ihre Schadenersatzforderungen bis zum 30. Juni anzumelden, Schritte getan, für sie eine Fristverlängerung möglichst bis zu einem Jahr zu erwirken. — Die Heimbeförderung deutschen Eigentums ist für August auf dem Dampfer „Naukai Maru“ in Aussicht genommen. — Pässe nach China können die chinesischen Gesandten und Konsuln solchen Deutschen wieder ausstellen, die nicht deportiert wurden, die ausreichend Mittel haben und die für die innere Ruhe und Ordnung, wie für die Gesundheit des chinesischen Reiches keine Gefahr bedeuten.

WIRTSCHAFTLICHES

Handel mit Deutschland.

Die „Hongkong Gazette“ vom 16. April macht in einem Auszug aus den im „Board of Trade Journal“ vom 19. Februar

veröffentlichten Bestimmungen darauf aufmerksam, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages der Handel mit Deutschland im allgemeinen nur mehr den Einschränkungen unterliege, die auch auf andere fremde Staaten Anwendung fänden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß alles am 10. Januar im Bereiche Großbritannien gelegene und vor dem 12. Juli 1919 erworbene Eigentum, alle Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger nicht Gegenstand von Handels- oder Finanztransaktionen sein können, da sie nach dem Friedensvertrag als Verrechnung auf die Entschädigung belastet sind. Alle Schulden zwischen britischen Untertanen innerhalb des Vereinigten Königreiches und deutschen Untertanen, die in Deutschland wohnen, sind durch das Ausgleichsamt (Clearing Office) zu erledigen, soweit sie nicht ebenfalls nach dem 12. Juli 1919 (an dem die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland erlaubt wurde) kontrahiert sind.

Außerdem ist die Freiheit deutscher Staatsangehöriger, innerhalb des Vereinigten Königreiches Handel zu treiben, durch folgende, auch für Österreicher, Ungarn, Bulgaren und Türken geltende Bestimmungen beschränkt:

- a) im allgemeinen Einreiseperrre bis 23. Dezember 1922. Sondererlaubnis von Fall zu Fall nötig. Aufenthaltsbewilligung in der Regel für höchstens drei Monate.
- b) bis zum gleichen Datum: Verbot des Erwerbs von Interessen an Land oder in Schlüsselindustrien oder in der Schifffahrt.
- c) fünfjähriges Verbot des Handels (und der Beteiligung) in Metallen, die der Non-ferrous-Metal-Gesetzgebung unterliegen.
- d) fünfjähriges, gegebenenfalls zu verlängerndes Verbot, Bankgeschäfte direkt oder indirekt zu betreiben.
- e) Verbot, auf englischen Schiffen als Führer oder in der Besatzung Dienste zu nehmen.

„Mit obigen Vorbehalten und den gleichen Einschränkungen, denen andere Staatsfremde ebenfalls unterliegen, steht es Deutschen frei, Anteile und Interessen an englischen Firmen oder Gesellschaften zu erwerben und innerhalb des Vereinigten Königreiches Geschäftshäuser oder Agenturen zu eröffnen.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Auswanderer, lernt rechtzeitig Bescheidenheit!

Mitteilungen der Auswandererberatungsstelle des D. A. I.

Deutschland ist zurzeit mehr denn je darauf angewiesen, mit sämtlichen Staaten der Erde, feindlichen wie neutralen, neue Beziehungen anzuknüpfen. Ein nicht zu unterschätzendes Bindeglied ist bei dieser Aufgabe der deutsche Auswanderer, welcher in das europäische wie überseeische Ausland strebt.

Es ist keine Frage, daß das Benehmen der deutschen Auswanderer im Ausland auf die Beziehungen zwischen den Einwanderungsländern und Deutschland einen großen Einfluß ausüben wird. Um so wichtiger ist es, daß sich die einzelnen Auswanderer ihrer Verantwortung in dieser Beziehung bewußt sind und bleiben. Aus Brasilien und Argentinien, welche beiden Länder noch im Vordergrund des Interesses der Auswanderer stehen, klingen manche Klagen über das Auftreten der deutschen Einwanderer herüber. Wenn sogar die Deutschen drüben, welche doch am meisten Verständnis für die Eigenart des deutschen Arbeiters besitzen, über ihre Landsleute klagen müssen, wie groß wird erst das Erstaunen der Romanen und Slaven sein, denen die Deutschen im Wesen weniger verwandt sind. Gegen die berüchtigte deutsche Besserwisseri wendet sich der Deutsche Volksbund für Paraguay: „Es ist fast unglaublich, wie ungeschickt viele Einwanderer hier vorgegangen sind. Statt sich die in unserem Buche, John, Winke für Einwanderer, zu beziehen durch den Verlag „Ausland und Heimat“, Stuttgart, wiederholt ausgesprochenen Mahnungen zu Herzen zu nehmen, glauben viele, bei Einwandereragenten und Bauernfängern besser beraten zu sein. Oft genug werden die Betreffenden erst durch Schaden klug. Auch unsere wiederholte Mahnung, gute Ratschläge anzunehmen und nicht schon von vornherein alles besser wissen zu wollen, ist vielfach nicht beachtet worden. Besonders hartnäckig erweisen sich darin unsere Bauern. Das Schlimmste ist, daß die Wenigsten von ihrem Irrtum abgebracht werden können. Noch schlimmer sind einzelne Amateurlandwirte aus besseren Ständen, welche oft bereits nach 14 Tagen alles wissen, was in Paraguay zu lernen ist und zwar noch viel besser als die Alteingesessenen.“ Diese Beobachtungen des Deutschen Volksbundes für Paraguay stimmen mit denen unserer Auswandererberatungsstelle vollkommen überein. Mancher Auswanderungswillige meint schon vor der Ausreise die Verhältnisse drüben viel besser zu kennen, als der sachverständige Berater, dem langjährige Er-

fahrungen zur Verfügung stehen. Es kann dem deutschen Auswanderer nur im eigenen Interesse geraten werden, bescheidener zu werden, damit nicht nur er selbst erst durch Schaden klug werden muß, sondern auch die Klagen der Landsleute draußen und der Gastvölker seltener werden.

Bescheidenheit kann dabei mit einer gewissen Festigkeit, welche klar und zielbewußt voranstrebt, durchaus Hand in Hand gehen. Dabei wollen wir aber die Augen offen halten und auch von fremden Völkern zu lernen suchen. Bei aller Hochachtung deutscher Art und deutschen Wesens, können deutsche Auswanderer auch von fremden Völkern noch viel lernen. Je eher sie sich das klarmachen, desto eher werden sie vorwärts kommen, desto mehr aber auch die Beziehungen zwischen den Völkern fördern.

Eine Wirtschaftszentrale für Auswanderer.

In der „Süddeutschen Auswandererzeitung“ wird zur Förderung von aktiver Auswanderungspolitik die Gründung einer „Wirtschaftszentrale für Auswanderer“ empfohlen, damit die Arbeitskraft und Intelligenz der Auswanderer und nicht zuletzt das abwandernde Kapital der Heimat, die dessen so dringend bedürfe, nicht ganz verloren gehe und die Verbindung der Auswanderer mit Deutschland nicht abreiße. Dieser Wirtschaftszentrale soll die Steuerfluchtreserve zugeleitet werden, welche von den Auswanderern dem Gesetz entsprechend einbehalten wird und die wieder freigegeben werden soll im Verhältnis, in dem der Auswanderer Rohprodukte, Sparguthaben in ausländischer Valuta an die Wirtschaftszentrale liefert. Von der Geschäftsgewandtheit der Zentrale hänge es ab, dem Auswanderer ihre Vermittlung so wertvoll zu machen, daß er sich ihrer fortlaufend bedient.

Einzel- oder Genossenschaftssiedlung.

Zur Frage der Einzel- oder Genossenschaftssiedlung bringt Dr. Chr. Grotewold (Posadas) im „Argentinischen Tageblatt“ beachtenswerte grundsätzliche Ausführungen. Nach Grotewold krankt das Ansiedlungswesen in Misiones an verschiedenen Übelständen. Kapitalmangel beginnender Kolonisten macht unbedingt abhängig von der Unterstützung einer kapitalkräftigen Kolonisationsgesellschaft. Die große Mehrzahl derartiger Unternehmungen entspricht aber nicht ganz den Anforderungen, die unter dreierlei Gesichtspunkten zu stellen sind.

„Zuerst hat eine solche Gesellschaft natürlich dem Interesse ihrer Aktionäre zu dienen. Dieses gesunde kaufmännische Grundgesetz darf nicht verlassen werden, denn wenn in zweiter Linie auch das wirtschaftliche Wohl der Ansiedler mit allen Mitteln zu fördern ist, so kann das Ziel doch nie und nimmer erreicht werden, wenn durch einseitige Wohltätigkeitsbestrebungen die finanzielle Gesundheit des Unternehmens geschwächt oder gar untergraben wird. Wohl aber kann der Kolonist in geeigneter Form am Gewinn beteiligt werden. Dadurch wird zwischen Ansiedler und Kapitalist ein gemeinsames Interesse am Blühen der Gesamtunternehmung geschaffen. Schließlich muß die Gesellschaft auch den Interessen des argentinischen Staates Rechnung tragen, wofür sie von diesem aber auch tatkräftig Förderung erhalten sollte (Befreiung von Steuern und Abgaben für eine Reihe von Jahren, ausreichende Sicherung ihrer Anlagen durch Polizeikräfte, Errichtung von Schulen usw.). *Als Rechtsform eines Kolonisationsunternehmens erscheint daher die Aktiengesellschaft (nach argentinischem Gesetz) als die geeignetste, wobei das Gesellschaftsland als Sacheinlage seitens eines Großgrundbesitzers zweckmäßigerweise eingetragen werden sollte. Der Besitzer würde nicht nur sein Land zu einem besseren Preise, als er im offenen Markt erzielen kann, verkaufen, sondern auch am Wertzuwachs, den die Ländereien durch den Betrieb der Unternehmung erfahren, beteiligt bleiben. —

Die nächste Aufgabe wäre, durch Anlage von Verkehrswegen und Rodungen die Möglichkeit ackerbaulicher Besiedlung zu schaffen. Sodann durch Errichtung industrieller Anlagen zur Verarbeitung der Erzeugnisse deren Absatz sicher zu stellen. Als solche Betriebe kämen in Misiones in Frage in erster Linie Holzverarbeitung auf mechanischem und chemischem Wege, sodann Stärkefabrikation aus Mandioca, Müllerei für Reis und Mais, Ölgewinnung, Baumwollaufbereitung, Fleischkonservenfabrikation (namentlich von Schweinefleisch), Fruchtkonservenfabrikation, Zuckerindustrie, Tabakaufbereitung und, sobald die Yerbapflanzungen schnittfähig werden, einfache Anlagen zur Yerbapflanzung. Die Kolonisten hätten natürlich den Kaufpreis ihres Landes, wenn sie ihn nicht bar entrichten, zu tilgen und zu verzinsen. Auch wären Pachtverträge denkbar, wenn schon nicht empfehlenswert. Die Veräußerung der Erzeugnisse seitens der Kolonisten an die Gesellschaft erfolgt zweckmäßig auf Grund ähnlicher Verträge, wie sie in Deutschland zwischen Zuckerfabriken und Rübenbauern geschlossen werden. Nach Maßgabe der gelieferten Menge bleibt der Bauer am Gewinn der Fabrik beteiligt. Wenn z. B. die Gesellschaft in einem Jahr eine Million Kilogramm Yerba verkauft und daran einen Verdienst von 200 000 \$ m/n erzielt, so kämen davon vielleicht 100 000 \$ den Aktionären zugute, während die andere Hälfte — oder ein anderer Anteilsatz, je nach Neigung der vertragsschließenden Teile, wobei zu berücksichtigen ist, daß mit der Höhe des den Ansiedlern zu gewährenden Anteils der Preis des Bodens gesteigert werden kann — den Kolonisten im Verhältnis zur Größe ihrer Lieferungen zugute käme. Das gleiche Verfahren könnte Platz greifen bei der Verwaltung der von der Gesellschaft einzurichtenden Almacenes. Letztere könnten, um den gesellschaftlichen Betrieb nicht allzu unübersichtlich zu machen, auch Handelsfirmen übertragen werden, die zu der Gesellschaft, sei es als Aktionäre oder sonstwie, in ein festes Verhältnis zu treten hätten.“

Zur Auswanderungsfrage.

Über das Problem der deutschen Auswanderung sprach in Karlsruhe am 25. Mai Herr Professor D. Wätjen in einer öffentlichen Versammlung der Deutsch-liberalen Volkspartei.

Der ausländerfahrene Redner wies dabei der „Bad. Pr.“ zufolge vor allem auf die antideutsche Stimmung im Auslande hin. Er mahnte die Regierung, städtische Arbeiter und Erwerbslose nicht planmäßig in der Landwirtschaft unterzubringen. Leider sei der Landarbeiter, wenn er einmal das Stadtleben kennen gelernt habe, für das Land wieder schlecht zu gebrauchen. Die ins Ausland strebenden Hand- und Kopfarbeiter würden draußen einen Haß gegen alles Deutsche vorfinden, der sie leicht mutlos machen könnte. Von einem Achtstundentag könne für den Arbeiter im Auslande keine Rede sein. Die zurzeit im Auslande bestehenden Gesetze gegen die Einwanderung seien nur vorübergehender Natur, da das Ausland — besonders Amerika — auf fremden Zuzug angewiesen sei. Es sei eine irrtümliche Meinung, die leider sehr verbreitet sei, daß besonders Südamerika das Land sei, wo Milch und Honig fließe. Der Auswanderer, der Land und Sprache nicht kenne, werde meist übervorteilt und ausgenutzt, anstatt dort die erhoffte Freiheit und Gewinn zu finden. Aufklärung in diesem Sinne sei unbedingt nötig, um vor völligem Untergange zu bewahren. Nur Gründung von Siedlungen innerhalb Deutschlands vermöge diesem Elende vorzubeugen.

Ratschläge eines Ausgewanderten.

Ein Freund des Deutschen Ausland-Instituts, der wiederholt dessen Auswandererberatungsstelle in Anspruch nahm, erhielt kurz vor seiner Ausreise nach Brasilien folgendes wertvolle Schreiben von einem vor Jahr und Tag ausgewanderten Freund aus Santa Catharina:

„Ich kann es recht wohl verstehen, daß es Dir über wird und daß Du den Wunsch hast, wieder hinauszugehen. Zurzeit ist jedoch die ganze Welt für uns verschlossen und auch im gelobten Lande Brasilien ist alles ganz anders, als man sonst geträumt hat. Die Diamanten und das Gold liegen hier noch viel weniger herum als in Deutschland. Die ganzen Berufe sind überfüllt. Kaufleute gibt es hier stellenlos, daß man die Straßen damit pflastern kann, und Aussichten haben nur solche, die perfekt in der Landessprache sind. In den technischen Berufen ist es ebenso. Bei Bahnen ist nicht anzukommen, die Staatsbahnen sind mit eigenen Leuten mehrmals besetzt und die unter fremder Verwaltung stehenden nehmen keine „boches“ an aus Prinzip. Ingenieure und Architekten sind zu Dutzenden ohne richtige Stellung. Ich selbst bin eine direkte Ausnahme, daß ich eine Stelle erwischte habe und, wenn alles gut geht, für die nächsten 2 Jahre versorgt bin.

Der schlechte Kursstand unserer Mark macht die Auswanderung von Deutschland nach hier ja beinahe zur Unmöglichkeit. Die Reise allein wird wohl unter 400 \$ (vierhundert Milreis) nicht zu haben sein pro Person, würde für euch doch $3 \times 400 = 1200$ Milreis ausmachen, nach dem jetzigen Kurs 12—13 000 Mk. Die Ausrüstung kommt dann noch dazu.

Die Preise der Kolonien hier im Bezirk der Hanseatischen Gesellschaft sind ziemlich hoch, man muß mit 3000 Milreis rechnen (man sagt hier 3 Contos de reis; 1 Conto de reis ist = 1000 Milreis). Wieder muß man den Kursstand berücksichtigen, so daß ein bedeutendes Kapital dazu gehört, ein Eigentum zu erwerben. Allerdings brauchen für gewöhnlich Neu-Ansiedler nichts zu bezahlen im ersten Jahr, aber es ist leider nicht so leicht, als Kolonist zu etwas zu kommen, und von 100 Kolonisten ist vielleicht einer, der bei den größten Entbehrungen zu einem bescheidenen Vermögen kommt; nur wenige

¹⁾ In Sao Paulo kann ein Junggeselle mit 500 Milreis pro Monat knapp auskommen.

veröffentlichten Bestimmungen darauf aufmerksam, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages der Handel mit Deutschland im allgemeinen nur mehr den Einschränkungen unterliege, die auch auf andere fremde Staaten Anwendung fänden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß alles am 10. Januar im Bereiche Großbritanniens gelegene und vor dem 12. Juli 1919 erworbene Eigentum, alle Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger nicht Gegenstand von Handels- oder Finanztransaktionen sein können, da sie nach dem Friedensvertrag als Verrechnung auf die Entschädigung belastet sind. Alle Schulden zwischen britischen Untertanen innerhalb des Vereinigten Königreiches und deutschen Untertanen, die in Deutschland wohnen, sind durch das Ausgleichsamt (Clearing Office) zu erledigen, soweit sie nicht ebenfalls nach dem 12. Juli 1919 (an dem die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland erlaubt wurde) kontrahiert sind.

Außerdem ist die Freiheit deutscher Staatsangehöriger, innerhalb des Vereinigten Königreiches Handel zu treiben, durch folgende, auch für Österreicher, Ungarn, Bulgaren und Türken geltende Bestimmungen beschränkt:

- a) im allgemeinen Einreisesperre bis 23. Dezember 1922. Sondererlaubnis von Fall zu Fall nötig. Aufenthaltbewilligung in der Regel für höchstens drei Monate.
- b) bis zum gleichen Datum: Verbot des Erwerbs von Interessen an Land oder in Schlüsselindustrien oder in der Schifffahrt.
- c) fünfjähriges Verbot des Handels (und der Beteiligung) in Metallen, die der Non-ferrous-Metal-Gesetzgebung unterliegen.
- d) fünfjähriges, gegebenenfalls zu verlängerndes Verbot, Bankgeschäfte direkt oder indirekt zu betreiben.
- e) Verbot, auf englischen Schiffen als Führer oder in der Besatzung Dienste zu nehmen.

„Mit obigen Vorbehalten und den gleichen Einschränkungen, denen andere Staatsfremde ebenfalls unterliegen, steht es Deutschen frei, Anteile und Interessen an englischen Firmen oder Gesellschaften zu erwerben und innerhalb des Vereinigten Königreiches Geschäftshäuser oder Agenturen zu eröffnen.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Auswanderer, lernt rechtzeitig Bescheidenheit!

Mitteilungen der Auswandererberatungsstelle des D. A. I.

Deutschland ist zurzeit mehr denn je darauf angewiesen, mit sämtlichen Staaten der Erde, feindlichen wie neutralen, neue Beziehungen anzuknüpfen. Ein nicht zu unterschätzendes Bindeglied ist bei dieser Aufgabe der deutsche Auswanderer, welcher in das europäische wie überseeische Ausland strebt.

Es ist keine Frage, daß das Benehmen der deutschen Auswanderer im Ausland auf die Beziehungen zwischen den Einwanderungsländern und Deutschland einen großen Einfluß ausüben wird. Um so wichtiger ist es, daß sich die einzelnen Auswanderer ihrer Verantwortung in dieser Beziehung bewußt sind und bleiben. Aus Brasilien und Argentinien, welche beiden Länder noch im Vordergrund des Interesses der Auswanderer stehen, klingen manche Klagen über das Auftreten der deutschen Einwanderer herüber. Wenn sogar die Deutschen drüben, welche doch am meisten Verständnis für die Eigenart des deutschen Arbeiters besitzen, über ihre Landsleute klagen müssen, wie groß wird erst das Erstaunen der Romanen und Slaven sein, denen die Deutschen im Wesen weniger verwandt sind. Gegen die berüchtigte deutsche Besserwisserie wendet sich der Deutsche Volksbund für Paraguay: „Es ist fast unglaublich, wie ungeschickt viele Einwanderer hier vorgegangen sind. Statt sich die in unserem Buche, John, Winke für Einwanderer, zu beziehen durch den Verlag ‚Ausland und Heimat‘, Stuttgart, wiederholt ausgesprochenen Mahnungen zu Herzen zu nehmen, glauben viele, bei Einwandereragenten und Bauernfängern besser beraten zu sein. Oft genug werden die Betreffenden erst durch Schaden klug. Auch unsere wiederholte Mahnung, gute Ratschläge anzunehmen und nicht schon von vornherein alles besser wissen zu wollen, ist vielfach nicht beachtet worden. Besonders hartnäckig erweisen sich darin unsere Bauern. Das Schlimmste ist, daß die Wenigsten von ihrem Irrtum abgebracht werden können. Noch schlimmer sind einzelne Amateurlandwirte aus besseren Ständen, welche oft bereits nach 14 Tagen alles wissen, was in Paraguay zu lernen ist und zwar noch viel besser als die Altingesessenen.“ Diese Beobachtungen des Deutschen Volksbundes für Paraguay stimmen mit denen unserer Auswandererberatungsstelle vollkommen überein. Mancher Auswanderungswillige meint schon vor der Ausreise die Verhältnisse drüben viel besser zu kennen, als der sachverständige Berater, dem langjährige Er-

fahrungen zur Verfügung stehen. Es kann dem deutschen Auswanderer nur im eigenen Interesse geraten werden, bescheidener zu werden, damit nicht nur er selbst erst durch Schaden klug werden muß, sondern auch die Klagen der Landsleute draußen und der Gastvölker seltener werden.

Bescheidenheit kann dabei mit einer gewissen Festigkeit, welche klar und zielbewußt voranstrebt, durchaus Hand in Hand gehen. Dabei wollen wir aber die Augen offen halten und auch von fremden Völkern zu lernen suchen. Bei aller Hochachtung deutscher Art und deutschen Wesens, können deutsche Auswanderer auch von fremden Völkern noch viel lernen. Je eher sie sich das klarmachen, desto eher werden sie vorwärts kommen, desto mehr aber auch die Beziehungen zwischen den Völkern fördern.

Eine Wirtschaftszentrale für Auswanderer.

In der „Süddeutschen Auswandererzeitung“ wird zur Förderung von aktiver Auswanderungspolitik die Gründung einer „Wirtschaftszentrale für Auswanderer“ empfohlen, damit die Arbeitskraft und Intelligenz der Auswanderer und nicht zuletzt das abwandernde Kapital der Heimat, die dessen so dringend bedürfe, nicht ganz verloren gehe und die Verbindung der Auswanderer mit Deutschland nicht abreiße. Dieser Wirtschaftszentrale soll die Steuerfluchtreserve zugeleitet werden, welche von den Auswanderern dem Gesetz entsprechend einbehalten wird und die wieder freigegeben werden soll im Verhältnis, in dem der Auswanderer Rohprodukte, Sparguthaben in ausländischer Valuta an die Wirtschaftszentrale liefert. Von der Geschäftsgewandtheit der Zentrale hänge es ab, dem Auswanderer ihre Vermittlung so wertvoll zu machen, daß er sich ihrer fortlaufend bedient.

Einzel- oder Genossenschaftssiedlung.

Zur Frage der Einzel- oder Genossenschaftssiedlung bringt Dr. Chr. Grotewold (Posadas) im „Argentinischen Tageblatt“ beachtenswerte grundsätzliche Ausführungen. Nach Grotewold krankt das Ansiedlungswesen in Misiones an verschiedenen Übelständen. Kapitalmangel beginnender Kolonisten macht unbedingt abhängig von der Unterstützung einer kapitalkräftigen Kolonisationsgesellschaft. Die große Mehrzahl derartiger Unternehmungen entspricht aber nicht ganz den Anforderungen, die unter dreierlei Gesichtspunkten zu stellen sind.

„Zuerst hat eine solche Gesellschaft natürlich dem Interesse ihrer Aktionäre zu dienen. Dieses gesunde kaufmännische Grundgesetz darf nicht verlassen werden, denn wenn in zweiter Linie auch das wirtschaftliche Wohl der Ansiedler mit allen Mitteln zu fördern ist, so kann das Ziel doch nie und nimmer erreicht werden, wenn durch einseitige Wohltätigkeitsbestrebungen die finanzielle Gesundheit des Unternehmens geschwächt oder gar untergraben wird. Wohl aber kann der Kolonist in geeigneter Form am Gewinn beteiligt werden. Dadurch wird zwischen Ansiedler und Kapitalist ein gemeinsames Interesse am Blühen der Gesamtunternehmung geschaffen. Schließlich muß die Gesellschaft auch den Interessen des argentinischen Staates Rechnung tragen, wofür sie von diesem aber auch tatkräftig Förderung erhalten sollte (Befreiung von Steuern und Abgaben für eine Reihe von Jahren, ausreichende Sicherung ihrer Anlagen durch Polizeikräfte, Errichtung von Schulen usw.). Als Rechtsform eines Kolonisationsunternehmens erscheint daher die Aktiengesellschaft (nach argentinischem Gesetz) als die geeignetste, wobei das Gesellschaftsland als Sacheinlage seitens eines Großgrundbesitzers zweckmäßigerweise eingetragen werden sollte. Der Besitzer würde nicht nur sein Land zu einem besseren Preise, als er im offenen Markt erzielen kann, verkaufen, sondern auch am Wertzuwachs, den die Ländereien durch den Betrieb der Unternehmung erfahren, beteiligt bleiben. —

Die nächste Aufgabe wäre, durch Anlage von Verkehrswegen und Rodungen die Möglichkeit ackerbaulicher Besiedlung zu schaffen. Sodann durch Errichtung industrieller Anlagen zur Verarbeitung der Erzeugnisse deren Absatz sicher zu stellen. Als solche Betriebe kämen in Misiones in Frage in erster Linie Holzverarbeitung auf mechanischem und chemischem Wege, sodann Stärkefabrikation aus Mandioca, Müllerei für Reis und Mais, Ölgewinnung, Baumwollaufbereitung, Fleischkonservenfabrikation (namentlich von Schweinefleisch), Fruchtkonservenfabrikation, Zuckerindustrie, Tabakaufbereitung und, sobald die Verpflanzungen schnittfähig werden, einfache Anlagen zur Verbauaufbereitung. Die Kolonisten hätten natürlich den Kaufpreis ihres Landes, wenn sie ihn nicht bar entrichten, zu tilgen und zu verzinsen. Auch wären Pachtverträge denkbar, wenn schon nicht empfehlenswert. Die Veräußerung der Erzeugnisse seitens der Kolonisten an die Gesellschaft erfolgt zweckmäßig auf Grund ähnlicher Verträge, wie sie in Deutschland zwischen Zuckerfabriken und Rübenbauern geschlossen werden. Nach Maßgabe der gelieferten Menge bleibt der Bauer am Gewinn der Fabrik beteiligt. Wenn z. B. die Gesellschaft in einem Jahr eine Million Kilogramm Yerba verkauft und daran einen Verdienst von 200 000 \$ m/n erzielt, so kämen davon vielleicht 100 000 \$ den Aktionären zugute, während die andere Hälfte — oder ein anderer Anteil, je nach Neigung der vertragsschließenden Teile, wobei zu berücksichtigen ist, daß mit der Höhe des den Ansiedlern zu gewährenden Anteils der Preis des Bodens gesteigert werden kann — den Kolonisten im Verhältnis zur Größe ihrer Lieferungen zugute käme. Das gleiche Verfahren könnte Platz greifen bei der Verwaltung der von der Gesellschaft einzurichtenden Almacenes. Letztere könnten, um den gesellschaftlichen Betrieb nicht allzu unübersichtlich zu machen, auch Handelsfirmen übertragen werden, die zu der Gesellschaft, sei es als Aktionäre oder sonstwie, in ein festes Verhältnis zu treten hätten.“

Zur Auswanderungsfrage.

Über das Problem der deutschen Auswanderung sprach in Karlsruhe am 25. Mai Herr Professor D. Wätjen in einer öffentlichen Versammlung der Deutsch-liberalen Volkspartei.

Der auslanderfahrene Redner wies dabei der „Bad. Pr.“ zufolge vor allem auf die antideutsche Stimmung im Auslande hin. Er mahnte die Regierung, städtische Arbeiter und Erwerbslose nicht planmäßig in der Landwirtschaft unterzubringen. Leider sei der Landarbeiter, wenn er einmal das Stadtleben kennen gelernt habe, für das Land wieder schlecht zu gebrauchen. Die ins Ausland strebenden Hand- und Kopfarbeiter würden draußen einen Haß gegen alles Deutsche vorfinden, der sie leicht mutlos machen könnte. Von einem Achtstundentag könne für den Arbeiter im Auslande keine Rede sein. Die zurzeit im Auslande bestehenden Gesetze gegen die Einwanderung seien nur vorübergehender Natur, da das Ausland — besonders Amerika — auf fremden Zuzug angewiesen sei. Es sei eine irrige Meinung, die leider sehr verbreitet sei, daß besonders Südamerika das Land sei, wo Milch und Honig fließe. Der Auswanderer, der Land und Sprache nicht kenne, werde meist übervorteilt und ausgenutzt, anstatt dort die erhoffte Freiheit und Gewinn zu finden. Aufklärung in diesem Sinne sei unbedingt nötig, um vor völligem Untergange zu bewahren. Nur Gründung von Siedlungen innerhalb Deutschlands vermöge diesem Elende vorzubeugen.

Ratschläge eines Ausgewanderten.

Ein Freund des Deutschen Ausland-Instituts, der wiederholt dessen Auswandererberatungsstelle in Anspruch nahm, erhielt kurz vor seiner Ausreise nach Brasilien folgendes wertvolle Schreiben von einem vor Jahr und Tag ausgewanderten Freund aus Santa Catharina:

„Ich kann es recht wohl verstehen, daß es Dir über wird und daß Du den Wunsch hast, wieder hinauszugehen. Zurzeit ist jedoch die ganze Welt für uns verschlossen und auch im gelobten Lande Brasilien ist alles ganz anders, als man sonst geträumt hat. Die Diamanten und das Gold liegen hier noch viel weniger herum als in Deutschland. Die ganzen Berufe sind überfüllt. Kaufleute gibt es hier stellenlos, daß man die Straßen damit pflastern kann, und Aussichten haben nur solche, die perfekt in der Landessprache sind. In den technischen Berufen ist es ebenso. Bei Bahnen ist nicht anzukommen, die Staatsbahnen sind mit eigenen Leuten mehrmals besetzt und die unter fremder Verwaltung stehenden nehmen keine „boches“ an aus Prinzip. Ingenieure und Architekten sind zu Dutzenden ohne richtige Stellung¹⁾. Ich selbst bin eine direkte Ausnahme, daß ich eine Stelle erwischte habe und, wenn alles gut geht, für die nächsten 2 Jahre versorgt bin.

Der schlechte Kursstand unserer Mark macht die Auswanderung von Deutschland nach hier ja beinahe zur Unmöglichkeit. Die Reise allein wird wohl unter 400 \$ (vierhundert Milreis) nicht zu haben sein pro Person, würde für euch doch 3 × 400 = 1200 Milreis ausmachen, nach dem jetzigen Kurs 12—13 000 Mk. Die Ausrüstung kommt dann noch dazu.

Die Preise der Kolonien hier im Bezirk der Hanseatischen Gesellschaft sind ziemlich hoch, man muß mit 3000 Milreis rechnen (man sagt hier 3 Contos de reis; 1 Conto de reis ist = 1000 Milreis). Wieder muß man den Kursstand berücksichtigen, so daß ein bedeutendes Kapital dazu gehört, ein Eigentum zu erwerben. Allerdings brauchen für gewöhnlich Neu-Ansiedler nichts zu bezahlen im ersten Jahr, aber es ist leider nicht so leicht, als Kolonist zu etwas zu kommen, und von 100 Kolonisten ist vielleicht einer, der bei den größten Entbehrungen zu einem bescheidenen Vermögen kommt; nur wenige

¹⁾ In Sao Paulo kann ein Junggeselle mit 500 Milreis pro Monat knapp auskommen.

kommen durch die Arbeit eines ganzen Menschenalters so weit, daß sie ihr Land bezahlen und ihr Haus haben; bringen sie es noch in vielleicht 30 Jahren zu einigen Contos, dann werden sie als besondere Glückskinder angesehen. Die, welche hier zu Vermögen gekommen sind, sind nur die, welche im Anfang der Kolonisation, vor einem Menschenalter als Kaufleute von der Pike an gedient haben; die Kinder dieser ersten Einwanderer hatten es natürlich leicht; mit erbtem Geld, der Landessprache mächtig, war es ihnen eine Kleinigkeit, nicht nur auf der Höhe zu bleiben, sondern noch weiter zu kommen.

Es bliebe also noch die Kategorie der gelernten Handwerker. Für diese ist im allgemeinen die Aussicht nicht schlecht, wenn sie neben ihrem Beruf Landwirtschaft betreibt, kann sie sich durchschlagen; es dürfen natürlich nicht zuviel auf einmal sein. Kurzum, die Großkaufleute machen ja hier noch immer Geld, der Handwerker schlägt sich so durch, und der Kolonist, der nur von dem Ertrage seiner Kolonie reich geworden ist, wenn er mit nichts anfang, gehört in das Museum, zum mindesten als Wachsfigur.

Reiner Landwirtschaftsbetrieb ist für Euch hier vollständig ausgeschlossen, event. eine Kuh, einige Schweinchen, Hühner etc., mehr aber nicht. Weder Du selbst, noch Deine Frau könnten die Arbeit draußen in diesem Klima leisten. Hinterpommersche Bauernknechte, die ein ganzes Leben lang nur von Knollenfrüchten, dicker Milch und etwas Speck leben können, vielleicht auch schon größere Kinder haben, können sich als Bauern hier halten; die Kolonie wirft nicht so viel ab, daß auf die Dauer eine bezahlte Hilfe genommen werden könnte. Ich habe in den mehr als 6 Jahren meines Hierseins gesehen, daß das Kolonistenspielen ein Unding ist für jeden, der nicht als armer Ackerknecht begonnen hat; es sind viele Leute mit größerem Vermögen hier eingewandert; einige Jahre, und alles ist weg. Glücklicherweise, der wenigstens noch das Geld zur Rückreise nach Deutschland hatte, sonst waren die Manschetten-Bauern, wie man die Kolonisten besserer Herkunft hier nennt, sehr schlecht daran; viele endeten als Schulmeister mit 30 Milreis Monatsgehalt, welche Laufbahn jetzt schon nicht mehr möglich ist, da jeder Lehrer jetzt vor dem brasilianischen Schulinspektor in der Landessprache sein Lehrer-Examen machen muß.

Ich müßte direkt gegen meine innerste Überzeugung reden, wenn ich jemandem die Auswanderung nach Brasilien anraten wollte. Vor allem muß ich darauf aufmerksam machen, daß als Kolonisationsgebiet für Deutsche nur der Süden des Landes in Betracht kommt, und zwar Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Parana. Es möge sich nur niemand bereden lassen, nach dem Staat Sao Paulo auszuwandern; die dort hingeraten, werden weiße Sklaven, die schlimmer daran sind als früher die schwarzen.“

Von der „Ansiedlung Ost“.

Von der nach Rußland entsandten Delegation ist ein Teil, und zwar die Delegierten Müller und Knoblich, Dresden, zurückgekehrt, die nun in größeren öffentlichen Versammlungen der Zweiggruppen der Ansiedlung Ost über ihre Reise Bericht erstatten. Die Reise ging von Swinemünde mit dem Dampfer nach Pillau, dann über Königsberg, Tilsit nach Memel, von da zu Fuß nach Libau, mit der Bahn nach Riga, sodann nach Reval, Narwa, von dort wieder zu Fuß und Wagen nach russisch Jamburg, von da nach Petersburg und Moskau. Über die allgemeinen Zustände berichtet Herr Knoblich, daß sie nur eine vorzügliche Ordnung in Rußland konstatiert hätten, und daß für jeden, der nicht kontrerevolutionäre Anschläge betreibe, schönste Sicherheit und auskömmliches Leben bestehe. Die

Sowjetregierung erklärte, daß sie auf der Besiedlung des Gebietes, das von der ersten Delegation besichtigt wurde, bestehen bleibe, das für 50- bis 80000 Siedler geeignet sei, 60 Prozent Wald und 20 Prozent Ackerland enthalte und 250000 Deßjatinen groß sei. Großer Fisch- und Waldreichtum sei vorhanden. Das zu kolonisierende Gebiet hätte sehr wenig Hartholz. In den Kolonien sollten auch Fabriken errichtet werden. Die Transporte sollten nur durch die Interessengemeinschaft gehen. In Moskau wurde ein Rat von drei Personen gebildet, der alle Vorarbeiten erledigen soll. Das zu besiedelnde Gebiet liegt am Fluß Maloma im Gouvernement Neu-Dünaburg, doch sollen weitere koloniale Siedlungen in den östlichen und südöstlichen Gouvernements der Sowjetrepublik geschaffen werden. Die zu schickenden Kolonisten sollen gesund, arbeitsgewohnt sein und „zum Proletariat gehören, welches sein Dasein mit seiner eigenen Kraft fristet“. Eine Gemeinde soll nicht weniger als 50 arbeitsfähige Mitglieder haben. Jeder Kolonist wird vom Moment der Ankunft im Koloniegebiet russischer Bürger mit allen Rechten und Pflichten der russischen Einwanderer, er unterliegt allen Befehlen und Verfügungen der Behörden der russischen Regierung. Bei der Parzellierung der Flächen und Ausnützung der Kolonialgebiete ist dem Volkskommissar für Landwirtschaft ein bestimmender Einfluß eingeräumt. Vor dem endgültigen Abschluß der Vereinbarung wird die Sowjetregierung eine Untersuchungskommission nach Deutschland schicken, die die Einzelheiten mit den Auswanderern selbst regeln wird. Die Interessengemeinschaft besorgt den Transport der Auswanderer bis an die Grenze Rußlands, von dort aus übernimmt die Sowjetregierung die Kosten. Die Interessengemeinschaft verpflichtet sich, das zu besiedelnde Gebiet innerhalb von drei Jahren vollständig zu besetzen. Die Kolonisten werden (diese Abänderung vom ersten Vertragsentwurf ist besonders wichtig und stellt einen erfreulichen Erfolg der zweiten Delegation dar) auf drei Jahre vom Tage ihrer Ankunft an von der Militärpflicht und Stellung von Wagen, Pferden und Geschirren für die Armee befreit, und auf fünf Jahre, gerechnet vom Halbjahre nach der Ansiedlung, ganz, und weitere fünf Jahre zur Hälfte, von allen Regierungsabgaben befreit. Im alten Vertrage war bekanntlich diese Befreiung von der Militärdienstpflcht erst vom Jahre 1922 an vorgesehen, so daß die Gefahr bestanden hätte, daß die Kolonisten sofort noch hätten eingezogen werden können.

Innerhalb der ersten drei Jahre sollen die Kolonisten das, was sie selbst nicht produzieren können, von den Sowjetbehörden zu ihrer Ernährung bekommen, die ihnen außerdem Unterstützungen, namentlich zum Zwecke der Volksaufklärung, zur Verfügung stellt; doch müssen alle Vorschüsse und Unterstützungen, die zinsenlos gegeben werden, nach fünf Jahren in gleich großen Raten getilgt werden. Die außer Neu-Dünaburg zu schaffenden Kolonien sollen in Samara, Ufa und im Uralgebiet liegen. Die deutschen Kolonien sollen eine Produktionswirtschaft auf kollektiver Grundlage errichten, die landwirtschaftliche Technik und die landwirtschaftliche Bildung heben. Die für die Kultivierung erforderlichen Inventarien, Straßenwalzen, Lastautos, Sägegatter, Dynamos, Windturbinen, Lokomobile, Petroleummotore, Motorpflüge, Sämaschinen, Mähmaschinen, Sämereien, Wagen, Medikamente, Feldbahnen, Artikel zur Krankenpflege, Handmaschinen, Feldbacköfen, Desinfektionsapparate usw. will die Sowjetregierung stellen, die außerdem prozentfreien Kredit der Interessengemeinschaft geben will. Näheres über diese ganzen landwirtschaftlichen Fragen soll bekanntgemacht werden, wenn die Genossen Blüthner, Hamburg,

und Kramm, Stuttgart, die gegenwärtig die Sowjetgüter be-
reisen, zurückkommen und über diese Frage berichten.

Der Delegierte Müller erstattete einen ausführlichen Bericht
über die industriellen Verhältnisse und kam dann zu dem
Schluß (Einzelheiten haben wir bereits gebracht), daß für rund
100 000 deutsche Facharbeiter sofortige Aufnahmefähigkeit in Ruß-
land bestehe, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse außerordent-
lich günstig seien. Er sprach namentlich ausführlich über die
Erziehung der Kinder und äußerte sich sehr begeistert über das,
was er in Petersburg in dieser Beziehung gesehen habe. Ein
Mitglied der Delegation orientiert sich gegenwärtig noch über
die Bedingungen in den Berg- und Hüttengebieten Rußlands.
Der Delegierte Gumprecht, der erst am 21. April nachgereist
ist, soll die Schlußakten mit nach Deutschland bringen. Die
Ansiedlung Ost steht mit Behörden und Schiffahrtsgesellschaften
in Verbindung, um Vorbereitungen zum Transport zu treffen, der
allerdings erst nach der Rückkehr sämtlicher Delegierten und nach
der Ankunft der russischen Delegierten in Deutschland, sowie nach
der Unterzeichnung der sämtlichen Dokumente vor sich gehen kann.

Bei allen diesen Dingen ist wohl zu bemerken, daß die An-
siedlung Ost nur auf dem Boden kommunistischer
Anschauung stehende Siedler und Arbeiter nach Ruß-
land befördern will, da der ganzen Grundlage des Siedlungs-
planes nach nur an kommunistische Wirtschaft gedacht ist, und
daß zunächst nur ledige Arbeiter und Siedler der schwierigen
Wohnungsverhältnisse halber nach Rußland befördert werden
sollen.

Auswanderung nach Finnland.

Auswanderungslustige werden darauf aufmerksam gemacht,
daß das Angebot auf allen Gebieten von Deutschland aus sehr
bedeutend ist und jedenfalls größer als die Nachfrage. Der
Lebensunterhalt in Finnland ist schätzungsweise doppelt so teuer
wie in Deutschland, was man bei Stellenangeboten berücksichtigen
muß. Die Lebensbedingungen in Finnland sind recht schwierig,
die Wohnungsnot namentlich in größeren Städten, ist bedeutend.
Stellensuchenden wird dringend empfohlen, nur nach Finnland
auszuwandern, wenn eine feste Stellung unter guten Bedingungen
vorher verabredet ist. Man wende sich an die Stellenvermittlung
des Deutschen Vereins in Helsingfors, per Adresse Deutsche
Gesandtschaft.

Rückwanderungsaussichten nach Australien.

Es ist mit Recht angezweifelt worden, ob die während des
Krieges in Australien mit allen verfügbaren Mitteln betriebene
Deutschenhetze die für die englischen Interessen gewünschten
Erfolge zeitigen wird. Dasjenige Element, welches den täglich
erscheinenden Hetzartikeln schon während des Krieges eine
geteilte Aufnahme entgegenbrachte, hat dort inzwischen derart
an Ansehen gewonnen, daß schon jetzt durch die dortige Presse
(The Daily Standard, Brisbane, 4. März) Stimmen hörbar werden,
welche die Haltung der dortigen Behörden den in Australien
internierten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen gegenüber
bitter verurteilen. Die unverantwortliche Fahrlässigkeit der
dortigen Militärbehörden, welche den Tod von über 110 auf
dem Heimweg begriffenen Gefangenen zur Folge hatte, die
schändlichen Übergriffe vonseiten des Kommandos, die fort-
währenden Schikanen, unter welchen die Internierten jahrelang
zu leiden hatten, selbst die Bestechungen, welche sich hoch-
gestellte Beamte zuschulden kommen ließen, damit Fälle von
grund- und zweckloser Internierung nicht zur Sprache kommen
sollten, diese Dinge bilden jetzt das Thema öffentlicher Be-
sprechungen und langer Artikel in der Presse.

Es ist daher zu hoffen, daß, nachdem diese Tatsachen, deren

bloße Erwähnung in Australien noch vor kurzem als Verbrechen
bestraft wurde, Gemeingut geworden sind, auch bald der von
Fanatikern, wie Premierminister „Billy Hughes“, ins Leben ge-
rufene Erlaß widerrufen wird, wonach ausgewiesene Deutsche
überhaupt nicht, andere erst fünf Jahre nach Friedensschluß,
in Australien wieder zugelassen werden sollen. Zwar ist noch
letzten Februar in der „Government Gazette“ ein von der
Regierung gefaßter Beschluß veröffentlicht, wonach neben dem
Einwanderungsverbot auch jeder Handel mit Deutschland oder
seinen früheren Verbündeten gesetzlich untersagt ist. Am Schluß
ist jedoch noch eine Klausel beigefügt, welche die Einfuhr aus
Deutschland stammender wissenschaftlicher Erzeugnisse und
Literatur, unter besonders einzuholender Bewilligung, dennoch
in Aussicht stellt.

Was kostet die Anlage einer Viehzüchterei in Paraguay?

Viehzüchter, welche nach Paraguay streben, werden den
nachfolgenden Kostenanschlag, welchen der Deutsche Volks-
bund für Paraguay dem Deutschen Ausland-Institut übersendet,
dankbar begrüßen: Der Berechnung wird eine Estanzia von
5 Leguas zugrunde zu legen sein. Eine Legua ist heute nicht
unter 7000 Goldpesos zu erhalten. (1 Goldpeso zu Friedens-
zeiten gleich 4.05 Mark, heute etwa das Zehnfache.) In der
Nähe von Flüssen und Bahnen ist der Preis für eine Legua mit
10000 bis 15000 Goldpesos zu veranschlagen. 5 Leguas würden
demnach mindestens 35000 Goldpesos kosten. Für Umfriedigung
der Estanzia sind mindestens 25000 Goldpesos pro Legua zu
rechnen, wenn das Holz kostenlos zur Verfügung steht und
von eigenen Karren herangebracht wird, — macht zusammen
12500 Goldpesos. Haus und Wirtschaftsräume können unter
primitiven Verhältnissen, wenn Holz und Stroh zur Verfügung
steht, zu etwa 210 Goldpesos hergestellt werden. Ein Corral
(Hürden) stellt sich mit zwei Abteilungen auf 200 Goldpesos
(zusammen 1000 Goldpesos). Für ein Zuchtstier sind 20 Gold-
pesos als Mindestpreis einzusetzen, beträgt für 5 Leguas, 3500
Tiere, 70000 Goldpesos. Pferde kosten je nach Lage der Estanzia
30 Goldpesos, im Norden nicht unter 40 Goldpesos, 50 Stück
also 1500 Goldpesos. 12 Hirten (Peone) werden für eine solche
Estanzia benötigt, davon 7 als eigentliche Hirten, der Rest für
Ausbesserung der Zäune, Hof und Garten, Karrenführer usw.
Als Lohn für diese muß im Jahr mindestens 220 Goldpesos
gerechnet werden; macht zusammen 2640 Goldpesos. An
direkten Steuern sind heute $\frac{3}{8}$ Prozent zu zahlen, macht 210
Pesos. Werkzeug, Ackerbaugeräte usw. können zu 500 Gold-
pesos eingesetzt werden, so daß sich also der Preis einer Estanzia
von 5 Leguas zusammen mit den Betriebskosten für das erste
Jahr (Unterhaltung der Familie nicht gerechnet) auf 123560
Goldpesos stellen würde.

Mißstände im Kolonisationswesen in Argentinien.

Eine bemerkenswerte Beschwerde haben Landwirte aus der
Provinz Santa Fé durch die „Federacion Agraria“ zu Rosario
dem Kongreß eingereicht, die die Mißstände im Kolonisations-
wesen treffend beleuchtet. Sie bitten darum, daß die Agrar-
gesetze nun endlich abgefertigt werden mögen. Die gegen-
wärtige Rechtsunsicherheit werde von gewissenlosen Landbesitzern
zu den größten Ungerechtigkeiten gegen diejenigen ausgenützt,
welche den Reichtum des Landes schaffen. Unter anderem wird
ein Fall aufgeführt, wo 54 Kolonisten einfach vom Grund und
Boden als Pächter vertrieben wurden, weil sie daran gingen,
eine Genossenschaft zu gründen. —

Trotz strenger Maßregeln kommen nach der „Prensa“ noch
immer eine große Zahl von Landstreichern ins Land, welche den Ko-
lonisten sowie den deutschen Hilfsvereinen viel zu schaffen machen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Völkerversöhnende Frauenarbeit während des Weltkrieges.

Juli 1914 bis November 1918. Herausgegeben von der Internationalen Frauenliga für Frieden u. Freiheit, Deutscher Zweig. (Früher: Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden.) München 1920: Heller. 64 S. 8°. M. 3.— + 20 %.

Die Schrift legt Zeugnis ab über die Tätigkeit deutscher Frauen im Sinne der internationalen Friedensbewegung während des Weltkrieges. Die Bestrebungen zur Herbeiführung des Friedens waren durch Personalunion eng verbunden mit radikalen innerpolitischen Forderungen. Daraus erklärt sich der Widerstand der Behörden gegen die Bewegung und die Schwierigkeiten, die sie der Werbearbeit dieser Frauengruppe in den Weg legte. Der fast zu verschwenderisch abgedruckte Briefwechsel, die Eingaben an Regierung und Volksvertretung, der Gedankenaustausch mit befreundeten Vereinigungen in den neutralen Ländern gibt Beispiele dafür, die nicht erhebend sind, die man aber natürlich findet, wenn man die gespannten Beziehungen zwischen kriegführenden Regierungen und friedensbedürftigen Massen in allen beteiligten Ländern studiert hat. In dem Tätigkeitsbericht vermisse wir die Herausarbeitung der Tatsache, daß die Weltfriedensbestrebungen ein internationales Problem sind, das nur durch eine Umwandlung des Denkens und der Instinkte der gesamten, auch außereuropäischen Erdbewohner und nicht mit dem guten Willen oder auf Kosten einer einzelnen Völkergruppe gelöst werden kann. Denn dieser Zustand, die Vernichtung der militärischen Macht, die einem Teil der Anhänger der deutschen Friedensbewegung für Deutschland als Ideal vorgeschwebt hat, ist ja bei uns erreicht, und es sieht nicht darnach aus, als wenn die Welt dadurch dem Zustand allgemeinen Friedens um einen Zoll näher gerückt wäre. Der Friedensgedanke fordert wie das Christentum in seiner äußersten Konsequenz, daß man jede Gewalthandlung gegen menschliche Überzeugungen, von welcher Seite sie auch immer komme, als unsittlich verwirft und durch freiwillige Verständigung ersetzt. Diese Konsequenz mit ihrem aufbauenden Programm, wie es von der Deutschen Liga für Völkerbund, ihren englischen, französischen und italienischen Schwesterorganisationen, der Union of Democratic Control (siehe die ganz hervorragende, im besten Sinne des Wortes internationale Zeitschrift *Edgar Morels „Foreign Affairs“*, in Deutschland durch H. R. Engelmann in Berlin) und der Society of Friends (Quäker) verfolgt wird, hat u. E. mehr Aussicht auf Erfolg als die ein wenig negative, schlagwortartig gegen Militarismus und Kapitalismus gerichtete Propaganda des Deutschen Frauen-Ausschusses für dauernden Frieden, soweit sie in der vorliegenden Schrift niedergelegt ist.

Dr. H. M.

Hurwicz, Dr. Elias, Die Seelen der Völker. Ihre Eigenarten und Bedeutung im Völkerleben. Ideen zu einer Völkerpsychologie. Göttingen: Fr. Andr. Perthes 1920. 164 S. 8°. M. 6.—.

Arbeiten wie die Hurwicz verdienen ein eingehendes Studium nicht nur der Auslandsdeutschen, sondern eines jeden Deutschen, der an Stelle der zwischen den Völkern üblichen Schlagworte ein begründetes Verständnis fremden Volkslebens setzen möchte. Das vorliegende Werk, das Dr. A. Grabowsky, einem Meister praktischer völkerpsychologischer Beobachtungen, gewidmet ist, ist die erweiterte Fassung eines 1918 in der Berliner Kantgesellschaft gehaltenen Vortrages. Hurwicz faßt den Begriff „Völkerpsychologie“ im Gegensatz zu Wundts bekannter, oft mißverständlicher Terminologie (S. 5) als das Studium der kollektiv- und differentialpsychologischen Eigenart der geschichtlich gewordenen Nationen. Die sorgsame Gründlichkeit des Verfassers kommt in der erstaunlich reichen Berücksichtigung der einschlägigen (auch ausländischen) Literatur und in der vorsichtigen Vermittlung zwischen der in dieser Disziplin üblichen vorsehnellen Spekulation und einem ebenso einseitigen Empirismus (vgl. dritten Abschnitt) zum Ausdruck. Mit Recht zieht der Verfasser neben den bekannten Kulturnationen auch die Geschichte der Juden häufiger heran, die in der Tat eine noch wenig ausgebeutete Fundgrube wichtiger völkerpsychologischer Beobachtungen bildet. Die Berücksichtigung der primitiven

Völker liegt außerhalb des Programms Hurwicz. — Für die internationale Verbreitung der Studien Hurwicz würde bei gegebener Gelegenheit eine weniger schwer gerüstete Darstellung seiner Ideen in dem im Auslande begehrten Essaystil erwünscht sein.

D. H. Ihmels, Münster i. W.

Wegener, G., Die geographischen Ursachen des Weltkrieges.

Ein Beitrag zur Schuldfrage. Berlin: Siegmund 1920. 444 S. Geh. M. 5.40.

Die Arbeit, die aus Vorlesungen an der Berliner Handelshochschule hervorgegangen ist, behandelt nicht direkt Fragen, die das Auslandsdeutschum im engeren Sinn betreffen. Fast nüchtern mutet zunächst der Versuch an, die Frage nach der „Schuld“ am Kriege, die nun so oft gestellt und je nach der persönlichen Auffassung und Stellung des einzelnen so mannigfach beantwortet ist, mit wissenschaftlichen Methoden anzupacken. Und doch läßt sich gerade auf diesem Wege vielleicht noch am meisten erreichen. „Das Schicksal liegt letzten Endes im Geographischen.“ Immer übersichtlicher werden schließlich vor dem Leser die politisch-geographischen Grundlagen der Weltpolitik der letzten Jahrzehnte entrollt; klar kommen dabei auch die Bedürfnisse und inneren Notwendigkeiten der Gegenseite zu ihrem Rechte. Damit verliert im Laufe der Darstellung die Schuldfrage immer mehr den Charakter etwa einer persönlichen Angelegenheit der wenigen damals Regierenden, zu der sie manche beschränkte Einsicht immer wieder stempeln möchte, und wuchtig und zwingend tritt schließlich die tiefe innere Notwendigkeit dieses Krieges hervor. Dem Deutschen kann diese Schrift in mancherlei Hinsicht die Augen öffnen darüber, was eigentlich die treibenden Faktoren unserer Außenpolitik waren; man kann sich ein Urteil bilden, wie weit diese Faktoren kluglich genutzt wurden und was nicht genügend erkannt worden ist. In diesem Punkte erhält die kleine, sehr anregend geschriebene Schrift in weiterem Sinne auch für unser Arbeitsgebiet erhebliches Interesse.

Dr. E. W.

Müller, Dr. Aug., Gewaltfrieden und Wiederaufbau. Vortrag über den Friedensvertrag von Versailles, gehalten am 7. Dez. 1919, abends 7 Uhr, vor geladenem Kreise anläßlich der Tagung der Landesgruppe Brandenburg der Liga zum Schutze deutscher Kultur. Berlin W35: Kulturliga o. J. 23 S. 8°. M. 1.—.

Der Vortrag umreißt in knapper und klarer Form die territorialen, militärischen und wirtschaftlichen Wirkungen des Vertrages, die inzwischen zum großen Teil schon eingetreten sind und sich in wirtschaftlicher Beziehung immer schärfer fühlbar machen. In der Hebung der produktiven Arbeitsleistung des ganzen Volkes sieht der Verfasser vorläufig das einzige Heilmittel.

H. M.

Lohan, Dr. Max, Der Vertrag von Versailles. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. Berlin: Kulturliga o. J. [1920]. Mit einer Karte. 62 S. 8°. M. 2.—.

Mag auch die Strömung zur Revision des Friedensvertrages in den ehemals feindlichen Ländern, vor allem in England und den V. St. von Amerika, zunehmen und vielleicht zu einzelnen Milderungen führen, Tatsache ist, daß die Urkunde von Versailles für lange Zeit das Gefängnis bleibt, in dem sich jeder Deutsche bewegt, ein Gefängnis, das mit seinen 440 Abteilungen so raffiniert angelegt ist, daß der einfache Menschenverstand sich darin verirrt und weder ein- noch ausfindet. Die meisten Deutschen haben von der Bedeutung des neumodischen Kerkers keine Ahnung, wie sie einen Drahtzaun erst merken, wenn sie mit der Nase daran stoßen. Und wenn sie auch einen Blick hinein-täten, die Sprache dieses Dokuments scheint nur geschaffen, die Tragweite seiner Sätze zu verbergen. So ist der vorliegende Führer sehr willkommen, der das Wesen des Vertrages in schlichtem Deutsch als Entrechtung, Enteignung, Entmündigung Deutschlands enthüllt und diese Grundgedanken an den Beispielen „Deutsche Kriegsentschädigung“ — „Der Wiedergutmachungsausschuß“ — „Die Gebietsabtretungen“ — „Die Wehrlosmachung“ — „Die Wirtschaftsbedingungen“ — „Stratbestimmungen“ — „Der Völkerbund und die internationale Organisation der Arbeit“ erläutert.

Dr. H. M.

Reinhard, R., Die Welt nach dem Friedensschluß. Breslau: Hirt 1920. 44 S. Geh. M. 1.50 + 20%.

Das kleine Werk versucht einen politisch- und wirtschafts-geographischen Überblick über die erfolgten Veränderungen des Weltbildes zu geben. Obwohl die Verhältnisse, namentlich in Osteuropa, noch gar nicht geklärt sind, ist die frisch und anregend geschriebene Zusammenstellung auch vom auslandkundlichen Gesichtspunkt recht brauchbar, vor allem, weil stets versucht wird, auch die zu erwartenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten abzuleiten. In Europa sind die eingetretenen Veränderungen ländersweise besprochen, in der außereuropäischen Welt sind sie unter dem Gesichtspunkt der territorialen Entwicklung der drei Großmächte England, den Vereinigten Staaten und Japan behandelt. Sehr nützlich sind die beigegebenen Kartenskizzen, zu denen allerdings gelegentlich kleine Beanstandungen zu erheben sind, die Skizzen müssten bei einer Neuauflage zweckmäßig noch einmal durchgesehen werden.

Dr. Wunderlich.

Melchior, Dr. Carl, Deutschlands finanzielle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage. Berlin: H. R. Engelmann 1920. 26 S. 8°. M. 1.— (Die Friedenslast. Die Probleme des Friedensvertrages in gemeinverständlicher Darstellung. Herausgegeben von der Deutschen Liga für Völkerbund. 1.)

Aus einer nüchternen, völlig leidenschaftslosen Darlegung der finanziell wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages zieht der Verfasser den Schluß, daß Deutschland für lange Zeit hinaus hauptsächlich im Lohn zu arbeiten haben wird und daß wir die uns aufgebürdeten Lasten auch nur zum Teil lediglich dann zu tragen vermögen, wenn die Gläubiger aus der Überzeugung, daß sie nichts gewinnen, wenn ihr Schuldner sich vollends verblutet, im Interesse Gesamteuropas die destruktiven Bestimmungen des Friedensvertrages auf ein vernünftiges Maß zurückschrauben. Ordnung und Arbeit müssen dazu als Erwecker des Glaubens an unseren guten Willen die Grundlage schaffen.

am.

Emmel, Felix, Der Tod des Abendlandes. Gegen Oswald Spenglers Skeptische Philosophie. Berlin: Hans Robert Engelmann 1919. 22 S. 8°. Mk. 1.50.

Dr. Emmel hat sich bereits in der Tagespresse für den Zukunftsglauben der Jugend gegen das suggestiv wirkende Werk Spenglers gewandt. Bei aller Anerkennung der pessimistischen Intuition Spenglers (S. 1, 20) weist er dem Kulturphilosophen tiefgreifende Inkonssequenzen nach, die aus seinem historischen Eklektizismus (S. 18) und seinem skeptischen Relativismus fließen (S. 12). Spengler will die Geschichte in Symbole auflösen, ohne angeben zu können, was in der Entwicklung der Kultur symbolisiert werden soll. Er kommt nicht darüber hinaus, in dem Seienden „Symbole von Symbolen“ zu sehen (S. 15). Bemerkenswert ist, daß Emmel im Grunde den Pessimismus seines Gegners teilt. Wir sterben „den Tod der langsamen Auflösung in eine neue Kultur“. Die neue Kultur findet Emmel in einer für weite Kreise der gebildeten deutschen Jugend charakteristischen Richtung, in dem — Russentum (S. 20). „Deutschland ist schon völlig in den Lebensstrom Rußlands hineingeraten“ (S. 19). — Die Spenglerliteratur bietet für den Beobachter internationaler geistiger Strömungen beachtenswertes Material und sollte bei der Bedeutung der in ihr behandelten Fragen auch dem Auslande nicht vorenthalten bleiben. Dr. H. Ihmels, Münster i. W.

Bonne, Georg, Sanitätsrat Dr., Über die Ursachen unseres Niedergangs und die Wege zu neuem Aufstiege. Berlin-Riga-Leipzig: Würtz [1919]. 40 S. 8°. Kart. M. 2.—.

Der Verfasser sieht die Ursachen unseres Niedergangs in der allgemeinen Verflachung unseres Denkens und Empfindens, das besonders in der maßlosen wirtschaftlichen und Klassen-selbstsucht, der Gleichgültigkeit gegenüber allgemeiner Not (Wohnungs- und Kinderelend) und der groben Genußsucht fast aller Kreise (Gesellschafts- und Trinksitten) zum Ausdruck kamen. Zur Abhilfe schlägt der Verfasser vor: Dezentralisation der großen Städte, Bodenreform, Verpflanzung der Industrie aufs Land, Neubevölkerung des flachen Landes, Umwandlung des Alkoholgewerbes in produktive Industrien (Nahrungsmittel-erzeugung statt -vernichtung), landwirtschaftlichen Pflichtdienst der Jugend und alles in allem mehr Nächstenliebe im Einzelwie im Staatsleben. — Wäre diese Grundvoraussetzung nur erfüllt, so fielen uns alle anderen Dinge wohl mit der Zeit von selber zu. Aber wer fängt damit an? H. M.

Die drei Fragen des Oberschlesiers. Berlin: Zentralverlag 1920. 57 S. 8°. M. 4.—.

Die drei Fragen sind: Muß die deutsche Sache als verloren gelten? Wie steht es mit dem geschichtlichen Recht? und: Wo wird der Oberschlesier seinen Vorteil besser finden, in Deutschland oder bei Polen? Diese Fragen werden der Reihe nach zum Teil an der Hand näherer statistischer Angaben behandelt, und es wird zunächst betont, daß die deutsche Sache in Oberschlesien nicht verloren ist, wenn jeder Oberschlesier mit seiner ganzen Person für sie eintritt. Daß er das in jeder Beziehung kann, zeigen die folgenden Kapitel. Oberschlesien ist nicht nur aus geschichtlichen, sondern vor allem aus moralischen Gründen deutsches Land: Was es geworden ist, verdankt es deutschem Geist und deutscher Arbeit. Besonderes Schwergewicht ist auf die Beantwortung der letzten Frage gelegt, und mehr als die Hälfte des Textes beschäftigt sich mit der zukünftigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung Oberschlesiens im Anschluß an Deutschland oder an Polen. — Die Schrift hält sich von jedem Chauvinismus fern, versucht die Fragen auch für das Verständnis weiterer Kreise klar zu entwickeln und wird sicherlich ihre Aufgabe, sachliche Aufklärung über Oberschlesien zu verbreiten, gut erfüllen können. Dr. E. W.

Führer durch Oberschlesien. Ein kurzes Hand- und Heimatbuch. Herausgegeben vom „Oberschlesier“, der unparteiischen ober-schlesischen Wochenzeitung. Mit 1 Karte. Oppeln: Der Oberschlesier 1920. 53 S. 8°. M. 5.—.

Der Gedanke, einen solchen „Führer“ zu schaffen, ist zu begrüßen: eine Art kurzes Handbuch, das auf seinen 53 Seiten zunächst eine allgemeine Übersicht über das Land, seine Oberflächengestalt, das Klima, die Bevölkerung und Geschichte, Verwaltung und Wirtschaft, sowie das Verkehrswesen, aber auch über die kulturellen Verhältnisse bietet, und überall kurz das Wichtigste angibt. Für den, der tiefer eindringen will, ist sogar weitere Literatur genannt. Die letzten 13 Seiten enthalten dann noch eine regionale Übersicht der einzelnen Kreise und ihrer Orte, mit bevölkerungs- und namentlich wirtschaftsgeographischen statistischen Angaben. Beigegeben ist eine Übersichts-karte aus dem Verlage von Flemming & Wiskott (vgl. ds. Jg. S. 287 unter Nr. 120).

Dr. E. W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Über das deutsche Buch in der Westschweiz

lassen sich die „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz“ folgendermaßen vernehmen:

„Während des Krieges wurde die deutsche Literatur in der Westschweiz, wie alles, was aus Deutschland kam, in Acht und Bann getan. Unverändert und sogar etwas stärker war die Nachfrage nach medizinischen Werken, stark nach technischen Büchern, besonders der Motoren- und Flugzeugindustrie. Mit anderen Worten, es wurden gerade solche Bücher verlangt, deren Ausfuhr aus Deutschland hauptsächlich aus militärischen Gründen verboten war. Nach Abschluß des Waffenstillstandes änderte sich vorläufig sehr wenig. Nur die Bücher, die sich mit der Ersatzmittelindustrie beschäftigen, gingen etwas besser. Dieser Zustand wandte sich mit dem Sinken der deutschen Valuta, als in der Mittel- und Ostschweiz ein Sturm auf deutsche Bücher einsetzte, der seine Wellen auch in der Westschweiz trieb. In der deutschen Schweiz wurde sozusagen alles gekauft. In der Westschweiz hielt sich die Nachfrage in mäßigen Grenzen. Die großen deutschen Memoirenwerke von Ludendorff, Tirpitz usw. wurden verhältnismäßig viel verlangt; im übrigen hauptsächlich medizinische Bücher jeder Art, sowie chemisch-technische Literatur.“

Nach Inkrafttreten der Valutaverordnung sind die Verhältnisse wieder normal geworden. Ein gewisser Rückschlag ist sogar zweifellos eingetreten, dessen Dauer sich nicht voraussagen läßt, da an Stelle des deutschen jetzt ein sehr starker französischer

und englischer Bücherimport eingesetzt hat, der von den betreffenden Regierungen mit allen Mitteln und besonders durch Errichtung eigener Buchhandlungen, bequeme Zahlungsmöglichkeiten, langlaufende Kredite usw. gefördert wird. Der Westschweizer wird voraussichtlich in den nächsten Jahren nur solche Bücher deutschen Ursprungs kaufen, die er von Frankreich und England nicht beziehen kann; in der Hauptsache würden außer angewandten Naturwissenschaften etwa noch klassische und moderne Philologie, Wörterbücher und ähnliche Literatur in Betracht kommen. Hierbei fällt noch ins Gewicht, daß der schweizer Käufer für deutsche wissenschaftliche Bücher mindestens das Doppelte bezahlen muß, wie für das entsprechende französische Buch, solange die jetzigen Valutaverhältnisse und die jetzige Berechnungsart der deutschen Bücher bestehen.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in der schönen Literatur. Wer deutsche Literatur lesen will, wird sie kaufen müssen und kann sie nicht durch französische ersetzen. Der deutsche Roman war schon vor dem Kriege teurer als der französische. Der französische 3,50 Franken-Roman ist auf 5 Franken französischer Währung gestiegen und wird in der Westschweiz zwischen 2,50 bis 3,50 Franken schweizer Währung verkauft. Der Preis des entsprechenden deutschen Romans liegt zwischen 5 bis 7 Franken, abgesehen von Ullstein und ähnlichen Sammlungen.

Am wichtigsten für den Absatz im Auslande erscheint die Kategorie der Grammatiken, Wörterbücher, Reiseführer und fremdsprachlichen Sammlungen. Hier hatte Deutschland vor dem Kriege ein Weltmonopol. Zwar erhalten die in Betracht kommenden deutschen Verleger zurzeit noch große Aufträge aus dem Auslande, weil die Konkurrenzverleger in Frankreich, England und Amerika ihre Sammlungen erst aufbauen müssen, während die Deutschen sich auf ihre schon vor dem Kriege

vorhandenen Bestände und ihren alten Ruf stützen können. Es fragt sich aber, ob in einigen Jahren das Bild noch dasselbe ist.

Die Unterscheidung zwischen „Vereinsdeutschtum“ und „Kirchendeutschtum“ in Amerika spielt in dem Briefe eines Deutschamerikaners an den „Hammer“ (Nr. 427/28 vom 1. und 15. April 1920) eine Rolle. Während das Vereinsdeutschtum viel Reden, aber wenig Leistungen aufzuweisen hatte, habe sich das Kirchendeutschtum durch Taten als Rückgrat des Deutschamerikanertums bewährt. In den Kirchengemeinden herrscht durchweg Hang zu dem angestammten Volkstum. Wäre diese Neigung von dem zu des deutschen Volkes Wohlfahrt und Gedeihen gegründeten Reich gefördert worden, wären Deutschblütige vor dem Schicksal bewahrt worden, vom Yanketum aufgesaugt zu werden. Der Unterricht in Deutschkunde sei sehr rückständig. In den meisten Schulen beschränke er sich auf deutsche Sprache und Religionsunterricht. In allen anderen Fächern werde überwiegend englisch unterrichtet. Mehr als ein dunkles Ahnen, daß man zu dem deutschen Volke gehöre, könne man deshalb von den Gemeindemitgliedern billig nicht erwarten. Die Geistlichen und Lehrer stammten überwiegend aus bürgerlichen Familien, die das Herz auf dem rechten Fleck haben. Sie hätten aber nicht die vielseitige Ausbildung ihrer reichsdeutschen Amtsbrüder genossen. Ihre Entlohnung sei mäßig.

Die Vereinsdeutschen hätten wenig Opfer gebracht, trotzdem gerade die wohlhabenden Deutschen in den Vereinen anzutreffen seien. Man begeistere sich beim Bier, aber wenig durch Taten. Was das Deutschtum Amerikas an Bildungsanstalten und Wohlfahrtseinrichtungen aufzuweisen habe, sei ins Leben gerufen und werde unterhalten von den Zuwendungen der im Kirchentum zusammengefaßten ärmeren Schichten. In Südamerika und Ostasien herrsche unter den deutschen Vereinen mehr Eifer, Mittel für die Erhaltung des Volkstums durch Schulen aufzubringen, als in den Vereinigten Staaten.

VON UNSERER ARBEIT

Von einem Freunde des Instituts wurde uns kürzlich eine sehr wertvolle Schenkung in Gestalt der ältesten Jahrgänge der Deutschen Zeitung von Mexiko gemacht. Die Zeitung, die heute wohl nur noch in wenigen Exemplaren in Deutschland vorhanden ist, entstand in ganz bescheidenem Umfang im Juli 1883. Drei Mexikaner, die kein Wort Deutsch verstanden, besorgten den Satz, der Dresdener Buchdrucker Ruhland überwachte den Druck. Unter seiner und des späteren Inhabers Max Ahlschiers Leitung entwickelte sich das Blatt rasch und ist heute eine Fundgrube für die Geschichte des Deutschtums in Mexiko. Die Zeitung ging 1909 an die jetzigen Besitzer,

Müller-Hermanos in Mexiko-Stadt, über und hat ihre Bedeutung für das Deutschtum in Mexiko behalten. Sie geht unserem Lesesaal regelmäßig wie viele andere auslanddeutsche Zeitungen zu.

Auslanddeutscher, welcher im August wieder an seinen früheren Wirkungsort in Portugiesisch Westafrika (Angola) abreist, wünscht einige Vertretungen (landwirtschaftliche Maschinen, Pumpen, Waffen sowie Werkzeuge etc.) zu übernehmen. Auch sucht er Abnehmer in Deutschland für Felle, Häute, Bienenwachs.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankerbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 6. Juli 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oreiner & Pfeiffer, Stuttgart.

ANZEIGENTEIL.

Friedrichshafen am Bodensee.

Kurgarten-Hotel

Haus allerersten Ranges inmitten großem schattigen Park. Direkt am See gelegen. Das ganze Jahr geöffnet.

Direktion A. Huck.

Hotel Lamm u. Restaurant

Fein bürgerliches Haus, direkt am Stadtbahnhof gelegen. Das ganze Jahr geöffnet.

Gleiche Leitung wie Kurgarten-Hotel.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbetrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 1.50 Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 15

STUTTGART

Erstes August-Heft 1920

Eine erschütternde Statistik

Ergebnis der Untersuchung der Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse der 165 Auslandsdeutschen von Groß-Duisburg.
Von Dr. med. STEINER, Duisburg, früher leitender Arzt des Eingeborenen-Krankenhauses in Tanger (Marokko).

Die „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ (Rückwandererhilfe) wendet sich wiederum mit Aufrufen an das deutsche Volk. Not und Elend gilt es zu lindern, Dankesschuld gilt es abzutragen. Wer noch zögern sollte, dem mögen die nachfolgenden Zeilen eine Mahnung sein! Zahlungen nimmt auch das Deutsche Ausland-Institut auf sein Postscheckkonto 7690 Stuttgart oder auf sein Bankkonto bei der Württ. Hofbank (bitte mit ausdrücklicher Bezeichnung: „Für die Rückwandererhilfe“) gerne entgegen. Die Schriftleitg.

Es erschien mir interessant, die Auslandsdeutschen von Groß-Duisburg in ihrer Gesamtheit auf ihren Gesundheits- und Ernährungszustand zu untersuchen. Zu diesem Zwecke setzte ich mich mit der hiesigen Ortsgruppe des Auslandsdeutschen-Vereins in Verbindung, die mich bereitwilligst bei diesem Unternehmen unterstützt hat. Groß-Duisburg hat 165 Auslandsdeutsche, die der Vereinigung angehören. Von diesen wurden 97 untersucht. Das Bild, das sich bot, war erschütternd, da mit ganz geringen Ausnahmen (2) alle Untersuchten ein jammervolles Aussehen boten. Bei den Kindern (31), und hier besonders bei den Mädchen, waren deutliche Zeichen von Entwicklungsstörungen und -hemmungen aller Art zu konstatieren. Bei den 5 im Pubertätsalter befindlichen Kindern traten diese Schäden besonders hervor. Alle untersuchten Kinder kann man als „Hungerkinder“ bezeichnen.

Bei den Erwachsenen fand ich bei mindestens 50 % deutliche Zeichen von Hunger-Degeneration. Zum Teil kann man bei den Kindern direkt von zwerghafter Zurückgebliebenheit sprechen, und die Fälle sind zahlreich, wo skelettartige Abmagerung vorhanden ist. So will ich nur jenen 11 jährigen Jungen erwähnen, der bei einer Größe von 1,5 m 37 Pfund wiegt. Die Durchschnittsgröße der untersuchten Kinder war: 1,26 m, davon bei den Mädchen: 1,35 m, bei den Knaben: 1,17 m. Das Durchschnittsgewicht bei den Kindern war: 28 kg, davon bei den Mädchen: 33 kg, bei den Knaben: 23 kg. Das Durchschnittsgewicht war bei den Erwachsenen (über 15 Jahre) 57 kg, davon bei Frauen: 54 kg, bei Männern 60 kg.

Die vorgefundenen Krankheiten lassen sich in folgende Gruppen einteilen (hier sind die hervorstechendsten Erscheinungen rubriziert. Natürlich bot ein und derselbe Fall mehrere Krankheiten zu gleicher Zeit):

An ausgesprochener Unterernährung (Abmagerung, Blutarmut, Ödeme u. dgl.) litten 79 Patienten.

10 Patienten boten das Bild äußerster Schwäche.

1 Patient war asthmaleidend.

1 Patient schwer skrofulös (Kind).

1 Patient schwere Herzerkrankungen mit Ohnmachtsanfällen (Kind).

2 Patienten zeigten erhebliche nervenerregende Zustände, davon 1 Kind, das in Sibirien in Gefangenschaft war, und ein Mann (Bergarbeiter), der die ganze Kriegszeit über in Frankreich interniert gewesen ist und von seiner Frau und 6 Kindern seit Kriegsbeginn trotz aller Bemühungen nichts hat erfahren können.

2 Patienten waren lungenkrank in fortgeschrittenem Grade.

1 Patient mit chronischem Nierenleiden.

In Gefangenschaft während des ganzen Krieges waren 16.

Aus diesen Angaben, die ich mit Willen nur ganz kurz hier streifen will, ist zu ersehen, wie schwer es ist, Worte zu finden, die den Zustand dieser ärmsten Opfer des Krieges auch nur annähernd deutlich erkennen lassen. Sieht man diese Unglücklichen, so fragt man sich unwillkürlich, wie es möglich ist, daß man sich in Deutschland so wenig mit diesen gewesenen Pionieren der deutschen Kultur befaßt. Unter diesen Auslandsdeutschen befinden sich Menschen aller sozialen Schichten, die ein charakteristisches Merkmal bieten: alle sind physisch, psychisch und wirtschaftlich völlig heruntergekommen. Wenn auch derlei vereinzelte Schilderung keinen Anspruch erheben darf, allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen, so wäre es bestimmt anders, wenn sich allerwärts, wo Auslandsdeutsche wohnen, Ärzte finden würden, die ähnliche Untersuchungen anstellen wollten. Dann würde durch die erhebliche Menge ein imponantes Resultat meiner Meinung nach wohl zu erzielen sein, wenn dieses bekannt werden würde.

Mit Absicht habe ich diese Zeilen so abgefaßt, daß jeder Laie sie mit Verständnis ablesen kann, und würde dann das jammervolle Resultat in der lokalen Tagespresse der verschiedenen Orte kundgegeben werden, dann kämen auch die Auslandsdeutschen in der Frage der Wiedergutmachung, Aufbau ihrer Existenz usw. vielleicht rascher einige Schritte dem Ziel entgegen.

Wenn sich Kollegen finden sollten, die in ähnlicher Weise in ihrem Bezirk wirken wollen und die Ergebnisse gesammelt Verwertung finden könnten, dann ist der Zweck dieser Anregung zum Nutzen der Auslandsdeutschen erfüllt.

Zur Abstimmung in Marienwerder

Von ERNST HAMMER, Flensburg.

Dem Land der Weichsel.

Im Urstromtal strömt es zum Meer.
Wie wogst du, waldrauschende Erde!
Von deinen Ufern komm' ich her,
Vom altererbten Väterherde.
In meinen Adern pulst dein Hauch,
Dich hab' ich in deiner Saat genossen,
Teil deines Ackers bin ich auch,
Aus deinen Tiefen so entsprossen.

Dein dunkler Acker ruft nach mir,
Es raunt wie verklungene Sage,
Die Toten ruhen ja in dir,
Die ich in meinem Wesen trage.
Tret' ich auf deinen stillen Grund,
Wo meine Eltern Erde worden,
So hör' ich aus der Erde Mund
Ihr Wort in heimlichen Akkorden.

Wo ich auch in der Ferne schritt
Im menschlichen Gedränge,
Ich machte doch ihren Pulsschlag mit
Und ihres Lebens eigne Klänge.
Drum trieb es immer wieder mich,
Den Hauch der Heimat einzuschlürfen;
Dann erst erfühl' ich ganz mein Ich,
Hab' ich dich ganz eratmen dürfen.

Die Heimat tritt ein fremder Fuß,
Im Grabe erschauern die Toten,
Sie haben mir zum scheuen Gruß
Beschwörend ihre Hand entboten.
Fern irr' ich in der weiten Welt,
Doch späht' ich nach geheimem Winke,
Wann ich auf dem befreiten Feld
An ihr verschwignes Leben sinke.

Eine nordische Sommernacht, halbdunkel, verschlafen und tiefstill. Der feine Duft des blühenden Holunders und des frischgemähten Heus liegt über dem üppig grünenden Land. Es ist, als sollte jenes geheimnisvolle Licht aus der Tiefe des Nordens über den Horizont leuchten, das wir hier so oft beobachten können, das sommerliche Nordlicht. Da plötzlich zittert es durch die Luft, es ist 12 Uhr um Mitternacht, ein tiefer, gewaltiger, singender Klang, er kommt aus der Höhe, alle Glocken der Stadt läuten den Augenblick ein, wo um ein großes Gemeinwesen sich wieder die Grenzen des Deutschen Reiches schlingen. Wir sind in Flensburg in der Nacht vom 16. zum 17. Juni. Ergriffen stehen wir da und kosten die unbeschreibliche Wonne eines großen Geschehnisses. Sie gehört zu den vielen Erlebnissen der letzten Jahre, die unvergeßlich sind. Und nun von Flensburg auf die Reise nach Osten, ins Land, das mich geboren hat! Stand man als Deutscher und als langjähriger Flensburger Bürger mit nationalem Zorn in den Kampffreien gegen die Dänen, wie erst, wenn es gilt, die Gräber der eigenen Vorfahren zu verteidigen! Das Schiff trug uns von Kiel nach Pillau bei schönstem Wetter, 500 Heimmattreue, vorbei an den steilen Küsten Rügens, die die Abendsonne überglühte, vorbei an der Halbinsel Hela, die uns geraubt ist, und der frischen Nehrung, über deren Wäldern und Dünen der heiße Mittag flimmerte. Sowie wir in Pillau ans Land stiegen, strömte uns der süße Duft der Heimat entgegen und begleitete uns in berückender Fülle durchs ganze Land, der Honigduft der Lindenblüte. Nun ging's vorbei an dem alten Königsberger Schloß, das seine grauen Mauern und Türme hoch vor uns aufreckte, als wir in der Dämmerung des Abends Königsberg durchfuhren, vorbei an dem Wunderbau des Marienburger Schlosses, dessen rote Wände das Licht des frühen Morgens überspielte, hin zu dem altherwürdigen Marienwerder Dom und Schloß, dessen gewaltiger Turm in alter selbstverständlicher Ruhe dastand, schlicht und voll Kraft, als wollte er sagen, fürchtet euch nicht, ich bin ein alter Kämpfe. Du Freund meiner Jugend und Wahrzeichen meines Heimatgefühls, wir verstummten, als wir dich sahen, aber dies Verstummen war mehr als Freudenschrei. Nun sind wir hier, und unser Blick schweift von dem diesseitigen

Hochufer über die üppige Niederung und die Weichsel zu den jenseitigen Höhen, über die der Wald von Fiedlitz wandert. Rechts von ihnen grüßt das alte Schloß des Städtchens Mewe herüber — Urgroßvater und Ururgroßvater schlafen dort den letzten Schlaf —, links davon das Städtchen Neunburg mit seiner hochragenden Kirche, alles jetzt polnisch. Wir gehen durch sämtliche Gassen und Gäßchen Marienwerders, jeder Schritt eine Erinnerung, und wundern uns über den Spuk, der hier sein Wesen treibt, rasende Autos, italienische Truppen, Bersaglieri, die allabendlich unter den alten Ulmen des Flottwellplatzes ein Konzert geben, das uns musikalischen Deutschen jahrmaktsmäßig genug anmutet, Franzosen, Japaner, polnische Polizeitruppe und deutsche. Über dem Landschaftsgebäude flattern die Fahnen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans. Sonst aber merkt man hier nicht viel von Wahlkampf. Wer den heißen Atem des Ringens in Flensburg gespürt hat, ist hier zuerst unwillkürlich enttäuscht, bis er sich besinnt, daß es hier ja gar keine Polen gibt. Bei der Volkszählung 1910 hatte das ganze Abstimmungsgebiet Westpreußens neben 136 000 Deutschen nur 25 000 Polen. Im Kreise Marienwerder waren 88 % deutsch, im Kreise Rosenberg 92, im Kreise Marienburg 98; nur im Kreise Stuhm war der Prozentsatz der Deutschen nicht so hoch: hier waren 58 % deutsch. Aber die Städte sind fast rein deutsch. Von den 10 Städten des Abstimmungsgebietes haben 7 mehr als 95 % deutsche Einwohner. Auch der Grundbesitz ist fast ganz in deutscher Hand: 93 % im Kreise Marienwerder, 99 % im Kreise Marienburg, 97 % im Kreise Rosenberg, 71 % im Kreise Stuhm.

So ist es erklärlich, daß hier auch der Plakatkampf in Marienwerder, gemessen an dem in Flensburg, sehr zahm ist: ich habe bisher nur vier Arten farbiger Plakate gesehen, alle deutsch, kein einziges polnisch. Auch polnischen Flaggen-schmuck oder Schleifen in polnischen Farben sieht man nirgends. In Flensburg führte der Flaggenkampf der beiden Nationalitäten zu einem ungemein prächtigen Bilde, hier fehlen polnische Farben vollkommen und die Fahnen der deutschen Seite sind sehr klein an Umfang und gering an Zahl, denn die Kommission hatte alle Fahnen und Schleifen in den alten kaiserlichen

Farben Schwarz-weiß-rot verboten. Unter diesen Fahnen hat Deutschland zu gewaltige Schläge ausgeteilt, sie sind anstößig, dagegen dürfen die alten preußischen Fahnen, die niemand mehr hat, in Schwarz-weiß und die neuen deutschen Farben Schwarz-rot-gold und die Farben der Stadt Marienwerder, Blau-weiß, gezeigt werden.

So geht diese alte deutsche Kulturstätte ruhig der großen Entscheidung am 11. Juli entgegen, um aller Welt unwiderleglich zu zeigen, welch frevles Spiel man auch hier mit dem Abstimmungsrummel betrieben hat, der ja nur dazu da sein sollte, nicht Gerechtigkeit zu üben, sondern Deutschland zu schaden, indem man meinte, Deutsche nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes kaufen zu können. Aber hier steht der Deutsche als letzter Kulturposten der polnischen Unkultur gegenüber und ist sich dessen bewußt, er ist seines Sieges sicher und weiß, daß auch das Westpreußen, das ohne Abstimmung uns geraubt ist, in nicht zu langer Zeit zurückkehren wird aus polnischer Knechtschaft in deutsche Ordnung und Gesittung, was Deutsche und Polen dort drüben jenseits der neuen Grenze in gleicher Weise herbeisehnen. Die vielen Flüchtlinge vor dem polnischen Kriegsdienst beider Nationalitäten und die Auswanderer auch polnischen Blutes beweisen es.

Die Abstimmungstage in Marienwerder.

Die Abstimmungszeit in Flensburg bedeutete für mich einen Kampf mit wahnwitziger Teilnahme der Gemütskräfte, mit Furcht und Hoffnung, Haß und Siegesrausch. Hier in meiner Heimat schweigen die kämpfenden Gewalten meiner Brust, mir ist, als käm' ich zu einem Feiertag, als schmückten sich die Häuser dieser lieben Stadt für ein Fest des Wiedersehens und der Erinnerung, und deshalb blühte in dunkelroter Glut die Pracht des heimischen Sommers auf dem alten Ziegelbau von Dom und Schloß. Der Feind ist nicht sichtbar, dafür aber kommen sie an, die vielen Genossen meiner Jugend, um Vergessenes aufklingen zu lassen und einen Kreis zu schlingen um altes Geschehen. Aber sie kommen nicht alle, die im Bilderbuch meiner Jugend abgebildet sind, und die da kommen, tragen in ihrem Antlitz die Fußspuren der Zeit, jene merkwürdigen Kennzeichen des Weges, über den vieles gegangen ist. Hinter solchem Schleier suchen wir das Alte, das einst jung war, und stehen ergriffen vor dem Geheimnis, das wir Schicksal nennen. Neues lebt zwischen den lange Gekannten, und manche Stimme spricht zu uns aus den Gräbern. Aber immer sehen wir zweierlei, das Einst und das Jetzt, und über unsern Kämpfen schüttelt seine Fittiche der stürmische Vogel Zukunft, geheimnisvoll, schauererregend, hier mehr als anderswo, denn wir befinden uns hier an der Wetterecke Europas.

Hätte die Entente voraussehen können, was die Abstimmungen den betreffenden Gebieten und damit vielen Millionen Deutschen im übrigen Deutschland bedeuten würden, sie hätte sie unterlassen. Die Frucht dieser Tage ist ein tief erregtes Vaterlandsgefühl, das alle Schichten des Volkes, auch die Brust des einfachsten Tagelöhners, ergriffen hat und das die vielen Rückwanderer, die zum Kampf mit dem Stimmzettel in ihren Heimatsort geeilt sind, mitnehmen und verpflanzen werden über ganz Deutschland. Das ist ein Gewinn dieser kummervollen Tage, nicht wägbare, der aber zu seiner Zeit sich zeigen wird als Kraft und Sieg. Hier ist außerdem ein so furchtbarer Haß gegen Polen in die Seelen der Bevölkerung gesunken, daß er über kurz oder lang zum offenen Kampf führen muß.

Das Fest begann, denn das waren in Wahrheit diese Abstimmungen, ungefähr mit dem Augenblick, als Dr. von Hol-

tum, aus Polen befreit, von der Treppe des Deutschen Hauses in vor innerer Bewegung unterbrochener Ansprache an die versammelte Menge von seinen Erlebnissen in Polen während seiner Verschleppung berichtete. Schon waren genügend Fremde in der Stadt, und die Häuser und Straßen begannen sich zu schmücken. Man kehrte sich nicht an das Verbot, wonach die Erdgeschosse nicht geschmückt und die schwarz-weiß-roten Fahnen nicht gezeigt werden durften. Im Gegenteil, ein Haus nach dem andern wurde bekränzt, eine Fahne nach der andern erschien, Girlanden in großer Menge wurden über die Straßen gezogen, so daß manche Teile der Stadt fast einem Laubengang glichen. Unausgesetzt rollten die Züge heran, die die Abstimmungsberechtigten brachten, und die schon da waren, fanden sich regelmäßig am Bahnhof ein, um Bekannte und Verwandte ebenfalls zu erwarten, so daß stets Hunderte am Bahnhof versammelt waren. Jeder Zug wurde mit Musik empfangen; wer auf die umliegenden Ortschaften weiterreisen mußte, wurde erst in den wundervoll geschmückten Wartesälen bewirtet und dann in Kraftwagen weiter befördert. Oft konzertierte die Kapelle noch vor dem Bahnhof, und Redner hielten Ansprachen von der Treppe des Deutschen Hauses (dem Bahnhof gegenüber), das die Geschäftsräume des Deutschen Ausschusses enthielt.

Else Heims vom Deutschen Theater in Berlin eröffnete den Reigen der allgemeinen Feiern mit „Iphigenie“ und „Minna von Barnhelm“. So stand auch hier die deutsche Kultur warm und leuchtend wie die Sommersonne über diesen Tagen. Dann folgte im Liebentaler Wäldchen die Aufführung des „Nacht-lagers von Granada“. Chor und Orchester wurden von einheimischen Kräften gestellt, und es bedurfte eifriger Arbeit und vielen guten Willens, um doch diese lebenswürdige Musik zu voller Wirkung zu führen. Nie hat dieses Wäldchen, der Spielplatz unsrer Kindertage, einen solchen Strom von Menschen gesehen, als in der stummen warmen Sommernacht unter den hochragenden jungen Eichen die Kreutzersche Musik erklang und die Massen des Chores sich den Bergesabhang herunterbewegten, um ihm Farben zu einem lebenden Mosaik zu setzen und einen leuchtenden Hintergrund zu schaffen den Solosängern im lebendigen Duft und der Dämmerung des Waldes. Der Sonnabend brachte ein umfangreiches Konzert im Dom. Es ist ein gotischer Bau mit basilikal überhöhtem Mittelschiff. Aber das Licht erhält dieser prächtige Raum nicht aus der Höhe des Mittelschiffes, sondern von den Seitenschiffen her, denn alle drei Schiffe sind hier von einem mächtigen Dache überdeckt, unter dem noch ein Wehrgang entlang läuft; die wehrhafte Kultur des deutschen Ritterordens benutzte auch die Gotteshäuser zur Verteidigung. Der Dom war überfüllt, jeder wollte noch einmal wie in seiner Jugend unter den gewaltigen Pfeilern und hochgeschwungenen Rippen, steingewordener Musik in der strengen Linienführung früher Gotik, den diesem verwandten Geiste Bachs, dem neuesten Quell deutscher Seele lauschen, der Musik. Der nächste Tag, der 11. Juli, den die Geschichte nun in ihre Bücher als einen Siegestag des deutschen Gedenkens geschrieben hat, war wie seine Vorgänger von fast südlicher Pracht. Reges Leben schon in frühen Morgenstunden. An 22 Stellen wurde abgestimmt, schon in den Vormittagsstunden war das Abstimmungsgeschäft zur Hauptsache abgewickelt. Der Nachmittag sah dann noch die vielen Wagen und Autos, die die Alten und Hinfälligen zur Wahlurne beförderten, das letzte Aufgebot, das aber ebenso eifrig und siegesfroh war wie die ersten Treffen. Der Abend brachte die Ergebnisse, wie Kenner des Ostens — dazu gehört leider nicht das große weite Deutschland, das stets hier diese gesegneten Gefilde übersehen hat —

erwarteten. Zwei vom Hundert hatten sich in Ostpreußen, acht vom Hundert in Westpreußen für Polen bekannt; wenn man das ganze Gebiet als eins betrachtet, drei vom Hundert. Das ist ein Ergebnis, das nicht nur dem schmutzigen beutegierigen Galizier auf die Finger schlägt, sondern wie mit einem Blitzstrahl die finstere Ungerechtigkeit der Versailler Friedensdiktierer beleuchtet.

Erst der Montag ergriff mit seinem Siegesrausch die Gemüter ganz und brachte Stimmungen zutage, wie wir sie in Flensburg so reichlich erlebt hatten. In Flensburg war der Druck, der auf den Geistern gelastet hatte, größer gewesen, daher auch das Aufatmen gewaltsamer. Mit einem Kommers ehemaliger Gymnasiasten des hiesigen hundertjährigen Gymnasiums klangen die Festtage aus. Der jetzige Direktor hatte die Leitung des Abends übernommen. In vorgerückter Stunde formten sich unter Vorantritt der Kapelle die Teilnehmer zu einem Fackelzuge nach dem Gymnasium, trotz strengen Verbots jedes Umzuges, jeder Ansammlung und Ansprache. Man ehrte die alte Stätte durch Lied und Rede und zog in derselben Weise in begeistertster Stimmung wieder zurück.

Gegen die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des deutschen Buchhandels.*)

Über die „Verkaufsordnung“, über die in diesen Heften schon des öfteren deutlich unsere Meinung zum Ausdruck kam, schreibt im „Hannoverschen Kurier“ ein um das deutsche Buch im Auslande verdienender Buchhändler, der auch ganz offen zugibt, daß er ein gut verdienender war, Herr C. Micreynski, Inhaber der Helwingschen Verlagsbuchhandlung:

„Der Aufsatz ‚Die neuen Ausfuhrabgaben‘ in Nr. 35042 des ‚Hannov. Kuriers‘ dürfte wohl allen Lesern aus der Seele gesprochen sein. Tatsächlich bedeuten die neuen Ausfuhrabgaben mit ihren vielen schikanösen und bürokratischen Bestimmungen eine schwere Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens. Sehr fühlbar wird davon auch der deutsche Verlagsbuchhandel getroffen, der stets bemüht war, durch weiteste Verbreitung des deutschen Buches im befreundeten und im feindlichen Auslande den deutschen Gedanken und das deutsche Ansehen zu stärken und zu heben. Ganz besonders werden ferner durch die jetzt erhobenen 8 Prozent (neben allen sonstigen Unkosten) Abgaben die Auslandsdeutschen und die deutschen Buchhandlungen im Auslande getroffen. Bei dem durch die gewaltig gestiegenen Selbstkosten für Druck, Papier und Einband bereits bis zur Höchstgrenze der Absatzfähigkeit gestiegenen Preise des deutschen Buches tritt durch die neuen Abgaben eine solche Verteuerung ein, daß für das Ausland keinerlei Anreiz zum Einkauf deutscher Bücher mehr besteht. Das deutsche Buch wird in der Welt wieder durch französische und englische Literatur verdrängt werden. Dafür kann ich aus eigenem Betrieb ein Beispiel nennen. In den nordischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) waren an den technischen Hochschulen vor dem Kriege vorwiegend die vorzüglichen mathematischen und technischen Lehrbücher aus dem Verlage Gauthier-Villard in Paris eingeführt. Meine jahrzehntelangen Bemühungen um Verdrängung dieser französischen durch unsere mindestens wohl gleichwertigen deutschen Lehrbücher blieben vergeblich. Erst im vorigen Jahre wurden durch den Tiefstand der deutschen Währung die Bemühungen erfolgreich. Allein mein Verlag hat mit einem Währungszuschlag von etwa 100 Prozent viele

Die große vaterländische Festwoche, die sich Abstimmung nennt, ist in die geheiligten Tiefen der Erinnerung hinabgetaucht. Tausende strömen der Heimat zu. Die sonnigen Tage sind gewesen. Der Alltag legt leise sein Grau auch über Ost- und Westpreußens Felder und Städte, das Brot ist gereift, und die Sense erklingt. Gott schütze dich, du vielgeliebtes Land! Wir wissen, wie dir Unrecht zugefügt ist, daß dort drüben jenseits der Weichsel der Pole dich verwüstet. Aber wir wissen auch alle, die wir hier waren, sein Adler, der weiße Adler, ist im Fallen, er stürzt, aus seinen Krallen gleitet die gestohlene Beute. Nicht mehr lange, und auch drüben schwebt der schwarze Adler über dem Land, das ihm gehört. Dort soll er horsten bis an das Ende aller Tage. Leb wohl, du freundliches Land, du deutsches Land! Kein Dorf darf dir entrissen werden. Wir kehren zurück zu ernster Arbeit. Aber bei allem Tun wird uns doch stets das eine Wort im Herzen brennen, immer empfunden, seltener ausgesprochen: Deutschland!

hundertumfangreiche und teure Werke in die nordischen Länder ausführen können. Das kam mir, den beteiligten Verfassern, den die Lieferung vermittelnden Buchhändlern und damit auch dem Steuerfiskus und der deutschen Währung zugute. Mit der im Januar dieses Jahres gegen eine starke buchhändlerische Minderheit beschlossenen unglückseligen buchhändlerischen Auslandsverkaufsordnung, die Währungszuschüsse bis zu 700 Prozent vorschrieb, entfiel für das Ausland jeglicher Anreiz zum Ankauf deutscher Werke, der Absatz stockt seitdem nahezu vollständig und — die französischen Lehrbücher haben sich spielend ihr bereits verloren geglaubtes Absatzgebiet zurückerobert. Wer hat den Vorteil davon? Eine besondere Härte sind die Ausfuhrabgaben für Österreich, Polen, Danzig und die abgetretenen Gebiete. Dort herrscht eine schlechtere Währung als bei uns, die dortigen Deutschen müssen also das jetzt so teure deutsche Buch schon wesentlich teurer bezahlen als hier. Dazu kommen jetzt diese weiteren 8 Prozent und sonstige Unkosten. Das ist eine Strafe für die an Deutschland festhaltenden Auslandsdeutschen und eine Erschwerung der so wünschenswerten Angliederung Deutschösterreichs. Caveant consules! — Ein Weiteres! Im Gegensatz zu anderen Handelsartikeln handelt es sich bei der Lieferung von Büchern um Millionen kleiner Einzelsendungen in Kreuzbändern. Für jedes einzelne Buch muß vorschriftsmäßig ein ‚Doppel der Faktur‘ an die Leipziger Außenhandelsniederstelle für das Buchgewerbe eingesandt werden, dort häufen sich diese Fakturen tatsächlich zu Millionen und brauchen lediglich zu ihrer Sichtung schon jetzt ein mehr als 60köpfiges Beamtenheer. Und das im Zeichen der herrschenden Papiernot, die Sparen an jedem Stückchen Schreibpapier zur unabweisbaren Pflicht machen sollten.

‘In den „Hamburger Nachrichten“ schreibt die Vereinigung Hamburg-Bremer Exportbuchhändler das folgende:

„Mit besonderer Genugtuung hat die ‚Vereinigung Hamburg-Bremer Exportbuchhändler‘ von Ihren Auslassungen ‚Ausfuhrverbot und Auslandsdeutsche‘ in Nr. 265 Ihrer Zeitung Kenntnis genommen. Unsere Vereinigung hat durch ihre Vertreter bei den Verhandlungen über die ‚Verkaufsordnung für Auslandslieferungen von Gegenständen des deutschen Buchhandels‘ ihre Bedenken nachdrücklich zur Geltung gebracht und schon

*) Siehe auch S. 469.

damals darauf hingewiesen, daß die voraussichtlichen ideellen Nachteile dieser 'Verkaufsordnung' sehr viel gewichtiger sein würden, als die erhofften materiellen Vorteile. Man ist leider über unsere Bedenken hinweggegangen, obwohl wir in Hinblick auf die Zuschriften unserer speziellen ausländischen Geschäftsfreunde, nämlich der Auslandsdeutschen, schon damals darauf hinwiesen, daß ganz besonders diese unter den Auswirkungen der 'Verkaufsordnung' zu leiden haben würden, weil sie vielfach nicht mit fremdem, sondern mit deutschem Gelde kaufen. Wir haben keineswegs verkant, daß ganze Auflagen kostspieliger und nur mit erhöhten Aufwendungen wieder herstellbarer Werke (Tafelwerke, Kunstpublikationen u. dergl.) vom Ausland zu einem Spottpreis aufgekauft wurden und dann infolge der enorm verteuerten Herstellungskosten ein Neudruck, soweit er überhaupt möglich war, vom Inlandkonsumenten mit dem doppelten und dreifachen Preis bezahlt werden mußte; wir haben auch stets gewürdigt, daß die Bücherkäufer im Ausland, also auch die Auslandsdeutschen, soweit sie ihr Einkommen in fremder Währung verlangen, deutsche Bücher trotz des Valutaufschlags immer noch vorteilhaft, nämlich um $\frac{2}{3}$ billiger kaufen, als wenn die Mark Friedenswert hätte — sind aber trotzdem der Einführung der 'Verkaufsordnung' mit aller Entschiedenheit entgegengetreten, weil wir der Meinung waren, daß in diesem Falle nicht materielle Vor- und Nachteile bestimmend sein durften, sondern daß jetzt in entschlossener Weise die gebotene Gelegenheit ohne eigentliche Opfer dem deutschen Buch und damit deutschem Geist und deutscher Wissenschaft weiteste Verbreitung im Ausland zu verschaffen, ausgenützt werden müsse. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in diesem Zusammenhang das deutsche Buch nicht als Ware im üblichen Sinne behandelt werden dürfe, und daß deshalb, wenn man sich nicht von eigennützigen und auch dann recht kurz-sichtigen Motiven leiten lassen wolle, die Einführung eines erhöhten Auslandspreises für deutsche Bücher und deutsche Zeitschriften eine geradezu unglaubliche Torheit sei. Besonders aber jetzt, in einer Zeit, da wir alles tun müssen, deutsche Art und deutsches Wesen im Ausland wieder zur Geltung und Achtung zu bringen und unseren deutschen Brüdern im Ausland die lange Jahre aufs schmerzlichste entbehrte geistige Nahrung wieder zuzuführen. —

Wir sind mit unseren Argumenten nicht durchgedrungen, weil das allzu geläufige Schlagwort vom „deutschen Ausverkauf“ leider auch in diesem Fall seine suggestive Wirkung nicht verfehlt hat. Die Dinge haben sich dann aber so entwickelt, wie wir es kommen sahen, d. h. das Ausland und insbesondere die Auslandsdeutschen lehnen es ab, für deutsche Bücher und deutsche Zeitschriften, die sie zum weitaus größten Teil ja schließlich nicht unbedingt haben müssen, erheblich erhöhte Auslandspreise zu zahlen und sie lassen auch das Argument, daß sie trotzdem billiger als in Friedenszeit kauften, nicht gelten mit der durchaus berechtigten Einwendung, daß die heutigen Preise deutscher Bücher und Zeitschriften ja ohnedies schon mehr als doppelt so hoch seien, als die Friedenspreise derselben Bücher und Zeitschriften, ganz zu schweigen von der heutigen miserablen Ausstattung deutscher Geistesprodukte.

Und hier liegt nun in der Tat die Gefahr, die der Weltverbreitung des deutschen Buches droht. Der Inlandspreis eines deutschen Buches ist schon heute nicht mehr erheblich niedriger als der Preis eines gleichartigen englischen oder französischen Buches, besonders dann, wenn man auch die vorerwähnte minderwertige Ausstattung des deutschen Buches gebührend in die Rechnung einstellt. Dabei befinden sich die Verkaufspreise

deutscher Bücher und Zeitschriften noch immer in ansteigender Bewegung; es kann also nur noch kurze Zeit währen, dann haben das deutsche Buch und die deutsche Zeitschrift den Weltmarktpreis (soweit bei Büchern und Zeitschriften von einem solchen überhaupt gesprochen werden kann) erreicht, und wenn bis dahin die „Verkaufsordnung“ nicht außer Kraft gesetzt worden ist, dann werden wir gar bald mit Befriedigung feststellen können, daß deutsche Organisation und Schematisierung wieder einmal einen herrlichen Sieg errungen haben; dann werden wir es erreicht haben, auch den deutschen Geist und deutsche Wissenschaft rationiert zu haben, diesmal nicht im eignen Lande, sondern sogar außerhalb der schwarz-rot-goldnen Pfähle und zwar so durchschlagend, daß wir uns voraussichtlich fürs erste keine Sorgen mehr um die Verbreitung des „deutschen Gedankens in der Welt“ zu machen brauchen. So sehr wir die überragende Bedeutung deutscher Wissenschaft und deutscher Geistigkeit auch einschätzen, sind wir doch der Meinung, daß große Gruppen unserer Literatur, die bislang in großen Mengen ins Ausland gingen, so die gesamte schöngeistige Literatur, dort durch anderssprachige Literatur ersetzt werden können und ersetzt werden. Mittel und Wege, das deutsche Buch im Ausland zu ersetzen, werden die beteiligten Staaten schon zu finden wissen, denn großzügige Kulturpropaganda zu treiben, haben Frankreich und England ja von jeher recht gut verstanden.

Wir Hamburger und Bremer Exportbuchhändler, die wir seit Jahrzehnten für die Verbreitung guter deutscher Literatur im Ausland wirken und uns deshalb in dieser Angelegenheit ein Urteil zu sprechen erlauben dürfen, sind der Meinung, daß hier eine Angelegenheit im Fluß ist, die die aufmerksamste Beachtung aller Deutschgesinnten beansprucht. Wir verkennen die guten Absichten derjenigen nicht, die mit der „Verkaufsordnung“ unserem Wirtschaftsleben nützen wollten, müssen aber nun erwarten, daß diese Kreise jetzt auch den Mut haben, einzustehen, sich geirrt zu haben, und daß sie zugeben, daß über dem Vorteil des einzelnen das Wohl der Gesamtheit stehen muß. Die „Verkaufsordnung für Auslandsieferungen von Gegenständen des deutschen Buchhandels“, mitsamt dem dazu gehörigen Ausfuhrverbot, das kein Ausfuhrverbot ist, müssen mit größter Beschleunigung wieder aus der Welt geschafft werden zum Segen unserer kulturellen Weltgeltung, den Auslandsdeutschen zur Genugung und zum Vorteil der deutschen Wirtschaft, soweit sie richtig einzuschätzen weiß, was ihr, wenn auch nicht von heute auf morgen, zum wahren Vorteil gereicht. —

Demgegenüber verteidigen sich die Verleger in folgender

Begründung

der Verkaufsordnung für Auslandsieferungen:

„Wenn der Deutsche für jede Ware, die er aus dem Auslande bezieht, die durch das augenblickliche Kursverhältnis verursachten ungeheuren Preise zahlen soll, der Ausländer aber deutsche Ware fast geschenkt erhält, so mag dieser Zustand dem Ausländer keiner Änderung zu bedürfen erscheinen. Aber kann es dem Deutschen verargt werden, wenn er sich dagegen wehrt, daß der Ausländer alle Vorteile aus den Valutaspannungen für sich in Anspruch nimmt, alle Nachteile aber von sich abwälzt auf Kosten der deutschen Volkswirtschaft, die in ihren Grundlagen bedroht ist? Der Frieden hat Deutschland ungeheure Lasten auferlegt. Da sollte ihm jeder billig und gerecht Denkende wenigstens die Befugnis zugestehen, daß es alle vorhandenen Möglichkeiten seiner Selbsterhaltung dienstbar macht. Nun bedeutet die Verkaufsordnung für Auslandsieferungen, die lediglich einen Ausgleich schafft und die Lasten gerecht verteilt, in Wahrheit keineswegs eine Überteuering des ausländischen

Käufer. Kostete in Deutschland ein Buch früher 6 Mark, so hatte ein Holländer dafür vor dem Kriege 3,60 Gulden zu zahlen; kostet dasselbe Buch heute in Deutschland das Doppelte, so hat der Holländer dafür jetzt einschließlich des Valutaaufschlags von 500 Prozent doch nur 2,88 Gulden zu zahlen. Hierbei ist ein Friedenskurs von 0,60 Gulden und der Tageskurs Anfang April von 0,04 Gulden für die Mark zugrunde gelegt. Da sich aber die Valutaufschläge der Entwicklung des Tageskurses anpassen, bleibt das Verhältnis immer das gleiche. Ist der Preis für das Buch in Deutschland auf etwa das Dreifache, also etwa auf 20 Mark gestiegen, so kostet es dem Holländer jetzt einschließlich Valutaufschlag immer erst ein Drittel mehr als früher, nämlich gegen früher 3,60 Gulden jetzt 4,80 Gulden. Dies ist nicht unbillig in Anbetracht der Tatsache, daß der Deutsche für ein holländisches Buch, das er vor dem Kriege für 10 Mark erhielt, heute 150 Mark zahlen muß. Will der Ausländer wirklich nicht eine Preissteigerung um 30—50 Prozent auf sich nehmen können, wo der Deutsche solche von vielen Hundert Prozent tragen muß?

Der ausländische Buchhändler und alle Bücherinteressenten sollten sich die Notlage vergegenwärtigen, aus der die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen entstanden ist. Wenn sie erstaunt sind, welche Mehrbeträge in Mark den deutschen Buchhändlern zufließen, so sollten sie bedenken, einmal: daß dieser Mehrbetrag nicht annähernd der ungeheuren Entwertung des deutschen Geldes Rechnung trägt, und sodann, daß es nicht nur darauf ankommt, was der deutsche Buchhändler erhält, sondern auch darauf, was der ausländische Einkäufer seinerseits zahlt. Hier ergibt sich aber, daß das vom ausländischen Käufer aufzuwendende Vermögensopfer in einem schreienden Mißverhältnis steht zu den Preisen, die er für andere Waren ähnlicher Art und Güte auf dem Weltmarkt zu entrichten hat. Die deutsche Ware kann nicht lediglich ihres Ursprungs wegen auf dem Weltmarkt entwertet sein, da der Wert wirklicher wirtschaftlicher Güter von der Entwertung eines bloßen Wertmessers, nämlich des Geldes, vernünftigerweise nicht berührt werden, das Geld vielmehr immer nur Wertausdrucksmittel, aber nicht konstanter Wertträger sein kann. Es schließt eben jede Entwertung des Geldes bei zunehmender Warenknappheit eine Höherbewertung der Ware logisch in sich. Demgemäß kann auch der deutsche Buchhändler mit einem Betrage von 100 Mark nicht annähernd diejenigen Waren erhalten, die ihm früher für einen Betrag von 10 Mark zugänglich waren.

Das deutsche Buch bleibt im Auslande immer noch konkurrenzfähig; es wird nicht teurer als andere Bücher gleicher Art und Güte. Der deutsche Buchhandel, der keinen Ausverkauf beabsichtigt, benötigt die Mehreinnahme, will er die Bücherpreise im Inland auf einer Höhe erhalten, die ihren Absatz noch ermöglicht, und will er auch nur einigermaßen den riesigen Kapitalbedarf decken, den der Fortbestand des Geschäfts mit sich bringt. Der Mehrerlös aus den Auslandsverkäufen ist daher keineswegs ein ihm mühe- und verdienstlos zufließender überflüssiger Reingewinn, sondern nur die einzige Möglichkeit, seinen Betrieb aufrechtzuerhalten und die Bestände seines Lagers in bescheidenem Umfange wieder aufzufüllen. Gewinnsucht wird dem deutschen Buchhändler nur von den Kreisen vorgeworfen, denen die aus höchster Not entstandene Abwehrmaßnahme die Betätigung ihrer eigenen Gewinnsucht unterbindet. Denn vielfach kam der Tiefstand unserer Mark nur dem ausländischen Zwischenbuchhändler, nicht aber in Gestalt billiger Bücher dem kaufenden Publikum zugute.

Überdies ist der deutsche Buchhändler für absehbare Zeit

nicht in der Lage, in seiner Produktion mit jeder beliebigen Absatzziffer gleichen Schritt zu halten. Nur wenn dies der Fall wäre, würde sich aber die Forderung rechtfertigen lassen, daß die größte Absatzziffer, sei es auch zu Schleuderpreisen, erzielt werden müsse, um die Verbreitung deutscher Geisteskultur zu fördern. So gewiß letzteres das oberste Ziel des deutschen Buchhandels ist und bleiben wird, so gewiß ist es durch einen Schleuderausverkauf nicht erreichbar, ganz abgesehen davon, daß der deutsche Buchhandel auch den Bedarf des Inlands an Geisteserzeugnissen seines Volkes zu decken hat. Ein Buchhändler, der sein Warenlager nur zu einem Bruchteil des Preises ausverkauft, den die Neuherstellung kostet, ist ebenso wenig ein ordentlicher Kaufmann wie ein Förderer deutschen Geisteslebens.

Wer deutsche Bücher schätzt und ein Interesse an der Erhaltung eines lebensfähigen deutschen Buchhandels bekunden will, sollte ihm helfen, indem er ihm mit Anerkennung der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen gibt, was ihm gebührt. Wird doch auch durch die Ausfuhrkontrolle dem Schleich- und Schiebewesen das Handwerk gelegt und der solide Buchhandel im Auslande dagegen geschützt, daß sich dem Publikum anderswo eine günstigere Einkaufsmöglichkeit bietet. Damit sich für das ausländische Publikum der direkte Bezug aus Deutschland nicht billiger gestaltet, wird auf alle von deutschen Buchhändlern an das ausländische Publikum erfolgenden Verkäufe ein Sonderzuschlag von 20 Prozent auf die sich nach der Umrechnung ergebenden Verkaufspreise erhoben.“

Dieser Standpunkt läßt aber jenen vollkommen außer acht, den wir in der Frage an die Spitze stellen, nämlich den der deutschen Kultur und ihrer Bedeutung und Vertretung in aller Welt. Man lese, was uns aus Schweden eine deutsche Frau schreibt:

„Als geborene Deutsche ließ ich mein Vermögen trotz des Krieges aus Vaterlandsliebe in Deutschland und kann deshalb nun kaum hier in Schweden von meinen Zinsen leben, da ich durch das Wechseln so viel verliere. Nun verlangt auch noch mein Buchhändler Auslandsprozente von mir. Die Valutaschacherer gehen frei aus und Unschuldige müssen büßen. Damit hätte ich mich schließlich noch abgefunden und meine Bücherkäufe eingeschränkt. Ich schrieb meinem Buchhändler, daß ich infolge der inzwischen eingetretenen Teuerung meine letzte bestellte Sendung absagen müßte. Darauf, schreibt der Mann recht patzig, könnte er sich nicht einlassen, sondern wird er doch senden. Wenn sich die Deutschen auch noch die allerletzten Sympathien verscherzt haben, wird es ihnen vielleicht endlich einleuchten, daß man mit solchen Geschäftsmethoden nicht weiter kommt.“

Meine Bekannten kaufen sich jetzt vielfach französische Klassiker etc., weil sie diese Bücher so billig der Valuta wegen bekommen. Die französischen Propagandablätter, die Sie ja gewiß auch kennen, haben auf der einen Seite französischen, auf der anderen Seite den schwedischen Text. Auf diese Weise lesen die Leute gern und bequem und frischen ihre Sprachkenntnisse auf. Was tut Deutschland dagegen? Haben wir den Krieg verloren, weil wir weder im In- noch Auslande verstanden, unsere Propaganda und moralische Offensiven zu führen, so sehen die Deutschen auch jetzt noch nicht ein, das Versäumte nachzuholen. Die Entente arbeitet fleißig weiter.“ —

Wie nahe die deutsche Bücherausfuhrverordnung in ihrer Wirkung einem Ausfuhrverbot gleichkommt, wie sie namentlich in neutralen Ländern der feindlichen Kulturpropaganda in die Hände arbeitet, geht aus einem Briefe hervor, den an uns eine alte deutsche Gemeinde in der Westschweiz richtet. Es heißt darin:

„Die für die Buchausfuhr geltenden Hemmungen tun der Behauptung deutscher Kultur direkt Abbruch und werden sicher keineswegs ausgeglichen durch die damit erstrebten wirtschaftlichen Vorteile. Die französische Kulturpropaganda hat seit Ende des Krieges in der Schweiz doppelt scharf eingesetzt; man will offenbar aus der Schweiz ein Elsaß und besonders aus den Deutschschweizern Elsässer machen. Das deutsche Buch ist die Hauptwaffe Deutschlands; denen, die nach dieser Waffe verlangen, die Sache möglichst zu verteuern, ist doch ein kaum zu erstrebendes Ziel. Wie mancher hat sich, als es vor Inkrafttreten der gerügten Maßnahmen noch möglich war, zu Hause eine deutsche Bibliothek angelegt, gerade weil es der Valutastand ihm erlaubte. Viele hätten es noch getan, haben aber dann darauf verzichten müssen. Was es indessen bedeutet, daß in der Schweiz in möglichst vielen Familien ein Grundstock deutscher Bücher zu finden ist und dauernde Freunde und Sympathien dadurch geschaffen und erhalten werden, scheint man leider nicht gewürdigt zu haben. Jedenfalls hätte man außer den wirtschaftlichen auch noch politische und kulturelle Gründe in Betracht ziehen und Bücher nicht wie Maschinen und Kohlen behandeln sollen. Eine gewisse Kontrolle war natürlich am Platze, aber die viele Arbeit und Mühe, welche mit der Anwendung der bestehenden Verordnungen verbunden ist, hätte, anders gerichtet, nützlicher sein können.“

Über die Gefahren für die deutsche Kultur in aller Welt spricht sich auch die Zuschrift eines deutschen Buchhändlers im Auslande deutlich aus:

„Mit beinahe jeder Europapost erhalte ich eine große Anzahl von Bücherkatalogen, Prospekten, Anpreisungen der Neuerscheinungen auf dem deutschen Büchermarkt usw., für deren Zusendung ich Ihnen mit bestem Danke verbunden bleibe. Leider hat es sich aber gezeigt, daß unsere Hoffnung auf die Wiederherstellung regelmäßiger Verbindungen mit der alten Heimat und die Fortsetzung und Pflege unserer früheren guten Handelsbeziehungen sehr enttäuscht wurde. Die sehr mangelhaften Arbeits- und Verkehrsverhältnisse in Deutschland, die Abhängigkeit von fremden Schifffahrtslinien und viele andere Gründe machen es heute fast unmöglich, die zahlreichen Bestellungen an Büchern, Zeitschriften, Modejournale usw. usw. entgegenzunehmen, da den Bestellern gegenüber eine Gewähr für den regelmäßigen und pünktlichen Eingang der Sachen nicht übernommen werden kann. Größere Kreuzbandsendungen scheinen in Deutschland überhaupt nicht mehr befördert zu werden.“

Wenn durch die vorstehenden Gründe unser Buchgeschäft schon auf das denkbar geringste Maß beschränkt blieb, so wurde ihm durch die neue Verkaufsordnung für Auslandslieferungen (400 Prozent Valutaaufschlag. — Der kleine Mann ist da wieder vom Bücher- etc.-Kauf ausgeschlossen. Und gerade der kleine Mann, der Kolonist ist es, welcher das Deutschtum hoch hält. — Wir Buchverkäufer wollten den Nutzen nicht haben, wir wollten viel umsetzen, jeder Deutsche und Deutsch-Brasilianer, welche sonst keine Bücher kaufen, hätten aber bei billigen Preisen gekauft!) der Todesstoß versetzt. Denn es ist vorauszu sehen und ist praktisch bereits erwiesen, daß die verhältnismäßig wenigen Kunden, die ihren Bedarf an Büchern und Zeitschriften durch uns beziehen (die Mehrzahl der Auslandsdeutschen steht mit Hamburger oder Bremer Exportbuchhändlern in geschäftlicher Beziehung), durch diese neuen Bestimmungen veranlaßt werden, ihre Bestellungen bis zum Eintritt normaler Verhältnisse zurückzuhalten. Das natürliche Empfinden sträubt sich dagegen, das Sechsfache von dem eigentlichen Werte einer Ware zu entrichten.

Sollte es dagegen nicht weit ratsamer gewesen sein, den Preis der Bücher überhaupt und in dem Maße zu erhöhen, daß allen Teilen ihr Recht werde? Hätte man doch wenigstens die gleiche Währung für alle Länder festgesetzt! Es leuchtet ohne weiteres ein, daß, wenn ich in Dollar oder Pesetas zu kaufen gezwungen bin, ich nicht konkurrieren kann mit anderen, die in französischen Franks oder italienischen Lire kaufen. Nachstehende Wechselkursstabelle vom 1. April d. J. der hiesigen ‚Banco Nacional do Comercio‘ dürfte das veranschaulichen.

So hat die neue ‚Verkaufsordnung für Auslandslieferungen‘, deren Berechtigung für die Heimatverhältnisse nicht in Frage gestellt werden darf, es dahin gebracht, daß unser Büchergeschäft zum großen Schaden des gesamten Auslandsdeutschtums, aufgehört hat zu funktionieren. Ob es demnach, mit Rücksicht auf die hohen Papierpreise, Portospesen, Arbeitszeit usw., zu empfehlen ist, uns noch weiter mit Katalogen und sonstigen den deutschen Buchhandel betreffenden Drucksachen zu überschwemmen, muß ich Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege, anheimstellen.“

Wir haben die Frage der Valutaverkaufsordnung auch unserem Wissenschaftlichen Beirat vorgelegt, um die Stellung deutscher Wissenschaftler zu der Frage zu erkunden. Es ist interessant und lehrreich, die verschiedenen Ansichten und Beleuchtungen zu vergleichen.

Herr Professor Hettner-Heidelberg, schreibt uns:

„Die Frage des Bücherverkaufs ins Ausland muß mit großer Vorsicht behandelt werden, denn es stehen sich dabei verschiedene nationale Interessen gegenüber. Zunächst darf man sich über den Wert des deutschen Buches für Kulturpropaganda keiner Täuschung hingeben; eine solche kann man wohl nur der schönen Literatur zuschreiben; das wissenschaftliche Buch wird gelesen und benutzt, und dann vielfach sogar gegen uns verwertet, während der ‚deutsche Gedanke‘ davon kaum einen Vorteil hat. Die Hauptfrage aber wird sein, ob durch den Verkauf ins Ausland deutsche inländische Interessen geschädigt werden oder nicht. Bei neu erscheinenden Büchern, deren Preis unseren jetzigen Verhältnissen entspricht und die zum gleichen Preis wieder hergestellt werden können — ob das bei starken Auflagen möglich ist, kann ich nicht beurteilen —, bringt der Verkauf ins Ausland keinen Schaden, ja unter Umständen einen geringen Nutzen, indem die größere Auflage den Preis des Buches etwas verbilligt. Dagegen steht es ganz anders mit allen älteren Büchern, die heute nicht zum selben Preis oder überhaupt nicht in derselben Weise, nur mit viel schlechteren Abbildungen usw., hergestellt werden können. Der Verkauf jedes Exemplares ins Ausland, abgesehen von Büchern, die gar keinen Erfolg gehabt haben, sog. Krebsen, schädigt das deutsche Inland, und hier stehen wir allerdings vor der Gefahr, daß es uns in kurzer Zeit mit guten Büchern ebenso gehen wird, wie jetzt mit Lebensmitteln; Bibliotheken, die jetzt in den Handel kommen, werden bekanntlich fast immer ins Ausland verkauft. Wir haben allen Grund, uns dagegen zu wehren, und ich würde es für den größten Fehler halten, diesen Gesichtspunkt zu übersehen und durch bedingungslose Befürwortung des Verkaufs deutscher Bücher ins Ausland dem heimischen Deutschtum einen erheblichen Schaden zuzufügen. Ich kann daher nur dringend raten, größte Vorsicht zu beachten.“

Dagegen teilt Herr Professor Neumann-Freiburg mit:

„Ich spreche gerne meine Zustimmung zu allen Schritten aus, die getan werden sollen, um der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des Börsenvereins der deutschen Buchhändler entgegenzuwirken. Ich halte diese Verkaufsordnung für die

Interessen der Auslandsdeutschen für höchst schädlich und daher bedauerlich. Sie stört aber auch alle Bemühungen, im Ausland durch unsere Literatur aufklärend zu wirken, sehr empfindlich, sodaß sie im Interesse des Reiches und seiner Wiedererstarkung tunlichst rasch beseitigt werden sollte."

Herr Dr. Strupp-Frankfurt a. Main schreibt:

"In der Frage des Valuta-Aufschlags bei Ausfuhr von Büchern nach dem Auslande stehe ich auf dem Standpunkt, daß sowohl die Erschwerung, die sogar soweit geht, daß Dedikations-exemplare nur direkt vom Verlag versandt werden dürfen und eine Ausfuhrbewilligung erforderlich machen, wie zum andern der Valuta-Zuschlag überaus schädliche und bedauerliche Maßnahmen sind, soweit wissenschaftliche und künstlerische Werke davon betroffen werden. Gerade diese sind geeignet, unser Ansehen im Auslande wieder herzustellen und auch den Auslandsdeutschen zu zeigen, daß wir geistig nicht zusammengebrochen sind."

Herr Professor Uhlig-Tübingen begründet seine Haltung folgendermaßen:

"Auch ich habe mir die Ausfuhrverordnungen über die in Deutschland erzeugten Drucksachen und die Lieferungsbedingungen des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler wiederholt überlegt. Der akademische Lehrer, der selbst viel Bücher sich anzuschaffen hat und überdies dafür Sorge tragen muß, daß die Studenten die für sie nötigsten Bücher erhalten, ist zunächst geneigt, Maßregeln zu begrüßen, die die Bücher im Inland festhalten und der gewaltigen Preissteigerung entgegenwirken. Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich die oben erwähnten Maßregeln vielleicht auch betrachten. Aber das sind Trugschlüsse, mindestens in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle. Ich weiß zwar, daß bei der Kalkulation des Absatzes einzelner Werke die Möglichkeit, eine ganz bestimmte Zahl im Ausland abzusetzen, mit hereingezogen worden ist, daß dann der Inlandpreis verhältnismäßig niedrig gehalten worden ist. Aber das sind verschwindende Ausnahmen. In sehr vielen Fällen habe ich mich davon überzeugt, daß die Kalkulation lediglich auf den inländischen Absatz abgestellt ist; ein etwa nach dem Ausland erfolgreicher Absatz wird natürlich sehr begrüßt. Man sollte sich aber darüber klar sein, daß er im Grund ein Kriegsgewinn ist."

Ich stimme Ihnen auch durchaus darin bei, daß dieser Gewinn eine schwere Schädigung der deutschen Kulturinteressen bedeutet. In allererster Linie werden die Deutschen im Ausland davon betroffen, weniger der Geschäftsmann, als der auf rein geistigem Gebiet Arbeitende; und der ist in der Regel so wenig begütert, daß man ihm die Möglichkeit, nach so langer Zeit einmal wieder seine Bestände an geistiger Nahrung aus der Heimat zu etwas billigerem Preise zu ergänzen, herzlich gönnen sollte. Aber auch die Möglichkeit, den nichtdeutschen Käufer durch billigere Preise zum Ankauf deutscher Bücher anzulocken, hätte man sich im Interesse einer großzügigen Kulturpropaganda nicht entgehen lassen dürfen. Die Valutasätze des Börsenvereins sind ganz unheimlich hoch und werden schon heute von manchem Buchhändler sehr bedauert, weil sie bei den so hoch gestiegenen Inlandpreisen unsere Bücher auch im Ausland so teuer erscheinen lassen, daß sie dort gar nicht mehr im Wettbewerb in Betracht kommen."

Völlig verheerend haben die Ausfuhrbestimmungen der Regierung für Drucksachen gewirkt. Es ist eine gesetzliche Bestimmung, die in ihrer Unüberlegtheit und dem Mangel an Durcharbeitung geradezu typisch ist für die neueren

Leistungen. Ich habe bisher keinen Kollegen an der Universität getroffen, der nicht seinen ganzen Versand an Sonderabdrucken an die Gelehrten im Ausland hat einstellen müssen. Denn der Umstand, der sich an die Erlangung einer Ausfuhrerlaubnis knüpft, ist ebenso groß, wie die dadurch erwachsenden Kosten. Die Vorverhandlungen für den Versand eines nur wenige Seiten umfassenden Sonderabdrucks kosten ein paar Mark! Ein weiterer Erfolg dieser weisen Maßregeln ist natürlich der, daß die Gelehrten im Ausland uns auch ihrerseits nichts schicken. Und wir hätten diese Sachen doch so nötig, da wir Auslandsliteratur ja überhaupt nicht bezahlen können. Es ist einer der bürokratischen Strangulierungsversuche an der deutschen Wissenschaft!

Die Valutasätze des Börsenvereins sollten so bald wie möglich erheblich heruntergesetzt werden. Oder es müßte eine Bestimmung erlassen werden, daß für Bücherlieferungen an das Ausland wieder Bücher im gleichen Wert einzuführen und zu entsprechenden Preisen im Inland abzugeben sind. Der unentgeltliche Austausch kleinerer Schriften zwischen staatlichen Bibliotheken — ich weiß nicht, ob mittlerweile etwas in dieser Richtung schon geschehen ist — und zwischen Gelehrten müßte völlig freigegeben werden. Die Hochschulsekretariate oder die staatlichen Bibliotheken könnten, damit hier Mißbrauch vermieden wird, ja leicht eine Kontrolle ausüben."

Herr Professor Busley-Berlin teilt uns mit:

"Auf Ihr freundliches Schreiben vom 1. Juli antworte ich Ihnen umgehend, daß ich den von Ihnen angenommenen Standpunkt gegen die Verkaufsordnung des Börsenvereins deutscher Buchhändler in Leipzig durchaus billige. Soweit mir bekannt geworden ist, hat der Börsenverein die Auslandsverkaufsordnung gegen den entschiedenen Widerspruch eines großen Teils des deutschen wissenschaftlichen Verlages erlassen. Inzwischen hat das Ausland ebenfalls energischen Einspruch gegen die Verkaufsordnung erhoben. Der Absatz deutscher wissenschaftlicher Literatur im Ausland ist zurückgegangen und große Bestellungen wurden zurückgezogen. Ich weiß ferner, daß der Börsenvereinsvorstand auf energisches Drängen einiger führender wissenschaftlicher Verleger an eine Revision seiner Verkaufsordnung herangegangen ist. Der Entwurf hierzu entspricht aber durchaus nicht den Forderungen der genannten Kreise. Ich bin daher der Überzeugung, daß die deutschen wissenschaftlichen Verleger Ihr gerechtfertigtes Vorgehen auf das lebhafteste begrüßen werden."

Herr Professor Sapper-Würzburg äußert sich wie folgt:

"Ich billige durchaus Ihre Haltung in der Frage der 'Verkaufsordnung' der deutschen Buchhändler. Ich verstehe zwar vollkommen, daß die Buchhändler sich in der gegenwärtigen, auch für sie unstreitig sehr schwierigen Lage pekunär möglichst sichern wollen; aber es ist offenbar, daß das gewählte Verfahren kulturpolitisch außerordentlich ungünstig ist, da es unseren deutschen Landsleuten, unseren draußen wohnenden Sprach- und Kulturgenossen den Ankauf deutscher Geisteswerke erschwert und damit die Kulturbande lockert, während es andererseits den für deutsches Geistesleben interessierten Ausländern den durch außerordentliche Billigkeit gebotenen Anreiz zu reichlichem Ankauf wissenschaftlicher wie literarischer Arbeiten deutscher Autoren raubt. Dadurch würden aber unsere Kulturbeziehungen zum Ausland, die an sich infolge des Krieges sehr geschwächt sind, noch weiter verringert. Was in der Zukunft wieder auf die deutschen Verleger zurückfallen wird, die durch ihre Verkaufsordnung die Gelegenheit unterbanden, das deutsche Buch in größerem Maßstab im Ausland einzubringen."

Das Diasporaheim zu Hermannstadt

Von BERTHOLD BUCHALLA

Leiter des Heims und Pfarrer der deutsch-evangelischen Diaspora in Siebenbürgen, Hermannstadt.

Die Siebenbürger Sachsen, die seit nahezu 800 Jahren, abgesprengt vom deutschen Mutterlande im fernen Südosten ihre völkische Eigenart treu und rein erhalten haben, gehören zu den wertvollsten Vertretern des Auslandsdeutschtums. Die 230000 Seelen zählende Volksgemeinschaft, die innerhalb der Grenzen des früheren Transsylvanien (Siebenbürgen) lebt, hat vermöge ihrer hohen Kultur einen für ihre Volkszahl weit übersteigenden Einfluß auf das Land und seine Bewohner, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiete gehabt. Einzigartig ist ihre Kulturrüstung, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens. 270 Volksschulen, 9 Mittelschulen, 14 Bürgerschulen, 2 Lehrerbildungsanstalten, eine Kindergärtnerinnenanstalt und mehrere Fachschulen sorgen dafür, daß deutsche Art erhalten bleiben möge. Der Kampf ums Dasein und der Trieb, als Pioniere der Kultur in die Fremde zu ziehen, um Neuland zu erwerben, hat auch aus unserer kleinen Gemeinschaft so manchen herausgezogen, die nun in einer fremden, ihnen oft feindlichen Umgebung sich durchschlagen und behaupten müssen. Auf diese Art bekommen die Siebenbürger Sachsen, die schon an sich Diasporadeutsche sind, ihre besondere Diaspora. Damit der Nachwuchs, dem in Ermangelung materieller Mittel der Besuch einer deutschen Schule unmöglich wäre, für das Deutschtum nicht verloren gehe, wurde in Hermannstadt ein Schülerheim, Diasporaheim, gegründet, in dem deutsche Kinder vom 6. bis 20. Lebensjahr eine Unterkunft finden. Das Diasporaheim zu Hermannstadt hat in den 20 Jahren seines Bestehens ungefähr 1000 deutsche Kinder, die rettungslos in der rumänischen oder madjarischen Umgebung untergegangen wären, zu bewußten, tüchtigen, deutschen Kulturträgern erzogen, die zum Teil als Pastoren (Pfarrer Fristol in Konstanza und Pfarrer Klein in Wermesch), zum Teil als Oberlehrer und Volksschullehrer in Siebenbürgen, Alt-Rumänien, in der Dobrudscha tätig sind, zum größten Teil aber als deutsche Handwerker und Kaufleute sich eine Existenz geschaffen haben. Durch Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien, der Bukowina, dem Banat und Beßarabiens, ist das Arbeitsgebiet des Diasporaheimes außerordentlich gewachsen. Früher schon mußten gelegentlich Kinder aus Alt-Rumänien aufgenommen werden, jetzt ist der Zustrom von Kindern aus den oben angeführten, neu hinzugekommenen Gebieten so gewachsen (viele von den Kindern, die um Aufnahme ansuchen, sind reichsdeutscher Abstammung), daß eine Erweiterung der Anstalt, die mit einer Schuld von 75000 Kronen belastet ist und nur für 60 Kinder bestimmt war, die aber in diesem Schuljahr 98 Kinder beherbergt, unumgänglich notwendig ist. Die Zahl der Aufnahmegesuche betrug im September vorigen Jahres 536, die Zahl der Gesuche wird in diesem Jahr bedeutend höher sein. Wenn da nicht Hilfe zuteil wird, werden andere reife Garben ernten, dort, wo wir zu schwach sind, den Acker zu bestellen. Um ein deutsches Rettungswerk edelster Art handelt es sich hier. Was könnte uns allen mehr am

Herzen liegen, als das Schicksal der deutschen Kinder, unserer Zukunft, die unrettbar untergehen in der brandenden feindlichen Flut, die in diesem Fall ohne eigenes Verschulden der Gefahr entgegengehen das Höchste und Heiligste zu verlieren, ihre deutsche Eigenart, ihr deutsches Bewußtsein, den trauten Laut des deutschen Wortes.

Die Kosten zur Erweiterung des Diasporaheimes werden bei den außerordentlich hohen Materialpreisen und Arbeitslöhnen ungefähr 500000 Kronen, das sind 200000 Mark, betragen; diese Summe können die Siebenbürger Sachsen, die zur Erhaltung ihrer deutschen Schulen bis zu 1200 % nach ihrer Staatssteuer Schulumlagen zahlen, unmöglich aufbringen, die Gesamtleistung der Siebenbürger Sachsen für Kirche und Schule beträgt für das Jahr 1920 23 Millionen Kronen, ein Betrag, der weit ihre Leistungsfähigkeit übersteigt. Die sächsische Kirche mußte zwei Vertreter nach Amerika senden, um die dort weilenden Volksgenossen zur Beihilfe aufzufordern, das Erbe der Väter zu erhalten, um es ungeschmälert den Nachkommen übergeben zu können. Durch die Erweiterung des Diasporaheimes wird unsere Volksgemeinschaft ganz besonders belastet, wenn man bemerken darf, daß es sich um Kinder handelt, deren Eltern nur der Not gehorchend die heimliche Scholle, den elterlichen Herd verlassen und in der Fremde sich eine zweite Heimat schaffen müssen. Nur der Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft unserer Volks- und Glaubensgenossen, die beispiellos dasteht, danken wir die Erhaltung des so segensreich wirkenden Diasporaheimes, das vielen von seinen Schutzbefohlenen Schulbücher und Kleidungsstücke beschaffen muß. Der ungedeckte Fehlbetrag bei der Erhaltung der Anstalt betrug im verflossenen Jahr 70000 Kronen. Trotzdem sehen wir uns genötigt und fühlen uns verpflichtet, an die Erweiterung der Anstalt zu schreiten, ungeachtet der wachsenden Lasten, weil wir in dem Diasporaheim ein deutsches Hilfs- und Rettungswerk edelster Art, einen Nothafen für so viele deutsche Kinder erkannt und den Erfolg dieser Arbeit an unserem Volkskörper verspürt haben. Hier helfend, fördernd einzugreifen, sei heilige Pflicht für alle diejenigen, denen die Möglichkeit gegeben ist, zu retten, was verloren zu gehen droht, und die ein offenes Ohr und ein empfängliches Herz für flehende deutsche Kinderstimmen haben, damit sie kommenden besseren Tagen erhalten bleiben und nicht verderben, den Kindern selbst zum Heile, vor allem aber der großen deutschen Volksgemeinschaft zur Ehre.

Alle Gaben für diesen Zweck mögen mit der Bezeichnung: Spende zur Erweiterung des evang. sächsischen Diasporaheimes zu Hermannstadt in Siebenbürgen — an das Landeskonsortium der ev. Landeskirche in Hermannstadt oder an die Hermannstädter allgem. Sparkasse, Deutsche Mittelstelle Südost, Berlin, Sigismundstraße 8, oder zu Händen des evang. Bischofs D. Dr. Friedrich Teutsch in Hermannstadt, evtl. die Hermannstädter Bodenkreditanstalt gerichtet werden.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

III. Eine Südamerikafahrt in Kriegszeiten.

Von Architekt PHILIPP KAHM, Soldau (Ostpreußen).

Fern der Heimat.

Die dringende Erledigung einiger wichtiger Angelegenheiten geschäftlicher Natur in Porto Alegre ließ sich trotz der aufziehenden Wolken am politischen Himmel nicht länger hinaus-

schieben und so entschlossen wir uns, die Seereise mit dem am 29. Juli in Amsterdam nach dem La Plata auslaufenden Dampfer „Gelria“ des Königl. Holländ. Lloyd zu unternehmen. — Wenn man einerseits die musterhafte Haltung der Besatzung und die

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14.

rühmlichst bekannte Verpflegung an Bord dieser Linie dankbar anerkennen muß, konnte man es anfangs doch nicht verstehen, daß uns die Schiffsleitung ohne jede Nachricht vom Lande gelassen hat. — Es lag dies, wie sich später herausstellte, nicht zuletzt in dem Umstand begründet, daß sich neben Argentinier und Brasilianern in der Mehrzahl Belgier und Franzosen an Bord befanden, während wir Deutsche und Österreicher die verschwindende Minderheit darstellten, so daß der Kapitän mit Recht durch einseitig gefärbte Telegramme parteiliche Gegensätze unter seinen Passagieren befürchten mußte, die während der langen, wenig abwechslungsreichen Ozeanfahrt, trotz des neutralen holländischen Bodens, leicht zu Zusammenstößen hätten führen können, wie dies trotz aller Vorsicht bei zwei hitzigen Temperamenten auch tatsächlich vorgekommen, aber durch das Dazwischentreten der Schiffsoffiziere über die einem Franzosen von einem biederer Deutschen applizierte Ohrfeige nicht hinausgekommen ist.

Während wir in den Häfen von Dover, Coruna noch nichts Bemerkenswertes wahrgenommen haben, traf uns in Lissabon die Nachricht vom Kriegsausbruch zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Rußland andererseits wie ein elektrischer Schlag, große Aufregung an Bord verursachend, so daß viele Passagiere, insbesondere Franzosen, es vorzogen, sofort wieder umzukehren. — Um uns Gewißheit zu verschaffen, gingen wir Deutsche gemeinsam an Land, woselbst wir trotz des sommerlich heißen Sonntags die Stadt Lissabon in großer Bewegung antrafen. Extrablätter, welche von der Kriegserklärung, der deutschen Besetzung von Luxemburg, den Armeestärken der Kriegsmächte usw. berichteten, wurden ausgegeben und allerwärts begegneten wir mit freudigem Stolz Gruppen begeisterter deutscher Gesichter, welche auf die Mobilmachungsorder hin die im Hafen liegegebliebenen 18 deutschen Schiffe verlassen haben, um sich dem deutschen Konsulat zur Heimbeförderung zur Verfügung zu stellen. Wir versprochen, uns abends im Deutschen Klub bei der vom deutschen Gesandten einberufenen Versammlung wiedersehen zu wollen, hofften wir doch hier über die politische Lage ausführliche Berichte zu erhalten. Um so größer war die Enttäuschung, als der Gesandte in seiner Aussprache ausführte, daß er selbst ohne offizielle Nachrichten geblieben und auf Vermutungen angewiesen sei, da jede telegraphische Verbindung mit der Heimat unterbrochen sei. Durch die sittlich hohe, weichevolle Stimmung des zirka 800 Personen starken Auditoriums wurde dokumentiert, daß man sich des großen Ernstes unserer Lage wohl bewußt war, die später einer flammenden Begeisterung wich, die sich im Absingen der „Wacht am Rhein“ Luft machte. Nicht mit Unrecht wies der Gesandte bei der Verabschiedung der Rekruten auf die schwierige Heimbeförderung hin, welche Befürchtung sich leider bald bewahrheiten sollte, da der am nächsten Tag im Hafen einlaufende stolze holländische Dampfer „Tubantia“ mit denselben deutschen Wehrpflichtigen an Bord, auf dem Atlantischen Ozean in grenzenloser englischer Vergewaltigung vom Kreuzer „Highflyer“ aufgebracht und nach Plymouth zu gehen gezwungen war, von wo die Deutschen als Kriegsgefangene nach Devonport gebracht wurden.

Nächsten Tags umspülten uns schon die Wogen des Atlantischen Ozeans und unsere Weiterreise nach Rio de Janeiro verlief ohne weitere zuverlässige Nachrichten, auch bekamen wir kein größeres Schiff in Sicht. Die Nachrichten, die wir an Bord erhielten, stammten aus französischen, belgischen und englischen Quellen und wurden aus guten Gründen nicht veröffentlicht. — Da die Passagiere solche Ungewißheit auf die Dauer nicht zu ertragen in der Lage waren, sammelten die einzelnen Nationalitäten

alle Tage unter sich große Beträge, um sich jeweils in ihren Hauptstädten: Paris, Brüssel und Amsterdam von der politischen Lage drahtlos zu unterrichten, welche Nachrichten je nach Höhe der angelegten Summen mehr oder weniger günstig ausfielen.

Da meistens am späten Nachmittag die Antworten einliefen, munkelte man im Scherz, daß dieselben des Vormittags in der Schiffsküche hergestellt würden.

Große belgische Erfolge mit deutschen Verlusten von 25 000 Mann, französische Glandsiege mit dem Resultat, daß Frankreich das wieder zurückerobert hätte, was es 1870 verloren usw., wechselten einander ab, so daß ein großes Stück Vertrauen und Selbstbeherrschung dazu gehörte, an unserer guten deutschen Sache nicht zu verzweifeln. Trotz dieser Lügennachrichten war es dennoch nicht ganz zu verhindern, daß es durch die größtenteils deutschfreundlichen Schiffsoffiziere bis zu uns durchgedrungen ist, daß es nach offiziellen Nachrichten für die Deutschen gar nicht so schlecht stünde, wie die Franzosen und Belgier den Anschein gaben, wir vielmehr gute Fortschritte zu verzeichnen hätten. Der Takt gebot uns bei diesen frohen Nachrichten, unsere patriotische Begeisterung den anderen Nationalitäten, romanischer und slawischer Abkunft, gegenüber abzumildern und dieser nur innerhalb des sich naturgemäß gebildeten kleinen deutsch-österreichischen Zirkels lebhaften Ausdruck zu verleihen. Ohne irgendwie von feindlichen Kriegsschiffen belästigt zu werden, verlief unsere Reise mit einer kleinen Kursänderung bei den Kapverdischen Inseln ohne geringsten Zwischenfall und wir fuhren am 15. August bei Morgengrauen in den wundervollen Hafen von Rio de Janeiro ein, um neben dem tags zuvor eingetroffenen Bremer Dampfer „Sierra-Salvada“, der sich von englischen Kriegsschiffen verfolgt wähnte und deshalb nachts mit abgeblendeten Lichtern fahren mußte, am Kai der Avenida Rio Branco festzulegen.

Nachdem wir eiligst an Land gingen, um zur Befriedigung unseres Wissensdurstes nach authentischen Kriegsnachrichten dem deutschen Dampfer unseren Besuch abzustatten, löste nach der langen Zeit der quälenden Ungewißheit die Nachrichten eines deutschen Bekannten über die Lage und die Erfolge des siegreichen deutschen Heeres eine wahrhaft wohlthuende Freude in uns aus, die uns zu dem begreiflichen Übermut verleiten ließ, unseren belgischen Mitreisenden ein Wiedersehen in Deutsch-Belgien in Aussicht zu stellen.

Nachdem man uns auf der jeder Verbindung baren „Sierra-Salvada“ auch nicht mehr zu sagen wußte, wandten wir frohgemut unsere Schritte nach dem deutschen Hotel „Rio Branco“, woselbst wir verschiedene deutsche Bekannte, Passagiere des Bremer Dampfers, zu begrüßen Gelegenheit hatten.

Da es in Rio de Janeiro an einer deutschen Zeitung mit direktem Nachrichtendienst gebricht, waren wir während unseres dreitägigen Aufenthalts nur auf die kärglichen Nachrichten der deutschen Gesandtschaft angewiesen, die aber in keiner brasilianischen Landeszeitung Eingang fanden. — Der Zeitungsmarkt wurde vielmehr von den französischen Schwindeltelegrammen beherrscht, die wahre Orgien in Verlogenheit und Deutschenhetze feierten, die einem das Blut in Wallung brachte.

Ich ließ mir von unterrichteten Persönlichkeiten berichten, daß die gesamte Rio-Presse mit französischem Geld „gekauft“ sei, um die Deutschen und Deutschbrasilianer einfach unmöglich zu machen. Da die Lusobrasilianer bei ihrer Unkenntnis deutscher Verhältnisse alles mehr als deutschfreundlich gesinnt sind, erreichte man leicht, den Deutschenhaß hohe Wogen schlagen zu lassen, so daß der brasilianische Mob drohte, die am Kai liegende „Sierra Salvada“ mit Steinen zu bombardieren, weshalb es dieselbe vor-

zog, den Kai zu verlassen und im Inneren der Bucht vor Anker zu gehen. — In Rio trafen wir eine Unmasse deutscher Wehrpflichtiger, die auf Grund der Mobilmachung von Curytibe und Sao Paulo eintrafen, um hier auf eine Gelegenheit zur Weiterbeförderung nach Deutschland zu warten, und wie ich inzwischen

vernehme, auch von den schändlichen Engländern abgefaßt worden sind. Nur ein bayrischer General, der es gewagt hat, auf den Paß eines Schweizer Uhrenfabrikanten zu reisen, und den ich hier ebenfalls kennenlernte, soll mit einigen bekannten Ärzten unbehelligt durchgekommen sein. (Forts. folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Über eine ganz unglaubliche Maßnahme berichtet der Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Prag. Am 19. Juni beschloß das Abgeordnetenhaus mit 130 gegen 69 deutsche Stimmen eine Zwangsanleihe von 4 Milliarden Mark für das deutsche Volk der Tschechoslowakei. Es hat damit folgende Bewandnis: In den heutigen Ländern der Tschechoslowakei sind ungefähr $7\frac{1}{2}$ Milliarden österreichischer und ungarischer Kriegsanleihe gezeichnet. Die Deutschen standen als Zeichner an der Spitze, ihre Sparkassen und ähnliche Institute haben sich bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Kriegsanleihen festgelegt. Mit dem Umsturz wurde der Zinsendienst für die Kriegsanleihen eingestellt, sie blieben unverkäuflich und unbelehrbar, während natürlich die Verzinsung der schon bei der Zeichnung gewährten Lombardkredite peinlichst weiter gefordert wurde. Ein Gesetzentwurf des Finanzministers, des Parteigängers Dr. Krammarschs, des Nationalökonomieprofessors Dr. Englisch, bestimmt nun, daß für 1000 Kronen Kriegsanleihe derjenige eine fünfprozentige Schuldverschreibung auf 750 Kronen erhält, der gleichzeitig 750 weitere Kronen bar auslegt und dafür eine Schuldverschreibung in derselben Höhe zu 5,5 Prozent verzinslich annimmt. Sparkassen und gemeinnützige Institute sollen dabei eine um $\frac{1}{2}$, bis 1 Prozent bessere Verzinsung erhalten. $5\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen Kriegsanleihe befinden sich in deutscher Hand, also werden die Deutschen 4 Milliarden neuen Geldes einzahlen müssen, um ihre Papiere zu retten. Wer die „Vorteile des Gesetzes“ nicht in Anspruch nimmt, kann seine Kriegsanleihe in den Ofen stecken und erhält keine Entschädigung. Vergebens protestierten die deutschen Abgeordneten. Sie nannten in derben Worten das neue Gesetz eine Ausbeutung des Deutschtums, eine Ankündigung des tschechischen Staatsbankrotts, einen Ausfluß des tschechischen Chauvinismus allerschlimmster Sorte. Kurz vor Mitternacht wurden sie niedergestimmt. Anderen Tags durfte das beflaggte Prag, das den slowakischen Sokolkongreß feierte, sich auch über dieses Finanzkunststück seiner neuen Regierenden freuen. Für die 4 Millionen Deutschen im Staate aber bedeutet der 19. Juni einen Trauertag erster Ordnung.

Polen.

Schon vor einem Jahre haben die Vorstände der in der ehemaligen Provinz Posen bestehenden deutschen bürgerlichen Parteiorganisationen, Deutschnationale, Zentrum und Demokraten, die Verschmelzung zu einer einzigen deutschen Partei beschlossen. Die politischen Verhältnisse haben bisher die Gründungsversammlung nicht ermöglicht. Nunmehr sind aber die alten Parteien aufgelöst worden und es hat in Posen unter Teilnahme von 400 Männern und Frauen der Zusammenschluß stattgefunden, bei dem Hauptschriftleiter Peeck über die Aufgaben und Ziele der neuen Partei sprach, die trotz des bisherigen Verbots politischer Agitationsversammlungen nur infolge ihrer schriftlichen Agitation schon 670 Ortsgruppen zählt. Der Sitz der Partei ist Posen. Ihr Zweck ist die Zusammen-

fassung der bewußten Deutschen zu gemeinsamer Haltung und Kandidatenaufstellung bei den Wahlen.

Die deutschen Abgeordneten des Sejm haben ihre erste Interpellation im polnischen Reichstag eingebracht. Sie befaßt sich mit dem von uns schon geschilderten Vorfall, daß am 11. Juni in Posen eine Versammlung verboten wurde, in der die beiden deutschen Abgeordneten Friese und Spickermann über ihre Tätigkeit im Parlament und über die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der deutschen Bevölkerung Polens sprechen wollten. Der Minister des preußischen Teilgebiets und der Minister des Innern werden gefragt, ob ihnen die Verletzung der Abgeordnetenimmunität bekannt sei und was sie zu unternehmen beabsichtigten, um künftighin derartige Dinge unmöglich zu machen.

Rumänien.

Bei der Tagung des deutsch-beharabischen Komitees in Tarutino am 14. und 15. Mai sprach der Direktor der Sarataer-Wernerschule über das Mittelschulwesen. Er konnte von der Zentralschule ein wenig günstiges Bild entwerfen. Die Finanznot war aufs höchste gestiegen, Geld war nicht mehr aufzutreiben, als der Staat sich zur Übernahme der Schule bereit erklärte. So wurde die Schule verstaatlicht und ist somit eigentlich schon verloren, denn der Staat verlangt nun, daß die Lehrer ein rumänisches Seminar besuchen, so daß die Sarataerschule nichts weiter als eine gehobene Bürgerschule, ungefähr den ersten vier Klassen des Gymnasiums entsprechend, sein wird. Allerseits wurde der Wunsch ausgesprochen, die Schule dem Deutschtum zurückzugeben, um sie als ein unbedingt notwendiges Seminar für die deutschen Lehrer auszugestalten. Auch für die deutsch-nationale Schule müsse die Hilfe des Staates gewonnen werden können, da er die Pflicht habe, für die Schulen der nationalen Minderheiten zu sorgen. Zwei Berichterstatter sprachen über die Volksschule und zogen Vergleiche zwischen Schule in russischer und rumänischer Zeit, die sehr zugunsten der letzteren ausfielen. Die jetzt vom Staat ausreichend besoldeten Lehrer hingen mehr als früher mit Liebe an ihrem Amt. Die Besprechung ergab aber Übereinstimmung darüber, daß man die deutsche Schule erhalten haben wolle und daß die Gemeinden Besitzer ihrer Schulen bleiben müßten. Auch der einstens schlecht besoldete Lehrerstand habe seine Pflichten voll und ganz erfüllt. Die Fortschritte der jüngsten Zeit erklärten sich durch die jüngst erteilte Erlaubnis zur Unterrichtserteilung in der deutschen Muttersprache. Mit den siebenbürgischen Schulen und Lehrmethoden soll enge Fühlung gehalten werden.

Das Komitee beschloß ferner, im Sommer einen allgemeinen Kongreß einzuberufen, dem über eine umfassende Wirtschaftsorganisation der Deutschen Beharabiens berichtet werden sollte. Längere Debatten rief die Frage der Landgesetze hervor, deren Unklarheit zu vielen Klagen führte. Zwar sind die Liquidationsgesetze aufgehoben, aber von einer Wiedereinsetzung in die früheren Rechte ist noch nicht die Rede. Das Komitee beschloß schließlich, einen ständigen Sekretär in der Person des Herrn Erdmann in Tarutino anzustellen und endete seine Tagung

mit einer machtvollen Kundgebung zugunsten der leidenden Brüder jenseits des Dniepr, über deren Leiden Dr. Flemmer sprach.

Belgien.

Über die Demonstration in Antwerpen lesen wir folgenden Bericht in der „Fr. Ztg.“ vom 13. Juni:

„In keinem Lande hat die Züchtung einer Haßstimmung in solchem Maße den Krieg überdauert wie in Belgien. Immer noch sieht ein großer Teil der belgischen Presse eine vaterländische Aufgabe darin, eine unversöhnliche Gesinnung gegen alles Deutsche wachzuhalten, und da auch anständige Blätter sich nicht einmal dazu aufraffen können, üble Ausschreitungen radaulustiger Chauvinisten zu verurteilen, ist es nicht verwunderlich, daß eine sinnlose Deutschenhetze selbst in offiziellen Kreisen Unterstützung und Förderung findet. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade in einer Stadt wie Antwerpen, in der vor dem Kriege sich eine große und reiche deutsche Kolonie befand, eine Propaganda Boden finden konnte, die sich namentlich gegen die Rückkehr deutscher Kaufleute richtet. Das Zentrum der Hetze ist die große katholische Lokalzeitung „La Métropole“ und die Trägerin der Bewegung die eigens zu diesem Zwecke begründete „Ligue du Souvenir“. Von dieser Liga ist auch die große Demonstration organisiert worden, die, schon lange vorher angekündigt, am vorletzten Sonntag in Antwerpen in Szene ging.

An der Kundgebung sollen nach Mitteilungen belgischer Blätter 15—20000 Menschen teilgenommen haben. An der Spitze des Zuges ging der Bürgermeister und der Gemeinderat, der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten seine offizielle Beteiligung beschlossen hatte; auch die Handelskammer ließ sich vertreten, Ärzte, Bankiers und Gerichtspersonen nahmen teil, zahlreiche geschmückte Autos mit Kriegswaisen und Kriegswitwen in Trauer, Angehörige von standrechtlich Erschossenen usw. Es wurden zahlreiche Tafeln mit Aufschriften getragen, darunter auch folgende: „Wenn die Regierung nicht handelt, dann werden die Kriegsteilnehmer handeln.“ Studenten trugen Besen, an denen deutsche Helme hingen. Eine Puppe, die den Kaiser darstellen sollte, wurde an einem Galgen herumgetragen. Auch die Gemeinden aus der Umgegend von Antwerpen waren vertreten. In fast allen Läden hingen Zettel mit der Inschrift: „Hinaus!“ Die Glockenspiele auf den Kathedralen spielten patriotische Lieder. In einer an den König gerichteten Adresse wurde verlangt, daß der König seine innige Verbindung mit dem Volke dadurch kundgeben möge, daß er die Rückkehr der Deutschen nicht dulde.

Man könnte diese Kundgebung als Nachwirkung trauriger Kriegserfahrungen verständlich finden, wenn irgend ein besonderer Anlaß vorhanden gewesen wäre, der das Volk besonders erregt hätte. Aber das Trostlose dieser Antwerpener Demonstration liegt in der blindwütigen Hetze, die sich selbst gegen die Wiederaufnahme der alten wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland kehrt und, indem sie sich ganz auf das „Niemals vergessen“ einstellt, jede friedliche Gesinnung in Acht und Bann tut. Im übrigen hätten gerade die Antwerpener Kaufleute allen Grund, daran zu denken, daß die Deutschen ihnen nicht allein Schaden, sondern auch Nutzen bringen können und daß es kaum fraglich ist, wer mehr der gebende Teil wäre.“

Der deutsche Gesandte Dr. Landsberg in Brüssel ist von der deutschen Regierung angewiesen worden, bei der belgischen Regierung gegen die Deutschenhetze und deutschfeindlichen Kundgebungen in vielen Städten Belgiens nachdrücklich Einspruch zu erheben.

Palästina.

Im englischen Oberhaus wiederholte Lord Newton seine jüngste Anfrage nach dem Schicksal der Palästinadeutschen.

Er bekam wiederum eine Antwort, die ihn wenig befriedigte. Lord Curzon schilderte die Dinge so, wie sie nicht liegen. Man habe den internierten deutschen Staatsangehörigen freigestellt, nach Kriegsende in ihr Vaterland zurückzukehren oder nach Palästina zu gehen. Einige seien tatsächlich nach Deutschland zurückgekehrt. Deutscherseits sei aber gegen ihre Rückkehr stürmisch protestiert worden. Man habe in Deutschland die mittellosen und ungeeigneten Leute nicht haben wollen. Herr Curzon sollte einmal die Palästinenser selbst hören, die in Deutschland sich befinden. Er wird dann zu seinem Staunen erfahren, wie „freiwillig“ sie zurückgekehrt sind und wie man ihnen „freigestellt“ hat, nach Deutschland oder nach Palästina zu gehen. Wenn die Palästinadeutschen dürften, wie sie wollten, würden sofort Hunderte nach Palästina zurückkehren. Warum also ein Parlament täuschen?

Amerika.

Der amerikanische Kongreß hat einer Meldung des „B. T.“ zufolge, vor seinem Auseinandergehen am 4. Juni, einen Zusatz zu dem Gesetz über den Handel mit den Feinden angenommen als Ergänzung zu dem Gesetz vom 6. Oktober 1917. Der Zusatz spricht von den Bedingungen der Rückgabe beschlagnahmten Besitzes. Ihren Besitz erhalten zurück alle diejenigen, die Staatsangehörige eines Staates außer Deutschland, Österreich oder Ungarn sind. Ferner Frauen, die zur Zeit ihrer Heirat Angehörige eines neutralen oder alliierten Landes waren und vor dem 6. April 1917 mit einem Deutschen oder Österreicher sich verheirateten und die einen beschlagnahmten Besitz nicht direkt oder indirekt von einem Deutschen oder Österreicher-Ungarn erworben haben. Dasselbe gilt für alle geborenen Amerikanerinnen, die Staatsangehörige Deutschlands oder Österreich-Ungarns heirateten. Ebenso erhalten Diplomaten und Konsuln Deutschlands oder Österreich-Ungarns ihren Besitz zurück, die zur Zeit des Kriegsausbruchs in Amerika beglaubigt waren, ferner ehemals Internierte, die jetzt noch in den Staaten leben. Aller Besitz wird zurückgegeben, der diplomatischen oder konsularischen Zwecken diene. Nicht als Deutsche anzusehen sind solche Deutsche, die durch die Friedensverträge ipso facto oder durch Option einem anderen Lande angehören.

Südafrika.

Deutsche Tierärzte in Südwestafrica. Im Unterhause der Südafrikanischen Union fragte am 11. Mai der Nationalist C. W. Malan den Premierminister, ob in Anbetracht des großen Bedarfs an Tierärzten im Südwestafricanischen Schutzgebiet Anordnungen beabsichtigt seien, die den vor dem Kriege im Lande lebenden und mit den in Frage kommenden veterinären Verhältnissen vertrauten deutschen Tierärzten zurückzukehren gestatten. Der Minister antwortete, daß nicht daran gedacht werde, diesen deutschen Tierärzten die Rückkehr zu erlauben, da sie mit drei Ausnahmen als Beamte der deutschen Regierung heimgesandt worden seien. Außerdem habe er Mitteilung bekommen, daß die Zahl der im Schutzgebiet ansässigen Tierärzte genüge, die nötigen Arbeiten zu bewältigen.

KLEINE NACHRICHTEN

Wilhelm Raddak †. Der älteste deutsche Kolonist Chiles Wilhelm Raddak, ist im Alter von 96 Jahren verstorben. Vor etwa 70 Jahren wanderte er aus seiner Heimat Pommern nach den Urwäldern von Puerto Montt aus, wo er sich unter größten Gefahren und Mühen ein Heim errichtete. Durch seine rastlose Pionierarbeit hat Raddak, der übrigens seinen pommerischen Dialekt bis an sein Lebensende unverfälscht bewahrte, dazu

beigetragen, das deutsche Paradies am Llanquihue-See aus der Wildnis hervorzuzaubern. Trotz seines hohen Alters bewahrte er bis zuletzt seine geistige Frische und konnte einen heiteren Lebensabend im Kreise seiner dankbaren Nachkommen erleben.

Heimatgedenken.

Eine in Amerika lebende „Simmozheimerin“ (Simmozheim, O. A. Calw, Württemberg) stiftete für die Armen ihres Heimatdorfes 5700 Mk., wovon der Zinsertrag alljährlich zur Verteilung kommen soll.

Johann Theurer in Amerika, geboren zu Lustnau, spendete der Kirchengemeinde Lustnau für ein Gemeindehaus 3500 Mk., für neue Glocken 3300 M., und zu einer Gedächtnistafel zu Ehren der Gefallenen 200 Mk.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lodz. Deutsches Gymnasium. „Das Deutsche Knaben- und Mädchengymnasium veranstaltete am 10. Juni in seinen Räumen eine Schlußfeier, die sich eines starken Besuchs erfreute. Lieder-vorträge, turnerische Übungen und Deklamationen wechselten mit einem Doppelquartett und einer Darbietung von Auszügen aus einem Oratorium ab, wobei das Anstaltsorchester in ausgezeichnete Weise mitwirkte. Die Vorführungen fanden zum Besten unbemittelter Schüler statt und brachten für diesen guten Zweck eine große Summe ein. Der Vorsitzende des Kuratoriums dankte den Eltern und Schülern für ihre Leistungen und ihre Hilfsbereitschaft.

Königsbach (Polen). Deutsche Schule. Über die deutsche Schule in Königsbach, einer der schönsten rein deutschen Kolonien Polens, die auf polnisch Bukowiec heißt, berichtet der Sejm-Abgeordnete Friese in der „Lodzer Freien Presse“ interessante Einzelheiten. Im vorigen Jahre erschien danach in einem Dorfe ganz überraschend der Gehilfe des Lodzer Schulinspektors, berief die Kolonisten zusammen, von denen höchstens ein Viertel erschien, und erklärte ihnen, daß es erwünscht sei, in der Königsbacher Schule die polnische Unterrichtssprache einzuführen. Er verfaßte auch alsbald ein Protokoll, in dem er einen solchen Beschluß festlegte als Bittgesuch der Gemeinde an das Schulinspektorat um die Gewährung des Unterrichts in polnischer Sprache mit Beibehaltung der deutschen Sprache als Unterrichtsgegenstand. Die Dorfbewohner unterzeichneten auch zum Teil das Protokoll, ohne zu wissen, um was es sich dabei handelte. Als sie aufgeklärt wurden, erließen sie im September einen lebhaften Protest mit der Erklärung, daß sie die Beibehaltung der deutschen Sprache wünschten. Im Mai 1920 gab der Kreis-schulinspektor eine Antwort, die Königsbacher Schule sollte eine öffentliche allgemeine Schule mit polnischer Unterrichtssprache sein. Die Lehrer sollten aber berechtigt sein, im ersten Schuljahr sich der deutschen Sprache als Hilfssprache zu bedienen. Die Angelegenheit muß nun von den deutschen Sejm-Abgeordneten vor den Ministerrat gebracht werden.

Tarantino. Deutsches Knabengymnasium. Zum erstenmal fand in diesem Jahre seit Bestehen der Schule die Reifeprüfung der Abiturienten in deutscher Sprache statt. Am 16. Juni bei der Verteilung der Reifezeugnisse wies Direktor Roemmich auf diese für das beBarabische Deutschum wichtige Tatsache hin, die er ein Freudenfest für alle Schulfreunde nannte. Er wandte sich namentlich an die Abiturienten und betonte, welche großen Erwartungen das beBarabische Volk auf diese seine künftigen Führer setze, die in Beamtenstellungen, in Kirche und Schule so nötige Arbeit zu leisten hätten. Alle 16 zugelassenen Abiturienten haben das Examen bestanden und haben sowohl

im deutschen Aufsatz, wie auch in der rumänischen Arbeit Vorzügliches geleistet.

Ponta Grossa. Die Deutsch-evangelische Gemeindeschule veranstaltete Ende April ein schon lange vorbereitetes wohl-gelungenes Schulfest. Es ist bemerkenswert, daß sämtliche Vor-träge in spanischer Sprache gehalten wurden. Man bezweckte damit, das Vorurteil zu entkräften, daß an den deutschen Schulen Brasiliens die Sprache des Adoptivlandes vernachlässigt werde. Der „Volksbote“ von Ponta Grossa schreibt, daß die Veranstaltung den Charakter eines Verbrüderungsfestes in bestem Sinne getragen habe. In nicht allzulanger Zeit soll ein gleiches Fest in deutscher Sprache stattfinden.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Wir haben von der Äußerung des englischen Nobelpreis-trägers in Stockholm zugunsten der deutschen Wissenschaft berichtet. Jetzt macht das „B.T.“ darauf aufmerksam, daß es auch noch ein anderes England gebe. Die Universität Cambridge brachte ein Sammelwerk über die Geschichte des Mittelalters heraus, zu dem auch Prof. Ludo Hartmann, der jetzige österreichische Gesandte in Berlin, um einen Beitrag gebeten worden war. Jetzt aber sandten ihm die Herausgeber das Werk zurück, weil sie nicht in der Lage seien, den Beitrag zu ver-öffentlichen.

Professor Einstein sprach in Kopenhagen über seine Gravitäts- und Relativitätstheorie in einer Festsitzung der Astronomischen Gesellschaft, die sich zu einer machtvollen Ehrung für den deutschen Gelehrten ausgestaltete.

Ernst Joest, Ober-Medizinalrat und Professor Dr. phil. et med. vet. an der Dresdner tierärztlichen Hochschule, hat einen Ruf an die tierärztliche Hochschule nach Stockholm erhalten.

Professor Dr. Fedor Krause, der Berliner dirigierende Arzt der chirurgischen Abteilung des Augusta-Hospitals, der zur Vornahme einer Gehirnoperation nach Brasilien berufen worden war, ist dort als erster Deutscher, dem eine solche Ehrung von einem ehemals kriegführenden Lande aus widerfahren ist, zum Ehrenmitglied der brasilianischen Nationalakademie ernannt worden.

Felix Weingartner trat, wie die „Voss. Ztg.“ sich aus Wien melden läßt, Mitte Juni mit seiner Gattin die Reise nach Rio de Janeiro an, um dort und späterhin in Buenos Aires und in Montevideo Wagnersche Opern, sowie mehrere Konzerte zu dirigieren.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLAND

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Österreich. Der Bund hielt am 30. Mai seine zweite ordentliche Vollversammlung ab, in der die neuen Statuten angenommen und in das Präsidium die Herren Otto Anders, Max Röstel und Robert Wege gewählt wurden. Der neue Mitgliedsbeitrag wurde für Wien und Umgebung auf 10 Kronen, für auswärtige Mitglieder auf 28 Kronen festgesetzt.

Lodz. Deutscher Schul- und Bildungs-Verein. Die unter dem Vorsitz von Ingenieur Hoffmann abgehaltene Generalver-sammlung vom 7. Juni hörte einen Bericht über das abgelaufene Jahr, dem zu entnehmen ist, daß die Bücherei des Vereins gegenwärtig 4440 Bände umfaßt und von den Mitgliedern in Lodz außerordentlich fleißig benutzt wird. Die Bücherei ver-größert sich ständig, auch die Mitgliederzahl wächst. Zum Vor-sitzenden wurde Herr Adolf Kroning gewählt.

Lodz. Männergesangsverein. Der Verein, der am 9. Juni seine diesjährige Generalversammlung abhielt, zählt jetzt 300 Mitglieder und hat seit September 26 Gesangsübungen abgehalten. Der Männer- und Damenchor leisten Hervorragendes. Seit Februar verfügt der Verein auch wieder über sein Vereinshaus. Der Verein erhebt jetzt einen Jahresbeitrag von 120 Mark, neben einer Einschreibgebühr von 50 Mark. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr Leopold Günther, zum Stellvertreter Herr Julius Buhle gewählt. Für die nächste Zeit ist die Veranstaltung einer Liedertafel geplant.

Lodz. Verein deutschsprechender Katholiken. Der Verein nimmt einen außerordentlichen Aufschwung, seine Monatsversammlungen sind überfüllt, die Gottesdienste in deutscher Sprache sind voller als je. An einem Familienausflug des Vereins am 27. Juni beteiligten sich über 1500 Personen, der Ausflug nahm den Charakter eines Volksfestes an, das durch die Vorträge des Damenchores des Vereins verschönt wurde.

Zgierz (Polen). Deutscher Turnverein. Der Deutsche Turnverein veranstaltete am 6. Juni ein Schauturnen, an dem die Turnvereine der umliegenden Städte zahlreich sich beteiligten. Ein Festzug, der unter klingendem Spiel durch die Straßen des Städtchens zur Schauwiese zog, war der erste Turnzug nach dem Kriege und erregte großes Aufsehen. Der Vorstand, Herr Werner, begrüßte auf dem Festplatz die Gäste, ein Schauturnen folgte, an das sich ein Tanz anschloß. Es war ein richtiges deutsches Volksfest, das einen starken Eindruck auf die polnischen Zuschauer und Gäste machte.

Hermannstadt. Evangelischer Orts-Frauenverein. In der Jahresversammlung vom 24. Mai wurde berichtet, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahre 1919 auf 714 angestiegen ist. Dem Bericht von Berta Teutsch ist zu entnehmen, daß der Verein mit seiner Haushaltungs- und Handarbeitsschule auch ein Internat verband, das sich regen Zuspruchs wie auch die Schule selbst erfreute. 138 Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen konnten sich der Wohltat eines Heims für zugereiste Lehrerinnen erfreuen. Der Bericht gab im übrigen ein erfreuliches Zeugnis von der Tätigkeit der Hermannstadter Frauen.

Hermannstadt. Deutscher Fußballklub. Am 28. Mai wurde der Deutsche Fußballklub gegründet, dem ein Stück des Exerzierplatzes zu Übungszwecken zur Verfügung gestellt wurde. Zwei vollständige Mannschaften konnten aufgestellt werden. Abgeordneter Fritz Connerth übernahm das Ehrenpräsidium, Dr. Grundmann wurde zum Obmann gewählt. Gegen den zionistischen Fußballklub Jehuda fand das erste Wettspiel statt.

Neusatz (Südslowakischer Staat). Gründung des „Schwäbisch-deutschen Kulturbundes“. Der 20. Juni wird ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der Zusammenschlußbestrebungen des deutschen Elementes im nunmehrigen südslowakischen Staate bleiben. Der „Schwäbisch-deutsche Kulturbund“ ist in Novisad-Neusatz begründet worden. Die Beteiligung war über alles Erwartungen gut. Alle deutschen Gemeinden aus der Batschka waren durch größere oder kleinere Abordnungen vertreten, aus dem Banate waren Deputationen aus Karlsdorf, Großbetschkerek, Hatzfeld, Pantschowa, Katharinenfeld, Ernöhaza, Kereny, Werschetz, Großkikinda und Weißkirchen erschienen, aus Syrmien waren Drenovei, Erdevik, Vinkovci, Neupazu, Ruma, Indjija, Semlin-Franzthal, Lovan, Beschka und Novi-Banovei, aus Bosnien Banjaluka und Windhorst, und aus dem slowenischen Siedlungsgebiete unserer Brüder aus dem Westen Marburg vertreten. Die Zahl der Anwesenden wurde auf etwa 2000 geschätzt. Auch die Staatsbehörden hatten sich vertreten lassen. Herr Menrath

(Neusatz) führte den Vorsitz. Verschiedene Redner legten die Ziele des Bundes dar. Hauptschriftleiter Dr. Grassel zum Beispiel sagte:

„Der Kulturbund will die kulturellen Bestrebungen der deutschen Bevölkerung unseres Staatsgebietes zusammenfassend fördern, er will ihnen neue kräftige Impulse geben und vor allem verhindern, daß durch eine Zersplitterung der Kräfte die großen Endziele irgendwie beeinträchtigt werden. Unter Kultur aber verstehen wir nicht nur die geistige Kultur, nicht nur dasjenige, was gemeinhin durch die Schulbildung vermittelt wird, sondern auch das ganze weite Gebiet der materiellen Kultur und vor allem die sittliche Kultur. In einträchtigem Zusammenwirken mit den hierzu berufenen staatlichen und kommunalen Behörden wollen wir unsere Schulziele verfolgen.“

Was die materielle Kultur betrifft, so erstreben wir die Hebung der Volkswirtschaft auf allen Gebieten, die unsere deutschen Volksgenossen bebauen. Insbesondere wird für den zahlreichen Stand, unser tüchtiges Bauerntum, gesorgt werden müssen, durch Gründung von landwirtschaftlichen Musteranstalten, Samenstationen, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, wie sie den besonderen Verhältnissen jeder einzelnen Gemeinde entsprechen, durch Veranstaltung von Ausstellungen, landwirtschaftlichen Fachkursen und ähnlichen Institutionen. In gleicher Weise wird auch auf die Bedürfnisse von Handel und Gewerbe Rücksicht genommen werden.

Der Volksbildung und Volksaufklärung im weitesten Sinne wird unausgesetzt das sorgfältigste Augenmerk zugewendet werden. Durch Errichtung von Volksbibliotheken, Veranstaltung von Vorlesungen und Vorträgen, Aufstellung von Winterschulen und ähnliche Veranstaltungen soll Bildung und Belehrung in die weitesten Kreise unseres Volkes getragen werden.“

Der südslowakischen Regierung und dem Thronfolgerregenten in Belgrad wurden Ergebenheitstelegramme geschickt, die ein Zeichen der Dankbarkeit für die Genehmigung der Bundesatzungen darstellen sollen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die Zukunft des Korrespondenten.

Über dieses Thema spricht einer der wenigen, die dazu berufen sind, Dr. Guttman, der langjährige Vertreter der „Frankf. Ztg.“ in London, in seinem Blatte. Er macht Ausführungen, die auch vom Standpunkte des Auslanddeutschtums aus verdienen, festgehalten zu werden. Der deutsche Zeitungsvertreter im Auslande ist einer der wichtigsten Kategorien von Auslanddeutschen, die es gibt. Nicht nur für die Kolonie der Auslanddeutschen selbst, noch mehr für die Inlanddeutschen ist er wichtigste Quelle der Belehrung und der Erkenntnis. Was ein erfahrener Auslandskorrespondent hier sagt, sollte weiteste Beachtung finden.

Dr. Guttman spricht zunächst vom Zwang der Sparsamkeit, der uns doppelt und dreifach prüfen lassen müsse, was wir an Vertretern im Auslande brauchten und was nicht. Er begründet dann die Notwendigkeit deutscher Zeitungsvertreter im Auslande mit Worten, die auch maßgebend für unsere Arbeit der Verbreitung von Auslandkunde sind:

„Hat es für eine ausgehungerte, am Boden liegende, fast verzweifelte Nation überhaupt noch einen Zweck und Sinn, sich regelmäßig über die anderen Länder Berichte vorlegen zu lassen? Ganz gewiß — denn ein verspießertes Hinterlandsvolk zu werden, das keine Weltbeziehungen mehr hat, als daß es den anderen Tribut zahlt und seine unternehmungslustigsten

Kräfte als Kulturdünger' abgibt, wäre zu allem übrigen das schlimmste Unglück. Das Verständnis für andere Nationen darf uns nicht verloren gehen, im Gegenteil, es muß viel größer werden. Wir müssen uns wehren, damit wir von der Welt nicht ganz abgedrängt werden. Deutschland kann nicht für sich allein eine Welt sein, und wenn es geistig abgeschnitten bleibt, so werden auch unsere Wissenschaft und Technik erlahmen, an deren gewissermaßen automatische Weiterentwicklung selbst ohne Befruchtung von außen her heute viele noch zu glauben scheinen. Die Welt braucht uns, aber wir brauchen sie noch viel nötiger. Früher sind viele Deutsche jedes Jahr ins Ausland gereist. Dies wird aus mehr als einem Grunde noch für lange nur ganz wenigen möglich sein. Die Generation, die bloß den Krieg gekannt hat und die nach ihr heranwachsende muß in ihrem Weltgefühl viel isolierter, beziehungsloser sein, als die Älteren waren."

Dann fährt der Verfasser fort:

"Der deutsche Journalist in den Ententeländern hat also wirklich eine Aufgabe zu erfüllen. Er wird sie unter besonderen Schwierigkeiten, mit Selbstbeherrschung und teilweise mit Selbstüberwindung zu erfüllen haben. Denn man muß sich nicht täuschen: Der Aufenthalt in Frankreich, Belgien, England und Amerika muß für den Deutschen, der sein Deutschtum nicht verleugnen will, manches Unerfreuliche bringen. Die 'Times' hat kürzlich dafür gesprochen, daß 'deutschen Berufsschriftstellern von guter Stellung' die Berichterstattung in England möglich gemacht werden solle, aber mit männlicher Offenheit gleich hinzugefügt: 'Natürlich wird ihre Arbeit beobachtet und ihr Verhalten, das öffentliche und das private, sorgfältig überwacht werden. Wenn sie sich in Intrigen einlassen oder Umstürzbewegungen fördern, so liegt die Abhilfe bei den britischen Behörden und muß dann rasch und drastisch sein. Bestenfalls kann die Stellung der deutschen Zeitungskorrespondenten in England nicht beneidenswert sein. Sie können Höflichkeit und gerechte Behandlung erwarten, aber es werden wohl viele Jahre vergehen, ehe man sie fühlen läßt, daß sie willkommen sind.' Wie werden nun diese von dem gespannten Interesse der Behörden auf allen ihren Wegen begleiteten Herren ihre Informationen erhalten? In die einheimischen politischen Kreise werden sie nicht leicht gelangen. In Klubs und Gesellschaften, es seien denn kleine Bohémienkoterien, können sie schwer Aufnahme finden. Man muß nur nicht vergessen, daß der chauvinistische Terror in den anderen Ländern genau so groß ist, wie der ohnehin schon spürbare deutschnationale bei uns sein würde, wenn Deutschland gesiegt hätte, es wird sich niemand just einen Gefallen damit tun, daß er den Verkehr der Deutschen sucht. Um so mehr ist es notwendig, daß die deutschen Zeitungen, wenn sie sich zu den schweren Opfern entschließen, nur sehr zuverlässigen Persönlichkeiten ihre Vertretung übertragen. Neutrale von erprobtem Charakter können gelegentlich damit betraut werden, aber es ist nicht wünschenswert, daß die Berichterstattung überwiegend in andere als deutsche Hände komme. Zu warnen ist vor gewissen Herrschaften aus Ländern der ehemaligen Donaumonarchie oder weiter östlich her, die mit tschechoslowakischen und sonstigen Pässen bereits in Paris und London angelangt sind und von dort den Blättern ihre zweideutigen Dienste anbieten. Man wird künftig die Zeitungen auf ihre Mitarbeiter ganz anders ansehen als früher."

Trotz aller Schwierigkeiten wird die ernsthafte Berichterstattung den geistig dafür ausgerüsteten Journalisten möglich sein, wenn sie es verstehen, auch aus einer gewissen Distanz die Vorgänge richtig zu deuten. Auch vor dem Kriege wußte der

Korrespondent ja bei weitem das meiste nicht aus erster Hand. Es ist einfältig, zu glauben und glauben zu machen, daß Staatsmänner ihre Geheimnisse in den Busen ausländischer Journalisten zu entladen pflegen. Meist waren es kleine Leute, die diese lächerliche Attitüde der Eingeweihtheit annahmen, ihre Depeschen mit Andeutungen ungemeiner Vertraulichkeit mit den Größen am Quai-d'Orsay oder in Downing Street schmückten. Man sollte solche Gewohnheiten im deutschen Journalismus nicht mehr dulden; die Zeiten sind zu hart, als daß man sich von Schwätzern etwas vormachen lassen dürfte. Der wirklich akkreditierte Korrespondent wird, was nur er selber erfährt, nicht blindlings in die Welt rufen. Er wird vor allen Dingen niemals ihm bewiesenes Vertrauen brechen, er erbaute sich seine Stellung durch Diskretion, nicht aber durch Indiskretion. Mit der Zeit findet er, wenn er sonst die Eigenschaften eines Gentleman und eines gebildeten Mannes hat, Beziehungen in politischen Zirkeln, unter Schriftstellern und in der Gesellschaft. Er verfolgt Diskussionen, liest Bücher und hört, was man sagt. Es erwächst so allmählich in seinem Geiste eine Schicht von Kenntnissen und Assoziationen, die ihn urteilsfähig macht. Die neuen Ereignisse liest er, wie andere Menschen, morgens in der Zeitung. Aber der fundus instructus in seinem Kopfe ermöglicht ihm, sie sofort mit einer gewissen Sicherheit an ihre richtige Stelle zu rücken, wobei Begabung und Erfahrung Unterschiede hervorbringen. Die instinktive Fähigkeit zu werten, Dinge nach ihrer Wichtigkeit zu placieren, also der Sinn für Proportionen auf der Grundlage einer gescheiten Skepsis, macht den Wert eines politischen Korrespondenten aus, ebenso wie den des Diplomaten. Diese Gabe hat nicht jeder sonst kluge Mensch, sogar wenn er im übrigen Professor ist oder sonstwie 'das gesamte Material' zur Verfügung hat."

Es folgen allgemein politische Bemerkungen über die Kenntnisse und Erfahrungen so mancher Auslandsreisenden, die hundertmal in fremden Ländern waren, ohne die fremden Völker zu kennen. Den Beschluß aber bilden wieder Bemerkungen, die von hohem Wert für uns sind und die uns auf diesem wichtigen Gebiet zum Nachdenken anregen sollten. Bei uns werde die Tageszeitung immer mehr „Unternehmen“ großer Kapitalkonzerne. Sie allein würden durch Anhäufung von Kapitalien auch in der Lage sein, Korrespondenten ins Ausland zu entsenden. Ob auslandpolitischer Einfluß und inlandpolitisches Unternehmertum zusammenträfen, sei mehr als je fraglich geworden. Um so bedeutsamer aber bleiben diese Ausführlungen:

„Vor dem Krieg bestand unter den deutschen Blättern ein schreiendes Mißverhältnis zwischen der Bedeutung ihres ausländischen Dienstes und ihrem politischen Einflusse. Die Last der Information wurde ganz überwiegend von der großen demokratischen und liberalen Presse getragen, und die der rechten Seite machte das Wetter. Die konservativen und alldutschen Organe hatten eine sehr unerhebliche eigene Grundlage für ihre Urteilsbildung, aber ihre Redaktionen sprachen trotzdem mit Unfehlbarkeit über internationale Politik. Dies war einer der Züge, die das deutsche Staatsleben Ausländern wie eine Farce erscheinen ließen. Sie wußten schon, welche Kräfte hinter den anscheinend ohne Korrespondentenhilfe gebildeten Meinungen der reaktionären Journalisten standen und mit was für Kälbern diese Herren pflügten. In England berichtete umgekehrt vorwiegend die imperialistische Presse über das Ausland, während die der regierenden liberalen Partei darin ziemlich Dürftiges leistete. Ungefähr ebenso blieb in Frankreich die auswärtige Information der rechten Seite überlassen, und es wurde von ihr nicht geringe Fähigkeit dafür eingesetzt. Wahr-

scheinlich sind in Frankreich im letzten Jahrzehnt des Friedens mehr gute politische Korrespondenten aufgetreten als in einem andern Lande. Die Ecole des sciences politiques, die auch das diplomatische Personal verbessert hat, brachte eine Schule kundiger, scharfer Beobachter hervor, die realistisch Dinge sehen und beschreiben gelernt haben. In Deutschland fehlen in der Presse und noch mehr im Parlament solche Männer leider stark. Im übrigen sind auch bei den anderen Nationen schwere Mängel an der ausländischen Berichterstattung wahrzunehmen, was dort mit der Entartung vieler großer Zeitungen zu reinen Geschäftsunternehmungen oder Organen von Kapitalgruppen zusammenhängt. Einst war „our own Correspondent“ bei einem Londoner Blatte jemand, der etwas vorstellte und manchmal großen Einfluß übte. Später hat er sich, mit rühmlichen Ausnahmen, die noch vorhanden sind, mehr und mehr in einen nach Instruktion arbeitenden Subalternen verwandelt, der gehorsam das berichtet, was man haben will. Der Krieg hat nun das Lügen erst eigentlich zur Weltmacht großgezogen und, da es so lange pro patria geübt wurde, sogar mit dem Mäntelchen der Sittlichkeit ausgestattet. Erste Bedingung für die Rettung der Kultur und die Gründung der wahren Demokratie ist, das alles wieder loszuwerden. Vorläufig muß noch bei allen Völkern, wie Shakespeare sagt, Wahrheit, die ungeschlachte Dogge vor der Türe liegen und frieren, während Schmeichelei, der fette Mops, am Feuer stehen und stinken darf. Mögen die Sieger selber zusehen, was sie bei sich tun. Für unser schwer getroffenes Volk, das ohne Wahrheit über sich und die anderen nicht wieder gesund werden kann, sind wir verantwortlich.“

Eine neue deutsche Rigaer Zeitung. Seit dem 1. Mai erscheint in deutscher Sprache die „Rigaer Allgemeine Zeitung, unabhängiges wirtschaftlich-politisches Nachrichtenblatt für Lettland, Estland und Litauen“, als deren Redakteur und Herausgeber Bernhard Semenow zeichnet. Die Zeitung will nicht nur ein in deutscher Sprache gedrucktes Nachrichtenblatt, sondern ein deutsch-baltisches Blatt sein, das ausgleichend auf die Gegensätze zwischen Lettland, Estland und Litauen wirken möchte und sich tätige Mitarbeit bei der Schaffung einer „baltischen Union“ zur Aufgabe gesetzt hat. Wirtschaftspolitisch verspricht die „R. A. Z.“, sich mit aller Kraft für die Einführung des Freihandelssystems einzusetzen.

Die Dorpater Zeitung stellt ihr Erscheinen ein. Die Lohn-erhöhungen und die Vermehrung aller Unkosten des Betriebes bedingten bei dem Mangel an zahlungskräftigen Inserenten eine Erhöhung der Bezugspreise, die das Blatt dem deutschen Publikum nicht mehr zumuten zu können meint. Die Dorpater Zeitung hatte als altes deutsches Blatt die merkwürdigsten Wandlungen während der Kriegszeiten durchzumachen und hat sich allzeit tapfer fürs Deutschtum geschlagen. Ihr Eingehen bedeutet gerade in der Universitätsstadt Dorpat einen schweren Verlust für die Sache des Deutschtums.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

Landesverband Danzig. In der Vollversammlung des Landesverbandes vom 28. Juni waren die Provinzialbehörde des Roten Kreuzes und das Kommunkriegsfürsorgeamt vertreten. Dem gewählten Aktionsausschuß wurde zusammen mit dem Vorstände das Recht zuerteilt, in wichtigen Fällen selbst Beschlüsse zu fassen und auszuführen. Die Versammlung beschloß ferner, die für den Bund geleistete Arbeit, soweit Geldmittel vorhanden sind,

auch ordentlich zu bezahlen, sah dagegen davon ab, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen und wollte diese Maßnahme erst durchgeführt wissen, wenn einmal mit der Auszahlung der Vorentscheidungen begonnen worden sei und die Auslandsdeutschen wieder Geld hätten. Die Mitglieder sind so arm, daß nur ein Viertel bis jetzt seinen ordentlichen Beitrag bezahlen konnte. Es wurde immer noch lebhaft Klage über den schleppenden Geschäftsgang im Verkehr mit den Berliner Ämtern geführt. Die Besprechung des (von uns mitgeteilten) Antwortbriefes des Ministers für Wiederaufbau verlief recht erregt. Alle Mitglieder vertraten den Standpunkt, daß sie sich als Reichsdeutsche fühlten und auch so behandelt sein wollten. Einstimmig wurde beschlossen, den Danziger Magistrat zu bitten, die Akten in der Frage des Auslandsdeutschtums dem Danziger Stadtrat zu übergeben mit dem Ersuchen, die Sache der Auslandsdeutschen mit dem Reiche zu führen. Der Stadtrat solle auch gebeten werden, dem Bund Mittel zur Fortführung seiner Arbeiten zu gewähren.

Von den Ortsgruppen.

München. Am 24. Juni wurden die Entschädigungsfragen in einer großen Versammlung besprochen. Major Schlagintweit wandte sich gegen die Verschleppung und dagegen, daß bis jetzt von 708 durchgeprüften und nach Berlin gesandten Akten nur 261 zurückgekommen seien. Die Überzentralisation in Berlin sei vom Übel, Stöße von Akten seien dort aufgetürmt, die selbst Tausende von Beamten nicht schnell erledigen könnten. Dezentralisation sei das einzig Richtige. Die Organisation des Bundes in Bayern müsse es erzwingen, daß das Verfahren getrennt vom Wiederaufbauministerium dezentralisiert und in Bayern selbst durchgeführt werde. Die Spruchkommission sei in Bayern erstmals zusammengetreten und habe 13 Akten erledigt, sie werde von jetzt ab regelmäßig tagen. Daß Internierungs- und Frachtkosten nicht bezahlt werden sollten, habe helle Entrüstung erwecken müssen. Eine längere Aussprache schloß sich, dem Bericht der „M. N. N.“ zufolge, an. Die Ortsgruppe zählt über 3000 Mitglieder, die bayrischen Ortsgruppen zusammen zählen 4500 Mitglieder. Konsul Major Schlagintweit wurde einstimmig wieder zum Vorsitzenden, Fabrikant Schwab zu seinem Stellvertreter gewählt.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Vereinigung Auslandsdeutscher Studierender“.

Aus dem Semesterbericht (1. Oktober 1919 bis 31. März 1920) der V. A. D. St., Berlin, geht hervor, daß die Tätigkeit auf den inneren Ausbau der Vereinigung und nach außen auf die Gleichstellung ihrer Mitglieder mit den inländischen Studierenden gerichtet war.

Die Mitglieder der V. A. D. St. erhielten im Laufe des Semesters Ausweise vom Studentenausschuß, die mit der Unterschrift des Rektors versehen, die Mitglieder in Immatrikulations- und Prüfungsgebühren den Inländern gleichstellten. Die Mitglieder an der Technischen Hochschule erhielten vom Studentenausschuß der T. H. den Vermerk „Auslandsdeutscher“, wodurch sie den Inländern gleichgestellt wurden.

Die V. A. D. St. hatte am 31. März 52 Mitglieder an der Technischen Hochschule, 16 an der Universität, 4 an der Handelshochschule, 2 an der landwirtschaftlichen Hochschule, 2 an der Kunstgewerbehochschule. Auf die einzelnen Länder entfallen: Siebenbürgen 20, Polen 9, Baltikum 9, Rußland 4, Banat (Ungarn) 3, Rumänien 2, Litauen 2, Tschechien 1, Italien 1, Danzig 1.

Es fanden 5 ordentliche Mitgliederversammlungen statt. In der Mitgliederversammlung vom 15. Dezember wurde der von der V. A. D. St. Leipzig ausgearbeitete Satzungsentwurf für den Zentralverband eingehend durchberaten. Zur Gründung des Zentralverbandes Auslanddeutscher Studierender wurde der Vorsitzende, Johann Günther, entsandt. Am 5. März wurde der vom Vorsitzenden ausgearbeitete neue Satzungsentwurf von der Mitgliederversammlung mit einigen Änderungen angenommen.

Es fanden während der Zeit 4 gesellige Abende der Vereinigung statt. Stud. jur. Merrem hielt einen Vortrag über das Deutschtum in Großrumänien, über das Deutschtum in Chile sprach cand. jur. Carlos Keller-Rueff; es fand ein Weihnachtsfest und ein Sommerfest der Vereinigung statt.

Die V. A. D. St. besitzt eine kleine Bibliothek, die sich aus Bücherspenden der Mitglieder und Gönner der Vereinigung zusammensetzt. 1. Vorsitzender ist seit April Johann Gunther, jur., Charlottenburg 2, Schillerstraße 5.

Der Rat der Auslanddeutschen in Mannheim

legt der Mitgliederversammlung vom Juni einen Tätigkeitsbericht vor, den der Vorsitzende, Herr Pfarrer Wettstein, verfaßt hat. Er betont, daß aus dieser ersten badischen Flüchtlings-Organisation in Heidelberg und Pforzheim Tochter-Organisationen erwachsen. Die Begründung eines Landesverbandes aller badischen Flüchtlings-Vereinigungen in Mannheim fiel in die Zeit der Verschmelzung von „Rat der Auslanddeutschen“ und „Reichsverband der Auslanddeutschen“ in Berlin, so daß der badische Landesverband des neuen „Bundes der Auslanddeutschen“ fast als erster ins Leben treten konnte. Trotz der neuen Schöpfung löste sich der Rat der Auslanddeutschen in Mannheim nicht auf, weil er aus einer eigenen Sammlung, die von Herrn Pfarrer Wettstein und Herrn Karl Brenner veranstaltet worden war, noch Mittel zur Unterstützung der Flüchtlinge zu verwalten hatte. Der Rat konnte ein Flüchtlingsheim in Verbindung mit dem Ortsauschuß des Roten Kreuzes eröffnen, das vom November 1919 an in die Verwaltung des Roten Kreuzes allein überging und in dem die rückkehrenden Auslanddeutschen einen ersten Unterschlupf fanden, in dem Einzelpersonen und Familien auch Monate lang verweilen konnten. Aus der Hilfsstelle entwickelte sich eine Beratungsstelle. Als die Zentrale für Kriegsfürsorge aufgelöst wurde, mietete der Rat im neuen Schlosse geeignete Räume, schließlich wurde die bisherige Hilfsstelle mit der örtlichen Stelle der Landeshilfsstelle für rückkehrende Auslandsdeutsche verbunden und der Leiter der Beratungsstelle wurde dann vom Reichswanderungsamt zum Leiter einer Zweigstelle dieses Amtes berufen. Die von Mannheimer Spendern gegebenen Geldmittel wurden für das Flüchtlingsheim und für Unterstützungen, für die Beratungsstelle und für die Organisationen des Bundes der Auslandsdeutschen verwandt.

Der deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge,

der mehr als 300 000 vertriebene Ostmärker aus Posen und Westpreußen zu seinen Mitgliedern zählt, veranstaltete in Frankfurt a. d. Oder seine erste Bundestagung. Die Ortsgruppen und Landesverbände aus dem ganzen Reiche waren vertreten. Der Bundesvorsitzende, Architekt Schwalbe, leitete die Verhandlungen, denen auch der Ehrenvorsitzende, Generalfeldmarschall von Hindenburg, besten Erfolg wünschte. Aus dem Geschäftsbericht des Herrn von Overstratten ging hervor, daß der ursprünglich zu rein militärischen Zwecken begründete Bund, der die Wiedereroberung Posens durchsetzen wollte, nach Friedensschluß sich umbildete und auch seine politischen Ziele umgestaltete. Der Bund leistete politische Arbeit in seiner

Tätigkeit zugunsten der Vertriebenen, setzte sich für Schaffung von deutschen Konsulaten in den abgetretenen Landesteilen ein, unterhält eine eigene ostmärkische Volkshochschule und strebt Siedlungen vertriebener ostmärkischer Bauern an der Grenze an. Aus den Verhältnissen heraus entwickelte sich die wirtschaftlich-fürsorgliche Tätigkeit: Einrichtung von Flüchtlingsheimen, Arbeitsnachweis, Stellenvermittlung, Siedlungsfürsorge, Rechtsberatung, Wohnungsnachweis und Darlehensgewährung. Über alle diese Zweige der Tätigkeit wurde ein umfangreicher, von reicher Arbeit zeugender Bericht erstattet. Über die kulturellen Aufgaben des Bundes referierte Schriftsteller Kriebel, über die ostmärkische Volkshochschule im besonderen Herr Dr. Lüdtkke. Der Bund beschloß, seinen Namen umzuändern in „Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge zugunsten der deutschen Ostmark“, um auch Angehörige anderer Ostmarkprovinzen an sich heranziehen zu können. Dr. Boventschen hielt einen Vortrag über die politische Lage der Ostmark im Rahmen des Reichs und über die künftigen Arbeitsgebiete des Bundes.

Der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich

hielt in Kassel seinen zweiten Vertretertag ab. Er umfaßt jetzt 13 Landesverbände mit 180 Ortsgruppen und über 30 000 Mitgliedern von insgesamt 108 000 Ausgewiesenen. Den Ortsgruppen und Landesgruppen hat der Bund über 500 000 Mark Unterstützung gewährt. Herr Rechtsanwalt Donnevert wurde an Stelle des ablehnenden Oberpräsidenten Dr. Schwander zum ersten Vorsitzenden, der frühere sozialistische Reichstagsabgeordnete Böhle zu seinem Stellvertreter gewählt.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Die Notlage der deutschen Wissenschaft.

Die Mitglieder Dr. Hoetzsch, Dr. Philipp, Dr. Strathmann und Dr. Mumm der deutschnationalen Volkspartei haben eine Anfrage im Reichstage eingebracht, um sich über Maßnahmen der Regierung angesichts der drohenden Not der deutschen Wissenschaft zu erkundigen, da „über die große Gefahr für die deutsche Kultur und ihre Mission in der Welt kein Zweifel“ sei. Hoffentlich kommt bei dieser Gelegenheit auch die Frage der künstlichen Unterbindung der Wirkungen deutscher Kultur in der Welt durch die Verkaufsordnung der deutschen Buchhändler zur Sprache und hoffentlich findet auch die Regierung dafür eine scharfe Verurteilung.

Die Auslanddeutschen und das Konsulatsgebührengesetz.

In dem Kampf um ihre Rechte und Wünsche in Deutschland vereinen sich die Auslanddeutschen zu machtvollen Kundgebungen, in denen sie ihrer Empörung und Entrüstung namentlich über zwei Maßnahmen Ausdruck verleihen, die in letzter Zeit viel Aufregung hervorgerufen haben, die sogenannte Verkaufsordnung, die das deutsche Buch im Ausland verteuert, sowie das Konsulatsgebührengesetz, das den Zusammenhang von Auslanddeutschtum und Heimat zu stören geeignet ist. Wir haben eine Reihe von Zuschriften und Kundgebungen an dieser Stelle wiedergegeben, unter anderem die der Vereinigung deutscher Wehrmänner in Basel, die sich gegen die Handhabung des Konsulatsgebührengesetzes in Basel wandte und behauptete, daß dort das neue Gesetz besonders rücksichtslos gehandhabt werde und noch keinem einzigen bedürftigen Deutschen ein Paß kostenlos ausgestellt worden sei. Daß diese Behauptungen einigermaßen über das Ziel hinausschießen, teilt uns eine Zuschrift des Deutschen Konsulats in Basel mit, der wir natürlich gerne Raum geben, um auch in diesem

an und für sich guten Kampfe um eine gute Sache den Bogen nicht überspannen zu lassen. Das Konsulat teilt mit, daß eine eingehende Prüfung der Beschwerden folgendes ergeben habe:

1. Die hiesige Paßstelle ist bei dem Inkrafttreten der erhöhten Paßgebühren angewiesen worden, bei der Anwendung des neuen Gesetzes nach Möglichkeit Härten zu vermeiden.
2. Insbesondere hatten die mit der Ausstellung der Pässe und Sichtvermerke, sowie der Festsetzung der Gebühren beauftragten drei Angestellten (Paßprüfer) Weisung, in allen Fällen von Bedürftigkeit die Gebühren nach wie vor zu erlassen.
3. Die Paßprüfer, welche sämtlich selbst frühere Wehrleute und Mitglieder der hiesigen Vereinigung entlassener Wehrmänner sind, haben dieser Weisung entsprechend verfahren und nach wie vor in allen Fällen von Bedürftigkeit die Gebühren erlassen.
4. Bei der hiesigen Paßstelle sind sowohl vor wie nach dem Inkrafttreten der erhöhten Paßgebühren täglich durchschnittlich etwa 20 Sichtvermerke bzw. Pässe gebührenfrei ausgestellt worden.

Ein Antrag der deutsch-nationalen Partei des Reichstages (Nr. 88 der Drucksachen) fordert den Reichstag auf zu beschließen, daß der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente über die Ostgrenze gesteuert werde, daß lästige fremdstämmige Elemente interniert und erforderlichenfalls über die Grenze zurückgebracht werden, und zu verlangen, daß dem Reichstag eine Denkschrift über die Einwanderung solcher Elemente seit 1914 vorgelegt und über die Maßnahme gegen solche unerwünschte Einwanderung und ihre Wirkung berichtet werde.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Rom. Der Botschaftsrat v. Hassel, der nach dem Tode des deutschen Geschäftsträgers M. Herff zum deutschen Geschäftsträger ernannt worden ist, hat dem Minister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

An der Universität Jena ist ein schwedischer Ferienkurs eröffnet worden, an dem über 350 Schweden teilnehmen. Die Gäste wurden von Universitäts- und Staatsbehörden festlich begrüßt und sandten selbst an den Reichspräsidenten wie an den König von Schweden ein Begrüßungstelegramm. Die schwedischen Gäste spendeten je 10 000 Mk. für die Stadtarmen und für die Errichtung eines schwedischen Lektorats an der Universität.

Die vier großen skandinavischen Tageszeitungen, „Berlinske Tidende“-Kopenhagen, „Aftenposten“-Christiania, „Svenska Dagbladet“-Stockholm und das „Hufvudsstadsbladet“-Helsingfors, haben in Berlin unter den Linden ein gemeinsames Büro gemietet, um gemeinschaftlich ihre Geschäfte auszuüben und einen Sammelpunkt der skandinavischen Reisenden zu bilden.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Neue Paßgebühren.

Bislang durften nach § 8 des Paßgesetzes die Gebühren für die Ausstellung von Pässen und sonstigen Reisepapieren bei inländischen Behörden den Betrag von 3 Mark nicht übersteigen. Diese Grenze ist durch Aufhebung der erwähnten Bestimmung beseitigt und damit die Bahn für eine Erhöhung der Gebühren frei gemacht worden. Nach einer im Ministerial-

blatt für die preußische innere Verwaltung bekanntgegebenen Verfügung sind nunmehr folgende Gebühren festgesetzt:

- a) für Auslandspässe 25 Mark, für Inlandspässe 15 Mark, für Inlandspässe im Verkehr mit dem besetzten rheinischen Gebiet, mit den Abstimmungsgebieten und Ostpreußen 5 Mark;
- b) für einfache Ausreisesehtvermerke 15 Mark, für Rückreisesehtvermerke 25 Mark, für Dauersichtvermerke 30 Mark. (Die Ausstellung der für den Verkehr mit Ostpreußen vorerst noch erforderlichen Sichtvermerke erfolgt gebührenfrei.)

Damit besondere Verhältnisse Berücksichtigung finden können, sind die Paß- und Sichtvermerkbehörden angewiesen, bedürftigen Gesuchstellern, namentlich auch mittellosen Auswanderern, je nach Lage der Verhältnisse, die Gebühren ganz oder zum Teil zu erlassen.

Zum Reichsausgleichsgesetz.

§ 67 des Reichsausgleichsgesetzes bestimmt, daß die Abschnitte II,3 und III des Gesetzes, welche die Abrechnung des Reichsausgleichsamts gegenüber deutschen Gläubigern und Schuldern sowie die Mitwirkung desselben bei anderweitiger Regelung von Geldverbindlichkeiten betreffen, durch den Reichsminister für Wiederaufbau im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen in Kraft zu setzen sind. Eine dahingehende Bekanntmachung ist nunmehr im Reichsanzeiger Nr. 146 erfolgt. Nach derselben sind die genannten Abschnitte am 1. Juli in Kraft getreten. Der endlichen Abrechnung des Reichsausgleichsamts mit den deutschen Gläubigern und Schuldnern sowie seiner Mitwirkung bei der Regelung sonstiger im Gesetz vorgesehener Geldverbindlichkeiten steht somit nichts mehr im Wege.

Das Verfahren des Reichsausgleichsamts.

Der Reichsminister für Wiederaufbau hat unterm 26. d. M. eine Anordnung erlassen (siehe auch Nr. 144 des Reichsanzeigers), welche das vom Reichsausgleichsamt bei seiner Tätigkeit zu beobachtende Verfahren regelt und nochmals die Zweigstellen namhaft macht, welche zusammen mit der Hauptstelle das Reichsausgleichsamt bilden. Jede einzelne dieser Stellen erledigt alle dem Reichsausgleichsamt durch das Reichsausgleichsgesetz übertragenen Verpflichtungen, welche die Forderungen und Verbindlichkeiten der in ihrem Bezirke ansässigen natürlichen oder juristischen Personen betreffen. Es bleibt indessen der Hauptstelle ausschließlich vorbehalten:

1. der Verkehr mit den ausländischen Prüfungs- und Ausgleichsämtern, den ausländischen Parteien und den Vertretern des Reichsausgleichsamts bei den ausländischen Prüfungs- und Ausgleichsämtern;
2. die Erteilung der Zustimmung zum unmittelbaren Verkehre der deutschen und ausländischen Beteiligten nach Maßgabe des § 11 Abs. 1 des Reichsausgleichsgesetzes;
3. Die Herbeiführung von Beweisaufnahmen im Ausland.

Die Verhandlungssprache ist die deutsche. Fremdsprachige Schriftstücke dürfen unberücksichtigt bleiben, soweit sie nicht die Begünstigung des Artikel 113 der Reichsverfassung genießen, welcher den fremdsprachigen Volksteilen den Gebrauch ihrer Muttersprache gewährleistet. Das Verfahren in Angelegenheiten, die nicht zur Zuständigkeit einer Spruchstelle gehören, ist schriftlich, doch soll der Partei auf Verlangen Gelegenheit geboten werden, ihr Begehren mündlich zu begründen, sofern es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich erscheint. Die Anordnungen und Entscheidungen des Reichsausgleichsamts sind mit Gründen zu versehen, insoweit ihr Inhalt von dem Begehren des Betroffenen abweicht. Für das Verfahren bei

den Spruchstellen gilt Parteiöffentlichkeit, d. h. die Entscheidung erfolgt in nichtöffentlichen Sitzungen, doch ist den Parteien und Beteiligten gestattet, den Verhandlungen der Spruchstellen beizuwohnen und ihre Anträge mündlich zu begründen. Die Entscheidung erfolgt nach Lage der Akten, auch wenn die Parteien oder die Beteiligten in den Verhandlungen trotz rechtzeitiger Benachrichtigung nicht gehörig vertreten sind. Die Anordnungen und Entscheidungen der Spruchstellen erfolgen durch Beschluß, der mit Gründen versehen, der Partei und den Beteiligten schriftlich bekanntzugeben ist.

Wie im Reichsanzeiger, Nr. 143 bekanntgegeben wird, hat der Reichsminister für Wiederaufbau als Vertreter der Reichskommission für Auslandsschäden bestellt:

- für den Bezirk der Spruchkommissionen in München, Nürnberg, Ludwigshafen den Bayerischen Staatsminister a. D. Dr. v. Knilling, München,
- für den Bezirk der Spruchkommissionen in Mannheim, Karlsruhe und Singen den Badischen Ministerialdirektor Duffner, Karlsruhe,
- für den Bezirk der Spruchkommission in Stuttgart den Württembergischen Staatsminister a. D. Mandry,
- für den Bezirk der Spruchkommission in Leipzig den Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Baessler,
- für den Bezirk der Spruchkommission in Weimar den Sächs.-Weimarischen Geh. Staatsrat a. D. Dr. Unteutsch,
- für den Bezirk der Spruchkommission Hamburg den Landgerichtsdirektor Dr. Hinrichsen.

Auslanddeutsche und Vermögenserklärung.

Amtlicherseits war die Ansicht vertreten worden, daß auch die ins Ausland zurückkehrenden Auslanddeutschen, die von der Sicherheitsleistung befreit sind, auf Grund des § 12 des Steuerfluchtgesetzes vor Verlassen des Reichs außer zur Auswanderungsanzeige auch zur Abgabe einer Vermögenserklärung verpflichtet seien. Das Deutsche Ausland-Institut, das dieser Auffassung nicht beipflichten konnte, hat es sich angelegen sein lassen, die Frage einer Klärung zuzuführen. In einer authentischen Erklärung ist der Reichsfinanzminister der Auffassung des Deutschen Ausland-Instituts beigetreten. Es ist somit die Frage dahin entschieden, daß Auslanddeutsche vor Aufgabe des dauernden Aufenthalts im Inlande nur zur Erstattung der Auswanderungsanzeige, nicht aber zur Beifügung einer Vermögenserklärung verpflichtet sind.

Entschädigung der Kolonialdeutschen.

Nach einer Bekanntmachung der Reichsregierung im Reichsanzeiger Nr. 146 sind die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden in den deutschen Schutzgebieten, aus Anlaß des Krieges, vom 15. Januar 1920 abgeändert worden. Der einzige Paragraph bestimmt, daß, wenn der Schaden einwandfrei festgestellt sei und der nach § 14 der genannten Richtlinien festzusetzende Wert den Betrag von 15000 Mk. nicht übersteige, mit Zustimmung des Leiters der Entschädigungsstelle der Vorschuß oder die Beihilfe in Höhe dieses Wertes gewährt werden könne, wenn der Geschädigte erklärt, daß er bezüglich sämtlicher Forderungen auf den Ersatz von Schäden aus Anlaß des Krieges abgefunden sei.

Der Vorbehalt des § 16, Satz 2 der Richtlinien, daß die Abfindungserklärung eine Nachforderung auf Grund einer höheren Bemessung des Wertes bei etwaigen späteren Änderungen der in § 14 niedergelegten Grundsätze nicht ausschliesse, ist in die neue Bekanntmachung nicht aufgenommen worden.

Für Amerikadeutsche.

Wie der Deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband hört, scheint es, als ob die Ansicht, daß das deutsche in Amerika beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben werden soll, in den Vereinigten Staaten immer mehr Anhänger, auch in Regierungskreisen, gewinne. Es werde ernsthaft diskutiert und erwogen, dem Kongreß, der auf gesetzmäßige Weise darüber zu entscheiden hat, die allgemeine Rückgabe des deutschen Eigentums zu empfehlen, wobei vorausgesetzt wird, daß die deutsche Regierung die Bezahlung der amerikanischen Ansprüche zusichere. Nach dem Konflikt zwischen Wilson und dem Senat kann sich aber die Erledigung der Frage noch bis zum Eintritt der neuen Regierung, also bis Frühjahr 1921, hinziehen.

Der Rechtsanwalt am Obergericht in Neuyork, Frederic Wirth, der 10 Jahre hindurch im amerikanischen diplomatischen Dienst gestanden hat, Herr André Picard, der 10 Jahre lang amerikanischer Handels-Attaché bei der Gesandtschaft in Bern und zuletzt Mitglied der amerikanischen Friedens-Delegation in Paris war und gleichzeitig französischer Rechtsanwalt und englischer Rechtsanwalt in London ist, sowie der bisher als internationaler Anwalt in Paris tätige, jetzt als Anwalt in Berlin lebende Dr. Karl Hirschland, der als führendes Mitglied des Bundes der Auslandsdeutschen bekannt geworden ist, haben mit Büros in Berlin, Neuyork, London, Paris und Genf ein internationales Anwaltsbüro eröffnet.

WIRTSCHAFTLICHES

Handelskammertagung in Lindau.

Am 15. Juni 1920 fand laut Mitteilung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz in Lindau eine Tagung der Bayerischen Handelskammern und der Deutschen Handelskammer in der Schweiz statt, in der außer Vertretern der Handelskammern die bayerische Regierung, die Außenhandels-Zweigstellen des Auswärtigen Amtes in Nürnberg und München, das Reichsverkehrsministerium und das Generalkonsulat Zürich vertreten waren.

Die Tagesordnung umfaßte Referate über folgende Themen: 1. Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Bayern. 2. Der Einfluß der Währungsverhältnisse über den deutsch-schweizerischen Warenaustausch. 3. Ziele und Zwecke von Außenhandelskammern. 4. Aussprache über die derzeitige Einreise- und Niederlassungspolitik Bayerns.

Zu Punkt 1 hob Herr Dr. Heyn, Syndikus der Handelskammer Nürnberg, hervor, daß die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland in den letzten Monaten einen großen Umschwung durchgemacht hätten. Während bis dahin die Handels-Statistik in Deutschland zu den Klagen des Ausverkaufs, in der Schweiz zu den Beschwerden über Überschwemmung mit billiger deutscher Ware geführt habe, habe die Verschiebung der Währungsverhältnisse, die Erschwerung des persönlichen und Nachrichtenverkehrs durch Paß- und Zensurvorschriften, die Erschwerung des Güterverkehrs durch Preisprüfung, Ein- und Ausfuhrverbote, Ausfuhrabgabe und Erhöhung der Frachten, die Einschränkung des Kredites, das Verlangen der Vorausbezahlung, die Erschwerung des Absatzes durch die Erstarkung ausländischer Konkurrenz zu einer Verkehrsstockung geführt; dazu treten die neuen Geschäftssitten, Schieberpraxis, freibleibende Abschlüsse und Vertragsbrüche, die die gegenseitigen Beziehungen stark beeinträchtigen. Die Vertragsbrüche seien auf jeden Fall scharf zu verurteilen, solange das Inland noch zu dem mit dem Ausland ursprünglich ver-

einbarten Preise beliefert werden kann. Auch der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung vertrete diesen Standpunkt, der aber von den Außenhandelsstellen nicht immer berücksichtigt werde. Der Vorbehalt gleitender Preise dürfe nicht zur Willkür von Seiten des Verkäufers führen, sondern nur solche Zuschläge seien zu fordern, welche der tatsächlich eingetretenen Verteuerung der Produktionsmittel- und -verhältnisse entsprächen. Unpünktlichkeit der Lieferung sei in den Verhältnissen begründet und dürfe nicht dem Lieferanten allein in die Schuhe geschoben werden. Der Referent ging dann auf die deutscherseits gegen die Schweiz erhobenen Beschwerden ein. Sie betreffen die Erschwerungen der Einreise nach der Schweiz, das unfreundliche Verhalten eines großen Teils der Schweizer Presse gegenüber Deutschland, die Schwierigkeit der Kreditbeschaffung, die hohen Zollsätze der Schweiz für einzelne Waren und die schlechten Zug-, Post- und Telephonverbindungen zwischen Bayern und der Schweiz. Die Einreise in die Schweiz werde außerordentlich erschwert durch die Langsamkeit der Behörden, ferner durch die Haltung der schweizerischen Industriellen-Verbände, die sich gegen die Einreise von Kaufleuten und Handelsreisenden wenden, die die Schweiz früher bereist haben. Bei der Kreditbeschaffung müsse der Initiative des einzelnen Kaufmanns weitester Spielraum gelassen werden.

In dem Gegenreferat verurteilte Herr Rechtsanwalt Wirth von der D. H. K. Schweiz gleichfalls die Praxis der Vertragsbrüche, betonte aber, daß Preisaufschläge den ausländischen Käufern häufig durch eine verbindliche Form begreiflich gemacht werden könnten. An einigen Beispielen legte er dar, daß das bisher feindliche Ausland, welches ebenfalls zu gleitenden Preisen übergegangen sei, in einer der Psyche des ausländischen Käufers sehr geschickt angepaßten Weise sachlich dasselbe tue wie der deutsche Lieferant, ohne den Käufer dabei vor den Kopf zu stoßen. Die Lieferungsbedingungen französischer Fabriken enthielten z. B. die Bestimmung, daß der Käufer von dem Vertrage zurücktreten könne, wenn die Preissteigerung mehr als 25% des ursprünglich vereinbarten Preises betrage, daß aber etwaige Verbilligungen des Preises dem Käufer in Form einer Preisermäßigung zugute kommen sollten.

Die deutsche Handelskammer in der Schweiz sei bestrebt gewesen, ihren Einfluß für die Erleichterung der Einreisebestimmungen geltend zu machen, jedoch seien alle Bemühungen zwecklos, wenn die bisher geübte Praxis Bayerns bezüglich der Einreiseerschwerungen und Deutschlands betr. der Paßgebühren fortgesetzt würde, Abbau aller Verkehrsstörungen müsse angestrebt werden; an eine Ermäßigung der schweizerischen Zölle sei jedoch nicht zu denken. Die Devisenpolitik der Reichsbank habe die D. H. K. Schweiz von jeher bekämpft, Befreiung des Handels müsse die Losung sein.

Herr Dr. Simon, Syndikus der Münchner Handelskammer, legte die derzeitige Lage der bayerischen Gesetzgebung über die Einreise- und Niederlassungspolitik Bayerns dar, wonach jeder, der nach Bayern einwandern will, einerlei, ob Ausländer oder Auslandsdeutscher, eine Einreisebewilligung von einer bayerischen Polizeibehörde bzw. einem Bezirksamt einholen muß. Der Ausländer muß dann noch eine Aufenthaltsbewilligung für den Ort nachsuchen, an dem er sich niederlassen will. Seitens des bayerischen Handelsministeriums wurde mitgeteilt, daß eine Änderung der Bestimmungen bereits vorbereitet sei.

Herr Eduard Derksen-Basel sprach dann über Ziele und Zwecke von Auslandshandelskammern und stellt folgende Forderungen: 1. Die deutschen Handelskammern im Auslande müßten freie vom Staat unabhängige Organisationen sein.

2. Zur Förderung allgemeiner Aufgaben müßte ihnen eine staatliche Subvention und staatliche Anerkennung gesichert sein. 3. Vor Erlaß von Verordnungen, Wirtschaftsabkommen und Handelsverträgen zur Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Fremdstaaten müßten die deutschen Handelskammern im Ausland gutachtlich gehört werden.

Nach eingehender Aussprache einigte man sich zu folgender Entschliebung: 1. Forderung des schnellstmöglichen Abbaus aller Hemmnisse, denen der Verkehr zwischen Deutschland und der Schweiz wie der gesamte internationale Verkehr Deutschlands noch immer ausgesetzt ist. 2. Befreiung der deutschen Ausfuhr von allen unnötigen Beschränkungen. Verzicht auf die Erhebung einer Ausfuhrabgabe, für die die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Aufhebung der Preisprüfung, die heute nur noch verkehrshemmend wirkt, was der im Interesse der deutschen Valuta liegenden Förderung der Ausfuhr direkt entgegensteht. 3. Freigabe der Einfuhr. 4. Erleichterung des persönlichen Verkehrs; Beseitigung der Aufenthaltskontrolle. 5. Die Bedeutung der deutschen Handelskammern im Ausland für die Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Auslande lassen eine amtliche Unterstützung unter voller Aufrechterhaltung der Möglichkeit einer freien Betätigung dringend erforderlich erscheinen.

Deutsche Wirtschaftsvereinigungen im Ausland.

Die deutsche wirtschaftliche Vereinigung für Spanien in Barcelona nimmt zur Frage der Begründung derartiger Einrichtungen grundsätzlich Stellung und empfiehlt sie warm. Ihr Zweck müsse ein doppelter sein: Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der im Ausland ansässigen reichsdeutschen Angehörigen, die Stärkung und Erhaltung der Zusammengehörigkeit zum Vaterlande durch möglichst enge Bindung der gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes, daß die deutschen Auslandskolonien dazu berufen seien, in harmonischer Vereinigung die eigenen wirtschaftlichen Interessen und die des Vaterlands im Auslande auf das Nachdrücklichste zu verwerten und zu verbreiten. Ein Auslandsdeutscher solle grundsätzlich nur deutsche Erzeugnisse in seinem zweiten Heimatlande vertreten und verkaufen und deutsche Waren auch einzuführen suchen, wobei ihm der Heißhunger nach der anerkannt guten deutschen Ware ja entgegenkomme. Dieses Leitmotiv müsse in allen Auslandsdeutschen und in allen Mitgliedern einer deutschen wirtschaftlichen Vereinigung lebendig sein und bleiben, dann fielen auch alle Einwendungen in sich zusammen, daß die Reichs- und Privatinteressen der Auslandsdeutschen sich widersprechen könnten. Sie seien im Gegenteil die gleichen. Deutsche wirtschaftliche Vereinigungen im Ausland müßten deshalb auch überall als offizielle wirtschaftliche Beiräte anerkannt werden, auf deren Stimme die amtlichen Vertretungen zu hören hätten, sie müßten gleichzeitig aber auch eine offizielle Vertretung in Deutschland haben, die mit den Reichsbehörden zu verkehren habe.

Das Abkommen zwischen der **Hamburg-Amerika-Linie** und dem amerikanischen **Harrimantrust** ist zustande gekommen, zu dessen Vorbereitung Direktoren der Hamburg-Amerika-Linie nach Amerika gefahren waren. Es stellt den größten Verkehrs-trust der Welt dar und wird für 20 Jahre dem Schiffsverkehr der Welt ein bestimmtes Gepräge verleihen. Der Linienverkehr der Vorkriegszeit der Hapag wird darnach wieder aufgenommen. Harriman hat die drei größten amerikanischen Gesellschaften in seinem Trust vereinigt.

Die Gefahr der Unreellität.

In einem kleinen Schweizer Kantonblättchen, der „Neuen Bündener Zeitung“ vom 18. Juni finden wir einen Artikel, der von den Gefahren, die dem Ansehen des deutschen Kaufmanns und Industriellen drohen, ein beredtes Zeugnis ablegt: „Vor einiger Zeit bestellte ein Kaufmann aus genanntem Orte bei einer Firma in einer größeren deutschen Stadt Waren im Werte von etwa 1200 Mark. Der Betrag wurde sofort bar bezahlt und der Lieferant versprach prompt zu liefern. Inzwischen verging einige Zeit, als plötzlich ein Brief einlangte, die deutsche Firma könne die Ware nicht zu dem festgesetzten Preise liefern, sondern verlange noch 10000 Mark Nachzahlung. Alle brieflichen Vorstellungen halfen nichts. Auch auf die Zurückzahlung der einbezahlten Summe reagierte die Firma nicht. So ist es sehr fraglich, ob der hiesige Kaufmann wieder zu seinem Gelde kommt. Ähnliche Fälle sind schon zu Dutzenden vorgekommen, es kann deshalb nicht genug vor dem Handel mit deutschen Kaufleuten gewarnt werden. Gewiß gibt es auch noch reelle Geschäftsleute draußen, aber wer bürgt dafür, daß man gerade die richtigen ‚breicht‘?“

Die deutschen Kreise, die das angeht, haben alle Ursache, die Gründe zu solchem Mißtrauen aus der Welt zu schaffen. Wir könnten sonst die Folgen zu einer Zeit zu spüren bekommen, wo sie uns höchst schwer und vernichtend treffen würden.

VERSCHIEDENES

Deutsche Kulturpropaganda im Ausland.

Der Verein der deutschen Antiquariats- und Exportbuchhändler hielt am Sonnabend, den 1. Mai, seine Hauptversammlung zu Leipzig ab. Zahlreiche Mitglieder und Gäste waren anwesend. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein sorgsam und gründlich bearbeiteter Vortrag des Herrn Dr. Baer, Frankfurt a. M., der den Mitgliedern gedruckt zugehen soll und von dem das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ die Folgerungen wiedergibt. Dr. Baer faßte seine Ansicht dahin zusammen, daß die Ausfuhrbestimmungen für den deutschen Buchhandel in jeder Weise zu bekämpfen seien, wie wir es an dieser Stelle und in unseren Veröffentlichungen schon seit langem tun. Dr. Baer sagte: 1. sei es nationale Pflicht, Aufträge aus dem Auslande in stärkstem Maße herein zu bekommen, 2. seien die Bestimmungen undurchführbar, 3. seien sie unberechtigt und endlich 4. seien sie geeignet, den deutschen Buchhandel in seinem moralischen Ansehen und wirtschaftlich zu schädigen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall und fand in zahlreichen in der Besprechung vorgebrachten Beschwerden wertvollste Ergänzungen. Es wurde schließlich beschlossen, der Hauptversammlung des Börsenvereins zur Kenntnis zu bringen, daß der Verein der deutschen Antiquariats- und Exportbuchhändler sämtliche Verfügungen, die von der Reichsregierung und vom Vorstand des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel in diesem Jahre über Auslandsabschlüsse getroffen worden seien, für undurchführbar und nachteilig für die Verbreitung der Erzeugnisse des deutschen Geisteslebens im Auslande halte, daß er um sofortige Zusammenberufung einer Kommission bitte, die paritätisch aus Vertretern des Sortiments, des Verlags und des Antiquariats zusammengesetzt sein solle und den Auftrag zu erhalten hätte, alle mit der Außenhandelsordnung im Zusammenhang stehenden Fragen und die über sie erhobenen Beschwerden zu prüfen, zu erörtern und zu beseitigen.

Einweihung des neuen Hauses des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr.

In Kiel fand am 22. Juni die feierliche Einweihung des neuen Gebäudes statt, in dem das Institut, dank der Freigebigkeit der durch Herrn Konsul Dr. Diedrichsen in ausgezeichneter Weise geleiteten „Gesellschaft zur Förderung des Kieler Instituts“ nunmehr untergebracht ist. Es gelang der Gesellschaft, das am Kieler Hafen gelegene prächtige Haus der ehemaligen Kruppschen Seebadeanstalt vom Vorbesitzer zu günstigen Bedingungen zu erwerben und auch das daneben liegende Gebäude des Yachtclubs mit schönem Garten zu kaufen, sodaß ein prächtiges Heim geschaffen werden konnte, das an räumlicher Größe wie prunkvoller, teilweise geradezu kostbarer Ausrüstung nichts zu wünschen übrig läßt. Von den Zimmern der im Institut Arbeitenden schweift der Blick prächtig herunter aufs Wasser und in die Ferne. Dem Hauptgebäude ist ein großer Lesesaal vorgebaut worden, unter dem in praktischer Weise in den Kellern – durch Rohrpost und Haustelephon erreichbar – die Bücherei der 4000 Bände untergebracht ist. Das Archiv der 1 Million Zeitungsausschnitte befindet sich im höchsten Stockwerk und wird jetzt vom 1. Juli an vom Kriegsarchiv abgekehrt und ganz neu in ein Friedenswerk überführt.

Im großen Saal des Yachtclubgebäudes begrüßte am Vormittag Konsul Dr. Diedrichsen die zahlreich erschienenen Gäste und übergab das Haus dem Direktor des Instituts, Geheimrat Professor Dr. Harms, der in seiner Einführungsansprache namentlich auf die vielbesprochenen Probleme des Zusammenhanges zwischen Forschung, Lehre und kaufmännischer wie industrieller Praxis einging und manche Vorurteile widerlegte. Er konnte Mitteilung davon machen, daß zur besonderen Förderung skandinavischer Studien und Studenten dem Institut ein Betrag von 50000 Mark übergeben worden ist. Eine Reihe von Vertretern der Berliner Ämter, der Industrie und der Universitäten begrüßten das Institut in seinen neuen Räumen und wünschten ihm bestes Gedeihen. Die Fülle guter Reden fand ihre Fortsetzung beim Festessen im Bellevue-Hotel, auf dem auch der Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts, Generalsekretär Dr. Wertheimer, Gelegenheit nahm, auf die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Institute hinzuweisen und die Grüße des im Süden arbeitenden aber an deutscher Volkseinheit und Einigkeit wie an deutscher Arbeit gleichermaßen interessierten Schwesterinstituts zu überbringen. Der Abend vereinte in den gastlichen Räumen des Yachtclubs, die später zu einem Kollegiengebäude umgestaltet werden sollen, zahlreiche Damen und Herren, namentlich die Studentenschaft und Jugend, zu gemütlicher Aussprache und zum Tanz. Getreu dem Programm des überall sorgenden und nimmer müden Direktors wartete die größere Zahl der Gäste brav den letzten Programmpunkt, den Sonnenaufgang über der Bucht, ab. Das Kieler Institut darf sich rühmen, wohl am herrlichsten von allen seinen Schwester- und Bruderunternehmungen im Reiche zu wohnen und arbeiten zu können. Auch an dieser Stelle sei der Wunsch ausgesprochen, daß diese Arbeit unter günstigem Stern sich entwickeln möge.

In Thorn haben die Stadtverordneten allen polnischen chauvinistischen Hetzereien zum Trotz beschlossen, die deutsche Sprache beizubehalten. Zwar soll auch Polnisch bei den Verhandlungen zugelassen sein und gesprochen werden dürfen, doch sollen die Redner den wesentlichen Teil ihrer Ausführungen in Deutsch wiederholen, damit die nur Deutsch Sprechenden Herren sie verstehen könnten. Für alle Straßen werden pol-

nische Bezeichnungen eingeführt, doch bleiben die bisherigen deutschen Namen neben den polnischen bestehen.

Rotterdam. Übergabe des „Deutschen Grabes“ an die deutsche Regierung. Das Deutsche Grab im Crooswijk-Friedhof, in dem 14 in Rotterdam auf der Durchreise verstorbene Kriegsgefangene und Zivilinternierte ruhen, wurde vom Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene durch dessen Vorsitzenden, Herrn Ruoff, dem deutschen Konsul als Vertreter der deutschen Regierung, die für 50 Jahre Eigentumsrechte an der Begräbnisstätte erworben hat, im Beisein des Rotterdamer Bürgermeisters, verschiedener niederländischer Vertreter von Fürsorgeorganisationen und des deutschen Gesandten feierlich übergeben. Das Grab ist geschmückt durch ein Denkmal Professor Bredows, Stuttgart, das außer den Namen der Beigesetzten die Inschrift trägt: „Vor den Toren der Heimat vernichtete der unerbittliche Tod die Hoffnung auf ein Wiedersehen.“

Heimbeförderung böhmischer Kriegsgefangener über Deutschland.

Die Hauptstelle Reichstadt der Reichsorganisation zur Heimbeförderung der böhmischen Kriegsgefangenen teilt mit: Bekanntlich wurde seitens der zuständigen Regierungsstellen bereits im Dezember v. J. Prof. Dr. Jungbauer als Mitdelegierter für die voraussichtlich nach Sowjetrußland zu entsendende tschechoslowakische Repatriierungskommission akzeptiert und veranlaßt, daß die politisch-diplomatische Vertretung der Sowjetrepublik in Berlin seitens der tschechoslowakischen Regierung von der beabsichtigten Entsendung Jungbauers offiziell verständigt werde.

Die von der reichsdeutschen Regierung im Verein mit dem Genfer Roten Kreuz durchgeführte internationale Landwegaktion ist bereits im vollen Gange und werden die aus Sowjetrußland (Moskau) heimkehrenden ehemaligen Kriegsgefangenen über Narwa nach Deutschland befördert. In Deutschland finden unsere Schützlinge sehr liebenswürdige Aufnahme und werden transportweise von deutschen Begleitkommissionen bis nach Tetschen oder über Passau gebracht.

Schon eine große Anzahl derartiger Heimkehrer hat auf diese Weise die Grenze passiert. Leider läßt sich die Aktion ziffermäßig noch nicht übersehen, da sich trotz der ergangenen Aufforderungen viele Heimkehrer nicht melden. Wir ersuchen daher

neuerdings, daß alle Heimkehrer angewiesen werden, ihre Ankunft dem Bürgermeisteramt in Reichstadt mit kurzer Angabe der näheren Begleitumstände zu melden.

Diese Evidenz ist für den Ausbau unserer Aktion sehr wichtig.

Gelegentlich der bereits genannten Vorsprache im Ministerium wurde den Funktionären unter anderem auch zugesichert, daß bei der tschechoslowakischen Übernahmestelle Tetschen die entsprechenden Vorsorgen wegen Verpflegung der dort eintreffenden Heimkehrertransporte getroffen werden.

Nachdem noch verschiedene andere wichtige Fragen bezüglich der Heimbeförderungsaktion erörtert worden waren, intervenierten die Funktionäre beim tschechoslowakischen „Roten Kreuz“ wegen Förderung der gleichen Angelegenheiten.

Mit dem inzwischen eingelangten Heimkehrerdampfer „Amerika“ ist neuerdings eine größere Anzahl von Kriegsgefangenenheimkehrern eingetroffen. Die Übernahmestelle Tarnopol passierten im Mai 1748 Heimkehrer, die Staatsangehörige der verschiedenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Monarchie sind.

Sprachverfolgungen in Amerika.

Durch eine besondere Verordnung für die Nordstaaten war bestimmt, daß die fremdsprachige Presse Text und Annoncen nur veröffentlichen dürfe, wenn diesen eine englische Übersetzung beigelegt wurde. Gegen dieses Gesetz haben im Staate Oregon eine Anzahl deutscher, schwedischer, finnischer und spanisch erscheinender Zeitungen die Entscheidung des Obersten Staatsgerichtshofs erzwungen. Der Urteilsspruch hat dahin erkannt, daß die prozessierenden Zeitungen künftighin ohne die verlangten englischen Übersetzungen erscheinen dürfen. Allerdings sind an den Urteilsspruch zwei Kautelen geknüpft.

1. Soll der Entscheid des Obersten Gerichtshofes nur so lange gelten, bis er etwa durch den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington kassiert wird, und
2. gilt er nur für diejenigen Zeitungen, die gemeinsam den Prozeß wegen der erwähnten drückenden Bestimmung geführt haben.

Es wird jedoch allgemein erwartet, daß auch die übrigen betroffenen Blätter sich das gleiche Recht erzwingen werden, und daß der Oberste Gerichtshof in Washington den von den drei Richtern des Obersten Gerichtshofes des Staates Oregon einstimmig gefällten Spruch kaum aufheben wird.

AUSWANDERUNGSWESEN

Winke für Auswanderer nach Argentinien.

Von Dr. Paul Jochum.

Ordonnez F. C. C. A. Rep. Argentinia.

Wer sich heute zur Auswanderung oder auch nur zu einer Reise nach Argentinien entschlossen hat, und ein Entschluß in des Wortes wahrster Bedeutung gehört unter den jetzigen Verhältnissen vor allem für einen Deutschen dazu, der wird gleich zu Beginn seiner Vorbereitungen auf die größte Schwierigkeit der ganzen Reise stoßen: nämlich die Erlangung eines Schiffsplatzes. —

In Deutschland ist zurzeit für eine Reise nach Südamerika am bekanntesten der Kgl. Holländische Lloyd in Amsterdam. Aber die Plätze dieser Linie sind bereits auf lange Zeit hinaus ausverkauft und zwar in allen Klassen. — Wenn man auch ab und zu von einzelnen hört, welche durch besondere Beziehungen oder Glückumstände einmal schon innerhalb weniger Wochen einen zurückgegebenen Platz erobert haben, so handelt es sich hier immer nur um Ausnahmen. In der Regel ist eine Wartezeit

von mehreren Monaten das Mindeste, zumal für mehrere Personen, gleichgültig, welche Klasse sie fahren. —

Während dieser Wartezeit haben sich aber zu oft, gerade in der heutigen Zeit, alle Verhältnisse gänzlich verschoben. —

Die Ausreisebestimmungen von Seiten des Steuerkommissars, die Bedingungen zur Erlangung des argentinischen Einreisevisums, welche bereits immer strenger werden, nicht zu vergessen die Valutaverhältnisse, welche für Deutsche in den letzten Monaten immer ungünstiger wurden. —

Deshalb möchte ich hier zunächst einmal die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise auf die Cosulich-Linie — Cosulich Società die Navigazione Triestina Trieste — lenken, welche ich benutze. Die Schiffe dieser Linie sind ungefähr 8000 Tonnen-Dampfer, zwar nicht so luxuriös eingerichtet wie die des Holländischen Lloyds, dafür ist aber der Fahrpreis auch geringer als bei jener. — Vom 1. Januar 1920 kostet die Überfahrt nach Buenos Aires ab Triest 1675 Goldfranken für die I. Klasse, für die II. Klasse 1190 Goldfranken und für die III. Klasse (Zwischen-

deck) 625 italienische Papierlire. Die I. Klasse kann nur 8 bis 10 Personen, die II. Klasse dagegen ungefähr 76 und das Zwischendeck 1050 Passagiere aufnehmen.

Einstweilen sollen ein- bis zweimal im Monat Dampfer nach Südamerika verkehren. Jedoch kann damit, wie auch beim Holländischen Lloyd, nicht bestimmt gerechnet werden. Durch den Kohlenmangel verzögert sich die Abfahrt oft um 8 bis 14 Tage.

Günstig gegenüber der Reise über Holland sind auch die italienischen Einreisebestimmungen, da Italien ein unbefristetes Visum erteilt, während der holländische Konsul höchstens einen Aufenthalt in Holland von 8 Tagen vor Abgang des Dampfers gewährt und die Pässe erst kurz vor diesem Zeitpunkt aushändigt. —

Die Gewißheit, seinen Dampfer rechtzeitig zu erreichen, ist somit über Italien eine bedeutend größere, vor allen Dingen, wo heute in Deutschland niemand sicher ist, nicht gerade in eine Verkehrssperre hineinzugeraten, gerade wenn es höchste Zeit zur Abreise ist. — Dies ist bereits vorgekommen, und es bedurfte vieler Scherereien, einen Platz auf dem nächsten Dampfer zu erhalten und die Pässe erneut umzuschreiben.

Für die Reise nach Triest gibt es von Deutschland zwei gute Verbindungen; die eine über Basel—Chiasso, die andere über München—Brennerpaß. Die Strecke über Salzburg—Tauernbahn ist weniger zu empfehlen, da sie durch das österreichische Gebiet führt und dort die Verhältnisse zurzeit sehr schwierig sind, sowohl was Zugverbindungen wie auch Verpflegung anbetrifft. —

Die Plätze, sowie das italienische und schweizer Visum besorgt das Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie, Berlin W. 8, Unter den Linden. In Italien, speziell Oberitalien, wird der Deutsche manche ihm in seinem Vaterlande nachgerade gewohnte Verhältnisse wiederfinden: Auch hier überfüllte Züge, da infolge des Kohlenmangels eine ganze Reihe von Zügen ausgefallen sind; auch hier überfüllte Hotels, wenigstens in den größeren Städten.

Sehr empfehlen möchte ich, das große Gepäck direkt an die Cosulich-Linie (Freihafen) mit genauer Personal- und Dampferangabe zu senden, oder sofort bei Ankunft in Triest es vom Bahnhof zu holen, da man sonst leicht die Erfahrung machen kann, daß auch in Italien speziell Kleider und Wäsche gesuchte Artikel sind.

Die Preise in Italien sind gegenüber denen der Schweiz unverhältnismäßig hoch, und der Deutsche, welcher glaubt, mit seiner deutschen Mark hier besser wie in der Schweiz zu fahren, irrt sich sehr. Italien hat seine Preise bereits ganz dem niedrigen Stande seiner Valuta angepaßt, und die Preise sind durch die hohen Forderungen der Arbeiter stark in die Höhe getrieben.

Speziell Triest ist sehr teuer. Passagiere des Zwischendecks können zwar während ihres Aufenthalts in Triest bis zur Abfahrt des Dampfers in der Pension der Cosulich-Linie zu einem Preise von 4 Lire pro Person und Tag Unterkunft finden, aber Reisende der anderen Klassen werden in Triest kaum ein Hotel finden, welches ihnen Pension gewährt. Deshalb möchte ich diesen raten, bei längerer Wartezeit auf die Abfahrt des Dampfers einen der herrlich gelegenen Kurorte an der istrischen Küste in der Nähe von Triest aufzusuchen.

Besonders zu empfehlen ist Porto-Rose in einer ruhigen Bucht des Adriatischen Meeres, zwei Dampferstunden von Triest gelegen, welches auch im Winter Gästen Unterkunft gewährt. Hier findet man im Palace Hotel für 20—25 Lire im Winter und für 30—40 Lire im Sommer jede Bequemlichkeit und

Luxus, während einfacheren Ansprüchen das Hotel Centrale für 12—15 Lire völlig genügt.

Die Aufnahme der Deutschen in Italien ist keine unfreundliche. Zwar bemerkt man noch vielfach einiges Erstaunen, schon wieder Deutsche in ihrem Lande zu treffen; auch eine gewisse Zurückhaltung ist noch vorhanden. Aber überall begegnet man ihnen höflich und ohne jeden Haß.

Da die Dampfer der Cosulich-Linie ganz Italien umfahren und in Neapel, oft auch in Genua anlegen, so bietet sich dem Reisenden dieser Strecke noch die Gelegenheit, einiges von den Schönheiten Italiens zu sehen, ehe er einer neuen Zukunft entgegenfährt. —

Verein

zum Schutze germanischer Einwanderer, Buenos Aires.
(Siedlungsmöglichkeiten in Argentinien.)

Der uns vorliegende 37. Jahresbericht über das Vereinsjahr 1919 bringt in einem einleitenden Abschnitt die anschauliche Schilderung der Umstellung des Vereins bei Aufhören der Einwanderung zu Kriegsbeginn auf die Fürsorge für diejenigen Landsleute aus dem Innern Argentinens, die auf dem Wege nach Deutschland über Buenos Aires nicht hinaus kamen, sowie für die große Zahl der infolge ententistischen Druckes stellenlos Gewordenen, für die in Gemeinschaft mit dem später in der „Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft“ aufgegangenen „Notstandsausschuß“ in weitestem Umfange gesorgt wurde. Niemals vorher wurde der Verein von Bedürftigen so in Anspruch genommen, als gerade in der ersten Kriegszeit. In den Jahren 1914/18 vermittelte der Verein 1477, 962, 2305, 3656 und 3830 Stellungen.

Seit Mitte des Berichtsjahres machte sich trotz aller Schwierigkeiten, die Valutastand und Zuzugsbeschränkungen noch entgegenstellen, wiedereinsetzende Einwanderung bemerkbar und führte den Verein zurück auf sein ursprüngliches Arbeitsgebiet. Dabei nahm er sich in selbstloser Weise auch einer Delegation von 300—400 deutschrussischen Familien an, die Kanada verlassen wollten und in der Provinz Chubut siedeln zu können hofften. Die Untersuchungen an Ort und Stelle, an denen sich auf Kosten des Vereins einer seiner Beamten beteiligte, führten jedoch zu einem negativen Ergebnis. Die Kanadier waren von den im rauhen Süden erhaltenen Eindrücken so enttäuscht, daß sie ihren Plan vorläufig wenigstens aufgaben. Genau so ging es — was bei dem vielerorts grassierenden „Misiones-Fieber“ besonders festgehalten zu werden verdient — einigen Familien, die ihr Augenmerk auf jene Provinz gerichtet hatten.

Insgesamt nimmt der Verein der Siedlungsfrage gegenüber eine vorsichtige, zurückhaltende Stellung ein. „Damit soll nun nicht gesagt sein, daß unser Verein sich überhaupt nicht mit Kolonisation befassen soll. Seßhaftwerden ist schließlich für die Eingewanderten das erstrebenswerteste Ziel, und dazu die Hand zu bieten, ist die Pflicht jedes Vereins, der sich den Schutz und die Förderung des zugewanderten Deutschtums zur Pflicht gemacht hat. Voraussetzung ist natürlich, daß eine derartige Kolonisation auf einer gesunden Grundlage ruht. Dank der Bemühungen unseres Vorstandes wären die zu größeren Ansiedlungen nötigen Ländereien von der Regierung leicht zu beschaffen. In einer Audienz, die eines unserer Vorstandsmitglieder beim Landwirtschaftsminister hatte, und der auch der Direktor des Landamtes, Dr. Maza, beiwohnte, wurde erklärt, daß die Regierung sehr gerne Ländereien an deutsche Einwandererfamilien zur sofortigen Besiedelung abgebe. Von Dr. Maza wurde dieses Angebot durch die Erklärung erweitert, daß im westlichen Chubut die „Reserva de 20 de Agosto 1907“ am

Rio Pico, die Vallentinsche Konzession, mit einer Fläche von 225—250 000 Hektar für geschlossene deutsche Kolonisation abgegeben werde. Da dieses Land unter das „Ley de Ferrocarriles a fomento“ falle, müßte allerdings die Erlaubnis zur Kolonisation erst beim Kongreß eingeholt werden. Das andere in Frage kommende Gebiet liegt im Chaco an der Staatsbahn zwischen den Stationen Charota, Las Breñas, Corzuela und Campo Largo und umfaßt ca. 200 000 Hektar. Aus eigenen Kräften könnte der Verein natürlich Kolonisation im großen Stil nicht betreiben.

Wie von jeher erblickt der Verein seine Hauptaufgabe darin, den ankommenden Einwanderern beratend und helfend zur Seite zu stehen und dafür zu sorgen, daß sie sobald als möglich in Arbeit kommen. Langjährige Erfahrung hat gelehrt, daß Arbeit das Wichtigste für den Neuangekommenen ist, auch diejenigen mit inbegriffen, die mit der Absicht der Selbständigmachung hierher kommen. So wird der Verein auch in Zukunft an seinen erprobten Prinzipien festhalten und wird sich nur nebenbei fernerliegenden Aufgaben zuwenden, wenn er von Fall zu Fall durch die Umstände dazu veranlaßt wird.

Mit Bedauern stellt der Berichterstatter fest, daß die durch die neue Einwanderung bedingte vermehrte Arbeit nicht zu einer Zusammenfassung der Kräfte geführt, sondern eine Zersplitterung ergeben habe, da der deutsche Volksbund für Argentinien eine eigene Stellenvermittlung ins Leben gerufen habe, die neben und nicht mit dem Verein zum Schutze germanischer Einwanderer arbeite.

Dank dem Entgegenkommen des argentinischen Einwanderungsdirektors konnte der Verein erreichen, daß die Ankömmlinge teilweise viele Wochen über die festgesetzten 5 Tage im Einwanderungshaus verbleiben durften. Die Einwanderungsbehörden gestatten dem Verein weiterhin, „seine Beauftragten gewissermaßen als Mitglieder der Einwanderungskommission beim Anlegen der eintreffenden Schiffe an Bord zu senden. Dort werden die kleinen Ratgeber verteilt, und es werden mündlich den Einwanderern, ehe sie von Bord gehen, Ratschläge über ihr Verhalten gegeben, damit sie sich nach der Landung danach richten können und vor Schaden bewahrt bleiben . . . Die neue Einwanderung setzte in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres ein. Die Unterbringung der ankommenden Personen wurde dadurch erleichtert, daß die Schiffe, die deutsche Einwanderer brachten, in weiten Abständen eintrafen.“

Vom Stellennachweis des Vereins wurden im Laufe des Berichtsjahres 3460 arbeitslose Personen untergebracht, im Dezember 1919 allein 488. Dem Beruf nach handelte es sich in der Hauptsache um Arbeiter (1693), Mechaniker (225), Diener (221) und Zimmerleute (127).

Kreditwesen in Argentinien.

Von Eduard Devrient.

Zu dem riesenhaften Aufschwung von Landwirtschaft und Viehzucht in Argentinien und nicht zum mindesten zu der Möglichkeit, die schlechten Erntejahre von 1916 und 1918 durchgehalten zu haben, hat in großem Maßstabe das ausgedehnte Kreditwesen beigetragen.

Nur so war es dem Estanciero möglich, den immer größer werdenden Ansprüchen in Viehverbesserung und Einrichtungen hygienischer und technischer Art zu entsprechen, und nur so, mit der Hilfe der großen Bankinstitute, und zwar in erster Linie der Banco de la Nacion Argentina, konnte der Bauer (colono) eine totale Fehlernte im Jahre 1916 und die Mißernte von 1918 aushalten, welche außer schlechtem Ertrag auch anfänglich keinen Käufer fand.

Das Kreditwesen Argentinien und, um präziser zu werden, der Banco de la Nacion Argentina, welches Institut sich das vornehme Programm gestellt hat, Handel und Landwirtschaft mit dem nötigen Zirkulationskapital zu versehen, fußt in erster Linie auf dem Vertrauen in die Persönlichkeit des Geldsuchers.

Die Bank führt zu diesem Zwecke ein ausführliches Register über den Lebenswandel, Charaktereigenschaften, Fähigkeiten etc. ihrer Kunden. Das Land ist mit Sukkursalen bis in die kleinsten Ortschaften übersät, deren Direktoren angewiesen sind, dies Register auf Grund der ihnen möglichen Erkundigungen und Erklärungen gründlichst zu führen. Auf Grund dieses Registers wird dem Geldsucher dann ein von der Bank zu bezeichnender Kredit gewährt, und zwar in der Regel nur gesichert durch die alleinige Unterschrift des Kunden. Es wird also keine weitere Garantie geleistet, weder durch Verschreiben von Land, noch Geräten, noch Vieh, als durch die Unterschrift des Namens, und zwar auf 3 oder 6 Monate Ziel mit einem Zinssatz von 7% jährlich, welche voraus entboren werden.

Es ist also ein Diskont in leichtester Währung. Freilich trotzdem stark bindend, denn erstens sind die Kredite so beschnitten, daß sie eben tatsächlich den wahren Verhältnissen entsprechen, und dann liegt es im eigenen Interesse des Geldnehmers, sich diese Goldgrube, diese ewig spendende Quelle nicht zu verschütten; denn ein einmaliges Nichteinlösen verursacht die Sperrung des Kredites. Außerdem sind auch die bekannten Folgen des Nichteinlösens derart drückend durch die Scherereien und Spesen, die entstehen, daß der Geldnehmer nur, wenn er absolut nicht kann, seinen Wechsel nicht einlöst.

Daß dies trotz allem guten Willen in schlechten Jahren in großem Maßstabe vorkommt, ist natürlich. So waren namentlich die Jahre 1912, 1913 und 1916 geradezu Probejahre für die Leistungsfähigkeit der Bankinstitute. Bei einer so allgemein schlechten Lage war es natürlich nicht angemessen, die Gelder zwangsweise einzuziehen, sondern es mußten Fristen und wieder Fristen gegeben werden, vielfach die Kredite sogar noch erhöht werden, um die Kunden zu halten.

Das haben nun die Banken im allgemeinen und die Banco Nacion im besonderen in so gutem Maße getan, daß die finanzielle Lage mit den neuen guten Ernten im Jahre 1917 außerordentlich gebessert wurde. Die Ernte war eine außergewöhnlich gute fast im ganzen Lande und der Preis auch so hoch (8 12.— pro 100 Kilo), daß mit einem Teil der Ernte die Schulden getilgt werden konnten, und was übrig blieb, genügte manchem Kolonisten, in den Besitz eines Autos zu gelangen.

Die Hilfe von seiten der Bankinstitute ist ein nicht zu überschätzender Faktor für die Personen, die sich in Argentinien eine neue Existenz gründen wollen. Es genügt natürlich nicht, einzuwandern und sich der Bank vorzustellen. Es bedarf stets des Beweises, eine fähige und ehrenhafte Persönlichkeit zu sein, und das beweist man drüben nur durch die Lebensführung. Es heißt eben: arbeiten, sparsam sein, fähig sich erweisen — dann genießt man die Hilfe der Banken und besonders der Banco de la Nacion Argentina.

Sehr empfehlenswert ist es daher, sobald als möglich auf einer Bank eine Kontokorrent-Rechnung sich aufmachen zu lassen und auch die kleinsten Bankoperationen zu bewerkstelligen, um so mit dem Institut in Fühlung zu kommen. Für Landwirte ist die Banco Nacion vorzuziehen.

Der Zinssatz ist für deutsche Begriffe hoch; mindestens 7%, gewöhnlich 8% und oft 9%, und zwar stets im voraus zu zahlen. Trotzdem zahlen die Banken für Depositen höchstens 4% auf längere Fristen und im Kontokorrent höchstens 1%.

die Banco Nacion gar nichts. Sie machen alle gute Geschäfte, und nur die französische Bank mußte am Anfang des Krieges ihre Zahlungen einstellen, während die deutschen Banken vorzüglich dastehen; ein Beweis, daß das Kreditsystem trotz der scheinbar unzulänglichen Garantie gute Früchte bringt, sowohl für den Geldnehmer als auch für den Geldgeber. Außer dem Diskont auf 3 und 6 Monate gibt es dann noch verschiedene Arten von Krediten. Zunächst der Diskont mit Amortisation in derselben Art wie der vorherige, aber mit einer Amortisation von 10% alle 3 Monate, so daß das Kapital in 2½ Jahren zurückgezahlt wird.

Dann sind außerdem noch die Kredite mit Garantie (Warrants) von Weizen, Mais, Lein, Vieh usw., welche den Landwirt in schlimmen Jahren außer dem Diskont noch weiterhelfen können.

Für den Handel besonders kommen dann die Diskonts von zwei Unterschriften in Betracht. Also Wechsel, ausgestellt von Schuldner an die Handelsfirmen. In dieser Art ist der Kredit ein weit begrenzter, so daß die Handelshäuser leicht wieder ihrerseits Kredite dem Landwirte einräumen können. Der Kaufmann auf dem Kamp wird so zum Geldvermittler zwischen Bauer und Bankinstitut. Der Bauer verpflichtet sich, dem Kaufmann die Ernte zu verkaufen. Er kommt dadurch natürlich in ein Abhängigkeitsverhältnis, welches vom Kaufmann ausgenützt wird. Andererseits ist diese Hilfe aber auch von so großer Bedeutung, weil sie eben oft geradezu die Existenz des Bauern bedingt, und ist das Risiko und der Geldbedarf so ungeheuer, daß es auch richtig ist, den Kaufmann gut gewinnen zu lassen.

Analog diesem System, in welchem der Ackerbauer unterstützt wird, wird nun auch den Viehzüchtern von großen Maklern und Versteigerungsfirmen durch 3—6 monatliche Zahlungsfristen geholfen. Es hat sich in diesem Sinne ein ganz eigenartiger Handel herausgebildet: die Versteigerungsfirmen, die sich außerdem auch als Viehmakler von seiten des Käufers und Verkäufers mit 1% Kommission betätigen, veranstalten in ihrer Region in den verschiedenen Orten monatlich eine Viehversteigerung. An einem Nachmittag werden oft für 1 Million Pesos Vieh verkauft. Wahrscheinlich mehr als die Hälfte des Geldes ist mit einer Frist von 3—6 Monaten zu zahlen. Der Käufer zeichnet einen Wechsel, welcher auf der Bank diskontiert wird. Der Verkäufer erhält dadurch sein Geld sofort vom Versteigerer, und wenn der Käufer nach Ablauf der Frist noch nicht über das Geld verfügt, braucht er das Vieh, das hoffentlich nicht zugrunde gegangen, sondern besser geworden ist, nur dem Versteigerer zu übergeben, welcher in guten Fällen dem Verkäufer auch noch einen Gewinn aushändigen kann. Für Spekulanten bietet sich ein reiches Feld zur Betätigung. Der vernünftige Landwirt wird jedoch all diese Kredite in nur richtigem Maße anwenden, so daß sie ihm nur helfen, nicht schaden können. Für denjenigen, welcher sich drüben selbständig machen will, ist es fast ausgeschlossen, sich der Hilfe des Kredites nicht zu bedienen, da alle Anlagen, besonders bei der heutigen Bodenteuerung, außerordentlich hohe sind. Es ist für ihn daher von Wert, die Geldquellen zu kennen.

Als Hypothek ist besonders die mit der National-Hypothekenbank zu empfehlen. Dieselbe beleihet Land bis zur Hälfte des von ihr geschätzten Wertes und gibt das Geld in Form von Pfandbriefen, die auf der Börse ungefähr zum nominalen Wert verkauft werden. Für diese Hypothek zahlt man 7% Zinsen und Kommission und 1% Amortisation, also zusammen 8%. Diese 8% sind nicht mehr, als man für andere Hypotheken allein an Zinsen bezahlt; man gewinnt also den Vorteil der 1% Amortisation, welche von der Bank zu 6% wieder verzinst

werden und welche nach 33 Jahren mit Zinseszins die ganze Hypothek ohne Mehrbelastung des Schuldners zurückzahlt.

Doch möchte ich hiermit keineswegs der Idee Gestalt geben, als sei der Verkehr mit den deutschen Banken minder angenehm. Unwillkürlich faßt man aber dies bei einem landsmännischen Bankinstitut selbstverständlicher auf, als von seiten der Nation, die uns so gastfrei aufnimmt, aber doch gar keine Verpflichtung gegen uns eingegangen ist.

Zum Schluß möchte ich der außerordentlich zuvorkommenden und liebenswürdigen und doch sehr würdigen Form ein Wort sprechen, in welcher vom Präsidenten der Bank bis zum Portier das Publikum behandelt wird. Der Präsident der Bank de la Nacion ist neben dem Präsidenten der Republik eine der bedeutendsten Persönlichkeiten. Als ich in Vertretung einer Bank beim Präsidenten mein Anliegen vorbrachte, empfing mich derselbe stehend, reichte mir aber freundlichst die Hand und brachte meine Sache in wenigen Worten zur Entscheidung. Entschieden, würdig und in ganz demokratischer Form. Zweimal in der Woche empfängt der Präsident jeden, der ihn zu sprechen wünscht.

Eine Anfrage über Auswanderung.

Dem Reichstage ist als Anfrage Nr. 48 eine Anfrage des Hamburger volksparteilichen Abg. Dauch zugegangen:

„Die Brasilianische Regierung hatte sich durch einen ihrer Konsuln an die Wirtschafts-Vereinigung für Brasilien in Hamburg mit der Mitteilung gewandt, daß sie für eine bestimmte Anzahl (etwa 3000) deutscher Auswanderer, welche beabsichtigten, sich dauernd in Brasilien niederzulassen, die Überfahrt bezahlen wolle. Ohne sich vorher mit den deutschen Regierungsorganen ins Einvernehmen zu setzen, hat genannte Wirtschafts-Vereinigung dann diese Mitteilung mit dem Erfolg veröffentlicht, daß einige hundert Familien aus dem deutschen Inlande ihre Arbeitsstelle aufgaben, ihr Hab und Gut zu Gelde machten und sich nach Hamburg und Bremen begaben. Sie erfuhren dann, daß die Auswanderung aus Deutschland über deutsche Häfen für diejenigen verboten sei, die von einer fremden Regierung die Mittel zur Ausreise erhielten. Von dieser Verfügung kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden. Seit Januar dieses Jahres versucht man ohne Erfolg die Regierung davon zu überzeugen, daß ein Ausnahmefall vorliegt. Inzwischen ist nämlich die Lage der nach Hamburg und Bremen gekommenen Auswanderer eine geradezu verzweifelte geworden. Die geringen Barmittel sind verbraucht, Erwerbslosen-Unterstützung beziehen sie nicht, weil sie freiwillig ihre Arbeitsstelle aufgegeben haben; neue Arbeit kann für sie nicht gefunden werden; sie sind daher dem tiefsten Elend überantwortet, das geradezu erschütternde Bilder entrollt, wie z. B. die Einpferchung von drei Familien mit Kindern in einem kleinen Zimmer und die hochgradige Unterernährung der Kinder. Die Leute sind schließlich vollkommen zur Verzweiflung gebracht worden. In nächster Zeit werden zwei Dampfer von Hamburg nach Brasilien abgehen.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen unhaltbaren Zustand zu ändern?“

Zusammenschluß von Auswanderungsvereinen.

Alle Auswanderungsvereine in Thüringen plant die Ortsgruppe deutsch-brasilianischer Auswanderer in Erfurt zu einer Landesvereinigung zusammenzuschließen, um unter Ausschluß der Agenturen mit den Regierungen der Siedlungs- und Einwanderungsländer direkt in Verbindung treten zu können. Im September soll in Erfurt ein Kongreß der verschiedenen Siedlungsvereinigungen stattfinden.

Rückwanderung nach Rußland.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Stettin melden, daß dort fast täglich Familien deutsch-russischer Rückwanderer, manchmal nach Aufgabe ihrer bisherigen Stellung, ankämen, um nach Sowjetrußland zurückzukehren. Sie wollen in Zeitungen gelesen haben, daß ihre Rückkehr dorthin erwünscht sei und daß freie Reise nach Reval und von dort nach Moskau gewährt werde. Öfters haben zurückgekehrte deutsche Kriegsgefangene ihnen die Verhältnisse in der Sowjetrepublik in den schönsten Farben geschildert. Die Leute waren grimmig enttäuscht zu hören, daß freie Reise nur russischen Kriegsgefangenen gewährt wird, die in ihre Heimat zurückzukehren wünschen.

Die Einreise nach China.

Nach Berichten aus Peking werden neue Bestimmungen über die Einreise von Deutschen nach China vorbereitet. Anträge auf Einreise Erlaubnis müssen, unter Darlegung der Gründe, bei den chinesischen Vertretungen im Auslande eingebracht werden. Für die aus China Repatriierten oder solche, die zu Zweifeln Anlaß geben, soll vorher die Stellungnahme des Pekinger Auswärtigen Amtes eingeholt werden.

Die Aussichten für Siedlungsgesellschaften in Paraguay.

Wie außerordentlich schwierig das Problem der Einzel- oder Genossenschaftssiedlung als Auswanderungsfrage ist, hat das erste Heft der Schriften zur Auswanderung (Grisebach: Einzel- oder Genossenschaftssiedlung, Verlag Ausland und Heimat, Stuttgart, Neues Schloß) scharf herausgestellt. Eine Rundfrage des „Argentinischen Tageblattes“ bei landeserfahrenen Sachkennern hat das Urteil des Verfassers dieser Schrift durchaus bestätigt. Neuerdings nimmt auch der Deutsche Volksbund für Paraguay zu dieser Frage im besonderen das Wort. Er meint, nicht daran zweifeln zu dürfen, daß Siedlungsgesellschaften in kleinerem Stile zu arbeiten vermögen, das heißt in kleineren Gruppen, wofür die Regierung Land zur Verfügung hat. „Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß größere Landkonzessionen der Genehmigung der Kammern bedürfen. Diese Genehmigung ist nicht gerade leicht zu erhalten; einerseits weil die Regierung auf diesem Gebiete schlechte Erfahrungen gemacht hat, und andererseits, weil die Regierung über größere Ländereien, die für Siedlungen in Frage kämen, nicht verfügt, wenigstens nicht an geeigneten Punkten.“ Auf jeden Fall kann ein solches Unternehmen nicht in Europa fix und fertig vorbereitet werden, wie man es bislang versuchte. Die meisten Siedlungsgesellschaften sind auf schlechter Grundlage aufgebaut, die eine will ihre Leute für 5000 Mark nach Paraguay befördern, Land geben usw.; sie behauptet, bereits Land von der Regierung erhalten zu haben. Dabei hat niemand die Verhältnisse untersucht. „Wir warnen, wo wir können, oft genug umsonst. Jedenfalls raten wir jedem Landsmann, nicht eher Geld in ein derartiges Unternehmen zu stecken, bevor er nicht die Ansicht einer öffentlichen Auskunftsstelle für Auswanderer, wie des Deutschen Ausland-Institutes, welches mit dem Volksbund für Paraguay in enger Verbindung steht, angehört hat. Das eingezahlte Geld kann sonst leicht verloren gehen.“

Neue Kolonisationspläne in Misiones (Argentinien).

Von einem Kolonisationsprojekt im Gebiete der Yerbewälder berichtet Lateinamerika: Mehrere Deputierte haben dieses Projekt der Kammer vorgelegt. Danach soll die Exekutive ermächtigt werden, die als alte Yerbewälder bekannten Zonen im Territorium Misiones zu kolonisieren. Kolonien von 10000 bis 20000 Hektar sollen geschaffen und mit den nötigen Zugangswegen und Pikaden versehen werden. Die ländlichen

Grundstücke sollen 50 Hektar, die städtischen 2500 Quadratmeter umfassen. Für öffentliche Bauten und Anlagen sind der Regierung Grundstücke zu reservieren. Durch das Gesetzesprojekt wird der Verkauf oder die Verpachtung der alten Yerbales verboten. Die ländlichen Grundstücke sollen in folgender Reihenfolge gratis abgegeben werden: 1. an argentinische Bürger, 2. an naturalisierte Argentinier, 3. an verheiratete in der Republik ansässige Ausländer mit im Lande geborenen Kindern, 4. an körperlich und moralisch befähigte Einwanderer. Ledige Personen der vorgenannten Kategorien, die Anspruch auf ein Kolonielos erheben, müssen über 25 und unter 50 Jahre alt sein.

Da die Urteile sich noch sehr widersprechen, inwieweit Misiones klimatisch für deutsche Einwanderer geeignet ist, und die Zubereitung des Yerba-Maté gewisse Erfahrungen voraussetzt, so hat das Projekt für Neueinwandernde zunächst wenig Interesse. Die argentinische Deputiertenkammer hat ja schon manches derartige Projekt zutage gefördert, ohne daß es jemals zur Durchführung gekommen wäre. Es scheitert immer wieder an dem Widerstand der Großgrundbesitzer, welche in der Kammer die ausschlaggebenden Stimmen haben. Vor allem wird zunächst einmal die Ratifizierung des Heimstättengesetzes abgewartet werden müssen, ehe man von einem derartigen Projekt seine ganze Zukunft abhängig macht.

Neuere Kolonisation in Südbrasilien.

Unter dem 6. April gehen uns von einem Freunde aus Brasilien wertvolle Mitteilungen über die neuere Kolonisation im Staate Rio Grande do Sul zu. An Kolonien sind in Brasilien Bundes-, Staats- und Privatkolonien zu unterscheiden. Bundeskolonien gibt es seit 1916 in Rio Grande do Sul nicht mehr. Damals übernahm der Staat die letzte, 1908 angelegte Bundeskolonie Erechim, die sich seitdem glänzend entwickelt hat. Der Grund der Entwicklung liegt nicht in der staatlichen Verwaltung, sondern in der Fertigstellung der Bahn bis Marcelino Ramos und in der Tatsache, daß vom Bunde einige private Kolonisations-Gesellschaften noch in letzter Stunde große Gebiete gekauft hatten, ehe der Staat seine Hand darauf gelegt hatte. Nach dem Relatorio von 1919 verfügt der Staat noch über vier Millionen Hektar unkultiviertes Land; das ergäbe 160000 Kolonien, das Los zu 25 Hektar gerechnet. Da der Überschuß der Rio Grandenser Kolonistenbevölkerung, der Neuland suchen muß, nach amtlicher Angabe 20000 im Jahre beträgt, so würde also in 8 Jahren, wenn jeder nur eine Kolonie unter Kultur nähme, alles Land besiedelt sein. Stirft man das alles, so könnte man der Regierung es nicht verübeln, wenn sie, für ihre Landeskinder sorgend, sich fremder Einwanderung verschloße. In Wirklichkeit beträgt das devolute Land das Vierfache, während die Zahl der Neulandbedürftigen um $\frac{1}{6}$ zu hoch angegeben ist. Auf jeden Fall besteht die Tatsache, daß die Rio Grandenser Staatsregierung fremden Einwanderern kein Land mehr anweist, ja nicht einmal gegen Barzahlung verkauft und ihnen keinerlei Unterstützung zukommen läßt. Im Betrieb sind heute die Regierungskolonien Sobradinho, Erechim, Dôres de Camquamu (Süden) und eine ganz neue Aguas de Mel am Uruguay in Municip (Nonohay). Private Landgesellschaften gibt es viele, aber nur sehr, sehr wenige zuverlässige. Wer über etwas Kapital verfügt, sollte ans Nordufer des Uruguay, an den Rio de Peixe in Santa Catharina oder nach Parana gehen. Er kann beim Wegebau, bei den Schneidemühlen usw. so viel verdienen, daß er in Jahresfrist seine Kolonie frei hat. Land und Klima sind ganz hervorragend. Die Personen der Leiter bürgen für treffliche Versorgung mit

Kirche und Schule. Hier haben auch unbemittelte Einwanderer treffliche Gelegenheit, als Arbeiter auf den in völlig gesunder Gegend (Hochland mit mitteleuropäischer Temperatur) gelegenen Kaffeepflanzungen in wenig Jahren so viel zu verdienen, daß sie sich eine Kolonie kaufen können. Natürlich muß der Arbeiter fleißig sein und die Arbeit ist, wie jede in Brasilien, schwer, aber nicht schwerer als jede andere Kolonistenarbeit.

Wer über 40—50000 Mk. Anlagekapital außer dem Reise-geld verfügt, dem können noch andere Kolonien in günstiger Lage empfohlen werden. Vor den meisten Firmen ist Vorsicht geboten, da ihnen meist weniger an geregelter Kolonisation gelegen ist, als daran, schlechtes Land in böser Fiebergegend und mit unsicheren Besitztiteln möglichst schnell zu verkaufen. Was aus den Ansiedlern wird, darnach fragt kein Mensch.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschum i. allg.: 47. 51. 61. 63. 67. 70. 75. 76. 83. 103. 108. 109. 117—119.

Grenzdeutschum: 1. 2. 10. 13. 15. 16. 22—24. 35. 43. 46. 49. 50. 52. 54. 59. 66. 68. 72—74. 78. 80. 81. 85. 86. 91. 94. 95. 102. 105. 114. 116. 118. 120.

Auslandkunde i. allg.: 28. 39. 42. 45. 53. 70. 92. 98—100. 106. 113. 116.

Auswanderung: 11. 14. 17. 29. 62. 65. 87. 104. 113.

Außenhandel: 16. 25. 33. 55. 57. 58. 69. 79. 89. 93. 107.

Mission: 41. 96.

Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 3. 4. 7. 9. 17. 27. 37. 38. 44. 84. 88. 101. 121.

Geographische Einteilung:

Nord- u. Osteuropa: 12. 13. 18. 20. 21. 29. 57. 58. 68. 69. 77. 110. 122.

Süd- u. Südosteuropa: 6. 19. 26. 36. 55. 56. 90.

Vorderasien: 31.

Ost- u. Australasien: 32. 79. 82. 96. 97. 115.

Afrika: 8. 44.

Nordamerika: 48. 60. 64. 111. 112.

Mittel- u. Südamerika: 5. 11. 14. 17. 34. 40. 62. 65. 71. 89.

I. Einzelschriften.

1. *Afstemningen i Sønderjylland*. (1. og 2. Zone) 10. Febr. og 14. Marts 1920. Met et Kt. . . Kopenhagen: (Tryde) 1920. 8° Kr 1.—.
2. **Altrichter*, Anton, Sagen aus d. Iglauer Sprachinsel. Iglau: Fischer 1920. 127 S. 8° M 7.—. (Mitteilungen des Iglauer Museumvereins. Folge 3.)
3. *Ames*, Knowlton, L., Berlin after the armistice. Chicago: Tucker-Kenworthy Co. [1920]. 8° \$ 3.—.
4. *Bottacchiari*, Rodolfo, Grimmelshausen. Saggio su „L'avventuroso Simplicissimus“. Torino: Löcher 1920. 211 S.
5. **Brachvogel*, Heinz Udo, Die Silberrepublik. Ein Buch über Argentinien. Leipzig: Dürr & Weber 1920. 73 S. 8° M 5.50. (Zellenbücherei. Nr 27.)
6. **Braeunlich*, P., Rumänische Stimmungsbilder. München: Lehmann 1920. 80 S. 8° M 3.60.
7. *Brown*, Percy, Germany in dissolution. London: Melrose [1920]. 8° sh 6 d.
8. **Darmstaedter*, Paul, Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas seit dem Zeitalter der Entdeckungen. Bd 2: Geschichte der Aufteilung Afrikas 1870—1919. Berlin und

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

Leipzig: Vereinigung wissensch. Verleger 1920. 176 S. 8° M 12.—.

9. *Desflandes*, Jean, Rennbahn. 32 mois de captivité en Allemagne 1914/17. Souvenirs d'un soldat belge. 2 vols. Paris: Plon [1920]. 8° fr 10.—.
10. *Dethlefsen*, Ist das ostpreussische Abstimmungsgebiet deutsches Land? Woher kommt seine Stärke, wo liegen seine Aussichten für die Zukunft? Berlin: Zentralverlag 1920. 24 S. M 2.—.
11. *[Dunzelmann, Carlos]*, Die Rentabilität der Viehzucht im Vergleich zum Ackerbau in Argentinien berechnet nach d. heutigen Verhältnissen u. Werten, Anf. Dezember 1919. Abschn. 2. [Anhang zu den 1914 gleichfalls in der Deutschen La Plata Zeitung als Sonderausg. erschienenen gleichnamigen Aufsätzen des Verfassers]. Buenos Aires: Hermann Tjarks 1919. 69 S. 8°.
12. *Eichborn*, Kurt von, Warschau. Werden und Vergehen seiner Baudenkmäler. Leipzig: Klinkhardt & Biermann (1919). VI, 97 S. 8° M 6.—. (Stätten der Kultur. Bd 34.)
13. *Eichler*, Adolf, Polnische „Toleranz“ im Spiegel der Wirklichkeit. Berlin: Zentralverlag G. m. b. H. 1920. 24 S. 8°.
14. *Emmerich*, Ferdinand, Anhang zum „Leitfaden für Auswanderer“. (München): [Michael Müller] (1920). 8 S. 8°.
Der Anhang ergänzt den in Nr. 12, 1920, dieser Zeitschrift besprochenen Leitfaden durch allerlei südamerikanische Nachrichten, die meist aus zweiter Hand oder Prospekten stammen. Die Angaben über Paraguay erscheinen höchst optimistisch. Die Berechnung der Preise in Goldmark ist keine Verbesserung. H. M.
15. *Epstein*, Leo, Die Parlamentswahlgesetze d. tschechoslow. Republik. Übers. u. mit Erl. aus d. Materialien, Aufsätzen u. Musterbeispielen versehen. Prag: Mercy Sohn [1920]. 80 S. 8° Kr 9.—. (Prager Archiv f. Gesetzgebung u. Rechtsprechung [Sonder-Ausg.])
16. *Festgabe* für Dr. jur. h. c. Otto Liebmann, den Begründer, Verleger, Schriftleiter u. Herausgeber der Deutschen Juristen-Zeitung. Zum 25. Jahrg. gewidm. von Freunden des Blattes. Sonderausg. der 1. Abt.: Kriegerrecht-Friedensvertrag. Berlin: Liebmann 1920. 136 S. 8° M 11.—.

Von den in der 1. Abteilung des 4. Abteilungen umfassenden vollständigen Werkes vereinigt, im November 1919 abgeschlossenen Aufsätzen hat die Mehrzahl Bezug auf staats- und völkerrechtliche oder Fragen des internationalen Privatrechts besonders in den abgetretenen und den Abstimmungsgebieten; so die Abhandlungen: von Calker, Volksabstimmung bei Gebietsveränderungen; Conrad, Der deutsch-polnische Amnestievertrag; Cormann, Der strafrechtliche Schutz der Volksabstimmungen auf Grund des Friedensvertrages; Crusen, G., Verlust der Staatsangehörigkeit auf Grund des Friedensvertrages; Damme, Die Freiheit der „freien Stadt“ Danzig; Hachbenburg, Der Lizenzvertrag im Friedensvertrag; Liebmann, Zivilrechtliche Übergangserscheinungen in Elsaß-Lothringen; Ring, Englische Wertpapiere deutscher Eigentümer und der Friedensvertrag; Zitelmann, E., Zwischenprivatrecht im besetzten Gebiet.

17. *Fidel*, Camille, La nouvelle Allemagne et la question coloniale. Les revendications coloniales. L'émigration. L'orientation vers l'Est. La colonisation de l'Amérique du Sud. Les matières premières sud-américaines. L'intérêt français. Avec 4 ill. Paris: Colonies et Marine 1920. 48 S. 8° fr 2.—.
18. *Finnland* im Anfang des 20. Jahrh. Hrg. i. Auftr. des Ministeriums d. ausw. Angelegenheiten. Mit Abb. u. 1 Kt. Helsingfors 1919: Finnische Literaturgesellschaft. Leipzig: Harrassowitz. XV, 672 S. 8° M 36.—.
19. **Friedrich*, Theodor, Feldgraues Bildungswesen in Rumänien. Im dienstl. Auftr. dargest. Leipzig: König Carol-Verlag 1920. 127 S. 8° M 7.50, geb. M 12.—.
20. **Gabrys*, J., Vers l'indépendance Lituanienne. Faits, impressions, souvenirs 1907—1920. Lausanne: Librairie Centrale des Nationalités (1920). 304 S. 8° fr 7.—.

21. **Gedichte* aus Finnland. Übers. von Friedrich Israel. Helsingfors: Schildt 1920. 175 S. 8°.
22. Das *Gesetz* vom 19. 2. 1920 über d. Verhältnis der Prager Universitäten u. seine Vorgeschichte. Hrsg. vom akadem. Senat d. deutschen Universität in Prag. Prag: Selbstverlag d. dt. Universität. (Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag) 1920. 44 S. M 3.60.
23. *Gierach*, E., Die Volkshochschule. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 16 S. 8° Kr 0.50. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 12.)
24. *Grube*, Karl, Germania irredenta. Unsere Brüder im Fremdjoch. Zeitz: Sis-Verlag 1920. 80 S. 8° M 4.70.
Der Verfasser, der 1916 die anschaulichen Schilderungen „Bei deutschen Brüdern im Urwald Brasiliens“ (Leipzig, Th. Weicher) veröffentlichte, richtet in der vorliegenden Gedichtsammlung kraftvolle, aus der Erinnerung an die Glanzzeiten der deutschen Geschichte geschöpfte Verse an das deutsche Volk und besonders seine an fremde Herrschaft ausgelieterten Glieder. H. M.
25. *Hamburger*, Ernst, Zur Kohlen- u. Rohstoffnot. Ihre Ursachen u. ihre Überwindung. Berlin: Kulturliga 1920. 31 S. 8° M 2.—.
Die Abhandlung stellt auf Grund der Statistik die Kohlen- und Rohstoffnot als internationales Problem fest. Sie untersucht die Ursachen des allgemeinen Kohlendefizits, bestimmt die Bedeutung der deutschen Kohlenlager vor und nach den Bedingungen des Friedensvertrages sowie ihre Beziehungen zur Valuta und zur Rohstoffversorgung. Der Verfasser entkräftet gewisse politische Schlagworte; er erwartet eine Gesundung der Verhältnisse von dem wirtschaftlichen Zusammenschluß des europäischen Festlandes und der beginnenden Einsicht der Ententestaatsmänner in die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit. H. M.
26. *Haseloff*, Artur, Die Bauten der Hohenstaufen in Unteritalien. Hrsg. vom Preuß. Histor. Institut in Rom. Bd 1. Aufmessungen u. Zeichnungen von Erich Schulz u. Philipp Langewand. Leipzig: Hiersemann 1920. M 960.—. Textband XV, 448 S. m. Abb. 4° Tafelband VI S. u. 101 photograph. Ans. auf 61 Taf. 2°.
27. *Hansi*, L'Alsace heureuse. Paris: Floury [1920]. 4° fr 30.—.
28. *Herbert*, Sydney, Nationality and its problems. London: Methuen 1920. 174 S. 8° 5 s.
29. **Holtz*, Ernst Dietrich, Deutsche Siedlung im Baltenland. Berlin: Deutsche Landbuchhandlung 1920. 54 S. 8° M 7.50. (Schriften z. Förderung d. inneren Kolonisation. H. 31.)
30. *Hopmann*, Der Bolschewismus als Weltgefahr. Berlin: Kulturliga (1920). 14 S. 8° M 1.55.
31. *Kiesling*, Hans von, Rund um den Libanon. Friedliche Wanderungen während des Weltkrieges. Leipzig: Dieterich 1920. 122 S. 8°.
32. *Klaus*, (Josef), Bericht des Delegierten Klaus über die Bereisung der Lager von Nikolsk-Ussurisk bis Krasnojarsk. Reichstadt: Reichsorganisation z. Heimbeförderung d. Kriegsgefangenen (1920). 16 S. 8° Kr 3.—.
Fortsetzung des in Nr 7, 1920, dieser Zeitschrift angezeigten Berichts. Die Vorbereitungen für den Abtransport der Gefangenen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit aus Sibirien über Ostasien sind noch nicht beendet. Die Verhältnisse in den Lagern haben sich wenig gebessert. Im Vergleich zu Tschechen haben Deutschböhmen und andere Deutschösterreicher besonders zu leiden. H. M.
33. *Klingen*, Ernst, Der Treuhänder für d. feindl. Vermögen in England, den Verein. Staaten von Amerika u. Deutschland. Krefeld: Greven [1920]. 63 S. 8° M 2.40.
34. Die Deutsche *Kolonie* in Montevideo. Vortrag des Herrn Pastor Nelke gehalten im Wissenschaftlichen Verein, Ortsgruppe Montevideo. Montevideo 1919. 14 S. 4° aus: Zeitschrift des Deutschen Wissenschaftl. Vereins.
35. *Larsen*, Morten, Er det Uret at arbejdet for at faa Flensborg og Mellemlesvig gjort internationalt? (Kopenhagen: Schönberg) [1920]. 8° Kr 4.50.
36. *Lhande*, Pierre, Notre seuer latine. L'Espagne. Études politiques et morales. Paris: Bloud [1920]. 8° fr 5.—.
37. *Marchand*, Louis, L'offensive morale des Allemands en France pendant la guerre. L'assaut de l'âme française. Paris: Renaiss. du livre [1920]. 8° fr 20.—.
38. *Marquiset*, Jean, Les Allemands à laon. (2. Sept. 1914—Oct. 1918.) Paris: Bloud [1920]. 8° fr 5.—.
39. **Meyer*, Hermann, Das politische Schriftwesen im deutschen Auswärt. Dienst. E. Leitfaden z. Verständnis diplom. Dokumente. Tübingen: Mohr 1920. 108 S. 8° M 9.50.
40. *Fritz Müller* [deutscher Siedler, Beamter u. Naturforscher in Südbrasilien]. Werke, Briefe und Leben. Ges. u. hrsg. v. Dr. Alfred Möller. Bd 3. Fritz Müllers Leben n. d. Quellen bearb. v. Herausg. M. e. Titellb., e. Kte. u. 6 Abb. im Text. Jena: Fischer 1920. 163 S. 4° M 18.—. [Bd 1, 2 T. u. 1 Atlas, erschien 1915. Bd 2 befindet sich im Druck.]
41. **Nitschmann*, Theophil, Unter südafrikanischem Himmel. Tagebuchblätter eines ehemaligen Missionars im Kapland. Herrnhut: Missionsbuchh. 1920. VIII, 247 S. 8° M 5.50, geb. M 7.50.
42. **Palme*, Anton, Die deutsche Auslandshochschule. Vorl. Denkschr. für das Reichsministerium des Innern. Berlin: Haude & Spender 1920. 27 S. 8° M 2.—.
43. *Parteiprogramme* aus Deutschösterreich. Wien: Deutschnationale Geschäftsstelle [1920]. 71 S. 8° Kr 4.—. (Der Geist der Zeit. H 2.)
44. *Pimienta*, Robert, L'ancienne colonie allemande du sud-ouest africain. Paris: Challamel [1920]. 8° fr 4.—.
45. *Praesent*, Hans, Die Kartensammlung der Deutschen Bücherei u. ihr systemat. Katalog. Leipzig: Harrassowitz 1920. 16 S. 8° aus: Zentralblatt f. Bibliothekswesen. Bd 37, 1920. H 3/4.
46. *Reinhard*, Walter, Heimat für Heimatlose. Leipzig [1920]: Brandstetter. 32 S. 8°.
Der Verfasser gibt aus seiner Fürsorgetätigkeit als evangelischer Pfarrer in Deutsch-Horschowitz in Böhmen Beispiele für die Notlage solcher verarmter österreichischer Familien, die, im Frieden im Deutschen Reich ansässig, nach dem oft im Kriege erfolgten Tode des Ernährers als erwerbslos ausgewiesen werden. Besonders drückend sind die Fälle, in denen Mutter und Kinder evangelisch und deutsch erzogen sind, aber infolge der Staatsangehörigkeit des Familienvaters nach dem mechanisch angewendeten Gesetz über den Unterstützungswohnsitz in eine tschechische und katholische Gemeinde verschlagen werden. Er ruft zur Linderung solcher Not auf und gibt warme Ratschläge zur Verbesserung der Fürsorge für heimatlose Jugendliche. H. M.
47. **Rohrbach*, Paul, Der deutsche Gedanke in der Welt. Neubearbeitung. Leipzig: Langewiesche 1920. 266 S. 8° M 4.50.
48. *Scheffauer*, Hermann George, Das deutsche Gefängnis. Wie läßt es sich vollends in eine Folterkammer u. in ein Beinhaus verwandeln? Vorschläge dem Präsidenten Wilson z. Berücksichtigung unterbreitet. M. e. Vorw. von Friedrich M. Kircheisen. Aus d. Engl. übers. v. T. A. Leipzig: Weicher 1920. 30 S. 8° M 2.50.
Der Verfasser, in Kalifornien geboren, als Schriftsteller und Dichter erst in den Vereinigten Staaten, dann in England, seit dem Kriege in Deutschland tätig, hat sich zur Aufgabe gemacht, die englisch redende Welt in seiner Muttersprache über das wahre Deutschland aufzuklären (s. seine Aufsätze in der Chicagoer Wochenschrift „Die neue Zeit“). In der vorliegenden Schrift unterbreitet er dem Präsidenten Wilson mit der Miene eines überleitigen Bewunderers seiner Staatskunst ein ironisches Programm, wie man im Interesse der Zivilisation, der Menschlichkeit und der Freiheit der Welt die Bestimmungen „unseres gerechten und edelmütigen Friedens“ noch weiter verschärfen könnte. Der schreiende Gegensatz zwischen dem amerikanischen Humanitätsgerede, den 14 Punkten und dem wirklichen „Frieden“ ist sehr witzig und phantasievoll zu einer beißenden Satire benutzt, wie sie dem amerikanischen Geschmack angemessen ist. H. M.
49. *Schmach*, Franz, Zur Durchführung der Wahlen in der tschechoslowak. Nationalitäten-Versammlung. Ausz. aus d. Wahlordn. [Gesetz vom 29. 2. 1920, Nr 123 d. Ges.-Vorl.] herger. für Politiker, Vertrauensmänner ... Neutitschein: Hosch 1920. 8 S. 8° Kr 1.20.
50. *Schmidt*, Axel, Die Steinkohlen in Oberschlesien und an der Saar, die Bedeutung ihres Besitzes u. die Folgen ihres Verlustes für Deutschland. Stuttgart: Enke 1919. 40 S. 8° M 2.— (Finanz- u. volkswirtschaftl. Zeitfragen. H 62.)
Lesenswerte, auf reichem statistischem Material aufgebaute Ausführungen über das Problem der deutschen Kohlenversorgung. Besonders betont wird die große Bedeutung, die die oberschlesische Kohle für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft besitzt. Der Verlust Oberschlesiens würde danach die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens auf das schwerste bedrohen. Dr. E. W.
51. *Schriften* des Deutschen Ausland-Instituts. Rechts- u. staatswissenschaftl. Reihe. Stuttgart: Ausland u. Heimat A.-G. 1920. 1. Das Wahlrecht d. Auslandsdeutschen. 4 Arbeiten.
52. Unsere deutschen *Schulen* und das Vernichtungsgesetz. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 15 S. 8° etwa Kr 1.— (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 13.)
53. **Seton-Watson*, R. W., Europe in the melting pot. London: Macmillan 1919. XVI, 400 S. 8° 4 sh. 6 d.

54. **Sonnenburg, A.**, Die Polenknute über Posen. Nach eigenem Erleben. Berlin: Gersbach [1920]. 32 S. M 1.50.
55. **Stein, Wlfg. C. Ludw.**, Italienisch-deutsche Wirtschaftsfragen. Vortrag. Berlin: Staatspolit. Verlag 1920. 24 S. 8° M 2.50.
56. **Sturzenegger, C.**, Die Wiederauferstehung Serbiens. Seine glorreichsten u. seine dunkelsten Tage. Dokumeut zur Kriegführung der vereinigten österr.-ungarischen, deutschen u. bulgarischen Armeen nebst einer Anzahl Photographien. Bern-Berlin: Der freie Verlag 1920. 60 S. 8° geh. M 4.50.
Schmähchrift aus dem Verlag der berüchtigten „Freien Zeitung“ in Bern, dient bei pazifistischem Anstrich der Verherrlichung Großserbiens und der Propaganda gegen die Kriegführung der Mittelmächte. Die Quellen, soweit angegeben, stammen überwiegend aus serbischen und Ententequellen. Eine Beweisführung wird nicht versucht. H. M.
57. **Treuenfels, Bernhard**, Die Reste der russischen Volkswirtschaft. Stuttgart: Enke 1920. 100 S. 8° M 9.— (Finanz- u. volkswirtschaftl. Zeitfragen. H 64.)
58. **Ungern-Sternberg, Roderich von**, Sowjetrußland und wir! Ist ein wirtschaftliches Abkommen mit Räterußland zurzeit erstrebenswert? Berlin: Verlag für Sozialwissenschaft 1920. 36 S. 8° M 3.50.
Ausgehend von Deutschlands gegenwärtiger Stellung in der Weltwirtschaft und dem Verhältnis der Entente zu Rußland befürwortet Verfasser ein wirtschaftliches Abkommen mit Rußland und eine Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Rußlands. Die gegenwärtige Lage in Sowjetrußland wird ausführlich besprochen, der Anteil der Bolschewisten an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erörtert und auf die vollständige Änderung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik hingewiesen. Unter den gegebenen Verhältnissen empfiehlt Verfasser bestimmte Sicherungen für die Beteiligung deutschen Kapitals (S. 26). Zum Schluß wird erörtert, wie sich die Entente zu einem solchen deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen verhalten würde. Dr. E. W.
59. **Die Volksbildungsgesetze der tschechoslowakischen Republik**, hrsg. u. mit e. Geleitwort vers. i. Auftr. d. Geschäftsstelle f. d. deutsche Volksbildungswesen in d. tschechoslow. Republik. Reichenberg: Sudetendt. Verlag 1920. 32 S. 8° M 2.50.
60. **Viereck, George Sylvester, Roosevelt**. A study in ambivalence. New York: Jackson Press 1920. 159 S. 8° \$ 1.50.
61. **Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen**. 4 Arbeiten von Dr. jur. Heinrich Brode, Dr. jur. Hermann Millnes, Dr. jur. Paul Kurtzig, Dr. jur. Bruno Wohl. Stuttgart: Ausland u. Heimat A.-G. 1920. 335 S. M 36.— (Schriften d. Deutschen Ausland-Instituts. Rechts- u. staatswissenschaftl. Reihe. 1.)
62. **Was muß der deutsche Einwanderer von Mexiko wissen?** Zusammenstellung d. notwendigsten Erläut. über mexikan. Verhältnisse mit bes. Berücks. d. landwirtsch. Siedlungsfrage. Mexiko: Einwanderungsausschuß d. Verbandes dt. Reichsangehöriger in Mexiko 1919. 39 S. 8° (Einwanderer-Heftchen).
63. **Westendorf, Walter**, Die steuerliche Behandlung der zurückgekehrten Auslandsdeutschen u. der Deutschen in den abzutretenden Gebieten. Berlin: Vahlen 1920. 25 S. 8° M 2.40 (Zeitgemäße Steuerfragen. H. 14)
64. **Wieprecht, A. T.**, Die amerikanische Lüge oder warum die Entente den Krieg gewann. Berlin-Friedenau: Deutsches Wochenblatt (1920). 39 S. 8° M 3.—
Die Verfasserin landete Mai 1914 in den Ver. Staaten, lernte als Reichsdeutsche mit ihrem Gatten die Zivilgefängenschaft gründlich kennen und kehrte Juli 1919 mit dem ersten Gefangenentransport nach Deutschland zurück. Ihr Vortrag klärt über die Methoden auf, mit denen die amerikanische Presse das Volk für den Krieg gegen Deutschland reif machte. Die Greuelpropaganda ist durch 23 Abbildungen, vielfach nach den ekelhaften Hetzkarikaturen von Raemaekers, veranschaulicht. Aufschlußreich sind die Angaben über den brutalen Kampf gegen das Deutschamerikanertum, dessen Presse leider nur geringen Widerstand leisten konnte. H. M.
65. **Nützliche Winke für Auswanderer nach Brasilien**. Hrsg. auf Veranlassung und unter der Mitw. der Einwanderer-Beratungsstelle der dt. Kolonie in Rio de Janeiro von Dr. H. Hinden. Hamburg: Friederichsen & Co. 1920. 44 S. 8° M 3.—
66. **Winkler, Wilhelm**, Vom Völkerleben und u. Völkertod. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 14 S. 8° Kr 0.80. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk und Heimat. 18.)
67. **Wirth, Albrecht**, Das Deutschtum der Erde. Was war es in der Vergangenheit, was kann es in der Zukunft sein? Berlin-Dahlem: Verlag für volkstümliche Literatur u. Kunst (1920). 31 S. M. 2.50.

Eine Übersicht über die Verteilung des deutschen Volkes auf der Erde, die Ursachen seiner Zerstreuung, seine gegenwärtige Lage, kulturellen Leistungen und politischen Zukunftsaussichten.

68. **Zerener, Max**, Unter dem weißen Adler. Wie Posen polnisch wurde. 12 S. 8°. Berlin o. J. [1919]: Greve.
Sehr lebendig geschriebene und, soweit wir es z. Zt. nachprüfen können, begründete Darstellung der Ereignisse des Polenaufstandes in Posen. Die Broschüre bildet trotz, oder vielleicht gerade bei ihrer Kürze ein sehr eindrucksvolles Bild der damaligen Entwicklung. Dr. E. W.
69. ***Zitelmann, F. C.**, Rußland im Friedensvertrag von Versailles [Art. 116, 117, 292, 295, 433 d. Friedensvertrages] Kommentar nebst einschlägigen Noten. Berlin: Vahlen [u.] Engelmann 1920. XII, 125 S. 8° M 18.— (Vorveröffentl. aus d. Kommentar z. Friedensvertrag.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

70. ***Hamburgischer Auslandkalender**. Ein Taschenbuch f. Auslandsdeutsche [Jg. 1]. 1919/20. Hrsg. von M. Herkenroth. T. 1. 2. Hamburg: Bangert 1920. 318, 80 S. 8° geb. M 7.—
71. **Hausfreund**. Deutsch-brasilianische Wochenschrift. Mit Anhang: Handels-Echo. Hrsg.: Hugo Henke & Co. Jg. 2. 1920. São Paulo: Verlag der „Hausfreund“.
72. **Heimatfreude**. Blätter für die Schuljugend der Iglauer Sprachinsel. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde der Iglauer Sprachinsel [Jg. 1]. 1920. Folge 2. 12 S. 8° Iglau: Selbstverlag.
73. **Sudetendeutsche Heimatgaue**. H 1. Flugschriftenreihe der „Heimatbildung“. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag Fr. Kraus [1920]. 1. Altrichter, A. und Göth, J. Iglau. 16 S. Kr 1,20.
Das Heft bringt Geschichten, Sagen, Ansichten, Heimatgebräuche, Volkslieder, ein Kärtchen und Zahlenangaben aus der Iglauer Sprachinsel, deren tausendjähriges Deutschtum heute durch die berüchtigte Gewaltpolitik der tschechischen Regierung, die zu den Gemeindefürsorge tschechische Legionäre abkommandiert, bedroht ist. H. M.
74. **Hilfsbündkalender**. Im Auftr. d. „Hilfsbundes f. d. Elsaß-Lothringer im Reich“ [Jg. 1]. 1920. Freiburg i. Br.: Verlag der Els.-Lothringer Mitteilungen. 160 S. 8° M 5.—
Enthält die Angaben über die Organisation im ganzen Reich, die Sonderorganisationen, die Richtlinien für die Fürsorge der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen im Deutschen Reich, Adressen und Anzeigen von Elsaß-Lothringern. Der eigentliche Kalender verzeichnet Daten von Bedeutung für Geschichte und geistige Kultur des ehemaligen Reichlandes.
75. **Jahresbericht 1** (d. Instituts f. Deutschtum im Ausland an der Universität Marburg 1919/20). Marburg: Elwert 1920. 32 S. 8° M 3.—
76. **Mitteilungen des Bundes der Auslandsdeutschen**, Landesverband Nordwestdeutschland, Hamburg. Jg. [1.], 1920. Hamburg: Geschäftsstelle des Bundes. Nr 1, Febr. 1920. 4 S. 8°.

III. Zeitschriftenaufsätze.

77. **Adelung, Sophie von**, Eine Spukgeschichte aus d. alten Reval. in: Die Bergstadt. Jg. 8. 1920. H. 10. Breslau. Bergstadtverlag.
78. **Baake, Elsaß-Lothringen**. in: „Eiserne Blätter“. Jg. 1. 1919/20. Nr 51, S. 878. Berlin: „Eiserne Blätter“.
79. **Bestimmungen über die Deutschen in China**. in: Ostasiat. Rundschau. Jg. 1. 1920. Nr 10, S. 97. Berlin: Dt. Überseedienst.
80. **Bollert, Martin**, [bisher Direktor der Stadtbibliothek in Bromberg], Deutsche Büchereien in Polen [zugleich ein Aufruf zur Unterstützung der gefährdeten deutschen Bibliotheken]. in: Blätter f. Volksbibliotheken. Jg. 1. 1920. H. 3. Leipzig: Harrassowitz.
81. ***Burgenland**. Festschrift aus Anlaß der Vereinigung d. Landes d. Heidebauern u. der Heinzen mit Deutschösterreich. Hrsg. von Dr. Eduard Stepan. Mit einer dreifarb. Kunstbeil., 1 Kt. u. 122 in d. Text gedr. Abb. Wien: Verlag „Deutsches Vaterland“ 1920. 146 S. 4° K 40.—. Sonderh. von „Deutsches Vaterland“. Jg. 2, H. 5/6.
82. **Erkes, Ed.**, Der japanische Student u. die deutsche Hochschule. [Wendet sich gegen die kurzzeitige Ausschließung studierender Japaner.] in: Vivos voco. Jg. 1. 1920. H. 9, S. 583. Leipzig: Seemann.
83. **Fittbogen, Gottfried**, Das Auslandsdeutschtum nach dem Kriege [Rundschau über die neuere Zeitschriften- und Buch-

- literatur]. in: Deutsche Rundschau. Jg. 46. 1919/20. H. 10, S. 121. Berlin: Gebr. Paetel.
84. *Finot, Jean*, La France pro-allemande et anti-prussienne. [Sucht nach d. bekannten Theorie die Mainlinie zu vertiefen u. die partikularistischen Bestrebungen gegen d. Einheitsgedanken auszuspielen.] in: La Revue mondiale. Année 31. Vol. 136, 1920, Nr 12, S. 387. Paris: La Revue mondiale.
85. *Frey, Ernst*, Minderheitsleiden. 1—5. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1920. H. 16/17. München: Callwey.
86. *Gesetz betr. das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der elsäß-lothring. Pensionen.* in: Elsaß-lothring. Mitteilungen. Jg. 2. 1920. Nr 20, S. 242. Freiburg: Gesch.-stelle d. Mitteilungen.
87. *Grisebach, Manfred*, Heimatkirche und Auswanderung. in: Die christliche Welt. Jg. 34. 1920. Nr 26, S. 409. Marburg: Rade.
88. *Guerne, Jules de*, Le sort des musées des villes du Nord pendant l'occupation allemande. in: Revue scientifique. 58, 5, S. 141. Paris: Revue scientifique.
89. *Hartwig, Alfredo*, Die Methoden des Handelskrieges der Alliierten gegen Deutschland an der Westküste Südamerikas. in: Deutsche Rundschau. Jg. 46. 1919/20. H. 10, S. 1. Berlin: Gebr. Paetel.
90. *Hauff, von*, Deutsche Büchereien in Barcelona. in: Blätter f. Volksbibliotheken. Jg. 1. 1920. H 3, S. 96. Leipzig: Harrassowitz.
91. *Hauffen, Adolf*, Geschichte der deutschen Universität in Prag und ihre gegenwärtige Lage. 1. 2. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H 13/18. München: Callwey.
92. *Hedicke, Karl*, Eine deutsche Auslandhochschule u. das Studium der Fremdvölker. in: Die Glocke. Jg. 6. Bd 1. 1920. Nr 10. 11. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
93. *Heyne, Arnold*, Die Verkaufsordnung f. Auslandlieferungen u. d. Ausfuhrverbot für Bücher. [Nachteile u. Schwierigkeiten d. Anwendung.] in: Buchhändlergildeblatt. Jg. 4. 1920. Nr 5, S. 100. Berlin: Deutsche Buchhändlergilde.
94. *Jahne, Ludwig*, Verlorenes deutsches Land u. Siedlungsgebiet in Kärnten u. Krain. in: „Deutsches Vaterland“. Jg. 2. 1920. H. 4 u. 7. Wien: Verlag „Deutsches Vaterland“.
95. *Kende, Oskar*, Südtirol. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 7, S. 194. Berlin: Heymann.
96. *Knodt, Unsere Missionare u. unsere Anstalten in Ostasien.* 1. China. 2. Japan. in: Christenhilfe für die Welt. Jg. 36. 1920. Nr 5/6, S. 33. Berlin: Huttenverlag.
97. *Krebs, E.*, Deutsche Tätigkeit in China. in: Der Neue Orient. Jg. 4. Bd 7. 1920. H 2. Berlin: Der Neue Orient.
98. **Kuntze*, Referierzentralen für Auslandsliteratur. (Erwiderung auf den Aufsatz von Prof. Rodenwaldt in Nr 11.) in: Münchener medizin. Wochenschrift. Jg. 67. 1920. Nr 18, S. 5/6. München: Lehmann.
99. *Lips, Julius*, Zum Völkerbund des Geistes. Ein Aufruf [zur wechselseitigen Pflege der Auslandkunde und zur Anbahnung wissenschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Toleranz]. in: Vivos voco. Jg. 1. 1919/20. H. 9, S. 548. Leipzig: Seemann.
100. *Mannhart, Hans*, Die Zukunft unserer Auslandkunde. in: Internat. Monatsschrift. Jg. 14. 1920. H. 7, S. 641. Leipzig: Teubner.
101. *Muret, Maurice*, La littérature allemande pendant la guerre. Paris: Payot (1920). 8° fr 7,50.
102. *Nischer, Ernst*, Grenzland [Kroatien nach den Aufzeichnungen des Gen.-leutn. Franz Graf Kinsky aus d. J. 1798]. in: Donauland. Jg. 4. 1920. H 3, S. 203. Wien: Roller.
103. *Noeldeke*, Die rechtliche Stellung d. Deutschen im Auslande. in: Hamburgischer Auslandkalender. [Jg. 1.] 1920/21. T. 2, S. 53. Hamburg: Bangert.
104. *Patagonien* als Siedlungsgebiet für Deutsche. in: Südamerika. Jg. 13. 1920. Nr 3, S. 35. Berlin: Süsserott.
105. *Rauchberg, Heinrich*, Die Entrechtung der Prager deutschen Universität. in: Akadem. Nachrichten. Jg. 2. 1920. Nr 3, S. 14. Leipzig-Gohlis: Schreier.
106. **Rodenwaldt, Ernst*, Referierzentralen f. Auslandsliteratur. in: Münchener medizin. Wochenschrift. Jg. 67. 1920. Nr 11, S. 327. München: Lehmann.
107. *Runkel, Fritz*, Nachrichtenorganisationen für den deutschen Außenhandel. in: Das Echo. Jg. 39. 1920. Nr 13, S. 1414. Berlin: Auslandsverlag.
108. *Sachers, Heinz*, Die Entschädigung der Kolonialdeutschen. in: Koloniale Rundschau. Jg. 1920. H 3, S. 111. Berlin: D. Reimer.
109. *Saure, W.*, Schulpatenschaften u. Auslandsdeutschtum. in: Philologenblatt. Jg. 28. 1920. Nr 8. Leipzig: Quelle & Meyer.
110. **Seraphim, Ernst*, Verschleppt nach Sibirien. in: Konserv. Monatsschrift. Jg. 77. 1920. H 14/15. Berlin: Konserv. Schriftenvertriebsstelle.
111. *Simon, E.*, Brief aus Amerika. [Über Deutschlands bisherige Führerstellung in der Wissenschaft u. seine Verdrängung durch U. S. Amerika.] in: Deutsche Medizin. Wochenschr. Jg. 46. 1920. Nr 21, S. 579. Leipzig: Thieme.
112. *Singer, Michael*, Die Bürgertreue des Deutschamerikaners. in: Die neue Zeit. Vol. 2. 1920. Nr 23, S. 5. Chicago: Gesch.-stelle d. Zeitschr.
113. *Deutsche Stätten für Forschung, Lehre und Behandlung d. Erkrankungen warmer Länder.* in: Medizin. Blätter f. Auslandsdeutsche. Jg. 1. 1910. Nr 5. Hamburg: Fr. W. Thaden.
114. *Stolberg, Fr.*, Die tschechoslowakischen Bodengesetze. in: Deutsche Arbeit, Jg. 19. 1920. H 17, S. 325. München: Callwey.
115. *Strewe, M. Th.*, Deutsche Aussichten und Aufgaben in Ostasien. in: Ostasiat. Rundschau. Jg. 1. 1920. Nr 11, S. 113. Berlin: Dt. Überseedienst.
116. *Strobl, Karl Hans*, Der Tscheche. Eine völkerpsychologische Betrachtung. in: Deutsche Revue. Jg. 45. 1920. H. 7, S. 66. Stuttgart: Dt. Verlagsanstalt.
117. *Wertheimer, Fritz*, Das deutsche Ausland-Institut Stuttgart u. seine Arbeit (zugl. ein Mahnruf z. Pflege d. Auslandsdeutschums). in: Hamburg. Auslandkalender 1920/21. T. 2, S. 69. Hamburg: Bangert.
118. *Witte, Erforschung der Germanisation unseres Ostens.* in: Korresp.-bl. des Gesamtvereins d. deutschen Geschichts- u. Altertumsvereine. Jg. 68. 1920. Nr 3/4. Berlin: Mittler.
119. *Wohl, Bruno*, Das Reichstagswahlrecht für Auslandsdeutsche. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 7, S. 187. Berlin: Heymann.
120. *Wutte, Martin*, Kärnten als deutsches Kulturland. in: Donauland. Jg. 4. 1920. H 2, S. 95. Wien: Roller.
121. *Zauner, Adolf*, Ein französisches Urteil über Deutschland vor 100 Jahren [Benjamin Constant vgl. dessen „Reise durch die deutsche Kultur“. Potsdam: Kiepenheuer]. in: Die Bergstadt. Jg. 8. 1919/20. H 9, S. 176.
122. *Die Zukunft der deutschen Schule [in Finnland].* in: Deutsch-Evangelisch in Finnland. Jg. 6. 1920. Folge 4. S. 1. Helsingfors: Pfarrer Israel.

IV. Karten.

Europa — Gesamt.

123. Eine Reihe kleiner politisch-geographischer Übersichtskärtchen (meist Schwarzdrucke, für Lichtbilder geeignet) ist dem Buch von *Seton-Watson* „Europe in the Melting-Pot“ (London 1919) beigegeben. Wir nennen eine Karte vom alten und neuen Ungarn (S. 47), die aber Deutsch-Westungarn noch als ungarisch angibt, ferner eine Karte von Deutschland (S. 62) und Europa (S. 183), wo Deutschland als mit Deutschland vereinigt dargestellt ist. Dann eine beachtenswerte Karte von Polen (S. 82), die die Grenzen „auf ethnographischer Basis“ verzeichnet, wo Ostpreußen z. T. zu Polen gestellt sind, Lemberg und Ostgalizien aber nicht mehr zu Polen gerechnet ist, ferner eine bemerkenswerte Karte der Tschechoslowakei (S. 274), die die Verbreitung der deutschen Bevölkerung in Böhmen viel zu klein angibt, und schließlich eine Karte der südost-europäischen Staaten mit den „vermutlichen“ neuen Grenzen.

Wenn auch die Karte inhaltlich inzwischen durch die Ereignisse z. T. überholt ist, ist doch die Art der Darstellung mehrfach recht bemerkenswert.

Mitteleuropa und Deutsches Reich, Gesamt.

124. **Flemmings** Bürokarte von Deutschland. M. 1:750 000. [Bl. 1—4]. Berlin: Flemming & Wiskott. 156:132 cm.

Umfaßt zugleich die unmittelbar angrenzenden Staaten Mitteleuropas. In erster Linie für die praktischen Zwecke der Handelskreise bestimmte Übersichtskarte mit farbiger Heraushebung der Grenzen der einzelnen Staaten einschließlich der Abstimmungs- und Okkupationsgebiete und mit Eintragung der wichtigsten Eisenbahnlinien und ihrer Anschlüsse ins Ausland, letztere allerdings nicht ganz vollständig.

125. **Hellmann, G.**, Regenkarte von Deutschland. Mit erl. Bemerkungen u. Tab. 2. verb. Aufl. bearb. unter Mitw. v. Prof. Dr. Henze. M. 1:1,8 Mill. Berlin: D. Reimer 1919. 56,5:76,5 cm. M 8.—.

Wichtig als meteorologisch-klimatologische Zusammenfassung, wie als Grundlage für das Verständnis wirtschaftsgeographischer Verhältnisse. Dargestellt ist für ganz Deutschland (Grenzen von 1914) die jährliche Niederschlagshöhe in 13 farb. Stufen nach 20 jährigen Beobachtungen (1893—1912) von 3689 Stationen. Als Beilage ein kurzer Text und statistische Angaben (5 S.).

126. **Karte der deutschen Schifffahrtsstraßen u. ihrer Anschlüsse im Auslande.** Nach amtlichen Unterlagen bearb. im Ministerium der öffentl. Arbeiten, Berlin. 2. Aufl. M. 1:800 000. Stich u. Druck d. Berliner Lithogr. Instituts [Bl. 1—6 nebst 1 Beih.] Berlin: Gea-Verlag 1920.

Grundlegende, im allgemeinen sorgfältig und ansprechend ausgeführte, bereits in 2. Auflage vorliegende Übersichtskarte, die die durch den Friedensvertrag bewirkten politisch-geographischen Veränderungen berücksichtigt. Zugleich ist die Karte nunmehr auch nach Osten erweitert, so daß jetzt Mitteleuropa von Calais bis Wilna dargestellt ist. Inhaltlich bietet die Karte: die einzelnen Schifffahrtsstraßen, je nach ihrer Bedeutung durch besondere farbige Signaturen unterschieden, ferner die Stationierungen mit Entfernungsangaben, die Schleusen, Sammelbecken, die Sitze der Verwaltungs- und Baubehörden, durchweg in übersichtlicher Charakterisierung. Die Klassifikation der Schifffahrtsstraßen ist im allgemeinen zweckmäßig vorgenommen, im Osten (Polen usw.) allerdings könnte die Klassifikation leicht zu Irrtümern führen. Die Pilica z. B. ist kaum bis Petrikau befahrbar, kann jedenfalls nur schlecht mit Flüssen der gleichen Klassifikationsstufe in Deutschland verglichen werden. Bei einer Neuauflage könnten auch noch kleine Ungenauigkeiten korrigiert werden: der obere San z. B. ist nicht einheitlich signiert, das Eisenbahnnetz im Osten nicht genau, die Schreibweise nicht einheitlich und gelegentlich auch nicht korrekt (die Karte schreibt z. B. einmal Petrow, dann Piotrkow für denselben Ort).

127. **Die Zerstückelung Deutschlands durch den Friedensvertrag.** Hrsg. vom Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen. Ausf.: Berliner Lithogr. Institut. Berlin: Gea-Verlag [1920]. M. 0,50. 38:32,5 cm.

Für die Abstimmungsfrage hat der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen in Anlehnung an eine frühere Veröffentlichung des Gea-Verlages eine besondere kleine Übersichtskarte der Abstimmungsgebiete herausgegeben, die, plakatartig gehalten, in ganz großen Zügen aber recht wirkungsvoll die Lage, Größe und wirtschaftliche Bedeutung der Abstimmungsgebiete darstellt. Die Karte ist als Aufklärungsmittel für Schulen usw. sehr zu empfehlen.

128. Eine brauchbare Übersichtskarte des deutschen Reichsfunknetzes (Stand April 1920) enthält die Telefunktzeitung Nr 20, 4. Jhg., 1920). Die einzelnen Funkstellen sind nach ihrer Bedeutung wie nach ihrer speziellen Aufgabe (Presse-, Wetter- und Küstendienst) jeweils besonders markiert.

129. Deutschkundlich ist eine Darstellung der Haupttrachtengruppen entworfen auf Grund der weiblichen Kopftrachten von R. Julien bemerkenswert (Pet. Mitt. Taf. 18, 1920). Vgl. auch Nr 123.

Südwestdeutsche Grenzmarken.

130. **Württemberg.** Industrie-Verkehr. M. 1:200 000. 2. Aufl. Braunschweig: Westermann 1919. 119:162 cm. (Hörle-Wirtschaftskarten.) M 36.—.

Die Karte bietet eine willkommene Übersicht und mehr, als der Titel besagt, da sie die gesamten südwestdeutschen Grenzmarken zwischen Bodensee u. Main und der Linie Basel-Kaiserslautern bzw. Würzburg-Kempten darstellt. Die einzelnen Siedlungen sind entsprechend dem Charakter der dort vorhandenen Industrie mit besonderen farbigen Signaturen (meist Kreisen) bezeichnet, deren Größe je nach der Bedeutung der betreffenden Industrie wechselt. Man vermißt jedoch in der Legende eine genauere Angabe, wie die Größe der Kreise berechnet worden ist. Viele Signaturen sind auch schon auf kurze Entfernung nicht mehr zu lesen. Vom Verkehrsnetz sind die Haupt- und Nebeneisenbahnen ausgeschieden, sowie die einzelnen Schifffahrtsstraßen ihrer Bedeutung nach verschieden (farbig) charakterisiert. Auch hier fehlt eine genauere Erklärung der Signaturen. Die neue Auflage trägt den politisch-geographischen Veränderungen Rechnung.

131. **Opitz, C.**, Neue Verkehrskarte von Süddeutschland nebst angrenzenden Ländern. M. 1:180 000. 9. Aufl. Stuttgart: Muthsche Verlagshandlung. 72:43,5 cm. M 2,50. aus: Koch u. Opitz, Eisenbahn u. Verkehrs atlas von Europa.

Umfaßt das Gebiet von Nancy-Passau und Koblenz-Bodensee. In erster Linie für den praktischen Handgebrauch weiterer Kreise, mit farbiger Unterscheidung bzw. Heraushebung der Haupt- und Nebenbahnen (Signaturerklärung ist unvollständig!) und der Straßen mit Fahrpostverkehr. Das Gebiet der angrenzenden außerdeutschen Staaten ist durch besonderes Flächenkolorit herausgehoben. Die neue Auflage berücksichtigt die politisch-geographischen Veränderungen.

132. Die Linienführung des Großschiffahrtsweges Rhein-Main-Donau und seine Einflußgebiete in Südosteuropa stellen zwei bemerkenswerte Übersichtskärtchen in der Beilage „Das Technische Blatt“ der „Frankfurter Zeitung“ (13/20, Jg. 2) dar.

Deutsche Ostmarken.

133. **15 Einheitsblätter** d. deutsch-polnischen Grenze m. eingedr. Demarkationslinie. Vorl. Ausg. M. 1:100 000. Berlin: Kartogr. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme 1919/20. je M 3,50. [Ostpreußen] Einheitsbl. 204 D 68,5:84,5 cm. Jan. 1919.

"	"	199 D	68,5:85 cm.	"	"
[Pommern-(Westpr.)]	"	184 D	67:57 cm.	Aug.	"
"	"	185 D	68,5:57,5 cm.	"	"
"	"	186 D	85:86 cm.	Juli	"
"	"	188 D	67:57 cm.	Apr.	"
"	"	189 D	67:57 cm.	"	"
"	"	190 D	70,5:57,5 cm.	Jan.	"
[Brandenb.-(Posen)]	"	109 D	70,5:57,5 cm.	Jan.	"
"	"	181 D	69:57,5 cm.	Apr.	1920.
"	"	182 D	70,5:57,5 cm.	Jan.	1919.
[Schlesien-(Posen)]	"	109 D	70,5:57,5 cm.	Jan.	1919.
[Schlesien]	"	118 D	70,5:57,5 cm.	"	"
"	"	119 D	71:57 cm.	Mai	"
"	"	128 D	71:57 cm.	Febr.	"
"	"	129 D			"

Für die Geschichte des Grenzmarkendeutschums im Osten wichtiges Kartenwerk. Auf der topographischen Grundlage der Karte des Deutschen Reiches 1:1 000 000 ist der Verlauf der deutsch-polnischen Grenze nach dem Friedensvertrag von Versailles farbig dargestellt, sodaß eine genaue Verfolgung der Grenze bis ins einzelne ermöglicht ist. Die Ausgabe ist zunächst nur vorläufig.

Danzig.

134. **Block.** Plan der Stadt Danzig. Angefertigt i. J. 1920. Stadt. Vermessungsamt. M. 1:10 000. Giseladruck von Bogdan Gisevius, Berlin. Danzig: Kalemann 1920. 78,5:118,5 cm. [Umschlagt.]: Danzig mit Umgebung. Bebautes u. freies Gelände. Verl. d. Danziger Zeitung.

Umfaßt Danzig und die weitere Umgebung einschließlich Oliva, Neufahrwasser und Weichselmündung. Übersichtlicher Schwarzdruck, der bei dem angewendeten großen Maßstab auch die Einzelheiten der Bebauung usw. zu verfolgen gestattet. Der Plan wird auch für später eine wertvolle Grundlage bilden. Zu bedauern ist nur, daß nicht auch das Relief durch Eintragung von Höhenlinien zur Darstellung gekommen ist; das Fehlen jeder Höhenangabe erschwert die Ausnutzung der Karte in vieler Hinsicht sehr.

Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei und Südosteuropa.

135. **Peucker, Karl**, [Neubearb.] Die Donaustaaten von Bern bis Odessa, von Berlin bis Saloniki reichend. Übersichtskt. Entw. u. gez. von A. Steinhauser. M. 1:2,5 Mill. Grenzen nach den Bestimmungen des Friedensvertrags. Wien: Artaria & Co. (1920). 72:54 cm. M 3,60.

Bringt mit farbigem Grenzkolorit die einzelnen Nachfolgestaaten des ehemaligen Österreich-Ungarn übersichtlich zur Darstellung. Sehr zweckmäßig ist, daß auch die alten Grenzen mit eingetragen sind, so daß unmittelbar ein Vergleich ermöglicht ist. Die Darstellung selbst ist im allgemeinen zutreffend, das Hultschiner Ländchen ist allerdings nicht richtig charakterisiert, gelegentlich ist auch der Grenzverlauf im einzelnen etwas sehr stark schematisiert. Das Gradnetz ist unvollständig bezeichnet.

136. Als drittes Blatt der schon früher (vgl. S. 288 d. Jg. unter Nr 130) genannten Sprachenkarte des Sachsenlandes in Siebenbürgen von **Langhans** ist nunmehr die Übersichtskarte des Bistritzer Distriktes in gleicher Ausführung wie die früheren Blätter veröffentlicht (Pet. Mitt. Tafel 6/1920). Vgl. auch Nr. 123 und 132.

Osteuropa.

137. **Carte de la république démocratique Blanche-Ruthénienne.** M. 1:200 000. [Berlin: Curtius 1919]. 56:39 cm. (Beilage zu: Jäger, W.: Weißruthenien).

Stellt mit farbigem Grenzkolorit das Gebiet von Weißruthenien dar mit seinem Fluß- und Eisenbahnnetz. Zur besseren Orientierung sind zugleich die Grenzen der ehemaligen russischen Gouvernements eingetragen. Die Legende ist zweisprachig (deutsch und russisch).

138. *Polen u. Litauen*. M. 1:2 Mill. Wien: Freytag & Berndt [1920]. 52:59,5 cm. (Freytag-Berndt's Handkarten).

Umfaßt das Gebiet zwischen Czernowitz und Riga, ostwärts bis Witebsk-Kiew. Das dem neuen polnischen Staate bereits zugesprochene Gebiet ist durch Flächenkolorit, die darüber hinaus angestrebten Teile, auch die Abstimmungsgebiete, sind durch besonderes Grenzkolorit bzw. Schraffur bezeichnet. Die Karte erhält insofern etwas einseitige Färbung, als eben nur die polnischen Ansprüche dargestellt sind. Zum richtigen Verständnis der osteuropäischen Fragen wäre aber auch die Darstellung der litauischen, weißrussischen usw. Ansprüche notwendig. Zweckmäßig ist die Eintragung der neuen zwischen Polen und der Ukraine vereinbarten Grenze, wenn sie vielleicht auch nur vorübergehenden Wert hat. Verschiedene kleine Nebenkarten zeigen die geschichtliche Entwicklung Polens. Bei einer Neuauflage könnte die Schreibung der polnischen Ortsnamen revidiert werden, auch das Gradnetz ist unvollkommen bezeichnet.)

Vgl. auch Nr 123, 133 und 134.

Afrika.

139. Eine kleine Übersichtsskizze von Deutsch-Ostafrika (1:5 Mill., Schwarzdruck) ist dem Buch von Arning „4 Jahre Weltkrieg in Deutsch-Ostafrika“ (Hannover: Gebr. Jänecke) beigegeben.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Die Zeitschrift „Südamerika“, die von Dr. Grothe, Leipzig, herausgegeben wird und im Süßerottschen Verlage erscheint, hat die Zeitschrift „Der Deutsche Siedler“ in sich aufgenommen und ist mit Zustimmung des Reichswanderungsamtes „Amtliches Organ“ der Zweigstelle Leipzig des Reichswanderungsamtes geworden. Damit hat das Reichswanderungsamt nunmehr drei amtliche Organe.

Eingegangene Zeitschriften.

Mit dem Juniheft ihres 10. Jahrganges hat die „Deutsche Levante-Zeitung“, das Organ der Deutschen Levante-Linie, der Hamburg-Amerika-Linie, der Reederei Sloman und mehrerer anderer an dem Verkehr mit der Levante beteiligten Gesellschaften ihr Erscheinen vorläufig eingestellt. Die „Deutsche Levante-Zeitung“ diente in erster Linie der wirtschaftlichen Annäherung der Balkanländer und des nahen Orients an Deutschland, verlor darüber aber niemals die Bedeutung kulturell-werbender Einrichtungen aus dem Auge. So ist sie noch heute eine Quelle für die Geschichte der deutschen Kirchen- und Schulgemeinden, Missions- und wohltätigen Anstalten in Süd-osteuropa und Vorderasien.

Seine praktisch angelegten drei Veröffentlichungen hat auch der Verlag „Die fremde Presse“ in Berlin einstellen müssen. Die im 4. Jahrgang stehenden „Wirtschaftlichen Nachrichten der Auslandspresse“ brachten geschickt gewählte zur archivmäßigen Verwertung sehr geeignete Ausschnitte (nicht Auszüge) aus der fremden Auslandspresse, die im 6. Jahrgang stehenden „Politischen Nachrichten der Auslandspresse“ das entsprechende Material zur politischen Orientierung. Das „Rotbuch der Auslandspresse“ gab eine nach Ländern geordnete bereits verarbeitete politische Wochenrundschau. Alle drei Zeitschriften zeichneten sich durch übersichtliche Anlage und kritische Stoffsichtung, die beiden Nachrichtensammlungen auch durch brauchbare Register aus, so daß ihr Eingehen bei unserem Mangel an fremden Zeitungen und guten Originalberichten aus dem Auslande sehr zu bedauern ist.

VON UNSERER ARBEIT

Das Deutsche Ausland-Institut hat den Verlust zweier Mitglieder seines Verwaltungsrats zu beklagen, die seine Ziele und Arbeiten seit ihrem Eintritt in den Verwaltungsrat mit außerordentlichem Verständnis für Fragen des Auslandsdeutschtums und mit großer Begeisterung für die Zwecke des Instituts gefördert haben. An den Folgen einer Operation verschied in Berlin der Geheime Regierungsrat im Kolonialamt, Dr. Marquardsen, und am Herzschlag starb am 4. Juli unerwartet in der Klinik in Tübingen der kaufmännische Direktor der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf a. N., Kommerzienrat Theodor Schmid. Beiden Verstorbenen wird das Deutsche Ausland-Institut ein treues Andenken bewahren.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen

und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

In Neapel ansässiger Auslandsdeutscher ist Käufer von Papiersäcken, Band aus Aluminium für Automaten, Knöpfe für Herrenanzüge, elektrische Glühlampen, sowie von Nadeln aller Art, z. B. Wirknadeln, Grammophonnadeln, Nähadeln etc.

In Spanien ansässiger Auslandsdeutscher, welcher sich gegenwärtig in Deutschland aufhält und reiche Auslands- und Kolonialerfahrung besitzt, sucht einen Teilhaber für Pacht einer Sisalfarm, deren Übernahme 14—15 000 Peseten erfordert. Der Teilhaber müßte bereit sein, sich mit 7500 Peseten gegen 5—6 Prozent Zinsen zu beteiligen. Wohnung frei. Möbel selbst zu kaufen bzw. zu mieten. Pension 100 Peseten pro Monat, laufend bis 1. Febr. 1922. Das beteiligte Kapital wird sichergestellt. Zeugnisse usw. stehen zur Verfügung. Einreiseerlaubnis wird besorgt.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. Juli 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

ANZEIGENTEIL

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter.)

Die geschäftlichen Ergebnisse des Jahres 1919, des 65. Geschäftsjahres übertrafen in jeder Beziehung die der Vorjahre um das Mehrfache. Es wurden 29 294 Anträge über 342,1 Millionen Mark eingereicht (gegen 10 692 Anträge über 122,9 Millionen Mark im Vorjahre). Aufgenommen wurden 23 612 Versicherungen (im Vorjahre 8985) mit 270,9 (im Vorjahre 100,8 Millionen Mark. Das sind Zahlen, die dem Gesamtergebnis in den ersten dreißig

Geschäftsjahren der Bank gleichkommen. Nach Abzug des Gesamtabganges durch Todesfälle, Ablauf, Austritt usw. bleibt in der Todesfallversicherung ein Reinzuwachs von 18 460 (im Vorjahre 3341) Versicherungen mit 232,4 (im Vorjahre 61,8 Millionen Mark Kapital. Einschließlich der seit 1904 nicht mehr betriebenen Altersversicherung betrug Ende 1919 der Gesamtbestand der Bank 191 147 Versicherungen mit 1 Milliarde 487,3 Millionen Mark Versicherungssumme.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 30 Mark jährlich, 7.50 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 16

STUTTGART

Zweites Augustheft 1920

Eine politische Organisation von Amerikanern deutschen Stammes?

Bericht von Professor Edmund von MACH über die Stimmung.

Der bekannte Deutsch-Amerikaner Professor Edmund von Mach hatte im Frühjahr eine Reise durch die Staaten des mittleren Ostens und Westens unternommen zu dem bestimmten Zweck, die Stimmung unter Amerikanern deutscher Abkunft bezüglich einer politischen Organisation kennen zu lernen. Er hat nunmehr einen Bericht zusammengestellt, der zunächst in Vierecks American Monthly veröffentlicht wurde. Der Bericht, den wir der deutschen Zeitung in Milwaukee entnehmen, wird auch in Deutschland hohes Interesse finden.

Mein werter Herr Viereck!

Ich bin nun von der Reise nach einigen der größeren Städte und Ortschaften des Ostens und des Mittleren Westens zurückgekehrt, die ich vor vier Wochen antrat in dem Bestreben, mich über die Stimmung der Männer und Frauen deutschen Blutes hinsichtlich der in diesem Herbst stattfindenden Wahlen zu unterrichten. Ich habe sie einzeln aufgesucht und mittels persönlicher Unterredungen, in welche sich die von mir Besuchten gütigst einließen, versucht, einen umfassenden Einblick in das Denken und Fühlen unserer Mitbürger deutschen Stammes zu erlangen. Dies sind die von mir gewonnenen Eindrücke:

1) Vor 1914 hatte das deutsche Bevölkerungselement als eine sich ihr selbst bewußte Entität oder Wesenheit in dem amerikanischen Staatskörper die niedrigste Stufe erreicht. Außerordentlich wenig Männer und Frauen deutscher Herkunft zweiter und früherer Generation in Amerika hatten in sich hinsichtlich ihrer deutschen Abstammung ein gewisses stolzes Selbstbewußtsein aufrechterhalten, und die naturalisierten Bürger waren in vielen Fällen allzusehr damit beschäftigt, die neuen Ideen ihrer neuen Heimat in sich aufzunehmen, als daß sie Zeit gehabt hätten zur Ausbildung der ererbten reichen Gaben.

2) Die Schmähungen des Landes ihrer Väter, die Lügen über ihre jenseitigen Blutsverwandten und der unmenschliche Versuch, das deutsche Volk, vor allen seine Frauen und Kinder, dem Hungertode preiszugeben, zu welchem allem die Presse und die politischen Machthaber unseres Landes schwiegen, riefen einen Sturm des Unwillens selbst in der Brust derjenigen hervor, bei denen ihr Deutschtum längst in Vergessenheit geraten war. Und als wir in den Krieg eintraten und infolge einer von den höchsten Beamten des Landes geförderten nationalen Hysterie das Verlangen sich regte, alle, welchen es widerstrebte, das in ihren Adern fließende Blut zu schmähern, zu Parias zu machen, da begann ein deutsches Element in Amerika sich als solches zu fühlen und zu regen.

3) Heute läßt sich das Vorhandensein eines starken, seines

deutschen Blutes sich bewußten deutschen Elements, das entschlossen ist, sein Selbstbewußtsein unter allen Umständen kundzugeben, nicht in Abrede stellen. In numerischer Hinsicht mögen die deutsch-amerikanischen Bürger erster Generation stärker sein. Was jedoch sehr bestimmtes und trotziges Zielbewußtsein betrifft, so verdienen nach meinem Dafürhalten die Männer zweiter und früherer Generation den Preis.

4) Der Drang, sich mit allen anderen Männern und Frauen deutscher Abstammung zu vereinigen in einer großen politischen Organisation zwecks gemeinsamen Handelns, ist so allgemein, daß lokale Eifersüchteleien, persönliche Abneigung und politische Gleichgültigkeit, welche bisher einer solchen Organisation im Wege gestanden haben, wie Schnee an der Sonne schmelzen werden, sobald eine Organisation unter geeigneter Führerschaft ins Leben tritt. Unter „geeigneter Führerschaft“ verstehe ich eine Persönlichkeit, die das Vertrauen der Leute gewinnt, da sie keine selbstsüchtigen Wünsche hat und nur einen Zweck verfolgt, nämlich die Kristallisation der Wünsche der Männer und Frauen deutscher Herkunft zu dem Zwecke, daß sie durch eine einmütige Stimmabgabe in Erfüllung gehen mögen.

5) Der vornehmste Wunsch des deutschen Bevölkerungselements geht dahin, Amerika wieder so zu machen, wie die Väter der Republik es gegründet haben, wie Lincoln es erhalten hat, und wie sie es sich vorstellten, als sie die alte Heimat verließen und der neuen Heimat Treue schworen.

6) In vielen, wenn auch nicht in allen Fällen stieß ich auf Gedanken dieser Art: „Wir amerikanischen Bürger deutschen Stammes sind in den vergangenen Jahren verleumdet und verfolgt worden, weil es den Anglo-Amerikanern beim Ausbreiten ihrer Lügengewebe in den Kram paßte. Heute, da sie sich wirtschaftlichen Problemen gegenüber sehen, die sie allein nicht zu lösen vermögen, sind sie oder doch viele ihrer politischen Führer geneigt, uns auf den Rücken zu klopfen, uns als gesetzliebig zu rühmen, ein mythisches 1 % illoyaler Deutsch-Amerikaner verantwortlich zu machen für die Behandlung, wie

man sie uns hat angedeihen lassen, und uns um unsere persönliche Unterstützung anzugehen. Sollten wir nach allem, was vorgefallen ist, wirklich so einfältig sein, von neuem in eine solche Falle zu gehen und, anstatt uns politische Anerkennung zu erzwingen durch gemeinsames Handeln, die Sache auf sich beruhen lassen und unsere Unterstützung der einen oder der anderen vorherrschenden Parteien, solange diese von im Besitze der Macht befindlichen Verbrechern geleitet werden — denn wenn jemals Leute Meineid begangen haben durch Brechen des Amtseids, nachdem sie die Konstitution aufrechtzuerhalten geschworen hatten, so haben es diese Männer getan — gegen Anerkennung unseres individuellen Wertes zu verschachern, dann wäre das Deutschtum in diesem Lande in der Tat so tief gesunken, daß es sich nicht wieder zu erheben vermöchte. Und in den meisten Fällen folgte Äußerungen dieser Art das Geständnis, daß der Sprechende und alle seine Freunde und Bekannten für das sozialistische Ticket stimmen würden, so sehr sie auch gegen die Lehren des professionellen Sozialismus eingenommen seien.

7) Während es unbestreitbar ist, daß sich unter dem hiesigen deutschen Bevölkerungselement eine starke Richtung zum Sozialismus geltend macht, tragen die neueren Berichte aus den europäischen Ländern, wo der Sozialismus in den Sattel gehoben worden ist, zusammen mit der Ungewißheit, wie stark die hiesige sozialistische Partei sich am Wahltage erweisen wird, dazu bei, daß durch besagte Richtung dem Verlangen nach einer starken politischen Organisation des Deutschtums nicht nur nichts in den Weg gelegt wird, es vielmehr gefördert wird. Im allgemeinen wird einer solchen Organisation der Vorzug gegeben, weil durch sie ihre Mitglieder werden instand gesetzt werden, verschiedenes zu vollbringen: Zunächst ihre Selbstachtung wiederzugewinnen, sodann deutsche Männer, welche zu konstruktiver Arbeit im Interesse des Staates oder des Landes fähig sind, für die bezüglichen Ämter Kandidaten aufzustellen, und schließlich das volle Gewicht der Organisation und des einmütigen Votums zugunsten solcher Kandidaten in die Wagschale zu werfen, deren Wahl sich im weiteren Verlauf der Kampagne als wünschenswert im Interesse des Landes erweist.

8) Ohne auch nur eine einzige Ausnahme verlangen die von mir Interviewten eine Revision des schimpflichen Versailler Vertrages. Sie glauben jedoch, daß eine solche die natürliche Folge einer Rehabilitation Amerikas sein werde. Kein doppelzüngiger Schönredner vom Schlage Wilsons würde ihre individuellen Stimmen erlangen können, so wilsonisch und verlockend seine Versprechungen auch sein mögen.

9) Es herrscht unter den Amerikanern deutschen Blutes lebhaftes Sympathie für die Irländer sowie die Ansicht, daß ein rehabilitiertes Amerika seinen Einfluß im Interesse jenes unterdrückten Volkes geltend machen werde. Andererseits macht sich eine entschiedene Abneigung bemerklich, den Amerikanern irischer Abkunft blindlings zu folgen. Es scheint in dieser Hinsicht das Wort (Moltkes) zu gelten: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“.

10) Verschiedenerseits wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß man in gewissen Kreisen eine Politik einschlage, die zum Kriege mit England führen müsse. Gegen eine solche politische Richtung sprach man sich jedoch durchweg entschieden aus. Man will, daß Amerika seine würdevolle Stellung

unter den Nationen von neuem einnehme, mit Gerechtigkeit gegen das ganze Ausland und mit Gerechtigkeit daheim. Man glaubt nicht, daß ein solches Amerika mit einer Kriegserklärung seitens des kriegsmüden Englands zu rechnen habe. Vor allem aber wollen die Deutsch-Amerikaner nichts von Ungerechtigkeit gegen irgendein Volk wissen, und sie halten dafür, daß irgendeine Ungerechtigkeit, wie sie in der Vergangenheit begangen worden ist, eine ähnliche Ungerechtigkeit gegen England weder wünschenswert noch mit der Ehre unseres Landes vereinbar erscheinen läßt. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Männer und Frauen deutschen Stammes der Mehrzahl nach diese Absichten teilen.

11) Mit Ausnahme kleiner Kreise macht sich keine Besorgnis geltend, daß die beabsichtigte Organisation Angriffen von anglo-amerikanischer Seite ausgesetzt sein werde. Mögen solche Angriffe auch zu erwarten sein, sie werden jedoch, nach der Ansicht der Männer, mit welchen ich Unterredungen hatte, soweit diese das ganze deutsche Bevölkerungselement unseres Landes repräsentieren, das Wachstum der Organisation nicht hindern. Die anglo-Amerikanische Presse hat ihre Macht, einzuschüchtern und Verirrungen hervorzurufen, verloren.

12) Die Macht der beabsichtigten Organisation sollte auf den einzelnen Stimmgebern begründet sein. Überall, wo es amerikanische Bürger deutschen Blutes gibt, sollten diese zum Beitritt aufgefordert werden und zur Besteuerung aus ihren eigenen Mitteln zwecks Förderung der Organisation. Sobald diese Mitglieder in genügender Anzahl besitzt, sollten die lokalen Wählerschaften ihre Delegaten wählen, und diese würden zusammenzukommen und die politischen Ziele der Organisation festzustellen haben.

13) Ehe das im allgemeinen seitens der Wähler selbst geschehen ist, sollte die Aufgabe des Zentral- oder Nationalausschusses in dem Aufbau der Organisation und der Beschaffung der genauesten Informationen für die lokalen Wählerschaften bestehen, damit diese sich gründlich unterrichten und miteinander besprechen können über die verschiedenen Fragen, welche der Entscheidung durch die Wahlen harren.

14) Diese Fragen werden aller Wahrscheinlichkeit nach mehr wirtschaftlicher als politischer Art sein. Und die geplante Organisation wird um so fähiger sein, sich für weise und patriotische Maßnahmen zu entscheiden, je gründlicher sich ihre Mitglieder mit den verschiedenen Problemen beschäftigt haben werden.

15) Für den Anfang wird ein Fonds von \$ 5000 bis \$ 10000 für Postmarken, Drucksachen, Bureauausgaben und Gehälter zwecks Eröffnung eines nationalen Hauptquartiers erforderlich sein. Die Versendung der ursprünglichen 100 000 Einladungen zum Beitritt wird an Porto, Papier, Druck, Gehältern für Clerks allein nahezu \$ 5000 kosten. Nach Erledigung dieser ersten Vorarbeiten wird die Organisation sich selbst aufrechterhalten können, falls sie die Lebenskraft besitzt, ohne welche weitere Anstrengungen zwecklos sein würden.

16) Inzwischen und bis ein solcher Fonds aufgebracht ist, sollten überall, wo immer die Verhältnisse es gestatten, lokale Organisationen ins Leben gerufen werden. Die Zeit ist knapp bemessen. Man sollte sich daher mit aller nur möglichen Tatkraft an die Vorarbeiten machen ohne weiteren Aufschub.

Ergebenst Ihr

Edmund von Mach.

Die Verkaufsordnung für Auslandlieferungen des deutschen Buchhandels

Wir haben an dieser Stelle über die Auslandsverkaufsordnung der deutschen Buchhändler gesprochen und unseren Standpunkt,

der von der Notwendigkeit, ein besonders enges Band zwischen Ausland und Heimat zu knüpfen, ausgeht, deutlich zur Geltung

gebracht. Die Auslandsdeutschen, die so lange und so hermetisch von deutscher Kultur und von der Zufuhr frischen Blutes und Geistes aus dem ewig quellenden Born der heimatlichen Leistungen abgesperrt waren, lechzten nach Stillung ihres geistigen Hungers. Die Verkaufsordnung war ein schwerer Schlag für sie. Man erschwerte durch die Konsulatsgebührenordnung das Reisen und unterband den lebendigen und persönlichen Verkehr gerade von Familie zu Familie, von Frauen und Kindern mit dem Mutterlande, man verteuerte zum mindesten, wenn man ihn nicht unmöglich machte, durch die Verkaufsordnung den geistigen lebendigen Zusammenhang. Beide Schritte waren Faustschläge ins Gesicht des Auslandsdeutschtums, waren politische Mißgriffe schlimmster Art, wenn man sie auch wirtschaftlich begründen und verständlich finden mag. Daß politische und kulturpropagandistische Ziele und Richtpunkte eben wirtschaftlichen Augenblicksmaßnahmen vorgehen müssen, das sollte die Lehre des Krieges und des Fehlschlags unserer in ihm getriebenen Propaganda sein. Die beiden erwähnten Verordnungen waren das glatte Eingeständnis, daß wir nichts gelernt haben, daß wir immer noch Stümper in der Behandlung des kostbaren Instruments der öffentlichen Meinung sind. Denn nicht nur in der Erhaltung der geistigen Gemeinschaft mit den Auslandsbrüdern war das billige deutsche Buch ein unübertreffliches Mittel, es war auch die beste und schärfste Waffe gegen die Verhetzung und den Lügenfeldzug unserer Gegner, die beste Propaganda gegen alles Hunnen- und Barbarengeschrei. Daß man nicht die leidige Valuta dazu benutzte, hier bewußte Kulturpolitik zu treiben, dem deutschen Buch dank seiner Billigkeit neue Leser und Freunde zuzuführen, es auf den Markt zu bringen, es populär zu machen, war der Fehler. Wir verstehen durchaus die Beweggründe der Urheber der Verkaufsordnung: es ist ein Jammer, wenn Prachtwerke der Literatur und der Wissenschaft, die, wenn man sie in Deutschland neu drucken muß, das Fünf- und Sechsfache kosten müßten, im Ausverkauf ins Ausland gehen und dadurch vielleicht das Inland sogar geschädigt wird. Aber die Heimat muß auch in anderer Beziehung Opfer bringen zugunsten des Ansehens der Gesamtheit in der Welt, zugunsten des deutschen Einflusses in Kultur und Wirtschaft. Der Schaden wäre minimal gewesen gegenüber dem allerdings in barer Münze nicht wertbaren Vorteil der Gewinnung von Herzen und Seelen, oder auch nur von Achtung und Respekt.

Nun sind die Dinge ihren Lauf gegangen. Die Verkaufsordnung ist gekommen, deren größter Fehler war, daß sie nicht mit wieder steigender Valuta auch eine Senkung erfahren konnte, und die noch dazu darunter litt, daß ein gewaltiges Schieberium sich breit machen konnte, daß auch die fremden Buchhändler nicht etwa ihre eigenen Aufschläge heruntersetzten, sondern geradezu zur weiteren Schmälerung der Verbreitung des deutschen Buches durch die Aufrechterhaltung ihrer Zuschläge beitrugen. Die Erkenntnis hat sich auch langsam beim deutschen Verleger durchgerungen. Die Exportbuchhändler und Antiquariate waren ja von vornherein gegen die Verkaufsordnung, und das Echo, das von den Auslandsdeutschen und den Auslandsbuchhändlern kam, hat nun wohl auch den Widerstrebendsten gezeigt, daß nichts Gutes angerichtet wurde. Diese Ansicht ist schon so weit durchgedrungen, daß eine Milderung der Bestimmungen der Verkaufsordnung erfolgen konnte, wenn auch die Richtung, die eine glatte Aufhebung dieser Verkaufsordnung befürwortete, noch nicht siegen konnte. Daß wir das letztere für das Erfreulichste gehalten hätten, brauchen wir nicht zu betonen. Wir möchten nicht unterlassen, nochmals hervorzu-

heben, daß wir die wirtschaftlichen Gründe der Verleger, die zur Verkaufsordnung führten, wohl zu würdigen verstehen, daß wir ein Opfer, falls es in einer verkaufsordnungsfreien Periode deutsche Buchhändler und Verleger bringen müßten, erst recht zu würdigen verständen. Aber es wäre ein Opfer im Interesse deutscher Kultur, ein Opfer, das als ein Ehrenzeichen für die wirken würde, die es bringen, auch wenn es nur einen großzügigen Verzicht auf einen Konjunkturgewinn darstellte!

Wir haben in der letzten Nummer unserer Zeitschrift begonnen, die Urteile der Mitglieder unseres wissenschaftlichen Beirates zusammenzustellen, die sie über die Verkaufsordnung fällten. Wir lassen hier noch einige weitere folgen, die inzwischen eingegangen sind.

Herr Geheimrat Professor Dr. Penck-Berlin schreibt uns:

„Als im letzten Wintersemester der Markkurs einen großen Tiefstand erreicht hatte, begann ein lebhaftes Kaufen deutscher Bücher seitens ausländischer Buchhändler, und es erwies sich als notwendig, dem Abströmen deutscher Bücher ins Ausland zu steuern. Das geschah in wirkungsvoller Weise durch Festlegung eines Ausland-Bücherpreises, welcher etwa fünfmal so hoch wie der einheimische ist, und an dessen Ertragnis auch das Reich einen Anteil nimmt.

So gerechtfertigt diese Maßnahme war, und wie sehr dieselbe auch die Erhaltung von Beständen wichtiger Quellenwerke im Inlande ermöglichte, so zeitigt sie doch nunmehr schwere Unzukömmlichkeiten.

Diese werden zunächst von den Deutschen im Auslande empfunden. Es wird ihnen nicht mehr möglich, sich einen Grundstock deutscher Bücher zu beschaffen. Eine öffentliche Bibliothek der Mittelschweiz hat angesichts der unerschwinglich hoch gewordenen Preise deutscher Bücher beschlossen, ihre Mittel zur Beschaffung französischer zu verwenden.

Emilio del Villar, der Direktor des geographischen Archivs der Iberischen Halbinsel, welcher vor Jahresfrist eine Kundgebung von 110 spanischen Gelehrten für die deutsche Wissenschaft veranstaltet hat, schreibt in der Madrider ‚La Tribuna‘ am 2. März und 4. Juni 1920:

„Eine große Anzahl Spanier wünscht dringend eine Berührung mit deutscher Kultur, und in diesem Augenblick wird der Marktpreis der deutschen Bücher für Spanien um das Vierfache erhöht. Die Umstände waren gerade jetzt der weiten Verbreitung deutscher Bücher und Zeitschriften in Spanien günstig . . . Verfasser spricht als Beispiel von einem Ende 1918 veröffentlichten Buch, das damals 92 Mark kostete. Mit dem Inlandaufschlage war der Preis für deutsche Käufer jetzt ca. 167 Mark; die Firma Bornträger hat ihm aber mitgeteilt, daß es für Spanien jetzt 1114 Mark kosten würde. Es ist daher unmöglich, deutsche Bücher zu kaufen und Fühlung mit der deutschen Kultur zu halten. Das Spanisch-amerikanische Institut versprach, ihm Bücher zu vernünftigen Preisen zu besorgen und hat vor drei Monaten um Erlaubnis nachgesucht, sie aber nicht erhalten.“

Professor Emil Boas in Neuyork, der ausgezeichnete deutsch-amerikanische Gelehrte, schreibt mir am 27. Mai folgendes:

„Mir scheint, als ob die deutschen Verleger sich einem Irrtum hingeben, wenn sie jetzt die Preise für deutsche Bücher übermäßig hoch ansetzen. Ich erfahre von einer ganzen Zahl von Beispielen und besonders durch Buchhändler in Neuyork, daß die Preise für deutsche Bücher jetzt so hoch sind, daß einzelne Nordamerikaner und amerikanische Bibliotheken sie nicht mehr kaufen können. So stehen wir vor der doppelten Schwierigkeit, nicht bloß heißt es, amerikanische Bücher nach

Deutschland zu bringen, sondern auch deutsche Bücher nach Amerika. Ich halte es für nötig, daß Sie sich der Sache annehmen und sehen, daß eine vernünftige Haltung eingenommen wird. . . . 'Ich habe das feste Gefühl', fährt Boas fort, 'daß die Gelehrten-Gesellschaften in Deutschland versuchen sollten, sich von den übermäßig hohen Preisen der Verleger zu befreien.'

Aus diesen verschiedenen Äußerungen kann ersehen werden, daß der Auslandspreis deutscher Bücher, wie wichtig er auch war, um das Abströmen deutscher Bücher ins Ausland zu hindern, der deutschen Kulturpropaganda im Auslande, vor allem aber der Verbreitung der deutschen Wissenschaft, sehr hinderlich ist, und daß dringend geboten ist, daß diesem Schaden wenigstens teilweise gesteuert werde. Die Möglichkeit dazu ist gegeben, wenn man beachtet, daß die Preise der deutschen Bücher seit Jahresfrist auch im Inland eine starke Erhöhung erfahren haben: sie sind entsprechend den gesteigerten Löhnen und Papierkosten auf das Fünf- bis Zehnfache gestiegen. Diese neueren Preise vertragen den Ausfuhrpreis nicht, sollen die deutschen Bücher mit den ausländischen konkurrenzfähig bleiben. Ein Handatlas mit einem Vorkriegspreis von 30 Mark ist heute noch im Auslande billig, wenn der Ausfuhrpreis auf das Fünffache des normalen berechnet wird; denn die Mark hat heute nur noch rund $\frac{1}{9}$ ihres früheren Wertes. Aber nunmehr wird derselbe Atlas, nach dem Kriege hergestellt, wie ich höre, 500 bis 600 Mark kosten, und das Ausland wird dafür 2500 bis 3000 Mark zahlen müssen. Dieser Preis ist für das Ausland zu hoch, und der deutsche Atlas wird nicht mehr konkurrenzfähig sein können.

Unter solchen Umständen erscheint es richtig, den hohen Auslandspreis der Bücher zu beschränken auf die Preise der Bücher, welche vor dem Kriege und während des Krieges erschienen sind, ihn aber aufzuheben für jene Werke, die nach dem Kriege erschienen sind und hohe Inlandpreise haben."

Herr Stadtrat Professor Dr. Ziehen, Frankfurt a. M., teilt mit: „Die Frage des Valutaaufschlags bei der Bücherausfuhr nach dem Ausland ist außerordentlich schwer zu entscheiden. Indem ich mir naturgemäß gegenüber den für die Entscheidung maßgebenden kaufmännischen Gesichtspunkten die nötige Zurückhaltung auferlege, kann ich mich nur dahin aussprechen, daß nach meiner Überzeugung selbst gewisse, wohl unbestreitbare wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen werden müssen, um das bedeutsame Ziel tunlichst weiter Verbreitung des deutschen Buches im Auslande zu erreichen. Der ideelle Wert einer solchen Verbreitung des deutschen Buches im Auslande wird sich meines Erachtens mit der Zeit auch in sehr greifbare materielle Vorteile umsetzen, denen gegenüber der augenblickliche, obendrein nur einem beschränkten Kreise zugute kommende Vorteil, den die ‚Verkaufsordnung‘ anstrebt, wie ich meine, völlig in den Hintergrund zu treten hat.“

Prof. Dr. Paul Rühlmann-Berlin gibt sein Urteil dahin ab: „Wohl mögen die Valutazuschläge des deutschen Buchhandels vom rein steuertechnischen und vom eng fiskalischen Standpunkt aus berechtigt sein, besser — gewesen sein, da sie den Ausverkauf Deutschlands erschwerten; vom kulturpolitischen Gesichtspunkte aus sind sie als vollkommen abwegig zu bezeichnen.

Sie schädigen aufs schwerste die kulturpolitische Ausgestaltung unserer auswärtigen Politik. Des neuen deutschen Reiches Weltgeltung kann sich nicht mehr

stützen auf die Machtmittel von Armee und Flotte, auch nicht mehr auf die Herrschgewalt unserer Industrie, sie ist allein auf die kulturelle Überlegenheit gestellt. Diese offenbart sich aber am sichtbarsten im deutschen Schrifttum. Der deutsche Buchhändler ist einer der vordersten Pioniere der künftigen deutschen Weltstellung. Nicht umsonst suchen die Franzosen mit gewaltigem Mittelaufwand, die immer noch starke Bastion des deutschen Auslandsbuchhandels zu berennen. Sogar in den deutschen Rheinlanden, im besetzten Westgebiet, kann ein aufmerksamer Beobachter bemerken, mit welchem Raffinement man dem französischen Buch eine monopolartige Stellung in der Welt zu verschaffen sucht.

Sie erschweren aufs stärkste die Aufrechterhaltung des kulturellen Zusammenhangs vom Auslande deutschen und dem deutschen Mutterlande. Die Zahl der Söhne und Töchter Deutschlands außerhalb der durch die Versailler Unwahrhaftigkeit stark verengten Reichsgrenzen ist sehr groß geworden und wird von Tag zu Tag größer. Ein Hauptmittel aber, diese heimatfernen Kinder Deutschlands nicht am Geiste verdorren zu lassen, ist das deutsche Schrifttum. Der Auslandszuschlag aber trifft den Auslandsdeutschen mit dem Ausländer in gleicher Schwere, da eine Scheidung zwischen beiden weder rechtlich noch praktisch möglich ist.

Sie schädigen endlich außerordentlich das moralische Ansehen Deutschlands in der Welt. Weltkrieg und Revolution haben die großartige Kapitalansammlung von internationalem Vertrauen gegenüber Deutschland überraschend schnell verwirtschaften lassen. Eine Vertrauensstellung aber wie der Buchhandel kann ohne den Zentralbegriff jedes ehrlichen Handels „Treu und Glauben“ nicht existieren. Der Valutazuschlag wird aber im Auslande nicht mit Unrecht als schändliche, kapitalistische Profitgier aufgefaßt, da er fast einseitig dem Verleger zugute kommt. Sein allzu häufiger Wechsel gibt überdies dem bisher so soliden Buchhandel etwas vom Auf und Ab des unsauberen Börsenspiels, was natürlich seinem Ansehen empfindliche Abschlüge bringt.

Aus diesen drei Gründen: Weg mit dem Valutazuschlag!"

Aus der großen Zahl der uns fortgesetzt zugehenden Briefe und Beschwerden heben wir für heute nur die nachfolgenden heraus:

Wie nahe die deutsche Bücherausfuhrverordnung in ihrer Wirkung einem Ausfuhrverbot gleichkommt, wie sie namentlich in neutralen Ländern der feindlichen Kulturpropaganda in die Hände arbeitet, geht aus einem Briefe hervor, den eine alte deutsche Gemeinde in der Westschweiz an das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart richtet. Es heißt darin:

„Die für die Buchausfuhr geltenden Hemmungen tun der Behauptung deutscher Kultur direkt Abbruch und werden sicher keineswegs ausgeglichen durch die damit erstrebten wirtschaftlichen Vorteile. Die französische Kulturpropaganda hat seit Ende des Krieges in der Schweiz doppelt scharf eingesetzt; man will offenbar aus der Schweiz ein Elsaß und besonders aus den Deutschschweizern Elsässer machen. Das deutsche Buch ist die Hauptwaffe Deutschlands; denen, die nach dieser Waffe verlangen, die Sache möglichst zu verteuern, ist doch ein kaum zu erstrebendes Ziel. Wie mancher hat sich, als es vor Inkrafttreten der gerügten Maßnahmen noch möglich war, zu Hause eine deutsche Bibliothek angelegt, gerade weil es der Valutastand ihm erlaubte. Viele hätten es noch getan, haben aber dann darauf verzichten müssen. Was es indessen bedeutet, daß in der Schweiz in möglichst vielen Familien ein Grundstock deutscher Bücher zu finden ist und dauernde Freunde und Sympathien

dadurch geschaffen und erhalten werden, scheint man leider nicht genügend gewürdigt zu haben. Jedenfalls hätte man außer den wirtschaftlichen auch noch politische und kulturelle Gründe in Betracht ziehen und Bücher nicht wie Maschinen und Kohlen behandeln sollen. Eine gewisse Kontrolle war natürlich am Platze, aber die viele Arbeit und Mühe, welche mit der Anwendung der bestehenden Verordnungen verbunden ist, hätte, anders gerichtet, nützlicher sein können*.

Was für die besonders gefährdete deutschschweizer Kulturinsel richtig ist, gilt auch von den anderen neutralen Ländern, die bisher noch deutsche Sympathien hatten: statt gesteigerten, geistigen Austausch, Rückgang der deutschen Bücherausfuhr infolge einer kurzsichtigen, einseitig wirtschaftlich gedachten Maßnahme.

Diese Tatsache ist besonders deshalb bedauerlich, weil das einzige, was uns neben brieflichem Verkehr mit der Heimat verbindet, eben ein gutes deutsches Buch ist.

Man sollte auch nicht unberücksichtigt lassen, daß dem Auslandeutschen nicht reichhaltige Bibliotheken zur Verfügung stehen, wie dies in Deutschland der Fall ist: will er ein Buch lesen, so muß er es kaufen bzw. von einem Freunde borgen.

Mit deutschen Zeitschriften geht es ähnlich. Ich will nicht auf die bedauerliche Tatsache hinweisen, daß es unter diesen Umständen nur wenigen vergönnt sein wird, sich einige gute deutsche Zeitschriften zu halten, wie dies früher möglich war. Doch nehmen wir einmal Zeitschriften geschäftlicher Natur. Ob man wirklich glaubt, dadurch zu profitieren, daß eine deutsche technische oder ähnliche Zeitschrift zu solchen Preisen ans Ausland geliefert werden muß? Es mag einem Kaufmann leicht in den Sinn kommen, sich drei oder vier technische deutsche Zeitschriften zu halten, ohne daß er sich davon einen direkten Nutzen verspricht, der aber doch dann gelegentlich, wenn sein Interesse auf etwas gelenkt wird, sich an den deutschen Fabrikanten wendet. Das wird er jetzt nicht mehr tun, denn er bekommt englische, amerikanische, spanische und andere Schriften täglich fast gratis ins Haus gebracht, lesen kann er die gar nicht alle; vielleicht würde er eben die deutschen eher lesen; eben weil es deutsche Zeitungen sind, aber dafür Beträge auszuwerfen, die er mit Widerwillen zahlt, wird er gewiß nicht, nur wenn er die Zeitungen braucht, und die Fälle sind nicht häufig.

Es ist leider das alte Lied: der Auslandsdeutsche ist eben trotz aller Reklame, die jetzt um ihn gemacht wird, noch immer kein Gleichberechtigter, er nimmt eine besondere Stellung ein, aber keine angenehme, und dies ist der wunde Punkt bei allen Zusammenschlußbestrebungen unter Deutschen im Auslande: man wird das Gefühl nicht los: „Du zählst ja doch nicht voll.“

Ferner führen wir die Zeitschrift eines Deutschen in Portugal an, der uns schreibt:

„Wenn man daher Güter des täglichen Gebrauchs, besonders insoweit sie für den Absatz an die ausländische Kundschaft in Frage kommen, mit höheren Preisen belegt, so wird der Auslandsdeutsche dies nur gutheißen, falls der deutsche Kaufmann nicht glaubt, durch diese hohen Preisforderungen seinen Absatz schwer zu schädigen.“

Sobald es sich aber um Bücher und Zeitschriften handelt, dürfte doch das Bild etwas anders werden. Wer ist denn schließlich der Abnehmer deutscher Romane, deutscher literarischer Zeitschriften, wenn nicht der Deutsche im Auslande? Denn die wenigen Fälle, in denen der Ausländer einen deutschen Roman, ja auch ein wissenschaftliches Werk kauft, dürften doch kaum in die Wagschale fallen. Die Preissteigerung trifft also vor allem den Deutschen im Auslande. Über die Bedeutung dieser Preis-

steigerung gaben Sie schon einige Anhaltspunkte in Ihrem vorigen Artikel. Dabei ist aber einiges außer acht gelassen worden, was sehr viele Deutsche im Auslande wesentlich trifft.

Nicht alle Länder haben eine hochwertige Valuta: es gibt auch solche, deren Valuta die Anschaffung von Büchern deutscher Herkunft keineswegs so billig erscheinen läßt, wie man dies so verallgemeinernd angenommen hat.

Nehmen Sie z. B. Portugal, ein Land, wo immer eine ziemlich große deutsche Kolonie Aufenthalt hatte.

Für Portugal ist ein Kurs, zwecks Umrechnung, nicht festgesetzt worden, es fällt also unter eine andere Kategorie, z. B. England. Das Buch „Ludendorff, Kriegserinnerungen“, welches Sie in Ihrem letzten Artikel als Beispiel anführen, würde hier, einschließlich Kosten, Escudos 23.5, gleich ca. M. 185.—, kosten. Ein deutscher Angestellter, der die portugiesische Sprache beherrscht, würde hier im Anfang ein Monatseinkommen von ca. Escudos 300.— bis 350.— erhalten.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß es einem solchen Angestellten einfach unmöglich ist, sich ein derartiges Buch zu kaufen, falls er mit seinem Einkommen rechnen muß. Aber auch ein einfacher, guter deutscher Roman, der in Deutschland M. 18.— kostet, würde hier mindestens Escudos 11.— zu stehen kommen, wogegen ein guter französischer Roman zu Escudos 2.5 überall erhältlich ist.“

Ein hervorragender Amerikaner schreibt uns u. a.:

„Ich möchte allen am Wohl des Deutschtums interessierten Kreisen raten, die Ausfuhr deutscher Bücher mit keinerlei Abgaben zu belasten und mit keinerlei Hindernissen zu erschweren. Wir im Auslande haben Mühe genug, das deutsche Buch wieder in Bibliotheken, Lehranstalten, Buchhandlungen usw. einzubürgern.“

Das deutsche Buch ist der beste Samenträger deutscher Kultur ins Ausland — das mögen Sie mir glauben. Schiller und Goethe und Lessing sind die beste Propaganda.“

Wie vernichtend die mechanische Anwendung der Ausfuhrverordnung für deutsche Bücher und auf die Pflege deutschen Geisteslebens im Auslande wirkt, geht aus dem im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ veröffentlichten Brief eines deutschen Buchhändlers in Montreal in Kanada hervor: „Die Valutaausgleichszuschlagmaßnahme ist gewiß eine nationalökonomische Notwendigkeit für Deutschland, doch die Wirkung derselben, vereint mit der Wirkung der Maßnahmen der kanadischen Zollbehörde, bedeutet eine solche Preiserhöhung (17fach) deutscher Bücher in Kanada, daß deren Einfuhr nach Kanada fast vernichtet ist; ein deutsches Buch wird in Kanada eine Seltenheit werden. So wird manche deutsche Familie in Kanada darauf verzichten müssen, ein deutsches Buch zu erwerben. Das ist um so bitterer, da während der ganzen Kriegsdauer keine deutschen Bücher nach Kanada eingeführt werden durften. Und nun ist Frieden! Die Sehnsucht nach der Heimat ist stärker als zuvor, das harte Gebot der Notwendigkeit für die meisten heißt: „bleiben!“ Wie naheliegend ist der Wunsch, wenigstens etwas „Deutsches“ zu lesen, aber nur wenige der in Kanada lebenden Deutschen sind wohlhabend genug, um 5 bis 6 Dollar (etwa 200 Mark) für ein Buch zahlen zu können, das man in Deutschland mit 10 Mark kaufen kann. Der Versand deutscher Bücher nach Kanada wird auf eine Geringfügigkeit herabsinken. Liegen Statistiken vor, die den Betrag der von Deutschland nach Kanada eingeführten Bücher nachweisen? Es wäre interessant, wenn sich deutsche Verleger die Mühe geben würden, aus ihren Kontobüchern festzustellen, für wieviel sie von ihren Verlagswerken nach Kanada verkaufen. Ich mutmaße, die Beträge sind un-
gemein niedrig in Anbetracht dessen, daß in Kanada ungefähr

400 000 Deutsche leben, einschließlich der von aus Deutschland eingewanderten Eltern Geborenen. Die jetzige Gesamtbevölkerung Kanadas ist etwa 9 Millionen, und unter der nichtdeutschen Bevölkerung sind Gelehrte, die an deutschen Universitäten studiert haben, andere waren der Musik wegen in Deutschland, noch andere, um in München zu 'malen', viele weiter können deutsch wenigstens 'lesen', die meisten derselben würden wohl gern nach einem deutschen Buch greifen, wenn es ihnen nahegelegt würde. Was könnte das 'deutsche' Buch nicht wieder ausgleichen, wie viele Mißverständnisse könnte es beilegen! Gewiß, die nationalökonomischen Interessen Deutschlands gebieten die Maßnahme des Valutaausgleichszuschlags, aber Bücher haben nicht nur 'Handelswert', ein jedes gute deutsche Buch im Auslande, besonders in den Ländern der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands, ist ein Sendbote des Deutschtums, ein Fürsprecher der Verständigung. Jede Minderung der Anzahl dieser deutschen Sendboten ist für Deutschland ein Verlust an ideellen Werten."

Das Börsenblatt vom 27. Juli veröffentlicht eine Bekanntmachung des Vorstands des Börsenvereins über eine Abänderung der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen, die einige redaktionelle Änderungen bringt und die Festsetzung besonderer Auslandspreise neu regelt, indem hierfür nunmehr auch die deutsche Währung als zulässig erklärt wird, wobei aber ein bestimmter Abstand zwischen Inland- und Auslandspreis gewahrt werden müsse. Von den Berechnungen der Verkaufsordnung bleiben unberührt insbesondere Zeitschriften, sofern der Verleger nichts anderes bestimmt, Gegenstände des Buchhandels, für die der Verleger durch ordnungsgemäße Bekanntgabe im Börsenblatt besondere Auslandspreise festsetzt, die, in deutscher Währung ausgedrückt, mindestens das Doppelte des deutschen Preises betragen müssen und ferner Schulbücher, soweit sie als solche von der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe anerkannt werden. In Zweifelsfällen soll hier der Vorstand des Börsenvereins entscheiden. Endlich werden noch Ausnahmen zugelassen, die der Vorstand des Börsenvereins generell oder auf schriftlichen Antrag im einzelnen genehmigen wird.

Die im Anschluß an die Verkaufsordnung veröffentlichte Tabelle zeigt, wie der Börsenverein in einer Bekanntmachung mitteilt, eine geringe Herabsetzung der Umrechnungskurse, die sich dem Abbau der Valutaausgleiche anpaßt. Da die ursprünglich in Aussicht genommene Unterscheidung zwischen alten Werken und Neuerscheinungen keine ausreichende Zustimmung gefunden habe, habe sich nur die genannte Möglichkeit geboten, um die Werke, die im Verhältnis zur ausländischen Produktion mit zu hohen Gestehungskosten belastet sind, vor einer ihren Absatz gefährdenden Verteuerung zu bewahren. Ob fürs erste eine weitere generelle Abänderung der Umrechnungskurse eintreten würde, wie sie von inländischen und ausländischen Buchhändlern vielfach gefordert sei, werde wesentlich von der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse im In- und Auslande abhängen. Auf jeden Fall werde sie, sofern sie sich als unbedingt notwendig erweise, nur allmählich und nur in größeren Zeitabschnitten erfolgen.

In einem erklärenden Artikel des „Börsenblattes“ wird ausgesprochen, daß der Vorstand von der Zweckmäßigkeit des Verfahrens, den Verlegern die Festsetzung besonderer Auslandspreise zu überlassen, nicht überzeugt sei. Er wolle nur die Handlungsfreiheit seiner Mitglieder nicht ungebührlich beschränken, er warne aber eindringlich davor, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen und besondere Auslandspreise in Markwährung auszudrücken, da die Mark zum Wertmesser im inter-

nationalen Verkehr ungeeignet sei. Wären zum Beispiel zur Zeit des niedrigsten Kursstandes der Mark besondere Auslandspreise in deutscher Währung festgesetzt worden, so würde das betreffende deutsche Buch bei dem jetzt erhöhten Stand der Valuta gänzlich konkurrenzunfähig sein. Der jetzt vorgeschriebene Mindestaufschlag von 100 % des deutschen Preises müßte evtl. doch herabgesetzt werden, wenn die Mark eine neue Kurssteigerung erfahre, während eine neue Senkung der Valuta umgekehrt eine Heraufsetzung notwendig machen würde. Eine Schranke habe sich als unerlässlich erwiesen, wenn nicht die ganze Verkaufsordnung mit einem Schlage jede praktische Bedeutung hätte verlieren sollen, denn sonst würde die Rücksicht auf die jetzt steigende Tendenz des Markkurses dazu verleiten, eine nur unbedeutende Differenz zwischen Inlandspreis und Auslandspreis zu legen, wodurch die Gefahr gegenseitiger Unterbietung ungewöhnlich vermehrt würde.

Einen großen Teil der Angriffe gegen die Verkaufsordnung seitens des Auslandsbuchhandels führt der Vorstand des Börsenvereins darauf zurück, daß der deutsche Verlag den mehrfach erteilten Rat, nur in fremder Währung anzubieten, nicht befolgt habe. Eine Preisstellung von 40 Mark im Inlande, 150 Mark im Auslande wirke befremdend, eine solche von 40 Mark im Inlande, 4 Dollars oder 1 Pfund im Auslande, lasse den fremden Kaufmann aber erkennen, daß sich die Preise auf der für fremde Bücher üblichen Höhe hielten. Der Börsenverein mahnt also eindringlich, die Preise immer nur in fremder Währung anzugeben. Derjenige der besondere Valuta-Mehrerlöse beanspruche, müsse auch das Kurs-Risiko tragen, das schließlich für den deutschen Exporteur nur darin bestehe, daß die Höhe des Valuta-Mehrerlöses bis zu einem gewissen Grade schwankend sei. Dieses Kursrisiko könne aber auf ein Minimum reduziert werden, während andererseits aber auch der ausländische Besteller durch Deckungskäufe deutschen Geldes sein Risiko sehr abschwächen könne. Der Börsenverein kommt allerdings in dem Artikel dann auf eine ganz besondere Schwierigkeit für den Exporteur zu sprechen, daß er alle Einzelverfügungen der Verleger ohne eine besonders umständliche, kostspielige und zeitraubende Anlage von Kartotheken zur eigenen Auskunftserteilung über diese Einzelbestimmungen gar nicht befolgen könne. Wenn ein Verschulden im Einzelfalle nicht nachgewiesen werden könne, würde die Nichtinnehaltung der vom Verleger festgesetzten besonderen Auslandspreise nicht als ein Verstoß gegen die Verfügungen des Börsenvereins beanstandet werden können.

Wir überlassen das Urteil über die Abänderung der Verkaufsordnung natürlich zunächst den zuständigen Fachkreisen, möchten aber nicht mit unserer eigenen Meinung zurückhalten, daß wir nur in einer generellen Aufhebung der Verkaufsordnung die Möglichkeit erblicken, das deutsche Buch den Auslandsdeutschen, denen es wichtigstes und notwendigstes Bindemittel mit der Heimat ist, möglichst billig zur Verfügung zu stellen und diese, dem Deutschtum einzig und allein gebliebene Waffe im Kampfe um den Wiedererwerb deutschen Ansehens in der Welt gebührend zu nutzen.

In der gleichen Nummer des Börsenblattes wird ein Schriftwechsel des Börsenvereins mit dem Verband Deutscher Hochschulen und der deutschen Studentenschaft veröffentlicht. Hochschulen und Studentenschaft fordern eine Abschaffung des 20prozentigen Sortimenteraufschlags für wissenschaftliche Bücher, der für die Konsumenten nicht mehr erträglich sei. Die akademischen Verbraucher hätten beschlossen, eine Konsum-

genossenschaft der Käufer wissenschaftlicher Bücher zu gründen, die zunächst in allen deutschen Hochschulstädten, später aber auch an anderen Plätzen mit größerem akademischem Publikum ihre Verkaufsstellen eröffnen würde und die allen Genossenschaftsmitgliedern wissenschaftliche Bücher erheblich billiger liefern wolle, als das Sortiment. Hochschulen und Studentenschaft hofften, daß der Börsenverein in diesem Falle die Auslieferung an diese Genossenschaft, die ja statutengemäß zurzeit nicht möglich sei, doch erlauben würde, im andern Falle würden sie sich in organisierter Selbsthilfe an Reichstag, Regierung und Volk wenden, um eine Abänderung der Bestimmungen zu erzwingen.

In seiner Antwort sagt der Börsenverein, daß er die kulturelle Gefahr nicht verkenne, immerhin bleibe die Steigerung des Buchpreises einschließlich des 20prozentigen Sortimenteraufschlags hinter der Steigerung der übrigen Lebenshaltung

zurück. Der 20prozentige Sortimenteraufschlag werde nach Möglichkeit beseitigt und komme für alle Neuerscheinungen, wofern nur ein gewisser Rabattsatz innegehalten sei, gänzlich in Wegfall, denn die Neuerscheinungen erreichten infolge ihrer Produktionskosten bereits eine bedeutende Preishöhe. Den Vorschlag einer eigenen Auslieferungszentrale billigt der Börsenverein nicht und erklärt, ihn zu bekämpfen. Eine Schädigung des Sortimentsbuchhandels würde auch eine Schädigung deutschen Geisteslebens darstellen. Die eigene Genossenschaft der Hochschulen und Studentenschaft könne wirtschaftlich gar nicht existieren, da der Gewinn des Sortimentsbuchhandels an sich sehr gering sei. Trotzdem werde der Börsenverein auf eine Preisherabsetzung der Bücher ständig hinwirken, er bitte nur dringend, von jeder Schwächung des deutschen Buchhandels Abstand zu nehmen.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

III. Eine Südamerikafahrt in Kriegszeiten.

Von Architekt PHILIPP KAHM, Soldau (Ostpreußen).

Da die Havas- und Reuter-Schwindelagenturen zurzeit noch immer die brasilianischen Zeitungen mit den hirnverbrannten Unwahrheiten überschwemmen, schwirrten uns in den mit unserem zur Weiterfahrt benützten brasilianischen Küstendampfer „Itapura“ berührten Hafenplätzen Santos, Paranagua, Rio Grande, Pelotas die tollsten Gerüchte deutscher Barbareien und Niederlagen um die Ohren. Nur in dem halbwegs deutschen Florianopolis im Staate Santa Catharina erhielten wir unterdessen authentische deutsche Siegesnachrichten, so daß es uns auf allen übrigen Häfen Herzensbedürfnis war, jedesmal die überall vorhandenen deutschen Klubhäuser oder deutschen Schiffsagenturen aufzusuchen, um Tatsächliches über die Kriegslage in Europa zu erfahren.

Allerorts fand der Mut und die Begeisterung des deutschen Stammlandes lebhaften Widerhall, und mit verbissener Wut müssen unsere Wehrpflichtigen im Ausland untätig zusehen, wie neben dem unterbrochenen Nachrichtendienst ihnen jede Möglichkeit zur Heimkehr durch die englischen Piratenschiffe buchstäblich abgeschnitten ist, so daß sie unsere Konsuln immer wieder auf spätere Zeiten vertrösten müssen. Nach achttägiger Küstenfahrt langten wir endlich im Hafen von Porto Alegre an und hier wartete unser eine neue Überraschung. Die sonst friedliche Handelsstadt war in zwei Lager gespalten — hier Deutsche, Deutschbrasilianer und Italiener, dort Lusobrasilianer, Engländer, Franzosen und Belgier — und der langgeschlummerte, durch Neid genährte Deutschenhaß trat derart offen zutage, daß die Sicherheit der Deutschen gefährdet erschien und die namhaftesten Führer der deutschen Kolonie und Vereinsvorstände durch Eingeborene auf der Straße insultiert wurden. Die gemeine französische Lügendepesche von dem „Überfall“ des brasilianischen Altpäsidenten Dr. Bernadino de Campos, der nebst Gattin von bayrischen Soldaten mit Kolbenstößen roh mißhandelt und krank, faßt sterbend, an der schweizerischen Grenze liegen gelassen worden sei, nachdem man ihm das Gepäck gestohlen hätte, schlug dem Faß den Boden aus, so daß die aufgeregte Menge — meistens junge Leute und Studenten — ihrer Sinne nicht mehr mächtig, das deutsche Konsulat zu stürmen versuchte, was durch das sofort requirierte brasilianische Militär verhindert worden ist. Noch auf Wochen hinaus blieb das kaiserlich deutsche Konsulat und die Privatwohnung des Konsuls durch Doppelposten ge-

schützt. — Glücklicherweise hatten die Lügen kurze Beine und die elende Hetznachricht konnte nach eingezogenen Informationen des brasilianischen Ministers des Äußern Dr. Lauro Müller seine allgemein befriedigende Aufklärung erhalten.

Dessenungeachtet hetzen die französischen und englischen Kabeljungen ungehindert weiter und die brasilianischen Zeitungen schenken nach dem bekannten Satz „Der Wunsch ist der Vater des Gedankens“ willig Gehör und alle gegenteiligen deutschen Nachrichten werden von der brasilianischen Presse glatt abgewiesen, so daß die Deutschen hier zur Selbsthilfe greifen und die Herausgabe eines eigenen Blattes in portugiesischer Sprache veranlaßt haben. Daß trotzdem etwas von den gewissenlosen Tartarennachrichten an uns hängen bleibt, kann bei der Indolenz der breiten Masse nicht wundernehmen, da die brasilianische Presse täglich mit einer Unsumme deutschfeindlicher Havaskost gesättigt wird. Was nicht gedrahtet ist, wird hier frei erfunden. Der Leserkreis der unteren und mittleren Schichten verlangt es so, und dagegen sind unsere deutschen Blätter beinahe machtlos, zudem sie selbst seit Wochen jeder amtlichen Nachrichten entbehren und laut ihrer Beschwerden unser deutscher Nachrichtendienst sehr schlecht organisiert zu sein scheint. — Es kann bei dieser allgemeinen Stimmung nicht wundernehmen, wenn die dem Latinobrasilianer angeborene und sprachverwandte Sympathie für Frankreich keine Grenzen kennt und das Ende der deutschen Weltmacht sich herbeizusehen erdreistet.

Glücklicherweise gibt es bei der brasilianischen Intelligenz auch besonnene Elemente, die Deutschland und seine Kulturfortschritte aus eigener Anschauung kennen gelernt haben, sie bleiben aber leider vereinzelt, wie uns die Vorgänge im brasilianischen Parlament zu Rio beweisen, in dem der Deputierte Pirineu Machado unter großem Beifall eine vorher angekündigte hirnverbrannte Rede gegen das aller „Zivilisation und Menschlichkeit bare Deutschland“, das durch das glorreiche kultivierte Frankreich vom Erdboden vertilgt werden müsse, hielt. Die in Richtigstellung solcher Erbärmlichkeiten vom Präsidenten der Kammer Dr. Dunshee Abranches für Deutschlands Ehre gebrochene Lanze brach ihm selbst das Genick, indem er sich gezwungen sah, den Präsidentensitz niederzulegen und seine Auslassungen als Privatmeinung zu dokumentieren. Und so etwas nennt sich ein „neutraler Staat“!

(Fortsetzung folgt.)

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Die parlamentarischen Verhältnisse spitzen sich immer mehr zu. Der Ministerpräsident sagte in der Sitzung vom 9. Juli im Anschluß an die Behauptung, die Versicherungsgesellschaft „Phönix“ habe der Ostrauer Morgenzeitung 45000 Kronen zur Förderung der Anleihepropaganda gegeben (d. h. zur Förderung der Propaganda gegen den Umtausch der österreich-ungarischen Kriegsanleihe in tschechoslowakische!). Die deutschen Abgeordneten und Senatoren sprächen in den Sitzungen „in einer Weise die eines Gesetzgebers unwürdig“ sei.

Gegen diese Beleidigung erhoben die deutschen Senatoren und Abgeordneten sofort Einspruch in einer Interpellation, in der sie anführten, zunächst habe die Versicherungsgesellschaft gar kein Geld gegeben, sondern nur zu einer informatorischen Besprechung eingeladen. Dann aber seien die Parlamentarier von diesem privaten Institut völlig frei und unbeeinflusst. Der Vorwurf der Unwürdigkeit sei schwer und unbewiesen. Der Ministerpräsident werde um Genugtuung gebeten.

Für Herrn Tusar war die Lage brenzlich. Aber seine Tschechen haben ihn gerettet. Die Senatskanzlei hat die Interpellation einfach zwei Tage lang nicht gedruckt, so daß die Sache vor Schluß der Saison nicht einmal in der Obmannkonferenz, geschweige denn im Hause selbst verhandelt werden konnte.

Freilich werden die tschechischen Praktiken nicht die Besprechung der ganzen Frage auf die Dauer verhindern können, aber in der Zwischenzeit wird mit den Worten des Ministerpräsidenten lustig weiter agitiert. Nur werden die Deutschen, deren Widerstand gegen die tschechische Unterdrückung im Wachsen ist, sich nicht zufrieden geben, bis sie den tschechischen Ministerpräsidenten auch diesmal als Verleumder gebrandmarkt haben.

Der Obmann des deutschen Volksrats für Böhmen, Dr. Joseph Titta, war nach Dresden gefahren und nach seiner Rückkehr unter der Beschuldigung verhaftet worden, in Sachsen ein Heer gegen die Tschechoslowakei geworben zu haben. Jetzt ist die ganze Hochverratsaffäre zusammengebrochen. Es hat sich herausgestellt, daß der Hauptbelastungszeuge den Angeschuldeten gar nicht kennt. Ob die Tschechen aber nun die in die ganze Welt posaunte Staatsnachricht nun auch dementieren werden?

Polen.

Die „Deutsche Vereinigung“ im polnischen Reichstag hat zwar nicht die Fraktionsstärke, hat aber doch im Sejmgebäude ein eigenes Zimmer eingeräumt bekommen. Die kleine Gruppe zählt 8 Mitglieder.

Am Sonnabend, den 24. Juli, verlas der Vorsitzende der deutschen Fraktion im Sejm die nachstehende Erklärung der Deutschen Vereinigung: „Die Deutsche Vereinigung drückt der neuen Regierung ihr Vertrauen aus und wird sie in allen schwierigen Lagen unterstützen. Wir hoffen, daß es der polnischen Regierung gelingen wird, uns einem baldigen ehrenvollen Frieden entgegenzuführen. Als deutsche Minderheit erwarten wir aber von der neuen Regierung, daß sie den Weg der wahren Toleranz und vollen Gleichberechtigung betrete und damit alle Kräfte in gemeinsamer Arbeit für den Wiederaufbau des Staates und zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes herangezogen werden.“

Ungarn.

Die Deutsch-Westungarn betreffenden Bestimmungen des Friedens von Neuilly und Saint Germain, die Ungarn mit seiner Unterschrift anerkannt hat, erfreuen sich seitens der dortigen Regierung vollster Nichtbeachtung. Ein Beweis dafür liegt in der neuesten Verfügung des Ministeriums für Kultus und Unterricht. In einer soeben erschienenen Verordnung wird bestimmt, daß in sechs namentlich aufgeführten staatlichen Lehrerbildungsanstalten, der Unterricht in Zukunft teilweise in deutscher Sprache zu erfolgen hat. Davon liegen aber zwei, nämlich die in Ödenburg und die in Oberschützen, in jenem Teile Westungarns, der an Deutschösterreich abzutreten ist. Man hat also offenbar in Budapest keinerlei Absicht, diesen Landstrich aus seiner Verbindung mit Ungarn zu entlassen. Abgesehen davon, entspricht auch die Verordnung sachlich in keiner Weise den Bedürfnissen des ungarländischen Deutschums. Wenn als Zweck der Verfügung angegeben wird, daß es nötig sei, Lehrer heranzubilden, die sowohl der magyarischen als auch der deutschen Sprache mächtig seien, so kann dies nur in sehr beschränktem Sinne anerkannt werden. Die Erfahrung hat zur Genüge gelehrt, daß es nicht wohl angeht, den Kindern der Volksschule zweisprachigen Unterricht zu erteilen und das Ergebnis war regelmäßig entweder, daß die eine Sprache, selbstverständlich war es immer die deutsche, vollständig vernachlässigt wurde, oder daß die Kinder in keiner von beiden zu Hause waren. Nun ist es aber doch ein billiges Verlangen der Deutschen, daß ihre Kinder in erster Linie in der Muttersprache eine gründliche Unterweisung erfahren. Dem kann die neue Vorschrift nicht gerecht werden. Auffällig ist es ferner, daß als Sitz einzelner der sechs ausgewählten Lehrerbildungsanstalten fast rein magyarische Städte, wie z. B. Szegedin, ausersehen sind, wo also die Mehrzahl der Zöglinge Magyaren sein werden. Was von diesen im deutschen Unterrichte zu erwarten ist, liegt auf der Hand. Ohne Zweifel scheint es eine Hauptsorge der Regierung zu sein, die „gut magyarische Gesinnung“ der künftigen Volksbildner sicherzustellen. Das Ganze macht den Eindruck, als habe man das beliebte Rezept „Wasch mir den Pelz und mach' ihn nicht naß“ befolgen wollen. Den Bestimmungen des Friedens über den nationalen Minderheitenschutz wird die Verordnung also gewiß nicht gerecht. Inzwischen nimmt die Verfolgung aller Deutschgesinnter, die irgendwie verdächtig sind, für den Anschluß Deutsch-Westungarns zu arbeiten, ihren Fortgang. Namentlich der Bürgermeister der Stadt Ödenburg, die der künftige Amtssitz der deutsch-österreichischen Landesregierung sein soll, Dr. Thurner, wie sein Name zeigt, selbst deutscher Herkunft, tut alles nur Mögliche, um die anschlussfreundliche Gesinnung in dem seiner Leitung anvertrauten Gemeinwesen zu unterdrücken. So wurde die deutsche „Ödenburger Zeitung“, die es gewagt hatte, an der Amtstätigkeit des Bürgermeisters Kritik zu üben, durch eine „Abordnung“, d. h. durch völlig unbefugte, mit Gewalttätigkeiten drohende Leute, die zweifellos nicht ohne Wissen Thurners vorgingen, gezwungen, einen Widerruf zu bringen. Weit schärferes Mittel bedient sich aber die Staatsgewalt und die Fälle, wo der Neigung zu Österreich „Verdächtige“ verhaftet und eingekerkert werden, nehmen kein Ende. Ein solches Opfer magyarischer Gewaltherrschaft wurde kürzlich der ehemalige Hauptmannauditor Stefan Hafner aus Gösing (Eisenburger Gespanschaft), der unter der Anschuldigung, zur Zeit der Regierung des Grafen Michael Karolyi die Anschlußbewegung gefördert

zu haben, vor Gericht gestellt wurde. Nach einer Untersuchungshaft von neun Monaten wurde der Bedauernswerte allerdings freigesprochen. Ein junger Mann aus Gierm wurde verhaftet, weil man bei ihm österreichische Zeitungen fand, in denen der Anschlußgedanke vertreten wurde. Er wurde nach Raab ins Staatsgefängnis gebracht. Dies nur zwei Beispiele unter vielen. Die Versäumnisse der österreichischen Regierung in der westungarischen Frage rächen sich eben immer aufs neue.

B. I.

Jugoslawien.

Das in Neusatz erscheinende „Deutsche Volksblatt“, dessen Tätigkeit mit in erster Linie die Begründung des „Deutschen Kulturbundes“ zu verdanken ist, nimmt in mannhafter Weise zur Frage des Wahlrechts der Deutschen im neuen Staate Stellung. Es nennt den Standpunkt des Wahlgesetzentwurfs den Deutschen gegenüber erzreaktionär. So könne man die Sympathien der gesitteten Welt nicht eringen. Der jugoslawische Staat werde der einzige von den neuen Staaten sein, in dessen Parlament die Minderheiten keine Vertretung hätten. „Wir führen die Sache des Staates, unseres Staates, unseres Vaterlandes, indem wir das Wahlrecht für uns fordern.“ Völlig unannehmbar sei die Forderung, daß Sprachkenntnisse zur Bedingung für die Gewährung des Wahlrechts gemacht würden. Zum Schlusse des Artikels heißt es: „Wenn das Wahlrecht nur um den Preis unseres Deutschtums zu haben ist, dann werden wir im Parlament nicht vertreten sein, denn unser Deutschtum lassen wir uns nicht rauben. In diesem Falle werden wir der Welt den Beweis erbringen, daß auch eine politisch entrechtete Bevölkerung patriotisch sein kann, und daß diese ihre Besonnenheit nicht verlieren wird, mag auch das chauvinistische Junkertum noch schlimmere Orgien feiern. Keineswegs sind wir es, die dann zu erröten brauchen, so oft in der gesitteten Welt von unseren inneren Verhältnissen die Rede sein wird.“

Rumänien.

Am 21. Juni konstituierte sich in Bukarest im Parteilokal der Deutschen Volkspartei die Parlamentsfraktion, zu der 13 Parlamentarier, und zwar 9 Abgeordnete und 4 Senatoren, ihren Beitritt angemeldet haben. Zum Vorsitzenden wurde abermals Dr. Rudolf Bransch, Hermannstadt, zu seinem Stellvertreter Dr. Kohlruß, Czernowitz, zu Schriftführern die Abgeordneten Dr. Roth und Wagner gewählt. Mit Ausnahme des Banats haben sämtliche deutsche Siedlungsgebiete ihre Vertretung in der Partei. Aus Siebenbürgen stammen 6 Abgeordnete, aus der Bukowina 1, aus Beßarabien 2. Von den Senatoren sind 3 in Siebenbürgen und der 4. ist in Beßarabien gewählt.

Die Mandate der im Banat gewählten beiden deutschen Abgeordneten Dr. Muth und Dr. Kräuter, die der schwäbischen Autonomiepartei angehören, welche mit der siebenbürgisch-sächsischen Volkspartei einen ziemlich harten Wahlkampf ausgefochten hatte, waren angefochten worden. Die vorbereitende Sektion des Parlaments beantragte Ungültigkeit der beiden Mandate, ohne die beiden Abgeordneten überhaupt zu verhören, weil in der Beschwerdeschrift den beiden Herren Hochverrat und Irredentismus, staatsfeindliche Agitation usw. vorgeworfen worden war. Die beiden Abgeordneten bestanden aber, mit Berufung auf die Geschäftsordnung, auf einem Verhör, das am 24. Juni vor der gesamten Kammer stattfand, als der Annullierungsantrag in einer ziemlich erregten Sitzung besprochen wurde.

Der angegriffene Dr. Kräuter sprach, wenn auch nicht ganz fließend, in rumänischer Sprache. Er machte aber starken

Eindruck und wies nach, daß das „schwäbische Manifest“, das man der Autonomiepartei vorwarf, nichts enthalte, was gegen Rumäniens Bestand gehe. Die Forderungen der Autonomiepartei seien sozialer und nationaler, aber nicht außenpolitischer Art. Der Redner erklärte, daß seine Partei alle Folgerungen aus der Tatsache ziehe, daß sie zu Rumänien gehöre. „Wir sind gekommen als die Entsandten eines Volkes, das sich eines kulturellen und wirtschaftlichen Wertes, als ein Volk der Arbeit und der Ordnung bewußt ist, als Vertreter aber, die sich auch der Pflichten bewußt sind, welche aus unserer neuen Lage für das neue Vaterland resultieren. Wir sind als loyale Bürger gekommen und wollen hoffen, daß unsere politischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Rechte vom rumänischen Staat und von der rumänischen Nation anerkannt werden. Die Verwirklichung unseres Programms verlangen und erwarten wir nicht vom Auslande, sondern von der Liberalität der rumänischen Nation und von der Konstituante dieses Landes.“ Diese Ausführungen riefen lebhaften Beifall hervor. Im Namen der banater rumänischen Abgeordneten erklärte Dr. Imbroane, er schätze das schwäbische Volk, dessen Wert er aus persönlicher Erfahrung kenne und hoffe, daß es im rumänischen Staate die weitestgehende Liberalität und Anerkennung seiner Rechte finden werde. Die Anschuldigungen seien übrigens nicht von rumänischer Seite, sondern von der deutsch-schwäbischen Volkspartei erhoben worden. Doch auch diese Partei ließ erklären, daß sie nichts mit den Vorwürfen zu tun habe und sie sich nicht zu eigen mache. Darauf wurden die beiden Mandate einstimmig und unter lebhaftem Beifall von allen Seiten als gültig erklärt.

Über die deutschen Parteiverhältnisse im Banat gibt guten Aufschluß ein Artikel, den der Führer der deutschen Volkspartei Großrumäniens, Dr. Rudolf Bransch, im „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt“ veröffentlicht. Er betont dort, es sei nicht richtig, daß die Spaltung in deutsche Volkspartei und Autonomiepartei durch persönliche Differenzen hervorgerufen worden sei, es handle sich vielmehr um einen Kampf verschiedener Gefühlswelten, um den Kampf zwischen Deutsch-Nationalgesinnten und einer magyarisch gesinnten und erzogenen Intelligenzschicht. Die Wahlen hätten die fehlende Organisation des Schwabenvolkes erwiesen: rund 70 Prozent der deutschen Wählerschaft hätten sich an den Wahlen überhaupt nicht beteiligt. 13000 Stimmen hat die Autonomiepartei, 3700 Stimmen die deutsche Volkspartei erhalten, doch hatte die letztere nirgendswo reine Zählkandidaten aufgestellt, was ihre Stimmenzahl verminderte. Besonders klagt Bransch über die Art der Agitation der Autonomiepartei. Sehr stark spielte in dem Wahlkampf anscheinend die Agitation der Banater Schwaben gegen die Siebenbürger Sachsen herein. Endlich fordert Dr. Bransch wiederholt zur Einigkeit und Geschlossenheit des gesamten deutschen Volkstums in Großrumänien auf.

Demgegenüber veröffentlicht im gleichen Blatte der deutsche Senator Möller einen Brief aus Temesvar, in dem er das Deutschtum der schwäbischen Autonomiepartei stark betont und unterstreicht. Auch die Schwaben treten für ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller deutschen Parteien in Großrumänien ein. Man dürfe vor allem das Deutschtum der Autonomieparteführer nicht anzweifeln, wenn es sie auch im Herzen mehr zu Ungarn als zu Rumänien ziehe. Nach den Wahlen müsse aber auf jeden Fall ein Zusammenarbeiten mit der deutschen Volkspartei erfolgen. Zunächst müsse aber das Schwabenvolk gut organisiert werden.

Beſarabien.

Das Deutsche Komitee hielt am 24. Juni wiederum eine Sitzung ab, um über die bessere Ausgestaltung der Statuten des Verbands zu beraten, worüber der Schriftleiter der Deutschen Zeitung Beſarabiens, Herr Kalm bach, berichtete. Die Organisation der Deutschen ist so gedacht, daß die Gemeinden als Grundstock dienen sollen und zwar die Gemeindeversammlungen oder Ortstage, Ortsräte und Ortsvollzugsausschüsse. Die zweite Stufe soll der Bezirk bilden mit Bezirkstag, Bezirksrat und Bezirksvollzugsausschuß. Die dritte Stufe bilden dann der Volkstag, Volksrat und Volksvollzugsausschuß. In der Besprechung nahm ein Redner Anstoß an diesen Benennungen, die dem Bewußtsein des Volks fremd seien. Gegenüber manchen Vorschlägen, zunächst den Organisationsentwurf zu drucken, und ihn den Deutschen zur Beurteilung zuzuleiten, einigte man sich dahin, ihn zuerst vorzubereiten, das Gerippe zu verbessern und ihn dann zu drucken, wofür man 700 Rubel bewilligte, nachdem Anträge, das Wort Programm durch ein deutsches Wort zu ersetzen, abgelehnt worden waren.

Marokko.

Im deutschen Gesandtschaftsgebäude in Tanger wurde bei Kriegsausbruch das Eigentum der Gesandtschaft, der deutschen Schule und einiger deutscher Privatpersonen aufbewahrt. Die etwa 30 Personen, die dort ihre kleine Habe untergebracht haben, wissen bis jetzt nur, daß sie noch in Tanger im Gebäude liegt, nicht etwa was damit geschehen soll und ob sie Aussicht haben, ihre kleinen Erinnerungen und Besitztümer wieder zurückzuerhalten. Die Deutschen hoffen, wie man uns schreibt, darauf, daß Frankreich erlauben werde, diese ihre persönlichen Besitztümer aus Marokko auszuführen, und daß das Reich sich ihrer annehmen möge.

Vereinigte Staaten.

Die amerikanische gemeinnützige Gesellschaft American Dairy Cattle Company Chicago will dem deutschen Zentralausschuß für Auslandshilfe, Rotes Kreuz in Berlin, viele tausend Milchkühe, vermutlich an hunderttausend Stück, überweisen, um für den kommenden Winter das Elend des Milchmangels für die hungernde Kinderschar des Reichs zu beseitigen. Wie wichtig dieses Hilfswerk für die unterernährte deutsche Kinderschar ist, bedarf wohl keines weiteren Hinweises, besonders nachdem Frankreich uns im Frieden von Versailles noch ungezählte Tausende unseres guten Milchviehes abgenommen hat. Der deutsche Geschäftsträger in London hat nunmehr der britischen Schiffs-Reparationskommission den Wunsch unterbreitet, der deutschen Regierung möchte der ihr zum Transport fehlende Schiffsraum leih- oder mietweise überlassen werden, damit die nötigen Einbauten alsbald gemacht werden könnten. Der Schiffstransport muß, um Verluste zu verhüten, vor Ausbruch des Winters beendet sein, die Amerikaner wollen auch das nötige Kraftfutter mitliefern. Auf die Antwort kann man gespannt sein.

Der „Drive“ der Deutschen in Neuyork, die Treibjagd auf die Personen, die ihr Scherflein opfern sollen, hat wie die Frkf. Ztg. sich melden läßt, nicht ganz im Ergebnis den hochgespannten Erwartungen entsprochen. Der Stadtrat hatte die Erlaubnis zu Straßensammlungen gegeben, die deutschen Vereine stellten sich in den Dienst der Sache, die deutschen Kirchengemeinden halfen. Trotz alledem ist nur eine halbe Million Dollars zusammengekommen. Als Grund wird angenommen, daß es nicht gelungen sei, genügend Töchter deutscher Eltern zu Sammelzwecken heranzuziehen. Es sammelten fast nur ältere Damen, während bei den Iren und Polen jüngere Mädchen

dieses zweifellos für sie besser passende Geschäft besorgten, denen man nicht so leicht einen Korb zu geben wagte. Zudem, meint der Berichtersteller, gehöre immer noch eine gewisse Portion Mut dazu, auf öffentlichen Straßen und Plätzen sich durch eine Gabe als Deutscher zu bekennen. Die ganze Sammlung hat nicht so viel erbracht, wie das Hilfswerk des Herrn James Speyr, der 400 000 Dollars zusammenbrachte und für seine Organisation auch die Kosten zahlte. Trotzdem wird den Veranstaltern des Drive, Dr. Emanuel Baruch, Ludwig Nissen J. J. Hothorn, wärmste Anerkennung gezollt. Es wird moralisch schließlich auch höher zu bewerten sein, wenn ein paar hunderttausend Menschen eine Ansammlung aufbringen, als wenn es nur verhältnismäßig wenige Begüterte tun.

Brasilien.

In Porto Alegre kam als erstes deutsches Schiff nach dem Kriege ein Segler „Lisa“ an, dessen Bemannung von den Deutschen des Hafens aufs liebevollste bewirtet und bewillkommnet wurden. Es wurden Sammlungen eingeleitet, die auch den Mannschaften weiter einlaufender Schiffe zugute kommen sollen. Der Kapitän und die Mannschaften des ersten Seglers erhielten Geldgeschenke und auch reichlich Lebensmittel von den deutschen Kolonisten, die sich besonders für die Lage der Heimat und der Frauen und Kinder interessierten.

Argentinien.

Die Deutschlandspende der argentinischen Frauen ist als beendet erklärt worden. Sie hat über 71 000 Pesos eingebracht, von denen 27 000 der Oberkirchenrat in Berlin, ebensoviel der Erzbischof von Köln und 14 000 der Erzbischof von Wien erhalten haben. Außer der Geldspende wurde eine umfangreiche Sammlung von Kleidungsstücken veranstaltet. Der scheidende deutsche Geschäftsträger, Graf Dönhoff, der acht Jahre lang in Argentinien tätig war, sprach den argentinischen Frauen im Namen des Reichs Dank und Anerkennung für ihre opferwillige Tätigkeit aus.

KLEINE NACHRICHTEN

G. Höhnke, der Kirchenälteste von Kristiania, feierte am 27. Mai, unter außerordentlicher Anteilnahme der Deutschen, in Kristiania seinen 65. Geburtstag. Er ist in Kopenhagen geboren, hat aber in Kristiania, wo er sich niederließ, eine solche Fülle von guten Taten für das Deutschum vollbracht, daß sein Name untrennbar mit der Geschichte des Deutschums in dieser Stadt verbunden ist. Namentlich der deutsche Hilfsverein in Kristiania verdankt ihm Außerordentliches. Auch für die deutsche protestantische Kirche war der Jubilar unermüdlich stets tätig.

Lodz. Direktor Foelsch †. Am 21. Juli starb in Posen an einer Operation der Direktor des deutschen Mädchengymnasiums in Lodz, ein als Schulmann, wie als Mensch gleich hochgeachteter Mann, der als geborener Kurländer 27 Jahre lang in Lodz wirkte, zuerst Hauslehrer, dann Lehrer an der Kommerzschnule der Lodzer Kaufmannschaft, dann Direktor des deutschen Mädchengymnasiums wurde, während des Kriegs in Moskau als Lehrer in der deutschen Kolonie tätig war und nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs die „Partei russischer Staatsangehöriger deutscher Nationalität“ begründete. 1918 ging er nach Wilna, wo er den Deutschen Verein und die Vereinsschulen leitete.

Wilhelm Kramer, der als Kaufmann vor 30 Jahren aus Deutschland ausgewandert war, ist, wie die Zeitschrift „Lateinamerika“ berichtet, in Asunción gestorben. Er hatte sich in der deutschen Kolonie eine angesehene Stellung erworben.

Wilhelm Radatz, der älteste in Chile lebende deutsche Kolonist, ist im Alter von 96 Jahren gestorben. Er war Pommer von Geburt und wanderte als Schlosser anfangs der fünfziger Jahre aus, siedelte sich im Urwald an und kämpfte sich in langer Leidens- und Entbehrungszeit durch. Ihm ist die Entwicklung der Gegend am Llanquihuee vorwiegend zu verdanken.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Max Fiedler, der zurzeit in Essen wirkende deutsche Dirigent, feierte in Turin Triumphe. Er dirigierte auf Einladung des dortigen Orchestervereins drei große Symphonie-Konzerte mit deutschem Programm und war noch auf der Straße Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Deutscher Vortrag in Rom. Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus Rom melden, daß dort der deutsche Musik-Kritiker Professor Dr. Adolf Weißmann aus Berlin einen Vortrag über den musikalischen Geist in Deutschland und Italien hielt, der vor einem auserlesenen Publikum stattfand und außerordentlichen Beifall hervorrief. Ein Festbankett schloß sich an den Vortrag an.

Deutsche Operette in Rom. Der frühere Direktor deutscher Operettenbühnen, Bendiner, der während des Krieges deutsche Propagandatheater in Konstantinopel, Smyrna, Kiew und Odessa leitete, hat eine deutsche Operette in Rom eröffnet, die deutsche und österreichische Werke in italienischer Übertragung auführen wird, und deren Chor aus deutschen Sängerinnen bestehen soll.

Deutsche Musik in Brüssel. Umfangreiches Polizeiaufgebot — große Vorbereitungen — gespannteste Erwartungen — — man spielte zum ersten Male seit 1914 wieder in den letzten Tagen des Mai in Brüssel in einem Chorkonzert in einem Brüsseler Theater deutsche Musik, unter anderem Teile des dritten Aktes des Tannhäuser. Das Hausorchester hatte sich geweigert, diese verfeimte feindliche Musik zu spielen, ein anderes, weniger nationalistisch veranlagtes Orchester war gewonnen worden. Wie die Aufführung gewesen ist, läßt sich aus den vorliegenden Pressestimmen nicht erkennen, nur erhellt daraus das einstimmige Urteil, die Aufführung sei verfrüht gewesen — bekanntlich spielt man selbst in Paris seit Monaten überall wieder deutsche Musik —, die Zuneigung zu deutschen Kunstidealen sei besser unterblieben, bis die Deutschen Anzeichen machten, den Friedensvertrag besser zu erfüllen.

Robert-Koch-Feier in Japan. Der japanische Bakteriologe, Professor Kitasato, schreibt der Witwe des großen deutschen Forschers einen Brief, aus dem hervorgeht, daß trotz Krieg und Verhetzung die Robert-Koch-Feier am 27. Mai, dem Todestag des deutschen Gelehrten, in jedem Kriegsjahr regelmäßig stattfand. Die diesjährige 10jährige Feier solle sogar besonders ausgestellt werden. Der japanische Gelehrte schreibt in seinem Brief, Deutschland und Japan seien politische Feinde gewesen, aber in diesem Falle sei es ein Krieg der Regierungen, nicht der Völker gewesen und das japanische Volk habe sich vor blinden Erregungen durchaus bewahrt.

Die wissenschaftlichen Beziehungen zu Amerika werden allmählich wieder angeknüpft. Die amerikanische Gesellschaft für das Studium der neueren Sprachen ist an das englische Seminar der Universität Bonn herangetreten und hat ihm angeboten, ihre rühmlichst bekannte Fachzeitschrift für die ganze Kriegszeit nachzuliefern, ohne dafür zunächst eine Bezahlung zu verlangen. Die Bezahlung könne nachgeholt werden, wenn die deutsche Valuta sich erholt haben werde.

Berufung nach Peru. Dem aus der Schweiz stammenden, in Hamburg als Schriftsteller tätigen Kenner Perus, Dr. Greulich, hat die peruanische Regierung den Antrag gestellt, das Schulwesen Perus neu aufzubauen. Dr. Greulich will den Auftrag übernehmen. Er hat auf Grund mehrjährigen Aufenthalts im Lande bereits ein Buch über Peru geschrieben.

Die Ehrung eines deutschen Gelehrten in Rio de Janeiro. Wir hatten schon berichtet, daß der Berliner Professor Dr. F. Krause, der bekannte Gehirnspezialist, nach Brasilien berufen worden war. Er hielt am 19. Juni einen zweistündigen Vortrag in der medizinischen Fakultät und sprach über die Physiologie des Kopfes in einer außerordentlich zahlreich besuchten Konferenz. Am Abend vorher gab ihm der Professor und Akademiker Dr. Austregesilio ein Festessen, dem zahlreiche Professoren und Ärzte beiwohnten. Professor Lobo von der Rechtsfakultät hat den Antrag gestellt, der einstimmig angenommen wurde, dem berühmten Kollegen von der andern Fakultät, dem Abgesandten der Berliner Universität, die einen Savigny und einem Jhering zu ihren Größen gezählt habe, die auf die brasilianische Rechtswissenschaft bestimmend eingewirkt hätten, durch eine Kommission aus fünf Fakultätsgenossen begrüßen zu lassen. In der Versammlung des Verbandes brasilianischer Studenten wurde ein Antrag angenommen, eine Botschaft an die studierende Jugend Deutschlands durch Professor Krause überbringen zu lassen. Professor Krause selbst wurde zum Mitglied der brasilianischen Akademie der Wissenschaften gewählt!

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Zürich. Deutsche Darlehens-Genossenschaft. In der Generalversammlung vom 4. Mai waren 87 Genossenschafter vertreten. Den Vorsitz führte Professor Arnold Meyer. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt, der Vorstand ergänzt. Der Stand des Darlehens-Kontos war am 31. Dezember 1918 bei 155 Schuldnern insgesamt 212 000 Franken, neu ausbezahlt wurden im Berichtsjahre 278 000 Franken, zurückgezahlt 117 000. Am 31. Dezember 1919 waren 349 Schuldner mit 374 000 Franken vorhanden. Das Einlagen-Konto betrug am 31. Dezember 1918 nur 387 000 Franken, es erfolgten für 1 072 700 Franken neue Einzahlungen, so daß 1 114 000 Franken vorhanden waren, von denen 1 009 400 wieder abgehoben wurden, so daß am 31. Dezember 1919 noch 1 020 000 Franken verblieben. Das Bank-Konto stand am 31. Dezember 1918 auf 215 000 Franken. Abschreibungen an Markwährung erfolgten per 31. Dezember 1918 mit 6065 Franken, so daß 209 000 Franken verblieben. Es erfolgten 1 110 000 Franken Einzahlungen und 1 028 000 Franken Abhebungen, so daß zum 31. Dezember 1919 noch 1 029 000 Franken verblieben. Gründungsanteilscheine waren am 31. Dezember 1918 vergeben: 947 mit 473 500 Franken, neu begeben wurden 40 Anteile mit 20 000 Franken nominell. Von den am 31. Dezember 1918 begebenen 987 Anteilen mit 493 500 Franken sind 20 Prozent mit 98 700 Franken voll einbezahlt, 861 Mitglieder mit je 100 Franken nicht einbezahlter Haftung standen am 31. Dezember 1919 mit 86 100 Franken 738 Mitglieder des Vorjahres mit 73 800 Franken gegenüber.

Riga. Deutscher Theaterverein. Im Saale der Börsen-Kommerzschule in Riga fand am 4. Juni die Begründung des Deutschen Theatervereins für Lettland statt, der Satzungen vorlegte, die die Regierung genehmigt hat. An die Stadtverwaltung wurde eine Eingabe gerichtet, das zweite Stadttheatergebäude

das früher den Letten gehörte, den Minoritäten für ihre Kunstförderungs zwecke zu überlassen, an das Bildungsministerium ging eine Eingabe, um Subventionierung des Deutschen Theaters. Bekanntlich hat früher die deutsche Stadtverwaltung Riga auch das lettische Theater stark subventioniert.

Tiflis. Die Schwaben in Transkaukasien sind bemüht, deutsche Art und deutsche Kultur zu pflegen. In Tiflis veranstaltet der Deutsche dramatisch-musikalische Verein neben verschiedenen dramatischen Vorstellungen auch häufig literarische Abende, die das Andenken der deutschen Dichter hegen und pflegen sollen. So fanden im Februar und März je ein Schiller- und ein Goetheabend statt. Gymnasialdirektor wirklicher Staatsrat C. v. Hahn, bekannt durch verschiedene Bücher über den Kaukasus, wurde aufgefordert, zu diesen festlichen Veranstaltungen Prologe für das größere Publikum zu verfassen, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden. C. v. Hahn ist vor kurzem von den Deutschen Transkaukasiens zum Schulvater, das heißt Direktor aller deutschen Schulen (2 Gymnasien, 4 höhere Elementarschulen und 12–14 Volksschulen), gewählt worden und lehrt an der Tifliser Universität griechische und lateinische Sprache und im Polytechnikum Deutsch.

Bromberg. Ein **Verband deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen** ist in der Gründung begriffen, der die ganze deutsche Industrie und Kaufmannschaft in Polen zusammenfassen will, um die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der, ihm angeschlossenen Mitglieder zu erstreben. Der Verband will keine Kampf-, sondern eine rein wirtschaftliche Interessenvertretung sein. Er will auch mit den schon vorhandenen Wirtschafts- und Berufsvereinigungen enge Fühlung halten und ein enges Zusammenarbeiten mit den in Betracht kommenden polnischen Organisationen anstreben.

Lodz. Der **deutsche Gewerbeverein** hat nach dem Kriege seine Tätigkeit wieder aufgenommen. In der Hauptversammlung wurde Herr Bruno Schulz wiederum zum Vorsitzenden gewählt, der Jahresbeitrag wurde auf 60 Mk. und die Einschreibgebühr auf 50 Mk. angesetzt. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, den Verein wiederum auf die alte Höhe des stärksten Vereins der Deutschen in Lodz zu bringen.

Kirchengesangsverein Cantate. Der Verein veranstaltete unter Mitwirkung des Feuerwehrorchesters der Scheiblerschen Fabrik ein Gartenfest in Neu-Rokicie, das eine große Menschenmasse angelockt hatte. Der festgebende Verein trug herrliche Chöre vor, der Vorsitzende Pastor Dietrich mahnte in seiner Ansprache zu brüderlicher Liebe, die zu pflegen der Verein berufen sei. Ein Kinderumzug und ein Volksfest schlossen sich an. Eine Sammlung zugunsten der schadhafte St. Matthäikirche ergab 1300 Mark.

Der Männergesangsverein, dessen Geschichte ein gut Teil der Lodzer Kulturgeschichte verkörpert, versammelte am 1. Juli seine Mitglieder und Freunde zu einer Liedertafel, die einen glänzenden Verlauf nahm und ein künstlerisches wie gesellschaftliches Ereignis war. Nach der Begrüßung durch den Präses, Herrn Günther, wechselten Männer- und Damen chöre in bunter Fülle. Zwei Klaviervorträge des Dirigenten, Rezitationen und Liedervorträge bildeten noch das Programm des Konzerts, an das sich dann ein Tanz anschloß. Das schöne Gebäude des Vereins ist von der polnischen Regierung inzwischen requiriert und in ein Soldatenheim umgewandelt worden.

Die **deutsche Schützengilde** kann im nächsten Jahre auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1821

gab die russische Regierung den deutschen Fabrikanten von Lodz die Erlaubnis zur Begründung von Schützengilden, die darauf in Lodz, Zgierz, Czorkow, Alexandrow, Zdunska, Wola entstanden. Der Lodzer Schützenverein ist im Jahre 1824 begründet und zwar in den Ostertagen. An den Pfingsttagen fand damals das erste Osterschießen statt. 1830 wurde die Gilde neu bestätigt, 1853 zählte sie 140 Mitglieder, die Pfingstschießen führten zu großen Volksbelustigungsfesten. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges zählte der Lodzer deutsche Schützenverein nur deutsche Mitglieder. Zu Beginn des Weltkrieges ging er dann ein. Man hofft nun auf die Möglichkeit einer Wiederbelebung.

Der Sportverein „Sturm“ veranstaltete eine Aufführung von Strindbergs Trauerspiel „Der Vater“, das eine glänzende Wiedergabe fand, die weit über einer Dilletantenvorstellung stand. Der gute Besuch von seiten der deutschen Kreise Lodz bewies das hohe Interesse, das man dem deutschen Theater entgegenbringt.

Zdunska Wola (Polen). Die **Bürger-Schützengilde** feiert in diesen Tagen ihr hundertjähriges Jubiläum. Vor etwas über hundert Jahren siedelten sich die ersten Deutschen in der Gegend an und gründeten diese erste deutsche Schützengilde in Polen. Bald konnten auf eigenem Grundstück die ersten Pfingstschießen abgehalten werden. Diese Pfingstschießen, zu denen die Gilde in feierlichem Zug den gewesenen Schützenkönig und den polnischen Grundherrn, sowie den Magistrat abholte, fand in strenger Disziplin und guter Ordnung statt. Im Jahre 1825 verlieh Kaiser Alexander I. der Gilde das Recht, einen Hirschfänger zu tragen, als er in der Stadt weilte und sich die Gilde vorstellen ließ. Vertraglich verpflichteten sich Stadt und Grundherr, der Gilde und ihrem Schützenkönig gewisse Zuschüsse und Naturlieferungen zu gewähren. Namentlich der Grundherr Stefan Zlotnicki, selbst Schützenkönig, machte der Gilde reiche Stiftungen. Die Gilde baute sich bald ein eigenes Haus, das jedoch wieder abbrannte, sie erhielt im Jahre 1853 eine eigene Uniform, 1859 wurde auf dem vom Grundherrn geschenkten Schießplatz ein neues Schützenhaus erbaut, das wieder abbrannte und abermals ersetzt wurde, 1911 aber nochmals den Flammen zum Opfer fiel und nun einem neuen staatlichen Bau Platz machte. Heute besteht die Gilde aus 40 Mitgliedern.

Budapest. Deutscher Kulturabend. Anfang Juni fand der erste deutsche Kulturabend statt, den die 4 Landsmannschaften der Banater, der Bacskaer, der oberungarischen und der westungarischen Deutschen veranstalteten. Eine Rede des Ministers der nationalen Minderheiten, Dr. Jakob Bleyer, leitete den Abend ein. Nach der Zerstückelung Ungarns durch den Pariser Frieden reichten sich die gleichfalls in verschiedenstaatliche Teile zerissenen Deutschen die Hand, um zu geloben, ihr Volk nicht zu vergessen. In der Vergangenheit stand das deutsche Volk einsam und verlassen, jetzt aber hat die Intelligenz zurückgefunden zum Volke und muß zu ihm stehen. Wir dienen, so schloß der Minister unter brausendem Beifall, unserem Vaterlande am besten, wenn wir uns mit ganzer Seele in den Dienst unseres deutschen Volkes stellen. Dr. Lorenz Landgraf, der Obmann der westungarischen Landsmannschaft, las darauf Stücke aus seiner Petöfi-Übersetzung vor, Abgeordneter Nitsch brachte ein Gedicht zur Verherrlichung seiner westungarischen Heimat und Gedichte in hienzischer Mundart zum Vortrag, ein Sängerkwartett sang deutsche Lieder, Violin- und Klaviervorträge rundeten das Programm ab. Die Kulturabende sollen allmonatlich wiederholt werden. Der erste Abend war ein voller Erfolg.

Bukarest. Deutscher Turnverein. Der Deutsche Turnverein, der seit mehr als 50 Jahren den deutschen Turngeist in der Hauptstadt pflegt, veranstaltete ein Fest- und Schauturnen im Freien, zu dem in einem großen Festzug die Turner und Turnerinnen aufmarschierten. In der Festrede gedachte der Präsident des Vereins, Dr. Theohari, der weltgeschichtlichen Ereignisse. Turnerische Aufführungen schlossen sich an und ein geselliges Beisammensein beendete das Fest.

Radautz (Bukowina). Deutscher Landeslehrerverein für die Bukowina. Die ordentliche Jahreshauptversammlung am Pfingstmontag nahm einen erhebenden Verlauf. Viele katholische Mitglieder waren aus dem Verein ausgetreten, um im Anschluß an einen neugegründeten katholischen Volksbund einen katholischen Lehrerverein zu begründen. Um diese Frage zu klären, war die Versammlung hauptsächlich einberufen. Der Obmann des Presseausschusses, Fritz Schneikart, schilderte die Schulverhältnisse in den einzelnen Siedlungsgebieten der Deutschen in Rumänien, vorzüglich im Banat, und erwähnte, daß die konfessionelle Schule namentlich für die Bukowina ein Unglück bedeuten würde, nur ein nationales Schulwesen könne für die Bukowina gefordert werden. Nach dem Referat traten die vorher ausgetretenen Lehrer und Lehrerinnen alle wieder in den Verein ein, dessen Vorstand einstimmig volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Es wurde sodann eine Reihe von Standesfragen behandelt und schließlich die Einberufung eines deutschen Lehrertages für Rumänien angeregt, um dort namentlich die Frage der Herausgabe einer Lehrerzeitung zu besprechen. Einstweilen wurde das Banater Blatt „Die deutsche Schule“, das der Deutsch-schwäbische Kulturverband in Temesvar herausgibt, empfohlen.

Hermannstadt. Der Siebenbürgische Verein für Naturwissenschaften steht heute im 70. Lebensjahre. Aus kleinen Anfängen heraus hat er sich zur Pflanzstätte deutschen Geistes in Siebenbürgen entwickelt. Heute aber ist er in kritischer Lage, da die Geldmittel nicht mehr ausreichen, das bisher Geschaffene zu erhalten und Neues zu erwerben. Der Ausschuß tritt deshalb mit einer Bitte an die Deutschen Rumäniens heran, ihm über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, indem die Deutschen entweder als gründendes Mitglied mit 200 Kronen Mitgliedsbeitrag oder als ordentliches Mitglied dem Verein beitreten möchten.

Hier hat sich ein vorbereitender Ausschuß gebildet, der einen „Verband der deutschen wissenschaftlichen Vereine und Institute Großrumäniens“ begründen will. Den Mittelpunkt aller Bestrebungen soll ein wissenschaftliches Nachrichtenblatt für die Südostdeutschen bilden. In einen gemeinsamen Ausschuß sollen die beteiligten Körperschaften je zwei Abgeordnete entsenden, überall, wo solche noch nicht bestehen, sollen wissenschaftliche Vereine begründet werden, Wanderversammlungen sollen veranstaltet werden, es soll auch ein Fonds gesammelt werden, der für besondere Zwecke verwandt werden kann. In diesen Fonds sollen die einzelnen völlig autonomen Vereine eine bestimmte Quote abführen. Den Vorsitz im vorbereitenden Ausschuß führt Dr. phil. Carl F. Jickeli, Vorstand des Siebenbürgischen Vereins für Naturwissenschaften in Hermannstadt.

Werschetz (Jugoslawien). Eine Ortsgruppe des Deutschen Kulturbundes wurde hier am 29. Juni unter lebhafter Beteiligung aller deutschen Kreise begründet. Der Kirchenrat, der Professorenkörper des Realgymnasiums und die akademische Verbindung „Banata“ waren korporativ erschienen. Dr. Rittinger leitete die Sitzung und erläuterte eingehend die Be-

stimmungen und Satzungen des neuen Bundes. Er wurde darauf einstimmig zum Leiter der Ortsgruppe gewählt. Aus allen Parteien und Vereinen der Stadt wurden in den Vorstand nach gemeinsamer Besprechung einhellig Vertreter entsandt.

Rom, Deutscher Hilfsverein. Die Deutschen in Rom beginnen sich wieder zusammenzuschließen! Eine allgemeine Versammlung der Mitglieder der deutschen Kolonie Rom fand auf Einladung des Geschäftsträgers von Hassel in der deutschen evangelischen Kirche war, wie der Kreuzzeitung berichtet wird, vollkommen gefüllt. Der Geschäftsträger konnte in seiner Begrüßungsrede, in der er dankbar des Entgegenkommens der italienischen Regierung gedachte, die freudige Mitteilung machen, daß große Hoffnung vorhanden sei, es könnten für diejenigen Deutschen demnächst die letzten Schwierigkeiten beseitigt werden, deren Häuser und Möbel während des Kriegs beschlagnahmt worden seien. Der päpstliche Hausprälat Msg. Baumgarten hielt sodann eine Ansprache und regte die Gründung eines Hilfsvereins und eines Lesesaals an, welche Pläne von der Botschaft unterstützt werden sollen. Ein Komitee zur Vorbereitung der Gründung wurde gewählt. Zum Lesesaal stellt der österreichische Direktor der Animakirche den nötigen Raum zur Verfügung. In einer weiteren Versammlung soll über die Wiedererrichtung der deutschen Schule und eines deutsch-evangelischen Gottesdienstes gesprochen werden. Zugunsten der zur Abstimmung nach Oberschlesien Reisenden wurde eine Sammlung mit schönem Resultat veranstaltet. Zahlreiche katholische Geistliche, namentlich Franziskaner, beteiligten sich an der Versammlung.

Florenz. Kunsthistorisches Institut. Der Jahresbericht für das Jahr 1919/20 muß leider noch von Deutschland aus geschrieben werden, wenn er auch der Hoffnung Ausdruck gibt, daß noch in diesem Jahre die Wiederaufnahme der Tätigkeit in Florenz selbst ermöglicht werde. Die Bücher- und Photographiensammlung ist in den deutschen Räumen der Uffizien aufgestellt und so in beschränktem Maße wissenschaftlichen Arbeiten zugänglich gemacht worden. Die Sammlungen sind durch ein Vermächtnis des Herrn v. Harck auf Seuhskitz, durch Übergabe seiner reichhaltigen und wertvollen Büchersammlung an das Institut, bereichert worden.

Lüderitzbucht (Südwestafrika). Hier ist eine Ortsgruppe des südwestafrikanischen Angestelltenverbandes begründet worden, der alle Handlungshelfen und wesensverwandte Berufsarten zur gemeinsamen Interessenvertretung zusammenschließen will. Der Verein zählt bereits 54 Mitglieder, sein Vorsitzender ist Herr Leonhardt. Die Ortsgruppe wird den ganzen Bezirk umfassen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Ein „deutscher“ Auslandsjournalist.

Ein deutsch-schweizer Journalist in Paris schreibt der „Deutschen Presse“: „Warum es sich die deutsche Presse gefallen läßt, daß der Entsendung ihrer Vertreter nach dem feindlichen Auslande noch immer Hindernisse bereitet werden, während die deutsche Regierung an den ausländischen Journalisten in Berlin keine Repressalie wagt — nun, das ist eines der Geheimnisse Deutschlands, über die wir Neutralen uns nicht den Kopf zu zerbrechen haben. Aber was wir ganz und gar nicht verstehen können: daß sich deutsche Blätter inzwischen noch immer durch minderwertigste und dunkelste Subjekte im Ausland bedienen lassen. Haben die Deutschen aus der durch den Krieg erwiesenen Unzulänglichkeit ihres Presseauslands-

das früher den Letten gehörte, den Minoritäten für ihre Kunstförderungs Zwecke zu überlassen, an das Bildungsministerium ging eine Eingabe, um Subventionierung des Deutschen Theaters. Bekanntlich hat früher die deutsche Stadtverwaltung Riga auch das lettische Theater stark subventioniert.

Tiflis. Die Schwaben in Transkaukasien sind bemüht, deutsche Art und deutsche Kultur zu pflegen. In Tiflis veranstaltet der Deutsche dramatisch-musikalische Verein neben verschiedenen dramatischen Vorstellungen auch häufig literarische Abende, die das Andenken der deutschen Dichter hegen und pflegen sollen. So fanden im Februar und März je ein Schiller- und ein Goetheabend statt. Gymnasialdirektor wirklicher Staatsrat C. v. Hahn, bekannt durch verschiedene Bücher über den Kaukasus, wurde aufgefordert, zu diesen festlichen Veranstaltungen Prologe für das größere Publikum zu verfassen, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden. C. v. Hahn ist vor kurzem von den Deutschen Transkaukasiens zum Schulvater, das heißt Direktor aller deutschen Schulen (2 Gymnasien, 4 höhere Elementarschulen und 12–14 Volksschulen), gewählt worden und lehrt an der Tifliser Universität griechische und lateinische Sprache und im Polytechnikum Deutsch.

Bromberg. Ein Verband deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen ist in der Gründung begriffen, der die ganze deutsche Industrie und Kaufmannschaft in Polen zusammenfassen will, um die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der, ihm angeschlossenen Mitglieder zu erstreben. Der Verband will keine Kampf-, sondern eine rein wirtschaftliche Interessenvertretung sein. Er will auch mit den schon vorhandenen Wirtschafts- und Berufsvereinigungen enge Fühlung halten und ein enges Zusammenarbeiten mit den in Betracht kommenden polnischen Organisationen anstreben.

Lodz. Der deutsche Gewerbeverein hat nach dem Kriege seine Tätigkeit wieder aufgenommen. In der Hauptversammlung wurde Herr Bruno Schulz wiederum zum Vorsitzenden gewählt, der Jahresbeitrag wurde auf 60 Mk. und die Einschreibgebühr auf 50 Mk. angesetzt. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, den Verein wiederum auf die alte Höhe des stärksten Vereins der Deutschen in Lodz zu bringen.

Kirchengesangsverein Cantate. Der Verein veranstaltete unter Mitwirkung des Feuerwehrorchesters der Scheiblerschen Fabrik ein Gartenfest in Neu-Rokicie, das eine große Menschenmenge angelockt hatte. Der festgebende Verein trug herrliche Chöre vor, der Vorsitzende Pastor Dietrich mahnte in seiner Ansprache zu brüderlicher Liebe, die zu pflegen der Verein berufen sei. Ein Kinderumzug und ein Volksfest schlossen sich an. Eine Sammlung zugunsten der schadhafte St. Matthäikirche ergab 1300 Mark.

Der Männergesangsverein, dessen Geschichte ein gut Teil der Lodzer Kulturgeschichte verkörpert, versammelte am 1. Juli seine Mitglieder und Freunde zu einer Liedertafel, die einen glänzenden Verlauf nahm und ein künstlerisches wie gesellschaftliches Ereignis war. Nach der Begrüßung durch den Präses, Herrn Günther, wechselten Männer- und Damenchor in bunter Fülle. Zwei Klaviervorträge des Dirigenten, Rezitationen und Liedervorträge bildeten noch das Programm des Konzerts, an das sich dann ein Tanz anschloß. Das schöne Gebäude des Vereins ist von der polnischen Regierung inzwischen requiriert und in ein Soldatenheim umgewandelt worden.

Die deutsche Schützengilde kann im nächsten Jahre auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1821

gab die russische Regierung den deutschen Fabrikanten von Lodz die Erlaubnis zur Begründung von Schützengilden, die darauf in Lodz, Zgierz, Czorkow, Alexandrow, Zdunska, Wola entstanden. Der Lodzer Schützenverein ist im Jahre 1824 begründet und zwar in den Ostertagen. An den Pfingsttagen fand damals das erste Osterschießen statt. 1830 wurde die Gilde neu bestätigt, 1853 zählte sie 140 Mitglieder, die Pfingstschießen führten zu großen Volksbelustigungsfesten. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges zählte der Lodzer deutsche Schützenverein nur deutsche Mitglieder. Zu Beginn des Weltkrieges ging er dann ein. Man hofft nun auf die Möglichkeit einer Wiederbelebung.

Der Sportverein „Sturm“ veranstaltete eine Aufführung von Strindbergs Trauerspiel „Der Vater“, das eine glänzende Wiedergabe fand, die weit über einer Dilletantenvorstellung stand. Der gute Besuch von seiten der deutschen Kreise Lodz bewies das hohe Interesse, das man dem deutschen Theater entgegenbringt.

Zdunska Wola (Polen). Die Bürger-Schützengilde feiert in diesen Tagen ihr hundertjähriges Jubiläum. Vor etwas über hundert Jahren siedelten sich die ersten Deutschen in der Gegend an und gründeten diese erste deutsche Schützengilde in Polen. Bald konnten auf eigenem Grundstück die ersten Pfingstschießen abgehalten werden. Diese Pfingstschießen, zu denen die Gilde in feierlichem Zug den gewesenen Schützenkönig und den polnischen Grundherrn, sowie den Magistrat abholte, fand in strenger Disziplin und guter Ordnung statt. Im Jahre 1825 verlieh Kaiser Alexander I. der Gilde das Recht, einen Hirschfänger zu tragen, als er in der Stadt weilte und sich die Gilde vorstellen ließ. Vertraglich verpflichteten sich Stadt und Grundherr, der Gilde und ihrem Schützenkönig gewisse Zuschüsse und Naturallieferungen zu gewähren. Namentlich der Grundherr Stefan Zlotnicki, selbst Schützenkönig, machte der Gilde reiche Stiftungen. Die Gilde baute sich bald ein eigenes Haus, das jedoch wieder abbrannte, sie erhielt im Jahre 1853 eine eigene Uniform, 1859 wurde auf dem vom Grundherrn geschenkten Schießplatz ein neues Schützenhaus erbaut, das wieder abbrannte und abermals ersetzt wurde, 1911 aber nochmals den Flammen zum Opfer fiel und nun einem neuen staatlichen Bau Platz machte. Heute besteht die Gilde aus 40 Mitgliedern.

Budapest. Deutscher Kulturabend. Anfang Juni fand der erste deutsche Kulturabend statt, den die 4 Landsmannschaften der Banater, der Bacskaer, der oberungarischen und der westungarischen Deutschen veranstalteten. Eine Rede des Ministers der nationalen Minderheiten, Dr. Jakob Bleyer, leitete den Abend ein. Nach der Zerstückelung Ungarns durch den Pariser Frieden reichten sich die gleichfalls in verschiedenstaatliche Teile zerissenen Deutschen die Hand, um zu geloben, ihr Volk nicht zu vergessen. In der Vergangenheit stand das deutsche Volk einsam und verlassen, jetzt aber hat die Intelligenz zurückgefunden zum Volke und muß zu ihm stehen. Wir dienen, so schloß der Minister unter brausendem Beifall, unserem Vaterlande am besten, wenn wir uns mit ganzer Seele in den Dienst unseres deutschen Volkes stellen. Dr. Lorenz Landgraf, der Obmann der westungarischen Landsmannschaft, las darauf Stücke aus seiner Petöfi-Übersetzung vor, Abgeordneter Nitsch brachte ein Gedicht zur Verherrlichung seiner westungarischen Heimat und Gedichte in hienziger Mundart zum Vortrag, ein Sängerkwartett sang deutsche Lieder, Violin- und Klaviervorträge rundeten das Programm ab. Die Kulturabende sollen allmonatlich wiederholt werden. Der erste Abend war ein voller Erfolg.

Bukarest. Deutscher Turnverein. Der Deutsche Turnverein, der seit mehr als 50 Jahren den deutschen Turngeist in der Hauptstadt pflegt, veranstaltete ein Fest- und Schauturnen im Freien, zu dem in einem großen Festzug die Turner und Turnerinnen aufmarschierten. In der Festrede gedachte der Präsident des Vereins, Dr. Theohari, der weltgeschichtlichen Ereignisse. Turnerische Aufführungen schlossen sich an und ein geselliges Beisammensein beendete das Fest.

Radautz (Bukowina). Deutscher Landeslehrerverein für die Bukowina. Die ordentliche Jahreshauptversammlung am Pfingstmontag nahm einen erhebenden Verlauf. Viele katholische Mitglieder waren aus dem Verein ausgetreten, um im Anschluß an einen neugegründeten katholischen Volksbund einen katholischen Lehrerverein zu begründen. Um diese Frage zu klären, war die Versammlung hauptsächlich einberufen. Der Obmann des Presseausschusses, Fritz Schneikart, schilderte die Schulverhältnisse in den einzelnen Siedlungsgebieten der Deutschen in Rumänien, vorzüglich im Banat, und erwähnte, daß die konfessionelle Schule namentlich für die Bukowina ein Unglück bedeuten würde, nur ein nationales Schulwesen könne für die Bukowina gefordert werden. Nach dem Referat traten die vorher ausgetretenen Lehrer und Lehrerinnen alle wieder in den Verein ein, dessen Vorstand einstimmig volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Es wurde sodann eine Reihe von Standesfragen behandelt und schließlich die Einberufung eines deutschen Lehrertages für Rumänien angeregt, um dort namentlich die Frage der Herausgabe einer Lehrerzeitung zu besprechen. Einstweilen wurde das Banater Blatt „Die deutsche Schule“, das der Deutsch-schwäbische Kulturverband in Temesvar herausgibt, empfohlen.

Hermannstadt. Der Siebenbürgische Verein für Naturwissenschaften steht heute im 70. Lebensjahre. Aus kleinen Anfängen heraus hat er sich zur Pflanzstätte deutschen Geistes in Siebenbürgen entwickelt. Heute aber ist er in kritischer Lage, da die Geldmittel nicht mehr ausreichen, das bisher Geschaffene zu erhalten und Neues zu erwerben. Der Ausschuß tritt deshalb mit einer Bitte an die Deutschen Rumäniens heran, ihm über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, indem die Deutschen entweder als gründendes Mitglied mit 200 Kronen Mitgliedsbeitrag oder als ordentliches Mitglied dem Verein beitreten möchten.

Hier hat sich ein vorbereitender Ausschuß gebildet, der einen „Verband der deutschen wissenschaftlichen Vereine und Institute Großrumäniens“ begründen will. Den Mittelpunkt aller Bestrebungen soll ein wissenschaftliches Nachrichtenblatt für die Südostdeutschen bilden. In einen gemeinsamen Ausschuß sollen die beteiligten Körperschaften je zwei Abgeordnete entsenden, überall, wo solche noch nicht bestehen, sollen wissenschaftliche Vereine begründet werden, Wanderversammlungen sollen veranstaltet werden, es soll auch ein Fonds gesammelt werden, der für besondere Zwecke verwandt werden kann. In diesen Fonds sollen die einzelnen völlig autonomen Vereine eine bestimmte Quote abführen. Den Vorsitz im vorbereitenden Ausschuß führt Dr. phil. Carl F. Jickeli, Vorstand des Siebenbürgischen Vereins für Naturwissenschaften in Hermannstadt.

Werschetz (Jugoslawien). Eine Ortsgruppe des Deutschen Kulturbundes wurde hier am 29. Juni unter lebhafter Beteiligung aller deutschen Kreise begründet. Der Kirchenrat, der Professorenkörper des Realgymnasiums und die akademische Verbindung „Banata“ waren korporativ erschienen. Dr. Rittinger leitete die Sitzung und erläuterte eingehend die Be-

stimmungen und Satzungen des neuen Bundes. Er wurde darauf einstimmig zum Leiter der Ortsgruppe gewählt. Aus allen Parteien und Vereinen der Stadt wurden in den Vorstand nach gemeinsamer Besprechung einhellig Vertreter entsandt.

Rom, Deutscher Hilfsverein. Die Deutschen in Rom beginnen sich wieder zusammenzuschließen! Eine allgemeine Versammlung der Mitglieder der deutschen Kolonie Roms fand auf Einladung des Geschäftsträgers von Hassel in der deutschen Botschaft statt. Der große Saal neben der unvollendeten deutschen evangelischen Kirche war, wie der Kreuzzeitung berichtet wird, vollkommen gefüllt. Der Geschäftsträger konnte in seiner Begrüßungsrede, in der er dankbar des Entgegenkommens der italienischen Regierung gedachte, die freudige Mitteilung machen, daß große Hoffnung vorhanden sei, es könnten für diejenigen Deutschen demnächst die letzten Schwierigkeiten beseitigt werden, deren Häuser und Möbel während des Kriegs beschlagnahmt worden seien. Der päpstliche Hausprälat Msg. Baumgarten hielt sodann eine Ansprache und regte die Gründung eines Hilfsvereins und eines Lesesaals an, welche Pläne von der Botschaft unterstützt werden sollen. Ein Komitee zur Vorbereitung der Gründung wurde gewählt. Zum Lesesaal stellt der österreichische Direktor der Animakirche den nötigen Raum zur Verfügung. In einer weiteren Versammlung soll über die Wiedererrichtung der deutschen Schule und eines deutsch-evangelischen Gottesdienstes gesprochen werden. Zugunsten der zur Abstimmung nach Oberschlesien Reisenden wurde eine Sammlung mit schönem Resultat veranstaltet. Zahlreiche katholische Geistliche, namentlich Franziskaner, beteiligten sich an der Versammlung.

Florenz. Kunsthistorisches Institut. Der Jahresbericht für das Jahr 1919/20 muß leider noch von Deutschland aus geschrieben werden, wenn er auch der Hoffnung Ausdruck gibt, daß noch in diesem Jahre die Wiederaufnahme der Tätigkeit in Florenz selbst ermöglicht werde. Die Bücher- und Photographiensammlung ist in den deutschen Räumen der Uffizien aufgestellt und so in beschränktem Maße wissenschaftlichen Arbeiten zugänglich gemacht worden. Die Sammlungen sind durch ein Vermächtnis des Herrn v. Harck auf Seuhskitz, durch Übergabe seiner reichhaltigen und wertvollen Büchersammlung an das Institut, bereichert worden.

Lüderitzbucht (Südwestafrika). Hier ist eine Ortsgruppe des südwestafrikanischen Angestelltenverbandes begründet worden, der alle Handlungsgehilfen und wesensverwandte Berufsarten zur gemeinsamen Interessenvertretung zusammenschließen will. Der Verein zählt bereits 54 Mitglieder, sein Vorsitzender ist Herr Leonhardt. Die Ortsgruppe wird den ganzen Bezirk umfassen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Ein „deutscher“ Auslandsjournalist.

Ein deutsch-schweizer Journalist in Paris schreibt der „Deutschen Presse“: „Warum es sich die deutsche Presse gefallen läßt, daß der Entsendung ihrer Vertreter nach dem feindlichen Auslande noch immer Hindernisse bereitet werden, während die deutsche Regierung an den ausländischen Journalisten in Berlin keine Repressalie wagt — nun, das ist eines der Geheimnisse Deutschlands, über die wir Neutralen uns nicht den Kopf zu zerbrechen haben. Aber was wir ganz und gar nicht verstehen können: daß sich deutsche Blätter inzwischen noch immer durch minderwertigste und dunkelste Subjekte im Ausland bedienen lassen. Haben die Deutschen aus der durch den Krieg erwiesenen Unzulänglichkeit ihres Presseauslands-

dienstes denn gar nichts gelernt? Ich gebe den folgenden Fall der Beurteilung der deutschen Öffentlichkeit anheim:

Hier in Paris lebt seit Monaten ein Professor Friedrich Hirth aus Wien, von dem es sicher ist, daß er weder Professor ist noch Hirth heißt, während die Authentizität seines Vornamens Friedrich vorläufig unbestritten bleiben kann. In Wien hat er sich seinerzeit als Literaturhistoriker und Heine-Kommentator einen komischen Ruf gemacht. Während des Krieges tauchte er zuerst in Stockholm, dann in Bern auf, als Vertreter nord- und süddeutscher Blätter, obwohl man ihn in Berlin wiederholt dabei ertappte, wie er aus der französischen Gesandtschaft herausgeschlichen kam. Um so erstaunter war man in der Schweiz, zu hören, daß Herr Hirth von der deutschen Regierung als Konferenzberichterstatler nach Versailles mit zugelassen worden war. Im übrigen fiel Herr Hirth seinen deutschen Kollegen in Versailles nur durch seine Erzählerphantasie auf, er wollte den ganzen Krieg bis zur 9. Isonzoschlacht als Bataillonskommandant an der italienischen Front mitgemacht haben, zugleich aber wollte er vor seinem Berner Aufenthalt drei Jahre in Stockholm für die Pressepropaganda der Mittelmächte gearbeitet haben und dergleichen mehr. (Überflüssig zu sagen, daß er noch nicht einmal weiß, wie man ein Gewehr in die Hand nimmt, und von den Instrumenten der Presse weiß er nur das Telephon, nicht die Feder zu handhaben.)

Durch die Zufälle des Kriegsausganges ist der „Wiener“ Hirth zu einem Tschechoslowaken geworden, und dafür kann er ja nun nichts. Mit dem tschechoslowakischen Paß kam er also nach Paris. Hier aber ist es seine einzige Sorge, seine Deutschsprachigkeit zu verleugnen. Er schrieb an alle deutschen Bekannten, sie möchten ihm doch um Gotteswillen keine deutschen Briefe senden, und den Pariser Journalisten erzählt er an der Börse, daß er nur sehr mangelhaft deutsch könne (was schließlich auch wahr ist), daß er einen Lehrstuhl an der Prager tschechischen Universität für Weltgeschichte innehat (tschechisch kann er aber noch viel schlechter als deutsch), und daß er vom Präsidenten Masaryk beauftragt sei, ein Buch über die tschechisch-französischen Beziehungen vom Mittelalter bis zum Versailler Frieden zu schreiben (was den Präsidenten Masaryk zu erfahren gewiß sehr interessieren wird). Endlich hat er auf dem Wege von Versailles bis Paris die neun Isonzoschlachten vergessen, er erzählt jetzt, er hätte Österreich gleich nach Kriegsausbruch wegen seiner tätigen Liebe zu Frankreich flüchtend verlassen müssen. Da er aber doch nun täglich von der Börse für seine deutschen Blätter nach Köln und Zürich telephonierte, erzählt er, um auch dies zu verheucheln, er habe in diesen beiden Städten politische Entente Freunde, denen er täglich einen Situationsbericht machen müsse.

Dieser Mann also ist von deutschen Zeitungen als Korrespondent in Paris bestellt. Er vertrat eine große Münchener Zeitung, die ihn aber schon vor längerer Zeit fallen ließ, und ein Hamburger Blatt, das ihn erst ganz kürzlich, nach vielmonatigem Engagement, endlich abgesägt hat. Er hat aber schon wieder andere deutsche Zeitungsververtretungen, wie er mir selbst schmunzelnd gestand, und ich habe ihn gestern sogar eine direkte Verbindung nach Berlin, Amt Uhland, anmelden hören. Muß man nicht, selbst „nur“ als Deutschschweizer, das Deutschtum vor einem solchen Manne warnen? Und muß ich Ihnen erst erzählen, wie die Pariser Journalisten über Deutschland lächeln, wenn sie Herrn Hirth ans Telephon eilen sehen?!

Die „Deutsche Presse“ erhält ferner von einem Berliner Kollegen folgende Zuschrift: „Erlauben Sie mir, an der längst notwendigen Entschleierung mitzuhelfen, die in der letzten

Nummer der ‚Deutschen Presse‘ ein deutsch-schweizer Kollege an ‚Professor‘ Friedrich Hirth, zurzeit noch in Paris, vorgenommen hat. In einer von mir redigierten wissenschaftlich-literarischen Zeitschrift veröffentlichte Herr Hirth bei Beginn des Krieges einen Aufsatz, der im Hinblick auf die Zeitverhältnisse einem Pariser Gelehrten in scharfer Form die Freundschaft kündigte. Seitdem ist Herr Hirth ein großer Franzosenfreund geworden, und seit der Niederlage Deutschlands ist er eifrig bemüht, sich in Paris lieb Kind zu machen. Jener Aufsatz ist ihm dabei im Wege. Was tat er? Er ging mich durch einen Mittelsmann darum an, ihm schriftlich zu bestätigen, daß Professor Friedrich Hirth, der Verfasser jenes Aufsatzes, mit ihm nicht identisch sei; nur eine zufällige Namensgleichheit liege vor. Wahrscheinlich hat Herr Hirth in diesem Sinne gelogen und will mich nun zum Spießgesellen seines Schwindels machen. Ich konnte ihm nicht die rechte Antwort geben — bis zu dieser Stunde, wo ich sie ihm hierdurch öffentlich erteile.“

„Der Bote von Pommerellen“,

der in Neustadt erscheint, gibt für seine Leser bekannt, daß sein gesamter Vorrat an Zeitungen und Druckpapier durch ein Gendarmeriekommando mit aufgepflanztem Seitengewehr auf Befehl der Kreiskommandantur beschlagnahmt worden sei, so daß die Zeitung nicht weiter erscheinen kann. Die Bemühungen des Verlegers, die durch nichts begründete Maßnahme abzuwenden, waren erfolglos. Ihm wurde einfach telefonisch bedeutet, eine Beschwerdeinstanz gebe es nicht. Man drohte ihm mit Erschießen und so mußte er der Gewalt weichen.

Der Fall zeigt, in wie schamloser Weise die Polen gegen die Presse der völkischen Minderheit vorgehen. Hoffentlich nehmen sich die deutschen Abgeordneten im polnischen Reichstag des Falles an und machen der Regierung klar, wie ihre Organe arbeiten.

Die in Neusatz erscheinende deutsche Tageszeitung „Deutsches Volksblatt“ erschien am 22. Juli zum letztenmal in lateinischen Lettern, vom 23. Juli ab erschien das Blatt in Frakturschrift. Es wird immer mehr zum Mittelpunkt des Deutschtums in Jugoslawien und hat einen besonderen Anteil an der Gründung des Deutschen Kulturbundes.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Die Bundeszentrale teilt mit:

Zu den verschiedenen im Laufe der Zeit nötig gewordenen Anmeldungen geben wir folgende Erklärung: Die allerersten Anmeldungen beim Staatskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten im Auslande wurden gefordert in der Annahme, Schadenersatz könne von den feindlichen Ländern erzielt werden. Der Frieden von Versailles bürdete indessen die Entschädigungspflicht dem Reiche auf, wodurch die Anmeldung der Schäden beim Bunde der Auslandsdeutschen erforderlich wurde. Bei den weiteren Anmeldungen (beim Reichsausgleichsamt und nunmehr auch beim Reichskommissar für Auslandschäden) handelt es sich um Maßnahmen, zu denen der Friedensvertrag die Reichsregierung nötigt, ohne daß jedoch diese Maßnahmen in Verbindung mit der Vorentscheidung der Auslandsdeutschen stehen. Den ihr durch den Friedensvertrag auferlegten Pflichten kann sich die Reichsregierung natürlich nicht entziehen. Die verschiedenen Anmeldungen sind also deshalb nötig geworden, weil das Material verschiedenen Zwecken dient und auch an ganz verschiedene Stellen zur Bearbeitung geht. Das eigentliche Vorentscheidungs-

verfahren steht mit den zuletzt genannten Maßnahmen in keinem Zusammenhang und wird vom Bunde und dem Wiederaufbauministerium mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschleunigt.

Die Bundeszentrale teilt mit, daß zum geschäftsführenden Direktor und Syndikus beim Bunde Herr Geh. Legationsrat Generalkonsul Dr. Breiter berufen wurde, der seit 1899 verschiedene Posten in Kairo, Kapstadt, Durban, Laurencia-Marques, Mailand, Zürich und Athen bekleidete und zuletzt in St. Petersburg in schwierigsten Verhältnissen tätig war, weite Interessenskreise des Auslandsdeutschtums also persönlich kennt.

„Auf Wunsch der Organisationskommission des Bundes der Auslandsdeutschen E. V. hat sich die Abteilung Türkei der Ortsgruppe Berlin in der Sitzung der Kommission vom 12. Mai 1920 bereit erklärt, die Mitglieder aus Griechenland zu betreuen. Die Geschäftsführung für diese neue Abteilung hat Herr Pfarrer Langhoff (Athen), zurzeit Charlottenburg 2, Kastanien-Allee 32 (Fernspr. Wilhelm 1160), übernommen.

Die hier weilenden Mitglieder der Abteilung Griechenland haben in ihrer ersten Sitzung am 25. Juni d. J. die eingeleiteten Maßnahmen dankbar begrüßt, sich als Vereinigung formell konstituiert und Herrn Pfarrer Langhoff als ihren Obmann und Geschäftsführer bestätigt.

An sämtliche für diese Abteilung in Frage kommenden Auslandsdeutschen ergeht hiermit das Ersuchen zur Bekanntgabe ihrer genauen Anschrift und zur gleichzeitigen Beitrittserklärung.“

Die Bundeszentrale hat unlängst an die zuständige Regierungsstelle eine Eingabe gerichtet, mit der Bitte um umgehenden Erlaß einer mit rückwirkender Kraft versehenen (den Verordnungen zum Schutze der Kriegsteilnehmer nachgebildeten) Verordnung, dahingehend, daß die Zwangsvollstreckung wegen der im Auslande eingegangenen Verbindlichkeiten gegen Schuldner, welche vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort im Auslande hatten, deren Vermögen dort ganz oder zum Teil beschlagnahmt ist und die an zuständiger Stelle deswegen Schadensmeldungen eingereicht haben, bis zu ihrer Abfindung im Entschädigungsverfahren nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig ist, nach Maßgabe der ihnen jeweils gezahlten Entschädigungen. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt.

„Laut Mitteilung von der Geschäftsstelle in Paris beklagen sich die französischen Sequester, daß die Formulare unleserlich und teilweise in deutschen Buchstaben ausgeschrieben worden sind. Es ist im dringenden Interesse aller Antragsteller, die Formulare deutlichst auszuschreiben und es muß, wie schon früher darauf hingewiesen, das Formular 4 in deutlicher französischer Übersetzung niedergeschrieben werden, sonst laufen die Antragsteller Gefahr, daß ihre Anträge von französischer Seite nicht mit der entsprechenden Beachtung behandelt werden. Wir bitten die Ortsgruppen und Landesverbände, die Frankreich-Deutschen auf diese wichtige Frage aufmerksam zu machen.“

Es ist darauf hinzuweisen, daß direkte Korrespondenz mit der Geschäftsstelle in Paris nicht zulässig ist. Briefe, die dort eingehen, werden, weil nicht richtig adressiert, von der französischen Behörde geöffnet. Ferner erwachsen der Geschäftsstelle in Paris öfter Strafportoausgaben. Wir bitten noch einmal die Ortsgruppen und Landesverbände, ihre Mitglieder darauf hinzuweisen, daß beim direkten Verkehr ihre Briefe entweder in falsche Hände kommen, oder als unbestellbar überhaupt verschwinden.

Briefe nach Paris können ausschließlich nur durch den „Bund der Auslandsdeutschen“ Abt. Frankreich, Rauchstr. 23, Berlin W 10, gesandt werden.

Die jetzt eingegangenen „Mitteilungen“ der Abteilung Rußland des Bundes bringen einen Bericht über den Stand des Entschädigungsverfahrens, wonach bis Ende Mai bei der Bundeszentrale 17357 Schadenersatzanmeldungen eingegangen waren, wovon 6654 auf Rußland entfielen. Noch nicht in Bearbeitung genommen waren 4858 Schadenersatzansprüche. Den Spruchkommissionen vorgelegt sind 4423 Akten, wovon 1566 auf Rußland zugegangen und an die Bank zur Auszahlung weitergegeben worden. Die angegebene Stelle nennt das „ein ganz geringes Resultat und kaum der Erwähnung wert“, findet aber eine Entschuldigung in hohem Maße durch die nun einmal vorhandenen Verhältnisse. Nachdem der Bund Anfang Februar mit den Vorprüfungen begonnen habe, kam der Verkehrsstreik, daran schlossen sich zahlreiche Grippeerkrankungen unter dem Bundespersonal, während gleichzeitig für die Reichsentschädigungskommissionen eine Generalkartothek der Auslandsdeutschen in Höhe von 15000 Karten geliefert und gefertigt werden mußte. Zudem zog diese Kommission von Berlin nach Zehlendorf um, was ihren Betrieb für drei Wochen lahmlegte, sie litt an Personalmangel und es fehlte ihr die nötige Anzahl von Spruchkommissionen. Dieser letztere Mangel ist auf den Wechsel in der Person des Wiederaufbauministers zurückzuführen. Jetzt endlich konnte man das Ministerium davon überzeugen, statt 6 volle 16 Spruchkommissionen und neue Vorsitzende zu berufen, die die Arbeit produktiver gestalten sollen. Jede Spruchkommission soll zweimal wöchentlich tagen und kann in jeder Sitzung 20 bis 30 Fälle erledigen, was 800 Fälle allein für Berlin in der Woche ergeben wird, ungerechnet die von den Landesspruchkommissionen bearbeiteten Fälle. Entsprechend wird man vielleicht die Zahl der Sachprüfer erhöhen müssen, um dann den Spruchkommissionen genügend Material zuzuführen. Der Bund, der diese Mitteilungen macht, hofft, daß alles bald scheller vorangehen werde. Er gibt an, daß er bei den zuständigen Behörden stets Verständnis in den Angelegenheiten der Auslandsdeutschen gefunden habe. Das bestreiten die „Mitteilungen“ der Abteilung Rußland aber entschieden und nennen es eine schwere Verfehlung des Wiederaufbauministeriums, daß es aus falscher Sparsamkeit nicht gleich die Organisation der Spruchkommissionen richtig aufbaute, um endlich Geld statt Worte den Auslandsdeutschen geben zu können.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Württemberg.

Bei der Delegierten-Sitzung der Vereinigung deutscher Wehrleute aus der Schweiz, die am 3. Juni 1920 in Weingarten unter Assistenz des württembergischen Beirats der Reichsfürsorgestelle in Singen stattfand, wurde der Beschluß gefaßt, daß die Vereinigung es jedem Kameraden überlasse, sich den bestehenden Ortsgruppen des Landesverbands Württembergs des B. d. A. als Mitglied anzuschließen, daß aber die Vereinigung als solche nicht mehr Kollektiv-Mitglied sei und alle Fragen selbst löse. — Infolge dieses Beschlusses haben sich die Ländergruppe Schweiz der Ortsgruppe Stuttgart, sowie die Ortsgruppen Biberach, Schussenried und Weingarten aufgelöst.

Die Neuwahl ergab die Wahl des Herrn Rudolf Löffler zum ersten, des Herrn Rudolf Levi zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Steffens wurde zum Kassenwart, Herr Illg zum Schriftführer gewählt. An der Vertreterversammlung, die am 3. Juli in Heilbronn statt-

fand, nahmen auch Gäste von Darmstadt, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim teil. Die neuerdings wieder akut gewordene Frage einer Dezentralisation des Vorprüfungsverfahrens, die Steuergesetze, sowie die Organisation der Rückwandererhilfe wurden eingehend besprochen. Es wurde lebhaft beklagt, wie wenig Verständnis die Steuerämter und namentlich das Reichsfinanzamt der Notlage der Auslandsdeutschen entgegenbringen. Rein das fiskalische Interesse werde stets betont. Von der Rückwandererhilfe und ihrer schwäbischen Sammelstelle, der Schwabenspende, wurde eingehende Hilfe zugesagt.

München. Es sind Bestrebungen im Gange, den Landesverband Bayern neu aufzubauen. Am 13. Juli fanden in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und des Roten Kreuzes Verhandlungen statt, bei denen Herr Deiglmayr über die bisherige Organisation des Bundes referierte und nach denen beschlossen wurde, zunächst Ländergruppen zu organisieren und einen paritätischen, provisorischen Vertrauensausschuß zu bilden, der eine ordnungsgemäße Versammlung u. Wahl vorbereiten sollte.

Landesverband Danzig. Der Landesverband hat in Verfolg der Beschlüsse in der letzten Versammlung an den Staatsrat eine Eingabe gerichtet, in der er die wirtschaftliche Lage und die staatsrechtlichen Verhältnisse der Auslandsdeutschen im Gebiet des Freistaates schildert und als einstimmiges Urteil der Mitglieder mitteilt, daß sie eine Scheidung zwischen den Auslandsdeutschen, die für Danzig und solchen, die für Deutschland optieren, nicht anerkennt. Die Auslandsdeutschen ersuchen den Staatsrat um seine Vermittlung.

Von den Ortsgruppen.

Elberfeld-Barmen. Zu unserer Notiz, die in Nr. 13 dieser Zeitschrift zum Abdruck kam, bemerken wir, daß Herr Julius Werth zweiter Vorsitzender der Ortsgruppe Elberfeld-Barmen ist.

Frankfurt a. M. In der Versammlung vom 6. Juli, die der Vorsitzende, Herr Bessels, leitete, wurde mitgeteilt, daß bis Ende Juni Frankfurt 868 vorgeprüfte Anmeldungen nach Berlin gesandt worden, daß 250 Anmeldungen noch in Bearbeitung seien, daß aber 400 Mitglieder ihre Formulare noch nicht ausgefüllt eingesandt hätten. Die Mitglieder wurden gebeten, ihre Ansprüche sofort geltend zu machen, da die Anmeldestelle abgebaut werden sollte. Eine Anzahl Mitglieder hat bereits Auszahlungen erhalten. Besonders gerühmt wurde, daß eine Besichtigung des Betriebs in Berlin ergeben habe, daß dort intensiv und treu an der Entschädigungsfrage gearbeitet werde. Des ferneren wurde über Steuerfragen und über Fragen des Eigentums in Frankreich Auskunft gegeben. Der Vorstand beschloß, für 1920 eine weitere Nachzahlung von M 10.— von den Mitgliedern zu erheben.

Heilbronn. Am 20. Juni hielt die Ortsgruppe Heilbronn ihre stark besuchte Hauptversammlung ab. In eingehenden Referaten der Herren Zierle und Kreiser über den Stand der Arbeiten des Bundes kam zum Ausdruck, daß die Reichsregierung rücksichtslos auch von den Auslandsdeutschen Steuerzahlung verlangt, aber ganz vergißt, daß durch die Beschlagnahme der im Ausland befindlichen Vermögen die Auslandsdeutschen ihr Hab und Gut schon zur Deckung der Kriegsentschädigung hingeben mußten. Die Versammlung nahm daher mit großem Beifall die Verlesung einer vom Vorsitzenden, Herrn Kolb, verfaßten Eingabe an das Finanzamt auf, worin verlangt wird, aus Billigkeits- und Gerechtigkeitsgründen den Auslandsdeutschen, die Forderungen ans Reich haben, die Steuerzahlung so lange zu stunden, bis das Reich ihnen die Entschädigung zur Auszahlung bringt. Herr Oberbürgermeister Dr. Goebel hatte, weil persönlich ver-

hindert, Herrn Ratsschreiber Gabler mit seiner Vertretung betraut, welcher versprach, soweit es in seinen Kräften stehe, helfend einzugreifen.

Mannheim. Die Ortsgruppe hatte zu ihrer Versammlung am 29. Juni den Kolonialschriftsteller Major a. D. Dr. Wettstein zu einem Vortrag über Brasilien und die Aussichten für Auswanderungslustige gewonnen. Auch Mitglieder eines Heidelberger Kolonistenbundes waren zugegen, so daß der große Saal der Liedertafel überfüllt war. Der Vortragende verstand es, unterstützt durch Darstellungen ausgezeichneter selbst aufgenommener Bilder, Land und Leute den Zuhörern nahe zu bringen. Er riet zu festem genossenschaftlichem Zusammenschluß für Auswanderungslustige. Der Vortrag fand sehr lebhaften Beifall.

Stuttgart. Unter reger Beteiligung fand eine Versammlung der Ortsgruppe statt, die jetzt 2500 Mitglieder zählt. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden leitete Herr Steffens die Versammlung und berichtete über den Stand der Entschädigungsfrage. Ein Mitglied der Vorprüfungskommission klagte über die oft mangelhafte Ausfüllung der Entschädigungsbogen. Lebhaft Besprechung fanden die Steuer- und Valutafragen, es wurden in der Steuerfrage verschiedene Resolutionen gegen die Praxis der Regierung gefaßt. So lange die Auslandsdeutschen nicht entschädigt seien, könne man auch von ihnen, die die einzigen seien, die bereits an das Reich viel Geld bezahlt hätten, keine Steuerleistung erwarten.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Leipzig. Zentralverband auslandsdeutscher Studierender. Neue Ortsgruppen des Zentralverbandes sind in Kiel, Dresden und Hannover ins Leben getreten. Am weiteren Ausbau der Organisationen wird energisch gearbeitet.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Auslandsdeutsche und Konsulatsgebührengesetz.

In raschem Maße wächst die Erregung unter den Auslandsdeutschen über die Härten des Konsulatsgebührengesetzes. Aus Holland schreibt man uns:

„Was die Paßgebühren anbelangt, so sind auch wieder die Auslandsdeutschen die Geschöpften. Ein Holländer, der nach Deutschland reist, erhält seinen holländischen Paß für mehrere Jahre und hat nur das Visum zu bezahlen. Ein deutscher Holländer muß seinen jährlichen Paß mit 30 Gulden bezahlen und muß für das Visum auch ebensoviel als der Holländer bezahlen und benötigt noch das holländische Visum für 3 Gulden. Die hohen Gebühren für das Visum rufen natürlich wieder höhere Gebühren der andern Länder hervor. Die Schweiz soll ja damit schon begonnen haben, und wer ist davon das Opfer? In erster Linie der Auslandsdeutsche, der Paß und Visum haben muß! Wie soll die Anhänglichkeit ans Vaterland gefördert und wie verhindert werden, daß die meisten Deutschen ihre Nationalität aufgeben, namentlich in den ärmeren und mittleren Ständen, die in der Mehrzahl sind, wenn von einem hiesigen Familienvater verlangt wird, daß er außer den hohen Landessteuern noch für jedes seiner Familienmitglieder 30 Gulden jährlich an Paßgebühren für das deutsche Konsulat und 12 Gulden für das holländische Visum bezahlen muß; bei einer nur fünfköpfigen Familie ist das $5 \times 42 = 210$ Gulden jährlich. Eine Reise nach Deutschland für eine solche Familie, um mal wieder den heimatlichen Boden zu betreten und das

gelockerte Band wieder zu knüpfen, wird durch die hohen Gebühren für das Visum, die hinzutreten, unmöglich. Unter solchen Umständen, wo alles getan wird, uns aus dem Vaterland zu vertreiben und uns den Eintritt zu erschweren, muß sich doch jeder sagen, daß eine Förderung des Deutschtums im Auslande absolut ausgeschlossen ist und jede Arbeit in diesem Sinne von vornherein vergeblich und nutzlos sein muß. Wie früher wird alles vom grünen Tisch aus gemacht von Leuten, die nie im praktischen Leben im Ausland gestanden haben. Jeder Paßzwang muß wieder aufgehoben werden und die tausende Beamte, die in den Paßbüros und an der Grenze dafür erforderlich sind, würden dem Vaterlande mehr Geld einbringen, wenn dieselben produktiver Arbeit zugeführt würden in dieser Zeit der Unproduktivität. Meine Kinder müssen hier eine holländische Schule besuchen. Ich wollte sie jährlich nach Deutschland in den Ferien schicken, wie ich es von Brüssel aus tat, damit sie die deutsche Heimat schätzen und kennen lernen. Bei den Paßgebühren ist das für mich in der Zukunft ausgeschlossen. Soche Kinder, die die Verbindung mit der Heimat verlieren, sind auch für das Deutschtum verloren."

Ein Auslandsdeutscher aus Deutschösterreich schreibt uns weiter:

"Vor dem Kriege war sich der deutsche Reichsangehörige, der hier in Deutschböhmen lebte, eigentlich kaum bewußt, im Ausland zu leben. Er konnte, durch keine Paß- und Grenzschwierigkeiten behindert, mit der Heimat verkehren. — Das wurde anders, als das Land tschechoslowakisch wurde; wie eine unübersteigbare Mauer lag die Grenze plötzlich zwischen der neuen und der alten Heimat, dem Reich. Nur durch umständliche, langwierige Schreibereien und Gesuche, die natürlich alle stempelpflichtig waren, konnte man sich einen Paß verschaffen, der einem Durchlaß durch die Mauer gewährte. Man nahm jedoch alles mit gutem Humor hin, denn man hielt diese Schwierigkeiten für Überreste aus der Kriegszeit, die mit der Zeit, wenn der Verkehr wieder in normale Geleise käme, verschwinden würden.

Die Schwierigkeiten des Verkehrs mit der Heimat werden aber leider durch das neue Konsulatsgebührengesetz nur noch erhöht. Nach diesem Gesetz beträgt die Gebühr:

für einen Paß M 50.—

für einen Sichtvermerk für eine Reise „ 30.—

für einen Dauersichtvermerk „ 100.—

Zu dem Dauersichtvermerk bemerke ich, daß die tschechischen Grenzbehörden für gewöhnlich nicht mehr als 3 Reisen auf einen solchen Sichtvermerk zulassen.

Diese Gebührensätze können nach Lage des Falles bis auf das Fünffache erhöht oder bis auf ein Fünftel ermäßigt werden. Es scheint aber, daß man im ganzen eine Erhöhung der Sätze leichter zu gewärtigen hat als eine Ermäßigung.

Für Deutsche, die in Ländern mit hoher Valuta leben, z. B. in der Schweiz, Holland oder Skandinavien, mögen diese Gebührensätze nicht hoch erscheinen, wenn sie sie in Franken, Gulden oder nordischen Kronen bezahlen. Anders verhält es sich mit den Deutschen der Tschechoslowakai (und sicherlich auch Deutschösterreichs). Für diese bedeutet die hohe Paßgebühr in ihrer Kronenwährung, die noch niedriger als die deutsche Markwährung steht, eine empfindliche Ausgabe, die in keinem Verhältnis zu der Eisenbahnfahrt, die doch heutzutage gewiß auch nicht gerade billig ist, steht, wenn es sich um Reisen nach nahegelegenen Orten Sachsens oder Schlesiens handelt. — Die natürliche Folge

davon ist, daß der Verkehr mit der Heimat auf das allernotwendigste beschränkt wird, was doch gewiß nicht zu einem engeren Verhältnis zwischen Deutschland und seinen jenseits der Grenze lebenden Reichsangehörigen beitragen kann, im Gegenteil mit der Zeit dazu beitragen muß, daß mancher Deutsche sich der Heimat mehr und mehr entfremdet und schließlich vielleicht eine fremde Staatsbürgerschaft annimmt, wenn ihm dadurch Vorteile erwachsen.

Ich kenne verschiedene Deutsche, die schweren Herzens ihren diesjährigen Sommerurlaub in Böhmen verleben, da ihnen Paß- und Reisekosten verbieten, die Ferienzeit diesmal wie alljährlich in Deutschland zu verbringen. Das ist in völkischer Hinsicht sehr zu bedauern und für unser Reich besonders nachteilig, wenn auch Kinder dadurch betroffen werden; denn für die jungen heranwachsenden, vielleicht im Ausland geborenen Deutschen ist in ihrem aufnahmefähigsten Alter ein häufiger Verkehr mit der Heimat sehr wünschenswert, damit sie sich stets mit Stolz zu ihrem Deutschtum bekennen.

Das Deutsche Reich sollte alles tun, was in seiner Macht liegt, um seinen Angehörigen den Verkehr mit der Heimat zu erleichtern. Von Ausländern mag das Reich ja durch seine Konsulate die hohen Paßgebühren einfordern; bedauerlich ist es immerhin, wenn Deutschböhmen, Deutschösterreichern, Deutschpolen usw. der Verkehr mit dem Lande, das ihnen kulturell am nächsten steht, erschwert wird; aber auf keinen Fall sollte deutschen Reichsangehörigen durch irgendwelche, ihnen vom eigenen Vaterland abverlangte Gebühren der Verkehr mit der Heimat verteuert werden."

Kleine Anfragen im Reichstag.

Der in Hamburg, der Stadt des deutschen Übersee Handels und demgemäß einer Stadt mit besonderen Interessen für das Auslandsdeutschtum, gewählte Abgeordnete der deutschen Volkspartei Dauch hat im deutschen Reichstag eine kleine Anfrage (Nr. 97) gestellt, die eine Beschleunigung des Vorentscheidungsverfahrens dringend verlangt. Die Anfrage verweist auf die Einsetzung des Bundes d. Auslandsdeutschen und des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen als „Selbstverwaltungsorganisationen“ für das Verfahren und betont, daß inzwischen nur ein ganz verschwindender Bruchteil von Anträgen erledigt werden konnte. Durch den langsamen Gang des Verfahrens seien viele der Geschädigten in schwere Notlage gekommen. Die zugebilligte Vorentscheidung stelle an sich nur den zehnten Teil des Schadens dar, ohne diesen Vorschuß sei aber ein großer Teil der Geschädigten gar nicht imstande, sich auch nur die bescheidenste Existenz zu gründen. Viele Auslandsdeutsche nagten heute am Hungertuch. Der Abgeordnete fragt deshalb an, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um das Verfahren zu beschleunigen und den Geschädigten sobald wie möglich den kleinen Vorschuß auszuzahlen.

Eine Anfrage von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei im Reichstag befaßt sich mit dem Schicksal der deutschen Ausstellungsgegenstände für die Internationale Städtebauausstellung in Lyon, zu der seinerzeit die Ausstellungsleitung und die Stadt eingeladen hatten. Die deutsche Regierung hat seinerzeit die Gegenstände der Leipziger Buchgewerbeausstellung ohne jede Beanstandung zurückgegeben, soweit sie aus feindlichen Ländern stammten, die nach Lyon gelieferten Gegenstände aber sind unter Sequester gestellt worden. Die Anfrager erkundigen sich nunmehr, ob die Regierung in der Lage und bereit sei, Verhandlungen über die Rückgabe der wertvollen Gegenstände einzuleiten.

Ferner ist von den Abgeordneten Freiherrn von Lersner und Dr. Stresemann eine kleine Anfrage (Nr. 90) angebracht worden, die sich zunächst zwar nicht mit Auslandsdeutschum befaßt, deren Beantwortung aber auch maßgebend und richtungweisend für diese Kategorie notleidender Deutscher werden muß: „Ist die Reichsregierung bereit, notleidenden Deutschen, die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind und noch heimkehren, beim Aufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz zu helfen und ihnen auch Erleichterungen in Steuerangelegenheiten zu geben?“

Verschiedene volksparteiliche Abgeordnete fragen die Regierung nach den Nachrichten über Polen, wo die Regierung jetzt die militärische Aushebung Deutscher aus unseren früheren Provinzen Posen und Westpreußen betreibt, obwohl diese deutschen Volksgenossen nach dem Friedensvertrag noch für zwei Jahre militärfrei seien. Nach Zeitungsnachrichten sollten Leute, die sich der brutalen Vergewaltigung zu entziehen suchten, sogar niedergeschossen worden sein. Die deutsche Regierung solle sich äußern, was sie zu tun gedenke, um unsere gequälten deutschen Brüder zu schützen.

Auf die Anfrage Nr. 46 über die Einziehung Optionsberechtigter zum polnischen Heeresdienst antwortete der Minister des Auswärtigen, daß auf den in Warschau und Paris eingelegten Protesten hin das polnische auswärtige Ministerium am 2. Juli schriftlich erklärt hat, daß sich die Optionsberechtigten durch Abgabe der Optionserklärung dem polnischen Heeresdienst entziehen könnten. Demgegenüber sei deutscherseits der Standpunkt vertreten worden, daß es gegen den Friedensvertrag verstoße, wenn polnische Behörden deutsche Bewohner der abgetretenen Gebiete bei der militärischen Aushebung zu sofortiger Erklärung über das Optionsrecht zwingen und sie damit der ihnen zustehenden zweijährigen Optionsfrist berauben. Ebenso sei dagegen Einspruch erhoben worden, daß Optionsberechtigte, die vor den Militärbehörden die Erklärung abgegeben hätten, optieren zu wollen, polnischerseits aufgefordert worden seien, binnen kurzer Frist das Land zu verlassen. Die deutsche Regierung habe ferner betont, daß die Rechte der Optanten von der polnischen Regierung geachtet werden müßten, selbst wenn dadurch die Aushebung in dem abgetretenen Gebiete teilweise undurchführbar werde; sie habe hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß auch nach Artikel 2 des Frankfurter Friedens dem Optionsrecht durch Gesetze über den Militärdienst kein Eintrag geschehen dürfte. Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten finde im großen und ganzen eine Einziehung Optionsberechtigter nicht mehr statt; ebenso würden sich die polnischen Militärbehörden zum Teil bereits mit der bloßen Erklärung des zu Mustern begnügen, daß er für Deutschland zu optieren beabsichtige. In Einzelfällen, in denen die polnischen Behörden Optionsberechtigte zum Heeresdienst eingezogen hätten, würden deutscherseits Vorstellungen bei der polnischen Regierung erhoben.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Eine Resolution der Japaner in Deutschland. Die in Berlin studierenden japanischen Professoren und Studenten aus Japan versammelten sich in den Wilhelmshallen am Zoo und faßten eine Resolution: „Der Boykott der deutschen Wissenschaft durch die Entente findet unser Verständnis nicht, insbesondere, was die Naturwissenschaft, die mit Politik überhaupt nichts zu tun hat, anbelangt. Ländergrenzen sollen für die Wissenschaft nicht existieren. Die meisten von uns haben erst in Europa erfahren,

daß Vertreter der naturwissenschaftlichen Abteilung der japanischen Akademie der Wissenschaften sich dem Boykott der deutschen Wissenschaft durch die Entente angeschlossen haben. Dieses Vorgehen findet unsere schärfste Mißbilligung, und wenn wir auch die Tatsache des Beitritts zum Boykott nicht sofort aus der Welt schaffen können, so werden wir bei keiner Gelegenheit aus unserer Meinung ein Hehl machen und sind davon überzeugt, daß wir hierbei alle gerechtdenkenden Japaner auf unserer Seite haben.“ Die Resolution wurde namentlich wissenschaftlichen Vereinen Japans, sowie den hervorragendsten Gelehrten und wissenschaftlichen Arbeitern, auch denen, die sich in der Schweiz aufhalten, zugestellt.

Der Lektor des Chinesischen am Orientalischen Seminar in Berlin, **Hsü Shen**, konnte dieser Tage auf eine 30jährige Dozentenzeit in Berlin zurückblicken. Er blieb auch während des Krieges hier, machte niemals aus seiner Deutschfreundlichkeit ein Hehl und unterbrach seine Tätigkeit nicht. Dozenten und Schüler veranstalteten zu seinen Ehren eine kleine Feierlichkeit, die von seiner Beliebtheit Zeugnis ablegte.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Deutsch-russischer und deutsch-lettländischer Gefangenen austausch.

Die beiden von Deutschland mit der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik und der lettländischen Republik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen getroffenen Abkommen sind nunmehr in Kraft getreten und in Nr. 132 des Reichsanzeigers veröffentlicht worden. Nach der Vereinbarung soll die Heimschaffung der Gefangenen sofort beginnen und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, doch werden nur diejenigen Personen befördert, die heimzukehren wünschen.

Für Italien-Deutsche.

Das Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamts berichtet, daß eine italienische Mission, als sie jetzt die deutschen Besatzungen am Gardasee besichtigte, festgestellt habe, daß diese Besitztümer durch den Krieg sehr gelitten hätten, ebenso wie die in Genua in eine alte Kirche zusammengetragenen Mobiliarbesitzungen der Deutschen durch Diebstahl und Nässe gewaltigen Schaden erlitten hätten. Es soll ein Konsortium gebildet werden, um der Regierung den Gegenwert für die deutschen Besitztümer an den oberitalienischen Seen zur Verfügung zu stellen, an dem dann die deutschen Besitzer entschädigt werden sollten.

Einreise nach China.

Alle Gerüchte, wonach die Einreiseerlaubnis nach China vereinfacht worden sei und es keinerlei Schwierigkeiten mache, in Schanghai an Land zu kommen, sind falsch. Es bestehen noch die alten Einreisebestimmungen, die sogar neuerdings von der chinesischen Regierung, vielleicht nicht ohne gültige Beihilfe der Ententeregierungen, verschärft gehandhabt werden. Selbstverständlich arbeiten die deutschen Behörden daran, eine Erleichterung dieser Bestimmungen zu erwirken, doch dürfte das nur diejenigen, die nach China ausreisen wollen, zurzeit mit solchen Hoffnungen noch nicht rechnen. Nach wie vor wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur Innehaltung aller Bestimmungen eine glatte Einreise ermöglichen kann.

Teilweise Freigabe des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten Eigentums.

Am 5. Juni 1920 ging im Kongreß in Washington ein Änderungsgesetz zum Trading with the Enemy Act durch, nach dem Eigentum im Werte von über 150 000 000 Dollar, das

während des Krieges vom Alien Property Custodian (Verwalter feindlichen Eigentums) übernommen worden war, den Eigentümern zurückzugeben ist. Das bedeutet einen bemerkenswerten Prozentsatz des zurzeit noch in Händen der Vereinigten Staaten befindlichen feindlichen Eigentums, dessen Wert von der „New York Tribune“ anfangs Juli dieses Jahres auf eine halbe Milliarde Dollar veranschlagt wurde.

Unter das neue Abänderungsgesetz fallen in erster Linie die Vermögen verschiedener amerikanischer Erbinnen, die an feindliche Staatsangehörige verheiratet sind, ferner das Eigentum der deutschen Gesandtschaft, feindlicher diplomatischer Vertreter, gewisser internierter Ausländer und von Frauen, die nach Geburt alliierten oder neutralen Ländern angehörten, jedoch mit Untertanen der Mittelmächte verheiratet sind. Auch ungerechtfertigterweise sequestriertes Eigentum soll zurückerstattet werden.

Weiterhin kommt das Abänderungsgesetz den Angehörigen freier Städte und neuer Staaten zugute, die durch die Friedensverträge geschaffen worden sind und künftighin nicht mehr zu Deutschland und Österreich-Ungarn gehören, auf Grund dieser früheren Zugehörigkeit jedoch unter die Trading with the Enemy fielen. Einzige Bedingung ist in diesen Fällen, daß die deutsche oder österreich-ungarische Staatsangehörigkeit der Betroffenen kraft eines Friedensvertrages, der zwischen den Vereinigten Staaten und drei oder mehreren der Mächte Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits sowie Deutschland oder Österreich-Ungarn andererseits beziehungsweise zwischen den Vereinigten Staaten und einem der neuen Staaten abgeschlossen worden ist oder noch werden wird, gewechselt hat. Dieser als *conditio sine qua non* aufgestellte Staatsangehörigkeitswechsel muß demjenigen, der seine Rückerstattungsansprüche aus dem Abänderungsgesetz geltend machen will, von einer dazu berechtigten Behörde seiner Regierung bestätigt werden.

Über deutsche, österreichische, ungarische, und österreichisch-ungarische Staatsangehörige, die die Vergünstigung des Abänderungsgesetzes genießen sollen, bestimmt dieses im einzelnen, daß in Betracht kommen:

1. Frauen, die zur Zeit ihrer Verheiratung Untertanen oder Staatsangehörige eines Staates waren, der während des Krieges neutral blieb oder sich zur Führung dieses Krieges mit den Vereinigten Staaten verbündet hatte und die vor dem 6. 4. 1917 einen Untertanen oder Staatsangehörigen Deutschlands usw. geheiratet haben, vorausgesetzt, daß das reklamierte Eigentum der Betroffenen weder direkt noch indirekt von irgendeinem Untertanen oder Staatsangehörigen Deutschlands usw. stammt.
2. Frauen, die zur Zeit ihrer Heirat von Geburt Staatsangehörige der Vereinigten Staaten waren und die vor dem 6. 4. 1917 usw. wie unter 1.
3. Untertanen oder Staatsangehörige Deutschlands usw., die während des Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und den genannten Staaten andererseits bei ersteren als diplomatische oder konsularische Vertreter dieser Staaten akkreditiert waren, ferner Ehefrauen und minderjährige Kinder solcher Beamten, vorausgesetzt, daß das Geld und sonstiges Eigentum sich auf Grund der amtlichen Tätigkeit des Betroffenen innerhalb der Vereinigten Staaten befand.
4. Untertanen und Staatsangehörige Deutschlands usw., die zufolge Bestimmung der Artikel 4067 bis 4070 zu den Revised Statutes und zufolge der hierzu erlassenen Proklamationen und Verfügungen nach ihrer Festnahme

zwecks Internierung für die Dauer des Krieges in Gewahrsam des War Departments (Kriegsministeriums) kamen und die zur Zeit der nach dem Änderungsgesetz vorgesehenen Rückgabe ihres Geldes oder sonstigen Eigentums innerhalb der Vereinigten Staaten leben.

5. Teilhaber, Associés oder nicht körperschaftliche Gruppen von Einzelpersonen außerhalb der Vereinigten Staaten oder in irgendeinem Lande außerhalb der Vereinigten Staaten eingetragene Gesellschaften, die zu dieser Zeit sich völlig im Besitze von Untertanen oder Staatsangehörigen nichtdeutscher usw. Staaten, Nationen oder Freistädte befinden.
6. Die Regierungen Bulgariens und der Türkei sowie alle politischen und sonstigen Verwaltungsunterabteilungen derselben.
7. Die Regierungen Deutschlands usw., vorausgesetzt, daß das Geld oder sonstige Eigentum diplomatisches oder konsularisches Eigentum derselben war.
8. Neben dem Recht, beim Präsidenten Antrag auf Eigentumsrückerstattung zu stellen, das den vorgenannten Kategorien eingeräumt wird, ist anderen Personen usw. noch die Möglichkeit, auf Grund von Billigkeitsgründen klageweise vorzugehen, gegeben.

Unter gewissen Bedingungen haben auch gesetzliche Nachfolger oder Vertreter Verstorbener, die unter das Abänderungsgesetz fallen würden, wenn sie noch am Leben wären, das Recht, Anspruch auf Rückgabe zu erheben.

Einige weitere Bestimmungen beziehen sich auf Geltendmachung von Ansprüchen alliierter und neutraler Gläubiger an die zurückzugebenden Eigentumswerte, die unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit unter gewissen Bedingungen zugestanden wird.

WIRTSCHAFTLICHES

Über die Lage der Deutschen in Polen und die Möglichkeit Deutschlands, diese durch ihm zu Gebote stehende Druckmittel erträglicher zu gestalten, schreibt die „Warte“: Kein Bürger deutschen Stammes erhält mit behördlicher Genehmigung das Recht zum Erwerb eines Grundstückes. Bei Ansiedlerstelle ist die Besitznachfolge durch Erbgang nicht zulässig. Deutsche Pächter müssen häufig schon vor Ablauf ihrer Pachtzeit ihre Stelle verlassen. Verbindung von Staatspacht und Eigenbesitz wird nicht geduldet. Die als liquidationsfähig angesehenen Güter werden unter Staatsaufsicht gestellt; dabei wird dem Besitzer der Einfluß auf seinen Wirtschaftsbetrieb genommen. Die Polen verlangen, obwohl der Friedensvertrag keine Berechtigung dazu gibt, den ununterbrochenen Wohnsitz seit dem 1. 1. 1908. Wer zufällig später zugezogen ist, auch wenn der Besitz schon lange in seiner Familie ist, muß sich der Liquidation unterziehen. Die Zwangswirtschaft wird ausgenutzt, um den deutschen Unternehmer von der Belieferung mit Rohmaterialien auszuschließen und ihn so zum Verkauf seines Betriebes „willig zu machen“, wie es mit der chemischen Fabrik Milch in Posen schon geschehen ist. In Polen beheimateten und geborenen Deutschen wird die Einreise versagt. Deutsche Ärzte, Beamte und andere Angestellte werden nicht eingestellt. Frei gewordene Wohnungen werden nur Polen vorbehalten. Die deutsche Sprache und die deutsche Schule werden systematisch unterdrückt.

Nun haben die Polen ein mindestens ebenso großes Interesse daran, die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen wieder

herzustellen wie Deutschland selbst. Die Zuckerindustrie, die Textilindustrie, Elektrizitätswerke usw., die mit deutschen Maschinen arbeiten, sind auf Ersatzteile aus Deutschland angewiesen. Die polnische Landwirtschaft wird vernichtet ohne den Bezug von deutschem Stickstoff und Kali. Eine Sperrung der Lieferung der Ersatzteile für Maschinen und der Lieferung von Chemikalien würde einen gewaltigen Druck auf Polen ausüben. Es sollten ferner die deutschen Getreidehändler in Polen, die gleichzeitig mit Düngemitteln zu handeln pflegen, ebenso wie deutsche Firmen von dem Kalisyndikat in erster Linie berücksichtigt werden. Ein unhaltbarer Zustand aber sei es, wenn solche Firmen, wenn sie in Berlin wegen des Bezuges von Kali vorstellig werden, abschlägig beschieden werden, während polnische Firmen, wie die polnische Bank Zemian, nach wie vor beliefert werden. Auf jeden Fall habe Deutschland die Pflicht, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, damit den Bürgern deutschen Stammes in Polen ihre völkische und wirtschaftliche Existenz gesichert bleibe.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN.

Eine Invaliditäts- und Altersversorgung für Auslandsdeutsche und Kriegs- und Zivil-Gefangene.

Man schreibt uns: Die Fülle der täglichen Sorgen und Nöte der Flüchtlinge und ehemals Kriegs- und Zivilgefangenen haben bisher die Bearbeitung der wichtigen Frage der Fürsorge für Invalidität und Alter verzögert; und doch ist die Bearbeitung derselben dringlich.

Unter den Flüchtlingen und Gefangenen befinden sich einige Tausend, die heute in einem solchen Zustande oder in einem Alter sind, daß es ausgeschlossen ist, daß sie je wieder hochkommen könnten; andere denken für sich und die Ihrigen mit Grauen an die Zeit, da sie in diese Kategorie hinabgleiten werden, denn ihr momentanes Einkommen reicht nur für das derzeit Notwendigste. Aber auch diejenigen, denen es z. Z. gut geht oder die noch jung und rüstig sind, wissen nicht, wie sich die allgemeinen und ihre privaten Verhältnisse gestalten werden und ob nicht auch sie einmal in Verhältnisse kommen können, in denen ihnen ein beruhigendes Gefühl sein wird der Gedanke: Es ist wenigstens dafür gesorgt, daß ich nie auf die Straße kommen kann.

Viele Millionen von Vorsichtigen glaubten sich bis vor drei Jahren sicher für ihr Alter, glaubten die Zukunft ihrer Angehörigen gesichert, denn sie hatten eine Alterspension, eine Rente resp. eine Versicherung. Wie geht es den meisten von ihnen heute bei der Entwertung des Geldes, der unheimlichen Valuta? Aus ist es mit der Ruhe des Alters infolge des Sinkens des Geldwertes etc.

Was ist da für unsere Flüchtlinge und Gefangenen zu tun? Bemerken wir zunächst, daß Reich, Staaten und Gemeinden natürlich den Abbau der Fürsorge wünschen, denn diese Ausgaben sind groß, und, was das Schlimmste für geordnete Verhältnisse ist, schwankend. Dieser Abbau ist aber nur möglich, wenn für die Volksgenossen gesorgt ist, die sonst ein dauerndes Element der Unzufriedenheit und der Unruhe bleiben werden.

In Anbetracht der Lage des Reiches dürfte deshalb wohl folgender Vorschlag beachtenswert sein:

1. Man schaffe Invaliden- und Alterzufluchtstätten. Unter den gedachten Kriegsoptionen haben viele keine Angehörigen, sie sind pflegebedürftig. Diese Leute gehören in ein Heim, das möglichst in kleinen Städten oder auf dem Lande liegen sollte, überflüssige Staatsschlösser, Kasernen etc.

Die Leitung, resp. die Zurichtung dieser Heime wäre am besten dem Roten Kreuz zu übertragen.

2. Für alle Betroffenen aber wäre eine Zwangsversicherung zu schaffen, die ihnen den Anspruch verschafft auf evtl. Unterbringung in einem solchen Flüchtlingsheim, resp. auf eine Rente, die je nach dem jeweiligen Geldwerte genügen muß, um einfach leben zu können. — Daneben könnte man eine Stiftung bilden, aus der Mittel für bescheidene Zulagen gewährt werden könnten, z. B. für Teilnahme an den geistigen, künstler. und sonstigen Interessen des Volks.
3. Zu erweitern wäre die Versicherung vielleicht dahin, daß sie jeden Auswanderer verpflichtet, in die Versicherung einzutreten, wenn anders er wünscht, seine Staatsangehörigkeit zu hehalten und auf die Hilfe des Reiches zurückgreifen, jederzeit seine Einrichtungen — wie z. B. Konsulate, Handelskammern — als gleichberechtigter Bürger benutzen zu können.
4. müßte es den Volksgenossen in der Fremde ermöglicht werden, durch eine einmalige Zahlung oder durch regelmäßige Leistungen an das gleiche Institut das Recht auf einen gesicherten Lebensabend in der Heimat zu erwerben.

Es ist im allgemeinen deutsche Art, die Liebe zur Heimat trotz allen Brummens nie ganz zu verlieren und die Heimat hat selbst das allergrößte Interesse daran, diese Gefühle zu pflegen, denn aus ihnen fließen ihr ungezählte Werte, geistige und materielle zu. Sie hat alles Interesse daran, daß immer wieder ein Strom gereifter Erfahrungen und guter Verbindungen zurückfließt.

Nun noch einige Ideen zur technischen Lösung der Aufgabe. Es läge nahe, eine der bestehenden Einrichtungen zu benutzen, z. B. die Alters- und Invalidenversicherung. Aber alle diese Einrichtungen haben für ihre Leistungen gesetzlich festgelegte Voraussetzungen, wie z. B. bei der Alters- und Invalidenversicherung die Voraussetzung, daß jemand im Inlande in einem Arbeitsverhältnisse während einer bestimmten Mindestzeit gestanden hat. Es könnte also lediglich in Frage kommen, daß man eine Invaliden- und Altersversicherung für Kriegsoptionen oder für bestimmte Kategorien derselben schüfe und zur Ersparnis eines Apparates und zur Beschleunigung des Eintretens ihrer Wirkungen den Landesversicherungsanstalten anschlösse. Auch könnten dieselben Formulare und Marken benutzt werden, indem man entweder einen entsprechenden Vermerk auf den Karten machte oder ihnen eine andere Farbe gäbe. Im Auslande hätten die Konsulate, Gesandtschaften oder die Handelskammern, Dampfergesellschaften etc. die Geschäfte zu besorgen. — Die diplom. Vertretungen kleben ja sowieso für ihr Personal. —

Beim Inkrafttreten des erwähnten Alters- und Invaliden-Gesetzes hatte s. Z. die Reichsregierung Übergangsbestimmungen erlassen, die es ermöglichen sollten, baldmöglichst schon Interessenten die Wohltaten des Gesetzes zugute kommen lassen zu können, die beim Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr in der Lage gewesen wären, seine Bestimmungen ganz zu erfüllen.

Hier, wo es sich um möglichst sofortige Hilfe handelt, könnte m. E. folgender Modus gefunden werden. Alle Betroffenen, die nachweislich invalide oder sehr vermindert arbeitsfähig sind z. B. wegen vorgerückten Alters (60 oder 65 Jahre), scheiden aus der gemeindlichen oder staatlichen Flüchtlingsfürsorge etc. aus. Die betreffenden Kassen überweisen dieselben mit den prozentualen Mitteln an die Landesversicherungsanstalten. Die Landesanstalten erhalten vom Reiche den erforderlichen Zuschuß, um die Hilfe zu vervollständigen. Personen, die den Wunsch äußern oder die keine Familienpflege haben, überweisen sie in ge-

eignete Pflegestätten, bis besondere Kriegsofferheime bereitet sind.

Bei den Flüchtlingen z. B. verrechnet das Reich diese Leistungen auf die Entschädigungsansprüche, welche die Flüchtlinge ihm gegenüber haben.

Daraus ergibt sich bezüglich der Auslandsdeutschen folgender Vorschlag:

Von allen angemeldeten und vorgeprüften Forderungen werden 10 % auf das Konto der Invaliden- und Altersversicherung gutgeschrieben und zwar von den Beträgen bis 15 000 Mark, von allen darüber hinausgehenden Forderungsteilen + 5 % pro angefangene 20 000 Mark, also von einer Forderung von 55 000 Mark 10 % von 15 000, 15 % von 20 000, 20 % 20 000, Höchstabzug 60 %, der also eintreten würde bei dem Anmeldungsbetrage, der über 195 000 Mark hinausgeht.

Alle Forderungen bezüglich Verlust von Existenz, Firma u. dgl. wären zugunsten der ged. Leistung mit 50 % abzuschreiben und die übrigen 50 % nur dann mit dem Betroffenen zu verrechnen, wenn er noch erwerbsfähig und tätig ist.

Im übrigen sollte das Reich alle Beträge bis 15 000 Mark — gleich einem guten Jahreseinkommen — bar ausbezahlen und für den Rest unverzinsliche Amortisationsschuldverschrei-

bungen ausgeben. Letztere mit 2 % Amortisation und 1½ % Auslosung.

Diese Vorschläge mögen manchem nicht in seinen Kram passen, aber sie wollen auch nur das gemeinsame Unglück mildern unter Berücksichtigung, daß wir nur ein Teil des großen Ganzen sind und daß dieses Ganze schwer um seinen Wiederaufbau kämpft.

Es wird ja wohl kein denkender Mensch, der etwas rechnen kann, erwarten, daß das Reich die ganzen Forderungen begleichen kann, die alle Kategorien von Kriegsoffern zusammen haben; haben doch schon die Freinde sich mit dem Gedanken einer Amortisation ihrer Forderungen abgefunden. Eines aber müssen wir fordern, daß man Klarheit schafft und geradeheraus den Betroffenen erklärt, woran sie sind und was möglich ist. Im übrigen können wir, wenn wir Eigenart des deutschen und die Entwicklung der nord. Völker im allgemeinen berücksichtigen, darauf hoffen, daß wir in Jahren zu einer genügenden Invaliden- und Altersversorgung kommen können.

Es ist von der größten Wichtigkeit, daß Grundlagen, wie die hier vorgeschlagene, dem Volke den Mut geben, weiter zu streben.
E. Umbeck-München.

AUSWANDERUNGSWESEN

Für Auswanderer nach Paraguay.

Nachtrag des Deutschen Volksbundes für Paraguay zu seinem Buche: „Paraguay, Winke für Einwanderer“. (Zu erhalten durch den Verlag „Ausland und Heimat“, Stuttgart, Neues Schloß.)

Deutschösterreich sowie die übrigen ehemaligen österreich-ungarischen Staaten haben in Paraguay noch keine offizielle Vertretung.

In Dresden befindet sich ein paraguayisches Generalkonsulat, Bruno R. Leitert, Generalkonsul.

Das paraguayische Konsulat in Baden-Baden ist durch das Ableben des Herrn Kiehle unbesetzt.

Industrien.

Die erste Fabrik für Fasergewinnung (Rosella) gibt gute Resultate. — Desgleichen eine kleine Fabrik zur Gewinnung von Farbstoffen.

Einwanderungsgesetz.

Von den Vergünstigungen sind zurzeit in Kraft: Freie Einfuhr der im Buche aufgeführten Gegenstände, freier Aufenthalt für acht Tage in Asunción, notfalls auch mehr, freie Weiterreise zum Bestimmungsort, freie Reise von Buenos Aires nach Asunción. Letztere Bestimmung hat in dieser Zeit wiederholt Änderungen erfahren. Für das Jahr 1920 wurde die Reise wieder freigegeben für von der Regierung angeworbene Kolonisten, doch wird die Bestimmung so gehandhabt, daß brauchbare Elemente im allgemeinen die Vergütung erhalten. Man beachte aber die Bestimmungen des Einwanderergesetzes. — Neuerdings können Kolonisten, eventuell auch Handwerker auf dem Lande, Gerätschaften und Handwerkszeug von der Banco Agricola gegen Kredit erhalten, Sämereien meist umsonst. In einzelnen Fällen wird sogar Vieh in Aussicht gestellt. Man darf aber mit diesen Vergünstigungen nicht unbedingt rechnen, da die Bank infolge ihrer wenig günstigen Finanzlage eine diesbezügliche Garantie nicht übernehmen kann.

Preise von Ländereien.

Im allgemeinen gelten die Angaben unseres Buches. In einzelnen Kolonien haben die Preise eine Kleinigkeit angezogen. Man hüte sich vor den Zahlen aus älteren Büchern,

besonders wenn sie in Reichsmark angegeben sind. Auch in neueren Büchern (zum Beispiel Hirsch-Wien 1915) stammen die Preise aus zurückliegenden Zeiten.

Regierungskolonien.

Durchweg äußerst fruchtbarer Urwaldboden.

Kolonie Independencia (Mubevo), etwa 25 Kilometer von Villarica entfernt. Nur Lose für Landwirtschaft von 20 Hektar, Jungesellen 10 Hektar. In der Gründung begriffen. Guter Absatz.

Kolonie General Aquino, 32 Kilometer von Villa Rosario entfernt gelegen. Lose für Landwirtschaft von 10 und 16 Hektar. Absatz für Kleinerzeugnisse nicht günstig, wohl aber für Ausfuhrprodukte wie Baumwolle, Yerba usw.

Kolonie José Berges, bei Horqueta (Concepción), in der Nähe der Bahn. Lose von 10, 16 und 20 Hektar. Gute Absatzmöglichkeiten, besonders auch für Gemüse. Dasselbe gilt von

Kolonie General Diaz, 10 Kilometer von Concepción entfernt, in der Nähe der Bahn. Nur Lose von 7, 9 und 10 Hektar und zwar 30.

Kolonie Monte Sociedad, im Chaco gelegen, etwa 30 Kilometer flußaufwärts von Asunción und 13½ Kilometer landeinwärts. Lose für Landwirtschaft von 6, 10 und 12 Hektar. Auch sind Lose für Viehzucht vorhanden. Absatzmöglichkeiten gut.

In allen Kolonien sind Gemeindeweideplätze vorhanden.

Außer den genannten Kolonien gibt es eine Reihe von kleineren, über das ganze Land verstreut.

Die Bedingungen für den Erwerb von Losen haben keinerlei Veränderung erlitten.

Das Heimstättengesetz ist in verschiedenen Kolonien durchgeführt worden; es werden 10 Hektar abgegeben, doch machen wir darauf aufmerksam, daß solche Lose unveräußerlich sind.

Aussichten für Nichtlandwirte.

Landwirtschaftliche Arbeiter finden überall Beschäftigung bei bescheidenen Verhältnissen. Bei anhaltendem

Fleiß kann nach Verlauf von einigen Jahren Selbständigkeit eintreten. Dasselbe gilt von tüchtigen, besonders jüngeren Leuten anderer Berufe.

Schüler auf deutschen und nichtdeutschen Bauernwirtschaften können bei bescheidenen Bedingungen im Anfang überall unterkommen.

Für Schüler auf Viehzüchtereien ist nur noch beschränkter Bedarf vorhanden, besonders wenn es sich um Nichtlandwirte und solche handelt, welche der Landessprache nicht mächtig sind.

Handwerker aller Art auf dem Lande, in Verbindung mit Landwirtschaft, haben überall Aussichten auf Vorwärtskommen.

Ungelernte Arbeiter aller Arten haben in Paraguay keinerlei Aussichten zu erwarten, es sei denn, daß sie sich in der Landwirtschaft betätigen.

Handwerker als Gesellen. Die Löhne werden von einheimischen, italienischen und spanischen Kollegen ziemlich gedrückt, besonders in folgenden Zweigen: Schuhmacher, Schneider, Maurer, Tischler, Uhrmacher, Goldarbeiter; immerhin sind die Löhne auskömmlich. Der Bedarf ist nicht sehr groß. — Weit bessere Aussichten haben Gesellen beziehungsweise Werkmeister in folgenden Zweigen: Elektriker (Bedarf beschränkt), Mechaniker, Schlosser, Dreher und andere Metallarbeiter, Maschinensachverständige. In diesen Berufszweigen werden Deutsche stets bevorzugt. Der Bedarf nimmt mit der Entwicklung der Industrie zu.

Selbständige Handwerker, die sich ausschließlich ihrem Berufe widmen wollen, haben, wenn sie über Handwerkszeug und etwas Kapital verfügen, mindestens 200 bis 300 Goldpesos ohne Hauseinrichtung, sowohl in Asunción, als auch in kleineren Städten und teilweise auch auf dem Lande recht gute Aussichten für ihr Fortkommen. Das gilt besonders von Schneidern, Schuhmachern, Stellmachern, Schmieden, Schlossern, Büchsenmachern, Mechanikern, Uhrmachern.

Photographen. In Asunción wenig Aussicht; mehr in den Landstädten und auch als Reisephographen; Bedarf beschränkt.

Schweineschlächter, im Wurstmachen erfahren, mit etwas Kapital, finden ihr Fortkommen, besonders wenn sie mit größeren Mitteln (etwa 1000 Goldpesos) in Asunción arbeiten.

Sattler, besonders mit der Herstellung von Sätteln vertraute, werden benötigt.

Köche finden in beschränkter Zahl recht gute Stellen.

Köchinnen sind sehr gesucht und verdienen im Monat bis zu 20 Goldpesos, Ehepaare ebenso, die Frau als Köchin, der Mann für Hof und Garten oder für andere Beschäftigung, je nach den Verhältnissen.

Weibliche Dienstboten finden stets Beschäftigung und werden durchschnittlich mit 5 bis 10 Goldpesos bezahlt, in besseren Stellungen entsprechend mehr.

Gärtner. Als Gehilfe ist der Verdienst bescheiden; Gelegenheit zum Selbständigmachen ist bei etwas Kapital (500 bis 1000 Goldpesos) gut möglich, sowohl als Handelsgärtner, als auch in der Kunstgärtnerei. Unmittelbare Nähe einer größeren Stadt ist von großer Bedeutung.

Molkereigewerbe. Wenn auch unsere Viehzüchter die Wichtigkeit von Molkereibetrieben eingesehen haben und sich alle Mühe geben, tüchtiges Personal dafür zu gewinnen, haben die bisher angekommenen Fachleute noch wenig Freude erlebt. Der gänzlich von den europäischen Verhältnissen abweichende Betrieb der Viehwirtschaft legt dem Neuling große Schwierigkeiten in den Weg. Das Milchvieh muß zum Beispiel erst gezähmt werden; die technischen Einrichtungen sind sehr primitiv,

die Qualität der Milch verschieden von der europäischen usw. Auch etwas Kenntnisse der spanischen Sprache sind unumgänglich notwendig. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, so können tüchtige Fachleute sehr gut verdienen.

Böttcher werden als Gesellen gut bezahlt; Bedarf sehr klein. In selbständiger Stellung dürfte ein gutes Geschäft möglich sein.

Gerber finden als Gesellen in beschränkter Anzahl Stellung; die Bezahlung ist mittelmäßig, vielleicht Spezialisten ausgenommen.

Musiker. Militärmusiker werden andauernd gesucht. Sie stehen unter dem Militärgesetz, können aber ihre Nationalität beibehalten. Wohnung, Essen und Kleidung frei. Gehalt 25 bis 40 Goldpesos. Aussicht auf Kapellmeisterstellen sehr gering. Nebenverdienst in Orchestern für Streichmusik ist in vielen Fällen möglich. Sonst sind die Aussichten für Musiker recht gering, höchstens in Verbindung mit einem anderen Berufe.

Für alle nicht genannten Berufe sind die Aussichten weniger günstig.

Kaufmännische Angestellte finden nur in wenigen Fällen sofort Anstellung. Besser sind die Aussichten bei Kenntnis der Landessprache und der einheimischen Verhältnisse im allgemeinen.

Apotheker und Drogisten können in einzelnen Fällen untergebracht werden. Apotheker mit Kapital (etwa 2000 Goldpesos) haben Aussicht, sich bei Kenntnis der Sprache und nach Ablegung einer Prüfung auf dem Lande günstig niederlassen zu können.

Einige Hebammen können in deutschen Kolonien unterkommen.

Diplomierte Pflegerinnen werden sowohl in Asunción als auch auf dem Lande gebraucht bei auskömmlichem Gehalt.

Für Tierärzte bietet sich zuweilen Gelegenheit zu Stellungen. Gern werden solche auf größeren Viehzüchtereien angenommen, wo sie sich aber am allgemeinen Betriebe beteiligen müssen.

Gute Zahnärzte finden überall im Lande lohnende Beschäftigung.

Ärzte in beschränkter Anzahl werden gebraucht; sobald sie eine Prüfung in spanischer Sprache abgelegt haben, verdienen sie gut. Bei der Prüfung (ebenso wie bei Zahnärzten, Apothekern, Landmessern usw.) ergeben sich zuweilen Schwierigkeiten, doch wird sich ein tüchtiger Fachmann durchzusetzen wissen. Die Prüfung muß in allen Fächern abgelegt werden. — Am besten betätigen sich die Ärzte zunächst auf dem Lande, wo sie auf Grund ihrer beglaubigten Zeugnisse usw. sofort arbeiten können. — Es muß empfohlen werden, möglichst reichhaltige Ausstattung an Instrumenten mitzubringen. (Über Kapital siehe Buch!)

Land- und Feldmesser finden in beschränkter Anzahl Arbeit, besonders wenn sie später ihre Prüfung bestanden haben.

Für deutsche Rechtsanwälte, Notare usw. bietet Paraguay kein Arbeitsfeld.

Ingenieure aller Art finden höchst selten, und dann nur durch Zufälle, wie sie sich hier zuweilen ergeben, Beschäftigung, ebenso wenig Architekten.

Chemiker. Es herrscht zuweilen Nachfrage nach solchen, besonders in Analysen bewanderten. Möglichkeiten sehr gering.

Für Lehrer sind die Aussichten fast ebenso beschränkt, besonders für solche von höherem Schulfach. Einträgliche Stellen werden ausschließlich durch das Auswärtige Amt vermittelt.

Dasselbe gilt von Pfarrern aller Konfessionen.

Gänzlich unbrauchbar sind, falls sie nicht über genügend Kapital und viel Energie verfügen, Beamte aller Art. Nur selten gelingt es einem, ein kleines Pöstchen im Staatsdienst zu erhalten.

Ehemalige Offiziere und Militärbeamte sind verschiedentlich von der Regierung angestellt worden, meist unter sehr günstigen Bedingungen, doch muß man die Aufnahme-fähigkeit als beendet betrachten.

Über die Aussichten in anderen Berufszweigen siehe oben.

Ratschläge für Einwanderer.

Was wir über die unglaublichen Verleumdungen Paraguays in Argentinien gesagt haben, besteht noch heute zu Recht. Vorsicht! Man wende sich bei Ankunft in Buenos Aires an das paraguayische Generalkonsulat; es ist ein deutschsprechender Beamter vorhanden.

Nun zur Auswanderung selbst!

Wir betonen nochmals, daß alle unsere Angaben der Wirklichkeit entsprechen; wir beschönigen nichts, wir übertreiben auch nicht. Gegenteilige Angaben von anderer Seite behandle man mit größter Vorsicht! — Wer auf Grund unserer Angaben glaubt, in Paraguay eine neue Heimat gründen zu können, erkundige sich zunächst nach dem Fahrpreis (ab Amsterdam, Hamburg, Triest und Genua), ferner über den Stand der Valuta des betreffenden Landes und weiter nach dem Verhältnis derselben zu dem argentinischen Goldpeso. Nur so kann er sich ein genaues Bild seiner finanziellen Lage bei Ankunft in Paraguay machen.

Man vergesse nicht die Vorschriften des Einwanderergesetzes.

Verschiedene Einwanderer haben mit Vorteil einen Teil des baren Geldes in Handelsartikel umgesetzt (Ausfuhrerlaubnis nach-suchen!) und zwar mit Vorzug in pharmazeutischen Artikeln, kleineren Eisen- und Stahlwaren, Schmucksachen, doch bedenke man auch den Umstand, daß in fast allen Fällen (mit Ausnahme von kleinen Mengen) hier Einfuhrzoll zu bezahlen ist. Eine weitere Schwierigkeit dabei besteht darin, daß Argentinien Reise-gut meist nicht als Transitgut behandelt. Sollten sich in Buenos Aires Schwierigkeiten ergeben (man verheimliche niemals irgend welche Waren, weil sie sonst weggenommen werden), so tut man am besten, die Waren in Buenos Aires zu verkaufen.

Wir sind überzeugt, daß, wenn man unsere Ausführungen in richtiger Weise überdenkt und genaue Berechnungen anstellt,

man in Deutschland sein Kapital im allgemeinen besser und nutzbringender anlegen kann als hier, denn für einen argentinischen Goldpeso bezahlt man heute zwischen 60 und 90 Mark!

Wer sich nun aber trotz der schlechten Valuta zur Auswanderung nach Paraguay entschließt, möge sich darüber klar sein, daß ohne Kapital nur in den wenigsten Fällen auf einen gesunden Anfang zu rechnen ist. Das mögen besonders Verheiratete bedenken. — Familienvätern raten wir ab, allein zu kommen, wenn nicht genügend Mittel für die Reise der Angehörigen drüben liegen. Im Anfang darf man auf keinen großen Verdienst rechnen, besonders in der Landwirtschaft.

Es ist ausgeschlossen, von hier aus irgend welche Mittel für Reiseunkosten zu erhalten; Anfragen in diesem Sinne sind vollkommen zwecklos. Auch die paraguayische Regierung verfügt über solche Mittel nicht.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch erwähnen, daß irgend welche Stellungen von hier aus im allgemeinen nicht vermittelt werden können.

Zum Schluß noch ein Wort über Siedlungsgenossenschaften. In Regierungskolonien sind die verfügbaren Gebiete nur gering und nur nach Überwindung großer Schwierigkeiten zu erreichen. Der Ausführung solcher Pläne in Privatländereien, die reichlich zur Verfügung stehen, steht natürlich nichts im Wege, doch sind hierbei die Kosten nicht außer acht zu lassen. — Auf keinen Fall sende man größere Gruppen hinaus, wenn nicht durch eine Vorkommission alle Schwierigkeiten einwandfrei überwunden worden sind. Im übrigen ist das Reichswanderungsamt über diese Angelegenheit genau unterrichtet.

Bevor man einer Genossenschaft, einer Auswanderungsgesellschaft, beitrifft, erkundige man sich daher beim Reichswanderungsamt oder bei der Auswandererberatungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart!

In der Überzeugung, mit unserer kleinen Arbeit sowohl den Interessen Paraguays als auch denen unserer auswanderungslustigen Brüder in der Heimat gedient zu haben, schließen wir unsere Ausführungen.

Asunción, Ende März 1920.

Deutscher Volksbund für Paraguay E. V.

Was man von Kolumbien wissen muß!

(Antworten auf Anfragen deutscher Auswanderungslustiger.)

Aus Bogotá wird uns vom März 1920 geschrieben:

1. Ist eine Einwanderung Deutscher in Kolumbien seitens der Regierung erwünscht?

Die Regierung erklärt, daß ihr deutsche Einwanderer erwünscht seien.

2. Verhalten der Bevölkerung Kolumbiens Deutschland gegenüber?

Die große Masse des Volkes ist deutschfreundlich, die oberen Schichten sympathisieren mit Frankreich.

3. Ein Heimstädtengesetz (ley del hogar) gibt es nicht.

4. und 5. Es denkt niemand an den Erlass eines solchen Heimstädtengesetzes.

6. Die Regierung gibt Siedlungsland kostenlos an Einheimische wie an Ausländer ab, und zwar bis zu 2500 Hektar pro erwachsene Person. Die diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen sind kurz die folgenden:

Freie Regierungsländereien (tierras baldías) können die Ansiedler dadurch unentgeltlich erwerben, daß sie sie urbar machen oder mit Vieh besetzen. Wer sich auf freiem Regierungsland

niederläßt, ein Wohnhaus errichtet und Kulturpflanzen, wie Kakao Kaffee, Zuckerrohr, Reis, Mais, Weizen usw. anbaut, hat Anspruch auf kostenlose Überlassung der bepflanzten Fläche und eines angrenzenden unbebauten, dreimal so großen Stückes Land. Wer auf freiem Regierungsland Viehzucht betreibt, wird unentgeltlich Eigentümer des mit Vieh besetzten Landes, vorausgesetzt, daß es nicht über 2500 Hektar groß und dauerhaft eingezäunt ist.

Freies Regierungsland kann auch durch Kauf erworben werden. Zu diesem Zwecke ist es nötig, sogenannte „bonos territoriales“ aufzukaufen, die zurzeit mit 30 Centavos pro Hektar käuflich sind. Zu diesem Kaufpreis kommen dann noch die Kosten für Vermessen und Überschreiben des betreffenden Geländes.

Artikel 47 des Gesetzes Nr. 110 von 1912 über Siedlungsland besagt u. a.: „Die Regierung übernimmt keine Gewähr dafür, daß das von ihr veräußerte Siedlungsland vorher herrenlos war, sie ist also nicht verpflichtet, die Rechtsgültigkeit der von ihr ausgestellten Grundbriefe zu verbürgen.“

7. In der Nähe von größeren Ortschaften, wo leichter Absatz der Farmerzeugnisse möglich ist, gibt es kein freies Regierungsland mehr. Das von Privaten zu kaufende Land stellt sich je nach Lage und Güte auf 10 bis 250 Dollar pro Hektar.

8. Beim Erwerb von Grundeigentum aus Regierungs- oder Privathänden ist auf jeden Fall der Beistand eines zuverlässigen Rechtsanwalts erforderlich, um späteren Enttäuschungen vorzubeugen. Es existieren noch Grundbriefe aus der Zeit der „Conquista“ (16. und 17. Jahrhundert), die noch Gültigkeit haben und mitunter erst dann präsentiert werden, nachdem der Ansiedler das betreffende Land durch seiner Hände Arbeit wertvoll gemacht hat. Gute Rechtsanwälte fordern sehr hohe Honorare.

9. Die Regierung gewährt den Einwanderern unter keinen Umständen und in keiner Form Beihilfen bis zur nächsten Ernte.

10. Muß mit Maschinen oder mit einfachem Zuchtvieh gepflegt werden?

Vorerst dürfte nur Handbearbeitung in Frage kommen.

Wie sind die Wasserverhältnisse? Können als günstig bezeichnet werden.

11. Die Regierung würde viele kleine deutsche Kolonien lieber sehen als wenige sehr große. Bei dem gebirgigen Charakter des Landes sind große geschlossene Ansiedlungen kaum möglich.

12. Das Land ist seit einer Reihe von Jahren von Heuschrecken verschont geblieben, unter anderem Ungeziefer hat die Landwirtschaft verhältnismäßig wenig zu leiden. Gegen Tierkrankheiten kommen die üblichen Schutzimpfungen und Injektionen zur Anwendung.

13. Zwecks leichten Absatzes der Farmerzeugnisse wäre es zweckmäßig, sich nicht in zu großer Entfernung von Städten, Straßen, Bahnen usw. niederzulassen. In den Städten können Lebensmittel jeder Art stets zu guten Preisen verkauft werden. Da, wo Farmerzeugnisse leicht abgesetzt werden können, herrscht meist Mangel an Arbeitskräften, wo diese billig sind, ist gewöhnlich der Absatz schwierig.

14. Zur Ausreise von gelernten Facharbeitern kann nur dann geraten werden, wenn die Betroffenen die Fähigkeit und die Mittel besitzen, sich selbständig zu machen. Als Gehilfen können sie wegen der niedrigen Löhne nicht mit den Einheimischen konkurrieren.

15. und 16. Die kolumbianische Regierung gewährt auf keinen Fall und in keinerlei Form Beihilfen zur Überfahrt. Die Kolumbianer sind der Ansicht, daß die deutsche Einwanderung ganz von selbst kommen muß und sie nicht nötig haben, für ihre Förderung und Organisation Geld auszugeben.

Auch im Inlande gewährt die Regierung auf keinen Fall freie Reise und Verpflegung. Die an ihrem Äußeren und der Sprache leicht kenntlichen Neuankommlinge müssen im Gegenteil alles teurer bezahlen als Einheimische.

17. Am Atlantischen Ozean kommen die Häfen Barranquilla, Cartagena und Santa Marta in Betracht, am Stillen Ozean Buenaventura und Tumaco.

Das mit den Einwanderern zusammen eintreffende Gepäck geht zollfrei ein; den Zollbeamten gegenüber muß betont werden, daß es sich um „Inmigrantes“ handelt.

18. Die Transportmittel sind im Allgemeinen leidlich. Das Reisen per Maultier ist noch immer am sichersten und bequemsten.

19. Die kolumbianische Regierung wünscht möglichst viele selbständige Landwirte, Industrielle und Bergbautreibende.

20. Mit den nötigen Geldmitteln versehene Einwanderer sind der kolumbianischen Regierung jederzeit willkommen.

Mit weniger als eintausend Dollar Gold läßt sich auch eine bescheidene Farm nicht erwerben oder einrichten.

21. Epidemisch treten manchmal auf: Pocken, Typhus, Dysenterie, Grippe, Trachoma; Lepra ist weit verbreitet. Im heißen Tieflande gibt es die bekannten Tropenkrankheiten.

22. Die Landessprache ist das Spanische; ihre Kenntnis ist unerlässlich.

23. Die Einreise kann ohne Rücksicht auf die Jahreszeit erfolgen.

24. Chinesische Kaufleute sind hauptsächlich an den Küstenplätzen tätig.

Japaner sind noch nicht vorhanden, aber die halbamtliche „Sociedad de Agricultores“ gedenkt in diesen Tagen eine Kommission nach Japan zu entsenden, um japanische Plantagenarbeiter in großem Maßstabe zu importieren, weil, wie sie sagt, „die japanischen Arbeiter das Tropenklima besser vertragen als Weiße und eine gewisse Verwandtschaft mit den einheimischen Indianern besitzen“.

Syrier sind im ganzen Lande weit verbreitet. Die meisten von ihnen handeln mit Schnittwaren, die Wohlhabenderen unter ihnen befassen sich mit Viehhandel, Viehzucht, Likör-, Seifen-, Ziegelfabrikation usw.

Zum Schluß sei noch auf einige Schattenseiten hingewiesen.

Bei Revolutionen werden vor allem das Vieh und die Lasttiere beschlagnahmt beziehungsweise gestohlen. Die Südamerikaner sind der Ansicht, daß die Ausländer im Lande nicht mehr Rechte haben können als sie selbst. Da bei Revolutionen Entschädigungen an Landeskinder nicht üblich sind, meinen sie, daß Ausländer in dieser Hinsicht nicht besser gestellt werden dürfen.

In den Dörfern und kleinen Städten herrscht allenthalben Cliqueswirtschaft in politischer, religiöser und kaufmännischer Hinsicht. Besonders für den protestantischen Ansiedler dürfte es sehr schwer sein, inmitten einer solchen Bevölkerung dauernd im Frieden zu arbeiten.

Krankenkasse, Altersversorgung, Invaliden- und Unfallversicherung sind in Kolumbien unbekannte Dinge.

Die Liebenswürdigkeit der Südamerikaner, dem Neuankommeling ihre Dienste, ihr Haus und sonstiges Eigentum zur Verfügung zu stellen, ist nur als Höflichkeitsbezeugung aufzufassen, wenn Enttäuschungen erspart bleiben sollen.

Keine freie Ausfahrt nach Brasilien!

Eine Zeitlang bot die brasilianische Regierung deutschen Landwirten und ihren Familien freie Überfahrt nach Brasilien an. Jetzt teilt aber der Hamburger brasilianische Generalkonsul mit, daß diese freie Überfahrt bis auf weiteres nicht mehr, auch keiner bestimmten Gesellschaft mehr, gewährt würde. Es bestehen in Deutschland eine ganze Reihe von Vereinigungen, deren Mitglieder auf solche freie Beförderung nach Brasilien rechnen und, angesichts der mangelnden Kapitalien zur eigenen Bezahlung der Überfahrt, auch rechnen mußten. Alle diese Leute müssen vor allzugroßen Hoffnungen gewarnt werden, damit sie späterhin vor Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Ist der brasilianische Bundespräsident Epitacio Pessoa Deutschenfreund?

(Zur Kontroverse Schüler-Kolthaus.)

Zur Frage, ob der neue brasilianische Bundespräsident ein „Germanophile“ anzusprechen ist, nimmt der Kalender der Deutschen in Brasilien 1920 in seinem Leitartikel Stellung. Er wird hier als das Gegenteil der „Unpersönlichkeit“ eines Wenzel aus Braz geschildert, als stärker ausgeprägter Individualität, ausgeprägt, daß seine Schroffheit und Entschiedenheit ihn viel

seiner Staatskollegen unangenehm gemacht hat. Er ist deshalb von seinen Gegnern zum „Germanophilen“ gestempelt worden, wie fast jeder, der den Mut hat, eine eigene Meinung zu haben, der nichts verspricht, was er nicht halten kann oder nicht halten will, der die Staatsgelder nicht vergeudet, der sich nicht bestechen läßt usw. Andere Anzeichen für seine Deutschfreundlichkeit sind nicht zur Kenntnis gelangt. Daß er sich vor der brasilianischen Kriegserklärung niemals unfreundlich über Deutschland äußerte, woraus ihm seine Gegner einen Vorwurf machen, beweist eben nur, daß er es mit den Pflichten, die sich aus der brasilianischen Neutralität für Männer des öffentlichen Lebens ergeben, ernst nahm, daß er weder „Germanophile“ noch „Aliadophile“, sondern „Brasilophile“ ist, was er ja auch sein sollte. Daß die Deutsch-brasilianische Wählerschaft geschlossen für ihn stimmt, so geschlossen, daß zum Beispiel im Staate Santa Catharina Ruy Barbosa es nicht einmal auf 100 Stimmen brachte, hat mit der Stellungnahme Epitacios zum Weltkrieg wenig zu tun. Die Deutsch-Brasilianer mußten jedem Kandidaten ihre Stimme geben, der ihrem unversöhnlichen Feinde Ruy Barbosa entgegengestellt wurde.

Epitacio Pessoa war früher Staatsanwalt in seinem Heimatstaat Parahyba do Norte und spielte früher wegen seiner Intelligenz und seiner gründlichen juristischen Bildung, wegen seines Mutes und seiner Aufrichtigkeit eine führende Rolle.

Gerüchte über Einwanderung nach Brasilien.

Dieser Tage erhielten wir aus Rio Grande do Sul folgende Nachricht: Gestern brachte eine brasilianische Zeitung hier die Nachricht, daß ein größerer Trupp deutscher Auswanderer nach dem Staate Amazonas unterwegs sei. Der Schreiber knüpfte daran die Bemerkung: Es kann dies doch unmöglich wahr sein, das käme einem Selbstmorde gleich. Wenn schon nach Brasilien ausgewandert werden soll, dann kämen nur drei Südstaaten in Betracht. Nicht einmal Sao Paulo! Wie dem Deutschen Ausland-Institut zur Kenntnis gekommen ist, sind auf Anregung des gegenwärtigen Bundespräsidenten von Brasilien tatsächlich Ansiedlungen Deutscher in den nördlichen brasilianischen Staaten wie z. B. Parahyba do Norte geplant. Allen derartigen Unternehmungen gegenüber kann nicht dringend genug zur größten Vorsicht gemahnt werden.

Vom brasilianischen Einwanderungsdienst.

Der brasilianische Einwanderungsdienst wurde in letzter Zeit so gehandhabt, daß den Leuten, welche als Einwanderer (3. Klasse) auf eigene Kosten ins Land kamen, die Regierung auf Nachsuchen die Reise nach den Orten der Arbeit im Lande gewährte. Die von Europa auf Kosten der brasilianischen Regierung auf Nationaldampfern kommenden deutschen Einwanderer erhielten von der Regierung bald Landlose und wurden, bis sie diese erhalten konnten, auf der Blumeninsel auf Regierungskosten verpflegt. Nach Möglichkeit wurde den Wünschen der Einwanderer nachgekommen, was den Ort des Landloses betrifft. Einwanderer, die nicht zu Landwirtschaftsfamilien gehören, werden in der Regel nicht zur Blumeninsel zugelassen.

Wenn die auf Regierungskosten Eingewanderten sich Arbeit verschaffen, sei es, wo es sei, dann könnten diese Leute ohne Hinderung die Insel verlassen, ohne daß jemand ihnen wegen des von der Regierung bezahlten Reisegeldes Schwierigkeiten machte. Was in Zukunft geschehen wird, kann man noch nicht voraussagen. Die Regierung hofft, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die Neueinwanderer erwartet werden, genügend Kolonien zur Verfügung hat. Von sachverständiger Seite wird aber dem Deutschen Ausland-Institut mitgeteilt, daß dies stark zu bezweifeln sei.

Wie wurden die letzten deutschen Einwanderer in Brasilien untergebracht?

Die mit den „nationalen“ Dampfern der brasilianischen Regierung („Benevente“ und „Avaré“) beförderten 730 deutschen Einwanderer sind, wie der Deutsche Hilfsverein in Rio dem Deutschen Ausland-Institut mitteilt, an gesunden Orten untergebracht. Im Staate Rio de Janeiro blieben von diesen 17 Familien (in Rio selbst 13, auf Fazenden 4). Im Staate Minas Geraes kamen 47 Familien unter (Vaz de Mello 26, Guidoval 19, Buenopolis 2). Im Staate Sao Paulo blieben 47 Familien (Estação Criciuma 5, auf Fazenden 6, Jacutinga 4, Belem 2, Piedade 5, 13 in der gleichnamigen Hauptstadt des Staates Sao Paulo); der Staat Parana nahm 68 Familien auf (Cruz Machado 49, Iraty 4, Yapo 15); der Staat Santa Catharina 43 (Hansa 19, Lauro Müller 24); nach dem Staate Rio Grande do Sul kamen nur 8 Familien, die bezeichnenderweise in Porto Alegre und seiner nächsten Umgebung verblieben.

So erfreulich an sich die Verstärkung des deutschen Elements in den Staaten Rio, Minas Geraes und Sao Paulo ist, so dürfen wir doch gespannt darauf sein, ob die in diesen Staaten auf Kolonien und Fazenden verschlagenen deutschen Einwanderer besser vorwärts kommen, als ihre Vorgänger in den letzten 20 Jahren.

Aus dem Brief eines nach Brasilien Ausgewanderten.

Einen interessanten Brief eines mit dem Dampfer Avaré Ausgewanderten bringt der „Hamburg-Altonaer General-Anzeiger“ vom 23. Juni. Bezeichnend ist zunächst, wie eingehend die Ernährungsverhältnisse auf dem Schiffe geschildert werden und wie sie ihre Wirkung auf den ausgehungerten deutschen Magen nicht verfehlen. Weiter heißt es dann: „Den Höhepunkt der Unzufriedenheit brachten die Tropen. Durch unsittliches Betragen mehrerer deutscher junger Mädchen ließ die Achtung der Schiffsbesatzung bedenklich nach.“ Die an Bord befindlichen 150 Portugiesen wurden von der Schiffsbesatzung auffallend zuvorkommender behandelt als die Deutschen. Die bekannte Einwanderer-Insel im Hafen von Rio de Janeiro, die Blumen-Insel, schildert der Schreiber als von Natur ein kleines Paradies, „wenn es nicht von den anwesenden ca. 2-3000 Menschen in einen Dunghaufen umgewandelt worden wäre“. Die herrlichsten Palmen und Sträucher waren umringt von Kothaufen und Kadaver, stinkenden Knochen und Fleischresten, woran sich die Aasgeier in Scharen gütlich taten.

Regierungsland wurde vorläufig vorenthalten. Dem größten Teil der Einwanderer blieb nichts anderes übrig, als Arbeit zu suchen und ihrem Berufe nachzugehen, was sie unter bedeutend günstigeren Verhältnissen im Vaterlande auch hätten tun können. Den Kapitalismus, welchen der deutsche Arbeiter und Angestellte mit dem Verlassen seines Heimatlandes glaubte hinter sich gelassen zu haben, lernt er in Amerika überhaupt erst richtig kennen. Dort spielt nur der eine Rolle, der ein Vermögen besitzt, alle anderen sind recht- und machtlos, sie fristen ein kärgliches Dasein in Spelunken, von denen sich hier auch der Ärmste keine Vorstellung machen kann. Das Leben auf einer Regierungskolonie schildert der Schreiber als ein Leben zunächst schwerster Enttäuschungen. Das beste Land ist in den Händen der Großspekulanten. Nach kurzer Zeit zerstören Unwetter, Trockenheit, Insekten, wie Ameisen, Termiten oder Heuschrecken, alles, was er sich mühsam geschaffen und woran er seine Freude hatte. Unter dem Druck der Verhältnisse verkauft er sein mit vieler Mühe und Freude erbautes, ja erkämpftes Anwesen für einen lächerlichen Preis und zieht in die Stadt. Alles zusammengekommen muß sich jeder vernünftige Mann

sagen, es ist heute, trotz der Zustände im Vaterlande, mindestens noch immer ebensogut wie in Brasilien oder sonst irgendwo. Er fristet hier jedenfalls noch immer ein menschenwürdiges Dasein, wenn er seine Pflicht tut. Aber deswegen sollte man die unzufriedenen Auswanderer ruhig hinaus lassen. „Wenn erst alle einmal draußen gewesen wären, gäbe es nur noch treue Deutsche mit echt vaterländischer Gesinnung.“

Kolonisation und Kirche.

Über Kolonisation und Kirche berichtet Pastor Th. Dietschi in den „Deutsch-evangelischen Blättern“ für Brasilien* 1920, Heft 9 und 10. „Wo kolonisiert wird, darf die Kirche nicht säumen, mit ihrer Tätigkeit einzusetzen, um die Gründung von Schulen und Gemeinden in die Wege zu leiten.“ Die zu erwartende starke Einwanderung macht es ihr doppelt zur Pflicht, sich mit Kolonisationsfragen zu befassen. Dabei muß sie besonders ihr Auge auf das wertvolle Einwanderungsmaterial richten, welches aus älteren Koloniegebieten einwandert. Während nun in früheren Jahrzehnten die Konkurrenz für die deutschen Einwanderer gering war und dadurch leicht rein deutsche Siedlungen entstehen konnten, hat es heute der Kolonisator mit Menschen der verschiedensten Nationalität und Herkunft zu tun. So bieten zum Beispiel die Kolonien der Serra Region in den Südstaaten Brasiliens fast durchweg das Bild der Nationalmischung, welche durch die Regierung planmäßig gefördert wird. Auch die Privatkolonisatoren fragen aus Geschäftsrücksichten meist wenig nach Konfession und Nationalität. Erfreulicherweise gehen aber die bedeutenden Kolonisationsunternehmer mehr und mehr dazu über, konfessionell und national gesonderte Kolonien anzulegen. In den älteren Kolonien der Serra bestehen neben großen Gemeinden in fremder Umgebung zahlreiche kleine Kirchengemeinden, welche hart um ihr Dasein kämpfen und der Unterstützung bedürfen, um lebensfähig zu werden. Die Kirche hat daher in den älteren Koloniegebieten andere Aufgaben als in den neuen Koloniegründungen. Die Zahl der deutschen evangelischen Familien könnte nach Ansicht des Verfassers erheblich vermehrt werden, wenn seitens der Kirche eine dahingehende zielbewußte Aktion fest durchgeführt würde. Durch planmäßiges Betreiben innerer Kolonisation können Italiener, Polen und Brasilianer leicht ausgekauft werden, weil diese sehr häufig in Gebiete streben, in denen ihre Nationalität vorwiegt. In fast allen Kolonien der Serra Region gibt es in national und konfessionell fremder Umgebung kleine Kirchen und Schulgemeinden, die ein kümmerliches Dasein fristen und durch Unterstützung von außen über Wasser gehalten werden. Sie würden lebensfähig werden und dem Pfarrbezirk, in dem sie liegen, einen festeren Bestand geben, wenn es gelänge, die Zahl ihrer Mitglieder durch Zuführung von Glaubensgenossen zu heben. Das ist nicht ein Werk, das der einzelne zu tun vermag. Dazu gehört eine Organisation, und zwar eine starke und weit verzweigte, die alle in Betracht kommenden Kräfte zusammenfaßt, sie mobil macht und in den Dienst der gemeinsamen Sache stellt. Außer der Organisation muß in den weitesten Kreisen des deutschen evangelischen Volksteiles das Bewußtsein wach werden, daß gemeinsame Aufgaben da sind, die nicht der einzelne, sondern nur die Gesamtheit zu lösen vermag, und daß ein Wille da ist, der diese Ideen verwirklicht. Dietschi regt die Gründung eines Evangelischen Volksvereins und einer Siedlungskommission an, welche in aller Stille arbeitend, sich zum Ziel setzen müßte, bedrohtes deutsch-evangelisches Volkstum auf der Serra auch auf kolonistischem Wege durch Zuführung von Glaubensgenossen zu stärken.

Wie diese Arbeit im einzelnen durchgeführt werden kann, beleuchtet er sodann an der Hand einer wertvollen Karte, welche die deutsche und nicht deutsche Bevölkerung der Serra-Kolonien Rio Grande do Suls deutlich erkennen läßt. Zusammenfassend bezieht er als die Aufgabe der Kirche:

1. Intensivere Gemeindegarbeit im allgemeinen, Teilung der räumlich zu großen Bezirke und Schaffung neuer Pfarrstellen.
2. Gründung evangelischer Gemeindeschulen und kräftige finanzielle Unterstützung der bestehenden.
3. Stärkung des deutsch-evangelischen Bewußtseins durch Veranstaltung von Vortragsreisen, wobei Gemeindefragen, Schulfragen, Siedlungsprobleme zur Sprache zu bringen und das Interesse für Kirche und Synode zu wecken wären.
4. Schaffung einer Siedlungskommission, die Fühlung zu nehmen hätte mit einer etwaigen schon bestehenden oder ins Leben zu rufenden Einwanderungsmision, mit den Pfarrämtern im alten und neuen Koloniegebiet und vor allem mit den Kolonisatoren selber, soweit diese mit alten Siedlungsgebieten noch kolonisieren.

Die Auswanderung nach Sowjetrußland.

Der erste Transport deutscher Arbeiter nach Sowjet-Rußland ist mit dem Dampfer Oberbürgermeister Haken am 13. Juli von Stettin nach Reval abgegangen. Die „Rätezeitung“ berichtet, daß 202 Lokomotivschlosser und Bauhandwerker nach guter organisatorischer Vorbereitung mit dem Dampfer abgereist seien. Die Stimmung sei vorzüglich gewesen. Bei dem Kommando „Schiff los“ erscholl ein brausendes Hoch der Genossen auf die III. Internationale, dann habe das Schiff unter dem Gesang der Internationale den Hafen verlassen. Gleichzeitig berichtet dieselbe Zeitung nach der Petersburger „Prawda“, daß 50 schwedische Arbeiter in einer Eisenbahnwerkstätte nahe Moskau mit der Arbeit begonnen hätten.

In einem Aufsatz in der „Räte Zeitung“ Nr. 22 schildert der Herausgeber Alfons Goldschmitt seine Eindrücke von einer Studienreise und bespricht auch die Auswanderungsfrage. Er teilt mit, daß das Auswärtige Amt die Einreise einer russischen Kommission zur Besprechung der Auswanderungsfrage abhängig gemacht habe von der Zustimmung der Sowjetregierung zur Einreise einer deutschen Studienkommission nach Rußland, und sagt von den Genossen, die nach Rußland auswandern wollen: „Sie kommen nicht in ein Land, wo Milch und Honig fließen, sie kommen in ein Land der schweren Not. Sie müssen sich opferbereit machen und müssen manches hinnehmen, was vielleicht unbequemer ist als in Deutschland. Aber diese schwere Not, in der Rußland sich naturnotwendig befindet, ist keine Dauernot. Die Genossen, die hoffentlich bald nach Rußland gehen, müssen mit aller Energie, ohne Rücksicht auf äußere Schwierigkeiten und auf schwere Nöte sich an die Arbeit machen. Rußland fordert von ihnen, daß sie die russischen Arbeiter sozusagen mitreißen.“

In der neuesten „Räte-Zeitung“ berichtet der Genosse Gumprecht in einem aus Reval vom 27. Juni datierten Brief über die Tätigkeit der nach Rußland entsandten Delegation. Er bespricht zunächst die Agrarfrage. Der Delegation wurde bei Aufnahme der Verhandlungen erklärt, daß der im letzten Jahre geschlossene Vertrag mit der „Ansiedlung Ost“ unbedingt rechtskräftig wäre, also die Interessengemeinschaft diesen Vertrag auch akzeptieren müsse. Trotzdem gelang es der Delegation, da die Interessengemeinschaft ja bedeutend mehr Mitglieder hat als damals die Ansiedlung Ost, die Sowjetbehörden zu größeren Zugeständnissen zu bewegen, so zur Gewährung finanzieller

Unterstützung der Ansiedler und zur Anlage von Kollektiv-Kommunen auch außerhalb des bestimmten Kolonisationsgebietes. Die deutschen Kollektiv-Kommunen sollen großzügige sozialistische Agrarbetriebe werden, um die Sowjetregierung von der Lieferungspflicht der kleinen Bauern unabhängig zu machen. Was die Industriefrage angeht, so sagt Gumprich, Rußland habe zunächst nur Bedarf an qualifizierten Arbeitern, die imstande seien, mit beschränkten Mitteln an Werkzeugen und anderen Hilfsmitteln die Produktionsleistung zu fördern. Dieser Satz klingt immerhin erheblich einschränkender als die herrlichen Dinge, die der Genosse Müller vom Vorhandensein der Hilfsmittel, Werkzeuge, Maschinen und Rohstoffe früher berichtet hatte. Gumprich sagt, daß nur Idealismus die Triebfeder zur Auswanderung sein könne. Unter den heutigen schweren ökonomischen Bedingungen könnten sich nur bewährte Arbeitskräfte in Rußland betätigen, sie seien Pioniere, die später Kommenden fänden dann zum Teil bessere ökonomische Bedingungen vor.

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird hier doch eine recht klare und kühle Antwort auf manch phantastische Angaben und Hoffnungen erblicken. Gumprich sagt auch ganz klar und auch hierin widerspricht er Herrn Müller ziemlich scharf, daß die Auswanderer nicht erwarten dürften, bessere Ernährungsbedingungen als in der Heimat zu finden, denn aus mancherlei Gründen sei das Ernährungsproblem noch nicht so gelöst, wie es sein sollte. Gerade die Auswanderer sollten dafür sorgen, daß die Krise durch ihre Tätigkeit mit überwunden werde. Gumprich macht auch darauf aufmerksam, daß in Sowjet-Rußland scharfe Disziplin herrsche, daß zurzeit keine Freizügigkeit gewährt sei und daß das Sowjet-Arbeits- und Aufbauprogramm nicht durch häufigen Wechsel der Arbeitsstellen gestört werden dürfe.

Im ganzen wirkt der Gumprichsche Brief erheblich nüchterner und deshalb auch wahrheitsgemäßer als die hochtönenden Ausführungen Herrn Müllers, er sagt vor allem ganz deutlich, daß nicht diejenigen nach Rußland auswandern können, die besser leben und besser essen, vor allen Dingen aber in Rußland weniger arbeiten wollen als in Deutschland, sondern nur

diejenigen, die unter gleichen Entbehrungen, schärferen Arbeitsbestimmungen und mit geringeren persönlichen Freiheiten aus kommunistischem Ideal heraus tätig sein wollen.

Deutsche Studienkommission für Rußland.

Die Zustimmung der Sowjetregierung zur Einreisegewährung für eine deutsche Studienkommission nach Sowjet-Rußland ist jetzt eingetroffen. Der frühere Staatssekretär Dr. August Müller wird als ihr Leiter genannt. Die Teilnehmerliste steht im übrigen noch nicht genau fest, soweit wir aber bis jetzt hören, ist ein Auswanderungssachverständiger nicht unter den Teilnehmern. Gerade angesichts der lebhaften Agitation, die von der „Ansiedlung Ost“ in Leipzig und ihren vielen Zweiggruppen für die Ansiedlung in Sowjet-Rußland getrieben wird, wäre die Beteiligung eines solchen Fachmanns von seiten der deutschen Regierung dringend erwünscht.

Zur deutschen Auswanderung aus Polen.

Die zur Ausreise deutscher Auswanderer aus den Abtretungsgebieten Graudenz und Dirschau bisher regelmäßig zweimal wöchentlich nach Berlin abgelassenen Auswandererzüge waren in letzter Zeit derartig schwach besetzt, daß die Eisenbahnbehörde die Auswandererbüros angewiesen hat, am Ende des Monats diese Züge einzustellen und die Eisenbahnauswandererbüros aufzulösen.

Abwanderung von Lehrkräften.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 13. Juli berichtet von einer auffallenden Abwanderung deutscher Lehrer aus unseren ehemals deutschen Gebieten im Osten. Zum Teil suchen sie im Stammlande Anstellung; zum anderen Teil streben sie nach Mexiko und Südamerika. Die meisten von ihnen sollen das Vertrauen zum deutschen Lande verloren haben und daher unter fremdem Himmel ihr Glück versuchen wollen. Die Zeitung ruft ihnen zu: Mehr Vertrauen in die deutsche Sache! Ist sie gerecht, wird sie allen fremdstämmigen Bemühungen zum Trotz zum guten Ende führen! Nur durch Begünstigung des Privatschulwesens im Osten seitens der deutschen Regierung wird dieser bedauerlichen Abwanderung begegnet werden können.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Lienhard, Friedrich, Westmark. Roman aus dem gegenwärtigen Elsaß. 23. Aufl. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer 1919. 200 S. 8°. Geb. M. 6.—.

Das Buch wurde, wie Lienhard selbst verrät, im Herbst 1916, nach einem Aufenthalt im oberen Elsaß, zunächst als dramatische Skizze entworfen, dann in Romanform umgewandelt und um Weihnachten 1918 vollendet. Mit Recht hat der Verfasser die dramatische Form aufgegeben, denn in seinem Werk überwiegt die Stimmung bei weitem das dramatisch-epische Moment. Gedämpft durch das schwermütige Temperament des bejahrten altelsässischen Pfarrers Johann Friedrich Arnold, rollen sich alle Phasen des Kampfes um das Elsaß von der gefaßten Freudigkeit der Mobilmachungstage bis zur brutalen Vertreibung der Altdeutschen über die Kehler Rheinbrücke vor dem Auge der Erinnerung ab. Wer Lienhard kennt, weiß, daß es für ihn nur ein idealisiertes Deutschland gibt, dessen Herz im Thüringer Wald zwischen Weimar und der Wartburg schlägt. Diese Töne hatte der Verfasser ja schon im „Spielmann“ angeschlagen, wo Weltkrieg und Zusammenbruch der materialistischen Lebensauffassung leise vorklingen. An den „Spielmann“ und „Oberlin“ knüpft Lienhard auch in seinem neuesten Elsaßroman vielfach an. Tiefer Schmerz, ja Lebensresignation, wird nur an einigen Stellen durch einen ein wenig gezwungenen Humor aufgehell.

Dr. H. M.

Meinhart, Roderich, Nach der Heimat möcht' ich wieder! Roman. Leipzig: Weicher 1919. 284 S. 8°. Geh. M. 5.50.

Der Roman wurde Sommer 1917 in Wien geschrieben. Die Zensur verhinderte sein Erscheinen, man begreift heute nicht, warum, denn der Verfasser behandelt in Erzählungsform unter der Annahme eines Friedens ohne Annexionen die Probleme, die für das österreichische Deutschland bei einem Anschluß an das Deutsche Reich oder bei der Auflösung in verschiedene Nationalitätenstaaten entstehen konnten. Die Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben in beiden Fällen wird am Beispiel der deutschen Eisenindustrie Böhmens hypothetisch konstruiert. Als Roman ist das Ganze eine fade Mischung von Wiener Sentimentalität und kaffeehausmäßigen Lebensfreuden. Als Urkunde aus der Zeit noch unerschütterter Macht des Zweibundes belehrt das Buch über die Stärke oder Schwäche des deutschen Gedankens in der Donaumonarchie und über österreichische Stimmungen, die uns im Reich im allgemeinen zu lange unbekannt geblieben sind.

Dr. H. M.

Reinhard, R., Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde in ausgewählten Kapiteln. Breslau: Hirt 1919. M. 3.— + 20%.

Behandelt ist nur die allgemeine Wirtschaftsgeographie, ebenso nur die allgemeine politische Erdkunde. Eine Erweiterung des Werkes hinsichtlich der Behandlung der speziellen Wirtschaftsgeographie wäre bei der Bedeutung, die diesen Fragen heute zukommt, sehr erwünscht. Die Auswahl des Gebotenen, die

Anordnung des Stoffes und die Form der Darstellung sind im allgemeinen durchaus befriedigend. Auf Einzelheiten, die berücksichtigt werden könnten, näher einzugehen, ist hier nicht der Platz. Das Werk ist in erster Linie für die praktischen Bedürfnisse der Schule bestimmt und wird dort sicherlich eine längst gefühlte Lücke schließen. Ein weiterer Vorzug des Werkes ist die reiche Ausstattung mit Kartenbeilagen, die gerade heute bei dem Mangel an Atlanten besonders dankbar begrüßt werden wird.

Dr. Wunderlich.

Valentin, Veit, Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland. Ein geistesgeschichtlicher Versuch. Berlin: Engelmann 1920. 170 S. 8° M 12.—.

Prof. Veit Valentins verdienstvolle Arbeit, die von der Deutschen Liga für Völkerbund veranlaßt wurde, gibt in gedrängter Form einen umfassenden Überblick über den Völkerbundgedanken als Weltanschauungsproblem, als Objekt des Rechts und als Forderung der praktischen Politik. Sie schließt im letzten Kapitel („Der Völkerbundgedanke und die Zukunft Europas“) mit Graf Hermann Keyserlings hoffnungsfrohen Worten, daß eines gebenedeiten Tages die Menschheit sich durch allen notwendigen Kampf und Gegensatz hindurch durchaus solidarisch wissen wird. — Reichhaltige Literatur- und Personenverzeichnisse erhöhen die praktische Brauchbarkeit des Buches.

am.

Kaplun-Kogan, Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. Quellen und Studien. Nach russischen Zeitungen. Leipzig und Berlin: Teubner 1919. 266 S. 8° M 8.—.

L. Gallin, Gerichtswesen und Strafsystem im revolutionären Rußland, dargestellt auf Grund der Ereignisse bis Anfang 1920. Berlin: Vahlen. 85 S. 8°.

Der Deutsche steht unter den am Schicksal Rußlands am nächsten Beteiligten. Er steht den dortigen Dingen entweder als ein Beobachter gegenüber, der am Verlauf der ungeheuren sozialen Experimente sein eigenes Verhältnis zur jetzigen Zeit zu finden sucht, oder als ein praktisch Interessierter, der auf den Augenblick wartet, wo er auf das russische Arbeitsfeld zurückkehren, irgendwo in diesem unermesslichen Osten ein neues Arbeitsleben beginnen kann. Darum ist es heute für viele Deutsche eine der wichtigsten, wenn auch vielleicht der schwierigsten Aufgaben, die Vorgänge und Veränderungen zu verstehen, die sich unter der Sowjetregierung vollzogen haben. Man wird hier auch die schmalsten Veröffentlichungen nicht übersehen dürfen, die irgendwie ein Abbild der Ereignisse geben. Das vorhandene Material ist spärlich und durchsetzt von Widersprüchen. Hinter allen Standpunkten in dieser Frage steht Einblick, Glaube, letzten Endes eine Theorie. Die außerhalb Rußlands vorhandenen Veröffentlichungen stammen zum Teil von fremden Beobachtern, oder auch von Emigranten, die den Ereignissen in diesem Lande mit irgendeinem Ballast persönlicher Eingenommenheit gegenüberstehen. Eine von den Fesseln der engsten Parteilichkeit befreite Geschichtsschreibung der russischen Revolution ist bis jetzt noch kaum in den Anfängen vorzufinden, obwohl es an ehrlichen Versuchen dazu nicht fehlt. Sie wird erst möglich sein, wenn die jetzige Periode der Abschließung und Blockierung Rußlands zu Ende ist.

Allerlei Quellen stehen für deren Studium zur Verfügung. Da sind zunächst die vielen, als zuverlässig anerkannten Augenzeugenberichte von Journalisten und Studienkommissionen, dann die Gesetze, Dekrete und sonstigen amtlichen Bekanntgaben der jetzigen Regierung Rußlands samt den in Reden und Kongreßdebatten niedergelegten programmatischen Äußerungen ihrer Mitglieder, und endlich noch die vielen Streit- und Tendenzschriften aus allen Lagern, eine farbenreiche und schrille Belegmusik der breiten Vorgänge.

Die beiden vorstehenden Schriften gehören zu den wissenschaftlichen Quellenschriften. Die erstere stützt sich ausschließlich auf die Angaben, Berichte und sonstigen Äußerungen der beiden führenden Zeitungen des revolutionären und des bürgerlichen Lagers bis Ende 1918. Die andere reicht mit ihrer Sammlung von Einzelfällen bis in das Jahr 1920. Die Verfasser befolgen sich einer Haltung, die der Objektivität so weit wie möglich nahekommt. Sie erstreben diese Objektivität, indem sie das zur Verfügung stehende Material entweder ohne Kommentar wiedergeben, oder sich darauf beschränken, die soziologische

Voraussetzung gewisser russischer Eigentümlichkeiten zu beleuchten, ohne die ein Verständnis mancher Dinge überhaupt nicht möglich wäre. Die von Dr. Kaplun-Kogan besorgte Veröffentlichung des Osteuropäischen Instituts in Breslau versucht nach dieser Methode der Tatsachensammlung ein Bild der wirtschaftlichen und staatshaushaltmäßigen Verhältnisse im Anfangsjahr der Sowjetherrschaft zu geben. Neben den vier großen Zeitungen, die hier die Unterlage lieferten — es waren die kommunistischen Regierungsblätter „Inwestija“ und „Prawda“ auf der einen Seite und die beiden kadettisch-bürgerlichen Oppositionsblätter nach „Rjetsch“ und „Russkoje Slowo“ auf der anderen —, erschien zwar bis Ende 1918 auch die bekannteste, einst offiziöse und bis zuletzt von tüchtigen Nationalökonomien geschriebene „Industrie- und Handelszeitung“ neben den „Wöchentlichen Bulletins des Handelskommissariats“. Es ist schade, daß die beiden Zeitschriften mit ihrem reichen und interessanten Inhalt nicht ebenfalls als Quellen mitbenutzt werden konnten. Denn da keine der erwähnten vier Zeitungen einen gut ausgebauten volkswirtschaftlichen Teil besaß, so sind auch die späteren Daten, Nachrichten und sonstigen Beiträge volkswirtschaftlichen Charakters, die sie bringen, nur von zufälligem Charakter, während die beiden anderen Organe an grundsätzlichen Darstellungen ergiebiger waren. Die Augenblicksdarstellungen der Zeitungen haben allerdings den Reiz der Anschaulichkeit. Man kann, trotzdem die bürgerlichen Blätter Ende 1918 zu erscheinen aufhörten, die Linie der wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland später nur noch an den verschiedenen Kongreßberichten, allmählich aber auch an den Veröffentlichungen der wirtschaftlichen Kommissariate, insbesondere an den aufschlußreichen und durchaus offenen Aufsätzen und Reden Lenins, Krassins, Rykows und anderer Bevollmächtigte verfolgen. Als zweite Veröffentlichung in ihrer Reihe hat kürzlich das Ostdeutsche Institut eine Sammlung der wichtigeren Gesetze und Dekrete der Sowjetregierung herausgegeben. Es wäre zu begrüßen, wenn sie später die Veröffentlichung der Daten über das russische Wirtschaftsleben durch die Jahre 1919 und 1920 fortsetzte. Bei dem für die bisherigen Veröffentlichungen aufgewendeten Fleiß wird das Material zweifellos sowohl aus den ursprünglichen russischen Quellen, wie aus den in deutscher Übersetzung zu uns gelangten und veröffentlichten Korrespondenzen zu beschaffen sein.

Ein knappes und äußerst charakteristisches Bild der umstürzenden Veränderungen, die sich auf dem Gebiete des Justizwesens vollzogen haben, bietet die kleine Schrift des russischen Rechtsanwalts Galin. Galin macht den anerkennenswerten Versuch, sowohl den leitenden Ideen, wie auch den einzelnen Persönlichkeiten, die bei der gegenwärtigen Umgestaltung des Rechts- und Gerichtswesens in Rußland von Bedeutung sind, gerecht zu werden und damit den Eindruck des Chaotischen ein wenig zu mildern, den der unvorbereitete Leser zweifellos von diesen Schilderungen empfangen wird. Eine der beiden deutschen juristischen Autoritäten, die dem kleinen Buche ein Wort der Einführung mitgaben, erhebt angesichts dieses Materials die Frage, „ob und inwieweit auch der Rechtsstaat nur in der bürgerlichen Welt möglich“ sei. Diese Frage scheint mir über das Ziel hinauszuschießen. Gewiß, die uns wohlbekannte Form des Rechtsstaates ist wohl nur in der bürgerlichen Welt möglich. Aber über den Wert dieses stark auf römischen Quaden gebauten Rechtsstaates mit seinem bis zur Unlebendigkeit gehenden Formalismus gibt es unterschiedliche Meinungen. Das jetzige Rußland stellt nun zwar keineswegs das Ideal eines Staatswesens dar, dem innerhalb zweier Jahre das Wunder gelungen ist, den alten „Rechtsstaat“ durch einen neuen abzulösen. Trotz der verschiedenen Veränderungen des Gerichtswesens und des Strafsystems hat sich in Rußland die Zahl und die Härte der Gefängnisse nicht wesentlich gemindert; die Veränderungen, die sich in der Ausübung des Strafrechts vollzogen haben, stehen bisher fast gänzlich unter dem Zeichen des Klassenkampfes; Normen sind nicht vorhanden, sie werden sich nach der Meinung der russischen Kommunisten erst nach einer Zeit der Beobachtung und des Überganges ergeben, wenn sich herausstellt, was die zur Herrschaft gekommene Klasse als Verbrechen ansieht und solche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung ergreifen werden.

Für den Kulturhistoriker sind Veröffentlichungen wie die vorstehenden natürlich von großem Werte. Für manchen Auslandsdeutschen ergibt sich aus diesen Darstellungen jedenfalls mit aller Deutlichkeit das, was er schon wußte, nämlich, daß er bei

Rückkehr in das jetzige Rußland in Zustände hineingeraten würde, denen er vielleicht nicht gewachsen ist. In dem heutigen Sowjetrußland wird der Deutsche sich nur dann wohlfühlen können, soweit er selber imstande ist, den Gedanken der Umbildung, der Rußland in seiner ganzen Breite ergriffen hat, selbst in seinen oft rohen, schweren, ja ungeheuerlichen Formen zu bejahen. Dazu würde gehören, daß ihm die Lebensmöglichkeiten in der alten Heimat noch unerträglicher erscheinen sollten, als in Rußland, und daß er die Kraft in sich spüren sollte, das Schicksal des durch fremde und eigene Schuld in tiefer Krisis versunkenen russischen Volkes wesentlich zu seinem eigenen zu machen und sich gerade dort einzusetzen, wo der Aufbau eines neuen Rußlands noch denkbar ist. Dr. Alfons Paquet.

Nemény, Wilhelm, 133 Tage Bolschewistenherrschaft. Randbemerkungen zu der Geschichte der ungarischen Räterepublik. Berlin: Kulturliga 1920. 27 S. 8°. M. —80. (Beiträge zu den Problemen der Zeit. Heft 17.)

Der Verfasser schildert vom marxistischen Standpunkt aus die Entstehung der Räterepublik, die er aus der Schwäche des gemäßigten Sozialismus in dem pseudoparlamentarisch regierten Ungarn erklärt, und die Wirkung ihrer Herrschaft auf die Finanzen, Landwirtschaft, Steuern, Handel, Verwaltung, öffentliche Sittlichkeit und den proletarischen Friedensgedanken. H. M.

Schultz, Dr. Arved, Die natürlichen Landschaften von Russisch-Turkestan. Grundlagen einer Landeskunde. Mit 15 Karten. Hamburg: Friederichsen 1920. XI, 66 S. 8°. M. 10.—. (Abhandlungen d. Hamburg. Universität aus d. Gebiet d. Auslandskunde. Bd. 2, Geihe C, Bd. 1.)

In West-Turkestan gibt es neben Sandwüsten, Gras- und Krautsteppen auch fruchtbaren Boden, namentlich für die Kultur der Baumwolle geeignete Landstriche. Der turkestanischen Baumwolle wird es vielleicht beschieden sein, auch auf dem deutschen Markte eine Rolle zu spielen. Den heute noch von Nomaden bewohnten Steppen dieses Gebiets steht das Schicksal der russischen Steppen bevor; das Verdrängen der Viehzucht durch den Ackerbau. Überall ist freilich der Boden nicht für Ackerbau geeignet. Man erkennt, sagt Sch., daß die bodenbildenden Prozesse mit zunehmender Trockenheit des Klimas in der Richtung von Norden nach Süden immer schwächer werden. Sch. gibt sowohl über die Landesnatur wie auch über die Bevölkerung, die Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Auskunft. H. Fehlinger, München.

Weyrauch, W., Das Eisen in Rußland. Leipzig: K. F. Koehler 1920. 44 S. 8° M 2,50. (Tagesfragen der Auslandswirtschaft, Heft 12.)

Die Schrift bringt gedrängte Übersichten der Eisenerzvorkommen und der Eisenerzgewinnung in den verschiedenen Teilen Rußlands, einschließlich Sibiriens und Russisch-Zentralasiens. Der Gesamtbestand Europäisch-Rußlands an Eisenerz wird auf 2,071 Mill. Tonnen geschätzt, doch sind dabei viele Lagerstätten nicht berücksichtigt, die bergbaulich noch nicht untersucht worden sind oder über deren Vorräte aus andern Gründen genaue Angaben mangeln. Die Erforschung der russisch-asiatischen Lagerstätten war bisher äußerst mangelhaft und sie kommen praktisch auch wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse noch nicht in Betracht. Dr. H. Fehlinger.

Müller, Karl Hermann, Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn. Land und Leute der asiatischen Türkei. Hamburg: Boysen & Maasch 1917. 128 8° m. 2 Karten.

Einer Beschreibung des von der Bagdadbahn durchzogenen Gebietes folgen Abschnitte über die Landwirtschaft Kleinasien; türkische Verkehrsfragen; Ein- und Ausfuhr; ein wirtschaftlicher Ausblick; Anbau und Erzeugnisse der Landschaften an der Bagdadbahn; türkische Badeorte und Thermen; das türkische Berggesetz von 1917 usw. Das Buch ist in der Voraussicht eines künftigen überwiegenden Einflusses Deutschlands in Kleinasien und Mesopotamien verfaßt. Da der Kriegsausgang eine ganz andere Lage schuf, sind die hieran geknüpften Folgerungen gegenstandslos. Dr. H. Fehlinger.

Litten, Wilh., Persien von der pénétration pacifique zum Protektorat. Berlin 1920. Vereinigung wissenschaftl. Verleger. 396 S. 8° u. 12 Karten. M 40.—.

Litten verfolgt die fremden Einflüsse in Persien, die mit wirtschaftlicher Betätigung begannen, durch Eindringen in die Verwaltungskörper sich fortsetzten und letzten Endes auf dem Wege über das Protektorat die Annexion zum Ziele zu haben scheinen. Die Lage vor dem Kriege wird ausführlich dargelegt, weil sie zur Erkenntnis der jetzigen Lage von Wichtigkeit ist. Aus diesem Grunde sind auch die russischen wirtschaftlichen Erwerbungen in Persien nicht weggelassen worden, sondern sie werden im Gegenteil aufmerkamer Beachtung empfohlen. Der erste Teil des Buches gibt Aufschluß über die ausländischen Unternehmungen in Persien (deutsche Unternehmungen S. 217 bis 222), der zweite unterrichtet über die politische und wirtschaftliche Lage Persiens vor Abschluß des Vertrages mit Großbritannien und der dritte Teil handelt von den Möglichkeiten und Aussichten künftiger Tätigkeit deutscher Unternehmungen. Die persische Politik seit dem Waffenstillstand wird in einem Nachtrag gewürdigt, der auch den Vertrag vom 9. August 1919 im Wortlaut enthält. Viele andere Dokumente sind ebenfalls beigegeben. Dr. H. Fehlinger.

Schmidt, Richard, Das alte und moderne Indien. Bonn: Schroeder 1919. 279 S. M 8.—.

Schmidt bietet Überblicke der Geschichte Indiens, der indischen Religionen, der Literatur, der Kunst, Wirtschaft und der sozialen Verhältnisse. Durchaus sachlich, nicht von persönlichen Zu- oder Abneigungen beherrscht, ist Schmidts Buch die beste für einen weiten Lesekreis bestimmte neuere Darstellung der Entwicklung und des gegenwärtigen Zustandes indischer Kultur. Die Bemerkungen des Verfassers über die politischen Ereignisse der letzten Jahre beweisen, wie durchaus richtig er die Dinge sieht. H. Fehlinger.

Nord, A., Konsul, Die Handelsverträge Chinas. Auf Grund des Quellenmaterials dargestellt. Leipzig: K. F. Koehler 1920. VII, 215 S. 8° M 10.—. (Auslandswirtschaft in Einzeldarst., Bd. 5.)

Einleitend wird ein Überblick der Entwicklung der Handelsbeziehungen der fremden Nationen mit China bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gegeben, dann werden der Opiumkrieg und der Vertrag von Nanking behandelt. In den drei übrigen Kapiteln folgt die Darstellung im allgemeinen dem Lauf der geschichtlichen Ereignisse. Es wird die Entstehungsgeschichte der Verträge dargelegt, deren Inhalt in übersichtlicher Form zusammengestellt und, soweit erforderlich, kritisch betrachtet. Beigegeben sind Abschnitte über China und den Weltkrieg, sowie China im Versailler Friedensvertrage. Verträge mit China haben gegenwärtig: Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Italien, Spanien, Portugal, Rußland, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika, Mexiko, Brasilien und Peru (17 Staaten). Beachtenswert sind die Ausführungen über den Status der Angehörigen der vertragslosen Staaten in China, da vorläufig auch die Deutschen zu diesen gehören. — Das Buch ist allen Chinainteressenten zu empfehlen. Dr. H. Fehlinger.

Fraser, J. F. Australien: Das Werden eines Volkes. [Aus dem Englischen.] Übersetzt von einem Kran. Teschen: Kommissionsverlag K. Prochaska [1912]. 178 S. 8°. M 4,20.

Diese nichts weniger als systematisch angelegten, mehr zwangslös aneinandergereihten Schilderungen eröffnen nach den verschiedensten Seiten sehr interessante Einblicke in das Wesen dieses Kontinents, weniger nach der physiogeographischen Seite, als vor allem in bezug auf seine Bevölkerung. Eine gewisse Disposition ist insofern innegehalten, als die allgemeinen Kapital, die sich mit der Gesamtheit des Kontinents befassen, der Darstellung der einzelnen Staaten vorangestellt sind; im übrigen aber ist keine ganz scharfe Teilung des Stoffes vorgenommen; es fehlt auch nicht an Wiederholungen. Im Vordergrund steht das Bevölkerungsproblem. Australien hat weniger weiße Bevölkerung als Sibirien, sie vermehrt sich nicht genügend, es wandert zu wenig ein, ja es findet sogar eine erhebliche Auswanderung aus Australien statt. Und nun werden alle die Fragen der praktischen Bevölkerungspolitik aufgerollt, die damit im engsten Zusammenhang stehen: Die Ansiedlungsfrage und die Frage der Grundbesitzverteilung (namentlich der Aufteilung der großen Schafzuchtländereien), der Ausbau des Verkehrs, wozu die Vereinheitlichung (man würde heute sagen „Verreichlichung“) dringend notwendig ist, endlich die Verwendung

farbiger Arbeiter in dem für die Weißen ungeeigneten nördlichen Gebiete des Kontinents. Lehrreich sind hierbei die Vergleiche mit der Ansiedlungspolitik der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanadas. Für unsere Interessen sind namentlich die Bemerkungen über die mangelhafte Organisation der Einwanderung in Australien (S. 48/49) und das anerkennende Urteil über die deutschen Einwanderer (S. 32/33) beachtenswert. Eingeflochten sind dann weiter zahlreiche Beobachtungen über Charaktereigenschaften und das häusliche Leben der Australier, über die Arbeitsgesetzgebung, über den Ausbau der Verfassung usw. Kurz, man erhält ein eindrucksvolles Bild von dem „Werden“ dieses neuen Volkes der Australier und von den großen Problemen, die diesen Entwicklungsprozeß charakterisieren. Nicht zuletzt beschäftigt den Verfasser das Verhältnis Australiens zu England; die Ausführungen sind hier z. T. natürlich durch die Ereignisse des Weltkrieges überholt. — Das Werk bietet eine sehr empfehlenswerte Einführung in die australischen Verhältnisse und wird namentlich auch für den Geschichts- und Geographieunterricht ein wertvolles Hilfsmittel bilden können.

B. E. Wunderlich.

Oyhanarte, Dr. Horacio B., Argentinien Neutralität. Rede, gehalten in der argentinischen Abgeordnetenversammlung am 24. und 25. Sept. 1917. Deutsche Ausg. mit Vorwort und Erläut. von Prof. Dr. J. Laub und Dr. R. Großmann. Buenos Aires und Hamburg: Sociedad editora ibero-americana 1920. 70 S. 8° M 4,50. (Außenpolit. Schriften des Ibero-amerikanischen Instituts. Hrsg. v. Dr. B. Schädel. Nr 1.)

Oyhanarte spricht als Vollblutargentinier. Kaum daß man Sympathien für Deutschland, mit dem er verschiedentlich scharf ins Gericht geht, herausfühlt. Aber er wendet sich mit ebensolcher Unerbittlichkeit gegen die skrupellose Machtpolitik der Entente. Trotzdem eine für uns hochbedeutsame Rede: hauptsächlich durch ihre Überzeugungskraft wurde verhindert, daß der der Abgeordnetenversammlung in Buenos Aires im Sept. 1917 vorliegende Antrag, der Regierung den Wunsch zu äußern, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen werden sollten, nicht durchging. — In ausführlicher, sehr interessanter Weise zerpfückt Oyhanarte nebenher — manchmal hauptsächlich — die auswärtige Politik Argentinien vor der Präsidentschaft Trigoyens.

Zeller, T., Der Kampf zwischen Rohr- und Rübenzucker. Leipzig: K. F. Koehler 1920. 103 S. 8° M 7.—. (Tagesfr. d. Ausld.-Wirtsch. Heft 14.)

Die einzelnen Abschnitte betreffen den Wettbewerb zwischen Rohr- und Rübenzucker bis zum Weltkrieg; den Sieg des Rohrzuckers im Weltkrieg und die Grundlagen der zukünftigen Entwicklung. Verf. vertritt die Auffassung, internationale Vereinbarungen nach Art der Brüsseler Konvention würden nicht mehr zustandekommen und es drohe auf dem Gebiet des Zuckerhandels ein heftiger Wirtschaftskrieg. Deutschland muß seine Zuckerpolitik neu orientieren, sobald es wieder in die Reihe der Zucker ausführenden Staaten zurückkehrt und es hat sich dabei nach dem Vorgehen der übrigen Länder zu richten. Für den Rübenzucker, meint Z., werde der zukünftige Kampf sehr hart sein, doch kann er vom Weltmarkt nicht verdrängt werden.

Dr. H. Fehlinger.

Schübler, Wilhelm, Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M., Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt 1919. 34 S. 8°.

Die Schrift ist, wie der Verfasser sagt, die erste und einseitige Skizze zu einem Buche über die nationale und politische Ausbreitung des deutschen Volkes nach Osten und Südosten. Sie läßt die Geschichte Mitteleuropas, das ist der innerhalb des geographischen Begriffs Mitteleuropa siedelnden mit der deutschen Gesamtnation staatlich verbundenen Völker, mit dem Jahre 1526 beginnen und 1918 vorläufig aufhören. In dem Jahre 1740 (erster schlesischer Krieg) sieht der Verfasser die Schicksalswende Mitteleuropas, da das österreichische Deutschland von nun an durch das aufstrebende Preußen zu geschwächt ist, um seine Aufgabe, den Bau des fremde Völker umfassenden Imperiums unter deutscher Führung, noch zu lösen. Schübler arbeitet den Gegensatz der kleindeutschen, nationalen Idee Preußens und der noch mehr als großdeutschen, übernationalen Idee der Habsburger scharf heraus und rückt die Parallelität der Ziele der mitteleuropäischen „Flügelstaaten“ Preußen und

Ungarn in eine neuartige Beleuchtung. Die Besiedlung und staatliche Organisierung des slawischen Ost- und Südosteuropas durch die Deutschen stellt er in ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung neben die Überseekolonisation der Romanen, Briten und Niederländer und schöpft daraus die Hoffnung auf eine Wiederauferstehung des mitteleuropäischen Gedankens in anderer Gestalt.

H. M.

Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege. Genehmigte Übersetzung der Schuldkapitel aus E. D. Morel, „Truth about the War“. Mit Bildn. des Verfassers. Hrsg. v. Hermann Lutz. Berlin: Engelmann 1920. 287 S. 8° M 17.—.

E. D. Morel ist einer der wenigen Engländer, die, zumeist vom Boden links-liberaler Anschauungen aus, schon Jahre vor dem Kriege im „Manchester Guardian“, der „Nation“, den „Daily News“ und anderen, selbst konservativen Blättern, die auswärtige Politik des englischen Kabinetts unausgesetzt bekämpften. Besonders seit der Marokkokrise wies er darauf hin, daß die britische Regierung als Helfershelfer französischer Revancheideen und des russischen Zarenismus die ungeheure Mitverantwortung für einen kommenden Krieg auf sich lade. In seinem hier in Übersetzung derjenigen Kapitel, die sich mit der Schuldfrage befassen, vorliegenden Buche „Truth and the War“ vertritt Morel bei aller gelegentlichen Schärfe gegen Deutschlands Regierung die von ihm stets gehegte Auffassung, daß die Schuld an diesem Kriege alle Hauptbeteiligten, „wenn auch in verschiedenem Maße, mittreffe.“

am.

Jöhlinger, Otto, Der britische Wirtschaftskrieg und seine Methoden. Berlin: Springer 1918. IV, 522 S. 8° M 14.—.

Einleitend wird ein Vergleich der Stellung Deutschlands und Großbritanniens in der Weltwirtschaft vor dem Krieg gezogen, dann folgen Kapitel über den Begriff des Feindes in englischer Auffassung, über Handels- und Zahlungsverbote, Zwangsverwaltung, das Vorgehen gegen feindliche Banken, Zwangsliquidation, schwarze Listen, Verletzungen des Patentrechtes, Großbritanniens Vorgehen gegen die Neutralen, britisches Seerecht im Kriege, sowie über den Unterseebootkrieg und den verschärften Handelskrieg. Die gesammelten Tatsachen sind wichtig für die Kenntnis der Kriegsgeschichte. Die Kritik an den eben erwähnten Maßregeln nimmt einen weiten Raum ein. Der Verfasser bemüht sich, das Verhalten der deutschen Kriegsführung zu beschönigen, ihre „Abwehr“-Maßregeln als zu milde hinzustellen. Die Wirksamkeit des britischen Wirtschaftskrieges hat er unterschätzt.

Dr. H. Fehlinger.

Der deutsche Regierungsentwurf für ein Weltarbeiterrecht. Eingeleitet von Prof. Dr. Alfred Manes, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Deutschen Liga für Völkerbund. Berlin: Engelmann 1920. 16 S. 8°. (Deutsche Liga für Völkerbund, Flug-schrift 12.)

Die Broschüre enthält den Text und die Entstehungsgeschichte des „Entwurfs eines Abkommens über internationale Arbeiter-recht“, der von Graf Brockdorf-Rantzau am 10.5.1919 Clémenceau übermittelt wurde und als Grundlage einer internationalen Regelung der Freizügigkeit der Arbeiter, ihres Koalitionsrechtes der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsvermittlung, der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes und der Arbeitsaufsicht gedacht war. Die schließlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages über die Regelung des Arbeitsrechts bleiben hinter den von Deutschland aufgestellten Forderungen teilweise weit zurück.

am.

Jagow, G. von, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Berlin: Hobbing 1919. 195 S. 8° geb. M 8.—.

Von allen Diplomatenkriegsbüchern eines der uninteressantesten, groß gedruckt, gut ausgestattet, aber ohne Kraft der eigenen Persönlichkeit und ohne die Wucht der Darstellung, die allein hier überzeugen könnte, wo innere Gründe nicht zu überzeugen vermögen. Höchstens die Darstellung, die einer Abwehr gegen den Fürsten Lichnowski gilt, muß man lesen. W.

Binder, H., ehemaliger amtlicher Kriegsberichterstatter im großen Hauptquartier, Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften. München: Privatdruck des Verfassers (Hochschul-verlag) 1919. 61 S. 8° M 2,30.

Eine überaus bescheidene Arbeit, milde gesprochen. Unendliches wäre zu sagen jetzt, wo man frei sprechen darf, was in Kriegszeiten nicht gesagt werden konnte, brauchte, ja durfte.

Aber dann muß der Autor auch etwas zu sagen haben. Über die totale Unfähigkeit des Leiters des Kriegspresseamts, des Herrn Oberstleutnant Nikolai, der in starker Überheblichkeit nichts lernen wollte, was er von Hause aus nicht verstand, über verfehlte Pressepolitik und Journalistenbehandlung wird wohl einmal später, wenn wir die nötige Distanz zu den Dingen gewonnen haben, etwas geschrieben werden. Aber dann soll es ordentlich und auch der Presse würdig sein. Man darf nur kritisieren, wenn man etwas versteht. Wenn ein „amtlicher Kriegsberichterstatte“ (diesen Titel hat es nie gegeben!) über die Marneschlacht kritisch schreibt (ohne daß er militärischer Fachmann wäre), so ist das nicht besser, als wenn Herr Oberstleutnant Nikolai über die Presse urteilte! Das Büchlein hält in keiner Weise, was sein etwas sensationeller Titel verspricht. Und was den Stil angeht, so ist der Titel das einzige, was für die schriftstellerische Begabung des Autors spricht. W.

Kühler, Walter, Romain Rolland, Henri Barbusse, Fritz v. Unruh. Vier Vorträge. 2. Aufl. Würzburg: Verlagsdruckerei Würzburg 1920. 86 S. 8°. M. 3.60.

Von den vier Vorträgen des Würzburger Romanisten ist der erste Rollands Jean Christophe gewidmet; ohne auf die inzwischen stark angeschwollene Rolland-Literatur einzugehen, zieht der Verfasser seine Schlüsse im wesentlichen aus dem Werke selbst und arbeitet die Fragestellung heraus, die sich dem deutschen Leser naturgemäß aufdrängt: Wie weit ist die Darstellung Deutschlands und Frankreichs im Jean Christophe wahr oder wirklichkeitsgetreu? Kühler folgt Rolland und allen, die das klassische Frankreich lieben, wenn er die großen Überlieferungen der Republik in der Provinz und nicht in Paris sucht. Wenn Paris Frankreich wäre, so müßte Rollands Gemälde Grauen einflößen. Aber Paris kann nimmermehr das alte, wahre, große und edle Frankreich sein. Andererseits stellt Kühler bei Rolland, von dem ganz schemenhaften Bild der deutschen Residenz im ersten Teil abgesehen, in der Auffassung und Darstellung deutschen Wesens eine Großherzigkeit und einen Idealismus fest, wie sie in Frankreich nicht nur Deutschen, sondern allen Ausländern gegenüber eine Ausnahmeerscheinung sind. Rolland erscheint bei Kühler als seltener, völkerverbindender, in seinem Wesen wie in seiner Schreibart fast unfranzösischer Verkünder, während Fritz v. Unruh, dessen „Opfergang“ und „Ein Geschlecht“ und Barbusse, von dem „Le Feu“ und „Clarté“ meisterhaft analysiert werden, als reine dichterische Vertreter ihres Volkstums wirken. Zugleich werden die Grenzen der Kunst Barbusses, die in seiner naturalistischen Technik und seinem echt französischen philosophischen Rationalismus (clarté) liegen, gezogen. Nimmt man hinzu, daß Kühlers Untersuchungen in eine formvollendete Sprache gekleidet sind, so kann man in diesen Vorträgen ähnlich wie in den Renanstudien des Verfassers Muster vergleichender Literaturbetrachtungen sehen, die fern von öder philologischer Parallelenjägerei fruchtbare Ausblicke in die Völkerpsychologie eröffnen. Dr. H. M.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Eingegangene Zeitschriften.

Die Deutsche Wochenschrift „Deutsche Arbeit“, die in Budapest vor einigen Monaten begonnen hatte zu erscheinen und die zwar äußerlich in bescheidener Aufmachung herauskam, geistig aber ein Mittelpunkt frischer Deutschtumsarbeit zu werden versprach, ist wegen der beträchtlichen Erhöhung der Druck- und Papierpreise, die eine Rentabilität der Zeitschrift als unmöglich erscheinen ließen, wieder eingegangen.

In der Monatsschrift „Vivos Voco“, die Hermann Hesse herausgibt, schreibt Herr Erkes über den japanischen Studenten und die deutschen Hochschulen. Er bedauert, daß man keine Anknüpfungsversuche mit Ostasien mache und daß man sogar den japanischen Studenten, der bisher ein gern gesehener Gast an deutschen Hochschulen gewesen sei, von unseren Hochschulen zurückweise, anstatt wir Deutsche jede Gelegenheit begrüßten, die günstige Lage auszunützen. Japanische Mediziner hätten sich in letzter Zeit wiederholt bei deutschen Universitäten

um Zulassung zum Studium beworben und eine glatte Absage erfahren. Solche Kurzsichtigkeit sollte man kaum für möglich halten. Hier sei glänzende Gelegenheit gegeben, der deutschen Wissenschaft und dem deutschen Geist wieder Einfluß und Ansehen im Ausland zu verschaffen. Man schlage sie aber in chauvinistischer Verblendung in den Wind. Das schade der deutschen Wissenschaft aufs schwerste und untergrabe sie materiell und geistig. Noch sei es Zeit, den Schaden abzuwenden, wenn die deutschen Hochschulen dem lernbegierigen Japaner und Chinesen unverzüglich ihre Pforten öffneten.

Die „Ostdeutschen Monatsblätter für Kunst und Geistesleben“ in Danzig-Oliva widmen der Freien Stadt Danzig eine schön ausgestattete Sonderausgabe. Bodenständige Forscher, Schriftsteller und Künstler haben mit den Natur und Kunst, Vergangenheit und Gegenwart mit gleicher Liebe umfassenden Beiträgen ein Muster durchgeistigter Heimatpflege gegeben.

Bemerkenswerte Beiträge zur Psychologie des französischen Volkscharakters enthält das Sonderheft „Die Franzosen“ der „Süddeutschen Monatshefte“. Professor Hofmiller kennzeichnet scharf die Haupttypen der französischen Literatur, Dr. H. O. Simon und Dr. med. Gallinger tragen vernichtendes Material über die französische Gefangenenbehandlung zusammen; die gesammelten Zeitungsäußerungen führender schwedischer Blätter, die hauptsächlich durch den Aufsatz E. Morels „Die schwarze Pest“ (deutsch bei H. R. Engelmann, Berlin) aufmerksam geworden sind, geben ein Bild davon, daß wenigstens ein Land seine Stimme erhebt gegen die Gewalttaten, die in unseren besetzten Gebieten an einer wehrlosen Bevölkerung verübt werden.

In der „Konservativen Monatsschrift“ (Heft 14/15, 1920) schildert der bekannte baltische Historiker Dr. Ernst Seraphim unter der Überschrift „Verschleppt nach Sibirien“ die siebzigtägige Leidenszeit, die er mit 500 anderen von den Bolschewisten als Geiseln verhafteten baltischen Deutschen von Februar bis April 1918 durchlebte. Als sie bei der Heimkehr jubelnd die Grenze Kurlands überschritten, schien Deutschland auf dem Höhepunkt seiner Macht zu stehen. Niemand ahnte damals, daß mit der nächsten Jahreswende ein Schicksal über das Baltenland hereinbrechen sollte, gegen das die Jahre 1914–1918 ein Kinderspiel waren. Um so ergreifender wirkt diese Schilderung aus der Zeit, da die deutschen Balten und viele Millionen anderer Deutscher mit ihnen den Traum deutscher Herrlichkeit in den ehemals russischen Ostseeprovinzen träumten.

Zur Erhaltung und Vertiefung des Volksbewußtseins der fremden Staaten eingegliederten Deutschen ist das deutsche Buch einer der wichtigsten Faktoren. Wenn uns andere Hilfsmittel kaum noch zu Gebote stehen, so haben die Volksgenossen jenseits der neuen Reichsgrenzen doch ein volles Anrecht auf diese geistige Unterstützung. Wie sie praktisch zu gestalten ist, führt der bisherige Direktor der Bromberger Stadtbibliothek Dr. Martin Bollert (jetzt Direktor der Stadtbibliothek in Dresden) in Heft 3, 1920, der Blätter für Volksbibliotheken aus („Deutsche Büchereien in Polen“. Leipzig: Harrassowitz). Auf eine erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete kann der Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften bereits zurückblicken. In Heft 3 seiner „Mitteilungen“ entwickelt der Herausgeber Wilhelm Scheffen die Grundsätze für Grenzmarkenbüchereien und stellt zugleich die Musterliste einer Ostmarkenbücherei auf, Dr. Winker schreibt über „Das Buch zur Pflege des Deutschtums in besetzten Gebieten“, und

auf 23 Seiten wird ein Schriftenverzeichnis für Grenzmarkenbüchereien geboten, das zunächst die schöne Literatur umfaßt.

Wir begrüßen diese positive Arbeit aufs wärmste und wünschen nur, daß sie durch die Ausführungsverordnung, die auch die deutsche Bücherausfuhr nach Ländern mit geringwertiger Valuta belastet, nicht zu sehr erschwert wird.

Den alten oder neuen Grenzmarken wenden in der Zeit der Abstimmungen fast alle Zeitschriften ihre Aufmerksamkeit zu. Aus der Fülle von Aufsätzen sei die kulturgeschichtliche Betrachtung hervorgehoben, die Oberlyzealdirektor E. Wernicke im Heft 9 der „Bergstadt“ (Breslau: Korn) Stadt und Ordensschloß Marienwerder widmet.

Dem Kärntner Lande, das heute südslawische Eroberungslust umbrändert, bringt die Monatsschrift „Donauland“ (Wien: Roller) ein sehr schönes Sonderheft dar, das in seiner Landschaft, Recht und Sitte, Provinz- und Stadtgeschichte, Dichtung und bildende Kunst umfassenden Komposition wie eine Monographie wirkt. Vom deutschkundlichen Standpunkt aus verdienen die Beiträge des bekannten Historikers Wutte, „Kärnten als deutsches Kulturland“, F. X. Zimmermanns „Klagenfurt“, Ginhardt's „Zur Kunstgeschichte Kärntens“, Dr. Georg Grabers „Fürstenstein und Herzogsstuhl“ und Neckheims „Bücher über Kärnten“ besondere Beachtung.

Die bevorstehende Rückkehr des bisher westungarischen Heinenlandes zum deutschen Mutterlande feiert die Zeitschrift „Deutsches Vaterland“ in einer mit Abbildungen reich ausgestatteten Festschrift „Burgenland“ (Wien 7: Verlag „Deutsches Vaterland“). Der Herausgeber Dr. Stepan, der seit 2 Jahren in seiner Zeitschrift für das Deutschtum des Südostens eintritt, hat die besten Männer des Burgenlandes und Deutschösterreichs zur Bearbeitung dieser wissenschaftlich gediegenen und geistig anregenden Landeskunde gewonnen. Da die Heimkehr des Burgenlandes den einzigen nationalen Gewinn des deutschen Volkes nach der Verstümmelung durch den Versailler Frieden vorstellt, verdient das alte deutsche Kulturgebiet am Neusiedler See, in einer so würdigen Darstellung, wie der vorliegenden, weithin im deutschen Vaterland bekannt zu werden.

Unter der Überschrift „Die Wetterwolke im Osten“ gibt P. Bernhard Duhr in den „Stimmen der Zeit“ (Heft 8, 1920. Freiburg i. Br.: Herder) eine Rundschau über das Problem des russischen Bolschewismus, die sich durch die Verarbeitung eines breiten, besonders auch außerdeutschen Quellenmaterials auszeichnet. Der Verfasser neigt zu dem Urteil des Generals Grafen von der Goltz in seinem Grenzbotenartikel (Nr. 9, 1920): „Der Bolschewismus ist ein Produkt des russischen Kulturhasses“.

Auch eine „deutsche“ Zeitung im Auslande.

In einem scharf geschliffenen Aufsatz „Die Vermummten“ rechnet Dr. Hermann Popert, der Herausgeber des „Vortrump“ in Nr. 6 seiner Zeitschrift mit der berühmten „Freien Zeitung“ in Bern ab. Popert hat das Wesen dieses, zumeist von reichsdeutschen Überläufern und Renegaten gespeisten, der Erbauung des feindlichen Auslandes dienenden Blattes jahrelang studiert. Die politische Tendenz der „Freien Zeitung“ kennzeichnet Popert dahin, daß ihre Macher die Gewaltpolitik der Entente mit Begeisterung unterstützen. Diesen Leuten ist ein geeintes Deutsches Reich ein Greuel, der Vertrag von Versailles die Ausgeburt göttlicher Gerechtigkeit, Clemenceau ein zweiter Daniel. Sie begrüßen grundsätzlich jede gegen die deutsche Einheit und Freiheit gerichtete Bewegung, den Monsieur Dorn, die schwarze Schmach in der Pfalz, die Auslieferung der Heerführer, die Aussperrung Deutschösterreichs. Merkwürdig, aber passend zu dem Bilde, das die französischen Revanchepolitiker der Welt von dem neuen Deutschland entwerfen möchten, ist die Tatsache, daß die „Freie Zeitung“ selbst den deutschen Pazifismus, Männer wie Quidde, Graf Montgelas und Professor Schücking, aufs giftigste beföhdet. Da die Hersteller der „Freien Zeitung“ vielfach schon während des Krieges der Entente Propagandaliteratur in deutscher Sprache geliefert haben, die noch im Auslande und in den besetzten Gebieten vertrieben wird, verdienen einige Namen besonders eingepreßt zu werden: Hugo Ball („Kritik der deutschen Intelligenz“), Dr. Ernst Bloch, Dr. R. Grelling („J'accuse“), Professor Dr. O. Nippold (ihn will die internationale Regierungskommission den deutschen Richtern im Saargebiet vor die Nase setzen!), Dr. Rösmeier und Edward Stilgebauer. Popert gibt in seiner genauen, juristischen Art eine Menge Namen, Belegstellen und Daten.

VON UNSERER ARBEIT

Führungen durch das D. A. L.

Eine große Anzahl von Führungen fanden in den letzten Wochen wiederum statt. Abgesehen von Einzelpersonen, namentlich Auslandsdeutschen, die von weit hergereist kommen, um unsere Einrichtungen zu besichtigen und die uns durch viele gute Ratschläge und praktische Hinweise ausgezeichnet beraten und unterstützen, konnten wir eine Reihe von Vereinen, Verbänden und Schulen bei uns begrüßen und mit unserer Arbeit bekannt machen. Die Vereinigungen wurden regelmäßig im Sitzungssaale begrüßt und bekamen in einem kleinen Einleitungsvortrag das Grundsätzliche unserer Arbeit und die allgemeinen Tatsachen zu hören, worauf in den einzelnen Abteilungen die Art der Arbeit in der Praxis gezeigt und erläutert wurde. So begrüßten wir bei uns die „Württembergische Gesellschaft der Wissenschaften“, die ihre Jahresversammlung in den Räumen des Instituts abhielt und eine Besichtigung

anschloß, die Frauen der in Stuttgart zu einer Tagung versammelten Ärzte Württembergs, die demokratische Jugend Stuttgarts, den Württembergischen Philologenverein, Ortsgruppe Stuttgart und den Verein heimatischer treuer Oberschlesier.

Technisch gebildeter Kaufmann in Barcelona sucht Vertretungen durchaus lieferungsfähiger deutscher Firmen zu übernehmen.

Deutscher Kaufmann aus Niederländisch-Indien, zurzeit in Deutschland, sucht zusammen mit seinem Bruder, der Ingenieur ist, Vertretungen erster deutscher Fabriken von Automobilien und Fahrrädern samt Ersatzteilen, Motoren und Maschinen aller Art, allerlei technische und elektrotechnische Bedarfsartikel, Schreibmaschinen, Nähmaschinen und andere Haushaltsmaschinen usw.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. August 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oreiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

UNIVERSITÄT LEIPZIG
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



Der „Auslanddeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslanddeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 17

STUTTGART

Erstes Septemberheft 1920

Vom urdeutschen Land an der Saar!

Von A. de HAAS, Pfarrer, Essen-Borbeck, Exulant aus Saarlouis, Rhld.

Obwohl wir das Saargebiet als urdeutsches Land betrachten, so glaubten wir doch, unsere Leser auch über dieses Gebiet, wie über die Abstimmungsgebiete im Norden und Osten schon geschehen, auch im „Auslanddeutschen“ näher unterrichten zu müssen und baten deshalb Herrn Pastor de Haas um einen Aufsatz. Wir sind fest überzeugt, daß das Saarland, das leider noch über ein Jahrzehnt in den Ketten Frankreichs schmachten muß, ein nicht minder glänzendes Bekenntnis zum angestammten Vaterland ablegen wird, wie Nord- und Ostmark. Daß wir uns darin nicht täuschen werden, beweisen auch die nachstehenden Ausführungen.

Die Schriftleitung.

„Der Auslanddeutsche!“ – Also so werden wir eingeschätzt? mußte ich denken, als die freundliche Aufforderung an mich erging, vom urdeutschen Land an der Saar im „Auslanddeutschen“ Bericht zu geben! Spichern Berg und Ehrental, die Stätten ruhmreicher Kämpfe, deren Halbjahrhundert-Gedächtnis in den Augusttagen dieses Jahres sich erneut, sind zum „Ausland“ zu zählen? Hat Frankreich so schnell schon sein Ziel erreicht?

„Wollen wir Blindekuh spielen?“ sagte ein Arzt zum Kranken, der ihn um den Weg der Heilung befragt, aber gerne eine recht beruhigende Antwort gehabt hätte. Das deutsche Volk ist schwer erkrankt. Aber eben darum wollen wir nicht „Blindekuh spielen“, sondern der Gefahr offen entgegensehen, auch im Saartal „Auslanddeutsche“ zu werden.

Frankreich fühlte beim Einmarsch in den Novembertagen 1918 sich völlig als Sieger und die meisten Vertreter der „grande nation“ bemühten sich, den tyrannischen Herrn zu markieren. Sie haben damit ihrem Lande Schaden, der deutschen Sache Nutzen gebracht. „Allzuscharf macht schartig.“ Die ungezählten Geldstrafen haben zwar Frankreichs oder der Franzosen Kassen gefüllt, aber nicht gerade das Liedlein anstimmen lassen: „Zu dir zieht's mich hin, wo ich ga oder wo ich bin.“ Die zwangsweise eingeführten Schulstunden in französischem Sprachunterricht haben ihren Zweck nicht erreicht, die Jugend für Frankreich zu gewinnen. Noch weniger haben die Lockmittel kostenlosen Unterrichts in der französischen Sprache für Erwachsene gehalten, was von ihnen erhofft war. Auch die schlichtesten deutschen Frauen und Männer haben père, mère und la patrie und andere Anfangsgründe kennen gelernt, aber dann haben sie sich auf Vater, Mutter und Vaterland besonnen und die belehrenden Stunden mußten wegen mangelnder Beteiligung eingehen. Frankreich glaubte klüglich gerechnet zu haben, daß, wenn erst die Hauptschwierigkeiten im Umgang durch teilweises Erlernen der Sprache gehoben seien, sich bald Herz zu Herzen finden würde. Aber Otto von Leixners Wort erwies sich doch als zutreffender:

„An deiner Sprache, Deutscher, halte fest!

Weh dem, der diesen Schatz sich stehlen läßt.

Wer erst beginnt, das reine Wort zu fälschen,

Dem kann gar bald auch Kopf und Herz verwelschen.“

Um für dieses „Verwelschen“ dem deutschen Volke im Land an der Saar einen recht deutlichen Anschauungsunterricht zu geben, wurden alle öffentlichen Gebäude, Straßen und Plätze mit französischen Namen benannt. Was noch irgendwie an des Deutschen Reiches Herrlichkeit und des deutschen Volkes große Geschichte erinnerte, mußte verschwinden und eine Ehrung französischer Heerführer trat in der deutschen Grenzgarison an ihre Stelle. So wurden Hohenzollernring in avenue de Verdun, Kaiser-Friedrich-Ring in boulevard de maréchal Foch, Königin-Luisen-Ring in rue de maréchal Joffre und die Kaiser-Wilhelm-Straße in rue de république umgetauft. Am Rathaus prangte ein großes Holzschild: Hôtel de ville. Aber auch der „Hôtelier“, der deutsche Bürgermeister, stand bald auf der Liste der Proskribierten. Auf der alten preußischen Kommandantur, dem späteren Regimentshaus d. R. 30, am großen Markt, dem place des maréchaux, wehte vom preußischen Flaggenmast herab stolz im Winde die blau-weiß-rote Trikolore, und hoch am Giebel und am Balkongitter kündeten weithin erkennbare große Holzschilder die Neuigkeit: „Administration militaire. République française. Liberté, Egalité, Fraternité!“ Das frühere Artilleriekasino (Feldartillerie 8, von Holtzendorff) jetzt an der „rue de maréchal Pétain“ gelegen, ist in ein Foyers soldats, Union france et americain umgewandelt. Am Bahnhofe, an der Rodener Schanze, dreimal auf dem Großen Markt usw. verunzierten freistehend gewaltige Brettergestelle das Stadtbild mit der Zweckbestimmung, durchfahrenden Autos die Richtung zu zeigen: à Sarrebrück, à Trèves, à Mayence, à Metz, à Paris u. a. Ein à Berlin war wohl dem siegestrunkenen Herrscher unnötig erschienen, weil als bekannt vorausgesetzt! Inzwischen sind die anstößigsten Schilder bereits entfernt. Die Beseitigung der Reste ist baldigst zu hoffen!

Alle Eingaben an die Kommandantur mußten, obwohl ein Dolmetscher- und Spionagedienst eifrigst an der Arbeit war, in deutscher und in französischer Sprache abgefaßt sein und brachte seitens der, des Französischen Nichtkundigen, den vermittelnden Franzosen nicht geringen Gewinn ein. Alle Eingaben an deutsche Behörden diesseits wie jenseits des Rheins bedurften der prüfenden Zensur der administration militaire. In ihrem Dienst arbeitete als verantwortlicher Leiter ein Deutscher, der als Trainoffizier den Krieg mitgemacht und für die neugeschaffene Stelle sich als geeignet erwiesen hatte. Ihm war auf dem Landratsamt, in unmittelbarer Verbindung mit dem landrätlichen Amtszimmer, die Arbeitsstätte überwiesen. Nach einigen Wochen hatte der deutsche Landrat seinen Denkkettel: „expulsé“, um rechtsrheinisch eine neue Heimat suchen zu müssen.

Der ganze Propagandadienst war planmäßig geleitet und durchgeführt. Drei französische Offiziere, die durch Familie oder Lebensgang irgendwie Beziehungen zum deutschen Land an der Saar hatten, waren klüglichst auserwählt, um mit „großer Macht und viel List“ den Dienst der französischen Propaganda unter den Deutschen zu organisieren. In jedem Grenzgebiet liegt die Gefahr für schwache Charaktere nahe, von der einen zur andern Seite sich zu erzeigen und, wenn es sein muß, zu verneigen, um zu sehen, wo der Weizen am besten blüht. Aus diesen Kreisen, deren Urahnen z. T. das Hosianna in Kreuze gewandelt hatten, erstanden die Urenkel, die das frühere: Hurra! Hurra! Hurra! in ein vive la France bald umwandelten. Und, die ihren Stammbaum anders leiteten, fehlten nicht in der Sippe der Vorväter und Denunzianten. Führend war unter ihnen ein Geschwisterpaar, ein Oberlehrer und eine Lehrerin, deren Namen auf Israels Königreiche zurückwies.

Nun war es ein leichtes, reine Bahn zu machen. Die als Männer in führender Stellung zur Wahrung des Deutschtums bekannt oder die geheim verdächtigt waren, mußten entfernt werden, denn ihr Einfluß bedeutete eine unliebsame Störung des Propagandadienstes. Ohne jedes Verhör, ohne Urteilsspruch erfolgte die Verhaftung. Ein Hauptmann, zwei Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr und einer von der vorbezeichneten „Sippe“ erschienen plötzlich in stiller Abendstunde und überbrachten den Haftbefehl. Auf die Frage nach dem Grunde erfolgte nur die eine Antwort: „Wir haben keinen Auftrag, Ihnen nähere Auskunft zu erteilen. Wir haben Ihnen nur noch zu sagen: in $\frac{1}{4}$ Stunde müssen Sie marschbereit sein.“ Ein Tag Gefangenzelle und drei Tage Gefangenenlager, einst Russenherberge bei Worms waren qualvollster Ungewißheit Wartezeit: Wie lange noch? und wohin? und was dann? Keine Möglichkeit einer Nachricht von und nach Hause! 300 Bergleute, die wegen Streikes verhaftet waren, und 40 deutsche Männer aus Großindustrie und Justiz, Verwaltung und Presse, Vertreter der höheren Schulen und der Geistlichkeit teilten gemeinsames Los. Die Wehr- und Waffenlosen wurden von dreifacher, dichtgeschlossener Reihe französischer Infanterie, dann Madagassen, alle mit aufgepflanztem Seitengewehr und daherum noch von einer dritten Reihe französischer Kavalleristen mit gezogenem Säbel gefangen geführt. Angst, Ehrengelt oder Theater?

Und es ist doch altdeutsches Land, auf dessen Weltbühne Frankreich solche Spektakelstücke bietet. Der ganze Kreis Saarbrücken, als Grenzland, einst zur Napoleonischen Zeit nur für kurze Zeit Frankreich einverleibt, hat stets als eine Vorwacht stärkst ausgeprägten Deutschtums sich bewährt. Saarlouis, von einem französischen König Louis XIV. erbaut und benannt,

aber doch auf deutschem Grund und Boden errichtet, der widerrechtlich zur Zeit der Schwäche nach 30 Kriegsjahren dem deutschen Mutterlande entrissen war, ist mit Einwilligung Englands bereits 1815 wieder zu Deutschland gekommen, wie vor Erbauung der Stadt das Land deutsch stets gewesen war. Worauf also kann vor dem Richtstuhl der Geschichte Frankreich das Recht gründen, dieses urdeutsche Saartal französisch machen zu wollen? Und warum 15 Jahre Wartezeit? um der Propagandatätigkeit genügend langen Spielraum zu lassen, sich zu entfalten! Aber, wer das Saartal und seine Bewohner kennt, der wird diesem landschaftlich wie industriell, um seines Bergbaus und seiner Großindustrie willen so bedeutsamem deutschen Landesteil die Anerkennung nicht versagen können, die Anastasius Grün in die Worte kleidet:

„Ihr fühlt's, wie deutsch dies Land und Volk
Kerndeutsch seit Urweltzeiten.
Deutsch ist sein Blut,
Deutsch ist sein Herz
Und deutsch sein Tun und Treiben.
Deutsch sind wir noch und wollen deutsch
Trotz dem und dem auch bleiben!“

Seit Einsetzen des Fünferates und der damit verbundenen Machteinschränkung Frankreichs im Land an der Saar fängt deutscher Geist machtvoll an, wieder zu erstarken. Kundgebungen werden laut, die vor wenig Monaten sofortige Ausweisung der „sujets très dangereux“ zur Folge gehabt haben würde.

Während vor wenig Monaten die deutsche Haltung der Presse für Besitzer wie Schriftleiter das Exultantum, das „expulsé“ brachte, gibt die Presse jetzt aus beiden Kreisen in großen Lettern ganze Seiten voll „gewaltiger Kundgebungen für das Deutschtum“. Und die Saarbrücker Presse hat sicherlich den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn sie am 26. März d. J., also nicht ganz ein Jahr nach den ersten Ausweisungen, zu schreiben wagen darf: „Wir sind genau darüber unterrichtet, daß man in Frankreich in sehr weiten Kreisen die französische Saarpolitik aufs schärfste mißbilligt“. Einen vier große Spalten langen Bericht über eine „Riesenversammlung“ zur Kundgebung des Deutschtums darf dieselbe Presse schließen mit den nicht mißverständlichen Worten: „Der jubelnde Beifall, der den Rednern gezollt wurde, war der Aufschrei unterdrückter und gequälter Herzen. Alles in allem: wir sind deutsch und bleiben deutsch!“ Und die Saarbrücker Zeitung ist stolz, unter dem 14. Juni von einer deutschen, nationalen Heerschau der christlichen Gewerkschaften im besetzten Gebiet des Saarbrücker Landes berichten zu können: „Das vom Landesausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes veranstaltete Gewerkschaftsfest gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der christlich und nationalen Gesamtbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Saargebiets. Eine wahre Völkerwanderung wälzte sich durch Saarbrückens Mauern. Ein Sonderzug nach dem andern lief vormittags auf dem Bahnhofe ein und brachte neue Tausende von Teilnehmern und Teilnehmerinnen. In der Mittagsstunde formierte sich ein Festzug so riesig, wie ihn Saarbrücken wohl noch nicht gesehen hat. Volle zwei Stunden dauerte der Vorbeimarsch in fünf- und sechsköpfigen Reihen, so daß die Teilnehmerzahl mit 40000 wohl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Nicht weniger als 90 Musikkapellen zählte man in dem Zuge.“ Der Ausklang dieser gewaltigen Kundgebung, die $\frac{1}{2}$ Jahr zuvor zahllose Verhaftungen und nötigenfalls Maschinengewehrfeuer zur Folge gehabt haben würde, ist in die Worte gefaßt:

„Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte! Das Saargebiet ist für 15 Jahre der Reichshoheit Deutschlands ent-

zogen! Nach 15 Jahren soll durch den Stimmzettel entschieden werden, wohin wir wollen. Eine große Verantwortung lastet auf der heutigen Generation. In der späteren Geschichtsschreibung wird es sich ergeben, ob die heutige Generation es verstanden hat, das deutsche Saargebiet dem deutschen Mutterlande zu erhalten. Sorgen wir alle dafür, daß der Geschichtsschreiber nicht festzustellen braucht: an der Saar lebte in den 15 Jahren ein pflichtvergessenes Volk, das durch eigene Schuld deutsches Land verloren gehen ließ. Wir haben vor Gott und der Geschichte die Verpflichtung, echt deutschen Geist in uns und unseren Familien wach zu halten und zu pflegen!^{*)}

Ein Land, das solche Bekenntnisse inmitten einer starken feindlichen Besetzung aufweisen kann, mag vorübergehend durch unabwendbaren Zwang von der Heimat getrennt erscheinen und zum Auslandsdeutschtum für 15 Jahre zu zählen sein. Aber die Männer und Frauen des herrlichen Landes an der Saar weisen den Auslandsgedanken zurück, und nur das Deutschtum bleibt. Eine Welt im Kleinen bietet sich uns in den Postwertzeichen

des Weltverkehrs dar: Frankreich hat dem besetzten Gebiet an der Saar scheinbar die deutschen Briefmarken gelassen, aber die Worte „Deutsches Reich“ unlesbar durchstrichen und durch den Brustschild der Germania, nicht in deutscher, sondern in französischer Sprache das Wort Sarre gesetzt^{*)}. Wucher und Schwindel hat diese Marken gefälscht. Wie Frankreich sie gab, so wären sie echt: echt französisch, bezeichnend für den Siegestaumel der grande nation im besetzten Gebiet des deutschen Landes. — Doch auf die Lesart wird's ankommen. Heutzutage ist alles auf den Kopf gestellt! Man wird auch den Aufdruck sarre in der Umkehr lesen müssen. Im stolzen Bewußtsein einer großen Vergangenheit, mit dem starken unbeugsamen Willen, der Gegenwart Schwere zu tragen, in der Hoffnung trotz allem auf des deutschen Vaterlandes bessere Zukunft rufen wir's dem französischen Übermut daher zu:

„errass“ = „Du irrst dich!“

Deutsch ist das Land an der Saar!

Deutsch will und soll es auch bleiben!

Die geschichtlichen Beziehungen Saarbrückens zu Frankreich

Von Prof. Dr. RUPPERSBERG, Saarbrücken.

In der französischen Kammer hat der Abgeordnete Franklin-Bouillon am 29. Dezember 1918 gesagt, Frankreich sei im Jahre 1815 einer seiner Provinzen, des Saarbeckens, beraubt worden. Dadurch sei Frankreich ein Unrecht geschehen, das wieder gutgemacht werden müsse. Frankreich müsse sein ganzes Recht beanspruchen. In ähnlichem Sinne haben sich angesehene französische Zeitungen ausgesprochen. Diese Anschauung, daß Frankreich ein Recht auf das Saargebiet habe, das ihm im Jahre 1815 geraubt worden sei, ist unrichtig und leicht zu widerlegen. Das Saargebiet ist ein kerndeutsches Land; es gehört seit dem Vertrage von Mersen (870), also seit mehr als 1000 Jahren zum Deutschen Reiche. Seit dem Jahre 1381 wurde es von einem echtdeutschen Fürstenhause aus dem nassauischen Stamme beherrscht; diese Fürsten haben wohl die Freundschaft mit Frankreich gepflegt, aber nie aufgehört, deutsch zu fühlen. Im Jahre 1673 erklärte Graf Gustav Adolf von Nassau-Saarbrücken einem Abgesandten Ludwigs XIV., der ihn zum Abfall vom Kaiser und zum Anschluß an Frankreich bewegen wollte, er wolle lieber mit einem bloßen Stecken davongehen, als seinem Kaiser die Treue brechen, und er besiegelte diese Worte vier Jahre später durch seinen Heldentod in einem Gefecht gegen Franzosen bei Straßburg.

Im Herbst des Jahres 1792 zogen französische Truppen in Saarbrücken ein, und im Anfang des nächsten Jahres flüchtete Fürst Ludwig von Saarbrücken vor ihnen über den Rhein. Die Franzosen hielten Saarbrücken besetzt und erreichten in den Friedensschlüssen von Campo Formio (1797) und Luneville (1801) die Abtretung des Saargebietes wie des ganzen linken Rheinufer. Im Januar 1814 aber rückte Blücher in Saarbrücken ein und wurde mit Begeisterung begrüßt. Die Saarbrücker hofften nun wieder deutsch zu werden und wurden von dem Generalgouverneur von Gruner in dieser Hoffnung bestärkt. Aber sie wurden grausam enttäuscht. In dem ersten Pariser Frieden von 1814 gewährten die verbündeten Monarchen Frankreich die Grenzen vom 1. Januar 1792. Damit wären die Saarbrücker an und für sich zufrieden gewesen; denn am 1. Januar 1792 war Saarbrücken noch deutsch. Aber die edelmütigen Monarchen machten Frankreich noch ein Geschenk, indem sie die Kantone Saar-

brücken, St. Arnual und einen Teil des Kantons Lebach, das wertvolle Kohlengebiet, an Frankreich abtraten. Sie ließen sich eben von dem schlaun französischen Unterhändler Talleyrand überlisten, und Kaiser Alexander I. von Rußland gefiel sich ja in der Rolle des Großmütigen auf anderer Kosten. Die Saarbrücker waren trostlos; ganz Deutschland hatte Mitleid mit ihnen, wie dies Friedrich Rückert in einem rührenden Gedicht „Arm Saarvögelein“ aussprach.

Aber Napoleon hielt den Frieden nicht und bei Waterloo am 18. Juni 1815 ging sein Stern für immer unter. Am 10. Juli 1815 kam der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg auf der Durchreise nach Paris durch Saarbrücken. Eine Abordnung der Saarbrücker Bürgerschaft erbat sich bei ihm Gehör und flehte ihn an, dafür zu sorgen, daß Saarbrücken wieder deutsch, und zwar mit Preußen vereinigt werde. Der Staatskanzler versprach, diesen Wunsch bei seinem König zu befürworten, aber damit begnügten sich die Saarbrücker Bürger nicht, sondern sie schickten zwei Abgeordnete, Böcking und Lauckhard, nach Paris, um dort bei den verbündeten Monarchen und ihren Ratgebern ihren Wunsch mit Nachdruck geltend zu machen. Und diese Männer erreichten ihr Ziel; im zweiten Pariser Frieden wurde Saarbrücken wieder deutsch. Also damals geschah nicht Frankreich ein Unrecht, sondern das Unrecht, das Saarbrücken erlitten hatte, wurde wieder gut gemacht. Das Saargebiet nahm unter der preußischen Herrschaft einen glänzenden Aufschwung, und mehr als einmal haben die Saarbrücker bewiesen, daß sie deutsch fühlten und deutsch bleiben wollten. Als im Jahre 1860 das Gerücht aufkam, Preußen wolle Saarbrücken an Frankreich abtreten, gerieten die Bürger in große Aufregung, und als der Prinzregent Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm I., am 25. Mai 1860 zur Einweihung der Rhein-Nahe-Bahn und der Bahn nach Trier in Saarbrücken erschien, gab ihm der Vertreter der Bürgerschaft, Dr. Jordan, die Überzeugung der Saarbrücker kund, „daß jeder Fuß breit deutschen Bodens, jede Forderung deutschen Rechtes, jeder Pulsschlag preußischer und deutscher Ehre gegen jeden Angriff, gegen jeden Feind gesichert sein werde.“ Der Prinz gab darauf die Zusicherung, daß mit seinem Willen eine

^{*)} Es sind bereits neue Wertzeichen an ihre Stelle getreten, bei denen das „Saargebiet“ ersetzt ist.

Wort Sarre fehlt und Deutsches Reich nicht durchstrichen, sondern durch D. V.

abermalige Trennung der Städte Saarbrücken und St. Johann von dem deutschen Vaterlande niemals stattfinden werde. Die Franzosen haben aber ihren Wunsch nicht aufgegeben. Im Jahre 1866 beehrte der französische Gesandte Benedetti als „Kompensation“ für die Vergrößerung Preußens die Abtretung des Saargebietes, wurde aber von Bismarck sofort zurückgewiesen. Und im Jahre 1870 wäre Saarbrücken zweifellos der Siegespreis für die Franzosen geworden, wenn ihre Waffen glücklich gewesen wären. Wie gerade damals die Saarbrücker ihre deutsche Gesinnung betätigt haben, ist weltbekannt und hat durch die herrliche Ausstattung des Saarbrücker Rathssaales und die Verleihung des Preußischen Adlers für die Wappen von Saarbrücken

und St. Johann seinen Ausdruck gefunden. Wenn heute eine Volksabstimmung im Saarbrücker Lande über die Frage „Französisch oder deutsch?“ veranstaltet werden sollte, so würde sich die Bevölkerung einmütig für die Zugehörigkeit zu Deutschland aussprechen. Wenn die Entente die Absicht hat, den Versailler Vertrag auch dann zu achten, wenn seine Anwendung Deutschland zugute kommt, so muß Saarbrücken bei unbeeinflusster Abstimmung deutsch bleiben. Jede andere Lösung wäre ein Rechtsbruch von unabsehbaren Folgen. Wenn Frankreich darauf Wert legt, einen dauernden Frieden mit Deutschland zu erhalten, dann sollte es seiner Politik, dem künftigen Abstimmungsergebnis durch Zwangsmaßnahmen aller Art vorzugreifen, entsagen.

Deutsch-Südwestafrika

Von A. HERMKES (Omaruru, Südwestafrika), Sandersleben *).

Wie gerne und stolz hat jeder, der in Südwest gelebt und gearbeitet, vor dem Kriege über das Land deutscher Zukunft in Afrika geschrieben. Heute, da das Kind in den Brunnen gefallen, da wir weinend und trauernd, aber gottlob auch zähneknirschend die deutschen Afrikahoffnungen begraben mußten, da ergreife ich die Feder, um zu sagen, wie es in diesem verlorenen Lande aussieht und wie groß der Verlust tatsächlich ist.

Der Weltkrieg hatte die Augen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit geweitet. Auch das Auge des einfachen Mannes hatte im Kriege den Blick hoffnungsfroh nach dem deutschen Afrikabesitz schweifen lassen, mancher hatte ernstlich daran gedacht, nach gewonnenem Kriege dort seinen neuen Wirkungskreis zu finden. Wir Südwestler alle haben gezittert und gebebt um den Ausgang des gewaltigen Völkerringens. Als aber der Waffenstillstand kam, da wußte jeder von uns:

„Südwest war mein!“

Den weiteren Verlauf der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen spürten wir dann in seinen ganzen Härten, als im April v. Js. die Ausweisungen der Auslandsdeutschen begannen. Da fühlten wir alle, wie ohnmächtig die stolze Heimat geworden war. Wie sieht es nun mit den politischen Rechten unserer Landsleute in Südwest gegenwärtig aus? — Als ich Mitte November v. Js. Südwest verlassen mußte, da war noch keine Zivilverwaltung eingeführt, alles stand noch unter der vollen Wucht britischer Kriegsgesetze, d. h. jeder war noch rechtlos. Wird an diesem Zustand die Zivilverwaltung viel ändern? — Im Oktober v. Js. besuchte der britische Generalgouverneur, Lord Buxton, Südwest, und gewährte den Vertretern der deutschen Wirtschaftsgruppen und den Vereinen der Religionsgemeinschaften wie auch denen der Schulvereine Audienzen. Zuvor jedoch proklamierte Lord Buxton den Eingeborenenhäuptlingen: „Volle Gleichstellung auf allen Gebieten mit der weißen Rasse! Die Zeit der Knechtschaft sei nunmehr vorüber, sie würden in den Engländern wohlwollende Herren erhalten, die sie gut bezahlten usw. Und wenn in Kürze die Einwanderung begänne, dann sollten sie bei den Engländern Arbeit und Brot suchen!“

Den deutschen Abordnungen hielt der hohe Herr zunächst einen belehrenden Vortrag über die Schuld am Kriege, dann versicherte er — was für uns vorderhand das Wichtigste war —, daß nunmehr keine Ausweisungen mehr erfolgen würden. (Tatsächlich waren bis zu meiner Abreise bereits zehn weitere Ausweisungsbefehle zugestellt worden.) Die Frage der Farmerschaft wegen der Besiedelung beantwortete Lord Buxton mit einem

Hinweis auf das bereits errichtete Landamt, ebenso lehnte er eine klare Beantwortung der Währungsfrage mit dem Bemerkenden ab, daß diese durch ein ordnungsgemäßes Gericht entschieden werde. Den Religionsgemeinschaften sicherte Buxton ungehinderte Tätigkeit zu, nachdem wenige Wochen zuvor die erprobtesten Geistlichen beider Konfessionen deportiert waren. — In der Schulfrage sagte Lord Buxton klar und deutlich, daß deutsche Schulen auch privater Art unter keinen Umständen geduldet werden könnten. Damit hatte er die letzten deutschen Hoffnungen endgültig vernichtet!

Man hat nun zunächst den deutschen Schulvereinen erlaubt, bis zum 1. April 1920 die ehemaligen Regierungsschulen zu übernehmen, wie auch den Schulvereinen nur eine vorläufige Existenzberechtigung verliehen wurde. Vorsitzende oder Kontrollpersonen der Schulvereine sind die englischen Magistrate. Auf Grund des Vorgehens des Burengenerals Colonel de Jager, wurde in letzter Stunde noch der beschlossene Abtransport der deutschen Lehrer verhindert, denn was nutzen die deutschen Schulen, wenn keine deutschen Lehrer mehr darin tätig sein können. Man muß billigerweise dem Befehlshaber der Unionstruppen in Südwest, Colonel de Jager, das Zeugnis ausstellen, daß er Ungerechtigkeiten nach besten Kräften zu bekämpfen sucht. Er hat wenigstens mit seinen sehr energischen Vorstellungen in Pretoria, dem Regierungssitz der südafrikanischen Union, erreicht, daß die deutschen Lehrer bis zum 1. April 1920 bleiben können. Erfreulicherweise ist Colonel de Jager auch Mitglied der Landkommission, vielleicht wird sein gerechtes Empfinden manche bevorstehende empörende Enteignung deutschen Farmbesitzes vereiteln! Arme Deutsche, hilflos steht ihr heute in der Welt, auf fernem Außenposten, einen Lichtblick müßt ihr schon darin finden, daß ein schlichter Burenoberst ein gerechtdenkender Mann zu sein scheint!

Wie wird es jetzt werden? — Da selbst das führende Blatt der Burenelemente in Südafrika, „De Volksstem“, der Ansicht ist, daß die in Südwest verbleibenden Deutschen die Staatsangehörigkeit der südafrikanischen Union annehmen müßten, sind die Träger deutscher Kultur in Afrika gezwungen, entweder die liebgewordene Heimat zu verlassen oder aber die Staatsangehörigkeit des Gegners und Siegers anzunehmen. Was sollen die Armen nun machen? Was nützen sie dem ohnmächtigen Vaterlande, wenn sie als arme, entrechtete, ausgewiesene Menschen zur alten Heimat zurückkehren? Das wird einen Herzenskampf kosten, von dem der Fernstehende sich keinen Begriff machen kann. Sind es doch zum größten Teil Männer, die alles froh und gern für das Vaterland geopfert haben, nun müssen sie, um nicht

*) Der Abdruck des uns bereits vor längerer Zeit übermittelten Artikels erfolgt infolge von Raumnot sehr verspätet. Die Schriftleitung.

dem Vaterland zur Last zu fallen, dies Vaterland äußerlich verneinen. Ihre Kinder müssen sie in allgemeine Schulen schicken, und werden es selbst noch erleben, daß ihr eigenes Blut nicht mehr deutsch zu fühlen, nicht einmal deutsch zu reden vermag.

Sollte in Südwest die Zivilverwaltung am 1. Januar ds. Js. eingeführt sein, dann führt das Deutschtum in diesen Wochen den bittersten Kampf um seine Existenz. Leider ist es ein Bruderkrieg, ein Krieg zwischen Gläubiger und Schuldner. Während der ganzen Okkupationsjahre hat in Südwest jede Zivilgerichtsbarkeit geruht. In dem Vertrag von Khoral war die Währungsfrage nicht berührt worden. Die Behörden des okkupierenden Staates nahmen indessen deutsche Reichsbanknoten und Kassenscheine zu den jeweils festgesetzten Kursen an. Nachdem nunmehr aber die Union das Mandat über Südwest angenommen hat und die Gesetze für Südwest erlassen werden, kann sie natürlich keine zwiefache Landeswährung mehr dulden. Die ungesunden wirtschaftlichen Verhältnisse, die Abgeschnittenheit von der Heimat, vielfach auch böser Wille oder Ausnutzen des Fehlens der Zivilgerichtsbarkeit haben verursacht, daß der größte Teil der Vorkriegsschulden, Hypotheken usw. nicht bezahlt sind. Nun sagen die Gläubiger, daß die deutsche Mark inzwischen ein englischer Schilling geworden ist. Die Schuldner sagen das Gegenteil. Der Streit ist da! Wehe aber dem Deutschtum, wenn ein englisches Gericht ihn entscheidet. Der englische Richter muß ihn zugunsten der Gläubiger entscheiden im Interesse der englischen Banken, die viele dieser Hypotheken und andere Vorkriegsschulden in vollwertigem Gelde abgelöst haben. Nur eine Möglichkeit besteht, daß sich aus den berufenen Vertretern der interessierten Kreise ein deutsches Schiedsgericht bildet und dann vielleicht ein Vergleich zustande kommt.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das Land als solches sind

sehr gute. Ungeheure Vorkommen an Erzen, Edelsteinen aller Art sind festgestellt worden und harren des Abbaus. Der Ackerbau im Norden des Landes hat sich im Kriege fabelhaft entwickelt. Er wird gewiß, wenn die Möglichkeit besteht, moderne Ackergeräte zu bekommen, eine gewaltige Ausdehnung nehmen. Vieh und Ackerbauprodukte stehen bedeutend besser wie vor dem Kriege im Preis. Die Preise werden gewiß noch erheblich anziehen, wenn man Südwest zum freien Wettbewerb zuläßt. Ob diese Aussichten auch dem deutschen Element zugute kommen, das ist heute nicht zu übersehen. Nach meiner Meinung sind die Ausweisungen noch lange nicht zu Ende. Zwar hat Lord Buxton dies verkündet, aber gleichzeitig hat er auch gesagt, daß in sogenannten

„Criminal cases“

die Ausweisung verfügt werden könnte. Durch die Gleichstellung der schwarzen und der weißen Rasse, vor allem aber auch durch die Schaffung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit und Strafbemessung hat Lord Buxton eine Situation geschaffen, die dem deutschen Rassenstolz schnurstracks zuwiderläuft. Die Rede Lord Buxtons hat manchen Deutschen veranlaßt, das liebgewordene Land zu verlassen und Südwest freiwillig aufzugeben, ehe ein richterliches Machtwort seine Ausweisung befiehlt.

Trotz allem glaubt nicht ein Südwester, daß Südwest für immer verloren ist. Wir alle hoffen, daß zwar nicht die schwarz-rot-gelbe Flagge, aber dafür in um so prächtigerem Glanze die schwarz-weiß-roten Farben über Südwest wehen werden. Dafür wollen wir kämpfen und arbeiten. Wollen den deutschen Arbeitern sagen, daß in Südwest auch für sie ein gut Teil deutscher Zukunft liegt, daß es bestimmt ist, einen Teil der Hoffnungen treudeutscher Arbeiter zu erfüllen und gute Daseinsbedingungen in sich birgt.

Die evang.-lutherische Auswanderermission zu Hamburg (E.V.)

Von Missionsdirektor Pastor HARDELAND, Hamburg.

Unter den zahlreichen Vereinigungen, die in der neuesten Zeit sich der Fürsorge für die auswandernden Glieder unseres Volkes zur Aufgabe gestellt haben, ist die älteste die Hamburger ev.-luth. Auswanderermission, die seit fast 80 Jahren an den über Hamburg auswandernden Volks- und Glaubensgenossen aus dem deutschen Reiche wie aus Österreich-Ungarn, Rußland und anderen Ländern des Ostens gearbeitet, schon vielen Millionen bei ihrer Ausreise mit Rat und Tat zur Seite gestanden und ihnen insonderheit den kirchlichen Anschluß in dem fremden Lande vermittelt hat.

Diese Mission ist von Anfang an keine Hamburger Lokalvereinigung gewesen, sondern eine gemeinsame Arbeit der gesamten lutherischen Kirche Deutschlands. Begründet ist sie von drei der bekanntesten Vertreter der lutherischen Kirche aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts dem Pfarrer Löhne in Neuendettelsau, jenem wunderbaren Manne, der es verstanden, sein unscheinbares Dörfchen in der bayrischen Heide zu einem Brunnquell zu machen, von dem Ströme des Segens ausgeflossen sind nicht nur über ganz Deutschland, sondern selbst über ferne Erdteile, dem bekannten Pastor D. Petri in Hannover und dem Hermannsbürger Pastor Louis Harms. Der erstere gab seinen Landsleuten einen bayrischen Kandidaten mit, daß er ihnen schützend zur Seite stände bei den mancherlei Gefahren, die ihnen in Hamburg von Betrügern und Verführern drohten; der letztere wies seine Mis-

sionare, die vor ihrer Einschiffung meist einige Zeit in Hamburg weilten, an, sich der Auswanderer anzunehmen. Und die Kreise Hamburgs, die sich um die Hermannsbürger Mission gesammelt hatten, erkannten es dann auch für ihre Pflicht, die von den Glaubensbrüdern in Bayern und Hannover bzw. auch Mecklenburg, die sich bald jenen angeschlossen hatten, begonnene Arbeit in die Hand zu nehmen; sie vereinigten sich zu diesem Zwecke, sammelten Gaben zur Anstellung eines Auswanderermissionars, der vor allem die äußeren Angelegenheiten der Auswanderer besorgen und ihnen Geleitkarten einhändigen sollte, auf Grund derer sie auf einen freundlichen Empfang in den überseeischen Häfen rechnen konnten. In den 70er Jahren trat dann an die Spitze dieses Vereins der aus Hannover nach Hamburg berufene Hauptpastor, spätere Senior D. Kreuzler, und dieser bemühte sich, den Kreis der helfenden Freunde noch zu erweitern. Im Verein mit seinem Freunde, dem damaligen Kirchenrat in Eutin, späteren Generalsuperintendenten in Kiel D. Ruperti, beantragte er bei dem Vorstände der Allgemeinen Evang.-Luth. Konferenz, für deren Schweriner Tagung im Jahre 1882 die Fürsorge für die auswandernden Glaubensgenossen zur Verhandlung zu stellen und erreichte durch sein und D. Rupertis Referat, daß die Konferenz einmütig die Hamburger Arbeit für die gemeinsame Arbeit der von ihr vertretenen Kirchenkreise Deutschlands erklärte und die nötigen Mittel zur Anstellung eines Geistlichen im Hauptamte

aufzubringen versprach. Als solcher wurde der aus Hannover stammende Pastor Müller berufen, der dann bis zu seinem Tode drei Jahrzehnte hindurch unermüdlich sich der Pflege der Auswanderer gewidmet hat. In den ersten Jahren fand er auch Teilnahme im Binnenlande — bei einer Auswanderung von 200000 Reichsdeutschen in den Jahren 1882 und 1883 waren ja alle deutschen Länder beteiligt; aber als die Auswanderung nach und nach zurückging, nahm auch das Interesse an der Auswanderermission ab und während des Krieges schien es fast ganz zu schwinden, was ja schließlich auch zu verstehen war, da die Auswanderung unmöglich war. Aber in der neuesten Zeit wendet sich doch auch wieder die Teilnahme weitester Kreise der Auswanderermission zu, ja wird die Fürsorge für die auswandernden Volks- und Glaubensgenossen als eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben für Staat und Kirche erkannt.

Zunächst war es die Nachricht, daß Hunderttausende unserer Volksgenossen in den überseeischen Ländern an die Rückkehr in die alte Heimat dachten, die diesen Umschwung in der Bewertung der Auswandererarbeit hervorrief. Und da Hamburg für die Rückwanderung aus Amerika in erster Linie in Frage kam, so traf man hier bereits die nötigen Vorbereitungen, um die Rückwanderer hier in geeigneter Weise zu empfangen und besonders den Landleuten unter ihnen, Siedlern wie Arbeitern, ein Heim zu bereiten, in dem sie mit den Jhrigen ein Unterkommen haben könnten, bis sie ein geeignetes Arbeitsfeld gefunden. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat diese Pläne nicht zur Ausführung kommen lassen; leider müssen wir jetzt mit einer Massenauswanderung rechnen. Aber gerade diese bedauerliche Tatsache hat weitesten Kreisen die Augen für die Erkenntnis der daraus entspringenden Verpflichtung geöffnet und es ist überaus erfreulich, daß fast alle diese Kreise die Mitarbeit der Kirche wünschen, daß insonderheit von den Behörden und den größeren ganz Deutschland umfassenden Vereinigungen gerade die kirchlichen Auswanderermissionen, die evangelischen wie die katholischen, von Anfang an um ihre Mitarbeit ersucht sind. So ist die Hamburger Auswanderermission durch mich im Beirat des Reichswanderungsamts vertreten, sie ist der deutschen Arbeitsgemeinschaft für das Wanderungswesen, der Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung sowie der Hamburger Auswandererhilfe angeschlossen, die alle Hamburger an der Auswanderung beteiligten Vereine und Körperschaften zusammenfaßt; ferner ist sie auch in nähere Beziehungen zum evangelischen Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Wittenhausen an der Werra getreten (der als gemeinnützige Organisation und nebenamtliche Zweigstelle des R. W. A. die Zentrale für sämtliche evangelischen Vereine bildet, welche sich mit der Auswandererfürsorge befassen. Die Schriftleitung). Auf den längeren Vortragsreisen, die den Direktor der Hamburger Mission im

vorigen Sommer durch ganz Deutschland geführt haben und bei denen er überall viel Teilnahme und Verständnis gefunden hat, war es ihm eine besondere Freude, auch einen Einblick in die umfangreiche Arbeit des deutschen Auslandinstituts in Stuttgart tun zu dürfen, wie er auch Wittenhausen aufgesucht und die dortigen Einrichtungen kennen gelernt hat.

Sonst ist aus dem interessanten Jahresberichte, der auf Wunsch kostenfrei von dem Bureau der Auswanderermission Hamburg 13, Behnstraße 14, zugesandt wird, noch hervorzuheben, daß der Umschwung in der Beurteilung der Arbeit an den Auswanderern auch äußerlich durch die Namen der Männer, die die Leitung der Hamburger Mission übernommen bzw. sich zu ihr als Vertrauensmänner bekannt haben, zum Ausdruck kommt. An die Spitze des Verwaltungsausschusses in Hamburg selbst ist der frühere Bürgermeister der alten freien Reichsstadt, Schröder, getreten und in dem diesen zur Seite gestellten Beratungsausschuß sind von der Allgemeinen ev.-luth. Konferenz abgeordnet die Herren Generalsuperintendent D. Dr. Braune-Rudolstadt, Geh. Oberkirchenrat D. Haack-Schwerin, Generalsuperintendent D. Kaftan, Baden-Baden, Dr. theol. Max von Schinkel-Hamburg und Generalsuperintendent D. Schwerdtmann-Hannover. Neben diesen sind mehr als hundert Vertrauensmänner aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes und auch aus Österreich genommen.

Außerdem ist noch zu erwähnen, daß im verflossenen Jahre der damalige, inzwischen heimgegangene Vorsitzende des deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Exzellenz D. Voigts, ein von der Hamburger ev.-luth. Auswanderermission herausgegebenes Aufklärungs- und Warnungsblatt sämtlichen evangelischen Kirchenbehörden zugesandt hat mit dem Ersuchen, dasselbe den ihnen unterstellten Geistlichen weiterzugeben, woraufhin dann gegen 20000 dieser Blätter bestellt sind, so daß nun jeder Pastor seinen Gemeindegliedern die nächste Auskunft geben und sie schützen kann vor den gewissenlosen Agenten, die das gegenwärtig in weiten Kreisen herrschende Auswanderungsfieber ausnützen, sich durch Vorspiegelung falscher Bilder die Taschen zu füllen. So hat denn die ev.-luth. Auswanderermission zu Hamburg im verflossenen Jahre das Ziel erreicht, das sie sich von Anfang an gesteckt hat, der gemeinsamen Arbeit der gesamten evangelischen Christenheit Deutschlands zu dienen; ja durch die Verbindung mit weltlichen Behörden und Vereinen ist sie in den Stand gesetzt, jetzt noch besser als bisher alle die Auswanderung betreffenden Fragen zuverlässig zu beantworten und den Auswanderern die nötige Hilfe zu leisten. Daß aber auch alle über Hamburg Auswandernden auf diesen Dienst hingewiesen werden und diese Hilfe begehren, ist der Zweck auch dieses Aufsatzes und die Bitte, mit der wir denselben schließen in der Hoffnung einer freundlichen Erfüllung.

Die Verkaufsordnung für Auslandlieferungen des deutschen Buchhandels*)

Der Abbau der Verkaufsverordnung hat begonnen. Allerdings die härteste Ungerechtigkeit, das Verbot der Ausfuhr des kleinen und kleinsten Buches, das im Gepäck mitgenommen, oder als Geschenk als Drucksache übersandt werden soll, ist noch nicht beseitigt. Man braucht jetzt für diese Kleinigkeiten immer noch den Umstand der besonderen Ausfuhrbewilligung und so bleibt auch immer noch die lästige Verkehrsbeschränkung für den Austauschverkehr mit wissenschaftlichen Sonderdrucken. Eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers und

des Ministers der Finanzen vom 28. Juli 1920 hebt allerdings wenigstens die geldliche Schröpfung, die Ausfuhrabgabe für alle Sendungen auf, bei denen die Abgabe 10 Mk. nicht übersteigen würde. Es bleibt aber noch viel zu tun, bis der häßliche, deutsches Kulturstreben im Ausland hemmende Wall ganz beseitigt sein wird!

Wir geben im folgenden noch die uns inzwischen zugegangenen zustimmenden und ablehnenden Urteile der Mitglieder unseres Wissenschaftlichen Beirats wieder, weil ja die

*) Siehe auch Nr. 15 und 16.

Valutaverordnung noch längst nicht erledigt ist und ein wesentlicher Teil der Einwände, die wir vom Standpunkt der deutschen Kulturpolitik im Ausland aus erheben zu sollen glaubten, nach wie vor besteht. Ehe das Buch, als ein reiner Kulturfaktor im Ausland, nicht von den Schranken einer kleinlichen Geschäfts- politik ganz befreit ist, wird auch dieser Kampf gegen verfehlte Kulturmaßnahmen nicht verstimmen dürfen.

Herr Professor Dr. Georg Maas, Nikolassee bei Berlin, schreibt uns:

Der Kampf gegen die Verkaufsordnung für die Auslands- lieferung deutscher Bücher hat meiner Empfindung nach einen unnötigen Kraftaufwand verursacht. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß das deutsche Buch zu unsern besten Vermitteln im Auslande zu zählen ist. Alles was seine Ver- breitung hindert, ist mithin als schädlich anzusehen und dessen Beseitigung dementsprechend anzustreben. Es war aber doch wohl zu erwarten, daß der sich ändernde Druck der wirtschaft- lichen und politischen Verhältnisse in wirksamerer und nach- altigerer Weise zu vernünftigen Maßnahmen auch im Sinne der deutschen Auslandspropaganda führen würde, als alle guten Wünsche oder scharfen Angriffe es vermochten. Begründete Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten konnten deshalb nur über das Tempo entstehen, in welchem der Abbau der Valuta- auflage zu erfolgen habe. Nach den letzten Veröffentlichungen dürfen wir aber annehmen, daß die ernste Absicht besteht, diesen Abbau weiter durchzuführen, so daß bald ein Tiefstand erreicht sein wird, mit dem wir uns dann wohl oder übel zu- frieden geben müssen, weil er der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wirklich entspricht und dann kaum noch hindernd wirken wird.

Geh. Ober-Regierungsrat Prof. Dr. Köbner nimmt folgender- maßen Stellung:

Das Deutsche Ausland-Institut hat sich meines Erachtens durch seinen entschiedenen Kampf gegen die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen deutscher Bücher ein Verdienst um die deutsche Kulturpolitik erworben. Ich schließe mich seinem Widerspruch an und zwar in Erwägung der beiden, vom Aus- land-Institut zutreffend hervorgehobenen schädlichen Folgen der Verkaufsordnung, nämlich sowohl der Schädigung des geistigen Zusammenhangs zwischen Heimat und Auslandsdeutschen, als auch der nachteiligen Wirkung auf die Verbreitung deutschen Kultureinflusses in der Welt. Dazu kommt aber ferner noch die nicht zu unterschätzende Gefahr für die innere deutsche Kulturentwicklung, daß — angesichts der durch Papiermangel u. a. m. gegebenen Schwierigkeiten von Neuauflagen älterer — und des Erscheinens neuer Werke und der starken Beschränkung der Auflagenzahl — durch die Verkaufsordnung ein Anreiz für den Buchhandel geschaffen wird, das Auslandgeschäft einseitig zu pflegen und dadurch den heimischen Markt noch stärker an wertvoller Literatur veröden zu lassen.

Auch aus Amerika mehren sich die gegen das Ausfuhr- verbot von Büchern und gegen die Verkaufsordnung sich wendenden Stimmen. So schreibt die „Washington Staats- zeitung“ vom 22. Juli das Folgende:

Hunderttausende von Paketen und Kisten mit Nahrungs- mitteln, Kleidungsstücken und sonstigen Liebesgaben haben die Deutschamerikaner seit Abschluß des Waffenstillstandes nach Deutschland geschickt freudigen Herzens und aus Liebe und Anhänglichkeit zur alten Heimat. Wir wollen fortfahren; dies zu tun, ohne Gedanken an ein Entgelt oder einen Dank. Zum mindesten nicht an einen Dank von der Art, wie ihn das Bücher-

ausfuhrverbot der Berliner Regierung darzustellen scheint. — Hunderte von deutschen Bürgermeistern, Staatsmännern und sonstigen mehr oder weniger prominenten Persönlichkeiten haben den Deutschamerikanern und ihren mannigfaltigen Vereinigungen in wortreichen Episteln für die nach der alten Heimat gesandten Liebesgaben gedankt. Wie wäre es, wenn sich diese Herren Bürgermeister, Staatsmänner und sonstigen Prominenzen statt des vielen Briefschreibens einmal zusammentun würden, um an geeigneter Stelle einen gemeinsamen Druck in Sachen des Bücherausfuhrverbotes und der damit verbundenen Schröpfung ihrer Stammesbrüder im Auslande auszuüben? Taten beweisen bekanntlich mehr als Worte!

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ erhält über die Wirkungen der Verkaufsordnung eine lehrreiche Zuschrift von einem römischen Vertreter. Das deutsche Kolonial-Lexikon kommt in Rom auf 750 Lire zu stehen, während jeder Italiener es sich verschaffen könnte, wenn er 150 Lire an einen Bekannten nach Deutschland senden würde, [vorausgesetzt natürlich, daß es dann erlaubt wäre, das Buch auszuführen]. Das Tollste aber sei, daß der Verlag nur „freibleibend“ offeriere, also an einem bereits gedruckten und doch nicht mehr in den Herstellungskosten steigenden Buch noch Valuta-Differenzen verdienen wollte. Der Korrespondent schildert ein halbes Stündchen Aufenthalt in der deutschen früher Loescherschen Buchhandlung in Rom und zwar in der von einem Deutschen geleiteten ausländischen Abteilung. Viele Deutsche geben sich dort ein Stelldichein. „Man wohnt in jedem Augenblick lebhaften, zuweilen erbitterten Erörterungen über die deutsche Preispolitik, das ungeheure Porto für Büchersendungen und die Wochen und Monate verschlingende Langsamkeit der Beschaffung eines Buches bei. Es ereignet sich, daß ein Buch innerhalb der drei oder vier Monate, die bis zum Eintreffen verstreichen, dreimal den Preis wechselt, immer nach oben hin natürlich. Der Buch- händler macht jeden darauf aufmerksam, daß das bestellte Buch schließlich mehr kosten könne, als sich aus den vorliegenden Verzeichnissen ergebe. Wir Deutsche, in erster Linie natürlich Gelehrte, Literaten, Künstler u. dgl. müssen für den Augenblick auf deutsche Bücher verzichten, aber zu demselben Verzicht sind auch italienische Gelehrte, zumeist gerade diejenigen gezwungen, welche bisher für die Suprematie der deutschen Wissenschaft eingetreten sind. Selbst ein Mann wie der berühmte Chirurg Bastianelli erklärte jüngst, er könnte die phantastisch emporgetriebenen deutschen Bücherpreise nicht mehr bezahlen. Es mag überhaupt fraglich sein, ob es ratsam ist, unsere Politik der Valutazuschläge auf das geistige Gebiet des Büchermarktes wahllos auszudehnen. Jedenfalls aber leiden deutsche Kultur- interessen, wenn durch eine so riesige Überspannung der Preise dem deutschfreundlichen Ausland, der Wissenschaft überhaupt und nicht zuletzt den Auslandsdeutschen, für die das deutsche Buch ein Mittler zur Heimat ist, die Anschaffung deutscher Bücher nahezu unmöglich gemacht wird.“

Wie schädlich die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen gerade in den neutralen Ländern wirkt, in denen der deutsche Buchhandel die stärkste Veranlassung hätte, dem Einfluß der feindlichen Buch- und Zeitschriftenpropaganda entgegenzutreten, geht aus dem Briefe eines namhaften holländischen Kunst- historikers und Gelehrten hervor, den das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel veröffentlicht. Der Einsender bemerkt ausdrücklich, daß es sich um die Stimme eines Mannes handelt, der seit je deutscher Wissenschaft und deutscher Kultur eine besonders große Verehrung entgegenbrachte und auch in seinem

eigenen Lande stets die Güter, auf die wir Deutschen stolz sind, in den Zeiten vertreten hat, in denen alle Welt Deutschlands Feind war:

„. Sie machen sich keinen Begriff, was für unglückliche Folgen diese unsinnige Maßregel, betreffend den Bücherpreis, im Ausland hat. Alle Buchhandlungen und Auslagen, alle Lesetafeln in Klubs und öffentlichen Lokalen führen nur noch Ententeware. — Die einzige wirksame Auslandspropaganda, die Deutschland treiben konnte, nämlich die Vermittlung seiner geistigen Werte durch Bücher, ist unterbunden und hat aufgehört! — Auch die holländischen Schulen hatten deutsche Lehrbücher bisher, auch in den klassischen Sprachen; jetzt lohnt sich die Herstellung holländischer Ausgaben“

„Dazu bemerkt der Einsender noch:

„Die gleiche Klage hatten wir in diesen Tagen Gelegenheit

von einigen schwedischen Professoren zu hören, die sich bei der Einweihung eines schwedischen Denkmals in Deutschland aufhielten. Sie warnten uns nachdrücklich vor der Beibehaltung der getroffenen Maßnahmen und sagten, daß wegen des unerschwinglich hohen Valutazuschlages jetzt sämtliche deutschen Lehrbücher abbestellt und durch französische und italienische ersetzt würden.

Wir glauben, diese Stimme wohlwollender Ausländer unbedingt der Öffentlichkeit bekanntgeben zu müssen, damit endlich die Einsicht durchdringt, daß der Gewinn von einigen Millionen, der durch die Valutazuschläge dem Deutschen Reiche bleibt, ein unendlich großer Verlust der Tatsache gegenüber ist, daß die deutsche Kultur im Auslande einen nicht wieder gutzumachenden Rückschlag durch den künftigen Mangel deutscher Bücher im Auslande erhält.“

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

III. Eine Südamerikafahrt in Kriegszeiten.

Von Architekt PHILIPP KAHM, Soldau.

(Fortsetzung.)

Damit nicht genug, wird in den deutschsprachlichen Zeitungen Klage darüber geführt, daß die französischen und englischen Kriegsschiffe in den hiesigen Gewässern von der „neutralen“ Regierung wohlwollend behandelt werden, während es den deutschen Kriegsschiffen, bei Drohung der Entwaffnung, verboten ist, brasilianische Häfen anzulaufen.

In einem Staat, in dem sich alles offen gegen Deutschland bekennt und seine überschwengliche Sympathie für Frankreich bekundet, berührt es doppelt wohlthuend, daß sich mit echt deutscher Männlichkeit die kleine deutsche Kolonie Rio de Janeiro wie ein Mann erhoben und gegenüber den verbreiteten Lügen von Grausamkeiten der deutschen Soldaten im europäischen Kriege in einer von zirka 700 Deutschen besuchten Versammlung nachfolgende Resolution gefaßt hat:

„An einem starken Ringen mit der riesigen Vereinigung feindlicher Länder beteiligt, verteidigt Deutschland seine Unabhängigkeit, seine Integrität an Grund und Boden, sein Eigentum, erreicht in einer langen Periode friedlicher Arbeit und seine unlegbare Kultur, die sich in vielen Jahrhunderten ununterbrochen entwickelt hat.

Mit entschlossener Sicherheit, mit gemeinschaftlichen Ideen, ohne Unterschied der sozialen, religiösen oder politischen Klassen, sind die deutschen Parteien ihres Vaterlandes wegen in einen gerechten Krieg gezogen.

Ihre Brüder, weit im Auslande entfernt, unter ihnen diejenigen, welche in der Hauptstadt der brasilianischen Republik wohnhaft sind, begleiten mit den heißesten Wünschen die Bewegungen der deutschen Heere, die ihre Pflicht und Schuldigkeit tun werden und triumphierend aus diesem ungeheuren Ringen hervorgehen werden.

Seien es Männer aus hohem oder bescheidenem Geschlecht und sozialer Stellung oder seien es Arme oder Reiche, alle kämpfen Schulter an Schulter; alles, was unser Vaterland besitzt, hervorragend an Intelligenz, Zivilisation oder Kultur, ist im Heere eingereiht, und solche Heere sind nicht imstande, die Grausamkeiten, deren man sie beschuldigen will, zu vollbringen.

Darum weisen wir Deutsche in Rio mit gerechtem Unwillen die Unwahrheiten und Verleumdungen zurück, die hier von unseren Gegnern gegen die deutschen Soldaten verbreitet werden, unsere edlen Brüder, die heute unter Waffen stehen.

Unsere Feinde, die genau wissen, daß wir keine direkte Ver-

bindung mit unserem Vaterlande haben, und wir dadurch gegen solche Angriffe machtlos sind, benützen die Gelegenheit, um uns den anderen Nationen gegenüber in Mißkredit zu bringen.

Wir würden tief bedauern, wenn diese fortgesetzte Reihe von Angriffen den Sinn des edlen brasilianischen Volkes verleiten würde. Ideen, die wir trotz des Krieges auf Leben und Tod als Kulturvolk nicht vergessen würden, weil wir auf den gerechten Sinn der Brasilianer vertrauen, die seit vielen Generationen uns auf ihrem Boden gastfreundlichst aufgenommen haben, die immer Gelegenheit hatten, zu konstatieren, daß wir Deutsche an Ehrenhaftigkeit wie an Bildung und Zivilisation keiner anderen Nation nachstehen.“

Neuerdings beginnt wieder die aufgebauschte Nachricht von einer in Wiesbaden durchs Militär insultierten und gefangen genommenen brasilianischen Familie in der Landespresse viel Staub aufzuwirbeln, und der englische Konsul geht hier auf den Handel, um seine Hauptaufgabe darin zu erblicken, sich die durch die systematischen Lügenfabriken erzeugte deutschfeindliche Stimmung zunutze zu machen und die verhaßte deutsche Konkurrenz auszusteichen, indem er persönlich Propaganda für englische Ware mit dem Hinweis macht, daß Deutschland gegenwärtig als Lieferant nicht in Frage kommen kann. So versendet z. B. eine englische Firma folgendes mit „A Guerra Europea“ überschriebenes Zirkular, in dem es u. a. heißt:

„Wenn man Bestellungen macht, ist es klug, sich gegenwärtig zu halten, daß viele Artikel, die früher in Deutschland und anderen Ländern hergestellt wurden, in Zukunft nicht mehr zu haben sein werden, und deshalb erlauben wir uns, unsere Freunde zu bitten, uns zu gestatten, einen englischen Artikel zu senden, der dem gewünschten soviel wie möglich gleicht und uns eine Zeichnung, eine aus einem Katalog geschnittene Abbildung oder Muster (diese vorzugsweise) durch die Post eingeschrieben zu senden, um die Ausführung der Aufträge zu erleichtern.“

Die hiesige „Deutsche Ztg.“ schreibt hierzu sehr treffend: „Man beachte ‚Deutschland und andere Länder‘. Nicht nur Deutschland und das ihm verbündete Österreich, sondern auch das für Englands Krämerinteressen kämpfende Frankreich, auf dessen zerpfügtem Boden gegenwärtig blutige Schlachten geschlagen werden, auch Frankreich gehört zu der Konkurrenz, über deren — ‚vorläufige‘ — Kaltstellung man sich kalt lächelnd die Hände reibt. — Englische Gefühlspolitik!“

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16.

Noch sind wir bis heute, 8. Oktober, ohne jede deutschen Nachrichten vom Ausgang der Riesenschlacht an der Aisne und des Falles von Antwerpen und Paris, aber auch die feindlichen Siegesdepeschen laufen jetzt spärlicher ein, so daß wir uns mit ruhigem Gewissen der festen Zuversicht hingeben, bald über Deutsch-Antwerpen wieder in die siegreiche Heimat zurückkehren zu können. Nach den bisherigen stolzen Erfolgen muß und wird Deutschland siegen, schon allein darum, weil es in hiesigen Ländern — wenn nicht geliebt und bewundert — gefürchtet werden muß!

Zurück zur Heimat.

Unsere Verwandten und Freunde in Brasilien waren entsetzt, als wir nach Abwicklung unserer Geschäfte die Absicht kund gaben, trotz der Schrecknisse des Weltkrieges die Rückreise nach Deutschland zu wagen. Wir, der Gefährlichkeit unseres Unternehmens uns wohl bewußt, ließen uns jedoch von dem einmal vorgefaßten Entschluß nicht abbringen und unternahmen als naturalisierte Brasilianer alle Schritte, um in den Besitz der unumgänglich nötigen brasilianischen Ausweispapiere zu gelangen; sollte unser Wagnis von dem gewünschten Erfolg begleitet sein.

Bezeichnenderweise verweigerten sämtliche italienischen Schiffslinien — eine holländische kam durch die größere Gefährlichkeit im Kanal überhaupt nicht in Betracht — die Beförderung aller einer kriegsführenden Macht, insbesondere Deutsche und Österreicher, angehörigen Passagiere.

Es gelang uns bei den verschärften Bestimmungen des „englandfreundlichen“ Neutralen, Dank der tatkräftigen Unterstützung eines politisch einflußreichen Verwandten, nach wochenlangen Vorarbeiten und Beschaffung der nötigen Ausweispapiere, Urkunden usw. bei den erschreckend langsam arbeitenden Behörden den gewünschten Paß zu erhalten, um überhaupt die Möglichkeit zu besitzen, an Bord eines Überseedampfers zu gelangen.

So beschlossen wir denn, in der ersten Hälfte des Monats Dezember 1914 vom Bahnhof Porto Alegre abzureisen, um auf der Fahrt nach Montevideo—Buenos Aires in dem zwei Stunden Bahnfahrt entfernten deutschbrasilianischen Städtchen Sao Leopoldo nochmals Station zu machen und einige schöne Tage des Abschieds zu verleben. Liebe werte Verwandten und Freunde an der Spitze, boten hier im wahrsten Sinne der sprichwörtlich gewordenen brasilianischen Gastfreundschaft alles auf, um uns das Abschiednehmen so schwer als möglich zu machen. Tagelange Reitpartien, Auto- und Wagentouren in die herrliche Umgebung der deutschen Kolonien, Neu-Hamburg, Hamburger-Berg, Pikade 48, Lomba-Grande usw. wechselten einander mit gemütlichen Abendstunden anregenden Kolonie-Plausches. Den Hauptgesprächsstoff bildeten auch hier wieder die mehr oder weniger zutreffenden Nachrichten vom europäischen Kriegsschauplatz, von dem deutscherseits drahtlos über Nauen via Nordamerika authentische Berichte zu uns gelangten.

Besonders gern fuhren wir im Auto meines Veters mit dem uns nahestehenden Intendant nach Neustadt zum gemütlichen „Onkel Hermann“ mit seinem unvergeßlichen Magenbitter, der uns trotz der 36 Grad im Schatten vortrefflich mundete.

Inzwischen hat unser Dampfer „Principe di Udine“ seine Ausreise auf den 19. Dezember ab Buenos Aires festgesetzt, so daß wir uns schon nach wenigen Tagen frohen Genießens der brasilianischen Naturschönheiten nach einem solennen Abschiedessen von den gastlichen Bewohnern Sao Leopoldos mit einem begeisterten „Auf Wiedersehen im siegreichen Deutschland!“ schweren Herzens verabschieden mußten.

Unsere Weiterfahrt durch die viehreiche Campos, des hauptsächlich von Deutschen kolonisierten Staates Rio Grande do Sul

ließ an Eintönigkeit nichts zu wünschen übrig und wirkte sehr ermüdend. Sie war wie alle Bahnreisen Brasiliens mehr Strapaze als Vergnügen, was bei den schlechten Waggons und der enormen Hitze nicht wundernehmen kann.

Freudig begrüßten wir nach 24stündiger Fahrt im Bummelzug (Schnellzüge gibt's bei dem miserablen Unterbau, der andauernd Unfälle zufolge hat, nicht) das brasilianische Grenzstädtchen St. Anna da Livramento, von dem wir per Wagen nach dem ungleich schönen uruguayischen Riveira fuhren, um dortselbst im ersten Hotel Central Wohnung zu nehmen, bis wir den nur alle zwei Tage verkehrenden orientalischen Personenzug zur Weiterfahrt nach Montevideo benutzen konnten.

Derselbe ging 10 Uhr vormittags ab Riveira und traf nach weiterer 21stündiger „Schaukelfahrt“ in der Frühe des nächsten Tages in Montevideo ein, woselbst uns die angenehme Überraschung in Gestalt des uns bekannten Majordomos des Dampfers „Capo Santa Maria“ der Hamburg-Süd, die wir zur Weiterfahrt nach Buenos Aires benutzten, bevorstand.

Nach einem ausgedehnten, gemeinschaftlichen anregenden Bummel durch die vollständig europäisch anmutende Großstadt Montevideo mit anschließender Fahrt nach dem herrlichen Badestrand bestiegen wir abends 9 Uhr mit unserem Majordomo den Dampfer als Nachtquartier, um am nächsten Vormittag in der Frühe in Buenos Aires aufzuwachen, an Land zu gehen und in einem guten deutschen Hotel Quartier zu nehmen.

Nach langwieriger, umständlicher Besorgung unserer Dampferpassage nach Genua lag mir die Besichtigung der größten süd-amerikanischen Handelsmetropole Buenos Aires mit ihren himmelstürmenden Wolkenkratzern wiederum zunächst am Herzen. Wir speisten im urgemütlichen Aues Keller bei den heimatlichen Klängen der Schiffskapelle von der untergegangenen „Kap Trafalgar“ und nahmen unseren Kaffee auf dem sommerlich warmen Dachgarten des 20stöckigen Warenhauses Gathy Chaves ein, von dem sich unseren Blicken ein wundervoller Fernblick auf die Bucht mit unserem Dampfer und eine interessante Vogelschau auf das durch die vielen „Wolkenkratzer“ unschön zerschnittene Stadtbild bot.

Die politische Stimmung ist analog Montevideo auch hier ausgesprochen england- und franzosenfreundlich, ja man geht sogar so weit, deutsche Fabrikate, wie Bier, Zigarren (Sannemann) usw., zu boykottieren. Die Engländer hatten am Tage vorher unter Beteiligung einheimischer Kreise ihren beim Seegefecht an den Falklands-Inseln beteiligt gewesenen „siegreichen Seeoffizieren“ ein glänzendes Festbankett gegeben und gebärden sich am Platze als die tonangebenden Herren.

Alles Momente, die uns bestimmten, unsern Aufenthalt möglichst abzukürzen und den Umstand freudig zu begrüßen, daß schon am folgenden Tag, mittags 12 Uhr, unser italienischer Dampfer in See stach, der lieben alten Heimat entgegen.

Einige Momente stiller Beklommenheit verursachte uns bei der Ausfahrt in La Plata die nach Montevideo gemeldete und mit der englischen Feier zusammenhängende Anwesenheit der britischen Kriegsschiffe, obwohl sie völkerrechtlich im neutralen Gewässer als grundlos gelten mußte.

Nachdem wir nach dreitägiger ruhiger Küstenfahrt in Santos noch zwei deutschbrasilianische Ärztefamilien an Bord genommen haben, nahm uns der weite Atlantische Ozean auf, der entgegen seinem früheren lebhaften Schiffsverkehr sehr wenig Leben zeigte. Auf der ganzen 3½wöchentlichen Fahrt sind uns zwei größere neutrale Dampfer begegnet.

Die „wohlwollende Aufnahme“ an Bord des italienischen Dampfers ließ viel zu wünschen übrig; die Reinlichkeit des

Schiffes, die Aufmerksamkeit der Bedienung und die Schiffsküche standen weit hinter der auf den deutschen Linien geübten Akkuratess, dem gutgeschulten eifrigen Personal und der erstklassigen Verpflegung zurück, was nicht gerade zur Hebung der Zuversicht und angenehmen Stimmung einer bekömmlichen Seereise beizutragen geeignet war. Dazu kam die gleiche unverdauliche Havas- und Reuterkost vom Kriegsschauplatz wie bei dem holländischen Dampfer unserer Ausreise, wogegen wir glücklicherweise abgebrüht waren, und die stille Befürchtung, u. a. schon bei Las Palmas von den britischen Kreuzern abgefaßt werden zu können.

Tatsächlich wurden uns denn auch zwei Tage vor Las Palmas englische Kriegsschiffe drahtlos gemeldet, die einen Tag später auch am Horizont gesichtet wurden, unseren Dampfer jedoch unbelästigt ließen.

In Las Palmas angekommen, benutzten wir freudig die Zeit des Kohlens, um an Land zu gehen und bei der deutschfreundlichen spanischen Bevölkerung einige angenehme Stunden in den historischen Straßen der Altstadt mit ihren bemerkenswerten Bauwerken wie Dom, Mercado (Markthalle), Kasino, Rathaus usw. zu verbringen, die in der deutschen „Brauerei“ ihren Abschluß fanden.

Auffallenderweise bevorzugten hier die weiblichen Inselbewohner die schwarze Kleidung, wobei die Mädchen durch weiße, und die Frauen durch schwarze Kopftücher erkenntlich sind.

Man glaubte sich dort in unserer Nationalität nicht zu täuschen und so liefen denn mit seltener Ausdauer eine Rott bronze-farbener Burschen mit einem „Viva Allemanha“ hinter unserem Wagen her, bis wir uns mit einer Hand voll Nickelstücken „befreiten“, die wir unter die begeisterten Deutschlandsfreunde geworfen haben.

In Las Palmas ließen wir uns von Landsleuten erzählen, daß sich auf fast allen italienischen Dampfern englische oder französische Spione befinden sollten, ja der englische Konsul vom Platze es nicht unter seiner Würde hält, selbst an Bord der einlaufenden neutralen Schiffe zu gehen, um die darauf befindlichen, deutsch aussehenden Passagiere telegraphisch nach Gibraltar zu melden.

Während unsere Reise bis hierher ohne Zwischenfall verlief, stand uns jetzt der gefährlichste Teil unseres Reiseabenteuers bevor. Alle an Bord waren sich der dräuenden Gefahr des Belästigtwerdens wohl bewußt und sahen mit heimlicher Besorgnis in der Ferne die gefürchteten Kalkfelsen von Gibraltar, den Schlüssel des Mittelmeeres, auftauchen.

Beim Näherkommen konnte man die britischen Kriegsschiffe und Wachtboote, mit der Untersuchung verschiedener neutraler Handelsdampfer beschäftigt, in der Meerenge deutlich erkennen, und aufgeregt liefen Passagiere und Schiffsoffiziere hin und her. An ein Durchkommen war nicht zu denken, trotzdem versuchte unser Kapitän, des Haltesignals nicht achtend, an Gibraltar vorbeizufahren, wurde jedoch kurz hinter der passierten Felspitze von einem englischen Torpedoboot eingeholt und in den Hafen zurückgebracht.

Nun schien das Schicksal besiegelt, trotzdem begaben sich alle mit größter Sicherheit, in Erwartung der kommenden Dinge, in den Speisesaal, um dortselbst das zweite Frühstück einzunehmen.

Die inzwischen an Bord gekommene englische Marinebehörde, bestehend aus einem Steuermann, zwei Offizieren und einem deutschaussehenden Dolmetscher, hatten von allen an Bord befindlichen nicht italienischen Passagieren durch unseren Kommissar die Pässe verlangt, die wir demselben aushändigten. Da-

mit gaben sich die britischen Piraten nicht zufrieden und demzufolge wurden sämtliche Paßinhaber zu einem peinlichen Kreuzverhör — und dies auf neutralem italienischen Boden — nach dem Musiksalon gebeten, woselbst es sich die italienischen Schiffs- und englischen Marineoffiziere beim Cocktail gemütlich gemacht hatten.

Es stellte sich heraus, daß wir tatsächlich einen englischen Spion unter argentinischer Flagge und zwei spionierende Französinen an Bord hatten, die den englischen Seepiraten die nötigen Fingerzeigen zur Rekognoszierung der deutschsprechenden oder deutschaussehenden Passagiere gegeben hatten. Außerdem müssen verschiedene Herren bei dem gut organisierten Spionagennetz der Engländer und dem ihnen allein zur Verfügung stehenden Unterseekabel schon von Porto Alegre aus avisiert gewesen sein, da die Briten unseren Herkunftsstempel mit schadenfrohem, vielsagendem Lächeln quittierten.

Man ist deshalb zu der Annahme berechtigt, das Verhalten der Engländer auf die in Gibraltar bekanntgewordene „geheime Ordre“ unseres deutschen Konsuls an die Chargen bekleidenden Wehrpflichtigen zurückzuführen, die mit Unterstützung der in Südamerika gesammelten „Rote-Kreuz-Gelder“ versuchen sollten, auf falschen Pässen ihre Rückreise zu ermöglichen und somit fast samt und sonders in die Hände der Engländer fielen.

Über das rigorose, jedem Völkerrecht hohnsprechende Vorgehen dieser „Gentlemen“ herrschte unter den Spaniern, Chilenen und Brasilianern an Bord nur eine Stimme des Abscheus.

So war auch mir trotz meines energischen Protestes und meiner vorschrittmäßigen brasilianischen Papiere das Schicksal beschieden, mit noch sieben anderen Porto-Alegrenzern in die

englische Kriegsgefangenschaft

zu geraten. Ein alter Arzt Dr. F., als gebürtiger Brasilianer, hatte es nur seinem zufällig bei sich geführten Doktordiplom zu verdanken, daß er nicht mit uns gehen mußte. Meinem Schwiegervater ist seines hohen Alters wegen die Weiterreise gestattet worden, während ein deutscher Fähnrich zur See mit einem schwedischen Paß durchgekommen ist.

Die englische Untersuchung an Bord erstreckte sich auch auf die einzelnen Kabinen mit dem Handgepäck, um die Übereinstimmung zwischen Paßname und Wäschezeichen, Anwesenheit deutscher Zeitungen und Bücher usw. zu konstatieren.

Unsere Stimmung war aber, als wir angeseilt an der Strickleiter des mächtigen Schiffskörpers heruntersteigen mußten, absolut nicht verzweifelt zu nennen, wir waren vielmehr froher Dinge, da wir auf Grund unserer guten Papiere auf baldige Freilassung rechneten, welche Hoffnung sich bei uns Brasilianern: Dr. D. und mir, ja auch bald bewahrheiten sollte.

Um die Stimmung der an Bord zurückgebliebenen Angehörigen sah es allerdings sehr triste aus.

Ein kleines Dampfboot brachte uns Zeugen eines traurigen englischen Heldentums nebst Gepäck unter militärischer Bewachung nach dem Hafen, von wo wir nach nochmaliger Feststellung unserer Personalien und unter Ablehnung unseres berechtigten Wunsches, zuerst zum brasilianischen Konsul geführt zu werden, mittels acht Mann militärischer Bedeckung — die vor unseren Augen scharf laden mußten — nach der Festung Gibraltar, dessen Silhouette sich hoch am Berge wie eine uneinnehmbare Burg vom winterlichen Himmel abhob.

Nach einem halbstündigen Marsche oben angelangt, wurden wir schon von weitem aus dem Mannschaftsgebäude des Forts von 127 Mann deutscher „Kontraktleute“ mit fröhlichem Gesang und freudigen Zurufen wie: „Kein Geld abgeben!“, „Seid Ihr auch Deutsche?“ usw. lebhaft begrüßt.

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich.

Nun da die verschiedenen Friedensschlüsse, die Deutschösterreich aufgezwungen worden sind, ihre Ratifikation erlangt haben, sieht sich der von allen Seiten eingeeengte und von wenig freundlichen Nachbarn umgebene Staat genötigt, mit den neuen Randstaaten, die aus ehemals österreichischen Ländern hervorgegangen sind, durch besondere Verträge in ein erträgliches Verhältnis zu gelangen. Der erste dieser Verträge, dem bald andere folgen werden, ist der am 7. Juni in Brünn vereinbarte Staatsvertrag zwischen der deutschösterreichischen und der tschechoslowakischen Republik, der die Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft und über den Minderheitenschutz festlegt. Unter beiden Gesichtspunkten bietet dieses Abkommen vom Standpunkte des Auslanddeutschtums Interesse, es seien daher die wichtigsten Punkte hier festgehalten. Bezüglich der Staatsbürgerschaft werden die in Betracht kommenden Personen in drei Gruppen eingeteilt: 1. Diejenigen Personen, die bis zum 28. Oktober 1918 ein Heimatsrecht in einer Gemeinde der Republik Österreich erworben haben. Diese besitzen damit auch das österreichische Staatsbürgerrecht. 2. Diejenigen Personen, die bei Inkrafttreten des Vertrages ihren ordentlichen Wohnsitz in der Republik Österreich haben; sie werden in drei weitere Untergruppen je nach dem Zeitpunkte der Erwerbung eines Heimatsrechtes in einer deutschösterreichischen Gemeinde eingeteilt. Auch die Angehörigen der Gruppe 2 erwerben mit dem Heimatsrechte die Staatsangehörigkeit, doch steht ihnen innerhalb eines halben Jahres vom Tage des Inkrafttretens des Vertrages gerechnet, die Option zugunsten des tschechoslowakischen Staates offen. Die dritte Gruppe bilden alle jene Personen, auf die die vorhergehenden Bestimmungen keine Anwendung finden. Für sie gilt die Bestimmung, daß alle ohne Erwerbung eines Heimatsrechtes erworbenen Staatsbürgerrechte mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrages erlöschen, sie bleiben somit fernerhin tschechoslowakische Staatsbürger. Die gleichen Bestimmungen gelten im umgekehrten Sinne für die früheren Angehörigen des österreichischen Staates in seinem dermaligen Umfange, die in der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz haben. Vom deutschen Standpunkte wäre es natürlich wünschenswert, daß möglichst viele der in Österreich wohnenden Tschechen von ihrem Optionsrechte Gebrauch machen, damit sie bei den Wahlen für Gemeinderat und Nationalversammlung nicht ins Gewicht fallen. Allerdings darf man sich in dieser Hinsicht keinen allzu rosenigen Hoffnungen hingeben, da sehr viele von ihnen wirtschaftliche und nationale Interessen veranlassen werden, deutschösterreichische Staatsbürger zu bleiben. Dies um so mehr, als die Bestimmungen über den Minderheitenschutz ihren nationalen Bestand vollständig sicherstellen. Die wichtigsten Abmachungen sind nach dieser Hinsicht die über das Schulwesen. Darnach erkennen beide Staaten das der Minderheit zustehende Recht auf Errichtung, Erhaltung und Verwaltung privater Schulen und Erziehungsanstalten an, wobei sie von der Verpflichtung der Beobachtung der im Inlande geltenden allgemeinen gesetzlichen Vorschriften nicht entbunden sind. In sprachlicher Hinsicht bezieht sich dieses Recht nur auf die Unterrichtssprache und die innere Verkehrssprache, nicht aber auf die allgemeinen Vorschriften über den Sprachgebrauch im allgemeinen amtlichen Verkehre. Dieser wird also auch für tschechische Schulen in Deutschösterreich in

deutscher Sprache abzuwickeln sein. Natürlich beziehen sich diese Bestimmungen nicht auf die bodenständigen Deutschen in der Tschechoslowakei, wo sie die Mehrheit der betreffenden Gemeinden bilden. Hier gelten die besonderen gesetzlichen Bestimmungen der tschechoslowakischen Republik. Da es in Österreich tschechische Mehrheiten eigentlich nicht gibt, liegen hier die Dinge anders. Für strittige Fälle sieht der Vertrag ein ständiges Schiedsgericht vor, das aus vier Schiedsrichtern besteht, die einen fünften zum Vorsitzenden wählen. Kommt keine Einigung zustande, so wird der jeweilige diplomatische Vertreter der Niederlande in Prag oder in Wien den Vorsitz entweder selbst übernehmen oder einen Vorsitzenden bestellen. Der Sitz des Schiedsgerichtes wechselt alljährlich zwischen Wien und Prag, zunächst tagt es in Wien. Der Vertrag wird vorläufig auf vier Jahre geschlossen und gilt als auf ein Jahr verlängert, wenn keiner der vertragschließenden Teile ein halbes Jahr vor seinem Ablaufe ihn kündigt. — Die Tschechen in Wien haben bereits eine Anzahl von Volks- und Mittelschulen eröffnet und schon soll ihnen ein städtisches Schulgebäude übergeben werden. In der Tschechoslowakei werden deutsche Schulen in großer Zahl gesperrt. B. I.

Tschechoslowakei.

In welch schamloser Weise die Tschechen die Wahlresultate zu fälschen suchen, davon gibt ein Bericht eines Mitarbeiters der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über die tschechische „Wahlbrigade“ gute Auskunft. Die Tschechen haben eigens, um dieses System durchführen zu können, das Wahlrecht für die Soldaten geschaffen, verlegen aber nun überallhin, wo Abstimmungen für Gemeindewahlen oder ähnliche Dinge bevorstehen und wo deutsche Mehrheiten zu erwarten sind, ein paar tausend Soldaten, die gar keine andere Aufgabe haben, als abzustimmen, die deutsche Mehrheit so zu vergewaltigen, dann wieder befriedigt abziehen und in einen anderen „Wahlort“ auf einige Zeit in Garnison zu gehen. Die Strategie dieser Regimenterverlegung ist in Prag recht gut ausgebildet worden. Auf diese Weise ist das fast rein deutsche Znaim plötzlich eine tschechische Stadt geworden. So sollte es auch mit Iglau gemacht werden. Dort hatten die Wahlen schon eine große deutsche Mehrheit ergeben, die Tschechen hatten den üblichen Protest eingelegt, so daß die neugewählte Stadtvertretung sich nicht konstituieren konnte und die von den Tschechen eingesetzte rein tschechische Verwaltungskommission ruhig weiter amtierte. Zu den bevorstehenden Neuwahlen wurde eine „Wahlbrigade“ entsandt, die aber von den slowakischen Soldaten übel empfangen wurde. Die Gewehre gingen von selbst los und es kam zu blutigen Zusammenstößen. Kurzerhand verbreiteten die Tschechen das Gerücht, die Deutschen hätten die Soldaten erschossen, und so kam es zu Verhaftungen und zu Ausschreitungen gegen die Deutschen, zu Plünderungen und Entfernung der deutschen Firmamentafeln usw. Selbstverständlich betonte Ministerpräsident Tusar, die Soldaten seien nicht zur Politisierung verwandt worden, die deutschen Abgeordneten nannten aber die Arbeit der parlamentarischen Untersuchungskommission, die nach Iglau entsandt worden ist, eine Farce. Der christlich-soziale Abgeordnete Radda geißelte die Zustände in scharfer Rede im Parlament. Da er tschechisch nicht versteht und deutsch sprach, kam es zu lebhaften Tumulten. Er schloß mit den Worten: „Das deutsche Volk kann man vielleicht bedrücken, aber unterdrücken kann man es niemals. Wenn Sie uns unsere Freiheit nehmen, dann werden wir sie uns er-

kämpfen, und ich bin überzeugt, daß der tschechoslowakische Staat diese deutschen Freiheitskämpfe nicht überstehen wird.“

Die deutschen Abgeordneten des Parlaments haben sich über mancherlei Erschwerungen ihrer Tätigkeit lebhaft zu beklagen. So teilt der parlamentarische Verband mit, daß aus den Berichten der Mitglieder des Initiativ-Ausschusses hervorgeht, wie parteiisch dieser Ausschuß seine Pflichten auffasse. Dieser Ausschuß hätte eigentlich nur die Pflicht, die einlaufenden Anträge an die dafür zuständigen Ausschüsse zu verweisen und hierbei nur formelle Gesichtspunkte geltend zu machen. Statt dessen aber werden die Anträge der deutschen Abgeordneten mit den tschechischen Mehrheitsstimmen einfach abgelehnt, so z. B. ein sozialistischer Antrag auf Revision des Wehrgesetzes, ein Antrag des parlamentarischen Verbandes auf Revision des Verfassungsgesetzes usw. Dadurch wird die Möglichkeit der parlamentarischen Behandlung überhaupt genommen. Es bleibt den deutschen Abgeordneten also nur übrig, stets den Weg der Beschwerde an das Haus zu gehen. Alle Versuche, zu erreichen, daß die Geschäftslage des Hauses dadurch gefördert würde, daß man den deutschen Herren, die kein Tschechisch verstehen, in kurzer Form mitteilte, um was es sich bei den tschechischen Anträgen und Reden handle, waren bisher vergeblich. Der Verband hat deshalb beschlossen, daß sich seine Mitglieder zum Protest grundsätzlich und überall nur der deutschen Sprache zu bedienen haben und daß sie auch die Übernahme von Referaten im Hause und in den Ausschüssen solange ablehnen, bis eine Änderung erzielt ist. Man kann sich denken, wie unter diesen Umständen die Geschäftslage des zu einem Drittel aus deutschen Abgeordneten bestehenden Hauses aussieht.

Gegenüber der brutalen tschechischen Unterdrückungspolitik greifen die Deutschen allüberall zur Hilfe der eigenen Organisation und der Aufklärung in weitesten Kreisen. So benützten sie die Anwesenheit zahlreicher fremdländischer Journalisten, die anläßlich der Sokolfeste Gäste der tschechischen Republik in Prag waren, um allen Herren die Einladung zu einer Besprechung derjenigen Fragen zuzustellen, die die deutsche Minderheit — ein Drittel der gesamten Einwohnerzahl des tschechischen Staates! — angehen. Der deutsche Nachrichtendienst übersandte den Journalisten seine Aufklärungsschriften und einen Begleitbrief in deutscher, englischer und französischer Sprache, in dem erwähnt wurde, daß fast die Hälfte der Bevölkerung der Republik nicht in der Regierung vertreten sei und daß deshalb die Aufklärung dieser Regierung kein ganz klares Bild der Verhältnisse gebe. Über diesen Schritt der Deutschen herrscht helle Empörung in der tschechischen Presse. Man nennt ihn eine Frechheit, eine Taktlosigkeit und noch mehr. Selbst das Amtsblatt der Regierung beschimpft bei dieser Gelegenheit die Deutschen, nur weil sie es wagten, sich zur Geltung bringen zu wollen. Tatsächlich hatte der deutsche Schritt den Erfolg, daß eine Reihe wertvoller Beziehungen angeknüpft werden konnte.

Bekanntlich hat das Deutschtum in der Tschechoslowakei, als es noch zu Österreich-Ungarn gehörte, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit Kriegsanleihe gezeichnet. Der tschechoslowakische Staat hat diese Werte gesperrt und nun gegen den Widerspruch der deutschen Abgeordneten ein Gesetz geschaffen, wonach jeder deutsche Besitzer in Höhe von 75 % seines Besitzes tschechische Staatspapiere für seine österreichischen oder ungarischen Kriegsanleihen bekommt, wenn er zum gleichen Betrage, in dem er solche Papiere besitzt, neue tschechoslowakische Anleihe zeichnet. Das Gesetz läuft darauf hinaus, daß die Deutschen dem Staate, der sie dauernd entrechtet, Betriebskapital geben

sollen. Mit dieser Frage hat sich nun der deutsch-parlamentarische Verband in Prag in einer Sitzung vom 17. Juli befaßt und hat ausgesprochen, daß die Abgeordneten und Senatoren des parlamentarischen Verbandes alle Mittel zur Verhinderung des Kriegsanleihengesetzes erschöpft hätten, soweit sie auf dem Boden des Parlaments anwendbar wären. Nunmehr sei nur noch die Bevölkerung in der Lage, das Gesetz zu vereiteln, aber nur dann, wenn alle Schichten und Gruppen zusammenhielten und sich einmütig weigerten, das Gesetz anzuerkennen.

In Prag wurde am 11. Juli eine deutsch-politische Arbeitsstelle begründet, die unter der Geschäftsführung von Rechtsanwalt Dr. Stark stehen wird. Sie arbeitet bereits seit einem halben Jahre zur vollen Zufriedenheit der deutschen Kreise. Ihr obliegt die Betreuung aller nationalen Einrichtungen und Bedürfnisse des Deutschtums. Sie unterstützt auch alle Organisationen, die sich dem Deutschtum widmen. Von ihr aus wurde der Deutsche Nachrichtendienst als G. m. b. H. ins Leben gerufen. Der Vorsitzende der Versammlung, Dr. Lodgman, übermittelte den Arbeitern und Beamten den Dank der deutschen Kreise. Die Arbeitsstelle arbeitet in Politik, Wirtschaft und Kultur. Politisch bereitet sie Aktionen der deutschen Parlamentsvertretung vor, für die wirtschaftlichen Aufgaben hat sie eine „Wirtschaftspolitische Reichsstelle“ geschaffen, in kultureller Hinsicht soll ein Zusammenhang zwischen Schulerziehung, Volksbildung und Schutzarbeit herbeigeführt werden. Es folgten in der Versammlung Referate über die verschiedenen Arbeiten der deutschen politischen Arbeitsstelle, die mit Dank und Anerkennung aufgenommen wurden.

Polen.

Durch die polnische Presse ging eine Nachricht von der Einziehung der Jahrgänge 1890 bis 1895 in dem Grade vom Gemeinen bis zum Offizierstellvertreter der Kavallerie und Artillerie und reitenden Grenzsoldaten, der Jahrgänge 1885/95 ohne Rücksicht auf die Nationalität. Die deutschen Sejmabgeordneten haben darauf in Warschau bei der Regierung Vorstellung erhoben, da diese Maßregel dem Paragraphen des Friedensvertrages über die Option widerspräche. Der Vertreter des Kriegsministers hat sofort erwidert, die Veröffentlichung entspräche nicht seinen Weisungen und sei wohl das Werk untergeordneter Stellen. Er sagte sofortige Prüfung der Angelegenheit zu. Die Verordnung traf die nach 1908 zugezogenen Personen überhaupt nicht, da sie ja nur mit besonderer Zustimmung der polnischen Regierung die polnische Staatsangehörigkeit erwerben können.

Der deutsche Vertreter, Graf Oberndorff, hat in Warschau eine Note wegen Bedrückung der deutschen Minderheiten überreicht, die zwar von der ententistischen Presse als der Versuch gewertet wurde, die jetzige Lage Polens auszunutzen, die aber tatsächlich vom polnischen Ministerium des Äußern durchaus sachlich aufgenommen wurde und auf die die zuständigen Stellen in Polen erklärten, alles tun zu wollen, um ein möglichst reibungsloses und friedliches Verhältnis zwischen den deutschen und polnischen Minderheiten herbeizuführen.

Am 20. Juli beschloß der Seniorenkonvent des polnischen Reichstags, den deutschen Abgeordneten, obwohl sie die nötige Zahl von Mandaten zur Gewinnung der Fraktionsstärke nicht besitzen, das Recht der Vertretung im Seniorenkonvent bis auf weiteres zu gewähren. Hoffentlich ist dieser Beschluß nicht nur unter dem Druck der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage Polens gefaßt und das Zugeständnis wird nicht wieder rasch widerrufen, wenn der jetzige Druck beseitigt ist.

Die Verschmelzung der deutschen Parteien in Posen zu einer einzigen deutschen Partei scheint doch nicht reibungslos durchgeführt werden zu können. Am 27. Juli fand wenigstens in Posen eine Sitzung der „Deutsch-demokratischen Partei in Polen“ statt, bei der besonders breiten Raum die Erörterung der Verbindung mit den deutschen Demokraten Kongreß-Polens einnahm. Der Anschluß weiter Kreise an die deutsche demokratische Partei wurde begrüßt. Eine lebhaftige Debatte erhob sich über die Erklärung der deutschen Sejmabgeordneten über ihre Stellung zur polnischen Regierung. Es wurde bedauert, daß in der deutschen Sejmfraktion das konservative Element die Oberhand habe. Die Partei müsse dafür sorgen, daß auch die demokratische Weltanschauung der Deutschen im Sejm zur Geltung kommen müsse.

In Lodz wurde am 13. Juli im Stadtgemeindesaal der St. Johannigemeinde ein „evangelisches Hilfskomitee für verwundete polnische Soldaten“ begründet, das Freibetten für verwundete Soldaten stiften und die Mittel des Roten Kreuzes durch Sammlungen verstärken, Wäsche sammeln, sanitäre Hilfskräfte heranbilden und für Ernährung und Erfrischung von Verwundetentransporten sorgen will. Sämtliche in Lodz wohnenden evangelischen Pastoren wurden neben den Vorsekretären der evangelischen Gemeinden in den Ausschuß entsandt, zu dessen Vorsitzenden Herr Pastor Dietrich gewählt wurde. Eine Finanz-, eine Arbeits-, eine sanitäre und wirtschaftliche Sektion wurden gebildet. Die ganze Gründung zeigt, daß die evangelischen d. h. die deutschen Bürger Polens gewillt sind, ihre Pflicht dem Staate gegenüber in voller Weise zu erfüllen.

Rumänien.

Bei den Landtagswahlen in Großrumänien haben die siebenbürger Sachsen im allgemeinen gut gewählt. Nirgendwo aber besser als in dem kleinen Städtchen Mediasch. Dort wurde der Abgeordnete Dr. Wilhelm Binder gewählt. In der Stadt Mediasch wurden für ihn 804 Stimmen abgegeben. Sämtliche siebenbürger Sachsenwähler, die ortsanwesend waren, haben mit einer einzigen Ausnahme ihre Wahlpflicht erfüllt. Was Wunder, daß man in Mediasch auf die Hermannstädter nicht gut zu sprechen ist, wo 1500 Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten.

Eine für die Deutschen Groß-Rumäniens bedeutsame Frage schnitt der Führer der deutschen Volkspartei, Dr. Rudolf Brandsch, in einer Interpellation am 13. Juli an. Er fragte, wie sich die Regierung zum Problem der im Lande gezeichneten früheren österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen stelle. Bekanntlich haben gerade die Deutschen im Staate der ehemaligen Donau-Monarchie besonders viel Kriegsanleihe gezeichnet und ihre wirtschaftliche Existenz hängt zum großen Teil von der Lösung dieser Frage ab. Der Finanzminister Take Jonescu antwortete in langer Rede, deren kurzer Sinn der war, daß man die von gemeinnützigen Organisationen, kulturellen oder Wohltätigkeitsvereinen gezeichneten Kriegsanleihen bezahlen müsse, denn die Kultur dürfe nicht aufhören, und wenn die Vereine aufhörten, müsse nur der Staat ihre Aufgaben übernehmen. Auch für die zweite Kategorie, nämlich den Besitz von Kriegsanleihe in Händen von Privaten, leugnete der Finanzminister nicht die schweren wirtschaftlichen Schädigungen Einzelner, stellte die Frage aber zurück. Eine Verpflichtung des Staates bestehe, so legte der Minister in langen juristischen Ausführungen dar, nicht, doch müsse die Frage einmal besprochen werden, wenn auch erst viel später, wenn das Land seinen Wiederaufbau vollendet, sein Verkehrsnetz ausgebaut, seine

Kriegsmacht auf neuen Stand gebracht. Zur Zeit seiner Amtsführung werde er zu solchen Aufgaben „mehr moralischer Art“ jedenfalls nicht kommen. In ein aus blumiger Sprache der Rumänen knapperes Deutsch übertragen heißt das, daß auch Rumänien nicht daran denkt, die Deutschen wirtschaftlich irgendwie zu entschädigen. Schwere Einbuße für das rumänische Deutschtum wird damit verbunden sein.

Dänemark.

Am 20. Juli traten in Tinglef Vertreter des Deutschtums in den abgetretenen Kreisen Nordschleswigs zusammen, um eine politische Organisation des nordschleswigschen Deutschtums zu begründen. Mit Einmütigkeit wurde ein Schleswigscher Wählerverein ins Leben gerufen und ein Vorstand bestellt, dessen Leitung einstweilen der frühere Pastor und jetzige Redakteur der neuen Tondernschen Zeitung, Schmidt-Wodder, übernahm. Jedoch haben sich die Sozialdemokraten an dem ganzen Vorgehen nicht beteiligt und haben sich den dänischen Sozialdemokraten angeschlossen.

Man pflegt gemeinlich jetzt im Ausland sehr viel von der rasch vermachten deutschen Irredenta zu sprechen. Da ist es ganz gut, wenn, wie es die „Tägliche Rundschau“ tut, die Stimmen zusammengestellt werden, die eine gegnerische Irredenta, die sich gegen den Bestand des deutschen Reiches richtet, erkennen lassen. Bei der offiziellen Feier auf Düppel sprach der dänische Ministerpräsident davon, daß diejenigen nicht vergessen werden sollten, die zurückgeblieben seien. Diese Äußerung ist noch milde. Als aber der König das Grab an der Büffel-Koppel besuchte, empfing ihn ein dänischer Agitator mit einer Hetzrede, der Name Flensburg habe sich in alle treuen dänischen Herzen eingefressen, der Kampf müsse aufs neue aufgenommen werden. In der dänischen Stadt Viborg schloß der Bischoff seine Predigt, es müsse vollendet werden, was die Dänen noch entbehrten. In dänischen Blättern endlich wird der frühere deutsche Abgeordnete Hansen als ein Lump bezeichnet, weil er seinen Landsleuten in den Rücken gefallen sei. Er hat nämlich, getreu den Grundsätzen von der Selbstbestimmung, seine Ansicht dahin geäußert, daß Dänemark und die Entente von einer Vergewaltigung Flensburgs und der zweiten Zone aus politischen Gründen absehen möchten.

Der König von Dänemark war in diesen Tagen in Hoyer. Nur wenige Häuser hatten geschmückt. Die Stadtverordneten empfingen den König und der Bürgermeister sprach ihn deutsch an. Er betonte, der König kenne ja das Abstimmungsergebnis und damit die Gesinnung der Bevölkerung, aber die Bürger von Hoyer wollten loyale Staatsbürger sein, soweit es ihnen möglich sei. Der König antwortete in dänischer Sprache, er freue sich immer, ehrlichen Leuten zu begegnen, die nicht heute das und morgen anders dächten. Er würdige die Gefühle der Bürger von Hoyer und werde für sie sorgen, wenn die Bürger ihr Versprechen hielten.

In Tondern richtete der um das Deutschtum so verdiente Pastor Schmidt-Wodder am Tage des Königsbesuchs einen Aufruf an den König: „Eure Majestät haben den Jubel einer Bevölkerung gesehen, die auf den heutigen Tag gehofft hat durch manches Jahrzehnt und nun die Erfüllung ihrer Hoffnung feiert. Eure Majestät haben nicht gesehen, wie schwer dieser Tag all den Deutschen wird, die durch die gleiche Entscheidung von ihrem Mutterstaat getrennt, in der Lebensgemeinschaft mit ihrem Volk gestört sind und ihren Staat und ihr Volk so lieb hatten, wie nur ein Däne das seine. Wir vertrauen darauf, daß ein König den Freimut seiner neuen Untertanen höher schätzt

als einen falschen Schein oder einen schwächlichen Gesinnungswechsel. Darum soll das unsere Huldigung sein am heutigen Tage, daß wir Eurer Majestät in aller Ehrerbietung als aufrechte deutsche Männer, als treue deutsche Frauen zu erkennen geben: diese Liebe in unserem Herzen stirbt nicht. Auch hier in Tondern wird wohl nichts in Erscheinung treten von dem, was uns das Herz schwerer macht als diese kurzen Worte. Es soll uns das Herz leichter machen, indem wir es offen aussprechen: hier in Tondern, das wir selbst nie anders kannten als eine deutsche Stadt, werden wir nicht weniger treu sein, als Eure Majestät es der heute so glücklichen dänischen Bevölkerung Nordschleswigs nachgerühmt haben. Wir hoffen auf den Tag, wo wir neu entscheiden werden über unser staatliches Geschick, frei von dem Zwang der en bloc-Abstimmung, frei von dem Zwang des Friedensvertrags."

Das sind ehrliche Mannesworte, die ihren Eindruck nicht verfehlen werden.

Rund 8000 deutsche Kinder haben bisher in Dänemark Aufenthalt und Erholung gefunden, seit das dänische Komitee für den Ferienaufenthalt deutscher Kinder nunmehr ein Jahr lang besteht. Die Hälfte waren Arbeiter-, die Hälfte Mittelstands- und Beamtenkinder. Die Kinder wurden auch in Dänemark eingekleidet und bekamen durchschnittlich noch 15 kg Lebensmittel mit nach Hause. Die meisten Kinder waren in Privatquartieren untergebracht, ungefähr 500 Kinder in 6 Kinderheimen. 90 000 Kronen wurden ausgegeben für die Unterbringung, 45 000 Kronen für Kleider und für 100 000 Kronen Kleider und Lebensmittel wurden nach Deutschland verschickt, für Pakete an Kinder und Kinderheime wurde die gleiche Summe verausgabt. Nach Deutsch-Österreich wurden 18 000 Kronen gesandt, von dort wurden übrigens auch 600 reichsdeutsche Kinder in Dänemark untergebracht. Im ganzen hat das Komitee 425 000 Kronen verausgaben können, die ausschließlich in Dänemark aufgebracht wurden.

Gegenüber der in deutschen Blättern auftretenden Meldung, daß deutschen Kaufleuten die Aufenthaltserlaubnis in Kopenhagen entzogen worden sei, wird von dänischer amtlicher Seite erklärt, daß nur ganz wenige Fälle vorgekommen seien, in denen deutschen Kaufleuten die Aufenthaltserlaubnis entzogen worden sei, weil sie sie unter falschen Angaben erhalten hätten und weil sie ihre Anwesenheit dazu benutzten, ganz andere Dinge zu tun, als diejenigen, zu deren Erledigung sie Einreiseerlaubnis erhalten hatten. Ein einziger deutscher Geschäftsmann habe sich an den deutschen Vertreter gewandt, um eine Verlängerung seiner Einreiseerlaubnis zu erhalten und zwar mit Erfolg.

Belgien.

Der deutsche Geschäftsträger in Belgien hatte darum gebeten, die nach dem 10. Januar im besetzten Gebiet verhafteten Deutschen wieder freizulassen. Darauf antwortete der belgische Außenminister, daß dies ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte sein würde, es sei deshalb beschlossen worden, Haftentlassungen durch eine königliche Verordnung mit Gesetzeskraft zu bewirken.

England.

Einige englische Universitäten haben die Einladung an Professoren der Wiener Universität ergehen lassen, einige Sommermonate kostenlosen Erholungsaufenthalt in England zu nehmen und dabei die wissenschaftlichen Einrichtungen und Sammlungen Englands kennen zu lernen. In direktem Gedankenaustausch mit Fachkollegen sollen dabei die engen Beziehungen von vor dem Kriege wiederhergestellt werden. Die Einladung soll angenommen werden.

Frankreich.

Die südfranzösischen Kurorte Cannes, Nizza, Mentone und andere hatten bekanntlich vor dem Kriege kräftige deutsche Kolonien aufzuweisen, welche sich nicht zum wenigsten aus dem deutschen Hotelpersonal rekrutierten. Diese Kolonien sind durch den Krieg hart mitgenommen und bis auf wenige Reste zerstört. Privatnachrichten zufolge, welche dieser Tage beim Deutschen Ausland-Institut eingingen, soll man dort wenig merken, daß Frankreich Sieger sei. Die Teuerung und Not ist groß, die dortige deutsche Kirche hat man in eine Kaufhalle umgewandelt, die deutsche Bibliothek zerstört. In die möblierte Pfarrerswohnung, welche sich oben in der Kirche befindet, hat man jetzt einen Lehrer gesetzt. In den schönen deutschen Hotels, wie auch im Kellnerheim, einer Schöpfung des langjährigen deutschen evangelischen Geistlichen, Pastor Schmitt, richtete man Lazarette ein und hauste darin wie Vandalen. Nur auf dem schönen Friedhofe, auf welchem mancher Deutsche begraben liegt, ist alles friedlich und unverändert geblieben.

Japan.

Als erster und einziger Ausländer ist bisher an der Rikkyu-Universität in Tokio am 12. Mai der Sohn eines Königsbergers, Herr Sidney Schroeder, immatrikuliert worden. Der Vater ist in Japan als der Herausgeber der „Eastern World“ und als glänzender Journalist bekannt geworden. Er ist mit einer Japanerin verheiratet, die beiden Söhne Sidney und Rodney haben japanische Schulen besucht. Der Älteste hat nun als erster und einziger unter 120 Kameraden das Eintrittsexamen für die Universität erlassen bekommen auf Grund eines Zeugnisses über besondere Leistungen.

Venezuela.

Pfarrer D o b e r t von der deutschen Kolonie in Venezuela war jetzt in Deutschland und nimmt von hier an die Badenser Kolonie, wie die „Kaiserslauter Nachrichten“ mitteilen, nicht nur eine Reichsunterstützung in barem Gelde mit, sondern auch als Geschenk der badischen Regierung an die fernen Landsleute zwei Kisten mit Schulbüchern. Das kirchliche Ordinariat in Freiburg übersandte durch ihn für die Kirche verschiedene heilige Geräte, Paramente und Weißzeug, die die Pfarreien Endingen, Herbolzheim und Wyhe, sowie unbekannte Wohltäter gespendet haben.

Freistaat El Salvador.

Über die Lage des Deutschturns im Freistaate El Salvador wird uns von berufener Seite folgendes berichtet:

Die deutsche Kolonie in dieser Republik ist nur klein und setzt sich aus Kaufleuten und Kaffeeplantagenbesitzern zusammen; den größeren Teil derselben bilden jedoch Handlungsgehilfen. Deutsche Vereine bestehen nicht, ebensowenig erscheinen deutsche Zeitungen oder Zeitschriften. In Anbetracht dessen, daß das Land während des Krieges seine Beziehungen zum Deutschen Reiche nicht abgebrochen hat, ist die Lage der hier ansässigen Deutschen bei weitem günstiger als in jenen Ländern, die nicht neutral geblieben sind.

Sowohl die Regierung als auch der größere intellektuelle Teil der Bevölkerung sowie die Geistlichkeit, die Handwerker und die Studenten haben während des Krieges fast ausnahmslos Sympathien für die deutsche Sache bewiesen. Dagegen sind die hier bestehenden drei Zeitungen uns stets feindlich gewesen und haben alles aufgeboten, die deutsche Sache und das Deutschturn zu verunglimpfen. Die Besitzer dieser Zeitungen waren natürlich von unseren Feinden für diesen niedrigen Zweck gekauft.

KLEINE NACHRICHTEN

Heimatgedenken.

Das „Schwäbische Wochenblatt“ in Neuyork hat, wie wir berichtet haben, der Stadt Stuttgart bereits 150000 Mark aus seiner Sammlung zum Ankauf von Milchkühen überwiesen. Jetzt ist eine neue Sammlung durch die deutsche Wochenschrift im Gange. Pastor Julius Jäger, sowie der Präsident und der Sekretär des Cannstatter Volksfestvereins von Neuyork, L. Neuffer und O. Brändle, haben im Namen dieses Vereins einen Aufruf erlassen, überall sollten die Schwaben und schwäbischen Vereine Sammelstellen zugunsten dieser Sammlung des „Schwäbischen Wochenblattes“ einrichten und die Überschüsse von Festlichkeiten abführen.

Die evangelisch-lutherische Synode von Jowa und anderen nordamerikanischen Staaten hat aus Milwaukee reichliche Gaben nach Deutschland gesandt. Der Vorstand des evangelisch-lutherischen Gotteskastens und der Vereine für evangelisch-lutherische Mission in Württemberg erhielten im Werte von 500 Dollars Lebensmittelsendungen und daneben eine Spende von 40000 Mark, aus der wiederum das Tropengenesungsheim in Tübingen 15000 Mark bekam. Die innere Mission in Württemberg erhielt neuerdings abermals 50000 Mark, von welchen 25000 Mark für das Stuttgarter Diakonissenhaus bestimmt waren.

Die Stadt Mannheim hat von einem ihrer Söhne, der nach Amerika ausgewandert war, ein wertvolles Geschenk erhalten. Der in Chicago verstorbene Herr Otto Baer vermachte ihr seine 140 Stück umfassende Sammlung kunstgewerblich merkwürdiger Taschenuhren aus der Zeit von 1530 bis 1830 zur Aufbewahrung im Vaterländischen Museum.

Der Deutschamerikaner Hermann Baur in St. Louis, ein Enkel des anfangs des 19. Jahrhunderts in Reutlingen amtierenden Rektors Friedrich Baur, ließ verschiedenen wohlthätigen Anstalten in Reutlingen die Summe von 4500 Mk. übergeben.

In Philadelphia ansässige Amerikaner, die aus Winnenden in Württemberg stammen, veranstalteten eine Sammlung für das dortige Liebeswerk der Paulinenpflege, die 8400 Mark ergab. Der Cannstatter Frauenverein in Philadelphia hat für den gleichen Zweck 3000 Mark geschickt.

Vier Familien aus den Orten Haselhof und Selgenstadt bei Crailsheim, die vor mehreren Jahrzehnten nach Amerika ausgewandert sind, haben ihrer alten Heimat zur Beschaffung von Kirchenglocken und für kirchliche wie wohlthätige Zwecke die Summe von 7500 Mark überwiesen und eine Kiste mit Kleidungsstücken übersandt, die besonders wertvoll war.

Ein aus Alpirsbach in Württemberg gebürtiger Amerikaner, Herr Architekt Friedrich Widmann in St. Louis, hat seiner Heimatgemeinde für die Armen schon zu Weihnachten 1919 eine Gabe von 5000 Mark überwiesen und hat jetzt weitere 18000 Mark folgen und verteilen lassen. Herr Widmann ist Präsident der St. Louis War Relief Bazaar Association, die seit ihrer Gründung schon 435000 Dollars aufgebracht hat.

KIRCHE UND MISSION

Die erste Ordination für das geistliche Amt des **außenländischen Auslandsdienstes** der Evangelischen Landeskirche Preußens fand am 23. März im landeskirchlichen Diaspora-

seminar in Soest statt. Die beiden Ordinierten sind für Brasilien bestimmt. Fünf weitere Seminaristen sollen demnächst folgen. Das Diasporaseminar ist neuerdings von Soest nach Witten a. Ruhr verlegt.

Von der deutschen Kirche in der Tschechoslowakei. Seit dem 26. November 1919 besteht in der tschechoslowakischen Republik eine eigene deutsche evangelische Landeskirche. Sie umfaßt alle deutschen evangelischen Glaubensgenossen, die in der tschechoslowakischen Republik ihren ordentlichen Wohnsitz haben, soweit sie nicht der Brüderunität (Evangelische Brüderkirche) angehören. Ihre Amts-, Kirchen- und Unterrichtssprache ist die deutsche. Evangelische anderen Volkstums können sich den Gemeinden der deutschen evangelischen Kirche anschließen, wenn sie ihr Einverständnis mit diesen Grundsätzen ausdrücklich erklären. Die neue Kirche nimmt als Mindestmaß ihrer Rechte die Zusicherung des kaiserlichen Patentbeschlusses vom 8. April 1861 in Anspruch und erwartet das Recht der freien Religionsübung und volle Bewegungsfreiheit zur sittlich-religiösen Einwirkung auf die sich ihr freiwillig öffnenden Volkskreise.

Eine an diese Grundsätze sich anschließende Kirchenverfassung, welche die Ordnungen für das Leben innerhalb der einzelnen Gemeinden und der Gemeinden untereinander festsetzt, soll nach einem Entwurf des Herrn Pfarrer Fischer, Eger, der wohl fast allen berechtigten Wünschen Rechnung trägt, noch im Laufe dieses Jahres fertiggestellt werden. Er lehnt sich im Gesamtaufbau und sehr vielen Einzelheiten aufs engste an die Kirchenverfassung der früheren evangelischen Kirche in Österreich an. Zu der neuen Kirche gehören zurzeit 58 Pfarrgemeinden, 5 Filialgemeinden, 14 größere Predigtstationen, zusammen 77 Gemeinden von Bedeutung, 105 kleine Predigtstationen, insgesamt 109300 Seelen. Sie hat 58 Pfarrer und 21 Vikare. Wenn alle Stellen besetzt sind, würden sie 94 Geistliche zählen. Auch in der Slowakei gibt es noch 50000 bis 60000 deutsche Protestanten, die sich unter Umständen dieser Kirche anschließen dürften.

Die evangelische Kirche in Polen. Das „Posener Amtsblatt“ vom 15. Juli veröffentlicht eine Verfügung über die evangelische Kirche im ehemals preußischen Teilgebiet, die jede kirchliche Verbindung mit dem preußischen Oberkirchenrat verbietet. Das evangelische Konsistorium in Posen soll sämtliche Angelegenheiten der unteren evangelischen Landeskirche erledigen, für welche der evangelische Oberkirchenrat zuständig war. Sofern früher das preußische Ministerium zuständig war, sollen jetzt die entsprechenden polnischen Ämter zuständig sein. Das evangelische Konsistorium soll erweitert werden können. Präsidenten und Mitglieder soll der polnische Staatspräsident ernennen oder bestätigen, die bisherigen Gesetze gelten als aufgehoben. Das „Posener Tageblatt“ bemerkt dazu, die Verfügung sei für die Öffentlichkeit und für die kirchlichen Kreise völlig überraschend gekommen, sie stelle eine flagrante Verletzung der fundamentalen Rechte der Minderheit in Polen dar.

Zdunska Wola (Polen). Die Brüdergemeinde feierte am 15. Juli das Fest ihres 75jährigen Bestehens. Leider sind die alten Gründungsakten der Gemeinde, ihr schönes Harmonium und vor allem ihre wertvollen Posaunen, mit denen der Bläserchor Gottesdienste zu verschönern pflegte, verbrannt, als im Weltkrieg eine deutsche Granate das Bethaus traf und in Flammen setzte. Ein eigenes Bethaus solle aber jetzt bald wieder erstellt werden.

Lodz. Für die evangelischen Waisenhäuser wurde ein Abzeichentag veranstaltet, an dem zahlreiche Sammler und Sammlerinnen aus den drei evangelischen Gemeinden und

Schulen sich aufopfernd beteiligten. Der Erfolg hat auch die Erwartungen der größten Optimisten übertroffen. Es sind 1804 Rubel und 133619 Mark eingegangen, denen nur 5400 Mark Ausgaben gegenüberstehen. 14 protestantische Pastoren von Lodz veröffentlichen in der Presse einen Dankbericht, in dem sie namentlich der Presse und der „Neuen Lodzer Zeitung“ Dank für ihre Hilfe aussprechen.

Ein deutscher Geistlicher in London. Das „B. T.“ entnimmt der „Times“ die Mitteilung, daß eine Londoner Methodistengemeinde jetzt wieder nach sechsjähriger Pause einen deutschen Geistlichen, den Herrn Reverend Karl Pierniger für die Tätigkeit unter den Deutschen im Ostend angestellt habe, ohne daß allerdings Genaueres angegeben wäre, was unter diesem „German work“ augenblicklich zu verstehen sei.

Deutsch-evangelisch in Nord- und Südamerika. Die Deutsche evangelische Synode von Nordamerika plant zurzeit einen Vorstoß unter dem Deutschtum Südamerikas. Unter der Parole „Vorwärtsbewegung“ wird die Einrichtung eines neuen Predigerseminars und von Hilfsakademien in Texas und Minnesota und einer Mädchenakademie mit Vorbildungsschule für Diakonissen, Missionarinnen und Gemeindeschwestern geplant. Punkt 10 sieht die Hilfeleistung bestehender Kirchen unter Stammesgenossen und die Aufnahme selbständiger Arbeit unter ihnen in Südamerika vor. Vertreter der Evangelischen Synode sind bereits unterwegs nach Südbrazilien, um zu sehen, wo geholfen werden kann.

Die Deutsche evangelische Synode von Rio Grande do Sul erwartet nach der „Deutschen Post“ von Sao Leopoldo vom Juni Zuwachs von fünf evangelischen Pastoren aus der alten Heimat, wodurch dem drückenden Pfarrermangel abgeholfen werden soll.

Das Töchterinstitut Evangelisches Stift in Hamburgerberg feiert Ende August sein 25jähriges Jubiläum. Mit dem Jubelfeste soll gleichzeitig die diesjährige Tagung des Rio Grandenser Gustav-Adolfvereins und eine Spezialtagung der Frauenvereine stattfinden.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Deutsche und tschechische Schulen in Böhmen und Österreich. In den letzten Wochen wurden in Oberprausnitz, Lischnitz, Wiesen-
thal, Wüstrei bei Trautenau, Drum bei Leipa und Schömmern bei Krummau tschechische Volksschulen, in Landskron und Libuschin tschechische Bürgerschulen und in Oberleutensdorf eine tschechische Gewerbeschule errichtet. Über 50 deutsche Schulen im deutschen Sprachgebiet Böhmens sind im letzten Jahre gänzlich geschlossen, 320 deutsche Schulklassen aufgelassen worden. Dafür wurden im gleichen Gebiet 486 tschechische Klassen errichtet. Während nun in Böhmen das deutsche Schulwesen unterdrückt wird, das tschechische von Tag zu Tag an Boden gewinnt, ist in Deutschösterreich nicht etwa das umgekehrte der Fall, „denn“, so berichtet die Zeitschrift des Hilfsvereins für Deutschböhmen und die Sudetenländer, „die ‚deutsche‘ Republik Österreich hat mit der tschechischen einen Vertrag über Staatsbürgerschaft und Minderheitenschutz in Brünn auf vier Jahre abgeschlossen. Danach verpflichtet sich die deutschösterreichische Regierung im § 19, den Privatvolksschulen der tschechoslowakischen Minderheit, die nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages errichtet werden, das Öffentlichkeitsrecht zugleich mit der Bewilligung zur Errichtung zu gewähren. Im § 20 verpflichtet sich der deutschösterreichische Staat, Vorkehrungen zu treffen, mit Beginn des Schuljahres 1920/21 in

Wien für Kinder tschechoslowakischer Staatsbürger Deutschösterreichs, entsprechend ihrer Anmeldung, öffentliche Volksschulen mit tschechoslowakischer Unterrichtssprache in geeigneten Räumlichkeiten mit sprachlich und auch sonst vollkommen befähigten Lehrern, und zwar in dem Maße zu errichten, daß auf eine Klasse im allgemeinen durchschnittlich so viel Schüler entfallen wie an den deutschen Volksschulen, wobei als niedrigster Durchschnitt 42 Schüler angenommen werden. Bemerkungen zu diesem ‚Vertrage‘ scheinen für Sudetendeutsche wohl entbehrlich.“

Lodz. Deutsches Gymnasium. Zum ersten Male nach Ausbruch des Krieges verlassen deutsche Abiturienten das Gymnasium. Im Jahre 1914 hatte die Anstalt zum ersten Male überhaupt Abiturienten entlassen können, die damals von einer russischen Kommission geprüft wurden, damals waren es 12 Schüler, jetzt erhalten von 26 Prüflingen 18 das Reifezeugnis. Mit dem Direktor Dr. Wolff an der Spitze versammelten sich die Schüler und Lehrer mit den Eltern zu einer kleinen Abschiedsfeier. Herzliche Worte wurden gewechselt.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Deutsche Musik in Frankreich. In Vichy wollte das Kurorchester den Wagnerschen Tannhäusermarsch spielen, wurde aber von dem Publikum, das kurz zuvor dem anwesenden Clemenceau gehuldigt hatte, daran verhindert. Im Eclair traten aber hervorragende französische Musiker dafür ein, daß die große Oper Richard Wagners Werke wieder in den Spielplan aufnehme. Wagner sei trotz seiner Abneigung gegen die Franzosen am Krieg unschuldig. Er sei zur Erziehung der jungen französischen Komponisten nötig, vor dem Genie dürfe man sich mit Ehren verneigen. Im Pariser Tuilleries-Garten fand ein Sonntag-nachmittag-Konzert statt, bei dem unter Mitwirkung hervorragender Solisten nur Wagnersche Musik zum Vortrag kam.

Es wird beträchtliches Aufsehen in der ganzen Welt machen, daß nach einer Berliner Meldung das Berliner philharmonische Orchester unter Leitung seines Professors Arthur Nikisch im September oder Oktober dieses Jahres nach London gehen soll, um dort eine Reihe von Konzerten zu veranstalten. Die Festkonzerte des Orchesters in Skandinavien haben eine Reihe von führenden englischen musikalischen Kreisen bewogen, die Einladung ergehen zu lassen. Herr Behrens, der die Skandinavientour mit großen Mitteln unterstützt hat, ist gebeten worden, auch diese neue englische Tour zu arrangieren, an der sich die englischen Kunstfreunde finanziell selbst beteiligen wollen. Daß Nikisch vor dem Kriege zu den gefeiertsten Dirigenten in England zählte, wird das Gastspiel wohl erleichtern.

Der Dresdner Kreuzchor in Schweden. Der berühmte Dresdner Chor hat eine schwedische Konzertreise beendet, die ihn nach Stockholm, Upsala und Malmö führte. Publikum und Presse in Schwedens Hauptstadt zeigten sich begeistert über die Leistung der deutschen Sänger. Die Kunst des blinden Dresdner Orgelkünstlers, Bernhard Pfannstiel, wird besonders gelobt. Der protestantische Erzbischof von Upsala lud die Sänger, nachdem sie auch im Domfestgottesdienst gesungen hatten, zu sich ein und hielt nach Schluß des Gottesdienstes eine begeisterte Ansprache an sie. Die Abreise des Chors vollzog sich unter einem wahren Regen von Blumengrüßen. Ein Engländer stiftete dem Chor eine namhafte Summe, da er durch den Gesang der herrlichen Sängerschar zum Deutschenfreunde geworden ist.

Amerika und die deutsche Musik. Über dieses Thema plaudert der frühere Dirigent der Berliner Philharmoniker, Dr. Ernst Kunwald, in der „Voss. Ztg.“ Er betont, wie jung die Musikpflege in Amerika sei, wo erst 1812 das erste Orchester begründet wurde, wo nichts organisch aus Kleinem heraus entstand, sondern aus dem Vollen geschöpft und plötzlich — „geschaffen“ wurde. Namentlich die Kamtermusik ist heute noch ein Stiefkind in Amerika. Ständige Symphonieorchester existierten 1912 nur in 6 Städten, ständige Opern nur in 3 Städten. Diese Zahlen besagen genug. Nicht Staat und Städte, sondern Damen der Gesellschaft unterstützen die Musikpflege. Dafür sind aber auch die Orchester nicht so sehr aufs Geldverdienen angewiesen und Gastdirigenten gibt es so gut wie nicht. Vor dem Kriege war, außer der Musik Tschaikowskys, die deutsche Musik Trumpf. Als der Weltkrieg ausbrach, änderte er wohl etwas am politischen, nicht aber am musikalischen Ansehen der Deutschen. Noch am Tage nach der Versenkung der Lusitania war Dr. Muck an der Spitze seines Bostoner Symphonieorchesters, als er Wagner, Beethoven, Liszt und Strauß dirigierte, Gegenstand begeisterter Ovationen. Noch am 9. und 12. Januar 1917 führte Dr. Kunwald sein Orchester in Boston mit rein deutschem Programm zu wahren Triumphen. Drei Wochen später war alles vorbei. Erst kam die bittere Pille, daß man die amerikanische Nationalhymne vor jedem Konzert spielen mußte, dann das Verbot der deutschen Sprache in Oper und Konzert, dann der Kampf gegen jede Musik lebender „Hunnen“; endlich der Feldzug gegen die toten Meister. Die begeisterten „deutschen“ Künstler: Herz, Stock und Bodansky wurden alsbald Amerikaner, Stransky wurde Tschechoslowake, die Solisten vermieden zum Teil sich als Deutsche zu geben. Am 8. Dezember 1917 wurde dann Dr. Kunwald interniert, nachdem er am Abend zuvor noch deutsche Symphoniemusik dirigiert hatte. Drei Monate später folgte ihm Dr. Muck ins Lager. Der berühmte belgische Geiger Eugène Ysaye nahm Kunwalds Stellung ein. Noch geht der Haß gegen deutsche Kunst weiter, aber Kunwald ist der festen Überzeugung, daß die Kraft der deutschen Genies auch über diese amerikanische Barbarei einst triumphieren wird.

Weingartner in Brasilien. Wir haben berichtet, daß Felix Weingartner mit seiner Gattin eine größere Kunstreise nach Südamerika angetreten hat. Das „Hamb. Fremdenblatt“ läßt sich nun melden, daß das erste Konzert, ein Symphonienabend, den Weingartner dirigierte, einen ungeheuren Erfolg gehabt habe. Bei der Besprechung des Konzerts verweisen die Blätter darauf, daß jetzt die Deutschen auch den Wettbewerb auf kulturellem Gebiete wieder aufnahmen und daß sie dabei freundlicher Stimmung in Brasilien begegneten.

Walter Kirchhof, der berühmte Tenor der Berliner Staatsoper, verläßt das Berliner Kunstinstitut, um sich nach Südamerika zu begeben und dort Gastspiele zu absolvieren. Später wird er im Rahmen des geplanten deutsch-italienischen Gastspelaustauschs in Italien tätig sein.

Professor Dr. Gräf, der Assistent am Goethe- und Schillerarchiv und Herausgeber des Jahrbuchs der Goethesellschaft, ist eingeladen worden, in einer Reihe von schwedischen Städten Vorträge über Goethe, sein Werk und seine Umwelt zu halten. Er ist bereits abgereist und wird seinen ersten Vortrag über „Schweden in Goethes Leben“ halten, außerdem Goetheforschungen in schwedischen Archiven anstellen.

Professor Dr. Michaelis, Privatdozent und Leiter der bakteriologischen Abteilung des Städt. Krankenhauses am Urban in Berlin ist zum ordentlichen Professor für medizinische und physiologische Chemie an der Universität in Lund gewählt worden.

Deutsche Chemiker für Sao Paulo. Für die Regierung sollen, einer Mitteilung der „D. Allg. Ztg.“ zufolge, vier deutsche Chemiker und vier Hilfskräfte zu Arbeiten im Staatslaboratorium verpflichtet werden.

Pariser Ausstellung. In Paris ist die „erste Ausstellung von Dokumenten der Kriegsbibliothek und des Kriegsmuseums“ im Museum der dekorativen Künste eröffnet worden. Sie enthält einen Teil der von der Gesellschaft für die Geschichte des Krieges gesammelten Gegenstände und soll die Kunst bei Freund und Feind zeigen. Belgien, England, Italien, die Vereinigten Staaten und die kleineren Verbündeten Frankreichs sind vertreten, Plakate, Stiche, Gemälde, Karikaturen sind zu sehen. Im Hauptraum aber sind ausschließlich deutsche und österreichisch-ungarische Werke zu sehen und dort trifft man, wie der Pariser Vertreter der „Voss. Ztg.“ seinem Blatte meldet, die meisten Besucher. Vor dem Betreten des Saales werden die Besucher an die Leidenszeit Belgiens wohl nicht ohne Absicht erinnert, aber im übrigen ist das künstlerisch Hochstehende unserer Propaganda gut herausgehoben und das Geschmacklose ist nur durch wenige Gegenbeispiele dargestellt. Plakate unserer Künstler für Kriegsanleihen, Sammlungen, Wohlfahrtsveranstaltungen, Ansichtskarten, Vivatbänder, Stiche, Zeichnungen, Karikaturen, Notgeldscheine, Siegesmedaillen, Kriegswerke der Töpfereikunst, Lederersatz- und Papierfasererzeugnisse und andere Dinge sind zu sehen. Zu allen Gegenständen sind deutliche Erklärungen in französischer Sprache gegeben. Von der Kritik wird der Raum als der interessanteste der ganzen Ausstellung bezeichnet, die Plakate werden ausdrucksvoller als die französischen genannt, deren Häßlichkeit geradezu skandalös gewesen sei. Am tiefsten wirken anscheinend die Aufforderungen der Plakate an die Frauen zur Ablieferung der Haare.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Der Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See hat bis zum Ausbruch des Krieges unsere sieben deutschen Kolonien mit der Arbeit des Roten Kreuzes betraut. Sie bestand in der Hauptsache aus der Hinübersendung von gut ausgebildeten Schwestern für Krankenpflege und Mikroskopierdienst, besonders in den Malaria-Stationen und Schlafkrankheitslagern. Außerdem war die Hälfte der ausgesandten Schwestern immer als Hebammenschwestern mit staatlich anerkanntem Hebammenexamen ausgebildet. Ferner hatte der Verein Erholungsheime in Südwestafrika und Ostafrika und schickte Schwestern in Kindergärten, welche er auch sonst unterstützte. Die Hebammenschwestern reisten auf den einzelnen Farmen umher, um den Frauen in ihrer schweren Stunde beizustehen und übermittelten auch belehrende Schriften über Säuglings- und Kinderpflege.

Im Augenblick ist dem Verein dieser Dienst nur in Südwestafrika gestattet, daher kann er die früher so oft an ihn gerichtete Bitte der Auslandsdeutschen, ihnen Gemeindeschwestern zuzusenden, jetzt erfüllen. Man wende sich an den Verein nach Berlin-Halensee, Nestorstr. 14.

Radogosczer Turnverein. Der Verein veranstaltete unter Beteiligung zahlreicher Turnvereine aus der Nachbarschaft in Pabianice ein Sportfest, das durch eine Ansprache des Vorsitzenden Eduard Kaiser eingeleitet wurde. Das Fest war von großen Scharen von Zuschauern besucht, das Schauturnen selbst zeigte glänzende Leistungen, namentlich der Kinderriege und Damenriege. Den Tag beschloß ein Tanz, der Kirchengesangsverein verschönte das Fest durch Vortrag einer Reihe von ausgewählten Chören.

Neusatz (Jugoslawien). Der Deutsche Kulturbund hat in der kurzen Zeit seit seiner Begründung einen mächtigen Aufschwung genommen. Er hat jetzt die Gründung neuer Ortsgruppen in Pantschowa und Weißkirchen vornehmen können, die Gründung weiterer Ortsgruppen steht bevor. Es ist ein schönes Zeichen, daß der Bund seine Tätigkeit damit beginnen konnte, daß er dem deutschen Realgymnasium in Hatzfeld in der letzten Sitzung des Bundesausschusses eine Subvention für das Schuljahr 1920/21 von 100000 Kronen überwieß.

Windhuk (Südwestafrika). Die Mitgliederzahl des Schulvereins nähert sich der Zahl 300, doch sind immerhin noch 600 Deutsche des Bezirks Windhuk nicht Mitglied. Es ist jetzt eine großzügige Propaganda entfaltet worden, um alle Deutschen zu Mitgliedern des Schulvereins zu gewinnen, um auf diese Weise den deutschen Charakter der privaten deutschen Schule erhalten zu können. Der Mindestbeitrag beträgt jetzt 10 Schilling im Vierteljahr.

Dem deutschen Schulverein floß die Summe von über 1000 Mark zu aus einem Konzert, das Frau Albert Voigts veranstaltete und das sich eines guten Besuches unter der Einwohnerschaft erfreute.

Ein amerikanisch-sächsischer Volksrat ist in Erie in Pennsylvanien begründet worden. Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt“ von Hermannstadt erhält darüber einen Brief aus Amerika, der über die 19. Tagung der amerikanisch-siebenbürgisch-sächsischen Vereine berichtet. In ergreifenden Worten wird hier die Wirkung der Tagung geschildert, wird die Heimatsliebe und Sehnsucht der amerikanischen Sachsen dargestellt. Den 120 Delegierten schilderte Pfarrer Buchalla aus Hermannstadt die Not von Kirche und Schule, so daß „ein gewaltiges Schluchzen, ein Aufschrei aus innerster Seele durch die Menge ging“. Sofort wurde mit 7000 Dollars aus Mitteln des Zentralverbandes der Grundstock zu einer Sammlung gelegt. Einmütig wurde beschlossen, daß jedes Mitglied eine jährliche Spende in Höhe des mindestens dreitägigen Durchschnittsverdienstes als „Heimatkant“ geben sollte. Ein amerikanisch-sächsischer Volksrat wurde begründet, der vor allen Dingen den Zusammenhang mit dem Mutterlande aufrecht erhalten soll und der den Verdienst des „Heimatkantes“ zu organisieren haben wird. Gleichzeitig soll dem Volksrat dabei eine angemessene Vertretung in der heimischen Kirchenverwaltung zugesprochen werden.

Deutsche Opferwilligkeit in Mexiko. Der „Verband Deutscher Reichsangehöriger“ hat einen Sonderausschuß eingesetzt, der bis Mitte Mai 5769 amerikanische Dollars und über 300000 Mk. zugunsten der notleidenden Jugend zusammengebracht hat.

Sao Paolo. Deutscher Verein für Wissenschaft und Kunst. Der Verein hat im Februar einen dreimonatlichen Kurs für Anfänger in der portugiesischen Sprache ins Leben gerufen, der bei der unerwartet großen Zahl der Teilnehmer in drei Teile zerlegt werden mußte. Der Unterricht fand zweimal wöchentlich statt und erzielte schöne Erfolge. Sämtliche Kurse wurden im Einverständnis von Lehrern und Schülern bis Ende Juni verlängert, so daß ein gründliches Sprachwissen erworben werden konnte. Die Kurse waren für Einwandernde frei, nur Leute, die seit längerer Zeit in Brasilien sich befanden oder schon in Stellung waren, bezahlten 20 Milreis für die Unkosten. Der Verein wird seine verdienstliche Tätigkeit im Erteilen für Sprachunterricht für die Neuankömmlinge fortsetzen.

Sao Paolo. Ausschuß für Liebesgaben. Unsere deutschen Brüder sind eifrigst an der Arbeit. Im Laufe des Monats Mai sandte der Ausschuß an den deutschen „Zentralausschuß für die Amerikahilfe“ mit dem Dampfer „Nevada“ 13 Kisten Lebensmittel und Kleidungsstücke, mit dem Dampfer „Luise Nielsen“ 12 Sammelkisten mit 218 Paketen, 47 fertig angelieferte Kisten an bestimmte Empfänger, 10 Kisten Schmalz, 20 Kisten Maizena, 5 Sack Kaffee, 30 Sack Reis, zusammen im Gewicht von 7000 Kilogramm. Ferner wurden aus Santos beigelegt 20 Packen Lebensmittel und Kleidungsstücke im Gewicht von 1650 Kilogramm; Neusendungen sind in Bearbeitung. Der Wille zu helfen ist überall rege und tapfer.

Paraná. Das Liebesgabenkomitee veröffentlicht seinen Rechnungsabschluß auf 31. Mai. Es hat für 4561 Milreis Gaben zu quittieren, wovon es über 3535 Milreis bis jetzt verfügte. Die bisher verladenen 20 Kisten enthielten 24 Liebesgabenpakete für gemeinnützige Zwecke, 386 Liebesgabenpakete an bestimmte Empfänger. Die Tätigkeit und Sammlung wird aufs eifrigste fortgesetzt.

Paraguay. Deutscher Volksbund. Wie wir der Zeitschrift „Lateinamerika“ entnehmen, ist die Zahl der Mitglieder des Deutschen Volksbundes für Paraguay seit Ende 1918 bis Ende 1919 von 12017 auf 858 Mitglieder zurückgegangen. Diese Tatsache muß darauf zurückgeführt werden, daß die Zugehörigkeit zum jetzigen Deutschland von den Auslandsdeutschen vielfach nur ungern betont wird. Die drüben ansässigen Deutschen verhalten sich gewaltsamen Neuerungen gegenüber im allgemeinen nüchtern und ablehnend.

Infolge der Einwanderung aus Deutschland wurde die Errichtung einer Geschäftsstelle in Encarnacion notwendig. Zwei Vorschläge, die zur Förderung der Einwanderungsfrage gemacht wurden, nämlich der, der Errichtung einer Musterchacara und der der Errichtung einer Gesellschaft für An- und Verkauf von Ländereien in Gestalt einer landwirtschaftlichen Darlehnskasse müssen als gescheitert angesehen werden, da sich genügend deutsches Personal nicht gefunden hat.

Asunción. Der Deutsche Klub konnte am 31. Januar sein zehnjähriges Bestehen feiern. Als „eine Stätte friedlichen Zusammenlebens aller Mitglieder ohne Unterschied und eine Hochburg wahren Deutschtums“ hat er sich auch während des Krieges bewährt und auch unter den Paraguayern selbst Anerkennung gefunden, die innerhalb des Klubs eine Studentenvereinigung „Los amigos de Alemania“ („Die Freunde Deutschlands“) gründeten. Der Klub bewirtschaftet ein eigenes Haus und zählt zurzeit 97 Mitglieder. Erster Vorstand ist Herr O. Nielsen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die „Rigaer Allgemeine Zeitung“ hat nach Mitteilung ihres Schriftleiters am 1. Juni ihr Erscheinen wieder eingestellt. Bei dieser Gelegenheit wurden die wichtigsten ihrer wirtschaftlichen Artikel („Freihandel“ – „Eine einheitliche Münzwährung“ – „Welche Eisenbahn- und Verkehrspolitik brauchen die baltischen Staaten?“ – „Transithandel“ und „Lettlands Industrie“) in einer kleinen Broschüre zusammengestellt, die in der Typographie Schnakenburg, Riga, Marstallstraße 5, gedruckt worden ist und den Titel „Dreibund der baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen“ trägt.

Reval. Der „Revaler Bote“ ist am Mittwoch, den 4. August zum ersten Male wieder erschienen, nachdem er über einen Monat infolge des Streiks sein Erscheinen hatte einstellen müssen.

Der in Werschetz erscheinende „Deutsche Volksfreund“ hat sich mit der Weißkirchener Zeitung „Die Nera“ in ein Blatt vereinigt und hat diese Zeitung in sich aufgenommen, errichtet aber in Weißkirchen eine eigene Redaktion und Verwaltung.

Eine neue Zeitung in Paraguay. In Paraguay ist eine zweite deutsche Zeitung ins Leben gerufen worden. Der Herausgeber ist Kurt Schrottky in Encarnacion. Das neue Blatt, „Wochenblatt für den Alto, Paraguay“, stellt sich die Aufgabe, unter Wahrung der Treue zur neuen Heimat, deutsche Kultur, deutschen Sinn und deutsches Volkstum zu fördern und die Beziehungen zum Vaterland nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch zu erweitern. Hoffen wir, daß das Deutschtum in Paraguay dadurch wiederum einen guten Schritt vorankommt.

Die „Deutsche Zeitung“ in Sao Paulo hat bisher mit ihrer deutschen Ausgabe auch eine landessprachliche portugiesische Ausgabe veröffentlicht, das „Diário Alemão“. Diese Ausgabe hört vom 1. Juli ab bis auf weiteres zu erscheinen auf, weil die Aufwärtsbewegung der Papierpreise und das Wachsen aller Bedarfsartikel die Herausgabe dieser portugiesischen Zeitung unmöglich machen. Die Deutsche Zeitung glaubte, nachdem sie schon infolge der Papiernot die Seitenzahl vermindert und versucht hatte, auf dieser verminderten Seitenzahl durch kleinere Schrift ihren Lesern Ersatz des ihnen entgehenden Lesestoffes zu bieten, eine weitere Beschränkung des Lesestoffes ihren deutschen Lesern nicht mehr zumuten zu können. Sie glaubt auch, auf die portugiesische Ausgabe verzichten zu können, die nicht mehr eine so gebieterische Notwendigkeit sei wie im Jahre 1915, als sie ins Leben gerufen wurde, weil die Landeszeitungen sich jetzt einer etwas besseren Beurteilung der europäischen Verhältnisse befleißigten.

Was ein deutscher Auslandjournalist nicht tun soll. Korvettenkapitän Wolfram von Knorr, ein Sohn des bekannten Admirals, war im Jahre 1914 nach Japan gekommen und ging nach der Kriegserklärung mit dem Botschaftspersonal nach Deutschland zurück, wo er im Seekrieg wiederholt sich auszeichnete. Nach Ausbruch der Revolution begab er sich dann im Auftrag einer deutschen Zeitung auf eine Weltreise, von der er interessante und äußerst lesenswerte Stimmungsbilder für seine Zeitung schrieb. Er war eben nach Japan gekommen, wo er sich nun dauernd aufhalten will, als der Kapputsch drahtlich gemeldet wurde. Als bald schrieb Herr von Knorr einen englischen Brief an den „Japan Chronicle“ in Kobe, eine englische Wochenschrift, die allerdings von einem amosen, geistig und wirtschaftlich selbständigen Manne, einem *redigiert* wird und sich größter Wahrheitsliebe und kritischsten Urteils befleißigt. Der Chronicle druckte diesen Brief auch ab. Herr von Knorr versucht darin den Kapputsch zu erklären, den er als Rückkehr zu gesunden Zuständen aus jüdischer Demoralisation preist. Der Chronicle befaßt sich nun in einem Leitartikel seines Herausgebers Joung mit der Umschrift, gibt hier dem Briefschreiber eine ziemlich abweisende Antwort, nennt den Brief „gewöhnlichste Art des Appells an Rassenvorurteile, der ausnahmslos für reaktionäre Zwecke benützt wird“ und schüttelt den Briefschreiber gründlich ab.

Wir erwähnen den Fall, weil er ein typisches Beispiel für die Mängel deutschen Auftretens im Auslande ist. Öffentlich in einer englischen Zeitung zu einer politischen Angelegenheit seines Heimatlandes jetzt Stellung und Partei zu ergreifen, ist ein Mangel an politischem Takt, der gerade auf einem so bedeutsamen politischen Boden, wie es der ferne Osten ist, nicht fehlen darf.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Warnung. Die Ortsgruppe Friedrichshafen warnt im Auftrag der Staatsanwalt Ravensburg vor einem gewissen Auslandsdeutschen Viktor Staneck, der bereits seit Monaten mit seiner angeblichen Frau und drei Kindern in Deutschland herumreise, eine Mitgliedskarte der Ortsgruppe Münster habe, in Mostar in Bosnien und Herzegowina eine Maschinenfabrik im Werte von zweieinhalb Millionen verloren haben will und behauptet, von den deutschen Behörden als heimatloser Lothringer von Ort zu Ort gejagt zu werden. Er nimmt Geld als Darlehen und Geschenk, auch Kleider, Schuhe usw. Anzeige wegen Betruges ist erstattet. Beim Auftauchen des Staneck sollen sofort die nächste Polizei, sowie die Ortsgruppe Friedrichshafen telegraphisch benachrichtigt werden.

Vom Bund.

Die Bundeszentrale bittet nochmals, in allen an den Bund gerichteten Schreiben unter allen Umständen die betr. Abteilung, das Aktenzeichen derselben und die Buchnummer unbedingt anzugeben, um eine schnellere Erledigung des Schriftwechsels zu ermöglichen und um Fehlleitungen zu vermeiden. Es wird ferner gebeten, auch die Mitglieder bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen.

Es ist zur Sprache gebracht worden, daß den Auslandsdeutschen bei ihrer Internierung Geldbeträge und andere Gegenstände aller Art vielfach von untergeordneten Feindbehörden abgenommen worden sind, und zwar zumeist gegen Quittung, daß die zur Verrechnung mit Deutschland bestellten Feindbehörden davon vielfach nichts erfahren und daß deshalb Vorsorge getroffen werden müsse, die Anrechnung dieser Beträge gegenüber den Feindstaaten dadurch zu ermöglichen, daß die Antragsteller veranlaßt werden, die betr. Quittungen zu den Vorprüfungs- bzw. Spruchkommissionsakten zu bringen.

Die Zentrale ersucht die Landesverbände und Ortsgruppen, schon bei der Entgegennahme der Anmeldungen zu achten, daß derartige Quittungen mit eingereicht werden, oder aber derartige Quittungen, welche sich noch in Händen der Auslandsdeutschen befinden sollten, sofort zu sammeln und unter Beifügung des jeweiligen Aktienvermerks des bereits eingereichten Schadensantrages mit einem separaten Schreiben nach hier einsenden zu wollen.

Die Abteilung Frankreich des B. d. A. hat allen Landesverbänden eine erste Liste von Frankreich-Deutschen zugesandt, denen ein Teil des sequestrierten Eigentums zurückgegeben werden soll. Sie bittet alle Landesverbände und Ortsgruppen, ihr Rundschreiben so schnell wie möglich zur Kenntnis der auf der Liste verzeichneten Frankreich-Deutschen zu bringen.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Nordwestdeutschland. Der Landesverband umfaßt jetzt die Ortsgruppen Itzehoe, Neumünster, Güstrow, Cuxhaven, Schwerin und Schleswig, Lübeck, Bremen, Flensburg, Wilhelmshafen und Hamburg. Bei einem Mitgliederbestand von etwa 8000 Mitgliedern sind bis 20. Juli von etwa 10000 zu erwartenden Schadenersatzanmeldungen 5600 eingegangen und registriert. Davon sind 2150 Fälle bereits geprüft, rund 2600 Akten zur Nachprüfung nach Berlin gesandt, 425 spruch-

reif zurückgekommen und 136 Fälle, im Gesamtbetrag von 432 000 Mark, entschieden worden. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß bei dem eingearbeiteten Prüfungspersonal sämtliche Fälle in Hamburg innerhalb eines Jahres vorgeprüft sein werden.

Von den Ortsgruppen.

Hannover. In der am 23. Juni unter dem Vorsitz des Buchhändlers Heusinkveld abgehaltenen Monatsversammlung hielt Herr Werner einen Vortrag über das Thema: „Wird eine Entschädigung gezahlt?“ unter Zugrundelegung eines Berichts über die Ergebnisse des Vertretertages in Berlin. Die Entschädigungsfrage sei die wichtigste für alle Auslandsdeutschen. Durch das Verdienst der Bundesorganisation sei die Frage jetzt in ein besseres Stadium gekommen. Daß von den in Deutschland lebenden 250 000 Auslandsdeutschen nur 80 000 dem Bund angeschlossen seien und von diesen 80 000 nur etwa 30 000 Schadenanmeldungen erstattet hätten, habe den berechtigten Forderungen der Auslandsdeutschen zu großem Nachteile gereicht, ebenso die ungeheuren Übertreibungen, die in manchen Schadenersatzanträgen vorgekommen seien. Weiter beleuchtete der Referent die Steuerfrage. Der Finanzminister habe einer Deputation der Auslandsdeutschen erklärt: „Die Erzbergerei hat ein Ende!“ Damit habe er sagen wollen, daß das Wohlwollen, das Erzberger ohne Zweifel den Auslandsdeutschen bewiesen habe, aufhören müsse. In Steuerfragen würden die Auslandsdeutschen nicht anders behandelt werden, als jeder andere Deutsche. — Die Quäker haben mitgeteilt, der Ortsgruppe eine Bibliothek englischer Bücher zur Verfügung zu stellen. — Einen erfreulichen Erfolg hatte der zugunsten des Hilfsfonds für die Auslandsdeutschen am 11. Juni veranstaltete Theaterabend. —

Lüneburg. In einer Versammlung, die unter Leitung des Herrn Benthien tagte, sprach Herr Werner aus Hannover über den Bund und seine Ziele, über das Entschädigungsverfahren und über alle die Auslandsdeutschen jetzt so nahe berührenden Fragen. Eine Ortsgruppe des Bundes wurde begründet.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Berlin. Verein Auslandsdeutscher Studierender. Im Sommersemester war die Tätigkeit der Vereinigung hauptsächlich darauf gerichtet, alle an Berliner Hochschulen studierenden Auslandsdeutschen zu vereinigen. Es wurden für sie an der Universität, wie an der Technischen Hochschule im Einvernehmen mit den Ausschüssen der Studentenschaft Sprechstunden eingerichtet, an der Universität täglich (zugleich auch für die Handels-Hochschule), an der Technischen Hochschule dreimal wöchentlich. Die Zahl der Mitglieder ist seit dem 1. April von 52 auf 122 gestiegen; ein Mitglied ist ausgeschieden. 48 Mitglieder studieren an der Universität, 50 an der Technischen Hochschule, 18 an der Handels-Hochschule, je 2 an der Landwirtschaftlichen Hochschule und an der Kunstgewerblichen Akademie und einer an der Tierärztlichen Hochschule. Aus Groß-Rumänien stammen 43, aus dem Baltikum 23, aus Polen und der Tschecho-Slowakei je 13, aus Rußland 9, aus Jugoslawien 5, aus Georgien 4, aus Deutsch-Österreich und Litauen je 2 und aus Danzig, Schweden, der Schweiz, Dänemark, Italien, Brasilien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika je 1 Herr. Im Laufe des Sommersemesters fanden eine Reihe geselliger Abende und 2 Sommerfeste statt. Der Semesterbeitrag wurde auf 10 Mark erhöht.

Vorsitzender ist Herr Johannes Günter, Schriftführer Herr Eblinger. Der Vorsitzende, der zugleich den Zentralverband Auslandsdeutscher Studierender leitet, wurde als Vertreter dieses Verbandes zum 2. Deutschen Studententag nach Göttingen entsandt.

Vereinigung der in Tübingen studierenden Auslandsdeutschen.

Die Mitgliederzahl betrug im Sommersemester 35 Studierende und ist in stetem Wachsen begriffen. Es handelt sich hier ausschließlich um Studierende aus dem Osten, dem ehemaligen Rußland und Österreich-Ungarn. 15 Herren stammen aus Südrußland, 6 aus Beßarabien, 6 sind Banater Schwaben, 6 Deutsch-Balten und 2 Siebenbürger Sachsen. Im Laufe des Semesters fanden zwei Mitgliederversammlungen und zwei Vorträge statt. Stud. theol. Keintzel sprach über „die Geschichte der deutschen Ansiedlungen in Siebenbürgen“ und stud. med. Tolborth über „das Deutschtum in Siebenbürgen seit dem Umsturz 1918“. Eine Fühlungnahme mit dem allgemeinen Studentenausschuß hat als Ergebnis gehabt, daß zu allen Fragen, die Auslandsdeutsche betreffen, ein Vertreter der Vereinigung zugezogen wird. Der allgemeine Studentenausschuß bemüht sich, bedürftigen auslandsdeutschen Studierenden bei der Beschaffung von Darlehen und Unterstützungen behilflich zu sein. Die Auslandsdeutschen sind den Reichsinländern hinsichtlich der Gebühren gleichgestellt. Vorsitzender ist zurzeit Herr Laekschewitz.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Eine Anfrage über die Paßgebühren.

Dem Reichstag ist eine Anfrage Nr. 110 zugegangen, wonach die deutsche Paßstelle in Holland für einen Paß nach Deutschland 30 Gulden erhebe, für einen Personalausweis 10,80, für einen einmaligen Sichtvermerk 18 und für einen Dauersichtvermerk 60 Gulden. In Deutschland dagegen würden für einen Dauersichtvermerk 70 Mark gefordert. Diese hohen Gebühren hielten uns holländische Einkäufer fern, die bei der anhaltenden Geschäftslage in Deutschland mehr als je willkommen sein müßten. Die Anfrage geht dahin, ob die deutsche Regierung bereit sei, für eine sofortige Änderung der Gebühren zu sorgen. Die Frage berührt aufs engste die Interessen der Auslandsdeutschen. Freilich muß sie dringend erweitert werden, denn was für Holland gilt, gilt für die ganze Welt. Die Frage muß heißen: Ist die deutsche Regierung bereit, das erst jüngst beschlossene Konsulatsgebührengesetz, das sich für eine ganz gefährliche Waffe gegen die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum erwiesen hat, radikal aufzuheben?

Gegen die Schaffung einer neuen Kategorie von Auslandsdeutschen, über die wir in unseren Zeitschriften wiederholt gesprochen und geklagt haben, wendet sich eine Anfrage von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei im Reichstag (Nr. 148), die sich mit den Gerüchten beschäftigt, daß junge Männer in auffallender Weise spurlos verschwinden und, daß sie mit Duldung oder sogar Mitwirkung der französischen Behörden in den besetzten Gebieten für die französische Fremdenlegion angeworben würden. Die Zentralstelle für diese Werbearbeit soll sich in Euskirchen in einer deutschen Kaserne befinden. Auch Mädchenhandel soll im besetzten Gebiet durch französische Seelenverkaufers stark betrieben werden. Die Abgeordneten fragen an, ob der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt seien und was sie zu tun gedenke, um deutsche Staatsangehörige zu schützen.

Der Abgeordnete Dr. Hugenberg hat mit mehreren Parteifreunden eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob der Regierung bekannt sei, daß die Polen ganz offiziell die Abstimmung in Ost- und Westpreußen als eine Komödie bezeichneten und sie nicht anerkennen zu wollen erklärten, so daß die deutsche Bevölkerung in großer Sorge vor polnischen Mißhandlungen stehe. Es wird ferner gefragt, ob der deutschen Regierung bekannt sei, daß die polnische Regierung die deutsche öffentliche Meinung in Polen dadurch erdroble, daß sie das Papierkontingent der in Polen erscheinenden deutschen Presse ständig herabsetze, während die polnischen Zeitungen mehr als ausreichend beliefert würden. Die Regierung wird gefragt, was sie gegen diese Verletzung der Rechte der Minderheiten zu tun gedenke.

Die deutsche Briefzensur.

Wiederholt sind wir von Deutschen aus dem Auslande befragt worden, wie es kommt, daß unsere Briefe an sie geöffnet würden, und daß anscheinend auch ihre Briefe an uns der Zensur unterlägen. Darauf gibt eine gute Antwort die von verschiedenen Abgeordneten unter Nr. 122 im Reichstage eingebrachte kleine Anfrage: Gemäß der Verordnung vom 5. November 1918 könnten Briefe aus dem Auslande und ins Ausland geöffnet werden, um die Verschleppung deutscher Kapitalien ins Ausland zu verhindern. Auf Grund dieser Verordnung werde noch eine weitgehende Zensur, zum Beispiel an der tschechoslowakischen Grenze, ausgeübt. Diese Zensur sei heute entbehrlich. Die Reichsregierung wird also gefragt, ob sie bereit sei, die Zensur aufzuheben oder, wenn das generell nicht angängig sei, sie auf der Staatsgefährlichkeit verdächtige Personen zu beschränken. Auf die Antwort kann man gespannt sein.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Die Ausländergebühren an deutschen Hochschulen

waren durch einen besonderen Erlaß des preußischen Kultusministers Haenisch geregelt worden. Dieser Erlaß ist jetzt für das laufende Semester zurückgezogen worden. Der Minister hat sich eine weitere Verfügung für das Wintersemester vorbehalten. Einstweilen bleibt es für die Universitäten bei der Doppelzahlung der Gebühren, für die technischen Hochschulen bei der Zahlung des besonderen Ausländerbeitrages von 75 Mark und der doppelten Diplomprüfungstaxe.

Der ukrainische Nationalchor,

der mit großem Erfolg in Berlin auftrat, befindet sich in schwerer Bedrängnis. Der Chor hat in Berlin 22 Konzerte gegeben, davon 7 Wohltätigkeitskonzerte. Für jeden Sänger kamen dabei insgesamt 2000 Mark heraus, während mit 7000 Mark gerechnet worden war. Schecks des ukrainischen Finanzministers in Höhe von 1½ Millionen Mark, die der Chor besitzt, wurden in Berlin nicht eingelöst. Das polnische Konsulat verweigerte die Ausstellung von Pässen zur Rückreise in die Ukraine. Ein vorteilhaftes Angebot zu Konzerten in Amerika konnten die Sänger nicht annehmen, weil ihnen die Mittel zur Überreise fehlen. Zudem ist ihr Dirigent erkrankt, sodaß sie gänzlich ohne Mittel und Hilfe dastehen. Namhafte deutsche Musiker haben nunmehr eine Hilfsaktion für die Sänger eingeleitet.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDSDEUTSCHE

Spruchkommission für Auslandschäden.

Der Geschäftsbereich der Spruchkommission Hamburg ist nach einer Verfügung des Reichsministers für Wiederaufbau (Reichsanzeiger Nr. 168) auf die Provinz Schleswig-Holstein für

Anträge, die vom Bund der Auslandsdeutschen vorgeprüft sind, ausgedehnt worden.

Nochmalige Fristverlängerung deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamt.

Laut Bekanntmachung im Reichsanzeiger Nr. 171 ist die Frist zur Anmeldung deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamt nochmals, jetzt wohl endgültig, zum letzten Male, bis zum Ablauf des 16. August 1920 verlängert worden. Für Forderungen aus Versicherungsverträgen endet die Frist erst mit dem Ablauf des 15. Septembers. Nach Ablauf der Fristen wird auf Grund des aus der Kriegszeit vorhandenen amtlichen Materials über die deutschen Auslandsforderungen zur Wahrung des Reichsinteresses zu ermitteln sein, welche Gläubiger ihre Forderungen nicht angemeldet haben. Diejenigen Gläubiger, welche bis zu dem genannten Zeitpunkt ihren Anmeldepflichten nicht genügten, haben das Strafverfahren auf Grund des § 64 des Reichsgesetzes, eventuell Enteignung ihrer Forderungen ohne Entschädigung zu gewärtigen.

Für Schweizerdeutsche.

Es herrscht vielfach die Meinung, daß die Schweiz ihren Grenzschutz und ihre Einreisebestimmungen habe fallen lassen, und daß die Einreise jedem ohne weiteres möglich sei. Demgegenüber machen wir darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen für die Einreise die gleichen sind, wie sie schon seit längerer Zeit bestanden. Die durch den Bundesratsbeschluß vom 9. Juli 1920 geschaffenen Erleichterungen betreffen lediglich den Aufenthalt in der Schweiz, indem nur noch eine polizeiliche Anmeldung verlangt wird. Die Einreise ist aber nach wie vor nur auf Grund des Visums einer schweizerischen Gesandtschaft oder eines schweizerischen Konsulats möglich. Unerwünschten Elementen wird die Einreise verweigert.

Für Chinesendeutsche.

Uns sind die in der „Chen Fu Pao“ vom 20. Dezember 1919 erschienenen Bestimmungen eines chinesischen Präsidial-Erlasses, betr. die Grundkundensteuer von Grundstücken, die aus dem Besitz Deutscher oder Österreicher an Chinesen oder Ausländer übergegangen sind, übermittelt worden. Sie stehen Interessenten im Wortlaut zur Verfügung. Sie regeln ausführlich das Verfahren bei der Übertragung von ehemals deutschen oder österreichischen Grundstücken, die in einer Niederlassung, oder in einem von China selbst geöffneten Hafen liegen, oder auch von solchen, die in einem Spezialgebiet liegen.

Für Ostasienreisende.

Die Admiralität teilt mit, daß die beiden japanischen Dampfer Hudson Maru und Nankei Maru nach ihrer Rückkehr aus Ostasien aus dem Vertragsverhältnis der Seetransport-Abteilung der Admiralität ausscheiden. Der erste kehrt im September mit Fracht nach Japan zurück, ohne Fahrgäste mitnehmen zu können. Es bleibt also an Fahrgelegenheit nur die Fahrt mit den Dampfern der Nippon Yusen Kaisha, ab Hamburg, die nur je 6—8 Kabinenplätze haben, ferner holländische Dampfer, die aber nur selten fahren und nur ebenso wenige Passagiere nehmen können, und endlich der Triester Lloyd, der vor November oder Dezember aber keine Passagiere mehr befördern kann.

WIRTSCHAFTLICHES

Eine neue deutsche Auslandshandelskammer.

Unter starker Beteiligung der reichsdeutschen Interessenten fand in Budapest am 6. August die Begründung einer deutsch-ungarischen Handelskammer statt. Der Vertreter des ungarischen

Handelsmuseums, Staatssekretär Nevay, führte den Vorsitz, der deutsche Generalkonsul, Graf Fürstenberg-Stammheim, vertrat die deutsche Behörde. Zum Präsidenten wurde Generaldirektor Paul Kühnemann gewählt.

VERSCHIEDENES

„Denk' ich an Deutschland in der Nacht . . .“

Aus Amerika übersendet uns ein Freund unseres Blattes die nachstehenden Zeilen, die in einer deutsch-amerikanischen Zeitschrift erschienen sind:

Wie oft hat uns Ausland-Deutsche in den letzten 5 Jahren dieses Dichterwort um den Schlaf gebracht; speziell hier in Milwaukee, dem „Deutsch-Athen“ Amerikas, gibt es Tausende, die in bitterem Weh der alten Heimat gedachten und heute noch nicht den Zusammenbruch verstehen können, sondern im tiefsten Herzen die Hoffnung des alten Barbarossaliedes tragen.

Es ist wahr: Viele von uns sind schon Jahrzehnte lang nicht mehr in voller Fühlung mit der alten Heimat gewesen. Beim Kampfe ums Dasein haben wir wohl hin und wieder Briefe mit treuen Jugendfreunden gewechselt, manche haben kurze Besuchsreisen gemacht, aber tatsächlich ist uns doch die Entwicklung des neuen deutschen Geschlechts fremd geworden, namentlich die sozialen Veränderungen haben uns überrascht und — bei aller eigenen liberalen demokratischen Gesinnung — abgestoßen, weil bei der nie erloschenen Liebe zur fernen Heimat das ideale Moment im deutschen Volksleben für uns immer als das Verehrungswürdigste in der Erinnerung lebte.

Wir Deutsch-Amerikaner haben am eigenen Leibe erfahren, was für Wunden der Haß dem Idealismus schlagen kann, wir haben nicht allein die Qualen der Ungewißheit über das Schicksal Deutschlands getragen, wir sind auch hier von hysterisch-patriotischen Englandsknechten verdächtigt, tyrannisiert und seelisch mißhandelt worden. — Der deutsche Unterricht wurde durch engherzige Staatsgesetze suspendiert, Tausende treuer deutscher Lehrer verloren dadurch ihre Stellungen, unser deutsches Lehrseminar hier in Milwaukee mußte geschlossen werden, Pastoren wurden wegen deutscher Predigten verhaftet, als Spione behandelt, vielen blühenden Kirchenschulen wurde der deutsche Unterricht untersagt und die D. A. Presse so durch rigorose Gesetze schikaniert, daß von den 800 D. A. Zeitungen wohl kaum noch 300 existieren, die jetzt noch genötigt sind, jeden Leitartikel erst in englischer Übersetzung einer rigorosen Zensur unterwerfen zu lassen, ehe er erscheinen darf.

Der Deutsch-Amerikanische National-Bund, der ohne alle politischen Tendenzen sich zu einem hervorragenden Vermittler deutscher Kultur mit mehreren Millionen Mitgliedern entwickelt hatte, brach unter der Wucht feindlicher Angriffe zusammen und seine obersten Beamten fanden nicht den persönlichen Mut zum Widerstande, nur die D. A. Turnvereine bildeten eine eiserne Phalanx und sind darum die Hoffnung unserer Zukunft.

Wenn es der Raum gestattete, könnte der Unterzeichnete in Einzelbildern die unsäglichen Leiden mancher Opfer englisch-amerikanischer Kriegshysterie schildern, doch wozu alte Wunden aufreißen!

„Auch das geht vorüber!“ war unser Wahlspruch in schwerer Zeit, und nun, nachdem erst wieder durch den Friedensschluß die Verbindungstür mit der alten Heimat geöffnet war, ging alles Bestreben der Deutsch-Amerikaner dahin, die durch den schrecklichen Krieg geschlagenen Wunden unserer fernen Stammesgenossen heilen zu helfen. — Von Neuyork bis San Francisco, überall, wo Deutsch-Amerikaner wohnen, haben sich Hilfsgesellschaften gebildet, die nun durch das deutsche Rote Kreuz ihre

Gaben darbringen. Tausende von Ballen mit Kleidungsstücken wurden gerade hier in Milwaukee gesammelt, ganze Zugladungen mit Nahrungsmitteln und mehrere Millionen Mark wurden abgesandt, um unseren leidenden Volksgenossen zu beweisen, daß „die Liebe nimmer aufhört!“ auch bei den wegen ihres Materialismus verschrienen Amerikanern. — Ja, der Amerikaner ist ein großes Kind; trotz seiner Prahlucht und unfeinen Vernachlässigung äußerer Formen gutherzig und jederzeit im Wohltun großzügig. — Immer mehr bricht sich jetzt die Überzeugung Bahn, daß das amerikanische Volk von seinem obersten Exekutivbeamten getäuscht und mißleitet wurde. — Unsere jungen heimgekehrten Soldaten sind enttäuscht von Europas Gastfreundschaft, erzählen mit Abscheu von englischem Undank und Anmaßung und französischem Schmutz und Eigennutz, während sie deutsches Entgegenkommen bewundern — ein kleiner Lichtblick der Genugtuung für uns D. A.

Die kommende Präsidentschaftswahl wird Deutschland zeigen, daß auch wir D. A. endlich aufgewacht sind und Abrechnung halten werden, damit wenigstens unser Friedensvertrag mit euch beweist, daß es noch Gerechtigkeit auf diesem Planeten gibt.

Dann wird unser teures deutsches Volk trotz Jahren der Not und des Unglücks seine geistige Führerschaft wiedergewinnen, so daß wir mit Stolz bekennen dürfen: Auch ich bin ein Deutscher!

Rev. Johannes Glaesser, 787. 11. Str. Milwaukee, Wis., U. S. A.

„Ein wissenschaftliches Institut für die Elsaß-Lothringer im Reich“ wurde anläßlich der Tagung des Hilfsbundes der Elsaß-Lothringer in Kassel gegründet. Es soll dafür sorgen, daß über den wirtschaftlichen Forderungen die geistigen Interessen der Elsaß-Lothringer nicht zu kurz kommen und soll ein elsäß-lothringisches Hochstift werden. Politische Bestrebungen sollen ausgeschlossen sein. Eine große Bibliothek soll zunächst angelegt werden. An die Spitze des Instituts wurde der frühere Straßburger Professor Dr. Erhard (jetzt Bonn) berufen, zu seinem Stellvertreter der ehemals Metzger Rechtsanwalt Donnevert. Generalsekretär des Instituts, über dessen künftigen Sitz, soweit wir unterrichtet sind, nähere Bestimmungen noch nicht getroffen sind, wird der frühere Direktor der Straßburger Universität und Landesbibliothek Dr. Wolfram, dem als Bibliothekare die Herren Professor Marckwald und Dr. Claus beigegeben wurden. In Kassel fand eine von Professor Polaczek zusammengestellte Ausstellung über Kunst und Altertum in Elsaß-Lothringen viel Beifall und Anerkennung.

Deutsche Straßenbezeichnungen in Siebenbürgen. Der Generalinspektor für Siebenbürgen hatte befohlen, daß sofort alle deutschen Straßenbezeichnungen in Stadt und Land von Siebenbürgen durch rumänische zu ersetzen seien. Gegen diesen ungeheuerlichen Beschluß intervenierte die deutsche Volkspartei sofort und hat jetzt erreicht, daß die deutschen Straßenbezeichnungen bleiben, daß nur überall dort, wo solche noch fehlen, rumänische neben sie gesetzt werden sollen.

Keine deutschen Straßenschilder in Riga mehr.

Wer den so deutschen Charakter der alten Hansestadt Riga kennt, wird es doppelt schmerzlich empfinden, daß alle deutschen Straßenbezeichnungen in der Stadt entfernt worden sind. In der Sitzung der Rigenser Stadtverordneten vom 3. August brachte eine Interpellation der deutschen Vertreter diese Frage zur Sprache. Das Stadthaupt Friedenberg beantwortete die Interpellation in versöhnlichem Sinne. Im März sei die Frage zum ersten Mal berührt worden, doch sei die für eine Abänderung aufzuwendende Summe zu groß gewesen, um in die laufenden Ausgaben aufgenommen zu werden. Darauf habe sich das

Innenministerium im Zusammenhang mit der im Juli stattfindenden Staatenkonferenz abermals an das Stadthaupt gewandt. Dieses sei der Auffassung gewesen, daß durch die Anbringung von Schildern nur in der Staatssprache die Interessen der Minoritäten nicht verletzt würden und habe keine Einwendung mehr erhoben. Die Absicht einer Verletzung der Minoritäten habe in keiner Weise vorgelegen. Der lettische Stadtverordnete Straußmann erklärte die Sache für so einfach, daß die Rechtfertigung des Stadthauptes nicht notwendig gewesen wäre. Der deutsche Vertreter Dr. Schiemann betonte aber, wie peinlich und beunruhigend der Eindruck der Maßnahme bei den Minoritäten gewesen sei, vom Prinzip, daß neben der Staatssprache die Sprachen der Minoritäten gleichberechtigt sein sollten, sei abgegangen worden, der deutschen Sprache werde das Heimatrecht entzogen, Ausländer fänden sich nunmehr gar nicht mehr in Riga zurecht. Die Minoritäten sprachen ihr Bedauern aus und reichten einen Antrag auf Anbringung von Schildern auch in deutscher und russischer Sprache ein. Doch wurde der Antrag des Herrn Straußmann, die Erklärungen des Stadthauptes für vollständig befriedigend anzuerkennen, bei Stimmenenthaltung der Minoritäten von der Mehrheit angenommen.

Ein **britisches Auslandsinstitut** ist einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ zufolge in London begründet worden. Viscount Grey, Balfour und Clynes sollen die Anregung dazu gegeben haben. Es soll sich um die Errichtung einer großen Bibliothek von **Werken** über internationale Fragen und die Errichtung von Lesesälen handeln. Die Einrichtung soll Studienzwecken dienen

und gleichzeitig den gesellschaftlichen Verkehr zwischen Journalisten, Politikern und Beamten erleichtern.

Das **Revaler Stadtarchiv**, eine der wertvollsten Sammlungen deutscher Urkunden, die für die Geschichte des Baltikums von außerordentlicher Bedeutung ist, ist, wie F. Würtz im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel mitteilt, vom estnischen Professor Maim aus ihrer Verbannung, in das sie durch die Russen zu Beginn des Krieges nach dem Innern Rußlands verschleppt worden war, jetzt nach Reval zurückgebracht worden.

Auch einmal eine Anerkennung.

Wenn man nicht so abgebrüht gegen Lob und Tadel wäre, die das Deutschtum im Ausland in den letzten Jahren erfahren hat, und wenn man nicht so sehr mißtrauisch auch gegen alles wäre, was namentlich an Lob aus ehemals feindlichem Munde kommt, könnte man sich freuen, daß auch einmal die „Times“ deutscher Arbeit Lob und Anerkennung zuteil werden lassen. Sie empfehlen den Australiern, sie sollten von Deutschland lernen. Wenn man Port Moresby, die Hauptstadt von Papua mit Rabaul auf Neu-Pommern vergleiche, so falle dieser Vergleich recht sehr zugunsten der Deutschen aus. In wenigen Jahren hätten die Deutschen hier Wunder gewirkt. Die Hauptstraßen seien durch Akazien verschönt, die Landhäuser seien geräumig, zum Teil sogar luxuriös und alle auf festen Grund gebaut. Man müsse ehrlich anerkennen, daß die Deutschen auf den Südseeinseln Gutes gewirkt hätten.

Wie schön das klingt! Trotzdem sind sie natürlich unfähig zu kolonisieren und man mußte ihre Kolonien ablehnen, weil sie es nicht verstanden, sie zu bewirtschaften!!!

AUSWANDERUNGSWESEN

Neuere Auswandererliteratur

Von M. GRIEBACH, Leiter der Auswandererberatungsstelle des Deutschen Auslands-Instituts, Stuttgart.

Ein wichtiges Thermometer für den Stand der Auswanderungsfrage ist die zu diesem Thema erscheinende Literatur. Wir besprechen in dieser Zeitschrift laufend unter anderem auch neuere Auswandererschriften. In letzter Zeit ist die Flut derartiger Schriften bedeutend angeschwollen, ein Teil davon soll daher im folgenden zusammenhängend besprochen werden. Dabei bleiben die in dieser Zeitschrift bereits gesondert besprochenen Schriften und Bücher unberücksichtigt.

I. Zur Auswanderungsfrage im allgemeinen.

Heinrichs, Fr., **Sollen wir auswandern?**¹⁾ bietet neben Preußens Sperbers Auswanderer-Katechismus wohl das beste, was in dieser Art geschrieben ist, diesen trefflich ergänzend, vorwiegend auf Südbrasilien eingestellt, gibt es aus praktischer Kolonistenerfahrung heraus sehr wertvolle praktische Fingerzeige für die Gründung einer Kolonie. Dabei wird auch auf die Bekämpfung schädlichen Ungeziefers eingegangen. Nicht übereinstimmen können wir mit der Überzeugung des Verfassers, als ob Rußland, unsere bisherigen Schutzgebiete und das spanische Südamerika als Ziel für deutsche Auswanderer völlig auszuschneiden hätten. Bei der berechtigten Warnung, sich nicht auf Regierungsland anzusiedeln, vermissen wir eine Warnung vor zu eiligem Ansiedeln überhaupt, d. h. vor sofortiger Übernahme einer Kolonie. Sehr zu begrüßen ist der Hinweis, daß für den ausgewanderten Deutschen, der etwa draußen von Heimweh gepackt wird, die Rückkehr durch die brasilianische Regierung erschwert wird (S. 54); neu ist auch der Rat, bei der Auswanderung die Herdplatte

neben großen eisernen Kochtöpfen nicht zu vergessen, sehr vernünftig, was über den Anschluß an Auswanderervereine gesagt wird. Unter den aufgezählten gemeinnützigen Auswandererfürsorgevereinen vermissen wir leider das Deutsche Auslands-Institut.

Der **Auswanderer**. Tl. I und II. **Ratschläge; Wohin kann man auswandern?**²⁾ stützt sich im Unterschied davon vorwiegend auf veraltete Literatur. Die ganze Art der Behandlung der schwierigen Auswandererfrage halten wir nicht für glücklich. Der erste Teil (Ratschläge) würde jetzt schon gründlich umgearbeitet werden müssen, wenn er für den Auswanderer wirklich Wert haben sollte. Was im zweiten Teil steht, findet man besser und gründlicher in jedem Konversationslexikon, dem wohl auch die alphabetische Reihenfolge der besprochenen Länder entnommen ist. Eine allgemeine Schilderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern genügt eben heute für den deutschen Auswanderer nicht; sie erweckt erfahrungsgemäß nur falsche Vorstellungen. Die ganze Frage müßte viel individueller behandelt werden.

Klingspor, Sollen wir auswandern und wohin?³⁾ Die gewaltige Schar der Arbeitswilligen gegenüber der beschränkten Summe von Arbeitsgelegenheit zwingt nach Meinung des Verfassers einen guten Teil des deutschen Volkes zur Auswanderung. Nur Wehr- und Steuerpflicht sollten Hinderung der Auswanderung sein. Als einzig in Frage kommendes Auswanderungsziel wird für Deutsche

²⁾ Der Auswanderer. Tl. I. Ratschläge für Auswanderer. 1919. Tl. II. Wohin kann man auswandern? Stuttgart: Volksverlag für Politik und Verkehr. 1919. 160 S. 8°. M 5.—.

³⁾ Klingspor, Hans, Sollen wir auswandern und wohin? 2. Aufl. München: Wieske 1919. 120 S. 8°. M 3.50.

¹⁾ Heinrichs, Fr., Sollen wir auswandern? Essen; Fredebeul & Koenen (1920). 69 S. 8°. M 3.50.

Südamerika, von diesem besonders Brasilien behandelt. Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay werden sehr kurz abgetan. Die benutzte Literatur ist leider etwas veraltet, die Angaben über Lebensmittel- und Landpreise daher recht irreführend. Die Aufzählung der für Auswanderer in Frage kommenden Auskunftstellen ist für eine 2. Auflage reichlich oberflächlich und lückenhaft. Auf die individuellen Fragen und Bedürfnisse des Auswanderers wird nicht näher eingegangen.

Peschke, Dr. Rudolf, Auswanderung⁴⁾, behandelt kurz und gemeinverständlich in der Schriftenreihe der „Volkshochschule des Tages“ die Auswanderungsfrage nach Bedeutung, Geschichte, Grundlagen, Form und Zielen. Als aussichtsreichste Länder für größere Mengen Deutscher werden Argentinien, Paraguay und Chile (?) bezeichnet. Grundsatz muß sein, möglichstster Anschluß an Landsleute.

Hammerstein's Taschenbuch für Auswanderer und Tropenpflanzer⁵⁾ mutet einen mit seinen zahlreichen Abbildungen über Tropenausrüstungsgegenstände zunächst wie ein Reklameheft für ein Tropenausrüstungsgeschäft an. Es ist hauptsächlich auf afrikanische Siedlung eingestellt. Schade ist, daß diese sorgfältig zusammengetragene und meist auf eigener Erfahrung beruhende Schrift nicht einige Jahre vor dem Krieg erschienen ist. Da hätte sie manchem kolonialen Kulturpionier ein wertvoller Ratgeber sein können. Heute sind dem deutschen Auswanderer leider die Gebiete, welche der Verfasser im Auge hat, durch Einwanderungsverbote oder durch Kapitalmangel verschlossen.

Sapper's Natur- und Lebensbedingungen in tropischen und tropennahen Gebieten⁶⁾ hat im Unterschied davon vorwiegend mittel- und südamerikanische Länder, sowie das Südseearchipel im Auge. Mit der bei den Hamburgischen Wegweisern des Friederichsen'schen Verlages gewohnten wissenschaftlichen Gründlichkeit werden die genannten Gebiete selbst behandelt unter besonderer Berücksichtigung dessen, was den Neueinwanderern besonders auffallen muß und dem er sich anzupassen hat. Den wirtschaftlichen Möglichkeiten für den Einwanderer und Winken für Neuanlagen ländlicher Siedlungen ist ein breiter Raum gewidmet und das Kapitel Arbeiterverhältnisse erläutert zugleich die verschiedensten Pacht- und Halbpachtsysteme, deren genaue Kenntnis für jeden Auswanderer wichtig ist.

Höniger's Auslandsreise, Auswanderung, Steuerflucht, Paß-, Geld-Verkehr, Steuervorschriften⁷⁾. Wenngleich es gewagt erscheinen muß, in der gegenwärtigen Zeit, wo alles sich im Fluß befindet, wo fast jede Woche neue Vorschriften und Gesetze bringt, ein derartiges Buch erscheinen zu lassen, so bietet diese kleine Schrift doch eine wertvolle Zusammenstellung der den Auswanderer in erster Linie betreffenden Vorschriften. Die Regelung der Papiere vor der Auswanderung ist nach Ländern übersichtlich geordnet und vor allem sind die Vorrechte, welche die Auslandsdeutschen genießen, deutlich zu erkennen. Wertvoll ist

auch eine Wiedergabe eines Formulars des Schweizerischen Konsulates, welches bei einem Einreisegesuch auszufüllen ist. Die wiedergegebenen Vorschriften werden zum größten Teil auch durch das neue Auswanderungsgesetz kaum Änderungen erfahren.

Schriften zur Auswanderung des Verlages Ausland und Heimat behandeln nach Berufen und grundsätzlichen Spezialfragen getrennt die Auswanderungsfrage. Bisher sind erschienen: Heft 1: Grisebach, M., Einzel- oder Genossenschaftssiedlung⁸⁾; Heft 2: Jung, Auswanderung und Landwirtschaft⁹⁾; Heft 3: Lutz, Auswanderer und Akademiker¹⁰⁾; Heft 4: Mühlens, Auswanderer und Ärzte¹¹⁾. Heft 1 und 4 sind bereits in diesen Seiten besprochen, die Schrift des Präsidenten des Reichswanderungsamts (Jung), Nr. 2, stellt klar heraus, welche Bedeutung die drohende deutsche Massenauswanderung im Zusammenhang mit den Kriegsschäden für die deutsche Landwirtschaft hat. Die ganze Frage wird nicht nur vom Standpunkt des Landwirts, sondern vor allem auch von dem des Volkswirts behandelt. Der Verlust der gewaltigen numerischen Ausfälle an Arbeitskräften, welche der Krieg, und an Arbeitsstunden, welche die Revolution gebracht hat, darf nach Meinung des Verfassers durch eine Massenauswanderung nicht vergrößert werden. Im Interesse der Selbsterhaltung hat die deutsche Landwirtschaft die heilige Pflicht, durch Aufklärung in den breiten Massen unserer Bevölkerung und durch Opferbereitschaft zur Förderung der Innensiedlung dieser Gefahr mit allen Kräften vorzubeugen. Die jetzige Lage unseres Baumarkts darf dabei kein Hindernis sein; denn auch vom Auswanderer wird stets primitivster Anfang gefordert. Die Landwirte müssen daher den Innensiedlern allezeit hilfsbereite Lehrer und Führer sein; nur dann wird Deutschland wieder aufgebaut werden können.

Dr. Lutz behandelt wie auch Mühlens die Auswanderungsaussichten einer besonderen Berufsgruppe, welche sich heute in der alten Heimat mehr entwurzelt sieht, als irgendeine andere. Das mangelnde geschichtliche Verständnis unserer Zeit zwingt die Akademiker, sich mehr auf praktische Gebiete einzustellen, sich loszulösen von alten Ständesüberlieferungen und völlig neue Wege zu suchen. Verfasser ist vor Jahr und Tag als jüngstes Glied einer großen Familie den gleichen Weg mit gutem Erfolg gegangen und wohl berufen, hier ratend zu helfen. Die Einflüsse fremder Klimata und die mancherlei Gefahren und Versuchungen, die dem auswandernden Akademiker in mittel- und südamerikanischen Ländern winken, werden gebührend berücksichtigt und die dauernde Verbindung mit der Heimat und die Anpassungsfähigkeit an die Eigenart der neuen Umgebung als Grundbedingungen des Vorwärtkommens beleuchtet. Die Aussichten der einzelnen Berufsgruppen hängen davon ab, ob sie in geschlossenen deutschen Siedlungen, in fremdem Staatsdienst oder als Unternehmer mit eigenen Mitteln sich zu betätigen gedenken. Hier werden für alle akademischen Berufe sehr wertvolle Winke gegeben. Mancher Lichtblick öffnet sich da, der durch Befragung der am Schluß nach Eigenart ausführlich behandelten Auskunftstellen vielleicht manchem ein Wegweiser aus dem Dunkel der Verzweiflung werden kann. (Weitere Artikel folgen.)

⁴⁾ Peschke, Rudolf, Auswanderung. Berlin. Deutsche Landbuchhandlung 1919. 16 S. 8°. (Die Volkshochschule des Tages, Bd. 1, H. 3.) M. —.75.

⁵⁾ Hammerstein, H. L., Taschenbuch für Auswanderer und Tropensiedler. Hamburg: Thaden 1919. 102 S. 8°.

⁶⁾ Sapper, Karl, Natur und Lebensbedingungen in tropischen und tropennahen Gebieten. Hamburg: Friederichsen 1920. 124 S. 8°. (Auslandswegweiser Bd. 3.) M. 7.50.

⁷⁾ Höniger, Franz, Auslandsreisen, Auswanderung, Steuerflucht. Berlin. Concordia Dt. Verlagsanstalt 1919. 88 S. 8°. M. 4.—.

⁸⁾ Grisebach, M., Einzel- oder Genossenschaftssiedlung. Bd. 1920. 16 S. 8°. M. 2.—.

⁹⁾ Jung, Auswanderung und Landwirtschaft. Stuttgart: Ausland und Heimat 1920. 24 S. 8°. M. 2.—.

¹⁰⁾ Lutz, Otto, Auswanderer und Akademiker. Stuttgart: Ausland und Heimat (1920). 23 S. 8°. M. 2.—.

¹¹⁾ Mühlens, Auswanderer und Ärzte. Bd. 1920. 20 S. 8°. M. 2.—.

Eine Warnung für Auswanderer.

Wir haben unter dieser Spitzmarke auf Seite 408 der Nr. 13 unserer Zeitschrift eine Warnung vor der „Almeco“ und ihrem Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Ing. Breitenbach, gebracht, zu der uns der Rechtsanwalt des Herrn Dr. Escales in München verschiedene Ergänzungen übermittelt. In jener Warnung, die wörtlich einen Bericht der Firma Ruoff, Quenzer & Co. in Reutlingen darstellte, war gesagt worden, einziger Gesellschafter sei nach dem Ausscheiden der sämtlichen Reutlinger Herren nur noch Herr Dr. Escales mit 5000 Mark Beteiligung. Herr Dr. Escales läßt nunmehr mitteilen, daß er lediglich mit einer Einlage beteiligt gewesen sei, daß, als die Geschäftsführung des Herrn Breitenbach zu Beanstandungen Anlaß gegeben habe, zwei Reutlinger Herren für die Dauer der Kündigungsfrist des Herrn Geschäftsführers mit seiner Beaufsichtigung beauftragt worden seien, daß Breitenbach seit dem 1. Januar 1920 ausgeschieden sei und in einer im März stattfindenden Versammlung über die Liquidation Beschluß gefaßt werden sollte. Unmittelbar vorher aber hätten die sämtlichen Reutlinger Teilhaber der Firma, ohne den abwesenden Herrn Dr. Escales zu benachrichtigen oder vorher zu verständigen, ihre Geschäftsanteile verkauft, und somit dem am 1. Januar schon ausgeschiedenen Herrn Breitenbach die gesamte Gesellschaft überantwortet. Sie hätten damit Herrn Dr. Escales, der einen bedeutungslosen Bruchteil des Kapitals nur in Händen hatte, dem früheren Geschäftsführer, Herrn Breitenbach, vor dem sie glaubten warnen zu sollen, ausgeliefert. Dr. Escales habe aber sowohl seinem Vertreter, als auch Herrn Breitenbach gegenüber keine Zweifel darüber gelassen, daß er die Fortführung der Gesellschaft mit Herrn Breitenbach nicht wünsche.

Soweit geben wir diesen Auslassungen gerne Raum. Wenn aber schließlich Herr Dr. Escales uns mitteilen läßt, daß die „Almeco“ sich nach ihren Satzungen und nach dem Willen der Gründer nie mit Auswanderung, sondern lediglich mit Warenhandel und Vertretungen befaßt habe, so mag das „nach ihren Satzungen und nach dem Willen der Gründer“ wohl stimmen. In der Praxis verhielt sich die Sache aber anders. Hier betrieb Herr Breitenbach ein sehr plummes Auswanderungsgeschäft und wir haben bereits in unserem Maiheft 1919 Seite 122 vor dieser Art von Geschäften und vor solcher Betätigung gewarnt.

Auswanderung aus Dänemark.

Das „Hufvudstadsbladet“ in Helsingfors läßt sich aus Dänemark schreiben, daß die Auswandererbewegung wieder stark zunehme. Während des Krieges war die Neigung zum Auswandern gänzlich abgeflaut, nachdem aber nun eine Erleichterung der Paßvorschriften eingetreten ist, zieht es die Dänen wieder sehr nach Amerika hinüber. Alle großen Auswandererbüros in Kopenhagen sind mit Anfragen nach Fahrkarten überhäuft. Im ersten Halbjahr 1920 sollen etwa 3500 Personen ausgewandert sein.

Von der „Ansiedlung Ost“.

In der neuesten „Rätezeitung“ wird eine Reichskonferenz der Interessengemeinschaft ausgeschrieben mit Delegationsberichten des Genossen Gumpich über die Industriearbeiterfrage und des Genossen Blüthner über die Siedlungsfrage. Die gesamten Fragen der Einwanderung nach Sowjet-Rußland sollen gründlich besprochen werden. Eine ganze Fülle von Anträgen sind eingelaufen, von denen einige allgemein interessieren. Die Berliner Gruppe wünscht, es möchte dahin gewirkt werden, daß den abreisenden Genossen die zuständige Vorentscheidung für die Auslandsdeutschen sofort ausbezahlt

werde, es möchten ferner die Transporte nicht nur von Leipzig abgehen, sondern von allen Gruppen paritätisch besetzt werden. Da es feststehe, daß die in Rußland rationierte Fettmenge nicht ausreiche und die Höhe des Verdienstes den Erwerb von Fettmengen im Schleichhandel nicht gestatte, solle mit der Sowjet-Regierung über diesbezügliche Zusicherungen verhandelt werden. Die Gruppe Duisburg wünscht Bereitstellung von 5000 Mk. für jeden Auswanderer zur Beschaffung von Kleidung und Bedarfsartikeln, die im großen eingekauft werden sollten. Es sollten ferner nach der Übersiedlung nach Rußland stets die neuesten und bekanntesten deutschen technischen Zeitschriften nach Rußland geliefert werden. Die Gruppe Hamburg wünscht Verlegung des Sitzes der Interessengemeinschaft nach Berlin, Kapitalabfindung der Militärrentner, Invaliden und Auslandsdeutschen, Zurückbezahlung einbezahlter Versicherungsprämien, ferner aber, daß sämtliche Genossen, welche als Delegierte in Rußland waren, auch gezwungen würden, mit den ersten Transporten nach Rußland mitzugehen. Die Sanitätsgruppe der Hamburger wünscht Überlassung eines Gutes in Rußland bei Moskau, um ein modernes Krankenhaus mit Wöchnerinnenheim, Erholungsheim und Kinderheim zu schaffen. Sie fordert dazu aber die maschinellen Anlagen, Autos, Instrumente und Medikamente, sowie sofortigen Abtransport, um die Gegend seuchenfrei machen zu können. Noch weiter faßt den Antrag die Gruppe Leipzig, die verlangt, daß sämtliche Funktionäre der Interessengemeinschaft einschließlich der Delegierten auf Beschluß des Vollzugsrats abzuwandern hätten. Die Gruppe Weimar verlangt Abtransport noch in diesem Jahre, da sonst die größten Unruhen entstehen würden.

Aus einem Teil dieser Anträge spricht ein bemerkenswerter Pessimismus in bezug auf die schönen Erzählungen über die Ernährungslage Rußlands und ein starkes Mißtrauen gegen die Delegierten und ihre Schilderungen überhaupt, das begreifen kann, wer die Aufschneidereien einzelner Delegierter hören konnte.

Zur Frage der Auswanderung nach Brasilien.

Aus einem Bericht, den der Vorstand der Vereinigten deutsch-ausländischen Wirtschaftsvereinigung in Hamburg über die außerordentliche Delegiertenkonferenz in Hamburg am 28. Juni erstattete, geht hervor, daß in vielen Ortsgruppen dieser Vereinigungen zahlreiche Mitglieder bereits ihr Hab und Gut verkauft haben, um auswandern zu können da sie durch die vielen Notizen über freie Auswanderung und baldige Reisemöglichkeit dazu verlockt worden waren. Die Lage dieser Ärmsten ist nun entsetzlich. Sie sitzen auf Kisten und Kasten zum Teil in ungesunden Kellerlöchern ohne Wohnsitz, der Verzweiflung nahe und können doch nicht auswandern. Zum Teil sind sie nach Hamburg gekommen, um zu hören, daß auch hier keine Möglichkeiten zur Auswanderung bestehen. Die deutsche Regierung stehe, so erklärte der Referent, Kapitän Keller, der Auswanderung nach Brasilien nicht wohlwollend gegenüber und habe betont, daß sie von dem Verbot der Auswanderung bei freier Ausreise nach Brasilien eine Ausnahme nur machen werde, wenn der brasilianische Gesandte sich dafür verbürgen werde, daß es den Freifahrtwanderern in Brasilien freistehe, sich dort nach einem von ihnen zu wählenden Orte zu begeben, daß die brasilianische Regierung für die Gewährung der freien Fahrt keine Gegenleistung verlange und daß sie endlich die Reisekosten vom Ankunftshafen nach den Südstaaten tragen werde. Diese Erklärung gab der brasilianische Vertreter nicht ab, nur zum ersten Punkte gab der brasilianische Generalkonsul befriedigende Erklärungen ab. Die Regierung befürchtet, daß

die Auswanderer in Brasilien selbst auf große Schwierigkeiten stoßen würden, befürchtet aber von der Erteilung der Ausreiseerlaubnis schwere Folgen für die Zukunft, da bereits zahlreiche Briefe von Auswanderungslustigen einträfen, die mitteilen, sie würden jetzt einfach nach Hamburg reisen, falls die Ausfahrt genehmigt würde und sie nicht an ihr teilnehmen könnten, falls also die bereits leichtsinnigerweise nach Hamburg Zugezogenen bevorzugt würden. Nach den in Berlin geführten Verhandlungen entsandte die Regierung zwei Vertreter nach Hamburg, ihnen brachten die Hamburger Behörden wiederholt ihre Bedenken zum Ausdruck, daß der Zustrom nach Hamburg ungeheuer anwachsen würde, wenn im Ausnahmefalle die Auswanderung genehmigt würde. Demgegenüber wollten die Wirtschaftsvereinigungen ihre sämtlichen Mitglieder durch Unterschrift verpflichten, daß sie nicht eher nach Hamburg reisen würden, als bis die Wirtschaftsvereinigungen sie dazu aufforderten, die Regierungsvertreter bezweifelten aber, daß die Mitglieder soviel Disziplin hätten. Über die Gewährung von Mitteln an die in Hamburg unter den unglücklichsten Umständen dahinlebenden Auswanderungswilligen wollten die Regierungsvertreter schleunigst in Berlin Instruktionen einholen. Die Herren der Wirtschaftsvereinigungen vertraten den Standpunkt, daß den Hamburger Auswanderungswilligen nur durch die Gewährung der Ausreiseerlaubnis zu helfen sei. Es wurde eine Delegation gewählt, die nochmals in Berlin mit der Regierung verhandeln sollte.

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, wie gefährlich es für Auswanderungswillige ist, aufs Geratewohl ihr Hab und Gut zu verkaufen, ihre Wohnungen aufzugeben und auf sofortige Ausreisemöglichkeit nach Brasilien zu hoffen. Die Vergünstigung der Freifahrt für 3000 Landwirtsfamilien ist bekanntlich inzwischen von der brasilianischen Regierung aufgehoben worden. Für das künftige Schicksal der Freifahrtwanderer in Brasilien scheint die deutsche Regierung ernste Befürchtungen zu hegen, da Vorbereitungen für die Aufnahme größerer Scharen von Auswanderern in Brasilien kaum getroffen sind. Es ist also allergrößte Zurückhaltung und Vorsicht dringend geboten!

Auf die von uns mitgeteilte Anfrage des Herrn Abgeordneten Dauch über die Auswanderung nach Brasilien hat in der 14. Sitzung vom 30. Juli Herr Ministerialrat von Jacobi vom Reichsministerium des Innern als Kommissar der Reichsregierung folgende Antwort gegeben: „Der Reichsregierung ist bekannt, daß mit Rücksicht auf Nachrichten über die Gewährung freier Fahrt nach Brasilien zur Auswanderung entschlossene Familien unter Aufgabe ihrer Erwerbsstellungen Hab und Gut verkauft haben und hierdurch in Not geraten sind. Es ist nur zu bedauern, daß diese Familien den allenthalben bekanntgegebenen Warnungen des Reichswanderungsamts vor übereilten Vorbereitungen zur Auswanderung nicht gefolgt sind, sondern aus Mangel an Erfahrung und in Unkenntnis der Schwierigkeiten, die der Auswanderung nach den von ihnen erstrebten Zielen im Wege stehen, sich selbst durch vorschnelles Handeln ins Unglück gebracht haben. Sobald sich die Notwendigkeit ergab, den in Not geratenen Familien durch besondere Maßnahmen zu helfen, sind die hierzu erforderlichen Schritte von der Reichsregierung unternommen worden. Sie haben inzwischen zu einer Regelung geführt, von der die Beseitigung der in der Anfrage bezeichneten Mißstände zu erwarten ist.“

Wie die „Allg. Deutsche Auswanderer-Ztg.“ in Hamburg mitteilt, hat sich der Reichsrat mit der Frage der ausnahmsweisen Ausreisegenehmigung für Auswanderer nach Brasilien über Hamburg beschäftigt. Er hat in Anbetracht der Notlage,

in welcher sich alle diejenigen befinden, die auf das seinerzeitige Freifahrtangebot der brasilianischen Regierung hin ihre Habe verkauft, ihre Stellungen und Wohnungen aufgegeben und auch schon das Paßvisum des brasilianischen Generalkonsulats in Holland erworben haben, beschlossen, bis zu 2500 Personen ausnahmsweise die Ausreise nach Brasilien über Hamburg zu gestatten, ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß es sich um eine Ausnahme handle und daß eine Bewilligung fernerhin nicht mehr zugestanden werde, solange sich nicht die Verhältnisse in Brasilien geklärt hätten. Es sollen alle Auswanderergruppen, auf welche die angeführten Voraussetzungen zutreffen, in gleichmäßigem Verhältnis, ohne jede Bevorzugung an der Erlaubnis der Ausreise der 2500 Leute beteiligt werden.

In der „Allg. Deutschen Auswanderer-Ztg.“ wird angedeutet, daß demnächst ein Reichsverband Deutscher Auswanderer ins Leben treten wolle und es wird um Unterstützung der Reichsregierung für diesen Plan geworben.

Vom Siedlungsverein „Neue Heimat“ in Brasilien.

(Unternehmen Gamillscheg.)

Nachdem bereits von amtlicher österreichischer Seite der Zusammenbruch des Gamillschegschen Unternehmens gemeldet war, bringt unter dem 7. Juli „Der Auswanderer“ Wien einen ausführlichen von hundert Teilnehmern gezeichneten Bericht über den Stand des Unternehmens. Danach sind die lediglich ungünstigen Nachrichten von abgesprengten unzufriedenen Elementen ausgestreut, welche sich der Aufgabe des Siedlungsunternehmens nicht gewachsen fühlten und in den Städten sich verkrümelten haben. Der Bericht erzählt von den Erfolgen Gamillschegs und seiner Mitarbeiter, welche natürlich zu Anfang mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Die sachlichen Widerstände bei den brasilianischen Behörden standen dabei in keinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten, welche die Auswanderergruppen selbst den Führern des Unternehmens bereitet haben. Gamillscheg empfing die ersten Gruppen in Santos. Die brasilianische Regierung forderte von den Einwanderern einen Beweis ihrer landwirtschaftlichen Fähigkeit und bestand darauf, daß die Einwanderer zunächst in Lohn arbeiten sollten, damit sie sich an die neuen Verhältnisse gewöhnen könnten. Leider ward zu diesem Zweck die Kolonie eines ungeeigneten Deutschen ausgewählt, sodaß ein großer Teil nach drei Wochen nach Sao Paulo abstreifte. In dieser Hauptstadt wurde sodann eine Zentralauskunftsstelle für deutschösterreichische Auswanderer gegründet, welche es sich zur Aufgabe machte, durch Stellenvermittlung und Erteilung von Auskünften den Nichtlandwirten an die Hand zu gehen. Nur 5 Mitglieder verblieben auf der Fazenda Roseira.

Diese Erfahrung veranlaßte Gamillscheg, vor Ankunft des dritten Transportes bei der Regierung vorstellig zu werden, daß den Einwanderern sofort das für später versprochene Siedlungsland zur Verfügung gestellt werde. Versuchsweise wurde dieser Wunsch gewährt und die verlassene Fazenda Roseira sowie Sant' Anna zur Verfügung gestellt, welche 250 Kilometer von Sao Paulo entfernt, in 6 bis 8 Kilometer Entfernung Bahnverbindung mit der Hauptstadt liegen.

Bei Ankunft der Transporte wurden den Einwanderern sämtliche Kollis geöffnet und alle Pistolen, Kugelgewehre und die dazu gehörige Munition beschlagnahmt, nur Schrotgewehre und für ausschließlichen Jagdgebrauch bestimmte Kugelgewehre wurden ihnen gelassen. Für Verpflegung, Unterbringung und Weiterbeförderung des Gepäcks sorgte die Regierung. Die Junggesellen mußten sich in Familiengruppen einfügen, um überhaupt Anspruch auf Land zu bekommen; da das Geseiz Land

Die Einwanderung nach Brasilien betrug in dem Jahrhundert 1820—1919 3 576 275 Einwanderer. Den Hauptanteil an dieser Einwanderung trugen die Italiener mit 1 378 876, es folgen die Portugiesen mit 1 021 291, die Spanier mit 501 378 und die Deutschen mit 127 321.

2. *Ardoïn, P., L'escadre allemande du Pacifique. Paris: Chalmel (1920). 8° fr 2.25.*

3. *Auslandsdeutschum*. Ein Wegweiser durch die über das Deutschum im Ausland erschienenen Drucksachen. Hrsg. vom Verein f. d. Deutschum i. Ausland. Burg b. M. o. J. (um 1920): Hopfer. 38 S. 8°.
 4. *Bekker*, Paul, Die Weltgeltung der deutschen Musik. Berlin: Schuster u. Löffler (1920). 50 S. 8° M 3.60.
 5. *Bernt*, Alois, Deutsche Literaturkunde f. d. deutschen Mittelschulen d. tschechoslowak. Republik. Mit e. Karte der deutschen Mundarten. Reichenberg: Stiepel 1920. 261 S. 8° Kr 12.60.
 6. *Bever*, Ad. van, L'Alsace vue par les écrivains et les artistes suivie d'un guide pratique. Avec 100 ill. et 1 carte. Paris: Michaud (um 1920). 8°. fr 12.—. (La France pitt. et artist.)
 7. *Bismarck*, (Otto) Fürst (v.), Die politischen Berichte aus Petersburg und Paris (1859–1862). Hrsg. von [Ludwig] Raschdau. Bd 1. 2. Berlin: R. Hobbing 1920. M 50.—.
 8. **Büchner*, Paul, Heimat und Übersee. Roman. Leipzig: Hillmann 1920. 170 S. 8° M 8.—.
 9. *Cuno*, Der Friedensvertrag u. die deutsche Schifffahrt. Berlin: Mittler 1920. 22 S. 8° M 3.50. (Deutschlands Wiederaufbau. H. 5.)
 10. *Dietrich*, Br(uno), Oberschlesien. M. e. Skizze der natürl. Landschaften Oberschlesiens. Breslau: Hirt 1920. 23 S. 8° M 1.25.
 11. **Düringer*, Edwin Erich, Das große Grab. Sibirischer Roman. Berlin-Schöneberg: Schneider (1920). 263 S. 8° M 16.—.
 12. *Einwirkungen* des Weltkrieges auf die Volkswirtschaft Argentiniens. Studie der Deutschen Handelskammer in Buenos Aires. Buenos Aires: „Germania“ 1920. 104 S. 4° M 10.—.
 13. *Fehling*, Ferdinand, Die unpolitische Art des Deutschen u. ihre Überwindung. Hamburg: Bubendey & Kober (1920). 22 S. 8° M 3.30.
 14. *Freytagh-Loringhoven*, A. Frhr. von, Geschichte der russischen Revolution. T. 1. München: J. F. Lehmann 1919. 207 S. 8° M 7.20.
 15. *Freytagh-Loringhoven*, Axel Frhr. v., Die Gesetzgebung der russ. Revolution. Halle: Niemeyer 1920. IV, 261 S. gr. 8° M 20.—.
 16. **Galin*, L., Gerichtswesen und Strafsystem im revolutionären Rußland. Dargestellt auf Grund der Ereignisse bis Anfang 1920. Berlin: Vahlen 1920. 85 S. 8° M 6.—.
 17. *Gerloff*, Helmuth, Die Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen. E. Denkschr. i. Auftr. d. Vertretung d. deutschen Studentenschaft verfaßt. Göttingen 1920: Kaestner. 14 S. 8° (Schriften d. dt. Studentenschaft. 6.)
 18. *Das Gesetz* vom 19. Februar 1920 über das Verhältnis der Prager Universitäten und seine Vorgeschichte. Hrsg. vom akademischen Senat der deutschen Universität in Prag. Prag: Selbstverl. d. deutschen Universität 1920. 44 S. 8°.
 19. **Goldschmidt*, Alfons, Moskau 1920. Tagebuchblätter. Berlin: Rowohlt 1920. 130 S. 8° M 11.—.
 20. **Hauptmann*, E[mil], Heimatkunde. Leipzig: Weicher 1920. 111 S. 8° M 6.—.
 21. *Heinzmann*, J. und Eberhard Mayer, Auslandsforderung, Auslandsschuld u. Abrechnung nach dem Friedensvertrage u. dem Reichsausgleichsgesetze system. dargest. u. erl. Berlin: Spaeth & Linde 1920. 139 S. 8° M 11.—.
 22. *Hinden*, H., Nützliche Winke f. Auswanderer nach Brasilien. Hrsg. auf Veranlassung u. unter Mitwirkung d. Einwanderer-Beratungsstelle d. dt. Kolonien i. Rio de Janeiro. Hamburg: Friederichsen 1920. 44 S. m. 1 Taf. 8° M 2.50.
 23. *Husband*, Joseph, Americans by adoption. Brief biographies of great citizens born in foreign lands. With an introd. by William Allan Neilson. Boston: Atlantic Monthly Press. 8° \$ 1.50.
 24. **Imberg*, Kurt Ed., Der Nikaraguanal. Eine historisch-diplomatische Studie. Berlin: Lissner 1920. 111 S. 8° M 15.—.
 25. **Kaplun-Kogan*, Wlad. W., Die jüdischen Wanderbewegungen in der neuesten Zeit (1880–1914). Bonn: Marcus u. Weber 1919. V, 80 S. 8° M 4.80.
 26. *Klingspor*, Hans, Die Gesetzgebung über Beschlagnahme, Ausfuhr u. Handel ausländischer Wertpapiere. Berlin: Liebmann 1920. 67 S. 8° M 8.50.
 27. *Kollenscher*, Max, Die polnische Staatsangehörigkeit, ihr Erwerb u. Inhalt f. Einzelpersonen u. Minderheiten. Berlin: Vahlen 1920. M 4.—.
 28. *Krak's* blaå Bog. 4000 nulevende danske Maends og kvindes Levnedslob indtil Aar 1920. Kopenhagen: Kraks Forlag. 8° Kr 16.—.
 29. *Langhammer*, Josef, Werden und Wert politischer Staatsgrenzen. M. erdkundlich-geschichtl. Beispielen dargestellt. Prag-Leipzig-Wien: Haase 1919. 111 S. 8° M 4.20. (Schriften für Lehrerfortbildung. Hrsg. v. A. Herget. Nr 11.)
 30. *Lembke*, Bernhard, Die Universität in Buenos Aires. Eine Untersuchung. Aschersleben: Diebenow 1920. 86 S. 8° M 8.—.
 31. *Leppa*, Karl Franz, Herzenssachen. Ein Trost- u. Wehrbüchlein für das deutsche Volk. Budweis: „Moldavia“ 1920. 71 S. 8° K 2.—. (Böhmerwälder Dorfbücher. 3.)
 32. *Lorentz*, F., Deutsche u. polnische Namen der wichtigsten Ortschaften Westpreußens links der Weichsel. Danzig: Westpreussischer Verlag in Komm. 1919. 16 S. 8° M 1.20.
 33. *Lorentz*, F., Deutsche u. polnische Namen der wichtigsten Ortschaften in Polnisch-Preußen rechts d. Weichsel. Danzig: Westpreussischer Verlag in Komm. 1920. 8 S. 8° M 1.—.
- Beide Verzeichnisse bringen erst die deutschen Ortsnamen in alphabetischer Folge mit ihrer polnischen Übertragung, dann die polnischen Bezeichnungen in der entsprechenden Anordnung. Nachdem die polnische Postbehörde die ausschließlich polnische Bezeichnung auch rein deutscher Städte wie Soldau vorgeschrieben hat, sind die Hefte ein sehr nützliches Hilfsmittel. Sie ermöglichen es, die in polnischen Veröffentlichungen beliebten, sonst unverständlichen Übersetzungen deutscher Ortsnamen richtig wiederherzustellen. Eine Ausdehnung der Verzeichnisse auf die von Polen annektierten Teile der Provinzen Posen und Schlesien wäre wünschenswert.
- H. M.
34. *Louis*, Peter J., Das katholische Missionswerk unter den Hohenzollernkaisern. Freiburg i. Br.: Herder 1920. 16 S. 8° Aus: Ehrengabe deutscher Wissenschaft.
 35. *Masaryk*, T[homas] G., Zur deutschböhmisches Ausgleichsfrage. Prag: Selbstverl. der Deutschpolitischen Arbeitsstelle (1920). 20 S. 8° K 3.50. [Umschlag:] (5. Veröffentlichung d. Deutschpolitischen Arbeitsstelle.)
 36. *Maugham*, R. C. F., The Republic of Liberia. London: Allen and Unwin 1920. 18 s.
 37. *Nieborowski*, Paul, Oberschlesien, Polen und der Katholizismus. E. zeitgemäße Untersuchung. 2. unveränd. Aufl. Berlin: Engelmann 1919. 145 S. 8° M 4.—.
 38. **Noetzel*, Karl, Der russische und der deutsche Geist. Gedankleben, religiöses Erlebnis und Lebensnachbildung. Berlin: Furche-Verlag 1920. 91 S. 8° M 6.—.
 39. *Parsche*, Julius, Gestalten u. Geschichten aus dem Volk d. Deutschen i. Böhmen. Reichenberg: Kraus 1920. 80 S. 8° M 3.20. (Sudetendeutsche Bucherei.)
 40. *Pasquali*, G., Socialisti tedeschi. Bari: Laterza. 8° I. 7.50.
 41. *Das Reichsausgleichsgesetz* vom 24. April 1920. Erl. v. Ernst Decke. Berlin-Leipzig: Vereinigg. wissenschaftl. Verleger 1920. 127 S. 8° M 9.—. (Gutentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze. 148.)
 42. *Ridder*, A. de, La Belgique et la Prusse en conflit. Histoire des relations prusso-belges de 1835 à 1839. Paris: Vroman [um 1920]. 8° fr 4.—.
 43. *Scheel*, Otto, Eine Reise zur Abstimmung in d. ersten Zone Nordschleswigs. Tübingen: Mohr 1920. 32 S. 8° M 1.80. aus: Tübinger Chronik.
- Der aus Tondern stammende Verfasser schildert die Verhältnisse in seinem Heimatkreise kurz vor und nach der Abstimmung. Er weist den rein deutschen Charakter der Stadt, den überwiegend deutschen des Landkreises Tondern nach, wie er durch das Abstimmungsergebnis trotz aller Lock- und Druckmittel der Dänen (Valuta!) von der treuen Bevölkerung erhärtet worden ist. Danach bleibt die Einbeziehung Tonderns und Hoyer in die erste Zone eine krasse Verhöhung des Selbstbestimmungsrechtes wie der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet. Man vergleiche dazu den Aufsatz von Graef mit der Karte auf S. 293, Heft 10, 1920, dieser Zeitschrift. H. M.
44. *Schwarz*, O., Deutsche Finanzlage und Weltwirtschaft. Berlin: Mittler 1920. 27 S. 8° M 3.50. (Deutschlands Wiederaufbau. H. 2.)
 45. *Sering*, M[ax], Das Friedensdiktat von Versailles und Deutschlands wirtschaftliche Lage. Berlin: Mittler 1920. 48 S. 8° M 6.—. (Deutschlands Wiederaufbau. H. 3/4.)

46. *Simons*, [Walter], Der Friedensvertrag und seine finanziellen Folgen. Berlin: Mittler 1920. 24 S. 8° M 3.50. (Deutschlands Wiederaufbau. H 1.)
47. *Slosson*, Edwin Emery, Easy lessons in Einstein. A discussion of the more intelligible features of the theory of relativity. With an article by Albert Einstein. New York: Harcourt [1920]. 8° \$ 1.15.
48. *Soenstevold*, Valborg, Karl Marx og Friedrich Engels indtil 1848. Kristiania: Det norske arbeiderpartis forlag [um 1920]. 8° Kr 3.25.
49. *Stählin*, Karl, Jacob v. Stählin. E. biograph. Beitrag z. deutsch-russisch. Kulturgeschichte des 18. Jahrh. Leipzig: Schraepfer (1920). 48 S. 8° M 5.—. (Quellen u. Aufsätze zur russischen Geschichte. H 1.)
50. *Strobl*, Karl Hans, Der Attentäter. Roman. Leipzig: Staackmann 1920. 234 S. 8°.
51. *Théry*, Edmond, Les richesses économiques de l'Alsace-Lorraine. Paris: Impr. Strasbourg-Loire [1920]. 8° fr 5.—.
52. *Tiemann*, Kuno, Das Auswärtige Amt und die Notwendigkeit seiner Reorganisation. Berlin: Berger (1920). 42 S. 8° M 2.50.
53. *Das Unterbringungsgesetz*, Gesetz über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen. Vom 30. März 1920. Mit Anh.: Ausführungsanweisung. Erl. v. Max Berner. Berlin: Heymann 1920. 128 S. 8° M 8.—.
54. *Usthal*, Arthur, Weh dir, daß du ein Deutscher bist. Ein deutschrussischer Roman aus deutschen Drangsalstagen. Leipzig: Weicher 1920. 415 S. 8° M 14.—.
55. *Was muß der deutsche Einwanderer von Mexiko wissen?* Zsstellg. der notwendigsten Erläuterungen über mexikanische Verhältnisse mit besond. Berücks. der landwirtschaftl. Siedlungsfrage. Hrsg. v. Einwanderungsausschuß des Verbandes dt. Reichsangehöriger i. Mexiko. Pfullingen: Knapp (1919). 31 S. 8°.
56. *Willoughby*, Westel Woodbury, Foreign rights and interests in China. Baltimore: John Hopkins Press [um 1920]. 8° \$ 7.50.
57. *Zorn*, Philipp, Deutsches Gesandtschafts- u. Konsularrecht auf d. Grundlage d. allgemeinen Völkerrechts. Stuttgart: Kohlhammer 1920. VII, 204 S. 8° M 17.50. (Handbuch d. Völkerrechts. Bd 2, Abt. 3.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

58. *Deutscher Brief*. [Hrsg. von der Ortsgruppe Hamburg d. Vereins f. d. Deutschtum im Auslande. Schriftleiter: Pastor Erwin Hübbe.] [Jg. 1]. Nr 1 v. 1. Juni 1920. 2 Bl. 2° monatl. 2 Nrn. Hamburg: Verein f. d. Deutschtum im Auslande.
59. *Canada to-day*. 1920. The standard annual reference book on Canada. London: Canada Newspaper. 4° 2 s 6 d.
60. Der deutsche *Kaufmann* in Chile. Monatsblätter für den Bezirk Chile im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband Hamburg. Jg. 1. 1919/20. Santiago [Chile]: Deutschnat. Handlungsgeh.-Verband. Nr 1. Juli 1919. 8 S. 2°.
61. *Mitteilungen*. Hrsg. vom Bund der Auslandsdeutschen. Abteilung Amerika. Berlin: [Jg. 1 Nr 1.] Juni 1920. 8 S. 8°.
62. *American newspaper annual and directory*, 1920. A catalog of American newspapers. Philadelphia: Ayer. [1920]. 8° \$ 10.—.
63. *Der Ostmark-Deutsche*. Zeitschrift für die deutschen Ostmärker in Heimat u. Fremde. Nachrichtenblatt des Reichsverbandes Ostschutz. Hrsg.: E. Ginschel. Jg. 1. 1920. Nr 1 v. 1. Juli. Berlin: Reichsverband Ostschutz. 8 S. 4° Ersch.: monatl. 2 mal. vierteljährl. M 2.—.
64. *Annuaire de la presse française et étrangère*. Paris: Admin. de l'Annuaire [um 1920]. 8° fr. 25.—.
65. Die verlorene *Ostmark*. Monatsschrift d. deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge E. V. zugunsten d. deutschen Ostmark. Mit Beil.: Die künftige Ostmark. Blätter d. freien ostmärk. Volkshochschulen d. dt. Heimatbundes Posener Flüchtlinge. Schriftleig.: Dr. Franz Lüdte und Marie Matthias. Jg. 1. April 1920—März 1921. 12 Nrn. Frankf./O.: Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge. Vierteljährl. M 3.—.

66. *Volk und Gemeinde*. Nationalsozialistische Monatshefte. Hrsg. im Auftr. der Deutschen Nationalsozialist. Arbeiterpartei von Ing. Rudolf Jung. . . Jg. 2. 1920. jährl. K 18.—. Aussig: Verwaltung d. Zeitschrift. H 1. Januar 1920. 32 S. 8°.
67. *Vox medica*. Revista mensual de medicina y cirugía. Direktor: Dr. Joaquín J. Stutzin. Año 1. 1920. jährl. Pts 10.—. Berlin W 15: Transatlant. Verlag. Nr 1. Julio 1920. 26 S. 4°.
68. *The Indian Year-Book* 1920. Ed. by Sir Stanley Reed. Bombay: Times of India Press (1920). 8° 13 sh.

III. Zeitschriftenaufsätze.

69. *Bartholomaeus*, Unterliegt der Auslandsdeutsche der Erb-anfallsteuerpflicht? in: Deutsches Steuerblatt. Jg. 2. 1919/20. Nr 8. Köln: Schmidt.
 70. *Bernewitz*, Die evangelische Kirche in den baltischen Landen. Wie es kam und was daraus werden mag. in: Die evang. Diaspora. Jg. 2. 1920/21. H 3/4. Leipzig: Hinrichs.
 71. *Bernstorff*, Graf Joh. H., Wir und Amerika. in: Der getreue Eckart. Jg. 1. 1920/21. Nr 2. Berlin: Engelmann.
 72. *Blondel*, Georges, Impressions d'Allemagne. in: Revue bleue. Année 58. 1920. Nr 13. S. 389. Paris: Revue bleue.
 73. *Brehm*, C., Geschichtliche Übersicht über die deutsche Auswanderung. in: Raphaels-Blatt. N. I. Jg. 2. 1920. Nr 3/4. S. 25. Nr 5/6/7/8. S. 49. Freiburg: Caritas-Verl.
 74. *Deuerling*, Oswald, Von der preußischen Wallonei. in: Die Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 27. S. 3. Berlin: Die Grenzboten.
 75. *Hanseatischer Brief* (aus Danzig). [Die neuen Verhältnisse der „Freien Stadt“ Danzig nach dem Friedensvertrag.] in: Hanseatische Rechts-Zeitschrift. Jg. 3. 1920. Nr 6. Sp. 337. Berlin: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger.
 76. *Bruch*, C., Der Entomologe Hans Richter. in: Zeitsch. d. Deutschen Wissenschaftlichen Vereins zur Kultur- u. Landeskunde Argentiniens. Jg. 6. 1920. H. 1. S. 22. Buenos Aires: Deutscher Wissenschaftlicher Verein.
 77. *Dickmann*, Heinrich, Über Japan aus Sibirien in die Heimat. in: Nachrichtenblatt [für den] Kriegerdank der Auslandsdeutschen. Jg. 1. 1920. Nr 1. S. 11.
 78. *Feuchtwanger*, Leo, Das englische Ausländergesetz. in: Hanseatische Rechtszeitschrift. Jg. 3. 1920. Nr 6. Sp. 239. Berlin: Vereinig. wissenschaftl. Verleger.
 79. *Fittbogen*, Gottfried, Minderheitenschutz bei den Grenzdeutschen. in: Die Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 31/32. S. 125. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
 80. *Frommherz*, Fridolin, Venezuela u. seine deutsche Siedlung Tovar. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1920. Nr 8. S. 226. Berlin: Heymann.
 81. *Gargas*, Sigismund, Der Auswandererschutz in Polen. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 16. 1920. H. 1. Chronik u. Archivalien. S. 11. Jena: Fischer.
 82. *Girke*, Georg, Wo wohnen Deutsche in Europa? in: Jungdeutsche Stimmen. Jg. 2. 1920. H. 11/12. S. 267. Hamburg: Verl. d. Deutschen Volkstums.
 83. *Goldbeck*, Fr., Das Mahlerfest in Amsterdam. in: Nord u. Süd. Jg. 44. 1920. H. 550. S. 82. Breslau: Schles. Buchdr. u. Verl.-Ges.
- Vgl. hierzu die Abhandlung von P. Cronheim „Zum Kunstaustausch zwischen Deutschland und Holland“ mit einer Würdigung der Pflege Mahlers durch Mengelberg. in: Holland. Leipzig: E. A. Seemann 1919. S. 127 ff.
84. *Guessefeld*, Deutsches Vermögensrecht in den an Polen abgetretenen Gebieten. in: Bank-Archiv. Jg. 13. 1920. Nr 16—17. Berlin: de Gruyter.
 85. *Heinzelmann*, H., Die deutschen Kolonien in Grusien, Transkaukasien. in: Die evangelische Diaspora. Jg. 2. 1920/21. H 3/4. Leipzig: Hinrichs.
 86. *Herold*, Ed., Numantia, eine deutsche Archäologentat in Spanien. in: Illustr. Zeitung. Bd 154. 1920. Nr 4012. Leipzig: J. J. Weber.
 87. *Hirth*, Friedrich, Henri Heine — poète allemand. in: Das literar. Echo. Jg. 22. 1920. H 20. S. 1223. Berlin: Fleischel.

88. *Hering*, Hermann von, Die Geschichte des Rio de la Plata. in: Zeitschr. d. Deutschen Wissenschaftlichen Vereins zur Kultur- u. Landeskunde Argentiniens. Jg. 6. 1920. H. 1. S. 1. Buenos Aires: Dt. Wissenschaftl. Verein.
89. *Kreutz*, Die deutsche Auswandererfürsorge. in: Reclams Universum. Jg. 36. 1920. H. 29. Leipzig: Reclam.
90. *Litten*, Wilhelm, Kurt Wustrow. [Ein Nachruf.] in: Mitteil. der Deutsch-Pers. Gesellschaft. Jg. 2. 1920. Nr. 9. S. 119. Berlin: Dt.-Pers. Gesellschaft.
91. *Loening*, Der Entwurf der Danziger Verfassung. in: Preuß. Verwaltungsblatt. Bd. 41. 1919/20. Nr. 36/39. Berlin: Heymann.
92. *Lorédan*, Jean, Lille et l'invasion allemande. in: Nouvelle Revue. Jg. 46. Nr. 184. S. 227–242. Paris: Nouv. Revue.
93. *Lukas*, Georg A., Geistige Südmarkarbeit. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1919. H. 8. S. 508. München: Lehmann.
94. *Moeller*, Zu dem Briefe des Generalsuperintendenten Bursche in Warschau an Erzbischof Söderblom. in: Die christliche Welt. Jg. 34. 1920. Nr. 31. S. 485. Marburg: Christl. Welt.
95. *Oberschall*, Albin, Die Kreiseinteilung der tschechoslowakischen Republik. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1920. H. 20/21. S. 390. München: Callwey.
96. *Oldenbourg*, Fr., Buchhändlerische Wirtschaftspolitik. [Über die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen.] in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 1. 1920. Nr. 14. S. 241. Leipzig: Dt. Verlegerverein.
97. *Pertz*, Otto, Deutsche Auswanderung nach Rußland? In: Firm. Jg. 1. 1919. S. 507–510.
98. *Potocki*, Antoni, La question de la Haute-Silésie. in: La Revue mondiale. Année 31. Vol. 37. 1920. Nr. 14. S. 126. Paris: La Revue mondiale.
99. *Proebster*, Die „deutsche Gefahr“ in Marokko. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1920. Nr. 8. S. 220. Berlin: Heymann.
100. *Reinesch*, Fritz Heinz [aus Kronstadt], Handel und Gewerbe der Siebenbürger Sachsen in Vergangenheit u. Gegenwart. in: Der deutsche Kaufmann im Auslande. Jg. 8. 1920. Nr. 5. S. 162. Hamburg: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband.
101. *Ross*, W[illi], Mehr Auslandskunde. in: Die Gegenwart. Jg. 49. 1920. Juliheft 1/2. S. 264. Berlin: Die Gegenwart.
102. *Sassmann*, Hans, Die deutsche Bühne in der Tschechoslowakei. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1920. H. 20/21. S. 384. München: Callwey.
103. *Schaetzel*, [Walter], Deutsch-französ. Staatsangehörigkeitsfragen nach dem Versailler Friedensvertrag. in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 25. 1920. H. 13/14. S. 586. Berlin: Liebmann.
104. Aus einem *Schreiben* des Generalsuperintendenten Bursche in Warschau an den Erzbischof Söderblom in Upsala. in: Die Christliche Welt. Jg. 34. 1920. Nr. 30. S. 472. Marburg: Christl. Welt.
105. *Schwalb*, Deutsch-französische Staatsangehörigkeitsfragen nach dem Fr.-V. in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 25. 1920. H. 15/16. S. 640. Berlin: Liebmann.
106. *Schurhammer*, Georg, Brasilien. in: Die katholischen Missionen. Jg. 48. 1919/20. Nr. 10. S. 153. Freiburg i. Br.: Herder.
107. *Sieger*, Robert, Fehlerhafte Karten, eine Schädigung der neuen Auslandsdeutschen. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1920. Nr. 8. S. 214. Berlin: Heymann.
108. *Stichel*, Bernhard, Einwanderung, Konjunktur und Arbeitsmarkt. in: Der Bund. Jg. 3. 1920. Nr. 6. S. 85. Buenos Aires: Deutscher Volksbund für Argentinien.
109. *Sutter*, O. E., Die Messen und die Auslandsdeutschen. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1920. Nr. 8. S. 215. Berlin: Heymann.
110. *Tiedje*, Johannes, Dänische Untertanen deutscher Nation. in: Der getreue Eckart. Jg. 1. 1920/21. Nr. 2. Berlin: Engelmann.
111. *Treumund*, E., Theorie und Praxis in der ungarischen Nationalitätenfrage. in: Österreich. Rundschau. Bd. 64. 1920. H. 1. S. 9. München: Drei Masken-Verlag.
112. *Urban*, Eduard, Der wissenschaftliche Buchhandel u. die Auslandsverkaufsordnung. in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel. Jg. 87. Nr. 175. S. 932. Leipzig: Börsenverein d. Dt. Buchhändler.
- Der bekannte Verleger führt an Hand des Gutachtens des Volkswirtes Bernhardt am Beispiel Hollands aus, wie die Verkaufsordnung auf den kulturellen und politischen Einfluß Deutschlands im Auslande vernehmend einwirkt.
113. *Urban*, Eduard, Die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen und ihre schädlichen Wirkungen. in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 1. 1920. Nr. 12. S. 201.
- Eine der gründlichsten Untersuchungen von fachmännischer Seite über die kulturfeindliche Maßnahme der Verkaufsordnung.
114. *Vermeil*, Edmond, L'Allemagne politique. I. La nouvelle forme du pangermanisme. in: Revue des deux mondes. Jg. 90. 15. Juli 1920. S. 347. Paris: Revue des deux mondes.
- Der Verfasser sieht in der Demokratie, wie im Sozialismus, dem starken Kulturwillen und selbst den bolschewistisch-kommunistischen Strömungen des gegenwärtigen Deutschland nur neue Verkleidungen des alten Pangermanismus. Quod erat demonstrandum. H. M.
115. *Viator*, Sudetia irredenta. in: Deutsches Vaterland. Jg. 2. 1920. Aug.-H. S. 13. Wien: Deutsches Vaterland.
116. *Werner*, Rolf, Im Kampfe um Ostschlesien. in: Österreichische Rundschau. Bd. 64. 1920. H. 2. S. 59. München: Drei Masken-Verlag.
117. *Wertheimer*, Fritz, Ist das Kulturpropaganda? [Konsultationsgebührengesetz u. Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des deutschen Buchhandels.] in: Die Hilfe. Nr. 29. 1920. S. 442. Berlin: Die Hilfe.
118. Weitere *Wirkungen* der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen. in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 1. 1920. Nr. 13. S. 232. Leipzig: Dt. Verlegerverein.
119. *Wuerzburger*, [Eugen], Die Deutscherhaltung der Auswanderer. in: Reclams Universum. Jg. 36. 1920. H. 33. Leipzig: Reclam.
120. *Young*, George, A school of foreign affairs. in: The Contemporary Review. Nr. 655. July 1920. S. 51. London: The Cont. Review.
121. *Zoeller*, Hugo, Kamerun. Vor der deutschen Besitzergreifung. Die Forschungstätigkeit der Deutschen. Das Land. Die Eingeborenen. Unsere Kolonisation. Kamerun im Weltkriege. in: Mitteilungen d. Geogr. Gesellschaft in München. Bd. 14. 1920. S. 65. München: Lindauer i. Komm.

IV. Karten*).

Europa – Gesamt.

122. *Gabrys*, J., Carte ethnographique de l'Europe. 1:5 Mill. [nebst] Namensverzeichnis. Lausanne: Librairie Centrale des Nationalités. 1918. 79:105 cm. 21 S. 8° frs 5.—.

Die Karte ist nun erst jetzt zugegangen, da die Erwerbung ausländischer Karten zurzeit immer noch auf große Schwierigkeiten stößt. Auf diese Karte muß aber an dieser Stelle aufmerksam gemacht werden, weil als Verfasser der Generalsekretär der „Union des Nationalités“ genannt ist, ferner weil diese Karte Wilson gewidmet ist und, wie berichtet wird, der Friedenskonferenz in Paris vorgelegen hat. Die Karte ist trotz ihrer wissenschaftlichen Aufmachung (beigegeben ist eine 12 S. lange, allerdings lückenhafte Bibliographie) durch- aus fehlerhaft und tendenziös. Das Deutschtum ist in seiner Verbreitung so- wohl in den Grenzmarken wie außerhalb des Deutschen Reiches vielfach ganz falsch dargestellt. Kennzeichnend ist z. B., daß in Kongreß-Polen, abgesehen von Suwalki, darnach überhaupt kein Deutschtum vorhanden wäre usw. Auch sonst enthält die Karte absolute Unrichtigkeiten; man vergleiche z. B. hinsichtlich der Darstellung der früheren österreichisch-ungarischen Gebiete die Besprechung von Wutte in der Zeitschrift Carinthia 109/19, Heft 4 o. — Es ist dringend notwendig, diese z. T. offenbar bewußt falschen Darstellungen, mit denen man augenscheinlich auf gegnerischer Seite während der Friedens- verhandlungen in hohem Maße gearbeitet hat, als solche zu kennzeichnen.

Westdeutsche Grenzmarken.

123. Neue *Verkehrskarte* von Württemberg und Baden. 18. Aufl. 1:600 000. Stuttgart: Muth o. J. 39:43½ cm. M 2.—.

Übersichtshandkarte der südwestdeutschen Grenzmarken von Württemberg bis zum Bodensee und zwischen Straßburg und Nördlingen. In der allgemeinen Ausführung der unter Nr. 131, S. 479 ds. Jhg. genannten Karte entsprechend, nur ist die Darstellung mehr auf die Eisenbahnen beschränkt, die Signaturen für die Straßen haben jedenfalls keine besondere Erklärung gefunden. Insgesamt für den Handgebrauch weiterer Kreise.

*) Die Kartenbibliographie mußte diesmal aus äußeren Gründen frühzeitig abgeschlossen werden. Die nachträglich eingegangenen Karten werden in der nächsten Zusammenstellung aufgeführt werden.

124. Ravensteins *Verkehrs-, Rad- u. Automobilkarte* von Groß-Hamburg u. Schleswig-Holstein, sowie angrenzenden Gebiete. 1:300 000. Hamburg: Friederichsen [1920]. 91:77 1/2 cm. M 9.—.

Die Karte umfaßt in der Hauptsache Schleswig-Holstein und zwar schon in der neuen Abgrenzung, reicht aber im Südosten bis Wittenberge a. d. Elbe, nach Südwesten etwa bis Bremen. Die Abgrenzung ist insofern nicht günstig, als die neue dänische Grenze unmittelbar den Kartenrand bildet, während ein erhebliches deutsches Interesse an der Darstellung der ehemals deutschen nord-schleswigschen Gebiete auch weiterhin besteht. Inhaltlich bietet die Karte neben den Eisenbahnen vor allem das Straßennetz, das neben den politischen Grenzen und dem Wald durch besondere Kolorierung hervorgehoben ist. Unterschieden sind Haupt- und Nebenstraßen, stärkere Gefälle sind besonders bezeichnet, auch die Entfernungen jeweils angegeben. Bemerkenswert ist noch die Eintragung der für Groß-Hamburg vorgeschlagenen Grenze (vgl. Nr. 127). Bei einer Neuauflage wäre der ungrammatische Titel der Karte zu verbessern, auch könnte das Gradnetz genauer bezeichnet werden.

125. *Karte zum deutschen Grenzvorschlag für Schleswig* vom 17. 3. 1920 mit vorläufigen gemeindeweißen Abstimmungsergebnissen. Charlottenburg: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte. 1920. 10:17 cm. aus: Tiedje, Die deutsche Note über Schleswig.

Die Karte schließt, obwohl nur Schwarzdruck, in ihrer Abgrenzung und in der Methode der Darstellung ganz eng an die bereits unter Nr. 128, S. 349 ds. Jhr. besprochene Karte an, ergänzt sie aber insofern, als in einem kleinen Nebenkärtchen noch eine Übersicht des ganzen Abstimmungsgebietes und der Abstimmungsergebnisse gegeben wird, die bei der Unübersichtlichkeit der Hauptkarte nur zu begrüßen ist.

126. *Plan des Hamburger Hafens*. 2. Aufl. 1:10 000. Hamburg: Friederichsen 1920. 43:115 cm. M 12.—.

Vorzügliche Übersicht über Ausdehnung und sämtliche Anlagen des Hamburger Hafens in farbiger Ausführung mit ausführlicher Erläuterung der einzelnen Signaturen. Erwünscht wäre eine Erweiterung der Karte nach Norden und Süden, um die Lage des Hafens zur Umgebung klarer hervortreten zu lassen.

127. *Baumann, Fred S., Verkehrszeitenkarte* von Groß-Hamburg. 1:100 000. Hamburg: Friederichsen 1920. 44 1/2:63 cm. M 4.80.

Karte von Hamburg u. den umliegenden preußischen Gemeinden. Nach Angaben von Fred S. Baumann zsgest. 1:100 000. Hamburg: Friederichsen 1919. 44 1/2:63 cm. M 1.80.

Beide Karten interessieren im Zusammenhang mit dem bereits unter Nr. 124 erwähnten Plan eines Groß-Hamburg. Die erste stellt mit ihrer Ausscheidung von Marsch, Geest und Wald eine Art Bodenkarte dar, die allerdings Höhenangaben sehr vermissen läßt. Konzentrische Kreise verbinden die Orte gleicher Entfernung von Hamburg. Die zweite bringt die notwendige Ergänzung durch die Angabe der wirklich benötigten Verkehrszeiten zur Erreichung der einzelnen Orte ebenfalls vom Hauptbahnhof Hamburg aus.

Ostdeutsche Grenzmarken.

128. *Volz, Wilhelm, Zwei Jahrtausende Oberschlesien* in 8 Karten dargestellt unter Mitarb. v. B. Dietrich [u. a.] hrsg. von Wilhelm Volz. Breslau: Kommissionsverl. 1920. 23 S. 4° M 8.— und 20 %.

1. Joel, M., Oberschlesien von der germanischen Zeit bis gegen Ende der slavischen Zeit. 200—1150. gez. v. Alex. Kakuschke. 1:400 000. 44 1/2:39 cm.
2. Joel, M., Oberschlesien. Deutsche Zeit um 1350. gez. v. Alex. Kakuschke. 1:400 000. 44:38 1/2 cm.
3. Cuckel, Marg., Oberschlesien. Nach dem Homannschen Atlas. 1736. 1:400 000. 44:38 1/2 cm.
4. Oberschlesien i. Jahre 1831. 1:200 000. 86:76 cm.
5. Oberschlesien in der Gegenwart. 1:200 000. 87:77 cm.
6. Vogt, Maria, Bevölkerungsdichte von Oberschlesien. 1:400 000. 44:38 1/2 cm.

7. Drechsler, Helene, Bevölkerungsdichte 1910. 1:400 000. 44:39 cm.

8. Drechsler, Helene, Bevölkerungsbewegung 1871—1910. 1:400 000. 44 1/2:38 1/2 cm.

Die Karten stellen eine sehr willkommene Erweiterung der beiden bereits unter Nr. 126 S. 157 ds. Jhr. besprochenen Karten zu einem kleinen Atlaswerk dar, das für die Beurteilung der Entwicklung der oberschlesischen Grenzmark wertvolle landeskundliche Grundlagen der verschiedensten Art in z. T. mehr skizzenhafter aber äußerst eindrucksvoller Weise bietet. Der Inhalt der einzelnen Blätter ist aus den oben angeführten Untertiteln jeweils sofort ersichtlich. Auf Einzelheiten kann hier leider nicht eingegangen werden. Ein besonderer Text zu jeder Karte erleichtert das Verständnis. Dem Kartenwerk ist weiteste Verbreitung, namentlich auch in Schulen, zu wünschen. Erstrebenswert wäre, derartige Kartenwerke auch für unsere andern Grenzmarken herauszugeben.

Vgl. auch Nr. 126.

Baltikum.

129. *Lietuvos Zemlapis*, Karte von Litauen. Nach amtl. Quellen bearb. v. R. Friederichsen. 3. Aufl. 1:750 000. [nebst] Namensverzeichnis. Hamburg: Friederichsen 1920. 70:56 cm. M 8.40.

Die Neuauflage trägt den politischen Veränderungen der deutschen Nordostgrenze Rechnung, doch ist das politisch-geo-graphische Gesamtbild der Karte nur als vorläufig zu bezeichnen. Besser wäre jedenfalls gewesen, die strittigen Gebiete als solche zu kennzeichnen, da z. B. die vorgenommene Abgrenzung zwischen Litauen und Polen heute praktisch gar keinen Wert besitzt und höchstens falsche Vorstellungen erweckt. Im übrigen bietet auch diese Auflage in ihrer im allgemeinen sorgfältigen Ausführung ein ansprechendes Bild. Wünschenswert wäre vielleicht eine andere Kolorierung der obersten Höhenstufe. Die jetzige Kolorierung kann bei der Nahbetrachtung der Karte (z. B. bei Goldap) leicht zu Verwechslungen führen, bei der Fernbetrachtung aber hebt sich die Stufe nicht genügend heraus. Überhaupt ist die Karte mehr für den Handgebrauch geeignet.

130. *Eestimaa kaart*. 1:650 000. Tartus: Laakmann 1919. 63:39 1/2 cm. M 12.—.

Für den Handgebrauch weiterer Kreise in ziemlich roher Ausführung.

131. *Latwijaskarte*. 1:650 000. Dorpat: Laakmann 1919. 63 1/2:40 1/2 cm. M 12.—.

Ähnlich rohe Darstellung, ebenfalls nur für den Handgebrauch weiterer Kreise.

132. *Peucker, Karl, Deutsch-Österreich*. Nach den Friedensbestimmungen von St. Germain am 2. Sept. 1919. Auf Grundlage von Schedas Karte der Monarchie bearb. von Karl Peucker. 3. Ausg. 1:1 000 000. Wien: Artaria 1919. 75:56 1/2 cm.

Die Karte verzeichnet mittels besonderen Linienkolorits die neue Grenze von Österreich. Zum Vergleich sind die Grenzen der ehemaligen Kronländer eingetragen. Wertvoll ist die Angabe der Grenzen des geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Die Karte ist in erster Linie für den Handgebrauch bestimmt.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Eingegangene Zeitschriften.

Wenn die „Zeitungskunde“ (Verlag von Heidelberger in Berlin) im 2. Jahrgang ihr Erscheinen einstellte, so war wohl die große Zahl schon bestehender gleichgerichteter Fachblätter eine der Ursachen. Die „Zeitungskunde“ enthielt allgemeine Aufsätze, die auch über die Presse des Auslandes gut unterrichteten; in ihren „Geschäftsnotizen“ ließ sich das Auf und Ab der deutschen Presse, zum Beispiel der Übergang deutscher Grenzzeitungen in polnische, dänische, französische und tschechische Hände seit Ende 1918 gut verfolgen.

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge.

Pfarrer Grisebach sprach am 22. Juli im evangelischen Volksbund zu Freudenstadt im Schwarzwald über „Auswanderungsfragen, Auswanderungsziele und Haltsignale für Auswanderer“, am 23. Juli im evangelischen Volksbund der Paulusgemeinde, Stuttgart, über „Eindrücke aus dem kirchlichen Leben Nordamerikas“.

Gute Bücher über Polen.

Das Deutsche Ausland-Institut ist in der Lage, seinen Mitgliedern eine Anzahl von Büchern zu ermäßigtem

Preise zur Verfügung zu stellen, die angesichts der politischen Lage im Osten und der Ereignisse in Polen von ganz besonderem Interesse sind. Es handelt sich um eine Anzahl von Werken, die ihre Herausgabe der ehemaligen landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement Warschau verdanken. Das Deutsche Ausland-Institut hat die Bestände jener Kommission und die Fortführung ihrer Arbeiten übernommen. Die nachfolgenden Bücher werden an unsere Mitglieder bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle mit einem Preisnachlaß von 20 Prozent abgegeben, solange der Vorrat reicht:

1. Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde. Herausgegeben unter der Redaktion von Dr. E. Wunderlich auf Grund der Studienergebnisse der Mitglieder der Landeskundlichen Kommission. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Lexikonformat. 513 Seiten auf bestem Kunstdruckpapier mit 50 Textfiguren, 55 Tafeln in Licht- und Buchdruck und 19 farbigen Karten. In vornehmer Ausstattung in Halbleinen geb. M. 36.—.

Das Handbuch von Polen, welches das erste zusammenfassende Werk über Kongreß-Polen bildet und damit ein Gebiet behandelt, das für die deutschen Interessen im Osten von der allergrößten Bedeutung ist, verdient nach wie vor Beachtung. Jeder, der sich über Land und Leute unterrichten will und ein Nachschlagewerk benötigt, findet in dem Handbuch von Polen das für seine Zwecke geeignete Buch.

2. Fachwissenschaftliche Ergänzungsbände zum Handbuch von Polen in Lexikonformat auf bestem Kunstdruckpapier:

Band I: Geographischer Bilderatlas von Polen von Dr. E. Wunderlich. Mit über 100 Originalaufnahmen, 6 Spezialkärtchen und 1 Übersichtskarte. 3. verm. und verb. Auflage. Gebunden M. 7.—.

„Der Bilderatlas von Polen kann als ein Musterbeispiel einer geographischen Bildersammlung gelten. Die Auswahl der Bilder ist vorzüglich und betrifft alle Teile Kongreß-Polens gleichmäßig. Ein Meisterstück ist der Text.“ Geheimrat Penk in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 1918.

Band II: Bibliographischer Leitfaden für Polen von Dr. Hans Praesent. Einführung in die Literatur der landeskundlichen, völkischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Gebunden M. 5.50.

Der zweite Band bringt eine systematische Einführung in die wichtigste Literatur für praktische und wissenschaftliche Studien in Polen. Da der allergrößte Teil der Benutzer des Polnischen nicht mächtig sein dürfte, so ist jedem polnischen Zitat die möglichst wortgetreue deutsche Übersetzung beigegeben.

Band III: Das Polnische Bauernhaus. Mit 88 Originalaufnahmen, einer Karte im Text und 18 Tafeln. Von Dr.-Ing. W. Grisebach. Gebunden M. 12.—.

Der dritte Band gibt eine Einführung in die landesübliche polnische Holzbauweise auf dem platten Land und füllt damit zugleich eine Lücke aus in der Erforschung der allgemeinen Geschichte des Hauses überhaupt. Zweifellos wird mancher Deutsche, der bisher verächtlich auf das polnische Bauernhaus herabgesehen hat, nach dem Studium dieser Abhandlung mit besserem Verständnis das geschichtlich, künstlerisch und national Wertvolle dieses Hauses würdigen.

Band IV: Landschaften und Städte Polens und Litauens. Beiträge zu einer regionalen Geographie. Mit 35 Abbildungen

nach Originalaufnahmen, 1 Textfigur und 1 Karte. Auf Grund von Reisebeobachtungen im Dienst der landeskundlichen Kommissionen von Dr. phil. Max Friederichsen, Prof. a. D. Albertus Meier in Königsberg. Gebunden M. 7.—.

Die Betrachtungsweise ist die des schildernden Geographen, der bei der Niederschrift außer an Fachgenossen und geographisch bereits Vorgebildete auch an ein weiteres Lesepublikum gedacht hat.

Band V: Ethnographischer Bilderatlas von Polen (Kongreß-Polen). Mit 112 Originalaufnahmen und 2 Karten, von Dr. Arved Schulz. Gebunden M. 9.—.

Band VI: Geographischer Bilderatlas des polnisch-weißrussischen Grenzgebietes von Oberarzt Dr. B. Brandt. Mit 100 photographischen Aufnahmen und 1 Übersichtskarte. Gebunden M. 7.50.

Im weiteren lernt man die Bevölkerung in ihren Siedlungen kennen, man sieht den Bauer beim Hausbau und bei der Arbeit im Flur, Haus, Hof und auf dem Gute. Im übrigen wird die Stadt in ihrer Entstehung, ihrer örtlichen Lage, ihrem Verhältnis zum Dorfe und ihrer geschichtlichen Bedeutung beleuchtet und es werden die Typen der allgemeinen verbreiteten kleinen Landstadt Westrußlands, der historischen litauisch-polnischen Stadt und der modernen russischen Neugründung einander gegenübergestellt.

Band VII: Bilder aus dem Gesundheitswesen in Polen aus der Zeit der deutschen Verwaltung (1914—1918). Mit 150 photographischen Aufnahmen und 2 Übersichtskärtchen von Regierungs- und Medizinalrat Dr. G. Frey. Gebunden M. 13.50.

Mit dieser Schilderung werden die eifrigen Bemühungen der deutschen Meidizinverwaltung dargestellt, in dem hygienischen Unlande mit Hilfe deutscher und später auch polnischer Kreisärzte von Grund auf Wandel zu schaffen. Die Beobachtungen und die hygienische Arbeit erstreckten sich auf den Zeitraum vom 1. September 1914 bis zum 1. November 1918. Das hohe Verantwortungsgefühl, mit dem sich die deutsche Okkupationsregierung der Besserung der Zustände angenommen hat, kann mit Freude und Stolz erfüllen.

Im Anschluß an das Handbuch von Polen erschien unter dem Titel:

„Beiträge zur polnischen Landeskunde“
Pflanzengeographie von Polen (Kongreß-Polen)

in ihren Grundzügen dargestellt von Dr. Ferdinand Pax, Professor der Botanik. Lexikonformat. 148 S. auf Kunstdruckpapier mit 11 Karten im Text und 8 Tafeln. In vornehmer Ausstattung in Halbleinen geb. M. 16.—.

Berichtigungen.

Zu Heft 14, S. 428: Völkermarkt liegt in Kärnten, Abstimmungszone I, und nicht in der Tschechoslowakei.

Zu Heft 15, S. 461: Der Mitgliedsbeitrag des Bundes der Reichsdeutschen in Österreich beträgt für Wien nicht 10.—, sondern 40.— Kr.

Zu Heft 15 „Zur Abstimmung in Marienwerder“ von Ernst Hammer:

Seite 450, Dem Land der Weichsel, Strophe 3, Z. 3:

Ich n a h m doch ihren Pulsschlag mit (statt machte).

Seite 451, Sp. 1, Z. 18 von unten:

über unsern H ä u p t e r n (statt Kämpfern).

Seite 451, Sp. 1, Z. 2 von unten:

diese Abstimmungstage (statt Abstimmungen).

Seite 451, Sp. 2, Z. 27 von unten:

um ihre Farben (statt ihm).

Seite 451, Sp. 2, Z. 13 von unten:

den reinsfen Quell (statt neuesten).

Zu Heft 16, Seite 481, Z. 2: Ostens (statt Orkus).

Seite 481, Sp. 1, Z. 2: mittleren Ostens und Westens (statt Ostens und mittleren Westens).

Seite 481, Sp. 1, Abs. 2, Z. 2: ihrer (statt ihr).

Seite 482, Sp. 2, Absatz 1, letzte Zeile: Ansichten (statt Absichten).

Seite 489, Sp. 1, Rumänien, Z. 5: Brandsch (statt Bransch).

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. August 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 18

STUTTGART

Zweites Septemberheft 1920

Leider konnte die letzte Nummer unseres Blattes wegen des **Stuttgarter Generalstreiks** erst zwischen dem 7. und 10. September in die Hände unserer Leser gelangen. Aus gleichem Anlaß mußten, um das rechtzeitige Erscheinen der vorliegenden Nummer zu ermöglichen, die Bücherbesprechungen, sowie eine Anzahl eiliger, kleiner Nachrichten zurückgestellt werden.
Die Schriftleitung.

Auslandsdeutsche und Steuergesetzgebung

Nachdem mit dem Ausgleichsbesteuerungsgesetz die Steuergesetzgebung des Reichs zum Abschluß gekommen, die einzelnen Bestimmungen des nunmehr geltenden Steuerrechts und damit die ganze Schwere des künftigen Steuerdrucks weiteren Kreisen bekannt geworden ist, mehren sich die Stimmen, welche Kritik an den erlassenen Gesetzen und seinen Härten üben, und es werden positive Vorschläge zur Beseitigung oder zur Milderung der letzteren gemacht. Als eine besonders schwere, wenn nicht am schwersten betroffene Kategorie von Steuerpflichtigen haben die Auslandsdeutschen ihr Interesse an dieser Materie dadurch bekundet, daß sie von vornherein mit Wünschen hervortraten und Forderungen aufstellten, welche ihrer besonderen Lage im Steuerrecht Geltung verschaffen sollten. Wohl ist einiges erreicht worden (man vergleiche z. B. den Entwurf zum Ausgleichsbesteuerungsgesetz mit der Fassung des verabschiedeten Gesetzes), dennoch ist der Eindruck nicht abzuweisen, als habe man sich gar zu sehr von dem Grundgesetze des Schöpfens an der Quelle beherrschen lassen, aber den andern Grundsatz des Steuerrechts: Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, im Orange der Not doch ein wenig sehr aus den Augen verloren. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn ganze Steuerwunschkettel von den Auslandsdeutschen zusammengestellt und weitgehende, auch über das Ziel hinausschießende Forderungen laut werden, die als Reaktion gegen offensichtliche Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten unter Außerachtlassung der kritischen finanziellen Lage des Reichs bis zur Forderung der völligen Steuerbefreiung gehen. Dieser radikalste aller Wünsche kann und wird wohl kaum Verwirklichung finden. Eine Erörterung an dieser Stelle erübrigt sich um so mehr, als es an der elementarsten Voraussetzung aller ersprießlichen Diskussion — eindeutig festliegenden Begriffen — fehlt, denn weder gibt es einen allseitig gleichverstandenen Begriff „Auslandsdeutscher“, noch pflegt der Wünschende anzugeben, welche Definition der verschiedenen Steuergesetze (Reichsnotopfer, Steuerfluchtgesetz usw.) er angenommen wissen möchte. Aber auch die „völlige Steuerfreiheit“ bedürfte näherer Klärung, ehe man sich diese Forderung zu eigen machen oder sie ablehnen kann. Es wäre z. B. nicht recht einzusehen, warum ein Auslandsdeutscher, der bei Ausbruch oder während des Krieges ins Inland gekommen und hier ein regelmäßiges Einkom-

men aus einer Berufstätigkeit bezieht, der mehr oder weniger ruhig den Moment abwarten kann, wo ihm im Ausland eine Stellung mit höherem Einkommen winkt, nicht zu den Lasten des Reichs beitragen sollte wie jeder andere Staatsbürger. Die Tatsache, daß die Rückkehr ins Reich unter politischem Zwange erfolgte, kann nicht als zureichender Grund für die Forderung völliger Steuerbefreiung angesehen werden. Wer ins Ausland geht, tut dies im Regelfalle doch auch mit im Hinblick auf den eigenen privaten Vorteil und sollte sich darüber klar sein, daß mit den größeren Gewinnen auch die größeren Risiken verbunden zu sein pflegen, daß politische oder innerstaatliche Komplikationen eintreten und die Existenz erschüttern können. Die Auswanderung ist und kann kein Mittel sein, um sich aller staatsbürgerlichen Pflichten zu entziehen und sich gegen politische Fähigkeiten zu versichern.

Damit soll keineswegs einer schematischen Anwendung des Grundsatzes der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, ausgedrückt in Geldeinheiten des Einkommens oder Vermögens, das Wort geredet werden. Im Gegenteil soll und muß in ganz anderem Maße als bisher der besonderen Lage der Auslandsdeutschen Rechnung getragen werden. Nicht nur ist ihre schwächere Existenzbasis stärker zu berücksichtigen — ein Auslandsdeutscher mit nominell gleichem Einkommen, der aber im Auslande alles verloren und zu weitestgehenden Anschaffungen gezwungen ist, steht ganz anders da als ein Inländer, der, was Hausrat, Kleidung usw. betrifft, zum größten Teil von alten Reserven lebt —, eine steuerliche Begünstigung im Falle der Rückwanderung muß durchaus geboten und gerecht erscheinen, denn nicht nur ist es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, daß möglichst viele der im Auslande tätig gewesenen Reichsangehörigen die dort gewonnenen Kenntnisse zum Wohl des Vaterlandes wieder verwerten, es würde auch angesichts unseres niedrigen Marktwertes und des allgemein gesunkenen Geldwertes eine volkswirtschaftlich unerwünschte Schwächung der Leistungsfähigkeit bedeuten, wollte man den Rückwanderungswilligen wie den Inländer besteuern. Denn nominell gleiche Kapitalien stellen im Auslande und im Inlande eine durchaus verschiedene Leistungsfähigkeit dar und es ist somit eine steuerliche Begünstigung durchaus gerecht, ganz abgesehen davon, daß sie aus volkswirtschaftlichen

Gründen befürwortet werden kann. Im folgenden nun seien einige Wünsche der Auslandsdeutschen*) nach Abänderung von aus dem geltenden Recht sich ergebenden Härten hervorgehoben, die nicht nur Berücksichtigung verdienen, sondern eine solche zur Vermeidung schwerer Nachteile oder unerwünschter Verbitterung auch durchaus finden sollten.

Um mit dem Reichsnotopfergesetz zu beginnen, das wohl von allen Steuergesetzen die heftigsten Angriffe erfahren, so wäre die objektive Steuerpflicht für alle Entschädigungen aus Artikel 297 i des Versailler Vertrages einer sorgfältigen Revision bedürftig. Entweder man nimmt das Geld, wo man es am besten fassen kann, dann ist nicht einzusehen, warum die aus Artikel 260 des Versailler Vertrages Entschädigten nicht notopferpflichtig sind, oder aber man geht von Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit und Billigkeit aus, dann dürfte sich die Statuierung der objektiven Steuerpflicht für alle auf Grund des Artikel 297 i erfolgten Entschädigungen schwerlich rechtfertigen lassen. Aber auch die Bewertungsgrundsätze des § 2 Absatz 2 und 3 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes — Bewertung der in ausländischer Währung ausgedrückten Forderungen und Entschädigungssummen nach dem Tageskurse des für die Steuer maßgebenden Stichtages — sind mit Recht angegriffen worden. Zwar stellt § 8 desselben Gesetzes die Möglichkeit in Aussicht, die aus der gesetzlich vorgeschriebenen Bewertung der in § 8 des Gesetzes vom 31. August 1919 bezeichneten Ansprüche sich ergebenden Härten durch eine abweichende Bewertung auszugleichen. Dennoch können alle Befürchtungen hinsichtlich dieses Punktes noch nicht dadurch unbegründet erscheinen, daß dem Reichsfinanzminister der Erlaß der Vorschriften zum Ausgleich von Härten übertragen worden ist. Zwar hat derselbe bei der Beratung des Gesetzentwurfes die Hinzuziehung der beteiligten Kreise bei der Aufstellung der Vorschriften zugesagt. In welchem Maße und mit welcher Wirkung indessen eine solche erfolgen wird, darf nach früheren Erfahrungen bei Erlaß der Steuergesetze mit einiger Skepsis erfüllen, insbesondere da die Befürchtung nicht abzuweisen ist, daß der Reichsfinanzminister angesichts der finanziellen Bedrängnis, in der sich das Reich befindet, sich allzusehr von dem Wunsche der Erzielung hoher steuerlicher Einkünfte leiten lassen. Auch dürfte zu erwägen sein, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Maße auch die in § 9 des Reichsausgleichsgesetzes vorgesehenen Forderungen abweichend von der Bestimmung des § 2 Absatz 2 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes zu bewerten wären, insbesondere im Falle ihrer Verwendung im Auslande.

Ist die Besteuerung der Entschädigungen nach den geltenden Bestimmungen noch ganz und gar unbefriedigend, so ist es nicht minder der § 60 des Reichsnotopfergesetzes, welcher nur einen Betrag von M 50 000.— zur Wiederanschaffung von im Auslande verloren gegangenen Kleidungsstücken und Hausrat notopferfrei läßt. Diese Summe ist angesichts des gesunkenen Geldwertes und unserer schlechten Markvaluta viel zu niedrig. Nicht nur für den Ersatz des Verlorenen im Inlande wird bei einer mehrköpfigen Familie in vielen Fällen diese Summe ganz und gar unzureichend sein, es dürfte, falls eine Wiederbeschaffung insbesondere von Hausrat im Auslande in Frage kommt, bei einer Umwechslung in die fremde Valuta auch nicht annähernd etwas dem früheren Gleichwertiges beschafft werden können. Da der Inländer für den ganzen Wert seiner Haushaltsgegenstände und Kleidungsstücke steuerfrei bleibt, ist der Wunsch der Aus-

landsdeutschen auf Heraufsetzung des vom Notopfer befreiten Vermögensteiles resp. die Umwandlung der M 50 000.— in Goldmark durchaus zu unterstützen. — Eine weitere Forderung bezüglich des Reichsnotopfers wäre eine Revision des Artikel 2 Absatz 1, welcher zur Voraussetzung der Steuerfreiheit macht, daß die Rückkehr binnen Jahresfrist nach Friedensschluß erfolge. Ganz abgesehen von der Erschwerung, ja in vielen Fällen Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderung infolge der politischen Verhältnisse, muß es im höchsten Grade erbitternd wirken, wenn scheinbare Steuerfreiheit gewährt wird und die Schaffung der Voraussetzungen für die Ermöglichung hinausgezögert wird. Es ist unbillig, die Rückkehr binnen Jahresfrist als Voraussetzung der Steuerfreiheit zu fordern, solange man doch die wirtschaftliche Vorbedingung, die Entschädigung, nicht erfüllt hat oder nicht erfüllen kann. Je länger das Entschädigungsverfahren sich hinzieht, um so mehr ist auf eine Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse durch eine Abänderung des Artikel 2 Absatz zu dringen.

Durchaus zu unterstützen wäre auch die Freistellung der Entschädigungen aus Artikel 297 i des Versailler Vertrages von der Reichseinkommensteuer. § 5 dieses Gesetzes bestimmt, daß zum steuerbaren Einkommen gehören: „... sonstige Einnahmen ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einkünfte handelt, oder aus welchem rechtlichen oder tatsächlichem Grunde sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind.“ § 11 des Gesetzes erläutert diese Bestimmung durch eine Aufzählung dessen, was unter die Kategorie „sonstige Einnahmen“ zu rechnen ist, § 12 des Gesetzes durch Anführung von nicht-einkommensteuerpflichtigen geldlichen Anfällen. In der Liste des § 11 figurieren: „Zuschüsse und sonstige Vorteile“, einerlei, ob sie auf einem Rechtsanspruch oder ohne Bestehen eines solchen auf freiwilliger Zuwendung beruhen, „Entschädigungen“, die als Ersatz für entgehende Einnahmen gewährt werden, „Lotteriegewinne und ähnliche außerordentliche Einnahmen“, während der § 12 keinen steuerfreien Bezug aufzählt, welcher die von Reiche auf Grund des Artikel 297 i zu zahlenden Entschädigungen umfaßt. Bei den Auslandsdeutschen ist daraus die Befürchtung entstanden, daß auch diese zu den einkommensteuerpflichtigen Anfällen gehören. Wenn § 12 des Einkommensteuergesetzes dieselben nicht ausdrücklich ausnimmt, so kann das nicht als beweiskräftig angesehen werden, da dieser Paragraph offenbar nur eine Ergänzung des Begriffes „sonstige Einnahmen“ nach seiner negativen Seite hin sein, keineswegs aber eine erschöpfende Aufzählung dessen darstellen will, was der Einkommensteuer entzogen ist. Andererseits enthält § 11 keine Rubrik, welche zweifelsfrei die Friedensvertragsentschädigungen in sich begriffe. Dies unter „Zuschüsse und sonstige Vorteile“ einreihen zu wollen, dürfte eine Vergewaltigung des Sprachgebrauchs darstellen, da widersprochen werden müßte, da andernfalls willkürlicher Interpretation Tür und Tor geöffnet werden würde. Denn auch dem weiteren Zusammenhange ist u. E. zweifelsfrei zu entnehmen, daß bei Aufstellung dieser Kategorie von Anfällen der Gesetzgeber an ganz andere „Einnahmen“ als die auf Grund der Artikel 297 i des Friedensvertrages zu beanspruchenden gedacht hat. Ebenso wenig können die fraglichen Ansprüche unter „Lotteriegewinne und ähnliche außerordentliche Einnahmen“ gerechnet werden. Die Entschädigungen des Reichs können weder als „Zuschüsse“, noch als „freiwillige oder zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltungspflicht erfolgende Zuwendungen“, noch als „Vorteile“ ähnlicher Art angesprochen werden. Auch haben sie nicht entfernt Ähnlichkeit mit einem Lotteriegewinn. Wenn aber § 12 Ziffer 3 „Entschädigungen, die als Ersatz für

*) Unsere Ausführungen gründen sich auch auf Eingaben des Herrn Geh. Regierungsrats Günther, Generaldirektors der Anatolischen Eisenbahngesellschaft, die er uns in dankenswerter Weise zur Verfügung stellte.

entgehende Einnahmen gewährt werden“ aufführt, so dürfte hieraus rückschließend gerade auf Nichtbesteuerung der fraglichen Entschädigungen gefolgert werden, denn die Voraussetzung der Entschädigung ist nicht der Entgang von Einnahmen, sondern der Entzug einer Sache. Der Enteignete hat einen Anspruch auf Entschädigung, ganz einerlei, ob es sich um einen Gewerbebetrieb, um verlorenen Hausrat oder um eine Villa an der Riviera handelt, aus der nicht nur keine Einnahmen erzielt werden, sondern deren Nutznießung in keinem Verhältnis zu ihrem Wert und den Unterhaltungskosten zu stehen braucht.

Wenn der Gesetzgeber die fraglichen Entschädigungen der Einkommensteuer unterwerfen wollte, dann wäre § 12 Zeile 3 die geeignete Stelle gewesen, eine diesbezügliche Absicht zu erkennen zu geben. Da er das nicht getan, können wir die Befürchtung der Auslandsdeutschen, daß die Entschädigungen aus Artikel 297 i des Friedensvertrages der Einkommensteuer unterliegen, nicht teilen. Sollte sie sich trotzdem als begründet erweisen (vergl. § 1 Absatz 2 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes), so ist allerdings die volle Heranziehung derselben neben der Besteuerung auf Grund des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und des Reichsnotopfers als unbillig und ruinös zu bekämpfen.

Das Erbschaftsteuergesetz hat von den Auslandsdeutschen verhältnismäßig wenig Kritik erfahren, da einmal eine unmittelbare Veranlassung, sich mit den Bestimmungen derselben bekanntzumachen, in geringerem Maße gegeben ist, andererseits eine praktische Auswirkung des Gesetzes noch nicht hat erfolgen können. § 24 Nr. 1 Ziffer 1 bestimmt, daß die Steuerpflicht für den gesamten Erbanfall eintritt, wenn der Erwerber ein Deutscher ist, es sei denn, daß er sich länger als 3 Jahre im Auslande aufgehalten hat, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, oder daß er Auslandsdeutscher im Sinne des § 20 Absatz 1 Nr. 3 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 ist. Diejenigen, die die Voraussetzungen dieser Bestimmung nicht erfüllen, sind mit dem gesamten Erbanfall steuerpflichtig, selbst dann, wenn derselbe auch nach dem Recht des Gaststaates der Erbschaftsteuer unterliegt. Die Einschränkung des § 11 des Erbschaftsteuergesetzes, welcher für die Nachlaßsteuer vorsieht, daß bei Feststellung eines Nachlasses „soweit sich Vermögen im Auslande befindet, auf Antrag die in dem ausländischen Staat erweislich hierfür gezahlte Erbschaftsteuer als Nachlaßverbindlichkeit in Abzug gebracht werden kann“, ist unzureichend, denn die ausländische Erbschaftsteuer wird darnach nicht von der an Deutschland zu zahlenden in Abzug gebracht, sondern ist nur als „Nachlaßverbindlichkeit“ zu berücksichtigen, und auch das nicht von Gesetzeswegen, sondern nur auf Antrag. Diese rücksichtslose Doppelbesteuerung kann nicht anders als unheilvolle Folgen zeitigen, indem sie die Reichsangehörigen zum Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit treibt, ganz abgesehen von der Erbitterung, die sie schafft. Die Anrechnung der vom Gaststaate erhobenen Erbschaftsteuer auf die an das Reich zu zahlende Steuer ist das mindeste, was gefordert werden muß, wenn nicht die Frist für das Erlöschen der Steuerpflicht herabgesetzt wird, resp. die Erbschaftsteuer seitens des Reichs nur solange erhoben werden soll, als eine Erbschaftsteuerpflicht nach dem Recht des Gaststaates noch nicht gegeben ist. Einer Klärung bedürfte folgender Punkt: § 24, 1 Ziffer 2 bestimmt, daß die Steuerpflicht für den gesamten Erbanfall eintritt, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes ein Deutscher war. In auslandsdeutschen Kreisen ist die Befürchtung entstanden, daß diese Bestimmung die Befreiung im Falle des § 24 Nr. 1 Ziffer 1 aufhebt. Dieser Auffassung kann zwar nicht beigetreten werden, denn Ziffer 1

geht vom Erbberechtigten aus, Ziffer 2 vom Erblasser. Das Gesetz gibt keine Handhabe zu dem Schluß, daß bei Vorliegen der Voraussetzung in Ziffer 2 die in Ziffer 1 statuierte Befreiung aufgehoben werde. Immerhin ruft dieser Punkt Zweifel und Beunruhigung hervor und wäre somit zu klären.

Auch das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs entspricht noch nicht den Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit und Billigkeit, indem es die Auslandsdeutschen durch Umfang und Art der Heranziehung der Entschädigungsansprüche weitaus schlechter stellt als die Inlandsdeutschen. Während diese die Möglichkeit haben, bei Aufstellung der Steuerbilanz der wirtschaftlichen Lage Rechnung zu tragen, werden die Entschädigungen, auf die der Auslandsdeutsche Anspruch hat, zum Tageskurse der betreffenden ausländischen Währung am Stichtage der Steuer — dem 30. Juni 1919 — bewertet. Dadurch wird ein rechnerischer Vermögenszuwachs konstruiert, der tatsächlich nicht vorhanden ist. Ferner muß es unbillig erscheinen, daß der Auslandsdeutsche mit seinen gesamten Entschädigungen, auch solchen für Betriebs- und Grundvermögen, herangezogen werden soll, während der Inlandsdeutsche gemäß § 5 des Vermögenszuwachssteuergesetzes vom 3. Juli 1920 für einen Vermögenszuwachs des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens nicht abgabepflichtig ist. Zwar hat nach § 8 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes der Reichsfinanzminister Vorschriften zu erlassen, wonach zum Ausgleich von Härten eine abweichende steuerliche Behandlung eintritt, wenn dem Berechtigten ein landwirtschaftliches, gewerbliches oder kaufmännisches Unternehmen liquidiert worden ist und die Entschädigungssumme nachweislich und unter Überwachung des zuständigen Reichsministers zur Schaffung einer entsprechenden Unternehmung im Inland oder zum Wiederaufbau einer entsprechenden Unternehmung im Ausland verwandt werden. Doch sieht diese Bestimmung nur eine abweichende Bewertung, nicht aber eine Außeransatzlassung eines etwaigen Vermögenszuwachses des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens vor. Angenommen selbst, daß derartige Fälle nicht häufig zu verzeichnen wären, ist doch zu fordern, daß unter allen Umständen mit gleichem Maße gemessen und daß das, was dem einen gewährt, auch dem andern zugebilligt werde.

Das Ausgleichsbesteuerungsgesetz endlich bedarf noch hinsichtlich eines wichtigen Punktes einer Klärung oder einer Abänderung, je nach dem, um dem Erfordernis steuerlicher Gerechtigkeit zu entsprechen. § 1 dieses Gesetzes unterwirft die Entschädigungsforderungen, wie aus dem obigen ersichtlich, sowohl hinsichtlich des Vermögenszuwachses wie auch des Reichsnotopfers, möglicherweise auch der Einkommensteuer, einer besonderen Besteuerung. Nun gestattet § 15 Ziffer 5 des Gesetzes über das Notopfer, die nach dem Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zu entrichtenden Abgabebeträge vom Vermögen abzuziehen, soweit sie am Stichtage — dem 31. Dezember 1919 — noch nicht gezahlt sind. Das Beichsausgleichsbesteuerungsgesetz bezieht sich auf Forderungen, während es sich im § 15 des Reichsnotopfergesetzes um eine Vermögensmasse handelt. Jenes Gesetz hätte daher eine Klausel enthalten müssen, daß die zitierte Bestimmung bei der Besteuerung der Entschädigungsforderungen eine entsprechende Anwendung erfahre. Daß dies geschehe, muß durchaus gefordert werden, soll nicht der Grundsatz der gerechten Besteuerung ganz und gar von dem des möglichst ausgiebigen Schöpfens an der Quelle verdrängt werden. Oder sollte man glauben, zu dieser unterschiedlichen Besteuerung berechtigt zu sein in der Annahme, daß eine Steuer weniger empfindlich ist, wenn sie von einer Forderung des Steuerpflichtigen

einbehalten werden kann, als wenn sie in bar entrichtet werden muß?

Nachdem die Geduld der Auslandsdeutschen durch die Verzögerung der Entschädigungsfrage auf eine harte Probe gestellt worden ist, wäre zu wünschen, daß dieselbe durch mangelndes Verständnis für die verschiedenen Besteuerungsfragen nicht über die Belastungsmöglichkeit hinaus angespannt werde. Wenn es verständlich ist, daß bei der schnellen Erledigung der Steuergesetze nicht alle Möglichkeiten berücksichtigt und alle Folgen übersehen werden konnten, so ist doch zu fordern, daß Mängel und Härten der Gesetze nach Bekanntwerden, sofern sie nicht schon durch Erlaß von Ausführungsbestimmungen beseitigt werden können, durch Abänderung des bestehenden Rechts mittels formellen Gesetzes ausgeglichen werden. Es ist dies eine Forderung nicht nur steuerlicher Gerechtigkeit, sondern auch wirtschaftlicher und politischer Klugheit. Denn gerade die Auslandsdeutschen, die mit den ausländischen Verhältnissen vertraut

sind, erfüllen am besten die Voraussetzungen für die Neubahnung und Neuknüpfung internationaler Beziehungen, deren wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft nicht entbehren können. Ein Gebot politischer Klugheit aber ist es, die Unzufriedenheit, die bereits weiteste Kreise erfüllt, nicht unnötig zu mehren, sondern der Reichsüberdrüssigkeit, auf die man hin und wieder schon stößt, den Nährboden durch Berücksichtigung gerechter Forderungen abzugraben. Jeder, der in der Lage dazu ist, sollte daher dazu beitragen, daß eine gerechte Lösung gefunden werde, welche in gleicher Weise den finanziellen und volkswirtschaftlichen Interessen des Reichs und der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Auslandsdeutschen und ihren Bedürfnissen Rechnung trägt*). Dr. Margarete Wedemeyer.

*) Das Deutsche Ausland-Institut, das schon mehrfach eine Klärung zweifelhafter Fragen zuständigen Orts angeregt hat, wird es sich angelegen sein lassen, auch hinsichtlich einiger im obigen berührten steuerlichen Unsicherheiten Klarheit schaffen zu helfen.

Zur Auswanderer- und Siedlungsfrage

Von Pastor-WILH. FUGMANN, Ponta Grossa, Staat Paraná-Brasilien.

Diese Ausführungen sollen Aufklärung geben über Fragen, mit welchen sich jeder, der auszuwandern gedenkt, zu befassen hat. Ihr ganzer Vorzug ist, daß die klare Wahrheit geschildert ist. Ich möchte von keinem den Vorwurf hören: Du bist schuld daran, daß ich die Heimat verlassen habe! — Aber von jedem, der nun einmal auswandern mußte, möchte ich hören: Deine Ausführungen waren mir ein guter, aufrichtiger Ratgeber! Weiter will der Aufsatz auch nichts sein! Meinen Stammesgenossen wollte ich einen Dienst erweisen — wie Luther sagte: „Meinen Deutschen bin ich geboren, denen will ich dienen!“

Wilhelm Fugmann, Pastor.

1. An die Heimat.

Die Zeitungen berichten uns immer wieder aufs neue von den vielen Auswanderungslustigen aus der alten Heimat, welche sich im Ausland ein neues Heim gründen wollen, und daß vor allem Chile, Argentinien, Paraguay und die drei Südstaaten von Brasilien: Rio Grande do Sul, Sta. Catharina und Paraná besonders dazu ausersehen sind. Phantastische Zahlen werden genannt, 5—10 Millionen sollen es sein, welche auswandern. Bis jetzt fehlen wirklich sichere Nachrichten, aber eine große Zahl wird es sein, welche durch den schrecklichen Friedensvertrag gezwungen ist, die alte Heimat zu verlassen. Die Notwendigkeit einer zahlreichen Auswanderung ist vorhanden, aber man hüte sich vor allzu großer Eile, denn das Glück blüht auch nur wenigen in der Fremde! Gewissenlose Agenten sind jetzt schon an der Arbeit, welche ihre Stammesgenossen an das Ausland verkaufen. Man hüte sich vor ihnen und wende sich an wirklich vertrauenswürdige Gesellschaften und Behörden, welche sich mit der Auswanderungsfrage befassen. Es sind wenige Jahre her, da wurden durch solche gewissenlose Agenten Arbeiter für die Madeira-Mamoré-Railway-Compagnie gesucht und angeworben. Die Verpflegungsverhältnisse waren vollständig mangelhaft, Malaria und andere Krankheiten rafften die unglücklichen Opfer haufenweise hinweg! Ähnliche Beispiele ließen sich noch mehr anführen.

Darum Vorsicht und keine Übereilung! Erst genau erkundigen, nicht kopflos in sein eigenes Unglück rennen! Mögen die Prospekte noch so verlockend sein; alle tragen zu dick blühende Farben auf. Auch im Ausland gibt es kein Brot ohne Arbeit; es muß hier mehr gearbeitet werden als in der alten Heimat, andernfalls ist es unmöglich, vorwärts zu kommen.

Die im letzten Jahrzehnt in Brasilien betriebene Kolonisation kann sich keiner besonderen Fortschritte rühmen, trotz starker Einwanderung vor dem Kriege. 90 % verließen die Kolonien wieder, kehrten zum Teil zurück in die Heimat oder zogen

in die nächsten Städte. Die meisten Einwanderer waren Industriearbeiter aus Großstädten und an ganz andere Verhältnisse gewöhnt. Viele kamen ganz abgerissen nach den Städten zurück. Was man da zu hören und zu sehen bekam, das konnte keineswegs zur Ansiedlung ermutigen. — Die ausgegebenen Prospekte verheißen ein Schlaraffenleben — alles in Hülle und Fülle — es sind aber Märchen —! Wie wurde den Armen ihr Weniges, was sie mitbrachten, noch oft abgegaunert durch hohe Preise! Die Unterstützung, welche den Kolonisten versprochen worden war, erhielten sie keineswegs in bar Geld, sondern in sogenannten „Vales“ oder Wertscheinen, welche von den Geschäften unter dem Kurswert des anderen Geldes verrechnet wurden, und nur von bestimmten Geschäften überhaupt als Zahlungsmittel angenommen wurden, und diese wieder staken mit den Koloniebeamten unter einer Decke. Die Preise, welche die Kolonisten zu zahlen hatten, waren dadurch oft sehr hoch, während ihre eigenen Produkte sehr schlecht bezahlt wurden. Geld bekam der Kolonist überhaupt nicht zu sehen, alles ging im Tauschhandel.

Tagereisen weit ins Innere wurden die Leute geschleppt, wohin noch keine Fahrwege führten, und die Besitztümer der Einwanderer wurden auf Maultieren befördert. Mancher wäre gerne da schon wieder umgekehrt, hätte er nur die Mittel dazu gehabt! An der Ausbeutung der armen, der Landessprache unkundigen Einwanderer beteiligten sich nicht selten früher eingewanderte Stammesgenossen, welche sich das Vertrauen durch kleine Gefälligkeiten erschlichen hatten.

Damals machte die Heimat in der Behandlung der Auswandererfrage einen großen Fehler. Man übersah vollständig die bereits organisierten Auslandsdeutschen, man hätte mit ihnen in Verbindung treten, mit ihnen beraten sollen! — Wird nun eine neue Auswanderung stattfinden, so sollten die heimischen Gesellschaften das im Ausland lebende Deutschum nicht ignorieren, sondern mit demselben in geregelte Verbindung treten und nie-

manden auswandern lassen, bis bestimmte Auskunft auf Anfragen angekommen ist; dann wird mancher Fehlschlag vermieden. Fast in jeder brasilianischen Stadt bestehen deutsche Vereine und Kirchengemeinden, an welche man sich um Rat und Auskunft wenden kann*). Diese Auslandsdeutschen kennen die Verhältnisse, die Landessprache, die staatlichen Einrichtungen, das Klima, die Boden- und Wegverhältnisse, die Produkte, die Absatzmöglichkeiten, kurzum, sie können wirklich Auskunft geben, wenn sie darum angegangen werden. Oft kommen allerdings auch Einwanderer an, die alles besser wissen und erst durch Schaden klug werden wollen. Ein solcher Kluger kam von einer sechstageseitigen Reise von hier entfernten Kolonie ganz enttäuscht zurück und klagte! Ich fragte ihn, warum er nicht gekommen sei, ehe er auf die Kolonie ging, ich hätte ihm über die dortigen Verhältnisse schon vorher Auskunft geben können. — „Ich hätte es Ihnen damals doch nicht geglaubt“, antwortete er mir freimütig. Auch fanden die meisten mein Haus erst dann, wenn sie bettelarm geworden und der Hilfe bedürftig waren, dann fragten sie: Was nun? Wie viele hätte man vor Enttäuschung bewahren können, wenn alles planmäßig vorbereitet gewesen wäre! — Aus den Erfahrungen können wir mancherlei für die Zukunft lernen!

2. Wer nur soll auswandern?

Umstürzern verbieten die Gesetze den Zutritt des Landes, sie werden ohne weiteres wieder nach der Heimat auf den Schub gebracht. Die hiesige Regierung macht mit solchen Leuten kurzen Prozeß!

Bauern und Kleinhandwerker, welche Lust an kräftigem Angreifen der Arbeit haben, und zwar jeglicher Arbeit! Damit ist eigentlich schon alles gesagt. Fürsorge- und Armen- oder Arbeitslosenunterstützung gibt es von Staats wegen hier nicht. Wer nicht arbeitet, hat auch nichts zu essen! Auch darf der Einwanderer keine großen Ansprüche ans Leben stellen, je bescheidener, um so besser. Das Kolonistenleben ist kein Kinderspiel, es erfordert kräftige Menschen, gesund an Leib und Seele. Ideale darf einer reichlich mitbringen, nur Utopien lasse er zu Hause! Mancher hat in der alten Heimat eine blutrote Krawatte getragen und kommt vollgestopft mit Schlagwörtern hier an; im Wald und auf dem Kamp lernt er um. Wie oft wünschten wir Auslandsdeutschen den Unzufriedenen und Verhetzten nebst ihren Hetzern ein Jahresstudium der Kolonistenarbeit im Urwald! Mancher, der früher über die „Pickelhaube“ schimpfte, hätte sich solch einen „Schutzengel“ zur Seite gewünscht bei den „freiheitlichen Landesgewohnheiten“. Mancher hat über die heimatliche Steuerschraube geschimpft, bis er die hiesige kennen gelernt hat. Vor mir liegt eine Streichholzschatel und nun höre, was hier für Steuern daraufliegen, die selbstverständlich alle der Verbraucher letzten Endes zu bezahlen hat. Fabriksteuern, Steuern des Geschäfts im Handel und Kleinhandel, Verbrauchsteuer mit Stempelmarke, von 30 Reis ist jede Schachtel versehen, macht für ein Paket 300 Reis, nach heutigem Kurs 5 ₰! Das ganze Paket im Geschäft kostet 900 Reis, nach heutigem deutschen Kurs — 15 ₰! — Diese indirekte Besteuerung ist für den Verbraucher im Jahre keine kleine Summe. Ich will es mit dem einzigen Beispiel genug sein lassen und nur bemerken, daß alles mit Steuermarken beklebt ist!

Und nun das Beamtenwesen! Wer hat nicht oft die bis ins Lächerliche gehende deutsche Bürokratie bespöttelt. Repu-

blikern begünstigen die Advokatenregierung, welche von den Feindschaften und Streitigkeiten ihrer lieben Mitmenschen leben. Dabei spielt die Vettern- und Gevatternwirtschaft die Hauptrolle. Was sich daraus ergibt, kann sich jeder selbst vorstellen. Wie oft entfuhr uns das Wort: „Na, so etwas ist drüben doch nicht möglich!“ Heute sind wir darin etwas bescheidener und wenden es auf die Vergangenheit an und sagen: „Na, so etwas war früher in Deutschland doch nicht möglich!“

Man wundere sich über nichts! Wer das kann, der kann ins Ausland gehen. Aber der Kolonist arbeite, arbeite, sonst hat er gar nichts! Und wenn einer arbeiten kann und will, wird er dann nicht doch noch besser tun, in der Heimat zu bleiben?

3. Wohin?

Nordamerika hat vorläufig seine Grenzen der Einwanderung gesperrt. Es kommen also hauptsächlich Süd- und Mittelamerika in Betracht und die betreffenden Länder scheinen gerne bereit zu sein, Einwanderer aufzunehmen; daß sie bei dem großen Angebot wählerisch sein können, ist zu verstehen. Sie wollen nicht alle und jeden. Es muß sich jeder über sein Betragen in der alten Heimat ausweisen können. Die Paßgesetze sind scharf und wer in irgendeiner Weise verdächtig ist, dem wird die Landung verweigert, wer umstürzlerisch tätig ist, wird wieder abgeschoben.

Hat nun einer wirklich den festen Vorsatz auszuwandern und entspricht er allen Anforderungen, so kann er sich seine neue Heimat selber wählen. Argentinien kolonisiert. Ich kenne das Land und seine Verhältnisse zu wenig und füge darüber einen Abschnitt aus einer Zeitung bei, der über die Siedleraussichten einigen Aufschluß gibt:

„Die Einwanderung nach Argentinien muß nicht gerade sehr empfehlenswert sein, wie man aus zwei Meldungen schließen kann, die wir hier zum Abdruck bringen. Der Argentinische Volksfreund schreibt:

„Mit dem Dampfer *Hollandia* werden unter andern deutschen Auswanderern gegen 400 ehemalige deutsche Offiziere als Vaterlandsmüde hier eintreffen. Diese bemitleidenswerten Verteidiger des deutschen Vaterlandes, die jahrelang mit Einsetzung ihrer besten Kräfte dem Wohle des Vaterlandes gedient haben, werden hier bald um eine weitere Enttäuschung reicher werden. Diese Leute würden wohl am besten tun, ihre Schritte nach Paraguay zu lenken, wenn sie es nicht vorziehen, wie bereits so viele es getan, mit demselben Dampfer nach Hause zurückzufahren.“

Hiernach zu schließen, muß es also für die Einwanderer in Argentinien durchaus nicht rosig aussehen. Die zweite Meldung, auf die wir uns oben bezogen, ist die Antwort der Ortsgruppe Buenos Aires des Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Vereins auf die Frage: Kann den deutschen Handlungsgehilfen die Auswanderung nach Argentinien empfohlen werden? Die Ortsgruppe Buenos Aires beantwortet die Frage folgendermaßen:

„Der Krieg hat naturgemäß auch Argentinien arg in Mitleidenchaft gezogen. Infolgedessen ist gegenwärtig die wirtschaftliche Lage noch gar nicht fest und geklärt. Die unsicheren politischen Verhältnisse in Europa wirken auch auf den argentinischen Handel ein und ist im allgemeinen eine gewisse Zurückhaltung festzustellen. Hierin hat auch der Friedensschluß keinerlei Änderung gebracht, so daß dieser Zustand wahrscheinlich noch längere Zeit dauern wird. Die von unseren Feinden während des Krieges aufgestellten Schwarzen Listen haben dem deutschen Handel auch in Argentinien schweren Schaden zugefügt. Die hiesigen und neutralen Geschäfte mußten ihre deutschen Angestellten, die teilweise schon jahrelang in den Firmen tätig waren, ausnahms-

*) Das D. A. I. hat mit sämtlichen ihm bekannt gewordenen Vereinen die Verbindung aufgenommen und vermag durch seine Vertrauensstellen jederzeit genaue Erkundigungen einzuziehen. Die Schriftleitung.

los entlassen. Diese Angestellten sahen sich daher gezwungen, sich mit mehr oder weniger Glück anderen Erwerbszweigen zuzuwenden. So fristen heute noch Hunderte deutscher Handlungsgehilfen ihr Leben als Landarbeiter oder in anderen untergeordneten Stellungen. Die deutschen Firmen, auf die der Neuankömmling in erster Linie angewiesen ist, sind mit Angeboten überschwemmt, da in Argentinien augenblicklich genügend Stellenlose vorhanden sind. Wir können unsere Berufsgenossen daher nur dringend vor einer Auswanderung nach Argentinien warnen.“

In Paraguay wird ebenfalls kolonisiert, aber auch darüber kann ich kein persönliches Urteil abgeben.

Die Freunde in der Heimat machen sich doch allzu wunderliche und rosige Vorstellungen über die südamerikanischen Verhältnisse. So erhielt ich dieser Tage einen Brief aus der Heimat, daß zwei junge Männer, Bekannte des Briefschreibers, gesonnen sind, nach Argentinien auszuwandern; der eine ist Schiffsoffizier, der andere Schiffsingenieur, sie wollten dort „Landwirte“ werden. Dazu gehört Kapital und persönliche Arbeitsleistung; auf Hilfskräfte ist wenig zu rechnen, wenig Verlaß und sind sehr teuer!

Die Südstaaten von Brasilien haben im Laufe des vorigen Jahrhunderts bereits vielen tausend Deutschen neue Heimstätten und gutes Fortkommen geboten, aber den Erfolg haben sie ihrem Fleiß zu danken. Deutscher Fleiß hat blühende Kolonien und Städte geschaffen, dem neuen Vaterland zu Nutz, dem alten zur Ehre! Man hat den hier wohnenden Deutschen von seiten der Hetzer viel Böses nachgesagt und von der „deutschen Gefahr“ hat vor kurzem erst wieder einer im Bundesrat geredet. Daß es nur neidische Hetzen sind, welche nativistischem Über-eifer entspringen, liegt klar auf der Hand. Aber doch hat diese Hetze schon manchen deutschen Siedler bewogen, den Wanderstab wieder zu ergreifen, um anderswo unbelästigt leben zu können. Auch die Hetzen während des Krieges haben das Land vielen verleidet. Das muß jeder Einwanderer klar erkennen und beachten, bevor er Brasilien als zweite Heimat betritt.

Brasilien mit seinen ungeheuren Ländereien, bietet zweifellos günstige Siedlungsgelegenheit und auch wirtschaftliche Vorteile und Aussichten für die Zukunft, wenn auch die ständige Sorge der Überhandnahme des deutschen Elementes viele Lusobrasilianer nicht ruhig schlafen läßt! In der Tendenz, die deutsche Sprache zu erhalten und zu pflegen, sehen sie eine nationale Gefahr! Und das ganz mit Unrecht. Der Deutschbrasilianer beschäftigt sich mit der Politik fast gar nicht, er kümmert sich eigentlich viel zu wenig darum! — Er erfüllt seine Pflicht dem Lande gegenüber wie jedes andere, ist ruhig, arbeitsam, zahlt seine Steuern und läßt seine Söhne in die Uniform stecken! Während des Krieges galt seine Sympathie Deutschland, er trug alles ruhig und gelassen, er hat sich in jeder Weise taktvoll benommen, so daß nun mancher Lusobrasilianer erkennt, daß die „deutsche Gefahr“ in Wirklichkeit gar nicht besteht, und das wird in Zukunft an einer Besserung des Verhältnisses mitwirken, und wir können ruhig sagen: Brasilien bietet für jeden fleißigen deutschen Einwanderer die gleiche Aussicht wie jedes andere südamerikanische Land und ist andern noch vorzuziehen!

Wollen wir vor allem den brasilianischen Bundesstaat Paraná ins Auge fassen. Er umfaßt einen Flächenraum von 175000 qkm mit etwa $1\frac{1}{2}$ Million Einwohner, darunter ungefähr 20000 deutscher Abkunft, welche sich in Handel, Industrie und Landwirtschaft betätigen. Die Hauptstadt ist Curitiba, die Hafenstadt Paranaguá. Größere Städte sind Ponta Grossa, Castro, Rio Negro, Lapa, Imbituva und Guarapuava. In diesen Ortschaften, außer der letztgenannten, sind deutsche Kirchengemeinden und Vereine. Das Klima ist, mit Ausnahme der Küstengebiete und

teilweise am Paranáfluß, für den Europäer zuträglich. Große Kampländereien, wie ungeheuer Waldungen sind zu finden. Die Hauptausfuhrprodukte sind Hölzer, Herva-Mate, der sogenannte Parana- oder Paraguaytee (*Ilex Paranaensis*). Die Bodenbeschaffenheit ist äußerst unterschiedlich. Magerer Kampboden bis zum besten humusreichen Urwaldboden findet sich vor. Was der erstere an Arbeit und Mühe erspart, das kostet er mehr an Düngemitteln, sonst wächst an vielen Stellen nicht einmal die bescheidene Mandiokapflanze, welche in den letzten Jahren viel angebaut wurde. — Der Waldboden ist für erfolgreiche Pflanzwirtschaft gut geeignet, aber er muß erst abgerodet werden — eine mühevoll Arbeit. Mit dem Pflug in solcher Rodung zu arbeiten, kann erst nach drei bis vier Jahren geschehen, wenn die zahlreichen Wurzelstöcke verfault sind. Wer das Waldschlagen nicht gewöhnt ist, der möchte in dem Dickicht oft verzweifeln, in dem er sich kaum rühren kann. Ist der Boden sauber, alles zu rechter Zeit geschlagen, gebrannt und gepflanzt, kommen keine Heuschrecken, Raupen, Ameisen oder anderes Ungeziefer, dann kann der Kolonist vom Waldboden reichlich ernten.

Wer sich im Ausland eine Zukunft erobern will, bedarf großen Fleißes, großer Ausdauer und muß einige Geldmittel zur Verfügung haben, damit er die schwierigsten Anfangsjahre überstehen kann.

Vor dem Kriege kolonisierte die Regierung und die Eisenbahngesellschaft S. Paulo-Rio Grande mit verschiedenem Erfolge. Die Kampländereien wurden in zu kleinen Teilen abgegeben, für richtige Viehzucht zu klein, für Ackerbau zu mager. Die Waldländereien hätten sich zur Landwirtschaft wohl geeignet, da sie aber in dem Gebiete lagen, um welches sich die Staaten Paraná und Sta. Catharina jahrzehntelang zankten, so hatte sich in diesem umstrittenen Gebiet allerlei Gesindel zusammengefunden, welches immer wieder Streitigkeiten hervorrief, die unter dem Namen „Fanatikeraufstände“ bekannt sind. Darum bot die Ansiedlung den Kolonisten zu wenig Sicherheit. Nachdem der Grenzstreit durch Übereinkommen endlich gelöst worden war, übernahm die Kolonisationsgesellschaft H. Hacker & Cie. in Porto União die Ländereien zur Besiedlung.

Die Regierung kolonisierte ebenfalls, aber auch mit recht wenig Erfolg. Sie hat den Grundsatz, in den Kolonien gemischte Bevölkerung anzusiedeln, Deutsche, Polen, Italiener, Russen (Deutschrussen), Letten usw., kurzum alles durcheinander zu mischen. Dadurch soll die Einheitlichkeit der portugiesischen Landessprache als Umgangssprache herbeigeführt werden. Ein wunderliches Sprachgemisch war die Folge; abgesehen von den fortwährenden Nationalitätenstreitigkeiten, welche nicht selten blutigen Ausgang hatten. Diese Zustände bewogen eine große Anzahl zur Abwanderung. Wie diese „europäische Mischung“ zur Erlernung der Landessprache führen sollte, ist nicht abzusehen, da es selten zu staatlichen Schulgründungen kam, weil keiner der hiesigen Lehrer sein Lichtlein im Walde leuchten lassen wollte. So waren die Kolonisten dazu gezwungen, für ihre Kinder Schulen zu gründen, jede vertretene Nation für sich: in diesen wurde in der heimatlichen Landessprache unterrichtet. Außerdem wurden die Kolonisten weit ins Innere gesetzt; es waren kaum fahrbare Wege, geschweige Eisenbahnen vorhanden. Falls die Kolonisten dort geblieben wären und geerntet hätten, hätten sie ihre Produkte nicht verkaufen können. Die Folge war Abwanderung nach den Städten, nachdem das letzte Stück versetzt war. Dieser Kolonisationsversuch war ein teures Experiment für die Regierung. Kleine Reste von Deutschen leben noch heute im Walde dahin — und sehnen sich nach der Heimat. Schon mancher von ihnen hat seine Sechstagerreise zu Fuß hierher-

gemacht, um sich zu erkundigen, ob er nicht bald freie Rückreise nach der Heimat bekomme!

Wieviel Unglück erlebte manche Kolonie, wie armselig ging es zu; eine Plage löste die andere ab, so in der Kolonie Iraty. Rattenplage, Hungertyphus, Heuschreckenschwärme, jedes Jahr eine andere. Das sind Ereignisse, mit denen jeder Kolonist in Südamerika zu rechnen hat. So sind kürzlich wieder in verschiedenen Kolonien Heuschreckenschwärme eingefallen, wie Mitteilungen vermelden. Es werden große Anforderungen an den Kolonisten gestellt, bis er endlich nach etlichen Jahren einen kleinen Fortschritt erleben kann. Diese selbst miterlebten Erfahrungen mögen manchen ernüchtern, bevor er die alte Heimat verläßt. So sehr wir Auslandsdeutschen einen Zuwachs guter Stammes- und Volksgenossen wünschen, möchten wir letztere doch vor den vielen Enttäuschungen bewahren!

4. Ausrüstung.

Eine wichtige Frage für den Auswanderer bildet die Ausrüstung, mit der er sich gerne beschäftigt. Rat dazu holt er sich aus Prospekten, Romanen, Reisebeschreibungen usw., welche massenweise verschlungen werden, um die zukünftige Heimat kennen zu lernen. Und was wählt er aus? — Eine Flinte, — die muß sein! — Jagd, wilde Tiere und wilde Menschen, Überfälle — kurzum dieses Instrument muß sein! — Ein langes Messer, genannt facao, das trägt dort jeder im Gürtel — erzählen die Beschreibungen. — Das ist Nr. 2! — Die andern Ausrüstungsgegenstände ausfindig zu machen, kostet bedeutend mehr Überlegung. Welch unnützes Zeug schleppen die meisten mit, was sie nie gebrauchen. Wieviel schwarze Gehröcke sind mir schon angeboten worden! Auch Zylinderhüte haben sich in den Urwald verirrt, — warum sollten nicht schließlich auch Schlittschuhe zu gebrauchen sein!? —

Der Auswanderer kehre zu nüchterner Selbstüberlegung zurück. Er mag Flinte, möglichst Drilling, und Jagdmesser mitnehmen, aber er will Kolonist werden, vielleicht, bietet sich nebenbei Gelegenheit, sein Handwerk zu betreiben. Darin liegt die Antwort für die Ausrüstung. Handwerkszeug für Landbau: Hacken, Äxte, Schaufeln, Sensen, Buschsicheln (Pflüge braucht er in den ersten 3—4 Jahren noch nicht); außerdem Kleinwerkzeuge: Hammer, Zange, Bohrer, Sägen usw. und ja nicht zu vergessen das Handwerkszeug für seinen erlernten Beruf! — Kräftige Schuhe, Arbeitskleider, Handnähmaschine und Wäsche. Alles muß dem zukünftigen Urwaldsleben entsprechend dauerhaft sein. Die Wege sind oft weit bis zum nächsten Geschäft und die Sachen nicht billig.

5. Staatliche und private Kolonisation.

Auf die Hauptmängel der staatlichen Kolonisation habe ich schon hingewiesen; es ist ein Fehlgriff gewesen, keine rein nationalen Siedlungen anzulegen; solchen Siedlungen blieb meist der Erfolg versagt. Der zweite Hauptmangel ist das Beamtentum. Die republikanischen Staatsformen begünstigen die Vetternwirtschaft. Es kommt gar nicht darauf an, daß der Mann etwas von der betreffenden Sache versteht, sondern daß der Vetter eine gutbezahlte Stelle hat. Und diese Beamten verstehen von der Landwirtschaft nicht das mindeste und können den an andere Verhältnisse gewöhnten Ansiedlern nicht einmal einen guten Rat geben, sondern suchen noch ihren persönlichen Vorteil. Über diese Angelegenheit könnte ich aus der letzten Kolonisation manches Beispiel anführen. — Das sind keine günstigen Verhältnisse. Nur durch möglichst großes Entgegenkommen in bezug auf völkisch-nationale Siedlungen, sowie Besetzung

der Ämter mit guten Landwirten, welche selbst musterhaft zu wirtschaften verstehen, würden Erfolge zu erzielen sein.

Die Privatkolonisationsgesellschaften haben von der Regierung große Ländereien zur Ansiedelung gekauft, mit der Bedingung, dieselben in so und so viel Jahren zu besiedeln. Für die Gesellschaften ist die Kolonisation ein Geschäft, und zwar ein sehr rentables! Das lasse man auch beim Lesen ihrer Prospekte nicht außer acht! Denn dieselben heben alle Vorzüge hervor, putzen sie noch etwas auf — und über die Schattenseiten geht man stillschweigend hinweg. Man ziehe von den gemachten Versprechen immer einen ziemlich hohen Prozentsatz ab, denn was da versprochen wird, ist noch nicht ausgeführt, sondern soll es erst werden, was wahrscheinlich auch geschieht, aber vom Ansiedler jetzt noch nicht vorgefunden wird. Die Privatgesellschaften haben als Geschäftsleute mehr Interesse, daß die Länder besiedelt, das heißt verkauft werden. Doch haben sie in der Wahl ihrer Beamten mehr Freiheit. Auch können sie ansiedeln, wen sie wollen, und können rein national und konfessionell geschlossene Kolonien anlegen. Das sind die wichtigsten Punkte, welche für uns Deutsche in Betracht kommen, und so ist uns die Privatkolonisation wichtiger als die staatliche.

In Paraná und den angrenzenden Staaten arbeiten mehrere Gesellschaften, von welchen ich die bedeutendsten nennen werde:

H. Hacker & Cia., Hauptsitz Sao Paulo, Caireapostal 1767; Petry, Mayer, Azambuja & Cia., Agentur Ponta Grossa, Paraná; Metzler & Marth in Porto Uniao (bes. für Katholiken); Heinrich Thielen in Ponta Grossa (Ländereien am Rio Tibagy).

Stellen wir zuerst nochmal fest, daß die in den Prospekten gemachten Versprechungen erst in der Zukunft ausgeführt werden sollen und Jahre darüber hingehen können. Durch die große Konkurrenz der Gesellschaften wird regelrechte Bauernfängerei betrieben. Man verlangt am besten von allen Gesellschaften Prospekte, binde sich aber an keine, solange man die Ländereien nicht gesehen hat. Es kommt etwas teurer, aber man ist frei in seinen Entschlüssen. Auch hole man sich Rat und Auskunft bei vertrauenswürdigen Personen im Ausland!

6. Allerlei Ratschläge.

Landkauf. — Wenn der Neueingewanderte ins Land kommt, dann sei er bei Landankauf äußerst vorsichtig, damit er nicht betrogen wird. Er muß sich bei Sachverständigen erkundigen, ob der Verkäufer das Verkaufsrecht besitze, ob die Dokumente in Ordnung sind. Kauft er und macht er Anzahlung, lasse er den Besitztitel vom staatlichen Notar bestätigen, für jede Bezahlung verlange er eine mit gesetzlichen Stempelmarken versehene Quittung. Er übersehe dies keinesfalls, sonst hat er im Streitfall nichts Beweiskräftiges in Händen. Er scheue nicht die Mehrauslagen, um sein Eigentum sicher in die Finger zu bekommen.

Kirchen- und Schulwesen. — Die Privatkolonisationsgesellschaften bauen Kirchen und Schulen, wie die Prospekte besagen, wenn eine bestimmte Anzahl Familien auf der betreffenden Kolonie angesiedelt sind, es hängt zum großen Teil von dem Willen der Gesellschaften ab. Behördlicherseits kann kein Zwang ausgeübt werden, auch die kirchlichen Organisationen können keine bestimmten Forderungen stellen (Kirche und Staat sind getrennt). Die besiedelten Plätze werden von Reisepredigern besucht, solange bis eine eigene Gemeindegründung möglich ist. Die Kirchengemeinden sind ähnlich den Vereinen organisiert, und um Verbindung miteinander zu haben, bestehen synodale Verbände von Gemeinden und Geistlichen. Die Katho-

liken unterstehen dem Distriktsbischof, welcher auch die kirchliche Versorgung regelt.

In Schulangelegenheiten müssen, falls die Regierung oder die Kolonisationsgesellschaft nicht dafür sorgt, es die Kolonisten sich selbst angelegen sein lassen, daß die Jugend nicht ohne Schule aufwächst. Es ist jedem anzuraten und ist auch notwendig, die Landessprache zu erlernen, andererseits ist es Ehrenpflicht, die Muttersprache hoch zu halten und zu pflegen.

In Krankheitsfällen steht der einsame Kolonist oft recht verlassen da. Ärzte sind selten auf den Kolonien anzutreffen, dafür allerlei Quacksalber, welche mehr schaden als nützen. Ebenso selten sind Apotheken in den Kolonien zu finden. Die

Leute sind meistens auf sich selbst angewiesen. Eine gute Hilfe ist den Kolonisten die Homöopathie sowie Wasserheilkunde. Homöopathische Medizinen sind auch in kleinen Koloniegeschäften zu haben. Ein Buch über homöopathische, sowie über Wasserbehandlung wird für jeden ein wertvoller Ratgeber sein.

Adressen für Erkundigungen:

Pastor Wilh. Fugmann, Ponta Grossa, Paraná.
Fritz Schneider, Cervyana Adriatica, Ponta Grossa, Paraná.
Pastor Carl Frank, Rua Ignacio Luologa 37, Curitiba, Paraná.
Hans Garbers (Schack & Cia.), Curitiba, Paraná.
Pastor Fritz Bühler, Joinville, Santa Catharina.

Die Schweiz und die deutschen Kinder

Von MARTIN PLATZER, Davos.

Was die Schweiz während des Krieges an charitativen Werken geleistet hat, wird für immer ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte sein, wir erinnern nur an die Durchführung der Transporte von Austauschgefangenen, Evakuierten usw., und vor allem an die großzügige Hospitalisierung kranker erholungsbedürftiger Kriegsgefangener (die man, wenn auch oft offiziell, so doch nicht weniger fälschlich als Internierte bezeichnete). Noch leuchtender aber steht neben diesen Taten die Gastfreundschaft, die tätige Hilfe in selbstloser Weise an den unschuldigsten Opfern des Weltringens, den Kindern in den kriegführenden Ländern, ausübt. Österreichern, hauptsächlich Wiener Kindern, Ungarn, Polen, Tschechoslowaken und Belgiern, nicht minder aber auch den reichsdeutschen Kindern wandte sich die Teilnahme zu, und schon in den Sommern 1917 und 1918 konnte gegen entsprechende Kompensationen das Deutsche Reich eine größere Zahl Kinder zur Erholung in die Schweiz schicken, wenn man auch aus politischen Gründen die Auswahl an den Verschickungs-orten nicht sehr glücklich getroffen und des Prestiges wegen nicht die allerbedürftigsten gesandt hatte. Immerhin konnten schon damals zwei „Gesandtschaftsheime“ (in Ermatingen und bei Luzern) unterhalten werden. Im Jahre 1919 übte der schweizerische Bundesrat eine großzügige Gastfreundschaft, indem er ohne Gegenleistung die gleichzeitige Anwesenheit von 4000 deutschen Kindern gestattete, und man schritt zur Errichtung weiterer „Gesandtschaftsheime“ in Hergiswil, Locarno, vor allem aber in Davos. Die „Gesandtschaftsheime“ sind für kranke Kinder bestimmt, und es ist ein betrübendes Zeichen für die erschreckenden Folgen des Krieges, daß für Davos allein sich ein immer verstärkter Bedarf an Heimen nötig machte und zeitweilig sogar zehn Häuser dafür gleichzeitig in Betrieb standen. Ist doch das Hochgebirgsklima noch immer das beste Heilmittel für die Tuberkulose, die auch unter den Kindern verheerend wütet. Die Tuberkulosesterblichkeit stieg in Deutschland von 12,4 : 10 000 auf 33,4 : 10 000! Ungefähr 1100 Kinder fanden bisher in den Davoser Gesandtschaftsheimen Aufnahme, noch jetzt weilen ungefähr 100 Kinder hier, denn die Valutanöte zwangen leider zur Reduktion der Organisation, die schon so viel Segen stiften konnte und hoffentlich ihre Arbeit bald in vollem Umfange wieder aufnehmen kann. Die gesamte ärztliche Leitung hatte Herr Geh. Sanitätsrat Dr. O. Peters inne, deutsche und schweizerische Ärzte standen den einzelnen Heimen, in denen ein strenger Sanatoriumsbetrieb herrschte, unter Assistenz einer Schwester vor, der wiederum von einer schweizerischen oder deutschen Dame Rat und Hilfe zuteil wurde. Der Speisezettel gibt eine ärztlich sorgfältig ausgedachte Folge

gemischter Kost, in der Milch und Eier keine geringe Rolle spielen. Vor allem mußte Bedacht darauf genommen werden, die an Kriegskost gewöhnten Magen der Kinder allmählich normaler Ernährung zuzuführen, Magen- und Darmstörungen kamen infolgedessen kaum vor und Gewichtszunahmen von drei Pfund wöchentlich im Durchschnitt sprechen für sich allein. Spaziergänge und Wanderungen wechseln mit Liegekur, Sonnenbäder auch im Winter kräftigen den kindlichen Organismus, und die Erfolge sind überraschend. Man muß die elenden abgezeehrten kleinen Gestalten, deren Körpergröße meist in traurigem Mißverhältnis zu ihrem Alter stand, bei ihrer Ankunft und bei ihrem Abtransport gesehen haben, um den Segen ermaßen zu können, den ein Aufenthalt in der stärkenden Gebirgsluft den Kindern tut. Denn schon rein äußerlich zeigt sich das, was auch das fehlende Wachstum nicht nachgeholt werden können, in den vollen, sonnegebräunten Gesichtern, in der echt kindlichen Lebhaftigkeit und Freude, mit der auf Spaziergängen die alten lieben deutschen Volkslieder gesungen und allerlei Spiele — „Indianer“ sind immer noch sehr beliebt — gespielt werden. Ja, selbst vor dem „richtigen“ Theaterspielen scheuen sie nicht zurück und führen ihren Kameraden „Schneewittchen“ und andere Stücke auf, bei denen schon die ganz selbständig durchgeführten Vorbereitungen eine Quelle schönster Freuden sind.

So sah man voll zuversichtlicher Hoffnung das vorbildliche Werk dieser „Gesandtschaftsheime“ sich entwickeln, da machte, wie schon erwähnt, die immer tiefer sinkende Valuta allen schönen Plänen ein Ende. Davos war schon zur Aufnahme von 2000 Kindern bereit. Aber die Kosten wurden unerschwinglich. 5,50 Franken betrug der Preis im Durchschnitt für jedes Kind täglich, das bedeuteten mit den Transport- und Organisationskosten oft über 100 Mark! Dazu kam, daß zu einer wirklich durchgreifenden Kur ein Mindestaufenthalt von sechs Wochen nötig war, der in Bedarfsfällen auf das Doppelte und Dreifache verlängert werden mußte, wollte man nicht den ganzen erzielten Erfolg wieder aufs Spiel setzen. Ein Drittel trug das Reich, ein Drittel die Stadt, den Rest die Hilfsorganisation, die das Kind entsandte. Man hofft aber, mit steigender Valuta und in Aussicht gestellter Hilfe vom Ausland, die zum Teil jetzt schon wirksam ist, die Aktion bald wieder ausdehnen zu können, denn die wenigen noch bestehenden Heime bedeuten in Anbetracht der riesigen noch zu lindernden Not nicht viel.

Inzwischen kommt ein anderes Hilfswerk, das ebenfalls sehr viel Segen stiften konnte, sehr stark zu seinem Rechte. Schon in den vorhergehenden Jahren hatte die Zentralstelle für deutsche

Ferienkinder in Zürich Tausende von deutschen Kindern in Familien untergebracht, diese Stelle wurde dann, um die Arbeit zu vereinheitlichen, nach Bern verlegt. Um nun eine Zersplitterung der verschiedenen sonstigen Aktionen in der Schweiz zu vermeiden — wir nennen nur die israelitischen Kinderheime, die Hilfsaktion von Frau Professor v. Salis-Marschlins, die für die katholischen Gymnasiasten Düsseldorf, die für Münchener und Nürnberger Kinder durch Herrn und Frau Dr. Staub-Davos usw. —, ist jetzt auf Anregung des bekannten schweizerischen Gelehrten Prof. Dr. Abderhalden in Halle, der schon jahrelang durch die Tat die Not der deutschen Kinder zu lindern sucht, eine „Zentralstelle für Unterbringung stark unterernährter Kinder in der Schweiz“ eingerichtet worden, durch die seit ihrem Bestehen im Herbst 1919 allein schon 7544 Kinder in 11 Transporten nach der Schweiz gekommen sind. Von ihnen kamen 4231 aus Preußen, 135 aus Baden, 116 aus Bayern, 28 aus Hessen, 37 aus Sachsen-Altenburg, 1933 aus dem Freistaat Sachsen, 25 aus Württemberg, 194 aus den Freien Städten. 73 waren els.-lothr. Flüchtlingskinder, 139 Missionskinder, 381 Methodistenkinder, für deren Unterbringung besonders die amerikanischen Methodisten große Mittel zur Verfügung stellten, 201 sogenannte „Anschlußkinder“, die selber für den Transport zahlen, und 51 Auslands-Schweizerkinder.

In allen Kantonen bildeten sich Hilfsaktionen, die nun zentralisiert sind, und denen die alten bewährten Mitarbeiter ihre Kräfte leihen, so auch Frau Prof. v. Salis-Marschlins, die sich im vergangenen Jahr besonders große Verdienste erwarb, sammelte sie doch allein über 300 Freiplätze. Die Leitung ruht wiederum in den Händen des deutschen Konsuls in Graubünden, Herrn H. Chr. Burchard, der als Philantrop von je schon Hervorragendes leistete. (Seiner aufopfernden Tätigkeit ist u. a. die deutsche Heilstätte in Davos-Wolfgang mit ihrer Zweiganstalt, dem „deutschen Haus“ in Agra bei Lugano, zu danken.) Auch der deutsche Hilfsverein in Chur war im vergangenen Jahre sehr tätig, und so konnten im ganzen über 800 Kinder in den Tälern Graubündens in Familien untergebracht werden. Ein besonderes Ruhmesblatt erwarb sich das Samnaun, dessen knapp 300 Bewohner 30 Kinder einluden, und dank der Mitarbeit der Pater in Poschiavo das Puschlav, in dem 125 Kinder Unterkunft fanden.

Man muß es selber erlebt haben, wie die Pfarrer und Pflegeeltern den oft stundenweiten Weg von den entlegenen Bergdörfern nicht scheuen, um ihre Schützlinge persönlich an der Bahnstation in Empfang zu nehmen, man muß die enttäuschten Gesichter, die bitteren Tränen der um den erhofften Gespielen betrogenen Bergkinder gesehen haben, wenn aus irgend einem Grunde der Transport nicht rechtzeitig eintreffen konnte oder eine Verschiebung in der Zahl der Kinder vorgenommen werden mußte, — man muß das gesehen haben, um ganz zu empfinden, welch reicher Born echter Nächstenliebe hier quillt. Für das Pflegekind wird alles getan. Da wird an Milch und Butter und Eiern nicht gespart, denn jede Familie setzt ihren Stolz darein, ihren Schützling mit runden Wangen und braungebrannt wieder abzuliefern, manche wollen ihn am liebsten gar nicht wieder fortlassen und ersuchen immer und immer wieder um Verlängerung. Ja, es ist vorgekommen, daß sie es in Anbetracht ganz besonderer Verhältnisse durchgesetzt haben, das Kind vorläufig zu behalten, so daß manche Pfleglinge schon über ein Jahr in der gesunden Gebirgsluft weilen.

Heimweh kommt bei den Kindern sehr selten vor, die Liebe,

die ihnen von allen Seiten entgegengebracht wird, sucht ihnen ja das Elternhaus nach Kräften zu ersetzen. Dazu tritt die völlig neue Umgebung. Staunend werden die ragenden Berge begrüßt, auf deren Gipfeln auch im Sommer der Schnee nicht schmilzt, und selbst die stolzen Drei- und Viertausender genügen beim Anblick dem jugendlichen Tatendrang oft nicht, der am liebsten gleich alle Gipfel vom Zuge aus besteigen möchte, ein Wunsch, der natürlich nicht erfüllt werden kann. Besonderes Interesse erwecken vor allem die Gletscher, und ein kleiner Knirps, dem man auf der Reise ins Puschlav erzählt hatte, erst gäbe es Suppe, dann käme der Gletscher, verlangte denn auch in Pontresina prompt nach dem letzten Löffel Suppe „seinen“ Gletscher. Die kindliche Anpassungsfähigkeit bewährt sich auch hier sehr schnell, rasch wird das erlebte Leid vergessen, das oft tragische Formen annimmt. So bei einem zwölfjährigen Jungen, dessen Vater im Felde fiel, dessen Mutter erblindet ist. Er selber schwer gefährdet, zwei sehr schwächliche Geschwister noch daheim. Ein gewisser Ernst im Blick, ein oft merkwürdig reifer Zug, der die Gesichter fast alt erscheinen läßt, und der bei den Ankömmlingen so erschütternd wirkt, erinnert, den Kindern unbewußt, häufig mitten in der überströmenden Lebenslust doch wieder an die überstandenen Nöte.

Der Winter führte eine teilweise Unterbrechung der Freiplatzaktion herbei, sie beschränkte sich in den letzten Monaten hauptsächlich auf das Puschlav, das, wie erwähnt, 125 Kinder aufnahm. Mit dem beginnenden Frühling aber setzen schon die neuen Transporte ein — der Bischof von Chur sammelte in den letzten Wochen 400 Freiplätze, davon 350 in Graubünden —, und so kamen in diesen Tagen 39 Kinder allein nach der wohl höchsten Siedelung Europas, dem Averser Tal, einer alten Oberwalliser, also deutschen, Gründung in Graubünden. Da wird es wieder lustige Sprachkunststücke bei den Kindern geben, denn die Averser sprechen einen besonderen Dialekt. Aber die Sprache ist kein Hindernis, wie sich im Puschlav und in romanischen Dörfern gezeigt hat, denn die Sprache des Herzens ist überall die gleiche. Und auch das „Schwyzerdütsch“ tönt ja dem deutschen Ohre völlig fremd, und es ist eine heitere Freude, wie die deutschen Kinder, die aus allen Gauen Deutschlands stammen, mit den rasch zu Freunden gewonnenen einheimischen die Sprache ihrer Heimat im Austausch gegen den fremden Dialekt beibringen. Vor Kindern fallen alle nationalen Schranken, wie — außer dem Umstand, daß der Besitzer des Davoser Kinos, ein Franzose, seine Häuser vollkommen unentgeltlich mit sehr gut gewählten Vorstellungen den deutschen Kindern wiederholt zur Verfügung stellte — ein kleiner Vorfall illustrieren mag. Ein Heimtransport deutscher Kinder traf auf einer kleinen schweizerischen Station in der Nähe von Basel mit einem Zug tschechoslowakischer Soldaten zusammen, die aus Frankreich nach ihrer Heimat geschafft wurden. Da winkten und grüßten die fremdartig uniformierten Gestalten, riefen in gebrochenem Deutsch und brachten Lebensmittel, für die unsere Kinder bezeichnenderweise mit französischen Brocken dankten.

So knüpfen sich Fäden von Mensch zu Mensch und von Land zu Land. Und in dieser Zeit, wo alles zusammenzubrechen scheint, vermag der Gedanke Trost und Halt zu geben, daß wahre Menschlichkeit noch nicht unterging und nie untergehen wird, so daß an ihr einst doch die Welt genesen wird. Und daß die Schweiz daran in großzügigster Weise mitgeholfen hat, mag ihr nie vergessen werden, so daß der Spruch, der die Erinnerungsmedaille an die Internierung schmückte, tiefere bleibende Bedeutung gewinnt.

Zur Lage der Deutschen in Kongresspolen

Von MARGARETE GRÜNER, bisher Lehrerin am Deutschen Realgymnasium in Lodz, Leipzig.

Die tiefgehende Mutlosigkeit, die sich seit dem Novemberumsturz der deutschen Volkskreise in Polen bemächtigt hat, hält immer noch an.

Die Ereignisse sind auch nicht dazu angetan, die Stimmung zu heben. Nach wie vor besteht polnischerseits die Neigung, deutsche Angestellte aus ihren Stellungen zu verdrängen. Auch anscheinend unersetzbare Leiter großer Unternehmen müssen daran glauben. So kommt es, daß die städtischen Kreise mit Einschluß der Arbeiter, die die größte Abwanderungstendenz zeigen, gewissermaßen nur noch mit einem Fuß auf polnischem Boden stehen. Eine große Zahl siedelt jetzt nach Deutschland über, sobald aber die Verhältnisse in Rußland einigermaßen klar zu überblicken sind, wird eine noch größere Welle dorthin abfluten.

Auf dem flachen Lande setzen sich die Übergriffe gegen deutsches Eigentum fort. Unvermittelt erscheint eine Polizeiabteilung, womöglich militärisch verstärkt, und belegt Schulgebäude, Bethäuser, Gemeindeland mit Beschlag. Die Wünsche der deutschen Landwirte hinsichtlich des Gebrauches der Muttersprache in der Schule finden nicht immer den Bestimmungen gemäß Berücksichtigung. Die polnisch orientierte evangelische Geistlichkeit schaut dem im besten Falle gleichgültig zu, im schlimmsten ist der Pastor selbst in diesen dunklen Mächenschaften der treibende Faktor. Bei den Pflichtleistungen der Gemeinde und dem Staat gegenüber sehen sich die deutschen Landwirte im Vergleich zu ihren polnischen Nachbarn gleichfalls benachteiligt, während zu gleicher Zeit ihre Söhne im Felde manche Ungerechtigkeit einstecken müssen. Besonders in Krankheitsfällen sind viele Klagen über schlechte Behandlung und gewaltsame Bekehrungsversuche laut geworden, auch verletzt es ihr protestantisches Gewissen, daß sie von polnischen Geistlichen vereidigt und zum Besuch der katholischen Militärgottesdienste genötigt werden. Der deutschgesinnte Schulmeister hat unter einem polnischdenkenden Geistlichen einen schweren Stand. Er darf, da die Geistlichkeit wohl organisiert und durch ein hohes Konsistorium in Warschau (siehe Generalsuperintendent Bursche: polnische Delegation der Versailler Friedenskonferenz, Masurenkomitee, Artikel im Evangelik, oberschlesische Agitation) nicht ohne politischen Einfluß ist, zu mindestens auf eine unliebsame Versetzung jederzeit gefaßt sein.

Überhaupt die Schulfraße! Kurze Zeit, ehe ich Ende März Kongresspolen verließ, hatte in Lodz der deutsche Stadtverordnete Pastor Gerhardt — einer der ganz wenigen deutschgesinnten Pastoren Kongresspolens — auf einer Stadtverordneten-sitzung in einer längeren, vollkommen sachlich gehaltenen Rede für das deutsche Realgymnasium die gleiche Beihilfe aus städtischen Mitteln gefordert, die allen anderen Schulen gleicher Ordnung bereits zugesprochen war. (In Polen gibt es, abgesehen von den Volksschulen, fast gar keine staatlichen Schulen — das deutsche Lehrerseminar ist jetzt eine solche geworden —, sehr wenig städtische und in der Hauptsache Privatschulen, die sehr häufig von Vereinen erhalten werden — alle diese Schulen haben jetzt durch die enorme Steigerung der Lehrergehälter einen schweren Stand.) Die Forderung wurde abgewiesen mit der Begründung, daß eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache keine städtische Beihilfe erwarten könne. Am nächsten Tage wurde Pastor Gerhardt vom Rozwoj (chauvinistisches Hetzblatt der National-Demokraten) tatsächlich als Hochverräter hingestellt.

Alle diese Erscheinungen, verbunden mit den Zeichen der Zeit: persönliche Unsicherheit, Preissteigerung ins Ungeheure, sinken

der Valuta und die allgemeine Hoffnungslosigkeit, mit der die polnische Staatskunst von der Gesamtheit des Volkes ohne Unterschied der Nation und sozialen Stellung angeschaut wird, sind wahrlich nicht ermutigend zu nennen.

Doch gibt es auch lichtvollere Ausblicke. Dazu gehört in erster Linie die sehr bedeutsame Verstärkung des deutschen Elements durch den Hinzutritt der bisher preußischen Gebiete (Posen und Westpreußen, bei den Polen Groß-Polen und Pommernellen genannt). Kurz vor Ostern fand die erste tatsächliche Annäherung zwischen beiden Volksgruppen statt, als eine Abordnung des Posener deutschen Volksrats in Lodz einen Besuch abstattete. Die günstigen Folgen eines zukünftigen Zusammengehens werden erst langsam zum Ausdruck kommen, denn vorläufig ist die Ratlosigkeit der Deutschen in den preußischen Gebieten Großpolens nach ihrem jähen Sturz vielleicht noch größer als im eigentlichen Polen, wovon ich mich bei Gelegenheit eines längeren Aufenthaltes in Posen überzeugen konnte.

Ein zweiter Grund, die Hoffnung nicht sinken zu lassen, ist die im ganzen gleichmäßig loyalbleibende Haltung der Regierungskreise (ob mit, ob ohne Paderewski) im Gegensatz zu ihren ausführenden Organen und zur chauvinistisch verseuchten Gesellschaft. Charakteristisch hierfür ist die Unterredung eines deutschen Schulleiters mit dem Unterrichtsminister. Zweck der Audienz war, für die Reifeprüfung deutscher Zöglinge Ausnahmbedingungen zu erwirken, da die jungen Leute erst 1½ Jahre in der Lage gewesen waren, sich intensiv mit polnischer Sprache, Literatur und Geschichte zu beschäftigen. (Zur „deutschen“ Zeit wurde Polnisch anfänglich nicht oder sehr wenig, später nicht genügend gelehrt.) Der Minister zeigt volles Verständnis und verspricht Entgegenkommen. Wie sich aber die von der Regierung — also von ihm selbst — zu entsendende Prüfungskommission zu dieser Frage stellen werde, dafür könne er keinerlei Garantie übernehmen. Sollte sich aber nicht doch mit der Zeit die durch die internationalen Beziehungen diktierte Stellungnahme der Regierungskreise auch den weiteren Volksschichten mitteilen, namentlich wenn nach vollzogener Grenzberichtigung und Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland der Nationalhaß keine ständige Nahrung mehr findet?

Endlich rühren deutlich hervortretende Ungerechtigkeiten, im Dienst irgendeiner Idee verübt, immer zugleich die Werbetrömmel gegen die Sache, der sie zu nützen bestrebt sind. So sind auch Ungerechtigkeiten auf völkischem Gebiet unter Umständen wohl geeignet, das nationale Gewissen wachzurütteln und Bekennerfreude und den Wunsch zur Mitarbeit am völkischen Zusammenschluß zu stärken. Niemals war beispielsweise in der Lodzer deutschen Gesellschaft das Interesse und die selbsttätige Hilfe für das deutsche Gymnasium größer als im vorigen Sommer, zu welcher Zeit das Schulgebäude widerrechtlich — auch wieder durch Übergriffe subalternen Beamter — für Hospitalzwecke requiriert worden war, und eine vollständige Annexion zu befürchten stand. Der überaus lebhaftige Andrang von Schülern war nachher zum Teil auf diesen Umstand zurückzuführen.

Trotz alledem muß man leider behaupten, daß sich das Deutschtum Polens in einer ganz besonders gefährvollen Lage befindet. Wo liegt das Verhängnis?

Um das zu begründen, bedarf es eines Rückblickes.

Etwa ein Jahrzehnt vor dem Krieg hatte in Lodz, als dem Zentrum deutscher Arbeit und deutschen Großkapitals, eine von einer Gruppe Großindustrieller ausgehende idealistisch-nationale

Bewegung eingesetzt. Namen wie Schweikert, Leonhardt, Kindermann haben von dorthin einen guten Klang. Man gründet einen Schulverein, der, mit einem Grundstück und stattlichem Schulgebäude beschenkt, von sich aus eine höhere Lehranstalt für Knaben eröffnete, die zielbewußt deutsche Kulturwerte vermitteln sollte. Der Leiter und akademisch gebildete Lehrkräfte wurden aus den Ostseeprovinzen Rußlands verschrieben, weil Kongresspolen über keine eignen verfügte. Bald erfreute sich die Anstalt eines guten Rufes und reichlichen Zuspruchs und wuchs sich zu einem Mittelpunkt deutschen Lebens aus. Hand in Hand damit ging zur selben Zeit ein merklicher Aufschwung der Lodzer deutschen Presse.

Es ist mir unbekannt, wie weit dies nur als Anfang gedacht war, und der Plan bestanden haben mag, die Fürsorge auch auf den weiblichen Teil der Stadtjugend und vor allen Dingen auf die Landbevölkerung auszudehnen. Doch der Weltkrieg kam und setzte auch diesem Anfang ein Ziel. Sämtliche Gönner der Anstalt hatten Lodz verlassen, fast alle um nicht oder nur zum Sterben dorthin zurückzukehren. Auch fast sämtliche auswärtige Lehrkräfte waren von ihrem Wirkungskreise irgendwie abgeschnitten. So wurde das Gymnasium geschlossen, und das Gebäude dem russischen Roten Kreuze zur Verfügung gestellt.

Im zweiten Kriegsjahre wurde das Gymnasium unter dem Schutze der deutschen Verwaltung wieder eröffnet, die fehlenden Lehrkräfte wurden durch feldgraue und andere Reichsdeutsche ersetzt, und es gelang, die Anstalt trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten über die Dauer des Krieges hinaus auf einer gewissen Höhe zu halten.

Zu gleicher Zeit wandte sich die Teilnahme der bewußt deutschen Kreise der Landbevölkerung zu. Unter der tatkräftigen Führung der Herren Eichler und Flierl wurde ein „Deutscher Verein“ gegründet, der mit dem Hauptsitz in Lodz das gesamte Deutschtum auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten in Zweiggruppen vereinigte. Aus dieser umfassenden Schöpfung gingen dann Nebengründungen hervor wie die Deutsche (wirtschaftliche) Selbsthilfe (Konsum-Verein), die Jugendgruppen, das Raiffeisenkassenwesen, die Genossenschaftsbank. Um das Wichtigste besonders hervorzuheben, dem „Deutschen Verein“ ist auch die Gründung des deutschen Landesschulverbands zu danken, der im neugeschaffenen polnischen Staate der deutschen Minderheit auf Grund eines umfassenden Schulgesetzes ihre National-schule erhalten sollte. Alle diese weitverzweigten Organisationen standen letzten Endes auf den Schultern der zwei obengenannten Männer. Trotzdem es gelang, manchen Fachmann aus dem Reich dauernd oder vorübergehend in den Dienst des Werkes zu stellen, fehlte es doch schon damals empfindlich an Arbeitskräften. So kam es, daß weniger in die Tiefe als in die Breite gearbeitet werden konnte, und daß mit dem Novemberzusammenbruch alle diese großzügig gedachten und großzügig angelegten geistigen Gebäude wie Kartenhäuser zusammenstürzten. Die einzigen Überlebenden waren: die Deutsche Selbsthilfe, die schlecht und, trotz der zahllosen Verdächtigungen, wohl auch recht ihre schwierige Aufgabe weiter erfüllt, und die Genossenschaftsbank, die aus der anspruchsvollen Hauptstraße in eine stille aber verhältnismäßig vornehme Nebengasse gezogen ist und dort unter dem Namen Spółek-Bank ihr geräuschloses, aber deswegen gewiß nicht weniger bedeutungsvolles Dasein zugunsten der deutschen Landwirtschaft fortlebt.

Es erwies sich in trauriger Weise, wie wenig innerer Zusammenhang in all dem erreicht worden war. Es fehlte nicht an Verdächtigung und Anschwärzung aus dem eigenen Lager. Die Herren Eichler, Flierl, Herr von Eltz, der Direktor des deutschen

Gymnasiums, der Leiter und sämtliche Lehrkräfte des mit Hilfe der deutschen Verwaltung gegründeten Lyzeums mußten mehr oder weniger freiwillig das Land verlassen, obgleich ihnen trotz Haussuchungen und Untersuchungshaft kein Fehltritt irgendwelcher Art nachgewiesen werden konnte. Traurig berührt es, daß die Gesellschaft die bewährten Männer ganz fallen ließ, zum Teil aber war dies vielleicht notwendig, wenn für die in ihrem ganzen Dasein bedrohten Deutschen auch nur die rein wirtschaftliche Existenz gerettet werden sollte, die doch nun einmal die Voraussetzung allen kulturellen Willens ist. Man vergleiche nur die Stellungnahme der Polen zu Pilsudski und anderen von der deutschen und russischen Regierung kaltgestellten Persönlichkeiten, und man wird bekennen müssen: Hut ab vor den Polen! sie sind unter Russen- und Deutschenherrschaft sich und ihren Führern immer treu geblieben, auch wo es scheinbar sehr gefährlich für sie war.

Nun beginnt man Neues anzustreben. Aus der Auskunftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten hat sich eine Art neuer Mittelpunkt herausgestaltet und eine Neuorganisation von diesem Punkte aus wird bezweckt, doch fehlt es naturgemäß noch mehr als früher an leitenden Persönlichkeiten und geeigneten Arbeitskräften. Dasselbe gilt von den Geldmitteln. Die noch vorhandenen wirklich reichen Großindustriellen haben sich endgültig von jeder nationalen oder sozialen Betätigung zurückgezogen. Sie arbeiten mit englischen und amerikanischen Aktiengesellschaften zusammen oder bereiten sich darauf vor, ihren Betrieb nach Rußland zu verlegen. Nebenher machen die Arbeiter mit ihren nimmermüden Forderungen und die Beschaffung von Rohstoffen ihnen höllisch zu schaffen.

Verhältnismäßig gut hält sich die Presse. An Stelle der „Lodzer bzw. Deutschen Lodzer Zeitung“ erscheint seit Dezember 1918 die „Lodzer Freie Presse“, außerdem die „Neue Lodzer Zeitung“, die unter dem wachsenden Einfluß ihrer deutschen Kollegin auch immer „deutscher“ geworden ist! Man spricht jetzt von ihrer evtl. Vereinigung*). Herr Ewald, dem überhaupt zu verdanken ist, was an lebendigem Zusammenhang zwischen Stadt und Land noch forbesteht, hat mit dankenswerter Energie die Wochenzeitschrift „Volksfreund“ als Nachfolgerin der „Deutschen Post“ aus dem alten ins neue Regime herübergerettet. Sie nimmt einen erfreulichen Aufschwung, seit Schriftleitung und Mitarbeit von Dr. Ottomar Wolf (nicht zu verwechseln mit dem Leiter des Gymnasiums, Dr. Alfred Wolf) übernommen worden sind, der auf mehrjährige entsprechende Erfahrung während seines langjährigen Aufenthaltes in Deutschland zurückblicken kann.

Mangel an führenden Persönlichkeiten herrscht auch in den kirchlichen Angelegenheiten. Die polnische Gesinnung eines großen Teils der Geistlichkeit ist zu bekannt, um darüber noch Worte zu verlieren. Andererseits ist das Bestreben in Laienkreisen, den unheilvollen Einfluß der Pastoren in der Richtung zu brechen, durchaus vorhanden. Es gab in Lodz in diesem Winter einige heftige Scharmützel zwischen Gemeindeversammlung und Pastor. Es handelte sich einmal um die Ablehnung eines der Gemeinde durch den Oberpastor aufgezwungenen Kandidaten für die dritte Pfarrstelle, für den die überwiegende Mehrheit der Gemeinde Pastor Gerhardt auserkoren hatte, dessen Kandidatur aber von vornherein nicht zugelassen worden war. Ein anderes Mal kam die Neuwahl des Kirchenvorstandes in Frage. Während es sich früher in gleichen Fällen um eine ziemlich automatisch sich vollziehende Wiederwahl der bisherigen

*) Die allerdings nach neueren Nachrichten — der Aufsatz ist schon vor längerer Zeit geschrieben — wenig wahrscheinlich ist. Die Schriftlfg.

Vertreter gehandelt hatte, wünschte die Gemeinde diesmal eine mehr soziale und zugleich mehr nationale Zusammensetzung des Vorstandes durchzusetzen.

Ganz katastrophal macht sich die Führerlosigkeit und der Mangel an geeigneten Arbeitskräften mit höherer Bildung in den höheren deutschen Schulen geltend. Die Bedeutung der Schulen als geistiger Zentren, als Wiege der zukünftigen, so unentbehrlichen intelligenten Oberschicht, ist gar nicht zu überschätzen. Ich erwähnte schon, daß die beiden höheren Lehranstalten in Lodz ihre Leiter und das Lyzeum auch sämtliche Lehrkräfte durch Landesverweisung verloren hatten. Auch das Gymnasium und die Progymnasien der kleinen Nachbarstädte büßten fast sämtliche reichsdeutsche Lehrer durch Nichtbestätigung von seiten der Regierung ein. Die jetzigen Leiter sind Verlegenheitsersatz, der seiner schwierigen und überaus vielseitigen Aufgabe oft nicht gewachsen ist. Ein Gleiches gilt mit wenigen Ausnahmen von den neu hinzugekommenen Lehrkräften. Disziplin und Leistungsfähigkeit sind denn auch in diesem einen Jahr in erschreckendem Maße zurückgegangen, und die Arbeitsfreudigkeit bei Lehrern und Schülern ist geschwunden. Man kann vom

Unterricht auch nur noch zum Teil behaupten, daß er im deutschen Geiste geführt werde. Die aus all diesem erwachsende Schädigung der deutschen Sache in Polen ist gar nicht abzusehen. Einige Neuerungen wurden zur Hebung des gesunkenen Geistes in die Wege geleitet, so die Gründung eines Elternrates und die Einführung einer Art Selbstregierung unter den Schülern. Pflanzen, die in Zukunft unter eingehender und weitblickender Pflege vielleicht noch einmal gute Früchte tragen könnten.

Die beiden deutschen Sejmabgeordneten Spickernann und Friese tun ihr möglichstes und leisten hervorragendes zum Schutze der deutschen Interessen; daß sie jetzt einigen Zuwachs an Kräften durch sechs weitere deutsche Abgeordnete bekommen haben, ist erfreulich. Mit der Zeit wird sich ihr Wirken sicherlich bemerkbar machen.

Gefährlich kann dem deutschen Volkstum in Polen das fast völlige Fehlen einer intelligenten Oberschicht werden, das auch die deutsche Kultur vor den Polen herabsetzt. Hier tut Hilfe von außen, namentlich vom Posenschen her, aber auch aus dem Reiche not, soll diese Gefahr nicht katastrophal werden, wie sie es für die Schule schon zum Teil geworden ist.

Vom deutschen Buch in Finnland

(Aus Anlaß der Ausstellung deutscher Bücher auf der Finnischen Messe)

Die „Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel“ hat bei Gelegenheit der ersten Finnischen Messe, die im Juli in Helsingfors veranstaltet wurde, eine Verleger-Ausstellung zusammengestellt, und der „Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig“ hat eine Abteilung für deutsche Buchkunst angeschlossen. Es waren 23 Verleger, davon 13 aus Leipzig, 5 aus München, 3 aus Berlin und je einer aus Jena und Stuttgart an der Ausstellung beteiligt, die am besten Platz, den Helsingfors aufzuweisen hat, in der großen Akademischen Buchhandlung, ausgezeichnet untergebracht war. Jeder Verlag hatte einen Platz für sich und die Buchhandlung hatte aus ihren Beständen die Auslage der einzelnen Verleger vergrößert. Sehr hübsch war auch die Abteilung für deutsche Buchkunst, die es einem offenbarte, daß es noch geschmackvolle Einbände und künstlerisch ausgestattete Werke in Deutschland gibt, Titelblätter, Satzbilder, illustrierte und geschriebene Bücher, Verlagswerke und sogar einige Rahmen mit Vorsatzpapieren und Illustrationen. Hier waren hauptsächlich Jena, München und Köln vertreten.

Wenn die Ausstellung keinen sehr großen Eindruck gemacht hat, obgleich sie gern besucht worden ist, so läßt sich das wohl hauptsächlich dadurch erklären, daß die finnländischen Buchhandlungen ständig große Buchausstellungen haben. Die finnländische Buchhandlung besteht aus Sälen, in denen auf zahlreichen Tischen und erreichbaren Gestellen die Bücher dem Publikum, das sich frei im ganzen Raum bewegt, zur Verfügung stehen. Man blättert, vertieft sich und kauft sich schließlich etwas oder auch nichts — ganz nach freiem Wunsche. Es ist das eine noble und geistige Art des Buchhandels, die freilich auf die Redlichkeit und Reinlichkeit des kaufenden Publikums rechnet. Von den 2 Etagen der Akademischen Buchhandlung ist die untere von schwedischen und finnischen Büchern sowie von Zeitschriften aller Sprachen besetzt, die obere gehört mit Ausnahme weniger Tische mit französischen und englischen Büchern und eines bescheidenen mit russischen, ganz dem deutschen Buche. Auch die Schaufenster weisen ein ähnliches Verhältnis auf. Je eins ist mit schwedischen und finnischen Büchern besetzt, eines von englischen und französischen sowie Journalen, und das deutsche Buch nimmt ganze 2 Schau-

fenster ein. Ganz ebenso steht es in der zweitgrößten, der „Finnischen Buchhandlung A. O.“, die sich gleich der Akademischen auf der Aleksandergatan befindet.

Es gibt im Verhältnis kein zweites so gutes Absatzgebiet für das deutsche Buch, wie Finnland. Das medizinische und technische Studium an der Universität steht ganz im Zeichen des deutschen Lehrbuches, aber auch sonst wird die Wissenschaft (Jurisprudenz, Geschichte, Naturwissenschaften) vom deutschen Buch beherrscht, und auch die deutsche schöne Literatur wird viel gelesen, ebenso ist nach illustrierten Werken und Büchern über Kunst eine starke Nachfrage. Zeitschriften, im besonderen Fachzeitschriften sind außerordentlich verbreitet.

Noch schlägt das deutsche Buch die Konkurrenz aller anderen. Hierbei kommen ihm die starken kulturellen Zusammenhänge mit Deutschland und die große Liebe zu allem Deutschen zugute. Aber eine nicht minder wichtige Rolle spielt auch die verhältnismäßige Billigkeit des deutschen Buches; auch eben noch ist es billiger als das englische, französische und schwedische Buch. Aber die Preise haben sich stark ausgeglichen und anderseits ist die Ausstattung des deutschen Buches meist viel geringwertiger als die der anderen. Unter diesen Umständen liegt die Gefahr der Verdrängung des deutschen Buches vor.

Der Auslandsaufschlag oder Valutaausgleich hat hier sehr peinlich berührt. Diese Maßnahme mag noch berechtigt erscheinen neutralen Ländern gegenüber, deren Geld sehr hoch im Kurse steht, wie es etwa die Skandinavischen Staaten sind, und anderseits feindlichen Ländern gegenüber, wenn man ihnen die Aufnahme deutscher Kulturschätze erschweren wollte. Finnland gegenüber, dessen Kurs neuerdings dem deutschen ziemlich gleich kommt, ist nun der Auslandsaufschlag aufgehoben worden. Doch auch die Ausfuhrabgaben von 8% (die für den Akademischen Buchhandel in einem Monat 5394.— Mark ausmachten) das überaus langsame Einlaufen der Sendungen, weswegen teure Kreuzbandsendungen nötig sind, und vor allem der dauernde Wechsel in der Berechnung des Kurses erschweren den Vertrieb deutscher Bücher bedeutend. Es wäre wünschenswert, wenn die Auslandstelle sich bei ihren Maßnahmen mit den leitenden Geschäften für deutsche Bücher im Auslande in Verbindung

setzen wollte. Sind doch diese Geschäfte in der ganzen Welt von Deutschen geleitet.

Der reine Verlegerstandpunkt, der vor allem eine Verschleuderung deutscher Ware ins Ausland zu verhindern trachtet, darf beim Buch nicht allein stichhaltig sein, denn die Ausfuhr des deutschen Buches bedeutet deutsche Propaganda im Auslande, Verbreitung deutscher Bildung und deutscher Rede. Das Buch ist der Pionier des Deutschtums, der treueste Freund und Gehilfe des Auslanddeutschen, das unzerreißbare Band, das das Mutterland mit seinen auswärtigen Kindern verbindet. Die Ausfuhr des deutschen Buches in den Osten, wo die deutsche Sprache zur allgemeinen Vermittlersprache wird, sollte man nach Möglichkeit fördern, im besondern aber die nach Finnland, wo Deutschland so hervorragende Sympathien genießt.

Die rege finnisch-deutsche Übersetzertätigkeit beweist auf dem Gebiete des Buches, wie stark die Gemeinsamkeit ist. In Wissenschaft und Belletristik wird alles Hervorragende ins Finnische resp. Schwedische übersetzt, aber auch umgekehrt beginnen sich die Übersetzungen zu mehren. So sind neuerdings: Aho, Schweres Blut; Kianto der rote Strich, erschienen und es befinden sich in Vorbereitung „Die sieben Brüder“ von Kiwi, „Die Kraniche“ von Maila Talvio und die „Heimkehr“ von Runar Schildt. Der letzte ist ein schwedischer, die übrigen sind alle finnische Schriftsteller. — Wie groß der Antagonismus zwischen schwedisch und finnisch sprechenden Finnländern ist, in der Liebe zur deutschen Sprache sind sie sich einig. Daraus sollte man in Deutschland in stärkerem Maße die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. C. v. Kügelgen, Helsingfors.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

III. Eine Südamerikafahrt in Kriegszeiten.

Von Architekt PHILIPP KAHM, Soldau.

(Schluß.)

Das Ganze machte in seiner Ungebundenheit auf mich eher den Eindruck eines „fidelen Gefängnisses“ als des so übelberühmten englischen Gefangenenlagers und man wunderte sich, daß die englischen Wachmannschaften sich zu diesem „respektlosen Tohuwabohu“ der deutschen „Hünen“ so mucksmäuschenstill verhielten. Ich glaube, es war dies aber mehr „Angst als Vaterlandsliebe“.

Nach drittmaliger Personalaufnahme und Geldabgabe mit anschließender gewissenhafter Untersuchung unseres Gepäcks — nach deutschen Zeitungen, Fernstechern, Waffen, photographischen Apparaten und sonstigen Werkzeugen —, welches wir später unter Bedeckung „höchsteigenhändig“ auf einem Pferdewagen nach unserer hochgelegenen Behausung bringen durften, wurde jedem von uns eine dreiteilige Torfmullmatratze („Biskuits“ genannt) und vier Pferddecken mit Kopfrolle überwiesen, die wir uns ebenfalls selbst „heimtragen“ und auf dem Fußboden ausbreiten mußten.

Ein deutscher Reserveoffizier und verschiedene gefangene Kaufleute stellten sich uns hilfsbereit sofort als Dolmetscher und Führer zur Verfügung und am gleichen Abend wurden wir „Neuen“ in Ermangelung des nötigen Proviantes auf einem mit 16 Deutschen der besseren Stände belegten Mannschaftszimmer, dem sogenannten „Redaktionsbureau“, bewirtet, wofür wir unsere Abenteuer und neuesten Kriegs-Nachrichten auspacken mußten, wieweil letztere vom italienischen Dampfer allerdings nicht „weit her“ waren, aber trotzdem in solch hermetischer Abgeschlossenheit dankbares Publikum fanden.

Wir acht Mann der „Principe di Udine“ wurden zuerst in dem erwähnten Unteroffizier-Wohnhaus, dessen Inhaber nach Flandern abgeschoben war, bestehend aus drei Zimmern, Küche, Höfchen und Waschkabinett, untergebracht. —

Nach bewährtem Muster wurde unser neuer Hausstand sofort organisiert, ein mitgefangener Kellner gegen eine geringere Vergütung zum Küchen- und Stubendienst ernannt, während ich mich zur Annahme des Amtes als „Stubenältester“ und „Kassenwart“ bequemen mußte, bis wir nach dem Weggang der „Kontraktleute“ in die große Tommykaserne übersiedeln mußten.

Obwohl die Freilassung und der Heimtransport dieser Kontraktleute schon auf Intervention der italienischen Regierung am 19. November 1914 von London aus angeordnet war und man dieselben schon einmal auf dem englischen Dampfer „Italia“ eingeschifft hatte und wegen Arbeitsverweigerung der englischen

Matrosen wieder nach der Festung gebracht werden mußten, hielt man die Leute mit Ausflüchten und leeren Versprechungen bis zum 9. Januar 1915 hin, an welchem Tage sie unter Beihilfe des amerikanischen Konsuls teils mit dem italienischen Passagierdampfer „Principessa Mafalda“, teils mit dem gleichen englischen Dampfer „Italia“ nach Genua weiterfahren durften.

Unser Proviant, den wir uns selbst zubereiten mußten und der anfänglich so reichlich war, daß wir einen Teil des Brotes verkaufen konnten, wurde nach acht Tagen auf die Hälfte reduziert, so daß auf den Kopf täglich nur noch $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch, $\frac{1}{2}$ Laib Brot, 2 Stück Kartoffeln, etwas Zucker, Salz und Marmelade kam und wir gezwungen waren, denselben in der Kantine (die um 10 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags je eine Stunde geöffnet und deren Besuch uns unter Militärkarte gestattet war) und beim täglich erscheinenden Gemüsehändler für unser gutes Geld — von dem wir in der „Office“ wöchentlich anfangs 5, später 10 Schilling abheben durften — ergänzen mußten.

Die Zubereitung erfolgte späterhin in gemeinschaftlichen Mannschaftsküchen, die der Obhut eines mitgefangenen Schiffskochs der Hamburg-Amerika-Linie anvertraut wurden und großartig funktionierten.

Die überraschend gekommene Proviantschmälerung schrieben wir dem erfolgreichen Durchbruch der Deutschen bei Soissons zu; von dem wir durch die eingeschmuggelten spanischen Zeitungen Kunde erhalten hatten. Als auch die Kohlenrationen bei dem stürmischkalten Winter reduziert wurden, suchten wir „deutsche Barbaren“ uns dadurch schadlos zu halten, daß wir alles, was nicht niet- und nagelfest war, wie Türen, Stühle, Patronenkasten, Schubladen, Briefkasten, Lattenzäune und ähnliches den Heizzwecken zuführten.

Einige der belustigendsten Momente bildeten für uns in der „Belletage“ auch die von den „kölschen Jungs“ (Heizer der Hapag), welche meistens „den Teufel anstellten“, ausgeführten Exerzierübungen im Kasernenhof, bei denen einer mit einem hölzernen „Schießprügel“ bewaffnet, beim Kommando „Sturm, Hurra, Marsch, marsch“ einem der neugierig und interessiert zuschauenden Tommys beinahe den Bauch aufgeschlitzt hätte, worauf die englischen Soldatenbabys auseinanderstieben, die Wache nervös wurde und verdoppelt werden mußte.

Besondere Feierlichkeiten waren von den Gefangenen zu Kaisers-Geburtstag geplant und namhafte Geldbeträge dafür gesammelt.

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17.

Ein englischer Militärarzt stand uns des Vormittags im Lager zur Verfügung. Von allen Krankheiten macht sich meistens zuerst der sogenannte „Gibartarkoller“ fühlbar, dessen Symptome sich im Schleifen schön gezeichneter Pedrefakten als „Andenken an die Kriegsgefangenschaft Gibraltar 1914/15“ ausdrückten. Als ein weniger harmloses Übel stellte sich das öfters wahrnehmbare „Besoffene Elend“ dar, das sich meistens nach Freilassung von Mitgefangenen einzustellen pflegte und dessen Pflege und Unterstützung sich der Kantinenwirt durch Verabreichung des verbotenen Whiskys angelegen sein ließ. — Für das halbe Fläschchen Bier wurden 3 Pence und für 1 Flasche Whisky $4\frac{1}{2}$ Schilling gezahlt.

Um einem „dringenden Bedürfnis“ abzuhelpen, fand sich nach Abzug der Kontraktleute auch bald ein Friseur der Hamburg-Amerika-Linie bei uns ein, der ein großes Arbeitsfeld vorfand. Einen Schuhkundigen hatten wir leider vergeblich erwartet, obwohl unser Schuhwerk auf dem steinigten Boden Gibaltars sehr zu leiden hatte, so daß sich die englische Regierung nach fünf Monaten wohl oder übel genötigt sah, dasselbe auf eigene Kosten ausbessern zu lassen. Das erstemal kamen die Stiefel nach sechs Wochen wieder im alten Zustand zurück, da die Schuster Gibaltars ihre Animosität gegen Deutschland auch auf die harmlosen Schuhe übertragen hatten. Allerdings sollten den deutschen Gefangenen auch Stiefel aus amerikanischen Liebesgaben zur Verfügung stehen, ich habe aber trotz der Bedürftigkeit vieler Leidensgenossen nie etwas davon zu sehen bekommen.

Auch mit der Respektierung der Liebespakete aus Deutschland wird es von den Zensoren oder Tommys nicht so genau genommen. Jedes Paket wies Verluste auf, selbst dann, wenn sie sich günstigenfalls auf die oberste Lage der Zigarrenkiste beschränkten. Ich selbst habe den Verlust einer größeren Geldsendung und zweier wertvoller Pakete zu beklagen, die nicht an, auf sofortige Reklamation auch nicht zurückgekommen sind. —

Die Behandlung war im allgemeinen eine erträgliche, man kam uns militärischerseits respektvoll entgegen, — obwohl die Schärpen der Wachen sehr unangenehm empfunden wurden — soll es in den großen Konzentrationslagern von England doch weit schlimmer sein, weshalb jeder darnach trachten sollte, durch Proteste aller Art seine Abschiebung dahin hintenanzuhalten. Am 23. Dezember 1914 sind erst 700 Deutsche und Österreicher von Gibraltar nach England abgeschoben worden.

Abgesehen von je einem Appell um $9\frac{1}{2}$ Uhr vormittags und $6\frac{1}{2}$ Uhr abends, nachdem sich niemand mehr im Hofe zeigen durfte, war man vollkommen Herr seiner Zeit, die man durch Lektüre, Briefschreiben, Abfassen diverser Proteste in sogenanntem „Gibaltar Englisch“, Spaziergänge — Essen, Trinken und Schlafen nicht zu vergessen — ausfüllen konnte. Über den Umkreis von 20 m, der von Wachen und Mauern umgrenzt war, durften wir uns nicht hinauswagen; es sei denn, daß wir des öfteren gemeinsame Spaziergänge unter starker Militäreskorte auf der Ostseite des Felsens unternahmen, die der Schießübungen von Kriegsschiffen und Soldateska wegen einige Zeit eingestellt werden mußten.

Es war erlaubt, auf Grund besonderer Vorschriften wöchentlich zwei Briefe in deutscher oder englischer Sprache von je einer großen oder zwei kleinen Seiten zu schreiben, welche aber in beschränkter Zahl oder stark zerschnittenem Zustand ankamen und meistens in den unergründlichen Papierkorb des englischen Zensors wanderten. Briefliche Mitteilungen über das Leben und Treiben in der Gefangenschaft selbst zu machen, war grundsätzlich verboten.

Auf unsere schriftlichen Eingaben und Beschwerden beim Gouverneur erhielten wir nie einen Bescheid. Dessenungeachtet

zeigte der derzeitige Kommandant des Lagers (ein Major der Reserve und Kaufmann aus Manchester) und der Feldwebel Verständnis für unsere prekäre Lage, so daß wir ihnen manche Erleichterungen zu verdanken hatten. —

Das englische Militär, insbesondere die Wachmannschaften, könnte man in Alter, Benchmen und Leistungen mit unserer jüngsten Jugendwehr vergleichen, ist mit seiner Regierung unzufrieden und wäre am liebsten mit uns auf und davon gegangen. Noch heute gellt mir der viertelstündlich sich wiederholende Unkenruf „Nr. 6 all is well“ der englischen Nachtwache in den Ohren, die ein übermütiger Kriegsgefangener öfters zum Ärger der Soldaten mit einem „Germans all well“ beantwortete.

Ein Entweichen vom Gibraltar-Felsen ist so gut wie ausgeschlossen und hat noch jeder Fluchtversuch mit einem kläglichen Fiasko geendet. So liegt noch heute ein deutscher Reserveoffizier als Opfer desselben mit zerbrochenen Beinen im Lazarett zu Gibraltar. Er war nach Berichten beim Spaziergang hinter einem Felsvorsprung zurückgeblieben, um in der Nacht seine Flucht zu verwirklichen. Das mitgenommene 30 m lange Seil reichte nur bis zur Hälfte der 60 m hohen Felswand, von wo er auf das seichte Wasser herabsprang und sich beide Beine brach. Ein vorbeifahrender spanischer Schiffer brachte, auf ihn aufmerksam geworden, den schwerverletzten Flüchtling der englischen Militärbehörde nach Gibraltar zurück, wofür er eine Belohnung von 50 englischen Pfund erhielt. Zuerst zum Tode verurteilt, wurde der Offizier auf Intervention des amerikanischen Konsuls, der sich übrigens um die anständige Behandlung und richtige Verpflegung der deutschen Gefangenen große Verdienste erworben hat und ein sehr energischer, einflußreicher Herr sein muß, begnadigt und ins Lazarett gebracht.

Die Gefangenen mußten früher noch größere Freiheiten genießen haben, denn nur so ist es zu verstehen, daß deutsche Ingenieure sich ein zerlegbares Boot und eine Vorrichtung zum Geleitflug aufs Meer konstruieren konnten, welche Absicht nur durch den überraschenden Abtransport nach England vereitelt wurde. Zwei Nächte lang soll einer davon im Busch gelegen haben, um die Ablösung der Wache zu kontrollieren und daraufhin mit erstaunlicher Kühnheit seine Pläne aufzubauen.

Als ein mißlicher Umstand war es zu betrachten, daß für je 40 Mann nur ein Waschkabinett vorhanden war, außerdem allerdings noch ein Bad mit ständiger Warmwasserleitung.

Zum Waschen, bei welcher Beschäftigung man auch einen echten Prinzen und Baron beobachten konnte, durfte nur Seewasser, zum Kochen jedoch Regenwasser verwendet werden, das bei der ungünstigen geologischen Beschaffenheit des Kalkfelsens auf mächtigen, eigens zu diesem Zwecke angelegten schrägen Ebenen aufgefangen und in Zisternen gesammelt wird.

Die gefangenen Offiziere hatten den Vorzug, in den Einzelzimmern (mit 2—3 Betten) eines besonderen Flügels mit anstoßendem „Offiziersgärtchen“ untergebracht zu werden, hatten aber sonst die gleiche Verpflegung wie wir. Ich hatte beim Umzug das Glück, ebenfalls ein kleines Zimmer mit einem Deutschitaliener und Deutschamerikaner zu erhalten.

Fast jede Woche brachte uns neue Leidensgefährten. So kamen am 9. Januar fünf Norweger, Holländer, Schweizer und Chilenen von der „Principessa Mafalde“, am 12. Januar 16 Angestellte von dem in Madeira liegenden deutschen Schiffe mit ihrem Kapitän, die kurz vor Lissabon von einem portugiesischen Dampfer heruntergeholt und durch ein englisches Kriegsschiff nach Gibraltar gebracht wurden. Der 16. Januar brachte uns spät am Abend neun deutsche Kaufleute und Farmer aus Mossamedes (Portug. Angola) und Bissali, die uns die ersten Nachrichten

von dem siegreichen Einfall von 3000 Reitern aus Deutsch-Südwestafrika und Besetzung des reichen südlichen Teils Angolas nach der heimtückischen Ermordung der deutschen Grenzoffiziere brachten.

Darob freudige Stimmung im Lager und abends Phonographkonzert unseres Deutschamerikaners, wie es denn in der „Afrikanischen Kolonie“ immer recht fidel herging, so daß ich dortselbst gerne zu Gast war.

Der deutsche Konsul von Angola traf übrigens auch bald danach bei uns ein. Den interessantesten Gast sollten die „Afrikaner“ einige Tage später in der Person eines in einen malerischen Turban gehüllten Marokkaners aus Fez erhalten, mit dem sich jedoch kein Mensch verständigen konnte. Trotzdem fühlte er sich sehr wohl bei uns und sahen ihn die Afrikaner des Abends zwei versiegelte Briefe verbrennen; die übrigen, weniger wichtigen Dokumente, sind ihm tags darauf von den Engländern abgenommen und er mitsamt seinem Gepäck einer peinlichen Untersuchung unterzogen worden.

Nach dem Verhör mit dem muselmannischen Dolmetscher hat man ihn bis aufs Hemd entkleidet und abseits in Einzelhaft gebracht, da man in ihm einen Sendboten des Sultans vermutete. Hoffentlich hat man den armen Kerl, der scheinbar den besseren Ständen angehörte, nicht stillschweigend „um die Ecke gebracht“.

Am 12. Januar ist im Lazarett ein Österreicher an Magenkrebs gestorben, ein alter Mann, den man auf seiner von dem letzten Wunsche beseelten Heimreise, im Kreise seiner Familie das Zeitliche zu segnen, todkrank von Bord geholt hatte.

Es war uns gestattet, in Stärke von 12 Personen an der Beerdigung auf dem Friedhof in Gibraltar teilzunehmen und den von uns gestifteten schweren Kranz an seinem Grabe niederzulegen. Die neben unserem Gebäude befindliche unermüdlich tätige Signalstation hatte aus diesem Anlaß Halbmast geflaggt.

Am 19. Januar 1915 kam ein seit August 1914 internierter Deutsch-Elsässer auf Intervention der französischen Regierung frei, eine Tatsache, der man deutscherseits etwas sehr mißtrauisch gegenüberstand.

So brachte fast jeder Tag unseres Aufenthalts an diesem äußerst belebten Punkte zweier Meere etwas Neues für uns. Die beliebteste Abwechslung bildeten für uns jedoch die anderthalb- bis zweistündigen Nachmittagspaziergänge auf der Ostseite der Halbinsel, die uns Gelegenheit boten, das aufgeregte Meer zu beobachten, das die weiß geschäumte Brandung an die von ihr zerfressene Felsenküste spritzt, von der sich dem entzückten Auge ein wunderbarer Rundblick auf die belebte Pforte des Mittelmeeres, die ferne afrikanische (mit Ceuta) und die nahe spanische Küste (mit Algeciras) darbot.

Ein Aufenthalt, um den uns unter anderen Umständen wohl mancher „Globetrotter“ beneidet haben würde, während uns der Sinn nur nach „Freiheit“ stand.

Nachdem ich alle möglichen und unmöglichen Schritte zu meiner Freilassung auf dem uns allein zugänglichen schriftlichen Wege getan und zum Schlusse, alle Hoffnungen bis zum Ende des Krieges aufgegeben, gerade im Begriffe stand, mich daraufhin etwas „häuslicher“ einzurichten, traf am 23. Januar die unerwartete und um so freudiger begrüßte Botschaft in Form einer Londoner Depesche ein, daß ich auf telegraphische Intervention der brasilianischen Regierung nach nochmaliger Prüfung meiner Papiere mit meinem Landsmann Dr. D. sofort in Freiheit zu setzen sei.

Sofort setzten wir alle Hebel in Bewegung, um den in den

Hafen eingebrachten italienischen Dampfer „Cavour“ zur Weiterreise nach Genua zu erreichen, zu welchem Zwecke uns statt der nach London gesandten Pässe ein vom brasilianischen und italienischen Konsul visierter englischer Geleitsbrief des Lagerkommandanten unter Rückzahlung unserer abgegebenen Gelder eingehändigt wurde, bei welcher Gelegenheit sich der englische Major wegen des Fehlgriffes der Marinebehörde entschuldigt und sich persönlich von uns Brasilianern verabschiedet hat.

Leichten Herzens zogen wir beide unter „Ehreneskorte“ durch die neugierig gaffenden Einwohner Gibraltars nach der Schiffsagentur zur Empfangnahme unserer Passagen, die wir selbst bezahlen mußten und von da dem rettenden Hafen zu, schwerbeladen mit geheimen Ordres und Nachrichten an die Angehörigen der trauernden Hinterbliebenen, denen bis zur Stunde leider noch keine Erlösung winkt.

Eine geschlagene Stunde später folgte unser Gepäck, so daß wir durch diese englische Schlamperei beinahe Gefahr liefen, unseren Dampfer zu versäumen und leicht das zweifelhafte Vergnügen gehabt hätten, nochmals nach dem unheimlichen Orte unserer Gefangenschaft zurückgebracht zu werden.

Nachmittags 5 Uhr stach der kleine italienische Dampfer „Cavour“ in See und wir zogen uns bald in unsere Kabine zurück, aus der wir erst wieder in Genua zum Vorschein kamen.

Übrigens sind vom gleichen Dampfer wiederum zwei deutsche Passagiere, die sich in einem Rettungsboot verstaub hatten, in Gibraltar von Bord genommen und interniert worden, so daß wir durch die Erfahrung gewitzigt, allen Grund hatten, auch diesem Kapitän zu mißtrauen und keine Lust verspürten, vom Regen in die Traufe zu kommen.

Wir wurden auch richtig vor Cannes von einem französischen Hilfskreuzer angehalten, unsere englischen Papiere untersucht und für gut befunden, so daß wir am 27. Januar, an Kaisers Geburtstag, ohne weitere Fahrnisse, aber auch ohne zu einem richtigen Genuß der herrlichen Mittelmeerfahrt gekommen zu sein, in Genua eintrafen, woselbst ich zu konstatieren Gelegenheit hatte, daß die Paßbestimmungen der italienischen Polizei an Bord sehr scharf gehandhabt werden.

Nach Erledigung der üblichen Zollformalitäten und unserer Besuche, Meldungen auf den diversen Konsulaten, genossen wir in Genua zum erstenmal seit Monaten das erhebende Gefühl, uns endlich in Freiheit und wieder auf neutralem Boden zu wissen, eine innerliche Befriedigung, die bei dem Studium der wunderbaren Baudenkmäler italienischer Blütezeit der Innenstadt mit dem draußen vor dem Tore liegenden tiefverschneiten, stimmungsvollen Campo Santo ihren Höhepunkt erreichte.

Am nächsten Morgen setzten wir unsere Reise über die im Winter doppelt anziehende Südschweiz mit ihrer einzigartigen St. Gotthard-Romantik bis Zürich fort, woselbst uns die ersten zuverlässigen Nachrichten vom Kriegsschauplatz erreichten.

An der deutschen Grenzstation Singen bekamen wir dann die ersten sichtbaren Zeichen des sieghaften deutschen Heeres in Gestalt der paßrevidierenden Offiziere zu Gesicht und freudig geschwellten Herzens begrüßte unser entzücktes Auge die sich unter dem reinlichweißen Wintermantel versteckende heimatliche Scholle.

Die darauf folgende herrliche Märchenfahrt durch den tiefverschneiten Schwarzwald, die uns die liebe alte Heimat für die überstandenen Strapazen gleichsam als Entschädigung darbot, bildete einen poesievollen Abschluß der an sonstigen Eindrücken reichen abenteuerlichen Reise.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Elsaß-Lothringen.

Der Rektor der Straßburger Universität und Leiter des gesamten Schulwesens in Elsaß-Lothringen hat bestimmt, daß der französische Sprachunterricht in allen Schulen den ersten Platz einzunehmen habe, daß aber auch die deutsche Sprache gelehrt werden müsse. Im ersten Schuljahr dürfe jedoch kein deutscher Unterricht erteilt werden. Französisch sei die Kultursprache, deutsch sei die Sprache des wirtschaftlichen Nutzens. Das Straßburger sozialdemokratische Blatt, die „Freie Presse“, erinnert bei dieser Gelegenheit an die „Barbaren“, die Deutschen, die in den Gegenden des Elsaß, die tatsächlich mehr französisch als deutsch waren, auch die französische Sprache ruhig in der Schule bestehen ließen und erst, wenn die Kinder die erste Erziehung hinter sich hatten, die deutsche Sprache im Unterricht lehrten. Auch die elsäßischen Abgeordneten haben sich zusammengetan und haben eine Entschliebung gefaßt, die sich gegen den französischen Chauvinismus richtet. Der Unterricht müsse die Tatsache berücksichtigen, daß in der großen Mehrzahl des Landes die französische Sprache nicht die Muttersprache sei. Die Muttersprache aber sei allein die Vermittlerin der sittlichen Erziehung. Freilich müsse die französische Sprache stark gepflegt werden, selbst vom ersten Jahre der Schule und vom Kleinkindergarten an, der Unterricht darin solle fortgeführt und vertieft werden, aber die Muttersprache müsse bleiben. Die Elsässer sehen immer mehr ein, welcher „Kulturzeit“ sie die französische Regierung entgegenführt.

Tschechoslowakei.

Die Parlamente der Tschechoslowakischen Republik sind zurzeit vertagt. Aber ein ständiger Ausschuß tagt, der nun allerhand Rechte sich anmaßt, was freilich bequemer ist, als im Parlament vor der Öffentlichkeit zu verhandeln. Daß die deutschen Anträge einfach niedergestimmt werden, ist bei den Gepflogenheiten der Gewalthaber von Prag nicht weiter verwunderlich. So wurde jetzt beschlossen, das Gebiet von Weitra und Feldsberg dem tschechischen Staate einzuverleiben. Über alle möglichen Fragen gab der Regierungsvertreter Auskunft, nur nicht über die, ob denn die Bevölkerung der so begnadeten Gebiete mit ihrem Glück zufrieden sei. Namens des deutschen parlamentarischen Verbandes gab der Abgeordnete Dr. Lodgman die Erklärung ab, die Deutschen lehnten die Berufung auf das seinerzeitige Vorgehen Österreich-Ungarns hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina ab, da sie einer so imperialistischen Auffassung nicht huldigen könnten. Menschen und Länder dürften nicht als Schachfiguren behandelt werden und eine demokratische Republik dürfe derartige Gewohnheiten nicht übernehmen. Zum mindesten aber müsse die Bevölkerung gefragt werden, ob sie mit der Einverleibung einverstanden sei. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Diese Art von Demokratie wird man sich aber merken müssen.

Hultschiner Land.

Im Winter haben die Tschechen auf Grund des Versailler Vertrages den südlichsten Zipfel des Herzogtums Ratibor besetzt, mit Hultschin als Hauptstadt. Ihre Ansprüche auf sieben fernere von ihnen ebenfalls als „mährisch“ erklärte Dörfer der Gegend wurden von der Grenzbestimmungskommission nicht anerkannt. So müssen sie ihre weitgehenden Wünsche nach Besetzung des gesamten schlesischen Kohlenbeckens, das sie nebst allem übrigen Schlesien einfach als Rechtsnachfolger Maria Theresias für sich

beanspruchen möchten, wohl einstweilen vertagen und sich mit dem Besitz einiger Orte um Hultschin zufrieden geben. Obwohl die Bewohner dieser Gegend aber nach tschechischer Theorie „Mährer“ slawischen Stammes sind, ergab sich nach Besitzergreifung von dem Gebiete für die Tschechen alsbald eine bittere Enttäuschung: mit Ausnahme von sieben Pfarrern konnten die wiedergewonnenen Stammesbrüder gar nicht Tschechisch, fühlten auch durchaus nicht Tschechisch. Wir können sie also unterdes ruhig als Auslandsdeutsche in Anspruch nehmen. Die Tschechen brachten ihnen Zündhölzer und Zucker in Fülle, dennoch konnten sie im Hultschiner Land nicht so recht heimisch werden. Das Wirken eines eigens zu diesem Zwecke begründeten Kulturverbandes half nichts. Man errichtete tschechische Schulen: die Leute sollten ihre Kinder dahin schicken — sie streikten. Man schritt zu Drohungen. Man verbot die Einfuhr reichsdeutscher Zeitungen. Die Hultschiner lasen die nicht minder aggressiven deutschen Blätter des ehemals österreichischen Schlesiens. Sie glauben überhaupt nicht daran, daß sie Tschechoslowaken bleiben sollen. Seit 50 Jahren hatte man bei ihnen kein Tschechisch („Mährisch“) mehr gelehrt. Keiner der Gemeindefunktionäre konnte Tschechisch. Man ließ sich in Prag lange Zeit, bis man sich entschloß, tschechische Gesetze und Gemeindeordnungen im Hultschiner Land einzuführen. Das deutsche Vereinsgesetz ließ man übrigens bestehen. Aber auch die offizielle Einführung tschechischer Gepflogenheiten fruchtete wenig. Endlich schritt man zu gewaltsamer Repression. Man löste sämtliche Gemeindeverwaltungen im Hultschiner Land auf, ersetzte sie durch loyalere Verwaltungskommissionen. Und nun will man tschechische Gemeindegemeinschaften holen, die einen andern Geist einführen sollen. Bis dato war als positiver Erfolg von allen den Bemühungen nichts, gar nichts anderes zu verzeichnen als — die Anmeldung von 6 Hultschiner Bübchen für das Troppauer tschechische Gymnasium. Und da darf man vielleicht noch fragen, ob es nicht Kinder von eingewanderten Beamten und Offizieren sind. Geht es mit den Gemeindegemeinschaften nicht, so wird man ja wohl mit Hilfe der bewaffneten Macht das slawische Gefühl, das alle Kulturverbände nicht aufzurühren vermochten, zu wecken suchen. Die Gendarmen haben ohnedies von Anfang an gegen das Übermaß von „Humanität“ in dem neugewonnenen Lande gemurrt. Einen Legionär hat man beim Wildern erschossen — sollte so etwas nicht einen geeigneten Anlaß zum Eingreifen geben?

Polen.

Wie das Wolffsche Telegr.-Büro meldet, haben die Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem polnischen Generalkommando in Posen nun dazu geführt, daß am 4. August 15 noch im Posener Kernwerk internierte Deutsche gegen 15 in Frankfurt a. d. O. internierte Polen ausgetauscht wurden. Man hofft, daß weitere Verhandlungen auch den Austausch der letzten noch in Polen befindlichen Gefangenen herbeiführen werden.

Die kleine deutsche Fraktion im polnischen Sejm hat sich nun konstituiert und hat zum ersten Vorsitzenden Herrn Erwin Haßbach, Pommerellen, zu seinem Stellvertreter Herrn Josef Spickermann, Lodz, zum Schriftführer Herrn Ernst Barczewski, Soldau, und zu dessen Stellvertreter Herrn Karl Daczko, Tuchel, gewählt. An Arbeit wird es den wenigen deutschen Vertretern nicht fehlen.

Galizien.

Nach längerer Zeit ist wieder eine Nachricht von Herrn Pfarrer Zöckler, dem verdienstvollen Vorkämpfer der deutsch-evangelischen kulturellen Einrichtungen in Galizien, eingetroffen, vielleicht

Die letzte für lange Zeit, wenn die Bolschewisten weiter dort vorrücken. Pfarrer Zöckler schreibt unter dem 17. Juli: „Wir hatten die große Freude, daß meine Frau mit den Waisenkindern, die bisher noch in der Schweiz gewohnt hatten, trotz aller Schwierigkeiten wohlbehalten hier ankam! Aber welch ein Gewimmel ist jetzt in unseren Anstalten! Wir sind nun tatsächlich rund 400 Menschen — und sie sollen alle täglich erhalten werden! Leider ist der Liebesgabenwaggon, den die Schweizer Freunde mitsandten, irgendwo hängen geblieben — ach, daß er doch noch rechtzeitig einträte! — Die Stunde ist ernst. Die Polen räumen hier mit Macht und scheinen sich nicht nur militärisch, sondern auch sonst völlig zurückzuziehen. Aber wer käme an ihre Stelle? Nach allem müssen wir doch annehmen, daß es die Bolschewisten sein würden. — Schrecklich sind auch immer die Übergangszeiten — wir durchleben jetzt bange Tage und noch bängere Nächte. Es ist in vieler Beziehung ähnlich so, wie in den schreckensvollen Wochen des August 1914, wo sich auch etwas Großes, Gewaltiges unheimlich von Osten gegen uns heranwälzte.“ Und in einem Briefe vom 29. Juli heißt es: „Die Schweizer Liebesgaben sind doch noch eingegangen, eine Erhöhung vieler Gebete! Sonst dauern hier Druck, Ungewißheit und Bangigkeit weiter. Aber auch Gottes Güte dauert ja weiter.“

Finnland.

Im vorigen Jahre sind 183 Kinder vom Helsingforer Hilfskomitee eingeladen gewesen, sich in den Sommermonaten in Finnland zu erholen, in diesem Jahre sind es 493 Kinder, deren letzte Truppe eben über Lübeck oder Stettin abfahren und auf 2—3 Monate in einzelnen Familien im Lande untergebracht werden. Die Kinder stammen zum größten Teil aus Berlin.

Eine stimmungsvolle Feier fand einem Berichte der „Schles. Ztg.“ zufolge auf der malerisch in der Nähe von Abo gelegenen Insel Nagu statt. Am Sonntag, den 11. Juli, fuhren die Teilnehmer auf blumengeschmückten Dampfern durch die Schären. Aus Deutschland waren unter Führung des Hauptmanns Schweinfurt vier Vertreter des mecklenburgischen Jägerbataillons Nr. 14 erschienen. Sie wurden in Nagu mit militärischen Ehren empfangen, eine Ehrenkompagnie des Skären-Freikorps war mit Fahne und Musik aufmarschiert. Auf dem kieferumschatteten Friedhof, wo die sieben ersten für Finnland gefallenen deutschen Soldaten, mecklenburgische Jäger, begraben liegen, hatten im Viereck die Schützenkorps mit ihren Fahnen Aufstellung genommen. Nach dem Gesang „Ein' feste Burg ist unser Gott“ predigte der Geistliche in finnischer, deutscher und schwedischer Sprache, der Landwirt Schaumann vom Skärenkorps sprach den Dank der Finnen für die deutsche Hilfe aus und unter den Klängen der „Wacht am Rhein“ fielen die Hüllen vom Denkmal. Hauptmann Schweinfurt dankte für die finnische Kameradschaft und ein Schlußchor endete die Feier; an sie schloß sich ein Festessen, bei dem nach der deutschen Rede des Magisters Hagman die Anwesenden stehend und mit Begeisterung die „Wacht am Rhein“ sangen.

Dänemark.

In Tondern wurden bei der Wahl für eine Schulkommission 644 Stimmen für die deutsche Liste abgegeben, 162 für die des Bürgervers, die auch dänische Kandidaten enthielt, und 111 Stimmen für eine Arbeiterliste. Gewählt sind 5 Deutsche, 1 Däne und 1 Sozialdemokrat.

Belgien.

Die antidutsche Bewegung in Belgien macht weitere Fortschritte. Nach dem Vorbilde Antwerpens, Lüttichs und anderer

Städte fanden im vergangenen Monat auch in Schaerbeck, dem größten Vororte Brüssels, mit großem Pomp inszenierte Straßenkundgebungen statt, bei denen gegen die Rückkehr Deutscher protestiert, Entziehung der belgischen Staatsangehörigkeit Deutscher und verschärfte Bestimmungen für den Aufenthalt Deutscher in Belgien verlangt wurden.

Frankreich.

Poincaré hat sich für die Erlernung der deutschen Sprache ausgesprochen, aber nur als Mittel, um die deutsche Nation weiter zu bekämpfen. Die Franzosen, die mindestens 15 Jahre an dem linken Rheinufer sitzen würden, müßten die Elsässer, die das Französische erlernt hätten, ihre Sprache neu lehren und das Deutsche dabei verstehen, auch um im Saargebiet und in deutschen Handelsunternehmungen ihren wirtschaftlichen Einfluß verstärken zu können.

England.

Auf eine Anfrage im Unterhause teilte Mr. Short mit, daß bis Ende Dezember 1919 so gut wie keine ehemaligen feindlichen Ausländer die Einreiseerlaubnis bekommen haben. Nur in England gebürtige Frauen, Witwen und Kinder seien berücksichtigt worden.

Dagegen wurden im ersten Halbjahre 1920 4529 Staatsfremde (darunter in den Monaten April, Mai und Juni 1509 Deutsche, Österreicher und Ungarn) zugelassen, von denen 1443 Frauen, Witwen und Kinder von Geburt Briten sind. In keinem Falle sei einem aus England Ausgewiesenen die Rückkehr genehmigt worden. Einige wenige, die ohne diese Erlaubnis wieder einzuwandern versuchten, wurden sofort zurückgeschickt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus Neuyork berichtet unser Korrespondent: „Mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 31. Juli wird in den höheren Lehranstalten der Stadt Neuyork der deutsche Schulunterricht auch in den Anfängerklassen wieder aufgenommen werden, nachdem der städtische Schulrat eine dahingehende Empfehlung des Schulsuperintendenten gutgeheißen hat. Seinerzeit war der deutsche Schulunterricht während des Krieges in den Anfängerklassen verboten worden, während Schüler der vorgeschrittenen Klassen das Studium der deutschen Sprache nach Einholung einer besonderen Genehmigung fortsetzen durften.“

Es werden also an allen Hochschulen der Stadt, sofern genügendes Interesse für den deutschen Unterricht vorhanden ist, wieder Anfängerklassen eingerichtet werden.

Die Volks- und Elementarschulen sind in diese neue Verordnung nicht einbezogen, weil infolge von Überlastung des Stundenplans der Elementarschüler jeder fremdsprachige Unterricht als Lehrgegenstand in den Elementarklassen unterschiedslos ausgemerzt wurde.

Trotz dieses Banns gegen jede fremde Sprache in den Volksschulen ist es nicht ausgeschlossen, daß der Schulrat über kurz oder lang sich entschließen wird, fakultative deutsche Klassen einzurichten, angesichts der Tatsache, daß dem Schulrat zahllose diesbezügliche Gesuche und Briefe, insbesondere aus dem Stadtteil Bronx mit seiner großen deutschen Bevölkerung, zugehen.

Der Unterricht im Deutschen bietet allerdings insofern Schwierigkeiten, weil viele der Lehrer infolge des Kriegszeiten-Edikts sich ändern Berufen zugewandt haben.

Das bekannte Hunter College war die einzige Lehranstalt der Stadt Neuyork, wo auch während des Krieges genügend Einsicht vorherrschte, um den deutschen Unterricht in gewohnter Weise beizubehalten und durchzuführen.“

Wie man der „Köln. Ztg.“ meldet, ist zwar die Deutschenhetze noch immer über Gebühr groß; doch mehrte sich die Zahl der höheren Lehranstalten und Schulen, die wieder zur Vernunft kommen und die vom Lehrplan gestrichene deutsche Sprache wieder als Unterrichtsgegenstand einführen. Selbst die Columbia-Universität, deren Leiter ein wilder Deutschenfresser war, hat einem in Deutschland geborenen Wissenschaftler einen Lehrstuhl eingeräumt und Prof. Einstein den Ehrendoktor verliehen.

Surinam.

Aus Paramaribo, wo sich noch eine deutsche Kolonie von etwa 150 Köpfen befindet, erhalten die „Hamb. Nachr.“ einen Brief mit 46 Unterschriften, der nachträglich einen geharnischten Protest gegen die Auslieferung deutscher Männer zur Aburteilung an die Gegner enthält und sich in Form und Inhalt an den Protest der Deutschen in Paraguay anschließt. Dem kleinen Holland, seiner edlen Königin und dem ganzen ritterlichen Volke wird für die Verweigerung der Auslieferung des Kaisers aufrichtiger Dank gesagt. Kommt dieser Protest auch spät zu unserer Kenntnis, so zeigt er doch eine Gesinnung und Anhänglichkeit an das Vaterland, die nicht vergessen werden soll.

Brasilien.

Der in Curityba erscheinende deutsche „Kompaß“ berichtet, daß der Richter Dr. Paul Martins ein wichtiges und interessantes Urteil gefällt hat. Er hat entschieden, daß die deutsche Bank ihren Namen in deutscher Sprache führen darf, ohne daß die Präfektur Einspruch erheben dürfe. Sie habe vielmehr jedesmal 10 Contos Strafe zu zahlen, wenn sie gegen den richterlichen Bescheid verstoße.

Südwestafrika.

Ein Farmer schreibt den „Hamb. Nachr.“, daß es den Deutschen in Südwest leidlich gehe und daß sie das den Buren, nicht aber den Engländern verdankten. Zu Pfingsten habe in Omaruru eine Ausstellung stattgefunden, die erste große Veranstaltung der deutschen Einwohner seit der Übergabe des Landes. Sie trug einen rein deutschen Charakter. Die englischen und südafrikanischen Elemente hielten sich zurück, die englischen Behörden unterstützten die Veranstaltung aber nach Kräften. Das ausgestellte Vieh, die ländlichen Produkte, Butter, Käse, Obst, Feldfrüchte, die eingemachten Früchte und die Tischlerarbeiten machten besonderen Eindruck. Auch die künstlerischen Arbeiten der Maler und Bildhauer interessierten allgemein. An den Abenden fanden gesellige Veranstaltungen statt. Trotz der außerordentlich zahlreichen Beteiligung hörte man kaum ein englisches Wort, auch bei den Rennen landesgezogener Pferde und bei der Springkonkurrenz beteiligten sich nur Deutsche.

Australien.

Noch im vorigen Jahre saßen in den vier Kriegsgefangenenlagern Australiens: Molonglo, Berimma, Trial-Bay und Liperpool insgesamt über 7000 Kriegs- und Zivilinternierte, darunter zahlreiche Frauen und etwa 80 Kinder. Im März wurde im Australischen Parlament dem Abgeordneten Mahore vom Premierminister zugegeben, daß (laut „Australian Worker“ vom 8. April) im Konzentrationslager Liverpool noch 38 Personen interniert seien. Fernerhin, daß während des Krieges 31 geborene Australier und 267 Deutsche, die in verschiedenen Teilen des Britischen Weltreichs naturalisiert waren, interniert und 19 davon deportiert worden seien. — Nunmehr sind auch diese letzten bedauernswerten Opfer des Weltkrieges nach teilweise sechsjähriger Gefangenschaft freigekommen und haben im Mai zusammen mit 200 Gefangenen aus der Südsee (Samoa) mit der „Maia“ ihre

Heimreise angetreten. Nur einigen wenigen wurde der weitere Aufenthalt in Australien gestattet. Jedoch müssen sie sich, wie die schon früher dort Freigelassenen und in Australien naturalisierten Deutschen, immer noch regelmäßig bei der Polizei melden.

KLEINE NACHRICHTEN

Wilhelm Cahn, der Geh. Legationsrat, der während des Kriegsbegins 1870/71 in Paris die Interessen der Deutschen mit eigener Lebensgefahr mutig und sicher vertrat und später von Bismarck ins Auswärtige Amt berufen wurde, ist im 82. Lebensjahre verstorben. Sein Kommentar des Staatsangehörigkeitsrechts und der in Betracht kommenden Gesetze ist ein grundlegendes Werk. Er hat ihn dem Deutschen Ausland-Institut, dem er ein warmer Freund war und für dessen Ausbau er lebhaftes Interesse zeigte, mit einer eigenhändigen Widmung vor kurzer Zeit geschenkt.

Friedrich von Falz-Fein †. In Kissingen ist nach langem Leiden Friedrich von Falz-Fein gestorben, einer der bekanntesten deutschen Siedler in Südrußland, der namentlich durch seine Freundschaft mit dem verstorbenen Zaren bekannt geworden ist und der in Süd-Taurien, dicht an der Landenge von Perekop, die die Verbindung mit der Krim herstellt, Askania-Nova begründete, den berühmten Tierpark, der eine seltene Sehenswürdigkeit in Rußland war und auch mehrfach den Besuch der in der Krim auf ihren Schlössern weilenden Zarenfamilie erhielt. Die Familie Falz-Fein waren Rußlands größte Schafzüchter. Der Stammvater der Familie, der Ingenieur Johann Georg Fein, stammte aus Erfurt und siedelte Ende des 18. Jahrhunderts nach Rußland über, um sich an der Wollfabrikation zu beteiligen. Aus kleinen Anfängen heraus wurde die Familie bald einer der größten Grundbesitzer Südrußlands und besaß eine halbe Million Schafe mit eigenen, musterhaft eingerichteten Wollwäschereien. Die landwirtschaftliche Kultur auf den Besitzungen Falz-Feins war mustergültig. (Wir haben Näheres über die Familie und ihre Leistungen im Auslandsdeutschen, Jahrgang II, H. 15, gebracht.)

KIRCHE UND MISSION

Die deutschen Pastoren im an Dänemark abgetretenen Gebiet müssen sich einer Wiederwahl unterziehen, die als geheime Zettelwahl stattfinden soll und zu der bereits eine lebhaft, natürlich rein von nationalen Gesichtspunkten beherrschte Wahl-agitation eingesetzt hat. Die wiedergewählten Pastoren werden bleiben, die nicht wiedergewählt werden gelten als entlassen. Über ihre Pensionsversorgung ist noch nichts entschieden.

Der deutsche Jesuitenpater Friedrich Muckermann schildert fesselnd in den „Stimmen der Zeit“ (Heft 8, 1920) die Bolschewistenherrschaft in Wilna, die mit dem Sturm auf die St. Kasimir-Kirche und der Verschleppung des Paters in die bolschewistischen Gefängnisse endete. Seiner aufopferungsvollen Arbeit gelang es, aus kleinen Anfängen den Widerstand der Bevölkerung gegen den moskowitzischen Schrecken zu organisieren und die Gegensätze zwischen Polen, Litauern und Weißrussen durch das gemeinsame Bekenntnis zum Katholizismus und zur christlichen Liebestätigkeit zu überbrücken.

Die deutsch-spanische Arbeit der vereinigten deutschen Komitees für die spanische Missionsarbeit tritt in diesem Jahre in ihr 50. Jahr ein. Am 17. August 1870 wurde Pastor Fritz Fließner in Düsseldorf zur evangelischen Arbeit in Spanien abgeordnet. Er war, als er im November in Madrid ankam, erster deutscher protestantischer Pfarrer dort und konnte sein Werk in den Jahren reichlich entfalten.

Die Dominikaner-Priester in der chinesischen Fukien-Provinz, die zur Unterstützung der spanischen Dominikanermission kurz vor dem Kriege eintrafen, haben den Erfolg erzielt, daß ihre Schule in der Kreisstadt Wuping für die Stadt und sieben umliegende Ortschaften als öffentliche Schule mit staatlicher Berechtigung anerkannt wurde. Unbeschränkter Schulleiter ist der Vorsteher der Missionsstation, der die Lehrer beruft und die Schulbücher bestimmt. Das Volk steuert außer dem Schulgeld jährlich 100 Dollar aus dem Vermögen von drei Gesellschaften bei. Die Schule soll bis zu sieben Klassen ausgebaut werden. Am 7. März wurde sie mit 114 Knaben und 22 Mädchen eröffnet. Leider war der Nachschub an Lehrkräften bisher nicht möglich.

Nach dem Juli-Bericht der Schleswig-Holsteinschen evangelischen Missionsgesellschaft zu Breklum hat diese Missionsgesellschaft neuerdings auch die Kieler China-Inland-Mission, welche in Südchina am Meerbusen von Tonking arbeitet, übernommen.

Evang. Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Südamerika. Am 2. Juni 1920 hielt die Evang. Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Südamerika ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Der von Herrn Pastor Dedekind erstattete Bericht gab wertvolle Einblicke in die Entwicklung deutsch-evangelischen Lebens in Brasilien nach dem Kriege. Die erste Nachricht, die aus Brasilien nach dem Kriege herüberkam war ein Telegramm, das möglichst bald eine Anzahl tüchtiger, gläubiger Pfarrer für Rio Grande do Sul erbat. Trotz der hohen Überfahrtspreise konnte diesem Wunsch bald entsprochen werden. Allerdings erst nach längerer Geduldsprobe sind am 30. Juni endlich die Pfarrer Holder, Hahn, Sauer, Ahner von Amsterdam ausgefahren, während Pfarrer H. Haase aus Staintz in Steiermark und Prediger M. Witchow die Ausreise über Triest schon am 15. Mai antreten konnten. Die dringende Bitte um Pfarrer ist durch das Vordringen der nordamerikanischen Missourier veranlaßt.

Eine Reisebeihilfe wurde der Lehrerin Christine Kölle, Tochter des Pastors Kölle in Rio Claro Sao Paulo gewährt. Zwei weitere Lehrerinnen wollen im Juli folgen.

Zur Bestreitung der hohen Überfahrtskosten der Geistlichen hat die Rio Grandenser Synode 60 000 Mk. gespendet, das „Evangelische Stift“ in Novo Hamburgo für die Aussendung von drei Lehrerinnen 20 000 Mk. An Stelle des nach Vlotho an der Weser berufenen Pastors W. Kollhaus wurde Pastor Frick-Elberfeld zum Vorsitzenden der Evangelischen Gesellschaft erwählt. Die Zahl der Pfarrbezirke der Rio Grandenser Synode hat sich seit 1915 um zwei vermehrt. Die Zahl der Mitglieder ist von 15 000 auf 17 000, die der Seelen von 92 000 auf 103 000 gestiegen. Einstweilen besorgt die Ausbildung junger Geistlicher für Rio Grande do Sul das Auslandsprediger-Seminar, welches am 1. Juni von Soest in Westfalen nach Witten an der Ruhr verlegt wurde. Das deutsche evangelische Lehrerseminar in Santa Cruz hat sich vortrefflich entwickelt und erfreut sich allgemeiner Achtung bei der deutsch-bürtigen Bevölkerung des gesamten Staates. Die Schulgemeinde hat sich bereits gewöhnt, nach Lehrern im Seminar nachzufragen. Das Seminar hat bisher 26 Lehrer vorgebildet.

Die April-Juninummer des „Deutschen Ansiedlers“ gibt zugleich Zeugnis davon, wie die Gesellschaft in wachsendem Maße auch durch die Beratung Auswanderungslustiger in Anspruch genommen wird. Der Jahresbericht klagt über die Anfeindung, welcher das südbrasilianische Deutschum durch die brasilianischen Jakobiner und Nativisten ausgesetzt war. Zur schnelleren

Einschmelzung der einwandernden Deutschen in die brasilianische Bevölkerung dienen die scharfen Schulerlasse und die Forderung der allgemeinen Dienstpflicht, die besonders auf die deutschen Jungmänner angewandt wird, während man Luso-Brasilianer, Italiener und Polen nicht einzieht.

Blumenau (Brasilien). Das Evangelische Krankenhaus ist am Sonntag, den 27. Juni, eingeweiht worden. Infolge des Krieges dauerte es fast 5 Jahre, bis es vollendet werden konnte. Als der Rohbau im Februar 1918 fertig war, mußte die Arbeit fast 1½ Jahre liegen bleiben. Im Juli 1919 ist mit dem Ausbau des Inneren sodann begonnen worden. Das stattliche Gebäude steht unweit der evangelischen Kirche auf dem Grundstück der früheren Regierungsschule. Es besteht aus einem zweistöckigen Mittelbau und zwei einstöckigen Flügeln, besitzt eine Männer- und eine Frauen-Abteilung mit je einem Saal von 10 Betten für Kranke dritter Klasse, für die Kranken der ersten und zweiten Klasse sind 9 Zimmer mit je 1 oder 2 Betten vorhanden. Ein Schwestern- und ein Altenheim, die zu dem Krankenhaus gehören, sind vorläufig erst im Rohbau fertig. Die Behandlungstätigkeit im Krankenhaus steht allen Ärzten der Stadt frei. Kranke ohne Unterschied der Nationalität und Konfession sollen behandelt werden können.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Das Schulsanatorium Fridericianum zu Davos

Von Martin Platzer, Davos.

Das Fridericianum in Davos konnte im Sommer 1918 auf sein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken, und auch wir gedachten damals dieses Tages kurz. Die Leitung der Schule hatte beabsichtigt, in einer eingehenden Denkschrift Werden und Wachsen der für Davos und die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland so bedeutungsvollen Anstalt ausführlich zu schildern, die ungünstigen Zeiten verhinderten die Verwirklichung im ursprünglich geplanten Umfange, und deshalb liegt nun diese Veröffentlichung in einer stark gekürzten schlichten Ausgabe vor. Und doch bietet sie bei aller Knappheit ein volles, rundes Bild zielbewußter, segensreicher Tätigkeit, von der hier ein kurzer Abriss an Hand der Denkschrift gegeben werden soll.

Schon die beiden ersten Abschnitte über „Die allgemeine Entwicklung der Anstalt“ und „Das Fridericianum als Schule“ verdeutlichen anschaulich das Wachsen der Anstalt. Durch den badischen Geheimen Hofrat Dr. Perthes im Sommer 1878 gegründet und in den ersten beiden Jahren in der heute zum Kurhaus gehörenden Villa Batava geführt, bis ein eigener Bau fertiggestellt war, zählte es noch im Jahre 1883 nur 36 Schüler, erst nach 16 Jahren 70, um mit 168 Schülern im Jubiläumsjahr einen Höhepunkt zu erreichen. Geheimrat Perthes mußte schon nach 2 Jahren die Leitung infolge seiner fortschreitenden Krankheit abgeben, ihn vertrat Dr. U. Schaarschmidt, der bis jetzt als Realgymnasialrektor in Chemnitz tätig war, und Geheimrat Mühlhäußer, der im Jahre 1911 die Anstalt an die jetzigen Direktoren Dr. H. Bach und B. Rüdiger abgab. Die Perthes'schen Grundsätze aber sind maßgebend geblieben bis auf den heutigen Tag, und die Gründung verschiedener Schulen an anderen Orten nach den gleichen Prinzipien ist wohl das beste Zeichen für ihre lebendig wirkende Kraft. Perthes brachte zuerst den Gedanken auf, daß ein den körperlichen Kräften angemessenes Maß von Arbeit zur Genesung und Ertüchtigung der schwächlichen Jugend das beste Mittel ist, und die Erfolge gaben ihm recht. Es ist hoch anzuerkennen, wie das Fridericianum, ohne jegliche Unterstützung von außen, es verstanden hat, un-

geachtet aller Hindernisse das Ziel einer normalen Schule voll zu erreichen, und auch externen Schülern in immer steigendem Umfang sich zur Verfügung stellte, ja sogar durch Gewährung von ganzen oder teilweisen Freistellen noch eine umfangreiche private Unterstützungstätigkeit ausübte. (Die hierfür aufgewendeten Summen betragen insgesamt mehr als 30000 Fr. Ein im Anschluß an das Jubiläum gegründeter Stipendienfonds, dem auch die Vereinigung ehemaliger Fridericianer, die den Zusammenhalt unter den alten Schülern wahren will, ihre Mittel zuwendet, soll das Hilfswerk auf breiteren Boden stellen.) Die erste offizielle Würdigung der Verdienste der Anstalt durch die Heimat war die Verleihung der Berechtigung zur Ausstellung des einjährig-freiwilligen Zeugnisses im Jahre 1909, der im Jahre 1918 als Krönung durch einen Erlaß des deutschen Reichskanzlers die Ernennung zur Auslands-Vollanstalt folgte, wodurch das Fridericianum die Berechtigung erlangte, in Gegenwart eines deutschen Reichskommissars die Reifeprüfungen abzuhalten. 177 Schüler bestanden seit Bestehen der Anstalt die Reifeprüfung (ungerechnet 98 Internierte), nur drei vermochten infolge unerwartet eintretender gesundheitlicher Störungen den Anforderungen nicht zu genügen. Eingehend wird auch der Bedeutung des Fridericianums für die schweizerischen Schüler gedacht — von im ganzen 3255 Zöglingen waren 463 schweizerischer Nationalität —, denn, um mit den Worten des Herrn Mathis, des schweizerischen Schulinspektors, zu sprechen, in der Anstalt „sind alle Möglichkeiten geboten, daß sich die Jugend im Heimatlichen geistig und seelisch verankert, und daß aus dem Heimatgefühl die Heimatliebe entspringt, die der Schüler auf unser ganzes Schweizer Vaterland überträgt. — Im Fridericianum wird auch die schweizerische Literatur zu Ehren gebracht, wie sie in unsern Dichtern und Schriftstellern so ruhmvoll vertreten ist. Ein Hauptaugenmerk wird ferner auf die ethische Wertung der Arbeit gelegt, kurz, das Fridericianum zu Davos geht mit unsern besseren einheimischen Bildungsanstalten gemeinsame Wege, die Jugend zu tüchtigen Bürgern und Bürgerinnen heranzubilden, um sie zu guten Menschen zu erziehen.“ Der ganze heimatliche Unterricht z. B. wird nur in Anwendung auf die Schweiz getrieben, die schweizerische Geschichte findet gebührende Berücksichtigung. Mehrfach bestanden die Schüler nach der deutschen Maturitätsprüfung die schweizerische als die ersten, ein Zeichen, daß das Fridericianum mit einer stärkeren Betonung der Realfächer auch den Anforderungen der schweizerischen Prüfungen gerecht werden konnte. Von Jahr zu Jahr steigt denn auch die Zahl schweizerischer Schüler, und es ließen sich zahlreiche Beispiele treuer Anhänglichkeit von Zöglingen und Eltern anführen.

Besondere Schwierigkeiten erwachsen, wie schon angedeutet, dem Fridericianum infolge seiner doppelten Aufgabe als Schule und Sanatorium. Die Denkschrift legt eingehend („Das Fridericianum als Sanatorium“) die oben kurz skizzierten Grundsätze dar, die hauptsächlich in einem genau abgewogenen Wechsel von Ruhe und Arbeit aufgebaut sind, den Schwerpunkt auf den Unterricht in möglichst klein gehaltenen Klassen usw. und eine ausgedehnte Freiluftbehandlung verlegen. Das Kapitel „Die Erziehung im Internat“ legt Zeugnis davon ab, wie der Hauptwert auf die Erziehung des einzelnen zur sittlichen Persönlichkeit gelegt wird. Den Erfolg der Sanatoriumsbehandlung — die Herren Dr. L. Spengler und Dr. O. Peters standen in besonders enger Verbindung mit der Schule — belegen u. a. auch die Tabellen über die Gewichtszunahmen der Schüler. Vor allem aber auch der Umstand, daß, wie aus dem letzten Kapitel „Die Anstalt und der Krieg“ hervorgeht, 50 Schüler direkt von der Schule den Soldatenrock anzogen, aus den letzten Jahren allein 150

Namen von ehemaligen Fridericianern, die im Felde standen, bekannt sind. 17 starben den Heldentod. Aber der Krieg gab der Schule auch Gelegenheit, segensvoll zu wirken durch den Ausbau des Interniertenunterrichts. Es ist staunenswert, was hier in kurzer Zeit geleistet wurde, die Organisation wurde vorbildlich für das Interniertenausbildungswesen in der ganzen Schweiz. Am Fridericianum bestanden 118 Internierte die Reife — 72 die Einjährigenprüfung. Im ganzen erhielten ungefähr 200 Internierte gültige Zeugnisse auf Grund einer Prüfung.

Über vierzig Jahre voll Kampf und Aufstieg, voll schwerer Mühe und schöner Erfolge liegen hinter der Anstalt. Aber sie will auf Erreichtem nicht ruhen, sondern ungeachtet aller Ungunst der jetzigen Zeiten im bisherigen Umfange ihre Arbeit am heranwachsenden Geschlecht fortsetzen, treu den bewährten Grundsätzen und zeitgemäßen Neuerungen nicht verschlossen. Und man kann ihr im Interesse nicht nur von Davos, sondern vor allem der Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland von ganzem Herzen Erfolg und verständnisvolle Unterstützung aller Kreise wünschen. Sie vermag für die Schule unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen von ausschlaggebender Bedeutung zu werden — denn auch die Schule leidet natürlich unter dem durch Valutanöte usw. bedingten schwächeren Zustrom aus der Heimat —, damit sie ihrer schönen Aufgabe weiterhin so gerecht werden kann, wie bisher, eine Brücke zu sein zwischen den beiden Nationen, die geistigen und kulturellen Bande zwischen ihnen immer enger zu knüpfen und mitzuhelfen an der Heranbildung einer gesunden, kraftvollen Generation.

Institut für Deutschtum im Ausland an der Universität Marburg.

Der erste Jahresbericht über das Jahr 1919/20 (Marburg: Uwert), der uns erst jetzt zugegangen ist, zeigt, daß das Institut infolge der großen Schwierigkeiten, die zurzeit wissenschaftlichen Instituten im Deutschen Reiche entgegenstehen, nur wenig entwickelt worden ist. Ein gut Teil der Arbeit lag in der Veranstaltung von Einzelvorträgen verschiedener Gelehrter über Fragen des Ausland- und Grenzland-Deutschtums und die Zusammenstellung des von den Vortragenden in kurzer Darstellung zusammengefaßten Inhalts der Vorträge füllt den weitaus größten Teil des uns vorliegenden Berichts aus.

Auf dem Gebiete der Forschungstätigkeit, dem eigentlichen Arbeitsgebiete des Instituts, ist noch wenig geschehen; über die Anknüpfungen von Verbindungen ist man nicht hinausgekommen. Größere Werke sollen in nächster Zeit überhaupt nicht herauskommen, im nächsten Jahre soll mit der Herausgabe kleinerer Arbeiten begonnen werden. Die Zeit für die Schaffung einer eigenen wissenschaftlichen Zeitschrift hält das Institut für noch nicht gekommen.

Eine Arbeitsgemeinschaft schloß die daran teilnehmenden Studierenden in zwei Arbeitsstunden der Woche eng zusammen und bewährte auch über die Kollegs hinaus verbindende Kraft. Die Arbeitsgemeinschaft soll späterhin auch dem Volkshochschulgedanken nutzbar gemacht werden. Die Bücherei des Instituts ist noch nicht sehr groß, der Lesesaal weist eine große Zahl von einschlägigen Zeitschriften auf, doch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die Quantität zugunsten der Qualität vermindere, eine Hoffnung, die man teilen kann. Ein Zettelkatalog aller in Marburg vorhandenen Bücher über Deutschtum und Auslanddeutschum ist hergestellt worden. Die Beratungstätigkeit des Instituts hielt sich naturgemäß in den engen Grenzen eines Universitätsinstituts. Dem Institut stehen zwei Stipendien zur Verfügung, deren Erträge jedes Jahr einem Dozenten der Hochschule zu einer Reise zur Ver-

fügung stehen sollen. Von Geheimrat André ist ein Stipendium für in Marburg studierende Deutsche aus Polen, von Hauptmann von Ruckteschell ein solches für Deutsche aus dem Baltensland begründet worden. In der persönlichen Fürsorge für auslanddeutsche Studierende findet das Institut wichtige Arbeit.

Als Anhang ist dem Jahresbericht ein Gutachten Professor Kampffmeyers über eine Bibliographie des Auslanddeutschtums beigelegt. Er möchte zunächst auf 20 bis 30 Jahre zurück die Literatur des Auslanddeutschtums verfolgt haben und vor allen Dingen auch die fremdländische Literatur über das Auslanddeutschtum festgehalten wissen. Er glaubt aussprechen zu sollen, daß eine solche bibliographische Tätigkeit vom Deutschen Ausland-Institut und vom Verein für das Deutschtum im Ausland unter gar keinen Umständen zu erwarten sei. Was unser Deutsches Ausland-Institut angeht, so irrt hier der Autor. Wir verfügen sowohl in Stuttgart wie auch anderwärts über die nötigen Hilfskräfte und wären auch durchaus gewillt, diese Ergänzung unserer heutigen bibliographischen Arbeiten zu übernehmen und auszuführen. Es fehlt uns nur an den dazu gehörigen großen Geldmitteln. Denn daß eine wirklich umfassende und gute Bibliographie mit Heranziehung nicht nur der Buch-, sondern auch der ausländischen Zeitschriftenveröffentlichungen einigermaßen umfassend und vollständig mit einem Jahresetat von 15- bis 20000 M auch nur angefangen werden könnte, wie es Herr Prof. Kampffmeyer ausführt, wird niemand glauben, der Valutanot und Geldentwertung mit der rapide sinkenden Unlust zu unbezahlter freiwilliger Mitarbeit zusammenhält. Es wäre eine schöne Sache um diese Bibliographie — wenn gewaltige, ganz gewaltige Mittel zur Verfügung stehen. Vorderhand aber leiden im Deutschen Reiche wichtigere wissenschaftliche Aufgaben und weit größere Ziele bittere Not.

Fürsorge für die deutschen Auslandsschulen. Der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen hielt vom 24. — 26. Juni seine Hauptversammlung in Eisenach ab und beschloß dort, im nächsten Jahre bei der Tagung die Frage der Fürsorge für die deutschen Auslandsschulen besonders zu behandeln, soweit dabei die Heranziehung tüchtiger Kaufleute und Führer des Wirtschaftslebens in Frage kommt. Dipl. Handelslehrer Dr. Südhof, Berlin, bis zu ihrer Schließung Direktor der deutschen Handels-Oberrealschule in Bukarest, wurde zum Berichterstatter ernannt. Eine Entschließung wurde schon jetzt gefaßt, die den Verband auffordert, bei den amtlichen Stellen auf Unterhaltung von deutschen Handelsschulen im Auslande hinzuwirken. Die Schulen wirkten nicht nur zur Erhaltung des Deutschtums, sondern auch zur Aufklärung über Deutschland im Auslande. Diejenigen Rumänen, die bis jetzt nach Deutschland gekommen seien, um Handelsbeziehungen wiederanzuknüpfen, seien zumeist Schüler und Absolventen der deutschen Handels-Oberrealschule in Bukarest gewesen.

Danzig. Technische Hochschule. Die Turnerschaft „Hansea“ feierte ihr Stiftungsfest und begrüßte dabei eine Reihe von Vertretern deutscher Hochschulen aus dem Reich. Oberbürgermeister Sahm, selbst Turnerschaftler, wies darauf hin, daß man im Staate Danzig Bollwerk für das Deutschtum sei, die Technische Hochschule deutsch zu erhalten, sei nächstes Ziel. Diesem Gedanken verließ auch der Rektor Geheimrat Prof. Dr. Schulze Ausdruck und er fand eine Bekräftigung in dem Wunsch und Willen der Studentenschaft der vertretenen Hochschulen, Danzig stets in seinem Kampfe fürs Deutschtum zu unterstützen.

Vom Deutschen Kulturverband in der Tschechoslowakei. Zur Erhaltung des deutschen Grenzschulwesens in der Tschecho-

slowakei braucht der Deutsche Kulturverband die Summe von jährlich zweieinhalb Millionen Kronen. Das deutsche Volk in Grenzböhmen, dessen Leistungsfähigkeit in finanzieller Hinsicht durch die langen Kriegsjahre außerordentlich geschwächt ist, ist allein nicht imstande, diese ungeheure Summe aufzubringen. So stehen hundert deutscher Bildungsanstalten an der Grenze vor der Gefahr des Schließens. In dieser Not wendet sich der Deutsche Kulturverband an die Stammesgenossen im Ausland mit der dringenden Bitte um Hilfe und um Übermittlung von Förderungsbeiträgen. Es wird ersucht, Spenden an die Mitteldeutsche Kreditbank mit dem Auftrag der Überweisung nach Prag zu leiten.

Lodz. Deutsches Gymnasium. Das schöne Gebäude des Gymnasiums, eines der herrlichsten von ganz Lodz, ist wiederum für Verwundete als Lazarett eingerichtet worden, welchem Zwecke es ja auch schon zur Zeit der russischen Besetzung Lodzs und auch noch nach der Einnahme durch die Deutschen diente. Ein Hospital des Roten Kreuzes ist jetzt wieder in die Räume eingezogen. Es wird allerdings die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen möge, bis zur Wiedereröffnung der Schulzeit andere Räume zu finden, so daß das Gymnasium wieder seinen eigentlichen Zwecken dienstbar gemacht werden könnte.

Lodz. Das deutsche Lehrerseminar ist nun auch in ein Militärkrankenhaus verwandelt worden, das 150 Betten für die Aufnahme polnischer Verwundeter bereitstellen kann. Damit ist dem Deutschtum eine zweite wichtige Kultur- und Lehranstalt für die nächste Zeit genommen.

Sompolno (Polen). Das deutsche sechsklassige Gymnasium für Schüler beiderlei Geschlechts hat nun drei Schuljahre hinter sich und hat sich ausgezeichnet entwickelt. Jetzt ist der Schule dasselbe Recht der Zurückstellung vom Militärdienst gewährt worden, wie die polnischen Schulen es genießen. Ein neuer akademisch gebildeter Schulleiter ist berufen worden, Herr Fischer, der bisher in Lodz tätig war und in Riga, Petersburg, Dorpat und Tübingen studiert hat. Auch der bisherige Schulleiter, Herr Karl Grauß, der den Gedanken eines Museums des Deutschtums in Polen bearbeitet, wird weiter an der Schule tätig sein. Die polnische Sprache wird an der Schule mit besonderem Eifer gepflegt. Es wird im neuen Jahre auch ein Schülerheim eröffnet, das auswärtige Kinder aufnehmen soll. Das Deutschtum in Polen wird gebeten, ganze oder halbe Freistellen dafür zu stiften.

Pabianice (Polen). Das Deutsche Gymnasium eröffnet mit dem neuen Schuljahr eine Obersekunda mit dem neuen erweiterten Programm der 6. Klasse des polnischen Staatsgymnasiums, so daß sämtliche Schüler, die die Untersekunda beendet haben, zum ersten Male auch weiterhin in der Anstalt verbleiben können.

In **Kowno** sollte einer Meldung der „Breslauer Zeitung“ zufolge am 18. August eine deutsche Oberrealschule eröffnet werden, deren Abgangszeugnisse zum Besuch der deutschen Hochschulen berechtigen. Die Begründung dieser Schule ist im Zusammenhang mit der Begründung der deutschen Partei in Litauen und auch der neuen deutschen Zeitung als ein erfreuliches Zeichen des Wiedererwachens deutschen Bewußtseins in Litauen zu verbuchen.

Deutsche Schulen in Dorpat. Wie die „Dorpater Zeitung“ berichtet, bestehen die vier städtischen Volksschulen als von der Schulverwaltung anerkannte öffentliche deutsche Schulen, während die vier übrigen deutschen Schulen als Privatanstalten gelten. Unter den zu den Reifeprüfungen zugelassenen deutschen Schülern überwiegen die Mädchen bei weitem. 28 junge

Damen stehen 15 männlichen Abiturienten gegenüber. An der Universität sind die deutschen Korporationen Estonia, Livonia, Fraternitas Rigensis, Neobaltia, Fraternitas Akademia neu bestätigt worden und tragen ihre alten Farben wieder. Der von der Studentenschaft eingesetzte Ausschuß von 15 Mitgliedern zählt auch zwei ständige Vertreter der deutschen Korporationen. Insgesamt studieren an der Hochschule in Dorpat gegenwärtig 70 bis 80 deutsche Studenten.

Riga. Deutsches Schulwesen. Wie wir der Rigaischen Rundschau entnehmen, haben die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Stadt über den Ausbau des Schulwesens dazu geführt, daß die Stadt zwei deutsche Mittelschulen aufgeben will und nur noch die vier lettischen Mittelschulen und je eine deutsche, russische und jüdische erhalten will: Der Staat wird ein lettisches Gymnasium eröffnen und eine deutsche Mittelschule übernehmen. Die Zeitung nennt das einen schweren Schlag für das nationale Bildungswesen, der das Deutschtum um so empfindlicher treffe, als er durch keine sachlichen Gründe gerechtfertigt werde. Das Deutschtum müsse sich eben viel mehr als bisher auf eigene Kraft, Arbeit und Opferwilligkeit stützen, wenn es Sicherheit und Bestand haben wolle.

Ungarn. Der Kultminister ordnete im Einvernehmen mit dem Minister der nationalen Minderheiten an, daß in fünf Lehrerpräparanden-Anstalten Ungarns in deutscher Sprache ein Teil der Unterrichtsgegenstände vorgetragen würde, damit der künftigen Lehrerschaft Gelegenheit gegeben würde, dem Glauben, der Sitte, der Sprache und den Kulturaufgaben der deutschsprachigen Bevölkerung Ungarns nachdrücklicher dienen zu können.

Hermannstadt. Ein deutscher Ferienhochschulkurs wurde von einem Sonderausschuß in Hermannstadt vom 10. bis 24. August veranstaltet. Eine Reihe von Universitätsprofessoren hielt wissenschaftliche Vorlesungen über Sprachen- und Weltanschauungsfragen, über Naturgeschichte und philosophische Probleme, in einem zweiten Kurse wurde das wissenschaftliche Leben der Siebenbürger Sachsen geschildert, Führungen durch die Sehenswürdigkeiten von Hermannstadt und Umgebung schlossen sich an, der Sebastian Hann-Verein für heimische Kunstbestrebungen veranstaltete eine Bilderausstellung, gleichzeitig fand die konstituierende Versammlung des Hochschulbundes der Südostdeutschen statt. Eine Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen schloß sich an, ein Begrüßungsabend mit Darbietungen des Hermannstadter Männerchors „Germania“ und des Hermannstadter Männergesangsvereins, ein Sommerfest, die Aufführung der IX. Symphonie durch den Hermannstadter Musikverein, eine Aufführung von „Wilhelm Tell“ durch den Theaterverein und schließlich ein Festkommers, den die Altherrenverbände der deutschen Burschenschaften, des akademischen Turnbundes, der Vereine deutscher Studenten und der Siebenbürgisch-sächsischer Hochschülerschaft veranstalteten. Im Anschluß an die Veranstaltungen fanden Gebirgsausflüge statt. Die Teilnahme am Hochschulkurs stand allen Erwachsenen ohne Nachweis besonderer Qualifikation frei. Der Preis der Teilnehmerkarte sollte nicht über 100 Kronen betragen. Lehrer und Hochschüler sollten besondere Vergünstigungen erhalten.

Vom deutschen Schulwesen in Beßarabien. In der „Deutschen Zeitung Beßarabiens“ klagt Lehrer Luithle-Schabo über den Mangel an Methode im Volksschulunterricht. „Was eben ein Lehrer in seiner Schule erreicht, das ist der ganze Lehrplan.“ Die Folge davon sei, daß der Übergang in höhere Bildungsanstalten ungemein erschwert werde und diese mit ungenügend vorbereiteten Schülern schwer belastet würden. Er fordert des-

halb Vereinheitlichung des Aufbaues und der Lehrpläne des gesamten deutschbeßarabischen Schulwesens. Neben der Volksschule (scoala primara) werden Mittelschule (scoala media), Volksschullehrerseminar (scoala normala) und Gymnasium (liceu) verlangt, die alle untereinander in Einklang ständen. Die Volksschule sollte in eine Unter- und Oberschule zu je 4 Schuljahren zerfallen. Nach dem 4. Schuljahre hätten sich sämtliche Schüler einer Prüfung zu unterziehen, welche ihnen das Recht zugestehet, in die Mittelschule oder das Gymnasium überzutreten. Diejenigen Schüler, welche keine höhere Schule besuchen wollten, kämen in der Volksschule (Oberstufe) nach weiteren 4 Jahren eine abgeschlossene elementare Bildung.

Hatzfeld. Deutsches Realgymnasium. Entgegen wiederholten mündlichen und auch schriftlichen Zusicherungen der Zentralstellen des Südslawischen Staates wurde in letzter Zeit der Unterrichtsbetrieb des deutschen Realgymnasiums in Hatzfeld durch Maßnahmen der Provinzialschulbehörden derart störend beeinflußt, daß zeitweise der Weiterbestand dieser bisher einzigen deutschen Mittelschule im S. H. S. Staate bedroht schien. Um dagegen Abhilfe zu schaffen, begab sich am 7. Juni eine aus Vertretern der Gemeinden Hatzfeld, Heufeld, Mastort, Ostern und anderer Orte bestehende Abordnung von insgesamt 50 Personen nach Belgrad, um dem Minister für Volksaufklärung eine Denkschrift zu überreichen, in der die Wünsche und Besorgnisse des Schulrates von Hatzfeld ausführlich dargelegt waren. Wie das „Deutsche Volksblatt“ in Neusatz berichtet, empfing der Minister die Abordnung auf das Zuvorkommendste und versprach, sofort telegraphisch zu verfügen, daß die Reifeprüfungen in Hatzfeld selbst abgehalten werden könnten. Dagegen wand er sich um eine bestimmte Erklärung über die Zukunft des Realgymnasiums mit der Bemerkung herum, daß es sich nicht um Hatzfeld allein, sondern um den ganzen Komplex der deutschen Schulfrage handle. Auf alle Fälle würden jedoch die Schulbedürfnisse der deutschen Bevölkerung mit Wohlwollen behandelt werden. Der von Dr. Grassl vorgetragene Forderung, daß künftighin über die Kulturinteressen der deutschen Bevölkerung nicht ohne Mitwirkung der betroffenen deutschen Kreise, die in dem behördlich anerkannten Kulturbund ihre Vertretungen besitzen, entschieden werden möchte, glaubte der Minister Bewilligung versprechen zu können.

Auf Grund der beruhigenden Zusicherungen, die die Abordnung in Belgrad bekam, wurden seitens des Schulrates schon jetzt alle Vorarbeiten für das nächste Schuljahr in Angriff genommen.

Windhuk. Realschule. Wie die „Kol. Korresp.“ mitteilt, hat die Reichsregierung, um den Fortbestand der deutschen Schule zu sichern, der Windhuker Realschule vorläufig einen Betrag von 16 000 Goldmark zur Verfügung gestellt, aus dem die Kosten der Schule bis zum 1. Juli bestritten und gleichzeitig auch die eventuell notwendigen Kosten der Rückkehr deutscher Lehrer nach der Heimat gedeckt werden sollen.

Tsumel (Südafrika). Im Monat Mai entfaltete der Schulverein eine großzügige Tätigkeit, um die deutsche Schule erhalten zu können. Heute zählt der Verein infolgedessen 112 Mitglieder, die eine monatliche Summe von Mk. 250.— in Schulgeldern und Mk. 650.— durch freiwillige Beiträge aufbringen, zusammen also Mk. 900.—. Da die monatlichen Kosten der Schule noch nicht Mk. 700.— ausmachen, ist also für das Fortbestehen der deutschen Schule gesorgt. Für den Weiterausbau der Schule sind allerdings noch große Mittel erforderlich, an deren Aufbringung der Verein weiterhin arbeitet.

Mexiko. Die deutsche Schule steht vor einer schweren Gefahr. Der zu deckende Fehlbetrag beläuft sich auf über 25 000 Pesos. Die Entwertung des Reichszuschusses und die gewaltige Verwertung aller Materialien sind an diesem trüben Ergebnis schuld. Der Reichszuschuß ist vom Jahre 1918 von 27 000 auf 8500 Pesos im Jahre 1919 gefallen und für 1920 überhaupt noch zweifelhaft. 36 000 Pesos aber hat die Schule zudem noch im vorigen Jahre durch Erlaß von Schulgeldern eingebüßt, da 150 deutsche Kinder völlig unentgeltlichen Unterricht genießen, deren Eltern das Schulgeld einfach nicht bezahlen können. Für diese 150 Kinder sucht die Schule jetzt nach Stiftern von Freiplätzen, um ihre segensreiche Tätigkeit aufrecht erhalten zu können.

Mazatlan. Hier ist am 22. April unter der Leitung des Oberlehrers Kurt Hähnel, der schon 10 Jahre in Mexiko wirkt, eine deutsche Schule eröffnet worden, in die auch 20 mexikanische Kinder sich einschreiben ließen. In 6 Klassen werden insgesamt 42 Kinder von 5 Lehrkräften unterrichtet. Eine Kindergärtnerin aus Deutschland ist angenommen, die später auch einen Kindergarten eröffnen soll.

Guatemala (Stadt), Zentralamerika. Die deutsche Schule blickt in wenigen Jahren auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Trotz Krieg und Erdbeben, die das alte Schulhaus zerstörten, wurde unter großen Opfern die Schule durchgehalten. Eine Zeitlang in einer Baracke draußen vor der Stadt untergebracht, wurde sie dann in ein prächtiges Privathaus, 4 a Avenida Sur Nr. 22, verlegt. Mit Beendigung des Krieges schieden aus Herr Lehrer Graßnick, der in seine alte Stellung in Berlin zurückkehrte, und der Direktor Dr. O. Schmidtborn, der als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule in Barcelona ging.

An seine Stelle schickte die Reichsregierung den Oberlehrer Alexander Stelzmann, der im März die Leitung übernahm. Außer ihm wirken zwei männliche (neben einem hiesigen Lehrer für das Spanische) und drei weibliche Lehrkräfte (einschließlich der Kindergärtnerin) an der Schule.

Augenblicklich beträgt die Schülerzahl des Kindergartens und der sieben Klassen umfassenden Schule 105. Die siebte Klasse entspricht der Tertia der deutschen Realschule, allerdings mit nicht unbeträchtlichen, durch die hiesigen Verhältnisse bedingten Abweichungen. Die vor dem Kriege begonnene und vom Reiche, das die Anstalt finanziell unterstützt, gutgeheißene Weiterführung bis zur Abschlußprüfung, die dem alten Einjährigen entsprechen würde, wird von der neuen Leitung wieder aufgenommen und, sobald wir wieder einen Gesandten hier haben und legale Verbindungen mit den entsprechenden Reichsbehörden, mit allen Mitteln durchzusetzen versucht werden.

Der Konfession nach waren 15 Schüler und Schülerinnen jüdisch, 42 evangelisch und 48 katholisch. Deutsch waren am 1. Juli 1920 51, Österreicher resp. Ungarn 6, Guatemalteken 19, 1 Spanier, sowie, trotz des Krieges und schon während des Krieges, 1 Italiener, 2 Engländer, 3 Nordamerikaner, 1 Franzose, 1 Holländer, 1 Mexikaner und 1 Panamene.

Große luftige Klassenzimmer, drei Spielhöfe begünstigen Lernen und Spielen in gleichem Maße. Das Prinzip der Konduktion zeitigt nirgends Schwierigkeiten. Das Alter geht vom 5. resp. 6. Lebensjahre bis zum 12. resp. 14. Lebensjahre.

Leider läßt die Lehrmittelbesorgung aus Deutschland, die während fünf Jahre stockte, noch heute viel zu wünschen übrig, was Zeit und Können der Belieferung angeht, und nicht zuletzt die Ausstattung und die hohen Preise. Hier würde sich die Schule jedes hochherzigen Gönners aus der Heimat mit tiefer Dankbarkeit gern und oft erinnern.

Parana (Brasilien). Das neue brasilianische Schulgesetz besagt, daß die fremdländischen, also auch die deutschen, Privatschulen verpflichtet sind, in der portugiesischen Landessprache die Geschichte und die Geographie Brasiliens, in Übereinstimmung mit dem offiziellen Unterrichtsprogramm, zu lehren. Und zwar hat dieser Unterricht täglich 3 Stunden zu dauern. Auf Wunsch stellt die brasilianische Regierung, ohne Belastung für die ausländische Unterrichtsanstalt, einen portugiesischen Lehrer zu diesem Zweck.

Sao Paulo. Der Jahresbericht des Vereins Deutsche Schule Sao Paulo teilt mit, daß die Schule über einen Kindergarten und zehn Klassen (bis Obersekunda) jetzt verfügt. Der Verein zählt nur 245 Mitglieder, was angesichts der zahlreichen Deutschen am Orte nicht eben allzuviel ist. Die Schülerzahl betrug zu Beginn des Schuljahres 252, zu denen im Laufe des Jahres 51 kamen, doch traten 82 aus, so daß der Bestand am Ende des Jahres 221 war. Von 303 Schülern waren 190 Knaben und 113 Mädchen, 187 Brasilianer, 96 Reichsdeutsche, 8 Schweizer, 4 Österreicher, je 2 Engländer und Franzosen und je 1 Italiener, Argentinier, Nordamerikaner und Portugiese. Es gebrauchten 34 Kinder das Portugiesische als Muttersprache.

Buenos Aires. Einweihung des Schulgebäudes des germanischen Schulvereins Belgrano. Eine erhebende Feier fand am 3. Juni in Buenos Aires unter äußerst zahlreicher Beteiligung der deutschen Kolonie und der deutschen amtlichen Vertretung statt. Der Neubau war mit argentinischen und deutschen Fahnen hübsch geschmückt. Auf dem Schulhof versammelten sich Lehrer, Schüler und Gäste. Nach einem Begrüßungslied eines Männerchors sprach Direktor Hayn in spanischer Sprache als Vorsitzender des deutschen Volksbundes den argentinischen Behörden und ihren Vertretern Dank aus. Er fand feine Worte für die besonderen Beziehungen von deutschen Eltern auf argentinischem Boden geborener Kinder zur alten Muttersprache und zum neuen Vaterlande, prägte, das schöne Wort, der alte Ausdruck eines Staatsmannes Argentinens: regieren heißt bevölkern, sei längst ersetzt durch den Spruch: regieren heißt erziehen, und pries die Schulpolitik der argentinischen Regierung, die auch den deutschen Schulen stets volles Verständnis entgegengebracht habe. Die Rede klang aus in ein Lob der gemeinsamen Arbeit der beiden durch sie geistig verbundenen Länder, in ein Hoch auf Argentinien und seinen Präsidenten. Der Vorsitzende des deutschen Schulvereins, Springer, begrüßte die deutschen amtlichen Vertreter und die Abgesandten der sieben anderen deutschen Schulen der Hauptstadt, die Vereine und Gäste, er dankte den Kindern und Arbeitern am Bau und am Deutschtum, dem zu dienen und dem stolze und starke Charaktere aus der Jugend heranzubilden der Neubau dienen solle. Nachdem das Hoch auf die Spender, auf die deutsche Kolonie und das freie Argentinien verklungen war, übernahm der Schullektor, Herr Heidrich, die Schlüssel der Anstalt. Der deutsche Geschäftsträger, Dr. Ohlshausen, der sich bei dieser Gelegenheit zum ersten Male der deutschen Kolonie vorstellen konnte, sprach hohe Worte des Lobes auf den deutschen Schullehrer und endete mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Volk. Ein Knabe trug ein Gedichtchen vor: „Vergeßt die deutsche Sprache nicht!“ und ein Mädchen rezitierte ein spanisches Gedicht. Der Referent der deutschen Regierung für das südamerikanische deutsche Schulwesen, Herr Dr. Keiper, sprach sodann über die Aufgabe der deutschen Auslandsschule, an deren neuem Gebäude in unsichtbaren Lettern der Satz geschrieben stehen sollte: „Hier wohnt deutsche Art.“

Ein argentinischer Lehrer pries sodann die vorbildliche Art seiner deutschen Kollegen, und ein Männerchor beschloß die stimmungsvolle Feier.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

In München ist eine Deutsche Kammerbühne gegründet worden, die sich zur Aufgabe stellen will, unter Mitwirkung hervorragender Kräfte dem Auslande künstlerische Darbietungen deutscher Kunst zu vermitteln. An der Spitze des Unternehmens steht der Präsident der Künstlergewerkschaft Bayerns, Herr von Klinkhowström.

Deutsche Musiker im Ausland. Der Berliner Flötenkünstler, Professor Prill, hat im Tivoli-Konzertsaal in Kopenhagen ein Konzert gegeben und stürmischen Beifall geerntet.

Der junge Geiger Hugo Kolberg wurde an das Philharmonische Orchester nach Kristiania berufen; er ist 22 Jahre alt, Schüler Humperdings und Träger des Berliner Mendelssohn-Preises.

Privatdozent Dr. M. Meede, Berlin, wird auf Einladung der Finnischen Gesellschaft sowie nordischer Industrieverbände in Helsingfors, Stockholm, Drontheim und Kopenhagen über praktische Psychologie und Psychotechnik sprechen.

Wie die „Voss. Ztg.“ sich aus Rom melden läßt, hat die deutsche Botschaft mündlich die amtliche Zusage erhalten, daß die wertvolle Bücherei des archäologischen Instituts an Deutschland zurückerstattet wird. Die Bücher werden zunächst in den Räumen der provisorischen Botschaft im evangelischen Gemeindehaus untergebracht, die Bibliothek soll dauernd in Rom bleiben und allen Nationalitäten offen sein. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Erleichterungen für italienische Studenten in Berlin als Gegengabe für die den deutschen Studierenden in Rom gewährten Erleichterungen verabredet. Auch die Rückgabe sämtlicher übrigen in Italien befindlichen deutschen wissenschaftlichen Institute soll unmittelbar bevorstehen.

Es wird berichtet, daß ein amtlicher Notenaustausch über die Rückgabe stattgefunden habe. Die italienische Note des Grafen Sforza beginnt mit der Feststellung, daß die italienische Regierung zwar das Recht der Enteignung besitze, aber im Hinblick auf den wissenschaftlichen Charakter der Bibliothek, die große Bedeutung, die die deutsche wissenschaftliche Welt dieser Schöpfung beilege, endlich auch, um ein Zeichen freundschaftlicher Gesinnung der italienischen Regierung und des Volkes zu geben, Bücher und Gestelle zurückgeben wolle. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß dabei die Interessen der italienischen Gelehrten und Studenten gewahrt würden. Nach Abschluß der darüber zu führenden Verhandlungen würde die Bibliothek zurückgegeben. Der deutsche Geschäftsträger dankt in seiner Antwort für die Antwort und betont, die italienische Note werde im deutschen Volke ein starkes Echo der Sympathie finden. Es werde eine Ehrenpflicht der Institutsleitung sein, den Professoren und Studierenden Italiens ihre Aufgaben am Institut zu erleichtern.

Von der deutschen Medizinwissenschaft in Lateinisch-Amerika erzählt das „B. T.“, daß zwei neue literarische Unternehmungen zu ihrer Pflege auf den Plan traten. Dr. Stutzin, der lange Jahre in Chile eine chirurgische und urologische Anstalt leitete, gibt unter dem Titel „Vox medica“ eine Monatsschrift für praktische Medizin und Chirurgie heraus (Transatlantischer Verlag), die in 5000 Exemplaren an Mediziner, Apotheker und Institute Latein-Amerikas versandt wird und namhafte deutsche Gelehrte zu ihren Mitarbeitern zählt. Gleichfalls in spanischer Sprache erscheint in Hamburg die „Revista medica de Hamburgo“, die

die Professoren Brauer und Nocht von der Universität in Hamburg gemeinsam mit Professor Mühlens und Dr. Raben herausgeben.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Dornbirn. Ein Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg hat sich hier am 1. August konstituiert und zählt bereits 8 Ortsgruppen mit 900 Mitgliedern (Familienvorständen).

Basel. Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner. Die Vereinigung zählt jetzt über 1000 Mitglieder, also einen beträchtlichen Teil der seit Kriegsende wieder in den Konsulatsbezirk Basel eingereisten 2800 deutschen Kriegsteilnehmer. Die Vereinigung ist heute schon im Besitz von Waldungen in Baden im Werte von 32000 Franken und versorgt daraus ihre Mitglieder mit Brennmaterial. Sie erteilt in Reisepaß- und Visum-Angelegenheiten unentgeltlichen Rat, hat eine Unterstützungskasse ins Leben gerufen, die bereits über einen Fonds von 2000 Franken verfügt und auch schon Unterstützungen ausbezahlt hat und gibt aus einer Sterbekasse beim Todesfalle an Hinterbliebene eine sofortige Zahlung von 200 Franken. Es hat jetzt eine systematische Werbung von Mitgliedern in Basel eingesetzt.

Char. Deutscher Hilfsverein. Der Deutsche Hilfsverein veranstaltete ein Gartenfest, um die in Anbetracht der schwierigen Zeit leeren Kassen aufzufüllen. Der zur Durchführung bestimmte Ausschuß leistete gute Arbeit und schuf einen genübreichen Tag, dem auch der finanzielle Erfolg nicht fehlte.

Verband deutscher Lehrer in Polen. Am 26. und 27. Juli fand in Bromberg eine Tagung der deutschen Lehrer Polens statt. Vertreter aus Posen, Pommerellen und Kongreßpolen waren erschienen, insgesamt ungefähr 200 Herren. Der Verband wurde begründet, dem alle seminaristisch und akademisch gebildeten Lehrer, wie auch die Hilfskräfte angehören sollen. Seinen Anschluß beschloß der Bromberger Philologenverein. Der Sitz des Vereins ist Bromberg, wo auch der erste Vorsitzende, Lehrer Radtke, wohnt, zweiter Vorsitzender wurde Oberrealschuldirektor Dr. Schönbeck. Die gesamten Interessen der deutschen Schule und des deutschen Lehrerstandes sollen gefördert werden. Ausschüsse zur Ausarbeitung der Lehrpläne und Lehrbücher wurden gewählt. Die polnische Regierung hat bis zum 31. Juli die Ableistung des Dienstes angeordnet. Es wurde dringend empfohlen, persönliche Bedenken zurückzustellen und im Interesse der Erhaltung des Deutschtums den geforderten Dienst zu leisten, namentlich, da ausreichende schriftliche Zusicherungen der polnischen Regierung gegeben wurden, daß die Ableistung des Dienstes weder das Options- noch das Kündigungsrecht beeinträchtigen solle.

Lodz. Die Kirchengesangsvereine „Aeol“, „Cantate“ und „Zoar“ veranstalteten ein Gartenfest zugunsten des Baues der St. Matthäikirche, das unter außerordentlicher Teilnahme der gesamten protestantischen Bevölkerung von Lodz sich eines großen Erfolges erfreute. Die Chöre der Kirchengesangsvereine wechselten mit Musikvorträgen des Scheiblerschen Feuerwehrorchesters, das Karl Wilhelm von Scheibler unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte. Es kamen über 10000 Mark und 150 Rubel als Ertragnis ein.

Ein selbständiger **Gustav-Adolf-Verein** ist in der Tschechoslowakei begründet worden, da dieser Kulturstaat ja seinen Vereinen jeglichen Anschluß an Vereine außerhalb der Landesgrenzen verbot. Der neue Verein wird also dem deutschen Gustav-Adolf-Verein völlig selbständig, wie die Vereine in Schweden und Holland auch, gegenüberstehen.

Jugoslawien. Der Deutsche Kulturbund nimmt sich mit erfreulicher Energie der kulturellen Not der Schuljugend in erster Linie an. Der Schulbeginn ist zu erwarten und der Mangel an Lehrbüchern und Fibeln ist entsetzlich groß. Konnte doch schon im letzten Jahre der Schulbetrieb nur recht mangelhaft aufrecht erhalten werden. Nun hat der Kulturbund bereits Ansichtsexemplare von allerhand Schulbüchern beschafft und sie dem jugoslawischen Unterrichtsministerium zur Genehmigung unterbreitet, damit er sie nach erfolgter Prüfung im großen beziehen und an die sich meldenden Schulen und Vereine zu billigen Preisen abgeben kann. Sämtliche deutschen Schulen, ob Staats- oder Gemeindeschulen, sollen nach der Reihenfolge des Eingangs ihrer Bestellungen beliefert werden.

Rehobot (Südwestafrika). Die **farmwirtschaftliche Vereinigung** hielt am 8. Juni ihre Mitgliedsversammlung ab, die vom Vorsitzenden, Dr. Scheben, geleitet wurde. Eine Sammlung zu den Kosten der Erhaltung der deutschen Schule in Windhuk wurde mit gutem Erfolg veranstaltet. An einem Abendessen nahm auch der Magistrat des Distriktes, Oberst Curtis, teil und antwortete auf eine Begrüßung in herzlichen Worten, er freue sich, inmitten der deutschen Farmerschaft zu weilen und vorbehaltlos sagen zu können, daß sie ihm seit seiner Tätigkeit im Lande noch nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht habe. Er bringe ihr und ihrer Kulturarbeit sein wärmstes Interesse entgegen.

Swakopmund (Südwestafrika). **Schulverein.** In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 9. Juni gab Herr Dr. Brenner bekannt, daß der Bestand der Schule durch die Schulgelder und freiwilligen Beiträge gesichert sei. Die Zahl der Mitglieder ist auf 169 gewachsen. Die Festsetzung der Lehrergehälter soll den einzelnen Schulvereinen überlassen bleiben. Bei Weiterführung der Swakopmunder Schule in der bisherigen Art werden an Gehältern 40 000, an Sachausgaben 6000 Mark nötig sein. 24 000 Mark werden aus Schulgeldern, 22 000 aus freiwilligen Beiträgen eingehen. 12 Firmen haben je 1000 Mark gezeichnet! Die Lehrerinnen haben sich bereit erklärt, zum bisherigen Gehalt weiterzuarbeiten. Die Lehrer sollen bei Ablauf ihrer Verträge auf 26 anstatt auf 24 bis 25 Pflichtstunden gesetzt und zu möglichst langfristigen Verträgen veranlaßt werden.

Mexiko-Stadt. Der Deutsche Turnverein feierte im Deutschen Hause sein 45jähriges Bestehen durch turnerische Vorführungen, mit denen Gesangsvorträge des Deutschen Gesangsvereins abwechselten. Zum erstenmal trat auch eine Damenriege auf. Die gesamte Kolonie nahm an der Feier, der auch die Herren der deutschen Gesandtschaft beiwohnten, regen Anteil.

Valparaiso. In der Ortsgruppe des „**Deutsch-Chilenischen Bundes**“, der der Turnverein für diesen Abend die Turnhalle zur Verfügung gestellt hatte, sprach Herr Buchner vom Hauptausschuß des Bundes über dessen Aufgaben und Ziele. Allein für Schulunterstützungen und für Hilfe für Waisenkinder und Kinder mittelloser Eltern wurden bisher über 60 000 Pesos verausgabt. Auf sozialem Gebiete sorgte der Bund für die erwerbslos gewordenen Landsleute, namentlich für die Seeleute, und unterstützte den Bau von Herbergen, wodurch er den Hausbettel stellenloser Deutscher fast völlig beseitigen konnte. Die Beförderung von mehr als 2000 Liebesgabenpaketen nach Deutschland bildete eine starke Belastung der Bundesarbeit. Die Frage der Einwanderung wurde besonders eingehend behandelt. Herr Buchner konnte feststellen, daß die deutsche Kolonie in Valparaiso von den 52 Ortsgruppen des Bundes eine der tätigsten und eifrigsten sei.

Valparaiso Deutscher Turnverein. Am 21. Juni konnte der Deutsche Turnverein Valparaiso sein 50jähriges Bestehen feiern. Mit 32 Mitgliedern begann er 1870 in bescheidenstem Rahmen. Der Turnbetrieb war in den ersten Jahren oft so schwach, daß sogar die Wiederauflösung drohte. Aber die Zähigkeit deutscher Anhänger Jahns bewährte sich auch hier: schon 1879 wurde bei ersten friedlichen Wettkämpfen der englische Cricket-Klub im Tauziehen besiegt. Von da an folgte unter Leitung des bis zu seinem, Anfang dieses Jahres erfolgten, Tode unermüdlich um den Verein verdienten Herrn Mex ein ununterbrochener Aufstieg, der 1884 in der Einweihung einer eigenen Turnhalle, zu der der deutsche Schulverein wesentlich beigesteuert hatte, und in über 200 Mitgliedern bemerkenswerten Ausdruck fand. Im folgenden Jahre konnte in Viña del Mar das I. deutsche Turnfest abgehalten werden, das auch von Chilenen und Angehörigen anderer Nationen stark besucht wurde.

„Das Revolutionsjahr 1891 machte die deutsche Turnhalle zum Schauplatz eines regen Verkehrs, wurde doch die Halle zuerst den freiwilligen Nachtdienstmannschaften zur Verfügung gestellt, und als im August desselben Jahres die Mannschaften der deutschen Kriegsschiffe zum Schutz des als neutral erklärten Cerro Concepcion landeten, wurde die Turnhalle zum Hauptquartier ausersehen. Nach Beendigung der Revolution fanden große Festlichkeiten statt, an denen die Offiziere der deutschen Kriegsschiffe teilnahmen.“

1894 konnte der Verein zur Bildung einer besonderen Zöglings-Abteilung schreiten, der 1895 eine Mädchenriege folgte. Aus letzterer entwickelte sich im Laufe der Zeit die Mädchen- und Damen-Abteilung. Auch der Fechtsport und das Kegeln wurden aufgenommen.

Hervorragend beteiligt war der Verein auch am Bau des Deutschen Hauses. Überhaupt gelang es ihm, nach und nach zum Sammelpunkte der deutschen Kolonie zu werden. Sängerbund, Militärverein, Schützenverein und Ruderverein siedelten in sein Heim über.

Dabei kam aber das Turnen selbst nie zu kurz. Abgesehen davon, daß frühere Mitglieder des Vereins den Deutschen Turnverein Santiago gründeten und die Valparaisoer auch im „Bunde deutscher Turnvereine in Chile“ eine Rolle spielen, verteidigten seine Mannschaften 1919 auf dem zweiten Bundesturnfeste in Osorno erfolgreich den 1913 auf dem ersten Bundesturnfeste in Valdivia gewonnenen, 1912 von Kaiser Wilhelm gestifteten Preis. Auch aus den Wettkämpfen der Asociación Atlética de Valparaiso, der der Verein als Mitglied angehört, gingen im vergangenen Jahre mehrere seiner Leute als Sieger hervor.

Von den geselligen Veranstaltungen des 50. Vereinsjahres seien ein Kommers zu Ehren der Kriegsteilnehmer und eine Bismarckfeier erwähnt. Selbstverständlich beteiligte sich der Verein an der Einweihung des von den deutschen Turnvereinen Chiles im Garten des Valparaisoer Hospitals errichteten Denkmals für die im Kriege gefallenen Deutsch-Chilenen und das Geschwader des Grafen Spee.

Zurzeit zählt der Verein insgesamt 443 Mitglieder. Ein herzliches „Gut Heil“ für seine weitere Arbeit im Interesse der deutschen Turnsache und des Deutschtums in Chile überhaupt!

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Eine deutsche Zeitung in Litauen.

In Kowno ist, wie wir den „Balt. Bl.“ entnehmen, am 16. Juli die erste Nummer der „Litauischen Rundschau“ erschienen, die als Parteiorgan der seit März bestehenden deutschen Partei

zweimal wöchentlich herauskommen soll, um den Deutschen Litauens ihre Muttersprache zu erhalten und die kulturellen Interessen des Deutschtums zu pflegen.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

Danzig. Die viel besprochene Angelegenheit der Danziger Auslandsdeutschen ist nunmehr einer wesentlichen Klärung zugeführt worden, dadurch, daß die Herren Trzynski und Krampe vom Landesverband in Berlin mit Vertretern des Bundes und des Wiederaufbau-Ministeriums eingehende Besprechungen hatten. Grundlage der Besprechungen bildete eine Verfügung des Wiederaufbau-Ministeriums vom 4. Juni, wonach Auslandsdeutsche, die Angehörige des Freistaates Danzig geworden seien, für Deutschland optieren könnten, dann auch vorzuentschädigen seien, daß die Mehrzahl der in Danzig wohnenden Auslandsdeutschen aber nicht ständig dort bleiben wolle und nicht als dort „domiziliert“ gelten könne, daß dann in Verhandlungen zwischen Reich und Freistaat Danzig festzustellen sei, welche Auslandsdeutschen weiterhin als Reichsdeutsche zu behandeln seien. Herr Trzynski verwies auf die Not der Auslandsdeutschen, die zwar nicht aus Danzig ausgewiesen werden, aber dort keine Erwerbslosen-Unterstützung bekommen und auch keine Stellen annehmen können. Bei einer Option werde aber die sofortige Ausweisung erfolgen, von dem Hereinströmen vieler beschäftigungs- und brotloser Familien habe doch das Reich auch keinen Vorteil. In Danzig sei gar keine Stelle geschaffen, die Optionen entgegennehme. Rund 60 Prozent aller Danziger Auslandsdeutschen würden wohl für Deutschland optieren. Die Vertreter des Wiederaufbau-Ministeriums betonten, daß eine bloße Willenserklärung genüge, daß aber die deutsche Regierung für eine evtl. aus einer solchen Erklärung erfolgenden Benachteiligungen der Erklärenden nicht aufkommen könne. Die Anerkennung der Willenserklärung dürfe nicht so ausgelegt werden, daß die deutsche Regierung nun auffordere, für Deutschland zu optieren. Bezüglich derer, die die Willenserklärung nicht abgeben wollten, müsse man die Verhandlungen zwischen Reich und Freistaat Danzig abwarten und einmal zunächst eine Übersicht gewinnen, um welche Summen der Entschädigung es sich handeln werde. Die Ende Juli dann fortgesetzten Besprechungen ergaben, daß der deutsche Vertreter in Danzig, Reichskommissar Förster, ermächtigt werden sollte, derartige Willenserklärungen gegenzuzeichnen und daß dann alle Erklärenden ihre Vorentscheidung unter der Voraussetzung erhalten sollten, daß sie auch ernstlich für Deutschland optieren wollten, sobald eine Gelegenheit dazu in Danzig geschaffen werde. Die nicht optieren wollen, sollen in besonderer Gruppe zusammengefaßt werden, über sie soll besonders entschieden werden.

Von den Ortsgruppen.

Würzburg. Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy sprach in einer stark besuchten Versammlung über den Friedensvertrag und die Auslandsdeutschen. Er schilderte die gesetzlichen Bestimmungen und wog den Schaden an Vermögen ab gegen die Vernichtung des ganzen Lebensstandes und die Zerstörung fruchtbarer Arbeit. Der Friedensvertrag leiste nichts für den Wiederaufbau dieser Arbeit. Deutschland müsse im Gegensatz dazu nicht nur den Ersatz an Geld in Aussicht nehmen, sondern für neuen Erwerb und für erhaltende Arbeit sorgen. Die Auslandsdeutschen müßten den Kriegsbeschädigten gleichgestellt werden und bei Gründung eines eigenen Geschäfts, sowie bei Ergreifen eines neuen Berufes auf staatliche Förderung ein Vorrecht haben. Die Ver-

triebenen trügen nicht weniger schwer, als die Verwundeten. Eines der größten Hindernisse, die früheren Verbindungen aufzunehmen, sei jetzt gefallen dadurch, daß das von Frankreich durchgesetzte Verbot des direkten Verkehrs von Schuldnern und Gläubigern untereinander durch den Zwang der Verhältnisse beseitigt worden sei. Die hinausgehenden Auslandsdeutschen würden eine außerordentliche Verantwortung haben. Der Völkerbund werde wohl eine große Aufgabe haben, die wahre Hilfe für uns aber müsse von innen kommen. Die Lösung aller Fragen des Auslandsdeutschtums sei, daß die Heimat gesund und kräftig ist.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Unter dem Namen „Neue Heimat“ wurde in Berlin unter der Aufsicht des Amts für Elsaß-Lothringen im Reichsministerium des Innern eine gemeinnützige Zentralsiedlungsgesellschaft für vertriebene Elsaß-Lothringer als G. m. b. H. begründet, die die Elsaß-Lothringer im Reich seßhaft machen und wieder in das heimische Wirtschaftsleben einbürgern will. Arbeits- und Wohngelegenheit soll beschafft werden. Die Gesellschaft soll der finanziellen und organisatorischen Träger aller elsass-lothringischen Siedlungsunternehmungen werden. Eine ähnliche Gründung zugunsten der Auslandsdeutschen wäre zweifellos vonnöten.

Der Reichsbund der Deutschen aus dem früheren Österreich-Ungarn hielt am 25. Juli seine Hauptversammlung in Essen ab und faßte dort den Beschluß, alle Behörden und Parteien, sowie alle stimmberechtigten deutschen Männer und Frauen der derzeitigen Republik Österreich aufzufordern, mit allen geistigen Mitteln, auf allen Wegen und mit allen Kräften sich für den Anschluß der deutsch-österreichischen Republik an das Deutsche Reich einzusetzen. Der Reichsbund nahm dabei gegen die Habsburger Monarchie, sowie gegen einen Donaubund Stellung und erhob scharfen Einspruch gegen die Vergewaltigung der deutschen Minoritäten in den ehemaligen Ländern Österreich-Ungarns. Er richtete an die deutschen Behörden und an das deutsche Volk die Mahnung, die Deutschen aus Österreich-Ungarn als vollwertige deutsche Volksgenossen anzuerkennen, sie rechtlich und wirtschaftlich den Inländern gleichzustellen, die nur für Fremdstämmige gedachten Arbeiterlegitimationskarten für sie in Wegfall kommen zu lassen, die Paß- und Visumgebühren zu ermäßigen, sowie die Einreisepflichten für Deutsche aus Österreich-Ungarn zu mildern, die Einbürgerung im Deutschen Reiche, wenn nicht ganz kostenlos, so doch in der billigsten und schnellsten Form vornehmen zu lassen, die Deutschösterreicher und Deutschungarn wie die einheimischen Deutschen an jeglicher Arbeitslosenunterstützung teilnehmen zu lassen. Die Versammlung legte entschiedene Verwahrung gegen die Friedensschlüsse von Versailles und Saint Germain ein, wie auch gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten in den neu entstandenen Nationalstaaten. Nur durch eine gerechte Erfüllung der Forderungen der Minoritäten werde sich ein wirklicher Völkerfriede erzielen lassen.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Kleine Anfragen.

Dem Reichstag ist eine neue Anfrage (Nr. 189) der Abgeordneten Laverrenz und Berndt zugegangen, die sich mit der Vorentscheidung befaßt, die zu geringe Zahl der Spruchkommissionen bemängelt, sowie die Tätigkeit der Vorsitzenden

der Spruchkommissionen im Nebenamt rügt, darüber Klage führt, daß in den Vorprüfungskommissionen des Bundes der Auslandsdeutschen nicht Vertreter der verschiedensten Berufe in ausreichendem Maße als Sachverständige saßen und daß die Ernennung der Vorprüfer lediglich durch den Vorstand des Bundes erfolge, daß ferner bei der Festsetzung der Entschädigungen die Beträge für verlorenen Hausrat, sowie Kleidung und Wäsche weitaus zu gering bemessen würden und daß endlich die Spruchkommissionen häufig die Vorlage von Beweismaterial verlangten, das beim besten Willen nicht mehr zu beschaffen sei. Die Regierung wird gefragt, worin nach ihrer Ansicht die Ursachen für den schleppenden Gang des Vorentscheidungsverfahrens lägen, vor allen Dingen aber, welche Maßnahmen sie zur Beseitigung der Mißstände ergreifen wolle.

Die Regierung hat inzwischen zum gleichen Thema auf die Anfrage des Abgeordneten Dauch geantwortet, daß sie mit allem Nachdruck auf die rascheste Abwicklung des Vorentscheidungsverfahrens hinwirken würde und stets darauf gedrängt habe, diejenigen Anträge bevorzugt zu behandeln, bei denen die materielle Lage der Antragsteller schnelle Hilfe erfordere. Es seien bisher 40 Spruchkommissionen errichtet und die Zahl der Berliner Spruchkommissionen sei von 6 auf 16 erhöht worden. Weitere Vermehrung der Spruchkommissionen und des übrigen Personals sei in Aussicht genommen. Auf eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Reichsbehörden und Interessenten-Verbänden werde gesehen. Organisatorische Schwierigkeiten hätten die Beschleunigung des Verfahrens behindert. Bis zum 21. Juli seien beim Bund der Auslandsdeutschen 29 000 Anträge eingelaufen, bis zum 26. Juli beim Verband der Inlandsdeutschen über 5000 Anträge; bis zum 21. Juli seien vom Bund der Auslandsdeutschen 8339 Anträge den Spruchkommissionen zur Erledigung zugeleitet worden, bis zum 26. Juli von den Spruchkommissionen in Berlin-Zehlendorf 3261 Anträge durch Spruch erledigt worden, die eine Auszahlung von 26 Millionen Mark vorsähen. Die Reichsregierung werde auch fernerhin die Angelegenheit tunlichst beschleunigen.

Eine Anfrage Winnefeld (Nr. 207) fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenke gegen die Schädigung von Deutschen, denen die Polen beim Verlassen Neupolens in den meisten Fällen ihr Barvermögen abnahmen und die auch bei dem Standgericht in Posen, wohin man sie verweise, kein Recht fänden.

Eine Anfrage Dusche (Nr. 202) will wissen, was die Reichsregierung tun will, um die auf Grund des Versailler Vertrags nach 1900 in den an Polen abgetretenen früheren preußischen Gebieten angesiedelten bäuerlichen Besitzer zu entschädigen. Polen lehne die Entschädigung ab. Seit Monaten irrten die Ansiedler von Reichsministerium zu Reichsministerium, ohne die zuständige Stelle zu finden. Wer sei zuständig, wann erfolge die Entschädigung?

Auf die Anfrage Nr. 52 Dr. Most erwidert der Reichsminister des Auswärtigen, daß die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden sei, bei der französischen Regierung wegen Herausgabe der deutschen Ausstellungsgegenstände der internationalen Städtebau-Ausstellung in Lyon 1914 vorstellig zu werden. Eine Antwort der französischen Regierung stehe aus. Die Rückgabe der auf der Leipziger Buchgewerbe-Ausstellung vorhanden gewesenen französischen Gegenstände sei auf Grund des Versailler Friedensvertrags erfolgt.

Herr Dr. ing. Sorge hat eine neue Anfrage über die Briefzensur (Nr. 150) eingebracht. Es kämen fortgesetzt zahlreiche Fälle vor, daß Briefe, die offensichtlich das Merkmal rein privaten Charakters tragen, von deutschen Über-

wachungsbehörden geöffnet würden. Der Abgeordnete fragt an, ob die deutsche Regierung durch geeignete Anweisung an die in Frage stehenden Dienststellen Maßnahmen zu treffen beabsichtigt, um das private Briefgeheimnis wieder sicherzustellen.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Deutsche Vertretung in Luxemburg. Der neue Geschäftsträger, Dr. von Loehr, hat sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Er wird hauptsächlich mit der luxemburgischen Regierung Entschädigungsfragen zu regeln haben.

Wien. Das deutsche Konsulat, das bisher ein Wahlkonsulat war, ist jetzt mit dem bisherigen Konsul Dr. Franz von Vivenot an der Spitze in ein Berufskonsulat umgewandelt worden.

Ein deutscher Konsul in Lodz. Der Warschauer deutsche Vizekonsul Schilling war Ende Juli zum ersten Male in Lodz und empfing dort im Schweizer Konsulat Interessenten, mehrere hundert an der Zahl, die Ausstellung von Aus- und Einreisebescheinigungen, Visieren von Pässen und ähnliche Dinge wünschten. Das Deutschtum in Lodz verlangt dringend die Errichtung eines eigenen Konsulats, wodurch auch viel Zeit und Geld erspart werden würde. Einstweilen sollen die Besuche des Warschauer Vertreters in Lodz häufiger wiederholt werden.

Die deutsche Gesandtschaft in Belgrad. sollte in diesen Tagen nach Belgrad überführt werden. Der neuernannte Geschäftsträger für den südslawischen Staat, Geh. Legationsrat v. Keller, hatte von Wien aus den Legationsrat Dr. Schüller vorausgesandt, um die Räume zu übernehmen, deren Räumung die Regierung bereits vor einem halben Jahre zugesagt hatte. Im deutschen Gesandtschaftsgebäude war nämlich inzwischen die serbische Militärverwaltung eingezogen. Da jedoch der Legationsrat den Bescheid erhielt, für die militärischen Schreibstuben müsse erst anderweitig Unterkunft beschafft werden, mußte der Geschäftsträger zunächst noch in Wien verbleiben.

Legationsrat Freiherr von Wachendorf, zuletzt Vorsitzender der Waffenstillstandskommission und Vertreter des Auswärtigen Amts im Ostpreuß. Abstimmungsgebiet ist zum ersten Gesandtschaftsrat in Belgrad ernannt worden und begab sich zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an seinen Amtssitz.

Der jüngst erst ausgeschiedene, für Persien bestimmte Vizekonsul Dr. von Druffel, der den so jäh aus dem Leben geschiedenen Konsul von Täbris, Wustrow, ersetzen sollte, ist jetzt zum deutschen Geschäftsträger für Georgien ernannt worden.

Zeitungsmeldungen zufolge ist der bisherige Gesandte in Abessinien, Herr von Syburg, abberufen worden. An seine Stelle ist der Vizekonsul Lorenz Jenssen, der Land und Leute aus eigener Anschauung bestens kennt, zum deutschen Geschäftsträger in Addis Abeba ernannt worden.

Buenos Aires. Das „Argentinische Wochenblatt“ berichtet über den Empfang des deutschen Geschäftsträgers, Legationsrat Dr. Olshausen, und des stellvertretenden Legationssekretärs, Dr. Freytag, durch die Vorstände und Mitglieder des Deutschen Wissenschaftlichen Vereins, des Deutschen Volksbundes für Argentinien, des Vereins deutscher Ingenieure und anderer deutscher Vereine. In Vorträgen und Ansprachen wurde ein Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Vereine in Argentinien gegeben und die Hoffnung auf die Mithilfe und Mitarbeiterschaft des deutschen Geschäftsträgers ausgesprochen.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

In der dänischen Presse wirbelt die Frage der Zulassung dänischer Studenten in München Staub auf. Vier Studenten, die

als eine Art Studienkommission sich über die Einrichtungen der deutschen Universitäten unterrichten wollten, planten einen zweimonatlichen Aufenthalt in München und erkundigten sich durch den Kopenhagener Studentenrat beim Münchener Studentenrat nach den Verhältnissen, worauf sie die Antwort erhielten, daß sie ruhig kommen könnten. In München aber bedeutete ihnen die Fakultät, daß sie nicht auf zwei, sondern nur auf einen Monat ausnahmsweise zugelassen würden, weil sie schon die lange Reise gemacht hätten. So wenigstens stellt der Rektor der dänischen Universität die Sache dar. In München wird erklärt, die Studenten seien eben gekommen, als die Erregung über die Abstimmung in der dänisch-deutschen Abstimmungszone sehr lebhaft gewesen sei und es seien ihnen die „Gefühls- und Sachgründe benannt worden“, die gegen ihren Aufenthalt in München sprächen (Wohnungsnot, Überfüllung der Hörsäle, dadurch bedingte Zurückweisung deutscher Studierender, unfreundliche Behandlung der Deutschen durch einen Teil der dänischen Öffentlichkeit). Man habe sich aber schließlich auf einen einmonatlichen Aufenthalt geeinigt, da in dieser Zeit die vier dänischen Studenten ihren Zweck erreichen zu können hofften. Auf die grundsätzliche Frage der Behandlung der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen wird noch zurückzukommen sein.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Wir haben mitgeteilt, daß der Verein Deutscher Freimaurer einen Auslandsausschuß gebildet hat. Die Geschäftsleitung dieses Ausschusses ist, wie man uns zu berichten bittet, in die Hände des Herrn Dr. Kekule von Stradonitz, Berlin-Lichterfelde, Marienstraße 16, übergegangen.

Für Englandreisende.

Englandreisende werden darauf aufmerksam gemacht, daß trotz des Sichtvermerks der englischen Paßstelle in Deutschland in den Paß auch ein Vermerk aufgenommen werden muß, daß das englische Home office mit der Landung in England einverstanden sei. Fehlt dieser Vermerk, so wird die Landung nicht gestattet.

WIRTSCHAFTLICHES

Für Amerika-Deutsche.

Dem Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband wird berichtet, daß sich eine Anzahl amerikanischer Rechtsanwälte nach Deutschland begeben hat, um deutsche Staatsangehörige, deren Eigentum in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden ist, zu veranlassen, ihnen die Vertretung ihrer Interessen zu übertragen. Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß sich unter diesen Rechtsanwälten Elemente befinden, die für eine derartige Vertrauensaufgabe nicht geeignet erscheinen. Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband in Berlin NW 7, Neue Wilhelmstraße 12/14, ist bereit, in Fragen des beschlagnahmten deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten und Wahrnehmung zuverlässiger Rechtsvertretung deutschen Interessenten weitere Auskunft zu erteilen.

Die deutsche Botschaft in London berichtet an das Auswärtige Amt, daß häufig in England anwesende Reisende aus Australien, Amerika usw. sich bei ihr nach den Adressen von Vertretern deutscher Firmen erkundigen, deren Anwesenheit in England sie aus den dortigen Zeitungen erfahren haben. Häufig ist die deutsche Botschaft nicht in der Lage, diese Fragen zu be-

antworten. Es sei daher zweckmäßig, daß im Auslande reisende Vertreter Adresse und Dauer ihres Aufenthalts den in Betracht kommenden deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen zwecks Beantwortung diesbezüglicher Fragen mitteilen.

VERSCHIEDENES

Anläßlich der Begründung einer akademischen Ortsgruppe des V. D. A. in Frankfurt a. M. wies der Rektor der Universität auf die hohe Bedeutung der Bestrebungen zur Pflege des Auslandsdeutschtums für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes hin und wies auch auf die Notwendigkeit für viele Akademiker hin, ihren Lebensunterhalt in Zukunft im Auslande erwerben zu müssen. Sodann sprach Stadtrat und Universitätsprofessor Dr. Ziehen über die Pflege des auslandsdeutschen Gedankens in der Studentenschaft.

Ein deutscher Doktorand in Spanien. Wie die Madrider Zeitung „El Sol“ sich aus Cadix melden läßt, hat dort ein junger Deutscher, Friedrich Schiedtek, nach „brillant bestandem Examen“ den Doktorgrad erworben. Er beabsichtigt sich in Sevilla als Arzt niederzulassen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Auslandsdeutschen-Entschädigung und Bilanz.

Man schreibt uns: Bekanntlich hat das Reich sich bis heute nicht entschließen können, ein abschließendes Urteil in der Kursfrage zu fällen. Zugesichert ist wohl, daß der Kurs vom Juli 1914 Anwendung finde, d. h. die Mark zu 1,23—1,24 Franken oder aber der Franken zu ungefähr 80 Pfennig. Letztere Berechnung kann sich natürlich nur auf den Geldwert von 1914 beziehen. Ich persönlich habe meinen Antrag so gestellt, daß ich die Markpreise errechnete, indem ich 125 Rappen gleich 100 Pfennig ansetzte. Rechtlich stehen mir also heute ohne Zweifel meine Anforderung in Mark, mal 125 Rappen, gleich x Franken zu. Nun war ich aber bis 2. August 14 in Paris und könnte das bedrängte Reich den guten Einfall bekommen, mir frz. Franken auszubezahlen; auch in diesem Fall kann es sich nur darum handeln, den Frankenwert von 1914 anzusetzen, denn ich kann heute z. B. für 100000 M nicht mehr kaufen als 1914 für 10000 M, im Gegenteil. 1914 konnte man sich schon einigen Luxus gestatten bei der Einrichtung eines Haushalts um 100000 M, heute werde ich bei einer entsprechenden Einrichtung schon gute mathematische Kenntnisse besitzen müssen, um auszukommen. Ich betone, bei einer gleichwertigen Einrichtung. Es gibt nun wohl Industrielle, Fabrikanten und Gesellschaften, die den Krieg über so viel verdient haben, daß sie ihre ganzen Auslandsforderungen abschreiben konnten und heute eine Entschädigung quasi als Gewinn buchen könnten. Das ist beim Auslandsdeutschen, der sein Geschäft und sein Hab im Ausland zurücklassen mußte und fünf Jahre über Kriegsdienste geleistet hat, nicht der Fall, er hat zu seinem Verlust nur noch verbraucht. Immerhin fühlen sich auch diese Schwerverwundeten noch tatkräftig genug, um wieder hinauszuziehen und wieder ein Geschäft anzufangen. Als Geschäftsmann ist man gezwungen, genaue Bilanzen anzulegen. Wie soll nun die als Entschädigung geforderte Summe in der Bilanz erscheinen. Wäre ich Großkapitalist, so würde ich einfach sagen, Gewinn und Verlustkonto, abgeschrieben, später, wenn es dem Staat endlich beliebt, mir den Rechtstitel, den er mir dort in Versailles genau so verbrieft hat, wie den Franzosen die Kohle, auszulösen, buche ich eben den Gewinn. Das kann ich aber als durch die Verhältnisse ausgequetschter Auslandsdeutscher nicht

machen, ja, ich darf es gar nicht machen, da der Staat mein Schuldner ist, ich ihn deshalb in meiner Bilanz als solchen aufzuführen werde. Nur ist die Frage, mit welcher Summe? Es gibt da erstens die Spruchkommission. Die kommt jedoch nicht in Frage, da ein auf Recht angelegtes Gesuch auch voll anerkannt werden muß, da diese Kommissionen vor allem das Recht zur Geltung kommen lassen werden und die Gerechtigkeit. Aber die Frage, welcher Kurs zugrunde gelegt werden muß, fordert eine rasche Entscheidung. Illusorische Zahlen sollen natürlich außer Acht bleiben, aber ich darf mir auch gar nichts vergeben und eine zu niedere Zahl einsetzen. Ich werde also den Kurs vom Juli 1914 einsetzen und den s. Zt. Wert in einer möglichst stabilen Währung, z. B. in schweizer Franken. Die Frage ist juristischer Art, aber das ändert daran nichts, daß unsere Forderungen auf dem Geldwert von 1914 aufgebaut sind und auch so entschieden werden müssen. Würde das Reich nicht so entscheiden, so wäre jeder Aufbau unmöglich, da die Kreditwürdigkeit als Grundlage der Bilanz hat. Unterbilanz aber darf ich auch auf dem Rücken des Staates nicht machen, ich könnte ihm nur auf Grund meiner Forderung, die er nicht voll bezahlt, einen Zahlungsbefehl senden und Prozeß erheben, denn ich denke nicht, daß das Ausnahme-gesetz, das Konkursurklärungen auf Grund von Valutarück-gängen stundet, auch auf diese Fälle angewandt werden kann, denn es bleibt uns Auslandsdeutschen noch das Recht. Hätte der Staat früher an uns gedacht, schon 1915, so wäre er besser weg-gekommen, da der Geldwert noch besser war, es ist nicht unsere Schuld, wenn das Deutsche Reich nicht wußte, daß es auf der Welt auch Auslandsdeutsche gibt. Vielleicht greifen geschultere Federn diese Frage nebst mir auf und helfen mit, eine klare, verbindende Antwort der Regierung herbeizuführen, denn wir Auslandsdeutschen können mit unserem Aufbau nicht mehr länger warten, wir müssen arbeiten, ehe sich unser Leben dem Abend neigt, deshalb brauchen wir die Anerkennung unserer Schuld nicht im allgemeinen, sondern im einzelnen, damit wir unsere Bilanzen aufstellen und anfangen können zu arbeiten und den öffentlichen Kredit in Anspruch nehmen. Noch eine Bitte zum Schluß: werden wir nicht müde, nicht abgestumpft, denn das wäre unser völliger Untergang, da es in unserer Heimat Leute genug gibt, die verstehen ihre Rechte zur Geltung zu bringen und durchzusetzen. Wenn schon eine Ausfuhrabgabe erhoben werden muß, so wende man dieselbe wenigstens der Tilgung der Schuld zu, die das Reich denen schuldet, die den deutschen Außen-handel geschaffen haben. Diese Forderung hat ebensolche Be-rechtigung wie die, den Erlös sozialen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, da diese soziale Aufgabe schon besteht und das Reich als anerkannter Schuldner hat, die Beseitigung des unermeßlichen Elends der Auslandsdeutschen.

Oskar Koßmann.

Mr. Lucas, Berater der australischen Regierung für das ehemals deutsche Eigentum in Neu-Guinea.

Man schreibt uns:

Die London Times vom 17. Juli bringen eine Nachricht aus Australien, der zufolge Mr. W. Lucas, Leiter der Abteilung „Inselverkehr“ der Reederei Burns, Philp & Co., Sydney, von der Regierung zum Berater bei der Expropriierung und Liquidation „feindlichen“ Eigentums in „Ex“-Neu-Guinea ernannt ist.

Dabei heißt es: „Bei der Verkündigung dieser Ernennung sagte der Premierminister, Mr. Hughes, es sei durchaus wesentlich, daß die Regierung den besten Rat erhalte, der zu erlangen sei hinsichtlich der technischen Seite bei der Handhabung der früheren deutschen Besitzungen in Neu-Guinea.“

Mr. Lucas verfügt über lebenslange Erfahrungen in den Pazifischen Inseln und ist die unbestrittene Autorität in allen ihren Industrien, ihrem Handel und ihren Pflanzungen.“

Mr. Lucas ist seinem ursprünglichen Berufe nach Schiffsteward. Im Jahre 1913 hatte ich auf einer Südseefahrt zum ersten Male das zweifelhafte Vergnügen, mit diesem „Ehrenmann“ an Bord zusammenzutreffen, wo er sich als ungeschliffener Patron besonders hervortat und etwas darin suchte, seine antideutsche Gesinnung bei jeder Gelegenheit in möglichst banausenhafter Weise kundzutun.

Zur Beurteilung seiner Fähigkeit für das ihm jetzt übertragene Amt ist es aber „durchaus wesentlich“, daß er in australischen Geschäftskreisen den ungeschmälerten Ruf eines erstklassigen Gauners genießt.

Im Jahre 1916 hatte ich dann vom Gefangenenlager in Australien aus eine geschäftliche Angelegenheit mit Lucas abzuwickeln, in der er gleichzeitig auch mit der Militärbehörde korrespondierte. Der Offizier, der die Angelegenheit erledigte, gab mir, da die Sache kompliziert wurde, Einblick in seine Korrespondenz und beim Vergleich der beiden parallel geführten Briefwechsel stellte sich ein so erstaunliches Lügengewebe heraus, daß selbst dieser Offizier mir gegenüber äußerte: „That beats everything! Well, that's Mr. Lucas!“ (Das übertrifft alles! Na ja, das ist Mr. Lucas!) — Ein Herr, der seit Jahrzehnten in Sydney als Geschäftsmann ansässig war, und dem ich dies erzählte, bemerkte dazu: „Das wundert mich gar nicht! Wissen Sie nicht, daß Lucas in Sydney allgemein bekannt ist unter dem Namen „the champion liar of Australia“? (der „Rekordlügner von Australien“).

Man kann also Billi Hughes nicht das Talent absprechen, die richtigen Leute für zu besetzende Posten zu finden. Für die Plünderung unserer Kolonien und den Diebstahl am deutschen Eigentum kann es keinen besseren „Berater“ geben als Lucas, „die unbestrittene Autorität“.

Rud. Haefcke.

AUSWANDERUNGSWESEN

Neuere Auswandererliteratur

Von M. GRISEBACH, Leiter der Auswandererberatungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart.

II. Südamerika.

Südamerika gesondert behandelt ein

Ratgeber für Auswanderer nach Südamerika¹⁾. Er enthält acht beachtenswerte persönliche Ratschläge eines südameri-

¹⁾ Ratgeber für Auswanderer nach Südamerika. München 1919, Deschler. IV, 16 S. 80.

kanischen Auslandsdeutschen. Auswanderer, welche ohne nennenswerte Geldmittel auswandern wollen, können durch Lesen dieser Schrift manches Lehrgeld ersparen. Wie wenig der Verfasser selbstsüchtige Ziele mit der Veröffentlichung dieser Schrift verfolgt, erhellt schon aus der Tatsache, daß er seinen Namen nicht nennt. Als erfahrener Praktiker hält auch er bezeichnenderweise von dem Zusammenschluß der Auswanderer wenig.

Nohel, Otto, Nach Südamerika²⁾. Je brennender die Auswanderungsfrage für das deutsche Volk wird, desto mehr wird man den Wert derartiger Auswandererschriften danach bemessen müssen, ob sie zur Auswanderung anreizen oder nicht. Verfasser gesteht offen, daß er den Gedanken der Auswanderung „fördern“ will. Unter dem abernen Motto „Ferdienen schreibt man mit groß F“ schildert N. etwas leichtfertig seine persönliche Auswanderung. Wertvoller ist vielleicht die scharfe Kritik an den sich leicht unbeliebt machenden Deutschen (S. 42).

Winke für den deutschen Lehrer, der nach Südamerika auswandern will³⁾, berichten aufklärend über die amtliche Stellung und wirtschaftliche Lage deutscher Lehrer in Südamerika. Sie geben dabei wertvolle Anhaltspunkte über die Lebensverhältnisse in einzelnen südamerikanischen Städten, sowie praktische Ratschläge für den rechtzeitigen Abschluß von Verträgen.

Die Städte Südamerikas mit größeren deutschen Schulen sind auf einer Karte nach Lage und Größe besonders bezeichnet. Ratschläge über Ausstattung, Wohnungen und Pensionen fehlen nicht.

Unter den südamerikanischen Ländern haben Brasilien und Argentinien die reichste Literatur in neuerer Zeit hervorgerufen.

III. Brasilien.

Unter den brasilianischen Werken ist in erster Linie

Heinrich Schülers Brasilien, ein Land der Zukunft⁴⁾, zu nennen. Gegenüber der 3. Auflage, welche persönlichen, nationalen und geschichtlichen Betrachtungen, sowie Textabbildungen einen breiteren Rahmen gewährte, legt diese 4. Auflage auf eine möglichst vollkommene Darstellung des zukunftsreichen brasilianischen Wirtschaftslebens das Hauptgewicht. Dabei sind die wichtigsten geschichtlichen Daten in die Kapitel über Verfassung, Finanzen, Außenhandel usw. geschickt verwoben. Auch die Behandlung der einzelnen brasilianischen Landesprodukte, sowie der mit ihnen verbundenen Industrien geben zugleich einen wertvollen geschichtlichen Überblick bis auf die neueste Zeit. Deutlich erkennbar wird der gewaltige Aufschwung, den das brasilianische Wirtschaftsleben unter dem Einfluß des großen Krieges genommen hat. Nicht nur der deutsche Landwirt, vor allem auch der deutsche Industriearbeiter, Techniker, Ingenieur usw. findet hier die wertvollsten Fingerzeige. Die nur den Laien ermüdende Aufzählung trockener Zahlen ist durch geradezu poetisch gehaltene Darstellungen brasilianischer Landessitten (Roca-Wirtschaft, Matê-Genuß) geschickt unterbrochen. Die 16 ganzseitigen Bildtafeln sind musterhaft ausgewählt und wiedergegeben.

Der vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv herausgegebene **Auslandswegweiser von A. Bieler**⁵⁾ ist eine recht gediegene Arbeit, welche die allgemeinen Verhältnisse und Aussichten schildert, die sich dem Unternehmer, dem Landwirt und den Angehörigen der verschiedensten Berufe in der brasilianischen Republik bieten. Das reiche Material der Hamburger und Kieler

Archive ist hier geschickt verwertet. Besondere Kapitel sind unter anderem auch der rechtlichen Stellung des Fremden in Brasilien, der Viehzucht und den Viehprodukten, dem Bereich der wirtschaftlichen Möglichkeiten für Angehörige der verschiedenen Berufsstände gewidmet, die sich durch Sachlichkeit und Gründlichkeit auszeichnen und die neueste Literatur berücksichtigen. Für die Erlernung der portugiesischen Sprache werden gute Ratschläge erteilt. Die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung in Brasilien ist aus den Lebensmittelpreisen von 1907 und 1918 deutlich zu erkennen. In einem Anhang werden sämtliche Auskunftsstellen für Auswanderer in Deutschland, die deutschen Vereine in Brasilien, ausländische Banken ebenso wie die wichtigste Literatur über dieses Land angeführt. Die Schrift macht dem Friederichsen'schen Verlag in Hamburg wieder alle Ehre.

Mit den beiden vorgenannten Schriften hält

Westermanns Südbrasilien⁶⁾ einen Vergleich schon deswegen nicht aus, weil es weit allgemeiner gehalten, die neueste Entwicklung Brasiliens kaum berücksichtigt.

Professor Sellins Ratschläge für Auswanderer nach Südbrasilien⁷⁾ stellen eine Neubearbeitung der noch heute sehr wertvollen Ratschläge des verstorbenen Professor Jannasch dar. Dabei ist die Neugestaltung der Dinge in Brasilien während des Weltkrieges und nach demselben besonders berücksichtigt, wobei der bisherige Inhalt wesentlich Kürzungen erfuhr. Der Geschichte des Deutschtums in Brasilien während des Weltkrieges hinzugefügt. Wir erhalten hier interessante Einblicke in die planmäßigen Bemühungen der ausländischen Gesandtschaften, alle Arbeiten des Deutschtums in Brasilien zu verdrängen. Auch die gegenwärtige Überführung und die Siedlungsbedingungen für Auswanderer nach Südbrasilien, wie sie die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft in Anfragen versendet, sind dieser Neuauflage angefügt. Die persönlichen und sachlichen Ratschläge für Auswanderer nach Rio Grande do Sul von dem verstorbenen Hans von Koseritz sind noch heute kaum übertroffen.

Heft 3 des Reichswanderungsamtes: Südbrasilien⁸⁾, bringt wieder auf knappstem Raum, was der Auswanderer über das heutige Brasilien unbedingt wissen muß, und nennt auch die deutschen Zeitungen, die deutschen Vertretungen für Auswanderer, die Hauptbahnhöfe, sowie zuverlässige Literatur. Die Mitteilung, daß in Rio Grande do Sul für Ärzte die Ablegung einer Prüfung in der Landessprache nicht erforderlich sei, dürfte inzwischen wohl überholt sein.

Gustav Stezenbachs Brasilien will als kleine Schrift⁹⁾ hauptsächlich Geschichte, Verfassung, Verwaltung und die Volkswirtschaft in allgemeinen Zügen behandeln, die Benützung älterer Literatur (1896–1915) spielt daher keine gar zu große Rolle. Sie will vor allem den neuen Staatsbürger aufklären.

⁶⁾ Westermann, Rudolf, Südbrasilien als Ziel deutscher Auswanderung. Berlin (1919), Süsserott. 77 S. 80. (Runge, Wie wandere ich nach Südamerika aus? T. 3.) M. 3.20.

⁷⁾ Ratschläge für Auswanderer nach Südbrasilien. Hrg. v. A. W. Sellin. 6. Aufl. Leipzig, Herbig. XIV, 128 S. 80.

⁸⁾ Südbrasilien. Herausg. vom Reichswanderungsamt, Hft. 3. Berlin 1920, Zentralverlag. 29 S. 80. M. —.80.

⁹⁾ Stezenbach, Gustav, Brasilien. München-Gladbach 1919, Volksvereins-Verlag. 48 S. 80. (Staatsbürger-Bibliothek, Hft. 45.) M. —.45.

²⁾ Nohel, Otto A., Nach Südamerika! Wien 1919, Elbemühl. 51 S. 80. M. 2.50.

³⁾ Winke für den deutschen Lehrer, der nach Südamerika auswandern will. Buenos Aires 1919, Impr. Cosmos. 24 S. 80.

⁴⁾ Schüller, Heinrich, Brasilien ein Land der Zukunft. Stuttgart und Leipzig 1912, Deutsche Verlags-Anstalt. XII, 479 S. 80. M. 15.—.

⁵⁾ Bieler, Adolf, Brasilien. Hamburg 1920, Friederichsen. 152 S. 80. (Auslandswegweiser, Bd. 4.) M. 9.—.

Schindler, Brasilien.¹⁰⁾ Rocaschlagen, Mais- und Tabakbau, Mandjoka-Fabrikation, Vieh- und Geflügelzucht, Auf-die-Jagd-Gehen im Urwald, alles will gelernt sein. Wer diese kleine populär gehaltene Schrift vor seiner Auswanderung liest, wird sich manche Enttäuschung ersparen.

Im Unterschied von dem „Kurzen Leitfaden für Auswanderer nach Südbrasilien“ oder den „Auswanderungsbestimmungen für Brasilien“, die mit großtönenden Namen lediglich gewissen Auswandereragenturen Schäflein zutreiben sollen, inhaltlich aber ziemlich wertlos sind, ist die kleine Schrift

„Der Einwanderer in Brasilien“¹¹⁾, welche die Auswandererberatungsstelle des deutschen Hilfsvereins in Rio de Janeiro herausgegeben hat, ein recht wertvoller Berater. Sie ist vor allem ehrlich bemüht, den Einwanderer vor Enttäuschung zu bewahren, zeigt, wie auf Unterstützung seitens der brasilianischen Regierung nur der wirkliche Ackerbauer rechnen kann, wie Familienväter in Brasilien meist besser vorwärts kommen als Jungesellen. Die Ankunft in Rio wird genauestens beschrieben. An der Hand der wertvollen kleinen Karte ist die Beratungsstelle und die nächste deutsche Bank leicht zu finden.

Kurze Notizen über Brasilien geben u. a. Winke für den Umgang mit Brasilianern, mit Volk und Behörden. Die Erläuterungen zum brasilianischen Einwanderungsgesetz mahnen zur Vorsicht vor unklaren Verdingungskontrakten, die durch

¹⁰⁾ Schindler, Max, Brasilien. Hamburg (1920), Thaden. 18 S. 80.

¹¹⁾ Der Einwanderer in Brasilien! Rio de Janeiro 1920, Einw.-Beratungsstelle des deutschen Hilfsvereins. 63 S. 80.

Von der „Ansiedlung Ost“.

Der geschäftsführende Ausschuß der „Interessengemeinschaft der Auswanderungsorganisationen nach Sowjetrußland in Leipzig“ teilt in der „Rätezeitung“ mit, daß der Vollzugsrat in seiner Sitzung vom 31. Juli endgültig zu den mit der Sowjetregierung abgeschlossenen Verträgen Stellung nehmen werde und darüber zu beschließen habe, in welcher Form die Verträge veröffentlicht werden sollten. Die angeschlossenen Vereine sollten einstweilen die Mitgliederaufnahme sperren, da durch den Abgang des ersten Transportes die meisten Organisationen einen kaum zu bewältigenden gewaltigen Zustrom von Mitgliedern bekommen hätten. Die Ortsgruppen und Vereinigungen werden ersucht, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß nach der Erwerbslosenverordnung für erwerbslose abwandernde Mitglieder der Interessengemeinschaft freie Fahrt für das Mitglied und seine Familie gewährt werde, daß freie Beförderung des Umzugsgutes erfolge und daß aus örtlichen Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eine Unterstützung für die Kosten des Umzugs gewährt werde.

In der Versammlung der Leipziger Ortsgruppe der „Ansiedlung Ost“ berichtete der Genosse Gumprich über seine Reise nach Rußland. Interessant ist die Mitteilung, daß sich in russisch-politischen Kreisen Widerstand gegen die Einwanderung geltend mache, der sich ergebe aus der Ansicht, der auch die kommunistischen Parteien Deutschlands huldigen, daß nämlich ziel- und klassenbewußte Arbeiter in Deutschland zu bleiben und hier den Kampf um die Macht auszufechten und zu entscheiden hätten, und daß sie nicht einfach in ein Land friedlich abwandern dürften, das aus Eigenem schon durchgesetzt habe, was die deutschen Genossen erst erstrebten. Einzelne Genossen, so sagt Gumprich, sabotierten das Auswanderungswerk immer noch in Rußland, wenn auch die Proletarier in den Fabriken und insbesondere die Leitungen der Sache günstig gegenüber ständen. Es scheint

rechtzeitige Fühlung mit den Beratungsstellen leicht vermieden werden können. Wir erfahren, daß die Regierung Bundeskolonien wahrscheinlich nicht mehr einrichten wird, womit die entsprechenden Vergünstigungen, die früher gewährt wurden, hinfällig werden. Die besonderen Ratschläge für Landbauer finden eine wertvolle Ergänzung in einer übersichtlich angelegten Tabelle, die vom Ministerium für Landwirtschaft, Industrie und Handel herausgegeben, von Dr. H. Hinden¹²⁾ ins Deutsche übertragen ist.

Für Fachleute außerordentlich wertvoll ist auch die Schrift von **Eugen Kieser, Zukunftsfragen für die Molkerei-Maschinen-Industrie und zugehörigen Gewerbe in Südbrasilien**¹³⁾. Die Schrift ist während des Krieges entstanden und gibt ein klares Bild über die gegenwärtige milchwirtschaftliche Lage Südbrasilien. Der zweite Teil behandelt das spezielle Studium der Frage, mit welchen anzuwendenden Mitteln die deutschen Molkereimaschinen-Fabrikanten das südbrasilianische Molkerei- und Käsereigewerbe fördern können. Der 3. Teil, welcher eine Beschreibung des Staates Santa Catharina und einiges Statistisches über das Land Brasilien überhaupt bringt, behandelt zugleich die Aussichten für andere landwirtschaftliche Nebengewerbe in Santa Catharina.

(Weitere Artikel folgen.)

¹²⁾ Auch erschienen bei Hinden, H., Nützliche Winke für Auswanderer nach Brasilien. Hamburg 1920, Friederichsen. 44 S. 80. M 3.—

¹³⁾ Kieser, Eugen, Zukunftsfragen für die Molkereimaschinen-Industrie und zugehörige Gewerbe in Südbrasilien. Blumenau 1918. 72 S. 80.

sich also um einen Kampf der praktischen Wirtschaftler mit den politischen Doktrinären zu handeln. Die einen sehen, daß der so nötige wirtschaftliche Aufbau nicht ohne die Deutschen geht, und zwar bezeichnenderweise sehen das neben den leitenden Herren auch die Arbeiter, die politischen Theoretiker aber wollen Deutschland nicht seiner Kämpfer um das Ziel der Räterepublik berauben. Mit diesen Gegensätzen erklärte auch Herr Gumprich die Schwierigkeiten, die anscheinend in Rußland selbst der Abreise der russischen Kommission nach Deutschland bereitet werden. Erst diese Kommission solle ja doch endgültig über die Auswanderungsfrage beschließen. In dem Bericht der Rätezeitung heißt es dann nicht ganz klar: „Aus diesen Gründen heraus ist auch lediglich der erste Transport erzwungen worden“. Das soll doch wohl sinngemäß heißen: Gegen die Absichten und Ansichten jener politischen Gegner des Plans in Rußland erzwungen worden, denn das deutsche Auswärtige Amt hat ja doch wohl der Abreise keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Auswanderung nach Sowjetrußland *).

Zu der Frage der Auswanderung nach Sowjetrußland schrieb uns aus der Schweiz im Auftrage vieler deutscher Kolonisten ein Mann, der viele Jahre seines Lebens selbst in Rußland als Landwirt tätig war: „Selbst wenn die Sowjetregierung alle ihre den deutschen Kolonisten gemachten Versprechungen hält oder doch halten will, so ist es doch noch sehr fraglich, ob sie auch immer die Möglichkeit haben wird, das zu tun. Die Unsicherheit der Existenz der deutschen Kolonisten liegt aber in der politischen Situation, die heute eine noch sehr unsichere ist. Tritt eine Reaktion nach kürzerer oder längerer Zeit ein, was nicht nur möglich, sondern fast wahrscheinlich ist, so werden alle schönen Versprechungen und auch schriftliche Abmachungen

*) Wir werden in der nächsten Nummer ausführlich auf die ganze Frage und Sachlage zu sprechen kommen. Die Schriftleitung.

von einer folgenden bürgerlichen Regierung nicht anerkannt und annulliert. Das Siedlungsland, welches die Sowjetregierung den deutschen Kolonisten gab, wird von den früheren Besitzern zurückverlangt, oder von den nicht bolschewistischen Bauern mit Beschlag belegt. Der deutsche Kolonist wird dann Lohnarbeiter, oder im glücklichsten Falle ein gedrückter Pächter sein.

Sehr gefährlich ist die Bedingung, daß jeder deutsche Kolonist sofort russischer „Bürger“ ist mit **allen** Pflichten und „Rechten“ und **allen** Befehlen und Verfügungen der russischen Regierung unterliegt. Damit können einfach alle vorhergehenden Abmachungen später annulliert werden. Zugleich verlieren die deutschen Kolonisten jeden Schutz der deutschen Regierung. Da wäre es angebracht, daß die deutsche Regierung sich die Kontrolle von Zeit zu Zeit vorbehält, indem sie bisweilen Delegierte nach den besiedelten Gebieten schickt, um nach dem Rechten zu sehen, ob die Versprechungen auch gehalten werden. Wer garantiert den deutschen Kolonisten, daß sie auf derselben Scholle bleiben und nicht nach zwei bis drei Jahren nach dem Osten und Südosten geschickt werden, um anderes Land zu bearbeiten, das in wüsten Gegenden liegt? Sie müssen dann den Befehlen der russischen Sowjetregierung gehorchen und wieder von vorn anfangen. Rußland braucht Kulturdünger und dazu sind die Deutschen gerade gut genug. Die östlichen und süd-östlichen Gouvernements haben zwar guten Humusboden, aber keinen oder sehr wenig Wald. Demzufolge treten hier oft Mißernten und Hungersnot ein, unter denen auch die bisherigen Kolonisten schwer zu leiden hatten. Das betrifft besonders die Gouvernements Samara und Saratoff bis herunter nach dem Gouvernement Astrachan. Alle die schönen Versprechungen betreffs Ernährung, Unterstützung, die Lieferung von Inventarien, Straßenwalzung, Lastautos, Motorpflüge, Sämaschinen, Nähmaschinen, Artikel für Krankenpflege etc. nehmen sich auf dem Papier sehr schön aus, werden aber in Wirklichkeit nicht ausgeführt werden können, weil die Sowjetregierung dergleichen Sachen nicht besitzt, oder das wenige davon für sich selbst braucht. Aber angenommen, sie würde tun, was sie wollte, so müßte sie Revolten unter den umwohnenden russischen Bauern riskieren, die natürlich für die deutschen Kolonien mit Mord und Raub enden würden. Der jetzige russische Bauer ist nicht mehr das unterwürfige Arbeitstier, wie vor 50 bis 60 Jahren, er ist schon seit Jahren vor dem Krieg durch revolutionäre Agenten so weit „aufgeklärt“ worden, daß er weiß, was er heute verlangen kann. Auch schon vor dem Krieg, als die zaristische Regierung nichts für die deutschen Kolonisten tat, sondern sie so viel als möglich zu russifizieren trachtete, auch da sahen die russischen Bauern scheel auf die Kolonisten. Und wie wird sich jetzt eine kleine deutsche Kolonisteninsel gegen dieses russische Chaos, das sie umbraut, halten können?

Dazu kommt nun noch die totale Unkenntnis der schweren russischen Sprache, deren man aber auf dem Lande durchaus bedarf. Nach dem optimistischen Bericht der nach Rußland gesandten deutschen Delegierten zu urteilen, nehme ich an, daß man diesen Leuten nur das zeigte, was sie sehen sollten, und das war natürlich die schöne Seite der Medaille. Da die Herren Delegierten auch kein Russisch verstanden, so wurden wahrscheinlich die Dolmetscher von der Sowjetregierung gestellt, die im Sinne derselben übersetzen mußten. Vielleicht wäre manche Auskunft anders ausgefallen, wenn den deutschen Delegierten Dolmetscher aus den deutschen Kolonien zur Seite gestanden

hätten, die Land und Leute aus eigener Erfahrung gründlich kennen. Mit den Russen läßt sich gut auskommen, wenn man ihre Mentalität kennt und sie danach behandelt. Das ist aber nicht in kurzer Zeit möglich, sondern dazu bedarf es jahrelanger Beobachtung und Erfahrung. Was ich über diese Angelegenheit in Vorliegendem geschrieben habe, ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern auch meiner Bekannten, die jahrelang in Rußland gelebt haben. Also Vorsicht!

Mexiko.

Aus einer Notiz in der „Deutschen Zeitung von Mexiko“ ergibt sich, daß durch Vermittlung des Herrn Dr. Krumm-Heller verschiedene Deutsche am Chapalsee unentgeltlich, wenigstens vorläufig, große Ländereien durch das Ackerbau-Ministerium bekommen hätten, die in zehnjährigen Ratenzahlungen abbezahlt werden sollten. Die mexikanische Regierung wolle dabei keinen Gewinn erzielen, sondern im Gegenteil noch Zuschüsse gewähren: Der Ackerbau-Minister habe dabei Herrn Dr. Krumm-Heller erklärt, auch andern Deutschen in anderen Staaten Ländereien überlassen zu wollen.

Niederländisch-Indien.

Bekanntlich sind nach Beendigung der japanischen Kriegs-gefangenschaft etwa 200 ehemalige China- und Japandutsche nach Niederländisch-Indien gegangen, wo sie Anstellung gefunden haben. Sie sind von vielen Auswanderungslustigen sehr darum beneidet worden, daß sie so schnell diese Stellung fanden. Daß aber nicht alles Gold ist, was glänzt, beweist eine Mitteilung, die wir von einem der 200 Auslandsdeutschen erhalten. Danach war schon die Überfahrt im Zwischendeck „unter aller Kanone schlecht“, die Aufnahme in Batavia seitens der Regierung war freundlich, die durch die Beamtschaft zunächst kühl und reserviert. Sie besserte sich erst, als das gute Auftreten der Deutschen die Meinung über sie änderte. „Die allgemeine Stimmung ist aber außerordentlich verhetzt. Der größere Teil der minderbemittelten kleinen Beamten rangiert mit dem Mischling, weil die Regierung mit Ausnahme der höchstbesoldeten Stellen die weißen Beamten so schlecht bezahlt, daß die Leute gezwungen sind, in schwarze Weberwirtschaft überzugehen, in der sie langsam, aber sicher degenerieren. Von Kontrakten, Urlaub nach 3 Jahren. Krankenkassen, Pensionen will kein Arbeitgeber etwas wissen. Für von Holland herausgesandte Beamte, Techniker und Plantagenleute ist es in dieser Beziehung besser, für die aus Japan gekommenen Deutschen aber bestehen keine Chancen. Diejenigen, die zur Post kamen, mußten zunächst einen strammen Dienst durchmachen und haben zum Teil Tag und Nacht zu arbeiten. Es ist einfach unglaublich, was hier unter dem Äquator für 150 Gulden von Europäern verlangt wird, wo jeder Arbeiter in Holland 1,80 bis 2,50 Gulden für die Stunde bekommt. Wenn nichts dazwischen kommt, ist unsere Karriere: jährlich 20 Gulden Zulage bis höchstens 250 Gulden, wobei wir aber für die höhere Postkarriere nicht in Betracht kommen. Die Miete für ein stallartiges Zimmer mit leidlich gutem Essen beträgt 85 Gulden. So kann aber kein Mensch auf die Dauer wohnen. Zwischen 90 und 100 Gulden geht es schon. Wie wir auf die Dauer bei 150 Gulden das „Standing“ des weißen Mannes aufrecht erhalten sollen, ist mir schleierhaft. Vorläufig kämpfen wir darum. Wir mögen diesen Negerbetrieb nicht. Ob es uns gelingen wird? Krank werden dürfen wir auf keinen Fall, dazu ist kein Pfennig Geld da. Jeder Krankenbesuch kostet 10 Gulden weitere 5 Gulden. Sexualeiden grassieren in grauenhafter Weise.“

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. September 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS

CHICAGO



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 19

STUTTGART

Erstes Oktoberheft 1920

Schenkungen für das Deutsche Ausland-Institut.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat durch Schreiben vom 19. August uns mitgeteilt: „Auf das gefl. Schreiben vom 11. März ds. J. erkenne ich an, daß bei Zuwendungen an das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, die Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 Nr. 2 des Erbschaftssteuer-Gesetzes vom 10. September 1919 gegeben sind und die Zuwendungen daher einer Erbanfallsteuer nicht unterliegen.“
I. A. Hoffmann.

Zur Vertreibung der Deutschen aus China

In dem Kriegsgefangenenlager der Deutschen, Bando, in Japan ist ein Buch erschienen: „Die Ausweisung der Deutschen aus China“, das in der Gefangenschaft von deutschen Soldaten, China- und Japan-Kaufleuten zumeist, übersetzt, gedruckt und gebunden wurde. Es handelt sich um eine Darstellung der Ereignisse auf Grund englischer, meist Schanghai-Zeitungen vom Oktober 1918 bis April 1919. Das Buch ist ein einzigartiges Dokument zum Weltkrieg, es bedarf keines weiteren Kommentars, wenn wir hier eine Probe daraus abdrucken, die Rede des Vorsitzenden der britischen Handelskammer in Schanghai auf der Generalversammlung am 19. März 1919. Er sagte über die „Heimsendung der Feinde“:

„Ich wende mich nunmehr zur Heimsendung der Feinde und zum Handel nach dem Kriege, beides erläutert, was ich Ihnen klar zu machen wünsche, nämlich den Anteil, welchen die Handelskammer an der Stärkung der britischen Interessen genommen hat.

Sie werden sich erinnern, daß am 21. Dezember 1917 von der britischen Handelskammer und der China Association ein gemeinschaftlicher Brief an den Generalkonsul gesandt wurde, in welchem der Ansicht Ausdruck gegeben war, daß das einzig wirkliche Mittel zur Unterdrückung des feindlichen Handels darin bestände, alle männlichen feindlichen Untertanen ohne Verzug zu internieren oder auszuweisen und ihre Geschäfte zu liquidieren. Im vergangenen Dezember sandte der Vorstand ein in dringenden Worten abgefaßtes Telegramm an die Londoner Handelskammer mit der Bitte, dort das Äußerste zu tun, um die sofortige Ausweisung der Feinde durchzusetzen, und dieser Schritt, neben anderen, hatte den gewünschten Erfolg. Die Mehrzahl der Chinadeutschen befindet sich nunmehr auf hoher See, auf derselben See, welche sie mit allen erdenklichen Verbrechen befleckt hat. Und in demselben Maße, wie die Handelskammer reichlich dazu beigetragen hat, sie aus diesem Grunde zu vertreiben, hat sie auch zur Zerstörung ihres Handels beigetragen.

Sie werden sich erinnern, daß Anfang Januar vorigen Jahres aus amtlichen Quellen die Nachricht an die Handelskammer

gelangte, daß feindliche Untertanen sich auf verschiedenen Wegen und vermittelt verschiedener Agenten bemühten, Rohmaterialien für sofortige Ablieferung nach Kriegsende anzusammeln. Zweifellos würde dies, falls erfolgreich durchgeführt, unseren Feinden geholfen haben, den Krieg zu verlängern, denn die geheime Genugtuung, zu wissen, daß Rohmaterialien für die Zeit nach dem Kriege bereitliegen, hätte sie veranlaßt, keineswegs auf Friedensschluß zu drängen. Außerdem wäre es eine Bedrohung unserer selbst als Geschäftsleute gewesen.

Jedes Mitglied der Handelskammer wurde daraufhin durch ein Rundschreiben benachrichtigt, und im Mai v. J. wurde nochmals ein ähnlicher Schritt unternommen, das Ergebnis war, daß die Anstrengungen der Feinde unter die strengste und weitmöglichste Aufsicht kamen (Beifall).

Wie sie bezüglich der Rohmaterialien geschlagen worden sind, so haben wir sie auch in finanzieller Hinsicht vernichtet. Im Oktober vergangenen Jahres begannen wir, uns mit der Frage der Deutsch-Asiatischen Bank zu beschäftigen und sandten am 1. November einen Brief an das hiesige Konsulat zur Weiterbeförderung nach Peking. Die Antwort zeigte, daß zwar die Liquidation der Bank Fortschritte machte, aber nicht mit der allgemein gewünschten Schnelligkeit. Der britische Gesandte tat sein Äußerstes in dieser Angelegenheit. Seitdem ging es dann viel schneller, und ich glaube, ohne uns schmeicheln zu wollen, behaupten zu können, daß unsere Vorstellungen dazu beigetragen haben, Sir John Jordan (britischer Gesandter in Peking!) den Rücken zu stärken.

Was nun den Handel nach dem Kriege anbelangt, so komme ich zu der wichtigsten Frage der vor dem Kriege bestandenen feindlichen Geschäftsverbindungen mit dem China-Markte; besonders im Piecegoods-(Textilwaren-)Geschäfte, in welchem wir einen festen Standpunkt eingenommen haben. Anfang dieses Monats wurden Sie benachrichtigt, daß als Ergebnis einer Erörterung über den Handel nach dem Kriege die Kommission für Handelsmarken (Trade Marks) folgenden Beschluß gefaßt hätte, der vom Vorstand gutgeheißen worden wäre:

Die Kommission für Handelsmarken befürwortet dringend solche Schritte, welche den weiteren Gebrauch feindlicher Handelsmarken im China-Geschäfte verhindern, auch solcher Handelsmarken, die zwar britischen Firmen gehören, aber von feindlichen Firmen gehandelt worden sind oder an denen sie beteiligt waren.

Dieser Beschluß wurde allen wichtigen Handelskammern in China übermittelt, unsere Absicht ist, da wir Ihre Zustimmung erhalten haben, den Beschluß nach Bradford und Manchester zu senden. Auf diese Weise bilden wir eine geschlossene Front und beweisen, daß Briten in China entschlossen sind, nicht mit

den Hunnen zu tun zu haben, mindestens bis zu der Zeit, wo eine Wiederaufnahme der Geschäfte mit ihnen von unserer Regierung, da im Interesse Großbritanniens und des Reiches liegend, als wünschenswert bezeichnet wird. Und selbst dann noch wird hoffentlich die Politik unserer Handelskammer dahin gehen, die Beziehungen zu den Deutschen auf das Äußerste zu beschränken. In unserer Zeit kann es keinen Gedanken an Freundschaft mit Deutschen mehr geben, und wo es keine Freundschaft gibt, da ist auch jede gegenseitige Achtung und jedes gegenseitige Vertrauen unmöglich, welche die Grundlagen allen Handels sind, wie er von den Briten aufgefaßt wird.“

Wilhelm Kaufmann

(Die Lebensgeschichte eines Auslandsdeutschen.)

Vor einigen Wochen starb in Dresden ein Auslandsdeutscher, Wilhelm Kaufmann, der lange Jahre als Journalist in den Vereinigten Staaten gelebt hat, dort als Redakteur und Inhaber großer deutscher Tagesblätter eine führende Rolle unter den deutschamerikanischen Tagesschriftstellern spielte und später durch sein Buch über die Deutschen im amerikanischen Bürgerkrieg auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Kaufmann war ein Deutschamerikaner im besten Sinne des Wortes. Einer von jenen, denen das große Heimweh immer im Herzen saß. Stets ein treuer Bürger des Landes, mit dessen wirtschaftlichem Aufschwung er zu Wohlstand und Ansehen gekommen war, hing er doch mit inniger Liebe an seiner alten Heimat. Er war Zeit seines Lebens bestrebt, die beiden großen Kulturvölker einander geistig näherzubringen, und er hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Leistungen und Verdienste der Deutschen in Amerika zur allgemeinen Kenntnis und berechtigten Anerkennung zu bringen. (Die Schriftleitung.)

Kaufmann entstammte einer hannoverischen Kaufmanns- und Pastoren-Familie. Er wurde 1847 in Münden geboren, sein Vater starb früh und er erhielt eine nur sehr mäßige Schulbildung beim Großvater in einem kleinen Landstädtchen in Hannover. Zum Kaufmann bestimmt, kam er in einem großen Kirchdorf in die Lehre und mußte dort vier Jahre verbringen. Seine Tätigkeit beschränkte sich dort auf die Bedienung der ländlichen Kundschaft und die Verrichtung untergeordneter Arbeiten. Irgendwelche Anleitungen zum eigentlichen kaufmännischen Beruf erhielt er nicht. Auch sonst fehlten alle geistigen Anregungen, und der gereifte Mann hat später die verlorenen Jugendjahre, in denen er nur ausgenutzt worden ist und nichts gelernt hat, bitter beklagt.

Erst in Göttingen, wo er seiner Dienstpflicht genügte und durch seinen Bruder, dem späteren Breslauer Historiker, damaligen Gymnasiallehrer Georg Kaufmann, in einen geistig anregenderen Kreis eingeführt wurde, konnte der Lernerifer einigermaßen befriedigt und der Ehrgeiz erweckt werden.

Bei der mangelhaften Berufsvorbildung und den engen Verhältnissen der Heimat, glaubte Kaufmann wenig Aussichten für seinen Beruf in Deutschland zu haben, und so entschloß er sich, nach Amerika auszuwandern.

Am 7. September 1868 betrat er amerikanischen Boden. Entfernte Verwandte in Neuyork und St. Louis konnte er aufsuchen und von ihnen Empfehlungen erhalten. Das Suchen nach einer kaufmännischen Anstellung war zunächst erfolglos. Endlich im November fand er eine Stellung in St. Louis, die aber bald aufgegeben wurde. Die Gelder waren knapp geworden, die Hilfe der Verwandten beschränkt und bittere Erfahrungen blieben dem „Greenhorn“ nicht erspart. Um die Verwandten nicht allzu sehr in Anspruch zu nehmen, mußte er wiederholt eine andersartige Tätigkeit annehmen. So war Kaufmann eine Zeitlang auf einem Holzhof als Arbeiter beschäftigt; einige Zeit später finden wir ihn als Hotelhausknecht. Wertvoll war auch diese Tätigkeit, brachte sie doch den jungen Deutschen enger mit Land und Leute zusammen, lehrte ihn fremde Verhältnisse kennen und gab ihm Gelegenheit, die Sprache in kurzer Zeit zu

erlernen. Sonntags wurden die Kirchen aufgesucht, wo ein klassisches, gut verständliches Englisch gesprochen wurde und sich eine billige Studienteilnahme bot.

Schließlich fand sich wieder eine Tätigkeit in einem deutschen Laden. Der Inhaber inserierte fleißig in deutschen Zeitungen, doch waren die Inserate in einem derartig scheußlichen Deutsch verfaßt, daß der junge Kaufmann sich entschloß, auf eigene Faust den Text zu verbessern. Er wurde dadurch in der Expedition einer Zeitung bekannt, lernte dann auch Redakteure kennen und begann warmes Interesse für den Zeitungsbetrieb zu zeigen. Als sich Gelegenheit bot, als Lokalberichterstatter selbst mit tätig zu sein, griff er mit Freuden zu und bald zeigte sich auch sein journalistisches Talent. Von St. Louis ging es wieder nach Cincinnati, und zwar als Reporter, später Lokalredakteur des „Cincinnati Volksblatt“.

Es war dies eine einflußreiche große republikanische Zeitung. Sie fesselte in ihrer politischen Tendenz — sie war als Antisklaverei-Parteiblatt gegründet — sofort die Phantasie und den Enthusiasmus des Jünglings. Hier lernte Kaufmann das Handwerk und die Technik des Journalismus. Die Kenntnisse politischer, wirtschaftlicher und historischer Art hatte er sich durch intensives Privatstudium angeeignet. Der angeborene Eifer und Unternehmungsgeist, die überaus rasche Auffassungsgabe und der knappe, gewandte, treffende Stil sicherten ihm bald Erfolge in seiner Tätigkeit als Lokalredakteur, und als eine neue deutsche republikanische Zeitung, der „Cincinnati Courier“ gegründet wurde, trat Kaufmann als ein bereits einflußreicher und brauchbarer Redakteur mit ein.

Die Vereinigten Staaten standen damals unter der Nachwirkung des großen Bürgerkriegs 1860—1865. Die republikanische Partei, deren erster Präsident Lincoln gewesen war, stand nach dem Siege der Nordstaaten hoch im Ansehen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau hatte begonnen und damit nahmen die wirtschaftliche Erschließung und der rapide Aufschwung des Westens seinen Anfang. Eine Fülle von wirtschaftlichen und politischen Problemen trat in Erscheinung. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens, die Petroleum-Industrie, die Abwanderung

nach dem Westen und die Ausnutzung zahlreicher technischer Erfindungen rief das lebhafteste Interesse des jungen deutschen Journalisten hervor. Damals begann Chicago aufzublühen. Die Deutschen stellten einen großen Anteil an den unternehmenden Pionieren des Westens dar. So konnte Kaufmann das gewaltige Schauspiel der Entwicklung eines Landes beobachten und selbst tätig daran teilnehmen.

Die Mitwirkung des deutschen Elementes, das damals noch in Amerika eine geistige Elite darstellte, stammten doch die Mehrzahl der Deutschen von alten 48ern ab, interessierte Kaufmann natürlich in erster Linie, und schon in jener Zeit war es sein eifrigstes Bemühen, die Mitwirkung seiner Landsleute an diesem neuen Kulturleben in das rechte Licht zu stellen.

So trat er zum ersten Male während der Zeit des Deutsch-Französischen Krieges auch öffentlich hervor. Die deutschen Zeitungen waren der Mittelpunkt für eine eifrige Propaganda- und Hilfstätigkeit und Kaufmann wirkte hier als begeisterter Redner und energischer Organisator in erster Linie. Er wurde bekannt, als guter Sprecher geschätzt und kam zu einer führenden Rolle in den deutschen Gesellschaftskreisen der Stadt, wirkte auch vielseitig im öffentlichen Interesse. So ist z. B. die Begründung des Zoologischen Gartens in Cincinnati auf seine Anregung zurückzuführen.

Die journalistische Tätigkeit wurde immer vielseitiger, die Möglichkeit der Entfaltung literarischer Fähigkeiten immer größer. Unter Leitung des genialen Fritz Hassaurek und vor allem des berühmtesten Deutschamerikaners Karl Schurz war Gelegenheit zu einer trefflichen Ausbildung nicht nur in den Fachkenntnissen, sondern auch einer wertvollen Kenntnis deutschamerikanischer Geschichte und Kultur. Dem Andenken dieser Männer bewahrte Kaufmann immer größte Dankbarkeit und Verehrung.

Hassaurek übertrug dem jungen Deutschen auch das Amt des Kunst- und Theaterkritikers, und mit Freuden nahm dieser die Gelegenheit wahr, sich in die Schönheiten deutscher Musik zu vertiefen. Damals lernte er Schumann und Schubert lieben und von der bald aufkommenden Wagnerbegeisterung wurde auch sein musikalisch so tief empfängliches Gemüt erfaßt. — In einem Kreis von deutschen Freunden, die sich „namenlos“ bezeichneten, war Kaufmann ein fröhliches, gern gesehenes Mitglied.

Durch rastlose Tagesarbeit und unermüdlichen, fast unersättlichen Bildungsdrang hatte so Kaufmann allmählich die Erfahrungen gesammelt, die für einen vielseitigen Journalisten erforderlich waren, und mancherlei oft bittere Erfahrungen, die einmal auch mit schweren finanziellen Verlusten verknüpft waren, hatten auch den Geschäftsgeist herausgebildet, ohne den es in Amerika nun einmal nicht geht.

So gerüstet, unternahm Kaufmann mit nur geringen Barmitteln auf eigene Gefahr die Leitung einer Zeitung. Später hat er mir oft erzählt, mit welchem Wagemut er an diese Sache herangegangen war. „Hatte ich auch wenig Geld, so hatte ich doch Kredit. Das hat mir geholfen.“ Er war selbst erstaunt, mit welchem Vertrauen, nicht nur Freunde, sondern auch Fernstehende ihm entgegenkamen. Wer ihn kannte, traute ihm Energie, Entschlossenheit, eiserne Arbeitskraft und reiches Können zu. Auf dies Vertrauen, das in allen Kreisen, bis in die letzten Jahre ihn begleitete, war Kaufmann fast ebenso stolz wie auf seine späteren Erfolge, die dieses Vertrauen in so hohem Maße rechtfertigten.

Die Zeitung, welche Kaufmann im Jahre 1878 käuflich übernahm, war der „Anzeiger“ in Cleveland, der neben einer anderen angesehenen deutschen Zeitung, dem „Wächter am Erie“, jahre-

lang großes Ansehen gewonnen hatte. In letzter Zeit waren die Geschäfte zurückgegangen, die Konkurrenz hatte durch Neugründung der „Freien Presse“ zugenommen und es war fraglich, ob der „Anzeiger“ überhaupt noch lebensfähig bleiben konnte, vor allem, da auch die Zahl der Abonnenten rasch abnahm.

Mit Kaufmanns Eintritt wurde zunächst der ganze Betrieb verändert. Dem neuen Besitzer kam es darauf an, ein gut ausgestattetes Blatt mit vollwertigem Inhalt, wenn auch auf Kosten der Menge des Gebotenen, herauszubringen. So wurde zunächst der große Stab von Mitarbeitern verringert. Kaufmann übernahm den Leitartikel, die Lokalberichterstattung, laß Korrekturen und war auch sein eigener Geschäftsführer. Für Feuilleton und sogenannte Innenseiten, d. i. Romane, kleine Nachrichten aus Deutschland, Beilagen usw., fand er eine Hilfe, die gut, billig und praktisch war, durch Verwendung der sog. Patent-Innenseiten, die einer seiner Freunde für kleinere deutsche Blätter herstellte.

Das Verfahren bestand darin, daß ein Zeitungsverlag mit großer Druckerei und vor allem einem bedeutenden Redaktionsstab, das literarische Material für die Innenseiten zusammenstellte und auch gleich druckte. Der fertige Satz oder auch die stereotypen Abzüge wurde nun nicht nur in der eigenen Zeitung verwendet, sondern auch an kleinere Zeitungen abgegeben.

Kaufmann wurde Abonnent, erhielt regelmäßig seine Innenseiten und brauchte nur die Abzüge herzustellen. Der Inhalt war gut, dafür garantierte die literarische Tätigkeit seines Freundes Michaelis.

So wurden die Leser bald überrascht durch ein anständig gedrucktes, inhaltlich wertvolles Blatt. Die schwungvollen frischen Leitartikel aus Kaufmanns Feder wurden bekannt und geschätzt. Auch die Konkurrenz empfand den Aufschwung des schon tot geglaubten „Cleveland Anzeigers“ und es begann eine lebhafte Preßfehde in eigener Sache, wobei die Konkurrenz versuchte, den neuen Inhaber dem Fluch der Lächerlichkeit preiszugeben. Aus der die Innenseiten liefernden großen Zeitung brachte sie täglich einen Auszug und schrieb dazu, dies werde morgen der „Patentjüngling“ seinen Lesern aufwärmen. Das Publikum nahm Interesse an dieser Fehde, aber seine Sympathie neigte sich nach der Seite des jugendlichen Chöfs des Anzeigers, der den Streit mit Humor und ohne Böswilligkeit aufnahm. Rasch stieg die Abonnentenzahl des neuorganisierten Blattes, auch die Anzeigen vermehrten sich und bereits nach einem halben Jahre ging die Sache. — Freilich schwere Arbeit war's, und nur unter Anspannung der ganzen gewaltigen Arbeitskraft, sowie allen Kredits, der aufzubringen war, konnte das Unternehmen über Wasser gehalten werden. — Aber trotzdem, ein Jahr nach der Übernahme waren die Schulden bezahlt, und als Kaufmann an einem Sonnabendabend, nach Auszahlung aller Löhne und Erledigung seiner Zimmermiete zu Hause Kasse machte, hatte er noch 50 Cent, aber keine dringenden Schulden mehr. Oft hat er mir von diesem Tage erzählt. Trotz des kümmerlichen Restes, der ihm blieb, kam er sich frei und befriedigt vor. Alles war im Gang und nun konnte es vorwärts gehen.

Und es ging vorwärts. Wenige Jahre später war der Anzeiger eine angesehene deutsche Zeitung des Westens. Auch politisch fingen Kaufmann und seine Zeitung an eine Rolle zu spielen. Die deutschen Zeitungen nahmen eine besondere Stellung als politische Organe ein. Sie waren im Gegensatz zu manchen großen englischen Zeitungen nie in der Hand einer Interessengruppe. Das Interesse für das Deutschtum, das sie vertraten, deckte sich mit den allgemeinen wirtschaftlichen, im übrigen waren sie unbestechlich und unbeeinflussbar. Mancher einfluß-

reiche amerikanische Politiker betrat die Redaktion mit einer Bitte. Nie wurde der Versuch gemacht, die Überzeugung durch besondere Begünstigungen zu beugen. Kein Geringerer als der spätere Staatssekretär Hay (bekannt durch den Hay Paunceforte-Vertrag) hat gerade über die Persönlichkeit Kaufmanns sich in diesem Sinne ausgesprochen. Mir ist von einem angesehenen Deutschamerikaner, der eine Empfehlung Wm. Kaufmanns an Hay überbrachte, folgendes berichtet worden: „Hay sagte, als ich den Brief mit anderen überreichte: Wissen Sie, auf welches dieser Dinge ich den meisten Wert lege? — Nein. — Wm. Kaufmanns Brief. Kennen Sie den Mann? und dann kam (von Hay) eine Schilderung und ein Lob dieses treuen, unbestechlichen, nichts für sich oder seine Zeitung verlangenden, hochintelligenten und einflußreichen Republikaners, wie ich es nie von einem Manne in so hoher Stellung über einen Parteigenossen vorher oder seitdem gehört habe.“

Diese Worte mögen das Ansehen charakterisieren, das ein deutscher Mann und eine deutsche Zeitung damals bei Stockamerikanern genoß. Und im allgemeinen kann man wohl behaupten, daß dies Ansehen auf die meisten deutschen Zeitungen mit Recht zutraf.

Bei der Nomination für Blaine als republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten war Kaufmann als Wahlmann seines Bezirks gewählt worden. Später trat er nie wieder selbst politisch hervor. Die politische Atmosphäre war allmählich so dumpf geworden, daß sich ein Mann mit deutschem Gewissen da nicht mehr recht wohl fühlte.

Die Zeitung war der Überzeugung des Leiters entsprechend republikanisch, dies deckte sich auch mit der Gesinnung der meisten Deutschamerikaner. Als sich später die Gegensätze zwischen Republikaner und Demokraten im Prinzip verwischten und nur bei Wahlkampagnen über einzelne Fragen differierten (wie z. B. Goldwährung oder Silberwährung), trat der Parteistandpunkt der deutschen Zeitungen mehr zurück. Niemals haben sie aber das in späterer Zeit aufgekommene Ausbeutertum unterstützt, und selbst in den schweren Kriegsjahren hat man versucht, soweit es möglich war, Wahrheit und Deutschtum hochzuhalten.

Mit dem Aufschwung des *Cleveland Anzeigers* entwickelten sich andere Unternehmungen Kaufmanns. Bald folgten Gründungen deutscher Zeitungen in kleineren Städten, Vereinigungen einzelner Zeitungen oder Reorganisation solcher Blätter, die bedroht erschienen. Vielseitige Arbeit, zahlreiche zeitraubende Reisen und manche Kämpfe erforderte das alles, meist blieb der Erfolg rein sachlich, d. h. die Unternehmen waren erfolgreich, brachten aber kaum die aufgewendete Mühe, Reisen und Arbeit ein. Der *Anzeiger* selbst wurde vergrößert, die Zahl der Mitarbeiter vermehrt. Manchen wertvollen deutschen Zeitungsmann hat Kaufmann damals für seine Zeitung gewonnen. Auch die Druckerei wurde erweitert, neue Maschinen wurden angeschafft. Als einst die Setzer streikten, mußten in aller Eile Setzmaschinen beschafft werden, zunächst leihweise, bald konnten sie erworben werden. Auch der technischen Seite des Betriebes gewann Kaufmann bald besonderes Interesse ab, und beständig war er darauf bedacht, den Betrieb modern, hygienisch und zeitsparend einzurichten. Das technische Personal bestand aus alten Deutschen, die treu am Geschäft hingen und mit denen Kaufmann persönlich nie Schwierigkeiten hatte. Nur mit den Organisationen gab es oft Konflikte.

Die Zeitung war bisher ein Abendblatt gewesen. Der wachsenden Bedeutung entsprechend, sollte sie zu einem Morgenblatt umgewandelt werden. Der Versuch mißlang. Die Leser,

meist dem Arbeiter- und Handwerkerstand angehörend, hatten morgens keine Zeit zum Lesen und wollten ihre deutsche Zeitung nach Feierabend lesen. So mußte der Versuch nach großer Mühe und vielen Opfern wieder aufgegeben werden. Ein anderer Versuch hatte glänzenden Erfolg. Dem Beispiel der englischen Zeitungen folgend, wurde der Preis auf 1 Cent herabgesetzt und eine illustrierte Sonntagsausgabe herausgebracht. Die Wirkung auf Inseratenteil und Abonnentenzahl war vorzüglich.

Dieser Erfolg ließ einen alten Plan Kaufmanns zur Reife bringen, nämlich die Gründung einer billigen deutschen Zeitung in der größten und sich ungeheuer entwickelnden Stadt des Westens, in Chicago. So wurde gemeinsam mit dem fähigsten Mitarbeiter, Glogauer, die „*Abendpost*“ gegründet, die noch heute die führende deutsche Zeitung Chicagos ist.

Von dem Patentinnenseiten-Abonnement hatte man sich längst frei gemacht. Redaktion und Druckerei waren groß und leistungsfähig geworden, eine Reihe kleiner Zeitungen in andern Städten wurden bereits redaktionell vom *Cleveland Anzeiger* unterstützt, und so reifte der Plan, selbst ein Patentinnenseiten-Geschäft in großzügiger Weise ins Leben zu rufen. Das Unternehmen wurde als Aktiengesellschaft gegründet, der *Anzeiger* selbst in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und ein großer Teil der Mitarbeiter, auch der Vorarbeiter in der Druckerei an dem Unternehmen beteiligt. Auch diese Neugründung war erfolgreich, und wie sich bald zeigte, entsprach sie sogar einem Lebensbedürfnis für die kleineren deutschen Zeitungen.

Durch das Aussterben der alten Generation und die rasche Amerikanisierung der Jugend sowie durch die Verminderung der deutschen Einwanderung hatte das deutsche Element an Zahl und Wertigkeit erheblich eingebüßt. Die Deutschen waren weit im Lande verstreut und nur in den großen Städten konnten deutsche Zeitungen florieren. Von den kleinen Zeitungen gingen viele ein oder waren im Begriff zusammenzubrechen. Durch den billigen Bezug der Innenseiten wurden diese Zeitungen wirtschaftlich gestützt. Wesentlich war aber, daß der literarische Inhalt nun auch erheblich gebessert wurde, und zwar durch deutsche Originalkorrespondenzen, durch gute Auswahl von Unterhaltungsstoff und vor allem durch eine sorgfältige Zusammenstellung der sog. kleinen Nachrichten aus Deutschland. In der *Cleveland Redaction* wurden die meisten großen und viele kleine deutsche Lokal-Zeitungen gehalten. Hier wurden wichtige, aber auch kleine persönliche, nur lokal interessierende Ereignisse sorgfältig ausgewählt und zusammengestellt, auch das kleinste Dorf wurde nicht vergessen und allsonntäglich erschienen nun diese kleinen Nachrichten aus Deutschland in über 200 großen, kleinen und kleinsten deutschen Blättern der Union. Da hat dann mancher deutsche Farmer im Westen Sonntags etwas aus seinem Dorfe gehört, daß da jemand, den er dem Namen nach noch kannte, das große Los gewonnen oder goldene Hochzeit gefeiert habe. Und eine solche Nachricht, so unbedeutend sie war, brachte doch einen Gruß aus der alten Heimat, weckte Erinnerungen und half das Band der Zugehörigkeit ans alte deutsche Vaterland wieder fester zu knüpfen. Mancher rührende Dank und viel Anerkennung ist gerade dadurch dem Verlage zuteil geworden.

Diese *German Press and Plate Co.*, in ihrem Betriebe klein und auf wenige Mitarbeiter beschränkt, entwickelte sich bald zu einem Unternehmen, das wegen der Güte des gelieferten Stoffes sich auch bei den andern großen deutschen Zeitungen größten Ansehens erfreute und zu ihren Lesern den größten Teil der deutschsprechenden Bevölkerung zählte. Freilich, manche deutsche Zeitung mußte trotzdem eingehen, doch

konnten viele sonst rettungslos dem Untergang geweihte Blätter noch lange ihre Nachrichten aus der Heimat dem kleinen Kreis ihrer alten Leser ohne besondere Kosten vermitteln. Denn wo es galt, eine kleine deutsche Insel noch möglichst lange zu behaupten, da wurden die Innenseiten fast umsonst geliefert. Das entsprach dem Zweck der Sache und konnte auch gut von der Firma getragen werden. Dem Gründer und den Mitarbeitern kam es ja in erster Linie darauf an, einen möglichst großen Leserkreis zu fesseln.

Schließlich im Jahre 1889 gelang es der unermüdlichen Bemühung Kaufmanns, das ganze deutsche Zeitungswesen in Cleveland auf eine breite Basis durch Vereinigung seiner Zeitung mit dem Konkurrenzblatt, *Wächter am Erie*, zu stellen. Nicht ohne Opfer ging das ab. Kaufmann schied aus der Redaktion und Direktion und widmete seine Kraft nur noch der P. u. P. Co. Die Zeitung selbst existiert auch jetzt noch unter dem Namen „*Wächter und Anzeiger*“.

Damit gab Kaufmann nach 20jähriger Tätigkeit seinen Beruf als eigentlicher Tagesschriftsteller auf. Er war in Cleveland ein angesehener, hochgeschätzter Bürger geworden. Man kannte ihn als einen manchmal geradezu verblüffend offenen Menschen, der seine Meinung jederzeit rücksichtslos äußerte. Alles Kleinliche, Philiströse oder gar Heuchlerische war ihm aufs tiefste verhaßt.

Er hatte auch viele Gegner, eigentliche Feinde aber wohl nicht. Jemand hat einmal von ihm gesagt: „Daß er diese Leute ‚Kaffern‘ nennt, das würden sie ihm noch verzeihen. Aber er beweist ihnen auch, daß sie es sind, und das vergessen sie ihm nicht.“ Er war zweifellos eine markante Persönlichkeit.

Allgemein fiel sein rascher elastischer Gang, sein energisches, schnell entschlossenes, fast militärisches Wesen auf. Die Amerikaner nannten ihn „Major Kaufmann“, eine Bezeichnung, die nicht auszurotten war und ursprünglich auf einer Verwechslung mit dem früheren Besitzer der Zeitung beruhte. — Für das Deutschtum der Stadt tat er viel. Er war es, der im Jahre 1888 zur Erinnerung an die erste Einwanderung Deutscher in Amerika eine Feier, den Deutschen Tag, zustande brachte, an dem die ganze Stadt wie an einem Volksfest teilnahm und der mit der Einweihung der „Germania-Halle“, dem ersten großen deutschen Klubhaus, gekrönt wurde. Auch die Gründung dieses Heims der Deutschen war sein Werk. Soweit Einigkeit und Zusammenhalt in deutschen Vereinen möglich war, hielt er sie aufrecht. Später nach seinem Fortgang zerfielen die meisten dieser Vereinigungen.

Im Jahre 1879, bald nach der Niederlassung in Cleveland, hatte er sich mit Marie Beavis, die mütterlicherseits auch deutscher Abstammung und ganz deutsch erzogen war, vermählt. Eine Frau von rührender Güte und bezwingender Liebenswürdigkeit, hat sie dem bis dahin ruhelos Vorwärtstrebenden eine harmonische, freundliche Häuslichkeit geschaffen und mit ihrem Schönheitssinn und ihrer hohen musikalischen Begabung auch das bis dahin durch Kämpfe und Arbeit meist unterdrückte, aber dennoch tief wurzelnde warme Gemüt ihres Gatten zur Entfaltung gebracht. Allabendlich erklangen die lieben alten Lieder am Klavier, erst in dem schönen Mezzosopran der jungen Frau, dann aus Kindermund. Unvergessliche Stunden für die Kinder und Freunde des Hauses. Drei Kinder, ein Sohn, zwei Töchter, wuchsen heran. Ein viertes, das älteste, war kurz nach der Geburt gestorben. Zwischen Eltern und Kindern bestand ein ganz besonders glückliches Verhältnis. War die Erziehung auch manchmal streng, so war sie doch ganz auf gegenseitigem Verstehen und Vertrauen aufgebaut. In späteren

Jahren reifte dieses Verhältnis zu wahrer Kameradschaft und tiefer Freundschaft aus. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl war stark genug, um alle Gegensätze zwischen dem willensstarken, rasch entschlossenen Wesen des Vaters und dem bei aller Milde doch lebhaften Temperament der Mutter auszugleichen. So blieb es auch, als die Töchter später in Deutschland heirateten und damit zwei neue Söhne dasselbe Maß von Liebe und Vertrauen empfangen und in froher und ernster Zeit erwidern konnten. Sie alle blieben den Eltern bis zu deren Tode nahe.

Seine nur durch kurze Erholungsreisen nach Deutschland zum Besuch der erblindeten Mutter unterbrochene rastlose Arbeit hatte ihm eine gesicherte Existenz geschaffen, und er war auf dem besten Wege, ein wohlhabender Mann zu werden.

Freilich, das gehetzte, unruhige, amerikanische Leben hatte schon stark an seinen Nerven gerüttelt. In klarer Erkenntnis dessen und von dem Wunsch erfüllt, nun auch in Ruhe seinen Interessen und Studien zu leben, siedelte er wieder nach Deutschland über und gründete sich in Dresden ein neues Heim. Seine Kinder sollten in Deutschland erzogen werden, was er in seiner Jugend an Ausbildung und Unterricht entbehrt hatte, sollte ihnen in reichstem Maße gegönnt sein. Das war sein oft wiederholter Wunsch.

Aber tätig blieb er auch in Deutschland. Allwöchentlich schrieb er Korrespondenzen für seine deutschen Zeitungen, und wie er drüben eine neue Welt hatte entstehen sehen, so fand er auch in der alten Heimat ein neues größeres, aufblühendes, stark und mächtig werdendes Deutschland vor. Das erfüllte den einst aus kleinlichen Verhältnissen Ausgewanderten mit stolzer Freude. Immer wieder klang dieser Stolz in seinen Korrespondenzen wieder, ob er nun von der Entwicklung der deutschen Industrie, von der Erstarkung der deutschen Flotte, von einzelnen unerfreulichen Tagesereignissen schrieb, stets klang ein starkes patriotisches Empfinden durch. Freilich, oft übte er schärfste Kritik sowohl am alten Heimatland wie an den Ereignissen der neuen Welt, oft setzte er sich auch in Widerspruch mit den Ansichten der leitenden Kreise, aber nie urteilte er ohne Sachkenntnis. Stets hat er zu diesen Korrespondenzen intensive Vorstudien getrieben. Seine Bibliothek, seine Sammlung von Aufsätzen schwoll bedeutend an, oft las und schrieb er bis tief in die Nacht und entwickelte so allmählich auch auf ferner liegenden Gebieten eine Sachkenntnis, die manchen Fachgelehrten in Erstaunen setzte.

Die Verbindung mit den Geschäften in Amerika verlor er nicht. Alljährlich, oft zweimal im Jahr, fuhr er nach Cleveland, stets voll neuer Pläne und Unternehmungen, die dann in einigen Wochen verantwortungsvollster und angestrengtester Tätigkeit mit der alten Energie ausgeführt oder wenigstens eingeleitet wurden. Treue Mitarbeiter, die ganz in seinem Sinne, aber vollkommen selbständig handelten, vollendeten dann das Geplante. Kehnte er dann mit neuen Eindrücken erfüllt und von der Seereise gekräftigt in sein schönes Heim in Dresden zurück, so begann wieder das ruhige glückliche Leben in seiner Familie, verbunden mit eifrigen Studien der Zeitereignisse und historischen Studien.

„Deutschland und Amerika“ blieb sein liebstes Thema. Mit Eifer studierte er die Geschichte der deutschen Auswanderung nach Amerika. In mühevoller Arbeit gelang es ihm, die Zahlen der einst Ausgewanderten festzustellen. Besonders fesselte ihn das Geschick der alten 48er und schließlich konzentrierte sich sein Interesse immer mehr auf die Geschichte der Männer, die als Pioniere des Deutschtums in Amerika galten, jener Männer, die er teilweise noch gekannt hatte, die am amerikanischen

Bürgerkrieg mit teilgenommen hatten. Je tiefer er in diese Dinge eindrang, um so mehr reifte sein Entschluß, diese Ereignisse in einem Werke darzustellen. Es wurde sein Lebenswerk, das ihn eigentlich während der letzten 20 Jahre ausgefüllt hat.

Die Vorstudien für dieses Werk reichen bis in die ersten amerikanischen Lehrjahre zurück. War doch damals gerade der große Krieg beendet worden, die meisten Deutschen, die länger im Lande weilten, hatten daran teilgenommen. Erst nach der Rückkehr nach Deutschland begann die eigentliche Arbeit. Bei der Suche nach interessierenden Themen für die amerikanischen Korrespondenzen griff Kaufmann einzelne Ereignisse jener Kriegsjahre heraus und allmählich entstand eine ganze Serie von Aufsätzen über die Schlachten dieses Krieges, soweit Deutsche in größeren Verbänden daran teilgenommen. Immer wieder wandte sich Kaufmann dabei an seine Leser mit der Bitte, ihn mit Material zu unterstützen, Kriegsbriefe, alte Zeitungen und Tagebücher zu senden. Bei der gewaltigen Zahl von Lesern, die die Press and Plate Co. vermittelte, wurde dieser Bitte auch in überraschendem Umfang entsprochen. Auch gelang es Kaufmann, durch diese Korrespondenzen, die persönliche Bekanntschaft vieler alter Mitkämpfer in führender Stellung zu machen und ihr Interesse für das Werk zu erwecken. So gewann er unter andern den General Osterhaus als Mitarbeiter. Diese vermittelten weiteres Material, so daß sich der Autor nach einiger Zeit im Besitz eines ganz enormen Forschungsmaterials sah, dessen Sichtung Jahre in Anspruch nahm. Diese Art der Materialforschung bot Gelegenheit zu einem Quellenstudium, wie sie selten ein Gelehrter benutzen konnte, und stellt in der glücklichen Verbindung von Tagesschriftstellerei und gelehrter Forschung ein Novum in der Geschichtswissenschaft dar.

Es folgte die erste zusammenhängende Bearbeitung, und schon hier zeigte es sich, daß aus dem Quellenstudium ein in vielen Fällen stark von der bisherigen Auffassung abweichendes Urteil gewonnen wurde. Die amerikanische Geschichtsforschung hatte manche Mißerfolge der Mitwirkung deutscher Regimenter zugeschrieben. Durch genaue Nachprüfung zahlreicher wichtiger Briefe und Dokumente zeigte es sich, daß dieses Urteil ungerecht war, daß damit in vielen Fällen nur Fehler der Führung beschönigt werden sollten. So wurde das Werk auch zu einer Ehrenrettung der deutschen Mitkämpfer.

Im Jahre 1911 konnte das Buch, dem der Verfasser mehr als zehn Arbeitsjahre gewidmet hatte, bei Oldenbourg in München erscheinen.

In den Historiker- und militärischen Kreisen fand das Buch viel Beachtung und wurde sehr anerkennend besprochen. Das große Publikum ging daran vorüber. Die Amerikaner beachteten es nur wenig, aber bei den alten Deutschamerikanern, die den Krieg noch miterlebt hatten, wurde es mit Freuden und Genugtuung begrüßt. Der Buchhändlererfolg war unbedeutend. Eine englische Übersetzung, die etwa zur Hälfte im Manuskript vorliegt und größtenteils auch von Kaufmann herrührt, mußte im Kriege abgebrochen werden.

Als Quellenbuch wird das Werk immer von unschätzbbarer Bedeutung sein. Für das Auslandsdeutschtum ist es ein schönes Ehrenzeichen eines seiner treuesten Vertreter. Aber auch für manche deutsche Familie, deren Vorfahren mitgekämpft haben, bleibt es eine wertvolle historische Erinnerung, enthält das

Buch doch in einem Anhang an 500 Biographien von deutschen Mitkämpfern, darunter manchen Namen von altem guten Klang.

Eine große Freude und Befriedigung brachte dem Verfasser die Vollendung seines Werkes. Er erhielt die Aufforderung, auf der Versammlung deutscher Historiker in Straßburg einen Vortrag zu halten. Diese Anerkennung des nicht akademisch vorgebildeten, sozusagen Historischer-Autodidakten durch eine deutsche gelehrte Gesellschaft hat Kaufmann immer als besondere Ehrung aufgefaßt.

Neben der rein wissenschaftlichen Tätigkeit wurde die amerikanische Korrespondenz nicht vernachlässigt. In weit über hundert Darstellungen hat Kaufmann alle Gauen Deutschlands beschrieben und so versucht, seinen Lesern durch Wort und Bild die alte Heimat wieder näherzubringen. Er selbst reiste viel, zu Fuß und zu Rad durchstreifte der schon Alternde in jugendlicher Frische trotz seiner weißen Haare die Berge und Täler, die Wälder und Städte Deutschlands. Auch das Ausland besuchte er. Italien, die Schweiz, den Orient, Rußland und Skandinavien hat er bereist, und von allen Reisen erschien eine lebhaft anschauliche Schilderung in den amerikanischen Zeitungen, die häufig auf politische, kulturgeschichtliche und historische Ereignisse anspielte.

Ein Teil dieser Reiseschilderungen ist auch in einzelnen kleinen Bändchen erschienen.

Wie Kaufmann seinen amerikanischen Lesern deutsches Leben und deutsche Art näherzubringen versuchte, so nahm er auch häufig die Gelegenheit wahr, sich über zeitgemäße amerikanische Fragen in deutschen Zeitschriften und Vereinen zu äußern. Der Verein für Erdkunde in Dresden hat manchen Vortrag von ihm mit Interesse aufgenommen.

In den letzten Jahren vor dem Kriege ließ die literarische Tätigkeit nach, aber mit Kriegsausbruch erwachte das patriotische Empfinden Kaufmanns mit alter Kraft. Mit Spannung wurden die Tagesereignisse verfolgt, und wie in früherer Zeit fand man ihn tage- und nächtelang am Schreibtisch mit der Abfassung von Kriegsbriefen für seine Zeitungen beschäftigt. Nur ein Teil traf in Amerika ein, wurde aber dort, freilich nur von den Deutschgesinnten, mit lebhaftem Interesse gelesen. Bis zum Eintritt Amerikas in den Krieg war Kaufmann ein unentwegter Optimist. Dann schlug die Stimmung um. Er kannte die Macht und die Stärke des amerikanischen Staates und die gewaltige Bedrohung durch dieses Land. Die Kriegsbriefe hörten auf. Sorgen persönlicher Art drangen immer heftiger auf den rasch alternden Mann ein. Sein amerikanisches Vermögen wurde beschlagnahmt, Sohn und Schwiegersöhne standen im Feld, die treue Ehegefährtin siechte an einem unheilbaren Leiden dahin. Um sein schwer erworbenes Vermögen zu retten, suchte er, der ja amerikanischer Bürger war, nach Amerika zu gelangen, aber in Kopenhagen mußte er zurückbleiben, und hier hat er dann ein einsames langes Wartejahr verbracht, erfüllt von vergeblichen Versuchen, sein Recht wieder zu erlangen und die Einreiseerlaubnis nach Amerika zu erhalten.

Als der Zusammenbruch Deutschlands und der Schmachtfrieden von Versailles über unser Vaterland kam, brachen auch sein Körper und Geist zusammen. Die Gattin erlag in Dresden ihrem qualvollen Leiden. Kaufmann kehrte als schwerkranker Mann nach Dresden zurück und wurde nach monatelanger Pflege im Hause seiner Tochter durch einen sanften Tod von seinem an Erfolgen und Enttäuschungen so reichen Leben erlöst.

Die vorläufige amtliche Karte der Grenzen Österreichs

Von Prof. Dr. Robert SIEGER, Graz.

Wie ich an anderer Stelle näher ausführe, sind die im Deutschen Reich, aber auch in Österreich selbst erschienenen Karten über die Grundlagen und über den Inhalt des Friedens von St. Germain nicht durchaus richtig. Die Sprachgrenzen und Sprachinseln werden vielfach beim Generalisieren in einer Weise vereinfacht, die wichtigen deutschen Besitz verschwinden läßt; die Grenzen des Friedensvertrags werden oft genug nach vorläufigen Mittellungen oder einem früheren Stadium der Verhandlungen gebracht, ohne daß man das erkennen kann, oder auch einfach ungenau und falsch. Eine genaue amtliche Karte wird wohl erst nach dem Ergebnis der Kärntner Volksabstimmungen, vielleicht gar erst nach der Festlegung der Grenze im einzelnen, also jedenfalls nach Monaten erscheinen. Daher sind wir wesentlich auf die Darstellungen des Gesamtgebietes in 1 : 750 000, des Abstimmungsgebietes in Kärnten, der Grenze an der March und in der Gegend von Feldsberg und Hohenau, endlich der Gegend von Gmünd (Niederösterreich) in 1 : 200 000 angewiesen, die dem 2. Bande des Berichts über die Tätigkeit der Friedensdelegation (Konstituierende Nationalversammlung, 379 der Beilagen) beigegeben und dann bei Lechner in Wien besonders erschienen sind. Die Kartenschau des „Ausland-deutschen“ führt sie unter Nr. 109, 112 und 123 an und bemerkt mit Recht, daß man in Zukunft sie als Grundlage zu wählen haben wird.

Aber auch diese Grundlage ist nicht eine vollkommen entsprechende. Ich muß dies um so mehr feststellen, als ich — der der Friedensabordnung ursprünglich als Sachverständiger für Geographie beigegeben war — Gefahr laufe, für ihren Inhalt verantwortlich gemacht zu werden. Abgesehen von kleineren Versehen, die daraus hervorgehen, daß die einzelnen farbigen Linien sich beim Druck gelegentlich verschoben (Hauptkarte in Kärnten an der Gurk, Niederösterreich südwestlich von Gmünd), liegen noch einige andere Flüchtigkeitsfehler vor.

Die Karten stellen dar: die ehemaligen Reichs- und Landesgrenzen, die Grenze Deutschösterreichs nach der Vollzugsanweisung des Staatsrats vom 3. Januar 1919, nach den Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte vom 2. Juni, nach den geänderten Bedingungen vom 20. Juli und endlich nach dem endgültigen Texte vom 2. September, ferner die Umgrenzung der beiden Abstimmungsgebiete in Kärnten. Es sei hier bemerkt, was weniger bekannt ist, daß nicht nur ein Gebiet im Südwesten Kärntens ohne Abstimmung an Italien fällt, sondern auch die Gemeinde Seefeld im Süden und ein Landstrich im Südosten des Landes, etwa das Gebiet der Mies, ohne Abstimmung an den Südslawenstaat. Die Grenze zwischen Italien und dem Südslawenstaat ist nicht eingetragen. Sie geht aus dem Verträge mit Österreich ja auch nicht deutlich hervor und es ist bloß wahrscheinlich, daß die deutsche Grenzgemeinde Weißenfels in Krain, die Deutschösterreich beanspruchte, zu Italienisch-Kärnten geschlagen werden dürfte. Im folgenden soll nur von der Einzeichnung der endgültigen Grenze die Rede sein.

Diese zieht in Tirol etwas nördlich vom Reschenscheideck auf die Wasserscheide zwischen Inn und Etsch und dann auf dieser bis zur Dreiherrnspitze. Von dieser folgt sie bis zum Marchkinkeln nahe am Pustertal der Wasserscheide zwischen Drau und Etsch, schneidet dann aber das Pustertal, das hier schon zum Draugebiet gehört, und erreicht am Helm die Wasserscheide der Karnischen Hauptkette, der sie dann bis an den

Eingang des Kanaltals folgt. In dieser Tiroler Grenzstrecke ist die Grenzlinie mehrfach so gezogen, daß es scheinen könnte, sie weiche von der Wasserscheide des Inn ab, insbesondere gehe sie auf der Nordostseite des Pfitscherjoches. Schwerer fällt aber ins Gewicht, daß sie im nördlichen Teil der Strecke Dreiherrnspitze—Marchkinkeln zwischen Dreiherrnspitze und Hochföll nicht auf der Wasserscheide der Drau gezogen ist, sondern der Zeichner sie zum Nachteil Österreichs über eine Reihe starker hervortretender Berge ein gutes Stück weiter östlich zog. Der Betrachter der Karte, der den Vertragstext neben sich liegen hat, bemerkt diesen Fehler — den wohl der Verlauf der politischen Bezirksgrenze verschuldete — leicht. Aber der Nachzeichner hat kaum immer den Wortlaut des Vertrags vor Augen.

Von geringerer Bedeutung ist ein Versehen an der Grenze der Steiermark. Diese beginnt im Westen mit einer „im Terrain noch zu bestimmenden Linie“, die vom Hühnerkogel (1522 m) über Höhenpunkt 1330 (der dem Orte St. Urban entspricht) nach St. Lorenzen (917 m). Diese drei Punkte liegen in einer geraden Linie. Man sollte also auch erwarten, daß auf der Karte die Grenze als Gerade gezogen ist; statt dessen aber biegt sie dort im östlichen Teil der Strecke zugunsten des Südslawenstaats nordwärts aus. Das gleiche geschieht auf der Nebenkarte für Kärnten. Das zeigt zugleich einen weiteren Mangel der Karten, der ihrem Benützer und Abzeichner sehr fühlbar werden oder ihn irreführen kann. Es ist nicht unterschieden zwischen den verschiedenen Arten der Grenze: endgültig an Wasserscheiden oder Flüssen festgelegten, solchen, die Bezirksgrenzen folgen und daher durch die Abgrenzungskommission verlegt werden können, und solchen, die von ihr erst „im Terrain“ zwischen oft weit auseinander liegenden Fixpunkten zu ziehen sind. Mindestens die letzteren hätten durch Strichlung oder Punktierung hervorgehoben werden sollen. Das hätte insbesondere der Maßstab der Nebenkarten erlaubt. Der Zeitungsleser würde dann z. B. besser verstehen, wieso man den Tschechen vorwerfen kann, sie hätten im Juli 1920 bei Gmünd strittiges oder österreichisches Gebiet besetzt.

Im Gebiete der beiden niederösterreichischen Nebenkarten hat der Friedensvertrag Teile Niederösterreichs an die Tschechoslowakei fallen lassen. Sonst ist die neue Nordgrenze Österreichs überall an der alten Grenze Nieder- und Oberösterreichs gegen Mähren und Böhmen geblieben. Auch das könnte dem Betrachter der Hauptkarte entgehen, weil die Farblinien sich auf große Strecken nicht mit der alten Grenzsignatur decken, mit der sie zusammenfallen sollen.

Berücksichtigt man diese Korrekturen, die schon für eine Wiedergabe der Grenzen in kleinerem Maßstabe in Betracht kommen, so bieten die vier Karten in der Tat die bestgeeignete Grundlage für alle Darstellungen in Handkarten und Atlanten. Gerade der Umstand, daß sie alle Stadien des diplomatischen Kampfes um die Grenze widerspiegeln, ist dankenswert. Weit entfernt davon, durch ein Übermaß von Einzeichnungen zu verwirren, lehren sie uns durch den Überblick über die beiderseitigen älteren Ansprüche den schließlichen Verlauf der Grenze besser verstehen. Ihre topographische Grundlage, die in leichter und lichter grauer Zeichnung die Bodengestalt wiedergibt, Gewässer, Straßen und Eisenbahnen deutlich und doch nicht aufdringlich hervortreten läßt — auf den Nebenkarten kommt auch noch, was sehr zu begrüßen ist, die Darstellung des Waldes durch einen angenehmen, hellgrünen Ton hinzu —, erleichtert

es dem Beschauer, sich rasch ein Urteil über die Unnatur und Gewalttätigkeit der Grenzziehung an so vielen Stellen zu bilden. Daß das Kartenwerk zum Teil veraltete Höhenziffern bringt,

eine Folge der Grundlagen, die gewählt werden mußten, fällt daneben weniger ins Gewicht. So sei denn auf die willkommene Veröffentlichung nachdrücklich hingewiesen.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Litauen.

Professor Bergsträßer, der bekannte Herausgeber des „Demokratischen Deutschland“ der während des Krieges bei der Verwaltung Oberost an der Presseabteilung tätig war und in dieser dienstlichen Stellung gut in Kowno und Litauen bekannt wurde, weilte jetzt wieder in Kowno und übersandte deutschen Blättern von dort aus den nachfolgenden Bericht, der über die heutige Lage gut orientiert:

Da ich Kowno aus der Kriegszeit kenne, so fand ich mich bei meiner Ankunft leicht zurecht, kaufte im deutschen Kaffee Konrad, in dem man als Soldat so manchesmal seinen Tee getrunken hatte, eine Eintrittskarte zu einem vom Deutschen Verein veranstalteten Sommerfest und ging in die Keistutstraße, in ein Haus, dessen Besitzer noch irgendwo in Großrußland weilt, wenn anders er noch am Leben ist; sein Anwesen wird inzwischen von der Stadt Kowno verwaltet und ist an den Deutschen Verein vermietet worden, der sich hier ganz einfache, aber hübsche Räume geschaffen hat, groß genug zu Festlichkeiten, zugleich Unterkunft der Parteiorganisation und der Schriftleitung der „Rundschau“.

Es war alles wie in der Heimat bei solcher Gelegenheit, hübsch geschmückte Räume, eine Menge Menschen an allerlei Tischen, im großen Saale bald reger Tanz, daneben ein Büffet, wo man guten Kaffee, herrlichen Kuchen, Bier vom Faß bekommen konnte, alles von Mitgliedern des Vereins gespendet, so daß der ganze Erlös der Kasse des Vereins zugute kommt. Bald saßen wir in lebhafter Unterhaltung und ich gewann auf die schnellste und angenehmste Weise ein Bild von der deutschen Kolonie. Sie hat einen alten Bestand von Familien, die vor dem Kriege hier schon ansässig gewesen sind, manche schon in der dritten und vierten Generation. Die großen Fabriken in Kowno sind deutsche Unternehmungen und haben eine Menge deutscher Angestellter und Arbeiter. Viele von ihnen sind während des Krieges vertrieben gewesen und jetzt zurückgekehrt. Dazu kommt dann noch eine ganze Anzahl Deutscher, die sich erst nach dem Kriege hier niedergelassen haben; teils Reichsdeutsche, die das Land als Soldaten kennen und lieben lernten und von seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit überzeugt sind, teils Rückwanderer aus Rußland.

Vor dem Kriege hat es im Gouvernement Kowno rund 21 000 Deutsche gegeben und man rechnet, daß diese Zahl auch jetzt ungefähr erreicht werde. Die politische Lage dieser Deutschen hat sich durch die Errichtung des litauischen Staates bedeutend gehoben. Ihre Zahl ist im Verhältnis so groß, daß sie einen Abgeordneten in die Landesversammlung, den Sejm, haben entsenden können, in die Kownosche Stadtvertretung sogar drei. Dabei ist die politische Organisation der Deutschen hier noch recht jungen Datums, erst kurz vor den Wahlen zur konstituierenden Versammlung wurde sie begonnen, und die weiten Entfernungen haben sie natürlich nicht erleichtert. Trotzdem der erfolgreiche Anfang. Man kann sagen, daß etwa 75 Prozent der Deutschen ihr Wahlrecht ausgeübt haben.

Die litauische Regierung hat dem deutschen Element gegenüber nicht immer die gleiche Stellung eingenommen; wie es bei neu entstehenden nationalen Staaten leicht geht, so war es auch hier, zuerst kam eine nationalistische Welle auf und es bestand einmal, kurze Zeit hindurch, die Gefahr einer Deutschenverfolgung, sie ist jetzt behoben und man kann wohl annehmen, daß sie damit endgültig beseitigt ist. Überall, wo genügend deutsche Kinder vorhanden sind, errichtet der Staat jetzt selbst deutsche Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache, deutschen Lehrern. Nur ist Vorschrift, daß auch die litauische Landessprache so gelehrt werden muß, daß die Kinder bei Abgang von der Schule sie sprechen, lesen und schreiben können. Auch eine höhere Schule, die in Kowno von den Deutschen begründet werden soll, wird der Staat mit demselben Betrage unterstützen, den er für gleiche Fälle anderen Nationalitäten gegenüber festgelegt hat. Also eine vollkommene und sehr kluge Politik. Die Deutschen, die immer loyale Bürger des Staates gewesen sind, in dem sie lebten und arbeiteten, werden aus dieser Haltung ihre Folgerungen ziehen und werden freudig mitarbeiten, diesen jungen Staat nach jeder Richtung hin zu festigen und zu entwickeln. Denn auch die Staatsämter sind ihnen durchaus nicht verschlossen. Beim Militär, in der Polizei und in einigen anderen Verwaltungszweigen befinden sich Deutsche in einflußreicher Stellung.

Rußland.

An den Kämpfen Denikins gegen die Bolschewisten nahmen bekanntlich zahlreiche deutsche Kolonisten teil, deren Wut durch die rohe Behandlung, die sie als „Burschuis“ von seiten der Bolschewisten erfuhren, mächtig angestachelt war. In der „Deutschen Post aus dem Osten“ erzählt ein deutscher Offizier, der selbst kein Kolonist ist, über die Beteiligung der deutschen Kolonisten an den Waffentaten der gegenbolschewistischen Armee. Er selbst trat Ende 1918 in das Saratower Reiter-Regiment Krassnows ein und konnte konstatieren, daß durch das Ausbleiben der französischen und englischen Hilfe die Lage immer kritischer, die Deutschfreundlichkeit aber immer größer wurde. Die deutschen Kolonisten zeichneten sich in allen Truppenteilen aus. Während der Angriffe um Weihnachten 1918 war eine Abteilung deutscher Kolonisten aus Sarepta bereits in die umkämpfte Stadt Zaryzin eingedrungen, kam aber darin um, weil sie von den Russen nicht unterstützt wurde. Im 5. Infanterie-Regiment des Saratower Korps führte ein Kolonistensohn, Stabskapitän Adam, eine besondere Kolonisten-Kompagnie. Dieses Regiment und diese Kompagnie galten als die besten des Heeres. Die Ehren steckte stets das Regiment ein, von seiner deutschen Kompagnie, die stets die vorderste an der Front beim Vormarsch, die letzte zur Deckung des Rückzuges war, war nie die Rede. Das Saratower Korps war im übrigen miserabel, es bestand zum größten Teil aus Deserteuren. Am letzten Januar 1919 kam die gesamte deutsche Kompagnie des 5. Regiments mit ihrem Führer Adam ums Leben. In den Regimentern wurden die Deutschen als Nichtrussen unfreundlich von den Russen behandelt. Sie litten unter dem russischen Schmutz entsetzlich und wurden namentlich durch Typhus-Epidemien geplagt. Fast alle die tapfer kämpfenden kleinen Kolonistenhäuflein wurden dr

Reihe nach aufgerieben, weil sie nie flohen. Von ihren Heldentaten erzählte kein Heeresbericht, keine Zeitung. Der Plan, ein eigenes Deutsches-Regiment zu bilden, wurde von der Heeresleitung, die es mit der Entente nicht verderben wollte, nie durchgeführt, obwohl es der Lieblingsplan der Kolonisten war. Erst als Odessa fiel, schlug die Stimmung radikal um, weil die Franzosen die Stadt schmachlich verrieten. Da drang der Plan des Deutschen-Regiments und in der Krim der Plan einer Kolonisten-Brigade durch. Alles war im besten Zug, als im Mai General Mai-Majewski das Oberkommando an der West- und Nordwestfront übernahm, ein bei der Truppe herzlich unbeliebter Deutschenfresser. Er löste die deutschen Formationen wieder auf und befahl ihre Verteilung über alle Regimenter. Trotzdem hielten einige Regiments-Kommandeure innerhalb ihrer Bestände die Kolonisten zusammen und machten gute Erfahrungen damit. Die neu-einberufenen Kolonisten des Don-Gebietes wurden in einem Regiment gesammelt, das ein Bataillon Kosaken, ein Bataillon Russen und ein Bataillon deutscher Kolonisten haben sollte. Die letzteren wurden in Uniformen deutscher Kriegsgefangener gekleidet, die nicht zur Verteilung gelangt waren. Auf ihren besonderen Wunsch hin wurde auch der Schnitt der Röcke nicht ins Russische umgewandelt, sondern belassen. Ehe die Formierung fertig war, kam Ende April der Befehl, an die Front zu gehen. In der lutherischen Kirche von Rostow empfingen die Soldaten aus den Händen des Probstes von Törne das heilige Abendmahl. An der Front kämpften die Deutschen glänzend. Als aber rechts und links von ihnen das Kosaken- und das Russen-Bataillon nachgaben, wurden die Deutschen umzingelt und sämtlich niedergemacht. Nur ein paar Verwundete entkamen. Überall haben sich die Deutschen glänzend und heldenhaft geschlagen.

Rumänien.

Von der Ungleichmäßigkeit des Wahlrechts in Großrumänien gibt eine Statistik Kunde, die besagt, daß bei den Sachsen auf 230 000 Seelen 6 Abgeordnete sowie 2 Senatoren gewählt wurden, bei den Bukowina-Schwaben auf 60 000 Seelen 1 Abgeordneter, bei den Beßarabischen Deutschen auf 80 000 Seelen 3 Abgeordnete und 1 Senator, bei den Schwaben im Banat auf 320 000 Seelen 2 Abgeordnete und 1 Senator. Bei den Sachsen entfallen also auf 38 000 Seelen 1 Abgeordneter, auf 115 000 Seelen 1 Senator, bei den Bukowina-Schwaben auf 70 000 Seelen 1 Abgeordneter, bei den Beßarabiern auf 27 000 Seelen 1 Abgeordneter und auf 80 000 Seelen 1 Senator und bei den Banater Schwaben auf 160 000 Seelen 1 Abgeordneter und auf 320 000 Seelen 1 Senator. Zwar ist das Resultat natürlich auch die Folge der Vermischung der Deutschen mit andern Volksteilen, doch spielt die Hauptrolle die Ungleichmäßigkeit des Wahlrechts.

Palästina.

In einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ wird auf die Mitteilung Lord Curzons Bezug genommen, daß alle Palästina-Deutschen im Besitze ihrer Häuser und Güter verbleiben sollten. Es wird aber nach brieflichen Mitteilungen aus Palästina mitgeteilt, daß im ägyptischen Lager Schubra ein englischer Custodian die Lagerinsassen versammelt habe und ihnen in Englisch und Deutsch ein Schriftstück habe verlesen lassen, das alle Palästina-Deutschen mit Ausnahme der — nicht namentlich aufgeführten — auf der Schwarzen Liste Stehenden nach Palästina zurückkehren dürften, doch seien alle Wohnhäuser und Ansiedlungen bei Jerusalem mit Mobiliar an die Engländer zu vermieten oder zu verkaufen, ebenso die Hälfte der Häuser (mit Mobiliar) der Ansiedlungen bei Haifa und bei Jaffa. Nur Wil-

helma, Waldheim und Bethlehem würden von der Beschlagnahme nicht getroffen. Sofort nach der Verlesung der Bedingungen habe sich der Custodian entfernt, ohne daß die Internierten die Bedingungen sich hätten abschreiben können. Schließlich hätten jedoch die Internierten feststellen können, daß die Bedingungen nicht offiziell seien, nur die Mitteilung der Rückkehrerlaubnis sei offiziell gewesen. Man habe auch jetzt wieder den Internierten geraten, sie sollten doch „freiwillig“ nach Deutschland gehen. Diejenigen, die das täten, würden reichlich entschädigt. Von 300 Internierten hätten sich daraufhin auch 20 zur Rückkehr nach Deutschland gemeldet, in der Hoffnung, so früher aus dem Internierungslager herauszukommen.

Die englische Regierung wird sich zu den merkwürdigen Methoden ihrer Vertreter in den Internierungslagern, die zu den schönen Worten von früher gar nicht recht stimmen wollen und ganz unangebrachte Überrumpelungsversuche darstellen, wohl noch äußern.

Südwestafrika.

In seinem Bericht über Südwestafrika führte der Administrator, Sir Howard Gorges, aus, die Fortschritte im verfloßenen Jahre seien zufriedenstellend, das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen untereinander sei gut gewesen. Das Land brauche Menschen, eigne sich aber nicht für Menschen ohne Kapital, da es ein großes Viehweideland werden müsse, wozu Verkehrserschließung und Verbesserung der Wasserbelieferung nötig sei. Zum ersten Male hätten die Einnahmen die Ausgaben überstiegen. 6374 Menschen sind repatriiert worden, 1619 Militärs, 1226 Beamte, 873 Polizeibeamte, 1223 „lästige Elemente“ und deren Familien, 1433 freiwillig Heimreisende. Die Deutschen mißbilligten zwar in der Öffentlichkeit die Repatriierung, die besseren Schichten seien aber insgeheim für die Heimschaffung der „Verbrecherschichten und der Beamten“ bedingungslos dankbar. In der Lage der Eingeborenen sei eine Besserung zu verzeichnen — „die Herr- und Diener-Fälle“ hätten abgenommen —, die Ernte sei gering, zum Teil ein völliger Fehlschlag gewesen.

In ihrer Besprechung des Berichts betonte die „Landeszeitung für Südwestafrika“, daß eine Besserung der Verhältnisse aller Bevölkerungsgruppen zweifellos auch der „Südwest-Vereinigung“ zu danken sei, die aus Deutschen und in Südwest ansässigen Buren bestehe und zum besseren sich Verstehen viel beigetragen habe. Die Zeitung erwähnt besonders das wenig beneidungswerte Los der kleinen Angestellten und Arbeiter, auf denen der Unterschied zwischen deutscher und englischer Valuta am schwersten laste. Die Häfen ständen verödet, die Einfuhr geschehe auf großen Umwegen mit der Eisenbahn, auf der Südwest noch immer nicht den billigeren Unionstarif habe. Die Zwischenzölle, die die Ausfuhr nach der Union verhinderten, beständen fort. Fiele der Ausfuhrzoll (1 Pfund für das Stück Großvieh und die Quarantänekosten. Die Schriftleitung) für Schlachtvieh fort, so könnte das Land bedeutend bessere Preise erzielen. Wenn der Einwanderung keine Schranken gesetzt würden, könne freilich ein mit Kapital versehener Mann ein gutes Fortkommen finden. Jeder Eingeborene, der 50 Stück Kleinvieh besitzt, darf heute im Lande, ohne daß er einen Ursprungsnachweis zu führen brauchte, als „Rentier“ leben. Wohl im Hinblick auf diese Bestimmung und den Mißbrauch, der mit ihr getrieben wird, fordert die Deutsche Zeitung eine vermehrte Heranziehung der Eingeborenen zur Arbeit, einen verbesserten tierärztlichen Apparat (man hat die deutschen Tierärzte bis auf drei repatriiert und in der Union selbst sind Kräfte zur Zeit gar nicht verfügbar!), Förderung der Bewässerungsprojekte, Öffnung der Häfen, Verbilligung der Bahnfrachten, Beseitigung des Kriegsrechts, Förderung des schon

von der deutschen Regierung geplanten Bahnbaues von Windhuk nach Gobabis zur Erschließung dieses bisher mit Bahnen stiefmütterlich bedachten, aber durch Landwirtschaft schon gut erschlossenen Ostgebiets. Entschieden verwahrt sich die Deutsche Zeitung dagegen, daß der weitaus größte Teil der Repatriierten „Verbrecher“ gewesen seien. Schwarze Schafe gäbe es in jedem Volke, aber die bloße Erwerbslosigkeit, deren wirtschaftliche Ursachen ja klar lägen, dürfe nicht schon als Verbrechen betrachtet werden. Die „Swakopmunder Zeitung“ führt zu diesem Kapitel aus, alle Deutschen hätten, und zwar auch in den vertraulichsten Gesprächen, die Ausweisung gemißbilligt. Wer das nicht getan habe, der sei eben sicher kein Deutscher. Namentlich die Ausweisung der Tierärzte und der Beamten sei zum schweren Nachteil des Gebietes ausgeschlagen, unter den „Unerwünschten“ seien die besten Kräfte des Landes gewesen. Daß die Wohlfahrt der Eingeborenen gestiegen sei, gibt auch die Deutsche Zeitung zu, doch deutet sie an, daß dieser Wohlstand zum Teil sehr trübe Quellen habe. Jedenfalls dürfe man die Eingeborenen nicht ohne weiteres mit denen der Union gleich stellen, weil sie weit geringere Zeit unter Kultur ständen.

Im Unionsparlament besprach man gleichzeitig, als der Bericht des Administrators veröffentlicht wurde, einen Antrag auf Verlängerung der Akte von 1919 betr. den Friedensvertrag und das Mandat für Südwest. Der Nationalist Dr. Malan-Calvinia fragte an, ob überhaupt der Versuch gemacht worden sei, das Mandat vom Völkerbund zu erhalten. Er forderte Untersuchung der Beschwerden über die Handhabung des Kriegsrechts in Südwest. Herr F. W. Malan-Humansdorp unterstützte diese Wünsche und verlangte, daß man die Bevölkerung Südwests als Freunde behandle, während die Verwaltung jetzt von bittersten deutsch-feindlichen Gefühlen beseelt sei. Es sei eine Schande, daß die Leute ohne Prozeßverfahren repatriiert worden seien, namentlich die deutschen Lehrer. General Smuts kündigte Abstellung aller Beschwerden durch eine bessere Regierungsform an. Die Deutschen hätten sich gut betragen, ihre Interessen seien berücksichtigt worden. Die Repatriierungen seien gemäß den Weisungen der Unionsregierung vorgenommen worden. Die Unterrichtspolitik in Südafrika gehe dahin, daß das Deutsche während der ersten vier Schuljahre die Unterrichtssprache sein, von da an aber es in der Wahl der Eltern stehen solle, welche offizielle Sprache sie als Unterrichtssprache wünschten. Mit 69 gegen 32 nationalistische Stimmen wurde schließlich der Antrag der Regierung angenommen.

KLEINE NACHRICHTEN

Dr. C. F. Jickell, einer der bekanntesten Deutschen Siebenbürgens, feierte am 26. August in Hermannstadt seinen 70. Geburtstag. Mit 20 Jahren unternahm er schon eine Forschungsreise ins Gebiet des Roten Meeres, machte dann später in Heidelberg seinen Doktor, ward Assistent Ernst Haeckels in Jena, betätigte sich später im Handelshause seines Vaters in Hermannstadt, war aber eifriger Förderer aller wissenschaftlichen Bestrebungen und lange Jahre Vorsitzender des Siebenbürgischen Vereins für Naturwissenschaften, wie er überhaupt viele Ehrenämter in seiner Vaterstadt von seinen dankbaren Mitbürgern übertragen bekam.

Carl Henrich, einer der bekanntesten Deutschen in Hermannstadt, ist, über 70 Jahre alt, in seiner Vaterstadt gestorben. Er praktizierte nach seinen Gymnasiums- und Studentenjahren in der Apotheke seines Onkels, besuchte dann die Universitäten Graz und Berlin, ward Apotheker, verkaufte aber seine Apotheke

später, um sich ganz seinen wissenschaftlichen Neigungen zu widmen. Als Kustos des Karpathenmuseums wie als Bibliothekar des Gewerbevereins hat er sich große Verdienste erworben. Viele Aufsätze wissenschaftlichen, namentlich historischen und naturwissenschaftlichen Charakters flossen aus seiner Feder, wie er auch ein anregender und beliebter Lehrer am Museum und bei Vorlesungen und Kursen gewesen ist.

Ernst Petersen in Reval †. Der Tod hat dem Deutschtum Estlands in schwerer Stunde einen seiner Besten entrissen: Ernst Petersen, der Sohn des baltischen Naturforschers und Direktors der Petri-Realschule, der Lieblingsschüler Euckens, der später an der Domschule in Reval als Oberlehrer der Naturwissenschaften wirkte, der im Kriege an der Front, wenn auch infolge seiner schwachen Gesundheit nur als Sanitäter, seinen Mann stellen durfte und später Sekretär der deutschbaltischen Partei, Begründer und Vizepräsident des Vereins „Deutsche Schulhilfe“ und Vorsitzender des Revaler Deutschen Lehrervereines wurde, ein unermüdlicher Anreger, ein Kämpfer und überzeugter Deutscher, ist nach schwerer Krankheit im Alter von erst 33 Jahren gestorben. Das Deutschtum Estlands wird diesen begeisternden Führer schmerzlich vermissen.

Fritz Stratz †. Ein in Rußland bekannter Auslandsdeutscher ist in Berlin jetzt nach schwerem Leiden gestorben, Fritz Stratz, der Bruder des bekannten Romanschriftstellers und auch des bekannten Verfassers des Buches von der Schönheit des Weibes. Fritz Stratz war geborener Odessaer und trat nach vielen und großen Reisen in Frankreich, England und Rußland in das Agenturgeschäft von Goldammer in Lodz, das Haus seines Schwiegervaters, ein. Später ließ er sich in Moskau nieder. Während des Krieges war er in Warschau und späterhin in Kiew als Hauptmann tätig, wo er Bildungs- und Kunstfragen bearbeitete. Er blieb so lange auf seinem Posten, bis in Kiew ihn und seinen Sohn die Bolschewisten als Geisel für Radek in Gefangenschaft schlepten, in der er Schweres zu leiden hatte. Er kam krank und elend erst im Januar 1920 aus dieser Gefangenschaft zurück.

Hans von Frankenberg †. In Buenos Aires starb, dem „Argent. Tagbl.“ zufolge, einer der markantesten Männer des dortigen Deutschturns, Hans von Frankenberg, der als gebürtiger Ostpreuße zunächst Offizier wurde und später eine Reise nach dem La Plata machte, dort in die Bürgerkämpfe der Republik Uruguay verwickelt wurde, sich dann dem Lehrfach zuwandte und Geschichte, Geographie und Literatur lehrte. Er wurde für argentinische und amerikanische Geschichte auch an das Nationalkolleg in Concepcion berufen, war später in gleicher Eigenschaft in Porto Alegre tätig, wo er auch viel journalistisch für das Deutschturn arbeitete. Später war er Redakteur des „Argentinischen Tageblattes“ und zugleich Lehrer an der deutschen Schule in Buenos Aires. Er schrieb namentlich auch Lehrbücher für die deutschen Schulen Südamerikas und war bei seinen Schülern äußerst beliebt. Ihm sind auch verschiedene Übersetzungen argentinischer Werke zu verdanken. Er starb im Alter von 80 Jahren, zurückgezogen im Kreise seiner Familie. „Ein aufgeklärter freidenkender Mann, ein treuer Verfechter des Deutschturns“, so sagt das erwähnte Blatt, „ist mit ihm dahingegangen.“

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Die Reichsschulkonferenz in Berlin hat sich am 16. Juni in ihrem 16. Ausschuß mit der Frage der Auslandschulen befaßt. Der Ausschuß hat folgende Leitsätze einstimmig beschlossen:

1. Weit mehr als früher bedarf jetzt und in Zukunft das Auslandschulwesen der finanziellen, moralischen und sachlichen Unterstützung, auch der politischen Förderung durch die Behörden und die Volksvertretungen des Reiches und der Länder; bei aller Fernhaltung bürokratischer Beeinflussung müssen die Reichsbehörden auch aus eigenem Antrieb Mittel und Wege zur wirtschaftlichen und kulturellen Kräftigung des Deutschums in der Welt finden und angeben.

2. Die Zentralstelle für das Auslandschulwesen im Auswärtigen Amt muß als Schulabteilung planmäßig ausgebaut und zu kräftigerer Wirksamkeit als bisher gebracht werden; aus sachlichen Gründen ist die Leitung der Abteilung in die Hand eines im Auslandschulwesen besonders erfahrenen Schulmannes zu legen, unter dem andere erfahrene Auslandsdeutsche die Angelegenheiten des Wiederaufbaus und der kräftigen Weiterentwicklung des Auslandschulwesens zu bearbeiten haben. Zur richtigen Erkenntnis der im einzelnen sehr verschieden gearteten Verhältnisse des deutschen Auslandschulwesens und zu seiner möglichststen Förderung ist ein ständiger Beirat für die Schulabteilung des Auswärtigen Amtes zu bilden, der aus Auslandslehrern und anderen Kennern des Auslandes zusammenzusetzen ist; er ist möglichst häufig, mindestens einmal jährlich, zu mündlichen Beratungen zusammenzuberufen.

3. Die Betätigung der Schulabteilung des Auswärtigen Amtes darf sich nicht auf die Fürsorge für die reichsdeutschen Kinder beschränken, sondern muß durchaus von deutsch-völkischem Geist geleitet sein; ebenso muß die kulturpolitisch wichtige Aufgabe der Verbreitung deutscher Sprache und Bildung im Ausland mehr als bisher berücksichtigt werden.

4. Die Anerkennung der Zeugnisse der Auslandschulen hinsichtlich der Berechtigungen in Deutschland muß in sinngemäßer Bewertung des im Auslande durchlaufenen Bildungsweges und des auf ihm gewonnenen Bildungswertes erfolgen, auch wenn Abweichungen von Schulformen und Lehrplänen in Deutschland vorliegen.

5. Die für das Auslandschulwesen und seine Leitung aufgewandten Geldmittel werden in reichem Maße volkswirtschaftlich wieder eingebracht werden. Deshalb kann die geldliche Unterstützung der Auslandschulen gar nicht groß genug sein, auch im Hinblick auf die weitgehende Unterstützung, die andere Länder für die Ausbreitung ihrer Kultur im Ausland aufwenden. Die Unterstützung der Auslandschulen muß dadurch ergänzt werden, daß aus Deutschland selbst Lehrmittel für die Schulen und Lernmittel für die Schüler möglichst billig und in besonderen Fällen kostenlos geliefert werden.

6. Für die gesunde und stetige Entwicklung des Auslandschulwesens ist es unbedingt erforderlich, daß für die im Auslande arbeitenden deutschen Lehrkräfte seitens des Reiches, der Länder und der Gemeinden weitgehende Fürsorge getroffen wird, vor allem hinsichtlich ihrer Sicherstellung bei der Rückkehr in die Heimat und ihrer Altersfürsorge; nur so werden sich tüchtige Lehrkräfte in ausreichender Zahl bereit finden können, ins Ausland zu gehen.

7. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Lehrkräften und ihrem Schulvorstand ist die Vermittlung der diplomatischen Vertretung des Reiches in dem betreffenden Lande anzurufen; als oberste Instanz entscheidet nötigenfalls die Schulabteilung des Auswärtigen Amtes.

8. Für den Dienst an Auslandschulen sind die tüchtigsten, für diese Aufgabe besonders geeignet erscheinenden Lehrkräfte auszuwählen; ihre Vorbereitung auf ihre Auslandstätigkeit ist von

Reichs wegen zu regeln. Bei der Ausbildung der Lehrkräfte aller Schulgattungen in der Heimat muß das Verständnis für die Bedeutung des Auslandsdeutschums und der Auslandschulen gepflegt werden.

9. Es ist erwünscht, daß die Schulabteilung des Auswärtigen Amtes ihre Tätigkeit möglichst in Verbindung mit den in der Heimat und im Auslande für das Auslandsdeutschum wirkenden Verbänden ausübt.

Der Ausschuß hat ferner ebenfalls einstimmig folgende Leitsätze beschlossen:

1. Der Reichsschulkonferenz scheint die Freizügigkeit von Schülern und Lehrern aller Schulkategorien zwischen Deutschland und Österreich eine dringende kulturelle Notwendigkeit. Sie verlangt daher die gegenseitige Einreihung der Studien an gleichartigen Lehranstalten, die Anerkennung der akademischen Grade und Hochschulprüfungen und die aus ihnen entspringenden Berechtigungen, ferner die gleiche Behandlung der Deutschen und Österreicher in bezug auf Gebühren und Stipendien.

2. Sie wünscht ferner eine möglichste Angliederung des deutschen und des österreichischen Schulwesens und drückt die Hoffnung aus, daß die Unterrichtsverwaltungen einander ihre auf dem Gebiete der Reformtätigkeit gewonnenen Erfahrungen gegenseitig mitteilen.

Herr Hauptlehrer Joseph Hubbutz aus Kempen, der seit 8 Jahren als Lehrer an der Deutschen Schule in Venlo gewirkt hat, hat wie die Wochenzeitung für die Niederlande berichtet, die Leitung der Kaiserin-Augusta-Victoria-Schule übernommen.

Die Eröffnung der deutschen Mittelschule in Helsingfors. Bisher hatte in Helsingfors nur eine deutsche Elementarschule bestanden, die aber über ein hübsches eigenes Haus in guter Lage verfügte. Nun ist es nach langen Beratungen innerhalb des deutschen Hilfsvereins, der die Schule besitzt, und über diesen Verein hinaus in den Kreisen des hiesigen Deutschums gelungen, eine höhere deutsche Schule, die zum Studium in der Universität vorbereitet, ins Leben zu rufen. Das ist ein Ereignis, das nicht nur für das hiesige Deutschum von einschneidender Bedeutung ist, sondern überhaupt für die Stellung der Deutschen in Finnland und die Entwicklung und Festigung des deutschen Gedankens im vielleicht deutschfreundlichsten aller Länder von großem Werte ist.

Es ist daher verständlich, daß zur Eröffnung der deutschen Schule sich weite Kreise der hiesigen deutschen, finnischen und schwedischen Gesellschaft zusammengefunden hatten und aus dem internen Schulfest ein feierlicher Redeaktus wurde. Pastor Israel, der bei einem Zusammenschluß der hiesigen deutschen Vereine zum „Sprecher“ aller deutschen Einrichtungen und Vereine gewählt wurde, eröffnete die Versammlung, indem er die zum freudigen Ereignisse erschienenen Gäste begrüßte. Dem Vertreter der Regierung dankte er für das hervorragende Entgegenkommen, daß die junge deutsche Gründung von seiten der Regierung erfahren hatte. Seine Schlußworte richtete er an die in der Kirche anwesenden Kinder, Studenten und barmherzigen Schwestern, die zur Erholung aus Deutschland gekommen waren und nun vor ihrer Rückreise an dieser deutschen Feier teilnahmen. Das in schwerster Zeit von Fichte geprägte Wort, das deutsche Volk habe die Kräfte des Krieges durch Kräfte des Geistes zu ersetzen, das auch in ihrer bescheidenen Weise die Schule zu verwirklichen anstrebe, legte er den Heimkehrenden ans Herz. Der neugewählte Leiter der Schule, B. Stude, gab ein Programm des eigenartigen Schulplanes, in dessen Ver-

wirklich die deutsche Schule auf finnischem Boden deutsche Kultur, deutsche Geistesstärke mit Kenntnis und Liebe des finnischen Landes zu verbinden suchen wird. Die Schule wird aus acht Klassen bestehen, die sich auf zwei Jahre des Kindergartens und drei der Vorschule aufbauen. Die fünf unteren Klassen werden eine abgeschlossene Mittelschulbildung geben, die drei letzten auf das Studium an der Hochschule vorbereiten. Es wird die Teilung in eine klassische und eine reale Linie geplant. Fürs erste werden die drei ersten Klassen, abgesehen von der Vorschule und dem Kindergarten, eröffnet.

Beide Redner hatten energisch den deutschen Charakter der Schule betont. Sie soll wohl Kenntnisse der Landessprachen, des Finnischen und Schwedischen, vermitteln, aber doch Deutsch als Umgangssprache haben. Es entsprach der Bedeutung der Schule, daß unter den Glückwünschenden als erster der Vertreter der deutschen Gesandtschaft, Dr. Krull, das Wort ergriff und ihm als Vertreter der Helsingforscher Gesellschaft der frühere Minister Ed. Hjelt und Professor Ruin folgten. Letzterer sprach im Namen des politisch gewichtigen Vereins, der „Finnisch-deutschen Gesellschaft“. Die Glückwünsche der deutschen Gesellschaft brachte wiederum Generalkonsul Goldbeck-Löwe zum Ausdruck.

Der Gesang „Ein' feste Burg ist unser Gott“, der das schöne Gotteshaus durchbrauste, schloß die Feier ab.

Man kann nicht umhin, dieser deutschen Gründung eine günstige Entwicklung vorauszusagen, denn wenn auch manche deutsche Kreise unter dem Druck der Zeit sich skeptisch zu ihr verhalten, so haben sich doch mutige deutsche Männer gefunden, die allem Kleinmut und nationaler Gleichgültigkeit zum Trotz das Wagnis durchsetzten. Die finnische und schwedische Gesellschaft hat aber für dieses deutsche Unternehmen die größte Sympathie. Da Finnen und Schweden die deutsche Sprache gern sprechen und lernen, ist anzunehmen, daß trotz der Dreisprachigkeit der Zöglinge die Schule ihre hohe Aufgabe, eine deutsche Schule zu sein, lösen wird. Die Vielsprachigkeit ist allerdings das schwierigste Problem des Unterrichts, indem zur deutschen Sprache noch zwei Landessprachen und die sonstigen Fremdsprachen hinzukommen.

C. v. K.

Vom deutschen Schulwesen in Lettland. In einer Sitzung der gesamten Minoritäten in Riga kam am 5. August die Absicht des Bildungsausschusses der verfassunggebenden Nationalversammlung zur Sprache, den Schulbesuch der nationalen Schule auf die Kinder der betreffenden Nationalitäten zu beschränken. Die Versammlung kam einstimmig zum Beschluß, daß in einem demokratischen Staate den Eltern die Wahl der für die Kinder geeigneten Schule freigestellt bleiben müsse. Die Forderung des Gesetzes, daß die Familien die Kinder in die Schule ihrer Familiensprache senden müßten, stelle eine unzulässige Beschränkung der persönlichen Freiheit dar. Eine weitere Verengung auf die Nationalität hin sei vollkommen unannehmbar und würde praktisch, namentlich von jüdischen Eltern, schwer empfunden werden. Wenn die verfassunggebende Nationalversammlung darauf bestehen wolle, Kindern lettischer Nationalität den Besuch anderer Schulen als lettischer zu verbieten, so müsse das als eine Selbstbeschränkung, die die Majorität ihren Volksgenossen auferlegen wolle, ohne weiteren Widerspruch hingenommen werden, denn den Minderheiten liege nichts ferner als Germanisierungs- oder Russifizierungs-Tendenzen zu verfolgen. Ihr Verhältnis untereinander aber müßten die Minoritäten regeln können, wie sie wollten. In einer der nächsten Plenarsitzungen der Minoritäten soll, wie die „Rigaische Rundschau“ hört, die Frage

besprochen werden, wie weit der Besuch einer Schule durch diese oder jene Nationalität die Zugehörigkeit zu den andern nationalen Abteilungen beeinflussen könne. Der Chef des deutschen Bildungswesens erklärte sich jedenfalls bereit, vorläufig die Aufnahme von Kindern anderer Nationalität mit deutscher Familiensprache und den Verbleib der bereits aufgenommenen Kinder zu gestatten.

Wegen einer Verordnung des Justizministers, die im Libauischen Bezirke den Rechtsanwälten nur noch ein Auftreten in der Staatssprache gestattet, soll eine Delegation bei diesem Minister vorstellig werden.

Nagibecskerek (Jugoslawien). Am 15. Juli versammelte sich die Schulkinder im großen Saal der ehemals römisch-katholischen, jetzt „nicht serbischen Staatsschule“. Die ungarische Abteilung hielt zuerst eine Feier ab und räumte dann den Saal für die deutschen Schulkinder. Die Festrede hielt der 1915 pensionierte, von der serbischen Regierung aber wieder reaktivierte Lehrer Wilhelm Kolb, der den Männern Lob zollte, denen die Eröffnung der deutschen Schule zu verdanken sei und auch der serbischen Regierung gedachte, die für die deutschsprechenden Kinder 7 Lehrkräfte ernannte und weitere Klassen für die Kinder eröffnen will. Gesänge und Vorträge schlossen sich an die Eröffnungsfeier an.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Der bekannte Kammer Sänger Hermann Gura ist für die nächste Spielzeit an die Staatsoper in Helsingfors verpflichtet worden. Das deutet auf eine erfreuliche Pflege deutscher Musik in Finnland hin.

Fort Wayne (Indiana). Die älteste, 1870 gegründete Musikschule von Indiana, das Fort Wayne Conservatory, hat im Juli seine Tätigkeit für immer eingestellt. Sein unermüdlicher Leiter während dessen 50jährigen Bestehens, Professor Karl Meyer, tritt hochbetagt in den Ruhestand. Als geborener Deutscher hat er seinem alten Vaterland immer Liebe und Treue bewahrt, obwohl er schon als junger Mann nach Fort Wayne gekommen war, zu dessen ältesten und geachteten Bürgern er jetzt gehört.

Richard Strauß in Südamerika. Die „Hamb. Nachr.“ lassen sich aus Wien Näheres über die Kunstreise Richard Strauß, nach Südamerika berichten. Der Komponist fuhr danach am 4. August nach Mailand, um dort das für seine südamerikanische Kunstrundfahrt bereit gestellte Noten-Material zu übernehmen und fährt von Genua aus dann nach Rio de Janeiro. Es begleiten ihn sein Sohn und ein Komponist Max Niederberger, der als geborener Brasilianer an der Wiener Musikakademie ausgebildet ist und ihm als landeskundlicher musikalischer Sekretär zur Seite stehen soll. Niederberger, dessen Werke in Österreich und Deutschland aufgeführt werden sollen, soll auch eine Tournee der Wiener Staatsoper in Südamerika für den Sommer 1921 vorbereiten. Richard Strauß dirigiert 10–12 Konzerte in Rio de Janeiro, Sao Paulo, Buenos Aires und Montevideo und zwar hauptsächlich seine symphonischen Dichtungen und Mozart, Beethoven, sowie Wagner; außerdem aber wird er den „Lohengrin“ und den „Rosenkavalier“ aufführen. Richard Strauß bleibt je einen Monat in Brasilien und Argentinien und will in Südamerika auch eine Propaganda für die Salzburger Festspiele einleiten. Auf der Rückkehr wird er in Spanien noch verschiedene Konzerte dirigieren.

Ein deutsches Theater in Argentinien. Am 30. Juni fand in Buenos Aires die Begründung der Aktiengesellschaft „Deutsches Theater in Südamerika“ statt, die Direktor Blum einige Monate lang gründlich vorbereitet hat. Ein Ausschuß von 10 Herren war gebildet worden, der zunächst die Satzungen der Gesellschaft ausarbeitete und anerkannte. Als Ehrenvorsitzender trat Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen dem Unternehmen bei, dessen Präsident Dr. German Wernicke, dessen Geschäftsführer und künstlerischer Leiter Direktor Gustav Blum, dessen Syndikus Dr. Carlos Meyer-Pellegrini ist. Zu der Gründungsversammlung waren eine Anzahl deutscher, um die Kultur des Deutschums im Lande verdienter Männer geladen. Direktor Blum sprach über seine bisherigen Theaterunternehmungen in Südamerika, die er in Argentinien, Brasilien und Chile mit verstärkter Kraft fortsetzen wolle. Er wolle im engen Anschluß an den deutschen Bühnenverein, die deutsche Bühnengenossenschaft und den deutsch-österreichischen Autorenverband arbeiten, die zwar den Gedanken des deutschen Theaterunternehmens als vorzüglich anerkannt hätten, sich aber an der Finanzierung bei dem gegenwärtigen Stand der deutschen Mark nicht beteiligen könnten. Doch ist dank der Opferwilligkeit deutscher und deutsch-argentinischer Spender fast die Hälfte des nötigen Kapitals von 150000 Pesos gezeichnet. Das frühere private Theaterunternehmen hatte sich mit 8—10 Prozent rentiert. Man erwartet ungefähr gleiches Ergebnis auch vom neuen gemeinnützigen Aktienunternehmen. Schon im nächsten April soll das deutsche Theater in Buenos Aires seine Tätigkeit beginnen. Der die Sitzung leitende Ehrenvorsitzende schloß die Besprechung mit herzlichem Dank an Herrn Direktor Blum für seine Vorarbeiten und mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß auch das neue Unternehmen zu Ehren und Nutzen des deutschen Namens in Südamerika wirken werde.

Hermannstadt. Der deutsche Ferien-Hochschulkurs übte eine gewaltige Anziehungskraft aus. Über 600 Voranmeldungen waren eingelaufen. Am 9. August abends traf der Zug, der die Czernowitzer Redner und Vortragenden brachte, ein, es fand ein herzlicher Empfang am Bahnhof statt. Der Festabend, dem die Spitzen der deutschen Behörden und der wissenschaftlichen Kreise Hermannstadts nebst zahlreichen Hörern beiwohnten, war schon vor Beginn so besucht, daß viele wieder umkehren mußten. Ansprachen des Bischofs Teutsch, des Stadtpfarrers Schullerus, des Bürgermeisters Dr. Goritz, des Professors Dr. Siepel wechselten mit Vorträgen von Männerchören und Musikkapellen. Der ganze Abend gestaltete sich zu einem frohen und lauten Bekenntnis der deutschen Wissenschaft, zum deutschen Volkstum und zur Pflege deutscher Kultur in Siebenbürgen. Neben den zahlreichen Vorlesungen, Museumsführungen und Betriebsbesichtigungen war auch der Kunst und Unterhaltung ein Teil der Zeit der Kurse gewidmet. Die moderne Bücherei veranstaltete ein „Kostümsommerfest der Phantasie und der Farben“, ein Kammersmusikabend und ein Musikvereinskonzert gaben Zeugnis vom ersten musikalischen Streben der Siebenbürger. Die Vorlesungen selbst fanden in einer Kirche statt und erfreuten sich regen Besuches und starker innerlicher Anteilnahme. Der erste Versuch der Hochschulkurse ist glänzend gelungen. Ein neuer Kurs soll im nächsten Jahre stattfinden.

Von der Dorpater Universität. Wir lesen im „Revaler Boten“, daß sieben Professoren, die an die alte deutsche Hochschule berufen worden waren und auf deren Kommen man sicher rechnete, den Ruf abgelehnt haben. Es sind dies die Professoren Stieda für den Lehrstuhl der Chirurgie, Löhlein für Ophthalmologie, Groß für pathologische Anatomie, Gröber für innere

Krankheiten, Rona für Pharmakologie, Roeder für englische Sprache und Literatur, Grimm für römisches Recht. Die Gründe für die Ablehnung sind Teuerung und schlechter Valutastand und Kosten der Übersiedelung aus Deutschland — denn darum handelt es sich für die sechs erstgenannten der Herren —, der Wunsch, in Deutschland begonnene wissenschaftliche Arbeiten dort zum Abschluß zu bringen und bessere Rufe an deutsche Hochschulen. Die Absagen sind aber für die deutsche Gesellschaft Dorpats höchst bedauerlich und haben dem Deutschtum einen schweren Schlag zugefügt. Es ist anscheinend nicht sicher, ob die Lehrstühle wieder mit deutschen Gelehrten besetzt werden können.

Der Marburger Privatdozent **Dr. phil. Mutschmann**, der in Essen geboren ist und in Bonn, Liverpool und Göttingen studierte, ist zum ordentl. Professor der englischen Sprache an der Universität Dorpat ernannt worden.

Ein deutscher Gelehrter für Peking. Dem Privatdozenten für Literaturgeschichte an der technischen Hochschule in Charlottenburg, Studienrat Dr. Waldemar Oehlke, ist der Titel Honorarprofessor verliehen worden, er hat einen Ruf nach Peking erhalten, wo er an der Reichsuniversität das Fach der deutschen Philologie als ordentlicher Professor vertreten sollte, wozu ihm die preußische Verwaltung drei Jahre Urlaub erteilte. Gleichzeitig ist ihm die Direktion des neu errichteten germanistischen Seminars in Peking übertragen worden. Dr. Oehlke, der ein Schüler von Erich Schmidt und Roethe ist, hat jedoch abgelehnt.

Eine schwedische Studien-Kommission in Deutschland. Auf dem Gebiete der Musikpflege erachtet man uns doch noch als Autorität. Eine Vertretung der schwedischen Musikerschaft war jetzt zum Studium der Organisations- und Sozialverhältnisse der deutschen Musiker sowie der Einrichtungen der hervorragendsten Musikinstitute Leipzigs und Berlins in Deutschland. Schweden gründet jetzt große Orchester, um sich eine achtungsgebietende Stellung auf dem Musikgebiete zu erobern.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Deutsches Kriegerkurhaus, Davos-Dorf. Das Deutsche Kriegerkurhaus, Davos-Dorf, veröffentlicht seinen ersten Jahresbericht für das Kalenderjahr 1919, dem wir viel Erfreuliches über das erfolgreiche Wirken dieses gemeinnützigen Sanatoriums entnehmen können.

Bekanntlich war die ungeheure Verbreitung, welche die Tuberkulose gerade während und infolge des Krieges durch die überall herrschende Unterernährung gefunden hat, in Verbindung mit dem Umstand, daß die in Deutschland schon seit geraumer Zeit durchgeführte Heilstättenbewegung der Ausbreitung dieser Seuche nicht Herr werden konnte, die Veranlassung dazu, daß im November 1918 in Davos-Dorf gemeinsam vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, Berlin, dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin, und dem Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz, Zürich, eine eigene Heilstätte unter dem Namen „Deutsches Kriegerkurhaus, Davos-Dorf“ gegründet wurde. Die um die Jahreswende 1919 einsetzende und im Laufe dieses Jahres katastrophal werdende Entwertung des deutschen Geldes hat auch dem deutschen Kriegerkurhaus mancherlei Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht bereitet. Aber es steht zu hoffen, daß es gelingen wird, diese Schwierigkeiten auch in Zukunft zu meistern, und daß in dem Deutschen Kriegerkurhaus ein erprobtes und bewährtes Mittel im Kampf gegen die gefährlichste aller Volksseuchen erhalten bleiben kann.

Das Deutsche Kriegerkurhaus liegt im Davoser Hochtal, 1560 Meter über dem Meeresspiegel, am Eingang eines Seitentales an einer vor Lawinensturz sicheren, lieblichen Berglehne, geschützt vor schädlichen Winden und unter reichen Besonnung, und kann in 120 Zimmern gleichzeitig 160 Kranke aufnehmen.

Die Therapie gründet sich in erster Linie auf die bewährten Turbanschen Grundsätze der Freiluftliegekuren im Hochgebirge. Um diese Liegekuren zu ermöglichen, sind vor den untersten Stockwerken geräumige Liegehallen angeordnet, auf welche auch die Schwerkranken in ihren Betten direkt aus ihren Zimmern gebracht werden können; auf den Dächern sind große drehbare Hallen zur Besonnungskur angeordnet.

Im Laufe des Betriebsjahres wurden in das Kurhaus insgesamt 352 Patienten eingewiesen. Die Einweisung der Erkrankten erfolgt nach den Vorschlägen der deutschen Hauptfürsorgeorganisationen durch das Rote Kreuz, und für die in der Schweiz ansässigen reichsdeutschen Lungenkranken durch den Hilfsbund. Von den 352 Patienten wurden im Laufe des Jahres 227 nach beendeter Kur entlassen. Das Heilergebnis muß trotz des durchschnittlich schweren Materials, welches zur Heilung nach Davos geschickt wird, als recht günstig bezeichnet werden. Bei Kuren, die im Durchschnitt 122 Tage dauerten, kehrten 42 Prozent der Entlassenen als voll oder nahezu voll arbeitsfähig in das Erwerbsleben zurück; teilweise arbeitsfähig wurden 48,1 Prozent und nur bei 9,92 Prozent konnten keine wesentlichen Erfolge erzielt werden. Nach allen Erfahrungen anderer, bereits lange bestehender Volkssanatorien in Davos muß die übergroße Mehrzahl als Dauererfolg angesprochen werden.

Die Leitung des Kurhauses liegt sowohl in ärztlicher als auch in verwaltungstechnischer Hinsicht in den Händen bewährter deutscher Fachleute. Zur Krankenpflege sind Schwestern der Diakonissenanstalt Karlsruhe (Baden) vertraglich verpflichtet. Hervorragende Autoritäten sowie Freunde und Gönner des Deutschen Kriegerkurhauses bezeugten durch ihren Besuch das Interesse, das man in deutschen Kreisen diesem Unternehmen entgegenbringt und stellten dem Kurhaus das Zeugnis aus, daß es in jeder Beziehung vorzüglich eingerichtet ist und allen Anforderungen einer modernen Lungenheilstätte mit technischer, hygienischer und ärztlicher Ausrüstung entspricht. In dem Gutachten, welches die amtliche Schätzungskommission in Davos über das Deutsche Kriegerkurhaus gefällt hat, wird hervorgehoben, daß es durch die vorgenommenen baulichen Veränderungen und Reparaturen einer vollständig neuen Anstalt gleichwertig ist.

Bei der verheerenden Ausbreitung der Tuberkulose und bei dem Darniederliegen der Abwehrkräfte der Bevölkerung Deutschlands ist die Hochgebirgskur gerade jetzt ein unersetzlicher Faktor in der Bekämpfung der schrecklichsten Volksseuche, und zwar ist ihr besonderer Wert darin zu erblicken, daß durch die intensive Anreizwirkung des Hochgebirgsklimas einschließlich der Sonne die Resevekräfte mächtig angeregt und den Heilungsvorgängen dienstbar gemacht werden, wozu kein anderes Klima in demselben Maße imstande ist.

Nach vorsichtiger Schätzung und unter Zugrundelegung des in der Erwerbslosenfürsorge zum Ausdruck kommenden Existenzminimums ist die durch die Kuren im Deutschen Kriegerkurhaus im Jahre 1919 erzielte Ersparnis an Fürsorgeaufwendungen mit wenigstens 600 000 Mark anzusetzen. Arndt, Zürich.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Steuerpflicht der Auslandsdeutschen.

Nach § 20 des Steuerfluchtgesetzes vom 26. Juli 1918 sind diejenigen Auslandsdeutschen, die bereits vor dem Kriege ihren

Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande gehabt haben und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inlande aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens 1 Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten ins Ausland zurückkehren, von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung befreit. Die Erlangung dieser Vergünstigung stößt manchmal auf Schwierigkeiten, da auch nach der an sich ganz klar scheinenden Definition Zweifel auftauchen können, ob im konkreten Falle ein Steuerpflichtiger Auslandsdeutscher im Sinne des Steuerfluchtgesetzes ist. Es dürfte daher für manchen Rückwanderungswilligen eine Entscheidung des Reichsfinanzhofs von Interesse sein, die auf die Beschwerde eines Auslandsdeutschen, welchem der Auslandspaß nur gegen Sicherheitsleistung gewährt werden sollte, ergangen ist und durch Rechtsanwalt Dr. Halben in Nr. 6 der Mitteilungen des Landesverbands Nordwestdeutschlands des Bundes der Auslandsdeutschen mitgeteilt worden ist. In manchen Fällen wird vielleicht schon der Hinweis auf die ergangene Entscheidung geeignet sein, Schwierigkeiten, die Auslandsdeutschen etwa bei der Wiederausreise durch die Steuerbehörden gemacht werden, aus dem Wege zu räumen.

Der zugrunde liegende Sachverhalt ist etwa folgender: Der Gesuchsteller hatte im Auslande, wo er seit langen Jahren lebte, ein bedeutendes Handelshaus gegründet. Er besaß an seinem Wohnorte ein großes herrschaftliches Besitztum mit Garten, Park usw., das 1917 feindlicherseits liquidiert wurde. Während des Krieges brachte er einen Teil seines Vermögens nach Hamburg, wo er schon seit mehreren Jahren vor dem Kriege, um das Hotelleben zu vermeiden, eine Villa gemietet hatte, in der er sich regelmäßig mehrere Monate in der heißen Jahreszeit aufhielt. Der Krieg überraschte ihn in Deutschland und veranlaßte ihn, in seiner Villa während der Dauer desselben wohnen zu bleiben. Im Jahre 1919 gründete er in Hamburg ein sogenanntes Informationsbüro zur Vorbereitung der Wiederaufnahme seines Geschäftes. Auf Grund dieses Tatbestandes sollte ihm der beantragte Auslandspaß von den hamburgischen Staatsbehörden nur gegen Sicherheitsleistung gewährt werden, da man ihn als Auslandsdeutschen im Sinne des Steuerfluchtgesetzes nicht glaubte ansprechen zu können. Auf die daraufhin eingereichte Beschwerde hat der Reichsfinanzhof folgendermaßen entschieden:

Wenn für einen bestimmten Zeitraum der Wechsel zwischen mehreren Aufenthaltsorten in Frage kommt, so ist zu untersuchen, ob und wie sich das Verhältnis von Regel und Ausnahme nachweisen läßt. Im vorliegenden Falle ist es klar, daß der betreffende Herr seinen regelmäßigen Aufenthalt im Auslande hatte. Dort hatte er den Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen. Die Zeitdauer seines Aufenthaltes im Auslande war größer als diejenige seines Aufenthaltes in Deutschland. Er gab seinen Wirtschaftsbetrieb im Auslande nicht auf, wenn er gleichzeitig nach Deutschland ging. Nach § 20 kann jemand auch dann Auslandsdeutscher bleiben, wenn er neben seinem ausländischen Wohnsitz zugleich einen Wohnsitz im Inlande hat oder sich im Inlande zeitweise aufhält. Es gibt eine Reihe von Auslandsdeutschen, die im Inlande Grundbesitz haben, z. B. aus einer Erbschaft oder als Ruhesitz für ihre alten Tage. Es ist sehr wohl möglich und in diesem Falle offenbar so gewesen, daß ein reicher Mann sich ein Haus mietet und einrichtet, um bei seinem sich regelmäßig wiederholenden und sich auf mehrere Monate erstreckenden Besuch ein standesgemäßes Unterkommen zu haben, zumal wenn er bei diesen Besuchen seine Familie, Dienerschaft, sein Automobil mitzubringen pflegt. Aus einem solchen, bei einer Lebensführung großen Fußes nicht ungewöhn-

lichen Verhalten kann nicht der Schluß gezogen werden, daß es sich bei der Benutzung der Inlandswohnung nicht um ein nur vorübergehendes Verweilen, sondern um einen Aufenthalt von Dauer gehandelt hat.

Ausschlaggebend ist nach den obigen Ausführungen mithin der regelmäßige Wohnsitz, nicht, ob ein vorübergehender Aufenthalt vor oder während des Krieges im Inlande genommen worden ist. Allerdings kommt als zweite Bedingung hinzu, daß die Rückkehr ins Ausland spätestens 1 Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten erfolge.

Verlängerte Anmeldefrist beim Reichsausgleichsamt.

Die Frist zur Anmeldung deutscher Forderungen aus den Versicherungsverträgen beim Reichsausgleichsamt ist mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich gerade bei der Anmeldung dieser Forderungen für die deutschen Gläubiger ergeben, dem „Wolfschen Telegraphenbureau“ zufolge nochmals bis zum 15. Oktober 1920 verlängert worden. Eine Verlängerung der Anmeldefrist für alle übrigen Auslandsforderungen ist nicht erfolgt. Mit einer weiteren Verlängerung der Anmeldefrist für die Forderungen aus Versicherungsverträgen ist nicht zu rechnen, zumal nach dem Friedensvertrage die Frist zur Anmeldung von Forderungen gegenüber England am 26. Oktober 1920 endgültig abläuft.

Prompte Arbeit.

Wir schildern hier nach vorgelegten Dokumenten einen Fall, der jedenfalls nicht vereinzelt dasteht, und aus dem die nötigen Lehren zu ziehen, wir unseren Lesern und den beteiligten Ämtern überlassen möchten:

Den im Konzentrationslager Kerlois bei Hennebond (Morbihan) internierten Deutschen wurde Ende Juli 1918 durch Maueranschlag bekannt gemacht, daß wichtige schriftliche Dokumente mit einem Inventurverzeichnis auf dem Büro abzugeben seien. Diese Dokumente sollten den Gefangenen später durch Vermittlung der schweizer Gesandtschaft in Deutschland wieder zugestellt werden. Fernerhin sollten auch Bücher, Photographien und weniger wichtige schriftliche Sachen verpackt mit deutlicher Aufschrift der deutschen Adresse abgegeben werden. Die damals abgegebenen Papiere braucht nun unser Gewährsmann dringend als Unterlagen zur Anmeldung seiner Schadenersatzansprüche, von deren zeitiger und baldiger Anmeldung beim Bund der Auslandsdeutschen bekanntlich auch die zeitige Vorprüfung, und damit die Überweisung des Falles an die Spruchkommission sowie von ihrem Entscheid die alsbaldige Auszahlung der Vorentscheidung abhängt. Man erkennt, wie wichtig und auch finanziell dringend in seinem Falle die rasche Zurückerlieferung der fraglichen Papiere an den Geschädigten wäre.

Aber was geschieht? Unser Gewährsmann richtet unter dem 11. Juni an die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin eine Anfrage, man möchte bei der schweizer Gesandtschaft um Herausgabe der Papiere vorstellig werden. Eine Antwort erfolgt nicht. Er schreibt am 19. Februar an die deutsche Gesandtschaft in Bern, sie möge sich bei der schweizer Gesandtschaft in Paris erkundigen, ob die Dokumente überhaupt jemals in ihren Besitz gekommen seien und dann auf Grund der Auskunft Recherchen anstellen. Darauf antwortet am 31. März die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, dieses Schreiben an die deutsche Gesandtschaft in Bern sei ihr übergeben worden und es würden durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Paris Feststellungen getroffen, ob die Papiere in die Hände der schweizer Gesandtschaft gekommen seien. Am 29. Mai wendet

sich unser Gewährsmann abermals an die Reichszentrale, sie möge doch jetzt endlich durch den amtlichen Vertreter des deutschen Reichs in Paris die nötige Auskunft beschaffen. Am 7. Juni antwortet die Reichszentrale, daß die Untersuchungen in Paris bis jetzt zu keinem Resultat geführt hätten. Das Auswärtige Amt sei nochmals veranlaßt worden, durch den deutschen Geschäftsträger in Paris Ermittlungen anzustellen. Am 10. Juni schreibt unser Gewährsmann wieder an die Reichszentrale, nach direkten Informationen, die er aus Paris habe, seien die betreffenden Dokumente durch die Präfektur von Morbihan an das Ministerium des Innern nach Paris gesandt worden, wo sie wohl noch lägen. Man möge das dem deutschen Geschäftsträger nach Paris mitteilen, damit er Nachforschungen anstellen könne. Am 28. Juni antwortet der deutsche Geschäftsträger in Paris durch die deutsche Friedensdelegation, es sei mit dem dänischen Rektor Zahle in Kopenhagen, der seinerzeit in Paris beim dänischen Roten Kreuz die Angelegenheit bearbeitete, „in Verbindung getreten worden“, sobald Bescheid vom Rektor Zahle eingegangen sei, werde unser Gewährsmann benachrichtigt werden.

Unser Gewährsmann kritisiert mit Recht scharf, daß, obgleich wir längst einen deutschen Botschafter in Paris haben, es von der gütigen Intervention eines Rektors Zahle abhängt, ob er und seine Leidensgenossen wieder in den Besitz der Dokumente gelangen, daß er seine (wie auch seine Leidensgenossen ihre) Schadenersatzanmeldungen beim Bund der Auslandsdeutschen oder beim Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen zahlenmäßig solange nicht belegen könne, als er nicht im Besitz der ihm seinerzeit abgenommenen Dokumente sei. Es sei aber ein Übel, wenn das Reich kategorisch Zahlenmaterial verlange und auf der anderen Seite nicht alles tue, den Geschädigten zu den betreffenden Belegen zu verhelfen.

Kriegsschäden und Kriegsbeschädigte in Tirol.

Die italienische Regierung hat angeordnet, daß der Dienst für die Vergütung der Kriegsschäden in den neuen Provinzen ehestens begonnen werde. Anspruch auf die Vergütung der Kriegsschäden hat auch die deutsche Bevölkerung in Südtirol. Eine Entschädigung findet statt für den Verlust, die Zerstörung oder Verschlechterung von beweglichen und unbeweglichen Sachen durch eine kriegerische Begebenheit. Vor wenigen Tagen hat der Generalkommissär für Südtirol, Exzellenz Credaro, eine Informationsreise durch das durch den Krieg so geschädigte, von Deutschen bewohnte Dolomitengebiet unternommen, um die Sonderwünsche der Bevölkerung zu hören.

Aus Trient wird berichtet, daß den vom dortigen Generalkommissariat herausgegebenen Durchführungsbestimmungen zu dem Erlaß, betreffend die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, zufolge die ehemals österreichischen Kriegsversehrten die ganz gleiche Behandlung erfahren, wie die Italiener. Den Kriegsbeschädigten in ganz Südtirol wurde also auch die freie Arztwahl zugestanden. Die Kriegsverletzten haben Anspruch auf kostenlose ärztliche Behandlung für alle Krankheiten, die etwa in der Folgezeit auftreten sollten. Das Recht auf Behandlung gilt auf Lebensdauer!

Zur Entschädigung der Kolonialdeutschen.

Zu der in Nr. 15 des „Auslandsdeutschen“ Seite 467 gebrachten Notiz „Entschädigung der Kolonialdeutschen“ ist zu bemerken, daß diejenigen Kolonialdeutschen, welche auf Grund der in Nr. 146 des Reichsanzeigers veröffentlichten Bekanntmachung der Reichsregierung Vorentscheidungen und Beihilfen für einwandfrei nachgewiesene und den Betrag von Mk. 15 000.— nicht übersteigende Schäden in Höhe dieses

Wertes erhalten, sich durch eine Abfindungserklärung nicht des Rechtes begeben, Nachforderungen geltend zu machen, falls die gegenwärtig für die Wertbemessung geltenden Grundsätze eine Abänderung zugunsten der Geschädigten erfahren. Nach wie vor schließt die Abfindungserklärung den Vorbehalt einer Nachforderung auf Grund einer späteren höheren Wertbemessung nicht aus.

Für Südafrika-Deutsche.

Vor der Landesversammlung (House of Assembly) der Südafrikanischen Union legte General Smuts die Absichten der Regierung gegenüber deutschem Eigentum dar. Er stellte fest, daß nach Abzug von Schuldverpflichtungen an Angehörige der Union, von Eigentum solcher, das in Deutschland zurückgehalten werde, und von Schadenersatzansprüchen gegen die deutsche Regierung noch immer £ 9000000 beim Treuhänder verblieben. Die Regierung beabsichtige nicht, diese Summe der Wiedergutmachungskommission zu überweisen, da dieses Verfahren tatsächlich einer Konfiskation gleich käme. Sie glaube im Interesse Südafrikas selbst großzügiger vorgehen zu sollen. Da jedoch keine Gewähr dafür bestünde, daß dieses Geld jemals die wirklichen Eigentümer erreiche, wenn es nach Deutschland geschickt würde, habe die Unionsregierung beschlossen, die £ 9000000 einschließlich der angefallenen Zinsen als Staatsanleihe für 30 Jahre zu übernehmen und mit 4% zu verzinsen. Darüber würden Urkunden ausgestellt werden, die für 5 Jahre unübertragbar bleiben sollen, damit sie nicht in falsche Hände fallen. Es ist bemerkenswert, daß diese erfreulichen Feststellungen des Ministerpräsidenten beim ganzen Hause lauten Beifall fanden.

Vom deutschen Eigentum in Südafrika.

Einer Bekanntmachung des Finanzdepartements der Union ist zu entnehmen (10. Juli 1920, Government Gazette vom 16. Juli), daß das Eigentum einer größeren Anzahl von Personen vom Custodian freigegeben wurde. Einer uns zur Verfügung gestellten Liste entnehmen wir die Namen der Eigentümer, wobei das in Klammern gesetzte B jeweils die britische Staatsangehörigkeit des Betreffenden kennzeichnet:

Aandrag, Paul. Arndt, E. H. Abt, Leopold (B). Albus, Karl, Alexander, Max. Boley, Julius (B). Becker, Wilhelm. Bockris, A. Baethcke, M. R. T. Battenhaussen, J. W. Borchering, Geo. Bracht, Oscar. Burgdorff, Chas. (B). Blumenthal, Abraham (B). Baerecke, Otto. Burkhardt, C. P. (B). Battenhaussen, Marie. Burmester, Emil (B). Battenhaussen, Geo. Otto (B). Brenner, C. H. O. (B). Becker, H. A. C. Cornelius, Moritz (B). Cornelius, Paula (B). Corssen, Estate of Mrs. C. M. E. Cornelius, Julius (B). Dietrich, G. C. T. Daniel, H. Dalldorf, H. W. & Mrs. E. David, Mrs. Frieda; Estate E. David. Dannenbaum, Mrs. Jenny. Elkan, Max G. Elkan, Fritz, Estate of. Engler, Alex. (B). Endres, Mrs. L. Fleischer, Emil. Flammann, J. F. Franken, Dr. J. L. M. (B). Flockemann, Dr. A. H. F. Gerber, Lehmann (B). Geister, J. C. A. (B). Graf, Max Hugo. Gauf, J. Ludwig. Hesselberger & Heilbronner. Heymann, R. and Oscar. Hoheisen, Alfred. Hildesheim, Daniel (B). Hermann, Mrs. K. W. (B). Hochapfel, R. J. C. Hochapfel, F. C. Hoch, J. O. Heuer, C. F. and Mrs. M. C. Hanau, Dr. Jacob (B). Hompes, H. Hahn, Mrs. M. A. Haukohl, Kurt. Ipland, F. Janssen, C. Jungheinrich, Hermann. Jena, Edith von. Kirchhoff, F. Kirchhoff, H. Kupfer, Max. Kirchhoff, Carl. Kiessig, Otto C. Kenhardt, Mrs. B. C. (B). Katz, Dr. Leopold (B). Krantz, Louis P. F. (B). Katz, August. Kramer, Jacob (B). Katz, Berthold (B). Kallenbach, Hermann. Kofsky, Mrs. E. Kersten, H. A. C. Liebermann, E. D. Lindenberg, Hermann. Lippstreu, K. L. E. Linden-

berg, C. and H. Lehmann, Joseph. Lerchen, Mr. & Mrs. H. O. A. Mandelbaum, Jacob. Muller, C. L. R. Moser, Bernhard. Marburger, O. Mundt, A. K. Metelman, H. Maske, Frans. Michaelis, Emil (B). Malcomess, H. W. Matere, Mrs. M. F. M. Mackintosh, Miss Dorothy (B). Michalski, Hildegard (B). Nockler, P. C. Markus, Edward (B). Muller, R. R. (B). Michalski, Abrah. A. (B). Nußbaum, F. Napparell, Emil. Nußbaum, Leopold (B). Neugebauer, M. T. Neugebauer & Company. Neubauer, Ferdinand (B). Oppenheim, Siegmund (B). Perlstein, Arthur (B). Paust, R. G. F. (B). Peters, J. E. Poppe, Oscar. Plinke, Mrs. G. F. A. (B). Rosettenstein, George. Reis, Arnold. Reis, Bros. Rosenberg, Karl. Rudiger, M. Rosendorff, H. H. N. Rohl, Emil. Rewald, Martin. Rosettenstein, Max (B). Rosenbaum, Sally (B). Rode, J. W. Rolles, Mrs. Julia A. Rolles, Mrs. Mathilda. Rolles, Carl. Rolles, Werner. Schellnbacher, Frank (B). Siegfried, E. Soneman, C. W. Stern, Leopold. Seligmann, Karl (B). Salai, Eugene (B). Stern, Gabriel. Smidt, W. R. (B). Smidt, Almata M. (B). Schneider van Beek, Laura. Stern, Samuel. Simon, Dr. K. H. E. Schultz, W. J. L. (B). Seligmann, S. (B). Stadler, M. G. C. (B). Silber, Estate of J. F. (B). Saphra, Wm. (B). Silbermann, Louis. Schutte, Adolf. Stone, Ephraim & Lily (B). Schanz, Mrs. Mathilde (B). Schloß, Dr. L. (B). Treismann, Estate of David (B). Wagner, G. F. J. Wolff, Karl F. Wirth, F. O. R. Wiesner, Gustav. Wietscher, E. Wagner, O. E. O. F. A. Wiplinger, C. P. M. Weinlig, H. F. & Mrs. Wolff, Mrs. & Mr. M. A. A. W. Wehr, Mrs. (B). Estate J. H. F. Wehr. Wagener, Rev. G. W. Wagner, Adolf. Wiesner, Max. Wertheim, Hermann (B).

Für Amerika-Deutsche.

Nach einer Konferenz Newyorker Finanzkreise mit Mr. Garvin, dem Treuhänder für das feindliche Vermögen, hat sich in Newyork ein Hilfskomitee für die Besitzer beschlagnahmter Vermögen gebildet, das die Regulierung von Forderungen früher feindlicher Staatsangehöriger gegen den amerikanischen Treuhänder in die Hand nehmen will. Als Teilnehmer des Komitees werden genannt der Präsident der Equitable Trust Co., Kreh, der Präsident der Merchant Association von Newyork, W. F. Morgan, der Vizepräsident der Columbia Trust Co., Sloane. Außerdem hat die First Federal Foreign Bankny Association sich bereit erklärt, Unterlagen für die Durchführung von Entschädigungsansprüchen entgegenzunehmen. In Berlin ist Unter den Linden 77 ein Sekretariat eingerichtet worden, das für Auskünfte zur Verfügung steht.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die „Budweiser Zeitung“ vom 28. Juli verdankt unserem „Auslanddeutschen“ einen argen zensurellen Eingriff. Die ganze erste, die zweite und ein gutes Stück der dritten Seite glänzen in blendendem Weiß. Keine Druckerschwärze hat hier ihres Amtes gewaltet. Nur die Überschrift des Artikels steht noch: „Die deutsche Frage in der Tschechoslowakei“, Eindrücke von einer Reise von Dr. Joseph Bins. Das war ein Abdruck unseres in Nr. 14 unserer Zeitschrift erschienenen Artikels, der erhebliches Aufsehen in der Tschechoslowakei machte und dessen Abdruck im Lande selbst der tschechischen Polizei anscheinend wenig angenehm ist.

Windhuk. Als „Mitteilungen der Arbeitnehmerverbände Südwesafrikas“ erscheint seit dem 7. August in Windhuk ein neues Blatt, das Walter Pechel in Lüderitzbucht als verantwortlicher Herausgeber zeichnet, und das wöchentlich einmal mit der „Allgemeinen Zeitung“ zusammen herausgegeben wird. Es bestehen jetzt drei Arbeitnehmerverbände in Südwest, die

Vereinigung der Beamten für Südwestafrika, der Verband der Angestellten und der Arbeiterverband für Südwestafrika. Alle Verbände besorgen kostenlos die Stellenvermittlung für ihre Mitglieder. In der uns vorliegenden ersten Nummer werden die Aussichten für Arbeitnehmer in Südwest besprochen und im allgemeinen als trübe bezeichnet. Gerade die allmähliche Vertristung Südwestafrikas zwingt die Arbeitnehmer zu festem organisiertem Zusammenschluß. Die Errichtung eines gemeinsamen Konsumvereins der Arbeitnehmer ist geplant und der Verwirklichung nahe.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Gegen das Konsulatsgebührengesetz.

Ein alter Patriot und Mitkämpfer von 1870/71 schreibt dem Deutschen Ausland-Institut:

„Die Paßgebühren werden — wie die Ausfuhr-Abgaben — dem Reichstag so lange keine Ruhe lassen, bis sie die nötigen Änderungen erfahren. Die Verzögerungen für Reisen und Ausfuhr verbittern allgemein und ebenso sehr wie die exorbitante Höhe dieser Taxen, ganz besonders im neutralen Ausland. Die Schweiz, die so vieles für die Bedürftigen getan, die dortigen deutschen Vereine mit ihren muster-gültigen Hilfsorganisationen, welche so viele und große Opfer gebracht, leiden am schwersten unter der willkürlichen Handhabung dieser Bestimmungen. ‚Willkürlich‘, weil die Taxen dem Ermessen des betreffenden Konsulatsbeamten anheimgestellt sind. Nach dem Gesetz sollen sie für den Paß 50 Mark betragen, das wären ca. 7 Franken, aber gewöhnlich kostet er 27½ Franken oder mehr, das Zehnfache von früher, oder nach dem heutigen Kurs 200 bis 300 Mark. Das ist zuviel und überhaupt ungerecht, daß und wenn man den Reisepaß zur Steuerquelle ad libitum macht. Der Grenzverkehr soll gleichartig und einheitlich sein, für Kriegsteilnehmer und Arme ermäßigt oder unentgeltlich. Zum Paß braucht man ein Visum, dieser ‚Sichtvermerk‘ kostet statt 30 Mark (gleich 4 Franken) abermals 37½ Franken, ein Dauersichtvermerk statt 100 Mark (gleich 14 bis 15 Franken) 120 Franken, gleich 800 bis 1000 Mark! Das hat kürzlich die Mutter eines lange in Frankreich Gefangenen, welcher immer noch nicht einreisen darf (!), bezahlen müssen, um öfters mit ihren Angehörigen in der ‚teuren‘ Heimat verkehren zu können. Sechs volle Jahre war der persönliche Verkehr so gut wie unmöglich, der vertrauliche Briefverkehr durch die Zensur fast ebensolange, und wenn man überhaupt noch von einem Vaterland, von Familie und Zusammengehörigkeit reden will, dann hebe man endlich einmal die Grenzschikanen für die eigenen Landeskinder auf. Nicht den Paßzwang, der ist leider sehr nötig, aber unerschwingliche Kanzleigebühren. Kein Mensch würde klagen, wenn die Taxen wie in der Heimat zu gutem Tageskurse bezahlt werden müßten, anstatt von jedem, der kein Armutszeugnis hat, ganz verschiedene, willkürlich angesetzte, meist hohe Summen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß zuerst die Aus- und Einreisebewilligung der Schweizer Polizeibehörden einzuholen ist und die Taxen hierfür von der Oberbehörde sofort nach der — Steigerung der deutschen Konsulatsgebühren, als prompte und gebührende Antwort und Repressalie, ebenfalls bis zum 10fachen, steigerungsfähige Erhöhung erfahren hat. Der Ausländer kommt viel leichter und viel billiger nach Deutschland als die eigenen Staatsangehörigen, welche in zwei Ländern erhöhte Gebühren zahlen. Nach 6jähriger Verkehrsperre ist das persönliche Zusammentreffen mit den Familienangehörigen eine absolute Notwendigkeit, kein

Luxus, und eine gegenseitige Verständigung, Trost und Hilfe durch Rat und Tat war niemals nötiger als jetzt. Glücklicherweise sind nur die Refraktäre und Deserteure, die ihre Geschäfte fortbetreiben konnten und zum Teil schönere und klingende Kriegsverdienste aufweisen können als die, die Helden blieben bis zum unglückseligen Ende, glücklich, die sich rechtzeitig einbürgerten und die ihr Gold behielten und den anderen das Eisen überließen. Als freie Schweizer steht ihnen auch die deutsche Heimat offen. Wenn man noch länger ‚Deutsche‘ im Ausland haben will, so ändere man schleunigst das Paßwesen und verlängere die Gültigkeit mindestens aufs Doppelte. Der persönliche Verkehr ist die notwendigste Vorbedingung zur Hebung des Geschäftlichen, zum Nutzen von Industrie und Handel und des gesamten Vaterlandes, die zweite Voraussetzung ist die Erleichterung und Förderung des Warenverkehrs — und nicht die völlige Grenzsperrung. Nur möglichst freier Verkehr kann Rettung bringen aus den jetzigen Verhältnissen. Zögern verstärkt nur das Übel!“

Konsulatsgebührenordnung und Leipziger Messe. Der Besuch der letzten Messe in Leipzig ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die deutsche Handelskammer in der Schweiz ist den Ursachen nachgegangen und hat festgestellt, daß ausschlaggebend für viele Kaufleute im Ausland, die auf den Besuch der Messe verzichteten, die Höhe der Paß- und Visumgebühren war. Die Kaufleute dachten so: Bei der Höhe der Gebühren, der Unsicherheit der deutschen Lieferungen und der Höhe der Warenpreise bedeutet die Reise nach Leipzig auf jeden Fall eine erhebliche Ausgabe. Ein Paß für 62,50 Franken, ein deutsches Visum für 37,50 Franken und ein schweizerisches Visum (Repressalienhöhe!) von 37,50 Franken — das sind alles „Vorbelastungsspesen“ von einer so immensen Höhe, daß sich Leipzig nicht wundern darf, wenn die Besucher ausblieben. Vielleicht ergreift aber nun Leipzig die Gelegenheit, im Reichstag auf eine Korrektur dieses kultur- und wirtschaftsfeindlichen Gesetzes hinzuwirken.

Kleine Anfragen.

Der Abgeordnete Dr. Philipp fragt (Anfrage Nr. 225) die Regierung an, ob ihr bekannt sei, daß im Journal officiel de Paris vielfach Auktionen deutscher Privatbesitztümer angekündigt würden, daß dieses Amtsblatt aber bei seiner geringen Verbreitung nur in die Hände weniger Bezieher komme und die Auktionen nur ganz geringe Preise erzielen; ob daher die Regierung gewillt sei, die Auktionen überwachen zu lassen, damit der deutsche Besitz nicht verschleudert werde.

Frau Juchacz fragt an (Anfrage Nr. 235), was die Regierung in der Angelegenheit der beabsichtigten Stiftung von 100 000 Milchkühen aus Amerika an Deutschland getan habe, da doch diese Stiftung geeignet wäre, das Leben von Hunderttausenden von gefährdeten Kindern erhalten zu können. Aus Anlaß der Beantwortung dieser Anfrage wird man wohl auch Klarheit darüber bekommen, ob tatsächlich England, an das Deutschland wegen Überlassung des nötigen Schiffsraumes herangetreten war, die Hergabe des nötigen Schiffsraumes abgelehnt hat.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Weitere Ernennungen deutscher Vertreter beweisen, daß man nun endlich alle freien deutschen Außenposten besetzen will. Zum Gesandten in Peru ist Geheimrat Hans Paul von Humboldt-Dachendorfer, ein Urenkel-Wilhelm von Humboldts, ernannt worden, der Vizekonsul in London, später Konsul

in Moskau und Alexandrien und zuletzt vor dem Kriege Generalkonsul in Kapstadt war. Zur Deutschen Gesandtschaft in Mexiko ist Legationsrat Führ versetzt worden.

Der Hamburger Senator **von Berenberg-Göbler** ist zum deutschen Botschafter in **Italien** ernannt worden. Damit wird auf den wichtigen Posten ein Mann gestellt, der für Fragen des Auslandsdeutschums seit langer Zeit ein besonderes Interesse hatte und sich als Führer und Vorsitzender der „Hamburger Arbeitsgemeinschaft“ stets auch lebhaft und rege betätigte. Mit dem einer alten Hamburger Kaufmannsfamilie entstammenden Botschafter stellt Hamburg nunmehr neben dem Londoner Vertreter des Deutschen Reichs den zweiten Botschafter des Deutschen Reichs.

Die deutsche Vertretung in **Paris** ist in eine Botschaft umgewandelt worden. Der bisherige Geschäftsträger Dr. Mayer ist zum Botschafter ernannt worden, nachdem die französische Regierung das Agrément gegeben hatte.

Die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit **Lettland** führt zur Errichtung einer Deutschen Gesandtschaft in Riga. Vorläufig ist ein Geschäftsträger dorthin gegangen, der nur die Amtsbezeichnung Gesandter führt. Es ist der frühere Generalkonsul in Neapel und Konsul in Rio de Janeiro und Chicago **Walter Weber**, den als Gehilfe Legationssekretär von **Radowitz** begleitet, der zuletzt in Finnland gewesen ist und von dort aus Gelegenheit hatte, die baltischen Verhältnisse zu studieren. Herr Weber soll alsbald nach Klärung der Lage von einem ständigen Gesandten abgelöst werden.

Neben dem neuen Gesandten wurde auch ein deutscher Konsul ernannt und Herr **Schneemann** aus Hamburg mit dieser Vertretung betraut. Die Ernennung eines Hanseaten für die alte Hansastadt an der Düna ist eine besondere Betonung der alten Beziehungen, die das einst deutsche Riga mit dem hanseatischen Handel verknüpfte.

In **Rio de Janeiro** ist zum Gesandten der bisherige Generalkonsul von Barcelona, **Georg Plehn**, bestimmt worden.

In **Buenos Aires** ist zum Gesandten der bisherige Direktor der Amerika-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter **Pauli**, ernannt worden, der 1910 Ministerpräsident in Havanna und 1913 Gesandter in Brasilien war.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ein **tschechoslowakisches Orchester** konzertiert in Berlin. Zwar wird das Deutschtum in der Tschechoslowakei von behördlicher und privater Seite durch die nationalistisch und chauvinistisch bis zur Siedehitze erregten Tschechen in einer Weise angegriffen, unterdrückt und geknechtet, die aller Gesittung Hohn spricht. Zwar würde ein tschechoslowakisches Orchester keine 24 Stunden in Frankreich, England oder auch in Bulgarien, Rumänien oder sonst einem Staate sich aufhalten können, wenn dessen Landsleute in der Tschechoslowakei derartig behandelt würden, zwar würde dieses Orchester z. B. in Polen kaum vor tätlichen Angriffen zu bewahren sein, aber — in Berlin konzertiert es friedlich und erringt begeisterte Erfolge. Es ist ein gutes Zeichen (man muß alles von der besten Seite nehmen) für den wahrhaft musikalischen Sinn des deutschen Volkes, das im Musiker nur den Musiker und nicht auch den nationalistisch belasteten Staatsbürger sieht. Im übrigen verdient gerade das junge tschechische Orchester alle Anerkennung. Der tschechische Musiker **Sack**, der es 1919 gründete, ist ein Musiker von Rang, einer, dem es ernst ist, der nicht aus Hassverblendung etwa keine deutsche Musik spielte, einer, dessen Stabführung von

der gesamten Berliner Kritik gelobt wird, und einer, der zwar seine Heimatmusik liebt und hochbringen will, aber in Prag selbst von seinem Programm auch deutsche Musik nicht etwa verbannte. Im übrigen konnte das erste von **Sack** geplante Berliner Konzert vor gut besuchtem Saale und ohne jede politische Störung vor sich gehen, denn die Deutschen sind und bleiben eben — „Hunnen und Barbaren!“

WIRTSCHAFTLICHES

Postanweisungsverkehr mit England.

Nach einer Verordnung des englischen Generalpostmeisters ist der Postanweisungsverkehr mit Deutschland wieder aufgenommen worden. Auf eine Anweisung können bis zu 40 £ eingezahlt werden. Die Gebühren betragen 4 d für 1 £ oder einen Bruchteil davon. Die Auszahlung an den deutschen Empfänger geschieht durch Anweisung der deutschen Postanstalten. Auch telegraphische Anweisungen sind zulässig. In gleicher Weise werden an den deutschen Postanstalten Postanweisungen für Zahlungen nach Großbritannien angenommen.

VERSCHIEDENES

Neue Stimmen zur Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des deutschen Buchhandels.*)

Zu der Verkaufsordnung schreibt uns noch Prof. Dr. R. Fick, Geh. Med.-Rat und Vorstand der anat. Anstalt der Universität Berlin, daß er sie mit Rücksicht auf die deutschen Belange unter allen Umständen für unzweckmäßig halte. „Die vom D. A. I. gegen die Verkaufsordnung vorgedachten Gründe scheinen mir vollkommen durchschlagend zu sein. Wir werden seit dem Aufhören der Auguststimmung des Jahres 1914 nicht vom Schicksal, sondern von unserem eigenen Ungeschick förmlich verfolgt. Wo man hinsieht, verfehlte Maßnahmen! Das D. A. I. wird sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es die volle Zurückziehung der unbilligen Verkaufsordnung erreicht, wofür übrigens, wie ich hörte, auch einige unserer bedeutendsten Verleger eintreten.“

Aus Rio de Janeiro schreibt ein Auslandsdeutscher den „Hamburger Nachrichten“ einige Beispiele, die beweisen sollen, wie unsinnig ertönd die Valutaordnung auf das deutsche Geistesleben und die deutsche Propaganda im Auslande wirkt:

„Der Direktor einer großen deutschen Schule in Brasilien bestellte vor etlichen Monaten eine pädagogische Literatur (also keinen Luxusartikel, sondern sein ‚Handwerkszeug‘) im Gesamtbetrage von 265 Mark nach reichsdeutschen Buchhandelspreisen. Die Rechnung, die ihm vorgelegt wurde, lautete ‚nur‘ auf 1884 Mark! Die Schule wird vorläufig nicht mehr versuchen, in Fühlung mit den pädagogischen Bestrebungen des ‚neuen‘ Deutschland zu bleiben, sondern das Ende des Zuschlagstaumels abwarten“

Eine Freundin meiner Frau in Lübeck wollte eine Einzelnummer einer Modezeitung senden. Die Post verweigerte die Annahme und verwies die Dame auf den Instanzenweg zur Erlangung der Ausfuhrbewilligung! Zu meines Sohnes Geburtstag wollte dieselbe Dame ein Knabenbuch schenken. Wieder Verweigerung der Postbeförderung und Verweisung nach Berlin. Natürlich unterblieb in beiden Fällen die Sendung.

Ein Bekannter sollte von seinem Bruder in Kassel, der ihn immer mit interessanten politischen Aufsätzen zu versehen pflegt, (die mein Bekannter in der landessprachlichen Presse geschickt zu verwerten weiß), das Märzheft der „Deutschen Rundschau,

*) Siehe auch Nr. 15, 16 und 17.

erhalten, weil ein Aufsatz von Friedrich Wieser über die Revolutionen der Gegenwart dem Bruder besonders lesenswert erschienen. Postannahme verweigert, auf den Instanzenweg verwiesen. Den hat der Bruder nun freilich nicht beschritten, sondern hat den Aufsatz einfach aus der 'Deutschen Rundschau' herausgeschnitten und im Briefumschlage hierhergeschickt. Das ging natürlich, aber auf diese Weise kam mein Bekannter um zwei andere lesenswerte Aufsätze aus demselben Hefte, wie er voller Entrüstung bei mir feststellen konnte.*

Die Hamburger Nachrichten bringen noch einen wertvollen Beitrag zu dem traurigen Kapitel der Ausführungsverordnung für deutschen Bücher nach dem Ausland. Sie geben ein Schreiben aus Santiago de Chile wieder, in dem es heißt:

... Wir kommen auf die Besorgung der Lehrbücher für die Deutsche Schule, Santiago, zurück und greifen aus den kürzlich ausgeführten Aufträgen der Deutschen Schule nur einen Fall heraus, den Ankauf von 100 Hansafibeln nebst Beiwerk. Der reine Fakturenwert dieser Bestellung stellt sich auf 4294 Mark, wozu noch Fracht usw. mit Mk. 179.02 kommen, so daß der Gesamtpreis sich auf Mk. 4473.02 stellt. In Betracht zu ziehen sind ferner die Spesen Valparaiso—Santiago, die ja relativ unbedeutend sind, weil die chilenische Regierung weit-sichtig genug ist, Schulmaterial zollfrei einzulassen. Der Deutschen Schule steht also die Fibel zu etwa 45 Mark (9 Mark darüber) ein, und wenn die Fibel ohne Nutzen verkauft werden soll, kostet sie beim heutigen Kurs etwa \$ 7,7, dieser Preis ist aber hier nicht zu machen, und die Schule wird das Buch mit Verlust verkaufen müssen.

Die „Neue Züricher Zeitung“ enthält folgende Mitteilung in ihrer Ausgabe vom 7. August:

„Über deutsche Bücherpreise zu diskutieren, ist bei den schwankenden Preisen ein aussichtsloses Beginnen. Der 'deutsche Verleger' erklärt, seit 15. Juni betrage der Aufschlag 200 %. Bei dem gegenwärtigen Kurs, 14, beträgt er aber wohl noch mehr als 350 %, wenn die Mark zu 50 Cts. berechnet wird, und daß vor Mitte Juni Aufschläge von 400 bis 600 % berechnet wurden, wird niemand leugnen können. Wenn die großen Musikverleger heute noch die Mark zu 1 Fr. berechnen, so entspricht das einem Aufschlag von mehr als 700 %.

Als ich in Deutschland zwei kleine mit 6 und 8 M bezeichn-ete antiquarische Bücher kaufen wollte, sagte mir der Verkäufer mit einem Seitenblick auf irgendein Detail meiner ihn ausländisch anmutenden Toilette: „Die Preise haben aufgeschlagen“. Und er kam wieder: „60 und 80 M“. Ich verschwand dankend. Als mir neulich ein Verwandter ein broschiertes Gesangbüchlein schicken wollte, stellte die Post es ihm mit dem Bemerkn wieder zu, er habe keine Ausfuhrbewilligung dafür in Leipzig verlangt. Der Aufschlag des Postpaketportos nach dem Ausland von 80 S. auf 12 M (1500 %) kann ebenfalls nicht als mäßig bezeichnet werden.“

In der „Kölnischen Zeitung“ vom 31. Juli fand sich zur gleichen Frage ein Beitrag aus Zürich, der, wie wir wissen, der Feder eines unserer sachverständigsten Beurteiler, des Botschafters a.D. Freiherrn v. Mumm entstammt. Da Herr v. Mumm durch seine kulturpropagandistische Tätigkeit im Ausland besonders gut bekannt ist, werden seine Ausführungen hier gewiß interessieren.

„Seit längerer Zeit im Auslande ansässig, habe auch ich mit Bedauern feststellen müssen, wie außerordentlich stark der Absatz deutscher Bücher seit Einführung des Valutazuschlags zurückgegangen ist. Besonders hart durch diesen Zuschlag be-

troffen sind natürlich Deutsche selbst, die zeitweilig oder dauernd im Auslande leben, ihr Vermögen aber in Deutschland haben. So wird mir ein Buch, das in Deutschland einen Ladenpreis von 20 M hat, von Porto- und Verpackungskosten abgesehen, mit 10 schweizerischen Franken berechnet. Um diese 10 Franken der deutschen Buchhandlung zu übermitteln, muß ich beim heutigen Kurs — eine Mark gleich 12—13 Rappen — ungefähr den achtfachen Betrag der Frankenrechnung in Mark mobil machen, so daß mich das fragliche Buch anstatt 20 M nicht weniger als 80 M kostet! Ergebnis: Der Ankauf unterbleibt. Aber auch auf den Schweizer, der es sich schließlich leisten könnte, wirkt der Valutazuschlag abschreckend. Der Grund ist ein psychologischer: Kein Mensch will für die gleiche Sache gern mehr bezahlen als ein anderer.

Der Fall liegt ganz ähnlich wie bei den Valutazuschlägen für Ausländer im deutschen Gasthausbetrieb, die eine beständige Beschwerderubrik in den schweizerischen Zeitungen bilden und bewirken, daß viele Ausländer, die sonst gern deutsche Kurorte aufsuchen würden, sich hiervon abhalten lassen.

Daß der Sortimenter angesichts seiner stark gestiegenen Spesen auf den Ladenpreis, wie er vor dem Kriege war, hohe Teuerungszuschläge legen muß, wenn er auf seine Kosten kommen will, ist durchaus einleuchtend. Ein Unfug aber ist es, wenn die Sortimenter für Bücher, die seit Kriegsende in neuen Auflagen oder überhaupt neu und also gegen früher zu wesentlich erhöhten Preisen erschienen sind, den Teuerungszuschlag auch noch auf diese erhöhten Preise berechnen. So wurde mir z. B. kürzlich für das bekannte englisch-deutsche Wörterbuch von Muret-Sanders, das vor dem Kriege in der zweibändigen Ausgabe 14 M kostete, nicht nur der von 14 auf 120 M erhöhte neue Ladenpreis, sondern dazu auch noch ein Teuerungszuschlag von 24 M, in Summa also ein Betrag von 144 M (!) berechnet. Weshalb da der Sortimenter noch den Teuerungszuschlag daraufschlagen muß, nachdem die gewaltige Erhöhung des Ladenpreises auf mehr als das Achtfache ihm gegen früher ohnehin einen mehr als achtfachen Buchhändlerabatt zuführt, ist rein unerfindlich. Der deutsche Buchhandel ist durch solche Machenschaften auf dem besten Wege, dem Huhn, das die goldenen Eier legt, d. h. dem Publikum, das bisher Bücher kaufte, den Hals umzudrehen. Den Schaden hiervon wird aber nicht der Buchhandel allein, sondern leider auch die ganze, heute so besonders wichtige deutsche Kulturpropaganda haben.“

Zwar bleiben beim Versenden von Drucksachen nach dem Ausland, das ja bekanntlich infolge der törichtigen Verkaufsordnung nur gegen Ausfuhrerlaubnis stattfinden darf, Kataloge frei und unbehelligt, aber nur von der Ausfuhrhandelsstelle für das Buchgewerbe, nicht von der Post, denn, da man nicht jedem Postboten zumuten kann, daß er gleich einen Warenkatalog erkennt und die verwickelten Bestimmungen der Außenhandelsstelle auch im Kopfe hat, kommt es des öftern vor, daß die Post derartige nicht mit dem Zettel der Ausfuhrfreiheit beklebten Kataloge einfach zurückgibt. Ergebnis: viel Ärger und kein Nutzen. Deshalb hat jetzt die Außenhandelsstelle eine Neuerung geschaffen: Die verantwortlichen Leiter der Betriebe erhalten „zu getreuen Händen gegen Empfangsbestätigung und Verpflichtung zur ordnungsmäßigen Aufbewahrung und Verwendung solche Vordruckszettel ausgehändigt, die auf die Kataloge geklebt werden müssen, um sie auch vor der Post sicher zur Ausfuhr gelangen zu lassen. Man beachte diese verwickelten Bestimmungen! Soll nun der „verantwortliche Leiter“ selbst dabei stehen bleiben, wenn die Hunderte oder Tausende

von Katalogen mit den Zetteln, die er zu getreuen Händen erhalten hat, beklebt werden? Oder soll er sich dem Vorwurf aussetzen, daß dabei einige Dutzend Zettel verschwinden und dann zu unlauteren Schiebergeschäften in der Bücherausfuhr benützt werden? Sieht man die ganze Verwirrung, die man mit der Ausführordnung geschaffen hat, auch im Börsenverein noch nicht endlich ein, und wann kommt endlich die restlose Beseitigung dieser gegen deutsche Kultur im Ausland sich richtenden und sich auswirkenden Verordnung?

Eine weitere Säule des „glorreichen“ Gebäudes der Verkaufsordnung ist gefallen, eine Bestimmung ausgemerzt, gegen die wir von Anfang an im Interesse deutscher Kulturpolitik besonders Front machten. Das „Börsenblatt“ vom 19. August veröffentlicht folgende in Haltung und Stil bemerkenswerte

Bekanntmachung:

Es ist der Wunsch geäußert worden, den Autoren die schnellste unbehinderte Auslandversendung ihrer in Zeitschriften oder Sonderdrucken veröffentlichten wissenschaftlichen Abhandlungen, sowie der ihnen vom Verleger zur Verfügung gestellten Autoren-Freixemplare, soweit sie unberechnet versandt werden, zu ermöglichen. Ich komme diesem Wunsche nach und ermächtige die Verleger derartiger wissenschaftlicher Veröffentlichungen, für diese Zwecke den Autoren unterstempelte Bewilligungsvordrucke für Kreuzbandsendungen zu treuen Händen zu übergeben. Als Beleg ist der Außenhandelsnebenstelle der zurückbleibende Kontrollabschnitt unter Angabe des Autors mit Vor- und Zunamen, sowie der Schrift, für deren Versendung der Bewilligungsvordruck bestimmt ist, einzureichen. Die Kreuzbandsendungen bleiben gebühren- und abgabefrei. In gleicher Weise kann hinsichtlich der wissenschaftlichen Gesellschaften bei deren Veröffentlichungen verfahren werden.

Leipzig, den 10. August 1920.

Der Bevollmächtigte
der Außenhandelsstelle für das Buchgewerbe:
gez. Otto Selke.

Neueres aus der badischen Urwaldsiedlung Tovar.

Dr. W. Groos, Karlsruhe, schreibt uns: Es kommt oft anders im menschlichen Leben als man gedacht und gehofft. Schlimmes darf nicht entmutigen: es kommt dafür auch wieder Gutes, das man nicht erwartet — drum fortarbeiten! Im zweiten Kriegsjahr war's, da tritt ein Feldgrauer bei mir ein „Galler“. — „Sie sind doch nicht im Unterseeboot von Venezinela herübergekommen?“ — „Nein! ich bin der Bruder des Tovarers Lehrers Egon Galler.“ — Eine ganze Lehrerfamilie: Vater Lehrer in Heiligkreuz bei Kolmar gewesen, Söhne und Töchter — ich glaube, es waren deren neun — alle im Schuldienst. — Der Egon war das Sorgenkind, jetzt wegen Asthmaleidens; ich konnte nach neuestem Gesandtschaftsbericht beruhigende Mitteilungen machen: 2000 m über dem Meer — das bekam dem Bruder besser als zuvor die deutsche Schule in Carácas, der Hauptstadt; und der neue Lehrer, der die alemannische Mundart der Tovarers sprach, war bei ihnen beliebt und gut aufgehoben. — Endlich, nachdem der vor 75 Jahren mitgenommene längst gestorben, wieder ein deutscher Lehrer in der deutschen Gemeinde. Und beinahe gleichzeitig der erste deutsche Pfarrer, ein Rheinländer Bufert, katholischer Missionar auf Jamaika, von den Engländern dort ausgewiesen und dem Erzbischof zugewiesen.

Beide sind nicht mehr dort: „Lehrer Galler ist seinem Leiden erlegen“ — kam schon nach ein bis zwei Jahren die Kunde übers Meer. — Wie wieder einen finden, der alemannisch mit seinen Leuten spricht, die das Hochdeutsch erst wieder durch

die Schule lernen müssen, und zugleich das von der Regierung verlangte Spanisch versteht? Wer wird mit den zwei Kisten Lehrmitteln des badischen Unterrichtsministeriums herüberfahren wollen?

Und dann — der Geistliche, der sich weniger gut mit der Gemeinde gestellt hatte, wird er nach Friedensschluß bleiben? wenn nicht — und es wäre wohl gut, da Bürgermeister Ruh keine Einmischung in seine Gemeindeangelegenheiten duldet — findet sich so bald wieder ein deutscher Seelsorger?

Da — vor 14 Tagen wieder eine Überraschung — diesmal eine freudige. Vor der Gangtüre ein Auslanddeutscher, nach seiner fremdartigen Aussprache zu schließen von Übersee, ein hoher Mann im Ordensgewand: „Pfarrer Dobbert von Tovar.“ — Man hat in unseren Tagen nachgerade das Verwundern verlernt. Bufert ist gegangen und der Benediktiner-Pater an seine Stelle getreten, sehr zu rechter Zeit — auch ein Rheinländer, von Düsseldorf, wohin er durch die Nachricht von der Schwererkrankung seiner Mutter gerufen worden, zu spät durch die lange Überfahrt gekommen war. Heute hat er sich wieder eingeschifft auf holländischem Dampfer über Surinam. Zuvor ist er — kurz nach mir — in Gemeinden am Kaiserstuhl und an den Schwarzwaldvorbergen gewesen, aus denen 1843 die Auswanderung nach Tovar gegangen, und er nimmt die zwei Karlsruher Kisten und vom Freiburger Ordinariat kirchliche Geräte und Gewänder mit. — Und er bringt — wenn ihm auch der Plan, hierlands eine Ordensstation zur Vorbildung junger Leute für Tovar — und sonst für Spanisch-Südamerika nicht gelungen — vor allem sich selbst wieder als Pfarrer und, wenigstens vorläufiger, Lehrer. Er scheint dafür der rechte Mann: in Südamerika selbst seit langen Jahren beruflich tätig nach Abschluß seiner Studien in Häusern des bildungsfreundlichen Benediktinerordens kennt er Volk und Landesbrauch, ohne daß er dadurch seinem Volk und Vaterland entfremdet worden wäre, und er hinterließ mir den Eindruck eines bei vielem Wissen schlicht: natürlichen Mannes, der für die deutschen Bauern paßt, wie ihn denn auch vor mir liegende Bilder nicht nur als Priester und Lehrer mit seiner Schülerschar, sondern auch hoch zu Roß und als Feldarbeiter zeigen. Gott verläßt den Deutschen nicht. Das hat sich wieder einmal an der Breisgauer Urwaldsiedlung, dem Patenkind unseres badischen Landesverbandes des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“, gerade zu rechter Zeit erwiesen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Wie man die Sympathien der Auslanddeutschen nicht gewinnt.

Aus dem Haag sendet man uns einen Briefwechsel zur Veröffentlichung, der uns über diesen Einzelfall hinaus charakteristisch zu sein scheint. In den Spruchkommissionen sitzen auch Auslanddeutsche, und sie sollten in der Erfassung der besonderen Mentalität ihrer Leidensgenossen doch eine gewisse Übung und auch einen gewissen Takt haben und durchsetzen. Der Briefwechsel ist mit unwe:entlichen Kürzungen wiedergegeben, eines besonderen Kommentars bedarf er wohl kaum!

Die Spruchkommission II für Auslandschäden Berlin schreibt aus Zehlendorf an unseren Einsender:

„In Ihrer Eingabe an den Bund der Auslanddeutschen vom 23. 2. 1920 geben Sie an, daß Sie im Februar 1903 ausgewandert sind und daß Sie sich nicht in die Matrikel des deutschen Konsulats in Brüssel haben eintragen lassen, da das neue Gesetz diese Maßnahme unnötig machte.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 ist am 1. Januar 1914 in Kraft getreten. Für Ihren Fall kommt noch das alte Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der

Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 in Betracht. Nach § 21 dieses Gesetzes tritt der Verlust der Staatsangehörigkeit ein, wenn sich der Betreffende 10 Jahre lang ununterbrochen im Auslande aufgehalten hat, und würde nach dem neuen Gesetz nur durch Neueinbürgerung aufgehoben werden können.

Sie werden daher ersucht, umgehend – spätestens bis 15. September 1920 – hierher mitzuteilen, ob Sie in der Zeit vom Februar 1903 bis Februar 1913 in Deutschland gewohnt haben. Zutreffendenfalls werden Sie ferner ergebenst ersucht, hierfür entweder Belege beizubringen oder zu erklären, ob Sie bereit sind, die Tatsache Ihres Besuches in Deutschland zu beedigen.“

Unser Einsender antwortete folgendermaßen:

„Ihre Mitteilung vom 27. 8., erst am 4. 9. 20 gepostet, kam am 8. ds. an. Wenn ich sie heute, am 11., zur Beantwortung zur Hand nehme, steigt in mir noch die Bitterkeit über eine solche Behandlung empor.“

Als Spruchkommission haben Sie sicher meine Akten vorliegen und wußten also:

1. daß ich deutschen Stammes und in Deutschland erzogen bin, dort studiert und meiner Dienstpflicht nebst Reserveübungen genügt habe, mit einer geborenen Deutschen getraut bin,
2. daß ich vom 14. August 1914 bis 11. Januar 1919 im Felde gewesen bin.

Diese Tatsachen sind Ihnen, abgesehen von meinem Anmeldeformular, schon aus meinem ersten Schreiben vom 23. Mai 1919 an den Herrn Reichskommissar bekannt.

Ich empfand es deshalb schon als ein sehr eigentümliches Verfahren, mich auf ein ungültig gemachtes Gesetz hin in Ihrem Schreiben vom 21. 4. 20 als ‚staatenlos‘ zu bezeichnen. Den Beweis für meine Teilnahme am Feldzuge erbrachte ich alsdann, indem ich Ihnen mit Schreiben vom 2. Mai 1920 meinen Militärpaß mit Entlassungspapieren einsandte.

Daß Sie trotz dieser unumstößlichen Tatsache, 4½ Jahre Kriegsdienst für Deutschland, mich von Deutschland ausschließen wollen, ist eine unerhörte Schmach.

In der größten Not unseres Landes, am 3. August 1914, verließ ich Frau und Stellung, um meinem Heimatlande die Treue zu halten, wenn es sei mit dem eigenen Blute.

Heute, in der Not des verschärften Leistungskampfes, nach Verlust meiner Habe und meines Vermögens, versucht eben dieses Land Treue um Treue dadurch zu halten, daß es die

feierlich übernommene Verpflichtung des Schadenersatzes als einen Fetzen Papier behandelt und mich zum Heimatlosen stempeln will: des Mammons wegen.

Im August 1914 hat man nicht gefragt, ob das ‚schlechteste aller Auslandgesetze‘, der frühere automatische Staatsverlust des Auslandsdeutschen nach 10 Jahren, auf mich zutrifft!!!

Glauben Sie, die Schöpfer dieses Gesetzes würden Ihre Handlungsweise billigen?

Ihr Vorgehen gegen einen Kriegsteilnehmer ist unerhört und verdient zum Schutze Hunderter anderer Leidtragender an den Pranger gestellt zu werden.

Denn wenn ein altes, als unvernünftig erkanntes und ungültig erklärtes Gesetz mit seinen toten Paragraphen noch sinnwidrig über das unter vielen Entbehrungen und Gefahren bewiesene Deutschum siegen kann, dann muß eventuell sogar der Reichstag angerufen werden.

Als billig denkende Vertreter einer Art Landesbehörde, als Anwälte des zu Boden gedrückten Auslandsdeutschtums, als Menschen, die dem Vaterlande durch rasche und unbürokratische Urteilsgründe Tausende von Sorgenexistenzen als neugeborene Auslandsplaniere wiedergeben können, müßten Sie selbst die Initiative zu solchen Schritten geben und nicht Menschen, die sich sicher manchmal weniger wehren und weniger Beweise erbringen können, oder denen solches viel saurer fällt, zu ‚Heimatlosen‘ stempeln.

Wenn diese Zeilen manchem Auslandskriegskameraden helfen, so will ich gern die bitteren Stunden des Empfangs Ihrer Zuschrift vergessen.

Ich für meinen Teil kann Ihnen mit Leichtigkeit beweisen, daß ich jedes Jahr in Deutschland mehr oder wenig lange Zeit gewohnt habe, was Sie aus beiliegender Aufstellung ersehen wollen.

Die entsprechenden Adressen geben es Ihnen in die Hand, sich von der Richtigkeit meiner Aussagen zu überzeugen. Ich könnte Ihnen natürlich noch einige Dutzend Zeugen mehr aufgeben, hoffe aber, daß die genannten genügen werden.

Ich denke ferner, daß Sie es nicht als ‚auswandern‘ im eigentlichen Sinne des Wortes bezeichnen dürfen, wenn ein junger Mensch nach seiner Studienzeit zum Lernen in ein anderes Land geht und dort für durchweg deutsche Firmen in Stellung bleibt.

Mögen Sie mein Schreiben von der richtigen Seite auffassen und Sie werden bei einigem Nachdenken sich selbst sagen: ‚So etwas dürfen wir nicht wieder machen, wir wollen aufhelfen und nicht abstoßen!‘“

AUSWANDERUNGSWESEN

Zur Auswanderung nach Sowjet-Rußland.

Der erste Transport in Reval.

Aus Reval erhält das Deutsche Ausland-Institut von seinem Vertreter nachfolgenden Bericht, der am 28. Juli abgegangen ist:

„Die Leser deutscher Zeitungen hatten in den letzten Monaten nicht selten Gelegenheit, in den Spalten ihrer Blätter allerhand Nachrichten über Auswanderungspläne deutscher Arbeiter nach Räte-Rußland zu lesen. Auch in den bolschewistischen russischen Zeitungen kursierten ähnliche Meldungen. Die russische Räteregierung verhielt sich diesen Plänen gegenüber durchaus wohlwollend, ja sie schienen zum großen Teil ihr Dasein ihrer Anregung zu verdanken. Trotzdem glaubte hier bei uns niemand so recht an die Möglichkeit einer nahe bevorstehenden Verwirklichung dieser Pläne.“

Die Nachricht, daß zusammen mit den deutschen Delegierten für die Moskauer III. Internationale im hiesigen Hafen auf dem „Oberbürgermeister Haken“ eine größere Zahl deutscher Arbeiter eingetroffen sei, um sich von hier aus weiter nach Räte-Rußland zu begeben, erregte daher großes Aufsehen. Nähere Erkundungen ergaben, daß es sich um etwa 200 deutsche Arbeiter handle, die von Rußland speziell für die Wiederherstellung des russischen Transportwesens angeworben waren. Dazu kam eine Zahl von Frauen und Kindern, so daß die Gesamtzahl der Auswanderer an 250 betrug. Sie machten durchweg einen frischen und munteren Eindruck und sahen die in Rußland ihrer harrende Zukunft im rosigsten Licht. Nur zu bald allerdings sollten sie erfahren, daß es schon auf dem Wege ins gelobte Land nicht

nur Rosen, sondern auch Dornen gäbe, konnte doch der Plan, die Auswanderer auf dem Landweg weiter nach Rußland zu befördern, nicht zur Ausführung gelangen, da die Genehmigung der estnischen Behörden zur Durchfahrt zunächst nicht erteilt wurde. In quälender Unruhe, eng zusammengedrängt, nicht genügend mit Vorräten ausgerüstet, mußten die Auswanderer hier mehrere Tage nutzlos im Hafen verbringen. Um keine weitere Zeit zu verlieren, setzte das Schiff endlich seine Reise nach Narwa weiter fort. Aber auch dort war die Ausbootung vorläufig noch nicht gestattet, und die Auswanderer mußten weitere 24 Stunden auf hoher See verbringen, hier unter noch ungünstigeren Umständen, da das Schiff, allen Unbilden der Witterung — unterdessen war Sturm, Regen und hoher See-gang eingetreten — ausgesetzt, hier nicht im Hafen, sondern auf freier See ankern mußte. Am 23. erfolgte endlich die Genehmigung der estnischen Regierung zur Ausbootung und Rücktransport, und so konnten die Auswanderer ihre Reise fortsetzen.

Manchen der Auswanderer mag der bittere Vorgeschmack vielleicht etwas nachdenklich gestimmt haben. Auch den vielen, die ihnen nachfolgen wollen — es sollen noch 50000 Arbeiter nach Rußland unterwegs sein —, werden diese Schwierigkeiten des Transports zu größerer Vorsicht und vielleicht zu vorläufigem Abwarten veranlassen. Bei der immer noch fortdauernden Ungelährtheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland könnte dies für die Beteiligten nur von Vorteil sein.

Dittmanns Bericht.

Die Bewegung der kommunistischen Gesellschaft „Ansiedlung Ost“ hat einen vernichtenden Schlag erhalten durch die Veröffentlichungen, die verschiedene führende Mitglieder der U. S. P. in der „Freiheit“, dem Parteiorgan, machten. Namentlich der Unabhängige Dittmann, aber auch der bekamte frühere Universitätsprofessor und jetzige lettische Führer Ballod, der früher alles Heil von Sowjetrußland erwartete, warnen entschieden vor der Auswanderung und was Dittmann erzählte — und was wir nur kurz wiedergeben wollen, da es in der gesamten Tagespresse abgedruckt worden ist — wird wohl dem Gerede übereifriger Agitatoren nun ein rasches Ende bereiten. Dittmann und seine Kollegen besuchten selbst die sagenumwobene Fabrik Kolomna, die sie verwahrlost und in schlechtem Zustande trafen. Trotz der schlechten Ernährung schaffe einer der neu herangeholten deutschen Arbeiter so viel wie fünf Russen, die gar kein Interesse an der Arbeit hätten und sie nur zu sabotieren wünschten. In einer Aussprache mit den deutschen Auswanderern schilderten diese selbst ihre Lage. Sie seien belogen und betrogen worden, war die stets wiederkehrende Klage. Von den zustehenden Lebensmitteln könnten sie nicht leben, Unterkunft und Verpflegung seien über die Maßen schlecht, was in Rußland herrsche sei kein Kommunismus, sondern Desorganisation, die unmöglich sei. Scharfe Worte fielen gegen die „Rätezeitung“ und gegen die „Ansiedlung Ost“, die von Verträgen geschwindelt hätten, von denen jetzt die russische Regierung gar nichts wissen wolle. Alle Auswanderer erklärten einstimmig, sie wollten zurück nach Deutschland, an ein Nachkommenlassen ihrer Familien sei gar nicht zu denken. Sie seien abgeschnitten von der Heimat, ohne Möglichkeit, Briefe zu senden, in einem Lande, in dem man verhungern müsse. Das Brot sehe aus wie Torf, das ganze Land sei in unbeschreiblicher Verwirrung und Verwahrlosung. In der Versammlung sprachen Dittmann, Däumig und Crispian, also die anerkannten Führer der U. S. P., zum Thema und ver-

suchten die deutschen Genossen über die schwierige Lage Rußlands aufzuklären. Sie fanden aber wenig Gnade vor den Ohren der enttäuschten Auswanderer, die nichts wollten, als zurückkehren. Der russische Redner Makaroff, einer der Leiter der Fabrik, erregte einen Sturm des Unwillens, als er sagte, die Deutschen dächten nur an ihre eigenen Interessen und nicht an die Russen, die noch schlechter lebten als sie. Die besten Genossen arbeiteten an deren Front, die Deutschen seien in Wirklichkeit Kontrerevolutionäre. Der Sturm der Entrüstung konnte nur mühsam beschwichtigt werden. Die Mitglieder der unabhängigen Delegation mußten versprechen, für den schleunigen Heimtransport der Auswanderer Sorge tragen zu wollen.

Unbelehrbar.

In einer Leipziger Versammlung referierte der Genosse Gumprich in einem zweistündigen Vortrag über „Dittmanns Verrat an Sowjetrußland“. Das alte Lied: Wer die Wahrheit zu sagen wagt, ist ein „Spitzel“ oder ein „Verräter“. Das war auch, nach einer einstündigen Einleitung, in der er all die schönen Sowjettheorien zum hundertsten Male vortrug, Genosse Gumprichs Leitmotiv. Dann aber kam die Diskussion und da traten zwei junge Leute an den Vortragstisch, die selbst zu den zurückgekehrten Auswanderern gehörten, von denen ja inzwischen 70, zum Teil elend und krank, in Swinemünde gelandet sind. Sie schenkten der Versammlung klaren Wein ein und bestätigten vollinhaltlich die Dittmannschen Enthüllungen. Lärm und wütende Zurufe waren die Antwort. Das Wort Spitzel war noch eine Liebenswürdigkeit unter den Zurufen. Doch als die beiden Redner sich nicht aus der Fassung bringen ließen, wuchs der Skandal immer mehr an. Gumprich versuchte im Schlußwort in höchster Erregung die Aussagen der beiden Leute zu entkräften. Diejenigen, die die beiden Leute zur Auswanderung veranlaßt hätten, gehörten an die Wand gestellt, erklärte er. Da ertönten viele Zurufe aus der Versammlung, dann müsse aber auch er an die Wand gestellt werden. Die Mehrzahl der Versammlung stand aber augenscheinlich auf Gumprichs Seite und bedrohte die Leute, die den Aussagen der beiden Zeugen glauben wollten, mit Prügel. Auch die beiden Rückwanderer selbst hatten Mühe, sich zurückziehen zu können.

Seit Dittmann, der Parteiführer der unabhängigen Partei, den man als „verlogenen“ verbürgerlichten Spion doch nicht verdächtigen kann, seine Enthüllungen über die Schicksale des ersten Auswanderertransportes in der „Freiheit“ veröffentlicht hat, bemüht sich die „Rote Fahne“, gegen die kräftige Abschüttelung der Segnungen des Bolschewismus Front zu machen. Interessant ist aber auch, was Dr. Levi, ein Hauptkommunist, über die Zusammenstellung des berühmten ersten Transportes von 200 deutschen Arbeitern und Siedlern für Sowjetrußland zu sagen weiß. Es ist bekannt, daß dieser Transport von der „Ansiedlung Ost“ etwas übereilt zusammengestellt wurde, weil auf ein Telegramm hin geglaubt wurde, der Transport müsse innerhalb weniger Tage abgehen. Wie er aber ausgesehen hat, darüber urteilt der Kommunist Levi folgendermaßen:

„Bereits bei unserem Anbordgehen in Stettin erklärten die vier Delegierten der Unabhängigen und ich, die wir zusammen reisten, übereinstimmend, daß die Art der Auswahl der Auswandernden — milde gesagt — eine unglückliche sei: während wir alle, schon ehe wir Rußland gesehen hatten, der Meinung waren, daß nur ganz besonders ausgewählte Arbeiter für die Auswanderung nach Rußland in Betracht kämen, sahen wir da alte Männer, Lungenkranke, Schwerkriegsverletzte, Zupfgeigen-

spieler, und unter anderen auch einige „Gustav Nagel-Jünger“ mit Sandalen, nacktem Untergestell, ungeschorenem Schopf, einem Band ums Haar und einem Aposteltrick um die Lenden.“

Die Sachkenntnis und das Verständnis für Auswanderungsfragen überhaupt scheint nach dieser Arbeit bei der „Ansiedlung Ost“ nicht allzu reichlich vertreten zu sein. Denn eine solche Zusammenstellung eines Transports trägt den Keim des Mißlingens in sich, nicht nur bei der besonders schwierigen Auswanderung nach Sowjetrußland!

Derweilen machte die „Räte-Zeitung“ immer noch in ihrem frohen Optimismus weiter und ein Bericht über die Vollzugsratssitzung vom 31. Juli bis 3. August, die in Leipzig stattfand, sah so aus, als ob alles in schönster Ordnung sei. Die „Delegierten“ erklärten alle, daß die Verträge „ungefähr denselben Inhalt hätten, wie die derzeitig vorgelegten“, und daß nur einige Verbesserungen erzielt worden seien. Daß der erste Transport übereilt abgelassen worden sei, wurde zugegeben. Man konnte begierig sein, wie die „Räte-Zeitung“ sich mit den Enthüllungen Dittmanns abfinden würde. Und tatsächlich, endlich schien auch sie einzulenken!

Warnungen.

Die „Ansiedlung Ost“ warnte in der Rätezeitung die Mitglieder, an den Abgang des ersten Transports aus Stettin allzu große Hoffnungen zu knüpfen. Weitere Transporte könnten erst abgehen, wenn die russische Kommission aus Sowjet-Rußland eingetroffen wäre, was aber bis jetzt bekanntlich nicht der Fall war. Alle Nachrichten, daß in den nächsten Tagen und Wochen weitere Transporte abgehen sollten, seien also unrichtig, die Genossen würden eindringlich gewarnt, die Möbel zu verkaufen und den Haushalt aufzulösen, namentlich aber aufs Geratewohl nach Stettin zu fahren, wo sie bei der jetzigen Lage notgedrungen arbeitslos blieben und doch nicht fort kämen. Nur die Genossen sollten einwandern können, die von der russischen Kommission dazu bestimmt würden. Die ökonomische Lage Rußlands zwingt dazu, ganz bestimmte Vorkehrungen zu treffen. Es wurde nicht gesagt, welche Vorkehrungen, und auch nicht nach welchen Grundsätzen die russische Kommission auswählen würde. Es könne nur mit Genossen zusammen gearbeitet werden, so wurde weiterhin gesagt, „die ein proletarisches Bewußtsein, d. h. auch ein Solidaritätsgefühl und Disziplin in sich hätten“. Für eine Massenauswanderung könne Sowjet-Rußland zurzeit nicht in Frage kommen, alle dahingehenden Nachrichten seien unrichtig.

Die Russen indessen blieben kühl und zurückhaltend.

In der neuesten „Rätezeitung“ gab die Interessengemeinschaft bekannt, daß die Zentraleitung mehrere Telegramme und Funkprüche nach Moskau und Reval abgesandt habe, jedoch eine Antwort ausgeblieben sei. Es handelte sich um die Frage des Kommens der russischen Kommission*), die die Auswanderer nach Rußland prüfen und sieben sollte und ohne deren Genehmigung keine weitere Ausreise mehr stattfinden dürfe. Die Interessengemeinschaft bat ihre Mitglieder deshalb „auch eine gewisse revolutionäre Geduld auf sich zu nehmen, die Funktionäre könnten selbst nichts tun als mit dem verschärften Kampf gegen die Sabotage einzusetzen“. Mit diesem verschärften Kampf ist den Mitgliedern und Auswanderungslustigen allerdings wenig gedient. Sie wollen auswandern, sie sind durch Hunderte von Propagandareden dazu aufgefordert, ja angereizt worden, und jetzt zeigt sich, daß alle diese Versprechungen doch Wechsel

auf eine recht lange Sicht darstellen. Daß die Erregung unter den Anhängern der Interessengemeinschaft unter diesen Umständen wächst, ist leicht begreiflich. Es hat unter solchen Umständen auch wenig Zweck, wenn die Interessengemeinschaft jetzt beginnt, Berichte der Delegation über einzelne Sowjetgüter und Sowjetfabriken zu veröffentlichen, die in leuchtenden und lockenden Farben gehalten sind und die von den Delegierten im Beisein der Arbeiter der betreffenden Werke und der Fabrikkomitees zusammengestellt worden sind.

Zu gleicher Zeit veröffentlichte die Sowjet-Regierung eine Note, wonach am 1. Juli ein wilder Transport von Auswanderern von Stettin abgegangen sei (damit ist also der erste Transport der Ansiedlung Ost von 200 Lokomotivschlossern gemeint), den man zwar angesichts der Notlage der Auswanderer angenommen habe, der aber ein warnendes Beispiel sein sollte; die Sowjet-Behörden würden in Zukunft keine Auswanderer mehr annehmen, die nicht ordentlichen Sichtvermerk der Sowjet-Behörden in Deutschland hätten.

Inzwischen haben sich die Dinge aber beträchtlich verschoben. Die aus Sowjet-Rußland zurückgekehrte Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat durch den Mund ihrer Führer gesprochen, und was die Herren Dittmann, Däumig, Crispian und der frühere deutsche Universitäts-Professor und jetzige lettische Staatsmann Ballod erzählen, stellt gewiß ein unverdächtiges, aber deshalb ein um so vernichtenderes Zeugnis dar. Der Kernpunkt ihrer Untersuchungen ist: Die russischen Fabriken sind total verwahrlost, die Regierung ist total unfähig, sie in Gang zu bringen, die russischen Arbeiter wollen nicht arbeiten und die deutschen Auswanderer wollen unter allen Umständen baldmöglichst zurück. Dieselben Herren, die noch auf dem Schiff nach Reval, wo sie mit der unabhängigen Delegation zusammenfuhren, über die „hohen Herren“ gespottet hatten, flehten sie jetzt an, alles zu tun, damit ja die deutschen Arbeiter baldigst das gelobte Land wieder verlassen könnten. Damit wird wohl die maßlose und verlogene Agitation der „Ansiedlung Ost“ einen Todesstoß bekommen haben, wir werden uns aber auf ernste Auseinandersetzungen in ihren Reihen und der Genossen mit ihren Funktionären gefaßt machen müssen.

Die Verträge.

Nachdem durch die Enthüllungen der Führer der unabhängigen sozialistischen Partei der wüsten Agitation der „Ansiedlung Ost“ ein kräftiger Riegel vorgeschoben worden ist, hält es die „Rätezeitung“ doch für notwendig, ihre Nummer 33 als eine Sondernummer der Interessengemeinschaft herauszugeben. Genosse Gumpri ch schrieb den Leitartikel, voll von den üblichen Phrasen, aber mit ganz interessanten Einzelmitteilungen. Er gibt zu, daß vorläufig nur politisch einwandfreie Leute für Rußland in Betracht kämen. Zwar sollen viele Tausende von Genossen aus Skandinavien, Frankreich, Österreich und Italien ihre Hilfe angeboten haben, trotzdem aber ständen die Russen selbst auf dem Standpunkt, daß zunächst nur wenige als Helfer in Betracht kämen. Gumpri ch gibt zu, daß seit seiner ersten Reise nach Rußland die Produktion dort schwächer geworden ist, hauptsächlich wegen des Mangels an Brennstoffversorgung und der demoralisierenden Wirkung der mangelhaften Ernährung. Trotzdem sei der wirtschaftliche Tiefstand überschritten, weil die Versorgung mit Naphtha wirksam zu werden beginne. Gumpri ch schildert recht drastisch die Holznot, durch die ein bürgerliches Rußland zugrunde gerichtet worden wäre, die ein proletarisches aber durch die wundervolle Initiative und durch die

*) Die Kommission ist neusten Nachrichten zufolge in Berlin angekommen.

„normierte Arbeit“ der Proletarier überwand. Aber in absehbarer Zeit werde doch die Transportnot nicht behoben werden können. Rußland fehle es an Facharbeitern. Es brauche Hilfe des ausländischen Proletariats zur Arbeit und der ausländischen Industrie zur Lieferung von Maschinen, Werkzeugmaschinen und Werkzeugen, von denen Rußland völlig entblößt sei. Gumpnich erkennt den schlechten Zustand der russischen Städte und Straßen an, aber man sehe und merke überall die Inangriffnahme von Arbeiten und die Besserung der Lebensmittelverteilung. Gumpnich gibt eine Tabelle der Verteilungsnormen und erkennt an, daß bei solchen Mengen der deutsche Arbeiter, der nicht wie der russische auf dem Lande daneben hamstern könne, nicht zu leben vermöge. Er drückt das allerdings so aus, daß dabei „der einzelne sich Einschränkungen auferlegen müsse“. Gumpnich deckt aber selbst das heillose System auf, das durch die enormen Schleichhandelspreise geschaffen wird. Die Arbeiter einzelner Betriebe haben es besser, so dürfen die Eisenbahnarbeiter mit jeder ersten reparierten Lokomotive eine Hamsterfahrt zur Hereinholung von Lebensmitteln machen. (Gumpnich sagt aber nicht, daß sofort nach dieser ersten Fahrt der Zug und die Lokomotive gewöhnlich wieder „reparaturbedürftig“ sind.) Gumpnich zählt wiederum die auf dem Papier stehenden Theorien über die soziale Fürsorge auf. Zwar erkennt auch er an, daß nur 600000 Kommunisten das Volk von 150 Millionen beherrschten, aber dieses Volk habe sich mit der Regierung abgefunden, da jede andere Regierung es nur noch weiter ins Elend stürzen würde. Von dem offenen Streit zwischen den wirtschaftlichen Kreisen Rußlands, die fremde Hilfe zum Wiederaufbau wollen und die Einwanderung wünschen und den politischen Kreisen, die, um die Weltrevolution zu fördern, die deutschen Genossen bei ihrer deutschen Aufgabe der Schaffung eines Sowjetdeutschlands belassen möchten, spricht auch Gumpnich. Er sagt nur, ein Sowjetdeutschland setze Lebensmittelversorgung durch Sowjetrußland voraus, diese könne Rußland aus eigener Kraft in den nächsten Jahren nicht bewältigen, also sei die Hilfe deutscher Genossen für Sowjetrußland auch eine Hilfe für die Weltrevolution und Voraussetzung für ein zu schaffendes Sowjetdeutschland. Von den Agrarzuständen in Rußland sagt Gumpnich, daß die Bauern antibolschewistisch sind, indem sie den freien Handel behalten wollen. Man kann sich also denken, auf welchen Haß und auf welchen Widerstand die deutschen Genossen stoßen werden, wenn sie gegen den Widerstand der russischen Bauernschaft nun die Sowjet-Kollektiv-Kommunen durchführen und ihre Überschuwirtschaft für die Städte betreiben sollen!! Dabei halte die Sowjetregierung unbedingt an der zunächst zu eröffnenden Siedlung Oparina fest, weil, wie Herr Gumpnich festgestellt haben will, „oben im Norden, dem Zug des Ural folgend“, gewaltige Kalilager sich befänden, die in nahem Zeitraum erschlossen werden sollten, wozu als Voraussetzung die Kolonisierung dieser unbesiedelten Waldgebiete gehöre.

Was die Industriesiedlung betrifft, so verlangten die russischen Kommunen bestimmte Normen, wobei bei den Verhandlungen zugesagt wurde, daß in diesem Jahre bis 5000 qualifizierte Facharbeiter nach Rußland gehen sollten, desgleiche 1000 Personen für Oparino und 2000 für die Sowjetgüter. Die Ernährung für diese Einwanderer soll durch Ankauf ausländischer Lebensmittel verbessert werden. Es wurde zugrunde gelegt, sofort im Ausland eine große Schiffsladung von Lebensmitteln den Einwanderern in Reval bzw. in Narwa zur Verfügung zu stellen (was sie damit etwa in Oparino oder in Moskau anfangen sollen, ist allerdings wohl schleierhaft!!). Die allmählich schon sagenhaft

gewordene russische Kommission, die die deutschen Einwanderer prüfen sollte, war schon zusammengestellt, erhielt aber von Estland keine Einreiseerlaubnis; als diese dann eintraf, verweigerte die deutsche Regierung so lange die Einreiseerlaubnis, bis auch einer deutschen Studienkommission die Einreiseerlaubnis nach Sowjetrußland gewährt würde, und als diese dann eintraf, war die russische Kommission von Petersburg, wo sie gewartet hatte, längst wieder nach Moskau zurückgefahren, wo sie neu zusammengestellt werden sollte. Das war Ende Juni. Bis jetzt ist sie aber nicht gekommen!! Gumpnich faßt zum Schluß seine Ausführungen zusammen, daß nach Rußland gehen könne, wer schärfste revolutionäre Arbeit leiste und dabei gewisse Einschränkungen, ja Entbehrungen erdulden wolle. Rußland sei ein Land der Diktatur! Es gelte keine Existenz in Rußland suchen, sondern den ersten sozialistischen Staat aufbauen. Egoismus und persönliche Bedürfnisse müßten dabei ausgeschaltet werden.

Die gleiche Nummer der „Räte-Zeitung“ veröffentlicht nun auch die Bestimmungen und Verträge, die zwischen der Interessengemeinschaft-Leipzig und dem Obersten Wirtschaftsrat in Moskau am 19. Mai 1920 gezeichnet worden sind. Nach den „Grundlagen“ werden die deutschen Arbeiter ganz den russischen Gesetzen, Ernährungs- und Wohnverhältnissen und der russischen Anordnung hinsichtlich Arbeitszeit usw. unterstellt. Überall, wo es heißt, daß ihre Ernährung verbessert werden kann, daß sie selbst sich Wohnungsgelegenheit schaffen und bauen können, daß ihnen dafür Materialien zur Verfügung gestellt werden können, handelt es sich um keine „Muß-“, sondern eben nur um „Kann“-Vorschriften, wobei die russischen Behörden ganze Einwanderertruppen, wie auch einzelne Einwanderer jederzeit ablehnen können. Die Einwanderer und ihre Familien werden auf 5 Jahre von den Staats- und Gemeindesteuern befreit, auf 3 Jahre vom Militärdienst (nur haben sie am militärischen Unterricht teilzunehmen), doch können sie (und das ist eine gefährliche neue Bestimmung!!) „im Falle von Arbeitsverweigerung, eigenmächtigen Verlassens der Arbeit, Nichterfüllung der bestimmten Arbeitsnorm oder Verletzung der Sowjetgesetze“ dieser Vorteile, Vergünstigungen und Vorrechte verlustig gehen. Zu deutsch also: Steuern und Zwangsmilitarisierung sind Disziplinarstrafen gegen unbotmäßige Einwanderer, die gegen die Diktatur aufzumucken wagen werden. Und in welchem Maße sich die Interessengemeinschaft den Sowjets ausgeliefert hat, das bezeugt der Satz, der von den Rechten der russischen Kommission in Deutschland spricht: „Der Delegation steht das Recht zu, die Interessengemeinschaft und ihre angeschlossenen Organisationen auf ihren Mitgliederbestand, Charakter und Finanzlage zu prüfen.“

Die Ausführungsbestimmungen zu diesen Grundlagen enthalten genaue Vorschriften über die Zusammenarbeit der russischen Kommission für Deutschland mit dem Vollzugsrat der Interessengemeinschaft, über die Zusammenstellung der Auswanderertruppe, über Pässe und Sichtvermerke, ärztliche Untersuchungen usw. Die Arbeiter erhalten bis Petersburg vom Ausreisetag an Tagelder von 40 Mark, wobei sich aber die russische Kommission das Recht vorbehält, dieses Tagegeld nach dem entsprechenden durchschnittlichen Lohn eines mittleren Arbeiters in Deutschland zu ändern und wobei der nicht ausbezahlte oder zu viel ausbezahlte Satz der Tagelder in russische Valuta umgerechnet den Auswanderern nachgezahlt oder abgerechnet werden soll. Die Arbeiter erhalten eine Übersiedlungsgebühr, wenn sie ledig sind, vom 25fachen des Tagessatzes, wenn sie verheiratet sind vom 50fachen. Dafür aber müssen sich die Arbeiter

bis Petersburg selbst mit Lebensmitteln versorgen. Von Petersburg an bis zur Arbeitsstätte übernimmt die Sowjetregierung die Bezahlung nach russischen Sätzen und auch die Verproviantierung. Alle Kosten für Organisation der Transporte und für Lebensmittelversorgung trägt die Interessengemeinschaft. Reise- und Gepäckkosten auf Eisenbahn und Schiff trägt gegen Vorlage der Belege die Sowjetregierung. Das Gepäck der Auswanderer darf für Ledige 160 Kilo, für Familienmitglieder über 10 Jahre 80 Kilo und unter 10 Jahren 32 Kilo nicht übersteigen, nicht eingerechnet das Gewicht des mitgenommenen Handwerkzeuges. Sammlung der Transporte in Stettin, Stationierung eines Vertreters der Interessengemeinschaft in Reval, Schickung einer dreigliedrigen Kommission der Interessengemeinschaft nach Moskau (auf Kosten der Sowjetregierung!), Errichtung eines Unterkunftsheimes mit Arbeitsverteilungsstelle in Petersburg, möglichste Ernährung der deutschen Genossen nach gewohnter Weise und Stellung von Kartoffel- und Gemüseland an sie, sind weitere Hauptbestimmungen dieser am 30. April gezeichneten Zusatzabmachungen.

Die besonderen Abmachungen, die zwischen den Kontrahenten über die landwirtschaftliche Siedlung beschlossen wurden und die am 15. Mai 1920 gezeichnet sind, enthalten die Bestimmung, daß den Siedlern am Malomafluß im Nord-Dwinsker Gouvernement 250000 Deßjatinen überwiesen werden. (An anderer Stelle heißt es, daß den Siedlern Gelände zur Verfügung gestellt werden solle, „wo man zuerst verbreiten muß das wirtschaftliche und industrielle Leben in schwerem Kampf mit der Natur“.) Die Siedler werden auf 5 Jahre, gerechnet vom Halbjahr nach der Ansiedlung, vollständig und auf weitere 5 Jahre zur Hälfte von allen Regierungsabgaben befreit und auf 3 Jahre vom Tage der Ansiedlung an von Militärpflicht und der Pflicht der Lieferung von Wagen, Pferden und Geschirren für die Armee. Innerhalb dreier Jahre müssen die zugewiesenen Territorien durch die Kollektiven besiedelt sein. Alle Ansiedler mit Inventar und Eigentum werden auf Kosten der Interessengemeinschaft bis zur russischen Grenze befördert, das auf Kosten der russischen Regierung anzukaufende und aus besonderen Vorschüssen (die späterhin zurückzuzahlen sind!) zu bezahlende Inventar an Maschinen, Werkzeugen, Wäsche, Kleidung, Nahrungsmitteln wird auf Kosten der russischen Regierung befördert. Innerhalb Rußlands werden die Ansiedler mit ihrem gesamten Inventar frei befördert, ebenso wie auch die zur Vorbesichtigung des Geländes zu entsendenden Bevollmächtigten. Den Kollektivkommunen wird „Wurzelwald für wirtschaftliche Bauzwecke“ zur Verfügung gestellt, „wobei zwecks Entwicklung der mechanischen und chemischen Forstindustrie den deutschen Kolonisten zur Anwendung ihrer persönlichen Arbeit Holz und Holzmaterialeien zu Holzwurzelpreisen überlassen wird, um laut vorgelegten Plänen und Kostenanschlägen, nach gesetzlicher Bestätigung derselben, Fabriken zu bauen“. (Man beachte das nicht nur an dieser zitierten Stelle miserable Deutsch der Abmachungen, das erkennen läßt, wie dieser Vertrag aus dem Russischen von einem nicht sehr fähigen Dolmetscher rückübersetzt wurde.) Das gelieferte Wurzelholz wird zu festen Preisen berechnet, Zahlung erfolgt nicht später als nach 5 Jahren, „die Ausnutzung von fertiggestellten und ausgearbeiteten Materialien unterliegen den diesbezüglichen allgemeinen Gesetzen der Republik und Anordnung der Behörden.“ Zu deutsch: die deutschen Siedler dürfen den Boden bearbeiten, Fabriken errichten und sich abrackern, was aber geschaffen wird, das verbleibt nicht etwa ihnen, sondern gehört der Republik und wird nach Moskauer Gesetz weiter verwertet. Dafür aber

bekommen die Siedler wenigstens innerhalb dreier Jahre, wenn sie selbst nicht genügend produzieren, das Fehlende nach den Normen der Ernährung Sowjetrußlands nachgeliefert! Die Kollektiven erhalten dagegen auch „nach Vorlegung und gesetzlicher Bestätigung der entsprechenden Kostenanschläge und Organisationspläne der einzelnen Wirtschaft für jedes Grundstück“ Unterstützung für Aufklärung und allgemein nützliche Unternehmungen. Alle Unterstützungen und Vorschüsse werden zinsfrei von der Regierung gegeben, sind aber nach 5 Jahren in 10jährigen Raten mit der von den Kolonisten zu liefernden Produktion zu verrechnen und zurückzuzahlen.

Unter dem 18. Mai aber, also später, findet sich noch ein Schreiben des Volkskommissariats für Landwirtschaft an die Interessengemeinschaft, in dem allerdings unter Bezugnahme auf das vorhergehende Schreiben noch einmal wichtige Punkte zusammengestellt werden und in dem es unter Weglassung der Steuer- und Militärfreiheiten einfach heißt, daß die nach Rußland übersiedelnden Siedler vom Moment ihrer Ankunft auf russischem Boden russische Untertanen würden und russischen Gesetzen und Anordnungen unterlägen, „sowie alle übrigen durch den Beschluß des Volkskommissariats vom 7. August 1919 über die ‚Ansiedlung Ost‘ an die deutschen Kolonisten gestellten Anforderungen“. Dieser Satz schließt den Verdacht nicht ganz einwandfrei aus, daß es sich dabei um die berüchtigte Gewährung der Militärfreiheit auf drei Jahre, aber erst vom August 1922 an handeln könnte. Eine Aufklärung über die Absichten dieses Satzes und das Zurückgreifen auf jenen Beschluß vom 7. August 1919 ist jedenfalls dringendst erwünscht. Bedenklich ist auch die Schlußbestimmung dieser Mitteilung, wonach die Beauftragten schriftlich erklären müssen, daß ihnen die „Konstitution Sowjet-Rußlands sowie alle Hauptgesetze und Dekrete, die in Rußland über das ganze wirtschaftliche Leben des Volkes bestimmen, bekannt sind und daß sie sich verpflichten, dieselben auch den Mitgliedern sämtlicher Auswandererorganisationen, die zur Interessengemeinschaft gehören, bekanntzugeben und alle deutschen Genossen, die nach Sowjetrußland übersiedeln, über jene Schwierigkeiten, sogar Entbehrungen, die ihnen in Rußland begegnen könnten, zu orientieren, worüber die Interessengemeinschaft jedem nach Rußland übersiedelnden Mitglied eine besondere schriftliche Bescheinigung abzunehmen und dieselbe der russischen Kommission zu übergeben hat.“ Wenn man sich an die Strafbestimmungen hinsichtlich der Steuern und des Zwangsmilitärdienstes erinnert, die bei Übertretung der russischen Gesetze vorgesehen sind, so erhält diese Bestimmung ein ganz besonderes Schlaglicht.

Aus diesen Zitaten der Hauptbestimmungen, die wir ganz objektiv und getreu wiedergegeben zu haben glauben, erhellt, wie gefährlich das Beginnen der Auswanderung nach Sowjetrußland ist und wie kräftig man alle selbstbewußten und vorwärtsstrebenden deutschen Arbeiter und Siedlungslustigen vor diesem Unternehmen warnen muß. Die „Rätezeitung“ spricht auch von den Klagen der ersten Auswanderer über Rußland und versucht sich selbst reinzuwaschen. Sie sei nicht schuldig, sie habe oft gewarnt und zu Opfern aufgefordert, die Klagen könnten sich also nicht gegen die Interessengemeinschaft und die Rätezeitung richten. Da muß man denn doch sagen: das ist unrichtig.

Wir haben selbst einen der Delegierten sprechen hören, einen Herrn Müller, der zwar ein Schwatzkopf war und von Rußland selbst keine Ahnung zu haben schien, der aber nur goldene Berge versprach, kein Wort von Warnung und von Opfern sagte und

sich in geradezu tollen Versprechungen nur so überstürzte. Da war nichts von Warnung zu spüren, da war alles eine einzige Lohhudelei auf die idealen Zustände in Rußland. Dieser Dele-

gierte hatte allerdings ein so gutes Mundwerk, daß er jede Opposition in nicht zu überbietender Selbstüberschätzung zu Boden donnerte.

Auswanderungslust der Intelligenz.

Immer zahlreicher werden die Fragen der akademisch und wissenschaftlich Gebildeten, ob und wohin sie auswandern könnten, da ihrer in der Heimat doch kein beneidenswertes Los harre. Ihnen allen gibt der Professor an der Columbia-Universität in Neuyork, Franz Boas, eine treffliche Antwort, die auch für nicht Auswanderungslustige interessant ist. Er schreibt:

„Lieber Herr Doktor! Ich kann Ihren Wunsch verstehen, Ihr Heil in der Fremde zu suchen. Scheint doch die traurige wirtschaftliche Lage Deutschlands es fast unmöglich zu machen, Ihr Können zum Besten der Wissenschaft mit Erfolg zu verwenden. Obwohl ich ganz mit Ihnen darin übereinstimme, daß die Wissenschaft keine nationalen Grenzen kennen und nur im Dienste der Erforschung der Wahrheit stehen soll, kann ich doch Ihren Wunsch nicht billigen. Es fragt sich für Sie, wo Sie durch Ihr Wissen und Können am fruchtbarsten wirken können; und da scheint mir die unzweifelhafte Antwort zu sein: in der Heimat, die der Hilfe aller derer bedarf, die über Vorzüge des Geistes und Charakters verfügen. Das geistige Leben der Menschheit verlangt von Ihnen, daß Sie Deutschland nicht geistig verarmen lassen, und das Aufgeben des Vaterlandes in jetziger Zeit, von jedem, der etwas zu leisten imstande ist, bedeutet nicht nur einen unersetzlichen Verlust für Deutschland, sondern auch einen Verlust für die Menschheit. Zu Hause können Sie fruchtbringend in Kreisen wirken, die das gleiche wollen, so verschieden in ihrem Verfahren sie auch sein mögen. In der Fremde treffen Sie heute, und vermutlich noch auf Jahre hinaus, auf Feindseligkeit und Mißtrauen, das ersprießliche geistige Arbeit unmöglich macht.

Welch hohe Aufgaben stehen Ihnen dagegen zu Hause bevor! Wenn Sie auch mit geringen Hilfsmitteln arbeiten, dürfen Sie doch erwarten, daß Ihre Bereitschaft der Wissenschaft unter schwierigen ökonomischen Verhältnissen zu dienen, reiche Früchte tragen wird. Wenn Sie vorläufig mancher Art produktiver Arbeit entsagen müssen, so steht Ihnen dennoch ein reiches Feld offen. Vielleicht dient es der Wissenschaft sogar zum Heile, wenn nicht alle Forscher von einer Tatsache zur andern hasten können und sich mehr auf die Deutung der Schätze, die der gedanklichen Verarbeitung harren, besinnen.

Die wahre Größe zeigt sich in der Überwindung äußerer Widerstände. Schon einmal hat Deutschland in der Zeit des politischen Unglücks seine Kraft gezeigt. Bei Ihnen steht es, diese Vergangenheit aufs neue aufleben zu lassen.

Dazu bedarf es der Anstrengung aller Kräfte. Wenn dem Staate wegen der Bürden, die ihm auferlegt sind und die er nicht abschütteln kann, die Mittel versagt sind, die Erziehung genügend zu pflegen; wenn die Nachbarvölker in verblendeter Kurzsichtigkeit glauben, ihr eigenes Interesse zu fördern, indem sie der Jugend Deutschlands die Fittiche des Geistes binden, dann ist es Ihre Aufgabe, diese Hemmnisse zu überwinden, und zwar dadurch, daß Sie die Erziehung und Forschung, die der Staat nicht ausreichend pflegen kann, selbständig machen. Der Drang nach Wissen ist so heiß wie je; und der junge Mensch ist stets zu Opfern bereit, um sich zu vervollkommen und zum Kampfe fürs Leben auszurüsten. Verlangen Sie von jedem, daß er als Ersatz für das Recht auf eine Erziehung, die seinen Anlagen entspricht, dem Erziehungswesen einen entsprechenden

Teil seiner produktiven Kraft widmet, und Sie werden sich zum großen Teile von dem Zwange der Verhältnisse befreien.

Vor längerer Zeit las ich mit Interesse einen ähnlichen Vorschlag von General von François, der statt des militärischen Dienstes ökonomischen Dienst verlangte. Ordnen Sie eine solche Dienstzeit, die einen Teil der Erziehung ausmacht, in Ihr Schul- und Universitätssystem ein, und die deutsche Wissenschaft wird wieder ihre Schwingen regen können. Es ist aber nicht allein die ökonomische Grundlage für eine breite Volksbildung und für Stätten der Forschung, die Sie sich schaffen, eine solche Einrichtung, von der Not geboren, doch in das Gebäude der Erziehung eingefügt, wird die segensreichsten Wirkungen ausüben: Erziehung zu produktiver Arbeit, Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Handarbeit und der geistigen Tätigkeit wird gefördert werden. Die Schwierigkeit, produktive Arbeit, wie Ackerbau, Handwerk und Fabrikarbeit in die Schulordnung einzufügen, kann überwunden werden, wenn das Problem ernsthaft in Angriff genommen wird. Wenn bisher der Einzelne bereit war, ein Jahr oder mehr dem militärischen Dienste zu widmen, wird er nicht um so mehr bereit sein, ein Jahr dafür herzugeben, sein Volk so zu erziehen, daß es fortfahren kann, einen würdigen Platz in der Völkerfamilie einzunehmen?

Ich schreibe über diesen Plan, nicht als ob er die einzige Möglichkeit böte, die Schwierigkeiten zu überwinden, unter denen Sie leiden. Mein Zweck ist, Ihnen zu zeigen, daß ihnen, den jungen Gelehrten, die Jahre ihres Lebens dem Kampfe für das Vaterland gewidmet haben, wichtige Aufgaben zufallen, die lösbar sind und die Sie berufen sind, zu lösen und denen Sie sich nicht entziehen dürfen. Haben Sie Mut! Dann wird sich auch der Weg finden, der aus dem Elend der Gegenwart zu einer glücklichen Zukunft führt.“

Berliner Eindrücke

Unter diesem Titel veröffentlicht der Schriftleiter des amtlichen Organs der Zweigstelle München des Reichswanderungsamts, Dr. Panzer, einen Aufsatz über seine, des Pfarrers Gast-eiger, des Vorsitzenden der Münchener Arbeitsgemeinschaft, und des Herrn Kölblinger Reise nach Berlin, die den Zweck hatte, Informationen über die Haltung der Berliner Stellen zur Auswandererfrage zu sammeln. Er schreibt, er hätte zunächst einen andern Bericht geplant, ihn aber auf besonderen Wunsch nicht veröffentlicht, seine Leser müßten nun mit dem zweiten Aufgäbe vorlieb nehmen, der „anerkanntermaßen immer etwas schwächer ausfällt, wie der erste Absud“.

Die Verhandlungen mit Abgeordneten verschiedener Parteien verliefen gut, insofern, als die Abgeordneten zwar wenig Kenntnisse, aber viel Interesse zeigten und Material von der Münchener Abordnung für eine Interpellation verschiedener Parteien über die Auswanderungsfrage entgegennehmen wollen.

Weniger erfreut war der Berichterstatter von der Haltung der Regierungsverstellen. Mit dem Reichsministerium des Innern als der „Aufsichtsbehörde über das Reichswanderungsamt“ und der Referatstelle für das neue Auswanderer-Gesetz war man anscheinend nicht sehr zufrieden. Die Auffassung bayerischer Auswandererkreise über das Reichswanderungsamt wurde ungeschminkt zur Kenntnis des Vertreters des Amts gebracht. Der Vertreter zeigte guten Willen („eines weiteren Urteils möchte

h mich als Berichterstatter enthalten*), den Standpunkt, daß ich die Auswanderer-Organisationen zur Beratung des neuen Gesetzes zugezogen werden sollten, erkannte er aber anscheinend nicht an. Vom Reichswanderungsamt wird gesagt, daß seine Tätigkeit weit intensiver und aktiver hätte sein sollen; wenn ich die leidige Zuständigkeitsfrage einen Hemmschuh darstelle, so dürfe die Passivität des Amtes doch damit allein nicht erklärt werden. Das Vertrauen der Auswanderer in den guten Willen des Amtes sei schwer erschüttert. Energischer Wille zur Tat sei im Amt nicht vorhanden. Wesentlich günstiger wären die Eintritte im Auswärtigen Amt und im Reichspostministerium. In beiden Ministerien konnte der einwandfreie gute Wille festgestellt werden. Das Auswärtige Amt will baldigst Auswanderungskommissare nach allen in Betracht kommenden Ländern Südamerikas delegieren, das Reichspostministerium will die Schaffung von Verkehrsvergünstigungen für Auswanderer befehlen.

Günstiges wird von einem Siedlungsprojekte der bayerischen Arbeitsgemeinschaft berichtet, das Interesse bei bayerischen Finanzkreisen gefunden habe. Der Plan sei in greifbare Nähe gerückt, an die Zusammenstellung einer Kommission sei gegangen worden, die unabhängig von den Verhandlungen mit Behörden bereits im September nach Südamerika gehen werde. Dabei erfreut man sich der lebhaften Unterstützung der bayerischen Regierung, der Ministerien des Innern und des Äußern und des Landwirtschafts-Ministeriums. Die Vereinigten deutsch-ausländischen Wirtschaftsvereinigungen hielten Ende Juli in Leipzig ihre Generalversammlung ab. Für den vorläufigen Vertrauensrat ernannte Kapitän Keller. Darnach wurde die Auflösung der Vereinigungen zum 1. Oktober beschlossen. Gleichzeitig über begründeten in Leipzig anwesende Auswanderer-Delegierte, wie wir in der „Deutschen Auswanderer-Zeitung“ lesen, am 1. August in einer vorläufigen Gründerversammlung einen Reichsverband deutscher Auswanderer“ als einsetzenden Verband, der also wohl die Nachfolge der Wirtschaftsvereinigungen übernehmen soll.

Vom Reichsverband der Auswanderer.

Kaum ist der neue Reichsverband in Leipzig begründet worden, da geht auch gleich ein wenig erbauliches Streiten los, was der neuen Vereinigung keine günstigen Aussichten eröffnet. In der Hamburger Auswandererzeitung erschienen Vorwürfe gegen die Berliner Herren, die an der Spitze von Auswandererorganisationen stehen, und darauf antwortet nun Herr Carpzow in dem „Siedlerblatt“, Herr Kapitän Keller (es handelt sich, wie wir auf mehrere Anfragen hier feststellen wollen, nicht um einen Angehörigen des Marineoffizierskorps, sondern um einen Segelschiffskapitän, der Besitzer und Eigentümer der „Hamburger Allgemeinen Deutschen Auswandererzeitung“ und zugleich Geschäftsführer des neuen Reichsverbandes der Auswanderer ist) habe ihm in Leipzig in stundenlangen Unterredungen erklärt, daß die Gründung des Reichsverbandes nicht beabsichtigt sei, und daß es sich lediglich um eine Aussprache im engsten Kreise der Ortsgruppen der verschiedenen ausländischen Wirtschaftsvereinigungen handle. Herr Keller habe dies wiederholt erklärt, obgleich Herr Carpzow darauf hingewiesen habe, daß von ihm vertretenen Vereinen daran liege, an Hand des Verlaufs der Gründungsversammlung die Möglichkeit eines tündlichsten engen Zusammenschlusses aller Auswanderervereine zu prüfen. Das habe Herr Keller, wie eidesstattlich versichert werden könne, abgelehnt. In der Auswandererzeitung aber stehe nun zu lesen, daß Herr Carpzow ablehnender Teil ge-

wesen sei. Wozu die Lüge? Es seien doch die Wirtschaftsvereinigungen, die eine Gleichberechtigung aller Auswandererverbände nicht wünschten. Dabei sei Herr Keller ausdrücklich erklärt worden, daß die von Herrn Carpzow vertretenen Vereine lediglich eine ehrenamtliche Tätigkeit wünschten.

In dem heftigen Familienzwist ergreift dann auch in der „Allgemeinen deutschen Auswandererzeitung“ deren Besitzer, Herr Kapitän Keller, das Wort, um gegen Herrn Carpzow zu polemisieren. Das geschieht allerdings in ziemlich verschwommenen und unklaren spaltenlangen Darstellungen, die in dem Leser nur den Wunsch aufkommen lassen, daß eine derartige Verschwendung von Druckerschwärze und diese lächerliche Streiterei nun endlich aufhören möchte. Ob es sich um Vorbesprechungen oder endgültige Besprechungen handelte und wer von den Herren gekniffen hat und den anderen hinters Licht führen wollte, interessiert die deutschen Auswanderer wirklich nicht. Auch alles Gerede hilft wohl nicht um die Tatsache hinweg, daß in den Wirtschaftsvereinigungen, um die sich der Streit im Grunde dreht, nicht alles so in Ordnung gewesen ist, wie es sein sollte, und daß unsaubere und unreelle Elemente immer noch sich in Auswanderervereinigungen breit machen, um sich ihr Geld dort zu holen, wo sie es bei der mangelnden Aufsicht und Ordnung am besten holen können. Daß unter diesen Umständen das neue Auswanderungsgesetz dem Reichstage immer noch nicht vorgelegt worden ist, um von ihm beschleunigt erledigt zu werden, ist ein tief bedauerlicher Mangel. Wir müssen endlich eine strenge Aufsicht über alle Auswandererorganisationen bekommen, nur so werden diese ewigen Schwindeleien und Streitereien beseitigt werden können.

Kartell deutscher Auswanderervereine.

Nachdem kürzlich ein Reichsverband deutscher Auswanderer begründet worden ist, hat der damals ausgeschlossene oder — je nach der Lesart der Gegner — sich selbst ausschließende Herr Carpzow vom Deutschen Überseebund nun die Gegengründung eines Kartells deutscher Auswanderer-Vereine vorgenommen. Am 22. August fand die von den ostdeutschen Rückwanderervereinigungen einberufene Versammlung statt. Herr Carpzow nannte die Gründung des Reichsverbandes eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, da dem Verband nur 900 Mitglieder angehörten, seine Gründung auch in aller Heimlichkeit in Leipzig stattgefunden habe. Der Reichsverband hebe die Selbständigkeit der einzelnen Vereine auf und zentralisiere die Vereine in Ortsgruppen. Der hohe Beitrag von M 12.— monatlich solle nur dazu dienen, ein großes Beamtenheer zu besolden. Nicht Hamburg dürfe der Sitz eines Reichsverbandes sein, sondern nur Berlin, der Sitz der Behörden. Der Reichsverband wolle kolonisieren, sei also ein Siedlungs-Unternehmen wie alle andern auch. Er habe Schulden und habe zudem M 70000.— zu Reklamezwecken aufgenommen. Das Kartell sehe seine Aufgabe in der Fürsorge für Auswanderer, in Stellenvermittlung und Nachweis günstiger Siedlungsmöglichkeiten. Das Reichswanderungsamt wolle mit einer Zentrale aller Auswanderervereine gerne zusammenarbeiten. Nach eingehender Beratung, in der festgestellt wurde, daß die bisher zum Kartell angemeldeten Vereine 3400 Mitglieder umfaßten, wurde das Kartell einstimmig gegründet und die Satzungen bis zu einer in einem Vierteljahr einzuberufenden Generalversammlung beschlossen. Das „Siedlerblatt“ wurde bis auf weiteres als Vereinsorgan gewählt, zweiter geschäftsführender Vorsitzender wurde der Deutsche Überseebund, dritter geschäftsführender Vorsitzender der Deutsch-Brasilianische Auswandererverein-Erfurt, erster Schriftführer der

Südbrasilianische Kolonistenverein-Berlin und erster Schatzmeister die Deutsche Auswanderungs-Gesellschaft-Stettin. Nachmittags fand die erste Sitzung des Kartells statt, die der Besprechung wirtschaftlicher Fragen gewidmet war. Herr Schönborn berichtete über die wirtschaftliche Lage der Auswanderer und sprach über die ablehnende Haltung von Reich und Privatkapital, so daß nur Selbsthilfe der Auswanderer übrig bliebe. Einkauf im großen für die Auswanderungslustigen sei nötig, Gewährung von Darlehen auf den Besitz, damit eine Verschleuderung des Mobiliars bei der Ausreise vermieden werde, zentralisierter Einkauf von Waren in der Heimat für die Ausgewanderten und genossenschaftliche Verwertung der erzeugten Produkte. Die Gründung einer Genossenschaft mit ähnlichen Zielen beschloß das Kartell zu unterstützen.

In den Satzungen des Kartells ist, dem Berichte des „Siedlerblattes“ zufolge, als Wahrung der Interessen der Auswandervorgesehen: Fürsorge, Beratung, Stellenvermittlung, Unterstützung der Vereinsvorstände, Vertretung bei Behörden und Volksvertretungen, Vertretung Ausgewandeter und Überseer genossenschaften, wirtschaftliche Unterstützung. Mitglieder des Kartells können nur Vereine und Siedlungsgenossenschaften werden, die sich mit Auswanderung befassen. Die Vereine bezahlen pro Monat 50 Pfennig Kartellbeitrag für das Mitglied. Der Vorstand besteht aus 7 Personen. In der Mitgliederversammlung hat ein Verein für je 50 Mitglieder eine Stimme.

Eine internationale Auswanderungskommission.

Wie das Internationale Arbeitsamt mitteilt, ist entsprechend einem Beschlusse der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington vom Jahre 1919 eine internationale Auswanderungskommission gebildet worden, um die Auswanderung von Arbeitern aus ihrem Heimatland zu regeln und die Interessen der Lohnarbeiter außerhalb ihres Heimatstaates zu schützen. Die Kommission ist 18 Mitglieder stark und paritätisch aus Regierungs-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zusammengesetzt. Deutschland delegiert einen Arbeitnehmervertreter. Das Internationale Arbeitsamt hat sich mit einem ausführlichen Fragebogen an 42 Regierungen um Aufklärung über Gesetzgebungsfragen und voraussichtliche Auswanderung gewandt. Die Kommission soll zur mündlichen Besprechung der eingegangenen Antworten im Jahre 1921 in Genf zusammentreten.

Von der Mexiko-Siedlungsgesellschaft und ihrem Vertreter Hagelberg in Mexiko.

Vor einiger Zeit war ein Vertreter der Mexiko-Siedlungsgesellschaft bei uns in Stuttgart, um uns von unserer recht skeptischen Auffassung der Aussichten dieser Gesellschaft abzubringen. Auf unsere vorsichtigen Erkundigungen nach Herrn Hagelberg, dem Vertreter der Gesellschaft in Mexiko, ward uns eine ausweichende Antwort zuteil. Da der Vertreter sich den merkwürdigen Satz leistete, ihn gehe überhaupt das Schicksal der Ausgewanderten drüben in Mexiko nichts an, er habe nur dafür zu sorgen, daß die Leute wirklich hinaus kämen, und da er über den Stand des geschäftlichen Teils des Unternehmens wenig mehr als nichts zu sagen wußte, war die Sache bald für uns erledigt.

Jetzt aber lesen wir in der „Deutschen Zeitung für Mexiko“ vom 15. Juli eine wenig erbauliche Schilderung über den besagten Herrn Hagelberg. Die Schilderung geht aus von einer höchst verlogenen Darstellung, die, augenscheinlich auf Be-

stellung, der „Universal“ als einziges Blatt der Stadt brachte und in der gesagt war, der Geh. Regierungsrat Geo A. Schmidt von der deutschen Gesandtschaft habe sich in den Räumen des Kolonisations-Export- und Import-Unternehmens eingestellt, das Herr Carlos Hagelberg, früher deutscher, jetzt naturalisierter mexikanischer Bürger, betreibe, habe dort die Zahlung einer Kriegskontribution (!) verlangt, habe, als Herr Hagelberg diese Zahlung verweigerte, diesen beschimpft und einen Skandal verursacht, worauf ein Polizist gerufen werden mußte.

In Wirklichkeit aber stellt sich die Sache folgendermaßen dar: Herr Hagelberg fuhr seinerzeit mit deutschen Exportwaren hinaus, die vom Gelde der Mitglieder der Mexiko-Siedlungsgesellschaft gekauft waren. Er lebte draußen herrlich und in Freuden, und auf alle Anfragen erhielten die deutschen Teilnehmer der Gesellschaft nur ein Telegramm, alles gehe gut, „aus den Marks wüchsen Pesos hervor“. Die deutschen Auswanderungslustigen schöpften Verdacht und entsandten eine Studienkommission, eine Anzahl von Genossenschaftlern, die sich bereits in Mexiko aufhalten, veranstalteten eine Versammlung und baten den deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen der Gesandtschaft, Herrn Geh. Regierungsrat Geo A. Schmidt, um eine Untersuchung der ganzen Geschäftsführung. Durch Vermittlung des Reichswanderungsamts erteilte die Gesellschaft in Berlin dazu telegraphisch ihre Genehmigung und Vollmacht. Eine neue Versammlung im deutschen Konsulat beschloß hierauf, die Übergabe der Geschäfte durch Herrn Hagelberg zu verlangen. Geheimrat Schmidt begab sich darauf mit dem deutschen Konsul Dr. Heusser und einem Vertreter der Siedler in die Geschäftsräume des Herrn Hagelberg und wurde dort von einem deutschsprechenden Herrn, wie sich später herausstellte, einem mexikanischen Obersten Steinmann, aufs gröbste empfangen. Sein Wunsch, daß auch Herr Dr. Heusser zur Unterredung zugezogen würde, wurde mit den Worten abgelehnt: Das gibt's hier nicht, Konsul kann jeder sein. Herr Hagelberg erkannte bei der folgenden Unterredung die telegraphische Vollmacht nicht an. Darauf erschien der Oberst Steinmann und forderte Herrn Schmidt zum Verlassen des Raumes auf. Als Herr Schmidt entgegnete, er verhandle im amtlichen Auftrag mit Herrn Hagelberg, forderte dieser den Obersten Steinmann auf, Herrn Schmidt hinauswerfen zu lassen. Ein bereits vorher ins Vorzimmer bestellter Polizist faßte darauf den deutschen Vertreter am Arm, ließ aber sofort los, als er hörte, daß ein deutscher Gesandtschaftsbeamter vor ihm stehe. Herr Oberst Steinmann aber nötigte Herrn Regierungsrat Schmidt hinaus und warf ihm einen fremden Schirm und Hut nach. Das Ganze war also eine verabredete tätliche Beleidigung, derem letzten Akt auch der deutsche Konsul, den man auf die Terrasse genötigt hatte, anwohnte.

Aus der Darstellung ergibt sich ein wenig erfreuliches Bild des Vertreters Hagelberg der Deutschen Mexiko-Siedlungsgesellschaft, der als „Mexikaner“ die deutsche Gesandtschaft und das deutsche Konsulat nicht anzuerkennen vorgibt. Es ergibt sich auch, wie vorsichtig deutsche Auswanderungslustige sein müssen, wenn sie sich einer Siedlungsgenossenschaft anschließen und wie vorsichtig diese Genossenschaft namentlich in der Auswahl ihrer Vertreter sein sollte, die doch als Vertreter deutscher Auswanderer hinausgehen. Wenn sie sich derart benehmen wie Herr Hagelberg, so wird man verstehen, wenn die Deutschen, die schon jahre- und jahrzehntelang draußen sind, sich von solchen Existenzen abwenden und ihnen ihre Hilfe versagen.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE
DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt in Vertretung vom Hilfsbibliothekar des D. A. I.
Dr. KUNZ u. vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Allgemeines: Übersicht:

Auslanddeutschtum i. allg.: 21. 34. 43. 64. 66. 69. 73.

Grenzlanddeutschtum: 8. 9. 38. 46. 61. 67. 68. 70. 78. 83.

Auslandkunde i. allg.: 2. 14. 22. 26. 37. 45. 53. 60.

Auswanderung: 26. 30. 58. 65. 77. 80.

Außenhandel: 44.

Kirche und Mission: 1.

Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 5. 12. 44. 57.
75. 79.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 27. 50–52. 56. 62. 79.

Nord- u. Osteuropa: 3. 7. 10. 13. 25. 34. 36. 40. 42. 60. 63.
71. 74. 81.

Süd- u. Südosteuropa: 17. 46. 59. 72.

Vorderasien: 21.

Australasien: 11. 18. 24. 28. 32. 48. 49. 54. 55.

Afrika: 16. 41.

Nordamerika: 20. 21. 29. 39. 44. 50. 58. 75. 76.

Mittel- u. Südamerika: 4. 6. 15. 23. 31. 33. 82.

I. Einzelschriften.

1. *Arens*, Bernard, Handbuch der Katholischen Missionen, Mit 2 Bildern u. 67 Tab. Freiburg: Herder 1920. XIX, 418 S. 8° M 40.—. (Missions-Bibliothek.)
2. *Auswandererberatung* und Auswandererfürsorge eine Notwendigkeit der Zeit. Berlin: Dt. Landbuchh. 1920. 42 S. 8° (Jahrbuch f. Wohlfahrtsarbeit auf d. Lande. H 4.)
3. *Das Baltenregiment* ein Jahr im Felde. Dorpat: C. Mattiesen, 1920. 160 S. 8° M 14.—.
4. *Buerger*, Otto, Chile. Als Land der Verheißung u. Erfüllung f. deutsche Auswanderer. E. Landes- u. Wirtschaftskunde. Mit 1 Kt. Leipzig: Dieterich 1920. VIII, 272 S. 8° M 21.—.
5. *German Colonization*. London: H. M. Stationery Office 1920. 142 S. 8° 3 s. (Handbooks prepared under the direction of the Historical Section of the Foreign Office. Vol. 42.)
6. *Cooper*, Clayton Sedgwick, The Brazilians and their country. London: Heinemann [um 1920]. 8° 15 s.
7. *Danilewsky*, N. J., Rußland und Europa. E. Untersuchung über d. kulturellen u. politischen Beziehungen d. slawischen zur germanisch-roman. Welt. Übers. u. eingel. v. Karl Noetzel. Stuttgart u. Berlin: Dt. Verlagsanst. [1920] 329 S. 8° M 26.—.
8. *Dobrindt*, Der Kreis Bomst. E. Heimatkunde auf wissenschaftl. Grundlage. (Mit 4 Kt. i. Text). Wollstein: Scholz 1918 [ausgegeben 1920]. 48 S. 8° M 1.20.
9. *Donath*, Oskar, Aus Th. G. Masaryks Leben. Mit Proben aus seinen Werken. Brünn 1920. 68 S. Kr 9.—.
10. Die *Einwanderung* der Ostjuden. Eine Gefahr oder e. sozialpolit. Problem? 4 Aufsätze. Berlin: Weltverlag 1920. 42 S. 8° M 3.50. (Schriften d. Arbeiterfürsorgeamtes d. jüd. Organisationen Deutschlands).

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

11. *Festschrift* für Friedrich Hirth. Beiträge zur Kenntnis u. Kultur des fernen Ostens. Hrsg. v. Otto Kümmel, William Cohn [u. a.]. Mit 10 Taf., 1 Kt., 54 Abb. Berlin: Oesterheld 1920. M 105.—.
12. *Franck*, Harry Alverson, Vagabonding through changing Germany. New York: Harper [um 1920]. 8° \$ 4.—.
13. *Goldschmidt*, Alfons, Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands. Berlin: Rowohlt 1920. M 40.—.
14. *Handbooks* prepared under the Direction of the Historical Section of the Foreign Office. London: H. M. Stationery Office 1920.
 25. Holland, 82 S. 2 s.
 26. Belgium, 220 S. 5 s.
 27. Luxemburg and Limburg, 50 S. 1 s. 6 d.
 28. Question of the Scheldt, 22 S. 6 d.
 29. Neutrality of Belgium, 22 S. 6 d.
 30. Alsace-Lorraine, 116 S. 2 s. 6 d.
 31. Lorraine and Saar minefields, 30 S. 1 s.
 35. Schleswig-Holstein, 108 S. 2 s. 6 d.
 37. Bavarian Palatinate, 36 S. 1 s.
 38. Rhenish Prussia, 84 S. 2 s.
 39. East and West Prussia, 66 S. 1 s. 6 d.
 40. Upper-Silesia, 42 S. 1 s.
 41. The Kiel Canal and Heligoland, 34 S. 1 s.
 42. German Colonization, 142 S. 3 s.
 43. Poland, 30 S. 1 s.
 44. Russian Poland, 144 S. 2 s. 6 d.
 45. Prussian Poland, 58 S. 1 s. 6 d.
 46. Austrian Poland, 78 S. 2 s.
 47. Finland, 130 S. 2 s. 6 d.
 48. The Aland Islands, 38 S. 1 s.
 50. Courland, Livonia and Esthonia, 86 S. 2 s.
 52. The Ukraine, 110 S. 2 s. 6 d.
 53. The Don and Volga Basins, 108 S. 2 s.
15. *Hauck*, Othmar Ritter von, Quer durch die Tropen Süd-amerikas. Reisebilder aus dem Amazonas-Gebiet Brasiliens, den Urwäldern u. der Cordillere de los Andes Nord-Perus. Mit 1 Ktskizze. Wien: Selbstverl. 81 S. 8° K 25.—.
16. *Jaeger*, Fritz u. Waibel, Leo, Beiträge zur Landeskunde von Südwestafrika. (Mit 6 Taf. u. 4 Kt.) Berlin: Mittler 1920. VIII, 80 S. 4° M 3.60. (Mitteilungen aus d. dt. Schutzgebieten. Erg.-H. 14.)
17. *Jaray*, Gabriel Louis, Les Albanais. Paris: Alcan [um 1920]. 8° fr 3.—.
18. Die *Isolierung* Japans. E. Darstellung d. polit. Lage Japans nach d. Kriege. Von e. früheren Legationsrat i. fernen Osten. Aus d. Engl. übertr. v. Prof. J. A. Sauter. Berlin: Dt. Verlagsgesellsch. 1920. XI, 158 S. 8° M 15.—.
19. *Judet*, Ernest, Le véritable Clémenceau. Bern: Wyß 1920. XXXVI, 362 S. 8° fr 10.—.
20. *Kalkhorst*, Anton B. C., The house of Berendsen. 30 years of history of an enthusiastic youth, an energetic man and a leading wholesale firm of San Francisco. [Biographie der aus Schleswig-Holstein stammenden deutsch-amerik. Familie B.] San Francisco 1919: J. H. Nash. 36 S. 8°.
21. *Koenig*, Otto, Die Deutschen Palästinas in englischer Gefangenschaft. Erinnerungen. Dresden: Strom-Verl. 1920. 77 S. 8° M 6.50.
22. *Loeffler*, Kl., Auswärtige Politik. E. Führer f. d. dt. Volk. Halle: Diekmann 1920. V, 196 S. 8° M 18.—.
23. *Muehlau*, Helene von, Donna Anna. Das Schicksal e. Deutschen i. Südamerika. Berlin: Fleischel 1920. 310 S. 8° M 16.—.
24. *Nirschl*, J., Die Forstwirtschaft in Niederländisch-Indien. M. 1 Kt. Leipzig: Koehler 1920. 120 S. M 20.—. (Auslandwirtschaft i. Einzeldarstell. Bd 6.)
25. *Nolde*, Boris Baron, Lenins Räte-Republik. E. Beitrag z. Gesch. d. polit. u. wirtsch. Entwicklung im neuen Rußland. Aus d. Franz. übers. v. R. Paderstein. Berlin: Mittler 1920. 44 S. 8° M 6.—.
26. *Peter*, Ludwig, Paß-Auskünfte für Reisen ins Ausland. München: Parcus [1920]. 45 S. 8° M 2.—.
27. Hollands *Presse* u. die deutsch-niederländ. Handelsbeziehungen. Berlin: Ala 1920. M 10.—.
28. Das *Problem* Japans von e. ehem. Gesandtschaftsrat i. fernen Osten. Übers. v. Prof. Sauter. Leipzig: Koehler 1920. M 25.—.
29. *St. Lys*, Odette, From a vanished German colony. Boston: Four Seas [um 1920]. \$ 2.50.

30. *Schmidt, A.*, Richtlinien für Auswanderer u. Siedlungen. Wien: Akadem. Ztg. 1919. 39 S.
31. **Schmidt, Ernst Wilhelm*, Die agrarische Exportwirtschaft Argentinien. Ihre Entwicklung u. Bedeutung. Jena: Fischer 1920. XV, 296 S. 8° M 35.—. (Probleme d. Weltwirtschaft. 33.)
32. *Schmiadel, Otto*, Die Deutschen in Japan. Leipzig: Koehler 1920. M 20.—.
33. **Schonegger, Karl*, Ein Warnruf an Auswanderer. Erlebnisse eines dt. Kolonisten i. brasilian. Urwald. (Kiel: Haase) [1920]. 32 S. 8°.
34. *Schorn, Hans Traug.*, Dr. Carl Peters. E. Lebensbild. Großenwörden: Rüsch [1920]. 104 S. 8° M 12.—.
35. *Sinowjew, G.*, N. Lenin, sein Leben u. seine Tätigkeit. Berlin: Seehof. M 250.
36. *Spreti, Sigmund Graf v.*, Erfahrungen e. praktischen Landwirts i. Baltenlande. M. Original-Aufn. Dresden-Weinböhla: Aurora 1920. 43 S. 8° M 3.50.
37. *Steinmetz, S. R.*, De nationaliteiten in Europa. Ene sociographische en politieke studie. Zuid- en Oost-Europa. Amsterdam: van Looy [um 1920]. Fl 13.50.
38. *Strobl, Karl Hans*, Tschechen. Leipzig: Dürr & Weber 1920. 8° (Zellenbücherei. 32.) M 6.—.
39. *The Times Book of Canada*. London: The Times [um 1920]. 8° 7 s. 6 d.
40. **Warns, Johannes*, Rußland u. das Evangelium. Bilder aus d. evangel. Bewegung des sogen. Stundismus. Kassel: Oncken (1920). 222 S. 8° M 8.—.

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

41. *Afrika-Nachrichten*. Ein Blatt f. Kolonialdeutsche. Organ d. Ostafrikaner-Verb. d. Vereins d. Kameruner u. d. Interessenvertretung ehem. Südwestafrikaner, d. Siedlungsgemeinschaft ehem. Ostafrikaner u. d. Frauenvereins v. Roten Kreuz f. Deutsche über See. Jg. 1. 1920. H. 1. Leipzig-Anger: W. Dachsels. 4° 14 t.ägig, halbjährl. M 20.—.
42. *Deutsch-Schwedische Blätter*. Vierteljahrsschrift. Hrsg. v. d. Dt.-Schwed. Vereinigung. Jg. 1. 1920. H. 1. Berlin: Mittler 1920. 32 S. 8° viertelj. M 2.50.
43. *Der Griffel*. Neukulturelle Monatsschrift. Amtsblatt d. „Werkbundes z. Förderung geistigen Schaffens i. Volkstum u. Dichtung“. Jg. 1. 1920. Nr 6. Leer: Wolff & Barfuß. 8° monatl., jährl. M 20.—.
44. *Der Landsmann*. Deutschamerikan. Monatsschrift. Jg. 1. 1920. H. 1. Newyork: Landsmanns-Verl. 1920. 28 S. 4° monatl., jährl. \$ 2.40.
45. *The three languages*. A weekly review in German, English and French. Die drei Sprachen. Deutsch-englisch-französ. Wochenschrift. Les trois langues. Revue hebdomadaire en allemand, anglais et français. The organ for economic and intellectual exchange between Germany and other countries. Köln: Lingua-Verlag Bruno Bauer. Jährl. M 80.—.
46. *Ostland*. Zeitschr. f. d. Kultur d. Ostdeutschen. Hrsg. v. d. Modernen Bücherei. Jg. 2. 1920. H. 1. Hermannstadt: Krafft 1920. 4° halbmonatl., 1 Heft K 2.—.
47. *Neuer Ring*. Monatsschrift f. Oststeiermark u. das Heinzenland. Hrsg.: Julius Schönwetter, Hartberg. monatl., Beg. Jan. jährl. K 10.—.
48. *De Volken van Nederlandsch-Indie*. In monographieën door deskundigen uitg. onder leiding van J. C. van Feerde. Afl. 1. Amsterdam: „Elsevier“ [um 1920]. 8° 20 Lief. Fl 36.—.
49. *Deutsche Wacht*. Niederländisch-Indische Monatsschr. f. Handels- u. Kolonialpolitik, Volkswirtschaft u. Völkerrecht. Jg. 6. 1920. Nr 1. Batavia: „Dt. Wacht“ 1920. 22 S. 4° viertelj. Fl 3.15.
50. *Who's who in America*. A biographical dictionary of notable living men and women of the United States. Ed. by Albert Nelson Marquis. Vol. 11. 1920—1921. Chicago: Marquis. 8° \$ 7.50.
51. *Who's who in engineering*. 1920—21. Ed. by John Ed. Sears. London: Compendium Publ. Co. 8° 25 s.
52. *Who was who*. A companion volume to „Who's who“ containing the biographies of those who died during the period 1897—1916. London: Black [um 1920]. 8° 21 s.
53. *The Statesman's Yearbook*. Statistical and historical annual of the states of the world for the year 1920. Ed. by Sir John Scott Keltie and M. Epstein. London: Macmillan [um 1920]. 8° 20 s.
54. *New Zealand Official Yearbook*. 1919. By J. W. Butcher. Wellington: Marks. 8°.

III. Zeitschriftenaufsätze.

55. Zur *Behandlung* deutschen Eigentums in Japan. in: Ostasiat. Rundschau. Jg. 1. 1920. Nr 15, S. 162. Berlin: Dt. Überseedienst.
56. *Bélin, J. P.*, La crise du livre. in: Revue bleue. 58e Année. 1920, Nr 16, S. 494. Paris: Revue bleue.
- *57. *Buxton, Dorothy F.*, Child life and death in Germany. in: Contemporary Review. Nr 657. Sept. 1920, S. 355. London: The Contemporary Review.
58. *Clasen, Joachim*, Zur Auswanderung v. Angehörigen d. geistigen Berufe nach d. Verein. Staaten v. Amerika. in: Hochland. Jg. 17. 1920. H. 11, S. 623. Kempten-München: Kösel.
59. *Czaki, Richard*, Entwicklungsgesetze des sächsischen Volksgeistes. in: Ostland. Jg. 2. 1920. 1. Juli-H., S. 490. 2. Juli-H., S. 545. Hermannstadt: Krafft.
60. *Diels, P[aul]*, Das Osteuropainstitut in Breslau. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftszeitung. Jg. 5. 1920. Nr 22, S. 423. Berlin: Verl. f. Staats- u. Wirtschaftsliteratur.
61. *Fehlinger, Hans*, Länderschacher d. Entente. in: Die Glocke. Jg. 6. 1920. Bd 1. Nr 22, S. 611. Berlin: Verl. f. Sozialwissenschaft.
62. *Finot, Jean*, Un danger pour l'honneur et l'avenir de la France. [Vorschlag, die schwarzen Besatzungstruppen i. bes. Rheinland durch weiße zu ersetzen.] in: La Revue mondiale. 31. année. vol. 38. Nr 17, S. 3. Paris: La Revue mondiale.
63. *Freytagh-Loringhoven, Axel Frhr. v.*, Die Organisation d. baltischen Adels. Nach e. Vortrag. in: Konserv. Monatsschr. Jg. 77. 1920. H. 20/21, S. 650.
64. *Groos, W[ilhelm]*, Das Auslandsdeutschum in Romanen u. Erzählungen. in: Volk u. Heimat. Jg. 1. 1920. Nr 15/16, S. 199. Leipzig: Reclam.
65. *Hahl, [Albert]*, Die Ansiedelung von Europäern i. d. Tropen. in: Kolon. Rundschau. Jg. 1920. H. 4, S. 168. Berlin: Reimer.
66. *Hauff, [W.] v.*, Die Bedeutung d. Auslandsdeutschen f. d. Weltkultur. in: Der Griffel. Jg. 1. 1920. Nr 6, S. 52. Leer: Wolff & Barfuß.
67. *Hauffen, Adolf*, Schriften z. dt. Volkskunde i. Böhmen. in: Heimatbildung. Jg. 1. 1920. H. 8, S. 18. H. 10, S. 14. Reichenberg: Sudetend. Verlag Fr. Kraus.
68. *Kaufmann*, Die Bedeutung des Deutschtum i. Westpreußen. in: Reclams Universum. Jg. 36. 1920. H. 39. Leipzig: Reclam.
- *69. *Kochmann, Adolf Armin*, Die Bedeutung d. deutschen Oper f. d. internationale Kunstwelt. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920. H. 2. Basel u. Freiburg i. Br.: Arbeitsverl.
70. *Koenigsberg*, [Sonderh. der]: Ostdeutsche Monatshefte i. Kunst u. Geistesleben. Jg. 1. 1920. H. 5. Danzig: Ostl. Monatshefte.
71. *Die Lage* der evangel. Kirche i. d. abgetretenen Gebieten d. Ostens. in: Die evang. Diaspora. Jg. 2. 1920. H. 5, S. 65. Leipzig: Hinrichs.
72. *Langhans, P[aul]*, Das Sprachgebiet d. Siebenbürger Sachsen einst und jetzt. M. 1 Kt. in: Petermanns Mitteil. Jg. 66. 1920. Juni-H., S. 131. Gotha: J. Perthes.
73. *Lauinger, A.*, Die deutsche Volkswirtschaft u. d. Auslandsdeutschen. in: Die Arbeit. Jg. 1. 1920. H. 2. Basel u. Freiburg/Br.: Arbeitsverl.
74. *Lewin, J.*, Die wirtschaftl. Leistungen d. Sowjetregierung. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. Jg. 5. 1920. Nr. 21. S. 381. Berlin: Verl. f. Staats- u. Wirtschaftsliteratur.

75. *Lohr*, Otto, Deutsche Arbeit i. Amerika. in: Der Landsmann. Jg. 1. 1920. H. 2, S. 39. New York: Landsmann-Verlag.
76. *Mach*, Edmund von, Deutsche, heraus! in: Vierecks The American Monthly. Vol. 12. 1920. Nr 6, S. 167. New York: The American Monthly.
77. *Panzer*, Georg, Die Auswanderung. in: Hochland. Jg. 17. 1920. H. 11, S. 620. Kempten-München: Kösel.
78. *Petersens*, Ludvig af, In Tschecho-Slowakien. in: Dt. Rundschau. Jg. 46. 1919/20. H. 12, S. 316. Berlin: Paetel.
79. *Reboux*, Paul, Le seul chemin [Auszug aus Reboux's Roman: Les drapeaux, der die Verständigung zwischen Frankreich u. Deutschland behandelt]. in: La Revue mondiale. 31. année. Vol. 7, S. 297. Paris: La Revue mondiale.
80. *Sapper*, Karl, Über Akklimatisation in d. Tropen. in: Sitz-Ber. d. physikal.-med. Gesellsch. z. Würzburg. Jg. 1919. Würzburg: Stürtz.
81. *Schaetzel*, Walter, Die polnische Nationalitätenfrage. in: Die Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 33, S. 168. Leipzig: Koehler.
82. *Sommer*, Friedrich, Deutsche Charakterbilder aus d. brasilian. Geschichte. in: German-American Annals. New Series 17, 1. 2. Old Series 21, 1. 2. 1919.
83. *Strobl*, Karl Hans, Der Tscheche. E. völkerpsychologische Betrachtung. in: Dt. Revue. Jg. 45. 1920. H. 7, S. 66. H. 8, S. 175. H. 9, S. 245. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.

IV. Karten.

Erde – Gesamt.

84. *Keil*, W. u. Fr. *Riecke*, Deutscher Schulatlas. 120 Haupt- u. Nebenkt., 33 Einzeldarst. 25. verm. u. verb. Aufl. Leipzig u. Berlin: Teubner [1920]. 25 Bl. 4°.

Der Atlas bietet in zumeist sauber ausgeführten farbigen Blättern die für den Schulunterricht notwendigen Karten mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands, allerdings fast durchweg unter etwas zu einseitiger Betonung der physischen Erdkunde. Wirtschaftliche Übersichten fehlen z. B. fast ganz. Die neuen Grenzen sind schon überall berücksichtigt, doch ist, gerade in Rücksicht auf die Unterrichtszwecke, sehr zu begrüßen, daß auch die alten Grenzen Deutschlands mit angegeben sind. Zweckmäßig hätte dies auch bei Tirol, überhaupt bei Österreich, durchgeführt werden müssen. Die Abstimmungsgebiete sind gesondert angegeben, doch vermißt man eine Erläuterung der dafür gebrauchten Signaturen. Die Hauptkarten sind vielfach noch durch kleinere Nebenkarten, z. T. auch durch Bilder ergänzt, von denen aber einige, z. B. Taf. 14/15 ganz mißlungen sind. Besonders anerkennenswert ist, daß dem Atlas am Schluß noch drei Karten zur Deutschkunde beigegeben sind, die die Verbreitung des Deutschums in Europa, Mitteleuropa und auf der Erde zeigen.

85. *Starcke*, Otto, Kleiner Geschichts-Atlas v. Europa unter eingehender Berücks. d. Entwicklung d. Dt. Reiches v. Anfang unserer Zeitrechnung bis zur Jetztzeit in 18 farb. Taf. dargest. m. erl. Text. Leipzig: Eberhardt [1920]. 16 Bl. 8° [Umschlagt.] M 3.—

Das Atlasbändchen bietet in 18 mehrfarbigen Blättern eine Übersicht über die Entwicklung des politisch-geographischen Bildes von Europa von der römischen Zeit bis zur Gegenwart, stets unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Reiches. Jede einzelne Karte ist dabei durch einen besonderen Text kurz erläutert. Obwohl die technische Ausführung der Karten den infolge des kleinen Maßstabes gestellten Anforderungen nicht immer genügen konnte (vgl. z. B. die Karte von 1648), so kann der Atlas doch wegen seiner Handlichkeit und seines billigen Preises für die erste Information, namentlich auch für den Unterricht, empfohlen werden.

Mittel-Europa.

86. *Freytag-Berndt's* Automobil- u. Radfahrkarten [von Mitteleuropa]. Bl. 61 Warschau. M 1:300 000. Wien: Freytag & Berndt [1920]. 53:56½ cm. [Umschlagt.] M 5.—

Das neu erschienene Blatt dieses einheitlichen, für einen großen Teil Mitteleuropas vorliegenden Kartenwerkes, das bis Paris reicht und im Osten bis Riga-Kiew erweitert werden soll, ist im allgemeinen nach den gleichen Gesichtspunkten, wie die früheren Blätter bearbeitet und bietet in erster Linie das Straßen- und Verkehrsnetz mit Entfernungsangabe. Die auf früheren Blättern bereits eingeführte Kennzeichnung der Steigungsverhältnisse ist bei diesem Blatt nicht angegeben. Man wird die Durchführung dieser Charakteristik des Straßennetzes für die späteren Blätter und ev. Neuaufgaben aber dringend empfehlen müssen, da sonst die praktische Verwendbarkeit der Karte leidet. Die Ausscheidung des Waldes und die Angabe einzelner Höhenzahlen genügt den an ein solches Kartenwerk gestellten Anforderungen nicht. Die notwendigen Unterlagen werden sich gerade für den Osten unschwer aus den russischen Kartenwerken entnehmen lassen. Die Karte enthält auch die einzelnen Schlachttore mit Datumsangabe.

87. *Karte* der Donau von Ulm bis zur Mündung. Nach amtli. Quellen bearb. Ausgef. i. Militär-geograph. Institut.

1:125 000. Wien: Erste Donau-Dampfschiffahrts-Ges. [1920]. [Umschlagt.]

Die mehrfarbige Karte (Maßstab 1:125 000) umfaßt 17 Blätter, die fortlaufend aneinander schließen. Es wäre nicht gerade notwendig gewesen, sämtliche Blätter nun auch fest aneinander zu heften, da für manche Zwecke die gesonderte Betrachtung der einzelnen Blätter praktischer ist. Die Übersicht des Ganzen ist etwas erschwert, sie könnte durch überschriftähnliche Angaben der einzelnen Landstrecken leicht gefördert werden. Auf jeden Fall bietet die Karte eine bisher fehlende, nach einheitlichen Grundsätzen bearbeitete Gesamtdarstellung der Donau von Ulm bis zur Mündung, die allen praktisch interessierten Kreisen sehr willkommen sein wird. Die Karte enthält neben einer genauen Kilometrierung des Stromes die für die Befahrung und das Verkehrswesen überhaupt wichtigen Angaben von Dampfschiffstationen, Umschlagplätzen, Eisenbahnstationen, Fähren usw., bietet aber auch eine Darstellung der rechts und links an den Strom angrenzenden Gemarkung hinsichtlich ihrer Oberflächengestaltung und Besiedelung, etwa bis zu einer Gesamtbreite von 20 Kilometer. Verschiedene Längsprofile und eine Übersichtskarte des Verkehrsgebietes des Schwarzen Meeres ergänzen die Darstellung der Hauptkarte.

Vgl. auch Nr. 93.

Deutsches Reich und seine Grenzmarken.

88. *Neue Verkehrskarte* von Bayern u. der Pfalz. 1:800 000. 18. Aufl. Stuttgart: Muth. 49½:45 cm.

Übersichtshandkarte der süddeutschen Grenzmarken mit Einschluß der Pfalz für weitere Kreise, mit farbiger Heraushebung bzw. Unterscheidung der Haupt- und Nebenbahnen (Signaturlösung ist unvollständig, ebenso fehlt die Bezeichnung des Gradnetzes) und Angabe der Stationen, ferner der Straßen mit Fahrpostverkehr. Das nichtbayerische Gebiet ist durch besondere Flächenkolorit bezeichnet.

89. Eine Karte der Abstimmungsergebnisse in Nordschleswig (Mehrfarbindruck, 1:200 000) veröffentlicht *Langhans* in *Pet. Mitt.* (Jhg. 66/20, H. 6, Taf. 23). Da die Karte die Ergebnisse für sämtliche Gemeinden enthält und auch alle sonstigen für die Abstimmung wichtigen Daten beibringt, so ist sie die beste Spezialdarstellung, die uns bisher bekannt geworden ist. Eine kleinere Nebenkarte zeigt noch besonders die Verteilung der für Dänemark abgegebenen Stimmen und eine weitere Karte stellt zum Vergleich daneben die 1867 bei der norddeutschen Reichstagswahl abgegebenen dänischen Stimmen. Es ergibt sich dabei, daß gewisse Wahlbezirke ein bedeutsames Anwachsen des Deutschtums seit 1867 erkennen lassen.

90. Eine Skizze der landschaftlichen Gliederung Oberschlesiens unter besonderer Ausscheidung des Industriegebietes, des Wald- und Ackerlandes usw. enthält eine Studie von *Dietrich* über Oberschlesien. (Breslau: Hirt, 1920).

Österreich und Ungarn.

91. Eine wertvolle, auch auf eigener Kenntnis des Landes beruhende Übersichtskarte der Umgangssprachen (Mehrfarbindruck) und eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der nachgewiesenen deutschen und rätoromanischen Siedlungsformen in Südtirol enthält die Schrift von *Rohmeder* „Das Deutschtum in Südtirol“. (Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland, 1919.)
92. Verschiedene kleine Übersichtskarten (Schwarzdrucke) stellen die ethnographischen Verhältnisse der drei Gespanschaften Wieselburg, Odenburg und Eisenburg von Deutschwestungarn auf Grund der Statistik von 1900 dar. (Beilage zu *Immendorfer* „Deutschwestungarn“, Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland, 1919.) Die Karten sind eine Vereinfachung der s. Zt. von *Pfaundler* in der „Deutschen Erde“ 1910 veröffentlichten Karten.

Vgl. auch Nr. 87 und Nr. 93.

Tschecho-Slowakei.

93. Eine Übersicht über die Verbreitung von Deutschen, Slawen (Tschechen, Polen, Slowaken, Ukrainern) und Magyaren in den Sudetenländern und z. T. in Ungarn und Galizien geben zwei kleine Übersichtskärtchen (Schwarzdrucke), die *Wilde* seiner Arbeit über Deutschböhmen (Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland, 1919) beigegeben hat.

Süd- und Südosteuropa.

Vgl. auch Nr. 87, 91 und 93.

Danzig.

94. *Plan* von Danzig. 1:5000. Danzig: Kafemann 1919. 66½:54½ cm.

Dreifarbiger Stadtplan, aber fast nur von der eigentlichen Altstadt, ohne die anschließenden neueren Teile und Vororte. Bei einer Neuauflage wäre die entsprechende Erweiterung des Planes sehr erwünscht. Jetzt sucht man z. B. selbst die Technische Hochschule vergeblich auf der Karte.

95. Dem kleinen illustrierten Führer von Danzig von *Bertling* (Danzig: Kafemann, 1920, 8. Aufl.) ist ein sehr sorgfältig gezeichneter kleiner farbiger Übersichtsplan (1:10000) beigegeben, der sogar die Straßenbahnen verzeichnet. Allerdings ist auch dieser Plan fast ausschließlich auf die Altstadt beschränkt.

Baltikum.

96. Auf einer mehrfarbigen Kartenbeilage (1:450 000) zu seiner Schrift „Die Moore Kurlands“ (Hamburg: Friederichsen, 1919) verzeichnet *Dreyer* die verschiedenen Moorbildungen Kurlands, indem er gleichzeitig angibt, wie weit eine Ausnutzung der Moore zu Streu- oder Brennzwecken stattgefunden hat.

Osteuropa mit Polen.

97. Neue *Spezialkarte* des Kreises Graudenz. 1:100 000. 3. Aufl. Stolp: Eulitz (1920). 30:36 cm. [Umschlagt.] (Eulitz Kreiskarten d. Republik Polen.) M 2.40.

Die Karte ist nichts als eine unter einem neuen Sammeltitel erscheinende Neuauflage der schon früher mehrfach angezeigten Kreiskarten der ehemaligen ostdeutschen Grenzmarken, sonst in unveränderter, nicht sehr empfehlenswerter Ausführung (vgl. auch d. Jhg. S. 31 unter Nr. 124). Sollte das Werk fortgeführt werden, so wäre mindestens die Aufführung der polnischen Ortsnamen neben den deutschen notwendig; das Kartenwerk könnte dann auch weitere Bedeutung gewinnen. (Vgl. über die Ortsnamenangabe das unter Nr. 123, S. 157 ds. Jhg. Gesagte.) Die genaue Bezeichnung des Gradnetzes ist notwendig.

98. Die Verteilung der Deutschen in Kongreß-Polen im Prozentsatz zur Gesamtbevölkerung 1913 zeigt eine kleine Kartenbeilage (Schwarzdruck) zur Schrift von *Eichler* „Die Deut-

schen in Kongreßpolen“ (Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland, 1919). Die Karte ist nur ein in Schwarz-Weiß umgezeichnete Wiedergabe der Karte aus dem Handbuch von Polen.

99. Eine Übersichtsskizze der deutschen Kolonien an der unteren Wolga mit Angabe des konfessionellen Charakters der einzelnen Siedlungen (Schwarzdruck, 1:126 000) enthält die Schrift von *Schleuning*. „Die deutschen Kolonien im Wolgabgebiet“ (Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland, 1919).
100. Die Verbreitung des Deutschtums im südrussischen Schwarzmeergebiet in Prozenten der Gesamtbevölkerung zeigt eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck), die der Schrift von *Schmid* „Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands“ (Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland, 1919) beigegeben ist.

Vgl. auch Nr. 86. Asien.

101. Eine Übersicht der topographischen Kenntnis von Vorderasien nach dem Stande von 1914 (Mehrfarbindruck 1:3,7 Mill.) gibt *Fischer* in *Pet. Mitt. Jhg. 66/20*, H. 5, 6 Taf. 22.
102. Eine Übersicht des Grenzgebietes zwischen Yünnan und Setschuan nach eigenen Vermessungen und Routenaufnahmen von *Handel-Mazetti* (Dreifarbendruck, 1:633 000) ist der Denkschrift der Akademie d. Wiss. in Wien (Math. natw. Kl., Bd 97) beigegeben.

Afrika.

103. Eine Übersichtskarte der Landschaften Tibesti, Borku, Ennedie (Mehrfarbendruck, 1:2 Mill.) enthält *Geogr. Journ. Vol. LVI/20*, H. 2.

VON UNSERER ARBEIT

Geh. Regierungsrat Professor Dr. ing. h. c. Busley-Berlin feiert am 7. Oktober seinen 70. Geburtstag. Er hat von der Begründung des Deutschen Ausland-Instituts an unserm Institut seine regste Teilnahme entgegengebracht und ist ihm in seinem Wissenschaftlichen Beirat ein sachverständiger, treuer und stets hilfreicher Berater. Auch das Deutsche Ausland-Institut darf ihm zu seinem 70. Geburtstag seinen aufrichtigen und herzlichen Glückwunsch aussprechen und der Hoffnung Ausdruck geben, sich seiner Mitarbeit noch lange Jahre erfreuen zu dürfen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Erfahrener Geschäftsmann, 15 Jahre in England ansässig gewesen, im Begriffe, nach London und Provinzen zu reisen, ist bereit, geschäftliche und private Aufträge jeder Art zu übernehmen. Erstklassige Referenzen, Garantie für gewissenhafte Ausführung.

Bedeutendes Süddeutsches Walzwerk sucht im Auslande bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführte Vertreter für seine Erzeugnisse in Blechen, Bändern, Stangen und Rohren aus Messing, Tombak und Aluminium.

Die „Weltwirtschaft“.

Die von uns in Gemeinschaft mit der „Deutschen wirtschaftlichen Gesellschaft“ herausgegebene Zeitschrift „Weltwirtschaft“ bringt neben der Behandlung von Spezialfragen der wirtschaftlichen Lebens und Weltwirtschaftlichen wie Weltverkehrschroniken regelmäßig monatlich eine „Chronik der Auslandsdeutschtums“ aus der Feder unseres Generalsekretärs. An größeren Aufsätzen, die in das Gebiet des Auslandsdeutschtums fallen, enthält die Zeitschrift im Jahre 1920 bis zum Juliheft unter anderm:

Dr. Ernst Wittermann: Der Nationalitätenkampf, Probleme und Ziele. Dr. Grathwohl: Auslandsdeutschtum und Auslandsvertretung. Waldemar Quaiser: Der Minderheitenschutz in der Tschechoslowakei. Dr. K. Hirschland: Der Einfluß der Vorentscheidung der Auslandsdeutschen auf den deutschen Handel. Prof. Dr. J. Ziehen: Das Auslandsdeutschtum in der Geschichte der Wissenschaften; Klassische Altertumswissenschaften. Geschichtswissenschaft. Prof. Dr. Imendörffer: Die wirtschaftliche Bedeutung des ungarländischen Deutschtums. O. Weil: Die Deutschen in Brasilien. Carlo v. Kügelgen: Die Rolle des Deutschtums in Finnland. Dr. Albert Ritter: Die volkswirtschaftliche Bedeutung Vorarlbergs. Regierungsrat v. Zastrow: Die Wahlen von Südafrika und ihre Bedeutung für das Deutschtum in Südafrika. Conrad Maurer: Die Aussichten für deutsche Ärzte in China nach dem Weltkriege. Dr. Bruno Wohl: Das Reichstagswahlrecht für Auslandsdeutsche. Prof. Dr. Kende: Südtirol.

Die umfangreiche und inhaltsreiche Zeitschrift „Weltwirtschaft“ wird allen unseren Mitgliedern, die sie durch die Vermittlung unserer Geschäftsstelle beziehen, zum Vorzugspreis von 20 Mark statt 30 Mark jährlich geliefert.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 22. September 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oeiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 20

STUTTGART

Zweites Oktoberheft 1920

Die Aufgaben und Aussichten der deutschen Missionsarbeit in Ostasien

Von Missionsdirektor D. Dr. J. WITTE, Berlin-Steglitz.

Einer unserer erfahrensten China-Kenner, Legationsrat E. Krebs, sagt im „Neuen Orient“ (1920, Heft 2, S. 77) in einem Aufsatz über „Deutsche Tätigkeit in China“ folgendes: „Stehen auch die deutschen Missionen zahlenmäßig weit hinter den englischen und amerikanischen zurück, so sind sie doch vermöge der in weitem Umfange von ihnen ausgeübten Schultätigkeit ein nicht unbedeutender Faktor zur Ausbreitung des deutschen Einflusses in abgelegenen Gebieten Chinas. Noch weit mehr hätte durch Vermittlung der Missionen in dieser Richtung geleistet werden können, wenn in Deutschland mehr Verständnis für diese Pioniertätigkeit der Missionen, die von unseren Konkurrenten — insbesondere den Amerikanern — rechtzeitig begriffen und ausgenutzt wurde, vorhanden gewesen wäre.“

Die Bedeutung der deutschen Missionsarbeit in China wie auch in Japan in dem von Legationsrat Krebs geschilderten Sinne ist für die Zukunft nicht verringert worden, sondern noch erheblich gewachsen. Denn vieles, was zumal in China vor dem Kriege neben der Missionsarbeit zur Ausbreitung deutscher Kultur geschah (die deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau usw.), ist nicht mehr vorhanden. Die deutsche Mission aber kann nach wie vor in beiden Ländern ihre Arbeit leisten. So ist sie heute fast das einzige Mittel, um durch sie deutsche Kultur und deutschen Einfluß in Ostasien zu verbreiten.

Deutsche Missionsarbeit ist in China vor allem in zwei Hauptgebieten vorhanden: In der Kwantung-Provinz (Basler, Barmer, Berlin I) und in Schantung (Allg. Ev.-Prot. Missionsverein, Berlin I, Steyler Mission und Franziskaner). Außerdem arbeiten in Verbindung mit den spanischen Dominikanern in Fokien noch drei deutsche Dominikaner und in Tschekiang, Tzetschuan, Hunan, Kiangsi, Kweitschou, Kiangsu und Nganhui stehen zerstreute Posten der kleinen neuen evangelisch-deutschen China-Missionen (Liebenzeller-China-Inland-Mission, Barmer China-Mission, Kieler, Freienwalder und Friedenshorter Mission). In Japan arbeitet der Allg. Ev.-Prot. Missionsverein, die Steyler Mission, deutsche Franziskaner und deutsche Jesuiten. Wie groß das Übergewicht der Angelsachsen gegenüber der deutschen Mission ist, geht daraus hervor, daß auf evangelischer Seite in China vor dem Krieg 5000 Missionare aus England und Amerika im Dienst standen, aus Deutschland aber nur 234, in Japan arbeiteten 1050 angelsächsische Missionare und aus Deutsch-

land nur 6. Auf katholischer Seite war und ist das Verhältnis keineswegs günstiger, im Gegenteil, bei dem internationalen Charakter vieler katholischer Missionsorden ist die Ausübung von Arbeit mit nationalem Einschlag, zumal einem deutschen, oft besonders schwierig. Der Krieg hat dies Verhältnis der Zahlen naturgemäß noch zu unsern Ungunsten verschoben. Die Angelsachsen, vor allem die Amerikaner, haben ihre Ostasien-Missionen sehr verstärkt. Ihre Mittel sind teilweise verfünffacht worden. Die deutschen Missionen aber haben unter den allgemeinen deutschen Nöten und unter der Entwertung des deutschen Geldes schwer zu leiden. Es ist berichtet worden, daß die Hochschule der deutschen Jesuiten in Tokio bereits während des Krieges internationalisiert worden sei, der Allg. Ev.-Prot. Missionsverein hat, wie manche andern Missionen, aus Geldnot seine Arbeit einschränken und zwei sehr tüchtige deutsche Pfarrer entlassen müssen.

Es wäre darum dringend zu wünschen, wenn sich, wie Legationsrat Krebs es wünscht, die deutsche Opferwilligkeit wohlhabender Privatkreise und der deutschen Industrie aufruffte, um die nötigen Mittel zu schaffen, damit die deutsche Mission beider Bekenntnisse in Ostasien erhalten bleibt und ihre Aufgabe zum Nutzen der deutschen Interessen erfüllen kann.

Es hängt in China und in Japan von der Arbeit der Missionen in der Tat viel ab für die Gesamtheit unserer deutschen Zukunft. Die Entente arbeitet durch ihre Missionen zielbewußt weiter daran, den Ostasiaten immer wieder die gehässigen Urteile über uns als Barbaren und Rohlinge einzuprägen. Naturgemäß neigen sich ihnen, als den siegreichen Staaten, doch viele zu, es ist darum schwerer als vor dem Kriege, aber darum gerade auch nötiger als je, daß die Ostasiaten in ganz intemem Verkehr uns in unsern guten Eigenschaften kennen lernen, und daß durch Unterricht und das gedruckte Wort für Deutschland geworben wird. Dazu kann keine Einrichtung so gute Dienste leisten wie die Mission. Sie hat allerfreundschaftlichste Fühlung mit vielen Menschen und kann durch ihre Schulen und Blätter weite Kreise beeinflussen. Der Allg. Ev.-Prot. Missionsverein z. B. hat in Tokio und Kyoto deutsche Abendschulen, in denen gebildete Japaner Deutsch lernen, Ärzte, Offiziere, Ingenieure, Lehrer, Studenten und Beamte. Wenn die durch diesen Unterricht für Deutschland erwärmt

werden, so knüpfen sie später ihre wirtschaftlichen Bestellungen in Deutschland an. Ein Japaner, der jetzt sehr wichtige neue Verbindungen mit Deutschland angebahnt hat, ist z. B. vor 30 Jahren durch die Schule des Allg. Ev.-Prot. Missionsvereins für Deutschland gewonnen worden. Ein Chinese aus Kweichow wurde in Kyoto in Japan, wo er studierte, durch den Allg. Ev.-Prot. Missionsverein für Deutschland gewonnen, setzte seine Studien in Berlin fort und hat heute in China eine hohe Staatsstelle inne.

Die Entente hat in klarer Erkenntnis der hohen Bedeutung der deutschen Missionsarbeit für die deutschen Interessen die deutsche Mission schon im Kriege in Afrika, Indien, auch in Hongkong stillgelegt und die deutschen Missionare abgeschoben. Der Versailler Vertrag bestimmt im § 438, daß es bei dieser Vernichtung der deutschen Missionen in Indien, Afrika und Hongkong bleiben soll. Die bisher deutsche Missionsarbeit ist bereits — ohne Entschädigung — von Gesellschaften der Entente übernommen worden in Togo, Kamerun, auf der Goldküste, in Hongkong und in Indien. Hier überall ist also bis auf weiteres auf deutsche Missionsarbeit nicht zu rechnen.

Auch in Ostasien hat die Entente versucht, die deutsche Mission zu vernichten. Es ist ihr nicht gelungen. Die Chinesen und Japaner haben schützend ihre Hand über die deutschen Missionen gehalten. Im Frühjahr 1919 erhielten auf Verlangen der Entente beim allgemeinen Abtransport der Deutschen aus China auch die deutschen Missionare einen Ausweisungsbefehl. Aber im letzten Augenblick gelang es der chinesischen Regierung, ihren Willen doch aufrecht zu erhalten. So sind die deutschen Missionare in China geblieben und arbeiten weiter wie im Frieden, von der Regierung gern gesehen und vom Vertrauen des Volkes getragen.

In Japan hat die deutsche Mission im Kriege wohl einige Hemmungen und Unbequemlichkeiten gehabt durch die Polizeiaufsicht, der sie unterstellt war, aber im großen ging die Arbeit fort. Die deutschen Pfarrer des Allg. Ev.-Prot. Missionsvereins konnten die deutschen Kirchengemeinden der evangelischen Deutschen in Tokio, Yokohama und Kobe weiter pflegen, sie konnten die gefangenen Tsingtau-Kämpfer regelmäßig besuchen und sie konnten 1917 mehr als 700, 1918 gar mehr als 900 religiöse Versammlungen für die Japaner abhalten. Ja, sie durften erleben, daß nicht nur ihre bisherigen Anhänger der deutschen Mission treu blieben, sondern daß die Zahl der Taufen

größer wurde als vor dem Kriege. Und der Besuch der deutschen Abendschulen wuchs so an, daß in Kyoto der Unterrichtsraum nicht mehr ausreichte. Dieser Zustrom hat auch nach dem Kriege angehalten und ist ein Zeichen dafür, daß man in Japan an das deutsche Volk, an seine Zukunft und an seine geistigen Güter glaubt. Die Regierung Japans aber hat von dem § 438 von Versailles nicht Gebrauch gemacht, das Eigentum der Mission ist nicht angetastet worden, und sie hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Fortsetzung der Missionsarbeit wünsche. Gleiches gilt genau so von der deutsch-katholischen Mission. Sogar in Tsingtau hat die deutsche Mission den Krieg hindurch arbeiten können und arbeitet auch weiter.

Das Verhalten der Regierungen Chinas und Japans der deutschen Mission gegenüber kann, wenn man es mit dem Vorgehen Englands und seiner sonstigen Verbündeten vergleicht, gar nicht genug anerkannt und bedankt werden. Man ersieht daraus aber nicht nur, daß Japan und China im allgemeinen Wert darauf legen, mit Deutschland gute Beziehungen zu pflegen, sondern daß sie auch den Wert der deutschen Mission, wie der Mission überhaupt, hochzuschätzen wissen.

Man weiß bei uns in Deutschland noch viel zu wenig, daß seit dem Jahre 1912 die Regierungen beider Länder die Arbeit aller Missionen bewußt fördern, wo sie nur können. Sie haben klar erkannt, daß sie nicht nur die technische Außenseite unserer Kultur brauchen, sondern auch ihr inneres Leben. Die schnelle, alles umstürzende Umwandlung ihres Lebens erschüttert auch die geistigen Grundlagen ihres bisherigen Daseins einschließlich der Religionen. Die japanische Regierung hält seit 1912 jedes Jahr amtliche Religionskonferenzen ab, zu denen auch Vertreter des Christentums herangezogen und in denen gerade diese jedesmal ausgezeichnet werden. Keine größere Missionsanstalt wird mehr eingeweiht, ohne daß die Regierung sich vertreten läßt.

Durch eine stärkere Unterstützung der deutschen Mission tut man also nichts, was den führenden Kreisen Ostasiens unlieb wäre, im Gegenteil, diese sehen klar, daß sie ohne die sittlich-religiösen Kräfte unserer Kultur diese Kultur sich zum Segen nicht in ihr Leben verpflanzen können und sehen es daher gern, wenn die Missionen ihre Anstalten vergrößern. Große Teile der Welt sind uns auch für geistige Arbeit versperrt. Hier in der riesigen Welt Ostasiens haben wir freie Bahn. Man helfe, jetzt das Bestehende zu erhalten und in besseren Zukunftszeiten es auszubauen. Wir werden selbst davon Gewinn haben.

Literatur zum Versailler Friedensvertrag

Der Versailler Friedensvertrag, der wie ein Alb auf Deutschland lastet, steht nach wie vor im Mittelpunkt des politischen Interesses. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, daß seine Bestimmungen noch viel zu wenig bekannt sind. In folgendem soll daher die wichtigste allgemeine Literatur zum Friedensvertrag, sowie das auf die deutschen Grenzlande und die Kolonien bezügliche Material (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zusammengestellt werden. Die bibliographischen Nachweise sind vom Redaktionskomité des im Erscheinen begriffenen, von der Deutschen Liga für Völkerbund unterstützten „Kommentars zum Friedensvertrage“*) (herausgegeben von den Geheimräten Gaus und Schlegelberger, sowie von den Professoren Kraus und Schücking) gesammelt und von der Deutschen Liga für Völkerbund gesichtet worden. Die wirtschafts-politische und finanzrechtliche Literatur ist bereits am 1. Juli 1920 im „Bankarchiv“ veröffentlicht worden**).

Deutsche Liga für Völkerbund (Völkerrechtliche Abteilung).

I. Urkunden und Materialien.

Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der Deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen nebst Manteinote und Entwurf eines Abkommens

über die militärische Besetzung der Rheinlande. Berlin 1919. Auswärt. Amt. (112 S.) 8°.

Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der Deutschen Delegation zu den Friedens-

*) Als Veröffentlichungen dieses im Verlage von Hans Robert Engelmann und Franz Vahlen, Berlin, erscheinenden Kommentars liegen bisher vor: 1. Kraus-Rödiger, „Chronik der Friedensverhandlungen“, 155 S.; 2. Zitelmann, „Rußland im Friedensvertrag von Versailles“, 125 S.; 3. Eckardt-Küttig, „Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrage“, 13 S.; 4. Osterrieth, „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht im Friedensvertrag von Versailles“, 80 S.

**) Ferner wurde eine Zusammenstellung der Literatur über die Schifffahrtsfragen in der Zeitschrift „Hansa“ (10. Juli 1920), über die Auslieferungsfragen in der „Deutschen Strafrechtszeitung“ (1. Juli 1920) und über die Völkerbundfragen in der „Friedenswarte“ (August 1920) veröffentlicht.

bedingungen nebst Mantelnote. [Dt. Übers.] Berlin 1919. Auswärt. Amt. Vorläuf. Druck. (99 S.) 8°.

Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte. Vollst. amtl. Text. (Vorw.: Ulrich Rauscher.) Berlin 1919. Auswärt. Amt. (80 S.) 8°.

Conditions de Paix. Conditions of Peace. O. O. (1919). (XV, 415 S., 3 Kt.) 4°.

Conditions de paix des puissances alliées et associées. Reproductions complètes du texte officiel. (Société allemande pour une ligue des nations.) Avec carte des territoires à céder. Berlin 1919. Hans Robert Engelmann. (262 S.)

Conditions of peace of the allied and associated powers. Complete and revised reproduction of the official text, and may showing the territories to be ceded. (German union for league of nations.) Berlin 1919. Hans Robert Engelmann. (212 S.)

Congrès de la paix. Résumé officiel du projet de traité avec l'Allemagne et texte intégral du pacte de la société des nations. Éd. par le Journal de Genève. Genève 1919. (30 S.) 4°.

Denkschriften der verfassunggeb. deutschen Nationalversammlung. Nr 3. Berlin: Carl Heymann. Friedensbedingungen. Inhalt. Conditions de paix. Sommaire. Conditions of Peace. Summary. Mit 4 farbigen Karten. O. O. (1919) Nr 3.

Die deutsche *Denkschrift* zu den Friedensbedingungen. „Mitteilungen des Deutschen Industrierates“. Nr 258. Berlin 1919.

Die *Friedensbedingungen* der alliierten und assoziierten Regierungen mit Einl., Anh. u. Sachregister. Berlin 1919. Reimar Hobbing. (256 S.)

Die *Friedensforderungen* der Entente. Vollst. rev. deutsche Übersetzung der Versailler Bedingungen. Herausgeg. v. d. Deutschen Liga für Völkerbund. Mit Karte der geforderten Gebietsabtretungen. (Volksausgabe.) Berlin 1919. Hans Robert Engelmann. (224 S.)

Die *Friedensverhandlungen* in Versailles. Berlin 1919. Auswärtiges Amt. (295 S.) 8°.

Der *Friedensvertrag* nebst Ausführungsgesetzen. Unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsaufbau, Karten u. Sachverzeichn. Berlin 1919. Reimar Hobbing. (VIII, 256 S.) 8°.

Der *Friedensvertrag* zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande. Amtl. Text und amtl. dt. Übertr. Im Auftrage des Auswärt. Amtes. Charlottenburg 1919. Deutsche Verlagsges. f. Politik u. Geschichte. (XI, 529 S.) 4°.

Die deutschen *Gegenvorschläge*. Aus: „Frankfurter Zeitung“. 1919. (89 S.)

Die *Gegenvorschläge* der Deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen. Vollst. amtl. Text. Berlin 1919. (96 S.) 8°.

Der *Kampf* um den Rechtsfrieden. Die Urkunden der Friedensverhandlungen. Hrsg. v. d. Deutschen Liga für Völkerbund. Berlin 1919. Hans Robert Engelmann. (295 S.)

Materialien betr. die Friedensverhandlungen. Charlottenburg 1919. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Im Auftrage des Auswärt. Amtes. 10 Bände.*

Müller-Jabusch, Maximilian, Die Veröffentlichungen zu den Friedensverhandlungen. Ein Beitrag zur Geschichte des Buches als Mittel im politischen Kampf. Leipzig 1920. (S. 226—235.) 4° In: Zeitschrift f. Bücherfreunde. N. F. Jg. 11. H. 10/11.

Der *Notenwechsel* zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und das am 22. Sept. 1919 in Versailles unterzeichnete Protokoll über den Artikel 61 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs. (Berlin 1919.) (13 S.) 4°.

Résumé officiel du traité avec l'Allemagne. „Nouvelles de France.“ Paris 1919. Vol. 10. Nr 21.

Das *Ultimatum* der Entente. Vollständiger Text der Mantelnote und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge (Deutsche Liga f. Völkerbund), Berlin 1919, H. R. Engelmann. (95 S.)

II. Der Kampf um die Unterzeichnungsfrage.

Andre, Josef, Wie kam der Friedensvertrag in der Nationalversammlung zur Annahme? Stuttgart 1919. (24 S.) 8°.

Dr. Bauer-Thoma, Nicht unterschreiben! Nur ein Wilson-Friede. Berlin 1919. Börsen-Verlag. A. Lehmann.

Cohen, Max, Was sollen wir also tun? „Sozialistische Monatshefte“. Berlin 1919. Jg. 25, 1. (S. 425—432.)

Cohen, Max, Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages. „Sozialistische Monatshefte“. Berlin 1919. Jg. 25, 1. (S. 605 bis 610.)

Frank, Jakob, Was ist unannehmbar? „Die deutsche Nation“. Berlin 1919. Jg. 1. H. 6. (S. 8—14.)

Francke, E., Der Friede unterzeichnet. „Soziale Praxis“. Berlin 1919. Jg. 28. Nr 39. (S. 679—681.)

Faure, Fernand, Le Traité du 28 juin et sa ratification tardive. Revue Politique et Parlementaire. Nr 297. 10. Août. 1919.

Giesberts, Johannes, Die Geschichte der Weimarer Entscheidung. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr 34/37. (S. 744—750.)

Heilfron, E., Die Rechtsfolgen der Ratifikation. „Deutsche Allgemeine Zeitung“, Berlin. Nr 502, v. 14. X. 1919.

Heim, Georg, Die Vorgänge in Weimar vor der Unterzeichnung. „Süddeutsche Monatshefte“. München, Leipzig, Berlin 1919. Juli 1919. (S. 259—266.)

Henn, Roland, Betrachtungen und Rückschlüsse zur Unterzeichnung des Friedens. Königsberg 1919. (24 S.) 8°.

Schotte, Walther, Die Unterzeichnung. „Gerechtigkeit“. Berlin 1919. H. 7. (S. 417—421.)

Triebel, Hans, Unannehmbar! Was nun? Aufruf an das deutsche Volk zur zeitgemäßen und erfolgreichen Verteidigung Deutschlands gegen die rechtlichen und militärischen Übergriffe seiner Feinde. Dresden 1919. (48 S.) 8°.

Winnig, August, Glossen zur Ratifizierung. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 16. (S. 498—502.)

Ziemke, Unterzeichnen? Ein dokumentarischer Rückblick. „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78, 2. Nr 20. (S. 147—154.)

Annehmen oder ablehnen? Die unabhängige Sozialdemokratie und der Friede. Mit Beiträgen von K(arl) Kautsky [u. a.]. Berlin 1919. (47 S.) 8°.

The *Odds* on signature. „The New Statesman“. London 1919. Vol. 13. Nr 324. (S. 276—277.)

Der Versailler *Text* und die Folgen von Ablehnung oder Annahme. „Historisch-politische Blätter“. München 1919. Bd 163. (S. 764—770.)

III. Allgemeine Literatur zur Entstehung und zum Inhalte des Vertrages.

America and the treaty. „The New Statesman“. London 1919. Vol. 13. Nr 330. (S. 440—441.)

Eine deutsche *Antwort* an die Unterjocher. „Hammer“. Leipzig 1919. Nr 410. (S. 271—275.)

Die deutschen *Arbeiter* und der Friedensvertrag. „Handel und Industrie“. München 1919. Jg. 28. Nr 1434. (S. 228.)

Die englischen *Arbeiter* gegen den Gewaltfrieden. „Überseesdienst“. Berlin 1919. Jg. 5. Nr 24. (S. 194—195.)

Baker, Ray Shannard. „What Wilson did at Paris“. New York: Doubleday, Page & Co.

Barthou, L(ouis), Le Traité de paix. Paris 1919. (249 S.) 8°.

Bartlett, Vernon, Behind the scenes at the peace conference. London 1919. 8°.

Beck, James M., America's Attitude towards the Peace treaty: From the American standpoint. „The Fortnightly Review“. London 1920. Vol. 107. Nr 640. (S. 521—530.)

Beling, Ernst, Versailler Friede und deutsche Rechtspflege. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 15—21.)

Benoist, Charles, Les nouvelles frontières d'Allemagne et la nouvelle carte de l'Europe. Paris 1920. 8°.

Bent, Silas, The Future of the dependent people. „The World's Work“. New York 1919. Vol. 38. Nr 2. (S. XXXII—XXXIV.)

* Diese wertvolle Ausgabe vereinigt alle unter I. erwähnten „Urkunden und Materialien“.

- Bérard**, Victor, La Paix française, 1. Paris 1919. 1. Les Principes de la Paix. 1919. 80.
- The *Betrayal*. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 7. (S. 188–189.)
- Bevan**, Edwyn, Germany after the peace. „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 116. Nr 644. (S. 121–130.)
- Blood from a stone*. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 7. (S. 189–190.)
- Bonavia**, F., Peace, pride and prejudice. „The Nineteenth Century“. London 1920. Vol. 87. Nr 515. (S. 167–176.)
- Bourgeois**, Léon, Le Traité de paix de Versailles. Paris 1920. Alcan. 80.
- Brailsford**, H. N., Der zweite Frieden. „Das Tagebuch“. Berlin 1920. Jg. 1. H. 11/12, 13. (S. 398–401, 440–444.)
- Brailsford**, H. N., The eastern Settlement. „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 116. Nr 643. S. 8–15.)
- Brandes**, Georg, Der Tragödie 2. Tl. Der Friedensschluß. Autor. Übers. von Erich Halm. Gotha 1920. F. A. Perthes. (139 S.) 80.
- Brandt**, Rolf, Versailles. 28. April–28. Juni. Berlin 1919. (72 S.) 80.
- Braun**, Adolf, Der Ententefriede und die Arbeiterklasse. Berlin [1919]. „Vorwärts“. (24 S.)
- Braun**, Adolf, Der Friede von Versailles. Berlin 1919. Julius Springer.
- Brugsch**, H., Unser Schicksal nach dem Wilson-Frieden. Eine Enthüllung. Berlin [1919]. (31 S.) 80.
- Bruns**, Carl Georg, Zur Friedenslage. „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78, 2. Nr 24. (S. 233–237.)
- Bülow**, B. W. v., Der Weg zur Friedensrevision. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1920. Jg. 5. H. 22. (S. 650–655.)
- Bujac**, Colonel, A propos de la question macédonienne et la paix. „Revue Politique et Parlementaire“. Paris. Nr 297. v. 10. Août. 1919.
- Bunsen**, Marie v., Ein Betheiliger (d. i. J. M. Keynes) über den Vernichtungsfrieden. „Das Tagebuch“. Berlin 1920. Jg. 1. H. 7. (S. 237–245.)
- Burger**, Alexander, Die wichtigsten Teile d. Friedensvertrages v. Versailles. Allgemeinverst. erläutert. (Kultur u. Fortschritt Nr 532–536.) Leipzig 1920. Felix Dietrich.
- The only *Chance*. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 8. (S. 220–221.)
- Clark**, Joshua Reuben, Data on German peace treaty. Data presented to the committee on foreign relations, United States Senate, relating to the treaty of peace with Germany. Washington 1919. 40.
- Cohen**, Max, Am Beginn des Friedens. „Sozialistische Monatshefte“. Berlin 1920. Jg. 26. H. 1. (S. 7–12.)
- Colegrove**, Kenneth, A new Era in world morality. „The World's Work“. New York 1919. Vol. 38. Nr 2. (S. X–XIV.)
- The *Coming* of peace. „The Nation“. London 1920. Vol. 26. Nr 16. (S. 525–526.)
- Compton-Richet**, Joseph, The great peace. „The Contemporary Review“. July 1919. Nr 643.
- Congress and the Peace Treaty*. „The Contemporary Review“. London 1920. Vol. 117. Nr 654. (S. 886–888.)
- Cossmann**, Paul Nikolaus, Der „Friede“. „Süddeutsche Monatshefte“. München, Leipzig, Berlin 1919. Juli 1919. (S. 245–258.)
- Cramer**, J. A., Is it peace? Utrecht 1919. Ruys. (23 S.) 80.
- Cramon**, A. v., Woodrow Wilsons schwere Schuld. „Gerechtigkeit“. Berlin 1919. H. 8. S. 523–533.)
- Crowther**, Samuel, Germany under the peace treaty. „The World's Work“. New York 1919. Vol. 38. Nr 2. (S. XV–XX.)
- Cunow**, Heinrich, Friedensschluß. „Die Neue Zeit“. Stuttgart 1919. Jg. 37, 2. Nr 14. (S. 315–320.)
- Cunow**, Heinrich, Die Versailler Friedensbedingungen. „Die Neue Zeit“. Stuttgart 1919. Jg. 37, 2. Nr 8. (S. 171–177.)
- Dacher**, G., Le Traité de paix mis à la portée de tous. Paris 1920. 80.
- The *Danger* of German trials. „The Nation“ (London). London 1920. Vol. 26. Nr 19. (S. 629–630.)
- Dawson**, William Harbutt, The Liabilities of the treaty. „The Fortnightly Review“. London 1919. Vol. 116. Nr 631. (S. 1–13.)
- Dawson**, William Harbutt, The Treaty and the future. „The Fortnightly Review“. London 1919. Vol. 106. Nr 632. (S. 161–173.)
- Dehn**, Paul, Die Versailler Friedensbedingungen. Ein Lichtbildvortrag m. erklär. Text in 58 Darstellungen. München 1920. (64 S.) 80.
- Delbrück**, Hans, Der Entehrungsfriede. „Preussische Jahrbücher“. Berlin 1919. Bd 177. (S. 142–149.)
- Delbrück**, Hans, Die Friedensbedingungen. „Preussische Jahrbücher“. Berlin 1919. Bd 176. (S. 472–478.)
- Dessoir**, Max, Die Folgen für Deutschlands geistige Kultur. „Gerechtigkeit“. Berlin 1919. H. 7. (S. 441–454.)
- Deutschland und die Nachbargebiete nach dem Frieden von Versailles*. 1:2000000. Berlin und Glogau 1919. (Flemmings Generalkarten. Nr 10.) 80.
- Dewar**, George A. B., The Peace according to Versailles – 1919. „The Nineteenth Century“. London 1919. Vol. 86. Nr 509. (S. 1–17.)
- Dillon**, E. J., The Peace conference. London 1919. 80.
- Diplomaticus*, Der nächste Krieg. „Das neue Europa“. Zürich 1919. Jg. 5. Nr 5/6. (S. 1–4.)
- Drege**, Hermann Th., Deutschland und der Friedensvertrag von Versailles. „Geist und Arbeit“. Berlin 1920. (104 S.) 80.
- Dundas**, J. C., The U. S. A. constitution – and the Treaty. „The Nineteenth Century“. London 1920. Vol. 87. Nr 516. (S. 742–756.)
- Dyke**, Henry van, What peace means. New York 1919. 80.
- The *End* of the war. „The New Statesman“. London 1919. Vol. 13. Nr 325. (S. 308–309.)
- Erhart**, Ludwig, Dieser Friede wird kein Brest-Litowsk. Berlin-Halensee [1919]. (15 S.) 80.
- An *Eye-witness* on the peace conference. „The Saturday Review“. London 1920. Vol. 129. Nr 3350. (S. 28–29.)
- Fels**, Cte. Edmond de, Au Seuil de la paix. Paris [1919]. (II, 299 S.) 80.
- Finch**, Geo. A., The Peace Conference of Paris 1919. „The American Journal of International Law“. Vol. 13. Number 1. April 1919.
- (**Franke**, E.), Arbeiten und nicht verzweifeln! „Soziale Praxis“. Berlin 1919. Jg. 28. Nr 33. (S. 567–569.) 40.
- Frelinghuysen**, Joseph Sherman, Washington or Wilson? Speech on the treaty with Germany and the League of nations. Washington 1920. 80.
- (**Fried**, A. H.), Epilog. „Die Friedenswarte“. Zürich 1919. Jg. 21. Nr 5/6. (S. 105–108.)
- (**Fried**, Alfred Hermann), Der Tag von Versailles. „Die Friedenswarte“. Zürich 1919. Jg. 21. Nr 5/6. (S. 125–126.)
- Fried**, Alfred H., Der Weltprotest gegen den Versailler Frieden. Stimmen aus Amerika, Belgien ... Leipzig 1920. Der Neue Geist-Verlag. (78 S.) 80.
- Friedberg**, Hausmann und Quidde, Der Entwurf des Friedensvertrages. Reden. Berlin-Zehlendorf-West. Demokratischer Verlag.
- Der *Friede*. „Das neue Deutschland“. Gotha 1919. Jg. 7. H. 19. (S. 377–378.)
- Frieden!* „Soziale Praxis“. Berlin 1920. Jg. 29. Nr 16. (S. 361–363.)
- Der *Frieden*. Stimmen von rechts und links. Hrsg.: Dr. Walter Schotte. 1. Sonderheft. Berlin 1919. Hans Rob. Engelmann.
- „Gerechtigkeit“. (Herausgeg. v. d. deutschen Liga f. Völkerbund.) 1919. (1. Sonderheft.)
- Der *Frieden* im amerikanischen Licht. „Deutsch-Amerik. Wirtschaftsverband. Mitteilungen“. Berlin 1919. Jg. 1. Nr 17. (S. 159–160.)
- Dem Pariser „*Friedens*“-Kongress auf den Tisch von einem Deutschen. Karlsruhe 1919. (51 S.) 80.
- Friedens*-Stimmen. „Kunstwart“. München 1919. 33. Jg. (S. 254–262.)

- Der *Friede* von Versailles. Leipzig 1919. (Deutscher Geschichtskalender. Lfg. 60.) (IX, 172 S.) 8°.
- Talletti**, Alfredo, *L'Italia e la pace*. Milano 1919. 8°.
- Der *Gang* nach Versailles. Aus meinem Kriegstagebuch. „Die Friedenswarte“. Zürich 1919. Jg. 21. Nr. 4. (S. 81–84.)
- Jaus**, Friedrich, Résumé des Friedensvertrages von Versailles. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 34/37. (S. 755–768.)
- Terecke**, Karl, Deutschland auf dem Friedenskongreß. Lichtpunkte und Richtlinien für Gegenwart und Zukunft. Münchenhof (1919). (52 S.) 8°.
- The stage Germany*. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr. 15. (S. 440–442.)
- Der *Gewaltfrieden*. 60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergrittern? Nein! Berlin 1919. (64 S.) 8°.
- Gibbons**, Herbert Adams, Versailles goes bankrupt. „Century“. New York 1919. Vol. 98. Nr. 2. (S. 266–274.)
- Grabowsky**, Adolf, Der Friede und die deutsche Zukunft. „Das neue Deutschland“. Gotha 1919. Jg. 7. H. 16. (S. 307–309.)
- Grabowsky**, Adolf, Gewitterluft. „Das neue Deutschland“. Gotha 1919. Jg. 7. H. 18. (S. 347–351.)
- Graf**, Georg Engelbert, Die Landkarte Europas gestern und morgen. Berlin 1919. P. Cassirer. (271 S.) 8°.
- Grotthuß**, J. E. Frh. v., Friede? „Der Türmer“. Stuttgart 1919. Jg. 22. H. 2. (S. 109–114.)
- Hanotaux**, Gabriel, Le Traité du 28 juin 1919. Les principes et les applications. „Revue des Deux Mondes“. Paris 1919. T. 52 (S. 509–539, 755–797.)
- Hanotaux**, Gabriel, Le Traité de Versailles du 28 juin 1919. L'Allemagne et l'Europe. Paris 1919. Plon-Nourrit.
- Harden**, Maximilian, Die Eumeniden. Gestern – heute – morgen. „Die Zukunft“. Berlin 1919. Bd 105. (S. 195–219.)
- Harden**, Maximilian, Friede. „Die Zukunft“. Berlin 1919. Bd 105. (S. 351–376.)
- Harden**, Maximilian, Der harte Friede. Theramen – Talleyrand. „Die Zukunft“. Berlin 1919. Bd 105. (S. 139–168.)
- Harden**, Maximilian, Größe in Ruhe. „Die Zukunft“. Berlin 1919. Bd 105. S. 169–194.)
- Harris**, H. Wilson, Has President Wilson failed? „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 116. Nr. 644. (S. 154–161.)
- Harris**, H. Wilson, The peace in the making. „Swart mire Press“. London 1919. 8°.
- Harrison**, Austin, Peace. „The English Review“. London 1919. Vol. 29. Nr. 2. (S. 184–189.)
- Harrison**, Austin, The Americanisation of the Treaty. „The English Review“. London 1919. Vol. 29. Nr. 6. (S. 565–573.)
- Harrison**, Austin, Covenant or Tilsit? „The English Review“. London 1919. Vol. 28. Nr. 6. (S. 540–557.)
- Hazen**, Charles Downer, The Peace treaty and world politics. „The World's Work“. New York 1919. Vol. 38. Nr. 2. (S. I–VII.)
- Heile**, P., Die falsche Friedensrechnung. „Das Demokratische Deutschland“. Berlin 1920. Jg. 2. Nr. 12. (S. 211–216.)
- Heile**, Wilhelm, Deutschlands Ende? „Die Hilfe“. Berlin 1919. Jg. 1919. Nr. 26. (S. 322–323.)
- Heilfron**, Ed., Die Ansprüche des Verbandes. [Betr. Note v. 1. XI. 19 u. Protokollentwurf.] „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Berlin. Nr. 544 v. 5. XI. 1919.
- Heilfron**, Eduard, Friede! „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Nr. 18 v. 10. I. 1920. Nr. 19 v. 11. I. 1920.
- Heilfron**, Eduard, Das „Recht“ im Friedensentwurf. „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Berlin. Nr. 222. 9. V. 19.
- Heilmann**, Ernst, Verwirktes Recht? – Erwürgtes Recht! „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr. 8. (S. 225–231.)
- Hefferich**, Karl, Die Friedensbedingungen. Ein Wort an das deutsche Volk. Berlin 1919. R. Hobbing. (50 S.)
- Hefferich**, Karl, Der Friede von Versailles. Rede an die akademische Jugend geh. am 26. VI. 1919 im Auditorium Maximum der Berliner Universität. Berlin 1919. (Deutschnationale Flugschrift. Nr. 21.) (19 S.) 8°.
- Hendrick**, Burton J., Our proposed Pledge to France. „The World's Work“. New York 1919. Vol. 38. Nr. 2. (S. VIII–IX.)
- Herron**, Georg D., Der Pariser Frieden und die Jugend Europas. Berlin 1920. 8°.
- Hill**, David Jayne, Americanizing the treaty. „The North American Review“. New York 1919. Vol. 210. Nr. 2. (S. 155–171.)
- Hirschland**, Karl, Auslandsdeutschum und Friedensvertrag. „Mitteilungen d. deutschen Ausland-Instituts“. Stuttgart 1919. Jg. 2. Nr. 7.
- Horneffer**, Ernst, Erkenntnis. Die Tragödie des deutschen Volkes. Kassel (1919) Orma. (IX, 211 S.) 8°.
- How to celebrate peace*. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr. 16. (S. 464–465.)
- Huddleston**, Sisley, The Germans at Versailles. „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 115. Nr. 642. (S. 613–619.)
- Huddleston**, Sisley, Ist der Friedensvertrag bereits tot? „Europäische Staats- u. Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1920. Jg. 5. Nr. 13. (S. 156–160.)
- Huddleston**, Sisley, Peace – making at Paris. London 1919. 8°.
- Huddleston**, Sisley, From San Remo to Spa. „The Fortnightly Review“. London 1920. Vol. 107. Nr. 642. (S. 834–842.)
- Hurd**, Archibald, Peace and a naval holiday. „The Fortnightly Review“. London 1919. Vol. 105. Nr. 630. (S. 879–893.)
- Johnston**, R. M., War and peace, limited or unlimited? „The Nineteenth Century“. London 1919. Vol. 86. Nr. 509. (S. 34–39.)
- La Journée du 28 juin à Versailles*. „Revue des Deux Mondes“. Paris 1919. T. 52. (S. 467–470.)
- Is it peace, Germany?* „The Saturday Review“. London 1919. Vol. 127. Nr. 3321. (S. 596.)
- Kahrstedt**, Die staatsrechtliche Stellung Deutschlands nach dem Entente-Frieden. „Deutsche Juristen-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 24. H. 13/14. (S. 588–590.)
- Karte** der Abstimmungsgebiete und Zusammenstellung der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages. 1:1000000. Berlin 1919.
- Karte** von Ost-Deutschland mit den im Friedensvertrage vorgesehenen Gebietsveränderungen. 1:800000. Berlin 1919. 8°.
- Kelling**, Otto, Kriegszielpolitik und Friedensschluß. Berlin 1919. (24 S.) 8°.
- Kennt** das deutsche Volk die Tragweite des uns aufgezwungenen Friedensvertrages? „Zeitschrift für Binnen-Schifffahrt“. Berlin 1919. Jg. 26. H. 19. (S. 316.)
- Kettler**, C., Der Tragödie letzter Teil. „Hansa“. Hamburg 1920. Jg. 57. Nr. 11. (S. 219–220.)
- Knox**, Philander C., Rede über den Frieden mit Deutschland. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4. H. 43. (S. 537–540.)
- Knox**, Philander Chase, Treaty of Versailles. Speech deliv. in the Senate of the U. S. Aug. 29, 1919. Washington 1919. (36 S.) 8°.
- König**, Fr., Die elsäß-lothringischen Sozialisten gegen den Versailler Frieden und das Gewaltregime in Elsaß-Lothringen. „Deutsche Politik“. Stuttgart 1919. Jg. 4, 2. H. 34. (S. 241–247.)
- Kraus u. Ködiger**, Chronik d. Friedensverhandlungen, nebst einer Übersicht über die Diplomatie des Weltkrieges. Berlin 1920. Franz Vahlen u. H. R. Engelmann.
- Kühn**, Joachim, Deutschland und Frankreich. Ein Wort zur Friedenskonferenz. Berlin 1919. E. S. Mittler & Sohn. (51 S.) 8°.
- Lamouche**, Colonel L., La question macédonienne et la paix. Revue Politique et Parlementaire. Paris. Nr. 295 v. 10. Juni 1919.
- Le Fur**, Louis, Guerre juste et juste paix. Paris 1920. 8°.
- Lémonon**, Ernest, Le traité de paix avec l'Allemagne. „Revue Politique et Parlementaire“. Paris. Nr. 296 v. 10. juillet 1919.
- Lémonon**, Ernest, Les traités de paix avec l'Autriche et la Bulgarie. „Revue Politique et Parlementaire“. Nr. 297 v. 10. Août 1919.
- Lensch**, Paul, Die Antwortnote. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr. 10. (S. 295–298.)
- Lensch**, Paul, Am Aufbau der Weltrevolution. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr. 8. (S. 232–238.)

- Lensch, Paul**, Das Ende der französischen Legende. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 9. (S. 257–261.)
- Lensch, Paul**, Neue Fragen. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 16. (S. 490–497.)
- Lensch, Paul**, Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 7. (S. 193–199.)
- Lensch, Paul**, Die neue Moral. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 15. (S. 455–461.)
- Lensch, Paul**, Das Zwischenspiel des Friedensschlusses. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 13. (S. 385–388.)
- Lersner, Frh. v.**, Als Vorsitzender der Friedensdelegation in Paris. Hamburg [1920]. (14 S.) 8°.
- Lindenberg**, Die Neueinteilung der Gerichte aus Anlaß des Friedensvertrages. „Deutsche Juristen-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 24. H. 15/16. (S. 618–620.)
- Lohan, Max**, Der Vertrag von Versailles gemeinverst. dargestellt und erl. Berlin 1920. Kulturliga G. m. b. H. 61 S. 8°.
- Loisy, Alfred**, La Paix des nations et la religion de l'avenir. Paris 1919. (31 S.) 8°.
- Lugan, A(lphonse)**, Les Problèmes internationaux et le Congrès de la Paix. (Vue d'ensemble.) Paris 1919. (119 S.) 8°.
- Luxemburg** nach Kündigung des Zollvereinsvertrages. „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Nr 425 v. 2. IX. 19.
- Luzzatti, Luigi**, Italia e Germania nel trattato di pace di Versailles. Roma 1920. 8°.
- Mac Donald, Arthur**, Fundamental Peace ideas including the Westphalian Peace Treaty (1648) and the League of Nations (1919) in connection with international psychology and revolutions. Washington 1919. (16 S.) 8°.
- Maitrot, [Charles Arthur Edouard Xavier]**, La Paix qu'il faut à la France. Nancy 1919. (144 S.) 8°.
- Das *Manifest* der englischen Arbeiter gegen den „Weltvernichtungsfrieden“. „Überseedienst“. Berlin 1919. Jg. 5. Nr 29. (S. 238.)
- Marriott, J. A. R.**, The Treaty of Versailles. „The Fortnightly Review“. London 1919. Vol. 105. Nr 630 u. Vol. 106. Nr 631. (S. 817–827 u. S. 14–24.)
- Maurette, F.**, Atlas de la paix. Paris 1919. 8°.
- Prinz **Max** von Baden. Der Kampf ums Recht. „Berliner Tageblatt“. Nr 264 v. 11. VI. 19.
- Maxse, L. J.**, Not a single penny! „The National Review“. London 1919. Vol. 73. Nr 436. (S. 507–515.)
- Maxse, L. J.**, Behind the scenes of the Peace Conference. „The National Review“. London 1919. Vol. 74. Nr 441. (S. 410 bis 422.)
- Maxse, L. J.**, The second Treaty of Versailles. „The National Review“. London 1919. Vol. 73. Nr 438. (S. 814–876.)
- Meinecke, Friedrich**, Weltgeschichtliche Parallelen unserer Lage. „Gerechtigkeit“. Berlin 1919. H. 8. (S. 497–522.)
- Melick, P(r.) Gregor**, Protest! Offener Brief an Präsident Wilson. Stimme e. Neutralen. Berlin (1919). (7 S.) 8°.
- Mendelssohn-Bartholdy, A.**, Die „Sanktionen“ des Vertrages von Versailles. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 103–112.)
- Menenius**, Das Fazit des ersten Friedensvertrages. „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78, 3. H. 28. (S. 44–47.)
- Menenius**, Der Friedensvertrag und die öffentliche Meinung Frankreichs. „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78, 2. Nr 22. (S. 211–214.)
- Mont, Jules**, L'Allemagne et la paix. La lutte contre les conséquences de la défaite. Paris 1919. 8°.
- Six *Month* of the British delegation in Paris. „The Saturday Review“. London 1919. Vol. 128. Nr 3327. (S. 101–102.)
- Morel, Edmund D.**, Die Siegesfrüchte. Haben unsere Staatsmänner den Frieden erlangt, für den unsere Soldaten kämpften? In Übers. hrsg. von Hermann Lutz. Berlin 1920. H. R. Engelmann. (32 S.) 8°.
- Mügel**, Der Friedensvertrag und die Justizreform. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 113–121.)
- Müller, August**, Gewaltfrieden und Wiederaufbau. Berlin 1920. 8°.
- Müller, Oskar**, Warum mußten wir nach Versailles? Von der Friedensresolution zum Friedensschluß. Berlin 1919. (71 S.) 8°.
- Niemeyer, Th[edor]**, Rechtliche Tragweite der Friedensbedingungen von Versailles. „Deutsche Juristen-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 24. H. 11/12. (S. 441–445.)
- The *Obligations* of peace. „The Outlook“. London 1919. Vol. 43. Nr 1117. (S. 637.)
- Oloff, F.**, Weder Clemenceau-Friede noch Bolschewismus. Ein Mahnruf an das deutsche Bürgertum. Berlin 1919. (28 S.)
- Onken, Hermann**, Weltpolitische Ansicht des Versailler Friedensentwurfes. „Gerechtigkeit“. Berlin 1919. H. 7. (S. 422–440.)
- Foreign *Opinion* on peace treaty. „The Statist“. London 1919. Vol. 93. Nr 2151. (S. 883–884.)
- Orano, Paolo**, L'Italia e gli altri alla Conferenza della pace. Bologna 1920. 8°.
- Parmoor**, The Peace treaty and the poorhouse. „The Contemporary Review“. London 1920. Vol. 117. Nr 650. (S. 163 bis 168.)
- „*Peace*“. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 13. (S. 380.)
- The *Peace*. „The New Statesman“. London 1919. Vol. 13. Nr 318. (S. 132–133.)
- A bad *Peace* [Ein schlechter Friede]. „Gerechtigkeit“. Berlin 1919. H. 7. (S. 488–490.) Aus: „Manchester Guardian“ vom 26. Mai 1919.
- The *Peace* in being. „The Outlook“. London 1920. Vol. 45. Nr 1146. (S. 56.)
- The stop-gap *Peace*. „The Saturday Review“. London 1919. Vol. 127. Nr 3322. (S. 624.)
- The *Peace terms*. „The Outlook“. London 1919. Vol. 43. Nr 1110. (S. 437.)
- The *Peace terms*. „The Saturday Review“. London 1919. Vol. 127. Nr 3315. (S. 448.)
- Peace* – where there is no peace. „The Outlook“. London 1919. Vol. 43. Nr 1112. (S. 497.)
- A *Peace* without security. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 6. (S. 156–157.)
- Peace* without honour. „The New Statesman“. London 1919. Vol. 13. Nr 319. (S. 156–157.)
- Petersens, Ludwig af**, Nach dem „Frieden“. Autor. Übers. aus d. Schwed. Berlin 1919. (IV, 48 S.) 8°.
- Pillet, A.**, Le Traité de Versailles. Conférences faites au Collège libre des sciences sociales. Paris 1920. 8°.
- Politicus**, The Peace treaty and Germany. „The Fortnightly Review“. London 1919. Vol. 106. Nr 632. (S. 174–186.)
- Popert, Hermann**, Die Aufgabe. „Der Vortrupp“. Hamburg 1919. Jg. 8. Nr 11. (S. 321–326.)
- Portraits**, from the peace conference. „The Outlook“. London 1920. Vol. 45. Nr 1148. (S. 113–114.)
- The *Problem* of 1920. „The New Statesman“. London 1920. Vol. 14. Nr 351. (S. 368–369.)
- Quessel, Ludwig**, Der angelsächsische Friede. „Sozialistische Monatshefte“. Berlin 1919. Jg. 25, 1. (S. 432–436.)
- Quessel, Ludwig**, Der Versailler Frieden. „Weltwirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr 22. (S. 505–507.)
- Ratcliffe, S. K.**, America, the Senate, and the Treaty. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 11. (S. 322–323.)
- Re-Bartlett, Lucy**, Some Italian Impressions of the peace conference. „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 116. Nr 647. (S. 549–554.)
- Rees, Henry**, America's Attitude towards the Peace treaty: From the British standpoint. In: „Fortnightly Review“. London 1920. Vol. 107. Nr 640. (S. 511–521.)
- Reflections* on the peace. „The Saturday Review“. London 1919. Vol. 127. Nr 3316. (S. 472–473.)
- The *German Reply*. „The Outlook“. London 1919. Vol. 43. Nr 1113. (S. 525.)
- Rickett, Joseph Compton**, The great Peace. „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 116. Nr 643. (S. 1–7.)

- Rohrbach, Paul**, Belogen – betrogen – entehrt. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4, 1. H. 26. (S. 803–806.)
- Rohrbach, Paul**, Ein Buch über Frieden und Hungersnot. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1920. Jg. 5. H. 6. (S. 172–177.) 8°.
- Rohrbach, Paul**, Frankreichs „gerechter Frieden“. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1920. Jg. 5. H. 24. (S. 707–711.)
- Rohrbach, Paul**, Die deutschen Friedensgrundlagen. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4, 1. H. 23. (S. 707–711.)
- Rohrbach, Paul**, Was nun weiter? „Die Hilfe“. Berlin 1919. Nr. 26. (S. 323–324.)
- Rohrbach**, Wer ist verantwortlich? „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4, 2. H. 27. (S. 3–8.)
- Rosthorn, A.**, Amerika und der Friedensvertrag. „Österreichische Rundschau“. Wien 1920. Bd 63. H. 3. (S. 114–118.)
- (**Roth, Willibald**), Wilson, höre! (Offener Brief an d. Präsidenten.) (Berlin 1919.) (7 S.) 8°.
- Rühlmann, Paul**, Europa am Abgrunde. Die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in ihren Wirkungen erl. Leipzig 1919. Köhler. (98 S.) 8°.
- Saager, Adolf**, Neudeutschland und Versailles. Wie es zum Diktatfrieden kommen mußte und wie er korrigiert werden kann. Bern 1919. (30 S.) 8°.
- Scelle, G.**, Les Réserves du Sénat américain. „Revue politique et parlementaire“. Paris 1920. T. 102. Nr 304. (S. 342–358.)
- Schäzel**, Der Friedensvertrag als Reichsgesetz. „Deutsche Juristen-Zeitung“. Berlin 1920. Jg. 25. H. 3–4. (S. 196–199.)
- Scheffauer, Herman George**, Amerika und der Frieden von Versailles. „Die Glocke“. Berlin 1920. Jg. 5. Nr 43. (S. 1344–1354.)
- Schiff, Victor**, Versailles und Luzern. „Die Glocke“. Berlin 1919. g. 5. Bd 1. Nr 22. (S. 679–685.)
- Schloß, Heinrich**, Die Folgen von Versailles. „Deutscher Dienst“. Köln 1920. Jg. 5. Nr 3. (S. 29–30.)
- Schlottau, Hans**, Wir Pazifisten und die Friedensbedingungen. Vortrag ... („Pfadweiser-Flugschriften“. Nr 3.) Hamburg 1919. (32 S.) 8°.
- Dr. Ernst Schulze**, Die Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen. Das Urteil eines englischen Sachverständigen. „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Berlin. 23. I. 20.
- Schulze-Gaevernitz**, Offener Brief an die gerechtdenkenden Minderheiten in den Ententeländern. „Die deutsche Nation“. Berlin 1919. Jg. 1. H. 7. (S. 12–19.)
- Seidel, A.**, Trotzdem! Der Zukunft Morgenrot. Ein Weg zur Überwindung des Gewaltfriedens. Naumburg 1919. (82 S.) 8°.
- The Senate and the Versailles treaty. „The Saturday Review“. London 1919. Vol. 128. Nr 3334. (S. 261–262.)
- Sering, M[ax]**, Die Grenzen des neuen Deutschland. Mit 4 Karten. Berlin (1919). (11 S., 4 Kt.) 4°.
- Shaw, Fred[erick] G[eorge]**, The new Parliament and the Peace Conference. [London] 1919. (59 S.) 8°.
- Shaw, Bernard**, Peace Conference Hints. London 1919. Constable. (VI, 108 S.) 8°.
- Shaw, Bernard**, Winke zur Friedenskonferenz. Berlin 1919. (90 S.) 8°.
- Der Sieg**. Aus dem Dän. übers. von J. Heinzmann. „Die Glocke“. Berlin 1919. Jg. 5. Bd 1. Nr 14. (S. 417–424.)
- Sklarz, W.**, Vierzehn Punkte und ein Schlußpunkt. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr 27. (S. 609–612.)
- Soll das Friede sein?** Eine gemeinverständliche Darstellung der Friedensbedingungen. Hrsg. von der Zentrale für Heimatdienst. (Berlin 1919.) (40 S.) 8°.
- Spender, Harold**, Is it peace? A question for the new year. „The Contemporary Review“. London 1920. Vol. 117. Nr 649. (S. 10–17.)
- Städler, Eduard**, Friedensverhandlungen und Bolschewismus. Berlin (1919). (22 S.) 8°.
- Stampfer, Friedrich**, Von Versailles – zum Frieden. Berlin 1920. (136 S.) 8°.
- President Wilson's last Stand. „The New Statesman“. London 1920. Vol. 14. Nr 361. (S. 667–668.)
- Stein, v.**, Die Scham über den Schmachfrieden. „Süddeutsche Monatshefte“. München, Leipzig, Berlin 1919. Juli 1919. (S. 291–292.)
- Steinitzer, Erwin**, Der Friede. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr 24/26. (S. 560–565.) 8°.
- In Deutschlands Sterbestunde. Eine letzte Warnung a. d. dt. Volk. (Berlin 1919.) (16 S.) 8°.
- Strutz, G.**, Die Personalsteuerpflicht ehemaliger Reichsangehöriger und der Friedensvertrag. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 263–271.)
- Swindler, Robert Earl**, The Causes of war. Including an outline and study of the world war and official peace negotiations. Boston 1920. 8°.
- Szczepanski, v.**, Wehrlos – ehrlos! „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78, 3. Heft 28. (S. 25–27.)
- Sztern, M.**, Der Besiegte von Versailles. „Das neue Europa“. Zürich 1919. Jg. 5. Nr 5/6. (S. 5–9.)
- Sztern, M.**, Rückblick auf das Jahr der Friedenskonferenz. „Das neue Europa“. Zürich, Wien, Berlin 1920. Jg. 6. Nr 1/2. (S. 7–16.)
- Taft, William Howard**, the Ratify Covenant. Neuyork [1919]. (16 S.) 8°.
- Taft, William Howard**, It is better to ratify Treaty with reservation than to have it defeated altogether by Senate. Critical Examination of the Interpretations framed by the Committee. Public Ledger. Philadelphia. Nr 45, v. 8. XI. 1919.
- Thomas, Günther**, Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat. „Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftsverband. Mitteilungen“. Berlin 1920. Jg. 2. Nr 15. (S. 138–140.)
- Traité de Versailles 1919**. Nancy – Paris – Strasbourg 1919. (Pages d'histoire – 1914–1919. 168.) (242 S.)
- The Treaty and after. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr 12. (S. 344–345.)
- The Treaty of peace. „The Economist“. London 1919. Vol. 88. Nr 3950. (S. 767.)
- The vanishing Treaty. „The Nation“. London 1920. Vol. 26. Nr 21. (S. 696–697.)
- Tschitscherin**, Der Friede von Versailles. „Ein Brief an die deutschen Arbeiter“. Hamburg [1920]. (24 S.) 8°.
- Umbreit, Paul**, Die Gewerkschaften und der Friede. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr 34/37. (S. 799–808.)
- Valentin, Veit**, Die Weltlage nach dem Frieden von Versailles. „Neues Reich“. Berlin 1920. Jg. 1. H. 35–36. (S. 1–3.)
- Die aus Anlaß der Inkraftsetzung des Friedensvertrags in Paris getroffenen Vereinbarungen. o. O. [1920]. (77 S.) 8°.
- The official Version. (Leitartikel.) „The Times“. London. Nr 42094 v. 8. V. 1919.
- Voigtländer, E.**, Wer ist Wilson? „Der Türmer“. Stuttgart 1919. Jg. 21. H. 13. (S. 285–288.)
- Der Vorfriede von Versailles**. „Historisch-politische Blätter“. München 1919. Bd 164. H. 1. (S. 60–64.)
- Waldherr, Ludwig**, Der Friedensvertrag und die deutsche Zukunft. „Handel und Industrie“. München 1919. Jg. 28. Nr 1455. (S. 485–486.)
- Weck, Hermann**, Der Friedensvertrag und die Auslandsdeutschen. „Volk und Heimat“. Berlin 1920. Jg. 1. Nr 2. (S. 19.)
- Dr. L. Wertheimer**. (Frankfurt a. M.) Internationale Rechtspflege, eine Aufgabe des Friedensvertrages. „Frankfurter Zeitung“. Nr 313. 27. IV. 1919.
- Whyte, A. F.**, The Peace conference: An estimate of forces. „The Contemporary Review“. London 1919. Vol. 115. Nr 641. (S. 481–489.)
- Wiedemann, M.**, Die Friedensbedingungen. „Die Chemische Industrie“. Berlin 1919. Jg. 42. Nr 9/10. (S. 104–108.)
- Wiedemann, M.**, Aus den Gegenvorschlägen der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen. „Die Chemische Industrie“. Berlin 1919. Jg. 42. Nr 11/12. (S. 129–131.)

- Wendland*, H(ans), Die Versailler Friedensbedingungen. (Politische Übersicht) abgeschlossen am 11. Mai. „Konservative Monatsschrift“. Berlin 1919. Jg. 76. H. 10. (S. 541–547.)
- Wilhelm*, Versailles. Einsichten und Aussichten. Dresden 1919. Laube. (123 S.)
- A *Word* to Germany. „The Nation“. London 1919. Vol. 25. Nr. 14. (S. 408–409.)
- Wündisch*, Friedrich, Der Friedensvertrag vom 28. VI. 1919. Mit allen ergänz. Bestimmungen, den deutschen Ausführungs-gesetzen, dem Waffenstillstandsabkommen und den Wilson-schen Leitsätzen erläutert. Mannheim 1919. Bensheimer. (296 S.) 8°.
- Wyatt*, H. F., After the Signature. „The Nineteenth Century“. London 1919. Vol. 86. Nr. 509. (S. 24–33.)
- Zangwill*, Israel, Die Paradoxie von Versailles. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1920. Jg. 5. Nr. 15. (S. 197–199.)
- Zanotti-Bianco*, Umberto, e Andrea Caffi, La pace di Versailles. Note e documenti. Roma 1919. 8°.
- Zitelmann*, Ernst, Zwischenprivatrecht im besetzten Gebiet. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 128–136.) 8°.
- IV. Deutsche Grenzlande.**
- Barandon*, Die politische Lage in Nordschleswig. „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78. 4. Nr. 42. (S. 62–65.)
- Barrès*, Maurice, L'Appel du Rhin. La France dans les pays rhénans. [Une tâche nouvelle.] Paris 1919. (96 S.) 8°.
- Die neuen *Bestimmungen* für das Rheinland. Rheinland-abkommen und Verordnungen der Hohen Kommission. Köln, Köln. Verl.-Anstalt. O. O. 1920. (35 S.) 8°.
- Dr. Ernst *Broda*, Benötigt die tschechoslowakische Republik zu ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit d. Anschluß fremd-nationaler Gebiete? Wien 1919. Mänsche Verlagsh.
- Bruns*, Carl Georg, Die Rechtslage der Ostprovinzen nach dem Friedensvertrage. Eine Quellensammlung. Berlin 1919. (VIII, 72 S.) 8°.
- Calder*, Fritz van, Volksabstimmung bei Gebietsveränderungen. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 22–29.)
- Christiansen*, Carl C., Oberschlesien. Warum muß es bei Deutschland bleiben? „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 19/21. (S. 475–480.)
- Cormann*, Der strafrechtliche Schutz der Volksabstimmungen auf Grund des Friedensvertrages. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 39–47.)
- Crusen*, Georg, Verlust der Staatsangehörigkeit auf Grund des Friedensvertrages. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 48–52.)
- Damme*, Die Freiheit der „freien Stadt“ Danzig. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 53–60.)
- Darsy*, Eugène, Les Droits historiques de la France sur la rive gauche du Rhin. Paris 1919. (VIII, 209 S.) 8° (Petite Bibliothèque de la Ligue des patriotes. 8.)
- Dégouy*, La Question de Danzig. „La Revue de Paris“. Paris 1919. 26. T. 3. (S. 434–448.)
- Rechtsanwalt Dr. *Ebner*, Die Rechtswirkungen d. feindlichen Besetzung auf die Bevölkerung des besetzten Gebietes. Leipzig 1919. Rincklake & Rätch.
- Erzberger*, [Matthias], Frankreichs Hunger nach dem Saargebiet, „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 15/16. (S. 381–386.)
- Fabricius*, Viktor, Der nationale Kampf um Schleswig. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4, I. H. 22. (S. 683–688.)
- Fehlinger*, Hans, Die Gebietsverluste im Osten. „Die neue Zeit“. Stuttgart 1919. Jg. 38, I. Nr. 1. (S. 12–15.)
- Frank*, Reinhard, Das Saargebiet im Friedensschluß. München [1919.] (30 S.) 8°
- Güesfeld*, W., Deutsche Vermögensrechte in den an Polen abgetretenen Gebieten. „Bank-Archiv“. Berlin 1920. Jg. 19. Nr. 17. (S. 203–207.)
- Herrmann*, Alfred, Das Schicksal der Provinz Posen im Friedens-vertrage. „Die Hilfe“. Berlin 1919. Nr. 23. (S. 280–281.)
- Herrmann*, Der Friedensentwurf und die Provinz Posen. „Euro-päische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 19/21. (S. 499–504.)
- Heinr. Ewald *Hoff*, Im Kampf um die deutsche Nordmark. Kiel 1919. Schleswig-Holstein. Verlagsanstalt.
- Kain*, Josef, Der Osten. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 24/26. (S. 566–568.)
- Prof. Dr. Bruno *Kuske*, Rheingrenze und Pufferstaat. Eine volkswirtschaftliche Betrachtung. Hrsg. v. Freiheitsbund d. deutschen Rheinlande. Bonn 1919. A. Marcus & E. Weber.
- Liebmann*, Zivilrechtliche Übergangserscheinungen in Elsaß-Lothringen. „Festgabe für Otto Liebmann“. Berlin 1920. (S. 91–94.) 8°.
- Loening*, Otto, Die völkerrechtliche Stellung Danzigs nach dem Versailler Friedensvertrag. „Recht und Wirtschaft“. Jg. 9. Nr. 2. (S. 39–43.)
- Meinecke*, Fr[edrich], Der „historische“ Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 15/16. (S. 386–390.)
- Michaelis*, Paul, Um die Nordmark. Die drohende Zerreißung Schleswig-Holsteins. Berlin 1919. Hans Robert Engelmann. (16 S.) 8°.
- Dr. Ernst F. *Müller*, Die Zertrümmerung Ostpreußens und der deutschen Ostmark. Herausgeg. vom Zentrallausschuß f. d. deutschen Heimatdienst Sonderversand Ostpreußen. 2. Aufl. (Königsberg 1919.) Verlag Klarheit.
- Oesling*, Rudolf, Was wird aus unserem Osten? „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 19/21. (S. 463–468.) 8°.
- Pfister*, Chr[istian], (Mulhouse et la France). Comment et pourquoi la République de Mulhouse s'est donnée à la France. Paris, Strasbourg 1919. 59 S.) 8° (Petite Bibliothèque alsacienne.)
- Pfister*, Chr[istian], (L'Alsace et la France). Comment et pourquoi l'Alsace s'est donnée à la France. Paris, Strasbourg 1919. (61 S.) 8° (Petite Bibliothèque alsacienne.)
- Recke*, Walther, Die polnische Frage in Versailles. „Das neue Deutschland“. Gotha 1919. Jg. 7. H. 18. (S. 351–355.)
- Prof. Dr. Geh. R. M. *Sering*, Die Grenzen des neuen Deutsch-land. Mit 4 Karten. Herausgeg. v. d. Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche u. wirtschaftliche Bildung. Berlin 1919. W. Moesner in Komm.
- Dr. S. *Schilder*, Die handelspolitischen Bestimmungen im Ententeentwurf des Friedensvertrages und Deutsch-Österreich. Handelsmuseum Bd 34. 1919. Nr. 24.
- Schotte*, Walther, Der Osten. „Europäische Staats- und Wirt-schafts-Zeitung“. Jg. 4. Nr. 19/21. (S. 461–462.)
- Schremmer*, Wilhelm, Die großpolnische Gefahr und Schlesien. „Der Türmer“. Stuttgart 1919. Jg. 21. H. 11. (S. 187–188.)
- Schücking*, Walter, Deutschlands Recht auf das Saargebiet. „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“. Berlin 1919. Jg. 4. Nr. 15/16. (S. 422–426.)
- Schätz*, Walter, Der Wechsel der Staatsangehörigkeit nach dem Versailler Frieden. „Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht“. Leipzig 1920. Jg. 14. Nr. 4. (S. 213–216.)
- Stegemann*, H., Rettet das Saarland! Ein Aufruf. Berlin 1919. (66 S., 1 Kt.) 8°.
- Tiedje*, Johannes, Die Imponderabilien der schleswigschen Frage. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4, 2. H. 30. (S. 306–311.)
- Vergnet*, Paul, La France au Rhin. Résultats d'une enquête dédiée à la Conférence de la paix. Paris 1919. (128 S.) 8°.
- Wehberg*, Hans, Völkerrechtliche Fragen bei Gebietsabtretungen im Versailler Friedensvertrage. Berlin 1919. „Preußisches Verwaltungs-Blatt“. Bd 41. Nr. 4. (S. 37–40.)
- Weinhausen*, Friedrich, Die Friedenspolitik der deutschen Ost-provinzen. „Das demokratische Deutschland“. Berlin 1919. Jg. 1. Nr. 25. (S. 577–580.)
- Prof. H. *Wendt*, Schlesien und der Weltfrieden. Denkschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens. Breslau 1919. Ferd. Hirt.

- Wittmaack, H.**, Friedensvertrag, Artikel 80, und Reichsverfassung, Artikel 2 und 61, Absatz 2. „Deutsche Revue“. Stuttgart-Leipzig 1920. Januar-H. 1920. (S. 49–55.)
- Wohlfahrt**, Das Problem Oberschlesien. „Die Grenzboten“. Berlin 1919. Jg. 78. Nr. 49. (S. 234–236.)
- Flugblätter** f. Deutschösterreichs Recht. Hrsg. v. Dr. A. K. v. Wotawa. Nr. 14: Denkschrift d. Deutschen Mittelmährens, unterbreitet der Friedenstagung zu Paris. Nr. 18: Prof. Dr. K. G. Hugelmann: Der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Nr. 19: Dr. Fr. Kamnicker: Das deutsche Murtal v. Spielfeld bis Radkersburg u. d. Slowenen. M. e. Karte. Nr. 15: Das Kuhländchen. Denkschrift zur Wahrung d. Selbstbestimmungsrechts d. deutschen Kuhländchens in Nordmähren. Nr. 16: Die tschechischen Minderheiten im nordwestböhmisches Kohlenrevier. Nr. 24: Eine tschechische Sprachenkarte Böhmens, Mährens u. Schlesiens. Nr. 20: Die Olmützer Sprachinsel.
- „**Denique Tandems**“ auctore. Sarre et Westphalie! L'avenir et la sécurité de la France sont aux rives du Rhin. (Lettre ouverte à M. le Prés. Wilson.) Paris 1919. (16 S.) 8°.
- Die **Not** des mährischen Anteils. Die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts für den Süden der Kreise Ratibor und Leobschütz. Eine Materialsammlung. Hrsg. vom Mährischen Preßbüro. Ratibor 1919. (24 S.) 8°.
- Das politische **Prinzip** der Schleswigschen Abstimmung. „Die deutsche Nation“. Berlin 1919. Jg. 1. H. 6. (S. 48–49.)
- Protest-Kundgebung**, veranst. v. Ausschuß für den Saargebietschutz am 17. März 1919... zu Berlin. Berlin 1919. (45 S.) 8°.
- Die Rheinische **Republik**. Die Gründe für die Errichtung eines rheinischen Freistaates und die Vorgeschichte der Proklamation vom 1. Juni 1919. Hrsg. von der Vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik. Wiesbaden 1919. (48 S.)
- Die neuen Bestimmungen für das **Rheinland**. Rheinlandabkommen und Verordnungen der hohen Kommission. Kölner Verlagsanstalt. Köln 1920.
- Das **Saargebiet** in den durch den Vorfrieden geschaffenen Verhältnissen. Als Ms. gedr. Berlin [1919]. (23 S.) 8°.
- Die polnische **Schmach**. Was würde der Verlust der Ostprovinzen für das deutsche Volk bedeuten? Ein Mahnwort an alle Deutschen. Hrsg. vom Reichsverband Ostschutz. Berlin 1919. (16 S.) 8°.
- Stimmen** führender Ostleute: „Der unmögliche Friede“. Danzig 1920. (87 S.) 8°.
- V. Das Schicksal der deutschen Kolonien.**
- Biengräber, P.**, Die Kolonialfrage im Friedensvertrag. „Ge-rechtigkeit“. Berlin 1919. H. 7. (S. 484–487.)
- Ford, John**, The German Peace Treaty. The Cession of the Colonies and the Mandatory Principle of the Covenant of the League of Nations. Article V. The Journal of Commerce. New York. Nr. 7913, v. 7. VII. 19.
- Grünfeld, Ernst**, Die deutschen Kolonien und der Völkerbundgedanke. „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1919. Jg. 36. Nr. 6. (S. 66–67.)
- Hennig, Richard**, Um die deutschen Kolonien! Neutrale und feindliche Stimmen zu den Pariser Konferenzbeschlüssen. „Koloniale Rundschau“. Berlin 1919. Jg. 1919. H. 7/9. (S. 166–175.)
- Hennig, R.**, Die „Regelung“ der Kolonialverteilung im Versailler Frieden. „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1919. Jg. 36. Nr. 8. (S. 87–88.)
- Hupfeld, Fr.**, Die kolonialen Bestimmungen der Friedensbedingungen. „Der Tropenpflanzer“. Berlin 1919. Jg. 22. Nr. 5. (S. 137–146.)
- Hupfeld, Fr.**, Der Friedensentwurf und die Kolonien. „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1919. Jg. 36. Nr. 6. (S. 61–62.)
- Marquardsen, Hugo**, Das Schicksal der deutschen Kolonien. „Petermanns Mitteilungen“. Gotha 1920. Jg. 66. Jan./Febr.-H. (S. 21–23.)
- Morel, E. D.**, Afrika und der europäische Friede. „Koloniale Rundschau“. Berlin 1919. Jg. 1919. H. 7/9. (S. 129–145.)
- Paasche, Hans**, Das verlorene Afrika. Berlin (1919). (19 S.) (Flugschriften d. Bundes Neues Vaterland. 16.)
- Poeschel, Hans**, Die Kolonialfrage im Frieden von Versailles. Dokumente zu ihrer Behandlung. Berlin 1920. 8°.
- Protestiert** gegen den Raub der Kolonien! „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1919. Jg. 36. Nr. 6. (S. 67–69.)
- Rohrbach, Paul**, Deutschlands koloniale Wiederherstellung. „Deutsche Politik“. Stuttgart-Berlin 1919. Jg. 4,2. H. 29. (S. 67–71.)
- Schippel, Max**, Sozialdemokratie, Internationale und deutsche Kolonien. „Sozialistische Monatshefte“. Berlin 1919. Jg. 25, 1. (S. 528–534.)
- Schnee, Weltfrieden und Kolonien**. „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1920. Jg. 37. Nr. 1. (S. 2–3.)
- Scholz, Oskar**, Friedensvertrag und deutsche Südseekolonien. „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 23. VI. 1920.
- Seitz, Die Südafrikanische Union und Südwestafrika**. „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1920. Jg. 37. Nr. 3. (S. 26–27.)
- Seitz, Weltfriede und Völkerbund**. „Deutsche Kolonialzeitung“. Berlin 1920. Jg. 37. Nr. 1. (S. 3–4.)
- Zache, Hans**, Die Kolonien im Friedensentwurf. „Wirtschaftsdienst“. Hamburg 1919. Jg. 4. Nr. 24. (S. 447–451.)
- Politisch-wirtschaftliche Schriftenfolge zur **Friedenskonferenz** (unter Mitarb. hervorrag. Politiker, hrsg. v. Otto Keßler). 2. Heft. O. Keßler, „Arrangement“ mit England. Denkschrift zu den Ansprüchen d. Entente auf die deutschen Kolonien. Hamburg 1919. Dorendorf & Dresel.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

I. Kapitel.

Neuyork bei Kriegsausbruch.

„Extra, extra, Germany declares war on Russia, extra, extra!“

Die Nachmittagsvorstellung war gerade zu Ende und in dicken Massen strömten die Leute aus dem Theater und rissen sich um die Extrablätter, die halbwüchsige Burschen mit einem wahren Indianergeheul an die neugierige Menge verkauften. Eine Panik hatte sich aller bemächtigt, die dadurch nicht vermindert wurde, daß ein jeder glaubte, die Kraft seiner Lungenflügel auf die Probe stellen und seine Mitmenschen anbrüllen zu müssen. Der Broadway bot ein mehr als bewegtes Bild, alle Völker, alle Rassen, alle Mischungen waren vertreten; alles Menschen, hinauf bis zur

höchsten Intelligenz und hinunter bis zum tierischen Unverstand, hinauf bis zu strotzendem Reichtum und hinunter bis zur verkommensten Armut. Und alles schrie, schrie wie von Tobsucht verfolgt, weil jeder es wußte, reich oder arm, schwarz oder weiß: das europäische Gleichgewicht gerät ins Wanken, Mutter Europa hat einen Schlaganfall bekommen, von dem sie sich vielleicht nie wieder erholen wird. Das Beben des Körpers aber und die Zuckungen der Glieder werden auf dem ganzen Erdball wahrnehmbar sein, und selbst die weitesten Meere werden dem Krieg keine Schranken bilden. Ein jeder fühlt das, er weiß, daß etwas Gewaltiges im Anzuge ist, aber es fehlen ihm noch die nötigen Unterlagen, um klar begreifen zu können, und doch muß er sich Luft machen, denn die Umwälzungen, die da eventuell vor sich gehen, könnten auch seine Interessen durchkreuzen. So entstehen

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18.

denn die wildesten Gerüchte. Der eine posaunt sie aus, der andere gibt sie weiter und schon innerhalb weniger Minuten liegt Deutschland zerschmettert am Boden. England, Frankreich, Rußland und die Heldenstaaten Serbien und Montenegro hauen auf Deutschland ein, machen es dem Erdboden gleich und lassen es von der Landkarte verschwinden. So wenigstens denkt es sich der Yankee, der Europa und vor allem Deutschland nur dem Namen nach kennt. Er wird in dieser Ansicht bestärkt von Leuten, die selbst Europäer sind, die Verhältnisse also genau kennen müssen und die mit wahren Pathos jedem, der es wissen oder nicht wissen will, erzählen: „Deutschland ist dem Niedergange geweiht, es hat sich selbst gerichtet!“ *)

Diese Leute sind Agenten und stehen im englischen Sold, sie treiben ihr frevelhaftes Handwerk in der skrupellosesten Weise und scheuen vor keiner Verleumdung zurück. Der ahnungslose Amerikaner glaubt ihnen Wort für Wort, er muß es sogar glauben, denn es ist doch rein unmöglich, daß einer dieser englischen Apostel es wagen würde, einen freien Amerikaner auf offener Straße anzulügen!

Jedem, der es wissen will, erzählt er es und die Neuyorker wollen es alle wissen, denn auch sie unterscheiden sich in ihrer Neugier in keiner Weise von anderen Großstädtern. So stehen sie denn da auf den Straßen, den Plätzen, vor den Redaktionsgebäuden, in dichten Klumpen zusammengeballt und hören zu, wie der Agent in die Kriegstrompete bläht, große Schlachtpläne entwickelt und die russische Dampfwalze anfahren läßt. Es ist kein Zweifel mehr, Deutschland pfeift aus dem letzten Loch. Alle Amerikaner, mit wenigen Ausnahmen, sind überzeugt davon und mit dem Stolz des Allwissenden, der seine Weisheit aus „erster“ Quelle geschöpft hat, stellt sich der Amerikaner selbst in die Mitte und gibt die Lügen, die er eben selber erst gelöffelt hat, als Binsenwahrheiten weiter. Und was er eben ausgesprochen, bestätigen 5 Minuten später die Zeitungen und verkünden dem Volke in marktschreierischer Weise: „England rules the waves, Germany is smashed down!“

Wo sind die Deutschen, die Deutsch-Amerikaner, und was sagen sie zu diesem Treiben, zu dieser Verhetzung? Oder schweigen sie und lassen sie alles über sich ergehen? Sie schweigen nicht, aber sie brüllen auch nicht; es eckelt sie an, sich diesen englischen Söldnern entgegenzuwerfen und sich mit ihnen in doch zwecklose Wortstreite einzulassen. Man mag fragen, wieso zwecklos? Nun, das Übel ist viel zu tief gewurzelt, als daß es sich wieder ausrotten ließe. Diese Wurzeln sind uralte und haben ihre Fühler seit Jahrzehnten über den ganzen Erdball ausgestreckt und lassen nicht mehr locker. Dieser Krieg mit seinen vielen Nebenerscheinungen, ist seit einem Menschenalter systematisch von England vorbereitet worden. Presse und Agenten waren die Handhaben, deren sich das stolze Albion bediente. Dieser Wulst von Lügen, Verhetzungen und Verleumdungen gegenüber blieb der Deutsche schweigsam. Zwar erhob sich hier und da eine warnende Stimme, aber wer hörte auf sie? Niemand!

Mit Ausnahme der Hearst-Blätter steht fast die gesamte amerikanische Presse, an der Spitze die Neuyorker Zeitungen, im Dienste Englands. Diese Presse geht mit einem wahren Raffinement zu Werke. Soziale Einrichtungen, Erfindungen oder Neuerungen auf irgendwelchem Gebiet, die in Deutschland gemacht sind, werden totgeschwiegen. Reibereien im Reichstage oder gerichtliche Skandale, die vielleicht in Deutschland interessieren, dem Auslande aber gleichgültig bleiben können, werden in allen Zeitungen breitgezogen und mit fettgedruckten, spöt-

tischen Überschriften versehen. Die „Neuyorker Times“ brachte wöchentlich spaltenlange Artikel über die Zaberger Affäre, obgleich diese dem nur seinen Geschäften nachgehenden Amerikaner höchst gleichgültig sein konnte. Der Zweck war nur zu offensichtlich. Ab und zu bringt die „Times“ auch wohl einen deutschfreundlichen Artikel, jedoch nur, um einerseits die vielen deutschen Abonnenten nicht zu verlieren, andererseits um Neutralität zu heucheln. Ein Deutscher in Neuyork ohne die Times war zu Friedenszeiten eine Unmöglichkeit. Jeder las sie, jedoch nicht wegen ihrer deutschfeindlichen Haltung, sondern lediglich, weil sie das einzige Blatt war, das täglich ausführliche Berichte über Deutschland brachte. Das Verstümmelte und Hetzerische in den Artikeln nahm man mit in Kauf, die Hauptsache für jeden war, etwas über die Heimat zu lesen. Bekanntlich klammert sich auch der Ertrinkende an einen Strohalm! Erst mit dem Moment des Kriegsausbruches hörte die Timesleserei unter den Deutschen auf. Eine neue Ära begann für alle Deutsch-Amerikaner.

Es gibt ein deutsches Sprichwort, das heißt: „Einigkeit macht stark!“ Dieses Wort ist von Deutschen niemals befolgt worden. Erst mußte der Weltkrieg kommen, um dem Wort Geltung zu verschaffen. Die Deutsch-Amerikaner haben niemals eine geschlossene Gemeinschaft gebildet, die Interessen derer, die im Osten und derer, die im Westen lebten, gingen zu sehr auseinander, um alle unter ein Dach und Fach zu bringen. Diese Gegensätze schienen unüberbrückbar, als plötzlich alle vor der Tatsache standen, daß das Land, in dem einst ihrer aller Wiege gestanden hatte, um seine Existenz kämpfen mußte gegen eine Welt von Feinden, die mit neidischen Blicken lange genug zugehört zu haben glaubten, wie Deutschland kraft seines Fleißes und seiner Intelligenz in dauerndem Vorwärtstreben begriffen war. Die langersehnte Einigkeit war da, wie über Nacht war sie mit einem Schlage gekommen und feierte kolossale Triumphe. Die „Times“ flog aus jedem deutschen Hause in hohem Bogen heraus. Dann kaufte sich jeder eine deutsche Zeitung. Dann hielt man große deutsch-amerikanische Versammlungen ab, lud dazu die Jrländer ein und schloß ein Schutz-, Trutz- und Wahlbündnis mit ihnen. Und so ging es fort. Leute, die von deutschem Wesen kaum noch etwas an sich trugen, sondern nur noch einen deutschen Namen hatten, weil ihr Groß- oder Urgroßvater seine Wiege in deutschen Gauen gehabt hatte, sie besannen sich plötzlich auf ihre Abstammung und schlossen sich denen an, die da kämpften für die deutsche Sache in fremden Ländern. Das ganze deutsche Volk hat sich erhoben und sich gesammelt zur Einigkeit, nicht nur im Mutterlande, auch im gesamten Auslande, allüberall. Die warnende Stimme, die sich schon in Friedenszeiten erhoben hatte, jetzt wird sie erhört und findet Widerhall in jedes Deutschen Ohr. Und jeder kämpft, wenn nicht im Schützengraben, so doch durch Wort und Schrift.

Bedeutende und kapitalkräftige Deutsche haben sich in den Vereinigten Staaten zusammengetan und eine neue, erstklassige Zeitschrift „The Fatherland“ herausgegeben, die in englischer Sprache allen der deutschen Sprache nicht kundigen Aufschluß gibt über deutsches Wesen, deutsche Sitten und Gebräuche, über deutsche Politik und die in sachgemäßer Weise die Lügen widerlegt, die von englischer Seite gegen uns ausgestreut werden. Die Zeitschrift ist schnell populär geworden und hat auch bei den reinen Amerikanern großen Zuspruch gefunden. So ist also auch dort drüben überm fernen Ozean der deutsche Michel aufgewacht und hat endlich den Kampf aufgenommen gegen den englischen Pressefeldzug. Möge die Saat, die er sät, reiche Ernte bringen! Vor allem aber für die Zeit nach dem Kriege! (Forts. folgt.)

*) Man beachte immer, daß die „Erlebnisse Auslandsdeutscher“ schon während des Weltkriegs geschrieben wurden!

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tirol.

Gelegentlich einer mehrtägigen Informationsreise italienischer Verwaltungsbeamten durch Südtirol fand im August in dem bekannten Alpenort Cortina d'Ampezzo ein Empfangsabend statt, dessen Verlauf der Bürgermeister von Cortina dem Generalkommissär für Südtirol, Exzellenz Credaro, sowie im Namen der Gemeinde ein Treuegelöbniß leistete.

In der darauf folgenden Erwiderung Credaros führte dieser aus, daß er, als er vor dreizehn Monaten sein Amt antrat, glaubt habe, das „Popolo trentino é tirolejo“ werde bald Gelegenheit haben, zu sprechen. Dies wurde aber durch die Weltlage verhindert. „Inzwischen habe ich,“ erklärte der Generalkommissär weiter, „in diesen Völkern große Tugenden erkannt und die Überzeugung gewonnen, daß beide Völker einer glücklichen Zukunft würdig sind, nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung. Im Interesse des italienischen und deutschen Volkes ‚Venezia Tridentina‘ spreche ich den Wunsch aus, es mögen recht bald innige Beziehungen zwischen den Italienern und Deutschen. Italien will niemanden unterdrücken, denn es ist immer eine freiheitliche Nation. Ich wünsche autonome Verhältnisse im Trentino und in Südtirol (Trentino é Alto Adige), und meine Wünsche für die Zukunft gipfeln in der Überzeugung, daß wir Brüderlichkeit, Menschlichkeit und die endgültige Ausschaltung des Krieges erstreben müssen und erreichen werden!“

Der Inhalt der Erklärungen des italienischen Generalkommissärs, die bei dem Umstand, daß sie unter starkem Beifall einer rein italienischen Veranstaltung abgegeben wurden, nicht als eine lediglich höfliche Tafelrede zu werten sind, hat in deutschen Kreisen lebhaftes Befriedigung hervorgerufen.

Zu der gleichen Kundgebung wird uns noch geschrieben: „Exzellenz Credaro hat in einer ausschließlich italienischen Veranstaltung — und das ist das wesentliche — von den Deutschen gesprochen, von der ‚großen Nation, die wir achten und lieben‘. Er drückte den persönlichen Wunsch aus, in Südtirol autonome Verhältnisse zu sehen.“

Jeder einzelne dieser Sätze, die der Generalkommissär, der in jungen Jahren selbst in Deutschland studiert hat, aussprach, wurde von einem wahren Beifallssturm unter den anwesenden Italienern empfangen, und alle weiteren Erklärungen, die dann noch im Laufe des Abends fielen, zeugten von der unbedingten Hochachtung, die man auf italienischer Seite der deutschen Kultur wieder entgegenbringt.

Daß sich der italienische Generalkommissär unter fast frenetischer Zustimmung seitens seiner Landsleute für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler Deutschen erklären konnte — der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien erführe ein ähnliches Verlangen als Antwort fast eine Anklage wegen Hochverrats — ist als ein für die Deutschen günstiges Symptom zu werten. Bisher hatte es, wenn man auf die Mitteilungen der italienischen Presse allein angewiesen war, den Anschein erweckt, daß man in ihrem Mutterland so unbarmherzig losgerissenen Deutschen auch bei der jetzt zuständigen Landesregierung in ihren berechtigten Wünschen nicht das gebührende Verständnis. Daß zu dieser Annahme kommen konnte, dürfte wohl in erster Linie darin seine Ursache haben, daß Trient, der Sitz des General-

kommissariates, zugleich auch der Mittelpunkt einer — numerisch zwar nicht starken, aber sehr geräuschvoll tuenden — chauvinistischen Clique ist, durch und durch deutschfeindlich, in deren Fesseln man den italienischen Statthalter bis zu dem Augenblick wühlte, da er die unzweideutigen Worte aussprach: „Ich wünsche die Autonomie für Südtirol!“

Die wirkliche Entscheidung über die Form der Autonomie, die wir bekommen müssen, wird in Rom fallen. Die Bewilligung steht heute außer jedem Zweifel. Hoffen wir, daß bis zur Stunde, da der südlich des Brenners hausende Teil des deutschen Volkes selbst seine Verwaltung führen wird, alle Verfügungen Credaros dem Geist der aus freien Stücken in Cortina abgegebenen Erklärungen nicht widerlaufen.“

Tschechoslowakei.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht in seiner Nr. 37 einen Notschrei aus dem Hultschiner Land, der verdient, weitesten Kreisen bekannt zu werden und den auch wir deshalb unverkürzt zum Abdruck bringen:

„Die Bevölkerung des Hultschiner Ländchens, wovon die Mehrzahl Arbeiter und Kleinbauern sind, befindet sich seit der Besetzung durch die Tschechen in einer verzweiflungsvollen Lage. Der größte Teil von den Arbeitern, meist gut organisierte Bauarbeiter, ist gezwungen, da sie in der tschechoslowakischen Republik kein menschenwürdiges Auskommen finden können und ihre Verhältnisse anders geartet sind, im oberschlesischen Industriegebiet ihr Brot zu suchen. Durch den alle paar Wochen geänderten Paßzwang, welcher mit Unkosten und schweren Zeitversäumnissen verbunden ist, ist die Arbeiterschaft in größte Erbitterung geraten. Die Erbitterung wird noch gesteigert dadurch, daß den Arbeitern deutsche Zeitungen abgenommen werden. Den Höhepunkt der Erbitterung erreichte es am 31. Juli, als einem Arbeiter eine deutsche Zeitung abgenommen wurde. Da er sich sträubte, wurde er sofort verhaftet. Darauf protestierte eine größere Menge der mitfahrenden Arbeiter zu seiner Freilassung, worauf die tschechischen Beamten mit Gewehr und Revolver antworten wollten. Einige junge Hitzköpfe warfen Steine dazwischen. Seit der Zeit ist die Schikanierung der Arbeiterschaft durch die Tschechen aufs härteste gestiegen. Jeder ankommende Arbeiterzug wird von etwa 100 mit Bajonetten ausgerüsteten Gendarmen in Empfang genommen. Mit Hohngelächter und verachtenden Äußerungen werden die Arbeiter einzeln aus dem Zuge entlassen und auf das schärfste kontrolliert. Bei jeder kleinsten Mienenverziehung mangelt es nicht an Kolbenstößen, Fußtritten, Ohrfeigen und Mißhandlungen schlimmster Art. Es sind schon Fälle vorgekommen, wo einzelne Leute in einem finsternen Keller eingesperrt und auf eine ganz barbarische Art mißhandelt wurden.“

Laut Friedensvertrag ist das Hultschiner Ländchen ohne jede Volksabstimmung den Tschechen einverleibt worden, trotzdem der Friedensvertrag auf dem Grundsatz ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ aufgebaut worden ist.

Kollegen und Arbeitsbrüder der ganzen Welt! Wir richten an euch die dringende Bitte: Helft uns aus diesem elenden Sklavenjoch zu befreien!

Setzt es durch, daß uns das Abstimmungsrecht über unsere zukünftige Staatszugehörigkeit gebilligt wird. Von uns sind schon Hilferufe an verschiedene maßgebende Persönlichkeiten ausgegangen, leider ohne Widerhall.

Im Vertrauen appellieren wir an die größte Macht der Welt, an die internationale Arbeiterschaft und legen auf letztere unsere größte Hoffnung, daß wir nicht verlassen werden.

Die Arbeiterschaft des Hultschiner Ländchens."

Ungarn.

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde über Ungarn verhängte Boykott ist, wie jeder Kenner der Verhältnisse vorausgesetzt hat, kläglich zusammengebrochen und hat seinen politischen und wirtschaftlichen Zweck nicht erreicht. Um so bedauerlicher aber ist die Schädigung, die er der deutschen Sache in Ungarn gebracht hat. Die Absperrung Ungarns gegen Österreich, denn auf eine solche beschränkte sich der Boykott, gab nämlich den magyarischen Machthabern willkommene Gelegenheit, nicht nur Westungarn militärisch besonders ausgiebig zu besetzen, sondern auch der deutschen Bauernschaft Westungarns, die durch die Absperrung in ihrem Handelsverkehre nach Österreich behindert wurde, darzulegen, welche Gefahren sie durch das in Deutsch-Österreich herrschende System bedrohten und damit der dem Anschlusse günstigen Stimmung entgegenzuarbeiten. Allerdings darf die Wirkung dieser amtlichen Propaganda nicht allzu hoch eingeschätzt werden, denn nach wie vor ist die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Westungarns für den Anschluß. Wie sehr man dort diese Stimmung der Bauernschaft fürchtet, ersieht man aus dem geflissentlichen Entgegenkommen, das nun von allen Seiten den nationalen Wünschen der Deutschen entgegengebracht wird. Kennzeichnend ist nach dieser Richtung eine Erklärung des kürzlich abgehaltenen Distriktskonventes der evangelischen Kirche in Oedenburg. Während bisher gerade diese Kirchengemeinschaft durchaus im Dienste der Magyarisierung stand, wurde auf dem genannten Konvente erklärt, Feindseligkeit gegen die Nationalitäten sei niemals ein treibender Beweggrund in der evangelischen Kirche Ungarns gewesen und die Forderung aufgestellt, daß der Muttersprache innerhalb des kirchlichen Lebens keine Schranken gesetzt werden dürften. Sollte der österreichische Staatskanzler Renner, der erst kürzlich einer Abordnung von Vertretern Deutsch-Westungarns erklärte, sobald die Ratifizierung des Friedens von Neuilly durch die ungarische Nationalversammlung erfolgt sein werde, was in Bälde zu erwarten sei, werde der Anschluß an Österreich durchgeführt werden, recht behalten, so werden alle von magyarischer Seite unternommenen Schritte, die deutsche Bevölkerung durch ein sehr verspätetes Wohlwollen zu gewinnen, vergeblich sein.

B. I.

Polen.

In der „Lodzer Freien Presse“ kommt der Sejmagabordnete Oskar Friese auf die politische Lage Polens und die Stellung des Deutschtums in einem bemerkenswerten Leitartikel zu sprechen, in dem er scharf gegen die Einmischung des Klerus in die Politik Stellung nimmt und auf die Gefahren hinweist, die durch die Begründung der posenschen Westarmee für den kongreßpolnischen Staat entstanden. Er betont, daß die Deutschen Polens fest zur neuen Regierung und zu ihrem Leiter Witos ständen und auch zum Staatschef Pilsudski volles Vertrauen hätten.

In Kruschwitz hat am 29. August eine Versammlung der deutschen Bevölkerung gegen die Gewaltakte gegenüber der polnischen Bevölkerung in Masuren und Ermeland, die durch die Deutschen verübt worden seien, protestiert und darauf hingewiesen, daß alle Benachteiligung polnischer Bürger in den Plebiszitgebieten sich an den Deutschen rächen müßte, die in Polen wohnten. Solange die polnische Bevölkerung in Deutsch-

land keine Garantien für volle Bürgerrechte erhalte, könne man nicht erwarten, daß man in Polen mit den Deutschen wie mit gleichberechtigten Bürgern verfare.

Es ist immerhin seltsam, daß die deutsche Bevölkerung gegen solch vereinzelte Verfehlungen Stellung nehmen zu sollen glaubt und kein Wort gegen die nicht ausnahmsweise, sondern regelmäßig in Polen erfolgende Unterdrückung der kulturellen wie auch wirtschaftlichen Rechte der deutschen Minderheit findet. Dagegen haben 40 polnische Sejm-Abgeordnete aus Posen und Pommerellen, die dem nationalen Volksverband (der Christlich-nationalen Arbeiterpartei, der Nationalen Volksvereinigung und der Bürgerpartei) angehören, am 10. August in einer von 1500 Personen besuchten Tagung eine Erklärung veröffentlicht, die sich gegen die bolschewistische Agitation, gegen die Unzuverlässigkeit und Unehrlichkeit der Beamten in Heer- und Zivilverwaltung, gegen den Versuch einer Trennung der großpolnischen Gebiete wende und auf eine gerechte Behandlung aller polnischen Staatsbürger, gleichviel welcher Nationalität, hinarbeitete.

Lettland.

In der gesetzgebenden Versammlung in Riga stand kürzlich die Agrarfrage zur Debatte, und es wurde viel und ausgiebig über diese für Lettland allerdings lebenswichtige Frage gestritten. Als Vertreter der Minderheiten legte der deutsche Abgeordnete Dr. Paul Schiemann deren Standpunkt dar. Sie lehnten es nach seinen Ausführungen ab, bei der Beurteilung der Agrarfrage die Tatsache in Erwägung zu ziehen, daß ein kleiner Teil ihrer Volksangehörigen durch die Landaufteilung materiell schwer geschädigt werde, könnten aber deswegen auch nicht einseitig nur den künftigen Landbebauer und seine Behaglichkeit im Auge behalten. Die Sozialdemokraten verlangten, daß die völkischen Minderheiten über diese rein lettischen Fragen nicht mitsprechen dürften. Das sei wenig demokratisch, sei aber auch unrichtig, denn die Landfrage sei keine nationale Frage. Auch die Deutschen, Russen und Juden hätten ihre Landlosen, deren Bedürfnisse in gleichem Maße befriedigt werden müßten. Das Land sei das Kapital des Staates, von dem alle Volksteile leben müßten. Eine Versorgung aller Landbedürftigen sei nötig und unaufschiebbar, ihr müsse der private Besitz zum Opfer gebracht werden. Dabei aber dürfe die Gesamtproduktion der Landwirtschaft nicht zurückgehen, sondern müsse gesteigert werden. Das müsse leitender Gesichtspunkt sein. Der genossenschaftlichen Initiative biete sich hier ein reiches Arbeitsfeld. Vom sofortigen Übergang des gesamten Landbesitzes in die Hand der Regierung sei gar nichts zu erwarten als ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Dadurch werde infolge der Unmöglichkeit der sofortigen Verteilung und produktiven Landbebauung nur ein unproduktives Zwischenstadium geschaffen, in dem keine Melioration neu eingeführt, keine Steigerung der Erzeugung möglich sei. Auch wenn der Bauernbund ein Restgut für den ehemaligen Besitzer erhalten wissen wolle, so widerspreche das den rein wirtschaftlichen Interessen. Diese große wirtschaftliche Frage müsse unabhängig von den Einzelinteressen der bisherigen Besitzer gelöst werden. Auch eine restlose Enteignung sei zu begrüßen, wenn sie nur produktionssteigernd und Zufriedenheit schaffend wirke. Da aber die Majorität des Hauses für das Zwischenstadium sich bereits entschieden habe, erscheine die Idee des Restgutes wenigstens eine Garantie, daß ein kleiner Teil des Landes auch künftighin nur unter dem Gesichtspunkt der Produktionssteigerung bewirtschaftet werde. Was die vor geschlagene Besitzform angehe, die neben den Landbesitzern da

estgüter nur Pächter schaffen wolle, so lehnten die Minoritäten war nicht den Gedanken an eine Bodenreform, wohl aber denjenigen der Schaffung von zwei Kategorien von Besitzern ab. Der Landbesitz dürfe nur in einer einzigen Besitzform verteilt werden, wenn auch eine individuelle Regelung der einzelnen Fälle nötig sei. Der Gedanke, das Land ohne Entschädigung zu enteignen, wende sich gegen den Eigentumsbegriff und damit gegen die Idee der Landverteilung selbst. Es ginge nicht an, den einen besitzlos und entschädigungslos von Haus und Hof zu vertreiben und den Rentner ruhig seine Hypothekenzinsen erziehen zu lassen. Im Aufbau, Zusammenhalten und Arbeiten aller liege das Heil Lettlands.

Diese kluge und staatsmännische Rede zeigt einen erfreulichen Willen der Deutschbalten zur positiven Mitarbeit an den Problemen ihrer Heimat. Wenn man weiß, wie stark der deutsche Grundbesitz mit der Geschichte des Landes verwachsen ist, was Kurland diesem baltischen Adel und Grundbesitz verdankt und wie sehr die Grundpfeiler deutscher Herrschaft auf diesem Grundbesitz beruhten, so wird man die ganze Entsagung der Deutschen, die zur Rede Schiemanns führte, erst richtig würdigen. Solch kluge und vorurteilsfreie Politik der Minderheiten über wird auf die Dauer ihre Früchte tragen.

Das lettische Agrargesetz kam dann nach sechstägiger Besprechung in einer Generaldebatte in die Einzelbesprechung der verschiedenen Artikel. Dr. Paul Schiemann, der bekannte Vertreter des Deutschtums im lettischen Parlament, schrieb aus diesem Anlaß in der „Rigaischen Rundschau“ einen Leitartikel, in dem er die Ansichten des Gesetzes behandelt und namentlich den Rückzug des Bauernbundes besprach, der anscheinend vor der Sozialdemokratie und ihrer populären Forderung der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes die Flagge gestrichen hat. Allerdings bestehe noch keine vollkommene Klarheit über den Gang der Abstimmung und über das endgültige Schicksal des Gesetzes, das naturgemäß für den deutschen Grundbesitz und überhaupt für das Deutschtum in Lettland von entscheidender Bedeutung sein werde. Immerhin schreibt Schiemann: „Wie sich nun auch das Schicksal der Agrarreform im einzelnen gestalten möge, darüber können wir nicht im Zweifel sein, daß der deutsche Besitzstand auf dem Lande als endgültig vernichtet angesehen werden muß. Nachdem Rußland bereits im Jahre 1915 den Besitzstand der baltischen Industrie zerstört hat und das letzte Jahr für den Handel immer traurigere Auspizien gestellt hat, müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, daß das baltische Deutschtum wirtschaftlich zusammengebrochen ist, daß unser ganzer Besitzstand zum Opfer gefallen ist jener Feindschaft und jenem Hasse, der uns in unserer eigenen Heimat den Platz nicht mehr gönnt!“

Schiemann sprach weiter von den Versicherungen, daß diese Feindschaft nicht der deutschen Kultur gelte, daß also äußerlich betrachtet das Deutschtum wenigstens die Möglichkeit hätte, sich einen Platz entsprechend seiner hohen Kultur wieder zu erobern. Ein Haß gegen die deutsche Kultur sei unzweifelhaft der breiten Masse des Volkes auch fremd, der lettische Bauer sei duldsam. Leider aber seien die Strömungen innerhalb der Intelligenz anders. Der Dichter Akurader trete unter gröblicher Entstellung der Tatsachen gegen die deutschen kulturellen Wünsche auf, ihm schlossen sich die Dichterinnen Aspasia und der Dichter Rainis an. Alle versuchten die Tatsache, daß man den den Deutschen gehörigen Fundus des Theaters ihnen einfach widerrechtlich weggenommen hat, dahin umzudeuten, die Deutschen gönnten den Letten ihr Theater nicht. Der Dichter Skalbe gebe in seinem Blatte Aus-

führungen des Journalisten Kroders Raum, die einfach ein Geschimpfe seien. Das deutsche Theater in Riga war städtisch. Auch heute noch stellen die Deutschen 18 Prozent der Bevölkerung in der Stadt Riga dar. Der Staat habe mit der Übernahme des Theaterwesens auch die städtischen Verpflichtungen übernommen. Das lettische Kunstdepartement aber fälsche diese 18 Prozent einfach in 5 bis 6 Prozent Deutsche der Gesamtbevölkerung Lettlands um und schreibe, daß sich für die lettische Bühne von der örtlichen deutschen Bühne (die früher auf einer anerkannten Höhe stand!) nichts in künstlerischem Sinne Wertvolles lernen ließe. Lettland bedürfe einer nationalen eigenartigen Kunst und keiner Kopie deutschen Geistes und deutscher Technik. Wenige Tage aber vor Schuleröffnung verfüge der Bildungsminister, daß „die ehemalige Peter-Realschule notwendig sei für andere Staatsinstitutionen und daher nicht für das laufende Jahr den Deutschen überlassen werden kann.“ Das alles seien Zeichen offenen blinden Hasses und deuteten den Beginn eines Kulturkampfes an, zu dessen gewaltsamer Heraufbeschwörung die deutschen Parteien demnächst Stellung zu nehmen gezwungen wären. Man wird sich also auf scharfe Kämpfe im Baltikum gefaßt machen müssen.

Estland.

In Wesenberg wurde am 19. August feierlichst das Balten-Regiment aufgelöst, das seine Mannschaften in den Dienst estnischer Regimenter überführte. Schon lange arbeitete am Orte nur noch eine kleine Gruppe von Offizieren und Mannschaften an der Liquidation des Regiments, das 1½ Jahre dort gestanden und dem Städtchen den Stempel seines Wesens aufgedrückt hat. Ein Festgottesdienst leitete die Feier ein, dann verabschiedete sich in der geschmückten Kaserne der Oberst von Weiß von den Kameraden in bewegten Worten und am Nachmittag fand in der Kirche unter zahlreicher Anteilnahme der Bevölkerung ein Kirchenkonzert statt.

Dänemark.

In Nordschleswig sind eine Reihe von deutschen Denkmälern von nationalistischen Dänen beschädigt worden, so daß das Südrelief am Düppeldenkmal, das die Belagerung darstellt, durch Steinwürfe erheblich zerstört worden ist. Alle Reliefbilder sind durch ein richtiges Steinbombardement mit faustgroßen Steinen zerschlagen und angehauen worden. Der Gedenkstein für das Gefecht des v. d. Tannschen Korps bei Hoptrup ist an einen Steinhauer in Hadersleben verkauft und zu Kopfsteinen zerschlagen worden. Das künstlerisch hochstehende Arnkiendenkmal ist gleichfalls durch Steinwürfe und Hammerschläge so zu gerichtet worden, daß eine Wiederherstellung kaum möglich sein wird. Den Relieffiguren sind die Nasen abgeschlagen.

England.

Wie der Deutschenhaß in England noch immer weiter besteht, davon gibt das Erlebnis zweier deutscher Dampfer in Ramsgate lebendiges Zeugnis. Als die beiden Schiffe ein paar Tonnen Koks geladen hatten, störte der zu Hunderten am Ufer sich ansammelnde Pöbel die Arbeiten. Am Bug und am Brückengeländer der beiden Dampfer wurden weithin sichtbare Plakate angebracht, daß sie nur beladen würden und in Zukunft keine deutschen Dampfer mehr nach dem Hafen kommen würden, der Pöbel riß jedoch die Plakate wieder ab und warf auf die Mannschaften Steine. Erst am späten Abend konnte die Polizei die angesammelte Menge, darunter auch zahlreiche Badegäste, zerstreuen.

Portugal.

Portugal scheint die Absicht zu haben, die deutschen Interessen zu wahren und nicht alle Raubrechte auszunutzen, die ihm der Friedensvertrag gewährt. Die Verwaltungsbehörde für das feindliche Eigentum hat verfügt, daß alle deutschen Kaufleute die Rückgabe ihrer kaufmännischen und privaten Archive, die sich zurzeit im öffentlichen Depot befanden, verlangen könnten. Nach Ablauf von 30 Tagen nach der Veröffentlichung allerdings würden die zurückgebliebenen und nicht abgeholteten Sachen verkauft werden. Diese Frist ist im September bereits abgelaufen.

Italien.

Die in diesen Fragen gewöhnlich gut unterrichtete „Voss. Ztg.“ ließ sich unter dem 21. August von ihrem römischen Vertreter melden, daß die endgültigen bindenden Besprechungen zwischen Deutschland und Italien hinsichtlich der Beschlagnahme deutscher Güter begonnen hätten. Minister Alessio, dem hierbei der Direktor der politischen Abteilung im Außenministerium Lago helfe, führe sie mit dem durch das Mitglied der Wirtschaftskommission, Strohecker, unterstützten deutschen Geschäftsträger v. Hasselt. Das Kabinett will nach wie vor das „kleine Eigentum“ zurückgeben. Über die Grenzen sind feste Bestimmungen noch nicht getroffen, die römischen Zeitungen sollen von 50 000 Lire sprechen. Die ersatzlose Ablösung von Möbeln und Familienstücken sei sichergestellt. Bezüglich der größeren Vermögen werde nach einer beide Teile befriedigenden Regelung noch gesucht.

Rumänien.

Sehr wechselvoll gestalten sich die Schicksale der Deutschen in den von Ungarn abgetretenen Gebieten. In Groß-Rumänien wird die Lage der Deutschen immer weniger erfreulich. Die in Klausenburg erscheinende rumänische Zeitung „Rumania“, die der Regierung nahesteht, brachte kürzlich einen förmlichen Hetzartikel gegen die Siebenbürger Sachsen, in dem sie etwas verblümt, aber deutlich die Konfiskation des sächsischen Nationalvermögens, aus dem die Kosten des blühenden Schulwesens und der sächsischen evangelischen Landeskirche bestritten werden, fordert. Auch die von der Bukarester Regierung angeordneten sog. Zwangsverpachtungen, die dem landhungrigen Rumänentume auf Kosten der Sachsen und Magyaren Grundbesitz zuführen sollen, werden nun mit schonungsloser Gewalt durchgeführt und die versprochene Abhilfe durch die Regierung, die angeblich alle Härten vermeiden wissen will, ist einstweilen auf dem Papiere geblieben. Nicht minder schmerzlich für die deutschen Sachsen sowohl als Schwaben ist die eifrig in Angriff genommene Rumänisierung der Städte, die den früheren Magyarisierungsmaßnahmen an Gewalttätigkeit nichts nachgibt. So wurden in Temesvár die althergebrachten deutschen Straßenbezeichnungen durch rumänische ersetzt, und der Regierungskommissär erklärte ausdrücklich, in wenigen Jahrzehnten müsse Temesvár eine rumänische Stadt sein. In Hermannstadt wurde am 17. August eine Entscheidung des rumänischen Ministerrates bekanntgegeben, wonach 1. die Straßenbezeichnungen und Wegweiser in rumänischer und in den anderen ortsüblichen Sprachen anzubringen seien, 2. Firmenschilder obligatorisch in rumänischer und fakultativ in jeder dem Eigentümer beliebigen Sprache auszuführen seien, aber so, daß beide Schilder dieselben Maße aufzuweisen haben. Für die Durchführung wurde eine Frist von 30 Tagen gewährt. Was den ersten Teil der Verfügung betrifft, wird man ihn als berechtigt anerkennen, der zweite aber enthält ohne Zweifel einen schweren Eingriff in die Rechte des einzelnen Geschäftsmannes

und hat nur den Zweck, den meist sächsischen und magyarischen Städten äußerlich rumänischen Anstrich zu verleihen. Es geschieht also nach dieser Richtung hier noch mehr als ~~seinerzeit~~ die magyarischen Machthaber gefordert haben. Natürlich werden auch die Namen aller Ortschaften gewaltsam rumänisiert, um die bisherigen deutschen und magyarischen Namen möglichst rasch vergessen zu machen. Erfolg wird dies hoffentlich so wenig haben wie das vormalige ungarische Ortsnamengesetz, das denselben Zweck verfolgte.

B. I.

Am 28. Juni tagte in Czernowitz unter dem Vorsitz des bekannten Universitätsprofessors Dr. Ka ind l, des Obmannstellvertreters, der deutsche Volksrat der Bukowina. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, die während des Krieges unterbrochene Tätigkeit des politischen Verbandes voll wieder aufzunehmen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Dr. Kohlruß, zu seinen Stellvertretern die Herren Strohmayer und Ka indel gewählt. Ein Festabend zu Ehren des Abgeordneten und Parteivorsitzenden zeigte, welcher Beliebtheit sich der Führer in allen Kreisen des Deutschtums im Buchenlande erfreut.

Bei der Abstimmung über eine neue Hausordnung, die im rumänischen Parlament vorgenommen wurde, verließ die Opposition den Sitzungssaal, unter ihr auch die Mitglieder der Deutschen Volkspartei, weil sie in den neuen Vorschriften eine Knebelung der Opposition erblickte. Die Regierung hatte nicht versucht, sich mit den Minderheiten ins Benehmen zu setzen, sondern ließ die neue Hausordnung durch einen Mehrheitsbeschluss in Kraft treten. Das war offenbar ungesetzlich, da nach dem Gesetze das Parlament sich zunächst mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit grundsätzlich darüber hätte aussprechen müssen, ob es überhaupt einer Änderung der Hausordnung zustimme. Daß die Regierung geltend mache, die Notwendigkeit der $\frac{2}{3}$ Mehrheitszustimmung des Parlaments sei bereits vom früheren Parlament beschlossen worden, war eine recht schwache Ausrede. In diesem Hause wäre eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit nicht aufzubringen gewesen. Die Parteien der Minderheit sind im Präsidium des rumänischen Parlaments überhaupt nicht vertreten und dieses Präsidium kann jedes Parlamentsmitglied von den Sitzungen ausschließen, ja sogar den gänzlichen Ausschluß vom Parlament herbeiführen. Die Opposition hat erklärt, daß sie sich solchen Bestimmungen nicht fügen werde.

Der Minister des Äußeren empfing am 2. Juli eine Abordnung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Heimbeförderung der sächsischen, schwäbischen und deutsch-bukowinischen Kriegsgefangenen aus Rußland. Er sprach sich sehr freundlich und entgegenkommend aus und sagte zu, daß die deutschen Kriegsgefangenen rumänischer Staatsangehörigkeit mit den übrigen Staatsbürgern gleichbehandelt würden. Er hoffe, daß der Gefangenentransport aus den Lagern des westlichen Rußland im Herbst beendet sei, daß aus Ostsibirien die nächsten Dampfer Gefangene zurückbrächten, doch bereite die Bevölkerung den Abzug von Gefangenen in Mittelsibirien und Turkestan Schwierigkeiten. Viele Gefangene ließen sich endgültig in diesen Gebieten nieder und hätten auch dort geheiratet. Der Minister sagte zu, die deutschen Kriegsgefangenen rumänischer Staatsbürgerschaft besonders zu beachten, eine Arbeit, die die Volkspartei durch Übergabe einer genauen Liste der Kriegsgefangenen mit Angabe des Aufenthaltsorts besonders erleichterte.

Eine bedeutsame Rolle für das Deutschtum Rumäniens spielt die Währungsfrage. Darüber interpellierte die Deutsche Volkspartei durch ihr Mitglied Dr. Roth am 2. Juli in der rumänischen Kammer und fragte, ob die Regierung bereit sei, die rumänisch abgestempelten Kronennoten ohne Verzug einzulösen und die Relation auf Einlösung Krone gleich Lei anzunehmen. Derselbe Abgeordnete begründete auch eine Interpellation an den Verkehrsminister und beschwerte sich, daß dieser Minister selbst die von militärischen Stellen eingeführte Relation von zwei Kronen gleich ein Lei über den Haufen geworfen und eine Relation 3,3:1 für die Eisenbahnen eingeführt habe. Der Minister verließ bei der Begründung der Interpellation den Saal, erklärte jedoch später privat, daß er in Anbetracht des Fehlbetrages bei den Eisenbahnen auf hohe Einnahmen sehen müsse und deshalb die Verfügung nicht zurücknehmen könne.

Bei der Adreßdebatte, die in der rumänischen Kammer stattfand, hielt Ende Juli der Obmann der Deutschen Volkspartei, Dr. Rudolf Brändsch, eine längere Rede, die mit folgender programmatischer Erklärung schloß: „Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in Großrumänien, als die Vertreter eines arbeitssamen, ordnungsliebenden und gesund denkenden Elementes, werden die Regierung in ihrem Bestreben zur Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen. Wir sehen es als vaterländische Pflicht an, dem Staat in allem, was zur Aufrechterhaltung der Ordnung dient, beizustehen. Wir ersuchen die Regierung, durch Gesetze unsere politischen Rechte und das Recht unserer Muttersprache zu sichern und die Karlsburger Beschlüsse, die auch vom König gebilligt wurden, zu sanktionieren. Wir ersuchen die Regierung, die Agrarreform durchzuführen und alle gegen teiligen Verfügungen aufzuheben. Wir verlangen Unterstützung unserer autonomen Kirchen- und Kulturinstitutionen, wir verlangen die Lösung des Valutaproblems und des Problems der Kriegsanleihen, wir verlangen dieses im Interesse aller Bewohner dieses Landes. Mögen Regierung und Parlament ihrer Berufung entsprechen!“ In einer späteren Sitzung antwortete darauf der Minister Take Jonescu, daß Rumänien seinen verschiedenen Gruppen völkischer Minderheiten gegenüber die Beschlüsse von Karlsburg anständig und ehrlich durchführen wolle. Er könne sich die Illusion nicht machen, daß diese Minderheiten in wenigen Monaten zu Rumänen geworden seien. Die Rumänen müßten sie durch sich selbst und müßten sie in Wirklichkeit zu Bürgern des Rechtes, zu Rumänen machen.

In Tarutino, der Hauptstadt Beßarabiens, trat am 30. Juli der deutschbeßarabische Kongreß zu seiner Tagung zusammen. Es wurde über die Ausgestaltung der deutschvölkischen Organisation, über den Ausbau der wirtschaftlichen Genossenschaften, sowie über die Aufbringung der Geldmittel verhandelt. Kirchen- und Schul-, sowie Wahl- und Vertretungsfragen standen zur Besprechung. Eine Reihe von siebenbürgischen Gästen, an ihrer Spitze der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Großrumäniens, Dr. Rudolf Brändsch, nahmen an der Veranstaltung teil. Es fand eine rege Aussprache über alle Punkte statt. Beschlossen wurde die Schaffung einer festen Organisation unter dem Titel „Das deutsche Volk Beßarabiens“, deren Programm genehmigt wurde und deren grundsätzlicher Anschluß an den Verband aller Deutschen Großrumäniens vollzogen wurde. Zur Regelung der wirtschafts-genossenschaftlichen Fragen wurde ein besonderes Komitee bestellt. Es wurde einstimmig beschlossen, daß alle deutschen Schulen Beßarabiens der evang.-lutherischen Landeskirche übergeben werden sollten, die Gemeinden werden

aufgefordert, eine Selbstbesteuerung für die deutsche Volksorganisation durchzuführen, das Komitee wurde ermächtigt, sein Präsidium selbst zu wählen. Der Kongreß war von starker Einmütigkeit und festem Willen getragen, Deutschtum und deutsche Kultur zu erhalten.

Ein bedeutsamer Schritt zur Vereinheitlichung des deutschen Strebens in dem bisher gerade von Parteistreit sehr bedrohten Banat ist geschehen. Die Deutsch-schwäbische Volkspartei hat an die Schwäbische Autonomie-Partei und an die Deutsch-sozialistische Partei ein Schreiben gerichtet und die Schaffung einer über den Parteien stehenden deutschen Volksorganisation angeregt. Das Schreiben (vom 22. August) nahm auf die Gefahren der Parteizersplitterung Bezug und wurde von der Schwäbischen Autonomie-Partei alsbald bestätigt und zustimmend beantwortet. So darf man hoffen, daß bald Besprechungen stattfinden und daß in Zukunft die häßlichen Vorfälle, die sich infolge der verschiedenen Wahlausschreitungen und Wahlanfechtungen in der rumänischen Kammer ereigneten, nicht wieder vorkommen werden.

Palästina.

Unter dem 31. Juli wird uns geschrieben: „Die Nachricht von der Entlassung der Palästina-Deutschen aus ihrer langen Gefangenschaft in Ägypten hatte in der Kolonie zu Haifa die größte Freude erweckt, und obwohl der Tag der Ankunft derselben nicht genau bekannt war, hatten sich bereits am 26. Juli am Bahnhof zu Haifa an 100 Deutsche zu ihrer Begrüßung eingefunden. Leider trafen sie an diesem Tage noch nicht ein.

Der frühere Militär- und jetzige Zivilgouverneur Haifas hat den Deutschen gegenüber stets das größte Wohlwollen gezeigt und genießt allgemeine Achtung. Den deutschen Kolonisten wurde gestattet, ihre deutsche Knaben- und Mädchenschule, die von 80 Schülern besucht wird, weiterzuführen, was auch geschah, obschon man nur über eine geprüfte Lehrerin und zwei Hilfskräfte verfügen konnte.

Den deutschen Borromäerinnen wurde ebenso erlaubt, ihre Schulen für Waisenkinder wie auswärtige weiterzuführen, nach Mitnahme des Englischen für die höheren Klassen. 80 Mädchen, meist einheimische, finden so deutsche Erziehung. Für die deutsche Kolonie in Haifa ist es hart, daß sie von ihren 84 Häusern die besseren 42 käuflich oder zur Miete an die Regierung abtreten muß. Denn so wird nicht nur das Unterkommen der hier Verbliebenen, sondern noch mehr das der aus Ägypten und Deutschland Zurückkehrenden sehr erschwert. Indessen wird man sich gegenseitig behilflich sein und rechnet man auch auf die Gastfreundschaft der deutschen Kolonien von Waldheim und Bethlehem bei Nazareth.“

China.

Unser Vertreter in China teilt mit:

Auch in der „Hongkonger Government Gazette“ wird nun angezeigt, daß britische Gläubiger und Schuldner mit ihren deutschen Gläubigern und Schuldnern zu dem alleinigen Zweck schriftlich verkehren können, die Einzelheiten des Schuldverhältnisses zwischen den Beteiligten zu ermitteln, wobei Bedingung ist, daß keine Vorschläge und Angebote zur Zahlung gemacht werden außer durch das Verrechnungsamt, und daß von der den Schriftverkehr führenden Partei Kopien zurückbehalten und auf Verlangen dem Kontrolleur behändigt werden. Dagegen wird ausdrücklich noch einmal eingeschärft, daß kein früherer feindlicher Ausländer als Kapitän, Offizier oder Mitglied der

Besatzung eines britischen Schiffes, das in dem Vereinigten Königreich eingetragen ist, angestellt oder tätig werden darf.

Der Kolonialsekretär von Hongkong hat auf Nachfrage mitgeteilt, daß bisher keine Anträge von Deutschen auf Erteilung der Genehmigung zur Niederlassung in der Kolonie gestellt worden seien. Verschiedene Deutsche, besonders Missionare, seien durchgereist und einige hätten die Erlaubnis erhalten, an Land zu gehen, um ihren Dampfer zu erwarten. Die Behörden in Singapore, Penang und Colombo scheinen nach den Berichten von deutschen Reisenden nicht so menschenfreundlich zu sein, da sie den Deutschen das Betreten des Landes und sogar auch die Umschiffung auf einen anderen Dampfer auf der Reise nicht gestatten.

Aus Schanghai wird berichtet, daß der dortige Fremdenamtsdirektor Weisung erhalten hat, die von Berlin nach China zur Wiederanknüpfung des Handelsverkehrs und der diplomatischen Beziehungen entsandten deutschen Beamten zu empfangen. Der Empfang habe jedoch keinen offiziellen Charakter zu tragen und die Beamten seien nach Peking zum Verhandeln zu senden. Da die alliierten und assoziierten Mächte in Berlin durch besondere Geschäftsträger vertreten sind, ist auch die chinesische Regierung der Meinung, daß, trotzdem China den Friedensvertrag wegen der Schantungsklauseln nicht unterzeichnet hat, das chinesische Volk bereit ist, die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. In dem neuen deutsch-chinesischen Handelsvertrage wird China nach dem in den chinesisch-persischen und chinesisch-bolivischen Handelsverträgen gegebenen Beispiel den Deutschen die Rechte der Exterritorialität nicht wieder einräumen.

Nach einer weiteren Meldung aus Peking ist die deutsche Kommission gegenwärtig auf der Reise von Japan nach Peking. Ihre Mitglieder gelten nicht als diplomatische Vertreter und werden auch kein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Die Militärregierung zu Canton hat verfügt, daß die den Deutschen im August 1917 abgenommenen Sportwaffen ihnen wieder auszuhändigen sind. Die Aushändigung geschieht nur gegen Rückgabe der erteilten Quittung der chinesischen Behörden. Militärwaffen sind von der Rückgabe ausgeschlossen.

Die Deutsche Kommission unter Führung des Generalkonsuls von Borch ist am 10. Juli in Peking eingetroffen und hat in der alten Deutschen Gesandtschaft Unterkunft gefunden. Sie hat jedoch lediglich inoffiziellen Charakter und keine direkten Geschäftsbefugnisse, da die diplomatischen Beziehungen mit China noch nicht wieder aufgenommen sind. Die deutschen Interessen in China vertritt wie bisher die Königlich Niederländische Regierung, der auch durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes Anträge und Wünsche deutscher Staatsangehöriger für China zu übermitteln sind.

Südafrika.

Aus Kapstadt melden die Blätter, daß General Smuts im Parlament eine Regierungserklärung über die deutschen Eigentumsrechte abgab. Die Deutschen, deren Eigentum unter Regierungsverwaltung gewesen sei, sollten entschädigt werden. Bezüglich der Deutschen, die kein Domizil in Südafrika hatten, werde sich die Regierung an die Bestimmungen des Friedensvertrags halten. In den Händen der südafrikanischen Regierung verblieben nach Abzug der Forderungen für die Entschädigung noch ungefähr 9 Millionen Pfund Sterling, die als 30 jährige Anleihe zu 4 Prozent angesehen werden sollten, da die Regierung keine Sicherheit habe, daß das Geld, wenn es nach Deutschland

übermittelt würde, in die Hände der richtigen Eigentümer gelangen würde. Südafrika habe zwar nach dem Friedensvertrag das Recht, alles deutsche Eigentum in Südwestafrika zu konfiszieren, werde aber die mildeste Handlungsweise den Deutschen gegenüber anwenden. Die Dividenden der Diamantengesellschaft von Südwestafrika sollten in gleicher Weise behandelt werden.

Südwestafrika.

Über einen Besuch des Administrators Südwestafrikas, Sir Howard Gorges, in Omaruru berichtet die „Allgemeine Zeitung in Windhuk“ sehr ausführlich. Der englische Gebieter wurde am Bahnhof vom Stadtrat mit dem deutschen Bürgermeister Piel an der Spitze empfangen und antwortete herzlich auf die Begrüßungsansprache. Beim Empfang im Gerichtssaal trugen die Bürger britischer wie deutscher Nationalität ihre Bitten vor, die auf Abschaffung des Kriegsrechts, Errichtung von Schulen für britische und deutsche Kinder, Aufhebung des Verbots des Handels mit dem Feinde, Ermäßigung der Eisenbahnsätze, Erlaubnis für repatriierte Deutsche zur Rückkehr ins Schutzgebiet, namentlich Erlaubniserteilung für Herrn Dr. Wohlgemuth zielten. Der Administrator antwortete, daß er bereit sei, alles zu tun, was in seiner Kraft stehe, nur dürfe man nicht allzuviel von ihm erwarten. Er sei immerhin erstaunt, daß keiner der Herren eine Beschwerde über die Eingeborenenangelegenheit vorgebracht habe. Der Verwaltung sei bekannt, daß die Eingeborenen ihre Methode der Behandlung nur sehr wenig begriffen, vielleicht habe sie die deutsche Regierung richtiger behandelt, die jetzige Verwaltung werde aber ihr Bestes zu tun suchen. Abends gab die britische Bevölkerung ein Festessen im „Mecklenburger Hof“, an dem 25 Personen teilnahmen. Nachher fand eine gesellige Zusammenkunft statt, an der sich wieder alle Bevölkerungskreise beteiligten, wobei das Einvernehmen sehr gut und herzlich war. Der Bürgermeister hielt in deutscher Sprache eine Rede und forderte „herzhaften und aufrichtigen Geistes“ die Anwesenden zu einem Hoch auf den Administrator auf. Es wurden Musikstücke vorgetragen und zum Schlusse, nachdem die deutschen Gäste aufgebrochen waren, die englische Nationalhymne gesungen.

Der bisherige Gouverneur des Südwestafrikanischen Gebietes, Sir Howard Gorges, verläßt seinen Posten und wird durch den bisherigen Sekretär der Parlaments, Hofmeyer, ersetzt werden. Dessen Name hat, wie die „Windhuker Landeszeitung“ schreibt, einen guten Klang im Lande und er wird auch von den Deutschen ohne Mißtrauen begrüßt. Doch nimmt das Blatt den bevorstehenden Gouverneurwechsel zum Anlaß, um eine Reihe von dringlichen Wünschen des Deutschums vorzutragen, deren Erfüllung viel zur Befriedung Südwests und zu einem guten Einvernehmen zwischen den einzelnen Rassen beitragen würde. Zunächst geht das Blatt auf die Repatriierungen ein und auf den Umstand, daß man von „Beamten und Verbrechern“ gesprochen habe, die repatriert worden seien, was jeden Südwestafrikaner habe verletzen müssen. Eine Nachprüfung der Ausweisungen von Fall zu Fall, ein Fernhalten der wirklich schlechten Elemente, aber eine Rückkehrerlaubnis der fleißigen, untadelhaften, auch der freiwillig Heimgereisten sei nötig, um das Land wieder hochzubringen. Eine neue Regelung der Schulfrage sei zunächst wichtig. Deutscher Wissenschaft und deutschem Geiste verdanke Südwestafrika alles, deutsche Staatsschulen könne es auf die Dauer nicht entbehren. Freilich sei auch die Erhebung des Deutschen zur dritten amtlichen Sprache nützlich und notwendig, denn auf die Gleichberechtigung der deutschen Sprache hätten die Deutschen bei den Bevölkerungsverhältnissen und den

Leistungen des Deutschums ein Recht. Ein Kapitel für sich ist die Mandatsfrage, über die das Deutschum zurzeit nicht offen reden kann. Immerhin wird die Abschaffung gewisser kleiner Schikanen, des Verbots des Handels mit ehemaligen Feinden gefordert, eine Wiederherstellung der ehemaligen bewährten Bezirksverbände. Wenn auch anerkannt wird, daß, falls überhaupt ein Verlust der Kolonie für Deutschland auf die Dauer in Betracht komme, Südwestafrika zweifellos am besten an die Union fallen würde, um sich ihr als fünfter Staat anzuschließen, so daß das den tatsächlichen Verhältnissen und schließlich auch den Sympathien der deutschen Bevölkerung am ehesten entsprechen würde, so tritt das Deutschum doch zunächst und in erster Linie für die Selbständigkeitserhaltung der Kolonie ein, also ein bloßes Mandat der Union auf Südwestafrika, und will alles andere der Entwicklung überlassen. Auf keinen Fall dürften den Deutschen die bürgerlichen Rechte weiter vorenthalten werden.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Neuyorker „Eveningpost“ zufolge wird zum erstenmale seit drei Jahren an der Neuyorker Mittelschule wieder die deutsche Sprache in den Unterrichtsplan aufgenommen. Es werden im ganzen 168 Lehrer der deutschen Sprache in Neuyork tätig sein. Die Zeitung lobt diese Wiederaufnahme des deutschen Sprachunterrichts, die sie als notwendig und nützlich bezeichnet.

In einer Ansprache an die zu einer lokalen Festlichkeit zusammengekommenen „Vereinigten Sänger von Quens“ (Neuyork) machte deren Präsident, Herr Theodor Henninger, darauf aufmerksam, daß das Interesse für das deutsche Lied in rein amerikanischen Kreisen wieder sehr rege geworden ist. Er führte als Beweis dafür die Tatsache an, daß die „Staatsschulbehörde“ jetzt Erhebungen in bezug auf das deutschamerikanische Sängertum und seinen kulturellen Einfluß anstellen läßt. Diese amtlichen Erhebungen sollen sich von der Periode der ersten Anfänge des deutschen Sängertums in den Vereinigten Staaten bis zum Beginn des Weltkrieges erstrecken. Der Beauftragte der Regierung, Dr. Finley, bietet Gewähr dafür, daß die ihm übertragenen Untersuchungen tatsächlich zur Feststellung kultureller Tatsachen und nicht etwa in der Absicht, englandfreundliche Propaganda zu treiben, durchgeführt werden. Er vertrat nämlich auch während des Krieges stets energisch die Ansicht, daß das Aufgeben des Studiums der deutschen Sprache in den höheren Schulen ein verhängnisvoller Fehler sei und einen kulturellen Rückschritt bedeuten würde.

KLEINE NACHRICHTEN

Zur Einfuhr der amerikanischen Milchkühe.

Über das amerikanische Angebot der Lieferung einer großen Anzahl von Milchkühen wird am 11. September offiziös folgende Darstellung verbreitet:

In den Vereinigten Staaten hat sich vor längerer Zeit eine Vereinigung gebildet, die American Dairy Cattle Co., die die menschenfreundliche Absicht verfolgt, zur Linderung des in Deutschland herrschenden Mangels an Milch und Fett beizutragen. Die Gesellschaft hat Deutschland 2500 Milchkühe angeboten. Die deutsche Regierung hat von diesem freundlichen Anerbieten der Dairy Cattle Co. mit Dank Kenntnis genommen und die notwendigen Einleitungen zur Einfuhr der Milchkühe getroffen. Über das Angebot der Dairy Cattle Co. sind in der deutschen Presse irrig Angaben verbreitet worden, die zu unliebsamen Auseinandersetzungen geführt haben. Zur Aufklärung der Öffentlichkeit sei darum folgendes mitgeteilt:

Die American Dairy Cattle Co. hat sich die Aufgabe gestellt, zum Wiederaufbau der deutschen Milchwirtschaft ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Sie hat sich deshalb in einem Aufruf zur Stiftung von Milchkühen und zur Beschaffung von Kraftfutter im Wege der Schenkung und des langfristigen Kredits an die amerikanische Öffentlichkeit gewandt. Die deutsche Regierung hat diesen Plan gebilligt und im Februar des Jahres der American Dairy Cattle Co. ihre Zustimmung und ihren Dank mitgeteilt. Ob und welche Anzahl Milchkühe durch die eingeleitete Hilfsaktion von amerikanischer Seite gestiftet worden sind, war bisher unbekannt. Sicher war, daß es sich nicht entfernt um die 100 000 Kühe handeln könnte, von denen in der deutschen Presse die Rede ist. In den Verhandlungen, an denen, wie auf Anfrage mitgeteilt wird, Gewerkschaftsführer nicht teilgenommen haben, ist von einer derartig hohen Zahl niemals, auch nicht annähernd, die Rede gewesen. Aus den Verhandlungen mit den in Berlin anwesenden Vertretern der American Dairy Cattle Co. am 5. Juli und 2. September und einem am 29. August eingelaufenen Kabeltelegramm des von der deutschen Regierung nach Amerika gesandten Beauftragten ergibt sich nun, daß Amerika 2500 Kühe stiften wird. Diese befinden sich aber noch in den Ställen der Farmer und sind noch nicht zu einer Sammelstelle gebracht. Die ersten 500—1000 Stück sollen nebst dem erforderlichen Kraftfutter für vier Monate anfangs Oktober von Port Galveston verschifft werden.

Wer sich klar macht, welche Schwierigkeiten es zu überwinden gibt, um große Mengen Milchkühe aus den verschiedensten Teilen der Vereinigten Staaten zusammenzubringen und sie über den Ozean nach Bremen oder Hamburg zu verschiffen, muß mit sämtlichen maßgebenden deutschen Stellen und der American Dairy Cattle Co. selbst darin einig sein, daß trotz unseres gelichteten Viehbestandes und der harten Ablieferungsforderungen des Friedensvertrages zur Hebung der deutschen Milchwirtschaft in erster Linie Kraftfutter in Frage kommt. Es ist leichter und billiger zu transportieren als Milchkühe. Der Transport ist fast ohne Risiko und zu jeder Jahreszeit möglich.

Nachdem die Bitte der Regierung an die Entente, für den Seetransport einige nach dem Friedensvertrag abzuliefernde deutsche Schiffsneubauten zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden ist, werden voraussichtlich die Kosten des Transportes einer Kuh auf ungefähr die Hälfte ihres Verbrauchswertes in Deutschland zu stehen kommen. Der Regierung sind bisher zwei verbindliche Schiffsraumangebote zugegangen. Das eine ist in dem erwähnten Kabeltelegramm des Beauftragten der Regierung enthalten und lautet auf 70 Dollar; das zweite durch das Rote Kreuz vermittelte und ebenfalls aus Amerika stammende ist dem Auswärtigen Amt einige Tage später, und zwar am 7. September 1920, also nicht schon Anfang August, zugegangen. Der in dem zweiten Angebot geforderte Preis ist zwar um 15 Dollar niedriger, das Angebot ist aber lückenhaft, weil es die Seeversicherung nicht einschließt, die bei Einzelverlust 5—10 Prozent des Wertes einer Kuh beträgt. Zu beiden Angeboten sind noch weitere Angaben erforderlich, namentlich die Frage der Versicherung und die Art der Schiffe. Die Amerikaner verfügen über Spezialschiffe, bei denen der Verlust an Tieren erfahrungsgemäß weit geringer ist, und zwar nur 2 Prozent beträgt, während er etwa 15 Prozent bei Verwendung gewöhnlicher Frachtdampfer ausmacht. Es ist noch nicht entschieden, ob die Verwendung dieser Schiffe möglich ist, ebenso ist die Frage noch nicht entschieden, ob die American Dairy Cattle Co. die Kosten übernimmt. Während der bereits eingeleiteten Prüfung.

wird sich feststellen lassen, welches von den beiden vorliegenden Angeboten das günstigere ist. Die Kühe werden nach ihrem Eintreffen in Deutschland an die Abmelkestellen der Großstädte gebracht werden, da die Unterbringung eine größere Gewähr dafür gibt, daß eine Einschleppung des Texasfiebers verhütet wird. Die Einfuhr in diesem besonderen Fall bedeutet übrigens kein Aufgeben des Grundsatzes, daß amerikanisches Lebendvieh zur Einfuhr nicht zugelassen ist. Zur Verhütung von Viehseuchen müssen alle durch die Gesetzgebung festgelegten Quarantänemaßnahmen durchgeführt werden. Die weitere Aktion der American Dairy Cattle Co. wird sich insbesondere nach dem Ergebnis einer Besprechung mit dem Vertreter der amerikanischen Organisation, der die größere Wirtschaftlichkeit einer Einführung von Kraftfutter selbst anerkannte, auf die Beschaffung von Kraftfutter richten.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird hiernach im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem deutschen Zentralausschuß, dem die Verteilung im Inlande übertragen ist, alles tun, um das Liebeswerk amerikanischer Freunde zur Durchführung zu bringen und ihm für die Zukunft die Form zu geben, in der es zum Wiederaufbau Deutschlands am wirksamsten beiträgt.

Heimatgedenken.

Am 16. Mai hat das württembergische Oberamt Biberach ein Wirbelsturm stark beschädigt. Der Schwäbische Sängerbund in Neuyork hat nun 6000 Mark zum Wiederaufbau gespendet, schwäbische Sänger in dieser Stadt haben weitere 4000 Mark gegeben, ebensoviel der Cannstatter Volksfest-Verein. Der Schwäbische Sängerbund hat außerdem einen Wohltätigkeits-Bazar veranstaltet, von dem 240000 Mark Überschuß ans Rote Kreuz nach Berlin gingen. Von dieser Summe erhielt der Bezirks-Wohltätigkeitsverein Biberach zugunsten der Sturm-beschädigten in den verschiedenen Vereinen abermals 60000 Mark.

Die Stadt Ludwigsburg hat eine reiche Stiftung eines ihrer im Ausland wohnenden Söhne erhalten. Der Deutschamerikaner F. Klumpp hat zur Linderung der Wohnungsnot 250000 Mk. gespendet, die der Gemeinderat anzunehmen beschloß, um sofort Wohnhäuser davon zu erstellen.

In Sindelfingen, dem kleinen, alten württemberg. Städtchen, feierte man im Adlersaal ein seltenes gemütliches Fest. Eine geborene Sindelfingerin, Frau Maria Schmidt aus Amerika, weilte auf einer Geschäftsreise in ihrer Heimatstadt und lud ihre Altersgenossinnen mit deren Familien ein. Stadtschultheiß Hörmann feierte die treue Bürgerin, die 10000 Mark für die fehlenden Kirchenglocken und 5000 Mark für ein Wöchnerinnen- und Säuglingsheim neben anderen verschiedenen Gaben für die Armen stiftete. Gesang und Vortrag verschönten den Abend.

Die von Hoffenheim bei Sijsheim in Baden gebürtige, vor 13 Jahren nach Amerika ausgewanderte Frau Dr. Engelhardt machte anläßlich eines Besuches in ihrem Geburtsort Stiftungen von über 40000 Mark und bestimmte außerdem die Zinsen von einem Kapital von 100000 Mark zur Verteilung an Kriegshinterbliebene und Notleidende.

Französisches Liebeswerk für die Kinder Zentral-Europas.

An dem Liebeswerk, das neutrale und kriegführende Nationen für die durch die Hungerblockade geschädigten Länder seit langem ins Werk gesetzt haben, beteiligt sich auch Frankreich. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, deutscher Zweig, erhält soeben die Nachricht von ihrer dortigen Schwesterorganisation, daß für die Kinder Zentral-Europas 100000 Franken von französischen Frauen gesammelt worden sind. Auch

die Arbeiterkreise haben sich freudig an dem Werk beteiligt, unbemittelte Frauen haben die Uniformen ihrer gefallenen Söhne verkauft und den Erlös zu der Kinderspende beigetragen.

Leipzig. Universität. An der hiesigen Universität hielt im Sommersemester Geheimrat Dr. Franz Rendtorff sechs Vorlesungen über „Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums für das deutsche Volk“, die sich, den Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins zufolge, guten Besuchs und reger Teilnahme erfreuten.

Artur von Oettingen †. Mit Artur von Oettingen ist der älteste lebende Lehrer der alten deutschen Universität von Dorpat in Bensheim in Baden im Ruhestand gestorben. Oettingen, einer der sechs Söhne des früheren Landmarschalls, Alexander von Oettingen, ist 84 Jahre alt geworden. Er wurde 1862 Privatdozent, 1866 Professor in Dorpat, wo er über Physik, Mathematik und Meteorologie las, 1883 vertrieb ihn die Russifizierungspolitik nach Leipzig, wo er ordentl. Professor wurde. Bis zum letzten Atemzuge arbeitete er wissenschaftlich.

Die Bevölkerungszahl Rigas betrug früher gegen 50000 Menschen. Noch zur deutschen Besetzungszeit wurden über 220000 Menschen gezählt. Eine Neuzählung am 15. Juni ergab jedoch nur noch 181000 Ortsanwesende, von denen 104000 Frauen waren. Nahezu 100000 Letten standen 29000 Deutschen, 10000 Großrussen, 24000 Juden und 5000 Litauern gegenüber.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lemsal (Lettland). Am 30. August ist eine deutsche Grundschule hier eröffnet worden, zu deren Leiter von der Elternversammlung der deutsche Ortsprediger Hilde gewählt wurde. Als Schullokal dient das Gebäude des früheren Deutschen Vereins, das zugleich auch Pastorat sein soll und in den Besitz der Gemeinde übergehen wird.

Riga. Vom deutschen Schulwesen. Kurz vor Semesteranfang hat die Schulbehörde die Schließung zweier deutscher Mittelschulen verfügt und dadurch eine Zusammenlegung der zweiten und dritten erzwungen. Die bisherige erste deutsche städtische Mittelschule, das Gymnasium ist nun dem Staat angetragen worden auf Grund des den Deutschen zustehenden prozentualen Mittelschulbudgets und wird wohl als „Staatliche deutsche Mittelschule zu Riga“ gemeinsam mit ihrer Grundschule im alten Gebäude, Schulstraße 11, pünktlich ihren Unterricht beginnen. Die neue „Städtische deutsche Mittelschule zu Riga“ wird im Börsen-Commerz-Schulgebäude untergebracht, doch müssen die Grundschulklassen dieser Anstalt losgetrennt und in zwei besonderen Lokalen untergebracht werden. Eine vollkommene Auflösung der beiden früheren Schulen, Umgruppierung des Lehrerkollegiums, Neuanpassung an die Räumlichkeiten ist nötig und läßt es angeraten erscheinen, den Schulbeginn zu verschieben.

Reval. Über die Not der deutschen Schule in Estland erzählt der „Revaler Bote“ vom 25. August, daß man in deutschen Kreisen hoffte, das Gebäude der alten Hansaschule jetzt, nachdem es jahrelang militärischen Zwecken gedient hatte, wieder für seine kulturellen deutschen Zwecke frei zu bekommen. Die estnische Regierung jedoch will ein estnisches Lehrer-Seminar in das Gebäude legen, entgegen den Bestimmungen des ewigen Erb Bauers, des trotz seines französischen Namens ein deutscher Baron Girard. Derweilen muß sich die alte berühmte Hansaschule mit einer wenig geeigneten Privatwohnung abfinden. Das Elend der deutschen Schulen ist überhaupt groß. Auch das Gebäude der ehemaligen Nikol. Kirchenschule soll den Deutschen entzogen werden. Von 1906 bis 1914 hatte die deutsche Gesellschaft in Reval hervorragend geeignete Schulen

gebäude unter großen Opfern erstellt. Nun ist fast alles der deutschen Minorität, ohne deren kulturelles Streben man doch nicht wird auskommen können, genommen. Der Appell zur Rückgabe solchen kulturellen Eigentums, den die deutsche Zeitung an die estnische Regierung richtet, wird hoffentlich nicht ganz ungehört verhallen.

Das „Estnische Regierungsblatt“ vom 4. September erhielt dann die folgenschwere Mitteilung, daß das estnische Lehrerseminar die Räume der Hansaschule in der Rüststraße und daß eine estnische Frauenschule, an den Nachmittagen wenigstens, das einzige bisher deutsch gebliebene Schulhaus in der Wittenhofstraße beziehen werde. Alle Appelle an die Regierung sind vergeblich geblieben. Auch die Eingabe des Abgeordneten der Minderheit, des Herrn Bock, an die Regierung ist wirkungslos verhallt. Die Wirkung aller Schritte war nur: Die weitere Entziehung eines notwendigen Schulgebäudes, in dem bisher eine deutsche Elementarschule derart überfüllt war, daß sie notwendig in eine Vormittags- und eine Nachmittagsabteilung hätte geteilt werden müssen. Dazu schreibt denn auch der „Revaler Bote“: „Gegen die Unverfrorenheit, mit der hier über unser Eigentum disponiert und unser Schulwesen vergewaltigt wird, müssen wir auf das allerentschiedenste protestieren. Wir geben uns mit dieser rücksichtslosen Mißachtung unserer kulturellen Ansprüche nicht zufrieden, sondern verlangen die Rückerstattung unseres Eigentums für unsere kulturellen Bedürfnisse.“

Buenos Aires. Der deutsche Schulverein hat unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr zu leiden. Besonders empfindlich macht sich die Entwertung unserer Valuta geltend, die den Reichszuschuß von Mk. 16 500.— auf einen für argentinische Verhältnisse sehr geringen Betrag zusammenschumpfen läßt. Trotzdem beträgt die Mitgliederzahl des Vereins über 500, die Zahl der Schüler 360. Im Vorjahre waren es allerdings noch über 400.

Ähnlichen Rückgang hat die Germania-Schule aufzuweisen, die augenblicklich 384 Schüler zählt.

Córdoba. Die deutsche Schule feierte ihr 25jähriges Bestehen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Die Berliner Liedertafel kam auf ihrer Sängerfahrt auch nach Innsbruck, wo ihr die Innsbrucker Liedertafel ein Originalgemälde Walchs, einen Tiroler Schützen mit der historischen Winzerfahne, zum Geschenk machte. Der Sprecher der Berliner Sänger bekundete, daß sie zum Brudervolk gekommen seien, um der starken deutschen Hoffnung auf baldige Vereinigung aller deutschen Stämme Ausdruck zu verleihen.

Kristiania. Ein Operngastspiel „Die Walküre“ hat mit deutschen Kräften in den Hauptrollen in Kristiania begonnen. Melanie Kurt, Ottilie Metzger-Lattermann, Theodor Lattermann, Heinrich Knotte, Luise Perrard-Thyssen und Arnold Winternitz als Dirigent errangen rauschenden Erfolg.

Riga. Das Dom-Museum in Riga veranstaltet zurzeit eine Sonderausstellung, welche Richard Wagners Wirken in der alten Hansastadt im Baltenland gewidmet ist. Unter Karl von Holteis Direktion ward er ja 1837 an das Stadttheater berufen und wirkte dort zwei Jahre als Leiter der Oper. Die Ausstellung bringt eine Reihe von Anzeigen und Aufrufen, mit denen sich der Kapellmeister an die Rigenser wandte, Theaterzettel aus dieser Zeit, Programme von Vorstellungen zu seinem Benefiz und von Gastspielen seiner Frau Minna, geborene Planer, den Originaldruck des Liedes „Der Tannenbaum“, das Richard

Wagner in Riga „in der spezifisch livländischen Tonart“ komponiert hat, und anderes mehr. Neben Briefen Holteis ist auch ein bisher nicht veröffentlichtes Originalschreiben Wagners ausgestellt. Bilder von berühmten Größen der Oper zu Wagners Zeiten reihen sich an.

Vom deutschen Theater in Riga. Eine der ersten und bedeutendsten Kunststätten des Deutschtums im Ausland, das deutsche Theater in Riga, an dem Holtei und Richard Wagner wirkten, ist nach der Errichtung des lettlandischen Staates dem Deutschtum verloren gegangen. Das von der Stadt erbaute große Haus, das durch einen Brand allerdings beschädigt worden war, ist von den Letten übernommen worden. Nicht ganz einfach liegt die Frage des Inventars, das gar nicht Eigentum der Stadt war, sondern der großen Gilde gehörte, an die das Theater von der Stadt sozusagen verpachtet war. Die Deutschen Rigas sahen wohl ein, daß sie nach den Umwälzungen der Revolution das große deutsche Stadttheater nicht mehr halten konnten, baten aber in einer Eingabe das lettische Unterrichtsministerium nun um Überlassung des zweiten, kleineren Stadttheaters, das ehemals von der deutschen Stadtverwaltung für die Bedürfnisse der Letten gebaut worden und einem lettischen Theaterverein unter gleichen Bedingungen wie das große Haus den Deutschen übergeben worden war, und zwar baten sie jetzt nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Russen und Juden. Herr Plahkis, der lettische Bildungsminister, hat nun seine Antwort gegeben. Er lehnt die Bitte ab, da die Letten das Theater brauchten. Die Minoritäten Lettlands umfaßten nur 10 Prozent der Bevölkerung gegenüber 90 Prozent Letten, es hieße also ein Privilegium den Minderheiten gewähren, wolle man ihnen ein ganzes Theater einräumen. Der Herr Minister begeht hier eine leichte Spiegelfechterei, denn er rechnet mit der Gesamtbevölkerung Lettlands und nicht derjenigen Rigas, die doch hier allein in Betracht kommt. Er sagt weiter, die Deutschen und Juden hätten keine einheimischen schauspielerischen Kräfte und müßten sie aus Deutschland oder Litauen beziehen. Die Letten seien aber nicht dazu da, ausländische Kräfte zu beschäftigen, während die einheimischen Schauspieler darben. Die Russen hätten im vorigen Jahre im 2. Stadttheater einige Aufführungen veranstaltet, die unter aller Kritik gewesen seien und vor leeren Bänken stattgefunden hätten. Es sei also wunderbar, daß sie jetzt ein Theater haben wollten, das erkläre sich lediglich aus ihren allgemeinen Russifizierungs-Absichten. Früher hätten die Deutschen das 1. Stadttheater zurückverlangt, jetzt wollten sie das zweite. Würde man beide Gesuche genehmigen, so besäßen sie ja beide Theater und die Letten keines!

Mit derartigen Kunststückchen beweist der lettische Bildungsminister höchstens, daß er selbst ein schlechter Schauspieler ist. Jämmerlicher ist wohl nie eine sachlich begründete Eingabe abgewiesen worden, Mißgunst und Haß haben hier die Feder geführt. Das Deutschtum in Lettland wird sich gerade um seiner kulturellen Stellung willen nun aus Eigenem schaffen und erhalten müssen, was ihm lettische Mißgunst versagen will.

Deutsche Gelehrte in Java. Kürzlich sind, der „Deutschen Wacht“ in Batavia zufolge, zwei deutsche Gelehrte aus japanischer Kriegsgefangenschaft auf Java eingetroffen, die dort mehrere Vorträge halten werden, Dr. phil. Überschaar, Lektor der Medizinischen Akademie in Osaka und Dr. phil. von Weegmann, Assistent am Museum für Völkerkunde in München, der zu Kriegsbeginn im Auftrag der Münchener Akademie auf einer Sammelreise nach Ostasien sich befand. Am 27. Juli sprach in Batavia im „Kunstkring“ Dr. Weegmann über die japanische Kunst und am 29. Juli Dr. Überschaar im

„Deutschen Turnverein“ über deutsche Bildung und Zukunft. Dr. Weegmann hat kurz vor seiner Abreise aus Japan dort eine Anstellung als Lektor für deutsche Sprache an der Unterrichtsanstalt in Kotogakko Matzuyama erhalten.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien. Ein Verein christlicher Burgenländer in Österreich wurde hier am 12. August begründet, zu dessen Organisation ein vorbereitendes Komitee Satzungen vorlegte, die von der Landesregierung genehmigt waren. Herr Franz Binder wurde zum Obmann gewählt, zu seinem Stellvertreter Pfarrer Wachler. Nationalrat Dr. Mataja legte die Stellungnahme der christlich-sozialen Partei zur westungarischen Frage dar. Nationalrat Parrer begrüßte die Versammlung als Mitglied der provisorischen Landesregierung des Burgenlandes, in das jetzt einzumarschieren und es gewaltsam zu besetzen – nachdem zur Zeit des ungarischen Bolschewismus durch die österreichischen Sozialdemokraten der richtige Moment verpaßt worden sei – Verbrechen wäre, weil es Krieg, Raub und Niederbrennen würde. Die Redner wandten sich scharf gegen die Taktik der ungarischen Regierung. Das Burgenland habe von jeher nach Wien und Graz, niemals aber nach Budapest gravitiert, ihm zur Vereinigung mit dem Mutterlande zu verhelfen, sei aller Pflicht. Nationalrat Gruber erläuterte die Taktik der Ungarn an vielen Beispielen und rief zur Agitation auf, „in der einen Hand die nationale Fahne, in der andern Hand das Kreuz“. Die Versammlung nahm einen ausgezeichneten stimmungsvollen Verlauf.

Eger. Der Bund der Deutschen in Böhmen tagte am 13. und 14. August in der alten deutschen Stadt Eger, die aus diesem nationalen Anlaß reichen schwarz-rot-goldenen Flaggenschmuck angelegt hatte. Ein sehr geschickter Sonderbefehl des Garnison-Kommandanten erreichte, daß die tschechischen Truppen Disziplin hielten und sich keinerlei Zwischenfälle ereigneten, obwohl Hunderte deutscher Studentenmützen, die Turner in ihrem den Sokol-Leuten verhaßten Dreß, Männer und Frauen in Egerländer Tracht, Herolde, Kriegsvolk zu Fuß und zu Pferde, die Erinnerungen an Wallensteins Zeiten zurückriefen, und deutsche Trompeterkorps der ganzen Stadt für zwei Tage ein Aussehen gaben, das den Tschechen nicht eben sympathisch gewesen sein kann und seinen Höhepunkt in einem historischen Festzuge erreichte, bei dem auch zwei mächtige Kanonen nicht fehlten. Er fand seinen Abschluß in einem wohl gelungenen Volksfeste.

„Mit dem Bundesfeste waren drei Ausstellungen verbunden: eine Egerländer Heimatausstellung mit dem Zwecke, den Gedanken des Heimatschutzes auch im Egerlande volkstümlich zu machen, eine Jugendausstellung, die mit ihren Abteilungen für Jugendpflege und Jugendbewegung vielfache Anregung bot und schließlich die Kunstausstellung des Metznerbundes.“

Die Bundestagung wurde am 13. mit Beratungen sämtlicher Ausschüsse eröffnet. Am Samstag, 14. vormittags, fand unter außergewöhnlich starker Beteiligung die Hauptversammlung statt, die vom Obmann-Stellvertreter Rummrich geleitet wurde. Der Deutsche Böhmerwaldbund, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Schutzbund, der Verein der Deutschösterreicher in Chemnitz, der Hilfsausschuß für Deutschböhmen in Chemnitz, der Verein Südmähren u. a. hatten Vertreter entsandt, die nicht mit leeren Händen kamen. Mehr als 80000 Kronen konnten der Bundeskasse zugeführt werden. Nicht unerwähnt seien 100 Zentner Korn, die die Gruppe Falkenau ihren Egerer Bundesbrüdern spendete, denen sie in vorbildlicher Hilfsbereitschaft außerdem freie Kohlenlieferung für das Waisenhaus zusagte.

Der von Professor Goldmann erstattete Tätigkeitsbericht „beschäftigte sich zunächst mit der Leidensgeschichte des Margaretenbades in Prachatitz, dessen Beschlagnahme im August v. J. und der nunmehrigen Aufhebung der letzteren; das Margaretenbad dürfte, wenn nicht neue Überraschungen kommen, im nächsten Jahre seinem Zwecke wieder in vollem Umfange dienen können. Der Bund verlangte einen Mietzins von 30000 Kronen für das beschlagnahmte Kurhaus, hat aber bisher keinen Heller erhalten. Die beiden Waisenhäuser des Bundes, das Dr. Schücker Heim in Nieder-Johnsdorf bei Landskron und das Heim in Neudorf bei Dobruza, beherbergen zum größten Teile Kriegerwaisen. Bei dem mit dem erstgenannten verbundenen landwirtschaftlichen Betriebe wurden die Requisitionen ohne Rücksichtnahme auf die Waisen durchgeführt. Der Bericht erwähnt ferner des Zusammenschlusses der deutschen Schutzvereine und der Gründung einer Hauptstelle, deren Führung dem Bunde übertragen wurde, sowie der Erwerbung der Druckerei Wächter in Teplitz Schönbach.“ („Bohemia“, Prag.)

Die Mitgliederzahl des Bundes hat eine erfreuliche Bewegung nach aufwärts genommen. In 1287 Ortsgruppen gehören ihm jetzt über 70000 Personen an. Die erfreulichen Einnahmen von über 1 Million Kronen wurden trotzdem von den Ausgaben um mehr als 100000 Kronen überboten. Allerdings leistete der Bund auf allen möglichen Fürsorgegebieten Hervorragendes. In zwei Heimen und sechs Siedlungen wurden 108 Waisenkinder unterhalten, den notleidenden Erzgebirglern flossen Unterstützungen zu, das Bücherwesen, Volksbildungsbestrebungen und Jugendpflege wurden ausgebaut. Ein eigenes Verlagsunternehmen (mit Volksbuchhandlung, z. B. in Komotau) arbeitete in den ersten neun Monaten seines Bestehens mit namhaftem Reingewinn. Das Boden- und Kreditgenossenschafts- und das Gewerkschaftswesen innerhalb des Bundes konnten wesentlich gefördert werden.

In den verschiedenen Ansprachen kam immer wieder zum Ausdruck, daß das Deutschtum in Böhmen sich völkisch niemals aufgeben werde, daß auch ihm die Befreiungstunde schlagen werde. Straffere nationale Erziehung und Überwindung des seichten, volksvergiftenden Marxismus, dem außer der deutschen Sozialdemokratie alle anderen Völker ihre Nation voranstellen, müßten in zielbewußter, unermüdlicher Arbeit das ihre dazu beitragen.

Neuerbaß (Jugoslawien). Eine Ortsgruppe des Kulturbundes ist hier begründet worden. An der Versammlung vor den beiden Kirchen beteiligten sich der Oberstuhlrichter und der Vizegespan. Der Vizegespan Stojkow meldete sich sogar als erster zum Wort und die Rede, die er hielt, ist allerdings bemerkenswert genug. Er erklärte, die Gerechtigkeit müsse siegen, alle Unterdrückung fallen. Nach der Bildung des S. H. S. Staates heiße es jetzt, die Menschen zur Kultur zu vereinigen. Das deutsche Volk sei zur Förderung der Kultur von der göttlichen Vorsehung erkoren. Es gebe kein Volk auf Erden, dem die Kultur so viel zu verdanken habe, wie das deutsche, und die Vorsehung habe dafür gesorgt, daß die Deutschen als Kulturträger sich über die ganze Erde verbreiteten, und daß sie überall redliche und ehrliche Vorkämpfer der Kultur seien. Die Menschen glichen einem großen Gebäude, in dem die einzelnen Völker die Bausteine seien. Das Bindemittel aber, ohne das die Steine zusammenstürzen müßten, sei das deutsche Volk, dessen Teil die Schwaben der Wojwodina seien, die ehrlich mitarbeiten wollten und sollten. Daß sie es früher nicht konnten, gehöre nun der Vergangenheit an, jetzt sollten sie nicht politisieren, sondern kulturfördernd arbeiten. Er, als Serbe, sei stolz darauf, an deutschen Hochschulen studiert zu haben. Er habe das deutsche Volk

kennen, schätzen und lieben gelernt. Keiner von den Serben, die in Deutschland studierten — und es seien derer viele — denke nicht dankbar an diese deutsche Schulung. Trotz des Krieges, trotz allen Geschehens liebe das serbische Volk das Deutschtum. Nicht Haß, sondern Hochachtung fühle das serbische Volk dem Deutschtum gegenüber. „Dieses Wort ‚deutsch‘ muß ich betonen. Denn unsere Hochachtung, unsere Liebe gilt nicht denjenigen, die trotz ihrer deutschen Abstammung keine Deutschen sein wollen, die sich schämen, Deutsche zu sein. Diese Unglücklichen, die päpstlicher sein wollen, als der Papst selber, die sich magyarischer gebärden als der Magyare selber, können wir Deutsche nicht achten.“ Er wolle die Magyaren nicht bekämpfen, aber er ehre und achte die, die Deutsche bleiben wollten. Er wünsche dem Kulturbund in Jugoslawien alles Gute und erwarte, daß sie dem Staate treue Diener und Förderer seien. Diese Rede löste wahre Beifallsstürme aus. Es folgte noch eine ganze Anzahl von wackeren Reden, die namentlich auch in einem Dank an die studierende Jugend des Deutschtums ausmündeten, weil diese Jugend wieder beginne, deutsch zu fühlen und echte deutsche Führer ihrem Volke geben wolle. Es gibt freilich noch viel Arbeit zu tun. Das zeigt ein Bericht des „Deutschen Volksblattes“ von Neusatz, wonach am selben Tage, an dem die Sängerfahrt der deutschen Studenten in der rein deutschen Gemeinde Filipowa ihre Veranstaltung hatte, die „studierende Jugend von Filipowa“ eine Liebhabervorstellung gab, bei der neben einem deutschen Stück auch drei madjarische Stücke auf dem Programm standen und auch ein beethovensches Lied in ungarischer Sprache! Daß solchen Bestrebungen gegenüber die Ortsgruppengründungen des Kulturbundes in allen deutschen Gemeinden rasch voranschreiten und der Kulturbund beginnt, eine machtvolle Organisation des gesamten Deutschtums zu werden, ist hoch erfreulich.

Novisad-Neusatz (Jugoslawien). Der deutsche Kulturbund macht in seiner Organisation rasche Fortschritte. In einer Reihe von deutschen Gemeinden wurden neue Ortsausschüsse begründet und Ortsgruppengründungen damit vorbereitet. Ein Schulprogramm ist am 2. August der Regierung überreicht worden, die verspricht, die deutschen Vertreter bei ihren Beratungen zuziehen zu wollen. Die Satzungen sind genehmigt. Der Kulturbund hat inzwischen auch eine Stellenvermittlung in sein Programm aufgenommen. Die Werberundreise der schwäbischen deutschen Studenten der Banatia nahm in Neusatz ihren Anfang. Nach einem Abendessen vereinte ein deutscher Kommer der Studenten mit ihren Gästen; fröhliche, alte, schwäbische Volkslieder wurden dabei gesungen, und die Studenten wiederholten ihr Gelöbniß der Treue zu ihrem Volke, dem sie tüchtige Führer sein wollten.

Neuschowe (Jugoslawien). Die Begründung einer Ortsgruppe des Kulturbundes wurde in der rein deutschen Gemeinde zu einem großen Festtage. Mit Musik in langen Wagenreihen kamen die Schwaben aus den umliegenden Gemeinden angefahren. Abends wurde die Versammlung mit dem alten Kirchenliede „Großer Gott, wir loben dich!“ eröffnet. Führer des Schwabenvolkes sprachen über die deutschen Aufgaben und diejenigen des Kulturbundes im besonderen. Kräftige Worte fielen gegen die magyarisierende Intelligenz, die ganz im Gegensatz zur siebenbürgisch-deutschen Intelligenz nicht Führer, sondern Verführer ihres Volkes gewesen sei. Nach der Begründung der Ortsgruppen und der Wahl des Vorstandes blieb man noch lange bei den Klängen der beiden Musikkapellen und den Gesängen der drei anwesenden Gesangsvereine zusammen.

Dorpat. Die Estonia feierte am 7. September ihr 99. Stiftungsfest, bei dem ein eingehender Bericht über den Verbleib des Vermögens und Mobiliars, sowie des sonstigen Besitzes der Verbindung gegeben wurde. Das seit 1915 zu verschiedenen Zwecken requirierte Verbindungsgebäude soll in nächster Zeit wieder der Korporation zur Verfügung gestellt werden.

Hermannstadt. Der Siebenbürgische Karpathenverein hielt am 24. August seine Hauptversammlung ab, in der der Vorsitzende Prof. Dr. Kepp einen Überblick über die letzten 40 Jahre des Vereins gab, die hauptsächlich der Hütten- und Wegebauarbeit gewidmet war. Schon nach 4 Jahren waren 14 Hütten geöffnet. Vor dem Kriege bestand Verbindung mit den größten Touristenvereinen Europas, die Mitgliederzahl war beträchtlich gewachsen. Während des Krieges haben Brand und Ausplünderung der Hütten die Vereinsarbeit schwer geschädigt. Zwar nimmt die Mitgliederzahl jetzt bedeutend zu, doch kann der Verein wegen der zu großen Herstellungskosten sein Jahrbuch in diesem Jahre nicht herausbringen. Das Karpathenvereins-Museum wurde der Verwaltung des Brukenthalischen Museums übergeben.

Strehlenau (Rumänien). Der Lenau-Verein feierte am 7. August den 118jährigen Geburtstag des Dichters unter zahlreicher Beteiligung der gesamten Bevölkerung, zu der sich Studentenabordnungen und Gäste aus Temesvar gesellten. Das Denkmal des Dichters war schön geschmückt, als abends Vorträge und Gesangstücke des „Lenau-Männer-Gesangsvereins“ abwechselten und zwei Musikkapellen aus Strehlenau und Grabatz ihre Weisen erklingen ließen. Nach der Festlichkeit zogen Fackelzüge in 4 Säle des Ortes, wo Tanzfestlichkeiten stattfanden.

Jokohama. Eine deutsche Vereinigung Jokohama ist am 15. Juli begründet worden, deren Zweck der Zusammenschluß aller Deutschgesinnten in Japan ist. Förderung deutschkultureller Beziehungen und Bestrebungen, Wahrung und Vertretung wirtschaftlicher Interessen und Pflege deutsch-japanischer Beziehungen im allgemeinen sind im Arbeitsprogramm vorgesehen. C. Rohde ist Vorsitzender.

Tokio. Ein deutscher Abend fand zum ersten Male wieder seit Kriegsausbruch in Tokio statt. Der Deutsche Abend ist eine Vereinigung von Japanern, die in Deutschland studiert haben, in erster Linie von Medizinnern. Deutsche nehmen gelegentlich als Gäste teil. Prof. Dr. med. Irisawa hielt anläßlich der Eröffnung eine bemerkenswerte Begrüßungsansprache, in der er bedauerte, daß während des Krieges der Deutsche Abend nur selten zusammenkam, daß es eine Vereinigung von Japanern sei, die einen Abend in echter deutscher Gemütlichkeit mit ihren deutschen Freunden und Lehrmeistern verbringen wollten. Das deutsche Volk habe seine sprichwörtliche Tüchtigkeit in fünfjährigem Ringen bewiesen. Das herrliche Deutschland von einst sei aber jetzt nach dem Kampf mit einer Welt von Feinden ins tiefe Unglück versunken, das deutsche Volk liege in beispiellosem Elend. Aber das Volk werde wieder hochkommen, das unter allen Völkern der Welt am meisten für die Wissenschaft geleistet habe. Japans Gelehrten und Künstler hätten diesen Krieg nicht gewollt. Sie hätten auch kein anderes Interesse, als das der baldigen Wiederanknüpfung zerrissener Fäden der internationalen Wissenschaft und Geisteskultur. Auf Verbindung mit Deutschland lege man dabei größten Wert.

Lüderitzbucht. Der deutsche Schulverein konnte bei seiner Hauptversammlung einen erfreulichen Geschäftsbericht über das erste Vereinsjahr, 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920, hören.

Das Vereinsvermögen belief sich auf 1211 Pfund, wozu noch ein Reservefonds von 75 Pfund tritt. Für das nächste Vereinsjahr werden 1100 Pfund Einnahmen aus den ordentlichen Beiträgen von 228 Mitgliedern erwartet. Mit 128 Schülern, 59 Mädchen und 69 Knaben, trat die Schule ins neue Jahr ein. Bis zum Schluß des Jahresberichts traten 12 Kinder ein und — namentlich infolge der Repatriierungen — 30 Kinder aus. Zwei Lehrer und eine Lehrerin sind in vier Klassen tätig. Aus eigenem Antrieb hat der Verein vom vierten Schuljahr ab das Englische als obligatorisches Unterrichtsfach eingeführt.

Windhuk. Eine Vereinigung der freien Berufe und der Gewerbetreibenden wurde hier begründet, die sich mit den übrigen beruflichen Vereinigungen zusammentun und die Wünsche der Bevölkerung dem General Smuts bei seinem Besuche im Schutzgebiet vortragen wollte. Die Vereinigung strebt eine gleichmäßige Vertretung aller Stände und Berufe und die Schaffung eines aus freier Wahl hervorgehenden Landesrates an, in dem die deutsche Sprache die gleichen Rechte wie die beiden jetzigen Amtssprachen genießen soll.

Mexiko. „Die deutschen Frauen Mexikos“ nennt sich ein am 4. Juli neu begründeter Verein, dessen Gründungsversammlung von 150 Damen besucht war. Geheimrat Schmidt setzte die Ziele und Zwecke des Vereins auseinander, der unter Wahrung der Selbständigkeit der schon bestehenden Frauenvereine alle Frauen und Mädchen, die deutsch denken und fühlen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen will. Frau Kladt hielt in der ersten Sitzung einen Vortrag über ihre Erlebnisse in der Kriegswohlfahrtspflege in Deutschland. Der Verband hat unter dem 30. Juli an den Reichspräsidenten eine Kundgebung gerichtet, die dem Entsetzen und der flammenden Entrüstung über die „schwarze Schmach“ im deutschen Vaterlande Ausdruck verleiht. Die Frauen, die sich bemühten, in treuer Liebe draußen für die deutsche Sache zu wirken, seien erschüttert über das, was französische Kultur den deutschen Schwestern im Rheinland angetan. Die materiellen Folgen des entsetzlichen Friedensvertrages könne deutsche Tüchtigkeit und Arbeit wohl beseitigen, aber für Generationen hinaus verderblich sei die schwarze Schmach im Rheinlande mit ihren entsetzlichen moralischen Folgen. Die Frauen Mexikos baten also die deutsche Reichsregierung, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die französische Regierung dem jeder Kultur Hohn sprechenden Gebaren ihrer schwarzen Söhne Halt gebiete. Die Ehre der deutschen Frauen müsse unangetastet bleiben. Der Protest ist in würdigen und aus tiefem Herzen kommenden Worten gehalten.

Santiago (Chile). Eine Burschenschaft Cheruskia-Chile wurde von 12 jungen Chilenen deutscher Abstammung begründet. Sie setzt sich die Pflege deutschen studentischen Geistes fern von der Heimat zum Ziele. Die feierliche Bänderweihe geschah in Gegenwart eines alten Herrn der Leipziger Cheruskia. Mit der bereits bestehenden Burschenschaft Araucania soll freundschaftlicher Verkehr gepflegt werden.

Argentinien. Deutscher Volksbund für Argentinien. Die vierte Bundestagung wurde am 9. Juli, dem vierten Gründungstage des Bundes, in Buenos Aires eröffnet. Sie dauerte drei volle Tage und nahm trotz geringerer Beteiligung als im Vorjahre, an der scharfe, die Reisen erschwerende Kälte schuld war, einen sehr befriedigenden Verlauf. 13 auswärtige Ortsgruppen (Bahia Blanca, Comodoro Rivadiva, Concordia, La Plata, Lucas Gonzales, Mandisovi, Mendoza, Parana, Quilmes, Rio Cuarto, Ramirez, Romang und Urdinarain) waren vertreten.

In der ersten Sitzung, die, wie alle übrigen, der Bundespräsident Direktor Hayn leitete, stand die Diskussion über das Kolonisationsproblem im Vordergrund des Interesses. Zwei Anschauungen traten ziemlich scharf in Widerspruch: die Optimisten glauben, daß mit verhältnismäßig geringen Mitteln kolonisiert werden könne, während die Gegenseite große, zurzeit nicht aufzubringende Kapitalien voraussetzt. Es wurde einstimmig beschlossen, zur Prüfung beider vertretenen Ansichten einen besonderen Ausschuß zu bilden.

Aus den offiziellen Ansprachen des ersten Verhandlungstages verdient kurz erwähnt zu werden, daß Dr. Merzbacher, der stellvertretende Vorsitzende, vor allem das Verhältnis der Deutschen zu den Argentinern behandelte und dabei leider auf seiten der ersteren einen Mangel an Haltung und Würde feststellen mußte. Vor allem solle man den Eingeborenen gegenüber andauernde Klagen und Proteste über die derzeitigen Zustände in Deutschland unterlassen.

Der zweite Verhandlungstag brachte hauptsächlich Erörterungen über den weiteren Ausbau der Bundesarbeit, insbesondere seiner Schul- und propagandistischen Tätigkeit. Welcher Mittel letztere sich dabei mit Vorteil bedienen kann, wurde am Abend durch eine Vorführung deutscher Filme („Möwe“-Heldentaten usw.) im Saale des deutschen Klubs praktisch dargetan.

Am dritten Verhandlungstag, der mit einer allgemeinen Mitgliederversammlung schloß, wurde die Organisation einer Wirtschaftsvereinigung beraten. Die Forderungen gipfelten darin, daß alle vom Volksbunde zu treffenden, der Förderung des wirtschaftlichen Wohles seiner Mitglieder gewidmeten Maßnahmen den Bund in den Stand setzen sollen, seine idealen Ziele zu verwirklichen. Grundsatz für die Aufbringung der erforderlichen Mittel soll weniger die Inanspruchnahme fremden, also geliehenen oder gestifteten Geldes, als vielmehr die Ausnützung der eigenen Leistungsfähigkeit der Mitglieder nach dem Vorbilde der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften sein. Zu diesem Zwecke wurde unter anderem die Gründung einer Genossenschaftsbank beantragt und die Einrichtung einer technischen Auskunftsstelle in Verbindung mit dem Verein deutscher Ingenieure in sichere Aussicht gestellt.

Aus dem von Direktor Hayn erstatteten Tätigkeitsbericht über das vergangene Geschäftsjahr soll noch erwähnt werden, daß das Vereinsorgan „Der Bund“ reicher ausgestaltet worden ist, daß ein eigenes Liederbuch des Bundes entstand und eine auf vier Kisten angewachsene Wanderbücherei für literarische Speisung der Provinz sorgte. Für Gewinnung neuer, auch außerordentlicher Mitglieder wurde eine Werbeschrift in spanischer Sprache versandt. Dem gleichen Zwecke dienten Wanderredner.

Der vom Bunde mit Unterstützung des „Deutschen wissenschaftlichen Vereins“ herausgegebene „Führer für Einwanderer“ fand große Verbreitung und Anerkennung. Er hatte teil an der großzügig organisierten Fürsorge für deutsche Einwanderer. Zur materiellen Unterstützung der Heimat trugen die „Volksbündpakete“ bei, deren Versand nach Art der amerikanischen Dollarpakete noch weiter ausgebaut werden soll. Zunächst beabsichtigt man, Lebensmittel im Werte von 200000 Pesos in deutsche Lebensmittelniederlagen zu geben.

Die Schlußrede Direktor Hayns war abgestimmt auf den Grundton: „Wir sind gesunken aus eigener Unkraft, wir müssen aufstehen aus eigener Kraft“. Dazu wird der Deutsche Volksbund für Argentinien zweifellos nach bestem Vermögen beitragen.

Buenos Aires. Die deutsche Wohltätigkeitsgesellschaft erfuhr im Jahre 1919 einen sehr bedauerlichen Mitgliederrückgang von 1099 auf 939, der auch eine bedeutende Minderung der Einnahmen zur Folge hatte. Es ist dem Verein deshalb leider nicht möglich, seine gemeinnützigen Zwecke im bisherigen Umfange weiterzuführen. Die Vereinbarung mit dem deutschen Hospital, nach der in einer besonderen Abteilung desselben arbeitsunfähige alte Leute und Invaliden auf Kosten der Gesellschaft untergebracht wurden, mußte gekündigt werden. Zum Glück gelang es, für die Insassen anderweitig zu sorgen, da eine deutsch-argentinische Menschenfreundin unentgeltlich ein Haus zur Verfügung gestellt hat, in dem die Pflinglinge so lange untergebracht bleiben, bis das auf der Estancia „Bella Vista“ geplante Altersheim errichtet ist. Im übrigen gab die Gesellschaft namhafte Beträge für Familienunterstützungen und als Beihilfe für alleinstehende kaufmännische und technische Beamte aus. Außerdem entfaltete sie in der Stellenvermittlung eine grensreiche und von Erfolg reich gekrönte Tätigkeit.

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Vom Bund.

Die Bundeszentrale, Abteilung Entschädigung, macht darauf aufmerksam, daß für die Anmeldung der Schäden der Auslandsdeutschen ein Endtermin nicht festgesetzt ist. Wenn neulich die Notiz durch die Presse ging, daß für die Anmeldung von Vorentscheidungen an das Reich eine Frist gesetzt ist, so berührt diese Notiz nicht die Anmeldung der Schadenersatzansprüche der Auslandsdeutschen, die durch besonderes Reichsgesetz hergestellt ist. Die Anmeldungen der Auslandsdeutschen werden dauernd entgegen genommen, ohne daß eine bestimmte Frist dafür festgesetzt ist.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Danzig. Der Reichsminister für Wiederaufbau hat unter dem 20. August mitgeteilt, daß keine Bedenken dagegen beständen, die Anträge der Danziger Auslandsdeutschen auf Vorentscheidung auf Grund der mit dem Reichs- und Staatskommissar Dr. Förster vereinbarten und von ihm gegengezeichneten Erklärung durch den Bund vorprüfen, und den Spruchkommissionen zur Entscheidung vorlegen zu lassen. Er habe daher den Reichskommissar für Auslandsschäden und den Bund der Auslandsdeutschen entsprechend in Kenntnis gesetzt und seiner Vorsorge getroffen, daß die Anträge der Danziger Auslandsdeutschen jetzt mit möglichster Beschleunigung erledigt würden. Hoffentlich werden nun die betr. Spruchkommissionen mit besonderer Beschleunigung sich der Danziger Auslandsdeutschen annehmen, deren Erregung, angesichts der so lange andauernden Verhandlungen, nur ihrer großen Notlage entspricht. Bei rascher Vorprüfung und schnellster Übermittlung an die Spruchkommission kann durch bald erfolgende Auszahlungen der Vorentscheidungen in Danzig dann eine ebenso rasche Beruhigung eintreten.

Von den Ortsgruppen.

Gießen. In der 10. Mitglieder-Versammlung konnte vom Landesverband Hessen Herr Davidson als Gast begrüßt werden. Der Kassier, Herr Tischer, verwies auf den „Auslandsdeutschen“, der in der öffentlichen Lesehalle zu Gießen ansiedelt. Der Vertreter des Landesverbandes gab sodann Aufschluß über die Organisation der Rückwandererhilfe, die allerdings mit der Vorentscheidung nichts zu tun habe, an der die Ortsgruppen aber Pflicht der Auslandsdeutschen sei. Er bezeichnete es ferner als wünschenswert, eine eigene Spruch-

kommission nach Darmstadt zu bekommen. Eine zur Frage der Vorentscheidung gefaßte Resolution wurde dem Bundesvorstand übermittelt.

Schwerin. Eine von Herrn Farnow, Güstrow, einberufene Versammlung beschloß die Gründung einer Ortsgruppe im Anschluß an den Landesverband Nordwestdeutschland.

Von der Ortsgruppe Wismar wurde in der letzten Versammlung beschlossen, in Anbetracht der Tatsache, daß die Gelder nach dem Entscheide der Spruchkommission doch nur sehr langsam eingehen und daß oft eine Abfindungssumme von 100 bis 200 Mark von den Spruchkommissionen als genügend angesehen werde, eine unparteiische Unterstützungskasse zu begründen und Mittel zu ihr durch Veranstaltungen aller Art aufzubringen. Es wurde einstimmig ein Komitee gewählt, um das zur Durchführung zu bringen.

DIE AUSLANDSDEUTSCHEN IM REICHE

Im Juli fand in Berlin ein fünftägiger Kursus der Grenzlandstudenten, den ein Ausschuß für Studenten-Grenzlandarbeit veranstaltete und an dem über 60 in der Grenzmark arbeitende junge Akademiker teilnahmen, statt. Sie entstammten neun verschiedenen, jetzt vom Mutterreich getrennten deutschen Gebieten. Gäste kamen aus 16 europäischen Staaten gelegentlich dazu.

Ein Heim für auslandsdeutsche Studenten in Halle. Der Direktor des „Deutschen Heimes“, Dr. Krusius in Halle, veröffentlicht im Namen der Franckeschen Stiftungen eine Mitteilung, wonach das „Deutsche Heim“, das am 14. Oktober eröffnet wurde, in erster Linie eine Erziehungsanstalt für Knaben, Waisen und Kriegswaisen sein wird, die in der alten Waisenanstalt der Franckeschen Stiftungen aus Platzmangel nicht untergebracht werden können. Sodann soll aber auch Flüchtlings- und auslandsdeutschen Kindern und besonders Kindern von Auslandsdeutschen, die in den verlorenen Reichsteilen ausharren, eine deutsche Erziehung im Sinne August Hermann Franckes geboten werden. Ein kleines Heim für 12 bis 14 Studenten soll sich anschließen, in dem in erster Linie auslandsdeutsche Studierende berücksichtigt werden sollen, die sich zu christlichen Grundsätzen bekennen und Gewähr bieten, daß ihr Einfluß dem Ganzen förderlich sein wird. Das neue Unternehmen ist finanziell und in der Verwaltung selbständig, ist mit Hilfe christlicher Freunde, namentlich aus dem Ausland, begründet worden und bedarf zu seiner Weiterführung auch fernerhin freiwilliger Beiträge. Der Pensionspreis beträgt 2500 Mark für das Jahr. Je nach Maßnahme der vorhandenen Mittel und der Bedürftigkeit der Bewerber werden Erleichterungen gewährt bis zum vollen Erlaß des Pensionspreises, bei Schülern sogar bis zur völlig kostenlosen Erziehung. Waisen und Halbwaisen kommen für solche Vergünstigungen in erster Linie in Betracht. Zahlreiche Bewerbungen liegen vor, doch können Gesuche noch berücksichtigt werden.

Die elsass-lothringischen Studenten im Reiche hielten in Tübingen im August einen ersten Vertretertag ab und haben einen „Verband elsass-lothringischer Studentverbände“ begründet, dem Vereinigungen in Berlin, Frankfurt, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, München, Stuttgart, Tübingen beizutreten. Vertreter der Reichsregierung und des Hilfsbundes der Elsaß-Lothringer begrüßten die Tagung. Zwei Vortragzyklen sollen im Winter veranstaltet werden, Theateraufführungen, Konzerte und Kunstausstellungen sollen den elsass-lothringischen Gedanken im Reiche fördern.

Vereinsverschmelzung. Der Deutsch-italienische Wirtschaftsverband, der vor Jahren die erste Sammlung der Italien-Deutschen und ihre Organisation begonnen

hatte, hat sich aufgelöst und in seiner Hauptversammlung vom 2. Juli die Verschmelzung mit der Deutsch-italienischen Vereinigung beschlossen, die seine Archive und Akten übernehmen und seine Aufgaben fortführen wird. Zwei Vorstandsmitglieder treten in den Vorstand der Deutsch-italienischen Vereinigung über. Tatsächlich wird an der Lage durch diese Verschmelzung wenig verändert, denn die Vereinigung hatte schon bisher die meisten der Aufgaben des Wirtschaftsverbandes übernommen. Sie wird jetzt ihr Arbeitsgebiet noch weiter ausdehnen.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

In einer kleinen Anfrage an die Regierung erörtert der Abgeordnete Dr. Becker von der Deutschen Volkspartei das Schicksal der Palästinadeutschen. Er erinnert daran, daß sich in Ägypten immer noch 500 Deutsche in einem Wüstenlager befänden, Frauen Greise und Kinder zumeist darunter, die in engen und ungesunden Baracken lägen und bei dieser kläglichen Unterkunft schweren Schaden an ihrer Gesundheit gelitten hätten. Die Kost sei ungenügend, Schwermut und Geisteskrankheiten weit verbreitet. Der Abgeordnete fragt, ob der Regierung diese skandalösen Zustände bekannt seien, ob sie mit der englischen Regierung wegen einer Änderung in Verbindung treten und dafür eintreten wolle, daß die Angehörigen ihre Verwandten aus dieser trostlosen Gefangenschaft baldigst zurückerhielten.

Paßfragen.

Einem Artikel in den „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz“ entnehmen wir, daß Frankreich vor einem halben Jahre mit der Schweiz ein Staatsabkommen geschlossen habe, wonach für die beiderseitigen Staatsangehörigen ein Dauervisum mit einjähriger Gültigkeit eingeführt werde, das während eines Jahres zum beliebig häufigen Grenzübertritt über jede schweizerische und französische Paßstelle berechtigt. Der Franzose hat auf Grund eines solchen Spezialdauervisums, dessen Gebühr nur 25 Schweizer Franken beträgt, ohne weiteres das Recht, sich drei Monate lang in der Schweiz aufzuhalten. Zwischen der Schweiz und England besteht ein ähnliches Abkommen, zwischen Italien und der Schweiz schweben Verhandlungen über ein gleiches Abkommen und mit Amerika sind sogar noch günstigere Verabredungen getroffen.

Man braucht damit nur die heutigen Paß- und Visumverhältnisse zwischen Deutschland und der Schweiz zu vergleichen, um zu bemerken, um wieviel schlechter die Deutschen in der Schweiz gestellt sind als ihre Konkurrenten. Die Schweizer Handelskammer sieht die Wurzel des Übels in dem zur Vergrößerung der fiskalischen Einnahmen von der Nationalversammlung beschlossenen Konsulatsgebührengesetz und weist wiederholt auf die großen Gefahren dieses Gesetzes für die Erhaltung des Deutschtums im Auslande hin, nicht etwa, weil die Auslandsdeutschen deshalb etwa die deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben würden, sondern weil allgemein von selbst eine Schwächung ihres Deutschbewußtseins durch die erzwungene Trennung von der Heimat kommen müsse. Nicht jeder bringe es fertig, als Almosenbittler vor seiner Auslandsvertretung zu erscheinen und um die Ermäßigung seiner Paßgebühr zu bitten. Die Durchreise durch Deutschland nach Schweden bringe bei den heutigen Bestimmungen ganz unhaltbare Zustände, die Sympathie des Auslands für uns schwände in raschestem Maße und es sei unbedingt nötig, daß hier eine Änderung eintrete.

Die Ausschließung der Deutschen von der Heimat.

In den Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz schreibt Professor Dr. Heinrich Sieveking in bitteren

Worten über die Beziehungen zwischen Reich und Auslandsdeutschen. Nachdem er die Leiden der von der Schweiz ausgeschlossenen Schweizer Wehrmänner geschildert hat, fährt er fort: „Und Deutschland, das für seine getreuen Reichsglieder jetzt nichts tun kann, verstärkt seinerseits für die, die wieder hinaus konnten, die Gitter der Käfigmauer. Entschloß man sich sonst wohl kurz zu einer Auslandsreise, so müssen heute Tage auf den Paßbureaus herumgesessen werden. Dazu kommt nun seit dem Frühling des Jahres die reisehindernd wirkende Erhöhung der Paßgebühren. Während des Kapp-Putsches hat sich irgend eine Instanz diese Einnahmequelle ausgedacht, sie ist dann trotz des Protestes der Auslandsvertreter durchgeführt worden. 135½ Frs. sind danach für Paß und Visum, wenn man nach Deutschland will, vorab zu zahlen. Man denke, was das für eine Familie ausmacht, die etwa Verwandte besuchen wollte, die Großeltern, die seit Jahren das Heranwachsen der Kinder nicht verfolgen konnten. Ausgeschlossen! Nicht wegen der Reise, sondern der Paßkosten halber — oder man möchte in ein deutsches Bad. Ausgeschlossen wegen der Paßkosten, für die man in der Schweiz schon ein paar Tage leben kann. Oder man möchte alte Geschäftsverbindungen beleben. Ausgeschlossen! Der Ausländer, der billigere Gebühren zu zahlen hat, ist das Feld zu lassen. Oder ein Künstler will in der Heimat Studien machen. Ausgeschlossen wegen der Gebühren. Gewiß: entgegenkommend gewähren die Reichsbeamten Nachlaß, aber nur, wenn der Beweis der Bedürftigkeit erbracht wird.“

Heißt das, Verständnis zeigen für den weltwirtschaftlichen Aufbau des Reiches, für die Rolle, die gerade die getreuen auswärtigen Glieder des Reiches hierbei einzunehmen haben? Von neuem Geist ist bei der Ordnung der Paßgebühren nichts zu spüren. Manchmal scheint es, als unterscheide sich die neue Regierung in Deutschland nur durch etwas lauere Handhabung der Vorschriften von der früheren, suche aber beim Erlaß solcher Vorschriften sie an Ideenlosigkeit noch zu übertreffen.*

Zum Konsulatsgebührengesetz.

Die an den Reichstag gerichtete Anfrage Nr. 110 betreffend die von den deutschen Paßstellen in Holland zur Erhebung kommenden hohen Paßgebühren, von der in der letzten Nummer dieser Zeitschrift berichtet wurde, ist von dem Kommissar der Reichsregierung dahin beantwortet worden, daß die erhobenen Paßgebühren dem Gesetz vom 1. April 1920 entsprechen und nicht abgeändert werden könnten, solange das Gesetz, bei dessen Zustandekommen seinerzeit der Ausschuß sowohl wie auch das Plenum der Nationalversammlung die Gründe für die Erhöhung der Paßgebühren anerkannt haben, in Geltung sei. Doch schon bei der Einbringung des Gesetzes darauf hingewiesen, daß eine vollständige Umarbeitung des Konsulatsgebührengesetzes in Aussicht genommen sei. Der Entwurf liege bereits vor und werde zurzeit einer Nachprüfung unterzogen. Voraussichtlich könne er bereits im Herbst d. J. dem Reichstag vorgelegt werden. Inzwischen seien die Konsularbehörden angewiesen, jede Härte zu vermeiden und alle gesetzlich zulässigen Erleichterungen eintreten zu lassen. Wie der Regierungsvertreter dann noch bemerkte, sieht der neue Entwurf eine erhebliche Ermäßigung der Paßgebühren vor. Es wäre zu wünschen, daß die geltenden zweischneidigen Bestimmungen recht bald durch das in Aussicht gestellte Gesetz abgelöst werden, von dem zu hoffen ist, daß es in höherem Maße, als es die in Kraft befindlichen Bestimmungen tun, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trage und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat erleichtere.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Vorentscheidung und Wiederausreise Auslandsdeutscher.

Das Deutsche Ausland-Institut hatte an den Wiederaufbauminister eine Eingabe gerichtet, die Auszahlung der Vorentscheidung für die jetzigen Auslandsdeutschen tunlichst zu beschleunigen, die ihre Wiederausreise antreten wollen und Papiere und Paßvisum dazu schon besitzen, sowie Einreiseerlaubnis in ihren Zielstaat und feste Existenz dort nachweisen können. Die Eingabe war mit Gründen belegt, die jeder Auslandsdeutsche kennt und jeder Volkswirtschaftler zu würdigen gelernt hat. Es war von uns vorgeschlagen worden, Gesuche solcher Auslandsdeutscher aus dem üblichen Verfahren herauszuziehen und sie einer bestimmten Spruchkommission zur sofortigen Erledigung zu überweisen, auch die Auszahlung der Gelder durch Abkürzung der Fristen zu beschleunigen. Es war darauf verwiesen worden, daß es ein unwürdiger Zustand ist, wenn sich heute einst an Verdienst reiche und dienstvolle Auslandsdeutsche das Geld zur Wiederausreise mühsam zusammenborgen müssen, während sie als Gläubiger des Deutschen Reiches ihr Heimatland verlassen, ohne ihr Geld bekommen zu können. Es war von uns darauf hingewiesen worden, daß das Vorentscheidungsverfahren dieser Wiederausreisenden doch sicherlich darunter leiden werde, wenn sie, die am besten Auskunft geben könnten, nun fern von Deutschland weilten, und eventuelle Rückfragen die Erledigung ihrer Vorentscheidung verzögerten. Es war endlich darauf verwiesen worden, daß es kaum dem Reichsgedanken und dem Deutschtumsgedanken förderlich sein könne, wenn diese armen Auslandsdeutschen mit bitterem Gefühle in der Brust wieder hinauszögen. Auf unsere Eingabe ist unter dem 18. September die nachfolgende Antwort erteilt worden:

„Ich habe im Hinblick darauf, daß das Reich in hohem Maße an einer baldigen Wiederaufnahme einer Auslandsstätigkeit durch die mit Auslandserfahrungen ausgestatteten Auslandsdeutschen interessiert ist, vor längerer Zeit bereits Anweisung an den Bund der Auslandsdeutschen und die Spruchkommissionen ergehen lassen, die Anträge von Auslandsdeutschen, die die Möglichkeit haben, ins Ausland zurückzukehren, vorzugsweise und besonders beschleunigt zu behandeln. Daneben noch eine Abkürzung der Beschwerdefrist vorzusehen, erscheint nicht erforderlich, da sowohl der Antragsteller als auch der Reichskommissar für Auslandschäden in der Lage sind, auf das Recht der Beanstandung zu verzichten.

Da es, wie die Erfahrung gezeigt hat, leider nicht in allen Fällen möglich ist, das Vorentscheidungsverfahren rechtzeitig zu Ende zu führen, und da insbesondere auch denjenigen Auslandsdeutschen die Wiederausreise ermöglicht werden soll, die keine zur Deckung der Ausreisekosten ausreichende Vorentscheidung zu erwarten haben, ist auf Veranlassung der beteiligten Reichsressorts neuerdings eine „Rückwandererfondskommission“ bei den Darlehenskassen begründet worden. Diese Kommission soll Auslandsdeutschen, die keine oder nur geringe Vorentscheidungen zu erwarten haben, durch Gewährung von Darlehen bis zur Höhe von 5000 Mark, in besonderen Ausnahmefällen auch darüber hinaus, die Wiederausreise erleichtern.“

Dazu bemerken wir, daß wir von berufener Seite gehört haben, die Vorentscheidungsansprüche der von uns erwähnten Kategorie von Auslandsdeutschen würden bevorzugt behandelt. Einzelheiten über das „wie“ dieser Behandlung, die gewiß auch weiteste Kreise der Auslandsdeutschen interessieren würden, haben wir bis jetzt nicht erhalten können. Wir werden uns weiter darum bemühen in der wohl richtigen Annahme, daß alle Auslandsdeutschen diese Grundsätze kennen müßten. Unser Vorschlag

der besonderen Spruchkommission, von dem wir eine weitere Beschleunigung des Verfahrens erwartet hätten, ist nicht angenommen worden und ist nicht im Schreiben erwähnt worden. Das Recht des Antragstellers wie auch des Reichskommissars, auf die Beschwerde zu verzichten, kommt dem von uns empfohlenen Verfahren der Abkürzung der Beschwerdefrist nicht gleich, es ist im Gegenteil etwas gefährlich Anderes. Ein Auslandsdeutscher, der raschestens wieder hinaus will und zu Geld kommen möchte, der deshalb darauf verzichtet, einen vielleicht als sehr ungerecht empfundenen Spruch der Spruchkommission zu beanstanden, duldet seinem Gefühl nach ein Unrecht aus materiellen Gründen. Eine Beschwerdefrist von nur drei Tagen etwa gäbe ihm aber die Möglichkeit, eine rasche Endentscheidung zu erzielen. Aber selbst wenn der Auslandsdeutsche auf sein Beschwerderecht verzichtet, nur um rasch hinauszukommen, braucht deshalb der Reichskommissar noch nicht zu verzichten und trotz des Verzichtes des Antragstellers müssen die Beschwerdefristen weiter laufen!

Die in dem Antwortschreiben erwähnte „Rückwandererfondskommission“ (in Wirklichkeit heißt der Fonds „Rückauswandererhilfsfonds“) ist nur für Auslandsdeutsche begründet, die keine oder nur eine sehr geringe Vorentscheidungsforderung haben. Es ist verdienstlich, daß diesen die Wiederausreise durch Darlehensgewährung erleichtert werden soll. Aber finanziell und moralisch schlimmer daran sind diejenigen Auslandsdeutschen, die einen Rechtsanspruch auf eine vielleicht sehr hohe Vorentscheidung haben, auf eine Summe, mit der sie zur Not alle Kosten der Wiederausreise bestreiten könnten, und die trotzdem nichts bekommen, auch aus dem neuen Fonds nichts bekommen können, sondern die, wie die Dinge heute liegen, bei allen möglichen Stellen herumpumpen müssen, um zu Geld zu kommen. Die Gewährung eines Vorschusses auf die Vorentscheidung wäre ein Mittel, um zu helfen, um eine Hilfe zu gewähren, die dringend not tut. Hoffentlich schweben die Erwägungen nicht zu lange, damit nicht eine allzu große Anzahl Entrüsteter und sich entrechteter Fühlender als „Pioniere des deutschen Handels“ hinauszieht, die in ihren Erwartungen auf das Deutsche Reich enttäuscht wurden und die deshalb vielleicht auch die Erwartungen des Deutschen Reiches enttäuschen werden!

Aufenthalt von Ausländern in den Niederlanden.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ gab Ende August bekannt, daß die Verpflichtung zur Anmeldung für Ausländer zwecks Erlangung eines sogenannten Identitätsausweises für Angehörige Amerikas, Englands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Schweiz künftig weg falle, wenn diese Personen nicht beabsichtigen, sich länger als 1 Monat in den Niederlanden aufzuhalten. Bei einem Aufenthalt von weniger als 24 Stunden wird künftighin überhaupt auf polizeiliche Anmeldung verzichtet. Dieser Verzicht gilt für Angehörige aller Staaten, im Gegensatz zu der für Aufenthalt von mehr als 24 Stunden verlangten Anmeldung, die deutschen Staatsangehörigen, auch wenn der beabsichtigte Aufenthalt weniger als 1 Monat beträgt, nicht erlassen wird.

WIRTSCHAFTLICHES

Wirksamkeit und Aufgaben des Verbandes deutsch-brasilianischer Firmen im ersten Halbjahr 1920.

Der uns vorliegende ausführliche Tätigkeitsbericht verdient, vor allem wegen verschiedener höchst beachtenswerter Winke für Deutschlands Handel und Industrie, einer weiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden. Wir geben ihn deshalb seinem wesentlichen Inhalte nach wieder.

Insgesamt beträgt die Zahl der Verbandsmitglieder in Brasilien 159, die sich auf die verschiedenen Staaten Brasiliens wie folgt verteilen: Bundeshauptstadt Rio de Janeiro 52, Sao Paulo 50, Rio Grande do Sul (Ortsgruppe Porto Alegre) 29, Bahia 10, Pernambuco 7, Santa Catharina 7, Parana 2, Para 1, Espirito Santo 1.

Nach den Vorbereitungen für die Einrichtung der zentralen Geschäftsstelle in Rio war es das erste Ziel der Verbandszentrale, baldmöglichst die gelockerte Verbindung mit den Ortsgruppen und Hauptvertretern wieder zu festigen. Dies ist restlos gelungen.

Über die engeren Landesgrenzen hinaus will der Verband die das Süd-Amerikanertum allgemein angehenden Fragen gemeinsam mit gleichartigen und verwandten Korporationen im spanischen Süd-Amerika beraten und bearbeiten. In diesem Sinne wurden erfreulicherweise die alten guten Beziehungen zu den deutschen Handelskammern in Buenos-Aires, Montevideo und Valparaiso wieder hergestellt. Die Kammer in Buenos-Aires z. B. übermittelte einige sehr interessante Wirtschaftsberichte aus Deutschland, die den Verbandsmitgliedern durch Rundschreiben bekanntgegeben werden.

Eine freundschaftliche Arbeitsgemeinschaft erstrebt der Verband im beiderseitigen wie im allgemeinen Interesse auch mit der deutsch-sprachigen Presse Brasiliens, die den Verbandsbestrebungen durchweg reges Interesse und dankenswertes Entgegenkommen bewiesen hat. Zunächst ist, da seit Eingehen des „Deutschen Tageblatts“ in der Bundeshauptstadt kein deutsches Blatt mehr erscheint, mit den deutschen Zeitungen in Sao Paulo und auch mit einigen im Staate Rio Grande do Sul erscheinenden Blättern Fühlung genommen worden. Auf Anregung des Verbandes hat die Redaktion des „Hausfreund“ in Sao Paulo seit einigen Monaten ihrem Blatt ein „Handelsecho“ beigelegt, in dem außer allgemein interessierenden Handelsmitteilungen fortlaufend Mitteilungen über den Verband, insbesondere die Rundschreiben betr. Stellenvermittlung veröffentlicht werden. Es wird das Bestreben des Verbandes sein, mit der gesamten deutsch-sprachigen Presse Brasiliens ein gutes Einvernehmen herzustellen und im Rahmen seiner Aufgaben mit ihr zusammenzuwirken. Das gleiche gilt für eine bestimmte Anzahl landessprachiger Blätter, die besondere Wünsche des Verbandes bisher immer in zuvorkommendster Weise durch kostenlose Veröffentlichung der ihnen zugesandten Artikel berücksichtigt haben.

Während der Verband die Presse in der Regel nur für Veröffentlichung allgemein wichtiger und interessierender Mitteilungen in Anspruch nahm, wurde für die Vermittlung von Nachrichten an die Mitglieder meist die Form von Rundschreiben gewählt.

Ein aktives Tätigwerden in Einwanderungsfragen lehnte die Zentralleitung mit Rücksicht auf die schon bestehende Einwandererberatungsstelle des Deutschen Hilfsvereins und die vielfachen anderen Aufgaben für die Verbandszentrale ab, während die Ortsgruppen diese Fragen in weitem Umfange mitbehandeln.

Dagegen wurde ein Stellennachweis in den Aufgabenkreis des Verbandes einbezogen, der sich aber ausschließlich mit der Stellenvermittlung für geschäftliche Betriebe befaßt. Diese Abteilung hat sich aus bescheidensten Anfängen heraus neuerdings in wenigen Wochen zu der meistbeschäftigten der Verbandszentrale entwickelt. Nicht nur, daß die Zahl neuer Stellungssuchenden Woche für Woche zunimmt, und was wichtiger ist, die Qualität und Auswahl unter den Bewerbern zusehends besser wird, auch die Nachfrage seitens der Mitgliedsfirmen wächst in gleichem Maße. Schon jetzt ist eine nicht unbeträcht-

liche Anzahl von Firmen (auch Nichtmitglieder) zu verbuchen, die bei Bedarf an Arbeitskräften immer zunächst den Stellennachweis des Verbandes zu Rate ziehen.

Geringeren Zuspruchs erfreute sich vorläufig die Abteilung für Geschäftsverbindungen. Auf die betreffenden Rundschreiben pflegen nur aus einem bestimmten kleineren Kreise von Verbandsmitgliedern Anfragen zu erfolgen, die in häufigen Fällen auf ein und dasselbe Angebot zielen. Passende Interessenten konnten bisher nur für einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der bereits in einer Zahl von weit über 100 aus Deutschland eingelaufenen Angebote gefunden werden. Andererseits sei — als ein Zeichen von symptomatischer Bedeutung und gleichzeitig als ein „videant consules“ für alle an dem Wiedererstarken des deutschen Ausfuhrhandels Interessierten reichsdeutscher Stellen! — erwähnt, daß auf das Angebot einer deutsch-japanischen Firma, Japan-Artikel nach Brasilien zu exportieren, nicht weniger als sechs deutsch-brasilianische Interessenten zurückkamen.

Ein nicht unwesentliches Moment zur Beurteilung und Verständnis der Tatsache, daß in gewissen Handelskreisen nicht nur hier, sondern wie mannigfache Zuschriften beweisen, an fast allen größeren Plätzen Brasiliens, nachgerade eine teils skeptische, teils verärgerte, teils bangende Stimmung gegenüber Geschäften mit Deutschland Platz gegriffen hat, liegt in der noch immer außerordentlichen Schwierigkeit und Unsicherheit der Handelsverhältnisse in und mit Deutschland.

Der Verband ist im Interesse aller seiner Mitglieder, wie in dem des gesamten deutschen Außenhandels überhaupt, wegen der Schwierigkeiten des Handels mit Deutschland und der unheilvollen Folgen weiterer Erschwerungen in mehrfacher Schriftsätzen in Deutschland vorstellig geworden. Insbesondere in Sachen nachträglicher Preiserhöhung für festbestellte Waren, Nichteinhaltung von Lieferungsbedingungen und -fristen und versuchter Ausschaltung des auslandsdeutschen Importeurs.

Weitere Schriftsätze und Eingaben an amtliche und halbamtliche deutsche Stellen betrafen Vertretung deutscher Häuser durch fremdländische Vertreter, Vermögensbesteuerung der Auslandsdeutschen, Notwendigkeit baldiger Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien, Erwünschtheit des Abschlusses eines dem italo-brasilianischen ähnlichen Kredit- und Handelsabkommens zwischen Brasilien und Deutschland, Vermeidung eines Rückwirkens der neuen deutschen Ausfuhrabgabe auf schon vor dem Inkrafttreten dieser Abgabe festabgeschlossene Lieferungsverträge u. a.

Die Möglichkeit eines Handelsabkommens zwischen Deutschland und Brasilien wurde und wird mit bester Aufmerksamkeit verfolgt, ebenso wie die Frage der Abwicklung von Vorkriegs- und während des Krieges entstandenen Schuldverhältnissen von und gegenüber Deutschen in Brasilien. Ein greifbares Ergebnis haben die hierin unternommenen Schritte bisher nicht gezeitigt, doch steht zu hoffen, daß eine alle Teile befriedigende Regelung dieser Fragen in nicht allzuweiter Ferne liegt.

Ein glücklicherer Stern hat den Verbandsbemühungen um die Beibehaltung einer regelmäßigen nationalen Schifffahrtslinie zwischen Brasilien und Deutschland geschieden. Anschließend an das Anfang März seitens des Verbandes dieserhalb an die Leitung des Lloyd Brasileiro gerichtete längere Schriftstück, lud der inzwischen aus dem Amt geschiedene damalige Leiter des Lloyd, Dr. Alves Farias, die mit der Bearbeitung dieser Frage betraute Sonderkommission des Verbandes zu einer mündlichen Besprechung ein. Im Verlauf dieser Unterhaltung wurde nachdrücklich geltend gemacht, daß die Be-

behaltung einer direkten und regelmäßigen Linie von Brasilien nach Deutschland nicht nur wünschenswert, sondern im Interesse baldiger Wiederanbahnung und Förderung der vielseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen unsern beiden Ländern unumgänglich notwendig sei. Im Anfang dürften selbst materielle Opfer nicht gescheut werden, um das einmal gesteckte Ziel: die Gewährleistung eines regelmäßigen Geschäftsverkehrs zwischen Brasilien und Deutschland unter brasilianischer Flagge zu erreichen. Es wird mit besonderer Genugtuung festgestellt, daß die Bemühungen des Verbandes in dieser Frage allseits — an der amtlichen Stelle selbst, wie in der Presse, wie in weiteren Interessentenkreisen — einen erfreulichen Widerhall gefunden haben. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Leitung des Lloyd Brasileiro sich inzwischen entschlossen hat, alle Europalinen mit Ausnahme der nach Hamburg wieder eingehen zu lassen.

Mit lebhaftem Interesse wurde die Anregung eines Verbandsmitgliedes aufgegriffen, durch Veranstaltung von Lehrkursen für eine bessere fachliche Vorbildung des deutsch-brasilianischen kaufmännischen Nachwuchses Sorge zu tragen. Einen Anfang hierzu bildete der deutsche Stenographiekursus, der auf Veranlassung des Verbandes in den Wintermonaten unter fachmännischer Leitung in der Deutschen Schule in Rio abgehalten wurde und eine gute Beteiligung aufzuweisen hatte.

Endlich sei noch des Firmenregisters Erwähnung getan. Die fertige Aufstellung, die inzwischen in Druck gegeben worden ist, wird voraussichtlich noch im Laufe des nächsten Monats erscheinen.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß die vielen Freunde und Anhänger des Verbandes recht behalten haben, die, wohl bewußt der vielen zu überwindenden und auch jetzt durchaus noch nicht sämtlich überwundenen Schwierigkeiten, doch unentwegt einer Wiederaufnahme der Verbandstätigkeit das Wort geredet haben.

Außer einer großen Anzahl von Blättern der internationalen Presse haben sich letzthin auch führende englische Zeitungen, unter anderen die „Times Trade Supplement“, in längeren Ausführungen mit dem Verband deutsch-brasilianischer Firmen befaßt. Würden es uns nicht so viele andere Anzeichen schon beweisen, dieses Interesse unserer schärfsten Handelskonkurrenten müßte allein uns Beweises genug dafür dünken, daß wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Wege sind.

Der Verband wird — so hoffen wir zuversichtlich — in geistlicher Weiterentwicklung auch fernerhin noch manche Probe für ein gemeinnütziges Wirken erbringen können, in unbeirrter Durchführung seines Gründungszwecks und damit zur Rechtfertigung des Vertrauens seiner Anhänger!

Bittere Wahrheiten.

Aus Amsterdam schreibt uns Direktor A. Hermkes:

Besser die ungeschminkte Wahrheit sagen, als das deutsche Volk in Illusionen zu wiegen, die ihm weit verhängnisvoller werden können als nackte, allerdings sehr unerfreuliche Tatsachen!

Merkwürdigerweise trat erst eine Verschlechterung der deutschen Valuta ein, als Spaa mit einem kleinen Erfolge für Deutschland zu Ende war. Nach außen hin hat es vielleicht den Anschein, als wenn das Vorrücken der Russen im Osten hierfür bestimmend gewesen sei. Gewissen Einfluß wird die Angst vor einem Einfall der Bolschewiken in Deutschland und eine eventuelle Verbrüderung der Kommunisten und Unabhängigen Deutschlands mit der bolschewistischen Armee auf den Kurs gehabt haben. Der Hauptgrund liegt indessen — das ist die bittere Wahrheit, die gesagt werden muß — darin, daß man in Holland das Vertrauen zu uns, zu unserer Tüchtigkeit, zu unserer Aufrichtigkeit zu ver-

lieren beginnt. Es ist bekannt, daß in einseitiger Weise Lieferungskontrakte von angesehenen deutschen Firmen gelöst worden sind. Der folgende Bericht, den ich in wörtlicher Übersetzung dem „Telegraaf“, Abendausgabe vom 22. Juli, entnehme, ist auch nicht geeignet, Treu und Glauben zu vermehren:

„Valuta-Koopjes.

In diesen Tagen erhielten wir eine deutsche Rechnung, die uns als ein Beweis von deutscher Kaufmannsart stark frappierte.

Eine niederländische Firma kaufte 12 einfache Tische auf der Leipziger Messe, worüber sie untenstehende Rechnung bekam. In Handels- und Industriekreisen sind diese Art deutscher Rechnungen keine Seltenheit mehr, aber die große Masse meint immer noch, daß sie aus Deutschland wegen der niedrigen Valuta vorteilhaft kaufen kann.

Die Rechnung lautet folgendermaßen:

	ƛ
12 Klubtische à 210 ƛ	2520.—
15 % T.-Zuschlag vom 1. 11. 1919	378.—
	2898.—
30 % T.-Zuschlag vom 1. 1. 1920	869.40
	3767.40
20 % T.-Zuschlag vom 15. 2. 1920	753.50
	4520.90
50 % T.-Zuschlag vom 20. 3. 1920	2260.45
	6781.35
50 % T.-Zuschlag vom 15. 4. 1920	3390.65
	10172.—
5 % Verpackung	508.60
	10680.60

Evtl. noch eintretende Reichsabgaben gehen natürlich zu Ihren Lasten, desgleichen Spesen usw.

Fast ein Jahr nach der Bestellung erfolgt die Lieferung, die der deutschen Fabrik willkommene Gelegenheit bietet, in der Form von Zuschlägen den ausgemachten Preis um 300 % zu erhöhen. Das Besondere dabei ist, daß jedesmal Zuschlag von Zuschlag berechnet wird und sogar die Verpackung vom Zuschlag berechnet wird. Wenn die deutsche Fabrik noch einige Zeit gewartet hätte, dann würde sie vielleicht Gelegenheit gehabt haben, die Zuschläge um weitere vermehrt zu haben.

Holländische Kontraktanten sollen sich die Art deutscher Lieferungsverfahren sehr genau merken.

Der Vorschlag der Kammer der Kaufmannschaft in Kristiania, eine schwarze Liste anzulegen über deutsche Firmen, die sich durch dergleichen Handelspraktiken versündigen, wird auch für unser Land Nutzen haben können, auch wenn man die Schwierigkeiten auf deutscher Seite gelten lassen muß, um zunächst zu untersuchen, welche Umstände deutsche Kaufleute dahin geführt haben.

Man braucht nicht so schnell mit Strafe zu drohen; der hier wiedergegebene Fall, der ein einfaches Produkt betrifft, vermutlich aus in Deutschland greifbarem Grundstoff hergestellt, geht über jede Grenze hinaus.“

In derselben Ausgabe bringt der „Telegraaf“ einen anderen Bericht, den ich hier auszugeweiht wiedergeben möchte:

1. Halbjahr 1920 1. Halbjahr 1919
Wert in 100000 Franks

Ausfuhr Frankreichs in Fabrikaten 4689 1703

Das Belangreichste, das an Hand dieser Ziffer gesagt werden kann, ist die Zunahme in der Ausfuhr von Fabrikaten und die Verminderung in der Einfuhr von Lebensmitteln. Beides sind günstige Anzeichen, welche darauf hinweisen, daß sowohl die industrielle wie auch die Produktion in der Landwirtschaft fort-

gesetzt zunehmen. Besonders günstig entwickelte sich die Situation im letzten Monat in obengenannter Periode. Im Juni dieses Jahres zeigt die Ausfuhr im Vergleich mit Juni 1919 eine Zunahme von 1142 Millionen Franks, während die Einfuhr um 18 Millionen Franks abnahm.

Bei der Gegenüberstellung beider Berichte kommt man zu der klaren Erkenntnis, daß die Vorstellungen, die unsere Unternehmer noch zum größten Teil, unsere deutschen Arbeiter aber noch durchweg haben, grundverkehrt sind. Unsere Gegner im Kriege arbeiten, sie haben im Kriege gelernt, von Monat zu Monat nimmt ihre Ausfuhr zu, während es bei uns genau das umgekehrte Verhältnis ist. Unsere Ausfuhr nimmt ab, die Einfuhr zu, daher immer mehr Schulden. Die Ware unserer Gegner findet offenbar Absatz, sie scheint also gut zu sein, denn der Holländer z. B. läßt sich bei Geschäftsabschlüssen nie vom Gefühl leiten, sondern kauft nur, wenn er Vorteile bezgl. Qualität und Preis in dem Kauf erblickt. Daraus folgt, daß die Idee von der Unübertrefflichkeit und Unentbehrlichkeit der deutschen Fabrikate nicht mehr Geltung hat, da die Gegner durch den Krieg gelernt haben, ebensolche Präzisionsarbeit resp. Qualitätsware herzustellen, wie man sie vor dem Kriege nur aus Deutschland beziehen konnte.

Wollen wir also die alte Wirtschaftstellung zurückgewinnen, dann müssen wir mehr und besser arbeiten. Treu und Glauben ist sehr, sehr stark erschüttert, beides muß zurückerobert werden.

Man stößt in Holland allgemein Mark ab und kauft fremde Devisen. Das ist sicher kein Zeichen von Vertrauen, sondern dokumentiert, daß man wenig Interesse an uns hat. Nichts aber kann der deutschen Industrie gefährlicher werden, als wenn frühere Abnehmer ihrer Fabrikate anfangen, gleichgültig zu werden.

Vorläufig hält sich der Wert der Mark noch. Doch deuten bestimmte Anzeichen darauf hin, daß eine Steigerung nicht zu erwarten ist. Man ist flau gestimmt auf die Mark.

Das sind die bitteren Wahrheiten, die gesagt werden mußten. Wir alle haben ein Interesse daran, daß ein katastrophaler Sturz der Mark vermieden wird. Das ist möglich, wenn das Ausland, wenn besonders Holland wieder Vertrauen zu uns haben kann. Aus dieser Tatsache ergeben sich zwei Pflichten:

1. für die Unternehmer, daß sie sich an abgemachte Geschäfte bezgl. Lieferfrist und Preise gebunden halten;
2. für die Arbeiter, daß sie mehr und bessere Arbeit leisten.

Nur dann wird es möglich sein, daß wir wieder auf dem Weltmarkt als Wettbewerber auftreten können.

VERSCHIEDENES

Vorlesungen über Auslandshygiene.

Im Pathologischen Museum der Universität in der Charité, Berlin, beabsichtigt Professor Ziemann im Wintersemester wöchentlich eine Stunde unentgeltlich zu lesen „über die Hygiene im Auslande und die Krankheiten desselben“, mit Lichtbildern und Demonstrationen, und zwar Mittwochs nachmittag 2 Uhr oder nach Verabredung. Die Vorlesungen beginnen am 3. November.

Das deutsche Buch im Ausland.

In Frankfurt wird mit der Herbstmesse eine Ausstellung „Das deutsche Buch“ veranstaltet, die in neuartiger Weise ganze Bibliotheken in fertiger Zusammenstellung zeigen soll,

z. B. die Bibliothek eines Chefredakteurs, einer Dame, eines Arztes, eines Ingenieurs, eines Bibliophilen. Für diese Ausstellung macht sich ein großes Interesse im Ausland geltend und sie soll vielleicht in einigen europäischen Hauptstädten vollständig gastieren. Auch aus Nordamerika liegt eine Anregung vor (vorausgesetzt, daß die „Ausfuhrverordnung“ nicht derartig hohe Ausfuhrabgaben erhebt, daß der Plan scheitern könnte, schreibt uns ein spöttischer Einsender dieser Notiz dazu! Die Schriftleitung.)

Gegen die Verkaufsordnung.

Der Vereinigung Hamburg-Bremer Exportbuchhändler ging ein Brief eines Auslanddeutschen zu, dem wir, unter Weglassung einiger politischer Stellen, das Nachfolgende entnehmen:

„Ihrem w. Schreiben lag gleichzeitig die Verkaufsordnung für Auslandlieferungen von Gegenständen des deutschen Buchhandels bei. Ich habe dieselben gelesen und kann auf dieselben hin, wie auf alles, was seit November 1918 in Deutschland getan ist, nur das eine sagen: Zu spät! Mit solchen Bestimmungen heute, nach dem erfolgten Ausverkauf Deutschlands zu kommen, ist nicht nur mehr als überflüssig, sondern schädlich. Ich möchte mir nun in diesem Zusammenhange die nachfolgenden Bemerkungen erlauben, die, wenn ich nicht irre, die Ansichten und Gefühle sämtlicher Auslanddeutschen wiedergeben.

1. Die heutigen Preise für Bücher entsprechen bereits dem Weltmarktpreise, d. h. der Tiefstand der deutschen Valuta kommt in dem ‚Hochstand‘ der Preise zum Ausdruck, aus dem einfachen Grunde, weil die Valuta zu 90 % direkt verantwortlich ist für die Verteuerung der Rohmaterialien, Erhöhung der Arbeitslöhne usw. in Deutschland.
2. Da dem so ist, warum ein Valutaausgleich, wenn solcher bereits restlos in den heutigen Preisen enthalten ist?
3. Weshalb ein Valutaausgleich für deutsche Bücher, deutsche Geistesprodukte, die bestimmt sind, in erster Linie für die Deutschen im Auslande, in zweiter Linie für Deutschengfreunde im Ausland? Aus welchem Grunde soll ein Deutscher im Auslande mehr bezahlen für die Werke seiner Dichter und Denker, als ein Deutscher im Inland? Ist man so kurzsichtig, auch noch auf diese Weise die einzige momentan überhaupt mögliche Art deutschen Geistesinflusses auf das Ausland zu unterbinden?
4. Wir sind nicht gewillt, einer derartig verständnislosen Willkür unterworfen zu sein, und die Folge wird sein, daß sich die Auslanddeutschen als Käufer deutscher Bücher zurückziehen, bezw. — und das ist das Traurige an der Sache — sich genötigt sehen werden, zu Schiebermethoden überzugehen, denn alte Bücher werden wohl dem Valutaausgleich nicht unterworfen sein.
5. Statt nach Beendigung des Weltkrieges mit seinen für das Deutschtum so verhängnisvollen Folgen alle Hebel nationaler Propaganda in Bewegung zu setzen, hat man nichts Besseres zu tun gewußt, als auf Methoden, wie diese des Valutaausgleichs auf deutsche Bücher zu verfallen, um nach bereits erfolgter Ausscheidung der deutschen Ware nun auch noch die deutschen Geistesprodukte konkurrenzunfähig zu machen! Fürwahr, unsere Feinde haben recht, wenn sie ihre helle Freude an uns haben!

Es wäre in allseitigem Interesse nur zu hoffen, daß eine schleunige Aufhebung der Bestimmungen betr. Valutaausgleiches zustande kommt, auf allen Gebieten, vor allem aber auf deutsche Bücher.“

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Eine Invaliditäts- und Altersversorgung für Auslandsdeutsche und Kriegs- und Zivilgefangene.

(Ein Wort zur Klärung.)

Zu den Vorschlägen mit obigem Titel in Nummer 16, Jahrgang 3 der Halbmonatsschrift *Der Auslandsdeutsche*, möchten wir uns einige Worte zur Klärung gestatten.

Der Artikelschreiber hat recht, wenn er die Sorgen und Nöte der ehemaligen Zivilgefangenen und Flüchtlinge — mit dieser Kategorie möchten wir es hier zu tun haben — als schwere, und insbesondere die Frage der Fürsorge für Invalidität und Alter dieser Kategorie der Kriegsoffer als außerordentlich dringend bezeichnet. Wer dieser Armen, von denen ein erheblicher Prozentsatz in einem Alter steht, das einen Wiederaufbau der wirtschaftlichen Existenz nicht mehr erreichbar erscheinen läßt, hätte sich nicht täglich mit dieser Frage auseinanderzusetzen: Was soll aus mir werden?

Was erwartet den im Heimatlande Entwurzelten, dessen oft heroische Bemühungen im Auslande durch den Krieg um die Früchte gekommen sind, die ihm einen sorglosen Lebensabend in der Heimat oder im Auslande gesichert hätten? Im Vaterlande werden Leute seinesgleichen oft genug von weiten Bevölkerungsschichten mit der harten verständnislosen Bemerkung abgetan: Wäre er in der Heimat geblieben, wer hat ihn geheißen, auszuwandern? Erklärte doch General Löwenthal im preußischen Abgeordneten-Hause noch 1917, daß die Auslandsdeutschen ihn nicht interessieren könnten. In der Tat, wohin er sich wandte, fehlte dem Wurzellosen der Halt in der Heimat, für die er im Auslande oft genug als Pionier die Wege gebahnt und geebnet hatte. Die Schaffung von Alters- und Invaliditätszufluchtsstätten dürfte darum wohl von allen Auslandsdeutschen begrüßt werden, welche auf Unterbringung in einem solchen Heim oder auf eine Rente nach dem jeweiligen Geldwerte zur Sicherung ihres Alters zu rechnen geneigt sind. Worin wir mit dem genannten Einsender nicht mehr einig gehen, ist lediglich der Zwang, der jeden Volksgenossen als Auswanderer verpflichten soll, sich dieses Recht auf einen gesicherten Lebensabend in der Heimat zu erwerben. Denn, wenn schon die Heimat ein Interesse daran hat, daß ein Strom gereifter Erfahrungen und guter Beziehungen aus dem Auslande zu ihr zurückströmt, so sollte der Wunsch, die Staatsangehörigkeit zu behalten, nicht durch Zwang gefesselt werden, sondern aus der Liebe zur Heimat und der persönlichen Initiative fließen. Zwang wirkt immer und überall als Hemmschuh auf der Bahn der individuellen Entwicklung. Das Recht auf einen gesicherten Lebensabend in der Heimat soll jedem offen stehen, aber nicht zu einer Kette werden, die der noch kräftige Auswanderer mit in die Fremde zu schleifen genötigt ist. Die Interessen der älteren Kriegsflüchtigen dürfen nicht verwechselt werden mit denen der jüngeren, die noch mit einiger Hoffnung in die Ferne streben. Wer sich heute kräftig genug fühlt, trotz der gewiß nicht starken Lockungen mit den ihm vom Reiche zukommenden Entschädigungen oder Beihilfen, abermals sein Glück im Ausland zu versuchen, der will sich nicht einen Abzug von 40 oder gar 60 % gefallen lassen, um seinen Leidensgefährten älteren oder ältesten Jahrganges den Lebensabend in einem Heim zu sichern.

Rein technisch genommen, ist die Organisation der vorgeschlagenen Versicherung der Auslandsdeutschen wohl zu begrüßen. Der Anschluß einer solchen Invaliditäts- und Alters-

versicherung an bestehende Institutionen, wie an Lebensversicherungsanstalten, wäre immerhin ein gangbarer Weg. Im Auslande könnten sich die Konsulate, Handelskammern usw. damit befassen, speziell die diplomatischen Vertreter.

Die Lebensversicherungsanstalten sollen zur Versicherung aller sechzig Jahre alten Flüchtlinge herangezogen werden und dafür vom Reiche die erforderlichen Zuschüsse erhalten. Soweit wären wir mit dem Verfasser des angezogenen Artikels wohl einig. Nun aber fährt Herr Umbeck weiter: Die Flüchtigen aber sollen mit ihren Entschädigungsansprüchen vom Reiche zum Unterhalte aller Altersklassen herangezogen werden, und zwar mit 10 % für Forderungen bis zu $\mathcal{M}$ 15000.—, von allen darüber hinausgehenden Forderungsteilen + 5 % pro angefangene $\mathcal{M}$ 20000.—, also von einer Forderung von $\mathcal{M}$ 55000.— 10 % von $\mathcal{M}$ 15000.—, 15 % von $\mathcal{M}$ 20000.—, Höchstabzug 60 %, der also eintreten würde bei dem Anmeldungsbetrage, der über $\mathcal{M}$ 195000.— hinausgeht.

Das ist eine völlige Unmöglichkeit. Die angenommenen Anmeldungsbeträge stehen zu den abzuziehenden Prozenten in gar keinem Verhältnis. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß eine solche Schröpfung, wie sie in der hier angenommenen Skala zum Ausdruck kommt, schon für den sechzigjährigen äußerst bedenklich ist, der doch als unmittelbarer Nutznießer der Versicherung in Frage käme, während der jüngere Auslandsdeutsche, der noch von Unternehmersinn und Energie geführt ist, einen solchen Abzug an seiner Forderung als Raub und Erpressung empfinden müßte. Ob hierbei viel oder wenige in Frage kommen, ist gleichbedeutend, einer wäre schon genug, es brauchen nicht einmal manche zu sein, denen dieser Antrag nicht in den Kram paßt. Die Forderungen für Verlust von Existenz, Firma und dergleichen, die übrigens von dem bisherigen Vorentscheidungsverfahren noch abgewiesen wurden, sollen bei Erwerbsunfähigen überhaupt konfisziert, anderfalls bis zu 50 % abgeschrieben werden, zum Troste der noch Arbeitsfähigen und Unternehmungslustigen.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese Vorschläge nicht nur manchem nicht in seinen Kram passen würden! Der Trost, daß jeder einzelne nur ein Teil des großen Ganzen sei, dürfte nur in dem Falle stichhaltig sein, daß der Betreffende nach der edlen Palme der Selbstaufopferung strebt, und zwar ohne die Gewißheit zu haben, damit dem Ganzen nach Ansicht des Herrn Umbeck zu dienen. Oder glaubt der Verfasser wirklich, daß ein derartiger Vorschlag bei irgendeinem der in Frage kommenden Kriegsoffer auf Beifall rechnen kann, oder daß die Opfer, die er involviert, ausreichend wären, den Auslandsdeutschen aller Kategorien ein sorgenfreies Alter zu sichern? Für die jüngeren und lebenskräftigen unter ihnen dürfte diese Aussicht kaum ein Anreiz sein, sich auf die gefährvolle Bahn der Auswanderung zu begeben, um dem Deutschtum aufs neue dort bahnbrechend vorzuarbeiten.

Das Reich, und nur das Reich, kann hier mit Erfolg eintreten. Wie hoch auch seine Lasten bereits gestiegen seien, ein Entwurf der besprochenen Art kann nur mit Hinblick auf das Reich zur Ausarbeitung gelangen, denn auf alle Schultern im Reiche verteilt, dürften die zur Versicherung der Auslandsdeutschen nötigen Gelder bei der prozentual geringen Anzahl der versicherungsberechtigten Auslandsdeutschen verhältnismäßig leicht aufzubringen sein.

Zu denen, die den Mut bewahren müssen, weiter zu streben, gehören aber doch vor allen Dingen gerade diejenigen, für welche der Verfasser des betreffenden Artikels eine Lanze brechen will.

Oder war er bei Abfassung seines Artikels weniger davon bewegt, als von seinen unabhängigen Idealen? Aber dann vergißt der Verfasser, daß er auf diesem Wege wohl kaum einen Baustein zu deren Verwirklichung gewinnen dürfte, wenigstens nicht unter denen, die er mit seinen Vorschlägen zwangweise beglücken möchte.

München.

Robert H. Kaufmann.

Einem Briefe eines Auslandsdeutschen entnehmen wir die folgenden bitteren Worte:

„In Nr. 18 des ‚Auslandsdeutschen‘ schreibt Dr. Magarete Wedemeyer, daß man hier und da bei Auslandsdeutschen schon auf Reichsüberdrüssigkeit stößt; dies scheint mir viel zu milde ausgedrückt; die Mehrzahl der Auslandsdeutschen, mit denen Schreiber dieser Zeilen in Berührung gekommen ist, haben das Gefühl, daß man ihnen im Auslande das Heim geraubt hat, daß man ihnen in der Heimat aber auch noch die Haut abziehen will. Und das ist auch ganz begreiflich, wenn man sich darüber klar wird, wie die Auslandsdeutschen vom Reich behandelt werden. Das Reich soll uns entschädigen, der Bund der Auslandsdeutschen sammelt und prüft die Forderungen. Als Grundlage dient der Wert des im Auslande zur Wiedergutmachung beschlagnahmten Besitzes vom 31. Juli 1914; die Entschädigung soll erfolgen zum Vorkriegskurse, so daß also für 1 Pfund Sterling 20 Mark des entwerteten deutschen Geldes gezahlt werden. Von dieser ‚Entschädigung‘ sollen in absehbarer Zeit 50 Prozent zur Auszahlung kommen. Es ist ganz klar, daß, selbst wenn der Auslandsdeutsche nach jahrelangem Warten schließlich sein Geld erhält, von einer wirklichen Entschädigung gar keine Rede sein kann; denn wie soll sich der Auslandsdeutsche mit dem entwerteten Gelde und bei der enormen Preissteigerung aller Dinge eine Neueinrichtung schaffen. Er ist einfach ruiniert.

Wer aber den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, und so fordert dieselbe Regierung jetzt auch von ihm noch das Reichsnotopfer.

Wer also noch etwas Geld nach Deutschland gerettet hat, dem wird auch dies noch zum großen Teil fortgenommen, ja man geht noch weiter und verlangt, so unglaublich es klingt, sogar die Angabe der noch zu beanspruchenden Entschädigungssumme (deren Höhe ja noch gar nicht feststeht) und das Reichsnotopfer von dieser Entschädigung, deren Zahlung, wenn sie überhaupt erfolgt, jedenfalls noch lange auf sich warten läßt. Man beachte noch folgendes: Ein Inlandsdeutscher, dessen Hausrat in den letzten sechs Jahren bedeutend an Wert zugenommen hat, und der behaglich in seinem Heim und seinem Geschäfte sitzt, bezahlt für diesen Teil seines Vermögens gar nichts; der Auslandsdeutsche, dessen Besitz zu Wiedergutmachungszwecken beschlagnahmt wurde, und der vielleicht nach Jahren hierfür eine völlig ungenügende Entschädigung erhalten soll, wird mit diesem Betrage zum Reichsnotopfer herangezogen. Nur ganz wenige Auslandsdeutsche haben heute in Deutschland eigene Möbel, Wäsche, Kleider etc., die meisten sitzen bei Verwandten oder in möblierten Zimmern umher, nur wenigen ist es gelungen, eine ordentliche Stellung zu erlangen, besonders die Kopfarbeiter sind übel dran, klopft man irgendwo an, so heißt es: es sind so viele Elsässer, Westpreußen und andere Vertriebene da, für Auslandsdeutsche ist kein Platz. War es bei der notorischen Gleichgültigkeit des Reiches und seiner Vertreter schon im Frieden oft schwer, im Auslande sein Deutschtum zu bewahren, so dürfte dies Verfahren der Regierung den Auslandsdeutschen die Augen gründlich darüber öffnen, was sie von ihrem Vaterlande zu erwarten haben. Wer aber soll den Handel und die Beziehungen im Auslande wieder anknüpfen, wenn nicht die Auslandsdeutschen.

Der Auslandsdeutsche hat mit der Beschlagnahme seines ganzen Besitzes zur Wiedergutmachung (das heißt zugunsten der Reichsschulden) sowie mit dem Verlust seiner Existenz wahrlich das Reichsnotopfer reichlich bezahlt, und es ist kein unbilliges Verlangen, wenn sie wünschen, von einem nochmaligen Opfer befreit zu werden.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Neuere Auswandererliteratur*)

Von M. GRIEBACH, Leiter der Auswandererberatungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart.

IV. Argentinien.

Argentinien hat nach Brasilien in neuerer Zeit die reichste Literatur gezeitigt. In erster Linie wäre zu nennen das Werk von

Stichel, Argentinien¹⁾. Der überraschend schnelle Absatz der verhältnismäßig großen 1. Auflage dieses gediegenen Bändchens und die schnell nötig gewordene 2. Auflage bezeugt nicht nur das große Interesse der deutschen Auswanderer für Argentinien, sondern zugleich die Güte dieser Arbeit. Schon die hier bereits besprochene 1. Auflage war nicht nur für den Augenblick geschaffen, sondern gab ein gediegenes Bild der Möglichkeiten, welches dieses zukunftsreiche südamerikanische Land dem deutschen Auswanderer bietet, so daß wesentliche Verbesserungen in dieser 2. Auflage nicht nötig waren. Hinter der Arbeit steht nicht nur das neueste amtliche Material, sondern zugleich der gediegene wissenschaftliche Apparat der Zentralstelle des Hamburger Kolonial-Instituts (Weltwirtschaftliches Archiv) und des Ibero-Amerikanischen Instituts. Es ist daher wohl ohne Über-

treibung als das beste bisher über Argentinien erschienene moderne Einwandererbuch bezeichnet worden. Die Adressen-Tafel der Auskunftsstellen usw. ist auf den neuesten Stand gebracht. Die statistischen Daten sind bis Ende 1918 durchgeführt. Stichel betont noch einmal, daß das sogenannte argentinische Heimstättengesetz von 1917 nicht ausgeführt wurde, und daß eine baldige Ausführung auch nicht zu erwarten ist. „Deutsche Einwanderer können nicht damit rechnen, auf Grund dieses Gesetzes unentgeltlich Land zu erhalten.“ In der hoffentlich bald folgenden 3. Auflage wünschten wir auch einen kurzen Absatz über das Deutschtum in Argentinien.

Anspruchsloser ist die Schrift von

Kurt Martin, „Die Aussichten des deutschen Auswanderers in Argentinien“²⁾. Noch zur Zeit der deutschen Blockade geschrieben, hat diese Schrift das Verdienst, mit als erste den zahlreichen wertlosen Propagandaschriften über Argentinien ein Gegengewicht geboten zu haben. Als guter Kenner argentinischer

¹⁾ Stichel, Bernhard, Argentinien. 2. Aufl. Hamburg 1920, Friederichsen. 192 S. 8°. M. 6.—.

*) Siehe Heft 17 und 18.

²⁾ Martin, Kurt, Die Aussichten des deutschen Auswanderers in Argentinien. Berlin 1919, Reimer. 36 S. 8°. M. 1.50.—.

Verhältnisse behandelt hier der Verfasser unter dem ersten Motto: auswandern heißt arbeiten, das Land nach vier Zonen (Zentrale Ackerbauzone, Norden, Westen und Süden) und gibt eine wertvolle Übersicht über die Aussichten der einzelnen Berufe. Neben dem Einwanderungsgesetz wird auch das Heimstätten-gesetz wiedergegeben, wohl in der Erwartung, daß es bald ausgeführt werden würde. Am Schluß wird, leider ohne Kritik, neuere Literatur über Argentinien wie über Auswanderung überhaupt angegeben.

Der Berater für Einwanderer nach Argentinien³⁾, welcher vom Deutschen Volksbund für Argentinien und vom Verein zum Schutze germanischer Einwanderer herausgegeben ist, nennt sich in seinem Vorwort mit Recht „einen wahren Freund“, einen „echten wirklichen Berater“. Durch die Mitarbeit vieler ist er inhaltlich reich ausgestattet. Das heute so vielumworbene zukunftsreiche Land taucht allmählich aus der weiten Strommündung des La Plata-Stroms vor dem Auge des Einwanderers auf. Das ist überhaupt das Eigenartige dieser Schrift, daß sie alles dem Neuling Auffallende sorgfältig schildert und erklärt und es ihm dadurch ermöglicht, sich verhältnismäßig schnell in der neuen Umgebung zurechtzufinden. Vom primitiven Stadtplan von Buenos Aires bis zur Schilderung der Eigentümlichkeiten der Provinzialstädte und des Kamps, von der großen Besitzung des Estanceros und des selbständigen Administrators bis zum kleinen Betrieb mit künstlicher Bewässerung und seiner Bienen- und Geflügelzucht, vom Gärtner bis zum Mechanikerberuf, von der Ärzte- bis zur Juristen-Laufbahn, — das alles wird unter dem Gesichtswinkel des Einwanderers aus gründlicher Sachkenntnis heraus behandelt. Zum Schluß bringen „Nützliche Winke“ allerlei für den Einwanderer besonders wertvolle Adressen. Auch die Karte mit farbiger Unterscheidung der Provinzen und Territorien ist übersichtlich und originell.

Geschichtlich ausholend, gibt wieder in knappster Kürze auf 30 Seiten in seinem Heft 1 der Auskunftshefte für deutsche Auswanderer

Argentinien⁴⁾ das Reichswanderungsamt zur ersten flüchtigen Orientierung das Wesentlichste, was man über Argentinien heute im allgemeinen wissen sollte. Ein kurzer Auszug der gesamten neuesten Literatur über dieses Land ist durch das neueste amtliche Material nachgeprüft und ergänzt. Der bei Stichel vermißte Abschnitt über das Deutschtum in Argentinien fehlt hier nicht.

Piritsch, Die Auswanderungsbewegung nach Argentinien⁵⁾, ist nur ein Vortrag von 30 Seiten. Nachdem die Auswanderung als Notwendigkeit und Argentinien als das geeignete Ziel dargestellt ist, wird das Projekt der Ansiedlungsgesellschaft „Montevideo“ entworfen, in der die Mitglieder zugleich Angestellte der Gesellschaft, also Unternehmer, Kapitalisten und Arbeiter zugleich sind. Die Rentabilitätsberechnung leidet unter viel zu gering angesetzten Überfahrtskosten und Landpreisen, so daß

3) Berater für deutsche Einwanderer nach Argentinien, herausgegeben vom Deutschen Volksbund für Argentinien gemeinsam mit dem Verein zum Schutze germanischer Einwanderer, bearbeitet vom Deutschen wissenschaftlichen Verein Buenos Aires 1920, mit einer farbigen Karte von Argentinien. 89 Seiten.

4) Argentinien. Hrsg. im Auftrag des Reichswanderungsamtes November 1919. Berlin 1919, Zentralverlag. 30 S. 8^o. Auskunftshefte für deutsche Auswanderer, 1.) M. —.80.

5) Piritsch, August, Die Auswanderungsbewegung nach Argentinien. Feldkirch 1919, Selbstverlag. 30 S. 8^o. Kr. 2.—.

wir leider bezweifeln müssen, ob die Mitglieder nach einigen Jahren „mit innigem Vergnügen die Jahresabschlüsse der Gesellschaft lesen werden“. Als Mitglieder sind für das Unternehmen in erster Linie Vorarlberger und Lichtensteiner in Aussicht genommen, dann Deutsch-Österreicher, Reichsdeutsche und zuletzt Schweizer. Zweck der Gesellschaft ist die Gründung einer etwa 500 Personen umfassenden Ackerbaukolonie in den Territorien Chubut, Santa Cruz und Rio Negro, verbunden mit den Anfängen einer Schafzucht.

Hauthal, Siedlungsgebiete in Argentinien⁶⁾, behandelt das Land in sieben Regionen (Parana-Delta, Zentrale Provinzen, Andine Provinzen, das Territorium Neuquen, dann die Territorien Rio Negro und Chubut, die südlichen Territorien Santa Cruz und Feuerland und schließlich die nördlichen Teile). Die Behauptung, daß die argentinische Regierung in einzelnen Territorien unentgeltlich Land abgebe, muß als Irrtum richtiggestellt werden.

Weit gediegener erscheint die kleine Schrift

„Argentinien als Ziel des deutschen Auswanderers“⁷⁾ von Paul Friedrich Heintze, welche Dr. Stichel mit einem Vorwort versehen hat. Der Verfasser behandelt das Land nach fünf Zonen (Mittlere Provinzen, Norden, Andenzone, Bewässerungszone und Patagonien), und ist mit Dr. Stichel der Überzeugung, daß möglicherweise die argentinische Industrie schneller als die Landwirtschaft für eine größere Aufnahme deutscher Auswanderer fähig werden wird.

Gülles Südargentinien⁸⁾ zeichnet die allgemeine wirtschaftliche Lage Argentiniens, wie sie sich Mitte 1919 ergab und behandelt dann des näheren das für deutsche landwirtschaftliche und industrielle Siedlungen nach Meinung des Verfassers besonders geeignete Gebiet, das nördliche Patagonien zwischen dem 36. und 46. Grad (Neuquen, Rio Negro und Chubut). Der Verfasser ruft kapitalkräftige Kreise zur Bildung der Genossenschaftssiedlung „Patagonian“ auf, welche er als vorbildlich bezeichnet und befürwortet warm den Zusammenschluß aller deutschen Auswanderer und Siedlungsgenossenschaften überhaupt unter der Führung des V. D. A. Zur Durchführung seines Planes gibt er wertvolle praktische Ratschläge. Das seit der Veröffentlichung der Schrift abgelaufene Jahr hat erkennen lassen, daß manche Rentabilitätsberechnung reichlich optimistisch aufgestellt ist, wie überhaupt der ganze Plan auf baldigen Erlaß der Ausführungsbestimmungen des argentinischen Heimstätten-gesetzes aufgebaut ist. Die zu überwindenden Schwierigkeiten und Hemmnisse, welche der Durchführung derartiger Genossenschaftssiedlungen in Südamerika entgegenstehen, werden viel zu gering eingeschätzt. Da die Gesellschaft neuerdings in ein gesünderes Fahrwasser zu lenken scheint, wird eine 2. Auflage hoffentlich bald diese Mängel beseitigen. Die beigegebene große Übersichtskarte von Argentinien bezeichnet das in Aussicht genommene umfangreiche Gebiet durch besondere Umrahmung.

v. Laßbergs Erkundungsreise⁹⁾ schildert in anschaulicher

6) Hauthal, Siedlungsgebiete in Argentinien. Vortrag. Hildesheim 1919, Gerstenberg. 15 S. 8^o.

7) Heintze, Paul Friedrich, Argentinien als Ziel des deutschen Auswanderers. Buenos Aires (1920), (Selbstverlag). 32 S. 8^o.

8) Gülle, E. G., Südargentinien. Patagonien als deutsches Siedlungs- und Industriegebiet. Berlin-Schöneberg 1919, Walter und Konam. 96 S. 8^o. M. 4.50.

9) Laßberg, P. Max von, Eine Erkundungsreise für deutsche Siedlung in Nordostargentinien und Paraguay. Freiburg 1920, Caritas-Verlag. 40 S. 4^o. Aus: Raphaels-Blatt 1919, Nr. 6.

Weise das Gebiet der einst so blühenden Jesuiten-Reduktionen von Paraguay und Misiones (Argentinien) aus der Feder eines Jesuiten-Paters, der dieses Gebiet wie kaum irgend ein anderes für Kolonisation geeignet hält. Die Reise wurde um die Wende des Jahres 1918/19 ausgeführt. Die Schrift gibt wertvolle Ein-

blicke in die Abwanderungsbewegung deutscher Kolonisten aus Brasilien nach dem nordöstlichen Argentinien und Paraguay, wie auch in das Eindringen maximalistischer Ideen in südamerikanischen Ländern und die beginnenden Streikunruhen in Buenos Aires.

Einwanderung in Brasilien.

Seit Anfang des Jahres 1920 sind im Hafen von Santos, laut „Deutscher Zeitung“ von Sao Paulo vom 9. Juli 1920, 20432 Einwanderer angekommen. Diese Einwanderer setzen sich aus allerlei europäischen und auch asiatischen Nationen zusammen.

Nach dem „Compaß“ von Curityba vom 19. Juli 1920 hat sich in Japan eine Einwanderungsgesellschaft gebildet, welche Siedlungen in Brasilien anlegen will. Diese Gesellschaft hat ihre Blicke auf das Küstenland von Sao Paulo, aber auch auf das von Parana geworfen, und zwar auf die zum Teil sumpfigen Gegenden, die sich nicht für europäische Einwanderer eignen. Sie will Kolonisten einführen, die sich auf die Reispflanzung verlegen, wozu dieses sumpfige Land besonders geeignet ist. Die Gesellschaft verlangt, daß der Staat oder die Union die Preise für die Einwanderer bezahlt; in diesem Fall soll sofort mit der Besiedlung begonnen werden. Diese Tatsache ist auch für Deutsch-

land recht beachtenswert. Sie gewährt einen Einblick in die aktive Auswanderungspolitik Japans, wie dieses Land Brasilien gegenüber einfach seine Forderungen stellt, welche ihm voraussichtlich auch gewährt werden. Sollte Deutschland mit seinem wertvollen Auswanderermaterial nicht ähnliche Bedingungen stellen können?

Andererseits sollte diese Tatsache deutsche Auswanderer doppelt zur Vorsicht mahnen, indem sie sorgfältig das Ziel ihrer Auswanderung auswählen, statt sich erst von der brasilianischen Regierung in beliebige Gegenden senden zu lassen. Unter Japanern aber auch Polen, Italienern und Slowaken u. a. fühlen sich Deutsche erfahrungsgemäß auf die Dauer nicht wohl. Sie werden rechtzeitig darauf achten müssen, daß sie unter Stammes- oder mindestens Rassengenossen kommen, um möglichst Sitte, Religion und Erziehungsart pflegen zu können. Das Deutsche Ausland-Institut ist gerne bereit, Auswanderungsziele nachzuweisen, welche diese Bedingungen erfüllen.

VON UNSERER ARBEIT

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

In Mailand ansässiger Auslandsdeutscher, welcher bei der dortigen Kundschaft gut eingeführt ist, wünscht die Vertretung einer Strumpffabrik zu übernehmen.

In Amerika wird zur Bearbeitung eines kleinen Guts ein kinderloses Ehepaar, womöglich über 45 Jahre alt, gesucht; freie Wohnung, Kost usw. mit einer Vereinbarung eines Prozentsatzes

von nicht weniger als 10 % vom Reinertrag der Farm wird gewährt; außerdem ein Gehalt von nicht unter 10 Dls. pro Woche für den Mann und nicht unter 5 Dls. für die Frau. Das Paar soll über 45 Jahre alt (wenigstens der Mann), in der Landwirtschaft bewandert und bereit sein, das kleine Anwesen, etwa 10 Acker, unter Mithilfe eines Ackerbauers, der schon längere Zeit dort tätig ist, zu betreiben.

Vorträge.

Der Leiter unserer Auswandererberatungsstelle, Herr Pfarrer Grisebach, sprach am 29. August in Heinsheim in einem Predigtgottesdienst über die Auswanderungsfrage, am 3. September in Stuttgart bei der Reichswehr (mit Lichtbildern) zur Frage: „Sollen wir auswandern“, und am 7. September im Evangelischen Volksbund in Waiblingen über die gegenwärtige Auswanderungsfrage.

ANZEIGENTEIL

Kapitalanlagen in Deutschland.

Das deutsche Wirtschaftsleben bedarf der Zufuhr von Kapitalien aus dem Auslande. Auslandsdeutsche, die der Heimat gerne dazu verhelfen möchten, müssen aber darauf sehen, daß ihre Gelder auch in Deutschland sicher und lohnend aufgehoben sind.

Die deutsche Lebensversicherung, deren kraftvolle Entwicklung auch der verlorene Krieg nicht hat aufhalten können, bietet in größeren Lebensversicherungen mit einmaliger Prämie namentlich den Auslandsdeutschen eine vorzügliche Kapitalanlage; denn es ist doch anzunehmen, daß die deutsche Währung bis zum Ablauf solcher Versicherungen einen höheren Stand erreichen wird, wodurch sich die jetzt billig zu leistende Einlage reichlich ver-

zinst. Außerdem gewähren die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften eine ganz hervorragende Sicherheit dadurch, daß sie den größten Teil ihres Vermögens in erstellten Hypotheken angelegt haben. So hat z. B. die Stuttgarter Lebensversicherung a. O. (Alte Stuttgarter), die nach dem Versicherungsbestand und Vermögen die größte europäische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit ist, von ihrem 611 Millionen Mark betragenden Vermögen 76 Prozent in ersten Hypotheken und Darlehen an öffentliche Körperschaften untergebracht.

Da sie bei sparsamster Wirtschaft alle ihre Überschüsse den Versicherten zukommen läßt, konnte sie in den 65 Jahren ihres Bestehens dauernd hohe Dividenden verteilen, so daß eine Kapitalanlage bei ihr unter allen Umständen sicher und vorteilhaft ist.

Syntropa

Syndikat für Auswanderer nach den Tropen,
Hamburg, Bleichenbrücke 6,
hat in **Venezuela** Land, vorzügl. gelegen,
an Siedler abzugeben.

Der Gesamt-Auflage unserer heutigen Nummer liegt eine **Postkarte** der Firma **Herman J. Fromm, Berlin W. 34 Spichernstraße 17**, bei, auf die wir an dieser Stelle besonders aufmerksam machen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Oktober 1920.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

UNIVERSITÄT
ORIENT



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portoszuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III — Nr. 21

STUTTGART

Erstes Novemberheft 1920

Aufgaben der Auslandsdeutschen in der gegenwärtigen Zeit

Ansprache von Dr. JOHANNES MÜLLER am 2. Oktober 1920 in Helsingfors.

Liebe Volksgenossen! Deutschland, unser Vaterland ist zusammengebrochen, erliegen der Falschheit unsrer Feinde, die uns zusicherten, was sie nicht hielten. Sie kennen alle, die Sie hier auf Vorposten sind, den militärischen, politischen, wirtschaftlichen Zusammenbruch unsres Vaterlands. Manche von Ihnen haben gedacht: Es ist alles aus. Denn der Vertrag von Versailles ist so kunstvoll ausgedacht, daß wir weder leben noch sterben können. Er wird aber nicht eine so lange Lebensdauer haben wie der Krieg. Denn wir stehen noch nicht am Ende der Weltrevolution. Wenn wir die Karte von Europa ansehen, besonders den Osten, so sehen wir unmögliche Dinge.

Die gegenwärtige Lage ist tatsächlich: Es ist aus mit Deutschland —, das ist aber kein Ende, sondern ein neuer Anfang. Wenn wir in die deutsche Geschichte zurückblicken, finden wir Deutschland in viel verzweifelteren Lagen, aus denen es sich wieder aufgerafft hat. Der jetzige Karthagerfrieden bedeutet einen Wendepunkt, zurück können wir nicht mehr, wir müssen vorwärts! Die gegenwärtige Lage zwingt uns vorwärts. Die Richtung zum Imperialismus ist uns für alle Zeiten verlegt, militärisch kommen wir nicht wieder in die Höhe. Das ist kein Unglück für uns. Der Imperialismus hat uns nie gelegen. Wir wollten nur einen Platz an der Sonne haben. Wir müssen vorläufig im Schatten sein.

Wir sind ein Volk der Pioniere, Entdecker, Versucher — auf diesen Beruf müssen wir uns wieder besinnen. Es handelt sich jetzt auf der Erde um eine Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Methoden und Einrichtungen: hier ist es, wo wir unsre Fähigkeiten des Entdeckens und Organisierens anwenden können. Wir vertrauen der Sendung, die in uns liegt.

Jedenfalls sind wir immer noch ein junges Volk. Und wenn Frankreich sich in Gold bettet, — Gold gibt keine Jugend. Aber wir brauchen einen Rückhalt an den Volksgliedern im Ausland, da wir an Moral und an Nerven gelitten haben. Wenn die Feinde jetzt Stücke von Deutschland abreißen, so lachen wir; das größere Deutschland können sie uns nicht nehmen, das, von dem Ernst Moritz Arndt sagt: Soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt. Und Sie gehören zu Deutschland, solange deutsch noch Ihre Muttersprache ist, solange Sie empfinden und denken wie Deutsche empfinden und denken. Dreierlei möchte ich Ihnen zurufen:

1) Stehen Sie treu zu Deutschland! Die Versuchung ist jetzt groß, sich von Deutschland loszureißen, das Schiff zu verlassen, das hin- und hergeworfen wird wie ein Wrack, aufzu-

gehen in einem andern Volk. Bleiben Sie deutsch, jetzt erst recht! Das deutsche Volk lebt nicht vom Grund und Boden, nicht von der staatlichen Verfassung, sondern von dem Lebensstrom, der durch uns braust. Die Juden sind durch Jahrtausende ein Volk geblieben, durch unbedingte Treue. Werden wir nicht treulos!

2) Werden wir einig! Der größte Feind ist innerhalb der Grenze; das ist die Zwietracht seit Hermann des Cheruskers Zeiten. Auch jetzt am Schluß des Krieges, — wenn die Zwietracht uns nicht zerrüttet hätte, hätten wir doch einen andern Frieden bekommen. Wie wir zur Revolution stehen, ist aber jetzt ganz gleichgültig; wir müssen vorwärts, aber zusammen vorwärts. Jeder mag seine politische Gesinnung haben, aber dem Vaterland gegenüber sind wir Kinder einer Mutter. Hier unter den Auslandsdeutschen können die politischen Gegensätze, die es in der Heimat gibt, zurückgestellt werden als Privatmeinung. Das wird eine gedeihliche Rückwirkung auf die Heimat ausüben: Das Vaterland über die Partei! Darum bitte ich Sie für Deutschland: Halten Sie fest zusammen, glauben Sie an den guten Willen auf beiden Seiten, finden Sie sich immer in der Liebe zu Deutschland.

3) Bleiben Sie unerschütterlich im Glauben an die deutsche Zukunft! Wenn wir fest sind im Glauben, daß aus deutschem Wesen Großes offenbart wird, fördern wir die Zukunft unsres Volkes. Uns Deutschen wird es dann an unserm Teil gegeben werden, die Probleme der Weltrevolution zu lösen.

* * *

Jetzt sehen wir auf die Länder, in denen sich Auslandsdeutsche befinden. Vom jungen Christentum hieß es, es sei der Feind des menschlichen Geschlechts, allen Völkern verhaßt. Jetzt gilt das von uns Deutschen. Es besteht gegen uns eine Abneigung, die man nicht fassen kann. Die hat schon vor dem Ausbruch des Krieges bestanden. Die Nationalisten erklären es sich so: unsre Tugenden machen uns verhaßt. Gewiß ist man vielfach eifersüchtig auf unsern Fleiß, unsre Betriebsamkeit, auf die Niederlassungen der Deutschen, die sich ausbreiteten und andre überschatteten. Aber das gibt es auch bei andern Völkern, — und hat imponiert. Vielleicht hat die Abneigung gegen uns doch an den deutschen Untugenden gelegen.

Die Deutschen drängen sich vielfach vor, sie renommieren, glauben, alles besser zu wissen, besser zu können. Sie haben die Neigung, gleich zu urteilen, ohne den besondern Fähigkeiten der Fremden gerecht zu werden. Mit welchem Lärm steigen die

Berliner im Gebirge aus dem Zug; es ist das alkoholische Temperament, das diesem Reden und Schreien und Singen am unrechten Ort zugrunde liegt. Es verletzt alles feinere Empfinden. Denken Sie immer daran, daß Sie Repräsentanten Ihres Volkes im Ausland sind. Man stellt hohe Forderungen nicht bloß an Gesandte und Konsuln; nach jedem wird das deutsche Volk beurteilt. „Er ist ein Deutscher“ — heißt es, und von ihm wird das Urteil auf das ganze deutsche Volk übertragen.

Unter fremdem Volk bin ich zu Gast. Das Entgegenkommen, die Freundlichkeit muß vom Gastgeber ausgehen. Das deutsche Selbstbewußtsein kommt am besten zur Geltung, wenn wir es nicht zur Geltung zu bringen suchen. Laßt uns Respekt haben vor dem andern, vor dem fremden Volk, vor seinen Sitten, Gesetzen und Verfassungen. Es ist ungebildet, sich über Fremdartiges lustig zu machen. Der Anspruchslose hat immer viele Freunde. Aber der Anspruchsvolle befremdet.

Mischen Sie sich nicht in die Dinge der andern Völker! Ein Herz werden Sie haben für Ihr Adoptiv-Vaterland, Sie werden auch mehr teilnehmen an seinen Angelegenheiten, je mehr Sie hineinwachsen. Aber überstürzen Sie nichts! Dann können Sie sicher sein, daß Sie gern gesehen werden. Namentlich hier in Finnland. Eine solche Liebe zu Deutschland wie hier wird man vergebens irgendwo in der Welt finden.

Sie können viel mehr für Deutschland tun! Sie können das Ansehen Deutschlands wieder aufrichten. Es kommt darauf an, wie Sie arbeiten. Wenn Sie Handel treiben wie vor dem Kriege, solid, ehrlich, dann wird es heißen: bei niemandem fahren wir so gut wie bei den Deutschen, da gibt es gute Ware für gutes

Geld. Wenn allerdings der deutsche Handel so herunterkommt wie im Inland, dann wird Deutschland auf alle Zeit den Boden verlieren. Wenn Sie aber dem Schwindelgeist trotzen, der durch die ganze Welt, auch durch Deutschland zieht wie eine Seuche, dann werden Sie festen Fuß fassen.

Schließlich! Denken Sie nicht allein an Fortkommen im Äußeren, an Erwerb von Geld und Gut. Der Reichtum des deutschen Volkes sind die Schätze seines Geistes. Es besteht die Gefahr, daß Sie das alles vergessen, verlieren und rein im Erwerb aufgehen. Damit geht die deutsche Seele als deutsche zugrunde. Suchen Sie Nahrung für die Seele! Die deutschen Gemeinden und Schulen sind Mittelpunkte für das Kulturelle. Besinnen Sie sich auch auf die geistigen Schätze, die die deutsche Literatur hat. An Anleitung, sie zu heben, fehlt es nicht. Alle deutschen Kinder müssen deutschen Unterricht genießen. Schaffen Sie Werke deutscher Kultur.

Mit Stolz habe ich von der Gründung der deutschen höheren Schule hier in Helsingfors gehört. Jetzt grade in dieser Zeit ist das ein Bekenntnis durch die Tat, das imponiert. Sie haben den Grundstein für einen Kulturhort gelegt. Führen Sie das gemeinsame Werk auch durch! Freuen Sie sich, daß es gelungen ist, denn hier in Helsingfors ist es von höchster Bedeutung. Es muß ein Liebhaberwerk für alle Deutschen am Orte sein.

So können Sie, Ausland-Deutsche, einen gewaltigen Dienst für Ihr Volk daheim leisten. Das Leuchtfeuer deutschen Wesens strahlt in die Heimat zurück. Lassen Sie uns zusammenhalten und zusammenwirken, daß das deutsche Volk wieder hoch kommt.

Eine schwäbische Sängerfahrt in der Batschka

Die Banater Hochschulverbindung „Banatia“ hat einen herrlichen Gedankengang gehabt und ihn mit reichem Erfolg verwirklicht. Sie machte eine Sängerfahrt in die Batschka, um dort deutsches Lied und deutsche Treue zu verkünden und dem Landvolk das Bewußtsein wiederzugeben, daß die junge deutsche Intelligenz deutsch sein und bleiben wolle, daß das deutsche Bauerntum einen Halt an den Akademikern, seinen geborenen Führern, haben solle, und daß es jetzt gelte, mutig das Deutschtum zu bekennen und nicht zu verzagen.

Die Sängerfahrt ist erfolgreich verlaufen, und es kam dabei eine solche Fülle schönen Erlebens und ergreifender Einmütigkeit zutage, daß sie wohl von nun an des öfteren wiederholt werden wird. Der neu begründete Deutsche Kulturbund in Jugoslawien kann diese Sängerfahrt als einen vollen Erfolg verbuchen. Einem ausführlichen Berichte in dem Neusatzer „Deutschen Volksblatt“ seien einige Einzelheiten entnommen, die weithin interessieren, wo Deutsche wohnen.

Von Neusatz aus fuhren die Studenten in einem Extrawagen des Neu-atz-Somborer Zuges 42 Mann stark nach Parabut, wo sie von etwa 80 Bauern erwartet wurden. Der Stuhlrichter, der Gemeinderichter, der Notar, der Stationschef und der Bürgermeister empfingen die Gäste. Dem Festzug ins Dorf ritten 40 Bauernburschen zu Pferd voran, 20 Söhne der Kaufleute und Gewerbetreibenden folgten auf Fahrrädern, vier Paar weiß gekleidete Mädchen schritten dann den Studenten voraus, die mit der Gemeindevertretung marschierten. Vor dem Wirtshaus begrüßte der Bauernsohn Andreas Senz die Gäste: „Ihr müßt die Feder führen für unser Volk, liebe Brüder, während wir Bauern mit fester Schwabenfaust unseren Pflug in die Muttererde drücken.“ Der Schriftleiter Krämer entgegnete, er habe die Gäste gebracht, die in die blitzblanken, weißgetünchten Kolonistenhäuser kommen, aber ehe sie die Schwelle übertreten,

wissen wollten, ob darin noch der deutsche Geist der Ahnen zu Hause sei. Brausende Jarufe antworteten und wiederholten sich als der Redner auch fragte, ob deutsche Redlichkeit und deutsche Gastlichkeit noch geblieben seien. Dann dankte der Obmann der „Banatia“ und die 42 Studenten wurden auf die einzelnen Häuser verteilt. Auf 80 Gäste war man eingerichtet, nur 42 kamen, aber alle Bauern wollten einen Studenten haben. „Die keinen bekamen, zogen bekümmerten Gesichtes ab: „Was werd die Mottr sage? Schun drei Tag macht sie nix andres als putze und reinche, un backe un koche un jetzt kriegt mer net o Gascht.“ Über 1000 Menschen lauschten abends der Liedertafel der Studenten. Namentlich die lustigen Lieder des Lautensängers Dr. Karl Wolf, aber auch die vierstimmigen Lieder drangen den Parabutern tief ins Herz und ins Gemüt. Am nächsten Tage zelebrierte der Pfarrer in der Kirche ein Hochamt, währenddessen die Studenten die „Deutsche Messe“ von Schubert sangen.

Nachmittags um 3 Uhr sollte die Abfahrt vor sich gehen. Eine nach Tausenden zählende Menge wartete vor dem Gasthof. Insbesondere die Frauen waren da, zum Schlusse des Sängerfestes wollten sie noch einmal ihren Dr. Wolf hören, und der nahm einen Stuhl, stellte ihn auf den Tisch und sang seine Lieder unermüdlich von oben herunter; und derweilen die 19 Wagen der Burschen von Filipowa schon warteten, klang Lautenlied auf Lautenlied, und die Filipowa-Burschen lauschten mit und warteten eben. Dafür rächte sich auch der Himmel ob der Verspätung gewaltig, denn er überraschte dann auf der Fahrt die „Banatia“ mit einem gewaltigen Regen- und Hagelschauer, und hätte der unermüdliche Dr. Wolf nicht fortwährend Lautenlieder gesungen und sich den Regen auf den bloßen Schädel fließen lassen, weil er seinen teuren Hut unter der Sitzbank schützte, so wäre die Stimmung flau geworden.

Ein lautes „Jessa-Marand-Joseph“ ging durch die Reihen der

versammelten Filipowa-Leute, als sie der pudelnassen Studenten ansichtig wurden. Die grüßten von dem Wagen mit stürmischen Heilrufen. „Warum solle mer denn heute?“ fragten die Bauern, die dieses alte Begrüßungswort nicht mehr kannten. Aber am nächsten Tag schon hatten sie es gelernt und riefen es ebenso stürmisch zum Abschied.

Vor dem Gemeindehaus fand der feierliche Empfang statt. Zwar kam wieder ein Platzregen dazwischen, dafür aber wurde dann im Gemeindehaus nach Herzenslust gesungen. Abends gab es dann einen „Bekanntschaftsabend“, den man in Filipowa „Lusi“ nennt. Zwar wollten die durchnäßten Studenten gern schlafen, die Filipowaer aber empfahlen ihren Rotwein gegen Erkältung mit gutem Erfolg.

Anderen Tags um ½ 8 Uhr war schon Versammlung vor der Kirche. Die Studenten konnten ihr verregnetes Zeug noch nicht anziehen und erschienen in echten Bauerntrachten ihrer Hauswirte. Der über 80 Jahre alte ehrwürdige Domherr Martin zelebrierte das Amt, die „Banatia“ sang, und danach gab es die Rochuskirchweih zu bestaunen mit ihren alten schönen Volks-sitten. Derweilen kamen in flottem Tempo drei Bauernwagen dahergerasselt. Die dampfenden Pferde wurden angehalten, die Führer fragten nach dem Obmann der Studenten. Sie hätten gehört, die Sängerschar wolle nicht nach Brestowatz kommen, nun seien sie eilends hergefahren, um die Sache noch in Ordnung zu bringen. Die Quertreiber dort seien nur ein kleines Häuflein. „Mer wolle die Schand net erlewe, daß deutsch Kineder unsere Omoo meide, weil o paar Herrische dagege sind.“ Und sie fuhren erst ab, als sie das Versprechen in der Tasche hatten, daß auch Brestowatz besucht würde. Zu Mittag gab es ein Bankett im Wirtshaus und um 3 Uhr zog die „Banatia“ vor das Grab des 1909 verstorbenen filipowaer Mediziners Sendelbach, das mit Herbstrosen übersät war. Als das vierstimmige Trauerlied verklungen war, hielt Professor Müller die Gedenkrede auf den verstorbenen Vorkämpfer des Deutchtums in der Batschka, dessen Name mit goldenen Lettern in die Leidensgeschichte der Deutschen eingetragen steht. Dann gab es in vier Gasthöfen Musik und Tanz bis spät in die Nacht.

Anderen Tags holten 20 Wagen aus Milititsch, von berittenen Bauernburschen eskortiert, die Studenten ab; der Gemeinderichter und der Gemeindefeldarzt begleiteten sie. Da gab es zwar eine kleine Enttäuschung. Die Milititscher warteten in Scharen auf den durch Gesang verschönten Gottesdienst, aber ihr Pfarrer Nagel, selbst ein Schwabensohn, weigerte sich, ihn abzuhalten, da er seine magyarische Nationalität nicht verleugnen wolle, und so mußte die rein deutsch-katholische Gemeinde eben die Studenten ohne Gottesdienst begrüßen. Der Fabrikant Schuy forderte die Anwesenden auf, doch in die Kirche zu gehen und Gott für den schönen Tag zu danken, und der Sprecher der „Banatia“ antwortete, wer in die Kirche gehe, der möge alles von sich abstreifen, was gehässig, widerlich, überhaupt was Politik sei. „Wir wollen und dürfen in die Kirche keine deutsche Politik einführen. Ist aber eine andere Politik zwischen den Mauern dieses geheiligten Gotteshauses, das unsere schwäbischen Großväter erbaut haben, fürwahr, diese Politik muß aus der Kirche entfernt werden.“ Stürmische Rufe: „So ist es!“ erschollen, und andächtig lauschte das dicht gedrängte Volk im Gotteshaus, als aus 40 Kehlen „Großer Gott, wir loben Dich!“ erscholl. Ein alter Bauer sank in die Knie und begann mit lauter Stimme zu beten: „Vater unser, der du bist . . .“ und alle Menschen fielen in die Knie und beteten.

Nachmittags fand die Gründung einer Ortsgruppe des Kulturbundes statt, und noch keine 30 Schritte vom Pfarrhaus weg

stand die Rednertribüne, von der unter stürmischem Beifall der Programmredner Krämer rief, die Banater Schwaben wollten Priester haben, die das Wort Gottes in deutscher Muttersprache verkündeten, wer seine Muttersprache nicht ehre, wer sein Volk verleugne, der handle nicht im Sinne des göttlichen Gebotes. Der Fuchs der „Banatia“, Stöger, hielt seine Jungfernrede, und stürmische Heiterkeit begrüßte den Gemeinderichter aus Filipowa, Pertschy, der sagte, er sei gekommen, um mal zu sehen, wie es den Milititschern ergehe: „Lohst mich mol sehe, Ihr Milditscher, ob a alla do sein! Hm, Bauersleut sin gnung do, awer wu sin denn die annre, die so Bingeli (Binden und Kravatten) am Hals trage?“

Anderen Tags früh ging's nach Karawukowa, die Mostonga entlang, den „größten Fluß“ der Batschka, in deren schilfüberwuchertem Flußbett unzählige Tausende von Wildenten, Tauchern, Wasserhühnern, Fischreiher leben. Eine große Menge wartete mit der Musikkapelle vor dem Gemeindehause, aber auch hier hatte der Pfarrer, auch ein magyarischer Schwabensohn, den Gottesdienst verweigert, die Kirche verschlossen und mitteilen lassen, er sei zum Angeln gegangen! Man zog vor die Kirche. Sie war tatsächlich zu. Aber vor der Kirche, unter freiem Himmel, klang machtvoll der Lobgesang der „Banatia“, und das ganze Volk sang mit.

Anderen Tags früh um 6 Uhr mußte man schon wieder weiter. Die Musikkapelle der Karawukowaer wollte mit, wollte den Leuten von Hodschag, wo die Undeutschen es durchgesetzt hatten, daß man die Studenten nicht einlud, eins aufspielen. Rasch waren zwei Wagen zur Stelle, die Musik stieg auf und in einer halben Stunde war man in Hodschag. Da formierte sich die Kapelle und zog mit flottem Marsch den Wagen voran durchs Dorf. Schon ging die erste Haustür auf und ein alter Bauer ging auf die Wagen zu: „Éljen, unsere deutschen Kinder!“ Alles lächelte. Wie oft hatte der Mann wohl früher sein „Éljen“ rufen müssen! Aber ein jauchzender Heilruf dröhnte in den frühen Morgen als Antwort. Durch frohe und finstere Gesichter durch fuhr man in Hodschag. Die Musikkapelle zog wieder nach Hause und in rascher Fahrt ging's für die „Banatia“ nach Brestowatz.

Als der Zug zwischen den wogenden Reisfeldern dahinfuhr, sprengten plötzlich 20 Reiter ihm entgegen; von den Mähnen der Pferde wogten hellblaue Bänder. Mit dieser Eskorte erschienen die Wagen in Brestowatz, wo inmitten der „festgewandeten“ Bauern eine weißgekleidete Mädchenschar die Studenten erwartete und dem Sprecher einen Strauß von Rosen und Asten und Rosmarin überreichte. Trotz des Werktags war das ganze Dorf zu Hause und feierte. 2000 Menschen versammelten sich schließlich vor der Kirche. Nirgends war der Empfang so warm und herzlich wie hier. Es war eine machtvolle Demonstration gegen die „Magyarisierung“, der Wille des Volkes sprach sich gegen die Verführungskünste dieser „Führer“ aus. Dechant Pfarrer Bach las in der Kirche die Messe, und das übervolle Gotteshaus lauschte ergriffen den Gesängen der „Banatia“. Dann begründete man die Kulturbundesortgruppe, und es wohnten auch viele Serben der Fei r bei. Ein Bankett schloß sich an, dem allerdings außer den deutschen Bauern nur die geladenen serbischen Gäste, der Oberstuhlrichter, der Stuhlrichter, der serbische Pfarrer, Notar und Richter, nicht aber die deutschen „Herrischen“ beiwohnten. Und als das Bankett zu Ende war, und als die Berge von „Kässtrudle“ vertilgt waren, hub wieder ein Singen und Musizieren an. Herr Dr. Wolf namentlich tat es wieder den Frauen an, Scherzspiele wurden aufgeführt und die Zeit verging nur allzu rasch, bis gegen 5 Uhr 15 Reiter aus

Weprowatz auf ihren schönen Pferden und mit den 20 blumen- und bändergeschmückten Wagen anrückten, um sich ihre Gäste zu holen.

Die Pferde dampften und schwitzten, als man in Weprowatz ankam, aber diesmal nahmen es die Bauern ihren Buben nicht so übel, waren doch Kirchweih und Gästebesuch Grund zur Ausnahme. In dieser Ortschaft war sogar auch die deutsche „Intelligenz“ erschienen und nahm am Feste teil. In festlichem Zuge, der immer mehr answoll, ging es unter den Ständen, die zur Kirchweih gerüstet wurden, durch ins Gasthaus, und lange am Abend blieben die „Banatia“-Mannen mit den Bauern zusammen. Von weißgekleideten Mädchen geführt, zogen die Studenten anderen Tags in der Früh mit klingendem Spiel zur Kirche. Während Kaplan Schmidt die Messe zelebrierte, sang die „Banatia“ die „Deutsche Messe“. Am Nachmittag wurde abermals eine Ortsgruppe des Kulturbundes begründet, und am Abend war das „Herrschaftswertshaus“ so überfüllt, daß selbst der riesige Hof keine Gäste mehr fassen konnte. Dieser Abend war lang und anstrengend für die Herren Studenten.

So ging es noch durch manche Gemeinde und manches Dorf. In Cservenska und Werbass gab es noch besonders erhebende Tage, in Neusiwatz und Kernyaja schloß die Fahrt, und als im letzteren Orte das alte Lied „Stimmt an mit hellem hohen Klang“ anhub und als es schmetternd aus den Studentenkehlen scholl: „und jeder echte deutsche Mann soll Freund und Bruder heißen!“ da wollte der Jubel kein Ende nehmen. Kaplan Bohnert sprach hier in der Kulturbundversammlung und wandte sich gegen jene, die Katholiken und Protestanten einander verfeinden und konfessionelle Gegensätze in die nationale Einheitsbewegung treiben wollten. In Siwatz beim Kommersabend sah man sogar viel Intelligenzler unter den Bauern. „Des sin lauter Serwe

und Jute,“ sagte der alte Hubert-Peter, „die Leuten mehr ‚pamel‘ im Kopp wie unser Herrische!“ — —

Am 25. August schloß die Fahrt mit einer „Kellerpartie“, zu der die Brüder Kuhn geladen hatten. Die neue Weinlese steht vor der Tür und da müsse der alte Wein dem neuen den Platz räumen, hieß die offizielle Begründung. Das Hügelland der Teletschka ist in einer langen Strecke von 2 bis 3 Kilometern dicht unterminiert, Stollen reiht sich an Stollen, und der „Sprengstoff“, der da lagert, ist höchst gefährlicher Natur. Unter den mächtigen Nußbäumen saß man und becherte, und als das letzte Lied verklang, da war der feste Plan gefaßt, wiederzukommen und abermals eine Sängerfahrt zu veranstalten. „Übers Jahr, übers Jahr, wenn mr Träubele schneid’t!“

Die erste große Sängerfahrt der „Banatia“ hat mit einem vollen Erfolg geendet. Sie verlief nicht ohne Mißklang, wo die entnationalisierte Intelligenz sich dem Werben der Studenten um die Seele der Banater Bauern entgegenstellte. Aber das ernste und das fröhliche deutsche Lied, das offene und herzliche deutsche Wort gewann den Hochschülern bald die Herzen der Bauern, der alten und der jungen, der Männer und der Frauen. Der deutsche Gedanke erfuhr eine machtvolle Förderung durch die Gründung der zahlreichen Ortsgruppen des „Deutschen Kulturbundes“.

Jetzt sind die Studenten der „Banatia“ über die Hochschulen Deutschösterreichs und Deutschlands verstreut. Aber in ihrer aller Herzen lebt noch die Freude der Erinnerung an diese Sängerfahrt, die ihnen selbst so viel des Schönen gab, dadurch, daß sie ihren Volksgenossen deutsches Lied und deutsches Wort schenken durften, und die sie stolz machte im Bewußtsein, daß diese einfachen, zähen und wetterharten Bauern auf die akademische Jugend als ihre Führer vertrauen, die wieder deutsch sein wollen und nicht mehr fremden Sitten und fremder Bildung nachjagen.

Schwabenworte!

Aus den Reden des am 30. Juli in Temesvar zum erstenmal veranstalteten Hochschülerabends Banater Schwaben.

Aus der Rede des Studenten der Medizin Hans Weber (von der Universität zu Graz):

Unsere heutige Zusammenkunft verfolgt nicht den Zweck, einen einfachen Festkommers zu feiern, sondern hat sich eine weit bedeutsamere Aufgabe zum Ziele gesetzt. In der Zukunft haben unsere Akademiker, da sie nun die einzig gedeihliche Richtung eingeschlagen haben, die gleichen Schicksalswege. Um jedoch eine tatkräftige Unterstützung der zum ersten Male zur Alma mater ziehenden Jungmannschaft zu ermöglichen, müssen wir einander unbedingt näher treten. Unseren Akademikern winkt ein sehr breites Arbeitsfeld. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir, wenn wir in unserem Mutterlande (Deutschland) weilen, unser Studium fortsetzen und vollenden, sondern wir müssen auch für unser Volk neue Freunde und Gönner werben, in der Heimat aber das zum Teil noch schlummernde, zum Teil erst jetzt keimende nationale Bewußtsein wecken und lebendig halten.

Gerade wir Akademiker sind dazu berufen, völkische Organisationen zu fördern, und wir allein sind es, die den geistigen Zusammenhang mit dem Muttervolke dort, wo er noch nicht besteht, herzustellen und den schon bestehenden wie ein Heiligtum zu pflegen haben. Nur dieser geistige Zusammenhang, gepaart mit dem ehrlichen Gefühl inniger Zusammengehörigkeit mit der großen deutschen Nation und der Treue zur angestammten Heimat und der Scholie, die wir bewohnen, ist die beste Bürgschaft dafür, daß sich unser Volk für alle Jahrhunderte hinaus deutsch erhalten wird.

Im Bewußtsein der hehren Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist eine Vereinigung aller Akademiker und Hochschüler eine dringende Notwendigkeit. Ich stelle mir diese im Rahmen einer Ferialverbindung vor, die hauptsächlich den Zweck verfolgen müßte, die draußen im Reiche von den einzelnen unter uns gesammelten Erfahrungen und Eindrücke, insofern sie für unser Volk in irgend einer Hinsicht von Belang sein sollten, in gemeinsamen Besprechungen und Zusammenkünften auszutauschen und unserem schwäbischen Volkstum unserer engeren Heimat nutzbar zu machen.

Aus der Rede Franz Mayers (eines jetzt nach Deutschland kommenden Studenten):

Als sich vor ungefähr vier Monaten einige schwäbische Hochschüler vom „Coetus Suevia“ im Rahmen eines „Gemütlichen Abends“ verabschiedeten und den Weg antraten, auf welchem unsere Ahnen vor anderthalb Jahrhunderten in ein unwirtliches und verödetes Land zogen, beschlich uns damalige Oktavener*) ein banges Gefühl der Erwartung und wir beneideten die hinausziehenden Brüder. Unser einziger Wunsch war damals, sie möchten bald wieder zu uns zurückfinden und dann — mit uns vereint — aufs neue den Weg ins Mutterland antreten. Nun ist für uns dieser große Augenblick gekommen. Unsere Brüder sind zurückgekehrt und erzählen uns Wunderdinge von dem Lande, in welchem

*) Letzte Klasse der Mittelschule, nach deren Absolvierung man zur Reifeprüfung zugelassen wird. In Ungarn besteht die Mittelschule nur aus acht Klassen.

die Wiege unserer Urhnen stand. Unser Gemüt ist aufgereizt worden und wir können den Tag kaum erwarten, der uns mit unseren reichsdeutschen Brüdern vereinigen soll. Wir ziehen freudig hinaus, um draußen unser nationales Bewußtsein zu kräftigen und zu stärken, um dereinst daheim an die Arbeit zu gehen, unser erweitertes Wissen zum Wohle unseres Volkes zu verwerten und uns ganz in den Dienst unseres Deutschtums zu stellen.

Wir wollen den Grundstock einer neuen schwäbischen Intelligenz (denn die jetzige ist größtenteils magyarisiert!!) bilden, in der sich unser Volk nicht mehr täuschen soll, die restlos zu ihrem Volke halten und nur für die Interessen unseres Schwabentums arbeiten wird.

Aus der Rede Hans Bellers (Sekretär der „Deutsch-Schwäbischen Volkspartei“):

Vor grauen Jahren hatte eine große Mutter ihre Kinder in alle Welt gesandt. Es war die Mutter Germania. Kein materielles Vermögen, keine Goldschätze gab sie ihnen mit auf die weite unbekannte Reise, auf die Suche nach einer neuen Heimat. Und doch zogen sie alle wohlgenut von dannen. Denn etwas besaßen sie doch von der großen Mutter: das Selbstvertrauen, deutschen Geist, deutschen Fleiß. Mit diesem mütterlichen Erbteil zogen sie nach allen Windrichtungen. Jedes von den Kindern fand die neue Heimat: das eine an der Wolga, das andere am Don, das dritte und vierte wieder im Banat, Siebenbürgen, in Südamerika und sonstwo. Und wo sie sich immer niederließen im Meere fremder Völker, überall erkannte man sie am mütterlichen Erbe, überall drückten sie ihrer Umgebung den eigenen Stempel auf die Stirne. Und überall, am Don, in Beßarabien, in Siebenbürgen, im Banat, taten sie dasselbe: sie schufen, sie rackerten, sie bauten — und ringsherum da blühte es, da sproß überall neues Leben. Und mitten im Wohlstande taten sie wieder fast überall dasselbe. Sie vergaßen die Mutter, sie gefielen sich im fremden Gewande, sie zerrissen die letzten Familienbände. Auch einem Teile unseres Volkes erging es nicht anders. Und die Bösen frohlockten, sie trugen uns schon zu Grabe und auch die Mutter hielt uns schon für verloren, solange hörte sie nichts mehr von uns.

Und doch mußte es anders kommen. Eine mächtige Tragödie, eine furchtbare Schlacht mußte den ganzen Globus erschüttern. Krank mußte die große Mutter darniederliegen und erst da ging es den treulosen Kindern, den verlorenen Söhnen mächtig zu Herzen. Und man hatte sich wiedergefunden. Erschüttert standen wir da, es dämmerte in uns und in unserem kranken Herzen da regte sich ein gewaltiges Gefühl, Sehnsucht wurde in uns lebendig und wir verspürten wieder geheimnisvolle teure Bände. Wir sind auferstanden, während die Mutter krank darniederliegt. Auferstehung! So klingt es von Mund zu Mund.

Aus der Rede Johann Rösers:

Wir feiern heute ein Freudenfest mit unserer Jugend. Wir sehen, daß der völkische Gedanke, der jederzeit, auch unter der größten Magyarisierungspolitik, von wackeren Männern hochgehalten wurde, nun auch Gemeingut unserer studierenden Jugend geworden ist. Sie zieht hinaus nach Deutschösterreich und Deutschland, um am Born der deutschen Wissenschaft sich die notwendigen Kenntnisse für das Leben zu verschaffen. Dies wird dereinst unserer Heimat im rumänischen Staate, dem unsere Heimat zugehört, zugute kommen, um so mehr, wenn der rumänische Staat trachten wird, uns unsere Heimat durch Ein-

haltung der Karlsburger Beschlüsse*) lieb zu machen.

Zur Erhaltung unseres Volkstums haben wir Alten im Laufe der Zeit zwei Institutionen geschaffen, und zwar: eine politische und eine kulturelle. Die politische besteht in der Deutschen Volkspartei für Großrumänien, die sich das Ziel gesteckt hat, alle Deutschen in Großrumänien zu vereinigen und bei deren Gründung alle Gaue dieses Landes, in denen Deutsche wohnen, vertreten waren, und dessen Obmann der allen Schwaben, speziell aber der Jugend bestbekannte Abgeordnete Rudolf Brandsch ist (brausende Heil- und Hochrufe); während die kulturelle der Deutsch-Schwäbische Kulturverband ist, in dem sich alle kulturellen Interessen des schwäbischen Volkes vereinigen. Wir Alten sehen mit Befriedigung auf die Jugend, denn wir sehen, daß wir nicht umsonst gekämpft haben. Wir sehen, daß wir würdige Nachfolger in unserer Jugend besitzen. Ziehst hinaus, ihr Jungen, bereichert euch mit Wissen und Kultur und kämpfet weiter für unsere Rechte, denn nur dasjenige Volk ist wert, geachtet, geehrt und geschützt zu werden, das sich nicht träge mit dem Erreichten zufrieden gibt, sondern das Bestreben hat, das bereits Erreichte zu erhalten und alles, was notwendig ist, zu erkämpfen. Darum ein Hoch unserer Jugend, auf die wir bauen und der wir die Zukunft unseres Volkes anvertrauen.

Im Laufe des Abends wurde dann die Ferialverbindung ins Leben gerufen. Es traten ihr sofort 47 Mitglieder und 11 alte Herren bei.

An die schwäbischen Hochschüler**).

Von Viktor Orendi-Hommenau.

„Schwäbische Hochschüler“ seit ihr genannt,
„Schwäbische Hochschüler“ klingt's durch das Land,
Deutsch in der Haltung und deutsch im Blick,
Seid unser Stolz ihr, seid unser Glück!

Lange genug hat des Irrwahns Nacht
Uns um das Licht des Tages gebracht,
Fremden Göttern, auf fremdem Altar
Opferten blind wir der Jugend Schar.

Verfälscht und verdorben war Herz und Sinn,
Des Volkes Blüte, die Blume sank hin,
Nicht wurde der Schwabe der Ernte froh,
Dem Körper die deutsche Seele entfloß.

Wir gingen einher im fremden Gewand,
Zerrissen mit Frevel das alte Band,
Wir dünkten uns tausendmal besser zu sein
Als Vater und Bruder, lieb Mütterlein.

Da kam ein Sturm, der heulte so laut,
Da hat auch der Michel hoch aufgeschaut,
Nun blickt er klar in die Welt hinaus,
Zu kämpfen den hehren, den heiligen Strauß.

Voran die Studenten unter den Schwaben,
Gar mutige Jünglinge, lustige Knaben,
Sie alle treten ein für Volkstum und Ehr'
In blanker, geharnischter, goldener Wehr...

„Schwäbische Hochschüler“ seid ihr genannt,
„Schwäbische Hochschüler“ klingt's durch das Land.
Deutsch in der Haltung und deutsch im Blick,
Seid unser Stolz ihr, seid unser Glück!

*) Kurz: die Deutschen werden durch ihre Söhne in ihrer Sprache verwaltet, gerichtet; autonome deutsche Kirche.

**) Vom Verfasser am Hochschülerabend zum Vortrag gebracht.

Deutsche und Slowenen in Kärnten

Von Dr. MARTIN WUTTE, Klagenfurt.

Als die Slowenen gegen Ende des 6. Jahrhunderts in die Ostalpenländer einwanderten, standen sie auf derselben tiefen Kulturstufe wie die Avaren, denen sie bis in die Mitte des 8. Jahrhunderts mit kurzer Unterbrechung untertan waren. Sie kannten nicht einmal das Eisen und waren nach den übereinstimmenden Berichten der zeitgenössischen Schriftsteller wegen ihrer Wildheit und unmenschlichen Grausamkeit das Entsetzen aller Völker, die sie durch ihre Raubzüge heimsuchten. Mit Vorliebe sperrten sie die Bewohner der eroberten Orte in die Häuser und steckten dann diese in Brand. Ihnen fiel auch die römisch-christliche Kultur zum Opfer, von der gerade in Kärnten durch die Ausgrabungen Rudolf Egger's in jüngster Zeit so viele Spuren ans Tageslicht kamen. So gründlich wurden die römisch-keltischen Siedlungen zerstört, daß mit ihnen auch die Siedlungsnamen verschwanden, mit Ausnahme von zweien, höchstens dreien.

Im Westen kamen die Slowenen bis an den Rand der venezianischen Tiefebene und bis in das Pustertal. Ihrem weiteren Vordringen machten die Langobarden und Bayern ein Ende. Anderthalb Jahrhunderte setzte es zwischen Langobarden und Bayern einerseits und Slowenen andererseits blutige Kämpfe ab. Schließlich blieben die Langobarden und Bayern Sieger. Die Niederlage hatte für die Slowenen dieselben Folgen, wie die Schlachten an der Unstrut (933) und am Lechfeld (955) für die Madjaren. Im Westen durch Langobarden und Bayern, im Osten durch die Avaren abgeschlossen, mußten die Slowenen sesshaft werden. Dadurch wurden bei ihnen erst die Voraussetzungen für die Aufnahme einer höheren Kultur geschaffen.

Unter der Herrschaft der Avaren hatten die Slowenen viel zu leiden. Fredegarius, ein gleichzeitiger Schriftsteller, erzählt um 650, daß die Avaren, wenn es zum Kampfe kam, sich selbst vor dem Lager aufstellten und die Slowenen für sich kämpfen ließen. Siegen diese, so rückten die Avaren vor, um Beute zu machen; wurden sie geschlagen, so mußten sie, auf die Avaren gestützt, neue Kräfte sammeln. Jedes Jahr, so berichtet Fredegarius, kamen die Avaren zu den Slowenen, um bei ihnen zu überwintern; dann nahmen sie die Weiber und Töchter der Slowenen und schiefen bei ihnen und zu den übrigen Mißhandlungen mußten die Slowenen den Avaren auch noch Abgaben entrichten.

Um die Mitte des 7. Jahrhunderts wurden die Slowenen vorübergehend durch einen fränkischen Kaufmann, Samo, von diesem furchtbaren Druck befreit. Aber bald bemächtigten sich die Avaren neuerdings der Herrschaft über die Slowenen. Da rief der Slowenenherzog Boruth um 750 den Herzog Tassilo III. von Bayern zu Hilfe. Tassilo leistete dem Ruf Folge, schlug die Avaren zurück, behielt aber die Oberherrschaft über das befreite Land. So wurde Kärnten bayrisch. Als Karl der Große 788 Bayern dem fränkischen Reiche einverleibte, wurde Kärnten ein Bestandteil des Frankenreiches. Da sich die Slowenen aber wiederholt empörten, wurden seit 828 an Stelle der slowenischen Stammesherzöge bayrische Grafen gesetzt. 976 wurde Kärnten ein selbständiges deutsches Herzogtum, 1335 kam es an die Habsburger und 1866 schied es mit den übrigen österreichischen Ländern aus dem deutschen Bunde aus.

Seit der Begründung der bayrisch-fränkischen Herrschaft ergoß sich ein Strom deutscher Einwanderer nach Kärnten. Deutsche Adelige und Priester, Bauern, Kaufleute und Handwerker zogen ins Land. Naturgemäß war die deutsche Besiedlung dort stärker, wo die slowenische geringer war, das war im Westen

und Norden des Landes. Aber bis hinunter zu den Karawanken, bis in die äußerste Südostecke Kärntens, wo heute eine überwiegend slowenische Bevölkerung wohnt, ging die deutsche Einwanderung. In mehreren zu Stein im Jauntale zwischen 1050 und 1065 ausgestellten Urkunden werden über 50 Zeugen mit deutschen Namen genannt und in einer Urkunde von 1267 finden wir auf dem engen Raum zwischen Bleiburg und Eberndorf 16 deutsche Bauernfamilien nebst einer Anzahl einzelner Bauern mit deutschen Namen. Städte und Märkte waren auch in Südkärnten von Anfang an deutsch, so Völkermarkt und Bleiburg, Eisenkappel, Gutenstein, Unterdrauburg und Lavamünd.

Wie stark die deutsche Einwanderung noch in der Neuzeit war, ersieht man aus den Protokollen der Zünfte. Von den 168 Gesellen des Riernerhandwerks z. B., welche zwischen 1597 und 1715 in Klagenfurt arbeiteten, stammten 58 aus Ländern des heutigen Deutschen Reiches (17 aus Preußen, 15 aus Preussisch Schlesien, 10 aus Bayern, 10 aus Sachsen, 2 aus Thüringen, je einer aus der Pfalz, aus Hessen, Rheinland und Braunschweig), einer aus Schweden, 36 aus den reindeutschen Alpenländern, der Rest aus gemischtsprachigen Ländern wie Böhmen oder aus den deutschen Städten Krains. 11 Gesellen des Bäckerhandwerks in Völkermarkt zwischen 1733 und 1773 stammten alle aus reideutschen Gebieten.

Städte und Märkte blieben deutsch. Auf dem Lande aber gingen die deutschen Bauern im Südosten, wo die Slowenen dichter siedelten und auch Zuzug von Untersteiermark her bekamen, vielfach in den Slowenen auf. Doch dauerte der Zuzug deutscher Bauern auch hier bis auf den heutigen Tag fort. Die Einbürgerung und das Fortleben zahlreicher deutscher Orts- und Flurnamen sowie die deutschen Personennamen beweisen, daß hier neben den Slowenen stets auch zahlreiche Deutsche wohnten.

Dieses Neben- und Durcheinanderwohnen von Deutschen und Slowenen hatte eine weitgehende Blutmischung zur Folge. Ethnographisch ist also Kärnten ein Mischgebiet. Im Südosten überwiegt das slowenische Element, im Norden und Westen das deutsche.

Mit der deutschen Einwanderung begann in Kärnten ein neuer Abschnitt des Kulturlebens. Bis dahin war die Kultur hauptsächlich von Süden gekommen. Von jetzt an kam sie von Norden her. Hatten die Slowenen als Eroberer mit dem Schwerte in der Hand von Kärnten Besitz genommen, so waren die Deutschen als Befreier gekommen. Hatten jene als Kulturzerstörer Einzug gehalten, so erschienen diese als Kulturbringer. Denn die Germanen und mit ihnen die Bayern waren nicht nur schon fast ein halbes Jahrtausend unter dem Einfluß der römischen Kultur gestanden, sondern sie besaßen auch, wie neuere Forschungen immer klarer zeigen, eine hohe Eigenkultur. Auch das Christentum fand bei ihnen um zwei bis drei Jahrhunderte früher Eingang als bei den Slowenen. Die germanischen Völker Mitteleuropas hatten also vor den Slowenen in der Kultur einen Vorsprung um mehrere Jahrhunderte. Dies wurde für die gesamte folgende Kulturentwicklung der beiden Völkergruppen, insbesondere auch der deutschen und slowenischen Bevölkerung der südöstlichen Alpenländer, bis auf den heutigen Tag von entscheidender Bedeutung. Denn bis heute ist es den Slowenen nicht gelungen, diesen Vorsprung wettzumachen, zumal sie auch noch durch lange Zeit unter dem kulturfeindlichen Einfluß des Ostens und Südostens standen.

In Kärnten ist nahezu alles, was das Land an Gütern der geistigen und materiellen Kultur besitzt, den eingewanderten

Deutschen zu danken. Nur in der bildenden Kunst zeigt sich seit der Renaissancezeit hier und da italienischer Einfluß. Die Deutschen brachten das Christentum und eine höhere staatliche Ordnung nach Kärnten, sie weckten und pflegten das künstlerische und geistige Leben und gründeten Kirchen, Klöster und Schulen. Gerade in Kärnten sind gegen Ende des 12. Jahrhunderts die ältesten Literaturdenkmale in deutscher Sprache auf österreichischem Boden entstanden, die Dichtungen, die uns in der Millstätter Handschrift überliefert sind. In Ackerbau und Viehzucht, in Handel und Gewerbe wurden die Deutschen die Lehrmeister der slowenischen Bevölkerung. Daher hat denn auch das Windische, wie die slowenische Mundart der Kärntner Slowenen genannt wird, so unglaublich viele deutsche Ausdrücke für Gewerbe und Handwerk, Handel und Verkehr, Ackerbau und Viehzucht, Hausrat und Kleidungsstücke. Fast alle Bezeichnungen für die verschiedenen Handwerke sind dem Deutschen entnommen. Der überlegenen deutschen Kultur ist es ja auch zuzuschreiben, daß drei Viertel der slowenischen Bevölkerung eingedeutscht und das Land, was die Kultur anbelangt, rein deutsch wurde.

Diese Eindeutschung erfolgte allmählich und in durchaus friedlicher Weise. Der beste Beweis dafür sind die slowenischen Ortsnamen, die in ganz Kärnten zu finden sind. Ihr Vorhandensein läßt sich nur dadurch erklären, daß Deutsche und Slowenen längere Zeit hindurch ruhig nebeneinander saßen. Nur so bekamen die Deutschen Gelegenheit, die Ortsnamen von den Slowenen zu übernehmen. Wären die slowenischen Siedlungen durch die Deutschen vernichtet worden, wie die keltisch-römischen durch die Slowenen, so wären auch die slowenischen Siedlungsnamen verschwunden.

Was die Sprache des öffentlichen Lebens anbelangt, war Kärnten bis auf die neueste Zeit rein deutsch. Alle Urkunden,

Privilegien, Gerichts-, Rats- und Zunftprotokolle, alle bürgerlichen Rechtssammlungen, Grenzbeschreibungen, Testamente und Verlassenschaftsakte sind ausschließlich in deutscher Sprache geschrieben. Erst unter Maria Theresia erscheinen behördliche Kundmachungen auch in slowenischer Sprache. Primus Truber, der bekannte slowenische Bibelübersetzer, schreibt 1582: „... Uns und männiglich ist bekannt, daß vor 34 Jahren kein Brief oder Register, viel weniger ein Buch in unserer windischen Sprache zu finden war.“ Das gilt für ganz Slowenien, um so mehr für Kärnten. Die ersten slowenischen Drucke — Gebets- und Andachtsbücher — stammen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Slowenische Schulen wurden in Kärnten erst nach 1848 unter dem Widerspruch der Bevölkerung durch die slowenische Geistlichkeit gegründet.

Die gemeinsame Heimat und vielfach gemeinsame Abstammung, die gemeinsame Geschichte, die Kultur- und Interessengemeinschaft und die innigen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen, die bei der Geschlossenheit des Landes eine Naturnotwendigkeit sind, hatten zur Folge, daß Deutsche und Slowenen in Kärnten allmählich zu einem Ganzen zusammenwuchsen und daß namentlich der Slowene sich durch und durch als Kärntner fühlt.

Dies erklärt uns die Haltung, welche die Kärntner Slowenen seit dem Zusammenbruche des alten Österreich in der Kärntner Frage einnehmen. In zahlreichen Kundgebungen der Gemeindevertretungen, bei der im Frühjahr 1919 vorgenommenen Probeabstimmung, namentlich aber durch die Teilnahme an den Abwehrkämpfen gegen die einbrechenden Südslawen haben die Kärntner Slowenen in ihrer überwiegenden Mehrheit gezeigt, daß sie von einem Anschlusse an Südslawien nichts wissen wollen. Dies wird auch bei der Volksabstimmung von entscheidender Bedeutung sein, wenn auch die Zone A der Mehrheit nach slowenische Umgangssprache hat.

Die Lage der Reichsdeutschen in der Tschechoslowakei

Aus der Tschechoslowakei geht uns folgender Notschrei zu:

Die deutsche Reichsregierung hat Maßnahmen getroffen, um die Auslandsdeutschen, welche in den feindlichen Ländern in irgend einer Weise zu Schaden gekommen sind, zu entschädigen. Zu den Geschädigten gehören infolge Auseinanderfallens der österreichisch-ungarischen Monarchie und Errichtung der tschechoslowakischen Republik, welche letztere gemäß den Friedensbedingungen zu den assoziierten Mächten zählt, namentlich auch die in der Tschechoslowakei am 1. November 1918 wohnhaften deutschen Reichsangehörigen. Die tschechoslowakische Republik hat nach dem Friedensvertrag, gleich den feindlichen Mächten, das Recht der Liquidierung des Vermögens reichsdeutscher Staatsangehöriger und durch das seitens der tschechoslowakischen Regierung vor kurzem beschlossene Gesetz über die Behandlung der österreichischen Kriegsanleihe tritt das Verhältnis reichsdeutscher Staatsangehöriger der Tschechoslowakei in den Vordergrund.

Dieses Gesetz bedenkt nur die tschechoslowakischen Staatsbürger, während fremden Staatsangehörigen gegenüber die tschechoslowakische Regierung eine Einlösungspflicht österreichisch-ungarischer Kriegsanleihe nicht übernimmt. Gegen die Form der Einlösung, wie sie das Gesetz vorsieht, sind die schärfsten Proteste aus allen Schichten der Bevölkerung in der Tschechoslowakei und auch weit über deren Grenzen hinaus laut geworden; es sollen nämlich dem Besitzer österreichisch-ungarischer Kriegsanleihe nur 75 % des Nominalwertes anerkannt werden, unter der Bedingung, daß er weitere 75 % in bar

hinzuzahlt und für den ganzen Betrag eine tschechoslowakische Staatsanleihe nimmt, die geringer als die Kriegsanleihe verzinsbar ist. Diese Art der Einlösung bedeutet für die Mehrzahl der Kriegsanleihe-Besitzer eine vollkommene Unmöglichkeit, weil nämlich abertausende Bewohner der Tschechoslowakei, insbesondere deutscher Nationalität, zum Teil ihr ganzes Vermögen, zum Teil den größten Prozentsatz während des Krieges in Kriegsanleihe angelegt haben und daher gar nicht in der Lage sind, die im Gesetz vorgesehene Zuzahlung zu leisten. Die Folge der Nichtleistung der Zuzahlung würde vollkommenen Verlust durch Verfall der Kriegsanleihe bedeuten. Das Gesetz nimmt aber auch ebensowenig Rücksicht auf diejenigen, welche auf den Zeichnungspreis der Kriegsanleihe noch Beträge schuldig sind, die Lage dieser Kriegsanleihe-Besitzer ist natürlich noch trostloser, weil sie zunächst die auf der Kriegsanleihe noch haftende Zeichnungsschuld begleichen und dann noch die weitere Zuzahlung von 75 % leisten müßten. Es ist wohl selten ein Gesetz gemacht worden, welches so völlig abseits von der Wirklichkeit steht.

Wie ist nun die Lage der in der Tschechoslowakei lebenden reichsdeutschen Besitzer der österreichischen Kriegsanleihe?

Das vorstehend beschriebene Gesetz kommt für sie nicht in Frage und die Reichsdeutschen werden auch wohl dem Ausschluß von diesem Gesetz nur zustimmen, aber von wo nehmen die Reichsdeutschen den Gegenwert ihrer während des Krieges für die Kriegsanleihe gezahlten guten Gelder her? In der Tschechoslowakei lebt seit Jahrzehnten eine sehr bedeutende

Anzahl deutscher Reichsangehöriger, welche sich zum größten Teil in gehobener Stellung befinden, meist Leiter großer Unternehmungen sind oder selbst Industrie- und Handels-Unternehmungen besitzen. Außerdem steht ein großer Teil der deutschen Reichsangehörigen im Angestellten-Verhältnis zu Firmen, deren Inhaber oder Gesellschafter ganz oder teilweise ebenfalls Reichsdeutsche sind. Wie in Deutschland, so war auch in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie jedes Unternehmen für Kriegszwecke in Anspruch genommen, und noch viel mehr als in Deutschland wurde von den politischen Behörden, vom Kriegsministerium und anderen ähnlichen Stellen auf jeden, der direkt oder indirekt mit irgend einer Kriegslieferung befaßt wurde, ein sehr energischer Zwang ausgeübt, Krieganleihe nicht nur zu zeichnen, sondern sie auch dauernd im Besitz zu haben, denn das Kriegsministerium hat bei Vergebung weiterer Aufträge stets den Nachweis verlangt, daß die früher gezeichnete Krieganleihe sich auch weiterhin im Besitz des betreffenden Lieferanten befand, er sie also nicht etwa veräußert habe. Dieses ist auch ein Grund für die vielfach erfolgte Lombardierung früherer Krieganleihe und Zeichnung weiterer Beträge unter Benutzung des Lombard-Darlehens. Kurzum, der Zwang, der auf jedermann ausgeübt wurde, war sehr energisch. — Unsere in Böhmen, Mähren und Schlesien lebenden Reichsdeutschen haben nun während des Krieges neben deutscher Krieganleihe sehr erhebliche Mengen österreichisch-ungarischer Krieganleihe aus vorstehenden Gründen gezeichnet bzw. zeichnen müssen, und die Erhebungen haben ergeben, daß der Betrag sich auf gegen 70 Millionen Kronen beläuft, immerhin eine Summe, die für das Deutschtum im Ausland eine bedeutende Rolle spielt.

Im Februar 1919 wurde seitens des tschechoslowakischen Finanzministeriums neben allen anderen Effekten auch die Konskribierung aller Krieganleihe verfügt, die sich im Besitz der Bewohner der tschechoslowakischen Republik befand, wobei der Besitzer gleichzeitig seine Staatsangehörigkeit anzugeben hatte. An Manipulations- und Stempelgebühren wurde seitens des Prager Finanzministeriums eine Gebühr von 1 % des Nominalbetrages eingehoben und die Mäntel der Anleihe mit tschechischem Stempel versehen. Diejenigen Stücke, die sich in Depots bei Banken befanden, wurden mit einer staatlichen Sperre belegt und außerdem ein Verkaufs- und Ausfuhrverbot erlassen. Diese letzteren Maßnahmen bestehen auch heute noch fort. Durch die Abstempelung, die Sperre und die Verkaufs- und Ausfuhrverbote wurde es den in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen unmöglich gemacht, ihre Krieganleihe anderweitig zu verwerten. Der späterhin geschlossene Friedensvertrag von St. Germain bestimmt im Artikel 206, daß die Nationalstaaten des ehemaligen Österreich-Ungarn nur verpflichtet sind, die Krieganleihe der eigenen Staatsangehörigen, soweit sie sich im Lande befinden, zu regeln. Mit der Regelung der Krieganleihe, die sich im Besitz fremder Staatsangehöriger befindet, also auch derjenigen der Reichsdeutschen, wurde durch den Friedensvertrag die nunmehrige Republik Deutschösterreich beauftragt. Dennoch hat aber die Prager Regierung, wie oben ausgeführt, die österreichisch-ungarische Krieganleihe der in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen konskribiert, abgestempelt, hat Gebühren für Konskribierung und Stempel erhoben und das Verfügungsrecht über die Krieganleihen den Eigentümern durch Sperre und Verkaufsverbot genommen. Überdies ist der reichsdeutsche Besitzer, welcher aus den oben angeführten Gründen die Krieganleihen innerhalb der Tschechoslowakei lombardiert hat, verpflichtet, den Lombardzins in

tschechischen Kronen zu entrichten, während für das Kapital nicht die tschechische Regierung, sondern die deutschösterreichische Regierung, d. h. also in Form deutschösterreichischer Kronen, aufkommen soll. Der Widerspruch in diesen Bestimmungen liegt auf der Hand und die in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen bezeichnen es als unerläßlich, daß dieser unmöglich aufrecht zu erhaltende Zustand noch weiterhin in Geltung bleibt, denn — das ist noch nachzutragen — das Prager Finanzministerium hat auch die Auszahlung aller fällig werdenden Coupons seit 1. März 1919 sistiert, und zwar nicht nur Coupons der Krieganleihe, sondern auch aller anderen Effekten. Wir haben also auf einer Seite eine Beschlagnahme dieser Vermögensobjekte der deutschen Reichsangehörigen und andererseits ein Gesetz, welches eine Entschädigung für die beschlagnahmten Werte oder eine Anerkennung zur Zahlung seitens der tschechischen Regierung ablehnt.

Man sollte nun meinen, daß auf Grund des Friedensvertrages das deutschösterreichische Finanzamt die Krieganleihe des deutschen Reichsangehörigen verzinst und bezahlt, weil es, wie oben ausgeführt, in Artikel 206 des Friedensvertrages von St. Germain damit beauftragt worden ist. Wie steht es nun aber in Wirklichkeit mit dem Verhalten Deutschösterreichs gegenüber den Reichsangehörigen, welche österreichische Krieganleihe besitzen? Für die in der Tschechoslowakei liegenden Krieganleihen deutscher Reichsangehöriger hat sich die deutschösterreichische Regierung überhaupt noch nicht interessiert und die in Deutschösterreich liegenden, Reichsdeutschen in der Tschechoslowakei gehörenden Krieganleihen werden ebenfalls nicht verzinst, weil die deutschösterreichische Regierung die Bezahlung bzw. den Ankauf der Coupons von folgenden Punkten abhängig macht:

1. Daß der Reichsdeutsche Eigentümer der Obligation ist (nicht nur der Zinsscheine),
2. daß er zuständig ist in einer Gemeinde, die auf dem der Republik Österreich durch den Friedensvertrag von St. Germain zuerkannten Territorium des ehemaligen Österreichs gelegen ist,
3. daß er Staatsbürger eines im Verhältnis zum ehemaligen Österreich-Ungarn befreundeten oder neutralen Staates ist, daß er
4. seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in dem der Republik Österreich durch den bezeichneten Friedensvertrag zuerkannten Gebiete des ehemaligen Österreichs oder in einem im Verhältnisse zum ehemaligen Österreich-Ungarn befreundeten oder neutralen Staate hat,
5. aus den durch Friedensvertrag anderen Staaten als der Republik Österreich zugewiesenen Gebieten des ehemaligen Österreichs kein Jahreseinkommen von mehr als 2000 Kronen hat.

Die in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen können diese Punkte ebenfalls nicht erfüllen, weil sie ihren Wohnsitz eben in der Tschechoslowakei haben, und das Fazit dieser Bestimmungen ist, daß die in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen somit auch von Deutschösterreich den Coupon ebenfalls nicht bezahlt erhalten. Es bleibt also den Reichsdeutschen nichts anderes übrig, als eine Entschädigung dieser ihnen durch den Krieg verursachten Schäden seitens der deutschen Regierung zu verlangen, und das Bestreben, die interessierten Reichsdeutschen zu diesem Zweck zusammenzuschließen, will der Zweck dieser Ausführungen sein.

Das deutsche Ausland-Institut sagt in seinem Aufruf an die Deutschen im Ausland: „Nun wenden wir uns an Euch, Deutsche im Ausland. Ihr sollt der alten Heimat treue Pioniere in Wirt-

schaft und Kultur sein. Ihr sollt uns die Grundlagen unserer Kenntnis über das Ausland vermitteln, um so mehr, als Auslandsreisen aus Deutschland selbst bei unserem Valutastand immer schwieriger werden. Ihr sollt dem deutschen Volke Rohstofflieferungen vermitteln, Ihr sollt die Produkte unserer Arbeit in der Welt absetzen. Wir brauchen Euch, wie wir Euch

dienen wollen. Wir sind dankbar für Eure Winke, empfänglich für Eure Ratschläge.“ — Die Deutschen im Ausland werden bereit sein, diesem Wunsch zu folgen, unter der Voraussetzung, daß sie von allen Heimatstellen, insbesondere von ihrer Regierung so unterstützt werden, daß es Sinn und Zweck hat, für das Deutschtum Auslands-Pionier zu sein.

Zentralverband auslanddeutscher Studierender, Leipzig

Von stud. theol. E. KNEIFEL, Leipzig.

War die Gründung von Vereinigungen auslanddeutscher Studierender ein von der Sehnsucht nach Aufbau des Auslandsdeutschtums getragenes, im völkischen Sinne sich auswirkendes, zielbewußtes Handeln, so lag doch die Gefahr nicht fern, daß sie einzeln, durch die verschiedenen äußeren und inneren Einflüsse voneinander getrennt, sich entfremdet und ihren Zielen untreu werden konnten. Aus dieser Sachlage heraus ergab sich die Notwendigkeit, alle bestehenden Vereinigungen auslanddeutscher Studierender in eine Organisation zusammenzufassen. Im Januar ds. Js. ist demnach auch in Leipzig der Zusammenschluß sämtlicher Vereinigungen auslanddeutscher Studierender in den Zentralverband erfolgt. Zwei Hauptziele sollte er verfolgen:

a. Sammlung auslanddeutscher Akademiker durch Gründung neuer Vereinigungen auslanddeutscher Studierender;

b. Vertretung und Wahrung der völkischen und wirtschaftlichen Interessen der auslanddeutschen Studentenschaft bei den maßgebenden staatlichen und akademischen Behörden.

Hierin gestaltete sich die Arbeit des Zentralverbandes sehr ersprießlich und weist bis jetzt Erfolge auf, die für die weitere Entwicklung unserer jungen Organisation von größter Bedeutung sind.

Zu den bereits bestehenden Vereinigungen auslanddeutscher Studierender in Leipzig, Berlin, Tübingen, Hohenheim, Marburg, Stuttgart, Göttingen, Jena (die beiden letzten waren ursprünglich Baltenverbände, die zu Vereinigungen auslanddeutscher Studierender ausgebaut wurden) sind sechs neue hinzugekommen: Dresden, Breslau, Strelitz-Alt, Cöthen, Hannover und Kiel. Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes beträgt zur Zeit 571. Auf die einzelnen Vereinigungen verteilt sie sich folgendermaßen: Leipzig 132, Berlin 122, Breslau 76, Dresden 38, Tübingen 34, Jena 30, Strelitz-Alt 21, Hohenheim 20, Marburg 18, Göttingen 18, Cöthen 13, Stuttgart 12, Hannover 11 und Kiel 11 Mitglieder. Außerdem gehören dem Zentralverbande noch 15 Einzelmitglieder, die an den Universitäten München, Erlangen, Rostock, Greifswald und am Technikum Mitweida studieren, wo wegen der geringen Anzahl von Auslandsdeutschen keine Vereinigungen zur Zeit bestehen. Ihrem Studium nach entfallen die auslanddeutschen Studierenden auf die Fakultäten: Theologische 36, Medizinische 102, Juristische 20, Philosophische 173, Technische Wissenschaften 143, Handelswissenschaften 93, Kunst 4.

Auf die einzelnen Länder verteilen sich die auslanddeutschen Studierenden wie folgt: Rumänien (hauptsächlich Siebenbürgen) mit 153, Baltikum 110, Tschechoslowakei (Deutsch-Böhmen) 106, Polen (einschließlich der abgetretenen Gebiete) 98, Ukraine 43, aus dem übrigen Rußland 21, Deutsch-Österreich 9, Jugoslawien 5, Danzig 4, Elsaß-Lothringen 3, je zwei aus Schleswig, Tirol, Litauen, Türkei, je einer aus dem Memelgebiete, Ungarn, Spanien, Holland, Schweiz, Dänemark, Vereinigten Staaten, Brasilien, Chile — und zwei außerordentliche Mitglieder.

Nur 13 Mitglieder des Zentralverbandes, also ungefähr 2½ %, stammen aus Ländern, wo die Valutaverhältnisse als günstig anzusehen sind. Die meisten auslanddeutschen Studierenden sind in den Ländern des Ostens beheimatet, wo bekanntlich der Stand der Valuta sehr schlecht ist. Diese Tatsache allein gewährt schon

einen Einblick in die traurige wirtschaftliche Lage, mit der die meisten auslanddeutschen Akademiker zu kämpfen haben. Der wirtschaftlichen Notlage wegen müssen leider sehr viele auslanddeutsche Studierende vom Studium an deutschen Hochschulen absehen und fremde, unserem Volkstum oft feindlich gesinnte Bildungsstätten beziehen, was vom nationalen Gesichtspunkt aus sehr zu bedauern ist.

Außer mit den 14 bereits bestehenden Vereinigungen auslanddeutscher Studierender, steht der Zentralverband in Fühlung mit anderen Hochschulen, wo zwecks Gründung neuer Vereinigungen ähnliche Bestrebungen im Gange sind.

Ist und bleibt die Sammlung Gleichgesinnter zum völkischen Tun und Handeln eine der vornehmsten Aufgaben des Zentralverbandes, so war und ist der Zentralverband doch von der Überzeugung durchdrungen, daß seine Arbeit von selten der maßgebenden staatlichen und akademischen Behörden Verständnis und Förderung bedürfe. Er wandte sich mit einer Denkschrift an das preußische Kultusministerium, um die Ziele und Wünsche der auslanddeutschen Studentenschaft darzulegen und die Gleichstellung der auslanddeutschen Akademiker an den preußischen Hochschulen zu erwirken. In einer persönlichen Unterredung mit Herrn Kultusminister Hänisch bot sich unseren Vertretern die Gelegenheit, auf die Wichtigkeit und Tragweite unserer Arbeit für das alte Mutterland und das Auslandsdeutschtum hinzuweisen und die Wünsche der auslanddeutschen Studentenschaft zu unterbreiten. Unsere Vertreter fanden erfreulicherweise bei den berufenen Instanzen volles Verständnis und weiteste Berücksichtigung unserer Bestrebungen, was auch die spätere Entwicklung vollauf bestätigt hat.

Der Erlaß des preußischen Kultusministeriums vom 27. März 1920 hinsichtlich der Gleichstellung aller Auslandsdeutschen an den preußischen Hochschulen ist ein beredtes Zeugnis hierfür und ist zweifelsohne ein großer Erfolg des Zentralverbandes. Denn durch diesen Erlaß wurde die Frage der Gleichstellung aller auslanddeutschen Studierenden an den deutschen Hochschulen aufgerollt und konnte demgemäß von den Ministerien und Hochschulen, an die sich der Zentralverband an Hand des betreffenden Erlasses wandte, nicht ohne weiteres übergangen werden.

Eine ähnliche Regelung wie das preußische Kultusministerium hat das württembergische Kultusministerium getroffen. Wohlwollende Behandlung der auslanddeutschen Studierenden sagten zu die Kultusministerien in Sachsen, Baden, Mecklenburg, Thüringen — sie behielten sich jedoch die Prüfung aller Einzelfälle bei Aufnahmen und dergleichen vor. Auch wurde der Zentralverband von ihnen als berufene Instanz bei Auskünften über auslanddeutsche Studierende anerkannt.

Große Schwierigkeiten werden noch zur Zeit den auslanddeutschen Studierenden an den bayrischen Hochschulen bereitet. Der Zentralverband leitete wiederholt diesbezügliche Schritte beim bayrischen Kultusministerium ein und hofft, daß seine Arbeit auch von den dortigen maßgebenden Behörden Berücksichtigung und Unterstützung erfahren wird.

Auch mit der reichsdeutschen Studentenschaft wurde Fühlung

gewonnen. Auf dem 2. Göttinger Studententage war der Zentralverband durch seinen 2. Vorsitzenden Herrn cand. jur. Günther, Berlin, vertreten, dessen Tatkraft es gelungen ist, günstige Beschlüsse betr. der Stellung der Auslandsdeutschen zu erwirken, alte Beziehungen zu festigen, neue anzuknüpfen. Nur die wichtigsten Beschlüsse seien hier erwähnt: Punkt 19. § 2. Ausländer deutscher Abstammung und Muttersprache sind den Reichsdeutschen in jeder Beziehung gleichzusetzen, soweit diese Leitsätze nichts anderes bestimmen. (Anmerkung des Zentralverbandes: Eine Einschränkung der Gleichstellung geht aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht hervor.) Punkt 24. Absatz 2. Örtlicher Ausländerausschuß. Dem Ausländerausschuß soll nach Möglichkeit ein deutsch-ausländischer Studierender als Mitglied beigegeben werden. Punkt 26. Studienbeihilfe für Auslandsdeutsche. Der Vorstand der deutschen Studentenschaft wird beauftragt, auf die Errichtung einer Stiftung aus öffentlichen und privaten Mitteln hinzuwirken, welche dazu dient, Auslandsdeutschen durch Beihilfen das Studium auf reichsdeutschen Hochschulen zu erleichtern. Die Stiftung soll zunächst nur für solche Ausländer in Frage kommen, die zu den Teilen unseres Volkes gehören, die keine eigenen deutschen Hochschulen haben. 76. I. Verfassung der deutschen Studentenschaft. § 1. Die „deutsche Studentenschaft“ besteht aus den Studentenschaften der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes. Diese Studentenschaften setzen sich aus den voll eingeschriebenen Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit und denjenigen deutscher Abstammung und Muttersprache zusammen. Punkt 76. Neuwahl von Ausschüssen. f) Ausländerausschuß. Unter den Mitgliedern aufgeführt: Ausschuß für Deutsch-Ausländer. g) Ausschuß für Deutsch-Ausländer (Unterausschuß des Ausländerausschusses) Leipzig, Zentralverband auslandsdeutscher Studierender. (Anmerkung des Zentralverbandes: Der Fürsorgeausschuß wird vom Zentralverbande aus gebildet werden. Die Vorarbeiten sind bereits getroffen. Näheres mitzuteilen, behält sich der Zentralverband vor.)

Diese einsichtsvollen, für die weitere Entwicklung unserer Organisation so wichtigen Beschlüsse lassen klar erkennen, daß

das Interesse für die auslandsdeutsche Studentenschaft und für das Auslandsdeutschtum, an dessen Erhaltung und Förderung die auslandsdeutsche Studentenschaft mitarbeiten will, bei der reichsdeutschen Studentenschaft erfreulicherweise erwacht ist. Der Zentralverband ist mehr denn je gewillt, die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem alten Mutterlande und dem Auslandsdeutschtum, die deutsches Denken, deutsches Fühlen, deutsches Wissen und deutsches Erleben einander vermitteln sollen, aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Um mit allen, ihm angeschlossenen Vereinigungen in nähere Fühlungnahme zu treten, neue Anregung zu geben und zu empfangen, wird der Zentralverband Mitte bzw. Ende November ds. Js. in Jena eine Tagung abhalten. Die erste Tagung nach der Gründung des Zentralverbandes wird aller Voraussicht nach für die weitere Entwicklung unserer jungen Bewegung von außerordentlicher Bedeutung sein und auch hoffentlich die Erwartungen, die auf sie gesetzt werden, erfüllen.

Alles in allem, der Zentralverband ist mit den Erfolgen, die seine Arbeit bis jetzt gezeitigt hat, zufrieden. Er wird auch weiterhin seine ganzen Kräfte in den Dienst dieser guten Sache stellen, um dem Auslandsdeutschtum pflichtbewußte und charaktervolle Führer heranzubilden. Denn ohne Überhebung kann gesagt werden, daß die Zukunft des deutschen Volkstums im Auslande letzten Endes von der auslandsdeutschen Studentenschaft, von uns, abhängt. Großes und Herrliches kann für das Auslandsdeutschtum geleistet werden, wenn die auslandsdeutsche Studentenschaft ihren Pflichten bis ins kleinste nachkommen und den an sie herantretenden Aufgaben gewachsen zu sein sich bemühen wird*). Wenn es dem Zentralverbande auslandsdeutscher Studierender gelingt, das zu erreichen, daß keiner von den auslandsdeutschen Akademikern nur gestoßen, gezwungen seine völkischen Pflichten erfüllt, sondern treu, redlich, aus freien Stücken — dann kann wahrhaftig unser deutsches Volkstum im Auslande getrost der Zukunft entgegensehen.

*) Näheres aus der Flugschrift des Zentralverbandes „Was wir wollen“ die gegen Einsendung von 50 Pfg. vom 1. Schriftführer, Herrn stud. rer. pol. E. Thalheim, Leipzig, Carolinenstr. 16, ptr., zu beziehen ist.

VOM AUSLANDSDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich.

Deutschösterreich steht derzeit im Zeichen der bevorstehenden Wahlen in die Nationalversammlung und der nationalen Kundgebungen. In Wien ist es nachgerade ein selbstverständliches Sonntagsschauspiel geworden, daß sich Tausende auf der Ringstraße ansammeln und in Reden und Liedern für irgendeine völkische Angelegenheit öffentlich eintreten. Aber nicht lediglich Freude an öffentlichen Demonstrationen ist es, die dies bewirkt hat, sondern die Not deutscher Volksgenossen in ehemals österreichischen Gebieten oder in den Nachbarstaaten. So galt kürzlich eine mächtige Kundgebung den im Abstimmungsgebiete A von slowenischer Gewalttätigkeit bedrängten deutschen Kärntnern. Die Vertreter aller Parteien, selbst die der Sozialdemokratie, hatten sich einträchtig zusammengefunden, und wenn es schließlich zu kleinen Unstimmigkeiten kam, so trug daran die Schuld der sozialdemokratische Abgeordnete Leuthner, der sehr wirkungsvoll sprach und mit Beifall angehört wurde, bis er versuchte, die Außenpolitik seines Parteigenossen Dr. Renner in Schutz zu nehmen. Bei alledem hatte es sich gezeigt, daß das schwere Leid der abgesprengten deutschen Gebiete bei allen

politischen Parteien Verständnis und Teilnahme findet. Dasselbe war bei der nächsten großen Kundgebung der Fall, die dem deutschen Westungarn galt. Auch hier sah man Angehörige sämtlicher Parteien. Das Verständnis für die Bedeutung der westungarischen Frage für Österreich ist endlich in weiteste Kreise gedrungen, nur leider etwas spät, zu spät vielleicht, denn trotz aller wiederholter Versicherungen Renners, daß der Anschluß nur mehr eine Frage der Zeit sei, hat es nicht den Anschein, als ob die Aussichten für seine baldige Durchführung sehr glänzend wären.

Die beiden erwähnten Volkskundgebungen wurden aber bei weitem in den Schatten gestellt durch die am 20. September d. J. veranstaltete Kundgebung für den Anschluß an das Deutsche Reich. Die Zahl der Teilnehmer war eine derartige, wie sie Wien bei ähnlicher Gelegenheit noch nicht gesehen hatte. Mehr als 100 000 Menschen schlossen sich zu dem gewaltigen Demonstrationzuge zusammen und eine Viertel-million Zuschauer drängte sich in den Straßen. Der Gedanke des Anschlusses ist ein Bestandteil sämtlicher Parteiprogramme geworden.

In der Tschechoslowakei wurden in jüngster Zeit nicht weniger als 614 Schulklassen und 35 deutsche Schulen geschlossen. In nahe-

zu reindeutschen Orten und Städten Böhmens werden tschechische Trutzschulen errichtet und die Schüler, die sie bevölkern sollen, oft aus weitentlegenen tschechischen Gegenden herbeigeschafft. In Wien beeilt man sich dagegen mit überflüssiger Hast, den Schulforderungen der Tschechen nachzukommen, und beruft sich dabei auf den Wortlaut des Friedensvertrages bezüglich der nationalen Minderheiten, über den man sich im Tschechenreiche kaltblütig hinwegsetzt. In der kärntnerischen Abstimmungszone A, südlich der Drau, wird die deutsche Bevölkerung unausgesetzt in rücksichtslosester Weise bedroht und vergewaltigt, um ein für die Slowenen günstiges Ergebnis zu sichern. Der berühmte General Majster (richtig Meister), Sohn reichsdeutscher Eltern, hauste hier in übler Weise. Wenn man daher in Laibach sozusagen von Amts wegen erklärt, daß für den Fall einer deutschen Mehrheit bei der Abstimmung unter den Deutschen ein Blutbad angerichtet werden solle, so darf dies keineswegs als leere Drohung angesehen werden, zumal die Entente entweder nicht die Macht oder nicht den guten Willen hat, derartigen Plänen entgegenzutreten. Jedenfalls darf man der Abstimmung in Kärnten nicht mit allzugroßem Optimismus entgegengehen.

B. I.

Zu einer machtvollen Kundgebung des Deutschtums kam es am 29. September, dem Jahrestag des Friedens von St. Germain. Die größte Massendemonstration, die Wien je gesehen hat, bewegte sich, mehr als hunderttausend Menschen stark, zum Rathausplatz, der mit schwarzrotgoldenen und schwarzweißbroten Fahnen geschmückt war. Viele Massenversammlungen unter freiem Himmel wurden veranstaltet, die Punkt 11 Uhr mit der Annahme einer Resolution schlossen, daß das deutsche Volk niemals den Frieden anerkennen könne, der Millionen deutscher Volksgenossen unter fremde Herrschaft bringe. An der deutschen Volksgemeinschaft werde unverbrüchlich festgehalten, das Selbstbestimmungsrecht für alle unterdrückten deutschen Völker werde verlangt.

Italien.

Die Deutschen im alten Vintschgau (Ober-Etsch — Alto Adige) fordern von der italienischen Regierung Aufhebung der staatlichen Kontrolle ihrer Schulen, Befreiung von der Militärdienstpflicht, Errichtung territorialer Milizen und Zurückziehung der italienischen Truppen. Gegen diese „pangermanistischen“ Zumutungen ereifert sich natürlich die italienische Presse. So sucht die römische „Idea Nazionale“ in einem längeren Artikel nachzuweisen, daß die Deutschen im Alto Adige überhaupt keine vernünftige Berechtigung hätten, sich irredentistisch zu gebärden, da sie nicht im eigenen Lande unter fremdem Joche seufzten, sondern Gäste innerhalb der natürlichen Grenzen Italiens seien, also „außerhalb ihres Hauses“ wohnten. Die italienische Regierung müsse „die Verirrten“ zum Verständnis dieser Tatsache bringen.

Tschechoslowakei.

Wegen Raumnot sind Studierende aus Deutschland, Deutsch-Österreich, Polen und der Ukraine von der Einschreibung an der Prager Hochschule ausgeschlossen worden. Sicherlich ist das Verbot auch erfolgt, um das Deutschtum Tschechiens nicht durch reichsdeutschen Zustrom geistig zu stärken. Eine gleiche Behandlung tschechoslowakischer Studierender an deutschen Hochschulen wird die natürliche Folge sein. Das Deutschtum kann es ertragen, auf die Erziehung gerade an tschechischen Hochschulen verzichten zu müssen.

Die deutsche Stadt Iglau war in letzter Zeit der Schauplatz blutiger Kämpfe. Mit Hilfe zur Abstimmung kommandierter tschechischer Soldaten wurden Krawalle inszeniert. Da bei den letzten Wahlen eine deutsche klare Mehrheit sich ergeben hatte,

wurde die Wahl für ungültig erklärt und es wurde wie schon in Znaim eine starke tschechische Garnison in die Stadt gelegt, die zur Abstimmung kommandiert war und zur Abstimmungskontrolle beitragen sollte. Trotzdem sind die neuen Wahlen mit einem deutschen Erfolge zu Ende gegangen. Zwar eroberten die Tschechen weitere 5 Sitze, aber die Deutschen haben immerhin am 26. September 22 Mandate gegenüber 17 tschechischen behauptet.

Ungarn.

Das oft erwähnte Gesetz VI vom Jahre 1918, das die Regierung des Grafen Michael Károlyi erlassen hat, sah eine weitgehende nationale Autonomie der Deutschen, die als selbständige Nation anerkannt werden sollten, vor. Heute liegen die Dinge aber völlig anders. Der Nationalitätenminister der Regierung Károlyis, Jászy, lebt in Wien in der Verbannung in dürftigen Verhältnissen, und von der deutschen Autonomie ist nicht mehr die Rede. Allerdings besteht noch das Ministerium für die nationalen Minderheiten, und sein Leiter ist der in diesen Blättern oft erwähnte Budapester Universitätsprofessor Jakob Bleyer, der Herkunft nach Banater Schwabe. Wenn dieser Mann auch ganz und gar im Sinne des ungarischen „Staatsgedankens“ magyarischer Färbung stets gearbeitet hat, und wenn er auch den Deutschen lediglich aus dem Grunde Zugeständnisse machen wollte, um sie desto sicherer für den Gedanken der sogenannten „Integrität“ zu gewinnen, das heißt den Anschluß Deutschwestungarns an Österreich zu verhindern, so war er doch immerhin im Begriffe, für die Einführung deutschen Unterrichtes in den Volksschulen etwas zu tun und hat sogar an die Gewährung einiger Mittelschulen gedacht. Es wurde auch in vier staatlichen Lehrerbildungsanstalten deutscher Unterricht eingeführt, um Lehrer für die deutschen Volksschulen zu gewinnen. Inzwischen dürften aber alle diese schönen Pläne zu Wasser geworden sein, und Herr Bleyer muß sich heute den Vorwurf gefallen lassen, daß er ein „Pangermane“ sei, und soll daran denken, mit den übrigen sechs deutschen Volksvertretern aus der Regierungspartei auszutreten und eine selbständige deutsche Gruppe zu bilden. Wenn dies richtig ist, so wäre es von deutschem Standpunkte erfreulich, denn es zeigte, daß Bleyer, durch Erfahrungen gewitzigt, sich doch zu etwas entschiedenerem Deutschtume durchgerungen hätte. Im übrigen liegen die Dinge jetzt so, daß der wildeste magyarische Chauvinismus seine Auferstehung gefeiert hat und die Unduldsamkeit gegen Anderssprachige heute größer ist denn je. Leider sind heute die „Anderssprachigen“ so gut wie ausschließlich die Deutschen, die also die Zeche zu bezahlen haben werden. Bei alledem läßt sich das Erwachen des deutschen Volksbewußtseins auch in Ungarn nicht mehr rückgängig machen, und der Widerstand, der den neuerlichen Magyarisierungsbestrebungen von deutscher Seite entgegengesetzt wird, ist zäher und lebendiger, als man nach früheren Erfahrungen hätte erwarten dürfen. Obgleich zum Beispiel von den westungarischen Deutschen viele, wie der Vorkämpfer der deutschen Autonomie, Apotheker Wolf in Neusiedel am See, im Kerker schmachten und ihnen der Prozeß als Hochverräter gemacht werden soll, ist der Anschlußwille nicht auszutilgen, und bei den letzten großen Kundgebungen in Wien traten stets auch Einwohner Westungarns auf. Auch die Kulturbewegung, die nun einmal unter den Deutschen Ungarns seit mehr als zwei Jahren im Flusse ist, läßt sich nicht mehr aufhalten. Beweis dafür, daß sich die lediglich literarischen und musikalischen Bestrebungen dienenden „Deutschen Kulturabende“ ständig des stärksten und immer noch wachsenden Besuches zu erfreuen haben.

B. I.

Dänemark.

Die Wahlen zum Folkething haben den Deutschen in der ersten schleswigischen Abstimmungszone etwa 7000 Stimmen gebracht. Vergleicht man es mit der Abstimmung vom 10. Februar und den dort abgegebenen 25000 Stimmen, so erscheint es zunächst als ein Niedergang, und die dänischen Blätter jubeln auch über das Resultat. Bei näherem Zusehen wird die Sache aber verständlicher. Von den 25000 Stimmen sind die 9000 Stimmen der Zugereisten abzuziehen, ferner haben die Beamten mit ihren Angehörigen größtenteils das Land verlassen, endlich haben die deutschen Sozialdemokraten mit ihren dänischen Parteigenossen zusammengestimmt und haben so reichlich 3000 Stimmen der deutschen Sache entzogen. Beschämend ist allerdings auch die geringe Wahlbeteiligung der Deutschen, die dort besonders stark war, wo die Deutschen zerstreut und nicht geschlossen wohnen. Erklärlicher wird ja diese Erscheinung durch den Druck der Dänen, der bis zum Boykott ging. Die Organisation der Deutschen wird jetzt kräftig ausgebaut.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Berlingske Tidende“ erklärte Pastor Schmidt-Tondern, der Führer der deutschen Partei in Dänemark, die sich „Schleswigsche Partei“ nennt, die Deutschen vertrauten darauf, späterhin eine andere Grenzregulierung friedlich und ohne Krieg durchsetzen zu können, wenn sie die Dänen überzeugt hätten, daß sie nicht etwa sich „anpassen“, sondern deutsche Kultur und Sitten erhalten wollten. Die Deutschen verlangten kulturelle Autonomie, deutsche Lehrer und keine Überläufer, die ihre Überzeugung rasch wechselten. An der Partei beteiligten sich auch deutsche Sozialdemokraten, obgleich deren offizielle Parteileitung die Verschmelzung mit der dänischen Sozialdemokratie beschlossen habe. Die „Schleswigsche Partei“ werde versuchen, deutsche Gesichtspunkte bei der Regelung der dänischen Sozialpolitik zur Geltung zu bringen.

Lettland.

Unter starkem Beifall ist am 16. September in Abwesenheit der sozialdemokratischen Fraktion in der lettischen Constituante das Agrargesetz in dritter Lesung mit 81 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen worden. Das ist ein Sieg des Bauernbundes, der nach den anfänglichen Erfolgen der Sozialdemokraten in der Einzelbesprechung kaum mehr erwartet werden konnte. Ob freilich das jetzt beschlossene Gesetz eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Lettlands wird einleiten können, ist zweifelhaft. Wesentliche Verbesserungen sind sicherlich durchgedrungen. Die ländische Industrie wird von der Enteignung ausgeschlossen, ferner wird auch auf sozialdemokratischen Antrag der Kommunallandbesitz nicht enteignet. Dem Besitzer wird ein mittleres Restgut gelassen, das gerade dadurch, daß diese Restgüter in der Hand der Deutschbalten bleiben, eine Quelle des landwirtschaftlichen Fortschrittes werden kann, wenn es freilich noch von den Ausführungsvorschriften abhängt, ob dieses Restgut im Zentrum des ehemaligen Gutes, also um die Gebäude und Anlagen herum gewährt wird, oder ob man es schikanöserweise in irgendeinen entfernten Winkel des ehemaligen Gutes legt. Auch die Frage der Dazupachtung von Land ist noch nicht geklärt, die allein dem Besitzer es ermöglichen könnte, Großgrundbesitzwirtschaftsformen zur Anregung für die umwohnenden Bauern zu pflegen. Fraglich ist auch, ob die zu erwartenden Enteignungen nicht dazu führen werden, daß in den nächsten Jahren Melioration unterbleiben werde. Für die bereits jetzt in staatlicher Verwaltung befindlichen Güter gilt zudem das Restgutsvorrecht nicht. Fraglich ist, wie Dr. Paul Schiemann in einem Artikel in der „Rigaschen Rund-

schau“ vom 17. September ausführt, auch noch, woher der Staat das Geld für die Entschädigung bei seiner trostlosen Finanzlage nehmen soll. Auch die bestehende Rechtsunsicherheit ist bedauerlich. Wenigstens dürfen die Gutsbesitzer aus den enteigneten Besitztümern ihren Hausrat herauschaffen und mitnehmen, was vielen wertvollen und kulturhistorisch interessanten Besitz vor Zerstörung retten wird.

Südwestafrika.

Justizrat Dr. Rhode, der genaue Kenner südwestafrikanischer und südafrikanischer Verhältnisse, berichtet in der „Voss. Zig.“ über die in der „Gov. Gaz.“ vom 27. August in Pretoria erschienene Proklamation von General Smuts über die Liquidation deutschen Eigentums in der Union. Liquidationspflichtig ist alles Eigentum und sind alle Vermögensrechte, die außerhalb der Union wohnenden Staatsangehörigen am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages in der südafrikanischen Union zustanden. Den in der Union wohnenden deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum vom Custodian bewirtschaftet wurde, ist dieses bereits zurückgegeben. Auf Südwestafrika ist die Proklamation zwar theoretisch ausgedehnt, praktisch aber wird sie nicht angewendet. Die Union führt im Gegensatz zu andern kriegführenden Staaten nicht den Erlös aus dem feindlichen Eigentum der Wiedergutmachungskommission zu, zahlt aber mit Rücksicht auf ihre eigenen Finanzen auch keine Bar-entschädigungen an die Deutschen aus. Man hat eine andere Lösung gefunden: als Tag der Beschlagnahme gilt allgemein der 22. Juni 1916. Auf diesem Tag wird der Wert des Eigentums festgestellt und ihm werden 4 Prozent Jahreszinsen der ermittelten Summe zugerechnet. Der Gesamtbetrag der Ansprüche beträgt ungefähr 10 Millionen Lstr., davon werden zurückgehalten 500000 Lstr. zur Deckung von Forderungen südafrikanischer Gläubiger an deutsche Staatsangehörige, 500000 Lstr. Vermögen von Unionsangehörigen, das Deutschland angeblich noch im Besitz hat, 100000 Lstr. Schadensersatzansprüche der Union gegen Deutschland über Kriegshandlungen. Der Rest von 8900000 Lstr., der sich durch die Zinsen auf über 10000000 Lstr. erhöht, wird als Entschädigung zuerkannt, verbleibt aber auf längstens 30 Jahre der Verwaltung des Custodian. Die Empfangsberechtigten erhalten dafür Zertifikate der Union, die sich in Halbjahresraten mit 4 Prozent jährlich verzinsen werden, das Recht früherer Einlösung wird ausdrücklich festgestellt. Die Zertifikate dürfen 5 Jahre lang nicht veräußert werden, können jedoch zu bestimmten Bedingungen verpfändet werden, jeder deutsche Empfangsberechtigte muß einen Bevollmächtigten in Südafrika bestellen. Die Union will vor allen Dingen den Abfluß von Bargeld vermeiden. Die Verpfändung wird gestattet, wenn der Erlös zur Ausfuhr von Waren aus Südafrika verwendet werden soll.

Zu einer würdigen Protestkundgebung versammelten sich Männer und Frauen von Swakopmund am 1. September. Herr Stich sprach auf Grund der selbst von den Franzosen nicht abgelehnten Fälle über die schwarze Schmach im Rheinland, und Frau Cordes verlas dann eine Adresse, die einstimmige Annahme fand und späterhin General Smuts bei seinem Besuche vorgelegt wurde. Sie verdammt die schwarzen Greuel im Rheinland und bittet im Namen der Frauen Südafrikas, dem Rheinland zu helfen.

Nun hat endlich der Besuch des Generals Smuts in Südwest stattgefunden. Vorausgegangen ist ihm eine Rede des Generals Hertzog im Unionsparlament, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, der Besuch werde hoffentlich helfen, daß man

zu den Vorkriegszeiten zurückkehre. Die holländische Bevölkerung kenne die Gefühle der Deutschen in Südwesafrika genau, sie schätze die freundschaftliche Stimmung der Deutschen gegenüber den Buren, er hoffe, daß auch Smuts den Deutschen freundschaftliche Gefühle entgegenbringen werde, und daß er den Tag zeigen werde, da die deutsche Bevölkerung wieder alle Freiheit genießen werde. Die Deutschen sollten einsehen, daß die Union das Mandat gerecht und unparteiisch ausüben werde und auf den Tag hoffen, da sie wieder selbst über sich bestimmen könnten. Den Deutschen den Geist der Gerechtigkeit zu zeigen, sei auch das Interesse Südafrikas.

Vom 27. August bis 20. September dauerte dann die Reise des Premierministers, der von Minister Burton, Sir Hoy und dem neuen Gouverneur Mr. Hofmeyer begleitet war. Auf dem Bahnhof in Windhuk wurde der General vom Bürgermeister in deutscher Sprache begrüßt. Die Rede wurde alsbald ins Englische und Holländische übersetzt. Dann begrüßte ein Vertreter der britischen Handelskammer, der Vereinigung der Kameraden des großen Kriegs und der jüdischen Gemeinde den General. Smuts antwortete, er habe den Finanzminister und Eisenbahndirektor mitgebracht, um die wichtigen Probleme des Landes zu studieren. Er wandte sich besonders an die deutsche Bevölkerung, deren historisches Anrecht auf das Land, das sie mit vielen Opfern von Gut und Blut, sowie durch hervorragende Kulturtaten erworben hätten, er anerkenne. Einigkeit sei jetzt die Hauptsache. Smuts wurde dann bei seinem Besuch in der deutschen Schule mit dem Liede: „Wer hat dich du schöner Wald“ begrüßt. Er betonte, daß er keinen Unterschied zwischen holländischen, englischen und deutschen Kindern kenne und bat die Kinder, später für das Land ebenso zu arbeiten wie ihre Väter. Dann überreichten die Vertreter der Verbände des Schutzgebiets dem General eine Eingabe mit den Forderungen: Aufhebung des Kriegsrechts, keinen Anschluß an die Union, sondern nur Mandatsausübung durch diese, Zulassung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache und Freigabe der Einwanderung aus Deutschland, Selbstverwaltung und Beteiligung gewählter Vertreter in der Landesverwaltung. Aus der Zeitung sei zu ersehen gewesen, daß der britische Handelskommissar für Deutschland bezüglich der Einwanderung nach Südwesafrika gesagt habe, die Unionsregierung beabsichtige nicht, die deutschen Gemeinwesen bestehen zu lassen und daß deshalb keine neue Einwanderung zugelassen würde. Hier unterbrach General Smuts den Sprecher und sagte: „Kümmern sie sich nicht darum, was irgendwelche Leute sagen, Südwesafrika ist kein britischer Besitz, allein was ich sage, ist für die Union maßgebend!“ Der Sprecher der Verbände berührte den Mangel an weiblichem Hilfspersonal und an Ärzten, deren Einwanderung sofort zugelassen werden müßte, er forderte Aufrechterhaltung des deutschen bürgerlichen Rechts gegenüber dem rückständigen holländisch-römischen Recht. Von dem in der Union in eine Zwangsanleihe umgewandelten deutschen Gelde sollte ein Teil der südwesafrikanischen Landwirtschaftsbank in Form des Ankaufs von Pfandbriefen zur Verfügung gestellt werden. Der Redner wandte sich im besonderen gegen die Gleichstellung der auf niedriger Kulturstufe stehenden Schwarzen mit der weißen Bevölkerung. General Smuts nahm die schriftliche Eingabe, deren Hauptpunkte der Sprecher der Verbände nur berührte, entgegen und betonte, er werde nach Abschluß seiner Reise bei Rückkehr nach Windhuk seine Antwort geben. Er hob hervor, wie große Aussichten Südwesafrika als eines der größten Länder der Welt für Großviehzucht habe, hoffte, daß er viele der Wünsche der Bevölkerung befriedigen könne, wies auf die Schwierigkeiten der Lösung der

Eingeborenenfrage hin, da die Eingeborenen kulturell tatsächlich sehr weit hinter denen der Union zurückständen. Südwesafrika werde eine große Zuwanderung aus der Union zu erwarten haben und brauche sie auch, da nur aus Deutschland stammende Einwanderer sich erst langsam an Klima und Land gewöhnen und so die Entwicklung nur in langsamer Bahn vorwärts bringen könnten. Einer Abordnung der Windhuker Rechtsanwälte genehmigte sodann der Premierminister ohne weiteres die Zulassung von vier bisher abgewiesenen deutschen Rechtsanwälten. Er fuhr sodann nach Keetmanshoop, sprach dort in holländischer und englischer Rede, versammelte auch die Eingeborenenkapitäne um sich und ermahnte sie zum Gehorsam gegen die Weißen und zur Arbeit und setzte sodann seine Reise nach den übrigen Orten Südwests fort. In Marienthal antwortete der General auf die Ansprache des deutschen Vertreters, er sehe nicht ein, warum Südwesafrika deutschen Einwanderern verschlossen bleiben solle. So gebe es sehr viele unverheiratete Deutsche im Lande und es müßten viele deutsche Mädchen ins Land kommen, damit die Junggesellen heiraten könnten. Auch dürfe den deutschen Kindern der Unterricht in ihrer Muttersprache nicht verweigert werden. In Okahandja erklärte sich Smuts gegenüber deutschen Frauen als einen Gegner der Besetzung des Rheinlandes durch schwarze Truppen aus und versprach, sich dagegen zu wenden. Er nannte diese Besetzung einen „ungesunden Zustand“.

Soweit die Berichte der südwesafrikanischen Presse bis jetzt vorliegen, scheint der Besuch des Generals überall einen vorzüglichen Eindruck gemacht zu haben. Die Deutschen versprechen sich viele Erleichterung von dem Besuche, dem sie mit aller Offenheit ihre Klagen und Wünsche vortragen konnten und der mit viel Verständnis sie anhörte.

Kanada.

Verhinderung der Einfuhr deutscher Bücher. Mit der Bestimmung der Regierung, den in Mark ausgerechneten Zollobtrag mit 24 Cents für die Mark zu zahlen, also etwa dem Zehnfachen des Tageskurses, verhindert die Regierung die Einfuhr aus Deutschland fast mit gleichem Erfolge wie durch ein regelrechtes Einfuhrverbot, wie es z. B. die australische Regierung erlassen hat. Diese an sich schon schädliche Maßnahme verschlimmert dann noch die deutsche Ausfuhrverordnung. Da die erwähnte Zollbestimmung auch den von deutscher Seite festgesetzten Valutaausgleichszuschlag trifft, der seinerseits das Mehrfache des Nettobetrag für ein Buch beträgt, erreicht der Preis für ein deutsches Buch eine so phantastische Höhe, daß es zu einem seltenen Luxusgegenstand wird.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Mit dem Dampfer „Rotterdam“ ist Dr. Lieber, der Vorsitzende der Exekutive des Zentralkomitees für das Hilfswerk in Deutschland und Österreich, über Holland nach Deutschland abgereist, nachdem er noch ein paar Tage vorher dem Augustempfang der Quarter Collection beigewohnt und dort Herrn und Frau L. Sanne eingeführt hatte, die als Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes vor kurzem von Hamburg herüberkamen. U. a. war zu dem Empfang in der Quarter Collection der frühere amerikanische Handelsminister Chas. Nagel erschienen, der eine längere Ansprache in englischer Sprache hielt und darin erklärte, was mit großem Beifall aufgenommen wurde, daß die Welt überhaupt nicht ohne Deutschland existieren könne; ebensogut könne man einem Manne den rechten Arm abschneiden. Es ist jetzt eine Bewegung im Gange, die es sich zur Aufgabe macht, speziell eine Hilfstätigkeit für den notleidenden Mittelstand, Pensionäre usw. einzuleiten; diesem Zwecke dient auch insbesondere die Reise Dr. Liebers nach Deutschland.

Im Juni ist in den Vereinigten Staaten eine „Hilfsgesellschaft zur Unterstützung europäischer Wissenschaft und Kunst“ begründet worden, die insbesondere für Deutschland und Österreich Hilfe bringen will. Der an der Spitze des Komitees stehende, sehr eifrige Deutschamerikaner Dr. Hugo Lieber weilt zurzeit in Berlin und hat Ausfragern über sein Programm erzählt, daß insbesondere wissenschaftliche Gesellschaften bei der Herausgabe von Veröffentlichungen unterstützt werden sollten, daß wissenschaftliche Zeitschriften von internationaler Bedeutung und bleibendem Wert finanzielle Beihilfen bekommen und daß die deutschen Bibliotheken in Verbindung mit der Germanischen Gesellschaft von Amerika mit amerikanischen Büchern und Zeitschriften versorgt werden sollten. Solchen Beistand zu leisten seien augenblicklich nur die Vereinigten Staaten in der Lage. Dr. Lieber trat in Berlin auf Einladung des Roten Kreuzes mit führenden Persönlichkeiten in einer Aussprache in Verbindung und berichtete über die Absichten des amerikanischen Komitees. Er schlug die Begründung von Zentralkomitees in Deutschland und Österreich vor, innerhalb deren die einzelnen Wissenschaften organisierte Unterabteilungen bilden sollten, wodurch verhindert werden sollte, daß sich einzelne Personen direkt an das amerikanische Komitee wendeten. Kultusminister a. D. Exz. Schmidt wies auf die schwierige Lage der deutschen Wissenschaft und auf die Begründung der „Notgemeinschaft“ hin. Binnen 3 Jahren müßten 100 Millionen aufgebracht werden, ohne die ein bedenkliches Erlahmen der deutschen Wissenschaft notwendige Folge sein werde. Der Redner berichtete sodann über die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.“

Im „Roten Tag“ berichtet Henry F. Urban über das Erwachen der politischen Selbständigkeit der Deutsch-Amerikaner anlässlich der bevorstehenden Wahlen. Er schreibt, daß die Deutsch-Amerikaner nur von einem Gedanken erfüllt seien, Wilson eine Niederlage zu bereiten, in dem sie den Vassallen Englands und den Bedrücker und Aussauger Deutschlands sehen. Deshalb sind sie vor allen Dingen gegen den Kandidaten Cox, den sie nur als ein gefügiges Werkzeug Wilsons halten und sind auch mißtrauisch gegen Hardings, der zwar die Deutschen nicht beschimpft und für den Friedensschluß eintritt, dem man aber auch nicht über den Weg traut. Trotzdem werden viele deutsche Stimmen auf ihn fallen, sofern sie nicht aus Protest gegen die Engländerei in Amerika überhaupt auf den Sozialisten Debs sich vereinigen. Vor kurzem fand in Chicago ein Konvent verschiedener deutsch-amerikanischer Vereinigungen statt, bei dem deutliche und deutsche Worte fielen. Der Konvent verurteilte scharf Wilsons Unterdrückungspolitik und persönliche heimliche Kriegführung gegen Rußland, forderte, ihn in Anklagezustand zu versetzen, wenn er offen Krieg gegen Rußland zu führen wage und erhob Einspruch gegen die Schandtaten im besetzten deutschen Rheinlandgebiet. Eine besonders hervorragende Rolle spielte auf dem Kongreß der junge deutsch-amerikanische Dichter und Politiker George Sylvester Viereck, aus dessen Zeitschrift (Vierecks American Monthly) wir auch an dieser Stelle wiederholt Proben gegeben haben. Er vertrat eine Vereinigung Committee of 96 (jeder der 48 Staaten des Landes ist durch zwei Abgeordnete in dem Komitee vertreten!) und trat gegen den England-Amerikanismus und für wahren reinen Amerikanismus ein.

Mexiko.

Der Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko hat sich mit einem scharfen Protest gegen die Besetzung des Rhein-

lands durch schwarze Truppen an die Reichsregierung gewandt. Mit Grauen hätten die Deutschen in Mexiko die Nachrichten darüber gelesen, mit Wut und Scham erfüllten sie die Not- schreie gequälter Landsleute. Daß Schwarze deutsche Mädchen und Frauen vergewaltigen, verseuchten und verstümmelten, sei ein Hohn auf jede Kultur. Wohl ständen wir alle mit gebundenen Händen vor der schwarzen Seuche, aber so schmachlich könne kein Friedensvertrag sein, daß er die Ehre der Frauen der Willkür barbarischer Völker preisgebe. An die deutsche Regierung und an alle Welt richteten die Deutschen in Mexiko ihren Protest und die Bitte, alle möglichen Mittel so lange und so gründlich anzuwenden, bis Sühne für Geschehenes und Gewähr dafür erlangt sei, daß der Schrecken aufhöre.

Argentinien.

In Buenos Aires fand in der Deutschen Gesandtschaft auf Anregung des Geschäftsträgers Dr. Olshausen eine Besprechung statt, um umfangreiche Lebensmittelsendungen nach Deutschland zu organisieren, die amerikanischem Muster folgen. Die deutsche Reichsregierung befürwortet und unterstützt den Plan. Die beiden deutschen Banken von Buenos Aires geben einen Kredit von 50 000 Pesos, um die Frachtkosten zu decken und um ein Lebensmittellager in Hamburg zu errichten. Die Organisation wird dem deutschen Volksbund für Argentinien angegliedert und gibt Anweisungen für 20, 50 und 100 Pesos aus, die von den Angehörigen in Argentinien brieflich an die Verwandten und Freunde in der Heimat gesandt und diese von Hamburg aus in Waren eingelöst werden. Gesalzene Butter, Schweinefett, Speck, Mehl, Büchsenfleisch und kondensierte Milch sollen in erster Linie gesandt werden.

KLEINE NACHRICHTEN

Der deutsche Kaiser stiftete in Amerongen der Gemeinde ein Krankenhaus, zu dessen Einweihung er selbst erschien. Seinem Auto fuhr ein Auto mit Johannitern voraus. Als er das Krankenhaus betrat, wurde die Johanniterflagge gehißt. Der Kaiser übergab das Krankenhaus dem Johanniterorden und nahm dann gemeinsam mit den Gästen das Frühstück beim Grafen Bentinck ein. Bei der Rückfahrt wurde sein Auto in Amerongen wiederholt angehalten und die Bevölkerung überreichte ihm Blumen.

Heimatgedenken.

Der Stadt Stuttgart sind, wie Oberbürgermeister Lautenschlager in einer Sitzung des Gemeinderats mitteilte, aus der „Sammlung des Schwäbischen Wochenblatts“ in Neuyork bisher 150 000 Mk. zugeflossen. Zur Anschaffung von Nutzvieh in dem städtischen Betrieb Klein-Hohenheim sind weitere 100 000 Mk. von derselben Stelle überwiesen worden. Unter dem Beifall der Verammlung rief der Oberbürgermeister den Spendern ein herzliches „Vergelt's Golt“ zu.

Dr. Lieber, der als Vertreter des Zentral-Hilfskomitee von Neuyork zurzeit in Berlin weilt und dort Verhandlungen mit der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler pflog, hat der National-Stiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 1000 Kisten kondensierte Milch als Gabe überwiesen.

Für die Filialkirche in Raidwangen stiftete ein Sohn dieser Ortschaft, Wilhelm Menzler, der mit 16 Jahren nach Philadelphia auswanderte und nunmehr wieder zurückgekehrt ist, drei Glocken, die in Ohio gegossen sind und einschließlich der Überführungskosten einen Wert von 100 000 Mk. darstellen. Die Glocken wurden im Beisein des Stifters feierlich eingeweiht.

Der Stadt **Ulm** hat die Witwe eines in NeuYork verstorbenen **Ulmers**, Frau **Ida Köchel**, zum Andenken an ihren Gatten ein Kapital von 100 000 Mark zur Errichtung eines Kinderheimes zur Verfügung gestellt.

Jakob Schiff †. Mit Jakob Schiff, der plötzlich und unerwartet in NeuYork starb, ein Vermögen von 50 Millionen Dollars hinterließ und nach Ansicht amerikanischer Blätter ebensoviel während seines langen Lebens für wohltätige Zwecke spendete, ist ein Auslandsdeutscher von besonderer Machtfülle gestorben. Er war der Sohn eines kleinen jüdischen Kaufmanns in Frankfurt, hat seiner Vaterstadt Frankfurt stets ein treues Andenken bewahrt und für sie auch eine offene Hand gehabt. Er wurde ein führender Finanzmann in Amerika, wurde bekannt dadurch, daß er im russisch-japanischen Krieg die kleine finanzschwache Inselmacht finanzierte und gegen das judenfeindliche Rußland stützte, trat bis zur Kriegserklärung Amerikas stets für Deutschland ein, von dem er sich freilich dann unter dem Druck der öffentlichen Meinung lossagte, um nach Friedensschluß wieder etwas deutschfreundlicher zu werden. Er war ein Freund Roosevelts und anfangs ein Freund, später aber ein energischer Gegner Wilsons. Mit seiner Person verknüpft sich ein gut Teil der amerikanischen Finanz- und wirtschaftlichen Entwicklungsgeschichte.

KIRCHE UND MISSION

Kaiserswerther Generalkonferenz. Die zur Kaiserswerther Generalkonferenz verbundenen Mutterhäuser hielten am 24. und 25. August 1920 zum erstenmal nach dem Kriege ihre Tagung in Kaiserswerth ab. Außer den deutschen Häusern waren fünf holländische, fünf schweizerische und je ein österreichisches, finnländisches, schwedisches und norwegisches Diakonissenmutterhaus vertreten. Ein Begrüßungstelegramm des deutschen Diakonissenhausgeistlichen aus Philadelphia in den Vereinigten Staaten betonte die die Völker der Welt in der dienenden Liebe einigende Bedeutung der Konferenz.

Im Anschluß an die Konferenz fand die dritte Konferenz des Kaiserswerther Verbandes deutscher Diakonissenmutterhäuser statt. Das Kaiserswerther Mutterhaus enthält zahlreiche Schwesternstationen im Ausland, besonders in den Mittelmeerländern.

Evangelische Kirchengemeinde Davos. Der vorliegende Jubiläumsbericht für die Zeit vom 1. Mai 1919 bis zum 30. April 1920 stellt erfreulicherweise fest, daß die Gemeinde nach den schweren Nöten der letzten Zeit einen neuen Anfang zu gedeihlicher Entwicklung gemacht hat. Die Zahl der Mitglieder hat sich vergrößert, die Einnahmen, die fast restlos für Wohltätigkeitszwecke aufgebraucht wurden, waren befriedigend. Als Nachfolger des verstorbenen D. Hauri trat Pfarrer v. Oettingen seinen Dienst als Seelsorger an. Dieser galt nach nunmehr beendeter Heimkehr der Internierten hauptsächlich den durchschnittlich 600 deutschen Kindern, die zu Erholungszwecken aus dem Reiche nach Davos geschickt wurden. Für diese veranstaltete die Gemeinde neben Kindergottesdiensten Bibelstunden und Konfirmandenkurse. Weihnachten 1919 wurde in der Kirche St. Johann eine eindrucksvolle Christfeier gehalten. Außerdem veranstaltete die Gemeinde in Form geselliger Zusammenkünfte „Schwesternabende“ für das Personal der Gesandtschaftsheimen und ließ durch ihren Geistlichen Vorträge an den sogenannten „Freundinnenabenden“ der 25–40 Damen halten, die sich der Liebestätigkeit für die deutschen Kinder in den Gesandtschaftsheimen widmen. Auch der wohlgelungene erste Versuch eines

„Gemeindeabends“ wurde gemacht. Darüber hinaus war der Pfarrer durch seelsorgerische Besuche innerhalb der Kurgemeinde sehr in Anspruch genommen.

Das Sanatorium der Gemeinde, das „Alexanderhaus“, hat in der Berichtszeit bei 168 Insassen 11 653 Verpflegungstage aufzuweisen. Erwähnenswert ist schließlich noch, daß die für jenes Haus sowie auch für die Kurgäste berechnete Gemeindebücherei neugeordnet und vermehrt wurde.

Lodz. Das Gartenfest zu Gunsten des Baues der Sankt Mathäikirche am 8. August, das die drei Lodzer Kirchengesangsvereine Äol, Cantate und Zoar veranstalteten, ergab an Gesamteinnahmen über 95 000 Mark, denen 42 000 Mark Ausgaben gegenüber standen, so daß eine Reineinnahme von über 53 000 Mark verblieb. Der große Erfolg ist hauptsächlich der eifrigen Tätigkeit des Herrn Pastor Dietrich zu verdanken, der den Gedanken der Veranstaltung anregte. Zu dem Ergebnis kommen noch die schon erwähnten Sammlungsergebnisse des Festtages, 10 500 Mark sowie über 2000 Mark, die bei dieser Gelegenheit fürs polnische Rote Kreuz gesammelt wurden.

Rotterdam. In der deutschen Kirche wurde ein neuer deutscher Seemannspastor in sein Amt eingesetzt, Herr Hilfsprediger Riehn, der sich mit einer Predigt einführte.

Der erste Pilgerzug aus Deutschland ist am 23. Oktober wieder in Rom eingetroffen. Er stand unter der Führung des Erzbischofs Schulte von Köln, war 150 deutsche Pilger stark und wurde vom Papst empfangen.

Von der deutschen Kirche in Beßarabien. In Tarutino fand am 1. August eine bedeutsame Tagung statt: Es tagte die verfassunggebende Kirchenversammlung der evang.-lutherischen Landeskirche Beßarabiens, die nach einem feierlichen Eröffnungsgottesdienst vom Konsistoriumspräsidenten, Pfarrer Haase, im Gymnasium eröffnet wurde. Dr. Flemmer wurde zum Präsidenten gewählt. Pfarrer Haase berichtete über die bisherige Entwicklung der Kirchenfragen in Beßarabien und schilderte, wie die Kirche nach der Lostrennung Beßarabiens von Rußland führerlos blieb, wie sich das stark fühlbar machte, bis dann das zeitweilige Konsistorium begründet wurde, das eine neue Kirchen- und Synodalverfassung ausarbeitete, die nun zur Vorlage kam. Die „Kirchengemeinde- und Synodalverfassung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Beßarabiens“ wurde darauf durchgesprochen und eingehend beraten und sodann die Zusammenarbeit mit der evangelischen Landeskirche Siebenbürgens besprochen. Es wurde beschlossen, sich mit der siebenbürgischen Landeskirche unter voller Wahrung der Selbstverwaltung vertragsmäßig zu einer kirchlichen Einheit zusammenzuschließen. Mit diesem Beschlusse, dessen Ausführung dem Konsistorium übertragen wurde, das später darüber berichten soll, ist ein bedeutender Schritt zum Zusammengehen des Deutschtums aller Teile Großrumäniens geschehen. Das zeitweilige Konsistorium bleibt bis zur Durchführung der neuen Regelung im Amte, Neuwahlen werden erst später vorgenommen. Gäste aus Siebenbürgen wohnten den Beratungen bei.

Auf dem Wege zur Groß-Rumänischen evangelischen Landeskirche. Mitte September weilten beßarabische Gäste in Hermannstadt. Die Herren Pastor Haase, Sekretär Erdmann und Dr. Flemmer aus Tarutino verhandelten mit dem siebenbürgischen Landeskonsistorium über den Anschluß der beßarabischen Kirche an die siebenbürgische Landeskirche. Das Ergebnis war befriedigend. Ein Vertrag wurde aufgesetzt und unterschrieben, der den Anschluß der beßarabischen an die siebenbürgische Landeskirche ausspricht. In inneren Fragen behält die beßara-

bische Kirche volle Selbständigkeit, wie auch ihre Synode und ihr Konsistorium bleiben. In Fragen der äußeren Vertretung wird sie sich der gemeinsamen Landeskirche unterstellen. Sie entsendet in das Landeskonsistorium, vorläufig mit beratender Stimme, ein geistliches und ein weltliches Mitglied und in die Landeskirchenversammlung 4 geistliche und 10 weltliche Mitglieder. Das gemeinsame Oberhaupt der vereinigten Kirche wird der Bischof der siebenbürgischen Landeskirche werden.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Von der deutschen Schule in der Tschechoslowakei. Ein paar kurze Zahlen beweisen mehr als alle Reden und Artikel: Bis zum 1. August des Jahres 1920 wurden in der Tschechoslowakei 614 deutsche Schulklassen und 35 deutsche Schulen geschlossen, bis Anfang September verfielen weitere 140 Klassen diesem Schicksal. Neuerrichtet wurde weder eine deutsche Schule noch eine deutsche Schulklasse. Dagegen wurden seit dem Umsturz neuerrichtet 460 neue tschechische Schulen und 700 Klassen, vorwiegend im deutschen Sprachgebiet.

Buenos Aires. Die Vereinigung ehemaliger Schüler der Deutschen Schule Buenos Aires beging am 21. August ihr erstes Stiftungsfest, dessen starker Besuch für die Sympathien sprach, die die junge Vereinigung sich in der deutschen Kolonie bereits erworben hat. Der Vorsitzende, Herr Jecheln, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die schnell wachsende Mitgliederzahl nicht nur dem Zusammengehörigkeitsgefühl der ehemaligen Zöglinge der Schule, sondern auch der Vielseitigkeit der Vereinigung zu danken sei, die allen Geschmacksrichtungen Rechnung trägt. Neben literarischen, wissenschaftlichen und musikalischen Abenden pflegt sie Tanz, Spiel und Sport und stellt ihren Mitgliedern eine reichhaltige Bücherei zur Verfügung.

Alle möglichen musikalischen und theatralischen Darbietungen sowie ein Festball sorgten für fröhlichen Verlauf der Veranstaltung.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Der Leipziger Thomanerchor gab in Kopenhagen in der übervollen Frauenkirche sein erstes Konzert, das von Publikum und Presse begeistert aufgenommen wurde. Der Chor reist nach Stockholm und Kristiania weiter und kehrt über Kopenhagen zurück. Musikliebende dänische Kreise nahmen die Mitglieder des Chors unentgeltlich als Gäste bei sich auf, da die Hotelkosten die ganze Reise sonst für den Chor unmöglich gemacht hätten. Merkwürdig und ganz bezeichnend ist eine Mitteilung, daß zwar die gesamte dänische Presse zum Konzert eingeladen war, die Vertreter der deutschen Zeitungen aber bei den Einladungen übergangen worden seien.

Ein deutsches Gastspiel in Prag veranstaltete das Berliner Kleine Theater unter Dr. Altmanns Leitung. Gegeben wurde die „Pfarrhauskomödie“ des verstorbenen modernen Dichters Lautensack, die bekanntlich in Deutschland nicht unbestritten über die Bretter ging, in Prag aber widerspruchlos aufgenommen worden zu sein scheint. Der Beifall für die deutschen Künstler war groß. Auch nationalistische Störungen scheinen sich nicht ereignet zu haben. Das Gastspiel fand in Brünn seine Fortsetzung.

Der Wiener Gelehrte und Universitätsprofessor, der in Koblenz geborene Dr. Hugo Salomon, hat sich nach Buenos Aires begeben, um dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen. Er war Assistent Quinckes und von Noordens in Marburg und Frankfurt und wurde 1906 von Noorden als Assistent mitgenommen, als dieser Notnagels Nachfolger in Wien wurde. Bekannt geworden

sind seine Versuche in Kochkursen, die Ärzte selbst die Diätspesen herstellen zu lassen. Er war auch einer der Hauptvorkämpfer für Tier- und Landschaftsschutz. Er machte viel Studienreisen nach Ceylon, Sumatra und Südamerika.

Freiherr von Hübel, Feldmarschälleutnant a. D. und Dr. ing. h. c., der frühere Leiter des militärgeographischen Instituts, der Forscher und Offizier ersten Ranges zugleich ist, verläßt Wien, um „aus wirtschaftlichen Gründen“ die Leitung des militärgeographischen Instituts in Rio de Janeiro zu übernehmen. Er ist einer der bedeutendsten Forscher auf photographischem, reproduktionstechnischem und meßtechnischem Gebiete.

Hermannstadt. Friedrich Walbaum, Kurator der evangelischen Landeskirche Siebenbürgens, Obergespan und Sachsengraf, ist von der Leipziger theologischen Fakultät zum Doktor der Theologie ehrenhalber ernannt worden.

Das deutsch-italienische Austauschgaspiel findet im Frühjahr 1921 statt, doch in etwas anderer Form, als wir ursprünglich mitteilten. Eine Schweizer Agentur hat die Verträge zustande gebracht, wonach im Mai 1921 die Berliner Staatsoper in Mailand und Rom spielen wird, während die Mailänder Scala gleichzeitig im Berliner Opernhause gastieren soll.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Wir haben jüngst von der Deutschen Zeitung in Tondern berichtet, an der der tapfere Vertreter des Deutschtums, Pastor Schmidt, tätig ist. Ein kleiner Druckfehler ist in jener Notiz richtigzustellen, der von erheblicher Bedeutung ist. Es handelt sich nämlich nicht um eine neue „Tondernsche Zeitung“, sondern um die „Neue Tondernsche Zeitung“. Das „Neue“ gehört also mit zum Namen. Würde nämlich jemand die „Tondernsche Zeitung“ bestellen, so bekäme er ein Blatt, das ganz im Gegensatz zu der „Neuen Tondernschen Zeitung“ dem Dänentum Vorgespanndienste leistet. Reichsdeutsche bestellen aber am besten die „Süd-Tondernsche Zeitung“ in Nibüll zu 12 Mark vierteljährlich, die unter diesem Kopf mit dem gleichen Inhalt erscheint. Denn die „Neue Tondernsche Zeitung“ ist eine Auslandszeitung und würde ungefähr 40 Mark vierteljährlich infolge der Valuta kosten.

Riga. Ein evangelisch-lutherisches Kirchenblatt für die deutschen Gemeinden Lettlands erscheint hier neu. Herausgeber ist Oberpastor Poelchau. Das Blatt will wöchentlich herauskommen und sich weitere Ziele stecken als das bisherige „Rigenser Kirchenblatt“. Es will den Mittelpunkt des deutschen Kirchenwesens, Riga, und die im Lande verstreuten kleinen und kleinsten Gemeinden verbinden und in Zusammenhang bringen. Durch die freigebige Hilfeleistung amerikanischer Lutheraner, die über das Fehlen eines deutschen derartigen Organs aufs höchste erstaunt waren, ist die materielle Basis für das in diesen Zeiten ja gewaltig teure Blatt geschaffen worden. Das neue Blatt wird im Vierteljahres-Abonnement 37,50 Rubel kosten.

„Der Volksbote“ in Sombor (Jugoslawien) stellt mit der Nummer 12 des ersten Jahrgangs sein Erscheinen ein. Aus der letzten uns vorliegenden Nummer geben wir als Probe den Anfang eines Konzertberichts: „Der vorige Woche am Donnerstag hielten die zwei Deutch-Kinder in Sombor einen lebhaften besuchten klassischen Konzert. Die zwei Kinder Nikolaus und Rozsika Deutch gab uns durch ihr wunderschöne Leistung die wohlgepflegte Erwartung. Das präzise, was sie uns ohne Notten zu geben gekannt haben, verspricht die schönsten Hoffnungen in Erfüllung tragen zu wollen.“ In seinem Abschiedswort an die Leser sagt der Schriftleiter von seiner Arbeit:

„Als ich dazumal mit dem Batchkaer Volksblatt der Öffentlichkeit vorrückte, war es nicht der Ehrgeiz, der mir die Feder in die Hand gegeben hat. Nein, ich wollte mir bloß eine Arbeitsgelegenheit verschaffen, dieselbe auch den Plattform meiner eigener Gesinnung decken kann, welche sich soweit lohnen wird, mir das alltägliche Brot zu bringen, da ich doch das Blatt in allen Teilen selber angefertigt habe.“ Schließlich heißt es zum Abschied: „Meine Herz ist durch meinem Blatt an meine Leser gewachsen und wird dem Scheiden heiße Tränen widmen.“ Fürwahr, deutsche Lehrerseminare und deutsche Schulen im Ausland haben noch Arbeit genug!

VOM BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Vom Bund.

Abteilung Frankreich. Die Landesverbände und Ortsgruppen werden gebeten, ihre Mitglieder darauf hinzuweisen, ihre Anträge auf Rückgabe von persönlichen Gebrauchsgegenständen, Gegenständen von geringem Werte und Familienandenken auf den zur Verteilung gelangten Formularen A und B nurmehr unverzüglich einzureichen. Es wäre ratsam, wenn sie die Presse zur Bekanntmachung dieser Anordnung zu Hilfe nehmen wollten. Die im Interesse der Deutschen aus Frankreich in Paris eingerichtete Geschäftsstelle muß nun Dispositionen über den Rücktransport der Gegenstände treffen können und natürlich orientiert sein, in welchem Umfange entsprechende Maßnahmen (Waggonbeschaffung usw.) zu treffen sind. Die Anträge müssen also in aller kürzester Zeit eingereicht werden.

Von den Ortsgruppen.

Flensburg. In der Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß von den eingereichten Schadensersatzansprüchen des Landesverbandes Nordwestdeutschland bereits 80 % den Spruchkommissionen zur Erledigung überwiesen seien. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Lage des Auslandsdeutschtums. Sodann wurde Herrn Stadtrat Holm zum Dank für seine zum Wohle der Auslandsdeutschen geleisteten Dienste die Ehrenmitgliedschaft übertragen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Die Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz kamen am 25. Juli in Olten zur 56. ordentlichen Jahresversammlung zusammen. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Meyer, Zürich, entwarf bei dieser Gelegenheit ein klares, wenn auch nicht durchweg erfreuliches Bild von der Finanzlage der Deutschen Hilfsvereine und der Zukunft ihrer Fürsorgemöglichkeit. Das Ausbleiben der früher geleisteten Hilfe des Reiches macht sich bemerkbar. Dazu muß die Not in der Schweiz, die bisher zum großen Teil durch staatliche Mittel der Reichsnothilfe behoben werden konnte, allein durch die Hilfsvereine bekämpft werden, die auf die Ergebnisse ihrer Geldsammlungen angewiesen sind. Der Vorsitzende betonte, daß darnach gestrebt werden müsse, vom Auswärtigen Amt nach wie vor die notwendige pekuniäre Unterstützung zu erhalten.

Um den ehemaligen Kriegsteilnehmern, die ohne Rente entlassen sind und die weder vom Hilfsbund noch von der sozialen Fürsorgestelle bei der Gesandtschaft entsprechend den Grundsätzen und Richtlinien dieser Organisationen weiter unterstützt werden können, die notwendige Hilfe zuzuwenden, hat der Hilfsbund in seiner am 24. Juli stattgefundenen Hauptversammlung dem Vorort der Deutschen Hilfsvereine einen entsprechenden größeren Betrag vorschauweise zur Verfügung gestellt. Der

Vorort soll jedoch bestrebt sein, das Deutsche Reich zur Rück-erstattung dieses Betrages zu veranlassen.

Auf der Versammlung kam u. a. auch der vielfach erörterte Plan, die Hilfsvereine und den „Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz“ zu verschmelzen, da die Gemeinsamkeit in personeller und örtlicher Beziehung sich bereits in verschiedenen Schweizer Städten gut bewährt habe, zur Diskussion. Diese ergab jedoch, daß ein völliges Ineinanderaufgehen der beiden Organisationen nicht als zweckmäßig betrachtet wurde, da die zu verschiedenen Arbeitsgebiete eine getrennte Kassenerführung notwendig erscheinen ließen.

Die Frage der Deutschen Nothilfe, die in Zürich bereits durchgeführt wurde, empfiehlt der Vorsitzende den Vertretern der anwesenden Vereinigungen zur erneuten und wohlwollenden Erwägung.

Ein Vorstandsmitglied des Deutschen Altersheims Pieterlen gibt den Bericht über die letztjährige Tätigkeit des Altersheims.

Für das Jahr 1920/21 wurde Zürich einstimmig zum Vorort gewählt.

Die nächste Hauptversammlung soll auf Antrag des Deutschen Hilfsvereins Chur gelegentlich dessen 50 jährigen Bestehens möglichst in Chur abgehalten werden.

Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz. Die Hauptversammlung für das Kalender- und Berichtsjahr 1919 fand am 27. Juli unter Leitung des Vorsitzenden der Hauptstelle, Herrn Langensiepen, in Olten statt. 47 Gruppenvertreter nahmen an ihr teil. Dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung lag nachstehende Resolution zugrunde:

„Die Hauptstelle des Hilfsbundes bringt die bereits mit dem Vorort der Deutschen Hilfsvereine aufgenommenen Verhandlungen über die bei der letztjährigen Hauptversammlung angeregte Arbeitsgemeinschaft zwischen Hilfsbund und Deutschen Hilfsvereinen ehestens zum Abschluß. Die Gemeinsamkeit der Arbeiterledigung durch eine Personal- und Lqkal-Union hat den Aufgabengebieten beider Fürsorgeverbände sowie ihrem verschiedenartigen Ausbau Rechnung zu tragen, so daß nach wie vor eine Trennung des Fürsorgebereichs und des Kassenswesens bestehen bleibt. Die Versammlung erhofft dadurch eine Vereinheitlichung der Fürsorgetätigkeit in der Schweiz neben einer angemessenen Verringerung der allgemeinen Unkosten.“

Da nach Fortfallen der staatlichen Unterstützung infolge der geringen Mittel der Deutschen Hilfsvereine den Kriegsteilnehmern in einer Reihe von sogenannten Grenzfällen nicht genügend geholfen werden kann, soll der Vorort der Deutschen Hilfsvereine gebeten werden, mit Unterstützung der Deutschen Kolonie in der Schweiz bei den zuständigen Reichsstellen genügende Mittel anzufordern. Um aber die augenblickliche Notlage zu beheben, werden dem Vorort vom Hilfsbund vorschauweise bis 50 000 Franken übergeben, die nach besondern, durch eine zu wählende Kommission festzulegenden Richtlinien zur Verwendung gelangen.“

Zürich. Deutscher Männergesangsverein. Am 10. Oktober feierte der Verein in den Räumen der Tonhalle sein 30 jähriges Stiftungsfest. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich durch Rückkehr von etwa 100 Wehrleuten derart gehoben, daß an ein großes Festkonzert gedacht werden konnte. Besonders hervorzuheben ist die Mitwirkung des Gesangsvereins „Liederkrantz“ aus Konstanz, der mit 170 Mitgliedern nach Zürich kam.

Dorpat. Eine Akademische Muße wurde hier am 17. Sept. begründet. Herr Probst Grünert leitete die Verhandlungen und teilte mit, daß die Satzungen die gesetzliche Genehmigung ge-

funden hätten. Zum Präses wurde Professor Dehio gewählt. 150 Mitglieder haben sich angemeldet. Vom Gartenfest im Handwerkerverein wurden der Muße 18000 Mark, die Hälfte des Reinertrags, geschenkt, um wohlfeile oder kostenlose Mittagessen zur Verfügung zu stellen.

Reval. Eine Deutsche Unterstützungsgesellschaft in Estland wurde am 21. September begründet, nachdem die Satzungen vom Staate genehmigt waren. Die Gesellschaft will in erster Linie die Familien gefallener oder verwundeter deutscher Krieger unterstützen und, wenn die Mittel reichen, auch sonst helfend eingreifen, wo es nötig wird. Durch den Stifterausschuß sind zwei Fuhrgeschäfte in Gang gebracht worden, deren eines in Reval, das andere in Wesenberg arbeitet, ferner eine Konsumhandlung. Monatlich werden vorläufig 8500 Mark verteilt. Zum Präsidenten des Kuratoriums wurde Oberst von Weiß gewählt.

Kristiania. Der deutsche Kindergarten schloß zwar im Geschäftsjahr 1919/20 bei 1200 Kronen Einnahmen und 2600 Kronen Ausgaben mit einem Fehlbetrag ab, besitzt aber immer noch ein kleines Vermögen. Die Höchstbesucherzahl waren 20 Kinder im November 1919, die geringste Zahl Zöglinge wies der Juni mit nur 5 Kindern auf, die norwegischen Kinder waren in der Mehrzahl. Da hierbei aber das Ziel der Erziehung deutscher Kinder in deutscher Sprache und deutschem Spiel leidet, soll im nächsten Jahre mehr auf den Besuch deutscher Kinder gesehen werden. Es wurde in der Generalversammlung allgemein die Begründung einer deutschen Schule in Kristiania gefordert und angeregt, daß der Zentralausschuß diese Schule in sein Programm aufnehmen solle. Vom Zentralausschuß wurde ein Komitee zur Behandlung der Frage eingesetzt. Zwei Klassen kommen ziemlich sicher zustande.

Buenos Aires. Im deutschen Hospitalverein wurden im Jahre 1919 bei einer Einnahme von \$ 378 000, denen \$ 317 000. — Ausgaben gegenüberstanden, 547 Kranke, darunter 416 Deutsche, kostenlos behandelt. Insgesamt erreichte der Verein 54 500 Verpflegungstage gegen rund 46 100 im Vorjahre.

Buenos Aires. Der Deutsche Kriegerverein beging am Tage der Schlacht von Sedan sein 25. Stiftungsfest, zu dessen Feier sich auch der deutsche Geschäftsträger mit zahlreichen Gästen in den festlich geschmückten Räumen der „Germania“ einfand.

Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Jaekel, wies auf die trüben Verhältnisse in unserem Vaterlande hin, dem es doppelt not tue, daß die Deutschen im Auslande ihm die alte Treue halten. Besonders gedachte er der im Weltkriege gefallenen Mitglieder des Vereins, deren Namen auf einer von Grün umgebenen Ehrentafel verzeichnet waren. Der gemeinsame Gesang des alten Lutherliedes „Ein' feste Burg ist unser Gott“ schloß sich an.

Herr Swart ging in seiner Festrede davon aus, daß trotz des festlichen Anlasses der Zusammenkunft keine rechte freudige Stimmung aufkommen wolle, da sich die Hauptgedanken vor allem nach dem deutschen Vaterlande richteten, dessen Volk nach vierjährigem Heldenkampfe, geknechtet und geknebelt durch Hungerbanden und Feindesketten, noch blutend aus Millionen Wunden und trauernd um Millionen seiner Söhne, dahinsieche. Der Redner gab einen ausführlichen Überblick über die Geschichte des Vereins, der auch heute noch seine vornehmste Aufgabe darin erblicke, echte Kameradschaft und echte Vaterlandsliebe zu pflegen, die stark erhält im Glauben an unsere deutsche Zukunft.

„Wir schaffen in starkem Entsagen
Für eine kommende Zeit, —
Wir haben dem Kämpfen und Wagen
Für den werdenden Tag uns geweiht,
Aber brausend dabei unser Herz durchzieht
In gewaltigen Klängen das Zukunftslied.“

Tiefen Eindruck machten die Worte: „Lassen Sie uns auch heute wieder geloben, treue Deutsche zu bleiben. Lassen Sie uns alle, jeder an seinem Platz und nach bestem Vermögen, mitarbeiten zur Förderung und Stärkung unseres Deutschtums hier im Auslande. Lassen Sie uns vor allem den mannhaften Glauben nie wankend werden an Deutschlands Zukunft, wie ihn so herrlich die Friesen und die Preußen bei den Abstimmungen unter den drückendsten Verhältnissen bewiesen haben.“ Stehend sang die Versammlung im Anschluß an das Gelöbniß: „Deutschland Deutschland über alles.“

Als besondere Auszeichnung wurden an zehn alte verdiente Mitglieder, die zum Teil die Gründung des Vereins noch miterlebt haben, silberne Gedenknadeln verteilt. Außerdem wies Herr Swart darauf hin, daß geplant sei, auf dem deutschen Friedhof den im Weltkrieg für die alte Heimat gefallenen Deutschen aus Argentinien ein Kriegerdenkmal zu errichten.

Es wurden sodann noch einige Filme vorgeführt, darunter die berühmten „Möwe“-Filme.

Die „Deutsche La Plata-Zeitung“ schreibt: „Der Deutsche Kriegerverein hat mit seiner 25jährigen Jubelfeier jedenfalls gezeigt, daß er und die großen und schönen Gedanken, die er vertritt, trotz aller Ungunst der Zeiten ihre Lebenskraft behalten haben. Wir wünschen ihm von Herzen weiteres Blühen und Gedeihen!“

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Am Seminar für orientalische Sprachen in Berlin hält der außerordentliche Professor an der Universität in Berlin, Herr Dr. Julius Richter, eine Vorlesung über das Auslandsdeutschtum und Auswanderung einstündlich wöchentlich.

Nachdem die Wolgakolonisten sich im Reiche einen Verein und eine feste Organisation geschaffen haben, wollen nunmehr auch die Kolonisten aus Wolhynien an den Zusammenschluß denken. Pastor Rink aus Heimthal fordert in Verbindung mit den Pastoren Althausen und Grunwald dazu auf und will an die Adresse des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21, Wünsche und Ratschläge mitgeteilt haben.

Breslau. An der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität hat sich ein Ausschuß gebildet, der die Begründung einer Vereinigung der auslanddeutschen Studierenden vorbereiten soll. Die Vereinigung ist im Oktober ins Leben getreten und hat sich den schon bestehenden Vereinigungen auslanddeutscher Studierenden an deutschen Hochschulen angeschlossen.

München. Invaliditäts- und Altersfürsorgevereinigung der Flüchtlinge, Internierten und Auswanderer. Bei Gelegenheit der Generalversammlung des Bundes der Auslandsdeutschen in Eisenach kam es zwischen Mitgliedern aus verschiedenen Gauen zu einer Verständigung bezüglich der Organisation einer Vereinigung, die unter anderem Reich, Bundesstaaten und Gemeinden veranlassen will, für eine geordnete Hilfe und Zufluchtsstätten für diejenigen Flüchtlinge und Internierten zu sorgen, bei denen mit dem Wiederaufbau einer Existenz nicht mehr zu rechnen ist; ferner den Ausbau dieser Einrichtung

betreiben will zu einer zwangsweisen Versicherung der Auswandernden und einer fakultativen der Ausgewanderten. Die Folge der Verabredung war die Gründung der Invaliden- und Altersfürsorgevereinigung der Flüchtlinge, Internierten und Auswanderer in München. Der Vorstand ist ein provisorischer, er soll erst nach Bildung einer Anzahl von Ortsgruppen ein definitiver werden, und zwar aus einer Wahl durch die Vertreter der Gruppen hervorgehen. Die Adresse ist: München 2, Schließfach 66.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

In einer kleinen Anfrage (Nr. 262) erkundigt sich nun auch der Abgeordnete Mickeler nach der Frage der 100 000 Milchkühe, die angeblich von deutschamerikanischen Farmern zur Verfügung gestellt worden seien, deren Einfuhr das Ernährungsministerium aber verboten habe.

Der Minister des Auswärtigen beantwortet die kleine Anfrage des Herrn Dr. Philipp über die Versteigerung deutschen Eigentums in Frankreich dahin, daß die Veröffentlichungen im „Journal officiel“ keine Ankündigungen von Auktionen, sondern vielmehr eine Bekanntmachung der am zuständigen Orte gestellten Anträge auf Einleitung der Liquidation seien. Dagegen ist es dieser Antwort zufolge richtig, daß trotz aller Bemühungen sehr häufig Versteigerungen stattfinden, ohne daß die betroffenen Deutschen von deren Termin vorher Kenntnis erhalten. Es heißt in der Antwort dann weiter:

„Im Frühjahr d. J. ist mit der französischen Regierung eine Verständigung getroffen worden, wonach deutsche Reichsangehörige den Antrag stellen können, bei der Versteigerung ihres beweglichen und ausnahmsweise auch bei der Versteigerung ihres übrigen Eigentums zum Mitbieten zugelassen zu werden. Diese Anträge sind bei einem besonderen in Paris eingerichteten Büro, der „Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in Frankreich, Avenue Malakoff 146“, einzureichen und werden von dort an die zuständige französische Stelle weitergeleitet. Die Anträge werden sodann von den französischen Behörden geprüft. Diese teilen der deutschen Geschäftsstelle ihre Entscheidung und gegebenenfalls rechtzeitig das Datum der Versteigerung mit. Zugleich wird der deutschen Geschäftsstelle bekanntgegeben, ob der deutsche Beteiligte ohne Unzuträglichkeiten, insbesondere für ihn selbst, persönlich zur Versteigerung erscheinen kann. Eine weitergehende Berücksichtigung der deutschen Interessen hat sich bei den Verhandlungen mit der französischen Regierung leider nicht erreichen lassen. Es ist zu bedenken, daß der Friedensvertrag den deutschen Beteiligten in dieser Hinsicht keinerlei Rechte zugesteht.“

Es besteht also deutscherseits nicht etwa ein Anspruch auf rechtzeitige Veröffentlichung oder Bekanntgabe aller Versteigerungstermine. Nur wenn ein Deutscher auf seinen Antrag zum Mitbieten zugelassen worden ist, worüber die französischen Behörden nach freiem Ermessen entscheiden, ist die französische Regierung verpflichtet, der deutschen Geschäftsstelle das Datum der Versteigerung rechtzeitig mitzuteilen.

Gleichwohl hat die deutsche Geschäftsstelle die französischen Behörden wiederholt ersucht, ihr die Termine auch aller anderen Versteigerungen anzuzeigen. Französischerseits ist man auch grundsätzlich nicht abgeneigt, in diesem Punkte Entgegenkommen zu zeigen. Doch ist bei den zahllosen Fällen in Frankreich und den Kolonien eine allgemeine und rechtzeitige Benachrichtigung bisher nicht durchzuführen gewesen. Da es der deutschen Geschäftsstelle nicht möglich ist, die Termine von sich aus zu er-

mitteln, wird nach wie vor versucht, im Wege der Verständigung eine Lösung zu finden. Besprechungen hierüber sind noch im Gange.

Gegen Verschleuderungen deutschen Eigentums ist von der deutschen Geschäftsstelle wiederholt Einspruch erhoben worden. Auch hat sie angeregt, durch geeignete Ausstellung und Reinigung der Sachen höhere Kaufpreise zu erzielen. Da aber Deutschland ein Recht auf amtliche Überwachung der Versteigerungen nicht hat, kommt nur eine Überwachung durch die deutschen Interessenten selbst in Frage, soweit diese auf ihren Antrag von den französischen Behörden zum Mitbieten zugelassen werden. Die französische Regierung hat selbst ein Interesse an der Erzielung hoher Preise. Sie hat auch in bestimmter Form versichert, daß sie sich energisch der Angelegenheit annehmen und für die Verhinderung der Verschleuderung sorgen werde.“

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Hoffmann, beim Rückzug aus Belgien seien von der Deutschen Bank Kriegsanleihezeichnungslisten zurückgelassen worden, die von den Belgiern dazu benutzt worden seien, über die naturalisierten Belgier, die gezeichnet hatten, schwere Strafen zu verhängen, hatte der Reichsaußenminister geantwortet, es handle sich hier um belgische Staatsangehörige, zu deren Gunsten nach völkerrechtlichen Grundsätzen das Reich nicht einschreiten könne. Die Ansicht wird in einer Zuschrift an uns als nicht ganz richtig bezeichnet. Die Zeichnung von Kriegsanleihe hatte dieser Zuschrift zufolge den Nachteil auch für die Reichsdeutschen in Belgien, daß einmal die Erteilung von Erlaubnis zur Rückkehr verzögert wurde und ferner den eventuellen Verlust der im Gesetzentwurf vorgesehenen Vergünstigung, die bestimmt, daß Deutsche, die 10 Jahre vor dem 4. August 1914 ununterbrochen in Belgien ansässig waren, die von ihnen bewohnten Häuser mit Mobilar zurückerhalten sollten. Unser Einsender gibt eine Schilderung, wie die Kriegsanleihepropaganda jeden einzelnen gewissermaßen gezwungen habe, diese Anleihe zu kaufen. Die deutschen Firmeninhaber in Brüssel erhielten Vorladungen, auf denen der Zweck des Erscheinens nicht angegeben war und wurden dann vom Spezialverkaufsbüro der deutschen Zivilverwaltung bearbeitet. Besonders beim Nachsuchen von Einfuhrerlaubnis für bestellte Waren wurde stets gefragt, ob der Nachsuchende Kriegsanleihe gezeichnet hätte. Gegenwärtig wird vom Deutschen Reich wegen der Rücknahme der in Belgien verbliebenen 6 Milliarden Mark Geld verhandelt, wobei die deutsche Regierung die Forderung der freien Rückkehr der vor dem Kriege in Belgien ansässig gewesen Deutschen verlangt. Hoffentlich gelingt es bei dieser Gelegenheit, auch die geschädigten „freiwilligen“ Kriegsanleihezeichner zu befriedigen.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

In Prag sind die Deutsche Gesandtschaft und das Deutsche Konsulat zu einer amtlichen Stelle vereinigt worden. Alle Eingaben und Anfragen sind daher nur noch an die Deutsche Gesandtschaft Prag zu richten.

Die deutsche Vertretung in Ungarn. Das deutsche Generalkonsulat in Budapest ist in eine Gesandtschaft umgewandelt worden, deren Leitung dem früheren Generalkonsul, jetzigen Geschäftsträger, Graf Fürstenberg-Stammheim, übertragen wurde.

Zum deutschen Gesandten in Norwegen ist Dr. Edmund Rhombert ernannt worden, der als geborener Bayer unter Kiderlen-Wächter in das Auswärtige Amt kam, nachdem er als Jurist die Konsulatslaufbahn eingeschlagen hatte. Er wurde

nach kurzem Dienst in Paris nach Tanger versetzt, wo er deutscher Geschäftsträger war, und dann nach Tokio, wo er als erster Botschaftsrat auch alles das zu tun hatte, was der Gesandte, Graf Rex, nicht tat. Während des Krieges war dann Dr. Rhombert wieder im Auswärtigen Amt tätig, in dem er zuletzt Direktor der englischen Abteilung ward.

Gerhard von Mutius, der Vorgänger des Herrn Dr. Rhombert in Norwegen, geht als Leiter der deutschen Friedensabordnung nach Paris, von wo Dr. Goeppert ins Auswärtige Amt zurückkehrt.

In Mailand ist Corso Venezia 42 ein deutsches Generalkonsulat erster Klasse eröffnet worden, dessen Geschäftsbereich das gesamte Königreich Italien umfaßt. Anfragen in wirtschaftlichen Dingen sollen dorthin gerichtet werden.

Zum Gesandten in Portugal ist der bisherige Generalkonsul in Christiania, Geheimer Legationsrat Dr. Voretzsch ernannt worden, der vor dem Kriege deutscher Konsul in Hongkong war und in wissenschaftlichen und Sammlerkreisen durch seine Sammlung chinesischer Porzellane und deren Bearbeitung bekannt geworden ist.

Auf den Posten der lange verwaisten deutschen Gesandtschaft in Madrid ist Freiherr Dr. von Langwerth-Simern berufen worden, der vor dem Kriege Geschäftsträger in Lissabon und Tanger, dann vortragender Rat im Auswärtigen Amt und Direktor der politischen Abteilung war und unter dem Grafen Rantzau Unterstaatssekretär wurde. Mit ihm trat er nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von seinem Posten zurück. Ursprünglich war für den Posten in Madrid der deutsche Gesandte im Haag, Dr. Rosen, in Aussicht genommen. Ihn lehnte aber die spanische Regierung ab, und zwar infolge einer kurz zuvor geschehenen ähnlichen ablehnenden Handlung der deutschen Regierung.

Buenos Aires. Zu Ehren der scheidenden deutschen Vertreter Graf Dönhoff und Generalkonsul Bobrik fand ein Abschiedsabend im Deutschen Club statt. U. a. sprachen der frühere deutsche Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen und der neue Geschäftsträger Dr. Olshausen. Der Abend trug einen herzlichen Charakter und legte von der Beliebtheit der beiden deutschen Vertreter Zeugnis ab. In den Räumen des Deutschen Clubs gab der Direktor der Zeitung La Union, Emiliano Tjarks, wie wir der Zeitschrift „Latein-Amerika“ entnehmen, zu Ehren des neuen Geschäftsträgers ein Begrüßungssessen, bei dem außer dem Gastgeber und dem Ehrengast auch Dr. Ramos sprach und der hohen Verdienste gedachte, die sich gerade die Zeitung La Union um die argentinische Neutralität erworben hat.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Was ein Auslandsdeutscher nicht tun sollte.

Von der dem Wiederaufbau-Ministerium angegliederten Kolonialzentralverwaltung wird uns geschrieben: Auf eine Anfrage der Kolonialzentralverwaltung bei einem Kolonialdeutschen über eine Beschlagnahmeangelegenheit erwiderte der Befragte, er werde so lange keine Auskunft erteilen, bis seine eigene Kriegsschadenangelegenheit erledigt sei. Derartige Antworten sind nur geeignet, die Erledigung der in Bearbeitung befindlichen Sachen zu verzögern. Im eigenen Interesse der Kolonialdeutschen wird gebeten, die Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten, die ohnehin durch mancherlei außerhalb des Machtbereichs der Kolonialzentralverwaltung liegende Umstände behindert wird, nicht durch derartige Antworten noch zu erschweren.

Für Italien-Deutsche.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat die italienische Regierung beschlossen, das kleine deutsche Eigentum bis zu 50000 Lire heutigen Wertes herauszugeben (wobei Barsummen ausgenommen sind), also namentlich Handwerkszeug und Immobilien. Die Herausgabe soll einen sozialen Charakter tragen. Mit ihr ist über die Herausgabe des größeren Eigentums noch nichts gesagt und entschieden.

Für Amerika-Deutsche.

Der Newyorker Vertreter der „Dena“-Nachrichtenagentur kabeit: Auf Grund persönlicher Rücksprache mit Mr. Garvin, dem Treuhänder für das feindliche Vermögen, ist der Newyorker Syndikus des „seized property owners adjustment committees“, Rechtsanwalt Peaslee, in der Lage, autoritativ festzustellen, daß die in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Werte sich auf 700 Millionen Dollars belaufen. Dem stehen nach Angaben des Treuhänders an gültigen amerikanischen Gegenforderungen 200 Millionen Dollars gegenüber. Es wurde von dem Treuhänder als durchaus wahrscheinlich bezeichnet, daß der Differenzbetrag von 500 Millionen Dollars den Eigentümern zurückerstattet werden wird, doch legte er Wert darauf, zu betonen, daß die Entscheidung darüber dem Kongreß zu verbleiben habe. Garvin erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er der Regulierung der deutschen Forderungen durch das bestehende Komitee anderen Methoden gegenüber den Vorzug gebe.

Auf Anfrage der „Dena“ bei dem Sekretariat des „seized property owners adjustment committee“ in Berlin (Unter den Linden 77) werden die Angaben des vorstehenden Newyorker Telegramms vollinhaltlich bestätigt. Damit dürfte die Streitfrage, ob noch vor der Ratifikation des Friedensvertrages durch Amerika nutzbringende Schritte zugunsten der Freigabe der beschlagnahmten deutschen Vermögen in den Vereinigten Staaten zu unternehmen sind, in bejahendem Sinne entschieden sein.

Für Chinareisende.

Es kann nicht genügend davor gewarnt werden, allzu sorglos nach China auszuwandern und sich auf chinesische Beziehungen zu verlassen, wie auch zu glauben, daß sich in China verhältnismäßig wenig geändert habe. Alle Stellen, die Bescheid wissen können, weisen darauf hin, wie schwierig die Lebensverhältnisse in China geworden sind. Auch Kaufleute, die herausgehen, müssen unter allen Umständen dafür Sorge tragen, für einige Zeit genügend Geldmittel zur Verfügung zu haben, weil die äußerst schwierigen Verhältnisse jedes Fortkommen ohne Kapital und ohne festes Anstellungsverhältnis unmöglich machen. Da übrigens die regelmäßigen Passagierdampfer des Lloyd Triestino ab Triest und Venedig aus der Fahrt genommen werden und die wenigen Kabinen des Frachtdampferdienstes dieser Linie den italienischen Reisenden vorbehalten bleiben sollen und da auch die wenigen Kabinen des Fahrdienstes der japanischen Linie Nippon Yusen Kaisha auf Monate belegt sind, ist die Möglichkeit einer Ausreise nach China für die nächsten Monate äußerst beschränkt.

VERSCHIEDENES

Aufhebung eines Valutazuschlags.

Der Hauptausschuß des Verbandes Deutscher Hotelierevereine hat auf seiner Münchener Tagung beschlossen, den früheren Beschluß, nach dem die Hoteliers verpflichtet waren, von Ausländern einen entsprechenden Valutaaufschlag zu erheben, wieder zu beseitigen. Wir hatten gegen diese uns ungerecht erscheinende Regelung von vornherein starke Bedenken geäußert.

Sie hat allerdings in Zusammenhang mit der Verteuerung der Paßgebühren, den Reiseverkehr aus dem Ausland nach Deutschland wesentlich ungünstig beeinflußt.

Von Mackensen,

der selbst anlässlich seiner Feldzüge das südöstliche Deutschland kennen und schätzen lernte, hat über die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben unter dem 15. August 1920 das folgende Urteil abgegeben: „In fast 800 jähriger zäher Kulturarbeit haben die Siebenbürger Sachsen und in fast 200 jähriger die ungarischen Schwaben dem Deutschland Geltung und Anerkennung, Ansehen und Einfluß erstritten. Helle Freude hat mich erhoben angesichts dieser Leistungen und des treuen Festhaltens dieser tapferen Auslandsdeutschen an Sprache, Glaube und Sitte deutscher Art. Sie erfüllen als Bürger des Staates, in dem sie leben, alle diesem schuldige Pflichten — auch das ist deutsch —, fühlen sich aber unwandelbar als Angehörige der großen deutschen Familie und werden sich als solche auch in Zukunft behaupten. Mancher Inlandsdeutsche könnte sich an dem deutschen Empfinden und Tun unserer Stammesgenossen in Siebenbürgen und Ungarn ein Beispiel nehmen.“

Eine „Dänische Dichterhilfe“ ist von Professor Karl Larsen im „Politiken“ angeregt worden. Sie soll denjenigen deutschen und österreichischen Dichtern zugute kommen, die durch die Hungerblockade besonders schwer gesundheitlich geschädigt worden sind. Bei dänischen Dichterabenden, die der junge Dichter Eddie Salicath veranstaltete, wurden der „Voss. Ztg.“ zufolge 2400 Kronen zu gleichem Zweck gesammelt. Ein kleines Komitee wurde begründet, das die Sammlungen fortführen soll, um deutsche und österreichische Dichter auf je ein halbes Jahr regelmäßig mit Lebensmittelsendungen versorgen zu können.

Heimkehr der letzten Ostafrikaner. Der Dampfer „Kigoma“ wird binnen kurzem die letzten noch in der Kolonie befindlichen Deutschen nach der Heimat befördern. Es handelt sich um 77 Männer, 168 Frauen und 141 Kinder.

Die „Allgemeine Zeitung“ in Windhuk, Südwestafrika, schreibt am 31. Juli zur Verkaufsordnung: Seit die Einfuhr in das Schutzgebiet wieder erlaubt ist, sind eine beträchtliche Zahl deutscher Bücher hereingekommen, teils durch die Buchhandlungen, teils durch direkten Bezug Privater aus Deutschland. Seit einigen Monaten berechnen jedoch die deutschen Buchhändler einen erheblichen Valutazuschlag für Lieferungen ins Ausland. Wenn nun dieser Zuschlag in einem gesunden Verhältnis zum wirklichen Werte stehen würde, so daß die Bücher dadurch nicht zu sehr verteuert würden, könnte niemand etwas gegen dieses Verfahren einwenden, aber infolge der erheblichen Entwertung der deutschen Valuta und der dadurch bedingten Verteuerung in Deutschland selbst, ist der Verkaufspreis in Deutschland bereits anormal hoch. Dieser Preis wird aber auch für Auslandslieferungen zugrunde gelegt und der Valutazuschlag von diesen hohen Grundpreisen erhoben. Einige deutsche Verleger von Schulbüchern berechnen noch einen besonderen Teuerungszuschlag bis zu 100 Prozent, der auf den Grundpreis erhoben wird. Tatsächlich werden dadurch die Schulbücher so teuer, daß die notwendige Anschaffung derselben für die Eltern der Kinder eine beträchtliche Ausgabe darstellt.

Im britischen Reich genießen englische Zeitschriften und Bücher Vorzugs-Postporto nach den Kolonien, es werden eigens billige Kolonialausgaben gedruckt, um die Verbreitung englischer Bücher zur Förderung der Zusammengehörigkeit mit dem britischen Mutter-

lande zu erleichtern. In Deutschland scheint das Gegenteil der Fall zu sein.

Es wäre angebracht, wenn seitens der deutschen Buchhändler den Verhältnissen im Auslande mehr Rechnung getragen würde. Deutsche Bücher sollen doch ein Bindeglied zwischen Heimat- und Auslandsdeutschen sein, und wenn ihr Bezug zu sehr verteuert wird, so bedeutet das eine Schädigung der Erhaltung deutscher Art im Auslande. Hoffentlich werden die deutschen Buchhändler bald zu dieser Einsicht kommen und den Zuschlag auf ihre Auslandslieferungen in mäßigen Grenzen halten.

Haß oder Dummheit. In der „Voss. Zeitung“ erzählt ein aus Amerika zurückgekehrter Großindustrieller, der darlegt, wie schwer es sei, Einreiseerlaubnis nach Amerika zu bekommen, und wie namentlich alle, die im deutschen Heere gedient hätten, mit Mißtrauen betrachtet würden, ein Beispiel vom Haß der oberen Zehntausend gegen Deutschland, das bisher noch unbekannt war. Als in New York ein Wohltätigkeitsfest zugunsten des Roten Kreuzes stattfand, opferten einige Millionäre ihren Besitz an deutschen Kostbarkeiten. Sie verkauften ihn aber nicht etwa und schenkten den Erlös dem Roten Kreuz, sondern sie stellten während ihrer Feste ihren Besitz, z. B. alte Meißener Porzellane, in ihren Gärten auf und ließen die Gäste gegen bestimmte Preise mit Steinen auf die Kostbarkeiten werfen. Ein Wurf auf einen Meißener Teller z. B. kostete 1 Dollar. Für die Zerstörung von Figuren, Vasen und anderen Dingen wurden natürlich viel amerikanischere Preise gefordert.

Von der deutschen Sprache in Japan.

Der Professor an der Tokioer Universität, der Missionspater Dr. Dahlmann, schreibt in einem Briefe, den die „Köln. Volksztg.“ wiedergibt, daß die philosophische Fakultät der kaiserlichen Universität beschlossen hat, ihn als ordentliches Mitglied in das Professorenkollegium aufzunehmen, während er bisher nur der Lektor der deutschen Sprache war. Die Ernennung erfolgte an dem Tage, an dem Pater Dahlmann vor 25 Jahren den wissenschaftlichen Boden der asiatischen Kulturwelt mit einer Forschungsarbeit betrat, die ihn nach Indien führte. Bei Ausbruch des Krieges übernahm dann Pater Dahlmann das deutsche Lektorat an der Universität. Die Zahl der deutsch lernenden Studenten wuchs im Kriege von Jahr zu Jahr. Die acht kaiserlichen Obergymnasien, die allein in ihrem Reifezeugnis das Recht zum Eintritt in die Universität geben, hörten nicht auf, die deutsche Sprache zu heben und zu pflegen. Ja, das Deutsche wurde noch nach der Niederlage Deutschlands gleichberechtigt dem Englischen zur Seite gestellt. Die medizinische Fakultät z. B. verlangt als Grundlage Kenntnis der deutschen Sprache, ebenso die Rechtsabteilung der juristischen Fakultät. Sie zählt 600 Schüler, während die Abteilung für französisches Recht nur 100 Schüler zählt. Die Zahl der Staatsgymnasien wurde dann von 8 auf 12 vermehrt und demgemäß auch die Zahl der Staatsprofessoren für deutsche Sprache. Im Jahre 1919 lernten hier 2480 Schüler, im Jahre 1920 schon 2720 Schüler Deutsch. Der deutsche Kurs an der staatlichen Handelshochschule in Tokio zählt soviel deutsch Studierende, wie die Sprachkurse der andern fremden Sprachen zusammen-

WIRTSCHAFTLICHES

Klagen über deutsche Auslandsvertretungen.

Gewöhnlich wird vom Auslande über deutsche Geschäftsgebarung Klage geführt. Nun lesen wir in der „Düss. Ztg.“

auch einmal eine Klage des Eisen- und Stahlwaren-Industrie-Bundes über eine deutsche Handelsvertretung im Ausland, die wir der Parität halber nicht verschweigen wollen. Eine Firma hatte sich an die deutsche Handelskammer in Valparaiso gewandt, um gegen die nordamerikanische Konkurrenz einen neuen Artikel in Chile einzuführen, und wollte zu diesem Zwecke Vertreterfirmen aufgegeben haben. Die Handelskammer versandte darauf ein gedrucktes Rundschreiben, daß diese Benennung von Firmen nicht zu ihrem Aufgabenkreis gehöre, daß sie aber den Inhalt des Briefes an ihre Mitglieder weitergegeben habe. Gegen diese Art der Behandlung wird lebhaft protestiert. Es spreche gegen jede handelsübliche Gepflogenheit, einen Brief an die Kammer ohne Einwilligung der absendenden Firma als Rundbrief weiterzugeben. Wenn eine Firma der Handelskammer irgendwie gegen den Artikel durch Handel mit anderen entsprechenden Artikeln interessiert sei und dagegen arbeite, so bedeute das von vornherein eine Konkurrenz und Unmöglichkeit, den neuen Artikel einzuführen.

Wir können eine gar so schlimme Verfehlung der Handelskammer nicht recht einsehen. Wenn die Handelskammer in Valparaiso einen Brief erhält und ihn ihrem Mitgliederkreise bekannt gibt, so tut sie ja eben das, was die reichsdeutsche Firma von ihr wollte, nämlich Interessenten für den fraglichen Artikel werben. Denn wer eben Interesse von den Mitgliedern für diese Ware hatte, wird sich wohl gemeldet haben. Freilich wäre es besser, wenn die Handelskammer im Auslande so organisiert wäre, daß sie der anfragenden Firma direkt einige gute Adressen zur Vertretung ihrer Produkte benennen könnte. Die Valparaisoer Handelskammer ist aber noch verhältnismäßig jung. Der Ausbau der deutschen Handelskammern im Auslande wird überhaupt erst eine Aufgabe der kommenden Jahre sein, zu deren Lösung Ausland und Heimat gleichermaßen beizutragen haben werden.

Wiederbeginn deutscher Schifffahrt.

Am Montag, den 4. Oktober, hat der erste große deutsche Überseedampfer unter deutscher Flagge von Hamburg aus seine Ausreise durch den Suezkanal nach Niederländisch-Indien angetreten. Er gehört der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, heißt „Hamburg“, hat eine Tragfähigkeit von etwa 9000 Tonnen und ist der erste auf einer deutschen Werft nach dem Kriege gebaute Dampfer, der nicht zur Ablieferung gelangt, sondern wieder für den deutschen Überseeverkehr in Dienst gestellt werden kann. Ein zweiter, etwas kleinerer Dampfer „Härburg“ ist ebenfalls fertig geworden und wird als zweiter Dampfer in die regelmäßige Niederländisch-Indien-Fahrt in etwa acht Wochen eingestellt, holt gegenwärtig in der Zwischenzeit Erz nach Deutschland. Es ist immerhin wieder ein Beginn deutscher Betätigung über See.

Die Hapag in Amerika.

Aus Neuyork meldet man uns: Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft wird in aller nächster Nähe der Stelle, von der aus früher vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg das amerikanische Geschäft der Gesellschaft geleitet wurde, ein neues Heim erhalten. Die amerikanische Agentur der großen Reederei, an deren Spitze W. A. Hariman, der Sohn des verstorbenen Eisenbahnkönigs E. H. Hariman steht, hat das Gebäude Nr. 35—39 Broadway für die Summe von \$ 2.250.000 erworben; das Haus ist fünf Stock hoch, hat nahe an 90 Fuß Front am Broadway und über 91 Fuß am Trinity Place.

Als eine der Zentralen, von der aus neues Leben in die früheren Schiffsstraßen der „Hapag“ fließen soll, möge Nr. 35 Broadway gleichzeitig ein Bindeglied zwischen dem neuen Deutschland und den Vereinigten Staaten werden.

Der erste deutsche Dampfer erschien nach dem Kriege wiederum in Südwestafrika. Er zog langsam an Swakopmund vorbei und warf in der Walfischbai Anker, um Passagiere und Ladung aus Deutschland zu landen. Er fuhr zwar nicht unter deutscher Flagge, war aber von einer deutschen Linie gechartert. Der Dampfer „Baltika“ hatte russische Flagge, einen russischen, einen dänischen und einen deutschen Kapitän, dänische Mannschaft und deutsche Stewards und Zahlmeister. Den Deutschen der Stadt war dieser Dampfer aber trotz der fremden Flagge ein erfreuliches Zeichen deutschen Wiederaufbaus.

Von der Messe in Prag. In Prag tagte Mitte September zwei Wochen lang eine Messe. Technisch soll sie geschickt, im finanziellen Erfolg dagegen unerfreulich gewesen sein. Eine größere Anzahl reichsdeutscher Aufkäufer war vertreten. Deutschland stand, Berichten zufolge, sowohl der Zahl der Käufer als auch der Höhe der Bestellungen nach an erster Stelle. Ja, tschechische Verkäufer sollen sogar nach den allerersten Tagen, zunächst schüchtern, später aber offener, deutsche Schilder an ihren Ständen angebracht haben, ohne daß der Verkehr irgendwelchen nationalen Reibungen ausgesetzt gewesen wäre. Man denke sich das im „tschechischen“ Prag, in dem es keine deutschen Straßenschilder mehr gibt, obgleich 40 000 Deutsche da wohnen! Und der tschechische Staat scheint nicht daran gestorben zu sein!

Das alte Lied.

Aus Niederländisch-Indien schreibt ein Deutscher seinen Geschäftsfreunden:

Wir deutschen Firmen hier draußen, und scheinbar in allen Teilen der Welt, haben nämlich die Erfahrung machen müssen, daß wir seitens der deutschen Fabrikanten dort, welche Vertretungen hier draußen zu vergeben haben, nicht genügend beachtet werden, ja, daß wir sogar umgangen werden. Es ist traurig, daß man als Deutscher überhaupt über eine derartige Sache schreiben muß, aber es ist leider wahr, allzu wahr. Natürlich waren die meisten dieser deutschen Fabriken etc. hier draußen vor dem Kriege schon vertreten, aber wenn sie wüßten, wie sich verschiedene der Holländer hier während der langen Jahre den Deutschen gegenüber benommen haben, dann würden sie nicht zu ihren alten Verbindungen zurückgegangen sein, sondern sich der tüchtigen Deutschen hier draußen bedient haben. Aber nicht einer der Herren scheint einen Augenblick darüber nachzudenken, sondern sie gehen ganz ruhig wieder zu den alten Verbindungen zurück. In Fällen, wo wir uns an die Fabrikanten gewandt haben, hat man uns nur immer geantwortet: „Wir haben keinen Grund, unsere langjährigen Verbindungen zu wechseln.“ Nein, sie haben keinen Grund, aber sie sollten sich schämen, denn es ist einfach unglaublich, was sich viele dieser holländischen Firmen in Deutschenhetze und Herabwürdigung des deutschen Ansehens und Namens hier draußen geleistet haben. Jetzt, wo wieder Geschäfte mit Deutschland möglich sind, da haben diese Kreaturen schnell ihre alte Feindschaft vergessen und nun sind sie die ersten, die ihren alten Freunden dort in Deutschland Honig um den Bart schmieren, um nur ja die Vertretungen wieder zu bekommen. Zu begreifen ist das ja, denn die Leute wollen eben Geld verdienen, aber was nicht zu begreifen ist, das ist die Tatsache, daß dortige Fabrikanten auch gleich und ohne weiteres wieder zu den Leuten zurückgehen. Dem Deutschen, dem in englischer oder französischer Kolonie

wanderertransporte, Kontrakte mit Einwanderern, über die für den Transport von Einwanderern bestimmten Schiffe, die Aus-schiffung der Einwanderer u. a. m. Die Einteilung des Koloni-sationslandes sieht Lose von 100 ha vor, in Ortschaften von 108 qm. Die ersten 100 Bauernfamilien, welche sich in jeder Abteilung niederlassen, empfangen je 1 Los von 25 ha und für jeden über 10 Jahre alten Sohn 10 ha mehr. Die noch übrig bleibenden Landlöse werden für 10 Bolivar pro Hektar verkauft, zahlbar in 10 gleichmäßigen Jahresraten. Die erste Auszahlung hat nach Verlauf von zwei Jahren zu erfolgen. Niemand kann mehr als 4 Lose erwerben.

Leo Hirschs Paraguay²⁾ bringt von einem warmen Verehrer und guten Kenner Paraguays, dem früheren Generalkonsul in Wien, ein anschauliches und sympathisches Bild von diesem Land, das jedoch im allgemeinen als reichlich rosig bezeichnet werden muß. Der Deutsche Volksbund von Paraguay schreibt dazu folgendes: Die meisten Daten sind allgemeiner Natur und als zutreffend zu bezeichnen. Dagegen sind die Landpreise und die Preise für Einrichtung einer Estancia rückständig und außer Kurs. Selbst zum Friedenskurs (ein Peso argent. Gold = M. 4,5) waren die angegebenen Marktpreise bereits 1915, als das Buch herauskam, längst überholt.

Aufklärung für Auswanderer nach Chile³⁾ bringt ein vom Deutsch-Chilenischen Bund Santiago herausgegebenes, schmuck und sauber ausgestattetes Heftchen, ähnlich wie die Schriften des Deutsch-Argentinischen und des Deutschen Volksbundes für Paraguay sowie der Einwandererberatungsstelle in Rio, und enthält das für deutsche Einwanderer Wissenswerte. Es ist auch in Chile heute für den deutschen Einwanderer nicht mehr so leicht wie früher, seinen Weg zu finden. Kenntnisse der spanischen Sprache sind unbedingt erforderlich, wenn man schnell Arbeit finden möchte. Vor der Einwanderung auf gut Glück wird wiederholt dringend gewarnt. Bei dem Abschluß von Verträgen ist größte Vorsicht geboten. Auch die unklaren Eigentumsverhältnisse in Chile zwingen zur größten Vorsicht. Das Heft bringt unter anderem auch die Bestimmungen über die Ausübung der akademischen Berufe und gibt eine gute Übersicht über das Land, sein Klima, seine Einwanderung, Jahresniederschlagsmengen und dergleichen.

Hans von Kiesling, Vorderasien, Rußland und Südamerika⁴⁾, stellt dann ein ganz ausgezeichnetes Auswandererkompandium dar, welches die deutschen Auswanderungsgebiete der Gegen-wart und der Zukunft auf Grund persönlicher Erfahrungen be-handelt. Dem Auswanderungslustigen wird hier vorgeführt, „was voraussichtlich vom Kriege unberührt blieb“. Trotzdem sucht der Verfasser überall den Einfluß des Krieges zu berück-sichtigen. Er unterrichtet in vorzüglicher Weise lebendig schil-dernd über Land und Leute, politische Strömungen und Ver-fassungen, Ansiedlungsmöglichkeiten, Anbauverhältnisse, Aus-sichten verschiedenster Berufsarten, Klima, Kultur und all-gemein Wirtschaftliches. Alles ist auf Grund praktischer Er-

fahrungen auf den Auswanderer eingestellt. Die Ausführungen über die Türkei und Rußland sind treffend. Das Wesen und die Forderungen des Kommunismus werden außerordentlich über-sichtlich geschildert. Auch die Angaben über Südamerika über-treffen an Güte und umfassender Behandlung das meiste, was über dieses Gebiet geschrieben wurde.

Hans Weicherts: Ist Südrußland ein deutsches Auswanderungs-ziel?⁵⁾ greift aus dem großen Russenreiche ein Sondergebiet heraus. Der frühere Presseoffizier der Heeresgruppe Kiev schildert hier in großen Zügen die inneren Lebensbedingungen in Südrußland, insonderheit die treibenden Momente der Be-wegung unter den dortigen Deutschen. Der gegenwärtige Aus-wandererdrang nach Rußland wird zu der ähnlichen Bewe-gung nach dem Siebenjährigen Krieg in Parallele gestellt. Das Sied-lungs mosaik des südrussischen Deutschtums bedarf nach des Verfassers Meinung der Durchsetzung mit reichsdeutschem Blut. Für die Auswanderung ist aber der Zeitpunkt noch nicht ge-kommen. Nur die genossenschaftliche Ansiedlung habe Aussicht auf Erfolg. Sodann schildert

Frhr. von Geusau sein „Sechsjähriges Wanderleben durch Afrika und Amerika“⁶⁾. Auch diese Schrift ist für den heutigen Auswanderer von Wert, weil sie die mannigfaltigen Erlebnisse und Schicksale eines jungen österreichischen Fähnrichs wieder-gibt, dem es zur Zeit des Herero-Aufstandes unter großen Schwierigkeiten gelang, in die deutsche Schutztruppe für Süd-afrika aufgenommen zu werden und der später in Südamerika sich von unten auf mühsam seinen Weg bahnen mußte. Die Art, wie er zu Stellungen kam und sich ohne alle persönlichen Mittel über Wasser zu halten wußte, wird für manchen Aus-wanderer besonders lehrreich sein.

Roman, Bodo, Nach Amerika⁷⁾. Trotz aller heutigen starren Absperrungen ist der Andrang nach den Vereinigten Staaten schon recht bedeutend. Wie wird es erst werden, wenn diese Schranken fallen! Was die deutsche Einwanderung von den Einwanderungsbehörden zu gewärtigen hat, und schon vor dem Kriege erduldet, schildert diese Schrift, welche einer schreibt, der volle sechs Wochen auf Ellis Island festgesessen hat. Der einzige Lichtblick auf der „Tränen-Insel“ waren die Besuche der Einwanderermissionare, die manchen Einwanderer von seiner Not zu befreien wußten. Ihnen ist jetzt der Zutritt zur Ein-wanderer-Insel verboten, und nach dem, was sie dort an Grausam-keit sehen und erfahren mußten, sehnen sie sich, nach dem „Einwanderer-Freund“, auch gar nicht wieder dorthin zurück. Wie viele werden bei der kommenden Auswanderung nach den Vereinigten Staaten die Tränen-Insel kennen lernen, ohne je das „Land der Freiheit“ betreten zu dürfen! Die Schrift gibt einen wertvollen Einblick in die willkürliche Handhabung amerikanischer Gesetze seitens der Einwandererbehörden.

Im Unterschied von der vorher genannten Schrift sieht der anonyme Verfasser eines kleinen Leitfadens

²⁾ Hirsch, Leo, Paraguay. Geschichte, Verfassung, Land und Leute. M.-Gladbach 1919, Volksvereins-Verlag. 39 S. 80. (Staatsbürger-Bibliothek, 90.) M. —.45.

³⁾ Aufklärung für Auswanderer nach Chile. Hrsg. vom Deutsch-Chilenischen Bund. Valparaiso (1919), Imprenta Vic-toria. 34 S. 80.

⁴⁾ Kiesling, Hans v., Vorderasien, Rußland, Südamerika. Deutsche Auswanderungsgebiete der Zukunft. Leipzig 1920, Dieterich. II, 172 S. 80. M. 6.—.

⁵⁾ Weichert, Hans, Ist Südrußland ein deutsches Auswande-rungsziel? Leipzig (1919), Köhler i. Komm. 30 S. 80. (Schriften des Instituts für Auslandkunde und Auslandsdeutschum, H. 5.)

⁶⁾ Geusau, Günther Frhr. von, Mein sechsjähriges Wande-leben durch Afrika und Amerika. Salzburg (1919), Pustet. 71 S. 80. M. 3.—.

⁷⁾ Roman, Bodo, Nach Amerika. Die große Enttäuschung im Lande der Freiheit. Berlin (1917), Mecklenburg. 78 S. 80. M. 1.—.

Der amerikanische Auswanderer nach verlorenem Krieg⁸⁾
 e Verhältnisse in den Vereinigten Staaten rosiger an. Er ist
 cherlich auch nicht als Zwischendeckler eingewandert und hat
 e berühmte Einwanderer-Insel wohl nur flüchtig kennen
 lernt. Die Ratschläge für Gepäckfragen, Zoll, Unterkunft usw.
 können manchem Unerfahrenen gute Dienste leisten. Fast die
 älfte der 62 Seiten starken Schrift nimmt ein kleiner Sprach-
 hrer in Anspruch. Ein alphabetisches Sachregister erleichtert
 en Gebrauch.

Erstaunlich viel über Lebensweise, Erwerbsverhältnisse,
 ziale und wirtschaftliche Einrichtungen in Australien bringt
 e kleine, 16 Seiten starke Schrift von

R. Grohe, Australien⁹⁾, Das Land der Zukunft für Hand-
 erker, Gewerbetreibende und Ansiedler. Alles ist mit offenem
 uge persönlich beobachtet. Auch Klima, Löhne und die
 hwerige Einwanderungsfrage wird unserer Ansicht nach richtig
 urteilt. Der Verfasser ist der Überzeugung, daß auch Australien
 in Einwanderungsverbot gegen Deutschland nicht lange auf-
 cht erhalten wird, vielleicht gerade weil England es für minde-
 ens fünf Jahre aufrecht erhalten sehen möchte. Über Aus-
 wanderungsmöglichkeiten nach dem europäischen Ausland
 dlich unterrichten wieder die

Auskunftshefte 2: Holland, 4: Norwegen, 5: Schweden¹⁰⁾ des
 Reichswanderungsamts. Mit amtlicher Gründlichkeit und
 uverlässigkeit ist hier wieder das für den Auswanderer Wich-

⁸⁾ Der Amerika-Auswanderer nach verlorenem Krieg 1914
 is 1919. Pforzheim, o. J., Bihler. 63 S. 80.

⁹⁾ Grohe, R., Australien. Das Land der Zukunft für Hand-
 erker, Gewerbetreibende und Ansiedler. Eine Aufklärungs-
 schrift für Auswanderer. München (1920), Dietl. 15 S. 80.

¹⁰⁾ Auskunftshefte für deutsche Auswanderer. Hrsg. im Auf-
 rag des Reichswanderungsamtes. Berlin 1920, Zentralverlag. 80.
 Heft 2. Holland. 7 S. M. — 80. — Heft 4. Norwegen. 19 S.
 M. — 80. — Heft 5. Schweden. 11 S. M. — 80.

Von der Auswanderung nach Rußland.

Der „*Ekonomitscheskaja Shisn*“ zufolge ist am 8. Juni eine
 Verordnung der Volkskommissare erschienen, wonach Verhand-
 ungen über die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte nur
 mehr von den Volkskommissariaten des Verpflegungswesens,
 der Arbeit und des Inneren geführt werden dürfen. Durch
 Verordnung vom 29. Juli ist eine „Interessortkommission“ für
 diese Fragen beim Volkskommissariat für Arbeit geschaffen
 worden. Die Kommission hat die Angebote ausländischer
 Arbeitsdelegationen zu prüfen, Gegenvorschläge auszuarbeiten
 und die Übersiedelung zu regeln. Ein „Büro für Einwanderung
 ausländischer Arbeiter“ ist begründet worden, doch existieren
 keine besonderen Tarifsätze für ausländische Arbeiter. Diese
 Frage wird wiederum von der Tarifabteilung des allrussischen
 Zentralsovjets der Gewerkschaften bearbeitet, der zu diesem
 Zwecke dabei ist, die Lage der ausländischen Arbeiter gründlich
 zu studieren. Das Blatt verweist darauf, daß bereits Abkommen
 mit der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen
 nach Sowjetrußland getroffen seien. Die Bezahlung der Arbeit,
 die Wohnungs- und Verpflegungsbedingungen dürften aber
 nicht anders sein, als die der russischen Arbeiter, höchstens
 daß für besonders qualifizierte Arbeit ein Zuschlag bezahlt
 wird. Die deutsche Delegation habe sich mit diesen Bedingungen

tigste zusammengestellt, auf kürzestem Raum, bei Holland am
 knappsten, bei Norwegen am ausführlichsten. Während 2 und 5
 unter anderem auch Zeitungen nennen, in denen Stellensuchende
 Anzeigen erlassen können, bringt Nr. 4 auf Seite 9—19 sehr
 wertvolle „Nachweise“ von Firmen, die für deutsche Kräfte in
 Frage kommen.

VI. Allgemeines.

Lechler, Geschäftserfolg und Lebenserfolg¹¹⁾. Mehr als irgend
 ein anderer ist der Auswanderer vom Erfolg seiner Pläne ab-
 hängig. Kaum jemand hat aber über größeren Mißerfolg zu
 klagen als gerade wieder der Auswanderer. Jeder Auswanderer
 wird daher einen Wegweiser dankbar begrüßen. Zunächst für
 junge Kaufleute bestimmt, gibt Lechlers handliche kleine Schrift
 recht wertvolle Winke aus der Praxis auch für Angehörige
 anderer Berufszweige, besonders für solche, die ihr Arbeitsfeld
 unter fremden Nationen aufschlagen. An der Hand von prak-
 tischen Beispielen, die sich dem Gedächtnis leicht einprägen,
 legt der Verfasser das Geheimnis jeden wahren Erfolges dar.
 Seine Wurzel liegt in der Arbeit an uns selbst. Das bringt als
 Frucht die Weisheit hervor, welche jeden Geschäftserfolg nur
 als Vorstufe zum Lebenserfolg betrachten lehrt. Ohne die Lebens-
 erfahrungen führender Engländer und Amerikaner zu ver-
 schmähen, wird hier die Mahnung des Meisters: „Seid klug wie
 die Schlangen, und ohne Falsch, wie die Tauben“, so recht ins
 Deutsche übersetzt, dem deutschen Gemüte und Sinne angepaßt,
 und, was das Wirksamste ist, hinter allem Gesagten steht die
 Persönlichkeit eines Mannes, der beides zu verzeichnen hatte,
 Geschäfts- wie Lebenserfolg, und der dabei ein warmes für-
 sorgendes Herz für deutsche Jugend sich bewahrt hat, der ihr
 mit seinen markigen Ratschlägen den sicheren Weg zu gleichem
 Erfolg weisen möchte.

¹¹⁾ Lechler, Paul, Geschäftserfolg und Lebenserfolg. 6., neu-
 bearbeitete und erweiterte Aufl. Stuttgart und Berlin 1920,
 Deutsche Verlags-Anstalt. 151 S. 80. M. 6.60.

einverstanden erklärt, während eine schwedische und
 englische Delegation sie als ungenügend erklärte
 und eine Sicherung ihrer Familien durch recht bedeutende
 Summen forderte. Das Blatt betont schließlich, daß nur
 qualifizierte Einwanderung, niemals aber Masseneinwanderung
 für Rußland in Frage kommen könne.

Zustände im Baltienland.

Noch immer laufen zahlreiche Anfragen Auswanderungs-
 williger ein, welche sich nach den Aussichten für Deutsche im
 Baltienland erkundigen. Sie seien darauf hingewiesen, daß
 deutschen Staatsangehörigen die Einreise nur in ganz besonders
 begründeten Fällen gestattet wird. Für die Durchreise nach
 Rußland kommt Lettland vorläufig noch nicht in Betracht.

Die Zustände in Lettland und Estland sind zurzeit auch noch
 keineswegs verlockend. Von privater Seite wird uns aus Estland
 folgendes mitgeteilt:

„Das Land wird nur teilweise bebaut, das Volk hat kein
 Vertrauen zur Regierung. Die estnische Valuta sinkt von Tag
 zu Tag. Für eine deutsche Mark bekommt man bereits 6 est. Mark,
 für 1 dänische Krone 42 est. Mark, für 1 Pfund Zucker zahlt man
 unter der Hand 115 Mark, auf Karten gibt es keinen. Roggen-
 brot 4 Mark. Weißmehl gibt es zu 15 Mark das Pfund. Das sind

nackte Zahlen, die die Zukunft aber düster genug erscheinen lassen, denn an ein Besserwerden ist nicht zu denken. Nur abwärts geht es. Aber ganz abgesehen von der Magenfrage: Es sieht trostlos aus im Lande, wo die Regierung darauf ausgeht, jeden Besitz illusorisch zu machen.

Sie wissen gar nicht, wie ich mich fortsehe aus dieser geknechteten, getretenen Heimat, fort, um deutsch bleiben zu können, nur seine Kinder grade und ohne Haß aufwachsen zu sehen. Je mehr Deutsche von hier abwandern, um so rascher geht dies Volk hier am Größenwahn zugrunde, und um so früher wird der Zeitpunkt kommen, wo deutsche Kultur wieder einkehren kann. Wer noch was hier besitzt, muß möglichst bald sein Geld ausschlagen und damit wo anders arbeiten, bevor aller Besitz enteignet wird, um es sich rettend später die Möglichkeit zu haben, wieder hier einzusetzen. Es ist erschütternd, wie korumpierend das Leben in so einem Staate auf alle wirkt. In so einer Luft sollen unsere Kinder nicht aufwachsen.

Gern will ich Ihnen etwas Auskunft geben über hiesige Verhältnisse, doch ist sie nach einem Monat vielleicht schon gar nicht mehr maßgebend, denn die Teuerung wächst täglich und die Regierung steht auf sehr wackeligen Füßen. Auch kann man gar nicht voraussagen, ob es dann nach rechts oder nach links geht. Nur eines ist sicher, das deutsche Element ist nie geliebt, wohl aber geachtet bei dem konservativen Kleingrundbesitz und gefürchtet bei den volksbeglückenden Neuerern. Bauernstellen sind kaum zu haben, doch ist neulich ein Hof von 250 livländischen Lofstellen = 600 Hektar auf 6 Kilometer von Dorpat für 300 000 est. Mark verkauft worden. Das Gesinde hat gute Gebäude, etwas Wald. Dazu kommt das Inventar mit etwa 400 000 est. Mark (eine Kuh kostet durchschnittlich 10 000, ein Pferd 25 000 est. Mark). Wenn man auch die deutsche Mark mit 5.50 est. Mark rechnet, so gehört dazu ein Kapital, das wohl sicherer anzulegen wäre als hier, wo eines schönen Tags auch der Kleingrundbesitz eingezogen wird. Anders liegt die Sache mit dem Handwerk. Da könnte manches sich ein gut Stück Geld verdienen, wenn es nur nicht an allem Material fehlen würde. Export und Import sind im Juni weit hinterm Mai und April zurückgeblieben. Die ausländische Valuta ist verbraucht und mit unserer schönen Wabamark kann man nur hier im Lande kaufen und auch hier gleicht 1 Mark nur einem früheren Kopeken, so rechnet der Bauer z. B. 1 Stooß Milch 5 Mark, 1 Paar Eier 4 Mark.

Eine Magd auf dem Bauernhof bekommt 4000 Mark, 1 Pud (= 30 deutsche Pfund) Flachs, 4 (russ.) Pfund Wolle, 1 Schaf wird ihr über den Winter gehalten, und Pastelleder (für Schuh-sandalen) so viel als sie verträgt. — Daß die Konstituante hier beschlossen hat, das Gutsland ohne Entschädigung zu enteignen, wird Ihre Presse vielleicht gebracht haben.“

Was verstehen südamerikanische Regierungen unter „Einwandererfamilien?“

Südamerikanische Gesetze pflegen sich durch Beständigkeit und Deutlichkeit nicht auszuzeichnen. Dadurch erwecken sie oft unter Auswanderungslustigen Hoffnungen, welche meist erst zu spät in schwere Enttäuschungen verwandelt werden. So hat z. B. das Angebot der brasilianischen Regierung auf vorschußfreie Überfahrt für deutsche Landwirtschaftsfamilien manchen verleitet,

sich als einen derartigen Familienvater auszugeben, der nachher — nicht gerade zum Ruhme des deutschen Namens in Brasilien — schnell als Schwindler mit gefälschtem Paß entlarvt wurde. Andere südamerikanische Länder, wie Argentinien, Venezuela beschränken ihre Vergünstigungen auf freie Verpflegung in der ersten Zeit nach der Ankunft und freie Beförderung vom Hafen an ihren Arbeitsplatz und Gewährung von Landlosen zu besonderen Sätzen. Während nun im argentinischen Heimstätten-gesetz, auf dessen Ratifizierung man noch immer wartet, nur von „Familienvätern“ die Rede ist, welche um Überlassung von Freiland in Größe von 20—200 ha nachsuchen können (bei einwandfreiem Leumund und vorausgesetzt, daß der Nachsuchende nicht schon Eigentümer eines anderen Anteiles ist), sagt das Venezuelanische Einwanderungs- und Kolonisationsgesetz in Artikel 80 genau, was es unter einer „Familie“ im Sinne dieses Gesetzes versteht: „Unter Familie versteht man die gesetzliche Vereinigung von Mann und Frau, selbst wenn sie keine Kinder haben, oder Väter, bzw. Mütter mit Kindern, oder nur 3 Brüder zusammen, oder auch den Großvater, bzw. Großmutter mit ihren Enkelkindern.“ Es kann deutschen Einwanderern nur dringend geraten werden, sich, bevor sie von derartigen Vergünstigungen Gebrauch zu machen sich anschicken, mit dem Inhalt derartigen Gesetze gründlich vertraut zu machen, damit sie nicht erst drüben eine Auslegung dieses Gesetzes erfahren, die dann ihre Pläne über den Haufen wirft. Vor der Bildung künstlicher „Familien“ kann nicht genug gewarnt werden. Das Deutsche Ausland-Institut sowie die öffentlichen Auskunftsstellen des Reichswanderungsamtes stehen in diesen Fragen jedermann unentgeltlich zur Verfügung.

Argentinien oder Paraguay?

Da die Einwanderer für Paraguay in Buenos Aires landen und dort ihre erste Beratung erhalten, war in letzter Zeit zwischen den Deutschen Paraguays und Argentinien eine recht lebhaft Kontroverse entstanden. Die Deutschen Paraguays erhoben gegen die Beratungsstelle in Buenos Aires den Vorwurf, daß sie nicht vorurteilsfrei die ankommenden Deutschen beraten, sondern Argentinien zuungunsten Paraguays ungebührlich herausstreichten. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, um dem Deutschen Paraguays gegenüber nicht weiterhin in den Verdacht zu kommen, daß in Buenos Aires Einwanderer abspenstig gemacht werden schlägt das „Argentinische Wochenblatt“ vom 17. Januar 1921 vor, daß die an der deutschen Einwanderung interessierten Kreise in Paraguay in Buenos Aires eine eigene Stelle zur Beratung und Weiterbeförderung der Einwanderer schaffen, die sich nach Anhören beider Beratungsstellen für Paraguay entschieden haben.

Keine Arbeiteranwerbung für Chile.

Die „Times“ hatte berichtet, daß die chilenische Gesandtschaft beauftragt worden sei, deutsche Arbeiter für Chile anzuwerben. Die chilenische Gesandtschaft in Berlin teilt uns aber auf unsere Anfrage mit, daß sie nicht wisse, woher die Zeitungen eine solche Nachricht bekommen haben könnten, und daß ihr von ihrer Heimatregierung keine Ermächtigung erteilt worden sei, deutsche Arbeiter anzuwerben. Es ist also zu vermuten, daß es sich bei der Notiz der „Times“ um eine Stimmungsmache handelt, die nur dazu bestimmt war, in Chile selbst Unwillen gegen die deutsche Einwanderung zu erzeugen.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE
DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Allgemeines: Übersicht:

Auslanddeutschtum i. allg.: 57. 65. 67. 94. 95. 114. 124. 131. 136. 142.*Grenzlanddeutschtum*: 2. 4. 12. 20. 21. 28. 29. 33. 35. 36. 47. 56. 58. 61. 71. 79. 80. 81. 87. 90. 91. 93. 96. 97. 111–113. 116. 117. 119. 124. 125. 128. 129. 133. 134. 141.*Auslandkunde i. allg.*: 9. 10. 38. 44. 48. 49. 64. 69. 92. 93. 103. 104. 140. 143.*Auswanderung*: 27. 39. 55. 60. 66. 88. 92. 98. 105. 107. 109. 121. 132. 139.*Außenhandel*: 13. 14. 17. 19. 22–24. 26. 45. 46. 62. 78. 89. 102. 108. 130. 136. 138.*Kirche und Mission*: 40. 67. 74.*Deutschtum in der Darstellung des Auslandes*: 1. 7. 8. 11. 18. 25. 31. 43. 54. 59. 64. 89. 126. 132.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 11. 18. 25. 30. 47. 64. 106. 112. 116. 117. 125. 126.*Nord- u. Osteuropa*: 6. 14. 16. 20. 21. 24. 29. 42. 45. 61. 70. 71. 79. 80. 81. 84. 88. 92. 96. 102. 118. 123. 127. 128. 133. 135. 137. 141.*Süd- u. Südosteuropa*: 34. 41. 78. 97. 99. 129.*Vorderasien*: 92.*Südasiën*: 75.*Ost- u. Australasien*: 5. 23. 50. 63. 86. 92. 98. 110. 138.*Afrika*: 39. 43. 53. 85. 115. 122.*Nordamerika*: 8. 15. 51–52. 54. 72. 73. 92. 108. 120. 132.*Mittel- u. Südamerika*: 1. 3. 7. 13. 26. 27. 31. 32. 38. 59. 76. 77. 78. 82. 83. 92. 100. 101. 109. 139.

I. Einzelschriften.

1. *Beruti*, Josué A., *Beligerancia científica. La medicina alemana*. Buenos Aires 1920: Preusche & Eggeling. 39 S. 8°.

Der argentinische Universitätsprofessor lehnt den namentlich von Frankreich betriebenen Krieg der Wissenschaft gegen Deutschland ab. Er gibt eine anerkennende Analyse des deutschen wissenschaftlichen Denkens, des akademischen Unterrichts und der Fortschritte, besonders in der Medizin. Für sein Vaterland Argentinien fordert er in der Wissenschaft die Ausübung einer gesunden, weltbürgerlichen Gesinnung. H. M.

2. *Bretholz*, Berthold, *Neuere Geschichte Böhmens*. Bd 1: Der polit. u. religiöse Kampf zwischen Ständen u. Königtum unter Ferdinand I. (1526–1564) und Maximilian II. (1564–1576). Gotha: Fr. Andr. Perthes 1920. XI, 391 S. 8° M 26.—. (Allgem. Staatengeschichte. 40. Werk, Bd 1. Lfg. 109.)3. *Crespo*, J. B., *Geografia económica del Brasil*. Buenos Aires: Menéndez 1919. 400 S. \$ 6.50.4. *Denkschrift* der am 18. u. 25. April 1920 gewählten dt. Abgeordneten u. Senatoren des dt. parlamentarischen Verbandes d. tschechoslowak. Nationalitätenversammlung an d. Völkerbund betr. d. Verletzungen d. Minderheitenschutzbestimmungen des zw. den alliierten u. assoziierten Hauptmächten einerseits, der tschechoslow. Republ. andererseits abgeschl. Vertrages von St. Germain en Laye vom 10. Sept. 1919. Prag: Dt.-polit. Arbeitsstelle 1920. 57 S. 8°.

Die Denkschrift stellt fest, daß der tschechoslowakische Staat in offenem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nur mit dem Recht des Stärkeren von den siegreichen Mächten geschaffen worden ist. Sie weist im einzelnen an der Hand der Minderheitenschutzgesetzbestimmungen nach, daß die praktische Gesetzgebung im tschechischen Staat diese Bestimmungen bedenkenlos überall verletzt, am offenkundigsten in der Sperrung deutscher Schulen, in der Anwendung des neuen Sprachengesetzes und in der brutalen Tschechisierung von Gesetzgebung und Verwaltung durch ihre nationalchauvinistische Beamtenschaft. Die 4 Millionen Deutschen in der tschechoslowakischen Republik richten durch ihre berufenen Vertreter an den Völkerbund die Bitte, die Durchführung des Minderheitenschutzes, wie ihn der Vertrag von St. Germain der tschechoslowakischen Regierung auferlegt, zu überwachen und eine internationale Abordnung zur Prüfung ihrer Beschwerden zu entsenden. H. M.

5. **Deltzer*, Hermann, *Vier Jahre unter Kannibalen*. Von 1914 bis zum Waffenstillstand unter deutscher Flagge im unerforschten Innern von Neuguinea. Mit 9 Abb. u. Handzeichn. Berlin: Scherl (1920). 338 S. 8° M 40.—.6. *Dietze*, Constantin von, *Stolypinsche Agrarreform u. Feldgemeinschaft*. Leipzig u. Berlin: Teubner 1920. VIII, 89 S. 8° (Osteuropa-Institut. Quellen u. Studien. Abt. 1, H. 3.)7. *Doersing*, H., *La Enseñanza primaria en Alemania*. Buenos Aires: Empresa Editorial „Germania“ 1920. 105 S. 8°.

Die mit vielen Abbildungen ausgestattete Schrift des deutschen argentinischen Schulmannes gibt einen nach den besten deutschen Quellen bearbeiteten Überblick über Geschichte, Organisation, Lehrpläne und Methoden, Verwaltung, Lehrerbildung, Gesundheitsmaßnahmen und Reformgedanken des heutigen deutschen Volksschulwesens. Sie ist zur Verbreitung in spanisch sprechenden Ländern sehr geeignet.

8. *Dombrowski*, Eric, *German leaders of yesterday and to-day*. New York: Appleton [1920]. 8° \$ 2.—.9. *Dove*, K., *Allgemeine politische Geographie*. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 184 S. 8° M 4.20. Sammlung Götschen. Bdch. 33.)10. *Eckardt*, Paul u. *Kuttig*, Ewald, *Das internationale Arbeitsrecht im Friedensverträge*. Kommentar z. T. 13 d. Friedensvertrages von Versailles. Nebst Anh.: die soziale Versicherung in d. abgetretenen Gebieten v. Alfred Manes. Berlin: Vahlen, Engelmann 1920. X, 133 S. 8° M 18.—. (Vorveröffentlichung aus dem Kommentar z. Friedensverträge.)

Der Kommentar wird durch einen geschichtlichen Überblick über den Werdegang des internationalen Arbeitsrechtes bis zu seiner Regelung im Teil XIII des Friedensvertrages von Versailles eingeleitet. Die Veröffentlichung trägt der Fortentwicklung des Arbeiterrechts auf Grund des Friedensvertrages nach Möglichkeit Rechnung und berücksichtigt insbesondere auch die erste Tagung der Hauptversammlung in Washington vom November v. J. Der Veröffentlichung ist als Anhang ein Kommentar zu dem Artikel 312 des Friedensvertrages über die Sozialversicherung in den abgetretenen Gebieten beigelegt, der von dem durch zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiete des Versicherungswesens bekannten Prof. Dr. Manes verfaßt worden ist. Ferner ist eine Urkundensammlung beigelegt, die wertvolles Material über die Entstehungsgeschichte und Entwicklung des internationalen Arbeitsrechts im Friedensverträge enthält.

11. *Einstein*, Albert, *Relativity. The special and the general theory*. Transl. by Robert W. Lawson. With a portrait and 5 diagrams. London: Methuen 1920. 8° 5 s.12. *Festkrift*, Sönderjydske Centralförenings. Red. af Edvard Eller. Kopenhagen: Fergo [1920]. 4° Kr. 4.—.13. *Filsinger*, Ernst, *Exporting to Latin America. A handbook for merchants, manufacturers and exporters*. With a foreword by Dr. Leo S. Rowe. New York & London: Appleton & Co. 1919. XIV, 565 S. \$ 16.—.14. *Flegel*, Kurt, *Die wirtschaftliche Bedeutung der Montanindustrie Rußlands u. Polens u. ihre Wechselbeziehungen zu Deutschland*. Eingel. mit einem Vorwort des Berghauptm. Dr. Schmeisser. Zur Einführung der Arbeiten der Abt. für Bergbau u. Hüttenkunde d. Osteur.-Instituts in d. Öffentlichkeit. Leipzig u. Berlin: Teubner 1920. VIII, 101 S. 8° (Osteur.-Institut. Quellen u. Studien. Abt. 3, H. 1.)15. *Fritsch*, Wm., *Aus der babylonischen Gefangenschaft der Deutsch-Amerikaner*. Erzählt von einem, der wie viele andere Deutschland noch lieb hat. Sommer 1919. Evansville (Indiana). Stettin: Bielefeld (1920). 19 S. 8°.16. **Gaehtgens*, Eva, *Sonnenland. Lichtbilder aus einem alten Hause*. [Eine baltische Erzählung.] Hamburg: Agentur d. Rauhen Hauses (1920). 237 S. 8°.17. *Gebhardt*, Albert, *Woher kommt die Valutakrisis und was bedeutet sie für mich?* Berlin: Kulturliga G. m. b. H. [1920]. 23 S. 8° M 3.—.

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlagsgesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

Der Verfasser erörtert in gemeinverständlicher Sprache, was Valuta ist, und untersucht die Ursachen für ihre Bewegung in den letzten Jahren. Er erwartet durchgreifende Hilfe vom Abbau der Löhne und Gehälter, wobei die Inflation als Quelle der Geldentwertung nicht genügend berücksichtigt ist. Die neuerliche Verschlechterung der deutschen Valuta konnte noch nicht herangezogen werden.

18. *Genizton*, Paul, L'Allemagne en république. Paris: Payot [1920]. 8° fr 6.—
19. *Gesetzgebung* über Steuer- und Kapitalflucht. Bearb. von Dr. E. G. Meyer. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 100 S. 8° M 7.—. (Gutentagsche Sammlung dt. Reichsgesetze. Nr 145.)
20. **Goltz*, Rüdiger Graf von der, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum. (Mit 7 Kt. u. Abb.) Leipzig: Koehler 1920. VIII, 312 S. 8° M 38.—
21. *Goodhart*, Arthur L., Poland and the minority races. London: Allen & Unwin [1920]. 8° s 30.—
22. *Hamburg* als Markt für überseeische Hölzer 1795–1920. Ein Blatt z. Gedächtnis d. Tages, an dem vor 125 Jahren Friedr. Jac. Müller in Hamburg ein Makler- u. Lagerungsunternehmen errichtete. Überreicht von J. F. Müller & Sohn A.-G. (Hamburg 1920: Knacstedt & Co.) 51 S. 8°.
- Die mit kulturgeschichtlich beachtenswerten Abbildungen geschmückte Denkschrift gibt eine durch viele Quellenstellen belegte Darstellung von Hamburgs geschichtlicher Rolle in dem für die Weltwirtschaft so bedeutenden Handel mit überseeischen Hölzern. 2 Kartenskizzen zeigen die für Hamburg wichtigen überseeischen Waldgebiete und die von Hamburg ausgehenden Hauptverkehrslinien des Holzhandels. H. M.
23. *Commercial Handbook* of China. 2 vols. Washington: Gov. Print. Off. [1920]. 8° \$ 1.—
24. *Handels-Kalender*, Kongeriget Danmarks 1920. Tillæg. De sønderjydske Landsdele. Kopenhagen: Schultz. 4° Kr. 4.—
25. *Henry*, Albert, Etudes sur l'occupation allemande en Belgique. Paris et Bruxelles: Lebegue [1920]. 8° fr. 15.—
26. **Hirschfeld*, Günther v., Das Problem der deutschen Handels- u. Wirtschaftsinteressen in Südamerika. Berlin: Simion Nf. 1920. 23 S. mit e. Kt. 8° M 3.—. (Volkswirtschaftl. Zeitfragen. Nr 314, Jg. 41, H. 4.)
27. *Jantschke*, Georg, Deutsch-Österreich in Paraguay. Allgem. Bemerkungen über das Auswandern... Wien: Ausw.-Hilfsverein „Deutsch-Österreich in d. Fremde“ 1919. 28 S. 8°.
- Die landeskundlichen Ausführungen stützen sich auf die bekannten Schriften von Mangels, Hirsch, Vogler und das reichlich optimistische Büchlein von Romero über Paraguay. Den Hauptteil bilden die Grundzüge und der Plan der Deutsch-Österreichischen Auswandereraktion „Paraguay“ nach den Entwürfen ihres Anregers Architekten Oscar Allgäyer. H. M.
28. *Kähler*, Heinrich, O Deutschland hoch in Ehren! Ein Bekenntnis aus deutscher Jugendbewegung in der Nordmark. Jena: Diederichs 1920. 138 S. 8° M 12.—
29. *Kaufmann*, [Josef], Das staatsrechtliche Verhältnis Danzigs zu Polen. Danzig: Kafemann 1920. 36 S. 8° M 9.—. (Schriften der Stadt Danzig. H. 5.)
30. *Kautsky*, Karl, The guilt of William Hohenzollern. London: Skeffington [1920]. 272 S. 8° 16 s.
31. *Klemm*, Kurt, Guerra en plena paz. Buenos Aires: „Germania“ 1920. 157 S. 8°.

Die Schrift stellt unter Beifügung vieler amtlicher Urkunden die französische Gewaltherrschaft in den besetzten Gebieten Westdeutschlands an den Praeger. Der Militarismus der Franzosen, ihre wirtschaftliche und politische Tyrannei, willkürliche Rechtsprechung und Verwaltung, schließlich der Terrorismus durch die schwarzen Truppen werden mit vielen, auch aus neutralen und englischen Quellen geschöpften Beispielen belegt. H. M.

32. *Krahl*, O., Die Rolle Amerikas im Weltkrieg. Ein Beitrag z. Wahrheit. In Amerika geschrieben. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 214 S. M 10.—
33. *Kreiner*, Karl, Wirtschaftsleben im bayerisch-böhm. Waldgebiete. Würzburg, jur. Diss. 1919. 64 S. 8°.
34. *Krieger*, Hans, Der Massenmord an dt. u. österr.-ung. Soldaten in d. rumän. Gefangenenhölle Sipote. Eine Klage u. Anklage. München: Lehmann 1920. 32 S. 8°.

Nach den Angaben des Verfassers und 39 Überlebenden aus dem Kriegesgefangenenlager Sipote sind dort von 4000 deutschen Gefangenen alle bis auf etwa 150 unter grauenvollen Umständen und Martern umgekommen. Die Schrift ist eine furchtbare Anklage gegen die rumänische Regierung und die deutschen amtlichen Stellen.

35. *Kühnert*, Otto, Das Neustädter Ländchen. Reichenberg: Sudetend. Verl. Franz Kraus [1920]. 20 S. 8°. (Sudetendeutsche Heimatgaue. H. 4. Flugschriftenreihe d. „Heimatabbildung“.)

Das mit einer Reihe Abbildungen geschmückte Heft enthält eine kleine volksümliche Siedelungs- und Städtegeschichte. Volks- und Heimatkunde, Schriftenverzeichnis und zahlenmäßige Übersicht über den von 30000 fast rein deutschen Einwohnern besiedelten nordmährischen Gerichtsbezirk von Neustadt und Aussee.

36. *Lindner*, Josef, Einzelberichte aus [der] Wirtschaftsgeographie Deutsch-Südost-Sudetens. H. 1: Bevölkerungsstatistik [mit 1 Sprachenkte]. Olmütz 1919: Vereinsbuchdruckerei G.m.b.H. 23 S. 8° Kr 2.80.
37. *Liste* der Volkshochschulen u. Volkshochschulkurse im deutschen Sprachgebiet. Nach dem Stand vom 1. Mai 1920. Berlin-Wilmersdorf: Arbeitsamt f. Volkshochschulen 1920. 43 S. 8° M 5.—

Im Gegensatz zum Titel und dem im Oeileitwort angegebenen Grundgedanken, daß das Ziel der Volkshochschulbewegung die deutsche Volksgemeinschaft sein soll, enthält das Verzeichnis leider nur die Volkshochschuleinrichtungen des jetzigen Reichsgebietes. Die Einbeziehung aller deutschen Grenzmarken, vor allem der Nordmark, Deutschpolens, Böhmens, Deutschösterreichs, Südtirols und des Elsaß ist bei der nächsten Auflage dringend zu wünschen. Sonst ist die Liste brauchbar. H. M.

38. *Los prisioneros en los países de la entente*. Informes oficiales sobre los malos tratamientos infligidos a los prisioneros... Publ. autorizada por el departamento de relaciones exteriores de Berlin (1918). Con una introducción por Godofredo Franco. Buenos Aires: Empresa Editorial „Germania“ 1920. 128 S. 8°.

Enthält nach einer zusammenfassenden Einleitung eine Übersetzung der deutschen amtlichen Denkschrift an die Neutralen „Die Gefangenenbehandlung in den Ländern der Entente“. Die meisten Kapitel betreffen die von Franzosen in Europa und den Kolonien gegen Gefangene und Verwundete verübten Gewalttaten, einige Kapitel die Russen, Rumänen und Belgiern zur Last zu legenden Gesamkeiten.

39. *Marquardsen*, Hugo, Angola. Mit 13 Bildtaf., 5 Textsk. u. 1 Kt. Berlin: Dietrich Reimer 1920. VIII, 134 S. 8° M 40.—

Der kürzlich verstorbene Geograph des Reichskolonialamts hat mit dem vorliegenden Werk die lang entbehrt Monographie über Angola geliefert. Neben der bekannten, kritisch gesichteten Angola-Literatur sind die bisher unveröffentlichten Reiseaufzeichnungen des Unterstaatssekretärs a. D. Dr. Gleim verwertet, diese auch zur Neubearbeitung des Angola umfassenden Teils des großen amtlichen Kartenwerkes von Mittelafrika 1:2000000. Die Monographie behandelt im 1. Teil die Besitzergreifung des Landes und im Anschluß daran die Bevölkerungsverhältnisse. T. 2 enthält die geographische Landeskunde unter besonderer Berücksichtigung des Klimas und der Siedlungsmöglichkeiten für Europäer. T. 3 bringt Beschreibungen einzelner Landschaften, T. 4 statistische Angaben über Verwaltung und Wirtschaft. Zahlreiche Abbildungen nach photographischen Aufnahmen, Textskizzen, ein ausführliches Register und reichliche Quellennachweise erhöhen die praktische Brauchbarkeit des grundlegenden Werkes. H. M.

40. *Merkel*, Franz Rud., G. W. von Leibnitz und die China-Mission. Eine Untersuchung über die Anfänge d. protestant. Missionsbewegung. Leipzig: Hinrichs 1920. VII, 254 S. 8° M 15.— + 60% T. (Missionswissenschaftl. Forschungen. H. 1.)
41. **Müller-Guttenbrunn*, Adam, Dämonische Jahre. Ein Lenau-Roman. Leipzig: Staackmann 1920. 363 S. 8° M 18.—, geb. M 25.—
42. *Nolde*, Baron Boris, Lenins Räte-Republik. Ein Beitrag zur Geschichte d. polit. u. wirtschaftl. Entwicklung im neuen Rußland. Aus dem Franz. übers. von R. Paderstein. Berlin: Mittler & Sohn 1920. 44 S. 8° M 6.—
43. *Una obra de colonización alemana en Fernando Po*. Madrid 1919: Imprenta Blass. Mit Abb. u. Kte. 39 S. 4°.

Der spanische Verfasser schildert bewundernd die Haltung und Tüchtigkeit jener eingeborenen Stämme Kameruns, die freiwillig die deutsche Schutztruppe in die Internierung begleiteten und, auf Fernando Po angesiedelt, in kurzer Zeit mustergültige Anlagen schufen. Er gibt Belege für die Zuneigung der Kameruner Bevölkerung zu der deutschen Verwaltung, sowie zahlreiche Aufnahmen. Eine Übersetzung der Schrift ist im Dt. Kolonial-Blatt 1919, S. 39 ff. erschienen.

44. *Osterrieth*, Albert, Gewerblicher Rechtsschutz u. Urheberrecht im Friedensvertrag von Versailles. (Art. 306–311 sowie 274 u. 275 d. Friedensvertrags.) Berlin: Vahlen, Engelmann 1920. XV, 80 S. 8° M 15.—. (Vorveröffentlichung aus dem Kommentar zum Friedensvertrage.)

Es wird zunächst eine Stoff- und Schriftenübersicht gegeben und die Lese der französischen Rechtsgebiete, wie sie vor dem Kriege war und wie sie während des Krieges sich gestaltete, dargelegt. Darauf folgt ein Überblick über die Tendenzen und den allgemeinen Inhalt der im Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen. Die einzelnen Artikel werden französisch, deutsch und englisch abgedruckt und erläutert, unter scharfer Unterscheidung zwischen der eigentlichen Friedensregelung und den sogenannten Nachkriegsbestimmungen. Verfasser weist in der Einleitung darauf hin, daß es sich um ein neues Gebiet handle, daß die Auslegung des Vertrages im Auslande von der Richtung der jeweiligen Rechts- und Wirtschaftspolitik abhängt, und daß die Handhabung des Vertrages in Deutschland unter einem gewissen Drucke der fortwährenden Kriegspolitik der bisherigen Kriegsgegner stehe. Im Anhang werden

noch die übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich auf das Stoffgebiet des Kommentars beziehen, abgedruckt; außerdem die Materialien. Durch ein genaues Sachregister wird die Benutzung des Kommentars erleichtert.

45. *Polen*, Adreßbuch f. Industrie, Handel u. Landwirtschaft. Unter Benutzung amtli. Quellen hrsg. von Rudolf Mosse. 2. Aufl. Berlin: Mosse o. J. M 32.—.
46. *Roehr*, Was bedeutet Spaa? Die Wirkung des Kohlenabkommens auf die deutsche Wirtschaft, die deutsche Finanz, die Industrie u. jeden einzelnen Staatsbürger. Berlin: Kulturliga [1920]. 18 S. 8° M 1.50.
Das Schriftchen faßt in übersichtlichen Zahlen die Wirkung des Kohlenabkommens von Spaa auf das deutsche Wirtschaftsleben zusammen. Die Voraussagen des Verfassers sind zum großen Teil bereits durch die Ereignisse, z. B. den neuen Sturz der Mark seit Abschluß des Abkommens, bestätigt.
47. *Ruffin-Cordelier*, J., Dictionnaire complet des communes de l'Alsace, la Lorraine et du territoire de la Sarre. Paris: Michel [1920]. 8° fr. 4.—.
48. *Schaumburg*, Wolfgang, Von fremden Harfen. Sammlung zeitgen. Dichtungen des Auslandes, in deutscher Gewandung. Stuttgart: Selbstverlag [1920]. 80 S. 8° M 5.—.
Unter den geschmackvollen und eigenartigen Nachdichtungen meist englischer, angloamerikanischer und französischer Lyrik, Balladen, Gelegenheits- und Spruchdichtung befinden sich je ein pennsylvaniadeutsches und deutschaustralisches Gedicht.
49. *Schidlof*, B., Arbeitszeit und Arbeitslohn in der Kommunistengemeinde. Berlin: Kulturliga 1920. 30 S., 8° M 2.—.
(Beiträge zu den Problemen d. Zeit. H. 18.)
Die Abhandlung ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des kommunistischen Siedlungsgedankens unter den verschiedensten geographischen und nationalen Verhältnissen. U. a. sind die religiös-kommunistischen Gründungen Harmony und Zoar der Württemberger Georg Rapp und Georg Bäumeler in Nordamerika herangezogen. H. M.
50. *Schmiedel*, Otto, Die Deutschen in Japan. Leipzig: K. F. Köhler 1920. XXIV, 370 S., 8° M 20.—, geb. M 28.—.
(Die Deutschen im Ausland. Nach eigenen Erlebn. u. Beob. gesch. von Otto Schmiedel.)
51. *Schultheß*, Louis, Durch den amerik. Kontinent. Aarau: Sauerländer & Co. 1920. Fr. 5.—.
52. *Schurz*, Karl, Gottfried Kinkels Befreiung aus dem Zuchthaus z. Spandau. Aus den Lebenserinnerungen v. Karl Schurz hrsg. von H(einr.) H(ub.) H(uben). Leipzig: Klinkhardt [1920]. 77 S., 8° M 5.—. (Deutsche Revolution, Bd. 11.)
Einer der spannendsten Abschnitte aus den Lebenserinnerungen von Karl Schurz, die man am besten in der vollständigen dreibändigen Ausgabe Berlin: Georg Reimer 1906–1912, liest.
53. *Seitz*, Südafrika im Weltkriege. Der Zusammenbruch in Deutsch-Südwestafrika. Die Politik d. südafrikanischen Union während d. großer Kriege. Weltfriede? Berlin: Dietrich Reimer 1920. 111 S., 8° M 10.—.
Von den vorliegenden Abhandlungen des letzten Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika gibt die erste die berufene Darstellung des Verlaufs der Kämpfe um Südwestafrika. Sie weist an dem Kräfteverhältnis und dem Grad der Vorbereitungen nach, daß man auf deutscher Seite niemals einen Krieg gegen die Nachbarstaaten geplant hat, während der Angriff von britischer Seite seit Jahren vorbereitet war. Um so mehr Anerkennung verdient der Widerstand der schwachen Schutztruppe, der es fast an allem fehlte. Der zweiten Abhandlung kommt heute, wo Südafrika für die künftige deutsche Betätigung eine Rolle spielt, insofern eine erhöhte Bedeutung zu, als sie die Motive und Tendenzen der verschiedenen Burenführer, die die Politik der Südafrikanischen Union entschieden und weiter entscheiden werden, aufdeckt. — Der Schlußsatz erklärt aus der Verschiedenheit des Denkens und daher auch der Rechtsauffassung der Völker sowie aus den Gegensätzen ihrer Lebensinteressen den ewigen Frieden für eine Utopie. Der Verf. möchte die Kriegsgefahr durch möglichst ausgedehnte internationale Vorträge verringert und den Krieg selbst in verhältnismäßig humane Formen gebannt sehen. H. M.
54. *Simmons*, Lucretia Van Tuyl, Goethes lyric poems in English translation prior to 1860. Madison: Univ. Press [1921]. 8° 50 c. (Studies in language and liter. Nr. 6.)
55. *Soll* und darf ich auswandern? Wohin? Winke u. Ratschläge. Hrsg. vom Verein f. d. Deutschum i. Ausland, O.-Gr. Hamburg. Hamburg: Geschäftsstelle d. Vereins o. J. 14 S., 8° M —.25.
56. *Stählin*, Karl, Geschichte Elsaß-Lothringens. Mit 4 Taf. München: Oldenbourg 1920. IX, 295 S., 8° M 30.—.
57. *Stiebler*, Josef, Die Wirkungen des Erwerbs und Verlustes der Reichs- u. Staatsangehörigkeit auf die Familieneinheit. Greifswald, jur. Diss. 1919, 51 S., 8°.
58. *Strobl*, Karl Hans, Verlorene Heimat. Jugenderinnerungen aus deutschem Ostland. Stuttgart: Lutz [1920]. 460 S. M 30.—. (Memoiren-Bibliothek. Serie 5, Bd. 12.)

59. *El Terror negro*. Un llamado a la conciencia del mundo. Según documentos oficiales. [nebst] Anexo reservado. Buenos Aires: Empresa editorial „Germania“ 1920. 32 S. 8°.

Ein Appell an das argentinische Volk zugunsten der von Kolonialfranzosen bedröhten Frauen der deutschen Rheinlande. Die wichtigsten deutschen Erklärungen sowie Proteste von englischer, amerikanischer und neutraler Seite sind beigelegt. Die Schrift hat für die spanischsprechenden Länder dieselbe Bedeutung wie E. D. Morels Aufruf gegen die schwarze Pest (The black scourge), der oben auch zitiert wird, für die aneilschische Welt. Die Kundgebung und das Aktenmaterial des Rheinländischen Frauenbundes über die nachgewiesenen Fälle werden als getrennter Anhang (Anexo) wiedergegeben. H. M.

60. *Thewall*, C. H., Das Amt der verlorenen Worte, mit e. Einl.: Die Auswanderung als Problem, von Dr. Georg Panzer. München: Verl. d. politischen Zeitfragen 1920. 38 S., 8° M. 3.—.
61. *Verfassung* für die Freie und Hansestadt Danzig. Textausg. nach dem v. d. „Verfassungsgebenden Versammlung für die künftige Freie Stadt Danzig“ festgest. Wortlaut. Danzig: Kafemann 1920. 31 S. 8° M 1.50. aus: Danziger Zeitung.
62. *Vissering*, G., Internationale Wirtschafts- u. Finanzprobleme. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. VIII, 91 S., 8° M 8.—.
Die Schrift enthält in fünf knappen und klaren Abschnitten Visserings Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt. Ein sechster Abschnitt enthält ein internationales Memorandum, das als Ergebnis der am 2. und 3. Nov. 1919 in Amsterdam stattgehabten Besprechung hervorragender Finanzmänner der Hauptkulturstaaten der Welt über die internationale Finanzlage den Regierungen der vertretenen Länder anfangs dieses Jahres überreicht worden ist und die Brüsseler Beratungen stark beeinflusst hat. Der Verfasser vermeidet fachwissenschaftliches Beiwerk und läßt sich bei der Herausarbeitung der internationalen Zusammenhänge von hohen allgemeinsinnlichen Gesichtspunkten leiten.
63. *Vollerthun*, Wald., Der Kampf um Tsingtau. Eine Episode aus dem Weltkrieg 1914/18 nach Tagebuchblättern. Mit Titelbild u. 2 Karten. Leipzig: Hirzel 1920. XV, 200 S., 8° M 36.—.
64. *War posters*. Edited by Martin Hardie and Arthur Sabin. London: A. and C. Black [1920]. With 80 illustr. XVI, 46 S. 25 s.
Eine Buchveröffentlichung der wertvolleren Kriegsplakate britischen, französischen, amerikanischen und deutschen Ursprungs im Anschluß an die Kriegssammlung des South Kensington Museums. Die Verfasser zollen der künstlerischen Bildwirkung, z. B. dem Hindenburgkopf von Oppenheim, und dem Geist der deutschen Plakate hohe Anerkennung.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

65. *Auslandswarte*. Organ d. Bundes d. Auslandsdeutschen E. V. Jg. [1], Nr 1, 15. Sept. 1920. Berlin: Hobbing. 16 S. 4° 14täg., viertelj. M 3.—.
66. *Bericht* über die Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft zu Magdeburg am 7. Mai 1920. Glückstadt u. Hamburg 1920: Augustin. 79 S. 8°.
Der Bericht enthält neben vielen Anregungen zur Pflege des kolonialen Gedankens als inhaltlich wichtigsten Teil eine Besprechung der überseeischen deutschen Auswanderungsziele.
67. *Bericht* über die Tätigkeit des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung in den Jahren 1918 u. 1919. Erst. v. Zentralvorstand. Leipzig: Zentralvorst. d. Ev. Vereins d. Gustav-Adolf-Stiftung 1920. 72 S. 8°.
68. *Neue Brücken*. Hrsg. von der deutschen Liga für Völkerbund. Schriftl.: Maximilian Müller-Jabusch. [Jg. 1], 1920, Nr 8/9, 6 S. Berlin: Mittler. Jährl. 12 Nrn.
69. *The Colonial-Office-List* for 1920. Comprising historical and statistical information. Compiled by William H. Mercer, A. E. Collins and A. J. Harding. Publ. 59. London: Waterlow & Sons 1920. LXIV, 818 S., 8°.
70. *Dahl*, Svend og Th. *Dössing*. Dansk Tidsskrift-Index. Systematisk fortegnelse over indholdet af 200 danske tidsskrifter. Aarg. 4, 1918. København: Lybecker. 8° Kr 5.—.
71. *Polnische Gesetze und Verordnungen* in deutscher Übersetzung. Hrsg. vom Deutschumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte Posens. [Jg. 1], Nr. 1 v. 18. Aug. 1920. Posen: Posener Buchdr. und Verlagsanst. 8 S. 4°.
72. *Jahrbuch* der Ersten evang.-luther. Gemeinde zu Racine, Wis[consin]. Von Apr. 1919 bis Apr. 1920. (Racine 1920). 16 S. 8°.
73. *Jahrbuch* der evang.-luther. St. Jacobi-Gemeinde für d. Jahr 1919. Milwaukee 1919: Northwestern Publ. House. 39 S. 8°.

74. Evang. Missionsgesellschaft zu Basel. 105. *Jahresbericht* auf 1. Juli 1920. Basel: Missionsverwaltung 1920. 56 S. 8°.
75. The *India-Office-List* for 1920. Compiled from official records by direction of the Secretary of State for India in council. Publ. 34. London: Harrison 1920. XVI, 861 S., s. 30.—.
76. **Kalender* für die Deutschen in Brasilien 1921. Jg. 40. São Leopoldo u. Santa Cruz: Rotermond (1920). 336 S. 8°.
77. Uhle's *Kalender* für das Schaltjahr 1920. Jg. 14. Hrsg. A. Otto Uhle. Curityba (1919): Impressora Paranaense.
78. *Mercurio Hispano Alemán*. Monatsschrift zur Förderung deutsch-spanischer Handelsbeziehungen. Hrsg. P. A. Hildebrand u. E. Dearneborg. [Jg. 1] 1920, Nr 4, 39 S. Berlin u. Madrid.

Die mit zeitgemäßen Abbildungen aus beiden Ländern ausgestattete Zeitschrift dient der Aufgabe, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien zu pflegen. Sie unterrichtet über die für den beiderseitigen Ein- und Ausfuhrhandel wichtigen wirtschaftlichen Vorgänge und Maßnahmen. Auch die vom deutschen Kaufmann zu berücksichtigenden Stimmungen und Aussichten in Lateinamerika werden einbezogen.

79. *Nachrichtenblatt* des Deutschtumsbundes Posen [bis Nr 14 u. d. T.: Nachrichtenblatt des Deutschen Volksrates Posen] Hrsg. vom Presseausschuß des Deutschtumsbundes Posen. Jg. 2, 1920, Nr 5. Posen: Posener Buchdr. u. Verlagsanst. 28 S. 4° 14täg. M 3.— f. Mitglieder, M 5.— f. Nichtmitglieder.
80. *Nachrichtenblatt* des Verbandes deutscher Turnvereine in Polen. Schriftl.: H. Günther. Jg. 1, 1920/21, Nr 2, 7 S. Thorn: Thorner Ostdt. Zeitung. Jährl. 12 Nrn. M 12.—.
81. *Ostkurier*. Jg. 1, 1920, Nr 5, 11 S. Hrsg.: Bernhard M. Skrobotz. Oppeln: Ost-Verlag. Jährlich 24 H., monatlich M 2.—.

Die neue Zeitschrift sucht die Interessen Oberschlesiens durch eine rein sachliche, überwiegend wirtschaftliche Berichterstattung wahrzunehmen, die sich außer auf Deutschland auf die Nachbarstaaten Polen und Tschechoslowakei erstreckt. Ferner behandeln allgemeinere Aufsätze unter Vermeidung der Polemik politische und Kulturfragen Osteuropas. H. M.

82. *Revista médica* de Hamburgo (Resumen universal de la medicina). Red.: Prof. Dr. P. Mühlens, Dr. Rabe, Dr. Maximo-Asenjo. Año 1, 1920, Nr 5, 22 S. Berlin: Kornfeld. Jährl. 12 H. \$ 5.—.
83. **Koseritz' Deutscher Volkskalender* für Brasilien auf das Jahr 1921. Jg. 46. Porto Alegre: Krahe 1920. 250 S. 4°. \$ 1.500.
84. Osteuropäische *Wirtschafts-Zeitung*. Export-, Industrie- u. Handels-Zeitung. Zentralorgan zur Förderung der Beziehungen zwischen Deutschland u. Osteuropa. Verantw. für d. Inhalt: Dr. Herbert Prindull. Jg. 1, 1920/21, Nr 1, 12 S. Berlin: Würtz. Jährl. 52 Nrn., viertelj. M 12.—.
85. The South and East African *Year-Book* and guide for 1920. Ed. 25. London: The Union Castle Line 1920. LV, 771 S. s. 24.—. [Anf. u. d. T.]: The Guide to South Africa and East Africa.
86. *Ostasiatische Zeitschrift*. The far East. L'extrême orient. Beiträge z. Kenntnis d. Kultur u. Kunst d. fernen Ostens. Hrsg. v. Otto Kümmel, William Cohn, Erich Hänisch. Jg. 8. 1919/20. Berlin: Osterheld 1920. Jährl. 4 H., M. 150.—.
87. *Zeitschrift* des Deutschen Vereins für die Geschichte Mahrens u. Schlesiens. Red. von Paul Strzempa. Jg. 23. 1919. H. 1—4. Brunn: Verlag des Vereins.

Der Jahrgang enthält an größeren Beiträgen den Schluß der Abhandlung von K. Segl, Briefe und Urkunden zur Geschichte der Hussitenkriege aus dem Egerer Stadtarchiv, und die Geschichte der Stadt Göding bis zum 18. Jahrh. von Dr. G. Treixler, ferner stadtgeschichtliche Beiträge über Brünn, Groß Taux, Simmersdorf, Neutitschein und Iglau, sowie zwei kirchengeschichtliche Aufsätze über Mahren von Loserth, literarische Anzeigen und eine Zeitschriftenschau für 1918.

III. Zeitschriftenaufsätze.

88. *Altrock*, W. von, Die Bedeutung der deutschen Rückwanderung aus Rußland für die deutsche Landarbeiterfrage. in: Archiv der Landarbeiterfrage. Folge 2, 1920, H. 1. Berlin: Dt. Landbuchhandlung.
89. *Arndt*, Fritz, Erfahrungen mit der Verkaufsordnung f. Auslandslieferungen. in: Buchhändlergilde-Blatt. Jg. 4, 1920, Nr 9, S. 205. Berlin: Dt. Buchhändlergilde.

Der in der Schweiz lebende Verfasser nimmt Stellung gegen die deutsche Profitsucht, die die Gewinne aus der Valutaverordnung nicht der notl. idealen Allgemeinheit, sondern nur einzelnen Kapitalisten zukommen lasse.

90. *Asmussen*, P., Schleswigertum, Preußentum, Dänentum. in: Das demokrat. Deutschland. Jg. 2, 1920, Nr 29, S. 467. Berlin: Demokrat. Verlag.
91. *Asmussen*, P., Dänische und deutsche Werbung. in: Das demokratische Deutschland. Jg. 2, 1920, Nr 2, S. 38. Berlin: Demokrat. Verlag.
92. *Auswanderung*. Sonder-H. d. Süddt. Monatshefte. Jg. 17, 1919/20, H. 12. München: Süddt. Monatsch.
- Enthält u. a. d. Aufsätze: Drascher, Wahrhold, Auswanderungspolitik. Sapper, Karl, Auswanderung i. d. Tropen u. i. tropennahen Gebiete. Waltz, Heinrich, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Aus Briefen e. jungen Schweizer Landwirts aus d. ersten Jahre in Südamerika. Mitget. v. Hans von Berlepsch-Valendas. Blickle, Karl, Die Einwanderung nach China. Karo, Georg, Griechenland u. Kleinasien. Dirr, Adolf, Der Kaukasus. Wertheimer, Fritz, Möglichkeiten im Osten. Kuechler, Karl, Island u. seine Deutschfreundlichkeit.
93. *Bergstraesser*, Ludwig, Tschechien und Deutschland. in: Das demokratische Deutschland. Jg. 2, 1920, Nr 6, S. 97. Berlin: Demokrat. Verl.
94. *Berthold*, Wer ist vor dem Gesetz Deutscher? in: Die deutsche Nation. Jg. 2, 1920, H. 9, S. 613. Berlin: Dt. Verlags-Gesellschaft f. Politik u. Geschichte.
95. *Boy-Ed*, K., Die Auslandsdeutschen, Nachrichtendienst u. Presse. in: Freie Bahn. Jg. [1], 1920, Nr 4, S. 5. Hamburg: Norddeutscher Hansa-Bund.
96. *Braun*, Fritz, Die Verteilung der deutschen Bevölkerung in Polen. in: Die Brücke. Jg. 2, 1920, Nr 39. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verl.
97. *Brockhausen*, Karl, Die sogenannten Nationalstaaten auf dem Gebiete des alten Österreich. in: Deutsche Politik. Jg. 5, 1920, H. 36, S. 301. Stuttgart: Deutsche Verlagsanst.
98. *Buetz*, G., Die Mandchurei als Auswanderungsgebiet. in: Der Weltmarkt. Jg. 8, 1920, H. 14, S. 307. Hannover: König & Ebhardt.
99. *Cisek*, Oskar Walter, Ostdeutscher Brief aus Rumänien [Neue deutsche Zeitschriften u. literarische Erscheinungen in Altrumänien, Bukowina und Siebenbürgen]. in: Das literar. Echo. Jg. 22, 1919/20, H. 23, S. 1448. Berlin: Fleischel.
100. *Deutschland* in Guatemala [Deutsche Gesandtschaft, Schule, Vereinsleben]. in: Weltwirtschafts-Zeitung. Jg. 5, 1920, Nr 37, S. 3. Berlin: Eckart.
101. Aus dem mexikanischen *Deutschtum*. in: Lateinamerika (D). 1920, Nr 7/8, S. 188. Berlin: Deutscher Überseedienst.
102. *Dyck*, Siegfried, Entschädigungslose Wegnahme deutschen Besitzes in Polen. Eine Ausplünderung d. letzten Käufer von Ansiedlungsbesitz. in: Die Brücke. Jg. 2, 1920, Nr 33. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
103. *d'Ester*, Karl, Deutschland und die Auslandspresse. in: Hochland. Jg. 17, 1920, H. 7, S. 115. München: Kösel.
104. *Gedanken* zur Reform einer Auslandberichterstattung. in: Vivos voco. Jg. 1, 1919/20, H. 11, S. 671. Leipzig: Seemann.
105. *Goebel*, Otto, Auswanderungsprobleme. in: Weltwirtschaft. Jg. 10, 1920, Nr 9, S. 241. Berlin: Heymann.
106. *Grautoff*, Otto, Deutsche in Frankreich. in: Deutsche Politik. Jg. 5, 1920, H. 37, S. 337. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.
107. *Grisebach*, Manfred, Der gegenwärtige Stand der Auswanderungsfrage. in: Weltwirtschaft. Jg. 10, 1920, Nr 9, S. 239. Berlin: Heymann.
108. *Haefcke*, Rud., Die Beschlagnahme des deutschen Privateigentums in den Vereinigten Staaten. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 5, 1920, Nr 36, S. 498. Hamburg: Meißner i. Komm.
109. *Hartwig*, Betrachtungen zur Frage der deutschen Auswanderung, besonders nach Südamerika. in: Grenzboten. Jg. 79, 1920, Nr 37/38, S. 298. Berlin: Koehler, Abt. Grenzboten.
110. *Harzer*, A., Australien. (Wirtschaftsmonographien wichtiger Handelsstaaten. 9.) in: Der Weltmarkt. Jg. 8, 1920, Nr 8/9. Hannover: König & Ebhardt.

- Herz**, Zwischen Brenner u. Bozen. (Reiseeindrücke.) in: Das demokrat. Deutschland. Jg. 2, 1920, Nr 38, S. 610. Berlin: Demokratischer Verlag.
- Der Verfasser be ont, daß die irredentistische Bewegung bei Deutschtirolern und Ladinern nicht österreichisch oder gar habsburgisch, sondern durchweg großdeutsch gerichtet ist.
- Hobohm**, Martin, Die französische Schande im Rheinland. in: Deutsche Politik. Jg. 5, 1920, H. 34, S. 242. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verl.-Anst.
- Kaulfuß**, Walter, Die Saarbrücker Zeitung als Hort des Deutschtums. in: Zeitungs-Verlag. Jg. 21, 1920, Nr 39, S. 1201. Magdeburg: Verein dt. Zeitungsverleger.
- Keidel**, Heinrich, Die Not der deutschen Auslandsschulen und die Pflicht der Auslandsdeutschen. in: Die neue Zeit. Vol. 2, 1920, Nr 37, S. 8. Chicago.
- Kindt**, Rudolf, Die Lage in Südwestafrika. in: Deutsche Politik. Jg. 5, 1920, H. 40, S. 432. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.
- Koenig**, Friedrich, Neuere Literatur über Elsaß-Lothringen. in: Hochland. Jg. 17, 1920, H. 12, S. 751. München: Kösel.
- Koenig**, Friedrich, Von der Not des Elsässertums in Geschichte u. Gegenwart. in: Hochland. Jg. 17, 1920, H. 12, S. 751. München: Kösel.
- Der im Elsaß geborene Verfasser verfolgt den Gedanken eines selbständigen elsässischen Staates durch die Geschichte und sucht die Notwendigkeit seiner autonomen Existenz nachzuweisen.
- Kügelgen**, Carlo von, Deutsches aus Finnland. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47, 1920/21, H. 1, S. 110. Berlin: Gebr. Paetel.
- Deutsches Land** in Not: Sonderheft von: Die deutsche Hochschule. Jg. 1, 1920, H. 9/10. Halle: Niemeyer. M 2.50.
- Das Heft enthält Aufsätze von Landeskennern über alle vom Reich abgetrennten oder von der Abtrennung bedrohten Grenzmarken.
- Le Conte**, René, Congrégations protestantes et sociétés communistes allemandes aux Etats-Unis. in: Revue internationale de sociologie. 28^e année. 1920. juillet-août. Paris: Giard et Brière.
- Leibach**, Das Reichswanderungsamt. in: Hanseat. Rechtszeitschrift. Jg. 3, 1920, Nr 8/9, S. 417. Berlin-Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger.
- Leutwein**, Paul, Das französische Kolonialreich in Afrika. II. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien. Bd 2, 1920, H. 2, S. 89^o. Jena: Fischer.
- Liquidation** der deutschen Versicherungs-Gesellschaften in Estland. in: Weltwirtschafts-Zeitung. Jg. 5, 1920, Nr 39, S. 9. Berlin: Eckart.
- Literatur** über das Recht der nationalen Minderheiten. in: Neue Brücken. [Jg. 1], 1920, Nr 8/9, S. 4. Berlin: Liga f. Völkerbund.
- Loening**, Die Grundlagen der Danziger Verfassung. in: Die Brücke. Jg. 2, 1920, Nr 34. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
- Montgela**, Pauline, Ein französisches Buch über uns [Besprechung von Ambroise Got, L'Allemagne après la débâcle]. in: Hochland. Jg. 17, 1920, H. 7, S. 118. München: Kösel.
- Murke**, Mathias, Die ethnographischen Verhältnisse Rußlands. in: Internat. Monatsschrift. Jg. 14, 1920, H. 7, S. 578. H. 8, S. 674. Leipzig-Berlin: Teubner.
- Nieborowski**, Paul, Der Geist der Deutschordensgeschichte. in: Die Brücke. Jg. 2, 1920, Nr 34. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
- Raff**, Helene, Der Trutzmauerhof. Roman aus dem deutschen Südtirol. in: Westermanns Monatshefte. Jg. 65, 1920, H. 1 ff. Braunschweig: Westermann.
- Die **Rechtslage** ausländischer Zweigniederlassungen nach dem Friedensvertrage. Von L. in: Weltwirtschafts-Zeitung. Jg. 5, 1920, Nr 40, S. 6. Berlin: Eckart.
- Reimesch**, Fritz Heinz, Ein Weltbund des Deutschtums. in: Deutsche Rundschau. Jg. 17, 1920/21, H. 1, S. 103. Berlin: Gebr. Paetel.
- Roberts**, Kenneth L., The string on the German exodus [Eine gehässige Darstellung der deutschen Auswanderungsbewegung mit giftig-ironischer Kritik der amtlichen Auswanderungspolitik]. in: The Saturday Evening Post. Vol. 192, Nr 51, June 1920. Philadelphia: The Curtis Publ. Co.
133. **Rukser**, U., Neue polnische Gesetze u. Verordnungen gegen die Deutschen. in: Die Ostmark. Jg. 25, 1920, Nr 9/10, S. 92. Berlin: Ostmarken-Verein.
134. **Schmidt**, Walter, Deutschlands wirtschaftliche Leistungen in Elsaß-Lothringen. Zur Erinnerung an d. Fall Straßburgs am 27. Sept. 1870. in: Geogr. Anzeiger. Jg. 21, 1920, H. 9, S. 187. Gotha: Just. Perthes.
135. **Streifzüge** durch die deutsch-schwedische Literatur des letzten Jahrzehnts. in: Deutsch-schwedische Blätter. Jg. 1, 1920/21, H. 1, S. 21. Berlin: Mittler.
136. **Siemer**, Heinrich, Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums für den Wiederaufbau. in: Freie Bahn. Jg. [1], 1920, Nr 4, S. 1. Hamburg: Nordd. Hansa-Bund.
137. Deutsch-schwedische **Vereinigung**. in: Dt.-schwedische Blätter. Jg. 1, 1920/21, H. 1, S. 30. Berlin: Mittler.
138. **Vollerthun**, Waldemar, Die Liquidation der deutschen Interessen in Schantung. in: Die Grenzboten. Jg. 79, 1920, Nr 28/29, S. 60. Berlin: Die Grenzboten.
139. **Weil**, Otto, Zur deutschen Auswanderung nach Brasilien. in: Weltwirtschaft. Jg. 10, 1920, Nr 9, S. 242. Berlin: Heymann.
140. **Widenbauer**, Georg, Ein gefährlicher Nachbar [Der Tscheche]. in: Der Türmer. Jg. 22, 1919/20, H. 12, S. 453. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
141. **Wosien**, Die polnische Presse in Oberschlesien. in: Zeitungs-Verlag. Jg. 21, 1920, Nr 39, S. 1202. Magdeburg: Verein dt. Zeitungsverleger.
142. **Ziehen**, Julius, Das Auslandsdeutschtum in der Geschichte der Wissenschaften. in: Weltwirtschaft. Jg. 10, 1920, Nr 9, S. 250. Berlin: Heymann.
143. **Zimmer**, J. Fr., Zur Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen. Nach einem Vortrag. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4, 1920, H. 9, S. 553. München: Lehmann.
- Der Verfasser spricht sich entschieden gegen die Gleichberechtigung von Ausländern nichtgermanischer Rasse aus, wobei die Begriffe „Rasse“ und „Germanen“ gleich dunkel bleiben.

IV. Karten.

Europa — Gesamt.

144. **Europa** nach dem Weltkriege. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:7,5 Mill. 58. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 81:65 cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 11.)

Umfaßt ganz Europa und die angrenzenden Teile Vorderasiens und Nordafrikas. Die einzelnen europäischen Staaten sind jeweils durch Grenz- und Flächenkolorit bezeichnet; die Geländegestaltung fehlt ganz bis auf die 200 m-Isobathe, die unter diesen Umständen aber gänzlich überflüssig ist. Die Angabe der neuen Grenzen ist, soweit sie schon bekannt sind, richtig, in Osteuropa ist die Darstellung jedoch schon wieder überholt. Notwendig wäre eine einheitliche Bezeichnung der verschiedenen Abstammungsgebiete gewesen; das Gebiet von Klagenfurt dürfte jedenfalls nicht als zu Jugoslawien gehörig dargestellt werden. Auch die Namensschreibung könnte vielfach revidiert werden. Die Karte enthält noch die wichtigsten Eisenbahnlinien. Insgesamt eine auch für Demonstrationen geeignete Übersicht.

Nordeuropa.

145. **Herkt**, O., Dänemark und seine Nebenländer. Unter Leitung v. Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:600 000. Färöer-Inseln und Dänisch-Westindien im M. 1:1,2 Mill., Island im M. 1:3 Mill., Grönland im M. 1:10 Mill. 2. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 58½:75½ cm. M 3.—.

Umfaßt ganz Dänemark mit Einschluß der benachbarten schwedischen Küste und der angrenzenden Teile Schlesiens unter Zuerücklegung der neuen Grenze, aber unter vergleichsweiser Eintragung der alten Grenzührung. Das politisch-geographische Moment überwiegt vollständig. Die einzelnen dänischen Verwaltungsgebiete sind durch Flächenkolorit unterschieden, ihre Beschriftung ist aber infolge der auf der Karte angegebenen zahllosen Ortsnamen nicht überall deutlich genug erkennbar. Auch die Verkehrswege treten nicht genügend hervor. Überhaupt ist die Karte mehr für den Handgebrauch bestimmt. Eine Reihe von Nebenkarten stellen Island, Grönland und die Färöer noch besonders dar.

Deutsches Reich — Gesamt und zentrale Gebiete,

146. **Linien** gleicher magnetischer Mißweisung für 1919, 5. Blatt 1—7. Hrsg. von der Preuß. Landesaufnahme nach Angaben d. magnet. Instituts Potsdam. M. 1:1 Mill. [Nebst] Merkblatt über d. Gebrauch magnet. Karten. [Berlin]: Preuß. Landesaufnahme (1919 oder 1920).

1. Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe. 35½:43 cm.
2. Provinz Sachsen, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg. 39½:50½ cm.
3. Ost- u. Westpreußen. 50:35½.
4. Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Hessen. 38½:39 cm.
5. Posen u. Schlesien. 40½:42 cm.
6. Elsaß-Lothringen, Pfalz, Baden, Württemberg. 37½:36 cm.
7. Bayern. 40½:39 cm.

Die Karten, die zum erstenmal in diesem Maßstab die magnetischen Verhältnisse für die einzelnen Gebiete Deutschlands zur Darstellung bringen, sind ursprünglich für militärische Zwecke bearbeitet worden, werden nunmehr aber weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Eine fortlaufende Veröffentlichung dieser Karten ist jedoch nicht beabsichtigt. (Vgl. Pet. Mitt. 66. Jhg./20, S. 170.)

147. Provinz Pommern. M. 1:520 000. 30. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 72:51½ cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 28.)

Recht übersichtliche, namentlich durch die Hervorhebung der wichtigeren Verkehrswege und Hauptschiffahrtsstraßen für den Hand- wie Kontorgebrauch geeignete Darstellung, mit besonderem Flächenkolorit für die einzelnen Regierungsbezirke, allerdings ohne jede Charakterisierung der Oberflächengestaltung.

Westdeutsche und nordwestdeutsche Grenzmarken.

148. Karte d. Saarlandes, d. Rheinpfalz u. d. angrenzenden Gebiete. M. 1:200 000. Saarbrücken: Bock & Seip [1920]. 76:63½ cm.

Die Karte umfaßt das Gebiet zwischen Trier und Mannheim bzw. Mainz und Karlsruhe mit besonderem Grenzkolorit für das Saarland. Besonders hervorgehoben sind der Wald und die Verkehrswege. Die Geländegestaltung ist nicht weiter charakterisiert, nur sind bei den einzelnen Straßen die gefährlichen Stellen besonders markiert, außerdem sind die Entfernungen jeweils in km angegeben.

149. Handke, F., Schleswig-Holstein, Mecklenburg u. die Hansestädte. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:600 000. 22. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 77½:58½ cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 37.)

Neuaufgabe der unter Nr. 114, H. 3 ds. Jhg., S. 92 besprochenen Karte, nunmehr mit Eintragung der neuen Grenze und vergleichsweiser Angabe der früheren. Die in der Legende zusammengestellten Flächenangaben für die einzelnen Kreise Schleswig-Holsteins sind entsprechend berichtigt. Wir regen erneut die Erweiterung dieser Angaben auf Mecklenburg und die Hinzufügung der Bevölkerungsziffern an.

Ostdeutsche Grenzmarken.

150. Handke, F. u. A. Herrich, Provinz Schlesien. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. M. 1:510 000. 56. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 81:62 cm. M 3.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 36.)

Vorwiegend politisch-geographische Darstellung. Die Provinz selbst, das Abstammungsgebiet von Oberschlesien und die angrenzenden deutschen und außerdeutschen Gebiete sind jeweils durch besonderes Flächen- oder Grenzkolorit bezeichnet. Daneben ist aber auch der Versuch gemacht, die Geländegestaltung zu charakterisieren, doch erschwert die Einföhrung der vielen Ortsnamen die Übersicht. Auch die Darstellung der Verkehrswege hat z. T. darunter gelitten. Die Karte kommt daher mehr als Handkarte für weitere Kreise in Frage. Eine Anzahl von Nebenkarten ergänzen brauchbar die Hauptkarte.

Baltikum und Osteuropa.

151. Carte de Latvia. M. 1:2 Mill. Hrsg.: Section topographique d'état major de l'armée latvienne. 32½:19 cm.

Kleine Übersichtskarte, im Stil einer Schultatlaskarte, mit Angabe Bahnen und Hauptorte. Bemerkenswert ist lediglich eine Reihe statistischer Diagramme, die die Größenverhältnisse von Lettland, der Schweiz, Dänemark, Holland und Belgien vergleichend gegenüberstellen.

152. Latvija. M. 1:4200 000. Riga: Olava Fonda 1920. 117½:78.

Neueste politisch-geographische Darstellung von Lettland. Übersichtskarte mit Angabe der neuen Grenzen und besonderer farbiger Hervorhebung der einzelnen großen und kleinen administrativen Einheiten (z. B. den Gemeinden), der Verkehrswege und der Siedlungen.

153. Eine kleine Übersichtskarte des Deutschtums in der Bukowina nach Prozenten der Bevölkerung der Bezirksgerichte (Schwarzdruck) von Stark ist der Schrift v. Ka indl „Die Deutschen in der Bukowina“ (Berlin: Verlag d. Deutschtum i. Ausland, 1919) beigegeben. Sie bildet eine brauchbare Ergänzung zu den früheren Karten von Langhans (Pet. Mitt. 1915) und von Ka indl 1911.

Asien.

154. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck, 1:67 500) des Libanon und seiner Umgebung ist der Schrift von v. Kie ling „Rund um den Libanon“ (Leipzig: Dieterich, 1920) beigegeben.

Südamerika.

155. Die kirchliche Entwicklung Südamerikas in dem Zeitraum von 1900—1920 zeigt eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) in der Zeitschrift „Die katholischen Missionen“ Jahrg. 1921/90, Nr. 10, S. 155.

156. Eine farbige kleine Übersichtskarte von Chile (1:15 Mill.) die aber nur für die erste allgemeine Information in Frage kommt, ist dem Buch von Bürger „Chile“ (Leipzig: Dieterich, 1920) beigegeben. Ebenda eine Sonderkarte von Mittelchile 1:7,5 Mill.

157. Eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der Kolonien in Munizip Erechim (Rio Grande) mit Angabe der Nationalitäten der Kolonisten enthalten die „Deutsch-evangelischen Blätter für Brasilien“, Heft März 1920, S. 176.

In derselben Zeitschrift, Heft 9 vom Februar 1920, S. 158, eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der Serrakolonien ebenfalls mit Angabe der Nationalitäten.

158. Karte von der Republik Paraguay, hergestellt durch die Deutsche Auswanderungs-Gesellschaft (D. A. G.) e. V. Stettin. M. 1:1 Mill. (Stettin 1920.) 76:91½ cm.

Angesichts des völligen Mangels an geeigneten Übersichtskarten ist Herausgabe dieser Karte ein Verdienst der Auswanderungsgesellschaft, wozu auch vieles in der Darstellungsweise nur vorläufigen Charakter trägt. Dargestellt ist neben der Geländegestaltung, dem Flußnetz und der Waldbreitung vor allem die Lage der einzelnen Kolonien und Siedlungen.

VON UNSERER ARBEIT

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

In Mexiko ansässiger Auslandsdeutscher wünscht die Vertretung einer Farbenfabrik, auch einer großen Brauerei, zu erhalten, da dort in beiden Artikeln ein guter Umsatz zu erwarten ist.

Junger Auslandsdeutscher, welcher binnen kurzem nach London, bezw. Oxford reist, ist bereit, Aufträge privater, eventuell auch geschäftlicher Art zu übernehmen.

Junger verheirateter Kaufmann, welcher vor dem Kriege Paris ansässig war, sucht in Stuttgart die Vertretung einer Firma, bezw. eine Filiale, zu übernehmen.

Druckfehler-Berichtigung.

In den Aufsatz „Vom urdeutschen Land an der Saar“ Nr. 17 unseres Blattes, haben sich einige unliebsame Druckfehler eingeschlichen. So muß es heißen:

- Seite 513, Z. 2 statt Abstimmungsgebiete: Abstimmungsgebiete
 „ 513, Sp. 2, Z. 17 v. unten, statt d.: I. = Infant. Regt.
 „ 514, „ 1, „ 22 „ oben, „ erzeugen: neigen.
 „ 514, „ 1, „ 28 „ „ „ Vorväter: Verräter.
 „ 514, „ 1, „ 30 „ „ „ Königreiche: Königsreie.

In dem Aufsatz von Herrn Professor Dr. Sieger: „Die vorläufige amtliche Karte der Grenzen Österreichs“ in Heft 19 muß es heißen:

- Seite 583, links, Z. 17 von unten, statt Seelund: Seeland.
 „ 583, rechts, „ 6 „ oben, „ Hochzeil: Hochal.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 22. Oktober 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDSDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDSDEUTSCHTUM UND AUSLANDSKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portoszuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 22

STUTTGART

Zweites Novemberheft 1920

Deutsche Kinder in Holland

Von Th. BERTOLDI.

Als im Jahre 1916 die Lebensmittel in Holland noch im Überfluß vorhanden waren, während in Deutschland die Folgen der Blockade sich übel bemerkbar machten, kam bei einzelnen Familien in Holland der Gedanke auf, während der Ferien deutsche Kinder bei sich zur Erholung aufzunehmen. Diese Anregung fand gleich so viel Beifall, daß die Vorsteherin des Säuglings-Fürsorgevereins der Stadt Düsseldorf sofort eine Sendung von 70 Kindern in die Wege leiten konnte. Die Idee, deutsche Kinder aufzunehmen, fiel ohne jedwede Propaganda auf so guten Boden, daß außer dem ersten Transport am 26. Juli 1916, drei Tage später über Elten ein zweiter Transport von 100 Kindern die Grenze passieren konnte. Dann kamen wöchentlich zweimal, später einmal Transporte von 100 bis 150, ja selbst 700 Kindern über Maastricht, Zevenaar, Enschede, Oldenzaal oder Nieuwe Schans nach Holland. Im ersten Monat wurden bereits 1200 Kinder untergebracht. Als jedoch diese so impulsiv entstandene Bewegung stets mehr anwuchs, wurde eine feste Organisation notwendig, besonders mit Bezug auf die für Kriegszustand bestehenden strengen Vorschriften bezüglich des Grenzübergangs, jedoch auch im Zusammenhang mit den Verkehrsschwierigkeiten, der rationellen Versorgung der Kinder und der Verhütung einer ungeordneten Überströmung des Landes. Damals wurde ein Zentralkomitee in Leiden gebildet mit einer Anzahl Unterabteilungen, heute bestehen deren mehr als fünfzig unter dem Namen: „Niederländische Zentrale für Ferienkinder aus Deutschland“. Jede Unterabteilung organisiert ihre Tätigkeit nach eigenem Ermessen, in Übereinstimmung mit den Ortsverhältnissen und regelt ihre finanziellen Beihilfen selbständig. In engem Zusammenhang mit der Zentrale in Leiden arbeitet die Zentrale in Düsseldorf, welche wieder Fühlung unterhält mit den zahlreichen Unterabteilungen in deutschen Städten, besonders mit der Reichszentrale in Berlin. Natürlich stellte eine so schnell anwachsende Bewegung große Ansprüche an Organisation und Werkfähigkeit. Jeder Transport mußte mit Korrektheit und Wahrung der vielen Formalitäten geschehen, da andernfalls die Ankunft der Kinder gefährdet worden wäre und Begleiter sowie Pflegeeltern vergebens gewartet haben würden. Dankbar sei hier der Mithilfe und des Entgegenkommens gedacht, die die Zentrale von der Reichskommission für Ferienkinder aus Deutschland und Belgien zu Nymegen und von der Niederländischen Eisenbahngesellschaft genießen durfte, ebenso des Elfers und der Geduld, welche die regelmäßigen Begleiterinnen, sowie die Mitglieder der einzelnen Abteilungen während so vieler Jahre entwickelten.

Bis heute haben 24 000 Kinder in den Niederlanden Gastfreundschaft genossen. Wer ein Kind bei sich nicht aufnehmen konnte, gab die Mittel zu einer anderweitigen Verpflegung. Dies führte zur Errichtung von Heimstätten. Deren wurden 47 neu eingerichtet oder bereits bestehende in Gebrauch genommen. Privatleute stellten wohlwollend Stadt- und Landwohnungen, ja selbst Schlösser zur Verfügung. Ungefähr 6000 Kinder wurden in Heimstätten verpflegt, davon 1000 in Klöstern. Von August 1918 bis März 1919 ruhte die Tätigkeit der Zentrale, wegen der sich immer schwieriger gestaltenden Lebensmittelversorgung in Holland. Als diese jedoch wieder besser wurde, blühte die Bewegung gleich wieder auf. Neue Abteilungen entstanden und aus Stadt und Land mehrten sich die Gesuche um Überlassung von Kindern. Auch das Ausland blieb nicht unbeteiligt. Seit Oktober 1919 wurden Gruppen von 50 bis 60 Kindern auf Kosten der „Society of Friends“ durch englische Leiter der Organisation liebevoll verpflegt. Zu Anfang kamen die Kinder meistens aus dem Rheinland, weil die Industriegebiete an erster Stelle Hilfe benötigten. Die Not in Nord- und Mitteldeutschland wurde jedoch zusehends größer und so trafen auch Kinder aus Hamburg, Osnabrück, Berlin, Halle und andern Orten ein. Es gelang sogar, solche aus Schlesien, Sachsen, Wien und Riga nach Holland zu schaffen. Bedeutend war auch die Zahl der „Anschlußkinder“, die, Einladung von Verwandten oder Freunden Folge leistend, die Vermittlung der Zentrale in Anspruch nahmen, um in sicherer Obhut über die Grenze zu gelangen. Der größte Teil der Kinder bestand aus Deutschen, jedoch zog unter der Flagge: „Ferienkinder aus Deutschland“ auch eine beträchtliche Zahl holländischer und österreichischer, ja selbst amerikanischer, baltischer, englischer und belgischer Kinder Nutzen aus der niederländischen Gastfreundschaft. Die Niederländische Zentrale arbeitet auf durchaus neutraler Grundlage. Ihre Mitglieder gehören verschiedenen Konfessionen und politischen Richtungen an. Einzelne Personen, darunter sogar Ärzte, welche über die praktischen Resultate nicht genau unterrichtet sind, behaupten, sehr zum Nachteil der Kinder, daß solche, nach Hause zurückgekehrt, doppelt litten. Diese Behauptung steht in direktem Widerspruch mit den Aussagen der Schulärzte, Schulvorsteher und Eltern. Das Gegenteil ist der Fall. Hollandkinder, die vor der Ausreise häufig zu den schlechtesten in der Klasse gehört hatten, kehrten geistig so erfrischt zurück, daß die versäumte Schulzeit nicht allein schnell wieder eingeholt wurde, sondern daß sie gar bald zu den besten der Klasse gehörten. Die Pflegeeltern haben die Kinder zumeist

so ins Herz geschlossen, daß sie dieselben zurückerbitten, wenn sie hören, daß der Gesundheitszustand zu wünschen übrig läßt. Dann sieht man die Kleinen häufig glückselig, nicht selten in Begleitung eines Brüderchens oder Schwesterchens zurückkehren. Kinder, welche während ihres Aufenthaltes in Holland krank werden, können auf Kosten der Zentrale in Krankenhäusern verpflegt werden.

Wie viel Liebe und Sorge liegt nicht in den mit dünnen Worten geschilderten Berichten? Wie viel Arbeit erstet dadurch nicht den Mitarbeitern einer so großzügigen Organisation, hier sei ganz besonders der Frau Professor Dr. Nieuwenhuis aus Leiden ge-

dacht, welche seit den allerersten Anfängen unermüdlich als Hauptleiterin der ganzen Bewegung auf ihrem gewiß nicht leichten Posten Hervorragendes leistete. Man muß die Transporte gesehen haben: bleich und müde aussehende Kinder kamen – gesund, frisch und fröhlich aussehende gehen. Die Not ist ja noch so groß. Zahlreiche Anmeldungen laufen täglich bei den Anmeldestellen in Deutschland ein. Viele Eltern und Kinder schauen verlangend aus, ob sich noch ein Plätzchen findet. Möge es darum fortbestehen, was Holland in so hochherziger Weise ins Leben rief: das segensreiche Werk für das deutsche Kind: die deutsche Zukunft!

Graf Pappenheim

Zum Tode des Reichsgrafen v. Pappenheim, des „Barons v. Calatin“, von ERICH v. SALZMANN - ESSIGHOF, Gatsbach bei Oberkirch i. B.

Ein allen Ostasiaten bekannter Mann, ein Auslandsdeutscher von seltener Begabung und seltsamen Schicksalen, ist im Unglück gestorben. Sein Lebensbild wird nicht nur die Ostasiaten interessieren. Die Schriftf.

Die Lebensgeschichte dieses am 12. August 1920 in dem kleinen badischen Landstädtchen Oberkirch im lieblichen Renschental des Schwarzwaldes gestorbenen Mannes klingt fast wie der Roman eines jener großen Abenteurer aus dem 17. oder 18. Jahrhundert, die wir heute manchmal mit Kopfschütteln, aber doch immer mit dem größten Interesse lesen. Der Sproß einer der ältesten adligen Familien des südwestlichen Deutschlands hat ein bewegtes Leben in allen fünf Erdteilen verbracht, um schließlich, von seiner Familie verstoßen, aus seiner von ihm selbst erwählten neuen Heimat, dem fernen Osten, von den grausamen Engländern vertrieben, arm und ohne einen Pfennig in der Tasche, aber immer noch mit dem glücklichsten Optimismus im Herzen, plötzlich dahinzugehen.

Maximilian Albrecht Friedrich Karl Ludwig Haupt Graf von Pappenheim-Rothenstein wurde am 15. Februar 1860 auf seinem alten Stammsitz Pappenheim geboren. Am Taufakt nahm der bayrische König Max auf seinen eigenen Wunsch als Pate Anteil. Die Lebensaussichten dieses Kindes waren die besten der Welt. Menschlichem Ermessen nach konnte es ihm niemals schlecht ergehen. Die Pappenheims werden schon um das Jahr 1000 herum genannt, als sie die gleichnamige Burg erbauten. Der Hohenstaufe Heinrich VI., der älteste Sohn Friedrich Barbarossas, ernannte im Jahre 1193 die Pappenheims zu Reichserbmarschällen. Sie saßen auf ihrem Besitz, den sie ständig mehrten, und der noch heute auch im republikanischen Deutschland der Familie eine würdige und gesicherte Existenz gibt. Im Dreißigjährigen Kriege wurden die während der Reformation zum Protestantismus übergetretenen Pappenheims mit dem berühmten Reiterführer Gottfried Heinrich wieder katholisch. Dieser streitbare und ungestüme Mann war einst der Rektor einer Universität. Schiller hat ihn uns in seinem Draufgängerum prachtvoll gezeichnet. Wir kennen sein äußeres Bild im Klüsserkoller sehr genau. Sein jetzt verstorbener Urenkel glich ihm in seinem Aussehen vollkommen. Die Familienähnlichkeit war sehr auffallend. Die inneren Eigenschaften des Ahnherrn fehlten aber leider dem Grafen Maximilian. Jener Reiterführer wurde 1623 zum Reichsgrafen erhoben. In späteren Jahren müssen die Pappenheims wieder zum Protestantismus zurückgetreten sein, denn der Gothasche Hof- und Grafenkalender bezeichnet sie als protestantisch. Im Jahre 1740 bestätigt die den Thron besteigende Maria Theresia die Reichsgrafenwürde der Pappenheims. Noch einmal weist das Geschlecht einen hervorragenden Soldaten, Politiker und Diplomaten auf, den Grafen Karl Theodor Friedrich, der sich in den Napoleonischen Kriegen

auf vielen Schlachtfeldern schlug, und seinem Stammlande Bayern manchen politischen Erfolg einbrachte. Er wurde im Jahre 1825 der erste erbliche Reichsrat der Krone Bayerns in der Familie.

Graf Max Albrecht erhielt den in einem mediatisierten reichen Adelshause üblichen ausgezeichneten Privatunterricht, die väterliche Hand hat schon bei der Erziehung gefehlt. Der Vater war zu früh gestorben. Im Jahr 1883 trat er die Erbfolge als Standesherr an, erhielt damit den Titel Erlaucht und wurde, wie das bei den erlauchten Herren damals so Sitte war, sehr schnell Offizier im Leibinfanterieregiment in München. Graf Maximilian war ein bildschöner Kerl geworden, dem es die Frauen, die in seinem wechselreichen Leben stets eine große Rolle gespielt haben, immer sehr leicht gemacht haben. Bis zu seinem letzten Atemzuge blieb er ein Liebling der Damen. Seinen guten Freunden hat er so manches von seinen Abenteuern erzählt, Frauen haben ihn in allen Großstädten der Erde gefesselt, und man kann wohl ruhig hinzufügen, ihn auch sehr viel Geld gekostet. Mit seinen hochgeborenen Standesgenossen führte er in seinen Leutnantsjahren ein höchst lustiges Leben. Er war der Freund vieler Prinzen, Fürsten, Herzöge und Grafen, war gern gesehen an jeder Tafelrunde, ein standfester Zecher, der auch die Karten nicht verachtete, obwohl diese niemals eine ausschlaggebende Rolle in seinem Leben gespielt haben. In seiner Jugend hat ihm sein Haushofmeister wohl kaum ein Privatissimum über Finanzwirtschaft und ein Monatsbudget gelesen. Graf Maximilian war über den Begriff Geld hoch erhaben. Geld war eben dazu da, ausgegeben zu werden, woher es kam und woher er es nahm, darüber hat der lustige Graf weder in seinen jungen noch in seinen alten Tagen nachgedacht. Die Herrschaft Pappenheim hat schwer unter den Verschwendungsgelüsten des jungen Grafen zu tragen gehabt. Er war das typische Produkt eines jener Geschlechter, die noch mit ihren Anschauungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts im tiefsten Mittelalter steckten. Trotzdem war er nicht hochmütig. Ganz im Gegenteil, dieser Graf hatte etwas durchaus Demokratisches in seinem Auftreten, er kam mit dem einfachsten gelben Kuli ebensogut aus, wie mit kaiserlichen Prinzen, denen er sich stets gleichgestellt fühlte.

Als junger Hauptmann wurde er Flügeladjutant des Königs von Bayern. Von dieser Zeit erzählte er immer mit etwas listig zugekniffenen Augen. Die Einhaltung einer strengen Etikette hat ihm nie sonderlich Spaß gemacht, obwohl sein äußerliches Auftreten stets außerordentlich sicher und sehr formvollendet gewesen ist. Er war zweifellos ein typischer Kavalier alter Schule,

und hätte ebensogut ins Rokokozeitalter gepaßt. Er nahm verhältnismäßig früh den Abschied aus dem Heere. Wir finden ihn Ende der 80er Jahre in Berlin am Hof. Er wurde dann zur Botschaft nach Petersburg geschickt, war auch in London tätig. An beiden teuren Plätzen führte er ein sehr großes Haus und war eine bekannte Erscheinung. Reisen, Jagden, Bälle, Diners, Pferde, Frauen, alles das spielte stets eine große Rolle in seinem damaligen Leben, seine meist glücklichen Abenteuer waren in jenen Kreisen, die die Welt beduteten, wohl bekannt. Er sprach gerne von den verschiedenen Töchtern aus fürstlichen Häusern, die er damals heiraten sollte, aber der leidige Umstand, daß er seine Ausgaben ganz und gar nicht mit den Einnahmen aus der an sich reichen Herrschaft Pappenheim in Einklang zu bringen vermochte, zwang ihn im Jahre 1890 zu dem Schritt, der nun bestimmend auf sein ganzes ferneres Leben wirken sollte. Graf Maximilian heiratete nämlich Miß Mary Whistar-Wheeler aus Pembroke bei Philadelphia, eine jener reichen amerikanischen Erbinen, die für ihren Reichtum einen jener historischen Namen der alten Aristokratie Europas einzutauschen lieben. Die alten Häuser, mit Vorurteilen aller Art behaftet, versuchten ihre leichtsinnigen Sprößlinge durch Hausgesetze von solchen Schritten fernzuhalten. Ihnen stand immer noch die eigene Gerichtsbarkeit in der Familie zu. Auch die Pappenheims machten von ihrem erst im Jahre 1864 statuierten Hausgesetz Gebrauch und zwangen den Grafen Maximilian am 30. April 1890 bzw. 13. Januar 1891, nicht nur auf sein Erbrecht auf den Hausbesitz und den damit verbundenen Titel Erlaucht, sondern auch auf seinen alten Familiennamen zu verzichten. Seitdem kennt ihn die Welt unter dem Namen Baron von Calatin. Er selbst sprach nie gern von diesen Ereignissen. Noch viel weniger hat er je ein Wort darüber verloren, daß er sich gegenüber der Familie verpflichtete, außer Landes zu gehen und deutschen Boden nie wieder zu betreten. Die Gründe, warum man ihn zu diesem Schritt zwang, sind dunkel geblieben. Er hat sein gegebenes Versprechen gehalten, obwohl es ihm von Jahr zu Jahr sichtlich schwerer fiel. Die Engländer, die sich um deutsche Familiengesetze und mittelalterlichen Moderkram wenig kümmern, schafften ihn 1919 kurzerhand von China nach Deutschland. So kam er als ein müder alter Mann endlich in die Heimat zurück, um in ihr die letzte Ruhe zu finden.

Seit 1891 datiert sein unstätes Leben. Er ging damals über das große Wasser, um in der neuen Welt sein Glück zu machen. Er war einer von vielen, aber auch die neue Welt hat es nicht zuwege gebracht, ihm den Realismus des Lebens zur Grundlage seines täglichen Daseins zu machen. Er kam zu seiner Schwiegermutter nach Pembroke als derselbe glückliche fast kindliche Utopist, mit den Allüren eines wohlwollenden Grandseigneurs, mit denen er jetzt hier verschied. Die Amerikanerin hatte aber wenig Verständnis für den Baron von Calatin, der nunmehr kein regierender Graf Pappenheim mehr war; man trennte sich bald voneinander. Seine Frau blieb zuerst bei der Mutter. Sie behielt den Namen und Titel als Gräfin, nachdem sie glaubte, genügend Geld für diese Extravaganzen durch Bezahlung der keine Grenzen kennenden Ausgaben ihres Mannes geopfert zu haben. Später zog die Gräfin Pappenheim mit ihrer einzigen Tochter Pauline nach London, und machte in der dortigen höchst exklusiven Gesellschaft ein großes und bekanntes Haus aus. Ich erinnere mich sehr deutlich eines schönen Wintermorgens in Peking, als Baron Calatin, so nannten wir ihn alle, glücklich erregt mit einer Nummer des *Sphere* in mein Haus kam. Die große Vorstellung jener jungen Aristokratinnen, die zum erstenmal in London zu Hofe gingen, hatte stattgefunden und der *Sphere* brachte ein ganzseitiges Bild

„der gefeierten Schönheit“, der jungen Gräfin Pauline Pappenheim. Es war eines jener äußerst seltenen Lebenszeichen, die der Vater so von seinem Kind erhielt.

In den 90er Jahren hatte er allerhand Geschäfte in Nordamerika anzufangen versucht. Er mußte eine harte Schule durchlaufen, lernte vieles, aber trotzdem begriff er den einen fundamentalen Grundsatz aller kaufmännischen Erwerbskunst nicht, daß am Ende und als Ergebnis jeder Tätigkeit nicht ein Verlust, sondern ein Gewinn stehen muß. Alles Geld zerfloß ihm unter den Fingern. Ewig unstät wanderte er weiter. Er ging durch Südamerika und kam Ende der 90er Jahre schließlich an die Ostküste Afrikas. Vollkommen mittellos leitete er auf dem deutschen Konsulat in Delagoa Bay Schreiberdienste als Sekretär. Außer einem Ebenholzkirri, den er bis zu seinem letzten Atemzug ständig als Spazierstock bei sich hatte, holte er sich in jener bösen tropischen Sumpfgegend nur schweres Fieber. Er erlebte den Beginn des Burenfeldzuges und die englischen Vergewaltigungen nicht nur der Buren, sondern auch der deutschen Schiffe an jener Küste. Die Krankheit trieb ihn fort. Die Unruhe ließ ihn nirgends lange rasten. Um 1900 herum war er in Australien. Dort nahm er jede Arbeit an, die sich ihm bot. Als im Frühsommer 1900 die großen Wirren in Nordchina ausbrachen, die wir als Boxerkrieg bezeichnen, kaufte das Reich durch den bekannten Bremer Großkaufmann Lohmann, der später das erste Untersee-Handelsboot nach Amerika sandte, seinen Bedarf an Reit- und Zugtieren für das nach Ostasien gesandte Expeditionskorps an. An der Werbestelle für den Transportdienst meldete sich auch der Baron Calatin. Mit einem der Transporte trat er als Begleiter die lange Reise nach Taku an der Mündung des Peiho an. Das waren mit die schlimmsten Wochen seines bewegten Lebens. Der große Transport hatte viel zu wenig Begleitung. Schwere See und furchtbare Hitze dezimierten die Pferdereien. Millionen von Fliegen sammelten sich. Das Süßwasser war zu knapp. Die paar Männer an Bord hatten den ganzen Tag damit zu tun, die Pferdeleichen in die See zu befördern. Sie kamen kaum zum Essen und Schlafen. Der Gestank wurde unerträglich und bei Ankunft in Nordchina waren alle schwer krank.

Damals lernte ich ihn kennen. Wir Artilleristen lagen in Peking im sogenannten kleinen Arsenal, in der Metscha Hutung neben dem Yamen Li Hung Tschangs. Mein Chef war der bekannte Rennreiter von Sandrart, ein Nachkomme des berühmten Malers, der das Friedensbild der Versammlung von 1648 in Münster gemalt hat. Wir saßen an einem jener prächtigen nordchinesischen Herbsttage vor unserem provisorischen Kasino, als ein hochgewachsener gut ausschender Mann im Sportanzug sich bei uns einstellte und als Baron Calatin vorstellte. Er erzählte, er käme von Australien mit einem Pferdetransport. Das interessierte uns sehr, denn bei uns war mehr wie ein Sportsmann Rennreiter. Das australische Pferdmaterial, auf dem ich meine schönsten Rennsiege in Ostasien erfochten habe, war ganz ausgezeichnet. So freundeten wir uns an. Seitdem war Baron Calatin oft unser Gast. Man traf ihn damals in allen Gesandtschaften, in dem neuen Hotel du Nord, im *cercle étranger*, der alle die Tausende von Offizieren der verschiedenen Expeditionskorps der Großmächte in einem Klub versammelte. Auf den Rennplätzen war Baron Calatin zu Hause. Er war bald bekannt wie ein bunter Hund. Seine Liebenswürdigkeit war sprichwörtlich. Er wußte und konnte alles. Er sprach englisch und französisch ebensogut wie Deutsch. War ein Dolmetscher nötig, so half er aus. Wollte jemand Champagner für eine Messe kaufen, Baron Calatin besorgte welchen. Galt es ein Festessen, ein Picknick, eine Jagdexpedition zu arrangieren, der Baron machte alles. Wollte je-

mand schöne Pferde kaufen, die Finger in eines jener riesigen Vermittlungsgeschäfte stecken, die nun mal mit der Verpflegung und Versorgung aller Heere fest verknüpft zu sein scheinen, Calatinus half unfehlbar. Sicher ging es auch ohne ihn, aber hatte er die Finger dazwischen, so arrangierte sich alles glatter, geräuschloser, und beide Vertragsschließende waren am Ende eines Geschäfts sicherlich zufrieden. Er verdiente manchmal viel Geld. Hatte er solches in Händen, so gab er es rücksichtslos aus. Es kam ihm nicht darauf an, womöglich Hunderte von Leuten zu einem riesigen Champagnergelage einzuladen, oder anderen kleine mit seinem Namen unterzeichnete Schecks, sogenannte Chits, zu geben, die als Bargeld weiter gingen. Er hatte einmal die Finger in dem Verkauf einer ganzen Feldbahn und verdiente eine erhebliche Summe daran. Wo ist all dieses Geld geblieben? Vielleicht wissen es die kleinen Mädchen aller Hautschattierungen und Nationen, die sich damals dort draußen sammelten, denn wo das Aas ist, da fliegen die Geier hin. Auch die großen Hotels wissen es, und die vielen jungen Leute, denen Calatin half und die sicherlich nie einen Schuldschein ausstellten. Das Expeditionskorps löste sich 1901 auf. Ich erinnere mich auch einer sehr unangenehmen Gelegenheit. Mit einem Generalstäbler gehörte ich zu einer Kommission, die die überflüssigen Pferde verkaufte. Um dem Baron Calatin ein Geschäft zuzuschancen, hatte ihn das Kommando uns als „kaufmännischen Beirat“ zugesellt. Wir kamen mittags nach Peking von Tientsin aus, um im Tsungli Yamen, Auswärtigen Amt, wo ein bayrisches Bataillon lag, einquartiert zu werden. Als wir in den Speiseraum kamen, stellte uns der Generalstäbler vor. Der älteste Offizier, der wohl den Baron Calatin aus seiner bayrischen Dienstzeit her kennen mußte, erklärte laut: „Ich bedaure, mich mit diesem Herrn nicht an einen Tisch zu setzen.“ Das war ein böser Affront. Wir gingen fort in ein Hotel. Es gab ein Nachspiel, aber in der großen Auflösung der Truppenteile verlief dann doch die schlimme Affäre im Sande. Die nächsten Jahre verlief das Leben des Barons Calatin ziemlich gleichmäßig zwischen allerhand Gelegenheitsgeschäften. Er versuchte es auch ab und zu, ständig mit irgendeiner der Großfirmen zu arbeiten, denn in diesem Abkömmling eines altadligen Geschlechts steckte eine merkwürdige kaufmännische Erkenntnis kraft für große Geschäfte. Niemand vermochte er aber lange zu bleiben. Ich ritt damals quer durch Asien nach Hause. Mein Freund Calatin interessierte sich sehr für dieses gewagte Unternehmen. Als ich in den Sattel stieg, um die große Reise anzutreten, schenkte er mir eine silberne Uhr, die ich noch heute als Andenken an ihn besitze. Der Russisch-Japanische Krieg kam. Das war seine Glanzzeit. Nie blühte das Geschäft wie in diesen Tagen. Calatin war obenauf, er schwamm ordentlich im Gold. Er brachte einen Transport ins belagerte Port Arthur von See aus, und kam Übersee mit knapper Not und Mühe wieder heraus. Er lag in Tschifu auf der Lauer, um die Gelegenheit, zum gut zahlenden „Brüderchen Ruß“ zu kommen, zu erspähen. Er handelte in Tientsin und Shanghai mit europäischen Stiefeln, mit australischer Butter, mit amerikanischem Speck. Seine Waren liefen bald zur einen Front, bald zur anderen Front. Calatin war überall. Die Japaner rückten vor. Ihre Agenten störten das Geschäft für den gut zahlenden Russen. Da führte Calatin jene abenteuerlichen Karawanen quer durch die östliche Mongolei, die der russischen Front das verbotene, aber doch mit aller Sehnsucht herbeigewünschte Lebenselixier aller Soldaten der Erde bringen sollte, den Alkohol. Champagner und Kognak, in allen Ländern der Erde, sogar in — China selbst gemacht, wanderte auf Kamelrücken durch die Wüsten. Der Goldstrom floß zurück. Die Räuber lagerten aller Orten und lauerten. Entlaufene Soldaten:

und berüchtigte chinesische Chungchusen, sie nahmen ihren Tribut an den Karawanen, und auch mit diesen Leuten, denen ein Menschenleben gar nichts galt, kam der Vielgewandte gut aus. In Charbin, der Zentrale alles Schleichhandels, dem großen Mädchenmarkt des Ostens, war er stadtbekannt. An der Front trat er mit seiner afrikanischen Nipferdepeitsche hoch zu Ross auf, rechts und links, vorn und hinten in den Satteltaschen die Flaschen mit dem kostbaren Stoff. Er geriet in so manche Schlacht. Als die Russen in Mukden ausrückten, verlor er eine ganze Karawane und geriet beinahe in japanische Gefangenschaft. Später arrangierte er die Expedition des Prinzen Friedrich Leopold durch die Mongolei. Stets war er Freund und Ratgeber aller nach dem fernen Osten kommenden hohen Herrschaften. Als ich 1907 wieder heraus kam, traf ich ihn sofort. Er war der Alte. Man wußte nie so recht, wovon er eigentlich lebte. Bald trieb er wie ein Fürst, bald hatte er gar nichts, lag fast auf der Straße und wurde von seinen Freunden unterhalten. All die Jahre bis zum Kriege habe ich ihn immer und immer wieder gesehen, er war sehr oft in meinem Hause. Er vertrug sehr viel Alkohol, aber er tat oft des Guten zu viel, die ungeheueren Unregelmäßigkeit seines Lebens brachte ihm allmählich eine schwere Erkrankung des Herzens, unter der er besonders in den Zeiten schwer litt, in denen er vom Champagner und Whisky nicht lassen konnte. Diese Tage aber waren sehr zahlreich. Unzertrennlich von ihm bis zu seinem letzten Atemzuge blieb die Zigarre. Er war ein typischer Kettenraucher. Er war der Freund aller Gesandten und Konsuln. Er kannte alle chinesischen Würdenträger und verkehrte viel mit ihnen, trotzdem er kaum ein einziges Wort Chinesisch sprach. Er war bei allen Schutzwachen zu finden. Er war ebenso mit allen den zahlreichen Angestellten der chinesischen Regierung aus fremden Nationen befreundet, alle genossen ihn mit einer gewissen Vorsicht. Man wußte nie so recht, woran man mit ihm war. Es hieß immer, er habe sehr viel Schulden, und trotzdem habe ich eigentlich nie einen großen Skandal über ihn gehört. Die Frauen schätzten den alternenden Mann sehr. Ihnen gegenüber war er stets der formvollendete Kavalier. Er war diskret, wollte man etwas Bestimmtes wissen, aus einer Gesandtschaft, einem chinesischen Ministerium, von einem kommenden großen Geschäft, dann spannte man den Baron ein. Er bekam es sicher heraus, wenn ihm auch längst Wille und Kraft, für sich selbst etwas durchzusetzen, abhanden gekommen waren. In Nordchina gab es stets sehr viel Gesindel weißer Hautfarbe. Auch mit diesem stand er sich gut. Man konnte ihn in manchen düsteren Kneipe mit Leuten sitzen sehen, denen man bei Nacht allein nicht gern begegnete. Aber auch für diese blieb er stets der Baron. Sie achteten ihn und sprachen mit Liebe von ihm. Er war Freund des mexikanischen Gesandten Herrera, dem er mit seiner ausgezeichneten Kenntnis der englischen Sprache gewissermaßen als Privatsekretär half. Herrera wollte ihn zum mexikanischen Konsul machen, er wollte ihn auch nach Mexiko selbst mitnehmen, im Falle er Außenminister geworden wäre. Baron Calatin war viel unterwegs. Manchmal traf man ihn in Shanghai in Geschäften, über die er nicht sprach. Manchmal war er in Tsingtau. Er war Reporter für Zeitungen und selbst eine Weile Aushilfsredakteur. Er begleitete eine Sängerin nach Japan als ihr Impresario, und ebnete ihr durch seine außerordentliche Glatte und Menschenkenntnis die Wege. Er wurde Vertreter der deutschen Wäschefirma Jordan. Er handelte mit Pferden und Schnaps. Einmal kaufte er aus Optimismus und Spekulation 300 rechte aus Rumänien kommende Stiefel für ein Butterbrot. Nach Wochen trafen mit einem anderen Dampfer die verloren geglaubten linken Stiefel ein. Er machte ein Riesengeschäft

Dann kam der große Krieg. Lange versuchte er auch noch mit unseren Feinden in Fühlung zu bleiben, seine Nachrichten waren oft nicht ohne Wert, aber die Isolierung der Deutschen durchschriff seine Lebensmöglichkeiten. Sein Fahrwasser war das internationale Leben. Er drohte unterzugehen. Da nahmen sich zwei deutsche Damen seiner an: die Frau des Gouverneurs von Tsingtau, Meyer-Waldeck, und die des Militärattachés Rabe von Pappenheim. Diese beiden vornehm denkenden Frauen haben aus dem fast niederbrechenden alten Manne wieder einen Menschen gemacht. Er schwor dem Alkohol ab und maßigte sich im Rauchen. Er half diesen beiden Damen und der Frau von Hannecken viel bei ihrem unermüdlichen Liebeswerk für die aus Sibirien flüchtenden kriegsgefangenen Deutschen. 1917 mit der Kriegserklärung Chinas wanderte er mit den anderen Deutschen ins Internierungslager. Sein Optimismus, sein fabelhaft glücklicher Glaube an die Zukunft, seine beneidenswerte Zufriedenheit verließen ihn auch dort nicht. Es ging ihm nicht schlecht, chinesische und andere Freunde sorgten für ihn. Er las alles, was er bekommen konnte, wie er überhaupt ein sehr viel belesener Mann war, wenn ihm auch ernsthafte Studien gänzlich fern lagen. Als die Engländer daran gingen, im Jahre 1919 unsere unglücklichen Landesgenossen aus China zu verschleppen, schaffte man ihn nach Shanghai und brachte ihn auf einem jener elenden Viehtransporter im Frühjahr 1919 nach Deutschland. Die Revolution war bereits ausgebrochen. Er führte seitdem seinen alten Namen Graf Pappenheim wieder. Der Seetransport mit seinen unendlichen Beschwerden schadete ihm gesundheitlich sehr. Er kam krank in Deutschland an. Nach kurzem Aufenthalt bei anderen Freunden kam er hier zu mir auf mein kleines Gut. Mit derselben Lebenswürdigkeit wie vor 20 Jahren, ohne Gehässigkeit gegen die, die

seinen Lebensabend bedrückten, erzählte er von den Ereignissen im fernen Osten. Er zog dann nach einer Weile in das benachbarte Städtchen Oberkirch. Sein Geld war wieder einmal sehr knapp geworden. Die Unterstützung, die ihm aus dem Familienbesitz gezahlt wurde, reichte nur sehr notdürftig hin, um seine Bedürfnisse zu decken. Er versuchte redlich immer wieder von neuem, sich an allerhand Geschäften zu beteiligen. Aber das alte Glück hatte ihn verlassen. Seine sich verschlimmernde Herzkrankheit setzte ihm sehr zu. Trotzdem er sich äußerlich sehr erholte, trotzdem er stets eine glückliche und zufriedene Miene zur Schau trug, wußte man doch, es kann nicht mehr sehr lange mit ihm dauern. Mit unendlicher Zähigkeit hing er an dem Gedanken seiner Wiederausreise fest. Wir sprachen oft darüber, welchen Weg wir nach Ostasien wählen würden. Er war überall bei jung und alt, hoch und niedrig, gern gesehen und geachtet. Er war der Freund der großen und kleinen Kinder, im besonderen der weiblichen Geschlechts. Eines Tages ging er mit einem zufällig anwesenden alten Bekannten aus Ostasien nach einem benachbarten Dorf, als ihn eine Herzschwäche befiel, und kurze Zeit darauf war er tot.

So ging ein merkwürdiger Mann dahin, der Typ einer ganzen Klasse von Geschlechtern aus der deutschen Vergangenheit, die infolge ihrer Traditionen zu Volksführern bestimmt waren. Er war ausgestattet mit allen Gaben des Geistes und Körpers, und es war wirklich leicht, ihm an seiner Wiege eine große Zukunft vorauszusagen. Trotzdem ging er unter, aber seine vielen Freunde, besonders die alten Ostasiaten, werden dem Grafen Pappenheim stets ein gutes Andenken bewahren; wenn dort draußen in Nordchina der deutsche Handel eines Tages wieder blühen wird, so wird man stets auch den Namen des Reichsgrafen zu Pappenheim, Baron von Calatin, gern nennen.

Christliche Kunst in Brasilien

Ein Lichtblick.

Von P. PETRUS SINZIG, O. F. M., Schriftleiter der *Voices de Petropolis*; zurzeit Linz am Rhein.*)

Darf ich erzählen? 1916 war's. Da regte ich in der katholischen Presse Brasiliens an, in der Bundeshauptstadt eine Ausstellung für christliche Kunst und katholische Betätigung zu veranstalten und den Reingewinn der zu gründenden katholischen Tageszeitung „O Diário“ zukommen zu lassen.

Das Samenkorn fiel auf dankbaren Boden. Tausende von Händen regten sich, die Ausstellung zu beschicken. Eine Reihe von Malern, Bildhauern, Graveuren usw. schufen eigene Werke. Altherwürdige Kirchen öffneten ihre Schätze. Ängstlich gehütete Archive sandten Schriftstücke von historischem Wert. Der Episkopat empfahl die Sache den Diözesanen. In den vorbereitenden Kommissionen waren Namen von allerbestem Klang. An der Spitze stand S. Em. der Herr Kardinal von Rio und die Gemahlin des Präsidenten der Republik.

Der Minister des Innern stellte die schönsten Räumlichkeiten der National-Kunstakademie zur Verfügung, und da diese noch nicht ausreichten, wurde noch ein zweiter Palast (Lyceo de Artes e Officios) für die Ausstellung gesichert. Immer neue Kisten und Sendungen traten in Rio ein: Gemälde, Statuen, literarische Werke, Stickereien, Gegenstände des Kunstgewerbes, große Bilder mit der Wiedergabe der Leistungen katholischer Schulen und Anstalten usw. Der illustrierte Katalog lag gedruckt vor: 2876 Nummern! Schreiner zimmerten. Die Aufstellung begann. Da — Kriegsgetümmel: Brasilien hatte dem Druck der Alliierten nicht länger widerstanden und war auf die Seite der Gegner Deutschlands getreten. Eines der ersten Opfer war die große Ausstellung. Es

nutzte nichts, daß die Frau des Bundespräsidenten an der Spitze stand. Der Minister zog die Erlaubnis zurück, über die Kunstakademie zu verfügen; Fanatiker drohten die Ausstellungsgegenstände zu zerstören — alles das, weil ein Deutscher daran beteiligt war. Unzähligmal wurde dann in Brasilien die Frage gestellt: „Wann findet die Ausstellung statt? Aufgehoben oder nur aufgeschoben?“ Obwohl die Veranstalter letzteres beabsichtigten, gingen sie keine Verpflichtung ein und ließen die ganze Frage offen.

Nun kommt aber eine Gelegenheit, die sich der christlichen Kunst Deutschlands bietet, wobei oben erwähnte Erfahrungen direkte Fingerzeige geben.

Ein erprobter Organisator, der lange Jahre an der Spitze eines bedeutenden kaufmännischen Unternehmens in Brasilien stand, wird nun als Leiter eines noch größeren Konzerns drüben einen ständigen Ausstellungspark für die Erzeugnisse der bedeutendsten Industrien Nordeuropas, besonders Deutschlands, eröffnen. Einer Anregung folgend, hat er sich entschlossen, neben dieser ständigen Ausstellung eine vorübergehende zu veranstalten, die der katholischen Liturgie und der christlichen Kunst gewidmet sein soll. Welches sind nun die Aussichten des Unternehmens? Der Veranstalter der Ausstellung muß es sich schon gefallen lassen, daß seine Person in den Kreis der Erörterungen gezogen wird. Es ist Herr Heinrich Karp, Düsseldorf, Gartenstr. 61, früher Leiter der brasilianischen Filialen von Fr. Bayer, Farbenfabrik in Leverkusen, jetzt Gründer der Neko (Nordeuropäische Handelskompagnie). Hr. Karp ist bekannt als Orga-

*) In der „Köln. Volkszeitung“ vom 21. Sept. veröffentlicht Pater Sinzig einen Artikel, den er uns zum Abdruck zur Verfügung stellt, und den wir gerne wiedergeben.

nisator der glänzenden sog. Ostmarkenfeste, deren bedeutendes materielles Ergebnis Marschall Hindenburg überbracht wurde und zum Wiederaufbau der östlichen Landesteile verwertet wird.

Hat man Sinn in Brasilien für eine Ausstellung christlicher Kunst? Die Beteiligung des ganzen Landes an der oben erwähnten, nur durch den Krieg vereitelten gibt unzweideutige Antwort. Von zwölf Bischöfen, die ich 1893 in Brasilien antraf, stieg die Mitgliederzahl des dortigen Episkopates auf über 50. Es sind also neue Diözesen entstanden, mit den Bistümern neue Pfarreien, Kirchen, Kapellen, Klöster, Schulen, Anstalten. Der Sinn für christliche Kunst ist geweckt. Das Absatzgebiet ist groß, das Angebot noch verhältnismäßig klein.

Wird nicht der Deutschenhaß neue Blüten treiben? Aller Voraussicht nach nein. Dr. Krause, der in Rio Operationen vornahm und Vorträge hielt, fand ungewöhnliche Ehrungen. Weingartner wurde gefeiert als Vertreter deutscher Musik. Im übrigen wird dieser Gefahr die Spitze abgebrochen. An der Ausstellung soll nicht nur deutsche Kunst teilnehmen, wenngleich die Absicht besteht, ihr den bedeutendsten Teil einzuräumen. Die Klugheit erfordert es, vor allem die brasilianischen Künstler zu Wort kommen zu lassen. Es sind schon Schritte getan, die schwedischen hinzuziehen. Andere Länder folgen.

Hat die deutsche Kunst nichts von der Konkurrenz zu befürchten? Ihr Kleingläubigen! Daß ich diese Frage überhaupt beantworten muß! Ich bin seit 1893 so viel in Brasilien herumgekommen, habe so viele Ausstellungen gesehen, einschlägige Fragen verfolgt und Verbindungen mit dortigen Künstlern unterhalten, daß ich auch als Nichtfachmann dennoch ein Urteil abgeben darf. Deutschland scheint gar nicht zu wissen, wie überreich es ist an Werken hochstehender christlicher Kunst. Wer vom Ausland kommt und in Deutschlands Gotteshäuser tritt, der merkt den Unterschied vom Portal und Taufstein an bis zum Altar. Wären sie nur bekannt, die Münchener Meister, die ich in ihrem Atelier aufsuchte, Feuerstein, Fugel, Georg Busch; die Düsseldorfer Ehrich, Feldmann, Linden und so viele anderen, in deren Atelier ich so gerne weilen möchte: Schiestl, Kau, Balthe, Schmitt, Beckert, Br. Notker und so viele, viele mehr! Es müßte schon merkwürdig kommen, wenn sie nicht ihr *veni, vidi, vici* sprechen könnten! Wie oft habe ich bedauert, daß erstklassige Werke (ich denke gerade an die wundervolle Bonner Elisabethkirche) noch immer nicht in Wort und Bild popularisiert worden sind! Die Münchener Christl. Kunst müßte zehnmal so oft erscheinen, wenn sie es leisten sollte.

Ist der Zeitpunkt nicht vielleicht ungünstig? Aber warum denn? Der niedrige Markkurs kommt Deutschland zugute. Warum warten, bis andere Länder zuvorkommen auf einem Gebiete, auf dem Deutschland trotz Friedensdiktat so reich ist? Und vor allem: Brasilien rüstet sich, die Zentnarfeier seiner Unabhängigkeit zu begehen. Die Regierung warf große Mittel dafür

aus. Das ganze Land nimmt an der Feier teil. Rio de Janeiro, wo die Ausstellung zuerst stattfinden soll, um dann nach Sao Paulo usw. verlegt zu werden, steht im Mittelpunkt des Interesses und wird Fremde anziehen, wie bei nur wenigen Gelegenheiten.

Und die Presse? Um von allem anderen zu schweigen, erinnere ich daran, daß schon einmal die katholische Presse Brasiliens das ganze Land mobil gemacht hat für eine Ausstellung. Im übrigen haben es die Aussteller in der Hand, sich von vornherein die katholische Presse Brasiliens zu verpflichten; sie brauchen nur dem gemeinsamen Ziele derselben, der 1921 zu gründenden großen katholischen Tageszeitung „O Diário“, für die der Gesamtepiskopat und das ganze Land eintritt, einen kleinen Prozentsatz der Verkaufsumme zu sichern, um sich sofort aller Sympathien und tatkräftiger Unterstützung zu vergewissern. Dies das Rezept, dessen Gebrauch natürlich freisteht. Die Künstler, die die eingangs erwähnte Ausstellung beschieden, haben es angewandt und sind, trotz nicht erfolgter Ausstellung, gut dabei gefahren. Einige stifteten, statt Prozente zu versprechen, ein eigenes Werk, was natürlich weit und breit bekanntgemacht wurde. Für die Nichtkenner Brasiliens diene die Bemerkung, daß das Land trotz zahlreicher katholischer Zeitungen noch kein erstklassiges modern eingerichtetes katholisches Tageblatt in der Landessprache hat, und die Schaffung eines solchen als Ehrensache der ganzen Bevölkerung betrachtet wird und der Verwirklichung nahe gerückt ist.

Wie nun aber der praktische Weg? Die Aussteilung soll zwei Hauptgruppen umfassen: Christliche Kunst, Kunstgewerbe. Alles, was darunter fällt, kann angenommen werden. Qualität hat den unbedingten Vorzug vor der Quantität. Alle Anfragen usw. sind an den obengenannten Hrn. Karp zu richten, dem bereits Künstler zugesagt haben, eigene Werke für die Ausstellung zu schaffen, zum Teil unter Anlehnung an dortige Motive. Einzelheiten mögen wissenswert sein: besonders verehrt: Herz Jesu, Immaculata, Schmerzhafte Mutter, hl. Johannes der Täufer, hl. Sebastian, hl. Antonius von Padua usw.; Nationalfarben grün und gelb; charakteristische Landschaften: Einfahrt von Rio (mit Zuckerhut) usw. Für Expressionismus sehr wenig Verständnis.

Wenn auch keine Konkurrenz befürchtet zu werden braucht, so würde sich doch ein hochmütiges Herabschauen auf andere rächen. Rio de Janeiro hat eine National-Gemäldegalerie, die zwar in Europa wenig bekannt, darum aber doch recht sehenswert ist. Die jährlichen Ausstellungen sind immer gut besichtigt. Die alte Bahianer Kunst zählt bedeutende Namen, die von Minas Geraes ebenfalls, von anderen Staaten ganz zu schweigen.

Ich bin gern bereit, an der Werbearbeit in der Presse aktiv teilzunehmen, wenn mir von den Künstlern biographische Notizen und scharfe Abbildungen zur Verfügung gestellt werden (bis Ende Oktober: Linz am Rhein; später Petropolis, Staat Rio de Janeiro).

Zur Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des deutschen Buchhandels*)

Es ist gut, daß auch das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ einer Fülle von gegnerischen Stimmen gegen die Verkaufsordnung Raum gibt. So veröffentlicht Heinrich Minden einen ihm aus Südamerika zugewandenen Brief eines seit 40 Jahren ausgewanderten Buchhändlers. Wir entnehmen ihm die folgenden Stellen:

„Nun nochmals zu der leidigen Valutageschichte. Unsere deutsche Kolonie ist ja sehr groß, nur kann man sich daheim nicht hineindenken, daß alle (obwohl sie deutsch reden) hier

geboren sind und die Mehrzahl Deutschland nur vom Hörensagen kennt. In den Städten und vereinzelt in ländlichen Ansiedlungen leben wohl einige Reich-deutsche, sie zählen für unser Geschäft „Buchverkauf“ aber kaum mit. Es sind dies gewöhnlich Kaufleute oder Lehrer und Pastoren, die ihren Hamburger oder Bremer Buchhändler haben und von dort beziehen. Und selbst diese Herren haben bei Bekanntwerden des Valutaufschlages ihre sämtlichen Bestellungen zurückgenommen. Schließlich mit Recht . . .

*) Siehe auch Nr. 15, 16 und 17.

Im September 1919 erhielten wir von den Herren der Entente endlich Genehmigung, wieder mit Deutschland zu verkehren. Daß daraufhin flotte Bestellungen gemacht wurden, wird Ihnen leicht erklärlich sein. Die Bücher wären uns ja sehr billig zu stehen gekommen. Wir Buchhändler konnten wohlfeil abgeben, und jeder kleine Kolonist freute sich, sich auch einmal deutsche Bücher anschaffen zu können. Sie müssen bedenken, daß unsere Gegend nicht reich ist, daß der kleine Mann es sich hier noch weniger leisten kann, Bücher zu erwerben, als drüben. Fassen sie bloß die Spesen ins Auge. Da kommt Kommission, Fracht, Versendung, Zoll und anderes darauf . . .

Da trat das Valutagesetz in Kraft! Sie müssen immer bedenken, jeder gab und gibt heute noch mit Liebe alles für sein und seiner Vorfahren Vaterland. Wollen sie ihnen dadurch danken, daß sie ihre Hoffnung auf billigen Büchereinkauf zu Wasser machen? Sie müssen immer in Betracht ziehen: es sind (als hier Geborene) keine Deutschen. Nach den deutschsprachigen Ländern mag die Valutaordnung ja gut sein, für hier war sie unbedingt ein großer Fehler. Es würde mich sehr freuen, bald zu hören, daß die Herren vom Börsenverein und die Regierung die Sache rückgängig gemacht haben. Vor dem Kriege hatte ich 60—70 Exemplare vom ‚Echo‘, ‚Universum‘ und wie die Zeitschriften alle heißen; heute habe ich 6 Exemplare ‚Echo‘, kein ‚Universum‘, keine ‚Modenzeitung‘ usw. . . .“

In der Nummer vom 4. September der gleichen Zeitschrift nimmt der Vorstand des Börsenvereins wiederholt zur Frage der Ausfuhrverordnung Stellung und benutzt eine Eingabe des Deutschen Verlegervereins, die um sofortige Abänderung der schädlichen Verkaufsordnung bat, dazu, seinen Standpunkt klarzulegen. Der Vorstand des Börsenvereins betont, daß ein Rückgang in der Bücherausfuhr nicht entstanden sei. Er vergleicht aber nur die „Umsatzziffern“ der Außenhandelsstelle und scheint nicht zu wissen, daß ein solcher Vergleich an sich gar nichts besagt, da eine große Steigerung aller Preise zwar die Umsatzziffern erhöhen kann, aber trotzdem nicht hindern kann, daß dabei die Buchmenge, die ausgeführt worden ist und die Art der Bücher sehr zuungunsten verringert und verändert werden. Wenn der Börsenverein sagt: „Die Verschleuderung der deutschen Buchvorräte ins Ausland wäre ein unmittelbarer Verlust für die deutsche Volkswirtschaft gewesen“, so gibt er damit zu erkennen, daß er nur wirtschaftlich denkt und an den „mittelbaren Gewinn“ der deutschen Volkswirtschaft infolge des Steigens deutscher Kultureinflusses im Ausland gar nicht denkt. Auch die volkswirtschaftliche Deduktion des Börsenvereins über eine ohne die Verkaufsordnung eingetretene Betriebskapitalsverminderung stimmt nicht ganz, denn ein flotter Verkauf deutscher Bücher ins Ausland hätte zweifellos zu einer Steigerung des Umsatzes geführt und das Fehlen der Aufschläge mehr als wett gemacht. Daß die „Niedrighaltung“ der Inlandpreise namentlich bei wissenschaftlichen Zeitschriften durch die segensreichen Wirkungen der Verkaufsordnung erzielt worden sei, ist interessant zu hören. Es wäre aber noch interessanter, einmal eine Kalkulation zu haben, welche Zeitschriften ihren Bezugspreis unter dem Niveau des deutschen inländischen Herstellungspreises halten und inwieweit sie, abzüglich des Anzeigengeschäfts, dieses Manko durch den Valutaaufschlag gedeckt haben. Behauptungen ohne Beweise wiegen wenig schwer.

Der Börsenverein vertritt den Standpunkt, daß die Herabsetzung der Umrechnungskurse um volle 20 Prozent allen Grund zu Klagen zunächst beseitigt habe, sieht aber nicht, wie eben schon die Tatsache des Bestehens der Ausfuhrverordnung die Kreise der Auslandsdeutschen und der Deutschausländer verletzt

und abgeschreckt hat. Wenn der Börsenverein den Vorwurf den Verlegern macht, daß vielfach die Bestimmungen der Verkaufsordnung nicht richtig „erfaßt“ worden seien, daß es also an Verstand gemangelt habe, sich durch das verwickelte System durchzudenken, so wird man es einfacheren Gemütern nicht verargen können, wenn sie dieses komplizierte System nicht verstanden und nicht verstehen. Der Börsenverein gibt zu, daß vor Einführung der Valutaverordnung seitens des Auslands unter Ausnutzung des niedrigen Markstandes viel mehr deutsche Bücher gekauft worden sind, als es ohne die Valutachancen der Fall gewesen wäre und daß vor allem auch noch viele Käufe vom Ausland geplant gewesen seien. Er gibt damit auch die Chancen für die deutsche Kulturpropaganda im Ausland zu und gibt ferner zu, daß er diese einzige Waffe des Deutschtums im Kampf gegen feindliche Verhetzung durch seine, vom kulturellen Standpunkt aus gesehen, kleinliche Maßnahme dem deutschen Volk aus der Hand geschlagen hat. Der Börsenverein schiebt hier und immer wieder den Vorkriegskurs in den Vordergrund und betont, der Ausländer zahle ja jetzt immer noch weniger als nach dem Vorkriegskurs oder nach der Goldparität. Ja, aber der Ausländer weiß eben auch, daß es inzwischen einen Krieg gegeben hat und er rechnet nicht nach Vorkriegskursen, sondern nach der Gegenwart und nach dem Gegenwartspreis des deutschen Buches im Verhältnis zum französischen und englischen, und er sieht, daß gerade das infolge des Marktkurses so billige deutsche Buch — das der Inlandsbuchhändler nach dem Ausland nicht etwa „verschleudern“, sondern zum normalen deutschen Preise verkaufen sollte! — verteuert wurde, so daß die Konkurrenzfähigkeit des französischen und englischen Buches stieg.

Der Börsenverein geht auch auf die kulturelle Seite der Sache ein und sagt, sie müsse ruhiger beurteilt und kritischer geprüft werden. „An sich ist gewiß, daß der Börsenverein alles tut, um sie zu erleichtern.“ Nur darf man hinzufügen, daß die Träger dieser Kulturpropaganda draußen, die Auslandsdeutschen, der Ansicht sind, daß der Börsenverein alles getan habe, um ihre Arbeit zu erschweren und zu hindern. Die Ausnahmen, die für die wenigen deutschen Vereine und Schulen im Ausland nach langem hochnotpeinlichem Verfahren gewährt werden, besagen gar nichts. Von ihnen wird weder der deutsche Gelehrte im Ausland, noch auch der sehr oft nicht auf Rosen gebettete ausländische Gelehrte getroffen, der sich deutsche Bücher zu wahnsinnigen Preisen kaufen soll. Wenn gesagt wird, daß der Propaganda durch das deutsche Buch dadurch Grenzen gezogen seien, daß die Produktionsmöglichkeiten in Deutschland beschränkt seien, so ist das nichts als eine Ausrede. Papierknappheit und Produktionsverteuern verhindern in Deutschland nicht, daß alles gedruckt wird, was man will und was man oft nicht möchte. Jedenfalls ist das aber kein Grund, um das zu verteuern, was überhaupt gedruckt werden kann. Und wenn der Börsenverein fragt, ob denn eine Gewißheit bestehe, daß die bei der tiefen Markvaluta angezogenen Käufer deutscher Bücher auch späterhin, wenn der Kurs besser und damit das deutsche Buch teurer würde, die deutschen Bücher weiter bezögen, so ist das fast zum Lachen, wenn es als Grund genommen wird, um diesen ausländischen Käufern auf keinen Fall ein billiges deutsches Buch zukommen zu lassen. Man sorgt rührend fürs Ausland: damit die Herren Ausländer nicht nachher auf das ihnen vielleicht liebgewordene deutsche Buch verzichten müssen, wenn es teurer wird, macht man es gleich teurer, damit sie ja nicht in Versuchung kommen, sich diese Liebschaft zuzulegen. „Welche Gewißheit besteht dafür, daß uns eine augenblickliche Verschleuderung unserer Literatur im Ausland dauernd sichere Ab-

nehmer gewinnen kann? Deutschland kann aber doch nur an der Förderung einer Dauer versprechenden Propaganda Interesse haben.“ Nein, verehrte Herren vom Börsenverein, so liegt die Sache nicht. Deutschland hat ein gewaltiges Interesse daran, daß möglichst viele Leute im Ausland deutsche Bücher lesen. Ob die Wirkung eine Dauerwirkung sein wird, hängt vom Inhalt der Bücher ab, hängt von der Güte der darin vertretenen Ideen ab und wof sich einmal an das Gute gewöhnt hat, bringt auch Opfer, um es sich zu erhalten und das Gut zu mehren. Diese Gewöhnung aber dauert Jahre und Jahrzehnte und nun hat man sie durch die Verkaufsordnung jäh unterbrochen.

Der Börsenverein behauptet, daß die Klagen und Beschwerden über die Verkaufsordnung sehr nachgelassen hätten und daß auch die Tagespresse erkennen lasse, „daß man sich mit den der Natur der Sache nach nun einmal unumgänglichen Bestimmungen abgefunden habe.“ Das Gegenteil ist der Fall. Wenn man müde wird, gegen Mauern anzulaufen, gegen deren Festigkeit man zuweilen vergebens kämpft, wenn die Presse nicht immer wieder dieselben Klagen der Auslandsdeutschen abdruckt, so sieht darin der Börsenverein mit Befriedigung eine Billigung seiner Bestimmungen. Eine Mahnung an die Auslandsdeutschen und an die an deutscher Kulturpropaganda im Ausland interessierten Inlandsdeutschen, nicht locker zu lassen und dem Börsenverein zu beweisen, wie unrecht er hat. Daß der ausländische Sortimenter ein Freund der Verkaufsordnung sei, mag stimmen. Sie hat ihm verschiedentlich Gelegenheit gegeben, die Preise noch selbständig und unberechtigt in die Höhe zu treiben, wo er das nur konnte. Gerade die Unklarheit der Bestimmung und ihre Undurchsichtigkeit für das Publikum erleichtern das. Wenn aber auf dem Buch der einfache deutsche Inlandspreis stände und sich jeder Käufer diesen Preis in die fremde Valuta selbst übersetzen

könnte, dann wäre sehr bald auch diesem Schieberschwindel der Boden entzogen und das reelle Buchhändlergeschäft könnte nur gewinnen. Alles in allem kann man nur sagen: Vom Standpunkt der deutschen Kulturpropaganda im Ausland, vom Standpunkt der Arbeit für den engen Zusammenhalt zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat ist und bleibt diese Verkaufsordnung ein Hemmschuh sondergleichen, eine Fessel, die sich das deutsche Volk freiwillig angelegt hat oder vom Börsenverein hat anlegen lassen und deren Schädlichkeit erst wohl so ganz erkannt werden wird, wenn es schon zu spät ist. Darum nach wie vor: Weg mit der Verkaufsordnung!

In der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“ schreibt Dr. H.:

„Der Absatz des deutschen Buches in Holland hat dank der kurzsichtigen und überhasteten Auslandmaßnahmen der Leipziger Verlegerkreise wie überall so auch in Holland erschreckend an Boden verloren. 200 Prozent Ausfuhrzuschlag zu bezahlen, dazu hat der Holländer, obwohl er es vermöchte, einfach keine Lust. So leeren sich in den Buchhandlungen die den deutschen Büchern zugewiesenen Regale; die holländischen Sortimente lassen keine Bestellungen mehr nach Leipzig gehen; der leere Platz wird darum bezogen und ausgefüllt von den Werken aus Frankreich, England, Italien, Spanien. Das Ausland versteht es, durch besonders entgegenkommende Bedingungen das holländische Lesebedürfnis für englische und andere Bücher geradezu zu wecken und zu steigern, und wenn es meisthin auch nur leichte Lektüre (Romane, Lyrik, Luxusdrucke, Graphik) ist, was die nichtdeutschen Länder in Amsterdam, Rotterdam, Haag anzubieten haben, so wirkt doch auf diesem Wege die Einfilierung französischen oder englischen Denkens in Holland nicht weniger sicher.“

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

II. Kapitel.

Die deutschen Reservisten in Nordamerika.

Unter der Menschenmasse, die am Spätnachmittage des 4. August 1914 auf den Broadway auf- und abwogte, waren auch ungezählte Deutsche, — Deutsche, die über den großen Teich gekommen waren, nicht, um sich hier im neuen Lande Zeit ihres Lebens ansässig zu machen, sondern um das Auge zu weiten, um Eindrücke zu gewinnen und für ihren Beruf neue Erfahrungen zu sammeln und ihre Kenntnisse zu bereichern. Es sind meist Leute aus freien Berufen, Hanseatensöhne, Kaufleute, Ingenieure, Ärzte und dergleichen. Auch ich befinde mich unter ihnen, denn niemand hält es zurück in den Büroräumen, jeder muß auf die Straße, muß sehen und hören, was die nächsten Minuten Neues bringen werden. Ein unruhiges Gefühl hatte sich unser schon seit Tagen bemächtigt. Mit banger Sorge hatten wir den kommenden Ereignissen entgegengesehen, denn es lagen seit 2 Tagen gewisse Anzeichen vor, die bestimmt auf den Ausbruch des Krieges schließen ließen.

Am 2. August sollte die „Vaterland“, unser schönstes und größtes Schiff, von ihrem Pier in Hoboken auslaufen. Alles war bereits fertig zur Abfahrt, die Passagiere standen an Deck, die Schloten rauchten und man wartete nur auf das Pfeifen der Sirene. Doch sie blieb schweigsam, statt dessen verkündete ein Offizier des Schiffes, daß die Abfahrt des Dampfers um 2 Tage

verschoben sei. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte diese Nachricht, und man las es auf allen Gesichtern, das erbarmungslose Wort: „Krieg!“ Auch einige Lloyd-Dampfer, die tags vorher ausgelaufen waren und nun dem Heimatshafen zustrebten, wurden durch Funkspruch zurückgerufen. So war es denn für uns auch keine übergroße Überraschung mehr, als die Extrablätter die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland bekanntgaben.

Mit einem guten Freunde ging ich in ein deutsches Gartenlokal, wo eine Kapelle deutsche Nationallieder spielte. Bei uns stand der Beschluß fest, mit dem nächsten deutschen Dampfer in die Heimat zurückzufahren, um auch an unserem Teil dazu beizutragen, daß der Sieg an die deutschen Fahnen geheftet wurde. Denn das war uns klar: Deutschland braucht jeden Mann, um sich der gewaltigen Übermacht gegenüber durchzusetzen. Wir hatten uns eine Zeitung gekauft und überzeugten uns, daß der nächste abgehende Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ vom Norddeutschen Lloyd war, der am Dienstag, den 4. August, 12 Uhr mittags, fahren sollte. Wir hätten also noch nahezu 3 Tage Zeit und beschlossen, uns Montag früh beim deutschen General-Konsulat zu melden, das uns eine Bescheinigung über unsere erfolgte Meldung auszustellen hatte.

Vor dem General-Konsulat befindet sich ein großer Platz mit Anlagen, genannt „Bowling green“. Dieser Platz war schwarz von Menschen, als wir ihn am Montag morgen betraten. Alles Deutsche, die ihrer Meldepflicht nachkommen wollten. An ein

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18 und 20.

Durchkommen war nicht zu denken und so kehrten wir unverrichteter Sache um. Am folgenden Morgen bot sich uns derselbe Anblick, immer noch standen sie da, Schulter an Schulter dicht gedrängt, so daß kein Blatt zur Erde fallen konnte und wir die Unmöglichkeit einsahen, uns durch diese Menge durchzuarbeiten. Zum Glück kam uns ein rettender Gedanke.

„Wir haben ein sehr wichtiges Schreiben an den General-Konsul abzugeben, machen Sie uns bitte Platz und lassen Sie uns vor.“ Man trat zur Seite, sah uns mit großen Augen an, als ob wir Leute seien, die in ganz besonderer Mission kommen und denen man eine Neuigkeit vom Gesichte ablesen kann. Unser Trick war glänzend gelungen. Nachdem wir bei verschiedenen Leuten Hühneraugen festgestellt hatten, erreichten wir unverseht die Räume des General-Konsulates. Es gab viel Arbeit für die dort angestellten Beamten. Nicht nur die in Neuyork lebenden Deutschen wollten befriedigt werden, sondern auch all die Tausende, die aus den West- und Südstaaten kamen. Sie hatten mit dem Moment, wo der Ruf ihres Kaisers an ihr Ohr drang, die Arbeit niedergelegt, ihre zum Teil geringe Habe zusammengerafft und ihre wenigen Spardollars dazu benutzt, die Eisenbahnfahrt bis Neuyork zu bestreiten. In Neuyork selbst sollte der General-Konsul weiter helfen und ihnen freie Überfahrt auf deutschen Dampfern ermöglichen.

Eine bittere Enttäuschung mußten all diese Leute erleben. Sie waren ihrer 30 bis 40 Tausend und größtenteils mittellos. Das General-Konsulat war natürlich nicht im entferntesten in der Lage, all diese Leute pekuniär zu unterstützen. Sie auf deutschen Dampfern einzuschiffen, war zunächst auch nicht möglich, da auch der Krieg mit England in jeder Minute auszubrechen drohte und dann jeglicher Personenverkehr über den Atlantik deutscherseits ausgeschlossen war.

Hilfsbereite Hände nahmen sich dieser Mittellosen an; wohlhabende Deutsch-Amerikaner stifteten bedeutende Summen, um für Wochen hinaus Wohnung und Unterhalt für die bedrängten Landsleute sicherzustellen. An alle Deutsche aber, die ihre Arbeit noch nicht eingestellt hatten, erging offiziell die dringende Mahnung, ihrem Berufe weiterhin nachzugehen, da infolge der inzwischen erfolgten Kriegserklärung Englands an ein Einschiffen der Reservisten nach Deutschland nicht zu denken war. Damit fiel also mein Plan, mit Hilfe eines Lloyd-Dampfers deutschen Boden zu erreichen, ins Wasser. Und dennoch gab es Leute, die, von heißer Vaterlandsliebe getrieben, versuchten, auf neutralen Schiffen auf eignes Risiko herüberzufahren. Doch ihrem Mut und Tatendrang wurde nur zu bald ein Riegel vorgeschoben. Sie verfielen fast ohne Ausnahme alle dem gleichen Schicksal — der Gefangenschaft.

Im Kanal sowohl wie in der Straße von Gibraltar, lauerten die englischen und französischen Kreuzer den neutralen Dampfern auf und holten jeden herunter, der sich nicht als Bürger eines neutralen Staates ausweisen konnte. Mir sind nur zwei Fälle bekannt, in denen es Deutschen geglückt ist, sich ohne jeglichen Ausweis durch die englische Sperre „durchzuschmuggeln“.

In dem einen Fall hatte sich ein Steward vom Norddeutschen Lloyd in eine Kiste „einpacken“ lassen, sobald sein Dampfer, ein Holländer, in den Kanal einfuhr. Die Kiste wurde im Kohlenraum verstaut und ringherum mit Kohlen verdeckt. Der Mann erschien erst wieder auf der Bildfläche, als der englische kontrollierende Offizier den Dampfer verlassen hatte.

In dem anderen Falle war ein Deutscher aus Kanada mit einem steifen Bein in Neuyork an Bord eines holländischen Dampfers gegangen. Als später im Kanal der Dampfer an-

gehalten wurde und sich die englische Kommission die Passagiere vorführen ließ, erschien auch der Mann mit dem steifen Bein. Er wurde dem englischen Marinearzt vorgestellt, der das Bein untersuchte. War dieser nun vielleicht auch nicht gerade felsenfest davon überzeugt, daß das Bein wirklich steif sei, so hatte er das Gegenteil auch nicht beweisen können. Der Deutsche nutzte die günstige Konjunktur aus und ließ sich eine Bescheinigung über die erfolgte Untersuchung seines Beines seitens des englischen Marinearztes ausstellen. Auf diese Weise setzte er sich nicht der Gefahr einer nochmaligen Untersuchung aus, denn es war vorgekommen, daß ein Dampfer mehrere Male angehalten und immer wieder von neuem einer Durchsicht unterzogen wurde. 24 Stunden nach dieser Untersuchung gingen die Passagiere des holländischen Dampfers in Rotterdam an Land, doch war unter ihnen nicht einer mehr mit einem steifen Beine. Es heißt, daß sich der Deutsche das Attest des englischen Marinearztes hat einrahmen lassen.

Es mögen viele auf derartige Schliche gekommen sein und viele haben gewiß alle nur denkbaren Tricks angewandt, um sich nach Deutschland durchzuarbeiten; gelungen ist es ihnen fast allen nicht. In französische und englische Gefangenenlager kamen Tausende, die auf der Fahrt von Amerika nach Europa abgefangen wurden. Sie haben durch ihr zum mindesten unüberlegtes Handeln weder dem Vaterlande noch sich einen Dienst erwiesen.

In meinem Büro in Neuyork erschien gegen Ende August ein Bekannter, ein Marineoffizier, der stundenlang auf mich einsprach und mich durchaus davon überzeugen wollte, daß man auch ohne Papiere herüberkommen könne, und zwar wollte er im Auftrage einer amerikanischen Firma nach Genua fahren und von dort nach Erledigung seines Auftrages nach Neuyork zurückkehren. Er wollte sich auch schon in Neuyork eine Rückfahrkarte lösen, um, mit dieser ausgerüstet, einen eventuellen Verdacht von sich abzuulenken. Wenn ich auch kein großes Zutrauen zu dem Gelingen dieses Planes hatte, so unterlagen doch schließlich in mir die Vernunftsgründe gegenüber dem sehnlichen Verlangen, auch mitkämpfen zu können für Deutschlands Ruhm und Ehre, für seine Macht und seine spätere Stellung in der Welt.

Wir beschlossen, auf einem italienischen Dampfer eine Kabine zu belegen und gingen zu diesem Zwecke zum Lloyd italiano. Als wir das Büro der Schiffahrtsgesellschaft betraten, konnten wir uns eines Lächelns nicht erwehren. Etwa 15 gut gekleidete Herren standen dort und gingen scheinbar auch mit der Absicht um, sich den zur Seereise gehörigen Fahrschein zu kaufen. Die Herren waren alle gut gescheitelt, trugen einen deutschen, möglichst hohen Stehkragen mit umgelegten Ecken und schienen im übrigen laute Gespräche vermeiden zu wollen. Mein Begleiter und ich wußten natürlich auf der Stelle, daß es nur deutsche Reserveoffiziere sein konnten, die da vor uns standen. Jedenfalls taten wir nicht dergleichen, lösten uns einen Fahrschein für die „Stampalia“ und belegten auch gleichzeitig einen Platz für deren Rückfahrt nach Neuyork. Alsdann gingen wir wieder unsrer Wege.

Am Tage vor der Abfahrt der „Stampalia“ forderte mich der Lloyd italiano durch ein Schreiben auf, in seinem Büro vorzusprechen. Man bedeutete mir, daß ich als Passagier auf der „Stampalia“ nicht geführt werden könne, da ich deutscher Staatsangehöriger sei und deshalb unbedingt in Gibraltar vom Schiff heruntergeholt würde. Ich erhielt dafür das Reisegeld zurückerstattet; gleichzeitig aber verwies man mich auf die Holland-Amerika-Linie, die in jeder Woche zwei Dampfer nach Europa abgehen ließ und jeden Mann ohne Unterschied der Nationalität

mitnehme, d. h. sie kassierte die Fahrgelder ein und sorgte dann dafür, daß die Passagiere statt in Rotterdam wohlbehalten in einem englischen Hafen an Land gehen konnten. Auf diese Linie bin ich glücklicherweise nicht hineingefallen.

Der Marineoffizier hatte vom Lloyd italiano gleich mir das Fahrgeld für die „Stampalia“ zurückerhalten. Zu seinem Schaden ließ er sich nicht davon abbringen, sein Heil auf einem holländischen Dampfer zu versuchen. Er bekam ohne Schwierigkeiten einen Fahrschein ausgehändigt und war glücklich über dessen Besitz. Am Tage der Abfahrt begleitete ich ihn zum Pier in Hoboken. Vor und in der Schiffshalle herrschte ein reges Leben und Treiben, Autos kamen ohne Unterlaß herangebraust, Kisten und Koffer wurden abgeladen und verschwanden in der Halle. Die Menschen waren alle in aufgeregter Stimmung, alles wimmelte geschäftig durcheinander; aus der Vogelschau mag sich das Ganze wie ein riesig lebendiger Ameisenhaufen ausgenommen haben. Wo ich ging und stand klangen mir deutsche Worte ans Ohr und ein über das andere Mal war ich gezwungen, meine Augen weit aufzureißen; ich traute ihnen kaum noch, als ich immer wieder neue Freunde, neue Bekannte erblickte, die alle hinüber wollten über den großen Teich, um dem Rufe des Vaterlandes zu folgen. Freunde waren darunter, die ich seit Jahren nicht mehr gesehen und mit denen ich vor langer, langer Zeit einmal dieselbe Schulbank gedrückt hatte. Sie kamen aus aller Herren Länder hier zusammen; aus Süd- und Mittel-Amerika, aus Mexiko, Kanada, von entlegenen Inseln und Inselchen. Sie waren allesamt von der festen Zuversicht getragen, daß sie deutschen Boden erreichen würden, ohne von den Engländern behelligt zu werden.

Aber auch weniger gut situierte Deutsche und Österreicher, die dereinst aus ihrer Heimat ausgewandert waren, um im Westen der Vereinigten Staaten als Landarbeiter ihr Glück zu versuchen, fanden sich darunter. Sie hatten ihr bißchen Habe zusammengepackt und kamen nun an mit kleinen Kistchen, Kofferchen und Bündeln gepackt, in denen sie alles mit sich trugen, was sie ihr eigen nannten. Diese Leute gaben ein rührendes Beispiel für die so oft besungene deutsche Treue. Arm wie sie waren, opferten sie auch noch das wenige, was sie hatten, und erstanden sich dafür einen Platz auf dem Zwischendeck. Sie hatten es gar nicht nötig, unter die Fahnen zu gehen, im Gegenteil, sie waren ernstlich ge-

warnt worden vor der Überfahrt, und doch trieb sie es alle hinüber. eine innere Stimme sagte ihnen: Du mußt und du willst dein Herzblut opfern, wenn das Vaterland es verlangt!

Punkt 1 Uhr nachts heulte die Sirene langatmig dreimal hintereinander, langsam setzte sich der Schiffskoloß in Bewegung und schlich aus seinem Dock heraus. Am Pier selbst winkten und wedelten mit Tüchern und Händen die Zurückbleibenden. Plötzlich aber, von gewaltiger Begeisterung für die ideale Sache getrieben, erscholl aus den Kehlen von 600 Tapferen vom Dampfer herüber unser alter Schlachtenruf: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall!“ Weit klang dieser Ruf in die Nacht hinein und pflanzte sich fort auf alle, die am Pier standen. Es war ein erhebender Augenblick und gar manch einem Braven flossen die dicken Tränen über die Wangen, als er an die dachte, die jetzt einer schicksalsschweren Stunde entgegenfahren; die kämpfen wollen für das schöne deutsche Vaterland, für die Ehre und für die Freiheit der geliebten alten Heimat. Unvergänglich wird einem jeden von uns diese Augustnacht bleiben, wo mitten auf dem Hudson, dem amerikanischen Rhein, von kräftigen Männerstimmen machtvoll die deutsche Wacht am Rhein gesungen wurde.

In demselben Moment, wo die „Ryndam“ den Hafen von Neuyork verließ, ging ein Funkspruch nach England, der dem Dampfer und die darauf befindliche „Beute“ avisierte. Unter denen, die der Abfahrt des Dampfers beigewohnt hatten, befanden sich zahlreiche englische Agenten. Sie waren immer da, wenn ein neutraler Dampfer nach Europa abging, um zu sehen, ob und wieviel Deutsche an Bord gingen. So war es auch diesmal gewesen. Stillvergnügt hatten sie dem Treiben zugeschaut und widerspruchslos die Wacht am Rhein über sich ergehen lassen. Den Gesang und die hoffnungsfrohe Stimmung hatten sie den Dahinfahrenden im Augenblick der Abfahrt nicht nehmen können; wohl aber wollten sie dafür sorgen, daß diesen Deutschen und Österreichern die Freiheit genommen wurde, sobald sie in die europäischen Gewässer kamen. Dort lagen 3 Kreuzer, die der „Ryndam“ auflauerten und den Befehl hatten, die 754 Passagiere feindlicher Nationalität vom Dampfer herunterzuholen und als Gefangene nach England zu bringen.

(Fortsetzung folgt)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich.

Ganz Deutschösterreich steht unter dem Eindrucke der Abstimmung in Kärnten. Der Sieg der deutschen Stimmen war allerdings dort an sich mehr als wahrscheinlich, aber doch nur unter der Voraussetzung einer wirklich unbeeinflussten Volksabstimmung. Von einer solchen konnte aber dank dem rücksichtslosen Terrorismus der Slowenen und dank der schwächlichen Haltung der Entente-kommission, in der nur die Vertreter Italiens eine rühmliche Ausnahme machten, nicht die Rede sein. Wenn nun all diesen Hemmnissen zum Trotz in Kärnten dennoch eine Mehrheit von nahezu 60 % für das Verbleiben bei Österreich stimmte, so liegt darin ein schönes Zeichen deutscher Zähigkeit sowohl als auch dafür, daß viele kärntnerische Slowenen von jugoslawischer Herrschaft nichts wissen wollen und sich vor allem als Kärntner fühlen. Im einzelnen gestaltete sich die Abstimmung folgendermaßen:

	Für Deutschösterreich:	Für Südslawien:
Distrikt Rosegg	1980	2331
„ Ferlach	6428	4934
„ Bleiburg	5140	5339
„ Völkermarkt	8304	2442
	21852	15096

Dies ergibt für Deutschösterreich eine Mehrheit von 6756 Stimmen, von den abgegebenen Stimmen entfielen 59,14 % auf Deutschösterreich. Allerdings zeigen nur die beiden Distrikte Ferlach und Völkermarkt starke deutsche Mehrheiten, während die beiden anderen nur bedeutende deutsche Minderheiten aufweisen. Indessen sind gerade die beiden ersten Distrikte an sich die volkreicheren und die slawischen Mehrheiten in den beiden anderen nur sehr gering. Zu berücksichtigen ist auch, daß die beiden Distrikte, in denen die Slowenen die Mehrheit hatten, vermöge ihrer Lage der sanfteren und der gewaltsamen Beeinflussung von jugoslawischer Seite mehr ausgesetzt waren als die beiden anderen. Dazu kommt, daß die Wahlbeteiligung keine vollständige war, vielmehr etliche Tausend Wähler infolge des

von Laibach aus geschürten Terrorismus zu Hause blieben. Daß die Slowenen die Behauptung aufstellen würden, es sei bei der Abstimmung nicht mit rechten Dingen zugegangen, war vorauszusehen und ist denn auch pünktlich eingetroffen. Da man schließlich doch nicht gut sagen konnte, deutsche Gewalttätigkeit habe das Abstimmungsergebnis erpreßt, verlegt man sich nun in Laibach darauf, auszusprengen, bei der Stimmzählung seien Unregelmäßigkeiten unterlaufen. Da aber die Zählung unter südslawischer und Ententeaufsicht vor sich gegangen ist, während man deutscherseits gerade nur eine gewisse Gegenkontrolle üben konnte, liegt die Haltlosigkeit dieser Behauptung offen zutage. Immerhin hat sie als Agitationsmittel bereits ihre Wirkung getan, und wenn am 14. Oktober in der ehemals steirischen Stadt Marburg an der Drau slowenische Horden wegen der „Unterdrückung der Slowenen in Kärnten“ deutsche Läden unter stillschweigender Genehmigung der slowenischen Behörden plünderten, so liegt darin nur der Ausdruck ohnmächtiger Wut über den Ausfall der Abstimmung. Das Kärntner Land hat jetzt Ruhe nötiger denn je, denn es hat mehr denn irgendein anderer Teil Österreichs unter den Folgen des Krieges zu leiden gehabt, und die viele Monate dauernde nervöse Spannung fordert dringend eine Erholung.

Tirol.

Am 25. September hat der italienische Senat die Gesetzesvorlage des Friedensvertrages von St. Germain, das Annexionsdekret Südtirols in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen, worauf der König das Dekret unterzeichnete. Den Verhandlungen gingen mehrtägige Besprechungen in Rom voraus, denen auch der Gouverneur des neuen Gebietes, Credaro, beiwohnte. Die Einheit Tirols ist damit zerrissen, 300 000 Deutsche sind, des Selbstbestimmungsrechts beraubt, unfreiwillig Italiener geworden, und wenn es auch kaum zu bezweifeln ist, daß das noch vielleicht eine der milderen Fremdherrschaften ist, der durch diese Friedensverträge Deutsche unterworfen werden, so ist und bleibt es doch eben eine Fremdherrschaft. In „Nordtirol“, in Innsbruck, hatte die Stadt an dem Tage des Unglücks schwarz geflaggt.

Der Generalkommissar Credaro verspricht allerdings ein Regiment der Vernunft. Es wird sich zeigen müssen, wie weit den Versprechungen Erfüllungen folgen. Credaro empfing einen Ausrufer, eines ihm allerdings anscheinend sehr ergebenen Zeitungsbüros, dem er erklärte, die Autonomie Südtirols habe in Rom gute Aussichten, er selbst stehe nicht etwa unter nationalistischem Einfluß, er stehe höchstens unter dem Einfluß von Kant, Fichte und Herder, den man auch unter seinen Büchern finde und seiner gewesenen Leipziger Lehrer Wundt und Strüppel, Heinze und Hofmann. Der Berichterstatter erzählt weiter:

„Auf dem Tisch liegt Friedrich Überwegs-Heinze ‚Geschichte der Philosophie‘, deren Abschnitt: ‚Philosophie in Italien‘ Credaro verfaßt hat, und Baumeisters ‚Das höhere Schulwesen‘, das ebenfalls Abhandlungen des Generalkommissärs enthält.

Der Statthalter erzählt mir noch kurz, daß es ihm in der vorigen Woche bei seinem Aufenthalte in Rom zu seiner Freude möglich war, dem deutschen Botschafter behilflich zu sein, daß die Regierung deutsches Eigentum in Italien bis zum Werte von 50 000 Lire den rechtmäßigen Besitzern freigebe, obwohl der Versailler Vertrag Italien das Recht gibt, Privateigentum zur Abstattung der Summen zu veräußern, die Deutschland als Wiedergutmachung zu leisten hat.“

„Lassen Sie es die Deutschen jenseits der Grenze wissen“, sagte mir der Statthalter zum Abschied, „daß ich sie einlade,

recht zahlreich zu uns zu kommen, um sich davon zu überzeugen, wie es bei uns aussieht. Ich bin sicher, sie werden nicht ganz unzufrieden sein.“

Südtirol.

Am 10. Oktober erschienen die Zeitungen mit Trauerrändern. Das Innsbrucker „Alpenland“ brachte eine gemeinsame Erklärung der deutsch-freiheitlichen Volkspartei, der sozialdemokratischen Partei und der Tiroler Volkspartei in Südtirol, die schärfsten Protest der südtiroler Bevölkerung gegen „diesen Faustschlag, der gegen Recht, Freiheit und Friedenssehnsucht der Völker geführt wird“ erhebt und die Südtiroler ermahnt, aufrecht den Tag über sich ergehen zu lassen, Ungesetzlichkeiten zu vermeiden und mit Ruhe und Würde das Schicksal zu ertragen. Der deutsche Verband für Südtirol gab kund, daß sich das Volk Südtirols untrennbar mit seinen Brüdern im Norden verbunden fühle, daß diese „Fratze eines Friedensvertrags“ nicht ewigen Bestand haben könne; „unser Entschluß, unser Wille, Tiroler und Deutsche zu bleiben, ist eisern, unerschütterlich, unzerstörbar, wie unsere Berge.“

Tschechoslowakei.

Bei den Iglauer Wahlen waren von 17 400 Wahlberechtigten 1500 zur Wahl erschienen. Es wurden im einzelnen gewählt 9 tschechische Sozialdemokraten, 10 deutsche Sozialdemokraten, 2 tschechische Royalisten, 2 Deutsche Christlich-Soziale, 9 deutsche Nationaldemokraten, 1 Jude, 1 deutscher Nationalsozialist und 6 vereinigte tschechische Bürgerpartei. Von den 40 Mandaten erhielten also die beiden sozialistischen Parteien 19.

Vertretung deutscher Interessen in Böhmen in englischer Sprache. Die in Prag erscheinende deutsche Zeitung „Bohemia“ veröffentlicht seit mehreren Wochen täglich eine Spalte englischen Textes mit Auszügen aus den wichtigsten Ereignissen im Lande, um die in der Tschechoslowakei weilenden Ausländer, die häufig des Deutschen nicht mächtig sind, von deutscher Seite über die Verhältnisse aufzuklären.

Ungarn.

Es wird leider immer deutlicher, daß die den nichtmagyarischen Völkern freundliche Stimmung nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen ist. Was wir an dieser Stelle schon immer vorausgesetzt haben, daß der magyarische Chauvinismus über kurz oder lang fröhliche Urständ feiern werde, beginnt leider nur zu sehr Wahrheit zu werden. Von deutschem Standpunkte aus ist dies um so bedauerlicher, als davon in dem verkleinerten Restungarn von heute eigentlich ausschließlich unsere Volksgenossen betroffen werden, denn die Zahl der nichtdeutschen „Nationalitätenvertreter“ ist verschwindend gering, dagegen leben noch mehr als eine halbe Million Deutscher innerhalb der rotweiß-grünen Grenzpfähle. Daß man nun in magyarischen Kreisen den Augenblick für gekommen hält, die lästige Rücksichtnahme auf die deutschen Mitbürger beiseite setzen zu können, dafür bildet das sonderbare Auftreten der Komitatsversammlung des Pester Komitates, des größten des Landes, in dem überdies die Hauptstadt gelegen ist, den greifbaren Beweis. Diese autonome Körperschaft, die die erste Instanz der politischen Verwaltung bildet, richtete kürzlich an die Regierung eine geharnischte Eingabe, in der nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung des Ministeriums für die nationalen Minderheiten gefordert wird. Begründet wird dieses Verlangen damit, daß der Minister für Minderheitenschutz mit Umgehung des Komitates unmittelbare Berührung mit den deutschen Bewohnern des Landes anstrebe, daß er sich in die Angelegenheiten des Ministers des Innern einmische, und endlich damit, daß ein Staatssekretär des Ministeriums

für nationale Minderheiten eine selbständige wirtschaftliche Organisation der deutsch-n-Bevölkerung gegründet habe. Staatssekretär Dr. Steuer ist allerdings an der Gründung des Deutschen Bauernbundes, der lediglich wirtschaftliche Ziele verfolgt, beteiligt, hat aber damit weder seine gesetzlichen Befugnisse überschritten, noch etwas Unzulässiges getan. Aus dem Angriffe spricht also lediglich der Ärger darüber, daß die deutsche Bauernschaft, die bisher der magyarischen landwirtschaftlichen Großgenossenschaft „Hangya“ (Ameise) angegliedert war, nun wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen will. Was die gegen den Minister Dr. Jakob Bleyer erhobenen Vorwürfe betrifft, so ist es nicht so sehr die Person des gegenwärtigen Ministers, die den Unwillen des Pester Komitates erregt, als vielmehr die Tatsache des Bestandes des Nationalitätenministeriums an sich. Man will eben in die nur für kurze Zeit verlassenen Bahnen der Magyarisierungspolitik wieder einlenken und wenigstens in den verkleinerten Ungarn die so lange ersehnte „einheitliche magyarische Nation“ so rasch als möglich schaffen und den Anschluß Westungarns an Österreich endgültig hintertreiben. In dieser Frage erfreut sich Ungarn der geheimen, aber sehr wirksamen Unterstützung Frankreichs, dessen Haltung es der ungarischen Regierung ermöglicht, die westungarische Frage immer mehr auf die lange Bank zu schieben und ihre Lösung zu sabotieren.

Estland.

B. I.

Die Deutsch-baltische Partei hielt ihre Generalversammlung, die im wesentlichen der Vorbereitung der kommenden Wahlen diente. Der Abgeordnete Bock wollte zunächst einen ehrenvollen Antrag auf Wiederaufstellung seiner Kandidatur nicht annehmen, weil er mit Privatarbeiten überbürdet sei. Dem verdienstvollen Mann, der in schwerer Zeit die Kultur- und Wirtschaftsinteressen des Deutschums wahrte, wurde einstimmig Dank und Anerkennung ausgesprochen, und er ließ sich späterhin bewegen, eine Kandidatur wieder anzunehmen. Namentlich mahnte der Vorsitzende Dr. Spindler vor Saumseligkeit und Lässigkeit. Es komme auf jede einzelne Stimme an, denn bei den zu erwartenden Parteiverschiebungen nach rechts und links werde das kleine Häuflein der deutschen Minderheit oft eine Rolle spielen können. In 10 verschiedenen Wahlkreisen sind 10 verschiedene Listen aufgestellt, von denen nur 3 dieselben Namen enthalten dürfen. So haben der Revaler, Dorpater und Pernauer Wahlkreis ihre Namen verbunden. Baron Stackelberg gab einen Überblick über die Arbeit der deutschen Fraktion während der letzten Sitzungsperiode. Infolge ihrer geringen Zahl hätten die deutschen Abgeordneten nur beim Gesetz über die Kulturautonomie sowie bei der Entschädigungsfrage einen Einfluß ausüben können. Doch hätten die persönlichen Beziehungen zwischen ihnen und den estnischen Abgeordneten doch viele Vorurteile zerstören und gute Verbindungen anknüpfen können. Ein Brief des Philosophen Grafen Keyserling wurde verlesen, der dem Vertrauen auf eine helle und freudige Zukunft des baltischen Deutschums Ausdruck gibt. Seine bisher materielle Aufgabe einer Verbindung zwischen Ost und West werde nun eine rein geistige Aufgabe werden. Dem Baltenregiment wurde zum Schluß vom Vorsitzenden warme Worte der Anerkennung und des Dankes gewidmet.

Lettland.

Dem Deutschen Ausland-Institut wird von gut unterrichteter Seite gemeldet, daß die lettische Regierung den großen deutschen Dom in Riga dem Heiligen Stuhl als ursprünglichen Besitz der katholischen Kirche angeboten habe. Der Plan ist nicht ungeschickt ausgedacht. Die Tatsache des ursprünglich katholischen

Besitzes stimmt, der Dom war einst katholischer Besitz, ist aber seit Jahrhunderten das Hauptgotteshaus der evangelischen Kirche des Baltikums. Aber das Angebot hat natürlich politischen Hintergrund: Der Schlag gilt nicht der evangelischen Kirche, deren Anhänger ja doch auch die Letten zu 80 Prozent sind, sondern dem Deutschum, dessen Hort und Stütze der Dom ist und aus dem ein steter Quell deutschen Bekenntnisses durch die baltischen Lande rann und rinnt. Die Überweisung des Domes an die katholische Kirche würde auch in Polen sicherlich ihre Wirkung nicht verfehlen, so kalkulierte man wohl und würde bei den Polen die Stimmung für Lettland verbessern. Sicherlich ist die katholische hohe Geistlichkeit Polens, die ja auch in litauischen Dingen die imperialistische Tendenz des polnischen Staatswesens verkörpert, an dem Plan nicht unbeteiligt, der allerdings in den kirchlich gesinnten Teilen des lettischen Volkes wohl heftigem Widerstand begegnen wird. In den Schulfragen ist die lettische Regierung bis jetzt den deutschen Wünschen merkwürdig entgegengekommen, das deutsche Schulwesen hat sogar einen eigenen Leiter und Vertreter im Kultministerium gefunden. Die Praxis sieht aber auch hier etwas anders aus als die Theorie. Bei der Aufbringung der Schullasten soll die Stammeszugehörigkeit prozentual berücksichtigt werden, so daß z. B. die Kommunalverwaltung von Riga bisher 20 Prozent ihrer Schulausgaben den deutschen Schulen zuwenden mußte und zuwandte. Jetzt aber will man die Schulen verstaatlichen und da das Land Lettland, nicht wie die Stadt Riga 18 bis 20 Prozent, sondern nur 3,85 Prozent Deutsche zählt, wird der Staat auch nur mehr 3,85 Prozent der gesamten Schulausgaben auf die deutsche Schule zu verwenden haben. Es ist dasselbe Spiel, mit dem das lettische Unterrichtsministerium dem deutschen Riga die Hergabe eines Theatergebäudes verweigerte mit der Motivierung, die Deutschen, die zur Besetzung des Hauses in Betracht kämen, machten nur 2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus (während doch von der hauptsächlich das Theater besuchenden Stadtbevölkerung die Deutschen 20 Prozent ausmachen!) und für 2 Prozent der Bevölkerung könne man kein Theater hergeben. Die Methoden der lettischen Regierung werden jetzt allmählich immer feiner und hinterlistiger. Der Völkerbund mit seiner Garantie der kulturellen Rechte der Minderheiten wird sich dieses Themas doch wohl auch einmal annehmen?

Schweiz.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Thomas, erklärte, er werde auf der nächsten Konferenz des Verwaltungsrats den Antrag auf Zulassung der deutschen Sprache als dritte Verkehrssprache stellen, denn von 25 Millionen organisierter Arbeiter, auf die sich die Fürsorge des Amtes erstreckt, seien 10 Millionen Deutsche oder deutsch Sprechende. Aus Dänemark, Schweden, der Tschechoslowakei und Ungarn sind Gesuche um Mitteilungen des Arbeitsamtes in deutscher Sprache gekommen.

Rumänien.

Der rumänische Innenminister wollte Mitte September in Temesvar und empfing dort eine Abordnung der deutschen Volkspartei, die ihm erklärte, die Banater Schwaben hätten keine Ursache, den früheren Verhältnissen nachzutruern, deren Andauern den langsamen, aber sicheren nationalen Tod bedeutet hätte. Der neuen Regierung vertrauten sie voll. Sie verlangten deutsche Verwaltung in deutschen Dörfern und Bezirken, Protokollführung in der Muttersprache und Unterricht in dieser Sprache durch deutsche Lehrer, sowie Beendigung der Zwangsverpachtung der Felder. Der Minister antwortete in deutscher Sprache und sagte volle Gleichberechtigung mit den Rumänen zu, nicht etwa

nur, weil die Karlsburger Beschlüsse es so vorschrieben, sondern weil auch die Rumänen das Gefühl hätten, daß es so gut und richtig sei.

Die provisorische Hauptleitung des Verbandes berief zum 22. bis 25. Oktober einen Verbandstag nach Kronstadt ein. Altrumänen stellte dazu 6 Vertreter, das Banat 56, Beßarabien 15, die Bukowina 15, Siebenbürgen 47. Ein Konzert der Burzenländer sächsischen Lehrerschaft leitete die Veranstaltungen ein, dann fand die feierliche Begründungssitzung des Verbandes statt. Am Nachmittag schloß sich eine Tagung der Frauen der deutschen Siedlungsgebiete an und abends gab es eine Festaufführung von Adolf Meschendörfers „Michael Weiss“. Ein Festgottesdienst in den Kirchen beider Konfessionen leitete den Sonntag ein, dann ward eine Gewerbeausstellung im Kaufhaus eröffnet, ein Schauturnen und ein Künstlerabend vervollständigten das Programm. Gleichzeitig wurde eine landwirtschaftliche Ausstellung in Rumänien eröffnet.

England.

Unter so viel Verhetzung und Verblendung, die wir gerade in England finden, gibt es auch eine erfreuliche Stimme. Professoren und Doktoren an der Universität Oxford haben an deutsche Gelehrte und Künstler der Universitäten in Deutschland und Österreich ein Einladungsschreiben gerichtet, die Beziehungen wieder aufzunehmen. „Die Erbitterung und feindselige Gesinnung, die unter dem Antrieb loyaler Vaterlandsliebe zwischen uns entstanden sein mag“, möchte zerstreut werden. Auf den Gebieten, wo ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Begeisterung, edelmütiger Wettstreit und Ehrgeiz vorhanden seien, könne man auf Versöhnung hoffen. Die Kameradschaft der Gelehrsamkeit werde den Weg der Verständigung zwischen den Völkern öffnen. „Während politische Zwietracht die edle Herzlichkeit der großen europäischen Staaten zu erlöschen droht, wollen wir jene freundschaftliche Wiedervereinigung beschleunigen helfen, die die Zivilisation erfordert.“

Der „Oxforder Brief“ spielt in der öffentlichen Meinung Englands und Frankreichs eine gewaltige Rolle. Namentlich die Times hat einen lebhaften Kampf dagegen unternommen und betont, die große Mehrheit der einstigen Oxforder Schüler billige den Brief nicht. Der Archäologe Hogarth schreibt ihr aber darauf, das müßten jedenfalls solche sein, die draußen nicht mitgefochten hätten, denn die, die draußen waren, wüßten es besser: „Unser bisheriger Feind ist nicht ein Volk, das bisher in der Zivilisation zurückstand oder künftig nicht in einer Frontreihe mit der Zivilisation stehen wird. Je länger die Ausöhnung mit ihm verzögert wird, um so mehr wird die Menschheit verlieren.“ Die Morning Post läßt sich aus Paris drahten, der Brief habe dort wie eine eiskalte Dusche gewirkt und werde die englisch-französischen Beziehungen schwer schädigen. Man ist eben diesseits des Kanals noch weit engherziger als jenseits.

Auch in England regen sich, wie die „Frankf. Ztg.“ sich aus Berlin mitteilen läßt, Stimmen, die an die Rückgabe wenigstens des sogenannten „kleinen Eigentums“ an die Deutschen mahnen. Eine gewisse Bereitschaft dazu sei nicht zu verkennen, habe sich jüngst in einem Schreiben an den Redakteur der „Westminster Gazette“ gezeigt und werde auch in Regierungskreisen gezeigt. Zum mindesten Personen von keinem oder geringem Vermögen sollten bedacht werden, die Sachgüter wie Möbel, Kleider, Wäsche sollten bis zu einem gewissen, allerdings nicht hoch bemessenen Betrage zurückerstattet werden. Verhandlungen wären bereits zum Abschluß gelangt, wenn sich nicht von deutscher Seite Schwierigkeiten erhoben hätten (?). Diese Schwierigkeiten lägen

in der Befassung verschiedener Ressorts mit derselben Materie, in die auch die Interessenvertretung der Auslandsdeutschen eingegriffen habe. Anscheinend wolle man den Abschluß verzögern, weil er nicht genug biete. Der Berichterstatter fügt aber die Frage hinzu, ob es k'ug sei, deshalb den Abschluß hinauszuschieben, denn nach dieser Methode werde überhaupt nichts herauskommen. Das Durcheinanderreden vieler Stellen und Geheimräte drohe wieder zu einem Minus zu führen. Das wäre allerdings höchst betrüblich!

Der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ in London telegraphiert seinem Blatte zu der Mitteilung, wonach England auf das Vertragsrecht des Versailler Vertrages, im Falle einer absichtlichen Nichterfüllung der Friedensvertragsverpflichtungen sich an deutschem Eigentum schadlos zu halten, verzichte (die Durchführung dieses Vertragsrechtes hätte jeden Handel mit England unmöglich gemacht!), das im Krieg beschlagnahmte Eigentum bliebe vom Verzicht ausgeschlossen. Seine dringend erforderliche Freigabe stehe leider anscheinend nicht in nächster Aussicht. In politischer Beziehung bedeute die Aufgabe eines Stückes des Versailler Friedensvertrages einen bemerkenswerten Fortschritt.

Palästina.

Die in Ägypten internierten Palästina-Deutschen sind bis auf 35, die entweder freiwillig nach Deutschland zurückkehren wollten, auf der schwarzen Liste standen oder erkrankt waren, nach Palästina zurückgekehrt. Am 8. September fuhren sie vom Gefangenenlager in Schubra ab und kamen andern Tags in ihrer Heimat an. Auch die in Deutschland lebenden Palästina-Deutschen werden jetzt wieder nach Palästina zurückbefördert, doch erteilt die englische Behörde anderen Deutschen als solchen, die bereits früher in Palästina ansässig waren, keine Einreiseerlaubnis.

Persien.

Der Zwischenfall von Täbris, der den Tod des deutschen Konsuls Wustrow herbeiführte, hat jetzt seine Erledigung gefunden. Die persische Regierung hat den Gouverneur der Provinz abberufen und durch einen neuen Gouverneur ersetzt, hat sich in Berlin offiziell entschuldigt und hat der Witwe des ermordeten deutschen Konsuls eine Rente ausgesetzt.

China.

Die Militärregierung der Republik von China zu Canton hat neuerdings bestimmt:

Die Einwanderung von deutschen Staatsangehörigen nimmt täglich zu; es ist nicht mehr so wie früher (als nur erst wenige wiederkamen). Die früher diesbezüglich erlassenen Verordnungen müssen mit größerer Genauigkeit beachtet werden. Deutsche und Österreicher, die um Erlaubnis der Einreise in unser Gebiet bitten, müssen in ihrem Antrag folgende fünf Punkte angeben:

1. Alter, Heimat und Beruf, den sie in China ausführen wollen.
2. Wo sie hinreisen und wohnen wollen.
3. Ob sie früher schon in China gewesen sind und an welchem Ort.
4. Der Antragsteller hat vier Photographien, das Stück vier Zoll hoch, einzureichen. Eine Photographie zum Aufkleben auf den Paß, eine für die Ministerialabteilung, eine für den Fremdenkommissar, eine für den Ortsbeamten des Wohnortes.
5. Wenn der Antragsteller von seinem Aufenthaltsort in die Heimat zurückreisen oder umziehen will, hat er die Sache dem Ortsbeamten seines Aufenthaltsortes klar zu unterbreiten und dem holländischen Konsul schleunigst Mitteilung zu machen.

Da hier von keiner Einschränkung der Einreise von Deutschen und Österreichern die Rede ist, sind diese Bestimmungen wohl weiter nichts als bürokratische Maßnahmen.

Die Hongkonger „Daily Press“ brachte allerdings unter dem 11. August einen Leitartikel „Germans after the War“, in dem von der Rückkehr der Deutschen nach Hongkong und China die Rede war und eine Notiz aus einer Schanghai englischen Zeitung verarbeitet wurde, wonach u. a. „auf einem Regierungsdampfer eine Anzahl von Deutschen Schanghai verlassen“ hätten. Dies ist als Tatsache an und für sich richtig, denn es handelt sich um einen von der deutschen Regierung gecharterten Dampfer Ume Maru für den Transport deutscher Truppen aus Sibirien, dem sich in Schanghai auch einige Zivilpersonen — frühere Zollbeamte, Missionare, Frauen und Kinder — angeschlossen. Die englische Zeitung hatte diese Tatsache aber in bekannter Perfidität als Maßnahme der chinesischen Regierung gedeutet, während doch alle Welt weiß, daß nicht China die Deutschen aus dem Lande treibt, sondern England und Frankreich. Bisher ist nicht ein Fall bekannt geworden, daß ein nach China zurückkehrender Deutscher wieder ausgewiesen worden sei. Das amtliche England scheint auch der Rückkehr der Deutschen nach China keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen, denn die halbamtliche englische „North China Daily News“ hat in einem Leitartikel bereits ihre Leser und Landsleute zur christlichen Nachsicht mit dem ehemaligen Feinde ermahnt und zur Duldung desselben in ihrer Mitte aufgefordert. Alles aus christlicher Menschenliebe!

Japan.

Drei japanische Professoren der Medizin, Ozawa von der Tokio Universität, Inouye und Nishi von der Tohoku Universität, haben eine Stiftung von 1000 Yen aus einer von ihnen veranstalteten Geldsammlung dem Bürgermeister von Heidelberg in Erinnerung an ihre dort verlebte Studienzeit zur freien Verfügung überwiesen, um dabei gleichzeitig zu zeigen, daß sie gegen den offiziellen Beitritt Japans zu dem Beschluß über den Boykott der deutschen Wissenschaft Protest einlegten, ihn mißbilligten und bedauerten.

Südwestafrika.

In einer Ansprache, die Sir George Howard, der bisherige Verwalter Deutsch-Südwestafrikas, vor einigen Tagen hielt, wies er darauf hin, daß unter den deutschen Farmern eine „Clique“ bestünde, die sich alle Mühe gäbe, einen Teil der Bevölkerung abseits zu halten und unmögliche Forderungen, wie diejenige der Verwaltungsautonomie, zu stellen. Wenn die alte Bevölkerung von Südwestafrika nach Millionen zählte, wäre das verständlich. Tatsächlich beliefe sie sich aber nur auf wenige Tausend. Das Land müsse sich künftig nach der Union orientieren und nicht mehr nach Deutschland schielen. Wenn diese Clique weiterhin Schwierigkeiten mache, würden ihre Angehörigen eines Tages Ausweisungsbefehle gemäß Artikel 122 des Friedensvertrages in Händen haben.

Der neue Verwalter des ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, G. R. Hofmeyr, wird am 18. Oktober in Windhuk eintreffen.

Gegenüber der stets sich noch auswirkenden Verhetzungsarbeit in der gegnerischen Presse kann nicht oft genug darauf verwiesen werden, wie die Dinge in der Wirklichkeit liegen. Wir haben einen unverdächtigen Zeugen: den südafrikanischen Premierminister Smuts, der jetzt Deutsch-Südwestafrika besuchte. Auch in seiner Ansprache in Gibeon wandte er sich zunächst an die deutsche Bevölkerung, deren Fähigkeiten als Kolonisten er unabweisbar anerkannte, und deutete darauf hin, wie Tüch-

tiges sie sowohl in der Union als auch in Südwestafrika vor dem Kriege geleistet hätten. Er forderte sie zum freundlichen, weiterstrebenden Zusammenarbeiten mit der neuen Bevölkerung und neuen Verwaltung auf. Auch in Omaruru erkannte der General in seiner Ansprache beim Essen der Bürgerschaft die hohen Kulturleistungen der alten Regierung und der alten Bewohner an, wenn er auch hier nicht mehr vom Mandat der Union auf Südwest, sondern andauernd von der „province“ Südwestafrika sprach. In Okahandja sprach Smuts davon, wie es die einst armen Deutschen in der Union durch Fleiß und Tüchtigkeit zu etwas gebracht hätten und wie die Deutschen durch ihre Kulturleistungen auch Südwestafrika der Barbarei entrisen hätten, um es zu einem Kulturlande zu machen.

General Smuts besuchte kurz vor seinem Abschied aus dem Schutzgebiet auch noch Swakopmund, dessen Bewohner er allerdings schon durch eine in Omaruru gehaltene Rede noch vor seiner Ankunft grausam enttäuscht hatte. Auch sein Besuch bestätigte, daß die Union die versandete Bucht der Walfischbai zum Hafen ausbauen will, obgleich in der an die Bucht sich anschließenden „Stadt“ kaum ein ordentliches Haus steht, es kein gutes Trinkwasser gibt und überhaupt alle Voraussetzungen zum guten Hafen fehlen. Swakopmund dagegen, das eine glänzende Stadtanlage, gutes Wasser, allerdings eine offene Reede, aber sonst alle Einrichtungen hat, soll als Hafen ausscheiden, mehr Wohnplatz und vor allem Seebad des Schutzgebietes werden. Diese Entscheidung hinterließ natürlich unter den Deutschen bitterste Gefühle, so versöhnlich und gewinnend auch General Smuts sonst sprach.

Viel ernsthafter als diese wirtschaftliche Frage ist der Besuch in der Schule und ist die Rede gewesen, die der Premierminister bei seiner Abschiedsanwesenheit in Windhuk hielt. Der Landesschulverband hatte seine Wünsche vorgetragen: Zulassung des Deutschen als Unterrichtssprache in allen Klassen, wobei jedoch den Unionssprachen Rechnung getragen werden sollte. Einreiseerlaubnis für deutsche Lehrkräfte aus Deutschland, unbehinderte Benutzung der mit deutschen Mitteln gebauten Schulen und Pensionen, finanzielle Unterstützung und Pensionsbeihilfe. Smuts ging auf Einzelheiten in seiner Erwiderung nicht ein, ein Kompromiß werde zweifellos gefunden werden müssen, meinte er, die Farmer seien meistens nicht in der Lage, Schulgeld zu bezahlen. In einer reinen deutschen Schule würden die Kinder rein deutsch erzogen und könnten keinen Platz in Südafrika finden. Wie er, der Bure, aber Premierminister auch über die Engländer geworden sei, so wolle er, daß auch ein Farmerkind einmal Premierminister werden könne, da in Deutschland doch kein Platz für die Kinder sei. Die vier Elementarklassen sollten wohl deutschen Charakter haben, doch sollte in derselben Zeit eine Unionssprache mitgelehrt werden, später solle dann die Erlernung der zweiten Unionssprache folgen. Der neue Gouverneur Hofmeyr solle diese Angelegenheit mit den Interessenten besprechen und sie zu einem guten Ende führen, das beide Teile befriedige. Die Schulvereine könnten weiter bestehen bleiben, genügend Pensionate sollten errichtet werden, die von der Regierung freigebig unterstützt werden müßten. Nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch die Nationalität der Kinder sollte erhalten werden, nur der Standpunkt für eine reine deutsche Schule sei unhaltbar. Gewalt solle nicht angewendet werden, er, Smuts, bitte nur um das Einverständnis der Südwestafrikaner. In seiner Entgegnung dankte der Vorsitzende des Schulverbandes für das Interesse des Generals, betonte aber, daß auch die Farmer ein großes Interesse an der deutschen Erziehung ihrer Kinder hätten und gewillt seien, Opfer dafür zu bringen.

Smuts hielt dann vor seinem Abschied noch eine zweistündige Rede im Tintenpalast. Er erklärte, die Union habe das Mandat über Südwestafrika ganz übernommen, Südwestafrika solle eine Provinz von Südafrika werden, die Deutschen täten gut daran, Bürger der Union zu werden, ohne daß ein Druck auf sie ausgeübt werden sollte. Die Landbank solle liquidiert und dafür ein anderes ähnliches Institut errichtet werden, die Kommission für die Kriegsschäden sei mit ihren Arbeiten zu Ende und es würden demnächst Entschädigungsgelder zur Auszahlung kommen. Das Kriegerrecht solle baldigst aufgehoben, die Wal-fischbai zum großen Hafen ausgebaut werden. Die deutsche Sprache als Amtssprache zuzulassen, könne er nicht versprechen, auf seinem Standpunkt in der Schulfrage müsse er beharren, freien und ungehinderten Handel mit Deutschland sage er zu, Verwandten, Angehörigen, weißen Arbeitern für Farmer und besonders Mädchen werde die Einreise sehr erleichtert werden, der Rückkehr Landesverwiesener stände er sympathisch gegenüber.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die „Deutsch-amerikanische Frauenhilfe“ hat jetzt ein Büro in Berlin eröffnet. Sie zählt in Amerika etwa 5000 Mitglieder. Die von ihr ins Leben gerufene Quarter Collection, so genannt, weil sie einen Mitgliedsbeitrag von $\frac{1}{4}$ Dollar in der Woche erhebt, konnte im April allein über eine Million Mark nach Deutschland abführen. Bis zum Mai waren 157 große Kisten mit Kleidungsstücken abgesandt.

Uruguay.

Die Regierung von Uruguay hat, dem „Tag“ zufolge, durch ihre Londoner Gesandtschaft die englische Regierung verständigt, daß sie von dem den alliierten und assoziierten Mächten auf Grund des Friedensvertrages von Versailles zustehenden Rechte, die Zinsen der Staatstitel, die sich im Besitze deutscher Staatsbürger befinden, nicht einzulösen, keinen Gebrauch machen werde. Sie sei entschlossen, ihren Verpflichtungen gegenüber den deutschen Staatsbürgern voll nachzukommen.

Australien.

Die Stimmung selbst gebildeter Kreise gegen alles Deutsche wird am besten durch eine Mitteilung gekennzeichnet, die die Münchener Med. Wochenschrift bringt: „Charakteristische Nachrichten kommen aus Sydney und Brisbane; dort waren zwei seit langer Zeit zur Praxis zugelassene deutsche Ärzte im Laufe des Krieges interniert worden; nach dem Friedensschluß hat die Regierung ihnen erlaubt, im Lande zu bleiben und ihre Praxis wieder aufzunehmen. Dagegen verlangt nun die Ärzteschaft die zwangsweise Ausweisung der beiden Herren.“

KLEINE NACHRICHTEN

Pastor Wentzel, Petrikau †. Infolge einer Ansteckung, die er sich zuzog, als er einem typhuskranken Soldaten im Spital das Abendmahl reichte, starb in noch jungen Jahren Pastor Wentzel, der in Dorpat studiert hatte, dann als Hilfsprediger nach Lodz kam und im Jahre 1915 nach Petrikau versetzt wurde. Er war ein treuer Deutscher, der an seinem Deutschtum stets festhielt und auch als Stadtrat in seiner Gemeinde Vorbildliches wirkte.

Dr. von Samson †. Nach langer schwerer und heimtückischer Krankheit ist der Revaler Arzt Dr. Eduard Samson verstorben, einer der beliebtesten Ärzte der Stadt, aber auch ein aufrechter und mannhafter Vertreter des Deutschtums. Er studierte in

Dorpat, saß einige Zeit in der Peter-Paul-Festung in Petersburg, weil er in einem Duell seinen Gegner tötete, und ließ sich später in Reval nieder, wo 1918 sein von Bolschewisten in den Elevator eingesperrter Bruder an schwerer Verletzung starb, ohne daß er ihm helfen konnte. Seit diesem Erlebnis war seine Lebenskraft vollkommen gebrochen. Die Feier an seinem Grabe und im Trauerhause war ein trauriger Abschied der vielen Freunde von dem überall verehrten Toten.

Adolf Kindermann †. Der Lodzer Großindustrielle Adolf Kindermann, der Mitinhaber der bekannten Wollmanufaktur, ist in einem galizischen Kurorte plötzlich gestorben. Er stammte aus einer alten deutschen Industriellenfamilie und hat die vom Vater übernommene Firma weiterhin zu hohem internationalem Ansehen geführt. Er war jahrelang Kirchenvorsteher in beiden lutherischen Gemeinden und entfaltete in zahlreichen Lodzer deutschen Vereinen und Wohltätigkeitsgesellschaften eine rege gemeinnützige Tätigkeit.

Alfred Ruoff †. Der Vorsitzende der deutschen Kolonie in Rotterdam, Alfred Ruoff, ist am 9. Oktober gestorben. Er war in jungen Jahren nach Holland gekommen und hatte sich durch Fleiß und außerordentliche Leistungen bald zum Inhaber einer der angesehensten Firmen emporgeschwungen. Seine ganze Fürsorge während des Krieges galt den Internierten, Rückwanderern und Austauschgefangenen. Fünf kostbare Jahre seines Lebens hat er einzig und allein dieser Arbeit gewidmet. Auch er wurde ein Opfer des Zusammenbruchs. Bald nach der Niederlage und dem Waffenstillstand warf ihn ein seelisches Leiden aufs Krankenbett, von dem er sich nicht mehr erholte. Einer der edelsten und besten Auslanddeutschen ist mit ihm dahingegangen.

Ludwig Konrad †. Der älteste deutsche Ansiedler des südwestafrikanischen Schutzgebietes ist mit Herrn Ludwig Konrad gestorben. Er kam als Bohringenieur im Jahre 1882 nach dem heutigen Lüderitzbuch, sein Schiff scheiterte, er rettete zwar das Leben, doch gingen seine gesamten Bohrmaschinen verloren. Nachdem er den Verlust ersetzt hatte, betätigte er sich namentlich im Süden mit Wassererschließungsarbeiten. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er auf einer Pachtfarm. Seine humoristischen und sarkastischen Gedichte über das Schutzgebiet waren bekannt und gefürchtet.

Professor Leo Stern †. Im Augenblick, da er das Schiff verließ, das ihn in die alte Heimat zurückgetragen, ist Professor Leo Stern verschieden, der in Milwaukee, wohin er vor 35 Jahren ausgewandert, sein Deutschtum hoch in Ehren gehalten hatte. Er hat ein hartes Leben geführt, bis er an die Spitze des fremdsprachigen Unterrichts in den öffentlichen Schulen der Stadt gestellt wurde. Er erzählte mit berechtigtem Stolz, daß 95 Prozent aller Schulkinder der Stadt am deutschen Unterricht teilnahmen. Professor Kühnemann widmet ihm in der „Schles. Ztg.“ einen warmen Nachruf, in dem es heißt, daß er das Wunder fertig brachte, unter den Deutschen drüben sich für mehr als ein Jahrzehnt uneingeschränkte Dankbarkeit zu erhalten. Seine Versammlung in Milwaukee, die von Tausenden besucht war, trat als erste wenige Tage nach Kriegsausbruch voll für Deutschland ein. Sein Wirken für das Rote Kreuz war unermüdlich. Sein Bazar erbrachte 200 000 Dollar. Dann kam die amerikanische Kriegserklärung und ein zweijähriges Leiden im Internierungslager, der Tod seiner Gattin. Die Rückkehr in die Heimat und die Arbeit für diese war seine letzte Hoffnung.

KIRCHE UND MISSION

Der Missionkongregation der **Benediktiner von St. Ottilien** (Oberbayern) wurde vom Heiligen Stuhl als neues Missionsgebiet der Norden Koreas übertragen. Bisher stand dieses Gebiet unter dem apostolischen Vikariat Seoul und unter der Leitung der französischen Missionare des Pariser Missionsseminars. Die Hauptstadt des Arbeitsgebietes der deutschen Patres wird Wönsan sein, das an der Ostküste liegt. Zu dem Gebiete gehört auch der nördliche Teil der Mandschurei an den Flüssen Amur und Sungari.

Die **Benediktiner Mission von Sankt Ottilien** in Oberbayern wurde vom Bischof von Huamico gebeten, ein Priesterseminar zur Heranbildung des Klerus in Peru zu eröffnen. Drei Patres und ein Bruder werden die Ausreise bald antreten. Die Stadt liegt auf dem Ostabhang der Anden. Die Benediktiner Mönche sollen auch gleichzeitig Pfarreien zuerteilt bekommen.

In **Großschönau** (Nordböhmen) wurde ein **deutscher Katholikentag** abgehalten, an dem 10 000 Personen teilnahmen. 7500 Personen marschierten im Festzug, der 27 Fahnen zählte und den 8 Musikkapellen begleiteten. In 7 Missenversammlungen wurden die nationalen wie die religiösen Forderungen der deutschen Minderheit behandelt. Zahlreich war auch die katholische Studienschaft vertreten.

Kristiania. Die **deutsche evangelische Gemeinde** verliert durch den Weggang des Herrn von Mutius ihren Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, dem der „Gemeindebote“ zum Abschied warme Worte der Anerkennung und Treue widmet. Die Gemeinde wird auf Beschluß des Oberkirchenrats in Berlin vom Herbst ab einen Vikar zu dessen Ausbildung und zur Entlastung des Pfarrers erhalten. Vom Herbst ab werden die zwangslosen Abende in der Pfarrwohnung wieder aufgenommen, die der persönlichen Aussprache dienen sollen. Auch Lesabende zur Erbauung und Anregung sollen wieder begonnen werden. Der Pfarrer wird an diesen Abenden Glaubens- und Lebensfragen behandeln. Der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Kaufmann Fritz Aigeltinger, feierte seinen 70. Geburtstag. Er ist der Begründer der deutschen Gesellschaft und des deutschen Hilfsvereins. Zwei seiner Söhne nahmen am Weltkrieg teil, einer fiel. Beide Söhne waren wie der Vater schon längst norwegische Staatsbürger geworden! Dem in Sittenhardt in Württemberg geborenen angesehenen Manne wurden viele Beglückwünschungen zu seinem Geburtstag übermittelt, den er in der alten Heimat feierte.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Aufruf an die deutschen Auslandslehrer.

Im Jahre 1914 schlossen sich deutsche Auslandslehrer zu einer Vereinigung zusammen, die dem Deutschen Lehrerverein als Zweigverband angegliedert war. Ihre Wirksamkeit wurde durch den Krieg unterbrochen. Die gesteigerte Bedeutung des deutschen Schulwesens im Auslande und die jetzt mehr als je notwendige Vertretung der Interessen der Auslandslehrer lassen eine Umgestaltung und einen weiteren Ausbau dieser Vereinigung als dringend erforderlich erscheinen. Im Anschluß an die Reichsschulkonferenz fand eine Versammlung von Auslandsschulmännern statt, in der die Grundzüge festgelegt wurden. Der damals gewählte vorläufige Ausschuß hat schon versucht, auf die Gestaltung des neuen preußischen Lehrerbesoldungsgesetzes, das die Auslandskollegen lebhaft beunruhigt hat, einen diesen günstigen Einfluß zu gewinnen. Die Vereinigung soll sich künftig zusammensetzen aus jetzigen und ehemaligen Auslandslehrern jeder Vorbildung sowie aus Förderern und Freunden

des Auslandsschulwesens. Über die Einzelheiten der Organisation wird gegenwärtig beraten; den bestehenden oder noch zu gründenden Landes- und Ortsverbänden soll in der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten weitester Spielraum gelassen werden.

Um für die Arbeit die nötigen Grundlagen zu erhalten, bitten die Unterzeichneten alle jetzigen und ehemaligen Auslandslehrer und -Lehrerinnen, ihnen mitzuteilen:

1. Anschrift und gegenwärtige Amtsstellung,
2. Ort, Zeit und Art der Auslandstätigkeit,
3. Besondere Wünsche und Anregungen,
4. Ihre grundsätzliche Stellung zur Neuordnung der Vereinigung.

Rektor Johs. Flemming, Herford i. W. (früher Antwerpen), 1. Vorsitzender. — **Rektor F. Luckau**, Königswusterhausen (früher Antwerpen und Galatz), 2. Vorsitzender. — **Walter Weber**, Charlottenburg, Knobelsdorfstraße 44/45 (früher Palermo und Rom), Schriftführer. — **H. Michel**, Herne i. W. (früher Yokohama), Schatzmeister. — **Rektor Hörning**, Realschule Sao Paolo, Brasilien. — **G. Frensch**, Hermsdorf bei Berlin, Vertreter der Auslandslehrer im Deutschen Lehrerverein.

Werschetz. Den Deutschen war durch den Stadtrat, der ausschließlich aus Serben besteht, ihr gesamter Besitz an Schulgebäuden genommen worden. Daraufhin begab sich eine Abordnung zum serbischen Minister für Volksaufklärung nach Belgrad und trug ihre Wünsche vor. Der Minister betonte, daß er an dem Standpunkt festhalte, wonach jedes Volk in seiner Muttersprache unterrichtet werden müsse. Auch die Deutschen in Jugoslawien sollten ihre Schulen haben. Nur sei er ein grundsätzlicher Gegner von Konfessionsschulen, die er auch abgeschafft habe, wo sie serbischer Nationalität gewesen seien. Der Unterricht in den deutschen Schulen dürfe nur in deutscher Sprache von Deutschen oder zum mindesten von deutsch gutschprechenden Professoren erteilt werden. Die deutsche Abordnung wünschte, daß auch Schüler mit fremdklingendem Namen, aber unzweifelhaft deutscher Abstammung die deutsche Schule besuchen dürften, und der Minister sagte zu, daß die Direktoren nicht nach dem Namen, sondern nur nach der Nationalität entscheiden sollten. Die Juden, deren Aufnahme in die deutsche Schule die Deutschen wünschten, sollten während eines Jahres die deutsche Schule besuchen können, in diesem Jahre aber serbisch lernen, um später an serbischen Schulen weiter zu lernen. Der Minister betonte schließlich in der Unterredung, die in deutscher Sprache geführt wurde, daß es sein ehrliches Bestreben sein werde, alle berechtigten Wünsche der Deutschen zu erfüllen.

Deutsche Lehrerpräparandenanstalten in Großrumänien. Nachdem Bischof Dr. Glattfelder in Temesvar auch eine katholische deutsche Lehrerpräparandenanstalt eröffnet hat, verfügen die Deutschen in Großrumänien nunmehr über sechs derartige Anstalten, im rumänischen Banat über zwei, in Siebenbürgen über zwei und in der Bukowina und in Besarabien über je eine. In Jugoslawien besteht dagegen noch keine einzige derartige Anstalt, weshalb der Kulturbund bereits die nötigen Schritte zur Begründung einer solchen Schule eingeleitet hat.

Temesvar (Banat). Ein **Deutscher Studienbund** ist von den schwäbischen Lehrern begründet worden, um es je einem Banater Lehrer zu ermöglichen, seine Kenntnisse bei reichsdeutschen Ferienhochschulkursen zu erweitern. Vorerst ist eine Ausbildung bei den Kursen in Jena vorgesehen. Die gesamte Bevölkerung des Banats wird aufgefordert, da die Lehrer allein die beträchtlichen Kosten nicht tragen könnten, an dem Erfolg der Kurse aber nicht nur die Lehrer, sondern auch die Eltern der Schüler wesentliches Interesse haben, zu den Kosten beizusteuern.

Temesvar. Das Oberrealschulgebäude, das ehemals dem deutschen Theater als Heimstätte diente, ist von der rumänischen Regierung endgültig dem deutschen Realgymnasium als Haus überwiesen worden. Besonders bemüht hat sich um diese Überlassung der rumänische Kammerpräsident Dr. Imbroane, der auf eine Eingabe der Volkspartei hin sich beim Unterrichtsminister mit aller Kraft für die Überlassung des Gebäudes an das deutsche Bildungsinstitut eintrat und wiederholt auf die hohe Wichtigkeit einer deutschen Mittelschule für Temesvar verwies.

Von der Prager deutschen Hochschule. Vertreter des Wirtschaftsausschusses der deutschen Studentenschaft wurden vom Präsidenten Masaryk empfangen, der für ihre Klagen und Beschwerden volles Verständnis zeigte. Er erklärte, die Frage der Verlegung der Universität aus Prag sei zwar eine politische Frage, doch sei er der Verlegung der Hochschule aus Prag heraus grundsätzlich nicht abgeneigt und könne die Gründe, welche die deutschen Studenten aus Prag forttrieben, wohl verstehen. Die Kommission legte dem Präsidenten die Wünsche der Studenten über Behebung der Wohnungsnot und der sozial schlechten Lage der Studentenschaft dar. Der Präsident stellte sofort 2 Millionen Kronen aus seinem Masaryk-Fonds zur Verfügung, womit Wohnbaracken für die Studenten auf einem von der Regierung zu schenkenden Baugrund erstellt werden sollten, versprach für die Erhöhung der Kohlenration und der Petroleumzuweisung an die Studenten zu sorgen und eine 75prozentige Fahrpreisermäßigung vom Wohnort der Studenten nach Prag zu erwirken, wie auch für besondere Begünstigung im Fahrpreis auf den Prager Straßenbahnen zu sorgen. Auch eine staatliche Subvention zur Erhaltung des Wirtschaftsausschusses der deutschen Studentenschaft soll gegeben werden. Diese wohlwollende Haltung des Präsidenten Masaryk, der deutscher Bildung ja selbst so viel verdankt, verdient bei der feindseligen Haltung seiner Regierung gegenüber allem Deutschen hervorgehoben zu werden.

Mährisch-Ostrau. Die deutsche Bevölkerung bildet 35 Prozent der Gesamtbevölkerung. Drei Schulen wurden ihr in den letzten Monaten schon genommen. Die Rathausmehrheit beschloß, auch noch eine vierte Schule zu tschechisieren. In dem betreffenden Bezirk befinden sich 350 deutsche und 250 tschechische Kinder. Die Bezirksverwaltung wollte die Frage auf deutschen Einspruch hin noch einmal überprüfen. Doch belagerte eine fanatisierte tschechische Menge das Gebäude und ließ sich auch vom tschechischen Bezirkshauptmann nicht beruhigen, stürmte das Gebäude und besetzte es, sodaß die deutschen Schulkinder von den Lehrern durch den Hof ins Freie gerettet werden mußten. „Friedlichste Kulturarbeit!“

Eibenschitz (Tschechoslowakei). Um die Schülerzahl des nächsten Schuljahres in Eibenschitz festzustellen, nahmen die Deutschen eine Schuleinschreibung vor, wobei sie sich auf diejenigen deutschen Kinder beschränkten, welche bereits im Vorjahre die deutsche Schule besucht hatten, und auf 3 Kinder deutscher Eltern, welche im nächsten Jahre schulpflichtig werden sollten. 16 Kinder meldeten sich, eine Zahl, die nach Aussage des Inspektors zur Wiedereröffnung der Schule genügte. Nun wurden aber zum 12. August die deutschen Eltern zur Gemeinde vorgeladen und ihnen in Gegenwart der Führer der tschechischen Parteien mitgeteilt, daß die Tschechen die Eröffnung der deutschen Schule mit Gewalt verhindern würden, selbst wenn der eine oder der andere der Vergewaltiger darum ins Gefängnis kommen sollte. Bei dieser Drohung war auch der Landgerichtsrat und der Direktor der tschechischen Mädchenbürgerschule anwesend, und es wurde gedroht, daß man auch die Hilfe der Arbeiter aus den benachbarten Industrieorten sich verschaffen

werde. Man legte es den Deutschen nahe, auf die deutsche Schule freiwillig zu verzichten und bei der Einschreibung nicht zu erscheinen, weil man sonst die Eltern und Schüler vor Gewalttaten nicht schützen könne. Das private Schulgebäude ist von den Tschechen beschlagnahmt worden und auch einen sodann benutzten kleinen Raum in einer alten Kaserne hat man den Deutschen genommen.

Lodz. Die deutsche Mittelschule für Mädchen wird in ein 8klassiges Gymnasium umgewandelt, in dem bei deutscher Unterrichtssprache die polnische Sprache besonders gepflegt werden soll. Französische oder lateinische Sprache soll nach freier Wahl gelernt werden können. Zum Abiturium wurden nur solche Schülerinnen zugelassen, die mindestens drei Jahre lang die Anstalt besucht haben.

Lodz. Das deutsche Gymnasium war durch die wiederholte Einrichtung eines Lazarets in seinen herrlichen Räumen zum soundsovielisten Male heimatlos geworden. Man hatte alle Schritte getan, um die Schule wieder frei zu bekommen, aber selbst ein Besuch in Warschau brachte einer Kommission nur unbestimmte Versprechungen, aber keine bindenden Zusagen. Nun war es zwar gelungen, für 3 Wochen die Säle der Johanniskirche zu bekommen, aber darnach sollte die Anstalt wiederum ohne Räume sein. Um den finanziellen Nöten der Schule zu steuern, wurde durch eine Elternversammlung beschlossen, daß jeder Schüler neu angemeldet werde und dabei eine einmalige Gebühr von 1000 Mark bezahlen müsse, die später vom Schulgeld wieder abgezogen werden soll. Eine Sammlung für unbemittelte Schüler ergab in dieser Elternversammlung 9000 Mark. Der Sejmabgeordnete Spickermann sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Schule nicht wie die übrigen Mittelschulen auch vom Staate finanziell unterstützt würde. Diese Ungerechtigkeit sollte raschestens beseitigt werden.

Späterhin ist dann das Gebäude endlich freigegeben worden. Der Unterricht ist bereits wieder aufgenommen worden. Daß die wiederholten Schritte der deutschen Schulbehörde endlich Erfolg hatten, wird überall mit Freuden begrüßt werden.

Weissenstein. Die deutsche Schule ist auf Beschluß des bisherigen Kuratoriums dem Verein „Deutsche Schulhilfe“ Ortsgruppe Weissenstein übergeben worden. Die Schule, die aus Realgymnasium und Mädchenlyzeum besteht, ist dank der Energie des Leiters, Herrn Ehlers, und der Lehrerschaft erhalten geblieben. Das Schulgeld beträgt für die oberen Klassen 750, für die mittleren 550 und für die unteren 350 Mark und wird für die Mitglieder des Vereins ermäßigt. Der Schule soll ein Pensionat angegliedert werden.

Goldingen (Lettland). Das altberühmte deutsche Gymnasium ist von den Letten plötzlich seines Schulgebäudes beraubt worden. Das Schulgebäude gehörte einst der Ritterschaft, die diesen zwar wenig geschmackvollen, aber für Goldingen immerhin bedeutsamen, mächtigen roten Ziegelsteinbau errichtet und den Schulbetrieb unterhalten hatte. Das Goldinger Gymnasium war berühmt bis weit ins polnische Land hinein, das früher seine Söhne hier herauf und nach Mitau sandte, um sie hier deutsch ausbilden zu lassen. Jetzt haben die Letten kurz vor Beginn des neuen Schuljahres, also in ausgesuchter Bosheit, der Direktion erklärt, daß sie innerhalb weniger Tage das unter der Verwaltung des Justizministeriums stehende Gebäude zu räumen habe, da eine lettische Schule hinein kommen solle. Endgültig ist die Frage zwar noch nicht geregelt, doch wird gegen die Enteignung wenig zu wollen sein. Hoffentlich wird das Deutschtum in Goldingen doch Mittel und Wege finden, das Gymnasium zu halten.

Auch wenn nur in einer Hütte gelehrt wird, wird der deutsche Geist in der schönen Stadt an der Windau nicht auszurotten sein!

Riga. Eröffnung der Lutherschule. An Stelle der drei geschlossenen privaten Mädchenschulen mußte bei der Überfüllung der den Deutschen bewilligten einzigen deutschen Mittelschule eine neue Schule geschaffen werden, und so kam die „Lutherschule der vereinigten deutsch-evangelisch-lutherischen Gemeinde Riga“ nach vieler Mühe zustande. Am 8. September weihte eine Feier in den Schulräumen die Schule ein. Am Sonntag darauf fand der feierliche Eröffnungsgottesdienst statt, zu dem die deutsche Gemeinde in gewaltiger Menge in den Dom zusammengeströmt war. In feierlichem Zuge zogen die Lutherschülerinnen unter Führung des Schulrates und ihrer Lehrer und Lehrerinnen ins Gotteshaus, in dem eine stimmungsvolle und tiefergreifende Feier stattfand.

Zur Lage des deutschen Schulwesens in Eesti. Aus Reval schreibt uns unter dem 14. September unser Vertreter: Auch in das jetzt neu beginnende Schuljahr müssen wir eintreten, ohne das von allen für das deutsche Schulwesen Interessierten so sehr erstrebte Ziel — die deutsche Schulautonomie — erreicht zu haben. Von der estnischen Regierung sind der deutschen Minorität vorläufig vier Schulen zugebilligt worden: in Reval eine höhere Knabenschule (mit Real- und Gymnasialabteilung), eine höhere Mädchenschule und eine Elementarschule; in Dorpat eine Elementarschule. Außerdem wird die unter der Leitung von Direktor H. Pantenius stehende höhere Knabenschule in Dorpat vom Staat subventioniert. Doch genügt diese Zahl lange nicht den Anforderungen. Beträgt doch die Zahl der deutschen schulpflichtigen Kinder in Eesti nach den letzten uns vorliegenden Daten mehr als 3300. Für die Bedürfnisse derer, die nicht in die staatlichen Schulen aufgenommen werden, sorgen 15 deutsche Privatschulen. Von diesen befinden sich in Reval vier, in Dorpat drei und in den kleinen Städten Wesenberg, Walk, Weißenstein, Arensburg, Narva, Hapsal, Pernau, Fellin je eine. Den Etat für die Erhaltung dieser Schulen aufzubringen ist keine leichte Aufgabe, sind doch durch die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes und die Aufhebung aller ständischen Organisationen, in erster Linie der Ritterschaft, fast alle Quellen der Unterstützung für gemeinnützige Zwecke des Deutschtums versiegt.

Zu den finanziellen Schwierigkeiten gesellt sich noch die Raumfrage. Ist doch der größte Teil der für Schulzwecke bestimmten Immobilien der deutschen Gesellschaft von der estnischen Regierung in rücksichtsloser Weise für staatliche und sonstige Zwecke requiriert worden. Solche für Schulzwecke bestimmte Häuser besaß die deutsche Gesellschaft vier: das vormals Harald Baron Tollsche Haus, die beiden Häuser der St. Olai- und St. Nikolai-Gemeinde und das Gebäude der Hansaschule. Von diesen bot das Tollsche Haus allein Raum für drei große Schulen. Im vorigen Semester stand noch das Schulgebäude der St. Nikolai-Gemeinde den Zwecken der deutschen Schulen voll zur Verfügung, im kommenden Semester wird der deutschen Gesellschaft auch dieses letzte Schulgebäude nur noch zur Nutznießung in den Vormittagsstunden überlassen sein, während es für die Nachmittagsstunden einer estnischen Frauenschule zur Verfügung gestellt ist.

So sehen die deutschen Schulen sich genötigt, in engen, ungeeigneten, den Anforderungen der modernen Hygiene keineswegs entsprechenden Privatwohnungen ihr Dasein zu fristen, ungeachtet all der großen Mittel, die seinerzeit zur Schaffung moderner und entsprechender Schulräume aufgewandt worden sind. Alle bisherigen Appelle an die Regierung und das Unter-

richtsministerium, hier Wandel zu schaffen, sind wirkungslos geblieben. Aber auch unter diesen erschwerten Umständen ist auch im Bereich des deutschen Schulwesens bereits Hervorragendes geleistet worden und wird auch in Zukunft geleistet werden.

Wenn vom deutschen Schulwesen die Rede ist, so muß unbedingt auch derjenigen Organisation gedacht werden, der das Hauptverdienst gehört für alles, was im neuen estnischen Staat für das deutsche Schulwesen bisher geschehen ist, des Vereins „Deutsche Schulhilfe“. Im Frühjahr 1919 gegründet, hat dieser Verein, der neben dem deutschen Schulwesen noch die Pflege deutschen Geistes- und Kulturlebens überhaupt angedeihen läßt, im Laufe seines einjährigen Bestehens eine wahrhaft großzügige und segensreiche Tätigkeit entwickelt. Sein Gründer und bisheriger Leiter, Dr. Ernst Petersen, wurde uns, erst im 35. Jahre stehend, in diesem Sommer durch den Tod entrissen. h.

Dorpat. Die Mittelschule des deutschen Lehrerverbandes und die städtische deutsche Mittelschule waren bisher im Gebäude des früheren russischen Lehrerseminars untergebracht. Da aber das estnische Lehrerseminar kein geeignetes größeres Haus für sich fand, mußte das der Regierung gehörige Haus für die estnischen Unterrichtszwecke geräumt werden. Nach langen Mühen fand sich ein Ausweg. Die Universität hat das große dreistöckige frühere Studentenkonvikt gegenüber der Domruine wieder in Besitz genommen und die Stadt hat den ersten Stock neu ausgebaut, um dort die beiden deutschen Schulanstalten mit Genehmigung der Universität unterzubringen. Diese, wenn auch nur vorläufige Regelung erfüllt die deutsche Gesellschaft Dorpats mit großer Freude.

Dorpat. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die Dorpater deutsche Mittelschule, die sogenannte Pantenius-Schule, eine Oberrealschule mit Lateinklassen, als städtische Schule zu betrachten. Damit übernimmt die Stadt auch die wirtschaftliche Fürsorge für die Lehrerschaft, während es bisher nur eine deutsche städtische Schule, die Volksschule, gab. Begründet sind beide Schulen vom deutschen Lehrerverein im Februar 1919.

Hapsal (Estland). Ein günstiges Ergebnis des Sommerfestes ermöglicht die Aufrechterhaltung der deutschen Schule und die Heranziehung neuer Spezialkräfte. Das Schulprogramm ist auf die Revaler höheren Schulen eingestellt, so daß der Übergang der Kinder von Hapsal auf die höheren Schulen in Reval sichergestellt ist. Die Schule ist eine höhere Elementarschule für Knaben und Mädchen mit drei Vorbereitungs- und vier Elementarklassen. Ein fünfter privater Kurs für Mädchen wird eingerichtet und im nächsten Jahre die Schule in eine Mittelschule verwandelt. Das Schulgeld beträgt durchschnittlich 1000 Mark pro Jahr. Ein Gönner hat 5000 Mark für sein Kind bezahlt, da eine Gouvernante nicht billiger, die Schule dagegen besser in der Erziehung sei.

Windhuk (Südwestafrika). Die Realschule beschloß mit einem Elternabend ihr Schuljahr, bei dem sich zugleich der Direktor Professor Gries vor Antritt seines Deutschlandurlaubes verabschiedete. Im Hotel „Stadt Windhuk“ fanden sich Eltern, Schüler und Lehrer in außerordentlicher Zahl zusammen. Musik und Chorgesangvorträge wechselten mit Ansprachen ab. Der Vortrag des Herrn Dr. Frey über die Einheitsschule in Deutschland interessierte allgemein. Eine ähnliche Feier hatte zuvor im Mädchenpensionat stattgefunden.

Buenos Aires. Im deutschen Lehrerverein wurde von Professor Kleiper die Herausgabe einer Schulzeitung angeregt, die nicht nur den Interessen der Lehrerschaft dienen, sondern sich auch an die Eltern der Schüler wenden soll.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Dornbirn. Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg. Am 1. August fanden sich die Vertreter der in allen größeren Orten Vorarlbergs ins Leben gerufenen Ortsgruppen zur Gründung des Bundes zusammen. In allen technischen Fragen wurde vollkommene Einigkeit erzielt und auch die entworfenen Satzungen angenommen. Als Sitz der Bundesleitung wurde Dornbirn bestimmt. Der Bund macht es sich zur Aufgabe, jedem Reichsdeutschen in Vorarlberg Ratgeber und Helfer zu sein und für alle berechtigten Wünsche der Landsleute jederzeit einzutreten, er ist aber auch bestrebt, die Liebe und Treue zur alten Heimat zu wecken und zu pflegen und somit ein Bindeglied zu sein zwischen Heimat und jedem einzelnen.

Temeswar. Schwäbischer Lehrertag. Über 500 Lehrer und Lehrerinnen waren zum schwäbischen Lehrertag und den daran anschließenden rumänischen Fortbildungskurs nach Temeswar gekommen. Am 5. und 6. Juli sollte die Tagung stattfinden, doch erst am Vortag verbot das Unterrichts-Ministerium die Tagung mit der Begründung, daß die Arbeit des Fortbildungskurses durch die Tagung nicht gestört werden dürfe. Aus Beßarabien, der Bukowina und Siebenbürgen waren Gäste und Vertreter angesagt. Da die Tagung selbst nicht stattfinden durfte, veranstaltete die schwäbische Lehrerschaft wenigstens eine Begrüßung der Gäste in einer zwanglosen Zusammenkunft, bei der Sektionsrat Dr. Kausch die Aufgaben und Ziele der deutschen Schule in Großrumänien besprach, Lehrer Schneikart das deutsche Schulwesen in der Bukowina feierte und das Deutschtum als Kulturbringer und Vorposten deutschen Wesens in Großrumänien pries. Schulinspektor Ernst aus Tschernowitz und Schulinspektor Neumann aus Beßarabien berichteten über die Zustände in ihren Gebieten und Lehrer Schwarz aus Hermannstadt überbrachte die Grüße der siebenbürgischen Lehrerschaft, wobei er zum Besuch der Hochschulkurse von Hermannstadt einladen konnte. Auch die drei Parlamentsabgeordneten der Schwaben hielten Ansprachen. Der deutsche Gesangsverein „Gewerbarmonie“ verschönte den Abend durch seine Vorträge.

Vom Deutschen Kulturbund in Jugoslawien. Unter der großen Zahl neuer Ortsgruppen, die gegründet wurden, ist bemerkenswert die Gründung der Ortsgruppe Semljin am 15. August, zu der sich über 2000 Personen zusammenfanden. Nachdem der Gesang des Deutschen Wehliedes verklungen war und ein Begrüßungsgedicht eines Schülers: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“, jubelnden Beifall ausgelöst hatte, sprach Bundessekretär Dr. Grassl über die Aufgaben des Kulturbundes, überbrachte Dr. Moser für den Bund der Deutschen in Kroatien-Slawonien Grüße und brüderliche Wünsche mit der Zusage des festen Wunsches zur Zusammenarbeit, und betonte Pfarrer Schumacher die besondere Aufgabe des Kulturbundes in Kroatien-Slawonien und warnte seine Landsleute besonders vor dem Erbübel und schwäbischen Nationallasten, dem Geiz, der nicht dazu führen dürfe, dem Kulturbund die nötigen Mittel zu verweigern. Schon der erste Tag brachte dem Bunde 550 Mitglieder. Turnvorführungen, Gesangsvorträge, Musikstücke und ein echt deutsches Volksstück schlossen sich an die Gründungsfeier an.

Karlsdorf (Jugoslawien). Eine Ortsgruppe des Kulturbundes ist Ende Juni hier unter außerordentlicher Teilnahme der ganzen großen deutschen Banater Gemeinde gegründet worden. Die Versammlung wurde mit dem alten Kirchenlied „Großer Gott wir loben Dich“ eröffnet. Der Vorsitzende, Herr

Lorenz Kalitowitsch hielt eine tief empfundene Ansprache, worauf der katholische Pfarrer Adam Steigewald jubelnd begrüßt wurde, als er den Segen des neu begründeten Kulturbundes für das Deutschtum darlegte. Nach der Feier hielten Vorträge deutscher Lieder und Gedichte durch die Schuljugend die Anwesenden noch lange zusammen. Ein deutsches Volksfest schloß sich an.

Windhuk (Südwestafrika). Landesverband der deutschen Schulvereine in Südwestafrika. Der Landesverband erläßt einen Aufruf, daß, wie bereits durch Sonderblatt vom 4. Mai gemeldet worden sei, die Entscheidung der Regierung in der Schulfrage in der Hauptsache gegen die Deutschen ausgefallen sei. Jetzt gelte es die Selbsthilfe aufzurufen, um das Heiligste, die Sprache, den Kindern zu erhalten. Die außerordentliche Tagung der Schulvereine in Omaruru am 19. und 20. Mai habe beschlossen, alle deutschen Volksschulen und auch die beiden Realschulen in vollem Umfang als Privatschulen auf eigene Kosten aufrecht zu erhalten. Das werde schwere Opfer an Mühe und Arbeit kosten. Mit leuchtendstem Beispiel seien gerade die Schwächsten und Minderbemittelten, Arbeiter und Angestellte, in verschiedenen Orten vorausgegangen. Nun müßten alle Landsleute, ob ledig oder verheiratet, Mitglieder der Schulvereine werden. 200 von 1200 schulpflichtigen Kindern seien zurzeit ohne Schulunterricht, weil ihre Eltern die dazu nötigen Gelder nicht aufbringen könnten. Für die Armen müsse die Allgemeinheit eintreten. Beihilfen sollten in Zukunft auf Vorschlag der örtlichen Schulvereine nur wirklich Bedürftigen gegeben werden, wobei der örtliche Schulverein die Hälfte der Kosten zu tragen hätte. Voll- und Halbwaisen, Kinder von Arbeitern und Geringbesoldeten sollten in erster Linie bedacht werden. Für Begabte sollen auch Beihilfen für den Besuch höherer Schulen geleistet werden. Das Wort „freie Bahn dem Tüchtigen“ solle auch in Südwestafrika Geltung gewinnen. Treue zur Heimat sei erste Pflicht, nur Einigkeit mache stark!

Der Landesverband hat inzwischen von der deutschen Regierung 8000 Pfund überwiesen bekommen, so daß er die rückständigen Lehrergehälter für Mai und auch die Heimreisekosten für die abgelösten Lehrkräfte auszahlen konnte.

Keetmannshoop. Deutscher Schulverein. Die deutsche Schule in Keetmannshoop wird von etwa 40 Kindern besucht, von denen 13 sich im Pensionat befinden. Die Schule ist die einzige in mehreren Bezirken. Um auch den Kindern der kinderreichen und nicht so sehr begüterten Familien den Schulbesuch zu ermöglichen, wurde ein gestaffeltes Schulgeld eingeführt, 15 Schilling monatlich für das erste und 10 Schilling für das zweite Kind. Ein Antrag, das Pensionat durch Naturalienlieferungen zu unterstützen, wurde angenommen. Ein besonderer Pensionatsfonds wurde angelegt, um den Pensionspreis herabzudrücken. Ein am 24. Mai veranstalteter Bazar ergab 371 Pfund, und auch von auswärts wurden eine ganze Reihe von Gaben für die Pension der Schule gestiftet.

Windhuk (Südwestafrika). Schulverein. Direktor Gries gab in der Versammlung vom 18. Juni den Kassenbericht, wonach das Vermögen des Vereins auf rund 14000 sh. sich beläuft. Der Beitrag für Vereine wurde von 200 auf 80 Mark herabgesetzt. Ein Anwachsen der Mitgliederzahl von 250 auf 400 wird infolge der intensiven Propaganda bestimmt erwartet. Für das erste Privatschuljahr wird mit einer Einnahme von 85000 sh. gerechnet. Um die Realschule und die Klein-Windhuker Schule fortzuführen, werden 9 Lehrkräfte zum mindesten nötig sein. Unter der Voraussetzung, daß ein zehnter Lehrer stets in Urlaub ist, würden sich die Kosten auf rund 90000 sh. stellen. An

sachlichen Ausgaben werden ungefähr 5000 sh. benötigt, 7500 sh. wird der Landesverband tragen, so daß mit 87500 sh. Ausgaben gerechnet werden muß. Eine Deckung von Ein- und Ausgaben wird also möglich sein. Es wurde beschlos-en, das Windhuker Schulwesen in seiner jetzigen Form fortzuführen und neue Lehrerverträge abzuschließen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Prag. Hier wird von der Deutsch-Polnischen Arbeitsstelle ein „Deutscher Nachrichtendienst“ täglich an die deutsche Presse gegeben, der in ausgezeichneter Form die Interessen des Deutschtums vertritt und das Sprachrohr des Verbandes der politischen Parteien im tschechischen Parlamente ist. Natürlich wird dieser Nachrichtendienst, die beste Waffe zur Erhaltung der deutschen Presse in der Tschechoslowakei, von den Tschechen mit Mißtrauen und Feindschaft verfolgt „Czesko Slowo“ forderte wiederholt die Behörden auf, mit aller Strenge gegen den Nachrichtendienst vorzugehen und hatte jetzt auch den ersten Erfolg, indem eine Nummer der Korrespondenz wegen eines Artikels über die Lage in Gmünd beschlagnahmt und ein Strafverfahren eingeleitet wurde, was hoffentlich die Deutschen der Tschechoslowakei nicht abhalten wird, ihren tapferen Nachrichtendienst mit aller Energie weiter herauszubringen.

In Prag erscheint seit 15. Oktober eine neue deutsche Zeitung, bei der man das Wort „deutsch“ allerdings in Anführungszeichen setzen muß. Sie wird nämlich von der tschechischen Regierung herausgegeben, um in der verhaßten deutschen Sprache selbst zu wirken und Zufriedenheit der deutschen Kreise vorzutäuschen. Es sollen auf diese Weise die Nachrichten der tschechischen Büros, deren Unwahrheit die deutsche Presse des Landes gewöhnlich sofort erkennt und die sie deshalb nicht zu bringen pflegt, auch im Ausland verbreitet werden. Das Prager Abendblatt wird es demzufolge auf viele Abonnenten nicht bringen.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Über den Stand der Vorentscheidung teilt der Bund mit: Bis zum 30. September waren eingegangen 37793 Entschädigungsanmeldungen, von denen geprüft und an die Spruchkommissionen mit Gutachten abgegeben waren: 15909. Rechtskräftige Entscheidungen waren 4524 ergangen, in 3494 Fällen war Auszahlung erfolgt. Inzwischen sind in Hamburg, Leipzig, München und Stuttgart zur weiteren Beschleunigung selbständige Prüfungsstellen errichtet worden. Unter den rechtskräftigen Entscheidungen sind nur diejenigen angegeben, die dem Bunde zugestellt worden sind. Schätzungsweise ist die Gesamtzahl der getroffenen Entscheidungen ungefähr doppelt so hoch. Da die Landesverbände Nordwestdeutschland und Sachsen-Thüringen den Zahlungsdienst innerhalb ihrer Bezirke selbständig erledigen, so sind deren Zahlen nicht in die letzte Zahl der „ausgezählten“ Entschädigungen einbegriffen.

Von den Ortsgruppen.

Leipzig. Die Generalversammlung vom 1. Oktober leitete, Herr Lotze mit einem Rückblick auf die Geschichte des Bundes seines Landesverbandes Sachsen und der Ortsgruppe Leipzig ein. Die Ortsgruppe Leipzig hat 1429 Mitglieder, von denen 321 aus England, 291 aus Rußland, 206 aus Frankreich, 110 aus Belgien, 28 aus Italien und 473 aus Übersee und dem Balkan stammen. Die vom Landesverband organisierte Sammlung für

die Auslandsdeutschen ergab in Sachsen über 200000 Mark. Aus Leipzig sind 3533 Anmeldungen zur Vorentscheidung eingereicht, die einen Gesamtschaden von 185 Millionen Mark angaben. 210 Urteile sind von der Spruchkommission für Leipzig im Betrage von 2 Millionen Mark gefällt. Die Versammlung sprach sich scharf gegen alle Verschleppung in der Auszahlung der Entschädigungsansprüche aus, namentlich gegen einen Erlaß des Wiederaufbauministeriums vom 18. September 1920, wonach die Auszahlung der Vorschüsse erst von der Genehmigung der Landesfinanzämter abhängig gemacht werde, die zur Innehaltung der im Erlaß vorgesehenen Frist von einer Woche infolge ihrer Überlastung doch nicht in der Lage seien. Die Folgen würden auch dadurch nicht gemindert, daß bei Vorschüssen unter 50000 Mark diese Prüfungspflicht der Finanzämter wegfiel. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Auf die Anfrage Nr. 189 des Abgeordneten Laverrenz antwortete unter dem 2. Oktober der Wiederaufbauminister, die Regierung wirke mit allen Mitteln auf eine Beschleunigung des Vorentscheidungsverfahrens hin. Den Interessenvertretungen sei eine bevorzugte Behandlung derjenigen Fälle zur Pflicht gemacht, in denen die materielle Lage schnelle Hilfe geboten erscheinen lasse. Bisher bestanden 40 Spruchkommissionen. Die Errichtung von 10 weiteren wurde schon am 31. Juli 1920 angeordnet, neue Kommissionen sollen folgen, sobald ein Bedürfnis dazu sich herausstellt. Nur begreife die Beschaffung von Vorsitzenden für die Kommissionen Schwierigkeiten, weil die Schaffung neuer Beamtenstellen dafür vom Reichstag verweigert worden sei. Es müßten also auch Rechtsanwälte im Nebenamt herangezogen werden, bei denen allerdings darauf gesehen werde, daß sie auch genügend Zeit für ihre Aufgabe hätten. Die Auswahl der Sachverständigen und Sachbearbeiter sei Sache des Bundes der Auslandsdeutschen, der dazu Leute aus verschiedenen Berufen herangezogen habe. Für Spezialfälle würden Spezial-sachverständige, für Rechtsfragen der juristische Beirat des Bundes herangezogen, der mit in- und ausländischem Rechte vertraut sei. Anstände gegen das vom Bund beobachtete Verfahren hätten sich nicht ergeben. Der Reichskommissar für Auslandschäden sei allgemein ermächtigt worden, die Höhe der zu gewährenden „Unterstützungen“ von 1500 im Einzelfall bis auf 3000 Mark zu erhöhen im Hinblick auf entstandene Flucht- und Internierungskosten, „wenn in der Gewährung einer Unterstützung von nur 1500 Mark eine unbillige Härte liegen würde“. Die Spruchkommissionen seien wiederholt aufgefordert worden, keine übertriebenen Beweismittel zu fordern, deren Bebringung unmöglich sei. Wo aber Grund zum Mißtrauen vorliege, müsse auch das Wohlwollen in der Behandlung dieser Frage aufhören. Leider seien Fälle dieser Art nicht selten. Die Neigung der Antragsteller zur Aufbauschung ihrer Schäden sei groß. Gegen 32000 Ansprüche seien bis jetzt beim Bund eingegangen, die Reichsregierung glaube aber auf Grund der von ihr getroffenen Maßnahmen sagen zu können, daß ein schneller Fortgang des Vorentscheidungsverfahrens gewährleistet sei.

Deutsches Vermögen in der Tschechoslowakei.

Eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hoetzsch (Nr. 309) vom 9. Oktober erkundigte sich, ob die Reichsregierung bereit sei, in den jetzt stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen mit der Tschechoslowakei die Interessen des reichsdeutschen Besitzes wahrzunehmen. Die in der Tschechoslowakei verabschiedete

Vermögensabgabe ziehe nicht nur das Vermögen der dort ständig wohnenden Ausländer, sondern dasjenige aller Ausländer schlechthin heran. Zahlreiche deutsche Firmen hätten aber zur Kreditbeschaffung große Posten Wertpapiere bei böhmischen Banken hinterlegt, die infolge der Kriegswirren und später infolge der Sperrverfügung des tschechischen Staates nicht zurückgenommen werden konnten. Diese Vermögen werden jetzt von der Abgabepflicht betroffen, während gleichzeitig auch das deutsche Vermögens- und Vermögenszuwachssteuergesetz das Vermögen Deutscher im Ausland heranzieht. Beides wirkt herabdrückend auf die Kreditfähigkeit. Besonders benachteiligt seien die reichsdeutschen Besitzer österreichischer Kriegsanleihen, deren Wert vom tschechischen Staat zwar nicht anerkannt sei, bei der Einschätzung für die Vermögensabgabe aber mit 61 Prozent angenommen werde. Dabei hätten viele reichsdeutschen Firmen Kriegsanleihen zeichnen müssen, wenn sie im Kriege Rohstoffe nach Böhmen geliefert hätten, um nicht durch den Kronensturz alles einzubüßen. Es sei dringend nötig, daß die tschechische Vermögensabgabe wenigstens für die Vermögen derjenigen Deutschen eingestellt werde, die nicht in der Tschechoslowakei wohnen.

Die amerikanischen Milchkühe.

Unter dem 13. Oktober erteilt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft seine sehr umfangreich ausgefallene Antwort auf die Anfragen Juchacz (Nr. 235) und Geisler (Nr. 262). Darnach überbrachten im Herbst 1919 zwei Deutsch-Amerikaner das erste Angebot des in Chicago gebildeten „Vereins zur Mithilfe bei der Versorgung Deutschlands mit amerikanischem Milchvieh nach Erklärung des Friedens“. 20 000 Milchkühe sollten geschenkt, 200 000 von der deutschen Regierung gekauft werden. Bedingung war: Friedensschluß zwischen Amerika und Deutschland und Entsendung zweier deutscher Sachverständiger auf deutsche Regierungskosten nach Amerika. Das Reichsernährungsministerium dankte, erklärte seine Bereitwilligkeit, wies allerdings auch auf die Futtermittelnot hin und betonte, daß schon die Lieferung von Futtermitteln eine starke Hilfe für Deutschland sein werde. Die beiden deutschen Sachverständigen erhielten zunächst aber die Einreiseerlaubnis nach Amerika nicht. In Amerika nahm, trotz des noch nicht erfolgten Friedensschlusses, die American Dairy Cattle Company ihre Werbetätigkeit auf, wollte jedoch mit der Werbung für ihre Schenkung auch die Werbung für den durch die deutsche Regierung zu bewerkstellenden Ankauf von Kühen verbinden. Erhebliche Mittel wurden von der deutschen Regierung erbeten, unter anderem eine Million Dollar für die Errichtung für Milchviehfarmen, Finanzierungsvorschläge wurden gemacht, deutsche Landwirtschafts-Bonds sollten an die Vereinigung überlassen werden. Die Transportkosten, etwa 70 Dollar für jede Kuh, sollten garantiert werden, Schiffsräume sollten zur Verfügung gestellt oder mindestens den amerikanischen Reedern Frachten für die Rückfahrt ihrer Schiffe garantiert werden. Auf diese Bedingungen konnte die deutsche Regierung nicht eingehen, zumal die Mark außerordentlich tief stand. Das Werk der Schenkung von Milchvieh zu fördern war jedoch die deutsche Regierung jederzeit bereit. In erneuten persönlichen Verhandlungen erklärten dann die amerikanischen Vertreter sich bereit, auf ihrer Bedingungen zu verzichten. Sie teilten mit, daß nach den vorliegenden Angeboten mit einer Schenkung von 2500 Stück Vieh gerechnet werden könne. Die Regierung erklärte sich zur Annahme der Schenkung bereit, wies jedoch erneut auf den Futtermittelmangel hin und darauf, daß es wünschenswerter sei, die Schenkung von Vieh in eine Schenkung von Futtermitteln umzuwandeln, um unser vorhandenes Vieh besser ernähren und

dadurch einen größeren Milchertrag erzielen zu können. Beim Transport von Futtermitteln brauche man keine Spezialschiffe, spare infolge des geringeren Raumes viel Geld (der Transport einer Kuh hätte 5000 Mark mindestens gekostet!), es entfalle jeder Tierverlust und die Gefahr der Seucheneinschleppung. Die Vertreter der amerikanischen Gesellschaft erkannten die Richtigkeit dieser Argumente an. Immerhin wurde ein deutscher Tierarzt nach Chicago entsandt, der die Instruktion erhielt, für die Annahme der Schenkung der Kühe tätig zu sein, da eine Umstellung auf die Schenkung von Futtermitteln psychologisch nicht angängig erschien. Unmittelbar nach dieser Aussprache am 5. Juli wurden die Bemühungen zur Erlangung von Schiffsraum eingeleitet. Die Entente lehnte unsere Forderung auf Überweisung von Schiffsräumen ab. Auch Schritte der Friedensdelegation in Paris hatten keinen Erfolg. Daraufhin beschaffte dann die Gesellschaft selbst Schiffsraum. Die ersten 700 bis 1000 Stück Vieh mit dem nötigen Kraftfutter für vier Monate sollen im Oktober von Port Galveston verschifft werden. Die Verteilung der Kühe an deutsche Großstädte soll durch den deutschen Zentralausschuß für die Auslandhilfe, dem alle zuständigen Organisationen angehören, erfolgen.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Zum Konsul des deutschen Reiches in Graz wurde der Konsul z. D. Max Müller ernannt, der früher im Chinadienste in Schanghai und dann in Hankau tätig war, zu Beginn des Krieges gerade sein Amt in Kairo antreten sollte und dann während des Krieges in militärischen Diensten stand, zuletzt als Vertreter des Auswärtigen Amtes im Untersuchungs-Ausschuß tätig war.

In Frankreich sollen nach einer Ankündigung des Botschafters Dr. Mayer, die er beim Besuche beim Ministerpräsidenten Leygues machte, im Jahre 1921 sieben neue deutsche Konsulate errichtet werden.

Zum deutschen Geschäftsträger in Sofia ist Generalkonsul Mertens ernannt worden, der als Konsul in Südamerika tätig war und dann längere Zeit Generalkonsul in Konstantinopel war. Während des Krieges leitete er im Auswärtigen Amt die Abteilung zur Vorbereitung des Friedens.

Zum Gesandten in Georgien ist der frühere Pressechef der Reichsregierung und Ministerialdirektor beim Auswärtigen Amt, Ulrich Rauscher, ernannt worden, der seit dem Amtsantritt der jetzigen Regierung zur Disposition gestellt war. Er war vor seiner Tätigkeit in Diensten der Reichsregierung Schriftsteller und Journalist und hat sich um die Organisation des „Schutzbundes deutscher Schriftsteller“ große Verdienste erworben.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDSDEUTSCHE

Die Vereinigten Darlehenskassen für Auslandsdeutsche haben unter dem Namen „Steda“ eine Stellenvermittlung eingerichtet, der Herr Direktor Norden vorsteht. Vertrauensleute der Darlehenskasse sollen sich den örtlichen behördlichen Arbeitsnachweisen im Reiche zur Verfügung stellen, um in besonderen Sprechstunden die Beratung der Auslandsdeutschen zu übernehmen. Eine besondere Zentrale soll bei den Darlehenskassen begründet werden. Der Darlehensgewährung soll der Versuch einer Arbeitsvermittlung vorangehen. Es soll sich vorweg um ehrenamtliche Tätigkeit handeln.

Man wird nicht verkennen dürfen, daß Aufgabe der Darlehenskassen eine solche Tätigkeit nicht ist. Die Verquickung von Darlehensgewährung und Arbeitsvermittlung hat ihre guten, aber auch ihre bedenklichen Seiten. Zudem sind aber die Darlehens-

kassen doch im Abbau begriffen und sollten nicht neue Arbeiten an sich heranziehen, die von anderen Stellen schon geleistet werden. Jedenfalls wird die ehrenamtliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung entweder erfolglos bleiben, oder — bald in eine bezahlte Tätigkeit der betreffenden Persönlichkeiten umschlagen, womit abermals eine neue „Behörde“ für das Auslandsdeutschtum begründet wäre.

Prompte Arbeit.

Wir hatten in Nummer 19 des Auslandsdeutschen Seite 591 die Klage eines Auslandsdeutschen veröffentlicht, der zu seinen im Lager Kerlois-Hennebond (Morbihan) abgegebenen Dokumenten trotz Anfrage bei allen Behörden nicht kommen konnte. Dazu teilt uns nun Herr Friedrich Albin Loebel in Scharley (O.-Schl.) mit, daß er durch einen Zufall erfahren habe, daß sämtliches in Kerlois hinterlassenes Gepäck und auch die im Büro abgegebenen Dokumente durch die Hamburg-Amerika-Linie, Abt. Personenverkehr, zurückbefördert worden seien, er habe alsdann alle seine Sachen unversehrt im Januar und Februar dieses Jahres zurückerhalten. Vielleicht gibt das einigen Leidensgefährten unseres ersten Einsenders die Möglichkeit, zu ihren Sachen zu gelangen.

Für Italien-Deutsche.

Der Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ meldet aus Rom, daß der Wortlaut der italienischen Verordnung über die Rückgabe des kleinen deutschen Eigentums insofern in deutschen Kreisen Enttäuschung erzeuge, als für die Rückgabe in jedem einzelnen Fall die Zustimmung einer besonderen italienischen Kommission gefordert werde, als für die Vermögen über 50 000 Lire nicht einmal die Rückgabe von Wäsche und Kleidung erreicht worden sei, und als die guten Absichten der höheren Regierungsstellen im Wortlaut der Verfügung nicht voll zur Geltung kämen. Die Hoffnung sei allerdings nicht ganz aussichtslos, daß bei weiteren Verhandlungen Verbesserungen erzielt würden.

Für Rußland-Deutsche.

Einer Zuschrift des Reichspostministers an das Deutsche Ausland-Institut zufolge hat sich die norwegische Postverwaltung auf Ersuchen des Reichspostministers bereit erklärt, geschlossene deutsche Briefposten für Sowjet-Rußland zur Weiterbeförderung zu übernehmen. Es werden also von jetzt an versuchsweise gewöhnliche, nach den Gebührengesetzen des Weltpostverkehrs frankierte Briefsendungen nach Sowjet-Rußland zur Beförderung angenommen und mit dem ein- bis zweimal wöchentlich von Vardö (Norwegen) nach Archangelsk führenden russischen Motorschiff weitergesandt. Andere Postverbindungen mit Sowjet-Rußland bestehen nicht. Eine Gewähr dafür, daß die Sendungen in die Hände der Empfänger gelangen werden, kann nicht übernommen werden.

Mit dieser erfreulichen Neuregelung eröffnet sich für die zahlreichen Deutschen aus Rußland die Möglichkeit, mit ihren Angehörigen und Geschäftsfreunden in Rußland wieder in Verbindung zu treten. Seltsamerweise hat die Postverbindung aus Rußland nach Deutschland schon seit einiger Zeit gut funktioniert. Uns sind sowohl einfache wie auch eingeschriebene Postsendungen aus Rußland von Freunden vorgelegt worden, die in verhältnismäßig kurzer Zeit aus dem Innern Rußlands den Weg nach Deutschland fanden. Natürlich waren die Absender in großer Sorge und Unruhe darüber, daß auf keinen der Briefe und Postkarten eine Antwort aus Deutschland erfolgte, weil ja die deutschen Postanstalten bisher Postsendungen nach Rußland nicht annehmen konnten. Hoffentlich bewährt sich der neue Postweg nach Rußland. Es wird sich empfehlen, den Zusatz „über Vardö, Norwegen“ auf die Postsendungen zu schreiben.

WIRTSCHAFTLICHES

Tschechischer Wirtschafts-Imperialismus.

Man schreibt uns:

Die überragende wirtschaftliche Stellung der Deutschen im tschechoslowakischen Staate suchen die maßgebenden Kreise des tschechischen „Herrenvolkes“ auf alle möglichen Arten zu schwächen. Der auffallendste Akt, der jeder Wirtschaftsmoral entbehrt, ist wohl die Teilhonorierung der österreichischen und ungarischen Kriegsanleihe. Begreiflich ist es daher, daß weitere tschechische Kreise im Verein mit Deutschen, Magyaren und Slowaken dagegen vorgehen und vollständige Einlösung fordern. Dabei handelt es sich um keine „kapitalistische Bewegung“, sondern um eine klare Aktion zum Schutze der verschiedenen Volksvermögen, die man erstens keinem Zwangsstaate opfern will und zweitens nicht dem tschechischen Volke, dem damit mühelos eine überragende Position gesichert werden dürfte. Interessant ist nun die Methode der tschechischen Regierung. Sie verbietet jede Agitation gegen das Kriegsanleihegesetz! Und zwar brachte die Prager politische Landesverwaltung einen Erlaß an die politischen Behörden unterster Instanz heraus mit der Aufforderung der Verbotung jeder Agitation und der Zuweisung unter den Machtbereich der Strafgerichte. Wenn die Angezeigten vom Gerichte freigesprochen oder die Untersuchung gegen sie eingestellt werden sollte, ist die Bestrafung im Administrativverfahren (Geldstrafe bis zu 1000 Kronen) vorzunehmen. Es handelt sich also im gegebenen Falle um solche Personen, deren Schuldlosigkeit gerichtlich festgelegt wurde. Was damit aber dieses unglaubliche Staatswesen seinem Richterstande zumutet, dürfte sich kaum noch in vielen Ländern Europas wiederholen.

W. Qu.

Rumänien.

Bei der Tagung des deutschen Komitees für Beßarabien in Tarutino berichtet Herr Mutschler über seine Reise nach Siebenbürgen und Hermannstadt zum Studium des dortigen Genossenschafts-, Sparkassen- und Leihkassenwesens. Er empfiehlt zur Annahme für beßarabische Verhältnisse das System des Handelsbüros von Odessa, das seine Kunden mit allen Gebrauchsartikeln stets gut versorgt habe. Es wurde auch die Durchführung einer solchen Organisation beschlossen, deren Sitz nach Tarutino kommen soll, die aber auch Niederlassungen an allen Bahnstationen eröffnen wird.

Vom deutschen Handel in China.

Um wieviel schlechter die Deutschen auch nach dem Kriege in China gestellt sind, als die übrigen Ausländer, deren Heimatstaaten mit China Verträge haben, geht aus einer Bekanntmachung der chinesischen Reichszollbehörde erneut hervor. Danach liegen auf deutschen und österreichischen Waren, die Luxusartikel sind, Zölle von 10 bis 20 Prozent. Eine Liste des Finanzministeriums stellt die nicht „unbedingt notwendigen Waren“, die als Luxuswaren gelten, zusammen. Danach zahlen Emaillewaren, Lizen und Besätze, Seifen, Büroartikel, Schreibwaren, Öfen und Roste, Kandiszucker, Motorwagen, Biere, Tuche, Knöpfe, Messingwaren, Porzellanwaren, Kleidung, Stiefel, Handschuhe, Hüte 20 Prozent; Lampen und Beleuchtungskörper, Nadeln, Papier, Telegraphen- und Telephonartikel, Baumwolldecken, Halbwoollfabrikate, Wolle, Garne, Eisenfabrikate und Federboas 10 Prozent. Angehörige von Nichtvertragsmächten dürfen zudem chinesische Waren nicht im Innern unter Transitspässen kaufen oder verkaufen, sie müssen beim Transport von Waren ins Innere alle Inlandzölle, Likin und andere Abgaben

bezahlen und erhalten keine Transitpässe, sie genießen auch, wenn sie im Innern Waren transportieren, nicht die Vorrechte von Zollbefreiungen und von Pässen für chinesische Fabrikwaren, die sonst einmal 5 Prozent und sonst nichts bezahlen, und endlich dürfen die Angehörigen von Nichtvertragsstaaten auch nicht im Innern Makler sein.

Man ersieht aus diesen Bestimmungen, wie schwer die Deutschen im Kampf um den chinesischen Markt durch diese unter englischem Einfluß erlassenen Bestimmungen geschädigt sind und wie nötig es ist, daß die jetzt nach China ausgereiste Kommission bald einen guten Handelsvertrag mit China schließt. Wir haben ja auch Kompensationsobjekte zur Genüge an Hand, die wir China gegenüber ins Feld führen können.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Auslandsstellung und Entschädigung.

In wiederholten Fällen haben uns Auslanddeutsche mitgeteilt, daß sie sich in Deutschland eine größere Zahl von Vertretungen erstklassiger Firmen für den Wiederaufbau ihrer Existenz im Auslande sicherten und nun nur auf den Erhalt ihrer Vorentscheidung warteten, um hinauszufahren und deutschen Waren Absatz zu verschaffen. Bei monatelangem Warten auf die Vorentscheidung (Einreiseerlaubnis und Paßformalitäten waren alle erledigt!) ging aber eine Vertretung nach der andern verloren und schließlich war alle schöne Arbeit und Mühe vergebens. Einen ähnlichen Fall, bei dem es allerdings noch nicht gar so schlimm liegt, schildert uns nun ein Einsender, dem wir hier Raum geben, in der Hoffnung, dadurch auf die Spruchkommissionen zugunsten der zahlreichen übrigen leidenden Auslanddeutschen einwirken zu können:

„Durch den Bund der Auslanddeutschen habe ich vor vielen Monaten meine Schadenanmeldung eingereicht. Der Bund hat meine Angelegenheit verhältnismäßig rasch erledigt und an die

Kölner Spruchkommission weitergeleitet. Da mir die Finanzlage des Reiches zu gut bekannt war, habe ich meine Forderungen auf das alleräußerste Minimum herabgedrückt, so daß eine Summe von ca. 10000 Mark herauskam. Während nun meine Anmeldung bei der Spruchkommission lag, bemühte ich mich nach Kräften, wieder eine Position in Frankreich oder in Italien zu erlangen. Ein guter Freund half mir mit Rat und Tat, und bald war ich so glücklich, eine gute Stelle antreten zu dürfen. Zu Ende Oktober war die Ausreise festgesetzt, ich rechnete auf eine Vorentscheidung, die es mir ermöglichen würde, wenigstens die Reise zu bezahlen und mir das Allernötigste anzuschaffen, um vor meinem Brotherrn als anständiger Deutscher zu erscheinen. Ich schrieb der Spruchkommission einen eingeschriebenen Brief, der unbeantwortet blieb; dann schickte ich ein Telegramm mit bezahlter Antwort, die mir den Bescheid brachte, daß meine Verhandlung am 6. Oktober stattfände. Ich wartete bis zum 12. vergebens auf Mitteilung der Entscheidung, ich hatte der Kommission meine Verhältnisse klargelegt und auch gesagt, daß ich den Betrag zum Wiederaufbau meiner Tätigkeit im Auslande benötigte, und daß ich Ende des Monats meine Ausreise antreten muß, wenn ich meines Postens nicht verlustig gehen wolle. Ich telegraphierte also wieder und bekam den Bescheid, daß mir 1640 Mark zugesprochen worden sind. Ich bin nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Vorentscheidung als hoch oder niedrig anzusehen ist, in italienische Währung umgerechnet, ergibt sie ca. 600 Lire, was ich damit anschaffen kann bei den heutigen Preisen, braucht man nicht näher zu erläutern. Ich will aber auch mit dieser Entscheidung zufrieden sein, in einer vierjährigen Internierung in Korsika hat man Bescheidenheit gelernt; wenn ich nur wüßte, wann ich diesen Betrag bekäme und woher, können Sie mir das sagen? Mir scheint, ich muß meinen Posten auch noch dem Staate opfern, der nun schon reichlich viel von mir bekommen hat.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Wohin auswandern?

Man schreibt uns: Den meisten Volksgenossen ist immer noch nicht klar geworden, daß die Sendung unseres Volkes in nächster Zukunft keine koloniale, sondern kontinentale ist. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, dazu kommen, das Ventil der Auswanderung zunächst europäischen Ländern zuzuwenden, da uns die Übersee verschlossen ist und wir auch nicht noch mehr Stammesangehörige in ein Sklavendasein stürzen können. Ist es denn nicht geradezu unverantwortlich, daß Leute in der Heimat aus oberflächlichen Gründen Hab und Gut verkaufen, nur deshalb, weil sie hoffen, nach Brasilien oder anderswohin auswandern zu können? Während sich Regierung und private Hilfe ehrlich abmüht, unsere Volksangehörigen aus russisch-sibirischer Gefangenschaft heimzubringen, während Heimatssehnstüchtige voller Ungeduld in fremden Ländern warten, wollen Hunderte und Tausende von Heimatsatten das unsichere und unsteile Los der Entwurzelung freiwillig übernehmen! Es mag in manchen Fällen unrichtig sein, von Entwurzelung zu sprechen, aber es ist doch Tatsache, daß die Millionen Deutscher, die nach Übersee gingen, nach Monaten und Jahren zu Tausenden in fremder Sprache und Kultur untergingen und vielfach schon, Goit sei's geklagt, in der zweiten Generation dem Deutschtum feindlich gesinnt waren. Man soll nicht einwenden, daß sich der Deutsche in Fallen, wo er kulturell gleichwertigen Völkern gegenübersteht, immer „anpaßt“, es ist Tatsache, daß deutsche Familien in Südafrika verkaffert sind. Aus all diesen Er-

scheinungen heraus, ganz abgesehen von den Verträgen von Versailles und St. Germain und dem Hass gegen Menschen deutscher Abkunft in aller Welt, auch von der persönlichen Erkenntnis, daß kontinentale Ausbreitung deutsche Sendung ist, liegt mir daran, Auswanderungslustigen eine andere, mir besser vorkommende Perspektive zu zeigen.

Europa ist nach dem Willen der Ententemächtigen neu aufgeteilt worden, ob besser, sei in Frage gestellt. Vier Millionen Volksgenossen sind gezwungen, in der Tschechoslowakei zu leben, weitere Millionen sind Staatsbürger von Ungarn, Jugoslawien, Großrumänien, Polen und Italien geworden. Sie alle haben aber den einen Vorteil, daß sie, von geringen Splittern abgesehen, in geschlossenen Siedlungen seit Jahrhunderten wohnen, von einer ruhmreichen Geschichte getragen werden und speziell in wirtschaftlicher Beziehung eine Position einnehmen, die schlechtweg uneinnehmbar ist. Liegt es daher nicht nahe, diese Siedlungen mit neuen Menschen und neuem Geiste aus Deutschland zu stärken? Sollte es nicht Aufgabe unserer Besten sein, das Werk der Ordensritter neu aufzunehmen und deutscher Kultur und Sitte zu neuen, glanzvollen Tagen zu verhelfen? Gerade die überschüssigen deutschen Intelligenzen werden in den genannten Nationalstaaten gesucht. Der qualifizierte deutsche Arbeiter (und jeder gelernte Arbeiter Deutschlands ist qualifiziert!), der deutsche Arzt, Ingenieur, Kaufmann, Lehrer usw. wird dringend gesucht. Warum bilden sich keine Vereinigungen, keine Verbände den Ordensrittern von ehemals gleich, die das

heimatsatte Deutschtum nach diesen Staaten leiten und dort den Aufbau vollziehen helfen? — Europa den Europäern! — Es gibt auf unserem Festlande noch gewaltige Aufgaben zu lösen, noch große Ziele zu erreichen, dazu vor allem der Deutsche Befähigung hat. Gewiß sind Hindernisse zu überwinden, aber die Zeit kommt uns entgegen und von Tag zu Tag bricht sich in allen Staaten die Erkenntnis Bahn, daß die Gesundung Europas nur durch deutsche Kraft und deutsches Wollen möglich ist. Nur private Hilfe kann diese Aufgaben bewältigen, vor allem muß solche Arbeit ruhig getan werden.

Viele klare Köpfe verweisen auf Rußland und sehen die Flächen dieses Reichen als Bahn deutscher Tüchtigkeit und Intelligenz an. Gewiß trifft diese Voraussage zu, aber erst in den kommenden Tagen, während anderswo schon jetzt Hand angelegt werden kann.

Hamburg 36, Johnsallee 54.

Waldemar Quaiser.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Kolonial- und Auswanderer-Ärzte hat sich an das Reichswanderungsamt mit einem Antrag gewandt, daß auf den ausländischen Dampfern, welche deutsche Auswanderer nach Übersee befördern, ein deutscher Arzt als Begleitung mitgegeben werden müsse, der dafür zu sorgen habe, daß die Auswanderer möglichst gut untergebracht und in Krankheitsfällen gut ärztlich versorgt würden; gleichzeitig hat der Verband angeregt, überall, ähnlich wie es in München schon geschehen, Unterrichtskurse in der Gesundheitslehre für Auswanderer einzurichten.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft.

In Würzburg wurde nach einem Vortrag von Oberst Wochinger eine neue Arbeitsgemeinschaft für Auswandererberatung begründet, der Bürgermeister a. D. Hofrat Brand als Vorsitzender vorsteht. Sie will Unterrichtskurse, Beratungsabende und Sprachkurse in Aussicht nehmen.

Arbeitslohn im Auslande.

Sehr verlockend erscheinende Angebote aus dem Auslande, durch welche deutsche Arbeiter sich zur Auswanderung verleitet sehen, beleuchtet das Hamburger Echo vom 8. März 1920. Die in Mark angegebenen Lohnsätze führen leicht irre. Es werden z. B. Stellen in Japan zu einem Tagelohn von 120 Mark und solche in Holland zu 150 Mark täglicher Löhnung angepriesen, und Leichtgläubige meinen, sie könnten damit soviel kaufen, wie mit derselben Summe in deutschem Gelde. Im Ausland wird natürlich nicht in Mark, sondern in der Währung des betreffenden Landes, gelöhnt. Diesen Lohn in deutsche Währung umzurechnen, bringt irreführende Schlüsse mit sich, weil der Lohn an Ort und Stelle verzehrt und daher nicht in Mark umgetauscht werden kann.

150 Mark sind bei einem Kurs von 37,50 Mark für den Gulden = 4 Gulden, das ist in Holland ein karger Tagelohn, der besonders in Städten zum Unterhalt einer Familie nicht ausreicht. Noch ungünstiger liegt der Fall bei dem für Japan gegebenen Beispiel. 120 Mark sind heute = 4 Yen, während das Existenzminimum täglich 10 Yen beträgt. Auswanderungswilligen ist dringend anzuraten Arbeitsverträge nach dem, Ausland nur in der Währung und nach den Lohnsätzen des betreffenden Landes abzuschließen.

Die deutsche Auswanderung nach der Schweiz.

Nach einer Meldung des „Temps“ wendet die Schweizer Bundesregierung der drohenden Einwanderung zahlreicher Deutscher und Österreicher augenblicklich erhöhtes Augenmerk zu. Die Bewohner der rheinischen Grenzgebiete haben sich nämlich beklagt über die Art der Fremden, die ihren Wohnsitz nach der

Schweiz verlegen und dort wenig empfehlenswerte Handelspraktiken entwickeln. Eine Sonderkommission, die mit der Prüfung der einschlägigen Verhältnisse betraut ist, verlangt deshalb vom Bundesrat, der Bundesversammlung Vorschläge zur Bekämpfung der Fremdeninvasion zu machen und nötigenfalls das Prinzip der Niederlassungsfreiheit in der Schweiz noch weiter einzuschränken.

Auswanderung aus Polen.

Der Leiter der Auswanderungsabteilung beim Arbeitsministerium in Warschau, Felix Meynarski, teilt mit, daß sich gegenwärtig etwa 250 000 Personen zur Auswanderung aus Polen nach Amerika gemeldet hätten, darunter 90 Prozent Juden. Bei den heutigen Transportschwierigkeiten wären zur Beförderung dieser Massen mindestens 2 Jahre erforderlich. Vorläufig kämen aber zur Auswanderung nur diejenigen Familienangehörigen in Frage, deren Angehörige sich schon vor mehreren Jahren nach Amerika begeben hätten. Es mache sich auch eine lebhafte Auswanderungsbewegung für Palästina geltend. Während es sich aber bei der Auswanderung nach Amerika um „arme und gänzlich unproduktive“ Personen handle, strebten nach Palästina auch reichere Juden. Einige größere Transporte seien bereits abgegangen, nämlich strebten die Juden zum Aufbau des Staates nach Palästina. (Diese Auswanderungsbewegung hat in Polen stark politische Ursache. Das Herannahen der bolschewistischen Gefahr verursachte starke Ausschreitungen gegen die Juden, deren Glaubensgenossen in der bolschewistischen Bewegung eine überragende Rolle spielten. Diesen Ausschreitungen und den nationalistischen Anfeindungen der Polen suchen zahlreiche Juden zu entgehen.)

Von der Auswanderung nach Sowjetrußland.

Einem Bericht der „Rätezeitung“ zufolge beschloß die Reichskonferenz der „Interessengemeinschaft“ in Berlin am Auswanderungsziel Rußland festzuhalten. „Trotz alledem gehen wir nach Rußland“ heißt die Überschrift. Der Vertreter der russischen Einwanderungskommission gab allerdings zu, daß Rußland zurzeit für eine Masseneinwanderung durchaus nicht reif sei, daß die Einwanderer auf ein friedliches und behagliches Wohleben in Rußland nicht rechnen könnten, daß die Kommission zwar im allgemeinen die Verträge anerkennen wolle, sich aber das Recht vorbehalte, Änderungen vorzunehmen, wo es die Verhältnisse erforderten. Auf Grund dieser Äußerung muß man bei den an sich schon schlechten und abzulehnenden Verträgen nur wiederholt aufs schärfste vor dem Eingehen auf die Wünsche der Interessengemeinschaft warnen, wenn es auch ausgesprochen wurde, daß diese eventuell nötig werdenden Veränderungen die Vertragsgrundlagen selbst nicht betreffen würden. Alles das ist rätselhaft und zum mindesten zweideutig und unklar ausgedrückt. Der erste Transport von 50 bis 100 Mann solle zwischen dem 1. und 15. November, aber ohne Frauen und Kinder, abgehen. Wenn die Verhältnisse günstiger würden, sollten größere Nachschübe folgen. Zunächst sucht man sich also die besten Leute heraus und läßt alles andere warten, wie es die „Verhältnisse“ erlauben. Vor allem lehnte es der Sprecher der Russen, Fedorowski, ab, ungelernte Arbeiter anzunehmen. Auf die Frage, ob den deutschen Arbeitern, wie ja seinerzeit die Agitatoren und Delegierten Müller und Genossen versprochen hatten, ganze Fabriken zur selbstständigen Bearbeitung überlassen würden, gab er die Antwort, es sei möglich, der Standpunkt sei aber sehr komisch und dürfte wohl kaum eingenommen werden. Also zu deutsch: theoretisch wäre es möglich, praktisch wird es aber nicht gemacht. Frauen will man von

Rußland nicht grundsätzlich ausschließen, doch macht man auf die Not und die Strapazen aufmerksam, denen die Einwanderer fürs erste ausgesetzt sein würden und es die Männer besser vertragen als die Frauen.

Über die Einwanderungsfrage in Nordamerika berichtet die „Evening Sun“ vom 26. Mai, daß die Produktion in Amerika infolge des Fehlens von 4 bis 5 Millionen ungelernter Arbeiter stark gesunken sei und daß sich das Land in der Ernährungsfrage einem ernststen Problem gegenübersehe. Anstatt 1403000 Einwanderer im Jahre 1913 kamen nur mehr 237000 im Jahre 1919, in welchem zudem eine Auswanderung von 216000 Personen dieser Zahl gegenüberstand. In den letzten Monaten stieg die Einwanderung etwas, doch unwesentlich. Der Einwandererstrom 1904–1914 kam im wesentlichen aus Italien, Polen und Österreich-Ungarn. Die Schaffung neuer Nationalstaaten in diesen Gebieten senke jedoch zweifellos die Auswanderungsziffer, nur aus Österreich sei eine stärkere Einwanderung zu erwarten. Amerika müsse aber alles tun, um diese Einwanderung auch wirklich in sein Bereich zu lenken.

Die „Deutsche La Plata Post“ vom 10. Juli enthält eine energische Warnung vor der italienischen „Cosulich-Linie“. Ein Transport der mit dem Dampfer „Columbia“ am 28. Juli in Buenos Aires angekommenen Deutschen hat ganz Entsetzliches über die Leidenszeit der deutschen Auswanderer erzählt. Das Essen sei oft ungenießbar, das Brot halb faul und voll von Würmern gewesen. Decken habe es nicht gegeben, erst 3 Tage vor der Ankunft in Buenos Aires hätten einzelne Auswanderer solche bekommen. Das Schlimmste sei die Behandlung gewesen, namentlich durch den Schiffsarzt, der den Kranken zumeist Bitterwasser verordnet habe und der sich an brutaler Behandlung ganz Außerordentliches geleistet habe. Eine ältere deutsche Frau habe er sogar ins Gesicht geschlagen. Das Schiff startete vor Schmutz und Ungeziefer. Die Auswanderer hätten Schwierigkeiten gehabt, von dem Kapitän ihre Papiere wiederzubekommen, ja ein deutscher Herr, der seine Papiere nicht wiederbekommen konnte, habe nicht vom Schiff gedurft und mußte mit demselben Schiffe wieder nach Deutschland zurückfahren.

Auswanderung nach Brasilien.

Der Staatskammer von Bahia wurde von einem Abgeordneten, wie die „Deutsche Zeitung“ von Sao Paulo berichtet, ein umfangreiches Siedlungsprojekt vorgelegt, das im Süden von Bahia die Anlage eines großen Siedlungsgebiets vorsieht unter der Bedingung, daß die Bundesregierung die Besiedlung übernimmt und dabei deutschen Einwanderern den Vorzug gibt. Der Staat will das Gebiet zwischen Formosa und Sao Marcello am Rio Preto, einem Nebenfluß des Rio Sao Francisco, unentgeltlich zur Verfügung stellen. Das Gebiet soll in der heißen Zone liegen, aber fieberfrei und für europäische Kolonisation geeignet sein.

Aussichten für Deutsche in Japan.

Über die Aussichten für Deutsche in Japan wird dem Deutschen Ausland-Institut von einem seiner Vertrauensmänner folgendes mitgeteilt:

Japan ist kein Land, das sich zur Einwanderung von Deutschen eignet, weil es nicht bloß eines der teuersten Länder der Erde ist, sondern auch bei dem Nationalismus der Japaner, die alle Stellen nach Möglichkeit mit Japanern besetzen, Ausländer sehr geringe Anstellungsmöglichkeiten haben. Ackerbau durch Ausländer ist nicht erlaubt, für Arbeiter ist kein Bedürfnis. Die deutschen Kolonien in Tokio, Yokohama, Osaka und Kobe sind sehr klein und bestehen außer einigen Dozenten und Lehrern meist aus Kaufleuten, die hauptsächlich zu deutschen Firmen gehören. In Kyoto gibt es keine deutsche Kolonie und überhaupt kaum Ausländer außer Missionaren und ein paar Lehrern. Billige Unterkunftshäuser gibt es nach Lage der Dinge in den japanischen Verkehrszentren nicht. Die japanische Lebensweise ist von der europäischen absolut verschieden.

Die Japaner stellen zuweilen Europäer für einige Zeit als Spezialisten für bestimmte Arbeiten ein, die sie von ihnen lernen wollen. Das ist aber nur etwas Vorübergehendes, so sind die etwa 200 Kriegsgefangenen, welche eine solche Anstellung gefunden hatten, zum größten Teil schon wieder entlassen. Auf Geratewohl nach Japan zu kommen, hat wenig Sinn. Augenblicklich ist eine schlimme Geschäftsdepression, die viele Entlassungen, aber keine Anstellungen bringt. Die deutschen Kolonien sind infolgedessen stark im Abnehmen begriffen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Deutschösterreichische Flugschriften. Hrsg. von d. Deutschösterreichischen Mittelstelle Berlin W 62. Kurfürstenstr. 105. München: Callwey 1919.

1. Schmied-Kowarzik, Dr. Walther, Deutschösterreich. Das Siedlungsgebiet der Deutschen und ihre Minderheiten. 10 S. 8°. M. 0,30.

2. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. 22 S. 8°. M. 0,50.

Die erste Flugschrift enthält kurze geographisch-geschichtliche und statistische Angaben über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, über das die provisorische Nationalversammlung des deutschösterreichischen Staates im Oktober 1918 die Gebietshoheit beanspruchte. Sie bestimmt die Alpenländer, die Sudetenländer und das Heinenland als Teile des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes und grenzt die deutschen Sprachinseln und immer noch beträchtlichen deutschen Minderheiten in fremden Staatsgebieten ab.

Die zweite Flugschrift bringt eine auf genaue Zahlenangaben gegründete Untersuchung der nationalen Verhältnisse in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei. Zur Abgrenzung der Siedlungsgebiete und Sprachinseln, sowie zur Abschätzung der Mischungsverhältnisse sind die kartographischen Arbeiten von Rauchberg und jüngere wie ältere tschechische Karten mit Recht herangezogen worden; nach ihnen werden die politischen und

Gerichtsbezirksgrenzen in Beziehung zu den Sprachgrenzen gesetzt. Beide Flugschriften sind sorgfältig verfaßt und haben über den ersten Zweck hinaus bleibenden Wert für jeden, der das Schicksal der Deutschen in dem großtschechischen Zwangsstaate verfolgt.

Dr. H. M.

Innsbrucker Kriegsflugblätter 1914–1918. Herausgegeben von O. Blobel. Druck der Deutschen Buchdruckerei G. m. b. H. in Innsbruck. Verlag: Der Kriegssammler (Hans Rhaue), Zürich 6.

Die mehr als 400 Innsbrucker Kriegsflugblätter begleiten in Versen (meist von Oskar Blobel) und Kreidezeichnungen die weltbewegenden Ereignisse der Kriegsjahre, wie sie sich in dem kerndeutschen, tapferen Lande Tirol widerspiegeln. Stammt diese volkstümliche Chronik auch aus einer Zeit, da unser politischer Himmel noch voller Geigen hing, so hilft sie uns doch aus der Niederlage das Bewußtsein retten, daß wir mit Herz und Hand auf immer mit den deutschösterreichischen Alpenländern verbunden sind, mag fremde Gewalt auch ihre Grenzen stecken, wo sie will.

Dr. H. M.

Patry, Josef, Westungarn zu Deutschösterreich. Ein Vorschlag zur Lösung der deutsch-ungarischen Frage. 2. völlig umgearb. Auflage. Wien: Im Selbstverlage 1918. 79 S. 8°. K. 3.—.

Die 1906 in erster Auflage erschienene Schrift beleuchtet die heute wieder höchst zeitgemäße Frage der Rückkehr des deutschen Westungarns zu Österreich allseitig; sie legt die staatsrechtlichen Ansprüche Österreichs auf Westungarn und die

geographisch-statistischen Verhältnisse des umstrittenen Gebietes dar. Aus den politischen Erörterungen geht hervor, daß die Widerstände gegen die Rückkehr Deutschwestungarns zum deutschen Stammvolk nicht nur von den Magyaren ausgehen, was schließlich begreiflich wäre, sondern auch von einzelnen deutschen Gruppen im übrigen Ungarn und in Deutschösterreich.

Dr. H. M.

Weitblick, Arthur, Die tschechoslawische Frage. Eine Lösung derselben durch eine deutsch-tschechische Austauschwanderung. Leipzig: Weicher 1920. 56 S. 8°. M. 2.80.

Der Verfasser gibt in der ersten Hälfte seiner Schrift einen Überblick über die Geschichte Böhmens und sucht in Böhmen einen der Hauptherde europäischer Kulturkatastrophen nachzuweisen (Hussiten, Dreißigjähriger Krieg). Er denkt sich diesen Herd beseitigt durch eine freiwillige Austauschwanderung größten Ausmaßes derart, daß die Bewohner des linksrheinischen Deutschland ihre Stammlande den stärker industrialisierten Tschechen, die Ostpreußen ihre Heimat den mehr agrarischen Slowaken einräumen, um zusammen mit den Deutschen Böhmens und Mährens ein geschlossenes Sprachgebiet von Niederösterreich bis Schlesien zu bilden. So eigenartig der Gedanke erscheint, ebenso utopisch ist er. Abgesehen von der technischen Unmöglichkeit von Millionenwanderungen bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ist nicht einzusehen, was in der Welt die Tschechen von dem Leitgedanken ihrer Politik, den tschechischen Einheitstaad durch gewaltsame Tschechisierung der Minderheiten, in erster Linie der Deutschen, zu schaffen, abbringen könnte. Ferner ist das Heimatgefühl, wenn es sich auch in Industriestaaten bis zum Verschwinden umgebildet hat, noch immer eine Macht, die sich dem Weitblickschen Gedanken entgegenstellt.

Dr. H. M.

Danzig. Ein Beitrag zur deutschen Kulturkunde. Zusammenge stellt und herausgegeben von Geh. Studienrat Dr. W. Tesdorpf und Romana Haberfeld. Danzig: Kafemann 1920. 191 S. 8°. geb. M. 9.—.

Die wertvolle Auswahl von Bildern zum kulturgeschichtlichen Werdegang Danzigs, von Schilderungen der Stadt, ihrer Bauten und ihrer Umgebung führt, dem Lauf der Ereignisse folgend, von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Sie schöpft aus den besten Quellen und bevorzugt dabei, da sie sich in erster Reihe an die Danziger Jugend wendet, die lesbarsten und fesselndsten Darstellungen heimischer Schriftsteller. Indessen sind bei den vielen aufgenommenen Bruchstücken die Grundwerke und einzelnen Fundstellen stets aufs genaueste angegeben, so daß das Werk hoffentlich auch weitere Kreise anregt, sich in die Geschichte Danzigs zu versenken. Und darauf hat die Freie und grunddeutsche Hansastadt schon wegen ihrer baukünstlerischen Entwicklung, mit der sich wenige deutsche Städte messen können — sie nimmt in der vorliegenden Sammlung einen hervorragenden Platz ein —, im ganzen deutschen Sprachgebiet vollen Anspruch.

Dr. H. M.

Behr, Dr. Fritz M., Aussichten in Kurland, Bauweise und Holzhandel. Berlin: [Ullstein] 1917. 19 S. qu.—8°.

Ein Sonderdruck aus der „Bauwelt“ und „Holzwelt“, der an Hand guten Materials einen knappen und anschaulichen Überblick gibt und ihn durch gute Skizzen und Bilder unterstützt. Mancher Wink wird gegeben, der auch für die demnächst wieder aufzunehmenden Beziehungen Lettlands zu Deutschland wichtig werden kann.

Gargas, Sigismund, Das polnische Auswanderungsproblem. Mannheim: Benzheimer 1919. 20 S. 4°. Aus: Blätter für vergleich. Rechtswissenschaft u. Volkswirtschaftslehre, Jg. 15, Nr 1—4.

Von volkswirtschaftlicher und rechtswirtschaftlicher Warte aus sucht der Verfasser Verständnis für die Schwierigkeit des Problems in dem wahrhaft klassischen Auswanderungslande Polen zu wecken. Geschichtlich ausholend, legt er die mannigfachen Ursachen der polnischen Auswanderung dar; sie sind politischer, religiöser und wirtschaftlicher Art. Dabei werden die vermeintlichen besondern Schwierigkeiten, welche zu Zeiten des starken Deutschen Reiches der polnischen Saisonwanderung, wie der polnischen Auswanderung über die nächstgelegenen Häfen bereitet wurden, scharf gegeißelt. Das neugeschaffene polnische Arbeitsministerium mit seiner neuen Auswanderer-

sektion wird, nach Meinung des Verfassers, nach italienischem Vorbild sehr viel Gutes wirken können. Die deutsche Feldarbeiterzentrale wird von einer bloßen Arbeitgeberorganisation in eine wahre Arbeiterschutzzorganisation umgewandelt werden müssen. Die Einführung von landwirtschaftlichen Arbeiterinspektoren läge nicht weniger im deutschen, wie im polnischen Interesse. Die sozialökonomischen Auswirkungen der nord- und südamikanischen Aus- und Rückwanderung werden treffend beleuchtet und zum Schluß eine nationale und internationale Regelung der Auswanderung gefordert.

Grisebach.

Goldschmidt, Alfons, Moskau 1920. Berlin: Rowohlt 1920. 130 S. 8°. M. 11.—.

Dieses Buch ist in einem Stil geschrieben, der aufreizend gesucht ist. Es soll nach der schweren Arbeit des Wissenschaftlers Abladung aufgestapelter Betrachtungen sein. Es ist ein reichlich schwulstiger Haufen geworden. Lenin z. B. ist ein vorsichtiger Gratbeschreiter, ein feuriger Diplomat, ein Jupiter, ein Lächler, ein Strafer, ein Sprachgeiger, ein Wort- und Begriffsschürfer, ein Systemdenker, er hat eine Aufreißungsgewalt, eine Emporhebungsgewalt. Lenin hat einen lächelnden Diplomatenkopf, einen geheimräthlichen Bauernkopf, einen gemütvollen, revolutionären Feuerkopf, Lenin ist heute Rußland. Das sind, mit Verlaub zu sagen, Phrasen, die weder einen Begriff von dem Manne geben, noch ein leichtfaßliches Bild zeichnen. Vieles ist geschraubt und gekünstelt.

Zunächst ein paar Sätze, die mir charakteristisch dünken: „Die kommunistische Arbeit ist mehr eine Erziehungsarbeit als eine Leistungsarbeit.“ „Gesinnungs- und Kampfgenossen werden (was Essen und Trinken, Wohnen und allgemeinen Empfang angeht) behandelt wie Moskauer, wie eingessene Russen, Leute, deren Gesinnung noch unzuverlässig ist, werden honigbehandelt.“ „Man arbeitet erst wenig, viel zu wenig in Moskau und doch ist Moskau schon eine Arbeiterstadt.“ „Jetzt duldet das Proletariat die Schieber, die Spekulanten und die Ohrgehänge, früher duldeten die Ohrgehänge die Spekulanten und die Schieber das Proletariat.“

Dieses Buch nimmt man zur Hand und hofft endlich Aufklärung und Tatsachenschilderung zu finden. Man legt es enttäuscht weg. Es ist ein hoffnungsloses Stammeln eines redseligen und allerhand Erzählungen gläubig nachplappernden Mannes, der sich für ein Genie hält und eine Schreibeseele ist. Was über Sowjetrußland darin steht, strömt von Begeisterung über. Wer es kritisch liest, wird aber immer nur Schattenseiten entdecken. Der Verfasser sagt, dieses Buch sei eine Art Feuilletonablenkung von seinem kommenden wissenschaftlichen Buch, es sei nur ein Schwitzbuch. Das ist sicherlich ein Druckfehler, es ist nur ein Schwatzbuch. Wenn dieses Hardn imitierende Geschludere bolschewistischer Stil sein soll, dann bewahre der Himmel unser Schrifttum vom Bolschewismus. Ganz am Schluß erzählen zwei Kapitel auch vom Deutschland, vom deutschen Rat, aus dem der Verfasser neben dem Wochenblatt der „Roten Fahne“ nur noch ein Linsengericht, Stampfkartoffel, braune Sauce und Bratfleisch, sowie eingemachte Pfirsiche in Erinnerung hat, sowie von den Heimkehrern. Gerade bei diesen letzteren Kapiteln macht sich die zerfahrene Art der Schilderung besonders übel bemerkbar. Wirklich Genues erfährt man vor lauter Phrasenschwall nicht.

Dr. F. W.

Schimmel, Karl, Mit Schmugglern nach Finnland. Meine Flucht aus dem bolschewistischen Rußland zur Zeit der finnischen Freiheitskämpfe. Berlin: Kranz-Verlag 1918. 57 S. 8°. M. 1.50.

Der Verfasser, ein in Rußland geborener, seit Jahrzehnten in Moskau ansässiger Deutscher, schildert seine höchst abenteuerliche Flucht aus einem Dorf im Ufischen Gouvernement, wo er zwei Jahre interniert war, über Saratow, Moskau und Petersburg nach Finnland. In seinem Bericht spiegeln sich die chaotischen inneren Zustände Rußlands von der Märzrevolution 1917 bis zum Brester Frieden wider. Beachtenswert sind die Bemerkungen über das Schicksal der deutschen in Wolgaskolonien, die Deutschenpogrome in Moskau im Mai 1915 und die schrittweise abnehmende Feindschaft gegen alles Deutsche, die bei den Finnen einer mit Wort und Tat bekundeten Deutschfreundlichkeit Platz machte.

Dr. H. M.

Die Ausweisung der Deutschen aus China, eine Darstellung der Ereignisse auf Grund englischer (Schanghai) Zeitungen vom

*Oktober 1918 bis April 1919, gedruckt und gebunden in der Lagerdruckerei des Kriegsgefangenenlagers Bando, Japan, 1919.

Ein stattlicher Band von 402 Seiten gibt Zeugnis von unseren Leistungen in China wie von britischem Haß und Handelsneid und erzählt auf wenigen Seiten mehr von englischem Charakter und Kriegsursachen, als viel tiefgründige Untersuchungen das tun könnten. Einen kurzen Auszug aus dem Buche haben wir bereits in dieser Zeitschrift wiedergegeben. Das Buch verdient auch wegen der technischen Güte der Herstellung besonderes Lob und Anerkennung. W.

Australien en Nieuw-Zeeland. Beknopte inlichtingen en wenken voor hen die over Landverhuizing denken. Juni 1920. Uitgegeven door de Nederl. Vereeniging „Landverhuizing“ 's-Gravenhage. Kostenlos für Auswanderer.

Ein kurzer, übersichtlicher und ganz ausgezeichneter Führer für Auswanderer nach Australien und Neuseeland, der es wohl verdiente, auch ins Deutsche übersetzt zu werden. — Die für Holländer geltenden Bestimmungen darin, sowie die Umrechnung der holländischen und englischen Münzen, Maße und Gewichte wären die einzigen Änderungen, die vorgenommen werden müßten, um auch für den deutschen Einwanderer ein praktisches Taschenbüchlein zu schaffen, wenn — und dies ist die Hauptsache — sich die Pforten Australiens auch für uns wieder öffnen. Bis dahin freilich dürften immerhin noch einige Jahre vergehen.

Zieschank, Frieda, Ein Jahrzehnt in Samoa (1906—1916). Leipzig: Haberland 1918. 160 S. 8°. M. 4.—.

Die Verfasserin schildert in ansprechenden und frischen Erinnerungsbildern die Jahre ihres Aufenthaltes auf den Samoa-Inseln, in denen sie ihren Gatten auf seinen ärztlichen Reisen begleitet, ihm assistiert und dabei eine gute Kenntnis von Land und Leuten erworben hat. Sie setzt der segensreichen Kulturarbeit deutschen Unternehmungsgeistes, die mit der Niederlassung des Hamburger Handelshauses J. C. Godeffroy um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann, ein Denkmal. Die Geschichte der Besetzung durch die Engländer ist ein trauriges und der Okkupationsmacht wenig würdiges Kapitel. Um so heller strahlt die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung an die deutsche Verwaltung. Da die Schrift ausführlich über die Lebensbedingungen und Wirtschaftsverhältnisse auf Samoa unterrichtet, ist sie von bleibendem Wert, denn trotz der Annektion der deutschen Besitzungen durch die Australier werden die Deutschen nicht dauernd von der Betätigung auf der hochentwickelten Inselgruppe ausgeschlossen werden können, die nur durch sie das geworden ist, was sie heute ist. Dr. H. M.

Rosen-Carlé, Erwin, Amerikaner. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 91 S. 8°. M. 5.—. (Zellenbücherei. Nr. 8.)

Aus dem primitiven, noch ungedämpften und unerschöpften Seelenleben als den Mutterboden seiner Kultur leitet Rosen die gesunde Natürlichkeit, den fabelhaften Nationalstolz, die naive Ichsucht, die Freude an Leistung und Erfolg, die Begeisterungsfähigkeit und das Begeisterungsbedürfnis wie die Skrupellosigkeit als Haupteigenschaften des heutigen Amerikaners ab. Er verfolgt diese „amerikanische Linie“ im Privatleben wie in der Politik und der industriellen Organisation, kenntnisreich und mit guter Laune, wie man das vom Verfasser des Lausbuben in Amerika und der Zellenbücherei, die nach gutem alten Rezept zugleich ergötzen und belehren will, erwarten kann. Dr. H. M.

Faber, Kurt, Dem Glück nach durch Südamerika. Erinnerungen eines Ruhelosen. 3. Auflage. Stuttgart: Lutz [1920]. 376 S. 8°. M. 12,50. (Memoiren-Bibliothek, Serie 5, Band 11.)

Weltreisen sind kein Kunststück, wenn man nur sein Scheckbuch zu ziehen braucht. Darum sehen die meisten Weltreisenden auch nichts, und ihre Erinnerungen gleichen einander in ihrer Langweiligkeit wie ein Ei dem andern. Wer die Welt kennen lernen will, wie sie wirklich ist, muß sie sich erwandern, wie es Kurt Faber tat, mit oft nicht viel mehr als einem Peso in der Tasche und dem unergründlichen deutschen Fernweh in der Brust. Argentinien, Bolivien, ein Stückchen Peru, Chile, hier sieht man sie aus der Perspektive des Heimat- und Besitzlosen, der die harte Lehre lernt, daß der Arme in allen Ländern, auch unter dem blauesten Himmel, gleich rechtlos und unglücklich ist. Das Gespenst der Erwerbslosigkeit treibt ihn allen möglichen und unmöglichen Berufen in die Arme: Drescher

in den Pampas, Fabrikarbeiter, Mechaniker, Anstreicher, Segelschiffsmatrose bis zur mit Ausdauer und Meisterschaft ausgeübten Landstreicherei. Unheimlich viel gescheiterte Lebensschifflein aus aller Herren Länder treiben dabei Bord an Bord mit dem Deutschen. Alles das, ungeschminkt und humorvoll erzählt, gibt eine großartige Lektüre ab. Sie ist allen denen besonders zu empfehlen, die da meinen, daß einem in Südamerika die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Schade, daß dem Buch eine Kartenskizze fehlt. Dr. H. M.

Deutsch-Argentinisches Adreßbuch. Adressen von deutschen, österreich-ungarischen und schweizer Behörden, Schulen, religiösen Gemeinden, Presse, Vereinen . . . Jg. 4. Buenos Aires: Verlag der Zeitschrift des Deutschen Wissenschaftlichen Vereins zur Kultur- und Landeskunde Argentiniens 1920. 45 S. 4°.

Nicht nur Kaufleuten, sondern auch gemeinnützigen Vereinen, die für das Auslandsdeutschtum arbeiten, und vor allem Auswanderungslustigen kann dieses Adressenverzeichnis unschätzbare Dienste leisten. Es enthält nicht nur empfehlenswerte Bezugsquellen, sondern auch die deutschsprechenden Behörden, Kirchengemeinden, Vereine mit ihren Ortsgruppen, Presseorgane usw. Der Verlag der Zeitschrift des Deutschen Wissenschaftlichen Vereins zur Kultur- und Landeskunde Argentiniens hat sich mit der Herausgabe dieses Adreßbuches ein großes Verdienst um das Deutschtum des Landes erworben. G.

Ziehen, Julius. Professor an der Universität und Stadtrat zu Frankfurt a. M., **Schulpolitische Aufsätze.** Frankfurt a. M.: Diesterweg 1919. VI., 168 S. 8°. M. 8.—.

Die in dem vorliegenden Bande vereinigten, meist in den Jahren 1914—1917 in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichten Aufsätze sind Schul- und allgemeinen Bildungsfragen gewidmet. Zwei von ihnen sind auch vom Gesichtspunkt des Auslandsdeutschtums und der Auslandkunde beachtenswert. Anknüpfend an G. Fittbogens Schrift „Das Deutschtum im Ausland in unseren Schulen“ (Leipzig: Teubner 1913) mustert der Verfasser die Fortschritte, welche die Wissenschaft vom Auslandsdeutschtum seitdem gemacht hat. Sie habe der Schule das Rüstzeug an die Hand gegeben, die aus ideellen wie aus praktischen Gründen so überaus wichtige Kenntnis vom Leben unserer Volksgenossen im Auslande, so wie sie es schon längst hätte tun sollen, zu pflegen. Der Verfasser, der die bisher spärlichen Hilfsmittel inzwischen um sein Quellen- und Lesebuch „Das Deutschtum im Auslande“ (Dresden: Ehlermann 1919. Deutsche Schulausgaben Nr. 120) vermehrt hat, das namentlich dank seines Anhangs sehr viel mehr enthält, als man von einer Schulausgabe erwartet, gibt Winke, wie die verschiedensten Lehrfächer, besonders die neueren Sprachen, diesem Ziele dienen können. Zu den Mitteln, die so wünschenswerte Selbsttätigkeit der Schüler auf diesem Gebiete anzuregen, zählt Ziehen auch den „nationalen“ Schülerbriefwechsel, den geistigen Austausch zwischen jungen Auslandsdeutschen und ihren Altersgenossen in der Heimat, — ein Gedanke, den unseres Wissens Walter Saure zuerst erörtert hat und der die wärmste Förderung verdient. In dem Aufsätze „Die Universität und der Gedanke der Auslandschule“ beurteilt der Verfasser die verschiedenen im ganzen nach drei verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Vorschläge und gibt im Anschluß an Palmes Begriff der Nationenwissenschaft (vgl. dessen neueste Denkschrift für das Reichsministerium des Innern „Die deutsche Auslandschule“). Berlin: Haude und Spener 1920) Anregungen zur Vertiefung der Auslandkunde durch die bereits bestehenden Einrichtungen. Dr. H. M.

Werthmann, Prälat Dr., 50 Jahre Raphaelsverein zum Schutze katholischer Auswanderer und die drohende Auswandererflut im neuen Deutschland. Freiburg i. B.: Caritasverlag 1919. 28 S. 8°. (Das Auswandererproblem, H. 7.)

Ein gediegenes Gedenkblatt und zugleich eine Huldigung für den Gründer und langjährigen Präsidenten des Raphaelsvereins, Peter Paul Cahensly, eingeleitet durch einen kurzen Bericht über die 50 jährige Jubelfeier des Raphaelsvereins. Zugleich ein ernster Mahner an das katholische Volk und seine Führer, die großen Aufgaben der kommenden Massenauswanderung rechtzeitig zu bedenken. Eine kurze Geschichte des Raphaelsvereins wird durch dessen Satzungen sowie die des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen wertvoll ergänzt. Grisebach.

Merkblatt. Herausgegeben vom Nationalverein der Freundinnen junger Mädchen in Heidelberg. [Um 1920.] 16 S. 8°.

Die in diesem Merkblatt wiedergegebenen, neu durchgesehenen Adressen der Evangelischen Deutschen Bahnhofsmissionen, Mädchenheime und Hospize werden manchem ausreisenden jungen Mädchen, welches schon unterwegs bei den heutigen Verkehrsverhältnissen leicht in Verlegenheit geraten kann, gute Dienste leisten können. Der Gebrauch dieses Merkblattes ist durch eine auf jeder Seite sich wiederholende Zeichenerklärung sehr erleichtert. Das Heftchen ist zum Preis von 40 Pf. von der Geschäftsstelle des Nationalvereins Heidelberg, Werderstr. 72, zu beziehen. Grisebach.

Kaufmännischer Verein von 1858, Jahrbuch für 1920. Jahrg. 11. Hamburg: Im Selbstverlag des Vereins 1919. 230 S. 8°. M 2.50.

Das recht nützliche kleine Nachschlagewerk enthält neben dem eigentlichen Kalender, einer ausführlichen postalischen Auskunft und den Vereinsnachrichten einen Überblick über die 58er Bewegung von Dr. Enke, einen Aufsatz über die Entwicklung der deutschen Arbeitergewerkschaften von J. Munzel, eine Betrachtung „Die Auslandsdeutschen und ihre Zukunft“ von P. Hermann, eine kräftige Rede von K. Schubert über das verrottete Umwälzungs-Deutsch und eine 46 Seiten umfassende Gesetzeskunde für Angestellte. Zur Kenntnis der weitverzweigten Organisation und der Einrichtungen des Vereins ist das Jahrbuch unentbehrlich. Dr. H. M.

Finckh, Ludwig, Brückenbauer. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt 1919. 66 S. 8°. M. 1,35.

Dem Gewissen der zahllosen Völker, die mit uns im Kriege gelegen haben, und dem Gewissen des deutschen Volkes widmet der schwäbische Dichter zwölf eindringliche kleine Kapitel. Als Arzt ist ihm die große Not bewußt, unter der wir litten und, die Kinder voran, noch leiden. Als Dichter kennt er die tiefen Kraftquellen, aus denen unser Volk geschöpft hat und, will's Gott, sich wieder erneuern wird. Dazu tut Einkehr im Innern not; aber die Gesundung kann nur kommen, wenn die Außenwelt ein Einsehen in unsere Lage hat und sich von der Politik blinder Haß- und Machtsucht zur Menschlichkeit bekehrt und danach handelt. Dazu will ihr der Dichter von seinem blühenden Garten am Bodensee her, wo er die Dinge der Phrase entkleidet und so schildert, wie sie der schlechte Menschenverstand sieht. Brücken bauen. Dr. H. M.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Eine „**Ostenropäische Wirtschaftszeitung**“ erscheint mit ihrer Nr. 1 des ersten Jahrgangs am 6. Oktober als illustriertes Wochenblatt im Verlag der Aktiengesellschaft für Druck und Verlag, Fritz Würtz, Berlin und Halle. Als verantwortlicher Schriftleiter zeichnet Dr. Herbert Prindull. Die Zeitschrift will der Verbindung deutscher und russischer Wirtschaftsbeziehungen dienen, sie will besonders in den Randstaaten arbeiten, in denen der Verleger ja auch schon während des Krieges festen Fuß faßte.

Im Verlag von Reimar Hobbing erscheint seit 15. September eine neue Zeitschrift für Auslandsdeutschtum als Organ des Bundes der Auslandsdeutschen, die „**Auslandswarte**“ (Einführungspreis 3 Mark vierteljährlich). Das Blatt soll halbmonatlich mindestens 8 Seiten stark herauskommen. Die erste uns vorliegende Nummer enthält die Ausführungen, die Rechtsanwalt Dr. Einhorn auf den Vertretertagen des Bundes und auf der Bundesversammlung in Eisenach über die Entschädigungsfrage machte, weiterhin den Inhalt eines Vortrages von Dr. Lessing über „Auslandsdeutsche und Wirtschaftspolitik“, Mitteilungen über Wahlrechts- und Steuerfragen und den Fortgang der Entschädigung, sowie eine Polemik gegen verschiedene Tageszeitungen wegen deren Haltung gegenüber dem Bunde und den Auslandsdeutschen.

Eine **deutsch-lettische Zeitung** ist in Riga neu begründet worden. Sie führt den Titel „Logos-Lucifer“. Als Herausgeber zeichnet, dem „Balt. Bl.“ zufolge, Edgar Modex.

In **Hermannstadt** erscheint seit Anfang August ein neues Wochenblatt, der „Sport“, den Dr. Egon Gundhart, der Begründer des Hermannstadter Fußballklubs, verantwortlich zeichnet und herausgibt. Das Blatt setzt sich zum Ziele, dem Sport in Großrumänien eine Stütze zu sein, berichtet ausführlich über die Ereignisse im deutschen Sportleben in Großrumänien, aber auch über die wichtigsten Ereignisse im Ausland.

Deutsch-schwedische Blätter gibt als Vierteljahresschrift die Deutsch-Schwedische Vereinigung heraus (Verlag von E. S. Mittler & Sohn). Ihr erstes Heft vom Juli liegt in guter Ausstattung vor. Der Rektor der Universität Berlin schreibt ein Geleitwort, Rudolf Kjellén berichtet über „Das Reich Schweden“, von Gustav Freytag ist das Bild „König Gustav Adolfs“ abgedruckt, Karl G. Laurin schreibt über „Schweden, Land und Volk“. Wir finden ferner die „Eindrücke eines deutschen Reisenden“, des Königsberger Juristen Ludwig Passarge, wiedergegeben, endlich Streifzüge durch die deutsch-schwedische Literatur, Berichte über das Nordische Institut in Kristiania.

Einen **Weltbund des Deutschtums** verlangt Fritz Reimesch-Kronstadt im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“. Er will den Trennungsstrich zwischen Auslandsdeutschen und Deutschausländern nur für juristisch-formale Fälle gelten lassen mit ihm aber keine Deutschen erster und zweiter Güte geschaffen wissen. Die deutsche Wissenschaft und die deutsche Wirtschaft könne der Auslandsdeutsche gar nicht entbehren. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestatte dem Deutschen Reiche, sich auch für seine Brüder außerhalb der Reichsgrenzen zu interessieren. Dem Deutschen Reiche sollte ein gewisses ideelles Hoheitsrecht über die auslandsdeutschen Siedlungen mit dem Weltbund als ausübendes Organ eingeräumt werden. 20 bis 25 Millionen Mark sollten einmalig vom Reich für Kulturpropaganda ausgeworfen werden. Weitere freiwillige Spenden und Steuern wären durch Kopfspenden der Großkapitalisten aufzubringen. Eine besondere Abteilung des Auswärtigen Amtes solle geschaffen werden mit Länderreferaten, bei denen Vertretungen der auslandsdeutschen Siedlungsgruppen zu bestellen wären. Als Beispiel schweben dem Verfasser die Nachbarschaften, Bruder- und Schwesterschaften seiner siebenbürgischen Heimat vor. Er will aus Deutschland den „stählernen Kopf des Sprengblocks machen, der die Weltmacht des freimaurerischen Westens zertrümmert“. Deutschlands Wiederaufbau sei ohne die Auslandsdeutschen unmöglich, und um diese zu erfassen, brauche man den Weltbund.

Im Septemberheft der „Deutschen Rundschau“ schreibt ein Neutraler, Ludvig af Petersens-Stockholm, über das Thema „In Tschecho-Slowakien“ und was er zu sagen hat, wirkt doppelt, weil es aus neutralem Munde kommt. Er schreibt da u. a.: „Die äußeren politischen Verhältnisse, unter denen die tschechisch-slowakische Republik entstanden ist, sind jedem Politiker genügend bekannt. Was die inneren anbetrifft, so kann ein Tscheche mich ebensowenig von der Rechtmäßigkeit der Unterdrückung der Deutschen in Böhmen überzeugen, wie ein Finne von der Rechtmäßigkeit der Unterdrückung der Schweden in Finnland. Die Verhältnisse sind im ganzen genommen in beiden Ländern ziemlich übereinstimmend, obwohl in Böhmen verhältnismäßig viel schlimmer für die in der Minderheit befindlichen Deutschen. Die Auffassung, die ich hier vorbringe, suchte ich nach Möglichkeit auf Tatsachen zu begründen, so wie ich sie durch Untersuchungen gefunden habe.“

Petersens geht dann auf die Bevölkerungsfrage ein und sagt darüber: „Von großer Bedeutung sind die Beziehungen zwischen

Tschechen und Deutschen. Den obigen Angaben gemäß dürfte die Anzahl der Deutschen sich der Hälfte derjenigen der tschechischen Bevölkerung annähern. Nach früheren, öffentlich gegebenen Mitteilungen des augenblicklichen Präsidenten Masaryk sind aber die Deutschen kaum mehr als ein Drittel. Auf alle Fälle machen sie eine höchst ansehnliche Minderheit aus, die weit größer ist als die der Schweden in Finnland. Rechnet man hierzu auch noch die Ungarn, so wird die nichttschechische Minderheit noch bedeutender, und sie dürfte wohl Anspruch auf einen gewissen Einfluß in dem Lande erheben können, wo sie seit Jahrhunderten und Jahrtausenden angesessen ist. Dies wird jedoch nicht zugestanden. Die Minorität wird in ganz ungerechtfertigter Art und Weise drangsaliert — dies ist wirklich so, die Tschechen mögen sagen, was sie wollen. Jeder Außenstehende, der in diesem Lande reist, muß davon überzeugt werden.

Die Tschechen verteidigen ihre Machenschaften zum Teil damit, daß sie behaupten, sie seien die Herren des Landes und könnten tun, was sie wollen. Die Deutschen und die andern wären nur Eindringlinge und „Kolonisten“. Die ganz zynischen Chauvinisten, und das ist die größte Mehrzahl, erklären sogar, Deutsche und Ungarn seien früher rücksichtslos gegenüber den ihnen untergebenen Völkern aufgetreten, und nun wäre es für die Tschechen an der Zeit, die Sünden vergangener Tage zu rächen. Diese Anschauungsweise steht sicherlich im Einklang mit Clemenceaus persönlicher auswärtiger Politik, aber durchaus nicht mit den hohen und edlen Idealen, für welche die Tschechen im Verein mit der Entente zu kämpfen vorgeben, und noch weniger im Einklang mit den übrigens sehr unvollständigen Bestimmungen über den Schutz für Volksminderheiten, die in die verschiedenen Friedensverträge aufgenommen worden sind.

Was die Behauptung der Tschechen anbelangt, sie seien des Landes ungeschränkte Herren und alleinige Besitzer, so muß dies bestimmt aus historischen Gründen bestritten werden, hier sowohl wie in den parallelen Fällen Finnland, Elsaß und vielen anderen Ländern mit gemischter oder unterdrückter Bevölkerung.“

Petersens führt weiter eine Menge von Beweisen an, daß die Tschechen es schlimmer mit den Deutschen treiben, als Bobrikoff in Finnland wütete. Er sagt da: „Da die Deutschen und Tschechen selbst am besten die Zustände im Lande schildern, möchte ich einige Ausschnitte aus verschiedenen Zeitungen bringen. Die tschechische illustrierte Zeitschrift „Zlata Praha“ veröffentlichte in einem Bericht über das große Sportsfest in Prag zur Sonnenwende, an dem Sportsleute aus der ganzen Welt, auch aus Schweden, teilnahmen, folgenden Aufruf des Redakteurs Dr. Pallas an die tschechischen Sportsleute:

„Noch heute herrschen die Deutschen und sind überall zu finden. Der Duft der Blumen in unseren Parks, der Gesang der Vögel wird durch ihre abscheuliche Sprache verschimpft, diese Sprache, mit deren Hilfe sie seit langem uns die größten Beschuldigungen entgegenschleudern. Euch, Sportgenossen, die ihr euch ein reines nationales Herz bewahrt habt, bitten wir, nehmt eine Peitsche und jagt dieses fremde Pack aus Prag heraus, ja aus der ganzen Republik, jagt sie auf die andere Seite der Grenze.“

Hierbei sei bemerkt, daß „Zlata Praha“ eine von den vornehmsten und meist gelesenen tschechischen illustrierten Wochenschriften ist. Glücklicherweise konnte wohl keiner der ausländischen Sportgäste die wackeren und edlen Worte verstehen, aber ich habe erkannt, daß sie die augenblickliche Lage ausgezeichnet beleuchten.“

Endlich schreibt Petersens: „Prag ist ein lebender Beweis für tschechischen Fanatismus. In dieser Stadt, wo mehr als

40000 Deutsche leben, ist es mit Gefahr verknüpft, die deutsche Sprache zu gebrauchen, und ich wurde hiervor gewarnt. Alle deutschen Schilder sind mit äußerster Genauigkeit gewaltsam entfernt, nicht allein die öffentlichen, sondern auch die privaten. Der deutsche Verein „Deutsches Haus“ darf kein Schild mehr führen, ähnlich wie die deutschen Banken und Geschäfte. So weit wagte nicht einmal ein Bobrikoff in Finnland seine Schreckensherrschaft auszudehnen. Einer Firma mit Namen „Müller & Cie.“ wurde „Cie.“ gewaltsam abgeschlagen. Sie mußte auf das Schild setzen: „Müller & Spol“, das tschechische Wort für Compagnie. Also selbst das romanische Wort „Compagnie“ wird nicht gestattet, sondern muß einem tschechischen „Spol“ weichen. Weiterhin wird der Herr Müller wohl kaum seinen ehrlichen Namen behalten können, sondern muß ihn sicherlich tschechisieren, wenn er nicht überhaupt aus der freien und demokratischen Republik hinausgeworfen wird.

Daß Prag als Touristenort auf die Dauer durch diesen tschechischen Chauvinismus nicht gewinnen wird, ist sicher. Eine Stadt, in der man nicht des Festlands vornehmste Kultursprache gebrauchen kann, hat keine Aussicht, ihren alten Platz für den Welt-Reiseverkehr zu behaupten.

Die augenblickliche tschechisch-slowakische Republik ist kein Rechtsstaat; sie ist ein Gewaltstaat, der nur mit Hilfe der Bajonette aufrecht erhalten wird. Und solange die Tschechen einen Ausrottungskrieg gegen die übrigen Nationalitäten führen, müssen diese Verhältnisse bleiben; aber auf die Dauer wird es für einen Präsidenten nicht angenehm sein, auf Bajonetten zu sitzen, ebenso wie das einst wenig angenehm für einen König von Spanien war.“

Schließlich verweist Petersens die Welt auf das Gewaltregiment in Tschechien auch von dem Standpunkt aus, daß Gewalt sich noch nie lange und auf die Dauer halten konnte. Die Deutschen sähen die Schwierigkeiten der staatlichen Eingliederung und seien im ganzen für den Staat zu gewinnen, wenn sie gerecht und anständig behandelt würden. Doch seien jetzt die Verhältnisse unerträglich, ein Zusammenarbeiten mit den Tschechen unmöglich, Tschechien aber müsse sich vor der Weltmeinung hüten, die sich bestimmt gegen die tschechischen Methoden selbst wenden werde. Werde das geschehen, so werde die Entente einen starken moralischen Verlust zu verbuchen haben.

Man wird abwarten müssen, ob diese gewichtige Stimme eines Neutralen mehr Eindruck macht, als die Not- und Hilfeschreie geknechteter deutscher Millionen.

In einem Aufsatz Hellaus macht Alfons Paquet in der „Frankf. Ztg.“ den Vorschlag, das wundervolle Tempel-Bühnengebäude der kleinen Gartenstadt, das er einen der edelsten Bauten des neuen Deutschland vor 1914 nennt, für irgend eine große und schöne ideale Sache zu benutzen, um es davor zu bewahren, ein nüchterner Fabrikbau zu werden, der auch die sonstigen schönen Ansätze Hellaus vernichten würde. Er meint unter anderem: „Man könnte es etwa zum organisatorischen Treffpunkt der Auslandsjugend machen, die alljährlich nach Deutschland kommt, um an Kursen teilzunehmen oder mit der deutschen Jugendbewegung Beziehungen zu pflegen. Man hätte ein Klubhaus und im Mittelpunkt eine Bühne mit allen ihren reizenden Möglichkeiten.“

Über die deutschen Kulturbestrebungen im jugoslawischen Staate urteilt das in Groß-Betscherek erscheinende Tagblatt „Szabad Szo“ recht verständlich:

„Der Deutsche Kulturverein veranstaltet eine Lenaufier. Die Deutschen leben, arbeiten und schaffen. Die Lenaufier für sich

ist zwar noch kein Weltereignis, sie ist aber die selbstbewußte Lebensäußerung eines Volkes, das an seiner Kultur festhält und das Andenken seiner Dichter wach erhält. Alle Deutschen unseres Gebietes gliedern sich in ihre jungen Kulturorganisationen ein und leben ein einheitliches nationales Leben. In dem demokratischen Südslawien ist das auch nicht schwer, und es haben übrigens im Sinne des unterschriebenen und in Kraft getretenen Friedensvertrages alle Minderheiten das volle Recht auf kulturelle Entwicklung. Die Deutschen arbeiten. Den Deutschen Achtung und Bewunderung."

Einen amüsanten Streit — mit sehr ernstem Hintergrunde — ficht gegenwärtig der tapfere Vorkämpfer für das Deutschtum in Amerika, der deutsch-amerikanische Dichter **George Sylvester Viereck**, mit den Franzosen aus. Camille Bloch, der Direktor des französischen Regierungs-Kriegsmuseums, hatte ihn um ein vollständiges Exemplar des „Vierecks American Monthly“ gebeten, um es im französischen Kriegsmuseum auszustellen. Viereck lehnte das Ansinnen in einem in seiner Monatsschrift veröffentlichten Briefe ab: Er wolle einer Nation, deren Soldaten in Frankfurt nicht Goethes geheiligte Stätten respektierten und deren Negerhorden deutsche Frauen und Kinder schmähten und schändeten, auch nicht eine Zeile, nicht eine Seite schenken. Camille Bloch antwortete sofort in einem ironisch freundlichen Schreiben, er habe die einzelnen Nummern der Zeitschrift, die Viereck mitsandte, um Beweise für die schwarze Schmach im Rheinland zu übermitteln, erhalten. Er werde seine Agenten nun sogar beauftragen, die Zeitschrift zu kaufen und zu abonnieren. Er werde sogar den Unterrichtsminister bitten, die Viereckschen Artikel überall im Lande verbreiten zu lassen und die Zeitschrift für verschiedene öffentliche Bibliotheken zu abonnieren, um sie in Nord- und Westfrankreich wie auch in Belgien baldmöglichst bekannt zu machen. Denn für die deutsche Mentalität könne es keinen besseren Beweis geben als eben diese Zeitschrift. Darauf antwortete nun Viereck in einem langen und ernsthaft politischen Briefe, in dem er das Märchen von der belgischen Neutralität zerpflicht, die die Belgier längst vor dem Kriege vernichtet hätten, in dem er den in Paris und London fabrizierten „deutschen Greueln“ die authentischen Berichte über die schwarze Schmach im Rheinland gegenüberstellt und die Weigerung der Franzosen geißelt, die Schwarzen dafür zur Rechenschaft zu ziehen, in dem er die ganze Entente politik einer scharfen Kritik unterzieht und betont, ein Weltunglück könne nur verhütet werden, wenn die Alliierten freiwillig zu den 14 Punkten zurückkehrten, wenn in Elsaß-Lothringen, Deutsch-Böhmen, Tirol, Danzig und Posen wahre Volksabstimmungen vorgenommen würden und wenn die Alliierten alles Eigentum wieder zurückgäben, das sie Deutschland gegen alles internationale Recht weggenommen hätten. Bis das geschehen sei, werde das Wort vom Frieden auf Erden nur ein hohler Schein sein. Zuvor aber müsse Frankreich zu dem Geist der Ritterlichkeit zurückkehren, den man in der Vergangenheit an ihm habe bewundern können.

Dem „**Urwaldboten**“ in Blumenau in Brasilien sind von einem Leser 12 Dollar übermittelt worden mit dem Auftrage, davon einer bestimmten Adresse in Deutschland 12 Jahre lang diese deutsche Zeitung zuzusenden. Der Einsender schrieb dazu: „Ich gehe von der Meinung aus, daß die Meinung der Mehrzahl der Auslandsdeutschen und der deutschen Zeitungen im Auslande wohl von national gesinnten Blättern veröffentlicht, aber vom Arbeiter oder sagen wir Sozialdemokraten nicht gelesen wird. Sind wir, die meisten der Tausenden von Auslandsdeutschen nicht aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, und

sind wir nicht meist mit denselben Ideen von drüben fortgegangen? Haben wir nicht Deutschland, nachdem wir es aufgegeben, erst schätzen und lieben gelernt und sind dann um so kaisertreuer geworden? Mir wenigstens ist es so ergangen! Nun hat jeder von uns eine kleinere oder größere Zahl von Verwandten in der alten Heimat, und wenn jeder diesen unsere Zeitungen, die doch unsere Gesinnung vertreten, zusenden würde, mit der Bitte, sie an Verwandte und Freunde weiter zu geben, so könnte dies viel zur Aufklärung beitragen, denn der Inlandsdeutsche, namentlich der Arbeiter, weiß zu wenig im Auslande Bescheid.“

„**Betrachtungen zur Frage der deutschen Auswanderung**“ stellt Dr. ing. Hartwig in Nr. 37/38 der „Grenz-Boten“ an. Er schildert die Aussichten und Schwierigkeiten für den Auswanderer, seine Stellung zum Einwanderungslande und zum Auslandsdeutschtum in ihm, wie auch seine Stellung zur alten Heimat, in der er früher nur als Verwaltungsobjekt, jetzt nur als Steuerobjekt betrachtet worden sei. Schließlich befürwortet Dr. Hartwig ein Aufgeben der deutschen Staatsangehörigkeit und begründet das also:

„Gegen einen großen Teil dieser Schwierigkeiten würde nur die Naturalisation und Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit einen Ausweg bieten. So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist anzunehmen, daß von den Neueingewanderten weitgehender Gebrauch von diesem Aushilfsmittel gemacht werden wird. Die Naturalisation wird es gestatten, für die Zukunft der Kinder arbeiten zu können und trotz der neuen Staatsangehörigkeit in erhöhtem Maße für das Deutschtum tätig zu sein. Denn die Zugehörigkeit zum neutralen Staate schützt in gleicher Weise vor Belästigungen durch die Entente, wie durch eine Regierung in der alten Heimat, die nur darauf wartet, dem Rückwanderer später einen Teil seines sauer erworbenen Besitzes als Vermögenszuwachs und zur Bestreitung sozialistischer Ausgaben abzuknöpfen. Mancher aber, der diesen Ausweg nicht wählen will, wird ein neutrales, Deutschland benachbartes Land als Ruhestätte für sein Alter erwählen.“

In der durch Aufgeben des deutschen Indigenates liegenden Kapitalabwanderung oder Entziehung kann aber nicht einmal ein Nachteil gesehen werden, da das Geld mit erhöhter Bereitschaft deutschwerbend angelegt werden kann und in der Betätigung bei deutschen oder dem deutschen Interesse dienenden neutralen Unternehmungen dem Deutschtum mehr Zinsen tragen wird, als wenn es zur Unterstützung von Arbeitslosen oder zur Durchführung irgendwelcher Utopien verschleudert würde. Sollten aber im Laufe der Jahre in Deutschland wieder Zustände eintreten, die dem Auslandsdeutschen eine Rückkehr in den Staatsverband wünschenswert erscheinen lassen, so wird beiden Teilen mit der gegenseitigen Zugehörigkeit gedient sein.

Der Südamerikaner aber wird für ein Aufgeben des deutschen Indigenates aus den eben skizzierten Gründen ein volles Verständnis haben und begreifen, daß damit nur ein äußerer Wechsel der Flagge stattfindet, während der Kern der alten Flagge treu bleibt.“

Das neueste Heft der **Süddeutschen Monatshefte** (Heft 12, Jahrgang 17) ist der **Auswanderung** gewidmet. Sachverständige kommen zu Wort. Nach einem Geleitswort des Präsidenten des Reichswanderungsamtes gibt Wahrhold Drascher aus Valparaiso in Chile wertvolle Ratschläge zu einer gesunden Auswanderungspolitik. Sapper-Würzburg behandelt die Auswanderung in die Tropen und die subtropischen Gebiete, Heinrich Waltz-Hamburg die Vereinigten Staaten von Amerika. Außerordentlich lebhaft

wahr sind die Berichte aus Südamerika von Dr. Otto Pflaum in München und die ersten Briefe eines jungen Schweizer Landwirts. Auch Westafrika, die Einwanderung nach China, Griechenland und Kleinasien, dem Kaukasus, Oberitalien und Island werden von ausgezeichneten Sachkennern behandelt. Über die Möglichkeiten im Osten schreibt Dr. Wertheimer-Stuttgart, indem er nicht nur Sowjetrußland, sondern auch die sogenannten Randstaaten eingehend behandelt. Weniger gründlich bearbeitet erscheint uns der Abschnitt über empfehlenswerte Literatur für Auswanderer. In einer solchen Aufstellung dürfte heute z. B. der *Auslanddeutsche*, Stuttgart, das *Raphaelsblatt*, Freiburg, und die *Süddeutsche Auswanderer-Zeitung* wie die *Illustrierte Auswanderer-Zeitung* nicht fehlen. Besonders erfreulich ist, daß auch die *Auslandkunde* in diesem Heft auf ihre Rechnung kommt.

Das *Raphaelsblatt* erscheint mit der Nummer des 32. Jahrgangs (Oktober 1920) in einem neuen Gewande. Auf dem roten Umschlag ruft der neue Geschäftsführer Herr Dr. Timpe zur eifrigen Mitarbeit auf. In der Anordnung des Stoffes tritt eine stärkere Betonung des katholischen Auslandsdeutschtums bereits hervor. Das *Raphaelsblatt* wird künftig monatlich erscheinen. Die erste Haupttagung des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen am 13. September 1920 wird von Georg Timpe besprochen. Das Leohaus in Neuyork und sein Vizepräsident Josef Schäfer treten neben dem Erzengel Raphael uns im Bilde entgegen. „Die Deutschen im Ausland“ werden in den Unterabteilungen „Kirchliches Leben“, „Schulwesen“, „Vereinsleben“, „Die deutsche Frau“ behandelt. Am Schluß einige praktische Ratschläge und Bücherbesprechungen.

VON UNSERER ARBEIT

An unsere Mitglieder und Leser!

Schon in der Sitzung des Verwaltungsrats und Ausschusses des Deutschen Auslands-Instituts vom Mai 1920 beschlossen diese Organe einstimmig eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages, die zu einem ihm geeignet erscheinenden Termin in Kraft zu setzen dem Vorstande überlassen wurde. Der Vorstand des Deutschen Auslands-Instituts hat nun in seiner Sitzung vom 30. Oktober beschlossen, die Erhöhung, die einer Verdoppelung des bisherigen Mitgliedsbeitrages gleichkommt, im neuen Geschäftsjahre, also vom 1. Januar 1921 an, gelten zu lassen. Darnach wird der Mindestbeitrag eines Mitglieds künftig 10 Mark betragen, bei unentgeltlicher Lieferung des „Auslanddeutschen“ 40 Mark. Dementsprechend wird die einmalige Beitragsleistung für lebenslängliche Mitglieder auf 800 Mark, für Stifter auf 2000 Mark erhöht. Für körperschaftliche Mitglieder beträgt in Zukunft der Mitgliedsbeitrag 100 Mark, wobei für gemeinnützige Körperschaften der Beitrag bis zur Mindestgrenze der persönlichen Mitglieder ermäßigt werden kann.

Es bedarf zur Begründung dieser Erhöhung unserer Mitgliedsbeiträge nicht vieler Worte. Die Voraussetzungen, unter denen der Mitgliedsbeitrag in den Satzungen im Jahre 1917 beschlossen wurde, haben sich gründlich geändert, die Verteuerung der Betriebskosten und Geldentwertung lassen selbst die jetzige Erhöhung des Mitgliedsbeitrags als bescheiden erscheinen.

Was unsere Zeitschrift angeht, so kostete sie uns selbst schon in diesem Jahr mehr, als die Mindestzahlung von 20 Mark uns einbrachte. Die weitere Ausgestaltung des „Auslanddeutschen“, der sich in den nunmehr zwei Jahren seines Bestehens zum anerkannt ersten und verbreitetsten Organ auf seinem Sondergebiete entwickelt hat und der bei den Freunden unserer Sache viel freundliche Worte und gute Aufnahme fand, werden wir und wollen wir uns dauernd angelegen sein lassen. Allein an Papier und Druckkosten brauchen wir aber für die 24 Hefte eines Jahrgangs erheblich mehr, als bisher ein 20 Mark-Mitglied uns bezahlte.

Die Beiträge der lebenslänglichen Mitglieder und der Stifter werden nach unserer Geschäftsordnung und im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft des Instituts kapitalisiert. Es stehen uns also nur die Jahreszinsen zur Verfügung, die, bei 4% Zinsen, bisher beim lebenslänglichen Mitglied 16 Mark, beim Stifter 40 Mark ausmachten. Das bedingte also, daß wir bei unsern lebenslänglichen Mitgliedern allein, um ihnen die Zeitschrift geben zu können, noch mehr Aufzahlung leisten mußten, als bei den 20 Mark-Mitgliedern. Auf die Dauer konnte das natürlich nicht aufrecht erhalten werden, um so mehr, als unsere Freunde ja doch zur Aufrechterhaltung unseres gemeinnützigen Betriebes und unserer im Interesse der Volksallgemeinheit völlig kostenlos arbeitenden Auskunftstellen doch einen Betrag zufließen lassen wollen, der denjenigen Betrag, den wir für sie als Zeitschriftenempfänger erheben müssen, doch wesentlich übersteigen soll.

Wir sind überzeugt, daß unsere Mitglieder die Beitragserhöhung, zu der sich Verwaltungsrat, Ausschuß und Vorstand gewiss nicht leichten Herzens entschlossen haben, verstehen und billigen werden und daß sie auch im neuen Jahre unserer Sache treu bleiben werden, so daß die erfreulich hohe Auflage, die unser „Auslanddeutscher“ erreichte, keine Verminderung erfahren wird. Die leitenden Organe des Instituts vertrauen auch darauf, daß die bisherigen lebenslänglichen Mitglieder und die Stifter durch freiwillige Erhöhung der einst von ihnen gezeichneten Summen ihre Leistung mindestens auf diejenige Höhe bringen werden, die jetzt die neuen Satzungen bestimmen, also auf mindestens 800 resp. 2000 Mark.

Unsere Arbeit ist im abgelaufenen Jahr rüstig vorangegangen, unser Institut ist in allen seinen Teilen mächtig entwickelt worden, zahlreiche Arbeiten wurden ausgebaut und vertieft, neue in Angriff genommen. Unsere Mitglieder haben uns in regster Tätigkeit unterstützt und unserer guten Sache stets neue Freunde und Mitstreiter gewonnen. Wir werden auch im neuen Jahr diese Mitarbeit nötig, dringend nötig haben. In Bälde soll ein Sonderheft des

„Auslanddeutschen“ unsern Mitgliedern Rechenschaft über unsere Einrichtungen und den Umfang unserer Arbeit bringen. Wir bitten alle unsere Freunde, ihre Unterstützung zu verdoppeln und unserem Institut auch im neuen Jahre neue Freunde und Förderer im In- und Auslande zuzuführen.

Vorträge.

Mit Beginn des Winterhalbjahres hat die Vortragstätigkeit des Deutschen Ausland-Instituts voll eingesetzt. Den Zyklus der Vorträge in Stuttgart, die alle 14 Tage, Mittwochs, in dem vom Württ. Verein für Handelsgeographie liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellten Saal des Lindenmuseums stattfinden, eröffnete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Ziehen-Frankfurt a. M. mit einem Vortrag über „Die Geschichte des Auslandsdeutschums und ihre Lehren“, ihm folgte Pater Petrus Sinzig aus Petropolis in Brasilien mit einem Vortrag über „Brasilien und die deutschen Interessen“, dann sprach Handelsschuldirektor Th. Messerschmidt-Hamburg über „Das Deutschtum in Venezuela“ und es behandelte Herr Direktor Dr. Oehler-Schloß Serrach (früher Banjaluka) die „Deutsche Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten in Jugoslawien“.

Gleichzeitig setzte in München ein größerer Vortragszyklus ein, in dem bis jetzt sprachen: Oberstleutnant a. D. Hans von Kiesling-München: „Die deutschen Auslandsbeziehungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer-Stuttgart: „Die Lage des Deutschtums im Osten“, Pfarrer M. Grisebach-Stuttgart: „Auswandererfürsorge und Auswandererliteratur“. Die Vorträge finden in der großen Aula der Universität statt, die dafür in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt worden ist.

Vortragsreihen begannen ferner gleichzeitig in Ulm, Heilbronn und Heidenheim. In Ulm eröffnete die Reihe der Vorträge im „Christlichen Hospiz“ Herr Oberbürgermeister Dr. Schwammberger mit einer Ansprache über die Bedeutung des Auslandsdeutschums und der Arbeit des Deutschen Ausland-Instituts für unsere Volkswirtschaft und für den Wiederaufbau. Herr Pfarrer Grisebach sprach über: „Den gegenwärtigen Stand der Auswanderungsfrage“, dann folgte ein Vortrag des Herrn Handelsschuldirektor Messerschmidt-Hamburg über: „Das Deutschtum in Venezuela“ und ein solcher des Herrn L. Ankenbrand-Stuttgart über: „Die Singhalesen auf Ceylon“.

In Heilbronn sprach im Saale des „Jugendheims“ als erster Redner nach einleitenden Begrüßungsworten des Herrn Oberbürgermeister Dr. Goebel, der aus eigener Erkenntnis und Anschauung heraus die Arbeiten des Deutschen Ausland-Instituts würdigte und sie in den Rahmen der allgemeinen Aufgaben der Erziehung zur Auslandkunde und der Wiederaufrichtung des Auslandsdeutschums stellte, Herr Pfarrer Grisebach über: „Das Auswanderungsproblem in der Gegenwart“, ihm folgte Direktor Messerschmidt und dann Herr H. Lambertz-Stuttgart mit einem Vortrag über: „Land und Leute in Japan“.

In Heidenheim leitete in der Konzerthalle Herr Oberbürgermeister Jäckle den Zyklus ein und verwies in eingehenden kulturell wie wirtschaftlich bedeutungsvollen Ausführungen auf die großen Aufgaben, die dem deutschen Volke

und seinen Auslanddeutschen bevorstehen und deren Lösung sich das D. A. I. widmet. Der Leiter des Institutsarchiv, Herr Morgner, eröffnete die Reihe der Redner mit einem Vortrag über den „Stand der Auswanderungsfrage“, ihm folgte am zweiten Abend Herr Direktor Messerschmidt und am dritten Abend Herr H. Lambertz-Stuttgart mit einem Vortrag über „Land und Leute in Japan“.

In Stuttgart sprachen außerdem vor der Reichswirtschafts-Schriftleiter Ludwig Ankenbrand über: „Kinder und Schulen im Orient“ und der Leiter unserer Ostasienabteilung, Herr Hans Lambertz, über: „Land und Leute in Japan“, sodann Herr Pfarrer Grisebach im Evang. Volksbund der Heilandsgemeinde über: „Deutsche Arbeit im Baltikum“, im Evang. Gemeindeabend der Leonhardsgemeinde über: „Auswanderungsfragen in der Gegenwart“ und im Jugendheim über: „Die Auswanderungsfrage“.

Führungen im D. A. I.

Das Deutsche Ausland-Institut erfreute sich auch in den abgelaufenen Monaten eines außerordentlich regen Besuches aus dem Reiche und von Auslandsdeutschen aus aller Welt, die sich die Einrichtungen und Anlagen zeigen und erklären ließen und die uns durch wertvolle Hinweise manche Anregung, wie auch durch Schenkungen manch wertvolle Bereicherung unserer Bestände brachten. Eine ganze Reihe von größeren Verbänden und Gesellschaften durften wir auch begrüßen, denen jeweils im Sitzungssaal zunächst ein Einleitungsvortrag über unsere Arbeit, ihre Art und ihren Umfang, ihre Entstehung und ihren Ausbau gehalten wurde – und die dann im Rundgang eingehend auf alle Probleme der Auslandkunde und des Auslandsdeutschums verwiesen wurden. Wir nennen hier in bunter Reihenfolge die soziale Frauenschule Stuttgart, den Verein der Gewerbetreibenden, den Bann I der Polizeiwehr, die Beamten und Angestellten der Polizeidirektion Stuttgart und die in Stuttgart versammelten Hörer der Staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse, zusammen viele Hunderte von Männern und Frauen, von denen wir hoffen dürfen, daß das Gehörte und Gesehene auch ihnen Anregung geboten und Lust zur weiteren Mitarbeit an unseren Zielen und Aufgaben geschaffen hat.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

In Triest ansässiger Auslandsdeutscher ist bereit, Vertretungen erstklassiger deutscher Firmen zu übernehmen.

Ein in Rio de Janeiro ansässiger Auslandsdeutscher, welcher 14 Jahre lang deutscher Konsul und 4 Jahre lang Vizepräsident einer Auslands-Handelskammer in Südamerika war, wünscht die Vertretungen erstklass. deutscher Firmen zu übernehmen. Ganz besonders interessieren ihn pharmazeutische Artikel u. Farbstoffe.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 9. November 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

UNIVERSITÄT **MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS**

ORGAN



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III — Nr. 23

STUTTGART

Erstes Dezemberheft 1920

Das Deutschtum Chicagos

Von ALBERT BENCKE, München.

Was man vom Deutschtum Chicagos sagen kann, trifft für das Deutschtum der Vereinigten Staaten im allgemeinen zu: Der Krieg hat hier im Verhältnis der Deutschen zu den Amerikanern tiefgehende Wandlungen geschaffen und hat innerhalb des Deutschtums zu einer Spaltung geführt, von der man heute noch nicht sagen kann, ob sie sich vertiefen oder wieder verschütten wird. Auch kann man heute im Zweifel darüber sein, ob im Interesse des Deutschtums das eine oder das andere zu wünschen wäre.

Chicago und Milwaukee, am Michigansee gelegen, sind die typischen amerikanischen Großstädte für die Ausbildung des Deutsch-Amerikaners; jener Spielart der amerikanischen Bevölkerung, die vor dem Kriege teils bewundert, teils belacht, im allgemeinen aber geachtet, während des Krieges zum Gegenstande des Zornes und des Hasses wurde, nach dem Kriege aber einem Gefühl anheimfiel, das Mißachtung, ja teils Verachtung war. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, wie dieses Gefühl entstand, wie es seine Wurzeln in der besonderen Stellung hatte, die der Englisch-Amerikaner, der Yankee, von je an dem Deutsch-Amerikaner gegenüber eingenommen hat und wie es durch die Lügenpropaganda während des Krieges und durch die Haltung der Deutschen zu dieser Propaganda beeinflußt wurde. Die Böswilligkeit von der einen Seite, die Unfähigkeit, dieser Böswilligkeit in der gebührenden Weise zu begegnen, von der anderen, haben zusammengewirkt, um ein Resultat herbeizuführen, das heute dem Deutschen in den Vereinigten Staaten als eine nicht leicht zu behandelnde Aufgabe gegenüber steht. Die Aufgabe ist ebenso lohnend wie die unseres völkischen Aufbaues bei uns selber; es steht zu hoffen, daß wir sie zu lösen vermögen.

Von Chicagos Bevölkerung von etwa 3 Millionen Einwohnern mögen etwa 600 Tausend Deutsche sein. Die offizielle Ziffer, soweit sie in Volkszählungen kurz vor dem Kriege vorlag, gibt eine geringere Zahl an; wenn man aber in Betracht zieht, wie schnell sich der Deutsche amerikanisiert, äußerlich völlig in der amerikanischen Umwelt aufgeht, obwohl er seinem Wesen nach immer noch ein Deutscher ist, dann weiß man den Wert der offiziellen Feststellungen zu schätzen, die mit Absicht auf die alten Stammeszugehörigkeiten wenig Gewicht legen. Das wird erst jetzt anders werden, wo man — insbesondere in den Oststaaten — das Gefühl hat, völklich saturiert zu sein und daher auf amerikanische Nativität größeres Gewicht legt als bisher. In Chicago bestand schon seit längerem eine Scheidung zwischen Oberschicht und Unterschicht des Deutschtums, die tiefer griff

als in dem benachbarten Milwaukee; denn hier war der deutsche Typus, als der tonangebende, breit und voll entwickelt und die ganze deutsche Bevölkerung bildete, ob reich ob arm, eine mehr oder weniger einheitliche Masse. Anders in Chicago, wo der Deutsche ziffernmäßig doch nur einen Bruchteil der anglo-amerikanischen Bevölkerung bildete, wo unter diesem Bruchteil die ärmere im mühseligen Aufwärtstreben begriffene Masse in der Überzahl war (im Gegensatz zu Milwaukee, der Stadt der „arrivierten“ Deutschen) und wo endlich der ausgesprochene Yankee-Charakter der oberen Zehntausend und ihrer Kultur den ohnehin anpassungsfähigen Deutschen, der dieser Schicht ebenfalls angehören wollte, ganz für sich in Anspruch nahm. So kam es, daß in dem Chicago der Vorkriegszeit eine große Gruppe von alteingesessenen, reichen oder wohlhabenden Deutschen vorhanden war, denen gewissermaßen zwei Seelen in der Brust wohnten. Sie waren ganz im Yankeetum äußerlich aufgegangen, hielten sich streng an dessen Sitten und Kulturformen (denn es gibt zweifellos eine Yankeeekultur), bedienten sich nur ausnahmsweise der deutschen Sprache, hatten aber all das gewissermaßen nur als eine Maske vor ihr deutsches Wesen vorgebunden, die sie bereitwillig abwarfen, wenn ihnen etwas von diesem wahren deutschen Wesen als markante Klänge aus der Heimat entgegentrat. Sie griffen auch bereitwillig und tief in die Tasche, wenn es galt, irgend einen landsmännischen Zweck zu fördern, Wohltätigkeit zu üben. Ihre Wiege war noch in Deutschland gestanden und sie vergaßen, von nicht zahlreichen Ausnahmen abgesehen, ihr altes Vaterland nicht. Aber schon die nächste Generation dieser reich gewordenen zeigte ein ganz anderes Bild. Je mehr Chicago reich und groß wurde, desto schneller ging die Amerikanisierung der deutschen „goldenen“ Jugend vor sich und desto größer wurde auch die Anzahl jener reich gewordenen Deutschen Chicagos, die sich beeilten, ihrer deutschen Haut als einer lästig gewordenen Hülle ledig zu werden und deshalb bemüht waren, auch alle äußeren Anzeichen deutscher Zugehörigkeit möglichst unauffällig zu entfernen, damit man sie für eingeborene Yankees halten möge. Daß deren Nachwuchs dann von vornherein undeutsch wurde, ja den Rest ihres Deutschtums geflissentlich verleugnete, ergibt sich daraus von selbst.

Anders stand es um die große Masse jener Deutschen, die mit Kind und Kegel nach Chicago gekommen waren, um sich hier eine neue Existenz zu gründen, oder einen bescheidenen Wohlstand zu erwerben, was den meisten überraschend schnell gelang; allen jenen Schlossern, Schmieden, Tischlern, Schneidern,

Maschinenbauern, Sattlern, Mechanikern, die sich in harter Arbeit emporringen mußten. Sie hatten nichts als ihre Arbeit und als ideales Gut ihr Landsmannsgefühl, das nun keine Stammesunterschiede mehr kannte, alle in ihrem Deutschtum zusammenfaßte. Dieses Deutschtum hielten sie hoch, pflegten es in ihren Turn- und Gesangsvereinen, in ihren Fachverbänden, in gemeinnützigen Zusammenschließungen. Sie kannten noch keinen Snobismus, sie fühlten sich immer erst als Deutsche und dann erst als Amerikaner; auch dann meist noch, wenn sie sich bereits auf Grund ihres achtjährigen Aufenthaltes im Lande das amerikanische Bürgerrecht ersessen hatten. Jene unter ihnen, die es zu einem bescheidenen Wohlstand brachten, also nicht in die reiche Klasse aufstiegen, erzogen auch ihre Kinder im deutschen Sinne, so daß es gerade dieser deutsche Mittelstand war, in welchem auch noch über die erste Generation hinaus das Deutschtum festgehalten, die deutsche Sprache mit einer gewissen Reinheit — denn beständig kamen ja Nachzügler aus dem Mutterlande — bewahrt wurde. Die Kinder jener hingegen, die nicht zu diesem Mittelstande aufzusteigen vermochten, wurden meist noch schneller amerikanisiert als die der Reichen, denn hier fehlte es meist im Elternhause an dem moralischen Schwergewicht und die Kinder waren daher ganz dem Einfluß der Yankeeumwelt hingegeben. Aus dieser kurzen Skizzierung ergibt sich, daß von einem auf breiter Masse beruhenden, festen Bestande des Deutschtums in Chicago, trotz seiner numerisch hohen Zahl, nicht die Rede sein konnte. Es war mehr fluktuierender Natur, verlor nach oben und nach unten und beruhte wesentlich auf den mittleren Schichten, die bei der ganzen sozialen Struktur der Vereinigten Staaten verhältnismäßig wenig Gewicht haben und, wie gesagt, um so weniger hatten, je reicher und größer Chicago wurde, je schneller die Reichtumsbildung vonstatten ging. Das zeigt sich recht deutlich am Bilde der beiden deutschen Zeitungen Chicagos, der „Illinois Staats-Zeitung“ und der „Abendpost“. Die erste, für das gebildete Deutschtum geschrieben, hatte vor etwa 30 Jahren die doppelte Anzahl von Abonnenten, die sie heute hat (heute etwa 10000 Leser), während die auf Sensationen ausgehende „Abendpost“, die sich mehr an die Handwerker wendet, mit steigenden Auflagen arbeitet. Der reich gewordene „gebildete“ Deutsch-Amerikaner braucht eben seine deutsche Zeitung nicht mehr.

Auf diese Zersetzung des Deutschtums, die eine sozusagen natürliche war, hat nun der Krieg beschleunigend gewirkt. Er hat das Absinken der oberen Zehntausend zum Yankeeum begünstigt, ja, im Sinne der führenden Schicht gewissermaßen zur Pflichtsache gemacht; er hat die natürliche Aufsaugung, die in den untersten Schichten ohnehin vorhanden war, gewaltsam gefördert und er hat andererseits in den mittleren Schichten eine Auslese herbeigeführt zwischen jenen, die bereit sind, für ihr Deutschtum, wenn es sein muß, eine Art Martyrium zu ertragen, und jenen, die es für besser hielten, dieses Deutschtum vorläufig in ihrer eigenen Brust zu vergraben. Unter diesen Umständen zählt das Deutschtum augenblicklich in den Vereinigten Staaten politisch überhaupt nicht, sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Antialkoholgesetze, die von 1920 an jeden Ausschank, jeden Genußverbrauch von Alkohol in den Vereinigten Staaten verbieten, durchzubringen. Sie sind in erster Linie gegen die deutschen Brauer gerichtet und gegen die Deutschen im allgemeinen, die bisher alle solchen radikalen Abstinenzgesetze zu Falle gebracht haben. Die Deutschen waren von jeher die Anwälte für das Bier und das Recht des freien Bürgers, Bier zu trinken: eben deshalb soll dem Bier und dem Wein der Garaus gemacht werden. Hier setzt nun eine neue Phase der Entwicklung des Deutschtums nicht nur in Chicago, sondern in ganz Amerika ein: Der Deutsche, der sein Deutschtum durch Sturm und Drang rettet, dem Renegaten gegenübertritt, dadurch die Spaltung innerhalb des Deutschtums herbeiführt, von der eingangs die Rede war; der halb schon abgefallene Deutsche, der durch den Drakonismus der Antialkoholgesetze sich erinnert, daß er in einem freien Lande lebt, in welchem er bisher sein Recht auf Biergenuß verteidigt; die pekuniären Interessen der Brauergilde, die sich nun an ihrem Teuersten bedroht sieht und sich der deutschen Hilfe erinnert, die sie haben kann, wenn sich das Deutschtum erneuert, alle diese Momente wirken jetzt, nach dem Kriege, zusammen, um eine Rallierung des Deutschtums herbeizuführen, in welcher das Deutschtum als nationale Besonderheit eine andere Rolle zu spielen berufen scheint als bisher. Auf den Druck folgt, nachdem die Lüge auch in den Vereinigten Staaten endlich der Wahrheit weichen müssen, der Gegendruck. Von den geistigen Kräften, die im amerikanischen Deutschtum vorhanden sind, wird es abhängen, wie dieser Gegendruck beschaffen ist

Deutsche Musiker in Südamerika im 17. und 18. Jahrhundert

Von ERDMANN SCHAEFER, Lichterfelde.

Die beiden meist gefeierten unter den deutschen Meistern des Taktstockes haben die Seefahrt nach Südamerika angetreten, um in den Hauptstädten Brasiliens und Argentinien den Nachweis zu liefern, daß die viel verlästerten „Hunnen und Barbaren in Mitteleuropa“ nach wie vor zu den musikalischen Großmächten der Welt gehören und keineswegs gewillt sind, sich auch diesen Ruhm streitig machen zu lassen. Da mag es dann nicht ganz unangebracht erscheinen, an die einigermaßen in Vergessenheit geratene Tatsache zu erinnern, daß schon vor mehr als zweihundert Jahren deutsche Tonkünstler am „silbernen Strom“ und andererseits in Paraquarien — so nannte man damals das Riesengebiet der heutigen La Plata-Staaten bis weit ins Innere Brasiliens und Boliviens hinein — im Dienste der edlen Tonkunst tätig waren und es zu viel bewunderten Leistungen brachten, wenn auch nur im Nebenamt. In ihrem Hauptberuf waren diese Vorläufer der Strauß und Weingartner nämlich Ordensgeistliche, Mitglieder der Gesellschaft Jesu, die bekanntlich nach der Besitzergreifung der neuen Welt mit Schwert und Spieß die Eroberung

der Seelen, die Conquista Espiritual, zur Errichtung ihres später zu so hoher Berühmtheit gelangenden Gottesstaates durchführen sollten. Es kennzeichnet die besondere Befähigung dieser Sendboten des katholischen Glaubens für ihre große Aufgabe, daß sie alsbald die ungewöhnliche Empfänglichkeit der Eingeborenen für die Kunst der Töne und ihre nicht minder ungewöhnliche Begabung für die Ausübung dieser Kunst erkannten. Der Macht des Gesanges vermochte auch das verstockteste Menschenfresserherz nicht zu widerstehen, und an Feinheit des musikalischen Gehörs übertrafen diese Wildlinge aus dem Urwald selbst die Zigeuner auf der Pußta und in der Walachei. Es ist deshalb leicht begreiflich, daß der Ordens-General bei der Auswahl der Glaubensboten für Südamerika dem Kandidaten zunächst die Frage vorlegte: „Bist du auch musikalisch, mein Sohn?“ Und es ist ferner begreiflich, daß diese Frage von den Vätern aus den deutschen Ordensprovinzen des öftern mit einem freudigen „Ja“ beantwortet werden konnte.

Aus der langen Reihe musikkundiger Jesuiten-Missionare

deutscher Nation, die zu jener Zeit in Südamerika tätig waren, haben es zwei zu so glänzenden Erfolgen gebracht, daß ihr Name auch in der Geschichte der Musik eine Stelle verdient: Anton Sepp und Florian Pauke. Beide haben überaus interessante Schilderungen über ihre Erfahrungen und Erfolge als Musiklehrer und Kapellmeister hinterlassen.

Die Briefe, die der Tiroler Anton Sepp zu Ende des 17. Jahrhunderts aus Buenos Aires und Japejú am Uruguay an seine hochedlen Brüder in der Heimat geschrieben hat, sind von diesen zu einer 1695 zum erstenmal in Brixen und dann in zahlreichen weiteren Ausgaben gedruckten, höchst reizvollen „Reiß-Beschreibung“ zusammengestellt worden. Darin ist zu lesen, wie der Brave schon bei seiner Ankunft in Buenos Aires im April 1691 die Herzen seiner dortigen Ordensbrüder mit seiner Kunst zu bezaubern wußte:

„Schlagte ihnen also auff der großen / so ich von Augspurg / ein anders auff der kleinen Tiorba / so ich von Genua mitgebracht und dergleichen diese Patres noch nie gehört: alsdann hat das liebliche Psalterium vor allen das Hertz ihnen abgenommen / ich ließe anfänglich mir keinen zusehen / sondern müssen alleinig dem Gehör von weitem Platz geben / daß sie sich nicht mehr halten kunnten / gleich alle zuluffen: eine lautere Ohren: andere lautere Augen sein wollten: nach diesem blasete ich und der Pater Antoni.auff unterschiedlichen Flöten / so ich zu Genua gekaufet: Auff denen Violen stimmte ich auch ein wenig: gleichermaßen auff der Trompa Marina, welche ich zu Gaditz hab machen lassen / alles in der Sach / meinem Brauch nach / wenig: von denen Patribus nichtsdestoweniger hochgeschätzt / und mit sonderm geneigtem Gemüt aufgenommen ...“

Und in einem späteren Brief, in dem er seine vielseitige Tätigkeit in der Reduktion schildert:

„Diese Niederländische Patres, deren Gedächtnuß / Mühe und Arbeit allhier annoch in Benedictione est. Diese / sage ich / hatten die Indianer singen gelehret mit höchster Mühe und Arbeit: denn wie es ihre Compositiones geben / seyend sie keine Musici ex professo gewesen / haben nur was weniges in der Phantasey gehabt / und dieses wenige / was sie gewust / mit höchster Mühe und Arbeit denen Indianern so oft vorgesungen / biß sie endlichen in ihren harten Schedel hineingebracht ...“

O wie wünschte ich jetzt einige Instruktionen von denen Reverendis Patribus und andern genommen zu haben. Es hat mir P. Christoph Brunner / er wird gewiß schon gestorben sein / zu Alten Oettingen vor meiner Abreiß einen modum componendi auf 2 Octav-Blädlein kurz zusammengeschrieben / wann ich diesen nit hätte / wäre es aus mit mir / bediente mich also dessen / und fangte an zu componieren ein Meß a 14. Vesperas zweyerley: item a 14, zwei kurtze Litaneyen a 16. Ich muß die Warheit bekennen / der liebe Gott hilftet mir augenscheinlich / es wäre nicht möglich in einem Jahr eine so bittere-schwehre Sprach zu lernen, auch nicht so viel tausend Nothen abschreiben / geschweigen componiren / doch / Gott seye gedanckt / hab ich dieses gethan. Der Herr Vatter Melchior (Glettle, Capellmeister der Thum (Dom) kirchen zu Augspurg) Gott tröste seine Seel / hat in der Meß und Vespren tapfer herhalten müssen / dann weil ich diese fast auswendig gekonnt / und die Species gleich in meiner Ankunft noch frisch waren / falle mir bald da bald dort ein Vers ein / jetzt aus dieser Meß das Amen / jetzt das Sanctus / jetzt das qui tolli etc. Die größte Mühe war / alles in ein Thon zu bringen / unter so viel Stimmen auszuteilen ...

Ich begehre nicht / daß diese (die erbetenen Noten) neu; sie mögen alt und zerrissen / verschmutzt seyn wie sie wolle / wann

sie nur noch leselich / dann die Indianer Musicanten schreiben schon schön Nothen / ich sage nicht als Augspurger / sondern Autorffer Truck / und müssen wir ohne das diese Bücher für so viel Reductiones für ein jede abschreiben lassen / so hier gar kein difficultaet ...

Als Herr Glettle auch in America floriren müßte / nicht anderst / als ich ihm in Europa allzeit höchstens geschätzt / auch der Ursachen / weilen er mich einer unseglischen Mühe und Arbeit / so ich im componiren habe / entheben würde. Alle Missionarii / der eine von da / der andere von dorten / auch über die hundert Meil weit / schicket mir seine Musicanten / daß ich sie unterweise in dieser Kunst welche ihnen ganz neu / und von der alten Spanischen / so sie annoch haben / wie Tag und Nacht von einander entscheiden / ... In meiner Reduction hab ich 8 Indianerbüblein / setzte ihnen das so berühmte laudate Pueri / ab C. C. R. P. Ignatii Glettle / so ich fast auswendig gekonnt / auf das Pappir / lehret sie solches / singen es mit solchem Garbo und Manier / daß es von diesen armen / nackenden / unschuldigen Indianerbüblein in Europa kaum wird geglaubt werden / alle Patres Missionariis seyend voll der Freuden / dancken dem höchsten Gott / daß er einmal / nach so langen Jahren / einigen Mann geschickt / der die Music auch in einigen guten Stand brächte: Zur Danckbarkeit schicket mir der eine da / der andere dort ein Fäblein Honig / Zucker / Americanische Frucht zu / In was für Ehr mich die Indianer halten / wie sie mich lieben / will die geistliche Geschämigkeit der Federn zu schreiben nit Erlaubnuß geben ...“

Als der Tod dem sangesfrohen „ehrwürdigen alten Greis, dieser Quarani Missionenstifter und deren Paraguariern wahren Apostel“, den mit so viel Erfolg geführten Taktstock aus der Hand nahm, zählte die Schar der von ihm zu Musici ex professo ausgebildeten Eingeborenen viele Hunderte. Der vom Wurzelstock so weltenweit entfernte Ableger deutscher Musikpflege war zu höchster Blüte gediehen, und der sachkundige steirische Pater Matthias Strobel aus Bruck an der Mur konnte schon 1729 an seine Obern in Europa berichten, daß dies alles „vorderst dem R. P. Antonia Sepp aus der Ober-Teutschen Provintz zu danken, welcher der erste die Harpfen, Trompetten, Tromlen, Schallmeyer, Clarinen und Orgel eingeführt, auch hiermit ihm ein unsterbliches Lob erworben hat.“

Was der Tiroler Anton Sepp für die Quarani, das war in viel leicht noch höherem Maße der Schlesier Florian Pauke (oder Baucke) für die Völkerschaften der Makobis nordwärts von Santa Fé. Auch dieser prächtige deutsche Volksgenosse im Priesterrock der Jesuiten hat sein Lebenswerk unter den Eingeborenen Südamerikas in einem ebenso wertvollen als humorreichen Bericht dargestellt in Form einer mehr als tausend Seiten umfassenden zweibändigen Handschrift, die er nach der Vertreibung des Ordens in Böhmen abfaßte und dem Cistercienserstift Zwettl schenkte:

„Hin und her, hin süße und vergnügt, her bitter und betrübt; das ist: Treu gegebene Nachricht durch einen im Jahre 1748 aus Europa in West-America, namentlich in die Provinz Paraguay abreisenden, und im Jahre 1769 nach Europa zurückkehrenden Missionarium.“

Darin lesen wir, wie Pauke einmal aufgefordert wurde, mit seiner berühmten Indianer-Kapelle zum Feste des hl. Ignatius nach Santa Fé zu kommen, um die Feier mit ihrer Kunst verherrlichen zu helfen.

„Ungeheuer war der Zulauf des Volkes, und auf allgemeinen Wunsch wurden die Musiker nicht auf dem gewöhnlichen Chor der Kirche, sondern im Mittelschiff, nicht weit vom Hochaltar

aufgestellt. Viele vornehme Spanier konnten sich beim Anblick dieser Knaben, die vor wenigen Jahren noch nichts von einem Gott wußten und jetzt den wahren Gott in seinem Tempel durch Musik verherrlichten, der Thränen nicht erwehren . . .“

Sogar nach dem hundert Meilen weit entfernten Buenos Aires war der Ruf der Kapelle und ihrer ausgezeichneten Geschicklichkeit gedrungen, und der hohe Adel daselbst war neugierig, mokobische Tonkünstler zu hören:

„Deshalb hatte der Ordens-Provinziale, der in Buenos Aires wohnte, mir den Befehl erteilt, mich mit meinen zwanzig Musikern in diese Stadt zu verfügen. Drey Monathe vor dem Feste des hl. Ignatz sollte ich dort erscheinen. Die weite Reise von hundert Meilen machte mir weniger Sorge, als der Gedanke, ob auch die Aeltern meiner Musiker ihre Kinder so lange, und zu den Spaniern entlassen würden. Sie nahmen aber keinen Anstand, und gaben mir dadurch den sprechendsten Beweis eines schönen Vertrauens. In den letzten Tagen des Aprill reisete ich aus meiner Reduktion ab, und gelangte nach dreyzehn Tagen an den Ort meiner Bestimmung. Im Kollegio gab man mir ein Zimmer, meinen geforderten Begleitern einen Saal zur Wohnung, da sie aber von mir auf keine Art zu trennen waren, mußte ich mich auch zu ihnen ziehen. Ging ich aus, so waren sie alle hinter mir her; machte ich in einem Hause einen Besuch, so erwarteten sie mich bey der Haushüre; von meiner Erlaubnis allein durch die Straßen gehen zu dürfen, machten sie nie Gebrauch. Unsere Aeltern, sagten sie, haben uns verboten, von dir wegzugehen, weil sie fürchten, du möchtest uns verlassen und bei den Spaniern bleiben. Ihre Anhänglichkeit an meine Person gefiel allgemein.

Bey unsern Proben waren schon viele Menschen gegenwärtig, bey der Vesper am Vorabende des Festes des hl. Ignatz war aber die Menge in der Kirche so groß, daß wir das Chor schließen mußten. Nebst der Andacht mag doch auch viele die Liebe zur Musik, und Neugierde, sie von Indianern, die noch vor einigen Jahren Heiden waren, aufgeführt zu hören, in das Gotteshaus getrieben haben. Der Bischof, der die Vesper, und am folgenden Tage das Hochamt hielt, der versammelte Adel, kurz alle Anwesenden, waren über die Geschicklichkeit meiner Zöglinge erstaunt, die reichlich mit Geld beschenkt wurden. Einige Tage darauf ersuchte mich der Bischof, ich möchte ihm durch meine Pflegesöhne Tafelmusik machen lassen. Ich befahl ihnen mit ihren Instrumenten und Musikalien hinzugehen, sie wollten aber nicht, und bequerten sich erst dann dazu, als sie sahen, daß auch ich in einem Wagen zum Bischofe geholt wurde. Sie machten auch hier ihre Sache vortrefflich . . .“

Das also wird wohl das erste Gastspiel eines deutschen Kapellmeisters in der „Metropole des Südens“ am La Plata gewesen sein, und da die Kirchen und Ordenshäuser der Jesuiten in südamerikanischen Städten zu den wenigen Gebäuden gehörten, die „auf Dauer“ gebaut waren, könnten die Herren Strauß und Weingartner sich wahrscheinlich die „Lokale“ zeigen lassen, in denen ihr wackerer Vorläufer aus Schlesien seine so interessanten Konzerte gab. Vielleicht weiß man in Buenos Aires auch noch etwas von dem Laienbruder Johann Wolff aus Bamberg, der in jenen Jahren als geschickter Tischler am Jesuiten-Kolleg tätig war und „zugleich als aufgeräumter Brätel-Geiger“ bei besonderen Festen auf Befehl der Obern in denselben Räumen alle seine „lustigen steierischen Tänze“ aufspielen mußte.

Was uns aber gerade in unseren trüben Tagen an diesen kunstbegeisterten Volksgenossen als etwas besonders Liebens- und Verehrenswerthes erscheint, das ist die warmherzige Vaterlandsliebe, die sie bis ans Ende ihrer reichgesegneten Lebensstage erfüllte und die auch den nichtkatholischen Landsmann zu un-

eingeschränkter Anerkennung und Bewunderung zwingt. Wie hängt dieser biedere Edelmann Sepp von und zu Rechegg an seiner „deutschen Heimat“ Kaltern in Tirol (wir vertrauen auf den gesunden Sinn der italienischen Regierung, daß sie keine Schwierigkeit bereiten wird, wenn wir hier feststellen, daß Kaltern und Brixen im siebzehnten Jahrhundert zum Deutschen Reich gehörten!). Wie gern erzählt er denen *patribus* in Buenos Aires von der Ober-Teutschen Provintz, von den Schicksalen des Reiches: „Wie Wien entsetzt; Ofen eingenommen; Belgrad gezwungen; 7 Bürgen erobert worden. Jetzt kame ins Gespräch der König Lovis / wie er im Reich so übel gehaust: von dem wußten sie hier noch gantz und gar nichts. Item / von der französischen Spaltung deß Patris Fontaine etc. etc., so wir alles am besten zu erzehlen wußten / und sie mit höchster Lust angehört . . .“

Und als er mit seinem Herzensbruder Anton Böhm aus Amberg in der Oberpfalz am Uruguay einen besonders lieblichen Platz zur Anlage einer neuen Reduktion gefunden hatte, da haben sie „ein großes Creutz gemacht / solches auf einen Bühel aufgerichtet / anstatt ihrer heiligen Provintz mit diesen eingegrabenen Buchstaben GERMANIA possess in dieser Heydenschaft eingenommen“ (wir danken unsern argentinischen Freunden ausdrücklich dafür, daß sie sich durch diesen Vorläufer des fluchwürdigen deutschen Imperialismus nicht haben irre machen lassen!). Und wie begierig ergreift er jede Gelegenheit, sich seiner „geliebten deutschen Muttersprach“ zu bedienen! Und wie seufzt er inmitten aller seiner großen Erfolge darüber, wenn er Jahre hindurch die „Ansprach im Deutschen“ vermissen muß!

Und wie stolz ist der wackere Pauke auf sein schlesisches Preußentum, das damals doch noch recht jung war! Die höchste Anerkennung seiner überragenden Fähigkeiten und Leistungen klang ihm aus den Worten entgegen, die ihm einst sein kongenialer Rektor Joseph Brigniel aus Klagenfurt im Urwald gerufen hatte: „Sie sind ein Preuße und machen das Unmögliche möglich, wie Ihr König!“ — Friedrich der Große im südamerikanischen Urwald!

Ihre besondere Weihe erhielt diese warmherzige Vaterlandsliebe noch durch den überraschend hohen Grad von Unbefangenheit, den diese Träger des Jesuitenhütleins in ihrem Urteil über ihre nichtkatholischen deutschen Landsleute bekundeten. Wie ergötzt schildert Sepp seinen Verkehr mit „etliche bekannte Kauffleut auß Niederland und Hamburg / welche zwar Lutherisch / doch unß sehr viel guts gethan / oftmals zu Gast geladen und gespeiset: Herr Burgermeister von Hamburg erzeigte unsondere Ehr; von den als wir Vale genohmen / praesentirte er uns zwei Moscovittisch schweinene Schuncken / sprechend: die arme Patres werden sie schon not haben / so in der Warheit auch geschehen.“ Und Pauke erzählt mit großer Wärme von seiner Rückkehr auf einem holländischen Schiff: „Unser Capitän Andreas Cornelis von Rotterdam sorgte für uns, obwohl er lutherisch war, sehr gut, und unterschlug das Geld nicht, da ihm der König von Spanien zu unserer Verpflegung reichen ließ . . . Ein Liebhaber der Musik, war er gerne in meiner Gesellschaft, er lud mich oft in seiner Kammer zu einem vertraulichen Gespräch bey einem Glase Punsch . . .“

Ähnliche Züge eines gesunden und starken Deutschgefühles verbunden mit weitherzigem Verständnis für Andersdenkende werden uns auch von dem Schweizer Pater Martin Schmid aus Baar berichtet, der mit seinem Gehilfen Johann Meßner aus Aust in Böhmen die Chiquitos-Missionen im Norden der paraguayischen Ordensprovinz zu hoher Blüte brachte und an glänzenden Leistungen auf musikalischem Gebiete den Sepp und

Pauke keineswegs nachstand. Unter den Resten ihrer in den einst herrlichen Kirchen und Ordenshäusern zurückgelassenen Bücherreihen hat man noch 75 Jahre nach ihrer Austreibung zahlreiche Schriften von Gellert, Uz, Opitz, Reuchlin, Hutten, ja sogar ein Blatt mit einigen Strophen von Luthers „Ein feste Burg ist unser Gott“ gefunden. Ja, ja die Frau Musica ist allzeit eine große Zauberin gewesen, und niemand hat das besser gewußt als diese frommen Väter. Deshalb wäre es auch gar nichts so Unbegreifliches, wenn der eine oder der andere oder auf einmal eine ganze Gruppe von ihnen dieser Zauberkraft, die sie auf andere so meisterhaft anzuwenden wußten, selbst erlegen wäre und Ohr und Herz verloren hätte an die sündhaften Weisen der „Witten-

bergischen Nachtigall, die man damals noch hörte überall“. Die Stimme des Blutes, die in den Liedern des niederdeutschen Reformators mitklang, konnte auch dem feinen Gehör der Glaubensboten aus der Ober-Teutschen Provinz nicht entgehen. Sie schwebt noch heute als wehmütige Erinnerung über den von tropischer Wildnis überwucherten Stätten ihrer glorreichen Tätigkeit und ergreift mit unwiderstehlicher Gewalt das Herz jedes deutschen Besuchers, auch wenn er, wie der Schreiber dieser Zeilen, ein — Ketzer aus Überzeugung ist und die ersten deutschen Musiker in Südamerika liebt, nicht eben weil sie Jesuiten, sondern weil sie echte deutsche Männer, Auslandsdeutsche im besten Sinne des Wortes waren ...

Die Mennoniten und wir.

Von CONRAD MÜLLER, Wriezen a. O.

Als die kaiserlich-russische Regierung im Spätsommer des Jahres 1915 endlich einzusehen begann, welchen Fehler sie begangen hatte, indem sie die reindutschen, also staatsgefährlichsten Elemente unter uns, bei Kriegsausbruch kurzerhand auf die entlegensten Russendörfer des Orenburger Gouvernements verschickt hatte, wo wir Zeit und Gelegenheit gefunden, unter dem einfachen, unaufgeklärten russischen Volk eine dankbare Propaganda gegen Zarismus und englische Bündnispolitik in die Wege zu leiten, begrüßten die maßgebenden Stellen des damaligen russischen Staatswesens die von unsern Schutzherren, den Amerikanern, auf Grund nichtiger Zwischenfälle zwischen Eingeborenen und Internierten eingereichten Gesuche, welche unsere sofortige Weiterverschickung in die deutschen Kolonien forderten, aufs sympathischste. So kamen wir zu den Mennoniten. Bei deutschen Bauern, so sagte sich der um eine Erfahrung reicher gewordene „Tschinownik“, war im Grunde genommen doch nichts mehr zu verderben. Diese Leute waren eben Deutsche, und sollten eigentlich als solche behandelt werden. Wir sagten uns, besser so — die Saat, die wir gesät, würde schon aufgehen — nur abwarten, und wenn auch infolge bedauernswerter Mißverständnisse Reibereien mit den Russen — größtenteils übrigens feminae causa! — vorgekommen waren, das Gros von uns hatte sich das Herz des gastfreien russischen Bauern gewonnen. So hatten wir getan, was wir konnten, und waren daher froh, dem, was wirklich schlecht bei Chochollen und Kazappen gewesen war — dem furchtbaren Dreck in Haus und Hof — den Rücken kehren zu dürfen. Bei den Mennoniten — das wußten wir ja — würden wir deutsche Sauberkeit vorfinden. Und der Amerikaner sagte sich, well — die Sorge um das bißchen Leben Deiner Schutzbefohlenen in den Orenburger Steppen bist Du Gott sei Dank los. In den Mennonitendörfern wird man sie nicht gleich töt schlagen — die Mennoniten sind erstens Deutsche und zum andern Feinde des Blutvergießens.

Letzteres stimmte. Auch die erwartete Sauberkeit fanden wir vor. Was die Masse unter uns aber vergeblich suchte, war die Herzlichkeit, mit welcher uns der „Feind“ die Pforten seiner armseligen Hütte geöffnet hatte, die Gastfreiheit des Russen, die Tausende unserer Landsleute über schwere Stunden hinweggebracht hatte. Der Empfang bei den Mennoniten war kühl. Den ersten Anstoß zu Zänkereien gab die Wohnungsfrage. Ich muß hier zum Verständnis der Sachlage folgendes einschalten. Die Mennoniten des Orenburger Kreises leben in Dörfern, welche — wie überall in Rußland, wo deutsche Ansiedler sich niedergelassen haben — die Bezeichnung „Kolonien“ führen. Die Anzahl der Höfe einer solchen Kolonie, deren es im Gou-

vernement Orenburg 23 gibt, schwankt zwischen 18 und 36. Die Kolonien tragen als Bezeichnung Nummern und außerdem Namen, welche man in den Mutterkolonien Süd-Rußlands wiederfindet. Auf seinem Hofe herrscht der Wirt nach Burenart als unumschränkter Gebieter über seine Familie, sein Gesinde und sein Vieh. Aus ihrer Mitte wählen sich die Bauern eines jeden Dorfes alljährlich einen Schulzen, welcher wiederum dem Oberschulzen über sämtliche Kolonien untersteht. In jedem Dorfe gibt es eine 2-Klassenschule, die vielfach als Bet- oder Versammlungshaus dient. Gewöhnlich ist eine Bibliothek in fast ausschließlich deutscher Sprache vorhanden. Die Bücher sind größtenteils religiösen Inhalts. Lehrer und Prediger — meist ein und dieselbe Person, aus unmittelbarer Wahl der Dorfgemeinde hervorgehend — unterrichten die Kinder beiderlei Geschlechts in den Elementarfächern, wie im Worte Gottes gemäß der Auslegung Simon Mennos, des Begründers der Sekte. Es besteht Schulzwang. Die Taufe und damit die Aufnahme in die Gemeinde findet um das 18. Lebensjahr statt; im Anschluß hieran gewöhnlich die Trauung, welche der Dorflehrer oder sein Stellvertreter ohne alle Förmlichkeit vollzieht. Die Mennoniten sprechen das Plattdeutsch der Danziger Niederung, lesen und schreiben jedoch fast ausnahmslos hochdeutsch und haben sich — wenigstens äußerlich — ihr Deutschtum bewahrt, was nicht nur in der Sprache, sondern auch in ihren Wohnstätten, in ihrer Kleidung, in Haus und Hof und in tausend Kleinigkeiten und — leider! — Kleinlichkeiten zum Ausdruck kommt. Daß sie besonders letztere Eigentümlichkeit, ein Erbübel der germanischen Rasse, fern ihrer Urheimat auf Kind und Kindeskind zu verpflanzen verstanden haben, ist eine Tatsache, welche zu denken gibt. — Die russische Regierung hatte — vielleicht in richtiger Einschätzung ihrer fremdstämmigen Untertanen — durch die Kreispolizei bereits vor unserer Ankunft Quartiere für die etwa 3000 Internierten, die plötzlich in die Mennonitendörfer verschickt wurden, belegen lassen, so daß wir bei unserm Eintreffen in den Kolonien sofort Unterkunft fanden. Es war dies eine Vorsichtsmaßregel gewesen, für die wir den Russen ewig dankbar sein müssen. Wie wir nämlich bald erfuhren, waren die Mennoniten durchaus abgeneigt gewesen, ihre „guten Stuben“ an Fremde abzutreten. Ich glaube, unsere Bauern hätten sich ähnlich verhalten! Als nun die in diesem Spezialfall wirklich weitblickende russische Polizei obendrein den Höchstpreis für die von ihr bestimmten Quartiere festsetzte, und dadurch einem Wohnungswucher Einhalt gebot, war die breite Basis zu Mißstimmigkeiten zwischen den Mennoniten und den Internierten geschaffen. Die Bauern, die bis dahin still und friedlich auf-

ihren weiten Landsitzen gesessen hatten, waren plötzlich von der ihr ohnehin nicht wohlgesinnten Polizei, welche in ihnen deutsche Spitzel sah, aus ihrer Ruhe aufgeschleucht und gezwungen worden, sich der Fremden wegen, die sich die russische Regierung als „Kriegsgefangene“ hielt, einzuschränken. Das paßte ihnen natürlich wenig und widersprach ihrem Charakter voll und ganz. Da suchten sie sich dann in anderer Weise an uns schadloß zu halten. Selbst wenn man mir entgegenstellte, daß 20 Wirte ihre Produktion nicht von heute auf morgen auf 100—150 Sommergäste einstellen können, so lag doch noch immer kein Grund vor, die Lebensmittelpreise in rascher Folge auf eine derartig schwindelnde Höhe zu treiben, daß die Mehrzahl der Internierten bald einfach nichts mehr gegen die paar Kopeken einhandeln konnte, die der deutsche Staat allmonatlich den Bedürftigsten als Beihilfe gab. Als die Mennoniten dann sahen, daß unsere Vertretung auf unsere Klagen hin gute Miene zum bösen Spiel machte und die Rate erhöhte, setzten sie ihrerseits die Lebensmittelpreise sofort in die Höhe, und so ging es fort — ohne Ende! Wir suchten Abhilfe zu schaffen, indem wir in den benachbarten Russendörfern kauften, Volksküchen und eigene Bäckereien einrichteten und schließlich Brot „rationierten“. Alles vergebens — die Schraube zog weiter an. Viele, die bis dahin noch niemals Landarbeit verrichtet hatten, gingen zum Bauer und wurden Knechte. Die Mennoniten triumphierten. Wer arbeitet, soll auch essen, sagten sie. Die Arbeit war schwer, das Essen gewöhnlich gut und reichlich. Nach Tisch als Nachspeise das übliche Gebet. O, Ihr Heuchler! Man mag die Mennoniten als Landwirte, Pioniere deutscher Kultur, Vorkämpfer des pazifistischen Gedankens in der Welt in Schutz nehmen, wie man will — das eine steht fest — ihre „Frömmigkeit“, die sie überall zur Schau trugen und mit der sie letzten Endes ihre Feigheit verbargen, war Lug und Trug. Und diese heuchlerische Frömmigkeit, diese offenbare Scheinheiligkeit, mußte auf den in freiheitlichem Geiste erzogenen Ausländer mit höherer sittlicher Bildung, wie auf den unter Russen großgewordenen, breit und gerecht denkenden Deutsch-Russen ekelerregend, wenn nicht herausfordernd wirken. Daher die tiefwurzelnde Antipathie zwischen Mennoniten und Reichsdeutschen, die mitunter Formen annahm, welche den Psychologen die Schwierigkeit einer vielfach während des Krieges seitens der reichsdeutschen Heimatbehörde angeregten Verpflanzung des Mennonitenvolkes auf deutschen Boden klar vor Augen führte. Ich muß hier einschalten, daß eine gewisse Klasse deutscher Staatsangehöriger, die im Süden Rußlands aufgewachsen waren, sich den Lebensgewohnheiten der Mennoniten besser anzupassen wußte als wir Ausländer. Ganz natürlich. Es handelte sich eben um Leute, die in den Mennonitenzentren Südrußlands von Kindesbeinen an gelebt hatten und wohl auch mit Mennonitenfamilien verwandt waren. Im Laufe der Zeit hatten sie ihr Deutschtum vergessen, woran allerdings weniger sie selbst Schuld trugen als unsere Herren Konsuln! Erst der Krieg und die Deutschenpogrome hatten sie sich wieder auf ihr eigenes Vaterland besinnen lassen. Diese Leute (Kaschuben nannten wir sie) fühlten sich in gewissem Sinne heimatlich auf der Scholle, die ihre früheren Freunde bebauten, und nahmen den Mennoniten gegenüber eine ähnliche Stellung ein wie die deutschen Flüchtlinge aus Polen, welche ebenfalls bei den Mennoniten einen Winkel gesucht hatten, wo sie ausruhen konnten nach den Schrecken der Invasion. Es ist nun nicht zu bestreiten, daß die Mennoniten durchaus kulturfähig sind. Die Überlegenheit unserer Leute auf geistigem Gebiete neidlos anerkennend, wandte sich die Dorfjugend bald an uns mit der Bitte um Aufklärung und

Belehrung in Fächern, von denen sich die mennonitische Schulweisheit bis dahin nichts hatte träumen lassen. Die Bauernjungen trieben deutschen Sprachunterricht, studierten Englisch und Französisch, lernten malen, zeichnen, musizieren, Fußball spielen und Krawatten binden — die Dorfschönen trällerten deutsche Soldatenlieder, Hüte „letzter Mode“ kamen auf, Frisuren entstanden — das typische Kopftuch begann zu schwinden. Die Alten sahen mit Schrecken die Veränderung, die in ihren Jungen vorging, und erhoben ihre warnende Stimme. Es war zu spät. Als dann gar das von westeuropäischer Kultur vergiftete schwächere Geschlecht anfang, Gefallen an seinen reichsdeutschen Vettern zu finden und die anfängliche Scheu vor den „Preußen“ in Zuneigung überzugehen drohte, und so manche tüchtige Mennonitenjungfrau als natürliche Folgeerscheinung ihrer heißen Liebe einem jungen „Dütschländer“ das Leben schenkte, als schließlich wirkliche Ehen zwischen Mennonitenmädchen und reichsdeutschen Internierten geschlossen wurden, da schwor so mancher alte Mennonitengroßpapa den „Dütschländern“ furchtbare Rache. Und die guten Leute hätten uns doch dankbar sein sollen für das Interesse, welches unsere Jugend an der Verbesserung ihrer Rasse nahm! Bewies doch der hohe Prozentsatz Idioten unter den Bauern schlagend die Gefahr der Inzucht. Der Butterpolitik der Mennoniten begegneten wir durch unsere guten Beziehungen zu den benachbarten Russendörfern, bei deren Bewohnern wir unser Fett immer noch billiger als bei unsern Wirten holten. Für die Kaufleute unter uns — insbesondere für ehemalige Börsenbesucher — war ein Besuch des Bethauses an Sonntagen nach beendetem Gottesdienst hochinteressant — konnte man sich doch dort über die jeweilig für die kommende Woche festgesetzte Butterpreiserhöhung rechtzeitig informieren und danach handeln. Die Butterfrage schien übrigens die Mennoniten weit mehr zu interessieren als die Predigt ihres Dorflehrers. Bei letzterer machten die Kirchgänger gewöhnlich Gesichter, als ob sie einzuschlafen drohten, während sie bei ersterer eine Regsamkeit des Geistes und eine Redegewandtheit zu entwickeln pflegten, daß man meinen konnte, man befände sich auf der Sandstraße vor der Riga'schen Börse zur Mittagszeit. In Ackerbau und Viehzucht leisten die Mennoniten — wenigstens im Vergleich zu Russen und Tartaren — Hervorragendes. Häuser und Höfe sind geräumig und sauber. Alles macht einen freundlichen, behäbigen Eindruck. Vor 30 Jahren waren sie aus den Mutterkolonien des Südens eingewandert und hatten sich im Orenburgischen eine neue Heimat erschlossen. Sie hatten es zu einem gewissen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand hüteten sie nach deutscher Art und bauten ihn aus. Umgeben von nomadisierenden Kirgisenstämmen, inmitten einer ihnen fremden Bevölkerung, waren sie selbst Fremde geblieben. Die Fühlung mit ihrer geistigen Heimat, Deutschland, waren sie längst auf dem Wege zu verlieren. Aber auch Rußland war ihnen fremd. Sie wollten eben eine ganz besondere Nation darstellen und — Hauptsache! — von niemandem in ihrer Behaglichkeit gestört werden. Und nun waren wir gekommen — ungerufen, ungebeten — und hatten Ideen mit uns gebracht, die das langsam und beschaulich dahinfließende Leben in den Kolonien auf den Kopf zu stellen drohten.

Wir wurden ihnen unbequemer, je länger der Krieg dauerte. Da liquidierte im März 1917 die zarische Regierung, und die Mennoniten, die sich bis dahin stets als treue Anhänger ihres Herrn und Kaisers aufgespielt hatten — ich denke an die vielen bunten Kaiserbilder in ihren „guten Stuben“ — wechselten über Nacht ihre Gesinnung und schworen auf Kerensky. Das hatte seinen guten Grund. Unter Nikolai II. und seinen Vorgängern

hatten die Mennoniten die Vorteile gewisser Sonderrechte genossen, die ihnen von Katharina II. bei ihrer Masseneinwanderung im Jahre 1789 aus Westpreußen verbriefte worden waren. Dazu gehörte in erster Linie das wichtige Zugeständnis der Befreiung vom Heeresdienst mit der Waffe. Während des Weltkrieges hatten alle Nationen und Konfessionen des ungeheuren russischen Volkskörpers dem Vaterlande ihren Tribut in unerhörten Blutopfern zahlen müssen, nur die Anhänger der Lehre Simon Mennos hatten unblutige Lorbeeren als Waldarbeiter und Pfleger geerntet. Das konnte mit der Revolution anders kommen. Vor allem mußte dem neuen Herrn der Beweis hündischen Gehorsams und germanophober Gesinnung erbracht werden. Ersteres äußerte sich durch Kundgebungen, wie Bilderstürmerei und Polizistenvertreibung, letzteres durch schwere Anklagen gegen größtenteils schuldlose Gefangene. Wohl fehlte es auf den „Schultebotten“ nicht an Stimmen, die davor warnten, mit den „Dütschländern“ zu brechen — tauchte doch am Horizont immer deutlicher das Gespenst des deutschen Sieges auf — die Masse war zu verbittert oder kurzsichtig und setzte ihre letzte Hoffnung für den Fall, daß das große Brudervolk im Westen nach endgültiger Niederwerfung Rußlands sie bei einer etwaigen Expatriierung nicht mit offenen Armen aufnehmen sollte, auf den großen russischen Freund jenseits des Ozeans, der in jenen Tagen in den Krieg eintrat. Ungeachtet des drohenden Protestes des schwedischen Botschafters, der inzwischen unsere Interessenvertretung übernommen hatte, wurden plötzlich Ende April 1917 Hunderte von Landsleuten auf Grund erdichteter Anklagen in entlegene Russen- und Baschkirendörfer verschickt. Die Zurückbleibenden durften gegen einen recht erheblichen Teuerungszuschlag — die Freiheit war proklamiert worden, also kannte auch der Wohnungswucher keine Grenzen mehr — das „Gastrecht“ der Mennoniten weiter genießen. Damals prägten deutsche

Gefangenes das Wort „Mammoniten“, welches den Charakter unserer Halbvettern am Ural besser erklärt als es Bände zu tun vermögen.

Als dann der Bolschewismus die Kerensky-Aventüre ablöste und mit seinen Begleiterscheinungen das schon durch den Verkehr mit den Dütschländern erschütterte patriarchalische Leben der Mennoniten vollends aus den Fugen zu werfen drohte, als die aus unblutigen Kriegsdiensten heimkehrenden Söhne hier und da auf „Aufteilung“ des väterlichen Grundbesitzes pochten, erntete so mancher alte Bauer, der über seinem Geldstrumpf wahres Christentum und seine deutsche Abstammung vergessen hatte, den Lohn seiner Tat. Im Innern drohte der Zerfall. Ringsum schürten Kosakenhorden das Feuer neuerwachter Vaterlandsliebe und auf die Schwelle der friedlichen Hütte schleuderte der Bolschewik die Brandfackel des Bruderkrieges. Das friedliche Mennonitenland war über Nacht zum Kriegsschauplatz geworden.

Wir wollen sie nicht verdammen. Der Krieg, der heute noch in jenen Gebieten in seiner schrecklichsten und letzten Form, im Bürgerkrieg, tobt, wird auf so manchen unter ihnen läuternd gewirkt haben, und wenn der hoffnungsvolle Nachwuchs unseres Brudervolkes am Ural schließlich seelisch gereinigt aus dem Stahlbad des Völkerringens wieder auftaucht, so wollen wir das Herze schweigen und die Vernunft reden lassen. Wir brauchen sie, wie sie uns brauchen. Wir wollen drum vergessen, was sie uns angetan, wir wollen uns vielmehr derer erinnern, die als leuchtende Vorbilder echten Deutschtums unseren Leuten in Zeiten höchster Not hilfreich zur Seite gestanden und sie das Schwere ertragen machten — nicht durch billige Phrasen von christlicher Nächstenliebe, sondern durch die Tat! Vielleicht finden sich die Söhne oder Enkel dereinst zu uns zurück und tragen, als unsere Vorposten, von neuem den deutschen Gedanken in die Welt hinaus, für den wir — und letzten Endes auch sie — gelitten. —

Noch einmal: Zur Lage der Deutschen in Kongresspolen

Von ADOLF EICHLER, früher Herausgeber der „Deutschen Post“ und Vorsitzender des Deutschen Vereins, Hauptsitz in Lodz, jetzt Hauptgeschäftsführer des Ostdeutschen Heimatdienstes in Allenstein.

In ihrem Aufsatz im zweiten Septemberheft des „Ausland-deutschen“ hat Fräulein Margarete Grüner eine beachtenswerte Übersicht über die letzten Entwicklungen in der wechselreichen Geschichte des Deutschtums in Kongresspolen geboten, die auch dann nicht an Wert einbüßen wird, wenn einzelne ihrer Teile im Interesse der geschichtlichen Wahrheit ergänzt oder berichtigt werden. Nicht die Verfasserin, sondern polnische Verfolgungssucht und Denunziantentum abtrünniger Deutscher sind schuld daran, daß einzelne Zusammenhänge und Auswirkungen heute nicht für jedermann klar erkennbar sind.

Sehr vermißt habe ich im Aufsatz von Fräulein Grüner Hinweise auf die neue deutsche Bewegung in Lodz und auf das Wirken der deutschen Militärpfarrer Willigmann (jetzt Gemeindepfarrer in Königsberg), Althaus (jetzt Professor in Rostock) und Paarmann (jetzt Gemeindepfarrer in Charlottenburg). Grade denjenigen, die nicht erst seit der deutschen Okkupationszeit, sondern auch schon früher bemüht waren, den Deutschen in Kongresspolen zu kultureller und völkischer Höherentwicklung zu verhelfen, war es klar geworden, daß der entscheidende Anstoß zu der schöpferischen Tätigkeit des Deutschtums in Polen während der Kriegszeit von der Predigt- und Vortragstätigkeit dieser reichsdeutschen Pfarrer ausging. Wir möchten auch hier, auf reichsdeutschem Boden, mit der Lodzer Unsitte brechen, die große Zeit in den Frühlings- und Sommermonaten 1915 und die mit ihr zusammenhängenden Namen zu

verheimlichen oder nur hinter doppelt verschlossenen Türen zu nennen. Für mich, der ich seit Jahren mit wechselndem Erfolg versucht hatte, das Deutschtum vor geistigem Verkümmern zu bewahren, boten jene Zeiten tiefe Erlebnisse und Erfüllung langjähriger Sehnsucht.

Noch im Juni 1913 hatte ich, im Hinblick auf verschiedene unerfreuliche Erscheinungen, in der von mir herausgegebenen Lodzer Zeitschrift „Geistiges Leben“ geschrieben: „Der Deutsche in Lodz nimmt von den Errungenschaften der deutschen Kultur gar nicht oder nur in oberflächlicher Weise Kenntnis. Die Furcht, durch ‚geistigen Ballast‘ sein Lebenswerk weniger klug auszuführen, hält ihn ab, sich mit Fragen der Literatur, Kunst und Wissenschaft zu beschäftigen. Tieferes Empfinden und warmes Fühlen für Volkskultur und Höherführung seiner geistig tiefstehenden und zurückgebliebenen Landsleute sind ihm fremd. Erst wenn die Nötigung dringender wird, wenn er sich der Mithilfe nicht mehr entziehen und bei einer fernerer Weigerung sein gesellschaftliches Ansehen Schaden erleiden kann, nimmt er, unfroh und uninteressiert, an Bestrebungen teil, die seinem innern Wesen fremd sind und fremd bleiben müssen, weil er sie verachtet und belächelt ... Während der Deutsche die geistige Kultur seiner alten Heimat mißachtet und den Zusammenhang mit ihrer lebenden Gegenwart und ihrem geistigen Leben und Streben verloren hat, treten die Polen und Juden seine Erbschaft an. Man vergleiche nur, was Polen und Juden in kultureller

Hinsicht leisten, mit der deutschen Tatenlosigkeit, die sich oft schon zu einer Kulturfeindlichkeit entwickelt hat ...“

Wenn im Deutschen Verein, ohne Vorbild und mit einer manchem nicht willkommenen Zielstrebigkeit, ohne unsicheres Tasten und Zaudern gearbeitet werden konnte, so ist dies nicht zum mindesten dem Aufrütteln der träg- und gleichgültig-gewesenen Massen durch die Kriegserlebnisse vor und während der Schlacht bei Lodz und der aufmunternden und zu Taten drängenden Tätigkeit der erwähnten deutschen Pfarrer zu danken. Den Willen zur Selbstbehauptung zeigten die Lodzer Deutschen erstmalig durch die Gründung der Wochenschrift „Deutsche Post“, für die, nach einem Urteil der Leipziger Zeitschrift „Deutsche Kultur in der Welt“, „drei Ziele gelten mußten: erstens, eine Rechtfertigung der Lodzer Deutschen, von deren Leistungen und deutschem Bewußtsein im Reiche falsche oder unvollkommene Vorstellungen herrschen; zweitens, das zertrümmerte Vereins- und Gesellschaftsleben wieder aufzubauen; drittens, die deutschen Kulturwerke neu zu beleben und zu stützen, wie Schule und Kirche. Diese Aufgaben hat die Zeitung tatkräftig, geschickt und mit Erfolg verfochten.“

So vorbereitet, konnte der Deutsche Verein daran gehen, durch festgefügte, weitverastelte Organisationen den Fortbestand des Deutschtums zu sichern. Von heißer Liebe zu seinem Volke gedrängt, hat ein kleines Häuflein deutscher Männer im Herbst 1915 den Zusammenschluß der Deutschen in Stadt und Land eingeleitet. Schnelles äußeres Wachstum und tiefgreifende innere Entwicklung war der Lohn ihrer aufopfernden Arbeit. Fräulein Grüner irrt, wenn sie — vielleicht beeinflusst durch manches herbe Urteil solcher Volksgenossen, die dem raschen Vorwärtstreben der Führer der deutschen Bewegung nicht folgen wollten und, statt mitzugehen, sich kritisch daneben stellten — sagt, daß weniger in die Tiefe als in die Breite gearbeitet werden konnte. Gewiß fiel manche Saat auf felsigen Boden und unter Dornen und gab es manche Fehlentwicklung, aber immer gelang es noch rechtzeitig, manchmal allerdings mit einem schmerzhaften Schnitt, das Widerstrebende auf die vorgezeichnete Entwicklungslinie zu bringen — aber im großen und ganzen wird jeder Unbefangene und Ernstprüfende zu jeder Zeit finden müssen, daß die kurze Arbeit des Deutschen Vereins und seiner Nebenabteilungen sich ebenso erfolgreich auswirkte wie manche seit Jahrzehnten betriebene Tätigkeit anderer Gründungen.

Zu den von Fräulein Grüner nicht erwähnten selbstgestellten Aufgaben des Deutschen Vereins gehörte auch die Behandlung der Zukunftsfragen und Zukunftssorgen der Deutschen in Polen. Er war es, der zuerst, im Hinblick auf die Unabhängigkeits-erklärung Polens, für ein Zusammengehen mit den polnischen Aktivisten eintrat, da seine leitenden Männer sich sagten, daß schöpferisches Wirken ohne Einvernehmen mit dem werdenden Staat undenkbar sei, von dem sie allerdings verlangten, daß er die kulturellen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des bodenständigen Deutschtums achte und schütze. Richtungsgebend für die Stellung der Deutschen zum Gedanken der polnischen Staatlichkeit war die am 10. Dezember 1916 in Lodz vom Deutschen Verein einberufene große deutsche Versammlung. Der Deutsche Verein hat es hernach erreicht, daß der Polnische Regentschaftsrat ein von ihm vorgeschlagenes Mitglied in den verfassungsgebenden Staatsrat als Vertreter der deutschen Bevölkerung berief. Seine späteren Bemühungen, durch Festlegung im Landtagswahlgesetz den Deutschen im Lande die nationale Kurie zu sichern, versprachen ebensolchen Erfolg wie seine Bestrebungen, das in den Jahren 1915 bis 1918 in seinen Organisationen geschaffene deutsche Gesamtnetz durch

Festlegungen in dem in Aussicht genommenen Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Polen über die nächste Zukunft hinaus zu sichern. Das Streben der Führung des Deutschen Vereins wurde übrigens auch von maßgebender polnischer Seite anerkannt. Meine anlässlich der letzten deutschen Tagungen in Lodz im Oktober 1918 (der „Deutschen Woche“) an den Regentschaftsrat abgesandte Begrüßungsdemesche wurde mit der Versicherung der Toleranz erwidert. (Nebenbei bemerkt: Gerade die Männer, die Ende 1916 es der Leitung des Deutschen Vereins sehr übel nahmen, daß sie, vorausschauend, für ein gutes Verhältnis zu der Führung des polnischen Staates eintrat, lieferten Anfang 1919 die Stricke, mit denen der Deutsche Verein und seine Tochtergründungen erdrosselt wurden.)

Unrichtig ist auch die Behauptung von Fräulein Grüner, „daß mit dem Novemberzusammenbruch alle diese großzügiggedachten und großzügigangelegten geistigen Gebäude (des Deutschen Vereins) wie Kartenhäuser zusammenstürzten.“ Selbstverständlich konnte der Deutsche Verein in der toten Zeit nicht mehr so wie bisher in breiter Öffentlichkeit durch Volksfeste und Vortragsveranstaltungen wirken, wurde er doch fast täglich von polnischen und deutschen Denunzianten direkt oder in seinen leitenden Männern angepöbelt und wochenlang von Spitzeln der polnischen Polizei umlauert. Aber seine Beratungsstelle bestand weiter und wurde von den der Willkür polnischer Nachbarn ausgesetzten Kolonisten rege besucht. Aus ihr entwickelte sich die Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten. Auch die große deutsche Volksbücherei des Vereins in Lodz war nach wie vor geöffnet und stark in Anspruch genommen. Die beiden Jugendheime in Lodz waren den Mitgliedern der Jugendabteilung täglich zugänglich. Die Gesang-, Turn- und Musikabteilung übten nach wie vor. Die von mehreren hundert jungen Leuten besuchten Fortbildungskurse wurden fortgeführt. An Sonntagen fanden die üblichen Veranstaltungen und Wanderungen für die Jugend statt. Neu hinzu kamen gut besuchte unentgeltliche Abendschulen für die aus Deutschland zurückgeströmten Lodzer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, denen sich Zusammenkünfte geselliger Art in den Jugendheimen anschlossen. Das Denken der Lodzer Arbeiterschaft, die in Deutschland die Revolution miterlebt, zum Teil sogar mitgemacht hatte, und mit kommunistischen Ideen in die Heimat zurückkam, konnte in vorsichtiger Weise wieder auf eine gesunde Bahn zurückgeführt werden. Die Verbindung mit den über 200 Ortsgruppen des Vereins wurde aufrecht erhalten. Drei Reisesekretäre besuchten die Volksgenossen auf dem Lande, richteten die eingeschüchterten Kolonisten auf und verhinderten übereilte Entschlüsse hinsichtlich einer Auswanderung. Viele Ferngebliebene begannen erst jetzt einzusehen, mit welchem Segen der Deutsche Verein arbeitete und schlossen sich ihm an. Allein in den Monaten Januar und Februar 1919 wuchs die Zahl der Mitglieder um tausend, so daß der Verein Ende Februar über 30000 Mitglieder zählte. Im März sollte eine Tagung der Hauptleitung stattfinden, in der wichtige Beschlüsse zu fassen waren. An Stelle der „Deutschen Post“, die zu drucken sich alle Druckereien in Lodz fürchteten, weil sie polnischen Boykott erwarteten, wurde eine neue Wochenschrift, der noch heute bestehende „Volksfreund“ gegründet.

Eine wichtige Arbeit erwuchs der Leitung des Vereins anlässlich der Wahlen für den polnischen Landtag. Es war nicht Zufall, daß die Führer und tätigen Mitarbeiter der im Januar 1919 gegründeten „Deutschen Volkspartei“ aus dem Deutschen Verein kamen, der gewissermaßen das Gerüst für die Wahlarbeit bot. Nur durch ihn war es möglich, allein im Wahlbezirk Lodz über 70 deutsche Wahlversammlungen abzuhalten. Nach

Abschluß dieser erfolgreichen Arbeit kamen die Stadtverordnetenwahlen in Lodz und den Nachbarstädten, die überall der Richtung des Deutschen Vereins zum Siege verhalfen. Bei dieser Gelegenheit kam die ungezügelte Wut der Renegaten und Opportunisten gegen den Deutschen Verein zum Ausdruck. Durch planmäßige Wühlarbeit und schmutzigste Angeberei zeichnete die berüchtigte „Neue Lodzer Zeitung“ sich ganz besonders aus. Sie behauptete von sich selbst, ein polnisches Blatt in deutscher Sprache zu sein. Einer ihrer Herausgeber, der Neupole Milker, hatte sich während des Umsturzes eigenmächtig zum Leiter der früheren deutschen Presseabteilung in Lodz gemacht; er behauptete, Akten gefunden zu haben, mit denen er die Leiter der deutschen Bewegung vernichten könnte. Im Verein mit dem polnischen Hetzblatt „Rozwuj“ wurden wüste Angriffe unternommen. Die Saat des Hasses brachte die erwarteten Früchte: eine vom Ministerium des Innern eingesetzte Untersuchungskommission. Der Polizeipräsident in Lodz verfügte von sich aus Haussuchungen, Verhaftungen (Fräulein Grüner spricht irrtümlich von „Untersuchungshaft“) und Eigentumsbeschlagnahme. Da eine Gesetzesverletzung uns nicht nachgewiesen werden konnte und der zuständige Staatsanwalt es ablehnte, gegen uns vorzugehen, so wurde der Polizeipräsident genötigt, sich nach zwölfstägigem Sträuben mit unserer „vorläufigen“ Haftentlassung einverstanden zu erklären.

Schon in den nächsten Tagen, als ich mich mit Hilfe eines eingeschüchterten jüdischen Rechtsanwaltes ergebnislos um Freigabe meines Besitztums bemühte, hörte ich, daß ein weiterer Schlag gegen mich geplant sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht brachte die mir auf besonderem Wege zugegangene Mitteilung, daß der Deutsche Verein aufgelöst und im Innenministerium eine angeblich bei der zweiten Haussuchung in meinem Geschäftsbüro gefundene Denkschrift vorhanden sei, die Handhaben zu einem Vorgehen wegen Staatsverrats bieten sollte. Nach den gemachten trüben Erfahrungen hatte ich nicht Lust, weitere Teile der polnischen Rechtspflege kennen zu lernen und beschloß, die Klärung der Verhältnisse außerhalb der Heimat abzuwarten. Erleichtert wurde mir der Entschluß durch die Stellungnahme derjenigen, die während der Tage unserer Haft sich rüsteten, die Führung der Deutschen anzutreten und denen meine Haftentlassung unwillkommen schien. Ich mußte mir sagen, daß nach der Schließung des Deutschen Vereins etwas Neues zu schaffen sei und daß meine, des Kompromittierten, auch nur indirekte Mithilfe unter den gegebenen Verhältnissen mehr hinderlich als förderlich sein konnte.

Ich weiß, daß dem Deutschen Verein viel nachgetrauert wird, obgleich, oder weil er von den jetzigen Sachwaltern der Deutschen in Kongresspolen totgeschwiegen wird. Es ist ihm viel selbstlose Arbeit zugute gekommen, deren Spuren sich immer nachweisen lassen werden. Wenn ich nicht irre, war es am dritten Tage nach unserer Freilassung, vielleicht zur selben Stunde, in welcher in Warschau die Auflösung des Vereins beschlossen wurde, wo ich die letzte Beratung mit meinen Mitarbeitern hatte und die Inangriffnahme des letzten Werkes des Deutschen Vereins veranlaßte. Nach den neuesten behördlichen Bestimmungen sollten deutsche Schulen nur noch dort bestehen, wo eine gewisse Zahl von Eltern für mindestens 40 Kinder schriftlich den deutschen Unterricht verlangten. Man muß sich die damalige Sachlage vergegenwärtigen: auf der einen Seite die durch die Schließung der deutschen Schulverbände und die Verhaftungen zag und kopscheu gewordenen Kolonisten, auf der anderen ein ziemlich umständliches Verfahren, um den Bestand der deutschen Schulen zu retten. In bewährter Treue und nicht ohne persönliche Gefahr sind die Sendboten des Deutschen Vereins ihrem Versprechen nachgekommen. Überall, wohin sie kamen, wurden sie als Retter begrüßt. So konnte der Deutsche Verein noch mit seiner letzten Tat der deutschen Volksgesamtheit eine wertvolle Erbschaft hinterlassen.

Überhaupt: wenn ich es nicht schon aus anderen Nachrichtenquellen gewußt hätte — Fräulein Grüners Aufsatz liefert den Beweis, daß auch alles übrige von dem, was das Deutschtum in Kongresspolen gegenwärtig an positiven Werten aufzuweisen hat, auf den Deutschen Verein zurückgeht. Die große neue Arbeit, von der vor einem Jahre so viel die Rede war und um deretwillen ich mich schweigsam verhielt, um sie zur vollen Entfaltung kommen zu lassen, ist leider ausgeblieben. Und sie muß getan werden, weil bei ihrem Ausbleiben das Deutschtum in Polen in den am Anfang meiner Ausführungen gezeichneten unfruchtbaren Zustand der Vorkriegszeit zurückgeworfen wird.

Wenn ich Fräulein Grüners Stimmungsbilder hier und da berichtigen mußte, so weit es sich um Tatsächliches handelte, so entsprang es der Pflicht, der in Lodz, wo man dem Deutschen Verein gegenüber so viel versäumt und verschuldet hat, umsichgreifenden Legendenbildung entgegenzutreten. Aus begreiflichen Gründen kann auch heute noch nicht über alles gesprochen werden. Eine umfassende Schilderung der deutschen Bewegung bietet mein seit November 1919 im Manuskript abgeschlossenes und im Auftrag des Deutschen Ausland-Instituts erscheinendes Werk über das Deutschtum in Kongresspolen.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

Die englische Regierung zahlte an ihre Agenten für jeden Deutschen 10 Dollar, sobald er von den Agenten avisiert und später von den Engländern auch wirklich abgefangen wurde. Da diesem Schicksal durchweg alle aus Neuyork kommenden Deutschen verfallen sind, kann man sich vorstellen, welche Summen die englischen Agenten durch ihre schmutzige Arbeit einkassiert haben.

Genau 10 Tage nach Abfahrt der „Ryndam“ traf die Meldung ein, daß sie von englischen Kreuzern aufgebracht und in einen englischen Hafen bugsiert worden ist. Die 754 Passagiere wurden prompt abgeliefert und die „Ryndam“ durfte ihre Fahrt fortsetzen. Im Gefangenenlager haben inzwischen alle Zeit und Muße

gehabt, über ihr voreiliges und unüberlegtes Handeln nachzudenken. Ich habe mir den Fall „Ryndam“ zur Lehre dienen lassen. Obwohl ich auch nichts unversucht lassen wollte, um meine Überfahrt zu ermöglichen, so hatte ich mir doch vorgenommen, falls sich kein Ausweg fand, lieber in Neuyork zu bleiben als mit dem Risiko abzufahren, auf das sich jene Deutschen eingelassen hatten. Zunächst ging ich noch einmal zum Lloyd italiano und bat während einer Überfahrt um Anstellung als Kohlenschüpper oder dergleichen. Anfangs sah mich der Beamte etwas bestürzt an, doch dann verstand er — lächelnd bedauerte er außerordentlich, von meinen gewiß schätzenswerten Diensten keinen Gebrauch machen zu können; ganz beiläufig aber fügte er hinzu, daß seit

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20 und 22.

Ausbruch des Krieges das Personal auf den Dampfern der Linie nur aus Italienern oder Bürgern anderer neutraler Staaten bestehe. Ich war also erkannt und konnte wie ein begossener Pöbel wieder meiner Wege gehen.

III. Kapitel.

Amerikanisches Bürgerrecht und Reisepaß.

Nach den ersten Wochen spielten Bürgerpapiere und Reisepässe eine große Rolle, wer sie nicht besaß, war, wie gesagt, unterwegs den größten Unannehmlichkeiten ausgesetzt. Nun ist die Zahl der Deutschen, die fünf und mehr Jahre in den Vereinigten Staaten leben, Legion; die wenigsten von ihnen haben sich jedoch dazu entschließen können, amerikanische Bürger zu werden.

Ich habe mir in jenen Augusttagen alle erdenkliche Mühe gegeben, um Deutsche zu finden, die ungefähr in meinem Alter standen und im Besitze des Bürgerrechtes waren; trotz meines großen Bekanntenkreises fand ich niemand, und selbst wenn ich jemand gefunden hätte, erschien es sehr fraglich, ob mir der Betreffende seine Papiere zur Verfügung stellen würde. Ich mußte also andere Mittel und Wege einschlagen, um mich auf schnelle Art und Weise in den Besitz eines Bürgerpapiers zu setzen; die Beziehungen, die ich hatte, gaben mir berechtigte Hoffnung dazu.

Auf dem Ferryboot, das von Staaten Island nach Newyork fährt, traf ich eines Tages einen mir bekannten Polizeioffizier, dessen Hilfe ich in Anspruch nehmen wollte, um mein Ziel zu erreichen.

„Mein lieber Captain,“ sagte ich, „ich befinde mich in einer sehr prekären Lage, ich kenne Ihr edles Menschenherz und weiß, daß Sie mir eine Bitte nicht abschlagen werden.“

„Sie wissen,“ antwortete der Captain, „ich tue alles für Sie, was in meiner Macht steht. Um was handelt es sich?“

„Nun, ich will Ihnen verraten, Captain, daß ich drüben in Deutschland große Ländereien habe, die seit Jahren ein Mann verwaltet, dem ich mein größtes Vertrauen schenken konnte. Dieser Verwalter ist nun infolge des Krieges plötzlich zum Heeresdienst eingezogen, ich habe niemand mehr, der dort noch nach dem Rechten sehen kann; die Russen und Franzosen stehen bereits vor den Toren Deutschlands und ich muß annehmen, daß auf meinen Besitzungen alles drüber und drunter geht. Wenn Sie nicht wollen, daß ich mit einem Schlage ein armer Mann werde, so helfen Sie mir und verschaffen Sie mir die Möglichkeit, als neutraler Bürger in meine Heimat zurückkehren zu können.“

Mag der Captain an der Glaubhaftigkeit meiner Worte gezweifelt haben, mein todernstes, fast verzweifelndes Gesicht mußte ihn von der Wahrheit überzeugen.

„Sie selbst brauchen und wollen also nicht ins Heer eintreten?“ fragte er mich.

„Sie kennen mich als nüchtern denkenden Menschen, Captain. Sie werden mich also nicht für so töricht halten und annehmen, ich führe lediglich nach Deutschland, um später einer französischen Kugel als Ziel zu dienen.“

Forschend sah er mich an, denn er weiß, die Deutschen sind komische Leute, sie sind bereit, ihr Leben zu opfern, sobald das Vaterland ruft.

„Ich werde Ihnen helfen,“ sagte er, „wenn Sie mir versprechen, sich nicht der Gefahr des Krieges drüben auszusetzen.“

Ich versprach's. Der Captain gab mir seine Karte, schrieb eine Adresse darauf und bat mich, zur weiteren Erledigung meines Anliegens mich an diese Adresse zu wenden.

Bewaffnet mit der Empfehlung des allmächtigen Polizei-

offiziers ging ich zu dem Mann, der mir weiterhelfen sollte. Als ich vor ihm stand und seine robuste Erscheinung sah, wußte ich, mit wem ich die Ehre hatte, Bekanntschaft zu machen. Mir wäre das Wort „Grafter“ beinahe aus dem Munde gefallen, so sehr ließ das Ansehen des Mannes auf seinen Beruf schließen.

Ein „Grafter“ ist zu Deutsch ein „Schieber“; in den Vereinigten Staaten kommt dieser Art Leuten eine besondere Bedeutung zu. Leute, die in der Klemme sind, kommen oft ohne sie nicht aus, wohl oder übel mußte ich mich auch in die verfänglichen Arme eines solchen Grafters begeben. Es ist kein leichtes Arbeiten mit ihnen, sie sind die gerissensten Brüder auf dem ganzen Kontinent und mit allen Hunden gehetzt, ihre Parole heißt: übervorteile deine Mitmenschen und schädige sie, so viel du kannst. Man wird sich vorstellen können, mit welchen Gefühlen man an einen solchen Mann herantritt.

Als ich mein Anliegen vorbrachte und von meinen großen Besitzungen sprach, die meine Anwesenheit notwendig erscheinen ließen, merkte ich, wie sich das Gesicht Mister Blacks leicht verklärte und wie er im geheimen bereits seine Schlüsse zog. Das lag auch zunächst in meiner Absicht, denn nur so konnte ich ihn bewegen, mir weiter zu helfen. Außerdem ließ die Empfehlung eines Polizeioffiziers keine Zweifel über die Wahrheit meiner Angaben aufkommen; er nannte mir den Namen eines Advokaten und bat mich, mich sofort in dessen Büro zu begeben. —

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es mir, die nötigen Bürgerpapiere und Reisepaß — ausgestellt auf den Namen eines Bürodieners, dessen Personalbeschreibung allerdings sehr wenig auf den neuen Inhaber paßte — zu erwerben und eine Fahrkarte bei der Dänisch-Amerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft nach Kopenhagen zu bekommen. Diese Route schien mir die günstigste, da auf dieser weder die Straße von Gibraltar noch der Kanal zu passieren war.

IV. Kapitel.

Auf der Fahrt nach Europa.

Nur mit einem Handkoffer ausgerüstet, trat ich meine Reise an. Kurz nach 11 Uhr traf ich am Pier ein und begab mich sofort an Bord. Allmählich trafen die ersten Passagiere ein, die Vorhalle füllte sich, man drängte zur Gepäckaufgabestelle, um die letzten Koffer zu verladen. Zur abermaligen Kontrolle über die Passagiere bzw. ihrer Fahrscheine hatte sich vor der Landungsbrücke ein Herr aufgestellt, der mir bereits beim Kauf meines Fahrscheines Schwierigkeiten in den Weg zu legen versucht hatte. Ich zog es auch jetzt noch vor, mich möglichst der Sicht dieses Herrn zu entziehen, denn er schien eine besondere Vorliebe dafür zu haben, seinen Mitmenschen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ich beobachtete folgenden Fall. Ein hübscher, blonder junger Mann mit hellen blauen Augen und frischen, roten Backen tritt an den Beamten heran und zeigt seinen Fahrschein. Ein Blick und der Beamte fragte:

„Wie kommen Sie zu dem Fahrschein? Er kann Ihnen unmöglich gehören, denn er wurde gestern von einem ganz anders aussehenden Herrn gekauft. Sie sind nicht Sennor Pandora, als der Sie sich ausgeben.“

„Weshalb soll ich nicht Sennor Pandora sein,“ antwortete dieser ruhig und gelassen, „und weshalb soll ich mir nicht meinen Fahrschein durch einen Freund besorgen lassen, wenn ich selbst infolge Zeitmangels daran behindert bin?“

„Seit Ausbruch des Krieges geben wir einen Fahrschein nur aus, wenn dieser vom Passagier persönlich von uns geholt wird. Wir begeben uns sonst jeglicher Kontrolle über unsere Pas-

sagiere und würden allen Leuten, die eine Umgehung der bestehenden Bestimmungen versuchen möchten, Vorschub leisten. Ich kann Sie somit nicht als Sennor Pandora ansehen und muß Ihnen das Betreten des Dampfers verweigern.“

Dieses Gespräch hatte ein weiter rückwärts stehender Herr gehört, ein Herr mit brauner Gesichtsfarbe, kohlrabenschwarzem Haar und ebensolchen Augen, der Typus eines Süd-Amerikaners. Kurz entschlossen geht er auf den blonden Herrn zu, drückt ihm die Hand und sagt im schönsten Spanisch:

„Hallo, Sennor Pandora, das ist ja ein fabelhaftes Glück, daß ich Sie hier wiedersehe, wie geht es Ihnen und wo wollen Sie hin?“

Der so Angesprochene war im ersten Moment völlig verblüfft, denn der andere Herr war ihm vollkommen fremd, er war nie

in seinem Leben mit ihm zusammengekommen. Doch dieses Erstauntsein währte nur den Bruchteil einer Sekunde, dann kapierte er und kräftig schüttelte er dem Fremden die Hand und gab auch seiner Freude über das zufällige Wiedersehen in bedrungenen Worten Ausdruck.

Der Beamte machte ein entschieden erstauntes Gesicht und fragte den fremden Herrn, ob er Sennor Pandora kenne.

„Nun selbstverständlich,“ antwortete dieser, „wir waren lange Zeit in Maracaibo zusammen und sind gute Geschäftsfreunde.“

„Nun, danke bitte ich um Entschuldigung, Sennor Pandora,“ sagte der Beamte, „dann können Sie natürlich an Bord gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Elsaß-Lothringen.

Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird geschrieben, und man darf hier mit Absicht gerade diese Quelle zitieren, daß im Elsaß große Erregung herrsche. Die Leiter der Volksschulen erhielten vor kurzem die amtliche Mitteilung, der deutsche Unterricht habe erst in der vierten Schulklasse zu beginnen. Der Akademierektor hatte die Einführung des deutschen Unterrichts zuerst nach 1½ Jahren festgesetzt, dann kam während der Ferien eine Verordnung, daß mit der deutschen Sprache erst im dritten Schuljahr zu beginnen sei und jetzt wird durch die neue Verordnung die Einführung abermals um ein Jahr verschoben. Dabei bedenke man, daß die elsässische Muttersprache nichts anderes als ein deutscher Dialekt ist, daß also das Hochdeutsche die schriftliche Muttersprache darstellt, die das Schulkind erst mit dem vierten Schuljahr erlernen darf! Die elsässische Presse protestiert lebhaft gegen die Verordnung, die Abgeordneten hätten verlangt, daß der Ausgangspunkt des Unterrichts die Muttersprache sein müsse, der Akademierektor und der Unterstaatssekretär hätten festgestellt, daß sie sich mit den Abgeordneten in voller Übereinstimmung befänden, und nun komme plötzlich diese Verordnung!

Frankreich.

Unter den Gesetzesvorschlägen, die in der französischen Kammer noch zur Behandlung kommen sollen, interessiert besonders derjenige, der die künftige Rechtsstellung der Ausländer in den französischen Kolonien betrifft.

Die französische Presse betont, daß genugsam bekannt sei, welche verhängnisvolle Rolle vor dem Kriege gewisse Deutsche und mehr oder minder verkappte deutsche Gesellschaften gespielt hätten. Es sei deshalb durchaus notwendig, daß man jetzt, nach Beendigung des Krieges, daran ginge, die Stellung dieser Ausländer festzulegen und die Wiederholung alter Schäden hintanzuhalten. Bisher sei allerdings in dieser Richtung tatsächlich noch nichts geschehen; nur Marokko habe am 11. Juni 1920 einen Dahir erlassen, nach dem Deutsche sich dort nur auf Grund einer von der scherifischen Verwaltung auszustellenden, jederzeit widerruflichen Genehmigung aufhalten dürfen. Überall sonst aber sind die Dinge beim alten geblieben, obwohl die Artikel 276 und 277 des Versailler Vertrages Frankreich gestatten, ohne Gegenseitigkeit alle notwendigen Beschränkungen anzuordnen. Der „Temps“ vom 18. 9. schreibt:

„Während wir anscheinend zögern, unsere Türen der möglichen Wiederholung von Mißbräuchen aus der Vorkriegszeit zu schließen, haben Großbritannien, seine Dominions und Hongkong

neue Bestimmungen in Kraft treten lassen, nach denen Deutsche auf britischem Boden eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von höchstens 3 Monaten brauchen, die noch dazu jederzeit zurückgezogen werden kann. Der Erfolg dieser von unseren Alliierten ergriffenen allgemeinen Maßregel kann jedoch nur der sein, daß alle Deutschen, die von den englischen Behörden als unerwünscht behandelt werden, französischen Gebieten zufließen, wenn dagegen nicht gute Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Daraus erklären sich die Bestrebungen, die seit einigen Monaten sich in der französischen Kolonialwelt bemerkbar machen. Der Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der Fremden in Frankreich enthält einen Artikel, nach dem die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die Kolonien Anwendung finden. Diese Ausdehnung ist ein für allemal willkommen. Trotzdem wird ein Vorbehalt nötig sein. In dem erwähnten Gesetzentwurf, der vom Januar 1920 datiert, ist vorgesehen, daß eine einmal erteilte Aufenthaltserlaubnis für Ausländer unbegrenzte Gültigkeit hat. Es wäre offensichtlich unklug, diese Art der endgültigen Erlaubnis auch mit Bezug auf die Kolonien zu gewähren. Das englische Beispiel beweist, daß in den überseeischen Besitzungen Wachsamkeit noch viel notwendiger ist als in der Hauptstadt, und daß den örtlichen Behörden ein rechtliches Mittel an die Hand gegeben werden muß, dem Aufenthalt Fremder, die sich als unerwünscht erweisen, ein Ende zu machen. Andererseits ist das Mittel einer Verordnung in den Händen der Generalgouverneure in einer derart heiklen Materie nur dann etwas wert, wenn es auf dem Wortlaut eines formalen Gesetzes basiert. Aus diesem Grunde wäre es zweifellos gesetzgebend wichtig, dem Entwurf, falls das Parlament ihm zustimmen beschließt, eine Spezialbestimmung einzuschalten, die für die Kolonien gegenüber deutschen Staatsangehörigen neben der unbeschränkten Aufenthaltserlaubnis eine zeitlich begrenzte, d. h. widerrufliche Aufenthaltserlaubnis vorsieht.“

England.

Die englische Presse befaßt sich stark mit dem Echo, das der englische Schritt des Verzichts auf künftige Konfiskation deutschen Eigentums in Frankreich hervorgerufen hat. Die Blätter betonen, daß der Friedensvertrag jedem Lande das Recht des eigenen Vorgehens gäbe und heben hervor, daß General Smuts für Südafrika viel weiter gegangen sei als England, und daß auch Frankreich Bulgarien gegenüber ähnlich gehandelt habe wie jetzt England Deutschland gegenüber. Freilich verlangt die „Times“ in solchen Fällen gemeinsames Vorgehen aller Alliierten, um Verstärkungen zu vermeiden. Die Blätter weisen aber auch darauf, daß der Schritt Englands eine Notwen-

digkeit war, denn das deutsche Kapital wurde eben nicht in England, sondern in Holland angelegt, solange die Unsicherheit bestand, und das schädigte die englische Valuta, die sich sofort nach dem Bekanntwerden des Schrittes der englischen Regierung hob. Auf wirtschaftlichem Gebiete liegen natürlich vor allem die Gründe Englands zu diesem Schritte und wirtschaftliche Nachteile befürchtet auch Frankreich, da der deutsche Handel sichere Plätze bevorzugen wird. Deshalb die Enttäuschung, daß England ohne Befragen Frankreichs vorangegangen ist.

Einer offiziellen Mitteilung zufolge sind Verhandlungen zwischen England und Deutschland über die Freigabe des sog. kleinen Eigentums (Möbel und persönlicher Hausrat) bis zur Höchstgrenze von 500 Pfund Sterling im Gange, ein Abschluß steht bevor. Es handelt sich um den heutigen Sachwert.

Niederlande.

Eine Reihe bekannter holländischer Gelehrter aller Wissenschaften hat einen Aufruf zur Hilfeleistung für die notleidende deutsche Wissenschaft erlassen, in dem es laut Börsenblatt für den deutschen Buchhandel heißt: „Deutschland ist arm geworden. Auch diejenigen, denen die Werke des Friedens obliegen, die Arbeiter auf dem Felde der Wissenschaft, sind Opfer dieses Rückganges.“

Wir, die wir unter Zurückstellung von Sympathien und Antipathien die große Förderung dankbar anerkennen, die seit mehr als einem halben Jahrhundert von deutschen Gelehrten der Wissenschaft gegeben wurde, können nicht unterlassen, die Folgen dieses Rückganges mit Besorgnis zu betrachten. Es ist leider jetzt bereits so weit gekommen, daß in den deutschen Laboratorien Mangel an allem herrscht, was für wissenschaftliche Untersuchungen notwendig ist, und daß für die Bibliotheken sogar der Ankauf von ausländischen Büchern und Zeitschriften unterbleiben muß.

Deshalb meinen die Unterschriebenen, daß es uns geziemt, zugunsten der einigen und unteilbaren Wissenschaft, die keine Nationen und Grenzen kennt, die hilfreiche Hand zu bieten. Zu diesem Zweck schlagen die Unterzeichneten vor, einen Fonds zu errichten, der von einem sachverständigen Ausschuß verwaltet werden soll, der an Ort und Stelle beurteilen kann, wo die Not am meisten drängt. Wir sind davon überzeugt, daß die niederländischen Gelehrten und alle, die am Fortschritt der Wissenschaft Interesse haben, uns gern mit einem finanziellen Beitrag helfen und dadurch beweisen wollen, daß in diesen Zeiten der Tribut der Dankbarkeit noch nicht abgeschafft ist.“

Dänemark.

Der deutsche gewählte Folkething Vertreter Pastor Schmidt sprach am 21. Oktober unter allgemeiner Aufmerksamkeit zum ersten Male im Hause. Er sprach es offen aus, daß er der Vertreter eines Volkes sei, das wider seinen Willen unter dänische Herrschaft gekommen sei, das aber volle Gleichberechtigung und Kulturfreiheit fordere und die Hoffnung auf Grenzberichtigung nie aufgeben werde. Die Deutschen wünschten Frieden und Verträglichkeit als Voraussetzung für gegenseitige Achtung und gegenseitiges Verständnis.

Schweden.

In seiner Herbstsitzung beschloß das Schwedische Rote Kreuz auf Antrag seines Vorsitzenden, des Prinzen Karl, der damit einer Anregung des schwedischen Gesandten in Berlin folgte, das Schloß „Sonnenheim“ in Thüringen für 500 000 Mark anzukaufen, um es als Pflgeanstalt für skrophulöse deutsche Kinder einzurichten. 100 000 Mark sollen zum Ausbau ver-

wendet werden. 30 000 Kronen wurden als Zuschuß für deutsche Wohlfahrtseinrichtungen, zum Einkauf von Lebensmitteln, genehmigt.

Lettland.

In den Baltischen Blättern hatte Baron Konradin von Bistram in einer politischen Betrachtung den Satz aufgestellt: „Wir Balten sind Balten und keine Deutschen.“ Der falsche Glaube, daß die Balten Deutsche seien, habe ihnen den Haß der Letten zugezogen, die sie jetzt als Feinde und Landesverräter kennzeichneten, „mit Recht, wenn wir uns als Deutsche, mit Unrecht, wenn wir uns als Letten fühlen“. In der Rigaischen Rundschau meint ein so berufener lettisch-deutscher Politiker wie Dr. Paul Schemann zu dieser These, von der der Verfasser glaubte, sie werde viel Empörung hervorrufen, sie biete gar nichts Neues. Der Autor habe nur seine eigenen Gedanken nicht zu Ende gedacht. Wenn der Verfasser selbst behauptete, daß Bildung und Besitz der „Balten“ aus Deutschland kamen und daß die Muttersprache, die man sich nie nehmen lassen würde, die deutsche sei, so bleibe dadurch doch der Gegensatz als solcher unzweifelhaft bestehen. Es werde nichts helfen, wenn man sich den Letten gegenüber als „baltische Kulturangehörige“ proklamieren wolle, wo die Letten gerade jetzt eben doch „baltische Kultur“ so sehr an gegriffen hätten. Die Deutsch-Balten hätten sich eben doch stets bewußt von der Mischung mit anderen Kulturen zurückgehalten. Eine andere Frage sei es, ob es geraten sei, für die Zukunft eine bewußte eigene Kultur schaffen zu wollen, wie sie der Philosoph Graf Keyserling in privaten Unterhaltungen angeregt habe, indem er unter Hinweis auf Belgien, wo Franzosen und Flamen zusammen eine belgische Kultur, belgische Kunst und Wissenschaft geschaffen hätten, eine „Belgisierung des Ostens“ empfohlen habe. Die Verwirklichung solcher Ideen liege jedenfalls noch in weiter Ferne. Jetzt stehe lediglich das staatliche Zugehörigkeitsempfinden in Frage. Nichts sei aber unglücklicher, als jetzt das Wort „Balten“ zur Charakterisierung der staatlichen Zugehörigkeit zu wählen, wo es sich um eine scharfe Scheidung in Estländer und Lettländer handle. Das Staatsbewußtsein für die neue Heimat zu wecken, sei die „Rigaische Rundschau“ begründet worden. In allen politischen Fragen ständen ihr die Interessen des Gemeinwesens, zu dem auch die Deutschen gehörten, an oberster Stelle. Trotz der geringen Erfolge, die diese Politik gezeitigt habe, sei es klar, daß es keine andere Politik gebe, wenn anders die Deutschen im Lande bleiben wollten. Die Politik ehrlicher Staatlichkeit werde auf die deutschen Bürger lettischer Nationalität auf die Dauer ihre Anziehungskraft nicht verfehlen.

Über das Kolonisationswerk der baltischen Grundbesitzer und seinen jetzigen Stand berichtet die „Litauische Zeitung“, daß Kolonien seit 1913 auf den Gütern des Kreises Perbonen, Post-, Alt- und Krussat-Drogen und Remes bestanden. Die Kolonisten stammten aus Wolhynien und waren russische Untertanen. Sie waren ausschließlich Pächter und wohnen zum Teil noch in Notbaracken und primitiven Gebäuden, an deren Verbesserung sie der Krieg hinderte. Sie besitzen in Perbonen, Puhnen und Remes eigene Schulen. Die wenigen nach dem 1. August 1915 eingetroffenen Kolonisten verkaufen ihre Wirtschaftsgeräte und rüsten sich zur Abreise. Die alten Kolonisten haben fast alle, soweit sie in wehrfähigem Alter standen, am Kampf gegen die Bolschewisten im lettischen Heere teilgenommen und haben jetzt um ihre Aufnahme in den lettischen Staatsverband nachgesucht. Ihre Länder werden jetzt vermessen und womöglich, soweit sie weniger als 60 Lofstellen haben, ver-

größert. Das Verhältnis zwischen Kolonisten und Letten soll sehr gut sein, gegenseitige Heirat soll das öfters bestätigen.

Polen.

Mitte Oktober stand in der Sitzung des Sejm die Frage der Verfassung der polnischen Republik auf der Tagesordnung. Das Haus war voll besetzt, handelte es sich doch um den großen Kampf um das Ein- oder Zweikammer-System. Die vereinigten Parteien des Zentrums und der Linken beantragten im Artikel 2 der Verfassung, wo es heißt: „Die Organe des Volkes im Bereiche der Gesetzgebung sind der Sejm und der Senat“, das Wort Senat zu streichen. Namentliche Abstimmung fand statt und mit 195 gegen 189 Stimmen ergab sich eine Mehrheit von 6 Stimmen für den Senat. Ein ungeheurer Lärm brach in dem Hause aus und der Hauptsturm richtete sich gegen den ehemaligen Minister des preußischen Teilgebietes Kucharski, den man beschuldigte, daß er die 6 deutschen Abgeordneten aus Pommerellen, die für den Senat stimmten, durch Zusage weitgehender Konzessionen bestochen habe. Die geringe Mehrheit kam nur durch das Zusammengehen der pommerellischen Deutschen mit den rechtsstehenden polnischen Parteien zustande, und das ist die Erklärung dafür, daß die Abstimmung von der gesamten polnischen Presse mit einer Betrüchtigung über die Vertretung der Deutschen im Parlament begleitet wurde. Die beiden Vertreter der Stadt und des Landkreises Lodz haben gegen den Senat und gegen das Zweikammer-System gestimmt. Bezeichnend ist, daß die ausgesprochen nationalistischen Blätter der Abstimmung der Deutschen, die doch zu ihren Gunsten den Ausschlag gab, mit keinem Worte gedenken. Die Trennung der kleinen deutschen Achtmänner-Fraktion in zwei Lager war schon seit Wochen vorausgesehen, da man von dem konservativen Element der abgetretenen preußischen Gebiete diese Abstimmung erwartete. Natürlich hat die Abstimmung auch unter den Deutschen selbst lebhaftes Aussprechen ausgelöst und hat zunächst den Deutschen das Bewußtsein gegeben, daß sie zwischen rechts und links im polnischen Sejm einen nicht zu unterschätzenden Bestandteil darstellen und daß sie trotz ihrer geringen Zahl zwischen den beiden Extremen eine ausschlaggebende Rolle spielen können. Die Deutschen Polens fordern auch unter diesen Umständen wiederholt Gleichberechtigung in politisch-bürgerlicher Beziehung.

Die deutschen Sejmabgeordneten haben am 21. Oktober zwei Interpellationen eingebracht. In der ersten Interpellation wird die Regierung gefragt, ob ihr das Vorgehen des Ansiedlungsamts bekannt sei, das polnischen Bürgern deutscher Abstammung bei der Reise nach dem Großherzogtum Posen, wo sie Immobilien kaufen wollten, alle erdenklichen Schwierigkeiten mache mit dem Hinweis, der Landerwerb sei Polen deutscher Abstammung untersagt. Ein dieses gesetzwidrige Vorgehen belegendes Beispiel wird angeführt und die Regierung wird gefragt, was sie zu unternehmen gedenke, um dieser Ungesetzlichkeit und Eigenmächtigkeit gegenüber den Bürgern Polens deutscher Nationalität ein Ziel zu setzen.

Eine zweite Interpellation wendet sich an den Minister des Innern und macht auf die Ermordung des Kolonisten Rudolf Haupt im Dorfe Laszinsk des Kalischer Kreises aufmerksam. Drei Polizisten kamen zu dem Mann, der gerade im Hofe Holz zerkleinerte, und forderten ihn unter Drohungen auf, seinen Personalausweis zu zeigen. Der eingeschüchterte Mann ging nach seiner Wohnung, konnte aber in seiner Verwirrung nicht gleich seinen Ausweis finden und lief aufs Feld hinaus. Als ihn die Polizisten sahen, begannen sie wild zu schießen und töteten den Haupt.

Als dessen Vater und dessen schwangere Frau dem zu Boden Sinkenden zu Hilfe eilen wollten, hielten die Polizisten sie ab mit den Worten: Alle Deutsche müßten erschossen werden. Haupt starb nach halbstündigen Qualen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in einem benachbarten Dorfe. Die Interpellanten ersuchen um schleunige Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen, um Verhütung derartiger Ereignisse durch Erlass entsprechender Vorschriften und um Schritte zur Beruhigung der mißhandelten und eingeschüchterten evangelischen Bevölkerung jener Gegend.

Die deutschen Sejmabgeordneten haben dem Unterrichtsministerium eine Denkschrift über das deutsche Schulwesen in Kongreßpolen überreicht, die auch dem Marschall und dem Ministerpräsidenten abschriftlich zugestellt wurde. Es wird darin betont, daß die Abgeordneten nun seit über einem halben Jahre auf die Antwort des Ministers auf die Beschwerde der Lodzer Elternversammlung vom 25. März warteten und daß sie in Kürze einer befriedigenden Antwort entgegensehen. Ihr Büro sei förmlich mit Beschwerden über die ungesetzliche Tätigkeit örtlicher Schulbehörden gegenüber deutschen Schulen überschüttet. Mitglieder von Schulräten äußerten sich öffentlich in unmoralischer Weise abfällig über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache und forderten zu ihrer Bekämpfung auf. Eine ganze Reihe von Klagen von Bürgern wird in der Anlage zu der Denkschrift mitgeteilt und es wird ernstlich gefordert, daß der Verfolgung von Bürgern Polens wegen ihrer Sprache und ihres Glaubens ein Ende bereitet werde. Die deutschen Kopfarbeiter, Handwerker und Industriellen seien loyale Staatsbürger, die zur Hebung der Kultur, der Industrie und des Handels in Polen viel beigetragen hätten. Ihr erstes Werk sei die Erbauung von Schulen und Bethäusern gewesen. Diese Schulen müßten als teuerster Schatz des Volkes unbedingt den Kindern erhalten bleiben. Man müsse aber am guten Willen der Regierung zweifeln und verzweifeln, wenn man sehe, daß Schulen und Schulland fortgenommen und Altäre und Einrichtungsgegenstände in brutaler Weise aus den Bethäusern geworfen und diese in Ställe umgewandelt würden, wenn man sehe, daß Kinder gezwungen würden, in einer Sprache zu lernen, die sie nicht beherrschten, daß man evangelische Kinder zwingt, katholische Gebete mitzusprechen und sie in der Schule um ihres Glaubens und ihrer Sprache willen verfolge. Dabei hätten die Deutschen in der Armee als Freiwillige mitgekämpft und hohe Beträge der Staatsanleihe gezeichnet und stets ihre Bürgerpflicht dem Staate gegenüber erfüllt. Die deutschsprechende Bevölkerung werde nun gezwungen sein, zur Selbsthilfe zu schreiten, in Sejm und Presse öffentlich aufzutreten und an den Völkerbund heranzutreten. Bevor sie aber das wehen Herzens tue, wende sie sich noch einmal mit einer Bitte an die Regierung, die üblen Zustände, um die es sich handle, abzustellen.

Tschechoslowakei.

Der Prager Stadtrat hat, wie wir der Augsburger Postzeitung entnehmen, in seiner Sitzung vom 16. Oktober beschlossen, das Prager erzbischöfliche Konsistorium zu ersuchen, auf die tschechische Geistlichkeit einzuwirken, auf dem Worschaner Friedhof keine deutschen Leichengebete zu gestatten.

Ungarn.

Der Tag des Friedensschlusses und damit der erzwungenen Abtretung Westungarns an Deutschösterreich rückt näher. Da veröffentlichen die Abgeordneten Dr. Huber, Scholz, Thomas und Sawel, Vertreter westungarischer Wahlkreise und sämtlich der christlich-sozialen Partei angehörig, in der Pester Zeitung

vom 9. November einen „Vorschlag zur Lösung der westungarischen Frage“, um in letzter Stunde einen dauernden unseligen Zwist zwischen Österreich und Ungarn zu vermeiden und Deutsch-Westungarn zu einer Brücke, anstatt zu einem Keile werden zu lassen. Sie schlagen vor, das strittige Gebiet nicht an Österreich anzuschließen, sondern es unter Wahrung der Rechte der Kroaten in Form eines autonomen Komitats bei Ungarn zu belassen, und zwar „als integrierenden Bestandteil der St. Stefans-Krone“. Um zu verhindern, daß diese politische Lösung Österreichs Ernährungsfrage bedenklich beeinflussen, sollten durch gegenseitige Vereinbarung die wirtschaftlichen Interessen Österreichs in diesem Gebiet sichergestellt werden. Um strategische Bedenken Österreichs für Wien zu zerstreuen, solle die Besetzung des Gebietes nur aus einheimischer Miliz bestehen. Der Vorschlag hat jedoch wenig Aussicht, in Österreich auf Gegenliebe zu stoßen.

Rumänien.

Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbrief entnehmen wir die nachfolgenden interessanten Angaben: „In drei bis vier Transporten kommen jetzt die schwäbischen Hochschüler nach Deutschland. Sie sind berufen, den deutschen Gedanken in Zukunft hochzuhalten. Die Lage ist jetzt eben nicht rosig. Die Wahlen haben keine Erfolge gebracht. Der Streit zwischen der großdeutschen Volkspartei und der Autonomiepartei hat lähmend gewirkt. Einigungsversuche, zu deren Inangriffnahme der Führer der Volkspartei, Dr. Brandsch, selbst nach Temesvar kam, sind anscheinend nicht weitergekommen, jedenfalls verlautet darüber nichts. Die Autonomiepartei hat hier die Führung und versucht natürlich auch die Beamten für sich zu gewinnen. Die Volkspartei hat sich in ihrem Gefüge leider etwas gelockert. Die wenigen allerdings, die ihren Grundsätzen treu blieben, harren aus und erhoffen alles von der Jugend. Dieses Jahr gehen über 40 Hochschüler nach Deutschland. Die Zahl der Realgymnasiasten hat sich in diesem Jahre verdoppelt (über 700 Schüler), die der Handelsschüler ebenso. Die Jungen sind stramm und national zuverlässig. Im allgemeinen ist überhaupt ein Fortschritt nicht zu verkennen. Die deutschen Volksschulen in Temesvar weisen einen um 100 % stärkeren Besuch auf als im Vorjahr. Die Bürgerschulen in der Provinz sind durchweg deutsch geworden, selbst ein großer Teil der Klosterschulen führte die deutsche Unterrichtssprache ein. Viele deutschen Gemeinden beschloßen die Einführung der deutschen Amtssprache, die allerdings nur dort zur Durchführung kommt, wo die Intelligenz deutsch ist. Das Volk aus dem flachen Lande ist viel deutscher gesinnt als die Intelligenz, namentlich die Dorfggend hält mit viel Begeisterung mit und schließt sich in deutsche Vereine zusammen. Wir sind nicht müde! Wenn nur in Deutschland der Ernst der Lage und die Größe der Aufgabe begriffen würde und nicht so kleinliche Haarspalterpolitik getrieben würde.“

Auch in Mediasch hat nun die gesamte Bevölkerung lebhaft gegen die in letzter Zeit stark betriebene Romanisierung des gesamten Lebens protestiert. Am Sonntag, den 30. Oktober, fand eine Massenversammlung statt, in der der Abgeordnete des Kreises, Dr. Binder, referierte und in der auch in der Diskussion die einmütige Haltung der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck kam. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die die Durchführung der Benennung der Straßennamen in den drei Landessprachen rumänisch — deutsch — ungarisch fordert. Die historischen Namen der von den Sachsen erbauten inneren Stadt dürfen nicht romanisiert und geändert werden, das wäre ein Schlag ins Gesicht des siebenbürgischen Deutschtums. Mit der

Umbenennung dreier Straßen und Plätze mit Namen des rumänischen Herrscherhauses erklärte sich die Bürgerschaft einverstanden, dagegen müßten bei Neubennungen von Straßen Namen der rumänischen und der siebenbürgischen Geschichte gewählt werden. Auch die von der Regierung befohlene Romanisierung der Firmenschilder sei gesetzwidrig und zu verwerfen. „Unsere rumänischen Mitbürger haben feierlich vor aller Welt erklärt, daß sie, belehrt durch selbstüberstandene Leiden, den Minderheiten das Leben in dem neuen Vaterlande lieb machen wollen. Dies ist nicht der Weg dazu.“

Jugoslawien.

Die Wahlrechtsfrage erregt nach wie vor die Gemüter der Deutschen. In Serbien ist sie keine „Frage“. Dort hat man den wenigen naturalisierten Nichtslawen das Wahlrecht gegeben, wenn sie eben nur die serbische Staatsangehörigkeit erworben hatten. In der Wojwodine und in Slowenien hat man die Nichtslawen vom Wahlrecht ausgeschlossen, bis die Frist abgelaufen sei, die das ihnen im Friedensvertrag eingeräumte Optionsrecht gewährt. In Kroatien-Slawonien aber wird den Nichtslawen das Wahlrecht grundsätzlich aberkannt, dagegen solle diejenigen Nichtslawen zur Wahl zugelassen werden, die durch Naturalisierung Slawen geworden sind, „welche nur ihren alten Namen behalten haben, aber von der Gesellschaft oder den Behörden als Serben, Kroaten oder Slowenen anerkannt werden“. Also ein neuer staatsrechtlicher Begriff und eine Prämie auf den Abfall vom Deutschtum. „Wenn das Wahlrecht nur um den Preis des Verrats am eigenen Volk zu haben ist,“ so sagt dazu mannhaft das „Deutsche Volksblatt“ in Nowisad-Neusatz, „so werden wir im Parlament überhaupt nicht vertreten sein.“ Daß unter diesen Umständen strenge Wahlenthaltung in Kroatien-Slawonien proklamiert wird, darf nicht wundernehmen. In Semlin brachte am 7. Oktober Stadtrat Pfarrer Schuhmacher im Namen aller deutschen Gemeinderäte einen Antrag ein, der aussprach, die deutsche Bevölkerung fühle sich durch diese Art der Behandlung tief verletzt. Ihr sei dieses Land ihr einziges Vaterland, sie wohne hier seit über 10 Jahren und habe stets ihre Bürgerpflicht in vollem Maße und im Genuß aller Bürgerrechte voll erfüllt. Die Deutschen hätten wiederholt dem König ihren Treueid geleistet, erfüllten in den Stellungen in Albanien ihre volle Militärpflicht und hielten die Erklärung der Entziehung des Wahlrechts mit dem Optionsrecht für eine Ausrede, denn es sei unzweifelhaft, daß fast niemand von den Deutschen das Optionsrecht für einen andern Staat ausüben werde. Die Deutschen legten also geharnischten und entschiedenen Protest ein und sie verlangten dessen Weiterleitung an den Ministerrat, was der Bürgermeister auch zusagte.

Wie offenes Bekenntum auch auf fremdes Volkstum wirkt, das zeigt die Begründung des Deutschen Kulturbundes in Neusatz, über die wir berichtet haben. Die serbische Presse brachte durchweg ehrlich anerkennende Berichte über den würdigen Verlauf der Feier. Die „Zastava“ z. B. sagt: „Während der ganzen Versammlung herrschte mustergültige Ordnung, Selbstacht und Selbstbewußtsein. Wir beglückwünschen unsere Mitbürger loyal zu dem erzielten schönen Erfolge und hoffen, daß ihr Kulturbund dazu beitragen wird, dem deutschen Volke sein neues Vaterland in Wahrheit wert zu machen, da ihm diese alle Möglichkeiten seiner Entwicklung gewährt unter dem Schutze der demokratischen Gesetze von Recht, Freiheit und Gleichberechtigung.“ Das Wochenblatt „Dunav“ schreibt von der Versammlung und ihren Teilnehmern: „Sie machten durchweg den Eindruck ernster, arbeitsfreudiger und disziplinierter

Männer und die Reden ihrer Führer waren nüchtern, erfüllt von Liebe zu ihrem Volke und voll offener, aufrichtiger Propaganda für ihr neues Vaterland. Das kulturelle Programm der Deutschen könnte auch uns als Vorbild dienen, die Disziplin des Volkes und seiner Führer aber ist eine Gewähr dafür, daß dieses von nationalen und allgemein menschlichen Idealen getragenes Programm nach und nach auch verwirklicht wird. Glück auf!

Südwestafrika.

Mitte September traf General Smuts wieder von seiner Rundreise in Windhuk ein. Mit einem großen Gartenfest und einer Besprechung im Regierungsgebäude am Abend, in der Smuts eingehend auf die große Eingabe der Deutschen antwortete, schloß die Reise. Das Wichtigste über die Schulfrage haben wir schon mitgeteilt. Klar und interessant waren aber vor allen Dingen die Ausführungen, die Smuts über die Mandatsfrage machte. Er betonte, daß Südwestafrika nicht an den Völkerbund, sondern an die kriegführenden Mächte abgetreten worden sei und daß die Union mit ihm machen könne, was es wolle: es könne also auch zur Provinz erklärt werden, ohne daß ein Appell an den Völkerbund möglich sei. Es seien drei Klassen von Mandaten eingerichtet und Südwest gehöre zur dritten Klasse, derart, daß die Union die absolute Befugnis habe, das Schutzgebiet als integralen Teil der Union und als ob es ein Teil derselben wäre, zu verwalten und zu regieren. Der Völkerbund habe nach dem Mandatssystem nur den Schutz der Eingeborenen zu überwachen. Die Deutschen in Südwest befänden sich nun sicherlich in einer unangenehmen Zwitterstellung. Die südafrikanische Regierung wolle sie nicht drängen, sondern fair handeln. Es gebe aber seiner, Smuts, Ansicht nach keine andere Lösung, als daß die Deutschen Bürger der Union würden und ihre eigene Vertretung im Parlament bekämen. Es bestehe kein Zweifel, daß Südwest mit der Zeit eine Provinz der Union werde und, bei aller Selbständigkeit der Regierung, seine Vertreter im Unionsparlament haben werde. Bis dahin gebe es verschiedene Zwischenstufen, zunächst einen Beratungskörper mit ernannten, später einen solchen mit erwählten Mitgliedern, schließlich das volle parlamentarische System. Der General behandelte sodann die sämtlichen vorgebrachten Fragen und Klagen.

Als Sprecher der Bevölkerung erwiderte Herr Matthiessen für die Organisationen, die die große Eingabe an Smuts unterschrieben hatten. Er betonte, das Empfinden des ganzen Landes und der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, wenn er sage, daß die Auslegung der Paragraphen 119 und 122 des Friedensvertrages seitens der gesamten Bevölkerung eine andere sei, als diejenige, die General Smuts vertreten habe. Gegen die Auslegung von der Möglichkeit einer Annexion sei die Pflicht der Deutschen, die in dieses Land gekommen seien, um es zu ihrer Heimat zu machen, formell und nachdrücklich zu protestieren. Alles Interesse, was Smuts den wirtschaftlichen und Bevölkerungsfragen entgegenbringe, könne die Deutschen nicht das Vergangene vergessen lassen.

Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Der neu gewählte Präsident Harding, dem die Mehrzahl der Stimmen der Deutsch-Amerikaner zufiel, ist der Sohn eines Vaters schottischer und einer Mutter holländischer Abkunft, seine Frau, eine geborene Kling, entstammt einer deutsch-amerikanischen Familie. Ob diese Abstammungsdaten, wie manche hoffen, das Verständnis des Präsidenten für Völkerverbindung und Völkerversöhnung günstig beeinflussen werden, bleibt abzuwarten.

Brasilien.

Das deutsche Ansehen und die Ehre wie der Ruhm des deutschen Namens und Könnens haben durch die Anwesenheit des deutschen Arztes, des Berliner Professors Geheimrat Dr. F. Krause, über den wir wiederholt berichteten, eine mächtige Anregung und Förderung erfahren. Der deutsche Chirurg hatte sich verpflichtet, für ein Honorar von 75000 Milreis eine Operation an einer seit Jahren kranken Tochter eines Arztes vorzunehmen, verzichtete aber nach glücklich verlauteter Operation auf jedes Honorar, als er erfuhr, daß es dem Vater nur gegen Aufnahme einer Hypothek möglich sein werde, ihn zu bezahlen. In der Presse ist diese schöne Tat außerordentlich gefeiert worden. Mit dem Ausdruck des Dankes der ganzen Nation hat der Bundespräsident dem deutschen Gelehrten einen Sonderzug zum Besuch der deutschen Kolonien in den Südstaaten zur Verfügung gestellt. Zahlreiche medizinische Vereine und Gesellschaften haben den deutschen Gelehrten eingeladen und ihm zu Ehren Sitzungen veranstaltet.

Über eine Hetze gegen Prof. Dr. Krause, den bekannten Chirurgen, der kürzlich nach großen Ehrungen infolge glücklich ausgeführter Operationen von Brasilien nach Argentinien weitergereist ist, wird berichtet:

Den Vorsitzenden einer neueren Paulistaner Fachvereinigung, der „Academia Paulista de Medicina“, ließen die Lorbeeren des Herrn Prof. Dr. Fedor Krause nicht ruhen. Nach der Abreise des Gastes sandte er diesem ein Telegramm nach, in welchem er ihm infolge seines „unglaublichen Verhaltens“ die Ehrenmitgliedschaft der betreffenden Vereinigung aberkannte. Zugleich äußerte er sich dem Vertreter eines Heizblattes gegenüber sehr abfällig über die wissenschaftliche Befähigung und moralische Eignung des berühmten Mediziners.

Der Grund dieses Verhaltens war ein angeblich unterbliebener Besuch Krauses in der „Academia Paulista de Medicina“. Krause hatte aber weder eine Einladung, noch auch eine Mitteilung über die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft erhalten!! Die Schuld an dem unterbliebenen Besuch trifft also lediglich die Academia.

KLEINE NACHRICHTEN

Otto Kapp von Gültstein †. In Stuttgart starb am 19. Oktober im Alter von 67 Jahren der Geheime Baurat Dr. Ing. h. c. Kapp von Gültstein, das Ehrenmitglied des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie. Mit ihm ist einer der hervorragendsten deutschen Auslandsingenieure dahingegangen, der als Eisenbahnkönig auf dem Balkan, in Kleinasien, Syrien und China Hervorragendes geleistet hat. Im Jahre 1881 machte er seine erste Studienreise nach Holland, Belgien und Frankreich und trat dann in die Pariser *regie générale de chemin de fer et de travaux publics* ein, in der er bis Kriegausbruch verblieb. 1881 bis 1887 leitete er als deren Oberingenieur Bahnbauten in Serbien, das Jahr 1888 sah ihn in führender Stellung beim Kanalbau von Korinth in Griechenland, 1889 bis 1899 war er Baudirektor in der asiatischen und europäischen Türkei, 1899 bis 1900 war er als technisches Mitglied und Vertreter der französischen Gruppe unter der von der Deutschen Bank ausgesandten Studienkommission zur Tracierung der Bagdadbahn tätig, 1901 bis 1904 war er oberster Leiter der Eisenbahnbauten in Syrien, Anatolien und China, die die Gesellschaft baute, und führte die Vorarbeiten für eine große Anzahl von Projekten in Syrien, Mazedonien, Albanien und Nordanatolien. 3300 Kilometer Eisenbahnen in einem Gesamtwert von 560 Millionen Mark sind unter Kapp von Gültsteins Oberleitung gebaut worden, für

weitere 5500 Kilometer hat er Vorarbeiten geleistet und Projekte ausgearbeitet. Diese Zahlen erhalten Leben und Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der gesamte württembergische Eisenbahnbesitz, von 1843 bis 1920 ausgebaut, 2200 Kilometer umfaßt.

Kapp von Gültsteins persönlich lebenswürdiges und gewinnendes Wesen erleichterte ihm neben seinen überragenden technischen Fähigkeiten stets seine Stellung. Sein einziger Sohn fiel im Kriege als Fliegeroffizier.

Dr. ing. C. O. Gleim †. Im 77. Jahre ist in Hamburg der Zivilingenieur Gleim gestorben, der als Bahnhöferbauer im Ausland bekannt geworden ist. Die Bahnhöfe Stockholm, Kristiania, Petersburg, Kopenhagen, Upsala, Malmö hat er angelegt oder umgebaut. Bei den Bahnhofsneubauten in Luzern, Zürich und Bern wurde sein fachmännischer Rat eingeholt, der auch in Deutschland selbst in zahllosen Preisausschreiben geschätzt und geachtet wurde. Auf der Weltausstellung in St. Louis vertrat er den Verein deutscher Ingenieure. Die Technische Hochschule Dresden ernannte ihn zum Ehrendoktor, weil er als Hauptvorkämpfer deutschen technischen Könnens im Auslande sich Verdienste erwarb.

Clemens Oelsner †. Nachdem erst vor kurzem der Lodzer Großindustrielle Franz Kindermann gestorben ist, folgte ihm unmittelbar seine Gattin, ein Sohn, ein Schwiegersohn, mehrere Enkelinnen und andere nahe Verwandte nach und nun ist nach kaum Monatsfrist ein zweiter Schwiegersohn, der in Lodz wohlbekannte Kaufmann Clemens Oelsner gestorben, der in Gera in Reuß geboren war, in jungen Jahren nach Lodz kam und es hier in deutschen industriellen Kreisen zu einer führenden und angesehenen Stellung brachte.

Josef Seliger †. Am 18. Oktober starb der Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, Josef Seliger. Er stammte aus der Reichenberger Gegend, war Sohn eines Kleinbauern, besuchte die zweiklassige Dorfschule und nahm seinen Weg über den Webergesellen und Parteiblatt-Rakteur zum ersten Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei. Sein hervorragendes Wissen, das er sich in unermüdlicher Arbeit als Autodidakt angeeignet hatte, seine glänzenden Führeigenschaften kamen zu ganzer Geltung, als der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie Wirklichkeit wurde. Er gehörte mit den ersten Hüttern und Verfechtern des Selbstbestimmungsrechtes zu jenen markanten und berufenen Führern, auf die das deutschböhmische Volk in jenen trüben Tagen seine ganze Hoffnung setzte. Unermüdlich arbeitete Seliger, seiner deutschböhmischen Heimat, die er über alles liebte, Freiheit und Selbstbestimmung zu bringen. Daß die Entwicklung einen anderen Lauf nahm, daran war der starke westliche Imperialismus und Militarismus schuld. Unvergeßlich bleibt mir, als Seliger in jenen Tagen gesprächsweise sagte: „Ich möchte nur noch den Tag erleben, wo un-er Volk wieder aus diesem Jammertal herauskommt.“ Daß er diese frohe Stunde nicht erlebte, ist seine Tragik. Er starb mitten in Arbeit, die er der Einheit und Geschlossenheit seiner Partei widmete. Er gehörte zu jenen Sozialdemokraten, die der geschichtlichen Entwicklung den Sieg des Sozialismus zusprachen. Erst kürzlich konnte er diese seine Ansichten in einer ganz hervorragenden Rede in Karlsbad, anläßlich des Parteitages, vertreten. Als Charakter war Josef Seliger unantastbar. Sein lauterer Wesen, seine unbedingte Ehrlichkeit und sein fröhliches Wollen mußten ihm auch Menschen zuführen, die ihn als Parteipolizist ablehnten. An seiner Bahre trauert nicht allein eine Familie, nicht allein eine Partei, sondern das ganze deutschböhmische Volk, das Josef Seliger liebte.

Quaiser.

Fritz Tropp †. Der bekannte Hotelbesitzer Fritz Tropp von Drontheim, der das große Britannia-Hotel dort besaß und sich hohen Ansehens erfreute (er war unter anderem Vize-Vorsitzender des norwegischen Hotelierverbandes), ist gestorben. Dem Deutschen Verein hat er als Vorsitzender seine große Arbeitskraft gewidmet und für viele Landsleute, auch private Wohltätigkeit, Unendliches geleistet. Daß er dafür auf die schwarze Liste gesetzt wurde, obwohl er Norweger war, ist nicht verwunderlich. Seine gerade aufrichtige Art hat ihm unter den Deutschen wie Norwegern zahlreiche Freunde erworben. Dem Deutschen Verein stiftete er noch kurz vor seinem Tode 1000 Kronen.

Heimatgedenken.

Die Stadt Stuttgart durfte sich wiederholt des Erhalts von Spenden aus Amerika erfreuen. Der Architekt Widmann, St. Louis, ließ eine Gabe von 5000 Mark für unterernährte Kinder überreichen. August Weißdorf in Kalifornien übersandte eine Spende des Württ. Unterstützungsvereins in Philadelphia von 5000 Mark und eine Spende des Hilfsvereins für Stuttgart und Umgebung in Philadelphia von 25500 Mark.

250 500 Mark haben bisher die Schwaben in Amerika aus einer Sammlung des „Schwäbischen Wochenblatts“ in New-York gestiftet, damit die Stadt Stuttgart Kühe für Kinder und Kranke der Stadt beschaffen kann. Nun haben sie abermals dem Herrn Oberbürgermeister Lautenschlager 250 000 Mark überwiesen und stehen mit diesem Ergebnis von über 500 000 Mark an der Spitze aller amerikanischen Landsmannschaften. Dem Organisator der Sammlung, Herrn M. v. Heß, wurden vom Oberbürgermeister in einer Gemeinderatssitzung warme Worte des Dankes und der Anerkennung für seine Treue ausgesprochen.

Der deutsche Hilfsverein in Johannesburg übermittelte im August 200 Pfund Sterling für notleidende Frauen und Kinder in Deutschland, und der deutsche Krankenhilfsverein in Pretoria sandte im September die gleiche Summe für deutsche Kinder ohne Unterschied der Konfessionen. Nach der Valuta betrug diese Spende der beiden Vereine rund 75 000 Mark.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Vom Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg. Seit langer Zeit bestehen enge Beziehungen zwischen dem kleinen Vorarlberger Ländchen, das sich zwischen Arlberg, Schweiz und Bodensee hineinschmiegt, und Deutschland. Zahlreiche Reichsdeutsche, die augenblicklich etwa 4500 bis 5000 Personen zählen, wohnen dort. Sie drängen sich meist in der dichter bevölkerten Bregenzergegend zusammen, Bregenz, Dornbirn und Lustenau am Rhein, nahe der Schweizer Grenze, enthalten die größten Kolonien.

Die Reichsdeutschen in Vorarlberg gehören größtenteils der arbeitenden Bevölkerung an. Es sind Leute, die im Kaufmannstand, im Gewerbe oder auch als Handwerker und einfache Arbeiter ihr Brot verdienen. Sie haben sich im Ländchen einen geachteten Namen erworben und haben, soweit das bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Vorarlberg überhaupt möglich ist, ein gutes Auskommen, besonders die selbständigen Handwerker und die in der Stickereiindustrie beschäftigten Angestellten. Unter dem Druck der Verhältnisse und aus der Notwendigkeit des Zusammenhalts heraus haben sich die Vorarlberger Reichsdeutschen im „Bunde der Reichsdeutschen in Vorarlberg“ zusammengeschlossen.

Die Gründung dieses Bundes fand am 1. August 1920 in Dornbirn statt, die Herren Richard Päßler (Vorsitzender), August Baumann (Schriftführer), Karl Kopf (Kassier) bilden die Bundesleitung. Ihrer unermüdlichen Arbeit ist der Zusammenschluß aller Reichsdeutschen im Bunde zu danken.

Der Bund zählt 8 Ortsgruppen, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz, Lustenau, Hard, Hohenems und Götzis. Die stärkste Ortsgruppe ist Bregenz, die 400 Mitglieder zählt. Zahlreiche Einzelmitglieder wohnen draußen auf den Dörfern, ohne einer Ortsgruppe angeschlossen zu sein, so daß etwa 90 Prozent aller Reichsdeutschen in Vorarlberg dem Bunde angehören.

Hervorgegangen ist dieser Zusammenschluß aus dem Bunde der reichsdeutschen Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Der letztere war vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen entstanden, die der neue Bund der Reichsdeutschen mit übernahm.

Die Notlage im Lande veranlaßte die Bundesleitung, sich auch der Lebensmittelversorgung im großen anzunehmen, so daß die Mitglieder in bezug auf die Beschaffung notwendiger im Lande nicht erhältlicher Dinge, wie Kartoffel, Kraut, Brennmaterial durch die Bundesleitung versorgt werden konnten, dank der Unterstützung aus dem Reiche.

Als Gäste im Lande halten sich die Reichsdeutschen von jeder politischen Betätigung fern, so sehr natürlich der Anschluß Vorarlbergs an Deutschland ihren Wünschen entspricht. In bezug auf den Anschluß sind in der Bevölkerung Vorarlbergs die Meinungen stark geteilt. Unbedingt für ihn ist die großdeutsche Partei, sind die Sozialdemokraten und die in loser politischer Verbindung mit den Großdeutschen stehenden unabhängigen Bauern. In der christlich-sozialen Partei, der größten politischen Partei des Ländchens, welche drei von den vier Abgeordneten in den Nationalrat Deutschösterreichs stellt, sind die Meinungen geteilt. Die meisten sind hier für ein selbständiges Deutschösterreich, teilweise sogar unter Anschluß an eine Donaukonföderation; viele schwärmen für die Vereinigung mit der Schweiz und nur wenige geben einem Anschluß an das Reich den Vorzug.

Die erste öffentliche Veranstaltung des neugegründeten Bundes, eine Vortragsreise eines aus dem Reiche eingeladenen Redners des Deutschen Ausland-Instituts, hatte vornehmlich den Zweck, die äußerliche Verbindung zwischen Vorarlberg und dem Reiche auch in dieser Beziehung wieder anzuknüpfen, und Aufklärung über die augenblicklich im Reiche herrschenden Zustände nach dem Ländchen südlich des Bodensees zu bringen. Die Vorarlberger Reichsdeutschen haben sich durch dieses ihr erstes Auftreten in der Öffentlichkeit, das unter Ausschaltung jeder politischen Färbung nur das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen betonen sollte, ein großes Verdienst erworben.

Es steht zu erwarten, daß das verständnisvolle Wirken des Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg mit dazu beitragen wird, das kulturelle Band zwischen den Bewohnern des Landes südlich und nördlich des Bodensees immer enger zu knüpfen. Nur die Einigkeit aller derjenigen, die eine deutschsprechende Mutter geboren, kann der deutschen Volksgemeinschaft im weitesten Sinne den Ausweg aus der schwierigen Lage weisen, in die Weltkrieg und Frieden sie gebracht hat.

Brüssel. Der „Deutsche gegenseitige Krankenunterstützungsverein Brüssel“, der auf eine mehr als 50 jährige segensreiche Tätigkeit zurückblickt, hat angesichts der traurigen obwaltenden Verhältnisse in außerordentlichen Sitzungen vom 5. und 12. Okt. in Köln seine Auflösung beschließen müssen. Der nicht unerhebliche Vermögensbestand soll unter die einzelnen Mitglieder,

je nach der Dauer ihrer Einschreibung, zur Verteilung gelangen. Diejenigen Mitglieder, deren Anschrift nicht bekannt ist, und an welche aus diesem Grunde Einladungen zur Sitzung nicht ergehen konnten, werden gebeten, ihre Ansprüche bei dem Ehrenvorsitzenden, Herrn A. Stufmann, Wiesbaden, Gartenstraße 8, geltend zu machen.

Tarutino (BeBarabien). Ein **Bund der deutschen Hochschüler BeBarabiens** wurde auf Anregung des Herrn Gymnasialdirektors J. Roemmich am 5. September begründet. Die erste Versammlung beriet über die Frage der Enthebung der Studenten vom Militärdienst und über die Frage der Beschaffung der Auslandspässe. Es soll Fühlung mit dem Bund der sächsischen Hochschüler aufgenommen werden. Ein Ausschuß von 6 Personen wurde gebildet, zu dessen Vorsitzenden Stud. Neumann berufen wurde. Der Ausschuß soll alle Vorbereitungen zur Gründungsversammlung treffen, die in den nächsten Sommerferien stattfinden soll. Es gibt in BeBarabien etwa 80 Hochschüler deutscher Nationalität.

Der **Deutsche Kulturverband in der Tschechoslowakei** hielt Ende September in Leitmeritz seine Hauptversammlung ab. Er unterhält jetzt 19 eigene Schulen mit 39 Lehrkräften und 87 Kindergärten mit 97 Kindergärtnerinnen, deren Gesamtunterhaltungskosten sich auf 1,7 Millionen Kronen belaufen. In 102 Fällen wurden auch gefährdeten öffentlichen Schulen Unterstützungen gegeben.

Dorpat. Die **Naturforschergesellschaft** hielt am 30. September ihre erste Sitzung im Semester unter dem Präsidium des Herrn Professor Landesén ab. Dr. Wagner sprach nach der Ehrung der verstorbenen Mitglieder über die Steinachsche Verjüngungstheorie. Im laufenden Jahr sind zwei Hefte der Sitzungsberichte sowie ein Band des Archivs für Naturkunde erschienen. Die Sektion für Naturdenkmalschutz hat drei Merkblätter herausgegeben.

Reval. Der **Verband deutscher Wohltätigkeits- und Kulturvereine** wurde am 20. Oktober begründet. 30 deutsche Vereine und Stiftungen zum Teil aus Dorpat, Wesenberg, Hapsal und Fellin waren vertreten. Der deutsche Volkssekretär Beermann leitete die Verhandlungen. Der Verband will die Eigenart der einzelnen Vereine nicht unterdrücken, sondern nur eingreifen, wo Hilfe nottut. Zu seinem Vorstand wurden Frau Ströhm, Volkssekretär Beermann und Vertreter einzelner Vereine gewählt. 24 Vereine wurden einstweilen als Mitglieder aufgenommen.

Riga. Ein **deutsch-baltisches evangelisches Komitee** ist zu Anfang dieses Jahres begründet worden, dessen Verkaufsvermittlungsabteilung segensreich für die Deutsch-Balten wirkt. Die Verkaufsstelle nimmt die verschiedensten Dinge in Kommission: Kunstgegenstände, Schmuck, Silber, Wäschegegenstände des Hausbedarfs, Kleider usw. Die Verkäufer, die aus Not ihre Sachen abgeben müssen, kennen oft den Warenwert nicht und werden von betrügerischen Händlern ausgenutzt. Übergeben sie ihre Besitzlichkeiten aber dem Komitee, so wird der Wert durch Sachverständige abgeschätzt und es ist oft das Zehn- und Mehrfache von dem Erlöst worden, was die Besitzer fordern zu dürfen glaubten. Das Komitee gewährt armen Leuten auch Vorschuß auf ihre Besitztümer, noch ehe sie verkauft sind, und erfreut sich eines regen Besuchs durch In- und Ausländer, so daß namentlich Kunst- und Wertgegenstände stets rasch verkauft wurden. Der erzielte Zwischengewinn kommt restlos wieder Notleidenden zugute. Die Einrichtung ist gewiß segensreich, daß sie aber geschaffen werden mußte, ist zugleich auch ein Zeichen für die unendliche Notlage des einst in so behäbigem Wohlstand lebenden baltischen Deutschums.

Hämeenlinna (Finnland). Obgleich hier nur 15 Deutsche wohnen, hat sich in Gemeinschaft mit finnischen Freunden seit einem Jahr ein deutscher Klub gebildet, der in eigenem Klublokal gemütliche Abende veranstaltet. Am 10. Oktober fand nach einem deutschen Gottesdienst ein Unterhaltungsabend statt, bei dem der Vorsitzende, Herr Berk, Herrn Pfarrer Israel begrüßen durfte, bei dem das Doppelquartett Chorallieder vortrug und sich rasch eine gemütliche Geselligkeit entwickelte. Die 15 Deutschen, die am Orte wohnen, halten sehr treu und fest zusammen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Nach dem Verkauf des altberühmten „**Graudenzer Geselligen**“ an ein polnisches Konsortium ist nun eine weitere Zeitung dem deutschen Gedanken verloren gegangen: Die „**Gnesener Zeitung**“ hat infolge polnischen Drucks ihr Erscheinen einstellen müssen.

Deutschrussische Zeitungen in den Vereinigten Staaten. In den U. S. A. erscheinen verschiedene Zeitungen, die sich ausschließlich oder doch in erster Linie an Deutschrussen oder „Rußländer“, wie sie sich selbst nennen, wenden.

Von diesen ist die „**Dakota Freie Presse**“ erwähnenswert, die früher in Aberdeen (South Dakota) herauskam, neuerdings aber ihren Sitz nach New Ulm (Minnesota) verlegt hat, da während des Krieges und nach diesem für die deutschen Verleger und Schriftleiter die Verhältnisse in Süd-Dakota, wo das Deutschum nur durch wenige Farmer vertreten ist und eine geringe Rolle spielt, zu ungemütlich wurden.

Die „**Dakota Freie Presse**“ ist, wie uns aus Amerika geschrieben wird, das anerkannte Organ der Deutschrussen Amerikas und vielleicht der ganzen Welt. Als solches bringt sie in weitem Umfange private Korrespondenzen der Leser. Diese Korrespondenzen sind zwar äußerlich und inhaltlich oft recht gleichgültig, aber unter der Oberfläche von großer Bedeutung, da durch sie seit nahezu 50 Jahren der Zusammenhalt der aus Rußland abgewanderten Deutschstämmigen aufrecht erhalten wird.

Bemerkenswerterweise haben diese alten Deutschrussen während des Krieges häufig deutscher gefühlt und gehandelt, als viele ehemalige Reichsdeutsche in den Vereinigten Staaten. So flossen von ihnen beispielsweise dem deutschen Roten Kreuz reiche Unterstützungen zu, und jetzt tun diese Kreise sich wiederum he vor durch treue Unterstützung hungernder Kinder in der Heimat ihrer Vorfäter. Gewiß ein schönes Beispiel für Tausende Gleichgültigere, die noch in voriger Generation alle Vorteile deutscher Staatszugehörigkeit genossen!

Ein neues Unternehmen ähnlicher Art ist die in Lincoln erscheinende „**Welt Post**“, die speziell für die zahlreichen, in den Zucker übenfeldern des Staates Nebraska tätigen Deutschrussen bestimmt ist. Die Leser dieses Wochenblattes stammen zumeist aus den deutschen Kolonien an der Wolga, in Bessarabien und Altruänien. Sie haben seit Jahren aus diesen Gebieten keine Nachrichten erhalten und begrüßen den Versuch die abgerissenen Verbindungen wieder herzustellen, mit Freuden.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

In den Mitteilungen, die der **Landesverband Nordwestdeutschland** des Bundes herausgibt, wird die Gesamtsumme der bis zum 25. Oktober zugesprochenen Vorentscheidungsbeträge auf 3953982 Mark angegeben und es wird sicher angenommen, daß die Zahlen sich stark erhöhen werden, da die Spruchkommissionen jetzt mehr Sitzungen abhalten. Immerhin wird betont,

das Verfahren könnte noch erheblich beschleunigt werden, wenn die Antragsteller selbst weniger passiv wären und sich auch um ihre Anmeldungen nach der Abgabe an den Bund noch weiter kümmerten, namentlich aber auf Rückfragen antworteten.

Von den Ortsgruppen.

Hildesheim. Die Ortsgruppe nahm einstimmig eine Resolution an, die eine baldige Vorentscheidung fordert, die so gehalten sei, daß der Auslandsdeutsche sie sofort flüssig machen, sich wirklichen Ersatz beschaffen und seine Tätigkeit im Ausland wieder aufnehmen könne. Im Falle der Freigabe der Habe sei der Rücktransport bis zum ständigen Wohnort des Eigentümers durch das Reich zu übernehmen. Dem Bunde als der Interessenvertretung solle weitgehende Mitwirkung in allen Auslandsdeutsche betreffenden Fragen gewährt werden.

Köln. In einer machtvollen dreistündigen Versammlung im großen Saal des Volkshauses behandelte der erste Referent an Hand der Güntherschen Denkschrift die Steuerfrage. Eine Entschließung wurde angenommen, die unbedingte Freistellung der Entschädigungszahlungen von allen Steuern und Verhinderung einer Doppelbesteuerung bei Erbschaften fordert, ferner Hinausschiebung der einjährigen Frist zur Rückkehr ins Ausland, wie sie im Steuerfluchtgesetz und Reichsnotopfergesetz festgesetzt ist, um die Auslandsdeutschen von diesen Steuern freizustellen, bis die Rückkehr wirklich möglich sei. Es folgte ein Vortrag über das Entschädigungsverfahren, aus dem hervorging, daß im besetzten Gebiet bisher 120 Anträge mit 850000 Mark Auszahlungen erledigt seien, die Resolution auf volle Entschädigung unter Mitwirkung des Bundes wurde einstimmig begrüßt. Es wurde von der Regierung verlangt, daß auch die von den Bolschewiken verursachten Verluste, da sie im Zusammenhang mit dem Kriege stehen und auf das Deutschum der betreffenden Geschädigten zurückzuführen seien, entschädigt werden sollten. Die Versammlung, der die Vertreter von Stadt und Staat beiwohnten, schloß mit einem Bericht über Auswanderungsfragen, die in besonderen Vorträgen geklärt werden sollen.

Plaue i. V. Anlaßlich der Jahresversammlung fand eine Neuwahl des Gesamtvorstandes statt. Die Leitung der Ortsgruppe liegt jetzt in den Händen des neuen Vorsitzenden C. Beer und die Geschäftsstelle wurde nach der Schillerstraße 17 verlegt, wohin alle Zuschriften zu richten sind.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Ein Verband studierender Wolgadeutscher wurde am 8. September begründet. Die erste Tagung fand in Kalkberge bei Berlin statt. Der Verband will zusammen mit dem „**Verein der Wolgadeutschen**“ das große Werk des Wiederaufbaus der Wolgaansiedlungen in die Hand nehmen und will zugleich in Treue gegen den russischen Staat diesem die Kräfte zur Verfügung stellen, die dazu nötig sind. Nachbarlich freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen und russischen Volke sollen dabei gepflegt werden. In Kalkberge wurden Referate über die Schul- und Agrarfrage, über soziale und wirtschaftliche Probleme, über Sanitäts- und Genossenschaftswesen gehalten. Der Verband erwartet nun von der Öffentlichkeit, daß sie ihm Mittel zur Verfügung stelle, damit alle seine Angehörigen, die zum Teil jetzt ihr Studium aufgeben mußten, um sich nötigem Gelderwerb zu widmen, wirklich weiter studieren können, und damit so den Wolgadeutschen die in Deutschland herangebildeten akademischen Führer erstehen, die sie so nötig brauchen. Beiträge werden an die Kolonistenbank, N.W. 7, Berlin, Dorotheenstraße 24, unter der Bezeichnung „**Konto Studenten**“ erbeten.

Stuttgart. Die Deutsch-Spanische Vereinigung veranstaltet im Winter an jedem ersten Freitag des Monats (beginnend am 5. November) im Hotel Dierlamm unter Leitung des Vorstandsmitgliedes Rattelmüller spanische Konversationsabende. Die Hauptversammlung findet am 26. November abends 7³/₄ Uhr im Stuttgarter Handelshof statt.

POLITISCH-PARLAMMENTARISCHES

Anfragen.

Der Abgeordnete Hoch fragt die Regierung (Anfrage Nr. 387), wann sie den Entwurf eines Gesetzes zur Entschädigung der vertriebenen Elsaß-Lothringer (Inlanddeutsche) vorlegen werde.

In einer kleinen Anfrage (Nr. 400) erkundigen sich verschiedene Mitglieder der Deutsch-nationalen Fraktion, ob der Reichsregierung die Klagen über den Zuzug volksfremder Elemente über die Ostgrenzen des Reiches und die Störungen, die dadurch dem Ernährungs-, Wohnungs- und Erwerbswesen der Reichsangehörigen zugefügt würden, bekannt seien. Es wird gefragt, welche Schritte dagegen unternommen worden seien.

Auf die kleine Anfrage (Nr. 359) des Abgeordneten Dr. Petersen erklärte der Außenminister, daß die Abtransporte der Gefangenen aus Sibirien in vollem Gange seien. Die letzten Abtransporte sollen Ende Oktober aus Sibirien erfolgen. Ihnen sollen sich die Transporte aus Turkestan und der Ukraine anschließen. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, könne damit gerechnet werden, daß der größte Teil der noch in Rußland befindlichen 12000 reichsdeutschen Gefangenen noch in diesem Jahre heimkehren werde. — Gleichzeitig erkundigten sich in einer Anfrage (Nr. 398) Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, welche Schritte die Reichsregierung unternommen habe, um die Freilassung der schwerleidenden zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen in Avignon in Frankreich zu erzielen.

Dem Reichstag ist (unter Nr. 421) eine Anfrage des Abgeordneten Duschke zugegangen, die die Beschwerden der Buchhändlerkreise über das Verhalten der Außenhandelsstelle für das Buchgewerbe unterstützen will. Diese Stelle verhindere jeden Export in das Ausland durch maßlose Erschwerung der Erlaubnis für die Ausfuhr von Büchern. So berechtige es sei, alte Werke und ganze Bibliotheken im Inland zu behalten, so gefährlich sei es für unseren Einfluß in der Welt, Bucherzeugnisse der Gegenwart dem Ausland vorzuenthalten. Diesen Erfolg aber erziele das umständliche zeitraubende Nachweisverfahren der Außenhandelsstelle. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie Erleichterung schaffen wolle.

Anfrage über die Vorentscheidung.

Im Reichstag hat der deutsch-demokratische Abgeordnete Dr. Stubmann unter Nr. 383 eine kleine Anfrage eingebracht:

„In den Kreisen der durch den Krieg und den Friedensvertrag geschädigten Auslanddeutschen herrscht lebhaft Unruhe und Besorgnis. Insbesondere wird geltend gemacht, daß die Frage der Entschädigung der Auslanddeutschen, auch soweit erst eine Vorentscheidung in Betracht kommt, in fast allen Fällen noch immer nicht geklärt ist, während andererseits die Vorentscheidung der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen bereits wesentlich weiter fortgeschritten ist. Aus dieser Sachlage wird die ernste Befürchtung hergeleitet, daß Tausenden von Auslanddeutschen ein Wiederaufbau ihrer Existenz unmöglich wird.

Ich frage daher: Ist die Regierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, ob es zutreffend ist, daß die Entschädigung der Auslanddeutschen gegenüber der Entschädigung der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen im Rückstand ist? Bejahendenfalls, aus welchen Gründen? Ist eine wesentliche Förderung der Entschädigung der Auslanddeutschen zum Zwecke eines baldigen Wiederaufbaus unserer deutschen Auslandsbeziehungen demnächst zu erwarten?“

Die Besteuerung der Auslanddeutschen.

Dem Reichstag ist unter dem 1. Oktober eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gildemeister und Dauch zugegangen (Nr. 293), die das Reichsfinanzministerium ersucht, bekannt zu geben, daß für die Auslanddeutschen bei der Erhebung der Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs die vorgesehene 5prozentige Verzinsung ihrer Entschädigungsforderung auf Grund des Artikels 297 i des Friedensvertrages nicht als Vermögenszuwachs zu versteuern sei, daß diese Verzinsung, nicht aber die Entschädigungsforderung selbst, als Einkommen im Sinne des Gesetzes anzusehen sei, daß die Vergünstigung des § 15 Ziffer 5 des Reichsnotopfergesetzes vom 31. Dezember 1919, wonach von dem steuerbaren Vermögen die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs abzuziehen sei, auch für die Entschädigungsforderung der Auslanddeutschen zu gelten habe. Ferner verlangt die kleine Anfrage eine Erklärung, laut der die im Steuerfluchtgesetz und Reichsnotopfergesetz vorgesehenen Fristen von einem Jahre nach Kriegsschluß oder nach Friedensschluß angesichts der praktischen rechtlichen und tatsächlichen Rückkehrerschwerungen auf unbestimmte Frist verlängert werden, daß die im § 23 Absatz 2 des Reichsnotopfergesetzes vorgesehene Ausnahme der Entschädigungsforderungen der Auslanddeutschen von den Vergünstigungen des § 23 Absatz 1 (steuerfreies Mindestvermögen) beseitigt werde und daß ferner die Vergünstigung des 10prozentigen Steuersatzes des § 25 für diese Entschädigungsforderungen nicht nur den juristischen Personen, sondern auch den Auslanddeutschen selbst zuteil werde.

Behandlung deutscher Seeleute in England.

In einer Anfrage (Nr. 350) erkundigt sich Herr Beythine mit seinen Freunden, ob der Reichsregierung die Behandlung deutscher Seeleute in England bekannt sei. Keine deutschen Bord-Angestellten dürften das Land betreten, nur der Kapitän dürfe mit Begleitung ein- und au-klarieren, selbst der Verkehr der deutschen Schiffe untereinander sei untersagt. Das englische Verbot des Anlandgehens erfolgte, weil einem Anschlag nach es „Englands sittliche Pflicht sei, durch harte Bestrafung an der sittlichen Erneuerung Deutschlands zu helfen.“ Schmachvolle Belästigungen deutscher Schiffe in London und Ramsgate seien bekannt geworden, während sich englische Seeleute in Deutschland frei bewegen dürften. Was wolle die Regierung dagegen tun?

Das Auslanddeutstum im Reichstagsausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am 5. November über die Auslanddeutschen gesprochen. Ministerialdirektor Lothholz vom Wiederaufbauministerium betonte, daß die Vorentscheidung durch Einsetzung neuer Spruchkommissionen beschleunigt werden sollte, soweit dies bei der Fülle des Stoffes möglich sei. Für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft im Ausland würden den Auslanddeutschen besondere Vorschüsse mit Hilfe der Darlehenskassen gewährt. Für die Entschädigung käme der Entwurf des Auslandsschadengesetzes, der dem Reichsrat vorliege, in Betracht und die Liquidationsrechtlinien vom 26. Mai für deren Durchführung Vorschriften bereits ausgearbeitet seien. Doch prüfe die Reichsregierung noch die Frage, ob die Durchführung

in Anbetracht der Finanzlage des Reiches überhaupt möglich sei. Ein Antrag auf Beschäftigung der elsäß-lothringischen Beamten in den Ländern wurde angenommen. Übereinstimmend wurde im Ausschuß darauf verwiesen, daß ein vertrauensvoller Geschäftsverkehr mit England erst wieder möglich sei, wenn England nicht nur auf weitere Liquidationen verzichtete, sondern auch das im Kriege beschlagnahmte und den Erlös des liquidierten und verkauften deutschen Eigentums den Eigentümern herausgebe.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Ein deutsches Fest in Helsingfors.

Aus Helsingfors schreibt man uns:

Deutsche Feste sind in Helsingfors keine so große Seltenheit. Noch am 23. Oktober feierte der „Deutsche Verein“ unter Beteiligung zahlreicher Gäste seinen Stiftungstag mit einem wohlgeordneten Festabend, künstlerischen Darbietungen und Tanz. Doch hier soll von einem deutschen Fest die Rede sein, dessen Teilnehmer zum geringsten Teile Deutsche waren und das, einem Manne geltend, doch zu einer Feier des gesamten Deutschums, einer Erhöhung des deutschen Gedankens in der Welt wurde. Es war das Abschiedsfest, das die angesehene „Finnisch-deutsche Gesellschaft“ dem scheidenden deutschen Gesandten von Brück gab. Wohl im schönsten Festsaal der Stadt hatten sich fast 400 Mitglieder der Helsingforser Gesellschaft zum Festmahl versammelt. Der bisherige Rektor der Universität, der Vorsitzende des Vereins, Professor Ruin, entwarf ein Bild von der lebenswürdigen und in weiten Kreisen Finnlands vertrauten und geliebten Persönlichkeit des ersten deutschen Gesandten im jungen finnischen Staat. Herr von Brück antwortete in der ihm eigenen herzlichen, schlichten Weise, versicherte, daß es ihm die größte Befriedigung gewährt habe, stets eine Politik offenen Wohlwollens und fördernder Freundschaft Finnland gegenüber vertreten zu können. Auch sei nicht Unzufriedenheit mit seiner Politik der Grund seines Abganges. (Ein gleich darauf verlesenes ehrendes Begrüßungstelegramm des Ministers Simons bestätigte diese Worte.) Mit dem Ausdruck herzlichen Abschiedsschmerzes und dem Wunsche besten Gedeihens für Finnland schloß der Minister seine Rede.

Den Höhepunkt des ganzen Abends aber bildete die Rede des finnischen Dr. Laurila, der das ganze unverbrüchliche, mit Banden des Blutes genüpfte Verhältnis zwischen Finnland und Deutschland zum Ausdruck brachte. „Wir Finnländer sind ein schwerfälliges Volk und begreifen nur langsam; haben wir aber eine Liebe im Herzen, dann lassen wir sie nicht. Der scheidende Minister möge als Gruß an das deutsche Volk die Überzeugung mitnehmen und weitergeben, daß man in Finnland noch ebenso von den Deutschen denke, wie vor 2½ Jahren, als sie das Land befreien kamen. Sollte das freie finnische Volk um politischer Konjunkturen willen seinen Gefühlen der Dankbarkeit und Freundschaft untreu werden, müßte es sich selber ins Gesicht spucken. „Das tun wir nicht, das widerspricht unserer Natur.“

Und als zweiten Gruß sprach der Redner die feste Erwartung Finnlands aus, daß Deutschland auferstehen werde. Wir glauben an Deutschland und wünschen nur eins heiß, daß es selber wieder an sich glauben möge. Eine ergreifende Schilderung des deutschen Nationalcharakters mit seinem Pathos der Sachlichkeit schloß mit dem Ausruf, das deutsche Volk müsse sich selbst finden und in alter Kraft wieder erstehen, schon weil es der Menschheit notwendig sei und sonst eine katastrophale Ver-

kümmern der Welt Platz greifen würde. Die Deutschen müßten wieder zur vollen Selbstachtung gelangen, Gründe dafür hätten sie mehr als genug.

In tiefer Ergriffenheit wurde das in Finnland hochgehaltene Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen. — Auch sonst bot der Abend noch vieles Hervorragende: so den Gesang Lußmanns, das Spiel Professor Mikolevs, rauschende Tanzmusik und Frohsinn der Jugend. Aber die Rede Laurilas war es doch, die diesen Abend zum deutschen Fest in höherem Sinne gemacht hatte.

C. v. Kügelgen.

Riga. Der deutsche Gesandte, Dr. Wever, hat den neu ernannten lettischen Gesandten für Deutschland, Dr. Voit, zu einem Abendessen geladen, an dem auch die lettischen Minister des Auswärtigen und des Innern mit ihren Damen teilnahmen. Die persönlichen guten Beziehungen sind also angebahnt. Hoffentlich folgen auch die guten sachlichen Beziehungen, die verhindern, daß die kulturellen Rechte der Minderheiten in Lettland gering geachtet werden.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Die „Kreuzzeitung“ berichtet, daß der Berliner Fußballklub „Victoria“, der deutsche Altmeister, zwei Engländer, Leute von der englischen Wiedergutmachungskommission, in seine erste Mannschaft eingereiht habe. Sie bekämpft das als eine Würdelosigkeit, und man muß ihr darin wohl recht geben, selbst, wenn man für Wiederanknüpfung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Kunst, Wissenschaft, Spiel und Sport in erster Linie eintritt. Solange die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist, sollte derartige in Deutschland nicht passieren, und daß die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist, dafür spricht der Beschluß der englischen Fußballvereinigung, daß alle Spiele bewilligt werden mit Ausnahme derjenigen gegen die Zentralmächte. Wozu also unsererseits die Annäherung?

Der Verband für den fernen Osten hatte am Montag, den 11. Oktober, die in Berlin studierenden Chinesen mit einer Anzahl chinesischer und deutscher Herren zusammen zu einer geselligen Zusammenkunft eingeladen, der sowohl der chinesische Vertreter wie auch Herren des deutschen Auswärtigen Amtes beiwohnten. Dem Generalsekretär des Verbands, Dr. Linde, der die Gäste begrüßte, antwortete Dipl.-Ing. Schu Hua Hu mit dem Wunsche der Vertiefung der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und China.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Deutsches Eigentum in England.

Der englische Treuhänder (Public Trustee) hat sich bereit erklärt, Anfragen deutscher Reichsangehöriger über die Höhe von Liquidationserlösen oder von Zinsen und Dividenden in England beschlagnahmter Wertpapiere unmittelbar zu beantworten. Alle Reichsangehörige, welche dahingehende Anfragen an den englischen Treuhänder zu richten haben, tun deshalb gut, sich von jetzt an unmittelbar an ihn zu wenden. Unberührt hiervon bleiben Auskünfte über Zinsen und Dividenden solcher Wertpapiere, von denen entweder feststeht, daß sie nicht beschlagnahmt sind, oder von deren etwaiger Beschlagnahme dem deutschen Eigentümer nichts oder nichts Sicheres bekannt geworden ist. Derartige Anfragen sind nach wie vor im unmittelbaren Feststellungsverkehr von dem deutschen Gläubiger oder Eigentümer an die englische Gegenseite zu richten; im Falle des Mißlingens kann jedoch die Vermittlung

der Ausgleichsamter weiter angerufen werden. Für Anfragen an den englischen Treuhänder lautet die Anschrift: Public Trustee, London WC 2, Kingsway, für die an den Vertreter des Reichsausgleichsamts in London: An den Herrn Vertreter des Reichsausgleichsamts beim Britischen Ausgleichsamte, London, Deutsche Botschaft.

Für Palästina-Deutsche.

Nachdem die englische Regierung die Rückkehr sämtlicher Palästina-Deutschen, die anlässlich des türkischen Waffenstillstandes nach Ägypten und von dort zum Teil nach Deutschland abgeschoben worden waren, gestattete, hat die englische Paßbehörde, Berlin, Weisung gegeben, denjenigen Antragstellern, die nachweisen, daß sie vor ihrer Übersiedlung nach Deutschland in Palästina ansässig waren und daselbst wieder Unterhalt finden können, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Es ist in Aussicht genommen, alle Palästina-Deutschen zu einem Sammeltransport zu vereinen und (möglicherweise mit einem Transportdampfer der Nansen-Hilfe) nach Palästina zu befördern. Die Palästina-Deutschen, die ihre Schadenersatzansprüche beim B. d. A. bereits angemeldet haben, werden ersucht, ihren Aufenthaltsort an den Bund mitzuteilen.

WIRTSCHAFTLICHES

Deutsche Handelskammern im Ausland.

Über die Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland und über ihre Rolle neben Konsulaten und diplomatischen Vertretungen sprach Anfang Oktober in einer Tagung der Vereinigung Südwestdeutscher Handelskammern zu Frankfurt a. M. Syndikus Meesmann von der Mainzer Kammer. Er legte eine Resolution vor, die einstimmig Annahme fand und folgendermaßen lautete:

1. „Der Wiederaufbau unseres Auslandsgeschäfts erfordert gebieterisch die Schaffung starker Stütz- und Knotenpunkte des deutschen Handels im Auslande. Als solche sind neben den Konsulaten die deutschen Handelskammern anzusehen, welche eine wichtige Ergänzung unseres Konsulatswesens im allgemeinen und im besonderen eine verlässigere Unterlage für die Konsulatsberichte abgeben, das Gefühl der Angehörigkeit unserer Landsleute im Ausland an das Mutterland kräftig zu stärken und eine sehr gute Schule für Kandidaten des Konsulatsdienstes wie für sonstige Verwaltungsbeamte im In- und Auslande zu bilden berufen sein möchten.

2. Die deutschen Auslands-Handelskammern sollten die Form freier Körperschaften annehmen, zu denen je nach den Umständen und Verhältnissen auch nichtdeutsche Kaufleute Zutritt haben; sie sollen in engster Verbindung mit den Konsulaten arbeiten, dürfen aber in keinerlei Unter- oder Nebenordnung zu diesen stehen. Auch in finanzieller Beziehung sollten die deutschen Auslands-Handelskammern vom Reiche möglichst unabhängig sein, welches nur dort helfend eingreifen soll, wenn eine als notwendig anerkannte Gründung ohne Reichshilfe nicht möglich ist. Auch ist eine Unterstützung durch die Handelskammern des Inlands durch Erwerbung der Mitgliedschaft von Fall zu Fall in Erwägung zu ziehen.

3. Der Hauptzweck der Auslands-Handelskammern soll die Förderung der deutschen Ausfuhr nach dem Gebiete ihrer Niederlassung sein; die Haupttätigkeit der Kammer muß in der Korrespondenz mit der Heimat bestehen, wobei eine möglichst enge und dauernde Fühlungnahme mit den Handelskammern des Heimatlandes anzustreben ist.

4. Der deutschen Regierung wird dringend empfohlen, bei allen Maßnahmen, die die Handelsbeziehungen zu dem Gast-

staat einer deutschen Auslands-Handelskammer berühren, diese zu hören, wenn sie nach Zusammensetzung und Tätigkeit die erforderliche Gewähr bietet.“

Deutsche Handelskammer in Budapest.

Der fünfjährige Krieg und vor allem die Revolutionen haben die zwischen Deutschland und Ungarn bestehenden engen Beziehungen gelockert. Unsere ehemaligen Feinde tun ihr Möglichstes, um uns Ungarn als eines der Hauptabsatzgebiete strittig zu machen. Von dieser Seite werden Fabriksobjekte gekauft, um hier an Ort und Stelle zu sitzen. Italien überschwemmt Ungarn mit seinen leichten Geweben, aber auch Frankreich und England trachten ihre Waren hier abzusetzen. Bei verschiedenen seit Beendigung des Krieges hier gegründeten Export- und Import-Gesellschaften, aber auch bei hiesigen Banken ist stark italienisches, englisches und französisches Kapital beteiligt. Diesem Vorgehen hat Deutschland seit Beendigung des Krieges hier tatenlos zugeesehen. Trotz unserer günstigen Valuta gegenüber der Krone ist es unterblieben, hier Fabriksobjekte zu erwerben, oder an sonstigen Unternehmen sich zu beteiligen. All dies hat hier wohnhafte deutsche Landsleute veranlaßt, eine Institution zu gründen, die sich die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn zum Ziele setzt. Dieser Gedanke hat auch hier großen Anklang gefunden, denn es darf nicht verkannt werden, daß der Ungar vor allem — auch schon infolge des vieljährigen Verkehrs — nur mit Deutschland arbeiten will.

Am 6. August l. J. hat die gründende Generalversammlung der Deutsch-Ungarischen Handelskammer in Budapest unter Beteiligung der ungarischen Behörden, der bedeutendsten Handels- und Industriekreise, sowie der Großbanken des Budapester Platzes stattgefunden. Die Kammer hat sich zur vornehmsten Aufgabe gemacht: Studium und Förderung aller den wirtschaftlichen Verkehr zwischen Deutschland und Ungarn belebenden Fragen; die Interessen ihrer Mitglieder in jeder Weise zu vertreten und ihnen in bezug auf Auskünfte jeder Art, Forderungseinziehungen, Namhaftmachung von Vertretern, Export — Import die weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen. Alle Anfragen und sonstigen Ersuchen werden auf das sorgfältigste bearbeitet, etwaige Kreditauskünfte mit aller Vorsicht und Gründlichkeit erledigt. Der Kammer stehen aus den Kreisen der Mitglieder auf allen Gebieten des Handels und der Industrie wie der Landwirtschaft namhafte Fachreferenten für die Erledigung der bei der Kammer einlaufenden Anfragen zur Verfügung.

Um vor allem aber auch ein lebensfähiges Institut für unser wirtschaftliches Leben zu erhalten, ist es erforderlich, daß zahlreiche deutsche Firmen und Einzelpersonen, die an dem Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und Ungarn ein Interesse haben, als Mitglied der Kammer beitreten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Kronen 500.— und für außerordentliche Kronen 250.— neben einer Einschreibgebühr von Kronen 50.—. Die Kammer hat ihre Geschäftslokaltäten in Budapest, V. Dorottyaúta 3, I. Stock.

Lieferungen an deutsche Auslandsfirmen.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister dagegen ausgesprochen, daß bei Lieferung von Waren an deutsche Firmen im Auslande eine Befreiung von der Ausfuhrabgabe eintrete, wie es von verschiedenen Seiten gewünscht wurde. Die Gefahr, daß eine solche Befreiung zu Mißbräuchen führen könnte, erscheine zu groß, es sei praktisch undurchführbar, zwischen alteingesessenen und

neuen Firmen, an denen fremdes Kapital beteiligt ist, zu unterscheiden; auch würde eine Benachteiligung solcher Exportkaufleute eintreten können, die keine Auslandsvertretungen haben.

Die **Hamburg-Amerika-Linie** hat nun von den von ihr bestellten neuen Dampfern den ersten fertiggestellt bekommen. Er ist nach Ableistung seiner Probefahrt jetzt ins Dock gegangen. Er ist vom Bremer Vulkan gebaut, heißt „Abessinia“ und ist für die Frachtfahrt bestimmt, wurde zunächst aber der Levantelinie für eine Levantefahrt zur Verfügung gestellt.

Der erste deutsche Dampfer in Amerika.

In Neuyork kam die „Sophie Rickmers“ als erstes deutsches Schiff nach dem Kriege unter deutscher Flagge an. Der Mannschaft wurde nicht erlaubt, an Land zu gehen, nur der Kapitän durfte unter Bedeckung nach dem Zollhause gehen. Das Schiff kam unter Ballast und wird mit einer amerikanischen Ladung wieder abfahren. Die Ankunft des Schiffes ist eine kleine Sensation für Amerika. Natürlich hetzen auch einige der Blätter, daß die Offiziere ihr Eisernes Kreuz trugen und „auf Befragen“ ganz offen von ihren Taten als Flieger und Unterseebootsleute erzählen. Einige amerikanische Kriegsteilnehmer versuchten natürlich auch die Flagge des deutschen Schiffes niederzuholen. Auch in Amerika marschiert die Vernunft langsam.

Die **Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft** hatte bisher fremde Schiffe zum Verkehr nach den brasilianischen Südhäfen gechartert. Sie stellt jetzt den auf deutschen Werften erbauten Dampfer „Deutschland“ in Fahrt nach dem La Plata-Gebiet. Als zweiter Dampfer folgt der Dampfer „Argentina“. Die Abfahrt des ersten Schiffes erfolgt am 12. November.

VERSCHIEDENES

Das deutsche Buch.

Die Frankfurter Ausstellung hat auch in der ausländischen Presse einen guten Erfolg zu verzeichnen. Der bekannte Däne Professor Karl Larsen aber schreibt in „Politiken“ einen Leitartikel, der also schließt: „Warum veranstalten die Deutschen Ausstellungen, um die Entwicklung und den Stand ihrer Bücher auf dem Weltmarkt zu zeigen, wenn sie gleichzeitig durch eine kurz-sichtige Valutapolitik dieses Buch vom Weltmarkt ausschließen, während vernünftige französische und englische Buchhändler dort täglich mit wachsendem Erfolg arbeiten?“

Mußte erst ein dänischer Schriftsteller kommen, um uns Deutschen diese Worte zu sagen?

Der **Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen** hielt in Würzburg am 13. September seine erste Haupttagung ab. Von 21 Vereinigungen und Gesellschaften waren 40 Teilnehmer erschienen. Prälat Dr. Werthmann eröffnete die Tagung als stellvertretender Vorsitzender mit einer kurzen Begrüßung, Caritas-Direktor Kreutz erstattete den Geschäftsbericht, sodann wurden die neuen Satzungen verlesen und angenommen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Fürst Alois von Löwenstein, zum zweiten Vorsitzenden M. d. R. Kommerzienrat Klöckner gewählt. Vier neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Vereinsverschmelzung. Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ und der „Deutsche Schulverein“ in Wien haben in der Anfang Oktober in München veranstalteten Zusammenkunft gewählter Kommissionen beschlossen: „Die beiden Verbände erstreben grundsätzlich ihre Verschmelzung, die möglichst beschleunigt werden soll. Bis zur Durchführung dieser Verschmelzung schließt sich der Deutsche Schulverein, Wien, dem Verein für das Deutschtum im Ausland

an. Für die Übergangszeit wird ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt.“ Der deutsche Verein hat etwa 70000, der deutsch-österreichische etwa 100000 Mitglieder. Die Verschmelzung ist vom Standpunkt der Vereinheitlichung des deutschen Vereinswesens aus freudig zu begrüßen.

Bestrafte Deutsche.

Daß es in England auch gefährlich sein kann, sein Deutschtum zu verleugnen, erfuhr die 49jährige Lehrerin Maria Nichel seit 1911 in Downe, Kent, die sieben zu einer Strafe von £ 10 verurteilt wurde, weil sie sich 1918 der Fremdenkontrolle gegenüber als Russin ausgegeben hatte. Die Angeklagte machte geltend, daß sie keinerlei Grund hätte, ihre Nationalität zu verleugnen. Da sie aber stets für eine Russin gehalten worden wäre, hätte sie die Leute und auch die Behörde aus Praktikumsgründen bei diesem Glauben lassen wollen. Lediglich dem Umstand, daß die Verurteilte als „unverdächtig“ bezeichnet werden konnte, hat sie die verhältnismäßig milde Strafe zu verdanken. Es wäre ihr wohl sonst schlechter ergangen.

Die **Oxford** Einladung der englischen Professoren an die deutsche Wissenschaft ist von zehn dem deutschen Reichstag angehörigen Universitätslehrern, Dr. Beyerle, Dr. Graf zu Dohna, Dr. Goetz, Dr. Kaas, Dr. Kahl, Dr. Moldenhauer, Dr. Radbruch, Dr. Riesser, Dr. Schreiber und Dr. Schücking, wie man sieht, Angehörigen der verschiedensten politischen Parteirichtungen rasch beantwortet worden. Die Gelehrten schreiben, sie glaubten im Namen der deutschen Wissenschaft zu sprechen, wenn sie sagten, die Wissenschaft kenne nur ein Ziel: die Erforschung der Wahrheit. „Zur Lösung dieser einzigen Aufgabe bedarf sie der gemeinsamen Arbeit über alle Grenzen der Staaten hinaus. Der Weltkrieg hat die gemeinsame Arbeit unterbrochen und viele gemeinsame Bande gelöst. Wir sind bereit, sie wieder zu knüpfen und durch gemeinsame Arbeit vergessen zu machen, was in beiden Ländern Verletzendes geschrieben und gesprochen war. Auch unser Hoffen richtet sich auf die Zukunft. Ihre Aufgaben sind nach den bitteren Erfahrungen der Menschheit in der Vergangenheit größer und dringlicher als je. Möge die wissenschaftliche Arbeit das ihrige dazu tun, den Geist der Echtheit, der Versöhnlichkeit und der gegenseitigen nationalen Achtung zu fördern, ohne den der Wiederaufbau der zusammengebrochenen Welt unmöglich ist.“

Ein germanischer Bauernkongreß. Der Bund der Landwirte in Deutschland, der Polnische Landbund, der Bund der Landwirte, Politische Partei des Deutschen Landvolkes für Mähren, Böhmen, Schlesien und die Slowakei, der Club der Abgeordneten und Senatoren des Bundes der Landwirte, die Deutsch-österreichische Bauernpartei, die Bauernpartei der Deutsch-österreichischen Nationalversammlung und der Verband der unabhängigen Bauernbünde Deutsch-Österreichs erlassen eine Einladung zu einem germanischen Bauernkongreß, in der vor allem Beseitigung der verfehlten Kriegs- und Zwangswirtschaft als Vorbedingung der landwirtschaftlichen Erzeugung gefordert wird. Alle die germanische Bauern interessierenden Fragen sollen auf dem Kongreß in Karlsbad im Herbst 1920 behandelt werden.

Von der Universität Czernowitz.

An der Universität Czernowitz, über deren Rumänisierung anfangs viel gesprochen wurde, die aber dann doch, wenn auch nur vorläufig, deutsch blieb, studierten im Sommersemester 1920 im ganzen 1671 Studenten, unter ihnen 531 Deutsche, 371 Rumänen, 365 Juden, 239 Ruthenen, 120 Russen, 42 Polen und je 1 Tscheche, Bulgare und Armenier.

Ein deutsches Waisenhaus in Czernowitz.

Ein deutsches Waisenhaus ist in Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, eröffnet worden. Am 17. Oktober fand in der evangelischen Kirche ein Festgottesdienst unter Mitwirkung des Czernowitzer Männergesangsvereins statt, an dem der Bürgermeister Sandru und die Vertreter der deutschen Vereine teilnahmen. Pfarrer Dr. Glondys hielt die Festpredigt. Dann wurde im Waisenhaus die Weihe vorgenommen. Die Vertreter der deutschen Vereine brachten ihre Glückwünsche dar. Beim Gottesdienst selbst kamen über 3000 Lei als Spenden ein.

Die deutsch-finnische Vereinigung

In Dresden beabsichtigt, im kommenden Winter regelmäßige Zusammenkünfte zu veranstalten. Als Versammlungslokal wurde das Reichskaffee am Altmarkt gewählt, wo jeden Donnerstag in der Zeit von 5—7 nachmittags außer den Mitgliedern alle diejenigen willkommen sind, die an den deutsch-finnischen Betreibungen Anteil nehmen.

Die Zahl der Deutschen in Neu-Guinea.

Auf eine Anfrage in der in Melbourne erscheinenden „Stead's Review“, ob tatsächlich in Neu-Guinea jetzt noch mehr Deutsche als Irländer lebten, erfolgte die Auskunft, daß nach kommissarischen Zählungen des letzten Jahres dort außer der militärischen Besatzung nur 66 großbritannische Staatsangehörige gegen 680 Deutsche leben. Von letzteren sind 221 als Missionare tätig.

STIMMEN DER AUSLANDSDEUTSCHEN**Offene Bitte an Herrn Dr. Johannes Müller.**

Verehrter Herr Doktor!

Der „Auslandsdeutsche“ vom November ds. J. bringt im Abdruck die herrlichen Worte, die Sie an die Auslandsdeutsche in Helsingfors gerichtet haben. Es sind Worte, die die Wiedergabe recht wohl ertragen und recht verbreitet werden sollten unter den Auslandsdeutschen aller Länder. Immerhin, verehrter Herr Doktor, mögen Sie einem Auslandsdeutschen auch eine Bitte gestatten. Führer des deutschen Volkes rufen uns Auslandsdeutschen immer wieder zu, haltet zu uns, haltet zur Heimat. Wer aber trennt eben mit aller Macht die Auslandsdeutschen von der Heimat; das sind eben dieselben Führer. Ich erinnere an die Paßgebühren, an das Ausfuhrverbot des deutschen Buches usw. Darf ich Sie bitten, verehrter Herr Doktor, erheben Sie Ihre Stimme zu Hause, wecken Sie die Schläfer auf, indem Sie ihnen zurufen, haltet zu den Auslandsdeutschen, merkt daran, daß es Auslandsdeutsche gibt, schafft Gesetze für die Auslandsdeutschen, beteiligt die Auslandsdeutschen aktiver, hebt den Auslandsdeutschen ihr täglich Brot. Es wird immer mehr die Auslandsdeutschen appelliert, selten an das Volk. Das Volk muß erwachen, die Not, der harte Kampf der Auslandsdeutschen sorgen schon dafür, daß diese wach bleiben. Wir Deutschen im Ausland helfen gerne lindern, aber wir dürfen

auch erwarten, daß endlich aus den vielen schönen Worten, die schon so oft wiederholt worden sind, Taten werden.

Im November 1920.

Ihr aufrichtig ergebener

Oskar Koßmann.

Zum Entschädigungsverfahren der Auslandsdeutschen.

Wir werden in letzter Zeit mit zahlreichen Zuschriften über das Entschädigungsverfahren und über die Arbeit der Spruchkommissionen bedacht, die den außerordentlichen Unmut der Auslandsdeutschen über die doch trotz aller Regierungserklärungen recht langsame Arbeit der Spruchkommissionen verraten. Auch über die Geschäftsführung mancher Spruchkommissionen selbst wird lebhaft geklagt. So übersendet uns neuerdings Freiherr von der Bussche Lohe ein Schreiben, das er an den Präsidenten der Reichsentschädigungskommission, Berlin-Zehlendorf, gerichtet hat, mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Auf Grund einer Anmeldung für Auslandschaden erhielt ich bis heute folgende vier amtliche Schriftstücke der Spruchkommission:

1. Terminalschrift an Antragsteller: Aktenzeichen S 282, dd. 12. 7. 20, Unterschrift I. A. Gladigau.
2. Entscheidung, Aktenzeichen S 282, vom 15. Juli 20, ausgefertigt am 9. August 20 von der Registratur der Spruchkommission, Unterschrift Scholz.
3. Dieselbe Entscheidung, Aktenzeichen S 282, S I 288, mit der Benachrichtigung, daß Beschluß mit 11. September rechtskräftig geworden, ausgefertigt 13. September, Unterschrift Scholz.
4. Terminalschrift an Antragsteller: Aktenzeichen F. B. 123, dd. 25. 10. 20, Terminalsanberaumung auf 6. November 20, Unterschrift Knauff.

Hierzu meine Anfragen:

Soll am 6. November bis in idem verhandelt werden?

Wenn ja, was gedenkt die vorgesetzte oder Aufsichtsbehörde zu tun, um den Schlendrian im Betriebe der Spruchkommission abzustellen?

Wann bekomme ich die mir durch Beschluß vom 15. Juli 20 zugewilligte Unterstützung ausgezahlt?“

Man schreibt uns: „In den Mitteilungen, die der Landesverband Nordwestdeutschland herausgibt (Nr. 8 vom 1. November 1920) steht zu lesen, daß der Landesverband mit Dringlichkeitsanträgen überschwemmt werde. Täglich liefen 30 bis 50 Anträge ein und hemmten den Verkehr. Alle Auslandsdeutschen befänden sich aber in dringender Notlage und es sei vorgeschrieben, nur solchen Antragstellern eine Sonderstellung einzuräumen, die durch Vorlage ihrer Einreiseerlaubnis in ein fremdes Land ihren Dringlichkeitsantrag begründeten. Worin diese Sonderstellung besteht und in welcher Weise das Verfahren dann beschleunigt wird, das ist auch in diesen Mitteilungen nicht gesagt. Wäre es nicht an der Zeit, daß der Bund einmal klipp und klar eine Erklärung abgäbe, in welcher Weise das Verfahren in solchen Dringlichkeitsfällen erledigt wird, damit die Auslandsdeutschen selber über dieses Verfahren im Bilde sind?“

AUSWANDERUNGSWESEN**Eine neue Arbeitsgemeinschaft.**

Eine neue Arbeitsgemeinschaft für Auslandsfragen ist in Breslau zustande gekommen, wo der Leiter des Geographischen Instituts an der Universität, Geheimrat Professor Dr. Volz, die Leitung in Händen hat. Namentlich

soll die Fürsorge für Auswanderer gepflegt werden, die Geschäftsstelle befindet sich in Breslau 18, Kaiser-Wilhelm-Platz 20, Zimmer 28. Zu den bestehenden konfessionellen Beratungsstellen des Caritasverbandes und der Evangelischen Zentralstelle Breslau kam eine Beratungsstelle für auswandernde Frauen

und Mädchen, die sich beim Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten in Breslau befindet. Ein Auswandererkursus ist eingerichtet worden, Sprachkurse in Spanisch, Russisch und Englisch finden statt, und Vorträge über die Aussichten der Auswanderung sollen gehalten werden.

Auswanderung nach der Slowakei.

Fast täglich findet man jetzt in deutschen Eisenbahnzügen größere Trupps von Slowaken, die Deutschland durchwandern und durchfahren, um ihre Auswanderung nach Nord- und Südamerika zu bewerkstelligen. Dr. Zadina schätzt ihre Zahl in einem Artikel des „Venkow“ auf bisher 30000 und die Zahl der täglich neu Auswandernden auf 200 bis 300. In Amerika leben 800000 Slowaken. Fast ein Drittel der Nation ist in der Fremde. Der Autor nennt die Rückführung dieser Elemente neben der Eindämmung der Auswanderungslust der Tschechen eine nationale Aufgabe von größter Bedeutung für die Tschechoslowakei.

Auswandererschwindel auch in Polen.

In Warschau ist ein gewisser Dworkin verhaftet worden, der die Auswanderung von Juden nach Kanada vermittelte und durch Zeitungsanzeigen viele Kunden fand. Das polnische Auswanderungsamt stellte fest, daß er 304 Personen betrogen hat, denen er Geld abnahm, ohne etwas dafür leisten zu können.

Von der Interessengemeinschaft Sowjet-Rußland.

Wir haben bereits über die wichtigsten Ereignisse von der „Reichskonferenz“ berichtet. Dem Berichte der „Rätezeitung“ entnehmen wir nun noch einige Einzelheiten. In Berlin, wohin der Sitz der Interessengemeinschaft von Leipzig aus verlegt wurde, waren 15 Zentralen mit zusammen 11733 Mitgliedern vertreten und zwar durch 27 Delegierte. Fünf Zentralen waren nicht vertreten. Schätzungsweise dürfte also die Interessengemeinschaft, wenn die Mitgliederzahl der unvertretenen so hoch ist wie diejenige der vertretenen Zentralen, rund 15600 Mitglieder der Interessengemeinschaft angehören. Für Ende Juli waren 12100 angegeben. Bei Erstattung des Kassenberichts wurde festgestellt, daß seit Gründung der Interessengemeinschaft, seit 2. Dezember 1919, überhaupt noch keine Kassenrevision vorgenommen worden ist. Die Bilanz ergab eine Schuldenlast von 12800 Mark. Auf Grund der Verhandlungen mit der russischen technischen Kommission gab Genosse Keller die Erklärung ab, daß die R. T. K. die früheren, bekanntlich recht ungünstigen Verträge für gültig ansehe und Vollmacht habe, sie noch zu erweitern. Bei der eigentlichen Tagung, der für das Reichswanderungsamt, Auswärtige Amt, Reichsamt des Innern und Arbeitsministerium Herr Dr. von Zastrow vom Reichswanderungsamt als Gast beiwohnte und an der als Gäste der Herausgeber der „Rätezeitung“ und der „Roten Fahne“, ein Vertreter der kommunistischen Partei und Herr Dr. Unger-Sternberg teilnahmen, wandte sich der Vorsitzende namentlich an das Reichswanderungsamt mit der Bitte, die Bestrebungen der Interessengemeinschaft unterstützen zu wollen. Für die R. T. K. übermittelte Professor Fedorowski Grüße. Er nannte die Auswanderung deutscher Arbeitskräfte nach Sowjet-Rußland eine historische Notwendigkeit, betonte aber, daß diejenigen grausam enttäuscht würden, die auf ein behagliches Wohleben in Rußland rechneten. Der zweite Vertreter der Kommission, Jasikow, bedauerte den Mißerfolg der Interessengemeinschaft mit dem ersten Transport nicht, sondern begrüßte ihn, da er die Reihen von unnützen Elementen reinige. Ein Kommunistenführer vertrat in der Besprechung den Standpunkt seiner Partei, die die

Auswanderung erprobter kommunistischer Elemente nicht wünsche, sondern ihre weitere Mitarbeit an der Revolution in Deutschland brauche. Auf eine in russischer Sprache gesprochene Rede eines deutschen Arbeiters, die Russen sollten nicht nur ledige Leute nehmen, denn diese Jugend sei unter den Einflüssen des Krieges doch nicht fachlich durchgebildet genug, erwiderten die Russen, daß die Wohnungsverhältnisse zurzeit die Einwanderung von Familien ausschlossen. Der Referent Radzanowski betonte, beim ersten mißglückten Transport habe es sich nur um Leute gehandelt, die sich in die Interessengemeinschaft eingeschlichen hätten, um das Werk zu sabotieren. (Alle 200 Mann des ersten Transports, das wäre in der Tat ein seltsamer Zufall!). Die 200 Leute seien an ihrem Unglück selbst schuld, weil sie namentlich die Arbeitsleistung verweigert hätten. Die „Rätezeitung“ beginnt jetzt damit, Briefe von Leuten des ersten Transports zu veröffentlichen (allerdings wird nur gesagt „von den in Rußland ausharrenden Genossen“ und es brauchen darunter nicht die Teilnehmer des ersten Transports verstanden zu werden, sondern es können auch andere Genossen gemeint sein), die sich günstiger äußern.

Hinter den Kulissen.

Der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen wir einen Bericht über eine Rede, die der nach Sowjetrußland mit dem bekannten Transport der 202 aus Stettin Ausgewanderten und verärgert Zurückgekehrten Bruno Grimm in Leipzig hielt. Die Versammlung war von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur einberufen und mäßig besucht. Grimm schilderte seine Erlebnisse, nannte die Leiter der Interessengemeinschaft Menschenhändler und zeichnete ein Bild der Lage, das die Dittmannschen Berichte wiederholte und noch verschärfte. Seine Ausführungen endeten in eine Lobrede auf die Liga, in deren Auftrag er sprach, was die „Leipziger Volkszeitung“ von einem Mann, der doch als „Kommunist“ ausgewanderte und die Internationale bei der Ausfahrt aus Stettin mitsang, erbärmlich findet. Von einem Versammlungsteilnehmer wurde Grimm gefragt, ob er von der Interessengemeinschaft nach seiner Rückkehr „Schweiger“ verlangt habe. Er leugnete das ab, gab aber zu, 50 Mark von der Interessengemeinschaft erhalten zu haben. An verschiedene andere zurückgekehrte Genossen seien 50 bis 100 Mark bezahlt worden.

Freie Überfahrt nach Peru?

In letzter Zeit ging wiederholt durch die Presse die Nachricht, daß die peruanische Regierung Einwanderern die Reise bezahle. Dieses Angebot ist vom deutschen Auswanderer mit Vorsicht aufzunehmen, da es englischen Zeitungen entnommen ist und nach Mitteilungen des peruanischen Generalkonsulats für deutsche Auswanderer noch nicht wirksam geworden ist. Peru gehört zu den ententefreundlichen Staaten, der Deutsche hat in diesem Land keinen leichten Stand. Mit den eingeborenen Peruanern kann der verwöhntere Deutsche nicht konkurrieren. Das Verhältnis Perus zu seinem Nachbarstaate Bolivien ist außerordentlich gespannt, so daß die Westküste Südamerikas als der amerikanische Wetterwinkel bezeichnet werden kann.

Das Angebot der peruanischen Regierung, welches sichtlich zunächst auf englische Einwanderer berechnet ist, stellt übrigens auch nur die Rückerstattung der Überfahrtskosten III. Klasse in Aussicht. Wer nicht gut spanisch spricht, und wer nicht 3—6 Monate auf eigene Kosten im Lande leben kann (dazu gehören etwa 3—6000 Pesos), der sollte sich hüten, Peru als Auswanderungsziel zu erwählen.

Unverantwortliche Propaganda.

Über unverantwortliche Propaganda für Paraguay beklagt sich das „Wochenblatt für den Alto Parana“ vom 18. August 1920 (Encarnacion), welches auf den Artikel eines gewissen Friedrich Thimm, der sich praktischer Landwirt aus Stettin nennt, hinweist, den dieser in der Julinumnummer der „Deutschen Auswandererzeitung“ erscheinen ließ. Thimm empfahl als Einnahmequelle den Anbau von Bananen, die angeblich nach 18 Monaten zu tragen beginnen und viel Geld einbringen sollten. Von Apfelsinenbäumen stellte dieser „praktische Landwirt“ vom 5. Jahre an gute Einnahmen von etwa 200 bis 500 Dollar Papier pro Baum in Aussicht.

Derselbe Friedrich Thimm bot seine Farm zur Aufnahme für Auswanderungslustige an, auf welcher sie angeblich sofort Erwerb finden würden. Thimm, der erst Anfang 1920 vollständig mittellos ins Land kam und schon wiederholt seinen Aufenthalt gewechselt hat, gab zu, Ähnliches nach drüben geschrieben zu haben. Aber die Verhältnisse hätten sich in der Zwischenzeit geändert, und wenn die betreffende Gruppe in Buenos Aires ankomme, würde sie einen Brief von ihm vorfinden, wo er alles aufkläre. „Im übrigen sei das seine Sache und ginge niemanden etwas an.“

Dies Beispiel zeigt aufs neue, wie vorsichtig Auswanderer derartige Angebote aufzunehmen haben. Hoffentlich helfen diese Zeilen, daß die deutschen Auswanderer derartige Angebote „praktischer Landwirte“ etwas skeptischer aufnehmen als bisher.

Die Aussichten im Druckgewerbe für Deutsche in Argentinien.

Laut Mitteilung der Bundesleitung des Deutschen Volksbundes für Argentinien sind die Aussichten für jede Art Arbeit im Druckgewerbe in Argentinien als durchaus günstig zu bezeichnen. Tüchtige Kräfte, aber auch nur solche, sind auf diesem Gebiete dort sehr gesucht und können unschwer lohnende Beschäftigung finden. Dieses gilt sowohl für Chemigraphen und graphische Zeichner, wie für Setzer, Maschinenmeister, Maschinensetzer, Schriftgießer usw. Die Klischeebbranche ist dort stark vertreten, doch Kenner bekunden, daß ihre Leistungsfähigkeit noch entwicklungsfähig ist. Chefs großer Firmen äußern sich, daß an wirklich tüchtigen Leuten besonders im Tiefdruck Mangel besteht, und wenn im allgemeinen Engagements von Europa nach Argentinien nicht üblich sind, sondern in der Regel für Stellungsuchende Spezialarbeiter nur eine Ausreise auf gut Glück in Frage kommt, so mag es in einzelnen Fällen nicht ausgeschlossen sein, daß besonders tüchtige Leute sich durch Bewerbungen von hier aus eine Stelle sichern können.

Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 44 Stunden wöchentlich (täglich 8 Stunden, Sonnabend 4 Stunden).

Löhne sind durch den zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitgebern festgelegten Tarif geregelt und sind durchschnittlich wie folgt: Tiegeldrucker 200 Peso, Setzer 200 Peso und mehr, Schriftgießer 200 Peso, Maschinenmeister 250 Peso, Maschinensetzer 300 Peso monatlich, Photographen in Dreifarben-Druck 11,40 Peso, Photographen in Autotypie und Phototypie 9,60 Peso, lithographische Zeichner 8—15 Peso pro Tag. (Peso — Papier — etwa 1,80 Mark Gold.)

Überstunden werden mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt, doch sollen nicht mehr als 6 wöchentlich gemacht werden.

Die Mehrzahl der Arbeiter ist in der „Federacion grafica Bonaerense“ organisiert, die von ungefähr 50 Prozent der Arbeitgeber anerkannt ist und diese mit Arbeitskräften versorgt. Genannte Federacion soll mit den verwandten europäischen Gewerk-

schaften, insbesondere den Deutschen, in enger Fühlung stehen und über unorganisierte Arbeiter, besonders Streikbrecher, die von Deutschland nach drüben kommen, ständig unterrichtet werden.

Misiones.

Die nördliche Provinz Argentinien Misiones eignet sich für Kolonisten, die bereits an schwere Urwaldarbeit gewohnt sind. Denn fast überall in Misiones ist Urwald, der erst ausgerodet werden muß, bevor die Pflanzung beginnen kann. Darum kommen hier am besten vorwärts die Einwanderer aus Brasilien, die als dorthin eingewanderte Deutsche oder deren in Brasilien geborene Kinder bereits die Urwaldarbeit kennen. Das Klima ist auch Deutschen, die direkt aus Deutschland kommen, nicht unerträglich. Und die Gegend am oberen Parana ist auf der argentinischen wie auf der paraguayischen Seite schön. Manche Reisende sagen, der obere Parana sei schöner als der Rhein. Produziert wird Tabak, Mais, Manioka, Mani. Von Obst Ananas, Apfelsinen und Zitronen.

Das Mißliche ist uns der Mangel an Verbindungswegen und daher der Mangel an Absatz. Wo wie in Hohenau, auf der rechten Paranaseite, zu Lande und zu Wasser Verbindungswege hergestellt sind, kommen die Leute vorwärts. Wo sie fehlen, ist eben nur die Produktion möglich für den eigenen Gebrauch. Das bedeutet ein jahrelanges Leben in der Einöde und im Mangel, in denen nur ganz feste Charaktere sich behaupten. Der durchschnittliche Deutsche greift aber in solcher Lage zum Zuckerrohrschnaps, mit dem er sich zu trösten sucht, und hieran geht er zugrunde.

Andere Übel sind natürlich auch zu ertragen, wie der Mangel an Arzt und Apotheke, Zahnarzt, der Überfluß an Giftschlangen, die Wurmkrankheit sowie die Unsicherheit des Lebens.

Deutsche Neueinwanderer, die nicht schon mit Beil, Axt, Spaten, Hacke umgehen gelernt haben, bleiben besser daheim. Als mittellose Leute, mögen sie nach Brasilien, Misiones oder Paraguay gehen, bleiben sie auf lange Jahre zu einem Sklavendasein verurteilt, gegen das das Leben eines landwirtschaftlichen Arbeiters in Deutschland ein Herrendasein bedeutet. Der Auswanderer muß, wenn er aus dem Schiffe steigt, etwa 5000 argentinische Papierpesos, also nach dem Kurse vom 1. Juni 1920 etwa 75000 Mark besitzen, um selbständig in Misiones etwas anzufangen. Besitzt er nichts, so kann er aus dem Sklavendasein, das seiner wartet, sich nur herausretten durch eine Handwerkskunst, mit der er in bevölkerten Gegenden Argentinien etwas erwerben kann.

Wir haben in Rosario uns wiederholt über die deutsche Einwanderung unterhalten. Das Resultat dieser Unterhaltung war: 1. Das Land am oberen Parana eignet sich besser für Italiener als für Deutsche. 2. Es gehört ein Kapital von etwa 5000 Papierpesos dazu, um prosperieren zu können. 3. Es sollte niemand kommen, der nicht an körperliche Arbeit und das Ertragen von Strapazen gewöhnt ist. 4. Ein genossenschaftliches Siedlungsunternehmen müßte viel Kapital haben und so groß angelegt sein — etwa 1 Million Hektar umfassen —, daß die Einwanderer sich mit dem Austausch ihrer Arbeit und ihrer Produkte selbst genügen.

Diese 4 Punkte tauchten immer wieder auf bei allen erfahrenen Kaufleuten, die Misiones aus Handelsbeziehungen oder auch aus eigenem Augenschein kennen. Ich darf nicht verhehlen, daß außerdem eine allgemeine Übereinstimmung darüber herrschte, daß wir dem Deutschen die Fähigkeiten, die der Einwanderer nach Misiones wie nach Argentinien überhaupt mitbringen müßte, leider nicht anerkennen können. Der Deutsche ist, wenn man

ihn mit dem Italiener vergleicht, zu wenig genügsam, zu anspruchsvoll, hat zu viel Bedürfnisse, auch ein keineswegs gerechtfertigtes Selbstgefühl, und gewöhnliche Arbeit will er nicht machen, auch wenn er nichts Besseres versteht. So verkommt hier der Deutsche in denselben Verhältnissen, in denen der Italiener nicht nur sich selber durchschlägt, sondern auch noch eine Familie erhält.

Dazu kommt nun aber noch, daß der Deutsche mit vielen Illusionen im Kopfe sich auf die Reise macht und schwer von seinen unfruchtbaren Illusionen abzubringen ist.

Der Deutsche als Auswanderer hat überall in Argentinien nur Aussicht auf ein Vorwärtskommen entweder als Kapitalist oder als ein beruflich für den Erwerb gründlich vorgebildeter Mann. Der Kapitalist kann sich die ersten Anfänge der groben Urwaldarbeit ersparen, indem er gerodetes Land kauft. Er kann auch, indem er einen Kahn befrachtet, sich Absatz auf dem Wasserwege sichern. Der Wasserweg wird in Misiones der Hauptweg bleiben, bis einmal dort auch Eisenbahnen gebaut werden.

Der beruflich für den Erwerb vorgebildete Mann, z. B. der Sattler, der Instrumentenmacher, der Schneider, Schuhmacher, Stellmacher, Tischler, Zimmermann, Schmied, Schlosser braucht sich in Misiones nicht zu begraben. Er findet überall in den Städten und Dörfern der bevölkerten Gegenden sein Fortkommen.

Das Territorium Misiones unterscheidet sich kaum vom rechten Ufer des Parana. Das Klima dürfte im argentinischen Chaco dasselbe sein, steigend im Sommer auf 48 Grad Celsius, aber mit kühlen und erfrischenden Nächten. Die argentinische Regierung dürfte an der Besiedlung von Misiones vorzugsweise ein Interesse haben, weil sie in Misiones noch das meiste Regierungsland besitzt. Auch wird, je teurer das Brennholz und die Holzkohle wird, die Inangriffnahme der Urwälder von Misiones für die ganze Republik wichtig. Denn das Fehlen der Steinkohle in dem langen Kriege hat im Chaco mächtig aufgeräumt mit dem gewünschten Hartholz, das sogar auf den Lokomotiven die Kohlen ersetzen mußte. Maximilian Gebhardt.

Rosario S. F.

Einwanderer und Einheimische in Brasilien.

Das Brasilianische Besiedlungsamt in Rio hat berechnet, daß seit dem Jahre der Unabhängigkeitserklärung, also seit 1822, 3576275 Einwanderer nach Brasilien gekommen sind, darunter 1340556, also über ein Drittel, Italiener. Im Süden von San Paulo bis Rio Grande do Sul haben sich die Massen der Deutschen, Italiener und Spanier angehäuft. Das Blatt „Imparcial“ stellt fest, daß diese Gebiete den Segen der Kolonisation beweisen. In Parana, S. Catharina und Rio Grande do Sul sei der Gegensatz zwischen den von Fremden und Einheimischen besiedelten Gegenden geradezu betäubend. Das hängt nicht damit zusammen, daß die Regierung die Einwanderer mehr unterstützt als die Eingeborenen, obgleich erstere ja weit schwierigere Verhältnisse zu überwinden haben, sondern hat seine Ursache in der größeren Gleichgültigkeit und Trägheit der Brasilianer. Die Besiedlung der Ländereien in den südlichen Staaten schreitet in letzter Zeit rüstig vorwärts.

Kolonisation in Matto Grosso.

Von einem großen Kolonisationsunternehmen in dem gesunden Hochland Matto Grosso weiß die „Deutsche Zeitung von San Paulo“ vom 17. Ju i zu berichten. Die rührige Firma Hacker & Co. soll mit der Regierung des Staates Matto Grosso einen Vertrag geschlossen haben, der die Kolonisierung eines Landkomplexes von 700000 ha = 28000 Lose zum Gegenstand hat. Es soll

viel fruchtbarer Camp vorhanden sein, welcher frischen Einwanderern die Ansiedlung erleichtert, weil das beschwerliche Waldschlagen und Roden in Wegfall kommt und schon von allem Anfang an mit Pflügen, Eggen u. dgl. sowie mit landwirtschaftlichen Maschinen gearbeitet werden kann.

Die erste Siedlung soll in der Nähe der Station Campo Grande (Strecke Jupea Corumba der Nordwestbahn) angelegt werden. Die gleichnamige Stadt ist in kurzer Zeit von 1000 Einwohnern auf 8000 gestiegen. Hacker will die Kolonisation in dem in Frage kommenden Gebiet von vornherein in großzügigster Weise betreiben, so daß in aller Kürze vielen Tausenden von Familien Unterkunft geboten werden kann. Dieses neue Unternehmen soll mit den älteren Hackerschen Siedlungen in Santa Catharina und Parana durch den Bau einer 60 km langen Bahn verbunden werden. Die Regierung des Staates Matto Grosso soll sich verpflichtet haben, allen zur Ansiedlung in den von der Firma Hacker & Co. anzulegenden Kolonien bereiten Kolonisten- und Einwandererfamilien freie Reise zu gewähren, „mag es sich um Leute handeln, die aus anderen Staaten zuwandern, oder um solche, die direkt vom Ausland einwandern“.

Ob diese freie Reise sich nun von brasilianischen Häfen bis ins Innere des Staates Matto Grosso oder gar von europäischen Häfen aus gewährt wird, wird vorsichtigerweise nicht gesagt. Zu letzterem werden die Mittel des Staates Matto Grosso kaum reichen. Bei der geschickten Propaganda, welche die Firma Hacker für sich zu treiben versteht, erscheint dem ganzen Unternehmen gegenüber zunächst noch größte Zurückhaltung am Platze. Wie der „Compass“ Curitjba vom 19. Juli zu berichten weiß, wird eine deutsche diplomatische Mission in Kürze in der Bundeshauptstadt eintreffen, um über die Ansiedlung von deutschen Auswanderern im Staate Matto Grosso zu verhandeln. Der Minister des Äußern soll mit der deutschen Regierung in Verhandlungen begriffen sein über die Ansiedlung von 3000 deutschen Familien in dem Staate Matto Grosso.

Einwanderung in Brasilien.

In der ersten Hälfte des Jahres 1920 sind 20084 Köpfe in Rio de Janeiro eingewandert, 14507 männlichen und 5577 weiblichen Geschlechts. Unter diesen waren 11664 Portugiesen, 2437 Italiener, 1418 Türken, 1355 Deutsche, 923 Spanier, 320 Franzosen, 265 Polen, 231 Engländer, 125 Schweizer, 104 Nordamerikaner, 67 Österreicher, 60 Japaner, 16 Ungarn. Von diesen Einwanderern sind 8100 Personen nach dem Innern befördert, und zwar nach Sao Paulo 5701, nach Minas Geraes 797, Parana 633, Rio de Janeiro 236, Rio Grande do Sul 174, Santa Catharina 160.

Über Santos wanderten 16625 Einwanderer ein. Während in Neuyork im gleichen Zeitraum 800000 Einwanderer angekommen sind, landeten in Brasilien also nur 36000 Personen.

Guter Rat für den Anfang in Brasilien.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß das Glück des deutschen Auswanderers in Brasilien nicht davon abhängt, daß er gleich eine Regierungskolonie erhält. Namentlich denjenigen deutschen Einwanderern, welche bisher noch keine Ahnung von Landwirtschaft haben und alles andere als Landwirte von Beruf sind, aber mit Pässen kommen, welche sie als Landwirte bezeichnen, fällt es besonders schwer, sich auf einer Regierungskolonie zurechtzufinden. Landwirt in Brasilien zu sein, heißt vom frühen Morgen bis zum späten Abend in tropischer Hitze arbeiten können, um es dann erst wenigstens einmal so weit zu bringen, daß die Familie das tägliche Brot hat. Dieses ist für einen deutschen Landwirt, der sich erst an die andersartige

Arbeitsmethode in Brasilien gewöhnen muß, schon schwer; um wieviel mehr aber noch für einen Schuster und Schneider. Kommen nun solche Leute gleich auf eine Regierungskolonie und finden nicht die so notwendige Unterweisung bei schon angesessenen Leuten und sprechen diese Nachbarn dann noch zum Unglück nicht deutsch, dann ist gleich ein schlechter Anfang gemacht. Fehlschläge folgen aus Unkenntnis; der Einwanderer verliert den Mut; Geld zum Zusetzen hat er gewöhnlich nicht, und das Ende vom Lied und der ganzen Herrlichkeit ist, daß der Einwanderer wieder davonläuft, über Gott und die Welt schilt, und anstatt die Schuld bei sich zu suchen, sie auf andere abwälzt und sich einbildet, im Recht zu sein. Diese Leute, die leider einen großen Prozentsatz der Einwanderer ausmachen, vermehren später nur das Großstadtproletariat und machen dem deutschen Namen Unehre.

Der gesündeste Weg ist, sich zunächst als Knecht zu verdingen, Erfahrungen auf Kosten anderer zu sammeln, von seinem Lohn so viel als möglich zu sparen, um dann später mit diesen Erfahrungen sich in geeigneter Gegend Land zu kaufen. Derartige Dienststellen müssen aber sorgfältig vorher geprüft werden, ob sie in gesundem Klima liegen und nicht weißen Sklavenstellen gleichen. Nur so ist es Unbemittelten möglich, allmählich in bescheidenen Wohlstand zu gelangen. Es gibt ein schweigen-

des Lernen, das dem Deutschen besser ansteht als prahlende Überhebung, welche ihn nur unbeliebt macht. Deutsches Wissen, verbunden mit brasilianischen Methoden, werden den deutschen Einwanderer dann ganz von selbst bald eine höhere soziale Stufe einnehmen lassen, die ihn über die Einwanderer anderer Nationen erhebt.

Australien braucht Einwanderer.

Der australische Minister Millen ist zurzeit in London und will von dort nach Genf zur Völkerbundssitzung gehen. Ein wesentlicher Zweck seiner Reise besteht darin, für verstärkte Zuwanderung nach Australien Stimmung zu machen. Das Commonwealth ist nicht mehr in der Lage, die nötigen Arbeitskräfte aus der eigenen, zu wenig zunehmenden Bevölkerung zu decken. Deshalb soll in Europa, vor allem im Mutterlande, für Nachschub gesorgt werden. Ein besonderer Einwanderungskommissar für den ganzen Staatenbund wird die Werbung in Europa und die Überfahrt regeln, während in Australien selbst für Aufnahme, Versorgung und Unterbringung weitgehende Vorkehrungen getroffen werden sollen. Deutsche haben daran zunächst nicht teil. Es ist aber anzunehmen, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse Australiens auf die Dauer stärker sein werden, als die bisherigen Bestrebungen, deutsche Einwanderung auszuschließen.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Allgemeines: Übersicht:

Auslanddeutschum i. allg.: 25. 47. 48. 82. 89. 107. 112.
Grenzlanddeutschum: 6. 12. 16. 18. 20. 28. 32. 34. 36. 39. 46.
48. 56. 57. 58. 63. 64. 65. 71. 72. 73. 79. 92. 93. 94. 97. 102.
106. 109. 111. 113. 115. 116. 117.
Auslandkunde i. allg.: 16. 24. 37. 40. 42. 46. 51. 52. 67. 81.
83. 86. 89. 90.
Auswanderung: 14. 19. 22. 41. 66. 80. 108. 110.
Außenhandel: 1—4. 46. 50. 54. 73. 83. 85. 98. 116.
Kirche und Mission: 8. 9. 53. 72. 76. 77. 91. 92. 105.
Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 33. 38. 74. 79.
84. 101.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 12. 15. 26. 49. 52. 90. 101. 104. 115.
Nord- u. Osteuropa: 6. 7. 36. 45. 50. 54. 63. 68. 71. 72. 73.
92. 93. 94. 102. 108. 111. 114.
Süd- u. Südosteuropa: 16. 57. 59. 61. 62. 75. 87. 99. 103.
Vorderasien: 98.
Südasiens: 23.
Ost- u. Australasien: 2—4. 17. 29. 30. 35. 70. 76. 105.
Afrika: 21. 44. 55.
Nordamerika: 5. 8. 27. 43. 53. 91. 95. 96. 100. 110.
Lateinamerika: 10. 11. 13. 19. 22. 31. 60. 66. 69. 74. 77. 78.
80. 85. 88.

I. Einzelschriften.

1. *Behnsen, Henry, u. Werner Genzmer, Valutaelend u. Friedensvertrag.* Leipzig: Meiner 1921. 72 S. 8° M 5.50.
Die Schrift gibt zahlenmäßige Übersichten über die Einwirkung des Friedensvertrages auf den deutschen Außenhandel, die Zahlungsbilanz, die Reichsfinanzen und das Geldwesen und kommt zu dem Ergebnis, daß ohne eine gründliche Revision des Friedensvertrages der Ausgleich der Zahlungsbilanz und das Gleichgewicht der Reichsfinanzen nicht erreicht werden können und ein Aufstieg aus dem Valutaelend so lange unmöglich ist.
2. *Berliner, S., Organisation u. Betrieb des Exportgeschäfts in China.* T. 1: Allgem. Teil u. Buchführung. Hannover: Hahn 1920. 131 S. 8° M 12.—. (Weltwirtschaftl. Abhandlungen. Bd 4.)
3. *Berliner, S., Organisation u. Betrieb des Importgeschäfts in China.* Hannover: Hahn 1920. 167 S. mit 1 Karte. M 15.—. (Weltwirtschaftl. Abhandlungen. Bd 2.)
4. *Berliner, S., Organisation u. Betrieb des japanischen Importhandels.* Hannover: Hahn 1920. 119 S. u. 1 Taf. M 10.—. (Weltwirtschaftl. Abhandlungen. Bd 1.)
5. *Bernstorff, Count [Johann Heinrich], My three years in America.* London: Skeffington [1920]. 360 S. 8° 25 s.
6. *Bernhard, Ludwig, Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen.* 3. neubearb. Aufl. mit 1 Kt. München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1920. XI, 572 S. 8° M 30.—.
7. *Bernmann, Oskar, Die Agrarfrage in Estland.* Berlin: Puttkammer & Mühlbrecht 1920. 56 S. 8° M 7.—.
8. *Bosse, Georg von, Ein Kampf um Glauben u. Volkstum. Das Streben während meines 25jährigen Amtslebens als deutsch-luther. Geistlicher in Amerika.* Stuttgart: Belser 1920. 259 S. 8°. M 6.—
9. *Breitenstein, D., Diaspora u. Bonifatiusverein.* Hamm: Breer & Thiemann 1920. 32 S. 8° M —.75. (Frankfurter zeitgemäße Broschüren. Bd 39, H. 7.)
10. *Brola, Arturo, La Conferencia de la paz. Comentarios a un documento secreto.* Buenos Aires: „Empresa Editorial Germania“ 1920. 36 S. 4°.
11. *Enock, C. R., Spanish America. Its romance, reality, and future.* Vol. 1.2. London: Fisher Unwin 1920. 8° s. 30.—.
12. **Eupen, Malmedy, Monschau.* Berlin: Stadthagen (1920): 116 S. 8°.
13. *Deutscher Turnverein z. Valparaiso. Festschrift zum*

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat, Verlagsgesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18 079.

- 50jährigen Bestehen. 21. Juni 1870–21. Juni 1920. Valparaiso [1920]: Imperentia Victoria. 32. S. 8°.
14. **Finke**, Denkschrift, betr. die organisierte Auslandsiedlung. Gollnow 1920. Rinck Nf. 16 S. 8°.
- Der im deutschen Genossenschaftswesen sichtlich erfahrene Bürgermeister von Gollnow entwirft hier den Plan einer deutschen Auslandsiedlung im Gebiet des alten Rußlands. Unter Ausschluß aller politischen Gesichtspunkte soll die deutsche Reichsregierung diesen Plan durchführen zu dem Zweck ihrer eigenen Entlastung, mit dem Ziel einer möglichst baldigen Selbstversorgung der Siedler. Die Siedlung soll mindestens 30000 und höchstens 100000 Menschen umfassen. Auslandsdeutsche, Kolonialdeutsche und Flüchtlinge aus den Grenzgebieten sind in erster Linie ins Auge gefaßt. Die Mittel sollen durch das Reich, die Banken, Großindustrielle und Reeder, Rotes Kreuz und Schutzbund der Auslandsdeutschen sowie durch eine Siedleranleihe aufgebracht werden. Das Gastland würde bald selbst den größten Gewinn davon haben und gewiß gern bereit sein, ein derartiges Unternehmen zu unterstützen. Die Siedlung ist auf gemeinnütziger Grundlage nach bodenreformerischen Grundsätzen geplant.
- Der Plan ist gut. Wenn nur die Unterstützung des Gastlandes heute so leicht erreichbar wäre, wie der Verfasser es sich denkt. Der Vertrag zwischen Sowjetregierung und Interessengemeinschaft läßt bis jetzt noch wenig von dem hier erwarteten Entgegenkommen merken. Grb.
15. **Farbige Franzosen am Rhein**. Ein Notschrei deutscher Frauen. 2. Ausg. Berlin: Engelmann 1920. 64 S. 8° M 1.—.
16. **Geist-Lang**, Paula, Das Nationalitätenproblem auf dem Reichstg zu Kremsier 1848/1849. Beitrag z. Geschichte d. Nationalitäten in Österreich. München: Drei Masken 1920. 210 S. 8° (Bücherei f. Politik u. Gesch. d. Drei Masken-Verl.)
17. **Glaser**, Kurt, Die Kunst Ostasiens. Der Umkreis ihres Denkens u. ihres Gestaltens. 2. Aufl. Mit 36 Bildtaf. Leipzig: Insel-Verlag 1920. VIII, 239 S. 8° M 40.—.
18. **Glaser**, Max, Leut vom Land. Geschichten aus Böhem. Illustr. von Karl Vavrina. Wien—Prag—Leipzig: Strache 1920. 95 S. 8°.
19. **Jaramillo Infante**, C. A., Das Departement Ancash in Peru. Ein Land f. deutsche Auswanderer. Berlin-Steglitz: Meyer 1919. 20 S. 8° M 3.—.
- Eine Propagandaschrift, die Peru und insbesondere sein Departement Ancash zur Einwanderung Deutscher empfiehlt, vor allem solcher, die über entsprechende Kenntnisse und Geldmittel verfügen. Nach Ansicht des Verfassers würden die reichen Bodenschätze des Landes und der fruchtbare Boden, der allerdings zum Teil erst mit Bewässerungsanlagen zu versehen wäre, deutschem Unternehmungsgeist ein dankbares Feld bieten. H. P.
20. **Joël**, M., Die kulturelle Entwicklung Oberschlesiens von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart in ihrer Abhängigkeit vom dem Boden. Breslau: Graß, Barth & Co. 1920. 62 S. 8° Breslau, Phil. Diss.
21. **Joelson**, F. S., The Tanganyika Territory. (Formerly German East Africa.) Characteristics and potentialities. With a map and illustr. London: Fisher Unwin 1920. s. 21.—.
22. Die Hanseatischen **Kolonien** im Staate Santa Catharina, Brasilien. Zur Auskunftserteilung an Auswanderungslustige. (Hammonia): Hanseatische Kolonisations-Gesellschaft m. b. H. 1920. 11 S. 8° M 3.50.
- Die der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft gehörigen, im brasilianischen Bundesstaate Santa Catharina gelegenen „Hanseatischen Kolonien“ werden von dem Direktor der Kolonien, Deeke, kurz beschrieben. Zahlenangaben über das Kolonisationssystem, die Landpreise, die Größe der Grundstücke, Arbeits- und Kaufbedingungen, Lebenshaltung, Klima, Höhenlagen, Landwirtschaft, Viehzucht und die Marktpreise der wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände nach dem Stand vom April 1920 sind beigefügt.
23. **Konow**, Sten, Indien i det nitende Aarhundrede. (Asiens kultur.) Kopenhagen: Gyldendal [1920]. 8° Kr. 8.75. (Det nitende Aarhundrede. VII, 2.)
24. **Kraus**, Herbert, Vom Wesen des Völkerbundes. Berlin: Deutsche Verlagsges. f. Politik u. Geschichte 1920. 63 S. 8° M 5.50.
- Die Schrift gibt einen Vortrag wieder, den der Verfasser im Juni 1920 vor der Staatswissenschaftlichen Vereinigung zu Königsberg gehalten und hier im wesentlichen nur durch Quellen- und Literaturnachweise ergänzt hat. Nach theoretischen Erörterungen der Organisation und der Aufgaben eines Völkerbundes überhaupt, wird der „Pariser Völkerbund“ nach Entstehung, Art und Zweck analysiert und kritisch gewürdigt.
25. **Laun**, Rudolf, Entwurf eines internationalen Vertrages über den Schutz nationaler Minderheiten. Vorgelegt d. Berliner Völkerbundskonferenz, März 1919. Berlin: Heymann 1920. 27 S. 8° M. 4.—. (Schriften über Minderheitenschutz. Hrsg. vom Dt. Schutzbund f. d. Grenz- u. Auslandsdeutschen, H. 2.)
26. **Levy**, Hermann, Soziologische Studien über das englische Volk. Jena: G. Fischer 1920. VIII, 144 S. 8° M 20.—.
27. **Luckwaldt**, Friedrich, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Bd 1: Die Werdezeit 1607–1848. Bd 2: Der Kampf um Einheit u. Weltgeltung 1848–1920. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1920. 2 Bde M 72.—.
28. **Marcks**, Erich, Ostdeutschland in der deutschen Geschichte. Leipzig: Quelle & Meyer 1920. IV, 61 S. 8° M 4.50.
29. **Meißner**, Kurt, Die Entwicklung der japanischen Eisenindustrie während des Krieges. Hannover: Hahn 1920. 60 S. 8° M 7.—. (Weltwirtschaftl. Abhandlungen. Bd 3.)
30. **Mohr**, F. M., Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik. Neuwied a. Rh.: Strüdersche Buchdruckerei 1920. VI, 237 S. 8°.
31. ***Mühlau**, Helene von, Donna Anna. Das Schicksal einer Deutschen in Südamerika. Roman. Berlin: Fleischel 1920. 310 S. 8° M 16.—.
32. Unser **Oberschlesien**. Das Hohelied deutscher Arbeit. Eine Sammlung von Heimatbildern nach Aufn. von Bruno Zwienen. Mappe 1: Die Hütte. 16 Heimatbilder. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien [1920]. 16 Taf. mit 2 S. Text. 8° M 15.—.
33. German *opinion* on national policy, Part. 1: prior to July 1914. Part. 2: since 1914. London: Stationery Office [1920]. 8° sh. 1.—. (Handbooks prepared under the direction of the historical section of the Foreign Office.)
34. **Pirchegger**, H[ans], Geschichte der Steiermark. Bd 1: bis 1283. Gotha: F. A. Perthes. XVI, 436 S. 8° M 30.—.
35. Das *Problem Japans*. [The problem of Japan. Amsterdam 1918, deutsch.] Polit. Betrachtungen über Japan u. seine Beziehungen z. Rußland, England, China, Deutschland, Amerika . . . von einem ehemaligen Gesandtschaftsrat im fernen Osten. Übers. aus d. Engl. von Professor J. A. Sauter. Leipzig: K. F. Köhler 1920. 199 S. 8°.
36. Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen, Landesvereinigung. An den Rat des Völkerbundes. Bydgoszcz [Bromberg] Juni 1920. 20 S. 4°.
37. ***Reinhard**, R., Die Welt nach dem Friedensschluß. Ein geogr.-wirtschaftspolit. Überblick. 2. neubearb. Aufl. Mit 19 Kt., Diagrammen u. graph. Darstellungen. Breslau: Hirt 1920. 48 S. M 2.—.
38. **Romagnoli**, Ettore, Musica italiana e musica tedesca Conferenza. Milano: Treves [1920]. 8° l. 2.—. (Le pagine dell'ora.)
39. **Sauer**, August, Über die Bedeutung der deutschen Universität in Prag. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag Franz Kraus 1920. 32 S. 8° M 3.50.
40. **Schmid**, Edmund, Wie können nationale Minderheiten geschützt werden? Berlin: Heymann 1920. 30 S. 8° M 4.—. (Schriften über Minderheitenschutz. Hrsg. vom Dt. Schutzbund für d. Grenz- u. Auslandsdeutschen. H. 1.)
41. **Schmidt**, Felix, Auswanderungs-Probleme. Berlin-Oberschöneweide: Baumann & Basedow 1920. 43 S. 8° M 1.80.
42. **Simmer**, Hans, Weltpolitische Fragen mit besonderer Berücksichtigung d. geographischen Grundlagen u. des Deutschums. Nürnberg: Koch [1920]. III, 128 S. 8° M 7.—. (Dröber, [Wolfgang] u. Max Weyrauther. Erdkunde f. höhere Lehranstalten. F. 9.)
- In dem allgemeinen Teil A werden die geographischen Grundlagen des Staates in enger Anlehnung an die Gedankengänge Kjellens abgehandelt. Der spezielle Teil B wendet dieselbe Methode auf die Weltmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Rußland, die Vereinigten Staaten, Japan und auf das Mittelmeergebiet an. In dem Abschnitt „Deutschland als Weltmacht“ überwiegt das polemische und zeitgeschichtliche Beiwerk stark die gereifte und ruhige Tatsachendarstellung, die für ein Lehrbuch erstes Erfordernis bleiben muß. Indessen ist sehr zu begrüßen, daß das vorliegende Heft wohl als erstes Schulbuch nach Friedensschluß dem Deutschum im Auslande einen besonderen, ausführlichen Abschnitt widmet. Auch die weltwirtschaftliche und koloniale Ausbreitung Deutschlands werden gebührend berücksichtigt. — Leider vermißt man bei dem geographisch begründeten Werk Kartenbeigaben, die mindestens die territoriale und womöglich auch die wirtschaftliche und nationale Kräfteverteilung erkennen ließen. H. M.
43. **Simon**, Paul, Ein deutsch-amerikanischer Dichter (Caspar Butz). Münster 1919. 95 S. Phil. Diss.
44. **Solf**, [Wilhelm], Afrika für Europa. Der koloniale Gedanke des 20. Jahrhunderts. Neumünster: Dittmann o. J. [1920]. 44 S. 8° M 4.—.

Der Verfasser gibt im ersten Teil seiner Ausführungen mit möglichst wenig statistischem Material einen Überblick über die wichtigsten Probleme einer jeden Kolonialpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Stellung der deutschen Regierung zu ihnen. Im zweiten Teil entwickelt er seine Gedanken über die Zukunft Afrikas. Er fordert eine Neuverteilung Afrikas unter die europäischen Kolonialstaaten nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen und kolonialisatorischen Leistungsfähigkeit. Für den ganzen Erdteil oder wenigstens die tropischen Gebiete ist das Vertragssystem auszudehnen und auszubauen. Diese Verträge sollen die Beteiligung der Weißen an dem Erschließungswerke Afrikas unter gleichen Bedingungen gewährleisten und Grundlinien aufstellen für die gemeinschaftliche Lösung der großen Probleme der kolonialen Verwaltung. Die Militarisierung der Eingeborenen ist mit allen Mitteln von Afrika fernzuhalten. Werden diese Forderungen erfüllt, so hofft der Verfasser, daß Afrika zum Segen seiner Bewohner wie der gesamten Kulturmenschheit einer glücklichen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten entgegengehe.

45. **Stryk, Alexander v.,* In den Händen der Bolschewiken. Erinnerungen aus dem Jahre 1918. Leipzig: Xenien-Verlag [1920]. 363 S. 8° M 6.—.
46. *Temperley, H. W. O.,* A history of the peace conference of Paris. Vol. 2: The settlement with Germany. London: Frowde & Hodder [1920]. 8° s. 42.—.
47. *Wangart, Stefan u. Rich. Hellmann,* Die Zeitung im deutschen Gefangen- u. Interniertenlager. Eine Bibliographie. Buhl: Unitas 1920. 80 S. 8° M 16.—.
48. **Was wir verloren haben —.* Entrissenes doch nie ver-gessenes deutsches Land. Orig.-Zeichn. von Wilh. Thiele. Mit e. Geleitwort von v. Hindenburg. Unter Mitarb. von Friedr. Lienhard, Artur Brausewetter, Paul Warneke hrsg. vom Verleger. Berlin: Zillesen [1920]. 88 S. M 24.—.
49. *Wrede, Adam,* Köln- u. Flandern-Brabant. Kulturhistor. Wechselbeziehungen vom 12.—17. Jahrh. Köln: Gonski 1920. 152 S. 8° M 16.—.
50. **Die wirtschaftliche Zukunft des Ostens.* Hrsg. von der Genossenschaft Wegweiser für wirtschftl. Interessenten d. Ostens. Leipzig: K. F. Köhler 1920. VIII, 309 S. 8° M 27.—.

II. Forts.-Werke u. Zeitschriften.

51. *Annuaire diplomatique et consulaire.* Année 58, 1920. Paris: Berger-Levrault 1920. 8° fr. 25.—.
52. *Athena: A Year-Book of the learned world.* The English-speaking races. [Jg. 1. 1920.] Ed. by C. A. Ealand. London: A. & C. Black [1920]. VIII, 392 S. 8° s. 15.—.
53. *Illustrierter Kirchenbote-Kalender* 1920. Jg. 24. Hrsg. im Interesse d. Evang. Kongregational-Gemeinden von Nord-Amerika. Chicago: The German Pilgrim Press 1920. 124 S. 8°.
54. *Rigas pretschu parangu tirgus laikrakts.* Rigaer *Messe-Zeitung.* Verantw. Schriftl.: Alfred M. Frauenstein. Jg. 1. 1920/21. Nr 1. 6 S. Riga: Schnakenburga drukatawā. Beg.: Okt. wöch. 3 Nrn. Einzelnr. L. R. 1.50. [auch unter engl. und franz. Titel]
55. *Mitteilungen der Farmwirtschafts-Gesellschaft für Südwest-Afrika.* Verantw. Schriftl.: Hans Hundsörfer. Jg. 3. 1920/21. Nr 1. 25 S. 8°. Windhuk.
56. *Pieron.* Verantw.: Walter Pache. Jg. 1. 1920. Gleiwitz: Gutenberg-Druckerei. Beg.: Juli. Jährl. 52 Nrn.
57. *Der Schlern.* Südtiroler Halbmonatsschrift f. Heimatkunde u. Heimatpflege. Schriftl.: Hans Junger. Jg. 1. 1920. H. 1. 1. Jan. 1920. 15 S. 8°. Bozen: Tyrolia. Jährl. 24 H. M 20.—.
58. *Das Neue Schlesien.* Allgem. Mitteilungsblatt d. Provinzen Nieder- und Oberschlesien. Organ der Interessen d. Heimatdienstes, d. Siedlungs-, d. Aus- u. Rückwanderungs-wesens... Jg. 3. 1920. Breslau: Petzold. Beg.: Jan. Jährl. 52 H. M. 16.—.
59. *Die Deutsche Schule.* Hrsg. vom deutsch-schwäbischen Kulturverband. Beiblatt des „Banater Tagblatt“. Hrsg.: Josef Zauner. Jg. 1. 1920. Temesvar: Deutsche Wacht.
60. *Schule u. Haus.* Monatsschrift hrsg. vom Deutschen Lehrerverein Buenos Aires. Schriftl.: August Siewers. Jg. 1. 1920/21. Nr 1. 16 S. Buenos Aires: Dt. Lehrerverein. Beg.: Sept. Jährl. 12 Nrn., viertelj. \$ 1.—.
61. *Schule u. Leben.* Deutsche Lehrerzeitung für Großrumänien. Im Auftr. der siebenbürg.-sächsischen Gesamtlehrerschaft hrsg. von Dr. Egon Hajek und Karl Heinrich Hiemesch. Jg. 1. 1920/21. H. 1. 16 S. 8° Des „Schul- u. Kirchen-boten“ 36. Jahr. Kronstadt: Zeidner i. Komm.

62. *Sport.* Hrsg.: Dr. Egon Gundhart. Jg. 1. 1920/21. Nr 6. 8 S. Hermannstadt: Ostdeutsche Druckerei- und Verlags-A.-G. Jährl. 52 Nrn., viertelj. Lei 22.50.
63. *Der Volksfreund.* Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt u. Land. Verantw. Schriftl.: Ludwig Wolff. Jg. 2. 1920. Lodz: Ewald. Beg.: Jan. Jährl. 52 H. M 100.—.
64. *Die Oberschlesische Warte.* Zentralorgan der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Jg. [1]. 1920. Breslau: „Oberschl. Warte“. Beg.: März. Jährl. 52 Nrn., viertelj. M. 1.05.
65. *Der Weckruf im Osten.* Jg. 1. 1920. Graudenz: M. Fuß. Beg.: Jan. Wöchentl. 3 H., jährl. M 18.—.
66. *Wochenblatt für den Alto Paraná.* Organ aller Deutsch-sprechenden am Alto Paraná. Verantw. Schriftl.: Curt Schrottky. Jg. 1. 1920. Encarnacion: Schrottky. Jährl. 52 Nrn., viertelj. \$ 20.—. Beg.: Juni.
67. *British Empire universities year-book, 1918–20.* Ed. by W[illiam] H[arbutt] Dawson. London: G. Bell [1920]. XII, 503 S. s. 15.—.
68. *Deutsch-ukrainische Zeitung.* Red.: Gerhard Kluckow. Jg. 1. 1920/21. Nr 1. Berlin: Dt.-ukrain. Zeitung Verlags-gesellsch. m. b. H. Beg.: Juli. Jährl. 52 Nrn., M 25.—.
69. *Die Zukunft.* Nationales Organ. Red. i. V.: Max Stenzel. Jg. 1. 1920/21. Nr 1. 8 S. São Lourenço: Officina Graphica „Edda“.

III. Zeitschriftenaufsätze.

70. *Ammann, W.,* Erinnerungen an China und die deutsche Medizinschule in Schanghai. in: Das Echo. Jg. 39. 1920. Nr 20. S. 2272. Berlin: Auslandverlag G. m. b. H.
71. *Bergsträsser, Ludwig,* Das Deutschtum in Litauen. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 11. S. 294. Berlin: Heymann.
72. *Zu dem Briefe des Generalsuperintendenten Bursche in Warschau an den Erzbischof Söderblom.* in: Die Christl. Welt. Jg. 34. 1920. Nr 31. Marburg: Christl. Welt.
73. *Brönnner, Elisabeth,* Süddeutschland und der Osten. in: Die Brücke. Jg. 2. 1920. Nr 41. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
74. *Burrichter, P.,* Brasilien und Deutschland. (Nach den Berichten der Priester vom heiligsten Herzen Jesu in Brasilien.) in: Die katholischen Missionen. Jg. 49. 1920/21. H. 1. S. 9. Freiburg: Herder.
75. *Csaki, Richard,* Grundsätzliches zum ersten deutschen Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. in: Ostland. Jg. 3. 1920. 2. Sept.-H. S. 661. Hermannstadt: Kraft.
76. *Dahlmann, Josef,* Eine Katholikenversammlung in Tokio. in: Die kathol. Missionen. Jg. 49. 1920/21. Nr 2. S. 31. Freiburg i. Br.: Herder.
77. *Dedekind, M.,* Die Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Südamerika. 1. 2. in: Deutsche evangelische Blätter f. Brasilien. Jg. 2. 1920. H. 6. 7. São Leopoldo: Rotermund.
78. *Aus dem brasilianischen Deutschtum.* in: Lateinamerika (B) Mitteilungen über Brasilien. Jg. 1920. Nr 9/10. S. 108. Berlin: Deutscher Überseedienst G. m. b. H.
79. *Doerman, Antoine,* La situation économique actuelle de l'Allemagne et de la Haute-Silésie. in: Revue politique et littéraire. Revue bleue. Année 58. 1920. S. 658. Paris: Revue bleue.
80. *Die Einwanderungsgesetzgebung der Staaten Südamerikas.* 2. 3. in: Der deutsche Siedler. Jg. 3. 1920. Nr 10. S. 115. Berlin: Süsserott.
81. *Eltzschig, Georg,* Literarische Gesandtschaftsgehilfen. [Erwiderung auf Nr 86. Hübner.] in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. Jg. 87. 1920. Nr 250. S. 1346. Leipzig: Börsenverein der deutschen Buchhändler.
82. *Ende, Paul M. G.,* Naturgeschichte des Auslandsdeutschen. in: Die Brücke. Jg. 2. 1920. Nr 40. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
83. *Gesell, Heinrich,* Deutsches Nachrichtenwesen im Ausland. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftszeitung. Jg. 5. 1920/21.

- Nr 25. S. 510. Berlin: Verlag f. Staats- u. Wirtschaftsliteratur.
84. *Gregor*, Roderich, Deutschland im Spiegel des Auslands. in: Das demokrat. Deutschland. Jg. 2. 1920. Nr 39. S. 629. Berlin: Demokrat. Verlag.
85. *Hendrichs*, R., Neue Wege des deutsch-mexikanischen Handels. in: Lateinamerika (D) Mitteilungen über Mexiko, Mittelamerika, Westindien. Jg. 1920. Nr 9. S. 222. Berlin: Deutscher Überseedienst.
86. *Hübner*, Friedrich M., Der literarische Gesandtschaftsgehilfe. [vgl. die Erwiderung von Elitzschig. Nr 81.] in: Das literarische Echo. Jg. 23. 1920/21. H. 1. S. 23. Berlin: Fleischel.
87. *Kaindl*, R[aimund] F[riedrich], Politische u. völkische Lage der Deutschen im Südslawenstaat. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 11. S. 292. Berlin: Heymann.
88. *Keiper*, W., Ziele u. Grenzen der deutschen Schule in Argentinien. 1. in: Schule u. Haus. Jg. 1. 1920. Nr 1. S. 2. Buenos Aires: Schule u. Haus.
89. *Köhler*, Paul, Auslandserziehung. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1920. H. 10. S. 631. München: Lehmann.
90. *Krause*, Gustav, Politische Schulung u. politische Betätigung in Deutschland u. England. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1920. H. 11. S. 704. München: Lehmann.
91. *Krause*, J., Die Beziehungen der deutschen evang. Synode von Nordamerika zur evang. Kirche Deutschlands. 1. in: Deutsche evang. Blätter f. Brasilien. Jg. 2. 1920. S. 85. São Leopoldo: Rotermund.
92. *Kulturkampf* in Polen. in: Christl. Freiheit. Jg. 36. 1920. Nr 37. Bonn: Georgi.
93. *La Baume*, W., Die Goten in Ostdeutschland. Eine vorgeh. Skizze. in: Ostdeutsche Monatshefte. Jg. 1. 1920. H. 6. S. 241. Danzig: Ostdeutsche Monatshefte G. m. b. H.
94. Die Lage der Deutschen in Polen. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftszeitung. Jg. 5. 1920. Nr 26. S. 558. Berlin: Verlag f. Staats- u. Wirtschaftsliteratur.
95. *Lohr*, Otto, Das Deutschtum in der Geschichte Nebraskas. (Ausz. aus einem Aufsatz in der „Omaha Tribune“.) in: Der Landsmann. Jg. 1. 1920. H. 5. S. 118. New York: Landsmann-Verlag.
96. *Lohr*, Otto, Pioneers of the 17th century. A German chapter in American history. in: Der Landsmann. Jg. 1. 1920. H. 6. S. 135. New York: Landsmann-Verlag.
97. *Lüdtke*, G[eorg], Karl J. Trübner. Die Geschichte eines Verlages im deutschen Elsaß (1872–1919). in: Das literar. Echo. Jg. 23. 1920/21. H. 1. S. 1. Berlin: Fleischel.
98. Deutsche Möglichkeiten u. Aussichten in Persien. in: Weltwirtschafts-Zeitung. Jg. 5. 1920. Nr 42. S. 8. Berlin: Eckart Verlags-A.-G.
99. *Müller*, Georg, Über die Entstehungszeit der magyarischen Siedelungen im Sachsenland. in: Ostland. Jg. 3. 1920. 1. Okt.-H. S. 11. Hermannstadt: Kraft.
100. *Müller*, Wilhelm, Rattermann u. „Der deutsche Pionier.“ in: Die Neue Zeit. Jg. 2. Vol. 2. 1920. Nr 34. S. 9. Chicago: „Die Neue Zeit.“
101. *Picavet*, Camille-Georges, La mentalité collective en Suisse pendant la grande guerre. in: Revue politique et littéraire. Revue bleue. Année 58. 1920. S. 655. Paris: Revue bleue.
102. *Pohlmann*, Das organische Statut der Wojewodschaft Schlesien. (Polnisches Autonomiegesetz.) in: Das demokratische Deutschland. Jg. 2. 1920. Nr 43. S. 713. Berlin: Demokratischer Verlag.
103. *Reimesch*, Fritz Heinz, Das Spar- u. Vorschußwesen bei den Siebenbürger Sachsen. in: Der deutsche Kaufmann im Auslande. Jg. 8. 1920. Nr 9. Sp. 281. Hamburg: Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband.
104. *Rheinländer*, A., Die deutschen Juden in England während des Krieges. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 4. 1920. H. 10. S. 623. München: Lehmann.
105. *Richter*, Julius, Welche neuen Missionsfelder kommen für die deutsche Mission in Frage? Die große Missionsgelegenheit in China. in: Evangelisch-lutherisches Missionsblatt. Jg. 75. 1920. Nr 9. S. 171. Leipzig: Evang.-luth. Mission.
106. *Rosegger*, Hans Ludwig, Der Anschluß Deutschösterreichs. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr 11. S. 291. Berlin: Heymann.
107. *Scholz*, Oskar, „Auslanddeutsche“. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 39. S. 360. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
108. *Schrötter*, G., Eine schwäbische Auswanderung (nach Rußland 1819). in: Das Bayerland. Jg. 31. 1920. Nr 22. München: Eder.
109. *Sieger*, Robert, Die Bedeutung der Volksabstimmung in Kärnten. in: Die Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 44/45. S. 113. Berlin: K. F. Koehler Abt. Grenzboten.
110. *Simon*, Emil, Brief aus St. Louis. [Samml. für Deutschland u. Deutschösterreich. Einwanderung deutscher Ärzte. Nachruf auf Dr. Alt † in St. Louis.] in: Deutsche Medizin. Wochenschrift. Jg. 46. 1920. Nr 43. S. 1203. Leipzig: Thieme.
111. *Sontag*, Zum Staatsverträge zwischen Danzig u. Polen. in: Die Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 42/43. S. 68. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
112. *Ullmann*, Hermann, Die deutsche Volksgemeinschaft u. der Schutzbund. Rede auf der 1. Tagung d. deutschen Schutzbundes. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1920. H. 23/24. S. 441. München: Georg D. W. Callwey.
113. Zur Volksabstimmung in Kärnten. in: Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr 39. S. 360. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
114. *Wasruk*, E., Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 43. S. 503. Stuttgart–Berlin: Deutsche Verl.-Anstalt.
115. *Weil*, Bruno, Die Einführung der französischen Gesetze in Elsaß-Lothringen. in: Auslandsrecht. Jg. 1. 1920. Nr 10, 11. Berlin: Simion Nf.
116. *Weil*, Friedrich, Die Tschechoslowakei. (Wirtschaftsmonographien wichtiger Handelsstaaten. 16.) in: Der Weltmarkt. Jg. 8. 1920. Nr 33. S. 667. Hannover: König & Ebhardt.
117. *Wenzel*, F., Studien zur Dialektgeographie der südlichen Oberlausitz und Nordböhmens. in: Deutsche Dialektgeographie. Berichte u. Studien über G. Wenkers Sprachatlas des Deutschen Reichs. Hrsg. von Ferd. Wrede. H. 4. Marburg: Elwert 1920.

IV. Karten.

Erde – Gesamt.

118. *Brunner* u. *Voigt*, Deutscher Handlungsschulatlas. 4. Aufl. bearb. auf Grund d. 55. Aufl. von Keil u. Riecke. Deutscher Schulatlas. Leipzig u. Berlin: Teubner [1920]. 44 B. 4° M 640.
- Schließt in seiner Anlage und technischen Ausführung eng an den bereits besprochenen Schulatlas von Keil und Riecke an (vgl. ds. Zschr. Jg. 1920, S. 607 unter Nr. 84); nur ist der Darstellung der Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse naturgemäß ein breiterer Raum gewidmet. Die durch den Krieg bedingten Umgestaltungen sind, soweit es z. Z. möglich ist, bereits berücksichtigt. Wir begrüßen auch hier die Beigabe von 3 Übersichtskarten der Verbreitung des Deutschtums.
119. Eine sehr große Zahl von Übersichtskärtchen (sämtlich Schwarzdrucke) der verschiedensten Länder der Erde mit den vorhandenen Stationen für drahtlose Telegraphie enthält „The Year Book of Wireless Telegraphy and Telephony“ (London: The Wireless Press, Ltd. 1920), unseres Wissens bisher die ausführlichste derartige Darstellung, wenn auch in Einzelheiten noch lückenhaft.

Europa – Gesamt.

120. *Generalkarte* von Europa mit Angabe der neuen polit. Grenzen, enthaltend 16000 Namen. Lith.: Kümmerly & Frey, Bern. M. 1:5 Mill. Köln: Gleumes & Co. [1920]. 106½:91 cm. M. 750.

Vorwiegend politisch- und verkehrsgeographische Darstellung, wenn auch unter Berücksichtigung des Reliefs, mit Einschluß der benachbarten Teile Nordafrikas und Vorderasiens. Die neuen Grenzen sind, soweit jetzt schon feststehend, berücksichtigt. Besonders hervorgehoben ist das Eisenbahnnetz, das aber nicht ganz fehlerlos wiedergegeben ist. Die Darstellung leidet insgesamt etwas unter der Eintragung von zu vielen Namen, deren Schreibweise übrigens noch durchgearbeitet werden könnte, und die vor allem durch ein Ortsverzeichnis für den Benutzer aufgeschlossen werden müßten. Die Karte wird dann als Bürokarte geeignete Verwendung finden können.

Vgl. auch Nr. 119.

Nord- und Westeuropa.

21. Eine kleine Übersichtsskizze von *Fitzner* (Schwarzdruck) verzeichnet die Standorte der Industrien der Fettstoffe in Schweden (Beilage zu „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe, H: 11, Schweden“; Berlin: Heymann, 1920).

Mitteleuropa, das Deutsche Reich und seine Grenzmarken im allgemeinen*).

22. *Hummels* Handkarte vom Deutschen Reich nebst Belgien, Niederlande u. Luxemburg, natürlich u. politisch. M. 1:3 Mill. Stuttgart: Dorn'sche Buchh. Druck von C. Schönert, Leipzig. o. J. M 1.30.

Auf sauber ausgeführter physiogeographischer Grundlage sind die neuen Grenzen des Deutschen Reiches eingetragen und auch die Gebiete des benachbarten Belgien und Holland mit zur Darstellung gebracht. Die Karte kann namentlich auch als Übersichtskarte für Schulen empfohlen werden. Einzelne Angaben (z. B. die Höhenangaben für die Lysa Gora u. a.) müssen berichtigt werden. Auch das Gradnetz ist nicht genügend bezeichnet.

23. *Radünzel*, Hans, Verkehrskarte von Deutschland - Österreich - Holland - Belgien - Schweiz - Polen. Stand der Grenzen nach dem Frieden vom 28. Juni 1919. M. 1:2 Mill. Köln a. Rh.: Gleumes & Co. Lith.: W. Baumann, [1920]. 80:64 cm. M 4.50 u. 20% T. [Kopft.]: Deutschland mit seinen angrenzenden Ländern.

Als Übersichtskarte zur ersten Information weiterer Kreise geeignet. Umfaßt Mitteleuropa bis Brest-Litowsk einschließlich Oberitalien, teils mit Flächen-, teils mit Grenzkolorit. Die neuen Grenzen sind unter besonderer Auszeichnung der Abstimmungsgebiete berücksichtigt, doch sind bei einer Neuauflage verschiedene Einzelheiten zu ändern; Klagenfurt z. B. gehört nicht zu Jugoslawien und die Signatur für die Volksabstimmungsgebiete ist in der Legende falsch wiedergegeben. Im Vordergrund steht die Darstellung des Eisenbahnnetzes; Haupt- und Nebenbahnen treten trotz der etwas ungünstigen Gesamtkolorierung deutlich hervor. Einzelheiten wären auch hier zu verbessern, ebenso bezüglich der Namensschreibung.

Westdeutsche Grenzmarken.

4. *Karte* des Saargebietes und der angrenzenden Länder mit hervorgehobenen Kreisorten u. Grenzen. M. 1:200 000. Köln: Preuß. Landesaufn. f. d. Land- u. Seekarten-Verlag Gleumes & Co. [1920]. 74½:57 cm. M 7.— u. 20% T.

Auf guter topographischer Grundlage der Preußischen Landesaufnahme sorgfältig gezeichnete politisch-geographische Übersichtskarte mit besonderer Heraushebung des Saargebietes mittels farbigter Schraffen. Die Grenzen bis hinunter zu den Kreisgrenzen sind noch besonders farbig bezeichnet. Bei einer Neuauflage wäre eine Änderung des Formats der Karte zu empfehlen, die das Saargebiet mehr in den Mittelpunkt der Karte rückt.

5. *Melching*, O., Hand- u. Verkehrskarte von Württemberg und Hohenzollern. M. 1:500 000. Biberach a. d. Riß: Dorn'sche Buchhandl. [1920]. 38½:51½ cm. M 2.40.

Umfaßt nur Württemberg mit seiner allernächsten Umgebung. Auf politisch-geographischer Grundlage (mit farbigem Grenzkolorit) sind die Eisenbahnen und das Straßennetz (beides in Schwarz) klar und übersichtlich eingetragen. Als Übersichtskarte für Handgebrauch gut geeignet.

Österreich und Ungarn.

5. Republik Österreich. M. 1:600 000. Wien [u. Leipzig]: Freytag & Berndt. 95½:67½ cm. (Freytag-Berndt's Handkarten.)

Politisch-geographische Übersichtskarte, nur Österreich und seine nächste Umgebung umfassend, mit farbigem Kolorit der Grenzen bis auf die einzelnen politischen Bezirke und Flächenkolorit für das Gesamtgebiet von Österreich. Allerdings möchte man für künftige Auflagen im ganzen eine etwas andere Farbwahl empfehlen. Die Geländedarstellung fehlt bis auf die Angabe der Flüsse und mehrfache Höhenangaben. Dagegen sind die Eisenbahnen noch besonders farbig bezeichnet. Insgesamt als Hand- wie als Kontorkarte geeignet.

Osteuropa und Finnland.

7. Eine Folge kleiner, z. T. farbiger Übersichtskärtchen zur Darstellung der deutschen Eroberung Kurlands im März 1919 und der deutschen Operationen in Finnland (Übersichtskarte 1:8,25 Mill.) ist der Schrift von *von Goltz* „Meine Sendung in Finnland und im Baltikum“ (Leipzig: Koehler, 1920) beigegeben.

Südost- und Südeuropa.

8. *G. Freytag & Berndt's* Karte von Rumänien mit der Grenze

* Wir machen besonders auf den soeben erschienenen Katalog der von der Preußischen Landesaufnahme herausgegebenen Kartenwerke aufmerksam. Der Katalog enthält das grundlegende amtliche Kartenmaterial besonders auch für die gesamten deutschen Grenzmarken. Etwaige Anforderungen von Katalogen durch Interessenten an die Kartenvertriebsabteilung (Plankammer) der Landesaufnahme, Berlin NW 40, Poststraße 5, zu richten.

nach dem Frieden 1919. M. 1:1 Mill. Wien u. Leipzig: Freytag & Berndt [1920]. 81½:67 cm.

Politisch-geographische Darstellung von Rumänien und seiner nächsten Umgebung mit farbigem Bezeichnung der verschiedenen Grenzen unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Krieges, zugleich mit eingehender Charakterisierung der Geländegestaltung und des Flußnetzes. Besonders eingehend ist das Verkehrsnetz wiedergegeben, die Eisenbahnen sind noch besonders farbig herausgehoben. Die Karte ist als Hand- wie als Kontorkarte geeignet.

129. *Bludau*, A. und O. *Herk*, Bulgarien und Ostrumänien. Leitung: Prof. Dr. J. J. Kettler. 10. Aufl. M. 1:1 Mill. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 80:66½ cm. M 3.— (Flemmings Generalkarten. Nr. 9.)

Umfaßt auch die weitere Umgebung bis Siebenbürgen und südwärts bis über Saloniki hinaus. Vorwiegend politisch-geographische Darstellung, teils mit Flächen-, teils mit Grenzkolorit, unter Berücksichtigung der neuen Grenzen. Es wäre sehr erwünscht, wenn vorläufig stets noch die alten Grenzen zum Vergleich, mindestens auf Nebenkarten, mit angegeben würden. Wertvoll ist, daß auch die Geländegestaltung weitgehend berücksichtigt ist. Die Karte kann gut auch für Demonstrationen Verwendung finden. Vielleicht ließe sich bei einer Neuauflage die Kolorierung ändern.

130. Zwei kleine Übersichtskarten (Schwarzdrucke, 1:500 000 bzw. 1:2,5 Mill.) speziell des Eisenbahnnetzes in Mittelitalien von Neapel bis Ancona enthält das Buch von *Gregorovius* „Wanderjahre in Italien“ (Leipzig: Brockhaus, 1920).

Asien.

131. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck 1:625 000) stellt das Gebiet östlich der Bahnlinie Damaskus—Dera dar (Geogr. Journ. Vol. LVI/20. H. 3).

132. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der Provinz Kham (Tibet) enthält Geogr. Journ. Vol. LVI/20. H. 3.

133. Eine sauber ausgeführte farbige, politisch-geographische Übersichtskarte von Brit. Indien, 1:10 Mill., mit Angabe der einzelnen Staaten enthält „The India office List 1920“ (London: Harrison & Sons, 1920).

Vgl. auch Nr. 119.

Afrika.

134. *Melching*, Oswald, Karte von Abessinien. Unter Zugrundelegung franz., engl. u. italien. Karten u. des Materials von G. K. Rein. Schrift von R. Nietsch, Terrain von Th. Peuckert. M. 1:3 Mill. Berlin: D. Reimer 1919. 53½:44 cm. M 3.60.

Ursprünglich als Beilage zu dem Werke von Rein über Abessinien (Berlin: D. Reimer, 1919), nunmehr dankenswerterweise auch als Sonderausgabe erschienen. Enthält eine sehr klare und übersichtliche farbige Darstellung der physischen und politisch-geographischen Verhältnisse des Landes.

135. Eine sehr gute Übersicht über Angola nach z. T. bisher unveröffentlichtem Material bietet die aus den einzelnen Blättern der Mittelfrika-Karte 1:2 Mill. zusammengestellte Karte von Angola, die der Schrift von *Marguadsen* „Angola“ (Berlin: D. Reimer, 1920) beigegeben ist. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Karte auch als Sonderabdruck im Buchhandel erscheint.

Amerika.

136. *Rainer*, R. v., [Übersichtskarten der Einwanderungsgebiete von Brasilien u. Argentinien]. Taf. 1—6. Wien: Der Auswanderer [1920]:

1. Sao Paulo. 49½:39½ cm.
2. Parana. M. 1:500 000. 47½:38½ cm.
3. Rio Grande do Sul. 48:38 cm.
4. Brasilien. M. 1:8,5 Mill. 39:50 cm.
5. Santa Catharina. M. 1:1,25 Mill. 38½:24½ cm.
6. Territorium Misiones. 24:29 cm.

Diese Serie skizzenartiger Übersichtsdarstellungen einzelner Staaten von Brasilien und Argentinien kommt insofern einem Bedürfnis entgegen, als solche einfachen Schwarz-Weiß-Drucke namentlich für handschriftliche Eintragungen bisher fehlten und häufig vermied wurden. Wir begrüßen daher den offenbar vorliegenden Plan, die wichtigsten südamerikanischen Auswanderungsgebiete in dieser Weise darzustellen, sehr, verbinden jedoch den Wunsch damit, daß bei Neuauflagen der einzelnen Blätter eine Erweiterung des Inhaltes und auch eine gleichmäßigere und sorgfältigere Durcharbeitung der einzelnen Karten vorgenommen wird; einzelne Blätter sind vorläufig doch etwas primitiv ausgefallen. Dann wird man die Karten auch als Übersichtskarten für den Gebrauch weiterer Kreise empfehlen können.

Vgl. auch Nr. 119.

Australien.

137. Vgl. auch Nr. 119.

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge.

Zum ersten Male wurden vom Deutschen Ausland-Institut Vorträge im Ausland unter den dortigen Auslandsdeutschen gehalten. Ein größerer Vortragsplan, der von dem Vorsitzenden unseres Wissenschaftlichen Beirats, Herrn Geheimrat Professor Dr. Götz ausgearbeitet ist, besteht seit längerer Zeit, konnte aber bisher aus allgemeinen Gründen und namentlich wegen der durch die Valuta bedingten enormen Kosten nicht durchgeführt werden.

Auf Einladung des „Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg“ unternahm der Leiter unserer Geschäftsstelle München, Herr Oberstleutnant von Kiesling, eine Vortragsreise durch Vorarlberg. Er sprach in den Städten Bregenz, Dornbirn, Lustenau, Feldkirch und Bludenz über das Auslandsdeutschtum in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und über seine Bedeutung für die Weltwirtschaft.

Die Vorträge erfreuten sich zahlreichen Besuches. Nicht nur die Reichsdeutschen, sondern auch die vorarlbergische Bevölkerung bewies ihre rege Anteilnahme. Die Zuhörer setzten sich aus allen Kreisen der Gesellschaft zusammen, Beamtschaft, Gewerbetreibende, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter nahmen daran teil und verfolgten mit Interesse die Ausführungen des Redners, der, selbst ein genauer Kenner des Auslandes, über das in der ganzen Welt verstreute Deutschum sprach, seine große Vergangenheit schilderte, die schwierige Lage darlegte, in der es durch die Verfolgung unserer Kriegsgegner geriet, der aber auch auf die Hoffnungen hinwies, die das Deutschum auf das Wiedererstarken der Bedeutung seiner im Auslande arbeitenden Söhne setzen darf.

Besonders stark besucht war der Vortrag in Dornbirn, der als letzter der Reihe am 4. November abends im dortigen Mohrensaal stattfand. Der große, hübsch ausgestattete Theaterraum konnte die anwesenden Gäste kaum fassen, auch die Galerien waren besetzt. Die Stadt war durch Bürgermeister und Vizebürgermeister vertreten. Der große Beifall, der den Redner lohnte, war der beste Beweis, daß der Bund der Reichsdeutschen durch die Veranstaltung derartiger Aufklärungsvorträge den richtigen Weg beschritten hatte, um das Gemeinsamkeitsgefühl aller Deutschen zu stärken.

Gelegentlich der Vorträge kam seitens der Reichsdeutschen zum Ausdruck, wie sie es als eine kulturfeindliche Handlung ansehen, daß durch Maßnahmen des Reichs und der Verleger das deutsche Buch mehr und mehr aus dem Buchhandel Vorarlbergs verdrängt würde, sowie daß die hohen Konsulatsgebühren die lebendige Fühlungnahme zwischen Auslandsdeutschum und der Heimat vermindern. Lebhaft äußerte sich der Wunsch, durch die häufige Veranstaltung derartiger Vorträge eine engere Fühlung zwischen dem Reich und den stammverwandten Alpenländern herzustellen und zu erhalten.

Veränderungen im wissenschaftlichen Beirat.

Herr Universitätsprofessor Dr. Schmidlin, Münster, hat gebeten, ihn in Anbetracht seiner Überlastung mit Arbeiten vom

Amte eines Mitglieds des wissenschaftlichen Beirats zu entlassen. Der Vorstand hat im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats unter warmer Anerkennung des regen Interesses, das Herr Prof. Schmidlin stets für unsere Arbeiten bekundete, und unter Übermittlung seines besten Dankes für alle Mitarbeit diesem Wunsche entsprechen zu sollen geglaubt. Herr Prof. Schmidlin hat als seinen Nachfolger Herrn Prof. Dr. Aufhäuser, München, Dozenten für Missionswissenschaft, vorgeschlagen, der von den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats in schriftlicher Abstimmung zugewählt worden ist.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Chemische Fabrik in Berlin sucht einen tüchtigen Chemiker aus der Desinfektionsbranche.

In Helsingfors ansässiger Auslandsdeutscher ist in der Lage, Lebensmittel und andere Produkte, unter Vorbehalt eventueller Hemmungen des freien Handels (Ein- und Ausfuhrerlaubnis, Valuta und Kurs), zu liefern. In Betracht kämen namentlich verschiedene Arten von Wildfleisch, frisch und geräuchert, Auerhähne und sonstiges Geflügel, getrocknetes Fleisch, Lachs und andere Edelfische, Käse, Butter, Pilze, Beeren usw. Außerdem können geliefert werden: die verschiedensten Felle, wie Renntier-, Bären-, Fuchs-, Wolfs-, Eichhorn-, Hermelin- und andere Felle; Geweihe, lebende Tiere, Lapphunde, sowie Teer, Terpentin, Pech, Harz, Teeröl, Holzkohlen usw., Birkenrinde, Birkenwasser, sowie eine Fülle anderer Artikel, worüber Näheres durch die Auskunfts- und Vermittlungsstelle erhältlich ist.

Der betreffende Herr wünscht gegen ein festes Gehalt angestellt zu werden und ist bereit, der in Frage kommenden Firma mit seinen Verbindungen, Erfahrungen und seiner Sachkenntnis zu dienen. Anstellung auf Provision ist nicht erwünscht, sondern ausschließlich ein Fixum. Der Entwurf zu einem Kontrakt, sowie Einzelheiten über das Angebot jenes Herrn, welcher jahrelange und weitgehende Erfahrungen in Finnland gesammelt hat, liegen auch zur Einsicht vor.

Eine Amsterdamer Export- und Importfirma ist in der Lage, jede Quantität der besten Lebensmittel zu äußerst billigen Preisen an Städte, Kommunalverbände, Konsumvereine usw. dauernd zu liefern. Es handelt sich um Lieferungen weniger an Kleinhändler als an große Verbände und Städte. In Betracht kommen: nord- und südamerikanisches wie auch holländisches Schmalz, Speck, Rindertalg, Kokosfett und kondensierte Milch usw.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 22. November 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

UNIVERSITY OF ILLINOIS

LIBRARY



Der „Auslanddeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslanddeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 40 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 2.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Werth-Immer-Stuttgart

Jahrg. III – Nr. 24

STUTTGART

Zweites Dezemberheft 1920

Deutsche Dichterspende

Hunderttausende von Deutschen im Auslande, Deutsch-Amerikanern, Deutschen in der Schweiz, in Holland, in Skandinavien, in Spanien, in Mittel- und Südamerika haben, sobald es das Kriegsende zuließ, ihre Hände hilfreich der alten Heimat entgegengestreckt. Ihre Vereine und Bünde haben Millionenwerte an Geld, Kleidern, Nahrungsmitteln gesammelt und dem notleidenden, alten Vaterlande, vor allem seinen hungernden Kindern zugeführt. Alle diese Deutschen, deren Sinn und Herz auch im fremden Lande deutsch geblieben ist, warten auf ein Echo aus der Heimat, das ihnen zeigt, daß sie verstanden werden, ein Echo, das ihr Mitgefühl und ihre Hilfsbereitschaft lebendig erhält.

Aus deutsch-amerikanischen Kreisen ist die Anregung gekommen, eine Deutsche Bücherspende an die deutschen Vereine im Auslande ins Leben zu rufen. Der schwäbische Dichter Ludwig Finckh hat dem Gedanken Stimme verliehen. Schon haben einzelne deutsche Dichter und ihre Verleger freudig zugestimmt. Möge unser Aufruf weithin Widerhall finden, auf daß die geistigen Bande zwischen dem Auslandsdeutschtum und der Heimat zum Segen beider Teile von Tag zu Tag enger geknüpft werden.

An die deutschen Dichter!

Draußen in der Welt sind die Augen auf uns gerichtet. Millionen von Menschen aus deutschem Blut sehen bang auf uns und fragen: „Wird sich das wundte Volk verbluten? Schlägt sein Herz noch?“

Aber keine Antwort von uns dringt zu ihnen. Unser Mund ist verschlossen, wir haben ihn selber stumm gemacht. Man lechzt nach geistiger Nahrung von uns, nach deutschen Büchern.

Es gibt einen kurzen Weg zur Verständigung, mitten ins Herz hinein! Wir leiden körperlich, aber wir lassen uns seelisch nicht verdunkeln. Wir hungern, aber wir sind nicht so elend, daß wir nicht noch sättigen könnten. Wir dürsten, aber wir sind nicht so vertrocknet, daß wir nicht tränken könnten. Wir sind arm, aber nicht so dürftig, daß wir nicht noch schenken könnten.

Liebe Freunde, machet eure Quellen auf: stiftet eure Bücher ins Ausland als Dank für Sorge und Lohn für Treue. Man soll wissen, wer wir sind, und wie wir es tragen. Wendet euch an eure Verleger, daß sie sich mit euch verbinden. Deutsche Buchhändler und Bücherfreunde, seid weitblickend; traget den deutschen Namen mit hinaus. — Das deutsche Buch ins Ausland!

Jedes Buch trage die Aufschrift: „DEUTSCHE DICHTERSPENDE“. Geschenk von (ist vom Spender auszufüllen), an (wird vom Deutschen Ausland-Institut ausgefüllt).

Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart, Neues Schloß, wird die Vermittlung besorgen, Bücher annehmen, Geld in Bücher verwandeln und sie an Stellen bringen, wo der Same auf fruchtbaren Boden fällt.

LUDWIG FINCKH, GAIENHOFEN AM BODENSEE

WALDEMAR BONSELS, WIEN

Eine deutsche Kunstzentrale in Amerika

Von FRANK E. WASHBURN FREUND, Newyork.

Nicht von einer bestehenden, sondern von einer zu errichtenden Anstalt soll in folgendem die Rede sein.

Man hat uns Deutschen während des Krieges, vor allem in Amerika, vorgeworfen, mit allen nur erlaubten und noch viel mehr mit unerlaubten, ja verwerflichen Mitteln „Deutsche Propaganda“ getrieben zu haben. Darunter verstand man und versteht man noch immer die Pflege deutschen Schauspiels, deutscher Oper, deutscher Lieder, überhaupt deutscher Musik, und natürlich der deutschen Sprache, die einer der Präsidentschaftskandidaten als Gouverneur seines Staates aus dessen Schulen als „giftig“ verbannt hat:

Nach dem Grundsatz, der sich jetzt in dieser nach Herrn Wilson zu einem „besseren“ Lebensort umgewandelten Welt mehr und mehr durchzusetzen scheint, daß, was dem einen recht, dem anderen nicht billig, was dem einen strengstens als Verbrechen verboten, dem anderen als eine edle Tat erlaubt ist, treiben jetzt die Franzosen hier eine intensive kulturelle Propaganda, die sich in Versuchen, ein französisches Theater in Newyork heimisch zu machen, und in der Schöpfung eines „Französischen Museums“ als einer Zentrale geistigen französischen Einflusses kund tut. Mit den Theaterversuchen ist es bisher trotz aller Bemühungen nicht recht gelungen: es fehlt an der nötigen Sprachkenntnis einmal, und sodann haben die Franzosen den Fehler begangen, nur recht mäßige Kräfte herzusenden, die natürlich nun gar doppelt enttäuschten, da sie für das Verständnis fast allein auf die schwerere Kunst des Agierens, nicht auf die des Sprechens angewiesen waren. Einen ähnlichen, aus dem nur zu bekannten geistigen Hochmut des offiziellen Frankreich sich herschreibenden falschen Schritt hatte man letztes Jahr unternommen, als man zur „Zementierung“ des „ewigen“ Seelenbündnisses einen Austausch moderner Kunstausstellungen veranstaltete, die französische Werke nach Newyork, amerikanische nach Paris brachten. Aus Paris sandte man unter der Ägide des Regierungsvertreters eine ganz mittelmäßige Sammlung meist „offizieller“ Kunst — die ja keineswegs etwa das Privilegium unserer oder irgendwelcher „kaiserlichen“ Zeit ist —, deren einzige Eigenschaft Langeweile war, so daß gerade der Hauptzweck der Übung, Erweckung des Interesses an französischen Dingen, vollkommen verloren ging. Statt dessen brachte man es sogar zu einem Skandal, der in hiesigen Kunstkreisen nicht so bald vergessen werden wird: man schloß nämlich in Paris die „modernsten“ unter den amerikanischen Künstlern aus, nachdem man ganz selbstverständlicherweise den amerikanischen Gästen das Jury üben über ihre Mitglieder selber zugestanden hatte. Die zurückgewiesenen Bilder wanderten für die Dauer einfach in den Keller, und nur dadurch, daß einer der betroffenen Maler nach seiner Ankunft in Paris vergeblich nach seinem Werk Umschau hielt, gelangte der mindestens eigenartige Vorgang ans Tageslicht! Mit einer lahmten Erklärung seitens der betreffenden Behörde suchte man die Angelegenheit zu begraben. Man nennt das dann „französischen Takt“, dem das „rauhe Benehmen“ der Deutschen gegenübergestellt wird.

Mit der Schaffung des „Französischen Museums“ aber hat Frankreich doch einen klugen Schritt hier getan, der ihm sehr großen Nutzen bringen könnte, wenn es an der rechten Leitung nicht fehlt. Bisher freilich hat man sich meist darauf beschränkt, alte Dinge, vor allem Kunstmöbel und Gobelins aus der Zeit der letzten Ludwige, auch einiges aus der Empirezeit vorzuführen, wofür eigentlich gar keine besondere Propaganda hier vonnöten ist, denn diese Perioden französischer Kunst und französischen

Kunstgewerbes sind bei den amerikanischen Reichen seit Jahren sehr beliebt. In dieser Erkenntnis hat man denn nun auch angekündigt, daß das moderne französische Kunstgewerbe nun die eifrigste Pflege erhalten solle. Man wird wohl Wanderausstellungen solcher Erzeugnisse unter dem Protektorat der französischen Regierung und auf ihre Kosten erst in Newyork und dann weiter in den nur zu willigen Provinzialmuseen vorführen und illustrierte Vorträge über französische Kunst von Kennern derselben abhalten lassen. Bei der Ankündigung dieses neuen kulturellen Feldzugsplanes mußte man dem verhaßten Feinde natürlich wieder eins auswaschen. Man behauptet nämlich, daß Deutschland vor dem Kriege die nicht abzuleugnende hohe Stellung im Kunstgewerbe nur durch eine Art räuberischer Aneignung früherer französischer Anregungen erworben hätte! Und solch lächerliches Geschwätz schluckt man hier stillschweigend, und nicht eine Stimme hat sich gegen diese geradezu kindische Verdrehung der Tatsachen erhoben. Was für Dinge die Franzosen nun herüberschicken werden, bleibt abzuwarten, wahrscheinlich doch meist nur wieder Imitationen ihrer alten Stile. Immerhin könnten sie durch geschickte Reklame, indem sie die noch für sie im ganzen günstige Stimmung, namentlich der maßgebenden Presse und der reichen Kreise benützen, den Markt für Kunstgewerbe hier zu einem großen Teile erobern, soweit es nicht dem immer eifriger aufstrebenden, jetzt schon vielseitig unterstützten einheimischen Kunstgewerbe zufallen wird. das danach ausgeht, einen Ausdruck für die Gegenwart und ihre Forderungen auf amerikanischer Grundlage zu schaffen. Für dieses ist soeben eine „Zentrale“ hier gegründet worden und vor allem die trefflich geleitete Kunstzeitschrift „Art and Decoration“ tritt eifrig für es ein.

Will nun Deutschland auf diesem Gebiete hier nicht ganz untätig bleiben, so wird es heißen, sobald der rechte Augenblick gekommen ist, die nötigen Schritte zu unternehmen, sonst ist an einen Wettbewerb überhaupt nicht mehr zu denken. Daß ein solcher sich aber lohnt, ja von sehr großer Wichtigkeit ist, darüber kann wohl kaum ein Zweifel bestehen. Und wenn man ihn auch hier als „deutsche Propaganda“ verschreien mag, das wird zwar hindern, kann aber bei rechter Art nicht verhindern, daß aus ihm große Werte gehoben werden können, und zwar nicht bloß für Deutschland und seine Künstler, auch nicht bloß für die hier angesiedelten und sich in der nächsten Zeit voraussichtlich ansiedelnden Deutschen, sondern für ganz Amerika. Denn das deutsche Kunstgewerbe ist seit Jahren nun schon eine lebendige Kunstäußerung, kein Nachahmen und höchstens Adoptieren alter Stile wie in der Hauptsache das französische. So wird es überall, wohin es kommt, anregend wirken, wie es eben alles wahrhaft Lebendige, und aber auch nur dieses, tut. Zwar schafft es sich so selbst eine Konkurrenz, zieht sie gleichsam groß, aber einmal ist das ein edles Tun, ein „Erobern“, wie es uns Deutschen gut ansteht, und sodann trägt es, wie all solch gutes Tun, seinen Lohn in sich selbst, denn aus Anregungen folgen Gegenanregungen, aus Konkurrenz höchste Anspannung eigener Kräfte, kurz jene Zusammenarbeit der Völker, die wir Deutsche immer herbeigesehnt haben, und die letzten Endes allein das neue Band schlingen kann, das Katastrophen wie die des großen Krieges zu verhüten vermag. Darum wäre ein Eintreten der deutschen Kunst, vor allem aber des Kunstgewerbes, in den hiesigen Wettbewerb von so hoher Bedeutung, und man sollte sich an den maßgebenden Stellen zeitig genug klar darüber werden, welche Schritte zu unternehmen seien, um einen Erfolg möglichst sicher zu stellen.

Da würde nun anzuraten sein, eine Art deutschen Kunstzentrums für Amerika aufzutun, von dem alle Fäden auszu-gehen hätten, die das Land umspannen müßten. Hier wird der deutsch-amerikanischen Bevölkerung als Mittler eine große Rolle zufallen, mehr noch den Deutschen, die voraussichtlich nun bald in großer Zahl herüberkommen werden, da ihnen leider die be- drängte und beschränkte Heimat nicht mehr das nötige Be- tätigungsfeld zu bieten vermag. Unter diesen Tausenden werden sich voraussichtlich viele Mitglieder der gebildeten Klassen be- finden, deren Empfinden und Geschmack im besten Sinne modern gerichtet sind. Sie würden vor allem für die vorgeschlagene Schöpfung in Betracht kommen. Rein private Unternehmungen werden hier allein nicht helfen können. Es bestehen wohl noch einige, sozusagen nach Deutschland hin orientierte Kunstgeschäfte in Neuyork, vor allem die Photographische Gesellschaft des Fräulein Toni Landau, die die Nachfolge der hiesigen Filiale der Ber- liner Photographischen Gesellschaft übernommen hat und selbst während des Krieges tapfer für deutsche Kunst und deutsche Künstler eingetreten war und entschlossen ist, dies weiter zu tun; sodann der Franz Hanfstaenglische „Academy Art Shop“, der seine Hauptaufgabe freilich darin sieht, einzelne ihm affilierte Künstler aus den Ländern Zentraleuropas, die sich meist hier niedergelassen haben, zu vertreten. Sodann bemüht sich der früher mit dem Hanfstaenglischen Geschäft verknüpft gewesene Herr Denks mit warmer Anteilnahme in seinem Beacon Shop um deutsche Kunst, meist in Reproduktionen, und um deutsche Kunstpublikationen, welche letztere auch namentlich in dem Kunstantiquariat von E. Weyhe eifrige Förderung finden. Frei- lich machen es die deutschen Ausfuhrbestimmungen für Bücher

diesen Vertretern deutscher Kunst hier sehr schwer, ihre Tätigkeit ersprießlich auszuüben. Sie klagen alle über diese Bestimmungen, die sie mehr und mehr in die Arme französischer Verleger zu treiben geeignet sind! Nur ein Geist, der hier Einsicht hat, wird imstande sein, die Wichtigkeit einer deutschen Kunstzentrale zu erfassen und auf deren Schaffung hinzuwirken. Ein bureau- kratisches Institut dürfte sie nicht sein, offizielle „Propaganda“ müßte gänzlich vermieden werden, denn die würde nur schaden. Vielleicht wäre es sogar, um den Schrei: „Deutscher Wolf!“ von vornherein zu vermeiden, geraten, andere Nationen wie natürlich die Österreicher, dann aber auch die Tschechen, die Ungarn usw., sowie Neutrale wie die Holländer, zu einem Bunde zu vereinen. Dem deutschen Kunstgewerbe würde ja doch die Führung zufallen.

Bei der Organisation wäre darauf zu achten, daß keine ein- seitige Richtung die alleinige Herrschaft an sich reiße, denn das könnte von vornherein den Tod der Gründung bedeuten. Aber Vereinigungen wie der Deutsche Werkbund müßten daran be- teiligt sein. Alles was wirkliches Leben in sich trägt und daher Leben spenden kann, sollte willkommen sein, alles „Akademische“, ältester wie neuester Art, aber müßte ausgeschlossen bleiben. Als Muster könnte das Hagener Folkwang Museum gelten, unter dessen Ägide ja schon einmal vor dem Kriege eine Wanderaus- stellung deutschen Kunstgewerbes durch eine Reihe amerika- nischer Städte gezogen war und großen Beifall geerntet hatte. Auf die Beihilfe gewisser hiesiger Kreise dürfte wohl gerechnet werden, und so könnte man trotz vieler zu überwindender Schwie- rigkeiten und so mancher Widerstände auf einen Erfolg zählen, der dem Deutschtum zu Nutz und Frommen sowie zur Ehre ge- reichen würde.

Die Bekämpfung der deutschen Sprache in der Tschechoslowakei

Von H. FEHLINGER-München.

In der Böhmischeslowakischen Republik*) leben unter ins- gesamt 13 Millionen Einwohnern nahezu 4 Millionen Deutsche und die meisten davon wohnen innerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebietes, das Süd-, West- und Nordböhmen, Nord- und Süd-Mähren, sowie den größten Teil des nun böhmischen Schlesiens umfaßt. In Böhmen bildeten im Jahre 1910 die 2468 000 Deutschen 36,8 % der Bevölkerung; in Mähren wurden 719 000 Deutsche gezählt (27,6 % der Bevölkerung) und in Schlesien 326 000 (43,9 %). Ungefähr 200 000 Deutsche leben in der Slowakei, vornehmlich in der Gegend von Theben und Preßburg an der Donau, sowie im ungarischen Erzgebirge und in kleineren Sprachinseln. In den böhmischen Ländern ohne die Slowakei, die zusammen ein Ausmaß von 79316 qkm haben, entfallen auf das zusammenhängende deutsche Sprachgebiet rund 2800 qkm. Auf die deutschen Sprachinseln ist dabei nicht Bedacht genommen, obwohl das Schönhengsterland an der Böh- misch-mährischen Grenze allein 1130 qkm groß ist; die Iglauer Sprachinsel umfaßt 362 qkm, die von Brünn über 100 qkm usw.

Den 4 Millionen Deutschen stehen zusammen etwa 8 Millionen Tschechen und Slowaken gegenüber und doch sind deren Sprachen (abgesehen von Karpathenrußland, dem ehemaligen Nordostungarn) als alleinige Staatssprachen erklärt worden, in

Nichtachtung der Bestimmung des Art. 128 der böhmisch- slowakischen Verfassung, die lautet, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze vollständig gleich sein sollen. Das Gesetz vom 29. Februar 1920, mit welchem die Grundsätze des Sprachen- rechts in der Böhmischeslowakischen Republik festgesetzt wurden, besagt, daß die tschechoslowakische Sprache die Amtssprache ist und daß die Sprachen von Volksminderheiten nur in jenen Be- zirken überhaupt amtlich berücksichtigt werden, wo minde- stens 20 % der Staatsangehörigen die Sprache eines und desselben Minderheitsvolkes sprechen. In solchen Gebieten sind die Gerichte verpflichtet, Eingaben in der be- treffenden Sprache anzunehmen und Erledigungen in derselben auszufertigen. Unter den gleichen Bedingungen ist der öffent- liche Ankläger verpflichtet, die Anklage gegen den Beschuldigten einer anderen als der tschechischen Sprache auch in dieser anderen Sprache, gegebenenfalls nur in dieser Sprache, zu erheben. In Bezirken mit einer nationalen Minderheit von 20 % ist bei den Kundmachungen der staatlichen Gerichte, Behörden und Organe und bei ihren äußeren Bezeichnungen auch die Sprache der nationalen Minderheit zu verwenden. Der Gebrauch einer Minderheitssprache bei Sitzungen öffentlicher Körperschaften usw. hängt ebenfalls davon ab, daß in dem Bereich dieser Körper- schaften 20 % der Bewohner jener Sprachminderheit angehören. Die Behörden amtieren aber in der Regel tschechisch überall in den Gebieten, die ehemals österreichisch oder preußisch waren, und slowakisch in der Slowakei, d. h. sie gebrauchen auch beispiels- weise in rein deutschen Gebieten nicht die Sprache der an- sässigen Bevölkerung

*) Sonderbarerweise nicht von tschechischer, sondern von deutscher Seite hat man mir den Vorwurf gemacht, daß ich nicht „Tschechoslowakei“ sage, sondern die Bezeichnung „Republika ceskoslovenská“ mit „Böhmisch-slowaki- sche Republik“ übersetze. Ich fühle mich dazu berechtigt, 1. weil jener Staat kein bloß tschechischer und slowakischer ist, und 2. weil man doch früher auch nicht etwa statt Böhmen „Tschechien“ sagte oder die „Länder der tschechischen Krone“. Gerade so berechtigt ist die Anwendung der Worte „Böhmen“ und „böhmisch“ auch heute.

Der Unterricht in allen für die Angehörigen der nationalen Minderheiten errichteten Schulen erfolgt in ihrer Sprache, ebenso werden die für sie errichteten kulturellen Institutionen in dieser Sprache verwaltet (Art. 9 des Vertrages von St. Germain, der zwischen der Entente und der böhmisch-slowakischen Regierung abgeschlossen wurde).

Einzelheiten über die Rechte der Sprachminderheiten sollen auf dem Verordnungswege geregelt werden. Einstweilen sucht man tschechischerseits das Sprachengesetz in möglichst unduldsamem Geiste auszulegen, was in der massenhaften Schließung deutscher Volks- und Bürgerschulen am klarsten zum Ausdruck kommt. Seit dem Bestande des sog. „Schulunterrichtsgesetzes“ bis anfangs September 1920 wurden 754 deutsche Schulklassen geschlossen. Vollständig aufgelassen wurden 35 deutsche Schulen. Die deutsche sozialdemokratische Partei der böhmisch-slowakischen Republik erhob Beschwerde sowohl gegen dieses Vorgehen, wie auch dagegen, daß ganz allgemein die deutschen Schulen auf Grund des eben erwähnten Gesetzes als Minderheitsschulen behandelt werden, während als solche nur Schulen von Sprachminderheiten innerhalb eines Schulbezirkes aufzufassen wären. Sofort bei Wiederezusammentritt des Parlaments wird von der sozialdemokratischen Partei versucht werden, die Frage der Schuldrosselungen und die Schulfraße in ihrem ganzen Umfange auf die Tagesordnung zu bringen. Aufgabe des Parlaments muß es sein, die Schulgesetzgebung zu ändern und eine den modernen Anforderungen entsprechende Schulreform durchzuführen.

Die ganze bisherige Schulpolitik der tschechischen Machthaber ist Politik in jenem nationalistischen Sinne, der alles verseucht und selbst die Kinderseele vergiftet. Die Schule ist in diesem Staat nicht in erster Linie Erziehungs- und Bildungsmittel, sie ist vor allem eine Anstalt zur Heranzüchtung nationaler Rekruten. Um Platz für tschechische Schulen zu schaffen, werden nicht etwa nur minder nötige, sondern in sehr zahlreichen Fällen auch unbedingt notwendige, durch die Gesetze selbst bei strengster Auslegung geschützte Schulen der Deutschen einfach gesperrt. Man quält Lehrer und Schüler in raffinierter Weise, mit einem Wort, es wird nicht kulturelle, sondern im bösesten Sinne nationale Schulpolitik getrieben. In Prag soll einer jüngst ergangenen Anordnung gemäß, strengstens verhütet werden, daß ein tschechischer Vater (der wünscht, sein Kind solle auch die deutsche Sprache lernen) oder ein Ausländer, der dort lebt, sein Kind in die deutsche Schule schickt. Und vor allem soll der Zuzug deutscher Kinder aus der Provinz, der bei dem herrschenden Regime wahrhaftig nicht zu stürmisch wäre, im Interesse des tschechischen Charakters Prags hintangehalten werden. Die Bedrückung der Deutschen in Orten mit tschechischen Mehrheiten ist jedoch das schlimmste Übel noch nicht, weit schlimmer sind die Versuche zur Ausrottung alles Deutschen in den ausschließlich oder vorwiegend deutschen Gegenden Böhmens, Mährens und Schlesiens.

Stark fühlbar macht sich das Bestreben nach Verdrängung der deutschen Sprache bei der Anstellung der Beamten und namentlich vor Gericht. So dürfen beispielsweise in Prag in

einem Prozesse zwischen deutschen Parteien die Anwälte ihre Parteien und die Zeugen nicht in deutscher Sprache befragen, sondern sie müssen die Fragen in tschechischer Sprache zunächst an den Vorsitzenden richten, welcher sodann in deutscher Sprache erst die Parteien und Zeugen befragt. Das Prinzip der Unmittelbarkeit des Verfahrens ist durch das Sprachengesetz völlig durchbrochen. Eine Reihe von Bestimmungen der Zivilprozeßordnung ist unanwendbar und die strafgesetzlichen Vorschriften über Meineid sind dadurch, daß die deutschen Parteien in jenen Gebieten, in welchen nicht eine 20 %ige Minderheit besteht, in einer ihnen unverständlichen Sprache an die Heiligkeit des Eides und die Folgen des Meineides belehrt werden, vollkommen unmöglich geworden.

Ein unbedingtes Erfordernis der öffentlichen Anstellung ist die Kenntnis der tschechischen Sprache noch nicht, aber in einer Reihe von Zweigen des Staatsdienstes wird von den Anwärtern der Nachweis dieser Kenntnis verlangt, oder er bildet doch eine bedeutungsvolle Empfehlung. Dieser Nachweis kann gegenwärtig nur in der Weise erbracht werden, daß bei Ablegung der juristischen oder politischen Staatsprüfung durch den Kandidaten beantragt wird, diese Prüfung aus einem Fache auch in der tschechischen Sprache abzuhalten.

Wenn die Regierung nicht bei Erlaß der Durchführungsverordnungen zum Sprachengesetz der Not der deutschen Sprache Abhilfe schafft, so ist es sicher, daß der neue Staat noch schlimmere völkische Kämpfe erleben wird als die waren, die in den österreichischen Sudetenländern vor dem Weltkrieg stattfanden. Die Regierung gebe sich keiner Täuschung hin. So stark wie der tschechische Staatsapparat ist, war gewiß auch der österreichische, und so wenig dieser die tschechischen Beamten dem Rechte des Volkes untreu machen konnte, so wenig wird es die tschechische Gewalt vermögen. Noch hat es die Regierung in der Hand, den sprachlichen Frieden zu erreichen. Sie wird es vermögen, wenn sie den notwendigen Mut zur Abwehr des Chauvinismus aufbringen und der Beruhigung der Gemüter Zeit geben wird. Schon vor Erlaß des Sprachengesetzes begann eine Besserung der sprachlichen Verhältnisse. Die Klagen über sprachliche Zurücksetzung waren kurz nach Kriegsende gering. Die Behörden hatten unter dem Einfluß der Lebensnotwendigkeiten und der geänderten staatsrechtlichen Verhältnisse eine Praxis entwickelt, welche die tschechische Sprache als die Sprache der Majorität zur vollen Geltung brachte, ohne die Deutschen zu verkürzen. Die Sprache war ihrem eigentlichen Zwecke wiedergegeben, sie wurde Verständigungsmittel, wo es die Sache und der Zweck verlangte. Der politischen Empfindlichkeit benahm die Sachlichkeit die Schärfe. Unter Mitwirkung der Richter einigten sich z. B. die Parteien in gemischten Orten auf die Verhandlungssprache und über Wunsch wurden die Urteile nur in einer oder beiden Sprachen ausgefertigt, bis die ungeschlachte Hand kam, die durch eine völlig weltfremde Ordonnanz die gesunde Entwicklung unterbrach. Dort, wo der plötzliche Abbruch erfolgte, muß nun die Regierung mit ihrer Verordnungsgewalt einsetzen. Die Unfähigkeit, selbst ein brauchbares Gesetz zu schaffen, hat sie durch das Sprachendiktat bewiesen.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

Später auf der Reise hatte ich des öfteren Gelegenheit, mich mit diesen beiden „Süd-Amerikanern“ zu beschäftigen, den Namen des anderen Herrn, dem Retter Sennor Pandoras, erfuhr

ich vom Obersteward, er hieß Petro Camillo und machte, wie gesagt, durchaus den Eindruck eines waschechten Süd-Amerikaners.

Einer meiner besten Freunde in Neuyork, ein weitbereister

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22 und 23.

Mann, kam ebenfalls kurz nach 1 Uhr an Bord, um mir noch ein letztes Lebewohl zu sagen. Beim Anblick Sennor Camillos glaubte er bestimmt, in diesem einen Russen zu sehen, der über Schweden in seine Heimat zurückkehren wollte, und warnte mich davor, mich mit diesem Herrn näher einzulassen.

Wer stellt sich nun mein Erstaunen vor, als ich kurz darauf in meine Kabine trete und sehe, daß sich auch der Russe darin breit gemacht hat. Ein kurzer Gruß und ich war wieder draußen. Ich verspürte durchaus kein Verlangen, mit einem „Feinde“ die lange Reise in einer Kabine zurückzulegen, und da in der ersten Kajüte im ganzen nicht mehr als 23 Passagiere Plätze belegt hätten, somit noch genügend Kabinen leer standen, so ging ich spornstreichs zum Obersteward und bat um eine Kabine für mich allein und sagte ihm, daß ich dieserhalb gern einige Dollar mehr zahlen würde. Da der Obersteward sehr beschäftigt war, versprach er mir, die Angelegenheit nach Abfahrt des Dampfers zu regeln und mir dann Bescheid zu geben. Ich war es zufrieden und ging wieder an Deck, wo die Bord-Kapelle Abschiedslieder spielte.

Hier nahm ich nun Gelegenheit, die verschiedenen Passagiere etwas näher in Augenschein zu nehmen. Jeden einzelnen sprach ich mit meinem Freunde durch, dabei uns bemügend, die Nationalität des Betreffenden festzustellen. Unter den Passagieren waren im ganzen 15 Herren, 6 Damen und 2 Kinder, uns interessierten natürlich lediglich die Herren. Von diesen waren zwei bereits weißhaarig und zweifelsohne Dänen, sie dünkten uns keine Gefahr. Fünf andere waren angeblich Amerikaner, unter ihnen ein Mr. Smith, der in Begleitung seiner sehr hübschen, aber wie ich später herausstellte, auch sehr neugierigen Frau war, und ein Mr. Slany, ein Zeitungsberichterstatte. Dieser erweckte durch sein sonderbares Gebaren besonderen Verdacht und wir sahen in ihm einen ausgesprochenen Spion. Nicht minder verdächtig erschienen uns ein großer stattlicher Herr mit typisch französischem Spitzbart, in der Passagierliste prangte sein Name als Sennor Ernesto Bonkendahl aus Mexiko-City. Der Name war zwar deutsch, aber das besagte gar nichts, im Gegenteil. Die spanische Rasse schien überhaupt vorherrschend zu sein unter den Fahrgästen, denn ein anderer Herr wieder schimpfte sich Rio de la Pomez, er war noch jung an Jahren und schien uns ungefährlich. Sehr großen Spaß machten uns zwei Herren mit gewaltigen Schnitten im Gesicht, sie schienen denn auch aus ihrer Nationalität keinen Hehl zu machen, sie waren die einzigen Menschen an Bord, die sich unverhohlen der deutschen Sprache bedienten. Ich fand das kolossal mutig, wenn auch nicht gerade klug. Der letzte Herr schließlich, ein starker robuster Mann, war seinem Namen nach zu urteilen ebenfalls ein Däne. So klein die Gesellschaft war, so schien sie doch ganz interessant zu sein.

Zu meinem Schrecken machte ich bald eine neue Entdeckung. Es unterlag keinem Zweifel, ich täuschte mich nicht, nur wenige Schritte vor mir stand meine Kusine, leicht über das Reling gebeugt und schaute zum Pier hinunter, wo, ich traue meinen Augen kaum, ihr Gatte steht, der bis Kriegsausbruch deutscher Instruktionsoffizier in Japan gewesen war. Durch starkes Räuspern lenkte ich die Aufmerksamkeit meiner Base auf mich, die ebenfalls nicht wenig erstaunt war, mich hier an Bord eines dänischen Dampfers zu sehen. Eins war mir klar, niemand durfte wissen, daß wir verwandt waren, ich gab ihr einen Wink und sie folgte mir auf einen Platz, wo wir unbeobachtet waren und uns kurz aussprechen konnten. Sie war mit ihrem Gatten, zwei Kindern und einer Zofe von Japan abgefahren und war unbehelligt bis Neuyork gekommen; von hier konnte der Mann

jedoch nicht weiter fahren, weil ihn keine Dampfschiffahrts-Gesellschaft mitnehmen wollte, und so schickte er Frau und Kinder allein nach Deutschland zurück. Um keinen unnützen Verdacht zu erregen, bedienten sich meine Kusine, deren Kinder und die Zofe der englischen Sprache; es war vorgekommen, daß auch deutsche Frauen unterwegs seitens der Engländer großen Unannehmlichkeiten ausgesetzt waren.

Punkt 3 Uhr heulte die Sirene dreimal und kündete die Abfahrt des Dampfers an, der bei den Klängen des amerikanischen Nationalliedes langsam aus dem Pier herausglitt und den Hudson hinunter fuhr. Angstvoll wartete ich immer noch auf das eventuelle Erscheinen Mr. Blacks in letzter Minute, um mich wieder vom Dampfer herunterzuholen, doch er blieb aus und nach einer Weile atmete ich erleichtert auf. Soweit war also alles geglückt, nun hieß es kalt Blut bewahren und Zähne zusammenbeißen, wenn die Engländer erscheinen.

* * *

Nie in meinem Leben habe ich einen stumpfsinnigeren Tag an Bord eines Dampfers verbracht, als an diesem ersten Reisetage. Kein Mensch hatte Zutrauen zu dem andern, niemand sprach ein Wort, weil er glaubte, dadurch seine tiefsten Geheimnisse preisgeben zu können. Herrn Ernesto Bonkendahl versuchte ich des öfteren in ein Gespräch zu ziehen, um an seiner englischen Aussprache und dem Dialekt festzustellen, welcher Nationalität er sei; langausgestreckt in einem Bordstuhl liegend, hatte er sich auffälligerweise in einen französischen Roman vertieft. Ich richtete mehrere Fragen an ihn, bekam aber jedesmal die lakonische Antwort: „I dont know!“

Aus diesen kurzen Worten konnte ich natürlich nichts ersuchen und so blieb mir der französisch aussehende und lesende Herr ein Rätsel.

Eine Stunde nach der Abfahrt ging ich wieder zum Obersteward und fragte ihn nach der Einzelkabine, um die ich ihn gebeten hatte. Etwas schmunzelnd meinte er:

„Sie können ruhig bleiben, wo Sie sind, Mr. Homan, der Herr, der bei Ihnen einquartiert war, wollte gleichfalls eine andere Kabine haben, um allein zu wohnen; diese aber habe ich ihm bereits zugewiesen und damit Ihren Wünschen beiderseits entsprochen.“

Der Teufel auch, dachte ich, da scheine ich dem Russen auch keinen vertrauenerweckenden Eindruck gemacht zu haben.

Als wir das offene Meer erreicht hatten, sahen wir am Horizont drei Rauchfahnen, die wahrscheinlich von englischen Kreuzern herrührten, die an dieser Stelle den Wachtdienst vor den amerikanischen Territorialgewässern versahen. Zum Glück kamen wir nicht in ihren Sehbereich und konnten ungestört die eben erst begonnene Reise fortsetzen.

Auch am zweiten und dritten Tage der Reise war die allgemeine Unterhaltung nur wenig angeregt, die Dänen blieben unter sich und nur Herr Pandora und der angebliche Russe schienen sich gut zu verstehen, sie sprachen wie ein paar alte Spanier, man sah sie stets zusammen und auch beim Essen hatten sie sich nebeneinander plazierte. Diese Zutraulichkeit Pandoras zu dem Russen, bereitete mir direkt Kopfschmerzen, denn dass der blonde, blauäugige und rotbackige Herr Pandora nicht Sennor Pandora aus Maracaibo war, mußte ein Blinder sehen. Der erste Offizier, der bei der Tafel in seiner Nähe saß, fragte ihn denn auch gelegentlich, ob er nicht ein Skandinavier sei, worauf Pandora mit größter Unschuldsmiene erklärte, daß er aus Maracaibo stamme. Darauf verdutztes Gesicht des Offiziers! Nun

sagte Pandora: „Denken Sie, in Maracaibo sehen die Leute alle wie Neger und Indianer aus?“

Der erste Offizier war mehr wie sprachlos, so etwas konnte er doch nicht fassen.

Die beiden Ärzte saßen bei Tisch direkt neben mir. Da sie der irrümlichen Ansicht waren, daß sie die allein Deutschsprechenden an Bord seien, so verständigten sie sich durchaus nicht im Flüsterton und machten oft genug derbe Witze, die mir jedesmal peinliche Schmerzen bereiteten; denn um mir das Lachen verkneifen zu können, biß ich mich gewaltig auf die Zunge. Es war nicht leicht, in solchen Fällen ein uninteressiertes Gesicht aufzusetzen und sich den Anschein zu geben, als verstünde man kein Wort deutsch.

Jeden Morgen vor dem Kaffeetrinken machte ich große Toilette, indem ich Haare und Augenbrauen immer von neuem schwarz färbte. Eine gräuliche Arbeit. Manchmal hatte ich Angst, daß mir die ganze Haartinktur an Schläfen und Backen herunterlaufen würde.

Wie man auf der Hut sein und immer an seine Rolle denken mußte, beweist folgender Fall, der beinahe zum Verhängnis für mich geworden wäre. Ich schlenderte gemächlich auf dem Promenadendeck auf und ab, als ich plötzlich hinter mir jemand rufen höre: „Mr. Homan, Mr. Homan“. Ich gehe weiter, ohne mich umzudrehen. „Mr. Homan, Mr. Homan“, ruft's wieder, ich erkenne die Stimme des Deckstewards, ich gehe weiter, da plötzlich fällt mir ein, daß ich ja der Mr. Homan bin, spornstreichs drehe ich mich um und tue, als ob ich ganz in Gedanken vertieft gewesen wäre.

„Das Bad ist fertig“, sagte er, machte dabei aber ein Gesicht, als wenn er sagen wollte: bei dir stimmt's auch nicht ganz im Oberstübchen, noch so jung und schon so zerstreut.

* * *

Als wir von Neuyork abfuhren, herrschte dort eine enorme Hitze; eine wahre Glutwelle war aus dem Westen herangekommen und machte sich über Neuyork breit, wo sie mit feuchter Seeluft getränkt wurde; diese feuchte Hitze war geradezu unerträglich. Nicht ahnend, daß ich auf der Reise großer Kälte ausgesetzt sein würde, hatte ich mich nur ganz leicht angezogen, während ich meine schweren Sachen in Neuyork zurückgelassen und nur mit dem Notwendigsten ausgerüstet, meine Reise angetreten hatte. Mein Gepäck war nur ein amerikanischer Handkoffer, auf dem ich in großen Lettern: Mac Homan, New York, gemalt hatte.

Unterwegs wurde es nun von Tag zu Tag kälter, und schließlich war die Kälte so streng, daß sie für die Jahreszeit als abnorm bezeichnet werden mußte. In meinem Sommeranzug und Mantel fror ich ungeheuer. Als ich eines Tages auf dem Promenadendeck vor der Karte stand, auf der die Reiseroute und durch ein Fähnchen der jeweilige Stand des Dampfers angegeben ist, trat der Kapitän hinzu und erklärte mir, daß der Dampfer sehr schnelle Fahrt habe.

„Sagen Sie mal, Herr Kapitän“, fragte ich diesen, „das Fähnchen ist doch wohl entschieden falsch aufgesteckt, denn wir befinden uns im Leben nicht dort, wo die Fahne ist, sondern überhaupt auf einer ganz anderen Route.“

„Wie kommen Sie zu solch einer Behauptung? Ich fahre stets auf derselben Route und habe gar nicht die Erlaubnis, von ihr abzuweichen, wenn mich nicht irgendwelche unvorhergesehene Gründe dazu zwingen.“

„Diese Gründe scheinen aber jetzt vorzuliegen. Ich bin

nicht fremd in diesen Gewässern und fahre nicht zum ersten Male hier, ich kann mich aber nicht entsinnen, daß es hier jemals so kalt gewesen ist, und bleibe deshalb dabei, daß wir bedeutend weiter nordwärts fahren, als die Route anzeigt.“

„Mein Kompliment“, lächelte der Kapitän, „da kann ich Ihnen also nichts weismachen, und ich will Ihnen auch geraten, weshalb ich einen anderen Kurs eingeschlagen habe. Es liegt zwar an und für sich kein Grund für mich vor, englischen Kreuzern aus dem Wege zu gehen, denn alle Passagiere gehören, außer den beiden deutschen Ärzten, neutralen Staaten an und Bannware führe ich auch nicht. Dennoch habe ich mich dazu entschlossen, um Schottland im großen Bogen herumzufahren, weil ich glaube, dadurch an Zeit zu gewinnen. Fahre ich den direkten Weg, so kann ich bestimmt damit rechnen, einem Engländer in die Arme zu laufen, der mich wegen der Nähe der schottischen Küste nicht auf hoher See durchsuchen, sondern mit nach Kirkwall führen wird, wo er mich, die Papiere und Ladung gründlicher prüfen kann. Dadurch kann ich eine Verzögerung von acht bis zehn Tagen, wenn nicht noch mehr, erleiden; während ich jetzt durch den Umweg zwar auch zwei Tage einbüße, aber doch Kopenhagen immer noch bedeutend eher erreiche.“

Ganz gute Ausrede, dachte ich, hatte aber das Gefühl, daß er mich maßlos anlog.

„Haben Sie viel Ladung an Bord?“ fragte ich weiter.

„Jawohl, ich hätte gar nicht mehr annehmen können.“

Meine Wißbegierde war befriedigt, es unterlag natürlich keinem Zweifel, daß der Dampfer nur Bannware führte, die für Deutschland bestimmt war. Falls es dem Kapitän gelang, diese Waren an ihren Bestimmungsort zu bringen, so würde der Lohn für ihn nicht ausbleiben. Mir persönlich war es eine Beruhigung zu wissen, daß auch der Kapitän ein lebhaftes Interesse daran hatte, sein Schiff nicht abfangen zu lassen. Äußerlich tat ich, als sei es mir unangenehm, daß unsere Ankunft in Kopenhagen infolge des Umweges eine Verzögerung erleidet, und sagte dem Kapitän:

„Ich hätte eigentlich bestimmt angenommen, daß der Dampfer in 12 Tagen die Fahrt zurücklegen würde und habe danach meine Dispositionen getroffen; mein Aufenthalt in Europa ist sowieso kurz bemessen, und ich fürchte, daß ich nun den Zweck meiner Reise nicht ganz erfüllen kann.“

„Das würde mir zwar sehr leid tun, aber ich glaube, Sie fahren mit dem Wege, wie ich ihn eingeschlagen habe, immer noch besser; lieber einen Umweg von zwei Tagen als einen zeitraubenden Aufenthalt in Kirkwall von acht Tagen.“

Na, das mußte mir natürlich einleuchten.

* * *

An einem Sonntagmorgen, wir waren bereits 12 Tage unterwegs, sichtigte ich plötzlich nordwärts Land. Mir war nicht ganz klar, was das sein konnte, fand aber bald meine Ahnung bestätigt, daß es Island war. Das bedeutete natürlich für alle Passagiere eine fabelhafte Überraschung; wer hätte es sich von uns träumen lassen, jemals die isländische Küste zu sehen? Blitzschnell wurden hier und da die Köpfe zusammengesteckt, man tuschelte und zog wahrscheinlich die unglaublichsten Schlüsse. Der böse Geist ging auf dem Schiffe umher, und jeder sah den anderen mit schiefen Augen an. Der einzige, dem alles furchtbar gleichgültig zu sein schien, war der Franzose, der unterwegs in seinen französischen Büchern las und sich durch nichts ablenken ließ.

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich.

Der Gesandte Deutschösterreichs in Berlin, Professor Ludo Hartmann, wurde „weggefeiert“. Aber es war ein Fest besonderer Art, dem der Reichspräsident Löbe präsierte und dem alle Parteien, von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen, beiwohnten, der Reichskanzler mit fast allen Ministern, die Parteiführer, die Professoren der Universität, die Presse, das ganze geistige Berlin. Es war ein Fest des Jubels, trotz aller Bitternisse der Gegenwart, des Jubels über die einheitliche Auffassung, der Hermann Kienzel Worte verlieh: „Wir wollen zum Deutschen Reich“. Wie ein Brausen der Eichenwälder ging es durch den Saal, als dieses Wort fiel. Der Anschlußgedanke ist hüben wie drüben lebendig wie nie zuvor.

Tirol.

Die Stadt Lienz in Tirol hatte eine Anschlußkundgebung an die deutsche Regierung erlassen, auf die jetzt die nachfolgende Antwort eingegangen ist: Die Kundgebung der Lienz hat als Beweis des Zusammengehörigkeitsgefühls und der freundlichen Gesinnung, die die deutsche Regierung erfüllt, uns sympathisch berührt. Deutschland ist jetzt schon bemüht, seinen österreichischen Brüdern soweit wie möglich zu helfen. Den Unterzeichnern der Kundgebung vom 16. Oktober sind aber zweifellos die internationalen Hindernisse bekannt, die sich der Vereinigung der Stämme in diesem Augenblick entgegenstellen. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk tragen sich mit den Lienzern mit der zuversichtlichen Hoffnung, daß es dereinst gelingen wird, auch für die deutschen Stämme des österreichischen Volkes das Selbstbestimmungsrecht und damit eine glückliche Zukunft zu erreichen.

Tschechoslowakei.

Unter dem Druck der Not beginnt sich das Deutschtum zusammenzuschließen. Der Deutsche Parlamentarische Verband und die deutsche national-sozialistische Arbeiterpartei haben über die Möglichkeit eines einheitlichen Vorgehens eingehend beraten. Die deutsche national-sozialistische Partei hat zunächst beschlossen, unter voller Wahrung ihrer Selbständigkeit dem parlamentarischen Verband beizutreten. An die deutsche sozialdemokratische Partei hat der nunmehr alle nichtsozialdemokratischen Parteien umfassende Verband ein Schreiben gerichtet, daß er ein einheitliches Vorgehen angesichts der nationalen Not der Deutschen als unbedingt geboten erachte. Die sozialdemokratische Partei werde eingeladen, in gemeinsamer Besprechung mitzuberaten, ob nicht eine Verbindung zwischen ihr und dem parlamentarischen Verband zu gemeinsamem Vorgehen in nationalen Fragen ermöglicht werden könne. Hoffentlich fällt die Antwort bejahend aus. Für das Deutschtum in der Tschechoslowakei würde davon unendlich viel abhängen.

Ungarn.

Vor seinen Wählern in St. Gotthard gab der deutsche Minister Dr. Jakob Bleyer, der Verwalter des Nationalitätenministeriums, einen Rechenschaftsbericht und berührte namentlich das Nationalitätenprinzip. Er prägte dabei der „Neuen Post“ zufolge das schöne Wort, daß eine ehrliche Nationalpolitik eine ehrliche Nationalitätenpolitik keineswegs ausschließe. Ungarn solle die Freundschaften des christlichen Deutsch-Österreichs suchen, es müsse auf dem Rechte der Selbstbestimmung auch Westungarns bestehen.

Nun endlich ist es so weit. Die ungarische Nationalversammlung steht unmittelbar vor der Ratifizierung des Friedens von Trianon (Neuilly) und wird die Abtretung eines Teiles Westungarns an Österreich gut heißen müssen. Wenn schon daran nichts mehr zu ändern ist, so sucht man nun magyarischerseits wenigstens bezüglich des Umfanges der zu machenden Abtretung abzumarkten, was nur möglich. So erhebt man Einsprache gegen die Überlassung der beiden Ortschaften Zinkendorf und Rechnitz an Österreich, obgleich beide dem Wortlaute des Friedensvertrages entsprechend und entsprechend den im Friedensvertrage festgesetzten Grenzen an den westlichen Nachbarn zu fallen haben. Bei Zinkendorf sprechen allerdings nationale Gründe für seinen Verbleib im Verbands des ungarischen Staates, denn es zählt unter 1740 Einwohnern nur 97 Deutsche (nach magyarischer Statistik), aber auch Gründe der Pietät machen diesen vormals deutschen, leider aber längst völlig magyarisierten Ort den Magyaren besonders teuer, denn hier steht das Stammschloß und die Begräbnisgruft des bedeutenden magyarischen Staatsmannes und Patrioten Grafen Stephan Széchenyi. Wenn man aber bedenkt, daß Zinkendorf sozusagen eine Vorstadt Ödenburgs bildet, und daß seine große Zuckerfabrik einem Lebensbedürfnisse Österreichs entspricht, daß schließlich die neuen Grenzen in Paris gezogen worden sind, hat Österreich mindestens keinen Anlaß, freiwillig auf die wichtige Gemeinde zu verzichten, deren Magyarentum zudem sehr jungen Datums und keineswegs allzu tiefgründig ist. Südöstlich von diesem heißumstrittenen Orte liegt der rein deutsche Ort Rechnitz am Fuße des lieblichen Günsberglandes. Auch auf dieses erheben die Magyaren Anspruch, hier aber aus keinem irgendwie einleuchtenden Grunde. Nationale Belange haben sie hier nicht zu wahren und auch die Pietät spricht hier nicht mit. Es sind hier vielmehr eigentlich private Gründe, die im Interesse einer Familie vertreten werden. In Rechnitz liegt ein Schloß des Freiherrn von Thyssen-Bornemisza. Dieser Mann, ein Angehöriger der rheinischen Großindustriellenfamilie Thyssen, ist mit einer magyarischen adeligen Dame aus dem Hause Bornemisza vermählt und wie so viele seiner nach Ungarn eingewanderten Landsleute selbst der Gesinnung nach zum Magyaren geworden. Ihm und seinem magyarischen Familienanhang zuliebe soll nun Rechnitz trotz seiner rein deutschen Bevölkerung bei Ungarn verbleiben. Dies wäre für Österreich um so unerträglicher, als der Ort so gelegen ist, daß seine Überlassung an Ungarn die weiteren zehn Ortschaften mitbedingt. Alle diese Dinge sind erst kürzlich an das Licht der Öffentlichkeit gelangt und in den Wiener Blättern hat sich darob eine heftige Fehde erhoben. Insbesondere sucht man den Schuldigen, der dafür verantwortlich gemacht werden könnte, daß Ungarn überhaupt in die Lage versetzt worden ist, derartige Forderungen zu stellen. Damit gerät man aber mitten in parteipolitische Gegensätze hinein, die zu erörtern hier nicht der Ort ist. Von rein nationalem Standpunkte aus wird aber jedenfalls zu verlangen sein, daß Österreich ein möglichst großes Stück deutschen Gebietes erhält. Wird z. B., worüber sich ja reden ließe, Zinkendorf den Magyaren zugestanden, so müßten sie dafür ganz bedeutende Kompensationen bieten, was sie um so leichter tun könnten, da ja auch in dem ihnen verbleibenden Teile Westungarns noch geschlossene und unmittelbar an das künftige Burgenland angrenzende Gebiete genug vorhanden sind. So z. B. fordert der um die deutsch-westungarische Sache hoch verdiente Professor Wahlheim in Wien mit Recht den ganzen sog. Wasen und die deutsche Stadt

Ungarisch-Altenburg in der Wieselburger Gespanschaft. Sollte gar auf Rechnitz auch verzichtet werden müssen, so wäre diese Forderung das Mindestmaß dessen, was Österreich als Ersatz dargeboten werden könnte. Auch der Weiselburger Heideboden östlich vom Neusiedlersee müßte eigentlich geordert werden, damit der rings von Deutschen umwohnte See gänzlich in österreichischen Besitz käme. Allerdings ist zu befürchten, daß dagegen die tschechoslowakische Republik mit Erfolg Einsprache erheben würde, denn sie denkt noch immer daran, sich hier einen Korridor nach Jugoslawien zu schaffen, was freilich nur auf Kosten Ungarns sowohl wie Österreichs möglich wäre. Die nächste Zukunft schon wird lehren, wie diese wichtige Frage entschieden werden soll. ----- B. I.

Am 13. November nahm die ungarische Nationalversammlung in einer Sitzung von ergreifender Wirkung den Friedensvertrag an. Sämtliche Abgeordnete erschienen in schwarzer Kleidung, auch die Galerien waren mit schwarz gekleideten Männern und Frauen dicht besetzt. Es herrschte die Stimmung eines Leichenbegängnisses, kein Beifall, keine Mißbilligung wurde laut. Als der durch das Los gewählte Referent Hsuzár am Ende seiner Rede mit tränenumflorter Stimme sagte: Ich glaube an die Auferstehung Ungarns, erhoben sich sämtliche Abgeordnete wie ein Mann und wiederholten mit hoch zum Schwur erhobenen Händen das Wort. Redner aller Fraktionen erhoben, der „Pester Zeitung“ zufolge, schärfsten Protest gegen den Gewaltfrieden. Der Abgeordnete Czettler betonte, daß die anwesenden Abgeordneten des restlichen Ungarns kein Recht hätten, über das Schicksal der nicht vertretenen Landesteile zu entscheiden, wobei sich 50 Abgeordnete erhoben und den Saal verließen. Als der Minister-Präsident Graf Teleki, sich zu seiner Rede erhob, stimmten die ausgezogenen Abgeordneten im Nebensaal das Nationallied des Dichters Vörösmarty an, die ganze Kammer erhob sich und hörte das Lied in schweigender Ergriffenheit an. Als nachher der Präsident die Frage stellte, ob das Haus die Gesetzesvorlage annehme, herrschte eisige Stille. Der Präsident erklärte darauf den Gesetzentwurf für angenommen. Abgeordneter Friedrich betonte, die Ungarn müßten sich zu jener Nation hingezogen fühlen, die ein gleiches Kreuz auf ihren Schultern trage und das sei die deutsche Nation, und sie dürften nicht kokettieren mit jenen, die ihre Henker gewesen seien. Der Abgeordnete Lingauer protestierte im Namen der deutschen, kroatischen und vendischen Bevölkerung Westungarns, die nur solche Abgeordneten in die Nationalversammlungen entsendet habe, die vorher gelobt hätten, gegen den Anschluß Westungarns an Österreich zu kämpfen. Mit Österreich habe Ungarn keinen Krieg gehabt, ihm stehe also kein Recht zu, ungarische Gebietsteile zu fordern. Nehme es sie als Geschenk an, so stelle es sich in die Reihe der Feinde Ungarns, denen man niemals vergeben werde. Graf Klebelsberg sprach für die Stadt Ödenburg und betonte, wenn Österreich an den Verfügungen des letzten Friedensvertrages festhalte und die Ungarn entrissenen Gebiete sich einverleibe, so könne es sich auch nicht gegen die gewaltsamen Gebietbestimmungen des Friedens von St. Germain verwahren. Als der Gesetzentwurf angenommen war, erhoben sich wie auf einen Schlag sämtliche Abgeordnete von ihren Sitzen und stimmten den „Szózat“ an.

Polen.

Der polnische deutsche Abgeordnete Spickermann berichtete in der „Lodzer Freien Presse“ über eine Versammlung, die er in Zagorow abhielt und wo man ihm zahlreiche Klagen der Bevölkerung überreichte. Die Polen schaffen künstliche Minderheiten der Deutschen durch Abtrennung verschiedener Gemeinden von den Schulgemeinden, man streicht Kinder aus

den Schullisten unter dem unzutreffenden Vorwande, daß sie über 3 Kilometer von der Schule weg wohnen. Wo keine direkten künstlichen Minderheiten geschaffen werden können, schließt man durch Zusammenziehung verschiedener Schulen (sogenannte Schulallianz) reine deutsche Schulen mit oft über 100 Kindern, dann werden deutsche und polnische Kinder zusammen in Klassen untergebracht, und zwar so, daß sich in diesen Klassen weniger als 40 deutsche Kinder befinden. Auf diese Weise kann nicht in einer einzigen Klasse die deutsche Sprache beibehalten werden. Nicht einmal als Unterrichtsgegenstand wird die deutsche Sprache erlaubt. Nur nach den Unterrichtsstunden dürfen die Lehrer deutsche Sprache und Religion in Deutsch unterrichten. Die von den Protestanten erbauten Schulen, zu denen die katholischen Einwohner gar nichts beigetragen haben, werden zu allgemeinen Schulen gemacht und der Lehrer wird gezwungen, obwohl über 50 deutsche Kinder die Schule besuchen, auch noch 20 katholische Kinder dazu zu nehmen, um derentwillen der Unterricht dann verändert wird. Die sich widersetzenden evangelischen Landleute werden gerichtlich verfolgt und zu Strafen von über 2000 Mark verurteilt. Auch der evangelische Glaube wird angetastet, die evangelischen Lehrer werden gezwungen, die katholischen Kinder in die katholische Kirche zu begleiten, widrigenfalls man sie mit Entlassung bedroht. Der Abgeordnete kündigt gegenüber diesen Gesetzlosigkeiten den energischen Kampf der halben Million Deutscher Kongreßpolens an.

Der amerikanische Hilfsausschuß für polnische Staatsbürger deutscher Nation will den Deutschen in Polen materielle Hilfe leisten durch Verteilung von Geld und von Nahrungsmitteln. Die deutsche Vereinigung in Thorn hat die einleitenden Schritte zur Durchführung der Hilfsaktion übernommen.

Finnland.

Aus Helsingfors schreibt uns unser Vertreter:

„Mitten im Zentrum von Helsingfors liegt unter schönen Bäumen der sog. ‚Alte Kirchhof‘. Hier wird schon lange niemand mehr begraben, und nur einige alte Grabsteine zeugen von seiner ursprünglichen Bestimmung. Hier im Herzen der Stadt sind die deutschen Krieger begraben worden, die im April 1918 bei der Befreiung der finnischen Hauptstadt vom roten Joche und blutiger Gefahr gefallen sind.

2½ Jahre sind seitdem vergangen, die Welt hat sich verändert, der damals mächtige deutsche Freund Finnlands ist unter das Versailler Joch gebeugt worden, die Entente hat die Weltherrschaft angetreten und auch ihre mächtige Hand über die Ostsee ausgestreckt. Es ist unpraktisch geworden, Deutschlands Freund zu sein. Desto aner kennenswerter war die großartige Feier, die Sonntag, den 31. Oktober, die Bevölkerung der Stadt zur Einweihung der Denkmäler auf den Gräbern der deutschen und finnischen Helden auf dem Alten Kirchhof versammelte. Der düstere Oktobertag gab die richtige Stimmung für eine Totenfeier. Und doch waren es Töne des Lebens, der Dankbarkeit und Verehrung, die an den beiden von Künstlerhand geschmückten Denksteinen ertönten. Durch das Aufgebot spalierbildender Schutzkorps und Truppen erhielt die Feier einen militärischen Anstrich. Sie wurde durch Beethovens ‚Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre‘ und durch Luthers Kampfeslied ‚Ein feste Burg ist unser Gott‘, von einem Militärorchester herrlich gespielt, eingeleitet. In schwedischer und finnischer Sprache hielt der Vertreter des Denkmalkomitees eine kurze Gedächtnisrede. Die Denkmäler sollen für kommende Geschlechter Zeugnis ablegen für die Pflichttreue und Selbstaufopferung deutscher Krieger bei der Verteidigung höchster Kulturwerte gegen Barbarei und

Gewalt, für die brennende Vaterlandsliebe finnischer Jünglinge und die Bereitschaft, sich für Recht und Freiheit zu opfern.

Es folgte die Enthüllung. Der schwere schwarze Granitblock auf dem deutschen Grabe trägt das Relief einer trauernden Jünglingsgestalt und die Inschrift in deutscher Sprache: „Den im Kampfe in Helsingfors im April 1918 gefallenen deutschen Helden errichtete dieses Denkmal die dankbare Stadt.“ Die übrigen drei Seiten des Blocks tragen die Namen der 92 hier begrabenen deutschen Krieger. Im Moment der Enthüllung setzten die Orchester mit dem Spiel des alten „Ich hatt' einen Kameraden“ ein. Es folgte der Nationalgesang „Suomis säng“ und „Deutschland, Deutschland über alles“.

Den Reigen der Redner eröffnete die imponierende Gestalt des Bürgermeisters von Hartmann. Ihm folgte Alexander Frei im Namen der bürgerlichen Stadtverordneten, Staatsminister Erich und Kriegsminister Jallander im Namen der Regierung, der Oberbefehlshaber des Schutzkorps Oberst von Essen, der einen Kranz im Namen General Mannerheims niederlegte; Freiherr von Brück legte im Namen des dankbaren Vaterlandes einen Kranz am Grabe der gefallenen Kameraden nieder. Hierauf folgte die lange Reihe deutscher und finnischer Vereine und Institutionen, Garnison, Schutzkorps und vieler anderer. Zum Schluß defilierten die Truppen des Schutzkorps an den Gräbern vorbei.“

Rumänen.

In einer Sitzung der rumänischen Kammer interpellierte der sächsische Abgeordnete Dr. Roth über die Anordnung des Ministerrats, der zufolge die Straßenbezeichnungen, die Wegweiser und alle anderen ständigen öffentlichen Inschriften in rumänischer Sprache und in der oder in den Sprachen der Bevölkerung des betreffenden Orts auszuführen seien, Firmenschilder pflichtweise in rumänischer Sprache und nach Bedürfnis in jeder dem Eigentümer beliebigen Sprache, mit der Bedingung, daß beide Sprachinschriften gleiche Größe hätten. Die Minoritäten wandten sich zunächst gegen die Abänderungen bestehender Gesetzesbestimmungen durch Dekrete. Zur ungarischen Zeit sei das Recht der freien Sprachenwahl für die Firmenschilder niemals angetastet worden und ungarisches Gesetz gelte noch immer in diesen Bezirken. Unduldsamer als die Magyaren sollten aber die Rumänen nicht sein, die so oft gegen magyarische Übergriffe protestiert hätten. Auch die Bestimmung des Innenministeriums über den Gebrauch der rumänischen Sprache in allem schriftlichen Verkehr der Verwaltungsbehörden sei gesetzwidrig. Das ungarische Nationalitätengesetz Franz Deaks vom Jahre 1868 verfüge in seinem Artikel 44, daß im Verkehr gewisser Verwaltungsbehörden, deren Bevölkerung zu bestimmtem Prozentsatz fremdsprachig sei und das Recht der eigenen Protokollsprache geltend mache, in den amtlichen Schriftstücken die betreffende Sprache gebraucht werden könne. Und da die Rumänen stets dieses Gesetz als ungenügend bezeichnet und mehr als jenes versprochen hätten, erwarteten die mehr als 500000 Siebenbürger Sachsen auch Gerechtigkeit von den Rumänen und Außerkraftsetzung der Sprachendekrete, die zur Behandlung des Parlaments gestellt werden müßten.

Die angesetzte Tagung der Deutschen Großrumäniens mußte in letzter Stunde wegen des Generalstreiks abgesagt werden. Da aber die Absage die entfernteren Gegenden, aus denen die Abgeordneten tagelang unterwegs waren, um zurecht zu kommen, nicht mehr erreichte und viele Abgesandte doch eintrafen, fand wenigstens eine teilweise Tagung statt. 12 Vertreter des Banats, 15 Abgesandte aus Altrumänien und Beßarabien und Abgeordnete der Städte Kronstadt, Hermannstadt, Bistritz, Schäßburg und

Mediasch nahmen an der Versammlung teil. Am 23. Oktober fand eine Versammlung der Burzenländer Lehrerschaft statt, an die sich am folgenden Tage eine Sitzung der Frauenvereine anschloß. Vorträge über die Fortbildungsschulen und über die Aufgaben der deutschen Frauen in Großrumänien wurden gehalten. Bei einem gemeinsamen Abendessen sprach der eben von einer Reise nach Deutschland zurückgekommene Abgeordnete Dr. Rudolf Brandsch und rief den Versammelten ein begeistertes „Kopf hoch!“ zu. Am Sonntag fand eine Festgottesdienst und ein Künstlerfest statt, während sich der letzte Tag zu einer großen Kundgebung der Burzenländer sächsischen Bauernschaft anläßlich einer Fahrt nach Rosenau auswuchs. Der Staatssekretär Lutz Korody sprach über die sächsische Heimatliebe. Tiefen Eindruck rief eine Rede des Präfecten Bainlescu hervor, der in herzlichen Worten für eine friedliche Zusammenarbeit und Wettbewerb zwischen Rumänen und Sachsen eintrat.

Italien.

Einer Mitteilung der „Köln. Volksztg.“ entnehmen wir, daß in Rom im Saale des protestantischen Gemeindehauses eine Besprechung über die Wiedereröffnung einer deutschen Schule stattfand, die paritätisch sein sollte. Da die Betriebskosten sich aber auf mindestens 100000 Mark jährlich belaufen würden und ein solch hoher Zuschuß vom Reiche nicht zu erwarten ist, auch eine Kollekte kaum das gewünschte Ergebnis zeitigen würde, wurde beschlossen, die Frage der Errichtung der Schule einstweilen zurückzustellen. Im Lehrkörper von St. Antonio, der internationalen Hochschule des Franziskanerordens in Rom, sind die Deutschen durch drei Patres vertreten. Im deutschen Campo santo ist die Führung des Haushaltes jetzt von Schwestern aus dem Mutterhause von Paderborn übernommen worden.

Die italienische Regierung hat trotz des gewaltigen Pressefeldzuges, der gegen diese Absicht geführt wurde, in einem Dekret, das noch der Sanktion des Parlaments bedarf, die über die Deutsche Zoologische Station in Neapel verhängte Zwangsverwaltung aufgehoben und sie dem deutschen Professor Dohrn zurückgegeben, der sie alsbald nach einer mit der Stadt Neapel vor dem Kriege noch getroffenen Verabredung wieder übernommen hat.

Über die deutsche Sprache in Italien berichtet der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ seinem Blatte, daß die großen Buchhandlungen wieder ein oder mehrere Schaufenster deutschen Büchern widmen und daß dabei aus alten Beständen schöne Friedenausgaben noch auftauchen, denen gegenüber sich die neueren Ausgaben recht kümmerlich ausnehmen. Die roten Bäckdeckel leuchteten namentlich auch wieder aus den Läden der englischen Reisebüros. Auf Straßen und Lokalen könne man sich wieder ruhig deutsch unterhalten. Auf den humanistischen Gymnasien wird Deutsch nicht gelehrt, auf den Realanstalten und Handelsschulen steht es zur Wahl neben Englisch. Während des Krieges war die Beteiligung an diesen Kursen stark zurückgegangen, von 44 Prozent 1913/14 auf nur 18 Prozent 1918/19. Im letzten Jahre ist wieder eine Vermehrung auf 20 Prozent eingetreten. Ebenso stark war der Rückgang an den Hochschulen. Im letzten Friedensjahre legten noch 12 Prozent der Kandidaten für das Sprachlehramt die Prüfung für Deutsch ab, im letzten Jahre nur mehr 6 Prozent. Am stärksten wird die deutsche Sprache noch im Gebiet Venetiens gepflegt, wo auch während des Krieges immer noch die Hälfte der Schüler an deutschen Sprachkursen teilnahm. Dann folgten die Lombardei und Piemont. „Educazione Nazionale“ fordert zum vermehrten Studium des Deutschen auf. Wer eine neue Sprache lerne, lerne eine neue Seele kennen.

England.

Der Verfasser des von uns erwähnten Oxford Briefes, den 57 Universitätslehrer unterzeichneten und der später, als der Vizekanzler der Universität die Annahme des Briefes verweigerte und den Unterzeichnern das Recht absprach, im Namen der Universität und ihrer Lehrer zu sprechen, noch weitere Unterschriften fand, ist Robert Bridges, der Verfasser vieler Gedichte, Schauspiele und kritischer Werke über Keats und Milton, der heute 76 Jahre alt ist und aus der Etonschule stammt. Die Times greifen ihn persönlich heftig an, er wehrt sich aber kräftig und betont, daß er kein „progerman“ sei, sondern daß es sich hier vor allem um ein leidenschaftsloses Friedensstiften handle.

Palästina.

Über die deutschen Templerkolonisten fällt in der Jerusalemer jüdischen Zeitschrift der jüdische Schriftsteller Ludwipol folgendes anerkennende Urteil: „Die deutschen Kolonisten sind ein fleißiger und nützlicher Faktor im Lande und sollen als Musterbauern den jüdischen Kolonisten vorgehalten werden. Ihre Konkurrenz, die vor dem Kriege infolge der mächtigen politischen Unterstützung von seiten der deutschen Regierung oft als illoyal empfunden werden konnte, wird jetzt, bei Wegfall der genannten Voraussetzung, nur als anregendes Beispiel für die übrigen Landeseinwohner dienen.“ Man darf, Londoner Quellen zufolge, annehmen, daß dieses Urteil dem Empfinden der weitaus meisten jüdischen Kreise Palästinas gegenüber den jetzt zurückkehrenden Templern entspricht.

China.

Bei soviel Mißhandlung und schlechter Behandlung, die unsere Gefangenen im Weltkrieg in allen Lagern der Entente zu erdulden hatten, berührt doppelt angenehm ein Bericht, den die Besatzung des zu Beginn des Krieges aus Tsingtau kurz vor dem Fall der Festung entkommenen Torpedobootes S 90 erstattet und von dem wir in der „Köln. Ztg.“ vom 19. September einige Mitteilungen finden. Als die Besatzung in Nanking interniert wurde, da das Boot bei Schanghai auf Strand lief, erwartete sie ein sauberes Lager, Betten mit Weißzeug, Tische mit Besteck und Gläsern und Blumenschmuck. Der Oberst Fengschikeng nannte sich bescheiden „Lagerverwalter“, gewährte Urlaub zu Spiel und Sport, zu Besorgungen und zur Jagd, kleidete seine Befehle in Form von Wünschen, sprach vom ersten bis zum letzten Tage von Deutschland mit großer Hochachtung und handhabte selbst nach der chinesischen Kriegserklärung die Briefzensur mit Geschick und Takt. Er war ein Muster von Ritterlichkeit und Anstand. Ehe die Besatzung zurücktransportiert wurde, empfing sie der Gouverneur Lischun und drückte in einer Ansprache seine Anerkennung für die tapfere Verteidigung Tsingtaus aus, dankte für die Disziplin, die die deutschen Truppen in der Gefangenschaft bewahrten, und sprach die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung guter Beziehungen zu Deutschland aus. Er stiftete schließlich ein reiches Geschenk für die Mannschaften. Die Chinesen waren eben von alters her ein Kulturvolk!

Südwestafrika.

Nachdem der alte Administrator des Schutzgebietes, Sir Georges, sich mit einer griesgrämigen und bärbeißigen Rede verabschiedet hatte und es dabei nicht unterlassen konnte, denjenigen, die nicht ganz willfährig seien und nicht nach der englischen Pfeife tanzen wollten, mit dem Ausweisungsbefehl zu drohen, traf der neue Administrator, Herr Hofmeyr, Mitte Oktober in Windhuk ein und wurde am Bahnhof vom Bürgermeister mit einer deutschen Ansprache empfangen, die dann ins

Holländische und Englische übersetzt wurde. Der Administrator antwortete zunächst englisch, dann holländisch. Englisch betonte er die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, holländisch das Gemeingefühl der Südwester und seinen Wunsch auf Beseitigung der Parteizwistigkeiten. Man solle Südwest zum Musterstaat machen, der späterhin die Union annektieren könne, meinte er humorvoll. Dann sprach er zur Überraschung der Anwesenden in fließendem Deutsch weiter, er freue sich, den europäischen Alteingesessenen dieses Gebietes zu begegnen. Er komme vorurteilsfrei und unbefangen ins Land. Er erkenne an, daß die alte Bevölkerung als Vertreter eines hochzivilisierten Volkes hier sei und sehe keine Schwierigkeiten, mit ihr in gutem Einvernehmen zu leben. Wenn man auch in gewissen Fragen nicht sofort einer Meinung sein werde, so hoffe er doch auf einen friedlichen und vernünftigen Geist der Verhandlungen. Er hoffe, in der deutschen Sprache sich bald so zu vervollkommen, daß er amtliche Sachen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft in ihrer Muttersprache mit den Deutschen besprechen könne. Der Ton und die Art der Ansprache erweckt im Deutschum Südwests Hoffnungen auf eine freundlichere Zusammenarbeit mit dem neuen Herrn, als mit dem alten möglich war. Die deutschen Blätter betonen bei dieser Gelegenheit wiederholt die Schulwünsche des Deutschums als wichtigstes Problem des Schutzgebietes überhaupt.

Vereinigten Staaten von Amerika.

Herr Dr. Hugo Lieber, der Präsident des geschäftsführenden Ausschusses des Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria ist nach dreimonatlichem Aufenthalt in Deutschland wieder nach Amerika zurückgereist. Auf ihn hat, wie er sich einem Ausfrager gegenüber geäußert hat, die deutsche Not an Nahrungsmitteln und Kleidern in weiten Schichten der Bevölkerung und die Not der Wissenschaft und Kunst an technischen Hilfsmitteln den stärksten Eindruck gemacht. Er hat ein umfangreiches Material beschreibender und statistischer Art gesammelt, um seinem Komitee einen ausführlichen Bericht erstatten zu können, und hat die Hoffnung ausgesprochen, daß dieser Zeitbericht zu einer Vervielfältigung der Arbeiten und Anstrengungen in Amerika beitragen werde. Er hoffe, daß es gelingen werde, Deutschland in seinem Streben nach Selbsthilfe zu unterstützen, dadurch, daß man ihm Rohstoffe zur fabrikmäßigen Verarbeitung liefert und Stoffe und Garne an Stelle fertiger Kleidungsstücke. Besonders denkt Herr Dr. Lieber an die Einrichtung von Mittelstandshilfen, die in den verschiedenen Ländern Deutschlands auf seine Anweisung hin schon mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen haben. Er kehre nach Amerika zurück, so sagte er, in der festen Hoffnung, daß die alten guten Eigenschaften des deutschen Volkes, Zuverlässigkeit, Ordnung, Fleiß und Umsicht den Sieg über all die niederdrückenden augenblicklichen inneren und äußeren Verhältnisse davontragen würden. Herr Dr. Lieber wurde, ehe er Deutschland verließ, zum Ehrendoktor der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt und er wurde in einem Bankett in Berlin als der Repräsentant deutsch-amerikanischer Hilfe und Freundschaft besonders gefeiert.

Herr und Frau Sanne aus Hamburg weilten als Vertreter des Roten Kreuzes in Amerika, wo sie viele Städte bereisten und mit den leitenden Persönlichkeiten der dortigen Hilfsaktion für Deutschland in Verbindung traten. Sie erfreuten sich überall einer herzlichen Aufnahme. In Minneapolis z. B. wurde im Hause des Herrn Tetzlaff ein großer Empfang veranstaltet, dem ein Festessen im Hotel mit 80 Deutschamerikanern folgte. 10000 Dollar

wurden an diesem Abend für Deutschland gesammelt. Auf einer Versammlung, die vom Quäkerkomitee in der deutschen Kirche veranstaltet war, sprachen Herr und Frau Sanne, die am nächsten Tage auch der Grundsteinlegung für den Deutschen Klub in St. Paul beiwohnten und auf der Straße eine Ansprache hielten. Am nächstfolgenden Abend fand unter dem Vorsitz von Herrn Professor Schmitt eine Versammlung von 600 deutschamerikanischen Geschäftsleuten in St. Paul statt, bei der gleichfalls eine ansehnliche Summe gesammelt werden konnte.

Der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ berichtet seinem Blatte aus Neuyork von dem großartigen Ergebnis des Hilfswerks der Deutschamerikaner. In der deutschamerikanischen Presse bilde die Hilfsstätigkeit eine ständige Rubrik. Keine größere Veranstaltung finde statt, die nicht im Zeichen des Hilfswerks stehe. Die Singvereine, die Turner, die Kirchengemeinden, selbst die Kegler und die Skatspieler veranstalteten ihre Versammlungen und spielen zugunsten der notleidenden Heimat. An Geld, Kleidung und Nahrung sei eine Fülle an die notleidende Heimat gesandt worden. An der Spitze einer über das ganze Land sich erstreckenden Hilfsorganisation steht der frühere Handelsminister Charles Nagel. Vielfach sei das Werk landsmannschaftlich organisiert (Schwabenhilfe, Bayernspende, Hilfe für Sachsen usw.). Sehr beliebt sei auch die Selbstbesteuerung, wie man dann überall die Quarter Collections und die Dollar-Klubs finde. Die Kirchen arbeiteten ganz besonders intensiv, neben ihnen die Quäker mit ihrem American Friends Service Committee und James Speyer mit seinem American Relief Committee for German Children, welche beide Organisationen auch die Hilfe von Vollblutamerikanern gewonnen hätten. Auch die aus der Schweiz stammenden Amerikaner unterstützten das Werk großzügig. Anfangs habe eine gewisse Feindseligkeit gegen das ganze Werk geherrscht, so auch beim Roten Kreuz, doch sei dieser Zustand überwunden. Mehr, als sie jetzt täten, könnten die Deutschamerikaner kaum noch tun. Für die nach Deutschland geflossenen Summen gebe es keine Berechnungen, doch Schätzungen ergäben für Neuyork und Chicago je 2, für Milwaukee 1 Million, für Philadelphia 300 000, Saint Louis 250 000, Cleveland 250 000, San Francisco 300 000, Baltimore, Pittsburg, Los Angeles, Detroit, Cincinnati 1 Million, andere Orte 3 Millionen, zusammen also etwa 10 Millionen Dollars. Dabei schließe diese Summe die Einzelunterstützungen der Familien durch amerikanische Verwandte mit Geldsendungen und food drafts noch nicht ein. Diese Opferwilligkeit sei um so größer einzuschätzen, als der Krieg die Deutschen wirtschaftlich geschädigt habe, nicht zuletzt auch durch die Prohibitionsgesetzgebung, und als auch das Leben selbst in Amerika bedeutend teurer geworden sei. (1914 war die Indexziffer für 25 zum Leben notwendige Produkte 146, heute ist sie 300!) Auch in Amerika sei das Geldverdienen sehr schwer geworden, um so höher sei die Leistung des Deutschamerikanertums zu bewerten.

Brasilien.

Einem brasilianischen Brief der „Kreuzzeitung“, den Pfarrer Neumann aus Blumenau schrieb, entnehmen wir, daß die Stimmung der Brasilianer für Deutschland wieder günstiger geworden sei. Zum guten Teil trage daran das wenig gute Verhalten der französischen Militärmission Schuld, deren Mitglieder sich wenig gut benähmen, wenig leisteten, desto mehr schmuggelten und deren Kavallerieinstruktionsoffiziere viel weniger reiten könnten, als die Brasilianer selbst. Als äußeres Zeichen der Deutschfreundlichkeit führt der Pfarrer an, daß er einen gestorbenen Soldaten der Brasilianer Maschinengewehrkompanie, einen Evangelischen

deutscher Abkunft, mit deutscher Predigt und Liturgie beerdigen können, was noch vor zwei Jahren ganz unmöglich gewesen sei. Kompanie und Offiziere wohnten dem Begräbnis bei. Nur bittet der Briefschreiber auch um eine würdige und energische Haltung Deutschlands, um weniger Zaghaflichkeit in der Gewinnung der Weltstimmung, um weniger Kapitulieren und Nachgeben.

Paraguay.

Unter den Deutschen in Paraguay hat sich ein lebhafter Streit um die Flaggenfrage erhoben. In Paraguay hat, wie wir den „Hamb. Nachr.“ entnehmen, der deutsche Gesandte, Herr Goetzsch, im Deutschen Klub einen Vortrag über diese Frage gehalten, sich aber von vornherein jede Aussprache darüber verboten, so daß auch in der Presse darüber nichts gebracht wurde. Der Vortrag soll bei den Deutschen wenig Anklang gefunden haben und den Streit um die Flagge nur neu belebt haben. Die Deutsche Zeitung für Paraguay mahnt dringend, daß die ganze Kolonie sich der Mehrheit fügen und danach handeln solle. Die Mehrheit tritt für die schwarz-weiß-rote Flagge ein. Die Deutsche Zeitung selbst macht den Vorschlag, im Ausland die deutsche Handelsflagge zu hissen, die schwarz-weiß-rot ist mit einem schwarz-rot-gelben Felde in der oberen inneren Ecke.

Argentinien.

Über eine immerhin nicht alltägliche Angelegenheit berichteten die argentinischen, auch die argentinisch-deutschen Zeitungen. Am 30. August haben die deutschen Vereinsvorstände in Buenos Aires eine außerordentliche Sitzung abgehalten und darin den Dirigenten und Komponisten Felix Weingartner als unwürdig erklärt, vom deutschnationalen Standpunkt aus gefeiert zu werden. Den Anlaß zu dieser „Bannbulle“ gab die Zurücknahme von Weingartners Unterschrift von dem bekannten Manifest der 93 deutschen Intellektuellen zu Beginn des Krieges. In diesem Manifest vom 11. Oktober hatten die Unterzeichner die Entente-Anklagen gegen die deutsche Politik und Kriegführung als unwahr zurückgewiesen. Schwere Entente-Angriffe sind jahrelang erfolgt. Dr. Hans Wehberg von der Liga für Völkerbund hat inzwischen eine Broschüre gegen das Manifest erscheinen lassen und das Ergebnis seiner Rundfrage an die 93 Unterzeichner mitgeteilt, von denen allerdings 18 inzwischen verstorben sind. Von 75 Überlebenden haben 17 nicht geantwortet, die übrigen haben sehr ausführlich ihren heutigen Standpunkt zu dem damaligen Schriftstück dargelegt. 16 Gelehrte betonen, daß sie noch heute auf ihrem damaligen Standpunkt ständen, 42 Unterzeichner meinen, daß sich heute nicht mehr alle Behauptungen jenes Aufrufs aufrecht erhalten ließen. Bereits früher zurückgezogen hatten ihre Unterschrift 10 Herren, unter ihnen Weingartner und auch 3 Theologen, deren Namen, wie sie behaupteten, nur durch Irrtum auf die Liste gekommen seien.

Der Beschluß von Buenos Aires ist gegen die Stimmen des „Deutschen wissenschaftlichen Vereins“ und des „Vorwärts“ gefaßt worden. Die „Sing-Akademie Buenos Aires“ hat in scharfer Weise gegen den Beschluß Stellung genommen und in der ordentlichen Monatsversammlung der Vereinsvorstände vom 6. September eine Zurücknahme des Beschlusses erwirkt. Auch der Männergesangsverein „Eintracht“ erklärt, daß er mit dem Boykott nichts zu tun habe (der übrigens niemals „effektiv“ war, denn die Deutschen besuchten die Weingartner-Konzerte ganz außerordentlich zahlreich), daß sein Vertreter in der erwähnten Versammlung nicht anwesend gewesen sei und daß sich ein solcher Beschluß gar nicht mit den Prinzipien des Gesangsvereins „Eintracht“ als eines deutschen Vereins vertragen hätte.

Auf jeden Fall ist es höchst bedauerlich, daß eine anscheinend aus dem Gebiet der Kunst ins Politische hinübergespaltene Frage die Kreise der deutschen Kolonie in Buenos Aires trennen und entzweiten konnte. Weingartner ist Künstler und als solcher anerkannt, als Politiker und in seinen schriftstellerischen Äußerungen auch in Deutschland und nicht nur in musikalischen Kreisen sehr umstritten. Im Ausland aber, wo er nur der Vertreter deutscher Kunst ist, sollte er auch nur als solcher gewertet werden. Durch sein Genie werden die Klänge unserer deutschen Meister in Argentinien lebendig und wirken und werben für deutsche Kultur und deutsche Kunst. Es tut solcher Wirkung nur Abbruch, wenn ein Streit um den Menschen das Bild des Künstlers verdunkelt.

Eine Versammlung der Vereinsvorstände beschloß einstimmig, eine große Sammlung zugunsten der Notleidenden in Deutschland einzuleiten, deren Begründung in Anwesenheit des deutschen Geschäftsträgers, der Vertreter der deutschen Zeitungen und der Vertreter von 22 deutschen Vereinen stattfand. Es wurde einhellig beschlossen, eine große Sammlung unter dem Namen „Für Deutschland“ einzuleiten und eine Kommission zu bilden, die die Bittgesuche behandeln solle. Eine Kommission von 10 Herren, die ihren Obmann als elftes Mitglied selbst wählt und das Recht der Selbstergänzung hat, trat ins Leben und will ihre Sammeltätigkeit sofort aufnehmen.

KLEINE NACHRICHTEN

Oskar Raue †. In Berlin starb in ziemlicher Notlage der einstige Pionier des Deutschtums in Walk (Estland), Rechtsanwalt Raue, im Alter von 61 Jahren. Er hat als Förderer des Bahnbaues in seiner Heimat, wie als Vorsitzender der Muse-Gesellschaft gearbeitet, wurde zu Beginn des Krieges wegen seiner „Deutschfreundlichkeit“ verbannt, kehrte nach 1½ Jahren in Sibirien nach Walk zurück und mußte dann vor den Bolschewisten nach Deutschland fliehen.

Hofkapellmeister Otto Heß †. Der bekannte Münchener Musiker, einst Jurist und Beamter an der anatolischen Eisenbahn in Konstantinopel, später Musiker in Mailand und Münchener Hofkapellmeister, ist an einem Lungen- und Kehlkopfleiden gestorben, das sich verschlimmerte, als er im Frühjahr dieses Jahres von einer Kunstreise nach Spanien zurückkehrte, die ihn zu wahrhaft königlichen Triumphen geführt hatte.

Alex. von Rhaden †. Auf seinem Gute Maihof bei Mitau starb am 5. November der frühere kurländische Landesbevollmächtigte Alexander Baron Rhaden nach schwerem Leiden. Er war einer der deutschen Führer des Landes und war schon oft Landbotenmarschall, ehe er zum kurländischen Landesbevollmächtigten berufen wurde. Zwei seiner Söhne waren deutsche Offiziere, einer von ihnen fiel. Im Frühjahr 1915 war Baron Rhaden mit seiner Frau nach Sibirien verbannt worden, woher er erst nach zweijährigem Leben in der Einsamkeit zurückkehrte. Er hat vielfach dem Kaiser die Wünsche der Kurländer vorgetragen. Dem Deutschen Ausland-Institut ist er besonders nahegetreten, als er sich um die Arbeiten unserer Kurlandausstellung mit warmem Herzen annahm und die darin gebotene Gelegenheit, sein Heimatland in Deutschland bekanntzumachen, begeistert aufgriff.

Viktor Felsko †. In Mitau verstarb der Oberlehrer an der deutschen Mittelschule, Viktor Felsko, dem das Entstehen und Durchhalten dieser Schule in schwerer Zeit zu verdanken ist, in jungen Jahren. Er war am Lehrerseminar in Mitau nach Abschluß seiner Studien tätig, studierte nach Vollendung seiner

Studien und nach praktischer Betätigung noch in Freiburg und Leipzig, machte den Krieg als russischer Stabskapitän an der Kaukasusfront mit und war in der baltischen Landeswehr tätig, bis man ihn an die deutsche Mittelschule berief, wo er vorbildlich arbeitete. Ein guter Balte, ein treuer Deutscher ist mit ihm ins Grab gesunken.

Dr. Adolf Alt in St. Louis †. Einem Brief, den die Münchner Med. Wochenschrift aus St. Louis erhält, entnehmen wir, daß das dortige Deutschtum durch den Tod von Dr. Adolf Alt einen schweren Verlust erlitten hat. Er war im Jahre 1851 in Baden geboren und kam als junger Arzt in den siebziger Jahren nach Amerika, wo er einer der hervorragendsten Augenärzte wurde und lange Jahre der Schriftleiter der „American Journal of Ophthalmology“ war. „An allen Bestrebungen des hiesigen Deutschtums,“ so heißt es weiter, „nahm er lebhaften Anteil. Durch den Krieg tief erschüttert und seit zwei Jahren kränkelnd, wurde er uns vor kurzem entrissen und hinterließ eine Lücke, die so leicht nicht wieder ausgefüllt werden kann.“

KIRCHE UND MISSION

Von der evangelischen Kirche in Polen. In der deutsch-kirchlichen Wochenschrift Polens „Unsere Kirche“ veröffentlicht Pastor Wohlgemuth-Thorn einen Aufruf, in dem er zur Vereinigung der drei in Polen vorhandenen Gruppen von Lutheranern auffordert. Der Aufruf schließt mit den bemerkenswerten Worten: „Ihr lieben Brüder unter dem Konsistorium in Warschau, verlangt nicht von uns, daß wir polnisch werden. Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt, darum muß in der evangelisch-lutherischen Kirche Raum sein für alle Völker, Sprachen und Zungen. Zwingt uns deshalb nicht, unser Volkstum zu verleugnen und beschränkt uns nicht im freien Gebrauch unserer Muttersprache. Dann wollen wir euch, wie allen, die Gottes Wort und Luthers Lehre liebhaben, gerne die Hand reichen zu gemeinsamer Arbeit im Dienst Gottes, unseres Heilandes, der will, daß allen Menschen geholfen werde zur Seligkeit durch den Glauben in seinem Namen.“

Eine Kirchengemeindebildung der Rückwanderer. Eine evangelische Gemeinde der Flüchtlinge und Rückwanderer aus Rußland hat sich in Berlin gebildet. Im Saale der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche kamen am 13. Oktober die Vertreter zusammen. Die Gemeindebildung geht auf die Flüchtlinge aus Petersburg zurück, denen sich jetzt die Balten und Kolonisten angeschlossen haben. Der Pastor Albert Masing von der Marienkirche aus Petersburg wurde zum Pastor gewählt, zu seiner Unterstützung der Baltenpastor Lutzau und der Kolonistenpastor Schneider, die ihm bei kirchlichen Handlungen assistieren werden. Gottesdienste werden in der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche am Tiergarten abgehalten. Ein Kirchenrat ist zunächst aus Damen und Herren der Petersburger Gruppe gebildet worden, sein Präsident ist Kaufmann Burchard. Eine Selbstbesteuerung der Gemeindeglieder mit einem Prozent ihres Einkommens ist eingeführt. Am Tage der Gemeindegründung hatten sich schon 300 Personen freiwillig zur Zahlung dieser Steuer erbaten. Ein Gemeindehaus in Wilmersdorf soll gekauft werden, das rund 500000 Mark kosten wird und in dem vor allem ein Pensionat für Kinder der Gemeindeglieder errichtet werden soll. Man will dort eine eigene Schule errichten und namentlich auch Unterricht in der russischen Sprache erteilen lassen. Die Interessenvertretung der Auslandsdeutschen und die Reichsregierung sollen um Unterstützung dieser Bestrebungen

gebeten werden. Alles in allem eine sehr bemerkenswerte Form der Selbsthilfe und des Gemeinnsinnes unserer vertriebenen und in die Heimat zurückgekehrten Auslandsdeutschen, denen man recht viel Teilnahme und Nachfolger wünschen möchte.

Von der deutsch-lutherischen Kirche in Petersburg. Einen tiefen Einblick in das Leben der einst so blühenden deutschen Gesellschaft Petersburgs gibt ein aus dortigen kirchlichen Kreisen in Reval eingetroffener Privatbrief, dem der „Revaler Bote“ folgende Mitteilungen entnimmt:

Am 24. August wurde im Konferenzsaale der Petrikirche durch eine Vereinigung sämtlicher Kirchenräte der deutsch-evangelischen Gemeinden der Stadt zunächst für Petersburg und Umgebung und dann für später auch für das weitere Rußland, soweit es erreichbar ist, ein Konsistorium erwählt „zur Selbstverwaltung der evangelischen Kirche Rußlands“ mit dem Generalsuperintendenten Malmgren an der Spitze, Herrn Alfred Striedter als weltlichen Vorsitzenden und 3 geistlichen und 4 weltlichen Mitgliedern. Dem Wahlakt folgte ein feierlicher Gottesdienst in der Petrikirche, bei dem den Gemeindegliedern von der Begründung der kirchlichen Verwaltungsbehörde Kunde gegeben wurde. Am 14. September fand die erste Sitzung des neuen Konsistoriums statt. Die Grundlage des neuen Kirchengesetzes auf freiheitlicher Grundlage bilden 34 Artikel, die von jener Gründerversammlung angenommen wurden.

So ist denn auch der stolze Bau der evangelischen ganz Rußland umspannenden Kirche im allgemeinen Chaos zusammengebrochen! An seine Stelle ist ein klägliches Notbau getreten, von dessen Wesen man sich schwer eine Vorstellung zu geben vermag. Doch spricht dafür, daß es das Bestmögliche für den Augenblick ist, der Umstand, daß die alten Männer, soweit sie sich erhalten haben, an der Spitze stehen. Nach derselben Quelle arbeiten in Petersburg eben noch vier deutsche Pfarrer: Freifeldt, Malmgren, Reinthal und Fehrmann. Die estnischen und lettischen Prediger sind in ihre Heimat abgezogen; die finnische Kirche hat schon lange keine Prediger mehr, weil alle als Geiseln festgesetzt wurden; auch die schwedische Kirche ist verwaist. Das Vikariat für die reformierte, die schwedische, die französische und die holländische Kirche ist Pastor Fehrmann übertragen. — Bewunderung muß es erregen, daß der greise Bischof der Evangelischen Kirche Rußlands, Konrad Freifeldt, der lange schon das 70. Jahr überschritten hat, seine segensreiche Tätigkeit auch unter den schwersten Zeitumständen fortgesetzt hat.

C. v. Kügelgen.

Der erste evangelische Kirchentag in Jugoslawien. In Neudorf bei Vinkoçi fand am 14. und 15. September, wie die „Christliche Welt“ Nr. 44 berichtet, der erste evangelische Kirchentag in Jugoslawien statt. Unter den sechs Nationen war auch die deutsche vertreten und neben der serbischen, slowakischen und magyarischen wurde auch in der deutschen Sprache verhandelt. Das schwierige Nationalitätenproblem wurde grundsätzlich dahin gelöst, daß die einheitliche Kirche in nationale Seniorate zerfällt und von einem deutschen und einem slawischen Bischof geleitet wird. Der Schwerpunkt der neuen Balkankirche liegt in den deutschen Bauerngemeinden der Schwaben in Batschka, Banat und Syrmien.

Italien. Die Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins berichten, daß an die deutschen Gemeinden in Genua und Mailand Schweizer Pastoren berufen worden seien, ebenso wie jüngst an die deutsche evangelische Gemeinde in Marseille. Von Genua

ist Pastor Hörstel, der sich in den langen Jahren, in denen er die Gemeinde leitete, auch als Schriftsteller einen Namen gemacht hat, endgültig geschieden.

Aus Kirchen und Missionen im Orient. Der Missions-Rundschau der „Katholischen Missionen“ entnehmen wir, daß es der Mission der Borromäerinnen in Trebnitz gelungen ist, vier ihrer Unternehmungen im Orient weiterzuführen, das Greisenheim in Jerusalem, das Waisenhaus mit der Schule in Haifa, die Schule in Aleppo und das Krankenhaus in Beirut. Die Schwestern leiden zwar Mangel, sie wollen aber trotzdem durchhalten.

Aus einem Briefe des bekannten Pater Dahlmann, der in der gleichen Nummer 5, Februar 1920, veröffentlicht wird, ist zu ersehen, daß die katholische Hochschule in Tokio sich gut entwickelt hat. Das Arbeitspensum für die Dozenten war außerordentlich, Pater Hoffmann gab wöchentlich 26 Schulstunden, und der 59jährige Pater Dahlmann erteilte selbst 15 Stunden. Die katholische Hochschule war, als der Krieg ausbrach, gerade ein Jahr alt. Schon im Jahre 1918 hatte sie aber bereits die Zahl von hundert Schülern überschritten, und zu Ostern 1918 promovierten 8 Studenten in Literatur, Philosophie und im Handelsfach. Die Studenten aus dem Handelsfach fanden sofort gute Stellen in den angesehensten Handelsfirmen. Der Zuwachs, den die Vorbereitungsklasse in diesem Jahre (1919) zu Ostern erhielt, war zweimal so groß, wie in den vorausgehenden Jahren. Es konnten bedauerlicherweise nicht alle aufgenommen werden, weil bei der knappen Zahl der deutschen Lehrkräfte es unmöglich war, einen doppelten Kurs zu errichten. So mußte eine besondere Eintrittsprüfung abgehalten werden. Seit 1914 ist Pater Dahlmann Lektor der deutschen Sprache und Literatur an der Kaiserlichen Universität. Er hatte im letzten Jahre dort 18 Hörer, von denen die meisten später Gymnasiallehrer wurden und die deutsche Literatur als Fachstudium betreiben. „So sehen Sie, wie sich die Zeiten ändern. Vom heiligen Ganges kehrt man wieder in den rauschenden Literaturwald Germaniens zurück und gedenkt der schönen Jugendzeit, da ich die freie Zeit dem Gotischen, Angelsächsischen, Altgermanischen, Altnordischen und Mittelhochdeutschen widmete und fast die ganze ‚Nachfolge Christi‘ zur Übung ins Gotische übersetzte. Ich hätte damals nicht gedacht, daß mir die germanistischen Studien als Vorläufer der indischen noch einmal im fernen Inselreich nützlich werden könnten, dank jener gütigen Vorsehung, die von einem Ende zum andern reicht und alles huldvoll lenkt.“

Zur gleichen Zeit, da Japan im eigenen Lande die deutschen Missionare so gut arbeiten ließ, hat es von den ihm zugefallenen Südseeinseln die gesamten Missionare, katholische wie protestantische, ausgewiesen. Der japanische Vertreter ist jedoch sofort mit dem Heiligen Stuhl zwecks Neubesetzung der verwaisten Missionen in Verhandlung getreten.

Deutsche Missionstätigkeit im heiligen Lande. Die deutschen Ordensleute, die Lazaristen in Tabeha und die Schwestern in Emaus und Haifa haben ihre Tätigkeit trotz der veränderten Hoheitsverhältnisse fortsetzen können. Die belgischen Benediktiner sollen bald wieder das Kloster auf Sion verlassen und deutschen Patres Platz machen. Das Paulushospiz am Damaskustor soll alsbald nach Erstellung eines neuen Regierungsgebäudes wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden. Der „Deutsche Verein vom heiligen Lande“, in dessen Generalversammlung in Köln am 7. Oktober diese Mitteilungen gemacht wurden, wirbt um Mittel zur Fortsetzung seiner Arbeiten. Pilgerfahrten nach dem heiligen Lande sind vorläufig ausgeschlossen, dagegen ist ein erster Pilgerzug nach Rom gegangen.

Deutscher Katholikentag in Arkansas (U. S. A.). Der erste Versuch, einen deutschen Katholikentag im Staate Arkansas abzuhalten, erwies sich als vollen Erfolg. Die meisten deutschen katholischen Gemeinden hatten ihre Vertreter nach Fort Smith (am Arkansas-River, Grenze gegen Oklahoma) entsandt. Diese Versammlung beschloß, alle katholischen Vereinigungen des Staates zwecks engeren Zusammenwirkens in gemeinsamen Fragen in einer besonderen Überorganisation zu vereinigen. Vorarbeiten dafür sind im Gange.

Bingen (Indiana). Das diamantene Jubiläum ihres Bestehens hat die Luther. St. Johannes-Gemeinde der deutschen Ansiedlung bei Bingen, Adams Conty, Indiana, begehen können. Aus diesem Anlasse wurden zwei Festgottesdienste in deutscher Sprache gehalten. Die Kirche der Gemeinde ist 1879 erbaut worden; sie enthält Wohnungen für Pastor und Lehrer.

In der Gemeinde besteht ein Frauenverein, deren Präsidentin Frau Karl Mailand ist, und ein Jugendverein, dem Herr Hermann Schröder vorsteht.

Aus den Jahresberichten der Evangel. Kirchengemeinde Hansa-Hammonia 1917—1918.

Über die Entwicklung evangelischen kirchlichen Lebens in der Hansa schreibt der demnächst nach Deutschland zurückkehrende Pfarrer Dr. Aldinger, Hammonia, der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft*): Im Verlaufe des Jahres 1917, im Jahre der Kriegserklärung Brasiliens an Deutschland, mußten Kirche und Schule mehr und mehr ihren Gefühlen Zwang anlegen. Zwei eindrucksvolle Feiern konnten aber noch vor der Kriegserklärung gehalten werden, eine Ostmarkenfeier, welche sich am 11. April zu einem vielbesuchten Volksfest gestaltete und durch die Mitwirkung der Dichterin Maria Kahle ihren besten Gehalt erhielt. An demselben Abend noch wurde bekannt, daß der Dampfer „Parana“ torpediert worden sei. Die weise Kolonieleitung wußte alle Tumulte, wie sie in Porto Alegre, Florianopolis, Joinville, Curityba und Sao Paulo infolge der Hetzereien und Verdächtigungen der Alliierten und Alliiertenfreunde an der Tagesordnung waren, zu verhüten. Blumenau und die Hansa blieben davon verschont. Auch die großzügig angelegte Vieh- und landwirtschaftliche Ausstellung in Indayal konnte am 22. April noch durchgeführt werden, wenngleich die von Rio entsandten Reporter diese Gelegenheit zu großen Hetzereien gegen den „Alemannismus“ nutzten. Die „Nationalisierung“ der fremden Bestandteile der Bevölkerung wurde fortan Schlagwort, wenngleich der Deputierte Dr. Lebron Regis im Nationalkongreß der wirtschaftlichen Tüchtigkeit und staatstreuen Gesinnung des deutschen Elements alle Gerechtigkeit widerfahren ließ, wobei er mit Namensnennung auch auf die Wirksamkeit des Schulinspektors und Pfarrers der Hansa hinwies.

Die in dieser Zeit beschlossene Schulgesetzgebung im Staate Santa Catharina verlangte fortan sieben Stunden in portugiesischer Sprache, besonders für die Fächer Geschichte, Geographie und Singen. Die Lehrer mußten künftig geläufig und richtig Portugiesisch sprechen können.

Die 400jährige Wiederkehr des Reformationstages wurde durch Grundsteinlegung der evangelischen Kirche gefeiert.

Einschränkende Maßregeln der Regierung hinderten dann aber die Ausführung des Baues der Kirche. Am 7. November kam auch in die Hansa der Befehl, die deutschen Schulen zu schließen, und die deutschen Zeitungen mußten ihr Erscheinen einstellen. Die Geistlichen durften nur in Kinderlehre und

Liturgie, wo Portugiesisch nicht verstanden wurde, sich der deutschen Sprache bedienen.

Nach einem Kindergottesdienst am 11. Januar 1918 wurde auf Veranlassung eines dem Gottesdienst beiwohnenden Brasilianers Dr. Aldinger verhaftet und nach Blumenau transportiert, wo er jedoch bald wieder freigelassen wurde.

Der Jahresbericht 1918 bringt die Ergebnisse der Volkszählung aus den Gebieten der Hansa, welche rund 5000 Seelen (etwa 3000 Protestanten und 2000 Katholiken) zählt. Der Sprengel Taquaras und Neu-Stettin steht mit 221 Familien und 1247 Seelen an der Spitze. Es folgen Krauel-Indios mit 80 und Raphael mit 66, Neu-Bremen mit 50 Familien, Sellin mit 43, Raphael 40 und Charlach 25. Die kirchliche Bedienung fand auf 9 Predigtplätzen wie bisher statt.

Bei Gelegenheit der polizeilichen Registrierung aller Reichsdeutschen wurde dem Pfarrer vom Polizei-Delegado eröffnet, daß künftig in Deutsch nur die „actos sacramentales“ erlaubt seien. Ende Februar wurde die Liturgie und alle Kasualien für die deutsche Sprache freigegeben, ebenso der Konfirmandenunterricht. Die Gottesdienste wurden fortan durch Hausbesuche und Hausandachten ersetzt. Später wurden die Gottesdienste liturgisch ausgestaltet, so daß die deutsche Sprache ungehindert zur Anwendung kam. Die Schulen wurden an abgelegenen Bezirken in Form von Haus- und Gruppenunterricht fortgesetzt. Nach dem deutschen Zusammenbruch verstummten zwar die Vorwürfe gegen den deutschen Imperialismus. Doch ließen die nativistischen Patrioten nicht nach, auf die soziale Gefahr des Germanismus im Süden hinzuweisen. Trotzdem wurden in der Hansa keine Schulen beschlagnahmt und zu Regierungsschulen erklärt und die Kolonisationsarbeit der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft nicht gestört oder gehindert, während z. B. die Eisenbahngesellschaft und ihre Bahnen sequestriert wurden. Die Provokationen der Brasilianer und Italiener führten jedoch zu keinen ernstern Konflikten.

Der Bericht schließt mit einer ernsten Mahnung des Pfarrers, daß die deutsche Kultur in Südbrasilien nicht in eine Kultur des Wirtshauses und des Tanzsaales ausarten dürfe.

Buenos Aires. Die deutsch-evangelische Gemeinde hat trotz der Ungunst der Zeit eine Zunahme ihrer Mitgliederzahl zu melden. Anfang 1920 trat Pastor Ohlert sein ihm schon 1914 übertragenes Amt an. Bemerkenswert ist, daß im November 1919 in freundschaftlichster Weise die Trennung von Kirche und Schule vorgenommen wurde. Anfang Juni wurde eine Kirchenkollekte für die deutschen Kinder veranstaltet, die einen Ertrag von \$ 20 000.— ergab. Diese Summe wurde dem apostolischen Nuntius für Weiterleitung an den Papst überwiesen.

Buenos Aires. Die neunte Tagung der deutsch-evangelischen La Plata-Synode fand in Anwesenheit des deutschen Geschäftsträgers Dr. Ohlshausen unter Teilnahme vieler Pfarrer und Gemeindevertreter statt. Pfarrer Dufft leitete die Verhandlungen, die stark unter dem Zeichen der Notlage des evangelischen Glaubenslebens der Gemeinden am La Plata standen. Es wurden eine Anzahl Beschlüsse nach eingehenden Referaten gefaßt, um dem Zerfall dieses Glaubenslebens deutscher Ausprägung entgegen zu wirken. Berichte über das Knabenwaisenhaus in Baradero, über die Seemannsmission und über die Reisepredigt in Nord und Süd wurden erstattet. Ausführungen über das deutsche evangelische Gesangbuch und über das Deutschtum im Ausland schlossen sich an. Ein Gemeindeabend in der Belgranoschule verlief unter Gesangs- und deklamatorischen Darbietungen äußerst anregend.

*) In einem dem D. A. I. freundlichst zur Verfügung gestellten Bericht.

AUSLANDDEUTSCHTUM AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

In den Kursen für internationalen Wirtschaftsbetrieb, die Professor Hellauer an der Handelshochschule zu Berlin leitet, findet in diesem Wintersemester die dritte Vortragsreihe über „Argentinien“ statt. Der Deutsch-Argentinische Zentralverband beteiligt sich an dieser Arbeit. Sein ehemaliger Geschäftsführer und jetziger Referent im A. A., Dr. Martin, spricht über Wirtschaftsgrundlagen, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Einwanderung und Siedelung, Professor Dr. von Hauff über Kulturpresse, Politik und Deutschum, der Referent am Ibero-Amerikanischen Institut Hamburg, Dr. Großmann, über das Verkehrswesen, der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Frölich, über Industrie, Bergwirtschaft und Forstwirtschaft, über Einfuhr, Handel, öffentliche Arbeiten und Elektrizitätswirtschaft, der ehemalige landwirtschaftliche Sachverständige in Buenos Aires, Dr. Pfannenschmidt, über Landwirtschaft, Woll- und Häute- wie Produktenhandel, der Getreidegroßhändler Weil über den Getreidehandel, Dr. Müller über Fleischindustrie und Fleischhandel und Direktor Tang von der Deutsch-Südamerikanischen Bank über Bank-, Geld- und Finanzwesen. Karten für den ganzen Kurs, an dessen einzelne Vorträge sich Diskussionen anschließen, kosten 10 Mark.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Beßarabischer Lehrerkongreß. In Akkermann tagte am 13. September der Kongreß aller deutschen Lehrer Beßarabiens. Es wurde beschlossen, Ausschüsse von je drei Lehrern zu wählen, die das ministerielle Schulprogramm den Bedürfnissen des Landes und der Bewohner entsprechend ausgestalten sollten, damit der Lehrstoff von vier auf sieben Jahre verteilt würde. Lehrer Kalmbach verlangte im Gegensatz zur Staatsschule eine Gemeindeschule, fand aber damit wenig Anklang bei der Mehrheit, die vor einem weiteren Streitpunkt zwischen Lehrern und Gemeinden warnte. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die deutsche Lehrerschaft die Erhaltung einer deutschnationalen Volksschule wünsche, wie diese heute besteht, aber auch durch Staatsgrundgesetz festgelegt werden sollte. Gegen eine Rumänisierung sei die Schule geschützt. Die Lehrerschaft brachte auch mit 46 gegen 20 Stimmen [4 Stimmenthaltungen und 16 gegnerischen Stimmen] den Wunsch zum Ausdruck, daß die jetzt noch von der Gemeinde besoldeten Lehrer in den Staatsdienst übernommen werden sollten. Sicherstellung der Schule und der Lehrer ward allgemein als erstes Bedürfnis für die Erhaltung der Nationalität der Schule angesehen. Ferner wurde beschlossen, daß die Schriftleitung der „Beßarabischen Zeitung“ den Vertrieb der Schulbücher übernehmen solle. Ausbesserungen an dem Schulgebäude können in diesem Jahre, mangels der nötigen Mittel, nicht vorgenommen werden.

Concepcion (Paraguay). Die deutsche Schule hat ein Schülerheim eröffnet, das auswärts lebenden Eltern ermöglichen soll, ihre Kinder diese Schule besuchen zu lassen, an der zurzeit durch 13 Lehrkräfte 234 Zöglinge unterrichtet werden. Von diesen sind 119 Reichsdeutsche und 93 weitere deutscher Abstammung.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Der sechste Kongreß der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung, der im September im Haag tagte, vereinigte nach dem Bericht der Münchner Med. Wochen-

schrift wohl zum erstenmal wieder Angehörige der ehemals kriegführenden Länder zu wissenschaftlicher Arbeit. Unter den etwa 120 Teilnehmern waren am stärksten die Engländer (22), danach die Deutschösterreicher und Reichsdeutschen (zus. 26) vertreten. Italien und Frankreich fehlten, so daß nur in deutscher und englischer Sprache vorgetragen wurde. Die niederländischen Kollegen, die sich der Deutschen und Österreicher mit der größten Liebenswürdigkeit annahmen, hatten die Tagung in umsichtigster Weise vorbereitet. Das völlig kollegiale, dem Geist der Wissenschaft entsprechende Einvernehmen geht aus dem besonders von den Engländern befürworteten einstimmigen Beschluß hervor, Berlin als nächsten Kongreßort zu wählen.

Kristiania. An der Universität liest auch in diesem Semester wieder der Pfarrer der deutschen Gemeinde, Günther. Er hält eine einstündige Vorlesung über Gustav Frenssen öffentlich und unentgeltlich.

An das deutsche archäologische Institut in Athen, das von der griechischen Regierung völlig unversehrt an Deutschland zurückgegeben worden ist, sind außer Herrn Prof. Studniczke-Leipzig, der mit der Leitung beauftragt wurde, auch Professor Hiller von Gaertringen und einige jüngere Gelehrte berufen worden. Ausgrabungen können gegenwärtig allerdings noch nicht wieder vorgenommen werden.

Vom Stadttheater in Riga.

Wir haben berichtet, daß das große Theater, das einst deutscher Kunst eine so stattliche Herberge war, von den Letten in Anspruch genommen und der Fundus des Theaters, der nicht städtisches Eigentum, sondern Besitz der das Theater pachtenden Großen Gilde war, einfach weggenommen wurde. Die Letten verweigerten nicht nur die Herausgabe, sondern auch die leihweise Hergabe des zweiten, kleineren städtischen Theaters für deutsche Vorstellungen. Nun lag sogar bei der Stadtverwaltung ein Antrag des Stadthauptes Friedenberg vor, die deutsche Inschrift auf dem Giebel des Theaters, das jetzt Nationaloper heißt, zu entfernen. Sie laute nämlich in deutscher Sprache: „Die Stadt den darstellenden Künsten.“ Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der Mehrheit und der Sozialdemokraten abgelehnt, da die letzteren darauf hinwiesen, daß das Stadttheater doch nun einmal von Deutschen errichtet worden sei und daher die Inschrift historische Bedeutung habe. Später ist dann trotz des entgegenstehenden Beschlusses des Rigaer Stadtparlaments die deutsche Inschrift beseitigt worden. Der lettische Nationalstolz ist befriedigt und Lettland ist wieder einmal gerettet. Wie die Vernichtung der Inschrift vor sich gegangen ist und durch wen sie bewerkstelligt wurde, bleibt dunkel. Ein Gerüst, um die auf luftiger Höhe thronenden Buchstaben abzukratzen oder herauszumeißeln, sah man nicht. Wahrscheinlich haben „Freiwillige“ nächtlicherweise das schwere Werk vollendet. Sie werden wohl bald zu lettischen Nationalheiligen ernannt werden.

Deutsches Theater in Amerika. Die „B. Z.“ weiß zu berichten, daß Herr Anton Herrenfeld, der bekannte Berliner Theaterdirektor, der Anfang April nach Amerika gefahren war, aus New York wieder zurückgekehrt sei. Er sollte drüben die von verschiedenen Bühnen angenommenen bekannten Jargon-Stücke der Gebrüder Herrenfeld einstudieren. Die Premiere war bereits eingesetzt, als eine antideutsche Propaganda einsetzte und die Aufführung bis zu Beginn des nächsten Jahres verschoben wurde. Vom deutschen Standpunkt aus wird man das nun im Falle Herrenfeld nicht zu bedauern brauchen, denn als Vertreter der „deutschen Kunst“ wird man diesen Dichter und Theaterdirektor wohl kaum zu bezeichnen brauchen.

Alfred Bachmann, der Münchener Maler, ist von der Universität in Buenos Aires zur Teilnahme an einer Forschungsreise im südwestlichen Patagonien eingeladen worden, die besonders das Eiszeitproblem und die Beziehungen der Kordilleren zum tertiären Vorland klarstellen soll.

Richard Dehmels Gedichte werden von Dr. Edwin Zeydel, dem ehemaligen Dozenten für deutsche Sprache und Literatur an der Staatsuniversität von Minnesota zu Minneapolis ins Englische übersetzt. Der gleiche Übersetzer bereitet eine Veröffentlichung von Übersetzungen von 30 bis 40 der bekanntesten deutschen neuzeitlichen Lyriker vor.

Die Wiener Volksoper ist in ihrem Bestande stark durch Geldknappheit bedroht. Nun telegraphierte ihr Felix Weingartner aus Buenos Aires, wo er zurzeit gastiert, daß ihm die Aufbringung einer Geldhilfe für die Volksoper gelungen sei, daß jedoch von seinen südamerikanischen Mäzenen daran die Bedingung geknüpft worden sei, daß er seinen Aufenthalt in Südamerika etwas verlängere. Man wird abzuwarten haben, ob diese an sich erfreuliche Mitteilung mehr ist, als nur eine mit Weingartners Südamerikaaufenthalt sonst sehr stark verknüpfte Reklame und der Versuch, seinen Urlaub verlängert zu bekommen. Weingartner teilte ferner mit, daß seine Bemühungen, im kommenden Sommer ein Tournee der gesamten Wiener Volksoper für Südamerika zusammenzubringen, wahrscheinlich von Erfolg gekrönt sein würde.

Deutsche Kunst in Argentinien. Der Zeitschrift „Latein-Amerika“ entnehmen wir eine Anzahl von Notizen über deutsche Kunstereignisse in Argentinien. Darüber, daß das Colon-Theater in Buenos Aires in diesem Winter 10 Symphoniekonzerte veranstaltet, die Richard Strauß dirigiert, haben wir schon berichtet. Walküre, Lohengrin, Rosenkavalier und Hänsel und Gretel sollen von deutschen Werken aufgeführt werden. Eine deutsche Operntournee in Argentinien sucht für 1921 mit erstklassigen deutschen Kräften der frühere Berliner Oberregisseur Maximilian Morris zusammenzustellen. Lohengrin, Tannhäuser, Tristan und Isolde, Der fliegende Holländer, Die Zauberflöte, Hänsel und Gretel, Die verkaufte Braut, Der Kuhreigen und Tiefland sollen aufgeführt werden. Die argentinische Philharmonische Vereinigung hat am 11. Juni ein Konzert veranstaltet, bei dem ausschließlich deutsche Komponisten zum Vortrag kamen, der Deutsche Männergesangsverein in Buenos Aires veranstaltete am 12. April anlässlich seines 25jährigen Jubiläums ein großes Festkonzert. Einen Balladenabend gab im Deutschen wissenschaftlichen Verein Herr Bergmann, einen deutschen Dichterabend auf Veranlassung der deutschen Schulvorstände Fräulein Erna Manegg. Der Inhaber einer der ersten deutschen Kunst- und Antiquariatshandlungen, Herr Müller, ist von einer Einkaufsreise nach Argentinien zurückgekehrt und hat Originalgemälde von Hans Thoma, Franz von Stuck, Lenbach, Albert von Keller, Bracht, Bartels, Dill, Leo Putz, Fritz Ehrler usw. mitgebracht. Verschiedene Ausstellungen deutscher und österreichischer Maler fanden in Buenos Aires Aufmerksamkeit und gute Verkaufsmöglichkeiten.

Deutsche Gelehrte in Kolumbien. Wie „Commerce Reports“ vom 28. August berichten, hat die kolumbische Regierung mit dem deutschen Geologen Dr. Scheibe ihren Vertrag auf weitere drei Jahre erneuert. Die wissenschaftliche Durchforschung Kolumbiens soll fortgesetzt werden. Ein Sachverständiger für Petroleum und ein chemischer Sachverständiger für Gesteinsprüfung soll noch aus Deutschland berufen werden, ein wissenschaftliches Laboratorium soll eingerichtet und die Materialien dazu sollen in Deutschland gekauft werden.

Südafrika. Von einer Reise nach Kapstadt erzählt Justizrat Dr. Rohde unter anderem in der „Voss. Ztg.“ über die deutsche Kunst in Südafrika, daß dort ein ausgezeichnetes Orchester, das in der ganzen Union berühmt sei, der Leitung eines naturalisierten Deutschen, des Herrn Wentzel, unterstehe, der erfreulicherweise den Mut habe, auf seine Programme regelmäßig auch klassische und moderne deutsche Musik zu setzen. Gleich nach Beendigung des Krieges habe er bei Wiederaufnahme der Konzerte eine sehr geschickte Ansprache an das Publikum gerichtet, die wahre Kunst kenne keine Grenzen und in Deutschland sei Shakespeare immer noch einer der am meisten aufgeführten Dichter. So etwas höre das englische Publikum gerne und so fanden deutsche Stücke dieselbe freundliche Aufnahme wie alles andere. Auch in den Kinos höre man viel deutsche Musik, wenn auch dort ihr Ursprung nicht immer genannt werde.

Schanghai. Ein kleiner Musikkonflikt ist in Schanghai ausgebrochen. Die Stadtkapelle war vor dem Krieg ein anerkannt gutes Konzertorchester. Sie stand unter Leitung des deutschen Kapellmeisters Buck und ein großer Teil der Musiker waren Deutsche. Nun hat sich der Nachfolger des deutschen Dirigenten geweigert, die Gartenkonzerte im Freien am „Bund“ zu dirigieren. Die „North China Daily News“ bemerken dazu, Herr Buck sei ohne Zweifel ein „horrid“ Deutscher gewesen, aber niemand werde bestreiten, daß er ein erstklassiger Musiker war, der sich nicht gescheut habe, die Konzerte im Freien zu leiten und gewissenhaft seine Pflicht zu tun, auch wenn es gegen seinen Geschmack war.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Tagung der Sudetendeutschen Österreichs in Wien. In Wien tagte Mitte November der Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer, wobei die über 40 Zweigstellen in Österreich Vertreter sandten und zahlreiche Gäste aus dem Reich wie der Tschechoslowakei anwesend waren. Die feierliche Eröffnung bildete schon eine machtvolle Kundgebung für die Befreiung der unterdrückten und die Einigung aller Deutschen Mitteleuropas. Landeshauptmannsstellvertreter Preußler forderte als Sozialdemokrat unter entsprechender Kritik der Friedensverträge den Anschluß Österreichs an das Reich — damit hätte dann endlich auch die Qual der Sudetendeutschen ihr Ende erreicht. Die Grüße der Reichsdeutschen übermittelte Reichstagsabgeordneter Dr. Mittelman-Berlin und betonte, daß man von der Hoffnung einer Auferstehung aus diesen Tagen des nationalen Elends wie des Anschlusses Österreichs nicht lassen dürfe. In ganz Deutschland empfinde man die Vergewaltigung der Deutschen in Böhmen als unerhörte Schmach. Dr. Straßner-Innsbruck erörterte die Lage Deutschsüdtirols. Abg. Dr. Hahnreich-Prag überbrachte der Versammlung die Grüße des deutschparlamentarischen Verbandes der Prager Nationalitätenversammlung und gab ein gutes Bild der Leiden der Deutschen in Böhmen unter besonderer Berücksichtigung des tschechischen Kampfes gegen die deutschen Schulen. Für die Schollentreue der Deutschböhmen fand Rudolf Haas schließlich noch ganz treffliche Worte. Bei den vertraulichen Verhandlungen und in der von Dr. O. Langenhan geleiteten Hauptversammlung wurde volle Übereinstimmung zwischen den Verbänden erzielt, besonders hinsichtlich der Werbetätigkeit und Organisationserweiterung. Nach wie vor bleibt als Grundlage des Vereins die Zusammenfassung der Deutschen ohne Unterschied

von Partei und Klasse im Kampfe um das nationale Selbstbestimmungsrecht und die Wahrung der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Interessen der Sudetendeutschen. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Linz festgesetzt.

Prag. Die Lese- und Redehalle der Deutschen in Prag. Prags ältester deutscher Studentenverein, der seit dem Jahre 1848 besteht, eröffnete das 145. Vereinssemester mit einem Festkommers im Spiegelsaal des deutschen Hauses, dem die Rektoren der beiden Hochschulen mit zahlreichen Professoren beiwohnten, mit ihnen der deutschösterreichische Konsul und Vertreter der deutschen Abgeordneten, zahlreiche Studenten und Studentinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden. Der deutsche Gesandte, der verhindert war, entschuldigte sein Fernbleiben in einem herzlichen Schreiben. Nach verschiedenen Begrüßungsreden hielt Hofrat Professor Dr. Bauer die Festrede über den Willen zum deutschen Volkstum.

In Prag kämpfte am 7. November in einem, was Publikum und Spieler angeht, von der Presse als durchaus fair bezeichneten Sportwettkampf der tschechische Fußballklub Sparta gegen den deutschen Fußballklub vor etwa 20000 Zuschauern, unter denen zwei Minister die Regierung vertraten. Es war für Prag eine politische wie sportliche Sensation, da dem Spiel lange politische Verhandlungen vorausgegangen waren. Noch am Tage vor dem Spiel wurde die deutsche Mannschaft wesentlich geschwächt dadurch, daß der tschechische Fußballverband zwei deutsche Spieler des deutschen Fußballklubs auf Lebenszeit disqualifizierte, so daß der deutsche Fußballklub zwei weniger gute Ersatzspieler einstellen mußte. Die Spartamannschaft wies acht Kämpfer auf, die in der Antwerpener Olympia in der tschechischen Ländermannschaft gespielt hatten und war damit weit überlegen. Das Spiel endete mit 4:1 für die durchweg überlegen spielende Partei.

Lodz. Der Deutsche Lehrerverein hielt seine Hauptversammlung ab, die dem Anschluß an den Verband deutscher Lehrervereine in Posen, Sitz Bromberg, gewidmet war. Ein baldiger und enger Zusammenschluß der deutschen Lehrerschaft aller Teilgebiete Polens wurde dringend gewünscht. Außer dem Lodzer Verein haben alle Ortsgruppen des Lehrerverbandes in Kongreßpolen ihre Tätigkeit eingestellt. Die Lehrer hüten sich meist ängstlich davor, ihre Zugehörigkeit zu einem deutschen Lehrerverband einzugestehen, weil zum Teil Geistliche der eigenen Glaubensgemeinschaft von der Kanzel herunter drohen, dafür sorgen zu wollen, daß solche Lehrer ihres Amtes enthoben würden. Der Anschluß des Lehrervereins an den Verband wurde nahezu einstimmig beschlossen.

Dorpat. Die Gelehrte Estnische Gesellschaft trat nach den Ferien zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Hasselblatt, wies darauf hin, einen wie schweren Schlag das Geistesleben Dorpats durch das Eingehen der „Dorpaten Zeitung“ erlitten habe, es sei nur zu hoffen, daß der „Revaler Bote“ auch für Dorpat einen guten und vollwertigen Ersatz bieten werde. Nach der Ehrung der verstorbenen Mitglieder und Erforscher der estnischen Heimat und nach Ernennung einiger ausländischer Forscher zu Ehrenmitgliedern wurden eine Anzahl wertvolle Spenden bekanntgegeben, so eine Spende des Herrn von Sievers-Rappin, 42 Bände der „St. Petersburger Zeitung“ und 6 Bände der „Rigaischen Zeitung“. Für ein photographisches Bilderwerk, das die bemerkenswerten Städte und Stätten Süd-estlands umfassen soll, wurden beträchtliche Geldmittel gestiftet. Zur Verlesung gelangten einige Abhandlungen, darunter eine

solche des verstorbenen Dr. von Stryk, über die Geschichte des Dorpater Theaters.

Vom Dorpater Studentenleben. Die Studentenhäuser werden zum Teil jetzt freigegeben. So wird zunächst die Livonia ihr altes als Lazarett benutztes Konventshaus wieder bekommen und im ersten Stock einen Lesesaal für die allgemeinen Erfordernisse der deutschen Studentenschaft einrichten, der auch als Versammlungslokal für wissenschaftliche Vereinigungen dienen soll. Die Curonia und die Fraternitas Rigensis besaßen ihre Konventsräume nur in Mietshäusern, das Konventshaus der Estonia soll vorläufig im Zustand völliger Unbewohnbarkeit sein. Das an eine Musikschule vermietete Konventshaus der Neobaltia und das der Fraternitas academica sind glimpflicher weggekommen. Der Mangel an Studentenwohnungen ist so groß, daß, wie der Revaler Bote berichtet, selbst gegen Naturalieferungen von Butter, Mehl und Kartoffeln keine Zimmer zu bekommen sind. Eine akademische Muße soll wieder begründet werden, um die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ziele der deutschen Studentenschaft zu fördern. Etwa 1500 Studierende befinden sich zurzeit in Dorpat, unter denen allerdings nur 80 Deutsche sein sollen.

Reval. Ein Verband deutscher Wohltätigkeits- und Kulturvereine ist hier begründet worden, um die einzelnen Wohltätigkeits- und Kulturvereine zu neuem Leben zu erwecken und zu gemeinsamer Arbeit anzuhalten.

Reval. Der Schwarzhäupter-Klub hielt seine Generalversammlung ab, in welcher hauptsächlich das Programm für die in diesem Jahre noch stattfindende Feier des hundertjährigen Bestehens des Klubs besprochen wurde. Der Präses, Herr W. Bidder, teilte mit, daß die Verschmelzung mit dem Revaler Klub nunmehr vollzogen sei und daß die Mitglieder dieses Klubs als vollberechtigte Mitglieder in den Schwarzhäupter-Klub übergegangen seien.

Reval. Jahrhundertfeier des Schwarzhäupter-Klubs. Der Schwarzhäupter-Klub in Reval feierte am 7. November sein hundertjähriges Bestehen im weißen Festsaal des altherwürdigen Hauses, das für diese Gelegenheit festlich geschmückt war. In festlichem Zuge betraten die Schwarzhäupter-Brüder unter Musikklangen mit ihren Korpsfahnen den Festsaal, ihnen folgten mit ihren Bannern der Deutsche Männergesangsverein und die Liedertafel. Herr Bidder begrüßte im Namen des Klubs die Gäste und verkündigte die Ernennungen zu Ehrenmitgliedern. U. a. wurde auch der baltische Heimatdichter Christoph Mickwitz zum Ehrenmitglied ernannt. Der Vizepräses Siebert gab einen Überblick über die Geschichte des Klubs, der stets im Brennpunkt des geselligen Lebens stand und sich die Pflege des geistigen, namentlich des musikalischen Lebens angeeignet ließ und bezeichnete es als erfreulich, daß der einige Zeit abgesprengte Revaler Klub, der hauptsächlich die Literaten umfaßt, sich jetzt wieder mit dem Schwarzhäupter Klub vereinigte. Namens der Brüder sprach der Erkorene Älteste, Herr Stempel, seine Freude darüber aus, daß der Klub durch Ankauf eines neben seinem alten Hause liegenden Gebäudes seine Räume erweitern könne und hoffte, daß die drei alten Giebel wieder vereint ein Wahrzeichen des in ihnen lebendigen und geeinigten Deutschums bilden würden unter dem altherwürdigen Spruch des Schwarzhäupterhauses: „Hilf Gott alle Zeit, Gott ist meine Hilfe“.

Für die estländische Ritterschaft sprach Baron Maydell die Überzeugung aus, daß ihr, obgleich man ihr die Existenzberechtigung in der Heimat abgesprochen habe, der feste Glaube an diese ihre Existenzberechtigung nicht geraubt werden könne. Die Vertreter der Gilden und des Verbandes der deutschen Wohltätig-

keits- und Kulturvereine brachten dem Klub ihre Glückwünsche dar. Für die letzteren sprach der Volkssekretär Beermann. Der Abgeordnete Stackelberg überbrachte die Grüße der Deutschbaltischen Partei und sprach die Hoffnung aus, daß an der Einheit der geschlossenen Kampffront festzuhalten der Schwarzhäupter-Klub an erster Stelle berufen sei. Für die Frauen und Familien der Mitglieder dankte Frau Stempel dafür, daß der Klub stets seine Räume wohltätigen Veranstaltungen zur Verfügung stelle. Ein Vertreter des Adelsklubs, des früheren Revaler Klubs, der Gesangsvereine und der Estländischen literarischen Gesellschaft vervollständigten den Reigen der Ansprachen. Die vereinigten Chöre sangen dann einige Lieder, worauf der Kammermusikverein, der Theaterverein, der Ärzteverein, der Seejachtklub, der Philatelistenverein, der Schachverein, der deutsche Lehrerverein und die Deutsche Schulhilfe und auch der Vertreter der Presse ihre Glückwünsche übermittelten. Zahlreiche Begrüßungstelegramme wurden verlesen. Am Abend fand ein Empfang im Schwarzhäupterhause statt.

Temesvar. Eine **Wissenschaftliche Vereinigung für Banater Heimatkunde** trat hier ins Leben, zu deren Obmann Franz Wettel gewählt wurde und die sich die Erforschung der Banater Heimat der Deutschen zur Aufgabe stellt. Die Forschungsergebnisse sollen in Vorträgen und durch Veröffentlichungen allgemein bekanntgegeben werden. Die Vereinigung erfreut sich schon einer zahlreichen Mitgliederzahl.

Kronstadt. Der **Verband der deutschen Bankbeamten in Rumänien** hielt kürzlich hier seinen ersten Verbandstag ab. Aus 14 Städten waren Vertreter erschienen, Direktoren und ihre Stellvertreter, Prokuristen und sonstige Beamte. Prokurist Petersberger begrüßte die Gäste, worauf eine Beratung verschiedener Satzungsentwürfe und in der gründenden Hauptversammlung (unter Zensur von zwei Unteroffizieren!) die endgültige Verbandsgründung stattfand. Der Verband zählt bereits neun Ortsgruppen mit über 250 Mitgliedern. Zweck des Verbandes ist die Hebung und Förderung der Gesamtheit der deutschen Bankbeamtschaft, Unterstützung fachlicher Studien, sowie Pflege der materiellen und gesellschaftlichen Interessen der Mitglieder, wobei die Interessen der Anstalten, an denen die Mitglieder angestellt sind, gleichsam gewahrt werden sollen.

Mediasch. Der **Siebenbürgisch-Sächsische Landwirtschaftsverein** hielt seine Hauptversammlung ab. Er ist mit seinen 14000 Mitgliedern die größte und mit seinen 75 Jahren die älteste Vereinsorganisation der Sachsen und Rumäniens. Seine Jahresversammlungen, die stets mit Turnspielen und Ausstellungen verbunden waren, gehören zu den schönsten Volksfesten der Siebenbürger Sachsen. Zu der diesjährigen Versammlung, der ersten seit Kriegsausbruch, hatte auch die Regierung einen Vertreter entsandt. Musikvorträge und Deklamationen umrahmten am 25. September die Tagung. Der Abgeordnete F. Connert erstattete den Jahresbericht, zum Präsidenten wurde der Direktor der Bodenkreditanstalt, Felix Schullerus, gewählt. Direktor Herbert schilderte in einem Vortrag das ländliche Erziehungswesen, fachliche Vorträge schlossen sich an. Die Obst-, Wein-, Trauben-, Gemüse- und Honigaussstellung war ausgezeichnet zusammengestellt und fand viel Beifall, namentlich auch die Darstellung einer schmucken Bauernwirtschaft und die Ausstellung der Erzeugnisse des Hausfleißes der Mediascher Frauen. 2800 Turner aus 35 Gemeinden marschierten unter dem Klang von 4 Bauernkapellen mittags zum Turnplatz, den eine riesige Menschenmenge umsäumte. An prächtige Vorführungen und an das Wettturnen schloß sich ein echt sächsisches Volksfest.

Pettau (Jugoslawien). Der **deutsche Musikverein** wollte seine Jahresversammlung abhalten. Als sie schon ausgeschrieben wurde, überreichte man dem Verein eine Liste von 128 Namen, meist Polizisten und Ladendienern, die um Aufnahme nachsuchten. Da aber satzungsgemäß zwischen Ausschreibung der Tagesordnung und der Versammlung selbst keine neuen Aufnahmen stattfinden, wurde das Ersuchen abgelehnt, zumal es sich vorweg um Leute slawischer Nationalität handelte, der Zweck der Übung also klar war. Darauf erhielt der Verein eine Zuschrift des Stadtrats mit der Bitte um Aufklärung wegen dieser Ablehnung, die Auflösung des Vereins wurde angedroht. Zu der tags darauf stattfindenden Hauptversammlung hatten lange vor Beginn der Versammlung 150 Nichtmitglieder den Konzertsaal besetzt und vor dem Hause versammelten sich in großer Zahl slawische Soldaten. Als in der Versammlung selbst dem Ansuchen um Aufnahme nicht sofort willfahrt wurde, erhob sich ein ungeheurer Tumult, ein Regierungsvertreter griff ein und sperrte das Vereinslokal. Siegellack, Bindfaden und Siegelstöcke waren vorsichtigerweise schon dazu mitgebracht worden. Am folgenden Tage wurde das Vereinsvermögen aufgenommen und wird nun nach einer Bestimmung der Satzungen als der Stadt gehörig betrachtet. Viele Noten, sechs Klaviere und viele Holz- und Blechinstrumente sind so eine billige Beute der jugoslawischen Demokraten und Schützer der Minderheiten und ihrer kulturellen Rechte geworden. Dem Turnverein bereitete man dasselbe Schicksal and entwendete neben den Geräten auch die Fahne. Die slowenischen Zeitungen aber verbreiten, sie hätten nur im Ausschuß eine besondere Vertretung verlangt und hätten selbst die Konzession gemacht, daß einstweilen — in dem ehemals rein deutschen Verein! — eine besondere deutsche Abteilung bestehen dürfe, an welcher die deutschen Mitglieder und Kinder, solange sie des Slowenischen nicht mächtig seien (!), die Musik pflegen könnten. Das nennt man wirklich Bescheidenheit!

Windhuk. **Schauturnen des Turnvereins.** Mitte Oktober fand ein Schauturnen statt, dem ein Fußballwettspiel vorausging. Ein Anmarsch leitete das Turnen ein. Die Vorturner und die Frauengruppe, insgesamt 40 Turner und 22 Mädchen, nahmen daran teil. Daran schloß sich der Ausmarsch von 260 Schulkindern aus der Turnhalle zu großen Freübungen. Der Unterricht war ehrenamtlich von Mitgliedern des Turnvereins erteilt worden. Ein Staffettenlauf der Mädchen reihte sich an. Den Tag beschloß ein geselliges Zusammensein.

Schanghai. **Klub Konkordia.** Das schöne Gebäude des Klubs am Bund in Schanghai ist nunmehr für 640000 Taels an die Bank of China übergegangen und zwar Grundgebäude und Einrichtung. Die Bibliothek ist nach Peking geschafft worden, das andere Inventar ist geblieben. Das Gebäude soll im Innern umgebaut werden und die Bank wird einziehen, wenn die Bank of Communications in das Gebäude der Deutsch-Asiatischen Bank übergesiedelt sein wird. Jetzt werden die Prachträume des deutschen Klubs an Chinesen für Festlichkeiten vermietet.

Neuyork. Der **Deutsch-Amerikanische Sängerbund** hat, einer Kabelmeldung zufolge, sein erstes öffentliches Konzert seit dem Kriege im Hippodrom gegeben und errang einen großen Erfolg, der ohne jede Störung sich auswirken konnte. Ein großes nationales Sängerfest ist für nächstes Frühjahr geplant.

Das Konzert bildete, wie man dem „Stuttg. N. Tagebl.“ schreibt, einen Gedenktag in der Geschichte des deutschen Sangeswesens in den Vereinigten Staaten. Mehr als 1000 deutsche Sänger aus Neu-

York und Philadelphia hielten ein Nachmittag- und Abendkonzert ab, unter ihnen waren vor allem zahlreiche die Schwaben vertreten. Das Haus war bis zum letzten Platz gefüllt, die Volkslieder fanden ausschenden Beifall. Totenstille herrschte im weiten Hippodrom, als das Lied erklang: Nach der Heimat möcht' ich wieder. Der „New Yorker Herald“ nennt das Fest eine Kulturtat des nord-östlichen Sängerbundes von Amerika und einen Erfolg, der in seiner Bedeutung und Wirkung mehr wert sei, als es je bei einem der nationalen Sängerfeste der Fall war, die der Bund bis zum Weltkrieg in dreijährigen Zwischenräumen veranstaltete.

Paraguay. Deutscher Volksbund. Zunehmende deutsche Einwanderung veranlaßte den deutschen Volksbund für Paraguay, eine zweite Geschäftsstelle, mit Sitz in Encarnacion, aufzumachen. Außerdem will der Bund als Gegenstück zu seiner wertvollen kleinen Schrift „Winke für Einwanderer“ nunmehr auch „Ratschläge für Ansässige“ herausgeben.

Paraguay. Der Deutsche Hilfsausschuß für Paraguay hat nach seinem letzten Jahresbericht eine höchst erfolgreiche Sammelstätigkeit hinter sich. Während des Krieges wurden insgesamt 3900 Gold- und 911 000 Papierdollars aufgebracht, von denen 104 000 Dollars für deutsche Schulzwecke, 25 000 Dollars zum Bau eines Einwandererhauses in Drubero, der größte Teil aber hauptsächlich dafür verwendet wurde, Hinterbliebene im Kriege Gefallener zu unterstützen und die Liebestätigkeit des Roten Kreuzes zu fördern. Außerdem wurde die deutschen Zwecken dienende Presse mit Zuschüssen bedacht.

Von der „Deutschen Frauenhilfe in Buenos Aires“. Die „Deutsche Frauenhilfe“ hat ihre Tätigkeit zum Besten notleidender Frauen und Kinder in der Heimat nunmehr abgeschlossen und ihre Sammlungen von Geld, Kleidern und Gebrauchsgegenständen beendet. Dank der rührigen Hausarbeit der Frauen und Mädchen sind ganz bedeutende Mengen wertvoller Gaben eingegangen. Außer Buenos Aires selbst trugen zum Gelingen des wohlthätigen Werkes besonders bei: Rosario, La Plata, Quilmes, Tucumán und Mendoza. „Die für Bedürftige in Österreich bestimmten Gaben wurden separat verpackt und sollen laut einer dem bisherigen diplomatischen Vertreter übergebenen Übersichtsliste auf dem Wege über Berlin den zuständigen Persönlichkeiten mit der Bitte um Verteilung übergeben werden. Die Verteilung der für die deutsche Heimat bestimmten Gaben ist dem Hauptverband des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin vertraut worden.“

Der Anschaffungspreis dieser wertvollen Liebesgaben wird auf rund 200 000 Dollar angenommen; der wirkliche Wert ist jedoch dank des gebefreudigen Arbeitsfleißes aller deutschen und deutschfreundlichen Damen erheblich höher. Die Geldsammlungen, die von jungen Damen der deutschen Kolonie veranlaßt wurden, ergeben den Gesamtbetrag von 104 720 Pesos, von denen nach Deckung aller Kosten noch 18 665 Dollar in bar nach Deutschland überwiesen werden konnten. (Das sind nach heutigem Kursstande etwa 400 000 Mark, von denen zehn Prozent zur Verwendung für Notleidende in Österreich bestimmt sind.) Aus dieser Summe sollen zunächst sämtliche mit den Sendungen und deren Verwendung verbundenen Unkosten gedeckt und der dann verbleibende Überschuß zur Verfügung des Vaterländischen Frauenvereins gestellt werden, zwecks Verwendung im Sinne der Bestrebungen der „Deutschen Frauenhilfe in Buenos Aires“.

Buenos Aires. Im deutschen Lehrerverein wurde von Professor Kleiner die Herausgabe einer Schulzeitung angeregt, die

nicht nur den Interessen der Lehrerschaft dienen, sondern sich auch an die Eltern der Schüler wenden soll.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die „Ostmark“, das Organ des Deutschen Ostmarkenvereins, berichtet über den Verkauf der größten Zeitung Westpreußens, des Graudener „Geselligen“, daß Kommerzienrat Ventzki in Graudenz und die Gebr. Muscate in Danzig das Blatt an Polen für 20 Millionen polnische Mark verkauften, während von deutscher Seite 2,5 Millionen Mark geboten worden waren. Gleichzeitig haben die deutschen Besitzer aber die Schneidemühler Zeitung aufgekauft und sie vor zwei Monaten in ein Blatt „Der Gesellige“ umgetauft, wohl um sich die deutschen Inserate zu erhalten. Der Zeitungsverleger Wagner in Posen hat seine „Posener Neuesten Nachrichten“ für 12 Millionen polnische Mark, also etwa 2½ Millionen deutsche Mark, an die Polen verkauft, während von deutscher Seite 2,3 Millionen Mark (nebenbei bemerkt auch eine Million Mark mehr, als das Geschäft wert ist) geboten worden war.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Kleine Anfragen im Reichstag.

Unter Nr. 474 fragt die Abgeordnete Frau Mende mit ihren Freunden an: Der Reichskommissar unterbinde durch die Beschränkung der Einfuhr von Fett, Margarine, Brot und Süßigkeiten auf zwei Pfund und durch das völlige Verbot der Einfuhr von Butter, Fleisch, Speck, Mehl, Zucker, sowie durch die Beschlagnahme größerer Sendungen an Wohltätigkeitsanstalten das Senden von Liebesgabenpaketen von Auslandsdeutschen und deutschfreundlichen Ausländern an die Heimat. Das erwecke bei unseren Gegnern nur die Vorstellung, daß die Ernährung bei uns doch ausreichend sein müsse. Was gedenke die Regierung zu tun, um diesen unhaltbaren Zustand zu ändern?

Der Abgeordnete Duschke erkundigt sich unter Nr. 461, ob die Mitteilung des Hearstblattes „Examiner“, wonach die englische Regierung die 300 deutschen Bewohner von Samoa nach Deutschland abgeschoben habe, ohne den Leuten Zeit zu lassen, Kühe und Pferde zu verkaufen, so daß sie nur mit geringsten Habseligkeiten die Rückreise antreten konnten, da sie namentlich auch ihre Bankguthaben unberührt lassen mußten, auf Wahrheit beruhe, ob die Tatsachen der deutschen Regierung bekannt seien und welche Maßregeln sie gegen eine derartige Behandlung von Auslandsdeutschen zu ergreifen gedenke.

Auf die Anfrage Duschke (Nr. 202) antwortet der Reichsminister des Innern, daß nach dem Friedensvertrag bei Liquidationen in den neuen Staaten, oder in den Staaten, die keine Wiedergutmachungsforderung an Deutschland haben, der Erlös unmittelbar an die Eigentümer zu zahlen sei. Nach dem Friedensvertrag sei auch der Erlös aus den von der polnischen Regierung im abgetretenen Gebiete vorgenommenen Liquidationen den Berechtigten unmittelbar auszuzahlen. Verzögere sich diese Auszahlung und gerieten die deutschen Reichsangehörigen dadurch in Bedrängnis, so kämen nach dem Gesetz vom 10. Juni 1920 Beihilfen und Unterstützungen für Bedrängte in Frage. Anträge seien beim preußischen Minister des Innern einzureichen. Eine Ansiedlungsmöglichkeit könne nur im Rahmen des allgemeinen Siedlungswerkes geboten werden.

Auf die Anfrage Dr. Hoetzs (309) antwortete der Außenminister, daß es zutreffend sei, daß die Vermögensabgabe der

Tschechoslowaken das sogenannte Auslandvermögen treffe und daß auch die deutsche Vermögensbesteuerung das im Ausland befindliche Vermögen deutscher Reichsangehöriger erfasse. Doch hätten sich Deutschland und die Tschechoslowakei bereits verständigt, Doppelbesteuerung zu vermeiden. In dem am 29. Juni d. J. in Prag abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen, das demnächst Reichstag und Reichsrat beschäftigen werde, sei innerhalb eines Monats nach der Ratifikation dieses Abkommens Entwurf eines Vertrags zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vorgesehen. Die österreichischen Kriegsanleihen würden von den Tschechoslowaken nicht anerkannt, die deutsche Regierung habe keine Möglichkeit, die tschechoslowakische Regierung zu veranlassen, die freiwillige Vergünstigung, die sie ihren eigenen Staatsangehörigen in der Einlösung gewisser Teile ihres Besitzes österreichischer Kriegsanleihen gewähre, auch deutschen Staatsangehörigen zuzugestehen. Entsprechende Anträge habe bei den wirtschaftlichen Verhandlungen in Prag die tschechoslowakische Regierung abgelehnt. Es sei nur erzielt worden, daß deutsche Reichsangehörige, welche zur Zeit der Zeichnung der Kriegsanleihe in der Tschechoslowakei wohnten, und die innerhalb von sechs Monaten seit der Ratifikation des wirtschaftlichen Abkommens einen Antrag zur Naturalisierung stellten und daraufhin in den tschechoslowakischen Staat aufgenommen wurden, hinsichtlich der von ihnen gezeichneten Kriegsanleihe gleiche Rechte wie die tschechoslowakischen Staatsangehörigen haben sollten. Das gelte auch für die Gesellschaften und Gewerkschaften.

Der Abgeordnete Kunert richtet eine kleine Anfrage (Nr. 452) an die Regierung, die sich mit den Steuerverhältnissen der Auslandsdeutschen befaßt. Sie lautet wörtlich: „Während des Weltkrieges sind verfolgte und vertriebene Auslandsdeutsche durch den Verlust ihrer ganzen Existenz in eine schwere, ja dauernde Notlage geraten. Die Verfügung über ihr im Ausland gebliebenes Eigentum ist ihnen häufig durch volle sechs Jahre entzogen worden. Diese zum Teil sehr hart geprüften, durchaus mangelhaft in Deutschland unterstützten Flüchtlinge verfallen nunmehr im Inland unberechtigtem Drucke unter den neuen Steuergesetzen.“

Sie erheben dagegen mit vollem Rechte schärfsten Einspruch, sie verlangen, daß die einjährigen Fristen für die Rückkehr in das Ausland erst dann einsetzen, wenn die Rückkehrmöglichkeit in die betreffenden feindlichen Länder für sie gegeben ist; Fristen, die im § 20 Abs. 13 des Steuerfluchtgesetzes und im § 2 des Reichsnotopfergesetzes festgelegt wurden.

Was gedenkt die Reichsregierung zur schleunigen Abhilfe dieser großen und offenkundigen Übelstände und zur Stärkung des mit der beruflichen Tätigkeit der Auslandsdeutschen eng zusammenhängenden Teiles unserer Volkswirtschaft zu tun?“

Der Abgeordnete Laverrenz fragt in einer Anfrage (Nr. 447) an, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um trotz der angeordneten Mitwirkung der Finanzämter zur Prüfung der Vorauszahlung der Vorentscheidung an Auslandsdeutsche eine möglichst rasche Durchführung des Entschädigungsverfahrens sicherzustellen. Bisher seien Vorschüsse anstandslos ausbezahlt worden. Neuerdings aber habe der Reichskommissar für Auslandsschäden den zuständigen Spruchkommissionen gegenüber den Einwand geltend gemacht, daß eine Vorentscheidung nicht mehr gewährt werden könne bei Fällen, in denen es sich um die durch die frühere kaiserlich russische Regierung angeordnete Zwangsverwaltung von Grundstücken handle. Der Abgeordnete fragt, ob die Reichsregierung dieser Auffassung beitrete und wie sie die Not der durch solche

Zwangsverwaltungen völlig ruinierten Rußlanddeutschen zu lindern gedenke. Er verweist darauf, daß die Anweisung der Prüfung der Finanzämter das Vorentscheidungsverfahren mit einer neuen Instanz belasten werde und zwar mit einer an sich schon ganz außerordentlich überlasteten Instanz.

Auf eine Anfrage (Nr. 294) des Abgeordneten Leutheusser antwortete das Auswärtige Amt, daß man sich dort schon seit längerer Zeit mit der Frage der Regelung der umfangreichen Verbindlichkeiten in Frankenwährung oder Markwährung mit Goldwertklausel befaßt, mit denen zahlreiche Reichsangehörige, unter ihnen Kranke und Kriegsbeschädigte, in der Schweiz belastet sind. Der Finanzrat bei der Gesandtschaft in Bern arbeite in einzelnen Fällen dauernd auf weitere Stundung gekündigter Schulden hin. Mit der schweizerischen Regierung schweben Verhandlungen über eine Lösung dieser Schwierigkeiten.

Abgeordneter van den Kerkhoff fragt unter Nr. 169 an: Handel und Industrie seien durch die Verzichtserklärung Englands auf Beschlagnahme neuer deutscher Guthaben in England bei Nichterfüllung des Friedensvertrages auf die ganze Frage aufmerksam geworden. Wolle die Regierung die Haftpflicht für den Exporteur übernehmen oder für eine an ihn zu gewährende Entschädigung in voller Höhe der nachgewiesenen neu entstandenen Schuld? Sei Aussicht vorhanden, daß gleich England und Italien auch andere Staaten auf das Beschlagnahme-recht verzichteten?

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

In Helsingfors ist zum Gesandten der deutschen Republik an Stelle des abberufenen Freiherrn von Brück Dr. Wallroth ernannt worden.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Bei ihrer Tagung in Nauheim hat die neugegründete Akademische Fachgemeinschaft deutscher Oto-Laryngologen laut der D. Med. Wochenschrift aus Gründen nationalen Ehrgefühls und persönlicher Selbstachtung beschlossen, daß die deutschen Hals-, Nasen- und Ohrenkliniken den Ärzten und Studierenden derjenigen feindlichen Länder, deren wissenschaftliche Gesellschaften und Hochschullehrer die Vertreter der deutschen Medizin boykottieren, für die Dauer dieser Verrufserklärung grundsätzlich verschlossen bleiben sollen.

Aus Japan wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet, daß die Regierung beschlossen habe, 130 Studierende auf Regierungskosten nach Deutschland zu entsenden, nachdem die deutsche Regierung zugestimmt habe, der Zulassung an die deutschen Universitäten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die erste Gruppe von 30 Studierenden reist noch in diesem Jahre ab. Die Zahl derjenigen, die privatim in Deutschland studieren, ist natürlich viel größer.

WIRTSCHAFTLICHES

Zur Verkaufsordnung für Auslandslieferungen des deutschen Buchhandels.

In der Sitzung des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine im deutschen Buchhandel, die in Marburg am 11. und 12. September stattfand, referierte Buchhändler Heinrich Minden aus Dresden ausführlich über die Verkaufsordnung, die er unter allen Umständen verurteilte, indem er namentlich darauf hinwies und Beweise dafür vorbrachte, daß sie zu zahlreichen unlauteren Praktiken im Buchhandel geführt habe, und den wirtschaftlichen

den kulturellen Nutzen energisch bestritt. Er kritisierte namentlich das Schreiben des Börsenvereins vom 20. August an das Reichswirtschaftsministerium. In seinem Gegenreferat verwies der Hofrat Dr. Meiner u. a. auch auf den Kampf, den das Deutsche Ausland-Institut gegen die Ausfuhrverordnung vom kulturellen Standpunkt aus führt und erklärte die Zahlen über die Ausfuhr deutscher Bücher ins Ausland so, daß nicht nur die Umsatzziffern, sondern auch der Gewichtsumfang der nach dem Ausland gegangenen Bücher sich günstig entwickelt habe, und zwar vom April 100 %, Mai 90 %, Juni 86 %, erste Hälfte Juli 89, zweite Hälfte Juli 79 %, erste Hälfte August 70, zweite Hälfte August 93 %, auf September 103 %. Dabei machte das Deutsche Auslandsverlag bedruckte Papier, das in dieser Statistik mit enthalten sei, nur etwa ein Zehntel des Ganzen aus. Der wissenschaftliche Verlag mache $\frac{2}{3}$, der schönwissenschaftliche $\frac{1}{3}$ aus. Erst eine genaue Vorlage der Grundlagen dieser zusammenfassenden Statistik wird ein Urteil auch über diese Dinge ermöglichen können.

Über die Wirkung des Valutazuschlages auf den Absatz des deutschen Buches in Dänemark wird Herrn Verlagsbuchhändler einrich Minder unter dem 5. November 1920 aus Kopenhagen geschrieben: „Wir lesen mit Interesse Ihre Rede gegen den Valutazuschlag. Falls diese Schwierigkeiten noch sechs Monate andauern, hat Deutschland keine Hoffnung mehr, den dänischen Buchhandel wiederzuerobern. Ich verkaufe jetzt zehnmal soviel französische und englische wissenschaftliche Literatur wie deutsche. Und die Engländer und Franzosen senden jetzt alles in Kommission. Oxford hat hier eine skandinavische Niederlage eröffnet. Deutsche Bücher werden für uns bald nur noch eine Sage sein.“

Eine deutsche Bank für die Tschechoslowakei.

Gegenwärtig wird unter den Deutschen im tschechoslowakischen Gebiete lebhaft der Plan der Gründung einer eigenen deutschen Bank besprochen, die dazu dienen soll, den Geldverkehr der produktiven Stände und der Kaufmannschaft dem eigenen Volke nutzbar zu machen. Über Resolutionen und Verträge kleinerer Geldinstitute ist der Plan allerdings noch nicht entschieden, doch haben in letzter Zeit zwischen Vertretern des Handels und des Gewerbes Verhandlungen stattgefunden, die die Gründung der „Deutschen Bank für die Tschechoslowakei“ zum Ziele hatten. In den nächsten Tagen erfolgt nun die offizielle Begründung. Die deutsche Bank soll frei sein von jeder hemmenden Fessel der Belastung durch Kriegsanleihe, auch frei von allen belastenden Verbindungen. Zu ihren Gründern sollen die ersten Namen der Deutschen in der Tschechoslowakei gehören. Vor allen Dingen soll die Bank unabhängig von allen bestehenden Korporationen bleiben.

Eine deutsch-italienische Handelskammer in Rom

gebildet werden, zu der sich eine Reihe deutscher und italienischer Firmen zusammenschloß. Ein Ausschuß hat sich einstweilen konstituiert (Rom, via Principa Umberto 132), dessen Präsident Herr Domenico Valenziani ist.

Deutsche Handelsmarken in Hongkong.

Aus Kanton schreibt man uns:

„In einer Sitzung des Gesetzgebenden Rates der Hongkonger Regierung vom 23. Juni 1920 wurde u. a. auch eine gesetzliche Änderung der Trade Marks Ordinance, 1909, beschlossen. Der Oberstaatsanwalt führte dazu aus: — Dieses Gesetz gehört zur Klasse der zeitweiligen Nachkriegsgesetzgebung; mit anderen Worten, es ist nötig geworden durch die durch den Krieg gehaffene Lage und wird nur zeitweilige Anwendung finden. Es enthält zwei Hauptbestimmungen. Die eine bezieht sich

auf die deutschen und die österreich-ungarischen Handelsmarken und die andere ist allgemeiner Natur. Die erste betrifft die deutschen und österreich-ungarischen Marken und behandelt die praktischen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben haben, daß Handelsmarken von Angehörigen dieser beiden Mächte abgelaufen, aber nicht erneuert worden sind. Das gegenwärtige Gesetz verlange, daß, ehe eine zeitlich erloschene Handelsmarke aus dem Register entfernt werden kann, der Registerführer den Eigentümer der Handelsmarke von der Absicht der Entfernung der Marke aus dem Register benachrichtigen muß, wenn die Erneuerungsgebühren nicht bezahlt worden sind, und die Tatsache der Nichtbezahlung der Gebühren zu veröffentlichen hat. Die Zeit für diese Benachrichtigung sei jetzt abgelaufen. Es war nicht möglich, wie vor dem Kriege, diese feindlichen Firmen zu benachrichtigen. Es wäre zwecklos gewesen, die Benachrichtigung an die Hongkonger Adresse der früheren Eigentümer zu senden, und die Adressen der Eigentümer in Deutschland waren nicht immer bekannt, und es sei auch nicht bekannt, ob die Benachrichtigungen ihre Adressen in Deutschland oder Österreich je erreichen würden. Alle diese Handelsmarken seien unter der Verordnung von 1917 dem Verwalter des feindlichen Eigentums (Custodian of Enemy Property) unterstellt, und es wäre gleichermaßen zwecklos für ihn, solche Benachrichtigungen abzusenden, da er kein Mittel habe, mit den früheren Eigentümern in Verbindung zu treten, und er habe auch keine Gelder oder Befugnis, die Erneuerungsgebühren zu bezahlen. In Ansehung dieser Tatsachen sei der Zweck dieser Bestimmung ausdrücklich der, daß weder die Unterlassung der Benachrichtigung seitens des Registerführers, noch der Nichtempfang einer Benachrichtigung durch den eingetragenen Eigentümer irgendein Hindernis bilden könne für die Entfernung irgendeiner solchen Handelsmarke aus dem Register, die früher deutschen oder österreich-ungarischen Eigentümern gehörten und die abgelaufen (expired) und innerhalb eines Jahres nach der Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles von den Eigentümern nicht erneuert worden sind. —

Die andere Klausel (3) des Gesetzes sei von allgemeiner Bedeutung und habe den Zweck, den Gouverneur im Rate zu ermächtigen, für den Notfall Vorschriften zu erlassen zur Ausführung gewisser Bestimmungen in dem Friedensvertrage von Versailles. Artikel 307 des Vertrages bestimme, daß mindestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Vertrages den Angehörigen der verschiedenen kriegführenden Mächte zu lassen sei, währenddem sie die nötigen Maßnahmen zur Erhaltung ihrer Handelsmarkenrechte zu treffen haben, was ihnen vorher wegen der durch den Krieg bedingten Verhältnisse nicht möglich gewesen war zu tun. Es sei gegenwärtig unbekannt, ob irgendein Antrag zur Verlängerung der Frist gestellt sei oder eingehen werde, doch wenn dies der Fall sei, so würde diese Klausel den Gouverneur ermächtigen, solche Anträge zu bescheiden. Wir sind natürlich gehalten, die Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen, welche im allgemeinen in der Kolonie und im ganzen Reiche Gesetzeskraft haben.

Der Kolonialsekretär sekundierte und das Gesetz gelangte in die zweite Lesung. Der Rat nahm dann im Ausschuß das Gesetz Klausel für Klausel durch, und da keine Änderungen beantragt wurden, beantragte der Oberstaatsanwalt die dritte Lesung. Der Kolonialsekretär sekundierte und das Gesetz ging durch die dritte Lesung und wurde angenommen.“

Die Eigentümer der Handelsmarken haben also schleunigst ihre Rechte zu wahren.

VERSCHIEDENES

Französische Propaganda.

Wir leiden zwar im „Auslanddeutschen“ stets an Raumknappheit. Wir wollen aber doch heute unsern kostbaren Raum für eine interessante Sache hergeben. Wir drucken nachstehend wörtlich eine Bekanntmachung ab, die wir in regelmäßigen Zwischenräumen von 14 Tagen in der „Saarbrücker Zeitung“, einem noch deutschen Organe, finden. Sie spricht für sich und für die Geschicklichkeit unserer französischen Nachbarn, Kultur- und Wirtschaftspropaganda zu betreiben. Sie deckt aber auch Gefahren auf und zeigt Methoden, die angewandt werden. Sie wird gewiß unseren Leserkreis lebhaft interessieren und wir verhelfen ihr deshalb zu weitester Verbreitung:

Der Saarländer in Paris

begibt sich in erster Linie auf das Büro der Französisch-Saarländischen Handelskammer, 22, Rue de Mogador (Gebäude der Versicherungsgesellschaft „La Paix“).

Er besorgt dort seine Korrespondenz.

Er konsultiert (wenn notwendig) Sachverständige oder den Advokaten der Kammer.

Er findet dort saarländische Zeitungen (Saar-Wirtschafts-Zeitung, Saarbrücker Zeitung und Saar-Kurier), französisch-technische Zeitschriften, Adreß- und Nachschlage-Bücher.

Er erhält Rat und Unterstützung in Paß-, Zoll- und Transport-Fragen.

Er wird bei allen Amtsstellen (wenn Mitglied der Handelskammer) offiziell eingeführt.

Er wird in Verbindung mit Angeboten und Nachfragen gebracht. Man sucht für seine saarländischen Unternehmen Kapitalbeteiligungen oder Käufer.

Man stellt ihm Kontrakte auf.

Man macht seine Anzeigen französisch-technischen Zeitschriften zugänglich.

Die Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen (Musterausstellungen, Mustermessen) wird ihm ermöglicht.

Übersetzungen sowie Schreibmaschinenarbeiten werden besorgt.

Pässe für nach Frankreich reisende Mitglieder der Französisch-Saarländischen Handelskammer werden auf dem Büro in Saarbrücken kostenlos befürwortet.

Saarländische Firmen werden gebeten, Kataloge, Preislisten und sonstige Literatur sowie Muster in soviel Exemplaren wie möglich auf das Pariser Büro zu senden, welches sich mit deren Verteilung befassen wird.

Korrespondenz betr. Fragen, die von dem Pariser Büro behandelt werden sollen, sind durch das Saarbrücker Büro zu leiten.

Bürostunden: Paris: nur vormittags; Saarbrücken: 8½ bis 12½ Uhr vormittags und 2½ bis 6½ Uhr nachmittags.

Sprechstunden des Generalsekretärs: Elsässische Bankgesellschaft (Direktion), 8½ bis 11 Uhr vormittags und 2½ bis 5 Uhr nachmittags; Büro Kaiserstraße 44 von 11½ bis 12½ Uhr vormittags und 5½ bis 6½ Uhr nachmittags.

**Französisch-Saarländische Handelskammer
Saarbrücken, Kaiserstraße 44.**

Der Generalsekretär: Bringolf.

Bei der Tagung der deutschen statistischen Gesellschaft in Erfurt berichtete Geheimer Reg.-Rat Dr. Würzburger, daß das Vermögen des früheren internationalen Instituts für Statistik, dem auch die deutschen statistischen Ämter angehörten, von

einer neu gegründeten „internationalen Kommission für Statistik“, von der die deutschen statistischen Behörden ausgeschaltet seien, mit Beschlag belegt worden sei. Es handelt sich um bare Gelder und um das Kongreßhaus in Haag. Die Versammlung beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, die Rechte der deutschen Statistiker auf diplomatischem Wege wahrzunehmen.

Deutsche Totenfeier in Ungarn.

In Budapest fand eine stimmungsvolle Feier zu Ehren der deutschen Helden statt, die, 191 an der Zahl, dort beerdigt liegen. Die deutsche Gesandtschaft beteiligte sich geschlossen mit der großen Kolonie der Reichsdeutschen in Budapest an der Feier. Der Vizepräsident der deutsch-ungarischen Handelskammer, Dr. Jürgensen, begrüßte die Erschienenen, Alois Schulz gedachte der Toten und ihrer Heldentaten und der Gesandte, Graf Fürstenberg-Stammheim, schloß sich ihm mit ehrenden Worten an.

Ehrung deutscher Toter in Paris.

Am Totensonntag legte der deutsche Botschafter Dr. Mayer an dem Denkmal für die auf dem Friedhof Bagneul beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder und hielt an die Mitglieder der deutschen Botschaft, der Friedensdelegation und der deutschen Mission eine Ansprache, in der er versicherte, die Heimat werde ihre Toten nie vergessen. Für die deutschen Mütter und Frauen legte die Frau des Botschafters einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation der Gesandte von Mutius.

Gutes Deutsch.

Rumänien hat jetzt durch die Vergrößerung infolge des Neuerwerbs von Siebenbürgen und dem Buchenlande wie Beßarabien einen beträchtlichen Zuwachs an Deutschen bekommen. Es sind das Landesteile, in denen die deutsche Sprache zum Teil vorherrscht und in denen es auch Aufgabe der Amtsstellen ist, sich in dieser Sprache den Landeseinwohnern verständlich zu machen. Da finden wir nun in der „Deutschen Zeitung Beßarabiens“ eine Bekanntmachung des Kommandanten der 5. Division, die auf einen deutlichen Mangel an fähigen Dolmetschern schließen läßt. Sie ist so originell, daß wir sie hier wörtlich abdrucken:

„Das Kommando der 5. Division bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die Sicherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, wurden alle Wachen, Posten und Escorten, alles Staats- u. Privatvermögen, sowie sonstige Arten von Gütern bewachen von den Militärbehörden belehrt, gegen Personen, die Verwirrungen hervorrufen, sie tätlich angreifen, deren Aufforderungen nicht respectieren, plündern und zerstören, gegen diese zu schießen.

Menschenansammlungen vor den Wachen oder Escorten, werden von den Kommandanten dieser Militärabteilungen aufgefordert werden sich zu zerstreuen und bei Nichtbetolung diese mit Waffengewalt um Angriffe, Plünderungen, Zerstörungen und Ueberfällen vorzubeugen.

Commandant der 5. Division.“

Die „Neue Post“, das Blatt der Christlich-Sozialen Partei in Ungarn, gibt einen Brief aus dem Tolnauer Komitat wieder und zwar unter der Überschrift „Kulturspiegel“, wohl um darzutun, wie nötig auf dem flachen Lande unter den Deutschen Ungarns die Verbreitung von guter Schulbildung ist. Der Brief ist wohl interessant genug, um auch außerhalb der ungarischen Grenzen bekannt zu werden. Wir drucken ihn hier wörtlich ab:

„Herr Caitungssrājber. Ich daile inen mit, dass vir die Naie Posst unrägelmässik bekommen. Vénssi ssi nikt regäl-mässik sikén, sso verdén vir ssi nitkt weiter lésén. Siktunss also die náí Posst regelmässik. Vir haben auf fir Monate aussgecalt. Srājbenss auhk in der Caitung, dass die Kvanter billiger werden ssollen. Allveil ssol nur der Bauer calen. Dess sollt net sain. Siktunss also die Caitung regelmässig. —“

Enteignung der russischen Niederlassung in Hankow.

Die Sonntagsausgabe der „Frankf. Ztg.“ vom 26. Sept. 1920 brachte die Reutermeldung aus Schanghai vom 24. September, daß der chinesische Kommissar für auswärtige Angelegenheiten beauftragt worden sei, die russische Konzession zu übernehmen. Dieser Schritt, sowie die Aufhebung der russischen Exterritorialität erregte unter den Ausländern ernste Besorgnis.

Diese Nachricht wird ein großer Teil der Chinadeutschen, namentlich die, welche durch einen jahrelangen Aufenthalt in Hankow selbst mit den örtlichen Verhältnissen näher vertraut sind, nicht ohne eine gewisse Schadenfreude vernehmen, glaubte doch die Hankower russische Gemeinde durch ihre Neutralitäts-erklärung so ziemlich gegen alle Gefahren gefeit zu sein.

Die russische Niederlassung liegt von der Hankower Chinesenstadt aus gerechnet als zweite zwischen denen der Engländer und Franzosen, hat also eine noch günstigere Lage als unsere ehemalige deutsche, die erst an vierter Stelle folgte. Ihr Grund und Boden ist natürlich vorwiegend in russischem Privatbesitz. Als besonders umfangreiche Grundstücke wären zu nennen: Die Ziegelteefabriken der Firmen S. W. Litvinoff & Co. und der Trading Company Successor to Alex. Goobkin, A. Koosnetzoff & Co., Hauptsitz in Moskau, ferner die Russisch Asiatische Bank, der russische Klub, das sehr umfangreiche Grundstück des russischen Konsulats und anderer in Privatbesitz befindlicher Grundstücke und Häuser.

Eine Enteignung dieser Grundstücke, in der Art, wie es mit denen in der ehemaligen deutschen Niederlassung geschehen ist, wird wohl kaum von der chinesischen Regierung beabsichtigt sein, da diese sich ja nicht mit Rußland im Kriege befunden hat. Die Enteignung kann sich also nur auf die administrative Verwaltung beziehen, womit zunächst gemeint ist, daß der offizielle Titel: „Russische Niederlassung“ abgeschafft wird und die Polizei- und Steuergewalt von den Chinesen beansprucht wird.

Es sei hier an das Verhalten der in China und Japan lebenden Russen erinnert, nachdem in Rußland selbst sich die Bolschewisten die Regierungsgewalt angeeignet hatten. Zusammen mit dem russischen Gesandten in Peking — in ähnlicher Weise auch in Japan — erklärten die Vertreter der russischen Gemeinden in Schanghai, Tientsin und Hankow öffentlich durch die Zeitungen ihre Neutralität, womit zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß sie jede Gefolgschaft mit den neuen Machthabern Lenin und Trotzki ablehnten.

Es war dies mehr oder weniger eine Handlung der Selbsterhaltung, namentlich mit Rücksicht darauf, daß nach dem Brest Litowsker Frieden Rußland nicht mehr zum Feindbund gehörte, ja von diesem jetzt ebenfalls als feindliche Macht betrachtet wurde auf Grund der früheren Verträge.

Wäre also eine solche Neutralitätserklärung nicht erfolgt, so stand besonders für die Hankow-Russen zu befürchten, daß sie gleich wie wir aus den anderen Niederlassungen, vorzugsweise der englischen, wo sie nicht unbedeutenden Grundbesitz, Häuser und Fabrikanlagen besitzen, ausgewiesen und diese enteignet worden wären.

In ihrem Vaterlande selbst werden sie diesem Schicksal wohl kaum entgangen sein, denn es ist als sicher anzunehmen, daß sich die bolschewistische Regierung ihres Eigentums in Moskau und anderen Städten mit besonderer Liebe angenommen hat.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß, wenn sich die eingangs erwähnte Meldung bestätigen sollte, die chinesische Regierung mit der russischen Niederlassung in Tientsin in gleicher Weise erfahren dürfte.

P. Wolfram.

STIMMEN DER AUSLANDEDEUTSCHEN

Der Bund und die Entschädigung.

Man schreibt uns des öftern über die Arbeit des Bundes der Auslandsdeutschen zur Entschädigung und neuerdings besonders oft über die Abzüge, die der Bund bei dieser Arbeit von den Entschädigungssummen macht. Wir greifen aus der Reihe der Zuschriften die mildeste und sachlichste heraus: „Dem Bunde wurde seinerzeit die Entschädigung als einem Interessenverband der Auslandsdeutschen übertragen. Einem Interessenverband kann man beitreten, man braucht es aber nicht, gezwungen werden kann man jedenfalls nicht dazu. Ein Interessenverband kann legitimiert sein, für seine Mitglieder finanzielle Bindungen durchzuführen, nicht aber für diejenigen, die ihm nicht angehören. Die Kosten der allgemeinen Geschäftsführung der Vorprüfung und der Auszahlung tragen die Interessenvertretungen. Die Kosten der Spruchkommissionen trägt das Reich. Die Interessenvertretungen sind berechtigt, die bezeichneten Kosten durch Abzug eines Hundertsatzes von den auszahlenden Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen aufzubringen.“ So heißt es in § 13 der Bekanntmachung betr. Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland, die Sie auf Seite 477 Ihres „Auslandsdeutschen“ im II. Jahrgang 1919 veröffentlicht haben. Es war schon ein starkes Opfer und eine harte Zumutung für die Auslandsdeutschen, daß ihre Interessenvertretung, um überhaupt die Entschädigung durchzudrücken, diese Selbstbelastung annehmen mußte. Wäre der Bund nicht die Prüfungs- und Zahlstelle gewesen, hätte doch das Reich billigerweise die Kosten tragen müssen. Man entschädigt doch nicht pflichtgemäß (laut Friedensvertrag!) die Auslandsdeutschen und zieht ihnen gleich an der Entschädigung die Kosten des Verfahrens ab! Ist das Staatsmoral und ist es Moral der Auslandsdeutschen, es anzunehmen? Aber es ist nun einmal geschehen und nicht mehr zu ändern. Der Bund hat gesetzlich das Recht für seine Arbeiten der Entschädigung diesen Hundertsatz einzuziehen. Er trennt, wenn ich recht unterrichtet bin, seine Abteilung Geschäftsführung von der Abteilung Entschädigung. Für letztere erhebt er einen Hundertsatz von 2 % der auszahlenden Summen, für erstere einen Mitgliedsbeitrag von jetzt 12 Mark pro Jahr. Nun soll aber einer Mitteilung in unserer Ortsgruppe zufolge beschlossen worden sein, fernerhin auch ½ % freiwillig weiter abzuziehen für die Zwecke des Bundes selbst. Die einkommenden Gelder sollen Ortsgruppen, Landesverbände und Bundeszentrale bekommen, um ihren Geschäftsbetrieb bei den gewaltig gestiegenen Kosten aufrecht zu erhalten; wohl bemerkt, also nicht die Entschädigungsaktion durchzuführen, die aus andern Quellen bezahlt wird. Was heißt nun ‚freiwilliger‘ Abzug? Wird er nicht abgezogen, wenn man sich wehrt und nicht ‚freiwillig‘ bezahlt? Ich möchte dann den Auslandsdeutschen sehen, der bei richtiger Aufklärung sich nicht wehrte, von den kargen Brocken, die ihm das Reich noch auszahlt, abermals einen Abzug machen zu lassen, nur um Arbeiten und Ziele zu unterstützen, die bereits von anderen Organisationen

und Ihnen selbst, dem D. A. I., ohne besondere Belastung der armen Auslandsdeutschen verfolgt werden! Wird nun beim freiwilligen Abzug der Betroffene zuvor gefragt, ob er mit dem Abzug einverstanden ist, unter voller Aufklärung des Zweckes und der Art des Abzuges, oder wird zunächst einmal abgezogen und es hinterher dem Auslandsdeutschen überlassen, wieder einzu-

fordern? Darüber müßte doch Klarheit bestehen. Und zahlen auch die bisher Entschädigten den freiwilligen Abzug nach? Vor allem diejenigen, die längst wieder hinausgefahren sind, um ihr Geld draußen nutzbringend anzulegen? Klarheit und Offenheit täte hier not. Veröffentlichung Sie bitte die Fragen, damit die Auslandsdeutschen weiterhin aufgeklärt werden."

Nach dem fernen Osten.

Wir veröffentlichen gerne diesen Gruß eines unserer Freunde aus dem fernen Osten, weil seine vorsichtigen Mahnungen weithin Gehör finden sollten. Geist und Art auf den deutschen Schiffen waren einst mustergültig. Sollte das anders werden, so wird es mit der Wiedereroberung unseres Rangs einer Schifffahrt treibenden Nation nichts werden. Qualität der Menschen und der Waren ist in der Tat heute erstes Erfordernis für unsern Wiederaufbau!

Die Schriftleitung.

Im Frühjahr 1895 zog ich zum erstenmal hinaus nach China, dem mir nur aus Büchern bekannten, fremden Lande, das meine zweite Heimat werden sollte. Fast fünfundzwanzig Jahre, die arbeits- und erfolgreichste Zeit meines Lebens, war ich draußen im „Fernen Osten“ kaufmännisch tätig, und schon trug ich mich mit dem Gedanken, in absehbarer Zeit wieder in meine erste Heimat, ins Vaterland, zurückzukehren ... da brach der Weltkrieg aus, der den Engländern die Macht bringen sollte, all das größtenteils zu zerstören, was deutscher Fleiß und Eifer und Anpassungsfähigkeit in den letzten Jahrzehnten in der weiten Welt geschaffen hatte.

Das Unglück, welches deutschem Handel und Wandel dort draußen in China von den Engländern und Franzosen noch nach dem Waffenstillstand (9. November 1918) zugefügt wurde, war ein so vollständiger Zusammenbruch, eine so gründliche Vernichtung aller geschäftlichen und persönlichen deutschen Werte, daß man den Umfang in der Heimat erst dann voll und ganz verstehen und begreifen lernte, als ungefähr 3000 deutsche Seelen im Frühjahr 1919 auf vier englischen Schiffen von Englands Gnaden wie Parias „auf den Dunghaufen gejagt wurden, wie die Deutschen nun ihr Vaterland nennen mochten“ ... So stand es in der unsäglich schmutzigen feindlichen Presse Ostasiens zu lesen!

Zur Ehre der Chinesen sei gesagt, daß der größere Teil der nichtbestochenen Beamten, wie auch die meisten Kaufleute die erzwungene Heimsendung der deutschen Kaufleute, Ingenieure, Lehrer und Missionare als einen Übergriff Englands ins chinesische Recht verurteilten, und zahlreiche waren beim Abschied die Beweise der Wertschätzung und Achtung, in welcher die Chinesen ihre deutschen Freunde hielten. Im Sommer 1919 konnte indes der Briefverkehr aus Deutschland mit China via Amerika wieder aufgenommen werden, und im Frühjahr 1920 kamen die ersten wagehalsigen deutschen Kaufleute wieder hinaus nach China, um zu versuchen, die zerrissenen Fäden irgendwie wieder aufzunehmen.

Ich selbst unternahm die Ausreise mit dem von unserer Regierung für den Gefangenentransport gesicherten japanischen Dampfer „Nankai Maru“. Dort draußen in China warteten eine Anzahl chinesischer Geschäftsfreunde und zu ihnen zog's mich! Während zweier Jahrzehnte hatten wir zusammengearbeitet und ich konnte darauf bauen, tüchtige Mitarbeiter zu finden, die es mir ermöglichten, meinen Teil zum Wiederaufbau wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und China beizutragen.

Zwar zog ich diesmal nicht mehr mit dem jugendlichen Feuer eines wißbegierigen 27jährigen hinaus ins Unsichere, wohl aber war ich zuversichtlich, daß uns Deutschen die schwere Arbeit des Wiederaufbaues trotz vieler unerwarteter Hindernisse langsam aber sicher gelingen werde, wenn uns Alten die Früchte unserer neuen Pionierarbeit auch nicht mehr gegönnt sein werden.

Daß beim Bau der „Nankai Maru“ (zu deutsch „Dampfer

Südsee“) bereits die Möglichkeit größerer Menschentransporte berücksichtigt wurde, scheinen die im mittleren und oberen Laderaum eingebauten Bullaugen (die runden, kleinen Fenster) zu bestätigen, die den Einbau genügend geräumiger Kammern erleichterten. Die nüchterne Ausstattung des Speiseraumes, die äußerst notdürftigen Schlafstrolsäcke und das billige Bettzeug, das wenig einladende, unbequeme Deck ... das alles stand eben im Einklang mit der traurigen Lage, in welcher sich Deutschland befindet. Weniger erfreulich waren die Einrichtungen. Der Dampfer wurde in Japan für seinen neuen Zweck umgebaut allem Anscheine nach aber nicht von Fachleuten, wie folgende Tatsachen beweisen.

Schon am Tage nach der Abfahrt aus Hamburg mußten die an Steuerbord im unteren Laderaum gelegenen Bade- und Abort-einrichtungen geschlossen werden — sie lagen zu tief und statt daß Wasser abfloß, kam lustig Seewasser von draußen herein. Die im oberen Laderaum gelegenen sanitären Anlagen an Steuer- und Backbord waren überaus schmutzig, und andauernd rollten Wogen einer unbeschreiblichen Flüssigkeit, ekelhaften Geruch verbreitend, hin und her. Zwar wurde da und dort Abhilfe versucht, meistens blieb es aber beim alten. Aus den Kammern floß das Abwasser nur bei den entsprechenden Bewegungen des Schiffes ab, oft aber wurde es durch Druck von außen mit einer widerlichen Jauche vermischt in die Kammern zurückgedrückt! Was dies bei der tropischen Hitze bedeutet, kann nur der ermessen, der die Route via Suez kennt. Der Fehler lag in der Anlage, wie Mitreisende, die auf diesem Gebiet nicht ganz unerfahren zu sein schienen, bestätigten. Zum mindesten hätte man von einer deutschen Abnahme-Kommission erwarten können, daß solche Mängel entdeckt wurden, zumal ja auch der Umbau der Dampfer ein ganz außergewöhnliches Geld gekostet hat, wofür man eine bessere Arbeit hätte verlangen können. Leider konnte ich bei meinem kurzen Aufenthalt in Kobe, wo unsere Landsleute gut unterrichtet zu sein scheinen, über diesen Punkt nicht mehr eingehendere Erkundigungen einziehen.

An Bord der „Nankai Maru“ war auch eine vielköpfige deutsche Schiffsleitung. Ärzte und Schwestern arbeiteten unter zeitweilig sehr erschwerenden Umständen freudig und pflichttreu. Der Koch für die erste Kajüte verstand es, die teilweise recht anspruchsvollen Reisenden zufrieden zu stellen, wie auch die Kammer- und Tischstewards ihre Arbeiten, die besonders bei schwerem Seegang äußerst anstrengend waren, stets willig verrichteten. Aber vom ersten Steward bis hinauf zum Haupte der deutschen Schiffsleitung piff ein anderer Wind als früher. Äußerlich keine unangenehmen Menschen, hörten sie allem Anscheine nach wohlwollend die ab und zu vorgebrachten Wünsche an, aber ein Abstellen von selbst augenfälligen Mißständen ließ oft lange auf sich warten, wenn überhaupt etwas geschah. Es war immer die Frage, wer eigentlich der Verantwortliche war, wer die Sache in die Hand zu nehmen und abzustellen habe. Und war

dieser nun endlich in dem einen oder anderen Falle tatsächlich festgestellt, so fehlte dem Leiter die Autorität, die Arbeit sofort anzuordnen, d. h. ausführen zu lassen. Eine Pest an Bord war der ungeheuerliche Schiffszimmermann, der nur aus grenzenloser Menschenunkenntnis seitens der Verantwortlichen an Bord kommen konnte. Nicht selten konnte man eine ganze Anzahl zur Schiffsleitung gehörender Leute rauchend oder schlafend am Deck sehen, wo es Arbeit genug gegeben hätte!

So fehlte es nicht an Ärger und Mißstimmung. Indes war es ja kein erstklassiger Passagierdampfer, auf dem wir reisten; nicht als stolze Kaufleute zogen wir hinaus in die Welt: als existenzlose Nomaden klopfen wir im fernen Osten bei alten Freunden an und bitten um Aufnahme! Wird man uns wieder freudig aufnehmen, wird es uns möglich sein, eine neue Existenz zu gründen, werden nicht Entente-Schwierigkeiten uns den Weg aufwärts verlegen? Solche Gedanken konnte man manchem Mitreisenden an den Zügen ablesen. Doch wie wenige schienen

unsere und unseres Vaterlandes traurige Lage erkannt zu haben ... an Bord wurde fast allabendlich getanz und gejubelt, als ob nichts vorgefallen wäre! Harte Gegensätze, die weh taten!

Der dornenvolle Weg, den wir Deutschen in Zukunft im Ausland zu gehen haben werden, verlangt aber mehr denn je gereifte, ernste, charaktervolle Menschen. Leider aber waren bereits an Bord der „Nankai Maru“ schon wieder Menschen, die unser Ansehen im fernen Osten nicht fördern ihm aber wohl sehr schaden werden. Ist sich die deutsche Industrie darüber klar, daß der neue Kampf nur durch beste Qualitäten aufgenommen werden kann, weiß der Überseekaufmann, daß nur die besten kaufmännischen Überlieferungen uns wieder voran helfen werden, so ist klar, daß dieses Ziel wieder nur durch unser bestes Menschenmaterial erreicht werden kann, und nur dieses sollte vorerst die Erlaubnis erhalten, in die Welt zu ziehen. Dann wird unser Vaterland bald merken, daß es am Welthandel zuerst wieder einen Pfad aufwärts finden wird.

K. B.

AUSWANDERUNGSWESEN

Reichsverband deutscher Auswanderer.

Am 13. Oktober ist in Hamburg die schon auf einer Leipziger Tagung vorbereitete Gründung des „Reichsverbands deutscher Auswanderer, Sitz Hamburg“ zustande gekommen. Der Bund für Baltensiedlung und der Verein für das Deutschtum im Ausland, Ortsgruppe Hamburg, sind an der Gründung beteiligt, die im scharfen Gegensatz zu einer anderen Zentralgründung mit dem Sitz in Berlin, dem „Reichskartell deutscher Auswanderervereine“ steht. Der Reichsverband will überall Ortsgruppen errichten und Vorträge veranstalten.

Von der Ansiedlung Ost.

Die „Rätezeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 41 einen neuen Statutenentwurf für eine „Proletarische Auswandererorganisation nach Sowjetrußland“. Es geht aus diesem Entwurf hervor, daß, was ja auch die Praxis erwiesen hatte, die Organisation immer mehr in ein rein kommunistisches, d. h. politisches, Fahrwasser, einlenkt und mehr eine politische als eine reine Auswandererorganisation darstellt. Es wird im § 1 nur von revolutionären Arbeitern gesprochen, die imstande sind, im Sinne des Kommunismus aufbauend zu wirken und dadurch Sowjetrußland wirtschaftlich aufrichten zu helfen, und als Methode, dieses zu erreichen, wird in erster Linie genannt eine Aufklärung über das wirtschaftliche und soziale Leben Sowjetrußlands. Es wird im § 2 von den Mitgliedern verlangt, daß sie auf dem Boden der dritten Internationalen stehen und, was besonders hübsch ist, daß sie nicht nur die bestehenden, sondern die auch noch entstehenden russischen Gesetze und Dekrete anerkennen. Personen über 18 Jahre können aufgenommen werden und zwar gegen ein Eintrittsgeld von 20 Mark und einen Monatsbeitrag von 4 Mark. Dazu können die Ortsgruppen noch einen Zuschlag von 50 Pfennig pro Monat erheben. Die Organisation ist nach dem Räte-system aufgebaut und umfaßt 7 Bezirke und zwar Berlin mit Brandenburg und Pommern, Breslau mit Schlesien, Leipzig mit Sachsen, Provinz Sachsen und Thüringen, München mit Bayern, Stuttgart mit Württemberg und Baden, Duisburg mit Westdeutschland und Bremen mit Norddeutschland. Innerhalb der Bezirke bilden sich Ortsgruppen. Die Ortsgruppen wählen einen Ortsrat von mindestens 4 Personen, die Bezirke einen Zentralrat aus 7 Personen, an der Spitze der Organisation steht der Vollzugsrat, der aus je einem Vertreter der 7 Bezirke besteht, wie auch der Bezirksrat mindestens einmal vierteljährlich tagt. Seine

Beschlüsse sind bindend und werden den Ortsgruppen direkt übermittelt. Aus ihm geht ein geschäftsführender Ausschuß von 3 Personen hervor, von denen mindestens eine aus dem Berliner Bezirk zu wählen ist. Der geschäftsführende Ausschuß vertritt die Organisation nach außen. Sämtliche Funktionäre stellen sich alle 3 Monate zur Neuwahl, versehen ihr Amt mit Ausnahme des geschäftsführenden Ausschusses ehrenamtlich und können jederzeit abberufen werden. Höchste Instanz ist die Reichskonferenz, zu der aus je 300 Bezirksmitgliedern ein Delegierter aus den Reihen der Funktionäre gewählt wird. Als Publikationsorgan gilt die „Rätezeitung“.

Neues aus Neu-Württemberg (Brasilien).

„Die deutsche Post“ Sao Leopoldo vom 4. Oktober berichtet, daß kürzlich ein Ansiedler seine über den Palmeiro gelegene Schneidemühle für den Preis von 40 Contos (= 40 000 Milreis - 600 000 Mark) verkauft hat und sich in der Nähe des Stadtplatzes ein Stück Land in Größe einer halben Kolonie für 14 Contos (= 14 000 Milreis, z. Zt. - 210 000 Mark) kaufte. Die Zeitung berichtet von einer lebhaften Zuwanderung nach Neu-Württemberg, welche zahlreiche Landverkäufe zur Folge hat.

Der Bau der evangelischen Kirche ist nun endgültig beschlossen und soll in allernächster Zeit begonnen werden. Sie ist für 250 Sitzplätze berechnet und der Kostenpunkt auf 35 000 Milreis veranschlagt. Der technische Leiter des Baues ist Herr Architekt Seubert aus Neu-Hamburg. Die Kirche soll einen Turm bekommen. Der äußere Bau, sowie die innere Ausstattung wird zum größten Teil von Neu-Württemberger Kräften fertiggestellt.

Zur Frage der vorschuffreien Überfahrt nach Brasilien.

Mit der Stellungnahme des Reichswanderungsamtes zur Frage der vorschuffreien Überfahrt nach Brasilien ist die „Serra Post“ vom 29. September wenig zufrieden. Unter der Überschrift „Das Reichswanderungsamt verteidigt sich“ macht sie dem Amt zum Vorwurf, daß es nicht schon längst den verhängnisvollen Paragraphen 23 c des Reichswanderungsgesetzes vom 29. Juni 1897 beseitigt habe. Dieser Paragraph verbietet die Beförderung von Auswanderern, deren Überfahrt von einer fremden Regierung bezahlt werden soll, bzw. sieht nur deren ausnahmsweise Genehmigung durch den Reichskanzler vor. Die Ansicht des Reichswanderungsamtes, daß die Freibeförderung der 3000 Auswanderer unsagbares Unglück über viele deutsche Familien gebracht haben würde, glaubt die „Serra Post“ bestreiten zu müssen. Vielmehr verdiene das Vorgehen der brasi-

lianischen Regierung alle Anerkennung, auch wenn dessen Beweggründe nicht allein und nicht in erster Linie das Interesse der arbeitslosen Deutschen, sondern der Wunsch gewesen sei, mit Hilfe der deutschen Einwanderer den Wohlstand Brasiliens zu fördern. Brasilien wird in jeder Hinsicht als einwandfreies Auswanderungsland hingestellt, wo bereits Hunderttausende Deutscher eine glückliche Existenz gefunden hätten.

Wenn wir auch den Lokalpatriotismus der „Serra Post“ verstehen und achten müssen, so sind doch wohl die einzelnen Staaten Brasiliens als Auswanderungsziel mit verschiedenem Maßstabe zu messen. Immerhin gesteht die „Serra Post“ zu, daß die brennende Arbeiterfrage auf den Kaffeepflanzungen auf Sao Paulo wohl eines der Motive für die Bewilligung von Freipassagen war, wenn es auch nicht Bedingung für die Einwanderer gewesen ist, dort Arbeit zu nehmen. Die brasilianische Regierung hat auch ihr Angebot doch nicht etwa wegen der passiven Haltung des Deutschen Reichsauswanderungsamtes zurückgezogen, sondern vielmehr infolge der Schwierigkeiten bei der Unterbringung der eingetroffenen Auswanderer und der Ansprüche, die sie stellten.

Die Tatsache, daß Hunderttausende Deutscher in Brasilien eine glückliche Existenz gefunden haben, sollte uns niemals vergessen lassen, daß die heutigen deutschen Auswanderer nicht mehr leicht mit jenen vor 70 bis 80 Jahren verglichen werden können und daß die Vergünstigungen, welche die heutigen Auswanderer in Brasilien erhalten, in keinem Verhältnis stehen zu denen, die jene früheren Einwanderer erhielten. Haben schon jene sich schwer durchkämpfen müssen, so steht den heutigen deutschen Auswanderern ein noch weit schwererer Existenzkampf bevor.

Was kostet heute eine Ansiedlung in Paraguay?

Unter den Auswanderungslustigen herrschen heute noch recht unklare Vorstellungen über die Kosten einer Ansiedlung in südamerikanischen Ländern. Die meisten geben sich noch der Hoffnung hin, für wenig Geld sich drüben selbständig machen zu können, weil dieses vor dem Kriege in manchen Gebieten noch möglich war. Während in Südbrasilien heute zum Erwerb eines Landloses mindestens 40000 Mark erforderlich sind, kann man in Paraguay, wie dem Deutschen Ausland-Institut von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, eine unter Kultur befindliche Chacra mit Haus (ca. 40 Hektar groß) im allgemeinen nicht unter 40—50000 Pesos Paraguayanos kaufen, von denen mindestens 25000 Pesos als Anzahlung vorhanden sein müssen. Für 2 Milchkühe, 2 Pferde, Hühner, Enten, Geräte, einige notwendige Einrichtungsstücke für die Wohnung etc. muß man weiter wenigstens 15000 Pesos Parag. rechnen; endlich Unterhalt während des ersten Jahres — etwa für 4 Personen — 10000 Pesos Parag., so daß ohne Reise und erste Aufenthaltskosten mindestens 50000 Pesos Parag. vorhanden sein müssen, wenn man diesen Weg gehen will.

Das Problem einer Ansiedlung auf argentinisch. Staatsland.

Zu dem Problem einer Ansiedlung auf argentinischem Regierungsland nimmt das Argentinische Wochenblatt vom 17. Juni Stellung. Es gibt zunächst Äußerungen des Sachverständigen für Einwanderungsfragen bei der deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires, des Herrn Dr. Stichel, wieder, die betonen, daß mindestens die Hälfte alles nationalargentinischen Grundbesitzes schon „festen Händen“ als Eigentum oder Pachtland überlassen worden ist. Trotzdem sind noch riesige und wohl geeignete Gebiete zu diesem Zweck vorhanden. Die durch Landesgesetz vorgeschriebene Erschließung und Vermessung der noch verfügbaren

Staatsländereien, ist auf Verfügung des gegenwärtigen Präsidenten Irygoyen in Angriff genommen, damit dem Übelstand vorgebeugt werde, daß Private unberechtigt viel Grundbesitz erwerben können. Die Landvermessung wird durch Angehörige der Kriegsmarine vorgenommen. Für Santa Cruz und für Chubut sind bereits neue Pachtbedingungen in Aussicht genommen. Trotz günstigen Standes der Angelegenheit kann eine Auswanderung noch nicht empfohlen werden und es wäre nichts weiter als plumper Schwindel, wenn gewissenlose Agenten die vorstehenden Tatsachen zu ihrem Nutzen und zum Unglück deutscher Auswanderer mißbrauchen würden.

Einige der jetzt zu erschließenden Ländereien sollen sich aber für eine spätere Ansiedlung gut eignen, vorausgesetzt, daß sich geeignete Ansiedler, welche über einige tausend argentinische Pesos verfügen und auf jede Bequemlichkeit und geistige Anregung zu verzichten bereit sind, finden würden. Für die notwendige Anschaffung von Vieh, Arbeitsgerät und Baumaterialien, die jetzt aber in Argentinien teuer sind, entstehen für den Kolonisten oft recht große und unerwartete Ausgaben, die der frisch Einwandernde nur in den seltensten Fällen bestreiten kann.

Hierzu bemerkt in dem gleichen Blatte Ernst Ecker, es nutze wenig, wenn in der Direccion de Tierras y Colonias diese Frage gründlich studiert und das Ergebnis des Studiums den amtlichen Stellen mitgeteilt werde, aber die an der Lösung der Frage am stärksten Interessierten, in diesem Falle unsere zur Ansiedlung auf Staatsland entschlossenen Landsleute, darüber selbst die nötige Aufklärung durch die Presse nicht erhielten. Interessant sei die Tatsache, daß die Vermessung der für Siedlungszwecke bestimmten Staatsländereien erst jetzt in Angriff genommen werde und daß es schon zum Teil besiedelte Staatsländereien gebe, die noch immer nicht vermessen seien. So säßen z. B. in dem südlichen Teil des Territoriums Misiones Kolonisten schon fast 20 Jahre auf Regierungsland, ohne daß ihr Land vermessen oder der Siedler seinen Besitztitel erhalten hätte. Es sei keine Seltenheit, daß ein Gelände bis zu sechs provisorische Besitzer habe, von denen jeder behaupte, das meiste Anrecht auf das Grundstück zu haben. Überhaupt sei das Territorium Misiones noch immer nicht offiziell vermessen und parzelliert.

Zu der Behauptung, daß die Eignung der Leute noch wichtiger sei als die Eignung des Bodens, bemerkt Herr Ecker: Daß nach seiner Erfahrung zunächst festzustellen sei, ob der zu bearbeitende Boden mit seiner Ertragsfähigkeit und seinem Grundwasserspiegel sich für reinen Ackerbau oder für gemischte Betriebe oder für Viehzucht oder vorwiegend Obstbau eigne. Sodann muß der Ansiedler wissen, ob Produkte, die von ihm auf seinem Land gepflanzt werden sollen, so viel Ertrag einbringen, daß er davon leben und seinen Verpflichtungen genügen kann. Dazu ist vor allem ein gesicherter Absatz und regulierter Preis erforderlich. Schließlich nicht zum wenigsten ist er abhängig von den Verkehrsverbindungen, die vorhanden sind.

Wenn diese Voraussetzungen vorhanden sind, hat die Eignung des Ansiedelnden nur noch untergeordnete Bedeutung. Wichtiger als das Können sei die Willenskraft des Ansiedlers einzuschätzen. Dafür seien die Kolonisten in Brasilien, Paraguay und Bolivien ein leuchtendes Beispiel. Verzicht auf die Annehmlichkeiten der sogenannten Zivilisation sei durchaus kein Unglück. Ecker steht also der Ansiedlung auf Regierungsland weit weniger pessimistisch gegenüber als Stichel. Vorbedingung sei nur, daß hierüber in der Öffentlichkeit die nötige Klarheit verbreitet wird. Dazu gehöre aber auch Klarheit über zweifelhafte Kolonisationsunternehmungen, damit die kommenden Ansiedler vor Schaden bewahrt werden.

Amerikanische Einwanderungskonkurrenz in Argentinien.

Der argentinische Botschafter in Washington hat seiner Regierung gemeldet, daß sich in den Vereinigten Staaten, vor allem in den Farmerkreisen, eine immer größer werdende Lust zeige, nach Argentinien auszuwandern. Er sei kaum mehr imstande, die zahlreichen schriftlichen und mündlichen Anfragen über die landwirtschaftlichen Verhältnisse, die Bedingungen für den Bodenerwerb usw. zu bewältigen und bat dringend, Aufklärungsliteratur in großer Menge nach Amerika zu schicken.

Die Einwanderung in Argentinien nach dem Kriege.

Das Museo Social Argentino hat kürzlich eine Rundfrage zur Einwanderungsfrage erlassen, auf welche der frühere Landwirtschaftsminister Dr. Emilio Frers eine beachtenswerte Antwort im „Deutsch-argentinischen Tagblatt“ gibt. Ihr Zweck ist, die erwünschte Einwanderung anzulocken und die unerwünschte abzuhalten.

Auf die Frage, welche Faktoren die Auswanderung aus Europa begünstigen werden, unterscheidet Frers die Faktoren moralischer Art, wie die Kriegsmüdigkeit und der Unfriede in Europa. „Wahrscheinlich werden die Ärmern, Schwächsten und am meisten Verfolgten unter den Auswanderern sein und ihnen werden Bessersituierte folgen.“ Das Gespenst von neuen Kriegen wird dauernd und nachdrücklich die Auswanderung fördern. Auch die sozialpolitische Revolution wird ein neuer Faktor der Auswanderung sein.

Hindernd kommen für die europäische Einwanderung nur Regierungseinschränkungen und das Wiederaufleben der Industrie, welches aber noch in weiter Ferne zu liegen scheint, in Betracht.

Welche Richtung diese Auswanderung einschlagen wird, hängt von der Stellungnahme der Nationen zur Handelsfreiheit und zu den internationalen Verkehrswegen ab. England wird schließlich Argentinien mit einem Einwanderungsboykott bedrohen, weil es in dieser Hinsicht stets liberal war und immer Handelsinteressen über die Bevölkerungsinteressen stellte. Hemmend könnte eher die innere politische Lage Argentiniens auf die Einwanderung wirken. Parteistreitigkeiten und übertünchte Unwissenheit in den öffentlichen Ämtern halten die Bevölkerung ständig in Aufregung. Fortwährende Streiks bringen ein tiefes und allgemeines Mißtrauen in die Beständigkeit der allgemeinen Ordnung und des inneren Friedens. Auch die Geschäftslage zeugt von allgemeiner Unsicherheit. Die jetzige verfassungswidrige Handelspolitik wird eine allgemeine Stauung des Handels zur Folge haben, besonders auf dem Getreidemarkt. Dadurch wird ein gewaltiger materieller und moralischer Schaden ver-

ursacht. Als Maßnahmen zur Beiziehung erwünschter Einwanderer und zur Abhaltung unerwünschter schlägt er die Organisation des Proletariats vor. Das soziale Interesse wird dann die Notwendigkeit mit sich bringen, daß der Proletarier vom gegenwärtigen Zustand in einen höheren übergehe. Die bisherigen Gesetze der Defensa social seien unangebracht. Hemmend auf eine günstige Einwanderung wirken auch die steigende Lebensmittelerhöhung und die Verwässerung der Landesmünze mit Emissionen, die keine metallische Garantie haben.

Hart geißelt Frers die Art, mit der das schwierige Landproblem bisher aufgefaßt wurde. Der Staat hat Riesenkomplexe verkauft, hat sie aber nicht bevölkert. „So kommt es, daß dort, wo mindestens einige Millionen selbständiger Ackerbauern wohnen sollten, nur 300000 Einwohner aller Klassen hausen, während einige Wenige Latifundien besitzen, die mehr oder weniger unproduktiv sind. Das böse Beispiel wirkt von oben bis unten, von den Regierungen herab zu den Stadtverwaltungen und bis zu den Besitzern. Das Kolonisierungsprojekt, welches der Regierung eingereicht wurde, kann noch nicht als ein Fortschritt betrachtet werden. Aber die Gesetzgebung hätte die unumgänglich nötigen Verwaltungszweige längst regeln können, um den Einwanderer- und Kolonisationsstrom zu empfangen. Frers schlägt sodann die Gründung einer „Banco Colonizador de la Nacion“ und einer „Banco Agricola“ vor, die beide einander ergänzen müßten. Vorkehrungen zur Unterbringung der Ackerbau-Einwanderer müßten schleunigst getroffen werden. Dazu müsse abgestecktes, anbaufähiges Land mit genügenden Zufuhrstraßen vorgesehen werden. Während die Vereinigten Staaten von Amerika von 1870 bis 1906 fast 18 Millionen Einwanderer erhielten, erhielt Argentinien im gleichen Zeitraum nur 3142581. Dabei ist das Klima Argentinien mindestens ebenso gut, wie das der Vereinigten Staaten. Die vorhandenen Fiskalländereien sollten von Einwanderern in Wirtschaft genommen werden. Alles unbebaute Land müßte dem Sozialwerk der Bevölkerung und der Zivilisation angepaßt werden und in der Weise durchgeführt werden, daß möglichst viele Besitzer dieses Land bebauen können. Zum Schluß macht Frers Vorschläge zur Organisation der argentinischen Propaganda. Kanada könne hier als Vorbild dienen. Als „erwünscht“ wird dann jede Einwanderung bezeichnet, die das Land bebauen, die die Industrie verbessern und Kunst und Wissenschaft einführen und unterrichten will, d. h. die die von der Verfassung gestellten Bedingungen erfüllt. In der Rassenfrage müsse Brasilien, nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, als Vorbild dienen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Volkskalender d. Deutschtums i. Ausland 1920.

Einen trefflichen Einblick in das Gemütsleben der Auslandsdeutschen und zugleich in ihr nationales Empfinden und ihre politischen Anschauungen geben die Kalender der einzelnen Gruppen des Auslandsdeutschtums, die zum Teil interkonfessionell gehalten, zum Teil aber von Kirchengemeinschaften herausgegeben werden.

1. Kalender für die Deutschen in Brasilien 1920. Sao Leopoldo & Cruz Alta. Verlag von W. Rotermond.

Ein stattlicher Band von 330 Seiten, der nach zweijähriger Pause zum erstenmal wieder erschien. Die Ausführungen über den neuen Bundespräsidenten Epitacio da Silva Pessoa, dessen wohl gelungenes Bild den Kalender einleitet, geben ein interessantes Stück brasilianischer Zeitgeschichte. Hier wird

deutlich, wie dieser Präsident in den Ruf der Deutschfreundlichkeit kommen konnte. Ein Loblied auf die „Deutschen in Brasilien“ singt sodann der Präsident der brasilianischen diplomatischen Angelegenheiten und Verträge im Parlament Dunshee de Abranches, welcher vergeblich die brasilianische Neutralität zu verteidigen suchte. Er sagt von den Deutschen: „Nie hat ein hier ansässiger Ausländer oder ein direkter Nachkömmling anderer Nationen unserem Lande so viel Liebe und Opferfreudigkeit gezeigt wie der Deutsche oder der Deutsch-Brasilianer.“ „Die Deutschen haben stets glänzende Beweise ihrer Liebe zu dem Lande, in welchem sie mit ihrer Arbeit wirkten, gegeben.“ Instrukтив sind auch die Bilder aus dem brasilianischen Volksleben von Hans Steinkirch. Welche gewaltigen Änderungen die Neuzeit auch für den deutschen Unterricht mit sich brachte, berichtet C. F. Niederhut in seinem Artikel über die deutsch-brasilianische Landschule. Er beantwortet die Frage, was wir festhalten und was wir fallen lassen sollen: Festhalten wollen wir das, was Ewigkeitswert hat, fallen lassen die Form. Damit ist auch das Kleid der

deutschen Sprache gemeint. Scharf gezeißelt wird von einem erfahrenen Schulmann die Schulreform des Jahres 1911 im Staate Santa Catharina, welche besonders den Landschulen ungeheuren Schaden brachte. Das Gesetz vom 5. Oktober 1917, welches den Schulzwang einführt und dem Unterricht in der Muttersprache so gut wie keinen Raum mehr läßt und welches überhaupt als ein verfassungswidriges Gesetz bezeichnet werden muß, wird ebenfalls eingehend besprochen. Beide Gesetze wurden noch übertrumpft durch dasjenige vom November 1917, welches alle deutschen Privatschulen schloß und dadurch 15000 deutsche Kinder dem Analphabetentum auslieferte. Wenn Brasilien in dieser seiner Schulpolitik nicht bald Wandlung schafft, werden seine Bemühungen, deutsche Einwanderer zu erhalten, hoffentlich vergeblich sein. Denn im spanischen Südamerika sind die Deutschen in dieser Hinsicht besser versorgt und freieitlicher geleitet als in dem Portugiesisch sprechenden. Launige Geschichten, allerlei praktische Winke und Gedichte von Deutsch-Brasilianern gestalten den Kalender im übrigen zu einem echten deutschen Hausbuch.

2. **Uhles Kalender.** Schaltjahr 1920, Curityba, Paraná, bei A. Otto Uhle. 284 S.

Es ist der Kalender der Deutschen Paraná's. Das Titelbild zeigt eine einen reichen Früchtekorb tragende germanische weibliche Gestalt, welche von einem Balkon hinausschaut auf brasilianisches Ackerland, über das der deutsche Bauer seine Furchen zieht. Unter den „deutschen Poesien“ ragt das Gedicht von Maria Kahle und „An die deutschen Frauen“ hervor. Josef Winiger gibt eine Lebensbeschreibung des Generals Sutter unter dem Titel „Eine Auswanderertragödie“. Derartige Lebensbeschreibungen einzelner Auswanderer sind sehr zu begrüßen. Die zeitgeschichtlichen Betrachtungen treten warm für das Deutschtum ein. Der Kalendermann selbst beschreibt einen Besuch bei den deutschen Seeleuten auf der Blumeninsel bei Rio, welche dort während des Krieges interniert waren. Ihre glänzenden turnerischen Leistungen sind im Bilde festgehalten. Ein Verzeichnis der brasilianischen Inserenten, nach Staaten alphabetisch geordnet, macht diesen Band für jede Stellenvermittlung äußerst wertvoll.

3. **Deutsch-Chilenischer Kalender 1920.** Herausg. vom Deutsch-Chilenischen Bund. Valparaiso, Imprenta Victoria. 112 S. 8°.

Auch dieser Kalender erfüllt seine Aufgabe als inhaltreicher Familienbuch der Deutschen in Chile. Neben dem unterhaltenden und politisch unterrichtenden Stoffe erscheint der Aufsatz von Gotschlich: „Die chilenischen Siedlungsverfügungen und die Staatsländereien in bezug auf neue ausländische Kolonisationsanlagen“, besonders beachtenswert, weil er die gesamte bisherige Siedlungspolitik der Chilenen als einen großen Mißerfolg zeichnet, der daher kommt, daß die Gesellschaften, welche Landkonzessionen erhielten, die Besiedlungen des ihnen zugewiesenen Landes nicht durchführten. „Den Mädchen im Ausland“ singt Ohly, der „deutschen Frau“ Carl Drühl ein warm empfundenes Lied.

4. **Der Lutherische Kalender auf das Jahr unseres Heilandes 1920.** Herausgegeben von R. Neumann, Burlington (Jowa) 1920. 192 S. 8°. Lutheran Literary Board.

Dieser Kalender erscheint in diesem Jahr nicht nur wie bisher im Namen der Jowa-Synode, sondern zum erstenmal im Namen der vereinigten deutsch-lutherischen Synoden, welche sich in der Not des Krieges aus den vereinigten lutherischen Synoden der Vereinigten Staaten als deutscher Kirchenkörper herausgeschält haben. Mit dem Titelbild des guten Hirten hat er im ganzen sein Gewand festgehalten. Das Deutschtum der Vereinigten Staaten ist sich während des Krieges mehr und mehr seiner besonderen Aufgabe bewußt geworden. Davon zeugt der kurze Artikel: Die Aufgabe der Deutschen in der vereinigten lutherischen Kirche in Amerika. Hier wird allerdings betont, daß die deutschen Gemeinden und Synoden keine Sonderinteressen pflegen und pflegen wollen. Politische und kulturelle Ziele liegen ihnen fern. Sie wollen aber durch Vermittlung der deutschen Sprache den vollen Segen des Evangeliums weiter geben können. Stellt sich dann das Bedürfnis ein, daß die deutsche Sprache dabei ein Hindernis ist und neben ihr eine andere Sprache gebraucht werden muß, „so müssen und werden die deutschen Gemeinden bereit sein, um des Evangeliums willen dieses kleine Opfer zu bringen“. Der markige Artikel „Aus Welt und Zeit“ gewährt einen Einblick in das was die echten Deutsch-Amerikaner

während des Krieges zu leiden hatten. Die ganzen Heucheleien „des Menschenfreundes“ Wilson werden schonungslos an den Pranger gestellt. Der Verfasser E. Ortlepp findet warme Worte der Hoffnung, daß Gott das Land und Volk Luthers dennoch nicht verlassen und daß es sich mit seiner Hilfe aus dem Sumpf wieder emporarbeiten wird. Ortlepp schlägt zum Schluß die Bildung eines Vereins amerikanischer Nationalisten vor, an dem sich alle Protestanten deutscher Abkunft beteiligen sollen. Diese Vereinigung soll sich nicht mit Religion, Lehrfragen oder Kirchenangelegenheiten beschäftigen; ebensowenig mit Politik. Sie soll einfach Erziehungsarbeit tun.

5. **The Lutheran Church Year Book for 1920.** Rev. G. L. Kieffer, compiler, Rev. Ellis B. Burgess, editor. Philadelphia: The United Lutheran Publication House. 1920. 282, XIV S. 8°.

Im Unterschied von dem vorher besprochenen erscheint dieser Kalender in englischer Sprache. Er bringt rein sachlich eine Übersicht über die lutherisch-kirchliche Arbeit der Vereinigten Staaten von Nordamerika in ihren verschiedenen Zweigen, einschließlich der Inneren und Äußeren Mission, mit wertvollem statistischen Material und vor allem eine sehr praktische, zum Handgebrauch geeignete Liste lutherischer Geistlichen in Nordamerika und Kanada, einschließlich der deutsch-lutherischen Pastoren. Dabei ist bei jedem Geistlichen deutlich zu erkennen, welcher Synode er angehört. Persönlich urteilend Artikel enthält dieser Kalender nicht. Grisebach.

6. **Deutscher Volkskalender für die Iglauer Sprachinsel.** Herausgegeben und verlegt vom Deutschen Vereine für Iglau und Umgebung. Jahrg. 34, 1920. Geb. K. 4.50. Iglau 1920: Rippl.

Dem Iglauer Volkskalender liegt die besondere Aufgabe ob der von den Tschechen hartbedrängten deutschen Bevölkerung der Sprachinsel Freund und Ratgeber zu sein. Er erfüllt diese Aufgabe, indem er außer einem sehr ausführlichen, den lokalen Bedürfnissen Rechnung tragenden Auskunftssteil die Heimatgeschichte und engere Volkskunde mit besonderer Liebe pflegt. Alte Volks- und Kinderspiele, Reime, Sagen, Hausnamen, Kultur- und Lebensbilder aus der Vergangenheit seien angeführt. Ein Iglauer Kind, der Dichter Karl Hans Strobl, hat ein charakteristisches Kapitel aus seinem Roman „Verlorene Heimat, Jugenderinnerungen aus deutschem Ostland“ (Stuttgart: Lutz) beige-steuert. Sehr wertvoll ist die vollständige Übersicht über das deutsche Vereinswesen. So ist das mit sehr hübschen Abbildungen geschmückte Jahrbuch berufen der mehr als elfhundertjährigen Bergstadt außerhalb der Sprachinsel Freunde zu gewinnen.

7. **Südmark-Kalender auf das Jahr 1920.** (Band 23.) Ein Jahrbuch für Stadt und Land, geleitet von Karl W. Gawalowski. Graz: Deutsche Vereins-Druckerei und Verlags-Gesellschaft Graz.

Nachdem Teile Steiermarks mit so deutschen Städten wie Marburg an der Drau den Südslawen ausgeliefert sind, müssen Kärnten und die mittlere Steiermark die deutsche Wacht gegen Süden halten. So schlägt das neue Südmark-Jahrbuch mit Recht kraftvoll nationale Töne an, die aus der Liebe zu den wunderschönen heimatischen Alpenländern quellen. Für sie werben Dichter und Forscher wie O. Kernstock, Ida Maria Deschmann, H. Pirchegger und viele andere in Liedern, Erzählungen und Abhandlungen. Neben der Volks- und Landeskunde wird die politisch grundsätzlich wichtige Frage der Neugestaltung der deutschen Schutzvereine von Prof. Patterer weitschauend erörtert. In dem ansprechend ausgestatteten Kalender lernt man einen reichbegabten deutschen Stamm, der früher oder später in das große Reichshaus heimkehren soll und wird, von seinen besten Seiten kennen.

Bereits früher gewürdigt wurde von uns das treffliche, im Böhmerland-Verlag zu Eggr erschienene **Böhmerland-Jahrbuch für Volk und Heimat 1920** (s. die Besprechung in Nr. 8, 1920, S. 250 dieser Zeitschrift).

Hier sei auch der in Nr. 15, 1920, S. 477 angezeigte **Hilfsbund-Kalender 1920** (Verlag der Elsaß-Lothringischen Mitteilungen, Freiburg i. B.) erwähnt, der, ohne ein Volkskalender zu sein, den aus der Westmark vertriebenen, nun im Deutschen Reich weilenden Elsaß-Lothringern gewidmet ist.

Eine besondere Besprechung im Rahmen einer Literaturübersicht über die Nordmark haben wir in Aussicht genommen für das **Schleswig-Holsteinische Jahrbuch 1920** (Verlag von Paul Hartung, Hamburg). Der laufende Jahrgang dieses künst-

lerisch wie kulturgeschichtlich gleich bedeutsamen Jahrbuchs ist nach einem prächtig farbigen Kalendarium in seinem Textteil überwiegend dem heute zum Teil für uns verlorenen Nord-schleswig gewidmet. Kunstliebhabern und allen Freunden der Nordmark sei der friedensmäßig ausgestattete starke Quartband warm empfohlen.
Dr. Mannhart.

Bücher, Musikalien, Lehrmittel, Kunstblätter. Ein Verzeichnis, herausgegeben von 65 deutschen Verlegern. Im Herbst 1920. [Leipzig 1920]: Pöschel & Trepte. 287 S. 8°.

Der von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel herausgegebene Katalog will ein Wegweiser sein durch die wichtigsten Neuerscheinungen des deutschen Qualitätsbuches wissenschaftlichen und schöpferischen Inhalts, die in den Jahren 1914 bis 1920 erschienen sind. Er erfüllt diese Aufgabe in einer Weise, die erkennen läßt, welche hohen Leistungen der deutsche Verlag trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Art fähig ist. Besonders erfreulich ist die dem hohen Stand der deutschen Buchkunst entsprechende Druckausstattung. So ist das neue Verzeichnis berufen, auch im Auslande für deutsche Literatur und Kunst zu werben.
Dr. H. M.

Koch, Waldemar, Handelskrieg und Wirtschaftsexpansion. Überblick über die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Jena: Fischer 1917. VIII, 283 S. 8°. Mk. 5.50.

Das vorliegende Buch gibt eine Übersicht der zur Ab-sperrung Deutschlands vom Weltmarkt seitens seiner Kriegs-gegner bis zu Anfang des Jahres 1917 getroffenen Maßnahmen. Koch betont im Vorwort, daß „die Benutzung mannigfaltiger Nachrichten aus vielen einander oft widersprechenden Quellen es nicht unwahrscheinlich macht, daß gelegentlich unrichtige Meldungen verwertet wurden“. Ausführlich behandelt werden die wirtschaftlichen Kriegsakte Englands, Frankreichs, Italiens, Portugals, Rußlands und der Vereinigten Staaten von Amerika. In einem kurzen Abschnitt werden dann noch die gemeinsamen gegen Deutschland gerichteten handelspolitischen Bestrebungen dargelegt. Persönlicher Werturteile enthält sich der Verfasser.
H. Fehlinger.

Tornius, Valerian, Die baltischen Provinzen. Leipzig u. Berlin: Teubner 1915. 104 S. 8°. M. 2.—. (Aus Natur u. Geistes-welt. 542.)

Daß das Büchlein des bekannten Verfassers in 15 000 Bändchen in Deutschland verbreitet sein kann, spricht für seine Güte. Wenn es auch nicht mehr ganz stimmen mag, was der Ver-fasser in der Einleitung sagt, daß man über kein deutsches Gebiet außerhalb der Reichsgrenzen so schlecht orientiert sei, wie über die baltischen Provinzen, so ist doch jede weitere Aufklärung über auslanddeutsches Gebiet herzlich zu begrüßen. Im Baltikum hat sich manches geändert, das Wachstum der nationalen Staaten hat das Deutschum an Bedeutung verlieren lassen. Es besteht jetzt erst die Feuerprobe, ob seine Kultur auch in der fremden Zwangsherrschaft bestehen bleiben und verbender Art sein kann. Über ihre Grundlage aber wird man aus Tornius die nötigen Hinweise schöpfen können. Bedauer-lich ist nur, daß der Literaturnachweis am Schlusse etwas dürftig ist.
W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In einem Aufsatz in der „Deutschen Zeitung“ über „Aus-wahl und Vorbildung von Auslandsdeutschen“ fordert Dr. Paul Köhler, Flensburg, eine Ergänzung der Grundsätze in der Auswahl der Auslandslehrer. Scharfe Beobachtung und rasches Erfassen neuer fremdartiger Zustände und Zusammenhänge sei Vorbedingung; Gewandtheit im Gebrauch der Sprachen, ja so-gar journalistische Übung sei unerlässlich wünschenswert. Sprach-kenntnisse und Sprachbegabung falle entscheidend ins Gewicht, wie auch schon frühere Reisen im Auslande eine gute Empfeh-lung sein müßten. Das Studium des Auslandschulwesens sei dringlich zu empfehlen. Feinere Psychologie sei wünschenswert und stärkere Anpassung unserer Schule an den Geschmack der

Fremdvölker, wie das die Franzosen so meisterhaft verständen. Bei den einzureichenden Bewerbungen, die an das Auswärtige Amt gehen, seien zwei Bewerbungsarbeiten einzureichen, eine aus dem Gebiete des Auslandschulwesens und eine über einen Gegenstand des Landes, für das man sich bewirbt. Mindestens eine der Arbeiten sei in einer fremden Sprache abzufassen, denn wir gebrauchten die Kenntnis der Fremdsprachen im Gegensatz zum weltbesitzenden England für ein in der Welt kulturell erst werdendes Volk sehr. Wir brauchten auch eine spezielle Pädagogik jedes Unterrichtsfaches zur Ausnutzung jeder Möglichkeit deutscher Kulturpropaganda in der Auslandschule. Jedenfalls müsse der deutsche Auslandslehrer glänzend gerüstet an diese Aufgabe herantreten.

Einen Überblick über die **Entwicklung der deutschsprachigen Presse in den Vereinigten Staaten** gibt Dr. Fr. Glaser in Nr. 19, 1920, der Magdeburger Zeitschrift „Zeitungsv-erlag“. Danach sind die periodischen Veröffentlichungen in deutscher Sprache, die Anfang der 90er Jahre mit der Zahl von etwa 900 ihren Höhepunkt erreichten und zu Beginn des Krieges noch über 500 zählten, bis zum Kriegsende auf wenig mehr als 250 zusammengeschmolzen. Zu den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in den letzten 2 Jahren über 2000 amerika-nischen Zeitungen das Leben kosteten, kamen als Hauptursachen der politische und wirtschaftliche Druck der Regierung, die gewaltsame Unterdrückung durch willkürlich erlassene Gesetze der Einzelstaaten und der rohe Fanatismus, den namentlich die Bevölkerung, genauer gesagt, der Pöbel der West- und Süd-staaten an der deutschen Presse ausließ. Aber auch unpolitische Maßnahmen wie die Antialkoholgesetzgebung wirkten auf den Inseratenteil und damit auf die Lebensader der deutschen Zei-tungen ungünstig ein. Allen diesen Schädigungen fielen die politischen Blätter, darunter altangesehene Organe von mehr als hundertjähriger Geschichte, zuerst zum Opfer, während die Fach-blätter (etwa 120 von der Gesamtzahl von rund 250) eine größere Widerstandskraft zeigten. Letzten Endes hänge das Schicksal der deutschen Presse in den Vereinigten Staaten von der deutschen Einwanderung ab, mit der ihre Entwicklung im allgemeinen Schritt hielt.
Dr. H. M.

In der „Deutschen Politik“ kommt Dr. Grautoff in einem sehr bemerkenswerten Artikel auf die Frage der **Deutschen in Frankreich** zu sprechen. Er sagt da unter anderem, nachdem er die Verständnislosigkeit unserer früheren Vertreter für die Unterströmungen in der französischen Öffentlichkeit gegeißelt und betont hat, daß auch heute Unterströmungen vorhanden seien, die anders als die offizielle Meinung zu werten seien und die zur Versöhnung hinneigten, die aber auch die heutige offizielle Vertretung zu verstehen und zu erfassen nicht in der Lage sei:

„Die Stellung des Deutschums in Frankreich ist überaus traurig. Aus dem Straßenbild der Stadt sind alle Erinnerungen an deutsche Arbeit verschwunden. Was hinter den Fassaden noch an deutschem Besitz vorhanden ist, ist beschlagnahmt und wird auf Grund des Friedensvertrages liquidiert. Aber nicht nur das. Einige Deutsche haben nach ihrer Internierung in Frank-reich das Recht erhalten, sich wieder in Frankreich niederzulassen. Mit dieser Erlaubnis ist aber nicht ohne weiteres die Rückgabe ihres Besitztums verknüpft. Also auch sie müssen von vorn an-fangen und sich eine neue Existenz gründen. Einige stammen aus Elsaß oder Lothringen und sind durch den Friedensvertrag Franzosen geworden. Andere stammen aus Danzig oder aus sonstigen abgetretenen Gebieten und gehen ebenfalls dem Deut-schen Reiche verloren. Diejenigen aber, die aus deutschen Ge-

bieten stammen, die nicht abgetreten worden sind, haben kein Interesse daran, ihr Deutschtum auffällig zur Schau zu tragen; denn ihre Aufenthaltsbewilligung ist eine Art Gnadenakt der französischen Regierung. Auch diese Deutschen zählen infolgedessen kaum als Vertreter des Deutschtums mit.

Es bleibt ein kleiner Kreis von Deutschen, der sich heute um die deutsche Friedensdelegation schart. Hier treffen sich die Mitglieder der Delegation, die wenigen deutschen Journalisten und Durchreisende. Einige haben die schlimme Zeit von Versailles mitgemacht und sind von Anbeginn an in Paris. Die ersten bitteren Monate haben diesen Kreis in einem engen Gemeinsamkeitsgefühl zusammengeschlossen, was nicht zuletzt dem Leiter der Delegation zu danken ist. Die Hilfsbereitschaft in dieser ausländischen Mission ist größer, als man es an derartigen Stellen vor dem Kriege gewohnt war.

Es bleibt nur zu wünschen, daß, wenn die Friedensdelegation einmal aufgelöst wird, die Botschaft den Deutschen in Frankreich in gleichem Maße Aufmerksamkeit und Interesse schenkt, damit nicht Zustände einreißen, wie sie früher üblich waren. Jeder Deutsche, ob Abgeordneter oder schlichter Arbeiter, muß von auswärtigen Vertretern des Reiches gleichermaßen gut aufgenommen werden. Allerdings sollte auch jeder Deutsche, der heute ins Ausland geht, die Verpflichtung in sich fühlen, der Botschaft einen Besuch abzustatten. Gewiß, auch der Botschafter ist heute im Auslande nur ein kleiner Mann. Seine Empfehlung ist heute wertloser als früher; aber vielleicht kann der durchreisende Deutsche der Botschaft und damit seinem Vaterlande auf diese oder jene Weise nützlich sein. Die Wiederanknüpfung von Beziehungen ist ja heute hauptsächlich Sache einzelner Deutscher. Sie erfolgt am leichtesten auf wirtschaftlichen Gebieten.

In der Nr. 40 des 2. Jahrganges der Danziger Zeitschrift „Die Brücke“ finden wir einen Aufsatz von Oberpfarrer P. O. Ende über die „Naturgeschichte des Auslandsdeutschen“, in dem knapp und klar Ausgezeichnetes gesagt wird. Der Autor unterscheidet die „Draußenbleiber“ von denen, die wieder nach Hause kommen. Er legt dar, was diese Draußenbleiber, die wirklichen Auslandsdeutschen, draußen mit fremdem Volkstum in Berührung kommen und sich unwillkürlich seinen Sitten und Lebensgewohnheiten anpassen, wie sie trotzdem ernste deutsche Arbeitsmenschen bleiben, wie die Hauptsache ist, Geschäfte zu machen, Boden zu gewinnen, worunter aber das Ansehen des deutschen Namens nicht zu leiden braucht. Glänzendes hat der Auslandsdeutsche für die Volkswirtschaft seiner neuen Heimatländer getan, namentlich als Lehrer an fremden Schulen, weil er fremde Sprachen leicht lernt. Der Auslandsdeutsche ist, wie der Durchschnittsinlandsdeutsche, leicht zu regieren, politisch unreif oder gleichgültig, namentlich aber den politischen inneren Verhältnissen der alten Heimat fremd geworden. Aber er ist stolz auf seine eigenen Kultur- und Vereinsleistungen draußen und er lebt im stolzen Bewußtsein deutscher Leistungen, wie auch draußen noch der Ruhm deutscher Siege fortleuchtet und wie man sich sein Deutschtum etwas kosten ließ. Nur vereinzelt vergißt der Auslandsdeutsche seine Muttersprache, obgleich der Staat und das deutsche Volk sehr mangelhaft früher für die geistige Nahrung der Auslandsdeutschen sorgten.

„Der Reichsrat für das deutsche Schulwesen hat erst in den letzten Jahren vor dem Kriege die Million überschritten, und für deutsche Büchereien, Lesehallen, Hochschulvorträge und Kunstdarbietungen hat das Reich überhaupt nichts übrig gehabt. So ist es gekommen, daß die Geisteskost des Auslandsdeutschen

nicht gerade auf sehr hoher Stufe stand und steht. Nicht der geistige Wert des Buches, sondern die Reklame geschäftstüchtiger Verleger entschied über das, was der Auslandsdeutsche las. Die Eschstruth, die Courts-Mahler, Stilgebauers Romane eroberten sich ihren Platz auf seinem Bücherbrett. Die deutsche Dichtergedächtnisstiftung in Hamburg hat mit ihren Auslandsbüchereien hier erst eine schmale Bresche geschlagen. Mit der Musik- und Theaterpflege steht es nicht viel besser.“

Auf geistigem Gebiet waren wir trotzdem noch die Gebenden, auf wirtschaftlichem Gebiet aber meist die Empfangenden. Der Auslandsdeutsche ist der Pionier des deutschen Handels geworden, jetzt aber ist für viele die Zeit der Arbeit vorbei. Der Auslandsdeutsche lebt, in die Heimat vertrieben, kümmerlich und unerfreulich: „Er muß von Bureau zu Bureau laufen, Gesuch um Gesuch schreiben, um für seine Kriegsverluste eine knappe Entschädigung zu bekommen, und viele Monate vergehen, bis er nur eine bestimmte Aussicht oder gar einen Vorschuß auf seine Entschädigung erlangt. Inzwischen sind günstige Rückreisegerlegenheiten verpaßt oder geschäftliche Möglichkeiten unausgenutzt vorübergegangen, er aber trägt alles mit dem stoischen Gleichmut des viel Umhergeworfenen. Er hat warten gelernt, er verzagt nicht so leicht. Wir können viel von ihm lernen, diesem oft rassistisch schönen, beweglichen, mit leicht fremdländischem Akzent sprechenden stets verbindlichen Menschen. In der Auslandsluft, in den freieren Verhältnissen, bei meist besseren Lebensbedingungen, im steten Verkehr und Wettbewerb mit Menschen anderer Blutes und anderer Sprache, da wächst ein frischeres Geschlecht auf als in der mühsaldurchhasteten Heimat. Wie anders schaut er unsere Außenpolitik an, der die weltumspannende Macht Englands und seiner das Völkerurteil beherrschenden Presse aus unmittelbarer Anschauung kennt. Wie anders schätzt er aber auch unsere wirtschaftliche Zukunft ein, der deutschen Geist, deutsche Tatkraft und Ausdauer in stets siegreichem Wettbewerb mit den Kräften anderer Völker geschaut und deutsche Überlegenheit hundertfach erprobt hat. Er, der fremdländischen Schmutz und fremdländische Schlamperei zur Genüge ausgekostet hat, weiß, daß Deutschlands Aufstieg an dem Tage gesichert ist, wo alte deutsche Sauberkeit und Pünktlichkeit in Deutschland wieder das Szepter ergreift.“

Sie glauben noch an uns, alle die prächtigen Menschen zwischen Valparaiso und Tokio, Moskau und Neuyork. Werden wir ihren Glauben zuschanden machen? Wollen wir nicht mehr an uns selber glauben? Der Auslandsdeutsche sei uns eine Verkörperung deutschen Wollens, ein Symbol deutscher Hoffnung. Sie zu beleben, ist jetzt so nötig. Sie zu beleben, kann das Studium der Naturgeschichte des Auslandsdeutschen nur dringend empfohlen werden.“

In dem vom Grafen Ernst zu Reventlow herausgegebenen „Reichswart“ (Nr. 8 vom 20. November) schreibt ein ungenannter Autor vom rein politischen Standpunkte aus über: **Das Auslandsdeutschtum und die Außenpolitik.** Die Stärkung des Auslandsdeutschtums könne erfolgen moralisch, national, wirtschaftlich, numerisch und rassistisch. Dazu sei nötig eine starke und würdevolle Politik der heimischen Regierung, eine Unterlassung des ewigen Schuldbekenntnisses, ein stetes Betonen, daß wir den Vertrag von Versailles nicht als Rechtsgrundlage, sondern nur als Zwang anerkannten, und eine Verhütung der Demoralisation der Auslandsdeutschen. Der Fall Erzberger habe demoralisierend auf das Auslandsdeutschtum gewirkt. Mit der moralischen stehe die nationale Stärkung des Auslandsdeutschtums in engem Zusammenhang. Hier habe der Flaggenwechsel großes Unheil angerichtet. Man sollte ihn sofort wieder be-

seitigen. Der nationale Charakter der Schule müßte betont werden und die von Internationalismus angesteckten Lehrer an den Auslandsschulen müßten beseitigt werden. Es sei schamlos, daß der neue Direktor der deutschen Schule in Mexiko die seiner Obhut anvertrauten deutschen und mexikanischen Kinder die Marseillaise und die amerikanische Nationalhymne habe auswendig lernen lassen. Die Auslandsdeutschen müßten systematisch zur Mitwirkung an der Pflege des Nationalgefühls herangezogen werden, sie müßten gutachtlich gehört werden, man müßte sie zur Mitberatung für Botschafter, Gesandte und Konsuln heranziehen und ihre wirtschaftliche Existenz stärken. Auch der zu erwartende Auswandererstrom müsse sich um die Auslandsdeutschen herumgruppieren, um diese numerisch und rassisch zu stärken.

Die soeben erschienene Nr. 12 des „Auslandsrechts“, Organ des „Instituts für ausländisches Recht beim Reichsverband der Deutschen Industrie“, mit der der erste Jahrgang schließt, enthält drei wichtige französische Gesetze (über Abänderung der Höhe des gesetzlichen Zinsfußes, Bekämpfung des Bestechungs- und Schmiergelderunwesens sowie über die Ausweiskarte von Handelsreisenden und Geschäftsvertretern), ferner ausführliche Berichte über die österreichische privatrechtliche Gesetzgebung des Jahres 1920, über den polnischen Zolltarif und die polnische Anleihe (die für den deutschen Eigentümer in Polen befindlicher Werte besonderes Interesse haben), über das neueste Sonderrecht des besetzten Rheinlandes, über das spanische Handelsregister. Den Beschluß bildet ein Aufsatz über die Errichtung von Aktiengesellschaften nach niederländischem Recht unter Beigabe eines vollständigen Protokolls über den Gründungshergang.

„Wir und die Deutschen“ nennt Professor Leopold Kronenberg einen Aufsatz in der polnischen Zeitschrift „Nowe Tory“, der, wie wir der „Lodzer Freien Presse“ entnehmen, sich bemerkenswert über das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ausspricht. Er verweist auf die noch ungeklärten politischen Verhältnisse und auf das Beispiel der Schweiz, in der drei Nationalitäten friedlich und glücklich beisammen lebten, was sie nur gegenseitiger Toleranz verdankten. Die Polen dürften den Fluch des preußischen Hakatismus nicht auf sich nehmen. Die Deutschen in Polen wünschten ein gutes Zusammenleben mit den Polen und wollten gute Staatsbürger sein. Die Polen müßten danach streben, daß alle polnischen Staatsbürger jeglicher Nationalität sich in Polen glücklich und zufrieden fühlten. Man wohne zusammen, sei aufeinander angewiesen und brauche deshalb keinen scheidenden Haß.

Mannhafte Worte findet in einem Abschiedsartikel in der „Bromberger Rundschau“ der von den Polen des Landes verwiesene frühere Geschäftsführer der deutschen Vereinigung, Wolf Kuhlwein. Er rät zu kraftvoller, nicht zu schmeichlerischer Politik den Polen gegenüber. Die Deutschen sollten sich an den Mitbürgern polnischer Nationalität ein Beispiel nehmen. Sie hätten gezeigt, was nationales Bewußtsein und nationaler Glaube vermöchten. Das Deutschtum müsse eingedenk der Tatsache sein, daß es eine Minderheit bilde und müsse loyal seinen Pflichten nachkommen. Das werde in einem Nationalstaate wie Polen selbstverständlich zu Reibungen führen, aber nur dann werde es zu dem so oft von den Polen zum Grundsatz erhobenen Programm des Ausgleichs der Nationalitäten kommen, wenn die Staatsangehörigen polnischer und deutscher Stammeszugehörigkeit sich einander als gleichberechtigte Faktoren die Hand reichen können zum Aufbau des Staatswesens, das ihre Heimat ist. Beim Verlassen des Landes möchte ich allen deutschen Volksgenossen noch einmal zurufen: Nicht gegen Polen, aber für das Deutsch-

tum in seiner Gesamtheit! Helft das Land, das euch geboren, aufbauen, wirkt mit an seinem Gedeihen, aber gedenkt, daß ihr Deutsche seid. Wahrt eure Rechte mit allen gesetzlichen Mitteln. Das aber könnt ihr nur, wenn ihr unter euch einig seid!“

Deutsches Geistesleben in Großrumänien.

Das heutige Rumänien umfaßt in seinen neuen Grenzen mehr als eine Million Staatsbürger deutscher Abstammung, die trotz ihrer geographischen Zersplitterung zum kulturellen Zusammenschluß drängen. Ihre Führung hat naturgemäß der seit dem Mittelalter straff organisierte und seiner kulturellen Sendung in Südosteuropa bewußte Stamm der Siebenbürger Sachsen übernommen. So ist auch im siebenbürgischen Hermannstadt der geistige Mittelpunkt geschaffen worden, in dem sich die künstlerischen und literarischen Interessen der Deutschen Großrumäniens sammeln: die neue Zeitschrift „Ostland“, Monatschrift für Kultur der Ostdeutschen, trefflich geleitet von dem bekannten Literaturhistoriker Dr. Richard Czaki, verlegt von dem altangesehenen, um die Wissenschaft und das Volkstum Siebenbürgens hochverdienten Hermannstädter Verlage Wilhelm Krafft. Das gesamte kulturelle Leben, schöne Literatur und bildende Künste, Theater-, Musik- und Vortragswesen, Volkskunde und Kunst, Orts- und Stammesgeschichte, Presse, Vereine und zeitgenössisches Schrifttum werden in seltener Vielseitigkeit und Gediegenheit gepflegt. Auch die Bestrebungen, für die Deutschen Großrumäniens eine eigene Universität zu gründen, werden im Zusammenhang mit den Hermannstädter Hochschulkursen eingehend gewürdigt. Buchschmuck und Notenbeigaben erhöhen den Wert der Zeitschrift, in der die Ostdeutsche ihren besonderen „Kunstwart“ erhalten haben.

Neue Zeitungen.

„Medizinische Blätter für Auslandsdeutsche, Monatsschrift für Gesundheitspflege und hygienische Technik, Organ des Verbandes deutscher Kolonial- und Auslands-Ärzte“, nennt sich eine neue Zeitschrift, die Medizinalrat Prof. Dr. Külz in Hamburg im Verlag von Fr. W. Thaden herausgibt. In einem Einführungsartikel betont er, wie wertvoll die deutsche Arbeit in der Welt sei und wie wichtig es ist, auch in der Fremde gesunde deutsche Knochen und einen klaren Kopf mit gesunden Gedanken zu erhalten. Diesem Ziele zuzustreben will das Blatt ein Helfer sein. Dem vorbeugenden Wesen der Hygiene entsprechend soll in Hilfe und Rat der Nachdruck auf das Gesundbleiben gelegt werden. Es soll aber nicht versäumt werden, dem in der Fremde ohne Arzthilfe Erkrankten zum Wiedergesundwerden zu verhelfen. Beruf, Haus und Familie, Klima und Seuchenwesen, erste Hilfe bei Unglücksfällen, all das soll in der neuen Zeitschrift behandelt werden. Der Hygieniker im Ausland wird vielleicht am schnellsten der Pionier deutschen Wesens werden können. Auf der Brücke, die er schlägt, sollen andere wieder den Weg in die Fremde finden und vor allen Dingen soll das die deutsche Industrie, die mit der Arbeit des Hygienikers in Zusammenhang steht. Das Heft enthält ferner einen Aufsatz über die Abhängigkeit des wirtschaftlichen Erfolges von gesundheitlichen Bedingungen im Ausland und ein Mahnwort an die deutschen Geistlichen und Lehrer, auf die Gesundheit ihrer Schutzbefohlenen zu achten. Es werden Lehren für Verhütung und Bekämpfung der Malaria des Kolonisten gegeben und es folgt eine Übersicht über die tierischen Feinde der menschlichen Gesundheit im Ausland. Professor Dr. Klaus Schilling, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Kolonial- und Auslandsärzte, der in dem Heft sein Programm veröffentlicht, schreibt einen Artikel über die Aussichten der Auswanderung für deutsche Ärzte. Es folgen Ratschläge

zur Hygiene und bei plötzlichen Erkrankungen und Unfällen und eine Bücher- und Zeitschriftenschau für das gesamte Gesundheitswesen der Auslandsdeutschen, wie auch eine fachwissenschaftliche und technische Umschau für den Auslandsarzt, denen

sich wertvolle bibliographische Notizen über medizinische Neuerscheinungen anschließen. Im Anzeigenteil wird eine Wohnungstafel deutscher Kolonial- und Auslandsärzte gegeben und es werden Auskunftsstellen für Auswanderer genannt.

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge.

Seit unseren letzten Bekanntmachungen in Nr. 22 und 23 des „Auslandsdeutschen“ sprach in unserem Vortragszyklus in Stuttgart Herr Oberstleutnant a. D. von Kiesling-Dachau bei München über: „Das Deutschtum in Chile“. Der Vortragszyklus in Ulm wurde mit einem Vortrag des Herrn Karl Schwantes über: „Argentinien“, der Zyklus in Heilbronn mit einem Vortrag des Herrn Schriftleiters Ankenbrand über: „Die Singhalesen auf Ceylon“ und die Vortragsreihe in Heidenheim mit einem Vortrag des Herrn Dr. Schottländer-Stuttgart über: „Das Deutschtum im neuen Staate Eesti“ und einem solchen des Herrn Ankenbrand über: „Ceylon, Land u. Leute fortgesetzt. In München sprachen in dem Vortragszyklus in der Universitätsaula Major Holländer über: „Erinnerungen an unser Deutsch-Südwestafrika“, Oberstleutnant a. D. von Kiesling über: „Die russische Frage“, Privatdozent Dr. Karl Haushofer-München über: „Der Eintritt des Stillen Ozeans in Weltpolitik und Weltwirtschaft“ (an welchen Vortrag sich eine anregende Diskussion anschloß), Graf Marogna-Redwitz über: „Die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland“, Dr. von Niedermeyer über: „Das Hochland von Iran“. Im Einverständnis mit der Universität in Tübingen begann ein neuer Vortragszyklus, den unser Vorstandsmitglied Professor Dr. Uhlig leitet. Es sprachen bis jetzt Herr Handelsschuldirektor Messerschmidt-Hamburg über: „Das Deutschtum in Venezuela“, Herr Direktor Oehler-Schloß Serach über: „Deutsche Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten in Jugoslawien“ und Herr Oberstleutnant a. D. von Kiesling-Dachau über: „Das Deutschtum in Chile“.

In Stuttgart sprach der Leiter unserer Rechtsberatungsstelle, Rechtsanwalt Dr. Geist, vor der Reichswehr über: „Das Baltikum als Kolonialland“ und im Evangelischen Volksbund der Paulusgemeinde über: „Deutsche Arbeit im Baltenlande“, der Leiter der Auswandererberatungsstelle, Pfarrer Grisebach, bei einem Gemeindeabend der Heilandskirche über: „Auswanderer-Not und Auswandererfürsorge“, im Württembergischen Baumeisterverein über: „Die Arbeiten des Deutschen Ausland-Instituts und die Auswanderungsaussichten für Baumeister und Techniker“, und im Evangelischen Volksbund Pfenningen über das Thema: „Sollen wir auswandern und wohin?“. Der Leiter der Ostasienabteilung, Herr Lamberts, behandelte in einem Vortrag vor den Hörern der Baugewerkschule das Thema: „Japans wirtschaftliche und politische Entwicklung“. Generalsekretär Dr. Wertheimer sprach in Nürnberg in der dortigen Geographischen Gesellschaft über: „Deutsche Aufgaben in China“, und in Pforzheim im Kaufmänni-

schen Verein über: „Auslandsdeutschtum und Weltwirtschaft.“

In Stuttgart haben wir nach langen Vorbereitungen und Besprechungen mit Lehrern und Schülern einen Kurs von 9 Vortragsstunden eröffnet, der dazu bestimmt ist, die älteren Schüler der Mittelschulen in Lichtbildervorträgen mit besonderen Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandkunde vertraut zu machen. Für das Wintersemester 1920/21 wurde beschlossen, den nahen Osten zu behandeln, zu Beginn des Sommersemesters soll sich ein Kursus über den fernen Osten anschließen. Die Vortragsreihe wurde von Herrn Rechtsanwalt Geist mit einem allgemeinen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Entwicklung des Baltikum“ eröffnet. Ein Vortrag Dr. Schottländers über: „Estland“ schloß sich an.

Alle diese Vorträge waren außerordentlich stark besucht und zeugten von einem regen Interesse, das man den Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandkunde immer mehr entgegenbringt.

Das deutsche Schrifttum im Auslande.

Das Deutsche Ausland-Institut ist die Zentralstelle für alle wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bestrebungen des Auslandsdeutschtums und seiner Verknüpfung mit der Heimat. Seine Bibliothek und seine Archive sammeln das gesamte gedruckte wie auch handschriftlich zu erreichende Material, das über die Beziehungen des Auslandsdeutschtums zu fremden Ländern Aufschluß gibt. Schon jetzt zählt die Bücherei über 7000 Bände, die Archive haben über 6000 Drucksachen von Vereinen gesammelt, über 100 auslandsdeutsche Zeitungen gehen regelmäßig ein. Jeder Auslandsdeutsche kann an der Vervollständigung dieses schönen und großen, wirtschaftlich wie wissenschaftlich bedeutenden Zieles mitarbeiten, indem er aus seinem Besitze Drucksachen und Satzungen, Programme und sonstige Schriften von Vereinen, deutschen Tages- und Gelegenheitszeitungen aus dem Auslande, Broschüren und Bücher dem Institut überläßt, das für jede Gabe dankbar und gern bereit ist, seinen „Auslandsdeutschen“ die größte und bedeutendste Zeitschrift für Auslandsdeutschtum als Gegengabe zu übermitteln. Zuschriften erbeten an das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, Neues Schloß.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Kaufmann wünscht Vertretungen reichsdeutscher Firmen für Kongreßpolen zu übernehmen. Erstklassige Referenzen stehen zur Seite. Gefl. Angebote unter „Kaufmann-Polen“ an die Exp. des „Auslandsdeutschen“ erbeten.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 8. Dezember 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck Greiner & Pfeiffer Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. III — Nr. 25

STUTTGART

Sonderheft 1920

Deutsche im In- und Ausland!

Aus tiefer Erkenntnis lang versäumter Pflichten heraus ist das Deutsche Aus-land-Institut Stuttgart gegründet worden. Weitherzige Spenden ermöglichten es, den Grund zu legen zu einem großzügigen Unternehmen. Aber erst der Grundstein ist gelegt. Den Bau zu fördern und zu vollenden, der hier begonnen ward, bedarf es dauernd bedeutender materieller Hilfe, Hilfe von Euch allen. Ihr, die Ihr eingesehen habt, daß schwere Fehler früherer Zeiten gut gemacht werden müssen, daß hier eine nationale Pflicht im höchsten Sinne zu erfüllen ist, tragt bei zu dem Bau, der ein Stück Wiederaufbauarbeit darstellt nach dem Verhängnis, das über unser Land hereingebrochen ist. Der Auslandsdeutsche war der Pionier des deutschen Außenhandels, der deutschen Größe, der Achtung vor dem deutschen Namen. Um es wieder werden und sein zu können, bedarf es eines Rückhalts — den will das Institut ihm geben. Es ist genug ge-redet worden darüber, daß der Deutsche in der Fremde allzu rasch in fremdem Volks-tum versinkt. Woran lag es? Daran, daß die Heimat ihrer Söhne vergaß. Laßt uns nun Taten sehen! Leset unsere Zeitschrift, werdet Mitglieder unseres Instituts, fördert uns, tragt bei zu unserer Arbeit, damit wir unserer großen Aufgabe genügen und das werden können, was unsere Brüder im Ausland von uns verlangen: Ein Denkmal deutschen Fleißes, deutscher Leistung, ein Quell der Kraft für die, die draußen für Deutschlands Namen kämpfen, ein Born des Erinnerns für die, die zurückbleiben und in der Heimat die Früchte deutscher Auslandsarbeit genießen. — Helft uns mit Euren Gaben von drinnen und draußen. Eure Mittel dienen einer gemeinnützigen Arbeit. Je reicher Eure Hilfe, desto größer der Segen, der aus unserer Arbeit fließen wird.

Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, Generalsekretär des D. A. I.

Allgemeines.

Das Deutsche Ausland-Institut ist nach eingehenden Vorbereitungen im Januar 1917 begründet worden.

Als das Institut mit einer gewissen Feierlichkeit ins Leben trat, als der König von Württemberg sich mit lebhafter Teilnahme um die Arbeiten kümmerte und die deutschen Fürsten und Regierungen, Parlamente und Wirtschaftsvertretungen den Gedanken dieser Gründung begrüßten, da ahnte man wohl kaum, welche Entwicklung ihm bevorstand. Es war aber auch nicht Sache der Männer, die hinter der Idee standen, die Schwierigkeiten der Ausführung zunächst in den Vordergrund zu stellen, sondern sie wollten praktischer Arbeit dienen. War doch auch der „Württembergische Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“, in dessen Kreisen der Gedanke des Instituts groß ward, als kleiner Verein begründet worden und hatte es dank der ungewöhnlichen Leistungsfähigkeit seiner Vorstandsmitglieder, des verstorbenen Grafen Karl von Linden und des Herrn Konsul Theodor G. Wanner, in zäher Arbeit zu einem der größten und schönsten Völkermuseen gebracht, die Deutschland kennt, zu jenem Linden-Museum, das noch heute seinen schönen Vortragssaal in dankenswertester Weise für die Vortragsveranstaltungen des Instituts zur Verfügung stellt.

Hier im Linden-Museum war im ersten Jahre die Bücherei des Instituts untergebracht, die übrige Arbeit ward in bescheidenen Privaträumen des Herrn Konsul Wanner geleistet, der bei der Gründung und Wahl des Vorstandes an die Spitze des Vorstands berufen ward, wie ja auch schon die ganzen Gründungsarbeiten in seiner Hand gelegen hatten. Das Gewand wurde zwar immer enger, die Raumbeschränkung hemmte jede Entwicklung, die Unmöglichkeit, Bibliothek und übrige Arbeit des Instituts in gemeinsamen Räumen zu vereinigen, wirkte lähmend — aber es wurde doch viele und gute aufbauende Arbeit geleistet, bis es durch die Weitsicht und das Entgegenkommen der württembergischen Regierung gelang, in dem durch die Revolution zu anderen Zwecken freigewordenen Residenzschloß große und schöne Räume für das Institut zu erhalten. Im Nordflügel, der an das Kunstgebäude anschließt, wurden dem Institut einige 30 Räume überlassen, die zuletzt als Wohnräume des Königs Karl benutzt worden waren, und dann dem Intendanten des Theaters und später dem österreichischen Konsulat zu einem kleinen Teil gedient hatten, sonst aber unbenutzt standen. Künstlerische oder bauliche Werke von Wert und Rang sind gerade in diesen Räumen nicht oder nur in geringem Maße vorhanden, und so bedeutete es keine Profanierung, wenn in diesen Räumen ein Institut sich ausbreitete, das ganz wie die ehemaligen Besitzer selbstlos und aufopfernd nur ein Ziel kennt: Das Wohl des Volkes, und das sich gemeinnützig und kostenlos in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Als das Institut mit seinem bescheidenen Mobiliar im Mai des Jahres 1919 in diese hohen und großen Räume zog, aus denen natürlich aller königliche und staatliche Besitz bis auf die Kronleuchter entfernt war — nur vier Schränke, die zu groß waren, als daß man sie hätte herausnehmen können, sind an ihren Plätzen verblieben —, da verschwand diese Kleinigkeit in der riesigen Umgebung, und man konnte fragen, nicht, was das Institut mit den Räumen, sondern was die Räume mit dem Institut vorhätten. Und heute sind sie angefüllt mit wertvollem und reichhaltigem Material

und sind schon eng und knapp geworden für die 70 Mitarbeiter und für die zahllosen Schränke, die Karten, Bilder und Lichtbilder, Bücher und Drucksachen, Kartotheken und Zeitungsmaterial, Archive und Akten enthalten. Aber dank dieser Voraussicht der Regierung ist es gelungen, ein Institut zu schaffen, das seiner Aufgabe gerecht werden und Nützliches leisten kann.

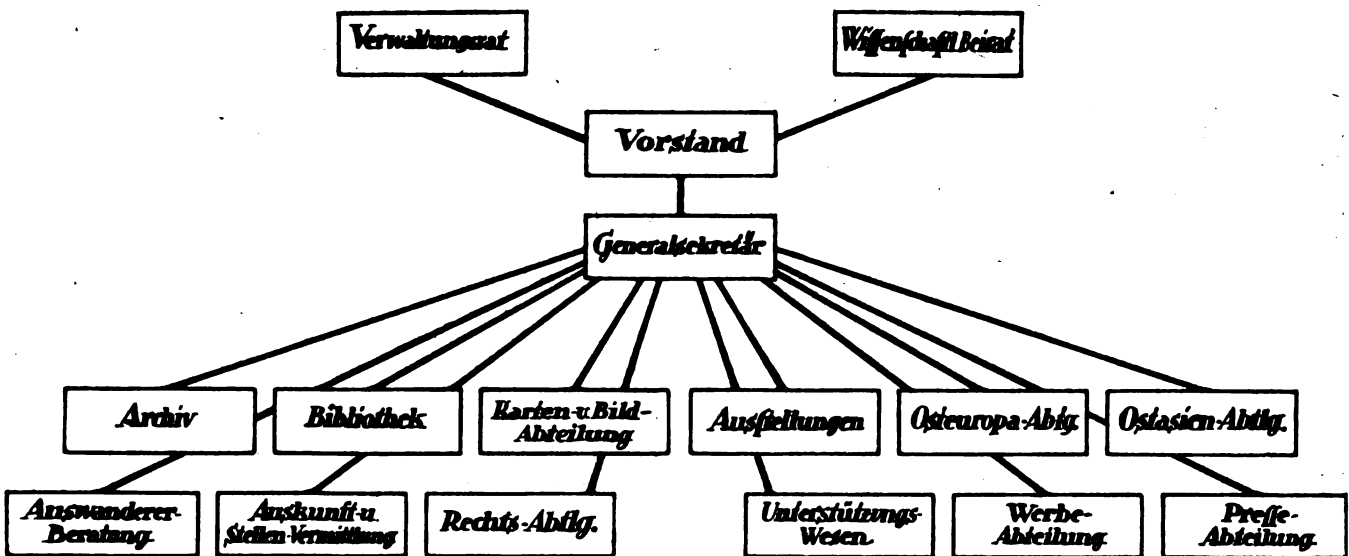
Man fragt uns des öfteren, wie dieses Institut gerade nach Stuttgart komme, wo es doch in der Zentrale des Reiches, in Berlin, oder in einer der Hansestädte, von denen aus deutscher Handel und deutsche Schifffahrt ihren Weg nehmen, besser untergebracht sei. Hier spielen nicht etwa nur die Zufälligkeiten eine Rolle, daß die Personen, die den Gedanken der Gründung hatten, gerade eben in Stuttgart saßen, sondern vor allem der Wunsch, daß ein solches Institut, das dem Wohle des Auslandsdeutschtums und des ganzen Volkes dienen sollte, auch in der Landesbevölkerung einen festen Boden und Rückhalt haben sollte, daß es fest verwurzeln sollte mit diesem Boden, aus dem es stets neue Kraft und Anregung zu saugen hätte und dessen Nährkraft es nicht entraten könne. Württemberg ist das klassische Land der Auswanderung. Die Völkerwanderungen, die sich nach dem Osten ergossen, die in die Ukraine, in die Krim und den Kaukasus sich erstreckten, die nach Ungarn und Österreich flossen, sind größtenteils in Württemberg entsprungen. Aber auch unter den Reichsdeutschen im Ausland, die hinauszogen, um kaufmännischem Erwerb draußen zu dienen und deutsche Waren zu vertreiben, sind die Württemberger in prozentual beträchtlich höherem Umfang vertreten als andere Länder des Reiches. Es gibt kaum eine Familie in Württemberg, die nicht verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen hätte zu deutschen Bauern oder Kaufleuten in aller Welt! Und so ward es als eine Ehrenpflicht für Land und Volk Württembergs, auch vom Reich und den mitbegründenden Bundesstaaten angesehen, daß Württemberg auch die zentrale Fürsorge für die Auslandsdeutschen und damit die Pflicht der Erhaltung guter kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu ihnen übernehme. Dieser Pflicht unterzog man sich gerne, und so wurde das Institut bodenständig im Schwabenlande, aber als ein Reichsinstitut, das der Pflege und Mitarbeit des Reiches und seiner Behörden, des deutschen Volkes und all seiner Teile nicht entraten konnte und wollte, und das von Württembergs Hauptstadt seine Fühler in alle Welt strecken und den Deutschen in allen Winkeln der Erde seine hilfreiche Hand reichen wollte.

Dem Institut konnte dank der Fürsorge der württembergischen Regierung eine Form und Verfassung gegeben werden, die aufs glücklichste das Notwendige mit dem Nützlichen vereint. Durch Erlaß des Königs wurde das Institut als Anstalt des öffentlichen Rechts anerkannt und als solche der dienstlichen Oberaufsicht des Kultministeriums unterstellt. Es bleibt aber in seiner Arbeit und Betätigung ein freier Verein, der seine Mitarbeiter und Gönner, Freunde und Mitglieder in weitesten Kreisen suchen konnte und dem die Mitglieder allezeit in reichem Maße die Mittel zufließen ließen, die in so stark wachsendem Umfange nötig waren, um die Aufgaben zu erfüllen. Der Charakter des Instituts als Anstalt des öffentlichen Rechts unterstreicht die Gemeinnützigkeit der Leistungen, die frei von jeder Be-

Teiligung an irgendwelchen geschäftlichen Unternehmungen, an irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Bestrebungen sind und gehalten werden und die in völlig unentgeltlicher und kostenloser Hilfe für jedermann stets ihr oberstes Ziel haben, bedingt auch, daß Vorstand und Verwaltungsrat, wissenschaftlicher Beirat und Ausschuß satzungsgemäß ohne jedes Entgelt dem Institut ehrenamtlich ihre Dienste leihen. Nicht nur dieser aufopfernden Mitarbeit ist dabei zu gedenken, sondern auch des großen Netzes von Vertrauensleuten im In- und Ausland, die in gleicher Selbstlosigkeit sich dem Institut widmen und die ihm in reichem Maße ihre Erfahrungen und Kenntnisse, ihre Beziehungen und Verbindungen jederzeit zur Verfügung stellen.

Über die Organisation des Instituts unterrichten die Satzungen, die in ihrer durch die Beschlüsse von Verwaltungsrat und Ausschuß vom 15. Mai 1920 um ein Geringes veränderten Form in diesem Hefte abgedruckt sind. Ein Verwaltungsrat, der Vertreter der Regierungen und Parlamente, der Wirtschaftskörper und Vereinigungen enthält und in den der Ausschuß weitere Mitglieder beruft, überwacht die Arbeiten, die vom Vorstand und insbesondere von seinem Vorsitzenden geleitet werden.

Dem Vorstand untersteht der Generalsekretär, unter dem die einzelnen Abteilungen arbeiten, wie es das nachfolgende Schema veranschaulicht:



Bibliothek	siehe Seite 774	Ostasien-Abteilung	siehe Seite 781	Rechtsberatung	siehe Seite 786
Archiv	776	Museum u. Ausstellungen	781	Unterstützungs-wesen	787
Karten- und Bildabt.	779	Auskunfts- u. Vermittl.-St.	782	Presse-Abteilung	788
Osteuropa-Abteilung	780	Auswand.-Beratungsstelle	785	Werbe-Abteilung	789

Das Deutsche Ausland-Institut hat zwei Hauptaufgaben: Dem Auslandsdeutschtum und der Verbindung zwischen Ausland und Heimat zu dienen und seine Interessen zu fördern, und dann Auslandskunde zu verbreiten. Beide Ziele stehen in untrennbarer Verbindung. Man kann das Auslandsdeutschtum, seine Kultur und seine Wirtschaft nicht begreifen, wenn man das Wirtsvolk, unter dem die Auslandsdeutschen als Gäste leben, nicht kennt und nicht versteht. Man kann z. B. den deutschen Handel in China und seine Besonderheiten nicht in seinen Wirkungen erfassen und seine Ausbaumöglichkeiten nicht verstehen, wenn man nicht die Chinesen, ihre Sitten und Gebräuche, ihr Denken und Fühlen berücksichtigt. Die Auslandskunde ist ja an sich ein unendlich weites Gebiet, dessen Grenzen kaum zu bestimmen sind, geographische Gesichtspunkte spielen hier eine ebenso große Rolle wie politische, kaufmännische Studien liegen in ihrer Pflege eben so begründet, wie psychologische Forschungen. Auslandskunde in diesem allerweitesten Sinne des Wortes wird an unzähligen Stellen des Reiches getrieben. Das Institut selbst will hier nicht oder doch erst in zweiter Linie selbst Forschertätigkeit ausüben. Es will mehr Vermittler der Forschungsergebnisse an breiteste Volksschichten sein, es will diejenigen Dinge zur Kenntnis und Erkenntnis eines Landes zusammenfassen, die notwendig sind, um das Auslandsdeutschtum in ihm zu verstehen und zu pflegen, es will Beziehungen zum Auslandsdeutschtum

und seiner Arbeit aus der Auslandskunde herausziehen und zur Klärung beitragen, kurzum, es will Auslandskunde treiben, soweit das zur Förderung des Auslandsdeutschtums nötig ist. Wenn man die Lage der deutschen Bauern in der Ukraine darstellen will, wird man an der Gestaltung des Bodens, dem Reichtum an Bodenschätzen, der landwirtschaftlichen wie industriellen Produktion, wie an der geistigen und körperlichen Beschaffenheit der eigentlichen Landeseinwohner nicht vorbeigehen dürfen. Wenn man studieren will, wie sich das deutsche Element in Arbeit und Wirtschaft, Sitten und Kultur, Religion und Gemeinschaftsleben erhalten hat, wird man die Stärke des eigenen geistigen Lebens der Ukrainer, ihr Volksleben, ihre Kirche, ihre geistige Beschaffenheit wie ihre wirtschaftlichen Methoden nicht außer acht lassen dürfen. Will man nun gar das deutsche Element in diesem Lande museal schildern; ein plastisches Bild vom täglichen Leben in Haus und Feld, in Geisteskultur wie in wirtschaftlicher Betätigung geben, so verleiht erst die landeskundliche Umrahmung dem Bilde Form und Inhalt, Leben und Bedeutung. Die Auslandskunde in jeder Form ist uns also willkommene Hilfe zur Erfüllung unserer Aufgabe und ermöglicht uns erst die richtige Erkenntnis.

Aber das Wesentliche bleiben die deutschen Menschen. Das deutsche Volk zählt an die 100 Millionen, von denen nur über 60 Millionen innerhalb der Reichsgrenzen wohnen. Es ist beschämend, wie wenig man diese Tatsache und ihre Folgen

innerhalb des Reiches und seiner Angehörigen kannte und kennt. Welche Zusammenhänge bestanden noch zwischen Württemberg und seinen Bauernsöhnen, die von 1780 bis 1804 nach der südrussischen Steppe wanderten? Als sie auswanderten, galten sie schon in der Welt als hervorragende Kulturpioniere; sie kamen in ein Land niederer Kultur und hielten ihre eigene hoch. Aber sie verloren den Zusammenhang mit der Heimat, an deren sozialen wie wirtschaftlichen Fortschritten sie nicht mehr teil hatten, und so blieben sie, in zähem Festhalten an dem von den Vätern Überkommenen, in ihrer Kultur der Urväter zwar immer noch überlegen der Kultur ihrer Umwohner, die zu sich heranzuziehen sie nicht vermochten, noch konnten, aber weit unterlegen gegenüber dem Stande der Heimat. Fürwahr, ein tragisches Schicksal, das nicht erträglicher wirkt, wenn man schon weiß, daß es materiell diesen Menschen bis zum Kriege recht gut ging und daß sie wirtschaftlich schön vorangekommen, ja in unserem Sinne reich geworden waren. Es bestand kein geistiger Austausch, man kannte kaum mehr die heimatlichen Erinnerungen und verwandtschaftlichen Bindungen, es gab keine Beziehungen mehr, man las kaum Heimatzeitungen, die Russifizierung hatte diese Leute staatsrechtlich zu Russen gemacht, ohne an der Kultur der zähen Schwaben etwas ändern zu können, aber der abgesplitterte Teil des deutschen Volkes lebte ein Leben, das dem der Heimat fremd und unbekannt war. Geistiger Austausch hätte sie befruchten können, Menschaustausch hätte sie beleben können, wirtschaftliches Heranziehen hätte ihre reichen Fluren zur Ernährung der Heimat mit erschließen und in ihren Kreisen selbst deutschen Waren ein dankbares Absatzgebiet schaffen können — nichts dergleichen geschah. Sie waren staatsrechtlich „Russen“ geworden, „Ausländer“ — Vergessene.

Das deutsche Volk war beschäftigt mit seinen eigenen Angelegenheiten. Die Zeit nach 1870/71 mit ihrer Hochkonjunktur fesselte die Gemüter, der werdende Industriestaat band die Kapitalien und die Menschen an die Scholle und schuf einem stark wachsenden Volke auf gleichbleibendem Territorium lohnende Arbeit, dem Reiche Kredit und Mittel, um all das zu kaufen und hereinzuschaffen, was der eigene Boden nicht leisten und hervorbringen konnte. Ein stolzes Außenhandelsgebäude wuchs heran, dessen sichtbare Zeichen gewaltig emporschnellende Zahlen der Statistik waren. Und das deutsche Volk ließ sich blenden von der glänzenden Fassade und wußte gar nicht mehr, wessen Arbeit das alles zu verdanken war, hörte stets von den herrlichen Taten der deutschen Wissenschaft, deren innige Verbindung mit der industriellen Praxis zu nie geahnten Leistungen und Erfolgen befähigte, erfuhr aber in seinen breiten Schichten kaum etwas von der Tätigkeit des deutschen Kaufmannes im Ausland, des Auslandsdeutschen, der in stiller und zäher Arbeit erst für den Weltabsatz seiner Waren sorgte und den Grund legte zu solch stolzem Aufbau. Erst der Krieg, der Lehrmeister aller Dinge, schuf grausame Erkenntnis. Man lächelte, als nach den großen Gegnern auch noch die „kleinen Kläffer“ auf den Plan traten, die uns ja doch militärisch nichts anhaben konnten. Aber man wußte nicht, daß jeder neue Gegner neue Handelsvernichtung brachte, daß mit jedem Feindstaate neue Millionen deutscher Werte vernichtet wurden, neue Pfeiler des deutschen Außenhandelsgebäudes in den Staub sanken, bis schließlich das haltlose und unterwühlte stolze Gebäude in Krieg und Blockade, Niederlage und Vergewaltigung zugrunde gehen und zusammenstürzen mußte.

Hier liegen unsere Ziele und unsere Aufgaben. Das deutsche Volk muß wissen, in welch unlöslichem Zusammen-

hang es mit dem Auslandsdeutschtum steht, daß nur der Auslandsdeutsche es ist und sein wird, der deutsche Waren im Ausland absetzt, jene deutschen Waren, die uns Kredit und Rohstoffe, Lebens- und Futtermittel verschaffen sollen, um unsere Industrie in Gang zu halten und um unseren geistigen und Handarbeitern Arbeit- und Verdienstmöglichkeit zu geben. Wir, die wir ein immer noch wachsendes Volk auf verkleinertem Boden mit verringerten Schätzen an Kohle und Eisen, mit lahmgelegten Industrien sind, wir werden Menschen exportieren, wenn unsere Waren nicht Absatz finden und uns ernähren. Unsere Märkte sind verloren, unsere Absatzgebiete sind uns geraubt. Es wird nicht ausbleiben, daß zahllose Tausende von Menschen hinausgehen und auswandern müssen, um von neuem Auslandsdeutsche zu werden. Aber Tausende müssen wir sozusagen hinaustreiben, unsere Auslandsdeutschen, unsere Pioniere, die künftigen Wiederaufbau unserer Industrie Vorschub leisten sollen. Sie alle, Auslandsdeutsche und Auswanderer, brauchen Rückhalt und festen Boden in der Heimat, ohne deren Mitarbeit sie nicht aufbauen können. Sie brauchen die Leistung der Heimat, das Schaffen von Waren, das Schaffen von Ordnung und Aufbau, um auf Grund dieser Leistung auch wieder für die Heimat tätig sein zu können.

Das deutsche Volk muß sich auf sein Volkstum besinnen, wirtschaftlich und geistig. Es wird sich um das Recht der Minoritäten in den neu entstandenen Nationalstaaten zu kümmern haben, wie es sich um die wirtschaftlichen Werte bemühen muß, die von Auslandsdeutschen verarbeitet werden und ihm zugänglich gemacht werden können. Und das Deutsche Ausland-Institut will Mittler all dieser geistigen und wirtschaftlichen Güter und Werte sein. Es will mithelfen, wo es gilt, die Kinder unserer Auslandsdeutschen gut zu erziehen und sie zu tüchtigen Deutschen heranzubilden, sie in deutschen Schulen und Hochschulen draußen zu leistungskräftigen Vertretern des Deutschtums heranzuziehen, dem deutschen Volke in Bibliotheken und Wohltätigkeitsanstalten Hilfe zu geben, es will helfen, und übt diese Tätigkeit schon in großem Umfang, die Kinder der Auslandsdeutschen auch auf den Schulen der Heimat unterzubringen und sie hier in engem geistigem Zusammenhang mit der Heimat und dem Leben in Öffentlichkeit und Familien zu halten, damit auch die personellen Zusammenhänge zwischen Deutschen aller Länder nicht verloren gehen. Das Institut will eine Pflegestätte und Zentrale zur Hilfe und Unterstützung aller Wünsche der Auslandsdeutschen sein, eine Auskunftsstätte und ein Ort, an den sich jeder vertrauensvoll wenden kann, wenn er von drinnen nach draußen oder von draußen nach der Heimat Verbindungen und Auskünfte braucht. Das geistige und wirtschaftliche Wohlergehen der Auslandsdeutschen beschäftigt uns in erster Linie. Es ist natürlich, daß wir auch für ihre politische Gleichberechtigung stets eintreten und auf Wahrung ihrer Rechte bedacht sind. Aber es muß aus unserer Arbeit jeglicher Wunsch nach eigenem Eingriff in die Politik fremder Länder oder Völker verbannt sein, wie wir auch im Innern uns von jeder Parteipolitik fernhalten und alle Parteien zu gleicher Arbeit mit uns, zur Arbeit am Volkstum vereinen wollen. Auch auf dem Gebiete der Politik sind die Begriffe dehnbar und flüchtig. Schließlich ist bei weitester Fassung der Begriffe nichts aus der Politik auszuschalten, was zum öffentlichen oder wirtschaftlichen Leben gehört. Aber man wird uns doch verstehen und begreifen, was wir meinen, wenn wir sagen, daß das Deutsche Ausland-Institut sich von politischer Betätigung im Innern und Äußern freihält und daß es seine Arbeit von jeder parteipolitischen oder auch konfessionellen Einstellung bewahren möchte.

Daß Mitglieder aller Parteien von rechts bis nach links in unserem Verwaltungsrat sitzen, daß wir Freunde in allen wirtschaftlichen und politischen Körperschaften haben und mit jeder politischen Richtung und herrschenden Meinung zu arbeiten bestrebt sind, eben weil wir von den Parteien nur die Vertretung unserer Ziele, die für das gesamte Deutschland lebenswichtig sind, wollen, erbitten und verlangen. Das läßt ungefähr verstehen, wie es gemeint ist.

Diese Sätze erklären auch zu gutem Teile unser Verhältnis zu anderen Korporationen und Vereinen. Wir arbeiten gerne und freudig mit allen Organisationen zusammen, die neben uns und mit uns gleichen Zielen zustreben oder auf unserem Gebiete in irgendwelcher Weise Teilarbeit leisten. Diese Gemeinsamkeit der Arbeit verbindet uns mit denjenigen Stellen, die auf wirtschaftlichem Gebiete, zum Teil viel weitergreifend als wir, arbeiten, so mit der Abteilung 10 des Auswärtigen Amts, der früheren Außenhandelsstelle, der wir Mitteilungen und Auskünfte unserer Vertrauensleute zur Erweiterung und Bereicherung ihres Materials zur Verfügung stellen können und von der wir aus ihrem umfangreichen Arbeitsfeld vieles bekommen, was uns zur Ergänzung nützt. In der Arbeit verbunden sind wir mit dem „Kieler Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft“, dessen Direktor in unserem Wissenschaftlichen Beiräte mitarbeitet und das als wissenschaftliche Forschungsstätte für alle Gebiete der Weltwirtschaft den gesamten Komplex aller internationalen Wirtschaftsfragen behandelt, in dem die Auslandsdeutschen ja nur ein kleiner Teil sind, dem aber unsere unmittelbare praktische Tätigkeit und Kleinarbeit der Auskunftserteilung und Beratung in Rechts- und Stellungs-, Auswanderungs- und Auskunftsfragen ja fremd sein muß. Ähnlich arbeitet ja auch das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv in allgemeinem weltwirtschaftlichem Sinne, ohne Beschränkung auf das Auslandsdeutschtum und verarbeitet ein für den Hamburger Übersee-Handel unentbehrliches, wertvolles Tatsachenmaterial aus aller Welt, während wir uns auf das Auslandsdeutschtum selbst beschränken, und während sich unser Wirtschaftsarchiv im Rahmen unseres allgemeinen Archivs nur in engeren Grenzen hält. Davon wird noch zu sprechen sein. Mit den völkischen Vereinen, namentlich dem Verein für das Deutschtum im Ausland, verbinden uns die besonderen Beziehungen des zum Teil gleichen Arbeitsgebietes. Der Verein legte das Schwergewicht stets auf das kontinentale Deutschtum, dem überwiegend seine Fürsorge galt, und er hat sich insbesondere der Pflege der kulturellen Güter, des deutschen Geistes in Kindergärten und Schulen, der Errichtung von Hospitälern und Bibliotheken und ähnlichem gewidmet. Vorübergehend hat er sich auch den mehr wirtschaftlichen Aufgaben zugewandt, die er jedoch später wieder aufgab, um sich auf seine kulturellen Ziele zu beschränken, in deren Verfolgung er uns stets als willigen und gerne bereiten Helfer finden wird, während unsere eigenen Aufgaben in der Schaffung einer Zentralstelle, in der Besorgung des gesamten Materials über Auslandsdeutschtum, soweit es in Proben der Wirtschaftstätigkeit, in Büchern und Zeitungen, Drucksachen und Broschüren, Modellen und Bildern besteht, auch in der Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Heimat und Ausland viel weitergehend sind.

Daß wir mit den Handelskammern und doppelstaatlichen Verbänden, mit den deutschen Auslandshandelskammern und Vereinigungen und Vereinen Deutscher im Ausland in besonders enger Arbeitsgemeinschaft stehen und stehen müssen, daß namentlich die deutschen Missionen

und Missionare im Ausland für unsere Arbeit ihre besondere Bedeutung haben und uns deshalb in der Pflege der Beziehung zu ihnen und ihren Zentralen in Deutschland eine hohe Aufgabe winkt, daß auch mit den Pflegestätten des kirchlichen Gedankens in der Betreuung der Auslandsdeutschen, mit dem Caritasverband und Raphaelsverein, wie auch mit dem Evangelischen Hauptverein für Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen, mit dem Verein für die katholischen Deutschen im Ausland, wie mit dem Gustav-Adolf-Verein enge Berührung herrschen muß, wird noch an anderer Stelle zu betonen und zu erklären sein.

Von der Organisation des Instituts ist einiges Wenige nachzutragen. Der Natur der Sache nach können die Einrichtungen der Bibliothek und Archive, Karteien und Materialsammlungen nur an einer Stelle zentral angelegt werden. Wo wir also an anderen Orten Einrichtungen haben, beschränken sie sich auf Geschäftsstellen, die die Verbindung mit den Behörden und privaten Organisationen aufrecht zu erhalten und im Auftrage der Zentrale Arbeiten direkt zu erledigen haben, die an Ort und Stelle besser zu übersehen sind als von der Zentrale aus. Vor allen Dingen sollen sie auch das Institut über die Vorgänge an anderen Orten unterrichten und unsere Tätigkeit in dieser Hinsicht befruchten und in Verbindung mit den allgemeinen Ereignissen halten. Derartige Geschäftsstellen bestehen zurzeit in Berlin und München, ihre Einrichtung steht bevor in Hamburg, Köln und Königsberg und auch an anderen Orten, wo bisher nur Vertrauensleute von Fall zu Fall sich uns zur Verfügung stellten. Der Wissenschaftliche Beirat tritt im Jahr mindestens einmal zur Besprechung der wissenschaftlichen Fragen der Institutsarbeit zusammen, er beschließt über die Publikationen und über die zu treffenden Maßnahmen und Unterstützungen wissenschaftlicher Art und steht dem Vorstand gutachtlich zur Seite. Seine Mitglieder werden vom Vorstand ernannt, nachdem der Wissenschaftliche Beirat sie selbst ausgewählt hat. Der Verwaltungsrat tagt gleichfalls mindestens einmal jährlich und überwacht die sämtlichen Arbeiten des Instituts, die der Vorstand in seinen regelmäßigen Sitzungen leitet. Um den Zusammenhalt zwischen allen Abteilungen und ihrer Einzelarbeit im Interesse des Ganzen zu wahren, werden die gemeinsamen Arbeiten dreimal wöchentlich in den Sitzungen der Abteilungsleiter beim Generalsekretär besprochen.

Das Institut zählt nach dem Stande vom 1. Dezember rund 6500 Mitglieder, unter ihnen 50 Ehrenförderer, 270 Stifter und 320 lebenslängliche Mitglieder. Die Beitragssummen der Ehrenförderer, Stifter und lebenslänglichen Mitglieder werden fest angelegt, so daß für die Arbeit des Instituts nur die Zinseneinnahmen zur Verfügung stehen. Es fließen ihm ferner regelmäßige Jahresbeiträge des württembergischen Staates und der Stadt Stuttgart zu seinem Unterhalt zu. Der Mindestbeitrag betrug seit der Gründung des Instituts 5 Mark, bei unentgeltlichem Bezug der Zeitschrift 20 Mark. Unter unseren Mitgliedern waren über 5500 Bezieher der Zeitschrift. Da aber die Kosten der Zeitschrift rasch mit den wachsenden Allgemeinkosten und Materialpreisen gestiegen sind, beschlossen der Verwaltungsrat und Ausschuß eine Verdoppelung der bisherigen Beitragssätze, die nach erfolgter Zustimmung der württembergischen Staatsregierung vom 1. Januar 1921 ab in Kraft tritt. Neue Einnahmen zu schaffen ist nötig, denn der Etat des Instituts ist mit der Steigerung der Aufgaben und Beanspruchung des Instituts dauernd in die Höhe gegangen und entfernt sich jetzt nur wenig von einer Million. Auch die Zahl der im Institut beschäftigten und dauernd angestellten Mitarbeiter hat sich beträchtlich heben müssen: von 18 im Oktober

1918 auf 46 im Oktober 1919 und 70 im Oktober 1920, unter ihnen 18 Herren und 52 Damen. Die Zahl der Besucher, die im Institut um mündlicher Beratung und Auskünfte willen vorsprechen, schwankt täglich zwischen 100 und 120, die Zahl der täglich einlaufenden Briefe, die sich zumeist mit Stellenvermittlung, Auskunft, Auswandererberatung und derartigen Fragen befassen, zwischen 110 bis 150 pro Arbeitstag. Etwa ebensoviel Briefe gehen natürlich täglich aus, ungerechnet die Ziffern des Empfangs und der Versendung von Drucksachen oder des Versandes unserer eigenen Zeitschrift und der Pressekorrespondenz. Auch die Zahl der Besucher, die sich die gesamten Einrichtungen des Instituts anzusehen wünschen, wächst beständig. Das Institut veranstaltet für geladene Gäste, für Vereine und Körperschaften, für Schulen und Anstalten geschlossene Führungen, denen gewöhnlich eine einleitende Ansprache über die Bedeutung und die Ziele der Gesamtarbeit vorausgeht, die das Bild der einzelnen Abteilungen umrahmen soll. Wir haben aber auch fast täglich die Freude, viele Gäste, namentlich Auslandsdeutsche, bei uns begrüßen zu dürfen, die von weither gereist kommen, um zu sehen, was hier gearbeitet wird.

Die Arbeit der Aufklärung erstreckt sich natürlich nicht nur auf die Beantwortung einzelner Gesuche und Fragen, sondern sie versucht, weit darüber hinaus in breiteste Schichten unseres Volkes zu dringen und dem Auslandsdeutschtum so zu einem starken Rückhalt im Bewußtsein des ganzen Volkes zu verhelfen, ohne den es jetzt, nach dem Wegfall aller Machtmittel des deutschen Volkes ohnehin nicht mehr bestehen könnte. Die Mittel dieser Aufklärung sind Ausstellungen, die ihrerseits wieder mit Vorträgen verbunden werden, zurzeit aber nur schwer möglich sind (Näheres darüber siehe unter „Ausstellungen“), und Vorträge. Die Organisation des Vortragswesens des Instituts ist daher in diesem Jahre auf besonders breite Basis gestellt worden. In Stuttgart selbst veranstaltet das Institut in jedem Winter in 14tägigem Abstand Mittwoch abends Vorträge in dem vom Württembergischen Handelsgeographischen Verein zur Verfügung gestellten großen Saal des Linden-Museums. Alle 14 Tage finden hier gleichfalls die Vorträge des genannten Vereins statt, so daß in Stuttgart alle acht Tage derartige aufklärende Vorträge veranstaltet werden. Das Institut kommt dabei auf 20 bis 25 Vortragsabende zumeist auswärtiger Redner. In Stuttgart veranstalten wir, nachdem gelegentliche Versuche in dieser Richtung bereits in den Vorjahren stattgefunden haben, ferner zehn Vorträge in geschlossener Vortragsreihe für die Schüler der oberen Klassen der mittleren und höheren Schulen, und zwar wird das Problem des Ostens und der deutschen Arbeit darin behandelt, wobei das Institut in der glücklichen Lage ist, aus der Reihe seiner eigenen Mitarbeiter sach- und landeskundige Redner stellen zu können. Eine Vortragsreihe läuft vor der Reichswehr in der Bergkaserne, eine weitere in der Baugewerkschule, und in zahlreichen Vorträgen in verschiedenen Vereinen und Körperschaften behandeln Institutsmitarbeiter und Abteilungs-

leiter Themen aus ihren besonderen Arbeitsgebieten. Größere Vortragsreihen des Instituts sind in München (in der großen Aula der Universität), in Heilbronn, Heidenheim und Ulm im Gange, in welchen letzteren drei Städten die Herren Oberbürgermeister so liebenswürdig waren, die Vortragsreihen mit erläuternden Ansprachen über unser Institut und seine Bedeutung für Auslandsdeutschtum und Heimat einzuleiten. In Tübingen veranstalten wir jetzt zum zweiten Male eine Vortragsreihe (im Benehmen mit der Universität), die unser Vorstandsmitglied Professor Dr. Uhlig leitet. Einzelvorträge werden in zahlreichen Städten veranstaltet, bis jetzt u. a. in Rottweil und Karlsruhe, in Pforzheim und Nürnberg. Zum erstenmal wurde ein Plan verwirklicht, den der Wissenschaftliche Beirat schon längst in Arbeit hatte und dessen Ausführung in größerem Maßstabe bis jetzt nur an den hohen Kosten scheiterte: Vorträge auch unter den Reichsdeutschen im Ausland über die Heimat halter zu lassen, um sie in geistigem und wirtschaftlichem Kontakt mit den Problemen der Zeit und der Heimat zu halten. In Vorarlberg fand eine Reihe solcher Vorträge in fünf Städten des Gebiets unter den Reichsdeutschen starken Zuspruch, und der Erfolg ermuntert durchaus zur Weiterverfolgung des Gedankens.

Die Veröffentlichungen des Instituts erscheinen in zwei gesonderten Reihen. In der ersten, kulturhistorischen, die von den Herren Geheimrat Dr. Goetz-Leipzig, Universitätsprofessor Stadtrat Dr. Ziehen-Frankfurt herausgegeben wird, erschien als erstes Bändchen anläßlich unserer Kurland-Ausstellung ein Heft: „Kurland“, das sich außerordentlichen Zuspruch erfreute und bereits vergriffen ist, als zweiter Band eine Arbeit von Dr. G. Bonwetsch: „Die Geschichte der deutschen Kolonien an der Wolga“, im Verlag von Engelhorn's Nachfolger, Stuttgart. In der rechts- und staatswissenschaftlichen Reihe, deren Herausgabe die Herren Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Hamburg und Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M. besorgen, erschien als erster Band im Ausland- und Heimat-Verlag, Stuttgart: „Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen“, enthaltend die vier Arbeiten, die bei einem Preisausschreiben des Instituts zu dieser Frage vom Preisrichterkollegium mit Preisen bedacht oder zum Ankauf empfohlen worden sind. Weitere Bände sind in beiden Reihen in Vorbereitung. Unter anderem liegen dem Institut Arbeiten über das Deutschtum in Polen, das Deutschtum in England, das Deutschtum in der Dobrudscha, das Deutschtum in Uruguay druckfertig im Manuskript vor, und wir warten nur auf Besserung der Verhältnisse auf dem Buchmarkte, um diese Arbeiten herausbringen zu können. An einer Arbeit des Herrn Direktor und Professor Dr. G. Schünemann, die demnächst im Dreimasken-Verlag in München erscheint und, auf Kriegsstudien zurückgehend, das Volkslied der deutschen Kolonisten in Rußland behandelt, beteiligt sich das Institut und ermöglicht ihren Druck durch eine finanzielle Beihilfe.

Bibliothek.

Grundlage der wissenschaftlichen, aber auch sehr vieler praktischer Arbeiten des Instituts ist die Bücherei, die alles Material an Büchern und Zeitschriften sammelt, das über Auslandsdeutschtum und Auslandkunde erscheint und nicht nur, was in der Gegenwart herauskommt, sondern auch was früher erschienen ist. Es soll auch historisch zu einer Quellensammlung, zu einer künftigen großen Geschichte des Deutschtums in der Welt, alles Material zusammengetragen werden. Der Bestand der Bücherei umfaßt heute über 7000 Bände, wobei jedoch zu bemerken ist, daß alle

Drucksachen über Vereine im Ausland, soweit sie Satzungen und Programme, Vereinsberichte und Jahreskundgebungen betreffen, nicht in die Bücherei gelangen, sondern im Vereinsarchiv eine besondere Aufbewahrung erfahren. In der Bücherei des Deutschen Ausland-Instituts befindet sich bereits ein wertvoller Besitz, der durch eine Stiftung des verstorbenen Deutsch-Amerikaners Wilhelm Kaufmann (gestorben in Dresden 1920) an Literatur über das Deutschtum in den Vereinigten Staaten (etwa 250 Bände) und durch den Kauf der Bibliothek des Geographen und Forschers

Professor Robert Jannasch (gestorben Berlin 1919) eine besondere Bereicherung erfahren hat. Auch die Bücherei des Vereins „Auslandkunde“ in Berlin ist geschlossen in den Besitz des Instituts übergegangen. In Stuttgart selbst stehen zur Ergänzung unseres Materials die Fachbibliothek des Württ. Vereins für Handelsgeographie, die Landesbibliothek, die ehemalige Hofbibliothek, jetzt auch die große und einzigartige Weltkriegsbücherei und schließlich verschiedene Privat-Bibliotheken mit namentlich für die Erforschung Ostasiens wertvollen Beständen zur Verfügung. Für uns wichtig ist aber nicht nur unser eigener Besitz an Büchern, der durch Ankauf und durch den Eingang von Besprechensexemplaren für unsere Zeitschriften eine regelmäßige dauernde Vermehrung erfährt, sondern vor allem ein Katalogapparat, der uns in den Stand setzt zu wissen, wo die Bücher stehen und zu finden sind, die für besondere Arbeiten gebraucht werden. So werden die neuen Zugänge der Preußischen Staatsbibliothek, der Deutschen Bücherei in Leipzig und der Württembergischen Landesbibliothek besonders auf Auslandsdeutschtum und Auslandkunde hin durchgeprüft, und es wird ein Sammelkatalog dieser Sonderbestände hergestellt, der wertvollstes Hilfsmaterial für uns ist. Auch gewisse Teile des Katalogs der Preußischen Staatsbibliothek und der Münchener Staatsbibliothek sind auf ihren Bestand an Werken über das Auslandsdeutschtum und der Auslandkunde durchgeprüft, und das Material ist in unserem Katalogapparat verarbeitet worden, so daß unser Nachweisapparat schon über recht beträchtliches Material verfügt. Für die Vervollkommnung dieses Katalogs wird dauernd gesorgt. In Leipzig arbeitet in der Deutschen Bücherei, deren liebenswürdiger Unterstützung wir hierbei besonders zu gedenken haben, eine Bibliothekarin unseres Instituts in dieser Richtung. Den Nachweis von Quellenmaterial zur Auslandkunde und zur Geschichte und Arbeit des Auslandsdeutschums erleichtert uns ein Nachweis von Zeitschriftenaufsätzen bedeutender Zeitschriften seit dem Jahre 1913. Unser Bestandskatalog wird durch einen alphabetischen (Nominal-) und einen Sachkatalog auf regionaler Grundlage erschlossen. Ein besonderer Nachweiskatalog besteht für die Bibliographie der Auslandkunde; eine allmähliche Ergänzung der Bibliographie des Auslandsdeutschums nach rückwärts findet statt. Die im Institut regelmäßig eingehenden etwa 450 Zeitschriften werden von der Bibliothek verarbeitet, namentlich die Aufsätze über Auslandsdeutschtum und Auslandkunde in einer monatlichen im „Auslandsdeutschen“ erscheinenden „Bibliographie der Neuerscheinungen“, die außer diesen Zeitschriftenaufsätzen auch die neuen Buchwerke verzeichnet, und zu der die Karten- und Bildabteilung ein Verzeichnis der neu erschienenen Kartenwerke über unser besonderes Arbeitsgebiet liefert. Ferner arbeitet die Bibliothek im Zusammenhang mit der Auswandererberatungsstelle und Karten- und Bildabteilung Literaturlisten aus, die die empfehlenswerte Literatur für einzelne Länder unter kurzer Charakterisierung des Inhalts zusammenfassen. Diese Listen haben sich bei der Auswandererberatung und bei der allgemeinen Beratung junger Studenten der Geographie und der Nationalökonomie, die in ihren Arbeiten unterstützt werden wollen, als sehr praktisch erwiesen. Sie sind auch als Sonderdrucke erschienen und vom „Ausland und Heimat“-Verlag, Stuttgart, Neues Schloß, zu beziehen. Bisher sind Listen über Ostasien, Indien, Rußland, Argentinien, Brasilien sowie über allgemeine Fragen der Auswanderung erschienen, weitere Listen sind in Vorbereitung und folgen. Die Bibliothek hat dauernd eine große Zahl von Anfragen bibliographischer Natur zu erledigen und literarische Auskünfte zu vermitteln. Der Nutzen der im „Auslandsdeutschen“ erscheinenden monat-

lichen Bibliographie der Neuerscheinungen wird zu unserer Freude von Auslandsdeutschen und Verlegern in gleicher Weise anerkannt. Die in der Ferne weilenden Auslandsdeutschen ersuchen aus dieser Liste, was an Büchern und Zeitschriftenaufsätzen über ihr besonderes Arbeitsgebiet erschienen ist und können es bei ihrem Buchhändler bestellen, die Verleger haben umgekehrt hier ein Mittel, ihre Spezialwerke des Auslandsdeutschums und der Auslandkunde weitesten Kreisen des Auslands bekannt zu machen.

Die Bibliothek, die ihre Organisation in den beiden Anfangsjahren Herrn Prof. Dr. Kampffmeyer-Berlin verdankte, ist eine „Präsenz-Bibliothek“. Unser Material wird dauernd zur Arbeit im Hause benötigt, und wir können nur in Ausnahmefällen Bücher ausleihen. Namentlich Werke über das Ausland und zur Kenntnis der Hauptauswanderungsgebiete werden in unserem Lesesaal dauernd von Auswanderungslustigen verlangt, denen hier Gelegenheit gegeben ist, sich vielseitig über die Probleme ihrer künftigen Arbeitsgebiete zu unterrichten. Eine ganze Reihe von Werken, die wir uns bei den heutigen Preisen nicht anschaffen könnten, wird dem Institut fortlaufend von Auslandsdeutschen geschenkwise übermittelt, so daß wir, dank der Freigebigkeit unserer Gönner und Freunde im Ausland, in den Stand gesetzt werden, die meisten Jahrbücher und Nachschlagewerke moderner Art über das Ausland zu sammeln, die in deutschen Bibliotheken jetzt nur selten zu finden sein werden. Wir gedenken bei dieser Gelegenheit nicht nur der Freundlichkeit zahlreicher bemittelter Freunde des Instituts, sondern auch mit besonderer Freude der Anhänglichkeit vieler hart um ihr Leben kämpfender Volksgenossen, die uns zum Dank für geleistete Dienste und für erteilten Rat durch Bücherspenden unterstützen.

Mit der Bibliothek verbunden ist der Lesesaal des Instituts. Er steht, wie alle Einrichtungen des Instituts, dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung. Man löst nur zum Ausweis eine für das Jahr gültige, kostenlos erhaltliche Karte, um zum Besuch berechtigt zu sein. Da der Lesesaal auch an Samstag-Nachmittagen und am Sonntag-Vormittag offen gehalten wird, wenn namentlich die Angestellten- und Arbeiterschaft freie Zeit hat, und da er über den Schluß unserer Institutsarbeitszeit allabendlich bis 7 Uhr geöffnet ist, erfreut er sich regen Besuches. Monatlich besuchen ihn ungefähr 800 bis 900 Leser. Sie finden hier ausliegend ungefähr 200 Zeitungen und Zeitschriften und können etwa weitere 200 durch Vermittlung des Aufsichtspersonals aus Bücherei und Archiv entleihen. Jeder Besucher kann sich an aushängenden Tafeln überzeugen, welche Zeitschriften zu den einzelnen Materien (Allgemeines, politische und wirtschaftliche Zeitschriften, Kirchen- und Missionswesen, Auswanderung, Zeitungen und Zeitschriften aus den einzelnen Ländern) es im Institut gibt, und da an 40 fremdsprachige Zeitungen und Zeitschriften und an 100 deutsche Zeitungen und Zeitschriften aus dem Ausland vorhanden sind, kann so ziemlich jeder Wunsch befriedigt werden. Zu großer Freude gereicht es uns, auch hier sagen zu können, daß uns dieses so reichhaltige Material von Instituts wegen nur wenig kostet. Wir könnten auch die 70- oder 80000 Mark, die zur Bezahlung nötig wären, gar nicht aufbringen. Wir bekommen die meisten Zeitungen und Zeitschriften im Austausch, oder unsere Freunde im Ausland abonnieren für uns die Hauptzeitungen ihrer Arbeitsgebiete. So können wir mit verschiedenen Zeitungen in spanischer und italienischer Sprache, Zeitungen in holländischer, russischer, französischer und englischer Sprache unsere Besucher erfreuen. Die wesentlichsten Zeitschriften und auch die deutschen Zeitungen des Auslands werden natürlich am Schlusse des Jahres gebunden und der Bibliothek als wichtiges Quellenmaterial einverleibt.

Auf Zusammenarbeit mit verschiedenen Bibliotheken des Reichs legen wir großen Wert. Besondere Abmachungen in dieser Hinsicht bestehen mit der Deutschen Bücherei in Leipzig, sowie der Tübinger Universitäts- und der Bayrischen Staatsbibliothek in München. Wir sind uns bewußt, daß unsere Arbeiten auf diesem Gebiete erst einen Anfang bedeuten, den großzügig weiter auszubauen vor allem noch der Mangel an genügend Mitteln hindert.

Die Ausdehnung unserer bibliographischen Arbeiten im Sinne einer wirklich vollständigen Erfassung der Neuerscheinungen in Zeitschriften und Büchern über Auslandsdeutschtum und Aus-

landkunde (was in Tageszeitungen erscheint, wird ja im Archiv verwertet!), eine Ausdehnung auf Neuerscheinungen zur Kenntnis des Auslandsdeutschtums, die in fremder Sprache gedruckt werden, mit dem Ziel einer systematischen vollkommenen Erfassung aller, auch der rückliegenden Urteile über deutsche Betätigung im Ausland in der Literatur und Journalistik der fremden Länder schwebt uns hierbei vor, kann jedoch, da sie eine ungeheure Organisation von Mitarbeitern voraussetzt und beim Stande der Valuta heutzutage unerschwingliche Kosten verursachen würde, denen dringlichere Aufgaben voranstehen, leider zurzeit nicht durchgeführt werden.

Archiv.

Die Archive des Instituts schließen sich in ihrer Anlage eng an die Arbeiten der Bibliothek an. Sie dienen in erster Linie der Arbeit innerhalb des Betriebes und versorgen die Zeitschriften des Instituts, insbesondere aber die einzelnen Abteilungen mit dem nötigen Material. Wir sind ja kein Institut, das seine Schätze nur den Wissenschaftlern zur Verfügung stellen und sonst behüten und verwahren will. Wir wollen alles zum unmittelbaren Nutzen unserer Mitglieder und der Allgemeinheit verarbeiten und schnellstens in klarer und anschaulicher Darstellung herausbringen, wir wollen praktisch und in wohl vielen Fällen ganz bewußt für den Augenblick arbeiten und erst in zweiter Linie dann die Materialien aufstapeln, um sie späterer wissenschaftlicher Durchforschung vorzubehalten.

Im Zeitungs-Archiv werden die deutschen Zeitungen des In- und Auslandes sowie die fremdsprachigen Zeitungen auf Material aus unserem Arbeitsgebiet hin durchgesehen und verarbeitet. Bei reichsdeutschen und fremdsprachigen Tageszeitungen, die wir nicht aufzubewahren brauchen, wird das Material ausgeschnitten und aufgeklebt dem Archiv einverleibt, bei Zeitungen, die späterhin gebunden der Bibliothek überantwortet werden, wird nichts ausgeschnitten, sondern wird die Verarbeitung nur durch beigefügte Vermerke notiert. Der technische Gang ist etwa der: Die sämtlichen eingehenden Zeitungen und Zeitschriften werden durch eine besondere Stelle kontrolliert und eingetragen und an die einzelnen landes- und sachkundigen Abteilungsleiter und Lektoren ausgegeben. Sie kommen von da mit den nötigen Anstrichen versehen zurück und gehen nun entweder zuerst, soweit sie dort aufliegen, in den Lesesaal und dann erst zur Bearbeitung ins Archiv, oder direkt ins Archiv. Soweit die Zeitungen zerschnitten werden dürfen, werden die Ausschnitte gesammelt und nach Durchsicht und Auswahl durch den zuständigen Abteilungsleiter aufgeklebt. Die täglich anfallenden Ausschnitte werden in einer Mappe gesammelt und allen Abteilungsleitern in raschem Umlauf zugestellt, damit jeder Abteilungsleiter über die Vorgänge auf dem Gebiete des Auslandsdeutschtums und der Auslandkunde unterrichtet ist und Nutzen daraus für seine Abteilung zieht. Bei diesem Umlauf erfolgt auch die Verwertung für die Zeitschriften des Instituts. Sie wird in jedem Einzelfalle auf dem betreffenden Archivblatt durch ein kurzes Zeichen notiert, so daß stets erkennbar ist, was aus jedem Umlauf für unsere Pressearbeit zu verwenden war. Die auf vorgedruckte Archivbogen aufgeklebten Nachrichten und die angestrichenen Notizen in den nicht auszuschneidenden Zeitungen werden dann fürs Archiv verarbeitet. Wir legen sie nun nicht etwa nach einzelnen Stoffgebieten in Mappen oder Schachteln ab, sondern nummerieren sie fortlaufend mit dem Zugangsjahr und der Zugangsnummer, also z. B. 20. 4641 oder 20. 18652 und legen sie nach der Nummerierung in fortlaufenden Packen zu je

1000 Stück in die Archivschränke. Die Nummerierung erfolgt in besonderen vorgedruckten Kästchen rechts oben und unten, so daß bei einfachem Durchblättern jeder Ausschnitt leicht greifbar ist. Auf die Materie selbst wird bei diesem Ablegen keine Rücksicht genommen. Die Wiederauffindung der einzelnen Ausschnitte wird durch Bearbeitung in zwei Kartotheken erzielt. Die eine Kartothek ist eine Personalkartothek: hinter einem Stempel „Personen“ werden alle in dem betreffenden Zeitungsausschnitt genannten Persönlichkeiten, soweit sie für unsere Arbeit wichtig sind, ausgeschrieben, und jede Person bekommt eine Karte in der Kartei, auf der die Nummer des betreffenden Archivsausschnittes und in kurzen Stichworten das Thema der betreffenden Notiz sowie die Zeitung vermerkt wird. Werden wir also nach den besonderen Arbeiten eines bestimmten Mannes über Auslandsdeutschtum und Auslandkunde gefragt, soweit sie in Zeitungen erschienen sind, so gibt die Personen-Kartei die gewünschte Auskunft rasch an Hand der Karte, und im Augenblick sind die betreffenden Ausschnitte, selbst von ungeschultem Personal, ausgesucht. Sie können ebenso leicht und ohne daß falsche Ablegung, wie sie beim Mappensystem alltäglich ist, möglich wäre, wieder an Ort und Stelle gelegt werden. Zumeist aber wird wohl nicht nach Personen, sondern nach der Materie gefragt. Deren Auswertung erfolgt in einer besonderen Stichwort-Kartei. Hier haben wir in langer und mühevoller Arbeit der wissenschaftlichen Abteilungsleiter des Instituts ein besonderes Schema der Deutschtums- und Auslandkunde auf Grund eines Entwurfes des Herrn Prof. Dr. Kampffmeyer und unter Zugrundelegung vieler Archivverfahren ausgearbeitet, das, nebenbei bemerkt, auch für die Büchereinordnung der Bibliothek gilt und für deren Kataloge bestimmend ist, so daß eine gewisse Einheitlichkeit in der Arbeit des Instituts gewahrt bleibt. Der Stoff wird hier nach einem geographischen Schlüssel regional geordnet; die in beständigem Fluß befindlichen politisch-geographischen Staats- und Länderbegriffe sind fest gegeneinander abgegrenzt. Ist erst das Land festgestellt, so erfolgt die weitere Einordnung nach den 24 Hauptpunkten eines Schemas, das für jedes einzelne Land brauchbar und benutzbar ist, so daß sich bei jedem Lande die betreffenden Hauptgruppen wiederholen. Zum besseren Verständnis seien hier die 24 Hauptpunkte angeführt:

1. Bibliographie, Biographie. Allgemeine Handbücher. Allgemeine Wissenschaft.
2. Buch-, Bibliotheks- und Museumswesen. Allgemeine Verbände und Institute.
3. Presse- und Propagandawesen. Zeitungen. Allgemeine Zeitschriften.
4. Allgemeine Statistik.
5. Geographische Landeskunde.
6. Naturwissenschaften mit Mathematik.

7. Volkskunde. Völkerkunde.
8. Staat und Recht.
9. Geschichte und allgemeine Kultur.
10. Literatur und Sprache.
11. Philosophie.
12. Kunst.
13. Theologie. Kirchen- und Missionswesen.
14. Schul- und Bildungswesen.
15. Gesundheitswesen.
16. Sozialwissenschaft. Sozialpolitik.
17. Wirtschaft im allgemeinen.
18. Finanzwesen.
19. Land- und Forstwirtschaft. Jagd. Fischerei.
20. Bergbau. Hüttenwesen.
21. Gewerbe und Industrie einschließl. Technik.
22. Handel und Verkehr.
23. Heer und Flotte. Kriegswesen.
24. Kolonialwesen. Kolonialpolitik.

Die besonderen deutschen Beziehungen zu irgendeinem Lande werden durch den Exponenten D bezeichnet. Würde z. B. ein von einem Chilenen geschriebenes Reisewerk über Chile in der Bücherei unter Chile 5 a. V. im Katalog eingereiht, so würde das entsprechende Werk eines deutschen Forschers unter Chile D. 5 a. V. zu finden sein. Jeder dieser 24 Hauptpunkte des umfangreichen Schemas ist nun weiter mit kleinen lateinischen Buchstaben und römischen wie arabischen Ziffern aufgespalten, jedoch so, daß in jeder der 24 Hauptgruppen nach Möglichkeit die Untergruppen dieselben sind. So kehren z. B. in allen 24 Abteilungen die ersten 9 Gruppen wieder:

- a) Allgemeine und zusammenfassende Darstellungen.
 - I. Wissenschaftliche Handbücher und Darstellungen.
 - II. Sammelwerke und Betrachtungen allgemeinen Inhalts.
- b) Bibliographie.
- c) Wörterbücher.
- d) Zeitschriften und periodische Veröffentlichungen.
- e) Sammlungen. Museen. Ausstellungen.
- f) Vereine und Verbände.
- g) Kongresse.
- h) Bemerkenswerte Persönlichkeiten.
- i) Vermischtes.

Die folgenden Untergruppen sind nach dem Bedürfnis des entsprechenden Fachs weiter entwickelt. Dem „Auslanddeutschtum im Reiche“ als einem besonderen Arbeitsgebiet ist dabei ausnahmsweise der Hauptpunkt 25 unter „Deutschland“ gewidmet. In Ergänzung dieses regionalen Schemas, das nur auf bestimmte Länder zugeschnitten ist, besteht zur Verarbeitung der universalen und internationalen Beziehungen noch ein allgemeines Schema mit denselben 24 Hauptpunkten. Im übrigen ist das Schema natürlich elastisch und entwicklungsfähig, es hat sich aber in der bisherigen Arbeit ausgezeichnet bewährt.

Unter dem Stempel „Stichwort“ wird nun also ein aufgeklebter Zeitungsausschnitt oder eine angestrichene Zeitungsnote verarbeitet und in die Karteikarte übertragen. Dabei kann in einem Zeitungsartikel und -ausschnitt sowohl z. B. von deutscher Kirche in Australien wie auch von deutscher Schule in Ägypten zugleich die Rede sein. Der Sorge um die richtige Einteilung sind wir ja enthoben, wir können den Stoff für beide Länder und Materien auswerten und ihn auf den zwei entsprechenden Karten eintragen. Wer später Deutsche Schule in Ägypten sucht, findet seine Karte ebenso sicher, wie derjenige, der nach Deutscher Kirche in Australien forscht. Manche Zeitungsausschnitte erfordern 10 oder 20 Auswertungen nach ver-

schiedenen Stichworten, und je besser und schärfer die Erfassung und Verarbeitung, desto sicherer die spätere Verwendbarkeit. Bedingung für ein derartig nur äußerlich kompliziert erscheinendes System, das natürlich besonders vorgebildete und dauernd mit der Materie befaßte Kräfte zur Voraussetzung hat, ist allerdings kein wahlloses Anhäufen von Ausschnitten, die doch nur Ballast sind, sondern ein vorsichtiges Auswählen des dauernd Wichtigen und ein Sondern der „Dauerwerte“ von den „Augenblickswerten“, welche letztere ja nicht weggeworfen zu werden brauchen, sondern zur sofortigen Benutzung den einzelnen Abteilungen zugeführt werden können. Nur in unser Dauerarchiv brauchen sie nicht zu kommen. Wir rechnen am Tag mit höchstens etwa 30 bis 40 Ausschnitten, und die Erfahrung zeigt, daß auch nicht mehr Material anfällt, das in den auslanddeutschen Zeitungen steckende Material, das nicht ausgeschnitten wird, nicht eingerechnet. Natürlich werden auf den Archivbogen, auf die die Ausschnitte aufgeklebt werden, der Titel der Zeitung, der Erscheinungstag und die Eingangsnummer vermerkt. Sucht nun jemand z. B. nach Material über die Auswanderungsfrage, so wird er von der Archivaufsicht rasch informiert, daß dieses Material nur unter dem Hauptpunkt 7 und unter der Untergliederung n III zu finden ist, und er kann im Augenblick von jedem Lande, für das er Material zu haben wünscht, die Karte 7, n, III, haben, die ihm zeigt, was wir an Ausschnitten besitzen. Wünscht er es zur Verarbeitung zu haben, so sind die betreffenden Ausschnitte in kurzer Zeit ihrer Nummer nach ausgesucht und ebenso rasch später wieder abgelegt. Es gibt kein Zusammensuchen aus ungleichartigem und ungleichwertigem Material der Mappen, kein Verzetteln der Arbeitskraft, keinen Zeitverlust.

Neben diesem Zeitungsarchiv besteht in dieser Abteilung eine Kartotheke und ein Archiv der deutschen Vereine im Ausland. Alle Vereine, die im Ausland deutsch sind oder sich mit deutschen Angelegenheiten befassen, werden ebenso „erfaßt“ wie die Vereine und Körperschaften im Inland, die sich um Fragen des Auslandsdeutschtums kümmern, oder wie die Vereinigungen der Ausländer im Deutschen Reich oder im Ausland selbst, die für unsere Arbeit Vorbild oder abschreckendes Beispiel sein können. Was die Alliance française, was die Vereinigung der Auslandschweizer oder der Auslandsverband der Schweden, Allsvensk Samling, tun, ist für uns von hohem Werte und Interesse. Die Vereine, von denen wir Kenntnis haben oder bekommen — und wir suchen sowohl durch unsere Vertrauensleute, wie durch amtliche und private Vertretungen im Ausland und auch durch die ausländischen Zeitungen möglichst alle deutschen Vereine im Ausland lückenlos zu erfassen —, werden in die Karteien eingetragen, und zwar einmal systematisch, einmal länderalphabetisch (nach Ländern und innerhalb der Länder nach Städten) und endlich dreifach alphabetisch nach den Vereinsnamen. Diese dreifache Einteilung ist mühevoll, aber sie ermöglicht das Auffinden jeden Vereins im Augenblick, auch wenn die Angaben darüber noch so unbestimmt sein mögen. Über die systematische Gliederung unserer Vereinskartei gibt diese Tabelle Aufschluß:

1. Deutsche Vereine im Ausland.

I. Verbände.

II. Einzelne Vereine.

- a) Gesellige Vereine (Klubs usw.).
- b) Hilfs- und ähnliche soziale Vereine.
- c) Wirtschaftliche Vereinigungen.
- d) Siedlungsgesellschaften (im Inland: siehe 5 u. 6).
- e) Berufliche Vereine und Gewerkschaften.

- f) Wissenschaftliche Vereine und Einrichtungen.
- g) Kirchenvereine und Gemeinden (siehe auch III).
- h) Missionsanstalten.
- i) Deutschvölkische und kulturelle Vereine.
- k) Sonstige Vereine.

III. Schulen und Schulvereine.

2. Deutsche Vereine im Reich.

I. Vereine Auslandsdeutscher.

- a) Allgemeine Vereinigungen und Verbände.
 - 1. Bund der Auslandsdeutschen
(dazu Ia: Rat der Reichsdeutschen im Ausland,
und Ib: Reichsverband der Auslandsdeutschen).
 - 2. Sonstige Vereinigungen und Verbände.
- b) Vereinigungen nach Ländern (Ausschüsse s. I a 1).

II. Vereine für Auslandsdeutschtum und Auslandskunde.

- a) Vereine zum Schutze des Auslands- und Grenzdeutschtums.
- b) Doppel- und mehrstaatliche Vereine und Verbände (s. auch. III h).
- c) Allgemeine Vereine und Institute.
 - 1. D. A. I. (siehe Hausarchiv).
 - 2. Institut für Deutschtum im Ausland an der Universität Marburg.
 - 3. V. D. A.
 - 4. Sonstige allgemeine Vereine und Institute.
- d) Spezielle Vereine und Institute.
- e) Schulen, Bibliotheken, Museen.

III. Sonstige Vereine.

- a) Deutschvölkische und kulturelle Vereine.
- b) Politische (und international-rechtliche) Vereine.
- c) Kolonialvereine.
- d) Missionsanstalten.
- e) Sonstige konfessionelle Vereine (soweit nicht unter 1 und 2).
- f) Rotes Kreuz.
- g) Vereine Zivil- und Kriegsgefangener.
- h) Rein wirtschaftliche Vereine und Unternehmungen (soweit nicht bei 2 II c).
- i) Verschiedenes.

3. Ausländische Vereine im Reich.

4. Ausländische Vereine im Ausland.

5. Auswanderung und Rückwanderung.

- a) Auswanderer- und Rückwanderer-Beratung- und Hilfe.
 - 1. R. W. A. mit Zweigstellen (siehe auch 6).
 - 2. Sonstige gemeinnützige Einrichtungen und Vereine (siehe auch 2 II c).
- b) Auswanderer- und Rückwanderer-Vereinigungen (siehe auch 1 II d).
- c) Verkehrsbüros.
- d) Schiffsgesellschaften.
- e) Sonstige geschäftliche Unternehmungen.

6. Siedlung im Inland.

- a) Hilfs- und Beratungsstellen (siehe auch II c und 5).
- b) Siedlungsgesellschaften (Innenkolonisation).

Will jemand z. B. die deutschen gewerkschaftlichen und Berufsvereine in einem bestimmten Lande kennen lernen, so findet er sie in der systematischen Kartei in jedem Lande unter II e, will er die Missionsanstalten haben, so bekommt er sie unter h. Möchte er aber wissen, welche Vereine in Buenos Aires überhaupt existieren, so belehrt ihn die länderalphabetische Kartei rasch unter Argentinien, Buenos Aires, und fragt er endlich nach einer „deutschen Kranken- und Sterbekasse“, die es in Südamerika geben soll, von der er aber nicht wisse, wo sie bestehe, so genügt ein Blick in die allgemeine alphabetische Kartei der Vereine zur genauen Feststellung.

Was findet er nun aber auf den einzelnen Karten? Nicht nur das Land und die Stadt, den Namen des Vereins und seine Art, sondern auch seine Adresse und die Namen seines Vorsitzenden, des Schriftführers und Kassenwarts und ihre Adressen, und er findet ferner eine Angabe, was für Materialien wir im Institut von dem betreffenden Verein in unserem Vereinsarchiv haben, denn jede eingehende Drucksache (Satzungen, Mitgliederverzeichnis, Jahresberichte usw.) eines Vereins wird registriert und länderweise nach Nummern abgelegt. Kommt z. B. jemand, der nach einer Farm in der Nähe von Buenos Aires auswandern will, so können wir ihm nicht nur sagen, an welche Vereine er sich dort anschließen kann, welche kulturellen Einrichtungen, Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, Bibliotheken er dort findet, welche Sportvereine oder Gesangsvereine, welche Berufsvereinigungen und welchen geselligen Anschluß, sondern wir können ihm auch sagen, welche Satzungen diese Vereine haben, in welche Schulen er seine Kinder schicken kann und welche Ausbildung ihnen dort vermittelt wird, ob es, wenn er auf dem Lande lebt, in der Stadt Pensionate gibt, in die er seine Kinder schicken kann usw. Wir können ihm die Satzungen des Vereins auf der Karteikarte nachweisen und sofort aus dem Archiv holen lassen, oder wir können bei schriftlichen Auskünften Auszüge aus diesem Material machen — kurz wir können zur unmittelbaren Praxis und Verwertung dafür sorgen, daß der betreffende Auswanderer oder Auslandskaufmann schon hier erfährt, welchen Anschluß er draußen findet, so daß er sich in seinen Zielen und Plänen darnach einrichten kann. Natürlich haben wir weder alle Vereine, noch von allen Vereinen, selbst von denen, die wir notiert haben, alle Drucksachen. Etwa 7000 Vereine sind jetzt auf 21000 Karten verarbeitet und rund 5000 Vereinsdrucksachen stehen zur Verfügung. Aber das Material vermehrt sich rasch — monatlich kommen rund 200 Vereine neu zu unserer Kenntnis und in unsere Kartei und monatlich rund 100 bis 150 Vereins-Drucksachen in unseren Besitz. Und sie werden nun nicht etwa aufgestapelt und zurechtgelegt, bis sie irgend jemand braucht und etwas daraus zu erfahren wünscht, sondern es werden Auszüge daraus in der Rubrik „Deutsche Vereine im Ausland“ unseres „Auslandsdeutschen“ gegeben, um im Inland und Ausland Kenntnis vom deutschen Vereinsleben, von deutscher Arbeit, Kultur, von deutschem Spiel und Sport und deutscher Geselligkeit zu geben. Natürlich erfordert auch hier die Arbeit, diese Karteien je nach den jährlichen Neuwahlen der Vereinsvorstände mit den Adressen der leitenden Persönlichkeiten auf dem laufenden zu halten, eine ungeheure Mühe und ein geschultes Personal, doch ist diese Arbeit nicht nur zur unmittelbaren Auskunfterteilung wichtig und notwendig, sie liefert auch zum erstenmal und einzig an dieser Stelle den Stoff zu einer späteren geschichtlichen Bearbeitung dieser schwierigen Fragen des deutschen Vereinslebens im Ausland.

Eine weitere Arbeit des Archivs besteht in der Zeitungskartei, die auf etwa 1700 Karten die bestehenden und — in historischer Erfassung — auch die eingegangenen deutschen

Zeitungen und zeitungähnlichen Zeitschriften des Auslands mit kurzen Angaben über politische Richtung, Leserkreis, Auflage, Geschichte usw. enthält. Ein Sacharchiv sammelt die Materialien, die uns an Erlebnissen Auslandsdeutscher, an wirtschaftlichen Berichten, an Denkschriften usw. zufließen, vor allem aber auch die Biographien verdienter Auslandsdeutscher, die wir ganz besonders sammeln und späterhin zur Veröffentlichung bringen wollen, um den heranwachsenden Geschlechtern Beispiel und Anregung zu geben und ein würdiges Denkmal deutschen Schaffens im Ausland zu liefern. Vor allen Dingen aber wird im Archiv die Kartei unserer Vertrauensmänner im In- und Ausland geführt, die uns auch ermöglicht, in besonderen Fällen ausreisende Deutsche mit Geleitkarten an unsere Freunde draußen zu verweisen, welche ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen können und denen sie auch selbst als Bringer neuer Nachrichten aus der Heimat willkommene Gäste sein werden.

Nur zur Ergänzung der Arbeit in den einzelnen Abteilungen führen wir als besondere Arbeit innerhalb des Archivs auch ein kleines Wirtschafts-Archiv. Es will mit den großen Einrichtungen von Berlin, Kiel und Hamburg nicht etwa konkurrieren, sondern soll nur über die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse in den einzelnen Ländern eine knappe und übersicht-

liche Auskunft geben, die wir dann in einzelnen Fällen durch besondere Anfragen bei unseren Vertrauensleuten ergänzen. Es wird hier im wesentlichen aus allen bei uns einlaufenden Wirtschaftszeitungen und Berichten ein sofort brauchbarer Index hergestellt, der uns ermöglicht, ohne daß wir in Dutzenden von Zeitungen nachzuschlagen brauchten, sofort zu wissen, wo z. B. über Kaffeeanbau in Brasilien und über den Stand der Ernte in letzter Zeit Artikel erschienen sind (wir haben dann sofort Zeitschrift, Heft und Seitenzahl), und es werden aus Zeitungen und Zeitschriften, die zerschnitten werden können, die Materialien in Mappen übersichtlich gesammelt und für die Auskunfterteilung an die einzelnen Abteilungen bereit gestellt. Will jemand von uns spezielle Auskünfte über Wirtschaftsfragen haben, so verweisen wir ihn nach Kiel, Hamburg oder Berlin an die betreffende Stelle, mit der wir in Arbeitsgemeinschaft stehen, oder holen für ihn die erbetene Auskunft ein.

Ein reiches und originelles Material fließt diesem Wirtschafts-Archiv allerdings auch durch die Briefe und Mitteilungen unserer eigenen Freunde in aller Welt zu, und vor allem sind wir imstande, amtliche Mitteilungen und Berichte durch Befragung unserer in praktischer Arbeit steckenden Freunde jederzeit zu überprüfen oder zu ergänzen.

Die Karten- und Bild-Abteilung.

Unmittelbar an die Archive schließt sich die Karten- und Bild-Abteilung an, die ihre Aufgabe im August 1919 aufnahm und seit dieser Zeit eine große Menge von Karten-, Bild- und Lichtbildmaterial sammelte, verarbeitete und für die praktische Aufklärungsarbeit des Instituts, sei es zum Nutzen der Auswanderungslustigen und zur mündlichen Belehrung und Aufklärung, sei es in der Verarbeitung zum Lichtbild zur Vortragsfähigkeit des Instituts, bereit stellte.

Die Karten-Abteilung will alle Karten sammeln und bearbeiten, die mit Auslandsdeutschtums- und Auslandkunde-Fragen zusammenhängen, will versuchen, dieses Material nicht nur für die Gegenwart und Zukunft zu ermitteln, sondern es auch aus der Vergangenheit festzustellen, nachzuweisen oder womöglich im Institut zu vereinigen. An dieser Stelle wird zum erstenmal eine systematische Zusammenfassung des gesamten Kartenmaterials über diese Frage versucht, die schon für die Gegenwart von großer wissenschaftlicher und praktischer Bedeutung ist, deren Wert aber für künftige historische und archivalische Arbeiten immer mehr wachsen wird. Dadurch, daß die neu eingehenden Karten unseres Spezialgebietes sofort in der Bibliographie im „Auslandsdeutschen“ (siehe unter Bibliothek) angezeigt und auch kritisch besprochen und charakterisiert werden, wird sowohl für die Fachgeographen wie auch für die Laien eine auch den Verlegern willkommene Übersicht über das neu erscheinende Kartenmaterial gegeben, die namentlich heute, da die Atlanten doch ihrer politischen Einteilung nach veraltet sind, für den geographischen Unterricht sowohl wie auch für den praktischen Handelsbetrieb und für die Kaufmannschaft im In- und Ausland wertvolle Quellen liefert. Die Karten stehen jederzeit Interessenten im Kartenraum zur Einsicht und zum Studium zur Verfügung. Natürlich wird der Kartenbestand in erster Linie auch für die Erteilung von Auskünften in dieser Richtung benutzt und reicht schon heute aus, um auch die infolge der vielen Friedensverträge, Abstimmungs-Bestimmungen usw. verwickelten staatsrechtlichen Verhältnisse zu klären und darüber Auskunft zu erteilen. Wo das gedruckt vorliegende Kartenmaterial nicht ausreicht oder eine straffere

Zusammenfassung vorhandenen Materials gerade für unsere Sonderzwecke nützlich erscheint, wurde die Bearbeitung besonderer Karten angeregt oder auch im Institut durchgeführt. Namentlich sind dem Institut durch seine Freunde im Ausland wertvolle Kartenmaterialien zugegangen, die sonst in Deutschland selten oder kaum zu erhalten sind. Durch Ankauf wurden vorhandene Lücken ergänzt. Der monatliche Zugang an Karten beträgt etwa 50 bis 80 Stück, die Sammlung zählt schon heute rund 3000 Karten, nicht eingerechnet die sehr wertvollen Bestände an Arbeitskarten. Die Sammlung ist in besonderen Kartenschränken übersichtlich regional gegliedert. Die während einer Woche neu eingehenden Karten werden im Raum der Abteilung zunächst einige Tage ausgehängt, um den Abteilungsleitern und Mitarbeitern eine Orientierung zu ermöglichen (ebenso wie in der Bücherei die Nachschlagewerke und neuen Zugänge an Büchern, sowie die am meisten gefragten Werke der Auswandererliteratur in besonderem, leicht zugänglichem Raum aufgestellt sind, um eine sofortige Unterrichtung aller Mitarbeiter über die Zugänge zu erzielen), auch werden im Lesesaal Karten aktuellen Inhalts, wie z. B. zur Abstimmung in Nordschleswig, zur oberschlesisch-polnischen Frage usw. für die dort weilenden Besucher ausgehängt. Alle eingehenden Karten werden natürlich auch karteimäßig registriert, und diese Aufnahme wird auch auf die in den Beständen der Bibliothek in den zahlreichen Reisewerken und in sonstigen Büchern vorhandenen Karten allmählich ausgedehnt, weil dort manche Spezialkarte und vor allem handgezeichnete Karten und Skizzen zu stecken pflegen, die sonst nirgendwo zu finden sind. Auf diese Weise wird ein besonders wertvolles Auskunftsmittel geschaffen, das ähnlich wie der Auskunftskatalog der Bibliothek arbeiten kann und das erweitert wird durch Verarbeitung der Katalogwerke unserer großen geographischen und kartographischen Firmen, soweit sie für unsere Arbeit einschlägig sind. Natürlich werden der Auswanderer-Beratungsstelle diejenigen Hauptübersichtskarten in ihrem Raum zur Verfügung gestellt, die für die große Masse der Auswanderungslustigen und ihre Beratung notwendig sind.

Eine Aufgabe, die namentlich für die Ausgestaltung der musealen Arbeiten des Instituts, für die Schaffung eines großen Ehrendenkmals für die Auslandsdeutschen und auch unmittelbar für die Vortrags- und Aufklärungsarbeit wichtig ist, leistet die Abteilung in ihrer Bild-Sammlung. Hier wird alles erreichbare Material, auch historischer Art, gesammelt und es werden die Leistungen des Deutschtums in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht im Bild festgehalten, wobei natürlich auf die bildliche Darstellung der Sitten und Gebräuche, der Landschaft und der Produktion, wie der kulturellen Äußerungen des betreffenden Wirtslandes, in dem die Deutschen zu Gäste sind, die entsprechende zum Verständnis der deutschen Leistungen nötige Rücksicht genommen wird. Auch hier ist der Begriff der Auslandkunde nicht theoretisch festgelegt, sondern muß von Fall zu Fall im Hinblick auf die Interessen des Deutschtums in dem Arbeitslande bestimmt werden. Bilder großer deutscher Pioniere im Ausland, Bilder der Geschäftshäuser, die sie groß gemacht, Bilder der Bahnen, die sie gebaut, der Brücken, die sie über Flüsse gespannt, der Armeen, die sie erzogen, der Schulen, in denen sie unterrichtet haben, werden ebenso gesammelt wie die Landschaftsbilder der Gegend, die für das Land charakteristisch ist, durch die jene Bahnen führen, an denen die deutsche Arbeit vor sich geht. Wenn die Deutschen am Teehandel in China beteiligt sind, so ist eine bildliche Darstellung des gesamten Teegeschäfts vom Aussetzen der Pflanzen bis zum Versand der Teekisten wesentlich. Von deutschen Vereinen und Schulen im Ausland sind Bilder des Schul- wie des Spielbetriebs für das Verständnis des kulturellen Lebens der Deutschen in jenem Lande wertvoll. Das Institut ist hier in erster Linie auf die freiwillige Mitarbeit seiner Freunde angewiesen, die ihm ihre Liebhaberaufnahmen gerne zur Verfügung stellen. Es arbeitet aber auch mit den großen photographischen Firmen zusammen, die berufsmäßig Aufnahmen herstellen und deren Material z. B. über das Abstimmungswesen in den losgetrennten Gebietsteilen angekauft und verwertet werden mußte. Etwa 30 Firmen stellen dem Institut regelmäßig ihre sämtlichen Aufnahmen zur Auswahl zur Verfügung, wie auch aus den illustrierten Beilagen der Zeitungen oder aus den illustrierten Zeitschriften eine Reihe von für uns wertvollem Material erkundet wird, dessen Ursprung wir dann nachforschen, um die Bilder selbst zu bekommen. Die Bilder werden zunächst, ganz gleichgültig, welchen Formates sie sind, in einem allgemeinen Bildarchiv länderspezifisch in Mappen gesammelt und aufgehoben (gegenwärtiger Bestand zurzeit schätzungsweise 6000 Bilder), eine Liste der sämtlichen Bestände, vorläufig nach dem Eingang und der Nummer, späterhin auch nach regionaler Gliederung, wird angelegt, und aus diesem Bestände wird ein besonderes Bildarchiv jener Bilder herausgeschält, die sich zur Herstellung von Lichtbildern eignen und die somit für das

Institut ganz besonderen Wert haben. Diese Bilder werden im Format von 9 zu 12 abgezogen und auf besonderen Kartons stets gleich ausstellungsfertig aufgeklebt. Auf der Rückseite jeden Kartons befindet sich ein vorgedruckter Zettel, auf dem Art des Bildes, Datum und Jahr der Aufnahme, Name des Photographen und in etwas ausführlicherer Darstellung der Gegenstand der Aufnahme verzeichnet stehen (gegenwärtiger Bestand etwa 3000 Bilder und Lichtbilder). Es wird aufgeführt, welche Rechte der Verwertung oder Veröffentlichung das Institut an dem betreffenden Bilde erworben hat und unter welcher Nummer das Bild im Negativ in der Negativ-Sammlung und im Lichtbild in der Lichtbild-Sammlung vorhanden ist. Die Aufstellung dieser besonderen Bildsammlung ist gleichfalls regional gegliedert. Kommt z. B. ein Besucher und möchte Bilder vom Deutschtum in Argentinien sehen, so findet er sie in der Abteilung Argentinien und kann sich einen genauen Überblick über Land und Leute, über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des dortigen Deutschtums verschaffen. Natürlich findet er für einzelne Länder und Materien noch gewaltige Lücken — wo wären sie nicht in unserer gesamten Arbeit —, aber wir sind bestrebt, sie aufzufüllen und die Bestände zu ergänzen. Will der Besucher aber nun z. B. einen Lichtbildervortrag halten, so braucht und darf er nicht selbst an den gleichfalls regional gegliederten und eingestellten Bestand der kostbaren, leicht zerbrechlichen und doch für den Ungeübten schwer erkennbaren Lichtbilder gehen. Er kann sich an Hand der aufgezogenen Bilder ein genaues Bild dessen machen, was wir an Material besitzen, kann im Positivbildmaterial wählen und braucht nur die rückseitigen Nummern auszuschreiben, die man ihm nachher aus der Lichtbildsammlung zu seinem Vortrag zusammenstellt. Die Rückseite der Bilder liefert ihm gleich den entsprechenden Text und Unterlagen zu seinem Vortrag. Natürlich werden für die Versendung und Verleihung nach außerhalb auch die Lichtbildbestände der einzelnen Länder in Länderlisten zusammengestellt und es werden an Mitglieder und wissenschaftliche Arbeiter, an Schulen und Anstalten wie an gemeinnützige Vereine die Lichtbilder des Instituts kostenlos verliehen, wobei wir nur um eine entsprechende Sicherung gegen Bruch und für Ersatz der Portokosten bitten. Die Lichtbildsammlung ist gegenwärtig in der Aufstellung begriffen und konnte deshalb bislang nur den eigenen Mitarbeitern des Instituts dienstbar gemacht werden (erfreute sich hier allerdings einer sehr starken Benutzung), sie wird aber in wenigen Wochen in ihrer Aufstellung vollendet und dann auch weiteren Kreisen zugänglich sein.

Wir wollen mit ihr rein gemeinnützigen Zwecken dienen und keinesfalls Lichtbild-Verleihanstalten und Firmen geschäftliche Konkurrenz machen, weshalb wir auch nur zu gemeinnützigen Zwecken unser Material ausleihen.

Die Ost-Europa-Abteilung.

Die spätere Ausgestaltung der Institutsarbeit wird natürlich zu dem System der einzelnen Länderreferate führen, um das Deutschtum im Ausland von Sachkennern der betreffenden Gebiete bearbeiten zu lassen. Schon heute vereinigen wir unter unseren Mitarbeitern und Abteilungsleitern Kenner fast der meisten großen Länder der Welt, zur Gliederung nach Länderabteilungen können wir aber erst schreiten, wenn der Ausbau weiter vorangegangen und auch die dem Institut zufließenden Mittel entsprechend verstärkt worden sind. Die beiden bis jetzt bestehenden Länder-Abteilungen verdanken ihre Ent-

stehung mehr zufälligen Umständen, bei denen wir allerdings gerne zugegriffen haben, weil gerade die Arbeit des Instituts an sich stark in dieser Richtung sich entwickelte.

Als Gelegenheit geboten wurde, die gesamten Materialien der ehemaligen Landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement Warschau zu übernehmen, nahmen wir dankend das Angebot an, weil der Ausbau dieser Bestände zu einer Ost-Europa-Abteilung im Bereich der Möglichkeit lag, die bei den starken Beständen an Deutschtum in den ehemals russischen Teilgebieten der besonderen Erforschung wert erschien und zu

der auch infolge der wahrscheinlich dorthin einsetzenden Auswanderung eine Notwendigkeit vorlag. So gingen die Bestände der Kommission an wertvollen Büchern und Bildern in den Besitz des Instituts über und wurden einstweilen aufbewahrt.

Die Pläne des raschen Ausbaues dieser Abteilung mußten bei der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit im Osten zunächst zurückgestellt werden. In der Forschungsarbeit in auslandkundlicher Hinsicht wollen wir natürlich den entsprechenden Instituten in Königsberg und Breslau keinerlei Konkurrenz machen, unsere Interessen sind wesentlich beschränkter und zielen nur auf eine besondere Pflege des Deutschtums innerhalb Ost-Europas hin. Die gewaltige Verteuerung der Kosten und Materialien aber verhindert sowohl Publikationen auf diesem Gebiet — die Fortsetzung der Bücherreihe der landeskundlichen

Kommission ist nach wie vor geplant —, wie auch die Unterstützung von Forschungsreisen zur Gewinnung weiteren Materials über das Deutschtum bis jetzt unmöglich war. So mußten wir uns darauf beschränken, die Zeitungen und Zeitschriften aus dem Osten zu verfolgen und das anfallende Material besonders für unser Archiv und zur Auskunfterteilung bereit zu stellen. Die ganze Frage des Ostens ist ja noch ein ungelöstes Rätsel. Ehe sich nicht die nationalen Leidenschaften in den neuen Randstaaten beruhigt und die Wogen sich geglättet haben, ehe die wirtschaftliche Einsicht nicht das nationalistische Pathos dämpft, ehe für Sowjet-Rußland oder das Rußland künftiger Regierungsform nicht Arbeitsmöglichkeit besteht, heißt es nur abwarten und vorbereiten, um für den späteren geistigen und wirtschaftlichen gegenseitigen engen Anschluß und Austausch mit dem Osten gerüstet zu sein.

Die Ostasien-Abteilung.

Ähnlich steht es mit dem jüngsten Kinde des Instituts, der Ostasien-Abteilung, die als Baelz-Stiftung erst im Oktober 1920 errichtet ward und dem Andenken des großen schwäbischen Arztes und Forschers Geh. Rat Prof. Dr. Erwin von Baelz gewidmet ist, der in Japan als Leibarzt des Kaisers und Erzieher der jungen Ärztegeneration deutschem Namen zur besonderen Ehre verhalf. Die Wiederanbahnung der wirtschaftlichen Beziehungen zum fernen Osten, zu Japan und China, ist stark abhängig von der Gewinnung eines guten geistigen Verhältnisses zu den Ostasiaten. In beiden Ländern sind starke deutsche Sympathien vorhanden, die trotz der Kriegs- und Revolutionsereignisse nicht gelitten haben. weil sie sich auf den geistigen Gehalt des deutschen Volkes gründeten und vom militaristisch

oder imperialistisch Politischen nicht berührt wurden. Sie gilt es zu pflegen, die Verbindungen mit den deutsch sprechenden und deutsch verstehenden Chinesen und Japanern neu zu knüpfen, sie in engem Zusammenhalt mit deutschen Forschungen und Studien zu halten und dabei für diese unseren westlichen Begriffen religiös und geistig so fernstehende, aber doch besonders tiefe und feine Kultur in Deutschland selbst Verständnis und Achtung zu erwecken. Durch Vorträge und literarische Wirkung, durch Pflege des persönlichen Gedankenaustausches wird diese Aufgabe in der Zukunft zu lösen sein. Wir hoffen, daß die von uns vorgesehene besondere Art der Inangriffnahme der Arbeit auch für andere Länder und Ziele zum Muster werden kann.

Museum und Ausstellungen.

Einen wichtigen Bestandteil unserer Arbeit bildet das als praktische Ergänzung und Erweiterung unserer bibliothekarischen und archivalischen Materialsammlungen gedachte Museum. In ihm soll jene große Würdigung des Auslanddeutschtums und seiner Arbeit erstehen, die ein gewaltiges, leichtverständliches und die heranwachsende Generation anfeuerndes und anregendes Denkmal der Leistungen und der Tüchtigkeit, der Treue und der Zähigkeit deutschen Schaffens in der Welt sein wird. Es gilt hier, diese Arbeit sinnbildlich und augenfällig zu veranschaulichen, sie gewissermaßen handgreiflich zu gestalten, so daß sie schon durch die Art ihrer Anordnung und Darstellung sich dem Bewußtsein der Beschauer einprägt. Deshalb soll vom Bild bis zur Photographie, bis zur Skizze und Malerei, von der Karte und dem Plan bis zum Schulheft und der Handarbeit der Schulkinder, von der persönlichen Familienerinnerung an alte Auswandererzeiten bis zum Kirchen- und Gemeindebuch, von der selbstgeschriebenen Biographie eines großen Auslanddeutschen bis zum gedruckten und vervielfältigten Berichte über Auslanddeutschtum, wie er in Vereinsdruckschriften und auslanddeutschen Zeitungen sich zeigt, von der Warenprobe bis zur modellmäßigen Darstellung, alles an Anschauungsmaterial verwertet werden, was nur denkbar ist. Das Modell eines Auswanderersegelschiffes, wie das Modell eines modernen Riesenauswandererdampfers, das Modell einer deutschen Schule in der südamerikanischen Großstadt, wie das Modell einer Waldrodung und primitiven Ansiedlung in Lettland, das Modell einer großbäuerlichen Besitzung in der Südukraine, wie das Modell einer modernen deutschen Auslandssiedlung wie

Tsingtau werden hier in großer Gliederung das erzielen, was wir wollen. Da wir dem Gedanken der Auslandkunde ja in besonderem Maße dienen, wird auch hier nicht vergessen werden dürfen, die Umrahmung des Deutschtums im fernen Lande zu schildern, darzustellen in welchem Lande, unter welchem Volke, bei welcher landwirtschaftlichen Produktionsart wie auch unter welchen klimatischen und geographischen Verhältnissen die Leistungen des Deutschtums erfolgten. Nicht eine vom Lande losgelöste Behandlung der Frage, sondern nur eine Darstellung des unmittelbaren Wirkens der Deutschen für ihre Adoptiv-Heimat ergibt das Bild, das uns vorschwebt. In dem Wintergarten des Neuen Schlosses und in einem großen langen Wandelgange, den sich der ehemalige König erbaute, sind die Anfänge des großen Werkes untergebracht, das schon jetzt großzügig auszugestalten uns lediglich der Raummangel verhindert. So lagert noch in Kisten und Kästen manch' schätzenswertes Material. Der Ankauf der Bestände des ehemaligen Kolonialmuseums am Lehrter Bahnhof in Berlin, die der Württ. Verein für Handelsgeographie mit zahlreichen eigenen Schätzen dem Institut schenkte, sowie die für das Institut hergestellten und ihm geliehenen Materialien der ehemaligen Kurland-Ausstellung bilden nun unseren Grundstock. Diese Kurland-Ausstellung zeigte so recht unsere Arbeitsmethode, nach der eine Vervollständigung der Sammlungen erstrebt wird. Die Darstellung des Deutschtums in einem besonderen Lande, in Schule und Kirche, Zeitungswesen und öffentlicher Meinung, industrieller wie agrarer Produktion, im Handel und Handwerk, in Haus und politischer Gemeinschaft

gibt Gelegenheit, auch die Besonderheiten des Wirtsvolkes darzustellen und liefert so einen geschlossenen Überblick über ein besonderes Land. Die Kurland-Ausstellung wurde während der Okkupation durchgeführt und verdankte ihren Erfolg mit der begeisterten Mitwirkung der Deutsch-Balten. Sie zeigte sich in 12 deutschen Städten und fand über 150 000 Besucher, wobei in insgesamt etwa 50 abendlichen Vorträgen in den einzelnen Städten der besonderen Aufklärungsarbeit des Instituts sich Gelegenheit bot, gerade die deutsch-baltischen Leistungen der Vergangenheit und die deutsche Arbeit der Zukunft im Baltenlande zu vergegenwärtigen. Daß bei dieser Gelegenheit eine photographische Aufnahme des Landes im großen Stil vorgenommen wurde, daß ein einheitlich vergrößertes, glänzendes Bildmaterial zusammengebracht wurde, das die Schönheit des Landes so recht zum Bewußtsein brachte, sei nebenbei bemerkt. Zahlreiche Modelle, von der alten Ritterburg bis zum modernen Landgut und Herrensitz, von der Waldsiedlung bis zum behaglichen Bauernhofe, vom Fischerdorf bis zu den Trachten der Leute, erhöhten den Reiz der Darstellung.

In ähnlicher Weise wird das Deutschtum in aller Welt länderweise, der Reihe nach, zu erfassen sein. Sonderausstellungen können auch hier dem Gedanken der Arbeit für dieses Deutschtum in den deutschen Städten Boden gewinnen, um dann ihr Material in das allgemeine Museum in Stuttgart auszuliefern. Schon jetzt zeigen wir Beispiele dessen, was wir wollen: von den siebenbürgischen Töpfereien der Heimarbeit bis zu den Humpen der Handwerkszünfte im Ausland, von den Schriften und Notenproben deutscher Kolonistenlieder in Rußland bis zu den Biographien Auslandsdeutscher sind Anfänge zu sehen, deren Ausbau erst noch kommen soll. Mit dem Kulturellen verbindet sich das Wirtschaftliche: schon heute bildet die Darstellung von Warenproben der fernen Länder, von Gesteins- und Erzproben bis zu den Gläsern mit Mais und Reis, Tee und Kaffee, Bohnen und Erbsen, Ölen und Früchten, Weizen und Hopfen, Gummi und Tabak, ein prachtvolles Anschauungsmaterial für Auswanderer, das das gesprochene Wort der Beratungsstelle wirksam ergänzen kann und das Anschaulichkeit schafft und mehr belehrt als lange theoretische Auseinandersetzungen in Büchern. Wenn in einer Flasche eine Probe von Honig gezeigt wird, den der erste deutsche Regierungslehrer auf einer Südseeinsel gewann, dadurch, daß er die Bienen auf dieser Insel einführte, und wenn dann erwähnt wird, daß seit dieser Zeit die Honig- und Wachs- ausfuhr dieser Insel stets zunahm und ein gutes Geschäft abgab, so charakterisiert das auch die wirtschaftliche Leistung, durch Schaffung neuer Absatzgebiete und Erschließung neuer

Abnehmerkreise auch der heimischen Industrie manche Anregung zu neuen Modellen und Methoden, zur Aufnahme neuer Handelszweige und Verarbeitungsarten gab. Es darf hier z. B. an die Fabriken zur Verarbeitung der japanischen Sojabohne zur Gewinnung von Speiseölen und Verwertung von Rückständen zu Viehfutter erinnert werden. Es gilt hier die Materialien für die Tätigkeit Deutscher in der Landwirtschaft und zur Hebung der Bodenschätze in Industrialisierung und zur Pflege der Geisteswissenschaften in fremden Ländern erst noch zusammenzutragen und zum Teil erst noch ausfindig zu machen. Wenn dann bei allen Proben der Produktion aus fremden Ländern in statistischen Tabellen erkennbar sein wird, wie der betreffende Handelszweig an sich wuchs und wie an ihm Deutsche, Franzosen, Engländer und Amerikaner, Chinesen und Japaner prozentual beteiligt sind, auch wie ihre Beteiligung wuchs oder sank, dann wird vom deutschen Aufstieg seit 1871 bis 1914 ein klares Bild erwachsen, der jähe Umschwung durch diesen Krieg wird scharf sich abheben, es wird die aufbauende Tätigkeit der Auslandsdeutschen nach dem Kriege klar heraustreten und dem Volke mehr zum Bewußtsein kommen, als das vor dem Kriege der Fall war, wo man sich an wachsenden Handels- und Statistikziffern berauschte, ohne viel nachzudenken, wem die Errichtung des gewaltigen Welthandelshauses eigentlich mit zu verdanken war. Wir haben bei uns jetzt wie gesagt Anfänge, Andeutungen von dem, was wir wollen, schon ausgezeichnetes Material, aber erst kleine Quadern des Fundaments zu dem späteren Denkmal. Bausteinen beizuschaffen sind unsere Auslandsdeutschen selbst beufen, alle diejenigen, die wollen, daß ihre Arbeit nicht vergessen wird, alle diejenigen, die nicht wollen dürfen, daß sie vergessen werde, auch wenn sie persönlich noch so bescheiden sind, damit dem deutschen Volke der Nationalstolz über seine Leistungen in aller Welt und zu allen Zeiten erhalten bleibe. In wie vielen Familien befinden sich persönliche Erinnerungen, die in unser Museum gehören, Bilder und Karten, Handarbeiten und alte Dokumente, Bücher und Modelle! Wie viele deutsche Handeltsherrn im Ausland können uns Bilder ihrer Estanzen und Faktoreien, Proben ihrer gehandelten Ware und Fabrikate liefern, wie viele deutsche Gesellschaften sich hier selbst und auch ihrer Arbeit ein Sonderdenkmal deutscher technischer und industrieller Arbeit im Ausland schaffen.

Wir wollen dafür sorgen, daß alles würdig sich in den Rahmen einfügt, aber man helfe uns dieses Denkmal zu errichten, das um so notwendiger ist gerade jetzt, da deutsche Arbeit in der Welt verfemt und mißachtet erscheint, damit sie wieder geehrt und geachtet werde!

Die Auskunft- und Vermittlungsstelle.

Die bisher geschilderten Einrichtungen des Instituts sind zum Teil wissenschaftlicher Natur, sie legen jedenfalls den Grundstock zu künftiger wissenschaftlicher Erforschung des Auslandsdeutschtums. Sie schaffen zum erstenmal in Deutschland an zentraler Stelle das gesamte Material zur Beurteilung auslandsdeutscher wirtschaftlicher und kultureller Fragen und sind in ihrer systematischen Gliederung so geordnet, daß sie die Fülle neu zuströmender Bücher und Bilder, Ausschnitte und Manuskripte, Ausstellungsgegenstände und Karten mühelos in den einmal geschaffenen Rahmen einspannen können. Wir bezeichnen diese Abteilungen aber im Institut nicht etwa als wissenschaftliche Abteilungen im Gegensatz zu den übrigen, den Abteilungen der Praxis. Es ist im Gegenteil höchster Ehrgeiz aller Abteilungen, unmittelbar in der Praxis und für die

Praxis zu arbeiten. Auch da, wo diese Arbeit äußerlich und bei flüchtigem Beschauen theoretisch erscheint, ist ihre Auswertung und Benutzung praktischer Natur. Gewiß bildet unsere Kartensammlung ein wissenschaftliches Instrument ersten Ranges, aber sie dient bei uns in erster Linie der praktischen Auskunfterteilung, gewiß sind unsere Vereinsarchive der Erfolg einer mühevollen Kleinarbeit und soll ihre Gliederung wie auch die der Archive wissenschaftlichen Anforderungen standhalten, aber wir arbeiten nicht für den Forscher, der in 50 Jahren die Geschichte des Deutschtums in einem bestimmten Lande schildern will, für ihn und an ihn denken wir nur in zweiter Linie, vor allem wollen wir jedem Auslandsdeutschen praktisch nützen, der hinausgeht, jeden Auswanderer beraten, der zu uns kommt. Wollten wir nur ein wissenschaftliches Institut sein, so würden

wir einen Luxus in der heutigen Zeit bedeuten, denn es gibt für das deutsche Volk in unmittelbarer Gegenwart Werke, die wichtiger sind; da wir aber wirtschaftlicher Praxis und unmittelbarer Befruchtung des Wirtschaftslebens und des Warenaustausches zwischen Fremde und Heimat, der Ernährung der Heimat, dem Absatz ihrer Waren, der Erschließung neuer Absatzgebiete, dem Studium der Völker dienen wollen, glauben wir sagen zu dürfen, daß wir von hoher Bedeutung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sind.

Die bisher geschilderten Abteilungen bilden den Unterbau derjenigen Abteilungen, über die jetzt zu reden sein wird, sie schaffen das Material für die Herren, die im unmittelbaren Verkehr mit dem Rat und Hilfe heischenden Publikum keine Zeit haben, sich lange um die Zusammentragung von kleinem Material zu kümmern und die auf der aufbauenden Arbeit der Kollegen und Mitarbeiter fußen müssen. Was Bibliothek und Archiv, Karten- und Bild-Abteilung und Ausstellung an Bücherlisten und Literaturzusammenstellungen, an Ausschnitten und Kartensammlungen anlegen, muß „auf Abruf greifbar“ sein und muß durch den lebendigen Meinungsaustausch mit den Besuchern in Leben und Praxis umgesetzt werden. Nur in diesem Sinne sind die jetzt zu besprechenden Abteilungen die „praktischen“, die den Verkehr mit dem Publikum pflegen, die äußerlich mehr in Erscheinung treten. Auch bei ihnen gilt, was wir vom ganzen Institute zu sagen haben: keine Abteilung will allein und nur für sich gewertet werden. Es besteht in der Arbeit und in der Gliederung ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen allen Teilen des Ganzen. Die Arbeit greift ineinander über, die Materialien der einen Abteilung werden in der anderen mitbenutzt, die Erfahrungen der einen werden in der anderen mitverwertet, die Besucher werden des öfteren „ausgetauscht“ und „weitergegeben“. Gerade in dem Zusammenspiel des Ganzen steckt die besondere Bedeutung. Das wird im einzelnen noch zu erläutern sein.

Die Auskunfts- und Stellenvermittlung pflegt in erster Linie die Vermittlung von Stellen für die zwangsweise in die Heimat zurückgekehrten, vertriebenen oder repatriierten Auslandsdeutschen. Sie hat dabei nicht nur eine caritative Aufgabe: die armen von Haus und Hof vertriebenen, ihrer Habe und ihres Arbeitsgebietes beraubten Männer unterzubringen, zu ernähren, über Wasser zu halten, bis bessere Zeiten kommen, sondern sie betont neben dem sozialen stark den wirtschaftlichen Wiederaufbau-Charakter solcher Arbeit: Die Auslandsdeutschen sind unser bestes Kapital. Sie haben allein die Erfahrungen und Auslandskennntnisse vieler Jahrzehnte, sie kennen die Märkte und die Menschen, die Waren und Landessitten, man konnte unsere Geschäftsbücher und unsere Gelder, nicht aber das Wissen dieser Männer beschlagnahmen, das wieder in Arbeit umgesetzt werden muß, wenn wir voran kommen wollen. Die Firma, die einen Auslandsdeutschen einstellt, tut nicht etwa ein „gutes Werk“, soll nicht einer Mitleidsregung Raum geben, sondern sie soll sich einen Nutzen herauskalkulieren, wenn sie einen Mann annimmt, der z. B. den chinesischen Markt kennt und der ihre Produktion und ihren Geschäftsbetrieb, ihre Reklame und ihren Aufbau des Auslandsgeschäfts schon jetzt auf die Zukunft einstellen und einrichten kann, damit der deutsche Handel gerüstet sei, wenn der Markt für ihn wieder aufzugehen beginnt. In diesem Sinne haben wir die wirtschaftlichen Kreise zu beeinflussen versucht, durch Tausende von Rundschreiben an die wirtschaftlichen Korporationen, an die Handelskammern, an die kommunalen und staatlichen Behörden. Wir dürfen sagen, daß der Erfolg dieser systematischen Bearbeitung nicht

ausgeblieben ist, daß wir heute nicht nur an die Firmen herangehen müssen, sie möchten doch bitte Auslandsdeutsche einstellen, sondern daß sie oft von selbst kommen und uns um Überweisung geeigneten Personals ersuchen. Es werden in dieser Beziehung die spezialisiertesten Anforderungen an uns gestellt, was Tätigkeit in verschiedenen Ländern, was Sprachkenntnisse und Brancheerfahrung angeht. Nicht immer haben wir die genügenden Fachleute „auf Lager“, aber sehr oft gelingt es uns auch, an die oder jene Stelle, für die ein Spezialbewerber gerade fehlt, einen Mann von ähnlicher Ausbildung zu setzen und Umsattelungen von einem Beruf in den anderen zu erleichtern. Daß dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Rolle spielen, daß Wirtschaftskrisen sich bei uns in unmittelbarer Auswirkung fühlbar machen, daß das Auf und Nieder der Valuta und seine Beeinflussung der Geschäftslust einwirkt, ist natürlich. Wir haben in unserer Stellenvermittlung und ihrer Beanspruchung von seiten der Stellensuchenden und der Stellen anbietenden einen fein reagierenden Barometer des wirtschaftlichen Lebens.

Wir gewinnen das „Material“ an Menschen für die Vermittlungsstelle durch Aussendung unserer Fragebogen an die zahlreich sich meldenden Auslandsdeutschen aus allen Teilen des Reiches und des Auslandes. Hier und da veröffentlicht unsere „Presse-Korrespondenz“ die Tatsache, daß wir derartige Stellen vermitteln und jeder Abdruck in einer Zeitung bringt uns neue Menschen, denen wir helfen und nützen können. Die Bewerber füllen einige Personalbogen aus, aus denen ihr Beruf, ihr Stand, ihr Alter und Familienstand, ihre Stellung und bisherige Tätigkeit, ihre Branchenkenntnisse und Landeserfahrungen, ihre sprachlichen Fähigkeiten, wie auch ihre Gehalts- und sonstigen Anstellungswünsche ersichtlich werden und die Angaben dieser Bogen werden von uns in ein Kartensystem übertragen, das einmal alphabetisch nach Namen, dann in einer Gliederung nach Berufen und zum drittenmal in einer Einteilung nach Ländern, in denen die Leute tätig waren, und nach Sprachen, die sie sprechen, einen Überblick ermöglicht. Brauchen wir nun einen Ingenieur, so gibt die Berufsgliederung Aufschluß, brauchen wir aber einen, der Portugiesisch und Spanisch spricht, so wird zur Ergänzung die Landes- und Spracheneinteilung mit herangezogen.

Schwieriger ist es natürlich, das Material an freien Stellen zu bekommen. Wir lesen die bei uns einlaufenden Tageszeitungen und Zeitschriften genau auf Angebote durch, wir verfolgen namentlich auch die auslandsdeutschen Zeitungen, stehen schließlich in regem Austausch mit den Vereinigungen der Deutschen im Ausland, sei es den wirtschaftlichen, wie Handelskammern, sei es den völkischen, wie den Volksbünden in Südamerika, soweit sie Stellenvermittlung betreiben. Auch mit den großen Firmen im Ausland und mit den deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen draußen muß Fühlung aufrecht erhalten werden, um freie Stellen gemeldet zu bekommen und sie besetzen zu können. Wird uns eine freie Stelle gemeldet, oder finden wir ein Angebot in einer Zeitung, so wird sofort geantwortet und es wird für jeden Spezialfall eine Auswahl von Bewerbern übermittelt. Auch hier ist Grundsatz nicht eine Übersendung von quantitativ gutem, sondern von qualitativ gutem Material. Unter 20 Bewerbern wird derjenige, der Stellen zu vergeben hat, weniger gerne aussuchen als unter fünf wirklich erstklassigen Männern. Der betreffenden Firma wird nun ein vom Bewerber ausgefüllter Originalbogen zugesandt, damit sie sich aus den eigenen Angaben des Stellensuchenden ein Bild machen kann, sie bekommt aber auch von den Bewerbern, die

wir unmittelbar von dem Freiwerden der Stellen und der Ein-sendung ihrer Bewerbung an die und jene Firma verständigen, für den besonderen Posten zugeschnittene individuelle Bewerbungsschreiben. In den meisten Fällen sind wir in der Lage, Bilder und Zeugnisse der Bewerber gleich mitzusenden. Den weiteren Gang der Dinge, die Anknüpfung der persönlichen Beziehungen, müssen wir den Kontrahenten überlassen, wobei wir leider oft die Erfahrung machen müssen, daß wir über zustande gekommene Abschlüsse und Anstellungen nicht orientiert werden. Sowohl Auslandsdeutsche wie auch Inlandsfirmen beklagen sich gar oft, wenn sie vom anderen Teil ohne Antwort gelassen werden, aber sie sind selbst häufig mit an dieser Schuld beteiligt. Wenn wir, in den sich anbahnenden Beziehungen weiterhelfen können durch Erklärungen, durch Empfehlungen, namentlich auch durch Hinweise darauf, wie fremd zum Teil die Auslandsdeutschen in jahrzehntelanger Abwesenheit der deutschen Heimat und dem deutschen Wirtschaftsleben geworden sind und wie nötig es für sie ist, sich in die heimatischen Verhältnisse einzuleben, wie erst eine Bewährung in längerer Praxis für sie wie für ihren Brotgeber das richtige gegenseitige Einarbeiten gewährleistet, wenn wir namentlich auch darauf hinarbeiten können, daß Ausland und Heimat sich psychologisch besser verstehen, so geschieht das gerne in dieser wie in allen anderen Abteilungen. Sind wir doch gerade dazu da, derartiges Fremdwerden der Deutschen drinnen und draußen zu verhüten, Fäden nicht abreißen zu lassen, die das Blut und das gemeinsame Schicksal knüpfen. Eine weitere Arbeit der Stellenvermittlung gewinnt jetzt immer mehr Bedeutung: die der Vermittlung von Stellen nach dem Ausland. Im Inland ist das Unterkommen der Auslandsdeutschen zumeist nur ein Notbehelf. Wer einmal draußen war, will wieder hinaus, und wir haben aus mehrfach geschilderten Gründen ein Interesse daran, daß möglichst viel Tüchtige wieder hinausgehen, um der deutschen Ware Absatz, dem deutschen Industriellen Beschäftigung und damit dem deutschen Arbeiter Verdienst und Brot zu verschaffen. Je mehr Kaufleute an die Front kommen, desto mehr deutsche Industrien haben Arbeit, desto weniger Geistes- und Handarbeiter brauchen an Auswanderung zu denken, die einen hohen Prozentsatz zu Not und Elend verdammt und nur für wenige Zähe und Tüchtige Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Daß die Möglichkeit der Beschäftigung im Ausland wächst und daß wir helfen können, Leute unterzubringen, ist uns eine hohe Befriedigung. Zwar sind gerade in den Ländern, in die Deutsche anstandslos reisen können, zum Teil die Arbeitsverhältnisse wenig erfreulich, zwar herrscht dort Arbeitsmangel oder Überfluß gerade auch an deutschen Bewerbern im Lande, die durch schwarze Listen und sonstige feindliche Maßnahmen aus ihrer Beschäftigung bei feindlichen Firmen gerissen wurden, aber kleine Anfänge versprechen doch Besserung. Natürlich treten wir in erster Linie für Beschäftigung von Auslandsdeutschen draußen ein. Sie haben schon Auslandserfahrungen und brauchen nicht erst mehr Lehrgeld zu bezahlen. Der Wandertrieb und die Lust zur Ausbildung in der Fremde für die deutsche Jugend kann erst gestillt werden, wenn die wirtschaftlich Wichtigeren untergebracht sind. Späterhin kommt aber auch die Vermittlung von Lehrstellen, die Besorgung guten kaufmännischen Nachwuchses, die Fürsorge für die deutsche kaufmännische Jugend im Ausland zu den Aufgaben der Abteilung hinzu.

Neben die reine Stellenvermittlung tritt die Aufgabe der allgemeinen Schaffung von Beziehungen zwischen Heimat und Ausland. Die heimische Industrie will Absatzgebiete draußen haben, sie braucht dazu Menschen, sie kann zum großen

Teil eigene Vertreter nicht hinaussenden, sie will Leute im Ausland namhaft gemacht haben, die ihre Waren mit Sachkenntnis vertreten und verkaufen können. Die Kaufleute draußen aber brauchen Waren, deutsche Fabrikate, sie wollen Vertretungen nachgewiesen haben und wollen in Verbindung mit der heimischen Geschäftswelt gebracht werden. Beiden Teilen verhelfen wir als Mittelstelle zur Erfüllung ihres Wunsches, wir bringen die passenden Menschen und Institute in Verbindung — aber wir machen nicht selbst etwa Geschäfte, sondern wir führen sie nur zusammen und überlassen die geschäftliche Anbahnung der Beziehungen ihren eigenen Verhandlungen. Daß wir auch hier mit Ratschlägen und Winken sehr nützlich sein können, ist uns oft zum Bewußtsein gekommen. Die Klagen über sinkende deutsche kaufmännische Moral, über Geringwertigkeit deutscher, ehemals glänzender Ware, die Klagen auch über nationale Würdelosigkeit deutscher Firmen, die ihre Vertretung an feindliche Ausländer vergeben, deren Deutschfeindlichkeit während des Krieges gerichtsnotorisch war; alle diese Beschwerden geben wir an die richtige Stelle weiter und verbreiten sie auch in unserer Pressekorrespondenz. Wir sind der Ansicht, daß nur Offenheit hier dem deutschen Volke helfen kann. Ein starker operativer Eingriff ist heilbringender als ein langsames Herumdoktern an verderbenbringenden Wunden. Die erste Fürsorge für das Auslandsdeutschtum liegt in der Heimat. Die beste Stütze für das Auslandsdeutschtum ist das deutsche politische, aber auch geschäftliche Ansehen in der Welt. Nur eine Gesundung aus der so tief eingefressenen Krankheit des Schieber-tums und Schmarotzertums, nur eine Rückkehr zur selbstlosen und tüchtigen Arbeit, nur eine Verbesserung und Erleichterung unseres schaffenden Volkes heben uns über die Gefahr hinweg und sichern uns eine Anwartschaft auf eine bessere Zukunft. Und ebenso sprechen und kämpfen wir gegen den Kastengeist im Auslandsdeutschtum, der das Aufkommen der energischen und tüchtigen Elemente hindern könnte, gegen die wahllose Besetzung diplomatischer und konsularischer Posten mit ungeeigneten und der deutschen Kolonie draußen unwillkommenen Männern, gegen Schäden und Auswüchse im Auslandsdeutschtum selbst. Eine offene und nicht verletzend, Aufbauwillen bekundende Kritik müssen Heimat und Auslandsdeutschtum ertragen können.

Der Anknüpfung von Beziehungen dient auch unsere Kartothek der Auslandsdeutschen, die in dieser Abteilung geführt wird und in besonderen Fragebogen ausgearbeitet wurde. Sie setzt uns in den Stand, eine gewaltige Menge von Adressen und auch Kenntnissen und Erfahrungen von Männern verwerten zu können, die nicht den Wunsch nach Stellenvermittlung haben, sondern deren Rat und Hilfe uns und damit auch unseren Auskunftsprechenden zur Verfügung steht. Diese Kartothek ist erst im Anfang des Entstehens, sie auf die ganze Erde auszu-dehnen, würde eine überwältigende Arbeit bedeuten. Eine gewisse Aussonderung der wirtschaftlich wertvollen von den gleichgültigen Elementen ist erforderlich, eine Begrenzung erhöht erst die Gebrauchsfähigkeit dieser Arbeit. Braucht man aber in der Auswanderer-Beratung einen Mann, der das Innere Argentiniens bereist hat und irgendein Spezialgebiet kennt, oder braucht ein Geschäftsmann einen Fachmann, der, sagen wir einmal, das Kaffeegeschäft in Brasilien aus eigener Erfahrung heraus beherrscht, so gibt diese Kartothek wertvolle Nachweise praktischer Art.

Von hoher Bedeutung ist in dieser Abteilung die Allgemeine Auskunft-Erteilung. Wählen wir wiederum das praktische Beispiel: Ein Mann hat eine Stellung in Brasilien

angeboten bekommen, er kennt weder Örtlichkeit noch Firma genau, er kommt und fragt, ob er an dem und dem Ort mit Frau und zwei Kindern für so und so viel Milreis auskömmlich werden können und ob es auch reiche, seinen alten Eltern in der Heimat noch etwas Ersparnis zusenden zu können. Hier gehen wir unseren Vertrauensmann in der betreffenden Stadt um Hilfe an, holen eine Auskunft über die Firma und ihren Ruf, über die Lebensverhältnisse am Platze und auch über die Möglichkeit des auskömmlichen Lebens für einen Mann der und jener sozialen Stellung ein. Diese Auskünfte erstrecken sich oft auf ganz spezielle Materien, wie Steuer- und Wohnungsfragen. Die Antwort, die uns unsere Vertrauensmänner stets liebenswürdig und kostenlos erteilen, geben wir kostenlos an unseren Anfrager weiter und ergänzen sie aus dem uns bekannten allgemeinen Material unseres Wirtschaftsarchivs, aus vorliegenden Auskünften in ähnlichen Fällen, aus Mitteilungen deutscher Freunde und Mitarbeiter. Erweist sich die Stellung als gut und auskömmlich, können wir zuraten, so wird der Anfrager gleich mit dem nötigen Empfehlungsmaterial für Drüben versehen, die Auswandererberatung berät ihn hinsichtlich der Ausreise und Paßformalitäten, das Archiv gibt ihm die Adressen der Vereine drüben an, die Bibliothek weist ihm die Literatur nach, an Hand deren er sich unterrichten kann, wir können ihm schon hier sagen, was für Schulen und Zeitungen, Krankenhäuser und Bibliotheken, Sport- und Unterhaltungsvereine usw. er drüben treffen wird. Erweist sich die Stellung aber nicht als

ausreichend, so raten wir ab und legen nahe, in der Heimat zu bleiben, solange hier ein irgendwie erträgliches Auskommen gesichert ist. Diese Auskunfterteilung, in der uns eine große, stets auszuwehnende Zahl ehrenamtlich mitarbeitender und in selbstloser Weise dankenswerte Aufklärungstätigkeit leistender Vertrauensleute im Ausland unterstützt, erstreckt sich natürlich auch vielfach auf Dinge, die an unser Arbeitsgebiet angrenzen, wir werden gebeten, Post ins Ausland zu befördern und zu helfen, Gepäck zurückzuerhalten, in Entschädigungsfragen aufzuklären und Rechtshilfe und Rat in Privatangelegenheiten zu leisten. Die Entschädigungsaktion liegt in der Hand des „Bundes der Auslandsdeutschen“, der sie als reine Interessenvertretung der Auslandsdeutschen selbst vom Reich übertragen bekam. Wo wir aber zur Beschleunigung der Entschädigung, zur Beseitigung von Hemmungen, zur Beschaffung von notwendigen Papieren, zur Mahnung säumiger Stellen, zur sachlichen Aufklärung über die Art der Ausfüllung der Fragebogen, zur Erläuterung des Verfahrens zu Rate gezogen werden, und das ist in zahlreichen Fällen so, da versagen wir unsere Hilfe nicht und erledigen diese Anfragen direkt, denn nichts ärgert und verbittert die Hilfesuchenden mehr, als wenn sie von der einen zur anderen Stelle geschickt werden, bis die hohe „Zuständigkeit“ festgestellt ist. Diese Sucherei ihnen abzunehmen, die richtige Stelle herauszufinden, den richtigen Referenten anzugeben, positiv Rat und Hilfe zu gewähren, auch das ist unsere Aufgabe, der wir uns gerne unterziehen.

Auswandererberatungsstelle.

Die Auswanderung ist das drohende Gespenst für unser Volk und unsere Wirtschaft. Nicht nur die wirtschaftlich Schwachen, die Arbeitslosen und weniger Energiebegabten wollen auswandern, nur die Jungen, Kräftigen, in Facharbeit erzogenen und vorgebildeten können oft auswandern und sind oft nicht die schlechtesten Elemente, die aus irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Gründen der Heimat, in der sie sich nimmermehr wohlfühlen zu können vermeinen, den Rücken kehren wollen. Schiffsraumnot und Valuta aber lassen heute nur die Kapitalkräftigen auswandern und halten die völlig Mittellosen gegen ihren Willen zurück. Eine wirklich positive Hilfe für Auswanderer (Beschaffung von Ländereien und Siedlungsgebieten in fremden Ländern, Gewährung von Reisebeihilfen und freier Eisenbahnfahrt in Deutschland bis zur Grenze, Erleichterung der Schiffsreise durch Charterung von Dampfern von Reichs wegen) wird zurzeit durch grundsätzliche Bedenken und vor allem Erwägungen finanzieller Art, noch behindert. Alles was man den Auswanderern bieten kann ist eine grundsätzliche Aufklärung, die nicht in rein negierendem Warnen sich erschöpfen darf, sondern bei allem Eingehen auf die kulturellen und wirtschaftlichen Gefahren, bei allem Hervorheben der zu erwartenden Schwierigkeiten, bei allem Unterstreichen der Tatsache, daß Luftschlösser der Auswanderungslustigen und harte Wirklichkeit zwei verschiedene Dinge sind, sachlich nützlich und positiv zu halten ist. Die Hilfe in der Beschaffung von Pässen, die Versorgung mit Nachrichten über den Sitz der Konsulate und ihren Geschäftsgang, über die Einholung des Visums und andere Förmlichkeiten staatsrechtlicher und steuerrechtlicher Natur, sind mehr Dinge technischer Art. Die Aufklärung über Land und Leute, über Klima und Bodenbeschaffenheit, über Fruchtbarkeit und Nutzbarkeit des Bodens, der Hinweis auf die für den einzelnen Auswanderer und seine Vorbildung und Kenntnisse geeignete Literatur, das Zusammenbringen der Auswanderer mit

Landeskennern, das ist schon eine Mühewaltung, die wirksamere Hilfe bietet, und in der persönlichen und individuellen Beratung jedes Anfragenden, in der Entscheidung über Lebensschicksale ganzer Familien, die oft vertrauensvoll in die Hand der Berater gelegt werden, zu einer Art Seelsorge werden kann. Keine Einrichtung ist gut genug, um diesen Beistand der Auswandererberatung zu geben, keine Tätigkeit vielseitig genug, um hier wirklich aufklärend und gemeinnützig zu wirken. Kurse für Auswanderer, wie sie das „Deutsche Ausland-Institut“ im Herbst 1919 veranstaltete, die landeskundlich über die Zielländer belehren sollten, haben sich in dieser allgemeinen Form zwar von sehr starker Anziehungskraft erwiesen, ob aber damit sehr tiefgehende Wirkungen erzielt werden, bleibt fraglich. Auch Sprachkurse sind bei der sehr verschiedenartigen Vorbildung der Besucher ein zweifelhaftes Mittel, selbst Spezialkurse zur landwirtschaftlichen Ausbildung für bestimmte Länder sind, falls sie nicht mit praktischer Betätigung verbunden werden können, nur kleine Aushilfsmittel, die niemals den Wert der Einzelberatung und Beeinflussung ersetzen können. In ihr steckt immer noch die Hauptarbeit. Das Institut widmet sich dieser Beratung und hat für sie ein eigenes Archiv der Beratungsstelle zusammengetragen, das folgende Gliederung zeigt:

I. Länder.

1. Europa,
2. Asien,
3. Afrika,
4. Amerika,
 - a) Vereinigte Staaten,
 - b) Mittelamerika,
 - c) Südamerika,
5. Australien.

- II. Paß- und Verkehrswesen.
 - 1. Gesandtschaften und Konsulate,
 - 2. Schiffsfahrts- und Einreisebestimmungen,
 - 3. Verkehrsfragen.
- III. Siedlungswesen.
 - 1. Allgemeine Siedlungsfragen,
 - 2. Siedlungsgesellschaften.
- IV. Allgemeine Auswanderungsfragen.
 - 1. Allgemeine Ratschläge für Auswanderer,
 - 2. Vereine (charitative, auslanddeutsche Interessenverbände),
 - 3. Vom D. A. I. verarbeitete Nachrichten,
 - 4. Auswandererliteratur,
 - 5. Verschiedenes.
- V. Besondere Berufsfragen.
 - 1. Aussichten der Berufe,
 - 2. Weibliche Auswanderung.
- VI. Reichswanderungsangelegenheiten.
 - 1. Mitteilungen,
 - 2. Nachrichtenblatt,
 - 3. Rundschreiben und Rundverfügungen,
 - 4. Merkblätter.

Dieses Archiv liefert natürlich nur diejenigen Materialien technischer Art, die stets in der Beratung gebraucht werden und die man zur Hand haben muß, weil man nicht alle Vorschriften und Bestimmungen, Verhältnisse und Bedingungen der vielen Länder im Kopf haben kann. Er handelt sich hier um die Bereitstellung der Unterlagen, die in der persönlichen Beratung verwandt und eben durch Eingehen auf den Sonderfall in ihrer Anwendung bestimmt werden müssen. Dazu benutzt das Institut die Flugblätter, die die Zentrale für Heimatdienst im Auftrag des Reichswanderungsamtes herausgibt, stellt aber auch selbst in eigener Art mit dem Material des Wirtschaftsarchivs und durch die Verwendung der eigenen Berichte der Vertrauensleute, wie namentlich auch in der Verarbeitung von Berichten Ausgewanderter, die sich auf diese Weise dankbar für empfangene Beratung und Hilfe erweisen, Berichte über Arbeitsverhältnisse, Siedlungswesen, Unterkunftsmöglichkeiten und Aussichten verschiedener Berufe in verschiedenen Ländern zusammen, von denen Durchschläge den Ratheischenden mitgegeben oder bei brieflichen Auskünften übersandt werden. Solcher verschiedener Durchschläge sind zurzeit an die 180 Stück bearbeitet.

Sie werden natürlich weiter ergänzt und erneuert, überarbeitet oder abgelegt, wenn sie ganz veraltet sind. Als sehr nützlich haben sich vor allen Dingen die Literaturlisten erwiesen, die schon als gemeinsame Arbeit der Abteilung mit Bibliothek und Kartenabteilung erwähnt worden sind. Die Zusammenarbeit mit Stellenvermittlung und Archiv, vor allem die Möglichkeit des Verweises auf den Lesesaal und seine Materialien, wie auch die Ausstellung und ihre anschaulichen Gegenstände er-

leichtern die Beratung und unterstützen das gesprochene Wort in wirkungsvoller Weise. Daß auch Rechtsauskunftsstelle und Unterstützungsabteilung in geeigneten Fällen herangezogen werden müssen, ergibt sich von selbst. Es werden gegenwärtig im Institut durchschnittlich 700 bis 800 Auskünfte monatlich gegeben, die etwa zu gleichen Teilen auf die schriftliche und mündliche Beratung entfallen. Auch hier erstreckt sich unsere Tätigkeit nicht nur auf Württemberg, sondern über das ganze Reich. Für Württemberg hat sie in dieser Abteilung besondere Bedeutung dadurch, daß das Reichswanderungsamt hier keine Zweigstelle errichtet hat, sondern die Funktion einer Zweigstelle dem Deutschen Ausland-Institut übertrug, das ja, wie kaum eine zweite Stelle, die Möglichkeit eingehender sachlicher Beratung besitzt. Das legt uns die besondere Verpflichtung der Beobachtung der württembergischen Verhältnisse auf, der Beachtung namentlich der Auswanderer-Vereinigungen und ihrer Betriebe, der Belehrung und Beeinflussung der Öffentlichkeit und der Presse und auch der Aufklärung in weitesten Kreisen durch Vorträge, die im ganzen Lande veranstaltet werden und sich guten Besuchs erfreuen. Wir arbeiten auf dem Gebiete der Auswandererberatung in enger Fühlungnahme mit den örtlichen Vertretern des Caritas-Verbandes und des evangelischen Hauptvereins für Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen, sowie mit den örtlichen Gewerkschaften und Körperschaften, mit den politischen Parteien und der Presse, deren dankenswerter Unterstützung wir uns zu erfreuen haben. Wir vereinigen diese Vertreter zu regelmäßigen oder gelegentlichen Besprechungen aller Fragen bei uns und glauben, so in der Stille und Unauffälligkeit dasselbe leisten zu können, was an anderen Orten Arbeitsgemeinschaften für Wanderungswesen in mehr oder minder großer Aufmachung vorhaben.

Der großen in Berlin begründeten „Arbeitsgemeinschaft für Wanderungswesen“ gehören wir als Mitglied an. Sie hat den Zweck einer regelmäßigen und persönlichen Aussprache über die Ereignisse und Erfordernisse auf dem Gebiete des gesamten Wanderungswesens und dient als Zwischenglied zwischen dem Reichswanderungsamt und den einzelnen gemeinnützigen Organisationen, die sich der Aufklärungsarbeit widmen. Auch der Rückwanderung und der Aufklärung über heimatliche Verhältnisse, die die Rückwanderer vorfinden, widmet sich unsere Abteilung. Sie sieht eine Möglichkeit zukunftsicherer Auswanderung namentlich im Anschluß an bereits seit Jahren im Ausland tätige Bekannte und Verwandte und macht es sich so auch zur Aufgabe, den Adressen solcher Verwandter nachzuforschen, um den Auswanderungslustigen praktischen Rat und Anschluß zuzuführen. Besondere Aufmerksamkeit ist auf diesem Gebiete den weiblichen Auswanderern zu widmen, namentlich der Beratung junger Mädchen, die hinausziehen, um Stellung draußen anzunehmen. Auch diese Abteilung stützt sich stark auf die Tätigkeit der Archive und der Vertrauensleute, auf die Zusammenarbeit mit den übrigen Abteilungen und namentlich auf die Mitarbeit an den Veröffentlichungen der Presseabteilung.

Die Rechtsberatung.

Die Rechtsberatung der Auslandsdeutschen kann natürlich nicht — und es ist notwendig, das Gebiet zunächst nach der negativen Seite hin abzugrenzen — den Zweck haben, den Anwalt zu ersetzen: alle privatrechtlichen Beziehungen der Auslandsdeutschen untereinander, sowie der Auslandsdeutschen zu den Inlandsdeutschen müssen hier ausgeschaltet und den zuständigen Stellen überantwortet werden, es sei denn, daß ein Interesse der

Öffentlichkeit vorläge, das ihre Hereinziehung in den Kreis unserer Aufgaben rechtfertigte, wie es z. B. bei den Schulden der Fall ist, die durch Darlehen Auslandsdeutscher an Auslandsdeutsche in den Internierungslagern entstanden, und deren Rückzahlung nunmehr durch die Differenz der Valuta für Schuldner wie Gläubiger oft zu einer Lebensfrage wird, die aber in der Regel nur unter Beteiligung der Staatsautorität in einem beide Teile halb-

wegs zufriedenstellenden Sinne gelöst werden kann. Von solchen Fällen abgesehen, ist es unsere Aufgabe, in staatsrechtlicher Hinsicht zu helfen und zu beraten. Die Fragen der Staatsangehörigkeit wie auch der Staatenlosigkeit, des Verlustes wie des Wiedererwerbs einer Staatsangehörigkeit stehen hier im Vordergrund des Interesses. Wie mancher Deutsche hat nach dem jämmerlichsten aller Staatsangehörigkeitsgesetze, dessen wir Deutschen uns bis zum Jahre 1913 rühmen durften, ganz unbewußt die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, weil er sich innerhalb der berüchtigten 10 Jahre nicht in die Konsulats-Matrikel eintragen ließ. Jetzt wird er von unseren früheren Feinden natürlich als lästiger Ausländer empfunden und behandelt. Deutscher ist er nicht mehr, Fremdländer ist er nicht geworden; woher er einen Paß bekommen soll, wohin er sich um Recht wenden soll, das ist oft unsicher und bedarf der vorsichtigen Klärung. Oder aber der Sohn eines Reichsdeutschen in Argentinien wird in diesem Lande geboren und wird nach deutschem Recht deutscher, nach argentinischem Recht argentinischer Staatsbürger. Bei Kriegsausbruch befindet er sich in Deutschland und wird eingezogen, während des Kriegs erhält er seine argentinische Einberufungsordre. Als bald nach abgeleistetem deutschen Kriegsdienst wird er in Argentinien heerespflichtig, so daß er infolge einer doppelten Staatsangehörigkeit doppelter Dienstpflicht gegenübersteht. Das Institut hat zur Prüfung der Frage der Staatenlosigkeit und doppelten Staatsangehörigkeit eine Kommission aus Staatsrechtslehrern eingesetzt, die zu ihrem Referenten Herrn Dr. Karl Strupp in Frankfurt am Main bestellte. Von ihm wurde der Entwurf eines internationalen Gesetzes zur Vermeidung der aus der doppelten Staatsangehörigkeit entstehenden Schäden verfaßt, der gegenwärtig der Kommission zur Beratung vorliegt und späterhin veröffentlicht werden soll. Neben der Hilfe, die bei der Wiedereinbürgerung geleistet werden kann und muß, spielt auch die Beratung eine große Rolle, wie die Staatsangehörigkeit bei Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland erhalten werden kann. In sehr vielen Fällen kommt jetzt auch die Prüfung der Frage hinzu, ob es sich um Auslandsdeutsche im engeren Sinn (also Reichsdeutsche im Ausland) oder Deutsch-Ausländer handelt. Die Frage ist unklar und sehr umstritten. Es wird gegenwärtig im Institut eine Arbeit fertiggestellt, die der Klärung des Begriffs dient, der mit Kulturdeutschen, Volksdeutschen und anderen Begriffen jetzt noch abwechselnd in Literatur und Praxis gebraucht wird. Die Frage, ob jemand Deutschausländer, im Sinne deutschen Empfindens, deutscher Sprache und deutscher Kulturzugehörigkeit ist, spielt bei der Zulassung zu deutschen Hochschulen, bei der Berechnung der Hochschulgebühren und anderen Dingen eine Rolle. Ebenso wird es für die Auswanderer wichtig sein, sich in rechtlicher Hinsicht beraten zu lassen. So verlangen z. B. die zwischen der Interessengemeinschaft der Auswanderer Sowjetrußland und den Volkskommissaren in Moskau abgeschlossenen Verträge, daß die Auswanderer mit dem Betreten russischen Bodens auch die russische Staatsangehörigkeit erwerben. Das würde den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach sich ziehen. Will der betreffende Auswanderer aber zurück, oder wird er zwangsweise als unbrauchbar abgeschoben,

so kommt er als Russe nach vielleicht ganz kurzer Abwesenheit in seine alte Heimat zurück und müßte sich erst einem recht langwierigen Wiedereinbürgerungsverfahren unterziehen, falls es ihm nicht gelingt, die Erlaubnis zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit zu erwirken. Das Ziel jeder Rechtsberatung muß natürlich die Erhaltung deutscher Staatsangehörigkeit sein, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß ihr in vielen Fällen wichtige geschäftliche Rücksichten des einzelnen entgegenstehen und daß manchmal die Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit durchaus nicht eine antinationale Handlung darstellt. Die staatsrechtlichen Fragen sind hier im engen Zusammenhang mit den steuerrechtlichen Fragen zu behandeln, die Doppelbesteuerung z. B. bei der Vermögensabgabe in Deutschland und der Tschechoslowakei wird gegenwärtig emsig studiert. Steuerfragen sind überhaupt eines der schwierigsten Kapitel der Rechtsberatungsstelle, nicht nur soweit es die Auskunfts an Auslandsdeutsche draußen angeht, welchen Steuern sie bei ihrer etwaigen Rückkehr in die Heimat unterworfen wären, sondern auch soweit es die Auskunfts an Auslandsdeutsche in der Heimat betrifft, deren Steuerverhältnisse ja durch verschiedene besondere Gesetzesparagrafen von nicht immer eindeutiger Klarheit geregelt sind, so namentlich in der Vermögensabgabe und der Einkommensteuer. Hier hat es sich das Institut angelegen sein lassen, strittige Fragen mit Hilfe erster Fachgelehrter und durch Eingaben an die zuständigen Stellen zu klären. Auch diese rein steuerliche Frage ist in hohem Maße abhängig von dem allgemeinen Verständnis, das die Behörden der Frage des Auslandsdeutschtums überhaupt entgegenbringen. Es war schon möglich, hier und da diesem Verständnis eine Gasse zu bahnen. Die Aufsätze, die im „Auslandsdeutschen“ Senatspräsident Geheimrat Dr. Strutz über die Personalsteuerpflicht der Auslandsdeutschen schrieb, blieben grundlegend und der „Auslandsdeutsche“ hat stets der Behandlung der Steuerfragen durch seinen Rechtssachverständigen einen breiten Raum zur Verfügung gestellt.

Ein schwieriges und undankbares Kapitel bildet endlich die Beratung in Wohnungs- und Zuzugsfragen. Die Übervölkerung der Großstädte verweist viele Deutsche aufs flache Land. Gerade die Auslandsdeutschen aber, Kaufleute zumeist, die große Geschäfte machen wollen und Verbindungen suchen, sind auf dem Lande verloren und abgeschnitten von allen Verbindungen und Möglichkeiten. Sie wollen und müssen in die Großstadt. Die Verordnung, die ihnen eine bevorzugte Behandlung in Fragen der Zuzugserlaubnis und Erfüllung ihrer Wohnungsgesuche sichert, stand sehr oft nur auf dem Papier und es bedurfte mancher Aufmunterung, um hier Härten hintanzuhalten. Wir gedenken hierbei gern der willigen Förderung, die wir durch manche Wohnungssämter großer Städte, z. B. auch Stuttgarts, wenn wir die Verhältnisse der Auslandsdeutschen klarlegten und die besondere Lage eines Falles schildern konnten, erfahren durften. In Fällen, wo es sich um Klarlegung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Auslands handelt, arbeiten wir zusammen mit dem Institut für internationales Recht beim Reichsverband der deutschen Industrie, an das wir unsere Anfrager verweisen oder das auch selbst uns die Auskünfte erteilt.

Das Unterstützungswesen.

Schon frühzeitig im Jahre 1917, als immer klarer wurde, wie große Geldmittel zur Unterstützung des Auslandsdeutschtums notwendig wurden, regte das Deutsche Ausland-Institut das Zustandekommen einer großzügigen Unterstützungsaktion an. Sie wurde dann erst im Jahre 1918 Wirklichkeit. Es vereinigten

sich der Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, das Rote Kreuz, der Verein für das Deutschtum im Ausland und das Deutsche Ausland-Institut mit Unterstützung vieler anderer Korporationen zur „Rückwandererhilfe“, die später den Namen der „Volksspende für die vertriebenen Auslands-

deutschen“ annahm. Eine große Sammeltätigkeit wurde über das ganze Reich durchgeführt, deren Ergebnis den vier genannten Vereinigungen zufließt (unter Bildung eines entsprechenden Reservefonds) und aus der sie nach einer genau besprochenen Arbeitsteilung die Verteilung vornahmen, und zwar so, daß die durch die Verteilung entstehenden Kosten nicht aus den Sammelmitteln, sondern aus den eigenen Geldern jeder Organisation gedeckt wurden, damit die Sammelgelder selbst wirklich rein und voll dem geplanten Zwecke zufließen. Dem Deutschen Ausland-Institut fiel dabei die Aufgabe zu, gemäß seinen besonders betonten wirklichen Aufgaben, die Wiederaufrichtung der Existenz der Auslandsdeutschen im In- und Ausland zu fördern, sie durch Beihilfen aus privaten Mitteln zur Ergänzung der staatlichen Vorentscheidung oder Entschädigung instand zu setzen, sich entweder im Inland wieder einer geregelten Berufstätigkeit hinzugeben, oder, was für Heimat und Auslandsdeutschum vorteilhafter erscheint, sich draußen wieder eine Existenz zu begründen.

Je tiefer der Kurs der Mark sank, desto weniger konnten die Auslandsdeutschen aus eigener Kraft an die Ausreise, ja auch nur an die nötige Beschaffung der dringendsten Ausrüstung denken. Die Unterstützungsabteilung des Instituts wurde naturgemäß in den ersten Monaten weniger in Anspruch genommen, weil damals die Ausreise selbst weniger leicht möglich war. Mit dem Aufgehen der Grenzen, mit dem Fallen der Schranken, mit der wachsenden Empfindung von der Notwendigkeit deutscher Arbeit im Ausland nimmt auch die Ausreisemöglichkeit und damit die Inanspruchnahme der Abteilung zu, doch werden nur Mittel gewährt, wenn der Nachweis der möglichen Existenz im Inland oder Ausland (wobei im letzteren Falle auch der Nachweis belegter Schiffplätze und vorhandener Ausreiseerlaubnis gefordert wird) erbracht ist. Dank der Freigiebigkeit mancher Freunde im Ausland sind wir auch in die Lage versetzt worden, darbedenden Frauen und Kindern von Auslandsdeutschen mit besonderen Unterstützungen beizuspringen und heftigste Not zu lindern. Namentlich sei hier der geradezu vorbildlichen Sammeltätigkeit

des Verbandes der Reichsdeutschen in Mexiko gedacht, die uns für alle möglichen Sonderfälle reiche Gaben übersandten und deren Ruf, in der Heimat Vermittler ihrer Wünsche zu sein und Träger ihres Wunsches, zu helfen und aufzurichten, wir mit Freuden nachkamen. Mit besonderer Genehmigung des Verwaltungsrats der Rückwandererhilfe haben wir uns auch der sehr notleidenden deutschen Studierenden aus der Ukraine und der Krim, wie aus dem Kaukasus angenommen, die seit Jahren von ihren Angehörigen abgeschnitten sind und die einst mit Unterstützung des Instituts nach der alten schwäbischen Heimat kamen, um hier ihre Studien zu vollenden. Ihnen behilflich zu sein, ihre Examina zu machen, sie über Wasser, zu halten bis sie fähig sind, selbst zu verdienen und in die Heimat zurückzukehren, das ist eine finanzielle, bei der wachsenden Ungunst der Zeit immer schwierigere, aber eine notwendige und dankenswerte völkische Aufgabe, an der sich mit uns namentlich der Fürsorge-Verein beteiligt. Mit den übrigen Vereinen der Rückwandererhilfe gehören wir der „Arbeitsgemeinschaft für das gesamte (nicht amtliche) Fürsorgewesen“ in Berlin an, die auf Betreiben des Herrn Präsidenten des Reichswanderungsamts zustande kam, und einer allgemeinen Aussprache über Fürsorgemaßnahmen, über Mittel zur Beschleunigung der einlaufenden Gesuche, über Vereinfachung des Geschäftsganges, sowie einem allgemeinen Austausch der Meinungen und verschiedenen Erfahrungen dient. Die Schaffung einer mit Staatshilfe zusammengebrachten besonderen Unterstützungsaktion für diejenigen Auslandsdeutschen, die keinerlei Vorentscheidung oder Entschädigung zu erwarten haben, die nur ihren Kopf und ihre geistige Arbeit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft draußen zur Verfügung stellen können, die Begründung eines „Rückauswandererhilfsfonds“ durch Rückwandererhilfe, Rotes Kreuz und Darlehenskassen, mit starker finanzieller Beteiligung des Reichs, haben wir begrüßt und arbeiten daran mit, auf diese Weise auch diejenigen Auslandsdeutschen wieder in ihren Beruf zu bringen, denen sonst jede Hoffnung hinauszu kommen genommen wäre.

Die Presse-Abteilung.

Wir würden unsere große Arbeit der Aufklärung und der Werbung für unsere Ziele und Aufgaben nur unvollkommen erfüllen, würden wir nicht daran gegangen sein, die Mengen an Material, die bei uns in Bibliothek und Archiv wie auch in den Auskunftsabteilungen einlaufen, zu verarbeiten und an diesen Dingen auch die große Öffentlichkeit und insbesondere unsere Mitglieder zu beteiligen, die nicht unmittelbar um Auskunft bitten. Schon bei der Begründung des Instituts war die Herausgabe einer Zeitschrift geplant. Sie trat mit einer 16 Seiten starken Doppelnummer im November 1918 unmittelbar nach dem Sturm der Revolution als Monatsschrift unter dem Titel „Mitteilungen des Deutschen Ausland-Instituts“ ins Leben. Ihr Umfang wuchs im selben Umfang wie die Arbeit unseres Instituts zunahm, wie die Begründung neuer Abteilungen neue Mitarbeiter und reicheres Material brachte. Es wurden allmählich recht dicke und unhandliche Monatshefte, so daß wir uns im Oktober 1919, also schon nach einem Jahr, entschließen mußten, den nunmehrigen „Auslandsdeutschen“ halbmonatlich in je 32 Seiten Stärke herauszubringen. Daß wir mit dieser Zeitschrift in einer Auflage von über 7500 Exemplaren, von denen ein beträchtlicher Teil ins Ausland geht, unseren Lesern und Freunden volle 48 Bogen, 768 Seiten des Formats dieses Heftes, trotz aller Teuerung und Schwierigkeiten auf dem Papier- und Druckmarkt, liefern

können, ist gewiß ein gutes Zeichen unserer Kraft, und daß der Inhalt der Hefte reichhaltig und vielseitig ist, zeugt von der großen Menge des bei uns eingehenden Materials. Die regelmäßige Einteilung der Hefte ist die, daß einer Anzahl von größeren Artikeln und ständigen Arbeiten über Auslandsdeutschum und Auslandkunde eine Rundschau über die politischen Ereignisse im Auslandsdeutschum in den verschiedensten Ländern folgt. Natürlich ist diese Rundschau rein referierender Natur. Sie berichtet, was geschieht und sucht zu erklären, warum und wie es geschieht. Sie treibt weder auswärtige Politik, noch will sie aktiv in den Gang der Dinge eingreifen. Der einzige Gesichtspunkt, unter dem sie geleitet wird, ist das Streiten für das kulturelle Recht der Minderheiten, das in Verträgen und Gesetzen heilig verbrieft ist. Kleine Nachrichten aus aller Welt schließen sich an diese Rundschau an. Mitteilungen über deutsche Schulen, Kultur, Kirche und Mission, Wissenschaft, Theater und Musik im Auslande, über deutsche Vertreter und vor allem über deutsche Vereine draußen folgen, auch dem Leben der Auslandsdeutschen im Reich wird gebührende Aufmerksamkeit gewidmet und die Auslandsdeutschen selbst kommen in den „Stimmen der Auslandsdeutschen“ zu Worte. Dem Gebiete des Auswanderungswesens ist breiter Raum gewidmet, auch wirtschaftliche Fragen des Auslandsdeutschums und namentlich die politisch-parlamen-

tarischen Ereignisse, wie kleine Anfragen, Reichstagsverhandlungen, Anträge, kommen in vollständiger Chronik. Dann schließen sich kleinere Notizen für Auslandsdeutsche an, und eine Wiedergabe von Zeitungs- und Zeitschriftenstimmen aus allen Lagern ermöglicht es den Lesern, sich über viele Stimmungen und Stellungnahme aller Kreise auf dem laufenden zu halten. Regelmäßige Buchbesprechungen und die monatlich einmal erscheinende Bibliographie der Neuerscheinungen (siehe auch unter Bibliothek und Karten- und Bild-Abteilung) bringen namentlich für die Deutschen im Auslande reiches Material. Über die Arbeiten des Deutschen Ausland-Instituts wird regelmäßig berichtet.

Der „Auslandsdeutsche“ ist ein Sprachrohr unserer sämtlichen Abteilungen zu unseren Mitgliedern und zur Öffentlichkeit. Aber dieses Sprachrohr hat begrenzte Reichweite. Deshalb ist von vornherein eine Ergänzung durch eine „Pressekorrespondenz“ vorgesehen, die wir in ungefähr 1500 Exemplaren an die inlandsdeutsche und auslandsdeutsche Presse unentgeltlich liefern, die der deutsch gedruckten Presse eine Fülle von Materialien zur Auslandsdeutschtumsfrage, wie zur Auslandskunde und namentlich auch zur jetzt so aktuellen Frage der Auswanderung bringt. Hier wird wöchentlich ein Stoff verarbeitet, der ganz besonders zur Aufklärung weitester Kreise über die Interessen des Deutschtums im Ausland dient und dessen sich die deutsche Presse, soweit wir sehen und verfolgen können, mit großer Regelmäßigkeit bedient. Weitere Pläne der Herausgabe einer besonderen Korrespondenz für die auslandsdeutsche Presse, die die deutschen Zeitungen des Auslands über die Ereignisse in der Heimat aufklären sollte, und einer Korrespondenz für die ausländische Presse, die über Ereignisse sozialer und kultureller, wirtschaftlicher wie wissenschaftlicher Natur in Deutschland Material bringen sollte,

sind in Anbetracht der großen Kosten, die diese gewiß notwendige Aufklärung verursachen würde, einstweilen zurückgestellt worden. Auch unsere „Weltwirtschaft“, die wir ein Jahr lang zusammen mit der „Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ in Berlin als wirtschaftswissenschaftliche Zeitschrift herausbrachten und in der eine regelmäßige Chronik des Auslandsdeutschtums neben zahlreichen Aufsätzen und Arbeiten aus unserem Arbeitsgebiet erschien, muß der Ungunst der Zeitverhältnisse halber wieder eingehen.

Dagegen erscheinen in einem uns nahestehenden Verlage, „Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft“ in Stuttgart, eine illustrierte Wochenschrift „Ausland und Heimat“ und eine „Illustrierte Auswandererzeitung“, neben mancherlei wichtigen und knappen Broschüren, die einzelne Gebiete der Auswanderungsfrage behandeln. Hier haben wir ein besonders wirksames Mittel der Auswandererberatung und prophylaktischen Aufklärung der Auswanderungslustigen über Land und Leute, nicht in marktschreierischer und aufdringlicher oder aufreizender Art, sondern in ruhiger, sachlicher, plaudernd vorgebrachter, aber ernsthaft behandelter Form, unterstützt durch reichhaltiges Bildmaterial und getragen von dem gemeinnützigen Geiste, der unsere ganze Arbeit beseelt. Gerade auf diesem Gebiete erfreuen wir uns der tätigen Mitarbeit von Caritas-Verband und evangelischem Hauptverein in Witzenhausen. Wir glauben, daß gerade auf dem Wege des Familienblattes, das weder sensationell aufstachelnd noch verschlafen langweilig sein will, an Aufklärung recht Gutes zu leisten sein wird. In diesen Blättern werden die Literaturlisten veröffentlicht und weiten Kreisen zugänglich gemacht, die Bibliothek und Auswandererberatung des Instituts zusammenstellen und die willkommene Ratgeber für Auswanderungslustige geworden sind.

Die Werbe-Abteilung.

Ein Institut mit 6500 Mitgliedern bedarf der Verwaltung, ausgedehnter Mitglieder-Karteien, Versand-Karteien, Orts-Karteien; der Versand der Zeitschriften, der zweimal monatlich stattfindet, der wöchentliche Versand der Pressekorrespondenz, all das erfordert eine unermüdliche, stille, wenig nach außen hervortretende, aber für das Institut wichtige Tätigkeit. Hervortreten dagegen will die Abteilung mit ihren Wünschen, unserer gemeinnützigen Arbeit neue Freunde zuzuführen, aufzuklären, wo man noch nichts von uns weiß, Mitglieder zu werben, die Leser unserer Zeitschrift werden und dadurch dem Gedanken der Förderung

des Auslandsdeutschtums dauernd verbunden bleiben sollen. Auch auf diesem Gebiete der Werbung ist es schwierig geworden, alte Bahnen, die früher Erfolg versprachen, weiter zu begehen, unsere Zeitschrift und unsere Drucksachen in Mengen herauszugeben. Die Kosten sind zu bedeutend, die allein die Porti und die Druckherstellung erfordern. So sind wir mehr und mehr auf die eigene Mitarbeit unserer Mitglieder und Freunde angewiesen, die von sich aus dem Gedanken, an dem mitzuarbeiten sie sich freiwillig erboten haben, neue Freunde und Gönner werben sollen. Jeder Helfer ist willkommen!

Schlußbetrachtung.

Unsere Tätigkeit ist hier geschildert worden. Das, was wir arbeiten, darf nicht im Verborgenen bleiben, es muß im Volke fest Wurzel schlagen und es muß Gemeingut aller werden. Der Wiederaufbau des Auslandsdeutschtums muß im Innern beginnen. Was ihnen früher das Prestige eines machtvollen Imperiums war, das muß unseren Auslandsdeutschen jetzt der gesamten Heimat tiefe Überzeugung sein, daß wir ein Volk, eine Schicksalsgemeinschaft sind, die Zeit und Not zusammengeschmiedet hat. Es hat dem Auslandsdeutschtum eine Stätte gefehlt, die zusammenfassend seine gewaltige Arbeit verfolgt, sie studiert und sie dem deutschen Volke näher gebracht hätte. Wir wollen sie schaffen und sein. Es hat eine Stelle gefehlt, von der aus dem deutschen Volke die Bedeutung des Aus-

landsdeutschtums in Wirtschaft und Kultur klar gemacht und in populärer und verständlicher Form erläutert wurde. Wir wollen sie darstellen und diese Dinge bearbeiten. Wir sind dabei von dem stolzen Bewußtsein getragen, einer gemeinnützigen Arbeit zu dienen, die Kulturgemeinschaft der deutschen Sprache und Sitten, deutschen Wesens und deutscher Arbeit als wirklich lebendige Kraft sich auswirken zu lassen, frei von Politik und Partei, frei von konfessioneller oder sonstwie gebundener Marschrichtung, einzig und allein beseelt von dem Wunsche, dem deutschen Volke und dem Wiederaufbau seiner Kultur und seiner Wirtschaft, seiner achtunggebietenden Stellung in der Welt zu dienen.



Deutsche im Ausland! Auslanddeutsche im Reich!

Ihr habt Euch oft und mit Recht beklagt, daß die Heimat an Euren Geschicken keinen Anteil nahm, daß Eure Arbeit, die Ihr draußen unter Einsetzung Eurer ganzen Person fürs Vaterland geleistet habt, ungewürdigt blieb, daß das Mißgeschick, die Not, das Elend, die Euch der Krieg gebracht, die Herzen der Landsleute im Reich ungerührt ließ, daß eine Stelle fehlte, die Eure Interessen und Eure Wünsche vertrat. Nun ist die Lücke ausgefüllt. Das Deutsche Ausland-Institut, in schwerer Kriegszeit gegründet, ist berufen, Euer Wirken und Schaffen daheim und draußen zu würdigen, Euch zu helfen beim Wiederaufbau Eurer Stellung und Eures Berufes, geistiger Zusammenhalt, Brücke zu sein zwischen Ausland und Heimat. Das Institut ist Euere eigene Angelegenheit! Damit es blühe und wachse, müßt Ihr ihm helfen, müßt es bei seinen vielseitigen Arbeiten und Aufgaben unterstützen. Nur so kann das Werk, das zu Eurem Nutzen begonnen wurde, auch Früchte tragen, die Euch und Euren Kindern zugute kommen. Nur in engster Verbindung mit Euch ist es uns möglich, in Eurem Sinne für Euch zu wirken. Ehe wir Eure Wünsche kennen, vermögen wir sie nicht zu erfüllen!

Darum helft, geht uns mit Rat und Tat zur Hand. Sendet uns Gedrucktes und Ungedrucktes, Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zeitungen, Vereinsdrucksachen, die von Eurem Wirken draußen Kunde geben. Sendet uns Bilder, die Euer Leben und Treiben in Haus und Hof, Kirche und Schule, in Heim und Öffentlichkeit veranschaulichen, sendet uns Landkarten von der Gegend, die Ihr bewohnt! Und darüber hinaus – schreibt uns, sprecht mit uns! Unsere Zeitschrift „Der Auslanddeutsche“ ist Euch gewidmet, von Euren Freuden und Sorgen soll sie berichten. Meldet uns, was Ihr in Kirchen und Schulen, Vereinen und Krankenhäusern für deutsche Bildung und Wohlfahrt tut und leistet. Denkt der Vielen, die gleich Euch hinausziehen wollen in die Fremde und den schweren Weg, der schon hinter Euch liegt, noch vor sich haben. Helft ihnen, indem Ihr uns Auskunft zukommen laßt über die Länder, in welchen Ihr wohnt. Helft uns Stellen finden für sie, damit sie dem Deutschtum draußen nicht verloren gehen. – Die Heimat hat sich besonnen. In schwerster Zeit ist endlich das Bewußtsein erwacht, daß wir Hüter und Träger deutscher Kultur sind auch über die Grenzen des Reichs hinaus, daß uns Pflichten rufen überall da, wo Deutsche wohnen. Nur wenn Ihr die ausgestreckte Hand ergreift, nur wenn Ihr mitarbeitet an den Zielen, denen unser Institut geweiht ist, können wir Großes vollbringen und Euch würdig dienen.

Verwaltungsrat des D. A. I.:

Wiedenfeld, Kurt, Dr., Professor, Ministerialdirektor, 1. stellv. Vorsitzender; v. **Staub, E. G.,** Dr. ing. h. c., Direkt. d. Deutsch. Bank, Berlin, 2. stellv. Vorsitzender; v. **Kapff, P.,** Dr. phil. Prof. Rektor, Stuttgart, als Vertr. d. Württ. Vereins f. Handelsgeographie, E. V., Stuttgart. 1. Schriftführer: **Hoegner, Robert, Dr. Univ.-Prof.,** Berlin, als Vors. d. Ges. z. Erforschung d. Deutschums f. Ausl., Berlin, 2. Schriftführer.

Aereboe, Friedrich, Prof., Dr., Geh. Reg.-Rat, Dir., als Vertr. d. Landw. Hochschule in Hohenheim; **Amselck, Arnold, Hamburg,** als Generaldir. d. Woermann-Linie, A.-O., u. d. Deutschen Ost-Afrika-Linie, Hamburg; **Amselck, Theodor, Hamburg,** als Generaldir. d. Hamburg-Südamerik. Dampfschiffahrtsgesellschaft, Hamburg; v. **Bach, C., Dr. Ing.,** Prof., Staatsrat, Exz., Stuttgart, als Vertreter der Techn. Hochschule, Stuttgart; **Bartling, Dr.,** Ministerialrat, als Vertr. d. Bad. Reg.; **Baudert, Staatsminister d. I.,** Weimar; **Bauer, Dr.,** Prof. an der Techn. Hochschule, Stuttgart, als Vertreter deutscher Chemiker, Leipzig; **Becker, Prof. Dr.,** Unterstaatssekretär im preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbild., Berlin, als Vertr. d. Preuß. Regierung; Komm.-Rat v. **Biedenweg, Frhr.,** Wirkl. Geh. Rat, Lipp. Staatsmin., Exz., Detmold, als Vertr. d. Lipp. Regierung; **Biermann, Leopold O. H., Privat.,** Bremen; v. **Blume, W., Dr.,** Prof. a. d. Universität Tübingen; **Böhme, Dr.,** Geh. Rat, Min.-Dir. im sächs. Min. d. Kultus u. d. öff. Unterrichts als Vertreter d. Sächs. Reg.; **Bonn, Prof. Dr.,** Prof. a. d. Handelshochschule, München; **Borchardt, A.,** Vorsitzender des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer, Berlin; **Borst, Hugo, Dir. d. Firma Rob. Bosch, A.-G. Stuttgart;** v. **Brandenstein, Minister,** als Vertr. des Volksstaats Reuß; **Brauer, Korv.-Kap.,** als Vertr. der Nachr.-Stelle des Reichswehrministeriums, Berlin; **Bredow, Hans, Ministerialdir.,** Leiter der Abteilg. f. Funkentelegraphie, Reichsfkn.-Betriebs-Verwaltung, Berlin; **H. Deist, Präsident des Staatsrats für Anhalt, Dessau;** **Dernburg, B.,** Dr. h. c., Staatssekretär a. D., Wirkl. Geh. Rat, Exz., M. d. R., Berlin-Grünwald; **Duisberg, C., Dr. phil.,** Dr. Ing. et med. h. c., Geh. Reg.-Rat, Prof., Leverkusen; **Epting, Max, Dr. Ing. E. h.,** Soden; **Erzberger, M.,** Reichsminister a. D., M. d. R., Berlin; **Fabarius, Prof.,** Wittenhausen a. d. W., als Dir. d. Deutschen Kolonialschule Wilhelmshof; **Faber, Dr.,** Magdeburg, als Vors. d. Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Magdeburg; **Fehling, E. F.,** Dr. Bürgermeister, Magnitz, Lübeck, als Vertr. der freien Hansestadt Lübeck; v. **Feilitzsch, Freiherr, Wirkl. Geh. Rat, Schaumburg-Lipp.,** Staatsminister, Exz., Bückeburg, als Vertreter der Schaumburg-Lipp. Reg.; **Fischer, Friedrich, Stuttgart,** als Vertreter der Stadt Stuttgart; **Frank, Richard, Fabrikant, Ludwigsburg;** **Frank, Dr. phil.,** Prof. am Kolonialinstitut, als Vertreter der freien Hansestadt Hamburg; **Friedrichs, Heinrich, Dr. h. c., Komm.-Rat, Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Industr.,** Berlin; **Goetz, Geh. Reg.-Rat, Dr. W.,** Prof. an der Univ. Leipzig, M. d. R., als Vors. des Wiss. Beirats; **Fuchs, C. J.,** Dr., Prof. an der Univ. Tübingen, als Vertr. d. Univ. Tübingen; **Gans, Leo, Dr. phil.,** Dr. jur. h. c., Geh. Kommerzienrat, Frankfurt a. M.; **Gast, P., Dr.,** Prof., Aachen, als Vorsitzender des Deutsch-Südamerikanischen Instituts, Köln; v. **Gemmingen-Guttenberg, Karl, Freiherr, Staatsrat a. D., Exz.,** Stuttgart, als Vertreter der Württ. Regierung; v. **Gemmingen-Guttenberg, Max, Freiherr, Dr. phil.,** Oberst a. D., Friedrichshafen a. B.; v. **Grob, Ministerialdir. im Finanzmin.,** Stuttgart, als Vertr. d. Württ. Reg.; v. **Guilleaume, Arnold, Komm.-Rat, Vizepräsident d. Handelskammer, Köln;** **Gütschow, E. F., Generaldir. Dresden;** **Mausner, A., Dr. phil.,** Dr. Ing. h. c., Geh. Reg.-Rat, Direktor d. Höchster Farwerke, Höchst a. M.; **Haubmann, Conrad, Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D.,** Mitglied d. R. u. M. d. Württ. L.; **Havenstein, Dir., Wirkl. Geh. Rat, Exz.,** Präs. d. Reichsbankdirektor., Berlin; v. **Heck, Philipp, Dr. jur.,** Prof. an d. Univ. Tübingen, als Vertreter d. Vereins für das Deutschum im Ausland, Berlin; **Helnecken, Philipp, Bremen,** als Generaldir. des Nordd. Lloyd, Bremen; **Helbing, Ph.,** Direktor d. Dresdener Bank, Stuttgart; **Heilmann, Jul.,** Dir. d. Kolonialbank, Berlin; **Guidotto Graf Henckel Fürst v. Donnersmarck, Berlin;** **Hennig, P. O.,** Dr., Herrnhut, als Missionsdirekt. d. Evang. Brüder-Unität, Herrnhut; v. **Hilber, Staatsminister, Exz.,** Gera, als Vertr. d. Reuß. Reg. (Reuß. I. L.); **Hofacker, Adolf, Baurat, Stuttgart,** als Vertr. d. Verb. Deutscher Architekten- u. Ingenieur-Vereine, E. V., Berlin; **A. v. Holtzendorff, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Berlin;** **Jaech, Ernst, Dr., Prof.,** Berlin; **Jung, Dr.,** als Präsident des Reichswanderungsamts, Berlin; **Just, Direkt. i. Reichsamt d. Inn. a. D.,** Reichskommissar d. Textilstelle, Berlin; **Kanfmanna, Cornelius, Komm.-Rat, Vorsitzender der Handelskammer, Stuttgart;** **Kell, Wilhelm, Mitglied des Württ. Landtags, M. d. R.;** **Kelnath, Otto, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbands des deutschen Großhandels, Berlin;** **Klingenberg, Dr.,** Geh. Baurat, Prof., Berlin, als Vors. des Verbands Deutscher Elektrotechniker, Berlin; **Koch-Grünberg, Theodor, Dr., Prof.,** Stuttgart, als Vertr. d. Württ. Vereins f. Handelsgeogr., E. V., Stuttgart; v. **Koester, Großadmiral, Exz.,** Kiel, als Präs. d. Hauptverb. Deutscher Flottenvereine im Ausl., Berlin; **Koeth, Dr., Staatssekretär a. D.,** als Vors. u. Vertr. d. deutschen Weltwirtschaft Ges., Berlin;

Käster, W., Dr., Prof. an d. Techn. Hochschule Stuttgart, als Vertr. d. Deutsch. Chem. Gesellschaft, Berlin; **Latendorf, Otto, Reg.-Rat, als Vertr. d. Mecklenb.-Strelitzschen Regierung, Neustrelitz;** v. **Laue, E., Dr. jur.,** Wirkl. Geh. Rat, Anhalt, Staatsminister, Exz., Dessau, als Vertreter der Anhalt. Regierung; v. **Linden, H., Freiherr, Staatsrat a. D.,** Exzellenz, Stuttgart; **Löhlein, Oberregierungsrat, vortragender Rat im Landesamt für d. Bildungswesen, als Vertreter der Hessischen Regierung;** **Lusensky, Exz.,** als Vorsitzender u. Vertreter des deutschen Außenhandels, Berlin; **Matt, Franz, Dr.,** Staatsminister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, München, als Vertreter der Bayerischen Regierung; v. **Mayr, Georg, Dr.,** Prof., Unterstaatssekretär z. D., München; **Meyer, Diederich, Dr., Baurat, Berlin,** als Vertreter des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin; **Meyer, Hermann, Dr.,** Konsul, Leipzig; **Mitzlaff, Oberbürgermeister, Geschäftsf. d. Deutschen Städtetages, Berlin;** v. **Mohl, O., Dr., Wirkl. Geh. Rat, Exz.,** Schloß Arnshauk; **Morgenstern, C. E., Dr. jur.,** Geh. Reg.-Rat i. Minist. d. Innern, Dresden, als Vertr. d. Sächs. Reg.; v. **Mosthaf, H., Staatsrat, Präs. d. Württ. Zentralst. f. Gewerbe u. Handel, Exz.,** Stuttgart, als Vertr. d. Württ. Reg.; v. **Moy, Karl, Graf, Bayer. Gesandter, Stopparg i. B.;** v. **Müller, E. R., Dr.,** Geh. Rat i. Staatsminist. d. Auß. B., München, als Vertr. d. Bayer. Reg.; **Nebelthaus, Dr.,** Senator, als Vertr. der freien Hansestadt Bremen; v. **Neurath, C. Freiherr, Geh. Leg.-Rat, Deutscher Gesandter in Kopenhagen;** **Neven-Du Mont, A., Komm.-Rat, Köln;** **Niemeyer, Th., Dr.,** Geh. Justizrat, Prof., Kiel, als Vois. d. Deutschen Gesellschaft f. Völkerrecht, Kiel; **Obst, Arthur, Dr.,** Redakteur, Altona, als Vors. d. Verbands Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine, Altona; **Pergler, v. Perglas, W.,** Freiherr, Cannstatt, als Vertr. d. Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin; **Pargold, K., Dr.,** Oeheimer Regierungsrat, Gotha, als Vertreter der Sächs.-Gotha-Regierung; **Quarek, Max, Dr.,** Frankfurt a. M.; v. **Radolin, Grafin, Exz.,** Berlin, als Vertreterin des Auslandsbundes Deutscher Frauen, Berlin; **Raschdau, Wirkl. Geh. Rat, Gesandter z. D., Exz.,** Berlin; v. **d. Recke, F.,** Freiherr, Wirkl. Geh. Rat, Staatsminister, Exz., Rudolstadt, als Vertr. d. Schwarzburg-Sonderhaus u. Schwarzburg-Rudolstadt-Reg.; v. **Redern, Landesdirektor, Präsident, Arolsen, als Vortr. d. Waldeck u. Pyrmont-Reg.;** **Riepert, Dr. Ing.,** Baurat, als Vors. d. Deutschen Zement-Bundes, Charlottenburg; **Rieser, K., Dr.,** Geh. Justizrat, Prof. M. d. R., Berlin, als Präs. d. Zentralverbands d. Deutschen Bank- und Bankier-Gewerbes, Berlin; **Rothe, C., Dr. jur. et phil.,** Wirkl. Geh. Rat, Staatsminister, Exz., Weimar, als Vertr. d. Sächs. Regierung; **Sachs, Geheim. Kommerzienrat, Schweinfurt;** **Sassenbach, Stadtrat, Berlin,** als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften; **Schallert, als Präsident und Vertreter des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin;** **Schmidt, Edmund, Geheim. Kommerzienrat, Altenburg,** als Vertreter d. Sächs.-Altenb.-Reg.; **Schmitt, Dr., Exz.,** preuß. Kultusmin. a. D.; v. **Schoenebeck, Dr.,** Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsmin. Berlin, als Vertr. der Deutschen Regierung; **Scholz, Ludwig, Schloß Worb b. Bern;** **Schumann, Paul, Verlagsbuchhändler, Stuttgart,** als Vertreter d. Börsenver. der Deutschen Buchhändler, Leipzig; v. **Schwerin, Freiherr, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat, Berlin;** v. **Seckendorff, Freiherr, Wirklich. Geheim. Rat, Preußischer Gesandter a. D.,** Exzellenz, Hechingen, als Vertreter der Preußischen Regierung; **Seemann, Artur, Komm.-Rat, Leipzig,** als Vorsitz. der Deutschen Bucherei, Leipzig; v. **Sieglis, Ernst, Dr. h. c.,** Geh. Hofrat, Fabrikbesitzer, Stuttgart; **Sievers, Wilh.,** Dr. Geh. Hofrat, Prof. a. d. Univ. Gießen, als Vertr. d. Hess. Reg.; **Soehring, Dr.,** Gymn.-Dir. a. D., Auswärtiges Amt, Berlin, als Vertr. d. Deutschen Reg.; **Spemann, Gottfr.,** Verlagsbuchhändler, Stuttgart, als Vertr. d. Deutschen Verlegerver., Leipzig; **Staudinger, Paul, Berlin,** als Vertr. d. Deutsch. Kolonialges., Berlin; **Stinnes, Gustav, Komm.-Rat, M. d. R.,** Mühlheim-Ruhr; **Ministerpräs. Tautzen** als Vertr. der Oldenburg. Reg.; v. **Türcke, Ludwig, Freiherr, Geh. Staatsrat, als Vertr. der Sachs.-Meininger-Regierung;** **Uhlig, C., Dr. phil.,** Prof. a. d. Universität Tübingen; **Vogler, Dr. Ing. h. c., Generaldir.,** M. d. R., Dortmund, als Vors. d. Ver. Deutsch. Eisenhüttenleute; **Volkmann, Ludwig, Dr. phil.,** Geh. Hofrat, Leipzig, als Präs. d. Deutschen Ver. f. Buchwesen und Schrifttum, Leipzig; **Wälden, Professor a. d. Techn. Hochschule Karlsruhe,** als Vertr. d. Bad. Reg.; **Wanner, Theodor, G., Dr. phil. h. c.,** Kommerzienrat, K. Schwed. Konsul, Vors. d. Vorst., Stuttgart; **Warnholtz, Max, Direktor, als Vertreter des Direktoriums der Hamb.-Amerika-Linie, Hamburg;** **Werthmann, Dr.,** Prälat, Freiburg i. Br., als Vors. d. Caritasverbandes f. d. kath. Deutschland, Freiburg i. Br.; **Westarp, Graf, Oberverwaltungsgerichtsrat, M. d. R.,** Berlin; **Wieland, Ph.,** Dr. Ing. h. c., Geh. Komm.-Rat, M. d. L., M. d. R., Ulm a. D.; **Widenmann, W.,** Kapitän zur See a. D., als Vertr. d. Deutschen Ueberseedienst-G. m. b. H., Berlin; **Wölz, Otto, Dr. jur. Oem.-Rat, M. d. L.,** Stuttgart; **Wolff, K., Staatsminister, Exz.,** Braunschweig, als Vertr. d. Braunschv. Reg.; **Würzburger, E.,** Dr. phil. et sc. pol., Geh. Reg.-Rat, Direktor des Stat. Landesamts, Dresden; **Zilling, Paul, Geh. Kommerzienrat, Stuttgart,** als Vertreter des Württemb. Vereins für Handelsgeographie, E. V., Stuttgart.

Wissenschaftlicher Beirat des D. A. I.:

Geh. Reg.-Rat Dr. W. Goetz, Prof. a. d. Univ. Leipzig, Vorsitzender; Dr. A. Bauer, Prof. a. d. Tech. Hochschule Stuttgart, stellvertretender Vorsitzender; Dr. Karl Sapper, Prof. a. d. Univ. Würzburg, Schriftführer; Prof. Dr. Maas, Berlin, stellv. Schriftführer.

Prof. Dr. Aufhäuser, Dozent f. Missionswissenschaften a. d. Univ. München, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ing. h. c. Busley, Berlin; Prof. Dr. Richard Fiek, Abteilungsdirektor an dn preuß. Staatsbibliothek; Prof. Dr. C. J. Fuchs, als Vertreter der Staatswiss. Fakultät der Univ. Tübingen; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. B. Harms, Dir. d. Inst. f. Seeverkehr und Weltwirtschaft, Kiel; Prof. Dr. Dr. G. Hanneler, Dir. d. missionswissenschaftl. Seminars d. Univ. Halle, Vors. d. Verb. d. deutschen Ver. f. ärztl. Mission; Geh. Hofrat Dr. Alfred Hettner, Prof. a. d. Univ. Heidelberg; Dr. R. Hoegner, Prof. a. d. Univ. Berlin; Prof. Dr. G. Kampffmeyer, Deutsche Auslands-Bibliothek, Berlin; Geh. Ober-Reg.-

Rat Prof. Dr. Köbner, Prof. a. d. Univ. Berlin; Prof. C. Matschoß, Dozent an der Techn. Hochschule Berlin, Direktor d. Vereins deutsch. Ingenieure; Geh. Reg.-Rat Dr. Mendelssohn-Bartholdy, Prof. a. d. Univ. Hamburg; Geh. Hofrat Dr. Hans Meyer, Prof. a. d. Univ. Leipzig; Prof. Dr. Minde-Poniet, Direktor der Deutschen Bucherei in Leipzig; Geh. Hofrat Dr. L. Neumann, Prof. a. d. Univ. Freiburg i. B.; Geh. Reg. u. Hofrat Dr. Albr. Penk, Direktor d. Inst. f. Meereskunde, Berlin; Prof. Dr. Karl Rathgen, Dir. d. Sem. f. Nationalökonomie am Kolonialinstitut, Hamburg; Prof. Dr. P. Röhlmann, Berlin; Prof. Dr. G. Schott, Deutsche Seewarte, Hamburg; Geh. Reg.-Rat Dr. Hermann Schumacher, Prof. a. d. Univ. Berlin; Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.; Dr. Paul Träger, Berlin; Dr. C. Uhlig, Prof. a. d. Univ. Tübingen; Dr. Wahl, Prof. a. d. Universität Tübingen; Stadtrat Dr. Ziehen, Professor a. d. Univ. Frankfurt a. M.; Geh. Legationsrat Professor Dr. Zoepfl.

Vorstand des D. A. I.:

Kommerzienrat Konsul Dr. phil. h. c. Theodor G. Wanner, Stuttgart, Vorsitzender; Ministerialrat Dr. B. Buhl, stellv. Vorsitzender, Stuttgart; Geh. Hofrat Dr. Ing. h. c. Peter Bruckmann, Landtagsabgeordneter, Heilbronn a. N.;

Dr. jur. W. v. Blume, Professor an der Universität Tübingen; Dr. phil. C. Uhlig, Professor an der Universität Tübingen.

Generalsekretär des D. A. I.:

Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer.

Abteilungsleiter des D. A. I.:

Bibliothek: St. d. i. n. Dr. phil. Hans Mannhart; Archiv: Hauptmann z. D. Albert Morgner; Karten-, Bild- u. Osteuropa-Abteilung: Privatdozent Dr. phil. Erich Wunderlich; Ostasien-Abteilung: Hans Lambert; Ausstellungen: Frä. Beta Jutz; Auskunft- u. Stellenvermittlung: August Dieterich;

Auswandererberatung: Pfarrer Manfred Grisebach; Rechtsauskunftsstelle: Rechtsanwalt Dr. Georg Gelst; Unterstützungswesen (ehrenamtl.): Hofrat Theodor Bickes, M. d. L.; Presse-Abteilung: Schriftleiter Ludwig Aakenbrand; Werbe-Abteilung: Freg.-Kap. a. D. Fritz Müller-Palm.

Satzungen des D. A. I.

(Genehmigt unter Verleihung der Rechtsfähigkeit einer Anstalt des öffentlichen Rechts am 28. März 1917, abgeändert durch Beschluß des Ausschusses vom 15. Mai 1920, in Kraft gesetzt vom 1. Januar 1921 an durch Beschluß des Vorstandes vom 30. Oktober 1920, der unter dem 22. 11. 20 die Genehmigung der württembergischen Regierung fand.)

Zweck des Instituts.**§ 1.**

Das Deutsche Ausland-Institut will die Beziehungen zwischen dem Deutschtum im Ausland und dem Mutterland erhalten und enger knüpfen und hierfür, wie für die Kenntnis der Bedeutung des Auslandsdeutschtums eine zusammenfassende Stätte bilden.

Das Institut soll zu diesem Zweck Verbreitung, Kultur, wirtschaftliche und soziale Stellung des Deutschtums im Ausland, sowie dessen Beziehungen zur alten und neuen Heimat zur Darstellung bringen und vor allem auch die Leistungen der deutschen Auslands pioniere festhalten.

Es soll zugleich den Auslandsdeutschen, die Verbindung mit dem Mutterlande wünschen, und allen denen, die ins Ausland wollen oder dort wirtschaftliche oder wissenschaftliche Fühlung suchen, mit Rat und Tat an die Hand gehen.

Es soll endlich auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet Einrichtungen zur Förderung des Auslandsdeutschtums unterstützen und schaffen.

§ 2.

Der Aufgabe des Instituts sollen hauptsächlich dienen:

1. Auskunfts- und Vermittlungsstellen für die einschlägigen praktischen und wissenschaftlichen Fragen des Rechts, der Stellenvermittlung und der Auswanderung.
2. Archive, die Handschriften, persönliche Aufzeichnungen, vertrauliche Berichte, Bilder, Lichtbilder und Karten und ähnliches zur Kunde des Auslandsdeutschtums und des Auslands überhaupt enthalten.
3. Eine Bücherei, welche für die in Betracht kommenden Länder- und Wissensgebiete die Literatur und Kartenwerke möglichst vollständig zu sammeln hat und zur Benutzung darbietet.
4. Veröffentlichungen und Vorträge.
5. Ein Museum, das an der Hand der aufgestellten Gegenstände die einzelnen Erscheinungen des Auslandsdeutschtums auf geschichtlicher und geographischer Grundlage darstellt und ein umfassendes Bild des gesamten Auslandsdeutschtums nach seiner materiellen und geistigen Kultur, nach seinen sozialen Verhältnissen und nach seinen Beziehungen zur alten und neuen Heimat vor Augen führt.

Verwaltung.**§ 3.**

Das Institut bildet eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Es steht unter der Oberaufsicht der württembergischen Regierung und hat seinen Sitz in Stuttgart.

§ 4.

Zur Verwaltung des Instituts sind unter dem Ehrenvorsitz von 4 bis 9 Vertretern des Reichs, Württembergs und anderer Bundesstaaten berufen:

1. Der Vorstand.
2. Der Verwaltungsrat.
3. Der Ausschuß.

Vorstand.**§ 5.**

I. Der Vorstand besteht aus 5—7 Mitgliedern, von denen je eines durch den Vorstand des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Ausland E. V. und durch das Württembergische Ministerium des Kirchen- und Schulwesens bestimmt wird. 3—5 Mitglieder werden durch den Verwaltungsrat des Instituts mit einfacher Stimmenmehrheit je auf 3 Jahre gewählt; die erste Wahl dieser Mitglieder steht der Gründungsversammlung zu, sie erfolgt auf 1 Jahr. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird für den Rest seiner Amtsdauer vom Vorstand ein Ersatzmitglied gewählt.

II. Dem Vorstand kommt die Leitung des Instituts einschließlich des Rechnungswesens zu, unbeschadet der Befugnisse von Verwaltungsrat und Ausschuß.

III. Die Mitglieder des Vorstandes wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende vertritt das Institut nach außen.

Die Arbeitsverteilung und Geschäftsordnung innerhalb des Vorstandes wird von diesem selbst bestimmt.

§ 6.

Dem Vorstand steht ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite. Er umfaßt 15—31 Mitglieder, die vom Verwaltungsrat auf Vorschlag des Vorstandes jeweils für 3 Jahre berufen werden. Seine Mitglieder sind in allen wichtigeren wissenschaftlichen Fragen zu hören, namentlich auch soweit diese die Gestaltung des Museums und der Bücherei angehen.

Der Beirat wird vom Vorstand mindestens einmal jährlich zu einer Sitzung versammelt. Außerdem ist er innerhalb eines Monats zu berufen, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder dies unter Angabe der Gründe beantragt.

Verwaltungsrat.**§ 7.**

I. Der Verwaltungsrat besteht aus 50 bis 150 Mitgliedern, die zum Teil ernannt, zum Teil mit einfacher Stimmenmehrheit je auf die Dauer von 3 Jahren gewählt werden. Die erste Wahl steht der Gründungsversammlung oder mit deren Ermächtigung dem Vorstande zu; die späteren Wahlen nimmt der Ausschuß vor. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so kann für den Rest seiner Amtsdauer vom Verwaltungsrat ein Ersatzmitglied gewählt werden.

Zur Ernennung von Mitgliedern sind berechtigt:

1. der Reichskanzler und die württembergische Regierung je für 3 Mitglieder, die Regierungen von Preußen, Bayern

Sachsen, Baden und Hessen je für 2 Mitglieder, die übrigen deutschen Bundesstaaten je für 1 Mitglied;

2. der Württ. Verein für Handelsgeographie, die Stadt Stuttgart und der Verein für das Deutschtum im Ausland für je 3 Mitglieder;
3. je für 1 Mitglied: wirtschaftliche und wissenschaftliche Verbände, Hochschulen, Vereine usw., denen das Recht zur Ernennung von der Gründungsversammlung oder vom Ausschuß beigelegt wird.

II. Der Verwaltungsrat beschließt über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Instituts, den der Vorstand jährlich entwirft und dem er eine Aufstellung über den Stand des Vermögens beifügt. Er sorgt für die jährliche Prüfung der Rechnung und wählt auf Grund der Vorschrift in § 8 Nr. 1, 4 die durch Wahl zu bestimmenden Mitglieder des Ausschusses. Er beantragt ferner je nach der Zuständigkeit beim Vorstand oder beim Ausschuß die Maßnahmen, die er für die Entwicklung des Instituts als notwendig erachtet.

Neue Abteilungen können dem Institut nicht ohne die Zustimmung des Verwaltungsrates angegliedert werden.

Dem Verwaltungsrat steht das Recht zu, Mitglieder ohne Angabe eines Grundes auszuschließen.

III. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit je auf die Dauer von 3 Jahren 1 Vorsitzenden und 2 Stellvertreter sowie 2 Schriftführer. Bei vorzeitigem Ausscheiden dieser Mitglieder tritt Neuwahl für den Rest der Amtsdauer ein.

Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat unter Angabe der Tagesordnung und leitet dessen Verhandlungen.

Der Verwaltungsrat tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Außerdem ist er innerhalb eines Monats zu berufen, wenn wenigstens ein Zehntel seiner Mitglieder dies unter Angabe der Gründe beantragt. Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, der im übrigen nur bei Wahlen ein Stimmrecht hat. Schriftliche Abstimmung im Wege des Umlaufs ist zulässig. Über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, kann die Versammlung des Verwaltungsrats nur beraten und beschließen, wenn die Mehrheit der Anwesenden keinen Widerspruch erhebt. Die Beschlüsse sind in einer Niederschrift zu verzeichnen, die von dem Vorsitzenden und einem Schriftführer beurkundet wird.

Ausschuß.

§ 8.

I. Die Zahl der Ausschußmitglieder ist unbeschränkt. Mitglieder ohne Begrenzung der Amtsdauer sind:

1. die Mitglieder des Gründungsausschusses;
2. die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates;
3. die Ehrenförderer des Instituts, die einen Stiftungsbeitrag von mindestens 10000 M gegeben haben;
4. weitere Mitglieder des Instituts, die vom Verwaltungsrat mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt werden.

II. Der Ausschuß beschließt über Änderung der Satzungen und über Ausgaben von mehr als 20000 M, wenn dadurch das

Vermögen des Instituts angegriffen wird. Er wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats auf Grund der Vorschrift in § 7 Nr. 1 und bestimmt die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Verbände, Hochschulen, Vereine usw., die nach § 7 Nr. 1 3 zur Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsrats berechtigt sein sollen.

Die Anträge, die er bezüglich der Verwaltung und Ausgestaltung des Instituts zu stellen hat, übergibt er zur weiteren Behandlung dem Verwaltungsrat.

III. Den Vorsitz im Ausschuß führt der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Schriftführer ist jeweils einer der Schriftführer des Verwaltungsrates.

Zu Änderungen der Satzungen, die ohne Genehmigung der württembergischen Regierung nicht vollziehbar sind, ist Zweidrittel-Mehrheit nötig. Im übrigen gelten für die Geschäftsführung des Ausschusses die Vorschriften in § 7 Nr. III.

§ 9.

Die Mitgliedschaft beim Vorstand, Verwaltungsrat und Ausschuß ist ehrenamtlich; Vergütungen auch für die Ämter der Vorsitzenden und Schriftführer werden nicht gewährt.

Mitglieder.

§ 10.

I. Mitglieder des Instituts sind:

1. Einzelpersonen mit einem Jahresbeitrag von mindestens 10 M oder mit einem einmaligen Beitrag von mindestens 800 M;
2. Gesellschaften und Körperschaften mit einem Jahresbeitrag von mindestens 100 M, gemeinnützige oder wissenschaftliche Institute zu einem vom Vorstand festzusetzenden Beitrag;
3. Stifter mit einem Beitrag von mindestens 2000 M;
4. Ehrenförderer mit einem Beitrag von mindestens 10000 M.

Außerdem sind Mitglieder: die Ehrevorsitzenden, ferner die Mitglieder des Verwaltungsrates und die Stifter solcher Sammlungsgegenstände, die nach dem Urteil des Vorstandes hervorragende Wichtigkeit haben.

Persönlichkeiten und Institute, die für das Institut durch ihre amtliche Stellung von besonderer Bedeutung sind, können eine Mitgliedskarte auch ohne besonderen Mitgliedsbeitrag erhalten.

II. Die Mitglieder haben freien Zutritt zu den Sammlungen des Museums und das Recht, die Bücherei, das Archiv und die Auskunfts- und Vermittlungsstelle nach Maßgabe der hiefür geltenden besonderen Vorschriften zu benützen.

Sie können die Veröffentlichungen des Instituts zu ermäßigtem Preis beziehen. Wer mindestens einen Jahresbeitrag von 40 M oder einen Gesamtbeitrag von 800 M leistet, erhält die dem Institut dienende Zeitschrift ohne Entgelt.

Stifter und Ehrenförderer beziehen diese Zeitschrift und sämtliche Veröffentlichungen des Instituts kostenlos.

III. Die Mitglieder können jederzeit austreten, haben aber, soweit sie beitragspflichtig sind, ihren Beitrag für das laufende Kalenderjahr zu entrichten.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

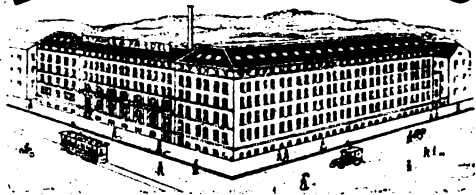
Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 1. Dezember 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

Das
DRUCKHAUS



STÄHLE & FRIEDEL STUTT GART

empfiehlt sich zur Anfertigung von
Werbedrucksachen aller Art und
Sprachen in gediegen neuzeitlicher
Satzanordnung u. Druckausführung

in

Buch-, Stein- und Gummidruck

Kolonialbank

AKTIEN-GESELLSCHAFT

An- u. Verkauf von Kolonialwerten

**Ankunftsertellung
über alle kolonialen Wertpapiere**

**Bearbeitung und
Finanzierung überseelscher Projekte**

BERLIN W 8

BEHRENSTRASSE 31 • Telefon: Zentr. 8035, 8629, 8630

Filliale HAMBURG

SCHLÜTERHAUS • Telefon: Gruppe Alster, 3831 u. 3877

Telegr.-Adr.: Kolonialbank. • Für Uebersee: Kolonibank.

J. G. MAILÄNDER **SCHNELLPRESSENFABRIK** **CANNSTATT-STUTT GART**

gegründet 1876

liefert in beßbewährter
Bauart

Buchdruck - Schnellpressen
Gummidruckpressen
Tiefdruck - Rotationsmaschinen
Blechdruckereimaschinen
Kistenbretter - Druckmaschinen
Sackdruckmaschinen



Jede gewünschte Auskunft wird gerne erteilt

Sechs Wochen nach Erscheinen wird eine neue
durchgesehene und erweiterte Auflage ausgegeben.
.11. bis 30. Tausend.

Die Volkswirtschaft des deutschen Wiederaufbaues

Ein Wirtschafts- u. Landeskulturprogramm

Von Kammerpräsident Dr. Kleefeld

6.60 Mk. und 20% Teuerungszuschlag

Kammerpräsident Dr. Kleefeld, der bekannte Organi-
sator und Wirtschaftsfachmann, hat ein Buch der Klarheit
und der Tat geschrieben. Er weist mit rückhaltloser
Offenheit nach, daß das deutsche Volk, wenn es sich
nicht in all seinen Schichten dem organischen Wieder-
aufbau der Wirtschaft widmet, auf dem Wege ist,
20 Millionen Menschen zu verlieren.

Die praktischen Vorschläge des Verfassers, teilweise
revolutionärer Art, werden durch eine geradezu vor-
bildliche Statistik erläutert. — Endlich einmal ein
Blick ins Weite und eine Sammlung um große und
würdige Ziele.

**Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung
oder direkt vom**

Theodor Lissner Verlag, Berlin W 50

Postcheck-Konto Berlin Nr. 61 749

Detektei Zukunft G. m. b. H.

(Gegr. 1907)

Berlin W 50, Kurfürstendamm 16
Fernsprecher: Steinplatz 9843, Wilhelm 4784

Erstes Haus für Erledigung aller Vertrauensangelegenheiten, wie Beobachtungen, Auskünfte, Ermittlungen.

Hervorragende Dankschreiben, Ia. Referenzen von Reichbehörden, Ministerien, Rechtsanwälten, Offizieren, Großkaufleuten, Zeitungen u. anderer Kreise.

Wilhelm Ruppmann, Stuttgart

Hütten technisches Büro

Projektierung und Bau
vollständiger Industrieller Anlagen

Ruppmann-Öfen

und -Gaserzeuger

Schamottewaren-Fabrik für hochfeuerfeste und säurefeste Spezialqualitäten * * * Formsteine

Die

Königl. Württ. Hofbank G. m. b. H. Stuttgart

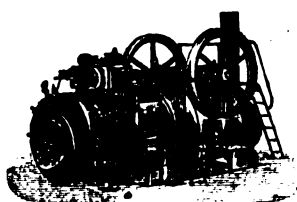
befasst sich in einer besonderen, unter fachmännischer Leitung stehenden Abteilung mit der

Vertretung Auslandsdeutscher bei Abwicklung inländischer Nachlassstellungen

sowie mit dem Einzug von Erbschaften für Inland-deutsche aus d. Ausland, insbesondere aus Amerika.

Anbiete außer neuen

benützte, noch tadellose



Dampfkessel
Dampfmaschinen
Lokomobilen
Dieselmotoren
Elektromotoren
Dampfdynamos

Pumpen, Lokomotiven, Bergwerksmaschinen
u. ähnl.

aus Gegenrechnungen.

Bohrbanck, Hirschberg-Schlesien

G. H. Keller's Söhne, Stuttgart

Kommanditiert von der Deutschen Bank, Berlin

*Ausführung aller bankmässigen
Geschäfte / Übernahme offener
Depots, Vermietung von Schrank-
fächern in der neuerbauten Stahlkammer*

Paul von Maur, Stuttgart

Amtlicher Rollfuhrunternehmer der Reichseisenbahnen :: Amtlicher Zollgüterbeförderer.

Spedition · Möbeltransport · Lagerung

Grösster Fuhrpark am Platze

Spezialwagen · Lastkraftwagen

Telegramme: Paulvonmaur.

Chr. Pfeiffer ♦ Stuttgart

Gegründet 1868

An- und Verkauf von

*Grundbesitz und
Hypothecken*

Versicherungen :: Bankgeschäft

Eine Anzeige

in unserem Blatt bringt
Sie mit dem kaufkräft.
Deutschum i. d. ganzen
Welt in Verbindung und
verschafft Ihnen mühel.
neue gute Kundschaft.

Verlangen Sie sofort Probe-
nummern u. Preisanstlg. v. d.

Anzeigenverwalt. des
«Auslandsdeutschen»
Stuttgart ♦ Neues Schloss



NEU!

**Mauser
Moment-
Schraubenschlüssel**
Die besten der Welt!
Hahn & Kolb, Stuttgart

Werner & Pfeleiderer
Cannstatt-Stuttgart



**Knet-Maschinen
Dampf-Backöfen**
Ganze Einrichtungen für
Lebensmittel- u. Chemie

Molkereimaschinen aller Art Molkereihilfsstoffe

wie
Käselab, Käse- u. Butterfarbe
in erstklassiger Friedensqualität

Kleinkältemaschine „BAVARIA“

bis 10 000 Calorien stündl. Leistung

liefern als Spezialität

GEBRÜDER BAYER, Maschinenfabrik, HUGSBURG

Schreibtische

150/85 cm, massiv Rüstern, beiderseits Rolladen
und je 3 englische Züge, allererste Qualität

A. Beyerlen & Co., Stuttgart

Wir unterhalten ein **Internationales Anwaltsbüro** in
Berlin W. 10., Lützowufer 17 (Telefon Kurfürst 8577)
Unser deutscher Mitarbeiter ist **Dr. Karl Hirschland**
früher Rechtsanwalt in Paris.
Frederick Wirth, Jr., André W. L. Picard,
Rechtsanwalt
am Obergericht in Neuyork.
Barrister at Law of Lincoln's In.
London und französischer Advocat.
(licencié en droit).

Wolf'sche Glas-Blas-Maschinen

D. R. P.

zur äußerst vorteilhaften Herstellung von

Auslandspatente

Flaschen, Flacons, Medizin-, Weithals- und Preßgläsern

in allen Größen und Façons

== Formen ==

für

Maschinen- u. Preßgläser



Kompressoren/Ventilatoren

Eintragsmaschinen

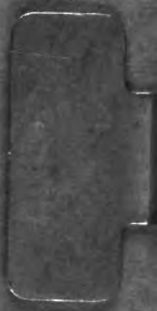
Glaskühlöfen / Kühlbahnen

**Ausführung kompletter neuzeitlich
mechanischer Glashütten-Anlagen**

Interessente empfehlen wir, auf jeden Fall Angebote von uns einzufordern

Wolf's Maschinenbau-Gesellschaft m. b. H.

Köln a. Rh., Roonstraße 56





UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 108213726